

Ulrich Lappenküper
Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963
I: 1949–1958

Quellen und Darstellungen zur
Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte
Band 49

R. Oldenbourg Verlag München 2001

Ulrich Lappenküper

Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963

Von der „Erbfeindschaft“
zur „Entente élémentaire“

I: 1949–1958

R. Oldenbourg Verlag München 2001

Für Christiane

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Lappenküper, Ulrich:

Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963 : von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“ / Ulrich Lappenküper. –

München : Oldenbourg

(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte ; Bd. 49)

Zugl.: Bonn, Univ., Habil.-Schr., 1998

ISBN 3-486-56522-2

1. 1949–1958. – 2001

© 2001 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56522-2

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
I. Problem, Methode, Quellen- und Literaturlage	3
II. „Que faire de l’Allemagne?“: Die französische Deutschlandpolitik 1944–1949.....	33
III. Sicherheit durch Integration: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1955.....	49
III.1. Frankreich und die „deutsche Frage“ im Zeichen des Besatzungsstatuts 1949–1955.....	49
III.1.1 Um den Generalvertrag 1949–1952	73
III.1.2 Bonn, Paris und die Moskauer Notenoffensive 1952 ..	140
III.1.3 „Alpdruck Potsdam“: Adenauer und die Entspan- nungsbestrebungen in Frankreich 1953/54	179
III.2. Anlauf zur europäischen Integration 1950–1954.....	229
III.2.1 Mühsamer Start: Der Schuman-Plan 1950/51	229
III.2.2 Auf dem Weg zum Europäischen Bundesstaat? Das Projekt der Europäischen Politischen Gemein- schaft 1952–1954	277
III.3. „La grande pomme de discorde“: Die Saar zwischen Frankreich und Deutschland 1949–1955 ..	316
III.3.1 Die Periode der verweigerten Mitsprache 1949–1951	316
III.3.2 Bilaterale Bemühungen um eine Verständigung 1951/52	348
III.3.3 Europäisierung der Saar? Van-Naters-Plan und Saarstatut 1953/54.	392
III.3.4 Saarstatut unter dem Dach der WEU 1954/55	449
III.4. Das Problem der westdeutschen Wiederbewaffnung 1949–1955	498
III.4.1 Der Wehrbeitrag in der internationalen Diskussion 1949/50	498
III.4.2 Vom Plevén-Plan zur Europäischen Verteidigungs- gemeinschaft 1950–1952.....	535
III.4.3 Das Ringen um die EVG 1952–1954	638
III.4.4 Der Weg aus der Sackgasse: Londoner Konferenz und Pariser Verträge 1954/55	758

IV.	Phase der konstruktiven Annäherung:	
	Die deutsch-französischen Beziehungen 1955–1958.	831
IV.1.	Die „deutsche Frage“ im Zusammenhang neuer europäischer Sicherheitsbestrebungen 1955–1958	831
IV.1.1	Genf – Moskau – Genf: Das Konferenzjahr 1955.	831
IV.1.2	Dissonanzen zwischen Bonn und Paris – Spannungen in der NATO – Krieg am Suezkanal: Das Krisenjahr 1956.	886
IV.1.3	Abrüstung – Umrüstung – Wiedervereinigung: Der Kampf um das deutschlandpolitische Junktim 1957. ...	922
IV.1.4	Das vermeintliche Konferenzjahr 1958	946
IV.2.	Die Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Atom- gemeinschaft 1955–1958	968
IV.2.1	„Relance européenne“ 1955	968
IV.2.2	Die Regierungsverhandlungen über EWG und EURATOM 1956/57	1010
IV.2.3	Gemeinsamer Markt oder Freihandelszone? 1957/58	1052
IV.3.	Die Beilegung des Saarproblems 1955–1957	1076
IV.3.1	„Nein“ zum Saarstatut: Das Referendum vom 23. 10. 1955	1076
IV.3.2	Der Luxemburger Vertrag vom 27. 10. 1956	1098
IV.4.	Das Projekt der trilateralen Nuklearkooperation 1956–1958	1139
IV.4.1	Sondierungen: Atomforschung und Luftfahrt- industrie 1950–1955	1139
IV.4.2	Der erste Schritt: Das Abkommen von Colomb Béchar vom 17. 1. 1957	1161
IV.4.3	Höhepunkt und Wendepunkt: Die Vereinbarungen zwischen Bonn, Paris und Rom zum Aufbau einer europäischen Atomstreitmacht 1957/58	1180
V.	Adenauer und de Gaulle:	
	Die deutsch-französischen Beziehungen 1958–1963	1201
V.1.	Das Deutschlandproblem im Wandel des Ost-West- Verhältnisses 1958–1962	1201
V.1.1	Adenauer und de Gaulle in Colombey-les-deux- Eglises	1201
V.1.2	Bündnispolitische Nagelprobe: Berlin-Krise und Algerienkonflikt 1958/59	1233
V.1.3	Die Genfer Außenministerkonferenz 1959	1293
V.1.4	Die geplatze Gipfelkonferenz 1960	1320
V.1.5	Der Berliner Mauerbau 1961	1374
V.2.	Vertiefung der Europapolitik 1958–1962	1446
V.2.1	Das Scheitern der FHZ-Verhandlungen 1958/59	1446

V.2.2	Anlauf zur europäischen politischen Zusammenarbeit 1959/60	1480
V.2.3	Der Fehlschlag der Fouchet-Pläne 1961/62.	1543
V.3.	NATO-Reform und Nuklearbewaffnung der Atlantischen Allianz 1958–1962.	1603
V.3.1	De Gaulles Triumviratsvorschlag 1958	1603
V.3.2	Ausbau der NATO zur Vierten Atommacht? 1959/60	1627
V.3.3	Der Kampf um die Nuklearteilhabe 1961/62	1675
V.4.	Das Scheitern des deutsch-französischen „Zweibundes“ 1962/63.	1707
V.4.1	Staatsbesuche: Adenauer in Frankreich – de Gaulle in der Bundesrepublik	1707
V.4.2	Protokoll oder Vertrag? Die Verhandlungen über das deutsch-französische Freundschaftsabkommen	1749
V.4.3	„Atlantiker“ versus „Gaullisten“ in Bonn. „Gaullisten“ gegen „Anti-Gaullisten“ in Paris: Die innenpolitisch-parlamentarischen Auseinander- setzungen um den Elysée-Vertrag	1782
V.4.4	Europa – Sicherheit – Abrüstung: Deutsch-französische Dissonanzen zum Ausklang der Ära Adenauer.	1823
VI.	Schlußbetrachtung	1857
VII.	Quellen- und Literaturverzeichnis	1913
VIII.	Abkürzungsverzeichnis	1967
IX.	Verzeichnis der Paraphen französischer Diplomaten	1975
X.	Personenregister	1977

Vorwort

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um die überarbeitete Fassung meiner im Sommersemester 1998 von der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn angenommen Habilitationsschrift. Bei ihrer Entstehung habe ich von vielen Seiten wohlwollende Hilfe, Rat und Kritik erfahren. Allen schulde ich aufrichtigen und herzlichen Dank.

In erster Linie möchte ich meinen sehr verehrten Lehrer Herrn Professor Dr. Klaus Hildebrand nennen, der mir seit nunmehr zwei Jahrzehnten großzügige Förderung zukommen läßt, die Chance zur Habilitation eröffnet und die Umsetzung des Vorhabens stets mit verständnisvoller Aufmunterung begleitet hat. Mein besonderer Dank gilt ferner Herrn Professor Dr. Horst Möller und dem Institut für Zeitgeschichte für die Aufnahme dieser Darstellung in die Reihe Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Verpflichtet weiß ich mich auch jenen, die im Rahmen des Habilitationsverfahrens neben dem Erstgutachter die Last auf sich genommen haben, innerhalb weniger Wochen ein Gutachten zu dem nicht ganz dünnen Manuskript zu verfassen, nämlich die Herren Professoren Willy Hirdt, Ernst Opgenoorth, Hans Pohl und Hans-Peter Schwarz.

Dank gebührt außerdem den zahlreich konsultierten Archiven für die mir gewährte freundliche Aufnahme und hilfreiche Unterstützung. Stellvertretend genannt seien hier die Mitarbeiter des Politischen Archivs im Auswärtigen Amt in Bonn, vor allem Herr Dr. Pretsch und Herr Dr. Biewer, des Bundesarchivs Koblenz, des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauers-Stiftung in St. Augustin, insbesondere Herr Dr. Buchstab, der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn, der Stiftung Bundeskanzler-Konrad-Adenauer-Haus in Rhöndorf, der Archives du Ministère des Affaires Etrangères, des Centre d'Accueil et de Recherches des Archives Nationales sowie des Institut Pierre Mendès France in Paris.

Gerne erinnere ich mich der mir von meinen Freunden und Kollegen zuteil gewordenen Hilfe. Namentlich erwähnt seien Herr Dr. Christoph Studt, Herr Dr. Knut Linsel, Herr Dr. Hermann Wentker, Frau Dr. Corinna Franz, Herr Dr. Franz Müller, Frau Gaby Sonnabend und Herr Dr. Herbert Elzer. Für wertvolle Anregungen weiß ich mich schließlich meinem Schwiegervater Herrn Dr. Karl Tenbrock verbunden.

Für den Beistand von ganz eigener Qualität möchte ich mich bei meiner Frau Christiane bedanken: nicht nur, weil sie trotz ihrer beruflichen und familiären Belastungen das Manuskript gesichtet und mannigfache Verbesserungsvorschläge unterbreitet, sondern vor allem weil sie über Jahre in hohem Maße Verzicht geübt hat. Ihr möchte ich dieses Buch daher in Liebe und Dankbarkeit widmen.

Bonn, im April 2000

Ulrich Lappenküper

I. Problem, Methode, Quellen- und Literaturlage

Die deutsch-französischen Beziehungen spielten in der europäischen Staatengeschichte des zurückliegenden Millenniums stets eine besondere Rolle. Über Jahrhunderte prägte sie die Wechselwirkung von Anziehung *und* Ablehnung, Befruchtung *und* Abstoßung. Seit dem Krieg von 1870/71 geriet die Verbindung der beiden Nachbarn in den Bann einer Ideologie der weit in die Vergangenheit zurückprojizierten „Erbfeindschaft“¹. Entstanden aus politischen Konflikten, militärischen Auseinandersetzungen und dem Aufeinanderprallen zweier Nationen, die sich „weitgehend nur als Negation“² der anderen begriffen, rückte dieses „zutiefst fragwürdige Schlagwort“³ die säkulare ‚Erbfeindschaft‘ zwischen Frankreich und England mehr und mehr in den Hintergrund und löschte sie in der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs im Bewußtsein der französischen Nation fast völlig aus.

Nach diesem Tiefpunkt mußte das Verhältnis der ‚historischen Zwillinge‘ Deutschland und Frankreich gleichsam zwangsläufig neue Gestalt gewinnen. Daß es sich im Zeichen einer neuen Kräfteverteilung im Mächtekonzept zwischen 1949 und 1963 zur „Entente élémentaire“⁴ entwickelte, mutet aber wie ein politisches Wunder an: „Etrange, cruelle, belle et forte aventure que celle de ces peuples frères auxquels il aura fallu plus d'un millénaire pour se reconnaître tels qu'ils sont, pour s'admettre, pour s'unir“⁵. Wie kam es zu diesem fundamentalen Wandel der Beziehungen zwischen den beiden Nationen dies- und jenseits des Rheins?

Der Zweite Weltkrieg hatte die Grundlagen des deutsch-französischen Verhältnisses radikal verändert. Europa, die Alte Welt, verspielte seine auf ökonomischer, technologischer und militärischer Überlegenheit basierende Vormachtstellung, dankte als Herrscher der Welt ab. Die globale Kräfteverteilung verschob sich zugunsten der aufsteigenden Weltmächte USA und Sowjetunion, während die alten Großmächte wie Frankreich auf einen minderen Rang zurückfielen. Der machtpolitische Abstieg der „Grande Nation“ wurde freilich von der Tatsache verdeckt, daß die Alliierten ihr nachträglich ein Mitspracherecht für Deutschland als Ganzes und einen Ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat zugestanden. Die formal gewährte Gleichberechtigung entsprach indes keineswegs ihrem tatsächlichen Machtpotential. Innerlich von Okkupation, Kollaboration und Erniedrigung

¹ Zur „Erbfeindschaftsideologie“ vgl. Bondy/Abelein, Deutschland, S. 87–100; Friend, Linchpin, S. 7–13; Ziebur, Beziehungen (1997), S. 15–24. Wenn nicht anders vermerkt, wird im folgenden diese Ausgabe zitiert.

² Ebd., S. 16.

³ Schwarz, Erbfreundschaft, S. 6.

⁴ Brandt, Begegnungen, S. 341.

⁵ Ansprache François Mitterrands zur Gedenkfeier zum 50. Jahrestag des Kriegsendes am 8. 5. 1995 in Berlin, in: Mitterrand, De l'Allemagne, S. 241–247, hier S. 241.

durch Hitler-Deutschland geschwächt, auf amerikanische Hilfe angewiesen, gab sich Frankreich aber nicht mit einem Status minor zufrieden. Denn zum einen sollte der Ruhm einer nicht nur europäischen Großmacht die Demütigung durch das Desaster von 1940 und die Periode von Vichy vergessen lassen. Zum anderen lag es natürlich in seinem ureigensten Interesse, über die Zukunft des östlichen Nachbarn mitzubestimmen.

Dieser war nicht nur aus dem Zirkel der Weltmächte ausgestoßen, er war auch moralisch korrumpiert, physisch ruiniert und hatte seine Existenz als Subjekt der Staatengemeinschaft eingebüßt. Nach der bedingungslosen Kapitulation und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt durch die Alliierten im Mai bzw. Juni 1945 lag sein Schicksal in den Händen der Siegermächte – und damit auch Frankreichs.

Dessen deutschlandpolitische Planungen zielten mit konkurrierenden Strategien zwischen „coercition ou réconciliation“⁶ darauf, die „deutsche Gefahr“ dauerhaft zu beseitigen und sich zugleich eine gewisse Vormachtstellung in Europa zu sichern. Mag die unter dem Rubrum einer „janusköpfige[n] Besatzungspolitik“⁷ und „doppelten Deutschlandpolitik“⁸ mittlerweile geführte Forschungsdiskussion⁹ über Kontinuität bzw. Diskontinuität des Pariser Vorgehens zwischen 1944 und 1950 auch noch nicht abgeschlossen sein, so scheint doch ein Faktum gesichert: Das Integrationskonzept gewann gegenüber dem Dominanzkonzept¹⁰ erst nach der Moskauer Außenministerkonferenz im März/April 1947, noch entschiedener nach der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz im Frühjahr 1948 die Oberhand.

Trotz dieser prinzipiellen „révision déchirante“¹¹ hatte der seit September 1949 die Geschicke der Bonner Republik maßgeblich lenkende Bundeskanzler Adenauer in Rechnung zu stellen, daß die Pariser Deutschlandpolitik auch weiterhin von Ängsten und Ressentiments gekennzeichnet blieb. Die Wunden der Vergangenheit waren noch nicht so gut verheilt, als daß man dem ehemaligen Kriegsgegner die Rückkehr in die europäische Gemeinschaft gleichsam problemlos zubilligen mochte. In seiner Lageanalyse ging Adenauer davon aus, daß das Gleichgewicht in der Alten Welt durch den Krieg zerstört war und ihr Abstieg mit einem Machtzuwachs der USA und der Sowjetunion einherging. Die drohende Inferiorität des Kontinents konnte seiner Meinung nach nur durch den Zusammenschluß aller europäischen Demokratien vermieden werden. Um der von Moskau ausgehenden elementaren Gefahr zu begegnen, galt es darüber hinaus, eine enge Verbindung zu Washington herzustellen.

In dieser Konzeption, die mit ihrer dezidierten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Westorientierung einer „außenpolitischen Revolution“¹² gleich-

⁶ Laloy, Tournant, S. 179.

⁷ Wolfrum, Besatzungsherrschaft, S. 577.

⁸ Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“.

⁹ Vgl. Morsey, Bundesrepublik Deutschland, S. 139–141; Kap. II.

¹⁰ Zu dieser Typologisierung vgl. Loth, Franzosen, S. 28 f., und die Einwände bei Hudemann, Saar, S. 15–23; ders., Besatzung, S. 241.

¹¹ Buffet, Mourir, S. 270.

¹² Hildebrand, Integration, S. 25; in gleicher Diktion: Hacke, Weltmacht, S. 47; zur außenpolitischen Lagebeurteilung Adenauers allgemein vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 518–523.

kam, verschmolzen europa- und deutschlandpolitische Elemente miteinander. Während die Einigung Europas ohne die Bundesrepublik ein Torso bleiben mußte, war die noch junge Republik ihrerseits auf die europäische Integration angewiesen, um sich zu konsolidieren, als gleichberechtigter Partner akzeptiert zu werden und um äußere Sicherheit zu gewinnen. Unterhalb dieses Plateaus von Westbindung – Amerikaorientierung – Gleichberechtigung spielte für den Kanzler die Aussöhnung mit Frankreich eine herausragende Rolle. Wie bereits zur Zeit der Weimarer Republik dachte er vor allem an eine „organische Verflechtung“ zwischen der französischen und der deutschen Wirtschaft. Allerdings wollte er sich keineswegs mit ökonomischen Bindungen begnügen, hielt selbst eine Union zwischen beiden Ländern für möglich.

Vorher war an die Umsetzung derart visionärer Vorstellungen nicht zu denken. Vielmehr mußte es für die Bonner Republik zunächst darum gehen, Handlungsfreiheit und Gleichberechtigung im Westen zu gewinnen. Dazu bedurfte es des ehrlichen Bemühens um Vertrauen, ja vor allem auch gewisser Konzessionen an das französische Sicherheitsbedürfnis. Adenauer bewies mit seinen gegen den heftigen Widerstand der Opposition durchgesetzten Vorleistungen Gespür für die französische Psyche und gewann damit erheblichen Kredit. Gleichwohl konnte er nicht verhindern, daß sich das deutsch-französische Verhältnis im Winter 1949/50 ständig verschlechterte. Einerseits wehrte sich Paris gegen das Tempo, mit dem Bonn die Fesseln des Besatzungsstatuts zu lockern gedachte, und attackierte heftig dessen tastenden Versuche, eine Bewaffnung Westdeutschlands in die internationale Diskussion zu bringen. Andererseits brandmarkte Adenauer, daß Außenminister Schuman im März 1950 mit dem Abschluß mehrerer Konventionen die von ihm als illegitim betrachtete politische Autonomie der Saar und deren Wirtschaftseinheit mit Frankreich festigte.

Angesichts des lähmenden diplomatischen Stillstands und der immer konzilianteren angelsächsischen Haltung gegenüber Bonn sah sich Paris zu einer spektakulären Initiative genötigt. Am 9. 5. 1950 schlug Schuman auf der Basis eines von Jean Monnet, dem Commissaire général au plan, ausgearbeiteten Projektes die Zusammenlegung der französischen und deutschen Montanindustrie vor. Adenauer zögerte keinen Moment, die Offerte anzunehmen. Doch nach wenigen Monaten geriet der bemerkenswerte deutsch-französische Gleichschritt auf der im Juni 1950 eröffneten Sechs-Mächte-Konferenz über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ins Stocken. Vor dem Hintergrund der durch den Koreakrieg verschärften internationalen Lage verlangte Adenauer von den Westmächten eine neue, vertragliche Grundlage für die deutsch-alliierten Beziehungen und erklärte seine Bereitschaft, im Falle der Bildung einer westeuropäischen Armee ein deutsches Kontingent zur Verfügung zu stellen.

Schuman setzte auf der New Yorker Außenministerkonferenz im September zwar die vorläufige Aufrechterhaltung des Systems der alliierten Herrschaft durch. Der Forderung des amerikanischen Kollegen Acheson nach Aufstellung westdeutscher Truppen im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsstreitmacht der NATO konnte er sich aber nur mit Mühe entziehen. Aus Sorge vor einer amerikanischen Dominanz auf dem Kontinent und einem neuen deutschen Militarismus reagierte Frankreich am 24. 10. mit dem in seinem Kern an den Schuman-

Plan angelehnten Projekt einer Europaarmee. Obwohl der vom Président du Conseil René Pleven präsentierte Plan am Rhein, an der Themse und am Potomac aus militärischen wie politischen Überlegungen negativ bewertet wurde, willigten die Verbündeten in der Erkenntnis, daß die NATO-Lösung vorerst nicht durchzusetzen sei, Ende November in Regierungsverhandlungen ein. Paris sah daraufhin von gewissen Bonn diskriminierenden Vorstellungen ab.

Für die Bundesrepublik folgten Monate höchster Unsicherheit. Das Schicksal der seit Februar 1951 laufenden Pleven-Plan-Konferenz schien höchst ungewiß. Denn Frankreich lehnte weitere Konzessionen ab, und Adenauer präferierte trotz der Vorgabe der Westmächte weiterhin die Mitgliedschaft in der NATO. Ob der Schuman-Plan zum Erfolg führen würde, hing vor allem von den im Januar 1951 einsetzenden deutsch-amerikanischen Gesprächen über die von Frankreich geforderte Entflechtung der Ruhr-Montanindustrie ab. Helle Aufregung verursachte in Bonn der sowjetische Vorschlag vom November 1950 zur Einberufung einer Vier-Mächte-Konferenz, mochte Paris darin doch eine Chance sehen, den Kurs seiner Außenpolitik zu ändern und im Zusammenspiel mit Moskau ein neutralisiertes Gesamtdeutschland anzustreben.

Im Frühsommer 1951 lichteteten sich die düsteren Wolken. Aus Angst vor einem gravierenden Rückschlag für seine Politik der Westbindung willigte Adenauer trotz erheblicher innenpolitischer Kritik Anfang März in einen Kompromiß über die Struktur der Ruhr-Schwerindustrie ein und ebnete damit den Weg für die Unterzeichnung des Montanvertrages am 18. April. Gleichzeitig erzielte er mit Schuman eine gewisse Einigung über die Saarfrage und verständigte sich mit ihm darauf, beide Staaten in den europäischen Institutionen gleichberechtigt agieren zu lassen. Zur Freude über dieses historische Ereignis gesellte sich einige Wochen später bei Adenauer die Erleichterung, daß die zur Vorbereitung der Außenministertagung einberufene Vorkonferenz im Pariser Palais Marbre Rose nach mehrmonatigen Sitzungen an unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen der sowjetischen und der westlichen Seite gescheitert war. Zur selben Zeit gelang es Monnet, die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, daß der Widerspruch zwischen französischem Sicherheitsverlangen und deutschem Gleichberechtigungspostulat nur in der Europaarmee gelöst werden könnte. Zwar billigte Frankreich nach dem Einschwenken der USA auf das französische Verteidigungskonzept den Deutschen weitere Statusverbesserungen zu. In den seit Mai laufenden Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts konterkarierte es aber immer wieder das enge deutsch-amerikanische Zusammenwirken und widersetzte sich der Absicht Adenauers, den Alliierten nur gewisse Rechte bezüglich Berlins und Gesamtdeutschlands zu belassen.

Mit ihrer Obstruktionstaktik erzielte die französische Diplomatie manchen Erfolg. Das durch den Wirtschaftsaufschwung und das Gefühl, von den Angelsachsen als Militärmacht umworben zu werden, wachsende deutsche Selbstbewußtsein ließ sie dennoch nicht zur Ruhe kommen. Wie Bonn die traditionelle Tendenz der französischen Außenpolitik zu einem Bündnis mit Rußland bzw. der Sowjetunion umtrieb, fürchtete Paris eine Neuauflage von „Rapallo“ oder des Hitler-Stalin-Paktes. Die Angst, ein neutralisiertes, wiederbewaffnetes Deutschland könne eines Tages versucht sein, sich mit Moskau zu verbinden, um die Ostge-

bierte zurückzugewinnen, bestimmte denn auch die Haltung Frankreichs gegenüber der „Stalin-Note“ vom März 1952. Im Einklang mit Adenauer hielt Schuman am Kurs der Westintegration fest und drängte nun auf einen raschen Abschluß der Westverträge. Zugleich gedachte er freilich – im Gegensatz zum Kanzler – die Tür für zukünftige Verhandlungen mit Moskau offenzuhalten, und wachte peinlich genau darüber, daß seine deutschlandpolitischen Interessen auch in den letzten Verhandlungsrunden gewahrt blieben.

Mit der Unterzeichnung des „Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten“ und des „Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) endete am 26./27. Mai 1952 eine erste wichtige Etappe in der Geschichte der jungen Bonner Republik. Fiel aus ihrem Blickwinkel vor allem die scheinbar nahe Aussicht auf die Ablösung des Besatzungsregimes ins Gewicht, zählte für Frankreich die Rettung wichtiger Reservatrechte gegenüber Berlin und Deutschland als Ganzem. Angesichts dieser unterschiedlichen Perspektiven war es nicht verwunderlich, daß die Hoffnungen auf eine Verbesserung des Verhältnisses auf dem neuen Fundament vorerst unerfüllt blieben.

Angetrieben von seiner nie ruhenden Furcht vor einer von prosowjetischen Kreisen an der Seine forcierten Einigung der Großen Vier über die „deutsche Frage“, drängte Adenauer auf eine möglichst rasche Ratifizierung des Vertragswerkes. Doch schon im Sommer war klar, wie schwierig die parlamentarische Behandlung in Paris werden würde. Denn sowohl in den Parteien als auch in der Regierung meldeten sich Stimmen, die die EVG als Totengräber der eigenen Weltmachtrolle oder Wegbereiter einer neuen „Wehrmacht“ bezeichneten und daraus die Notwendigkeit von Neuverhandlungen mit dem Ziel eines britischen EVG-Beitritts, der Verhinderung einer deutschen NATO-Mitgliedschaft oder sogar einer grundsätzlichen Kehrtwende in der Verteidigungspolitik ableiteten.

Gleichzeitig scheiterten die zwischen Adenauer und Schuman im März vereinbarten direkten Saarverhandlungen. Überdies stagnierte die von Schuman und seinem italienischen Kollegen de Gasperi im September 1952 angeregte Ausarbeitung eines Statuts über eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) – nicht zuletzt deshalb, weil die Bundesrepublik sich für eine weitgehende politische Integration auf föderativer Basis aussprach, wohingegen Frankreich nach einer staatenbündischen Lösung ohne Souveränitätsverlust trachtete. Dieser die nationale Eigenständigkeit bewahrende Ansatz setzte sich an der Seine auch mehr und mehr in der Frage der parlamentarischen Behandlung des EVG-Vertrages durch. Zwar willigten die Partnerländer in zahlreiche französische Sonderrechte ein, ohne aber Geist und Buchstaben des Vertrages in Frage zu stellen. Frankreich gewann damit weder die angestrebte volle Verfügungsgewalt über seine Streitkräfte noch die Autonomie in der Rüstungsproduktion zurück. Der Weg zum Aufbau einer eigenen Atomwaffe blieb – zumindest rechtlich – verbaut, und die Angelsachsen verweigerten verbindliche Sicherheitsgarantien.

Mit der nach dem Tode Stalins am 5. 3. 1953 einsetzenden Hoffnung auf Entspannung im Ost-West-Konflikt verlor die EVG in Paris ungeachtet der kurz darauf erteilten Zustimmung durch den Deutschen Bundestag weiter an Attraktivität. Darüber hinaus verstärkte der „New Look“ in der amerikanischen Verteidigungs-

konzeption seit Herbst den Wunsch nach einer nationalen Nuklearstreitmacht, die den Deutschen natürlich verwehrt werden sollte. Demgegenüber trieb Adenauer abermals die Sorge um, Frankreich könne versucht sein, sich mit den Alliierten ohne Rücksichtnahme auf die Interessen der Bundesrepublik zu verständigen. Mit großer Beklemmung sah er der im Januar/Februar 1954 stattfindenden Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte entgegen, wobei sich sein Mißtrauen vornehmlich gegen Schumans Nachfolger im Quai d'Orsay, Georges Bidault, richtete, hatte dieser doch 1944 mit dem damaligen Regierungschef de Gaulle den französisch-sowjetischen Bündnisvertrag abgeschlossen. Sein Argwohn war unbegründet. Die Intransigenz der östlichen Führungsmacht ließ die Tagung nach vier Wochen ergebnislos enden, und der französische Außenminister trotzte standhaft allen Bemühungen seines sowjetischen Kollegen Molotow, die westliche Front aufzuweichen.

Doch die Hoffnung, nun sei der Weg zur Ratifizierung des EVG-Vertrages frei, erwies sich als trügerisch. Wie in einem System kommunizierender Röhren nahm in Paris vielmehr mit der wachsenden Einsicht in die Notwendigkeit der deutschen Wiederbewaffnung die Bereitschaft zur Opferung der eigenen Handlungsfreiheit ab, um nach der Katastrophe von Diên Biên Phu am 7. 5. 1954 vollends zu versiegen. Nachdem bereits im März auf französischen Vorschlag hin die Idee der EPG aufgrund unüberbrückbarer Differenzen über die institutionelle Ausgestaltung und die Kompetenzen ‚sine die‘ verschoben worden war, scheiterten die Versuche des seit Juni amtierenden Regierungschefs Mendès France, durch Vertragsmodifikationen die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse zu ändern. Am 30. August lehnte die Nationalversammlung die parlamentarische Behandlung definitiv ab.

Mit ungeahnter Energie gelang es den Westmächten jedoch innerhalb weniger Wochen, eine tragfähige Ersatzlösung zu finden. In Übereinstimmung mit dem britischen Außenminister Eden meinte Mendès France, das Problem der deutschen Wiederbewaffnung im Rahmen des Brüsseler Vertrages von 1948 beheben zu können. Denn eine derartige Lösung eröffnete seiner Meinung nach die Möglichkeit zur Kontrolle Deutschlands und zur Formung der von ihm als notwendig angesehenen ‚Achse‘ Paris–London als Pivot einer europäischen Verteidigung. Einen Beitritt Bonns zur NATO gedachte er hingegen möglichst zu verhindern, konnte sich aber mit dieser Zielsetzung auf der Ende September beginnenden Londoner Konferenz nicht durchsetzen. Nachdem Frankreich fünf Jahre lang erfolgreich die Aufnahme der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis blockiert hatte, gab Mendès France den Widerstand schließlich auf, als die Verbündeten seine Forderung nach Einrichtung einer Rüstungskontrollbehörde unter dem Dach des Brüsseler Pakts akzeptierten, Eden eine permanente britische Truppenpräsenz auf dem Kontinent und Adenauer den Verzicht auf die Produktion von ABC-Waffen zusagten. In äußerst schwierigen Verhandlungen einigte sich der Président du Conseil mit dem Kanzler außerdem auf eine Lösung der Saarfrage, die die Außen- und Verteidigungspolitik der Saar einem neutralen Kommissar unter dem Dach der neugeschaffenen Westeuropäischen Union (WEU) überantwortete und die Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich bestehen ließ.

Mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. 5. 1955, das der Bundesrepublik Souveränität und die gleichberechtigte Mitgliedschaft in der WEU und der NATO gewährte, begann nicht nur in den deutsch-französischen Beziehungen, sondern auch im Ost-West-Verhältnis eine neue Epoche. Die an der Moskwa offenbar einsetzende „Tauwetterperiode“ veranlaßte die Westmächte, den Moskauer Entspannungswillen auf einer für Juli vereinbarten Gipfelkonferenz in Genf zu prüfen. Adenauer behagte diese Absicht ganz und gar nicht, fürchtete er doch vor dem Hintergrund des in Washington diskutierten Planes eines die Bundesrepublik einschließenden Gürtels neutralisierter Staaten, in den Strudel unalkulierbarer Viermächteverhandlungen gezogen zu werden. Um für den Eventualfall gewappnet zu sein, ließ er vom Auswärtigen Amt ein weitreichendes Abrüstungskonzept ausarbeiten. Zugleich ergriff er, die westlichen Kontakte nach Osten argwöhnisch beobachtend, sofort die sich ihm mit der Moskauer Einladung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bietende Chance, die sowjetische Verhandlungsbereitschaft persönlich auszuloten. Freilich übersah er nicht die Notwendigkeit, vor der Reise in Paris Mißtrauen gegen eine eigenständige Bonner Ostpolitik zerstreuen zu lassen. Der neue Außenminister Pinay nahm seine Eröffnungen dankbar entgegen, sah aber kaum Grund zur Sorge, galt der Kanzler doch als derjenige deutsche Staatsmann, der am ehesten dazu imstande sei, Moskauer Sirenengesängen zu widerstehen.

Aus deutscher Sicht konnte von der französischen Regierungsspitze Gleiches hingegen nur bedingt behauptet werden. Hatte Ministerpräsident Faure schon im Vorfeld der Viererkonferenz dem sowjetischen Botschafter Winogradow Flexibilität in der Frage einer Neutralisierung Deutschlands signalisiert, so versetzte er Adenauer am 18. Juli in höchste Aufregung, als er in seiner Genfer Eröffnungsrede entgegen allen Absprachen die Nichterhöhung des militärischen Potentials Deutschlands für den Fall der Wiedervereinigung in Aussicht stellte. Faures Konzilianz war an der Seine keineswegs unumstritten. Namentlich Pinay hielt weder die Aufrechterhaltung der deutschen Teilung noch die Etablierung der Einheit Deutschlands unter neutralem Vorzeichen für opportun. In Übereinstimmung mit Adenauer zog er aus der ihnen völlig unverständlichen positiven Beurteilung der sowjetischen Politik durch Eisenhower und Eden nach der ergebnislosen Konferenz den Schluß, gegenüber der östlichen Vormacht eine vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit pflegen zu müssen.

Hinsichtlich der deutschen Teilung blieb diese Kooperation indes folgenlos. Denn die Sowjetunion versteifte sich nun auf die Zwei-Staaten-Theorie und wies alle Vorschläge der Westmächte zurück, die Wiedervereinigung mit einem Europäischen Sicherheitssystem zu verbinden. Mehr und mehr wurde die „deutsche Frage“ von Entspannungs- und Abrüstungsverhandlungen in den Hintergrund gedrängt. Die seit Januar 1956 amtierende sozialistische Regierung unter Mollet gedachte gar das alte Junktim zwischen Wiedervereinigung und Abrüstung zu lösen. Nachdem diese nicht zuletzt innenpolitisch motivierten Versuche, die Sowjetunion mit weitreichenden Vorschlägen zur Abrüstung und zum Status der Bundesrepublik innerhalb der NATO zu ködern, gescheitert waren, nahmen Paris und Bonn dann trotz unterschiedlicher parteipolitischer Vorzeichen seit Mitte 1956 ihre enge Kooperation wieder auf. Förderlich wirkte neben dem sowjeti-

schen Starrsinn die beiderseits des Rheins wahrgenommene Gefahr einer exklusiven Verständigung der Supermächte. Auch die Frankreich weiterhin umtreibenden „incertitudes allemandes“¹³ ließen es notwendig erscheinen, das gemeinsame Band enger zu knüpfen. Als entscheidendes Movens für die Annäherung diente indes die Suez-Krise, da Adenauer Mollet in den schweren Stunden des 6. 11. 1956 persönlich zur Seite stand und beide Regierungschefs aus dem amerikanisch-sowjetischen Zusammenspiel die Konsequenz zogen, daß die Nachbarn ihr Schicksal nur vereint meistern könnten. Gemeinsam zielten sie nun darauf ab, den festgefahrenen Verhandlungen über die europäische Integration zum Durchbruch zu verhelfen.

Mit dem Scheitern von EVG und EPG im Sommer 1954 hatte die Vision eines politisch geeinten Europa einen schweren Rückschlag erlitten. Zwar verabschiedeten die Sechs Anfang Juni 1955 im Zeichen einer „relance européenne“ eine Resolution, die die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes sowie eine Organisation zur friedlichen Nutzung der Atomkraft vorsah. Der zur Umsetzung dieses Beschlusses seit Juli arbeitende Sachverständigenausschuß ließ die Meinungsverschiedenheiten jedoch rasch zutage treten. Die deutsche Delegation zeigte wenig Interesse an der von Paris gewünschten Atomgemeinschaft, während die französische Abordnung dem Projekt des Gemeinsamen Marktes distanziert gegenüberstand. Der Wille Adenauers, die Verhandlungen unter keinen Umständen an Bonner Bedenken scheitern zu lassen, und der von Mollet und Außenminister Pineau dezidiert proeuropäisch gesteuerte Kurs waren dafür verantwortlich, daß die Experten ihre Arbeit erfolgreich abschließen konnten. Doch der von ihnen im April 1956 vorgelegte Bericht stellte lediglich den kleinsten gemeinsamen Nenner unterschiedlicher wirtschafts- und integrationspolitischer Vorstellungen dar. Die Ende Mai von den Außenministern in Venedig als untrennbare Einheit beschlossenen Vertragsverhandlungen über den Gemeinsamen Markt *und* die Atomgemeinschaft gerieten denn auch schon bald ins Stocken. Insbesondere Frankreich hatte dem Junktim nur widerwillig zugestimmt und unterbreitete seinen Partnern nun umfangreiche Sonderwünsche.

Es bedurfte schließlich der Zuspitzung der Weltpolitik im Herbst 1956, um den gordischen Knoten durchschlagen zu können. Von Adenauer und Mollet mit umfangreichen Vollmachten ausgestattet, erzielte eine deutsch-französische Arbeitsgruppe Anfang November einen Kompromiß, der schließlich die Grundlage für den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über EWG und EURATOM im März 1957 bildete. Bei beiden Regierungschefs überlagerten dabei Erwägungen des Augenblicks offenbar langfristige Überlegungen. Natürlich hielt Adenauer die Mitarbeit am Einigungswerk schon deshalb für notwendig, weil sie die Rückkehr der Bundesrepublik in die Staatengemeinschaft zu vollenden vermochte. Selbstverständlich gedachte Mollet mit einer europäischen Atomgemeinschaft der Gefahr zu begegnen, daß die Frankreich in der Atomforschung allmählich einholende Bundesrepublik mit Hilfe der USA eine eigene Nuklearindustrie aufbauen könnte. In erster Linie war es aber die sowjetisch-amerikanische Annäherung, die

¹³ Viénot, *Incertitudes allemandes*.

ihnen die Notwendigkeit der europäischen und insbesondere deutsch-französischen Kooperation vor Augen führte.

Einen nicht unbeträchtlichen Anteil an diesem Übereinkommen besaß die wenige Tage zuvor erfolgte Beilegung der Saarfrage. Im Saarabkommen vom 23. 10. 1954 hatten sich Adenauer und Mendès France auf die „Europäisierung“ des Saargebietes und einen Volksentscheid verständigt, die kein direktes Votum für eine Rückkehr zu Deutschland zuließ. Als der Tag der Abstimmung im Sommer 1955 näherrückte, empfahl der Kanzler der Saarbevölkerung aus Furcht vor außenpolitischen Nachteilen nachdrücklich, dem Abkommen zuzustimmen. Seine Hoffnungen richteten sich auf den Sturz der Regierung Hoffmann bei den nach der Anerkennung des Statuts vorgesehenen Neuwahlen. Auch Pinay maß einem positiven Ausgang des Referendums größte Bedeutung zu, weil er im Falle eines Scheiterns schwere Auseinandersetzungen mit Bonn befürchtete. Doch die Saarbevölkerung ignorierte sowohl den Rat des Bundeskanzlers als auch den Willen des Außenministers. Nach einem überaus heftigen Wahlkampf sprachen sich im Oktober 1955 67,7% der Saarländer gegen das Statut aus. Zwanzig Jahre nach dem Referendum von 1935 entschied sich die Bevölkerung damit ein zweites Mal für die Zugehörigkeit zu Deutschland.

Der befürchtete Rückschlag in den deutsch-französischen Beziehungen blieb nach diesem „Wunder an der Saar“¹⁴ indes aus. Umgehend versicherten sich die Regierungen gegenseitig der Absicht zur Fortsetzung der bilateralen Verständigung auch in der Saarfrage und nahmen schon bald Neuverhandlungen auf. Angesichts des eindeutigen Votums war klar, daß Bonn nun die volle Eingliederung der Saar in das Bundesgebiet anstreben würde, wobei man sich am Rhein aber sehr wohl bewußt war, dieses Ziel nicht ohne Gegenleistungen und nur in Etappen erreichen zu können. Auch in Paris sah man die Bewahrung des Status quo als obsolet an; folglich galt es aus dortiger Sicht, eine die politischen Interessen der Bundesrepublik und die wirtschaftlichen Ambitionen Frankreichs gleichermaßen berücksichtigende definitive Lösung zu finden. Nach außerordentlich diffizilen Verhandlungen einigten sich beide Seiten schließlich im Luxemburger Saar-Abkommen vom Oktober 1956 um den Preis erheblicher deutscher wirtschaftlicher Zugeständnisse auf die Einbeziehung des Saarlandes in den Geltungsbereich des Grundgesetzes. Am 1. Januar 1957 war das letzte gravierende Konfliktpotential zwischen Deutschen und Franzosen beseitigt.

Welch schöpferische Kräfte diese Lösung bei den Kabinetten am Rhein und an der Seine freisetzte, verdeutlicht nicht nur ihr enges Zusammenwirken in den abschließenden Verhandlungen über EWG und EURATOM, sondern auch, ja vor allem das nun einsetzende Tête-à-tête in der Rüstungspolitik. Nachdem Frankreich im Oktober 1954 seine jahrelangen Widerstände gegen die deutsche Wiederbewaffnung aufgegeben hatte, entwickelte es seit Sommer 1955 lebhaft Ambitionen für eine sicherheitspolitische Kooperation mit der Bundesrepublik. Da sie in Bonn auf große Resonanz stießen, unterbreitete Paris Anfang November 1956 den Entwurf eines gemeinsamen Rüstungsprotokolls. Zwei Monate später schloß der neue Bundesverteidigungsminister Strauß mit seinem französischen Pendant

¹⁴ Schneider, Wunder.

Bourgès-Maunoury in Colomb-Béchar eine Vereinbarung ab, die sich auf den Bau von Panzern und Flugzeugen, ja sogar auf die Fabrikation atomarer Rüstung und von Raketen erstreckte.

Die am Rhein und an der Seine vor dem Hintergrund erfolgreicher Tests sowjetischer Interkontinentalwaffen gehegte Sorge vor einem amerikanischen Rückzug aus Europa trieb die Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Herbst 1957 stetig vorwärts. Mitte November faßte ein kleiner Kreis im französischen Ministerrat unter strengster Geheimhaltung den Beschluß, die Bundesrepublik und Italien zur gemeinsamen Entwicklung von Kernwaffen einzuladen – ein Plan, dem Adenauer sofort sein Placet erteilte. Kurz darauf einigten sich die Verteidigungsminister Chaban-Delmas und Strauß mit ihrem italienischen Kollegen Taviani in einem detaillierten Protokoll auf eine Kooperation in den Bereichen Forschung, Militärkonzeption und Bau von Flugzeugen, Raketen- sowie Nuklearwaffen. Am Ostermontag 1958 paraphierten sie trotz amerikanischer Vorbehalte ein Abkommen über die gemeinsame Produktion von Atomsprengkörpern, das freilich schon bald wertlos war. Denn nach dem Zusammenbruch der IV. Republik ließ es der neue Regierungschef de Gaulle umgehend sistieren. Frankreich ging in der Nuklearpolitik fortan seine eigenen Wege.

Im Zeichen einer bemerkenswerten „Hausse“ ihrer Beziehungen war es Bonn und Paris in kurzer Zeit gelungen, nicht nur langjährige bilaterale Streitpunkte zu beseitigen, sondern auch konstruktive Beiträge für eine gemeinsame Politik zu leisten. Ob in der europäischen Integration, auf dem Gebiet der Atomforschung oder in der Rüstungsproduktion, stets schienen die beiden Regierungen an einem Strang zu ziehen, ohne dabei jene Distanz zu verlieren, die es ihnen erlaubte, die innen- und außenpolitische Entwicklung des Partners durchaus kritisch zu begleiten. Mit dem Regierungsbeginn Charles de Gaulles am 1. 6. 1958 veränderte sich das in den Vorjahren von einer allmählichen machtpolitischen Emanzipation Bonns gekennzeichnete Koordinatensystem des deutsch-französischen Verhältnisses indes grundlegend. Gewiß, beide Regierungen blieben sich angesichts der gemeinsamen historischen Wurzeln, ihrer „offenen Wunden“ – Wiedervereinigung bzw. Algerienproblem – und politischen Gegner der Bedeutung gutnachbarlicher Beziehungen bewußt. Und dennoch gewann die Verbindung jetzt neue Gestalt.

De Gaulles Machtantritt löste bei Adenauer tiefe Verunsicherung über den zukünftigen Kurs der französischen Außenpolitik aus. Daran änderte auch die Beteuerung der festen Verbundenheit Frankreichs mit dem Westen durch den neuen Außenminister Couve de Murville wenige Tage nach dem Regierungswechsel nichts. Trotz aller Erleichterung über diese Klarstellung und die Kontinuität versprechende Besetzung der zentralen Ministerposten mit ihm durchaus genehmen Persönlichkeiten blieb der Kanzler skeptisch und zögerte deshalb, auf das Angebot einer baldigen persönlichen Unterredung mit dem Président du Conseil einzugehen. Aus rational kaum nachvollziehbaren Gründen sollte die im September 1958 stattfindende erste Zusammenkunft ihr Verhältnis grundlegend ändern. Zwar erschütterte de Gaulle Adenauers soeben erst gewonnene Zuversicht schwer mit dem wenige Tage später an die Angelsachsen gerichteten geheimen Vorschlag zur Bildung eines neuen Sicherheitsorgans der drei Westmächte. Doch schon wäh-

rend der neuerlichen Begegnung in Bad Kreuznach im November schöpfte der Kanzler angesichts de Gaulles fester Haltung beim Eintreffen des sowjetischen Berlin-Ultimatums neues Vertrauen. Freilich war nicht zu übersehen, daß ihre Ansichten nicht nur in den zentralen nationalen Problemen des Algerienkrieges bzw. der deutschen Teilung auseinandergingen. Während Adenauers Rücksichtnahme auf die französische Nordafrikapolitik dort ihre Grenzen hatte, wo die Beziehungen zu den übrigen Staaten an der südlichen Mittelmeerküste gefährdet erschienen, war de Gaulle seinerseits ungeachtet öffentlicher Beteuerungen nur in beschränktem Maße bereit, die deutsche Einheit auf seine Fahne zu schreiben. Auch in der Frage der europäischen Einigung oder in ihrem Verhältnis zur NATO stimmten die Auffassungen der beiden Staatsmänner keineswegs überein. Dem Bonner Wunsch eines politischen Zusammenschlusses zu einem festen, mit eigenen Institutionen ausgestatteten Bund europäischer Staaten stand de Gaulle ablehnend gegenüber. Ihm ging es nicht um die Stärkung supranationaler Organisationen, sondern um die Abstimmung zwischen den Partnerstaaten auf der Ebene intergouvernementaler Konsultationen.

Galt Frankreich die nationale Souveränität schon in der Europapolitik als unantastbar, so mußte sie erst recht in der Sicherheitspolitik gewahrt bleiben. Mit seiner Maxime, die französische Verteidigung müsse französisch sein, ließ der seit Januar 1959 mit der Macht des Staatspräsidenten ausgestattete General nach der angelsächsischen Ablehnung des Dreierdirektoriums dann im November keinen Zweifel mehr daran, daß Frankreich sein Schicksal in die eigenen, nuklear bewehrten Hände nehmen und sich aus der als Fessel empfundenen Integration der NATO befreien werde. Die Bundesrepublik konnte sich diesem Alleingang nicht in den Weg stellen, hatten die enge Abstimmung im Vorfeld und Couve de Murvilles kompromißloses Eintreten für die deutschen Interessen auf der Genfer Außenministerkonferenz im Mai 1959 doch noch einmal unter Beweis gestellt, wie wichtig die guten Beziehungen zu Frankreich waren. Adenauers wachsendes Mißtrauen gegenüber dem britischen Premierminister Macmillan und die Sorge, auf den amerikanischen Präsidenten Eisenhower im Notfall nicht zählen zu können, geboten die Rücksichtnahme auf französische Empfindlichkeiten. Insbesondere der von Washington forcierte Gedanke einer neuen Gipfelkonferenz behagte ihm ganz und gar nicht. Auch de Gaulle fand nach der ergebnislos verlaufenen Genfer Außenministertagung kaum Gefallen an diesem Vorhaben, stimmte ihm schließlich aber doch zu.

Chruschtschows Abreise noch vor der Eröffnung der Pariser Gipfelkonferenz befreite den Kanzler im Mai 1960 für kurze Zeit von seinen größten Befürchtungen. Die außenpolitischen Gefahren sah er freilich nicht gebannt, galt es doch auch in Zukunft mit einer zwischen Drohung und Verführung oszillierenden Politik Moskaus zu rechnen. Da der Wind der Weltpolitik weiter in Richtung Détente drehte, wurde die Raison der Bonner Republik, „durch westliche Integration zugleich staatliche Souveränität und nationale Einheit zu finden“¹⁵, in Frage gestellt. Deshalb festigte sich beim Kanzler die Auffassung, die Erstarrung in der Deutschlandpolitik durch neue Lösungsmuster aufbrechen und zugleich die euro-

¹⁵ Hildebrand, *Integration*, S. 44.

päische Integration beschleunigen zu müssen. In der Europapolitik kam ihm de Gaulle bei einem Treffen in Rambouillet im Juli 1960 mit einer Initiative entgegen, die eine Zusammenarbeit der EWG-Staaten auf wirtschaftlichem, politischem, kulturellem und militärischem Gebiet unter Einschluß von Reformvorschlägen für die NATO vorsah. Darüber hinaus regte der General offenbar auch die Intensivierung der Zweierbeziehungen, möglicherweise gar eine bilaterale Union an. Doch dieser „französisch-deutsche ‚Flirt‘“¹⁶ stieß in Bonn auf breite Ablehnung. Nachdem seine Berater ihn auf die Fallstricke in de Gaulles Plänen aufmerksam gemacht hatten, bat der Kanzler ihn wenige Tage später um Präzisierungen. Der französische Präsident kam diesem Wunsch in einer großen Pressekonferenz Anfang September nach; die Meinungsverschiedenheiten waren damit aber nicht ausgeräumt.

Angesichts des allenthalben scharfen Windes, der ihm ins Gesicht blies, hielt de Gaulle es für geboten, die NATO-Reform zunächst ruhenzulassen und sich auf Europa zu konzentrieren. Daher lud er zu einer Konferenz der EWG-Staaten ein, auf der er im Februar 1961 regelmäßige Regierungstreffen mit dem Ziel einer organisierten Zusammenarbeit anregte. Zugleich machte er – in Übereinstimmung mit dem Kanzler, aber im Gegensatz zu den übrigen Partnern – deutlich, daß das in Angriff genommene Werk und die nunmehr beschlossene Beschleunigung des Integrationsprozesses in der EWG nicht durch etwaige Beitrittsabsichten Großbritanniens gestört werden dürften. Ungeachtet dieser antibritischen Spitze und ihrer Vorbehalte gegen die Rückkehr zur intergouvernementalen Kooperation billigten die Regierungschefs das Vorhaben und setzten zu seiner Realisierung eine Kommission ein. Im Juli betrauten sie dieses Gremium unter der Leitung des französischen Botschafters Fouchet mit der Aufgabe, ein „Europäisches Statut“ auszuarbeiten. Anfang November lag ein erster französischer Entwurf vor. Die Bundesregierung begrüßte das Dokument, hielt aber Ergänzungen und Abänderungen für dringend notwendig, um die Verträge von Rom und Paris nicht zu gefährden. Die Differenzen vertieften sich noch, als Adenauer vor dem Hintergrund des Mauerbaus an der Spree im Dezember die Möglichkeit eines Vier-Mächte-Arrangements über Berlin prüfen zu sollen und dem zögernden de Gaulle Desinteresse am Schicksal der geteilten Stadt vorwarf.

Infolge der sich nach dem Regierungswechsel in Washington von Eisenhower zu Kennedy verdichtenden Anzeichen für eine Détente zwischen den Supermächten führten die Dissonanzen indes nicht zum Bruch – im Gegenteil: Im Februar 1962 verband de Gaulle eine scharfe Klage über den Zustand der bilateralen Beziehungen mit dem Vorschlag einer engen Koordinierung der beiderseitigen Außenpolitik. Gleichzeitig legte er der Fouchet-Kommission ein neues Papier vor, das die Bedenken der Verhandlungspartner nicht nur ignorierte, sondern jegliche integrative Zukunft für die Union blockierte. Indem er im Mai noch einmal in aller Klarheit bekräftigte, daß er den von den Fünf favorisierten Weg der europäischen Föderation nicht mitzugehen bereit war, setzte er der monatelangen Suche nach einem Kompromiß ein Ende.

Bei ihm wie bei Adenauer gewann vor dem Hintergrund des gemeinsamen

¹⁶ Poidevin, Vernunfttehe, S. 434.

Mißtrauens gegenüber den USA und ihrer Ablehnung eines Beitritts Großbritanniens zur EWG der Gedanke einer Zweier-Allianz als „Rückversicherungslinie“¹⁷ an Boden. Als der Kanzler während seines Staatsbesuchs in Frankreich im Juli eine Konsultationsvereinbarung gegenüber den östlichen Gefahren anregte, verhielt sich der Präsident zwar zunächst reserviert. Zum Abschluß des Besuchs stellte er aber dann doch seinerseits die Kardinalfrage, ob man nicht zu zweit gehen könne, wenn es zu sechst nicht funktioniere, was Adenauer nach kurzem Zögern mit Ja beantwortete. Die Bedenken Außenminister Schröders ignorierend, griff der deutsche Regierungschef diesen Gedanken im Laufe der Deutschlandreise des Staatspräsidenten im September wieder auf. Der General erklärte sein Einverständnis und schlug im Gegenzug einen Mechanismus zur Konzertierung der Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik sowie eine enge Zusammenarbeit auf dem Feld der Erziehungspolitik vor. Ausdrücklich unterstrichen beide Staatsmänner, ihre Absichten nicht in der Form eines Vertrags fixieren zu wollen. Demgemäß einigten sich Schröder und Couve de Murville nach dem Austausch zweier Memoranden im Herbst 1962 bei einem Treffen im Dezember auf die Grundzüge eines entsprechenden Protokolls, das am 22. 1. 1963 in Paris feierlich unterzeichnet werden sollte.

Die Ereignisse der letzten Wochen des alten und der ersten Tage des neuen Jahres bewirkten dann in den Kanzleien am Rhein und an der Seine ein Umdenken über den Charakter der einzugehenden Vereinbarung. Adenauer erlitt durch die sogenannte „Spiegelaffäre“ eine innenpolitische Niederlage und mußte erkennen, daß seine präsumtiven Nachfolger Erhard oder Schröder die Entente mit Frankreich kaum pflegen würden. De Gaulle hingegen sah sich angesichts der politisch-ökonomischen Stabilisierung der V. Republik und nicht zuletzt dank des Waffenstillstandes mit Algerien innenpolitisch in einer wesentlich besseren Lage. Indem er dennoch ebenfalls auf ein exklusives Bündnis setzte, reagierte er vor allem auf außenpolitische Begebenheiten: auf die englisch-amerikanischen Vereinbarungen über die Lieferung von Polaris-Raketen an London und auf Adenauers Zustimmung zum amerikanischen Projekt der multilateralen Atomstreitmacht MLF. In einer aufsehenerregenden Pressekonferenz wies er den ihm angebotenen Beitritt zum Nassau-Abkommen vom 21. 12. 1962 am 14. 1. 1963 entschieden zurück und sprach sich dezidiert gegen den EWG-Beitritt Großbritanniens aus. Trotz energischer Versuche seiner Umgebung, ihn nach der Philippika des Präsidenten von der geplanten Reise an die Seine zur Verabschiedung des Dokuments abzubringen, hielt der Kanzler an seinem Besuch fest. Ja, nachdem die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes ihn davon in Kenntnis gesetzt hatte, die im Protokoll vereinbarten Materien bedürften der Ratifikation durch den Bundestag, fuhr er mit der Absicht nach Paris, de Gaulle nun von der Notwendigkeit eines Staatsvertrags zu überzeugen, um das deutsch-französische Verhältnis dauerhaft zu verankern. Am 21. 1. beim ersten Vieraugengespräch über die neue Marschroute ins Bilde gesetzt, willigte der Präsident in den Abschluß eines ratifikationsbedürftigen Vertrages ein. Einen Tag später vollzogen sie im Salon Murat des Elysée-Palastes den geschichtsmächtigen Akt.

¹⁷ Hildebrand, *Integration*, S. 51.

Beide Staatenlenker hofften auf eine möglichst rasche und reibungslose Ratifikation des Dokuments, unterschätzten aber wohl die vorhandenen Widerstandspotentiale: Lautstark kritisierten in- und ausländische Stimmen das eigensinnige Verhalten des Staatspräsidenten, unüberhörbar artikulierten namentlich die „Kleinen“ der Sechser-Gemeinschaft ihre Befürchtungen über Exklusivität und Dominanz der neuen „Achse Paris-Bonn“ und trugen dazu bei, daß dem die deutsch-französische Aussöhnung krönenden Abkommen nur eine kurze Akmé gewährt war. Mit der Entscheidung des Deutschen Bundestages, in der Präambel des Gesetzes zum Freundschaftsvertrag vom 15. 6. die multilateralen Verflechtungen der Bundesrepublik und die Partnerschaft mit den USA hervorzuheben, war das Schicksal des bilateralen Alleingangs besiegelt, der Wert des Dokuments aus französischer Sicht völlig entwertet.

Ungeachtet allen Bemühens von Adenauer und de Gaulle, den Konflikt nicht zu verschärfen, stießen die beiderseitigen Positionen über die Verbindung zur NATO, zu den USA und zur westlichen Gemeinschaft insgesamt bei ihrem nächsten Treffen Anfang Juli hart aufeinander. Auch der Abschluß eines Abkommens zur Errichtung eines gemeinsamen Jugendwerkes konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kurse der in Bonn und der in Paris formulierten Außenpolitik auseinanderdrifteten. Noch vor Adenauers Rücktritt wurde die durch seine persönliche Verbindung zu de Gaulle vorübergehend verdeckte Tatsache evident, daß der Elysée-Vertrag „zwei keineswegs gleichartige [...], sondern ganz unterschiedliche Länder“¹⁸ miteinander zu verbinden versuchte. Der von seinen Protagonisten gehegte Wunsch, er möge eine neue Ära in den deutsch-französischen Beziehungen einleiten, war mit den außenpolitischen Rahmenbedingungen und Interessen beider Staaten nicht in Einklang zu bringen.

Relevanz, Vielschichtigkeit und Komplexität der deutsch-französischen Beziehungen von 1949 bis 1963 mögen hinreichend deutlich geworden sein. Die vorliegende Monographie strebt das Ziel an, eine erstmals aus Primärquellen gearbeitete übergreifende Darstellung dieses Verhältnisses von der Gründung der Bonner Republik bis zum Ende der Kanzlerschaft Adenauers vorzulegen und en passant eine große Lücke in der Historiographie der deutschen und französischen Außenpolitik zu schließen¹⁹. Im Mittelpunkt der Studie stehen die *politischen* Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten, d. h. es geht zunächst darum, das Handeln der politisch Verantwortlichen in Bonn und Paris in gleichgewichtiger, deutscher und französischer, Perspektive nachvollziehend zu beschreiben. Welche Ziele verfolgten die Staatsmänner, Diplomaten und Beamten an Rhein und Seine gegenüber dem Nachbarn, und welche Motive leiteten sie? Worin bestanden die Prioritäten dieser Politik, und unter welchen Bedingungen änderten sich ihre Zielvorgaben? Ging es ihnen in erster Linie um Aussöhnung, Verständigung, Beendigung einer historischen Fehlentwicklung im Verhältnis der beiden Völker, oder stand

¹⁸ Tatu, Außenpolitik, S. 69.

¹⁹ Vgl. die Einlassung Hanns Jürgen Küsters' im „Rhöndorfer Gespräch“ vom 9. 4. 1992: Bisher gäbe es zur Außenpolitik der Adenauerzeit „nur systemanalytische Aspekte [...] Ein wesentliches Defizit in der Zeitgeschichtsforschung der Bundesrepublik sind diplomatiegeschichtliche Studien.“ (Doering-Manteuffel (Hg.), Adenauerzeit, S. 52f.).

das machtpolitische Kalkül im Vordergrund, den neuen Herausforderungen der Nachkriegszeit, des Kalten Krieges und der bipolar geordneten Staatenwelt, nur gemeinsam gewachsen zu sein?

Darf die Forschungsdiskussion über Kontinuität bzw. Diskontinuität der französischen Besatzungs- und Deutschlandpolitik zwischen 1944 und 1950 tatsächlich schon als „revisionistische‘ Wende“ gedeutet werden²⁰? War die seit 1947/48 auf die europäische Integration Westdeutschlands erkennbare Ausrichtung der französischen Deutschlandpolitik wirklich bereits von de Gaulle und Bidault angelegt? Hielten sie ihre Maximalziele im Rahmen einer angeblichen „doppelten Deutschlandpolitik“ nur deshalb offiziell noch aufrecht, weil die innenpolitische Stimmungslage es ihnen diktierte? Reduziert sich die Kluft zwischen dieser und der traditionellen Sichtweise nur „auf das dreifache Problem der Zugänglichkeit der Archive, der Breite methodischer Ansätze und der Rezeptionsfähigkeit der Zeitgeschichtsforschung gegenüber revidierten Positionen“²¹? Wie kann der dominanzgeprägte Ansatz bloßes Mittel für eine integrationsorientierte Politik gewesen sein, wenn die Entscheidungsträger doch angeblich seit 1945 von der geringen Durchsetzungskraft maximalistischer Positionen überzeugt waren? Hätte diese vorgebliche *opinio communis* nicht rascher zu einem Umdenken führen müssen, da die utopische Rhetorik die Germanophobie im Innern doch zusätzlich verschärfte, die öffentliche Erwartungshaltung erhöhte und die Officialisierung einer realistischeren Politik erschwerte?

Welche Relevanz besaß für den Veränderungsprozeß der französischen Haltung gegenüber Deutschland der Einfluß der Amerikaner? Bestand das Ergebnis der Wandlung in einer bloßen Anpassung an die Vorstellungen der westlichen Vormacht²²? Handelt es sich um ein erzwungenes Einschwenken auf die angelsächsische Politik? Oder war „weniger der Druck der Alliierten als die Logik der Entwicklung“²³ maßgebende Ursache für die Franzosen, sich für die westliche Stabilisierungspolitik zu entscheiden²⁴? Stand hinter der Wende originärer Europaidealismus²⁵ oder eine Fortführung nationalstaatlicher Politik mit anderen Mitteln²⁶?

Bis zu welchem Grade behaupteten die Regierungen in Bonn und Paris nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland unter den Zwängen des Ost-West-Konfliktes die Fähigkeit, ihr Verhältnis eigenständig zu gestalten? Welchen Einfluß besaß die „amerikanische Stabilisierungspolitik“²⁷? Wirkte die Außenpolitik der Bundesrepublik tatsächlich im gesamten Untersuchungszeitraum „in hohem Maße reaktiv“²⁸? Kann man also für die Anfangsphase der Bundesrepublik bis 1952 oder gar 1955 aufgrund des Souveränitätsvorbehaltes der Besatzungs-

²⁰ Morsey, Bundesrepublik Deutschland, S. 139.

²¹ Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 724.

²² Vgl. Korff, *Revirement*, S. 75–87; Kiersch, Deutschlandpolitik, S. 61.

²³ Loth, *Franzosen*, S. 46.

²⁴ Vgl. Kessel, *Westeuropa*, S. 302.

²⁵ Vgl. Loth, *Sozialismus*; Lipgens, *Bedingungen*.

²⁶ Vgl. Zieburg, *Beziehungen*, S. 64–80.

²⁷ Scharf/Schröder (Hg.), *Deutschlandpolitik*, Einleitung S. 10.

²⁸ Schöllgen, *Außenpolitik*, S. 96.

mächte „von einer genuinen Außenpolitik überhaupt nicht sprechen“²⁹? Belegen die Europa- und insbesondere die Frankreichpolitik nicht doch eine gewisse Unabhängigkeit deutscher auswärtiger Beziehungen seit Beginn der fünfziger Jahre? Muß nicht gerade der Elysée-Vertrag von 1963 als Ausdruck einer aktiven Bonner Außenpolitik betrachtet werden³⁰?

Welchen Stellenwert maßen die Bundesrepublik und Frankreich dem Verhältnis zum Nachbarn im Gesamtzusammenhang ihrer jeweiligen Außenpolitik zu? Wie ließen sich die Ambitionen Frankreichs nach weltweitem Einfluß, seine Empfänglichkeit für Offerten der sowjetischen Supermacht mit dem Streben der Bundesrepublik nach Souveränität und Gleichberechtigung, ihrem Drängen auf westliche Festigkeit in Einklang bringen? Hat Paris Bonn ungeachtet aller verbalen Beteuerungen jemals Gleichrangigkeit zugestanden? Beharrte es nicht vielmehr mit der Betonung der nationalen Eigenständigkeit, seines Status als Kolonialmacht, der Zugehörigkeit zu den „Großen Vier“ oder dem Aufbau der „Force de frappe“ auf einer Vormachtstellung?

Wie stand Frankreich zum Problem der deutschen Einheit? War es wirklich an der Beendigung der Teilung interessiert? Oder hat es den Willen zur Wiedervereinigung nur in dem Bewußtsein demonstriert, daß die Sowjetunion die westlichen Bedingungen niemals akzeptieren würde?³¹

Welches Gewicht kam dem Faktor Europa für die deutsch-französische Verständigung nach 1945 zu? Hätte es sie ohne den europäischen Rahmen gar nicht gegeben³²? Ging es den Kabinetten am Rhein und an der Seine darum, auf dem Weg über Europa die Annäherung zwischen den beiden Ländern zu verwirklichen? Oder wollten sie mit Hilfe der bilateralen Zusammenarbeit aus originärem Europaidealismus die Einigung der Alten Welt schaffen? War die europäische Kooperation vielleicht „Katalysator und zugleich positive Nutzenanwendung der deutsch-französischen Aussöhnung“³³?

Wie erklärt sich der nach 1955 einsetzende Prozeß einer mehr auf die national-staatliche Komponente achtenden Außenpolitik beider Staaten? Wurde sie aus der Not einer stagnierenden Europapolitik geboren oder als Ergänzung, gar als Alternative zur europäischen Integration gedacht? Bedurfte es nach einer Periode, in der die deutsch-französische Zusammenarbeit nur unter Verzicht auf erhebliche Teile nationaler Souveränität möglich und damit für große Bevölkerungsteile vor allem in Frankreich inakzeptabel erschien, der „realistischere[n] Basis“³⁴ einer Aussöhnung ohne tiefgreifenden Abstrich an der eigenen nationalen Identität? Muß mithin der Fehlschlag der EVG als „heilsame Krise“³⁵ begriffen werden?

²⁹ Einlassung von Anselm Doering-Manteuffel im „Rhöndorfer Gespräch“ vom 10. 4. 1992, in: ders. (Hg.), Adenauerzeit, S. 124 u. 156.

³⁰ Vgl. die Einlassungen von Anneliese Poppinga und Horst Osterheld im „Rhöndorfer Gespräch“ vom 10. 4. 1992, in: Ebd., S. 124 u. 126.

³¹ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 125.

³² Vgl. Willis, France, S. VII; Möller, Frankreichpolitik, S. 177.

³³ Ziebur, Beziehungen, S. 141.

³⁴ Manfrass (Hg.), Paris-Bonn, Vorwort S. 16.

³⁵ Ziebur, Beziehungen, S. 97.

Schuf erst die Abkehr beider Völker von „unerfüllbaren Träumen“³⁶ die Voraussetzung für eine dauerhafte Verbesserung ihrer Beziehungen?

Wieso kam es nach dem Ende der Besatzungsherrschaft, als das beiderseitige Verhältnis eine Qualität erreichte, die es seither nie wieder erlangte, nicht zu einem noch engeren Bündnis zwischen den Nachbarn? Lag das vor allem daran, daß ihr „frontales Gegenüber [...] sich eher in eine Rücken-an-Rücken-Position als in ein Nebeneinander verwandelt“ hatte³⁷, da Paris seinen Blick nach Süden, Bonn aber nach Osten wandte und beide nicht an den wirklich existentiellen Problemen des anderen teilnahmen – der Wiedervereinigung bzw. dem Prozeß der Entkolonialisierung?

Welche Rolle spielte der Machtantritt de Gaulles für den Fortgang der deutsch-französischen Beziehungen? Wie läßt sich die „Achse Paris–Bonn“ des Jahres 1963 erklären? War sie mehr ‚Liebesheirat‘ oder mehr ‚Vernunfthe‘³⁸, zwangsläufige Folge einer immer engeren Kooperation oder situationsbedingte Entscheidung der Regierungschefs, „Gebot der Staatsklugheit nach Jahrhunderten einer von Konflikten verdorbenen Geschichte“ oder „Mittel zum Zweck im Rahmen einer kraftvollen Bewegungspolitik“³⁹? Welche Bedeutung kam beim Abschluß der Entente den „Unsicherheiten [...] auf beiden Seiten“ zu: die Furcht des Kanzlers, daß sich zur ‚Untreue‘ der Briten und Amerikaner noch die der Franzosen gesellen könne; das Mißtrauen de Gaulles gegenüber dem deutschen „Drang nach Osten“⁴⁰?

Wie hoch, und diese Frage scheint durch ihre geschichtliche Größe mehr als berechtigt, muß das *persönliche* Verhältnis zwischen de Gaulle und Adenauer für das Gedeihen der deutsch-französischen Beziehungen nach 1958 veranschlagt werden? Wie erklärt sich Adenauers Mutation in Colombey-les-deux-Eglises „von einem Saulus in einen Paulus“⁴¹? Müssen wir uns damit abfinden, daß sie sich „letztlich einer rationalen Analyse entzieht“⁴²? Erlag er wie auch de Gaulle etwa einem „Drama der deutsch-französischen Mißverständnisse“⁴³? Und stellt der Elysée-Vertrag deshalb „ein totgeborenes Kind“⁴⁴, einen „überflüssigen Vertrag“ dar⁴⁵? Oder brauchte die schon bestehende Entente zwischen beiden Staaten nicht die Krönung, weil „die grundlegenden Optionen nicht harmonier[t]en“⁴⁶?

Wenngleich die staatsmännische Größe Adenauers und de Gaulles dem Rannekanischen „Männer-machen-Geschichte“-Blickwinkel durchaus eine gewisse Berechtigung verleiht, beschränkt sich die Arbeit natürlich nicht auf eine regierungsamtliche oder gar personalistische Perspektive. Vielmehr gilt es im Sinne

³⁶ Ebd., S. 81.

³⁷ Grosser, Frankreich, S. 182; s.a. Ziebura, Beziehungen, S. 131.

³⁸ Poidevin, Vernunfthe, S. 436.

³⁹ Schwarz, Entente, S. 10.

⁴⁰ Macmillan, Pointing the Way, S. 110f.

⁴¹ Ziebura, Beziehungen, S. 144.

⁴² Ebd., S. 109.

⁴³ Ebd., S. 101; vgl. Noack, Außenpolitik, S. 83.

⁴⁴ Ziebura, Beziehungen, S. 172.

⁴⁵ Diese Wertung in der 1. Auflage seines Buches (ebd., S. 109) ersetzte Ziebura in der Neuauflage durch die Formulierung „Der Freundschaftsvertrag: gute Absichten auf geduldigem Papier“ (ebd., S. 157).

⁴⁶ Ebd., S. 170.

einer „politische[n] Geschichte moderner Prägung“⁴⁷ auch, das politisch-diplomatische Handeln innerhalb komplexer Handlungszusammenhänge zu verorten, die Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik herauszuarbeiten, wirtschaftliche Aspekte der „Großen Politik“ sowie den Einfluß administrativer Strukturen in die Analyse einzubeziehen. Wie wirkten sich die chronische Instabilität der IV. Republik mit ihren insgesamt 23 Regierungen hier, das „penetrierte System“⁴⁸ der Bonner Republik dort auf die Entfaltung der bilateralen Beziehungen aus? In welchem Maße kam ihnen die dank de Gaulle bewirkte Stabilität der V. Republik zugute? Kann die Aussöhnung beider Völker als Werk einer patriarchalischen Kanzlerdemokratie und eines von der Autorität der Staatsspitze geprägten Präsidialsystems verinnahmt werden? Welche Handlungsspielräume besaßen die Kabinette angesichts der von Adenauer ausgeübten „klare[n] Prärogative“⁴⁹ und der von de Gaulle beanspruchten „*domaine réservé*“⁵⁰ bei der Festsetzung der jeweiligen Außenpolitik?

Wieviel Gewicht kam den Parlamenten bei der Ausformulierung der Regierungspolitik zu, wie entwickelte sich das Wechselverhältnis von Außenpolitik und Parlamentarisierung im Rahmen der beiden sozialstaatlich verfaßten Demokratien? Welche Haltung nahmen die Parteien gegenüber der Aussöhnung ein? Blieb sie über die Anfangsphase hinaus „vorwiegend das Werk liberaler und konservativer bürgerlicher Kräfte“⁵¹?

Welche Geltung besaßen kulturelle und wirtschaftliche Überlegungen für die Verständigungspolitik der Regierungen? Sah Frankreich die Kulturpolitik nach 1949 immer noch als Teil seiner Sicherheitspolitik an?⁵² Forcierte die Ökonomie die Annäherung? Wie wirkten sich die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen dem „zeitweise zum Almosenempfänger“⁵³ herabgesunkenen Frankreich und der die Früchte des „Wirtschaftswunders“ genießenden Bundesrepublik aus? Galten sie als Bedrohung der Machtbalance zwischen den beiden Staaten? Oder beruhigte der wirtschaftliche Aufschwung der Bonner Republik an der Seine, weil er „die unruhige Großmacht“⁵⁴ saturierte, von der „offenen Wunde“ der deutschen Teilung ablenkte?

Um zu tragfähigen Antworten auf diese vielfältigen Fragen zu gelangen, bedurfte es ausgedehnter empirischer Studien. Die Arbeit kombiniert diachronische mit systematischen Aspekten und läßt sich von den Hauptentwicklungslinien des internationalen Systems der Jahre 1949 bis 1963 leiten. Dabei erschöpft sie sich nicht in der rein bilateralen Betrachtung, sondern berücksichtigt notwendigerweise auch die europäischen, atlantischen, globalen Verflechtungen der Bonner und der Pariser Außenpolitik.

⁴⁷ Hillgruber, *Kontinuität*, S. 5; s.a. ders., *Politische Geschichte*; aus französischer Sicht vgl. bes. Duroselle, *De „l'histoire diplomatique“*; Girault, *L'histoire*; Renouvin, *L'histoire contemporaine*.

⁴⁸ Vgl. Birke, *Verfassung*, S. 78 f.; Hanrieder, *West German Foreign Policy*, S. 228–245.

⁴⁹ Hacke, *Weltmacht*, S. 58 f.; vgl. Schwarz (Hg.), *Adenauers Regierungsstil*.

⁵⁰ De Gaulle an Debré, 8. 2. 1960, in: de Gaulle, *Lettres*, Bd. 8, S. 329. Zum Regierungsstil de Gaulles vgl. De Gaulle et ses Premiers ministres; Grote, *Regierungssystem*; Kimmel, *Verfassungsordnung*.

⁵¹ Manfrass (Hg.), *Paris–Bonn*, Vorwort S. 17.

⁵² Vgl. Hudemann, *Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik*, bes. S. 30 f.

⁵³ Grosser, *Frankreich*, S. 100.

⁵⁴ Poidevin, *Großmacht*.

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet eine Analyse der französischen Deutschlandpolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (Kap. II). Wenngleich sich nach gängiger Forschungsmeinung 1947/48 eine Wende in dieser Politik vollzog, setzt mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und dem Beginn zwischenstaatlicher Beziehungen 1949 eine neue, im Zeichen von „Versöhnung und [...] Annäherung“⁵⁵ stehende Epoche ein, die mit der Zäsur von 1954/55 endete. Mit dem Abschluß der Pariser Verträge gewann die Bundesrepublik die „volle[n] Macht eines souveränen Staates“⁵⁶, während Frankreich, dem dieses „Jahr der Wendepunkte“⁵⁷ Frieden in Indochina, eine Kehrtwende in der Tunesienpolitik und den Beginn des Algerienkrieges brachte, seinen Status als Besatzungsmacht aufgeben mußte.

Zu Beginn dieses zweiten Themenblocks wird Frankreichs Haltung zur „deutschen Frage“ im Zeichen des Besatzungsstatuts behandelt (Kap. III.1). Danach rückt das Thema der europäischen Integration in Form des Schuman-Plans, des deutschen Beitritts zum Europarat und der Diskussion über die Europäische Politische Gemeinschaft ins Blickfeld (Kap. III.2). Sodann befaßt sich die Arbeit mit der Saarfrage, die in den Jahren 1949 bis 1956 der bitterste Zankapfel zwischen Bonn und Paris war (Kap. III.3). Schließlich beleuchtet sie das zweite, zentrale Problem des beiderseitigen Verhältnisses, den deutschen Wehrbeitrag (Kap. III.4).

Mit der Beilegung dieser Schwierigkeiten in den Pariser Verträgen gewann die Verbindung der Bundesrepublik zum westlichen Nachbarn eine völlig gewandelte Basis. Neue Voraussetzungen und neue Aufgaben kennzeichnen denn auch die deutsch-französischen Beziehungen der Jahre 1955 bis 1958. In einer gewissen Analogie zum vorhergehenden Teil wird zunächst die „deutsche Frage“ im Zusammenhang veränderter europäischer Sicherheitsprioritäten untersucht (Kap. IV.1). Der folgende Abschnitt zeichnet die Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt und die Europäische Atomgemeinschaft nach (Kap. IV.2), die nicht zuletzt aufgrund der Regelung der Saarfrage erfolgreich zum Abschluß gebracht werden konnten (Kap. IV.3). Wie konstruktiv die beiden Regierungen in diesen drei Jahren miteinander verkehrten, verdeutlicht vor allem auch der Beginn ihrer Rüstungskooperation (Kap. IV.4).

Einen Meilenstein für das deutsch-französische Verhältnis bildete die Regierungsübernahme de Gaulles im Juni 1958, die den Ausgangspunkt des letzten Hauptkapitels markiert. Erneut wird zunächst das Deutschlandproblem thematisiert, das im Zeichen der Berlin-Krise und eines sich wandelnden Ost-West-Verhältnisses neue Virulenz erlangte (Kap. V.1). Anschließend geht es um den von den EWG-Staaten in Angriff genommenen Aufbau einer Politischen Union in Europa (Kap. V.2) sowie die von de Gaulle initiierten Bemühungen um eine Reformierung der NATO (Kap. V.3). Nach dem Scheitern dieser Aspirationen gewann am Rhein und an der Seine mehr und mehr der Gedanke eines bilateralen Bündnisses Kon-

⁵⁵ Ders., *Vernunftfehle*, S. 430.

⁵⁶ Art. 1, § 2 des „Vertrag[es] über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten“ vom 26. 5. 1952, in: BGBl 1954, Teil II, S. 62; vgl. Haftendorn/Riecke (Hg.), „...volle Macht ...“.

⁵⁷ Grosser, *Frankreich*, S. 123.

tur und ebnete schließlich den abschließend nachgezeichneten Weg zum Freundschaftsvertrag vom 22. 1. 1963 (Kap. V.4).

Ungeachtet des hohen zeitgeschichtlichen Wertes, der dem Gros der bereits veröffentlichten Dokumente und Literatur zukommt, beruht die Studie im wesentlichen auf umfangreichen Recherchen in den Archiven der beiden Außenministerien in Bonn und Paris sowie den Nachlässen von Politikern und Diplomaten. Aus dem reichhaltigen Fundus des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn sah der Verfasser die einschlägigen Bestände inklusive der dort liegenden Nachlässe der beiden ersten Bonner Botschafter in Paris, Wilhelm Hausenstein und Vollrath von Maltzan, ein. Im Bundesarchiv Koblenz wurden verschiedene Nachlässe sowie der Bestand Bundeskanzleramt konsultiert. Alle dort ausgewerteten Materialien standen in Quantität und Qualität eindeutig im Schatten des Nachlasses Blankenhorn, der für den Zeitraum von 1958 bis 1963 den bemerkenswertesten Beitrag für das Verständnis der Außenpolitik Adenauers leistet.

In der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf konnten einige Dossiers der Allgemeinen Korrespondenz durchgesehen werden. Außerdem fanden ausgewählte Bestände des Archivs für christlich-demokratische Politik in St. Augustin Berücksichtigung, von denen namentlich der Nachlaß Jansen hervorgehoben werden muß. Darüber hinaus wurden der Nachlaß Erhard in der nach ihm benannten Stiftung sowie der vornehmlich private Korrespondenzen umfassende Teilnachlaß Hausenstein im Schiller-Nationalmuseum/Deutsches Literaturarchiv Marbach herangezogen. Schließlich konnte die im Rahmen des Nuclear History Program am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn angelegte Dokumentensammlung benutzt werden.

Neben dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes kam den Archives du Ministère des Affaires Étrangères in Paris naturgemäß das größte Gewicht für die Erforschung der deutsch-französischen Beziehungen zu. Im Zentrum der Arbeit standen die Akten der Sous-Série Allemagne und der Sous-Série Généralités, die für die Jahre 1949 bis 1960 eingesehen werden konnten. Beachtung verdienten außerdem die im Quai d'Orsay und in den Archives départementales de la Moselle in Metz lagernden Papiers Robert Schuman. Wertvolle Ergänzungen fanden sich in den Fonds der Archives Nationales, besonders im bedeutsamen Nachlaß René Mayer und in den ergiebigen Papieren von Georges Bidault mit wichtigen, andernorts nicht aufgefundenen internen Dokumenten zur französischen Außen- und Deutschlandpolitik. Darüber hinaus war es möglich, im dortigen Nachlaß de Gaulle die Korrespondenz des Generals mit Adenauer und die Mitschriften über ihre zahlreichen Unterredungen auszuwerten. Ferner wurden der Nachlaß Pierre Mendès France im gleichnamigen Pariser Institut und interessante Schriftstücke zur französischen Deutschlandpolitik des Zeitraums von 1949 bis 1955 in den Archives de l'Armée de Terre in Vincennes konsultiert. Bemühungen um eine Benutzungsgenehmigung für den Nachlaß von André François-Poncet blieben ohne Erfolg.

Selbstverständlich berücksichtigt die Studie neben den Archivalien auch das bereits publizierte Quellenmaterial. Die wertvollsten Dienste leistete naturgemäß die Dokumentensammlung „Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich:

Dokumente 1949–1963“, die in vier Bänden die politischen und ökonomischen Beziehungen sowie die Einflußnahme von Parteien, Parlamenten und öffentlicher Meinung auf der Basis archivalischer wie veröffentlichter Quellen nachzeichnet⁵⁸. Als bedeutsame „Fundgrube“ dienten des weiteren die vom Quai d'Orsay seit 1987 herausgegebenen „Documents diplomatiques français“, die das Archivstudium indes keineswegs ersetzen. Denn das ausschließlich aus den Akten des Ministeriums schöpfende Werk orientiert sich in seinem Inhalt am „rôle mondial“ der Pariser Außenpolitik⁵⁹, so daß die Breite und Vielfalt der Beziehungen zu Bonn nur in Ausschnitten erfaßt wird. Außerdem setzen die DDF erst im Juli 1954 ein und lassen daher die so bedeutsamen Jahre 1949 bis 1954 bisher unberücksichtigt. Keinen vollständigen, aber einen gewiß wichtigen Ersatz für diese Lücke bietet die von Hans Manfred Bock besorgte Publikation der Monatsberichte des französischen Hohen Kommissars François-Poncet⁶⁰.

Zu den unseren Zeitraum behandelnden Akten des Auswärtigen Amtes liegen bisher zwei Bände mit den Protokollen der Unterredungen zwischen Adenauer und den Alliierten Hohen Kommissaren von 1949 bis 1952, der Doppeljahresband 1949/50 sowie der für unsere Fragestellung notabene zentrale Band 1963 vor⁶¹. Als nützlich erwies sich die Sammlung zentraler, von fünf Ausnahmen abgesehen, allesamt bereits publizierter Quellen zur Außenpolitik des ersten Bundeskanzlers von Klaus A. Maier und Bruno Thoß⁶².

Hoher Wert für das Verständnis der internationalen Verflechtung der deutsch-französischen Beziehungen kam den Editionen des amerikanischen und englischen Außenministeriums „Foreign Relations of the United States“ bzw. „Documents on British Policy Overseas“ zu. Beachtung fanden darüber hinaus Periodika zum politischen Geschehen in Frankreich und Deutschland ebenso wie Quellensammlungen zur Außen- und Sicherheitspolitik, zur „deutschen Frage“ und zur Geschichte der europäischen Integration. Zu nennen sind hier insbesondere das Archiv der Gegenwart, *L'Année politique*, das Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, die *Documentation française*, die Dokumente zur Deutschlandpolitik, das Europa-Archiv, die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung sowie die verschiedenen Dokumentationen des Auswärtigen Amtes⁶³ und von Siegler⁶⁴.

Eine unverzichtbare Bereicherung boten schließlich die Erinnerungen, Korrespondenzen und Redensammlungen der politisch Verantwortlichen in beiden

⁵⁸ BDFD, Bd. 1–4.

⁵⁹ DDF 1956, Bd. 3, S. XIII.

⁶⁰ François-Poncet, *Rapports mensuels*, 2 Bde.

⁶¹ AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951; AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952; AAPD 1949/50; AAPD 1963.

⁶² Maier/Thoß (Hg.), *Westintegration*.

⁶³ Auswärtiges Amt (Hg.), Außenministerkonferenz 1955; dass. (Hg.), 40 Jahre; dass. (Hg.), Dokumente zur Außenministerkonferenz 1959; dass. (Hg.), Dokumente zum Fehlschlag der Pariser Gipfelkonferenz; dass. (Hg.), Auswärtige Politik.

⁶⁴ Hervorzuheben sind: von Siegler, *Dokumentation zur Deutschlandfrage*, 3 Bde.; ders., *Dokumentation der Genfer Außenministerkonferenz 1959*, 2 Bde.; ders., *Dokumentation der Europäischen Integration*, 2 Bde.; ders., *Europäische politische Einigung*.

Staaten, aus denen die Rhöndorfer Ausgabe der Schriften Konrad Adenauers⁶⁵ und seine Erinnerungen⁶⁶ sowie die Werke Charles de Gaulles herausragen⁶⁷. Informativ und aufschlußreich waren außerdem die Memoiren und Selbstzeugnisse von Hervé Alphand, Armand Bérard, Georges Bidault, Herbert Blankenhorn, Karl Carstens, Jean Chauvel, Maurice Couve de Murville, Michel Debré, Felix von Eckardt, Edgar Faure, Paul Frank, Henri Froment-Meurice, Wilhelm Grewe, Wilhelm Hausenstein, Heinrich Krone, Hermann Kusterer, Rolf Lahr, Otto Lenz, Pierre Maillard, René Massigli, Pierre Mendès France, Jules Moch, Jean Monnet, Horst Osterheld, Alain Peyrefitte, François Seydoux und Franz Josef Strauß⁶⁸. Besondere Bedeutung kam schließlich dem Tagebuch Vincent Auriols zu⁶⁹, da es nicht nur die politische Gedankenbildung des ersten Staatspräsidenten der IV. Republik dokumentiert, sondern auch Einblicke in die einer sechzigjährigen Sperrfrist unterliegenden Protokolle des Conseil des Ministres ermöglicht⁷⁰.

Um die Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik, die Einflußnahme der Parteien auf die Regierungspolitik herauszuarbeiten, wurden die leider nur auf deutscher Seite vorhandenen Editionen parteipolitischer Akten⁷¹ sowie der jüngst erschienene Pilotband zu den Sitzungsprotokollen des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag herangezogen⁷².

Ein Blick in einschlägige Bibliographien mag demonstrieren, daß sich eine Untersuchung zu den deutsch-französischen Beziehungen der Ära Adenauer auch einer umfangreichen, wiewohl bisweilen betagten und die Themenschwerpunkte

⁶⁵ Adenauer, Briefe 1945–1947, 1947–1949, 1949–1951, 1951–1953, 1953–1955, 1955–1957; ders., Reden; ders., Teegespräche 1950–1954, 1955–1958, 1959–1961, 1961–1963.

⁶⁶ Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, 1953–1955, 1955–1959, 1959–1963; zu dessen Entstehung, Zielsetzung und Quellenwert vgl. Mensing, Adenauer-Memoiren.

⁶⁷ De Gaulle, Discours, Bd. 2–4; ders., Lettres, Bd. 6–9; ders., Mémoires d'Espoir, Bd. 1 u. 2; ders., Mémoires de Guerre, Bd. 3; ders., Memoiren der Hoffnung. De Gaulles Briefe lassen trotz editorischer Vorbehalte nuanciertere Urteile zu als seine Reden oder Memoiren (vgl. Berstein, La France, Bd. 1, S. 49).

⁶⁸ Alphand, L'étonnement d'être; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2; Bidault, Rebelle; Blankenhorn, Verständnis; Carstens, Erinnerungen; Chauvel, Commentaire, Bd. 2 u. 3; Couve de Murville, Außenpolitik; Debré, Mémoires, Bd. 2–4; von Eckardt, Leben; Faure, Mémoires, Bd. 1 u. 2; Frank, Botschaft; Froment-Meurice, Mémoires; Grewe, Rückblenden; Hausenstein, Erinnerungen; Krone, Tagebücher, Bd. 1; Kusterer, Kanzler; Lahr, Zeuge; Lenz, Tagebuch; Maillard, De Gaulle; Massigli, Comédie; Mendès France, Choisir; ders., Oeuvres, Bd. 2 u. 3; Moch, Histoire; ders., Vie; Monnet, Erinnerungen; ders./Schuman, Correspondance; Osterheld, „Ich gehe ...“; Peyrefitte, C'était de Gaulle; Seydoux, Botschafter; ders., Erinnerungen; Strauß, Erinnerungen.

⁶⁹ Auriol, Journal, Bd. 3, 5–7. Als Ersatz für den in Literaturverzeichnissen immer wieder aufgeführten, aber nicht erschienenen Band 4 können die entsprechenden Abschnitte der einbändigen Kurzfassung dieses Tagebuches dienen (ders., Septennat).

⁷⁰ Von den Ministerratssitzungen sind nur die recht unergiebigsten „ordres du jour“, „relevés de décision“ sowie die „communiqués de presse“ mit Ausnahmegenehmigung zugänglich (Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 41, Anm. 70). Für 1962/63 können ersatzweise die Aufzeichnungen Peyrefittes herangezogen werden (Peyrefitte, C'était de Gaulle).

⁷¹ Es liegen ediert vor die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes (Buchstab (Bearb.), Protokolle 1950–1953; ders. (Bearb.), Protokolle 1953–1957; ders. (Bearb.), Protokolle 1957–1961), der CDU-Bundestagsfraktion (Heidemeyer (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953), der SPD-Bundestagsfraktion (Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957; Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961; Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1966) und des FDP-Bundesvorstandes (Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1954; ders. (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1954–1960; Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967).

⁷² Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953.

ungleich bearbeitenden Literatur gegenübersteht⁷³. Zu den am intensivsten erforschten Zeiträumen gehört die französische Deutschland- und Besatzungspolitik von der Libération 1944 bis zur Gründung zweier deutscher Staaten 1949. Bis in die achtziger Jahre hatte sich dabei ein Konsens ergeben, daß Frankreich im Rahmen eines die Restauration der französischen Großmachtstellung einbindenden „Dominanzkonzepts“ unter der Führung de Gaulles eine radikal dezentralisierte Neugestaltung Deutschlands, die Abtrennung des Ruhrgebietes und seine Unterstellung unter alliierte Kontrolle, die Nutzbarmachung der wirtschaftlichen deutschen Ressourcen für den französischen Wiederaufbau und die Angliederung der Saar an Frankreich gefordert habe. Dem hätten vor allem sozialistische Politiker der nichtkommunistischen Résistance ein „Integrationskonzept“ entgegengesetzt, indem sie aus der Vergangenheit die Lehre zogen, daß die Beziehungen zum ehemaligen „Todfeind“ kooperativ gestaltet und er in die westeuropäische Staatenfamilie unter weitgehender Wahrung seiner staatlichen Integrität eingebunden werden müsse. Die regierungsamtliche Politik sei erst unter dem Einfluß des Kalten Krieges und aufgrund des zunehmenden politischen wie ökonomischen Drucks der USA in einem permanenten Rückzugsgefecht seit der Moskauer Außenministerkonferenz 1947 auf die angelsächsische Seite eingeschwenkt⁷⁴.

Der späte Zeitpunkt der Öffnung der Archive in den achtziger Jahren⁷⁵ und die erwähnte Lücke in der offiziellen Aktenedition des Quai d'Orsay waren dafür verantwortlich, daß diese Auffassungen nur langsam überprüft werden konnten. Eine konsensfähige Gesamtinterpretation hat sich bislang nicht entwickelt, denn neben betont weitausgreifenden Neuinterpretationen⁷⁶ und mit guten Argumenten präsentierten vermittelnden Positionen⁷⁷ nimmt auch die mittlerweile archivalisch abgestützte traditionelle Sichtweise⁷⁸ weiterhin ihren Platz ein⁷⁹. Mitunter gelten „Dominanz“- und „Integrationskonzept“ als zwei Seiten einer Medaille, die unter Einwirkung der Veränderung der globalen Ost-West-Politik „lediglich in verschiedenen Phasen eine unterschiedliche Gestalt“⁸⁰ angenommen habe. Wie

⁷³ S. Menyesch/Manac'h, France-Allemagne; ders./Manac'h/Schild, France-Allemagne.

⁷⁴ Aus der älteren Literatur zur französischen Deutschlandpolitik der ersten Nachkriegsjahre vgl. vor allem: DePorte, Foreign Policy; Korff, Revirement; Lipgens, Bedingungen; Willis, French in Germany.

⁷⁵ Zur Forschungssituation in den französischen Archiven vgl. Even, Siècles; Hamon, Archives; Hudemann, Geschichte; Martens, Saisir l'avenir; Wolfrum, Besatzungsarchiv.

⁷⁶ Vgl. die zahlreichen, im Literaturverzeichnis genannten Arbeiten von Hudemann (zuletzt: Hudemann, Reparationsgut; ders., Revanche) und jetzt vor allem Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“; ders., Frankreich.

⁷⁷ Bungert, New Perspective; de Cuttoli-Uhel, Politique allemande; Gillingham, Coal; Guillen, Question, S. 24–28; Hillel, L'occupation française; Institut Français de Stuttgart (Hg.), Deutschlandpolitik; Isajiw, Was soll aus Deutschland werden?; Jurt (Hg.), Besatzungszeit; Kessel, Westeuropa; Knipping/Le Rider (Hg.), Kulturpolitik; Kolboom, Frankreich; Loth, Deutsche Frage; ders., Sozialismus; Manfrass/Rioux (Hg.), France-Allemagne; Ménudier (Hg.), L'Allemagne occupée; Scharf/Schröder (Hg.), Deutschlandpolitik; Schreiner, Bidault; Soutou, Politique française; Wilkens, Besetzung; Young, France.

⁷⁸ Auerbach, Wende; Bossuat, La France, 2 Bde.; Dankert, Vorstellungen; Hitchcock, France Restored; Marcowitz, Grundzüge.

⁷⁹ Vgl. die Zusammenfassung der derzeitigen Forschungsthemen bei: Bock, Perzeption, S. 585 f.; Hudemann, Frankreich und der Kontrollrat, S. 97 f.; ders., Reparationsgut; Kessel, Westeuropa, S. 6–10.

⁸⁰ Gillingham, Ruhrpolitik, S. 3.

stark sich das „Mischungsverhältnis“ dabei veränderte⁸¹, bleibt ebenso strittig wie die Frage, in welchem Maße die „thèses françaises“ taktischen Charakter bekamen⁸². Während Wolfrum von einer „janusköpfige[n] Besatzungspolitik“⁸³ spricht und Hudemann Frankreich eine „doppelgesichtige Sicherheitspolitik“⁸⁴ testiert, geht Hüser mittlerweile gar von einer „doppelten Deutschlandpolitik“⁸⁵ aus, die Bidault „zu drahtseilaktähnlicher Vollendung“⁸⁶ geführt habe. Demgegenüber erscheint Schuman bei ihm vor dem Hintergrund der zugespitzten internationalen Konstellation „als konsequenter Vollstrecker Bidaultscher Vorarbeiten denn als wirklicher Neuerer“⁸⁷.

Das in der älteren Literatur entworfene Bild von der „Ausbeutungskolonie“⁸⁸ und der unbarmherzigen Rachepolitik muß gewiß in Frage gestellt werden. Der Grundtenor nach 1945 war „nicht eine im blinden Revanchismus verhangene Neuauflage der gescheiterten Versailler Politik“⁸⁹. Frankreichs Haltung gegenüber dem östlichen Nachbarn prägte vielmehr ein spannungsreiches Nebeneinander unterschiedlicher Konzepte, die das Ziel einte, die gedemütigte Grande Nation vor einer Rückkehr der deutschen Gefahr zu schützen – am besten durch Zerschlagung der Reichseinheit. „Projet global“ war es, „faire de la France LA puissance de l'Europe de l'Ouest en s'appuyant sur la faiblesse allemande.“⁹⁰

Die von de Gaulle verkündeten „thèses françaises“ wurden von weitsichtigen Politikern, Militärs und Ministerialbeamten schon früh als nicht durchsetzbar verworfen⁹¹. In zahlreichen Sektoren lassen sich die konstruktiven Ansätze der französischen Besatzungspolitik „zwischen Nutzung und Demokratisierung“⁹² recht genau beschreiben, so für die Wirtschaftspolitik⁹³, die Gewerkschafts- und Unternehmerpolitik⁹⁴, die Sozialpolitik⁹⁵, die Parteienpolitik⁹⁶ sowie die Umerziehungs- und Entnazifizierungspolitik⁹⁷. Dies gilt auch für die Pariser Kulturpolitik östlich des Rheins⁹⁸. Idealtypische Modelle, nach denen sie lediglich zur Verschleierung einer rigiden ökonomischen Ausnutzung⁹⁹ oder als Teil der Sicherheitspolitik fungierte¹⁰⁰, gelten in ihrer reinen Form mittlerweile als über-

⁸¹ Kolboom, Frankreich, S. 63.

⁸² So Schreiner, Bidault, S. 170, der aber zugleich die Dominanzpolitik und Germanophobie hervorhebt; vgl. Kessel, „L'empêcheur“, S. 66.

⁸³ Wolfrum, Besatzungsherrschaft, S. 577.

⁸⁴ Hudemann, Besatzung, S. 241.

⁸⁵ Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“.

⁸⁶ Ebd., S. 281.

⁸⁷ Ebd., S. 297.

⁸⁸ Eschenburg, Jahre, S. 96.

⁸⁹ Kessel, „L'empêcheur“, S. 67.

⁹⁰ De Cuttoli-Uhel, Politique allemande, S. 107.

⁹¹ Vgl. Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“.

⁹² Hudemann, Reparationsgut, S. 35.

⁹³ Vgl. Lefèvre, Relations, S. 67–234.

⁹⁴ Vgl. Lattard, Gewerkschaften; Ludmann-Obier, Kontrolle.

⁹⁵ Vgl. Hudemann, Sozialpolitik.

⁹⁶ Vgl. Fäßler, Badisch; Kusch, Wiedergründung; Martin, Entstehung; Wolfrum, Besatzungspolitik.

⁹⁷ Vgl. Grohnert, Entnazifizierung; Möhler, Entnazifizierung.

⁹⁸ Vgl. Defrance, Politique culturelle; Gilmore, Cultural Policies; Mombert, Rééducation; Ruge-Schatz, Umerziehung; Knipping/Le Rider (Hg.), Kulturpolitik; Trouillet, Verhältnis; Vaillant (Hg.), Kulturpolitik; Zauner, Erziehung.

⁹⁹ Vgl. Eschenburg, Jahre, S. 97; Henke, Politik.

¹⁰⁰ Vgl. Hudemann, Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik, bes. S. 30 f.

holt¹⁰¹. Zwischen „Erziehung und Kulturmission“¹⁰² oszillierend, strebte sie danach, die Umerziehung der Deutschen sowie die Rahmenbedingungen ihrer Annäherung an den Westen mitzugestalten. Kardinale Bedeutung besaß dabei die wechselseitige Verbreitung der Sprache als zentrales Medium für ein tieferes Verständnis der fremden Kultur¹⁰³.

Die Verfechter der Kontinuitätsthese sollten indes nicht den Eindruck suggerieren, als ob sie sich vollends durchgesetzt hätten¹⁰⁴. Insbesondere Gérard Bossuat unterstreicht in seinem monumentalen Werk weiterhin die drängende Einflußnahme der amerikanischen Wirtschaftshilfe auf den deutschlandpolitischen Kurs der Franzosen. Bidault und Schuman hätten zwar 1948 die Notwendigkeit zum Umdenken erkannt. „La tendance majoritaire des cercles politiques français était donc de se méfier encore de l'Allemagne.“¹⁰⁵ Erst das Scheitern der zunächst auf England ausgerichteten neuen Pariser Europapolitik habe Frankreich zur kontinentaleuropäischen Kooperation mit der Bundesrepublik umschwenken lassen. Wenngleich allgemein akzeptiert wird, daß der Wandel in der französischen Deutschlandpolitik weit weniger abrupt erfolgte als in der älteren Forschung angenommen, gilt die Moskauer Außenministerkonferenz von 1947 weiterhin als große Wende in der offiziellen Politik¹⁰⁶, während der Wechsel zu einer kooperativen Haltung allgemein auf 1948 datiert wird¹⁰⁷.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gewann das beiderseitige Verhältnis seine bilaterale, auf Jahre hin freilich durch das Besatzungsstatut beschränkte und in den Ost-West-Konflikt eingebettete Dimension zurück. Folglich gilt es auch jene Untersuchungen zu berücksichtigen, die dieses Verhältnis als einen Aspekt der gesamten deutschen bzw. französischen Geschichte nach 1945 betrachten. Als zuverlässiger Orientierungsrahmen dienen die Handbücher zur Geschichte Europas in der Nachkriegszeit von Bracher, Hillgruber und Schieder¹⁰⁸ bzw. zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs, allen voran das zweibändige Standardwerk von Schwarz, die Darstellungen von Birke, Doering-Manteuffel, Görtemaker, Hillgruber und Morsey¹⁰⁹ bzw. Becker, Berstein, Berstein/Milza, Elgey, Loth, Rémond, Rioux, Viansson-Ponté und Weisenfeld¹¹⁰. Über die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1963 informieren insbesondere die Gesamtdarstellungen von Besson,

¹⁰¹ Vgl. Vaillant, Einführung, S. 61–67.

¹⁰² Zauner, Erziehung.

¹⁰³ S. den Bericht des Leiters der Abteilung für Öffentliche Bildung bei der französischen Militärregierung Raymond Schmittlein, Nr. 10711 DGAA/EDU, 27. 1. 1948, in: Vaillant (Hg.), Kulturpolitik, S. 161–184.

¹⁰⁴ Der Gefahr erlegen ist offenbar Hudemann, Reparationsgut.

¹⁰⁵ Bossuat, La France, Bd. 2, S. 657.

¹⁰⁶ Vgl. Poidevin, Französische Deutschlandpolitik; zum Konferenzverlauf ausführlich Kessel, Westeuropa, S. 211–256; Mai, Kontrollrat, S. 397–435.

¹⁰⁷ Vgl. Poidevin, Faktor Europa.

¹⁰⁸ Bracher, Europa; Hillgruber, Europa; Schieder (Hg.), Handbuch, Bd. 7.

¹⁰⁹ Birke, Nation; Doering-Manteuffel, Bundesrepublik Deutschland; Görtemaker, Geschichte; Hillgruber, Deutsche Geschichte; Morsey, Bundesrepublik Deutschland; Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957; ders., Ära Adenauer 1957–1963.

¹¹⁰ Becker, Histoire; Berstein, La France, Bd. 1; ders./Milza, Histoire; Elgey, Histoire, 3 Bde; de La Gorce, Naissance, 2 Bde.; Loth, Geschichte Frankreichs; Rémond, Frankreich, T.1 u. 2; Rioux, La France, 2 Bde; Viansson-Ponté, Histoire, 2 Bde.; Weisenfeld, Geschichte Frankreichs.

Hacke, Hanrieder, Noack und Schöllgen, der kompakte Band von Herbst, der luzide Essay von Hildebrand und Barings Studie über die erste Phase bis zum Scheitern der EVG 1954¹¹¹.

Als größere Monographien zu den deutsch-französischen Beziehungen liegen für die Jahre von 1949 bis 1963 bisher nur die Arbeiten von Bondy/Abelein, Weisenfeld, Willis und Ziebura vor, dessen kritische Sicht in einer aktualisierten Neuauflage kaum Revisionen erfuhr¹¹². Daneben informieren knappe Überblicksdarstellungen¹¹³ oder einschlägige Sammelbände¹¹⁴. Das Verhältnis Adenauers zu Frankreich analysieren ein gedankenreicher Essay von Hans-Peter Schwarz, ein von ihm herausgegebener Tagungsband und eine Untersuchung von Lappenküper¹¹⁵. Den speziellen Komplex der Europapolitik des ersten Bundeskanzlers behandeln Legoll und Weidenfeld¹¹⁶, während Haftendorn, Jansen und Pöttering den Schwerpunkt auf dessen Sicherheitspolitik legen¹¹⁷.

Zum Studium der Außenpolitik der IV. Republik Frankreichs muß neben den einschlägigen Kapiteln in den erwähnten Handbüchern primär auf die älteren Darstellungen von Carmoy und Grosser zurückgegriffen werden¹¹⁸. Denn nur die frühe Nachkriegszeit wurde bisher auf der Grundlage archivalischer Quellen bearbeitet¹¹⁹. Zur französischen Sicherheitspolitik sind namentlich die grundlegende Arbeit von Bozo und die Überblicksdarstellung von Doise und Vaisse¹²⁰ heranzuziehen, während zur Geschichte der Nuklearpolitik neben den älteren Arbeiten von Kohl und Mendl sowie den Darstellungen der Zeitzeugen Ailleret und Goldschmidt die Studien von Hecht und Scheinman und ein Sammelband von Vaisse zu konsultieren sind¹²¹.

Demgegenüber stützte sich der Verfasser in Fragen zur Außenpolitik de Gaulles vor allem auf die aus Anlaß seines 100. Todestages veröffentlichten, Bilanz ziehenden Sammelbände „De Gaulle en son siècle“ sowie die den Stand der Forschung präsentierende Arbeit von Vaisse¹²².

Die Europakonzeption de Gaulles behandeln vornehmlich das monumentale,

¹¹¹ Besson, Außenpolitik; Hacke, Weltmacht; Hanrieder, Deutschland; Noack, Außenpolitik; Schöllgen, Außenpolitik der Bundesrepublik; Herbst, Option; Hildebrand, Integration; Baring, Anfang; vgl. auch die Arbeiten zum außenpolitischen Konzept Adenauers von Möller, Politik Konrad Adenauers, und Schwarz, Reich, S. 425–479; ders., Konzept.

¹¹² Bondy/Abelein, Deutschland; Weisenfeld, Welches Deutschland?; Willis, France; Ziebura, Beziehungen.

¹¹³ Friend, Linchpin, S. 7–50; Herre, Deutsche und Franzosen; Knipping/Weisenfeld (Hg.), Geschichte, S. 141–198; Menyesch/Uterwedde, Frankreich – Deutschland; Poidevin/Bariéty, Frankreich; Werner, Nachbarschaft; ders., 10 Jahrhunderte.

¹¹⁴ Höpel/Tiemann (Hg.), 1945; Manfrass (Hg.), Paris-Bonn; Ménudier (Hg.), Couple; Picht (Hg.), Bündnis; ders. (Hg.), Deutschland.

¹¹⁵ Schwarz, Erbfreundschaft; ders. (Hg.), Adenauer und Frankreich; Lappenküper, Verhältnis.

¹¹⁶ Legoll, Konrad Adenauer; Weidenfeld, Adenauer und Europa.

¹¹⁷ Haftendorn, Sicherheit; Jansen, Abrüstung; Pöttering, Sicherheitspolitik.

¹¹⁸ De Carmoy, Politiques étrangères; Grosser, La IVe République; ders., Politique extérieure; ders., Frankreich und seine Außenpolitik.

¹¹⁹ Vgl. Gerbet, Relèvement; Young, France.

¹²⁰ Bozo, La France; Doise/Vaisse, Diplomatie.

¹²¹ Kohl, Nuclear diplomacy; Mendl, Deterrence; Ailleret, Aventure atomique; Goldschmidt, Complexe atomique; ders., Rivalités; Hecht, Radiance; Scheinman, Atomic energy policy; Vaisse (Hg.), La France et l'atome.

¹²² De Gaulle en son siècle, Bd. 4 u. 5; Vaisse, La grandeur.

Dokumentation und Analyse bietende Werk von Jouve¹²³, eine Studie von Bozo¹²⁴ sowie die nicht ganz überzeugenden Arbeiten von Lucas und Mirow¹²⁵. Seine Deutschlandpolitik wird in einem Sammelband von Loth und Picht, von Binoche, insbesondere aber in der grundlegenden Arbeit von Linsel sowie den Erinnerungen seines engen Mitarbeiters Maillard dargestellt¹²⁶.

Recht günstig erweist sich die Forschungssituation hinsichtlich der Haltung Frankreichs zur „deutschen Frage“. Daß die Wiedervereinigungspolitik dem Ziel der Westbindung und Friedenssicherung nachgeordnet war, zeigte die Pariser Reaktion auf die Stalin-Note vom März 1952. Folgt man der wichtigen Untersuchung von Lohse¹²⁷, galt diese von Meyer-Landrut bereits 1988 beschriebene Position nicht nur 1952¹²⁸, sondern während der gesamten Gründungsära der Bundesrepublik von 1949 bis 1955. Mit analytischem Scharfsinn durchleuchtet er auf der Basis erstmals erschlossener Quellen die Problematik der deutschen Teilung für die französische Außenpolitik dieser Jahre, scheint den Kurs der Westbindung aber gegenüber den im Elysée, Matignon und Quai d'Orsay angedachten alternativen Antworten auf die „deutsche Frage“ zu überschätzen.

Auch andere Schlüsselprobleme der deutsch-französischen Beziehungen dürfen inzwischen als gut erforscht gelten. Dazu gehören die europäische Integration¹²⁹, die Saarfrage¹³⁰ und vor allem der Gesamtkomplex der beiderseitigen Sicherheitspolitik¹³¹ unter besonderer Berücksichtigung der westdeutschen Wiederbewaffnung¹³², der Rüstungskooperation 1956 bis 1958¹³³ bzw. des anschließenden Strebens der Bundesrepublik nach nuklearer Teilhabe im atlantischen Bündnis¹³⁴. Die von de Gaulle nach seinem Regierungsantritt 1958 inszenierte Zuspitzung der Dreiecksbeziehung Deutschland-Frankreich-Amerika steht im Mittelpunkt der wichtigen, aber nicht in allen Deutungen überzeugenden Untersuchung Conzes¹³⁵. Während er die deutsch-französischen Beziehungen aus der Perspektive der amerikanischen Integrationspolitik gegenüber Westeuropa für die Jahre

¹²³ Jouve, *Le Général de Gaulle et la construction de l'Europe*, 2 Bde.

¹²⁴ Bozo, *Stratégies*.

¹²⁵ Lucas, *Europa*; Mirow, *Konzeptionen*; s.a. De Gaulle *en son siècle*, Bd. 5.

¹²⁶ Loth/Picht (Hg.), *De Gaulle*; Binoche, *L'Allemagne*; Linsel, *Charles de Gaulle*; Maillard, *De Gaulle*.

¹²⁷ Lohse, *Lockungen*.

¹²⁸ Meyer-Landrut, *Frankreich*; s.a. Soutou, *La France et les notes soviétiques*.

¹²⁹ Zur Geschichte der europäischen Integration vgl. zusammenfassend Gerbet, *Construction*; Loth, *Weg*; Trausch (Hg.), *Europäische Integration*; Wurm (Hg.), *Western Europe*; zur Europapolitik der IV. Republik weiterhin unverzichtbar: Bjøl, *La France*; zum Schuman-Plan vgl. vor allem: Diebold, *Schuman Plan*; Gerbet, *Genèse*; Lappenküper, *Schuman-Plan*; Schwabe (Hg.), *Anfänge*; zu den Bemühungen um eine Europäische Politische Gemeinschaft vgl. besonders: Bossuat, *Nature*, S. 208–217; Cardozo, *Projekt*; Fischer, *Projekt*; Griffiths/Milward, *Beyen Plan*; Küsters, *Vormarsch*; Soutou, *Georges Bidault*; zu den Verhandlungen über die EWG und EURATOM s. hauptsächlich Küsters, *Gründung*; Serra (Hg.), *Rilancio*; Weilemann, *Anfänge*.

¹³⁰ Vgl. Cahn, *Second retour*; Fischer, *Saar*; Freymond, *Saar*; Heinen, *Saargebiet*; Hudemann/Poidevin (Hg.), *Saar*; Kerkhoff, *Großbritannien*; Pohlmann, *Saarfrage*; Schmidt, *Saarpolitik*, 3 Bde.; Thoß, *Lösung*.

¹³¹ Vgl. Kaiser/Lellouche (Hg.), *Sicherheitspolitik*; Kocs, *Autonomy*; Soutou, *L'alliance incertaine*.

¹³² Vgl. Aron/Lerner (Hg.), *Querelle*; Clesse, *Projet*; Fursdon, *Community*; Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), *Anfänge*, Bd. 1–4; Noack, *Scheitern*; Wettig, *Entmilitarisierung*.

¹³³ Vgl. Barbier, *Négociations*; Conze, *Coopération*; Fischer, *Projekt*; Nuti, *Rôle*; Soutou, *Accords*.

¹³⁴ Vgl. Hoppe, *Teilhabe*; McArdle Kelleher, *Germany*; Steinhoff/Pommerin, *Strategiewechsel*.

¹³⁵ Conze, *Herausforderung*.

1958 bis 1963 beschreibt, lenkt Marcowitz in seiner intensiv recherchierten Arbeit den Blick auf den innerdeutschen Spagat zwischen Frankreich und den USA und das Verhältnis der deutschen Parteien zur Politik de Gaulles im Zeitraum von 1958 bis 1969¹³⁶. Reichhaltiges Material zur speziellen Verbindung der deutschen Sozialdemokratie zu Frankreich in den Jahren 1954 bis 1958 liefert die monumentale Thèse d'Etat von Cahn¹³⁷.

Als gute Orientierung zum Studium der Fouchet-Pläne dienen die auf der Basis publizierter Materialien entstandenen Abhandlungen von De Araujo, Bloes, Dammers und Silj sowie vor allem ein jüngst erschienenes Themenheft der „Revue d'Allemagne“¹³⁸. Zuverlässige Informationen über die Entstehung des Elysée-Vertrags verdankt die Forschung den Arbeiten von Arnolds, Bariéty, Jansen, Schwarz und Soutou¹³⁹. Die für den Fortgang der deutsch-französischen Beziehungen nach 1958 bedeutsamen persönlichen Beziehungen zwischen Adenauer und de Gaulle erfahren eine einfühlsame Beschreibung von Bariéty und Schwarz¹⁴⁰.

Anleitung zu einem tieferen Verständnis der behandelten Probleme bieten vor allem auch die Lebensbilder der dramatis personae. An erster Stelle ist hier die magistrale Biographie Adenauers von Schwarz zu erwähnen, der mit profunder Kenntnis der Quellen und der Literatur den ersten Bundeskanzler mit Sympathie, aber nicht unkritisch darstellt¹⁴¹, während die Lebensbeschreibung aus der Feder Köhlers unter einer konstruiert wirkenden Opposition zu Schwarz leidet¹⁴². Mit seiner aus archivalischen Quellen gearbeiteten gründlichen Arbeit über Heinrich von Brentano zwingt uns Kosthorst, das bisher wenig schmeichelhafte historische Urteil über den ersten vollamtlichen Außenminister der Bundesrepublik zu überdenken. Zugleich gibt er allerdings zu erkennen, daß Brentanos außenpolitischer Schwerpunkt eindeutig im Bereich der Deutschland- und Ostpolitik lag¹⁴³. Mit nur mäßigem Gewinn wurden das Buch Merseburgers über Kurt Schumacher, Adenauers großen innenpolitischen Gegenspieler der ersten Jahre¹⁴⁴, sowie die voluminöse Biographie Hentschels über Adenauers ungeliebten Nachfolger Ludwig Erhard herangezogen, die von einer starken Aversion des Verfassers gegenüber seinem „Anti-Helden“ gekennzeichnet ist¹⁴⁵.

Auf der französischen Seite sind namentlich die Arbeiten Poidevins über Robert Schuman zu nennen, die das Bild des „Europäers“ durch die Betonung der nationalistischen Züge erheblich modifiziert haben¹⁴⁶, und schließlich die mehr-

¹³⁶ Marcowitz, Option.

¹³⁷ Cahn, Parti, 3. Bde.

¹³⁸ De Araujo, Plan Fouchet; Bloes, „Plan Fouchet“; Dammers, Plans Fouchet; Silj, Puzzle; Revue d'Allemagne 29 (1997), H.2.

¹³⁹ Arnolds, Entstehung; Bariéty, De Gaulle; Jansen, Entstehung; Schwarz, Präsident de Gaulle; Soutou, Général de Gaulle.

¹⁴⁰ Bariéty, Rolle; Schwarz, Präsident de Gaulle.

¹⁴¹ Schwarz, Adenauer, 2 Bde.

¹⁴² Köhler, Adenauer.

¹⁴³ Kosthorst, Brentano.

¹⁴⁴ Merseburger, Kurt Schumacher.

¹⁴⁵ Hentschel, Ludwig Erhard.

¹⁴⁶ Stellvertretend sei die Hauptarbeit genannt: Poidevin, Robert Schuman; zur Europapolitik Schumans vgl. ergänzend: Mittendorfer, Robert Schuman.

bändige Biographie Lacoutures über Charles de Gaulle¹⁴⁷. Berücksichtigung fanden außerdem die Darstellungen über Bidault¹⁴⁸, Chaban-Delmas¹⁴⁹, Coty¹⁵⁰, Gaillard¹⁵¹, Mendès France¹⁵², Mollet¹⁵³, Pinay¹⁵⁴ und Pleven¹⁵⁵ sowie über den nie zu Ministerehren gelangten Jean Monnet¹⁵⁶, wenngleich sie nicht alle Fragen des Lesers zu beantworten vermochten.

¹⁴⁷ Lacouture, De Gaulle, 3 Bde.

¹⁴⁸ Dalloz, Georges Bidault; Demory, Georges Bidault.

¹⁴⁹ Chastenet/Chastenet, Chaban.

¹⁵⁰ De Baecque, René Coty.

¹⁵¹ Le Douarec, Gaillard.

¹⁵² Lacouture, Pierre Mendès France; Rouanet, Mendès France; s.a. die wichtigen Sammelbände Bédarida/Rioux (Hg.), Pierre Mendès France; Girault (Hg.), Pierre Mendès France.

¹⁵³ Bossuat, Guy Mollet; Lefebvre, Guy Mollet.

¹⁵⁴ Guillaume, Antoine Pinay; Rimbaud, Pinay.

¹⁵⁵ Bougeard, René Pleven.

¹⁵⁶ Als Biographien mit wissenschaftlichem Anspruch liegen vor: Duchêne, Jean Monnet; Fontaine, Jean Monnet; Roussel, Jean Monnet.

II. „Que faire de l'Allemagne?“: Die französische Deutschlandpolitik 1944–1949

„Das wesentliche Problem für Frankreich ist das Problem Deutschland. Das Problem Deutschland ist zugleich das europäische Problem par excellence. Als europäisches Problem par excellence ist das Problem in erster Linie ein globales Problem.“¹ Dieser Befund des Leiters der französischen Mission bei den Alliierten Regierungen in London Maurice Dejean wurde vom Chef der Provisorischen Regierung der Französischen Republik Charles de Gaulle allen Postulaten vom Primat der Ökonomie und der Innenpolitik nachgeborener Historiker zum Trotz dezidiert mitgetragen². Folglich mußte es seiner Meinung nach darum gehen, Frankreich wieder den ihm zustehenden Rang in der Welt zu verschaffen und ihm einen Anteil beim Neuaufbau einer Friedensordnung und speziell bei den Diskussionen über die Zukunft Deutschlands zu sichern.

Wie kein anderer französischer Politiker der Nachkriegszeit verkörpert de Gaulle bis auf den heutigen Tag das Streben des Hexagons nach nationaler Größe und Weltgeltung. 1890 in Lille geboren, schlug er zunächst die Offizierslaufbahn ein, die ihn 1940 für wenige Wochen zum Unterstaatssekretär für Verteidigung im Generalsrang aufsteigen ließ. Nach dem Zusammenbruch gründete er in London das Komitee „France libre“ und leitete ab Juni 1943 als Président du Comité Français de Libération Nationale die Résistance. Nach der Befreiung übernahm er Anfang September 1944 den Vorsitz der aus diesem Comité hervorgehenden Provisorischen Regierung. Durch die Wahlen zur Assemblée Constituante im November 1945 zu einer Mehrparteienregierung gezwungen, legte de Gaulle am 20. 1. 1946 sein Amt nieder. 1947 gründete er eine Sammlungsbewegung nach seinem Gusto, das „Rassemblement du Peuple Français“, das er bis 1954 anführte, um sich anschließend auf seinen Landsitz Colombey-les-deux-Eglises zurückzuziehen. Erst die Bürgerkriegsgefahr des Mai 1958 sollte ihn in die aktive Politik zurückführen³.

Indem der General Frankreich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder zu „grandeur“ verhelfen und dem ihm seiner Ansicht nach zukommenden „rang“ als Großmacht zuführen wollte, orientierte er sich in seinen deutschlandpolitischen Zielen an den Vorstellungen traditioneller nationaler Machtpolitik⁴. So war die „campagne de l'Allemagne“ auch ein Symbol nationaler „résurrection“, wie

¹ Dejean an de Gaulle, *Mémoire*, 21. 8. 1944, zitiert nach: Fritsch-Bournazel, Wende, S. 15.

² S. Rede de Gaulles vor der Assemblée Consultative, 22. 11. 1944, in: de Gaulle, *Discours*, Bd. 1, S. 480–485; vgl. die kritischen Bemerkungen bei Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 190–194.

³ Zu Person und Politik de Gaulles vgl. vor allem Institut Charles de Gaulle, *De Gaulle en son siècle*, 7 Bde.; Lacouture, *De Gaulle*, 3 Bde.; s. a. Kap. V.1.1.

⁴ Vgl. Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 91–111.

sich General de Lattre de Tassigny, der Befehlshaber der 1. Französischen Armee, ausdrückte⁵, gleichzeitig die beste Gelegenheit, sich die als notwendig erachteten Faustpfänder zu sichern. Dabei ergab sich freilich „un tragique décalage entre l'image de la France et de la réalité française“⁶, stand doch der politische Anspruch in fundamentalem Widerspruch zur Wirklichkeit einer in ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen erschütterten, auf amerikanische Hilfe angewiesenen Mittelmacht⁷. Bisweilen mochte es gar wie ein „Unglück“ wirken, daß Frankreich zu den Siegern des Weltkrieges gezählt wurde. Denn das Bewußtsein, den Krieg gewonnen, aber die Schlachten verloren zu haben, führte zu einem „Komplex“, der die Nation daran hinderte, ihre globale Rolle „in den rechten Proportionen zu sehen“. Die Abhängigkeit von den USA schien wie ein „schweres Dilemma“ auf ihr zu lasten. Akzeptierte sie die wirtschaftlich dringend notwendige Unterstützung, war sie in der Entwicklung eines eigenen außenpolitischen Programms gehemmt. Verweigerte sie sich der Hilfe, fehlte der französischen Weltpolitik die ökonomische Basis⁸.

De Gaulle versuchte die Zwangslagen und Widersprüche durch „Prestigebewußtsein und voluntaristische Unerbittlichkeit“ zu überspielen⁹. Mit Verve ging er sowohl hinsichtlich Deutschlands als auch in bezug auf die Beziehungen zu den Alliierten daran, seine Positionen für die Nachkriegszeit zu fixieren. Energisch betrieb er die Erlangung der völkerrechtlichen Anerkennung seiner Regierung, die aufgrund der amerikanischen Zögerlichkeit erst am 23. 10. 1944 erfolgte¹⁰. Mit Beharrlichkeit forderte er die Aufnahme in die alliierten Entscheidungsgremien, insbesondere in die Commission Consultative Européenne (CCE), die Frankreich am 11. 11. erreichte¹¹. Kurz vor dem Jahreswechsel konnte die Regierung außerdem den rückwirkenden Beitritt zur UNO zum 1. 1. 1942 verkünden¹².

„Assurer d'une façon efficace et durable la sécurité de la France est la préoccupation essentielle du Gouvernement provisoire de la République française.“ So lautete die zentrale Maxime der französischen Außenpolitik. Und dies bedeutete neben der Wiederherstellung einer schlagkräftigen Armee vor allem die Beseitigung der deutschen Gefahr: „priver d'une façon définitive l'Allemagne des moyens matériels de faire la guerre, la placer et la maintenir dans une situation telle que toute nouvelle agression de sa part sera physiquement impossible ou vouée à un échec certain et rapide“¹³. Am nachhaltigsten schien dies mit den Mitteln der

⁵ De Lattre de Tassigny, *Histoire*, S. 472.

⁶ Frank, *Conclusions*, S. 463; vgl. zum Problem der Machtperzeption in Frankreich ausführlich ders., *Hantise*.

⁷ Vgl. Bossuat, *La France*, Bd. 1, S. 25–98; Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 43–90.

⁸ PA, Abt. 2, Bd. 236, Bl. 234–245, Aufzeichnung Frank, 3. 7. 1953; zur Bedeutung der amerikanischen Wirtschafts- und Finanzhilfen für die Formulierung der französischen Außenpolitik in den ersten Nachkriegsjahren vgl. grundsätzlich Bossuat, *La France*, 2 Bde.

⁹ Loth, *Franzosen*, S. 33; vgl. Linsel, Charles de Gaulle, S. 115 f.

¹⁰ S. Hoppenot an Bidault, Tel. 64, 28. 9. 1944, in: DDF 1944, S. 42 f.; Massigli an dens., Tel. 4876, 29. 9. 1944, *Confidentiel*, in: ebd., S. 43–45; Hoppenot an dens., Tel. 102, 16. 10. 1944, *Secret*, in: ebd., S. 127 f.; ders. an dens., Tel. 181, 19. 10. 1944, *Réservé*, in: ebd., S. 141 f.; Chauvel an London etc., Zirkulartel. 178 etc., 24. 10. 1944, in: ebd., S. 155.

¹¹ S. Massigli an Bidault, Tel. 375, 21. 11. 1944, in: ebd., S. 295 f.

¹² S. Bidault an alle diplomatischen Vertretungen, Zirkulartel. 76, 29. 12. 1944, in: ebd., S. 508.

¹³ Aufzeichnung der französischen Delegation in Moskau, 1. 12. 1944, in: ebd., S. 343; vgl. Dejean an de Gaulle, *Mémoire*, 21. 8. 1944, in: Fritsch-Bournazel, *Frankreich*, S. 86.

direkten und dauerhaften politischen und wirtschaftlichen Schwächung des danieliegenden Nachbarn erreichbar. Seit September faßten die Verantwortlichen in Paris eine Besatzungszone ins Auge, die aus Teilen der englischen und amerikanischen gebildet werden sollte¹⁴. Am 27. 12. beantragte Frankreich offiziell die Assoziierung ins Besatzungsregime für Deutschland, die Teilnahme an der Autorité suprême und für den Fall der deutschen Kapitulation die Übertragung einer Okkupationszone¹⁵. Wenige Wochen später gestanden ihm die Drei Großen auf der Konferenz von Jalta letzteres zu und gewährten die Aufnahme in den Alliierten Kontrollrat¹⁶.

Wie de Gaulle Anfang Dezember 1944 dem zum Directeur des affaires politiques im Quai d'Orsay aufgestiegenen Maurice Dejean auf der Reise nach Moskau und dann dem sowjetischen Diktator Stalin darlegte, sollten die linksrheinischen Gebiete unter ein besonderes, von Frankreich besetztes und verwaltetes Regime gestellt und die Ruhr internationalisiert werden, während er dem Rheinland insgesamt die Funktion eines „glacis“ für Frankreich zuwies¹⁷. Natürlich hatte de Gaulle bei diesen konkreten Forderungen auch die öffentliche Meinung im Blick, doch handelte es sich gewiß um mehr als bloße „Ablenkungsangebote“¹⁸. Die jüngst veröffentlichten Dokumente aus dem Quai d'Orsay verdeutlichen eindrucksvoll die fundamentale Bedeutung, die der General gerade in der Allianz mit Moskau sah. Frankreich benötigte die Sowjetunion nicht nur zur Beseitigung der bestehenden und zukünftigen Gefahren aus dem Osten, sondern auch zur Durchsetzung seiner Interessen bei der Gestaltung der deutschen Nachkriegsordnung. Angesichts der gespannten Beziehungen zu den Westmächten suchte er gezielt die Nähe zur östlichen Flügelmacht und strebte zielbewußt auf einen möglichst engen Vertrag¹⁹. Gewiß verband de Gaulle mit dem Bündnis mit Stalin neben innenpolitischen Motiven²⁰ auch die Absicht, die Anerkennung einer gleichberechtigten Großmachtposition von den Angelsachsen zu verlangen²¹. Doch der Pakt mit Moskau bedeutete aus seiner Sicht noch viel mehr; er war „le noeud“ jeglichen Sicherheitskonzepts gegen Deutschland²². Während die Sowjets an ein eher lockeres Bündnis dachten, zielte de Gaulle auf „une alliance pour une période indéfinie après cette guerre“. Einen von britischer Seite vorgeschlagenen dreiseitigen Pakt lehnte er aufgrund der bestehenden Meinungsverschiedenheiten im Nahen Osten

¹⁴ S. Massigli an Bidault, 30. 9. 1944, Très secret, in: DDF 1944, S. 47 f.; Aufzeichnung des Kabinetts von de Gaulle, 23. 10. 1944, in: ebd., S. 151 f.

¹⁵ S. Aufzeichnung der Französischen Delegation bei der CCE, 27. 12. 1944, Secret, in: ebd., S. 489–491; Bidault an Massigli, Nr. 719, 29. 12. 1944, Secret, in: ebd., S. 510 f.; ders. an Washington u. Moskau, Tel. 533 u. 192, 30. 12. 1944, Réservé, in: ebd., S. 511 f.

¹⁶ Zum Konferenzverlauf vom 4.–11. 2. 1945 vgl. Graml, Alliierte, S. 31–60; zur Geschichte des Alliierten Kontrollrats vgl. die profunde Studie von Mai, Kontrollrat.

¹⁷ Aufzeichnung der französischen Delegation in Moskau, 1. 12. 1944, in: DDF 1944, S. 343–345, hier S. 345; s. a. Unterredung zwischen de Gaulle und Stalin vom 8. 12. 1944, Très secret, in: ebd., S. 419–422.

¹⁸ Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 256.

¹⁹ S. den französisch-sowjetischen Bündnisvertrag, 10. 12. 1944 in: EA 1947, S. 1046; vgl. Narinsky, De Gaulle.

²⁰ Vgl. Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 105.

²¹ S. DePorte, Foreign Policy, S. 79; Linsel, Charles de Gaulle, S. 119–121.

²² Aufzeichnung der französischen Delegation in Moskau, 1. 12. 1944, in: DDF 1944, S. 343.

und der erwarteten Differenzen in der Deutschlandpolitik ab²³. Allenfalls unterhalb der Ebene der bilateralen Allianz mit der Sowjetunion konnte er sich ein trilaterales Bündnis mit britischer Beteiligung vorstellen, und darunter wiederum ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluß der Amerikaner. „Du point de vue de la France“, betonte der französische General gegenüber seinem sowjetischen Gastgeber, „l’alliance franco-soviétique vient donc en premier lieu“, damit man präventiv agieren und sofort jeder äußeren Aggression begegnen könne²⁴.

Um den sperrigen Wunschartner auf seine Seite zu ziehen, lockte de Gaulle insbesondere in der polnischen Frage mit Konzilianz und akzeptierte ausdrücklich die Oder-Neiße-Grenze. Darüber hinaus kam er dem Generalissimus auch noch in anderer Hinsicht entgegen. Entgegen den seit 1943 angedachten Planungen einer westeuropäischen Föderation unter Einschluß von Ruhr und Rheinland²⁵ ließ er jetzt seine Bereitschaft erkennen, die Ruhr ebenso wie das Rheinland vom Reichsgebiet abzutrennen, ohne es einem gemeinsamen Regime zu unterstellen. Während das Rheinland französisch überwacht werden sollte, sah er für die Ruhr die Internationalisierung vor. Doch Stalin verweigerte die Unterstützung²⁶. Das Grundkonzept der „géopolitique à la française“, Kontrolle Deutschlands mit sowjetischer Hilfe und Kontrolle der Sowjetunion mit einem von Frankreich geführten geeinten Westeuropa, blieb aber prinzipiell erhalten²⁷.

Im Quai d’Orsay stießen die Planungen des Chefs im Matignon keineswegs auf ungeteilte Zustimmung, ohne daß man ihnen zu diesem Zeitpunkt bereits konkrete eigene Vorstellungen entgegengesetzt hätte. Als die Beamten in einer Arbeitssitzung im November Pläne zur Bildung eines „État rhéno-westphalien“ diskutierten, favorisierten sie die Vereinigung des westfälisch-rheinischen Territoriums mit der Mosel- und Lahnregion, eventuell auch noch mit dem Saar- und Nahegebiet. Zugleich sprachen sie sich gegen eine gemeinsame Grenze des neuen Staates mit dem Elsaß und für eine lange Besatzungszeit aus. Mit Blick auf die Saar plädierten sie für die Unterstellung unter ein Mandat „au bénéfice de la France avec transferts de population“²⁸. „Parmi les différents régimes à envisager“, so heißt es in einer Aufzeichnung des Quai d’Orsay Anfang Dezember zur Saar, „un seul satisfait toutes les exigences de l’économie française: c’est l’annexion politique.“ Neben den strategischen Vorteilen garantiere sie vor allem die erhofften Vorteile der wirtschaftlichen Annexion. Allerdings stand ihr der Wille einer homogenen Bevölkerung entgegen, und sie zu teilen sei aussichtslos, ein Bevölkerungsaustausch international kaum durchzusetzen. Als Alternative hielt das

²³ Unterredung zwischen de Gaulle und Bogomolov vom 7. 12. 1944, *Très secret*, in: ebd., S. 410 f., hier S. 410.

²⁴ Unterredung zwischen dems. und Stalin vom 8. 12. 1944, *Très secret*, in: ebd., S. 419–422, hier S. 420.

²⁵ Vgl. Poidevin, *Französische Deutschlandpolitik*; Soutou, *Place*, S. 45; Wilkens, *Neuordnung*.

²⁶ S. Unterredung zwischen de Gaulle und Stalin vom 6. 12. 1944, *Très secret*, in: DDF 1944, S. 386–394; Unterredung zwischen dems. vom 8. 12. 1944, *Très secret*, in: ebd., S. 419–422.

²⁷ Soutou, *Place*, S. 46.

²⁸ Unterredung im MAE unter der Leitung von Alphand vom 9. 11. 1944, Protokoll, in: DDF 1944, S. 232–235, hier S. 235; s. a. Unterredung im MAE unter der Leitung von Chauvel vom 27. 12. 1944, Protokoll, in: ebd., S. 491–494, Soutou, *Anschluß des Saarlandes?*, S. 227.

Ministerium ein internationales Statut für die beste Lösung, sofern es definitiv gelte²⁹.

Ungeachtet der Differenzen in Regierung und Verwaltung³⁰ ließ de Gaulle mit seinen Reden, Erklärungen und diplomatischen Initiativen nach dem Jahreswechsel keinen Zweifel an der Aufrechterhaltung seiner deutschlandpolitischen Forderungen: Angliederung des Saargebietes an Frankreich, dauerhafte Abtrennung des Rheinlandes vom übrigen Deutschland, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Unterwerfung des Ruhrgebietes unter internationale Kontrolle, massive Demonstrationen und Reparationsleistungen³¹.

Daß die extensive Nutzung der deutschen Ressourcen nur kurzfristig andauern und dann der sukzessiven Integration einer kontrollierten deutschen Wirtschaft in den europäischen Rekonstruktionsprozeß folgen sollte³², scheint kaum glaubwürdig eingedenk der eindeutigen Pläne Frankreichs, die Modernisierung der eigenen Wirtschaft mit Hilfe der Zerstörung der deutschen Ökonomie aufzubauen³³. Allen Verantwortlichen in Paris war klar, daß das Sicherheitsproblem künftig weitgehend wirtschaftlicher Natur sein würde. Für das militärische Niederhalten Deutschlands sorgten die alliierte Solidarität und der Pakt mit der Sowjetunion, im März 1947 noch ergänzt durch die Allianz mit Großbritannien³⁴. Wie aber konnte man sich der ökonomischen Potenz des östlichen Nachbarn auf Dauer erwehren? Indem Deutschland als Machtfaktor ausgeschaltet und Frankreich nicht zuletzt mit Hilfe des ökonomischen Potentials des Nachbarn als Vormacht auf dem europäischen Festland etabliert würde. Der Abbau der deutschen Wirtschaftskraft sollte dazu genutzt werden, aus Frankreich „eine industrielle Großmacht zu machen“³⁵. Mit amerikanischen Krediten und deutschen Ressourcen gedachten die Verantwortlichen in Paris der geschundenen „Grande Nation“ den überfälligen Schritt zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung zu erleichtern³⁶. Mit der Abtrennung des Ruhrgebietes und der dortigen Installierung einer von den Siegermächten abhängigen Regierung³⁷ wollten sie einerseits die „Waffenschmiede“ des deutschen Militarismus beherrschen. Andererseits war die Sicherung einer ausreichenden Kohleversorgung das zentrale Element, mit dem der von Jean Monnet und seinem Stab ausgearbeitete Modernisierungsplan stand und fiel³⁸.

Unter dem Motto „Plus de Reich centralisé!“ verlangte der General darüber hinaus eine Aufteilung des „corps germanique“ in mehr oder minder locker ver-

²⁹ Aufzeichnung der Abt. für wirtschaftliche Angelegenheiten im MAE, 4. 12. 1944, in: ebd., S. 357–368, hier S. 365; s. a. Soutou, Anschluß des Saarlandes?, S. 227 f.

³⁰ S. Burin des Roziars an Palewski, Aufzeichnung, 30. 12. 1944, in: DDF 1944, S. 514 f.

³¹ Mit zahlreichen Belegen vgl. Lippens, Bedingungen; Poidevin, Französische Deutschlandpolitik, S. 15–22; ders., Frankreich und die Deutsche Frage, S. 408–414; Soutou, Anschluß des Saarlandes?, S. 228–235; s. a. die Dokumentation in: EA 1946/47, S. 266–272.

³² Vgl. Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 398.

³³ Vgl. Bossuat, La France, Bd. 1, S. 63–81 u. 293 f.; Lefèvre, Relations, S. 20–32.

³⁴ Vgl. Bell, France, S. 68–84.

³⁵ Aufzeichnung des Directeur général des Affaires économiques, financières et techniques im MAE, Alphan, 24. 7. 1945, zitiert nach: Fritsch-Bournazel, Wende, S. 10.

³⁶ Vgl. Loth, Deutsche Frage, S. 39.

³⁷ Zur Bedeutung der Ruhrfrage für Frankreich 1945–1949 vgl. Gillingham, Coal, S. 148–173; Poidevin, Frankreich und die Ruhrfrage; ders., La France et le charbon allemand.

³⁸ Vgl. Mioche, Plan Monnet.

bundene Einzelstaaten³⁹. „Rücksichtslos“, so mochte es aus der deutschen Sicht scheinen, nutzte Frankreich seine Stellung als Besatzungsmacht aus und betrieb nach Abschluß der Potsdamer Konferenz vom August 1945, zu der es bekanntermaßen nicht eingeladen worden war, eine „Politik der Spaltung Deutschlands“⁴⁰, indem es im Alliierten Kontrollrat die vereinbarten deutschen Zentralverwaltungen obstruierte⁴¹. An der Zerstörung der deutschen Wirtschaftseinheit war man dagegen – mit Ausnahme der Saar – nicht interessiert und entwickelte daher im Herbst das Konzept der „bureaux alliés“, deutsche Verwaltungsstellen unter Aufsicht des Kontrollrates⁴².

Die von der Regierungsspitze an den traditionellen Mustern ausgerichtete „harte“ Deutschlandpolitik entsprach dem Willen einer großen Mehrheit der französischen Bevölkerung, in der Mißtrauen, Haß und Rachegefühle gegenüber dem östlichen Nachbarn überwogen und zu „gravierenden Minderwertigkeitskomplexen“ führten⁴³. Freilich darf von der Germanophobie weiter Bevölkerungskreise ebensowenig auf eine ausschließliche Unterstützung des Dominanzkonzeptes geschlossen werden⁴⁴ wie von der ebenfalls feststellbaren breiten Zustimmung zur europäischen Integration⁴⁵ auf eine einheitliche Absage dieses Konzeptes⁴⁶. Gleichwohl gab es durchaus alternative deutschlandpolitische Ideen, wie sie in Stellungnahmen von Parteien, Schriftstellern, Publizisten oder Kirchenvertretern zum Ausdruck kamen⁴⁷. Freilich gab es in der intellektuellen Elite auch Stimmen, die für eine langfristige Niederhaltung des besetzten Deutschland plädierten, wie François Mauriac und Edmond Vermeil⁴⁸. Demgegenüber diskutierten insbesondere Vertreter der sozialistisch inspirierten Résistance Pläne, die vom Ausgleich mit Deutschland im Rahmen einer neuen europäischen Staatenordnung bestimmt waren und vor allem in der SFIO auf fruchtbaren Boden fielen⁴⁹. Persönlichkeiten verschiedener politischer Couleur warnten die Regierung eindringlich vor der Versuchung der Revanche und redeten einer Politik der Verständigung das Wort – so etwa Henri Frenay, der Gründer der Résistance-Gruppe „Combat“, oder Raymond Aron, der in London das Sprachrohr „La France libre“

³⁹ De Gaulle, *Mémoires de Guerre*, Bd. 3, S. 46. Für Hüser zielt diese Formulierung nicht auf eine Zerteilung, sondern lediglich auf eine möglichst weitreichende Dezentralisierung (Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 260f.). Hudemann hält beide Interpretationen für legitim (Hudemann, *Reparationsgut*, S. 38).

⁴⁰ PA, Abt. 2, Bd. 249, Bl. 315–327, „Enttäuschungen in unseren Bemühungen um ein gutes Verhältnis mit Frankreich“, o.D. Die Aufzeichnung wurde Staatssekretär Hallstein am 17. 11. 1953 zuge stellt (ebd., Bl. 314, Strohm an Hallstein, 210–01/22 III 24726/53, 17. 11. 1953).

⁴¹ Vgl. Bungert, *New Perspective*; Deuerlein, *Obstruktion*; Kraus, *Ministerien*; Mai, *Kontrollrat*, S. 83–92.

⁴² Vgl. Hudemann, *Weichenstellungen*, S. 136 f.; ders., *Frankreich und der Kontrollrat*. Henke hingegen verweist darauf, daß es Frankreich bei einer zentralen Wirtschaftsverwaltung Deutschlands „nicht möglich gewesen [wäre], die ansehnlichen Wirtschaftsgewinne, die es in seiner Zone zu erzielen verstand, nach Frankreich zu transferieren, wo sie fest in die Planung der ökonomischen Rekonstruktion integriert waren“ (Henke, *Aspekte*, S. 70); zum Thema Wirtschaftseinheit vgl. ausführlich Mai, *Kontrollrat*, S. 173–255.

⁴³ Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 64.

⁴⁴ Vgl. dagegen Hänsch, *Frankreich*.

⁴⁵ Vgl. Loth, *Franzosen*, S. 32.

⁴⁶ Vgl. demgegenüber: Lipgens, *Kritik*, S. 164–198.

⁴⁷ Vgl. ausführlich Lipgens, *Kritik*.

⁴⁸ Vgl. Mortier, *Mythe*, S. 38–55; Auerbach, „Que faire?“.

⁴⁹ Vgl. die grundlegende Arbeit von Loth, *Sozialismus*.

redigiert hatte⁵⁰. Einen kaum zu überschätzenden Beitrag zum produktiven Miteinander lieferten privat ausgerichtete Gesellschaften dies- und jenseits des Rheins⁵¹. Auf Initiative des Jesuitenpaters Jean du Rivau riefen das „Bureau International de Liaison et de Documentation“ und die „Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit“ 1945 das dem Dialog verpflichtete Zeitschriftenpaar „Documents“ bzw. „Dokumente“ ins Leben⁵². 1948 gründeten Emmanuel Mounier und Alfred Grosser die Einrichtung des „Comité d'échanges avec l'Allemagne nouvelle“⁵³. Stellvertretend für die Gesinnung der auf einen Ausgleich mit dem östlichen Nachbarn bedachten Kreise mag der häufig zitierte Appell dienen, den Joseph Rovin 1945 in der Zeitschrift „Esprit“ veröffentlichte: „L'Allemagne de nos mérites“⁵⁴.

Auch in den verschiedenen Ministerien⁵⁵, sogar im französischen Generalstab gab es Stimmen, die energisch davon abrieten, die Politik der Zwischenkriegszeit zu wiederholen. Aus dem „Pyrrhussieg“⁵⁶ von 1918 zogen sie die Lehre, dem stets unruhigen Nachbarn Wege zu öffnen, „selon lesquelles il pourra s'épanouir, et être continuellement présent pour guider son mouvement“⁵⁷. Selbst de Gaulle ließ während einer Reise durch die französische Besatzungszone im Herbst 1945 konziliantere Töne erklingen. Er reagierte damit auf die Widerstände, auf die seine Politik bei den westlichen Alliierten stieß, und auf die wachsende Unruhe, die ihm die sowjetische Politik einflößte⁵⁸. Seine Reden und Ansprachen ließen aber noch etwas anderes erkennen. Auch die Verfechter eines karthagischen Friedens waren sich der Tatsache bewußt, daß die Zukunft Deutschlands im Mittelpunkt des europäischen Problems stehen mußte⁵⁹.

Der Rücktritt de Gaulles am 20. 1. 1946 bedeutete „keine Zäsur für die französische Deutschlandpolitik“⁶⁰. Die Einbeziehung von Kommunisten in die vom Sozialisten Félix Gouin fortgesetzte Koalition des Tripartisme und die antideutsche Haltung der Öffentlichkeit verboten eine Kehrtwende⁶¹. Die ausgesprochen instabile Situation des politischen Nachkriegsfrankreich behinderte ohne Zweifel die Formulierung einer kontinuierlichen Deutschlandpolitik. Zwischen den ersten Wahlen zur Nationalversammlung im November 1946 und dem zweiten Urnengang im Juni 1951 lösten sich neun Kabinette in den Regierungsgeschäften ab. Auch wenn nur drei Außenminister in diesem Jahrfünft amtierten, hatten diese doch die unterschiedlichen Koalitionen in ihrer Politik zu berücksichtigen. Auch

⁵⁰ Vgl. Aron, Lebenserinnerungen, S. 176–179 u. 192–200.

⁵¹ Vgl. Willis, France, S. 238–240.

⁵² Vgl. Falbisaner, Fachzeitschriften; Wintzen, L'influence; Ménudier, La Revue française; Guervel, BILD; Couchoud, Gesellschaft; s. a. AsD, NL Erler, Bd. 196, Winkelheide an Erler, Memorandum, Juni 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 1001–1008.

⁵³ Vgl. Grosser, Emmanuel Mounier; ders., Mein Deutschland, S. 66–71 u. 122–124.

⁵⁴ Rovin, L'Allemagne, S. 529–540, in deutscher Übersetzung in: Rovin, Zwei Völker, S. 83–102.

⁵⁵ Vgl. Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 365–404.

⁵⁶ Knipping, Weltkrieg, S. 243.

⁵⁷ Aufzeichnung des Etat-major général de la Défense nationale, 31. 7. 1945, zitiert nach: Fritsch-Bournazel, Frankreich, S. 89; zur Haltung des Generalstabs s. a. Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 360–365.

⁵⁸ Vgl. Guillen, Question, S. 24 f.; Soutou, Place, S. 46 f.

⁵⁹ Vgl. Linsell, Charles de Gaulle, S. 125–129.

⁶⁰ Wilkens, Besetzung, S. 7; s. a. Grosser, Frankreich, S. 46.

⁶¹ Vgl. Soutou, Place, S. 48.

mußten sie mit einer Nationalversammlung rechnen, die in außen- und deutschlandpolitischen Angelegenheiten mitzureden suchte und in der die Fronten meist durch die Parteien gingen⁶². Allerdings setzte das Kabinett Gouin vorsichtig neue Akzente. Die „déboires sur le plan territorial“ ließen es um so energischer den wirtschaftlichen Aspekt der Sicherheitsfrage in den Vordergrund stellen: Schwächung des ökonomischen Potentials und dauernde Kontrolle der wichtigsten Industrieregionen⁶³. So betonte Frankreich die Notwendigkeit einer anhaltenden militärischen Besetzung Deutschlands und forderte weiterhin eine umfassende internationale Lösung für die Ruhr, nicht aber die Abtrennung von Rheinland und Ruhrgebiet⁶⁴.

Wichtiger als Gouin war für den Verlauf der französischen Deutschlandpolitik der bereits unter de Gaulle amtierende Außenminister Georges Bidault. Jahrgang 1899, stammte er aus dem unweit Vichy gelegenen Städtchen Moulins. Er studierte Geschichte bzw. Geographie und arbeitete dann als Gymnasiallehrer. Nach dem Beitritt und dem raschen Aufstieg in das Exekutivkomitee des Parti Démocrate Populaire trat er 1934 in die Redaktion von „l'Aube“ ein, der Zeitschrift der christdemokratischen Bewegung. Im Anschluß an die deutsche Kriegsgefangenschaft begann 1941 seine eigentliche politische Laufbahn. Bidault schloß sich dem Widerstand an und übernahm 1943 von Jean Moulin den Vorsitz des Conseil National de la Résistance. Im August 1944 leitete er den Pariser Aufstand gegen die Deutschen, der am 26.8. mit dem Triumphzug über die Champs Elysées endete, für Bidault aber gleichzeitig die erste Auseinandersetzung mit de Gaulle brachte. Seiner Aufforderung, die Republik auszurufen, verweigerte sich der General, weil diese seiner Meinung nach nie untergegangen war. Außerdem gefiel es ihm nicht, von Bidault Befehle entgegenzunehmen zu sollen. Auf dem Marsch über die Pariser Prachtstraße zog de Gaulle ihn von der rechten auf seine linke Seite und ließ ihn einige Meter hinter sich. Die Hierarchie war für alle sichtbar dokumentiert. Für die weitere Zusammenarbeit bildete sie kein Hindernis. Im September zog Bidault in den Quai d'Orsay ein, den er bis 1954 insgesamt dreimal leitete. 1946 und 1949/50 amtierte der Mitbegründer des christdemokratischen „Mouvement Républicain Populaire“ (MRP) als Regierungschef, 1951/52 leitete er das Verteidigungsressort. Zwei Jahre später führte seine politische Karriere zunächst in die „marginalisation“⁶⁵ und endete schließlich in der Isolation. Bidaults entschiedene Gegnerschaft gegen die von de Gaulle nach seiner Rückkehr zur Macht 1958 in Angriff genommene Dekolonisationspolitik brachte ihn in die Nähe zur extremen Rechten. Als Mitglied des Exekutivkomitees der „Organisation de l'Armée Secrète“ zwang ihn der mißglückte OAS-Putsch 1962 ins Exil, das er bis zur Amnestie 1968 in Brasilien verbrachte⁶⁶.

Brillant, aber schroff, mit festgefügtem Weltbild, aber auch „machiavellistischem Naturell“⁶⁷ versehen, als begabter Redner eher zu bissigen Bemerkungen

⁶² Vgl. Kiersch, Parlament, bes. S. 187–223.

⁶³ Guillen, Question, S. 25.

⁶⁴ Vgl. Rede Gouins, 24. 3. 1946, in: L'Année politique 1946, S. 532f.; Hitchcock, France Restored, S. 59f.

⁶⁵ Dalloz, Georges Bidault, S. 384.

⁶⁶ Zu Person und Politik Bidaults vgl. ebd.; Demory, Georges Bidault; Vaisse, Georges Bidault.

⁶⁷ PA, Abt. 3, AZ 215–03/22, Bd. 1, Hausenstein an AA, 731–01 Tgb. Nr. 4140/52, 29. 10. 1952.

denn ausgefeilten Analysen neigend, haftete dem im katholischen Glauben verankerten Christdemokraten mit Idealen und Ideen das Stigma der Unberechenbarkeit an⁶⁸. Dem Deutschlandproblem setzte er mit augenscheinlicher „soviétophilie“⁶⁹ zunächst den Versuch einer engen Bindung zur Sowjetunion in Anlehnung an dem von ihm unterzeichneten Pakt von 1944 und die Fortsetzung der von de Gaulle vertretenen harten Linie entgegen. Sie entsprach dem weiterhin vorherrschenden negativen Meinungsklima gegenüber Deutschland⁷⁰ sowie dem eigenen Machterhalt. Denn gerade die Christdemokraten konnten es nicht wagen, von dem bisherigen Kurs abzuweichen, wollten sie nicht große Teile ihrer Anhänger an „gaullistische“ Formationen verlieren⁷¹. Mochte er auch allmählich an den Erfolgsaussichten der Deutschlandpolitik zweifeln⁷², hielt er ungeachtet der zunehmend deutlicher werdenden fehlenden Zustimmung der Westmächte seine Positionen aufrecht, um die innenpolitische Machtbasis nicht zu verlieren. Denn die Forderung nach Rheinland-Separierung oder Ruhr-Internationalisierung hatte für viele Franzosen „identitätsstiftenden Symbolcharakter“⁷³ gewonnen. Auch glaubte er, so besser wirtschaftliche Ansprüche bei den Westmächten durchzusetzen⁷⁴. Ingeheim aber konzipierte er im Bewußtsein der fehlenden Durchsetzbarkeit maximalistischer Forderungen und vor dem Hintergrund der wachsenden Furcht vor der Sowjetunion und einer „conjonction soviéto-allemande“⁷⁵ mit seinen Mitarbeitern im Quai d'Orsay wie Chauvel, dem Generalsekretär, Massigli, dem Botschafter in London oder Bonnet, dem Vertreter in Washington, die Wende⁷⁶. Daß die alte Deutschlandpolitik offiziell keineswegs aufgegeben wurde, verdeutlichte der aus Sorge vor einem deutsch-sowjetischen Bündnis geschlossene französisch-britische Vertrag von Dünkirchen vom 4. 3. 1947, der ausdrücklich gegen Deutschland gerichtet war, „et contre elle seule“, zugleich aber dem Wunsch französischer und britischer Sozialisten nach einer Dritten Kraft als Mittler zwischen den Weltmächten entsprach⁷⁷.

Mehr und mehr wurden sich die französischen Politiker der Tatsache bewußt, daß die Durchsetzung der offiziellen Politik kaum mehr als eine Fiktion war, wie vor allem die Gründung der Bizone am 1. 1. 1947 unter Beweis stellte. Mit der europapolitische Verantwortung übernehmenden Verkündung der Truman-Doktrin am 12. 3. und dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz (10. 3. bis 25. 4. 1947) setzte dann die entscheidende Etappe bei der Neuorientierung der französischen Deutschlandpolitik ein. Bidaults Hoffnung, zwischen den angel-

⁶⁸ Vgl. Grosser, Frankreich, S. 105; Vaisse, Georges Bidault, S. 81 f.

⁶⁹ Couve de Murville, zitiert nach: Dalloz, Georges Bidault, S. 105.

⁷⁰ Vgl. Hänsch, Frankreich, S. 18–39.

⁷¹ Zur Außen- und Deutschlandpolitik des MRP vgl. Capelle, MRP; Irving, Christian Democracy, S. 159–198; Schreiner, Bidault.

⁷² Ob Bidault freilich bereits seit der Jahreswende 1945/46 nicht mehr an die Zweckmäßigkeit der „harten“ Deutschlandpolitik glaubte (Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 266–282), muß erst noch durch weitere Forschungen bestätigt werden.

⁷³ Loth, Deutsche Frage, S. 41.

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 42; Schreiner, Bidault, S. 117; am weitesten in diesem Sinne: Gillingham, Ruhrpolitik, S. 9.

⁷⁵ Santiard, Diplomates français, S. 155.

⁷⁶ Vgl. Soutou, Place, S. 48 f.

⁷⁷ Ebd., S. 49.

sächsischen und sowjetischen Gegensätzen eine eigenständige Position verteidigen zu können, zerschlug sich endgültig. Der sowjetische Außenminister Molotow widersetzte sich energisch allen französischen Sonderplänen und forderte die Errichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen, die von Bidault abgelehnt wurden. Zugleich mißbilligte Molotow die wirtschaftliche Bindung des Saarlandes an Frankreich, während Engländer und Amerikaner ihr Einverständnis mit der Wirtschaftsfusion signalisierten und einer Erhöhung des Kohleexportes aus den Westzonen nach Frankreich zustimmten⁷⁸. Bidault verschrub sich nun endgültig dem westlichen Lager: „l'entente avec l'URSS est impossible, il a tenté jusque-là loyalement de se rapprocher de Moscou, mais il est désormais décidé à jouer la carte américaine“⁷⁹. Offenbar kalkulierte der Quai d'Orsay den Mißerfolg indes bereits ein, begrüßte ihn in gewisser Weise sogar, um das schrittweise Einschwenken auf die angelsächsische Linie nach innen begründen zu können⁸⁰. Daß die sich formierende Bildung der Blöcke den eigenen Handlungsspielraum „entscheidend zusammenschrumpfen“ ließ, konnte einer nach Weltgeltung strebenden französischen Führung natürlich nicht gefallen⁸¹. Fast resignativ gestand Bidault sich nun ein, daß die Politik der „Grandeur“ gescheitert war⁸².

Ohne abrupten Umschlag von einer harten zu einer kooperativen Deutschlandpolitik gewann nach der Konferenz diejenige Tendenz die Oberhand, die die Weichen auf eine langfristige kooperative Kontrolle des deutschen Nachbarn stellen wollte⁸³. Wenn dieses Einschwenken auf die anglo-amerikanische Linie „mehr oder minder von außen auferlegt worden war“⁸⁴, dann doch wohl nur in dem Sinne, daß Frankreich aus einer veränderten außenpolitischen Konstellation selbstständig die entsprechenden Einsichten entwickelte. Verschiedene Faktoren zeichneten dafür verantwortlich: Auf der internationalen Ebene trat mit der Verschärfung des Ost-West-Konfliktes – wie sie insbesondere die kommunistische Machtergreifung in der Tschechoslowakei unter Beweis stellte – das Bewußtsein von der Gefahr einer sowjetischen Expansion in den Vordergrund. Die Verfechter der Unabhängigkeit Frankreichs sahen sich zur Intensivierung ihres Projektes eines Europa der „Dritten Kraft“ zwischen den Weltmächten gedrängt und leiteten unter Léon Blum das Bündnis mit Großbritannien als Kernstück dieser Konzeption ein, ohne zuvor, wie de Gaulle und Bidault es stets verlangt hatten, Zugeständnisse hinsichtlich der eigenen Abtrennungsforderungen zu verlangen⁸⁵.

Erleichtert wurde die Umorientierung durch den innenpolitischen Wechsel nach der Entlassung der kommunistischen Minister aus der Regierung Ramadier im Mai 1947, die die Kriegsallianz auch in der Regierungskoalition zerfallen ließ und den Einfluß der Sozialisten spürbar vergrößerte⁸⁶. Die innenpolitischen Fron-

⁷⁸ Vgl. Kessel, Westeuropa, S. 211–256; Kerkhoff, Großbritannien, S. 55–61; Pohlmann, Saarfrage, S. 154–186; zur Bedeutung der Truman-Doktrin vgl. Soutou, Place, S. 49.

⁷⁹ Dalloz, Georges Bidault, S. 171.

⁸⁰ Vgl. Auerbach, Wende; Kessel, Westeuropa, S. 160–177; Young, France, S. 134–154.

⁸¹ Wilkens, Besetzung, S. 10.

⁸² Hitchcock, France Restored, S. 72.

⁸³ Vgl. Bungert, New Perspective, S. 352.

⁸⁴ Fritsch-Bournazel, Frankreich, S. 93.

⁸⁵ Vgl. Loth, Franzosen, S. 39f.

⁸⁶ Vgl. Fonvielle-Vojtovic, Paul Ramadier, S. 321–358; Loth, Sozialismus, S. 139–143.

ten klärten sich damit. Die Vertreter einer harten Hand – Gaullisten und Kommunisten – saßen in der Opposition, während Bidault nun stärker der kooperationswilligen Linie der SFIO Rechnung zu tragen hatte⁸⁷. Darüber hinaus war bei den Entscheidungsträgern angesichts der schwierigen Versorgungslage, der finanziellen und militärischen Schwäche das Bewußtsein der Abhängigkeit von der amerikanischen Marshallplanhilfe gewachsen, die zu erhalten bei einer Fortsetzung der bisherigen Linie nicht den Hauch einer Chance besaß⁸⁸. Im Zeichen von Lebensmittelverknappung und schwindenden Devisenreserven wirtschaftlich am Ende⁸⁹, sich des Dilemmas „modernisation sous influence ou l'indépendance dans la décadence“⁹⁰ voll bewußt, entschied sich Paris im Herbst für ein Einschwenken auf den anglo-amerikanischen Kurs. Paradoxerweise wurden die wirtschaftlichen Bedürfnisse Frankreichs, die wesentlichen Anteil an der deutsch-französischen Spannung hatten, ab 1947 zu einem Element der Annäherung. Damit geriet die französische Politik zwar nicht zum „Wurmfortsatz“ der amerikanischen Deutschlandpolitik⁹¹, aber die Handlungsmarge fand sich angesichts des angelsächsischen „Harmonisierungsdruck[s]“⁹² ohne Zweifel eingeengt.

Nach dem Scheitern der Londoner Tagung des Außenministerrates vom 25. 11. bis 15. 12.⁹³, das den Bruch der alliierten Koalition besiegelte, wurde der Wandel der Deutschlandpolitik deutlicher konturiert. Im Selbstverständnis des Quai d'Orsay begann in seiner Besatzungspolitik nun ein neuer Zeitabschnitt, der nicht weniger bedeutete, als daß eine „konstruktive“ einer „nur negativen Politik“ Platz zu machen und er nunmehr von der Prämisse auszugehen hatte, „daß wir in eine neue Periode eintreten, in der das vorherrschende Verlangen nicht mehr der Bezug auf die Vergangenheit und [...] ihre Wiedergutmachung sein soll, sondern die Vorbereitung der Zukunft“⁹⁴. Mit der Londoner Sechsmächtekonferenz setzte im Frühjahr bzw. Frühsommer 1948 die letzte Phase der französischen Umorientierung ein. Das „besatzungsrechtliche Einzelgängertum“⁹⁵ wurde nun schrittweise aufgegeben. Zwar konnte die französische Delegation sich nicht mit der Forderung nach einer internationalen Hoheit über die Ruhr durchsetzen, erzielte aber den Kompromiß der Kontrolle über die Verteilung von Kohle und Stahl – nicht aber der Produktion – sowie ein Aufsichts- und Kontrollrecht über die Aktivitäten der Bergwerke und Stahlfabriken. Im Gegenzug mußte sie endgültig dem amerikanisch-britischen Verlangen nach Bildung eines westdeutschen Staates nachgeben⁹⁶.

Genugtuung oder Zufriedenheit über die sich abzeichnende Zerteilung Deutschlands läßt sich in den Meinungsäußerungen der französischen Diplomatie

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 167–169.

⁸⁸ S. Erklärung Bidaults im Conseil des Ministres vom 26. 5. 1948, in: Auriol, Journal, Bd. 2, S. 241.

⁸⁹ Zur wirtschaftlichen Situation Frankreichs 1947 vgl. Bossuat, La France, Bd. 1, bes. S. 99–139.

⁹⁰ Frank, Dilemme français, S. 137.

⁹¹ Kiersch, Deutschlandpolitik, S. 76; ähnliche Urteile bei Korff, Revirement, S. 74–87; Ziebur, Beziehungen, S. 62–68.

⁹² Knipping, „Que faire?“, S. 147.

⁹³ Zum Konferenzverlauf vgl. Kessel, Westeuropa, S. 282–294; Mai, Kontrollrat, S. 449–464.

⁹⁴ Instruktionen des MAE Nr. 51/EU, 15. 1. 1948, zitiert nach: Wilkens, Besetzung, S. 13; s. a. Hitchcock, France Restored, S. 89–93.

⁹⁵ Kolboom, Frankreich, S. 73.

⁹⁶ Zu dieser Konferenz jetzt grundlegend: Wehner, Westalliierte.

kaum nachweisen. Die Stimme Tarbé de Saint-Hardouins, des Politischen Beraters der französischen Militärregierung in Berlin, vom Oktober 1948, die Spaltung der Kriegsalliierten habe wenigstens die Konsequenz, „uns als Nachbarn einen Staat mit 45 Millionen Einwohnern anstatt mit 70 Millionen“ zu geben⁹⁷, bleibt die Ausnahme. Allerdings stießen die Londoner Beschlüsse in der französischen Öffentlichkeit wie im Kabinett auf herbe Kritik. Couve de Murville, Generaldirektor für politische Angelegenheiten im Quai d'Orsay und ein „Hardliner in deutschen Angelegenheiten“⁹⁸, weigerte sich, die Übereinkunft im Auswärtigen Ausschuß der Nationalversammlung zu vertreten⁹⁹. Doch Bidault hielt seinen Kollegen entgegen: „Ce que nous ne ferons pas avec les autres, ils le feront sans nous et nous serons asphyxiés, car nous n'aurons rien.“¹⁰⁰ Nur mit der knappen Mehrheit von 300 zu 286 Stimmen stimmte die Assemblée Nationale den Londoner Entscheidungen am 16. 6. zu¹⁰¹. Damit war der entscheidende Eintritt Frankreichs in die westliche Allianz vollzogen. Die Wahl wurde aber keineswegs als irreversibel betrachtet, wie die großen Pressepolemiken anlässlich der Gründung der Atlantischen Allianz im Mai 1949 unter Beweis stellen sollten; mit ihrer erstmaligen eindeutigen Wendung gegen Moskau bedeutete der Vorgang für viele Franzosen geradezu eine „révolution psychologique“¹⁰².

Nachdem sich Frankreich mit der Grundsatzentscheidung über die Schaffung des neuen deutschen Staates abgefunden hatte, zielte es nun darauf, die innere Ausgestaltung nach seinen Vorstellungen mitzubestimmen. Besondere Bedeutung kam dabei der Verfassung zu, für die man im Vergleich zu den Angelsachsen die konkretesten Pläne ausarbeitete¹⁰³. Die dezidiert antizentralistischen Entwürfe, wie sie Bidault bereits im Januar 1947 vorgelegt hatte¹⁰⁴, ließen sich ebenso wenig realisieren wie das noch auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz verfolgte Ziel eines Staatenbundes¹⁰⁵. Entsprechend seiner in der eigenen Besatzungszone geübten Praxis des „dissoziativen Föderalismus“¹⁰⁶ konnte Frankreich aber immerhin eine Heraushebung der föderativen Elemente im Grundgesetz erreichen und außerdem die Errichtung einer Sicherheitsbehörde initiieren¹⁰⁷.

Da das deutschlandpolitische „double-bind“ der Franzosen – einem (Zentral)Staat zuzustimmen, ihn aber eigentlich nicht zu wollen – bestehen blieb¹⁰⁸, gewann für sie der „Faktor Europa“ eine zunehmend wichtigere Rolle¹⁰⁹. Das Bewußtsein von der wachsenden sowjetischen Gefahr hatte die Sorge vor Deutsch-

⁹⁷ Aufzeichnung Tarbé de Saint-Hardouin, 21. 10. 1948, zitiert nach: Wilkens, Besetzung, S. 16.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Vgl. Elgey, Histoire, Bd. 1, S. 479f.

¹⁰⁰ Erklärung Bidaults im Conseil des Ministres vom 26. 5. 1948, in: Auriol, Journal, Bd. 2, S. 242.

¹⁰¹ Vgl. Wehner, Westalliierte, S. 412–427; zum Verlauf der parlamentarischen Auseinandersetzungen vgl. Kiersch, Parlament, S. 192–211.

¹⁰² Soutou, Place, S. 51.

¹⁰³ Vgl. Pfetsch, Verfassungspolitik.

¹⁰⁴ S. Memorandum über den staatsrechtlichen Aufbau Deutschlands, 17. 1. 1947, in: EA 1946/47, S. 623–626.

¹⁰⁵ Vgl. Wehner, Westalliierte, S. 223 f.

¹⁰⁶ Pfetsch, Verfassungspolitik, S. 119.

¹⁰⁷ Vgl. Schlußkommunique der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz, 7. 6. 1948, nebst Anhang, in: EA 1948, S. 1437–1439.

¹⁰⁸ Kolboom, Frankreich, S. 74.

¹⁰⁹ Poidevin, Faktor Europa; vgl. de Cuttoli-Uhel, Politique allemande, S. 107f.

land keineswegs völlig beseitigt. Folglich galt es, europäische Strukturen anzuregen, in die Westdeutschland einzubinden war. Wenige Tage vor seinem Abgang als Außenminister ergriff Bidault Mitte Juli 1948 die Initiative und machte auf einer Sitzung des Konsultativrates des Brüsseler Paktes den Vorschlag der Gründung einer „europäischen Versammlung“ und einer europäischen Wirtschafts- und Zollunion¹¹⁰.

Wenngleich er es also war, der das Umdenken in der französischen Deutschlandpolitik von der Dominanz zur europäischen Integration einleitete, verbindet die Geschichte diese Leistung mit einem anderen Namen. Bidaults Zustimmung zu den Londoner Vereinbarungen über die Weststaatsgründung hatte ihn bei Teilen des MRP so unbeliebt gemacht, daß er bei der Bildung der Regierung Marie am 24. 7. 1948 übergangen wurde. In die Historiographie ging daher sein Nachfolger Robert Schuman als jener Politiker ein, der die deutsch-französische Aussöhnung initiierte und vorantrieb.

Schuman stammte aus jenem Teil Lothringens, der zwischen 1871 und 1918 zum Deutschen Reich gehörte. 1886 im luxemburgischen Vorort Clausen geboren, studierte der deutsche Staatsbürger in Bonn, München, Berlin und Straßburg Rechtswissenschaften. Seit 1912 arbeitete er als Anwalt in Metz. Nachdem er mit der Rückkehr Elsaß-Lothringens einen französischen Paß erworben hatte, wirkte er von 1919 bis 1940 für den Parti Démocratique Populaire als Abgeordneter in der Assemblée Nationale. 1940 nach Deutschland deportiert, floh er 1942 und schloß sich der Résistance an. 1944 gehörte er mit Bidault zu den Gründungsmitgliedern des MRP, für den er 1946 in die Nationalversammlung zurückkehrte. Als Chef der Provisorischen Regierung holte Bidault ihn ins Kabinett, dem er bis Ende 1947 als Finanzminister angehörte, um dann für acht Monate selbst die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Mitte 1948 wechselte Schuman vom Matignon an den Quai d'Orsay und blieb dort, bis Bidault ihn im Januar 1953 beerbte. Nur noch einmal, 1955, saß er für elf Monate – als Justizminister – in der Regierung. Am Ende seiner politischen Laufbahn wirkte er von 1958 bis 1960 als Präsident, dann als Ehrenpräsident des Europäischen Parlaments¹¹¹.

Schuman war ein gemäßigter, katholischer Konservativer, entschlossen, das Trümmerfeld Europa so wieder aufzubauen, daß es zu demokratischer Stabilität fände. Seine – für französische Verhältnisse – lange Amtszeit im Quai d'Orsay, in der immerhin acht Regierungen wechselten, erlaubte es ihm, der Außenpolitik fünf Jahre lang seinen Stempel aufzudrücken. Wenngleich der spätere Mythos seines Verhältnisses zu Konrad Adenauer ebenso wenig voll der Realität entspricht wie die Europa-Propaganda, die sein Bild als guten Europäer bestimmt, gehörte Schuman zu den wenigen französischen Politikern, die die Aussöhnung mit dem östlichen Nachbarn als ein zentrales Gebot ihrer Außenpolitik begriffen. Daß dem Grenzlandbewohner die deutsch-französische Verständigung schon in die Wiege gelegt worden sei, mag angesichts der innenpolitischen Rahmenbedingungen freilich eher bezweifelt werden¹¹², und Schuman machte sie sich auch nicht so

¹¹⁰ Vgl. Dalloz, Georges Bidault, S. 300; Soutou, Georges Bidault, S. 290–292.

¹¹¹ Zu Person und Politik Schumans vgl. Mittendorfer, Robert Schuman; Poidevin, Robert Schuman.

¹¹² S. Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 285 f.

zur „Herzensangelegenheit“¹¹³, daß er die französischen Interessen dabei vergaß. So verfolgte er nach der Übernahme des Außenministeriums 1948 in der Demontagepolitik keineswegs eine konziliantere Linie als sein Vorgänger und setzte sich für die Fortsetzung der Dezentralisierung ein. Zugleich aber verteidigte er die Londoner Empfehlungen nach außen und hob im Dezember erstmals öffentlich auf einen europäischen Lösungsansatz des Ruhrproblems durch Zusammenlegung schwerindustrieller Ressourcen ab¹¹⁴. Indem er umgehend versuchte, den europapolitischen Anstoß von Bidault umzusetzen und die Integration Westdeutschlands in Europa voranzutreiben, zielte er auch darauf ab, das geteilte Land vor nationalistischen Bestrebungen zu bewahren. Es sei notwendig, so schrieb Schuman im Oktober an René Massigli, „de presenter à l’imagination politique allemande un système continental où l’Allemagne ait sa part et son rôle“. Wenn die Westmächte nicht dazu in der Lage seien, der zukünftigen Regierung nicht nur Hoffnung, sondern auch einen Anfang europäischer Wirklichkeit zu geben, „le nationalisme allemand se cristalliserait complètement autour de l’idée de restitution de l’unité allemande et l’Allemagne reprendra entre l’Est et l’Ouest un jeu de bascule adapté à cette fin“¹¹⁵.

Frankreichs Europaprojekt geriet indes bald ins Stocken, da England der anvisierten „europäischen Versammlung“ keine Kompetenzen zugestand. So kam dieser erste europäisch-integrative Anlauf, der im Mai 1949 in den „Europarat“ mündete, trotz französischen Insistierens auf der Schaffung einer „europäischen politischen Autorität mit begrenzten Funktionen, aber echten Vollmachten“ über sehr beschränkte konsultative Möglichkeiten nicht hinaus¹¹⁶. Für eine feste Einbindung der entstehenden Bonner Republik konnte dies nicht ausreichen. Voller Mißtrauen verfolgte Paris die von Moskau ausgelöste Berlin-Krise, da sie die angelsächsischen Konzessionen gegenüber Deutschland zu steigern und die Entwicklung in Richtung auf einen zentralisierten deutschen Staat zu lenken drohte¹¹⁷.

Ohne jede Rücksichtnahme auf französische Interessen schienen die USA und Großbritannien von den Londoner Beschlüssen abzuweichen. Große Unruhe löste vor allem die angelsächsische Absicht aus, die Frage des Eigentums an den Ruhrbergwerken zugunsten der Deutschen zu entscheiden. Trotz energischer französischer Proteste übergaben die Oberbefehlshaber der Bizone ihnen mit der Verordnung Nr. 75 zur Reorganisation der Kohle- und Stahlindustrie der Ruhr Direktion und Geschäftsführung¹¹⁸ provisorisch und überließen die Frage der endgültigen Besitzregelung der Entscheidung einer frei gewählten deutschen Regierung¹¹⁹. Immerhin aber einigten sich Frankreich, Großbritannien, die USA und

¹¹³ Lohse, Lockungen, S. 18.

¹¹⁴ Vgl. Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 282–297.

¹¹⁵ Schuman an Massigli, 7. 10. 1948, zitiert nach: Poidevin, Robert Schuman, S. 221.

¹¹⁶ Empfehlungen des Europarates an die Versammlung, September 1949, in: EA 1949, S. 2559; vgl. Loth, Weg, S. 69–78.

¹¹⁷ Vgl. Fritsch-Bournazel, Mourir?, S. 172 f.

¹¹⁸ S. „Gesetz Nr. 75 über die Umgestaltung des deutschen Kohlebergbaus und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie“ für das amerikanische und britische Kontrollgebiet, 10. 11. 1948, in: Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1947 bis 1949, Beilage Nr. 1 zum Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949, S. 1–15.

¹¹⁹ Vgl. Poidevin, Frankreich und die Ruhrfrage, S. 325 f.; Wehner, Westalliierte, S. 428–434.

die BENELUX-Staaten am 28. 12. 1948 auf die Einrichtung einer Internationalen Ruhrbehörde und eines Militärischen Sicherheitsamtes zur Kontrolle der Montanindustrie und der Demilitarisierung¹²⁰. Dennoch empfand man die Entwicklung an der Seine als „Zusammenbruch“ der eigenen deutschlandpolitischen Positionen. Der Leiter der Unterabteilung Zentraleuropa im Quai d'Orsay Pierre de Leusse empfahl Schuman daher, auf die Einhaltung der alliierten Vereinbarungen zu drängen und die Organisation Europas als „*dérivatif puissant aux aspirations allemandes*“ zu forcieren, indem allen interessierten Staaten Europas unter Ein-schluß der Länder Westdeutschlands der Beitritt gewährt werden sollte. Als letztes dramatisches Mittel erwog er den vollständigen Rückzug aus Deutschland, um nicht in die Wiederherstellung der deutschen Macht verwickelt zu werden¹²¹.

Eine solche Empfehlung läßt sich natürlich kaum mit der mitunter in der Literatur vertretenen These in Einklang bringen, Frankreich habe sich „nicht erst unter dem Druck anglo-amerikanischer Pressionen zu einem Wandel seiner Deutschlandpolitik“ entschlossen¹²². Die weiter wachsende Einsicht in die unhaltbaren eigenen Positionen verstärkte die französische Umorientierung. Als auch alliierte Stellen die Bereitschaft zur Anhebung der 1947 auf 11 Millionen Tonnen festgelegten Begrenzung der jährlichen deutschen Stahlproduktion signalisierten, schien de Leusse nur noch eine freiwillige europäische Eingliederung der deutschen Wirtschaft als Ausweg möglich: „Nur durch einen freiwilligen Verzicht auf einen gewissen Teil der Souveränität der Staaten, nur durch eine Assoziierung der Interessen dieser Staaten kann sich Frankreich, indem es Deutschland auf diese Weise bindet, die Garantien seiner Sicherheit verschaffen, die es benötigt.“¹²³ Die deutsch-französische Auseinandersetzung wurde für „beendet“ erklärt und durch eine neue Tatsache ersetzt, „nämlich die der schicksalhaften Gemeinschaft von Franzosen und Deutschen“. Demgemäß galt „die Rückkehr Deutschlands in das Konzert der europäischen Mächte als [ein] in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gleichberechtigter Partner [als] unausweichlich“¹²⁴. Die Zeit drängte, denn die politische Organisation Europas mußte vorbereitet sein, bevor Westdeutschland seine Regierung gebildet hatte.

Der „*début de réalisation européenne*“¹²⁵ wurde indes von der französischen Diplomatie keineswegs als „Allheilmittel“ gegen die „deutsche Gefahr“ begriffen. Schon im Januar 1949 warnte der ansonsten die Einbindung Deutschlands in die europäische Union wärmstens befürwortende de Leusse, eine solche Union beschwöre die Gefahr, daß Deutschland eine Stellung einnehmen könne, „die ihm die Hegemonie verschafft, nach der es immer getrachtet hat“. Als Gegengewicht empfahl er daher eine enge Assoziation mit England innerhalb der Union¹²⁶. Par-

¹²⁰ Vgl. ebd., S. 434–497.

¹²¹ Aufzeichnung de Leusse, 24. 11. 1948, zitiert nach: Wilkens, Besetzung, S. 19; s. a. Poidevin, Faktor Europa, S. 414; ders., *La France devant le danger allemand*, S. 262.

¹²² Hudemann, Weichenstellungen, S. 138.

¹²³ Aufzeichnung de Leusse, 4. 1. 1949, zitiert nach: Wilkens, Besetzung, S. 20; s. a. Hitchcock, *France Restored*, S. 108–110.

¹²⁴ Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 14. 7. 1948, im Auszug abgedruckt in: Knipping, „Que faire?“, S. 153 f., hier S. 154 u. 153.

¹²⁵ Schuman an Massigli, 7. 10. 1948, zitiert nach: Poidevin, Robert Schuman, S. 221.

¹²⁶ Aufzeichnung de Leusse, 4. 1. 1949, zitiert nach: Poidevin, Faktor Europa, S. 411.

allel bemühte sich die französische Regierung daher, die Entwicklung jenseits des Rheins durch eine Reihe einseitiger Restriktionen unter Kontrolle zu halten. So sollte das Provisorische der Neugründung unterstrichen werden, das Gewicht der Länder möglichst hoch sein, eine Bewaffnung ausgeschlossen bleiben und die Internationale Ruhrbehörde möglichst große Kompetenzen erhalten.

Ein Teil dieser Forderungen konnte umgesetzt werden. Auf der Washingtoner Konferenz fixierten die drei westlichen Außenminister am 8. 4. 1949 nicht nur ein Ruhrstatut, das die Verteilung der Erträge, die Dekartellisierung und Investitionslenkung bei ihnen beließ, sondern verabschiedeten auch ein Besatzungsstatut, das den Provisoriumscharakter, die Beschränkung der Demontagen und die dauernde Entmilitarisierung der entstehenden Bundesrepublik betonte. Die entscheidende Frage der Verfügungsgewalt über die Ruhrindustrie wurde jedoch nicht im französischen Sinne beantwortet¹²⁷.

Darüber hinaus bemühte sich Frankreich, sein Sicherheitsbedürfnis durch den Aufbau eines Militärbündnisses mit den USA und den westeuropäischen Staaten zu befriedigen. Die Verhandlungen über die Struktur der Nordatlantischen Allianz wurden dabei stets eng mit jenen über den Status Westdeutschlands verknüpft, wie die Erklärung des Berichtstatters des Auswärtigen Ausschusses der Assemblée Nationale René Mayer am 22. 7. im Palais Bourbon unterstreicht: Dieser Pakt „est dirigé contre toute agression qu'elle soit, et je crois avoir dit ailleurs [...] qu'il pourrait être dirigé contre l'Allemagne si les erreurs des anciens adversaires de l'Allemagne [...] la remettaient un jour en position d'attaquer ses voisins occidentaux.“¹²⁸

Die sich nun abzeichnende Lösung der „deutschen Frage“ blieb gewiß hinter den ursprünglichen französischen Vorstellungen zurück, zumal sie einen weitgehenden Verzicht auf eine eigenständige Großmachtpolitik erforderte. Hinsichtlich der Saar konnte Frankreich die wirtschaftliche Angliederung, in der Ruhrfrage nur eine lockere Kontrolle erreichen¹²⁹. Den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Potentials des Ruhrgebietes vermochte es nicht zu vereiteln und auch keine Gebietsabtretungen in Westdeutschland durchzusetzen. Die Bilanz war „sehr mager“¹³⁰, aber akzeptabel, da sie den französischen Sicherheitsbedürfnissen Rechnung trug und die Westintegration der Bundesrepublik in Form und Umfang auf französische Initiativen zurückging.

¹²⁷ Vgl. Hitchcock, *France Restored*, S. 110f.; Milward, *Reconstruction*, S. 160–164.

¹²⁸ Erklärung Mayers in der Assemblée Nationale, 22. 7. 1949, in: *Annales de l'Assemblée Nationale, Débats* 1949, Bd. 7, S. 5064–5070, hier S. 5068.

¹²⁹ Vgl. Kerkhoff, *Großbritannien*, S. 76–81; Pohlmann, *Saarfrage*, S. 209–220.

¹³⁰ Poidevin, *Frankreich und die Deutsche Frage*, S. 420.

III. Sicherheit durch Integration: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1955

III.1 Frankreich und die „deutsche Frage“ im Zeichen des Besatzungsstatuts 1949–1955

Akteure und Aktionsebenen

Ungeachtet der prinzipiellen „Wende“¹ in den deutsch-französischen Beziehungen und der mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im September 1949 geschaffenen neuen Basis blieb das beiderseitige Verhältnis vorerst von Ängsten, Ressentiments und Friktionen gekennzeichnet. Mochten die Franzosen auch im persönlichen Umgang mit deutschen Gesprächspartnern höflich, freundlich und entgegenkommend wirken, so durften diese keinesfalls dem Trugschluß erliegen, daß das Verhältnis zwischen den Völkern bereinigt sei. Die Erinnerung an den dreimaligen Einmarsch deutscher Soldaten in den vergangenen acht Jahrzehnten war viel zu lebendig, als daß die ‚Erbfeindschaft‘ bereits ad acta gelegt werden konnte². Wen interessierte da die Tatsache, daß Frankreich es war, das 1870 Deutschland den Krieg erklärt hatte. Durfte der zum Demokraten mutierte bundesdeutsche Nachbar als geläutert gelten, oder steckte in ihm insgeheim noch der skrupellose „Boche“, fragten sich viele Franzosen im stillen³? Hatte Frankreich seine Stellung als Besatzungsmacht nach 1945 nicht „rücksichtslos ausgenutzt“ und auch nach Abschluß des Potsdamer Protokolls eine „Politik der Spaltung Deutschlands“ betrieben, klagten die Deutschen⁴?

Trotz des vorhandenen Bewußtseins, daß nunmehr eine neue Etappe in den bilateralen Beziehungen angebrochen war, klammerte sich die französische Regierung an den Status quo und sperrte sich gegen allzu forsch anmutende Bemühungen der Verbündeten wie der Bundesregierung um eine rasche Eingliederung in die westliche Staatenwelt. Vor allem Staatspräsident Auriol tat sich durch eine äußerst kritische, ja feindselige Haltung gegenüber der Bonner Republik hervor. 1884 als Sohn eines Bäckers in Revel im Departement Haute-Garonne geboren, arbeitete er nach dem Studium der Rechtswissenschaften zunächst als Rechtsanwalt und Journalist. Seit 1914 saß er für die Sozialisten im Parlament; Mitte der

¹ Auerbach, Wende.

² Vgl. Artikel Sethe, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 24. 1. 1950, im Auszug in: BDFD III, S. 825–827.

³ Vgl. Sitzung des UDSR-Parteivorstands vom 15. 2. 1950, im Auszug in: ebd., S. 827–829; zur Bedeutung des Wortes s. Artikel Lang, in: „Stuttgarter Zeitung“, 21. 11. 1959, im Auszug in: ebd., S. 861 f.

⁴ PA, Abt. 2, Bd. 249, Bl. 315–327, „Enttäuschungen in unseren Bemühungen um ein gutes Verhältnis mit Frankreich“, o.D.

dreißiger Jahre wirkte er als Minister im Finanz- oder Justizressort bzw. beim Ministerpräsidenten. 1940 stimmte er gegen die Kapitulation und wurde als Gegner von Marshall Pétain interniert. 1943 konnte er nach Großbritannien entkommen und trat dem Comité France Libre in London bei. 1943/44 gehörte Auriol der in Algier und Paris tagenden provisorischen Nationalversammlung an. Als Staatsminister der Regierung de Gaulle vertrat er 1945 Frankreich bei der UNO, um 1946 auf den „perchoir“ des Präsidenten der Assemblée Nationale zu wechseln. Ein Jahr darauf wählte ihn der Nationalkongreß zum ersten Präsidenten der IV. Republik. Nach dem Ende seines Septennats trat Auriol im Januar 1954 von der politischen Bühne ab⁵.

In seiner Haltung zur Bundesrepublik war der erste Mann im Staat gefesselt von der Erinnerung an die „agressions répétées d'un Reich traditionnellement voué à l'esprit de domination“⁶. Kollektiv verurteilte er die Deutschen, da sie Hitler zur Macht hatten kommen lassen. Zur Lösung des deutschen Problems schlug er 1945 gegen die Parteiräson der SFIO die Errichtung mehrerer autonomer deutscher Republiken, die militärische Besetzung des Rheinlandes durch eine internationale Streitmacht und die enge politische und wirtschaftliche Verbindung Deutschlands mit einer mächtigen europäischen Organisation vor⁷.

Nach der Gründung des westdeutschen Teilstaates versuchte Auriol immer wieder, die Außen- und Deutschlandpolitik der Regierungen mit öffentlichen Erklärungen zu beeinflussen. Vornehmste Aufgabe der westlichen Welt mußte seiner Meinung nach die innere Einheit sein. Nur so war sie in der Lage, „museler la bête“⁸. Denn Deutschland war zwar verwundet, aber nach wie vor gefährlich, weil es sich mit der Sowjetunion verbinden konnte. Während Außenminister Schuman ein Geschäft zwischen Deutschen und Russen nur dann für möglich hielt, wenn – was vorläufig ausgeschlossen schien – letztere die okkupierten Gebiete zurückgäben, sah Auriol die Gefahr virulenter. Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung mit dem von seinem Vaterland nie hingenommenen Verlust Elsaß-Lothringens, ging er davon aus, daß die Deutschen die Teilung niemals akzeptierten. Eventuell orientierten sie sich gar nach Moskau, zumal die deutschen Magnaten nicht zögern würden, sich mit den Russen zu verständigen, um wieder aufzusteigen⁹. Den Deutschen die staatliche Einheit zu verweigern, bedeutete seiner Meinung nach, ihren Nationalismus zu schüren. Das forsche Vorgehen der Amerikaner bei der Westbindung der Bundesrepublik hielt er daher für falsch. Er setzte auf die „cohabitation pacifique“ mit der Sowjetunion mit dem Ziel einer militärischen Neutralisierung Deutschlands. „Ne croyez-vous pas“, so fragte er Schuman im April 1949, „qu'il faudrait créer un no man's land allemand, la neutralité militaire de l'Allemagne, en la laissant ensuite libre au point de vue économique, sous des conditions de contrôle de l'Autorité internationale de la Ruhr et

⁵ Zu Person und Politik Auriols s. Auriol, Septennat; ders., Journal, 6 Bde.; Ghebali, Vincent Auriol; knappe biographische Skizze in: Conte, Présidents, S. 29–38.

⁶ AMAE, Europe 1944–1960, PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 78, Bl. 75–100, „Au seuil de l'avenir“, 6. 10. 1950, mit handschriftlichem Hinweis „Note du Prés. de la République“; vgl. Auriol, Septennat, S. 293 f., Tb. 6. 10. 1950.

⁷ Vgl. Grosser, La IVe République, S. 44.

⁸ Zitiert nach: ebd.

⁹ S. Unterredung zwischen Auriol und Schuman vom 22. 4. 1949, in: Auriol, Journal, Bd. 3, S. 205 f.

de l'Office militaire de sécurité et placer cette neutralité sous le contrôle de l'ONU où seraient représentées les quatre grandes puissances?¹⁰

Wenngleich der Präsident wie die Zweite Kammer, der Conseil de la République, gegenüber der Verfassung der III. Republik an Bedeutung verloren hatten¹¹, gehörte Auriol de facto zu den einflußreichsten Persönlichkeiten der Jahre 1947 bis 1953. Ihm kam das Recht der Kandidatenkür für das Amt des Regierungschefs zu, und er führte den Vorsitz im Conseil des Ministres. Aufgrund der zahlreichen Regierungswechsel war er der einzig wirklich konstante politische Faktor. Mit Hilfe seines parlamentarischen Geschicks, seiner Vermittlungsgabe, seiner Persönlichkeit und Popularität machte er aus seinem Amt mehr, „als man dieser Stellung ursprünglich zugedacht hatte“¹². Aus der Bonner Perspektive durfte seine Macht daher nicht unterschätzt werden.

Auriols Nachfolger René Coty übte das Amt hingegen wesentlich zurückhaltender aus. Seiner Auffassung nach bestand die Hauptaufgabe des Präsidenten neben der Repräsentierung der nationalen Einheit darin, „à soutenir dans la limite de ses moyens constitutionnels la politique du gouvernement investi par le parlement“¹³. 1882 in Le Havre geboren, war der Präsident der Anwaltskammer 1923 für die Gruppe der „Républicains de Gauche“ ins Palais Bourbon gewählt worden. Nach einer fünfjährigen Amtszeit als Unterstaatssekretär im Innenministerium ging er von 1936 bis 1940 in den Senat, kehrte 1945 als Abgeordneter der Groupe Républicain Indépendant für drei Jahre wieder in die Nationalversammlung zurück und übernahm 1947/48 unter Schuman das Amt des Wiederaufbau- und Städteministers. Nach seiner erneuten Ernennung zum Senator amtierte er als Vizepräsident des Palais du Luxembourg¹⁴. Seine erst im dreizehnten Anlauf am 24. 12. 1953 besiegelte Wahl zum Staatsoberhaupt war ein beklemmendes Spiegelbild der Zerrissenheit des französischen Parlamentarismus. Im Urteil deutscher Diplomaten schadete diese „tragische Komödie“ nicht nur dem Ansehen der demokratischen Institutionen, sie führte auch einen immerhin schon einundsiebzigjährigen, „völlig farblosen Kandidaten“ in den Elysées¹⁵, der als „Veteran der Dritten Republik“ 1946 gegen die neue Verfassung gestimmt hatte und nun zu deren Hüter wurde¹⁶. Aus dem deutschen Blickwinkel konnte das Votum gleichwohl begrüßt werden, weil die Einstellung Cotys zu Deutschland „positiver“ war als die Auriols¹⁷. „Il souhaite ardemment la réconciliation avec l'Allemagne“, urteilt sein Biograph und jahrelanger enger Mitarbeiter Francis de Baecque. Neben der religiösen Frage betrachtete Coty die deutsch-französische Versöhnung offenbar als das einzige Langzeitobjekt seiner Präsidentschaft¹⁸.

¹⁰ Unterredung zwischen dens. vom 19. 4. 1949, in: ebd., S. 198. Auriol betont, Schuman sei mit ihm in der Frage der deutschen Einheit völlig einverstanden gewesen.

¹¹ Zu den verfassungsmäßigen Befugnissen des Präsidenten vgl. Grosser, *La IVe République*, S. 39–48.

¹² PA, Abt. 2, Bd. 237, Bl. 2–7, von Walther an AA, I/4655/53, 30. 12. 1953.

¹³ Grosser, *La IVe République*, S. 48; s.a. de Baecque, René Coty, S. 185–191.

¹⁴ Zu Person und Politik Cotys vgl. ebd.; s.a. die biographische Skizze in: Conte, *Présidents*, S. 39–55.

¹⁵ PA, Abt. 2, Bd. 237, Bl. 2–7, von Walther an AA, I/4655/53, 30. 12. 1953.

¹⁶ Rémond, *Frankreich*, T.1, S. 514; zum Wahlvorgang vgl. de Baecque, René Coty, S. 136–150.

¹⁷ PA, Abt. 2, Bd. 237, Bl. 2–7, von Walther an AA, I/4655/53, 30. 12. 1953.

¹⁸ De Baecque, René Coty, S. 223; s.a. ebd., S. 243, Anm. 25.

Welche Bedeutung besaß nun die Auffassung der Staatsspitze für die Festlegung der Pariser Deutschlandpolitik? In welchem Maße konnten der Präsident oder auch das Parlament die Regierung bzw. das verantwortlich zeichnende Außenministerium beeinflussen? Zur Beantwortung dieser Frage muß das innenpolitische Machtgeflecht der IV. und V. Republik beleuchtet werden¹⁹.

Gemäß Artikel 31 der Verfassung bestimmte in der IV. Republik nicht mehr das Staatsoberhaupt, sondern die Regierung die Außenpolitik. Dabei zeichneten nicht der Regierungschef oder das Kabinett in toto, sondern der zuständige Ressortminister und sein Ministerium für die Formulierung der Außenpolitik verantwortlich²⁰. Diese starke Position wurde noch dadurch untermauert, daß sich trotz ständiger Regierungskrisen von 1944 bis 1958 nur sieben Außenminister in der Leitung des Quai d'Orsay ablösten. Wie in jedem parlamentarischen System waren sie natürlich auf die Durchsetzbarkeit im Parlament, mithin in der wahlberechtigten Öffentlichkeit angewiesen. In weitaus größerem Maße als in der Bundesrepublik hatten die verschiedenen Regierungen diesem Umstand Rechnung zu tragen, zumal die Konstitution der IV. Republik dem Parlament das politische Schwergewicht zuwies²¹.

Aus den Wahlen vom 10. 11. 1946 war eine Mitte-Rechts-Koalition hervorgegangen²². Mit dem Urnengang vom 17. 6. 1951 verschob sich das Schwergewicht in der Nationalversammlung weiter nach rechts. Die 1947 von de Gaulle ins Leben gerufene Sammlungsbewegung RPF erhielt 21,7% der Stimmen und stellte die größte Fraktion, während die Volksrepublikaner schwere Einbußen erlitten. Kommunisten (PCF) und Sozialisten (SFIO) fielen von gemeinsam über 50% auf 41%²³.

Da der PCF als stärkste Partei das gesamte politische System der IV. Republik ablehnte, waren solide parlamentarische Mehrheiten mithin nur möglich, wenn die SFIO mit der bürgerlichen Rechten koalierte. Daß dies als Dauerzustand kaum erreichbar war, zeigte sich schon im August 1951, als die Sozialisten bei der von ihnen gebilligten Investitur René Plevens erstmals seit 1945 keinen Minister mehr stellten. Daher ging es im Parlament fortan vor allem auch um die Frage, wie man die Gaullisten zur Koalition mit einer nichtkommunistischen Mehrheit gewinnen könnte. Ein erster Einbruch in die gaullistische Opposition gelang bei der Wahl Antoine Pinays zum Regierungschef im März 1952, der die Stimmen von 27 Gaullisten erhielt. Mit dem Ausschluß einiger Abgeordnete aus dem RPF im Juli verlor de Gaulles Bewegung erheblich an Boden, was ihn zum Rückzug veran-

¹⁹ Vgl. Chapsal, *Vie politique en France*; ders., *Vie politique sous la Ve République*; Elgey, *Histoire*, Bd. 1, S. 373–403; Rémond, *Frankreich*, T.1, S. 424–449 u. T.2, S. 15–33; Rioux, *La France*, Bd. 1, S. 141–158.

²⁰ Zum Einfluß von Regierung und Président du Conseil bei der Festlegung der Außenpolitik vgl. Grosser, *La IVe République*, S. 49–79.

²¹ Zur Rolle des Parlaments in der IV. Republik vgl. ebd., S. 79–101; Kiersch, *Parlament*, 3 Bde.

²² Dabei erreichten die PC und Nahestehende 28,6%, SFIO und Nahestehende 17,9%, die Indépendants 15,4%, der MRP und Nahestehende 26,3%, der RGR und Nahestehende 12,4% und der Parti Républicain de la Liberté 11,7% der Stimmen (AdG 1946/47, S. 920]; *L'Année politique* 1946, S. 580).

²³ Dabei erreichten der PC 26,5%, das RPF 21,7%, die SFIO 14,5%, die Modérés und die Indépendants 13,1%, der MRP 12,3%, der RGR 11,5% und Sonstige 0,4% der Stimmen (AdG 1951, S. 2987A).

laßte. Ende Juni 1953 traten drei Gaullisten sogar in die Regierung Joseph Laniel ein.

Die Jahre 1946 bis 1958 sahen nicht weniger als 25 Regierungskrisen, ausgelöst weniger durch Schwächen der Verfassung als durch die politischen Sitten und eine Ministerriege, die sich mehr der Partei- denn der Kabinettsdisziplin verpflichtet fühlte. Besonders nachteilig erwies sich aber die heterogene Zusammensetzung des Parlaments. Was der IV. Republik fehlte, waren größere, anders organisierte Parteien²⁴. Das Verhältniswahlrecht förderte zudem die Zersplitterung der Parteienlandschaft, so daß es im Palais Bourbon nie weniger als zehn Gruppierungen gab. Namentlich der Rechten und der Mitte ermangelte es an Kohärenz; intern gespalten, zeigten sie sich immer wieder ohne Fraktionsdisziplin bei Abstimmungen im Parlament. Eine Mehrheit konnte nur erreicht werden, wenn sich mindestens drei oder vier Parteien auf eine gemeinsame Linie einigten. So verwundert es nicht, daß sich *Assemblée Nationale* und *Conseil de la République* in der IV. Republik als „eine der wesentlichen Stolpersteine für die Außenpolitik des Quai d'Orsay“ erwiesen²⁵. Anders als in der Bundesrepublik fehlte den für die Außenpolitik verantwortlichen Ministern immer wieder der nötige Rückhalt durch die Abgeordneten. Schuman gehörte bis 1951 der zweitstärksten Fraktion der Volksrepublikaner an, die dann aber fast die Hälfte ihres Stimmenanteils einbüßten, so daß weder er noch sein Nachfolger Bidault sich der parlamentarischen Unterstützung sicher sein konnten. Der Radikalsozialist Mendès France, der 1954/55 im Quai d'Orsay residierte, tat gut daran, sich ohnehin nicht mit seiner Partei zu definieren. Denn die Radikalsozialisten waren nur ein Teil der Republikanischen Linken, die 1951 auf gerade 11,5% gekommen waren. Ähnlich erging es dem Unabhängigen Republikaner Pinay. Das Parteibündnis der *Indépendants*, zu dem er gehörte, lag auch nur bei 13,1%.

Inhaltlich kaum konsensfähige Koalitionen, ein höchst heterogenes Parlament und eine stark polarisierte Öffentlichkeit waren also im Inneren der Rahmen, in dem die französischen Außenminister ihre Deutschlandpolitik zu konzipieren hatten. Eingeschränkt wurde ihr Handlungsspielraum natürlich auch durch die Beamten im Quai d'Orsay, und es fragt sich, ob diese sich stets so „loyal“ verhielten, wie in der Forschung behauptet wird²⁶. Haben die führenden Köpfe ungeachtet leidenschaftlicher Auseinandersetzungen über die Schlüsselfragen der Deutschlandpolitik letztendlich doch an einem Strang gezogen?

„A la tête du ministère“, so beschrieb Claude Lebel einmal den Aufbau des Ministeriums, „il y a, bien entendu, un ministre et, parfois, un ou plusieurs secrétaires d'Etat.“²⁷ Nach der Umstrukturierung des Ministeriums im Zuge der Regierungsübernahme Plevens im August 1951 leitete Maurice Schumann das Staatssekretariat, und zwar bis Juni 1954. Geboren 1911 in Paris, war der aus einer jüdischen Familie stammende und zum Katholizismus konvertierte Schumann nach dem

²⁴ Zur Rolle der Parteien in der IV. Republik vgl. Grosser, *La IVe République*, S. 103–141; Kiersch, *Parlement*, 3 Bde.

²⁵ Lohse, *Lockungen*, S. 27.

²⁶ Ebd., S. 22.

²⁷ Lebel, *Organisation*, S. 58; zur Verwaltung und den Kompetenzen des Außenministeriums vgl. bes. Baillou (Hg.), *Affaires étrangères*, Bd. 2, S. 593–970; ders./Pelletier, *Affaires étrangères*.

Studium als Publizist und Journalist vornehmlich für katholische Zeitungen tätig. 1940 geriet er als Kriegsfreiwilliger in deutsche Gefangenenschaft. Nach seiner Flucht stieß er zur französischen Exilregierung in London unter de Gaulle und moderierte als sein Sprecher auch die berühmte BBC-Sendung „Les Français parlent aux Français“. Nach dem Ende des Krieges wirkte Schumann in der Verfassungsgebenden bzw. Konsultativen Versammlung. Wie Robert Schuman und Georges Bidault gehörte er zu den Gründern des MRP und übernahm von 1945 bis 1949 den Vorsitz der Partei. Als der „mehr einer anglo-amerikanischen Richtung der Außenpolitik“ zuneigende Schumann im August 1951 zum Staatssekretär ernannt wurde, galt es in außenstehenden politischen Kreisen als durchaus denkbar, daß mit ihm ein „Gegengewicht“ gegen den Minister installiert werden solle²⁸. Im Herbst 1957 übernahm der „sehr proeuropäisch“ eingestellte Christdemokrat vom Sozialisten Daniel Mayer das Amt des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung²⁹. Anfang der sechziger Jahren näherte er sich wegen der Kolonialpolitik mehr und mehr den Gaullisten und übernahm im April 1962 im Kabinett Pompidou den Posten eines *Ministre délégué auprès du Premier ministre pour l'aménagement du territoire*. Doch schon nach einem Monat trat er aus Protest gegen die intransigente Haltung de Gaulles in der Frage der europäischen Integration wieder zurück³⁰.

Während der Minister und der Staatssekretär Mitglied der Regierung waren, lag die eigentliche Leitung des Ministeriums in der Hand des Generalsekretärs. „Le secrétaire général“, so bestimmte es ein Dekret vom 21. 1. 1920, „exerce, sous l'autorité du ministre, la haute direction de tous les services.“³¹ Er war zwar nicht für die Politik verantwortlich. Als „principal collaborateur“ wurde er aber bisweilen „la conscience de son ministre“³². Im Februar 1949 wurde Alexandre Parodi die Stelle übertragen, und er sollte sie bis Januar 1955 behalten. Schon durch diesen außergewöhnlich langen Zeitraum, in dem er immerhin drei Ministern diente, darf sein Einfluß auf die französische Außen- und Deutschlandpolitik nicht unterschätzt werden. 1901 in Paris als Sohn einer der hervorragenden Figuren der III. Republik geboren, studierte er Rechts- und Literaturwissenschaften und ging Mitte der zwanziger Jahre in die Politik. Bis 1940 arbeitete er als Generaldirektor im Arbeitsministerium. Als Angehöriger des neunköpfigen „Comité Général d'Etudes“ zählte er zu den „Sages de la Résistance“³³. 1944 wurde das Mitglied der SFIO *Délégué Général*, später Arbeitsminister der Provisorischen Regierung. Von 1946 bis 1949 amtierte er als Ständiger Vertreter beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Nach seiner Zeit als Generalsekretär in der Zentrale ging er bis 1957 als Ständiger Vertreter zur NATO und residierte dann bis 1960 als Botschafter in Marokko. Von 1960 bis 1971 saß er im *Conseil d'Etat*³⁴.

²⁸ PA, Abt. 3, AZ 205–00/22, Bd. 1, Hausenstein an AA, 205 Nr. 3190, 14. 8. 1951.

²⁹ Ebd., Abg.-Liste Ref.204, Bd. 184, von Maltzan an dass., Pol 205–00 3883/57, 11. 10. 1957.

³⁰ Zur Person Schumanns vgl. die knappen biographischen Skizzen in: Baumann/Fochler-Hauke, Biographien, Sp.522 f.; Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 839.

³¹ Zitiert nach: Seydoux, Métier, S. 47; s.a. Baillou/Pelletier, Affaires étrangères, S. 45.

³² Schuman, Ministre, S. 17.

³³ S. de Bellescize, Neuf Sages.

³⁴ Zu Parodi vgl. die kurzen biographischen Skizzen in: Lohse, Lockungen, S. 23; Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 716 f.

Parodi galt als gewissenhafter, trockener Mann und „zuverlässiger Sachwalter der französischen Nationalpolitik“³⁵, „vorsichtig im Urteil und entschlossen im Handeln“³⁶. Gegenüber Deutschland fiel sein Votum nicht eben günstig aus. Ja, es schien „im negativen Sinne ‚festgefahren‘“, seit sein Bruder unter dem Hitler-Régime sein Leben gelassen hatte und Gestapo-Agenten die Leiche bei dessen Frau mit den Worten abgeliefert hatten: „Venez Madame, votre mari est en bas“³⁷. Diese traumatischen Erlebnisse hinterließen so bleibende Eindrücke, daß Parodi im Quai d'Orsay zum Exponent der Gegner der Schumanschen Deutschlandpolitik avancierte³⁸. Seine Beförderung zum Botschafter bei der NATO wurde von der deutschen Mission in Paris denn auch lebhaft begrüßt³⁹.

Unterhalb des Generalsekretariats bestand der Quai d'Orsay aus einer Reihe von Generaldirektionen, etwa für Wirtschaft und Finanzen, Kultur, Verwaltung oder Personal und natürlich für Politik. Leiter der Hauptabteilung Politik war Guy Le Roy de La Tournelle. Jahrgang 1898, hatte der Vollblutdiplomate schon in den zwanziger Jahren auf zahlreichen Posten im Ausland gedient. 1943 entließ ihn die Vichy-Regierung, woraufhin er nach Algier ging. 1946 nahm Parodi ihn als Stellvertreter mit zur UNO nach New York, 1950 holte er ihn dann als „Directeur général des Affaires politiques et économiques“ in den Quai d'Orsay. Nach vier Jahren ging der gegenüber der deutschen Vertretung „stets besonders zuvorkommend[e]“⁴⁰ de La Tournelle als Botschafter zunächst nach Madrid und von 1959 bis 1963 zum Heiligen Stuhl⁴¹.

Sein Stellvertreter in der Zentrale war Roland Jacquin de Margerie. Geboren 1889 als Diplomatenkind, ging auch er nach Abschluß eines politikwissenschaftlichen Studiums in den Auswärtigen Dienst. Im Gegensatz zu de La Tournelle blieb er während der Vichy-Zeit auf Posten, und zwar als Generalkonsul in Schanghai, was ihm nach der „Libération“ gewisse Schwierigkeiten bereitete. 1947 kehrte er in die Zentrale nach Paris zurück und übernahm 1949 die Abteilung Afrique-Levant. Schuman, der ihn für den begabtesten Beamten seines Hauses hielt⁴², berief ihn im März 1950 auf die wieder ins Leben gerufene Stelle des „Directeur général adjoint des Affaires politiques et économiques“. Im März 1955 wurde er Leiter der Generaldirektion. Ein Jahr darauf ging er als Botschafter zum Vatikan und wechselte dann mit seinem früheren Chef nach Madrid. 1962 entsandte ihn de Gaulle für drei Jahre als Botschafter nach Bonn⁴³.

Die Generaldirektion Politik war ihrerseits wieder in Abteilungen gegliedert, deren für uns wichtigste die Europaabteilung war. Von 1949 bis 1955 wurde sie von François Seydoux Fournier de Clausonne geleitet, der sich vergeblich Hoffnungen auf den Posten eines Hohen Kommissars in Deutschland gemacht hatte.

³⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 24, Bl. 139, Tb. 17. 9. 1953.

³⁶ Bidault, Rebell, S. 56; s.a. Seydoux, Erinnerungen, S. 129.

³⁷ Zitiert nach: PA, Abt. 2, Bd. 988, Hausenstein an AA, 215–03 Tgb.Nr. 3212, 5. 11. 1952, Geheim; vgl. Frank, Botschaft, S. 32; Bidault, Rebell, S. 56.

³⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 988, Hausenstein an AA, 215–03 Tgb.Nr. 3212, 5. 11. 1952, Geheim.

³⁹ S. ebd., Bd. 238, Bl. 569–575, ders. an dass., 205–00 I Nr. 4418/54, 12. 11. 1954.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Vgl. die kurze biographische Skizze in: Lohse, Lockungen, S. 23.

⁴² S. Seydoux, Erinnerungen, S. 135.

⁴³ Zu de Margerie vgl. Froment-Meurice, Mémoires, S. 52 f.; Lohse, Lockungen, S. 23.

Geboren 1905 als Sohn des französischen Botschaftsrates in Berlin, trat er wie de La Tournelle nach dem Studium der Politik-, Rechts- und Literaturwissenschaften in den Auswärtigen Dienst ein. Nach einer Verwendung bei der französischen Völkerbund-Vertretung 1928 wurde er 1933 Legationssekretär, 1938 dann Conseiller an der Botschaft in Berlin. Deutschland sollte sein vorrangiges Betätigungsfeld bleiben, sei es als ziviler Mitarbeiter General Koenigs, in der Europaabteilung, als Hoher Kommissar und Botschafter in Wien 1955 bis 1958 oder als Botschafter in Bonn von 1958 bis 1962 und – nach einem Interim als Vertreter bei der NATO – von 1965 bis 1970⁴⁴. Seydoux gehörte zu jenen französischen Diplomaten, die Deutschland auch von seinen Schattenseiten kennengelernt hatten, sich aber nach dem Zweiten Weltkrieg für die Aussöhnung mit dem Nachbarn einsetzten. Freilich machte er die Entwicklung zur Bündnisgemeinschaft nur „zögernd, zum Teil – was die Europa-Politik betrifft – mit überzeugter Ablehnung“ mit⁴⁵.

Die für die französische Deutschlandpolitik organisatorisch zuständige Unterabteilung Zentraleuropa leitete von 1951 bis 1955 Jean Sauvagnargues. 1915 in Paris geboren, galt er als einer der wenigen Spezialisten für deutsche Fragen im französischen Außenministerium. Schon in seiner Schulzeit hatte er die Ferien wiederholt in Deutschland und Österreich verbracht. Das Studium der Germanistik schloß er mit einer Dissertation über Hölderlin und Hegel ab. Nach einer kurzen Tätigkeit als Gymnasiallehrer und Attaché in Bukarest 1940/41 schloß er sich 1943 de Gaulle an. Von 1946 bis 1951 arbeitete er im Commissariat général pour les Affaires allemandes et autrichiennes, von 1951 bis 1955 als Leiter der Unterabteilung Zentraleuropa. 1955 übernahm er die Hauptabteilung für marokkanische und tunesische Angelegenheiten und ging 1956 für vier Jahre als Botschafter nach Addis-Abeba. 1960 kehrte er in die Zentrale zurück und übernahm die Abteilung Afrique-Levant. Von 1962 bis 1970 residierte Sauvagnargues als Botschafter in Tunis, ging dann nach Bonn und krönte seine Laufbahn mit der Leitung des Ministeriums von 1974 bis 1976⁴⁶.

Als äußerer Rahmen der Deutschlandpolitik diente Frankreich wie seinen Verbündeten das Besatzungsstatut der Alliierten Hohen Kommission vom 10. 4. 1949, in dem sie sich neben einer Reihe von ‚Vorbehaltsgebieten‘ in einer Generalklausel das Recht vorbehielten, „auf Weisung ihrer Regierungen die Ausübung der vollen Gewalt ganz oder teilweise wieder zu übernehmen“⁴⁷. Als französischer Vertreter amtierte in diesem Gremium André François-Poncet⁴⁸, der mit zweifelhaftem Instinkt für die repräsentative Darstellung seines Landes das Hotel Dreesen in Bad Godesberg als Verwaltungsgebäude und Schloß Ernich bei

⁴⁴ Zu Person und Politik Seydoux s. Seydoux, *Erinnerungen*; ders., *Botschafter*; eine kurze biographische Skizze in: Lohse, *Lockungen*, S. 23 f.

⁴⁵ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Aufzeichnung, o.D. Die Aufzeichnung diente zur Information der Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes anlässlich der Übergabe des Botschafter-Kreditivs durch Seydoux am 21. 8. 1958 (ebd., Müller-Roschach an Abt. Protokoll im AA, 204–82.03/94.07, 8. 8. 1958, Konzept).

⁴⁶ Zur Person Sauvagnargues vgl. die kurzen biographischen Skizzen in: Baumann/Fochler-Hauke, *Biographien*, Sp. 511 f.; Yvert (Hg.), *Dictionnaire*, S. 992.

⁴⁷ Art. 3 des Besatzungsstatuts, 10. 4. 1949, in: EA 1949, S. 2075; zum völkerrechtlichen Status der Bundesrepublik und seiner Entwicklung vgl. ausführlich Schwengler, *Anspruch*.

⁴⁸ Zur Biographie François-Poncets vgl. Bock, *André François-Poncet*; ders., *Hochkommissariat*, S. 128–143; ders., *Perzeption*, S. 587–650; Hauser, *Botschafter*, S. 126.

Bonn als seine Residenz wählte⁴⁹, zweifelhaft, weil dort der britische Premierminister Chamberlain im September 1938 Hitler die Zustimmung Englands und Frankreichs zur Abtretung des Sudetengebietes an das Deutsche Reich übermittelte hatte⁵⁰.

Geboren 1887 in Provins im Département Seine-et-Marne, war er seit früher Jugend Deutschland zugewandt, der deutschen Sprache und Kultur verhaftet. François-Poncet besuchte Schulen in Dresden bzw. Stuttgart und studierte Germanistik unter anderem in München und Berlin. Nach dem Abschluß an der Ecole Normale Supérieure arbeitete er zeitweilig als Deutschlehrer und dann als Journalist. Noch vor dem Ersten Weltkrieg veröffentlichte er eine Studie über das Denken der deutschen Jugend, in der er vor der von Deutschland ausgehenden Kriegsgefahr warnte⁵¹. Als Anhänger der Politik Poincarés wurde er während der Ruhrbesetzung in der ersten Jahreshälfte 1923 als französischer Repräsentant gegenüber der internationalen Presse nach Düsseldorf gesandt. Von 1924 bis 1931 saß er für den konservativen „Parti Républicain Démocratique et Social“ als Abgeordneter in der Chambre des Députés. Nach kurzfristigen Engagements als Unterstaatssekretär und Stellvertretender Gesandter beim Völkerbund ging er von 1931 bis 1938 als Botschafter nach Berlin⁵², wo er sich als Verfechter enger industrieller Bindungen zwischen Deutschland und Frankreich für die Errichtung eines internationalen Kartells in der Schwerindustrie einsetzte. Hatte er der Weimarer Republik gegenüber eine harte Linie verfolgt, gestand er Nazi-Deutschland durchaus eine führende Rolle in Europa zu, sofern diese Politik mit friedlichen Mitteln verfolgt und Frankreich ein Platz in dieser Ordnung eingeräumt wurde. Noch im Sommer 1940, wenige Monate nach dem Zusammenbruch der III. Republik, versuchte er „sich wieder in die Gunst der Machthaber des Dritten Reiches zu bringen“⁵³, obwohl der Gedanke der französischen Regierung, ihn zum Hauptdelegierten des französischen Roten Kreuzes zu ernennen und auf dem Umweg über Verhandlungen mit der deutschen Schwesterorganisation „wieder den Kontakt mit Deutschland aufzunehmen“, von der Reichsregierung verworfen worden war⁵⁴. Nach einer zweijährigen Amtszeit als Botschafter in Rom trat er 1940 ins Konsultativorgan der Vichy-Regierung, dem Conseil National, ein. Dennoch wurde er im Sommer 1943 von den nationalsozialistischen Machthabern verhaftet und bis Mai 1945 in Deutschland bzw. Österreich interniert⁵⁵.

Nach intensiver publizistischer Tätigkeit kehrte er im November 1948 in den Staatsdienst zurück. Schuman setzte ihn als „chargé de mission spéciale“ beim Chef der Militärregierung in der französischen Besatzungszone, ab 15. 12. 1948 als „conseiller diplomatique du gouvernement“ für Deutschlandfragen im Quai d'Orsay ein. Seit Januar 1949 wieder in den diplomatischen Dienst voll integriert,

⁴⁹ Vgl. Bock, *Perzeption*, S. 604.

⁵⁰ Vgl. Fest, *Hitler*, S. 764.

⁵¹ François-Poncet, *Jeunesse*.

⁵² Zu François-Poncets Tätigkeit als Botschafter in Berlin und Hoher Kommissar in Bonn vgl. François-Poncet, *Botschafter*; Hauser, *Botschafter*.

⁵³ PA, BStS, Bd. 364, von Trützschler an Blankenhorn, 25. 10. 1951, Unter Verschuß.

⁵⁴ Ebd., Frankreich R 29587, Generalkonsul Krauel an Staatssekretär von Weizsäcker, 4. 9. 1940.

⁵⁵ Vgl. François-Poncet, *Carnet*.

aus dem er 1946 ausgeschieden war⁵⁶, trat er für eine flexible Deutschlandpolitik mit dem Ziel der festen Einbindung in den Westen ein. Auch aus ökonomischen Gründen plädierte er dafür, die wirtschaftlich erstarkende Bundesrepublik nicht den Angelsachsen in die Arme zu treiben. Diplomat, Germanist, Schriftsteller, durfte er sich als der wohl beste Deutschlandkenner der Hohen Kommission fühlen, wobei sich bei ihm wie bei vielen seiner Zeitgenossen das Bild vom Land der Dichter und Denker zu jenem des aggressiven Militarismus gesellte. Sein deutschlandpolitisches Credo kleidete er gegenüber Auriol im Februar 1949 in die Worte, die französische Deutschlandpolitik müsse „ferme“ und „humaine“ zugleich sein⁵⁷. Als wichtigste Konstante seiner deutschlandpolitischen Vorstellungen entwickelte sich die Leitidee der „Kontrolle [West-] Deutschlands durch bilaterale Assoziation und durch europäisch-atlantische Integration“⁵⁸.

Sein Hochmut und seine Eitelkeit sowie die politische Schwäche der von ihm vertretenen Regierungen führten in den ersten Jahren seiner Bonner Tätigkeit im Umgang mit Bundeskanzler Adenauer unablässig zu „Giftigkeiten“⁵⁹, so daß sein Eintreten für die Sache der deutsch-französischen Versöhnung kaum Anerkennung fand. Vielmehr setzte sich in der deutschen Führung jener Eindruck fest, den Bundespräsident Heuss nach einer ersten Begegnung in die Öffentlichkeit lancierte: „ce qu'il fût ‚antiquarish‘ [sic!] et ne pensât qu'à l'Allemagne du passé“⁶⁰.

Nach einer Zeit heftiger Reibereien, die sich nicht zuletzt aus dem „falsche[n] Überlegenheitsgefühl“ des Hohen Kommissars ergaben⁶¹, sollte sich François-Poncets Beurteilung über Adenauer im Laufe der Jahre erheblich verbessern. Zwar übersah er nie dessen machiavellistischen Züge, entscheidend war für ihn aber letztlich die Erkenntnis, daß es ihm ganz elementar auf die deutsch-französische Verständigung ankam. „Européen sincère, il a cristallisé, et, en grande partie, suscité un courant d'opinion foncièrement acquis aux idéaux de l'Occident, favorable à l'intégration européenne, favorable, également, à l'entente franco-allemande“⁶².

Auch der Umgang mit dem Stellvertreter François-Poncets, Armand Bérard, gestaltete sich für die Bundesregierung zu Anfang keineswegs problemlos. 1904 geboren, hatte Bérard bereits von 1931 bis 1936 unter seinem jetzigen Chef als Secrétaire an der Botschaft in Berlin gedient. Nach Verwendungen in der Zentrale und an den Botschaften in Washington und Rom ging Bérard nach dem Ende der Feindseligkeiten 1940 für drei Jahre nach Wiesbaden in die französische Waffenstillstandsdelegation. 1943 trat er aus dem diplomatischen Dienst aus, kehrte 1945 wieder zurück und ging für fünf Jahre als Botschaftsrat nach Washington. Ende 1949 wurde er als Haut-Commissaire adjoint nach Bonn versetzt. Im Januar 1955

⁵⁶ Vgl. Bock, Hochkommissariat, S. 135 f.; ders. *Perzeption*, S. 598.

⁵⁷ Unterredung zwischen Auriol und François-Poncet vom 8. 2. 1949, in: Auriol, *Journal*, Bd. 3, S. 106.

⁵⁸ Bock, *Perzeption*, S. 614; s.a. ders. *Hochkommissariat*, S. 140–143.

⁵⁹ Schwarz, *Adenauer*, Bd. 1, S. 676.

⁶⁰ Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 211, Tb. 13. 9. 1949.

⁶¹ Köhler, *Adenauer*, S. 561.

⁶² François-Poncet an Bidault, Nr. 2661/CM, 31. 12. 1953, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 2, S. 1077–1092, hier S. 1077 f. Zur Numerierung s. AMAE, *Europe 1944–1960*, *Allemagne*, Bd. 128, Bl. 243.

holte ihn Edgar Faure zunächst ins Außenministerium und nach seiner Ernennung zum Regierungschef ins Hôtel Matignon. Von 1956 bis 1967 amtierte Bérard als Botschafter in Tokio, bei den Vereinten Nationen und beim Quirinal⁶³.

Das Verhältnis des zweiten Mannes im Hotel Dreesen, der gegen seinen Wunsch an den Rhein beordert worden war⁶⁴, zur Bundesregierung begann zunächst „stark ressentimentgeladen“, da sein Bruder von der Gestapo ermordet worden war. Darüber hinaus stand der „von leidenschaftlichem Ehrgeiz“ besessene Diplomat den Sozialisten nahe⁶⁵. Obwohl Bérard selbst betonte, „unter die Vergangenheit einen Strich zu ziehen und nur noch für die europäische und deutsch-französische Zusammenarbeit und Verständigung zu arbeiten“⁶⁶, zeigte Adenauer ihm gegenüber jahrelang „eine sehr starke Abneigung“, die sich erst 1953 ändern sollte, als Bérard als Nachfolger François-Poncets gehandelt wurde und der Kanzler den Eindruck gewonnen hatte, der französische Vertreter habe sich „sehr gedreht“⁶⁷.

Beide französischen Diplomaten brachten also ihre sehr persönlichen Erfahrungen mit dem „Dritten Reich“ in ihr neues Amt ein. Und der Quai d'Orsay machte keine Anstalten, sie zu besonderer Behutsamkeit im Umgang mit der Bundesregierung anzuhalten. In einer ersten, nicht abgegangenen Weisung an den Hohen Kommissar legte das Ministerium zunächst und vor allem Wert darauf, daß die bestehenden rechtlichen Grundlagen nicht verändert würden und François-Poncet sich allen Versuchen der deutschen Behörden widersetzen sollte, die Einheit der alliierten Mächte zu unterminieren. „Maintien de l'autorité suprême alliée, garantie du jeu des institutions fédérales, défense vis-à-vis de nos Alliés des intérêts français en Allemagne“, so lauteten die zentralen Passagen der Direktive. Im einzelnen bedeutete das insbesondere die Klärung der Reparations- und Demontagefrage, der Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat und zur OECD sowie die Bewahrung des Status quo in der Saarfrage und nicht zuletzt die Verhinderung jeglicher Wiederbewaffnung⁶⁸. Wichtig erschien aber auch die Einhaltung des Grundgesetzes, wenngleich es aus der Sicht des Quai d'Orsay als „imparfaite“ galt. Als „but essentiel“ der französischen Deutschlandpolitik nannte eine zweite, ebenfalls nicht expedierte Instruktion „l'intégration d'une Allemagne désarmée et démilitarisée mais jouissant d'un régime fédéral et démocratique dans le cadre d'une Europe unie“⁶⁹.

Wohin würde sich die Bonner Republik wenden, so lautete die bange Frage in Paris. Würde sie die Fehler der Weimarer Republik wiederholen, einem neuen Nationalismus anheimfallen? Bérard glaubte das nicht, François-Poncet hingegen

⁶³ Zu Person und Politik Bérards s. Bérard, *Ambassadeur*, 2 Bde.

⁶⁴ S. PA, Abt. 3, AZ 215–03/22, Bd. 1, Vermerk von Welck, 7. 8. 1950, Konzept.

⁶⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 1b, Bl. 32, Tb. Blankenhorn, 10. 10. 1949.

⁶⁶ PA, Abt. 3, AZ 215–03/22, Bd. 1, Vermerk von Welck, 7. 8. 1950, Konzept.

⁶⁷ Lenz, *Tagebuch*, S. 656, Tb. 24. 6. 1953.

⁶⁸ Schuman an François-Poncet, Nr. 1, August 1949, Entwurf (nicht abgesandt), in: BDFD I, S. 55–59, hier S. 57; vgl. Bock, *Hochkommissariat*, S. 98–102.

⁶⁹ AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 371, Bl. 42–51, MAE an François-Poncet, Nr. 2, 25. 8. 1949, Entwurf. Das hohe Ansehen, das François-Poncet im Quai d'Orsay als Deutschlandexperte genoß, war offenbar dafür verantwortlich, daß das Ministerium schließlich davon absah, ihm überhaupt eine Instruktion zu schicken (vgl. Bock, *Hochkommissariat*, S. 102; ders., *Perzeption*, S. 581).

war pessimistischer⁷⁰. Auf keinen Fall, so betonte er Anfang September in einem Interview, werde man den Deutschen einen „Blankoscheck geben“⁷¹. Aber auch sein Stellvertreter fragte sich, ob es denn wirklich nötig sei, mit Theodor Heuss einen ehemaligen Abgeordneten des Reichstags, der 1933 dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte, nun zum Bundespräsidenten zu wählen⁷². Gewiß, in seiner als Vorsitzender der Hohen Kommission gehaltenen Glückwunschede pries François-Poncet dessen „hervorragende[n] geistige[n] und moralische[n] Eigenschaften“⁷³ und trug auch mit wohlwollenden Worten der Tatsache Rechnung, daß Heuss sich zuvor darüber beklagt hatte, der französische Vertreter „ne pensât qu'à l'Allemagne du passé“⁷⁴. Allerdings hielt er es auch für geboten, das Staatsoberhaupt zur Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Pflichten zu ermahnen, „namentlich mit Gewissenhaftigkeit darüber [zu] wachen, daß die Verfassung der Republik eingehalten wird“. Keinen Zweifel hegte er daran, daß Deutschland erst noch „den Weg zur Demokratie finden“ müsse, um „in den Schoß der freien und friedliebenden Völker“ aufgenommen zu werden⁷⁵ – das Wort Europa vermied er sorgsam⁷⁶!

Die Skepsis der französischen Diplomatie Heuss gegenüber wich im Laufe der Jahre großer Verehrung, wie ein geradezu hymnischer Bericht des damaligen französischen Botschafters Seydoux anläßlich des Abschieds von Heuss aus der Villa Hammerschmidt im September 1959 verdeutlichte: Die Lücke dieses „conciliateur“, der den Deutschen „une nouvelle conscience civique“ gegeben und sich als „l'un des grands artisans du rétablissement du prestige moral de l'Allemagne“ erwiesen habe, sei nur schwer zu schließen⁷⁷.

Die Wahl Konrad Adenauers zum ersten deutschen Bundeskanzler hingegen traf bei François-Poncet auf mehr Wohlwollen, da dessen Probleme mit dem Machthabern im „Dritten Reich“, seine europäischen Überzeugungen und der tiefsitzende Antikommunismus ihn als untadelige Persönlichkeit erscheinen ließen⁷⁸. Demgegenüber war das Verhältnis der französischen Hohen Kommission zu Adenauers innenpolitischen Gegenspieler Kurt Schumacher von Anfang an von Antipathie belastet. Denn der SPD-Parteivorsitzende machte schon in den ersten Erklärungen im Deutschen Bundestag keinen Hehl aus seiner Abneigung gegenüber Frankreichs Deutschlandpolitik. „Quel responsabilité“, so notierte Bérard nicht ohne Bedauern in seinem Tagebuch, „de tenir la SPD écartée de la France!“⁷⁹ Rühmte sich Schumacher selbst „d'être un esprit architectonique“, so

⁷⁰ S. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 208, Tb. 8. 9. 1949.

⁷¹ Interview François-Poncets mit dem französisch lizenzierten „Kurier“, 5. 9. 1949, in: AdG 1948/49, S. 2058F.

⁷² S. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 210, Tb. 12. 9. 1949.

⁷³ Ansprache François-Poncets anläßlich der Übermittlung der Glückwünsche der AHK zur Wahl von Heuss, 13. 9. 1949, in: AdG 1948/49, S. 2066H.

⁷⁴ Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 211, Tb. 13. 9. 1949.

⁷⁵ Ansprache François-Poncets anläßlich der Übermittlung der Glückwünsche der AHK zur Wahl von Heuss, 13. 9. 1949, in: AdG 1948/49, S. 2066H; vgl. Bock, *Hochkommissariat*, S. 114.

⁷⁶ Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 211, Tb. 13. 9. 1949.

⁷⁷ AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960*, Bd. 3, Bl. 61–67, Seydoux an Couve de Murville, Nr. 1705, 18. 9. 1959.

⁷⁸ S. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 213, Tb. 15. 9. 1949.

⁷⁹ Ebd., S. 215, Tb. 23. 9. 1949. Lohse meint, daß die französische Hohe Kommission, namentlich

war er in den Augen François-Poncets bloß „un brillant démolisseur“⁸⁰. Auf die scharfe Attacke des Hohen Kommissars, der Oppositionsführer sei ein „schizophrener Faust“, revanchierte sich Schumacher, François-Poncet habe als Repräsentant der französischen Appeasementpolitik gegenüber Hitler kein Recht, Frankreich in der Bundesrepublik zu vertreten⁸¹.

Wenngleich er bisweilen die Kontrolle über die Partei verlor, bestimmten Schumachers Grundauffassungen, seine Analysen und seine Taktik die außenpolitischen Tendenzen der deutschen Sozialdemokratie. Die „SPD“, so formulierte es später einmal Herbert Wehner, „das hieß damals Kurt Schumacher“⁸². Die mittlerweile edierten Protokolle der SPD-Fraktion unterstreichen diesen Befund, und sie zeigen darüber hinaus, daß nach Schumachers Tod sein Nachfolger Ollenbauer zunächst noch die Zügel in der Hand hielt. Erst Mitte der fünfziger Jahre wurde die Fraktion durch die Erweiterung der Stellvertreterpositionen auf eine kollektive Führung umgestellt, mit der Folge, daß in der Außenpolitik mehrere Kraftfelder die Richtung der Partei bestimmten⁸³.

Schumachers außenpolitischer Ansatz⁸⁴ zielte im „Dreiklang von Sozialismus, Demokratie und Nation“⁸⁵ auf den Aufbau eines demokratischen und sozialistischen Deutschland. Als stärkster Impuls wirkte in ihm ohne Zweifel sein Antikommunismus. Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung des deutschen Volkes zählten zu den obersten Zielen. Partnerschaft war für ihn nur nach Westen, nicht aber nach Osten möglich. Aber die Westbindung durfte nur Provisorium bleiben, weil jede Konsolidierung die Vereinigung des geteilten Deutschlands behinderte. Auch Gesamtdeutschland hatte seiner Auffassung nach eindeutig seinen Platz im Westen. Die Konzeption Jakob Kaisers, der Deutschland als Mittler zwischen russischem Sozialismus und westlichem Kapitalismus sah⁸⁶, lehnte er entschieden ab. Den alten sozialdemokratischen Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa akzeptierte er nur dann, wenn Europa die Gleichberechtigung der Deutschen von vornherein verbürgte.

Wie Adenauer lag ihm prinzipiell durchaus an einer Annäherung zum Nachbarn westlich des Rheins. Allzu oft machte er aber keinen Hehl aus seiner Überzeugung, daß Frankreich für ihn „nächst der Sowjetunion geradezu der Feind“ war⁸⁷. Die „Fehde“ reichte bis in die Zeit von General Koenig, der gegen ihn ein Einreise- und Auftrittsverbot für die französische Zone verfügt hatte⁸⁸. Schumacher mochte auch nicht vergessen, daß Frankreich im Waffenstillstandsvertrag von 1940 die Auslieferung deutscher Flüchtlinge an Hitler zugestanden und damit

François-Poncet, das negative Bild Schumachers überzeichnet und die Adenauer von seiten der SPD drohende Gefahr überbewertet habe (Lohse, Lockungen, S. 52 f.).

⁸⁰ François-Poncet an Bidault, Nr. 412/CM, 28. 2. 1954, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 2, S. 1112. Zur Numerierung s. AMAE, *Europe 1944–1960*, Allemagne, Bd. 128, Bl. 285.

⁸¹ Zitiert nach: Merseburger, Kurt Schumacher, S. 510.

⁸² Zitiert nach: Buczyłowski, Kurt Schumacher, S. 16.

⁸³ S. Weber (Bearb.), *Sitzungsprotokolle 1949–1957*; Hölscher (Bearb.), *Sitzungsprotokolle 1957–1961*; Potthoff (Bearb.), *Sitzungsprotokolle 1961–1966*.

⁸⁴ Vgl. Hacke, *Weltmacht*, S. 34–47; Möller, *Deutschland*, S. 776–782; Schwarz, *Reich*, S. 481–564.

⁸⁵ Besson, *Außenpolitik*, S. 62.

⁸⁶ Vgl. Hacke, *Weltmacht*, S. 25–33; Schwarz, *Reich*, S. 297–344.

⁸⁷ Müller, *SPD*, S. 192.

⁸⁸ Merseburger, Kurt Schumacher, S. 510.

das Schicksal bekannter Genossen wie Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding besiegelt hatte⁸⁹. Zu den persönlichen Animositäten gesellten sich erhebliche politische Differenzen. Die französische „Dominanzpolitik“ gegenüber dem Rheinland, der Saar oder dem Ruhrgebiet war für ihn Ausdruck eines „national-egoistischen Wollens“⁹⁰. Wenn er die Pariser Saarpolitik zum „Testfall für die deutsch-französischen Beziehungen“ stilisierte⁹¹ und gerade hier die Anerkennung Deutschlands als gleichberechtigten Partner forderte, trug er natürlich nicht zur Beseitigung der Probleme bei. Die daraus schimmernde allenfalls begrenzte Fähigkeit, sich in die psychologische Lage Frankreichs hineinzuversetzen, und sein laut vorgebrachtes Verlangen nach einem gleichberechtigten deutschen Nationalstaat wurzelten gewiß nicht nur in der fehlenden sozialdemokratischen Erfahrung auf der internationalen Bühne sowie in der Tatsache, daß die SPD „eine Partei der nationalen Tradition“ war⁹². Sie waren auch Ausdruck der von Schumacher aus seinem persönlichen Lebensschicksal im „Dritten Reich“ abgeleiteten Legitimität derartiger Forderungen.

Mehr und mehr sah Schumacher sein Konzept eines sozialistischen Deutschland in einem sozialistischen Europa als Folge der französischen Politik scheitern. Die Gegnerschaft wuchs in dem Maße, wie „jeder in seiner Einschätzung des anderen davon ausging, daß er eine Bedrohung für die eigene Zielsetzung darstelle“⁹³. Trotz des unverminderten Drucks aus dem Osten verweigerten die Westmächte der Bundesrepublik nicht zuletzt aufgrund der französischen Hartnäckigkeit die von Schumacher stets geforderte Gleichberechtigung. Die seines Erachtens unkluge und diskriminierende Lösung des Sicherheitsproblems entfachte seinen scharfen Widerstand. Die europäische Integration stieß mehr und mehr auf seine Ablehnung und drohte auf Dauer die Grundlinie der Westbindung überhaupt in Frage zu stellen. Erst in der nach der Wahlniederlage 1957 unter Ollenhauer begonnenen außenpolitischen Reformdebatte sollte die Partei von allen neutralistischen Tendenzen abschwören. Mutet es daher nicht durchaus verständlich an, wenn François-Poncet in den ersten Jahren eine beinahe „apokalyptische Furcht vor einem Führungswechsel in Bonn“ hegte⁹⁴?

Wie sah nun Schumachers Pendant an der Spitze der Bundesregierung die Beziehungen zu Frankreich? 1876 als Sohn einer Beamtenfamilie in Köln geboren, hatte Adenauer nach seinem Studium der Rechtswissenschaft und der Volkswirtschaft zunächst als Rechtsanwalt gearbeitet, sich dann aber mehr und mehr der Politik verschrieben. Seit 1906 wirkte er als Beigeordneter, später als Erster Beigeordneter und ab 1917 als Oberbürgermeister von Köln in der Kommunalpolitik. Ab 1918 saß er als Mitglied der Zentrumsparlei im Preußischen Herrenhaus; von 1920 bis 1933 präsidierte er im Preußischen Staatsrat. Nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten 1933 aus allen Funktionen entlassen, engagierte er sich nach dem Zusammenbruch 1945 sofort wieder aktiv in der Politik.

⁸⁹ Vgl. ebd., S. 511f.

⁹⁰ Zitiert nach: Müller, SPD, S. 192.

⁹¹ Schwarz, Reich, S. 540.

⁹² Müller, SPD, S. 195.

⁹³ Cahn, Bemerkungen, S. 126.

⁹⁴ Lohse, Lockungen, S. 53.

Am 15. 9. 1949 wurde der Präsident des Parlamentarischen Rates, der zu den Gründungsmitgliedern der CDU gehörte, zum ersten Bundeskanzler gewählt. Vierzehn Jahre lang sollte er die Geschicke der Bonner Republik im Innern wie nach außen maßgeblich bestimmen. Viele seiner französischen Gesprächspartner überragte er damit schon wegen dieser langen Amtszeit, aber wohl auch wegen seiner politischen Begabung um Längen.

Ausgangspunkt aller Überlegungen über die Kontaktaufnahme zum Ausland war für Adenauer die Feststellung der eigenen beschränkten Entscheidungsfreiheit. Der Bundesrepublik fehlte im Gegensatz zu der global operierenden Großmacht Frankreich nicht nur jegliches Ansehen; sie war einstweilen lediglich bloß „Objekt und weiter nichts“⁹⁵. Das ehemalige „Kraftzentrum“ im Herzen Europas war zum „Notstandsgebiet“ degeneriert, machtpolitisch verkümmert und wirtschaftlich notleidend⁹⁶. Obwohl das Besatzungsstatut die Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen den alliierten Mächten reservierte und der Bundesrepublik auch sonst jede Außenpolitik verwehrt blieb, sah er die auswärtigen Angelegenheiten als ein Kernstück seiner Regierungsarbeit an. In seiner Lageanalyse ging der Kanzler davon aus, daß das Gleichgewicht in Europa durch den Zweiten Weltkrieg zerstört und der europäische Machtverlust durch den Machtzuwachs auf amerikanischer und sowjetischer Seite ersetzt worden war. Ein dadurch drohendes Inferioritätsverhältnis der Alten Welt konnte seiner Meinung nach nur durch einen Zusammenschluß aller europäischen Demokratien vermieden werden. Um der von der Sowjetunion ausgehenden elementaren Gefahr, ihrer potentiellen Hegemonie und der Ausbreitung des Kommunismus, zu begegnen, galt es darüber hinaus, eine enge Verbindung zu den USA herzustellen, deren Nachkriegspolitik in Europa von einer Strategie des „Doppel-Containment“ geprägt war: „das In-Schach-Halten der Sowjetunion mittels Eindämmung und das In-Schach-Halten der Bundesrepublik mittels integrativer westlicher Bündnisstrukturen“⁹⁷.

Adenauers Gedankenführung umfaßte europa- wie deutschlandpolitische Elemente. Während Europa Westdeutschland bei der angestrebten Einigung benötigte, war die Bundesrepublik auf die europäische Integration angewiesen, um sich zu konsolidieren und außenpolitisch zu stabilisieren. Geprägt vom „Alpdruck Potsdam“, d. h. dem alliierten Übereinkommen auf Kosten Deutschlands, und der Überzeugung, daß die „nationale Einsamkeit“ in „weltpolitische Verlassenheit“⁹⁸ umschlagen könne, entwickelte Adenauer nach Kriegsende das Konzept einer unauflöslichen Bindung Westdeutschlands mit dem Westen. Mißtrauisch gegenüber der politischen Standhaftigkeit seines eigenen Volkes, wollte er die „antiwestli-

⁹⁵ Rede Adenauers auf der Tagung der Landesverbandsvorsitzenden der CDU/CSU, der Ministerpräsidenten und der Fraktionsvorsitzenden vom 8./9. 1. 1949, zitiert nach: Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 56.

⁹⁶ PA, Abt. 2, Bd. 248, Bl. 62–70, Entwurf, o.D. Es handelt sich um eine Ausarbeitung von Stroh und Thierfelder über die deutsch-französischen Beziehungen, die der Leiter des Deutschen Büros für Friedensfragen Pfeiffer am 21. 3. 1950 an die Verbindungsstelle zur AHK übersandte (ebd., Bl. 61, Pfeiffer an Verbindungsstelle zur AHK, 4253/2413/50, 21. 3. 1950). Zur Arbeit des Deutschen Büros für Friedensfragen grundlegend: Piontkowitz, Anfänge.

⁹⁷ Hanrieder, Deutschland, S. 7.

⁹⁸ Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 216 u. 217.

chen Fehlentwicklungen der deutschen Politik“⁹⁹ durch die Eingliederung in die westliche Staatengemeinschaft einer historischen Korrektur unterziehen. Deutschland lag als „Niemandland“ zwischen zwei Mächtegruppen und sah sich der „Anziehungspolitik“ Moskaus ausgesetzt. Ihr zu widerstehen setzte den Anschluß an die westliche Welt voraus¹⁰⁰. „Auf außenpolitischem Gebiet“, so schrieb er am 27. 8. 1949 in einem Berühmtheit erlangten Schreiben an Helene Wessel, „liegt unsere Linie fest. Sie richtet sich in erster Linie darauf, ein enges Verhältnis zu den Nachbarstaaten der westlichen Welt, insbesondere auch zu den Vereinigten Staaten herzustellen.“ Des weiteren hielt er es für zentral wichtig, möglichst rasch als „gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Mitglied in die europäische Föderation“ aufgenommen zu werden¹⁰¹.

Der genuin deutschlandpolitische Impetus dieser Konzeption lag nun in seiner Überzeugung, die deutsche Teilung auf absehbare Zeit als gegeben anzusehen. Da an eine Wiedervereinigung in Freiheit vorerst nicht zu denken war, mußte es aus deutscher Sicht zunächst darum gehen, Handlungsfreiheit zu gewinnen und als gleichberechtigtes Mitglied in die westliche Staatenwelt aufzusteigen. Diese Akzeptanz konnte das Provisorium Bundesrepublik nach Adenauer nur durch ein ehrliches Bemühen um Vertrauen sowie ein bewußt angestrebtes Aufgehen in einem ‚integrierten‘ Westeuropa unter besonderer Betonung der Aussöhnung mit Frankreich erlangen. Die von den Alliierten verwalteten Hoheitsrechte sollten nicht für einen wiederherzustellenden Nationalstaat zurückerlangt, sondern auf ein vereinigtes Westeuropa übertragen werden. Denn angesichts der als legitim anerkannten europäischen Sicherheitsinteressen sowie des als diskreditiert geltenden Nationalstaatsgedankens erlaubte die Forderung nach Wiedervereinigung keine Rückkehr zu nationalstaatlichen Lösungen.

Westbindung, Amerikaorientierung, Gleichberechtigung, Mitwirkung am Zusammenschluß Europas lauteten also die Grundpfeiler seiner außenpolitischen Grundvorstellungen. Unterhalb dieser Ebene spielte die grundlegende Änderung der Beziehungen zu Frankreich eine herausragende Rolle für den Kanzler. „Nicht eigentlich frankophil“¹⁰², eher „ein Mann der Amerikaner“¹⁰³, gedachte Adenauer, die Frankreichpolitik in sein viel umfassenderes Konzept einer westeuropäisch-nordatlantisch angelegten Westpolitik einzufügen¹⁰⁴. Im Dezember 1954, als das Pariser Vertragswerk in der Assemblée Nationale zu scheitern drohte, bezeichnete er die Zusammenführung von Frankreich und Deutschland gar als seine persönliche „Mission“¹⁰⁵.

Was motivierte ihn zu dieser Politik? Ging es ihm in erster Linie um die Versöhnung mit dem französischen Volk oder um die europäische Integration, die ohne Frankreich keine Aussicht auf Erfolg besaß? Muß Adenauers Frankreichpolitik

⁹⁹ Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 55.

¹⁰⁰ PA, Abt. 2, Bd. 248, Bl. 62–70, Entwurf, o.D.

¹⁰¹ Adenauer an Helene Wessel, 27. 8. 1949, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 97.

¹⁰² Schwarz, Erbfreundschaft, S. 10.

¹⁰³ Ebd., S. 43.

¹⁰⁴ Vgl. ebd., S. 10. Als Spiegelbild dieser Rangfolge mag auch die Tatsache dienen, daß in der Skala seiner Korrespondenzen mit dem Ausland die USA mit einem statistischen Mittelwert von 50 weit vor Frankreich liegen mit 25 Briefbeziehungen (Mensing, Quellenforschung, S. 34).

¹⁰⁵ Adenauer an Schuman, 24. 12. 1954, Streng geheim, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 203.

„ganz wesentlich als Sicherheitspolitik vor einer erneuten französisch-russischen Einkreisung verstanden“ werden¹⁰⁶, oder war sie insbesondere ein Mittel zur Durchsetzung des prioritären Ziels der „Souveränität und der Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis“¹⁰⁷?

Gewiß, Adenauer suchte die Verständigung mit Frankreich, sie war ihm aber „nicht Selbstzweck“¹⁰⁸. Im Grunde genommen stand er dem Nachbarn fremd gegenüber. Weder Sprache noch Kultur waren ihm über gewisse Grundkenntnisse hinaus wirklich vertraut¹⁰⁹. Nur zweimal betrat er vor seiner Kanzlerschaft französischen Boden – in den ersten Monaten des Jahres 1904, als er auf seiner Hochzeitsreise auch in Südfrankreich weilte¹¹⁰, und im Juni 1919, als er sich anlässlich der Friedensverhandlungen in Versailles vergeblich darum bemühte, durch den Vorschlag der Errichtung einer von Preußen getrennten Rheinischen Republik im Rahmen des Reichsverbandes eine Lockerung der Besatzungsbedingungen zu erreichen¹¹¹. Mag es ihm auch „nie in den Sinn gekommen“ sein, einen Sohn in Paris studieren zu lassen¹¹², so war ihm doch durchaus bewußt, daß die Annäherung nicht nur von „oben“, den Regierungen, vorexerziert, sondern auch von „unten“, den Völkern, gelebt werden mußte. Schon 1947 bemühte er sich darum, die Formalitäten für den Aufenthalt seiner Tochter Libet in einer französischen Gastfamilie zu beschleunigen¹¹³.

Gleichwohl, Adenauers Verhältnis zu Frankreich war „rationaler Natur“¹¹⁴. Er griff auf Vorstellungen zurück, die er bereits zur Zeit der Weimarer Republik entwickelte hatte. Im Dezember 1923 sprach er sich gegenüber Vincent Arnaud, einem französischen Ingenieur mit besten Beziehungen zu Botschafter Laurent wie zu französischen Regierungskreisen, und Paul Tirard, dem Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission, für die „Verstärkung des Einflusses Westdeutschlands innerhalb des Reiches und [...] Schaffung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen zwischen Westdeutschland und Frankreich“ aus¹¹⁵. 1945 kehrten diese Gedanken zurück. Gegenüber französischen Besatzungsoffizieren trug der wieder als Kölner Oberbürgermeister eingesetzte Adenauer im Sommer 1945 bei mehreren geheimen Unterredungen seine keineswegs klaren Vorstellungen über die Neuordnung Deutschlands und das deutsch-französische Verhältnis vor: Verflechtung der rheinischen mit der französischen Wirtschaft als Basis für eine enge

¹⁰⁶ Von Gersdorff, Außenpolitik, S. 266.

¹⁰⁷ Ebd., S. 314.

¹⁰⁸ Hacke, Weltmacht, S. 49.

¹⁰⁹ Vgl. Legoll, Konrad Adenauer, S. 84; Schwarz, Erbfreundschaft, S. 18 f.

¹¹⁰ Vgl. ders., Begegnungen, S. 73; ders., Erbfreundschaft, S. 21.

¹¹¹ Vgl. Köhler, Adenauer, S. 86–117; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 202–229.

¹¹² Köhler, Adenauer, S. 584.

¹¹³ S. Adenauer an Generalkonsul Arnal, 30. 7. 1947, in: Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 37.

¹¹⁴ Köhler, Adenauer, S. 584.

¹¹⁵ Zitiert nach: Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 280; zu Adenauers Frankreichpolitik im Krisenjahr 1923 insgesamt ebd., S. 258–290. Aus der Sicht Köhlers strebte Adenauer einen rheinischen Staat im Rahmen des Reiches, aber außerhalb der Weimarer Verfassung an (Köhler, Adenauer, S. 154–188). Wie heikel Adenauer seine Kontakte zu den französischen Stellen später schienen, zeigt sein Versuch aus dem Jahre 1955, im Stadtarchiv Köln überlieferte Schriftstücke niemandem ohne seine Zustimmung zur Einsicht zu geben (Adenauer an Sohn Paul, 16. 3. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 252 f.).

Annäherung in kultureller und politischer Hinsicht¹¹⁶. In anderen Stellungnahmen deutete er im Herbst an, daß er auch die BENELUX-Staaten und Großbritannien einzubeziehen wünschte¹¹⁷. In einer Grundsatzrede vor der CDU der Britischen Zone vom 24. 3. 1946 propagierte er abermals eine „organische Verflechtung der französischen, der belgischen und der deutschen Wirtschaft zur Sicherung des Friedens“¹¹⁸. Wenige Tage später ließ er in einem Schreiben an Ulrich Noack wiederum seinen Wunsch nach Einbeziehung Englands erkennen. „Ich bin der Auffassung, daß Europa von England *und* Frankreich geführt werden muß, daß deswegen eine Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Englands und Deutschlands notwendig ist.“¹¹⁹

Die Hoffnung, nicht allein vom westlichen Nachbarn abhängig zu werden, war also unverkennbar und angesichts der von ihm ab 1947 zunehmend schärfer kritisierten französischen Besatzungspolitik nur zu verständlich. Die auf nationale Souveränität setzende britische Europapolitik warf ihn aber wieder auf die Franzosen zurück, die – wie seine über die Schweiz aufgenommenen Kontakte mit führenden MRP-Politikern wie Bidault und Schuman¹²⁰ zeigten – offenbar eine Umorientierung in der Deutschlandpolitik anbahnten. Anfang Juni 1949 konkretisierte Adenauer seine Vorstellungen zum deutsch-französischen Verhältnis in einem Zeitungsartikel, den er auf Bitten Eugen Wylers¹²¹, des Präsidenten des Verbindungsbüros der Konferenz französischer und deutscher Bürgermeister, verfaßte. Europa sehe sich Aufgaben gegenüber, die kein Volk allein bewältigen könne. Entscheidend für die Gesetze Europas sei das deutsch-französische Verhältnis, das in der Vergangenheit „durch die Geburt und die Auswirkungen des modernen Nationalismus eine Wendung zum Verhängnisvollen“ genommen habe und nun „die Irrwege der Vergangenheit“ verlassen müsse. Gemeinsam sei der „souveräne Nationalismus [...] zu überwinden“. Zunächst gelte es, die französischen Sicherheitsinteressen zu beachten, freilich nicht durch „einseitig auferlegte Rechtsbeschränkungen“, sondern durch „neue Wege“, die „zu einem dauerhaften Frieden zwischen Frankreich und Deutschland führen“. Dazu zählte seiner Meinung etwa, die Ruhrindustrie nicht durch Kontrollen in ihrer Leistungsfähigkeit zu blockieren, sondern auf dem Wege einer ausländischen „und damit französischen Kapitalbeteiligung“ dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs Rechnung zu tragen. „Das Endziel wäre eine allgemeine wirtschaftliche Verflechtung, die zur unlöslichen Zusammenarbeit führt.“ Deutschland sei bereit, „auf die Souveräni-

¹¹⁶ Vgl. Köhler, Adenauer, S. 342–362; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 452–465; zu Adenauers Idee einer wirtschaftlichen Verflechtung mit Frankreich vgl. insgesamt Küsters, Konrad Adenauer und die Idee einer wirtschaftlichen Verflechtung.

¹¹⁷ S. Aktennotiz Adenauers, 9. 10. 1945, in: Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 124; ders. an Weitz, 31. 10. 1945, Anlage, in: ebd., S. 130; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 464–466.

¹¹⁸ Grundsatzrede Adenauers in der Aula der Kölner Universität, 24. 3. 1946, in: Adenauer, Reden, S. 82–106, hier S. 105.

¹¹⁹ Ders. an Noack, 8. 4. 1946, in: Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 210; s.a. ders. an Elsaesser, 18. 2. 1947, in: ebd., S. 435; Schwarz, Erbfreundschaft, S. 38 f.

¹²⁰ Vgl. ebd., S. 34 f.

¹²¹ S. StBKAH, NL Adenauer, 02.02, Wyler an Adenauer, 14. 4. 1949; Adenauer an Wyler, 20. 5. 1949, in: Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 463.

tätsrechte zu verzichten, die von den anderen europäischen Mächten einem größeren Ganzen übertragen werden.“¹²²

Die Botschaft läßt sich kaum mißverstehen. Europa braucht die Einigung, um äußere und innere Gefahren abzuwenden, und die Einigung setzt die Verständigung zwischen den Nachbarn am Rhein voraus. So kann es kaum überraschen, daß der soeben zum Bundeskanzler Gewählte in einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur „Agence France Presse“ (AFP) am 15. 9. die deutsch-französischen Beziehungen als „Angelpunkt des europäischen Zusammenschlusses“ bezeichnete¹²³. Und auch in seiner Regierungserklärung fünf Tage später formulierte er als Aufgabe und Ziel seiner künftigen Politik neben der Westorientierung die Beseitigung des französisch-deutschen Gegensatzes als notwendige Voraussetzung für jede europäische Einigung, wobei er davon ausging, daß eine konstruktive Frankreichpolitik auf eine günstige Resonanz im deutschen Volk stoßen würde¹²⁴. In Bonn war man sich der Grenzen und Möglichkeiten dieser Verständigung durchaus bewußt. Im Unterschied zu den zwanziger Jahren, als Frankreich eine Annäherungspolitik unter Beibehaltung aller Pfänder und Kautele betrieb – durchaus zu Recht, weil Deutschland noch einen Machtfaktor darstellte –, war der westdeutsche Teilstaat „nicht bündnisfähig“. Folglich schieden für ihn auch die üblichen Methoden der Machtpolitik wie Allianzen und Bündnisse aus. Statt dessen blieb dem Kanzler für seinen Annäherungskurs die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, aber auch auf kulturellem Gebiet und im Rahmen der europäischen Organisationen. In kultureller Hinsicht empfahlen ihm die Beamten aus der Koblenzer Straße den baldigen Abschluß eines Kulturabkommens, auf der ökonomischen Ebene à la longue eine deutsch-französische „Zollunion“. In Anlehnung an die existierende deutsche „Mitarbeit“ zur Sicherung des französischen Kolonialreiches durch die Fremdenlegion kam für sie auch eine „deutsche Mitwirkung bei der wirtschaftlichen Erschließung und demographischen Sicherung der afrikanischen Besitzungen Frankreichs“ in Frage¹²⁵.

Mutete sich die Bundesregierung mit diesem Programm nicht zuviel zu? Wie durchsetzungsfähig war die vom Kanzler vorgegebene Marschroute im innenpolitischen Machtstreit? Welche Rahmenbedingungen hatte er bei der Formulierung seiner Außenpolitik zu beachten? Die innere Situation der mit alliierter Hilfe aus der Taufe gehobenen Republik war „überaus labil“¹²⁶. Verarmung und Entwurzelung, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit lasteten auf der Arbeit der Regierung. Im Parlament sah sie sich – ähnlich wie der Conseil des Ministres – einem durch eine Vielzahl von Regional- und Splittergruppen gekennzeichneten Parteiensystem gegenüber, dessen Fortentwicklung kaum absehbar war. Dank außenpolitischer Erfolge und sozialpolitischer Maßnahmen konnte die „Gründungskrise“¹²⁷

¹²² StBKAH, NL Adenauer, 02.02, Artikel dess., 9. 6. 1949. Das Manuskript wurde Wyler am selben Tag von Blankenhorn zugeschickt und am 29. 6. 1949 in den „Schwyzer Nachrichten“ veröffentlicht (ebd., Blankenhorn an Wyler, 9. 6. 1949; ebd., „Schwyzer Nachrichten“, 29. 6. 1949, S. 1).

¹²³ Interview Adenauers mit „AFP“, 15. 9. 1949, in: AdG 1948/49, S. 2069D.

¹²⁴ S. Regierungserklärung dess., 20. 9. 1949, in: BT, Sten. Ber., Bd. 1, S. 30.

¹²⁵ PA, Abt. 2, Bd. 248, Bl. 62–70, Entwurf, o.D.

¹²⁶ Morsey, Bundesrepublik Deutschland, S. 22.

¹²⁷ Hockerts, Integration, S. 25.

freilich innerhalb kurzer Zeit überwunden werden. Parallel zur allmählichen Stabilisierung der liberal-demokratischen Ordnung entwickelte sich in der Bonner Republik ein „widersprüchliches Selbstverständnis“¹²⁸, da das Ziel der Wiedervereinigung in immer weitere Ferne rückte. Bis weit in die fünfziger Jahre hinein fehlte ein eigenständiges Staats- und Identitätsbewußtsein, wobei die Europa-Idee keinen Ersatz bildete. Anfang der sechziger Jahre setzte infolge der Hinnahme des Status quo durch die Weltmächte und des Generationenwechsels in der Bundesrepublik eine „Krise der Wiedervereinigungsidee“¹²⁹ ein.

Parteipolitisch begann nach der zweiten Bundestagswahl 1953 ein durch die 5%-Klausel auf Bundesebene geförderter „Konsolidierungs- und Konzentrationsprozeß“¹³⁰, der sich nach der dritten Wahl 1957 fortsetzte. Die Dominanz der Unionsparteien wurde noch durch den „Kanzler-Effekt“¹³¹ gestärkt, auch durch die Art und Weise, wie Adenauer die Außenpolitik zum Bezugspunkt von Wahlentscheidungen machte. Von seiten der Staatsspitze hatte der Regierungschef kaum Widerstand zu befürchten, denn dem Bundespräsidenten waren noch stärker als seinem französischen Kollegen qua Verfassung nur repräsentative Aufgaben zugewiesen. Dabei war der erste Amtsinhaber Theodor Heuss ohnehin nicht der Mann, der zum Eingreifen in die Tagespolitik neigte. Freilich gab es Ausnahmen, etwa das Ersuchen ans Bundesverfassungsgericht um ein Gutachten über die Verfassungskonformität der EVG 1952 und die auf Bitten der Regierung erfolgte Zurückziehung des Gesuches¹³². Obwohl er keine eigene Konzeption entwickelte, hielt der erste Mann im Staate die außenpolitische Grundauffassung des zweiten für richtig und besaß insbesondere ein ausgeprägtes Interesse an guten Beziehungen zu Frankreich¹³³.

Kritik hatte Adenauer in den ersten Amtsjahren hingegen aus den Reihen der Minister mit „Eigengewicht“¹³⁴ wie vor allem Fritz Schäffer und Ludwig Erhard, Jakob Kaiser und Gustav Heinemann¹³⁵ zu erwarten. Sie vermochten es aber nicht zu verhindern, daß der Kanzler das Kabinett meist nur „akklamatorisch“ beteiligte¹³⁶, so daß der Eindruck einer „Kanzlerdemokratie“ entstand¹³⁷. Dessen Ursprung lag in der Monopolisierung der Beziehungen zur Alliierten Hohen Kommission, ja der gesamten außenpolitischen Aktivitäten im bürokratisch hochqualifizierten, von parteipolitischen Einflüssen abgeschirmten Bundeskanzleramt¹³⁸. Adenauers Alter, seine politische Erfahrung, sein Geschick im Umgang mit Personen und Institutionen verliehen ihm bald eine Autorität im Kabinett, gegenüber den Koalitionsparteien und innerhalb seiner eigenen Fraktion, die ihn – ohne den

¹²⁸ Morsey, Bundesrepublik Deutschland, S. 23 f.

¹²⁹ Bracher, Europa, S. 368; zur innerdeutschen Diskussion über die Wiedervereinigung vgl. umfassend: Hahn, Wiedervereinigungspolitik.

¹³⁰ Morsey, Bundesrepublik Deutschland, S. 50.

¹³¹ Heidenheimer, „Kanzler-Effekt“.

¹³² Vgl. Kap. III.4.2.

¹³³ Zu Person und Politik von Heuss s. Heuss, Lieber Dehler!; ders., Tagebuchbriefe; ders./Adenauer, Briefwechsel; dies., Unter vier Augen; Möller, Theodor Heuss.

¹³⁴ Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 38.

¹³⁵ Vgl. Hentschel, Ludwig Erhard; Henzler, Fritz Schäffer; Kosthorst, Jakob Kaiser.

¹³⁶ Doering-Manteuffel, Bundesrepublik Deutschland, S. 27.

¹³⁷ Bracher, Kanzlerdemokratie; Küppers, Kanzlerdemokratie.

¹³⁸ Vgl. Baring, Anfang, S. 31–34.

etappenweisen Autoritätsverlust im Zuge der Präsidentschaftskrise 1959, der Niederlage im Fernsehstreit 1960 oder der Spiegelaffäre 1962 geringerschätzen zu wollen – zumindest bis 1961, hinsichtlich Frankreichs wohl bis 1963 zur „Schlüsselfigur“ der Bonner Außenpolitik werden ließ¹³⁹.

Der alte Herr war kein Mann einsamer Entschlüsse; vielmehr resultierten sie aus einem „komplizierten Integrationsprozeß“¹⁴⁰, in dessen Verlauf der Kanzler eine Mehrheit des jeweils zuständigen Entscheidungszentrums hinter sich zog. War dies erreicht, zögerte er nicht, von seiner Richtlinienkompetenz extensiv Gebrauch zu machen. Seine Regierung funktionierte im wesentlichen „durch den Vorrang des ihm unterstellten Bundeskanzleramts vor der Kollegialentscheidung des Kabinetts“¹⁴¹. Die Außenpolitik galt dabei in den vom Besatzungsstatut gesteckten Grenzen als „klare Prärogative“ des Palais Schaumburg¹⁴². „Westdeutsche Außenpolitik“, so beschrieb Arnulf Baring 1969 diesen Umstand in einer gewissen Überzeichnung, „ist dadurch charakterisiert, daß sie nicht die Resultate gesamtgesellschaftlicher Überzeugungen ist [...], sondern bis zum heutigen Tage losgelöst, abgehoben von den Kombinationen der Interessengruppen und Parteien gewissermaßen in einem sozialen Hohlraum entworfen und in Kraft gesetzt werden muß.“ Ihre Beschreibung verlange daher, den jeweiligen Kanzler in den Mittelpunkt zu stellen, seine Konzeption wie seine Fähigkeit zur Durchsetzung seiner Außenpolitik im innenpolitischen Kraftfeld¹⁴³.

Von 1949 bis 1951 nahm Adenauer die auswärtigen Angelegenheiten als Bundeskanzler wahr, von 1951 bis 1955 in Personalunion als Regierungschef und Außenminister. Um die durch seine Verbindung zur Alliierten Hohen Kommission geschaffene Monopolstellung optimal auszunutzen, bedurfte er freilich eines verlässlichen Apparates¹⁴⁴. Zu Beginn seiner Kanzlerschaft spielte Herbert Blankenhorn die zentrale Rolle. Geboren 1904 im badischen Müllheim, studierte der Sohn eines Kavallerieoffiziers nach einer Banklehre Rechtswissenschaften in Heidelberg und London und trat 1929 in den Auswärtigen Dienst ein. Nach Auslandsverwendungen in Athen, Washington, Helsinki und Bern wirkte er von 1943 bis 1945 als Legationsrat I. Klasse in der Protokollabteilung der Zentrale in Berlin. Nach dem Zusammenbruch gelang es dem „lebhaften, geistig beweglichen und einfühlsamen“ Diplomaten relativ rasch wieder Fuß zu fassen¹⁴⁵. Dank der „Fürsprache guter Freunde“ wurde er Stellvertretender Generalsekretär des Zonenbeirats der Britischen Besatzungszone in Hamburg¹⁴⁶ und lernte dort Adenauer kennen, der als Vorsitzender der CDU in der britischen Zone diesem aus den Ministerpräsidenten, Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsführern bestehenden Gremium angehörte. Im Mai 1948 folgte Blankenhorn einem Ruf Adenauers nach Köln und wurde Generalsekretär der CDU der britischen Zone, später sein persönlicher Referent im Parlamentarischen Rat. Nach der Gründung der Bun-

¹³⁹ Möller, Politik, S. 623.

¹⁴⁰ Morsey, Bundesrepublik Deutschland, S. 73.

¹⁴¹ Bracher, Kanzlerdemokratie, S. 191.

¹⁴² Hacke, Weltmacht, S. 58 f.

¹⁴³ Baring, Kanzler, S. 14.

¹⁴⁴ Vgl. ders., Anfang, S. 9–86; Köhler, Adenauer, S. 723–737; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 656–671.

¹⁴⁵ Ebd., S. 568.

¹⁴⁶ Blankenhorn, Verständnis, S. 42.

desrepublik leitete Blankenhorn zunächst die Verbindungsstelle des Bundeskanzleramtes zur Alliierten Hohen Kommission, seit Mai 1950 als Ministerialdirektor die neu eingerichtete Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten und erwarb sich den Ruf eines „bis zur Illoyalität [...] anpassungsfähig[en] [...] unentbehrlichen Ratgeber[s]“¹⁴⁷. Nach der Bildung des Auswärtigen Amtes übernahm er im März 1951 die Politische Abteilung. 1955 ging er als Botschafter zur NATO nach Paris, seit Oktober 1958 vertrat er die Bundesrepublik bei der Französischen Republik. Mag Blankenhorn dem Nachbarn im Westen auch wegen seiner oberrheinischen Herkunft verbunden gewesen sein, so war er doch im „innersten Herzen anglophil“¹⁴⁸. Zwar bestärkte er den Kanzler in den Anfangsjahren in seiner Verständigung gegenüber Frankreich, verlor aber nie die fundamentale Bedeutung der USA aus den Augen. Der nach 1958 eingeleiteten Bündnispolitik Adenauers und de Gaulles stand er äußerst reserviert gegenüber. Wenige Monate nach der Unterzeichnung des von ihm abgelehnten Elysée-Vertrages wechselte er für zwei Jahre von der Seine an den Tiber, um anschließend für fünf Jahre als Botschafter an der Themse zu residieren¹⁴⁹.

Blankenhorns diplomatische Posten waren ansehnlich, aber weder in der Zentrale noch im Ausland erstrangig. Die Karriere stagnierte seit dem August 1950, als Walter Hallstein als Staatssekretär an die Spitze des Bundeskanzleramtes trat. Auch nach der Schaffung des Auswärtigen Amtes blieb diese Hierarchie bestehen, da beide in den alten Rollen ins neue Amt wechselten. Allerdings übte Blankenhorn auch weiterhin seinen Einfluß als „außenpolitischer Chefdenker“¹⁵⁰ aus, zumal Hallstein in seinem ersten Dienstjahr als Leiter der deutschen Delegation für den Schumanplan weniger in Bonn als in Paris weilte. Formal war der Ministerialdirektor ein Untergebener des Staatssekretärs, faktisch aber ein Mitarbeiter Adenauers mit „ähnlichem Gewicht“¹⁵¹.

Geboren 1901 in Mainz, war Hallstein nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn, München und Berlin schon mit knapp dreißig Jahren als Ordinarius für Privat- und Gesellschaftsrecht nach Rostock berufen worden. 1941 wechselte er an die Universität Frankfurt am Main. Nach Militärdienst und Gefangenenschaft, die er in einem Lager im US-Bundesstaat Mississippi verbrachte, kehrte er von 1946 bis 1948 als Rektor an diese Wirkungsstätte zurück. Anschließend ging der „trockene, präzise“ Gelehrte¹⁵² als Gastprofessor an die Georgetown University nach Washington. Auf Empfehlung von Wilhelm Röpke berief Adenauer Hallstein im Juni 1950 zum Leiter der Schuman-Plan-Delegation. Sein scharfer juristischer Sachverstand ließ den nicht durch die Wilhelmstraße vorbelasteten Seiteneinsteiger rasch in die Spitze des Bundeskanzleramtes bzw. des Auswärtigen Amtes, auf dem Gipfel seiner Laufbahn gar zum höchstdotierten politischen Beamten Europas aufsteigen. Wie Blankenhorn sah Hallstein die Zukunft Deutschlands nur in engster Verbindung mit dem Westen. Als

¹⁴⁷ Baring, Anfang, S. 35. Baring geht davon aus, daß Blankenhorn „ohne eigene Linie“ gewesen sei.

¹⁴⁸ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 569.

¹⁴⁹ Zu Person und Politik Blankenhorns s. Blankenhorn, Verständnis; kurze biographische Skizzen in: Baring, Anfang, S. 34–36; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 567–569.

¹⁵⁰ Köhler, Adenauer, S. 951.

¹⁵¹ Schwarz, Gedenkrede, S. 14.

¹⁵² Baring, Anfang, S. 40.

ein „Exekutor selbstbewußten Adenauerschen Willens“ gab es für ihn dabei nie einen inneren Widerspruch zwischen der Integration der Bundesrepublik bei gleichzeitigem Souveränitätsverzicht und dem Streben nach Gleichberechtigung für das als Kernstaat begriffene Westdeutschland¹⁵³. Das Streben nach einer möglichst dichten supranationalen europäischen Gemeinschaft war für ihn auch kein Gegensatz zur atlantischen Orientierung deutscher Außenpolitik. Unbeschadet seiner starken Präferenzen für die deutsch-französische Verständigung und ein mehr und mehr supranationales Europa dachte er eben stets auch in atlantischen Kategorien. Der Rechtsgelehrte zeichnete sich als logisch denkender „Konstruktivist“ aus¹⁵⁴, der bei den internationalen Verhandlungen der kommenden Jahre sorgsam darauf achtete, daß die rechtlich wie politisch schwache Position der Bundesrepublik sich festigte. Seine innenpolitischen Gegner warfen dem in der Zentrale wegen seiner intellektuellen, pedantischen, kalten Charakterzüge nicht gerade beliebten Hallstein¹⁵⁵ eine zu sehr dem Recht verhaftete Behandlung der Außenpolitik vor, wie sich insbesondere in der Formulierung der sog. „Hallstein-Doktrin“ widerspiegele. Sie entwarfen das „Zerrbild des starrsinnig-dogmatischen Juristen“¹⁵⁶ und trugen damit dazu bei, daß Adenauer 1961 aus Sorge um den Koalitionsfrieden von seinem Plan Abstand nahm, ihm die Nachfolge seines Außenministers von Brentano anzutragen. Hallstein blieb statt dessen in Brüssel, wo der überzeugte Europäer nach der Schaffung der EWG seit Januar 1958 als erster Präsident der Kommission fungierte. Französischer Widerstand ließ ihn 1967 von einer Kandidatur für ein Amt in der fusionierten Kommission der EG Abstand nehmen. Nach seinem „erzwungenen Rücktritt“¹⁵⁷ wurde Hallstein im Januar 1968 zum Präsidenten der internationalen Europäischen Bewegung gewählt. Ein Jahr später kandidierte er für den Bundestag, dem er bis 1972 angehörte¹⁵⁸.

Auch nach Errichtung des Auswärtigen Amtes 1951 blieb Adenauers „Schottensystem“ streng voneinander geschiedener Dienststellen weitgehend erhalten, so daß die Fäden ausschließlich beim Kanzler zusammenliefen¹⁵⁹. Das für Frankreich zuständige Referat 1 in der Länderabteilung stand unter der Leitung von Gottfried von Nostitz und umfaßte ursprünglich Gesamteuropa ohne Großbritannien und Jugoslawien, mit seiner Umbenennung 1952 in L 1a Frankreich und dessen Nachbarstaaten sowie Österreich und die Niederlande. Mit den wachsenden Aufgabenbereichen wurde die Anzahl der Länder 1953 im neugeschaffenen Referat 302 unter Rolf Kassler auf Frankreich, BENELUX und Monaco reduziert, zu denen sich bald noch Italien und die Schweiz gesellten. Im Zuge einer weiteren Amtsreform 1958 wurde die Länderabteilung aufgelöst und das Referat 302, das 1957 nach einem kurzen Interim von Alexander Böker übernommen

¹⁵³ Schwarz, Gedenkrede, S. 11.

¹⁵⁴ Ders., Adenauer, Bd. 1, S. 665.

¹⁵⁵ Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 332.

¹⁵⁶ Oppermann, Einleitung, S. 19.

¹⁵⁷ Ramonat, Rationalist, S. 340.

¹⁵⁸ Zu Person und Politik Hallsteins s. bes. Hallstein, Bundesstaat; ders., Europäische Gemeinschaft; ders., Europäische Reden; s.a. die biographischen Studien: Loch, Walter Hallstein; Loth/Wallace/Wessels (Hg.), Walter Hallstein; Ramonat, Rationalist; Schwarz, Gedenkrede.

¹⁵⁹ Baring, Anfang, S. 41 f.

worden war, mit der Ziffer 204 in die Politische Abteilung eingruppiert, wobei es jetzt die fünf EWG-Staaten umfaßte. Nach knapp zwei Jahren übergab Böker die Leitung an Paul Frank. 1960 leitete er sie an Edgar Weinhold weiter, der sie nach einer abermaligen Umstrukturierung im Januar 1963, mit der das Referat nun unter der Bezeichnung I A 3 firmierte, behielt.

Enge Vertraute Adenauers, aber an außenpolitischen Entscheidungen „nicht unmittelbar beteiligt“¹⁶⁰, waren außerdem noch Hans Globke, seine rechte Hand im Palais Schaumburg, seit dem 11. 7. 1950 Ministerialdirektor, nach dem Wahlsieg 1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, und Otto Lenz, der am 18. 1. 1951 mit den Geschäften eines Staatssekretärs im Bundeskanzleramt betraut wurde und dieses Amt seit März bis September 1953 auch formell innehatte.

Wenngleich den Parteien durch das Grundgesetz erstmalig in der deutschen Verfassungsgeschichte eine aktive Rolle im politischen Entscheidungsprozeß zugewiesen wurde, konnten sich „weder das Parlament als Ganzes noch die Unionsfraktion [...] zu konkurrierenden Machtzentren entwickeln.“¹⁶¹ Bei den Christdemokraten wurden die Entscheidungen im Fraktionsvorstand getroffen, den Adenauer „in der Hand hielt“¹⁶². Daß es auch mit dem Koalitionspartner FDP nicht zu größeren Kontroversen kam, lag zum Teil an der Person des „blassen“ Parteivorsitzenden Blücher¹⁶³, vor allem aber an ihrer grundsätzlichen Zustimmung zur Außenpolitik des Kanzlers, der die Liberalen keine eigenständige Konzeption entgegensetzten¹⁶⁴. Allerdings unterstützte die FDP dessen Politik nicht uneingeschränkt. Skeptisch blieb sie gegenüber der Westintegration; ein heftiger Flügelkampf entbrannte in der Wiederbewaffnungsdebatte. Seit 1953 bemühte sich die Partei um mehr Emanzipation von der Union, die sich insbesondere in der Person des 1954 gewählten Parteivorsitzenden Dehler manifestierte¹⁶⁵. Er artikulierte mit Nachdruck die unterschiedlichen Auffassungen in der Deutschland- und der Saarpolitik, was Adenauer seit Herbst 1955 dazu veranlaßte, seine Ablösung zu betreiben. Im Frühjahr 1956 eskalierte der Koalitionsstreit mit der Spaltung der FDP-Fraktion im Bundestag, wobei die neue koalitionsstreuere FVP 1957 in der DP aufging. Mit dem Bruch verlor das Regierungsbündnis sowohl im Parlament als auch im Bundesrat seine Zweidrittelmehrheit. Im Januar 1957 wurde Dehler durch den ehemaligen Ministerpräsidenten Reinhold Maier im Amt des Parteivorsitzenden abgelöst. Die Partei hielt ihre Position in der Opposition bei, bis zur Wahl Mendes als Vorsitzender 1960, der nun zielstrebig wieder eine Koalition mit der CDU anstrebte.

¹⁶⁰ Ebd., S. 19.

¹⁶¹ Morsey, Bundesrepublik Deutschland, S. 51.

¹⁶² Baring, Anfang, S. 297.

¹⁶³ Doering-Manteuffel, Bundesrepublik Deutschland, S. 161.

¹⁶⁴ Vgl. Baring, Anfang, S. 300.

¹⁶⁵ Vgl. Glatzeder, Deutschlandpolitik, S. 47–81; zu Dehler vgl. Klingl, „Das ganze Deutschland soll es sein!“, Wengst, Thomas Dehler.

III.1.1 Um den Generalvertrag 1949–1952

Konfliktreicher Auftakt

Adenauers Regierungserklärung vom 20.9. war in der französischen Diplomatie mit Befriedigung aufgenommen worden. Um so beunruhigender wirkte auf sie aber die anschließende Debatte des Plenums. Indem das Hohe Haus die Frage der Demontagen an die Spitze der Tagesordnung setzte, schuf es sich die Möglichkeit, seine Sorgen und Forderungen an die Adresse der Hohen Kommission und der Besatzungsmächte ungeschönt vorzutragen¹. Auch das positive Bild des Kanzlers zeigte bald erste Risse. Dem alten Herrn im Palais Schaumburg gefiel es ganz und gar nicht, daß er in den ersten Wochen seiner Regierung auf den Gang der Entwicklung kaum mit eigenen Initiativen einzuwirken vermochte, vielmehr meist dazu gezwungen war, die vorhandenen Probleme nur reagierend anzugehen. Die Bundesrepublik war eben „faktisch ein Protektorat der Westalliierten“², vertreten durch die Hohen Kommissare und mit der Befugnis ausgestattet, das Handeln des parlamentarisch verantwortlichen Bundeskanzlers zu kontrollieren³. Den Aufstieg zum Sitz der Hohen Kommissare auf dem hoch über Bonn liegenden Petersberg empfand Adenauer stets als „une montée au Calvaire“⁴. General Brian Robertson, dem englischen Vertreter, mißtraute er in hohem Maße und lernte ihn erst mit der Zeit schätzen. Auch mit John McCloy gab es Reibereien, wiewohl er mit ihm schon vor 1949 zusammengearbeitet hatte⁵. Am schwierigsten schien ihm indes François-Poncet zu sein.

Dementsprechend diffizil gestalteten sich die ersten Begegnungen à quatre. Dabei bereitete schon die Auslegung der im Besatzungsstatut festgelegten deutschen Kompetenzen Probleme. Der Text unterschied zwei Zuständigkeitsbereiche. In dem einen behielten sich die Alliierten ein Vetorecht gegenüber der Bundesregierung, in dem anderen die volle Zuständigkeit vor. Da der Wortlaut in dieser zweiten Kategorie zwei Abstufungen unterschied, zog der Kanzler daraus den Schluß, daß ein Teil der dort aufgelisteten Arbeitsgebiete den Alliierten ohne Einschränkung vorbehalten sei, ein zweiter hingegen „lediglich ihrer Kontrolle“ unterstünde. François-Poncet bereitete diesem spitzfindigen Versuch Adenauers einer den eigenen Handlungsspielraum weitenden Textexegese ein rasches Ende und ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß das Kontrollrecht kaum von einer „Entscheidungsgewalt“ zu trennen sei⁶.

Damit agierte er ganz im Sinne des Quai d'Orsay, der großen Wert darauf legte, gegenüber der Bundesregierung klarzustellen, daß die von ihr vorgenommene

¹ S. Bundestagsdebatte, 20. 9. 1949, in: BT, Sten. Ber., Bd. 1, S. 19–30; zur französischen Reaktion s. François-Poncet an Schuman, Nr. 1033/CM, 19. 10. 1949, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 1, S. 190 f. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 125, Bl. 1.

² Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 671.

³ Vgl. ders., *Ära Adenauer 1949–1957*, S. 45–47; ders., Adenauer, Bd. 1, S. 671–678.

⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1038, Bl. 228–229, François-Poncet an MAE, Tel. 6397/406, 25. 9. 1951, *Réservé, Urgent*.

⁵ Vgl. Schwartz, *Atlantik-Brücke*, S. 91; zu McCloy vgl. nun Rupieper, *Verbündeter*, S. 19–25.

⁶ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 29. 9. 1949, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 2 u. 6; vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 769, Bl. 26 f., François-Poncet an MAE, Tel. 169/71, 30. 9. 1949, *Réservé*.

Auffächerung der Vorbehaltsrechte unzulässig sei⁷. Sorge bereitete in Paris indes weniger das Bonner Bemühen, die alliierten Rechte in Frage zu stellen, als vielmehr die Bereitschaft der Verbündeten, ihm nachzugeben. Eindringlich forderte das Ministerium seinen Vertreter am Rhein daher zu einer einvernehmlichen Haltung mit seinen Kollegen auf. Denn nur gemeinsam, als „un front sans aucune fissure“ konnte man sich auf Dauer gegenüber den deutschen Forderungen behaupten⁸.

Zu den vorrangigen Themen in den Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Westmächten gehörten in diesen Wochen die Wechselkursfrage, Berlin und die Demontagen. Adenauer war noch nicht ganz im Amt, da zwangen ihn die Hohen Kommissare vor dem Hintergrund der britischen Entscheidung vom 18. 9. über eine drastische Abwertung des Pfund Sterling zum Handeln. Zur Wahrung der Chancengleichheit auf den Exportmärkten sah sich die Bundesregierung genötigt nachzuziehen und befürwortete nach kontroversen Diskussionen eine Abwertung gegenüber dem Dollar um 25%⁹. Paris aber, das seinerseits den Franc um 22,5% zurücknahm¹⁰, suchte eine geringere Rate durchzusetzen und verlangte von Bonn außerdem, daß die deutschen Kohleexporte nach Frankreich, aus denen Bonn dringend benötigte Devisen bezog, zum alten Wechselkurs getätigt würden¹¹. Denn der französische Kohlepreis lag bereits 30% bis 40% über dem deutschen Inlandspreis, und eine hohe Abwertung mußte die Disparität vergrößern. Als der Deutsche Bundestag leidenschaftlichen Widerstand leistete, setzten die Franzosen die Angelsachsen so stark unter Druck, daß selbst die eigenen Diplomaten zugaben, „que Paris cherche l'éclat“¹². Nach tagelangen kontroversen Konsultationen zwischen den drei westlichen Kapitalen und entsprechend harten Verhandlungen auf dem Petersberg brachte François-Poncet die Vorstellungen seiner Regierung weitgehend durch. Die Hohen Kommissare oktroyierten der Bundesregierung einen Umrechnungskurs auf, der eine Abwertung von 20,6% bedeutete, eine Veränderung des dualen Kohlepreissystems für das Inland bzw. Ausland aber nicht zuließ¹³. „A n'en pas douter“, so kommentierte man im Hotel Dreesen das Ergebnis mit unverhohlener Genugtuung, „c'est un succès pour nous.“¹⁴

Kontrovers verliefen auch die deutsch-alliierten Diskussionen über die Beziehungen Berlins zum Bund, wobei die Fronten diesmal anders verliefen. Artikel 23

⁷ S. ebd., Bl. 31, Parodi an François-Poncet, Tel. 231/39, 5. 10. 1949, Réservé.

⁸ Ebd., Bl. 28, François-Poncet an MAE, Tel. 172, 30. 9. 1949.

⁹ S. Kabinettsitzung, 21. 9. 1949, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 1, S. 74 f.; zum deutsch-alliierten Streit über die Abwertung der DM ausführlich: Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 62–68; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 98–103; Henzler, Fritz Schäffer, S. 303–306; Köhler, Adenauer, S. 553–561.

¹⁰ Vgl. Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 94.

¹¹ Vgl. die Dokumente in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 451–477.

¹² Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 218, Tb. 27. 9. 1949.

¹³ S. Beschluß der AHK vom 28. 9. 1949, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 1, S. 93; zu den Verhandlungen in der AHK s. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 215–219, Tb. 23., 25., 26. u. 27. 9. 1949; vgl. Telefongespräch zwischen Acheson und Murphy vom 27. 9. 1949, Top secret, in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 468–471; McCloy an Acheson, Tel. 9, 28. 9. 1949, Restricted, in: ebd., S. 471 f.; Jerchow, Außenkurs.

¹⁴ François-Poncet an Schuman, Nr. 1033/CM, 19. 10. 1949, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 193.

des Grundgesetzes bezeichnete die alte Reichshauptstadt als Teil des Weststaates, war jedoch von den Verbündeten außer Kraft gesetzt worden, da implizit die Frage des alliierten Anwesenheitsrechts damit verbunden war. Verunsichert durch die Ernennung Berlins zum Regierungssitz der DDR und geschürt durch die wirtschaftlich trostlose Lage der Stadt, drängte der Berliner Senat mit Unterstützung der Bonner SPD, West-Berlin zum 12. Bundesland zu erklären¹⁵. Am 30. 9. nahm der Bundestag einen Antrag der Sozialdemokraten an, Berlin zum Bestandteil und zur Hauptstadt der Bundesrepublik zu erheben¹⁶. Adenauer lehnte dieses Ansinnen aus innen- wie außenpolitischen Erwägungen entschieden ab. Ein nach allen Seiten gefährdetes Bundesland Berlin war nicht dazu geeignet, den möglichst rasch zu vollziehenden Aufbau der Bundesrepublik und ihre Westintegration voranzutreiben. Berlin, so betonte Blankenhorn gegenüber der amerikanischen Hohen Kommission, gehöre „seinem Wesen nach“ nicht zum Westen. „Das wichtigste Ziel sei, den Westen zu konsolidieren und Deutschland politisch und kulturell in den Westblock zu integrieren.“¹⁷ Gewiß befürchtete der Kanzler sowjetische Repressalien und wollte die Westmächte nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Außerdem gedachte er einer wahrscheinlichen Veränderung der Machtverhältnisse im Bundesrat zugunsten der SPD vorzubeugen¹⁸.

Im Gegensatz zu den USA¹⁹ stimmte Frankreich in dieser Frage mit dem Kanzler überein, freilich aus völlig anderen Motiven. Zum einen wollte Paris sich von Moskau nicht vorwerfen lassen, die alliierten Abmachungen verletzt zu haben. Zum anderen paßte ihm nicht, daß Berlin mit Beseitigung des Sonderstatus wieder eine Hauptstadtfunktion ausüben könnte. „Berlin 12e Land“, so resümierte Bérard die französische Haltung, „c'est l'annexion fatale du secteur soviétique, c'est la suppression de tout terrain de conversation avec Moscou, c'est le changement de majorité au Bundestag, c'est le renversement du gouvernement Adenauer“²⁰.

Mit dem Kompromißvorschlag Robertsons, den Status der Stadt durch eine Aufhebung des Artikels 23 aufzuwerten, ohne ihr die vollen Rechte als 12. Bundesland zu übertragen, mochte sich die französische Hohe Kommission nicht anfreunden²¹. Als McCloy Adenauer am 14.10. auf dem Petersberg die Unterstützung verweigerte und eine klare Positionsbeschreibung für die Hohe Kommission ablehnte, sprang François-Poncet dem Kanzler bei, ohne freilich seinen amerikanischen Kollegen kompromittieren zu wollen²². In einer von ihm anberaumten Verhandlungspause überzeugte Bérard Adenauer von der Sinnlosigkeit, eine klare

¹⁵ Zur Frage Berlin als 12. Bundesland vgl. Bark, Berlin-Frage, S. 64–67; Rupieper, Verbündeter, S. 151–180.

¹⁶ S. Bundestagssitzung, 30. 9. 1949, in: BT, Sten. Ber., Bd. 1, S. 228–244.

¹⁷ Zitiert nach: Rupieper, Verbündeter, S. 162.

¹⁸ S. Kabinettsitzung, 11. 10. 1949, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 1, S. 119; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 680; dagegen Köhler, Adenauer, S. 579.

¹⁹ Zur amerikanischen Haltung vgl. ausführlich Rupieper, Verbündeter, S. 152–180.

²⁰ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 226, Tb. 10. 10. 1949; s.a. Bruce an Webb, Tel. 4187, 6. 10. 1949, Secret, Priority, in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 402f.

²¹ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 227–229, Tb. 13. 10. 1949; Rupieper, Verbündeter, S. 156.

²² S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 14. 10. 1949, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 439–445; McCloy an Acheson, Tel. 3136, 15. 10. 1949, Confidential, Priority, in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 416–418.

Stellungnahme einzufordern²³. Zur Enttäuschung McCloy's erklärte der Kanzler wenige Tage später, er habe in Übereinstimmung mit dem Bundeskabinett den Berliner Repräsentanten davon abgeraten, das Problem weiterzuverfolgen²⁴. Sämtliche Bemühungen Washingtons, Berlin doch noch enger an die Bonner Republik zu binden, scheiterten in den kommenden Wochen an der Opposition aus Paris²⁵.

Wie unterschiedlich die Fronten in den deutsch-alliierten Interaktionen dieser Monate verliefen, verdeutlichte dann abermals die Auseinandersetzung über die Demontagen. Gemäß den westlichen Plänen vom Frühjahr 1946 war die deutsche Industrieproduktion bis Anfang 1948 auf 50 bis 55% des Standes von 1938 zu reduzieren. Neben den Rüstungsbetrieben sollte insbesondere die über dieses Niveau hinausreichende ‚surplus capacity‘ demontiert oder zerstört werden. Nach wiederholten Änderungen trafen die Westmächte im April 1949 in Washington neue Vereinbarungen und unterzeichneten eine Demontageliste mit 744 Betrieben. Gleichzeitig setzten sie für einige Industriezweige bestimmte Produktionsquoten fest. Im Bewußtsein des fundamentalen Gegensatzes dieser Bestimmungen zur Marshall-Plan-Politik, die ja einen effektiven Wiederaufbau nicht nur der westeuropäischen, sondern eben auch der deutschen Industrie intendierte, drängten die USA nun auf ein Ende der Demontagen von Nicht-Rüstungsbetrieben. Frankreich und England beharrten aber weiterhin auf der Erfüllung der Vereinbarungen²⁶.

In engstem Zusammenhang mit diesem Komplex stand das Ruhrproblem. Kurz vor der Gründung der Bundesrepublik hatten die Westmächte und die BENELUX-Staaten am 22. 4. 1949 ein Abkommen unterzeichnet, das diese industrielle Schlüsselregion der Aufsicht einer interalliierten Behörde unterwarf²⁷. Sämtliche westdeutschen Parteien verurteilten dieses Vorgehen zunächst als verkappte Annexion und sprachen sich daher gegen die vorgesehene Entsendung von westdeutschen Vertretern in die Ruhrbehörde aus. Der Vorteil einer möglichen Einflußnahme auf die von ihr zu steuernde Produktion und Verteilung von Kohle und Stahl schien den Nachteil nicht aufzuwiegen, die Besatzungspolitik durch eine freiwillige Mitwirkung legalisiert zu haben. Nach der Konstituierung der Bundesrepublik neigte sich der Langmut der Westmächte aber rasch dem Ende zu, denn sie erwarteten von ihr mit wachsender Ungeduld die baldige Anerkennung des Ruhrstatuts²⁸.

Adenauer empfand die Demontagen als „Relikt aus den von Haß und Furcht gegen Deutschland erfüllten ersten Nachkriegsjahren“²⁹. Sie behinderten die politische Erholung der Bundesrepublik und standen in klarem Widerspruch zum

²³ S. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 229–231, Tb. 14. 10. 1949; Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 14. 10. 1949, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 445–448.

²⁴ Vgl. Unterredung zwischen dens. vom 20. 10. 1949, in: ebd., S. 449–455; Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 234f., Tb. 20. 10. 1949.

²⁵ Vgl. Rupieper, *Verbündeter*, S. 164–180.

²⁶ Vgl. ebd., S. 44–47.

²⁷ S. Abkommen über eine internationale Kontrolle der Ruhr (Ruhrstatut), 28. 4. 1949, in: EA 1949, S. 2197–2204.

²⁸ Vgl. Rupieper, *Verbündeter*, S. 47f.

²⁹ Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 244.

European Recovery Program (ERP). Folglich mußten sie aus der Welt geschafft werden, zumal er davon überzeugt war, daß das deutsche Volk bei einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit aus Not und Verzweiflung der Ostzonenpropaganda zur nationalen Einheit und damit dem Kommunismus verfallen könnte. Schon Ende Juli hatte er aus Sorge vor der demoralisierenden Wirkung der Zerstörung industrieller Komplexe Schuman dringend darum gebeten, „die Demontage einzustellen“ und statt dessen die in Aussicht genommenen Werke unter die gemeinsame Kontrolle der drei Westalliierten zu stellen³⁰. Gewiß sah der Kanzler den Außenminister nicht als Verbündeten, was Schuman nie sein wollte, auch nicht sein konnte³¹. Aber natürlich glaubte der Rheinländer daran, den Lothringer mit seinem Brief, der in ähnlicher Fassung auch an den englischen Außenminister Bevin ging³², beeinflussen zu können. Schuman wich in seiner erst am 5. 8. abgefaßten Antwort dem Wunsch aus, wies darauf hin, daß die Westalliierten durch den Verzicht auf die Demontagen „jeden Anspruch auf Reparationen“ verlören. Das aber konnte er sich aus innenpolitischen Erwägungen nicht leisten. Entscheidend, so fügte er als Hoffnungsschimmer hinzu, sei der Ausgang der Bundestagswahlen³³.

Nach dem zu seinen Gunsten ausgegangenen Urnengang wandte sich der frisch gekürte Kanzler am 25. 8. erneut an den Außenminister, brachte nun den Gedanken einer Internationalisierung der Thyssen-Hütte ins Gespräch und wies auf die Vorbildfunktion einer derartigen Maßnahme hin. „Ich könnte mir sogar denken, daß eine solche internationale Zusammenarbeit bei dem wichtigsten europäischen Hüttenwerk eine Keimzelle sein könnte für eine umfassende internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Kohle und Eisen, wie ich sie für die französisch-deutsche Verständigung für dringend erwünscht halte.“³⁴ Adenauer trachtete also danach, die Ökonomie für seine politischen Ziele zu instrumentalisieren. Doch Schuman blockte weiter ab, obwohl François-Poncet ihm durchaus die Vorteile einer konzilianteren Haltung deutlich machte³⁵. Als seine Kollegen aus England und den USA, Acheson und Bevin, ihm am 15. 9. während des Außenministertreffens in Washington die Dringlichkeit einer Änderung der Demontagopolitik vor Augen hielten, negierte Schuman die Notwendigkeit einer schnellen Regelung der Frage. Für Frankreich stellte sich die Sache eben anders dar als für die USA. Die Amerikaner betrachteten die Demontagen als unnötiges Hindernis auf dem Weg zur westeuropäischen Integration der Bundesrepublik. Für die Franzosen spielten Fragen der Sicherheit und auch der wirtschaftlichen Konkurrenz eine große Rolle. „Abandonner les démantèlements“, so instruierte der Quai d'Orsay die Hohe Kommission in Bonn, „serait accepter le maintien en Allemagne d'un potentiel industriel considérable qui lui permettrait dans l'avenir d'être

³⁰ Adenauer an Schuman, 26. 7. 1949, in: ders., Briefe 1949–1951, S. 67.

³¹ Vgl. Köhler, Adenauer, S. 587.

³² S. Adenauer an Bevin, 25. 7. 1949, in: ders., Briefe 1949–1951, S. 66 f.

³³ Schuman an Adenauer, 5. 8. 1949, im Faksimile in: Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 432.

³⁴ Adenauer an Schuman, 25. 8. 1949, Vertraulich, in: ders., Briefe 1949–1951, S. 95; zur Problematik der Demontage der Thyssenhütte s.a. Sohl an Erhard, 1. 10. 1949, in: BDFD II, S. 78–81.

³⁵ S. François-Poncet an MAE, Tel. 2/6, 7. 9. 1949, in: ebd., S. 75 f.

de nouveau un élément de troubles politiques et de déséquilibre économique en Europe.“³⁶

Schuman trat denn auch am Potomac für eine harte und unbeugsame Haltung gegenüber den deutschen Forderungen ein. Allenfalls eine Überprüfung der deutschlandpolitischen Probleme im Conseil des Ministres mochte er zugestehen. Eine grundsätzliche Revision der vertraglichen Vereinbarungen kam für ihn aber nicht in Frage. „He would not wish the Germans to think they can get anything they want just by the asking.“³⁷ Mit Rücksicht auf das in der französischen Zone erst zu 30 Prozent ausgeführte Demontageprogramm durfte die Exekution aus seiner Sicht auf keinen Fall verlangsamt werden, weil eine Verzögerung die Durchführung nur verlängerte. Angesichts der sich verschärfenden Debatte schien es aber erforderlich, die Zeitspanne für die Demontagen neu zu bestimmen „et d'accélérer au maximum leur rythme pendant cette période“. Dies setzte eine Berechnung der in dieser Phase abbaufähigen Werke und eine entsprechende Revision des Gesamtplans voraus³⁸.

Am 30. 9. debattierte der Bundestag über die Reparationsfrage. Alle Fraktionen waren sich einig, bei den Alliierten auf ein Einstellen, zumindest einen Abbau der Demontagen mit Ausnahme der Kriegsindustrie zu drängen³⁹. Der Kanzler erbat daraufhin offiziell von den Westmächten eine erneute Prüfung der Frage und einen sofortigen Stopp der Zerstörung der Thyssen-Hütte⁴⁰. Vom französischen Regierungschef Bidault darüber informiert, daß der Matignon seine Haltung möglicherweise ändern könne⁴¹, legte er den Hohen Kommissaren kurz darauf in einer von gegenseitigem Argwohn gekennzeichneten Atmosphäre auch persönlich seine Vorstellungen von der Lösung des Problems dar: Beitritt der Bundesrepublik zur Ruhrbehörde; Nutzung der deutsch-französischen ökonomischen Interessen im Sinne der von ihm stets propagierten „organischen Verflechtung“ als Basis für eine politische Zusammenarbeit; amerikanisch finanzierte französische Kapitalbeteiligungen an der Ruhrindustrie. Mit Hilfe der Verknüpfung deutscher und französischer Wirtschaftsinteressen gewänne Frankreich Kontrolle über die deutsche Industrie und damit Sicherheit. Die Hohen Kommissare verhielten sich höchst reserviert. Der Kanzler trug nicht eben dazu bei, sie geneigter zu stimmen, als er daraufhin mit scharfen Worten jüngste Erklärungen Schumans zu den deutsch-französischen Beziehungen attackierte⁴². Gereizt warf François-Poncet ihm vor, daß Frankreich seit Gründung der Bundesrepublik vom Nachbarn nur „choruses of claims, of recriminations, of discussions, of accusations“ gehört habe. Und auch Adenauer habe mit dem Einzug ins Palais Schaumburg be-

³⁶ Alphand an Bonn, Tel. 509/13, 24. 10. 1949, in: ebd., S. 84 f., hier S. 84; s.a. Aufzeichnung des MAE Nr. 1, 24. 12. 1949, in: ebd., S. 101 f.

³⁷ Unterredung zwischen Acheson, Bevin und Schuman vom 15. 9. 1949, Top secret, im Auszug in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 599–603, hier S. 601; vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 132, Bl. 1–5, Bonnet an MAE, Tel. 3432/42, 20. 9. 1949, Réserve; Rupieper, Verbündeter, S. 47 f.

³⁸ Aufzeichnung Sauvagnargues, 26. 9. 1949, in: BDFD II, S. 77 f., hier S. 78.

³⁹ S. Bundestagsdebatte, 30. 9. 1949, in: BT, Sten. Ber., Bd. 1, S. 205–257.

⁴⁰ S. Adenauer an McCloy, 10. 10. 1949, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 121 f.

⁴¹ Vgl. ders. an Schuman, 10. 10. 1949, in: ebd., S. 122 f.

⁴² Zur Verbitterung Adenauers über Schumans Erklärungen in Washington vgl. ebd., S. 122; BA, NL Blankenhorn, Bd. 1b, Bl. 35, Tb. 12. 10. 1949.

gonnen, „to claim, to request, to attack“, und damit „the greatest disappointment, disillusion and bitterness“ verursacht⁴³.

Trotz dieses heftigen Wortgefechts zollte der Hohe Kommissar wenige Tage später intern in seinem Monatsbericht an das Außenministerium dem Vorgehen des Kanzlers durchaus Anerkennung. Dessen Wunsch, mit der Hohen Kommission auf gutem Fuße zu stehen, stand außer Zweifel. Trotz äußeren Drucks lehnte er es ab, einen umfassenden sofortigen Demontagestopp zu verlangen, beschränkte sich vielmehr auf eine Verlangsamung. Zugleich aber sah François-Poncet vor dem Hintergrund der Gründung des zweiten deutschen Staates und des von ihm erwarteten Ringens um die Bundesrepublik dem westdeutschen Kurs mit Sorge entgegen. Einerseits fürchtete er die wachsende Bereitschaft der Angelsachsen zur Revision des Besatzungsstatuts. Andererseits hielt er die Westdeutschen durchaus für fähig, den Westmächten mit einer Annäherung an die Sowjets zu drohen oder sie bei fehlender Bereitschaft zur Erfüllung ihrer Forderungen mit dem Argument zu erpressen, daß Moskau gegenüber Ost-Berlin viel umgänglicher sei⁴⁴. Sorge bereitete den Männern im Hotel Dreesen aber auch die Rückwirkung der innenpolitischen Labilität ihrer Heimat auf die Situation im Gastland. Denn der ständige Wechsel der Regierungen unterminierte nicht nur das Prestige Frankreichs, sondern auch das Ansehen der Demokratie schlechthin, die in der Bundesrepublik noch keineswegs gefestigt schien⁴⁵.

Am 25. 10. weihte Adenauer das Bundeskabinett intra muros in die Absicht ein, die Forderung nach einer Verminderung der Demontagen mit dem bisher abgelehnten Beitritt zur Ruhrbehörde zu verbinden. Natürlich wußte der Kanzler, wie gefährlich eine derartige ‚Erfüllungspolitik‘ sein konnte. Das Schicksal Rathenaus und Erzbergers war ihm noch in bester Erinnerung. Unter dem Druck der Verhältnisse glaubte er aber, die Entscheidung nicht mehr weiter aufschieben zu können, zumal die politische Unsicherheit die dringend notwendigen deutschen und ausländischen Investitionen verhinderte. Um die Ministerriege auf seine Seite zu ziehen, prognostizierte Adenauer günstige außenpolitische Konsequenzen und stellte ihnen psychologisch geschickt die „Versteifung“ der Verhältnisse für den Fall einer „Obstruktion“ gegenüber⁴⁶. Unterstützt von Wirtschaftsminister Erhard⁴⁷ gelang es ihm, die Runde für den Versuch zu gewinnen, einen Demontagestopp durch die Akzeptierung der alliierten Forderungen zu erkaufen⁴⁸. Wie aber würden die Westmächte reagieren?

Nach verschiedenen Kontakten mit seinem amerikanischen Kollegen und der britischen Regierung teilte Robertson Adenauer am 31. 10. mit, daß Bevin keinerlei Zugeständnisse bei der Reduzierung der Demontagen machen wolle. Dennoch

⁴³ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 14. 10. 1949, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 432–448, hier S. 438.

⁴⁴ S. François-Poncet an Schuman, Nr. 1033/CM, 19. 10. 1949, in: François-Poncet, Rapports personnels, Bd. 1, S. 192 u. 196.

⁴⁵ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 235 f., Tb. 23. 10. 1949.

⁴⁶ Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 249.

⁴⁷ Zur Haltung Erhards gegenüber dem Beitritt zur Ruhrbehörde vgl. Memorandum der Abt. I R 2 im Bundeswirtschaftsministerium, 21. 11. 1949, in: BDFD II, S. 98–100.

⁴⁸ S. Kabinettsitzung, 25. 10. 1949, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 1, S. 148–150.

sah der Hohe Kommissar eine Möglichkeit, „den Ring zu sprengen“⁴⁹: Die Demontagen sollten nicht als Reparationsfrage, sondern unter sicherheitspolitischem Aspekt gesehen werden. Die Bundesregierung müsse dem Sicherheitsbedürfnis der Westmächte dadurch Rechnung tragen, daß sie sowohl der Ruhrbehörde als auch der militärischen Sicherheitskommission beiträte.

Adenauer suchte nach einem Weg, wie er der deutschen Öffentlichkeit diese Konzession zumuten konnte und zugleich die französischen Interessen wahrte, um einen Sturz der Regierung in Paris zu verhindern. Den von Robertson verlangten Schritt wollte er nur dann gehen, sofern England und Frankreich den von den USA geforderten wirtschaftlichen Erleichterungen für Deutschland zustimmten. Mit der Entscheidung des Kabinetts und positiven Signalen aus der Wirtschaft im Rücken⁵⁰ deutete Adenauer am 1. 11. vorsichtig Kompromißwillen an und erklärte sich mit dem Eintritt in die militärische Sicherheitskommission einverstanden. Eine definitive Entscheidung zum Beitritt in die Ruhrbehörde machte er dagegen von einer Aussprache mit den Parteien abhängig und beließ es bei einer allgemeinen Erklärung. Dann schlug er die Bildung eines internationalen Ausschusses vor, der die Sicherheitsfrage mit den damit verbundenen wirtschaftlichen Angelegenheiten prüfen sollte. Bis zur Vorlage des Abschlußberichtes dieser Kommission empfahl er die Aussetzung der Demontagen, zumindest aber eine Verlangsamung⁵¹.

Aufgrund der Unklarheit des endgültigen Kurses auf alliierter Seite bewegte sich der Kanzler weiterhin mit größter Behutsamkeit. Der Schlüssel für einen Durchbruch in der Demontagefrage lag in Paris, und dort hatte er Überzeugungsarbeit zu leisten. Denn der Ton zwischen den Kapitalen an der Seine und am Rhein hatte sich in den letzten Tagen erheblich verschärft. Am 27. 10. war Adenauer mit François-Poncet heftig aneinandergeraten, weil dieser den auf die Neutralisierung und Blockfreiheit der Bundesrepublik hinarbeitenden Vorsitzenden des „Nauheimer Kreises“ Ulrich Noack empfangen hatte und dem irritierten Kanzler unwirsch zu verstehen gab, er entscheide selbst, mit wem er spreche⁵². „La séance“, so kommentierte Bérard das Ende der Unterredung, „qui était devenue un échange de récrimination assez âpre, s'est terminée dans un grand malaise.“⁵³

Um der Weltöffentlichkeit und vor allem der französischen Regierung die deutsche Position zu verdeutlichen, erklärte sich Adenauer wenige Tage später zu einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ bereit, in dem er über die tagespolitische Aktualität hinaus erstmals nach seiner Wahl seine Frankreichpolitik in breiten Zügen präsentierte. „Erbfeindschaften“, so betonte er, seien „völlig unzeitgemäß“. Daher gehe es ihm darum, die deutsch-französischen Beziehungen „zu einem Angelpunkt“ seiner Politik zu machen. Dies bedeutete jedoch keineswegs den Aufbau exklusiver Beziehungen. Adenauer machte keinen Hehl aus den

⁴⁹ Zitiert nach: Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 252.

⁵⁰ S. Henle an Adenauer, 29. 10. 1949, in: BDFD II, S. 85–90.

⁵¹ S. Adenauer an Robertson, 1. 11. 1949, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 133.

⁵² S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 27. 10. 1949, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 463 u. 465; Unterredung zwischen Auriol und François-Poncet vom 28. 12. 1949, in: Auriol, Journal, Bd. 3, S. 455–462, im Auszug in: BDFD I, S. 71–76.

⁵³ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 238, Tb. 28. 10. 1949.

zu überwindenden Hindernissen, ließ aber zugleich seine Bereitschaft zu weitreichendem Entgegenkommen erkennen. Vor allem hielt er es für erforderlich, das Sicherheitsbedürfnis der Franzosen zu befriedigen und deren Psychologie in Rechnung zu stellen. Ausdrücklich befürwortete er einen Beitritt zur Ruhrbehörde, wollte das Ruhrstatut aber nicht als reines Kontrollinstrument akzeptieren und stellte die Mitarbeit in der Ruhrbehörde daher in eine europapolitische Perspektive. Zugleich erneuerte er sein Angebot französischer Kapitalbeteiligungen an deutschen Wirtschaftsunternehmungen, die mittlerweile auch in deutschen Industriekreisen diskutiert wurden, und stellte den Beitritt zum Europarat in Aussicht – selbst um den Preis eines gleichzeitigen Beitritts der Saar. Doch nicht nur die Politik oder die Ökonomie sollten ihren Teil zur Verständigung beitragen. Auch die Forcierung des Kulturaustausches schien ihm ein probates Mittel, das Verhältnis zwischen den Nachbarn zu verbessern⁵⁴. Wirtschaft und Kultur bekamen so eine Katalysatorfunktion, die der Tatsache Rechnung trug, daß ohne sie eine Politik der Verständigung „vergeblich“ schien⁵⁵.

Die offene Sprache des Kanzlers, der seine außenpolitischen Richtlinien im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages kurz darauf mit den Worten definierte, Deutschland dürfe „nicht den dicken Willi spielen“⁵⁶, zeigte in Frankreich große Wirkung. In der Presse fand das Interview starke Beachtung⁵⁷, und die Diplomatie begrüßte Adenauers Äußerungen „auf das lebhafteste“⁵⁸. Schuman merkte, daß er die Festschreibung der eigenen Demontagepolitik nicht mehr hinauszögern konnte⁵⁹, und setzte sich mit Blick auf die nahende Außenministerkonferenz der drei Westmächte am selben Tag im Ministerrat für Milderungen ein⁶⁰. François-Poncet bestärkte ihn darin, die von Adenauer gereichte Hand nicht zurückzuweisen, sei er schließlich „le plus disposé à rechercher non seulement une amélioration des relations, mais une entente durable avec la France.“ Eingedenk der innenpolitischen Schwäche des Kanzlers und der nach der Gründung der DDR Auftrieb gewinnenden Kräfte, die nach rascher Überwindung der deutschen Teilung auch um den Preis der Neutralität trachteten, riet er dazu, an der Festigung der Position Adenauers mitzuwirken. Auch die drohende Isolierung unter den Westmächten verlangte seiner Meinung nach Konzessionen. Natürlich durfte nicht der Eindruck entstehen, als ob Bonn umgehend weitere Forderungen stellen könne. Den baldigen wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik in Rechnung stellend, verwies François-Poncet auf das Angebot der wirtschaftlichen Zusam-

⁵⁴ Interview Adenauers mit „Die Zeit“, 3. 11. 1949, in: BDFD I, S. 59–63, hier S. 59; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 1b, Bl. 78–81, Interview dess. mit „Baltimore Sun“, 7. 11. 1949, im Auszug in: BDFD II, S. 93–95 (Übersetzung); zu den deutsch-französischen Beziehungen aus der Sicht eines deutschen Wirtschaftlers vgl. Aufzeichnungen Henle, November u. 7. 12. 1949, in: ebd., S. 950–957. Zur Frage des deutschen Beitritts zum Europarat vgl. Kap. III.2.1.

⁵⁵ Picht, *Fremdheit*, S. 193.

⁵⁶ Hölscher (Bearb.), *Sitzungsprotokolle 1949–1953*, S. 18.

⁵⁷ Vgl. „Le Monde“, 4. 11. 1949; „L’Humanité“, 5. 11. 1949, auch in: BDFD III, S. 63–66.

⁵⁸ Unterredung zwischen Blankenhorn und Bérard vom 7. 11. 1949, in: Lademacher/Mühlhausen (Hg.), *Petersberger Abkommen*, S. 368; vgl. Aufzeichnung des MAE, 4. 11. 1949, in: BDFD II, S. 90f.

⁵⁹ Vgl. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 371, Bl. 135–137, Aufzeichnung des MAE, 4. 11. 1949.

⁶⁰ S. Conseil des Ministres, 3. 11. 1949, in: Auriol, *Journal*, Bd. 3, S. 397.

menarbeit, das möglichst rasch unterbreitet werden müsse, um Bonn zu verpflichten, die Konkurrenz aus London und Washington auszuschalten⁶¹.

Natürlich konnte sich Frankreich nicht mit der als Pressegespräch dargebrachten Offerte der Bundesregierung begnügen. Man verlangte Präzisierungen und stellte klar, einen Beitritt zur Ruhrbehörde nicht als deutsche Konzession aufgrund alliierter Zugeständnisse gelten lassen zu wollen⁶². Adenauer fertigte daher am 7. 11. ein nur zur Information dienendes Aide-mémoire an, dessen Entstehung den Zustand der deutsch-französischen Beziehungen in bemerkenswerter Weise widerspiegelte. Ein erster Entwurf enthielt vornehmlich als „Wünsche“ verpackte Forderungen, wie das Verbot neuer und die sichtbare Verlangsamung der eingeleiteten Demontagen, die fühlbare Herabsetzung der Besatzungskosten oder die Entlassung aller in französischen Gefängnissen einsitzenden angeblichen Kriegsverbrecher, gegen die nicht bis zu einem Stichtag Anklage erhoben worden sei. Erträglich konnte ein solch anspruchsvoller Kanon nur sein, indem er in die Zukunft fortgeschrieben wurde. A la longue, so verdeutlichte das Dokument, hoffte die Bundesregierung auf einen breiten Austausch von Arbeitskräften, Professoren, Studenten, Schülern, schließlich auf eine „weitgehende Zusammenarbeit auch auf politischem Gebiet [...], an deren Ende ein deutsch-französischer politischer Staatsvertrag stehen sollte“⁶³. Möglicherweise war es ein ernüchterndes Gespräch Bérards mit Blankenhorn, das Adenauer zögern ließ, sein Papier abzuschicken. Denn die Endfassung seines – zur Enttäuschung der französischen Hohen Kommission nicht einmal unterschriebenen⁶⁴ – Aide-Mémoires klang wesentlich gemäßigter. Sie unterstrich den psychologischen Charakter des deutsch-französischen Problems und signalisierte dann zur dauernden Bereinigung die Bereitschaft, im Sinne des Schreibens vom 1. 11. den Beitritt zum Ruhrstatut, die Beteiligung ausländischen Kapitals an deutschen Werken, die Mitarbeit an der wirtschaftlichen Verbindung zwischen Frankreich, Italien und BENELUX sowie die Beendigung des Kriegszustandes zu erörtern. Hinsichtlich der Sicherheitskommission beschränkte Bonn sich auf das Angebot der Zusammenarbeit, ohne auf die Frage des Beitritts einzugehen. Als Grundbedingung verlangte man vor Beginn der Gespräche eine Verlangsamung der Demontagen⁶⁵.

Obwohl Adenauer seine Zugeständnisse durch die Forderung nach alliierten Konzessionen abgefedert hatte, gingen seine Vorstellungen weit über das hinaus, was die Opposition zuzugestehen bereit war. In einer Reihe von Pressekonferenzen vertrat Schumacher in den Tagen darauf im Widerspruch auch zu seinen Parteifreunden einen harten Konfrontationskurs mit den Westmächten. Trotz breiter

⁶¹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 371, Bl. 138–147, François-Poncet an Schuman, Aufzeichnung, 6. 11. 1949; vgl. Bock, Hochkommissariat, S. 127; s.a. François-Poncet an Schuman, Nr. 1108/CM, 20. 11. 1949, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 199–213. Zur Nummerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 125, Bl. 12.

⁶² S. Unterredung zwischen Blankenhorn und Bérard vom 7. 11. 1949, in: Lademacher/Mühlhausen (Hg.), Petersberger Abkommen, S. 368 f.; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 242 f., Tb. 8. 11. 1949; Blankenhorn, Verständnis, S. 72 f., Tb. 7. 11. 1949.

⁶³ PA, Abt. 2, Bd. 266, Bl. 46 f., „1. Entwurf für das Memorandum vom 7. 11. 49“, im Auszug in: Lademacher/Mühlhausen (Hg.), Petersberger Abkommen, S. 373.

⁶⁴ Vgl. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 242 f., Tb. 8. 11. 1949.

⁶⁵ S. Aide-Mémoire Adenauers, 7. 11. 1949, in: Lademacher/Mühlhausen (Hg.), Petersberger Abkommen, S. 369 f.

Gemeinsamkeiten im entschiedenen Antikommunismus, in der prinzipiellen Option für den Westen und im Gegensatz zu Kaisers „Brücke“-Konzept erzielten Adenauer und Schumacher in der konkreten Ausgestaltung der Außenpolitik nur selten Einvernehmen. Einerseits brachte sie der ausgeprägte, häufig schroff formulierte, die Alliierten erheblich beunruhigende Nationalismus des SPD-Vorsitzenden in Gegensatz. Andererseits trennte sie neben den fundamentalen gesellschaftspolitischen Differenzen namentlich die unterschiedliche Beurteilung der eigenen Handlungsspielräume. Anders als der Kanzler sah der Oppositionsführer die Aussichten auf eine faire Partnerschaft mit den westlichen Demokratien mit großer Skepsis. Von den USA erwartete er, daß sie ein kapitalistisches Westdeutschland in einem kapitalistischen Westeuropa aufzubauen gedächten. Frankreich unterstellte er, es würde die antideutsche Sicherheitspolitik der zwanziger Jahre fortsetzen, und England schien ihm bloß Juniorpartner der USA zu sein. Daher lehnte er auch die Vorleistungen des Kanzlers als ‚Erfüllungspolitik‘ kategorisch ab. Während Adenauer auf einen Weststaat mit „westeuropäischem Vorbehalt“ zielte, wollte Schumacher den Weststaat mit „gesamtdeutschem Vorbehalt“⁶⁶. Nun warf er der Regierung widerstandsloses Nachgeben gegenüber alliierter Druck und außenpolitische Konzeptionslosigkeit vor. Die Einbeziehung der Ruhrfrage in das Sicherheitsproblem bezeichnete er als einen Sieg der Großkapitalisten. Die deutsche Wirtschaft begrüße die Ruhrbehörde nur, weil dadurch die Sozialisierung der Ruhrindustrie verhindert werde. „Was hier etabliert wird, bedeutet eine westeuropäische Hegemonie Frankreichs [...]. Das französische Großkapital und die deutschen Interessen planen ein brutales Geschäft auf Kosten des deutschen Volkes.“⁶⁷

Mochte der Kurs des SPD-Chefs in der französischen Schwesterpartei SFIO auch bedauert werden⁶⁸, stieß er im Dreessen durchaus auf Verständnis. Eindringlich warnte Bérard Schuman davor, die Auffassungen der westdeutschen Opposition zu ignorieren, weil er in ihr die kommende Regierung sah. Schon jetzt spiele die SPD eine erstrangige Rolle; verbänden sich die protestantischen Gebiete des Ostens mit der katholisch-rheinischen Region, wäre ihre Prädominanz kaum mehr aufzuhalten⁶⁹.

Während sich die innenpolitische Auseinandersetzung am Rhein verhärtete, konferierten die Außenminister der drei westlichen Alliierten am 9. und 10. 11. an der Seine, um Einvernehmen über die Neuregelung der Demontagen zu erzielen. Schumans Manövrierraum war nicht eben groß. Als der Conseil des Ministres am Vorabend der Konferenz die Marschroute für ihn festlegte, zeigte sich vornehmlich Innenminister Jules Moch als Hardliner und plädierte gegen jegliche Konzessionen. Demgegenüber verteidigten Justizminister René Mayer und Regierungschef Georges Bidault die Anregung des Außenministers zu moderatem Entgegenkommen und einer Einbindung der Bundesrepublik in die europäische Integra-

⁶⁶ Besson, Außenpolitik, S. 67.

⁶⁷ Pressekonferenz Schumachers, 9. 11. 1949, zitiert nach: Lademacher/Mühlhausen (Hg.), Petersberger Abkommen, S. 411, Anm. 3; s.a. Pressekonferenz dess., 10. 11. 1949, in: ebd., S. 406–411.

⁶⁸ S. Artikel Grumbachs, in: „Le Populaire de Paris“, 14. 11. 1949, im Auszug in: BDFD III, S. 67–69.

⁶⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 371, Bl. 162–165, Bérard an MAE, Tel. 603/09, 12. 11. 1949, Urgent, Réserve.

tion. „Le seul problème“, so warnte Mayer, „est donc que le chef de file soit la France et non pas l'Allemagne“. Auf Vorschlag des Staatspräsidenten legte das Kabinett schließlich als Ergebnis fest: die Beteiligung Westdeutschlands in technischen und wirtschaftlichen Organisationen zu akzeptieren, den Beitritt zum Europarat unter der Bedingung einer Aufnahme des Saarlandes zu begrüßen und vor jeglicher Änderung in der Demontagefrage die Respektierung der gültigen Stahlproduktionsquote zu verlangen. Eine diplomatische Vertretung der Bonner Republik wurde ebenso kategorisch abgelehnt wie jegliche Maßnahmen zur Wiederbewaffnung⁷⁰.

Mit diesen eng gesteckten Rahmenvorgaben war der Konflikt mit den USA vorprogrammiert. Sie sahen Deutschland bereits als künftigen Verbündeten gegen die Sowjetunion und visierten daher eine Revision der gesamten westlichen Deutschlandpolitik an. Während Bevin auf die von Acheson skizzierte Linie einschwenkte, gab Schuman zu bedenken, daß Frankreich die Demontagen nicht nur als Reparationspolitik, sondern als Teil einer militärisch wie wirtschaftlich verstandenen Sicherungspolitik gegenüber dem östlichen Nachbarn betrachtete. Wie bereits auf der letzten Außenministertagung in Washington gaben die Angelsachsen abermals nach. Im absichtlich vage formulierten Schlußkommuniqué bestätigten die Minister die im Besatzungsstatut festgelegte Politik, wonach die Entscheidungsfreiheit der Bundesrepublik in eigenen Angelegenheiten sich in dem Maße erweitern solle, „wie die Verwaltung der Bundesrepublik das Vertrauen rechtfertigt, daß sie auf die Errichtung eines freien, demokratischen und friedlichen Deutschland hinarbeitet“⁷¹. Nach kontroversen Ringen einigten sich die drei Parteien außerdem auf eine baldige Demontage der verbliebenen Rüstungswerke mit Ausnahme jener Betriebe, die als „surplus capacity“ auf der Liste erfaßt worden waren. Außerdem vereinbarten sie, Deutschland das Recht zum Aufbau eines konsularischen Dienstes und damit zum Neubeginn eines Auswärtigen Amtes zu übertragen. Sämtliche Zugeständnisse standen jedoch unter dem Vorbehalt einer Entsendung deutscher Vertreter in das Militärische Sicherheitsamt und die Ruhrbehörde⁷². Zu dem von Acheson erhofften Durchbruch im deutsch-alliierten Verhältnis kam es also nicht, obwohl auch François-Poncet in Paris in Presse, Parlament und Außenministerium eindringlich auf die Notwendigkeit großer Konzessionen hingewirkt hatte⁷³.

Die Reaktionen in Bonn über diese Verhandlungsergebnisse reichten von Enttäuschung bis Entrüstung. Schumacher warf den Ministern vor, sich der „Engstirnigkeit der französischen Nationalpolitik“ zu beugen. Die Bundesregierung beschuldigte er, sie betreibe die Sache des Großkapitals und entziehe die Montanindustrie mittels ausländischer Kontrolle und Beteiligungen der Sozialisierung.

⁷⁰ Conseil des Ministres, 8. 11. 1949, in: Auriol, Journal, Bd. 3, S. 400–406, hier S. 405.

⁷¹ Schlußkommuniqué der Pariser Außenministerkonferenz, 11. 11. 1949, in: EA 1950, S. 3154, Fußnote.

⁷² S. Unterredungen zwischen Acheson, Bevin und Schuman vom 9. u. 10. 11. 1949, Secret, in: DzD, II. Reihe, Bd. 2, S. 741–748, 751–759, 762–771; Protokoll der Pariser Konferenz, 9.–11. 11. 1949, in: Lademacher/Mühlhausen (Hg.), Petersberger Abkommen, S. 373–392; François-Poncet an Schuman, Nr. 1108/CM, 20. 11. 1949, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 204–209; vgl. Rupieper, Verbündeter, S. 49–53.

⁷³ Vgl. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 247, Tb. 14. 11. 1949.

Mit seiner schroffen Abwehrhaltung zerbrach er den außenpolitischen Konsens zur Koalition und führte die prinzipiell prowestliche SPD zusehends in eine antiwestliche Position⁷⁴. Schumacher grollte indes nicht nur gegenüber Frankreich, sondern vergaulte auch noch die USA. Acheson gewann nach einem Gespräch mit ihm Mitte November in Bonn den Eindruck, daß die SPD kein wünschenswerter Regierungspartner sei. Demgegenüber vermochte Adenauer dem amerikanischen Gast mit seinem Bemühen, die Lage des Landes darzulegen und die Forderung nach Revision der Demontagen zu erläutern, durchaus Vertrauen einzuflößen⁷⁵. Dies schloß freilich nicht aus, daß man seiner Person und seiner Politik noch einige Zeit durchaus kritisch gegenüberstand.

Zwei Tage nach der Visite nahm die Hohe Kommission ihre Verhandlungen mit der Bundesregierung wieder auf. Der Verlauf ließ rasch erkennen, daß es nicht mehr nur um Demontagen, sondern um eine Neugestaltung der deutsch-alliierten Beziehungen ging. Die Außenminister hatten den Hohen Kommissaren das Ziel vorgegeben, die Bundesrepublik in die Gemeinschaft der europäischen Völker aufzunehmen⁷⁶. Als ersten Schritt sollten sie ein Programm aufstellen, das die alliierten Beziehungen zur Bundesrepublik bis zur Revision des Besatzungsstatuts neu regelte. Im einzelnen gehörten dazu:

- die Entscheidung über den Beitritt zum Europarat als assoziiertes Mitglied durch den Ministerrat;
- die Vorbereitung der Teilnahme Deutschlands an internationalen Organisationen;
- die Beendigung des Kriegszustandes;
- die Erlaubnis zum Bau von einigen Hochseeschiffen;
- die Einrichtung von konsularischen und wirtschaftlichen Vertretungen der Bundesrepublik im Ausland.

Robertson betonte, Deutschland dürfe diese sehr bedeutsamen Konzessionen nicht auszuweiten suchen. Auch müßten die Bestimmungen über die Kriegsproduktionen, Dekartellisierungen, Unabänderlichkeit von bereits getroffenen oder eingeleiteten Reparations- und Demontagemaßnahmen unter allen Umständen erhalten bleiben. In bezug auf den Wunsch Adenauers nach Verlangsamung der Demontagen gab er nur vage Zusagen. Außerdem wies er darauf hin, daß Schuman am 22. 11. eine außenpolitische Aussprache im Parlament zu bestehen habe und das Entgegenkommen von der Bundesregierung daher als nicht so groß dargestellt werden dürfe. Der Kanzler akzeptierte prinzipiell die Aufnahme in den Europarat trotz des gleichzeitigen Beitritts des Saargebietes, hob aber mit Zustimmung der Hohen Kommissare hervor, daß Deutschland erst nach den parlamentarischen Debatten in Paris und in London einen entsprechenden Antrag stellen werde. In seiner Eigenschaft als Regierungschef erklärte er außerdem die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsamt und zum Beitritt zur Ruhr-

⁷⁴ Interview Schumachers mit „United Press“, 12. 11. 1949, in: AdG 1948/49, S. 2130D.

⁷⁵ S. Unterredung zwischen Acheson und Adenauer vom 13. 11. 1949, in: DzD, II. Reihe, Bd. 2, S. 784–786; Unterredung zwischen dens. vom 13. 11. 1949, in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 308–311; Unterredung zwischen dems. und Schumacher vom 13. 11. 1949, in: ebd., S. 312–314; Acheson, Present, S. 340–342; Merseburger, Kurt Schumacher, S. 508f.

⁷⁶ S. Direktive der Außenminister an die Hohen Kommissare, 10. 11. 1949, in: DzD, II. Reihe, Bd. 2, S. 772–775, im Auszug in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 635–638.

behörde. Außerdem bekundete er Entgegenkommen in der Frage der Dekartellisierung. Worauf es jetzt für ihn ankam war, den Bundestag ungeachtet der ablehnenden Haltung der SPD für seine Politik zu gewinnen⁷⁷.

Noch am gleichen Tag stellte er sich den Volksvertretern und gab eine Regierungserklärung über die jüngsten Unterredungen mit den Hohen Kommissaren ab⁷⁸. Obwohl Adenauer vor Störungen durch unangebrachte Kritik warnte, ging Schumacher in der Aussprache abermals scharf mit seiner Nachgiebigkeit und den Forderungen der Westmächte ins Gericht⁷⁹. „La haine pour le chancelier“, so meldeten die französischen Beobachter nach Paris, „et l'aversion pour la France en restaient cependant les sentiments dominants.“⁸⁰ Immerhin gestand François-Poncet Schumacher zu, als Kanzler kaum eine andere Politik als die Adenauers betreiben zu können. „Mais, comme c'est celle d'Adenauer, – bourgeois et catholique –, il la critique, il la combat; il en prend le contre-pied.“ Geradezu wohlthuend hob sich davon der Auftritt des Bonner Regierungschefs ab, der sein Prestige erheblich steigerte und sich „comme un diplomate et un homme d'Etat de grande classe“ darstellte⁸¹.

Am 22. 11. fand der Verhandlungsmarathon zwischen den westlichen Verbündeten und der Bundesregierung gegen 22.00 Uhr seinen Abschluß. Während in Paris die Assemblée Nationale über die Außen- und Deutschlandpolitik debattierte, verabschiedeten Kanzler und Hohe Kommission einen am 24. 11. veröffentlichten Vertrag – das Petersberger Abkommen. Als überaus bedeutsam erwies sich die Verknüpfung der Bestimmungen mit dem langfristig angelegten „vordringlichsten Ziel, die Bundesrepublik als friedliebendes Mitglied in die europäische Gemeinschaft einzugliedern“, wodurch die Westmächte auch der Ostzonenpropaganda entschieden entgegentraten. Während die Bundesregierung die westlichen Sicherheitsinteressen anerkannte, sagten die Alliierten die Weiterentwicklung der gemeinsamen Beziehungen „auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens“ zu. Als Preis akzeptierte Bonn den Beitritt in die Ruhrbehörde sowie die enge Zusammenarbeit mit dem Militärischen Sicherheitsamt und bekam dafür als Gegenleistung die Zusage der Aufnahme in die OEEC und den Europarat. Darüber hinaus wurde das Recht zum Austausch von Handels- und Konsularvertretungen avisiert. Als Reaktion auf die kurz zuvor erfolgte Zündung der ersten sowjetischen Wasserstoffbombe und die sich anschließende Diskussion über einen militärischen Beitrag der Bundesrepublik bekräftigte die Bundesregierung, die Neuaufstellung von Streitkräften zu verhindern. Die Reservate des Besatzungsstatus wurden nur dadurch gemildert, daß die Alliierten eine Prüfung eventueller Änderungen innerhalb von achtzehn Monaten in Aussicht stellten. Den für die deutsche Öffentlichkeit wichtigsten Teil verkörperten die Vereinbarungen über

⁷⁷ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 15. 11. 1949, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 9–17.

⁷⁸ S. Regierungserklärung Adenauers, 15. 11. 1949, in: BT, Sten., Ber., Bd. 1, S. 397–400.

⁷⁹ S. Bundestagsrede Schumachers, 15. 11. 1949, in: ebd., S. 400–408; Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 273.

⁸⁰ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 248, Tb. 15. 11. 1949.

⁸¹ François-Poncet an Schuman, Nr. 1108/CM, 20. 11. 1949, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 211 u. 210.

den Demontagestopp. Gelockert wurden schließlich die Restriktionen für den Hochseeschiffbau und die Stahlproduktionsquote⁸².

Die Konzessionen der Westmächte waren nicht überwältigend. Adenauers Wunsch, den Beitritt zum Ruhrstatut von bestimmten Bedingungen, etwa einer Revisionsklausel, abhängig zu machen, erfüllte sich nicht – „offensichtlich unter französischem Druck“⁸³. Dennoch stellte sich im Quai d'Orsay der Eindruck ein, François-Poncet, der dem Abkommen „eine modellhafte Konfliktlösung“⁸⁴ im deutsch-alliierten Verhältnis beimaß, habe seine Instruktionen überschritten. Das Ministerium kritisierte insbesondere die Erwähnung einer eventuellen Beendigung des Kriegszustandes, galt es doch aus französischer Sicht alles zu vermeiden, was den Amerikanern einen Ansatz für neue Schritte zur Wiederherstellung normaler Beziehungen mit den Westdeutschen bieten konnte⁸⁵.

Obwohl Adenauer nicht alle Ziele erreicht hatte, durfte er das Petersberger Abkommen als ersten Erfolg in seinem Bemühen um außenpolitischen Handlungsspielraum und Eingliederung in die westeuropäischen Demokratien feiern. Gewiß, die zum Teil erbitterten Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit über die Demontagen sollten erst Mitte 1951 mit dem tatsächlichen Abschluß der Maßnahmen enden; doch der psychologische Effekt des Abkommens machte sich bei der Bevölkerung schon jetzt bemerkbar. Wenngleich der Kanzler nicht, wie er in seinen „Erinnerungen“ behauptet⁸⁶, eine Anerkennung der Gleichberechtigung der Bundesrepublik erreicht hatte, war die „sich verändernde Qualität des alliiert-deutschen Interaktionsablaufs“ gar nicht zu übersehen⁸⁷. Nicht zu übersehen war freilich auch etwas anderes. Während Bonn und Washington das Petersberger Abkommen als erste Etappe auf dem Weg zur Revision des Besatzungsstatuts bewerteten und schon bald zu den nächsten aufzubrechen gedachten, wollte Paris erst einmal am erreichten Ziel verweilen.

Zu dem günstigen Eindruck, den das Petersberger Abkommen in der deutschen Öffentlichkeit verursachte, trug nicht zuletzt auch die scharfe Auseinandersetzung im Deutschen Bundestag am 24./25. November bei, in deren Verlauf Schumacher mit dem Zwischenruf „Bundeskanzler der Alliierten“ einen Eklat auslöste. Der SPD-Chef hatte die Kosten des Konflikts zu tragen, denn die auch in den eigenen Reihen mißbilligte Kanzlerschelte schadete seinem politischen Ansehen im In- und Ausland für lange Zeit schwer und trug dazu bei, den Graben zwischen Regierung und Opposition weiter zu vertiefen⁸⁸. In Frankreich galt Adenauer als klarer Sieger der innenpolitischen Kontroverse. Die antifranzösische Phraseologie der sozialdemokratischen Abgeordneten, die das Petersberger Abkommen als Sieg französischer Hegemonialpolitik verurteilten und mit nationalen Parolen

⁸² Petersberger Abkommen, 22. 11. 1949, in: Lademacher/Mühlhausen (Hg.), Petersberger Abkommen, S. 87–90, hier S. 87.

⁸³ Blankenhorn, Verständnis, S. 81, Tb. 22. 11. 1949; vgl. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 22. 11. 1949, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 477 f. u. 483; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 79, Tb. 24. u. 25. 11. 1949.

⁸⁴ Bock, Perzeption, S. 619.

⁸⁵ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 253, Tb. 23. 11. 1949.

⁸⁶ S. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 283.

⁸⁷ Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 140.

⁸⁸ Zwischenruf Schumachers in der Bundestagsdebatte vom 25. 11. 1949, in: BT, Sten. Ber., Bd. 1, S. 525; vgl. ausführlich: Klotzbach, Weg, S. 194–198; Merseburger, Kurt Schumacher, S. 459–464.

Adenauer als „Erfüllungspolitiker“ anprangerten, provozierte in Paris scharfe Kommentare. Auriol steigerte sich in einer Unterredung mit François-Poncet zu dem bösen Verdikt, Schumacher sei „un nationaliste presque fasciste“, woraufhin der Hohe Kommissar ihm mit einer noch ungerechteren Fehleinschätzung beipflichtete, „c'est un Hitler de gauche“. Über die persönliche Antipathie hinaus symbolisierte der Oppositionsführer für sie den stets in Rechnung zu stellenden „nationalisme agressif“, während Adenauer seinem Volk unbequeme Wahrheiten zu sagen bereit war und daher Kredit verdiente⁸⁹. Insgesamt löste die Bundestagsdebatte an der Seine tiefe Enttäuschung aus. Denn das, was in Frankreich als maximale Konzession gegenüber der Bundesrepublik galt und was der Kanzler als neue Phase in den Beziehungen zu den Westmächten pries, nahmen die Parlamentarier nur mit mäßigem Applaus zur Kenntnis. „On peut à juste titre en être découragé“, notierte Bérard desillusioniert in seinem Tagebuch⁹⁰.

Glücklicherweise war es Schuman schon am 24. 11. gelungen, seine Deutschlandpolitik von der Assemblée Nationale absegnen zu lassen⁹¹. Trotz dieses positiven Ergebnisses, so wußte François-Poncet zu berichten, äußerte Adenauer im vertrauten Kreise „une vive déception“⁹². Zum Überschwang bestand in der Tat kein Grund. Denn die Debatte hatte eindringlich das tiefe Mißtrauen breiter Parlamentarierkreise gegenüber der Bundesrepublik gezeigt. Jeder französische Außenminister mußte diese Stimmungslage in Rechnung stellen, wollte er nicht Gefahr laufen, gestürzt zu werden. Um so mehr hatte Schuman sie zu beachten, gingen seine politischen Ansichten doch nach Einschätzung kompetenter deutscher Beobachter „anerkanntermaßen über die Bereitschaft der Mehrheit der Parteien, Deutschland Zugeständnisse zu machen“, hinaus⁹³.

Mißverständnisse und Verstimmungen

Ungeachtet der in den vergangenen Wochen zwischen der Bundesregierung und den Westmächten geschaffenen Vertrauensbasis geriet das deutsch-alliierte Verhältnis schon bald in neue Turbulenzen. Ein Problem ergab sich aus der von Adenauer bereits in seinem „Zeit“-Interview am 3. 11. angeschnittenen Frage der in Frankreich einsitzenden deutschen Kriegsverbrecher. Am 6. 12. bat die Bundesrepublik Frankreich um eine Beschleunigung der anhängigen Verfahren und eine baldige Freilassung aller Gefangenen, deren Schuldlosigkeit in den Voruntersuchungen nachgewiesen werde⁹⁴. Obwohl ihr am folgenden Tag exakte Angaben über den Stand der Dinge gemacht wurden, erhob Justizminister Dehler am 11. 1.

⁸⁹ Unterredung zwischen Auriol und François-Poncet vom 28. 12. 1949, in: Auriol, Journal, Bd. 3, S. 456, im Auszug in: BDFD I, S. 71–76, hier S. 71.

⁹⁰ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 254, Tb. 24. 11. 1949.

⁹¹ S. Debatte der Assemblée Nationale vom 22., 24. u. 25. 11. 1949, in: Annales de l'Assemblée Nationale, Débats 1949, Bd. 8, S. 6157–6356.

⁹² François-Poncet an Schuman, Nr. 1200/CM, 18. 12. 1949, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 219–222, hier S. 220. Zur Numerierung des Monatsberichts s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 125, Bl. 54.

⁹³ Deutsches Büro für Friedensfragen, Informationsbericht aus Frankreich, 7. 12. 1949, NfD, in: Lademacher/Mühlhausen (Hg.), Petersberger Abkommen, S. 493–496, hier S. 494.

⁹⁴ S. Adenauer an François-Poncet, 6. 12. 1949, in: Adenauer, Briefe 1949–1951 S. 142 f.; Brochhagen, Nach Nürnberg, S. 130; zum Schicksal der Kriegsgefangenen insgesamt: Böhme, Kriegsgefangene.

1950 im Bundestag schwere Vorwürfe gegen die französische Justiz⁹⁵, was François-Poncet als schiere „Brunnenvergiftung“ empfand⁹⁶. Im März geriet Adenauer selbst ins Kreuzfeuer der Kritik, als er die Notwendigkeit der Ausweisung zweier deutscher Geistlicher, die in Frankreich die deutschen Kriegsgefangenen betreuten, in Zweifel stellte. François-Poncet wies seine Vorhaltungen scharf zurück, weil es nach Auffassung seiner Regierung gar keine Kriegsgefangenen, sondern nur noch Kriegsverbrecher gab, und den Geistlichen Amtsmißbrauch vorgeworfen wurde⁹⁷.

Einen handfesten deutsch-alliierten Konflikt verursachte im Winter 1949/50 die Frage der Sicherung des ökonomischen Wiederaufbaus in Westdeutschland⁹⁸, als die Bundesregierung zwei Noten der Hohen Kommission zum Investitionsprogramm und zur wirtschaftlichen Entwicklung als „Vorstufe einer direkten Intervention“ interpretierte⁹⁹. Die Folge war ein „Memorandenkrieg“ über Mittel und Wege zur Realisierung wirtschaftspolitischer Zielsetzungen bei übereinstimmenden ökonomischen Intentionen¹⁰⁰.

Probleme traten indes nicht nur in ordnungspolitischen Sachfragen, sondern auch in Personalangelegenheiten auf. Im Oktober 1949 überlegte Adenauer, den Stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau Hermann Josef Abs für den Posten des Staatssekretärs des zukünftigen Auswärtigen Amtes zu gewinnen. Wieder war es Frankreich, das sich dem Ansinnen unter Hinweis auf ein „Dossier Abs“ aus der Zeit der deutschen Besetzung entgegenstellte. Beim Aufbau des Auswärtigen Amtes, so hieß es im Hotel Dreesen, müsse alles getan werden, um eine Verstimmung in Paris zu vermeiden¹⁰¹. Ende des Monats riet Bérard mit Blick auf die öffentliche Meinung in Frankreich dazu, vom Aufbau eines Auswärtigen Amtes grundsätzlich vorerst Abstand zu nehmen¹⁰². Statt dessen sollte sich die Bundesrepublik vorerst mit dem Austausch von Handels- und Konsularvertretungen begnügen, wobei Paris natürlich wünschte, vorab über die möglichen Kandidaten informiert zu werden. Tatsächlich sagte Bonn eine „vorher[ige] inoffizielle“ Mitteilung zu¹⁰³.

Wie schmal dieses Band der Gemeinsamkeit gewoben war, zeigte sich wenige Wochen später, als der Kanzler zu erkennen gab, durch die Generalkonsuln an ihrem Dienort „eine gewisse politische Atmosphäre“ aufbauen lassen zu wollen. Dies ging der französischen Hohen Kommission aber viel zu weit, da sie ihm

⁹⁵ S. Bundestagsrede Dehlers, 11. 1. 1950, in: BT, Sten. Ber., Bd. 2, S. 781–783; Brochhagen, Nach Nürnberg, S. 130f.

⁹⁶ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 12. 1. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 86; s.a. Brochhagen, Nach Nürnberg, S. 131.

⁹⁷ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 22. 3. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 159; s.a. Unterredung zwischen dens. vom 12. 1. 1950, in: ebd., S. 87.

⁹⁸ Vgl. Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 172–186.

⁹⁹ Ebd., S. 189.

¹⁰⁰ Ebd., S. 190.

¹⁰¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 1b, Bl. 52, Tb. 22. 10. 1949. Zum Wirken von Abs im „Dritten Reich“ vgl. Gall, *Man for all seasons?*; James, *Deutsche Bank*, passim.

¹⁰² S. PA, Abt. 2, Bd. 157, Bl. 16, Aufzeichnung, 1. 11. 1949; das Dokument trägt die Paraphen von Blankenhorn und Dittmann.

¹⁰³ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 26. 1. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 93 u. 101.

die Absicht unterstellte „eine verkappte Botschaft“ zu errichten¹⁰⁴. Besonders empfindlich beobachtete man natürlich die Wahl der für Paris bestimmten Person. Schuman war sich zwar keineswegs sicher, inwieweit er in die Besetzung der deutschen Dienststellen eingreifen konnte, sah das Besatzungsstatut doch keine formelle Vorabgenehmigung oder ein Vetorecht für die Hohe Kommission vor. Dennoch durfte daraus keineswegs der Schluß gezogen werden, „que la Haute Commission doive être entièrement déssaisie“¹⁰⁵. In diesem Sinne verlangte er, der deutsche Vertreter müsse jeden Eindruck einer politisch-diplomatischen Tätigkeit vermeiden. Adenauer zeigte sich in diesem heiklen Punkt durchaus aufgeschlossen und beteuerte, daß er sich gerade über die Besetzung des Pariser Postens „sehr viel Kopfzerbrechen“ mache, um „Herren mit besonderem Takt“ zu finden¹⁰⁶.

Dennoch geriet das deutsch-französische Verhältnis im Frühjahr 1950 in den „Zustand der bedingten Krise“¹⁰⁷. Im Kern ging es dabei um die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Besatzungsmächten im allgemeinen, Bonn und Paris im besonderen. Stellvertretend für viele seiner Landsleute fragte sich François-Poncet immer wieder, wie Frankreich es vermeiden könne, vom östlichen Nachbarn an die Wand gedrückt zu werden. „Le peuple allemand“, so notierte Bérard im Oktober 1949 die Einschätzung seines Chefs, „lui paraît trop actif, trop entreprenant pour que nous puissions lui résister.“¹⁰⁸ Und der Hohe Kommissar selbst warnte seine Regierung im Dezember vor dem fatalen „essor économique de l'Allemagne“, der sich aus dem Besitz der Bodenschätze, dem „dynamisme propre à ce pays“, der Arbeitsbereitschaft und Disziplin der Arbeiter, der Fähigkeit der Ingenieure und der Unterstützung der USA ergab. „Je crois plutôt que notre avantage serait de nous associer à ce développement [...] en contractant [...] des ‚accords de concurrence‘, première pierre sur laquelle devra reposer l'assise économique de l'organisation politique européenne“¹⁰⁹.

Im Grunde erinnern diese Sorgen an die Überzeugung vieler Franzosen nach 1919, Deutschland sei seinem westlichen Nachbarn trotz des verlorenen Krieges aufgrund gewisser „forces profondes“ langfristig überlegen¹¹⁰. Im Zentrum dieser Befürchtungen stand für Frankreich damals wie jetzt die Sicherheitsfrage, die man eben keineswegs nur als militärisches Problem begriff, sondern auch in ihrer wirtschaftlichen Dimension als „*sécurité économique*“ zunehmend schärfer zu spüren bekam. Dank neuer Technik, tatkräftiger Wirtschaftskapitäne und niedriger Produktionskosten bedrohte Westdeutschland die von Frankreich belieferten Märkte

¹⁰⁴ Unterredung zwischen dens. vom 22. 3. 1950, in: ebd., S. 160.

¹⁰⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 135, Bl. 135–136bis, Schuman an François-Poncet, Nr. 436, 27. 3. 1950.

¹⁰⁶ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 22. 3. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 161.

¹⁰⁷ Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 145.

¹⁰⁸ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 229, Tb. 13. 10. 1949.

¹⁰⁹ François-Poncet an Schuman, Nr. 1200/CM, 18. 12. 1949, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 221.

¹¹⁰ Vgl. Bariéty, Relations.

im Ausland und schickte sich gar an, „d'inonder le marché français“¹¹¹. Obwohl Bonn in diesen Monaten erheblichen ökonomischen Problemen und einer tiefen Zahlungsbilanzkrise gegenüberstand, stießen sein Bemühungen um einen Handelsvertrag mit Paris denn auch an der Seine auf große Zurückhaltung¹¹². Die ökonomische Annäherung wurde dort zwar aus politischen Gründen begrüßt, um Deutschland nicht nach Osten schwenken zu lassen. Wirtschaftspolitisch gesehen, stand man ihr hingegen skeptisch gegenüber, da man den Nutzen allzu einseitig für den Konkurrenten ausfallen sah. Und man fragte sich, ob die politischen Vorteile groß genug seien, um die etwaigen materiellen Nachteile aufzuwiegen¹¹³.

François-Poncets Analyse und die von ihm erarbeiteten Vorschläge stießen in Paris keineswegs auf ungeteilte Zustimmung. Während Schuman sich seinen Gedanken durchaus anschloß und daran festhielt, die beste Sicherheitsgarantie gegenüber Westdeutschlands sei dessen Einschluß in das europäische Friedenswerk, warnte Auriol weiterhin vor der Gefahr eines deutschen Abdriftens nach Osten: „il faut discuter de la neutralisation de l'Allemagne“¹¹⁴. Als ihm der Hohe Kommissar nach dem Jahreswechsel von ähnlichen Sorgen des Kanzlers berichtete¹¹⁵, notierte der Präsident lakonisch in seinem Tagebuch: „En vérité, l'Allemagne continue, par ses gémissements, ses chantages, ses manoeuvres, à vouloir reprendre sa puissance, puis sans doute, plus tard, à se rapprocher de l'U.R.S.S. si cela peut faciliter ses desseins.“¹¹⁶

Adenauer setzte seinen vorsichtigen Kurs der Ausweitung des eigenen Handlungsspielraums bei ostensibler Berücksichtigung der französischen Psychologie dennoch fort. Die Meinungsunterschiede mit Frankreich wie die Abhängigkeit von den Westmächten ließen es ihm indes geraten erscheinen, behutsam darauf zu achten, nicht den Eindruck einer exklusiven Verständigungspolitik aufkommen zu lassen. „Eine französisch-deutsche Zusammenarbeit“, so betonte er gegenüber der Presseagentur „United Press“ zum Jahreswechsel 1949/50, „wird keine wirtschaftliche oder politische Bedrohung Großbritanniens bedeuten. Jede Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich muß auch zu einer engeren Zusammenarbeit mit Großbritannien führen, da eine Aufspaltung Westeuropas in eine britische und eine französisch-deutsche politische und wirtschaftliche Sphäre große Nachteile für Deutschland, Frankreich und Großbritannien mit sich bringen würde.“¹¹⁷ Welch große Differenz zu seiner Politik am Ende der Kanzlerschaft! Sie erklärt sich gewiß nicht durch das Fehlen eines „de Gaulle“, sondern durch die im Vergleich zu 1962/63 völlig anders geartete außenpolitische Konstellation der Bundesrepublik.

¹¹¹ Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 3. 1. 1950, (Konzept CA), in: BDFD I, S. 208 f., hier S. 208. Zu einer dezidiert gegenteiligen Auffassung kam demgegenüber eine längere Ausarbeitung der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und des Bundeswirtschaftsministeriums, Ende Dezember 1949, NfD, im Auszug in: BDFD II, S. 137–141.

¹¹² S. François-Poncet an MAE, Tel. 4081, 19. 12. 1949, in: ebd., S. 136 f.

¹¹³ S. Aufzeichnung Meyer, 11. 1. 1950, in: ebd., S. 144–146.

¹¹⁴ Unterredung zwischen Auriol und Schuman vom 30. 12. 1949, in: Auriol, Journal, Bd. 3, S. 464.

¹¹⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 372, Bl. 76–79, François-Poncet an MAE, Tel. 13, 3. 1. 1950, Réservé, Secret.

¹¹⁶ Auriol, Septennat, S. 242, Tb. 3. 1. 1950.

¹¹⁷ Erklärung Adenauers gegenüber „United Press“ zum Jahreswechsel 1949/50, in: AdG 1950, S. 2197B.

Revision des Besatzungsstatuts

Zu den schwierigsten Fragen in den deutsch-französischen Beziehungen gehörte in den kommenden zwei Jahren die Revision des Besatzungsstatuts, die nach dem Petersberger Abkommen in frühestens 12, höchstens 18 Monaten erfolgen sollte. Zusammen mit der auf der Pariser Konferenz im November 1949 anvisierten Beendigung des Kriegszustandes mußte sie die internationale Situation des Bonner Provisoriums fundamental ändern. Die Bundesrepublik schien „une quasi souveraineté“ zurückgewinnen, die sie in die Lage versetzen konnte, jeden Friedensvertrag abzulehnen, der nicht frei zwischen ihr und den Alliierten ausgehandelt wäre. Wie sollte Frankreich reagieren? Wich es vor den westlichen Forderungen ohne Gegenwehr zurück, drohte die deutsch-französische Annäherung in den Strudel innenpolitischer Auseinandersetzungen zu geraten. Stellte man sich aber quer, stand zu befürchten, von den Angelsachsen übergangen zu werden. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, empfahlen die Beamten des Quai d'Orsay eine rasche diplomatische Initiative, die die eigene Bereitschaft zur Mitwirkung am Aufbau und an der Westbindung der Bundesrepublik „sur un pied d'égalité“ untermauerte. Frankreich sollte die Absicht zu einem „aménagement très généreux“ des Besatzungsstatuts bekunden und als einzige wesentliche Reserve die Aufrechterhaltung der alliierten Oberhoheit und der militärischen Besetzung für unbestimmte Dauer fordern. Als Gegenleistung sah man an der Seine den Abschluß eines provisorischen und auf Westdeutschland beschränkten Vorfriedens vor, der vier wesentliche Interessenpunkte behandelte: Ruhrstatut, Saarstatut, Militärisches Sicherheitsamt und Westgrenzen¹¹⁸. Paris war bereit, das Spannungsverhältnis zwischen Besatzungsstatut und Westintegration mit seinen Partnern zu erörtern und die Kontrollen vor allem in den Bereichen Gesetzgebung und Wirtschaftspolitik zu erleichtern. Die Höchste Alliierte Gewalt, die Demilitarisierung, auswärtige Angelegenheiten sowie die Sicherheit der Besatzungstruppen und -kosten gedachte man aber weiterhin zwingend den Alliierten vorzubehalten¹¹⁹.

Eine Wiederherstellung der deutschen Souveränität kam für Frankreich folglich nicht in Frage. Ob man für diesen Kurs von den Westmächten die nötige Unterstützung finden würde, schien indes höchst ungewiß. Gerüchten zufolge waren die Briten gewillt, die Hohe Kommission durch einen Botschafterrat zu ersetzen, während die Amerikaner daran dachten, den Kriegszustand mit der Bundesrepublik auf vertraglicher Basis zu beenden¹²⁰. Dies aber wurde an der Seine abgelehnt, weil die Deutschen einen solchen Schritt als Annullierung der bedingungslosen Kapitulation und Wiederherstellung der Souveränität auslegen konnten. Die vertragliche Aufhebung des Kriegszustandes hätte außerdem zur Folge, daß man die Bonner Republik als Nachfolger des Deutschen Reiches anerkennen und die höchste Gewalt der Besatzungsmächte aufgehoben würde. „Bien que ce gouvernement soit considéré par nous comme la seule organisation allemande ayant un

¹¹⁸ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 769, Bl. 76–82, Aufzeichnung des MAE, 10. 1. 1950.

¹¹⁹ Ebd., Bl. 97–100, Aufzeichnung dess., ca. 1. 4. 1950.

¹²⁰ S. ebd., Généralités, Bd. 133, Bl. 51–65, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 12. 4. 1950, im Auszug in: BDFD I, S. 76–81.

caractère représentatif, et que nous ayons déclaré qu'il aurait seul qualité à présider au rétablissement de l'unité allemande, il ne saurait pur autant être considéré comme le successeur du Reich, ni comme un partenaire possible dans un acte international faisant cesser l'état de guerre.“ Aus der Analyse der bedingungslosen Kapitulation und der Erklärung vom 5. 6. 1945 ergab sich aus der französischen Sicht einwandfrei, daß der deutsche Staat untergegangen sei. Um den Kriegszustand zu beenden, reichte folglich eine einseitige Deklaration der jeweiligen Staaten aus. Aufgrund dieser Erklärung blieb Deutschland bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages durch die Vier Alliierten deren Macht unterworfen¹²¹.

Die Anerkennung Westdeutschland infolge einer vertragsmäßigen Beendigung des Kriegszustandes hätte hingegen die definitive Festigung der deutschen Teilung zur Folge „et retirerait de notre jeu la carte de l'unité allemande dont l'URSS aurait désormais le monopole.“ Zugleich wäre ein Mechanismus freigesetzt, der die Regierung Adenauer zu Fall bringen und sie durch ein nationalistisches Regime ersetzen könnte. Eine weitere Gefahr sah man in Paris darin, daß das souveräne Westdeutschland sich dem Osten zuwandte, um doch noch die Einheit zu erreichen, eine „politique de bascule“ trieb und sich zum Schiedsrichter zwischen den Blöcken aufspielte. Schließlich wäre das System des „quadripartisme“ definitiv am Ende, die Möglichkeit eines Modus vivendi dahin. Außerdem drohten Verwicklungen mit Moskau durch die der Souveränität folgende Wiederbewaffnung Bonns. Aus der Sicht des Quai d'Orsay lagen die französischen Interessen weder in einer Neutralisierung Deutschlands noch in der raschen Wiedererrichtung der westdeutschen Souveränität, sondern in der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung. Sie erlaubte nämlich „l'intégration de l'Allemagne de l'Ouest dans l'Europe Occidentale en sauvegardant la possibilité du rétablissement pacifique de l'unité allemande et en laissant la porte ouverte à la reprise des conversations avec l'U.R.S.S.“¹²²

Geneigter reagierte das französische Außenministerium hingegen auf den amerikanischen Vorschlag über die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland, weil er die Verantwortung der Sowjetunion für die Teilung sichtbar machte. Doch auch hier riet der Quai d'Orsay zur Rücksicht gegenüber dem Kreml. Sollten die Sowjets sich der Anregung der Amerikaner nämlich widersetzen, hielten die Beamten es für notwendig, die Partner davon zu überzeugen, daß dies kein prinzipieller Beweis für die Aussichtslosigkeit etwaiger Ost-West-Verhandlungen über die deutsche Einheit und für die Notwendigkeit einer Separatlösung mit der Bundesrepublik sei¹²³. Ihr Eintreten für die Wiedervereinigung entsprang freilich rein taktischen Erwägungen: Im Bewußtsein, daß sie keinerlei Aussicht auf Erfolg

¹²¹ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 133, Bl. 102–106, Aufzeichnung ders., 6. 3. 1950; s. „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs und der Provisorischen Regierung der Französischen Republik“, 5. 6. 1945, in: von Münch (Hg.), Dokumente, S. 19–24.

¹²² AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 133, Bl. 51–65, Aufzeichnung der Unterabt. Zentral-europa im MAE, 12. 4. 1950, im Auszug in: BDFD I, S. 76–81, hier S. 78, 79 u. 81; vgl. Rouche, Le Quai d'Orsay, S. 40.

¹²³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 133, Bl. 88 f., Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, o.D. (April 1950).

hatten, galt es eben als vorteilhaft, „à nous associer à toutes tentatives qui tendraient à favoriser l'unification de l'Allemagne“¹²⁴.

Allein, es gab auch andere Stimmen in Paris. Aus dem Elysée wurde nun die Forderung gestellt, vor weiteren Zugeständnissen gegenüber Westdeutschland die Wiederaufnahme von Viermächtegesprächen zu wagen¹²⁵. Demgegenüber beschränkte sich der Quai d'Orsay darauf, vorläufig keine neuen Konzessionen an die Bundesrepublik zu machen. Auch der eher konziliante François-Poncet warnte im Frühjahr 1950 aus Enttäuschung über die Bonner Politik und wegen der fehlenden inneren Festigung und Ausgeglichenheit der Deutschen vor einem Entgegenkommen. „L'Allemagne est un pays d'essence dramatique. Elle est vouée au drame. [...] Elle ignore le repos, l'attente, la détente.“¹²⁶. Mit Verärgerung reagierte man im Hotel Dreesen auf die zunehmend kritischeren Töne aus dem Palais Schaumburg und seine immer deutlicheren Ansprüche auf Gleichberechtigung. Als Adenauer sich im April sträubte, die Generalkonsulate in New York und Paris gemäß den alliierten Erwartungen zu besetzen¹²⁷, lud Bérard seinen Unmut lauthals bei Blankenhorn ab. Bemerkenswerterweise stimmte der enge Vertraute Adenauers den Klagen uneingeschränkt zu. Während seiner urlaubsbedingten Abwesenheit habe sich das Verhältnis des Kanzlers zu seiner Umgebung erheblich verschlechtert; er habe sich isoliert, sei hart und mißtrauisch gegenüber allem und jedem geworden, vor allem auch gegenüber dem französischen Vertreter¹²⁸.

Der französische Unmut über den deutschen Regierungschef wuchs noch, als dieser im Bewußtsein einer „offenkundige[n] Krise seiner Westpolitik“¹²⁹ versuchte, sich mit doppeldeutigen Erklärungen als überzeugten Europäer und „stolzen Deutschen“ zu präsentieren¹³⁰. Seinen „kräftigste[n] nationale[n] Paukenschlag“ setzte er am 18. 4. in einer Rede im Titania-Palast in Berlin, als er nach einer harschen Kritik an die Adresse der Hohen Kommissare und der Betonung einer von den Alliierten unabhängigen, die Interessen West- wie Ostdeutschlands berücksichtigenden Politik die rund 1800 geladenen Gäste darum bat, sich von ihren Sitzen zu erheben und die dritte Strophe des Deutschlandliedes anzustimmen¹³¹. In national gesinnten deutschen Kreisen mochte ihm der Zuspruch sicher sein, in Frankreich stieß er auf Empörung, die die ohnehin geringe Kompromißbereitschaft in den schwebenden deutschlandpolitischen Fragen weiter senkte. Selbst François-Poncet, der ihn bisher stets als beste Lösung für das Amt des

¹²⁴ Ebd., Bl. 36, Aufzeichnung ders., 14. 4. 1950.

¹²⁵ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 302, Tb. 17. 4. 1950.

¹²⁶ François-Poncet an Schuman, Nr. 343/CM, 17. 3. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 252. Zur Numerierung des Monatsberichts s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 125, Bl. 96. S. a. PA, Abt. 2, Bd. 248, Bl. 76f., Unterredung zwischen Forster und François-Poncet vom 22. 3. 1950.

¹²⁷ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 302, Tb. 18. 4. 1950.

¹²⁸ S. ebd., S. 297–299, Tb. 4. 4. 1950; seinem Tagebuch wollte Blankenhorn diese massive Kritik an Adenauer nicht anvertrauen (BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 141, Tb. 4. 4. 1950).

¹²⁹ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 705.

¹³⁰ Ebd., S. 706.

¹³¹ Ebd., S. 707; Text der Rede in: BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 163–168, im Auszug in: AdG 1950, S. 2340E; s.a. Köhler, Adenauer, S. 580–582.

Kanzlers gerühmt hatte, wünschte in seiner Verärgerung, „qu’Adenauer s’en aille“¹³².

Um die aufschäumenden Wogen zu glätten, signalisierte Adenauer jetzt Entgegenkommen in der Frage der Ernennung des Pariser Generalkonsuls¹³³, die er aus Verärgerung über die von der Hohen Kommission zunächst nicht genehmigte deutsche diplomatische Präsenz in Drittländern bisher hinausgezögert hatte. Wie im Falle Londons und Washingtons¹³⁴ fiel seine Wahl auf einen „Outsider“, eine Persönlichkeit, die nicht aus dem alten Außenministerium in der Wilhelmstraße kam: Nachdem die französische Hohe Kommission den Kanzler zur Mäßigung beim Aufbau der Pariser Dienststelle aufgefordert¹³⁵ und Heinrich von Brentano es abgelehnt hatte, den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Generalkonsulat in Paris einzutauschen¹³⁶, suchte Adenauer „un personnel entièrement nouveau“, der unter keinen Umständen während der Okkupationszeit in Frankreich gearbeitet haben durfte¹³⁷. Als seine Rhöndorfer Nachbarin, die nachmals bei der UNESCO als deutsche Vertreterin eine wesentliche Rolle spielende Schriftstellerin Maria Schlüter-Hermkes, ihm den Kunstschriftsteller Wilhelm Hausenstein empfahl, der mit diesem seit 1903 bekannte, ja befreundete Heuss seine Zustimmung versicherte und auch François-Poncet offenbar sein Placet gab¹³⁸, machte sich der Kanzler mit seinem ausgeprägten Instinkt für die Wirkung einer solchen „Geste des guten Willens gegenüber Frankreich“¹³⁹ die Kandidatur sofort zu eigen. Adenauer setzte damit ein deutliches Signal, die Spannungen auf dem politischen Feld durch die kulturpolitische Annäherung aufzufangen, wie er es ja bereits im „Zeit“-Interview vom November 1949 angeregt hatte. Mittlerweile war dieses Konzept, über die Kultur das schwierige Verhältnis zwischen den beiden Nachbarn erträglicher zu gestalten, so weit gediehen, daß das dem Kanzleramt unterstellte „Deutsche Büro für Friedensfragen“ im März den baldigen Abschluß eines Kulturabkommens mit Frankreich anregte¹⁴⁰.

Hausenstein wurde 1882 im schwarzwäldischen Hornberg als Sohn eines großherzoglich-badischen Finanzbeamten geboren. Nach dem Studium der Klassi-

¹³² Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 303, Tb. 20. 4. 1950; s.a. François-Poncet an Schuman, Nr. 609/CM, 21. 5. 1950, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 1, S. 272–275. Zur Numerierung des Monatsberichts s. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 125, Bl. 133.

¹³³ Vgl. zum folgenden ausführlich: Lappenküper, Wilhelm Hausenstein; Reuss, *Mission*, S. 18–53.

¹³⁴ Vgl. Kroll, *Weg*.

¹³⁵ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 143, Bl. 6–8, François-Poncet an Robert Schuman, Nr. 307/EU, 11. 3. 1950; ebd., Bl. 12–15, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 4. 4. 1950.

¹³⁶ S. ebd., Bl. 3, Bérard an dass., Tel. 387, 9. 2. 1950, *Réservé*; ebd., Bl. 4, François-Poncet an dass., Tel. 558/59, 18. 2. 1950; von Brentano an Adenauer, 17. 2. 1950, in: Baring, *Bundeskanzler*, S. 40–42.

¹³⁷ So referierte Bérard eine Äußerung Blankenhorns (AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 135, Bl. 95, Bérard an Schuman, Nr. 158/EU, 8. 2. 1950, *Très secret*; s.a. ebd., Bl. 16f., ders. an MAE, Tel. 1721/23, 20. 4. 1950).

¹³⁸ S. StBKAH, NL Adenauer, 10.17, Adenauer an Schlüter-Hermkes, 20. 6. 1950, im Auszug in: Adenauer, *Briefe 1949–1951*, S. 527, Nr. 272, Anm. 2; DLA, NL Hausenstein, 66.1945/2, Hausenstein an Schlüter-Hermkes, 23. 5. 1956; Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 33.

¹³⁹ Frank, Wilhelm Hausenstein, S. 149.

¹⁴⁰ S. Aufzeichnung Salat 7623/2659/50, 28. 3. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 116–118; PA, Abt. 2, Bd. 248, Bl. 62–70, Entwurf, o.D.; zur Genese des deutsch-französischen Kulturabkommens, das erst 1954 in schriftliche Form gegossen werden sollte, vgl. ausführlich Lappenküper, „Sprachlose Freundschaft?“.

schen Philologie, Philosophie, Geschichte und Nationalökonomie¹⁴¹ arbeitete er als Privatgelehrter und Vorleser der in Paris im Exil lebenden Königin Marie-Sophie von Neapel-Sizilien. Sein Eintritt in die SPD 1906 und das Bekenntnis zum Sozialismus¹⁴² versperrten ihm die wissenschaftliche Karriere. Hausenstein verdingte sich als freier Schriftsteller, leitete abendliche Arbeiterlehrerkurse und nahm das Studium der Kunstgeschichte auf. 1916 trat der als kriegsuntauglich Ausgemusterte in die Pressesektion der Politischen Abteilung beim deutschen Generalgouverneur in Brüssel ein. Seit 1917 arbeitete er als Freier Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“, später auch bei anderen Presseorganen. In den zwanziger Jahren wirkte er als Publizist und Kunstschriftsteller. Aufgrund seiner sehr subtilen Formen des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Kulturpolitik und seiner ‚nichtarischen‘ Ehe wurde Hausenstein 1936 aus der Reichsschrifttumskammer eliminiert¹⁴³, so daß ihm das Verreiben von Büchern fortan verwehrt war. Auf Anordnung von Reichspropagandaminister Goebbels wurde er im September 1940 auch als Schriftleiter der Frauenbeilage bei der „Frankfurter Zeitung“ abgelöst¹⁴⁴. Im April 1943 veranlaßte Goebbels seine vollständige Entlassung. Seit dem am 19. 5. folgenden Ausschluß aus der Reichspressekammer stand Hausenstein „unter einem völligen Berufsverbot“¹⁴⁵.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kehrte er in die Publizistik zurück und erwarb sich rasch hohes Renommee. Anfang April 1950 ersuchte Adenauer den mittlerweile „CDU-nahen“¹⁴⁶ unbelasteten Kunstschriftsteller während eines Treffens in München um die Übernahme des Generalkonsulats in Paris¹⁴⁷. Seine Einwände, er sei doch kein Politiker im beruflichen Sinne des Begriffs, ließ der Kanzler nicht gelten. Ihm genügte es offensichtlich, wenn sein Vertreter an der Seine politische Grundvorstellungen besäße, die „auf echte deutsch-französische Versöhnung gerichtet seien und damit seinen eigenen Leitgedanken entsprächen“. Da die äußerst schwierigen Aufgaben in Paris seiner Ansicht nach „in erster Linie psychologischer Art“ waren, wollte Adenauer bewußt keinen Berufsdiplomaten, sondern einen „Humanist[en] und Katholik[en]“, denn „damit müsse die occidente Aufgabe und Haltung des ersten Repräsentanten der Bundesrepublik sich näher bestimmen“¹⁴⁸. Zögernd stimmte Hausenstein zu. Von zentraler Bedeutung für seine Entscheidung war zweifellos seine Affinität zur französischen Kultur,

¹⁴¹ S. den selbstverfaßten Lebenslauf in: AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 143, Bl. 26–28; von Brück, Schriftsteller, S. 255; ders., Gedenken, S. 73–80; Hausenstein, Erinnerungen, S. 239f.; Sulzer, Nachlaß, S. 9–25.

¹⁴² „Ich bin Sozialdemokrat, so sehr man es nur sein kann“. Hausenstein an Theodor Heuss, 9. 1. 1908, zitiert nach: ebd., S. 12.

¹⁴³ S. BDC, Bestand Reichsschrifttumskammer, Personalakte Hausenstein, Präsident der Reichsschrifttumskammer an Hausenstein, AZ I-6698, 24. 11. 1936; Gillessen, Posten, S. 181; Sulzer, Nachlaß, S. 19.

¹⁴⁴ S. BDC, Bestand Reichsschrifttumskammer, Personalakte Hausenstein, Notiz RSK II D 1–015693-Kru, 7. 1. 1942; Gillessen, Posten S. 358–365; Sulzer, Nachlaß, S. 19.

¹⁴⁵ PA, NL Hausenstein, Bd. 9, Bl. 272f., Hausenstein an den Landrat von Starnberg, 13. 2. 1952, Konzept; s.a. Gillessen, Posten, S. 481–485.

¹⁴⁶ Haas, Lebenserinnerungen, S. 217; s.a. ders., Beitrag, S. 59f.

¹⁴⁷ S. Hausenstein, Erinnerungen, S. 16f.

¹⁴⁸ Ebd., S. 17; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 427f.; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 143, Bl. 34f., Unterabt. Zentraleuropa, Déclaration du M. Wilhelm Hausenstein, 15. 5. 1950.

mit der er schon früh in Berührung gekommen war und die ihn zeit seines Lebens nicht mehr losließ. Durch seine Geburt und die Übersiedlung seiner Familie nach Karlsruhe 1892 dem Badischen verhaftet, hielt er es für selbstverständlich, mit den angrenzenden Zivilisationen in enger Verbindung zu leben. Hausenstein sah sich als Mittler zwischen den beiden Kulturen, der die an ihn herangetragene Berufung als „ein providentielles Zeichen“¹⁴⁹ und eine Chance verstand, nach seiner jahrzehntelangen publizistisch-wissenschaftlichen Tätigkeit nun im Interesse der Völkerverständigung heilsam wirken zu können.

Die französische Hohe Kommission, der die Entscheidung am 20. 4. angezeigt wurde, begrüßte die Wahl dieses „esprit universel“ und „homme du monde“ lebhaft¹⁵⁰. Sie würdigte vor allem, daß Adenauer Rücksicht auf die eigenen Vorbehalte gegenüber einer „personnage politique trop important“ genommen hatte¹⁵¹. Nachdem die Pariser Regierung am 17. 5. ihr Exequatur erteilt hatte¹⁵², übertrug der Kanzler dem neuen Generalkonsul am 4. 7. die Leitung der Dienststelle in Paris und wünschte ihm Erfolg bei seiner „verantwortungsbewußten Aufgabe“¹⁵³, die nicht unmittelbar politischer Natur, sondern konsularischer, wirtschaftlicher, kultureller Art war.

Wie delikat sich die künftige Arbeit gestalten sollte, zeigte sich, noch ehe der Generalkonsul seinen Fuß auf französischen Boden gesetzt hatte. Als Termin für die Übernahme der neuen Dienststelle war zunächst die erste Juli-Hälfte vorgesehen. Da es jedoch unmöglich erschien, daß Hausenstein an Empfängen anlässlich des französischen Nationalfeiertags am 14. 7. teilnahm, ohne vorher seine Aufwartung bei den Kollegen gemacht zu haben, und auch die Frage der Beflaggung an diesem Tag Probleme bereitete, weil man einerseits kaum die deutsche Fahne an einem Gebäude aufziehen konnte, das der Bundesrepublik noch gar nicht gehörte, andererseits ein Nichthissen rasch von den Zeitungen hätte kritisiert werden können, hielt es Hausenstein auf Anraten seines zukünftig zweiten Mannes, Albrecht von Kessel, für sinnvoll, den Festtag abzuwarten¹⁵⁴. Um nun nicht zu nahe am Termin der Feierlichkeiten anzukommen und die Sonntagsruhe der Mitarbeiter im Quai d'Orsay nicht zu stören, traf der neue Vertreter der Bundesrepublik Deutschland am Montag, dem 17. 7., in Paris ein¹⁵⁵. Von der französischen Seite begrüßte ihn der stellvertretende Protokollchef des Quai d'Orsay, Charles Lesca, mit „der abgemessenen konventionellen Artigkeit“, die das Verhältnis beider Staaten zu jener Zeit prägte: „so knapp wie trocken“¹⁵⁶.

In einer kurzen Presseerklärung umriß Hausenstein die Schwerpunkte seines zukünftigen Wirkens: „Ich bin nicht hierhergekommen, um hohe Politik zu machen. Ich bin hier, um einfach meine konsularischen Aufgaben zu erfüllen, die zum großen Teil wirtschaftlicher Natur sind.“ Freilich dachte er nicht daran, sich

¹⁴⁹ PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 49, ders. an Eugen Claassen, 26. 7. 1950.

¹⁵⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 143, Bl. 59 f., „Note de Renseignements“, o.D.

¹⁵¹ Ebd., Bl. 16 f., Bérard an MAE, Tel. 1721/23, 20. 4. 1950.

¹⁵² S. ebd., Bl. 39, Seydoux an Bonn, Tel. 1343, 17. 5. 1950; DLA, NL Hausenstein, 66.2184/1, Haas an Hausenstein, Tel. 4409 Bonn F 17 25 1675, 25. 5. 1950.

¹⁵³ Adenauer an dens., 4. 7. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 244.

¹⁵⁴ S. PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 202, von Kessel an dens., 27. 6. 1950.

¹⁵⁵ S. ebd., Bl. 206, Hausenstein an von Kessel, 3. 7. 1950.

¹⁵⁶ Hausenstein, Erinnerungen, S. 35.

mit ökonomischen Problemen zu begnügen, und gestand denn auch sofort ein, daß er auch den kulturellen Austausch zwischen beiden Ländern fördern wolle. „Ich bin ein Mann guten Willens“ - so fügte er hinzu - „und möchte gleichzeitig Zeugnis ablegen für den guten Willen der sehr großen Mehrheit meines Volkes.“¹⁵⁷ Um die auf eine deutsch-französische Verständigung gerichtete Politik des Bundeskanzlers nach Kräften zu unterstützen, hielt er es für unabdingbar, zunächst den Beweis zu erbringen, „daß aus dem Deutschland des Hitlerismus ein anderes Deutschland übriggeblieben war“; hatte er dies erst einmal geschafft, sollte es auch möglich sein, die Franzosen von der Möglichkeit zu überzeugen, daß mit diesem neuen Deutschland nach und nach echte Kontakte aufgenommen werden könnten¹⁵⁸.

Grundvoraussetzung der Verständigung war in Hausensteins Augen eine würdige Repräsentanz der Bundesrepublik in Frankreich und der Austausch zwischen den beiden Kulturen. Dazu entwickelte er im Sommer 1950 ein kompaktes Programm von Theateraufführungen, Operninszenierungen, Austauschvorträgen sowie einen deutsch-französischen Schüler- und Studentenaustausch¹⁵⁹. Zur selben Zeit nahmen die „Direction Générale des Affaires Culturelles“ des Quai d'Orsay und das Kulturreferat der „Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten“ mit Billigung von François-Poncet und Blankenhorn erste Fühlung auf, um die Chancen eines Kulturabkommens zu sondieren¹⁶⁰. Raymond Schmittlein, Chef der „Direction Générale“¹⁶¹, plädierte Ende Juni auf den Assises Nationales des gaullistischen „Rassemblement du Peuple français“ für eine enge kulturelle Zusammenarbeit beider Staaten, „à consolider l'unité spirituelle des deux peuples indispensables à leur vie en commun“¹⁶². Ende Juli erzielte er mit dem Leiter des Kulturreferates Rudolf Salat eine Einigung über eine Abmachung mit folgendem Inhalt: Hochschullehrer-, Junglehrer- und Lektorenaustausch, Visumerleichterungen für Studentenreisen, Schutz der Kulturinstitute, Volontärsstellen für junge Ärzte, Techniker etc., Anerkennung von Schulzeugnissen, Kunstausstellungen¹⁶³. In den folgenden Monaten verständigten sie sich auf ein kurzes Rahmenabkommen mit dem Ziel einer kulturellen „Meistbegünstigungsklausel“¹⁶⁴. Niemand ahnte, daß es bis zur Unterzeichnung des Abkommens noch über vier Jahre dauern sollte.

In der Zwischenzeit war das Problem der Revision des Besatzungsstatuts in eine neue Phase getreten. Mit Unbehagen registrierte Paris, wie London mit Blick auf eine für Anfang Mai einberufene Tagung der drei westlichen Außenminister weitreichende Vorschläge auszuarbeiten begann, die einer vollständigen Kapitulation vor Bonn gleichkamen und die Erinnerung an das Verhalten der englischen

¹⁵⁷ Zitiert nach: „Kölnische Rundschau“, 18. 7. 1950; s.a. „Le Monde“, 10. 7. 1950.

¹⁵⁸ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 35; s.a. „Der Spiegel“ (1950), Nr. 18, S. 7.

¹⁵⁹ Vgl. Lappenküper, Wilhelm Hausenstein, S. 652f.; Reuss, *Mission*, S. 147–160.

¹⁶⁰ Vgl. PA, BStS, Bd. 124, Aufzeichnung an Adenauer zu 401-01-22 II Kult/2364/51 Ang.2, 9. 4. 1951. Cuer verlegt den Beginn der Gespräche über das Kulturabkommen irrtümlich in den März 1953 (Cuer, *Französischunterricht*, S. 78).

¹⁶¹ Zu Schmittlein vgl. Bariéty, *L'action culturelle*, S. 251–258; Zauner, *Erziehung*, S. 20–39.

¹⁶² Studie Schmittleins für die Assises Nationales des RPF vom 23.–25. 6. 1950, im Auszug in: BDFD III, S. 875–878, hier S. 878.

¹⁶³ S. PA, Abt. 6, Bd. 35, AZ 400-03/22, Kurzbericht Salats, 1. 8. 1950.

¹⁶⁴ Ebd., BStS, Bd. 124, Aufzeichnung an Adenauer zu 401-01-22 II Kult/2364/51 Ang.2, 9. 4. 1951.

Botschaft in Berlin vor dem deutsch-englischen Flottenabkommen vom Juni 1935 wachriefen¹⁶⁵. Nach einer interministeriellen Besprechung im Quai d'Orsay lautete Schumans Marschroute für die Londoner Konferenz: Zeitgewinn und eine Warnung an Bonn. Vorerst mußte es darum gehen, den Status quo zu bewahren und auch keinen separaten Frieden mit Westdeutschland abzuschließen. Im Communiqué der Ministertagung sollten die Westmächte sich bereit erklären, die Frage des Besatzungsstatuts Ende des Jahres erneut zu diskutieren. Schuman gedachte seinen Kollegen die fortschreitende Übertragung umfangreicher Kompetenzen auf die Bundesregierung vorzuschlagen, die nach mehreren Etappen schließlich eine „quasi souveraineté“ erhalte, während die oberste Gewalt weiterhin in den Händen der Besatzungsmächte bliebe. Als Langzeitziel der alliierten Deutschlandpolitik visierte er die Ausweitung der Rechte der Bundesregierung im Rahmen des Besatzungsstatuts und die politische und wirtschaftliche Integration der Bundesrepublik in Europa, nicht aber in den Atlantikpakt an. Wichtig schien es ihm dabei, die Weiterungen der deutschen Befugnisse als einseitige alliierte Konzessionen zu präsentieren, nicht aber in vertragliche Form zu gießen, um sie gegebenenfalls wieder zurückzunehmen. Eine erste Aufhebung der Besatzungskontrollen nahm er für Ende 1950 auf der Ebene der Länder in Aussicht. Die Frage eines deutschen Beobachters für den Ministerrat des Europarates gedachte der Quai d'Orsay wenn nicht abzuwürgen, so doch auf die lange Bank zu schieben. Darüber hinaus verabschiedete er ein Memorandum über den Kriegszustand und pochte darauf, die Bonner Republik nicht als Nachfolger des Deutschen Reiches anzuerkennen¹⁶⁶.

Diese Vorstellungen waren mit den deutschen Erwartungen, aber auch den Vorstellungen der Westmächte kaum in Einklang zu bringen. Unter Hinweis auf die Opposition der SPD gegen den deutschen Europarat-Beitritt gab Adenauer in einem Brief an Robertson Anfang Mai seiner Hoffnung nicht nur auf „gewisse greifbare Ergebnisse“ auf dem Gebiet des Schiffbaus oder bei der Erhöhung der Stahlquote, sondern auch bei der Beauftragung eines alliierten Ausschusses mit der Überprüfung des Besatzungsstatuts Ausdruck¹⁶⁷. Acheson und Bevin hielten zwar in Übereinstimmung mit Schuman auf ihrer Konferenz Mitte Mai¹⁶⁸ an der Aufrechterhaltung der obersten Gewalt fest. Doch damit war das Potential des Einvernehmens schon beinahe erschöpft. Bevin drängte auf eine möglichst weitgehende Übertragung von Rechten auf die Bundesregierung, um ihr Prestige zu heben. Acheson sprach sich ebenfalls für eine Stärkung Bonns aus, ohne allerdings die alliierten Kontrollrechte in Frage zu stellen. Schuman ging dies alles viel zu weit¹⁶⁹. Uneinigkeit herrschte auch über die Frage der deutschen Stahlquote, die

¹⁶⁵ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 302 f., Tb. 19. 4. 1950.

¹⁶⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 769, Bl. 108–113, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 26. 4. 1950. Die Aufzeichnung erging an Botschafter Massigli „à titre d'instructions“. Ein undatierter Entwurf des Memorandums über die Beendigung des Kriegszustandes in: ebd., Généralités, Bd. 133, Bl. 93–101.

¹⁶⁷ Adenauer an Robertson, 6. 5. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 205.

¹⁶⁸ Zur Konferenz der drei Außenminister in London vom 11.–13. 5. 1950 s. insgesamt die Dokumente in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 1033–1107; DBPO, 2. Reihe, Bd. 2, S. 303–358; vgl. Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 191–221; Rüpiper, Verbündeter, S. 67–71.

¹⁶⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 133, Bl. 143–145, Massigli an MAE, Tel. 1726/32, 13. 5. 1950, Réservé.

Washington anzuheben wünschte, ohne sich damit aber durchsetzen zu können. Demgegenüber scheiterte Paris mit dem Versuch, die Frage des Eigentums der Ruhrkohleminen im Hinblick auf das Gesetz Nr. 75 von der Dekartellisierung zu trennen¹⁷⁰.

Am Ende ihrer Beratungen beschlossen die drei Außenminister, „Deutschland in fortschreitendem Maße wieder in die Gemeinschaft der freien Völker eintreten“ zu lassen und seine „Souveränität in dem größtmöglichen Ausmaß, das mit der Grundlage des Besatzungsstatuts vereinbar ist“, zurückzugeben. Zugleich stellten sie klar, daß diese Basis im Einklang mit den Interessen Deutschlands und der Alliierten aufrechterhalten bleiben müsse, solange die Spaltung Deutschlands bestehen bliebe. Erstmals machten die Alliierten damit den gewandelten Zweck der Besatzung deutlich, die nun nicht mehr ausschließlich gegen Deutschland gerichtet, sondern als eine Sicherheitsmaßnahme zur Verminderung zukünftiger Konflikte gedacht war. Schließlich einigten sie sich auf die Einrichtung eines Studienausschusses für die Vorarbeiten zur Revision des Besatzungsstatuts und des Kriegszustandes¹⁷¹. Frankreich hatte sich mithin in zentralen Punkten durchgesetzt. Das Besatzungsstatut blieb Grundlage jeglicher Befugnisserweiterungen, die Alliierten behielten die höchste Gewalt und mahnten die Bundesregierung zur Zurückhaltung. Der Abschluß eines Friedensvertrages war bis auf weiteres suspendiert. Allerdings hatten die USA klargestellt, in bezug auf das Statut spätestens in zwei Jahren größere Konzessionen eingehen zu wollen¹⁷².

Obwohl die Konferenz keine strukturelevanten Beschlüsse brachte, sondern allenfalls Entscheidungsfindungsprozesse initiierte, begrüßte Adenauer die Ergebnisse nicht zuletzt wegen der Einsetzung des Ausschusses öffentlich lebhaft als „außerordentlichen Fortschritt“ und hoffte auf baldige „erhebliche Erleichterungen“ der Kontrollen¹⁷³. Seine Eloge erklärt sich gewiß weniger aus den Meldungen aus London denn aus den Nachrichten aus Paris, wo Schuman zwei Tage vor Beginn der Außenministerkonferenz das Tor zu einer besseren Zukunft durch den nach ihm benannten Plan zur Europäisierung der Montanindustrie aufgestoßen hatte¹⁷⁴. Die Beamten des Kanzleramtes äußerten sich bei der Analyse der Londoner Ergebnisse denn auch weniger euphorisch, wenngleich auch sie zu Optimismus neigten. Das Ziel der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland wurde ausdrücklich befürwortet, die rechtliche Konstruktion bedurfte aber aus ihrer Sicht der Überprüfung. Mit den von Frankreich vorgeschlagenen gesonderten Erklärungen der Alliierten wollte man sich durchaus abfinden. Und auch die Fortdauer des Besatzungsstatuts schien „unvermeidbar“. Als problematisch aber galt die von Frankreich bestrittene Anerkennung der Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches: „Deutschland als Einheit besteht fort.“¹⁷⁵

¹⁷⁰ S. ebd., Bl. 146–148, ders. an dass., Tel. 1733/39, 13. 5. 1950, Réservé.

¹⁷¹ Erklärung der drei Außenminister über Deutschland vom 15. 5. 1950, in: EA 1950, S. 3053 f., hier S. 3053.

¹⁷² S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 133, Bl. 158–161, Abt. Europa im MAE an Schuman, Aufzeichnung, 16. 5. 1950 (Konzept FS).

¹⁷³ Erklärung Adenauers, 14. 5. 1950, in: AdG 1950, S. 2381 C.

¹⁷⁴ Vgl. Kap. III.2.1.

¹⁷⁵ PA, Abt. 2, Bd. 1709, Aufzeichnung Weiz, 3450/5667/50, 23. 6. 1950.

Mochte die Bundesregierung Ausmaß und Tempo der Erlangung zusätzlicher Handlungsspielräume auch intern mit einer gewissen Nüchternheit betrachten und ihre Hoffnung auf die Schuman-Plan-Verhandlungen setzen, durfte sie sich aufgrund der oppositionellen Ungeduld in ihren Forderungen aber nicht zu zurückhaltend präsentieren. Damit waren neue Auseinandersetzungen mit der französischen Führung vorprogrammiert, der es eben darum ging, den Status quo im Kern zu erhalten. Zwar wurde das Ausmaß der Lockerung der Kontrollen in Paris kontrovers diskutiert, so herrschte doch Einigkeit in zwei zentralen Zielen: eine möglichst lange Konservierung der obersten Gewalt und des Besatzungsstatuts als solches, das den Fortbestand gewisser Reservatrechte und die Demilitarisierung absichern mußte. Gewiß, der Schuman-Plan eröffnete der Bundesrepublik nun völlig neue Perspektiven. Doch die „complète égalité des droits“ durfte der Nachbar jenseits des Rheins aus diesem Angebot nur für die Wirtschaftsbeziehungen ableiten¹⁷⁶, und selbst da wollte Frankreich die Aufhebung der Beschränkungen im Bereich der Dekartellisierung und Dekonzentration oder der Kontrollen im Außenhandel ausklammern¹⁷⁷.

Anfang Juli beendete Paris die internen Diskussionen über das Ausmaß einer etwaigen Modifikation des Besatzungsstatuts. Das Resultat fiel so dürftig aus, daß Schuman glaubte, mit Hilfe einer möglichst spektakulären Präsentation die bescheidenen Konzessionen kaschieren zu müssen¹⁷⁸. Um die vorhersehbaren deutschen Widerstände aufzufangen, galt es, das Besatzungsstatut in einem neuen Licht erscheinen zu lassen, gewissermaßen als Sicherungssystem für die Demokratie und zur Erlangung der staatlichen Einheit: „C'est le statut qui permet l'association pacifique de l'Allemagne à l'Europe. C'est donc la charte de l'association de l'Allemagne occidentale à l'Europe occidentale.“¹⁷⁹ Den Verbündeten fiel es nicht schwer, dies als pure Kosmetik zu entlarven. Bei den am 3. 7. begonnenen Konsultationen der „Intergovernmental Study Group on Germany (ISG)“ in London zeigten sich sehr rasch die unterschiedlichen Zielsetzungen der drei Westmächte¹⁸⁰. Im Gegensatz zum französischen Delegierten René Massigli war sein amerikanischer Kollege Lewis W. Douglas vor allem an der Demokratisierung und der Kontrolle im Bereich der Wirtschaft bzw. der allgemeinen Gesetzgebung interessiert und auf dem Gebiet der Außenpolitik und der Sicherheit zu großen Zugeständnissen bereit. Die Briten unter Donald St. Claire Gainer hingegen wünschten eine Beibehaltung der Wirtschaftsrestriktionen, während sie in Fragen der allgemeinen Gesetzgebung kaum Interessen hatten und sich in der Außenpolitik nachsichtig zeigten¹⁸¹.

¹⁷⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 769, Bl. 160–166, Aufzeichnung des MAE, 29. 6. 1950.

¹⁷⁷ S. Wirtschafts- und Finanzabt. im MAE, Instruktionen für die französische Delegation, 1. 7. 1950, in: BDFD II, S. 119–121.

¹⁷⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 769, Bl. 186–189, Unterabt. Zentraleuropa im MAE, Conclusions d'une Réunion tenue le 1 juillet, sous la Présidence de M. Schuman, 3. 7. 1950.

¹⁷⁹ Ebd., Bl. 151–156, Note préliminaire des MAE, 28. 6. 1950; s.a. ebd., Bl. 145–150, Memento des MAE, 26. 6. 1950.

¹⁸⁰ Zu den Beratungen der ISG vom 3. 7.–5. 9. 1950 s. die Dokumente in: FRUS 1950, Bd. 4, S. 745–765; vgl. Rupieper, Verbündeter, S. 72–81.

¹⁸¹ S. Dittmann an Ostermann, 241–01 II/8144/50, 1. 8. 1950, Vertraulich, in: AAPD 1949/50, S. 290 f.

Nolens volens hatte die Bundesregierung akzeptiert, keine eigene Delegation an die Themse zu entsenden. Um dennoch Einfluß auf den Gang der Verhandlungen zu nehmen, verfaßte sie nach einem internen Meinungsbildungsprozeß der Ministerien Ende Juli eine Denkschrift mit dem zentralen Postulat der „grundlegenden Neugestaltung“ der politischen Beziehungen zu den Besatzungsmächten; wie grundlegend, das verdeutlichten die Einzelforderungen: Ersetzung des Besatzungsstatuts durch ein deutsch-alliiertes Abkommen; Übergabe der obersten Regierungsgewalt auf die deutschen Organe; Beschränkung der Rechte der Besatzungsmächte auf eine Überwachungsfunktion; Erklärung der drei Westmächte über die Beendigung des Kriegszustands; Festsetzung der Besatzungskosten im Einklang mit Bonn¹⁸².

Adenauer mochte sich mit diesem Katalog, der in seiner Abwesenheit erarbeitet worden war, indes nicht identifizieren. Er sah wohl auch seine Richtlinienkompetenz gefährdet und wies Vizekanzler Blücher an, die Denkschrift auf keinen Fall an die Öffentlichkeit geraten zu lassen¹⁸³. Statt dessen faßte er seine Vorstellungen Ende August in einem eigenen Memorandum zusammen, das in den Formulierungen ‚weicher‘ gestaltet war, im Kern aber den Vorstellungen des Kabinetts entsprach. Darin forderte er die Westmächte dazu auf, ihre Beziehungen zu Deutschland „auf neue Grundlagen“ zu stellen. Selbstbewußt bezeichnete er die Bundesrepublik politisch und wirtschaftlich als gefestigt und hielt es daher für notwendig, ihr zur Erfüllung der neuen Aufgaben die notwendige „Handlungsfreiheit und Verantwortlichkeit“ zu geben. Mit Blick auf die bevorstehende Außenministerkonferenz in New York bat er um Erklärungen, die die Beendigung des Kriegszustands, die Sicherung vor äußerer Gefahr sowie die Ablösung des Besatzungsstatuts durch „ein System vertraglicher Abmachungen“ in Aussicht nehmen sollten. Darüber hinaus verlangte der Kanzler die direkte Beteiligung an der Umsetzung dieser Forderungen und schlug zur Vorbereitung der „umfassende[n] Umgestaltung des gegenwärtigen Rechtszustandes“ die Schaffung einer Kommission deutscher und alliierter Sachverständiger vor¹⁸⁴.

In Frankreich stieß das Dokument, das offenbar auf ermutigende Signale aus den USA und Großbritannien zurückzuführen war, keineswegs auf Erstaunen, sehr wohl aber auf Widerstand. Adenauers Ansprüche galten weiterhin als indiskutabel. Die vorgeschobene Begründung, man wolle nicht durch schnelles Nachgeben die Gefahr heraufbeschwören, für die Teilung Deutschlands mitverantwortlich gemacht zu werden, klang wenig plausibel. Es ging vielmehr darum, den machtpolitischen Vorsprung gegenüber dem Nachbarn möglichst lange auszukosten. Angesichts der Uneinigkeit der Angelsachsen hielten die Franzosen es durchaus für möglich, ihre Position durchzusetzen: „Le but à rechercher devrait sans doute consister dans la sauvegarde de quelques principes fondamentaux (autorité suprême, octroi du statut, contrôle général de la politique étrangère)“¹⁸⁵.

¹⁸² Zitiert nach: Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 235.

¹⁸³ Vgl. ebd., S. 237.

¹⁸⁴ Adenauer an AHK, Memorandum, 29. 8. 1950, in: Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 358 f., hier S. 359.

¹⁸⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 134, Bl. 35–39, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 1. 9. 1950.

Trotz aller Differenzen legte die Intergouvernementale Studiengruppe auftragsgemäß Anfang September einen gemeinsamen Bericht an die Außenminister vor¹⁸⁶, der die französische Konzeption zum guten Teil übernahm. Der Rapport betonte die Notwendigkeit einer neuen Phase in den Beziehungen der Westmächte zur Bundesrepublik und der Reduzierung der alliierten Kontrollrechte, ließ aber das Fundament des Besatzungsregimes unangetastet. Die westlichen Beamten sprachen sich für die Beendigung des Kriegszustandes aus, doch durfte diese nicht als Schritt zu einem separaten Friedensvertrag mit der Bundesrepublik interpretiert werden. Ein Mitwirken der Deutschen an der Ausarbeitung des neuen Statuts kam nicht in Frage. Nicht einigen konnte sich die Gruppe über die Form der Revision. Während die französische und die britische Delegation für eine Neufassung sowie eine zusätzliche Erklärung über die neuen Rechte der Bundesregierung plädierten, empfahlen die Amerikaner eine Verlautbarung der drei Besatzungsmächte über alle Einschränkungen der alliierten Vorbehaltsrechte oder alle Bereiche der zusätzlichen deutschen Kompetenzen. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gab es zwischen Briten einerseits, Amerikanern und Franzosen andererseits außerdem über das Recht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die Errichtung eines Außenministeriums sollte möglich sein, die Akkreditierung bundesdeutscher diplomatischer Repräsentanten, wie London sie wünschte, ging Paris und Washington aber zu weit. Sie plädierten statt dessen für offizielle Agenten mit nicht-diplomatischem Status¹⁸⁷. Ein weiterer grundsätzlicher Konflikt bestand bezüglich der alliierten Vorbehaltsrechte im Bereich der Außenwirtschaft und des Devisenverkehrs. Denn im Gegensatz zu den USA wollten England und Frankreich hier keine Änderung vornehmen¹⁸⁸.

Entgegen dem nachmaligen Mythos von dem die deutsch-französische Verständigung vorantreibenden Tandem Adenauer-Schuman sah die Wirklichkeit im Sommer 1950 also anders aus. „Alles kommt überhaupt nur voran und zu einem guten Ende“, so konstatiert Hans-Peter Schwarz zu Recht, „weil sich Adenauer in erster Linie an die Amerikaner hält und diese auf die unablässig zögernden französischen Kabinette Druck ausüben.“¹⁸⁹ Namentlich McCloy übernahm jetzt mehr und mehr „eine unterstützende Funktion für die Adenauersche Außenpolitik“¹⁹⁰. Sein französisches Pendant sah hingegen einmal mehr Grund zur Klage über die Undankbarkeit der Deutschen, die den guten Willen der Besatzungsmächte nicht würdigten, die „libertés octroyées“ immer wieder zum Anlaß nehmen, „à récriminer, à se plaindre, à accuser, sinon à injurier“. Der demokratische Geist, so wettete François-Poncet am Ende seines ersten Dienstjahres in Bonn, habe sich kaum gefestigt, das Bundeskabinett sei nicht populär, die Bevölkerung

¹⁸⁶ S. „Report of the Intergovernmental Study Group on Germany“, IGG (50) 127 Final, nebst Anlagen, 4. 9. 1950, Confidential, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 1248–1275; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 238–243.

¹⁸⁷ S. „Report of the Intergovernmental Study Group on Germany“, 4. 9. 1950, IGG (50) 127 Annex, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 1254 f.

¹⁸⁸ S. „Report of the Intergovernmental Study Group on Germany“, IGG (50) 98 Final, in: ebd., S. 1255 u. 1260 f.

¹⁸⁹ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 836.

¹⁹⁰ Ebd., S. 840.

bleibe desorientiert, die Spuren des Dritten Reiches seien weiterhin vorhanden¹⁹¹. Zugleich konstatierte er einen bedenklichen Hang zum Neutralismus, da er die größten Chancen zur Wiedererlangung der Einheit zu bieten scheine. Ein solches geeintes, neutrales Deutschland glaubten die Deutschen am besten im Schoß eines Europa erreichen zu können, das selbst stark genug sei, um neutral zu bleiben, ein politisch unabhängiges Europa als Dritter Kraft, wobei einige Stimmen im Schuman-Plan einen Ansatz zur Verwirklichung dieses Zieles sahen¹⁹².

Der Hohe Kommissar sparte indes auch nicht mit Kritik an der Ungeduld seinen eigenen Landsleuten. Wenn sie die Deutschlandpolitik der Alliierten als schwach bezeichneten und Anzeichen „d’une profonde rénovation morale“ der Deutschen vermißten, übersähen sie, daß diese Erneuerung Zeit brauche und Frankreich auf die globale Politik der Partner Rücksicht nehmen müsse, weil Deutschland „un objet disputé, un objet de surenchère“ geworden sei. Er verschloß sich nicht der Gefahr einer Neuauflage deutsch-russischer Geheimbündelei, wie sie in der Geschichte etwa durch die preußisch-russische Vereinbarung von Tauroggen 1812 oder den Hitler-Stalin-Pakt 1939 symbolisiert würden, warnte aber lautstark vor den Folgen, wenn man Deutschland keine, zu wenig oder zu spät Zugeständnisse mache¹⁹³.

Von Zugeständnissen an den ehemaligen Kriegsgegner wollten aber nicht alle seiner Landsleute etwas wissen. Ein beklemmendes Beispiel französischer Ressentiments widerfuhr Hausenstein in diesen Tagen. Wochenlang hatte der Generalkonsul sich bemüht, französische Gesprächspartner für die Idee einer Ausstellung des Oeuvre Wilhelm Leibls zu gewinnen – vergeblich. Schließlich setzte er die Überzeugungskünste seiner Frau ein und schickte sie zum Musée d’Art Moderne. Von der Assistentin des Leiters empfangen, fand sich Margot Hausenstein einem „absoluten, zu keiner Unterscheidung bereiten Haß gegen alles Deutsche gegenüber“, der seinen makabren Ausdruck darin fand, daß die Dame vor einer Hakenkreuzfahne saß, die sie aus einem Konzentrationslager mitgenommen hatte¹⁹⁴. Ein schmerzender Schlag ins Gesicht einer belgischen Jüdin, die ihren Bruder sowie andere Verwandte in Konzentrationslagern verloren und sich nur mit großen Vorbehalten dazu durchgerungen hatte, Deutschland an der Seite ihres Mannes in Frankreich zu vertreten¹⁹⁵. Es war kaum anzunehmen, daß es sich um den Einzelfall eines verqueren, rückwärts gewandten Geistes handelte. Und die Bundesrepublik tat gut daran, die verletzte französische Psyche mit Umsicht zu pflegen.

Mitte September berieten die drei westlichen Außenminister in New York über den Bericht der Studiengruppe und konnten dabei die vorhandenen Meinungsver-

¹⁹¹ François-Poncet an Schuman, Nr. 1001/CM, 19. 8. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 326 u. 327. Zur Numerierung des Monatsberichts s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 125, Bl. 166.

¹⁹² S. ebd., Bd. 183, Bl. 178–181, François-Poncet an Schuman, Nr. 622/EU, 25. 5. 1950. Die innerdeutsche Diskussion über die Neutralisierung Gesamtdeutschlands beleuchtet umfassend Dohse, Weg; s.a. Overesch, Gesamtdeutschland; zum „Dritte-Kraft“-Konzept als Teil deutscher Europa-projekte vgl. Loth, „Dritte Kraft“.

¹⁹³ François-Poncet an Schuman, Nr. 1001/CM, 19. 8. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 328 u. 329.

¹⁹⁴ Hausenstein, Erinnerungen, S. 45.

¹⁹⁵ Vgl. Lappenküper, Wilhelm Hausenstein, S. 653; Reuss, Mission, 156 f.

schiedenheiten weitgehend ausräumen¹⁹⁶. In ihrem Deutschland-Kommuniqué bekräftigten sie den Wunsch nach einer fortschreitenden Integration der Bundesrepublik in die Gemeinschaft freier Nationen und bekundeten die Absicht, den Kriegszustand zu beenden. Dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik kamen sie mit der Zusage entgegen, daß sie die Bundesregierung als einzige frei und gesetzlich konstituierte deutsche Regierung anerkannten¹⁹⁷.

Nachdem McCloy bereits am 16. 9. veranlaßt hatte, Adenauer über den Verlauf der Konferenz vertraulich unterrichten zu lassen¹⁹⁸, informierten die Hohen Kommissare den Kanzler offiziell in ihrer Sitzung am 23. 9. 1950 über die Ergebnisse und übergaben ihm umfangreiche schriftliche Erläuterungen zur persönlichen Information. Als amtierender Vorsitzender ging François-Poncet zunächst auf den Beschluß zur Beendigung des Kriegszustandes ein, der gemäß den je nationalen Verfassungsbestimmungen erfolgen sollte. Der Status der Bundesrepublik sei nun dahingehend definiert worden, daß die Bundesregierung bis zur Herstellung der deutschen Einheit „die einzige rechtmäßig konstituierte deutsche Regierung ist, die im Namen Deutschlands sprechen und das deutsche Volk in internationalen Angelegenheiten vertreten kann“¹⁹⁹. Nach dieser das westdeutsche Selbstwertgefühl gewiß hebenden Zusage goß François-Poncet indes sofort Wasser in den Wein. Adenauers Bitte nach Ersetzung des bestehenden Regimes durch ein vertraglich festgelegtes Verhältnis lehnten die Westmächte bis auf weiteres ab. Die von ihnen zugestandenen Erleichterungen zerfielen in zwei Kategorien. Die erste sollte sofort in Kraft treten, wenn die Bundesrepublik der Mitwirkung bei der Verteilung knapper kriegswichtiger Ressourcen zugestimmt und eine Erklärung über die Anerkennung der Vorkriegs- und der Nachkriegsauslandsschulden abgegeben hätte. Unter diese Rubrik fiel die Genehmigung zur Errichtung eines Auswärtigen Amtes und zur Entsendung von Botschaftern ins Ausland, wobei die drei Westmächte selbst nur Geschäftsträger ohne diplomatischen Status akzeptierten. Die zweite Kategorie umfaßte Erleichterungen hinsichtlich der Kontrolle der Einhaltung der Verfassung, der Dekartellisierung und Entflechtung, die ebenfalls von bestimmten deutschen Vorbedingungen abhängig waren. Grundsätzlich hatten sich die Außenminister darauf verständigt, die Hohen Kommissare zunächst ein Dokument aller Modifikationen der von den Besatzungsmächten per Anordnung zu verfügenden Revision der besatzungsrechtlichen Bestimmungen erarbeiten zu lassen. Diese Anordnung und die von der Bundesregierung erwarteten Verpflichtungserklärungen wünschten sie in einer Vereinbarung zwischen der Hohen Kommission und der Bundesregierung in Form eines zweiten Petersberger Abkommens festzuschreiben²⁰⁰.

¹⁹⁶ Zu den Sitzungen der New Yorker Außenministerkonferenz über die Revision des Besatzungsstatuts vom 13. u. 18. 9. 1950 s. die Dokumente in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 1209–1223 u. 1234–1242; vgl. Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 244–252; zu den sicherheitspolitischen Diskussionen der Minister vgl. Kap. III.4.1.

¹⁹⁷ S. Kommuniqué über Deutschland, 19. 9. 1950 in: EA 1950, S. 3406f. Zum Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik vgl. Miard-Delacroix, Une seule Allemagne.

¹⁹⁸ S. PA, Abt. 3, AZ 212–19, Bd. 1, Krekeler an Kordt, 18. 9. 1950, Persönlich.

¹⁹⁹ Formel zur Definition des rechtlichen Status der Bundesrepublik, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 3, S. 149; die französische Fassung in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 507; s.a. Kommuniqué über Deutschland, 19. 9. 1950 in: EA 1950, S. 3406.

²⁰⁰ S. François-Poncet an Adenauer, 23. 9. 1950, nebst Anlagen, in: AAPD, Adenauer und die Hohen

Waren es auch gewiß mehr als „Retuschen“²⁰¹ am alliierten Herrschaftssystem, so wußte François-Poncet natürlich nur zu gut, daß dieses Angebot nicht übermäßig üppig ausfiel. So beeilte es sich denn auch, auf die nächste Etappe bei der Modifizierung des Besatzungsregimes hinzuweisen, die bereits erörtert werde²⁰². Adenauer zeigte sich mit den Eröffnungen durchaus zufrieden. Die geplante Vorgehensweise mochte ihm angesichts der letzten Worte die Hoffnung einflößen, die jetzt auf dem Tisch liegende Offerte mit der Zeit noch günstiger zu gestalten²⁰³.

Im Quai d'Orsay wurde François-Poncet für seine Erklärung gescholten. Aus Sorge, sie könne im Kanzleramt Anlaß zu Mißverständnissen geben, forderte das Ministerium ihn umgehend dazu auf, den Eindruck zu verwischen, als erhalte die Revision des Statuts die Form eines neuen Petersberger Abkommens. Die Modifikationen über die Besatzungskontrolle würden in einem Dokument festgehalten, das ausschließlich von den alliierten Experten erarbeitet und nicht mit den Deutschen diskutiert würde. Im Gegensatz zu den am Anfang der New Yorker Konferenz aufgestellten amerikanischen Forderungen sei außerdem entschieden worden, nicht sofort mit den Studien zu einer Revision des Statuts zu beginnen²⁰⁴. Schuman konnte es zufrieden sein. Das System der alliierten Herrschaft blieb erhalten, eine Beteiligung deutscher Vertreter bei der Revision der besatzungsrechtlichen Bestimmungen war nicht vorgesehen. Sämtliche Zugeständnisse wurden von deutschen Vorleistungen abhängig gemacht.

Im Zuge der verschärften Sicherheitslage Westeuropas nach dem Ausbruch des Koreakrieges und der definitiven Entscheidung über einen deutschen Wehrbeitrag²⁰⁵ sollte sich die französische Verhandlungsposition im Herbst 1950 jedoch wesentlich verschlechtern. Adenauer nutzte den gewonnenen Handlungsspielraum, um mit wachsender Ungeduld die Ersetzung des Besatzungsregimes durch vertragliche Vereinbarungen anzumahnen. Eine beschleunigte Revision schien ihm auch deshalb geboten, weil die Sowjetunion am 3. 11. die Einberufung einer Außenministerkonferenz der Vier Mächte vorschlug und damit in der deutschen und französischen Öffentlichkeit auf ein günstiges Echo stieß²⁰⁶. Mitte November unternahm der Kanzler einen ersten Versuch, das „sehr häßlich klingende Wort ‚Besatzungsstatut‘ verschwinden zu lassen“²⁰⁷. In einem den Hohen Kommissaren am 16. 11. streng vertraulich überreichten Aide-Mémoire bat er dringend um ein großzügigeres Entgegenkommen in zahlreichen Einzelfragen der Demontage, des Wirtschafts- und Rechtswesens sowie hinsichtlich der Besatzungskosten. Vor

Kommissare 1949–1951, S. 502–510; in deutscher Übersetzung in: Kabinettsprotokolle, Bd. 3, S. 142–152.

²⁰¹ Baring, Anfang, S. 209.

²⁰² S. François-Poncet an Adenauer, 23. 9. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 504.

²⁰³ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 23. 9. 1950, in: ebd., S. 242; zur Bewertung Adenauers s.a. seine Erklärung vor der Bundespressekonferenz vom 19. 9. 1950, in: PA, Abt. 3, AZ 212–19, Bd. 1, u. die Erklärung der Bundesregierung vom 20. 9. 1950, in: ebd.; o.D. abgedruckt in: EA 1950, S. 3512.

²⁰⁴ S. Schuman an François-Poncet, Tel. 2719/27, 27. 9. 1950, in: BDFD I, S. 83–85.

²⁰⁵ Vgl. Kap. III.4.1 u. III.4.2.

²⁰⁶ S. Note der sowjetischen Regierung an die Westmächte, 3. 11. 1950, in: EA 1951, S. 3711; Kap. III.1.2.

²⁰⁷ Unterredung zwischen Adenauer und AHK vom 16. 11. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 269.

alles aber erklärte er eine Abänderung des Besatzungsstatuts, die das System der alliierten Herrschaft unangetastet lasse, für unzureichend, um „die deutsche Bevölkerung zur freiwilligen Mitarbeit an der Verteidigung Europas auch innerlich zu gewinnen“²⁰⁸. Da die von Schuman bereits im Januar gemachte Zusage, die Prozesse gegen die Kriegsverbrecher bis Juli abzuwickeln, nicht eingehalten worden war²⁰⁹, ersuchte er mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik darüber hinaus darum, die noch schwebenden Prozesse möglichst rasch zu beenden und das Problem der Auslieferung von Deutschen an Frankreich ohne Angabe von Gründen zu überdenken.

François-Poncet ging die von Adenauer angemahnte Forcierung, die auf die umgehende Ersetzung des Besatzungsstatuts durch einen Sicherheitspakt hinauslief, viel zu schnell. Noch in New York hatten die Westmächte wichtige Konzessionen gemacht, und nun legte der Kanzler ihnen bereits einen neuen Forderungskatalog vor, bevor die New Yorker Entscheidungen überhaupt in Kraft getreten waren. Als der Ton der Unterredung schärfer zu werden drohte, lenkte Adenauer ein, betonte, daß eine sofortige Klärung seiner Fragen natürlich nicht möglich sei und ihm das Verhältnis zu Frankreich „besonders am Herzen liege“. Im anschließenden Disput mit François-Poncet über die Frage der deutschen Wiederbewaffnung²¹⁰ trat McCloy seinem Kollegen zur Seite und betonte, Adenauers Aide-mémoire dürfe keinesfalls „als Austauschobjekt für ein deutsches Truppenkontingent“ betrachtet oder zur Druckausübung genutzt werden. Von den Hohen Kommissaren bedrängt, betonte der Kanzler zum Abschluß noch einmal, er stelle keinerlei Bedingungen, noch übe er irgendwelche Pressionen aus²¹¹.

Für den Moment schien es ihm ratsam, der Übermacht zu weichen. Doch schon zwei Wochen später wurde Adenauer erneut auf dem Petersberg vorstellig und bat, „das Besatzungsstatut durch beiderseitige Sicherungsverträge zu ersetzen“²¹². Die sich aus der Wiederbewaffnung und der allmählichen Einbindung in die westliche Staatenwelt ergebende neue Qualität der Außenbeziehungen der Bundesrepublik mußte seiner Auffassung nach in einer tiefgreifenden Umwandlung der Kompetenzstruktur innerhalb des penetrierten Systems ihre Entsprechung finden. Im Kern ging es ihm um die Souveränität, die nicht zuletzt den Alliierten die Möglichkeit entreißen sollte, die der Bundesrepublik einmal gewährten Rechte wieder zurückzunehmen. Adenauer argwöhnte, die Westmächte könnten die sowjetische Einladung zu einer Viererkonferenz zu einer Wiederbelebung des Potsdamer Systems nutzen und damit dem Anwachsen nationalistisch-neutralistischer deutscher Kräfte zusätzlichen Aufschwung verleihen.

Als Frankreich Mitte Dezember auf die Abhaltung der Viererkonferenz drängte und die Entscheidung über die deutsche Wiederbewaffnung für den Fall

²⁰⁸ Ders. an dies., Aide-Mémoire, 16. 11. 1950, Streng geheim, in: BDFD I, S. 86–88, hier S. 86.

²⁰⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 373, Bl. 33–39, Pressekonferenz Schumans, 15. 1. 1950; Brochhagen, Nach Nürnberg, S. 131 f.

²¹⁰ Vgl. Kap. III.4.2.

²¹¹ Unterredung zwischen Adenauer und AHK vom 16. 11. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 258–278, hier S. 276 u. 277; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 188, Bl. 305–318, François-Poncet an MAE, Tel. 6260/75, 17. 11. 1950, Secret, Réservé.

²¹² Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 1. 12. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 284.

eines Erfolgs offen in Frage stellte²¹³, sah Adenauer Gefahr im Verzuge. Am 16. 12. suchte er McCloy auf, um für seine Außen- und Sicherheitspolitik zu werben. Gewiß, die Annäherung an Frankreich war ihm wichtig. Doch ebenso bedeutsam schienen ihm gute Beziehungen mit England. Vor allem aber bedurfte die Bundesrepublik einer starken Bindung an die USA. Mit bemerkenswerter Offenheit sprach sich der Kanzler für die durchgreifende Integration Deutschlands in den Westen und gegen jeden Gedanken an eine Neutralisierung aus. Ja, er hielt es für klüger, für eine gewisse Zeit auf die staatliche Einheit zu verzichten, als einer Wiedervereinigung unter sowjetischem Einfluß den Weg zu bereiten²¹⁴. Für sein vorrangiges Ziel der irreversiblen Westbindung war das Abstreifen der besatzungsrechtlichen Fesseln nicht nur Mittel zum Zweck der innenpolitischen Durchsetzung einer unpopulären Wiederbewaffnung. Sie war dessen Voraussetzung schlechthin, da die Westmächte sonst dazu in der Lage gewesen wären, ihre Abmachungen wieder rückgängig zu machen²¹⁵. Daher setzte Adenauer alles daran, die deutsch-alliierten Verhandlungen weiter voranzubringen.

Erste Fortschritte gab es nun in den schleppenden Gesprächen über die von alliierter Seite verlangten deutschen Erklärungen zur Rohstoff- bzw. zur Schuldenfrage. Nach wochenlangem Tauziehen einigten sich beide Seiten Anfang Dezember auf den Entwurf einer Erklärung zur Anerkennung der Vorkriegs- und der Nachkriegsauslandschulden durch die Bundesregierung und einen Notenwechsel²¹⁶. Zugleich verständigten sie sich über den Text der von der Bundesregierung abzugebenden Rohstofferklärung²¹⁷ und über eine „Gemeinsame Erklärung“ zur Revision des Besatzungsstatuts²¹⁸. Da die Schuldenerklärung vom Deutschen Bundestag genehmigt werden mußte, legte Adenauer den Entwurf dem zuständigen Parlamentsausschuß vor, der trotz einiger Bedenken sein Einverständnis über die Zahlung der „rechtlich begründeten Schulden“ erklärte²¹⁹. Nachdem die Hohe Kommission dem Kanzler dringend angeraten hatte, die entsprechende Deklaration „möglichst umgehend“ abzugeben, entschloß sich Adenauer, die Beratung der gesetzgebenden Körperschaften nicht abzuwarten, und legte daher am 18. 12. 1950 „namens der Bundesregierung“ eine „formelle Verpflichtungserklärung“ vor: „Die Bundesrepublik steht für ihre Schulden ein.“²²⁰ Wie bei den Verhandlungen über das Petersberger Abkommen²²¹ dehnte der Regierungschef die ihm durch die „Kanzlerdemokratie“ zufallenden Kompetenzen also weit aus. Die damit verbundene Hoffnung, nun träten die in New York beschlossenen Maßnah-

²¹³ S. Kap. III.4.2.

²¹⁴ S. Unterredung zwischen Adenauer und McCloy vom 16. 12. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 4, S. 674 f.; AAPD 1949/50, S. 484–487; Entwurf eines Sicherheitspaktes, 16. 12. 1950, in: ebd., S. 488–490.

²¹⁵ Vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 26.

²¹⁶ Vgl. PA, Abt. 2, Bd. 273, Bl. 316–320, Niederschrift über die deutsch-alliierte Unterredung vom 4. 12. 1950; Adenauer an François-Poncet, 210–11 II 12175/50, Entwurf, 21. 12. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 500 f.; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 270–290.

²¹⁷ Vgl. ebd., S. 255–270.

²¹⁸ Vgl. ebd., S. 291.

²¹⁹ PA, Abt. 2, Bd. 273, Bl. 373, Aktenvermerk Dittmanns, zu 210–11 II 12276/50, 19. 12. 1950; s.a. Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953, Nr. 28a, 33, 33a, 35, 36 u. 36a.

²²⁰ Ebd., Bl. 339, Adenauer an François-Poncet, 210–11 II 12175/50, 18. 12. 1950.

²²¹ S. Unterredung zwischen dems. und der AHK vom 15. 11. 1949, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 15.

men zur Revision des Besatzungsstatuts in Kraft, zerplatzte indes bald wie eine Seifenblase. Allzu häufig hatte der Bundestag nach Meinung der Hohen Kommissare Zusagen des Kanzlers schon ignoriert. Daher gedachten sie den Notenwechsel über die Schuldenerklärung erst dann zu vollziehen, wenn die Abgeordneten dem Inhalt zugestimmt hätten²²².

Des Kanzlers Erwartungen erlitten kurz darauf einen weiteren schweren Dämpfer. Gegenüber seinen Kollegen Acheson und Bevin ließ Schuman Mitte Dezember in Brüssel keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er sich einer baldigen Beseitigung des Besatzungsregimes widersetzen würde, obwohl auch François-Poncet kurz zuvor bei ihm angeregt hatte, im Januar 1951 die Aufhebung des Statuts für das Ende des Jahres anzukündigen²²³. Während die Angelsachsen den Deutschen durchaus eine Zusicherung im Sinne François-Poncets zu geben gedachten, sofern die Verhandlungen über den Schuman-Plan und den westdeutschen Verteidigungsbeitrag abgeschlossen seien, stellte sich Schuman in der Sitzung vom 19. 12. quer mit der Begründung, eine Neuregelung der deutsch-alliierten Beziehungen auf vertraglicher Basis provoziere Moskau, weil sie die Potsdamer Beschlüsse einseitig aufkündigten. Acheson machte keinen Hehl daraus, daß er ein solches aus Rücksicht auf Viermächteverhandlungen geborenes Zugeständnis an die UdSSR für fatal hielt. Schuman gelang es dennoch, aus den Instruktionen an die Internationale Studiengruppe und aus dem Communiqué sämtliche Elemente zu eliminieren, die den Viermächtestatus tangierten und die Substitution des Besatzungsstatuts durch vertragliche Vereinbarungen in Aussicht stellten²²⁴.

Zwei Tage später informierten die Hohen Kommissare den Kanzler über die Vereinbarungen von Brüssel. Als Vorsitzender hob François-Poncet die durch die Entscheidung über den westdeutschen Militärbeitrag neue politische Situation hervor²²⁵ und unterstrich die grundsätzliche Absicht der Westmächte, das Besatzungsstatut durch vertragliche Bestimmungen zu ersetzen. Das wesentliche Prinzip, das die juristische Grundlage für die Anwesenheit der Besatzungstruppen bilde, dürfe aber „für den Augenblick“ nicht geändert werden. Adenauer begrüßte den ersten Teil der Erklärung, mochte sich aber mit den einschränkenden Formulierungen ganz und gar nicht zufrieden geben. Das Recht zur Truppenstationierung beruhte ja auf der bedingungslosen Kapitulation. Und François-Poncets Worte konnten so verstanden werden, daß dieses Prinzip sakrosankt sei. Dann aber bliebe den Westmächten die Möglichkeit, jedes Übereinkommen mit der Bundesrepublik einseitig wieder aufzuheben. Die Art, wie McCloy und François-Poncet den westlichen Standpunkt verteidigten, brachte Adenauer derart in Rage, daß er seine Bereitschaft zu Verhandlungen über den Plevén-Plan zeitweise

²²² S. Unterredung zwischen dens. vom 21. 12. 1950, in: ebd., S. 324–332.

²²³ Vgl. Rupieper, Verbündeter, S. 86.

²²⁴ S. Unterredung zwischen den westlichen Außenministern vom 19. 12. 1950, 19. 12. 1950, Secret, in: FRUS 1950, Bd. 4, S. 803–811; Instruktionen an die ISG in: ebd., S. 812 f.; AMAE, Europa 1944–1960, Allemagne, Bd. 190, Bl. 101–105, Parodi an Bonn etc., Tel. 3780/94 etc., 21. 12. 1950, Réserve; Le Rougetel an Foreign Office, Tel. 323, 20. 12. 1950, Priority, Secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 393 f.; Communiqué über die Konferenz der Außenminister vom 19. 12. 1950, in: EA 1951, S. 3639.

²²⁵ Vgl. Kap. III.4.2.

widerrief. Doch schließlich beruhigten sich die Streithähne wieder und kamen in einer Grundsatzerklärung überein, daß die Ausübung der Besatzungsrechte unter Aussparung der Verantwortung der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes, der Stationierung westallierter Truppen sowie des Status von Berlin durch vertragliche Vereinbarungen begrenzt und schließlich aufgehoben würde²²⁶. Damit wandelte sich der Charakter des Besatzungsstatuts allmählich von einem oktroyierten zu einem ausgehandelten, wobei die Reservatrechte sukzessive durch deutsch-alliierte Übereinkommen ausgetauscht werden sollten. Paris setzte nun darauf, den von Bonn gewünschten allgemeinen Vertrag vermeiden und die „autorité suprême“ der Alliierten bewahren zu können²²⁷. Bedeutete dies, daß die Aufrechterhaltung der höchsten Gewalt für Schuman unumstößlich war?

Vor dem Hintergrund der nun anlaufenden Petersberg-Gespräche über den deutschen Militärbeitrag und des nahenden Beginns der Plevén-Plan-Konferenz²²⁸ wagte die Bundesregierung Mitte Januar einen neuen Vorstoß. Aus Sorge vor den negativen Auswirkungen stagnierender Beratungen über die Revision des Besatzungsstatuts auf die innerdeutsche Diskussion über die Wiederbewaffnung, aber auch im Bewußtsein der gestärkten eigenen Position nutzte Adenauer am 14. 1. 1951 das Forum einer Rede in Bielefeld, um seiner Forderung nach Abschaffung des Besatzungsrechts öffentlich Ausdruck zu verleihen²²⁹. Gleichzeitig schickte er Blankenhorn auf den Petersberg und verlangte offiziell und mit Nachdruck eine Grundsatzklärung der Westmächte und der Bundesregierung über die Neuregelung ihrer Beziehungen auf vertraglicher Basis²³⁰. Den vorgelegten Textentwurf²³¹ hielt die Hohe Kommission indes für zu einseitig zugunsten der Bundesregierung, als daß sie ihn hätte akzeptieren mögen. Vor allem vermiste sie klare Bestimmungen über die Beibehaltung der besatzungsrechtlichen Garantien zur Stationierung der Truppen und zur Intervention im Fall des Notstands²³². Aus der Sicht des französischen Vertreters war ohnehin nicht an die Umsetzung derartiger Ansprüche zu denken, bevor die Bundesregierung nicht die Beschlüsse der New Yorker Außenministerkonferenz erfüllt und ihren Widerstand in den Schuman-Plan-Verhandlungen aufgegeben hatte²³³.

Schon zu Beginn des Jahres hatte der Quai d'Orsay in einer „Idées essentielles“ überschriebenen Aufzeichnung intern fixiert, Frankreich müsse nicht zuletzt aus Rücksicht auf die Sowjetunion an der Aufrechterhaltung der höchsten Gewalt

²²⁶ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 21. 12. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 314–339, hier S. 316; McCloy an Acheson, Tel. 414, 22. 12. 1950, Secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 4, S. 813–817.

²²⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 190, Bl. 282–286, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 10. 1. 1951 (Konzept JS).

²²⁸ Vgl. Kap. III.4.2.

²²⁹ Text der Rede in: PA, Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 1; zur französischen Reaktion s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 190, Bl. 313–315, Bérard an MAE, Tel. 350/56, 15. 1. 1951.

²³⁰ S. ebd., Bd. 1031, Bl. 24–26, ders. an dass., Tel. 370/75, 15. 1. 1951, Réservé; McCloy an Acheson, Tel. 5840, 16. 1. 1951, Top secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1452f.

²³¹ Der Text der Erklärung wurde mitgeteilt in: ders. an dens., Tel. 5841, 16. 1. 1951, Top secret, in: ebd., S. 1453f.; s.a. Hofmann, Truppenstationierung, S. 63f.

²³² S. McCloy an Acheson, Tel. 5840, 16. 1. 1951, Top secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1452f.

²³³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1031, Bl. 24–26, Bérard an MAE, Tel. 370/75, 15. 1. 1951, Réservé; zu den im Winter 1950/51 auftauchenden Schwierigkeiten bei den Schuman-Plan-Verhandlungen vgl. Kap. III.2.1.

und des Besatzungsstatuts festhalten. Es sei ein *Modus vivendi* anzustreben, der die bestehende Ordnung im geteilten Deutschland erhalte. Denn bei einer Rückgabe der Souveränität an die Bonner Republik drohe die „*transformation offensive du Pacte Atlantique (reconquête Est)*“, eine „*Evolution intérieure allemande rapide vers nationalisme extrémiste*“. Selbst eine „*guerre préventive*“ mochten die Beamten nicht ausschließen. Solange die Bundesrepublik die staatliche Einheit nicht wiedererlangt habe, könne sie nur eine „*quasi souveraineté de fait avec maintien du régime international Allemagne*“ erhalten²³⁴.

Obwohl sich Paris durchaus des Bonner Potsdam-Komplexes bewußt war, wollte es nicht von dem Ziel abrücken, etwaige Verhandlungen mit Moskau ohne deutsche Beteiligung zu führen. „*Le noeud du problème*“, so stellte es sich dem Chef des Deutschlandreferats im Quai d'Orsay dar, war für Frankreich wie für die Bundesrepublik die Frage der obersten Gewalt. Während Paris dazu bereit war, mit Bonn Beziehungen auf einer „*base d'égalité pratique*“ einzugehen, verlangte Adenauer „*une égalité de droit*“, die Wiederherstellung der Souveränität und die Abschaffung der „*autorité suprême*“. Gleichberechtigung konnte dem westdeutschen Teilstaat aber nur im europäischen Rahmen zugestanden werden, ohne daß damit eine vollständige Umwandlung der derzeitigen Ordnung einhergehen durfte. „*En tous cas, il doit être exclu de donner à l'Allemagne la souveraineté nationale, puisqu'une telle mesure aurait précisément pour effet de rendre beaucoup plus difficile la constitution d'un ensemble européen.*“²³⁵

Ende Januar wies die Hohe Kommission das Kanzleramt darauf hin, sie könne allenfalls in einer einseitigen Erklärung feststellen, daß die Übernahme eines militärischen Verteidigungsbeitrages durch Bonn eine politische Situation schaffe, an die die Beziehungen der Westmächte zur Bundesregierung angepaßt werden müsse. Bérard betonte dabei die sehr enge Verbindung zwischen der Wiederbewaffnung und der Transformation des politischen Status der Bundesrepublik und erinnerte daran, daß vor dem Beginn jeglicher Verhandlungen die Entscheidungen von New York hinsichtlich der Schulden- und Rohstofferklärung in Kraft gesetzt sein müßten. McCloy und Kirkpatrick, der Robertson im Juni 1950 abgelöst hatte, belehrten ihn indes, François-Poncet habe Adenauer bereits die Aufnahme der Verhandlungen zugesagt. Schließlich einigten sie sich darauf, Adenauer eine Liste der Punkte zu übermitteln, über die zwischen deutschen und alliierten Sachverständigen vertragliche Vereinbarungen ausgehandelt werden sollten²³⁶. Kurz darauf faßte die Unterabteilung Zentraleuropa des Quai d'Orsay die für Frankreich entscheidenden Punkte zusammen: Die oberste Gewalt dürfe nicht abgelöst werden, da es Bonn die Möglichkeit zur Beteiligung an den Vierergesprächen biete. Das neue Regime könne als „*accord de couverture*“ mit mehreren Einzel-

²³⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1031, Bl. 1–3, „*Idées essentielles*“, Anfang Januar 1951.

²³⁵ Ebd., Bl. 37, Unterabt. Zentraleuropa im MAE, „*Observations au sujet des remarques présentées par le State Department*“, 17. 1. 1951; s.a. Bruce an Acheson, Tel. 4167, 18. 1. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1456–1458.

²³⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1031, Bl. 68–71, Bérard an MAE, Tel. 706/12, 25. 1. 1951, Priorité; Schuman notierte am Rande: „*Bien entendu, le Gouv. sera consulté sur la liste des arrangements contractuels avant qu'elle soit communiquée au Chancelier. Sch[uman] 27/1.*“; s.a. McCloy an Acheson, Tel. 481, 25. 1. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1458 f.

verträgen, als „accords pratiques“ ohne Bezug auf die höchste Gewalt und den juristischen Status oder als einseitige Erklärung der Hohen Kommissare verabschiedet werden. Inhalt der deutsch-alliierten Vereinbarungen sollten die Entscheidungen von New York unter Ausklammerung der Truppenstationierung und der Besatzungskosten sein²³⁷.

Schuman stimmte der Aufstellung einer Liste zu, beharrte aber darauf, sie der Bundesregierung erst dann vorzulegen, nachdem der westliche Meinungsbildungsprozeß abgeschlossen sei. Gegen die vom Kanzler geforderte Grundsatzerklärung hatte er in der von den Hohen Kommissaren formulierten Fassung nichts einzuwenden²³⁸. Adenauer gab sich damit aber nicht zufrieden. Er wollte den Gedanken der vertraglichen Basis der deutsch-alliierten Beziehungen und der Ersetzung der Hohen Kommission durch normal akkreditierte Botschafter aufgenommen sehen. Um ein umfassendes Mitspracherecht nicht zuletzt in den deutsch-landpolitischen Fragen durchzusetzen, schlug der Kanzler ein neues deutsch-alliiertes Konsultationsorgan vor, das ihn und die westlichen Botschafter umfassen sollte. Schuman aber sperrte sich gegen die Institutionalisierung derartiger Besprechungen, und Adenauer begnügte sich schließlich mit der Zusage von Konsultationen in allen Fragen, die die Bundesregierung betreffen. François-Poncet bewertete dieses Nachgeben nur als punktuelles Entgegenkommen und erwartete von Adenauer jetzt, daß er, oppositionellen Forderungen nachgebend, den deutschen Militärbeitrag von alliierten Vorleistungen im Bereich des Besatzungsregimes abhängig machte. Sorgen bereitete dem Hohen Kommissar vor allem sein englischer Kollege, der das deutsche Spiel offenbar mitzuspielen bereit war²³⁹. Weder Kirkpatrick noch das Foreign Office schienen die Spielregeln des Palais Schaumburg zu durchschauen, „à exiger toujours davantage, et à ne rien donner en contre partie, à s’ancrer dans l’idée qu’on leur doit tout et qu’ils ne doivent rien.“ Frankreich hingegen wollte erst einmal abwarten, ob der Nachbar die Lehren der Vergangenheit begriffen und ob sich seine Mentalität wirklich geändert hatte. Sich von ihm ohne feste Verankerung im westlichen Bündnis unter Druck setzen zu lassen, kam nicht in Frage²⁴⁰.

Paris spielte also auf Zeit und entsprach damit den innenpolitischen Bedürfnissen. Dies mußte auch der deutsche Generalkonsul Hausenstein erkennen, als er nun einen seiner ersten kulturpolitischen Erfolge verbuchte. Für beide Seiten besaß der Kulturaustausch eine wesentliche Rolle. François-Poncet rühmte die entsprechenden französischen Aktivitäten in Deutschland als geradezu einzigartig im Vergleich zu anderen Staaten²⁴¹. Hausenstein bemühte sich ebenfalls mit vielfältigen Aktionen unermüdlich um eine klimatische Verbesserung des bilateralen Verhältnisses, die seiner Meinung nach eben auch politische Bedeutung besaß. Die von ihm mit großem Engagement mitvorbereitete Ausstellung deutscher und

²³⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1031, Bl. 76–78, Unterabt. Zentraleuropa im MAE, Conclusions de la réunion tenue dans le bureau de M. Sauvagnargues, 29. 1. 1951.

²³⁸ S. ebd., Bl. 81 f., Schuman an Bonn, Tel. 437/40, 30. 1. 1951.

²³⁹ S. ebd., Bl. 124–126, François-Poncet an MAE, Tel. 1058/67, 14. 2. 1951; Bruce an Acheson, Tel. 4893, 19. 2. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1463 f.

²⁴⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1031, Bl. 134–136, François-Poncet an MAE, Tel. 1116/19, 16. 2. 1951, Réservé, Secret.

²⁴¹ S. ebd., Bd. 569, Bl. 17, ders. an Schuman, Nr. 957 HC/CAB/INF, 6. 2. 1951.

französischer Meisterwerke des Berliner Kaiser-Friedrich-Museums im Petit Palais stieß zwar auf sensationelle Resonanz und sollte sich als „Höhepunkt“ der Pariser Kunstsaison des Jahres 1951 erweisen²⁴². Das somit erworbene „politische Aktivum zugunsten Deutschlands“²⁴³ war indes noch so gefährdet, daß die anläßlich der Eröffnung Anfang Februar von der Presse gemachten Aufnahmen von einem mit Schuman plaudernden Hausenstein dem Zeitungsleser vorenthalten blieben. Zwar begann das Eis aufzutauen, doch durfte man diesen Prozeß nach Meinung des Generalkonsuls von deutscher Seite her nicht forcieren²⁴⁴.

Adenauer machte sich diesen Ratschlag nur bedingt zu eigen. Die Bundesregierung drängte auf Fortschritte in der Frage des Besatzungsstatuts, und in den Schuman-Plan-Verhandlungen kämpfte sie zunehmend selbstbewußter um die Durchsetzung nationaler Interessen²⁴⁵. Dennoch hob sie sich aus der französischen Perspektive wohlthuend von der SPD-Opposition ab. Trotz aller Kritik an der Politik Adenauers vergaß man in Paris nicht, was der Westen an ihm hatte. Während der Kanzler auf europäische Integration und Westbindung Deutschlands setzte, zielte Schumacher offenbar unter dem Motto „l'Allemagne seule“ darauf ab, die Unabhängigkeit seines Landes wiederzugewinnen und fortan zu bewahren. Als aufmerksamer Beobachter der innenpolitischen Szene vermerkte François-Poncet mit Genugtuung die geringe Resonanz derartiger Parolen in der Bevölkerung. Dennoch schien ihm das deutsche Volk keineswegs vor einem Rückfall in nationalistische Untugenden gefeit, wenn erst einmal ein anderer Kanzler das Zepter übernommen hätte: „Le jour de cette accession au pouvoir serait fatale à la politique française en Allemagne et à l'idée européenne. L'Allemagne serait tombée entre les mains d'un nouvel Hitler, aussi primitif, anormal et brutal que l'autre, et qui aurait seulement remplacé la formule du ‚national-socialisme‘ par celle du ‚socialisme nationaliste‘.“²⁴⁶

Wäre die Revision des Besatzungsstatuts den ursprünglichen alliierten Vorstellungen gemäß noch im Dezember erfolgt, wäre sie in der Form einer Gemeinsamen Erklärung als „Zweites Petersberger Abkommen“ unterzeichnet worden. Diese Zielsetzung scheiterte aufgrund der Schwierigkeiten bei der Verabschiedung der beiden deutschen Verpflichtungserklärungen, wurde aber im Laufe des Frühjahrs von beiden Seiten auch nicht mehr gewünscht. Der mit der deutschen Schuldenerklärung befaßte Bundestagsausschuß ließ mit seiner Stellungnahme bis zum 25. 1. 1951 auf sich warten und verlangte dann zahlreiche Modifikationen. In Abstimmung mit den Parlamentariern erarbeitete das Bundeskanzleramt dann einen neuen Entwurf, der Mitte Februar der Internationalen Studiengruppe in London vorgelegt wurde²⁴⁷. In ihren Beratungen am 21./22. 2. wehrte die ameri-

²⁴² PA, NL Hausenstein, Bd. 22, Bl. 1–4, Salat an Nostitz, Aufzeichnung 400–03–22 II Kult/2509/51, 6. 4. 1951; s.a. ebd., Bd. 9, Bl. 16–19, Hausenstein an Heise, 6. 2. 1951.

²⁴³ Ebd., Bd. 36, Bl. 67, ders. an DfAA, 450-Nr. 608, 19. 2. 1951.

²⁴⁴ Vgl. Hausenstein, Erinnerungen, S. 61; Lappenküper, Wilhelm Hausenstein, S. 653 f.; Reuss, Mission, S. 158 f.

²⁴⁵ Vgl. Kap. III.2.1.

²⁴⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 376, Bl. 27–30, François-Poncet an Schuman, Nr. 1343/HC/CAB, 19. 2. 1951.

²⁴⁷ S. Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953, Nr. 41, 41a u. 47; McCloy an Acheson, Tel. 549, 17. 2. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1418–1420; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 284–287.

kanische Delegation weitergehende Forderungen der anderen Vertretungen ab, um neuerliche Verzögerungen zu verhindern²⁴⁸. Eine Woche später legten alliierte Finanzexperten den endgültigen Text mit deutschen Sachverständigen fest²⁴⁹.

Nach einem knapp einmonatigen internen Meinungsbildungsprozeß verständigten sich die Hohen Kommissare parallel dazu am 22. 2. auf ein Aide-mémoire und die Liste der Punkte, über die deutsch-alliierte Beratungen aufgenommen werden sollten²⁵⁰. Das der Bundesregierung am 27. 2. übergebene Dokument ließ keinen Zweifel daran, daß die vertragliche Neuregelung des Besatzungsstatuts erst nach Abschluß der Vereinbarung über den westdeutschen Verteidigungsbeitrag erfolgen würde²⁵¹. Die entscheidende Voraussetzung für den Beginn der Verhandlungen über die Substitution des Besatzungsstatuts schuf dann die sog. „Kleine Revision“ vom 6. 3. Aufgrund der monatelangen Verzögerung wurde sie einseitig von alliierter Seite ohne Gemeinsame Erklärung verfügt. Bonn war dieses Prozedere inzwischen durchaus recht, befürchtete es nämlich, daß die dürftigen Ergebnisse öffentliche Kritik hervorrufen würden. Auch die Alliierten besaßen mittlerweile kein Interesse mehr an einer bilateralen Vereinbarung mit der Bundesregierung²⁵².

Gemäß der Ersten Urkunde zur Revision des Besatzungsstatuts wurden die alliierten Kontrollrechte hinsichtlich der Dekartellisierung, der Überwachung des Außenhandels und Devisenwirtschaft der innerdeutschen Gesetzgebung und beim Abschluß internationaler Verträge gelockert. Der alliierte Vorbehalt, die Macht jederzeit wieder an sich zu ziehen, blieb bestehen²⁵³. Die Bundesrepublik erhielt das Recht zum Aufbau eines Auswärtigen Amtes²⁵⁴, dessen Leitung Adenauer am 15. 3. selbst übernahm²⁵⁵. Noch im letzten Moment intervenierte Schuman, um erneut den eigenen Standpunkt bezüglich der Nachfolge des Deutschen Reiches zu verdeutlichen. Mit Blick auf die Saarfrage, die Aufrechterhaltung der obersten Gewalt in der Bundesrepublik und die Beziehungen zur Sowjetunion war es ihm besonders wichtig klarzustellen, daß die Bundesregierung für das ganze deutsche Volk nur in Erwartung des Friedensvertrages und der Wiedervereinigung sprechen könne; folglich würde sie keinesfalls angesehen „ni comme successeur, ni comme s'identifiant au Gouvernement souverain de l'Allemagne“²⁵⁶. Widerstand leistete er auch in der Frage des Austauschs diplomatischer Vertreter.

²⁴⁸ S. US-Delegation der ISG an Acheson, Tel. Sigto 456, 21. 2. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1422; dies. an dens., Tel. Sigto 462, 22. 2. 1951, Confidential, in: ebd., S. 1423f.; dies. an dens., Tel. Sigto 463, 22. 2. 1951, Confidential, in: ebd., S. 1424–1427; dies. an dens., Tel. Sigto 465, 22. 2. 1951, Secret, in: ebd., S. 1428f.

²⁴⁹ S. Notenwechsel vom 6. 3. 1951 in: EA 1951, S. 3853f.; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 289f.

²⁵⁰ S. McCloy an Acheson, Tel. 1071, 22. 2. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1464–1466.

²⁵¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 1406, Bl. 80f., Fragen, die im Zusammenhang mit den politischen Beschlüssen der Brüsseler Konferenz zu untersuchen sind, zu 104–03 I Spr. 3198/51, 27. 2. 1951, Geheim, Streng Vertraulich (Übersetzung); ebd., Bl. 95f., Amerikanische Hohe Kommission an Bundesregierung, Aide-mémoire, 27. 2. 1951; vgl. FRUS 1951, Bd. 3, S. 1464, Anm. 2; Grewe, Rückblenden, S. 135.

²⁵² Vgl. Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 293.

²⁵³ S. Erste Urkunde zur Revision des Besatzungsstatuts, 6. 3. 1951, in: EA 1951, S. 3830.

²⁵⁴ S. Alliiertes Kommuniqué zur Revision des Besatzungsstatuts, 6. 3. 1951, in: ebd., S. 3849f.

²⁵⁵ S. Adenauer an François-Poncet, 15. 3. 1951, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 364.

²⁵⁶ AMAE, 1944–1960, Allemagne, Bd. 1032, Bl. 24f., Schuman an London etc., Tel. 3939/43 etc., 6. 3. 1951, Réservé.

Prinzipiell nach Zustimmung durch die Hohe Kommission erlaubt, durfte Bonn auf Pariser Druck hin zu den drei Westmächten lediglich offizielle Agenten mit dem Status eines Geschäftsträgers entsenden²⁵⁷. Nur widerwillig und aus Sorge vor einem „front commun anglo-saxon“ akzeptierte er dann im Laufe des Jahres aber doch die Aufwertung des Generalkonsulats in eine Diplomatische Vertretung²⁵⁸.

Gemessen an den im Winter 1950 gehegten Bonner Erwartungen fiel das Ergebnis der „Kleinen Revision“ bescheiden aus. Von einem völlig neuen, auf vertraglicher Grundlage basierenden deutsch-alliierten Verhältnis konnte keine Rede sein. Und dennoch durfte der Kanzler den Tag als weiteren Schritt in Richtung auf mehr Handlungsfreiheit und Gleichberechtigung verbuchen. In Verbindung mit der wenige Wochen später vollzogenen Unterzeichnung des Vertrages über die Montanunion²⁵⁹ erzielte Adenauer einen auch aus französischer Sicht bemerkenswerten außenpolitischen Erfolg. „Son prestige s'en trouve sensiblement affermi, et celui de M. Schumacher a décru d'autant“, berichtete Bérard nach Paris²⁶⁰.

Ablösung des Besatzungsstatuts

Am Tag, als der stellvertretende Hohe Kommissar diese Depesche abschickte, begannen auf dem Bonner Petersberg die deutsch-alliierten Verhandlungen zur Ablösung des Besatzungsstatuts. Von deutscher Seite führte sie Wilhelm Grewe, Professor für öffentliches Recht und Völkerrecht aus Freiburg. Ihm gegenüber saßen die politischen Berater der Hohen Kommission, Sam Reber, Con O'Neill und Louis de Guiringaud²⁶¹. Rasch erwies sich der Franzose für Grewe als der „schwierigste Partner“, was nicht weiter verwunderlich war, da er eine Regierung vertrat, die „am stärksten der Aufhebung des Besatzungsregimes widerstrebt“²⁶².

In der ersten Gesprächsrunde bis August begnügten sich die westlichen Vertreter im wesentlichen damit, Stellungnahmen der Deutschen zum alliierten Fragenkatalog vom 27. 2. anzuhören. Zu dramatischen Zuspitzungen kam es kaum, aber schon die Eröffnungssitzung ließ die unterschiedlichen Erwartungen beider Gruppen deutlich zutage treten. Reber wies den nun aufzunehmenden „conversations préliminaires“ lediglich den Zweck zu, Empfehlungen an die Westmächte hinsichtlich der Fragen auszuarbeiten, die Gegenstand einer vertraglichen Rege-

²⁵⁷ S. ebd., Bd. 137, Bl. 17f., MAE an Hohe Kommission Bonn, Tel. 337/38, 18. 1. 1951; Alliiertes Kommuniqué zur Revision des Besatzungsstatuts, 6. 3. 1951, in: EA 1951, S. 3849f.

²⁵⁸ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 144, Bl. 141–144, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 10. 4. 1951 (Konzept JS); s.a. ebd., Bl. 125–127, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 10. 4. 1951 (Konzept HB); PA, Abt. 3, AZ 210–02/22, Bd. 1, Dittmann an alle diplomatischen u. berufskonsularischen Vertretungen, MBD 104/51, 30. 11. 1951; Lappenküper, Wilhelm Hausenstein, S. 658f.

²⁵⁹ Vgl. Kap. III.2.1.

²⁶⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1033, Bl. 215–217, Bérard an MAE, Tel. 2858/67, 10. 5. 1951, Réservé.

²⁶¹ S. Grewe, Rückblenden, S. 136f.

²⁶² Ebd., S. 137. Später sollten beide Diplomaten ihr Werk hingegen gemeinsam feiern. Mehrfach kreuzten sich ihre Wege, sei es in New York Ende der fünfziger Jahre, wo de Guiringaud als Generalkonsul, Grewe als Botschafter fungierte, oder in Tokio, wo sie ihre Länder Mitte der sechziger Jahre diplomatisch vertraten.

lung sein könnten²⁶³. Auf deutscher Seite hegte man demgegenüber wesentlich konkretere Erwartungen. Einem Bericht an den Auswärtigen Ausschuß des Bundestages vom 4. 7. zufolge strebte die Bundesregierung als Ziel der Verhandlungen „die möglichst vollständige Normalisierung des politischen und völkerrechtlichen Status der Bundesrepublik“ an²⁶⁴. Intern ging Adenauer in diesen Wochen noch einen großen Schritt weiter und meinte, Deutschland müsse wieder „Großmacht“ werden²⁶⁵.

Angesichts dieser unterschiedlichen Ausgangsbedingungen waren die schon bald auftauchenden Diskrepanzen nicht verwunderlich. Die Frontlinien verliefen aber keineswegs nur zwischen der deutschen und der alliierten, sondern immer wieder auch zwischen der französischen und der deutschen bzw. der angelsächsischen Seite. Und dies lag nicht zuletzt an dem Fundamentalziel Frankreichs, die Vorbehaltsrechte der Westmächte nicht zur Disposition zu stellen²⁶⁶. Während die Angelsachsen die Vereinbarungen vom Bundestag billigen zu lassen und ihnen damit den Charakter internationaler Verträge zu geben gedachten²⁶⁷, wollten die Franzosen sie nur auf der Basis des Besatzungsrechtes zwischen den kollektiv auftretenden Westmächten und der Bundesregierung abschließen. Sie forderten die Wahrung des „caractère unilatéral“ der alliierten Truppenpräsenz und die Schaffung eines „organisme collectif“ als Ersatz für die Hohe Kommission²⁶⁸. Darüber hinaus wehrte sich Paris gegen die Tendenz Londons und Washingtons, Themen in die Verhandlungen einzubringen, die einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben mußten. Dabei lief man natürlich Gefahr, die schwierigsten Probleme, zu denen man die deutsche Zustimmung nur schwer erhalten würde, auf einen Zeitpunkt zu vertagen, an dem die eigene Handlungsfähigkeit eingeschränkt wäre²⁶⁹.

Als Adenauer dann unter ausdrücklicher Betonung der alliierten Zuständigkeit für Deutschland als Ganzes und Berlin verlangte, die deutsch-alliierten Beziehungen gemäß dem Vorbild des Sicherheitsvertrages zwischen Japan und den USA²⁷⁰ in ein Verhältnis souveräner Staaten umzuwandeln und das Besatzungsstatut definitiv außer Kraft zu setzen²⁷¹, löste er bei Schuman höchste, durch entsprechende Signale über die amerikanische Konzessionsbereitschaft²⁷² noch gesteigerte Be-

²⁶³ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1033, Bl. 219–221, Bérard an MAE, Tel. 2884/91, 10. 5. 1951, Réservé; s.a. PA, Abt. 2, Bd. 1441, Bl. 117–119, Niederschrift Grewe, 11. 5. 1951.

²⁶⁴ Bericht Grewes, 4. 7. 1951, zitiert nach: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 352, Anm. 17.

²⁶⁵ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 93, Tee-Empfang, 1. 6. 1951; zum Machtproblem in der Bundesrepublik vgl. allgemein Knipping/Müller (Hg.), Ohnmacht.

²⁶⁶ S. Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, Juni 1951, in: BDFD I, S. 95–97. Das Datum der Aufzeichnung erscheint unklar; während auf dem abgedruckten Dokument die handschriftliche Datierung „début Juin 1951“ zu lesen ist, weisen textidentische Exemplare die handschriftlich ergänzten Daten „5 Mai 1951“ bzw. „(Janv.) 1951“ auf (AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1031, Bl. 92–97; ebd., Bd. 1033, Bl. 178–182). Aus dem Inhalt geht hervor, daß die Aufzeichnung nach dem 27. 2. 1951 verfaßt sein muß.

²⁶⁷ S. ebd., Bl. 77–79, François-Poncet an MAE, Tel. 2329, 14. 4. 1951, Par Courier.

²⁶⁸ Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, Juni 1951, in: BDFD I, S. 97.

²⁶⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1033, Bl. 164–166, François-Poncet an MAE, Tel. 2666/70, 28. 4. 1951.

²⁷⁰ S. amerikanisch-japanischer Sicherheitsvertrag, 8. 9. 1951, in: EA 1951, S. 4552f.

²⁷¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1035, Bl. 68–71, Schuman an London etc., Tel. 11076/83 etc., 11. 7. 1951, Réservé.

²⁷² S. PA, Abt. 2, Bd. 1299, Unterredung zwischen Adenauer und McCloy vom 5. 7. 1951, Geheim;

sorgnis aus. Ein souveränes, aber geteiltes Deutschland, so warnte der Minister seine Kollegen in London und Washington, würde stets ein unsicherer Bundesgenosse sein, von der Versuchung bedroht, seine neugewonnene Freiheit für eine „politique de bascule“ zwischen den Blöcken einzusetzen²⁷³. Adenauer zeigte sich in der Frage der obersten Gewalt durchaus kompromißbereit und befürwortete in bestimmten Sektoren sehr wohl die Aufrechterhaltung der alliierten Befugnisse bis zum Abschluß eines Friedensvertrages. Die innere Autonomie der Bundesregierung müsse aber „quasi complète“ sein, meinte Blankenhorn gegenüber einem Mitarbeiter McCloys, und der Terminus der „autorité suprême“ solle in den vertraglichen Vereinbarungen möglichst vermieden werden. Wenngleich der Quai d'Orsay sich keinen Reim auf die Taktik des Palais Schaumburg machen konnte, fand man es dort immerhin bemerkenswert, daß ein Sprachrohr des Kanzlers in dieser zentralen Frage eine der eigenen sehr nahe Position einnahm²⁷⁴.

Offener Dissens herrschte zwischen Bonn und Paris hingegen in der Frage des deutsch-deutschen Verhältnisses. Gewiß, die Bundesrepublik konnte die DDR nicht als Ausland betrachten. Paris legte aber Wert darauf, daß Bonn seine Beziehungen zu Ost-Berlin eben auch nicht als innere Angelegenheit bewertete. Zugestehen mochte man der Bundesregierung allenfalls ein „intérêt moral à parler au nom des populations d'Allemagne orientale“²⁷⁵.

Meinungsverschiedenheiten ergaben sich im Verlauf der Verhandlungen auf dem Petersberg auch unter den westlichen Delegationen. Eine Hauptdifferenz bestand in der Frage, welchen Charakter die einzugehenden Vereinbarungen annehmen sollten. Die Angelsachsen wünschten ihnen den Anstrich internationaler Verträge zu geben, was nach französischer Auffassung mit der Bewahrung der höchsten Gewalt kollidierte. Dementsprechend kontrovers diskutierten sie die Frage, wie zukünftig das Recht der alliierten Truppenpräsenz legitimiert werden solle. Während sich die Angloamerikaner dem deutschen Standpunkt annäherten, es müsse auf eine vertragliche Basis gestellt werden, bestand Frankreich darauf, die Stationierung der amerikanischen Soldaten auf der Grundlage der alliierten höchsten Gewalt beruhen zu lassen, um den USA keine Möglichkeit eines Rückzuges zu geben. Ebenso strittig waren die Positionen zu Abrüstung und Demilitarisierung der Bundesrepublik. Abermals strebten London und Washington einen vertraglichen Rahmen an und wollten nur die Nuklearforschung ausklammern. Paris hielt demgegenüber am Militärischen Sicherheitsamt und der Kontrolle der wissenschaftlichen Forschung fest²⁷⁶.

Auf großes Unbehagen stieß in Paris Ende Mai ein britisches Dokument über die Aufhebung des Kriegszustandes mit Deutschland. Entgegen der französischen Rechtsauffassung erklärte es den Kriegszustand nicht mit dem 5. 6. 1945, sondern mit dem Tag der zukünftigen Erklärung für beendet. Abgesehen davon, daß die Alliierten nicht mehr mit einem besiegteten Staat im Krieg stehen konnten, dessen

s.a. McCloy an Acheson, Tel. 15. 6. 7. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1487–1489; Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 455–459.

²⁷³ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1035, Bl. 68–71, Schuman an London etc., Tel. 11076/83 etc., 11. 7. 1951, Réservé.

²⁷⁴ S. ebd., Bd. 1033, Bl. 241–243, Seydoux an London, Tel. 7644/48, 15. 5. 1951, Réservé.

²⁷⁵ Ebd., Bd. 1035, Bl. 644 f., Unterabt. Zentraleuropa im MAE an Bonn, Tel. 2820/22, 11. 7. 1951.

²⁷⁶ S. ebd., Bd. 1033, Bl. 272–278, dies. an den Präsidenten, Aufzeichnung, 23. 5. 1951 (Konzept CA).

oberste Regierungsgewalt sie selbst übernommen hatten, widersprach London implizit der auf der New Yorker Außenministerkonferenz festgelegten Bestimmung, daß die Erklärung lediglich die Konsequenzen des Kriegszustandes für das innere deutsche Recht beseitigen sollte, und hob das Problem auf die Ebene der internationalen Beziehungen. Frankreich sah damit die rechtliche Situation der Besatzungsmächte mitsamt dem Verhältnis zur Sowjetunion tangiert und protestierte gegen die drohende „modification radicale“ des deutsch-alliierten Verhältnisses²⁷⁷.

Daß die Franzosen ihrerseits für die Aufhebung der Kontrollen auf dem Gebiet der Auswärtigen Angelegenheiten die Anerkennung der Washingtoner Abkommen über das deutsche Auslandsvermögen²⁷⁸ als „Preis“ verlangten, verursachte im Gegenzug bei den Angelsachsen Kopfschütteln²⁷⁹. Und auch die Frage der Garantie der demokratischen und bundesstaatlichen Institutionen führte zu einer solchen Differenz. Denn den USA reichte in den vertraglichen Vereinbarungen eine allgemeine Formulierung über den demokratisch-föderalen Charakter der Bundesrepublik, bei dessen Gefährdung die Alliierten zu intervenieren hätten. Frankreich, das dem Problem des demokratischen Notstands schon aus historischen Erwägungen einen sehr hohen Stellenwert gaben, forderte hingegen ein Vetorecht für den Fall einer Änderung des Grundgesetzes, die Demokratie und Föderalismus in Frage stellte²⁸⁰.

Zu den sachlichen Diskrepanzen gesellten sich atmosphärische Störungen, die wieder einmal durch die leidige Kriegsverbrecherproblematik ausgelöst wurden²⁸¹. Wie schwer diese „politische Hypothek“²⁸² lastete, zeigte der aufsehenerregende Fall des ehemaligen Generals Heinrich Ramcke, der zur Entrüstung der französischen Öffentlichkeit vom zuständigen Militärgericht am 21. 3. wegen seines Alters, er war 62 Jahre, nur zu Hausarrest verurteilt worden war²⁸³. Schuman, der Adenauer Ende Mai persönlich die bevorstehende Entlassung Ramckes mit der Bitte mitteilte, den Zeitpunkt nicht vorzeitig bekanntzugeben²⁸⁴, wirkte offenbar „mildernd und ausgleichend“, während René Mayer und Jules Moch sich für eine scharfe Strafverfolgung der Deutschen einsetzten²⁸⁵. Doch auch der französische Außenminister zeigte sich im politischen Alltagsgeschäft gegenüber den Deutschen keineswegs nur von der freundlichen Seite. Symptomatisch für die ge-

²⁷⁷ Ebd., Bl. 241–243, dies. an London, Tel. 8518/27, 29. 5. 1951.

²⁷⁸ S. die Washingtoner Abkommen vom 25. 5. 1946 zwischen den Alliierten und der Schweiz, vom 18. 7. 1946 zwischen den Alliierten und Schweden und vom 14. 8. 1947 zwischen den Alliierten und Italien, in: Böhmer/Duden/Janssen (Bearb.), Vermögen, Bd. 1, S. 390–392, 360–363 u. 252f.

²⁷⁹ PA, Abt. 2, Bd. 1442, Bl. 114–118, Grewe an Hallstein, Vermerk BSt 1097/51, 6. 7. 1951.

²⁸⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1035, Bl. 43f., François-Poncet an MAE, Tel. 4302/07, 7. 7. 1951; Büro des Amerikanischen Hohen Kommissars an Acheson, Tel. 10702, 30. 6. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1485f.

²⁸¹ Vgl. Brochhagen, Nach Nürnberg, S. 130–139; Lappenküper, Wilhelm Hausenstein, S. 660f.; Reuss, Mission, S. 177–193.

²⁸² PA, NL Hausenstein, Bd. 9, Bl. 314, Notiz betr. Rechtsschutz für deutsche Kriegsgefangene, o.D.; vgl. ebd., Bd. 8, Bl. 95, Hausenstein an Franz Josef Schöningh, 14. 3. 1951.

²⁸³ S. ebd., Bd. 9, Bl. 111f., Aufzeichnung Frank, 27. 3. 1951.

²⁸⁴ S. PA, BStS, Bd. 267, Schuman an Adenauer, Übersetzung 104–01 I Spr. 4071/51, 31. 5. 1951; Lenz, Tagebuch, S. 64 u. 66, Tb. 3. u. 9. 4. 1951.

²⁸⁵ ACDP, NL Lenz, I-172–59 KII/2, Roemer an Lenz, Vermerk, 16. 6. 1951, Streng vertraulich, im Auszug in: BDFD III, S. 942–946, hier S. 942; s.a. Artikel Bode in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 6. 8. 1951, im Auszug in: ebd., S. 946–948.

spannte Atmosphäre zwischen Bonn und Paris war, daß Blankenhorn jetzt im Auswärtigen Amt eine Liste von Beispielen zusammenstellen ließ, die belegen sollte, daß die Noten der Hohen Kommission an die Bundesregierung unter französischem Vorsitz schroffer und unfreundlicher ausfielen als unter der Präsidentschaft der Angelsachsen²⁸⁶.

Ungeachtet aller Meinungsunterschiede verständigten sich die Hohen Kommissare zum Abschluß dieser nie über einen informellen Charakter hinausreichenden Gespräche über die Ablösung des Besatzungsstatuts am 9. 8. auf einen gemeinsamen Bericht, der sämtliche Divergenzen klar herausstellte²⁸⁷. Demzufolge hatte Frankreich sich erneut mit seiner Forderung durchgesetzt, die Grundkonzeption des Besatzungsregimes aufrechtzuerhalten. Die vertraglichen Vereinbarungen sollten lediglich auf den Verzicht der Ausübung gewisser Vorbehaltsrechte der Hohen Kommission beschränkt bleiben, ohne die alliierten Hoheitsrechte selbst in die Abmachungen einzubinden. Allerdings gaben die Amerikaner in einem Begleitschreiben zum Bericht zu Protokoll, daß aus ihrer Sicht ein eventueller NATO-Beitritt der Bundesrepublik Basis und Struktur der geplanten Vereinbarungen völlig ändere²⁸⁸.

Der von Grewe wenige Tage später vorgelegte deutsche Rapport machte keinen Hehl aus der Enttäuschung der Bundesregierung über die bisherigen Ergebnisse. Anerkennung fand die allseits bestehende Einigkeit, das Besatzungsstatut nicht mehr durch eine größere Anzahl sukzessiver Verträge, sondern durch „eine *einheitliche* und *gleichzeitige Gesamtregelung der deutsch-alliierten Beziehungen*“ zu beseitigen, die Hohe Kommission durch einen Botschafterrat zu ersetzen und die Bonner diplomatischen Missionen in London, Paris und Washington in den Rang von Botschaften zu erheben. Bedenklich muteten der deutschen Delegation jedoch die Klauseln über eine fortbestehende Verantwortung der Alliierten hinsichtlich Gesamtdeutschlands an, insbesondere in bezug auf die Fragen der deutschen Einheit und der Herbeiführung der deutschen Friedensregelung. Auch das Ausmaß der von den Westmächten in Anspruch genommenen Kontrolle der deutsch-deutschen Beziehungen ging ihr zu weit. Auf Widerstand stießen die alliierten Vorstellungen über Beschränkungen der wissenschaftlichen Forschung, der industriellen Produktion und der zivilen Luftfahrt. Unabdingbar schien Grewe schließlich, daß die alliierten Truppen entsprechend deutschen Forderungen nur noch der gemeinsamen Verteidigung Westeuropas zu dienen hätten²⁸⁹.

In Bonn und Paris bereiteten sich die Regierungen nun auf die nahende Tagung der drei westlichen Außenminister vor, die Mitte September in Washington über den Fortgang der Gespräche und das deutsche Problem insgesamt beraten wollten. Wie schon bei den letzten Konferenzen sah sich Frankreich abermals in der

²⁸⁶ S. PA, BStS, Bd. 267, Böker an Dittmann, Vermerk, 14. 7. 1951.

²⁸⁷ S. „Report of the Allied High Commission for Germany Concerning the Establishment of a New Relationship Between the Allied Powers and Germany“, HICOM/P (51) 69 Final, 9. 8. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1501–1511.

²⁸⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1036, Bl. 59f., Bérard an MAE, Tel. 5095/98, 6. 8. 1951, Priorité, Réserve.

²⁸⁹ PA, Abt. 2, Bd. 1444, Bl. 2–6, Zwischenbericht Grewes über den Stand der Verhandlungen zur Ablösung des Besatzungsstatuts am 3. 8. 1951, Streng vertraulich, 14. 8. 1951, im Auszug in: BDFD I, S. 102–106, hier S. 103; s.a. Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 374–388.

Defensive. Die westliche Vormacht betrachtete die Veranstaltung offenbar als entscheidende Etappe auf dem Weg zur Integrierung der Bundesrepublik in das Konzert der freien Mächte. Nach Auffassung der Grande Nation durfte aber erst dann ein neues politisches Regime für den Nachbarn verabschiedet werden, wenn die Bedingungen für die Wiederbewaffnung geklärt waren. Natürlich würde Adenauer unter Hinweis auf innerdeutsche Widerstände gegen die Remilitarisierung alliierte Konzessionen in der Souveränitätsfrage einfordern, obwohl die Deutschen offenbar in größerem Maße dazu bereit waren, wieder Uniform zu tragen, als der Kanzler glauben machen wollte. Obwohl Frankreich mit der Aufrechterhaltung der obersten Gewalt und der Fixierung der Reservatrechte seine wichtigsten Ziele erreicht hatte, befürchtete es, die USA könnten sie wieder in Frage stellen und sogar auf die deutsche Forderung nach Souveränität eingehen. Dann aber wäre die Truppenstationierung ebenso gefährdet wie die alliierte Präsenz in Berlin oder die Möglichkeit zu Viermächtegesprächen über Deutschland. Bonn würde baldmöglichst der NATO beitreten und als nicht-saturierte Macht den Charakter der Allianz völlig verändern, möglicherweise sich sogar Moskau zuwenden, um die staatliche Einheit und den Zugang zu den asiatischen Märkten zu erreichen. Zwingend notwendig, so lautete die Schlußfolgerung des französischen Außenministeriums, sei daher die Aufrechterhaltung der höchsten Gewalt²⁹⁰; wünschenswert aber auch die Erhaltung des Militärischen Sicherheitsamtes und möglichst keine Ablösung des Besatzungsstatuts durch internationale Verträge²⁹¹.

Die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik trug nicht eben dazu bei, die französischen Schreckgespenste zu vertreiben – im Gegenteil. Als die neonazistische Sozialistische Reichspartei bei den Landtagswahlen in Niedersachsen im Mai 1951 mit 11% der Stimmen in den Landtag einzog²⁹², glaubte man im Dreesen deutliche Anzeichen einer „résurrection de l'ancien nazisme“²⁹³ erkennen zu können. Der wachsende Einfluß ehemaliger Offiziere oder hoher Beamter und Diplomaten der Wilhelmstraße auf die Bonner Politik floss ebenso wenig Vertrauen ein wie die Beteiligung deutsch-nationaler Liberaler an der Bundesregierung. Nur die enge europäische Integration, so sahen es die dortigen Diplomaten, konnte die Deutschen vor gefährlichen Versuchungen bewahren²⁹⁴.

Adenauer bemühte sich nach Kräften, ihre Bedenken auszuräumen. Die Franzosen, so diktierte er einem Mitarbeiter François-Poncets ins Stammbuch, neigten stets zu einer Politik der kleinen Schritte. Doch in bestimmten Momenten „il faut savoir sauter!“²⁹⁵ Welch großen Sprung der Kanzler von den Nachbarn verlangte, verdeutlicht sein Schreiben an Schuman vom 23. 8. Nach gewohntem Strickmu-

²⁹⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1036, Bl. 173–179, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 9. 8. 1951 (Konzept FS); s.a. François-Poncet an Schuman, Nr. 1834/CM, 31. 8. 1951, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 528–547. Zur Numerierung des Monatsberichts s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 126, Bl. 34.

²⁹¹ S. ebd., Bd. 1037, Bl. 130–139, Abt. Europa im MAE an den Präsidenten, Aufzeichnung, 23. 8. 1951; ebd., Bl. 150–160, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE an dens., 23. 8. 1951 (Konzept JS).

²⁹² Zum Wahlergebnis s. Schwarz, Adenauer 1949–1957, S. 478.

²⁹³ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 371, Tb. 9. 5. 1951.

²⁹⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1037, Bl. 37–44, Bérard an MAE, Tel. 5334, 15. 8. 1951, Réservé.

²⁹⁵ Ebd., Bd. 1038, Bl. 42 f., Leroy-Beaulieu an Bérard, Aufzeichnung, 8. 9. 1951.

ster legte er zunächst die schicksalhafte Situation für die Zukunft Europas dar, zeigte die „günstige[n] Voraussetzungen“ für den „Neuaufbau der europäischen Welt auf christlicher Grundlage“ auf und kam dann aufs wesentliche, seine Konzeption über die Stellung der Bundesrepublik innerhalb der Gemeinschaft zu sprechen: „wechselseitige Verpflichtung der Bundesrepublik und der Alliierten zur Verteidigung des Gebietes der Bundesrepublik und Westeuropas“; Aufgabe der alliierten höchsten Gewalt über Deutschland mit Ausnahme gewisser Reserven bezüglich Berlins, der „Regelung der gesamtdeutschen Frage“ und des Ausnahmezustandes; „wechselseitige Verpflichtung zur Konsultation“ bei Kontakten zum Ostblock, „soweit legitime deutsche Interessen berührt werden“; Einrichtung einer Schiedsstelle zur Schlichtung von Streitfällen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten über die Vertragsverhandlungen. Ziel der Abmachungen müsse es sein, das Selbstwertgefühl der Deutschen als ein „geachtetes, freies Volk“ zu heben und die Idee der Demokratie zu festigen, um die Bereitschaft zum Mitwirken an der europäischen Zusammenarbeit zu stärken. Adenauer leugnete nicht das Anwachsen nationalistischer Tendenzen, wollte dieses Phänomen aber nicht auf die Bonner Republik beschränkt wissen und empfahl als Gegenmittel eine möglichst rasche Fortsetzung der europäischen Zusammenarbeit²⁹⁶. Entsprechend dieser Konzeption unterbreitete der Kanzler den Hohen Kommissaren nach Konsultationen mit seinen Beratern in seinem Urlaubsdomizil am Bürgenstock²⁹⁷ am 30. 8. den Entwurf eines Sicherheitsvertrages zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik, der die deutsche Souveränität, gleichberechtigte Integration deutscher Kontingente in eine Europäische Armee, den Beitritt zur NATO, eine Sicherheitsgarantie der Westmächte mit der Pflicht und dem Recht zur Truppenstationierung in der Bundesrepublik sowie die Konsultationspflicht der vertragsschließenden Parteien in allen Schritten gegenüber dem Ostblock umfaßte²⁹⁸.

Die erste Reaktion im Hotel Dreesen fiel wohlwollend aus. „In der großen Linie“, meinte François-Poncet gegenüber Blankenhorn, komme das Dokument den alliierten Vorstellungen durchaus nahe. „Besonders gut“ empfand er die Verknüpfung des Souveränitätsproblems mit der Frage des Verteidigungsbeitrages. Schumachers ständiges Wettern gegen dieses Junktim hielt er für „unsinnig“, weil die Bundesrepublik als gleichberechtigter Partner der westlichen Völkergemeinschaft eben auch die Verpflichtung zur Verteidigung dieser Gemeinschaft übernehmen müsse²⁹⁹. In seiner Meldung nach Paris hörte sich das Urteil ganz anders an, hatte Adenauer mit seiner Forderung nach einem auf Reziprozität beruhenden, dauerhaften politisch-militärischen Allianz- und Garantiesystem die bisherigen Verhandlungen auf dem Petersberg doch völlig ignoriert³⁰⁰. Als erfahrener Hase im politischen Geschäft hielt er es zwar für normal, wenn Regierungen ver-

²⁹⁶ Adenauer an Schuman, 23. 8. 1951, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 113–117, hier S. 114 u. 115.

²⁹⁷ Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 138–145.

²⁹⁸ S. McCloy an Webb, Tel. 2026, 31. 8. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1520f.; zur Entstehung des Dokuments vgl. Hofmann, Truppenstationierung, S. 89–95.

²⁹⁹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 7a, Bl. 145f., Unterredung zwischen Blankenhorn und François-Poncet vom 28. 8. 1951, Aufzeichnung, 29. 8. 1951

³⁰⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1037, Bl. 204–207, François-Poncet an MAE, Tel. 5615/22, 28. 8. 1951, Priorité, Réserve; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 377, Tb. 30. 8. 1951.

suchten „de demander le plus, pour obtenir le moins“. Doch die „naïveté“, mit der Adenauer seinen Appetit zur Schau stellte, schien ihm recht erstaunlich³⁰¹. Wenig überzeugend wirkte auf ihn der Versuch des Bundespräsidenten, die Notwendigkeit französischer Konzessionen mit der Intransigenz des SPD-Vorsitzenden zu begründen. Denn Schumachers Opposition gegen die Politik Adenauers schien François-Poncet so fundamental, daß sie alliierte Zugeständnisse nicht aufweichen konnte³⁰².

Schuman ging umgehend daran, Adenauers Appetit zu zügeln. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten auf eine vertragliche Basis zu stellen, das mochte er noch akzeptieren. Den Glauben aufkommen zu lassen, es könne „sofort in allen Punkten reiner Tisch gemacht werden“, schien ihm hingegen „verfrüht und verfehlt“. Vieles hänge davon ab, so betonte er in seinem Antwortschreiben an Adenauer, die Vereinbarungen den Parlamenten und der öffentlichen Meinung „mundgerecht“ zu machen³⁰³. Der Kanzler empfand diese Replik so unbefriedigend, daß er prompt Staatssekretär Hallstein für zwei Tage nach Paris schickte, um noch einmal seine Politik darzulegen. Hallstein setzte alles auf die europäische Karte. Angesichts der 1953 stattfindenden Bundestagswahlen müsse die Integration der Bundesrepublik in den Westen durch Montanvertrag, Europäische Verteidigungsgemeinschaft und politische Gemeinschaft 1952 abgeschlossen sein. Mit dieser Perspektive hätten die westlichen Außenminister in Washington die Prüfung des Besatzungsregimes vorzunehmen. Gewiß seien bestimmte Vorbehaltsrechte zu gewähren, gleichwohl müsse der neue Vertrag „une novation réelle“ bewirken und das Statut durch ein „régime contractuel nouveau“ ersetzen. Doch damit, so ergänzte Hallstein zwecks Beruhigung seiner französischen Gesprächspartner, werde die Kontrolle ja keineswegs durch unumschränkte Freiheit ausgetauscht. Die Deutschen träten ja vielmehr ihre neu gewonnene Souveränität an eine supranationale Autorität ab, sofern die Partner ebenfalls dazu bereit seien³⁰⁴. Die Bundesrepublik, so lautete also das Credo, blieb bei der Forderung nach weitestgehender Souveränität. Doch sie interpretierte sie neu, verlangte sie nicht pur et simple, wollte nicht in die ausgetretenen Pfade nationaler Eigenstaatlichkeit einschwenken. Mit Rücksicht auf das Mißtrauen der Nachbarn, aber auch wohl aus Argwohn gegenüber dem eigenen Volk wies Adenauer vielmehr den Weg in die verheißungsvoll wirkende neue Zukunft europäischer Integration.

Schuman nahm diesen Faden auf und entwickelte nun den Plan einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, die eben auch dazu dienen sollte, westdeutsche Souveränität und Wiederbewaffnung für Frankreich erträglich zu machen³⁰⁵. Seine Initiative, die von der Grande Nation das schmerzhafteste Opfer des eigenen Souveränitätsabtritts verlangte, erfolgte vor dem Hintergrund eines „tiefgreifenden Stimmungswandel[s] auf außenpolitischem Gebiet“³⁰⁶. Neutralistische Ten-

³⁰¹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1037, Bl. 244–247, François-Poncet an MAE, Tel. 5626/31, 29. 8. 1951, Priorité, Réservé, Urgent.

³⁰² S. ebd., Bd. 1038, Bl. 44 f., Bérard an dass. Tel. 5945/48, 11. 9. 1951, Réservé.

³⁰³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 7a, Bl. 150 f., Schuman an Adenauer, 29. 8. 1951 (Übersetzung).

³⁰⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 141, Bl. 117–121, Schumann an Schuman, Tel. 9768/82, 7. 9. 1951, Secret, Réservé, Priorité.

³⁰⁵ Vgl. Kap. III.2.2.

³⁰⁶ PA, Abt. 3, AZ 211–00/22, Bd. 1, von Kessel an AA, 205–00 Tgb.Nr. 3552, 12. 9. 1951.

denzen, wie sie der Ausbruch des Korea-Krieges geradezu eruptiv in der Öffentlichkeit wie der *classe politique* hervorgebracht hatte, schienen beseitigt. Der erfolgreiche Militäreinsatz der Amerikaner in Asien und der negative Ausgang der Außenministervorkonferenz im Palais Marbre Rose³⁰⁷ ließen an der Seine die Überzeugung Bahn brechen, daß man auf die Entwicklung der Weltpolitik nicht als Mittler zwischen Ost und West, sondern nur als enger Partner der USA Einfluß nehmen könne³⁰⁸. Freilich mochten sich nicht alle Anhänger französischer Großmachtallüren den machtpolitischen Gegebenheiten beugen. Vincent Auriol etwa vertrat – in beinahe de Gaullescher Diktion – weiterhin stur die Auffassung, Europa bleibe „la sujette“ Amerikas, solange es geteilt sei. Es müsse sich einigen, um dann die „force intermédiaire et d'équilibre“ zwischen den Weltmächten spielen zu können; „c'est l'Europe, l'organisme européen qui fera l'arbitrage entre la Russie et l'Amérique, surtout s'il est dirigé par nous“³⁰⁹. Matignon und Quai d'Orsay mochten diesem Urteil allenfalls insofern zustimmen, als auch sie die Einigung Europas vorantreiben wollten. Anders als der Präsident besaß ihre Europapolitik aber keine so ausgesprochen antiamerikanische Spitze. Zwar suchten sie ebenfalls mehr Eigenständigkeit von der westlichen Vormacht, waren sich aber nur zu bewußt, daß sie ihre Interessen nicht gegen, sondern nur mit den USA zu wahren vermochten. So schien vor dem Hintergrund des bevorstehenden Sicherheitsvertrags zwischen den USA und Japan³¹⁰ und der Aufnahme der Türkei in die NATO³¹¹ gerade Frankreich dazu berufen, die Sowjetunion vor einer „psychose d'encerclement“ zu bewahren, indem man in den USA gewisse „excès de zèle“ im Ost-West-Konflikt kanalisierte³¹². Die Rücksicht auf Moskau war für Paris ein zusätzlicher Antrieb, die Revision des Besatzungsstatuts zu bremsen.

Auf ihrer Konferenz in Washington Mitte September³¹³ beauftragten die drei Außenminister ihre Vertreter in Bonn, mit der Bundesregierung ein Übereinkommen auszuarbeiten, das die gemeinsamen Beziehungen „völlig umgestalten“ sollte³¹⁴. Zur Genugtuung Schumans umfaßte die Neuregelung aber nicht die Wiederherstellung der von Adenauer gewünschten Souveränität. Vielmehr behielten sich die Alliierten wichtige Reservatrechte in bezug auf Deutschland als Ganzes, Berlin, die Truppenpräsenz und den Schutz ihrer Sicherheit sowie hinsichtlich der Ausrufung des Notstandes vor. Auf Vorschlag Schumans sollte der Notstand

³⁰⁷ Vgl. Kap. III.1.2.

³⁰⁸ S. PA, Abt. 3, AZ 211–00/22, Bd. 1, von Kessel an AA, 205–00 Tgb.Nr. 3552, 12. 9. 1951.

³⁰⁹ Unterredung zwischen Auriol und Guillaume vom 26. 9. 1951, in: Auriol, Journal, Bd. 5, S. 486–489, hier S. 486 u. 487.

³¹⁰ Am 8. 9. 1951 unterzeichneten die USA und Japan in Washington einen Friedensvertrag (EA 1952, S. 5267–5275), anschließend in San Francisco einen Sicherheitsvertrag (ebd. 1951, S. 4552 f.).

³¹¹ Am 22. 10. 1951 unterzeichneten die Ständigen Stellvertreter im NATO-Rat das Zusatzprotokoll über die Aufnahme der Türkei in die Allianz. Der Beitritt erfolgte am 18. 2. 1952 (AdG 1951, S. 3176B; ebd. 1952, S. 3394A).

³¹² AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 141, Bl. 39–43, Note préliminaire der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 31. 8. 1951 (Konzept RL).

³¹³ Zur Washingtoner Außenministerkonferenz vom 10.–14. 9. 1951 vgl. FRUS 1951, Bd. 3, S. 1228–1308; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 407–413; Hofmann, Truppenstationierung, S. 95–100; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 57–68; Kap. III.4.2.

³¹⁴ Communiqué der drei westlichen Außenminister, 14. 9. 1951, in: EA 1951, S. 4397 f., hier S. 4397; s.a. „Erklärung der Außenministerkonferenz in Washington über Europa und Deutschland“, in: ebd., S. 4398; Entwurf der Instruktion der Außenminister an die AHK, WFM T-5a, 10. 9. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1197–1209.

nicht erst beim Ausbruch, sondern bereits bei den Anzeichen gravierender verfassungsmäßiger Probleme ausgerufen werden³¹⁵. Entgegen den deutschen Vorstellungen hielten die Westmächte außerdem die bestehenden Beschränkungen bei der wissenschaftlichen Forschung und industriellen Produktion sowie der Rüstung aufrecht und verwurfen Adenauers Bürgenstock-Entwurf. Allerdings einigten sie sich im Gegensatz zu den ursprünglichen französischen Plänen darauf, die abzuschließenden Konventionen als intergouvernementales Abkommen auszuarbeiten³¹⁶.

Als Adenauer von Bérard den Text der Erklärung und des Kommuniqués zugestellt bekam, zeigte er sich sehr zufrieden³¹⁷. Auch gegenüber der Presse begrüßte er die „sehr gute Nachricht“ aus Washington³¹⁸. Möglicherweise ließ sich der Kanzler bei dieser günstigen Wertung von einer Nachricht des französischen Hohen Kommissars einnehmen, der die Konferenz am Potomac aus nächster Nähe verfolgt und gegenüber dem deutschen Generalkonsulat die Auffassung vertreten hatte, mit dem Abschluß eines Vertragsstatuts sei „innerhalb der nächsten kommenden 4 Monate“ zu rechnen³¹⁹. Adenauers Hochstimmung hielt nur bis zum 24. 9., als François-Poncet ihm im Kreis der Hohen Kommissare die Ergebnisse der Tagung in extenso darlegte. Bérards Sorge, er werde sich nun auf jene Punkte konzentrieren, die nicht in sein Konzept paßten, war nur zu berechtigt. Und daran änderte auch die Tatsache nichts, daß François-Poncet ihm zur Schaffung einer günstigen Atmosphäre den ungeliebten Weg auf den Petersberg erspart und statt dessen in seine Residenz auf Schloß Ernich eingeladen hatte³²⁰. Der angenehme Rahmen korrespondierte keineswegs mit dem Verlauf der Unterredung. Denn in Absprache mit seinen Kollegen hatte sich François-Poncet darauf vorbereitet, Adenauer beinahe brutal mit der Realität der in Washington beschlossenen weitreichenden Vorbehaltsrechte zu konfrontieren³²¹. In bemerkenswertem Kontrast zu seinen Darlegungen im Bundeskabinett am Tag darauf³²² zeigte sich der Kanzler von den sodann ins Detail gehenden Ausführungen des Hohen Kommissars³²³ und vor allem von dem mittlerweile vorliegenden ersten alliierten Entwurf für einen Generalvertrag³²⁴ geradezu geschockt. Vier Tage zuvor hatte er Journalisten gegenüber beim Tee erklärt, er strebe mit den Westmächten einen „gegenseitigen Verteidigungs- und Sicherheitsvertrag“, einen Vertrag über die Verpflichtungen

³¹⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 141, Bl. 154–156, Bonnet an MAE, Tel. 6432/46, 14. 9. 1951; 4. Sitzung der Außenminister, Tripartite Min-4, 13. 9. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1273f.

³¹⁶ S. Aufzeichnung Sauvagnargues, 25. 9. 1951, in: BDFD I, S. 109–112.

³¹⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 141, Bl. 165–167, Bérard an MAE, Tel. 6087/96, 15. 9. 1951, Priorité absolue.

³¹⁸ Erklärung Adenauers, zitiert nach: AdG 1951, S. 3115.

³¹⁹ PA, Abt. 2, Bd. 361, Bl. 6, Krekeler an AA, Tel. 51, 13. 9. 1951.

³²⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1038, Bl. 228–229, François-Poncet an MAE, Tel. 6397/406, 25. 9. 1951, Réservé, Urgent; Bock, Hochkommissariat, S. 116.

³²¹ S. François-Poncet an Schuman, Nr. 1990/CM, 30. 9. 1951, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 558. Zur Numerierung des Monatsberichts s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 120, Bl. 82.

³²² S. Kabinettsitzung, 25. 9. 1951, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 650f.

³²³ S. Erklärung François-Poncets, 24. 9. 1951, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1528–1534.

³²⁴ S. erster alliierter Entwurf für einen Generalvertrag, 24. 9. 1951, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 513–516.

tung zur gemeinsamen Konsultation, möglichst sogar über die Abstimmung einer gemeinsamen Außenpolitik und einen Vertrag über die gemeinsame Verpflichtung zur Durchsetzung der deutschen Einheit an³²⁵. Nichts hatten die Minister am Potomac von diesem anspruchsvollen Programm übriggelassen: keine Rede von deutscher Souveränität, statt dessen von alliierten Vorbehalts- und Notstandsrechten; keine Zusicherung der Gleichberechtigung beim Verteidigungsbeitrag; Aufrechterhaltung der höchsten Gewalt hinsichtlich Berlins und der Wiederherstellung der deutschen Einheit auf der Basis des Viermächtebeschlusses vom 5. 6. 1945. Einen Beitrag zur europäischen Verteidigung, so konterte der Kanzler fassungslos, könne die Bundesrepublik nur auf dem Boden der „Gleichheit und Gleichrangigkeit“ leisten, die in vielen Punkten des Vertragsentwurfs nicht gegeben sei. Wie in seinem Schreiben an Schuman vom 23.8. begründete er seine Forderungen vor allem mit den innenpolitischen Gegebenheiten und dem wachsenden nationalen Druck, so daß etwaige westliche Konzessionen als Dienst an der europäischen Sache erschienen. Eine Annahme des vorliegenden Vertrags hielt er für völlig ausgeschlossen und warnte vor den unabsehbaren Folgen eines deutsch-alliierten Zerwürfnisses. „Der Gedanke einer Europäischen Integration sei damit im Kern getroffen.“³²⁶

Auf François-Poncet wirkten Adenauers Bündnisvorstellungen unglaublich vereinfachend und naiv³²⁷. Des Kanzlers tiefe Enttäuschung – dies erkannte er durchaus – resultierte nicht nur aus der eindeutigen Absage an seinen Vorschlag eines deutsch-alliierten Sicherheitsvertrages. Sie ergab sich auch aus der Tatsache, daß seine Strategie, nach der politischen, ökonomischen und militärischen Integration zunächst die volle Souveränität und dann die deutsche Einheit zu erreichen, keine Fortschritte machte und nach den Avancen der DDR³²⁸ unter starken innenpolitischen Druck geriet. Außerdem befürchtete er in diesen Monaten bei den nächsten amerikanischen Präsidentschaftswahlen den Einzug eines isolationistischen Kandidaten ins Weiße Haus³²⁹ und in dessen Gefolge die Stärkung britischer und französischer Neigungen zu einem Arrangement mit der Sowjetunion. Deutschland, so gab er Blankenhorn als Ad-hoc-Beobachter der 6. UNO-Vollversammlung im Herbst mit auf den Weg, „darf nicht Handelsobjekt einer Einigung der vier Mächte werden“³³⁰.

Diese innen-, deutschland- und außenpolitische Malaise erlaubte es aber letztlich nicht, den alliierten Vertragsentwurf gänzlich zurückzuweisen. Gewiß, im Bundesvorstand seiner Partei hatte er sich vor der Konferenz noch gebrüstet, „nein zu sagen“, sollten sich wesentliche Änderungen an den deutschen Vorschlä-

³²⁵ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 147, Tee-Empfang, 20. 9. 1951.

³²⁶ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 24. 9. 1951, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 378–387, hier S. 382 u. 386; s.a. Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 413–420.

³²⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1038, Bl. 228–229, François-Poncet an MAE, Tel. 6397/406, 25. 9. 1951, Réservé, Urgent.

³²⁸ S. Kap. III.1.2.

³²⁹ Vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1049, Bl. 23–25, Bérard an MAE, Tel. 3873/81, 2. 5. 1952.

³³⁰ BA, NL Blankenhorn, Bd. 8a, Bl. 177, Tb. 3. 11. 1951.

gen ergeben³³¹. Am 24. 9. erwog er wohl auch einen Moment, die Verhandlungen platzen zu lassen³³². Nach einem nochmaligen unfruchtbaren Treffen mit der Hohen Kommission am 1. 10.³³³ änderte er dann aber seinen Kurs, ließ sich auf das Dokument der Westmächte ein und zog den Plan eines Sicherheitsvertrages zurück. Statt Konfrontation zielte er nun darauf ab, mittels „Geheimdiplomatie“³³⁴ ohne Informierung des Kabinetts oder des Auswärtigen Ausschusses dem alliierten Vertragsentwurf einige „Giftzähne“ zu ziehen: die weitgefaßten Vorbehaltsrechte und umfassenden Notstandsbefugnisse, die Funktion des Botschafterrates als permanentes Kontrollorgan, die Verpflichtungen der Bundesrepublik zum Verteidigungsbeitrag ohne angemessene politische Gegenleistung, die eingeschränkte Kompetenz des Schiedsgerichts im Bereich der Vorbehaltsrechte³³⁵. Mißtrauisch beobachteten die Franzosen, ob der deutsche Regierungschef nicht doch noch versucht sein könnte, die deutschlandpolitischen Avancen der DDR und die dahinter stehende, offensichtlich risikoreichere Politik der Sowjetunion zu instrumentalisieren, um gegenüber den Westmächten die volle Souveränität durchzusetzen. Letztlich aber wählten sie sich am längeren Hebel, weil die Deutschen nichts mehr zu fürchten hatten als Viermächteverhandlungen³³⁶.

Der weitere Gang der Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts zwischen der Alliierten Hohen Kommission und Vertretern der Bundesregierung zeitigte zwar Fortschritte, wichtige Fragen blieben aber vorerst umstritten³³⁷. Als Hauptproblem erwies sich die juristische Grundlage der den drei Westmächten zukünftig vorbehaltenen Befugnisse. Adenauer billigte ihnen durchaus gewisse Reservatrechte zu, allerdings nicht auf der Basis der Erklärung vom 5. 6. 1945, sondern bloß als Ergebnis der neuen vertraglichen Abmachungen. Nur dann war er auch bereit, besondere Befugnisse bezüglich des Schutzes der alliierten Truppen und für den Fall einer Gefährdung der demokratischen Ordnung zuzugestehen. Die Hohe Kommission argumentierte hingegen, mit der Aufgabe der durch die bedingungslose Kapitulation und der Erklärung vom 5. 6. 1945 erhaltenen Rechte würde die Basis für Viermächteverhandlungen zerstört. Für den Kanzler war der Rückgriff auf diese Erklärung aber nicht mit dem neuen Status der Bundesrepublik als gleichberechtigtem Partner vereinbar. Schließlich gelang es ihm, die alliierten Vertreter dazu zu bewegen, in Artikel II ihres ursprünglichen Vertragsentwurfs über die Vorbehaltsrechte den Bezug auf die Erklärung vom 5. 6. 1945 zu streichen³³⁸.

³³¹ Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 6. 9. 1951, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1950–1953, S. 159.

³³² S. Lenz, Tagebuch, S. 140, Tb. 3. 10. 1951; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 885; Köhler, Adenauer, S. 671.

³³³ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 1. 10. 1951, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 388–399; Hofmann, Truppenstationierung, S. 104 f.

³³⁴ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 886; s.a. den Artikel des FDP-Abgeordneten Ernst Mayer, in: „Freie Demokratische Korrespondenz“, Nr. 70, 9. 10. 1951, auch in: BDFD III, S. 102–105.

³³⁵ Grewe, Rückblenden, S. 146.

³³⁶ S. Bruce an Acheson, Tel. 2141, 11. 10. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1796 f.

³³⁷ Zu den Verhandlungen der AHK mit Adenauer im Oktober/November s. die Dokumente in AAPD 1949/50, Nr. 131 u. 137; vgl. detailliert: Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 423–439; Hofmann, Truppenstationierung, S. 105–131, 137–141, 145–150 u. 162–168.

³³⁸ S. Art.I des Vertragsentwurfs vom 3.11. und Art.II des Entwurfs vom 17. 11. 1951, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1568 u. 1593.

Ablehnend reagierte die Bundesregierung auf den Anspruch der Westmächte, das Recht zur Truppenstationierung aus der obersten Gewalt abzuleiten und keinesfalls auf eine vertragliche Basis zu setzen. Unverkennbar sprach daraus die Absicht, sich nicht vom Wohlwollen der bundesdeutschen Verfassungsorgane abhängig zu machen, die dieses Recht eventuell revidieren konnten. Adenauer widersprach dieser Auffassung mehrfach, da eine derartige Legitimation seines Erachtens nicht mit der mittlerweile gefestigten demokratischen Verfaßtheit der Bundesrepublik in Einklang zu bringen war. In engem Zusammenhang mit diesem Problem stand seine Forderung nach einer vertraglich verankerten Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik und Berlin. Gegenstand kontroverser Beratungen waren darüber hinaus das Notstandsrecht und die Verantwortlichkeit der Alliierten für Deutschland als Ganzes. Um eine Neuauflage der Potsdamer Konferenz auszuschließen, verlangte Adenauer eine Abmachung, die Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion ohne vorherige Abstimmung mit der Bundesrepublik ausschloß. Die Hohe Kommission ihrerseits forderte von der Bundesregierung, daß der Gesamtvertrag auch nachfolgende Kabinette binden müsse, was Adenauer umgehend akzeptierte. Eine Klausel sollte sicherstellen, daß die Vereinbarungen beide Seiten in gleicher Weise bänden und nicht unilateral aufgehoben werden durften. Aus seinen Angstträumen über die Wiederherstellung der Vier-Mächte-Zuständigkeit erwuchs schließlich die Forderung des Kanzlers nach einer verbindlichen Zusicherung, einem wiedervereinigten Deutschland die gleichen Rechte zuzugestehen wie der Bundesrepublik. Den Bedenken der Hohen Kommission begegnete er mit dem Argument, daß Deutschland nach der Wiedervereinigung natürlich die Verpflichtungen der Bundesrepublik in bezug auf Integration und Verteidigung zu übernehmen habe. Mit der von den Westmächten vorgelegten Ergänzung des Vertragsentwurfs zeigte er sich nicht einverstanden und forderte am 14. 11. eine noch strengere Wirkung dieser sog. „Bindungsklausel“. Den Hohen Kommissaren konnte dies nur recht sein, und sie billigten den Wunsch im Rahmen des neuen Artikels VII. Adenauers Versuch, die Unterstützung der Westmächte für die Wiedervereinigung auch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze auszudehnen, schlug indes fehl, da die Hohen Kommissare die endgültige Entscheidung über die deutschen Grenzen einem Friedensvertrag vorzubehalten gedachten. Demgegenüber gelang es dem Kanzler, mit der Neuformulierung der Präambel die Unterstützung der Westmächte für sein innenpolitisch umstrittenes deutschlandpolitisches Konzept zu erhalten. Die Neuordnung der deutsch-alliierten Beziehungen und die Vereinbarungen über eine europäische Gemeinschaft wurden nun als Schritte zur Verwirklichung des gemeinsamen Zieles eines wiedervereinigten, in der westeuropäischen Gemeinschaft integrierten Deutschlands bezeichnet³³⁹.

Über den Mitte November vorliegenden Entwurf des Generalvertrags und die noch offenen Fragen gedachten die drei westlichen Außenminister Ende des Monats in Paris zu entscheiden. Als sie an der Seine ankamen, wurden sie allerorten von Plakaten und Ankündigungen empfangen, die auf einen neuerlichen Erfolg

³³⁹ Vgl. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 14. 11. 1951, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 570–579; Köhler, Adenauer, S. 672–674.

Hausensteinscher Kulturaktivitäten aufmerksam machten: die große Ausstellung „Französische Impressionisten und Romantiker in deutschen Museen“ in der Pariser Orangerie. Der geradezu überwältigende Erfolg, der ihr zuteil wurde³⁴⁰, konnte indes nicht verhindern, daß die Konferenz unter keinem gutem Stern stattfand. Adenauer nutzte am Vorabend die Gelegenheit der Gründung des Bundes der vertriebenen Deutschen, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen³⁴¹, ohne sich als Sprachrohr der lauter werdenden nationalistischen Stimmen mißbrauchen zu lassen. Mit Besorgnis registrierte die französische Hohe Kommission, wie der Ton sich in der deutschen Öffentlichkeit allmählich änderte: „L'Allemant se montre de nouveau ambitieux et exigeant. Les souvenirs de l'agression, des excès, des atrocités sont oubliés.“ Sollte Frankreich angesichts dieser Entwicklung seine Politik überdenken? Bérard sprach sich dagegen aus und setzte auf die europäische Gesinnung des Kanzlers und die europäische Integration. Zugleich schien es ihm aber wichtig, bei der Verständigungspolitik mit Bonn nicht die Beziehungen zu London zu vergessen. Die Entente mit dem ehemaligen Gegner durfte nicht mit der Lockerung einer in zwei Kriegen bewährten Freundschaft bezahlt werden. Das Aufwerfen der Oder-Neiße-Frage durch Adenauer hatte ihm erneut vor Augen geführt, wie weit die deutschen und französischen Interessen in Osteuropa auseinanderklafften. Zwar stimmten sie im Anti-Kommunismus überein, doch die Bonner Politik entwickelte sich mehr und mehr „anti-slave, et sur ce terrain nous ne pouvons la suivre“³⁴².

Am 21. 11. nahmen sich Acheson, der neue englische Außenminister Eden und Schuman der strittigen Fragen in den deutsch-alliierten Verhandlungen an: die von Adenauer verlangte Möglichkeit, die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes von der NATO überprüfen zu lassen; die Einbeziehung der Gebiete jenseits von Oder und Neiße in den Wiedervereinigungsprozeß; die Erklärung über die Sicherheitsgarantie der drei Westmächte. Hinsichtlich des ersten Problems stimmte Schuman dem von Eden mitgetragenen Vorschlag Achesons einer Entscheidung durch den NATO-Rat zu, sofern Adenauer aus dieser Beteiligung der Allianz keinen Anspruch auf die NATO-Mitgliedschaft ableitete. In bezug auf den zweiten Punkt lehnten die Minister jegliche Zugeständnisse ab. Allerdings empfahl Schuman den Kollegen, Adenauer zu helfen, ohne selbst in Schwierigkeiten zu geraten. Gemeinsam erarbeiteten sie eine Neufassung für Artikel VII des Generalvertrages, derzufolge die endgültige Festlegung der Grenzen einem zwischen den Alliierten und der Bundesrepublik frei ausgehandelten Friedensvertrag vorbehalten bliebe. Schließlich billigten die Minister auch einen Vorschlag Achesons über die Sicherheitserklärung, wobei sich Schuman aber vehement gegen die Absicht des Amerikaners aussprach, Adenauer eine Überprüfung der in Washington verabredeten Restriktionen bei schweren Waffen in Aussicht zu stellen³⁴³.

³⁴⁰ Vgl. Lappenküper, Wilhelm Hausenstein, S. 654 f.; Reuss, Mission, S. 160–162.

³⁴¹ S. Rede Adenauers in Hannover, 17. 11. 1951, in: Bulletin 1951, S. 67.

³⁴² AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 377, Bl. 245–252, Bérard an MAE, Tel. 8106/20, 20. 11. 1951, Réservé, Priorité; in fast identischer Diktion auch in: Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 381, Tb. 20, 11. 1951.

³⁴³ S. Unterredung zwischen den westlichen Außenministern vom 21. 11. 1951, PAR M-1, 23. 11. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1597–1604 u. 1715–1719; zur Pariser Außenministerkonferenz vgl. insgesamt: Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 74–78.

Eine solche Zusage mochte er nicht ohne Einwilligung des französischen Ministerrates abgeben, in dem Auriol kurz darauf noch einmal entschieden gegen die Politik der Westbindung der Bundesrepublik und für eine Lösung à quatre plädierte³⁴⁴.

Am folgenden Tag trafen sich die drei Minister mit dem Kanzler im Papageiensaal des Quai d'Orsay. Der von Schuman „außerordentlich herzlich“ begrüßte deutsche Gast bedankte sich für die freundlichen Worte und rühmte den Tag, mit dem die Bundesregierung „aus eigener Autorität, eingegliedert in die westliche Welt“ zu sprechen beginne³⁴⁵. Schuman hob die Bedeutung des vorliegenden Generalvertrags hervor, verwies aber auch auf die Verbindung des Dokuments mit den noch ausstehenden Vereinbarungen. Auf seinen Vorschlag hin wurde der Generalvertrag – entgegen der späteren Behauptung des Kanzlers³⁴⁶ – nicht paraphiert, weil der französische Minister diesen Rechtsakt von den ergänzenden Abkommen über sicherheitspolitische Auflagen abhängig gemacht sehen wollte. Entgegen den Vorstellungen Adenauers setzte Schuman außerdem in der Frage der Sicherheitskontrollen das Prinzip einer zusätzlichen Konvention durch³⁴⁷.

Unabhängig von den dennoch nicht unbedeutenden konkreten Ergebnissen markierte dieses erste Treffen der drei westlichen Außenminister mit Adenauer einen „entscheidende[n] Wendepunkt in den deutsch-alliierten Interaktionen“³⁴⁸. Die gemeinsame Sitzung und das abschließende Communiqué verdeutlichten der Weltöffentlichkeit erstens, daß die Kontakte zwischen der Bundesregierung und den Verbündeten künftig nicht mehr ausschließlich über die Hohen Kommissare, sondern auch direkt ablaufen würden. Das bedeutete zweitens, die Westmächte konnten sich die auf dem Petersberg und im Palais Schaumburg vorbereiteten Entscheidungen nicht mehr vorbehalten, mußten sie vielmehr fortan gemeinsam mit der Bundesrepublik erarbeiten³⁴⁹.

Nach der Pariser Grundsatzentscheidung ging es jetzt darum, die zahlreichen Zusatzvereinbarungen zwischen den deutschen und alliierten Sachverständigen auszuhandeln. Das Bestreben der Bundesregierung ging dahin, alle vertraglich zu fixierenden Vereinbarungen im Generalvertrag abzuhandeln, dessen Inkrafttreten dann der Ratifikation des EVG-Vertrags unterworfen werden sollte. Die Frage der Waffenproduktion und der Kosten für den Unterhalt der alliierten Truppen wünschte sie hingegen ausschließlich in dieses letztere Abkommen einzubringen. Frankreich beharrte demgegenüber darauf, die Kontrakte als Einheit anzusehen. Es weigerte sich, den Generalvertrag unabhängig von den Annexen abzuschließen, und stellte darüber hinaus ein Junktim zwischen dem Ensemble und der Unterzeichnung des EVG-Vertrages auf. Dessen Nichtratifizierung oder Aufkündi-

³⁴⁴ S. Conseil des Ministres, 21. 11. 1951, in: Auriol, Journal, Bd. 5, S. 558.

³⁴⁵ Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 515.

³⁴⁶ S. ebd., S. 515 f.; in Anlehnung daran: Köhler, Adenauer, S. 674; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 893; s.a. Grewe, Rückblenden, S. 149. Bereits Guldin wies nach Auswertung der amerikanischen Dokumente darauf hin, daß Adenauer diesen Vorgang falsch wiedergegeben habe (Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 443 f.).

³⁴⁷ S. de La Tournelle an London etc., Tel. 19517/27 etc., 26. 11. 1951, in: BDFD I, 119–121; US-Delegation an Webb, Tel. 3086, 22. 12. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1605–1607.

³⁴⁸ Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 444.

³⁴⁹ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 169, Tee-Empfang 29. 11. 1951.

gung durch die Bundesregierung sollte aus Sicht des Quai d'Orsay die automatische Annullierung des Generalvertrags und die Rückkehr zum Besatzungsstatut zur Folge haben³⁵⁰. Mit dieser harten Linie stießen die Beamten freilich intern auf Widerstand. Im Hotel Dreesen fand man eine solche Konstruktion atavistisch, da Deutsche und Angelsachsen im Falle eines Scheiterns des EVG-Vertrags das Inkrafttreten des Generalvertrags mit wenigen Modifikationen gewiß durchsetzten. Die für Frankreich fatalen Folgen lagen auf der Hand. Die Bundesrepublik gewänne in der Sicherheitspolitik wie in anderen Bereichen „une liberté totale“ zurück. Niemand könnte ihr das Recht streitig machen, „à ce qu'elle reconstruit une Wehrmacht et mette sur pied telle industrie d'armement qu'elle voudrait“³⁵¹. Wie Schuman Ende November vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Assemblée Nationale eingestand, trieb ihn die Angst um, mit den Verhandlungen über das Besatzungsstatut in die Sackgasse zu geraten. Sicherheit boten ihm offenbar weniger die Garantien in den Vertragsdokumenten als vielmehr die Verankerung der Bundesrepublik in den europäischen Rahmen³⁵².

Die schleppenden Gespräche auf dem Petersberg veranlaßten Adenauer Ende Januar 1952, zur Eile zu mahnen und darum zu bitten, die Verhandlungen auf die wesentlichen Punkte zu beschränken³⁵³. Anfang Februar ersuchte er die Hohen Kommissare aus wachsender Ungeduld offiziell, den Annexverträgen eine „andere Form“ zu geben, um endlich zum Abschluß zu kommen. Das hinter den alliierten Verzögerungen vermutete französische Mißtrauen gegenüber Deutschland hielt er für ungerechtfertigt. Doch mußte er sich von François-Poncet sagen lassen, er treibe „eine verhängnisvolle Politik des alles oder nichts“³⁵⁴. Adenauer empfand die Sitzung als so „niederschmetternd“, daß er mehrmals daran dachte, sie abubrechen³⁵⁵. Schuman billigte ihm sehr wohl zu, angesichts innenpolitischer Pressionen von den Alliierten ein Maximum an Konzessionen herauszuholen. Freilich stand auch er unter hohem Erwartungsdruck. Am 7. 2. wandte er sich daher an Acheson, warnte ihn nachzugeben und ermahnte ihn zur westlichen Geschlossenheit. Andernfalls kompromittiere man die europäische Politik, weil die Assemblée Nationale ihre Gefolgschaft verweigere³⁵⁶.

In Bonn stellte sich nun der Eindruck ein, als ob die Verhandlungen nicht so sehr an der Schwere der Probleme, sondern vor allem an den nicht enden wollenen Beratungen des Pariser Kabinetts und immer neuen französischen Forderungen litten. Von großer Inflation geplagt, durch den Indochinakrieg ausgelaugt und

³⁵⁰ Vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1042, Bl. 121–124, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 14. 1. 1952 (Konzept FS).

³⁵¹ Ebd., Bd. 1045, Bl. 44–51, Aufzeichnung de Guiringaud, 4. 3. 1952, im Auszug in: BDFD I, S. 124–127, hier S. 126; s.a. Rouché, Le Quai d'Orsay, S. 50.

³⁵² Vgl. Poidevin, Robert Schuman, S. 325.

³⁵³ Vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1042, Bl. 187–189, Bérard an MAE, Tel. 768/74, 27. 1. 1952.

³⁵⁴ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 5. 2. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 14–19, hier S. 14. u. 18; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1043, Bl. 17–18, François-Poncet an MAE, Tel. 1099/108, 6. 2. 1952, Priorité; Bruce an Dep. of State, Tel. 4699, 3. 2. 1952, Secret, Priority, in: FRUS, 1952–1954, Bd. 7, S. 7–9; McCloy an dass., Tel. 1437, Secret, Priority, in: ebd., S. 9–12.

³⁵⁵ Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 99, Tb. 6. 2. 1952.

³⁵⁶ S. Schuman an Acheson, 7. 2. 1952, Secret (Übersetzung), in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 26–28; Poidevin, Robert Schuman, S. 325 f.

besorgt über das rasche Wiedererstarken der Wirtschaftsmacht Deutschland³⁵⁷, richtete sich der Ärger der Franzosen hauptsächlich gegen die USA. Das Gefühl, der eigene Großmachtstatut sei im Schwinden begriffen, vergrößerte noch die ohnehin vorhandene Zerrissenheit im Lande über die Wirtschaftspolitik, die Rolle des Staates, die Bildungsreform und landwirtschaftliche Subventionen. Die Wahlen vom Juni 1951 hatten das gemäßigte Zentrum geschwächt und insgesamt zu einer Polarisierung zwischen den Kommunisten auf der linken und den Gaullisten auf der rechten Seite des parteipolitischen Spektrums geführt. Innerhalb des ersten Vierteljahres 1952 lösten sich drei Kabinette im Amt ab. In der großen Parlamentsdebatte zur Europa- und Deutschlandpolitik sah sich die Regierung Mitte Februar einer geschlossenen Front von Kommunisten und Gaullisten gegenüber, während die übrigen Fraktionen von den Sozialisten bis zu den Gemäßigten gespalten waren³⁵⁸. In der Deutschlandpolitik ließen sich dabei zwei Tendenzen erkennen: der Wunsch nach Integration in den Westen und nach Kontrolle durch eine Viermächtevereinbarung mit den Sowjets. Beide verband das gemeinsame Ziel, den Großmachtstatus Frankreichs zu erhalten und die Hierarchie gegenüber dem östlichen Nachbarn festzuschreiben. Daß die stockenden Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts dann in den Sog einer scharfen deutsch-französischen Auseinandersetzung über die Saarfrage gerieten³⁵⁹, konnte weder Bonn noch Paris gefallen. Zwar bemühten sich beide Seiten, die Wogen rasch zu glätten und das gemeinsame Interesse an der Verhinderung einer „aggravation irremédiable“ herauszustellen³⁶⁰. Eine Beilegung der Krise schien indes nicht in Sicht. Entrüstet wehrte sich der Quai d'Orsay gegen das Drängen des State Departments auf größere Zugeständnisse. Man wußte zwar um die Unzulänglichkeit des Systems der Kontrollen und hatte deshalb die Initiative zur europäischen Integration ergriffen. Doch diese Politik mußte aufgrund der internationalen Situation durch bestimmte Maßnahmen ergänzt werden. „Six ans après l'effondrement du nazisme, il est un peu tôt pour que notre Alliée ne fasse aucune différence entre la France et l'Allemagne et prétende partager également entre elles les responsabilités.“³⁶¹

Der Gegenwind kam aber nicht nur von Westen. Auch aus Osten blies er der französischen Führung ins Gesicht. Anfang März wurde sie von der Nachricht aufgeschreckt, der Deutsche Bundestag verlange die vollständige Wiederherstellung der legislativen Souveränität und sehe sich dann an die Bestimmungen der deutsch-alliierten Abkommen nicht gebunden. Damit schien das gesamte Vertragswerk in Frage gestellt, da es doch darauf beruhte, daß die Bundesrepublik für die Übergabe der vollen Autonomie gewisse Verpflichtungen zu übernehmen hatte, deren Achtung durch die Möglichkeit zur Anrufung eines Schiedsgerichts

³⁵⁷ S. François-Poncet an Schuman, 7. 3. 1951, nebst Aufzeichnung, 1. 3. 1951, im Auszug in: BDFD II, S. 158–165.

³⁵⁸ Vgl. Kap. III.4.2; s.a. AsD, NL Erler, Bd. 223, Erler an Knorre, 21. 2. 1952, im Auszug in: BDFD III, S. 833 f.

³⁵⁹ Vgl. Kap. III.3.2.

³⁶⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 387, Bl. 68 f., Aufzeichnung der Unterabt. Zentral-europa im MAE, 8. 2. 1952 (Konzept JS).

³⁶¹ Ebd., Généralités, Bd. 143, Bl. 30 f., Abt. Europa im MAE an Washington, Tel. 2614/17, 12. 2. 1952.

gewahrt sein sollte. Wenn aber eine Seite der Vertragspartner sich nun die völlige Freiheit vorbehielt, konnte das System natürlich nicht funktionieren³⁶². Vehement wies Schuman, der beim jüngsten Regierungswechsel von Edgar Faure zu Antoine Pinay Anfang des Monats offenbar nur mit Mühe sein Ministeramt behalten hatte³⁶³, auch die Widerstände Adenauers gegen die Bezugnahme auf die Kontrollratsproklamation Nr. 1 vom 30. 8. 1945 im Überleitungsvertrag³⁶⁴ zurück, weil er dahinter die Absicht des Kanzlers witterte, den Begriff der Obersten Gewalt in Frage zu stellen³⁶⁵. Insgesamt setzte sich in der französischen Diplomatie der Eindruck fest, als versuchten die Deutschen längst geklärte Fragen unter Zeitdruck wieder aufzuwerfen und günstiger zu regeln. „Malgré sa fermeté, la Délégation alliée est souvent obligée de céder à l’obstination des Allemands, et, peu à peu, les ‘Conventions Annexes’ perdrent ce qu’elles pouvaient avoir de discriminatoire à l’égard de l’Allemagne.“³⁶⁶

Auch die im Zuge der „Stalin-Note“ vom März heftig entbrannte innerdeutsche Diskussion über die Vereinbarkeit von Westbindung und Wiedervereinigung³⁶⁷ belastete die Konsultationen schwer. Adenauer versuchte daher die Verhandlungen, die ursprünglich ja bis Ende 1951 abgeschlossen sein sollten, Anfang April abermals zu forcieren, um „die Verträge so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen“³⁶⁸. Er sekundierte damit McCloy, aber auch Acheson, der seine Kollegen in London und Paris anhielt, die Dokumente bis zum 9. 5. zu unterzeichnen, damit sie noch rechtzeitig dem Kongreß, der sich am 3. 7. zu vertagen beabsichtigte, zur Ratifikation vorgelegt werden konnten³⁶⁹.

In Paris fühlte man, daß es schwierig werden würde, dem Bonner und Washingtoner Drängen standzuhalten, warnte aber vor jeglicher Überstürzung³⁷⁰. Es galt, den Eindruck zu vermeiden, als hätten die Westmächte den Abschluß der Verhandlungen nur wegen der „Stalin-Noten“ beschleunigt. Wenn man auch kein Interesse daran hatte, sich von Moskau in endlose Palaver über Deutschland verwickeln zu lassen, mochte man diesen Dialog aber keineswegs abbrechen, „sans avoir faire apparaître qu’il ne conduisait à rien de sincère et d’acceptable“³⁷¹. Die zahlreichen offenstehenden Fragen³⁷² verlangten ebenfalls noch nach gründlichen

³⁶² S. ebd., *Allemagne*, Bd. 1045, Bl. 19f., dies. an den Präsidenten, Aufzeichnung, 3. 3. 1952 (Konzept FS oder JS).

³⁶³ S. PA, Abt. 3, AZ 205–00/22, Bd. 2, Hausenstein an AA, 205 Nr. 854, 7. 3. 1952.

³⁶⁴ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 4. 4. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 43–46.

³⁶⁵ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 1047, Bl. 44f., Schuman an Bonn, Tel. 2028/30, 7. 4. 1952.

³⁶⁶ Ebd., Bd. 1046, Bl. 58–65, François-Poncet an Schuman, Nr. 806/EU, 23. 3. 1952.

³⁶⁷ Vgl. Kap. III.1.2.

³⁶⁸ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 9. 4. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 57–73, hier S. 59.

³⁶⁹ S. Acheson an Bruce, Tel. 6022, 11. 4. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 639–642; Adenauer an Blücher, 16. 4. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 206.

³⁷⁰ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 1047, Bl. 83f., François-Poncet an MAE, Tel. 3047/51, 8. 4. 1952.

³⁷¹ Ebd., Bl. 107–109, ders. an dass., Tel. 3204/10, 14. 4. 1952, Réservé, Priorité.

³⁷² Vgl. Unterredungen zwischen Adenauer und der AHK vom 4., 9., 16., 21. 4., 1., 8., 13., 15./16., 19., 21. u. 22. 5. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, Nr. 40–52; AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 1048, Bl. 50–59, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 17. 4. 1952.

Beratungen. Schuman lehnte es denn auch mit aller Schärfe ab, sich den Fixpunkt von Acheson diktieren zu lassen, obwohl der den Abschluß der Gespräche Mitte April auf den 20. Mai verlegte³⁷³. Peinlich genau wachte der Minister darüber, auch in den letzten Verhandlungsrunden nicht zuviel von seinen deutschlandpolitischen Interessen preiszugeben. Entsprechend kritisch äußerte sich François-Poncet Ende April über ein Interview Adenauers³⁷⁴, in dem der Kanzler hervorgehoben hatte, daß der Generalvertrag für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands eine Revision aller Verträge vorsähe. Sollte sich, drohte er in der Hohen Kommission, im Hexagon die Auffassung verbreiten, man bringe für eine Abmachung Opfer, die vielleicht schon bald Makulatur sei, so sei die parlamentarische Billigung kaum zu erwarten³⁷⁵.

Trotz der gravierenden Dissonanzen zwischen Bonn und Paris zweifelte Adenauer keinen Moment, letzten Endes auch mit den Franzosen zu Rande zu kommen³⁷⁶. Im Hotel Dreesen wurde diese Haltung sehr wohl wahrgenommen und honoriert. François-Poncet erkannte auch, wie Adenauer unter zunehmenden innenpolitischen Druck seitens der SPD, der FDP und selbst innerhalb des eigenen Kabinetts geriet. Die mit dramatischen Gesten und in pathetischem Ton vorgetragenen Bitten des Kanzlers nach weiteren Konzessionen wirkten auf ihn daher durchaus verständlich³⁷⁷. Gleichwohl kamen die Bemühungen der Regierungen um einen Ausgleich nationaler Gegensätze nur äußerst mühsam voran. Sie hätten sich ein Beispiel an den Historikern beider Nationen nehmen können, die in aller Stille zeigten, wie die jahrhundertealten Schlacken eines überlebten Nationalismus gemeinsam beseitigt werden konnten. Nach mehrmonatigen Gesprächen verabschiedete ein bilateraler Sachverständigenausschuß in diesen Wochen eine Vereinbarung über strittige Fragen europäischer Geschichte, die nicht nur für die Gestaltung des Geschichtsunterrichts an Schulen richtungsweisend sein sollte³⁷⁸. Doch diese „Kleine[n] Grenzberichtigungen“³⁷⁹ mußten wirkungslos bleiben, würde es den Staatsmännern nicht gelingen, Korrekturen im Großen folgen zu lassen.

Anfang Mai änderte Adenauer plötzlich abermals seine Taktik, begann die Verhandlungen zu verzögern, um zunächst seine Koalition auf Kurs zu bringen³⁸⁰. Geradezu bedrohlich für ihn hatte sich in diesen Tagen die „Meuterei“³⁸¹ seiner

³⁷³ S. Schuman an Acheson, 19. 4. 1952, Secret (Übersetzung), in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 32 f.; die französische Fassung wurde mitgeteilt in: AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 68, Bl. 266, Unterabt. Zentraleuropa im MAE an Bonn etc., Tel. 2249/53 etc., 21. 4. 1952, Réservé. Die Schärfe des Schreibens veranlaßte François-Poncet, Adenauer nur die Substanz, nicht aber den Wortlaut des Textes zur Kenntnis zu bringen (ebd., Bl. 267, François-Poncet an MAE, Tel. 3415, 22. 4. 1952, Secret, Réservé, Priorité).

³⁷⁴ Zu dem Interview s. AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 126, Anm. 5.

³⁷⁵ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 28. 4. 1952, in: ebd., S. 127.

³⁷⁶ S. Lenz, Tagebuch, S. 307, Tb. 30. 4. 1952.

³⁷⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1049, Bl. 23–25, Bérard an MAE, Tel. 3873/81, 2. 5. 1952; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 398, Tb. 2. 5. 1952.

³⁷⁸ Der Text der im März 1952 veröffentlichten Vereinbarung in: Deutsch-französisches Institut (Hg.), Deutschland-Frankreich, Bd. 1, S. 51–65; vgl. Bruley, Historikertreffen; Riemenschneider (Hg.), Geschichte; ders., Verständigung.

³⁷⁹ Artikel Ritter, in: „Christ und Welt“, 6. 5. 1952, im Auszug in: BDFD III, S. 882–884, hier S. 882.

³⁸⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1049, Bl. 56 f., Bérard an MAE, Tel. 4015/16, 5. 5. 1952.

³⁸¹ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 927.

eigenen Fraktion gegen die fehlende Unterrichtung über die bisherigen Verhandlungsergebnisse entwickelt. Getreu dem Motto, „daß die Regierung die außenpolitischen Verhandlungen führt und das Ergebnis dann dem Parlament zur Entscheidung vorlegt“³⁸², hatte der Kanzler argwöhnisch darauf geachtet, nur seinen engsten Beraterkreis einzuweihen. Als abschreckendes Beispiel hatte er dabei nicht zuletzt das französische Machtgefüge vor Augen, in dem der Außenpolitische Ausschuß der Nationalversammlung weitgehende Zuständigkeiten besaß und die Regierung durch bindende Resolutionen immer wieder festlegte. Adenauer ließ daher das Kabinett und die Koalitionsfraktionen mit „großer Unverfrorenheit“³⁸³ weitgehend im dunkeln, sah sich aber jetzt, in den kritischen Wochen zwischen der zweiten sowjetischen und der zweiten westlichen Antwortnote, gezwungen, mit der Unterrichtung der Koalitionsparteien zu beginnen. Auf der Sondersitzung der Bundesregierung vom 10. 5. legte er einen Entwurf des Generalvertrags vor und warb trotz körperlich schlechter Verfassung mit Verve und taktischer Finesse für die bisherigen Ergebnisse seiner Verhandlungen. Um seinen Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, warnte Adenauer davor, die deutsche Frage isoliert nur aus dem Blickwinkel eigener Interessen zu betrachten. Die Westbindung sei zwingend erforderlich, um den europäischen Zusammenschluß möglich zu machen. Zugleich werde aber die Wiedervereinigung nicht verhindert, denn die USA und England wollten die deutsche Einheit. Auch in Frankreich habe sich seit 1947 „nicht bei allen“, aber „bei den maßgebenden politischen Kreisen“ die Überzeugung eingestellt, die Spaltung müsse aufgehoben werden, weil es sonst keinen Frieden in Europa gebe. Adenauer wollte freilich nicht nur auf die Größe und Tragweite der Aufgabe verweisen. Ihm ging es auch darum, die Grenzen der deutschen Verhandlungsposition eindringlich vor Augen zu führen. Bemerkenswerterweise bediente er sich dabei jener Wendung, die François-Poncet ihm gegenüber wenige Tage zuvor benutzt hatte: „Was jetzt geschieht, ist die Liquidation eines verlorenen Krieges, und wir bilden uns viel zu viel ein, wenn wir glauben, wir wären durch die politisch und wirtschaftlich günstige Entwicklung, die seit [19]49 eingetreten ist, schon in die Reihe der gleichberechtigten und freien Völker eingetreten, und wir könnten deshalb zu Verhandlungen und Verträgen unter freien Völkern kommen.“ Ein Zurückweisen des Vertrages provoziere isolationistische Tendenzen in den USA und werfe die Bundesrepublik um Jahre zurück. Zwar behauptete er, keinen Druck ausüben zu wollen, doch genau das tat er, als er drohend hinzufügte: „Wenn der Bundestag nicht ratifiziert, würde das Besatzungsstatut in voller Stärke wieder in Kraft treten“³⁸⁴.

Des Kanzlers Gefahrenszenario hielt die Minister aber nicht von einer geballten Ladung Kritik ab, die sich vor allem auf den Artikel VII.3, die Bindungsklausel, die Notstandsklausel und jene Teile der Annexverträge bezog, die große finanzielle Belastungen bringen mußten³⁸⁵. Die Regierung geriet in eine schwere Krise,

³⁸² Interview Adenauers mit Friedländer, 28. 5. 1952, in: Bulletin, Sonderausgabe, 29. 5. 1952.

³⁸³ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 925.

³⁸⁴ Sondersitzung der Bundesregierung, 10. 5. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 273–302, hier S. 282 u. 280; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 933–936.

³⁸⁵ S. Sondersitzung der Bundesregierung, 10. 5. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 291–302; Kabinettsitzung, 13. 5. 1952, in: ebd., S. 314–320; Sondersitzung der Bundesregierung, 14. 5. 1952,

die durchaus zum Sturz führen konnte, weil sowohl Meinungsführer innerhalb der CDU als auch der Koalitionspartner FDP dem Kanzler die uneingeschränkte Gefolgschaft verweigerten³⁸⁶. Adenauer sah sich gezwungen, der Hohen Kommission zahlreiche neue Formulierungen vorzulegen. Bezeichnenderweise ging er auch auf die Kritik am Artikel VII.3 ein, weil er mittlerweile den Eindruck gewonnen hatte, Frankreich „werde gegen die Wiedervereinigung sein, wenn Gesamtdeutschland an die Verträge gebunden sein würde“³⁸⁷!

Im Quai d'Orsay sah man in den innenpolitischen Problemen des Kanzlers jedoch keinen Grund, mehr als redaktionelle Veränderungen der ausgehandelten Vertragsformulierungen zuzugestehen³⁸⁸. Schließlich ging es doch, wie François-Poncet ihm in diesen Tagen wiederholt klarmachte, um die „Liquidation des von Deutschland verlorenen Kriege“³⁸⁹. In Übereinstimmung mit Washington und London lehnte Paris daher bereits am 8. 5. auch energisch die Bonner Forderung ab, die inzwischen durch die Bildung einer sozialliberalen Regierung in Stuttgart eingetretene Änderung der Mehrheitsverhältnisse des Bundesrates zu berücksichtigen. Adenauer wünschte jetzt besonders heikle Bestimmungen aus dem Vertragswerk ausgeklammert und dem Bundesrat nachträglich in einem zweiten Vertrag getrennt vorgelegt zu sehen. Mit bekannt dramatischer Übertreibung glaubte er „alles gefährdet. Es handle sich um die entscheidendste und wichtigste Frage, die bisher vorgekommen sei“. Doch Bérard reagierte kühl: „die Schwierigkeiten in Frankreich würden sehr viel größer sein, wenn nicht jetzt schon alle Fragen eindeutig geregelt würden“³⁹⁰.

Ebenso energisch verwahrte sich sein Außenminister gegen den Vorschlag des Bundeskanzlers, den Generalvertrag „Deutschlandvertrag“ zu taufen. Diese Formel war ja nicht nur sprachlich falsch, da das Dokument eben nur einen Teil Deutschlands betraf, sondern politisch höchst unpassend. Auf Vorschlag seiner Diplomaten im Hotel Dreesen³⁹¹ plädierte er statt dessen für die Bezeichnung „Bonner Vertrag“³⁹². Adenauer wollte indes auf die ihm von Staatssekretär Lenz³⁹³ in die Hand gelegte propagandistische Waffe im Kampf gegen Ost-Berlin nicht verzichten und konfrontierte die Hohe Kommission in den Sitzungen am 15./16. und am 19. 5. mit einem offiziellen Antrag. Daß er auf den Widerstand Bérards traf, war nicht verwunderlich. Aber auch McCloy hielt nichts von der

in: ebd., S. 321–323; Grewe, Rückblenden, S. 151–153; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 106f., Tb. 29., 30.4., 9., 11. u. 26. 5. 1952; Lenz, Tagebuch, S. 317–340, Tb. 10., 11., 12., 13., 14., 16. u. 20. 5. 1952.

³⁸⁶ Vgl. Dittmann, Adenauer, S. 236–264; Glatzeder, Deutschlandpolitik, S. 55–57; Hofmann, Truppenstationierung, S. 142–145; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 931; ders. (Hg.), Legende, S. 77f.

³⁸⁷ Lenz, Tagebuch, S. 339, Tb. 20. 5. 1952.

³⁸⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1049, Bl. 112, Parodi an Bonn, Tel. 2583/85, 7. 5. 1952; Conseil des Ministres, 7. 5. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 314.

³⁸⁹ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 28. 4. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 145; s.a. Unterredung zwischen dens. vom 24. 4. 1952, in: ebd., S. 102.

³⁹⁰ Unterredung zwischen dens. vom 8. 5. 1952, in: ebd., S. 173–188, hier S. 176; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 938, Bl. 68–71, François-Poncet an MAE, Tel. 4034/47, 9. 5. 1952, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 399, Tb. 8. 5. 1952; zum Ausgang der Landtagswahlen in Baden-Württemberg vom 9. 3. 1952 s. Schwarz, Adenauer 1949–1957, S. 479.

³⁹¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1049, Bl. 179–181, de Guiringaud an François-Poncet, Fiche, 9. 5. 1952; ebd., Bl. 211, Aufzeichnung de Guiringaud, 10. 5. 1952.

³⁹² S. Schumann an François-Poncet, Tel. 2822/23, 10. 5. 1952, Réservé, in: BDFD I, S. 134.

³⁹³ S. Lenz, Tagebuch, S. 307, Tb. 30. 4. 1952.

Formel³⁹⁴, so daß das Problem auf der anstehenden Bonner Außenministerkonferenz entschieden werden mußte.

Trotz dieser Widerstände bat Adenauer zunächst McCloy am 19.5. persönlich³⁹⁵ und dann am 21. 5. die Hohe Kommission³⁹⁶ erneut um die Streichung des Artikels VII.3 – vergeblich, hatte sie doch nicht zuletzt Schumachers Verdikt, wer dem Generalvertrag zustimme, „hört auf, ein Deutscher zu sein“³⁹⁷, sehr mißtrauisch gemacht. Namentlich für François-Poncet war die Abänderung völlig unmöglich. Denn er unterstellte einem geeinten Deutschland einen Schwenk nach Osten, nachdem die Bundesrepublik vom Westen all das eingestrichen hatte, was der ihr bieten konnte³⁹⁸.

Die Hartnäckigkeit des Quai d'Orsay resultierte freilich nicht nur aus dem Argwohn gegenüber den Deutschen, sondern eben auch aus der eigenen Zwangslage. Wie Adenauer stand Schuman in diesen schicksalsträchtigen Tagen unter erheblichem innenpolitischem Druck. Als er am 21. 5. die Vertragstexte im Conseil des Ministres vorstellte, schlugen ihm äußerst kritische Fragen entgegen. Der Verlauf der Kabinettsitzung zeigte mehr als deutlich, wie schwer es Frankreich weiterhin fiel zu glauben, daß die deutsche Politik sich tatsächlich geändert habe. Ein „inferiority complex“ breitete sich in der classe politique aus, gespeist von der Furcht, vom deutschen Nachbarn angesichts der eigenen Probleme in Indochina sowie dessen Wirtschaftswachstums und wieder erstarkenden Nationalismus schon bald in den Schatten gestellt zu werden. Die engen Handlungsspielräume erlaubten der Regierung kaum mehr als die Fortsetzung der traditionellen Politik³⁹⁹. Gezeichnet von den strapaziösen Verhandlungsrunden der letzten Wochen, charakterisierte Schuman den Generalvertrag gegenüber seinen Kollegen mehrfach als provisorisches Friedensabkommen. Er gelte bis zur Erlangung der deutschen Einheit, die man nur akzeptiere, wenn Deutschland die Vertragsverpflichtungen billige. Namentlich Auriol reichten diese Ausführungen nicht aus. Daß er die unbedingte Durchsetzung der bisher nicht erfüllten Forderungen nach Reparationen aus der laufenden Produktion und nach einer Klärung der Situation der Besatzungstruppen in der Übergangszeit sowie die Unantastbarkeit seines Begnadigungsrechtes für Kriegsverbrecher verlangte, war noch der geringere Einwand. Der Präsident stellte unverblümt das gesamte Vertragskonstrukt mit der Frage zur Disposition, ob es nicht sinnvoll sei, die Unterzeichnung der Dokumente bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung hinauszuzögern, da ein vereinigtes Deutschland die Mitgliedschaft zur europäischen Armee aufkündigen könne. Artikel VII schien Auriol völlig unzureichend, die dort festgelegte Garantie wirkte auf ihn geradezu „illusoire“. Verteidigungsminister Pleven mochte dem nicht zu-

³⁹⁴ S. Unterredungen zwischen Adenauer und der AHK vom 15./16. u. 19. 5. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 221 f., 231 u. 250.

³⁹⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1050, Bl. 34, François-Poncet an MAE, Tel. 4856/60, 20. 5. 1952, Priorité.

³⁹⁶ S. Lenz, Tagebuch, S. 343, Tb. 23. 5. 1952.

³⁹⁷ Interview Schumachers mit „UP“, 15. 5. 1952, in: Schumacher, Reden, S. 902–905, hier S. 902. In AdG wird Schumacher fälschlicherweise mit den Worten zitiert, wer dem Generalvertrag zustimme, „hört auf, ein guter Deutscher zu sein“ (AdG 1952, S. 3482).

³⁹⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1050, Bl. 34, François-Poncet an MAE, Tel. 4856/60, 20. 5. 1952, Priorité; Rouche, Le Quai d'Orsay, S. 51.

³⁹⁹ Acheson an Truman, 26. 5. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 680–683, hier S. 682.

zustimmen. Seiner Meinung nach lag es nicht im französischen Interesse, die deutsche Einheit zu forcieren. Ganz im Sinne Schumans sah er den wesentlichen Sinn der Verträge darin, die Bundesrepublik fest in den Westen zu verankern. Der Außenminister stimmte den konkreten Forderungen des Präsidenten zu, trat seiner Auslegung des Artikels VII aber entgegen. Der Wert dieser Stipulation sei weniger juristisch als politisch zu verstehen. Die Unterzeichnerstaaten würden die deutsche Einheit nur unter der Bedingung hinnehmen, daß der gesamtdeutschen Regierung die Fortsetzung der Integrationspolitik zugestanden würde. Natürlich bliebe die Tür aber für Viermächtegespräche mit der Sowjetunion über die Regelung der „deutschen Frage“ offen⁴⁰⁰.

Als sich die westlichen Außenminister am 24. 5. zu ihrer dreitägigen Konferenz in Bonn trafen, stand Schuman im Wort, und er ließ nichts unversucht, seine Interessen gegen den Widerstand Achesons und Edens durchzusetzen. Strittig war neben dem Anspruch auf zusätzliche angelsächsische Garantien im EVG-Vertrag⁴⁰¹ vor allem die von ihm verlangte Möglichkeit für Reparationen aus der laufenden Produktion im Fall eines Friedensvertrages. Adenauer wies dies in der gemeinsamen Sitzung am 24./25. 5. strikt zurück und setzte sich damit schließlich auch um den Preis eigener Konzessionen in den Finanzfragen durch⁴⁰². Zugleich gestanden die Minister ihm zu, den Generalvertrag im internen Sprachgebrauch „Deutschlandvertrag“ nennen zu dürfen. Im Hinblick auf Artikel VII.3 waren sie bereit, seine erheblichen politischen Schwierigkeiten in Rechnung zu stellen⁴⁰³, und verabschiedeten mit ihm einen zwischen Acheson und deutschen Abgeordneten unter Führung von Brentanos am 25. 5. abgestimmten Text⁴⁰⁴. Adenauer fand ihn zwar nicht glücklich, akzeptierte ihn aber unter Beachtung der Bedenken der Koalitionsparteien⁴⁰⁵. Weniger entgegenkommend zeigten sich die Minister in einer äußerst brisanten Frage von größter Tragweite. Der Kanzler wünschte, Teile des Generalvertrags auch dann in Kraft setzen zu dürfen, wenn die Ratifikation des EVG-Vertrags sich verzögerte. Dies lehnten seine Kollegen ab, gestanden ihm aber für den Eventualfall ein neues Treffen zu, um die Situation zu beraten. Ziel derartiger Erörterungen, darin war sich der Kanzler mit dem französischen Außenminister einig, sollte es sein, gewisse Teile aus den Verträgen zu separieren und in einer parlamentarisch nicht zustimmungsbedürftigen Form umzusetzen⁴⁰⁶.

⁴⁰⁰ Conseil des Ministres, 21. 5. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 342–345, hier S. 344.

⁴⁰¹ Vgl. Kap. III.4.2.

⁴⁰² S. Bonner Konferenz, 24./25. 5. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 345–348; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1050, Bl. 243–247, Konferenz der drei Außenminister vom 24. 5. 1952, Très secret; Konferenz ders. vom 24. 5. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 91 f.; vgl. zusammenfassend: Rouche, Le Quai d'Orsay, S. 51 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 949–953.

⁴⁰³ S. Bonner Konferenz vom 25. 5. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 351.

⁴⁰⁴ S. Acheson, Creation, S. 645 f.

⁴⁰⁵ S. Kabinettsitzung, 30. 5. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 363 f.

⁴⁰⁶ S. Bonner Konferenz vom 24./25. 5. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 343; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1050, Bl. 243–247, Konferenz der drei Außenminister vom 24. 5. 1952, Très secret; Konferenz ders. vom 24. 5. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 90 f.

Ungeachtet dieser Kompromisse schien eine Unterzeichnung des Vertragswerkes noch am 25. 5. „hardly possible“⁴⁰⁷. Erst am Morgen danach gelang es den Vertretern der vier Regierungen, die letzten strittigen Punkte auszuräumen. Möglich wurde dieser Erfolg, weil Adenauer stets wußte, wann es galt, hart zu bleiben oder nachzugeben, und Schuman sich gegenüber dem Conseil des Ministres für die Ergebnisse einsetzte. Er übersah die Risiken der Verträge keineswegs. Gefährlicher mutete ihm aber eine Isolierung Frankreichs durch den Verlust der Verbündeten an, denn dann konnte auch Deutschland zur Bedrohung werden. „Il est clair que l'Allemagne ne sera dangereuse pour elle [la France] que si l'appui des Etats-Unis et de la Grande-Bretagne venait à lui faire défaut.“⁴⁰⁸

Mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten am 26.5. in Bonn und des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft am Tage darauf in Paris⁴⁰⁹ endete die erste Etappe auf dem Weg zur Souveränität der noch jungen Bundesrepublik! Im Selbstverständnis der beteiligten Politiker und Diplomaten bedeutete sie geradezu „un tournant de l'histoire d'après-guerre“⁴¹⁰. Das Vertragswerk zog einen „Schlußstrich“ unter eine dunkle Epoche deutscher Geschichte und leitete für die Bundesrepublik eine Phase ein, in der sie sich „vom Feind zum Partner der freien Welt“ entwickelte. Die offene Wunde der deutschen Teilung verlangte natürlich danach, vor der Öffentlichkeit die Kompatibilität der Verträge mit dem Staatsziel der deutschen Einheit herauszukehren. Aber es war gewiß mehr als nur die notwendige ‚Beruhigungsspritze‘ für nationale Kreise, wenn der Kanzler das Erreichte im Presseinterview als „das einzige Mittel“ bezeichnete, „um uns der deutschen Einheit in Freiheit näher zu bringen“. Wollte man nicht zum „Spielball widerstreitender Kräfte“ oder zum „willenlosen und ausgebeuteten Werkzeug der Moskauer Machtpolitik“ werden, gab es in seinen Augen eben nur die Bindung an den Westen. Deutschlands Hoffnung und Chance lag für ihn darin, die Sowjetunion auf lange Sicht zur Verständigung zu zwingen⁴¹¹.

Bei genauer Betrachtung des Erreichten konnte der Kanzler natürlich nicht darüber hinwegsehen, daß er den von ihm ursprünglich anvisierten „Friedensvertrag für den souveränen Teilstaat Bundesrepublik“ nicht erreicht hatte⁴¹². Entgegen der von ihm im Bürgerstock-Entwurf markierten Marschroute behielten sich die Westmächte nicht zuletzt wegen des ständigen Drängens der französischen Regierung wichtige Befugnisse gegenüber Berlin und Deutschland als Ganzes vor. Die Bundesrepublik konnte ihre Kompetenzen daher nur auf dem eigenen Territorium ausüben, was insbesondere in der Saarfrage von Bedeutung war. Die Reservatrechte gaben den Alliierten zur großen Genugtuung Frankreichs außerdem

⁴⁰⁷ Acheson an Truman, 26. 5. 1952, Secret, in: ebd., Bd. 5, S. 680.

⁴⁰⁸ François-Poncet an Schuman, Nr. 1464/CM, 31. 5. 1952, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 710–728, hier S. 720. Zur Numerierung des Monatsberichts s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 127, Bl. 113.

⁴⁰⁹ Vgl. Kap. III.4.2.

⁴¹⁰ François-Poncet an Schuman, Nr. 1464/CM, 31. 5. 1952, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 710.

⁴¹¹ Interview Adenauers mit Friedländer, 28. 5. 1952, in: Bulletin, Sonderausgabe, 29. 5. 1952.

⁴¹² Köhler, Adenauer, S. 681.

die Möglichkeit, „de continuer à contrôler l'Allemagne grâce au quatrième partenaire, l'URSS, qui, cependant, reste absent du système et ne peut donc le paralyser“⁴¹³.

Die Sicht des Quai d'Orsay, die Bonner Republik mit Hilfe des Kreml zu kontrollieren, die Westbindung aber auf keinen Fall von ihm untergraben zu lassen, entsprach freilich nicht der Stimmung jener Kreise an der Seine, denen der von Frankreich zu entrichtende Preis vor allem in sicherheitspolitischer Hinsicht zu hoch und das Kontrollsystem zu löchrig anmutete. Schuman konnte diese auf die nationale Eigenständigkeit und gegen die Westbindung der Bundesrepublik eingestellte einflußreiche Richtung französischer Außen- und Deutschlandpolitik nicht ‚links liegen lassen‘. Im Gegensatz zu Adenauer sah er denn auch keinen Grund, die beiden Verträge beschleunigt über die parlamentarischen Hürden zu bringen⁴¹⁴. Der Kanzler drängte zwar zur Eile, doch auch am Rhein schien der Erfolg des Ratifikationsverfahrens nicht sicher. Zwar sei Adenauer, so betonte François-Poncet, anders als Stresemann in der glücklichen Lage, sich auf seine Partei verlassen zu können. Doch ob er auch die Zustimmung durch das Volk erhalte, müsse sich erst noch erweisen. Denn die einen beklagten die hohen Kosten, andere sähen der Wiederbewaffnung mit gemischten Gefühlen entgegen, wieder andere akzeptierten die Verträge als geringeres Übel „et avec des arrière-pensées suspectes“⁴¹⁵.

⁴¹³ Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 8. 6. 1952, in: BDFD I, S. 135–140, hier S. 140; s.a. Rouche, *Le Quai d'Orsay*, S. 53 f.

⁴¹⁴ S. Kabinettsitzung, 30. 5. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 364; Conseil des Ministres, 29. 5. 1952, in: Auriol, *Journal*, Bd. 6, S. 368.

⁴¹⁵ François-Poncet an Schuman, Nr. 1464/CM, 31. 5. 1952, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 1, S. 726.

III.1.2 Bonn, Paris und die Moskauer Notenoffensive 1952

Die in der deutschen und französischen Regierungszentrale unverkennbare Erleichterung über den Abschluß der Verträge von Bonn und Paris erklärt sich über das materiell Erreichte hinaus gewiß zum Gutteil aus der implizit überstandenen Angst vor einem Erfolg der sowjetischen Note vom 10. 3. 1952 an die Westmächte¹. Indem der Kreml seinen Vorstoß genau in der prekären Endphase der deutsch-alliierten Verhandlungen lancierte, blieb er seiner Taktik treu, stets dann mit verheißungsvollen Angeboten zu locken, wenn die Politik der Westbindung der Bundesrepublik in eine neue Etappe ging.

Östliche Vorstöße

Stalins Coup stand in einer langen Reihe von Deutschland-Initiativen, deren Rahmen bereits die Erklärung der Ostblock-Staaten vom 21. 10. 1950² abgegeben und die Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 3. 11. präzisiert hatte. Moskau schlug darin eine unverzügliche Außenministerkonferenz mit dem Ziel vor, zum Potsdamer Protokoll zurückzukehren, Deutschland zu demilitarisieren, eine provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden und einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen³. Stalin reagierte damit auf ein in Absprache mit Adenauer dem sowjetischen Hohen Kommissar Tschujkow am 9. 10. übermitteltes Schreiben der Alliierten Hohen Kommission, in dem sie ihrerseits die baldige Einberufung einer aus freien gesamtdeutschen Wahlen hervorgehenden verfassunggebenden Nationalversammlung gefordert hatte⁴.

Frankreich hatte diesem *Procedere* nur widerwillig zugestimmt. Noch im Frühjahr 1950 war der Quai d'Orsay davon ausgegangen, daß eine Vereinigung der beiden Teile Deutschlands nur in Form eines Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik akzeptabel sei, wie die Westmächte es auf der letzten Tagung des Rates der vier Außenminister im Mai und Juni 1949 gefordert hatten⁵. Während die Amerikaner im Laufe der folgenden Monate zunehmend Vertrauen zu den Deutschen schöpften und einer frei gewählten gesamtdeutschen Nationalversammlung die Ausarbeitung einer freiheitlichen Verfassung zu übertragen gedachten⁶, drückten die Franzosen auf die Bremse. Da Bonn sich Washington „mit wehenden Fahnen“⁷ anschloß und London dem Beispiel folgte, sah Paris aber schließlich keine andere Möglichkeit, als sich der Übermacht der Partner zu beugen.

Auf den Moskauer Vorstoß vom 3. 11. reagierte die Führung an der Seine verhalten positiv. Auriol wollte auf das Angebot zur Ausarbeitung eines Friedensver-

¹ Zu den verschiedenen Standpunkten in der politischen, publizistischen und zeitgeschichtlichen Kontroverse zu den Stalin-Noten vgl. u. a. Baring, Anfang, S. 246, Anm. 90; Meissner, Sowjetunion, S. 480, Anm. 44.

² S. Prager Erklärung der Ostblockstaaten, 21. 10. 1950, in: AdG 1950, S. 2636A; Lemke, Grotewohl-Brief, S. 28 f.

³ S. Note der Sowjetunion an die Westmächte, 3. 11. 1950, in: EA 1951, S. 3711.

⁴ S. Adenauer an Kirkpatrick, 1. 10. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 284 f.; Kirkpatrick an Tschujkow, 9. 10. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 511 f.

⁵ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 80.

⁶ Vgl. Rupieper, Verbündeter, S. 213–220.

⁷ Lohse, Lockungen, S. 81.

trags mit Deutschland eingehen, sofern folgende Bedingungen erfüllt würden: Durchführung freier, direkter Wahlen unter UNO-Kontrolle mit dem Ziel einer Verfassungsgebenden Versammlung und der Benennung einer gesamtdeutschen Regierung, völlige Demilitarisierung und militärische Neutralität Gesamtdeutschlands⁸. Schuman lehnte die Viererkonferenz nicht prinzipiell ab, machte sie aber von einer vorherigen gründlichen Prüfung der Verhandlungsthemen abhängig, um nicht einem „simple manoeuvre de propagande“ aufzusitzen. Mochte Adenauer diese Vorsicht noch gefallen, so konnte es ihm aber ganz und gar nicht passen, daß der französische Außenminister die vorbereitende Diskussion im Kreis der Drei Mächte zu führen und ihn nur ganz allgemein ins Bild zu setzen beabsichtigte⁹.

Die Note des Kreml veranlaßte den Quai d'Orsay zu einer grundsätzlichen Tour d'horizon über die eigene Europapolitik. Neben das seit wenigen Jahren gültige Prinzip „de la couverture américaine en Europe“ trat nun als zweite Option die Détente mit Moskau bei völliger Demilitarisierung Deutschlands stärker in den Blickpunkt. Gewiß, sie mußte zum Rückzug der USA vom Kontinent führen, aber auch die erste Option, so formulierte Jean Laloy, Mitarbeiter Parodis im Generalsekretariat, in einer abwägenden Aufzeichnung, barg erhebliche Nachteile in sich. Denn sie implizierte die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und in ihrem Gefolge aufgrund der als gegeben angenommenen deutschen Wiedervereinigungsbestrebungen möglicherweise eine Veränderung des defensiven Charakters der westlichen Allianz: „Elle devient active, sinon offensive.“ Ginge der Westen auf die östliche Forderung der Demilitarisierung ein, gewänne Moskau einen doppelten Vorteil – die Eindämmung der Gefahr der deutschen Militärmacht und die Schwächung der atlantischen Koalition. Was aber erhielte der Westen? Im Maximalfall einen Friedensvertrag mit Deutschland und die Entlassung der Satelliten aus der sowjetischen Macht, was in keiner Weise als echte Kompensation für den Abzug der Amerikaner gelten konnte; im Minimalfall die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes und einen Modus vivendi, der auch Moskau als Gewinner sähe. So blieben aus der Sicht Laloys zwei Verhandlungsmöglichkeiten: Moskau, letztlich auch Washington davon zu überzeugen, daß man auf den Wehrbeitrag Deutschlands, nicht aber auf den amerikanischen Schutz verzichten könne, oder die Fortdauer des Okkupationssystems und der atlantischen Partnerschaft, ergänzt durch eine gegenseitige Nichtangriffsgarantie zwischen Ost und West. „Une telle conclusion de la Conférence est peut-être la seule qui ne soit pas une duperie. Elle aurait un écho certain dans l'opinion, notamment en France.“¹⁰

An einer Zustimmung zur Viermächtekonferenz ging aus französischer Sicht kein Weg vorbei, und Schuman ließ gegenüber den Abgeordneten der Assemblée Nationale am 14. 11. keinen Zweifel, daß er sich der Notwendigkeit bewußt

⁸ S. Auriol an Pleven, „Réflexions“, 7. 11. 1950, in: Auriol, Septennat, S. 303f.

⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 136, Bl. 40, de La Tournelle an Bonn, Tel. 3234, 7. 11. 1950.

¹⁰ Ebd., Bl. 80–86, Aufzeichnung des MAE, 20. 11. 1950 (Konzept JL)

war¹¹. In den westlichen Kapitalen verursachte er mit diesem freimütigen Zugeständnis erhebliches Stirnrunzeln. Und er beeilte sich, den Partnern zu versichern, daß er natürlich zunächst mit ihnen zu einer Übereinkunft über die deutsche Aufrüstung kommen wolle¹².

In Bonn wurde diese wichtige Zusage offenbar nicht bekannt. Nachdem Schuman öffentlich das Potsdamer Protokoll als Grundlage der Viermächteverhandlungen bezeichnet hatte, schloß die deutsche Diplomatie „gewisse Extratouren“ des Ministers nicht mehr aus¹³. Geradezu elektrisiert vernahm das Kanzleramt Anfang Dezember aus einer vom Pressedienst der französischen Hohen Kommission verbreiteten Agentur-Meldung, Paris wolle bei den Beratungen über die sowjetische Note anregen, Moskau die Zusicherung des Verzichts auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik für den Fall einer Einigung über die deutsche Einheit und die Demilitarisierung ganz Deutschlands zu geben¹⁴. Diese Zielsetzung lag ganz auf der Linie der auf die Neutralisierung Deutschlands abzielenden französischen öffentlichen Meinung, die ihr wichtigstes Sprachrohr in „Le Monde“ besaß. „Le maintien d’une Allemagne divisée“, so schrieb etwa Maurice Duverger in diesen Tagen, „constitue le défaut le plus grave de la diplomatie actuelle des Occidentaux.“ Als Lösung des Problems empfahl er dem Westen den Verzicht auf die Einbeziehung der Bundesrepublik in seinen militärischen Einflußbereich und dem Osten die Entlassung der DDR aus seiner politischen Einflußzone: „unification de l’Allemagne entière autour d’un gouvernement démocratique à occidentale (sur le modèle de celui de Bonn); mais neutralisation militaire de l’Allemagne entière, à qui tout réarmement serait interdit“¹⁵.

Adenauer war ob derartiger Zeitungsberichte verständlicherweise höchst alarmiert. Jede Viererkonferenz bedeutete eine Verzögerung beim Aufbau der deutschen Verteidigung, beim Abbau der Fesseln des Besatzungsstatuts und vergrößerte die Gefahr von Verhandlungen über den Kopf der Deutschen hinweg. Schon seit langem war er überzeugt, daß die neutralistischen Tendenzen à la „Monde“ nicht nur im Elysée, sondern auch im Quai d’Orsay starken Widerhall fanden und einflußreiche Kräfte dort darauf hinwirkten, mit Hilfe des traditionellen Zusammenspiels mit Rußland Deutschland zu neutralisieren und zu demilitarisieren. Hatten die Sowjets dies erst einmal erreicht, so würde es ihnen auch in kurzer Zeit gelingen, Deutschland ins eigene Kraftfeld zu ziehen und damit den ersten Schritt zur Sowjetisierung Europas zu setzen¹⁶. Nicht die Wiedervereinigung schlechthin durfte daher seiner Meinung nach das Ziel seiner Deutschlandpolitik sein, sondern die Einheit in Freiheit.

¹¹ S. Erklärung Schumans in der Assemblée Nationale, 14. 11. 1950, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1950, Bd. 9, S. 7694 f.; AdG 1950, S. 2675 C.

¹² S. Bevin an Harvey, Tel. 1240, 22. 11. 1950, Immediate, Confidential, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 277 f.

¹³ PA, Abt. 3, AZ 210–02/22, Bd. 1, Hausenstein an DfAA, 211 Nr. 1221, 24. 11. 1950.

¹⁴ S. ebd., Abt. 2, Bd. 360, Bl. 20, Strohm an Dittmann, Aufzeichnung 212–19 II 11906/50, 8. 12. 1950.

¹⁵ Artikel Duvergers, in: „Le Monde“, 25. 11. 1950, auch in: BDFD III, S. 93–95, hier S. 93 u. 94; s.a. Artikel Courtins, in: „Réforme“, 20. 1. 1951, auch in: ebd., S. 95–100.

¹⁶ S. Ansprache Adenauers vor dem Vorstand und den Vorsitzenden der Kreisparteien der CDU Rheinland und Westfalen, 13. 1. 1951, in: Adenauer, Reden, S. 212.

Waren Adenauers Ängste unbegründet? Ist der aus ihnen sprechende Eindruck wirklich „gänzlich falsch“¹⁷, der Quai d'Orsay habe noch geschwankt, welchem Lager Frankreich sich anschließen solle? Waren die Spitzenbeamten des Ministeriums, Parodi und Seydoux, tatsächlich so „treue Diener Schumans“¹⁸, daß ihnen ein Geschäft mit Moskau zum Zweck der Torpedierung der EVG nie in den Sinn kam?

Die Lage für die Bundesregierung spitzte sich zu, als der Ministerpräsident der DDR, Grotewohl, ihr am 30. 11. auf direkte Anordnung des Kreml den Vorschlag zur Einberufung eines „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates“ zwecks Vorbereitung der Bildung einer gesamtdeutschen provisorischen Regierung, Beratung der Vier Mächte bei der Ausarbeitung eines Friedensvertrages und Organisation gesamtdeutscher Wahlen unterbreitete¹⁹. Adenauer mußte nun nach innen wie nach außen mit großer Vorsicht agieren. Die Hohe Kommission wirkte nach diesem ersten direkten Kontakt zwischen den deutschen Teilstaaten ziemlich nervös, und der Kanzler registrierte dies genau²⁰. Für ihn kam es jetzt vor allem darauf an, sich als standhafter Parteigänger des Westens zu präsentieren und zugleich Einfluß auf die alliierte Entscheidungsfindung zu nehmen. Wenige Tage nach dem Schreiben aus Ost-Berlin beschloß er, die Westmächte schriftlich darum zu bitten, ihn zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu den Beratungen über die Vorbereitung der Viererkonferenz hinzuzuziehen²¹. Die Absendung des Briefes erübrigte sich dann, weil McCloy ihm am 9. 12. eine Anhörung vor Absendung der westlichen Antwortnote an Moskau zusagte²². In Bonn stellte sich eine vorübergehende Beruhigung ein, zumal das Generalkonsulat in Paris Nachrichten über etwaige französisch-russische Fühler und eine weitgehende Konzessionsbereitschaft in der „deutschen Frage“ als sowjetisches Störmanöver entlarvte. Frankreich, so betonte Albrecht von Kessel, besitze „gar nicht das genügende Gewicht [...], um eine eigene weltpolitische Linie zu verfolgen“. Dies schließe nicht aus, daß es daran interessiert sei, mit Verhandlungen die weltpolitischen Spannungen zu mildern, eventuell auch den Anschein eines Flirts mit Moskau zu erwecken, um von den USA „größere Konzessionen zu erpressen“. Insgesamt sah der Diplomat aber mit Blick auf die Viererkonferenz keinen Grund zu ernsthaften Befürchtungen, glaubte gar, die Veranstaltung könne einen Zeitgewinn und „eine wirkliche Kompromittierung Rußlands“ bringen²³.

Den latenten Argwohn des Kanzlers gegenüber einem sowjetisch-französischen Techtelmechtel vermochte er dennoch nicht zu beseitigen. Freilich sah sich auch Adenauer genauer Beobachtung der Westmächte ausgesetzt. Vor Partei-

¹⁷ Lohse, Lockungen, S. 135.

¹⁸ Ebd., S. 136.

¹⁹ Grotewohl an Adenauer, 30. 11. 1950, in: EA 1951, S. 3716; vgl. ausführlich: Lemke, Grotewohl-Brief.

²⁰ Vgl. Aufzeichnung Dittmann, 4. 12. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 448 f.; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 36.

²¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 360, Bl. 14–14a, Adenauer an François-Poncet, zu 212–19 II 11727/50, Dezember 1950, Entwurf.

²² S. Unterredung zwischen Adenauer und McCloy vom 9. 12. 1950, Streng geheim, in: AAPD 1949/50, S. 460–465.

²³ Von Kessel an Hallstein, 11. 12. 1950, Vertraulich, in: ebd., S. 471 f.

gremien tat er Grotewohls Brief als ein „taktisches Manöver“²⁴ oder als „Propagandastück“²⁵ ab. Im Gespräch mit den Hohen Kommissaren testierte er ihm hingegen „eine ernstere Absicht“ und bezeichnete ihn als „eine Vorstufe für einen Vorschlag“ der Sowjets auf der Viererkonferenz. Im Bewußtsein, einem ersten Test seiner Loyalität gegenüber dem Westen gegenüber zu stehen, versicherte er auf eine entsprechende Frage McCloy, im Falle der Alternative, „in Bälde die Einheit Deutschlands“ zu gewinnen oder „zur Zeit noch auf die Einheit Deutschlands [zu] verzichten und dafür im Westen frei [zu] sein“, entscheide sich die „übergroße Mehrheit des deutschen Volkes“ für die letztere Möglichkeit. Beide Seiten kamen schließlich überein, die Antworten an Ost-Berlin bzw. an Moskau aufeinander abzustimmen. Adenauers großzügige Offerte, der Hohen Kommission den Text seiner Note an Grotewohl „vor dem Abgang vertraulich zu übergeben“, blieb ohne Resonanz; François-Poncet bestand darauf, ihm seinerseits nur den „Sinn“ der westlichen Replik an Moskau mitzuteilen²⁶.

Wenige Tage später setzte sich Acheson gegenüber seinen westlichen Kollegen mit der Auffassung durch, von einem Treffen der vier Außenminister Abstand zu nehmen. Stalin, so führte er Bevin und Schuman vor Augen, gehe es lediglich darum, die Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem zu vereiteln und die Westmächte vor der Öffentlichkeit bloßzustellen. Natürlich durften sie sich der Welt gegenüber nicht als Gegner einer Verständigung über die Blockgrenzen hinaus präsentieren. Daher sprachen sich die Minister dafür aus, eine Vorkonferenz einzuberufen, um die sowjetische Position kennenzulernen und sich selbst die „possibility of manoeuvre“ zu erhalten²⁷. In einem Notenwechsel verständigten sich die Alliierten mit der Sowjetunion schließlich darauf, eine Konferenz der Außenministerstellvertreter nach Paris einzuberufen²⁸.

Vor diesem Hintergrund unternahmen die Beamten des Quai d'Orsay Ende 1950 einen neuen Anlauf, die Chancen eines Kompromisses mit Moskau zu durchdenken. An der Zielsetzung Stalins, die inneren Spannungen des Kapitalismus zu erhöhen, gab es für sie keinen Zweifel. Laloy mochte nicht ausschließen, daß es ihm mit seiner diplomatischen Offensive gelingen könnte, sowohl die für die französische Sicherheit unabdingbare Stationierung amerikanischer Truppen in Europa zu beenden als auch Gesamtdeutschland in den eigenen Machtbereich herüberzuziehen. Als Verhandlungslinie für die Vierergespräche boten sich folgende Alternativen an: die Beschränkung der Themen auf die Aufrüstung Deutschlands, wobei der Westen die Suspendierung der Remilitarisierung gegen die Beseitigung der Bereitschaftspolizei in der DDR anbieten konnte. Doch schien dieser aus französischer Sicht akzeptable Kompromiß für die Verbünde-

²⁴ PA, Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 1, Rede Adenauers in Bielefeld, 14. 1. 1951.

²⁵ Ansprache dess. vor dem Vorstand und den Vorsitzenden der Kreisparteien der CDU Rheinland und Westfalen, 13. 1. 1951, in: Adenauer, Reden, S. 212.

²⁶ Unterredung zwischen dems. und der AHK vom 14. 12. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 302, 307 u. 306; s.a. Lemke, Grotewohl-Brief, S. 32f.

²⁷ Unterredung zwischen Acheson, Bevin und Schuman vom 19. 12. 1950, Top secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 390–393, hier S. 391.

²⁸ Vgl. den Notenwechsel zwischen der sowjetischen Regierung und den Westmächten vom 3. 11., 22., 30. 12. 1950 u. 23. 1. 1951, in: EA 1951, S. 3711–3714.

ten kaum hinnehmbar. Eine andere Möglichkeit war es, in der Frage der Aufstellung deutscher Streitkräfte keine feste Position zu beziehen und den Vorschlag eines Gewaltverzichts in ganz Europa einzubringen. Dies implizierte indes aus Gründen des globalen Gleichgewichts ein gleichzeitiges Arrangement in Fernost. Beide Taktiken verlangten nach einer vorherigen Klärung des Wiederbewaffnungsproblems unter den Westmächten. Vielleicht, so mutmaßte der Beamte, sei es doch noch möglich, die Amerikaner davon zu überzeugen, daß die Aufstellung deutscher Truppen unnötig oder mit einem zu hohen politischen Preis versehen sei. Vielleicht könne es gelingen, Bonn mit der Aufstellung einer Bundespolizei zufrieden zu stellen. Verhandlungen über die Demilitarisierung oder die deutsche Einheit lehnte er ab, weil der Westen dem Osten damit in die Arme fiel²⁹.

Laloy war gewiß nicht der einzige, der die „deutsche Frage“ ruhen lassen wollte. Auch das nach wie vor bestehende Angebot „Wiedervereinigung durch freie Wahlen“ schien aus französischer Sicht mit mannigfachen Risiken behaftet. Hatte man sich erst einmal auf diesen Weg eingelassen, gab es keine Möglichkeit mehr zum Rückzieher. Am Ende stünde die Einheit Deutschlands, und der Westen müßte seine Politik der Westbindung vollständig revidieren. Da man sich diesem Motto aber nicht entziehen konnte, mußte man darauf pochen, die Bedingungen der freien Wahlen so festzulegen, daß man vor unliebsamen Konsequenzen gefeit war. Die Grotewohl-Initiative hatte an der Seine das Bewußtsein geschärft, wie gefährlich es war, ein Angebot in der Hoffnung auf Ablehnung zu machen, ohne aber sicher sein zu können, ob es nicht doch akzeptiert würde. Schuman verdichtete diese Erkenntnis gegenüber François-Poncet zu der – gewiß weit über den Moment hinaus für Frankreich gültigen – Mahnung, man dürfe das Bekenntnis zur Wiedervereinigung durch freie Wahlen zwar nicht aufgeben, aber auch nicht zu häufig ins Spiel bringen³⁰.

Kurz nach dem Jahreswechsel legte Jean Sauvagnargues eine Aufzeichnung mit anderen Empfehlungen vor. Auch er ging davon aus, Moskau wolle Washington aus Europa vertreiben, die Viermächtekontrolle über Deutschland wieder aufleben lassen, um die Westbindung und den Wehrbeitrag zu vereiteln. Aufgrund der gefährlichen Folgewirkungen für die Satellitenstaaten konnte Stalin die Neutralisierung Deutschlands aber nicht um den Preis des Rückzugs der Besatzungstruppen, also auch seiner eigenen, akzeptieren. Er zielte also offenbar auf die Neutralisierung der Bundesrepublik ohne Abzug der Besatzungstruppen und die Errichtung provisorischer Organismen ab, deren Autorität sich über die vier Besatzungszonen erstreckten. Deshalb gestand er jetzt auch freie Wahlen zu einer provisorischen Regierung zu. Sauvagnargues warnte daher vor einer Lösung des Deutschlandproblems, die nicht in den Rahmen einer gesamteuropäischen Lösung eingebettet sei. Im Gegensatz zur bisherigen Haltung müsse man nun den Akzent darauf legen, „de jeter les bases du traité de paix allemand avant de procéder à des élections libres et de mettre en place un Gouvernement provisoire ou une autorité quelconque dont les

²⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 136, Bl. 150–158, Aufzeichnung des MAE, 28. 12. 1950 (Konzept J.L.).

³⁰ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 84.

pouvoirs s'étendraient aux quatre zones d'occupation“. Diese Lösung habe in der Wiederherstellung eines souveränen, in die UNO und die Europäische Gemeinschaft integrierten Deutschland zu münden und mit einer gesamteuropäischen Friedenslösung einherzugehen. Deutschland sei eine Armee von 200 000 Mann zu genehmigen. Natürlich, so gestand Sauvagnargues freimütig ein, sei dies alles für Stalin unannehmbar. Während die USA die Zurückweisung derartiger Angebote gewiß zum Anlaß nähmen, die Viererkonferenz zu beenden, müsse Frankreich daran interessiert sein, es nicht bei diesem Mißerfolg zu belassen. Denn der führe zu grenzenloser Aufrüstung Deutschlands und zur Veränderung des defensiven Charakters der NATO. Daher plädierte Sauvagnargues für einen *modus vivendi* mit Moskau: kein Friedensvertrag der Vier Mächte mit den beiden Teilen Deutschlands, Aufrechterhaltung der höchsten Gewalt, Zusicherung, den jeweiligen Teil Deutschlands nicht als Basis für Aggressionen zu mißbrauchen. Die Frage der Demilitarisierung glaubte er nur dann einbeziehen zu können, wenn im Fernen Osten eine Reglement gefunden werde³¹.

Anders als es in der Literatur mitunter dargestellt wird, spielte der Gedanke der Einbindung der Wiedervereinigung in den Gesamtzusammenhang europäischer Sicherheit für Frankreich also nicht erst unmittelbar vor und während der im März eröffneten Konferenz im Palais Marbre Rose eine Rolle. Das Aufwerfen dieses Planes, der ja für die Bundesregierung ganz und gar nicht bequem sein konnte, darf denn auch keineswegs ausschließlich als „Wahlkampf“³² abgetan werden. Vielmehr war Frankreich fortan entschlossen, das Problem der europäischen Sicherheit und Entspannung mit dem der Einheit Deutschlands zu verknüpfen, und ging damit auf „das Lieblingsthema der Sowjets“ ein³³. Am 5. 1. 1951 bestätigte Sauvagnargues von Kessel, die Westmächte verzichteten auf die Erörterung der Ostasienfragen, bestünden aber auf der Diskussion sämtlicher europäischer und nicht nur der „deutschen Frage“, weil sie sonst eine einseitige Konzession an Moskau eingingen. Die Befürchtung einer alliierten Einigung auf dem Rücken Deutschlands bezeichnete er als „völlig unbegründet“³⁴.

Gewiß hätte es allen Gesetzen der politischen Logik widersprochen, wenn Frankreich sich für die Neutralisierung Gesamtdeutschlands einsetzte, kaum daß es die Westintegration der Bundesrepublik im Rahmen des Schuman- und des Pleven-Plans proklamierte³⁵. Ausgeschlossen war es aber deshalb keineswegs. Alle in Bonn eingehenden Informationen bestätigten nämlich, daß die maßgebenden Pariser Politiker durchaus mit dem Gedanken spielten, die Neutralisierung Gesamtdeutschlands auf der kommenden Viererkonferenz anzuregen³⁶. Selbst Schuman, der entschiedene Verfechter einer festen deutschen Westbindung, sah sich genötigt, dieser auch seine eigene Partei erfassenden Stimmung Rechnung zu tragen. Am 14. 1. stellte er in der Sitzung des Nationalkomitees des MRP als Er-

³¹ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 137, Bl. 33–41, Aufzeichnung des MAE, 4. 1. 1951 (Konzept JS).

³² Lohse, Lockungen, S. 85 f.

³³ Ebd., S. 85.

³⁴ PA, Abt. 2, Bd. 360, Bl. 35, Hausenstein an DfAA, Tel. 4, 6. 1. 1951.

³⁵ S. Lohse, Lockungen, S. 105 f.

³⁶ S. PA, Abt. 3, AZ 212–19, Bd. 1, Aufzeichnung Feihl, 18. 1. 1951.

gebnis der Viermächteverhandlungen die „Schaffung eines geeinten und neutralisierten Deutschlands“ in Aussicht. Den Befürchtungen einiger Parteifreunde, als militärischer Faktor könne Deutschland sein Gewicht nach Osten verlagern, als militärisches Vakuum hingegen den Sowjets den Vorstoß zum Rhein erleichtern, begegnete er mit dem Hinweis, der Nachbar bleibe von alliierten Truppen besetzt³⁷.

Seit Monaten, so wußte Hausenstein in diesen Tagen zu berichten, träume der französische „Durchschnittspolitiker“ davon, „es müsse möglich sein, mit den Russen zu einem Ausgleich zu gelangen“³⁸. Nicht nur Durchschnittspolitiker erfüllte dieser Traum. Auriol konnte sich etwa sehr wohl „une Allemagne vidée de tous ses soldats et neutre“ vorstellen³⁹, und die „neutralistische“ Presse empfahl ohnehin wiederholt die Vereinigung beider deutscher Staaten unter neutralem, demilitarisiertem Vorzeichen⁴⁰. Nicht zu Unrecht bezichtigten die europäischen gesinnten Beamten im Quai d'Orsay einige Kollegen der Überzeugung, „qu'on peut envisager une neutralisation et une unification de l'Allemagne, avec maintien de l'occupation actuelle“⁴¹. Der Amtschef hielt Viermächteverhandlungen über Deutschland für „souhaitable“, „nécessaire“ und „quasi-inévitable“, wobei er drei Alternativen vor Augen hatte: Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland; Vereinigung eines neutralisierten Deutschland oder Modus vivendi durch Aufrechterhaltung des bestehenden Regimes mit dem Ziel der Verringerung der Spannungen. Eine Neutralisierung Deutschlands kam für ihn nur dann in Frage, wenn sie kein Vakuum schuf, also die alliierte Truppenpräsenz in Deutschland gesichert war. Eine Neutralisierung bei gleichzeitigem Abzug der westlichen Streitkräfte akzeptierte er ausschließlich im Rahmen einer gesamteuropäischen Regelung. Nur auf einer derartigen Basis war Frankreich zu einem raschen Abschluß eines Vertrages bereit, der Deutschland sowohl das Recht zur Selbstverteidigung als auch zur freien Bündniswahl zugestehen sollte. Für den Fall sowjetischer Widerstände dachte Schuman daran, zwar nicht den deutschen Verteidigungsbeitrag insgesamt, aber durchaus die Frage der Truppenstärke zur Diskussion zu stellen. Unter allen Umständen mußte die Möglichkeit zukünftiger Viermächteverhandlungen gewahrt bleiben⁴². Daher protestierte er auch umgehend in Washington, als amerikanische Diplomaten den Eindruck erweckten, ihre Regierung fühle sich nicht mehr an das Potsdamer Protokoll gebunden. Eine offizielle Aufkündigung hielt der Minister nicht nur für inopportun, sondern auch für gefährlich, weil sie einem Bruch mit Moskau gleichkam⁴³.

Da Paris sich aufgrund seines großen Interesses an der Viererkonferenz keinen Fehlschlag bei der Vorkonferenz erlauben konnte und die neue englische Regie-

³⁷ Zitiert nach: ebd.; s.a. „Le Figaro“, 15. 1. 1951; AdG 1951, S. 2775J. Rupiepers Behauptung, die französische Regierung habe „ein neutrales Deutschland [...] grundsätzlich ausgeschlossen“, trifft in dieser Rigidität keineswegs zu (Rupieper, Verbündeter, S. 224).

³⁸ PA, Abt. 3, AZ 211–00/22, Bd. 1, Hausenstein an AA, 211 Nr. 196, 17. 1. 1951.

³⁹ Unterredung zwischen Auriol und Monnet, 11. 1. 1951, in: Auriol, Journal, Bd. 5, S. 19.

⁴⁰ S. Artikel Courtins, in: „Réforme“, 20. 1. 1951, auch in: BDFD III, S. 95–100.

⁴¹ Alphand, L'étonnement d'être, S. 223 f., Tb. 16. 1. 1951.

⁴² Schuman an Washington, Tel. 931, 27. 1. 1951, Par Courier, in: BDFD I, S. 89–92, hier S. 89.

⁴³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 137, Bl. 295 f., ders. an dass. etc., Tel. 1334/40 etc., 9. 2. 1951, Réservé.

rung unter Churchill und Eden erst die Geschäftsübernahme abwickeln mußte, setzte Adenauer sein Vertrauen ganz auf Acheson. Keine Chance ließ er ungenutzt, den amerikanischen Außenminister auf die „außerordentlich ungünstig[e]“ Politik der Franzosen⁴⁴ aufmerksam zu machen und ihn vor den Folgen einer Neutralisierung und Demilitarisierung Deutschlands zu warnen: „Germany and Europe“, so beteuerte er gegenüber McCloy, „can only be saved by Germany's firm integration into the West with the military contribution as planned“⁴⁵.

Derartige Versicherungen der Bundesregierung wurden nun um so notwendiger, als auch am Rhein die Idee der Neutralität Terrain gewann. Waren sich die Spitzen der Koalition und der Opposition in einer gemeinsamen Sitzung Mitte Dezember auch über die Unannehmbarkeit der Vorschläge Grotewohls einig gewesen⁴⁶, so besaß der Gedanke der Neutralisierung in Westdeutschland sehr wohl Attraktivität. Sollte er nicht weiter an Boden gewinnen, konnte Adenauer das Grotewohl-Angebot kaum kommentarlos ablehnen⁴⁷. Als er in einer Presseerklärung am 15. 1. als Antwort auf die Offerte aus Ost-Berlin in aller Deutlichkeit klarstellte, daß die Bedingungen für freie gesamtdeutsche Wahlen nicht gegeben seien⁴⁸, stieß seine Stellungnahme in der Öffentlichkeit wie in den Parteien nicht auf ungeteilte Zustimmung. Der Evangelische Bischof von Berlin und Brandenburg, Dibelius, drängte die Bundesregierung zur Anbahnung eines Gesprächs zwischen Ost und West⁴⁹. Die SPD gestand dem Satellitenregime in Ost-Berlin zwar analog zur CDU wegen der fehlenden demokratischen Legitimierung keine Gesprächsqualifikation zu und stellte freie, gleiche, direkte und geheime Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung an den Anfang der Wiedervereinigungsprozedur⁵⁰. Schumacher konnte sich die politische Neutralisierung für ein geeintes Deutschland aber sehr wohl vorstellen, sofern Angelsachsen und Sowjetrussen sich darauf als Vorbedingung für die Aufhebung der Spaltung einigen sollten⁵¹. Und auch in der Union gab es ernstzunehmende Persönlichkeiten, die in diesem Sinne laut nachdachten, wie etwa Jakob Kaiser oder Robert Tillmanns. Adenauer widersprach ihnen heftig⁵², durfte doch seiner Meinung nach unter keinen Umständen der Eindruck erweckt werden, als ob Bonn zwischen Ost und West schwanke⁵³.

Genau diese Empfindung stellte sich in den westlichen Kapitalen aber ein. Französische Geheimdienste trugen ihrer Regierung seit Mitte Januar die Auffas-

⁴⁴ Lenz, Tagebuch, S. 39, Tb. 21. 2. 1951.

⁴⁵ McCloy an Acheson, Tel. 6646, 10. 2. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1078.

⁴⁶ Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 38 f.

⁴⁷ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 54.

⁴⁸ S. Presseerklärung Adenauers, 15. 1. 1951, in: AdG 1951, S. 2773A. In seinen Erinnerungen behauptet Adenauer, er habe seine Stellungnahme als Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag abgegeben (Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 40–42). Die Stenographischen Berichte der Bundestagsdebatten weisen eine solche Erklärung nicht aus (BT, Sten. Ber., Bd. 6).

⁴⁹ Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 42 f.

⁵⁰ Vgl. Klotzbach, Weg, S. 229.

⁵¹ S. Presseerklärung Schumachers, 14. 2. 1951, in: ders., Reden, S. 922 f.; zu Schumachers Haltung gegenüber der „deutschen Frage“ 1950/51 vgl. umfassend: Buczykowski, Kurt Schumacher.

⁵² Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 835.

⁵³ S. Lenz, Tagebuch, S. 39, Tb. 21. 2. 1951.

sung zu, der Wunsch nach Verhandlungen mit Moskau nähme in Bonn ständig zu. Vor allem bei der SPD, aber auch beim Kanzler steige die Verständigungsbereitschaft. Schuman befürchtete weitere ostdeutsche Angebote, die in Westdeutschland neue Hoffnungen schüren könnten⁵⁴. Adenauer begann daraufhin Anfang Februar eine regelrechte Kampagne, um vor dem „verführerischen Klang“ des Wortes Neutralisierung zu warnen. Das Ziel deutscher Politik, so beteuerte er etwa in einer Ansprache in der Universität Bonn, müsse es sein, „Europa unter Einschluß eines freien Deutschlands aufzubauen und für den Frieden in der ganzen Welt einzutreten“⁵⁵.

Daß dieses Credo von den Studenten mit großem Applaus aufgenommen wurde, fand François-Poncet ebenso bemerkenswert wie ermutigend. Die Idee der europäischen Integration stieß in der Bevölkerung offenbar auf große Resonanz⁵⁶. In der *classe politique*, so registrierte der Hohe Kommissar sehr genau, stand der Kanzler mit seinem Feldzug gegen die Neutralisierung indes ziemlich allein auf weiter Flur. Sowohl der FDP-Vorsitzende als auch der Chef der SPD vermieden es peinlich, sich ähnlich kategorisch zu äußern⁵⁷.

Dem Quai d'Orsay war deshalb daran gelegen, die Verunsicherung im Kanzleramt weiter zu senken. Kalmierende Mitteilungen diverser Beamter führten den deutschen Generalkonsul zur Überzeugung, daß die Hoffnungen der französischen Neutralisten auf die Viererkonferenz „in amtlichen Kreisen keineswegs geteilt“ würden. Der sowjetischen Forderung nach Entmilitarisierung Gesamtdeutschlands, so gaben seine Gesprächspartner zu erkennen, werde man mit der für Moskau unannehmbaren Gegenforderung nach Abrüstung der Satellitenstaaten unter Kontrolle der Vier Mächte begegnen⁵⁸.

Adenauer reichten diese Beruhigungspillen aber nicht aus. Am 14. 2. stellte er François-Poncet zur Rede und verlangte Auskunft über die französische Haltung für den Fall sowjetischer Angebote zur Neutralisierung Deutschlands, zum Abschluß eines Friedensvertrages und dem Abzug der Besatzungstruppen. Doch der Hohe Kommissar hielt sich bedeckt, versicherte nur allgemein, Frankreich werde den sowjetischen Versprechungen nicht auf dem Leim gehen⁵⁹. Der Kanzler verlangte postwendend die Zusage, auf der Konferenz keine Entscheidungen über die „deutsche Frage“ ohne vorherige Konsultation der Bundesregierung zu treffen. François-Poncet empfand diese „*prétention excessive*“ als starkes Stück, „*même si l'on admet avec M. Adenauer que nous ne sommes plus en 1945*“⁶⁰. Ja, er drängte bei den alliierten Kollegen darauf, Adenauer nicht in einer Weise zu informieren, die die Beratungen der Konferenz erschwere und ihm den Platz eines unsichtbaren Teilnehmers einräume⁶¹.

⁵⁴ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 54.

⁵⁵ Rede Adenauers in der Mensa der Universität Bonn, 10. 2. 1951, in: AdG 1951, S. 2811B.

⁵⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 340, Bl. 151–153, François-Poncet an MAE, Tel. 1000/11, 12. 2. 1951.

⁵⁷ S. ebd., Bl. 156f., ders. an dass., Tel. 1069/74, 14. 2. 1951.

⁵⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 360, Bl. 98f., Hausenstein an DfAA, 211 Nr. 566, 13. 2. 1951.

⁵⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 137, Bl. 342f., François-Poncet an MAE, Tel. 1035/45, 14. 2. 1951, Urgent.

⁶⁰ Ebd., Allemagne, Bd. 1031, Bl. 123, ders. an dass., Tel. 1057, 14. 2. 1951; s.a. ebd., Bd. 191, Bl. 88–92, Französische Hohe Kommission an dass., Tel. 713/21, 25. 1. 1951, Réservé.

⁶¹ S. ebd., Généralités, Bd. 138, Bl. 15f., François-Poncet an dass., Tel. 1147/48, 17. 2. 1951.

Die Verweigerung der vom Kanzleramt erwünschten engen Konsultation rührte wohl weniger aus der Befürchtung einer daraus resultierenden parallelen Aufwertung der DDR und impliziten Verfestigung der Teilung⁶² als aus dem Willen, die Rangordnung zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik, zwischen Besatzern und Besetzten klarzumachen. Allerdings lag Frankreich nicht daran, den Eindruck einer Entmündigung Adenauers entstehen zu lassen⁶³. Die Westmächte gestanden der Bundesrepublik zu, sie über den Verlauf der Konferenz soweit wie möglich in Kenntnis zu setzen und ihre Ansichten in gebührendem Maße zu berücksichtigen⁶⁴. Allerdings sahen sie sich noch fünf Tage vor der Eröffnung des Außenminister-Stellvertretertreffens außerstande, ihm die Tagesordnung mitzuteilen⁶⁵.

„The Russians are sometimes our best allies“

Einen Tag vor der „Kleinen Revision“ des Besatzungsstatuts⁶⁶ begannen die Beratungen im Pariser Palais Marbre Rose, am gleichen Ort, wo zwei Jahre zuvor der letzte Versuch der vier Außenminister, zu einer Einigung über Deutschland zu gelangen, ergebnislos gescheitert war. Aufgabe der Delegierten war es, eine Agenda für eine Konferenz ihrer Minister auszuarbeiten, die nach westlicher Auffassung vor allem zur Untersuchung der Gründe der internationalen Spannungen dienen sollte⁶⁷.

Nach neuesten Forschungen richtete sich das französische Programm angeblich nach zwei Imperativen: auf keinen Fall Maßnahmen zustimmen, die den Abzug der amerikanischen Truppen zur Folge hätten; jede Initiative ablehnen, die auf eine Neutralisierung abzielte. Da man aber die Integration eines geeinten deutschen Staates in das westliche System nicht offiziell glaubte fordern zu können, weil dies nicht konsensfähig war, blieb als mögliches Modell für die Wiedervereinigung nur der Weg einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung, die frei über die Bündniszugehörigkeit entscheiden könnte. Natürlich hoffte Paris, daß die Bündniswahl einer gesamtdeutschen Regierung prowestlich ausfiele⁶⁸.

Tatsächlich trafen nach der Eröffnung der Konferenz zunächst entwarnende Nachrichten in Bonn ein. Der Gedanke der Neutralisierung Deutschlands, meldete Hausenstein am 7. 3., sei mittlerweile „ganz in den Hintergrund getreten“ und habe der Auffassung von einer „westdeutsch-französischen Schicksalsgemeinschaft gegenüber Rußland“ Platz gemacht. Ein Ausbrechen aus der Einheitsfront des Westens sei vorerst nicht zu befürchten. Zur völligen Beruhigung bestünde indes kein Anlaß, würde Paris dem Plan eines vereinigten neutralisier-

⁶² Diese Einschätzung bei Lohse, Lockungen, S. 85.

⁶³ Vgl. ebd.

⁶⁴ S. McCloy an Adenauer, 22. 2. 1951, in: AdG S. 2380G; Adenauer an McCloy, 26. 2. 1951, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 352 f.; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 47.

⁶⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 360, Bl. 131, François-Poncet an Adenauer, AGSEC (51) 396, 1. 3. 1951, Secret.

⁶⁶ Vgl. Kap. III.1.1.

⁶⁷ Zur Vorkonferenz der Außenminister-Stellvertreter im Pariser Palais de Marbre Rose vom 5. 3.–21. 6. 1951 s. die Dokumente in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1086–1162; die Berichte des deutschen Beobachters Böx in: PA, Abt. 3, AZ 212–19, Bd. 1; s.a. Lohse, Lockungen, S. 32 f., 107 f. u. 137–139.

⁶⁸ Vgl. ebd., S. 107.

ten Deutschland doch wieder nähertreten, wenn Moskau überzeugende, „um nicht zu sagen handfeste Garantien seines guten Willens und seiner Loyalität“ gäbe⁶⁹. Und der Quai d'Orsay schloß keineswegs aus, daß der Kreml mit „sensationelle[n] Konzessionen“ wie der Gewährung freier Wahlen und der Räumung Deutschlands, gar der Opferung der Satellitenstaaten und der Rückgabe der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze aufwarten könne⁷⁰.

Wenn er schon nicht direkt in den Verlauf der Verhandlungen eingreifen konnte, wollte Adenauer das Ende der Tagung aber nicht tatenlos abwarten. Am 9. 3. pflichtete er in einer Note an die Hohe Kommission der Auffassung der Westmächte bei, die Untersuchung der Gründe der gegenwärtigen internationalen Spannungen trage zu deren Beseitigung bei und schaffe damit die Grundlage für einen dauerhaften Frieden. Darüber hinaus stimmte er mit ihr überein, daß die „deutsche Frage“ nicht die alleinige Ursache dieser Spannungen sei. Die deutsche Einheit, wiederholte er in Anlehnung an sein Schreiben vom 1. 10. 1950, sei nur auf der Basis freier, allgemeiner, gleicher und direkter Wahlen in ganz Deutschland möglich. Daher stellte er den formellen Antrag, diese Frage auf die Tagesordnung der zukünftigen Außenministerkonferenz zu setzen. An einer raschen Durchführung der Wahlen lag ihm aber entgegen den schriftlichen Beteuerungen nicht viel. Denn er machte sie von der Gewährung der „unerläßlichen Freiheiten vor, während und nach der Wahl“ in der sowjetischen Besatzungszone sowie der Wiederherstellung der „staatsbürgerliche[n] Freiheit [...] während einer angemessenen Dauer“ abhängig⁷¹.

Die Vorstellungen der Verbündeten über die Tagesordnung der Außenministerkonferenz gingen dahin, zunächst die Ursachen der internationalen Spannungen zu prüfen und Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen unter den Großmächten zu ergreifen. Des weiteren sollten insbesondere ein Vertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich erstellt sowie die Probleme der deutschen Einheit und des Friedensvertrags mit Deutschland besprochen werden⁷². Ungeachtet derartigen Einvernehmens kam es zwischen den westlichen Vertretern Jessup, Davies und Parodi kurz nach Beginn der Konsultationen zu diversen Meinungsverschiedenheiten. Eine erste Kontroverse löste der Versuch des sowjetischen Delegierten Gromyko aus, das Potsdamer Protokoll zur Grundlage der Viermächtegespräche zu machen⁷³. Nachdem er sein Ansinnen Ende März aufgrund des inzwischen doch noch erzielten westlichen Übereinkommens aufgegeben hatte, geriet die Frage der Aufnahme der „Demilitarisierung Deutschlands“ in die Tagesordnung der Außenministerkonferenz ins Zentrum des Streits. Während der deutsche Beobachter Böx „eine völlige Übereinstimmung“ bei den drei westlichen Delegationen glaubte feststellen zu können⁷⁴, ka-

⁶⁹ PA, Abt. 3, AZ 214–01, Bd. 5, Hausenstein an DfAA, 230 Nr. 829, 7. 3. 1951; s.a. ebd., AZ 212–19, Bd. 1, von Kessel u. d. ers. an dies., Tel. 25, 7. 3. 1951.

⁷⁰ Ebd., Abt. 2, Bd. 360, dies. an dies., Tel. 28, 10. 3. 1951.

⁷¹ Adenauer an François-Poncet, 9. 3. 1951, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 356 u. 361 f., hier S. 361; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 47.

⁷² Vgl. ebd., S. 51.

⁷³ S. Jessup an Acheson, Tel. 5182, 5. 3. 1951, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1087–1089; Unterredung zwischen Acheson und Schuman vom 29. 3. 1951, in: ebd., S. 1112–1117.

⁷⁴ PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 1, Aufzeichnung Böx, 19. 3. 1951.

men Parodi und Davies Gromyko in Wirklichkeit weit entgegen, um die von ihren Regierungen befürwortete Außenministerkonferenz zustande zu bringen⁷⁵. Den Dissens kaschierend, behauptete Frankreich, die „Westmächte“ hielten es nicht für zweckmäßig, die Viererkonferenz an der Frage der Agenda scheitern zu lassen. Auch im Falle einer Nichteinigung würde die Tagung einberufen⁷⁶.

Die amerikanische Delegation stand dem mit unverhohlener Skepsis gegenüber, weil sie um die Durchsetzung des deutschen Wehrbeitrags fürchtete. Namentlich Parodi schien die alliierten Entscheidungen trotz gegenteiliger Beteuerungen durchaus noch in Frage zu stellen⁷⁷. Wenn Schuman die Demilitarisierung Deutschlands gegenüber Acheson offen als „cause of anxiety“ bezeichnete und sie entgegen der amerikanischen Auffassung partout auf den Tisch der Außenminister zu legen gedachte, zeigte dies, wie schwierig die Lage in Paris war⁷⁸. Wie leicht konnte es geschehen, daß nicht die Demilitarisierung, sondern die Remilitarisierung Westdeutschlands zur Diskussion gestellt würde, fielen die Moskauer Angebote nur verlockend genug aus.

Dank der sowjetischen Starrköpfigkeit brach die Front der drei westlichen Delegationen indes nicht zusammen: „Gromyko again proved that the Russians are sometimes our best allies“⁷⁹. Denn Moskau torpedierte die Einigung der vier Delegationen vom 22. 5. über die Aufnahme der Demilitarisierungsfrage in die Tagesordnung mit der neuen Forderung, den Atlantikpakt und die amerikanischen Militärbasen ebenfalls einzubeziehen. Jessup wollte dies unter keinen Umständen zulassen, wenngleich Parodi und Davies sich durchaus konzilient zeigten⁸⁰. Den Vorschlag der Westmächte vom 31. 5., auf der Basis der erzielten Abmachung mit einer geteilten Tagesordnung eine Konferenz der Außenminister einzuberufen, lehnte Moskau am 4. 6. ab, weil es auf die Inserierung des Themas NATO und amerikanische Stützpunkte beharrte⁸¹.

Angesichts der unüberbrückbaren Differenzen ging es den vier Delegationen schließlich nur noch darum, nicht für den Fehlschlag der Konferenz verantwortlich gemacht zu werden. Parodi hatte schon Mitte Mai davor gewarnt, der Westen könne es sich gegenüber der Öffentlichkeit nicht leisten, die Schuld am Scheitern zu tragen. Am 5. 6. mahnte Frankreich die Partner, die dem Westkurs kritisch gegenüberstehenden Kreise würden es kaum verstehen, wenn man die Verhandlungen nur wegen dieses einen Punktes beende. Auf keinen Fall aber dürfe der Bruch vor dem für den 17. 6. anberaumten Parlamentswahlen erfolgen⁸².

Aus Rücksicht auf die französische Regierung erneuerten die Westmächte ihr Angebot am 15. 6. und erklärten nach der abermaligen Absage der Sowjetunion

⁷⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 139, Bl. 67–71, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 13. 3. 1951; Jessup an Acheson, Tel. 5291, 10. 3. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1092f.; ders. an dens., 17. 3. 1951, Secret, in: ebd., S. 1095–1097.

⁷⁶ PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 1, Roediger an DfAA, Tel. 31, 16. 3. 1951, Cito.

⁷⁷ S. Laukhuff an Byroade, Nr. 10, 21. 3. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1102–1104.

⁷⁸ Unterredung zwischen Acheson und Schuman vom 29. 3. 1951, in: ebd., S. 1115.

⁷⁹ Laukhuff an Byroade, Nr. 10, 21. 3. 1951, Secret, in: ebd., S. 1102.

⁸⁰ S. Jessup an Acheson, Tel. 5881, 3. 4. 1951, Secret, in: ebd., S. 1120.

⁸¹ S. Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion, 31. 5. u. 4. 6. 1951, in: AdG 1951, S. 2961B u. 2967E.

⁸² Vgl. Lohse, Lockungen, S. 33.

die Vorkonferenz erst am 22. 6. nach insgesamt 73 Sitzungen für gescheitert. Die Einladung zur Außenministerkonferenz hielten sie aber aufrecht⁸³, nachdem Frankreich sich für Viermächtegespräche auf dieser Ebene auch ohne vorher festgelegte Tagesordnung stark gemacht hatte⁸⁴. Das Pariser Angebot an Moskau speiste sich nicht nur aus der Stimmung in der Assemblée Nationale und der französischen Öffentlichkeit, sondern auch aus der kritischen Beobachtung des Wiedervereinigungswillens in der Bundesrepublik⁸⁵.

Für Adenauer waren damit „angstvolle Monate“⁸⁶ einer „fast vollständigen Flaute seiner Westpolitik, verbunden mit den Koalitionsstreitereien im Innern und dem Dauertief in der öffentlichen Meinung“⁸⁷, glücklich überstanden. Die ohnehin fast gewisse Vermutung hatte sich bestätigt, daß zur Zeit an eine Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht zu denken war⁸⁸. Allem Anschein nach begingen die Sowjets in diesen Wochen wenn nicht „den“, so doch zumindest einen „entscheidenden Fehler ihrer Deutschlandpolitik“. Eine vorbehaltlose Zustimmung zur Außenministerkonferenz und die Präsentation jener Vorschläge, die sie im März 1952 auf den Verhandlungstisch legen sollten, hätte die weitere Entwicklung wohl in eine andere Richtung gelenkt⁸⁹ – trotz der festen Absicht der Angelsachsen zur Westbindung⁹⁰. Die nach Beendigung der Konferenz in Bonn eintreffenden Nachrichten vermitteln nämlich den Eindruck, als habe die französische Vertretung den Versuch unternommen, „durch den Preis einer wie auch immer gearteten Wiederherstellung der deutschen Einheit eine Wiederbewaffnung Deutschlands zu vermeiden“⁹¹. Angesichts der fortbestehenden Vorbehalte gegenüber der deutschen Aufrüstung und der als schmerzhaft empfundenen impliziten Aufgabe eigener Souveränitätsrechte erscheint es mehr als fraglich, ob Frankreichs Deutschlandpolitik zu diesem Zeitpunkt tatsächlich bereits fest auf Westkurs lag⁹², zumal die Parlamentswahlen einen Rechtsruck brachten und den proeuropäischen Kräften eine herbe Abfuhr erteilten, gleichwohl auch die in der Remilitarisierungsfrage besonders widerspenstigen Sozialisten aus der Regierung entfernten⁹³. Trotz der in Paris sichtbar gewordenen Meinungsverschiedenheiten mußte die französische Politik weiterhin aufmerksam beobachtet werden, war doch keineswegs gesichert, daß Stalin die weitere Entwicklung der westlichen Aufrüstung abwarten und die deutsche Wiederbewaffnung im entscheidenden Moment doch noch mit weitreichenden Angeboten zu vereiteln trachtete. Wenn

⁸³ S. Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion, 15. u. 19. 6. 1951, u. Erklärung der Vertreter der drei Westmächte, 22. 6. 1951, in: AdG 1951, S. 2983E u. 2995A.

⁸⁴ S. Parodi an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel.148, 22. 6. 1951, in: BDFD I, S. 98f.; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 140, Bl. 217f., ders. an dies., Zirkulartel.149, 23. 6. 1951; Lohse, Lockungen, S. 33.

⁸⁵ Vgl. ebd., S. 55.

⁸⁶ Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 141.

⁸⁷ Ders., Adenauer, Bd. 1, S. 849.

⁸⁸ S. PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 1, Aufzeichnung Böx, 212–19 III b 2348/51, 24. 6. 1951, im Auszug in: BDFD I, S. 99–102.

⁸⁹ Schwarz, Adenauer 1949–1957, S. 141.

⁹⁰ Vgl. Steininger, Chance, S. 36.

⁹¹ PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 1, Aufzeichnung Böx, 212–19 III b 2348/51, 24. 6. 1951, im Auszug in: BDFD I, S. 99–102, hier S. 100.

⁹² Dagegen Lohse, Lockungen, S. 138f.

⁹³ Vgl. Kap. III.1.1.

der stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung im Quai d'Orsay, de Margerie, im April selbst zugab, daß „maßgebende Politiker [...] noch vor wenigen Monaten für eine Neutralisierung Deutschlands eingetreten“, durch den Verlauf der Konferenz freilich eines besseren belehrt worden seien⁹⁴, so bestätigte das aus deutscher Sicht doch nur die Berechtigung der eigenen Sorgen. Adenauers Verdacht, starke Kräfte an der Seine drängten auf eine „fundamentale Neuorientierung“⁹⁵ in der Deutschlandfrage, war durchaus begründet. Allein die Amerikaner schienen mit Ausdauer und Hartnäckigkeit daran festzuhalten, das westliche Verteidigungssystem beschleunigt und unter Einbeziehung der Deutschen auszubauen.

In diesem Zusammenhang kam der westlichen Einschätzung der sowjetischen Zielsetzung natürlich besondere Bedeutung zu. Böx zog aus den Initiativen und Aktionen Gromykos den Schluß, Stalin gehe es weniger um die Vermeidung des deutschen Wehrbeitrags als um eine Veränderung des politisch-militärischen Systems der westlichen Welt⁹⁶. Demgegenüber vertrat Parodi die Auffassung, Moskau fühle sich durch die Aufrüstung bedroht, und diese Überzeugung mußte gewiß Auswirkungen auf seine zukünftige Haltung in der Deutschlandfrage haben⁹⁷.

„Deutsche an einen Tisch“ (1951–1952)

Schon wenige Wochen nach Abschluß der Pariser Vorkonferenz setzten sich die Dissonanzen unter den Verbündeten über die Deutschlandpolitik fort. Anlaß des Streits war das Berlinproblem, nachdem die französische Kommandantur sich vehement gegen die von den Partnern befürwortete Liberalisierung der Kontrollen an der Spree verwahrt hatte. Da den Franzosen eine scharfe Trennung der Stadt von der Bundesrepublik sowie die Aufrechterhaltung der Kontrollen vorschwebte, bereiteten ihnen die von den Angelsachsen wohlwollend beobachteten Bemühungen des Regierenden Bürgermeisters Reuter um eine enge Bindung Berlins an den Bund erhebliche Sorgen. Denn ein Erfolg dieser Politik drohte den westdeutschen Irredentismus bis zu einem Punkt anzustacheln, „where Allies would inevitably be drawn into war“⁹⁸. Anders als im Hotel Dreesen, wo man eine Regierungsübernahme Schumachers mit dem Beginn einer „véritable dictature socialiste-nationaliste“ gleichsetzte⁹⁹, hielten die französischen Vertreter an der Spree Reuters Vernunftpolitik für gefährlicher als Schumachers Radikalismus. Denn sie schien eher dazu in der Lage, die Mehrheitsverhältnisse in der SPD zu

⁹⁴ PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 1, Aufzeichnung Krapf, zu IIIb 1166/51, 23. 4. 1951.

⁹⁵ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 842.

⁹⁶ S. PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 1, Aufzeichnung Böx, 212–19 III b 2348/51, 24. 6. 1951, im Auszug in: BDFD I, S. 101.

⁹⁷ S. Parodi an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 148, 22. 6. 1951, in: BDFD I, S. 98 f.

⁹⁸ Jones an Büro der Amerikanischen Hohen Kommission, Tel., 23. 8. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1933–1937, hier S. 1933; zur Position der englischen und amerikanischen Regierung vgl. „Draft Position Paper on New Relationship To Be Established in Berlin“, 31. 8. 1951, Secret, in: ebd., S. 1938–1944; vgl. Bark, Berlin-Frage, S. 170–173 u. 207–216.

⁹⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 344, Bl. 32–45, François-Poncet an Schuman, Nr. 330/EU, 7. 2. 1952.

ändern und die Sozialdemokraten an die Macht zu bringen. Kluge Kenner der Szene mochten es indes nicht ausschließen, daß sich hinter den Pariser Widerständen gegen eine Stärkung der Berliner Regierung bloß die Furcht vor einem vereinigten Deutschland mit Berlin als Hauptstadt verbarg¹⁰⁰.

Angesichts der Uneinigkeit der Westmächte beobachtete die Bundesregierung verständlicherweise mit Sorge, wie sich Mitte September eine neue Runde in der sowjetischen Deutschlandoffensive abzeichnete. Wieder einmal kam der Vorstoß aus dem Osten just in dem Augenblick, als die Westmächte auf der Washingtoner Außenministerkonferenz signalisierten, mit dem deutschen Verteidigungsbeitrag Ernst machen zu wollen¹⁰¹. Wieder ging es um die Prozedur der Wiedervereinigung. Hatte die DDR bisher und im Gegensatz zur Bundesrepublik stets die Errichtung eines Gesamtdeutschen Rates auf paritätischer Grundlage zur Vorbereitung freier gesamtdeutscher Wahlen als ersten Schritt verlangt, schlugen Volkskammer und Regierung am 15. 9. unter dem Schlagwort „Deutsche an einen Tisch“ Beratungen zwischen Vertretern beider Staaten zur Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und sensationellerweise auch über die Durchführung freier Wahlen für eine Nationalversammlung vor¹⁰². Über den Sinn machte man sich weder am Rhein noch an der Seine irgendwelche Illusionen: Ost-Berlin wollte Stimmung gegen die Bonner Aufrüstung machen und die Hoffnung auf die deutsche Einheit schüren. Allerdings hielt die Pariser Diplomatie die Aktion nicht bloß für einen Aufguß des Vorschlags vom November 1950, mochte gar einen fundamentalen Wechsel in der sowjetischen Deutschlandpolitik nicht ausschließen¹⁰³. In der französischen Öffentlichkeit stieß das Angebot wie schon die Initiativen des letzten Jahres auf große Resonanz und nährte die Hoffnung, durch eine Wiederaufnahme der Ost-West-Kontakte „das als unangenehm empfundene Problem der Wiederbewaffnung Deutschlands vorläufig auf Eis“ zu legen¹⁰⁴. Die Regierung wirkte verunsichert. Als die Presse mit der Meldung aufwartete, die Sowjetunion plane „ein Herausbrechen Frankreichs aus der westlichen Front“, sah sich der Quai d'Orsay veranlaßt, offiziös ein klares Bekenntnis zur Atlantischen Gemeinschaft abzugeben¹⁰⁵.

Wie sein französischer Kollege, so bewertete auch der amerikanische Hohe Kommissar den Vorstoß der DDR als viel ernster als bisherige Offerten und befürchtete, die deutsche Bevölkerung ließe sich blenden und wende sich von der europäischen Integration ab. Demgegenüber handelte es sich für den Bundeskanzler lediglich „um ein neues Propagandamanöver der Sowjetzone und der dahinterstehenden Sowjetregierung“¹⁰⁶, das der Deutschen Hoffnung auf Wieder-

¹⁰⁰ S. Jones an Büro der Amerikanischen Hohen Kommission, Tél., 23. 8. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1934.

¹⁰¹ Vgl. Kap. III.4.2.

¹⁰² S. Regierungserklärung Grotewohls und Aufruf der Volkskammer, 15. 9. 1951, in: EA 1951, S. 4398–4404.

¹⁰³ S. François-Poncet an Schuman, Nr. 1990/CM, 30. 9. 1951, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 1, S. 560f. Zur Numerierung s. AMAE, *Europe 1944–1960*, Allemagne, Bd. 120, Bl. 75.

¹⁰⁴ PA, Abt. 2, Bd. 220, Bl. 25, von Walther an AA, 200 Nr. 3627, 19. 9. 1951.

¹⁰⁵ Ebd., Bd. 221, Bl. 227, Hausenstein an dass., 200 Tgb. Nr. 3721, 26. 9. 1951; s.a. „Figaro“, 25. 9. 1951.

¹⁰⁶ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 24. 9. 1951, in: AAPD, Adenauer und die

vereinigung nähren und der Westmächte Mißtrauen „in eine mögliche Wiederholung der deutschen Rapallo-Politik“ stärken solle¹⁰⁷. Mit dieser Einschätzung konnte Adenauer die bisherige Einheitsfront der demokratischen westdeutschen Parteien nicht zusammenhalten. Denn sowohl Christdemokraten wie Ernst Lemmer und Jakob Kaiser als auch Sozialdemokraten wie Ernst Reuter und Kurt Schumacher hielten den Zeitpunkt für innerdeutsche Gespräche für gekommen. Die Freien Demokraten standen zwar auf der Seite des Kanzlers, setzten ihn aber unter Druck, da sie nun einen Ansatzpunkt sahen, direkten Einfluß auf die Verhandlungen mit den Westmächten über die Ablösung des Besatzungsstatuts auszuüben¹⁰⁸. Es entsprach also keinem „Hang zur Dramatisierung“¹⁰⁹, wenn François-Poncet Argwohn über die Haltung der Deutschen äußerte.

Bonn konterte auf die Initiative Ost-Berlins Ende September mit der Veröffentlichung von vierzehn Grundsätzen einer Wahlordnung; die erhoffte Befreiung blieb aber aus. Grotewohl erklärte die vom Deutschen Bundestag¹¹⁰ gemachten Vorschläge Mitte Oktober vor der Volkskammer überraschend für durchaus akzeptabel und regte gesamtdeutsche Beratungen an¹¹¹. An der Seine verursachte die sich konkretisierende Perspektive deutsch-deutscher Gespräche „Unbehagen und Besorgnis“¹¹². Nur zögerlich hatte der Quai d'Orsay dem 14-Punkte-Programm des Kanzleramtes zugestimmt, wollte eigentlich erst dessen Untiefen ausloten. Da Ost-Berlin und auch Washington grünes Licht gaben, konnte Paris nicht opponieren¹¹³. Die Bedenken aber blieben. Einige proeuropäische Beamte sahen bereits nach dem gesamtdeutschen Urnengang die Forderung der Sowjetunion nach Rückzug sämtlicher Besatzungstruppen auf sich zukommen und befürchteten die Zustimmung der Assemblée Nationale. Im Gegensatz zu weiten Teilen der öffentlichen Meinung betrachteten sie die Wiedervereinigung eben nicht als ersten Schritt zum Ausgleich zwischen Ost und West, sondern als Wegbereiter der Sowjetisierung des Kontinents. Anders als der deutsche Regierungschef, der gewiß ähnlich dachte, konnten sie sich aber nicht zu der Erkenntnis durchringen, der Gefahr durch eine rasche Integration Westdeutschlands auf der Ebene der Gleichrangigkeit zu begegnen¹¹⁴. Schuman etwa setzte auf die Westbindung ohne Gleichberechtigung und stellte in diesen Tagen gegenüber den Auslandsvertretungen eindeutig fest, Frankreich werde für die Wiedervereinigung nicht die erzielten Erfolge bei der Demokratisierung und Westintegration der Bundesrepublik aufs Spiel setzen. Natürlich propagierte er das Ziel der deutschen Einheit, ohne aber den notwendigen Preis der Aufgabe der bundesdeutschen Westbindung zahlen zu wollen. In der Konsequenz hieß dies gewiß nichts anderes als eine Stabilisierung

Hohen Kommissare 1949–1951, S. 378–387, hier S. 378; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Bd. 1038, Bl. 191–195, François-Poncet an MAE, Tel. 6350/63, 24. 9. 1951, *Réservé, Très urgent*.

¹⁰⁷ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 150, Tee-Empfang 20. 9. 1951.

¹⁰⁸ Vgl. Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 419; Klotzbach, Weg, S. 230 f.

¹⁰⁹ Lohse, Lockungen, S. 55.

¹¹⁰ S. Bundestagsdebatte, 27. 9. 1951, in: BT, Sten. Ber., Bd. 9, S. 6700–6712; Erklärung der Bundesregierung, 27. 9. 1951, in: EA 1951, S. 4409 f.

¹¹¹ Zur Erklärung Grotewohls vom 10. 10. 1951 s. AdG 1951, S. 3152A.

¹¹² PA, Abt. 2, Bd. 221, Bl. 204, Hausenstein an AA, 200 Tgb. Nr. 3808, 3. 10. 1951.

¹¹³ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 86.

¹¹⁴ S. PA, Abt. 2, Bd. 221, Bl. 204, Hausenstein an AA, 200 Tgb. Nr. 3808, 3. 10. 1951.

der deutschen Zweistaatlichkeit¹¹⁵. Würde er sich mit seinem Kurs gegenüber den Widersachern in der Presse, dem Parlament, der Regierung und dem eigenen Ministerium aber durchsetzen können?

Adenauer konnte folglich nicht sicher sein, ob Schuman nicht doch jenen wieder Auftrieb gewinnenden Kräften Tribut zollen mußte, die „den Ausgleich mit Rußland lieber sähe[n], als ein Bündnisverhältnis mit dem gleichberechtigten Deutschland“. Der „wieder zu neuem Leben“ erwachte Neutralismus¹¹⁶ und die französischen Widerstände in den Verhandlungen über den Generalvertrag¹¹⁷ ließen den Kanzler am 1. 10. schweres Geschütz auffahren: Frankreich, so polterte er in der Sitzung mit der Hohen Kommission, verfolge „zwei Arten von Politik [...], die eine der europäischen Integration, die andere des Bündnisses mit Sowjetrußland“¹¹⁸. Protagonisten beider Richtungen, so mochte er denken, waren etwa Schuman und Auriol. Letzterer versuchte jetzt abermals, die französische Politik in die zweite Richtung zu lenken. Der wachsende Nationalismus in der Bundesrepublik und die Überzeugung, die Deutschen würden nie auf die Einheit verzichten, ließen ihn nach einem Ausweg suchen, wie Frankreich vor einem Krieg bewahrt werden könne. Der Hebel dazu war für ihn der deutsche Wehrbeitrag, da er, wie auch Parodi oder Massigli, davon ausging, daß Moskau zu weitreichenden Konzessionen bereit sei, ja selbst zu einer politisch-ökonomischen Integration Deutschlands in den Westen, wenn nur die Aufrüstung verhindert würde¹¹⁹. Aus Berlin drang in diesen Tagen das Gerücht nach Paris, Moskau akzeptiere sogar ein bewaffnetes, aber bündnisfreies Gesamtdeutschland¹²⁰.

Auch ausländischen Gästen wie dem amerikanischen Außenminister gegenüber machte der französische Staatschef keinen Hehl aus seiner Lösung der „deutschen Frage“: ein geeintes, kontrolliertes, durch internationale Streitkräfte geschütztes, politisch und wirtschaftlich unabhängiges Deutschland mit gewissen eigenen Truppenbeständen unter UNO-Mandat¹²¹.

Auriol ging damit freilich auf deutliche Distanz zur offiziellen Außenpolitik. Schuman hatte sich im Oktober noch einmal dezidiert gegen eine Neutralisierung Deutschlands ausgesprochen. Die Wiedervereinigung dürfe nur in der Form eines westlich orientierten Gesamtdeutschlands erfolgen, wobei er offen eingestand, daß der Gedanke eines auch nach Westen schauenden 70-Millionen Volkes ihm erhebliche Kopfschmerzen bereite¹²².

Um den Ablauf des gesamtdeutschen Urnenganges nicht der von Ost-Berlin gewünschten Kontrolle der Vier Mächte zu unterwerfen, entwickelte Bonn den

¹¹⁵ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 139f.

¹¹⁶ PA, Abt. 2, Bd. 221, Bl. 66–68, Hausenstein an AA, 200 Tgb. Nr. 3812, 3. 10. 1951, Geheim.

¹¹⁷ Vgl. Kap. III.1.1.

¹¹⁸ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 1. 10. 1951, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 388–399, hier S. 396.

¹¹⁹ S. Unterredung zwischen Auriol und Massigli, 5. 11. 1951, in: Auriol, Journal, Bd. 5, S. 527f.

¹²⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 418, Bl. 92–96, de Noblet an MAE, Tel. 839, 7. 11. 1951. De Noblet seinerseits vertrat die Auffassung, daß Moskau einer politischen und wirtschaftlichen Integration Deutschlands in den Westen nicht im Wege stehe, sofern die Wiederbewaffnung verhindert würde (Unterredung zwischen Auriol und Noblet, 29. 11. 1951, in: Auriol, Journal, Bd. 5, S. 576f.).

¹²¹ S. Unterredung zwischen dems. und Acheson, 14. 11. 1951, in: ebd., S. 546–548.

¹²² Vgl. Lohse, Lockungen, S. 108.

Vorschlag, die Bedingungen freier Wahlen mittels einer neutralen Kommission unter der Aufsicht der UNO zu prüfen. Trotz einiger Bedenken unterstützte Paris dieses Konzept. Aus Sorge vor einer Ausdehnung des Kompetenzbereiches auf das Saarland und die Gebiete jenseits von Oder und Neiße empfahl es allerdings eine Beschränkung des Aufgabengebietes auf den Boden der Bundesrepublik, Berlins und der DDR. Aus den ihnen stets wichtigen Prestigegründen bestanden die Franzosen ferner darauf, die deutsche Anregung ohne Hinweis auf den Urheber aufzugreifen, und setzten trotz des amerikanischen Widerstandes auch durch, daß die Deutschen sie nicht selbst vor der UNO-Vollversammlung vortragen durften¹²³.

Statt dessen wurde ein entsprechender Antrag der Bundesregierung dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Anfang November von den drei Westmächten vorgelegt¹²⁴, wobei es ihnen eindeutig darum ging, „Zeit zu gewinnen und propagandistisch wieder Tritt zu fassen“¹²⁵. Am 20. 12. sprach sich die Vollversammlung für die Bildung eines fünfköpfigen Gremiums aus, dem das Kanzleramt umgehend jede Unterstützung zusicherte¹²⁶. Bonn hatte sein Ziel erreicht: Sollte die DDR der Untersuchungskommission die Mithilfe verweigern, war ihre Forderung nach gesamtdeutschen Wahlen vor der Weltöffentlichkeit als Schwindel entlarvt¹²⁷. Unklugerweise ließ Adenauer nun in öffentlicher Rede durchblicken, daß die Durchführung dieser Wahlen für ihn keineswegs Priorität besaß. Vorrang hatten vielmehr die Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts und den deutschen Wehrbeitrag, wie sie im September in Washington beschlossen worden waren¹²⁸. Schumacher warf ihm prompt vor, es dürfe „kein starres System der Reihenfolgen“ geben, das dazu führe, „die Integration Westeuropas mit dem Verzicht auf die deutsche Einheit [zu] erkaufen“¹²⁹. Dem wachsenden Mißtrauen der national gesinnten Kreise begegnete Adenauers Adlatus Blankenhorn daraufhin mit dem wenig überzeugenden Hinweis, der Kanzler halte die staatliche Einheit schon aus europapolitischen Erwägungen für unerläßlich. Deutschland könne die ihm in der Gemeinschaft gestellten Aufgaben „nur mit einem realen Schwergewicht des geeinten Staatskörpers erfüllen“¹³⁰.

Wenngleich der Kanzler sich der innenpolitischen Gefahren einer stark akzentuierten Politik der Westbindung sehr wohl bewußt war, hielt er seinen Kurs aufrecht. Er sah nämlich nur zu gut, wie die Alliierten weitgehende sowjetische Angebote erwarteten und alle Bonner Regungen mit großer Nervosität beobachteten. Namentlich Frankreich verfolgte mit Argwohn, wie der sichtbare Wirtschaftsauf-

¹²³ Vgl. ebd., S. 86 f.; Rupieper, Verbündeter, S. 225 f.

¹²⁴ Vgl. Schreiben und Memorandum der amerikanischen Regierung an den Generalsekretär der UNO, 5. 11. 1951, in: Bulletin 1951, S. 32.

¹²⁵ Schwarz, Adenauer 1949–1957, S. 151.

¹²⁶ S. Entschließung der UN-Vollversammlung, 20. 12. 1951, in: EA 1952, S. 4660 f.

¹²⁷ S. PA, Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 1, Blankenhorn an Auslandsvertretungen, 020–13 II 15120/51, 6. 2. 1952.

¹²⁸ S. Rede Adenauers am Berliner Funkturm, 6. 10. 1951, in: AdG 1951, 3146P. Zu den Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts und die EVG vgl. Kap. III.1.1 u. III.4.2.

¹²⁹ Rede Schumachers in Hamburg, 9. 10. 1951, im Auszug in: Schumacher, Reden, S. 942–946; zur bröckelnden Gemeinsamkeit zwischen Koalition und Opposition in der Deutschlandpolitik vgl. Klotzbach, Weg, S. 230 f.; Merseburger, Kurt Schumacher, S. 514–516.

¹³⁰ BA, NL Blankenhorn, Bd. 9b, Bl. 131 f., Tb. 10. 1. 1952.

schwung und die Erkenntnis, als Militärmacht umworben zu werden, das Selbstbewußtsein der Bundesrepublik zusehends steigerte. Immer drängender riefen deutsche Politiker und Kommentatoren nach einer „égalité des droits“ oder dem „rétablissement de l'Allemagne dans ses frontières de 1937“¹³¹. Auriol sah darin nur eine Bestätigung seiner seit Jahren gehegten Befürchtungen, und für ihn gab es daher, wie er den neuen Regierungschef Edgar Faure am 6. 2. wissen ließ, nur eine Möglichkeit: das Gespräch mit den Sowjets mußte wieder aufgenommen werden¹³². Der Moskauer Paukenschlag vom 10. 3. schien die geeignete Ebene dafür zu bilden.

„Torpedostoß“ aus Moskau

Stalin hatte sich mit der im Westen seit langem erwarteten neuen Initiative viel Zeit gelassen und erst die prinzipielle Einigung der Westmächte über die EVG auf der Lissabonner NATO-Konferenz vom Februar abgewartet¹³³. Freilich hatten sich seit Januar erste Vorboten angekündigt. Am 9. 1. erklärte Grotewohl die Grenzen der DDR für die UN-Kommission für gesperrt¹³⁴. Mitte Februar trat er an die Regierungen der Westmächte und der Bundesregierung mit der Forderung eines baldigen Friedensvertrages mit Deutschland heran, der entgegen seiner bisherigen Auffassung Grundlage der Wiedervereinigung sein sollte¹³⁵. Adenauer bekräftigte umgehend seine alte Auffassung, zunächst müßten freie Wahlen zur Nationalversammlung abgehalten werden¹³⁶.

Die Wende in der Taktik der DDR war von der französischen Hohen Kommission aufmerksam registriert worden, zumal die Angaben über den Status Gesamtdeutschlands höchst ungenau ausfielen. Sie bewertete den Vorstoß daher als Vorspiel einer neuen Serie von sowjetischen Bemühungen, den Abschluß der Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts und den westdeutschen Verteidigungsbeitrag zu vereiteln¹³⁷. Die Diplomaten sollten recht behalten. Am 10. 3. kam der erwartete gefährliche „Torpedostoß“¹³⁸ aus Moskau, dessen Vorbereitung bis in den Februar 1951 zurückreichte¹³⁹. In gewisser Analogie zu seiner Rede vom 10. 3. 1939, in der er ein Arrangement mit Hitler-Deutschland signalisiert hatte¹⁴⁰, forderte Stalin die Westalliierten zu einer alsbaldigen Viermächtekonferenz über einen deutschen Friedensvertrag auf und fügte die Grundzüge eines Vertragsentwurfs bei, der teils bekannte, teils sensationelle Vorschläge wie

¹³¹ Bérard an MAE, Tel. 1450/67, 18. 2. 1952, *Résumé*, in: BDFD I, S. 121–123, hier S. 122 u. 123.

¹³² S. Auriol an Faure, 6. 2. 1952, in: Auriol, *Journal*, Bd. 6, S. 106 f.

¹³³ Vgl. Kap. III.4.2.

¹³⁴ Vgl. Graml, *Legende*, S. 315.

¹³⁵ S. Regierung der DDR an Regierung der Sowjetunion nebst Begleitschreiben an die Bundesregierung, 13. 2. 1952, in: EA 1952, S. 4793.

¹³⁶ S. Entwurf der Erklärung der Bundesregierung, 14. 2. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 108 f.

¹³⁷ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 901, Bl. 252–256, Bérard an MAE, Tel. 1329/42, 14. 2. 1952, *Priorité*.

¹³⁸ Grewe, *Rückblenden*, S. 149; zum folgenden vgl. vor allem: Graml, *Legende*; Hillgruber, *Adenauer*; Meyer-Landrut, *Frankreich*; Rupieper, *Verbündeter*, S. 240–300; Schwarz (Hg.), *Legende*; Soutou, *La France et les notes soviétiques*; Steininger, *Chance*; Wettig, *Deutschland-Note*.

¹³⁹ Vgl. ebd., S. 791–798.

¹⁴⁰ Vgl. Hillgruber, *Adenauer*, S. 112.

die Idee eigener nationaler Streitkräfte oder das Recht zur Herstellung von Kriegsmaterial enthielt¹⁴¹.

In unserem Kontext geht es nicht um die heftig diskutierte Frage, ob das Angebot Stalins tatsächlich „ernst gemeint“ war, wie Rolf Steininger auf der Basis englischer und amerikanischer Akten behauptet¹⁴², oder ob es Stalin nur um „einen Krieg mit anderen als militärischen Mitteln, d. h. um eine Mobilisierung der Deutschen gegen die westdeutsche Regierung und die Westmächte“ ging, wie Gerhard Wettig nach der Durchsicht einschlägiger sowjetischer Archivalien meint¹⁴³. Im Zentrum unseres Interesses stehen vielmehr die Reaktionen in Bonn und Paris, mithin die Frage nach der deutschen und französischen Einstellung zum Problem der Wiedervereinigung Deutschlands.

Adenauers erster Eindruck war, Stalin setze nun alles daran, die Westbindung der Bundesrepublik zu verhindern. Worauf es jetzt ankomme, sei eine genaue Textexegese, weil wesentliche Begriffe des Angebots im sowjetischen Sprachgebrauch anders besetzt seien. Während er gegenüber Blankenhorn am 10. 3. einen Fragenkatalog aufstellte, um die Echtheit der Note prüfen zu lassen¹⁴⁴, legte er den Schwerpunkt seiner Betrachtung am 11. 3. im Bundeskabinett auf den eigentlichen Adressaten des Schreibens. Nicht die Westmächte, wie Kaiser meinte, der „unter allen Umständen eine positive Haltung“ Bonns einforderte, sondern Frankreich sei der Hauptempfänger, behauptete der Kanzler. „Rußland“ wolle es zur alten traditionellen Politik zurückbewegen¹⁴⁵. Diese These als „abenteuerlich [...] ohne jede sachliche Begründung“ zu verwerfen¹⁴⁶, geht gewiß zu weit; Frankreich war in der Kette der drei Westmächte das schwächste Glied, in bezug auf die deutsche Aufrüstung ein unsicherer Kantonist. Gleichwohl, die Hauptstoßrichtung ging doch wohl eher nach Deutschland. Adenauers Einschätzung belegt zweierlei. Sie zeugt von der Tiefe des Mißtrauens, das er gegenüber Frankreich und dessen Bereitschaft zur Allianz mit der Sowjetunion hegte. Und sie unterstreicht seine Absicht, Reaktionen von deutscher Seite einzudämmen, wohl wissend, daß auch am Kabinettsstisch nicht alle mit der Politik der Westbindung einverstanden waren. So kurz vor dem Abschluß der Westverträge durfte aber um Gottes Willen nicht der Eindruck entstehen, „als wenn wir in unserer Politik schwankten“¹⁴⁷.

Damit war auch schon seine Grundlinie gegenüber den Hohen Kommissaren festgelegt. Mit bestimmtem Tonfall erklärte er ihnen am Nachmittag, die Note ändere nichts an der Politik seiner Regierung. Er hoffe auf eine möglichst rasche Antwort der Westmächte und wünsche, daß sie eine Viermächtekonferenz ausschließe. Während Adenauer in seinen „Erinnerungen“ glauben machen will, die

¹⁴¹ S. Note der Sowjetregierung an die drei Westmächte nebst „Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland“, 10. 3. 1952, in: Jäckel (Hg.), *Deutsche Frage*, S. 23 f.

¹⁴² S. Steininger, *Chance*, S. 73.

¹⁴³ Wettig, *Deutschland-Note*, S. 803 f.; vgl. auch Görtemaker, *Geschichte*, S. 308–310.

¹⁴⁴ Vgl. Blankenhorn, *Verständnis*, S. 132 f., Tb. 10. 3. 1952; PA, Abt. 2, Bd. 225, Bl. 213 f., Blankenhorn an Adenauer, *Aufzeichnung*, März 1952.

¹⁴⁵ Lenz, *Tagebuch*, S. 273, Tb. 11. 3. 1952; s.a. Notiz Seebohm, 11. 3. 1952, in: *Kabinettsprotokolle*, Bd. 5, S. 164 f.

¹⁴⁶ Köhler, *Adenauer*, S. 685.

¹⁴⁷ Lenz, *Tagebuch*, S. 273, Tb. 11. 3. 1952; s.a. Notiz Seebohm, 11. 3. 1952, in: *Kabinettsprotokolle*, Bd. 5, S. 164 f.

Vertreter der Westmächte hätten ihm daraufhin die Zusage gegeben, in den Verhandlungen über den Generalvertrag und die EVG „so fort[zufahren], als ob es die Note nicht gäbe“¹⁴⁸, beschränkten sich die Hohen Kommissare in Wirklichkeit auf drei Feststellungen: 1. Jedesmal, wenn Moskau Zeit gewinnen wolle, schlage es eine Konferenz vor. 2. Der Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung setze freie gesamtdeutsche Wahlen voraus. 3. Bei einer Fortsetzung der Westbindungspolitik seien weitere Konzessionen Moskaus durchaus wahrscheinlich¹⁴⁹. Weitere Konzessionen schienen Adenauer aber erst dann nützlich, wenn die Verträge unter Dach und Fach gebracht waren. Nachdem er von Staatssekretär Hallstein aus Washington erfahren hatte, daß Acheson in der Note „nichts Neues“ erblicke¹⁵⁰, wiederholte er dem Kabinett gegenüber drei Tage später, er halte die Note für den „Hauptstörversuch“¹⁵¹, die Schwäche der soeben erst gebildeten Regierung Pinay auszunutzen¹⁵².

Unter den Politikern der Vierten und Fünften Republik kommt Antoine Pinay zweifellos eine Rolle *sui generis* zu. Ein Mythos hat sich um diesen „homme au chapeau rond“ gebildet: der Sieger über die chronische Inflation, der Vater des neuen Franc, der Politiker, der de Gaulle die Stirn bot. Geboren 1891 in Saint-Symphorien-sur-Coise unweit von St. Etienne, übernahm er nach dem Ersten Weltkrieg die elterliche Hutfabrik und die Gerberei seines Schwiegervaters. Nach der unheilbaren Erkrankung seiner Frau wandte sich Pinay der Politik als Derivat zu und ließ sich 1929 als Kandidat der „liste d'Union républicaine“ zum Bürgermeister von Saint-Chamond wählen. Nach zwei Jahren in der Nationalversammlung agierte Pinay von 1938 bis 1940 als Senator. Da er Pétain unterstützte und 1941 Mitglied des Conseil National von Vichy wurde, mußte Pinay in der Zeit der „épuration“ die Mairie von Saint-Chamond verlassen. Doch schon bald nach Ende des Krieges nahm er seine alte Stellung als Bürgermeister, Senator oder Abgeordneter des „Centre National des Indépendants“ wieder ein. 1949 wurde der gemäßigt konservative Unabhängige Republikaner zum Präsidenten des „Conseil général de la Loire“ gewählt, eine Funktion, die er ohne Unterbrechung dreißig Jahre lang wahrnehmen sollte. 1948/49 arbeitete er als Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten, von 1950 bis 1952 leitete er das Ministerium für öffentliche Arbeiten, Transport und Tourismus. 1952 trug Präsident Auriol ihm die Regierungsgeschäfte an¹⁵³. Die Investitur Pinays am 6. 3. begriffen zahlreiche Kritiker als „triomphe de la médiocrité“¹⁵⁴. De Gaulle kommentierte die Wahl sar-

¹⁴⁸ Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, S. 70; s.a. Grewe, *Rückblenden*, S. 150f.; Schwarz (Hg.), *Legende*, S. 40f.

¹⁴⁹ S. AMAE, *Europe 1944–1960*, *Allemagne*, Bd. 936, Bl. 87–89, François-Poncet an MAE, Tel. 2166/73, 11. 3. 1952; Kirkpatrick an Foreign Office, Tel. 269, 12. 3. 1952, *Immediate, Confidential*, in: Steininger, *Chance*, S. 119f.; Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 11./12. 3. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 24.

¹⁵⁰ PA, Abt. 2, Bd. 539, Bl. 36–39, Hallstein u. Krekeler an Adenauer, Tel. 113, 11. 3. 1952, *Citissime*.

¹⁵¹ Lenz, *Tagebuch*, S. 276, Tb. 14. 3. 1952.

¹⁵² In der Sitzung der Fraktion vom 25. 3. 1952 wich Adenauer von dieser Auffassung ab und sah nun die „deutsche[n] Nationalisten“ als Hauptadressaten der sowjetischen Note (Heidemeyer (Bearb.), *Sitzungsprotokolle 1949–1953*, S. 528).

¹⁵³ Zu Person und Politik Pinays s. Guillaume, Antoine Pinay; Rimbaud, Pinay; eine kurze biographische Skizze in: Yvert (Hg.), *Dictionnaire*, S. 831 f.

¹⁵⁴ Rimbaud, Pinay, S. 147.

kastisch: „Je n'ai pas sauvé la France pour la confier à M. Pinay!“¹⁵⁵ Tatsächlich zeichneten Pinay, der sich selbst weniger als Politiker denn als Technokrat sah, Einfachheit und Solidität aus. Sein Pragmatismus, seine Toleranz oder die stets bewahrte Unabhängigkeit trugen ihm im Volk indes soviel Sympathie ein, daß er sich – neben Mendès France – als einziger Regierungschef der IV. Republik echter Popularität erfreuen konnte¹⁵⁶.

Pinay war nur mit knapper Mehrheit gewählt worden, wobei er seinen Erfolg 27 gaullistischen Abgeordneten verdankte, die der bisherigen Europa- und Deutschlandpolitik keineswegs wohlgesonnen waren. Auch ein Teil seiner eigenen Fraktion der Indépendants stand der Westbindung ablehnend gegenüber. Bei einer Abstimmung im Parlament hätte Pinay auf die Sozialisten bauen müssen, die seine Investitur jedoch nicht mitgetragen hatten. Die Ungewißheit über das Verhalten der Abgeordneten ließ ihn denn auch in den nächsten neun Monaten vor jeglicher Debatte über die Europa- und Deutschlandpolitik zurückschrecken¹⁵⁷.

Die Reaktionen der französischen Regierung auf die Initiative der Sowjetunion legte nun jenes Konzept der „double sécurité“ vollends frei, das subkutan bereits seit der Gründung der Bundesrepublik angelegt war: Frankreichs Schutz vor Deutschland garantierte die deutsche Teilung, seine Sicherheit vor der Sowjetunion die Westbindung der Bundesrepublik¹⁵⁸. Freilich galt dieses Antidotum keineswegs unumschränkt. Denn Kommunisten, Progressisten, einige Sozialisten und zahlreiche Gaullisten bevorzugten die Entente mit Moskau, um die deutsche Wiederbewaffnung zu verhindern und ein von Frankreich und der Sowjetunion geführtes europäisches Sicherheitssystem zu schaffen, was weniger ein Ausdruck von Neutralismus war, als vielmehr den Wunsch nach einer Rückkehr zur historischen französisch-russischen Allianz widerspiegelte¹⁵⁹. Daneben gab es an der Seine jene Politiker, wie Schuman, die an eine deutsche Gefahr nicht mehr glaubten, die Wiedervereinigung auch als letztlich unabwendbar betrachteten und daher voll auf die Westbindung setzten¹⁶⁰.

In Übereinstimmung mit der französischen Botschaft in Moskau, die in der Note keinen echten Wandel der sowjetischen Deutschlandpolitik erkennen mochte¹⁶¹, galt es im Quai d'Orsay als ausgemacht, daß es Stalin vor allem darauf abgesehen hatte, den Westen zu verunsichern, die nationalen Kräfte in Bonn, Paris oder London zu ermuntern und die Unterzeichnung der Westverträge hinauszuzögern. Mit Blick auf die öffentliche Meinung beiderseits des Rheins hielt man es für völlig ausgeschlossen, sich dem Vorwurf auszusetzen, eine Chance verpaßt zu haben¹⁶². Denn nicht nur die kommunistische¹⁶³, sondern auch die von Vorbehal-

¹⁵⁵ Zitiert nach: ebd., S. 132.

¹⁵⁶ S. Goguel/Grosser, *Politique en France*, S. 145.

¹⁵⁷ Vgl. Meyer-Landrut, *Frankreich*, S. 84–86.

¹⁵⁸ Soutou, *Place*, S. 53.

¹⁵⁹ Vgl. ebd., S. 52 f.

¹⁶⁰ Vgl. ebd., S. 55.

¹⁶¹ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 936, Bl. 96, Brionval an MAE, Tel. 626/29, 12. 3. 1952.

¹⁶² S. Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 12. 3. 1952, in: BDFD I, S. 128–130, in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Meyer-Landrut, *Frankreich*, S. 132 f.; s.a. Lohse, *Lockungen*, S. 57 u. 142 f.

ten gegenüber dem sowjetischen Vorschlag nicht freie Presse bezeichnete es als „maladroit et injuste de refuser la discussion“¹⁶⁴. Folglich durfte der von Moskau angeregten Debatte nicht ausgewichen werden, ohne aber die Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts und die EVG zu vernachlässigen. Im Gegensatz zum Bundeskanzleramt schloß der Quai d'Orsay Vierertreffen dezidiert nicht aus, wobei es ihm offensichtlich nicht nur um die Befriedigung der öffentlichen Meinung, sondern auch darum ging, mehr über die sowjetischen Absichten zu erfahren. Denn nach wie vor galt in der Pariser Deutschlandpolitik das Fundamentalprinzip, es gäbe keine Antwort auf die „deutsche Frage“, die Frankreich voll zufrieden stelle. Zwar hatte man sich für die Westbindung entschieden, eine Umkehr war aber prinzipiell durchaus möglich, „que si, sur le plan de la politique mondiale, une autre solution pouvait comporter des conséquences d'une vaste portée et une véritable détente entre l'Ouest et l'Est“¹⁶⁵.

Da die „deutsche Frage“ nur eine Ursache für die Konflikte in der Welt darstellte, konnte ihre isolierte Behandlung auch keine wirkliche Entspannung bewirken. Die war nur in einem globalen Prozeß zu erreichen. Die proeuropäisch gesinnten Beamten im Quai d'Orsay wie Sauvagnargues hielten eine Wiedervereinigung nur dann mit den französischen Interessen für vereinbar, wenn das geeinte Deutschland fest in den Westen eingebunden sei und eine gesamtdeutsche Regierung die europäischen Verpflichtungen Westdeutschlands übernehme. Eine wirkliche Wahlfreiheit schloß er für das neue Kabinett aus: „nous voulons le lier à l'avance par le respect d'engagements qu'il n'aurait pas lui même conclus“¹⁶⁶.

Am 13. 3. legte Paris seine Stellungnahme zur Moskauer Note in zwei Telegrammen an die wichtigsten Auslandsvertretungen offiziell fest. Die erste Depeche¹⁶⁷ enthielt einige zentrale Überlegungen zum Inhalt der sowjetischen Note, wie sie die Europaabteilung¹⁶⁸ zusammengestellt hatte. Bedenklich stimmte den Quai d'Orsay die Forderung des Kreml nach territorialer Endgültigkeit der Potsdamer Beschlüsse, weil das die Aufgabe der Saar bedeutete und deutschen Irredentismus nach Osten schürte, wenn die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze festgeschrieben würde¹⁶⁹. Das Streben nach Offenhalten der territorialen Frage entsprang also keineswegs der Akzeptierung deutscher Ansprüche als viel-

¹⁶³ Vgl. Artikel von Duclos, 13. 3. 1952, in: Beilage zu „L'Humanité“, im Auszug auch in: BDFD III, S. 107f.; Meyer-Landrut, Frankreich, S. 103f.

¹⁶⁴ „Franc-Tireur“, 12. 3. 1952, im Auszug auch in: BDFD III, S. 105f., hier S. 106; s.a. Artikel Edouard Daladiers, 25. 3. 1952, in: „L'Information“, im Auszug auch in: ebd., S. 110–112; vgl. ausführlich: Meyer-Landrut, Frankreich, S. 101–112.

¹⁶⁵ Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 12. 3. 1952, in: BDFD I, S. 130.

¹⁶⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 939, Bl. 48–52, Aufzeichnung der Unterabt. Zentral-europa im MAE, 20. 6. 1952 (Konzept JS); s.a. Meyer-Landrut, Frankreich, S. 82f.

¹⁶⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 936, Bl. 122–125, Schuman an Washington etc., Tel. 4264/73 etc., 13. 3. 1952, Réservé, Urgent. Wie bereits Meyer-Landrut hervorgehoben hat, beweist der Inhalt dieses Telegramms, daß schon die erste Lagebeurteilung vom 11. 3. Grundlage jener Bedenken des Quai d'Orsay war, die den Angelsachsen am 14. 3. 1952 vorgelegt wurde. Die französische Lagebeurteilung hatte sich also nicht – wie Steininger behauptet – grundlegend verändert (Meyer-Landrut, Frankreich, S. 41, Anm. 92; Steininger, Chance, S. 48).

¹⁶⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 936, Bl. 91–95, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 11. 3. 1952, mit deutscher Übersetzung abgedruckt in: Meyer-Landrut, Frankreich, S. 127–131.

¹⁶⁹ S. Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 12. 3. 1952, in: BDFD I, S. 128–130; Lohse, Lockungen, S. 57 u. 142; Meyer-Landrut, Frankreich, S. 132f.

mehr dem Wunsch, nicht von der Grenzziehung ausgeschlossen zu werden¹⁷⁰. Darüber hinaus lehnte Paris auch die wirtschaftlichen Konsequenzen der Moskauer Offerte ab, würden sich die Deutschen doch die Märkte in Osteuropa und Asien erschließen und innerhalb einer kurzen Zeit ein ökonomische Überlegenheit ungeahnten Ausmaßes aneignen. Darüber hinaus befürchtete der Quai d'Orsay die Auflösung der Montanunion, war also an einer völligen Freiheit der deutschen Friedenswirtschaft nicht interessiert¹⁷¹. Schließlich gaben auch die sowjetischen Ausführungen zur deutschen Sicherheitspolitik Anlaß zur Sorge, weil eine nationale deutsche Armee die kaum überwundene Angst wiederbelebte, die noch durch die Vorstellung des Abzugs der Besatzungstruppen vergrößert wurde.

Im zweiten Telegramm teilte Schuman die einzunehmende französische Haltung mit, wobei er nun aber nicht mehr von Viermächteverhandlungen sprach, sondern von Fragen, die die sowjetische Konzessionsbereitschaft ausloten sollten¹⁷². Am Tag darauf erreichten die Vorüberlegungen in Paris ihren Höhepunkt. Aus Berlin waren sensationelle Meldungen eingegangen, die der bisherigen Einschätzung der Stalin-Note völlig zuwiderliefen. Der französische Vertreter an der Spree, de Noblet, charakterisierte sie als ein ernsthaftes Angebot und glaubte sogar an die Bereitschaft der Sowjetunion zur Aufgabe der DDR¹⁷³. Seine Einschätzung erregte im Quai d'Orsay wie im Elysée verständlicherweise hohe Aufmerksamkeit. Parodi erbat Präzisierungen und interessierte sich vor allem für die möglichen Auswirkungen einer Anerkennung der DDR, die de Noblet als eine von drei bisher in der Sowjetunion verfolgten Lösungsansätzen erwähnt hatte¹⁷⁴. In seiner Antwort ging der am Rhein als sowjetfreundlich geltende Diplomat¹⁷⁵ zwar nicht so weit, die Anerkennung der DDR als beste Lösung für das Deutschlandproblem zu bezeichnen. Er sah darin aber immerhin eine praktikable Möglichkeit¹⁷⁶, womit er der erste und für lange Zeit auch einzige französische Diplomat war, der sich in diesem Sinne so eindeutig äußerte¹⁷⁷.

Ganz anders als der Generalsekretär des Quai d'Orsay reagierte der Conseil des Ministres auf die Nachrichten aus Berlin. Verteidigungsminister Pleven versuchte sie gegenüber dem für derartige Erwägungen gewiß empfänglichen Staatspräsi-

¹⁷⁰ Vgl. ebd., S. 77.

¹⁷¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 936, Bl. 122–125, Schuman an Washington etc., Tel. 4264/73 etc., 13. 3. 1952, Réservé, Urgent; ebd., Bl. 157–161, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 14. 3. 1952; Meyer-Landrut, Frankreich, S. 74 f.; Soutou, La France et les notes soviétiques, S. 265 f.

¹⁷² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 936, Bl. 126–128, Schuman an Washington etc., Tel. 4708/15 etc., 13. 3. 1952, mit deutscher Übersetzung abgedruckt in: Meyer-Landrut, Frankreich, S. 135–137; s.a. Lohse, Lockungen, S. 57 f. u. 143.

¹⁷³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 936, Bl. 145–151, de Noblet an MAE, Tel. 188, Secret, 14. 3. 1952; Meyer-Landrut, Frankreich, S. 38 f.; Lohse, Lockungen, S. 144 f.

¹⁷⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 937, Bl. 28 f., Parodi an de Noblet, Tel. 37/38.

¹⁷⁵ Das Bundeskanzleramt verdächtigte de Noblet, eine sowjetisch-französische Verständigung anzustreben. Nach entsprechenden Pressebeschuldigungen wurde er aber im Oktober 1952 von Bérard in Schutz genommen. Es sei „völlig unzutreffend [...], daß Herr Noblet irgendwelche Verbindungen mit den Russen habe, die den Intentionen der französischen Regierung zuwider liefen“ (StBKAH, NL Adenauer 11.02, Lenz an Adenauer, 7. 10. 1952; s.a. Lenz, Tagebuch, S. 434, Tb. 7. 10. 1952).

¹⁷⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 937, Bl. 58–66, de Noblet an MAE, Tel. 199, Secret, Réservé, 21. 3. 1952.

¹⁷⁷ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 145.

denten umgehend herunterzuspielen, indem er de Noblet als „esprit faux, sensible à toute propagande soviétique“ brandmarkte¹⁷⁸. Auriol aber folgte ihm in dieser Einschätzung nicht, hielt den Zeitpunkt vielmehr für günstig, mit den Sowjets ins Geschäft zu kommen¹⁷⁹. Zu seinem Verdruss mußte der Präsident aber erkennen, daß die Minister seiner Konzeption nicht zustimmten¹⁸⁰. Die Neutralisierung Deutschlands, so lautete ein Gegenargument der ‚Europäer‘ um Schuman, führe unweigerlich zur Neutralisierung des Kontinents und befördere den Isolationismus der USA. Nationalistische Kreise in Deutschland könnten dann den sowjetischen Sirenengesängen erliegen und ein enges Bündnis eingehen, um die Wiedervereinigung zu erreichen. Moskau benutze die Ostdeutschen als Geisel, um die Westdeutschen dem Dilemma auszusetzen, die Einheit entweder durch einen alles zerstörenden Krieg oder mit der sowjetischen Allianz zu erreichen¹⁸¹. Schuman sah zwar ein, daß es die Einheit nicht ohne die Sowjetunion geben konnte. „Mais, l’entente devra se faire en même temps avec les alliés occidentaux qui tiennent l’Allemagne occidentale autant que la Russie tient l’Allemagne de l’Est. Notre intérêt est donc de ne lâcher ce gage d’aucune manière“¹⁸².

Am Abend des 14. 3. traf sich die Spitze des Quai d’Orsay bei Generalsekretär Parodi, um das weitere Vorgehen abzustimmen: de La Tournelle, der Leiter der Hauptabteilung Politik, de Margerie, sein Stellvertreter, Seydoux, der Chef der Abteilung Europa, Sauvagnargues, Leiter der Unterabteilung Zentraleuropa, und Laloy, dem die Unterabteilung Osteuropa unterstand. Die Beamten bewerteten das sowjetische Angebot nicht mehr als reine Propaganda, sondern als „renversement“ der bisherigen Moskauer Politik. Als mögliches Ziel sahen sie einen der Lage Österreichs entsprechenden Status für Deutschland an, d. h. die Beendigung der Westbindung und Unterwerfung Gesamtdeutschlands unter die Viermächtekontrolle. Infolgedessen wurde die ursprüngliche Doppelstrategie zugunsten eines möglichst raschen Abschlusses der Westintegration aufgegeben. Erst danach wollte man sich auf Gespräche mit Moskau einlassen¹⁸³. Je mehr man also der sowjetischen Initiative eine gewisse Ernsthaftigkeit testierte, desto mehr schwächte man seine eigene Verhandlungsbereitschaft ab¹⁸⁴. Jetzt mußte sich erweisen, ob die Partner dem Kurs Frankreichs folgen würden.

¹⁷⁸ Unterredung zwischen Auriol und Pleven, 28. 3. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 246; s.a. Meyer-Landrut, Frankreich, S. 39.

¹⁷⁹ S. Auriol, Journal, Bd. 6, S. 201, Tb. 14. 3. 1952; Conseil des Ministres, 19. 3. 1952, in: ebd., S. 211f.; Unterredung zwischen Auriol und Chataigneau, 19. 3. 1952, in: ebd., S. 214f.; Unterredung zwischen dems. und Massigli, 21. 3. 1952, in: ebd., S. 221f.; ders. an Pinay, 11. 4. 1952, in: ebd., S. 270–272.

¹⁸⁰ S. Conseil des Ministres, 26. 3. 1952, in: ebd., S. 231.

¹⁸¹ S. ADM, 34 J 17, Papiers Schuman, „Éléments d’une argumentation en prévision de la discussion parlementaire au sujet des traités de Bonn et de Paris“, o.D. (Konzept JS). Das mit zahlreichen handschriftlichen Ergänzungen Schumans versehene Dokument diente dem Außenminister möglicherweise für die außenpolitische Debatte der Assemblée Nationale im Februar 1952 (s. dazu Kap. III.4.2).

¹⁸² ADM, 34 J 17, Papiers Schuman, „Éléments d’une argumentation en prévision de la discussion parlementaire au sujet des traités de Bonn et de Paris“, o.D. (Konzept JS), Marginalie Schumans.

¹⁸³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 936, Bl. 162–168, Compte-rendu, 14. 3. 1952; s.a. Soutou, La France et les notes soviétiques, S. 265f.; Lohse, Lockungen, S. 143f.

¹⁸⁴ Vgl. Meyer-Landrut, Frankreich, S. 42.

Auf Anregung Englands setzten die drei Mächte zur Beantwortung der sowjetischen Note eine Arbeitsgruppe ein, die zwei Konzeptionen diskutierte. Ein Entwurf des Foreign Office sah vor, das Hauptgewicht auf die Frage der freien Wahlen zu legen und die von der UNO geschaffene Untersuchungskommission ins Spiel zu bringen, die bisher von der UdSSR und der DDR abgelehnt worden war¹⁸⁵. Paris erfüllte diese zunächst von London vorgeschlagene, dann aber vor allem von Washington verfochtene Lösung von Anfang mit Skepsis, weil es darin das Risiko sah, in endlose Palaver mit Moskau verwickelt zu werden¹⁸⁶. Statt dessen drangen die Franzosen darauf, in den Text der Antwortnote zusätzliche Fragen aufzunehmen, die den eigenen Standpunkt unmißverständlich klarstellen sollten¹⁸⁷.

Derweil hatte Adenauer mit dem Motto, „Oberste Pflicht sei es jetzt zu schweigen“¹⁸⁸, versucht, ein Monopol über die Bewertung der Stalin-Note zu erwerben – vergeblich. Am 12. 3. verlangten sowohl der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Bundestag, Euler, als auch der Minister für Gesamtdeutsche Beziehungen, Kaiser, eine sorgfältige Prüfung der sowjetischen Vorschläge, wobei sie weder auf freie Wahlen noch auf die Einbeziehung der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze verzichten wollten¹⁸⁹. Ähnliche Forderungen kamen aus den Reihen der Sozialdemokraten, die eine streng sachliche Inhaltsanalyse und die Wahrnehmung der Chance wünschten, Viererverhandlungen über die Wiedervereinigung in Gang zu bringen¹⁹⁰. Vor dem Hintergrund der modifizierten westlichen Haltung und der innerdeutschen Unzufriedenheit mit seiner bisherigen Reaktion, sah sich der Kanzler jedoch gezwungen, seine Taktik zu ändern. In mehr als einem Dutzend Ansprachen, Zeitungsartikeln, Interviews und Rundfunkgesprächen¹⁹¹ warb er nun für eine Politik, die er erstmals in seiner Rede vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU in Siegen vom 16. 3. darstellte. Zu der alten Forderung nach Ablehnung der Neutralisierung und Fortsetzung der Vertragsverhandlungen trat nun als Konzession das Bemühen um ein „vernünftiges Gespräch zwischen Westen und Osten“ mit dem Ziel der Sicherung des Friedens, der Beendigung des Wettrüstens, der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und der Neuordnung in Osteuropa¹⁹². Gegenüber Kritikern seiner Westorientierung beschrieb Adenauer den von ihm eingeschlagenen Weg so: „Meine Politik geht dahin, Deutschland in den Westen einzubauen, um der Gefahr der Neutralisierung zu entgehen, um den Westen zu stärken, um bei der eines Tages eintretenden Möglichkeit der Verhand-

¹⁸⁵ S. englischer Entwurf einer Antwortnote an die Sowjetunion, 13. 3. 1952, in: Steininger, Chance, S. 130–132.

¹⁸⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 936, Bl. 162–168, Compte-rendu, 14. 3. 1952; s.a. Meyer-Landrut, Frankreich, S. 44.

¹⁸⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 936, Bl. 182 f., Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 15. 3. 1952, mit deutscher Übersetzung abgedruckt in: Meyer-Landrut, Frankreich, S. 138 f.; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 937, Bl. 11–15, Schuman an London, Tel. 5047/52, 17. 3. 1952, Réservé, Priorité absolue.

¹⁸⁸ Lenz, Tagebuch, S. 276, Tb. 14. 3. 1952.

¹⁸⁹ S. Rundfunkrede Kaisers, 12. 3. 1952, in: Kaiser, Gewerkschafter, S. 520–522; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 936, Bl. 120–121, François-Poncet an MAE, Tel. 2254, 13. 3. 1952.

¹⁹⁰ Zur innerdeutschen Diskussion über die Stalin-Note vgl. Dittmann, Adenauer; Volkmann, Innenpolitische Dimension, S. 310–326.

¹⁹¹ Vgl. Graml, Legende, S. 321 f.; Hillgruber, Adenauer, S. 113–116.

¹⁹² Zitiert nach: ebd., S. 114; s.a. Köhler, Adenauer, S. 689 f.; Steininger, Chance, S. 30 f.

lung mit Rußland mitsprechen zu können“¹⁹³. Ähnlich äußerte er sich einen Tag später gegenüber der Hohen Kommission. Nach wie vor lehnte er eine Viermächtekonferenz kategorisch ab, da sie seiner Meinung nach den Abschluß der Westverträge nur verzögerte. Allerdings plädierte er dafür, die Reaktion der öffentlichen Meinung in Frankreich und Deutschland einzukalkulieren. Nach einem Einwand Kirkpatrick's nahm er außerdem davon Abstand, in der Antwortnote die Frage der Oder-Neiße-Grenze nicht anzusprechen. Vielleicht sei der Hinweis nützlich, daß das Potsdamer Protokoll die Linie nicht definitiv festgelegt habe. Vor allem aber: Die Verhandlungen über die Vertragswerke müßten jetzt beschleunigt werden¹⁹⁴.

Am 19. 3. einigten sich die westlichen Außenminister in Paris auf das Konzept, den eigenen Standpunkt durch das Aufwerfen von Fragen unmißverständlich darzulegen. Schuman bestand darauf, den Sowjets klarzumachen, daß über die Neutralisierung Deutschlands oder gar eine nationale Armee nicht verhandelt werden könne. Letztlich, so suggerierte er seinen Kollegen, sei man sich darin einig, die beste Methode zu suchen, „en vue d'éviter la réunion d'une conférence“¹⁹⁵. Nachdem sie sich auf den Text der Antwortnote verständigt hatten, baten sie den Kanzler am 21./22. 3. offiziell um eine Stellungnahme. Entgegen den Absprachen ließ Acheson Adenauer vorab informieren und machte ihm auch den Inhalt des Notenentwurfs zugänglich. Schon diese Geste des guten Willens führte in Paris zu scharfem Protest¹⁹⁶. Adenauer hingegen zeigte sich tief befriedigt. Von einer „vollberechtigt[en]“ Teilnahme an der Abfassung der Note, über die er sich gegenüber der Fraktion der CDU/CSU brüstete, konnte natürlich keine Rede sein¹⁹⁷. Aber die Westmächte demonstrierten ihre Absicht, die Bundesrepublik in den alliierten Entscheidungsprozeß einzubinden, obwohl sich die Sowjetunion ja nur an sie gewandt hatte. Selbstverständlich kam es bei der Durchsetzung der bundesdeutschen Interessen „in erheblichem Maße auf den Kanzler an“¹⁹⁸. Ob Adenauer sich aber gegen den Widerstand der Alliierten hätte behaupten können, erscheint fraglich. Ihr Konsultationsangebot konnten sie um so leichter unterbreiten, als ihre Antwortnote auf der Linie der Bonner Position lag. Die Neutra-

¹⁹³ Adenauer an Gerhard Ritter, 7. 4. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 196–198, hier S. 198.

¹⁹⁴ S. Unterredung zwischen dems. und der AHK vom 17. 3. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 27 f.; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 937, Bl. 17–19, François-Poncet an MAE, Tel. 2374/81, 17. 3. 1952, Urgent, Réservé; Kirkpatrick an Foreign Office, Tel. 298, 17. 3. 1952, in: Steininger, Chance, S. 151 f.; Hays an Dep. of State, Tel. 2012, 17. 3. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 182 f. Auf eine entsprechende Anfrage (PA, Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 1, Krekler an AA, Tel. 172, 7. 4. 1952) wies das Auswärtige Amt die diplomatische Vertretung in Washington wenige Tage später an, „falls kein besonderer Anlaß [bestünde], Fragen genauerer Begrenzung im Osten nicht anzuschneiden“. Prinzipiell werde die Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 inklusive des Königsberger Gebiets angestrebt (ebd., Bd. 3, Kordt an Washington, Tel. 118, 9. 4. 1952).

¹⁹⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 937, Bl. 72–78, Unterredung zwischen Schuman, Eden und Dunn vom 19. 3. 1952, Compte-rendu, 22. 3. 1952; s.a. Bonsal an Dep. of State, Tel. 5715, 20. 3. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 186; Meyer-Landrut, Frankreich, S. 44 f.

¹⁹⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 937, Bl. 118, Parodi an London, Tel. 5778/80, 27. 3. 1952; Meyer-Landrut, Frankreich, S. 47. In diesem Punkt muß die Auffassung Gramls, Adenauer habe den Entwurf nicht gesehen, korrigiert werden (Graml, Legende, S. 326).

¹⁹⁷ Heidemeyer (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 528.

¹⁹⁸ Köhler, Adenauer, S. 687.

lisierung blieb tabu, und am Gedanken der europäischen Integration wurde festgehalten¹⁹⁹.

Noch aber waren die aus Moskau drohenden Gefahren für Bonn nicht beseitigt. Der „eigentlich kritische Moment“²⁰⁰ stand Adenauers Außenpolitik noch bevor. Er begann mit der zweiten sowjetischen Note vom 9. 4., die die Notwendigkeit freier deutscher Wahlen als Voraussetzung für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung anerkannte²⁰¹. In Paris löste das Schriftstück keine Überraschung aus, und man konzentrierte sich ohne interne Gesprächsrunde sofort auf die Replik. Nach wenigen Tagen lag eine grundsätzliche Einschätzung in großen Zügen vor. Der Quai d'Orsay ging nun davon aus, daß der Kreml vor allem danach trachtete, Viermächte-Gespräche in Gang zu bringen. Sowjetisches Entgegenkommen in Einzelbereichen schien möglich, eine Einigung über das Gesamtpaket aber ausgeschlossen. In der Frage der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, spätestens in jener nach dem Handlungsspielraum dieses Organs galt ein Einvernehmen als unmöglich. Hatte man in der Zeit zwischen dem 10. und 25. 3. befürchtet, Stalin bereite echte Angebote vor, war man nun wieder beruhigt, daß es sich doch nur um Propaganda handelte²⁰².

Mag Adenauer die Reaktion der europaorientierten Richtung französischer Außenpolitik auch richtig eingeschätzt haben, so befürchtete er dennoch, Frankreich werde die neue Note zum Anlaß für weitere Verzögerungen in den laufenden Vertragsverhandlungen nehmen. Daß François-Poncet seine Bitte vom 11. 4. um eine Unterredung mit der Hohen Kommission abschlug, mochte ihn in dieser Auffassung bestärken, resultierte aber tatsächlich wohl aus der fehlenden Ermächtigung des Quai d'Orsay²⁰³. Statt dessen empfing der amtierende Vorsitzende Kirkpatrick den Kanzler. Der sah die zweite sowjetische Note im Gegensatz zur ersten vornehmlich an die deutsche öffentliche Meinung gerichtet und forderte die Westmächte daher auf, ihre Absicht zur Wiedervereinigung und die Bereitschaft zur Teilnahme an einer Viererkonferenz zu bekräftigten. Zugleich verlangte er, im Vorfeld die wesentlichen Punkte abzustimmen, z.B. die volle Souveränität, die Möglichkeit zur europäischen Integration deutscher Streitkräfte oder die Grenzfrage. Adenauer drängte die Westmächte mithin, all jene Punkte in der Antwort zu erwähnen, deren Zurückweisung erwartet werden konnte²⁰⁴.

¹⁹⁹ S. Bonsal an Dep. of State, Tel. 5754, 20. 3. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 186–188; Harvey an Foreign Office, Tel. 1206, 1207, 1208, 21. 3. 1952 in: Steininger, Chance, S. 161; Meyer-Landrut, Frankreich, S. 47; Rüpiper, Verbündeter, S. 252f.; Steininger, Chance, S. 51.

²⁰⁰ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 916.

²⁰¹ S. Note der Sowjetregierung an die drei Westmächte, 9. 4. 1952, in: Jäckel (Hg.), Deutsche Frage, S. 25–27.

²⁰² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 937, Bl. 155–158, Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 10. 4. 1952; ebd., Bl. 174–176, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 11. 4. 1952 (Konzept FL); ebd., Bl. 177–179, Aufzeichnung, 11. 4. 1952 (Konzept JL); ebd., Bl. 193–197, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 14. 4. 1952; ebd., Bl. 218–223, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 15. 4. 1952 (Konzept FL).

²⁰³ S. ebd., Bl. 150, Schuman an London etc., Tel. 6821/22 etc., 10. 4. 1952, Réservé, Priorité absolue; Meyer-Landrut, Frankreich, S. 56.

²⁰⁴ S. McCloy an Acheson, Tel. 2368, 12. 4. 1952, Secret, in: FRUS, 1952–1954, Bd. 7, S. 207f.; zur Haltung Adenauers s.a. Aufzeichnung Blankenhorn, 11. 4. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 200–202.

Stand der Regierungschef also der Kreml-Offensive zweiter Teil entschieden ablehnend gegenüber, lagen die Reaktionen der SPD-Opposition ganz auf der Linie der Moskauer Vorschläge: Viermächtekonferenz, Abhaltung freier Wahlen in beiden Teilen Deutschlands, Unabhängigkeit und Neutralisierung, Schaffung einer Nationalarmee²⁰⁵. Gegenüber den Hohen Kommissaren führte der Kanzler denn auch am 16. 4. offen Klage über den Erfolg der „russische[n] Offensive“ in Deutschland, aber auch in Frankreich. Er bat daher, in der Antwortnote das von Stalin angesprochene Koalitionsverbot anzusprechen und konkretisieren zu lassen. Moskau, so sein Kalkül, müsse dann Farbe bekennen. Auf keinen Fall dürften „einfältige Gemüter“ den Eindruck gewinnen, „als ob die Russen etwas böten – was ja gar nicht der Fall ist“²⁰⁶. François-Poncet, dem Schuman erst am Tage zuvor grünes Licht gegeben hatte, mit seinen Kollegen die Meinung Adenauers entgegennehmen zu dürfen²⁰⁷, machte seinem Ärger Luft, die Note überhaupt mit Adenauer besprechen zu müssen, obwohl bisher noch kein Meinungsaustausch unter den drei Mächten stattgefunden habe. Ohne eine detaillierte Stellungnahme zur sowjetischen Note abgeben zu können, warnte er eindringlich davor, die Unterzeichnung des Generalvertrags zu überstürzen. Denn damit zöge man nur die Vorwürfe der SPD auf sich, mit deren Thesen die Note doch „völlig übereinstimmt“. Adenauer bestätigte diese Beobachtung zwar, wollte sich aber nicht davon abbringen lassen, zur Eile in den Vertragsverhandlungen zu mahnen²⁰⁸.

Daß innerwestliche Konsultationen über die Beantwortung der sowjetischen Note noch nicht stattgefunden hatten, entsprach keineswegs den Tatsachen. Sie hatten bereits am 9. 4. begonnen und sollten sich bis zum 13. 5. hinziehen. Wiederholt traten dabei erhebliche Differenzen auf, die nur schwerlich als Zeichen „größere[r] Gelassenheit“²⁰⁹ bewertet werden können, auch wenn sie sich nur um Formulierungen, nicht aber um grundsätzliche Bewertungen drehten. Wie Acheson mit seinem Appell an die Außenminister vom 11. 4. verdeutlichte, ging es dem State Department im Gegensatz zum Quai d'Orsay jetzt vor allem um einen raschen Abschluß der Vertragsverhandlungen mit Bonn²¹⁰. Die Stimmung am Rhein veranlaßte ihn Ende April zu einer taktischen Kehrtwende. Gewiß, mit Ausnahme der wenigen publizistischen und politischen Befürworter einer deutschen Neutralität tendierte die westdeutsche Öffentlichkeit zur Skepsis. Der Kurs Ade-

²⁰⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 937, Bl. 162–164, François-Poncet an MAE, Tel. 3162/68, 11. 4. 1952, *Priorité absolue*.

²⁰⁶ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 16. 4. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 74–80, hier S. 74 u. 80.

²⁰⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 937, Bl. 212, Schumann an François-Poncet, Tel. 2143, 15. 4. 1952, *Très urgent, Réserve*. Mit Recht hält Meyer-Landrut Steininger entgegen, daß die Verschlossenheit des französischen Hohen Kommissars nicht seiner persönlichen Neigung, sondern der Direktive des Ministeriums entsprach (Meyer-Landrut, Frankreich, S. 56, Anm. 136; Steininger, Chance, S. 58).

²⁰⁸ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 16. 4. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 74–80, hier S. 80; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 937, Bl. 225–227, François-Poncet an MAE, Tel. 3237/46, 16. 4. 1952, *Réserve*; Kirkpatrick an Foreign Office, Tel. 380, 16. 4. 1952, *Priority, Confidential*; ders. an dass., Tel. 489, 17. 4. 1952, *Confidential*, in: Steininger, Chance, S. 207–209.

²⁰⁹ Meyer-Landrut, Frankreich, S. 52.

²¹⁰ Vgl. Kap. III.1.1.

nauers wurde aber nur bedingt unterstützt²¹¹. Daher griff Washington den Moskauer Vorschlag auf, zur Klärung der Frage freier gesamtdeutscher Wahlen Repräsentanten der Hohen Kommissare in Berlin zusammentreten zu lassen²¹². Den Plan der Überwachung durch eine UN-Kommission ließ Acheson mithin offenbar aus „selbstbewußte[r] Pokerlaune“²¹³ fallen. London und Paris lehnten diesen lediglich taktisch motivierten Schachzug²¹⁴ ab. An der Seine befürchtete man, Moskau könne auf das Angebot eingehen, ohne aber in den entscheidenden Fragen tatsächlich zu Konzessionen bereit zu sein. Adenauer hingegen reagierte zunächst mit einem bedingten Ja, indem er ein Treffen von Vertretern der vier Mächte akzeptierte, es aber darauf begrenzen wollte, ausschließlich die Bedingungen für freie Wahlen zu erörtern²¹⁵.

Zwei Entwicklungen scheinen diese auf den ersten Blick „verblüffend[e]“²¹⁶ Zusage bewirkt zu haben. Zum einen kamen aus Paris Meldungen, die den bisher unsichersten Kantonisten im Kreis der Westmächte als nicht mehr so unsicher bezeichneten. Die beiden sowjetischen Noten hatten den Plan einer Neutralisierung des unbewaffneten Deutschlands völlig in den Hintergrund treten lassen. Statt dessen stand „nur noch die Alternative Europa-Armee oder deutsche National-Armee zur Wahl“, wobei die überwältigende Mehrheit der Franzosen der ersteren als dem kleineren Übel den Vorzug gaben²¹⁷. Zum anderen aber verstärkte sich der innerparteiliche Druck auf den Kanzler, und vor allem zerriß jetzt der „nur noch dünne Faden zwischen Regierung und SPD in der Deutschlandpolitik“²¹⁸. Schumacher sah die Möglichkeit einer Viermächtekonferenz in greifbarer Nähe und bat Adenauer am 22. 4. in einem offenen Brief beschwörend um eine Überprüfung der Note²¹⁹. Weitere Erklärungen der nächsten Wochen geben zu erkennen, daß er nun bereit war, unter Umständen auch eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands hinzunehmen²²⁰. Diese Positionen mußten Regierung und Opposition auf das schärfste voneinander trennen. Der innenpolitische Zwist veranlaßte den Kanzler aber, dem sowjetischen Angebot gegenüber mehr Aufgeschlossenheit zu zeigen. Die Haltung Frankreichs gab ihm die Sicherheit, daß sein verbales Entgegenkommen nicht ausgenutzt wurde. Seine Rechnung ging auf. Als Adenauer in einem Rundfunkinterview am 24. 4. betonte, „jede irgendwie vorhandene gesamtdeutsche Chance“ müsse wahrgenommen werden²²¹, erregte diese Konzilianz in der

²¹¹ Vgl. Dittmann, Adenauer, S. 53–138.

²¹² S. Acheson an London, Tel. 5592, 30. 4. 1952, Secret, in: Steininger, Chance, S. 232–234; s.a. ebd., S. 62f.; der Gedanke derartiger Treffen war von Vertretern der Deutschlandabteilung im State Department bereits einige Wochen früher entwickelt worden (Rupieper, Verbündeter, S. 261.)

²¹³ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 921.

²¹⁴ S. Kirkpatrick an Foreign Office, Tel. 455, 2. 5. 1952, Immediate, Secret, in: Steininger, Chance, S. 237f.

²¹⁵ S. McCloy an Acheson, Tel. 2639, 2. 5. 1952, Priority, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 223–225; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 938, Bl. 5–7, Bérard an MAE, Tel. 3900/08, 2. 5. 1952, Urgent, Réservé.

²¹⁶ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 921.

²¹⁷ PA, Abt. 2, Bd. 225, Bl. 65–68, von Walther an AA, 200 Tgb. Nr. 1334, 16. 4. 1952.

²¹⁸ Albrecht, Kurt Schumacher, S. 88.

²¹⁹ S. Schumacher an Adenauer, 22. 4. 1952, in: Schumacher, Reden, S. 961–963; s.a. Merseburger, Kurt Schumacher, S. 518.

²²⁰ Vgl. Buczyłowski, Kurt Schumacher, S. 166f.; Klotzbach, Weg, S. 232; Merseburger, Kurt Schumacher, S. 522–524.

²²¹ Interview Adenauers mit Friedländer, 24. 4. 1952, in: Bulletin 1952, S. 487–489, hier S. 488.

französischen Öffentlichkeit großes Aufsehen. Die französische Diplomatie blieb indes gelassen, sah sie doch in den Äußerungen keinen Gesinnungswandel, sondern bloß innenpolitisch motivierte Taktik²²².

Allerdings verließ Adenauer schon wenige Tage später sein ‚Mut‘. Von seinen Beratern Blankenhorn und von Eckardt umgestimmt, zog er seine Zusage gegenüber McCloy wieder zurück, weil er befürchtete, daß das Kabinett seine Bereitschaft zur Unterzeichnung der Verträge erst dann erteilen würde, wenn das sowjetische Angebot der freien Wahlen sich als Scheinangebot herausstelle. Auch die ausschließliche Konzentration der Verhandlungen auf die Forderung nach freien Wahlen schien ihm jetzt bedenklich²²³. Da auch die englische und die französische Seite gegen den amerikanischen Vorschlag begrenzter und konkreter Verhandlungen waren, wurde er in der alliierten Antwortnote vom 13. 5. nach langem Hin und Her zwischen den drei Kapitalen²²⁴ nicht erwähnt. Das Schreiben, das Adenauer erneut vorab im Entwurf zu Gesicht bekam²²⁵, fand seinen „vollen Beifall“²²⁶. Denn es signalisierte nur eine allgemeine Verhandlungsbereitschaft, die durch die Aufzählung bestimmter Vorbedingungen stark eingeschränkt wurde. Dabei nahmen sowohl die für die Franzosen zentralen Themen der Freiheit der Wahlen und der aus den Wahlen hervorgehenden Regierung als auch das für die Amerikaner wieder essentielle Problem der Untersuchungskommission breiten Raum ein²²⁷. Eine gegenseitige Beeinflussung Adenauers und Schumans bei der beiderseitigen Ablehnung des amerikanischen Vorschlags hat es offenbar nicht gegeben. Die Annahme des Angebots durch das Kanzleramt hätte den Quai d’Orsay und das Foreign Office wohl auch nicht umgestimmt²²⁸.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit traf am 24. 5., kurz vor der feierlichen Unterzeichnung der Verträge von Bonn und Paris, die dritte sowjetische Note in den westlichen Hauptstädten ein. Schon im Ton erinnerte sie an altbekannte sowjetische Propaganda²²⁹. Adenauer empfand sie denn auch als „die schlimmste“²³⁰. Obwohl die offensichtlichen Schwächen des Schriftstücks sofort entlarvt wurden, förderte es abermals Diskrepanzen zwischen Bonn und Paris im Verhältnis zu Moskau zutage. Entgegen der ursprünglichen Vorstellung Schumans einer möglichst raschen Beantwortung²³¹ benötigten die Westmächte sieben Wochen für ihre Replik. Sie wurde erst überreicht, als Washington den Generalvertrag ra-

²²² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 937, Bl. 308 f., François-Poncet an MAE, Tel. 3560/65, 25. 4. 1952, Urgent; Meyer-Landrut, Frankreich, S. 57; Conseil des Ministres, 26. 4. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 285.

²²³ S. McCloy an Acheson, Tel. 2649, 3. 5. 1952, Secret, Priority, in: Steininger, Chance, S. 241; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 922–924.

²²⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 938, Bl. 160–163, Aufzeichnung Crouy-Chanel, 15. 5. 1952; Rüpiper, Verbündeter, S. 270 f.

²²⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 938, Bl. 68–71, François-Poncet an MAE, Tel. 4034/47, 9. 5. 1952, Réserve.

²²⁶ Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 93.

²²⁷ S. Note der drei Westmächte an die Sowjetregierung, 13. 5. 1952, in: Jäckel (Hg.), Deutsche Frage, S. 27–29.

²²⁸ Vgl. Meyer-Landrut, Frankreich, S. 58; dagegen Steininger, Chance, S. 63.

²²⁹ S. Note der Sowjetregierung an die drei Westmächte, 24. 5. 1952, in: Jäckel (Hg.), Deutsche Frage, S. 29–31.

²³⁰ Lenz, Tagebuch, S. 351, Tb. 30. 5. 1952.

²³¹ S. Acheson an Dep. of State, Tel. 7397, 28. 5. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 255 f.

tifiziert hatte²³². Paris wünschte aber jetzt nicht nur keine Verzögerung, sondern gedachte auch Moskau zu einer Viererkonferenz, zunächst auf Botschafter-, dann auf Außenministerebene, einzuladen. Sinn dieser Initiative war es, auf den Willen der breiten französischen Öffentlichkeit einzugehen und nach dem antizipierten Scheitern der Gespräche den Boden für die Ratifikation der Westverträge zu bereiten. Nicht nur Gaullisten, Kommunisten und die EVG-Gegner im Regierungslager wie Léo Hamon oder die neutralistisch orientierten Kreise der veröffentlichten Meinung („Le Monde“, „L'Observateur“ und „Esprit“) hatten sich mittlerweile für sofortige Ost-West-Gespräche ausgesprochen²³³. Auch Auriol empfahl gegenüber Acheson Ende Mai Verhandlungen mit Moskau über ein internationalisiertes Deutschland unter UNO-Kontrolle zwecks Verhinderung der deutschen Aufrüstung²³⁴. Selbst in Kreisen der EVG-Befürworter gab es seit dem Interview Adenauers vom 24. 4. Stimmen, die – wie etwa Salomon Grumbach oder Alfred Coste-Floret – Viermächteverhandlungen für unvermeidlich hielten²³⁵. In aller Deutlichkeit führte die Sitzung des Conseil de la République vom 12. 6. der Regierung noch einmal vor Augen, daß an eine Ratifizierung der Westverträge vor einer neuen Viererkonferenz nicht zu denken war²³⁶. Wie ein von Schuman dem Botschafter der USA und Großbritanniens am 7. 6. überreichtes Aide-mémoire verdeutlicht, sollte das Ziel derartiger Verhandlungen die Prüfung der Bedingungen für die alsbaldige Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland sein, außerdem die Erarbeitung eines Statuts für Gesamtdeutschland, das die Handlungsfreiheit der gesamtdeutschen Regierung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages garantierte und die Rückkehr zur Viermächtekontrolle verhinderte²³⁷. Wenige Tage später ließ der Minister diesen Vorschlag vom Kabinett absegnen und in einer Presseerklärung bekanntgeben²³⁸. In gewissem Sinne setzte er also das um, was er bereits Mitte März anvisiert hatte, nämlich Viererverhandlungen aus taktischen Motiven. Der Vorteil dieser in ihrer Tragweite begrenzten Aktion lag seiner Meinung nach vor allem darin, der Öffentlichkeit gegenüber den Eindruck zu vermitteln, daß die Regierung nichts unversucht ließ, um mit der Sowjetunion ins Gespräch zu kommen, „sans cependant courir de grands risques de voir la conversation se développer au delà de limites souhaitables“²³⁹.

²³² Die Ratifikation durch den amerikanischen Senat erfolgte am 1. 7. 1952 (AdG 1952, S. 3546A).

²³³ Vgl. Meyer-Landrut, Frankreich, S. 101–106 u. 110f.; Rede Hamons auf dem MRP-Parteitag vom 22.–25. 5. 1952, im Auszug in: BDFD III, S. 118f.

²³⁴ Vgl. Rupieper, Verbündeter, S. 273f.

²³⁵ S. Erklärung Grumbachs im Comité Directeur der SFIO, 7. 5. 1952, in: BDFD III, S. 112–116; Rede Coste-Florets auf dem MRP-Parteitag vom 22.–25. 5. 1952, im Auszug, in: ebd., S. 116–118; Meyer-Landrut, Frankreich, S. 108f.

²³⁶ S. Debatte des Conseil de la République, 12. 6. 1952, in: JO, CdR, Déb. parl. 1952, Bd. 2, S. 1205–1242; vgl. Kap. III.4.3; Soutou, La France et les notes soviétiques, S. 268.

²³⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 938, Bl. 242f., Schuman an Harvey u. Dunn, 7. 6. 1952; Harvey an Foreign Office, Tel. 344, 7. 6. 1952, Immediate, Confidential, in: Steininger, Chance, S. 274f.; Dunn an Acheson, Tel. 7678, 9. 6. 1952, Secret, Priority; ders. an dens., Tel. 7679, 9. 6. 1952, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 260–262. Das Papier stammte von Seydoux (Meyer-Landrut, Frankreich, S. 62).

²³⁸ S. Conseil des Ministres, 11. 6. 1952, in: Auriol, Journal Bd. 6, S. 388f.; Communiqué des französischen Ministerrats, 11. 6. 1952, in: ebd., S. 1047, Anm. 45; AdG 1952, S. 3516B.

²³⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 938, Bl. 257f., Schuman an Washington etc., Tel. 9650/53 etc., 11. 6. 1952, Très secret, Réserve; s.a. Lohse, Lockungen, S. 35.

Schuman wollte also die Integration der Bundesrepublik in den Westen, ohne die Brücken zur östlichen Vormacht abzurechnen. Denn dies hätte Frankreich nicht nur eines Kontrollmittels gegenüber dem Nachbarn beraubt, sondern der Sowjetunion auch die Möglichkeit geboten, den deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung auszunutzen. Sollte es jemals zur deutschen Einheit kommen, mußte die Westbindung möglichst Gesamtdeutschlands, zumindest aber des westlichen Teils gewährleistet sein. „L'Allemagne“, so formulierte er es in einem Schreiben an Eden vom 6. 5., „[...] aura à choisir non pas entre l'intégration occidentale et l'unité allemande [...], mais entre une unité comportant les garanties de liberté offertes par nous et une unité asservie au quadripartisme.“²⁴⁰

Die Zustimmung Moskaus zu einer Wiedervereinigung nach westlichem Gusto war natürlich kaum zu erwarten. Für den Kreml akzeptable Lösungsmodelle bedeuteten hingegen aus der Sicht der proeuropäischen Kräfte im Quai d'Orsay wie Sauvagnargues, daß Frankreich die Charybdis der Schaukelpolitik verhinderte, um in die Scylla der Neutralisierung zu fallen. So blieb nach seiner Ansicht letztlich nur die Schaffung eines *modus vivendi*, „destiné à faciliter le maintien du statu quo“. Während Sauvagnargues die Teilung Deutschlands als „un fait stable“²⁴¹ und die am wenigsten schlechte Lösung der „deutschen Frage“ betrachtete, sah Schuman in der Festschreibung der Spaltung die Gefahr, daß sie Deutschland der Sowjetunion in die Arme trieb²⁴². An der Notwendigkeit der Viermächteconsultationen zweifelte aber auch der Leiter der Unterabteilung Zentraleuropa nicht, zumal in parlamentarischen Kreisen die Forderung nach neuen Verhandlungen mit Moskau vor der Ratifizierung der Westverträge lauter wurde. „Solange die Chancen für ein erfolgreiches Treffen 1:1000 seien“, erklärte Parodi gegenüber amerikanischen Diplomaten an der Seine unumwunden, „würde die französische Öffentlichkeit ein Treffen verlangen“²⁴³.

Während London dem Pariser Drängen nachgab, ohne aber über einen Friedensvertrag verhandeln zu wollen, sah Washington überhaupt keinen Grund zu Viermächtegesprächen, weil Moskau sie doch nur als Schwäche des Westens auslegte²⁴⁴. Acheson sorgte sich vor allem um die Konsequenzen für die Ratifizierung der Verträge in Bonn. Adenauer hatte nach der Presseerklärung des französischen Ministerrates mehrfach versucht, seine Vorbehalte gegenüber derartigen Ost-West-Treffen vor der Billigung der Westverträge anzubringen. Wie die Dinge nun einmal lagen, stand nicht zu erwarten, daß der Bundestag die Abkommen vor einer solchen Zusammenkunft passieren ließe. Der Westen, so empfahl der Kanzler dem englischen und amerikanischen Vertreter in Bonn, müsse „mit Nachdruck sich zur Abhaltung einer Viererkonferenz bekennen“. Der Notenaustausch mit Moskau sei aber solange fortzusetzen, bis die Verträge in Bonn und Washington die parlamen-

²⁴⁰ Schuman an Eden, 6. 5. 1952, in: Steininger, *Chance*, S. 244 f.; s.a. Soutou, *Place*, S. 55.

²⁴¹ AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 939, Bl. 102–105, Aufzeichnung, 25. 6. 1952 (Konzept JS), in: Meyer-Landrut, *Frankreich*, S. 140–142; s.a. Soutou, *La France et les notes soviétiques*, S. 268 f.

²⁴² Vgl. ebd., S. 269.

²⁴³ Zitiert nach: Rupieper, *Verbündeter*, S. 276 u. 277.

²⁴⁴ Vgl. Meyer-Landrut, *Frankreich*, S. 64; Rupieper, *Verbündeter*, S. 274–278.

tarischen Hürden überwunden hätten²⁴⁵. Auch François-Poncet gegenüber machte Adenauer diesen Standpunkt klar, nuancierte aber den Grad der Ablehnung in den Unterredungen mit den westlichen Vertretern und präsentierte sich dem Franzosen gegenüber als Verständigungspolitiker²⁴⁶. Seine Variationen resultierten aus Einflüsterungen McCloy's. Am 15. 6. plädierte der Kanzler für „ein erfolgversprechendes Gespräch“ mit den Sowjets, „sobald durch Klärung der *Grundfragen* eine Aussicht auf erfolgreichen Verlauf einer Konferenz sich zeige.“²⁴⁷ Zwei Tage später stellte sich eine merkliche Verhärtung bei ihm ein. Der soeben aus den USA zurückgekehrte amerikanische Hohe Kommissar berichtete ihm nämlich von der „Bestürzung und Verwirrung“, die die französischen Vorschläge am Potomac hervorgerufen hatten. Eindringlich bat er ihn daher darum, François-Poncet unter keinen Umständen Anlaß zu der Annahme zu geben, daß er zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Abhaltung einer Viermächtekonferenz befürworte²⁴⁸.

Für den Kanzler stand der Kurs damit fest. Als ihm die Hohen Kommissare am 25. 6. die Skizze eines Antwortentwurfs vorstellten, reagierte er ähnlich schroff, wie an der Seine befürchtet worden war. Eine Viererkonferenz schien ihm zum gegenwärtigen Zeitpunkt völlig überflüssig, und er machte keinen Hehl daraus, daß ihn vor allem die Angst vor geheimen Absprachen zwischen Ost und West über Deutschland umtrieb²⁴⁹. Mehrfach intervenierte Adenauer gegen die vorgesehenen Text bei Acheson²⁵⁰, lenkte dann aber am 27. 6. z.T. ein und akzeptierte die „Einberufung einer technischen Konferenz zur Festlegung der freien Wahlen für den Fall, daß die Sowjets sich hierzu bekennen“²⁵¹. Den Franzosen reichte dieses bescheidene Programm nicht aus. Nur widerwillig hatte sich Schuman bereit erklärt, Adenauer an der Ausformulierung der Note partizipieren zu lassen, um ihm nicht die „position d'arbitre“ zu übertragen²⁵². Jetzt ermahnte er die Angelsachsen, man dürfe sich nicht nur auf die innenpolitische Situation in Bonn fixieren und dabei übersehen, daß die Westverträge auch in Paris eine parlamentarische

²⁴⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 10, Bl. 156f., Tb. 13. 6. 1952; s.a. Reber an Acheson, Tel. 3359, 13. 6. 1952, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 269f.

²⁴⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 938, Bl. 291f., François-Poncet an MAE, Tel. 5619/22, 14. 6. 1952; ebd., Bl. 299–301, ders. an dass., Tel. 5629/33, 14. 6. 1952, Réservé; ebd., Bl. 311f., ders. an dass., Tel. 5637/41, 15. 6. 1952, Réservé; ebd., Bd. 939, Bl. 56f., ders. an dass., Tel. 5812/16, 21. 6. 1952, Secret, Réservé, Très urgent; ebd., Bd. 1055, Bl. 84–87, ders. an dass., Tel. 5676/86, 17. 6. 1952, Réservé; Meyer-Landrut, Frankreich, S. 66f.

²⁴⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 10, Bl. 132f., Aufzeichnung Adenauer, 15. 6. 1952.

²⁴⁸ Ebd., Bl. 117–130, Unterredung zwischen dems. und McCloy vom 17. 6. 1952.

²⁴⁹ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 25. 6. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 295–298; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 939, Bl. 97f., Bérard an MAE, Tel. 5966/71, 25. 6. 1952, Réservé, Priorité; McCloy an Acheson, Tel. 970, 25. 6. 1952, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 273–275.

²⁵⁰ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 10, Bl. 49–51, Unterredung zwischen Blankenhorn und McCloy vom 26. 6. 1952. Blankenhorn nahm diese Unterredung zum Anlaß, dem scheidenden amerikanischen Hohen Kommissar „rein persönlich und ohne Auftrag des Kanzlers“ zu überlegen zu geben, „ob die neue Note der Alliierten nicht ein klares, umfassendes Programm der Alliierten zur Deutschlandfrage“ und bei Akzeptierung durch Moskau die Zusage zur Konferenz enthalten solle; s.a. FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 275, Anm. 4.

²⁵¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 10, Bl. 43f., Tb. 27. 6. 1952.

²⁵² AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 939, Bl. 72, Parodi an Washington, Tel. 10266/67, 22. 6. 1952, Réservé, Urgent; s.a. ebd., Bl. 81, ders. an Bonn etc., Tel. 3571/72 etc., 25. 6. 1952, Réservé.

Mehrheit finden müßten²⁵³. Am 27. 6. schlossen Acheson, Eden und Schuman den Kompromiß, daß die von den USA als Vorbedingungen verlangten sowjetischen Zugeständnisse in bezug auf Zusammensetzung und Befugnisse der Untersuchungskommission in den Themenkatalog der Vierergespräche aufgenommen werden sollten²⁵⁴.

Obwohl die deutsche Diplomatische Vertretung aus Paris meldete, daß die französische Regierung ein Eingehen der Sowjets auf den Vorschlag ausschließe und es damit zu Verhandlungen über die deutsche Einheit „mit allen Konsequenzen“ nicht komme²⁵⁵, stellte sich das Kanzleramt quer. Das Auswärtige Amt interpretierte den Entwurf der westlichen Antwortnote nämlich so, als ob eine „sofortige 4-Mächte-Konferenz“ über die Einsetzung einer neutralen Kommission zur Untersuchung der Vorbedingungen für freie Wahlen in ganz Deutschland nur an eine Verbalzusage der Sowjets hinsichtlich freier Wahlen und der Teilnahme der gesamtdeutschen Regierung an den Regierungsverhandlungen geknüpft sei. Die Aufnahme derartiger Viermächteverhandlungen konnte die Ratifikation der Westverträge aber „wesentlich“ verzögern²⁵⁶.

Während der Conseil des Ministres dem Kompromiß am 2. 7. zustimmte, ließ das Bundeskabinett der Hohen Kommission am selben Tag Änderungsvorschläge für die Antwortnote überreichen²⁵⁷. Sie konterkarierten die Pariser Absicht, Bonn allenfalls zur Form, nicht aber zur Substanz der Note zu konsultieren²⁵⁸. Des Kanzlers harte Auseinandersetzung mit den Hohen Kommissaren am Tag darauf war vorprogrammiert. Handelte es sich wirklich bloß um einen Ausbruch von „grundlosem Mißtrauen gegenüber den Westmächten“²⁵⁹? Adenauer zog aus dem Notenentwurf den Schluß, als beabsichtigten sie, einen zukünftigen Friedensvertrag auf der Ebene der ehemaligen Kriegsallianz ohne Beteiligung Deutschlands auszuarbeiten. François-Poncet hielt die Kritik für völlig abwegig und sah ihren Grund weniger in den redaktionellen Unzulänglichkeiten des Dokuments als in Adenauers Entsetzen über die Einigung zwischen Acheson, Eden und Schuman. In seinen Augen führte der Kanzler „einen Kampf gegen Phantome“, ausgelöst durch den Deutschland stets belastenden „Komplex ‚Versailles‘“. Eindringlich warnte er ihn davor, sich als „unersättlich“ zu präsentieren. Adenauer konterte mit einer scharfen Klage über den Zustand der deutsch-französischen Beziehungen. Ohne Fühlungnahme mit Bonn habe Paris den Wunsch nach einer Viererkonferenz öffentlich bekanntgegeben. Der Notenentwurf berücksichtige einseitig

²⁵³ S. ebd., Bd. 938, Bl. 295–297, Schuman an Washington, Tel. 9836/41, 14. 6. 1952, *Réservé*; Acheson an Dep. of State, Tel. 26, 28. 6. 1952, *Secret, Priority*, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 275–277.

²⁵⁴ S. Antwortentwurf zur sowjetischen Note, gebilligt von Acheson, Eden und Schuman, 27. 6. 1952, *Secret*, in: ebd., S. 277–280; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 939, Bl. 125–127, Massigli an MAE, Tel. 2937/44, 28. 6. 1952, *Réservé, Priorité absolue*; s.a. Rupieper, *Verbündeter*, S. 280–284.

²⁵⁵ PA, Abt. 2, Bd. 226, Bl. 173, von Walther an AA, Tel. 184, 1. 7. 1952.

²⁵⁶ Ebd., Bl. 139f., Analyse Bökers des Entwurfs der westlichen Antwortnote vom 1. 7. 1952, 1. 7. 1952, *Geheim*.

²⁵⁷ S. ebd., Bl. 101–105, *Aide-Mémoire*, 3. 7. 1952; Adenauer an McCloy, 2. 7. 1952, in: Adenauer, *Briefe 1951–1953*, S. 235f.; ders. an dens., 2. 7. 1952, in: ebd., S. 237–240; ders. an François-Poncet, 3. 7. 1952, in: ebd., S. 240f.

²⁵⁸ Vgl. Rupieper, *Verbündeter*, S. 285f.

²⁵⁹ Köhler, Adenauer, S. 806.

die innenpolitische Situation in Frankreich, blende die Lage in der Bundesrepublik aber aus. Als François-Poncet dann auch noch behauptete, die französische wie die deutsche Öffentlichkeit erwarteten den Nachweis, daß jede Möglichkeit einer Verständigung mit der Sowjetunion ausgeschöpft sei, war das Maß für Adenauer voll. „Peinlich berührt“ zeigte er sich ob des von ihm so empfundenen Versuchs, einen Gegensatz zwischen ihm und der deutschen öffentlichen Meinung zu konstruieren. Er befürwortete ja die Viererkonferenz, jedoch in einem klar abgegrenzten Rahmen und ohne den Sowjets so stark entgegenzukommen²⁶⁰.

Sein Lamentieren bewirkte schließlich eine redaktionelle Veränderung, die freilich den zentralen Punkt, das Verhandlungsangebot, unangetastet ließ²⁶¹. Trotz der begrenzten Tragweite führte das Nachgeben der Verbündeten in der französischen Presse am nächsten Tag zu einem „Riesenkrach“, weil man sich darüber entüstete, daß Adenauer die Absendung der Urfassung vereitelt und damit seine Macht bewiesen hatte²⁶². Als der Kanzler kurz darauf noch die Bitte äußerte, die Note auf keinen Fall vor der ersten Lesung der Westverträge durch den Bundestag am 9.7. abzuschicken, war die Geduld der Franzosen verständlicherweise erschöpft. Nicht nur François-Poncet schien es an der Zeit, ihm eine saftige Lektion zu erteilen. Parodi verbat ihm daraufhin jedes weitere Treffen, um sich nicht als Lakai des Kanzlers brandmarken zu lassen²⁶³. An einer Zerrüttung des deutsch-französischen Verhältnisses war dem Quai d'Orsay aber nicht gelegen. Deshalb wies das Ministerium auch jüngste Anspielungen des Kanzlers über geheime französisch-sowjetische Kontakte energisch zurück, da ein solcher Argwohn das beiderseitige Verhältnis nur vergiftete²⁶⁴.

Ohne Abstimmung mit den Franzosen übergaben Briten und Amerikaner dem Kanzler am Vorabend der Bundestagssitzung wunschgemäß den endgültigen Text der erst zwei Tage später abgeschickten Note, die trotzdem angesichts der nur kosmetischen Änderungen kaum seinen Vorstellungen entsprach²⁶⁵. Danach sollte eine Konferenz der Vier Mächte dann stattfinden, wenn alle Regierungen freie Wahlen in ganz Deutschland und die dazu notwendigen Vorbedingungen akzeptierten²⁶⁶. Die weitere Korrespondenz zwischen Ost und West endete schließlich im September mit einem von Moskau inszenierten Abbruch²⁶⁷. Doch das Damoklesschwert der Viermächtekonferenz hing weiterhin über der Bundesrepublik. Adenauer hatte den „Alpdruck Potsdam“ nicht verscheucht.

²⁶⁰ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 3. 7. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 299–306, hier S. 302, 303 u. 304; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 939, Bl. 195–197, François-Poncet an MAE, Tel. 6240/47, 3. 7. 1952, Réservé, Priorité; McCloy an Botschaft Paris, Tel. 17, 3. 7. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 282–285; ders. an dies., Tel. 18, 3. 7. 1952, Secret, Priority, in: ebd., S. 285 f.; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 406 f., Tb. 3. 7. 1952.

²⁶¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 939, Bl. 209–210, François-Poncet an MAE, Tel. 6309/16, 4. 7. 1952, Priorité absolue; Meyer-Landrut, Frankreich, S. 68.

²⁶² Lenz, Tagebuch, S. 382, Tb. 3. 7. 1952.

²⁶³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 939, Bl. 237 f., Parodi an London, Tel. 12191/95, 6. 7. 1952, Priorité absolue, Réservé; Steininger, Chance, S. 71.

²⁶⁴ S. PA, Abt. 2, Bd. 249, Bl. 86, François-Poncet an Adenauer, 8. 7. 1952 (Übersetzung).

²⁶⁵ Vgl. Meyer-Landrut, Frankreich, S. 67; dagegen Steininger, Chance, S. 68, Anm. 172, u. S. 71.

²⁶⁶ S. Note der Westmächte an die Sowjetunion, 10. 7. 1952, in: Jäckel (Hg.), Deutsche Frage, S. 31 f.

²⁶⁷ S. Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten, 23.8. u. 23. 9. 1952, in: ebd., S. 32–35 u. 35–37; vgl. Meyer-Landrut, Frankreich, S. 69–74; Rupieper, Verbündeter, S. 288–297.

Nähert man sich der deutschen und der französischen Einschätzung der sowjetischen Noten systematisch, so fallen zunächst zahlreiche Parallelen auf. Beide Regierungen zeigten im Gegensatz zu ihren innenpolitischen Gegnern und der öffentlichen Meinung letztlich kein Interesse an Verhandlungen. Adenauer lehnte sie ab, weil der Abschluß der Westverträge für ihn Priorität besaß. Schuman verweigerte sich ihnen, weil sein eigentliches Ziel – ein in den Westen eingebundenes Gesamtdeutschland – damit unvereinbar war. Paris verstand den aus sicherheitspolitischen, deutschlandpolitischen und ideologischen Faktoren gespeisten Ost-West-Gegensatz als einheitliches Gesamtproblem und glaubte 1952 nicht an Teilarrangements. Darüber hinaus galt gerade die „deutsche Frage“ als besonders ungeeignet für eine solche separate Einigung, da sie innenpolitisch für eine starke Polarisierung sorgte. Eine Neuorientierung der Regierung Pinay/Schuman hätte unweigerlich zu einer Debatte in der Nationalversammlung geführt und das Kabinett wahrscheinlich gesprengt.

Angesichts dieses Befundes gab es keine wirkliche Aussicht auf eine Beseitigung der deutschen Teilung, weil die nicht nur von der französischen Führung antizipierte sowjetische Absicht zur Neutralisierung Gesamtdeutschlands für die Westmächte ebenso unannehmbar war wie die Hinnahme der Westbindung Gesamtdeutschlands für die Sowjetunion²⁶⁸. Den Verbündeten die Auslassung einer Chance zur Wiedervereinigung vorzuwerfen²⁶⁹, ist unergiebig, solange nicht aufgezeigt wird, worin diese Chance damals bestand, d.h. welche Alternative zur Westpolitik innen- und außenpolitisch realistisch gewesen wäre. Der Bundesregierung ein „historisches Versäumnis“ vorzuhalten, weil sie sich geweigert habe auszuloten, wie weit Stalin zu gehen bereit war²⁷⁰, verkennet die alliierten Sicherheitsinteressen und deren „doppelten Aspekt“ der Sicherheit *mit* und *vor* Deutschland²⁷¹. Der Tadel mißachtet außerdem die außenpolitische Prioritäten-skala Adenauers. Von ihm eine Prüfung des Angebots zu erwarten, ist „historisch falsch, denn es lag außerhalb seines von ihm akzeptierten Handlungsspielraums“²⁷².

Sowohl der Bonner Kanzler als auch der Pariser Außenminister blieben ungeachtet diverser Widersacher Herren des Geschehens. Die französische Diplomatie war mit der Haltung des deutschen Regierungschefs *cum grano salis* durchaus zufrieden, beharrte aber auf der aus der Besatzung abgeleiteten Hierarchie bei der Entscheidungsfindung und ließ ihn letztlich über die eigenen Beweggründe im dunkeln. Die neutralistischen Tendenzen der SPD vertieften die Kluft zur wichtigsten deutschen Oppositionspartei, während das Vertrauen zur Bundesregierung wuchs. Ein im Sinne Schumachers auf Viermächteverhandlungen drängender Kanzler hätte den Kredit rasch verspielt. Adenauer seinerseits stand der französischen Politik stets mißtrauisch gegenüber, weil sie heterogen und unberechenbar wirkte, da auch in der Regierung bzw. der Staatsspitze Kräfte saßen, die den von Frankreich zu entrichtenden Preis für die Westbindung der Bundesrepublik nicht

²⁶⁸ Vgl. Meyer-Landrut, Frankreich, S. 124; Soutou, La France et les notes soviétiques, S. 262.

²⁶⁹ S. Steininger, Chance, S. 73.

²⁷⁰ Ebd., S. 75.

²⁷¹ Maier, Auseinandersetzungen, S. 117.

²⁷² Köhler, Adenauer, S. 683.

zahlen wollten. In seinem außenpolitischen Weltbild kristallisierten sich jetzt drei Axiome heraus: die Furcht vor der Einigung der Vier Mächte auf Kosten Deutschlands, der Zwang zur europäischen Einigung und, als „Kernelement Adenauer-scher Ost- und Deutschlandpolitik“, die Überzeugung, daß die Sowjetunion zur friedlichen Lösung der europäischen Streitfragen bereit sei, wenn sie mit ihrer Politik der Drohungen oder Lockungen nicht reüssiere²⁷³. Klare Zeitvorstellungen über das Eintreten der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft besaß er nicht²⁷⁴. Er war sich aber bewußt, daß die Wiedervereinigung allenfalls in einer veränderten weltpolitischen Situation möglich sei, weil die Preisgabe der DDR das gesamte östliche Satellitensystem in Frage stellte²⁷⁵.

²⁷³ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 14.

²⁷⁴ Vgl. ebd., S. 17.

²⁷⁵ S. Unterredung zwischen Adenauer und Sulzberger vom 9. 6. 1952, 11. 6. 1952, in: Adenauer, Tee-gespräche 1950–1954, S. 305–308.

*III.1.3 „Alpdruck Potsdam“:
Adenauer und die Entspannungsbemühungen in Frankreich 1953/54*

Deutsch-französische Turbulenzen

Eigentlich hätte die Bundesregierung mit ihren politischen Erfolgen des Sommers 1952 durchaus zufrieden sein können. Die Verträge über die Ablösung des Besatzungsstatuts und die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft waren unter Dach und Fach, die sowjetische Notenoffensive im September schadlos überstanden. Für den Kanzler zählten aber offenbar weniger die Leistungen der jüngsten Vergangenheit als die von ihm ausgemachten Gefahren für die Zukunft. Obwohl die Westmächte klar auf die Westbindung der Bundesrepublik gesetzt hatten, entwickelte sich bei ihm „eine Art Dauerpsychose“, sie könnten den Sowjets doch noch auf Kosten der Bundesrepublik entgegenkommen¹. Sein Mißtrauen betraf vor allem das Verhältnis zu Frankreich, das sich im Sommer und Herbst aus vielfältigen Gründen kontinuierlich schlechter gestaltete, obwohl die Bundesregierung große Hoffnungen in eine positive Weiterentwicklung setzte. „Die gesamte Außenpolitik“, so hieß es in einer im Mai allen Auslandsvertretungen zugestellten Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes, werde auf der Basis der Verträge *„auf einer positiven Frankreichpolitik aufgebaut“*, die sich als *„unbeirrbar“*, *„aktiv und konkret“* und zu Opfern bereit verstehe. Diese der höheren Ebene der europäischen Einigung untergeordnete Politik gegenüber dem westlichen Nachbarn verfolge als Nahziel die Gleichberechtigung und als Fernziel, *„von Frankreich verstanden zu werden“*².

Vorerst konnte von Gleichberechtigung und Verständnis noch keine Rede sein. Atmosphärische Störungen und offene politische Grundfragen belasteten die beiderseitigen Beziehungen nachhaltig. Der während der Londoner Konferenz über die deutschen Auslandsschulden erneuerte Versuch der Bonner Republik, sich als Nachfolger des Deutschen Reiches anerkennen zu lassen, stieß in Paris auf Widerstand³. Mahnungen der Amerikaner an die Adresse der Franzosen, die die Westdeutschen als „Musterschüler“ hinstellten und versteckt mit zweiseitigen Abmachungen politischer, wirtschaftlicher und militärischer Natur drohten, vertieften die gewiß auch aus mangelndem Selbstbewußtsein geborenen französischen Ressentiments⁴.

Zu diesen die Nation umtreibenden Problemen der Psychologie gesellten sich jene der Großen Politik. Wann sollten die Westverträge den Parlamenten vorgelegt werden? Was geschähe mit dem Generalvertrag, wenn das Abkommen über

¹ Köhler, Adenauer, S. 696.

² Aufzeichnung von Graevenitz, 210-01/22 III 2078/52, 28. 3. 1952, in: BDFD I, S. 130–134, hier S. 130, 131 u. 133. Die Aufzeichnung wurde zur Beantwortung eines schließlich zurückgezogenen Antrages der FDP-Bundestagsfraktion vom 8. 2. 1952 ausgearbeitet und im Mai den Auslandsmissionen zugestellt (PA, Abt. 3, AZ 210-01/22, Bd. 1, AA an alle diplomatischen u. berufskonsularischen Vertretungen, 210-01/22 III 2078/52, 12. 5. 1952; ebd., Bd. 2, Aufzeichnung von Hassell, 210-01/22 II 7778/52, 11. 6. 1952).

³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 196–201, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 8. 8. 1952; zur Londoner Schuldenkonferenz vgl. die Erinnerungen des deutschen Vertreters Abs, Entscheidungen.

⁴ Notiz des AA, 7. 11. 1952, in: BDFD I, S. 146 f., hier S. 146; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 14b, Bl. 167, Tb. 29. 10. 1952; vgl. Auriol an Bonnet, 12. 11. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 713–716.

die EVG nicht in Kraft träte? Anfang Juli sprach sich Staatspräsident Auriol dafür aus, die Assemblée Nationale erst nach der Präsidentschaftswahl in den USA und der Ratifikation durch die Bundesrepublik mit den Verträgen zu befassen. Eine mögliche Zurückweisung in Paris, so sein Kalkül, könne in Bonn als Vorwand benutzt werden, die Verträge ebenfalls scheitern zu lassen⁵. Sollte allein die EVG nicht zustande kommen, so war es zumindest für die französische Hohe Kommission klar, daß der Generalvertrag dann mit wenigen Modifikationen dennoch realisiert würde und die Bundesrepublik völlige Handlungsfreiheit gewänne: „rien ne s'opposerait en droit, à ce qu'elle reconstitue une Wehrmacht et mette sur pied telle industrie d'armement qu'elle voudrait“⁶. Für die Diplomaten im Hotel Dreesen gab es keine Alternative zur europäischen Lösung der deutschen Remilitarisierung. Andere französische Politiker befürchteten demgegenüber, die Bundesrepublik könne die EVG benutzen, „um die Wiedervereinigung militärisch durchzusetzen“⁷ und Frankreich „in einen Krieg mit Rußland“ hineinzuziehen⁸. Aus innenpolitischen Erwägungen zweifelten daher auch proeuropäische Kreise an der Seine nicht an der Notwendigkeit, „noch vor der Ratifikation mit den Russen zu verhandeln, damit noch einmal deutlich würde, daß man auch diesen Versuch gemacht habe“⁹.

Prinzipiell hielten sie aber an der Westintegration der Bundesrepublik fest, ordneten ihr auch eindeutig die Wiedervereinigung Deutschlands unter. Diplomaten wie Sauvagnargues betrachteten die Teilung ohnehin als die beste aller derzeit denkbaren Lösungen zur „deutschen Frage“. Andere wie Hervé Alphand sahen die Spaltung hingegen als Faktor der Instabilität in Europa und sprachen sich daher für die deutsche Einheit aus. Sie machten sie aber von der Bedingung abhängig, daß eine gesamtdeutsche Regierung die im Generalvertrag fixierten Verpflichtungen übernehmen müsse. Dauerhafte Beziehungen zu Deutschland, so betonte er als Sprachrohr seines Ministers im August vor dem NATO-Rat, könnten nicht auf der Basis von Besatzung und Kontrolle aufgebaut werden. Die „instabilité du caractère allemand“ und die Erinnerung an die „retournements inattendus“ der Deutschen „et les menaces qu'ils peuvent faire passer sur la Paix“ mahnten aber dazu, sie nicht in die völlige Souveränität zu entlassen¹⁰.

Alphand lag damit gewiß auf der Linie Schumans, nur bedingt auf jener Adenauers, der seinem eigenen Volk bekanntermaßen mißtraute und dennoch in den letzten zwei Jahren die volle Souveränität angestrebt hatte. Seit der Unterzeichnung der Westverträge setzte er alles daran, die Ratifikation möglichst rasch abzuschließen, um der Republik Handlungsfreiheit und Sicherheit zu geben. Doch schon bei der ersten Lesung der Verträge im Deutschen Bundestag am 9. und

⁵ S. Unterredung zwischen dems. und Bardoux vom 1. 7. 1952, in: ebd., S. 419.

⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1045, Bl. 44–51, Aufzeichnung de Guiringaud, 4. 3. 1952, Geheim, im Auszug, in: BDFD I, S. 124–127, hier S. 126.

⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 14b, Bl. 167, Tb. 29. 10. 1952.

⁸ Notiz des AA, 7. 11. 1952, in: BDFD I, S. 146; s.a. Lenz, Tagebuch, S. 364, Tb. 15. 6. 1952; vgl. Auriol an Bonnet, 12. 11. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 713–716; Artikel Weinstains, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 26. 11. 1952, auch in: BDFD III, S. 129–131.

⁹ Lenz, Tagebuch, S. 364, Tb. 15. 6. 1952; s.a. Kap. III.4.3.

¹⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 379, Bl. 66–69, Erklärung Alphands auf der Tagung des NATO-Rats, 28. 8. 1952.

10. 7. erlitt er eine empfindliche Schlappe, weil der Ältestenrat die Fortsetzung der Debatte erst für September ansetzte¹¹. Der Kanzler konzentrierte sich dann darauf, den aktuellen „Tiefstand“ im deutsch-französischen Verhältnis zu überwinden. Die der Bundesrepublik unterstellte Absicht zur Wiedervereinigung mit militärischen Mitteln war für ihn ebenso undenkbar wie das in Paris mitunter befürchtete Exklusivbündnis mit Washington. Eine solche die europäische Integration diskreditierende bilaterale Allianz wäre allenfalls dann sinnvoll, wenn die Verständigung mit Frankreich und die europäische Föderation „endgültig gescheitert“ seien. Davon konnte aber trotz aller Turbulenzen keine Rede sein. Zur Behebung der Krise dachte Adenauer mit seinen Mitarbeitern vor allem an eine engere wirtschaftliche Kooperation „im Wege über eine Arbeitsteilung bei Rüstungsaufträgen“¹².

Die Verflechtung der Rüstungswirtschaft mochte dazu dienen, französisches Mißtrauen gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung abzubauen. Sie reichte aber gewiß nicht aus, die tieferen Schichten der französischen Psyche zu beruhigen. Wie François-Poncet in einer Rede vor dem „Canadian Club“ in Ottawa am 12. 8. ohne Umschweife zugab, waren die Wunden der Vergangenheit noch nicht alle vernarbt. Daß Deutschland seine Dynamik wiedergefunden hatte, sich „dank seiner Arbeitskraft und dank seiner starken Fähigkeiten, dank der Hilfe der Amerikaner und der Alliierten [...] mit beachtlicher Schnelligkeit und Wirksamkeit“ erholte, wirkte auf den Heilungsprozeß geradezu hemmend. Der Wiederaufstieg war für Frankreich zunächst ein wirtschaftliches Problem, da ihm im europäischen und globalen Wettbewerb ein ernst zu nehmender Konkurrent erwuchs. Er war aber außerdem ein mentales Problem, da der Sieger des Zweiten Weltkrieges den Besiegten an sich vorbei ziehen sah, der aus der französischen Sicht im Maße seiner Erstarkung wieder die alten Charakterzüge und nationalistische Strömungen erkennen ließ¹³. Letztlich ging es um das Selbstwertgefühl als Grande Nation, wenn die Bundesrepublik sich anschickte, den Nachbarn als „première puissance européenne continentale“ abzulösen¹⁴.

Wie empfindsam Frankreich auf die Zeichen gewachsenen deutschen Selbstbewußtseins reagierte, verdeutlicht ein Bericht von François-Poncet über die „attaques allemandes“ gegen die Pariser Mode. Wie so häufig in der Geschichte, so meldete der Hohe Kommissar im Frühjahr 1953, lasse der deutsche Nationalismus eine anti-französische Spitze erkennen; momentan schlage er sich in einer „révolte contre la tyrannie de la haute couture parisienne“ nieder¹⁵. Aus der Zeit des Nationalsozialismus, so meinte er im August 1952 in einer vertraulichen Analyse über die deutsche Mentalität, hätten sich die Deutschen das Gefühl bewahrt, als „l'avant-garde de la civilisation“ das Recht auf ein höheres Lebensniveau als die Nachbarn im Westen zu besitzen. Ihre Einstellung gegenüber den Franzosen werde daher vor allem von deren Fähigkeit abhängen, ihre eigenen Probleme zu

¹¹ S. Bundestagsdebatte, 9./10. 7. 1952 in: BT, Sten. Ber., Bd. 12, S. 9788–9923.

¹² BA, NL Blankenhorn, Bd. 14b, Bl. 167, Tb. 29. 10. 1952; vgl. Kap. IV.4.1.

¹³ Rede François-Poncets vor dem „Canadian Club“ in Ottawa, 12. 8. 1952, in: Bulletin 1952, S. 1145 f., hier S. 1145.

¹⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 379, Bl. 233–236, Montoye an François-Poncet, Nr. 2522.HC.OBS. SH, 18. 11. 1952.

¹⁵ Ebd., Bd. 380, Bl. 148 f., François-Poncet an Bidault, Nr. 819/HC/CAB, 18. 2. 1953.

lösen. Nur wenn Frankreich zu politischer und wirtschaftlicher Stabilität zurückfände, werde die Bundesrepublik bereit sein, die gegenseitigen Beziehungen auf der Basis der Gleichheit und nicht der „*prédominance allemande*“ zu gestalten. Unabdingbar sei es mithin, ihr die Grenzen gutnachbarlicher Zusammenarbeit aufzuzeigen und klarzumachen, daß Frankreich im Gegensatz zur Kontinentalmacht Deutschland global ausgerichtet sei, „*et, de ce fait même, une politique de rechange n'est pas, pour nous exclue*“. Es liege nicht im französischen Interesse, den Deutschen das Gefühl zu geben, „*que nous nous résignerions, quoi qu'il arrive, à être liés à son sort*“¹⁶.

Daß selbst der offizielle Vertreter der Französischen Republik in Bonn eine „*politique de rechange*“ nicht ausschloß und Wert auf die Feststellung legte, man sei nicht auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden, muß als wichtiger Beleg dafür gelten, wie offen die französische Außen- und Deutschlandpolitik zumindest im Sommer 1952 noch war. Adenauer schätzte die Lage durchaus richtig ein. Die Bundesrepublik nahm dank ihrer Wirtschaftskraft und ihrer politischen Erfolge einen zunehmend festeren Platz in Europa ein und veränderte damit die Rolle ihres westlichen Nachbarn sowohl in Europa als auch im transatlantischen Kontext. Jeder französische Politiker, auch ein prowestlicher, mußte diese Machtverschiebung aufzuhalten versuchen. Einige sahen gar in der Bewahrung der sicherheitspolitischen Souveränität und der Stärkung des jahrzehntealten „Prinzip[s] der französischen Außenpolitik“ eines guten Verhältnisses mit der Sowjetunion das geeignete Mittel. Der Kanzler zog daraus die Konsequenz, die parlamentarische Behandlung der Verträge möglichst rasch abzuschließen, um die Position der „widerstrebenden Kräfte“¹⁷ in Paris zu schwächen und zugleich Moskau einen Hebel zu entreißen, den „Schwebezustand“ auszunutzen¹⁸. Viermächteverhandlungen, von denen an der Seine schon wieder gesprochen wurde, galten da als gefährlich und überflüssig. Der Notenwechsel mit der Sowjetunion hatte doch das „Fehlen des guten Willens bei den Russen“ bewiesen¹⁹. Sollte sich der Westen dem Ruf nach einer Viererkonferenz aber nicht entziehen können, durfte man die Ratifikationsverfahren auf jeden Fall nicht unterbrechen²⁰. Adenauer suchte daher den Kontakt zur französischen Regierung und warnte vor den Konsequenzen des Scheiterns der Verträge in der Assemblée Nationale: die Chance zur dauerhaften Entspannung der bilateralen Beziehungen wäre zerstört, ein bedrohliches Anwachsen des Rechtsradikalismus kaum aufzuhalten²¹.

Die parlamentarische Situation an der Seine gestaltete sich nicht nur für den außenstehenden Betrachter ziemlich unübersichtlich. Als „Plattform von privaten und kollektiven Interessenvertretungen aller Art“ standen im Palais Bourbon

¹⁶ Ebd., Bd. 122, Bl. 105–113, François-Poncet an Schuman, Nr. 5362/EU, 19. 8. 1952, *Confidentiel*. Unterzeichnet wurde der Bericht von Bérard.

¹⁷ Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 9. 1952, in: Buchstab (Bearb.), *Protokolle 1950–1953*, S. 137; s.a. Lenz, *Tagebuch*, S. 427, Tb. 5. 9. 1952.

¹⁸ Rede Adenauers vor der Kölner CDU, 2. 11. 1952, in: *Bulletin* 1952, S. 1517–1520, hier S. 1517.

¹⁹ Lenz, *Tagebuch*, S. 364, Tb. 15. 6. 1952.

²⁰ S. ebd., S. 427, Tb. 5. 9. 1952; Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 9. 1952, in: Buchstab (Bearb.), *Protokolle 1950–1953*, S. 137–140.

²¹ S. PA, BStS, Bd. 217, Hallstein an Adenauer, Aufzeichnung StS 2076/52, 17. 11. 1952.

mehr die innen- und wirtschaftspolitischen denn die außenpolitischen Fragen im Zentrum des Interesses. Ein Teil der Abgeordneten neigte dazu, die Regierung Pinay/Schuman über die nahe Haushaltsdebatte stolpern zu lassen, um einem neuen Kabinett mit neuem Außenminister in der Frage der EVG-Ratifizierung „freie Hand“ zu geben. Für Pinay sprach hingegen, daß er offenbar die Mehrheit der öffentlichen Meinung hinter sich hatte²².

Mitte November 1952 erreichten die deutsch-französischen Beziehungen einen neuen atmosphärischen Tiefpunkt. Der Vorfall von Schweigen, wo die französische Gendarmerie gegen den Widerstand der deutschen Grenzpolizei den Grenzübergang eines Transporters mit deutschen Fremdenlegionären erzwungen²³ und Adenauer zum Protest gegen das Verhalten der französischen Besatzungsmacht veranlaßt hatte²⁴, der Ausschluß von Paul Kutsch aus der saarländischen Einheitsgewerkschaft oder der Herzinfarkt eines prodeutschen Stadtverordneten von Saarbrücken nach einem Überfall politischer Gegner – was von Blücher auf dem FDP-Kongreß in Bad Ems als politischer Mord hingestellt worden war²⁵ – gaben der deutschen Presse reichen Vorwand zu schwerem Geschütz gegen Frankreich. Im Dreesen erinnerten die anti-französischen Tiraden stark an die Kampagnen der Nazi-Presse. Adenauer und seine Berater seien sich der Malaise sehr wohl bewußt, sähen aber noch keinen Grund einzuschreiten und die Journalisten zu bremsen²⁶. Für François-Poncet waren die Spannungen um so gefährlicher, als sie mit wachsenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Alliierten Hohen Kommission korrespondierten. Kirkpatrick und McCloy ließen Adenauer vorbehaltlos Unterstützung zukommen, während er, François-Poncet, die Rolle des Bremsers spielte. Selbst jene Politiker, die wie der Kanzler die Annäherung wünschten, zeigten sich enttäuscht und fragten, ob Frankreich überhaupt die Freundschaft zur Bundesrepublik wolle. Die Zeit, meinte der Hohe Kommissar, arbeite nicht für Paris. Denn nach seinem Einzug ins Weiße Haus würde General Eisenhower die letzten Vorbehalte gegenüber Bonn aufgeben und Eden mitziehen. Sollten die Deutschen die Zwietracht der Alliierten entdecken, könne der „danger allemand virtuel“ durchaus real werden²⁷. François-Poncet riet daher im Quai d'Orsay dringend dazu, die Beziehungen zur Bundesrepublik zu normalisieren, sich nicht von einem „complexe de peur“²⁸ anstecken zu lassen. Konkret empfahl er neben der Aufnahme der unterbrochenen Gespräche über die Saar²⁹ eine klare Definition der Bedingungen, unter denen man zur Ratifikation des

²² Ebd., Abt. 2, Bd. 236, Bl. 97–100, Hausenstein an AA, 205–00 Tgb. Nr. 4228, 5. 11. 1952.

²³ Vgl. Lenz, Tagebuch, S. 470f., Tb. 17. u. 19. 11. 1952.

²⁴ Zugleich bat Adenauer um Einstellung der Werbung deutscher Staatsangehöriger für die französische Fremdenlegion, was die französische Hohe Kommission am 2. 4. 1953 zusagte (PA, Abt. 3, AZ 230–12e, Bd. 1, Adenauer an Donnelly, 230–12 II 15691/52, 21. 11. 1952); s.a. Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 705, Anm. 31; AdG 1952, S. 3855A.

²⁵ S. ebd., S. 3750; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 419, Tb. 10.–12.1952; François-Poncet an Schuman, Nr. 3952/CM, 30. 11. 1952, Secret, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 847 f. Zu Numerierung und Klassifizierung s. AMAE, Europa 1944–1960, Allemagne, Bd. 123, Bl. 2.

²⁶ Ebd., Bd. 379, Bl. 228–230, Bérard an MAE, Tel. 9425/31, 22. 11. 1952, Réservé.

²⁷ Ebd., Bl. 198–201, François-Poncet an dass., Tel. 9129/40, 7. 11. 1952, Réservé.

²⁸ Unterredung zwischen Auriol und François-Poncet vom 5. 12. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 774.

²⁹ Vgl. Kap. III.3.2.

EVG-Vertrags bereit sei. Anders als im August vermochte er den sich wandelnden Machtverhältnissen nun nicht mehr mit der Drohung eines Wechsels in der Außenpolitik zu begegnen, sondern mit einem Appell an das eigene Selbstverständnis. „Car ce qui fait de la France une grande puissance, c'est ajoutés à sa force matérielle, sa force morale et son courage intellectuel.“³⁰ Besann sich die Grande Nation auf diese Werte, waren die „infériorités matérielles“ leicht zu kompensieren³¹.

An der Seine war man mit diesen Empfehlungen bemerkenswerterweise keineswegs einverstanden. Der Quai d'Orsay verwahrte sich gegen die durchschimmernde Auffassung, die Malaise in den bilateralen Beziehungen resultiere aus einer falschen Perzeption der deutschen Absichten. Nicht die Politik Frankreichs, ließ das Ministerium den Hohen Kommissar wissen, sondern die antidemokratisch gepolte deutsche Dynamik bedrohe die Grundlagen für die europäische Gemeinschaft. Deutsche Westbindung und Ratifikation der Verträge blieben aber für den Quai d'Orsay die einzig brauchbaren Gegenmittel gegen die östliche Gefahr. Möglichkeiten zu Konzessionen an die Adresse Bonns sah man hingegen nicht. Mehr als François-Poncet setzte Schuman auf die Unterstützung durch die Westmächte, die er keineswegs so prodeutsch eingestellt sah wie sein Botschafter³². Dessen Stellvertreter riet dazu, gegenüber den Verbündeten stärker mit dem Argument zu operieren, daß die Integration Deutschlands nur von Frankreich realisiert werden könne³³.

Es bedurfte offenbar erst der „Bluttat“ von Ockfen, bei der ein französischer Soldat Ende November nahe Trier von einem Deutschen getötet wurde³⁴, daß sich die Wogen im deutsch-französischen Verhältnis wieder glätteten. Adenauer entschuldigte sich umgehend für die antifranzösischen Tiraden der jüngsten Vergangenheit und warb dafür, zur Politik der Verständigung zurückzukehren. François-Poncet zeigte sich für diese Worte durchaus empfänglich, zeugten sie seiner Meinung nach doch von einem echten Wunsch nach Aussöhnung. Ja, er empfand er es geradezu als Glücksfall, daß das „peuple insupportable et incurable“ jenseits des Rheins von einem solchen Kanzler geführt wurde. „Je ne crois pas que jamais on puisse trouver un chancelier meilleur que celui-là, malgré tous les défauts qu'il a“³⁵. Angesichts der zunehmenden nationalistischen Töne in der Bundesrepublik riet der Hohe Kommissar seiner Regierung, den Nachbarn nicht zu isolieren, sondern ihm den Weg in die Gemeinschaft demokratischer Völker zu bahnen und ihn beim Aufbau des neuen Europa zu beteiligen³⁶.

Adenauers Werben zeitigte also erste Erfolge. Um sie zu festigen, suchte er die französische Hohe Kommission über das Schicksal der Verträge in Bonn bestän-

³⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 379, Bl. 198–201, François-Poncet an MAE, Tel. 9129/40, 7. 11. 1952, Réservé.

³¹ Ders. an Schuman, Nr. 4217/CM, 31. 12. 1952, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 871. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 128, Bl. 298.

³² S. ebd., Bd. 379, Bl. 218–223, Parodi an Bonn etc., Tel. 4942/51 etc., 12. 11. 1952, Réservé.

³³ S. ebd., Bl. 228–230, Bérard an MAE, Tel. 9425/31, 22. 11. 1952, Réservé.

³⁴ Lenz, Tagebuch, S. 482, Tb. 1. 12. 1952; s.a. ebd., S. 488, Tb. 5. 12. 1952.

³⁵ Unterredung zwischen Auriol und François-Poncet vom 5. 12. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 774 u. 775.

³⁶ François-Poncet an Schuman, Nr. 3952/CM, 30. 11. 1952, Secret, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 852.

dig in Sicherheit zu wiegen. Selbst nach der erneuten Vertagung der abschließenden dritten Lesung präsentierte er sich als Meister der Situation³⁷, konnte François-Poncet indes nur bedingt überzeugen. Am Ende des Jahres 1952 sah der französische Diplomat die politische Zukunft Deutschlands denn auch keineswegs rosig, plädierte einmal mehr für die Forcierung der festen Einbindung in den Westen³⁸. Das aber erforderte die Ratifikation der Verträge. Und die war weder in Bonn noch in Paris gewiß.

Wie von Hausenstein bereits Anfang November prognostiziert, stürzte das Kabinett Pinay kurz vor Weihnachten über die ungeklärte Budgetfrage. In Frankreich, so kommentierte François-Poncet die Demission gegenüber Adenauer maliziös, dauerten die Regierungen zu kurz, in der Bundesrepublik zu lang³⁹. Am 6. 1. 1953 stimmte die Assemblée Nationale mit Mehrheit einer Investitur des Radikalsozialisten René Mayer zu, wobei erstmals auch die Gaullisten ungeachtet innerparteilicher Widerstände für die Regierung votierten⁴⁰. Zwei Tage später bildete er eine Regierung aus Radicaux, Indépendants, Paysans, dem MRP, der UDSR und gaullistischen Dissidenten⁴¹.

René Mayer, 1895 in Paris geboren, studierte Literatur- und Rechtswissenschaften und trat nach dem Ersten Weltkrieg in den Conseil d'Etat ein, das höchste französische Verwaltungsgericht. Von 1928 bis 1940 arbeitete er in den Aufsichtsräten und Vorständen diverser Firmen der mit ihm verwandtschaftlich verbundenen Familie Rothschild. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde Mayer Leiter der französischen Rüstungskommission in London. Nach der militärischen Niederlage Frankreichs ging er nach Nordafrika und arbeitete unter General Giraud als Staatssekretär für das Verkehrswesen. Die „Libération“ ließ ihn zum Minister für öffentliche Arbeiten und Verkehr in der Provisorischen Regierung de Gaulles aufsteigen. Als er bei den Parlamentswahlen 1945 scheiterte, wurde ihm das Generalkommissariat für deutsche und österreichische Angelegenheiten übertragen, das er 1946 wieder aufgab, um als Abgeordneter des Département Constantine in die Nationalversammlung einzuziehen. Ende 1947 holte Robert Schuman ihn als Finanz- und Wirtschaftsminister in die Regierung zurück. Damit begann eine abwechslungsreiche Karriere im Kabinett, die Mayer in das Verteidigungs-, Justiz- bzw. Finanzressort und 1953 sogar für sechs Monate ins Matignon führte. Als Krönung seiner politischen Laufbahn wurde Mayer 1955 zum Präsidenten der Hohen Behörde der EGKS gewählt⁴².

Aufgrund seiner Intelligenz, Zähigkeit und Arbeitskraft galt er als eine der stärksten Persönlichkeiten unter den französischen Politikern, wobei der Umgang mit ihm wegen seines Hanges zur Arroganz, seiner Schlagfertigkeit und Urteilschärfe nicht immer leicht war. Durch seine familiären und kommerziellen Bin-

³⁷ S. ebd., *Généralités*, Bd. 69, Bl. 236–237a, François-Poncet an MAE, Tel. 9921/30, 15. 12. 1952, *Ré-servé, Urgent*; Interview Adenauers mit Friedländer, 17. 12. 1952, in: *Bulletin* 1952, S. 1769–1771.

³⁸ François-Poncet an Schuman, Nr. 4217/CM, 31. 12. 1952, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 2, S. 871.

³⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 15b, Bl. 231, Tb. 23. 12. 1952.

⁴⁰ Vgl. Chastenet/Chastenet, Chaban, S. 170f.

⁴¹ Vgl. AdG 1953, S. 3813A.

⁴² Zu Person und Politik Mayers s. Mayer, *Etudes*; Gerbet, René Mayer; Poidevin, René Mayer; eine kurze biographische Skizze in: Yvert (Hg.), *Dictionnaire*, S. 707f.

dungen zu den Finanz- und Industriekreisen Dupont und Rothschild sagte man ihm nach, mehr der angelsächsischen denn der kontinentaleuropäischen Welt zuzuneigen, was aus der Sicht der deutschen Diplomatie ein wenig durch seine betont realistische Einstellung zur Politik in ihren Konsequenzen für die europäische Integration und die deutsch-französischen Beziehungen aufgehoben wurde. Dieser Realismus prägte auch sein Verhältnis zur Bundesrepublik, obwohl der praktizierende Jude gewiß nicht vergaß, daß sein Sohn im KZ Mauthausen ermordet worden war⁴³.

Für Adenauer von weit größerer Bedeutung als der Wechsel im Matignon war gewiß die Rochade im Quai d'Orsay. Erstmals seit Bestehen der IV. Republik gehörte Schuman dem Kabinett nicht mehr an. Er verlor seinen Posten an seinen Vorgänger Bidault. Mayer brauchte für seine Wahl die Stimmen der Gaullisten, die den in ihren Augen „allzusehr in Kategorien der Europäisierung und deutsch-französischen Verständigung“ denkenden Außenminister offenbar nicht tragen mochten⁴⁴. Der Aussöhnungspolitik fehlte damit die französische „Galionsfigur“⁴⁵. Würde sie dennoch in ihrer Essenz erhalten bleiben?

Mit dem Hinweis auf das beide Minister verbindende Parteibuch und den Erhalt der Spitze des Quai d'Orsay allein wird man die These von der Kontinuität der Pariser Außenpolitik nicht belegen können⁴⁶. Gewiß, Bidault hielt an den bisherigen Vorstellungen des Wiedervereinigungsprozederes fest: erst freie Wahlen, dann Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und schließlich Verhandlungen über einen Friedensvertrag. Priorität erhielt nun die Forderung der Schaffung einer unparteiischen Untersuchungskommission⁴⁷. Bahnte sich nicht aber mit dem Aufstieg des mehr Einfluß gewinnenden Sauvagnargues doch insofern eine Wende in der Deutschlandpolitik an, als das Ministerium jetzt das Ziel der deutschen Einheit noch stärker als bisher in den Hintergrund rückte⁴⁸? Mußte die Regierung wegen ihrer Abhängigkeit vom Wohlwollen der Gaullisten über den Ministerwechsel hinaus nicht auch den Beweis des guten Willens antreten, im Kreis der Alliierten Möglichkeiten nach einer Alternative zur Westbindung der Bundesrepublik, d. h. vor allem Gegenmodelle zur EVG zu überprüfen⁴⁹?

Deutschlandpolitische Gedankenspiele im Quai d'Orsay

Einen Anknüpfungspunkt bot der neuen französischen Führung der Tod des sowjetischen Diktators Stalin am 5. 3. 1953, dem eine von Verständigungsbereitschaft gegenüber dem Westen gekennzeichnete „vorübergehende Umorientierung der sowjetischen Politik“⁵⁰ zu folgen schien. In Bonn tauchten umgehend die

⁴³ S. PA, Abt. 3, AZ 215–03/22, Bd. 1, Hausenstein an AA, 205 Tgb. Nr. 153, 7. 1. 1953; ebd., AZ 205–00/22, Bd. 2, von Walther an dass., 205 Tgb. Nr. 1724/52, 14. 5. 1952, Anlage.

⁴⁴ Lohse, Lockungen, S. 36.

⁴⁵ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 45.

⁴⁶ S. Lohse, Lockungen, S. 36.

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 89.

⁴⁸ Vgl. Soutou, *La France et les notes soviétiques*, S. 270.

⁴⁹ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 36.

⁵⁰ Buchheim, *Deutschlandpolitik*, S. 65; im gleichen Sinn urteilen: Meissner, *Sowjetunion*, S. 483–488; Nolte, *Deutschland*, S. 344–347; skeptisch hingegen: Ulam, *Expansion*, S. 539–550; Fischer, *Außenpolitische Aktivität*, S. 57f.; Hacker, *Ostblock*, S. 479–484.

alten Besorgnisse über ein französisch-sowjetisches Bündnis wieder auf, die von Paris aus noch genährt wurden. Zu Ehren des Toten setzten Armee und Marine die Flaggen auf Halbmast, und der Präsident der Assemblée Nationale, Herriot, gab eine Erklärung ab, die „nahezu die Form einer Huldigung für Stalin“ annahm⁵¹. Sicherlich durften die in der Erinnerung der Bündnisse von 1892/3 und 1944⁵² gefangenen russophilen Tendenzen gewisser politischer Kreise an der Seine nicht überschätzt werden. Aber zu vernachlässigende Größen waren sie im Kontext der französischen Außenpolitik keineswegs. Geradezu allergisch reagierte Adenauer auf einen Beitrag der „Zeit“ vom 19. 3., demzufolge Mayer und Eden sich im Einverständnis mit dem Kreml verständigt hätten, die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern⁵³. Zweifellos resultierte seine Verärgerung in erster Linie aus der Sorge, der Artikel könne die unmittelbar bevorstehende Dritte Lesung des Deutschen Bundestages zu den Westverträgen negativ beeinflussen⁵⁴. Darüber hinaus aber nagte trotz beruhigender Versicherungen aus Paris und London⁵⁵ in ihm die Ungewißheit, ob Frankreich nicht tatsächlich ein doppeltes Spiel mit ihm trieb.

Diese Sorgen, die in Paris nicht verborgen blieben⁵⁶, mitunter wohl auch als taktische Waffe eingesetzt wurden, um eigene Optionsmöglichkeiten aufzuzeigen, ließen den Kanzler auch nach der erfolgreichen Ratifizierung des General- und des EVG-Vertrages durch das Parlament am 19. 3. nicht los⁵⁷. Innenpolitisch hatte er seinen Kurs damit abgesichert; es fragte sich bloß, ob er ihn auch außenpolitisch durchsetzen konnte. Des Kanzlers Befürchtungen gewannen angesichts der „Anzeichen einer politischen Entspannung“⁵⁸ zusätzliche Nahrung, als an der Seine Überlegungen in den Vordergrund traten, der an der Moskwa eingeleiteten Détente-Kampagne mit dem Vorschlag einer Viererkonferenz zu begegnen. Die französische Regierung sorgte sich darum, daß die neuen Machthaber im Kreml versucht sein könnten, der angekündigten „Roll-back“-Politik ihrer weltm chtlichen Gegenspieler im Weißen Haus und State Department⁵⁹ mit vollmundiger Propaganda auch in der Wiedervereinigungspolitik zu begegnen. Die Westmächte mußten aufpassen, so warnte der Leiter der Europaabteilung im Quai d’Orsay, Seydoux, intern, angesichts der Sirenengesänge aus Moskau nicht vor der eigenen Öffentlichkeit als Kalter Krieger dazustehen⁶⁰. Im Ministerium grassierten „erhebliche Nervosität und Neigung zu Abweichung von bisheriger politischer

⁵¹ PA, Abt. 3, AZ 211–00/22, Bd. 3, Hausenstein an AA, 211–00 Tgb.Nr. I 283/53, 11. 3. 1953.

⁵² Zur russisch-französischen Marinekonvention vom 17. 8. 1892 bzw. 27. 12. 1893 s. DDF, 1^{re} série, Bd. 9, S. 672–682; ebd., Bd. 10, S. 711 f.; zum Bündnis von 1944 vgl. Kap. II.

⁵³ S. Artikel Bourdins, in: „Die Zeit“, 19. 3. 1953.

⁵⁴ S. Adenauer an Mayer u. Bidault, 18. 3. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 349 f.; ders. an Gerd Bucerius, 23. 3. 1953, in: ebd., S. 350 f.; Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 432, Informationsgespräch, 20. 3. 1953.

⁵⁵ S. Erklärung Edens und Telegramm Mayers an Adenauer, in: AdG 1953, S. 3911 K.

⁵⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 419, Bl. 197–198, François-Poncet an MAE, Tel. 1714/21, 4. 4. 1953.

⁵⁷ S. Bundestagsdebatte, 19. 3. 1953, in: BT, Sten. Ber., Bd. 15, S. 12295–12366.

⁵⁸ PA, Abt. 3, AZ 205–00/22, Bd. 5, von Walther an AA, 205–00 Tgb. Nr. 658/53, 22. 4. 1953.

⁵⁹ Vgl. Czempiel/Schweitzer, Weltpolitik, S. 84 f.

⁶⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 940, Bl. 193–196, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 10. 4. 1953, Confidential (Konzept FS); Lohse, Lockungen, S. 36 f. u. 60.

Linie“, auch wenn die Beamten die Viererkonferenz nur nach vorheriger Festlegung einer eindeutigen Tagesordnung für möglich hielten⁶¹.

Da es aus Bonner Sicht nichts mit Moskau zu verhandeln gab, unterstellte man Paris, auf Abwege zu geraten. Halt suchte Adenauer daher jetzt vor allem beim seit Januar 1953 amtierenden amerikanischen Präsidenten Eisenhower und seinem Außenminister Dulles⁶². Er setzte zwar weiter auf die deutsch-französische Versöhnung und war gleichzeitig um außenpolitische Konzertierung mit Großbritannien bemüht. Seine Außenpolitik erhielt aber trotz einer starken europäischen Komponente eine atlantische Ausrichtung⁶³, was sich erst ab Mitte 1956 im Zuge der Suez-Krise zugunsten einer deutlichen Tendenz zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen mit Paris ändern sollte⁶⁴. Mit seiner Reise in die USA im April 1953 zielte Adenauer vornehmlich darauf ab, „ein für allemal sicherzustellen, daß ein Ausgleich zwischen Ost und West nicht auf Kosten Deutschlands erfolge“. Die „nahezu volle Übereinstimmung“ mit Eisenhower in der Beurteilung der Weltlage durfte er als großen Erfolg verbuchen⁶⁵. In seiner großen Rede vom 16. 4. beschwichtigte der Präsident mit großer Eloquenz die allgemeine Friedenssehnsucht und forderte Beweise für den sowjetischen Verständigungswillen⁶⁶.

Von der französischen Diplomatie wurde des Kanzlers Bemühen, die „carte de l'amitié américaine“ zu spielen, höchst argwöhnisch beobachtet⁶⁷. Für sie war klar, daß es ihm am Potomac vor allem darum ging, „d'être admis dans le cercle des grands“⁶⁸. Sein Angebot zur Entsendung von Sanitätern nach Korea⁶⁹ interpretierte sie als Vorstoß zur Globalisierung der deutschen Außenpolitik. Eine Wende in der bisherigen Bonner Europa- und Frankreichpolitik befürchtete man in Paris allerdings nicht, da diese Politik in Washington befürwortet wurde und Adenauer dies wußte⁷⁰. Trotz aller Probleme in den bilateralen Beziehungen, die nun wieder einmal „considérablement refroidis“ waren, blieb der deutsche Regierungschef – zumindest für François-Poncet – „le meilleur Chancelier que nous puissions souhaiter“⁷¹. Denn nicht alle Politiker am Rhein dachten und sprachen wie der Kanzler. Angesichts der Gründung zahlreicher neuer deutscher Organisationen, die sich um die Erforschung Osteuropas bemühten, sowie offenbar auch in höchsten deutschen politischen Zirkeln geweckter Interessen fragte sich der

⁶¹ PA, Abt. 2, Bd. 283, Bl. 169 f., Hausenstein an AA, Tel. 170, 13. 4. 1953.

⁶² S. Ansprache Adenauers im CDU-Bundesvorstand, 11. 3. 1953, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1950–1953, S. 427.

⁶³ Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 49.

⁶⁴ Vgl. Kap. IV.1.2.

⁶⁵ Blankenhorn, Verständnis, S. 146, Tb. 18. 4. 1953. Zur USA-Reise Adenauers s. die Protokolle und Dokumente in: PA, BStS, Bd. 213; FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 425–447; s.a. Kap. III.3.3; aus der Memoirenliteratur vgl. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 564–589; von Eckardt, Leben, S. 204–238; s.a. Kregel, Aufbruch.

⁶⁶ S. Rede Eisenhowers vor der „American Society of Newspaper Editors“, 16. 4. 1953, in: EA 1953, S. 5731–5734; Felken, Dulles, S. 169 f.; Larres, Politik, S. 122–126; Rüpke, Verbündeter, S. 313 f.

⁶⁷ François-Poncet an Bidault, Nr. 676/CM, 31. 3. 1953, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 910–927, hier S. 914. Zur Numerierung s. AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 127, Bl. 356.

⁶⁸ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 445, Tb. April–Mai 1953.

⁶⁹ S. Unterredung zwischen Eisenhower und Adenauer vom 7. 4. 1953, Aufzeichnung GPT MIN-1, 17. 4. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 426.

⁷⁰ S. Bérard, Ambassadeur, S. 445 f., Tb. April–Mai 1953.

⁷¹ François-Poncet an Bidault, Nr. 676/CM, 31. 3. 1953, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 910–927, hier S. 925 u. 924.

Hohe Kommissar in diesen Tagen: „L'Allemagne s'engage-t-elle réellement dans des voies nouvelles ou se contente-t-elle, avec certaines précautions, de renouer avec le passé le plus récent?“⁷² Adenauer schien ihm in dieser Beziehung unverdächtig. Sein Ziel war weiterhin die feste Westbindung der Bundesrepublik, die eine Neutralität nicht zuließ. Zugleich aber – und das konnte François-Poncet kaum gefallen – ging es dem Kanzler darum, die Republik aus der Rolle als Objekt der Besatzer zu befreien und ihr einen gleichberechtigten Platz im Kreis der Großen zu verschaffen⁷³.

Seine Diplomaten in Paris suchten nun der an der Seine um sich greifenden Mißstimmung gegenüber dem Nachbarn mit der Anregung zu begegnen, „Deutschland aus der vordersten Kampflinie möglichst lange herauszulassen“. Sinnvoll sei es, so betonte Albrecht von Kessel, die „deutsche Frage“ nicht an die Spitze einer Tagesordnung für die Viererkonferenz zu setzen. Im Hinblick auf die Oder-Neiße-Grenze riet er in klarer Anleihe an Pläne aus den frühen zwanziger Jahren zu dem Argument, dieses Problem könne „nur im Rahmen einer politischen Neuordnung des *gesamten* europäischen Ostens in Angriff genommen werden“, die auch eine „Europäisierung des oberschlesischen Industriegebietes“ umfasse⁷⁴. Persönlich hielt der Diplomat es gar für ratsam, sich „auf *alle* Eventualitäten“ vorzubereiten und die in Bonn und Paris betriebene „Vogelstraußpolitik“ endlich aufzugeben. Ja, er war bereit, die bisherige Außenpolitik grundlegend zu ändern und die EVG zu opfern, wenn denn ein ernsthaftes Angebot aus Moskau käme. Denn der Politiker habe „nicht das Recht, sich dermaßen in ein Projekt zu verlieben, daß er darüber taub und blind gegen alle anderen Möglichkeiten wird“⁷⁵.

Er tat gut daran, diese Meinung nicht an der Seine zu verbreiten. Denn dort zeichnete sich nach dem Wechsel in der Spitze des Quai d'Orsay ein gewisser, von Sauvagnargues betriebener Wandel in der Deutschlandpolitik ab. Er bestand nicht im Streben nach einem „*marchandage planétaire*“ mit Moskau, sondern nach der Festigung des als günstig erachteten Status quo in der „deutschen Frage“. Im Gegensatz etwa zu Laloy⁷⁶ hielt Sauvagnargues die Befürchtung Schumans für abwegig, die Sowjetunion könne die deutsche Einheit als Mittel benutzen, um zwischen der Bundesrepublik und dem Westen Zwietracht zu säen. Vielmehr schien es seiner Meinung nach angesichts der vorhandenen Befürchtungen über den deutschen Kurs vor dem Hintergrund einer sich immer weiter verzögernden Ratifikation des EVG-Vertrages für zwingend erforderlich, die Bundesrepublik unter keinen Umständen in eine unkontrollierbare Souveränität, erst recht nicht unter gesamtdeutschem Vorzeichen, zu entlassen. Für ihn gab es nur eine einzige mit der friedlichen Koexistenz der Blöcke kompatible Lösung der „deutschen Frage“: „*le maintien de la coupure actuelle de l'Allemagne*“. Die Wiedervereinigung würde Deutschland hingegen seine Handlungsfreiheit zurückgeben und es damit zu einem Element

⁷² AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 419, Bl. 184–195, François-Poncet an Bidault, Nr. 718, 2. 4. 1953.

⁷³ S. ebd., Bl. 197–198, ders. an MAE, Tel. 1714/21, 4. 4. 1953.

⁷⁴ PA, NL Kessel, Ordner [1], von Kessel an Blankenhorn, 22. 4. 1953.

⁷⁵ Ebd., ders. an Federer, 4. 5. 1953.

⁷⁶ Vgl. AN, 457 AP 48, Papiers Bidault, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 28. 1. 1953 (Konzept JL).

der Unruhe und Unsicherheit machen. Dem konnte auch die Idee der Neutralisierung nicht vorbeugen, weil sie die Deutschen zur „politique de bascule“ verleiten und den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa zur Folge haben würde. Das wiederum hätte die Sicherheit Frankreichs in Frage gestellt. „Evacuer l'Allemagne de l'Ouest, c'est livrer les clés de notre sécurité à un Gouvernement allemand que ses revendications territoriales et sa situation géographique orienteront vers un rapprochement avec l'Est.“⁷⁷

Die Argumente des Chefs der Unterabteilung Zentraleuropa verdeutlichen aussagekräftig die unterschiedlichen Gründe für die Ablehnung einer Neutralisierung Deutschlands: das Mißtrauen gegenüber den Deutschen und die Gefahr eines neuen „Rapallo“, aber auch die Sorge, bei einer funktionierenden Neutralität selbst zum östlichen Bollwerk Westeuropas zu werden und nicht mehr über den Sicherheitsgürtel Deutschland zu verfügen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß diese Position in Paris nicht einmal unter den Diplomaten und Beamten des Quai d'Orsay sakrosankt war. Wie erwähnt, blieb Laloy dabei, Moskau könne die deutsche Karte als Trumpf ausspielen. Seydoux wiederum war die Westbindung der Bundesrepublik nicht so wichtig, als daß er nicht einen neuen Verständigungsversuch mit der Sowjetunion gewagt hätte, um die EVG noch zu verhindern. Im Gegensatz zu Sauvagnargues vertrat er die Meinung, eine Viererkonferenz sei noch vor der Ratifikation der Verträge möglich⁷⁸. Andere Kollegen dachten bereits weiter und kamen zu dem Schluß, die „entente à quatre sur l'Allemagne“ setze die „neutralisation politique et militaire de l'Allemagne“ voraus⁷⁹.

Zur Bandbreite der deutschlandpolitischen Gedankenspiele im Quai d'Orsay gehörten freilich auch jene Überlegungen, die Hervé Alphand Ende Mai anstellte. Ein vereintes, neutralisiertes und mit einer nationalen Armee versehenes Deutschland erklärte er als für die Westmächte ebenso inakzeptabel wie ein Gesamtdeutschland unter der Kontrolle der Vier Mächte. Ein einiges, evakuiertes, demilitarisiertes, aber wirtschaftlich und politisch in Europa integriertes Deutschland hielt er nur für möglich, wenn es in eine Politik der Abrüstung und Kontrolle eingebettet sei. Es blieb die Alternative der politisch-militärischen Westbindung. Anders als Sauvagnargues, der diesen Weg unter Wahrung der Teilung präferierte, bevorzugte Alphand die Form des geeinten Deutschlands mit reduzierten und kontrollierten Truppen in der EVG. Darüber hinaus propagierte er die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sowie die Stationierung von Truppen der Vier Mächte in bestimmten deutschen Regionen. Unter den gegebenen Bedingungen schien nur diese Lösung seiner Meinung nach vernünftig, wobei er alle Optionen von einer Einigung in der Abrüstungsfrage abhängig sah⁸⁰.

⁷⁷ Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 22. 4. 1953 (Konzept JS), in: BDFD I, S. 148–150, hier S. 148 u. 149; s.a. Soutou, *La France et les notes soviétiques*, S. 270; Lohse, *Lokungen*, S. 111 f. u. 149 f.

⁷⁸ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 940, Bl. 193–196, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 10. 4. 1953, *Confidentiel* (Konzept FS); Lohse, *Lockungen*, S. 36 f. u. 60.

⁷⁹ Aufzeichnung Chauvel, 7. 5. 1953, in: BDFD I, S. 150–152, hier S. 151.

⁸⁰ AN, 457 AP 48, *Papiers Bidault*, Aufzeichnung Alphand, 30. 5. 1953 (Konzept JL).

Bidault sprach sich in einer Rede am 23. 4. zwar dezidiert gegen die Neutralisierung aus⁸¹. Er ließ es aber offen, ob diese Absage sich „nur auf ein bewaffnetes oder auch auf ein unbewaffnetes Deutschland“ bezog⁸². Nach Meinung der deutschen Vertretung in Paris konnte ein ernsthaftes Angebot des Kreml die zur Schau gestellte Festigkeit sehr wohl ins Wanken bringen. „Der Gedanke, die Sowjets könnten die Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands vorschlagen, lastet auf den französischen Politikern und Diplomaten wie ein Albdruck [sic!].“ Die einsichtigeren unter ihnen, die die Teilung als „Pulverfaß“ zwischen Ost und West betrachteten, sahen ein wiedervereinigtes, neutralisiertes Deutschland als „schreckliches Dilemma“: ein unbewaffnetes Deutschland würde zum militärischen Vakuum inmitten Europas, ein bewaffnetes zum Schiedsrichter und zur Vormacht Europas. Sie plädierten daher dafür, mit der Sowjetunion zunächst über die allgemeine Abrüstung und erst in zweiter Linie über die „deutsche Frage“ zu verhandeln⁸³.

Angesichts der an der Seine als sehr stark empfundenen deutschen Sehnsucht nach nationaler Einheit erachtete Seydoux es als notwendig, Adenauer „une carte maîtresse“ in die Hand zu geben, um sich des Vorwurfs zu erwehren, er sei für die deutsche Einheit nicht zu jedem Opfer bereit. Diese Karte konnte nur die Unterstützung der USA sein, und Frankreich durfte in den nächsten Monaten nichts unterlassen, die deutsch-amerikanische Solidarität zu fördern⁸⁴. Deshalb neigte Paris jetzt auch in bezug auf die Viererkonferenz zur Zurückhaltung, obwohl sich Moskau Ende April auf die „Friedensrede“ Eisenhowers vom 16. 4. zu Waffenstillstandsverhandlungen über Korea bereit erklärte⁸⁵. Einen Sturm der Entrüstung rief gar Churchills Anregung einer britisch-amerikanisch-sowjetischen Gipfelkonferenz und sein „Locarno“-Vorschlag vom 11. 5. über die Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands hervor⁸⁶. Offiziell nahm der Matignon zwar keine Stellung, was den Auswärtigen Ausschuß der Assemblée Nationale zu einer Entschließung veranlaßte, in der der Wunsch nach einer baldigen Viererkonferenz betont wurde⁸⁷. Ingeheim ließ die Regierung aber in London und Washington keinen Zweifel aufkommen, wie sehr sie sich von der Absicht Englands, Frankreich von der Teilnahme einer Gipfelkonferenz auszuschließen, brüskiert fühlte und wie unpassend ihr Churchills Vorschlag von Konsultationen mit Moskau ohne Agenda erschien⁸⁸.

⁸¹ Vgl. AdG 1953, S. 3960A.

⁸² PA, Abt. 3, AZ 211-00/22, Bd. 3, Hausenstein an AA, Tel. 187, 23. 4. 1953.

⁸³ Ebd., BStS, Bd. 159, Aufzeichnung von Kessel, 4. 5. 1953, Streng vertraulich.

⁸⁴ S. AMAE, Europe 1944-1960, Allemagne, Bd. 940, Bl. 214-216, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 23. 4. 1953 (Konzept FS).

⁸⁵ S. „Prawda“, 25. 4. 1953, in: EA 1953, S. 5734-5738.

⁸⁶ S. Unterhausrede Churchills, 11. 5. 1953, in: EA 1953, S. 5738-5744. Zur Deutschlandpolitik des britischen Premierministers im Jahre 1953 vgl. Larres, Politik; Foschepoth, Churchill; Steininger, Unabhängiges Deutschland?; Young, Churchill.

⁸⁷ S. PA, Abt. 3, AZ 211-00/22, Bd. 3, von Walther an AA, 211-00 I Tgb.Nr. 992/53, 20. 5. 1953; AdG 1953, S. 3994.

⁸⁸ Vgl. Massigli, Comédie, S. 374-379; Unterredung zwischen Auriol und Mayer, 13. 5. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 163; Conseil des Ministres, 13. 5. 1953, in: ebd., S. 164f.; AdG 1953, S. 3994.

Obwohl die USA eigentlich eine Deutschlandkonferenz zu verhindern trachteten⁸⁹, sahen sie ihre Pläne jetzt durch die britische Initiative durchkreuzt. Um mit der Unruhe in London und Paris fertigzuwerden, gab Eisenhower gegen den Willen seiner Berater dem Drängen Mayers nach einer Vorabkonferenz der drei westlichen Regierungschefs⁹⁰ nach. Am 21. 5. kündigten die Westmächte ein Treffen für den 17. 6. auf den Bermudas an⁹¹, verschoben es dann aber aufgrund der kurz darauf ausbrechenden einmonatigen französischen Regierungskrise auf den 29. 6.⁹²

„Bannir le spectre de Potsdam“

Adenauer reagierte auf diese Entwicklung aus vielerlei Gründen aufs höchste alarmiert. Die aus seinem Besuch in den USA gezogene Hoffnung auf Gleichberechtigung im Kreis der Westmächte schien verfliegen. Die „unklare Situation in Frankreich“, Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Washington über die Bewertung der Friedensoffensive Moskaus und die Frage, ob eine Viererkonferenz mit oder ohne feste Tagesordnung abgehalten werden solle, die ihn schockierende Rede des amerikanischen Senators Taft vom 27. 5., in der er die Verteidigung Europas allein den Europäern zuwies, aber auch die wieder in der Bundesrepublik auflebende Diskussion über Ost-West-Gespräche machten ihn „zunehmend nervös und ungeduldig“⁹³. Da die EVG-Ratifikation weiterhin stagnierte, konnten die USA ihre wichtigste „Trumpfkarte“ in etwaige Viererverhandlungen über die „deutsche Frage“ nicht einbringen⁹⁴. Ohnehin gepeinigt vom „Alpdruck [...] Potsdam“⁹⁵, sah sich der Kanzler genötigt, den amerikanischen Rückhalt erneut zu sichern. Die als „ballon d'essai“ lancierte Idee der Entsendung eines deutschen Beobachters zur Bermuda-Konferenz zerplatzte aber an der kühlen Reaktion der Westmächte⁹⁶. Da Adenauer zum neuen amerikanischen Hohen Kommissar Conant kein Vertrauen hatte⁹⁷, sandte er Staatssekretär Hallstein in geheimer Mission zum amerikanischen Beobachter des Interimkomitees der EVG, Bruce, nach Paris, um einerseits seine klare Präferenz für die Vorschläge Eisenhowers vom 16. 4. gegenüber jenen Churchills, andererseits den Wunsch zum Ausdruck zu bringen, daß die Dreierkonferenz keine Entscheidungen über

⁸⁹ Vgl. Felken, Dulles, S. 171f.

⁹⁰ Vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 151.

⁹¹ S. Erklärungen Eisenhowers, Churchills und Mayers, 21. 5. 1953, in: AdG 1953, S. 4005C.

⁹² Die Regierung Mayer wurde am 21. 5. gestürzt. Zum neuen Regierungschef wählte das Parlament am 28. 6. 1953 Joseph Laniel (ebd., S. 4004B u. 4054).

⁹³ Blankenhorn, Verständnis, S. 152, Tb. 1. 6. 1953. Zur äußerst negativen Reaktion Adenauers und des Auswärtigen Amtes auf die Rede Churchills s. BA, NL Blankenhorn, Bd. 19b, Bl. 51–53, Tb. 11. 5. 1953; PA, Abt. 2, Bd. 859, Bl. 183–186, Unterredung zwischen Adenauer, Mayer u. Bidault vom 11. 5. 1953; Larres, Politik, S. 147–150.

⁹⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 20a, Bl. 6–9, Aufzeichnung Blankenhorn, 1. 6. 1953.

⁹⁵ Interview Adenauers mit dem Nordwestdeutschen Rundfunk, 11. 6. 1953, in: Bulletin 1953, S. 925f. u. 928, hier S. 926.

⁹⁶ François-Poncet an Bidault, Nr. 1341/CM, 30. 6. 1953, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 968–985, hier S. 972. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 128, Bl. 73. In seinem Interview mit Friedländer vom 11. 6. 1953 stritt Adenauer entschieden ab, einen solchen Wunsch vorgetragen zu haben (Bulletin 1953, S. 926).

⁹⁷ Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 85.

Deutschland ohne Konsultation der Bundesregierung träfe⁹⁸. Des weiteren schickte er Blankenhorn auf Anregung von Staatssekretär Lenz⁹⁹ Anfang Juni in strikter Geheimhaltung mit einem persönlichen Schreiben an den Präsidenten nach Washington, um die Bitte vorzutragen, vor der Viererkonferenz Vertreter der drei westlichen Außenminister und des Auswärtigen Amtes zusammenkommen zu lassen und außerdem einen deutschen Beobachter zur Viererkonferenz entsenden zu dürfen¹⁰⁰. Darüber hinaus legte er Eisenhower ein Memorandum mit einem Acht-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung vor, in dem er neben den bekannten Bedingungen auch die Oder-Neiße Grenze ansprach und in bemerkenswerter Übereinstimmung mit von Kessel eine Regelung „in einem neuen Geist internationaler friedlicher Zusammenarbeit“ in Aussicht stellte¹⁰¹. Wie er schon einige Monate zuvor in einem Teegespräch angedeutet hatte, erwog der Kanzler das Konzept eines Kondominiums Deutschlands und Polens oder der Unterstellung dieser Gebiete unter die UNO¹⁰².

Die völlig überraschende Entsendung des deutschen Diplomaten sorgte für großes Aufsehen. Sogar im Bundeskabinett rührte sich Unmut über das „plötzliche“, mit dem Kabinett nicht abgestimmte Vorgehen¹⁰³. Den Kanzler ließ das kalt, weil der Erfolg ihm Recht zu geben schien. Da Eisenhower versicherte, auf den Bermudas würde keine Entscheidung über Deutschland ohne Konsultation mit ihm getroffen¹⁰⁴, sah Adenauer Grund zur Annahme, daß die Mission Blankenhorns „sehr gut gewirkt“ habe¹⁰⁵.

Dies traf indes allenfalls für die amerikanische, nicht aber für die französische Regierung zu. Im Hotel Dreesen fühlte man sich an die Diplomatie der Wilhelmstraße erinnert und klagte, der Kanzler agiere, als ob die Hohe Kommission gar nicht existiere¹⁰⁶. Die Beamten des Quai d'Orsay beschwerten sich über die nicht eingehaltene Etikette, die Pariser Presse kritisierte hingegen die deutsche Politik. Unübersehbar machte sich dabei in den Kommentaren eine Tendenz breit, die Bundesregierung „als den wesentlichen gegen das Zustandekommen einer Viererkonferenz wirkenden Faktor hinzustellen“¹⁰⁷. Das konnte Adenauer natürlich nicht auf sich beruhen lassen. Umgehend setzte er Bidault von den günstigen Re-

⁹⁸ S. Bruce an Büro der Amerikanischen Hohen Kommission, Tel. 881, 29. 5. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 457–459; Bérard, Ambassadeur, S. 449, Tb. April-Mai 1953.

⁹⁹ S. Lenz, Tagebuch, S. 640, Tb. 5. 6. 1953.

¹⁰⁰ S. Adenauer an Eisenhower, 29. 5. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 379 f.; zu den Gesprächen Blankenhorns in Washington s. Unterredung zwischen Smith und Blankenhorn vom 4. 6. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 466 f.; Unterredung zwischen Eisenhower und dems. vom 4. 6. 1953, Secret, in: ebd., S. 468–470; Blankenhorn, Verständnis, S. 153 f., Tb. 2. u. 4. 6. 1953; Rupieper, Verbündeter, S. 316–318.

¹⁰¹ Memorandum über die Frage der Wiedervereinigung, 29. 5. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 381.

¹⁰² S. Unterredung zwischen Adenauer und Sulzberger vom 9. 6. 1952, 11. 6. 1952, in: Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 305–308.

¹⁰³ Lenz, Tagebuch, S. 643–646, hier S. 644, Tb. 10. 6. 1953.

¹⁰⁴ S. Dulles an Büro der Amerikanischen Hohen Kommission Bonn, Tel. 5415, 4. 6. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 470 f.

¹⁰⁵ PA, Abt. 2, Bd. 892, Bl. 328 f., Adenauer an Eugen Kogon, 6. 6. 1953.

¹⁰⁶ S. François-Poncet an Bidault, Nr. 1341/CM, 30. 6. 1953, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 974.

¹⁰⁷ PA, Abt. 3, AZ 210–01/22, Bd. 2, von Walther an AA, 210–01 Tgb.Nr. 2076/53, 6. 6. 1953.

sultaten der Mission Blankenhorns in Kenntnis¹⁰⁸ und informierte ihn über die Ziele der Reise. Der Ministerialdirektor habe herausgestrichen, daß die Bundesregierung sich nicht mit irgendeiner Art von Wiedervereinigung zufrieden gebe. Um die Freiheit von 18 Millionen Deutschen zu gewinnen, könne sie nicht die von 60 Millionen gefährden. Notwendig seien präzise Regelungen zwischen den Vier Mächten über den Ablauf der Wahlen, die einen völlig freien Wahlkampf aller Parteien ebenso gewährleisteten wie die freie Stimmabgabe¹⁰⁹. Damit nicht genug. Am 12. 6. fuhr Blankenhorn selbst nach Paris, um den inzwischen designierten Président du Conseil Bidault über den Inhalt seiner Gespräche zu unterrichten. Der Erfolg fiel höchst mäßig aus, denn der Quai d'Orsay stand den Vorschlägen des Kanzleramtes ablehnend gegenüber¹¹⁰.

Da das von Auriol bereits im Dezember 1952¹¹¹ befürwortete Viermächtetreffen zunehmend klarere Konturen gewann, konnte Adenauer sich einer Zustimmung nicht mehr entziehen, zumal die SPD-Opposition vehement darauf drängte¹¹². Hatte er noch im Kabinett am 9. 6. dezidiert geäußert, „er könne es nicht verantworten, daß die Konferenz komme, ohne daß die anderen [Mächte] gebunden seien“¹¹³, sprach er sich zwei Tage später für die Zusammenkunft aus, wenn sie „einen nennenswerten Fortschritt in Richtung auf die deutsche Wiedervereinigung“ erwarten lasse¹¹⁴. Kurz darauf schickte er seinen Emissär Blankenhorn nach London, mahnte die westliche Geschlossenheit an und gab Auskunft über drei Punkte, die er in seinen Gesprächen in Washington angesprochen hatte, in Paris vorläufig aber nicht bekanntgeben wollte. Sie betrafen das Recht für Flüchtlinge auf Rückkehr in die Heimat bei einer definitiven Regelung des Deutschlandproblems, die Lösung der Oder-Neiße-Frage durch eine internationale Kontrolle sowie die Präsentation der EVG als Element zur Befriedigung des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses: „Denn EVG heißt Defensive, EVG heißt Beschränkung der deutschen Truppenstärke, der Bewaffnung und auch der deutschen Rüstungsproduktion.“¹¹⁵

Derweil bereitete sich die Führung in Paris auf die Verhandlungen mit den ehemaligen Kriegsbündnispartnern vor. Die deutsche Vertretung gewann nach zahlreichen diplomatischen Gesprächen den Eindruck, den EVG-Gegnern würden die Zugeständnisse der Sowjets „langsam unheimlich“. Es ging die Furcht um, „daß die

¹⁰⁸ S. Adenauer an François-Poncet, übermittelt in: AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 146, Bl. 78, François-Poncet an MAE, Tel. 3038/39, 8. 6. 1953, Réservé, Urgent.

¹⁰⁹ S. ebd., Généralités, Bd. 146, Bl. 65, Bonnet an MAE, Tel. 4285/91, 4. 6. 1953.

¹¹⁰ S. ebd., Allemagne, Bd. 381, Bl. 176–178, Parodi an Bonn etc., Tel. 2323/32 etc., 12. 6. 1953; Réservé, Confidentiel; mit falschem Datum: Bérard, Ambassadeur, S. 450, Tb. April-Mai 1953; Seydoux, Erinnerungen, S. 171; vgl. Larres, Politik, S. 166 f.

¹¹¹ S. Unterredung zwischen Auriol und François-Poncet vom 5. 12. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 775.

¹¹² S. SPD-Fraktionssitzung vom 1. 6. 1953, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 1. Halbbd., S. 419 f.; SPD-Fraktionssitzung vom 9. 6. 1953, in: ebd., S. 422.

¹¹³ Lenz, Tagebuch, S. 643, Tb. 9. 6. 1953; s.a. Kabinettsitzung, 9. 6. 1953, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 6, S. 333.

¹¹⁴ Interview Adenauers mit dem „Nordwestdeutschen Rundfunk“, 11. 6. 1953, in: Bulletin 1953, S. 925.

¹¹⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 20b, Bl. 66–68, Tb. 15. 6. 1953; vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 154–156, Tb. 15. 6. 1953; s.a. Aldrich an Dep. of State, Tel. 6623, 17. 6. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 474 f.; Larres, Politik, S. 166–168.

Russen durch ihre Konzessionen die Franzosen überspielen und sie aus ihrer ersehnten Mittlerrolle heraushebeln“¹¹⁶. Als zuständiger Unterabteilungsleiter faßte Sauvagnargues Mitte Juni die zentralen Gesichtspunkte in einem umfangreichen „Document de travail“ zusammen. Da der Osten die Entspannungsinitiative übernommen hatte, konnte der Westen nicht passiv bleiben. Drei Typen der Détente schwebten ihm vor Augen: eine Regelung zwischen Ost und West über Deutschland, Korea und Österreich; eine weiterreichende allgemeine Übereinkunft zur Beseitigung der Spannungen; ein *Modus vivendi*. Wie nicht anders zu erwarten, plädierte er für die letztere Lösung auf der Basis eines „système de garantie diplomatique“ oder konkreter Maßnahmen zur Entwicklung des Ost-West-Handels. Dies aber hieß, daß man sich nach der Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris auf die Stabilisierung des Status quo einzurichten hatte und Deutschland zumindest mittelfristig geteilt blieb¹¹⁷. Ob seine Position in der Leitungsebene des Ministeriums durchsetzungsfähig war, mußte sich noch erweisen. Wenngleich jetzt auch Laloy auf seinen Kurs des *Modus vivendi* einschwenkte¹¹⁸, hatte sich Sauvagnargues noch nicht definitiv durchgesetzt.

Mit dem Arbeiteraufstand vom 17. 6. in Ost-Berlin und der DDR, der durch den brutalen Einsatz sowjetischer Truppen und Panzer niedergeschlagen wurde¹¹⁹, nahm die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen eine neue Wendung. Aus Sicht der Bundesregierung schienen die Vorgänge in gewisser Weise nicht unvorteilhaft. Denn der „Rückfall der Russen in ein System der nackten Gewaltanwendung“ ließ die „Wunschträume“ jener zerplatzen, die die Voraussetzungen für eine friedliche Einigung über die schwebenden Fragen bereits gegeben sahen¹²⁰. Zugleich entzog er sämtlichen den „Rapallo-Komplex“ nährenden Spekulationen den Boden, das geeinte Deutschland könne zum Osten tendieren¹²¹. Während die SPD-Opposition nun in Anlehnung an den Bundestagsbeschuß vom 10. 6.¹²² zunehmend energischer auf eine Viererkonferenz drängte¹²³, suchte der Kanzler umgehend den Schulterschluß mit den Westmächten und bat sie darum, alles zu tun, um die friedensbedrohenden Zustände zu beseitigen und

¹¹⁶ BA, NL Blankenhorn, Bd. 20a, Bl. 199f., von Walther an Blankenhorn, 109/53, 17. 6. 1953, Geheim.

¹¹⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 146, Bl. 95–110, Aufzeichnung des MAE, 10. 6. 1953 (Konzept JS); Lohse, Lockungen, S. 150f.

¹¹⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 949, Bl. 262–269, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 7. 7. 1953 (Konzept JL).

¹¹⁹ Vgl. Baring, 17. Juni 1953; Diedrich, 17. Juni 1953; Garabiol, Berlin, 17 juin 1953; Gehler, Arbeiterrevolte; Hagen, DDR; Ingimundarson, Eisenhower Administration; Spittmann/Fricke (Hg.), 17. Juni 1953.

¹²⁰ PA, Abt. 2, Bd. 209, Bl. 141 f., Hallstein an alle diplomatischen u. konsularischen Auslandsvertretungen, Chi-Brief 202–03 MB 1518/53, 20. 6. 1953.

¹²¹ Ebd., Bd. 979, ders. an dies., 210–00 MB 315/53g, 14. 8. 1953, Geheim.

¹²² Der Bundestag hatte am 10. 6. 1953 die Bundesregierung dazu aufgefordert, bei den Westmächten darauf zu drängen, alles zu tun, um die Wiedervereinigung zu erreichen. Ziel der Viererkonferenz müsse sein: die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland, die Bildung einer freien Regierung für ganz Deutschland, der Abschluß eines Friedensvertrages mit dieser Regierung, die Regelung der territorialen Fragen sowie die Sicherung der Handlungsfreiheit der gesamtdeutschen Regierung im Rahmen der Ziele der Vereinten Nationen (AdG 1953, S. 4032A).

¹²³ Vgl. Klotzbach, Weg, S. 236 f.

dem deutschen Volk die Möglichkeit wiederzugeben, in Freiheit und Einheit zu leben¹²⁴.

In Frankreich erzeugten die Ereignisse in der DDR starken Widerhall. An der Seine demonstrierten Abordnungen der SFIO, der Gewerkschaft Force Ouvrière und anderer sozialistischer Organisationen vor der sowjetischen Botschaft gegen die Unterdrückungsmaßnahmen in Ostdeutschland¹²⁵. Regierungschef Mayer brachte seine Bewunderung für den Mut der Bevölkerung sowie die Entschlossenheit zum Ausdruck, „à poursuivre l'organisation de l'Europe“. Als Président du Conseil auf Abruf fiel es ihm nicht schwer, dem Kanzler zu versichern, daß ein geeintes und westintegriertes Deutschland kein Hindernis für ein friedliches Zusammenleben mit der Sowjetunion bilden müsse¹²⁶. Ganz anders bewertete der einflußreiche französische Botschafter in London, René Massigli, die Situation.

Geboren 1888 in Montpellier, absolvierte er nach dem Abschluß seiner Studien an der Ecole Normale Supérieure eine klassische Diplomatenkarriere, die ihn schon in den zwanziger Jahren auf zahlreiche Posten ins Ausland führte. Im Zweiten Weltkrieg schloß er sich de Gaulle an und wurde nach der Gründung des Comité Français de la Libération Nationale im Juni 1943 Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten. In der ersten provisorischen Regierung leitete Massigli das Außenministerium und ging im September 1944 als Botschafter nach London. Er blieb dort elf Jahre und übernahm dann von Januar 1955 bis Juli 1956 den Posten des Generalsekretärs im Quai d'Orsay¹²⁷. An der Themse sah er seine Aufgabe vor allem darin, das durch die Entente cordiale von 1904 charakterisierte Verhältnis zu Großbritannien wiederherzustellen. Als Verfechter der Aufrechterhaltung nationaler Souveränitätsrechte setzte der „kühl[e] und reserviert[e]“ Diplomat¹²⁸, der als „Gegner Deutschlands“¹²⁹ galt, sich zwar für die intensive Zusammenarbeit der europäischen Demokratien, aber gegen die supranationale Integration ein.

Aus der Sicht Massiglis basierte die Politik der Westmächte seit vier Jahren auf zwei Grundfaktoren: einer aggressiven Politik der Sowjetunion in Asien und Europa sowie einer lange dauernden Teilung Deutschlands. Denn Moskau wolle seine Herrschaft über Ost-Deutschland nicht revidieren, und Bonn wünsche nicht die staatliche Einheit. Diese Grundgegebenheiten sah er nun in doppelter Weise in Frage gestellt: durch die aufgrund der Installation eines neuen Präsidenten und eines neuen Kongresses in den USA eingetretene Paralyse und die sowjetische Friedensoffensive, die er trotz des Aufstandes in der DDR nicht beeinträchtigt sah. Für ihn bildete diese Revolte vielmehr den Beweis, daß die zweite Hypothese ihre Gültigkeit verloren hatte und Adenauer sich genötigt sähe, seine Politik zu ändern: „Le problème de l'unité allemande est posé au premier plan“. Durfte der

¹²⁴ S. Adenauer an Mayer, Tel. , 21. 6. 1953, in: Bulletin 1953, S. 978; vgl. die Telegramme an Eisenhower und an Churchill in: ebd.; zur Datierung s. EA 1953, S. 5841.

¹²⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 209, Bl. 143, Hausenstein an AA, FS Nr. 301, 23. 6. 1953, Verschlüsselt.

¹²⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 21, Bl. 93, Mayer an Adenauer, 25. 6. 1953; in deutscher Übersetzung in: EA 1953, S. 5842; vgl. Lohse, Lockungen, S. 152.

¹²⁷ Zu Person und Politik Massiglis s. Massigli, Comédie; eine kurze biographische Skizze in: Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 706.

¹²⁸ PA, Abt. 3, AZ 215–03/22, Bd. 2, Schlange-Schöningen an AA, 211–01 Nr. 23008/54, 25. 11. 1954.

¹²⁹ Ebd., Abt. 2, Bd. 238, Bl. 569–575, Hausenstein an dass., 205–00 I Nr. 4418/54, 12. 11. 1954.

Westen die alten Wege also noch weitergehen und die Integration Europas fortsetzen, obwohl Deutschland bereits morgen sein Gewicht erheblich vergrößern könne¹³⁰?

In der Europaabteilung des Quai d'Orsay wurden ähnliche Gedanken gehegt. Auch hier sah man die deutschen Wiedervereinigungssehnüchte niemals so lebendig wie nach den Ereignissen in Ost-Berlin¹³¹. Der innerliche Abschied der französischen Diplomatie von der deutschen Einheit drohte Makulatur zu werden. Staatssekretär Schumann hielt es daher für angezeigt, bei Bidault gegen die im Quai d'Orsay – von wenigen Ausnahmen abgesehen – vorherrschende Interpretation der Vorgänge in Ost-Berlin zu protestieren. Seines Erachtens gab es keinerlei Anzeichen dafür, daß Moskau tatsächlich die deutsche Einheit akzeptierte. Deshalb warf er dem Gros seiner Kollegen – namentlich Massigli – vor, ihre Urteile davon abhängig zu machen, was sie als Gefahr der europäischen Integration begriffen. Vehement warnte er den Minister davor, die jahrelang geltenden Richtlinien französischer Außenpolitik über Bord zu werfen und der „nostalgie d'une entente franco-russe sur l'Allemagne ou contre l'Allemagne“ zu erliegen. Jene, die sich als Schüler Delcassés sähen, begriffen eines Tages vielleicht zu spät, daß sie die wahren Interessen Frankreichs und der Sowjetunion mißverstanden hätten, „au seul profit du nationalisme allemand“. Schumann schätzte es als fatal ein, wenn die Intransigenz der Sowjets der einzige Schutz vor der schlimmsten aller möglichen deutschen Gefahren sei – einem geeinten Deutschland in einem geteilten Europa¹³². Ganz im Sinne Sauvagnargues sprach er sich für die Aufrechterhaltung des Status quo aus, da ein vereintes, wiederbewaffnetes Deutschland zwischen Ost und West schaukeln könne, ein in die westliche Gemeinschaft integriertes Gesamtdeutschland aber die Vorherrschaft gewänne. Aber natürlich hielt er es angesichts des Arbeiteraufstandes für geboten, den Willen des deutschen Volkes zur Einheit in Rechnung zu stellen¹³³.

Angesichts dieser kritischen Anmerkungen muß die in der neuesten Forschung aufgestellte Behauptung¹³⁴ gewiß revidiert werden, daß der französische Westintegrationskurs durch die Vorgänge in Ost- und Westdeutschland keineswegs erschüttert worden sei. Trotz der gewalttätigen Unterdrückung der ostdeutschen Revolte blieb das Verhältnis Frankreichs zu Rußland für viele Franzosen von dem Grundsatz bestimmt, daß die östliche Vormacht „Bundesgenosse und nicht [...] aggressive Macht“ sei, daß die Grande Nation nicht Teil der westeuropäischen Halbinsel, sondern „Mittelpunkt eines umfassenden Kolonialreiches“ sei. Die Europapolitik machte aus Europa zwangsläufig einen „Block gegen Rußland“, das doch im vergangenen Jahrhundert nie Gegner, sondern „komplementäre Macht im Rahmen des eigenen Sicherheitssystems“ gewesen war¹³⁵. Dies galt für einflußreiche Kräfte im Quai d'Orsay ebenso wie für manchen prominenten Parteipolitiker. Alain Savary etwa forderte seine Parteifreunde auf dem Parteitag der SFIO

¹³⁰ AMAE, PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 78, Bl. 222–225, Aufzeichnung Massigli, 26. 6. 1953.

¹³¹ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 61.

¹³² AN, 457 AP 44, Papiers Bidault, Schumann an Bidault, 6. 7. 1953.

¹³³ S. ebd., ders. an dens., Aufzeichnung, 25. 6. 1953, Confidentiel.

¹³⁴ S. Lohse, Lockungen, S. 61.

¹³⁵ PA, Abt. 2, Bd. 236, Bl. 234–245, Aufzeichnung Frank, 3. 7. 1953.

Anfang Juli dazu auf, Westdeutschland nicht zur europäischen Integration zu zwingen. Die Ereignisse des 17. Juni hätten eindringlich den Wunsch nach der Einheit bewiesen. Dringend empfahl er die Einleitung von Viermächteverhandlungen ohne Vorbedingungen¹³⁶.

Auch Sauvagnargues sah für den Westen akuten Handlungsbedarf, um der den Arbeitern in Ost-Berlin zugeschriebenen Forderung nach nationaler Einheit zu begegnen. Doch anstatt nun den Vorschlag zu unterbreiten, die deutsche Einheit gemäß dem Prinzip freier Wahlen bald umzusetzen, verschoben die Westmächte die Bermuda-Konferenz nach einem Schlaganfall Churchills vom 23. 6. erneut. Damit dauerte ihre Passivität vorerst an, zumindest bis Herbst, während Moskau die Initiative behielt und sie angesichts ihrer Uneinigkeit und Planlosigkeit in „cruel embarras“ stürzen konnte¹³⁷.

Die innerfranzösischen Schwierigkeiten trugen nicht gerade zur Behebung dieser Malaise bei. Nach vierwöchiger Suche einigten sich die Parteien Ende Juni endlich auf einen neuen Regierungschef – Joseph Laniel. 1889 in Vimoutiers, im Département Orne, geboren, leitete der Sohn einer der reichsten und mächtigsten Familien der Normandie bereits mit einundzwanzig Jahren die elterlichen Webereien. Als Bürgermeister seiner Gemeinde und Generalrat des Départements wurde er 1932 für die Demokratische Allianz ins Parlament gewählt, wo er den Sitz seines Vater übernahm. Während der Besatzungszeit wurde Laniel kurzzeitig festgenommen, tauchte dann unter und wirkte 1943 an der Gründung des „Conseil National de la Résistance“ mit. Als Vizepräsident dieser Dachorganisation des Widerstandes marschierte er wie Bidault im August 1944 bei der Befreiung von Paris an der Seite de Gaulles. Laniel war sowohl Mitglied der Assemblée Consultative Provisoire als auch der Assemblée Constituante und saß ab 1946 wieder in der Nationalversammlung. Im selben Jahr gründete er den „Parti Républicain de Liberté“, eine Mitte-Rechts-Partei, die sich später dem „Centre National des Indépendants“ anschloß. Als Fachmann für wirtschafts- und finanzpolitische Fragen diente er verschiedenen Regierungen als Staatssekretär, Postminister und Staatsminister¹³⁸. Hinter betont bescheidenem Verhalten verbarg sich eine starke Persönlichkeit, die mit verbindlichem Wesen stets dazu bereit war, „einen Ausweg im Kompromiß zu finden“¹³⁹. In der Außenpolitik setzte er auf Kontinuität, d. h. den weiteren Aufbau Frankreichs und die Anerkennung der USA als einzige Schutzmacht im Ost-West-Konflikt. Die Viermächtekonferenz befürwortete er¹⁴⁰. Mit Entrüstung reagierte er Ende Juni auf den Versuch der Briten, die Bermuda-Konferenz fallenzulassen und statt dessen ein Treffen des amerikanischen und britischen Außenministers durchzuführen. Energisch drängte Bidault darauf, gleichberechtigt teilnehmen zu können. Schließlich einigten sich die

¹³⁶ S. Rede Savarys auf dem Parteitag der SFIO vom 2.–6. 7. 1953, im Auszug in: BDFD III, S. 134 f.

¹³⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 146, Bl. 164–166, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 27. 6. 1953 (Konzept JS).

¹³⁸ Zu Person und Politik Laniels s. Laniel, Jours; eine kurze biographische Skizze in: Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 502 f.

¹³⁹ PA, Abt. 3, AZ 215–03/22, Bd. 1, Hausenstein an AA, 205–04 Tgb. Nr. I 2404/53, 1. 7. 1953.

¹⁴⁰ S. Laniel, Jours, S. 257 f.

drei Regierungen, am 10. 7. auf der Ebene der Außenminister in Washington zu konferieren¹⁴¹.

Am Rhein wurde die Nachricht über die Verschiebung des Dreiergipfels mit einer Mischung aus Bedauern und Genugtuung aufgenommen. Sie entsprach jener merkwürdigen Zerrissenheit, die François-Poncet fast als Charakteristikum Deutschlands betrachtete: „ce pays vigoureux, impulsif, mais aussi anxieux, incertain de lui-même, soumis à tous les flux et reflux de la tension mondiale“¹⁴². Nur Adenauer schien den Aufschub rundherum zufriedenzustellen, befürchtete er doch, daß Franzosen und Briten bei einer übereilt einberufenen Tagung à quatre den sowjetischen Angeboten zu sehr zuneigen könnten. Eine Handhabe, der Viererkonferenz Widerstand entgegenzusetzen, besaß er angesichts der innenpolitischen Stimmung kaum¹⁴³. Die Verlegung des Bermuda-Treffens hatte die Tür für Ost-West-Gespräche ja nicht zugeschlagen. Unruhig auf der Suche nach Wegen, „à bannir le spectre de Potsdam“¹⁴⁴, machte er Conant Anfang Juli ohne Umschweife klar, daß derartige Gespräche unter keinen Umständen vor der Bundestagswahl und prinzipiell nur dann stattfinden dürften, wenn sie begründete Aussicht auf positive Ergebnisse hätten. Zunächst müsse der Westen aus psychologischen Gründen scharf gegen die Unterdrückung des Arbeiteraufstandes protestieren und schließlich auf der Basis der Note vom 23. 9. 1952 und des Bundestagsbeschlusses vom 10. 6. 1953 ein Angebot zur Wiedervereinigung unterbreiten¹⁴⁵.

Wenige Tage später bahnte sich in Bonn eine bedeutende Wende in der Deutschlandpolitik an¹⁴⁶. Am 7. 7. riet Blankenhorn Hallstein, der Kanzler solle sich jetzt für eine – nach den Bundestagswahlen durchzuführende – Viererkonferenz zur „deutschen Frage“ einsetzen, um einer noch vor dem Urnengang zu erwartenden sowjetischen Initiative zuvorzukommen und der Opposition die Wahlkampfparole zu entreißen, er wolle die Wiedervereinigung nicht. Da der Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt davon ausging, daß Moskau die Sistierung der EVG zur Voraussetzung einer solchen Konferenz machte, empfahl er, die Initiative mit dem Angebot eines Sicherheitssystems zu verbinden. Teile der EVG könnten übernommen werden. Ja, er ging sogar so weit, die Wiedervereinigung mit einer „stufenweise erfolgenden territorialen Räumung Deutschlands“ und einer internationalen Verwaltung der Gebiete jenseits von Oder und Neiße zu verknüpfen¹⁴⁷. Neben innenpolitischen Erwägungen und per-

¹⁴¹ S. Dulles an Paris, Tel. 6228, 27. 6. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1582 f.; Dillon an Dulles, Tel. 6669, 28. 6. 1953, Secret, in: ebd., S. 1583; ders. an dens., Tel. 6691, 30. 6. 1953, Secret, in: ebd., S. 1584 f.

¹⁴² François-Poncet an Bidault, Nr. 1341/CM, 30. 6. 1953, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 968.

¹⁴³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 146, Bl. 175–176, Bérard an MAE, Tel. 3478/85, 30. 6. 1953.

¹⁴⁴ François-Poncet an Bidault, Nr. 1341/CM, 30. 6. 1953, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 984.

¹⁴⁵ S. Conant an Dulles, Tel. 53, 2. 7. 1953, Top secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1587–1590.

¹⁴⁶ Zum folgenden vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 85–87; Steininger, Deutsche Frage, S. 45–47.

¹⁴⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 22, Bl. 259 f., Tb. 7. 7. 1953; zu den aus Sicht des Auswärtigen Amtes bereits in der EVG enthaltenen Elementen eines Sicherheitssystems s.a. PA, Abt. 2, Bd. 979, Aufzeichnung von Hassell, 232–00 II 158/53, 11. 7. 1953.

sönlichen Überzeugungen spielte bei Blankenhorns Vorstoß auch französische Einflußnahme eine Rolle. Denn der Ministerialdirektor hatte am 6. 7. ein Gespräch mit dem stellvertretenden Président du Conseil Teitgen geführt, der ihm nach einer defätistisch anmutenden Skizze der französischen und europäischen Politik den Rat gab, Bidault schriftlich zu bitten, auf der Außenministerkonferenz in Washington eine gemeinsame Erklärung zur Fortsetzung der europäischen Integration mit dem Hinweis auf Sicherheitsgarantien für die Sowjetunion durchzusetzen¹⁴⁸. Einen Tag später ließ sich der auf Bühler-Höhe urlaubende Adenauer vom Nutzen des Vorschlages von Blankenhorn überzeugen, ohne aber den Gedanken des Sicherheitssystems durch territoriale Lösungen aufzunehmen¹⁴⁹. In seiner Vorliebe für die Kabinettsdiplomatie forderte er den Urheber des Plans sofort auf, erneut über den Atlantik zu fliegen, um Dulles am Rande des Außenministertreffens anhand eines entsprechenden Schreibens persönlich zu informieren¹⁵⁰.

Am Potomac war man über den Gast vom Rhein keineswegs erbaut. Der Leiter der Deutschlandabteilung im State Department, Riddleberger, äußerte sich „fast ungehalten“ über die Wünsche des Kanzleramtes¹⁵¹. Blankenhorn suchte den Unmut mit dem Hinweis zu besänftigen, Adenauers Initiative sei rein taktisch motiviert, „designed to improve his position in the election campaign“¹⁵². Die französische Reaktion fiel noch negativer aus. Sicher, auch der amtierende englische Außenminister Salisbury hielt das deutsche Gebaren für unglücklich und bestand am 10. 7. darauf, Adenauer über die normalen Kanäle über die Ergebnisse der Konferenz zu informieren¹⁵³. Bidault aber weigerte sich gar, Adenauers Envoyé überhaupt zu empfangen. Den Grund der Verärgerung sah Blankenhorn in der Bidault irrümlicherweise zugeschriebenen Absicht, die Viererkonferenz auf das Thema allgemeine Abrüstung zu beschränken und die „deutsche Frage“ auszuklammern¹⁵⁴. Tatsächlich war es vor allem die Art und Weise, wie Adenauer deutsche Interessenpolitik betrieb, die den westlichen Ministern und insbesondere Bidault mißfiel.

Gerade in Frankreich rümpfte man die Nase über das wachsende Selbstbewußtsein, mit dem die Bundesregierung auf dem internationalen Parkett auftrat. Einen Sturm der Entrüstung hatte dort bereits die Bundestagssitzung vom 2. 7. entfacht, in der die Abgeordneten die Ratifikation eines Abkommens über die Regelung der Ansprüche Frankreichs aus der Deutschland geleisteten Wirtschaftshilfe verwei-

¹⁴⁸ S. ebd., BStS, Bd. 267, Blankenhorn an Adenauer, Aufzeichnung MB 1874/53, 7. 7. 1953; Lenz, Tagebuch, S. 665–667, Tb. 6. 7. 1953.

¹⁴⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 22, Bl. 244, Tb. 8. 7. 1953.

¹⁵⁰ S. Adenauer an Dulles, 8. 7. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 398 f.

¹⁵¹ Blankenhorn, Verständnis, S. 160, Tb. 10. 7. 1953.

¹⁵² Unterredung zwischen Riddleberger und Blankenhorn vom 10. 7. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1606 f., hier S. 1607; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 22, Bl. 135 f., Blankenhorn u. Federer an Adenauer u. Hallstein, FS Nr. 394, 10. 7. 1953, Streng geheim, Citissime; Ingimundarson, Eisenhower Administration, S. 393 f.; Rupieper, Verbündeter, S. 325.

¹⁵³ S. Unterredung zwischen Bidault, Dulles und Salisbury vom 10. 7. 1953, ST MIN-1, 11. 7. 1953, Secret (Draft), in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1617 f.

¹⁵⁴ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 22, Bl. 134, Tb. 11. 7. 1953; Blankenhorn, Verständnis, S. 161. Adenauer meinte gar, „auf der Washingtoner Konferenz habe keiner eine Viererkonferenz gewünscht“ (Lenz, Tagebuch, S. 674 f., Tb. 31. 7. 1953).

gerten¹⁵⁵. Adenauers Entschuldigung und Durchsetzung einer Korrektur dieser Entscheidung am Tage danach änderte daran kaum etwas¹⁵⁶, zumal er keinen Grund sah, die alleinige Verantwortung für die schlechten bilateralen Beziehungen zu übernehmen, und François-Poncet an die Stagnation in der EVG-Ratifikation erinnerte¹⁵⁷. Der mochte sich mit diesem Einlenken in der Sache nicht zufriedengeben und empfahl seinem Minister ein härteres Auftreten, um sich in Bonn Respekt zu verschaffen. Das deutsche Volk sei zwar durchaus frankreichfreundlich, in den politischen Gefilden, unter den Beamten, Industriellen und Handelstreibenden wachse indes der Nationalismus. An der Spitze dieser Gallophobie sah er die SPD, und François-Poncet fragte sich, ob die SFIO es eigentlich akzeptieren könne, „que la sociale-democratie soit le principal artisan du réveil de l'antagonisme franco-allemand“¹⁵⁸. Selbst den Kanzler traf nun der Bannstrahl des Hohen Kommissars, versuchte Adenauer doch offenbar, die Washingtoner Außenministerkonferenz fernzulenken¹⁵⁹.

Bidaults Verärgerung über Blankenhorns Auftritt, die in der Empfehlung gipfelte, ihn einfach zu ignorieren, rührte denn auch vor allem daher, daß er die deutsch-französische Rangordnung verletzt sah. Der französische Außenminister wertete das Erscheinen des deutschen Diplomaten als persönlichen Affront, war er doch wenige Tage zuvor vom Ministerrat der EGKS, und nicht zuletzt von Adenauer, als westeuropäischer Sendbote für die Washingtoner Unterredungen bestimmt worden¹⁶⁰. Die Anwesenheit Blankenhorns konnte die Position Bidaults nicht eben verbessern. Wie er im Conseil des Ministres am Vorabend seiner Reise in die USA zu erkennen gab, hatte sich seine Meinung über die Viermächtekonferenz nämlich mittlerweile erheblich geändert. Noch Ende April war er als Befürworter dieser Veranstaltung aufgetreten, sofern sie eine feste Tagesordnung besaß und sich zunächst auf die Abrüstung konzentrierte. Jetzt aber sah er die Entwicklung soweit vorangetrieben, daß er sich im Hintergrund halten und die anderen die Initiative ergreifen lassen wollte. Das paßte Auriol nicht, und er machte sich zum Fürsprecher Churchills, der zunächst über Deutschland zu reden beabsichtigte. Dem vom Außenminister dargestellten Dreischritt, freie Wahlen, freie Regierung, Bündnisfreiheit für die gesamtdeutsche Regierung, mochte der Präsident ebenfalls nicht zustimmen. Denn in seinem nie erlahmenden Mißtrauen gegenüber den Deutschen befürchtete Auriol, ihr Irredentismus könne sie nach Moskau führen¹⁶¹.

¹⁵⁵ S. Bundestagsdebatte, 2. 7. 1953, in: BT, Sten. Ber., Bd. 17, S. 13950f.

¹⁵⁶ S. Bundestagsdebatte, 3. 7. 1953, in: ebd., S. 14071–14073.

¹⁵⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 381, Bl. 215, François-Poncet an MAE, Tel. 3674/78, 3. 7. 1953.

¹⁵⁸ Ebd., Bl. 216f., ders. an dass., Tel. 3580, 4. 7. 1953.

¹⁵⁹ S. ebd., Bl. 248–250, ders. an dass., Tel. 3940/45, 25. 7. 1953, Réservé, Très urgent.

¹⁶⁰ S. Unterredung zwischen Bidault, Dulles und Salisbury vom 10. 7. 1953, ST MIN-1, Secret (Draft), in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1617f. De Gasperi und Adenauer hatten den Vorschlag unterbreitet, die französischen Vertreter mit einem Mandat als „délégués d'une Europe déjà unie“ nach Washington zu entsenden. Aufgrund massiver Einwände Beyens und erheblicher Bedenken Bidaults einigten sich die Minister schließlich darauf, Bidault eine Botschaft übermitteln zu lassen (AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 146, Bl. 155f., Parodi an Brüssel etc., Tel. 1274/82 etc., 24. 6. 1953, Réservé, Priorité).

¹⁶¹ Conseil des Ministres, 8. 7. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 282f.

Bidault fuhr daher mit der Überzeugung nach Washington, seine Kollegen von der Notwendigkeit eines Viermächtetreffens über Deutschland überzeugen zu müssen. Über den Erfolg war er sich keineswegs sicher¹⁶². Tatsächlich aber hatte sich die Mißstimmung der Amerikaner inzwischen gelegt. Sie vertraten indes die Meinung, daß die Franzosen sich ihre Zusage etwas kosten lassen mußten, und zwar ein festes Datum für die EVG-Ratifikation noch *vor* der Viererkonferenz. Sollte sich dies nicht durchsetzen lassen, gedachte das State Department zumindest entschiedene Versicherungen des Quai d'Orsay für eine Unterstützung der EVG auszuhandeln¹⁶³.

In der ersten Sitzung der drei Außenminister am Nachmittag des 10. 7. stießen die Positionen dennoch hart aufeinander. Zwar waren Dulles, Bidault und Salisbury gemeinsam der Auffassung, die bisherige Politik fortsetzen zu müssen. Doch in der Feinplanung, bei der Festsetzung des detaillierten Vorgehens, stimmten sie keineswegs überein. Salisbury versuchte in das Abschlußkommuniqué den Passus einzubringen, die Viermächtekonferenz fände nach den Bundestagswahlen statt „when practicable“. Bidault reichte dieses vorsichtige *Procedere* nicht aus. Angesichts der großen Erwartungen in der Öffentlichkeit, so gab er zu bedenken, habe die EVG in Frankreich keine Chance, solange das „deutsche Problem“ Spekulationen einer generellen Einigung mit Moskau ausgesetzt sei¹⁶⁴. Während ein Memorandum der französischen Delegation davon sprach, der Vorschlag zu einer Viererkonferenz müsse „le plus vite possible“ unterbreitet werden¹⁶⁵, plädierte Bidault im Kreis der Minister gegen die Festlegung eines Termins. Statt dessen empfahl er ein Zweistufenprogramm: zunächst eine Konferenz der Vier Mächte mit begrenzter Dauer und fester Tagesordnung über freie Wahlen in Deutschland, die Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung und den Abschluß des Österreichvertrages; schließlich als Langzeitplan ein Friedensprogramm, in dem ein deutscher Friedensvertrag mit einem Abrüstungsabkommen und der Wiederherstellung der Grundfreiheiten in Europa zu verbinden seien¹⁶⁶. Ein solches Konzept mußte nach französischer Auffassung genügend einfach und konstruktiv formulieren werden, um die Öffentlichkeit einzunehmen, ohne die Westmächte zu stark zu binden, und die Sowjetunion dazu herauszufordern, „à démasquer ses batteries en ce qui concerne l'Allemagne et contribuerait largement à lever l'hypothèque qui pèse sur la ratification des Traités de Bonn et de Paris“¹⁶⁷.

Salisbury mißtraute den Franzosen offenbar und legte Wert auf die Feststellung, daß eine Viererkonferenz nicht nur vor den Bundestagswahlen, sondern

¹⁶² Vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 146, Bl. 219–220, Parodi an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 97, 18. 7. 1953, Réservé.

¹⁶³ Vgl. Felken, Dulles, S. 180 u. 182.

¹⁶⁴ S. Unterredung zwischen Bidault, Dulles und Salisbury vom 10. 7. 1953, ST MIN-1, 11. 7. 1953, Secret (Draft), in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1613; zum Verlauf der Washingtoner Konferenz zusammenfassend: Larres, Politik, S. 197–207; Steininger, Deutsche Frage, S. 47 f.

¹⁶⁵ Memorandum der französischen Delegation auf der Konferenz der westlichen Außenminister, 11. 7. 1953, in: BDFD I, S. 159–161, hier S. 159.

¹⁶⁶ S. Unterredung zwischen Bidault, Dulles und Salisbury vom 10. 7. 1953, ST MIN-1, 11. 7. 1953, Secret (Draft), in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1614 f.; AMAE, NUOI, Bd. 73, Bonnet an MAE, Tel. 5246/60, 11. 7. 1953.

¹⁶⁷ Memorandum der französischen Delegation auf der Konferenz der westlichen Außenminister, 11. 7. 1953, in: BDFD I, S. 161.

auch vor der Ratifikation des EVG-Vertrages inopportun sei. Außerdem hielt er nichts von einer festen Tagesordnung, wobei der Westen seinerseits natürlich eine einvernehmliche Haltung ausarbeiten müsse. Bidault gedachte aber zumindest die Absicht der Westmächte zu Gesprächen mit dem Osten über Deutschland schon vor den Bundestagswahlen bekanntzugeben. Dulles schloß sich ihm in Anlehnung an den Brief Adenauers an. Salisbury aber blieb stur, spitzte die Situation sogar noch mit einer Attacke gegen Bidaults Haltung zur EVG zu. Während der Briten eine Viermächtekonferenz vor dem Abschluß der parlamentarischen Verfahren als kontraproduktiv ablehnte, schloß der Franzose die Ratifikation vor einem Treffen à quatre aus. Dulles widersprach ihm in diesem Punkt, bat um Verständnis für die Lage Adenauers und warnte vor den Folgen, wenn die EVG scheitern sollte, „and no alternative is found“¹⁶⁸.

Am nächsten Morgen redete der amerikanische Außenminister scharf auf seinen französischen Kollegen ein, die Ratifikationsdebatte endlich voranzutreiben. Bidault präsentierte sich zwar als entschiedener Verfechter der europäischen Integration, mochte aber nicht einmal einer Erwähnung der EVG im geplanten Abschlußkommuniqué zustimmen. Dulles ließ sich nun seine Zustimmung ‚abringen‘ und präsentierte gleichzeitig seine Konditionen: die Viererkonferenz sollte am Tage nach der Bundestagswahl angekündigt werden, „on the assumption that the question of European integration through the Schuman Plan, the EDC, and the EPC would of course not be reopened“¹⁶⁹. Am 13. 7. verständigten sich die Minister schließlich auf eine Presseverlautbarung, die sowohl den Willen der USA zur Fortsetzung der bisherigen Europapolitik als auch die französischen Schwierigkeiten bei der EVG berücksichtigte und die Friedfertigkeit der EVG im Sinne des Adenauerschen Sicherheitssystems herauskehrte¹⁷⁰. Zwei Tage später übermittelten sie der sowjetischen Regierung eine Einladungsnote zu einer Konferenz der Außenminister für Ende September, wobei sie auf die bislang stets geforderte Untersuchungskommission zur Vorbereitung der Wahlen verzichteten¹⁷¹, und beschlossen eine vorbereitende Konferenz der Drei Mächte auf Expertenebene, ohne sich auf einen definitiven Termin zu einigen¹⁷². Angesichts der innerfranzösischen Gemengelage fällt es schwer zu glauben, daß sich der Quai d’Orsay in der Annahme, Moskau würde nach den Ereignissen des 17. Juni freien Wahlen kaum zustimmen, von dieser Offerte an den Kreml keine unmittelbare Wirkung versprach¹⁷³.

¹⁶⁸ Unterredung zwischen Bidault, Dulles und Salisbury vom 10. 7. 1953, ST MIN-1, 11. 7. 1953, Secret (Draft), in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1616–1621, hier S. 1620; s.a. AMAE, NUOI, Bd. 73, Bonnet an MAE, Tel. 5246/60, 11. 7. 1953; ebd., ders. an dass., Tel. 5261/68, 11. 7. 1953.

¹⁶⁹ Unterredung zwischen Bidault, Dulles und Salisbury vom 11. 7. 1953, ST MIN-2, 11. 7. 1953, Secret (Draft), in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1622–1631, hier S. 1628.

¹⁷⁰ S. Unterredung zwischen dens. vom 14. 7. 1953, ST MIN-4, 14. 7. 1953, Top Secret (Draft), in: ebd., S. 1669–1675; Abschlußkommuniqué der Washingtoner Außenministerkonferenz, 15. 7. 1953, in: AdG 1953, S. 4075A; zum englischen Einlenken vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 156f.

¹⁷¹ S. Note der Westmächte an die Sowjetunion, 15. 7. 1953, in: AdG 1953, S. 4076.

¹⁷² S. Unterredung zwischen Bidault, Dulles und Salisbury vom 14. 7. 1953, ST MIN-5, 16. 7. 1953, Top Secret (Draft), in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1689–1699.

¹⁷³ Vgl. dagegen Lohse, Lockungen, S. 152.

Adenauer äußerte sich über die Washingtoner Ergebnisse um so glücklicher¹⁷⁴, als die in Bonn eintreffenden Nachrichten den falschen Eindruck entstehen ließen, die Außenminister hätten ursprünglich keine Viererkonferenz zur „deutschen Frage“ gewollt und seien erst durch seinen Brief umgestimmt worden¹⁷⁵. Auch gegenüber den eigenen Auslandsvertretungen nahm die Bundesregierung die Urhebererschaft für die Einladung zur Viererkonferenz für sich in Anspruch¹⁷⁶. Tatsächlich hatte Adenauer mit seiner Initiative bereits geöffnete Türen eingerannt und auch bei Dulles keinen Meinungsumschwung herbeigeführt¹⁷⁷.

Der französische Ministerrat zeigte sich über die Resultate der Gespräche vom Potomac ebenfalls zufrieden. In der Öffentlichkeit wich die Genugtuung, Bidault habe Viermächteverhandlungen durchgesetzt und sich in den europäischen Fragen zu nichts verpflichtet¹⁷⁸, aber schon bald der Ernüchterung, weil die Ost-West-Verhandlungen erst nach den Bundestagswahlen und nur auf der Ebene der Außenminister vorgesehen waren. Sie schlug in Enttäuschung um, die sich in dem Vorwurf entlud, Bidault hintergehe das Parlament, wolle Frankreich näher an die USA heranzuführen¹⁷⁹. Die positive Bewertung der Bundesregierung sahen einige besonders sensible Franzosen gar als „Beweis für den negativen Erfolg der Konferenz“¹⁸⁰. Als der amerikanische Präsident dann in einem Brief an den Bundeskanzler das Communiqué der Konferenz bemängelte, einen harten antisowjetischen Ton anschlug und ankündigte, die Ereignisse des 17. Juni blieben nicht ohne Folgen für das geplante Treffen der Vier Mächte¹⁸¹, reagierte der angegriffene französische Außenminister mit sofortigem Protest, weil er sich von den USA nicht das Ergebnis vorab vorschreiben lassen konnte. Vor allem aber gefiel ihm nicht, wie Eisenhower das Washingtoner Treffen als Stärkung der deutschen Position darstellte und sich kategorisch zum höchst sensiblen Thema der europäischen Verteidigung äußerte. Des Präsidenten „affirmation brutale“, die EVG sei sehr wohl mit der Wiedervereinigung Deutschlands kompatibel, instruierte Bidault Botschafter Bonnet für eine Démarche bei Dulles, könne in Frankreich nur das größte Mißtrauen erwecken. Seine Eloge auf das Freiheitsstreben der Ost-Berliner rufe den fatalen Eindruck hervor, als würde die „réintégration de l'Allemagne“ weniger das Ergebnis einer Übereinkunft interessierter Mächte als der von West- auf Ost-Deutschland ausstrahlenden Attraktivität sein¹⁸².

¹⁷⁴ S. Erklärung Adenauers, 16. 7. 1953, in: Bulletin 1953, S. 1118.

¹⁷⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 361, Bl. 155 f., Federer an Blankenhorn, Tel. 434, 16. 7. 1953; BA, NL Blankenhorn, Bd. 22, Bl. 134, Tb. 11. 7. 1953; Blankenhorn, Verständnis, S. 161; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 226.

¹⁷⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 979, Hallstein an alle diplomatischen u. konsularischen Auslandsvertretungen, 210–00 MB 315/53g, 14. 8. 1953, Geheim.

¹⁷⁷ Zum gleichen Schluß kommt Felken, Dulles, S. 185; vgl. dagegen Foschepoth, Churchill, S. 1298 f.; Steininger, Unabhängiges Deutschland?, S. 121 f.

¹⁷⁸ S. Conseil des Ministres, 22. 7. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 290–292; PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 2, Hausenstein an AA, 205–00 I Tgb.Nr. 2583/53, 15. 7. 1953.

¹⁷⁹ S. ebd., Abt. 2, Bd. 236, Bl. 248–250, ders. an dass., 205–04 I Tgb.Nr. 2650/53, 22. 7. 1953.

¹⁸⁰ Ebd., Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 2, von Walther an dass., 205–00 I Tgb.Nr. 2583/53 Ang.II, 17. 7. 1953.

¹⁸¹ S. Eisenhower an Adenauer, 23. 7. 1953, Confidential, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 491–494.

¹⁸² AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 146, Bl. 256–259, Aufzeichnung des MAE, 28. 7. 1953. Zu der Unterredung Bonnets mit Dulles vom 29. 7. 1953 s. das Memorandum von Dulles, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 498 f.

Kontroverse Konferenzvorbereitung

Die Entscheidungen des Washingtoner Außenministertreffens veranlaßten die Kanzleien in Bonn und Paris, ihre Strategien und Taktiken zur Deutschlandpolitik zu überprüfen. An der Seine wurde dabei rasch deutlich, daß die internen Meinungsverschiedenheiten unverändert fortbestanden. Es trug gewiß nicht zur Sicherheit der französischen Verhandlungsposition bei, als die Sowjets durchsickern ließen, man wolle über alle Spannungsursachen, auch über die NATO und die amerikanischen Basen, nicht aber über Indochina verhandeln und lehne lediglich die militärische, nicht aber die wirtschaftliche Einbindung Deutschlands in Europa ab¹⁸³. Jean Chauvel, Botschafter in Bern, sah sich Mitte Juli genötigt, Außenminister Bidault vor der im Quai d'Orsay vorherrschenden „position d'Alphand“ zu warnen, derzufolge ein vereintes Deutschland keinen stärkeren Wunsch habe, als in den Westen einzutreten. Da die Bundesrepublik Europa seiner Auffassung nach lediglich als Mittel zum Ziel der Einheit benutzte, gab es für ihn keinen Zweifel, daß ein geeintes Deutschland die europäische Gemeinschaft erst recht nicht als Staatsziel an sich begreifen, sich vielmehr im Bewußtsein seines Handelswertes für beide Blöcke versteigern würde. Der Käufer stand für ihn von vornherein fest, weil die Sowjets ohne Skrupel mit einer neuen Teilung Polens locken konnten. In Übereinstimmung mit seinen Kollegen hielt Chauvel ein geeintes und in seiner Wahl freies Deutschland für gefährlich. Anders als sie plädierte er aber nicht für die Aufrechterhaltung der Teilung oder die Westbindung des wiedervereinigten Nachbarn, sondern für die Neutralisierung¹⁸⁴. Für den Fall, daß Moskau ein früheres Datum für die Konferenz bevorzugte und einen Friedensvertrag als neuen Tagesordnungspunkt aufnehmen lassen wolle, erachtete Seydoux es als notwendig, die sachlichen Vorstellungen zurückzuweisen, aber auf die terminlichen einzugehen. Frankreich durfte nicht den Eindruck entstehen lassen, als sei die westliche Einladung ausschließlich durch die Bundestagswahlen inspiriert¹⁸⁵.

Im Auswärtigen Amt ging man davon aus, das von Adenauer vorgeschlagene europäische Sicherheitssystem müsse neben der Abrüstung und der Rüstungsbeschränkung auch den Gedanken der truppenverdünnten Zonen in Mitteleuropa einbeziehen, um den Abzug der Besatzungstruppen zu verhindern. Aus der Sicht des Leiters der Osteuropaabteilung, Bräutigam, durften die Soldaten der USA den Kontinent allenfalls dann verlassen, wenn Westeuropa einem Angriff aus eigener Kraft standhielte. Sicherheit konnte natürlich auch die Entmilitarisierung der Satellitenstaaten bringen. Doch gab sich der Beamte diesbezüglich keiner Illusionen hin, weil die Aufgabe der DDR gerade in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei erhebliche Verunsicherung hervorrufen und die Sowjetunion von einem solchen Schritt abhalten würde. Grundsätzlich standen für ihn „erhebliche Beschränkungen der deutschen Souveränität“ als Preis für die Einheit außer Zweifel, und er zog daraus für etwaige Viermächteverhandlungen zwei Folgerungen: „1) Die Wiedervereinigung darf nicht durch den nachfolgenden Abzug aller Besatzungstrup-

¹⁸³ S. AMAE, PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 78, Bl. 237f., Massigli an Bidault, Nr. 1176/EU, 27. 7. 1953, *Très secret*.

¹⁸⁴ S. AN, 457 AP 44, Chauvel an Bidault, 21. 7. 1953.

¹⁸⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 940, Bl. 306f., Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 22. 7. 1953, (Paraphe FS, Konzept JS).

satzungstruppen zu einer Verschiebung der machtpolitischen Gesamtsituation zugunsten der Sowjetunion führen; 2) Die Wiedervereinigung darf nicht zu einer wesentlichen Einschränkung der deutschen Souveränität führen.“ Natürlich mußten aber auch die sowjetischen Sicherheitsinteressen einkalkuliert werden. Daher empfahl Bräutigam, die bisherige Trennung der Verhandlungen über die Wiedervereinigung von den Konsultationen über einen Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung aufzuheben¹⁸⁶.

Albrecht von Kessel, den die „deutsche Frage“ offenbar mehr umtrieb als andere deutsche Diplomaten, sprach sich dafür aus, das Problem der deutschen Einheit dem Ausland gegenüber „in ein europäisches Gewand“ zu kleiden, und zwar dem des christlichen Abendlandes. Drei Maßnahmen schienen ihm dazu erforderlich: den Franzosen klarmachen, daß die Schaffung einer Dritten Kraft nur auf dem Wege über die Einigung Gesamteuropas zu erreichen sei; die Engländer darauf hinweisen, daß das ihren historischen Idealen und politischen Notwendigkeiten entsprechende Gleichgewicht der Mächte nur wiederhergestellt werden könne, wenn Rußland auf seine eigentlichen Grenzen beschränkt werde, und schließlich in enger Zusammenarbeit mit dem Westen eine osteuropäische Politik betreiben. Dazu gehörte insbesondere die strikte Verweigerung gegenüber einer „fünften Teilung Polens“¹⁸⁷. Als schwierig betrachtete er vor allem die erste der drei Aufgaben, hatte die Bundesrepublik es doch mit einem „krank[en]“ Frankreich zu tun, wo das Parlament auf der Basis einer „unmögliche[n] Verfassung“ die Regierungen nicht wirklich regieren ließ. Eine Reform dieses Systems sah er erst als Folge größerer „Wirrnisse“. Vorerst mußte sich Bonn mit der Malaise abfinden, vor allem auch damit, daß Paris nicht aufgrund von Haß oder nationalistischem Mißtrauen, sondern aus einem „Gefühl der Schwäche“ die Europapolitik blockiere: „Man möchte nicht in einem geeinten Europa der Vormundschaft Deutschlands ausgeliefert sein.“ Als völlig falsch erschien ihm, in dieser Situation sich „den Amerikanern an die Brust“ zu werfen, da Washington Paris weiterhin als „Schoßkind“ verhätschelte und die deutschen Verbrechen noch nicht vergessen habe. Ablehnend stand von Kessel daher auch einem direkten Beitritt zur NATO gegenüber, da er eine erhebliche Aufrüstung Deutschlands voraussah, die das soziale Gefüge erheblich belasten und in Moskau als große Gefahr begriffen würde. Die Wiedervereinigung Deutschlands durfte seines Erachtens auf keinen Fall zur Wiederbelebung der Viermächtekontrolle oder zu dessen Neutralisierung und Entwaffnung führen. Da er die militärische Integration Gesamtdeutschlands in den Westen für unmöglich erachtete, blieb seiner Meinung nach „der Verzicht auf die Zugehörigkeit zu NATO oder EVG“ als „Mindestpreis“. Im äußersten Fall war er dazu bereit, ein neutralisiertes, aber bewaffnetes Deutschland zu akzeptieren, wobei die Grenzen durch die beiden Mächtegruppierungen garantiert werden mußten. Das heikle Thema der Oder-Neiße-Grenze wollte er erst dann verhan-

¹⁸⁶ PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 2, Aufzeichnung Bräutigam 212–19 III 15340/53, 27. 7. 1953, Konzept.

¹⁸⁷ Ebd., NL Kessel, Ordner [1], Aufzeichnung, o.D., mit Korrekturen aus der Hand von Kessels, eingeordnet Juli/August 1953.

delt sehen, wenn in Berlin und in Warschau eine frei gewählte Regierung am Ruder sei¹⁸⁸.

Wenngleich auch Adenauer sich den Amerikanern nicht an die Brust werfen wollte, galten sie ihm im Sommer 1953 doch als „unsere einzigen Freunde“, auf die man nicht England und Frankreich zuliebe verzichten konnte¹⁸⁹. In Erwartung einer neuen sowjetischen Initiative unterbreitete ihm Blankenhorn am 1. 8. eine Ausarbeitung über die Ausgestaltung des von ihm angeregten europäischen Sicherheitssystems, das neben der Abrüstung auch territoriale Überlegungen einschloß. Blankenhorn regte einen Zweistufenplan an, der nach Ratifizierung der EVG und Aufstellung der deutschen Kontingente zunächst den Rückzug der amerikanischen, englischen und sowjetischen Truppen hinter die Rheinlinie bzw. Oder-Neisse und die internationale Kontrolle des mit der Bundesrepublik vereinigten Gebietes zwischen Elbe und Oder-Neiße vorsah. Eine Verlängerung der demilitarisierten Sicherheitszone im Nordwesten und Südosten schloß er nicht aus. In einer zweiten Etappe sollten dann die Gebiete zwischen Oder-Neisse und den deutschen Grenzen von 1937 einbezogen werden¹⁹⁰.

Mittlerweile hatte die westliche Einladung zur Viermächtekonzferenz ein „dreary interchange of Notes“ ausgelöst, der sich bis zum 1. 1. 1954 hinziehen sollte¹⁹¹. Schon die erste Reaktion der Sowjetunion vom 4. 8. ließ die zentralen Meinungsunterschiede deutlich hervortreten. Während der Westen das Augenmerk zunächst auf die „deutsche“ und die „österreichische“ Frage lenkte, legte Moskau größeren Wert auf Maßnahmen zur allgemeinen Entspannung wie Truppenreduzierungen und das Verbot fremder Militärbasen auf ausländischen Territorien. Außerdem dachte man an der Moskwa an die Einbeziehung der Volksrepublik China in die Konferenz. In der Behandlung der „deutschen Frage“ gab es ebenfalls einen tiefen Gegensatz. Die Westmächte beharrten auf der Forderung nach freien Wahlen als erstem Schritt zur Wiedervereinigung. Der Sowjetunion hingegen ging es, wie von Bräutigam vorhergesehen, vornehmlich um Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages¹⁹². Wie Washington¹⁹³ bewertete auch Bonn das Schreiben ziemlich negativ. Adenauer hielt es für angezeigt, daß die Westmächte ihre Antwort hinauszögerten, um Moskau vor den Bundestagswahlen keine Möglichkeit zur Polemik zu geben¹⁹⁴. Ansonsten begnügte er sich damit, ihnen die Klärung der in der sowjetischen Note offenen Fragen zu empfehlen¹⁹⁵. Eine eigene Stellungnahme schien ihm erst ratsam, wenn der Westen eine einvernehmliche Haltung gefunden hatte¹⁹⁶.

¹⁸⁸ Ebd., „Gedanken zur weltpolitischen Lage“, o.D., eingeordnet Juli/August 1953.

¹⁸⁹ Adenauer an Blumenfeld, 4. 8. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 419 f., hier S. 420.

¹⁹⁰ S. Blankenhorn an Adenauer, Aufzeichnung, 1. 8. 1953, Streng geheim, in: BDFD I, S. 161 f.

¹⁹¹ Macmillan, *Tides of Fortune*, S. 522. Den Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion beschreiben ausführlich: Felken, Dulles, S. 192–198; Katzer, „Übung“, S. 44–56; Larres, *Politik*, S. 207–223.

¹⁹² S. Note der Sowjetunion an die Westmächte, 4. 8. 1953, in: EA 1953, S. 5913–5915.

¹⁹³ Vgl. Felken, Dulles, S. 193 f.; Katzer, „Übung“, S. 46.

¹⁹⁴ S. PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 3, Hallstein an Washington etc., Tel. AZ 212–19 III 16394/53, 6. 8. 1953, Verschlüsselt, Cito, Cessat; s.a. Steininger, *Deutsche Frage*, S. 49 f.

¹⁹⁵ S. PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 3, Blankenhorn an Washington, Tel. 375, 6. 8. 1953, Verschlüsselt; s.a. Rede Adenauers in Trier, 5. 8. 1953, in: *Bulletin* 1953, S. 1249 f.

¹⁹⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 23, Bl. 115, Tb. 5. 8. 1953.

Obwohl François-Poncets erste Reaktion in Bonn den Eindruck erweckte, als bewerte Paris die Note positiv¹⁹⁷, stieß sie bei Bidault de facto auf deutliche Kritik. Moskau hatte den westlichen Vorschlag einer Konferenz über Deutschland und Österreich in eine allgemeine Tagung über globale Spannungsherde umgewandelt und einen Vertrag über Österreich von einer Regelung über Deutschland abhängig gemacht. Da die Tür zur Viererkonferenz nicht prinzipiell geschlossen war, gedachte er sich aufgrund der innenpolitischen Erwartungen eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen¹⁹⁸. Als Adenauer ihm gegenüber Anfang August das sowjetische Schreiben als „verklausulierte Ablehnung“ der westlichen Vorschläge bezeichnete und dem Absender den Willen zu Verhandlungen auf einer vernünftigen und erfolgversprechenden Basis absprach, pflichtete Bidault im Prinzip bei. Moskau lehne die Viermächteverhandlungen nicht ab, sei aber „nicht aufrichtig bereit zu einer wirklichen Viererkonferenz zur Regelung der deutschen Frage“¹⁹⁹. Die Neigung der Westmächte, die sowjetische Verhandlungsbereitschaft auf anderen Politikfeldern auszunutzen, ohne eine Klärung der offenen Probleme anzustreben, stieß bei der Bundesregierung indes auf unverhohlene Kritik. Ost-West-Verhandlungen über alle weltpolitischen Krisenherde drohten „ins Uferlose“ zu geraten und die Deutschlandfrage „in den Hintergrund“ zu drängen²⁰⁰.

Auch die nächste sowjetische Note vom 15. 8.²⁰¹ erfuhr in der deutschen und der französischen Diplomatie eine weitgehend gleiche Bewertung. Beiderseits des Rheins galt sie vor allem als Versuch, durch Annäherung an die Thesen der SPD die Chancen der Wiederwahl Adenauers zu verringern²⁰². Ollenhauer verlangte denn auch wegen der Ergebnislosigkeit der seit Jahren andauernden Korrespondenzen zwischen den Blöcken umgehend die „beschleunigte Einberufung einer Viermächtekonferenz“²⁰³. Für Bidault hingegen war klar, daß Moskau weder an einem raschen Außenministertreffen gelegen noch die westlichen Forderungen über freie Wahlen und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung hinzunehmen bereit war²⁰⁴.

Als am 20. 8. in Paris die zur Beantwortung der sowjetischen Dokumente eingesetzte „Tripartite Drafting Group“ zusammentrat, zeigten sich nicht unerhebliche Meinungsunterschiede unter den drei Delegationen. Der französische und der amerikanische Vertreter, de Margerie und Achilles, gedachten in einer kurzen Antwort keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß man nur zu einer Au-

¹⁹⁷ Vgl. ebd.; Blankenhorn, Verständnis, S. 163.

¹⁹⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 941, Bl. 36–41, Bidault an London etc., Tel. 11326/42 etc., 6. 8. 1953, Réservé, Urgent; vgl. Lohse, Lockungen, S. 152.

¹⁹⁹ PA, BStS, Bd. 119, Konferenz der Außenminister der EGKS-Staaten vom 8. 8. 1953, P/53/PV 4, 12. 8. 1953.

²⁰⁰ Ebd., Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 7, Hallstein an Washington etc., Tel. StS 2007, 11. 8. 1953, Verschlüsselt.

²⁰¹ S. Note der Sowjetunion an die Westmächte, 15. 8. 1953, in: EA 1953, S. 5951–5954.

²⁰² S. PA, Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 6, Aufzeichnung Kordt, 202–03 III 17197/53, 17. 8. 1953; ebd., Bd. 7, Hallstein an Paris etc., zu StS 2054/53, 19. 8. 1953; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 941, Bl. 138–140, François-Poncet an MAE, Tel. 4308/16, 17. 8. 1953, Très urgent; Steininger, Deutsche Frage, S. 54f.

²⁰³ Rede Ollenhauers in Stuttgart, in: AdG 1953, S. 4122A.

²⁰⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 941, Bl. 161–163, Bidault an London etc., Tel. 11903/14 etc., 18. 8. 1953, Réservé, Urgent; PA, Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 7, Hausenstein an AA, Tel. 382, 18. 8. 1953, Citissime.

ßenministerkonferenz über Deutschland und Österreich bereit sei. Ihr englischer Kollege Reilly wollte hingegen auf die sowjetischen Themenvorstellungen eingehen. Eine andere Front ergab sich bei der Frage der Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen durch einen Untersuchungsausschuß. Sie war in der westlichen Einladungsnote vom 15. 7. nicht angesprochen worden, und Paris verlangte jetzt offiziell den Verzicht, obwohl die drei Außenminister in Washington das Prinzip einer solchen Kommission nicht formell aufgegeben hatten²⁰⁵. Nicht ohne Mühen einigten sie sich am 26. 8. auf einen Antwortentwurf, der am Tag darauf heftigen Protest aus Bonn provozierte. Adenauer forderte umgehend die Streichung jener Passage, die die Möglichkeit von Gesprächen über das Prinzip eines Friedensvertrages einräumte²⁰⁶, und die Beschränkung auf den Komplex gesamtdeutscher Wahlen²⁰⁷.

In Washington hielt man diese Einmischung für völlig unangebracht. Indigniert erinnerte Conant den Kanzler daran, er habe die Westmächte doch zur Viermächtekonferenz gedrängt. Wenn es nur darum gehe, mit Moskau Details der freien Wahlen und des Status der gesamtdeutschen Regierung zu verhandeln, benötige man kaum ein Treffen der Außenminister²⁰⁸. Die Bundesregierung akzeptierte schließlich am 31. 8. eine von den Angelsachsen modifizierte Fassung, die den Friedensvertrag nicht erwähnte²⁰⁹. Die am 2. 9. abgehenden inhaltlich gleichlautenden Noten, mit denen die Westmächte die Sowjetunion für den 15. 10. zu einer Außenministerkonferenz nach Lugano einluden, um über die Frage der freien Wahlen in Deutschland und den Status der künftigen gesamtdeutschen Regierung zu diskutieren²¹⁰, traf in Moskau jedoch auf Widerstand. Aus der Sicht Bonns hatte sie einen wichtigen Zweck bereits erfüllt. Sie war spät genug abgegangen, um eine östliche Störaktionen der Bundestagswahlen zu verhindern.

Mit dem grandiosen Wahlsieg vom 6. 9. hatte Adenauer seine Position im In- und Ausland definitiv gefestigt²¹¹. Der in seinem Amt bestätigte Kanzler machte sich nun Gedanken über eine „Vertiefung des deutsch-französischen Verhältnisses“. Vordringlich schien ihm die Beseitigung des nach wie vor offenen Saarproblems. Er dachte aber auch an eine engere Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, eine fortlaufende Konsultation der Regierungen über alle

²⁰⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 941, Bl. 231–237, Aufzeichnung des MAE, o.D. (um den 20. 8. 1953); s.a. FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 626 f.

²⁰⁶ S. den Antwortentwurf in: ebd., S. 627; Katzer, „Übung“, S. 48.

²⁰⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 941, Bl. 312, Französische Hohe Kommission Bonn an MAE, Tel. 4517/21, 27. 8. 1953, Réservé; ebd., Bl. 313, dies. an dass., Tel. 4522/24, 27. 8. 1953, Réservé; ebd., Bl. 316–317, dies. an dass., Tel. 4527/37, 28. 8. 1953, Réservé, Priorité absolue; ebd., Bl. 318, dies. an dass., Tel. 4538/43, 28. 8. 1953, Réservé, Priorité; ebd., Bl. 319, dies. an dass., Tel. 4544/47, 28. 8. 1953, Réservé, Priorité; ebd., Bl. 337–338, dies. an dass., Tel. 4602/08, 31. 8. 1953, Réservé, Priorité.

²⁰⁸ S. Conant an Dulles, 31. 8. 1953, Secret, Personal and Private, Eyes only, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 628–630; Katzer, „Übung“, S. 48 f.

²⁰⁹ S. Conant an Dulles, 31. 8. 1953, Secret, Personal and Private, Eyes only, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 628–630; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 941, Bl. 333, Seydoux an Bonn, Tel. 3509/92, 30. 8. 1953, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 470–472, Tb. September–November 1953; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 628–631; Steininger, Deutsche Frage, S. 60.

²¹⁰ S. Note der Westmächte an die Sowjetunion, 2. 9. 1953, in: EA 1953, S. 5975 f.

²¹¹ Bei den Wahlen zum Zweiten Deutschen Bundestag vom 6. 9. 1953 erzielten die CDU/CSU 45,2%, die SPD 28,8%, die F.D.P. 9,5%, GB/BHE 5,9% und Sonstige 10,8% der Stimmen (Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 480).

wesentlichen bilateralen Fragen und spielte bereits mit dem „Gedanken einer engeren bündnisähnlichen Verpflichtung“ beider Länder²¹². Doch die Reaktion in Frankreich fiel keineswegs überschwenglich aus²¹³. Es fehlte nicht nur ein adäquater Ansprechpartner, sondern auch die politische Voraussetzung für derart weitreichende Pläne. Allzu stark kontrastierte die offenbar gefestigte innenpolitische Situation der Bundesrepublik aus der Sicht vieler Franzosen mit der Situation im eigenen Land. Der ständige Zwang zum Kompromiß unter den großen, mittleren und kleineren Parteien mit ihren heterogenen Interessen erlaubte es der Exekutive kaum, Regierungsprogramme tatkräftig umzusetzen²¹⁴. Gewiß gab es selbstkritische Politiker, die eine Parlaments- und Verfassungsreform für dringend erforderlich hielten²¹⁵. Einige Kommentatoren forderten die Landsleute gar auf, die Lehren aus dem deutschen Wiederaufstieg zu ziehen und dem eigenen Hang zum Individualismus abzuschwören²¹⁶. Häufig wurden sie aber von jenen Stimmen übertönt, die Deutschland schon wieder auf dem Sprung zur Hegemonie und die russische Gefahr durch die deutsche ersetzt sahen²¹⁷. Auriol verstieg sich in seiner Germanophobie zu der aberwitzigen Tirade, die Deutschen hätten Adenauer nur seines Nationalismus wegen gewählt²¹⁸!

Für die Führungsschicht war dieses Verdikt aber nicht repräsentativ. Ernsthafter, weil weniger ressentimentgeladen, wirkt das Urteil François-Poncets, der den Urnengang als „victoire du juste milieu“ betrachtete und offen Bewunderung für den Gewinner bekundete. Die Deutschen hatten sich seiner Meinung nach von der mächtigen Woge des wirtschaftlichen Aufschwungs tragen lassen. Allerdings gab es seiner Auffassung nach durchaus Grund zu fragen, ob die auf der ökonomischen Stabilität ruhende „sagesse politique“ auch in Krisenzeiten bestehen würde, die zumal bei einer so exportabhängigen Wirtschaft wie der westdeutschen durchaus möglich seien²¹⁹. Dem Kanzler selbst, dieser „incarnation de la légitimité allemande“, brachte er diese Vorbehalte indes nicht entgegen. Freilich übersah er nie die Zwiespältigkeit des Adenauerschen Charakters, seine sehr deutschen Züge: „Il est impérieux, exigeant, dissimulé, rusé, voire machiavélique, souvent dénué de tact, très ambitieux pour son pays, pressé de l'amener à l'égalité avec les grandes Puissances“. Zugleich rühmte er die staatsmännische Größe des alten Mannes aus Rhöndorf, seine europäische Gesinnung und sein Bestreben nach deutsch-französischer Aussöhnung. „Européen sincère, il a cristallisé, et, en grande partie, suscité un courant d'opinion foncièrement acquis aux idéaux de l'Occident, favorable à l'intégration européenne, favorable, également, à l'entente franco-allemande“²²⁰.

²¹² Blankenhorn, Verständnis, S. 173, Tb. 22. 9. 1953.

²¹³ S. ebd., S. 170, Tb. 7. 9. 1953.

²¹⁴ Vgl. Artikel Dombrowskis, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 28. 8. 1953, im Auszug auch in: BDFD III, S. 838–840.

²¹⁵ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 477, Tb. 10. 9. 1953.

²¹⁶ Vgl. Artikel Siegfrieds, in: „Le Figaro“, 30. 12. 1953, im Auszug auch in: BDFD III, S. 842 f.

²¹⁷ Vgl. AdL, NL Dehler, Bd. 2834, Aufzeichnung Sonnenhol, 29. 9. 1953, Vertraulich, im Auszug in: BDFD III, S. 840–842.

²¹⁸ S. Unterredung zwischen Auriol und Laniel, 16. 9. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 423 f.

²¹⁹ François-Poncet an Bidault, Nr. 2009/CM, 30. 9. 1953, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1024–1044, hier S. 1032 u. 1030. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 128, Bl. 153.

²²⁰ Ders. an dens., Nr. 2661/CM, 31. 12. 1953, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2,

Die Bonner Absicht, den Wahlsieg zum Anfang einer neuen Ära in den auswärtigen Beziehungen zu machen, wurde aber auch vom französischen Hohen Kommissar nicht ganz sorgenfrei beobachtet. Das neue Selbstbewußtsein machte die Bundesrepublik gewiß nicht zu einem leichteren Partner, wie der Ruf nach einem Abstreifen der besatzungsrechtlichen Fesseln und das Herauskehren des Alleinvertretungsanspruchs gegenüber der DDR bereits signalisierten²²¹.

Bidaults Glückwünsche ließen aber nichts zu wünschen übrig. Der französische Außenminister sah in dem Wahlergebnis einen eindrucksvollen Beweis für die Vitalität der jungen deutschen Demokratie, ihre Friedenssehnsucht und den Willen zur Mitarbeit an der europäischen Einigung²²². Diese Eloge gefiel aber nicht allen Mitgliedern der französischen Diplomatie. Für Bérard spiegelte das Resultat weniger einen Triumph der Demokratie als ein Plebiszit für Adenauer wider mit problematischen Folgen für die Deutschlandpolitik: „la séparation en deux de l'Allemagne en sera renforcée“²²³. Daß die von Sauvagnargues geführte Unterabteilung Zentraleuropa diese Entwicklung eher mit Wohlwollen aufnahm, liegt auf der Hand. Mit Gelassenheit sah sie jetzt etwaigen gesamtdeutschen Wahlen entgegen. Die Furcht, eine gesamtdeutsche Regierung könne sich nach Moskau wenden, war nach den Ereignissen des 17. Juni und des 6. September verflogen. Aber diese Unterabteilung darf in bezug auf die Deutschlandpolitik nicht mit dem Außenministerium gleichgesetzt werden. Von einer „erhebliche[n] Konsolidierung des Westkurses der offiziellen französischen Außenpolitik“ zu sprechen²²⁴, erscheint daher nur bedingt richtig. Denn diese These läßt den wachsenden Widerstand im Quai d'Orsay gegen die EVG und den Konnex zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung völlig außer Acht²²⁵.

Sauvagnargues sah die letzten Noten Moskaus als eindeutigen Beleg für die fehlende Bereitschaft des Kreml zum Verzicht auf seine Besatzungszone als Gegenleistung für eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands²²⁶. Bérard nahm den Plan Adenauers, die „deutsche Frage“ in zwei Phasen zu lösen, mit gemischten Gefühlen auf. Die erste Etappe, die Sowjetunion mit einer Politik der Stärke, militärischen Garantien und wirtschaftlicher Hilfe zum Rückzug aus den Satellitenstaaten zu bewegen, wirkte durchaus sinnvoll. Die zweite aber, eine Lösung der Grenzfrage mit einem freien Polen, mutete kaum realistisch an. Denn für den Kreml konnten Wiedervereinigung und Evakuierung Deutschlands wohl nur dann in Frage kommen, wenn ein international garantierter Vertrag dessen Ausdehnung nach Osten fixierte. Dies war für Bérard auch der Grund, warum die Sowjets zunächst einen Friedensvertrag diskutieren wollten²²⁷.

S. 1077–1092, hier S. 1077 u. 1078. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 128, Bl. 243.

²²¹ S. AN, 457 AP 47, Papiers Bidault, Bérard an MAE, Tel. 5361/72, 6. 10. 1953, Réservé.

²²² S. Bidault an Adenauer, mitgeteilt in: AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 383, Bl. 67, MAE an Bonn, Tel. 3719, 8. 9. 1953, Priorité absolue, in deutscher Übersetzung in: Bulletin 1953, S. 1437.

²²³ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 476, Tb. 7. 9. 1953.

²²⁴ Lohse, Lockungen, S. 62.

²²⁵ Vgl. Kap. III.4.3.

²²⁶ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 153.

²²⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 382, Bl. 95–96, Bérard an MAE, Tel. 4975/84, 16. 9. 1953.

Am 12. 9. wandte sich Adenauer mit der Bitte an die Westmächte, bei der bevorstehenden Viererkonferenz in allen Phasen „in möglichst ausgiebiger und vollständiger Weise konsultiert“ zu werden und einen Konferenzbeobachter an den Verhandlungsort entsenden zu dürfen²²⁸. Paris gab dem ersten Teil des Gesuchs sofort statt, lehnte den zweiten mit Blick auf potentielle analoge Anfragen der DDR aber ab. Da das State Department dem Kanzleramt jedoch seine Unterstützung zuteil werden ließ, beschränkte sich der Quai d'Orsay auf die Forderung, dem deutschen Vertreter eine ausschließlich offiziöse Rolle zuzuweisen und die eigentliche Konsultation mit der Bundesregierung in Bonn abzuwickeln²²⁹. Diesem Verfahren stimmten die Verbündeten Ende Oktober zu²³⁰. Seinen Wunsch, auch an der Vorbereitung der Konferenz von Lugano partizipieren zu dürfen, setzte Adenauer nicht durch, weil Bidault unter allen Umständen einen Präzedenzfall für zukünftige Dreiertreffen verhindern wollte²³¹. Statt dessen einigte sich die im Oktober zur Abstimmung der westlichen Verhandlungsposition eingesetzte „Tripartite Working Group“ (TWG) Anfang November darauf, den Kanzler in die Konsultationen über die freien Wahlen und den Status der gesamtdeutschen Regierung voll einzubeziehen, in bezug auf die Konferenztaktik und die Frage der Sicherheitsgarantien hingegen lediglich allgemein durch die Hohe Kommission zu unterrichten²³².

Nach seinen Teilerfolgen in den protokollarischen Fragen kam es Adenauer auf eine möglichst große Einflußnahme auf die inhaltliche Abstimmung der Westmächte an. In Anlehnung an den Vorschlag Blankenhorns vom 1. 8. hatten das Amt Blank und eine Studiengruppe des Auswärtigen Amtes Mitte September den Plan eines Europäischen Sicherheitssystems ausgearbeitet, über dessen geistigen Ursprung und politischen Stellenwert in der Forschung viel gerätselt worden ist²³³. Das der amerikanischen Hohen Kommission am 16. 9. unterbreitete Dokument sah vor:

- Einrichtung einer demilitarisierten Zone beiderseits der Oder-Neiße-Grenze von Elbe bis Weichsel, vom Baltikum bis Triest,
- Stationierung von EVG-Truppen in Deutschland westlich der Elbe,
- Stationierung von NATO-Truppen westlich des Rheins,
- Stationierung von Truppen der sowjetischen Satellitenstaaten östlich der Weichsel mit Ausnahme Rumäniens,
- Rückzug der sowjetischen Truppen in die Sowjetunion (mit Ausnahme Rumäniens)²³⁴.

²²⁸ Ebd., Bd. 942, Bl. 70f., Adenauer an Bidault, 12. 9. 1953.

²²⁹ S. ebd., Bl. 73, Seydoux an London etc., Tel. 13705/08 etc., 15. 9. 1953, Réservé, Très urgent; ebd., Bl. 93, Bidault an Washington, Tel. 12500/01, 21. 9. 1953, Réservé; ebd., Bl. 107, ders. an dass., Tel. 12759/61, 24. 9. 1953, Réservé.

²³⁰ S. ebd., Bl. 311, Seydoux an Bonn, Tel. 4493/95, 31. 10. 1953, Réservé, Urgent.

²³¹ S. ebd., Bl. 99, Bidault an London etc., Tel. 13981/83 etc., 23. 9. 1953, Réservé.

²³² S. ebd., Bd. 943, Bl. 2f., Seydoux an Bonn, Tel. 4510/13, 2. 11. 1953, Réservé, Urgent. Zu dieser Arbeitsgruppe, zu der Roberts, Seydoux und MacArthur II gehörten, s. FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 722f.; Rupieper, Verbündeter, S. 362–365; Lohse, Lockungen, S. 91.

²³³ Vgl. Haftendorn, Abrüstungs- und Entspannungspolitik, S. 46–50; Bandulet, Adenauer, S. 86; Rupieper, Wiedervereinigung.

²³⁴ S. Conant an Dep. of State, Tel. 1055, 16. 9. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 806f.

Intern verzichtete das Auswärtige Amt gar auf Teile der deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße und konzipierte dafür drei Modelle: ein deutsch-polnisches Kondominium, die Europäisierung oder eine Treuhandlösung der UNO²³⁵, wobei Adenauer offenbar ersteres bevorzugte²³⁶.

In Washington stießen die sicherheitspolitischen Planungen Bonns auf Ablehnung, da man unabsehbare Weiterungen einer derartigen Initiative befürchtete²³⁷. In Paris fiel die Demilitarisierungskonzeption indes auf fruchtbareren Boden. Auriol ging sie aber nicht weit genug. Er trat dafür ein, deutsche Soldaten im Rahmen einer europäischen Armee einerseits am Rhein, andererseits an Oder und Neiße zu stationieren, das deutsche Staatsgebiet aber nicht aufzurüsten, wobei Deutschland politisch wie wirtschaftlich frei bleiben sollte²³⁸. Die Meinung der Regierung traf er damit aber nicht. Mitte September unterbreitete Alphand Blankenhorn den Vorschlag, Moskau mit der Ratifizierung des EVG-Vertrags das „rein taktisch“ gedachte Angebot eines Sicherheitssystems vorzulegen²³⁹. Bidault stimmte seinem Konzept uneingeschränkt zu²⁴⁰. Wenngleich es nur geringe Chancen besaß, von Moskau angenommen zu werden, konnte es immerhin die Verständigungsabsichten des Westens unter Beweis stellen und die Aufgabe der Ratifikation der EVG erleichtern. Im Kern kreisten Alphands Gedanken um eine Sicherheitsgarantie an die Sowjetunion mit drei Elementen: einer Erklärung über den defensiven Charakter der EVG, einem Nichtangriffsabkommen und einem Vorschlag über die Demilitarisierung einiger europäischer Regionen als erste Etappe eines größeren Plans über die allgemeine Abrüstung. Die deutschen Vorstellungen lehnte er insofern ab, als sie die angelsächsischen Truppen in Frankreich, Belgien und den Niederlanden konzentrierten und London und Washington zur Reduzierung verleiten konnten. Statt dessen zielte er auf eine total demilitarisierte Zone aus Teilen Deutschlands, Polens, der Tschechoslowakei und Österreichs, einer westlich davon liegenden konventionell gerüsteten NATO-Sphäre sowie einem östlichen Pendant der Ostblock-Truppen. Das Sicherheitssystem seinerseits bildete wiederum den Teil einer aus vier Elementen bestehenden globalen Politik: Aufbau einer wirtschaftlichen, politischen und militärischen europäischen Gemeinschaft; Assoziierung mit Großbritannien; enge vertragliche Verbindungen zwischen dieser Gemeinschaft und der Atlantischen Allianz; Garantieabkommen mit Demilitarisierungsklauseln zur friedlichen Koexistenz zwischen Ost und West²⁴¹.

Für das Kanzleramt mußte dieser Plan inakzeptabel sein. Es gefiel ihm auch nicht, daß der Quai d'Orsay aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung abermals versuchte, das von der Sowjetunion gewünschte Thema Friedensvertrag in den Themenkanon der Konferenz einzubeziehen, sofern es auf die Neutralisierungs-

²³⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 979, Aufzeichnung Hartlieb, 26. 9. 1953.

²³⁶ S. AN, 457 AP 47, Papiers Bidault, Bérard an MAE, Tel. 5361/72, 6. 10. 1953, Réservé.

²³⁷ Zu den amerikanischen Demilitarisierungsplanungen vgl. Felken, Dulles, S. 198–211; Rupieper, Wiedervereinigung.

²³⁸ S. Unterredung zwischen Auriol und Joxe vom 16. 10. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 467 f.

²³⁹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 24, Bl. 111–117, Blankenhorn an Hallstein, 18. 9. 1953.

²⁴⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 950, Bl. 74–75, Parodi an New York etc., Tel. 4085/92 etc., 6. 10. 1953, Réservé, Très secret.

²⁴¹ S. ebd., Bl. 50–57, Memorandum Alphands, 25. 9. 1953, Très secret; das Dokument richtete sich wahrscheinlich an Bidault; s.a. ebd., Bl. 94–96, Aufzeichnung des MAE, 10. 10. 1953.

frage beschränkt blieb und die Grenzproblematik ausgeblendet wurde. Recht konziliant zeigte sich Paris auch bezüglich der gesamtdeutschen Wahlen. Die Untersuchungskommission zur Vorbereitung des Urnenganges galt bereits als erledigt, und ein Kontrollgremium für seine Durchführung mochte man sich entweder neutral oder gemischt vorstellen. Die Kompetenzen der provisorischen gesamtdeutschen Regierung sollten quasi souverän sein²⁴². In der Sicherheitsfrage sah das Ministerium keinerlei Gemeinsamkeit mit der Sowjetunion, da es dem Westen im eigenen Selbstverständnis um Gleichgewicht und Stabilität der internationalen Beziehungen, dem Osten hingegen darum ging, Sicherheit auf den Ruinen des westlichen Verteidigungssystems zu bauen. In Anlehnung an die Überlegungen Alphands empfahl der Quai d'Orsay zunächst eine Erklärung der Drei Mächte über die friedliche Lösung anstehender Probleme, sodann das Angebot eines Nichtangriffsabkommens. Darüber hinaus schien der nicht weiter präzierte Vorschlag zur Demilitarisierung notwendig, der allerdings nicht wie die beiden ersten auf der Viererkonferenz, sondern erst im Moment der Ratifikation des EVG-Vertrags gemacht werden sollte²⁴³. Da das Ministerium im Prinzip keine Möglichkeit zur Einigung mit dem Kreml sah, maß es der Frage der Beendigung der Konferenz besondere Bedeutung zu. Einen abrupten Bruch galt es auf jeden Fall zu vermeiden, um die Beziehungen zum Osten nicht zu belasten²⁴⁴.

Der deutschen Diplomatischen Vertretung unterbreitete der Quai d'Orsay am 1. 10. darüber hinaus den Plan einer einseitigen amerikanisch-französisch-englischen Sicherheitsdeklaration, die durch eine Erklärung der Bundesrepublik über den formellen Verzicht auf die gewaltsame Revision der Ostgrenze ergänzt werden sollte²⁴⁵. Auf der Konferenz der drei westlichen Außenminister am 16. 10. konnten sich Bidault, Eden und Dulles über die Frage möglicher Sicherheitsgarantien indes nicht einigen²⁴⁶. Auf Betreiben des Bundeskanzlers setzte der amerikanische Vertreter gegenüber seinen beiden Kollegen durch, ein Anschneiden des Themas in der westlichen Antwortnote zu unterlassen. Die aus diversen Unterredungen resultierende Fehlperzeption einer nahen EVG-Ratifikation bewog den Kanzler zu der Empfehlung, jetzt gegenüber Moskau nicht aktiv zu werden²⁴⁷.

Mit der ausweichenden, freie Wahlen in Deutschland weiterhin ablehnenden und den Schwerpunkt auf eine Fünfer-Konferenz mit Rotchina legenden Antwortnote Moskaus vom 28. 9.²⁴⁸ war die vom Westen vorgeschlagene Tagung in Lugano „unmöglich“ geworden²⁴⁹. Auch eine nochmalige Einladung vom 9. 11.

²⁴² S. ebd., Bd. 942, Bl. 119–124, Positions françaises pour les consultations à trois, 26. 9. 1953. Das Dokument wurde am selben Tag den Botschaften in London und Washington als Vorentwurf mitgeteilt (ebd., Généralités, Bd. 147, Bl. 1–3, Parodi an London etc., Tel. 14177/90 etc., 26. 9. 1953, Réservé); vgl. Lohse, Lockungen, S. 91 u. 113.

²⁴³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 950, Bl. 60–65, Aufzeichnung der Unterabt. Ost-europa im MAE, 28. 9. 1953 (Konzept JL).

²⁴⁴ S. ebd., Bd. 942, Bl. 119–124, Positions françaises pour les consultations à trois, 26. 9. 1953.

²⁴⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 361, Bl. 157f., von Walther an AA, Tel. 464, 1. 10. 1953, Citissime.

²⁴⁶ S. Unterredung zwischen Eisenhower und Dulles vom 14. 10. 1953, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 688–691; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 8, 16. 10. 1953, Secret, Priority, in: ebd., S. 697.

²⁴⁷ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 5, 16. 10. 1953, Secret, in: ebd., S. 694f.; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 159f.

²⁴⁸ S. Note der Sowjetunion an die Westmächte, 28. 9. 1953, in: EA 1953, S. 6042–6044.

²⁴⁹ PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 3, Stellungnahme des AA zur Note der Sowjetregierung, 212–19 III

schlug Moskau aus. Erst nachdem der Westen eine Woche später in gleichlautenden Erklärungen deutlich gemacht hatte, daß er die sowjetische Haltung als Ausweichmanöver und Absage an eine Viererkonferenz interpretierte, schwenkte der Kreml ein und stimmte Ende November einem Außenministertreffen ohne Vorbedingungen zu, das nun in Berlin stattfinden sollte²⁵⁰. Eine nochmalige Absage mochte sich Moskau vor der Weltöffentlichkeit nicht mehr leisten. Schon die Pressekonferenz Molotows vom 13. 11. hatte erkennen lassen, wie unangenehm der Sowjetregierung die allgemein negative Reaktion auf ihre letzte Note war und wie sehr sie die Einheit der Westmächte fürchtete²⁵¹. Außerdem schien es ihr vor allem auch im Hinblick auf die innenpolitische Situation in Frankreich nicht angebracht, das Spiel zu überreizen. So zielte die Zusage des Kreml offensichtlich auch darauf, die Nationalversammlung zu „verwirren“²⁵², die in diesen Tagen erstmals seit 21 Monaten wieder eine große außenpolitische Debatte bestritt und am 27. 11. der Regierung Laniel mit 275 gegen 244 Stimmen bei 103 Enthaltungen nur knapp das Vertrauen aussprach²⁵³. Zweifellos strahlte die sowjetische Gesprächsbereitschaft auf die *classe politique* in Frankreich angesichts der großen Schwierigkeiten in Indochina sowie des wachsenden Unbehagens über die EVG eine gewisse Attraktivität aus. Zugleich hatte die Sowjetunion „äußerst geschickt das China-Problem als Zankapfel“ zwischen den USA und England aufgeworfen²⁵⁴. Am Rhein entwickelte sich daraus jene Sorge, die im Jahr darauf in den Vorwurf der „*marchandage planétaire*“ einmünden sollte: Moskau könne mit Paris „eine Einigung über Indochina auf Kosten Deutschlands“ erreichen²⁵⁵. Das Mißtrauen war gewiß nicht unbegründet, wurde sogar im Quai d’Orsay geteilt. Claude Cheysson, Indochina-Referent seines Zeichens, befürchtete gegenüber Hausenstein, seiner Regierung könne auf der Konferenz in Berlin „als Gegenleistung für die Aufgabe der europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine rasche und für Frankreich annehmbare Beendigung des Krieges in Indochina angeboten werden“ – mit „verheerende[r] Wirkung“ für die europäische Integration und die EVG²⁵⁶.

In Bonn schrillten die Alarmglocken. Inhaltlich bot die jüngste Note des Kreml aus Sicht des Auswärtigen Amtes kaum Fortschritte²⁵⁷. Die Bundesregierung bestand weiterhin auf der vorrangigen Behandlung der „deutschen Frage“ gegenüber den Themen globale Entspannung oder Ostasien²⁵⁸. Adenauer empfand die Lage als so beängstigend, daß er sich über die Empfehlung seiner Berater, jetzt

20774/53, 30. 9. 1953; ebd., Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 30. 9. 1953; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 942, Bl. 165f., Aufzeichnung ders., 28. 9. 1953 (Konzept JL).

²⁵⁰ S. Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion vom 16. u. 26. 11. 1953, in: EA 1953, S. 6179 u. 6228–6230.

²⁵¹ Zur Pressekonferenz Molotows vom 13. 11. 1953 s. AdG 1953, S. 4250B; vgl. PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 4, Aufzeichnung Bräutigam, 212–19 III 24516/53, 16. 11. 1953.

²⁵² Ebd., Abt. 2, Bd. 227, Bl. 19, Hausenstein an AA, Tel. 578, 27. 11. 1953.

²⁵³ S. Kap. III.4.3; Resolution der Assemblée Nationale, 27. 11. 1953, in: EA 1953, S. 6242f.

²⁵⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 26, Bl. 90, Tb. 30. 11. 1953.

²⁵⁵ PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 3, Bräutigam an Blankenhorn, Aufzeichnung 212–19 III 21616/53, 12. 10. 1953.

²⁵⁶ Ebd., AZ 205–00/22, Hausenstein an AA, 205–09 I Tgb Nr. 4509/53, 16. 12. 1953.

²⁵⁷ S. ebd., AZ 212–19, Bd. 4, Analyse Bräutigams, 212–19 III 25536/53, 28. 11. 1953, Konzept.

²⁵⁸ S. ebd., Hallstein an AA, Tel. 227, 28. 11. 1953, Citissime.

vorsichtig zu taktieren²⁵⁹, hinwegsetzte und Dulles Ende November warnte, mit einer baldigen Viererkonferenz begehe der Westen „suicide“²⁶⁰. Gebot der Stunde sei eine einvernehmliche Haltung des Westens, doch die könne angesichts der anstehenden französischen Präsidentschaftswahlen und anschließenden Regierungsneubildung frühestens Anfang Februar 1954 erzielt werden²⁶¹.

Auch im Quai d'Orsay herrschte Skepsis. Man bewertete die aktuelle sowjetische Politik als „stalinisme sans Staline“, der weiterhin die alten Ziele verfolge: die Spaltung Europas von den USA. Über die eigene Rolle im Moskauer Machtspiel gab man sich an der Seine keinerlei Illusionen hin. Als schwächstes Glied in der westlichen Kette sah sich Frankreich dem konzentrierten Druck der Sowjetunion ausgesetzt. Nicht wenige Franzosen zogen daraus aber den Schluß, die Fesseln des Indochinakrieges und des deutschen Wehrbeitrages mit Hilfe der Viermächtekonferenz zu lösen²⁶². Da Matignon und Quai d'Orsay den Einfluß des Kreml auf die Öffentlichkeit und den Palais Bourbon fürchteten, beurteilten sie die Konferenz als „indispensable“. Freilich sollte die Veranstaltung – analog dem deutschen Wunsch – frühestens im Februar stattfinden²⁶³.

Mit derartigen Zeitvorstellungen mochte sich die amerikanische Regierung aber nicht anfreunden. Dulles konterte auf die wachsenden Bedenken Adenauers mit dem Hinweis, der Westen habe den Notenwechsel mit den Sowjets doch auf sein Drängen hin begonnen²⁶⁴. Zwar betrachtete auch er die Konferenz als „vollständige Zeitvergeudung“, hielt aber mit Blick auf die öffentliche Meinung in Frankreich, Deutschland und den USA daran fest²⁶⁵. Nachdem der amerikanische Außenminister ihm die fatalen Konsequenzen eines Fehlschlags der Europapolitik vor Augen geführt hatte, schwenkte der Kanzler Anfang Dezember auf seine Forderung nach einer möglichst raschen Konferenz ein²⁶⁶. Auch den Tagungsort Berlin akzeptierte er – wie notabene auch Bidault²⁶⁷ – widerwillig²⁶⁸.

Nachdem die Regierungschefs der drei Westmächte sich Anfang Dezember auf den Bermudas getroffen²⁶⁹ und nach harten Gefechten auf die „baldige Einberufung“ einer Viererkonferenz verständigt hatten²⁷⁰, setzte Adenauer am 8. 12. einen

²⁵⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 26, Bl. 254f., Tb. 17. 11. 1953.

²⁶⁰ Conant an Dulles, Tel. 1798, 30. 11. 1953, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 683f., hier S. 683.

²⁶¹ S. Adenauer an Hallstein, Tel. , 30. 11. 1953, Streng geheim, Persönlich, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 51–53; in ähnlichem Tenor auch: ders. an Churchill, 2. 12. 1953, in: ebd., S. 55f.

²⁶² AN, 457 AP 48, Papiers Bidault, Aufzeichnung des MAE, 30. 11. 1953.

²⁶³ Conseil des Ministres, 2. 12. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 536–539, hier S. 536.

²⁶⁴ S. Dulles an London, Tel. 1793, 13. 10. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 654f.

²⁶⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 26, Bl. 40–43, Hallstein u. Krekeler an Adenauer, Tel. 724, 2. 12. 1953, Citissime, Geheim, Persönlich; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 125.

²⁶⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 148, Bl. 162, Französische Hohe Kommission Bonn an MAE, Tel. 6526/28, 4. 12. 1953, Réservé, Urgent; Conant an Dulles, 5. 12. 1953, Top secret, Official eyes only, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 684–686.

²⁶⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 943, Bl. 244, Parodi an London, Tel. 18841/43, 2. 12. 1953, Réservé.

²⁶⁸ S. Conant an Dep. of State, Tel. 1798, 30. 11. 1953, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 683f.

²⁶⁹ Zur Bermudakonferenz vom 4.–7. 12. 1953 s. die Dokumente in: ebd., Bd. 5, S. 1739–1847; aus der Memoirenliteratur: Eden, Memoirs, S. 54–57; Eisenhower, Jahre, S. 267–277; Laniel, Jours, S. 260–262; vgl. Larres, Politik, S. 239–250; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 161–170; Young, Churchill.

²⁷⁰ Schlußkommunique der Bermudakonferenz in: EA 1953, S. 6231f., hier S. 6231.

Kabinettsausschuß zur Zusammenstellung von Konferenzmaterialien ein²⁷¹. Darüber hinaus bestand er darauf, den kommissarischen Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Wilhelm Grewe, als Repräsentanten in die „Tripartite Working Group“ zu entsenden. Dulles setzte diese Bitte gegen die Vorbehalte Bidaults und Edens durch und ermöglichte damit die erstmalige Beteiligung eines deutschen Vertreters an den Konferenzvorbereitungen der westlichen Alliierten²⁷². Die französische Diplomatie empfand das Experiment schon nach wenigen Tagen als „peu encourageante“, da Grewe in einer Pressekonferenz Interna der Konsultationen mitsamt der Meinungsverschiedenheiten ausgeplaudert hatte und Hallstein zu der Versicherung nötigte, der Vorfall werde sich nicht wiederholen²⁷³.

Mitte Dezember vereinbarte die TWG eine Konferenzstrategie, die das Hauptgewicht auf die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung unter angemessener Sicherstellung ihrer Voraussetzung legte²⁷⁴. Im Unterschied zu Robert Schuman, der mit Blick auf die Stalin-Note einst davor gewarnt hatte, die Diskussion auf die Frage der freien Wahlen zu beschränken, weil er befürchtete, Moskau könne sie akzeptieren und die Situation dann mit endlosen Verhandlungen über den Friedensvertrag blockieren²⁷⁵, stimmte sein Nachfolger Bidault dem *Procédere* jetzt zu. Denn er war vom Gegenteil überzeugt und verabschiedete sich in diesem Punkt von der Linie Schumans²⁷⁶.

Mit Blick auf die zweite Phase der Wiedervereinigung, der Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung, legte Adenauer jetzt großen Wert auf die Fixierung ihres Verhältnisses zum Bundeskabinett. Bisher war der von Opposition und Koalition gemeinsam verabschiedete Bundestagsbeschluß vom 9. 3. 1951 maßgebend, demzufolge die provisorische gesamtdeutsche Regierung „allein die Vollmachten einer verfassungs- und gesetzgebenden Versammlung“²⁷⁷ besetzen durfte. Um „die Existenz der Bundesrepublik und einer aktionsfähigen Bundesregierung nicht vorzeitig [zu] gefährden“, wünschte der Kanzler nun aus evidentem Mißtrauen gegenüber den zukünftigen Machtverhältnissen, dem gesamtdeutschen Organ zunächst nur die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs zu übertragen, ohne die Legitimation des Bonner Pendants zu berühren. Die Übernahme der vollen Gewalten durch ein gesamtdeutsches Kabinett sollte erst dann erfolgen, „wenn die Gewißheit besteht, daß sich diese Regierung in der Sowjetzone durchzusetzen vermag und wenn sie nicht Gefahr läuft, sich infolge ihrer Machtlosigkeit zu kompromittieren“²⁷⁸. Unter allen Umständen mußte verhindert werden,

²⁷¹ Vgl. Kabinettsitzung, 8. 12. 1953, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 6, S. 548 f.

²⁷² Vgl. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 498–500, Tb. 14. u. 15. 12. 1953; Felken, Dulles, S. 195 f.; zum Problem der Beteiligung deutscher Vertreter vgl. ausführlich: Katzer, „Übung“, S. 56–75.

²⁷³ AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 149, Bl. 172, François-Poncet an MAE, Tel. 6903/05, 24. 12. 1953; s.a. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 501, Tb. 25. 12. 1953; Katzer, „Übung“, S. 73 f.

²⁷⁴ Zum Verlauf der Verhandlungen vom 16.–23. 12. 1953 vgl. Grewe, *Rückblenden*, S. 174–177; Katzer, „Übung“, S. 66–70 u. 76–80; Rupieper, *Verbündeter*, S. 369–371; Steininger, *Deutsche Frage*, S. 72–75.

²⁷⁵ Vgl. Kap. III.1.2.

²⁷⁶ Vgl. Soutou, *La France et les notes soviétiques*, S. 271. Lohse hingegen sieht hinsichtlich der französischen Haltung zum *Procédere* der Wiedervereinigung die „Festschreibung längst eingenommener Positionen“ (Lohse, *Lockungen*, S. 92).

²⁷⁷ AdG 1951, S. 2850D.

²⁷⁸ PA, Abt. 2, Bd. 362, Bl. 148–151, Deutsches Memorandum für die TWG, 17. 12. 1953; s.a. ebd., Bl. 106–108, Török an Grewe, *Aufzeichnung*, 14. 12. 1953.

daß die Westbindung durch die staatliche Umorganisation für eine kritische Zeitspanne suspendiert oder womöglich erlöschen würde²⁷⁹. Auch im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Friedensvertrages sollte die provisorische Führung aus seiner Sicht nur für die „interne Vorbereitung“ zuständig sei. Demgegenüber wünschte Paris im Prozeß der Wiedervereinigung eine baldige Ablösung der Regierungen in Bonn und Ost-Berlin und befürwortete auch eine frühzeitige Aufnahme der Friedensverhandlungen durch das neue Kabinett. Als man ihn mit dem Argument konfrontierte, die gesamtdeutsche Regierung müsse die ausübende Gewalt in ganz Deutschland übernehmen, um das SED-Regime unverzüglich zu liquidieren, entwickelte der Kanzler den Plan einer Doppelwahl zur Nationalversammlung und zur Volkskammer²⁸⁰. Grewe stimmte in der TWG schließlich zu, die provisorische gesamtdeutsche Regierung „auch zur Führung von Friedensverhandlungen“ zu ermächtigen. Die definitive Nationalregierung sollte es jedoch erst dann geben, wenn das Besatzungsregime durch die Friedensverhandlungen vollständig beseitigt war oder wenn Bundesregierung und neue SBZ-Regierung zu einem früheren Zeitpunkt beschlössen, ihre Befugnisse auf die gesamtdeutsche Regierung zu übertragen²⁸¹.

Die Westmächte ließen das „Dreiecks-Konzept“²⁸² der vorübergehend nebeneinander fortbestehenden Regierungen in ihre Konferenzplanungen einfließen. Die Idee der doppelten Wahlen in der DDR wiesen sie indes zurück. Die Opposition, aber auch kritische Geister der Koalition sahen darin nur den Versuch des Kanzlers, auch im Falle freier Wahlen unbedingt das Heft in der Hand zu behalten²⁸³.

Einvernehmlich zielten die Westmächte außerdem darauf ab, Vereinbarungen zu vermeiden, die der gesamtdeutschen Regierung eine Integration in Europa verwehrten. Eine substantielle Diskussion über einen Friedensvertrag lehnten sie ebenso ab wie eine Erörterung der Grenzfragen²⁸⁴. Zu erheblichen Dissonanzen führte in der TWG der Komplex europäisches Sicherheitssystem. Denn Adenauer hatte sich Ende September von den Demilitarisierungserwägungen seiner Berater distanziert und Mitte Oktober Dulles wissen lassen, daß er die Verknüpfung der „deutschen Frage“ mit der Sicherheitsproblematik auf der Viererkonferenz entschieden mißbillige²⁸⁵. Zwar wurde der Gedanke an eine demilitarisierte Zone in Mitteleuropa in den Planungen der Westmächte vorläufig aufgegeben, doch blieb eine Sicherheitsgarantie für die Sowjetunion, für die sich vor allem Frankreich einsetzte, weiterhin im Gespräch. Während sich die Bundesrepublik bereit erklärte, den Artikel 2 der UN-Charta durch eine einseitige Deklaration anzuerkennen, plädierten Frankreich und Großbritannien für eine zusätzliche Versicherung, die

²⁷⁹ S. ebd., Bd. 891, Bl. 103–111, Hallstein an alle diplomatischen u. berufskonsularischen Vertretungen, 210–00 MB 419/53geh, 29. 12. 1953, Geheim.

²⁸⁰ Ebd., Bd. 362, Bl. 136–142, 2. Sitzung der TWG vom 18. 12. 1953; s.a. Kabinettsitzung, 1. 12. 1953, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 6, S. 580f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 127f.

²⁸¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 362, Bl. 143–146, Sitzung der TWG vom 20. 12. 1953.

²⁸² Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 128.

²⁸³ S. Conant an Büro der Amerikanischen Hohen Kommission in Berlin, Tel. 457, 21. 1. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 775–777; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 129f.

²⁸⁴ Vgl. Felken, Dulles, S. 196–198.

²⁸⁵ Vgl. ebd., S. 208.

jede Zuflucht der Bundesrepublik zu militärischen Mitteln ausschloß. Dies ging den USA zu weit. Gleichmaßen lehnten die Amerikaner französische Versuche ab, im Rahmen einer Garantieerklärung der drei Westmächte jenen Staaten die Unterstützung zu entziehen, die den Verpflichtungen der UN-Charta, dem NATO- oder EVG-Vertrag zuwiderhandelten²⁸⁶.

Am 23. 12. legte die Arbeitsgruppe einen Abschlußbericht vor, der die bisherigen Ergebnisse über Zielpunkte und Taktik für die Berliner Konferenz zusammenfaßte²⁸⁷. Der Wunsch von Dulles, Adenauer über diese Resultate persönlich in Kenntnis zu setzen, traf auf den entschiedenen Widerstand von Bidault, der an der bisherigen Konsultation über die Hohe Kommission festhielt²⁸⁸. Als amtierender Vorsitzender übernahm der britische Vertreter Hoyer-Millar diese Aufgabe am 13. 1. Obwohl Grewe bei der Abfassung des westlichen Strategiepapiers beteiligt worden war, zeigte sich Adenauer höchst unzufrieden. Vor allem kritisierte er die Absicht der Westmächte, mit Hilfe der Konferenz die Tür für zukünftige Ost-West-Verhandlungen offenzuhalten. Denn dies führte seiner Meinung nach zu einer weiteren Verzögerung der EVG. Trotz des Widerstandes seines englischen Gesprächspartners verlangte der Kanzler außerdem die Abhaltung doppelter Wahlen in der DDR. Auch in der Frage der Bildung der gesamtdeutschen Regierung blieb ein Dissens, da die Westmächte diese Aufgabe der Nationalversammlung zu übertragen gedachten, während Adenauer sie vom Bundestag und dem neugewählten Ostzonenparlament erfüllt sehen wollte, um Modalitäten und Zeitpunkt für die Übertragung der Amtsgeschäfte auf die gesamtdeutsche Regierung zu bestimmen. Vorbehalte meldete er auch hinsichtlich der von den Westmächten vorgesehenen Genehmigung der gesamtdeutschen Verfassung durch die Vier Mächte und nicht zuletzt hinsichtlich der Idee eines Wiederauflebens des Außenministerrates an²⁸⁹.

Mit zwei Memoranden, die eine „intransigence plus accentuée“ erkennen ließen²⁹⁰, machte Adenauer seinen Standpunkt wenige Tage später noch einmal deutlich²⁹¹. So opponierte er ausdrücklich gegen die Aufnahme der Frage des Friedensvertrages in die Tagesordnung und äußerte sich unmißverständlich zum Handlungsspielraum der westlichen Minister in Berlin. Widersetzten sich die Sowjets einer Verständigung, die der deutschen Formel „Einheit durch Freiheit“ so nahe als möglich“ komme, müßte der Weltöffentlichkeit gegenüber der Nachweis erbracht werden, daß mit ihnen keine Lösung der „deutschen Frage“ möglich sei²⁹².

²⁸⁶ Vgl. Entwurf einer englisch-französischen Sicherheitserklärung, 2. 11. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 724f.; US-Delegation an Dep. of State, Tel. 3, 16. 12. 1953, Secret, in: ebd., S. 726f.; Unterredung zwischen Dulles und Bonnet vom 19. 12. 1953, Secret, in: ebd., S. 731–733.

²⁸⁷ Zu diesem Abschlußbericht s. BDFD I, S. 166–170; Fuller an Bowie, Memorandum, 5. 1. 1954, Geheim, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 733–740; Grewe, Rückblenden, S. 174–177.

²⁸⁸ Vgl. Rupieper, Verbündeter, S. 371.

²⁸⁹ S. Unterredung zwischen Adenauer und Hoyer Millar vom 13. 1. 1954, Geheim, in: BDFD I, S. 170–174, im Auszug auch in: Steininger, Geschichte, Bd. 2, S. 476–478; s.a. ders., Deutsche Frage, S. 75f.

²⁹⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 150, Bl. 219, Bérard an MAE, Tel. 297/96, 19. 1. 1954, Réserve.

²⁹¹ S. ebd., Bl. 216–218, ders. an dass., Tel. 281/94, 19. 1. 1954, Réserve; PA, Abt. 2, Bd. 362, Bl. 312–314, Aufzeichnung Grewe, 15. 1. 1954; ebd., Bl. 309–311, Aufzeichnung, o.D., Geheim.

²⁹² Ebd., Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 6, Aufzeichnung „Einzelfragen“, o.D. Laut handschriftlichem Vermerk auf der ersten Seite wurde das Dokument „von Dr. Mehnert am 16. I. [1954] übergeben“.

„Cette attitude“, so kommentierte Bérard die Haltung Adenauers nicht ohne Berechtigung, „n'est évidemment pas celle d'un homme dont la réunification rapide de l'Allemagne constituerait la préoccupation dominante.“²⁹³ Natürlich wehrte sich der Kanzler entschieden gegen den prompten Vorwurf der Opposition, er trage das Bekenntnis zur Viererkonferenz nur auf den Lippen²⁹⁴. François-Poncet lag aber durchaus richtig, als er in seinem Monatsbericht Ende Januar bemerkte, Adenauer habe sich nur „contrecœur“ für Ost-West-Verhandlungen ausgesprochen, „pour couper l'herbe sous les pieds de l'opposition sociale-démocrate“. Gewiß, in seinem Schreiben vom Juli 1953 hatte er gegenüber Dulles seinen Wunsch nach einer Konferenz bekundet und auch dessen Vorstellungen über den Termin übernommen. Gleichwohl war seine Furcht vor den Ergebnissen der Viermächtegespräche über Deutschland virulent geblieben. Akzeptabel schien ihm die Erlangung der deutschen Einheit eben nur zu seinen Konditionen. Und er nahm billigend in Kauf, daß sie dazu nicht zu haben war. Natürlich wünschte er keine Verfestigung des Status quo, hoffte die Situation vielmehr offenhalten zu können. „Il compte sur la force d'attraction qu'exerce la prospérité de la République fédérale sur les Allemands de l'Est“, meinte der Hohe Kommissar. „Un peu à la manière de Frédéric II, il spéculé aussi sur l'éventualité de difficultés intérieures graves dans la gigantesque Russie“²⁹⁵.

Wie sahen nun die Ziele seiner eigenen Regierung für die Berliner Konferenz aus? Wieder einmal mochte der Quai d'Orsay dem Kreml nicht jeglichen Verhandlungswillen absprechen, hielt es nicht für ausgeschlossen, daß die Sowjets versuchten, ihre Erfolge in Asien gegen ein paar Jahre Ruhe in Europa einzutauschen. Louis Joxe, der Botschafter in Moskau, erwartete gar von den Sowjets aufgrund ihrer innenpolitischen Zwänge eine Annäherung großen Stils und die Präsentation eines europäischen Sicherheitssystems²⁹⁶. Trotz der zu Beginn des Jahres einsetzenden Kreml-Kampagne, „auf persönlich-gesellschaftlichem Gebiet dem Quai d'Orsay gegenüber Gesten“²⁹⁷ zu machen, wies aber nach Meinung der Beamten nichts darauf hin, daß die Sowjetunion auch über Deutschland ernsthaft zu verhandeln bereit war. Sie sahen das nicht nur mit Bedauern und stellten gegenüber den deutschen Diplomaten klar, man werde sich auf keinen Kuhhandel einlassen²⁹⁸. Als Testfall galt die Frage der freien Wahlen. Frankreich ging das Risiko ein, daß die Sowjetunion die DDR verlöre, aber Einfluß in ganz Deutschland gewänne, da es nicht für das Scheitern der Konferenz verantwortlich gemacht wer-

²⁹³ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 150, Bl. 219, Bérard an MAE, Tel. 295/96, 19. 1. 1954, Réserve.

²⁹⁴ S. Adenauer an Ollenhauer, 7. 1. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 67f.; Klotzbach, Weg, S. 326f.

²⁹⁵ François-Poncet an Bidault, Nr. 212/CM, 31. 1. 1954, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1095–1109, hier S. 1099 u. 1103. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 128, Bl. 265.

²⁹⁶ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 154.

²⁹⁷ Erstmals seit Jahren verteilte die sowjetische Botschaft wieder Neujahrsgeschenke. Streng protokollarisch abgestuft, enthielten die Pakete Kaviar und Krabben: „der Minister erhielt fast nur Kaviar und sehr wenig Krabben, der rangunterste Beamte nur wenig Kaviar und überwiegend Krabben“ (PA, Abt. 2, Bd. 283, Bl. 316, von Walther an AA, 210–01 I Tgb.Nr. 162/54, 15. 1. 1954).

²⁹⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 149, Bl. 265–268, Aufzeichnung des MAE, 5. 1. 1954; Lohse, Lockungen, S. 154–156.

den wollte. Die Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung ließ den Quai d'Orsay sowohl den Anspruch des Kanzleramtes nach einer möglichst langen Beibehaltung der Bundesregierung als auch den alten Wunsch nach Bündnisfreiheit Gesamtdeutschlands ablehnen, weil beide Forderungen letztlich auf die Kapitulation der Sowjetunion hinausliefen. Die ‚Europäer‘ im Ministerium fürchteten sowohl einen Abbruch der Konferenz als auch ein Ende mit der Aussicht auf die Wiederaufnahme der Gespräche. Denn schon diese Perspektive schien auszureichen, um den Prozeß der EVG-Ratifikation weiter zu paralysieren²⁹⁹. Offenbar glaubten diese Diplomaten nach wie vor, mit einem geteilten Deutschland besser leben zu können als mit einem wiedervereinigten. Die Rücksichtnahme auf die Öffentlichkeit und die Parlamentarier verlangte aber, eventuell aufs Ganze zu gehen. Zur Not waren eben auch die Status-quo-Beamten bereit, einer Wiedervereinigung zuzustimmen, weil sie offensichtlich eines noch mehr fürchteten als die deutsche Einheit: eine französische Regierung, die den Westkurs verließ.

In den Parteien herrschte eine gewisse Unentschlossenheit vor. „Solange es galt, die EVG um jeden Preis zu bekämpfen“, meldete Hausenstein, „war ein Teil der Franzosen geneigt, in der Durchführung einer Viererkonferenz ihr Heil zu sehen. Jetzt, wo die Konferenz auf sie zukommt und die Möglichkeit eines wiedervereinigten Deutschlands [...] sichtbar zu werden scheint, nehmen viele Franzosen eine zögernde und nachdenkliche Haltung ein.“³⁰⁰ Gleichzeitig kochte in der Presse gerade jetzt eine eben immer noch nicht versiegte Hetze gegen Deutschland wieder auf, die nicht nur von extrem rechts gerichteten und kommunistischen Blättern, sondern auch von anderen Organen mit alten Stereotypen angeheizt wurde gemäß dem Motto: „Le danger est allemand“³⁰¹.

Letzte Chance zur Wiedervereinigung?

Bei klirrender Kälte trafen die Außenminister der vier Siegermächte Ende Januar mit großem Troß – die sowjetische Delegation umfaßte allein über 100 Mitglieder – und unter den Augen von über 1000 Sonderkorrespondenten aus aller Welt in Berlin ein³⁰². Sie tagten bis zum 18. 2. abwechselnd im West- und Ostteil, zunächst im großen Konferenzsaal des Kontrollratsgebäudes, in der zweiten Woche in der protzigen Sowjetischen Botschaft Unter den Linden, in der dritten Woche wieder im Kontrollratsgebäude, in der vierten schließlich täglich alternierend³⁰³. Die

²⁹⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 150, Bl. 245–252, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 20. 1. 1954 (Konzept JL); vgl. Lohse, Lockungen, S. 38 u. 156 f.

³⁰⁰ PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 5, Hausenstein an AA, 212–19 I Tgb.Nr. 60/54, 8. 1. 1954.

³⁰¹ Artikel Bendas, in: „L'Express“, 23. 1. 1954; vgl. „Allgemeiner Zeitungsdienst West“, 10. 2. 1954, im Auszug auch in: BDFD III, S. 844 f.

³⁰² S. PA, Abt. 3, AZ 212–19, Bd. 8, 1. Bericht des AA über den Verlauf der Berliner Konferenz, o.D. Der Bericht diente zur Informierung der Auslandsvertretungen (ebd., Hallstein an alle diplomatischen u. berufskonsularischen Vertretungen, MB 273/54, 15. 2. 1954, Vertraulich).

³⁰³ Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 185; zum Verlauf der Konferenz vom 25. 1.–18. 2. 1954 s. die Dokumente in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 601–1207; aus der Memoirenliteratur s. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 243–269; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 508–521; Bidault, Rebelle, S. 229–232; Blankenhorn, Verständnis, S. 181–189; Eden, Memoirs, S. 53–75; Grewe, Rückblenden, S. 183–190; vgl. vor allem Felken, Dulles, S. 211–221; Fursdon, Community, S. 224–242; Katzer, „Übung“, S. 195–263; Lohse, Lockungen, S. 92–94, 114 u. 158–161; Rupieper, Berliner Außenministerkonferenz; ders., Verbündeter, S. 375–380; Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 211–221; Steininger, Deutsche Frage, S. 78–86.

Bonner Delegation mit Blankenhorn und Grewe an der Spitze³⁰⁴ wurden laufend durch die Hohen Kommissare und deren Mitarbeiter, wiederholt auch durch die westlichen Minister selbst über den Gang der Verhandlungen informiert. Die Vorbereitung der Konferenz hatte gezeigt, daß der Westen sie nicht als die große Chance zur Verständigung mit Moskau über die Wiedervereinigung ansah. Keine Seite, so sollte sich fast folgerichtig in Berlin rasch herausstellen, war zu substantiellen Abstrichen an den in den Notenwechseln formulierten Positionen bereit. Allerdings war zumindest Dulles immerhin entschlossen zu verhandeln und auch willens, von der einvernehmlich festgelegten Marschroute des Westens abzuweichen³⁰⁵. Während Molotow unverrückbar darauf beharrte, den Bonner EVG-Beitritt zu verhindern, und auf der Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung von Vertretern beider deutscher Staaten als erstem Schritt zur Wiedervereinigung bestand, akzeptierten seine Kollegen weder den Verzicht auf freie Wahlen noch auf die Optionsfreiheit für eine EVG-Mitgliedschaft. Dank einer geschickten westlichen Konferenzstrategie wurde dieser „weltanschauliche Hiatu zwischen den Systemen“ in der Öffentlichkeit erkannt und verschaffte dem Westen „klare Sympathiegewinne“³⁰⁶.

Nach vier Tagen legten die Westmächte einen nach dem englischen Außenminister Eden benannten Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands vor, der auf der Basis des Bundestagsbeschlusses vom 10. 6. 1953 freie Wahlen in ganz Deutschland, die Einberufung einer Nationalversammlung, die Ausarbeitung einer Verfassung, die Annahme der Verfassung und Bildung einer gesamtdeutschen, für die Aushandlung des Friedensvertrages zuständigen Regierung sowie die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorsah³⁰⁷. Am 4. 2. konterte die Sowjetunion mit einem Gegenkonzept, das sich für die Bildung einer gesamtdeutschen provisorischen Regierung durch die Parlamente der beiden deutschen Staaten unter breiter Teilnahme sogenannter demokratischer Organisationen wie den Gewerkschaften, dem Kulturbund oder der Freien Deutschen Jugend aussprach³⁰⁸. Für den Westen war dies ebenso indiskutabel wie der sowjetische Vorschlag, die Besatzungstruppen noch vor Durchführung der Wahlen mit Ausnahme von beschränkten Kontingenten aus beiden Teilen Deutschlands zurückzuziehen. Unvereinbar waren außerdem die beiderseitigen Positionen in bezug auf den internationalen Status eines wiedervereinigten Deutschland, das Moskau unter harten Sicherheitsauflagen der Vier Mächte zu neutralisierten gedachte. Mit Billigung seiner westlichen Mitstreiter brachte Dulles das Angebot ein, den Eden-Plan durch einen Zusatz zu ergänzen, demzufolge die gesamtdeutsche Regierung die Verpflichtungen der Bundesrepublik annehmen, aber auch ablehnen könne³⁰⁹. Molotow reichte das nicht;

³⁰⁴ Zur Ernennung und Stellung der deutschen Vertreter vgl. Katzer, „Übung“, S. 71 f. u. 243–263.

³⁰⁵ Zur Verhandlungsposition des Westens vgl. ausführlich: ebd., S. 172–194; s.a. Felken, Dulles, S. 213 f.

³⁰⁶ Ebd., S. 219.

³⁰⁷ S. Vorschlag Edens, 29. 1. 1954, in: EA 1954, S. 6525 f.; Carlton, Anthony Eden, S. 337 f.; Katzer, „Übung“, S. 196–205.

³⁰⁸ S. Vorschlag Molotows, 4. 2. 1954, in: EA 1954, S. 6528 f.; Katzer, „Übung“, S. 205–215.

³⁰⁹ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. 81, 4. 2. 1954, Confidential, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 945–948; dies. an dass., Tel. 82, Confidential, in: ebd., S. 948–950; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 515 f., Tb. 4. 2. 1954.

er zielte auf die dauerhafte Beschränkung der deutschen Bewegungsfreiheit nach Westen. Bidault hingegen stimmte der Offerte in dem Bewußtsein zu, das Risiko einer deutschen Schaukelpolitik oder Ostorientierung einzugehen³¹⁰, und mußte sich von Schuman vorwerfen lassen, er weiche damit von den Verhandlungen des Generalvertrags ab³¹¹. Wie weit der Außenminister aber die Optionsfreiheit zu definieren bereit war, erscheint unklar. Denn auf der Tagung der Ständigen Vertreter im NATO-Rat stimmte Alphand kurz darauf ohne Zögern der Interpretation seines englischen Kollegen Steel zu, wonach das vereinigte Deutschland nach einer etwaigen Ablehnung der EVG sich wieder „unter Besatzungsstatut“ befände³¹².

In Berlin entpuppte sich Bidault jedenfalls zur Überraschung vieler Beobachter als „Wortführer des Westens“³¹³. Mit „Umsicht und Festigkeit“ machte er sich „zum Sprecher einer auf die Prinzipien der westlichen Zivilisation gegründeten Lösung der deutschen Frage“³¹⁴ und ignorierte sowjetische Andeutungen, „that Indochina peace might be bought for price of concessions on Germany and EDC“³¹⁵. Bei Adenauer und Dulles gewann er damit Ansehen und Vertrauen³¹⁶. Molotow hingegen, enttäuscht über den Wandel des einst als sowjetfreundlich geltenden Franzosen, reagierte „eisig“³¹⁷ und versuchte, ihn „in den Augen der französischen Öffentlichkeit nach Kräften [zu] diskreditieren“³¹⁸. In der französischen Delegation stellte sich der Eindruck ein, als ob es dem Russen nur noch darum ginge, die EVG zu torpedieren³¹⁹.

Ende der zweiten Konferenzwoche waren die Verhandlungen über Deutschland vollständig festgefahren. Blankenhorn ließ gegenüber den amerikanischen und den englischen Vertretern durchblicken, man müsse darauf hinarbeiten, die Veranstaltung so abubrechen, daß das Ende den Sowjets angelastet würde. Als die Franzosen davon Wind bekamen, reagierten sie verschnupft. „Si j'étais homme d'Etat allemand“, so kommentierte Bérard, „je ne voudrais pas endosser devant l'Histoire la responsabilité d'une pareille hâte à assurer le maintien pour une longue période de la division en deux de l'Allemagne.“³²⁰ Amerikanische Diplomaten kanzelten Blankenhorn mit den Worten ab, man könne nicht ernsthaft ver-

³¹⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 151, Bl. 188–189, Bidault an MAE, Tel. 330/339, 7. 2. 1954, Réservé.

³¹¹ Vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 216.

³¹² PA, Abt. 2, Bd. 974, von Etzdorf an AA, 232–223–00/174/54, 17. 2. 1954, Vertraulich, Geheim.

³¹³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 29, Bl. 301–303, Blankenhorn an Adenauer u. Hallstein, Tel. 22, 2. 2. 1954, Geheim, Citissime.

³¹⁴ AN, 457 AP 50, Papiers Bidault, Adenauer an Bidault, 1. 2. 1954; s.a. Kabinettsitzung, 29. 1. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 41 f.; zur Haltung Bidaults vgl. Lohse, Lockungen, S. 92 f. u. 114.

³¹⁵ Dulles an Eisenhower, Tel. 26, 1. 2. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 916–918, hier S. 917.

³¹⁶ S. AN, 457 AP 50, Papiers Bidault, Adenauer an Bidault, 1. 2. 1954; Dulles an Eisenhower, Tel. 26, 1. 2. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 916–918.

³¹⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 29, Bl. 301–303, Blankenhorn an Adenauer u. Hallstein, Tel. 22, 2. 2. 1954, Geheim, Citissime.

³¹⁸ Ebd., Bl. 272–275, ders. an dens., 4. 2. 1954, Streng geheim; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 185–187, Tb. 4. 2. 1954.

³¹⁹ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 515 f., Tb. 4. 2. 1954.

³²⁰ Ebd., S. 517, Tb. 6. 2. 1954.

handeln und zugleich darüber nachdenken, wie man die Gespräche schnellstmöglich abbreche³²¹.

Gewiß resultierte die Hast der Deutschen aus mangelndem Vertrauen gegenüber den Verbündeten, und nicht zuletzt der Franzosen. Sicherlich entging es ihnen nicht, wie Molotow bis zum Schluß versuchte, in Frankreich für eine Neutralisierungslösung Stimmung zu machen. Wenn diese ihm zu riskant sei, signalisierte er Bidault im einzig neuen Vorschlag am 10. 2., warum sollte Deutschland dann nicht geteilt bleiben und, eingebettet in ein europäisches Sicherheitssystem, der Kontrolle der Vier Mächte unterworfen werden? War die Aussicht auf ein geteiltes, neutralisiertes Deutschland für gewisse Teile der französischen Öffentlichkeit vielleicht noch verführerisch, so war die von ihm gleichzeitig geforderte Auflösung der NATO und der Rückzug der USA vom Kontinent³²² unannehmbar, weil dies einem sowjetischen Hegemonialsystem unter dem Deckmantel eines Sicherheitspaktes Vorschub leistete³²³.

Wenngleich das sowjetische Angebot in der Presse kein positives Echo fand, war Bidault mit Blick auf die parlamentarische Situation in Frankreich im Gegensatz zu seinen westlichen Kollegen der Meinung, es nicht rundweg abschmettern zu dürfen. Nachdem er von seinem ursprünglichen Plan, dem sowjetischen Sicherheitsprojekt zuvorzukommen, auf angelsächsische Einwände hin Abstand genommen hatte³²⁴, versuchte er am Ende der Konferenz, ein eigenes Konzept zur europäischen Sicherheit einzubringen, das wie das französische Memorandum vom November 1953³²⁵ erneut jede Zuflucht der Bundesrepublik zu militärischen Mitteln ausschloß. Der massive Vorwurf seiner Kollegen, er werte Molotows Plan durch ein Gegenkonzept nur auf, ließ Bidault aber sein Papier wieder zurückziehen³²⁶.

Der Westen sah das Außenministertreffen, dessen einziges positives Ergebnis die Einberufung einer Indochinakonferenz war, nun aufgrund der unüberbrückbaren Gegensätze endgültig gescheitert. Keine Partei war zu wirklichen Kompromissen bereit. „En vérité“, so kommentierte Raymond Aron den dreiwöchigen Konferenzverlauf, „les joutes oratoires sur l'Allemagne n'ont pris à aucun moment le caractère d'une authentique négociation.“³²⁷ An diesem Urteil änderte letztlich auch nichts der „in *Nuancen andere Eindrücke*“³²⁸, den die Dinner-Gespräche zwischen Molotow und Eden bzw. Dulles Ende Januar, Anfang Februar vermitteln³²⁹. Sie waren tatsächlich kaum mehr als „politische Vorstöße im Stel-

³²¹ Vgl. Rupieper, Berliner Außenministerkonferenz, S. 435.

³²² S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. 117, 11. 2. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1018–1023; Katzer, „Übung“, S. 215–224; Lohse, Lockungen, S. 159.

³²³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 152, Bl. 37–40, Französische Delegation an MAE, Tel. 400/21, 10. 2. 1954; Lohse, Lockungen, S. 159f.

³²⁴ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 29, Bl. 161, Böker an Blankenhorn, Aufzeichnung, 17. 2. 1954, Geheim.

³²⁵ S. Entwurf der englisch-französischen Sicherheitserklärung, 2. 11. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 724f.

³²⁶ S. Unterredung zwischen McArthur und de Margerie vom 14. 2. 1954, Secret, in: ebd., S. 1093f.; Vorschlag der französischen Delegation, o.D., Secret, in: ebd., S. 1095–1097.

³²⁷ Artikel Arons, in: „Le Figaro“, 18. 2. 1954, auch in: BDFD III, S. 147–149, hier S. 149.

³²⁸ Rupieper, Berliner Außenministerkonferenz, S. 436.

³²⁹ Zu diesen Unterredungen s. die Dokumente in: ebd., S. 447–453; vgl. ausführlich: Katzer, „Übung“, S. 231–243.

lungskrieg der Konferenz zur Beeinflussung der Öffentlichkeit in Deutschland und Frankreich“. Der Westen versagte sich allen Avancen, weil er auf seine „Maximalziele fixiert“ war und keine Verlängerung der Diskussionen wollte, um die EVG endlich zum Abschluß zu bringen³³⁰. Er akzeptierte die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion, lehnte eine Neutralisierung Deutschlands aber strikt ab, womit man sich in Übereinstimmung mit der Bundesregierung befand³³¹.

In der Bonner Republik herrschte nach dem Fehlschlag der Berliner Konferenz, die am 18. 2. ohne äußeren Mißklang, aber mit starker Ernüchterung endete, zunächst Indifferenz³³², die dann allgemeinem „Katzenjammer“³³³ wich. Die SPD-Opposition bewertete das Vierertreffen als „nützlichen Anfang“ eines langwierigen Verhandlungsprozesses mit dem Ziel der deutschen Einheit³³⁴. Demgegenüber war Adenauer im Widerspruch zu der öffentlich zur Schau gestellten „Trauer über das Ergebnis“³³⁵ innerlich erleichtert. Denn zum einen war seiner Meinung nach nun der Beweis erbracht, daß es mit den Russen keinen Kompromiß gebe. Zum anderen sah er jetzt den Weg zur Ratifizierung des EVG-Vertrages frei, die er für Ende März erwartete. Danach, so glaubte er, werde die Sowjetunion von ihren inneren Schwierigkeiten zu einer neuen Politik gegenüber dem Westen gezwungen. Zur Wiedervereinigung, darin war er sich mit Dulles einig, würde es nur kommen, wenn die Satellitenstaaten mehr Unabhängigkeit erreicht hätten und die deutsche Einheit dort keine revolutionären Auswirkungen hervorriefe³³⁶.

Als erfreulich wertete der Kanzler das Verhalten des französischen Außenministers, der entgegen seinen Befürchtungen sich standhaft den sowjetischen Bemühungen zur Aufweichung der westlichen Front erwehrt hatte und „mit Mut und Würde für die Sache des Westens eingetreten“³³⁷ war, obwohl ihm einige seiner Diplomaten nahegelegt hatten, mit den Sowjets zur Beilegung der Indochinakrise ins Geschäft zu kommen³³⁸. Zu diesem willkommenen Resultat gesellte sich in diesen Tagen aus deutscher Sicht noch ein zweites Positivum, die Ersetzung Auriols durch Coty an der Spitze der Französischen Republik, durch die ein entschiedener Gegner Deutschlands aus der Politik verschwand und ein langer Prozeß eingeleitet wurde, der die politische Rechte für die Dauer von ca. dreißig Jahren zur führenden politischen Kraft beförderte³³⁹.

³³⁰ Rupieper, Berliner Außenministerkonferenz, S. 439.

³³¹ Vgl. ebd., S. 445–447.

³³² S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 152, Bl. 233–235, Bérard an MAE, Tel. 753/65, 18. 2. 1954.

³³³ Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 220.

³³⁴ Klotzbach, Weg, S. 329.

³³⁵ Erklärung der Bundesregierung, 19. 2. 1954, in: AdG 1954, S. 4390; s.a. Adenauer an Ollenhauer, 19. 2. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 82f.

³³⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 29, Bl. 115–126, Unterredung zwischen dens. und Dulles vom 18. 2. 1954, 19. 2. 1954, im Auszug in: BDFD I, S. 175–180; vgl. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 259–264; Unterredung zwischen dens. vom 18. 2. 1954, 20. 2. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1208–1215.

³³⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 29, Bl. 115–126, Unterredung zwischen dens. vom 18. 2. 1954, 19. 2. 1954, in: BDFD I, S. 177; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 187–189, Tb. 19. 2. 1954.

³³⁸ S. AN, 457 AP 50, Papiers Bidault, Massigli an Bidault, 16. 1. 1954. Bidault vermerkte auf dem Schreiben: „Aurait-il fallu échanger CED contre Asie. Preuve est faite: inutile“. Vgl. Soutou, La France et les notes soviétiques, S. 271.

³³⁹ Vgl. Rémond, Frankreich, T.1, S. 514.

Adenauers Haltung kann kaum überraschen, da er lange Zeit der Konferenz „hostile“ gegenüber gestanden und sie vor allem auf Drängen von Dulles akzeptiert hatte. Wiederholt hatte er in den vergangenen Wochen über seine Beobachter vor Ort auf eine beschleunigte Beendigung der Diskussionen über Deutschland gedrängt. Wie von Bérard richtig erkannt, gab es für ihn vor der definitiven Westbindung keinen akzeptablen Preis für die staatliche Einheit³⁴⁰. Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zeitigte durchaus Erfolge. In der Bevölkerung machte sich eine allgemeine Gleichgültigkeit breit, die aus dem Blickwinkel französischer Beobachter auch mit dem deutschen Charakter zu tun hatte: „Le nationalisme d’Outre-Rhin“, so glaubte Bérard feststellen zu können, „est un sentiment tout différent du nationalisme français. S’il revêt à certains moments un aspect linguistique ou raciste, il est, le plus souvent, une manifestation de solidarité contre l’étranger.“³⁴¹

Ähnlich wie die Bonner Regierung sahen auch die Verantwortlichen in Paris nunmehr den Beweis erbracht, daß die von Moskau ausgehenden Détentesignale bloße Taktik gewesen seien. Mit seinen Vorschlägen habe der Kreml in Berlin nur das Ziel verfolgt, seine Absicht zur Konsolidierung der deutschen Teilung zu maskieren und der Öffentlichkeit zu suggerieren, als ob die Abhaltung einer Konferenz bereits Verhandlungen bedeute. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 hatte der deutschen Sache offenbar einen Bärendienst erwiesen, denn nunmehr konnte kein Zweifel mehr an der Tatsache bestehen, daß freie Wahlen in der DDR ein unliebsames Resultat für Moskau erbringen würden. Sehr aufmerksam registrierte man im Quai d’Orsay, wie unterschiedlich die deutsche Bevölkerung auf den Fehlschlag reagierte. Während im Osten Enttäuschung vorherrschte, nahm man das Resultat im Westen ohne Überraschung und mit „sang-froid“ auf. Die Schlußfolgerung lag auf der Hand. In ihrer Mehrheit zogen die Westdeutschen die Teilung einer staatlichen Einheit vor, die kommunistische Infiltration und Untergrabung der Westbindung hervorrufen konnte³⁴². Außerdem versagten ihre egoistischen Züge es ihnen, das Erreichte mit den Brüdern und Schwestern aus dem Osten zu teilen³⁴³.

Gemessen an den Erwartungen mußte das Ministerium das Ergebnis der Konferenz zwiespältig bewerten. Einerseits entsprach die sowjetische Haltung den Wünschen jener Beamter, die die Teilung als beste Lösung der „deutschen Frage“ betrachteten. Andererseits wurde die Zufriedenheit über das erzielte Ergebnis insofern relativiert, als es der Öffentlichkeit gegenüber nicht gelang, der Sowjetunion die Alleinschuld am Stillstand in der Deutschlandfrage zuzuweisen. Der erhoffte Auftrieb für die EVG-Ratifikation blieb aus³⁴⁴. Bidault hatte in Berlin die Hoffnung ausgesprochen, daß sich die Haltung Gesamtdeutschlands gegenüber den Westverträgen nicht von jener der Bundesrepublik unterscheide. Um jegli-

³⁴⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 152, Bl. 233–235, Bérard an MAE, Tel. 753/65, 18. 2. 1954; vgl. Lohse, Lockungen, S. 63.

³⁴¹ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 152, Bl. 233–235, Bérard an MAE, Tel. 753/65, 18. 2. 1954.

³⁴² Ebd., Bl. 67–70, Parodi an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 21, 24. 2. 1954, Réservé, Urgent.

³⁴³ S. ebd., Bl. 233–235, Bérard an MAE, Tel. 753/65, 18. 2. 1954.

³⁴⁴ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 63 u. 160f.

chem Mißtrauen sofort die Nahrung zu nehmen, gab das Auswärtige Amt die Sprachregelung aus, diese Hoffnung sei angesichts von Artikel VII des Generalvertrags „für uns eine an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit“. Die Wiedervereinigung könne nur durch Viermächteverhandlungen bzw. in Gestalt eines Friedensvertrags mit Deutschland erfolgen³⁴⁵. An der Seine wurde dies ähnlich gesehen. Das geeinte Deutschland konnte seine Souveränität nur auf dem Wege eines Friedensvertrages mit den Vier Mächten erhalten. Dabei sollte es aber nach französischer Auffassung in militärischer Hinsicht keine volle Autonomie gewinnen. Mochten die Franzosen den Deutschen noch eine Entscheidung für oder gegen die EVG zugestehen, so schworen sie sich doch darauf ein, keinen Vertrag zu unterzeichnen, der Deutschland ein unbeschränktes Militärpotential zugestand und es ihm ermöglichte, „de mener une politique de bascule entre l'Est et l'Ouest“³⁴⁶. „Gegenüber diesen Fakten der Politik“, so schätzte das Auswärtige Amt die Lage völlig realistisch ein, „ist die derzeitige theoretisch-juristische Situation, daß die Bundesregierung eine künftige gesamtdeutsche Regierung nicht ohne weiteres binden kann, bedeutungslos.“³⁴⁷

Festigung der deutschen Teilung

Einen Monat nach dem Ende der Berliner Konferenz machte die Sowjetunion deutlich, daß die Spaltung Deutschlands sich noch vertiefen sollte. Am 25. 3. erklärte sie sich dazu bereit, mit der DDR „die gleichen Beziehungen auf[zunehmen] wie mit anderen souveränen Staaten“³⁴⁸. Die Bundesregierung ersuchte daraufhin die Mitglieder der NATO, sich in einer Erklärung den Standpunkt der drei Westmächte vom 19. 9. 1950 über den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik zu eigen zu machen³⁴⁹. Ihre Hoffnungen wurden jedoch zunächst bitter enttäuscht. Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern, vor allem mit den skandinavischen Staaten, verhinderten im Mai eine derartige Demonstration zugunsten Bonns³⁵⁰. Erst auf der Tagung im Juni verabschiedete der NATO-Rat eine Resolution, in der er der DDR die Anerkennung als souveränem Staat verweigerte und die Bundesregierung als einzige frei und rechtmäßig gebildete Regierung in Deutschland bezeichnete, die befugt sei, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen³⁵¹.

Welche Rolle Frankreich bei dem Gezerre in der NATO um die Anerkennung des Bonner Alleinvertretungsanspruchs spielte, liegt noch im dunkeln. Bekannt ist, daß es nach der Berliner Konferenz mißmutig geradezu erwartete, wie die Bundesrepublik demnächst verstärkt entsprechende Ansprüche anmelden

³⁴⁵ PA, Abt. 2, Bd. 974, Heiser an von Etzdorf, Aufzeichnung JA 1569/54, 11. 2. 1954.

³⁴⁶ AN, 457 AP 36, Papiers Bidault, Aufzeichnung „a.s. de l'article 7“, o.D. (evtl. März/April 1954); s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1057, Bl. 89–98, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE Nr. 5, 29. 6. 1954.

³⁴⁷ PA, Abt. 2, Bd. 974, Heiser an von Etzdorf, Aufzeichnung JA 1592/54, 26. 2. 1954.

³⁴⁸ Erklärung der Sowjetregierung, 25. 3. 1954, in: EA 1954, S. 6534 f., hier S. 6534.

³⁴⁹ S. PA, Abt. 2, Bd. 297, Bl. 53 f., Hallstein an Ankara etc., Tel. AZ StS 623/54, 7. 4. 1954.

³⁵⁰ S. ebd., Bd. 298, Bl. 244, von Etzdorf an AA, 223–00–411/54, 12. 5. 1954, Geheim; ebd., Bl. 261 f., ders. an dass., 223–00–469/54, 20. 5. 1954.

³⁵¹ Adenauer wurde der Wortlaut am 25. 6. vom amtierenden Vorsitzenden der Hohen Kommission mitgeteilt (ebd., Bd. 299, Bl. 117 f., François-Poncet an Adenauer, Nr. 2240, 25. 6. 1954); s.a. ebd., Bl. 129, Adenauer an François-Poncet, 202–211–00/83E/8741/54, 8. 7. 1954, Reinkonzept.

würde³⁵². Wie wenig Beistand Adenauer vom westlichen Nachbarn für die Durchsetzung seiner deutschlandpolitischen Interessen erhoffte, verdeutlichen symbolisch seine Dankesworte auf die Schreiben der drei Hohen Kommissare anlässlich des ersten Jahrestages des Aufstandes vom 17. Juni. Hoyer Millar und Conant sprach er seinen „besonderen Dank“ aus und betonte seine Zuversicht, im Bemühen um die staatliche Einheit auf die Angelsachsen zählen zu können³⁵³. Gegenüber François-Poncet begnügte er sich mit einem Dank für dessen „ehrende[s] Gedenken an unsere deutschen Brüder, die für die Verteidigung der Freiheit gefallen sind“. Der Hinweis auf die Gewißheit der französischen Unterstützung fehlte³⁵⁴.

Wenn man die von Sauvagnargues eingenommene Haltung zum Maßstab für die französische Deutschlandpolitik nimmt, lag der Kanzler mit seiner Einschätzung wohl richtig. In einer langen Aufzeichnung über einige Kernelemente dieser Politik nach dem Ende der Berliner Konferenz gab der französische Diplomat unumwunden zu, daß er die Teilung Deutschlands nicht als Gefährdung des Friedens betrachtete. Grundbedingung neuer Verhandlungen mit Moskau über die „deutsche Frage“ war für ihn die Klärung des deutschen Verteidigungsbeitrags in einer Weise, der jegliche Eigenmächtigkeit Bonns ausschloß. Dazu bedurfte es seiner Meinung nach eines westlichen Sicherheitskonzeptes, das auf zwei Prinzipien beruhte: einem *modus vivendi* zwischen Ost und West und der Bindung Deutschlands. Beides konnte durch den im Vorfeld der Berliner Konferenz ausgearbeiteten Sicherheitsplan abgedeckt werden, der der Bundesrepublik jeglichen isolierten Rückgriff auf militärische Gewalt verbot und allen Westmächten untersagte, ihr im Falle des Zuwiderhandelns Hilfe zuteil werden zu lassen³⁵⁵. Dieses von Bidault unterstützte Konzept versuchte, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: die Sicherheit Frankreichs vor Deutschland durch die Teilung, die Sicherheit Frankreichs vor der Sowjetunion durch die Westbindung³⁵⁶.

Mitte Juni wurde es ad acta gelegt. Denn nach dem Sturz der Regierung Laniel verlor Bidault seinen Ministersessel und mit ihm Sauvagnargues seinen in den letzten Monaten bestimmenden Einfluß auf die französische Deutschlandpolitik. Verantwortlich für den Kurs der Regierung zeichnete nun Pierre Mendès France, der in Personalunion das Amt des *Président du Conseil* mit dem des Außenministers vereinte und erneut jenen Kräften in Paris Gehör schenken sollte, die die Hoffnung auf Verständigung mit der Sowjetunion nicht aufgegeben hatten und dazu auch die Neutralisierung Gesamtdeutschlands in Kauf zu nehmen bereit waren.

³⁵² S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 152, Bl. 233–235, Bérard an MAE, Tel. 753/65, 18. 2. 1954.

³⁵³ PA, Abt. 2, Bd. 212, Bl. 270, Adenauer an Hoyer Millar, 202–202–03/8151/54, 18. 6. 1954, Rein-konzept; ebd., Bl. 277, ders. an Conant, 202–1–202–03/8286/54, 25. 6. 1954.

³⁵⁴ Ebd., Bl. 307, Adenauer an François-Poncet, 202–1–202–03/8287 54, 25. 6. 1954.

³⁵⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1057, Bl. 102–115, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 2. 7. 1954 (Konzept JS).

³⁵⁶ Vgl. Soutou, *La France et les notes soviétiques*, S. 272.

III.2 Anlauf zur europäischen Integration 1950–1954

III.2.1 Mühsamer Start: Der Schuman-Plan 1950/51

Mißlungener Auftakt: Der Streit über den westdeutschen Beitritt zum Europarat 1949/50

Waren die ohnehin kaum übermäßig forcierten Anstrengungen der Bonner und der Pariser Regierung um eine Aufhebung der Teilung Deutschlands aufgrund unüberbrückbarer Differenzen zwischen Ost und West über den einzuschlagenden Weg und das konkrete Ziel zu Beginn der fünfziger Jahre zum Scheitern verurteilt, so gestalteten sich ihre Bemühungen um die europäische Integration zumindest partiell erfolgreich. Mit der „Wende“¹ der Jahre 1947/48 im Verhältnis zum östlichen Nachbarn hatte der Faktor Europa für Frankreichs Deutschlandpolitik besondere Bedeutung gewonnen. Kontrolle durch Integration lautete die Zauberformel, die das Sicherheitsproblem lösen sollte. Eine Einigung der europäischen Demokratien schien freilich auch aufgrund des wachsenden Einflusses der USA auf dem Kontinent und der zunehmenden Spannungen mit der Sowjetunion im Zeichen des Kalten Krieges dringend geboten. Da sich der Wunschpartner Großbritannien einem engen Zusammenschluß mit den kontinentalen Demokratien verweigerte², war die Beteiligung der soeben aus der Taufe gehobenen Bonner Republik unumgänglich, denn der europäische Chor benötigte die deutsche Stimme, um sich Gehör zu verschaffen.

Als förderlich für die Durchsetzung dieses Gedankens wirkte gewiß die Tatsache, daß Bundeskanzler Adenauer mit dem Petersberger Abkommen im November 1949 einen ersten außenpolitischen Erfolg erzielen und damit seinen Anspruch auf Souveränität und Gleichberechtigung unterstreichen konnte. Anstatt sich der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik weiter in den Weg zu stellen, glaubte die französische Regierung nun, Deutschland durch den freiwilligen Verzicht auf einen gewissen Teil ihrer eigenen Souveränität und durch die Assoziierung der beiderseitigen Interessen binden zu können. An eine wirklich gleichberechtigte Partnerschaft war dabei allenfalls im Rahmen der europäischen Institutionen gedacht. Außerhalb dieses Terrains pochte Frankreich auf seine Vorrangstellung als Besatzungsmacht mit weltweiten politischen Ambitionen.

Wie Schuman am 18. 12. 1949 auf einer öffentlichen Versammlung in Brüssel unterstrich, ging es ihm vor allem darum, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Sicherheit, so lautete seine Devise, könne Frankreich gegenüber dem Nachbarn vor allem durch dessen Beteiligung am europäischen Friedenswerk erzielen. „Europa ist auf dem Weg zum Zusammenschluß. Wenn Europa nicht von uns mit Einschluß Deutschlands geschaffen wird, dann wird ein neues Europa gegen uns geschaffen, und in diesem Falle wird Deutschland nicht auf der Seite derjenigen stehen, die in Ohnmacht versinken.“³

¹ Auerbach, Wende.

² Vgl. Kap. II.

³ Ansprache Schumans, 18. 12. 1949, in: AdG 1948/49, S. 2171G; s.a. Poidevin, Robert Schuman, S. 214f.

Wie schwer Paris die Umsetzung der als notwendig und richtig erkannten deutschlandpolitischen Kursänderung fiel, verdeutlichen die Hürden, die es dem Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat in den Weg stellte⁴. Diese älteste und zugleich größte europäische Institution war als „Sprachrohr des demokratischen Europa“⁵ am 5. 5. mit der Verabschiedung einer Satzung von zehn Staaten in London aus der Taufe gehoben worden⁶. Schon einige Tage zuvor hatten die Westmächte entschieden, Westdeutschland nach der Bildung einer Regierung in die europäischen Institutionen aufzunehmen. Was den Europarat betraf, konnte die im September auf die internationale Bühne tretende junge Republik gemäß seinen Statuten nur in der Beratenden Versammlung, nicht aber im Ministerrat vertreten sein⁷. Da die Mitgliedschaft von Frankreich wärmstens befürwortet wurde⁸, schien ihr nichts im Wege zu stehen.

Tatsächlich aber liefen die Beitrittsverhandlungen alles andere als reibungslos. Denn sie gerieten schon bald in den Sog eines der schwierigsten deutsch-französischen Streitobjekte – der Saarfrage. Schon im März hatte sich der Quai d'Orsay dazu entschlossen, für eine Saarvertretung im Europarat zu plädieren, wie sie der Hohe Kommissar in Saarbrücken Gilbert Grandval seit August 1948 forderte, um eine völkerrechtliche Anerkennung des Saarlandes als selbständigen Staat zu erreichen⁹. Eine entsprechende Démarche im Straßburger Ministerausschuß vom Juni 1949 blieb jedoch ohne Antwort¹⁰. Schuman erneuerte daher einen Monat später in einer Note an die Gründerstaaten des Europarates das Gesuch und verlangte, der Beitritt müsse vor der Aufnahme der Bundesrepublik erfolgen, weil das Saarland verfassungsmäßig dem erst im Entstehen begriffenen westdeutschen Staat voraus sei. Die erhofften positiven Stellungnahmen der Westmächte und der Mitglieder des Europarates blieben abermals aus¹¹. Da man mit seinen Vorstellungen nicht durchdrang, versteifte sich Paris in der Folgezeit darauf, daß die Zulassungen Saarbrückens und Bonns wenn schon nicht zeitlich abgestuft so doch zumindest gleichzeitig zu erfolgen hätten¹². Würden nur Bonn die Tore geöffnet, meinte Schuman Ende August in einer Pressekonferenz, bliebe die Saar als einziges Land Westeuropas ausgeschlossen¹³. Kurz darauf erklärte er sich mit einem gleichzeitigen Beitritt beider Kandidaten einverstanden und einigte sich mit Acheson und Bevin darauf, das Thema vorerst ruhen zu lassen¹⁴. Dementsprechend faßte die

⁴ Zum folgenden vor allem: Enders, Konflikt; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 150–164.

⁵ Lappenküper, Sprachrohr.

⁶ S. Satzung des Europarates, 5. 5. 1949, in: BGBl 1950, S. 263–273; zur Gründung vgl. Loth, Weg, S. 69–76.

⁷ Zum Geflecht der Organe des Europarates vgl. Lappenküper, Rolle.

⁸ S. Schuman an François-Poncet, Nr. 1, August 1949, Entwurf (nicht abgesandt), in: BDFD I, S. 57.

⁹ Vgl. Poidevin, Robert Schuman, S. 225 f.; ders., Faktor Europa, S. 415.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 417 f.; ders., Robert Schuman, S. 226 f.

¹¹ Vgl. Enders, Konflikt, S. 25–27; Kerkhoff, Großbritannien, S. 88 f.

¹² Zu dem von der französischen Regierung aufgestellten Junktim zwischen dem Beitritt der Saar und der Bundesrepublik zum Europarat vgl. Bruce an Acheson, Tel. 3212, 3. 8. 1949, Secret, in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 480–482; ders. an dens., Tel. 4505, 29. 10. 1949, Secret, Priority, in: ebd., S. 491 f.

¹³ Vgl. Enders, Konflikt, S. 27 f.

¹⁴ S. Unterredung zwischen Acheson, Bevin und Schuman vom 15. 9. 1949, Top secret, im Auszug in: DzD, 2. Reihe, Bd. 2, S. 461 f.; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 132, Bl. 1–5, Bonnet an MAE, Tel. 3432/42, 20. 9. 1949, Réservé; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 150 f.

Beratende Versammlung während ihrer konstituierenden Sitzungsperiode in diesen Wochen keinen förmlichen Beschluß, obwohl das Problem in den Debatten immer wieder eine Rolle spielte¹⁵. Ende Oktober setzte sich in Washington die Auffassung durch, man könne das Thema nur vertagen oder auf die Pariser Vorstellungen eingehen¹⁶. Wenig später stimmte London einer gleichzeitigen Aufnahme zu, sofern der Einladung an die Saar eine Klausel beigegeben würde, derzufolge der Beitritt keine Anerkennung seiner Unabhängigkeit impliziere¹⁷.

In der Bundesrepublik stießen die Forderungen Frankreichs auf entschiedene Kritik und belasteten den innenpolitischen Konsens über die Frage der Westbindung schwer. Die Koalition betrachtete die Teilnahme an der europäischen Integration als zentralen Bestandteil ihrer Außenpolitik, bot die Mitwirkung doch die Chance, Anerkennung und Gleichberechtigung zu erhalten und zugleich den eigenen außenpolitischen Handlungsspielraum zu erweitern. Die Opposition stimmte in der Frage der Westorientierung und der Bereitschaft zu einer vertraglichen Bindung an überstaatliche europäische Institutionen im Prinzip mit ihr überein, setzte aber hinsichtlich der Prioritäten und der Instrumentalisierung der Westbindung für die Durchsetzung nationaler Ziele deutlich andere Schwerpunkte¹⁸. In diesem Sinne verknüpfte Schumacher sein „generelle[s] Ja“ zur Aufnahme in den Europarat mit zwei „konkreten Vorbehalte[n]“. Zum einen forderte er die volle Gleichberechtigung für Deutschland, und zum anderen lehnte er dezidiert die Mitgliedschaft der Saar ab¹⁹. Schon im Juli hatte er auf einer Wahlveranstaltung in Hannover klargestellt, daß die Saar „Bestandteil Deutschlands“ sei und die Zulassung eines „selbständigen Saarland[s]“ in den Europarat den Verzicht der Westdeutschen nach sich ziehen müsse²⁰.

Seine Auffassung über die staatsrechtliche Position der Saar entsprach zwar der überwiegenden Meinung in den übrigen Parteien, seine Argumentation zum Europaratbeitritt wurde aber sogar von innerparteilichen Kritikern wie Wilhelm Kaisen gerügt²¹, von den innenpolitischen Gegnern gar als „Generalabsage an Europa“ gebrandmarkt²². Für Adenauer stand die Aufnahme der Bundesrepublik außer Frage, obwohl ihm die Organisation an der Ill „von Anfang an fehlerhaft konstruiert“ anmutete²³. Der Zutritt zu diesem Forum des demokratischen Europa bot die Möglichkeit, Vertrauen und Prestige zu gewinnen. Diesem potentiell zu ziehenden Nutzen ordnete der Kanzler die Kosten, den Beitritt der Saar, eindeutig unter. Um seinen Handlungsspielraum nicht einzuengen, hielt er sich mit öffentlichen Erklärungen auffallend zurück. Der Wahlkampf zum ersten Bundes-

¹⁵ Vgl. EA 1949, S. 2571 f.; Enders, Konflikt, S. 22–24.

¹⁶ S. McCloy an Acheson, Tel. 3448, 26. 10. 1949, Secret, in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 488 f.; Acheson an McCloy, Tel. 2373, 28. 10. 1949, Secret, Priority, in: ebd., S. 489 f.; Bruce an Acheson, Tel. 4505, 29. 10. 1949, Secret, Priority, in: ebd., S. 491 f.; Kerkhoff, Großbritannien, S. 93.

¹⁷ Vgl. Acheson an Douglas, Tel. 3917, 31. 10. 1949, Top secret, US urgent, in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 492–494; Kerkhoff, Großbritannien, S. 91 f.

¹⁸ Vgl. Hrbek, SPD, S. 86–101; Paterson, SPD, S. 33–48.

¹⁹ Hrbek, SPD, S. 86 u. 87.

²⁰ Erklärung Schumachers in Hannover, 15. 7. 1949, zitiert nach: Enders, Konflikt, S. 28; s.a. Erklärung des Außenpolitischen Ausschusses der SPD, 5. 9. 1949, in: Paterson, SPD, S. 35.

²¹ Vgl. Merseburger, Kurt Schumacher, S. 469.

²² Ebd., S. 465.

²³ Aufzeichnung Adenauers, o.D., in: AAPD 1949/50, S. 105.

tag und die Jungfernsitzung des Parlaments hatten ihm vor Augen geführt, wie schwer das von Paris aufgestellte Junktim in Bonn durchzusetzen sein würde. Außerdem konnte nicht mit Bestimmtheit davon ausgegangen werden, ob Ministerrat und Beratende Versammlung einer Einladung an die Bundesrepublik mit Mehrheit zustimmten. Eine Ablehnung konnte sich der Kanzler aber kaum leisten²⁴.

Bei dieser Konstellation kam der Frage der Aufnahme-prozedur eine eminente politische Bedeutung zu. Nach Artikel 4 der Satzung des Europarats hatte der Ministerrat eine Einladung auszusprechen, wobei von diesem Verfahren mitunter abgewichen und ein Antrag des Beitrittswilligen akzeptiert worden war²⁵. Vom Vizepräsidenten der Beratenden Versammlung, Lord Layton, erfuhr der Kanzler im September, die Bundesrepublik könne zunächst nur als Assoziiertes Mitglied aufgenommen werden, d.h. keinen Vertreter in den Ministerausschuß entsenden²⁶. Adenauer war gewillt, den Beitritt 2. Klasse ebenso zu akzeptieren wie die von Frankreich forcierte Aufnahme der Saar. Der Öffentlichkeit gegenüber verkaufte er seine Position mit dem Argument, es komme vor allem darauf an, gleichberechtigt in der Beratenden Versammlung tätig sein zu können, läge in ihr doch das „Schwergewicht eines echten europäischen Föderalismus“²⁷. Am 20. 10. erkundigte er sich bei Layton und beim Präsidenten der belgischen Abgeordnetenkammer, van Cauwelaert, wie sicher die Annahme eines Antrags sei²⁸. Layton antwortete ihm darauf, daß die Behandlung des Gesuchs von der Haltung Frankreichs abhängen würde. Falls sie positiv ausfiele, sei eine besondere Bereitschaftserklärung von deutscher Seite vor der für Anfang November vorgesehenen Sitzung des Ministerrates nicht erforderlich. Erst wenn die Minister dem Kanzler grünes Licht für die Billigung signalisierten, sei der Antrag umgehend zu stellen²⁹. Nachdem er über den amtierenden Vorsitzenden des Ministerrates, den belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland, die Haltung des Ministerrates und Frankreichs hatte sondieren lassen, befürwortete Adenauer mit der positiven Antwort im Rücken³⁰ am 28. 10. im Kabinett den Beitritt und führte einen Beschluß herbei, der eine „abwartende Haltung“ festlegte³¹. Diese Position war aber kaum noch aufrechtzuerhalten, als die saarländische Regierung kurz darauf offiziell um Eintritt in den Europarat bat³². In seinem berühmten Interview mit der „Zeit“ erklärte Adenauer am 3. 11. das Junktim Schumans für wenig weise. Ebenso unklug erschien ihm aber die Position Schumachers, und er gab unumwunden zu, daß ein Sitz im Palais de

²⁴ S. Regierungserklärung Adenauers, 20. 9. 1949, u. Bundestagsdebatte, 21. 9. 1949, in: BT, Sten. Ber., Bd. 1, S. 29f. u. 40–42; Enders, Konflikt, S. 28f.

²⁵ Vgl. ebd., S. 30.

²⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 581, Bl. 16, Layton an Adenauer, 21. 10. 1949.

²⁷ Interview Adenauers mit „Die Zeit“, 3. 11. 1949, in: BDFD I, S. 58–63, hier S. 62.

²⁸ S. d. ers. an van Cauwelaert, Tel., enthalten in: PA, Abt. 2, Bd. 581, Bl. 64f., Vermerk G 22/50 (Diktat Adenauers), 18. 3. 1950; Enders, Konflikt, S. 30.

²⁹ S. Layton an Adenauer, Tel., enthalten in: PA, Abt. 2, Bd. 581, Bl. 64f., Vermerk G 22/50 (Diktat Adenauers), 18. 3. 1950; Adenauer an Lina Morino, 2. 11. 1949, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 134.

³⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 581, Bl. 1 f., van Cauwelaert an Adenauer, 27. 10. 1949; ebd., Bl. 3, Adenauer an van Cauwelaert, 2. 11. 1949.

³¹ Kabinettsitzung, 28. 10. 1949, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 1, S. 161.

³² S. Hoffmann an Schuman, 31. 10. 1949, in: Hoffmann, Ziel, S. 167f.

l'Europe für ihn im Konzept der Westintegration einen höheren Stellenwert besaß als die Einlösung nationaler Rechtsansprüche³³.

Auf seiner Sitzung vom 4. 11. stimmte der Ministerausschuß den Aufnahmebegehren gemäß einer abgeschwächten Fassung des britischen Vorschlags zu³⁴, konnte sich aber aufgrund von rechtlichen und politischen Bedenken nicht zu einer förmlichen Einladung durchringen, da er die Ergebnisse der kurz darauf stattfindenden Pariser Außenministerkonferenz der drei Westmächte und die Tagung der Ständigen Kommission der Beratenden Versammlung in Straßburg abwarten wollte³⁵. Auf beiden Ebenen stand man der Frage des Beitritts von Bundesrepublik und Saar aber positiv gegenüber³⁶. Acheson stellte seine Bedenken gegen die saarländische Mitgliedschaft zugunsten einer einheitlichen Position der Westmächte zurück, verlangte jedoch, daß sie vom Vorbehalt eines Friedensvertrags abhängig gemacht werden sollte. Von der Bonner Regierung erwartete er mit seinen beiden Kollegen einen Antrag an den Ministerausschuß und eine Einverständniserklärung mit den Statuten der Straßburger Organisation. Insgesamt machten sie ihre Zustimmung vom Ausgang der Debatten in Bundestag und Nationalversammlung über das Petersberger Abkommen abhängig³⁷.

Als die Hohen Kommissare dem Bundeskanzler das Procedere vorstellten, zeigte der sich sichtlich zufrieden. Um die durch die in Aussicht stehende Aufnahme der Saar aufgeheizte innenpolitische Stimmung nicht weiter zu schüren, hielt er es für ratsam, das Thema in seiner Regierungserklärung auszuklammern. François-Poncet hingegen empfahl ihm mit Blick auf die kommende Aussprache in der Assemblée Nationale, nicht erst auf eine Einladung zu warten, sondern gemäß dem saarländischen Vorbild selbst aktiv zu werden. Adenauer fand das nicht sehr klug und erhielt den Zuspruch von Robertson, der dazu riet, die Debatten der Volksvertreter abzuwarten³⁸. Dementsprechend wichen der Kanzler einer Diskussion über die Beitrittsfrage im Plenum des Bundestags am 24. 11. aus³⁹. Auch Schuman behandelte das Problem in den Sitzungen der Nationalversammlung vom 22. bis 26. 11. wie ein rohes Ei, verwies auf die Straßburger Zuständigkeit, schloß seine Ausführung aber mit den Worten, daß eine deutsche Verweigerung die gesamte französische Europapolitik untergraben würde⁴⁰.

Die endgültige Entscheidung mußte nun auf der für den 30. 3. 1950 terminierten nächsten Tagung des Ministerkomitees⁴¹ fallen. Das „nicht unerheblich ver-

³³ S. Interview Adenauers mit „Die Zeit“, 3. 11. 1949, in: BDFD I, S. 61 f.

³⁴ Vgl. Kerkhoff, Großbritannien, S. 93 f.

³⁵ Vgl. Enders, Konflikt, S. 31.

³⁶ S. Bliss an Webb, A 2077, 10. 11. 1949, Top secret, im Auszug in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 496 f.; AdG 1949, S. 2124 G u. 2128 A; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 152.

³⁷ S. Unterredung zwischen Acheson, Bevin und Schuman vom 9. 11. 1949, in: Lademacher/Mühlhausen (Hg.), Petersberger Abkommen, S. 375 f.; Resolution der drei Minister über den Beitritt der Saar zum Europarat, in: ebd., S. 392, Anm. 15; Direktive ders. an die AHK, mitgeteilt in: Acheson an Webb, Tel. 4724, 11. 11. 1949, Secret, in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 306–308; Kerkhoff, Großbritannien, S. 95.

³⁸ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 15. 11. 1949, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 9–17.

³⁹ S. Regierungserklärung Adenauers, 24. 11. 1949, in: BT, Sten. Ber., Bd. 1, S. 472–476.

⁴⁰ S. Erklärungen Schumans, 24. u. 25. 11. 1949, in: Annales de l'Assemblée Nationale, Débats 1949, Bd. 8, S. 6230–6235, 6334–6338 u. 6350 f.

⁴¹ Zur Sitzung vom 30. 3. 1950 vgl. AdG 1950, S. 2314 L.

schlechterte Verhältnis“⁴² der Bundesregierung zu den Besatzungsmächten im allgemeinen und der Streit zwischen Bonn und Paris über die am 3. 3. verabschiedeten französisch-saarländischen Saarkonventionen⁴³ im besonderen ließen die Beitrittsfrage aber in eine „Sackgasse“ geraten⁴⁴. Adenauer befand sich nun in der mißlichen Lage, eine positive Entscheidung erst nach einem entsprechenden Votum des Bundestages aussprechen zu können, wobei die nötige Mehrheit mehr und mehr schwand. Immer lauter erscholl der Vorwurf, die Mitgliedschaft verfestige die deutsche Teilung und drohe die völkerrechtliche Abtrennung des Saargebietes zu präjudizieren.

Mitte März ergriff die französische Hohe Kommission die Initiative und überreichte der Bundesregierung eine „Aktennotiz über das Verfahren zur Aufnahme Deutschlands in den Europarat“. Darin forderte sie sie unter Hinweis auf den Beschluß der Pariser Außenministerkonferenz vom November auf, dem Ministerausschuß ein Beitrittsgesuch zu unterbreiten. Wie bereits in der Sitzung auf dem Petersberg vom 15. 11. ließ François-Poncet keinen Zweifel an der positiven Antwort, machte aber zugleich klar, daß im Fall etwaiger Hindernisse die Schuldigen weder bei den Westmächten noch im Europarat zu suchen seien⁴⁵. Adenauers Einstellung zum *Procedere* hatte sich jedoch inzwischen erheblich verändert. Ungeachtet seiner positiven Haltung zum Beitritt selbst lehnte er das gewünschte formelle Gesuch nunmehr aus Rücksicht auf die innenpolitischen Widerstände ab. Mittlerweile paßte es ihm nicht mehr, wie Bonn und Saarbrücken auf die gleiche Stufe gestellt wurden. Auch mochte er sich nicht einem in den Statuten des Europarates nicht vorgesehenen Verfahren unterwerfen, zumal die Bundesregierung seines Erachtens bereits im Petersberger Abkommen ihre Bereitschaft zum Beitritt bekundet und damit die erforderliche Bereitschaftserklärung abgegeben hatte. Da ihm der Beschluß der drei Außenminister nicht bekannt gemacht worden war, galt für ihn jetzt die Devise: „Es ist demnach die Einladung durch den Ministerausschuß abzuwarten.“⁴⁶

Parallel dazu trat Adenauer aus der tiefen Sorge vor einer „ungeheure[n] Katastrophe“ mit einem sensationellen Angebot „die Flucht nach vorn“ an. Die wirtschaftliche Einheit Europas wirkte unsicher, das Verhältnis zwischen den Supermächten verschärfte sich, der Europarat war „in den Anfängen stecken geblieben“, das Verhältnis zwischen Bonn und Paris hatte sich „zusehends verschlechtert“⁴⁷. Da nun auch das Problem des Europaratbeitritts zunehmend tiefer in den Strudel der bilateralen Auseinandersetzung geriet, versuchte der Kanzler, über die

⁴² PA, Abt. 2, Bd. 1299, Blankenhorn an Adenauer, Aufzeichnung, 22. 2. 1950, Geheim.

⁴³ Vgl. Kap. III.3.1.

⁴⁴ Enders, Konflikt, S. 40.

⁴⁵ „Aktennotiz über das Verfahren zur Aufnahme Deutschlands in den Europarat“, in: EA 1950, S. 3130; das französischsprachige Original in: PA, Abt. 2, Bd. 581, Bl. 42 f., Memento sur la procedure d'accession de l'Allemagne au Conseil de l'Europe, 14. 3. 1950. François-Poncet übergab das Schriftstück am 15. 3. 1950 an Dittmann (ebd., Bl. 44, Dittmann an Adenauer, Aufzeichnung G 19/50, 15. 3. 1950).

⁴⁶ Ebd., Bl. 34 f., Aufzeichnung dess., G 18/50, 12. 3. 1950; s.a. ebd., Bl. 47–49, Mohr an Adenauer, Stellungnahme, 16. 3. 1950; ebd., Bl. 67–70, Dittmann an dens., Aufzeichnung G 24/50, 20. 3. 1950; ebd., Bd. 528, Bl. 21–23, Aufzeichnung 4030/2209/50, 15. 3. 1950.

⁴⁷ Aufzeichnung Adenauers, o.D., in: AAPD 1949/50, S. 104 u. 105.

Presse mit „ziemlich unausgegorenen europapolitischen Vorstellungen“⁴⁸ gegen-
zulenken. Die Reaktionen auf seinen am 7. 3. dem amerikanischen Journalisten
Kingsbury-Smith vorgestellten Plan einer deutsch-französischen Union⁴⁹ fielen
allerdings ziemlich kühl aus, was Adenauer darauf zurückführte, „daß der Vor-
schlag zu einer allerdings kühnen Neukonstruktion außenpolitischer Verhältnisse
von einem besiegt Land ausgegangen ist“⁵⁰. Schumacher stellte umgehend klar,
daß er für eine derartige „Außenpolitik der plötzlichen Noteinfälle“ nicht zu ha-
ben sei⁵¹. Nicht ein bilaterales Tête-à-tête, sondern die europäische Integration sei
das Gebot der Stunde, hieß es vielstimmig in den Gazetten⁵². Nur eine Minderheit
der Kommentatoren wagte es, die Frage aufzuwerfen, ob die „entente directe“ für
die Durchsetzung der eigenen Interessen nicht doch vorteilhafter sei als eine
„entente plurale“⁵³. Eine einzige „äußerst beachtliche Stimme“⁵⁴ äußerte sich in
Frankreich positiv: de Gaulle. Am 16. 3. erklärte der General gegenüber Journali-
sten in pathetischem Stil, dank gemeinsamer Anstrengungen hätten Gallier, Ger-
manen und Römer Attila auf den katalaunischen Feldern geschlagen. Eine
deutsch-französische Union würde das Werk Karls des Großen fortsetzen⁵⁵. De
Gaulles Eloge auf den Kanzler und seine Andeutung, die bilaterale Union auch
auf die französischen afrikanischen Besitzungen auszuweiten, erschien so man-
chem Landsmann als Versuch, jene deutschen Geister zu verführen, „mêmes dé-
mocratiques, qui se souviennent encore des principes nazis sur la „Géopolitik““⁵⁶.
Stellvertretend für viele französische Politiker kritisierte der Vorsitzende des
Außenpolitischen Ausschusses in der Assemblée Nationale, Bonnefous, Europa
könne nicht über eine bilaterale Union, sondern nur über den Europarat gebaut
werden⁵⁷. François-Poncet hielt des Kanzlers Angebot für politisch wertlos und
sah darin vor allem „une manoeuvre politique destinée à compenser l'effet des dia-
tribes de la veille“. Wie konnte ein so erfahrener Politiker wie Adenauer bloß so
naiv sein, meinte er⁵⁸ und bezweifelte nun auch, daß der Kanzler bereits ein Staats-
mann sei⁵⁹.

Adenauer ließ sich davon nicht entmutigen und plante ein neues Interview. Der
Unionsgedanke, so riet ihm daraufhin der stellvertretende Leiter des Bundespres-
seamtes Heinrich Böx, könne der Öffentlichkeit nur dann „schmackhaft“ ge-

⁴⁸ Schwarz, Adenauer und Europa, S. 490.

⁴⁹ Vgl. Kap. III.3.1.

⁵⁰ Aufzeichnung Adenauers, o.D., in: AAPD 1949/50, S. 104–107, hier S. 104.

⁵¹ AsD, NL Schumacher, Bd. 50, Pressekonferenz Schumachers, 24. 3. 1950.

⁵² S. „L'Information“, 10. 3. 1950, im Auszug auch in: BDFD III, S. 88 f.; Artikel Henrichs, in:
„Frankfurter Rundschau“, 22. 3. 1950, im Auszug auch in: ebd., S. 89–91.

⁵³ Artikel Moussets, in: „L'Epoque“, 24. 3. 1950, auch in: ebd., S. 91 f., hier S. 92.

⁵⁴ Aufzeichnung Adenauers, o.D., in: AAPD 1949/50, S. 104.

⁵⁵ S. Pressekonferenz de Gaulles, 16. 3. 1950, in: de Gaulle, Discours, Bd. 2, S. 344–358; AdG,
S. 2302F.

⁵⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 337, Bl. 191–196, Aufzeichnung der Unterabt. Zent-
raleuropa im MAE, ca. 25. 3. 1950 (Konzept PK); eine identische Fassung (ebd., Bd. 374, Bl. 119–
224) trägt das Datum 23. 5. 1950; zu den weithin reservierten Reaktionen am Rhein auf dieses In-
terview s. ebd., Bd. 373, Bl. 224, François-Poncet an MAE, Tel. 1142/45, 18. 3. 1950.

⁵⁷ Vgl. AdG 1950, S. 2291D.

⁵⁸ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 373, Bl. 199, François-Poncet an MAE, Tel. 923, 9. 3.
1950.

⁵⁹ S. ders. an Schuman, Nr. 343/CM, 17. 3. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1,
S. 263. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 125, Bl. 96.

macht werden, wenn man ihn mit dem Hinweis verknüpfe, daß Europa ein „selbständiges Gewicht“ darstellen und eine Eskalation des Ost-West-Gegensatzes verhindern könne. Die Union binde Deutschland an den Westen und hebe damit die Gefahr einer Ausrichtung nach Osten auf. Für Frankreich bedeute sie Vorverlegung der Rheinlinie an die Elbe und damit die Beseitigung aller Sicherheitsbesorgnisse. Natürlich sei der Nachweis zu erbringen, daß die Zweierallianz keiner Blockbildung Vorschub leiste. Zur Verwirklichung der Union dachte Böx konkret an eine Zollunion und Wirtschaftseinheit mit einem Wirtschaftsparlament sowie einem darüber stehenden Ministerrat als Vertretung der Regierungen. In Erwartung einer „Reihe psychologischer Bedenken“ der Franzosen gab sich Böx allerdings keiner Illusionen über die Realisierungschancen hin. Die „schärfste Gegenaktion“ erwartete er indes nicht von französischer, sondern von britischer Seite, so daß es seiner Meinung vor allem darauf ankam, die amerikanische Öffentlichkeit für den Plan zu gewinnen⁶⁰.

Auch der Kanzler dachte an eine Zoll- und Wirtschaftsunion mit einer vom Bundestag und der Assemblée Nationale gewählten gemeinsamen Volksvertretung und „gemeinsame[n] Regierungsorgane[n]“ nach dem Vorbild der Deutschen Zollunion und des Deutschen Zollparlaments von 1834. Um dem Konstrukt den Anstrich bilateraler Exklusivität zu nehmen, präsentierte er es als anderen Staaten offene Keimzelle einer „wirklichen europäischen Union“, die Europa als „neuen politischen Faktor“ entstehen ließe⁶¹. Dementsprechend sprach Adenauer am 21. 3. bei einer neuerlichen Unterredung mit Kingsbury-Smith „von einem allmählichen Verschmelzen der beiden Länder in bezug auf Zölle und Wirtschaft“, wobei er als „Werkzeug“ der Union ein gemeinsames Wirtschaftsparlament und ein ihm zugeordnetes Organ von Regierungsvertretern einzusetzen gedachte⁶².

Im Hotel Dreesen hielt man die aus den Interviews sprechenden Gefühle und Besorgnisse für echt, witterte aber verborgene „intentions de manoeuvre“ wie den Wunsch nach mehr Souveränität. Als Schwachpunkt der Gedankenführung machte François-Poncet Adenauers Bemerkungen über England aus, dem der Kanzler eine nicht weiter definierte Rolle in der Zweier-Union angeboten hatte. Das aber reichte dem Hohen Kommissar nicht aus. Denn Frankreich konnte sich seiner Meinung nach nicht einer Nation nähern, die es seit Beginn des Jahrhunderts zweimal überfallen habe, und gleichzeitig erprobte Freundschaften vernachlässigen⁶³. Auch im Quai d'Orsay überwog der Argwohn. Verborg sich hinter den Plänen des Kanzlers nicht die Absicht deutscher Wirtschaftskreise, Frankreich eine Union aufzuzwingen, die sich infolge des ökonomischen Ungleichgewichts zugunsten Deutschlands entwickeln und schließlich zu dessen wirtschaftlicher

⁶⁰ PA, Abt. 2, Bd. 573, Bl. 10–13, Böx an Adenauer, Aufzeichnung, 18. 3. 1950.

⁶¹ Aufzeichnung Adenauers, o.D., in: AAPD 1949/50, S. 106 u. 107.

⁶² PA, Abt. 2, Bd. 581, Bl. 103–109, Interview dess. mit Kingsbury-Smith vom 21. 3. 1950, Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (PIB) Nr. 347/50; eine Kopie findet sich auch in den Akten des Quai d'Orsay (AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 337, Bl. 169–175); s.a. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 311–316; Legoll, Konrad Adenauer, S. 232–234.

⁶³ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 373, Bl. 243f., François-Poncet an MAE, Tel. 1193/96, 21. 3. 1950, Urgent.

und politischer Dominanz führen würde⁶⁴? Offenbar zielte Adenauer mit seiner Neuauflage auf eine Korrektur des ersten Interviews, in dem er die Union von der Rückkehr der Saar abhängig gemacht hatte. Den Beweis eines konstruktiven Vorschlags sah zumindest Generalsekretär Parodi nicht erbracht. Selbst wenn es Adenauer ernst meinte, gab es für ihn keinen Grund, dem Kanzler zu folgen. Ein „tête-à-tête franco-allemand“ wirkte auf ihn in der Stunde des sich allmählich organisierenden Europa völlig deplaziert. Die bilateralen Probleme glaubte er ohnehin im größeren Rahmen besser beheben zu können. Und außerdem hielt er es wie François-Poncet für selbstverständlich, daß Frankreich engere Beziehungen in der Zehnergemeinschaft – wenn überhaupt – zunächst mit Großbritannien oder Italien aufnähme. Die Entente mit Deutschland, das war für ihn allenfalls ein Langzeitprojekt, „que l'on ne peut mener avec précipitation“⁶⁵. Angesichts dieser von Mißtrauen erfüllten Erwägungen war es kaum verwunderlich, daß die offizielle französische Reaktion auf Adenauers Vorstoß negativ ausfiel. Nach einer Sitzung des Conseil des Ministres meinte Staatsminister Teitgen gegenüber Journalisten, eine dauerhafte Normalisierung der deutsch-französischen Beziehungen müsse in die gemeinschaftliche Organisation Europas eingebunden werden. Denn sie liefere beiden Ländern auf wirtschaftlichem Gebiet jenen Rahmen, der ein befriedigendes Gleichgewicht zwischen ihren Ressourcen und ihren Bedürfnissen schaffe⁶⁶.

Daß Adenauer sich nur einen Tag nach seinem bemerkenswerten Interview schon wieder als entschiedener Vertreter deutscher Interessenpolitik präsentierte, konnte die Glaubwürdigkeit seiner Avancen nicht eben steigern. Sein hartnäckiges Feilschen um die Modalitäten für den deutschen Beitritt zum Europarat zeigte nicht den überzeugten Europäer, sondern den „gerissenen Advokaten“, für den die Aufrechterhaltung der deutschen Rechtsposition und die eigene innenpolitische Machtbasis „oberstes Gebot“ waren⁶⁷. In einer hitzigen Sitzung mit den Hohen Kommissaren vom 22. 3. sperrte sich der Kanzler gegen das vom französischen Vertreter vorgesehene Verfahren, zunächst einen Antrag zu stellen und dann die Einladung abzuwarten. In Übereinstimmung mit seinen Kollegen beharrte François-Poncet aber auf einem derartigen Gesuch, da die Bundesregierung noch immer keine definitive Zusage abgegeben hatte und Adenauer selbst zugab, augenblicklich im Bundestag wohl keine Mehrheit für den Beitritt finden zu können. Letztlich ging der eskalierende Streit über den eigentlichen Anlaß weit hinaus: Als Sprachrohr der Besatzungsmächte verlangte die Hohe Kommission vom unbotmäßigen Kanzler ein Nachgeben, um ihm die Hierarchie vor Augen zu führen. Adenauer hingegen forderte sie bockbeinig aus innenpolitischen Gründen zu einer „Geste“ auf, die die Aussicht auf eine Zustimmung des Bundestages verbessern sollte. Da die Beitrittsfrage durch das Saarproblem belastet wurde, attackierte er namentlich François-Poncet und unterstellte Frankreich, die deutsche Auf-

⁶⁴ S. ebd., Bd. 337, Bl. 191–196, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, ca. 25. 3. 1950 (Konzept PK); eine identische Fassung (ebd., Bd. 374, Bl. 119–224) trägt das Datum 23. 5. 1950.

⁶⁵ Ebd., Bd. 373, Bl. 276–277, Parodi an London etc., Tel. 2462/69 etc., 23. 3. 1950.

⁶⁶ S. ebd., Bl. 268, Zirkulartel. Beaumont, 64-I.P., 22. 3. 1950; eine deutsche Übersetzung der Erklärung Teitgens in: AdG 1950, S. 2308E.

⁶⁷ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 705.

nahme in den Europarat nicht zu wünschen. Schumans Vertreter am Rhein beschwerte sich prompt pikiert darüber, vom Kanzler ständig „eins auf die Finger“ zu bekommen. Nachdem die Wogen wieder geglättet waren, sagte Adenauer eine Kontaktaufnahme mit den Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestages zu, um die Chance einer parlamentarischen Zustimmung zum Beitritt zu sondieren⁶⁸.

Nach den entsprechenden Beratungen⁶⁹ präzierte der Kanzler den Hohen Kommissaren gegenüber am Tage darauf schriftlich den Standpunkt der Regierung. Ein Parlamentsbeschluß könne nur dann in Aussicht gestellt werden, falls sie zuvor die schriftliche Zusage erhalte, daß die Westmächte den Beitritt wünschten, die Aufnahme der Saar nur vorbehaltlich der Regelung der Saarfrage durch einen Friedensvertrag gelte, die Bundesrepublik baldmöglichst ordentliches Mitglied des Europarates werde und bis dahin einen Beobachter in die Sitzungen des Ministerausschusses entsenden könne⁷⁰. Ein derart umfangreicher Forderungskatalog ging den Verbündeten aber zu weit. Sie akzeptierten die ersten beiden Punkte, lehnten den letzten aber ab⁷¹, obwohl Schuman ihm in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von Brentano *persönlich* zustimmte⁷². Von einem Gesuch Bonns zwecks Bitte um Aufnahme war nun aber nicht mehr die Rede. Ende März sprach der Ministerausschuß die offizielle Einladung aus, die die Hohe Kommission umgehend der Bundesregierung zuleitete⁷³. Nun lag es an Adenauer, das Einverständnis des Bundestags einzuholen.

Schumacher lehnte den Beitritt unter den gegebenen Umständen aber weiterhin kategorisch ab⁷⁴. Trotz drängender Stimmen aus dem Europarat und französischer Warnungen, sich nicht des Vorwurfs der „Geschäftemacherei oder gar der Erpressung“ auszusetzen⁷⁵, fühlte sich der Kanzler stark genug, um auf Zeit zu spielen. Mit bemerkenswerter Kaltschnäuzigkeit verband er das Problem Anfang April plötzlich mit der Remilitarisierungsfrage und forderte ungeniert eine Sicherheitsgarantie für Westdeutschland, mehr Informationen über die Verteidigung und eine stärkere Mitsprache in den europäischen Angelegenheiten⁷⁶. Hell-sichtige Diplomaten wie McCloy hatten sicherlich recht, wenn sie Adenauers vermeintliche Skrupel zur Westbindung als Instrument begriffen, vorzeigbare Kon-

⁶⁸ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 22. 3. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 147–174, hier S. 166 u. 167; s.a. Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 317–324; Kabinettsitzung, 24. 3. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 285 f.; Guldin, *Bundesrepublik Deutschland*, S. 158–160.

⁶⁹ S. Adenauer an Schumacher, 27. 3. 1950, *Persönlich, Vertraulich*, in: Adenauer, *Briefe 1949–1951*, S. 186 f.; Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 324.

⁷⁰ S. die gleichlautenden Schreiben Adenauers an die Hohen Kommissare, 23. 3. 1950, in: Adenauer, *Briefe 1949–1951*, S. 183 f.

⁷¹ S. die gleichlautenden Antwortschreiben der Hohen Kommissare an Adenauer, 23. 3. 1950, und ihr Memorandum vom 28. 3. 1950, in: EA 1950, S. 3130 f.; s.a. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 296 f., Tb. 27. u. 28. 3. 1950.

⁷² S. PA, Abt. 2, Bd. 581, Bl. 128 f., von Brentano an Adenauer, 28. 3. 1950; Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 297, Tb. 28. 3. 1950.

⁷³ S. Generalsekretär des Europarates Paris an Adenauer, D 233/8, 31. 3. 1950, in: EA 1950, S. 3132; Robertson an Adenauer, AGSEC (50) 608, 1. 4. 1950, in: ebd.

⁷⁴ Vgl. Enders, *Konflikt*, S. 42; Guldin, *Bundesrepublik Deutschland*, S. 163.

⁷⁵ Aufzeichnung Blankenhorn Geh.43/50, 11. 4. 1950, Geheim, in: AAPD 1949/50, S. 125; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 144 f., Tb. 11. 4. 1950.

⁷⁶ Ebd., Bl. 144, Tb. 10. 4. 1950.

zessionen der Westmächte zu erreichen⁷⁷. Am 6. 5. forderte er Robertson unter Hinweis auf die vorgebliche Verzögerungstaktik der SPD dazu auf, seine Position durch „greifbare Ergebnisse“ der nahen Londoner Außenministerkonferenz zu erleichtern⁷⁸.

Nach Wochen des Hinhaltens entschloß sich Adenauer gleichzeitig, den Bonner Entscheidungsprozeß per Kabinettsbeschuß zu forcieren. Allem Anschein nach wollte er in einer „bewußte[n] Inszenierung“⁷⁹ die Diskussion mit seinen Ministern durch Entgegenkommen der Alliierten erleichtern und im Gegenzug einen positiven Bescheid unmittelbar vor der Konferenz in London dazu benutzen, um von den westlichen Kollegen Zugeständnisse als Gegenleistung für die von ihm eingegangenen Risiken einzufordern. Im Widerspruch zu seinen Äußerungen vom April zeigte er sich in einer zur Veröffentlichung bestimmten Denkschrift vom 7. 5. überzeugt, daß die Aufnahme ins Palais de l'Europe die Wiedervereinigung nicht hemme, sondern fördere. Denn die Einheit werde nur dann kommen, wenn die Bundesrepublik „innerhalb der europäischen Föderation wirtschaftlich und politisch an Gewicht gewinnt“⁸⁰. Als er sich mit diesen Argumenten zwei Tage später im Kabinett zu Wort meldete, löste er einen erregten Disput aus. Namentlich die für Inneres und Gesamtdeutsches zuständigen Minister Heinemann und Kaiser erhoben schwere Bedenken, da sie befürchteten, daß die Westbindung die Spaltung Deutschlands verewige. Letztlich setzte sich der Kanzler aber gegenüber seinen Kritikern durch⁸¹.

Am 15. 6. billigte auch der Deutsche Bundestag den Beitritt mit 220 gegen 152 Stimmen bei 9 Enthaltungen⁸². Nicht einmal allen Unionsabgeordneten war wohl bei der Abstimmung, hätten sie doch mit Blick auf das geteilte Deutschland von der Regierung mehr „Reserve“ gewünscht⁸³. Die Sozialdemokraten stimmten trotz innerfraktioneller Meinungsverschiedenheiten⁸⁴ geschlossen gegen die Gesetzesvorlage. Gemäß dem Motto, man könne versuchen, einen Zug im Bahnhof aufzuhalten, wenn er aber abfahre, müsse man aufspringen⁸⁵, fanden sie sich danach aber rasch mit den Gegebenheiten ab. Ende Juni beschloß die SPD nach kontroverser Diskussion auf Vorschlag des Parteivorsitzenden, der Regierung das Feld in Straßburg nicht allein zu überlassen⁸⁶. Dementsprechend entsandte sie ab August sieben Vertreter in die 18-köpfige Delegation der Bundesrepublik. Nolens volens traf man dort auch auf drei Abgeordneten von der Saar, wo der Landtag dem Beitritt am 2. 5. einstimmig zugestimmt hatte⁸⁷.

⁷⁷ Vgl. Köhler, Adenauer, S. 601.

⁷⁸ Adenauer an Robertson, 6. 5. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 205.

⁷⁹ Enders, Konflikt, S. 43.

⁸⁰ Denkschrift Adenauers, 7. 5. 1950, in: EA 1950, S. 3127–3129, hier S. 3128.

⁸¹ Aufzeichnung Heinemann, 9. 5. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 3, S. 67–69; s.a. Kabinettsitzung, 9. 5. 1950, in: ebd., Bd. 2, S. 370; Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 327; Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 128–133.

⁸² S. Bundestagsdebatte, 15. 6. 1950, in: BT, Sten. Ber., Bd. 4, S. 2505–2513.

⁸³ Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 87, Tb. 15. 6. 1950.

⁸⁴ S. SPD-Fraktionssitzung, 6. 6. 1950, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 1. Teilbd., S. 130–132.

⁸⁵ Vgl. Paterson, SPD, S. 42.

⁸⁶ S. SPD-Fraktionssitzung, 28. 6. 1950, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 1. Teilbd., S. 136–138.

⁸⁷ Vgl. Enders, Konflikt, S. 45 f.

Neue Hoffnung: Die Verkündung des Schuman-Plans

Einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Entscheidungen des Bundeskabinetts wie des Bundestages hatte die Veröffentlichung des Schuman-Plans am 9. 5. 1950 ausgeübt⁸⁸. Das angelsächsische Entgegenkommen gegenüber den Deutschen in den Verhandlungen über die Revision des Besatzungsstatuts⁸⁹ und die scharfe Auseinandersetzung zwischen Bonn und Paris in der Saarfrage⁹⁰ hatten die französische Außenpolitik in den ersten Monaten des Jahres 1950 in eine lähmende „diplomatische Defensivposition“ gestürzt⁹¹. Wollte man sich auf der geplanten Außenministerkonferenz in London nicht von der anglo-amerikanischen Konzessionsbereitschaft überrollen lassen, so lautete die Devise im Quai d'Orsay, mußte Frankreich die Initiative an sich reißen und den Verbündeten ein überzeugendes Programm zur europäischen Integration der Bundesrepublik vorschlagen. Denn nur in diesem Rahmen schien es möglich, das eigene Sicherheitsbedürfnis mit der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung und Aufhebung der besatzungsrechtlichen Fesseln in Einklang zu bringen.

Über die präzise Ausgestaltung eines solchen Konzeptes herrschte an der Seine indes Dissens. Der Unterabteilung Zentraleuropa schwebte als Plattform ein europäisches Parlament als erste Etappe für eine supranationale politische Organisation vor. Voraussetzung für diese Konstruktion schien die Stärkung der bereits bestehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit⁹². Doch gerade daran entzündete sich im Ministerium die Kritik. Einige Beamte trieb die Sorge um, daß die Bundesrepublik aufgrund ihres demographischen und ökonomischen Potentials schon jetzt „un danger sérieux“ für das wirtschaftliche Gleichgewicht seiner Nachbarn darstellte. Ohne die Beteiligung Großbritanniens würde sich die Balance in einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch mehr zuungunsten Frankreichs neigen. Da London aber kein Interesse an einer engeren Kooperation mit dem Kontinent zeigte und Paris nicht „la seule grande Puissance en face de l'Allemagne“ sein wollte, riet Alphand dazu, das Problem nicht auf der europäischen, sondern der globalen Ebene anzugehen⁹³.

Unbemerkt von den Diplomaten im Außenministerium arbeitete auch eine kleine Gruppe um Jean Monnet, dem Commissaire général au Plan, an einem Projekt zur Bereinigung der deutsch-französischen Probleme. 1888 in Cognac, in der Charente geboren, agierte Monnet im Ersten Weltkrieg als eine der „Schlüsselfiguren“⁹⁴ bei der maritimen Logistik der Entente-Mächte. Von 1919 bis 1923 fun-

⁸⁸ Aus der umfänglichen Literatur vgl. vor allem: Diebold, Schuman Plan; Kipping, Kartelle; Lapenküper, Schuman-Plan; Mittendorfer, Robert Schuman, S. 149–262; Poidevin, Robert Schuman, S. 244–296; Schwabe (Hg.), Anfänge; Spierenburg/Poidevin, Haute Autorité; Trausch, Schuman-Plan.

⁸⁹ Vgl. Kap. III.1.1.

⁹⁰ Vgl. Kap. III.3.1.

⁹¹ Küsters, Verhandlungen, S. 74.

⁹² S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 133, Bl. 78–83, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 7. 4. 1950 (Konzept FS); Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 18. 4. 1950, in: BDFD I, S. 219–224; Hitchcock, France Restored, S. 123 f.; Rouche, Le Quai d'Orsay, S. 39 f.

⁹³ AMAE, PA-AP Papiers Massigli, Bd. 68, Bl. 239–241, Aufzeichnung, 19. 4. 1950 (Konzept HA).

⁹⁴ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 716. Zu Person und Politik Monnets s. Monnet, Erinnerungen; vgl. insbesondere: Duchêne, Jean Monnet; Fontaine, Jean Monnet; Roussel, Jean Monnet; s.a. Brin-

gierte er als Stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes. Nach Jahren im internationalen Finanzgeschäft übernahm er 1939 den Vorsitz im französisch-englischen Komitee für die Koordinierung des Transportwesens, der Versorgung und der Rüstung. 1943 wurde Monnet „Commissaire à l'Armement, l'Approvisionnement et à la Réconstruction“ im Comité Français de Libération Nationale. In den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs gelangte er zu der Ansicht, Westeuropa bedürfe einer wirtschaftlichen wie politischen Föderation⁹⁵. Nach 1945 verdichtete sich diese Überzeugung. Als Commissaire général du Plan de Modernisation et d'Équipement widmete sich Monnet nun dem Wiederaufbau bzw. der Modernisierung der französischen Wirtschaft und trachtete danach, die Konkurrenzfähigkeit durch hohe Investitionsraten in den Basissektoren Kohle, Stahl, Elektrizität, Landmaschinen und Transport zu steigern. Dazu bedurfte es vor allem amerikanischen Kapitals, aber auch einer durch deutsche Kohlelieferungen wettbewerbsfähigen französischen Stahlindustrie⁹⁶.

In den Augen seiner Kollegen aus dem Außenministerium wurden die deutsch-landpolitischen Implikationen dieser Konzeption zunehmend fragwürdiger. Denn sie versuchte, einerseits mit Zwangsmaßnahmen den westdeutschen Wiederaufstieg hinauszuzögern, andererseits durch den Zeitgewinn einen industriellen Vorsprung zu erzielen, und widersprach damit dem Ziel der deutsch-französischen Verständigung: „on ne peut à la fois contrôler et coopérer“⁹⁷. Dieses Dilemma sah auch Monnet. Da der Europarat die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht zu erfüllen vermochte, er aber dennoch Churchills Zukunftsvision von den Vereinigten Staaten von Europa Gestalt verleihen und eine neue Etappe in den Beziehungen zum westlichen Nachbarn einleiten wollte, kam Monnet die Idee, eine supranationale Autorität im Montanbereich mit einer beschränkten Anzahl von Teilnehmern unter Einschluß der Bundesrepublik zu schaffen. Als überaus bedeutsam für die Entwicklung dieses Gedankens erwiesen sich das Scheitern der sogenannten „Finebel“-Verhandlungen im März⁹⁸ sowie Monnets Fehlschlag, mit den Briten engere Wirtschaftsbeziehungen anzubahnen⁹⁹. Während Frankreich bisher die bilaterale Kooperation mit Großbritannien als wesentliche Bedingung für den Erfolg der europäischen Integration angesehen hatte, zog der Generalkommissar aus der Londoner Verweigerungshaltung den Schluß, nun einen Versuch mit Deutschland machen zu müssen: „Britain was no longer important. American support was all that counted.“¹⁰⁰ Deshalb die historische Option des

kley/Hackett (Hg.), Jean Monnet; Küsters, Jean Monnet; Majone/Noël/Van den Bossche (Hg.), Jean Monnet; Schröder, Jean Monnet; Wilkens (Hg.), Interessen verbinden

⁹⁵ Vgl. Monnet, *Erinnerungen*, S. 282–287; Duchêne, *Jean Monnet*, S. 126–146; Gerbet, *Genèse*; Roussel, *Jean Monnet*, S. 368–399; Schwartz, *Atlantik-Brücke*, S. 142–149.

⁹⁶ Vgl. Duchêne, *Jean Monnet*, S. 147–180; Mioche, *Plan Monnet*; Roussel, *Jean Monnet*, S. 429–459; Schwartz, *Atlantik-Brücke*, S. 149–153.

⁹⁷ Aufzeichnung Valéry, Mai 1950, in: BDFD II, S. 594–596, hier S. 594; vgl. Trausch, *Schuman-Plan*, S. 115f. mit Anm. 29.

⁹⁸ Zu den Bemühungen um die Errichtung einer Frankreich, Italien und die BENELUX-Staaten umfassenden Freihandelszone vgl. Bossuat, *La France*, Bd. 2, S. 710–721; Griffiths/Lynch, *L'échec*; Poidevin, *Robert Schuman*, S. 234–239.

⁹⁹ S. Monnet, *Erinnerungen*, S. 354–360; Bossuat, *La France*, Bd. 2, S. 615–647; Roussel, *Jean Monnet*, S. 492–511; Schwartz, *Atlantik-Brücke*, S. 142–155.

¹⁰⁰ Lynch, *Role*, S. 124; s.a. AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 111, Bl. 152–156, Aufzeich-

von ihm nun ausgearbeiteten und von Schuman übernommenen Plans vor allem im „Durchbruch zur Supranationalität ohne Großbritannien“ zu sehen¹⁰¹, erscheint indes zweifelhaft. Sie lag doch wohl eher in der Hinwendung zum supranationalen Integrationskonzept unter Einbeziehung der Bundesrepublik¹⁰², wobei diese Hinwendung für Paris wie für Bonn gewiß auch „ein Stück ‚national-staatlicher Politik‘“ war¹⁰³.

Neben diesen genuin politischen Überlegungen bewirkten auch wirtschaftliche Faktoren das Umdenken an der Seine: Zum einen sah sich die französische Regierung der angelsächsischen Forderung einer Erhöhung der deutschen Stahlquote von 11,1 Millionen Tonnen gegenüber, die sie zum Verdruß der deutschen Stahlindustrie durch den Plan einer stärkeren Produktionsverlagerung nach Frankreich zu untergraben versuchte¹⁰⁴. Zum anderen besaß Paris bei einer Koksimportquote von 70% seines Bedarfs keinen Einfluß auf die Erhöhung der Kohleproduktion an der Ruhr und befürchtete, Bonn könne den Abbau drosseln und Kohle importieren. Darüber hinaus begannen die Deutschen, schwedisches Eisenerz dem französischen vorzuziehen, so daß Frankreich sein Hauptzahlungsmittel für die deutsche Kohle zu verlieren drohte. Schließlich zog die Gefahr einer Überproduktionskrise in der europäischen Montanindustrie auf, die von der über die nötigen Kohlevorräte verfügenden Bundesrepublik ausgenutzt werden konnte. Ein weiteres trat hinzu. Monnet sorgte sich um die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie. Er beklagte deren Hang zu Protektionismus und Malthusianismus, wollte sie der deutschen Konkurrenz aussetzen und implizit zur Modernisierung zwingen. Dazu mußten freilich zwei Bedingungen erfüllt sein: gleicher Zugang zu den Rohstoffen und gleiche Transportbedingungen¹⁰⁵. Jeder dieser ökonomischen Aspekte wog schon schwer. Überlagert wurden sie indes von der in Paris antizipierten Gefahr, der östliche Nachbar könne dank seiner in vielen Sparten besseren Produktionsbedingungen eines Tages Europa dominieren „by controlling the economic development of its clients“¹⁰⁶. Bisher war es der „von vielfach übertriebener Konkurrenzangst“ geprägten französischen Wirtschaft noch weitgehend gelungen, die Einfuhr deutscher Waren zu behindern¹⁰⁷. Doch die Zeit arbeitete eindeutig für West-Deutschland, das die von Frankreich belieferten Märkte im Ausland bedrohte und sich gar anschickte, den französischen Markt zu „erobieren“.

Mit Sorge betrachtete Monnet indes nicht nur die ökonomische Situation im Hexagon, sondern auch die politische Lage d'outre Rhin. Sie wirkte auf ihn wie „un cancer dangereux pour la paix“¹⁰⁸. Die Deutschen brauchten eine neue Per-

nung der Abt. Europa im MAE, 5. 6. 1950 (Konzept FS); FJM, AMG 24/4/2, Aufzeichnung Monnet, 28. 8. 1950.

¹⁰¹ So Loth im Widerspruch zu Monnet (Loth, Europäische Integration, S. 242).

¹⁰² Vgl. Zieburg, Beziehungen, S. 85 f.

¹⁰³ Herbst, Option, S. 86.

¹⁰⁴ Vgl. Salewski an Henle, Aufzeichnung, 26. 1. 1950, in: BDFD II, S. 108–112; Henle an Tewaag, 11. 3. 1950, nebst Aufzeichnung, in: ebd., S. 116–118.

¹⁰⁵ Zu den ökonomischen Faktoren des Schuman-Plans vgl. Goschler/Buchheim/Bührer, Schumanplan; Kipping, Kartelle; Milward, Reconstruction, S. 362–420; Trausch, Schuman-Plan, S. 114 f.

¹⁰⁶ Lynch, Role, S. 120.

¹⁰⁷ Reinhardt an Erhard, Vermerk V B 4a-20388/50, 11. 5. 1950, in: BDFD II, S. 153.

¹⁰⁸ Monnet an Schuman, Aufzeichnung Nr. 1, 1. 5. 1950, Secret, in: Beyer, Robert Schuman, S. 153–

spektive, die er ihnen bezeichnenderweise nicht durch eine forcierte Wiedervereinigungspolitik aufzuzeigen gedachte. Denn abgesehen von der kaum erreichbaren Zustimmung der Sowjetunion hielt er die Wiedererrichtung eines deutschen Nationalstaates für fatal, „because it would inevitably sooner or later be drawn into the Eastern orbit“. So blieb aus seiner Sicht als alternatives Terrain der Hoffnung für die Deutschen die Chance zur Zusammenarbeit mit den freien Völkern¹⁰⁹. Auch die von den Amerikanern favorisierte Westintegration lehnte er ab, weil sie die Sowjetunion herausforderte und die Bundesrepublik dazu bringen konnte, die Teilung zu akzeptieren. Wenn die Gegebenheiten eine Lösung der „deutschen Frage“ nicht erlaubten, so lautete daher seine pragmatische Devise, mußten sie geändert werden: „Il faut entreprendre une action dynamique qui transforme la situation allemande et l'esprit des Allemands“. Europa hieß die Zauberformel, und Frankreich war gefordert, die Initiative zu ergreifen¹¹⁰.

Am 15. 4. beauftragte der Generalkommissar den Rechtsberater des Quai d'Orsay und Professor der Rechte Paul Reuter mit der Erstellung eines Exposé über die Organisationsform eines europäischen Kohle- und Stahlmarktes¹¹¹. Auf der Basis dieser Studie entwickelte er mit seinen Mitarbeitern Etienne Hirsch und Pierre Uri einen Plan, den sie in den nächsten zwei Wochen neunmal überarbeiteten¹¹². Sein Grundkonzept der Zusammenlegung der europäischen Montanindustrie war keineswegs vom Himmel gefallen. Schon 1948 hatte der amerikanische Botschafter Douglas ähnliche Überlegungen angestellt. Paul Reynaud unterbreitete der Beratenden Versammlung des Europarates im Dezember 1949 den Plan einer gemeinsamen Behörde für den europäischen Stahl. André Philip und Edouard Bonnefous forderten ebenfalls die Internationalisierung der europäischen Schwerindustrie¹¹³. Im November präsentierte François-Poncet dem Quai d'Orsay eine deutschlandpolitische Ausarbeitung, in der er angesichts des von ihm erwarteten schnellen ökonomischen Wiederaufstiegs der Bundesrepublik für die wirtschaftliche Zusammenarbeit plädierte und zu raschem Handeln drängte, um die gegenwärtige Kooperationsbereitschaft Bonns zu nutzen¹¹⁴. Mitte Dezember hielt er die Formel deutsch-französischer „accords de concurrence“ für einen praktikablen Ansatzpunkt, die er wenige Wochen später durch die Idee einer europäischen Wirtschaftsintegration ergänzte¹¹⁵. Adenauer empfahl in seinen Interviews mit Kingsbury-Smith am 7. bzw. 21. 3. ein „Verschmelzen der beiden Länder in bezug auf Zölle und Wirtschaft“¹¹⁶. Einen Tag später fügte er diesem Vor-

160, hier S. 154; s.a. ders. an dens., Aufzeichnung, 3. 5. 1950, in: Fondation Jean Monnet pour l'Europe (Hg.), *L'Europe*, S. 42–48.

¹⁰⁹ In diesem Sinne äußerte sich Monnet gegenüber dem englischen Botschafter Harvey (Harvey an Bevin, Tel. 144, 1. 3. 1951, Priority, Confidential, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 417 f.).

¹¹⁰ Monnet an Schuman, Aufzeichnung Nr. 1, 1. 5. 1950, Secret, in: Beyer, Robert Schuman, S. 155; zur Motivation Monnets vgl. insgesamt: Duchêne, Jean Monnet, S. 181–206.

¹¹¹ S. Reuter, *Communauté*, S. 23–25; Monnet, *Erinnerungen*, S. 375 f.

¹¹² S. die Versionen in: FJM, AMG 1/2/1 bis AMG 1/2/9.

¹¹³ Vgl. Gerbet, *Genèse*, S. 528 f.; Monnet, *Erinnerungen*, S. 359; Willis, *France*, S. 81 f.

¹¹⁴ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 371, Bl. 138–147, François-Poncet an Schuman, Aufzeichnung, 6. 11. 1949; Bock, *Perzeption*, S. 614 u. 619.

¹¹⁵ François-Poncet an Schuman, Nr. 1200/CM, 18. 12. 1949, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 1, S. 219–222, hier S. 221. vgl. Kap. III.1.1; s.a. Unterredung zwischen Auriol und François-Poncet vom 28. 12. 1949, in: Auriol, *Journal*, Bd. 3, S. 461 f.

¹¹⁶ PA, Abt. 2, Bd. 581, Bl. 103–109, Interview Adenauers mit Kingsbury-Smith vom 21. 3. 1950,

schlag gegenüber dem französischen Regierungschef Bidault die Anregung von Expertentreffen auf den Gebieten Stahl, Kohle und Chemieprodukte hinzu¹¹⁷.

Nachdem Monnet von Bernard Clappier, dem Kabinettschef Schumans, erfahren hatte, der Außenminister sei auf der Suche nach einem Konzept, das er seinen Kollegen am 10. 5. in London präsentieren könne, legte er seine Gedanken am 28. 4. in einem Memorandum vor. Wie würde der Minister reagieren? Seit 1948 vertrat er die These, eine Lösung des Sicherheitsproblems gegenüber Deutschland könne nur im Rahmen der westlichen Allianz gefunden werden. „Problème allemand: ressources et énergies allemandes – se borner à les endiguer et freiner, par interdictions, par coalitions contraires, ou les mettre en valeur, les faire fructifier en commun au profit de toute l’Europe unifiée.“¹¹⁸ Im Herbst 1949 sprach er sich gegenüber Vizekanzler Blücher für den Ausbau der Ruhrbehörde zu einem „Organ der europäischen wirtschaftlichen Arbeitsteilung“ aus¹¹⁹. Die Umsetzung dieser Erwägungen in konkrete Politik war dem Minister indes bis zum Frühjahr 1950 nicht gelungen. Im Gegenteil – seine Deutschlandpolitik stand vor dem „Bankrott“¹²⁰, was bei ihm im April „eine regelrechte innere Krise“¹²¹ verursachte. Wie sollte er seinen angelsächsischen Kollegen gegenüber in London auftreten? Was konnte er ihnen anbieten, ohne den französischen Interessen zu schaden?

In dieser von Unsicherheit und Mißtrauen geprägten Lage¹²² bot Monnets Ausarbeitung den heiß ersehnten Ausweg, den Schumans eigene Beamte trotz aller gedanklicher Planungen nicht zu weisen imstande waren. Im Bewußtsein gewisser „origines américaines“¹²³ prüfte der Außenminister sie ein Wochenende lang in seinem Landhaus in Scy-Chazelles und erklärte dem Generalkommissar danach: „Ich mache mit“¹²⁴. Bidault hingegen, der Président du Conseil, konnte sich nicht zu einer Zustimmung durchringen. Ja, er nahm sich nicht einmal die Zeit, das ihm von Monnet zugesandte Papier zu lesen¹²⁵, zumal es seinen am 16. 4. veröffentlichten Vorstellungen von einem atlantischen Hohen Rat zur Koordinierung der Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik gänzlich zuwiderlief¹²⁶.

PIB-Mitteilung Nr. 347/50; zur Bedeutung dieses Vorstoßes für Monnet und Schuman s. Monnet, Erinnerungen, S. 363–365; Poidevin, Robert Schuman, S. 272 f.

¹¹⁷ S. AN, 457 AP 59, Papiers Bidault, Koutzine an Bidault, 22. 3. 1950; Soutou, Georges Bidault, S. 293.

¹¹⁸ ADM, 34 J 22, Papiers Schuman, Notiz Schumans, o.D.; vgl. Trausch, Schuman-Plan, S. 113 f.

¹¹⁹ Vgl. Kabinettsitzung, 3. 11. 1949, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 1, S. 170.

¹²⁰ Ziebur, Beziehungen, S. 74.

¹²¹ Poidevin, Robert Schumans Deutschland- und Europapolitik, S. 18.

¹²² Zu dieser Einschätzung s. BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 251, Tb. 4. 5. 1950.

¹²³ Mélandri, Etats-Unis, Bd. 2, S. 538–544; s.a. Schröder, Jean Monnet, S. 73–103; Schwabe, Staatskunst, S. 224.

¹²⁴ Zitiert nach: Monnet, Erinnerungen, S. 381; s.a. Roussel, Jean Monnet, S. 522 f.

¹²⁵ S. Monnet an Bidault, 28. 4. 1950, in: ebd., S. 520–522; Monnet, Erinnerungen, S. 381 f.; Bidault, Rebell, S. 216 f.; Demory, Georges Bidault, S. 301–304; Soutou, Georges Bidault, S. 293–295. Soutous Vorwurf an Monnet, er habe mit Schuman und Bidault gespielt, indem er dem einen gegenüber mit dem Memorandum vom 28. 4. die Faktoren Europa und deutsch-französische Integration, dem anderen aber mit dem Memorandum vom 3. 5. die Kontrolle Deutschlands und die Entwicklung der französischen Industrie herausgekehrt habe, erscheint nicht stichhaltig, da Monnet sowohl Schuman als auch Bidault beide Dokumente zusandte.

¹²⁶ S. Rede Bidaults in Lyon, 16. 4. 1950, im Auszug in: EA 1950, S. 3149. Bidaults Biograph erklärt die Nichtbeachtung des Memorandums von Monnet hingegen mit Belastungen durch „une époque agitée“ (Dalloz, Georges Bidault, S. 306); s.a. Demory, Georges Bidault, S. 296 f.

Monnets „Notes de réflexions“ vom 1. und 3. 5. überzeugten Schuman endgültig¹²⁷. Da er den allmählich Kontur gewinnenden Plan so geheim wie möglich halten wollte, setzte er lediglich zwei Kabinettskollegen, René Mayer und René Pleven, davon in Kenntnis. François-Poncet hingegen weihte er ebenso wenig ein wie die konsternierten Beamten im Quai d'Orsay¹²⁸. Auch auf der internationalen Ebene informierte er zwei Politiker, den einen eher notgedrungen, den anderen hingegen absichtlich: Dean Acheson, der auf seiner Reise nach London am 7. 5. in Paris einen Zwischenstopp einlegte¹²⁹, und Konrad Adenauer. Da Schuman insbesondere an einer umgehenden Kontaktaufnahme zum Kanzler gelegen war, schickte er seinen engen Mitarbeiter Robert Mischlich nach Bonn, um dort am späten Vormittag des 8. 5.¹³⁰ über Blankenhorn zwei Briefe an Adenauer weiterzuleiten. Im offiziellen Schreiben, auf den 7. 5. datiert, teilte er nach einleitenden Worten über den Zweck der Mission von Mischlich und der Bitte um strenge Discretion den Wortlaut einer für den folgenden Tag geplanten Erklärung vor dem Conseil des Ministres mit und skizzierte dann „les lignes générales d'un système qui modifierait complètement les relations économiques entre nos deux pays“¹³¹.

Die seit dieser Zeit von interessierten Kreisen betriebene Mythenbildung um den Schuman-Plan und die Männer, die ihn ins Werk setzten, verliert natürlich ihren Glanz, wenn man erkennt, daß bei den Protagonisten vornehmlich die eigenen Interessen den Ausschlag dafür gaben, die Hand über den Rhein zu reichen. Beide Staatsmänner verfolgten mit dem Projekt „keineswegs ein primär europapolitisches“ Interesse, sondern in erster Linie handfeste nationale Ziele¹³² – wirtschaftliche und vor allem politische¹³³. Adenauer fühlte sich beim Studium der Überlegungen Schumans sofort an seinen Plan von 1924/25 über die „Kuppelung der Schwerindustrie beider Länder und eine entsprechende Vereinigung der Zollgebiete“ erinnert¹³⁴. Fünfundzwanzig Jahre später, im August 1949, hatte er – wie bereits erwähnt – vor dem Hintergrund der Debatte über die Internationalisierung der Thyssen-Hütte Schuman abermals einer „umfassende[n] internationa-

¹²⁷ S. Monnet an Schuman, Aufzeichnung Nr. 1, 1. 5. 1950, Secret, in: Beyer, Robert Schuman, S. 154; ders. an dens., Aufzeichnung, 3. 5. 1950, in: Fondation Jean Monnet pour l'Europe, (Hg.), L'Europe, S. 42–48.

¹²⁸ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 312f., Tb. 9. 5. 1950; Chauvel, Commentaire, Bd. 2, S. 268; Dumaine, Quai d'Orsay, S. 502; Bock, Perzeption, S. 619f.; Bossuat, La France, Bd. 2, S. 753f.

¹²⁹ Zur anfänglich reservierten, dann aber dezidiert positiven Haltung Achesons zum Schuman-Plan s. Acheson an Webb, Tel. 211, 10. 5. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 694f.; Acheson, Creation, S. 382–389; Mélandri, Etats-Unis, Bd. 2, S. 545–550; Schwabe, Staatskunst, S. 223–228.

¹³⁰ S. Mischlich, Mission secrète, S. 59f. Mischlich nennt irrtümlicherweise den 9. 5. als Datum seiner Reise. Blankenhorn spricht in seinem Tagebuch vom 8. 5., „vormittags 12 Uhr“ (BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 277, Tb. 8. 5. 1950; Blankenhorn, Verständnis, S. 100f., Tb. 8. 5. 1950).

¹³¹ Schuman an Adenauer, 7. 5. 1950, in: Fondation Jean Monnet pour l'Europe (Hg.), L'Europe, S. 60f., hier S. 61. Das von Adenauer in seinen Erinnerungen erwähnte handschriftliche Schreiben Schumans (Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 327) gilt seit Jahrzehnten als verschollen (Poppinga, Mut, S. 511f.).

¹³² Köhler, Adenauer, S. 607.

¹³³ Vgl. dagegen Kipping, Kartelle.

¹³⁴ Unterredung zwischen Adenauer und Hans Schäffer vom 3. 6. 1950, im Auszug in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 132–140, hier S. 137; s.a. Adenauer an Paul Silverberg, 11. 5. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 209. Köhler sieht in dieser Vordatierung Adenauers eine bewußte Irreführung, um von seinen Aktivitäten des Jahres 1923 abzulenken (Köhler, Adenauer, S. 604).

le[n] Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Kohle und Eisen“ das Wort geredet¹³⁵. Den Kanzler leitete die Überzeugung, das Gleichgewicht in Europa sei durch den Zweiten Weltkrieg zerstört und der Machtverlust des Alten Kontinents müsse durch einen Zusammenschluß aller europäischen Demokratien ausgeglichen werden. Zur Konsolidierung und außenpolitischen Stabilisierung bedurfte die junge Bundesrepublik des bewußt angestrebten Aufgehens in einem „integrierten“ Westeuropa. Eine herausragende Rolle spielte für ihn dabei die Beseitigung des französisch-deutschen Gegensatzes als notwendige Voraussetzung für jede europäische Einigung, die ihrerseits aber ebenfalls als „Mittel zum Zweck“ wirkte¹³⁶. Adenauer zögerte begrifflicherweise keinen Moment, Schumans Vorstoß zu unterstützen. Gewiß, das Angebot stand in einem auffälligen Kontrast zum „veto absolu“, das Staatspräsident Auriol zwei Tage zuvor einer deutschen Aufrüstung entgegengestellt hatte¹³⁷. Von einer Verflechtung der Schwerindustrie, wie Adenauer sie stets proklamiert hatte, war außerdem nicht die Rede, da die Eigentumsverhältnisse nicht verändert und die Schwerindustrie lediglich unter die Kontrolle der Hohen Behörde gestellt werden sollten¹³⁸. Dennoch identifizierte er sich so stark mit dem Schuman-Plan, daß er darin „son propre enfant“ glaubte erkennen zu können¹³⁹. Nach kurzer Beratung mit Blankenhorn übergab er Mischlich daher am Abend des 8. 5. zwei Schreiben an Schuman, in denen er dessen Gedanken „als einen entscheidenden Schritt zu einer engen Verbindung Deutschlands mit Frankreich und damit zu einer neuen, auf der Grundlage friedlicher Zusammenarbeit aufgebauten Ordnung in Europa“ würdigte und seine Bereitschaft zur Realisierung des Planes definitiv bestätigte¹⁴⁰.

Vielfältige Motive zeichneten für diesen Entschluß verantwortlich. Zum einen bot das Projekt die Möglichkeit der gegenseitigen Kontrolle über Kohle und Stahl, also auch über den Rüstungssektor, und konnte somit zur Vertrauensbildung beitragen¹⁴¹. Außerdem glaubte der Kanzler, wie Schuman, an die Vorbildfunktion einer erfolgreichen Integration im Montanbereich für andere Wirtschaftsgebiete. Ja, er erwartete von dem projektierten ökonomischen Zusammenschluß auch ein politisches Zusammengehen, „vielleicht auch ein militärisches, obgleich er selbst Deutschland möglichst aus einer Aufrüstung heraushalten wolle“¹⁴². Darüber hinaus besaß der Plan für die Bundesrepublik den Vorteil, daß er mit Teilen des Besatzungsstatuts kollidierte und damit nicht nur den Weg zur vollen Entfaltung ihres industriellen Potentials, sondern auch zur politischen

¹³⁵ Adenauer an Schuman, 25. 8. 1949, Vertraulich, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 94–96, hier S. 95; vgl. Kap. III.1.1.

¹³⁶ Trausch, Schuman-Plan, S. 117.

¹³⁷ „Paris-presse/l'intransigeant“, 11. 5. 1950, im Auszug auch in: BDFD III, S. 182 f., hier S. 182; s.a. AdG 1948/49, S. 2370B.

¹³⁸ Vgl. Köhler, Adenauer, S. 604.

¹³⁹ François-Poncet an Schuman, Nr. 609/CM, 21. 5. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 272–281, hier S. 276.

¹⁴⁰ Adenauer an Schuman, 8. 5. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 208; s.a. Mischlich, Mission, S. 60 u. 64; Legoll, Konrad Adenauer, S. 254.

¹⁴¹ S. Erklärung Hallsteins in der Sitzung des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten vom 31. 10. 1950, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle, S. 151.

¹⁴² Tb. Hans Schäffer, 3. 6. 1950, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 138.

Souveränität ebnete¹⁴³. Die Offerte bot seiner Meinung nach die große Chance, „gleichberechtigt an einer gemeinsamen Aufgabe“ zu wirken und den bilateralen Beziehungen „einen neuen Auftrieb zu konstruktiver Zusammenarbeit“ zu geben¹⁴⁴. Sodann stellte er durch die Einbeziehung der Kohlegruben an der Saar auch die Bereinigung der Saarfrage in Aussicht. Schließlich spielten für Adenauer auch die Überzeugung der amerikanischen Unterstützung¹⁴⁵ und eine gewisse Enttäuschung über England eine Rolle. Hatte er noch in seinem Interview mit Kingsbury-Smith London die Tür zur deutsch-französischen Union weit öffnen wollen, beklagte er sich nun, „daß Englands Außenpolitik sich von den alten Methoden nicht lösen könnte und auf das ‚Teilen und Herrschen‘ hinausginge“¹⁴⁶.

Nach den zahlreichen Enttäuschungen der letzten Monate faßte der Bundeskanzler wieder Vertrauen zum französischen Außenminister. Schuman war es allem Anschein nach gelungen, sich von der im Quai d'Orsay mit Macht wirkenden Gruppe von Vertretern einer germanophoben Sicherheitspolitik um Parodi zu befreien. Der Inhalt des Planes, die Geheimmission Mischlischs und die Tatsache der offenbar völlig ausgeschalteten französischen Hohen Kommission ließen den Kanzler jedenfalls vom Triumph des Ministers über seine Mitarbeiter schwärmen¹⁴⁷. Endlich bot sich die Gelegenheit, das Verhältnis beider Staaten auf der Basis wirtschaftlicher Realitäten und nicht von Ressentiments zu gestalten, wenngleich der Kanzler selbst zugab, daß ihm die Beziehungen zu Frankreich sehr wohl eine Herzensangelegenheit waren¹⁴⁸. Alles in allem bot sich der Bundesrepublik eine einmalige Chance, die nicht ungenutzt verstreichen durfte, auch wenn es sich um „un saut dans l'inconnu“ handelte¹⁴⁹.

Nachdem beide Minister Einvernehmen über die Durchführung des Planes erzielt hatten, steuerten sie eine möglichst medienwirksame Veröffentlichung an. Mit der Zustimmung Adenauers und dem anschließend eingeholten Placet des keineswegs begeisterten Ministerrates im Rücken¹⁵⁰ berief Schuman am Abend des 9. 5. eine große Pressekonferenz in den Salon de l'Horloge des Quai d'Orsay. In der Erkenntnis der unabdingbar notwendigen Einheit der demokratischen Staaten des Kontinents und der Einsicht, „l'Europe ne se fera pas d'un coup“,

¹⁴³ S. Schalfjew an Adenauer, I A-2122/50, 11. 5. 1950, in: Küsters, Bonn und der Schumanplan, S. 83–85; Alphand, L'étonnement d'être, S. 217, Tb. 10. 5. 1950.

¹⁴⁴ Adenauer an Schuman, 8. 5. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 208 u. 209.

¹⁴⁵ Adenauer sah Acheson als „wahren Anstifter“ der französischen Initiative (zitiert nach: Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 158).

¹⁴⁶ Tb. Hans Schäffer, 3. 6. 1950, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 133.

¹⁴⁷ Entgegen besseren Wissens beglückwünschte Adenauer François-Poncet aus Gründen der Bonhomie zu seiner „maßgebend[en]“ Beteiligung am Zustandekommen des Plans (PA, Abt. 2, Bd. 744, Bl. 7, Adenauer an François-Poncet, 5135/4158/50, 12. 5. 1950), woraufhin François-Poncet in geschickter Umgehung der ihn brüskierenden Tatsachen antwortete: „C'est vous dire qu'en ce qui concerne ma modeste contribution, tout mon zèle est acquis à cette grande entreprise.“ (Ebd., Bl. 93, François-Poncet an Adenauer, 18. 5. 1950). Um die Stimmung des Kanzlers nicht zu verderben, hielt es auch Bérard für ratsam, Adenauer in seiner (vermeintlich) irrigen Auffassung nicht zu korrigieren (AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 111, Bl. 6f., Bérard an MAE, Tel. 2164/65, 11. 5. 1950, Priorité).

¹⁴⁸ Vgl. Gehler, Klein- und Großeuropäer, S. 588.

¹⁴⁹ Steinert, Saut.

¹⁵⁰ Bidault behauptet in seinen Memoiren, er habe dem Plan in der entscheidenden Ministerratssitzung zum Durchbruch verholfen (Bidault, Rebell, S. 218; Soutou, Georges Bidault, S. 294).

wollte er Fakten schaffen, die die Alte Welt allmählich zusammenwachsen ließen und Frankreich die Chance böten, zumindest eine regionale Führung zu übernehmen. Aus der Besorgnis gegenüber einem amerikanischen Übergewicht in Europa sowie der Furcht vor einem wiedererstarkten Deutschland erklärte er daher die Bereitschaft seiner Regierung, „de placer l'ensemble de la production franco-allemande de charbon et d'acier, sous une Haute Autorité commune, dans une organisation ouverte à la participation des autres pays d'Europe“¹⁵¹. Zwei Stunden später bat Adenauer seinerseits die Presse zu sich, um die deutsche Teilnahme an der Realisierung des Projektes zu verkünden. „Au milieu d'une émotion et d'un enthousiasme incroyables“¹⁵² begrüßte der Kanzler die französische Initiative, die ihm zugleich Genugtuung und Hoffnung bot, weil das vom Bundeskabinett wenige Stunden zuvor beschlossene Beitrittsge such für den Europarat und die von ihm in aller Deutlichkeit herausgestellte „Basis der Gleichberechtigung“, auf der der Schuman-Plan ruhte, eindrucksvoll die Richtigkeit seiner Politik zu bestätigen schienen¹⁵³. Mit einem Schlag hatte sich seine seit Wochen andauernde Verärgerung über Frankreich verwandelt: „le vinaigre du Chancelier fédéral s'est changé en miel“, kommentierte François-Poncet den abrupten Stimmungsumschwung¹⁵⁴.

Die entscheidende Hürde hatte das Projekt genommen. Nun ging es Schuman um die Zerstreuung des Mißtrauens der nicht unmittelbar involvierten Staaten. Angesichts sofort aufkommender angelsächsischer Beschwerden hinsichtlich eines neuen Kohle- und Stahlkartells¹⁵⁵ versuchte er während des Außenministertreffens in London seine beiden Kollegen davon zu überzeugen, daß seiner Regierung nichts ferner läge als eine derartige Firmenkonzentration. Wider besseren Wissens unterstrich er zugleich die Vereinbarkeit der geplanten Gemeinschaft mit dem deutschen Besatzungsregime. „No modification would be made to the statute and the functions of the Ruhr Authority and Military Security Board“¹⁵⁶. Während Bevin zu diesen Vorstellungen auf Distanz ging, legte Acheson seine Zweifel ab und wurde zu einem „enthusiastischen Befürworter“ des Schuman-Plans¹⁵⁷.

Als Schuman danach trachtete, sein Projekt international abzusichern, bemühte sich Adenauer wie so häufig in entscheidenden politischen Momenten darum, die Fäden auf der nationalen Ebene in der eigenen Hand zu behalten¹⁵⁸. Eine Koordination der deutschen Positionen schien durchaus geboten, denn die erste Reaktion der interessierten Ministerien ließ nicht unerhebliche Meinungsverschieden-

¹⁵¹ Regierungserklärung Schumans, 9. 5. 1950, in: BDFD I, S. 225–227, hier S. 225.

¹⁵² Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 312 f., Tb. 9. 5. 1950.

¹⁵³ Pressekonferenz Adenauers, 9. 5. 1950, in: Adenauer, Reden, S. 175–181, hier S. 180; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 4, Bl. 2 f., Tb. 9. 5. 1950; Blankenhorn, Verständnis, S. 102 f.; Artikel Holldacks, in: „Süddeutsche Zeitung“, 11. 5. 1950, auch in: BDFD III, S. 180–182; Legoll, Konrad Adenauer, S. 255–261.

¹⁵⁴ François-Poncet an Schuman, Nr. 609/CM, 21. 5. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 272.

¹⁵⁵ Vgl. Mélandri, Etats-Unis, Bd. 2, S. 556–561.

¹⁵⁶ Zusammenfassung von Schlußfolgerungen des Außenministertreffens in London, MIN/TRI/DEC/3, 12. 5. 1950, Top Secret, im Auszug, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 45–47, hier S. 46 f.

¹⁵⁷ Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 155; s.a. Schröder, Jean Monnet, S. 116–121.

¹⁵⁸ S. Kabinettsitzung, 16. 5. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 390.

heiten erkennen. Peter Pfeiffer, Leiter der Diplomatenschule in Speyer, bekundete gegenüber französischen Kollegen sein Erstaunen über die ohne gründliche Prüfung des Schuman-Plans abgegebene Erklärung des Kanzlers¹⁵⁹. Das Bundesministerium für den Marshallplan wertete das französische Vorhaben zwar als einen für Deutschland „ganz großen politischen Schritt nach vorne“, witterte aber eine beträchtliche Rechnung. Frankreich wolle offenbar die Führung auf dem Kohlegebiet an Deutschland abgeben und dafür die auf dem Stahlgebiet fordern. „Es scheint die Zeit der deutschen Stahlquote noch ausnutzen zu wollen, um auf vertraglichem Wege sich gegen eine zu starke deutsche Konkurrenz zu sichern.“¹⁶⁰ Dementsprechend warnte Minister Blücher in der Sitzung des FDP-Bundesvorstandes am 17. 7. eindringlich davor, den Schuman-Plan nur unter politischen Gesichtspunkten zu durchleuchten¹⁶¹. Geprägt von der ihnen nahestehenden Ruhrindustrie, trat diese Betonung des wirtschaftspolitischen Aspektes in der Willensbildung der Liberalen in den nächsten Monaten immer stärker in den Vordergrund¹⁶². Auch das Bundeswirtschaftsministerium verband nach einer internen Besprechung¹⁶³ die grundsätzliche Billigung des Planes mit Bedenken und Forderungen. Eine Realisierung, so hieß es in einer ersten Stellungnahme, setze „gleichberechtigte Vertragspartner im vollen Besitz ihrer Souveränität“ voraus und sei daher mit den besatzungsrechtlichen Fesseln der Bundesrepublik nicht in Einklang zu bringen¹⁶⁴. Minister Erhard machte darüber hinaus keinen Hehl aus seiner Absicht, sein Konzept der liberalen Wirtschaftsordnung durch die supranationale Hohe Behörde nicht gefährden lassen zu wollen¹⁶⁵.

Angesichts dieser geballten Ladung von Vorbehalten aus den Reihen der Politik war es nur zu verständlich, daß auch aus der deutschen Industrie Kritik kam. Trotz aller Opferbereitschaft zum Wohle der deutsch-französischen Beziehungen verlangte sie, die wirtschaftlichen Nachteile des Planes nicht außer acht zu lassen, und mahnte die Aufhebung der Produktionsbeschränkungen, den Abbau der alliierten Kontroll- und Aufsichtsgremien, eine strukturelle Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie sowie die bevorzugte Behandlung westdeutscher Investitionsvorhaben an¹⁶⁶.

Adenauer hatte also mit Widerständen zu rechnen, was auch Schuman sah. Zur Stabilisierung ihres Konsenses schickte er Mitte Mai Monnet zur ausführlichen Berichterstattung nach Bonn. Nur widerwillig erteilte die Hohe Kommission die Erlaubnis zum Gespräch mit dem Bundeskanzler, untergrub diese bilaterale Kon-

¹⁵⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 566, Bl. 141 f., Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 6. 7. 1950 (Konzept CA).

¹⁶⁰ PA, SFSP, Bd. 289, Bl. 3 f., Bundesministerium für den Marshallplan, Az. II/2c-4/31, 24. 6. 1950, Vertraulich.

¹⁶¹ S. Erklärung Blüchers in der Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 17. 7. 1950, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1954, S. 91.

¹⁶² Vgl. Jeutter, EWG, S. 95–97.

¹⁶³ S. Interne Besprechung im BMWi vom 10. 5. 1950, 11. 5. 1950, in: BDFD II, S. 581 f.

¹⁶⁴ Schalfjew an Adenauer, I A-2122/50, 11. 5. 1950, in: Küsters, Bonn und der Schumanplan, S. 83–85, hier S. 84.

¹⁶⁵ Vgl. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 127–130; Küsters, Streit, S. 338; Roussel, Jean Monnet, S. 550 f.

¹⁶⁶ Vgl. Aufzeichnung Sohl, 2. 6. 1950, in: BDFD II, S. 596–606; Henle an Adenauer, Aufzeichnung, 10. 6. 1950, in: ebd., S. 606–611; zur Einstellung der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie vgl. Bühner, Ruhrstahl, S. 170 f. u. 205; zur Haltung der deutschen Industrie gegenüber der europäischen Integration insgesamt vgl. zusammenfassend: ders., Federation.

sultation von Regierung zu Regierung doch implizit das Besatzungsstatut. Ihr war natürlich klar, daß der Schuman-Plan ihre Existenzgrundlage allmählich in Frage stellte, weil nur eine ‚soveräne‘ Bundesrepublik an den zukünftigen Verhandlungen teilzunehmen vermochte¹⁶⁷. Adenauer mußte diese Entwicklung natürlich recht sein. Dennoch sah er dem Treffen mit Skepsis entgegen. Auch Monnet wirkte nervös und unruhig¹⁶⁸. Indes, die eineinhalbstündige Unterredung verlief „günstiger und konstruktiver“ als erwartet¹⁶⁹, begründete gar einen lange währenden „contact amical“ zwischen beiden Politikern¹⁷⁰. Geschickt räumte Monnet letzte Vorbehalte aus, betonte den im wesentlichen politischen Grundgedanken des Schuman-Planes, dem er sogar eine moralische Komponente testierte. Die bisherigen Integrationsversuche krankten seiner Meinung nach daran, daß sie eine Föderation souveräner Staaten anvisierten. Notwendig sei aber ein supranationaler Ansatz, der vor allem im Bereich der deutsch-französischen Beziehungen, dem neuralgischen Punkt in Europa, zum Ziel führen könne. Frankreich wolle die Beziehungen zur Bundesrepublik auf eine gänzlich neue Basis stellen und das Trennende, insbesondere die Kriegsindustrien, zum gemeinsamen Nutzen wenden. Adenauer pflichtete dem bei, hob ebenfalls die moralische Seite des Unternehmens hervor und zugleich die europapolitische Dimension: „L’Allemagne [...] sait que son sort est lié au sort de l’Europe occidentale“¹⁷¹.

Allerdings traten in dem einen oder anderen Gesprächspunkt auch gewisse Meinungsverschiedenheiten zu Tage. So favorisierte Adenauer im Gegensatz zu Monnet einen bilateralen Alleingang und erst in einer zweiten Stufe den Beitritt dritter Länder, was Frankreich aber aus Rücksicht auf seine europäischen Partner ablehnte¹⁷². Der prinzipiellen Idee Monnets eines Pools der Kohle- und Stahlkapazität stimmte der Kanzler hingegen ebenso uneingeschränkt zu wie dem Ziel einer bindende Beschlüsse verabschiedenden Hohen Behörde. Zugleich einigten sie sich darauf, bis zur grundsätzlichen politischen Einigung jede Einmischung der Ministerien abzuwehren und die kommenden Regierungsverhandlungen ausschließlich von „Leute[n] mit allgemeinem politischem und wirtschaftlichem Überblick“ führen zu lassen¹⁷³. Adenauer dachte dabei deutscherseits an Her-

¹⁶⁷ S. McCloy an Acheson, Tel. 268, 23. 5. 1950, Confidential, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 705–709; Robertson an Bevin, Tel. 803, 24. 5. 1950, Immediate, Restricted, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 83–86.

¹⁶⁸ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 318, Tb. 23. 5. 1950.

¹⁶⁹ Interview Adenauers mit dem „Daily Telegraph“, in: BA, NL Blankenhorn, Bd. 4, Bl. 82–85, o.D.; im Auszug in: AdG 1950, S. 2405H; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 720.

¹⁷⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 111, Bl. 54f., François-Poncet an MAE, Tel. 2405/06, 24. 5. 1950, Urgent, Réservé. Zu dem nicht spannungsfreien Verhältnis zwischen Adenauer und Monnet s.a. Wilkens, Jean Monnet.

¹⁷¹ Unterredung zwischen Adenauer und Monnet vom 23. 5. 1950, in: Fondation Jean Monnet pour l’Europe (Hg.), Naissance, S. 197–203, im Auszug in: BDFD I, S. 227–230, hier S. 229; vgl. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 336f.; Aufzeichnung Blankenhorn, 24. 5. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 154–159; Blankenhorn, Verständnis, S. 104f., Tb. 23. 5. 1950; Monnet, Erinnerungen, S. 393–395; Legoll, Konrad Adenauer, S. 262–267; Roussel, Jean Monnet, S. 537–539; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 720–725.

¹⁷² S. Tb. Hans Schäffer, 3. 6. 1950, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 135. Während Erhard wie Adenauer die deutsch-französischen Gespräche im Anfangsstadium nicht durch Einbeziehung Dritter komplizieren wollte (Schneider an Erhard, Aufzeichnung, 22. 5. 1950, in: BDFD II, S. 583–587), hielt Blücher eine derartige „deutsch-französische Ausschließlichkeit“ für problematisch (PA, SFSP, Bd. 67, Bl. 19, Blücher an Adenauer, 22. 5. 1950).

¹⁷³ Tb. Hans Schäffer, 3. 6. 1950, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 135; s.a. ebd., S. 136; PA, Abt. 2,

mann Josef Abs und den früheren Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Hans Schäffer, den er noch am selben Tag zu einer dringenden Unterredung nach Bonn bat¹⁷⁴. Monnet sprach sich gegen Abs aus, nicht weil er in ihm einen überlegenen Verhandlungsführer fürchtete¹⁷⁵, sondern weil Abs „während der Besatzungszeit für deutsche Stellen in Frankreich aufgetreten sei“¹⁷⁶. Da auch Schäffer abwinkte, berief Adenauer Walter Hallstein, Hans Boden, Walter Bauer, Herbert Blankenhorn, Hans vom Hoff und Franz Grosse in die deutsche Delegation¹⁷⁷. Mit dieser Zusammensetzung aus Männern seines Vertrauens konnte er sich dann leichter der Anregung der um ihren Einfluß fürchtenden Kabinettskollegen anschließen, einen Ministerausschuß unter dem Vorsitz des Kanzlers mit Blücher, Erhard, Schäffer und Storch einzusetzen¹⁷⁸. Im gemeinsamen Pressecommuniqué, mit dem Adenauer Monnet „eine wirksame diplomatische Waffe“¹⁷⁹ in den Auseinandersetzungen um die englische Teilnahme in die Hand gab, bekundeten sie „völlige Übereinstimmung“ der Auffassungen und ein großes Interesse „an einer schnellen Verwirklichung des Vorschlages“¹⁸⁰. Sollte der Besuch zu einem „Meilenstein auf dem Weg zur Einigung und Einheit“ werden, fragten sich die Gazetten, oder aber würde die Geschichte ihn „als ein letztes Alarmläuten vor Toreschluß“ verzeichnen¹⁸¹?

In den Regierungen in Paris und Bonn neigte man voll Optimismus zur ersten Einschätzung. Die vom Abschluß der Saarkonventionen Anfang März eingeläutete „période des oppositions et des chicanes“ sei vorbei, notierte Bérard in seinem Tagebuch. Sicher, so fuhr er fort, die Ablehnung des Projektes durch Schumacher sei ebenso gewiß wie Adenauersche Manöver voraussehbar, doch könne weder das eine noch das andere Frankreich von seinem Weg abbringen¹⁸². Und François-Poncet kam nicht umhin festzustellen, daß der Kanzler jenen, die ihn nach den Interviews mit Kingsbury-Smith belächelt hatten, nun die Stirn bieten könne. Denn der Schuman-Plan liefere ihm „une revanche éclatante“ gegenüber seinen Gegnern, „une consécration“ in den Augen seiner Anhänger¹⁸³. Auch in der französischen Presse errang Adenauer einen klaren Sieg über Schumacher, weil seine Politik die einzige zu sein schien, „qui soit positive“¹⁸⁴.

Tatsächlich, so faßte eine die Reaktionen im Ausland vergleichende Aufzeichnung des Quai d'Orsay zusammen, erfuhr der Schuman-Plan in der Bundesrepu-

Bd. 744, Bl. 70f., Schäffer an Adenauer, 24. 5. 1950; Kabinettsitzungen, 12. u. 16. 6. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 453 u. 462–464.

¹⁷⁴ S. Tb. Hans Schäffer, 3. 6. 1950, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 136. Zur Biographie Schäffers ausführlich: Wandel, Hans Schäffer.

¹⁷⁵ In diesem Sinne: Köhler, Adenauer, S. 608.

¹⁷⁶ Tb. Hans Schäffer, 3. 6. 1950, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 136.

¹⁷⁷ S. Adenauer an Monnet, 16. 6. 1950, Entwurf, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 231f.; Bührer, Ruhrstahl, S. 180f.

¹⁷⁸ S. Kabinettsitzungen, 12. u. 16. 6. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 453 u. 462–464.

¹⁷⁹ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 725.

¹⁸⁰ PA, Abt. 2, Bd. 744, Bl. 25, PIB-Mitteilung, Nr. 507/50, 23. 5. 1950.

¹⁸¹ Artikel Grüssens, in: „Mannheimer Morgen“, 24. 5. 1950, auch in: BDFD III, S. 187–189, hier S. 187.

¹⁸² Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 315, Tb. 14. 5. 1950.

¹⁸³ François-Poncet an Schuman, Nr. 609/CM, 21. 5. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 277.

¹⁸⁴ „Le Monde“, 17. 6. 1950, im Auszug auch in: BDFD III, S. 194f., hier S. 195.

blik die lebhafteste Zustimmung. Motive und Ziele dieser Haltung blieben dem französischen Außenministerium freilich nicht verborgen:

- der Wunsch nach einer Fusion der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion als Basis einer europäischen Integration;
- die Absicht, als gleichberechtigtes Mitglied in die Gemeinschaft der europäischen Demokratien aufgenommen zu werden;
- die Möglichkeit zur Produktionssteigerung im Stahlbereich;
- die Tendenz, mit dem Schuman-Plan das Saarproblem zu lösen;
- die Perspektive neuer Absatzmärkte für die deutsche Industrie, etwa in Afrika¹⁸⁵.

Eine Ausnahme von dieser im großen und ganzen positiven Reaktion in den politischen Kreisen der Bundesrepublik bildete wie schon bei der Frage des Beitritts zum Europarat die Sozialdemokratie¹⁸⁶. Sie begrüßte das Projekt zunächst im Prinzip, drängte aber zugleich auf die Aufhebung des Ruhrstatuts und warnte vor der Errichtung eines internationalen Kartells¹⁸⁷. Unterstützung erfuhr die SPD von Teilen ihrer französischen Schwesterpartei, namentlich von Guy Mollet, Generalsekretär der SFIO, seit dem Tod Léon Blums im März im Besitz der „direction effective, morale et intellectuelle“ der Partei¹⁸⁸ und seit Juli Ministre d'Etat chargé du Conseil de l'Europe. Geboren am 2. 1. 1906 in Flers im Département Orne, hatte die Gasvergiftung seines Vaters im Ersten Weltkrieg ihn schon früh zu politischem Engagement geführt. 1921 trat er in die Sozialistische Jugend von Le Havre, zwei Jahre später in die SFIO ein und betätigte sich neben seinem Lehramtsstudium seit 1927 auch auf gewerkschaftlicher Ebene. Im Zweiten Weltkrieg konnte er nach kurzer Gefangenschaft aus Deutschland fliehen, arbeitete als Englischlehrer und schloß sich dem Widerstand an. Im Oktober 1944 übernahm Mollet die Departementsleitung der Résistancegruppe „Organisation civile et militaire“ in Arras. Nach der Befreiung wählte ihn die Stadt 1945 zu ihrem Bürgermeister; im selben Jahr wurde er Parlamentsabgeordneter des Pas-de-Calais, Ämter die er bis zu seinem Tode 1975 nicht wieder aufgeben sollte. Zum jahrelang „unentbehrlichsten Politiker der IV. Republik“¹⁸⁹ erhob ihn die überraschende Wahl 1946 zum Generalsekretär seiner Partei. Mollet machte sich als Wortführer jener Stimmen einen Namen, die die SFIO nach links öffneten und mehr Gemeinsamkeiten mit den Kommunisten suchten, ohne die ideologische Distanz außer acht zu lassen. Zehn Jahre später erhielt Mollet, der 1946/47 und 1950 bis 1952 Staatsminister für die Beziehungen zum Europarat war, die Chance, als Chef einer Mitte-Links-Minderheitenregierung eigene politische Ziele zu realisieren. Mit sechzehn Monaten sollte sie nicht nur das höchste Lebensalter aller Kabinette der

¹⁸⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 111, Bl. 115–137, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 1. 6. 1950 (Konzept PP); s.a. ebd., Bl. 225–228, Aufzeichnung des MAE, 15. 6. 1950. Lacroix-Riz bezeichnet die Direction d'Europe als Verfasser des Dokuments (Lacroix-Riz, Paris et Washington, S. 243). Zu den ersten Auslandsreaktionen s.a. Bossuat, La France, Bd. 2, S. 749 f.

¹⁸⁶ Vgl. grundsätzlich: Hrbek, SPD, S. 102–126; Klotzbach, Sozialdemokratie; Paterson, SPD, S. 49–69.

¹⁸⁷ S. Grundsatzreferat Schumachers auf dem Parteitag in Hamburg, 22. 5. 1950, in: Schumacher, Reden, S. 762–767; Bundestagsrede Schumachers, 13. 6. 1950, in: BT, Sten. Ber., Bd. 4, S. 2474–2477; Merseburger, Kurt Schumacher, S. 468–471.

¹⁸⁸ Lefebvre, Guy Mollet, S. 133.

¹⁸⁹ Weisenfeld, Geschichte Frankreichs, S. 51.

IV. Republik erreichen, sondern auch eine Reihe wichtiger politischer Leistungen vollbringen: den Beitritt zur EWG, den Abschluß des Saarabkommens, die Schaffung der praktischen Voraussetzungen für den schnellen Aufbau der französischen Atomkraft, die Vorbereitung eines Rahmengesetzes, das den schwarzafrikanischen Kolonien eine Halbautonomie einräumte, schließlich den Beginn der Entkolonialisierung in Nordafrika. Wie einflußreich er auch in den folgenden Jahren blieb, zeigt nicht zuletzt die Mai-Krise 1958, in der er nach Staatspräsident Coty wohl die zweitwichtigste Rolle spielte und maßgeblich zu ihrer legalen und friedfertigen Beendigung beitrug. Als entschiedener Anhänger eines freien und unabhängigen Europa der dritten Kraft trat Mollet für einen supranational geeinten Kontinent ein, der das wiedervereinigte Deutschland umschloß und dessen Neutralisierung verhinderte¹⁹⁰.

Dennoch wettete Mollet gegen den Schuman-Plan als „l'expression de la politique vaticane“¹⁹¹, setzte sich aber mit seiner Sichtweise in der SFIO nicht durch. Die Mehrheit hörte auf die Argumente von André Philip oder Salomon Grumbach, die die Initiative der Regierung befürworteten und der deutschen Schwesterpartei nationalistisches Denken vorwarfen¹⁹². Auf Kritik stieß das Vorgehen Schumans hingegen bei den Gaullisten, weil sie zunächst eine praktische Übereinkunft mit den Deutschen und auf deren Basis eine „*fédération européenne encadrant l'Allemagne*“ verlangten¹⁹³. Kompromißlose Gegner besaß das Vorhaben auf der parlamentarisch äußersten Linken und Rechten¹⁹⁴. In Opposition zu ihm stand aber auch die französische Stahl- und die Chemieindustrie, die um ihre Wettbewerbsfähigkeit fürchteten¹⁹⁵.

Trotz aller Genugtuung über die weithin positiven Signale aus der Bundesrepublik blieb die französische Diplomatie angesichts der damit verbundenen weitreichenden Erwartungen vorsichtig. Sicher, die Frankophilie im deutschen Volk war nun allenthalben sichtbar, doch diesen „*désir ancien et profond d'accord avec la France*“ hatte François-Poncet auch schon bei den Nazis gespürt. Selbst Hitler, so erinnerte er seinen Minister in diesen Tagen, hatte ihm gegenüber den offenbar ehrlichen Wunsch geäußert, „*que l'on m'élevât un jour une statue comme à l'homme qui aurait réconcilié l'Allemagne et la France*“¹⁹⁶. Im Quai d'Orsay nahm man diese Warnungen sehr ernst. Würde sich der deutsche Wunsch nach Verständigung nicht sofort in sein Gegenteil umkehren, wenn sich die Hoff-

¹⁹⁰ Zu Person und Politik Mollets vgl. Bossuat, Guy Mollet; Lefebvre, Guy Mollet; eine kurze biographische Skizze in: Yvert (Hg.), *Dictionnaire*, S. 823 f.

¹⁹¹ Erklärung Mollets in der Sitzung des SFIO-Parteivorstands, 10. 5. 1950, im Auszug in: BDFD III, S. 174–178, hier S. 174.

¹⁹² Vgl. Rede Grumbachs auf dem Parteitag der SFIO vom 26. 5.–29. 5. 1950, im Auszug in: ebd., S. 191–194; Resolution des SFIO-Parteivorstands, 10. 5. 1950, in: ebd., S. 178 f.; Artikel von Philips in „*Allemagne*“, Juni/Juli 1951, im Auszug in: ebd., S. 196–198; zur Haltung der SFIO insgesamt vgl. Latte, *Europapolitik*, S. 27–32; Loth, *Sozialismus*, S. 265–270; Schaeffer, *Recherche*, S. 117–120.

¹⁹³ Interview de Gaulles, 10. 7. 1950, in: Jouve, *Le Général de Gaulle et la construction de l'Europe*, Bd. 2, S. 168; s.a. Bjøl, *L'Europe*, S. 219.

¹⁹⁴ Vgl. ebd., S. 234–236; Manin, *RPF*, S. 83–86; Latte, *Europapolitik*, S. 23–39.

¹⁹⁵ Vgl. Mioche, *Patronat*; Willis, *France*, S. 94–98.

¹⁹⁶ Zitiert nach: François-Poncet an Schuman, Nr. 609/CM, 21. 5. 1950, in: François-Poncet, *Rapports mensuel*, Bd. 1, S. 277; s.a. AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 111, Bl. 14–16, *Truite de Varreux* an François-Poncet, Nr. 288/HC/OBS/ S-H-LMM, 16. 5. 1950.

nungen nicht erfüllten? Hing die Hochstimmung in der Bundesrepublik über den Schuman-Plan nicht auch damit zusammen, daß die Deutschen in ihm einen Beitrag zum Aufbau einer „Dritten Kraft“ zwischen den Weltmächten und zum Neutralismus sahen¹⁹⁷ – ein Konzept, von dem sich der Schuman-Plan mit seiner impliziten Funktion der westlichen Stabilisierung doch subkutan distanzierte¹⁹⁸?

Ungeachtet derartiger Überlegungen und mancherlei Befürchtungen hielt der französische Außenminister an ‚seinem‘ Plan fest. Auch die englische Verweigerungshaltung konnte Schuman nicht beirren, wiewohl er in einem längeren Noten- und Memorandenwechsel – vergeblich oder vorgeblich – versuchte, London umzustimmen. Als die angesprochenen fünf Staaten mit Frankreich am 3. 6. in einem Kommuniqué den Willen zum Eintritt in konkrete Verhandlungen erklärten, blieb Großbritannien abseits stehen¹⁹⁹ – eine tiefe Zäsur in den französisch-englischen Beziehungen, die im Quai d’Orsay zumal vor dem Hintergrund ihrer deutschlandpolitischen Implikationen keineswegs uneingeschränkt begrüßt wurde. Zwar galt die Gefahr eines deutschen Übergewichts in Europa als nicht akut und die Kooperation mit den Deutschen für den Aufbau Europas erforderlich, zumal Frankreich weiterhin über wirksame Kontrollmittel verfügte. Dennoch schien es sinnvoll, sich stets „leur penchant naturel“ vor Augen zu führen und im Kopf zu halten, daß die englische Teilnahme an der europäischen Integration doch eines Tages notwendig werden könnte. „Et nous ne pourrions jamais être sûrs de l’appui de Washington si les Britanniques sont résolus à contrecarrer nos projets“. Doch gerade auf die Haltung der Amerikaner kam es an, wenn man den Erfolg wollte²⁰⁰.

Deutsche und Franzosen „Seite an Seite“

Gleichwohl – die Marschrichtung lag fest. Am 20. 6. eröffnete Schuman in Anwesenheit der sechs Regierungsdelegationen die Konferenz über die Verhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. In einer recht pathetischen Rede im Uhrensaal des Quai d’Orsay stellte er abermals die Bedeutung der Stunde für die deutsch-französischen Beziehungen in den Mittelpunkt seiner Ausführungen: Es gehe darum, beide Nationen in einem Werk des Friedens miteinander zu verbinden, um der europäischen Gemeinschaft die latente Ursache von Mißtrauen

¹⁹⁷ S. ebd., Bl. 152–156, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 5. 6. 1950 (Konzept FS), im Auszug in: BDFD I, S. 230–232, hier S. 231.

¹⁹⁸ Vgl. Loth, Europäische Integration, S. 242f.; ders., Abschied, S. 183; Mélandri, Etats-Unis, Bd. 2, S. 561–563.

¹⁹⁹ S. Sechs-Mächte-Kommuniqué, 3. 6. 1950, in: EA 1950, S. 3173; der französisch-englische Entscheidungsprozeß wird dokumentiert in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 1–155; EA 1950, S. 3167–3174; Massigli, Comédie, S. 196–207; vgl. grundlegend: Dell, Schuman Plan; s.a. Bell, France, S. 105–122; Bullen, British Government; zur englischen Europapolitik der ersten Nachkriegsjahre ausführlich: Schmidt (Hg.), Großbritannien; Wurm, Großbritannien; Young, Britain; ein erhellender historischer Vergleich der britischen Europapolitik nach den beiden Weltkriegen bei: Wirsching, Europapolitik.

²⁰⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 111, Bl. 152–156, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 5. 6. 1950, im Auszug in: BDFD I, S. 230–232, hier S. 232; vgl. Lacroix-Riz, Paris et Washington, S. 247, mit falschem Datum 9. 6. 1950; zu den Bedenken innerhalb des Quai d’Orsay über den antienglischen Kurs Monnets und Schumans s.a. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 324–326, Tb. 12. 6. 1950.

und Angst zu entreißen. Auf der Basis dieser friedfertigen Zusammenarbeit sei dann ein solides Gebäude zu errichten, das allen europäischen Staaten guten Willens offen stünde²⁰¹. Am Tage nach der feierlichen Begrüßung präzisierte Monnet in ersten Treffen der Delegationschefs und in den Besprechungen mit den einzelnen Vertretungen²⁰² die französischen Vorstellungen²⁰³. Vom Originalkonzept, wie es am 9. 5. dargelegt worden war, sollte nach den monatelangen Verhandlungen nicht allzuviel übrig bleiben. Nachdem er schon zu Beginn des Monats ersten Bedenken der BENELUX-Staaten vor einer „Diktatur“ der Hohen Behörde mit dem Gedanken der politischen Verantwortung dieses Gremiums gegenüber einer aus den nationalen Volksvertretungen gewählten parlamentarischen Körperschaft und der Möglichkeit eines Mißtrauensvotums entgegengetreten war²⁰⁴, charakterisierte Monnet dieses Organ nun als Gremium neutraler Persönlichkeiten, die von den Regierungen ernannt werden sollten. Ohne auf Details einzugehen, signalisierte er der deutschen Abordnung, daß man mit Blick auf das gemeinsame Verhältnis „intern zu einer Verständigung über die Beteiligung der beiden Länder an den Sitzen kommen werde“²⁰⁵. Als neuen Aspekt entwickelte er am 21. 6. den Gedanken, der Hohen Behörde durch „Entnahme aus den Kohle- und Stahlproduktionen“ eigene Ressourcen zukommen zu lassen und sie so von den Regierungen unabhängig zu machen²⁰⁶.

Drei Tage später legte der französische Delegationschef dann in einer Art „Überrumpelungstaktik“²⁰⁷ ein aus 40 Artikeln bestehendes „Document du travail“ vor, das fortan die Grundlage für die multilateralen Verhandlungen abgab. Es visierte die Schaffung einer Hohen Behörde zur Sicherstellung der Versorgung mit Kohle und Stahl zu gleichen Bedingungen, Beseitigung aller künstlichen Behinderungen normaler Wettbewerbsverhältnisse und die Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter auf höherem Niveau an. Durch die Preispolitik sollte sie die Erzeuger vor unlauteren Praktiken schützen und Lohnkürzungen als Mittel des Wettbewerbs verhindern. Die Vorlage sah außerdem die Aufgabe sämtlicher Zölle im Montanbereich sowie quantitativer Beschränkungen und für die Übergangszeit einen Ausgleichsfonds vor, um Produktionsverlagerungen schrittweise vornehmen zu können²⁰⁸.

Beim deutschen Delegationschef Walter Hallstein²⁰⁹ stieß das Papier auf unterschiedene Vorbehalte. Vor allem kritisierte er die Vielzahl technischer Einzelhei-

²⁰¹ S. Rede Schumans, 20. 6. 1950, in: *L'Année politique* 1950, S. 312–314.

²⁰² Die Zusammensetzung der sechs Delegationen bei: Dichgans, *Montanunion*, S. 58–60.

²⁰³ S. Sitzung vom 21. 6. 1950, in: *BDFD* II, S. 617–621; Sitzung vom 22. 6. 1950, in: *AAPD* 1949/50, S. 194–202; *PA*, *SFSP*, Bd. 53, Bd. 62, Bl. 19–25, Sitzung vom 23. 6. 1950, *Mo/P/2*.

²⁰⁴ S. *AN*, 363 *AP* 17, *Papiers Mayer*, Aufzeichnung an das Comité interministeriel, 12. 6. 1950; zur Haltung der BENELUX-Staaten vgl. grundlegend: Griffiths, *Benelux-Staaten*; Dumoulin, *La Belgique*; Kersten, *Surprise*; Roussel, Jean Monnet, S. 555–561.

²⁰⁵ Unterredung zwischen Monnet und der deutschen Delegation vom 22. 6. 1950, *Mo/P/1*, in: *AAPD* 1949/50, S. 190–194, hier S. 193 f.

²⁰⁶ Monnet, *Erinnerungen*, S. 410.

²⁰⁷ Küsters, *Bonn und der Schumanplan*, S. 85.

²⁰⁸ S. *PA*, *SFSP*, Bd. 93, Bl. 3–56, *Document du travail*, 25. 6. 1950, in deutscher Übersetzung ebd. Bl. 57–97; am 27. 6. 1950 stellte Monnet das Dokument der Presse in einer Kurzfassung vor (*BDFD* II, S. 612–624); eine leicht gekürzte deutsche Übersetzung in: *EA* 1950, S. 3409–3411.

²⁰⁹ Zum Verhältnis zwischen Hallstein und Monnet s. Monnet, *Erinnerungen*, S. 405; Blankenhorn, *Verständnis*, S. 109, Tb. 16. 6. 1950.

ten und Planungselemente, wodurch seiner Meinung nach die Gefahr bestand, daß die Verfechter der liberalen Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik „in dem Plan irre gemacht“ würden, obwohl es sich bei ihnen um seine „überzeugtesten Anhänger“ handelte²¹⁰. Ungeachtet derartiger Kritikpunkte waren die Deutschen aber aufgrund der politischen Tragweite des gesamten Projektes prinzipiell entschlossen, „à appuyer jusqu'au bout les vues de la France“²¹¹. Nachdem man sich in der ersten Verhandlungsrunde darauf verständigt hatte, eine Hohe Behörde mit ausgedehnten Kompetenzen zu schaffen und durch eine Art Parlament kontrollieren zu lassen, kehrten die Bonner Vertreter Ende Juni zufrieden und mit der Genugtuung an den Rhein zurück, daß Deutsche und Franzosen seit langer Zeit wieder „Seite an Seite“ marschierten²¹².

Vor dem Hintergrund der Widerstände aus den BENELUX-Staaten gegen den vorgesehenen institutionellen Rahmen hielt Schuman es für ratsam, sich in der Verhandlungspause mit gleichlautenden Mitteilungen erneut an die fünf Regierungen zu wenden, um noch einmal den zentralen Gedanken seines Planes herauszukehren. Frankreich beabsichtige, so hieß es dort, mit der Errichtung der Hohen Behörde ein erstes Element zur europäischen Einigung zu schaffen und damit einen Beitrag zur deutsch-französischen Versöhnung wie zur Aufrechterhaltung des Friedens zu leisten. Alle Partner seien daher aufgerufen, ihre nationalen Interessen zugunsten des Gemeinwohls zurückzustellen²¹³. Zweifellos sprach er Adenauer mit diesen Worten voll aus dem Herzen. Auch der Kanzler hielt die Errichtung einer lebensfähigen Gemeinschaft der westeuropäischen Völker für unabdingbar und mahnte daher in seinem Antwortschreiben an, „egoistische wirtschaftliche Interessen der großen Aufgabe, der Schaffung einer echten Föderation, unter[zu]ordnen“²¹⁴.

Kurz bevor er es abschickte, hatte Hallstein der Bundesregierung über den Gang der Dinge berichtet und vom weisungsbefugten Kabinettsausschuß die Ermächtigung erhalten, auf der Basis des französischen Arbeitsplans weiter zu verhandeln²¹⁵. Ehe Hallstein seine Direktiven in der nächsten Sitzung der Delegationen darlegte, informierte er als Zeichen der neuen deutsch-französischen Harmonie am 2. 7. Monnet vorab und verlangte dabei als notwendigen weiteren Arbeitsschritt – in einer gewissen Anlehnung an die Vorbehalte der BENELUX-Staaten – die Festlegung allgemeiner Grundsätze für die Tätigkeit der Hohen Behörde. Der deutsche Delegationschef definierte sie als „Zentrum für gegenseitige Informatio-

²¹⁰ PA, SFSP, Bd. 83, Bl. 27f., Deutscher Verhandlungsausschuß für den Schuman-Plan, Tb. 25. 6. 1950, Geheim. Zu Hallsteins Europapolitik vgl. zusammenfassend: Bärenbrinker, Hallsteins Europakonzeption.

²¹¹ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 112, Bl. 37, François-Poncet an MAE, Tel. 3087/88, 27. 6. 1950, Réservé; s.a. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 333, Tb. 29. 6. 1950; McCloy an Acheson, Nr. 5595, 29. 6. 1950, Secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 739. Daß die politische Motivation bei der Entstehung des Schuman-Plans und den Regierungsverhandlungen 1950/51 im Vordergrund standen, betonen auch: Diebold, Schuman Plan, bes. S. 8–16; Milward, Reconstruction, S. 407; Poidevin, Robert Schuman, S. 244 f.; Willis, France, S. 80.

²¹² PA, Abt. 3, AZ 221–09, Bd. 1, von Kessel an Kordt, 4. 7. 1950.

²¹³ S. ebd., Abt. 2, Bd. 744, Bl. 293–295, François-Poncet an Adenauer, 28. 6. 1950.

²¹⁴ Adenauer an Schuman, 30. 6. 1950, in: Beyer, Schuman, S. 109.

²¹⁵ S. Aufzeichnung Kab/1/19, Vertraulich, o.D., in: BDFD II, S. 624–627; Kabinettsitzung vom 29. 6. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 492 f.; Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 29. 6. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 218.

nen und dauernde Kooperation“, das keineswegs völlig seinem eigenen Ermessen überlassen werden dürfe. Der Sinn des Schuman-Plans müsse darin liegen, „die natürliche Auslese im Produktionsprozeß“ mittels eines einheitlichen Marktes im Gesamtgebiet der vertragschließenden Staaten sicherzustellen, in dem sämtliche Subventionen bzw. die „künstlichen und politischen Differenzierungen“ gestrichen würden. Dem durch Krieg und Nachkriegsverhältnisse bedingten unterschiedlichen Stand des technischen Produktionsapparates sei dabei Rechnung zu tragen. Monnet erklärte sich mit dieser Grundlinie durchaus einverstanden. Auch die von Hallstein geforderte Einbeziehung der Überseegebiete in den einheitlichen Markt begrüßte er. Demgegenüber stieß dessen Forderung nach Einrichtung eines permanenten Schiedsgerichtes als „Hüter der Objektivität der Hohen Behörde“ bei ihm auf Skepsis²¹⁶, weil er befürchtete, eine derartige Instanz könne sich mit der Zeit zum „Träger der eigentlichen Autorität“ etablieren²¹⁷. Ohne Einigung blieb schließlich auch die Frage der Einflußnahme der Hohen Behörde auf die Preisgestaltung: Während Monnet durch die Minimum- und Maximumpreise festsetzen lassen wollte, lehnte Adenauer Rationierungen, Kontingentierung und Preisfixierungen ab²¹⁸, so daß Hallstein der Hohen Behörde nur die Festlegung der Prinzipien der Preisbildung zugestehen konnte²¹⁹.

Als die Delegationen am 3. 7. ihre Unterredungen fortsetzten, stimmten die Leiter, die stets in der abgeschlossenen Atmosphäre der Rue de Martignac tagten, dem französischen Konzept grundsätzlich zu, machten aber zahlreiche Änderungswünsche geltend. In einer eng an die Regierungslinie gehaltenen Erklärung hob Hallstein abermals die vornehmlich politische Bedeutung des Projektes hervor. Wenngleich er die vom Kabinett festgelegten Grundsätze trotz der von Monnet geäußerten Vorbehalte nicht relativierte, ließ er keinen Zweifel darüber aufkommen, wie sehr die Bundesregierung die durch den Plan aufgeworfenen wirtschaftlichen Probleme zu lösen gewillt war²²⁰. Um Einvernehmen über die organisatorische Grundstruktur zu erzielen, wurden auf Vorschlag Monnets fünf Ausschüsse gebildet, von denen die von ihm selbst geleitete institutionelle Arbeitsgruppe sich als die wichtigste erwies²²¹.

Zwei Grundsatzfragen bestimmten in der Folge die Diskussionen: Woher bekommt die Hohe Behörde die Autorität für ihr Handeln? Und wie kann sie kontrolliert werden? Die Franzosen beharrten auf der Ansicht, sie bezöge ihre Macht aus einem von den Parlamenten zu ratifizierenden Vertrag, während die Nieder-

²¹⁶ Rede Hallsteins während der Sitzung der Delegationen vom 3. 7. 1950, Mo/P/3, in: AAPD 1949/50, S. 224–229, hier S. 227 u. 228.

²¹⁷ Unterredung zwischen der deutschen und der französischen Delegation vom 2. 7. 1950, in: BDFD II, S. 627–632, hier S. 627.

²¹⁸ S. AMAE, DE-CE, Bd. 516, Bl. 1, Leroy-Beaulieu an Monnet, 27. 6. 1950, Secret.

²¹⁹ S. Unterredung zwischen der deutschen und der französischen Delegation vom 2. 7. 1950, in: BDFD II, S. 627–632; zum Problem der Preisgestaltung s.a. Goschler/Buchheim/Bührer, Schumanplan, S. 196–202; Griffiths, Schuman Plan Negotiations, S. 47–51.

²²⁰ S. Rede Hallsteins während der Sitzung der Delegationen vom 3. 7. 1950, Mo/P/3, in: AAPD 1949/50, S. 224–229; Vollsitzung der Delegationen vom 3. 7. 1950, Mo/P/5, in: ebd., S. 230–233; Roussel, Jean Monnet, S. 562–565.

²²¹ Zu den übrigen zählten die Arbeitsgruppe für Produktion, Investitionen und Preise unter Etienne Hirsch, für Handelspolitik unter Charpentier, für soziale Fragen unter Uri und für Definition von Kohle und Stahl unter Desrousseaux (PA, SFSP, Bd. 62, Bl. 92, Vollsitzung der Delegationen, 4. 7. 1950, Mo/P/6).

länder – bestärkt von Belgien und Luxemburgern – die Regierungen als Rechtsquelle verstanden und deshalb dem Ministerrat ein gewisses Weisungsrecht zuzubilligen wollten²²². Demgegenüber standen die italienische und die anfangs sehr behutsam auftretende deutsche Delegation eher auf der französischen Seite. So bezeichnete Hallstein nicht nur Kompetenz und Unabhängigkeit der Hohen Behörde als „Stützpfeiler für Europa“²²³, sondern begrüßte auch den Gedanken ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der parlamentarischen Versammlung, die einem europäischen Parlament den Weg bereite²²⁴.

In diesem Sinne argumentierte die deutsche Delegation vornehmlich föderalistisch, weil sie zunächst wohl eine echte Chance sah, dem Schuman-Plan eine bundesstaatliche Struktur zu geben²²⁵. Außerdem bestand für sie angesichts des die deutsche Souveränität besneidenden Besatzungsstatuts kein Grund, einem Ministerrat Kontrollbefugnisse über die Hohe Behörde zu übertragen, konnte sie in diesem Gremium doch autark agieren. Die Bundesregierung dachte daran, den Ministerrat mit der Gemeinsamen Versammlung zu einem „Montan-Kongreß“ nach amerikanischem Vorbild dualistisch mit Zweikammersystem oder monistisch mit Einkammersystem zusammenzufassen²²⁶. Monnet aber lehnte die dualistische deutsche Lösung strikt ab und durchkreuzte auch die Bestrebungen der BENELUX-Staaten, die Schaffung einer mit echten Kompetenzen ausgestatteten supranationalen Behörde in das „Fahrwasser intergouvernementaler Zusammenarbeit“ zu lenken²²⁷. Am 20. 7. erklärten sich daraufhin der holländische und der belgische Delegierte prinzipiell bereit, der Errichtung eines supranationalen Organisationssystems zuzustimmen. Da sie aber nunmehr versuchten, den Ministerrat gegenüber der Hohen Behörde zu stärken²²⁸, plädierte Monnet angesichts des prinzipiell erreichten Konsenses für eine größere Rolle der gemeinsamen parlamentarischen Versammlung, die zukünftig „unmittelbar von den europäischen Völkern“ gewählt werden sollte²²⁹.

Vor dem Hintergrund der durch den Korea-Krieg und der Lancierung des Macmillan-Planes²³⁰ veränderten internationalen Situation drängte der Generalkommissar Anfang August auf ein rasches Ende der Beratungen. Den Delegationen riet er, sich auf einen Katalog konkreter Anweisungen für die Tätigkeit der Hohen Behörde im ersten Jahr zu beschränken. Angesichts der noch bestehenden vielfäl-

²²² S. Sitzung des Institutionellen Ausschusses, 12. 7. 1950, Inst/P/1, in: AAPD 1949/50, S. 250–253; Griffiths, Benelux-Staaten, S. 265–267.

²²³ Zitiert nach: Monnet, Erinnerungen, S. 420.

²²⁴ S. Rede Hallsteins während der Sitzung der Delegationen vom 3. 7. 1950, Mo/P/3, in: AAPD 1949, S. 224–229; PA, Abt. 3, AZ 221–09, Bd. 1, Pressekonferenz dess., 14. 7. 1950.

²²⁵ S. ebd., Sitzung des Juristischen Sachverständigen-Ausschusses für den Schuman-Plan vom 17. 8. 1950, 19. 8. 1950; s.a. die Darstellung des deutschen Mitgliedes des juristischen Ausschusses Hermann Mosler (Mosler, Entstehung).

²²⁶ Küsters, Verhandlungen, S. 84.

²²⁷ Ebd., S. 86; s.a. Unterredung mit Monnet vom 27. 7. 1950, Mo/P/9, in: AAPD 1949/50, S. 283 f.

²²⁸ S. Sitzung des Organisations-Ausschusses vom 20. 7. 1950, Inst/P/2, Vertraulich, in: ebd., S. 269–271; Sitzung dess. vom 21. 7. 1950, in: ebd., S. 272 f.

²²⁹ Hallstein an Blankenhorn, Tel. 2, Cito, 12. 7. 1950, in: ebd., S. 243–246, hier S. 246.

²³⁰ Zum Plan Macmillans eines Kohle- und Stahlpools unter dem Dach des Europarates vom 8. 8. 1950 s. Macmillan, Tides of Fortune, S. 201–209; zur Reaktion Monnets und Hallsteins s. Monnet, Erinnerungen, S. 424; PA, SFSP, Bd. 63, Bl. 33, Sitzung der Deutschen Europarat-Vertreter mit der Deutschen Delegation für den Schuman-Plan vom 13. 8. 1950, Geheim, Teil 1.

tigen Differenzen waren die Verhandlungsführer dafür jedoch nicht zu gewinnen. Hallstein ließ ihn unverblümt wissen, daß Adenauer mit einem baldigen Konferenzabschluß nicht einverstanden sei²³¹. Dennoch faßten die Mitarbeiter Monnets die Beratungsergebnisse am 5. 8. in einem „Memorandum sur les institutions“ zusammen, das von den Delegationsleitern aber nur zum Teil akzeptiert wurde²³². Zwar bestand im wesentlichen Einvernehmen darüber, mit der Hohen Behörde, dem Ministerrat, der Gemeinsamen Versammlung und dem Gerichtshof vier Organe mit supranationalem Charakter zu bilden²³³, doch zeigte sich bei der Diskussion der noch strittigen Punkte rasch der Kompromißcharakter dieses Übereinkunft. Hallstein bemängelte die geringe Berücksichtigung der am 2. 8. übergebenen deutschen Vorschläge und die bescheiden-supranationalistisch ausgefallenen französischen Vorstellungen hinsichtlich der Rolle des Parlamentes²³⁴. Auch die Rolle des Ministerrates galt aus seiner Sicht keineswegs als geklärt, hatte die deutsche Delegation diesem Gremium bisher überhaupt noch nicht zugestimmt, wohl aber erklärt, darüber diskutieren zu wollen. Hallstein akzeptierte weder den holländischen Plan, die Vollmachten des Ministerrates auch auf den Verteidigungssektor auszudehnen, noch den französisch-holländischen Vorschlag des Majoritätsprinzips bei Weisungen des Ministerrats. Vielmehr sollten dessen Befugnisse seiner Ansicht nach „klein gehalten“ bleiben und die Direktiven „einstimmig erfolgen“²³⁵.

Gegensätze gab es zwischen Bonn und Paris aber nicht nur in diesen institutionellen Fragen, sondern auch in bezug auf den einheitlichen Markt. In einem Memorandum über die Tätigkeit der Hohen Behörde während der Anlaufphase hatte Monnet für eine Übergangszeit die Forderung sowohl der Aufhebung der Zölle und Kontingente als auch der Schaffung gleicher Preise sowie der Etablierung von Ausgleichskassen aufgestellt²³⁶. Im Einklang mit sonstigen protektionistischen Maßnahmen gegen eine Ausweitung des deutsch-französischen Handelsvolumens²³⁷ verfolgte Paris offenbar das Ziel, den drohenden Einbruch der Ruhrindustrie in den französischen Markt solange zu verhindern, bis die Vorteile der Konkurrenten aufgehoben waren²³⁸. Insbesondere der geplante Mechanismus der

²³¹ S. Unterredung zwischen Hallstein und Monnet vom 2. 8. 1950, Mo/P/10, in: AAPD 1949/50, S. 294f.

²³² S. PA, SFSP, Bd. 93, Bl. 113–121, Memorandum, 5. 8. 1950; Sitzung des Institutionellen Ausschusses vom 4./5. 8. 1950, Inst/P/5, Vertraulich, in: AAPD 1949/50, S. 296–300.

²³³ S. PA, SFSP, Bd. 56, Bl. 20–79, Bericht über die Arbeit der Delegationen vom 20. 6.–10. 8. 1950, in deutscher Übersetzung ebd., Bl. 89–147.

²³⁴ S. ebd., Bd. 103, Bl. 74–76, Unterredung zwischen Hubert und Ophüls vom 2. u. 3. 8. 1950, Jur/P/9; ebd., Bl. 50–69, Institutionen des Schuman-Plans, Stand vom 10. 8., Inst/P/6; ebd., Bd. 56, Bl. 80–86, Bemerkungen der deutschen Delegation zu den französischen Berichten über die Verhandlungen vom 20. 6.–10. 8. 1950, Sonst/P/2a, 24. 8. 1950, Vertraulich.

²³⁵ Ebd., Bd. 63, Bl. 29, Sitzung der deutschen Europarat-Vertreter mit der deutschen Delegation für den Schuman-Plan vom 13. 8. 1950, Geheim, Teil 1; s.a. ebd., Bd. 67, Bl. 25–28, Aufzeichnung, 26. 7. 1950.

²³⁶ S. ebd., Bd. 93, Bl. 157–161, Memorandum, 9. 8. 1950 (Übersetzung); vgl. Griffiths, Schuman Plan Negotiations, S. 54–61.

²³⁷ Vgl. Seeliger an BMWi, FS V B 4a-39407/50, 9. 9. 1950, Durchschrift, in: BDFD II, S. 154f.; zu den am 20. 10. 1950 mit der Paraphierung eines neuen Abkommens beendeten schwierigen Handelsvertragsverhandlungen s. Vermerk der Abt. Außenwirtschaft im BMWi, V B 4a-45550/50, 21. 11. 1950, in: ebd., S. 155–158; Lefèvre, Relations, S. 326–329.

²³⁸ Vgl. Goschler/Buchheim/Bührer, Schumanplan, S. 198f.

Ausgleichskassen und der Preissenkung stieß in der Bundesregierung auf erhebliches Mißfallen²³⁹. Zwar war man sich in Bonn bewußt, für die Verwirklichung des einheitlichen Marktes Opfer in Form einer Anhebung der niedrigen deutschen Preise erbringen zu müssen. Man wollte aber eine nur allmähliche Angleichung vornehmen lassen und dadurch auch die erforderlichen Ausgleichszahlungen mildern. Paris beabsichtigte demgegenüber „das genaue Gegenteil, nämlich schnelle Herstellung des einheitlichen Marktes und hohe deutsche Zahlungen“ in den Pool²⁴⁰. Im Sinne eines Kabinettsbeschlusses vom 23. 8.²⁴¹ wirkten die deutschen Vertreter in ihren Besprechungen mit den französischen Kollegen deshalb am 29. und 31. 8. darauf hin, preissteygernde Maßnahmen möglichst zu verhindern und Lösungsmöglichkeiten in sogenannten technischen Mitteln zu finden. Monnet mußte schließlich seine ursprünglichen Vorstellungen zurückschrauben, konnte aber durchsetzen, daß gezieltes Lohndumping bzw. diskriminierende Preise verboten wurden und die Hohe Behörde die Fixierung von Höchst- und (im Krisenfall) Mindestpreisen vornehmen konnte²⁴².

Derweil begann die zweite Verhandlungsphase über die materiellen Bestimmungen des abzuschließenden Vertragswerkes²⁴³. Anfang Oktober hatten sich die Abordnungen über die Zuständigkeiten der Organe weitgehend geeinigt und dabei insbesondere die Befugnisse der Hohen Behörde durch „ein fein gesponnenes Netz von Entscheidungs-, Zustimmung- und Anhörungsrechten“ beschnitten²⁴⁴. Mitte des Monats berieten die Delegationschefs einen französischerseits am 10. 10. präsentierten Vertragsentwurf, der in einer ersten Redaktion schließlich am 9. 11. genehmigt wurde²⁴⁵. Vier Wochen später lag der Vertrag in groben Zügen vor²⁴⁶. Bis zu seiner Unterzeichnung sollten indes noch vier lange Monate vergehen, Monate, in denen das Erreichte mehr als einmal äußerst gefährdet schien, weil sich in der Zwischenzeit die Geschäftsgrundlage für die Hauptprotagonisten grundlegend veränderte.

Der Schuman-Plan vor dem Aus?

Nach der Hausse des Sommers geriet das Verhältnis zwischen Bonn und Paris im Herbst 1950 in große Turbulenzen. Verantwortlich dafür zeichneten einerseits der Gewichtszuwachs der Bundesrepublik durch die nach dem Ausbruch des Korea-Krieges im Zuge der amerikanischen Forderung nach einer deutschen Wiederbe-

²³⁹ S. PA, SFSP, Bd. 63, Bl. 27f., Sitzung der deutschen Europarat-Vertreter mit der deutschen Delegation für den Schuman-Plan vom 13. 8. 1950, Geheim, Teil 1.

²⁴⁰ Ebd., Abt. 2, Bd. 745, Bl. 78–87, Gemeinsame Sitzung des Interministeriellen Ausschusses mit der Delegation für den Schuman-Plan vom 24. 8. 1950, Min/1, Vertraulich; s.a. Goschler/Buchheim/Bührer, Schumanplan, S. 197.

²⁴¹ S. Kabinettsitzung, 23. 8. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 629–632.

²⁴² S. Unterredung zwischen Hallstein und Monnet vom 29. 8. 1950, in: BDFD II, S. 634–637; vgl. Goschler/Buchheim/Bührer, Schumanplan, S. 200–202; Griffiths, Schuman Plan Negotiations, S. 50f.

²⁴³ Vgl. Schneider an Erhard, Vermerk, 26. 9. 1950, in: BDFD II, S. 637–642.

²⁴⁴ Küsters, Verhandlungen, S. 91.

²⁴⁵ S. FJM, AMG 8/3/2, Projet d'organisation du traité, Oktober 1950; AN, 457 AP 30, Papiers Bidault, Première rédaction du projet de traité, 9. 11. 1950.

²⁴⁶ Vgl. Monnet an Schuman, Memorandum, 30. 11. 1950, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 71–73; ders. an dens., Memorandum nebst Note générale, 4. 12. 1950, in: ebd., S. 74–89.

waffnung gestärkte deutsche Verhandlungsposition, andererseits die nicht nur aus Bonner Sicht vorhandenen Widersprüche in der Pariser Deutschlandpolitik: Zwar betrachteten die Franzosen ihre Nachbarn im Rahmen des Schuman-Plans als gleichgestellt, trachteten aber ansonsten nach Kräften danach, diese Gleichberechtigung gerade zu verhindern²⁴⁷. Irritiert über die tatsächlichen Ziele der französischen Politik, fragten kritische Stimmen mit wachsendem Selbstbewußtsein in Deutschland zunehmend lauter nach der Notwendigkeit der Montanunion. Wirtschaftskreise, in denen die anfängliche positive Einstellung ohnehin mittlerweile einer „distanziert-skeptischen Beurteilung“ gewichen war²⁴⁸, meldeten in Anbetracht des sich abzeichnenden Stahlbooms immer größere Zweifel an²⁴⁹. Geradezu eine „Schockwirkung“²⁵⁰ löste an der Seine eine scharfe antifranzösische Attacke aus, die Robert Lehr wenige Tage vor seiner Ernennung zum Innenminister am 1. 10. in München öffentlich ritt²⁵¹. Die Bestürzung fiel um so größer aus, als Schuman und Monnet die Gegner ihres Plans in Politik und Wirtschaft nur mit Mühe hatten umstimmen können²⁵². Adenauer sah sich genötigt, zur Philippika Lehrs auf Distanz zu gehen. Am 5. 10. beteuerte Blankenhorn gegenüber Bérard das Festhalten der Bundesregierung an der Montanunion. Zur Begründung wies er aber nicht auf ihre politische Bedeutung für den Aufbau Europas oder die deutsche Außenpolitik, sondern lediglich auf den von einem Fehlschlag zu erwartenden herben Prestigeverlust für den Kanzler²⁵³.

Dessen Ukas ließ die Kritiker nicht verstummen. „Ein neuer Wind wehte, der Deutschland desorientierte“, so sah es Monnet²⁵⁴. Mit Unbehagen registrierte er, wie sich die stärker gewordene deutsche Stellung nicht nur in der juristischen Kleinarbeit in Paris, sondern auch in Bonn hinsichtlich der prinzipiellen Einschätzung des Projektes bemerkbar machte. Hatten die Deutschen bisher die Auffassung vertreten, der Schuman-Plan biete die einzige Möglichkeit zu einem effektiven eigenen Beitrag zur westlichen Verteidigung, sahen sie nun – in französischer Perspektive – plötzlich eine Chance zu einer Aufrüstung auf nationaler Ebene²⁵⁵. Alarmiert von dieser anscheinenden oder scheinbaren deutschen Kehrtwende forderte Monnet Schuman in zwei Memoranden am 9. und 16. 9. zur Fortsetzung des seit Mai eingeschlagenen Weges sowie zur Akzeptierung eines deutschen Wehrbeitrags auf, „dans le cadre européen supranational d'un Plan Schuman élargi“²⁵⁶. Denn nur in einer solchen Perspektive sei es möglich, die nationale

²⁴⁷ S. Harvey an Bevin, Tel. 145, 1. 3. 1951, Priority, Confidential, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 418–420.

²⁴⁸ Bühner, Ruhrstahl, S. 176.

²⁴⁹ Vgl. ebd., S. 185.

²⁵⁰ PA, Abt. 3, AZ 221–09, Bd. 1, Aufzeichnung von Kessel, 23. 10. 1950.

²⁵¹ Vgl. AdG 1950, S. 2634B; Schneider an Schalfjew, Vermerk, 25. 10. 1950, in: BDFD II, S. 642–645; Bühner, Ruhrstahl, S. 186f.

²⁵² S. PA, Abt. 3, AZ 221–09, Bd. 1, Aufzeichnung von Kessel, 23. 10. 1950.

²⁵³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 186, Bl. 187–189, François-Poncet an MAE, Tel. 5120/24, 5. 10. 1950, Secret, Réservé; s.a. die Äußerungen von Brentanos gegenüber der französischen Hohen Kommission (ebd., Généralités, Bd. 121, Bl. 176f., de Guiringaud an MAE, Tel. 5655/57, 25. 10. 1950, Réservé); Bühner, Ruhrstahl, S. 187; Poidevin, Rôle, S. 107.

²⁵⁴ Monnet, Erinnerungen, S. 435.

²⁵⁵ S. Monnet an Schuman, Tel. , 14. 9. 1950, Urgent, Réservé, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 56.

²⁵⁶ Ders. an dens., Memorandum, 16. 9. 1950, in: ebd., S. 58f., hier S. 59.

Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu verhindern, Europa zu schaffen und Frankreich die im Frühsommer gewonnene „position de leader sur le continent“ zu erhalten²⁵⁷.

Zu den zunehmend heftigeren deutsch-französischen Dissonanzen im Herbst 1950 sorgte jedoch nicht nur das Problem der Wiederbewaffnung, sondern zum wiederholten Male auch die Saarfrage²⁵⁸. Zu erheblichen Turbulenzen kam es außerdem im Hinblick auf die Internationale Ruhrbehörde (IRB). „Il s’agit avant tout“, so hatte der Quai d’Orsay seine Position zur Ruhrfrage Ende 1949 definiert, „d’amorcer ainsi l’internationalisation, en vue de la paix, des industries lourdes occidentales et de faciliter notre action en faveur d’une fédération européenne“²⁵⁹. Kurz nach Initiierung des Schuman-Planes äußerten französische Parlamentarier die Sorge, das Projekt bereite der Ruhrkontrolle ein rasches Ende. Schuman beeilte sich daraufhin, ihnen Ende Mai in einer Rede vor der Außenpolitischen Kommission der Assemblée Nationale mit dem Argument entgegenzutreten, Deutschland bleibe den bestehenden Restriktionen unterworfen. Wenn die Mitglieder der Ruhrbehörde der neuen Organisation beiträten, könne freilich eine Fusion beider Institutionen ins Auge gefaßt werden²⁶⁰.

Weder diese Erklärung noch Blankenhorns kategorische Versicherung vom Juni, die deutsche Delegation habe nicht den Auftrag, das Problem der Stahlproduktionsquote oder das der Kompatibilität beider Behörden aufzuwerfen²⁶¹, führten an der Seine zu einer Beruhigung. Zu Recht, denn im Herbst schnitt die deutsche Delegation die Frage doch offiziös an und schlug die Verbindung des Montanvertrages mit einem Protokoll vor, in dem die sechs Mitglieder die allmähliche Übertragung der IRB-Kompetenzen auf die Hohe Behörde anerkennen sollten²⁶².

Im Conseil des Ministres gelangte man jetzt zu der Erkenntnis, daß das Fortbestehen der Ruhrbehörde nach dem Inkrafttreten des Montanvertrages tatsächlich weder nötig noch möglich sei. Die Regierung hielt diese Ansicht indes noch zurück und signalisierte lediglich die Bereitschaft zu einem Briefwechsel anlässlich der Vertragsunterzeichnung, in dem sie ihre Haltung zur Ruhrbehörde mitteilen wollte²⁶³. Wenngleich die Minister davon überzeugt waren, bisherige Positionen räumen zu müssen, mochten einige unter ihnen das Feld nicht kampflos preisgeben. So empfahl René Mayer im Januar 1951, die Abschaffung der IRB der Verkündung eines Gesetzes über den Besitz der Ruhrminen durch die Bundesregierung zu unterwerfen²⁶⁴. Schuman hielt ihm daraufhin Anfang Februar entgegen, man könne die Auflösung dieser Institution nicht mit der Frage nach den zukünf-

²⁵⁷ Ders. an dens., Memorandum, 9. 9. 1950, in: ebd., S. 53–55, hier S. 54; s.a. Kap. III.4.2.

²⁵⁸ Vgl. Kap. III.3.1.

²⁵⁹ Aufzeichnung des MAE, Nr. 2, 30. 12. 1949, in: BDFD II, S. 103–105, hier S. 105; s.a. Leroy-Beaulieu an François-Poncet, Aufzeichnung Nr. 2925, 19. 1. 1950, in: ebd., S. 105–108.

²⁶⁰ Vgl. Poidevin, Rôle, S. 111; ders., Frankreich und die Ruhrfrage, S. 330.

²⁶¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 112, Bl. 50, François-Poncet an MAE, Tel. 3155/56, 30. 6. 1950, Réservé.

²⁶² S. ebd., Bl. 184, ders. an dass., Tel. 6124/25, 11. 11. 1950, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 358, Tb. 7, 11. 1950.

²⁶³ S. Kabinettsitzung, 12. 12. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 880–883.

²⁶⁴ S. AN, 363 AP 17, Papiers Mayer, Mayer an Schuman, 15. 1. 1951; Mayer, Etudes, S. 163–166; Poidevin, René Mayer, S. 81–83.

tigen Eigentumsrechten in der Ruhrindustrie verbinden: „Nous mettrions à la conclusion du Plan [Schuman] une condition entièrement nouvelle que ni nos alliés ni le gouvernement fédéral n’accepteraient“²⁶⁵. In diesem Sinne willigte er darin ein, nach der Paraphierung des Montanvertrages in einem Brief an die Bundesregierung festzuhalten, „daß der Fortbestand der Ruhrbehörde sich mit den Prinzipien des Schuman-Plans nicht vereinbaren lasse“ und das Ruhrabkommen entsprechend geändert werden müsse²⁶⁶. Adenauer schien diese Zusage jedoch zu vage, und er verlangte, die Abschaffung der Ruhrbehörde nicht – wie die Franzosen es beabsichtigten – erst mit Inkrafttreten, sondern mit Unterzeichnung des Vertrages durchzusetzen²⁶⁷. Abermals wich Schuman dem deutschen Druck und akzeptierte auf Anregung von Monnet folgenden Kompromißvorschlag: Aufhebung der theoretischen Beschränkung des Stahlproduktionsniveaus mit dem Inkrafttreten des Vertrags; Übertragung der Verteilungsbefugnisse auf die Hohe Behörde ab der Ratifikation²⁶⁸.

Gravierende Dissonanzen zwischen Bonn und Paris verursachte auch Gesetz Nr. 27 vom 16. 5. 1950 über die Entflechtung der westdeutschen Montanindustrie, das insbesondere die großen deutschen Stahlfirmen, die Verbundwirtschaft und den als zentrale Verkaufsstelle der Ruhrkohle fungierenden „Deutschen Kohleverein“ (DKV) betraf. Es umfaßte im wesentlichen drei Aspekte: die Anzahl von Einheiten, in die die Ruhrindustrie geteilt werden sollte, die Menge von Stahlkonzernen, die eigene Minen besitzen durften, und schließlich das Schicksal des DKV²⁶⁹. Bezüglich dieses Vereins hatten sich die Deutschen mit den Franzosen und Amerikanern zunächst gegen die Auflösung ausgesprochen²⁷⁰. Unter dem Eindruck der New Yorker Vereinbarungen über die deutsche Wiederbewaffnung änderte Frankreich indes im September seine Haltung und forderte unter Berufung auf die Durchführungsverordnung der Alliierten Hohen Kommission zum Gesetz Nr. 27 vom 14. 9. 1950 die Liquidation großer Stahlfirmen mit dem Ziel des Verbots vertikaler Konzentrationen, letztlich der Entmachtung der Ruhrschwerindustrie²⁷¹.

Adenauer drohte den Hohen Kommissaren daraufhin mit dem sofortigen Abzug der Schuman-Plan-Delegation²⁷². Zugleich schickte er Erhard in einer persönlichen Mission zu Monnet, um sich bei ihm darüber zu beschweren, daß die West-

²⁶⁵ AN, 363 AP 17, Papiers Mayer, Schuman an Mayer, 2. 2. 1951.

²⁶⁶ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 35, Tee-Empfang, 8. 2. 1951; s.a. ebd., S. 40, Tee-Empfang, 15. 2. 1951; AN, 363 AP 17, Papiers Mayer, Monnet an Mayer, 15. 1. 1951; ebd., Schuman an Mayer, 2. 2. 1951; Poidevin, *Rôle*, S. 111–113; ders., *Frankreich und die Ruhrfrage*, S. 330f.

²⁶⁷ S. AN, 81 AJ, Carton 148, Monnet an Hirsch, 8. 1. 1951; Griffiths, *Negotiations*, S. 68.

²⁶⁸ S. Monnet an Schuman, 10. 3. 1951, in: Monnet/Schuman, *Correspondance*, S. 107.

²⁶⁹ S. Text des Gesetzes in: *Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland*, 1950, Nr. 20, S. 298–316; zur französischen Position s. AN, 81 AJ, Carton 137, Monnet an Schuman, *Projet d'instructions*, 22. 12. 1950. Ausführlich zum Problem der Entflechtung: Bossuat, *La France*, Bd. 2, S. 767–776; Gillingham, *Coal*, S. 266–283; ders., *Ruhrpolitik*; ders., *Ruhr Problem*; Griffiths, *Schuman Plan Negotiations*, S. 61–66; Lüders, *Ruhrkontrollsystem*, S. 307–329.

²⁷⁰ Vgl. Schwabe, *Staatskunst*, S. 233; Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 724; Griffiths, *Schuman Plan Negotiations*, S. 64.

²⁷¹ Vgl. Gillingham, *Ruhrpolitik*, S. 20; Schwabe, *Staatskunst*, S. 234.

²⁷² S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 23. 9. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 3, S. 132–141; s.a. Unterredung zwischen Erhard und der Amerikanischen Hohen Kommission vom 10. 10. 1950, in: ebd., S. 199–203.

mächte die deutsche Montanindustrie ohne jede Rücksprache mit ihm reorganisierten, während Bonner Regierungsvertreter gleichberechtigt am Tisch der Verhandlungen in Paris saßen. Der Generalkommissar sah die deutsche Kritik sehr wohl als berechtigt an. Träte der Montanvertrag erst einmal in Kraft, beruhigte er den Wirtschaftsminister, würde eine Reihe von Widersprüchen in der alliierten Deutschlandpolitik umgehend beseitigt²⁷³. Auch François-Poncet mochte sich der Argumentation Adenauers nicht verschließen. Ansonsten aber wirkte die Haltung der Deutschen auf ihn anmaßend: Im Moment der Aufnahme in die europäische Familie hielten sie es für legitim, der Vergangenheit den Rücken zu kehren. Unfähig seien sie zu verstehen, wieso die Franzosen ihnen mit Blick auf die sowjetische Aggression die europäische Integration anböten, ohne ihr Mißtrauen gegenüber einem Nachbarn abzubauen, „dont nul ne saurait, à l'heure actuelle, prédire ce qu'il sera demain. Le temps, seul, pourrait accorder en nous le sentiment avec la raison.“ Doch die Deutschen könnten nicht warten, und die Alliierten übten Druck auf Frankreich aus, um die Bundesrepublik möglichst rasch in die westliche Staatenwelt zu integrieren²⁷⁴. Gleichwohl äußerte der Hohe Kommissar in Übereinstimmung mit seinen beiden westlichen Kollegen die Bereitschaft, Empfehlungen der Bundesregierung zur Durchführung des Gesetzes Nr. 27 anzunehmen, wenngleich man darauf beharrte, die Verantwortung über die Entflechtung in den eigenen Händen zu behalten²⁷⁵.

Mit diesen punktuellen Konzessionen gab sich Adenauer nicht mehr zufrieden. Am 13. 10. ließ er die Gesamtheit der besatzungsrechtlichen Bestimmungen in einem umfangreichen Memorandum an Monnet frontal attackieren. Während das Besatzungsstatut Deutschland als möglichen „Gegner“ behandle, betrachte der Schuman-Plan es als Partner und ebne ihm den Weg in die europäische Gemeinschaft; während das Statut die Souveränität Deutschlands verneine, setze der Plan sie als unerlässlich voraus. Auch die besatzungsrechtlichen Restriktionen in der Wirtschaft stünden mit ihm nicht im Einklang, weil er gleiche Marktbedingungen aller Teilnehmerstaaten verlange. Die Inkompatibilität der einschlägigen Bestimmungen beider Dokumente müsse das Funktionieren der Montanunion von vornherein beeinträchtigen²⁷⁶.

Für Monnet kam dieser Vorstoß keineswegs überraschend, empfand er es doch als ganz natürlich, wenn Adenauer jedes Mittel nutzte, um die deutsche Position zu verbessern. Das nahm dem Angriff aber nichts von seiner Gefährlichkeit. Bonn zog angesichts der französischen Widerstände gegenüber einer deutschen Wiederbewaffnung den Pariser Willen zur Kooperation insgesamt in Zweifel und gefährdete damit den Schuman-Plan. Daher drängte Monnet seine Regierung am 14. 10. zu einer Erklärung, in der sie sich für die Einbeziehung deutscher Truppen in eine

²⁷³ S. Monnet an Schuman, Aufzeichnung, 28. 9. 1950, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 60f.; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 375, Bl. 53, Abt. für wirtschaftliche Angelegenheiten im MAE an Französische Hohe Kommission Bonn, Tel. 2758/59, 30. 9. 1950.

²⁷⁴ Ebd., Bd. 375, Bl. 59f., François-Poncet an MAE, Tel. 5073/76, 3. 10. 1950.

²⁷⁵ S. Aufzeichnung Blankenhorn, 13. 10. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 3, S. 218f.; Unterredung zwischen Erhard und der Amerikanischen Hohen Kommission vom 10. 10. 1950, in: ebd., S. 199–203.

²⁷⁶ Hallstein an Monnet, Memorandum, 13. 10. 1950, in: BDFD I, S. 237–242, hier S. 237.

europäische Armee aussprechen sollte²⁷⁷. Zwar entsprach der Président du Conseil René Plevin dieser Bitte zehn Tage später²⁷⁸, doch waren damit die deutsch-französischen Dissonanzen keineswegs ausgeräumt – im Gegenteil! Mit gewachsenem Selbstbewußtsein formulierte die Bundesregierung Anfang November ein (inoffizielles) Junktim, indem sie die Unterzeichnung des Montanvertrages von einer Klarstellung der Struktur der Ruhrindustrie abhängig machte. Nachdem das Kabinett am 2. 11. beschlossen hatte, das Dokument nicht zu paraphieren, „bevor nicht die letzten wesentlichen Punkte geklärt und festgelegt sind“²⁷⁹, betonte Adenauer gegenüber François-Poncet wenige Tage darauf, daß er den Abschluß der Verhandlungen zwar baldmöglichst wünsche und daher das Abkommen zu paraphieren gedenke, ohne eine Lösung des IRB-Problems abzuwarten. Er behalte sich aber die „réserve formelle“ vor, den Vertrag nicht eher dem Bundestag zuzuleiten, bis diese Frage geregelt sei²⁸⁰. In diesem Sinne konstatierte ein Vermerk des Auswärtigen Amtes noch einmal im Dezember in aller Entschiedenheit, es sei „unerlässlich, daß vor Unterzeichnung des Schuman-Plans eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den Alliierten und der Bundesregierung über die Neuordnung der deutschen Montanindustrie herbeigeführt wird“²⁸¹. Gleichzeitig drängte das Bundeswirtschaftsministerium im Kanzleramt auf die Klärung noch offener wirtschaftspolitischer Probleme²⁸². Adenauer veränderte daraufhin seine Taktik, setzte darauf, die Verhandlungen zu verschleppen und erst einmal das Ergebnis der geplanten Viermächtekonferenz²⁸³ sowie die weitere Haltung Frankreichs gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung abzuwarten²⁸⁴. Demgegenüber regte Hallstein zwecks baldigen Abschlusses der Pariser Beratungen an, bei der Hohen Kommission auf eine schnelle Bereinigung des Entflechtungskomplexes hinzuwirken²⁸⁵. Eine solche Problemlösung ließ indes auf sich warten, stellte die Frage der Dekonzentration doch sowohl für Frankreich aus politischen wie ökonomischen Gründen eine wichtige Vorbedingung zur Schaffung der Montanunion dar. Aus der Sicht Monnets und Schumans war es zwingend erforderlich, die Dominierung der deutschen Politik durch die Ruhrmagnaten zu verhindern, der französischen Industrie gleiche Wettbewerbschancen zu bieten und die angelsächsischen Ängste vor einem gigantischen Kartell zu zerstreuen²⁸⁶. Monnet arrangierte daher seit Oktober eine Reihe von Treffen mit amerikanischen Regierungsvertretern, um das DKV-Problem zu bereinigen. Mitte Dezember einigten

²⁷⁷ S. Monnet an Schuman, 14. 10. 1950, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 61–63.

²⁷⁸ Vgl. Kap. III.4.2.

²⁷⁹ Kabinettsondersitzung, 2. 11. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 793.

²⁸⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 112, Bl. 184, François-Poncet an MAE, Tel. 6124/25, 11. 11. 1950, Réservé.

²⁸¹ PA, SFSP, Bd. 54, Bl. 207f., Vermerk, 8. 12. 1950.

²⁸² S. Erhard an Adenauer, I A 3, 11. 12. 1950, in: BDFD II, S. 647–650; vgl. auch Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie an Adenauer, 11. 12. 1950, in: ebd., S. 650–652.

²⁸³ Vgl. Kap. III.1.2.

²⁸⁴ S. Kabinettsitzung, 12. 12. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 880–883.

²⁸⁵ S. PA, SFSP, Bd. 54, Bl. 202f., Hallstein an Adenauer, 11. 12. 1950; Ansprache dess. in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 12. 12. 1950, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 170–181.

²⁸⁶ S. Monnet an Schuman, 22. 12. 1950, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 90f. Zur französischen Furcht vor deutscher Konkurrenz s.a. Vertreter der französischen Stahlindustrie an Schuman, 20. 2. 1951, in: BDFD II, S. 662–666.

sie sich auf die Auflösung der Organisation und eine Einschränkung des Verbundes zwischen Kohle und Stahl²⁸⁷. Bonn weigerte sich aber, dieses Übereinkommen zu akzeptieren, zumal die westdeutsche Wirtschaft Adenauer eindringlich aufforderte, die Verbundwirtschaft zu erhalten und „keine Beschränkung der deutschen Kohleverkaufsorganisation“ hinzunehmen²⁸⁸. In Übereinstimmung mit den Amerikanern unterbreiteten die Franzosen daraufhin den Kompromiß, den DKV durch maximal zwölf Verkaufsorganisationen zu ersetzen²⁸⁹. Doch auch dies galt an Rhein und Ruhr als inakzeptabel, wenngleich Paris offiziös mit dem Verzicht auf den Schuman-Plan drohte, falls es auf dem Gebiet der Entflechtung nicht zu einem Mindestmaß an deutschen Zugeständnissen käme²⁹⁰. Nicht einmal die Warnung des deutschen Generalkonsuls in Paris vor einem Sturz Schumans²⁹¹ oder der Hinweis des von Monnet Mitte Februar nach Bonn geschickten Etienne Hirsch, in Paris spreche man „von nichts anderem als der deutschen Vorherrschaft in Europa“²⁹², ließen Adenauer einlenken.

Der Erfolg des Schuman-Plans hing nun ausschließlich von den im Januar 1951 einsetzenden deutsch-amerikanischen Gesprächen über die Ruhrindustrie ab²⁹³. Abermals erwies sich der Faktor DKV als das größte Problem, zumal hier eine geschlossene Front von SPD, Gewerkschaften und betroffenen Unternehmern existierte²⁹⁴. Lobend nahm Adenauer dabei zur Kenntnis, daß Schuman keinen Zeitdruck ausübte, obwohl die Verhandlungen über die Montanunion wochenlang ruhten²⁹⁵. Selbst ihn erfüllte der Schuman-Plan Anfang März mit „Mißtrauen“. Dennoch mußte man seiner Meinung nach daran festhalten²⁹⁶ und alsbald zur Paraphierung gelangen²⁹⁷. Einen Fehlschlag konnte sich die Bundesrepublik kaum leisten, drohte dann doch ein Rückfall der französischen Deutschlandpolitik hinter den 9. Mai 1950²⁹⁸. Mit Blick auf die nahende Konferenz der Außenministerstellvertreter im Palais Marbre Rose²⁹⁹ war ihm daran gelegen, daß „sich Deutschland und Frankreich wenigstens auf einem Gebiet, nämlich dem wirt-

²⁸⁷ S. Monnet an Schuman, 22. 12. 1950, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 90f.; AN, 363 AP 17, Papiers Mayer, Memorandum Monnets, 9. 3. 1951; Schröder, Jean Monnet, S. 123–129 u. 189f.

²⁸⁸ Pferdenges an Adenauer, 27. 12. 1950, nebst Aufzeichnung vom 23. 12. 1950, in: BDFD II, S. 652–654, hier S. 654.

²⁸⁹ S. Monnet an Schuman, 22. 1. 1951, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 97–100; Schröder, Jean Monnet, S. 191f.

²⁹⁰ S. PA, Abt. 3, AZ 221–09, Bd. 1, Feihl an Kordt, Aufzeichnung 221–08–IIIb, 29. 1. 1951.

²⁹¹ S. ebd., AZ 205–00/22, Bd. 1, Hausenstein an AA, 205 Nr. 297, 24. 1. 1951.

²⁹² Lenz, Tagebuch, S. 39, Tb. 21. 2. 1951; s.a. ebd., S. 39f., Tb. 22. 2. 1951; zum Hirsch-Besuch vgl. Bruce an Acheson, Tel. 4932, 21. 2. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 4, S. 93–96.

²⁹³ Vgl. ausführlich: Schröder, Jean Monnet, S. 192–198; Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 272–284.

²⁹⁴ S. Kost an Adenauer, 5. 1. 1951, in: BDFD II, S. 655f.; Lenz, Tagebuch, S. 34f., Tb. 16. u. 17. 2. 1951; Briefing paper der Amerikanischen Hohen Kommission, 2. 2. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 4, S. 86–90; zum Verhältnis der Gewerkschaften zum Schuman-Plan ausführlich: Volkmann, DGB.

²⁹⁵ S. PA, SFSP, Bd. 67, Bl. 104f., François-Poncet an Adenauer, 13. 1. 1951 (Übersetzung); Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 49–51, Tee-Empfang, 9. 3. 1951.

²⁹⁶ PA, Abt. 2, Bd. 1299, Unterredung zwischen Adenauer und McCloy vom 2. 3. 1951, 5. 3. 1951, Geheim; s.a. Lenz, Tagebuch, S. 51, Tb. 2. 3. 1951.

²⁹⁷ S. Kabinettsitzung, 2. 3. 1951, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 203; McCloy an Acheson, Tel. 7132, 3. 3. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 4, S. 97f.

²⁹⁸ S. ders. an dens., Tel. 6850, 19. 2. 1951, Secret, Priority, in: ebd., S. 91–93; Schwabe, Staatskunst, S. 237.

²⁹⁹ Vgl. Kap. III.1.2.

schaftlichen, trafen³⁰⁰. Das hatten auch die Industriellen an der Ruhr einzusehen. Unter dem Druck der Verhältnisse und wohl auch amerikanischer Pressionen akzeptierten sie die Konzessionen der Bundesregierung³⁰¹.

Aus Angst vor den unkalkulierbaren politischen Konsequenzen eines Scheiterns willigte Adenauer am 14. 3. in einen natürlich als „vernünftig“³⁰² verkauften Kompromiß ein: Neuorganisation der deutschen Stahlindustrie unter Berücksichtigung der Bewahrung wettbewerbsfähiger Unternehmen; partieller Erhalt der Verbundwirtschaft, indem Stahlwerke Kohlegruben bis zu einer Bedarfsdeckung von 75% besitzen durften; Liquidation des DKV bis 1952. Darüber hinaus verpflichtete sich die Bundesrepublik zum Eintritt in die Montanunion und zu einem Kartellverbot³⁰³. Nach dieser den Schuman-Plan rettenden³⁰⁴ Einigung konnte nun auch die Paraphierung des Vertragswerkes erfolgen, wenngleich noch nicht alle offenen Fragen geklärt waren. Schuman drängte gar darauf, noch vor seiner für den 20. 3. geplanten Abreise in die USA die *Unterzeichnung* des Dokuments vorzunehmen. Sein Ziel war es dabei, die Ratifizierung vor den anstehenden Parlamentswahlen durchzusetzen, da er sich vor einem Rechtsruck und einer Stärkung de Gaulles fürchtete. Denn der General – so formulierte es der Generalsekretär der Schuman-Plan-Konferenz, Valéry, in einer vertraulichen Mitteilung gegenüber der deutschen Delegation – habe sich zwar der Einigung Europas und der deutsch-französischen Versöhnung verschrieben. Er verstehe darunter aber etwas anderes als Schuman. De Gaulle denke offenbar an eine „unter seinem Oberbefehl stehende europäische Armee, die im wesentlichen aus Franzosen und Deutschen bestehe und die er in einem Kreuzzug gegen die Barbaren des Ostens kommandieren werde.“³⁰⁵ Obwohl der Wunsch des französischen Außenministers von amerikanischer Seite lebhaft unterstützt wurde³⁰⁶, lehnte der Bundeskanzler ihn als „Husarenattacke“³⁰⁷ ab. Allerdings akzeptierte er die von Hallstein am 19. 3. vollzogene *Paraphierung*³⁰⁸, deren Termin ihm vor allem deshalb

³⁰⁰ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 45, Tee-Empfang, 22. 2. 1951; s.a. François-Poncet an Schuman, Nr. 435/CM, 28. 2. 1951, in: François-Poncet, Rapports mensuel, Bd. 1, S. 412–414. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 125, Bl. 238.

³⁰¹ Bérard wußte nach der Unterzeichnung des Vertrages über die Montanunion aus guter Quelle zu berichten, die „l'entourage“ von McCloy habe zur Überwindung der Widerstände in industriellen Bereichen nicht davor zurückgeschreckt, „à recourir à la menace de faire éventuellement couper les fonds Marshall“ (ebd., Bd. 376, Bl. 261, Bérard an MAE, Tel. 2442/50, 21. 4. 1951, Réservé, Priorité; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, Tb. 21. 4. 1951).

³⁰² Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 55, Tee-Empfang, 15. 3. 1951.

³⁰³ S. Adenauer an AHK, BK 487/51, 14. 3. 1951, in: Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie, S. 455–457; AN, 457 AP 31, Papiers Bidault, Monnet an Bidault, 16. 3. 1951; ebd., 363 AP 17, Papiers Mayer, ders. an Mayer, 16. 3. 1951; ebd., Memorandum dess., 9. 3. 1951; PA, Abt. 3, AZ 221–09, Bd. 1, Pressekonferenz Hallsteins, 14. 3. 1951. Am 8. 3. 1951 hatten sich Adenauer und McCloy darauf verständigt, daß der DKV nicht vor dem 1. 10. 1952 liquidiert werde (Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 49–51, Tee-Empfang, 9. 3. 1951; Kabinettsitzung, 9. 3. 1951, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 221); s.a. Monnet an Schuman, 1. 7. 1952, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 145–147.

³⁰⁴ Vgl. Schwabe, Staatskunst, S. 238.

³⁰⁵ PA, Abt. 3, AZ 221–09, Bd. 2, von Marchtaler an Blankenhorn, Aufzeichnung, 29. 3. 1951.

³⁰⁶ S. ebd., Abt. 2, Bd. 747, Bl. 234, Aufzeichnung Dittmann, 17. 3. 1951; McCloy an Acheson, Tel. 7411, 15. 3. 1951, in: FRUS 1951, Bd. 4, S. 102f.

³⁰⁷ Aufzeichnung Seebohm, zitiert nach: Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 230, Anm. 56; s.a. Adenauer an McCloy, 18. 3. 1951, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 25f.

³⁰⁸ S. PA, BStS, Bd. 122, Ansprache Hallsteins, 19. 3. 1951 (PIB-Mitteilung Nr. 210/51); ebd., SFSP,

nützlich schien, weil er Schuman die Möglichkeit gab, den Amerikanern das Dokument als Beweis für die Bereitschaft der Europäer zum Zusammenschluß vorzulegen³⁰⁹.

In Paris herrschte nun unverkennbare Erleichterung, war man doch allem Anschein nach erst jetzt „überzeugt“, daß es Bonn mit der Politik der europäischen Integration „wirklich ernst“ sei³¹⁰. Anders als Schumacher, meinte François-Poncet mit einer gewissen Einäugigkeit, sähe Adenauer die deutschen Interessen nicht im Aushandeln kleinlicher Vorteile, sondern in der westlichen Gemeinschaft gewahrt, „en prenant hardiment parti, afin de surmonter, le plus rapidement possible, les conséquences funestes pour l'Allemagne de l'effondrement nazi“³¹¹. Mit der Paraphierung des Montanvertrages waren die Sechs-Mächte-Verhandlungen im Kern abgeschlossen. Zur feierlichen Unterzeichnung sollten die Außenminister der Mitgliedstaaten Mitte April nach Paris kommen.

Adenauer maß der bevorstehenden Reise eine ganz besondere Bedeutung zu, handelte es sich dabei doch – abgesehen vom Aufenthalt Hitlers – um den ersten Besuch eines deutschen Regierungschefs in der französischen Hauptstadt seit den Tagen des Reichskanzlers Brüning³¹². Ihn galt es nicht nur sorgfältig vorzubereiten, sondern auch maximal zu nutzen. Adenauer ließ dazu eine umfangreiche Wunschliste ausarbeiten, die Hallstein und Blankenhorn in mehreren Gesprächen mit französischen Diplomaten in Bonn vorab präsentierten. So gab er der Hoffnung auf Freilassung einiger Kriegsgefangener ebenso Ausdruck wie dem Wunsch nach Einrichtung einer deutsch-französischen Kommission, die den Ministerien Lösungen für anstehende Probleme vorlegen sollte. Des weiteren regte der Kanzler die Errichtung eines Instituts für europäische Studien in Paris an und schlug eine beiderseitige Erklärung über den Willen zur gemeinsamen Politik auf der europäischen Ebene wie zur Koordinierung des Kulturaustausches vor. Außerdem sprach er sich für Erleichterungen im deutsch-französischen Handelsverkehr und eine ausgewogene Handelsbilanz aus. Angesichts derart weitgespannter Pläne war es nicht verwunderlich, daß François-Poncet argwöhnte, es gehe ihm in erster Linie darum, aus der Unterzeichnung des Montanvertrages politisches Kapital zu schlagen. Gleichwohl ließ er keinen Zweifel zu, wie sehr es im französischen Sinne sei, diese Anregungen nicht zurückzuweisen³¹³.

Tief bewegt, setzte der Kanzler am 11. 4. seinen Fuß auf den Pariser Boden. Denn mit der Gründung der Montanunion begann seiner Meinung nach nicht nur

Bd. 55, Bl. 28–30, Rede Monnets, 19. 3. 1951; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 112, Bl. 243–244, François-Poncet an MAE, Tel. 1786, 19. 3. 1951; Adenauer an Monnet, Tel. , 19. 3. 1951, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 108.

³⁰⁹ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 55, Tee-Empfang, 15. 3. 1951.

³¹⁰ PA, Abt. 3, AZ 221–09, Bd. 2, von Marchtaler an Blankenhorn, Aufzeichnung, 29. 3. 1951.

³¹¹ François-Poncet an Schuman, Nr. 774/CM, 30. 3. 1951, in: François-Poncet, Rapports mensuel, Bd. 1, S. 423–441, hier S. 438. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 125, Bl. 269.

³¹² Zum Besuch Adenauers vgl. Schwarz, Begegnungen, S. 68–71; ders., Adenauer, Bd. 1, S. 858–866; Blankenhorn, Verständnis, S. 119–121, Tb. 11.–19. 4. 1951.

³¹³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 113, Bl. 9–11, François-Poncet an MAE, Tel. 2153/57, 6. 4. 1951, Réservé, Urgent; s.a. ebd., Allemagne, Bd. 376, Bl. 189f., Unterredung mit Blankenhorn vom 6. 4. 1951; François-Poncet an MAE, Tel. 2141/45, 6. 4. 1951, in: BDFD II, S. 165f.; Becker an Hallstein, Aufzeichnung 304–06-IV-157/51, 6. 4. 1951, in: ebd., S. 167f.

„ein neuer Abschnitt der europäischen Geschichte“, sondern auch ein neues Kapitel im deutsch-französischen Verhältnis. Da die Zusammenfassung der Kohle- und Stahlproduktion Kriege zwischen den Nachbarn „nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“ machte, sah er mit dem Abschluß des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) „den feierlichen und unwiderruflichen Schlußstrich“ unter eine Vergangenheit, in der beide Völker sich „aus Mißtrauen, Konkurrenzsucht und Egoismus immer wieder mit den Waffen in der Hand“ gegenübergetreten seien³¹⁴. Diesen Kontext zwischen deutsch-französischer Versöhnung und europäischer Integration betonte Adenauer auch in einer kurzen Erklärung nach der Ankunft in Paris: Bewußt habe ihn die erste offizielle Auslandsreise nach dem Zweiten Weltkrieg an die Seine geführt: „Ich will damit dokumentieren, daß ich das deutsch-französische Verhältnis für die Kernfrage jeder europäischen Lösung halte. Wir müssen neue Wege beschreiten lernen. Nur wenn uns dies gelingt, kann ein neues Europa entstehen, in dem die Kleinstaaterei und der nationale Egoismus überwunden werden“³¹⁵.

Dazu bedurfte es freilich zunächst einmal einiger Anstrengungen der sechs Außenminister. Denn noch harrten heikle Fragen einer Lösung: die Wahl des Sitzortes, die Anzahl und Bestimmung der Mitglieder der Hohen Behörde oder die Gewichtung der Stimmen im Ministerrat³¹⁶. In evidenten Analogie zur Vorlage des „Document du travail“ vom Juni 1950 hatte Frankreich den Partnerländern bereits am 24. 3. ein Memorandum präsentiert, um die Gespräche in eine ihm genehme Richtung zu lenken³¹⁷. Obwohl Monnet sich mit Adenauer am 4. 4. über das Prinzip der Gleichheit zwischen Frankreich und Deutschland in allen Organen verständigt hatte³¹⁸, stimmte das Auswärtige Amt mit den französischen Vorschlägen keineswegs völlig überein³¹⁹. Dennoch zogen Deutsche und Franzosen während der mehrtägigen Beratungen an der Seine meist an einem Strang, konnten sich aber gegen den Widerstand der BENELUX-Staaten kaum durchsetzen³²⁰. Ohne schließlich das Sitzproblem gelöst zu haben, unterzeichneten die sechs Minister am 18. 4. den EGKS-Vertrag, nicht zuletzt, weil alle „so sehr unter amerikanischem Druck standen, daß keiner es auf sich nehmen konnte, die Verhandlungen scheitern zu lassen“³²¹. Gleichzeitig einigten sich Frankreich und Deutschland auf die Modalitäten zur Beteiligung der Saar an der Montanunion. Mit dem Brief zur Saarfrage³²² überreichte Schuman Adenauer ein weiteres Schreiben, in dem er die Auffassung seiner Regierung bekräftigte, daß die Funktionen der Ruhrbehörde in dem Maße erlöschen müßten, in dem die Hohe Behörde die Befugnisse

³¹⁴ PA, BStS, Bd. 124, Rede Adenauers vor dem Club der ausländischen Presse in Paris, 13. 4. 1951.

³¹⁵ Ebd., Erklärung dess. bei seiner Ankunft in Paris, 11. 4. 1951.

³¹⁶ S. Aufzeichnung Ophüls, 10. 4. 1951, in: BDFD I, S. 246–249.

³¹⁷ S. PA, SFSP, Bd. 105, Bl. 51–53, Suggestions françaises, 24. 3. 1951; ebd., Bd. 286, Bl. 10–16, Memorandum, 13. 4. 1951.

³¹⁸ Vgl. Monnet an Schuman, Memorandum, 8. 5. 1951, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 113; Monnet, Erinnerungen, S. 447 f.

³¹⁹ S. ebd., S. 446; PA, SFSP, Bd. 105, Bl. 60 f., Ergebnis der Besprechung vom 29. 3. 1951; ebd., Bl. 47–50, Entwurf einer Instruktion für die politischen Fragen des Schumanplans, 5. 4. 1951.

³²⁰ Vgl. Küsters, Verhandlungen, S. 95–101; Griffiths, Benelux-Staaten, S. 268.

³²¹ Lenz, Tagebuch, S. 71, Tb. 17. 4. 1951; s. den Vertrag nebst Anlagen in: BGBl 1952, Teil II, S. 448–504.

³²² Vgl. Kap. III.3.1.

zur Ausübung ihrer Zuständigkeit gemäß der Konvention über die Übergangsbestimmungen erhielt, spätestens aber mit der Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Kohle³²³. Darüber hinaus verständigten sich beide Politiker in Anlehnung an die Verhandlungen Monnets mit Adenauer zu Beginn des Monats abermals in einem Aide-mémoire darauf, zwischen beiden Staaten in den europäischen Institutionen das Prinzip der Gleichberechtigung herrschen zu lassen³²⁴.

Insgesamt lag damit nun ein vertraglicher Rahmen vor, der die außenpolitische Situation der Bundesrepublik erheblich aufwertete. Mit dem Beitritt zur EGKS und dem wenige Tage später erfolgenden Beschluß des Europarates, die Bundesrepublik als vollberechtigtes Mitglied aufzunehmen³²⁵, waren entscheidende Schritte auf dem Weg zur Eingliederung in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien zurückgelegt. Den Kanzler verleiteten sie dazu, vollmundig zu verkünden, daß „von nun an keine europäische Entscheidung ohne Deutschland mehr getroffen werden kann“³²⁶. Für ihn besaß die Gründung der Montanunion eine ökonomische wie politische Dimension. Wie er in einer Pressekonferenz am 20. 4. unumwunden zugab, lagen die für die Bundesrepublik und die übrigen Mitglieder handfesten wirtschaftlichen Vorteile neben der erwarteten Verbilligung und Verbesserung der Stahlproduktion nicht zuletzt darin, die zur Wiederherstellung und zum Ausbau der beteiligten Wirtschaften notwendigen amerikanischen Kredite sehr viel leichter zu erhalten. Noch wichtiger war für ihn freilich der politische Gedanke, „eine wahrhafte Gemeinschaft der europäischen Länder zu schaffen auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung“, die zweifellos auch auf andere europäische Staaten ihre Ausstrahlungskraft ausübte³²⁷. Letztlich bedeutete die Verwirklichung des Schuman-Plans für ihn nicht weniger als „den entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte Europas“, Ansatz zu einer „dauernden wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Gemeinschaft“ und eine „völlig neue Grundlage“ für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich³²⁸. Energisch wehrte er sich gegen die wieder auflebenden Vorwürfe der SPD-Opposition, der Plan sei nichts anderes als eine „Verewigung des französischen Besatzungsstatuts“³²⁹. Vielmehr zeigte er sich fest davon überzeugt, die Montanunion werde

³²³ S. Schuman an Adenauer, 18. 4. 1951, in: BDFD II, S. 123 f.; Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 65–68, Tee-Empfang, 20. 4. 1951. Das Ruhrstatut erlosch am 21. 12. 1951.

³²⁴ S. Monnet an Schuman, Memorandum, 8. 5. 1951, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 113. In einem Schreiben vom 18. 4. an Adenauer wies Schuman außerdem darauf hin, daß die französische Regierung hinsichtlich der von der deutschen Delegation aufgeworfenen Probleme, die möglicherweise auf dem deutschen Kohlemarkt vor der Amtsübernahme der Hohen Behörde auftreten könnten, der AHK die Bildung eines Ausschusses vorzuschlagen gedächte, der beauftragt werden sollte, „im Einvernehmen mit der Bundesregierung und allen Beteiligten [...] die für die Lösung der gegebenenfalls auftretenden Probleme geeigneten Verfahren und Organismen zu prüfen“ (PA, Ref. 200, Bd. 20, Schuman an Adenauer, 18. 4. 1951 (Übersetzung)).

³²⁵ S. ebd., Abt. 2, Bd. 583, Bl. 121, Paris an dens., 2. 5. 1951; ebd., Bl. 122, Adenauer an Heuss, Tel., 2. 5. 1951.

³²⁶ Ebd., Abt. 3, AZ 221–02, Rundfunkansprache Adenauers, 4. 5. 1951 (PIB-Mitteilung Nr. 357/51, 4. 5. 1951).

³²⁷ Ebd., BStS, Bd. 362, Ansprache dess. auf der Pressekonferenz, 20. 4. 1951, NfD.

³²⁸ Adenauer an Schuman, 19. 4. 1951, in: Beyer, Schuman, S. 117.

³²⁹ PA, BStS, Bd. 362, Ansprache Adenauers auf der Presse-Konferenz, 20. 4. 1951, NfD; s.a. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 74 f., Tee-Empfang, 20. 4. 1951; zu den Widerständen der SPD gegen den EGKS-Vertrag s. die Fraktionssitzung vom 8. 5. 1951, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 1. Teilbd., S. 267 f.

beide Nationen im Rahmen der europäischen Gemeinschaft „in aufrichtiger Freundschaft und in enger Zusammenarbeit für den Frieden und für die Ideale der freien Völker des Westens zusammenführen“³³⁰.

Parlamentarische Hürden

Zur Aussöhnung war es freilich noch ein langer Weg. So sah der kluge Beobachter Albrecht von Kessel das Klima in Paris gegenüber Deutschland zwar als „wesentlich verbessert“ an. Er warnte jedoch davor, dies als wirklichen Stimmungsumschwung mißzuverstehen. „Zurückhaltung und Reserve sind nun einmal Wesenszüge des französischen Volkes, Eigenschaften, die im Verhältnis zu uns auch in Zukunft bestimmend bleiben werden.“³³¹ Der deutsche Diplomat stimmte damit weitgehend mit dem französischen Außenminister überein, der die Vertragsunterzeichnung ebenfalls „als einen Markstein der politischen Entwicklung Westeuropas und insbesondere der Beziehungen unserer beiden Länder“ begrüßte, ohne „die noch bevorstehenden Schwierigkeiten“ verkennen zu wollen³³². In diesem Sinne hielt es die französische Hohe Kommission bereits wenige Tage nach der Zeremonie für geraten, die Bundesregierung darauf aufmerksam zu machen, daß die Notwendigkeit der Ratifizierung des Vertragswerkes von ihr Rücksicht auf die innenpolitische Situation in Paris verlange. Wenn sie schon keinen Einfluß auf Schumacher und dessen Agitation gegen den Schuman-Plan ausüben könne, solle sie doch zumindest die saarländischen Parteien und Politiker wie Jakob Kaiser zur Zurückhaltung auffordern³³³.

Adenauer nahm sich die Mahnungen durchaus zu Herzen. In der ersten Lesung des Vertragswerkes am 12. 7. hob er eindringlich den Kompromißcharakter der Vertragstexte hervor und sprach sich kategorisch gegen das Einbringen jeglicher Abänderungsanträge aus. Bedenken gegen einzelne Bestimmungen seien aufgrund der immensen wirtschaftlichen, vor allem aber der politischen Bedeutung zurückzustellen, biete die Montanunion doch die einmalige Chance, dem Nationalismus, dem „Krebsschaden Europas, einen tödlichen Stoß“ zu versetzen³³⁴. In der SPD mochte dieser Argumentation niemand folgen. Seit April war sie zum Verdruß der französischen Schwesterpartei³³⁵, aber auch deutscher Gewerkschafter³³⁶ zu einer „totalen Ablehnung“³³⁷ übergegangen. Gesellschaftspolitisch attackierte die Sozialdemokratie die Montanunion als konservativ-klerikal-kapitalistisch-kartellistischen Pakt. Außenpolitisch verstand sie sie als Ausgeburt französischen Hegemoniestrebens. Deutschlandpolitisch sah sie in ihr mit den parallelen Schritten zur

³³⁰ Adenauer an Schuman, 19. 4. 1951, in: Beyer, Schuman, S. 117.

³³¹ PA, NL Kessel, Ordner [1], von Kessel an Blankenhorn, 23. 4. 1951, Vertraulich.

³³² Schuman an Adenauer, 21. 4. 1951, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 48.

³³³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 376, Bl. 258–261, Bérard an MAE, Tel. 2442/50, 21. 4. 1951, Réserve, Priorité; Bérard, Ambassadeur, S. 370, Bd. 2, Tb. 21. 4. 1951.

³³⁴ Bundestagsrede Adenauers, 12. 7. 1951, in: BT, Sten. Ber., Bd. 8, S. 6499–6502, hier S. 6501; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 113, Bl. 126–128, François-Poncet an MAE, Tel. 4444, 12. 7. 1951.

³³⁵ Vgl. Artikel von Philip, in: „Allemagne“, Juni/Juli 1951, S. 1 f., im Auszug auch in: BDFD III, S. 196–198.

³³⁶ Vgl. Heine an Mühlbach, 6. 9. 1951, im Auszug in: ebd., S. 199–201.

³³⁷ Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 337; vgl. Hrbek, SPD, S. 104–126; Paterson, SPD, S. 56–58.

Westbindung ein Hemmnis für die Wiedervereinigung³³⁸. Dementsprechend lehnte Carlo Schmid das von der Regierung vorgelegte Ratifizierungsgesetz im Plenum mit der Begründung ab, der EGKS-Vertrag sei eine Karikatur des Schuman-Planes. In Anlehnung an Forderungen des Bundesrates³³⁹ stellte die Opposition den Antrag, eine zweite Lesung von einer Reihe von Voraussetzungen abhängig zu machen, wie verbindlicher Zusagen der Westmächte über die Abschaffung besatzungsrechtlicher Bestimmungen, einer Neuregelung der Verbundwirtschaft und des DKV sowie einer Klarstellung der Position des Saargebietes zur Montanunion³⁴⁰.

Mochte der Kanzler auch gegenüber der französischen Hohen Kommission beteuern, er beabsichtige nicht, die Einrichtung der Montanunion hinauszuzögern³⁴¹, so war an eine Beendigung des Ratifikationsverfahrens aus innenpolitischen Gründen vorläufig nicht zu denken. Im September erhoben sich in der FDP Stimmen, die eine parlamentarische Billigung der EGKS von der Beseitigung der Ruhrbehörde und diskriminierender Bestimmungen abhängig machten³⁴². In einer demoskopischen Untersuchung vom Oktober 1951 sprachen sich nur 20% der Befragten für die Annahme durch den Bundestag aus, 19% dagegen, und 61% hatten keine Meinung³⁴³. Vor dem Hintergrund der in der Zwischenzeit aufgetretenen Schwierigkeiten in den Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts und die deutsche Wiederbewaffnung³⁴⁴ begann Adenauer wenig später, mit dem Gedanken zu spielen, das EGKS-Abkommen erst im Zusammenhang mit dem Deutschland- und EVG-Vertrag zu ratifizieren³⁴⁵.

Auch in Frankreich drohte die Stimmung im Herbst vor allem durch eine „véritable fronde“ der Stahlindustrie³⁴⁶, die sich allerdings innerhalb der französischen Unternehmerschaft isolierte³⁴⁷, und durch innenpolitische oder taktisch-parlamentarische Ranküne gegen den Schuman-Plan umzuschlagen³⁴⁸. Die für die Idee der europäischen Integration günstige öffentliche Meinung hatte ihren Höhepunkt mittlerweile überschritten, der bereits „tot“ geglaubte Neutralismus erwachte wieder zum Leben, und der Regierung drohte „der Boden unter den Füßen weg[zuj]bröckeln“. Dabei sei sich „jeder“ darüber im klaren, so alarmierte

³³⁸ S. Presserklärung der SPD, 20. 4. 1951, Schumachers Artikel im „Hamburger Echo“, 21. 4. 1951, sowie seine Rede auf der Konferenz der Sozialen Arbeitsgemeinschaften der SPD, 24. 5. 1951, in: Schumacher, Reden, S. 805–818.

³³⁹ Vgl. AdG 1951, S. 3003A.

³⁴⁰ S. Bundestagsrede Schmidts, 12. 7. 1951, in: BT, Sten. Ber., Bd. 8, S. 6510–6521; AdG 1951, S. 3022C; Weber, Carlo Schmid, S. 435 f.

³⁴¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 113, Bl. 138 f., Bérard an MAE, Tel. 8152/55, 20. 11. 1951.

³⁴² S. Resolution des FDP-Parteitages vom September 1951, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1954, S. LXXXV; Jeutter, EWG, S. 97.

³⁴³ Vgl. Jahn, An Adenauers Seite, S. 131.

³⁴⁴ Vgl. Kap. III.1.1 u. III.4.1.

³⁴⁵ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 160, Pressetee, 15. 11. 1951.

³⁴⁶ Poidevin, Robert Schuman, S. 289. Zum massiven Widerstand der französischen Stahlindustrie vgl. Vertreter der französischen Stahlindustrie an Schuman, 20. 2. 1951, in: BDFD II, S. 662–666; Präsident der „Chambre Syndicale de la Sidérurgie Française“ Aubrun an Schuman, 3. u. 5. 4. 1951, in: ebd., S. 666–669; Duclos an Vorstandsmitglieder des „Comité Central d'Entreprise de l'Union Sidérurgique du Nord de la France“, 4. 12. 1951, im Auszug in: BDFD III, S. 201–203.

³⁴⁷ Vgl. Mioche, Patronat, S. 308–312.

³⁴⁸ Vgl. Poidevin, Robert Schuman, S. 289–295; Willis, France, S. 98–103.

Gebhardt von Walther am 30. 11. das Auswärtige Amt, daß bei einer Ablehnung des Vertrages „eine rein negative Konzeption, beinahe ein Vakuum, der ‚Neutralismus‘ zum Leitmotiv der französischen Politik werden muß“. Ohne einem Defätismus erliegen zu wollen, riet der zweite Mann an der Pariser Vertretung dazu, „schon jetzt ein Konzept zurecht[zulegen], mit dem man einen Mißerfolg aufzufangen kann“³⁴⁹.

Angesichts derartiger, seine bisherige Zuversicht³⁵⁰ in Frage stellender Hiobsbotschaften beeilte sich Adenauer, den Ratifizierungsprozeß in Bonn zu forcieren. Über die neu gegründete „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“³⁵¹ ließ er jetzt die öffentlichkeitswirksame Propagierung der Montanunion durchführen³⁵². Am 30. 11. betonte er gegenüber den Spitzen der Koalition, die Verabschiedung des EGKS-Vertrages sei noch im Dezember „dringend wünschenswert“. Die französische Regierung würde es als „eine sehr große Hilfe“ betrachten, „wenn die Angelegenheit bei uns möglichst bald erledigt wird“³⁵³. In einem Brief an Vizekanzler Blücher unterstrich Adenauer Anfang Dezember vor dem Hintergrund einer sich mittlerweile klarer abzeichnenden Billigung durch die Assemblée Nationale, wie wichtig eine baldige deutsche Ratifikation sei. Das Ausland verstehe sie als Zeichen der Bereitschaft zur europäischen Integration. Zugleich bereite sie die „psychologischen Voraussetzungen“ für den schnellen Abschluß des EVG-Vertrages³⁵⁴. Am Tag darauf beschloß das Bundeskabinett eine Sondersitzung zur Verabschiedung von Maßnahmen, um „die Annahme des Schumanplans noch vor Weihnachten sicherzustellen“³⁵⁵.

Verpflichtend und erlösend in einem wirkte dann Mitte Dezember die Nachricht, das französische Parlament habe den Vertrag am Ende einer fünftägigen, bisweilen dramatischen Aussprache mit einem eindeutigen Votum passieren lassen. Das Ergebnis galt als um so beachtlicher, als sich die Debatte zu einer Erörterung des deutsch-französischen Verhältnisses entwickelt und dabei durch ihren „Ernst“ und ihre „Ethik“ bemerkenswert von früheren Wortgefechten abgehoben hatte³⁵⁶. Immer wieder stellten die Parlamentarier die bange Frage, ob Deutschland überhaupt zu einer echten Partnerschaft fähig oder ob der Ruf nach Gleichberechtigung nicht nur ein Vorwand für das eigene Machtstreben sei. General Aumeran, der beim Scheitern der EVG drei Jahre später traurige Berühmtheit erreichen sollte³⁵⁷, trieb diese Zweifel gegenüber dem östlichen Nachbarn auf die Spitze, als er gegen die Ratifizierung des Montanvertrags im Namen der

³⁴⁹ PA, BStS, Bd. 267, von Walther an Blankenhorn, 221–19, 30. 11. 1951.

³⁵⁰ Im Juli 1951 meinte Adenauer auf eine Journalisten-Frage hinsichtlich der innerfranzösischen Widerstände gegen die Ratifizierung des Schuman-Plans, die Verhandlungen in Paris hätten das Ansehen Frankreichs in der Welt so gesteigert, der amerikanische Druck sei so groß, daß die Franzosen sich einen solchen Prestigeverlust gar nicht leisten könnten (Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 101, Tee-Empfang, 13. 7. 1951).

³⁵¹ Zur Gründung s. Jahn, An Adenauers Seite, S. 101–104.

³⁵² Vgl. ebd., S. 131–133.

³⁵³ StBKAH, NL Adenauer, III 38, Adenauer an von Brentano, 30. 11. 1951, Persönlich.

³⁵⁴ Ebd., III 21, ders. an Blücher, Tel., 6. 12. 1951, Geheim, Citissime, im Auszug in: Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 826, Anm. 40.

³⁵⁵ Kabinettsitzung, 7. 12. 1951, in: ebd., S. 800.

³⁵⁶ PA, Abt. 3, AZ 221–09, Bd. 3, Hausenstein an AA, 221–09 Nr. 4720, 19. 12. 1951.

³⁵⁷ Vgl. Kap. III.4.3.

Toten protestierte, die in drei Kriegen gegen Deutschland gefallen seien³⁵⁸. Das eisige Schweigen der meisten Parlamentarier ließ jedoch erkennen, daß ihre Bedenken nicht rückwärtsgewandt waren. Bedrohlicher für Schuman wurden die Reden des unabhängigen Abgeordneten Pierre André und des Progressisten Pierre Cot. Ihre mit wirtschaftspolitischen Argumenten unterfütterten Warnungen vor den katastrophalen Folgen des Schuman-Plans für die französische Industrie³⁵⁹ zwangen die Regierung, ihre Strategie, den Vertrag vor allem mit politischen Argumenten zu verteidigen, elastischer zu gestalten³⁶⁰. Zwar seien sich die Abgeordneten – so resümierte der genaue Beobachter der Diskussionen, Paul Frank – mit ihren Landsleuten wohl bewußt, „daß Europa weder auf den wirtschaftlichen noch auf den militärischen Beitrag Deutschlands verzichten kann“; gleichzeitig aber seien sie von einem „*psychologischen* Komplex“ befallen. In der Endabstimmung setzte sich schließlich der Wille zur Verständigung durch. Mit 377 gegen 235 Stimmen, vor allem jene der Kommunisten und der Gaullisten, sprachen sich die Parlamentarier am 13. 12. für die Billigung des Gesetzes über den EGKS-Vertrag aus³⁶¹.

Adenauer beeilte sich, Schuman zu diesem Erfolg zu beglückwünschen. Das französische Volk hatte damit den Willen zur europäischen Gemeinschaft bewiesen, von dem seines Erachtens allein der Frieden der Welt abhing³⁶². Der Bundestag schien diese Entschlußkraft nur bedingt zu besitzen. Am Tage der französischen Ratifikation bereitete der Ältestenrat dem Kanzler die „blâme“, die zweite Lesung gegen seinen Willen auf den 9./10. 1. 1952 zu verschieben³⁶³. Adenauer redete den Parlamentariern daher im Auswärtigen Ausschuß eindringlich ins Gewissen und warnte davor zu vergessen, daß „wir eben unterjocht sind“³⁶⁴. Nach einer scharfen parlamentarischen Auseinandersetzung mit Ollenhauer, der den erkrankten Parteichef Schumacher vertrat, ließ der Bundestag das Gesetz zur Montanunion dann am 11. 1. mit 232 gegen 143 Stimmen passieren³⁶⁵, „une date capitale“ für die Geschichte der noch jungen Republik³⁶⁶.

³⁵⁸ S. Rede Aumerans in der Assemblée Nationale, 6. 12. 1951, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1951, Bd. 9, S. 8876–8891.

³⁵⁹ S. Reden Andrés und Cots in der Assemblée Nationale, 7. 12. 1951, in: ebd., S. 8950–8956 u. 8958–8965.

³⁶⁰ S. Rede Plevens in der Assemblée Nationale, 11. 12. 1951, in: ebd., S. 9012–9015.

³⁶¹ PA, Abt. 3, AZ 221–09, Bd. 3, Aufzeichnung Frank, o.D., Anlage zu Hausenstein an AA, 221–09 Nr. 4720, 19. 12. 1951; s. Debatte in der Assemblée Nationale, 7., 11. u. 13. 12. 1951, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1951, Bd. 9, S. 8854–9120; Artikel Ronsacs, in: „Franc-Tireur“, 10. 12. 1951, im Auszug auch in: BDFD III, S. 205 f.

³⁶² S. Adenauer an Schuman, Tel. 0008 Bonn TW 03957 1110/98, 13. 12. 1951, in: Beyer, Schuman, S. 119; zur deutschen Reaktion auf die französische Ratifikation s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 113, Bl. 155 f., François-Poncet an MAE, Tel. 8806/08, 13. 12. 1951, Priorité.

³⁶³ Ebd., Bl. 160, ders. an dass. an MAE, Tel. 8822/23, 14. 12. 1951, Réservé; s.a. ebd., Bl. 157–159, ders. an dass., Tel. 8815/19, 14. 12. 1951, Priorité, Urgent; Lenz, Tagebuch, S. 195, Tb. 13. 12. 1951.

³⁶⁴ Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages vom 17. 12. 1951, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 435–473, hier S. 462.

³⁶⁵ Zum Verlauf der Debatte vom 9.–11. 1. 1952 s. BT, Sten. Ber., Bd. 10, S. 7482–7836.

³⁶⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 114, Bl. 40–43, François-Poncet an MAE, Tel. 311/315, 11. 1. 1952; s.a. ebd., Bl. 55–62, Unterabt. Zentraleuropa im MAE, Aufzeichnung, 15. 1. 1952; François-Poncet an Schuman, Nr. 260/CM, 1. 2. 1952, in: François-Poncet, Rapports mensuel, Bd. 1, S. 615–621. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 126, Bl. 287; Adenauer an Schuman, Tel. 48 S Bonn TW 3643 64/63 15 1110/ETAT, 15. 1. 1952, in: Beyer, Schuman, S. 123.

Nach Hinterlegung sämtlicher Ratifikationsurkunden in Paris trat der Vertrag am 25. 7. in Kraft³⁶⁷.

Sechs Wochen später gereichte es dem Kanzler zur Ehre, die erste Sitzung des EGKS-Ministerrats aufgrund der alphabetischen Ordnung als Präsident eröffnen zu dürfen³⁶⁸. Entrüstet mußte er aber hinnehmen, daß nicht sein Parteifreund Heinrich von Brentano, sondern der belgische Sozialist Paul-Henri Spaak zum ersten Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung gewählt wurde, wofür die christdemokratischen Abgeordneten vor allem ihre Kollegen von der SPD bzw. dem MRP verantwortlich machten³⁶⁹. Gewiß stellte diese Wahl kein Votum gegen Adenauer dar. Trotz aller Differenzen zwischen Bonn und Paris hatten die Verhandlungen über den Schuman-Plan vielmehr in aller Deutlichkeit unter Beweis gestellt, wie wichtig der Bundeskanzler für Frankreich war, während der Oppositionsführer nach seinen heftigen antifranzösischen Attacken der letzten Monate als ein Politiker galt, der die Unabhängigkeit seines Landes auf Kosten der europäischen Integration bewahren wolle. In dem Maße, wie das negative Bild Schumachers sich verfestigte, nahm das positive Adenauers konkretere Gestalt an. Mit Genugtuung registrierte der französische Hohe Kommissar, daß der Kanzler nach der Paris-Reise im April 1951 „plus francophile“ geworden sei. Schon vorher habe er seinen Wunsch nach einer deutsch-französischen Versöhnung nicht verborgen, sei aber von Frankreich oft enttäuscht worden. Danach habe er offenbar „une notion plus juste“ von den französischen Stärken und Schwächen gewonnen. Adenauer nahm damit in den Augen François-Poncets eine gewisse Ausnahmestellung in der westdeutschen classe politique ein. Zwar seien nicht wenige seiner Landsleute von der Notwendigkeit einer deutsch-französischen Annäherung überzeugt, doch „plus rares encore sont ceux qui ne gardent pas la nostalgie, d'ailleurs souvent inconsciente, d'une Europe à direction allemande“³⁷⁰.

Die am 25. 7. 1952 in Kraft tretende Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl leistete trotz mancher nicht erfüllter Erwartung eine doppelte Revolution: eine wirtschaftliche und eine im Vordergrund stehende politische³⁷¹. Durch die Gründung des einheitlichen Marktes und die mit ihm einhergehende Rationalisierung, Leistungssteigerung und allgemeine Wirtschaftsexpansion trug die Montanunion zu einem verbesserten Lebensstandard in den angeschlossenen Volkswirtschaften bei. Über diese wirtschaftspolitische Wirkung hinaus setzte sie einen ersten wesentlichen Schritt in Richtung auf eine supranationale Gemeinschaft. Dem politischen Ziel der Verhinderung „politischen Mißbrauchs wirtschaftlicher

³⁶⁷ S. Communiqué der Außenministerkonferenz der EGKS-Staaten, 25. 7. 1952, in: Bulletin 1952, S. 967.

³⁶⁸ S. Eröffnungsrede Adenauers, 8. 9. 1952 in: Bulletin 1952, S. 1211; Antwortrede Monnets, 8. 9. 1952, in: Notes et études documentaires, Nr. 1671, S. 11.

³⁶⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 114, Bl. 233, François-Poncet an MAE, Tel. 7972/73, 11. 9. 1952; ebd., Bl. 237 f., ders. an dass., Tel. 7985/89, 12. 9. 1952; ebd., Bl. 246, ders. an dass., Tel. 8146, 19. 9. 1952.

³⁷⁰ Ders. an Schuman, Nr. 1064/CM, 1. 5. 1951, in: François-Poncet, Rapports mensuel, Bd. 1, S. 442–462, hier S. 444 u. 447. Zur Numerierung s. AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 125, Bl. 297. Zur positiven Entwicklung des Adenauer-Bildes s. a. Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 286.

³⁷¹ S. PA, SFSP, Bd. 98, Bl. 1–170, Bericht der französischen Delegation über die Verhandlungen zum Schuman-Plan, Oktober 1951, bes. Bl. 162–164 (Übersetzung).

Macht“³⁷² verhaftet, verminderte die EGKS die Angst, die deutsche Montanindustrie bedrohe die französische Sicherheit, und trug so zur Entspannung im beiderseitigen Verhältnis bei. Aus diesem zunächst negativen entwickelte der Schuman-Plan ein positives Ziel, nämlich die Heranbildung eines Gemeinschaftsgefühls zwischen mehreren Partnerländern durch Fusionierung staatlicher Souveränität. Diesen engen Konnex zwischen der Entwicklung der europäischen Idee und der Normalisierung des deutsch-französischen Verhältnisses kleidete Wilhelm Hausenstein prägnant in die Worte: „In dem Maße, wie sich das Bewußtsein von der Notwendigkeit der europäischen Einigung im französischen Volk verbreitet hat, war für die ‚Erbfeindschaft‘ mit Deutschland kein Platz mehr.“³⁷³

³⁷² Ebd., Bd. 289, Bl. 48–55, Aufzeichnung des Bundesministeriums für den Marshallplan, o.D.; das Dokument wurde Hallstein am 22. 8. 1950 überreicht.

³⁷³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 45b, Bl. 228–239, Hausenstein an AA, 210–00geh. 69/55, 20. 4. 1955, Geheim.

III.2.2 Auf dem Weg zum Europäischen Bundesstaat? Das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft 1952–1954

Ein politisches Dach für EGKS und EVG

Mit dem Inkrafttreten des Montanvertrages im Juli 1952 war ein erster, bedeutsamer Schritt in Richtung auf ein supranational geordnetes Europa getan. Weitere mußten folgen, sollte das begonnene Werk nicht alsbald stagnieren, der „bundesstaatliche blue print“ für ein föderatives Europa nicht vergilben¹. Unter dem Einfluß des italienischen Politikers Altiero Spinelli hatte die „Union Europäischer Föderalisten“ (UEF) schon seit November 1950 die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung gefordert, die der in Aussicht genommenen Montanunion und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ein politisches Äquivalent verschaffen und implizit die Schwierigkeiten um den deutschen Wehrbeitrag lösen sollte². Um den Plan voranzutreiben, versorgte Spinelli sowohl die eigene als auch die französische Regierung mit zahlreichen Unterlagen³. Italiens Ministerpräsident de Gasperi, der zunächst auf eine atlantische Form der Wiederbewaffnung gesetzt hatte, ließ sich von seinen Argumenten überzeugen⁴. Ermuntert durch dessen Aktivitäten, strebte auch Frankreichs Außenminister Schuman vor dem Hintergrund der sich konkretisierenden Verhandlungen über die europäische Verteidigung im Sommer 1951 integrationspolitische Fortschritte an. Am 25. 8. teilte er seinem amerikanischen Kollegen Acheson in einem streng geheimen, auch dem englischen Außenminister Morrison zugeleiteten Schreiben eher beiläufig mit, er beabsichtige nach den Initiativen zur Montanunion und zur Europäischen Armee nun die Anregung einer echten politischen Gemeinschaft der westeuropäischen Demokratien unter Einschluß der Bundesrepublik. Als zentrales Ziel dieser Trias markierte er die gleichberechtigte Integration Westdeutschlands in eine Europäische Gemeinschaft, die er ihrerseits als Teil der Atlantischen Allianz auswies. Die Verwirklichung des Projektes, so unterstrich Schuman, werde nicht einfach sein, da sie Frankreich ein hohes Opfer abverlange: die Abgabe von Souveränität zugunsten einer supranationalen Autorität. Die Regierung sei dazu bereit und sich zugleich bewußt, allen demokratischen und friedliebenden Staaten einen Dienst zu erweisen, wenn es denn gelänge, Westdeutschland zu binden⁵.

Als Acheson vor Beginn der Washingtoner Außenministerkonferenz Mitte September genauere Informationen erbat, setzte Schuman ihn ganz vertraulich von dem Plan in Kenntnis, der EGKS und der EVG ein Dach zu geben, unter dem auch Nichtmitglieder Platz fänden. Ausdrücklich verwies er auf die Ermunterung,

¹ Rede Hallsteins vor der Georgetown University Washington, 12. 3. 1952, in: Bulletin 1952, S. 306–309, hier S. 309. Zu den Bemühungen um eine Europäische Politische Gemeinschaft vgl. Bossuat, Nature, S. 208–217; Cardozo, Projekt; Fischer, Projekt; Griffiths/Milward, Beyen Plan; Küsters, Vormarsch; Soutou, Georges Bidault.

² Vgl. Loth, Weg, S. 97.

³ Zur Bedeutung Spinellis für die Initiative zur Bildung einer Politischen Gemeinschaft vgl. Pistone, Ruolo.

⁴ Vgl. Kohler, De Gasperi, S. 119.

⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1037, Bl. 185–190, Schuman an Acheson, 25. 8. 1951, Très secret; unter dem Datum 26. 8. 1951 in amerikanischer Übersetzung in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1188–1190.

die er in der Zwischenzeit von Seiten de Gasperis und auch Adenauers erfahren hatte⁶, woraufhin Acheson „l'appui enthousiaste' des Etats-Unis“ zusagte. Schuman kündigte ihm daraufhin eine offizielle Erklärung seiner Regierung für November an⁷, gab aber bereits wenige Tage später öffentlich die Absicht Frankreichs preis, „im gegebenen Augenblick“ die Schaffung einer europäischen politischen Organisation mit einer supranationalen politischen Autorität vorzuschlagen⁸.

Möglicherweise fühlte er sich zu dieser Eile durch Adenauer – indirekt – gedrängt. Schon Anfang September hatte Staatssekretär Hallstein nämlich im Auftrag des Kanzlers im Quai d'Orsay vorgesprochen und betont, nach dem bald zu erwartenden Abschluß der Verhandlungen über die EGKS und die EVG müsse man in den nächsten Monaten mit einem Vorschlag zur politischen Gemeinschaft an die Öffentlichkeit treten⁹. Daß die Bundesregierung die Fortsetzung der Einigungspolitik begrüßte, war nicht verwunderlich, bot sie doch die einzig denkbare Möglichkeit, der Bundesrepublik Souveränität zu verleihen. Natürlich trug Bonn dieses Motiv nicht auf den politischen Markt. Die „Integration Europas“, so unterstrich der Kanzler vielmehr am 14. 9. in einer großen Rede vor den „Nouvelles Equipes Internationales“, der 1947 gegründeten Europabewegung der Christlich Demokratischen Parteien, sei die „einzige mögliche Rettung des christlichen Abendlandes“. Voraussetzung dieser Integration sei die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Sie dürfe aber nicht eine alleinige Angelegenheit zwischen den Nachbarn bleiben, müsse sich vielmehr auch auf Italien, die BENELUX-Staaten, Österreich und sogar die nordischen Länder bzw. England erstrecken¹⁰.

Wie Hans-Peter Schwarz in einer Pilotstudie herausgearbeitet hat, flossen in der Europapolitik Adenauers zahlreiche Aspekte zusammen: die „Aufgeschlossenheit für moderne europäische Lösungen“, das Drängen auf eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen den westeuropäischen Demokratien, „moralische und kulturelle Impulse“, vor allem aber die „Analyse des internationalen Systems“¹¹. Sie allein reichte gewiß aus, um sich mit Schumans Vorschlag sofort „einverstanden“¹² zu erklären. Kaum weniger überraschend als diese Zustimmung war die „brüsk[e]“ Ablehnung¹³, die der französische Plan in der deutschen Sozialdemokratie erfuhr. Für Schumacher waren die von Frankreich ausgegangenen Europa-initiativen der letzten fünfzehn Monate allesamt auf die Befriedigung nationaler Interessen gerichtet, auf die Beherrschung der westeuropäischen Außenpolitik wie die Verhinderung der deutschen Einheit¹⁴. Indem die SPD der Wiedervereini-

⁶ S. Unterredung zwischen Schuman und Acheson, 12. 9. 1951, Top secret, in: ebd., S. 1256 f.

⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 141, Bl. 144–146, Bonnet an MAE, Tel. 6335/40, 13. 9. 1951, Très secret, Réserve, Priorité absolue.

⁸ Rundfunkansprache Schumans in Ottawa, 20. 9. 1951, in: AdG 1951, S. 3121B.

⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 141, Bl. 117–121, Schumann an Schuman, Tel. 9768/82, 7. 9. 1951, Secret, Réserve, Priorité.

¹⁰ Ansprache Adenauers vor den „Nouvelles Equipes Internationales“, 14. 9. 1951, in: Adenauer, Reden, S. 224–232, hier S. 230.

¹¹ Schwarz, Adenauer und Europa, S. 490; zur Europapolitik Adenauers vgl. ausführlich: Weidenfeld, Adenauer und Europa; s.a. Lappenküper, Adenauer, CDU/CSU.

¹² Lenz, Tagebuch, S. 136, Tb. 22. 9. 1951.

¹³ Ebd.

¹⁴ Vgl. Hrbek, SPD, S. 131.

gung die unabdingbare Priorität gab, mußte die europäische Integration schon aus prinzipiellen Erwägungen zurückstehen, erst recht, wenn sie als Deckmantel französischer Interessenpolitik diene.

Ende Oktober präzierte Schuman vor der Presse seine Absicht, eine europäische Föderation mit einer supranationalen politischen Behörde anzuregen. Das richtige Forum schien ihm der Europarat, die natürlichste Form der europäischen Autorität ein aus allgemeinen Wahlen hervorgehendes Parlament. Abermals stellte er klar, daß die politische Integration Europas keinen Gegensatz zur Atlantischen Gemeinschaft schaffe, sondern zu deren Festigkeit beitrage¹⁵. Die Gefahr, sein Konzept könnte als Exklusivallianz und Fremdkörper in der westlichen Staatengemeinschaft mißverstanden werden, ließ den Minister sehr behutsam agieren. Dem englischen Botschafter gegenüber deklarierte er es als rein persönliche Überlegungen, die von der Überzeugung ausgingen, die EVG unter eine politische Kontrolle stellen zu müssen. Um in London nicht den Eindruck eines allmählich entstehenden kontinentaleuropäischen Bollwerkes aufkommen zu lassen, wandte er sich ausdrücklich gegen den Begriff der Föderation und sprach statt dessen von einer „confederation for Europe“¹⁶.

Seine Vorsicht war höchst begründet, sollte jedoch vorerst nichts nutzen. Der „zweite“ Schuman-Plan blieb aus, weil der Wahlsieg der Tories am 25. 10. in Frankreich und den BENELUX-Staaten die Hoffnung auf eine Beteiligung Großbritanniens an der europäischen Integration aufleben ließ. Tatsächlich aber setzte die neue Regierung unter Churchill und Eden den schon gegenüber dem ersten Schuman-Plan praktizierten Kurs fort. Die Zusammenarbeit mit dem Kontinent kam für die Inselmacht nur auf einer intergouvernementalen Basis in Frage. Der Beitritt zu einer supranationalen Autorität galt als ausgeschlossen¹⁷. Damit zeichnete sich schon im Herbst 1951 ab, daß die politische Zusammenarbeit in Europa auf den engen Kreis der Sechsergemeinschaft beschränkt bleiben würde. In der französischen Regierung fragte man sich, ob es unter diesen Vorzeichen nicht besser sei, auf Zeit zu spielen. Ohnehin war das zähe Ringen zwischen den Anhängern einer auf nationale Selbständigkeit ausgerichteten traditionellen Außenpolitik und den Befürwortern der europäischen Einigung noch keineswegs entschieden. Monnet riet daher dringend von der als „höchst unglücklich“ empfundenen Idee ab, die Frage einer supranationalen Behörde auf der kommenden Tagung des Europarates zu debattieren¹⁸. Statt dessen hielt er es für vorteilhafter, wenn Adenauer und Schuman die „weiteren Etappen einer gemeinsamen Europa-Politik“ Anfang Dezember in Ruhe allein festlegten¹⁹.

¹⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 815, Bl. 97–103, Ansprache Schumans vor der Auslandspresse in Paris, 25. 10. 1951, im Auszug in: AdG 1951, S. 3167K.

¹⁶ Harvey an FO, Tel. 621, 26. 10. 1951, Confidential, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 741 f., hier S. 742.

¹⁷ S. Dixon an Eden, Aufzeichnung, 31. 10. 1951, in: ebd., S. 742–744. Zum Stichwort supranationale europäische Autorität notierte Eden am Rande: „I am against this“ (ebd., S. 744, Anm. 10). Zur englischen Europapolitik vgl. ausführlich: Schmidt (Hg.), Großbritannien; Young, Britain.

¹⁸ BA, NL Blankenhorn, Bd. 8a, Bl. 208–211, Unterredung zwischen Monnet und Blankenhorn vom 7. 11. 1951, 8. 11. 1951, Geheim.

¹⁹ Ebd., Bd. 8b, Bl. 13–15, Blankenhorn an Adenauer, 12. 11. 1951, Geheim. Blankenhorn hatte wenige Tage zuvor gegenüber Clappier ebenfalls die Auffassung vertreten, Adenauer und Schuman sollten sich vor der Europarat-Tagung in Straßburg intern abstimmen (ebd., Bd. 8a, Bl. 192–194, ders. an dens., 8. 11. 1951).

Die Anfang Oktober beginnende ‚heiße‘ Phase der Verhandlungen über die EVG²⁰ ließ die Frage nach der politischen europäischen Kooperation zunehmend virulenter erscheinen. Gaullisten und Sozialisten machten ihre Zustimmung zum General- und zum EVG-Vertrag im Dezember im Palais Bourbon in zwei Entschließungsanträgen von stärkeren parlamentarischen Kontrollrechten der Gemeinschaft abhängig und forderten die Schaffung einer politischen Gemeinschaft²¹. Entgegen dem Rat Monnets blieb Schuman bei seinem Fahrplan und konfrontierte den Europarat auf der Tagung am 10. 12. mit dem Vorschlag, die politischen Fragen der EVG einem Ministerkomitee als letztendlich entscheidendem Gremium zu übertragen. Während sein belgischer Kollege van Zeeland der Notwendigkeit zum Aufbau einer übernationalen politischen Struktur gänzlich widersprach, verlangte de Gasperi die Zusammenlegung der nationalen Souveränitäten auf der Basis eines europäischen demokratischen Verfassungsorgans mit zwei Pfeilern: einer gewählten beratenden Versammlung und einem gemeinsamen Verteidigungsbudget der Mitgliedsstaaten. Auch Adenauer hielt die europäische parlamentarische Kontrolle der Exekutive und einen gemeinsamen Verteidigungshaushalt der EVG für unerlässlich. Ohne festumrissene Vorstellungen von der verfassungsmäßigen Ausgestaltung erklärte er sich zu entsprechenden Verhandlungen bereit, sofern die Erlangung der Souveränität und der Gleichberechtigung der Bundesrepublik nicht in Frage gestellt seien²².

Auf der am folgenden Tage stattfindenden Außenministerkonferenz der EGKS-Staaten plädierte de Gasperi erneut für die Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG). Seine Forderung, der EVG-Vertrag müsse den Entschluß zu gemeinsamen politischen Institutionen und die Befugnisse der parlamentarischen Versammlung in der Endphase verbindlich festlegen, wurde von Adenauer „nachdrücklich“, von Schuman, der um Vermittlung bemüht blieb, „im Prinzip“ unterstützt. Die Vertreter der BENELUX-Staaten, Stikker, van Zeeland und Bech, widersprachen hingegen, weil sie offenbar fürchteten, „hoffnungslos majorisiert“ zu werden²³. Ihr Hauptargument, die Hereinnahme der definitiven Befugnisse der Versammlung in den EVG-Vertrag verlange verfassungsändernde Mehrheiten in den Parlamenten, wurde freilich auch von Schuman geteilt. Immerhin setzte de Gasperi in einer dramatischen Nachtsitzung nach einem Vermittlungsvorschlag Adenauers durch, daß die parlamentarische Versammlung der zukünftigen EVG zwar nicht zur verfassungsgebenden Versammlung für die EPG ausgebaut, aber immerhin mit dem Auftrag versehen wurde, sich mit der Schaffung einer europäischen Organisation zu beschäftigen²⁴. Ende Dezember übertrugen die sechs Minister auf einer neuerlichen Konferenz der Versammlung den prä-

²⁰ Vgl. Kap. III.4.2.

²¹ Vgl. AdG 1952, S. 3262C; Küsters, Vormarsch, S. 262.

²² Zur Tagung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 10. 12. 1951 s. Rede Adenauers, in: Bulletin 1951, S. 157 f.; Reden de Gasperis, Schumans und van Zeelands, im Auszug in: AdG 1951, S. 3238A; Lipgens, EVG, S. 656–658; s.a. die Empfehlung der Versammlung vom 10. 12. 1951 in: von Siegler, Europäische politische Einigung, S. 9 f.

²³ Lipgens, EVG, S. 660; zur Haltung der BENELUX-Staaten zur EPG vgl. Dumoulin, Paradoxes; Harryvan/van der Harst/Mans/Kersten, Dutch attitudes; Nies-Berchem, Petit pays.

²⁴ Zu der Außenministerkonferenz vom 11. 12. 1951 s. die Protokolle und die Analyse in: Lipgens, EVG.

zierten Auftrag, innerhalb von sechs Monaten nach ihrem Zusammentreten Vorschläge für die Vorbereitung einer solchen Organisation „von bundesstaatlichem oder staatenbundartigem Charakter“ zu erarbeiten²⁵.

Mit dieser Vereinbarung, die dann als Artikel 38 in den EVG-Vertrag einging, waren die politische und die militärische Gemeinschaft definitiv miteinander verbunden. Für seine Verfechter stellte dieses Ergebnis insofern eine Niederlage dar, als der EVG-Vertrag selbst nun keine politische Autorität und keine Kompetenzen der parlamentarischen Versammlung über Armee und Haushalt festlegte. Als Erfolg durfte jedoch gelten, daß auch die BENELUX-Staaten das Ziel einer politischen Organisation anerkannten²⁶. Allerdings durfte die Versammlung nun keine Verfassung ausarbeiten und sie den Parlamenten zur Ratifizierung zuleiten, sondern lediglich eine Untersuchung für die Regierungen durchführen²⁷.

Zu dem dennoch positiven Resultat hatte die Bonner Europapolitik nicht unwesentlich beigetragen. Wenige Monate später versetzte sie dem Vertrauen der Verbündeten einen schweren Schlag. Auf einer Pressekonferenz in der Georgetown University Washington behauptete Hallstein gemäß einer sofort dementierten Meldung der Agentur Reuters in quasi gaullistischer Diktion, das Endziel der europäischen Einigung umfasse alle Teile des Kontinents „bis zum Ural“²⁸. Obwohl der oberste Beamte des Auswärtigen Amtes allem Anschein nach keinen Moment an eine östliche Erweiterung der Gemeinschaft gedacht hatte²⁹, war sein Chef äußerst ungehalten über diese „empörend[e]“ und „nach Hitler“ klingende Bemerkung³⁰, die die Sowjetunion natürlich vor den Kopf stoßen mußte. Da er ihn nicht coram publico diskreditieren konnte, beließ er es nach Abebben des innenpolitischen und publizistischen Wirbels³¹ bei der öffentlichen Warnung, „in den Ansprüchen an die Schaffung einer europäischen Föderation den Bogen nicht [zu] überspannen“³².

Einen weit gefährlicheren Stoß versetzte dem Konzept der supranationalen europäischen Gemeinschaft ein im März präsentierter Gegenvorschlag Großbritanniens. Der „Eden-Plan“ sah eine Umorganisation des Europarats mit dem Ziel vor, seine Organe – Ministerkomitee und Beratende Versammlung – in ministerielle und parlamentarische Institutionen der EGKS und der EVG sowie zukünftiger Organisationen umzuwandeln³³. Ende Mai nahm die Beratende Versamm-

²⁵ Communiqué der Pariser Konferenz, 30. 12. 1951, in: EA 1952, S. 4659f., hier S. 4659.

²⁶ Vgl. Lippens, EVG, S. 661.

²⁷ Vgl. ders., Bedeutung, S. 28.

²⁸ Zitiert nach dem Dementi der Deutschen Diplomatischen Mission, 13. 3. 1952, in: Bulletin 1952, S. 313; zur Datierung s. AdG 1952, S. 3392A.

²⁹ Laut einer Sendung der „Stimme Amerikas“ vom 17. 3. 1952 und den „Basler Nachrichten“ vom 19. 3. 1952 hatte Hallstein die Offenheit der europäischen Gemeinschaft betont und die Frage eines Journalisten bejaht, ob er mit der von Schulbüchern vorgenommenen Festlegung der Grenze Europas im Ural einverstanden sei (Bulletin 1952, S. 350); s.a. Ramonat, Rationalist, S. 345; Schwarz (Hg.), Legende, S. 84f.

³⁰ Lenz, Tagebuch, S. 276, Tb. 14. 3. 1952; s.a. ebd., S. 278, Tb. 17. 3. 1952.

³¹ Vgl. ebd., S. 280, Tb. 19. 3. 1952; Dittmann, Adenauer, S. 168–173.

³² Ansprache Adenauers auf dem 7. Kongreß der UEF in Aachen, 31. 3. 1952, in: Bulletin 1952, S. 397f., hier S. 397.

³³ S. Auszüge der Schlußfolgerungen der Kabinettsitzungen vom 12. u. 13. 3. 1952, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 837f. u. 839–841; Memorandum Edens, 12. 3. 1952, in: ebd., S. 838f.; Erklärung dess., 19. 3. 1952, u. Memorandum der englischen Regierung, April 1952, in: Forschungsinstitut

lung im Palais de l'Europe den Vorschlag an, setzte aber gleichzeitig eine Studiengruppe ein, die noch vor der Ratifikation des EVG-Vertrags einen Statutenentwurf für eine supranationale politische Gemeinschaft ausarbeiten sollte³⁴.

Im Auswärtigen Amt fielen die Reaktionen auf beide Konzepte durchaus kontrovers aus und verdeutlichten die unterschiedlichen Positionen in der deutschen Europapolitik. Einige Beamte hielten eine entschiedene Ablehnung des britischen Vorstoßes für unklug, zumal die Mitglieder der Montanunion bisher keine einheitliche Linie erkennen ließen. Sie empfahlen daher die Suche nach einer Kompromißformel, die eine Spaltung der Sechser-Gemeinschaft verhinderte und England nicht vor den Kopf stieß³⁵. Carl Friedrich Ophüls hingegen, Leiter der Unterabteilung Zwischen- und überstaatliche Organisationen, plädierte für eine härtere Linie gegenüber London, da er die Vereitelung der Integration für gefährlicher als eine englische Verstimmung bewertete. Ein Entgegenkommen schien ihm allenfalls „in den Formulierungen, nicht aber in der Sache“ opportun³⁶.

Auch die Haltung des Quai d'Orsay war keineswegs einheitlich. Hervé Alphand, der Leiter der EVG-Konferenz, betrachtete die englischen Vorschläge als „absurd“, während François Seydoux, Chef der Europaabteilung, sie begrüßte³⁷. Er gehörte zu jenen Diplomaten und Politikern, die eine supranationale Integration und den impliziten Souveränitätsverlust nicht mit der Aufrechterhaltung des französischen Großmachtstatus und des westeuropäischen Gleichgewichts für vereinbar hielten. Jean Sauvagnargues wiederum, Leiter der Unterabteilung Zentraleuropa, sah beides unter Umständen doch als kompatibel an. Da sich für ihn der Großmachtstatus aus den Rechten in Deutschland und dem eigenen Kolonialreich ableitete, erstere jedoch im Verlauf einer föderalen Ordnung Europas ihre Bedeutung verloren, gewannen die Überseegebiete zentrale Bedeutung. Folglich stieß der Wille zur Integration bei ihm dort an eine Grenze, wo der Besitz des afrikanischen Territoriums in Frage gestellt wurde. Frankreich, so lautete sein Kalkül, verlöre dann „son principal atout“, während die Bundesrepublik am Ende einer erfolgreichen Europapolitik „un atout maître“ gewänne, „susceptible de tout remettre en cause: la Réunification“³⁸.

Von ausschlaggebender Bedeutung für den innerfranzösischen Entscheidungsprozeß über die EPG war die Haltung zur EVG. Eine parlamentarische Billigung der im Mai unterzeichneten EVG-Vertrags – das hatten die ersten Kommentare in Paris gezeigt – setzte die Zustimmung der Gaullisten und Sozialisten voraus. Die Sorge, sie könnten sich verweigern, solange der EVG das politische Dach fehlte, ließ es der französischen Regierung im Sommer 1952 geraten erscheinen, das Projekt der EPG voranzutreiben³⁹. Dabei hatte sie zu berücksichtigen, daß die SFIO

der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hg.), Europa, Teilbd.1, S. 439–445; AdG 1952, S. 3399B; Rothwell, Anthony Eden, S. 111f.

³⁴ S. Wortlaut der Resolutionen 11 und 14 der Beratenden Versammlung, in: EA 1952, S. 5090–5093.

³⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 839, Bl. 158–160, Thierfelder an Hallstein, Aufzeichnung 221–78 II 6089/52, 6. 5. 1952, Eilt sehr; ebd., Bl. 163–167, ders. an dens., Aufzeichnung 221–78 II 6460/52, 13. 5. 1952.

³⁶ Ebd., Bl. 157, Ophüls an dens., Vermerk zu 221–78 II 6089/52, 12. 5. 1952.

³⁷ Ebd., Bl. 158–160, Thierfelder an dens., Aufzeichnung 221–78 II 6089/52, 6. 5. 1952, Eilt sehr.

³⁸ Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 26. 6. 1952 (Konzept JS), in: BDFD I, S. 253–255, hier S. 255.

³⁹ S. von Walther an AA, 205 Tgb. Nr. 2234/52 Ang.II, 2. 7. 1952, in: ebd., S. 255–257; Unterredung zwischen Massigli und Nutting vom 2. 7. 1952, 3. 7. 1952, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 893f.

eine Initiative zur politischen Integration nicht im Rahmen der Brüsseler Montanunion, sondern der Straßburger Institution wünschte⁴⁰.

Anstoß zur europäischen politischen Gemeinschaft

Am 27. 6. legte Schuman Eden in London einen von Monnet entworfenen konkreten Plan zur Schaffung der politischen Gemeinschaft vor, den er am 1. 7. skizzenhaft auch der Öffentlichkeit vorstellte⁴¹. In Anlehnung an den Artikel 38 und die Resolution Nr. 14 der Beratenden Versammlung des Europarates empfahl er, baldmöglichst einen Entwurf für eine politische Autorität zu schaffen und dazu die Versammlung der Montanunion gemäß den Bestimmungen des EVG-Vertrages zu vergrößern. Englands Partizipation beabsichtigte er dadurch abzusichern, daß auch jene Mitglieder der Zehner-Gemeinschaft, die nicht zur EGKS gehörten, eingeladen würden. Am Ende der Arbeit sollte ein Ministerrat der teilnehmenden Staaten mit den Ergebnissen der Versammlung befaßt werden⁴². Damit zeichnete sich ab, daß die in Artikel 38 vorgesehenen Verfassungsberatungen als „Hebel“ für die parlamentarische Behandlung der Verträge erhalten mußte⁴³.

Schuman ging es insbesondere darum, die Bundesrepublik noch fester im Westen zu verankern, ihre Wiederbewaffnung besser zu kontrollieren und das Hauptargument der EVG-Gegner, die Verteidigungsgemeinschaft bedürfe einer europäischen Föderation, zu entkräften. Im Gegensatz zu Monnet wollte er auf die innerparlamentarischen Bedenken und internationalen Vorbehalte Rücksicht nehmen. Der Generalkommissar hingegen, dem es vor allem um die Bannung des deutschen Nationalismus ging, der nicht wiedererstarken und nicht den sowjetischen Offerten nachgeben durfte⁴⁴, sprach sich dezidiert gegen den „Eden-Plan“ aus⁴⁵ und gedachte die Widerstände in der Assemblée Nationale durch *Faits accomplis*, d. h. schnelle Fortschritte im Integrationsprozeß, zu durchbrechen⁴⁶.

Als die Briten Mitte Juli zu erkennen gaben, daß sie an ihrem Ansatz festhielten und die Verwirklichung des französischen Konzeptes der Sechser-Gemeinschaft überlassen wollten⁴⁷, beabsichtigte Schuman immer noch, ihnen möglichst weit entgegenzukommen. Monnet indessen bestand auf einer klaren Abgrenzung zwischen EGKS und Europarat, und seine Argumentation fiel in Bonn wie in Rom auf fruchtbaren Boden⁴⁸. Die Bundesregierung setzte auf den französischen Vorschlag, weil er ihrer Meinung nach dem deutschen Interesse an einer „Unterbin-

⁴⁰ Vgl. Küsters, Vormarsch, S. 265.

⁴¹ Vgl. Schröder, Jean Monnet, S. 27 f.; zur Pressekonferenz Schumans vom 1. 7. 1952 vgl. AdG 1952, S. 3541 B.

⁴² S. Aufzeichnung Hood, 27. 6. 1952, nebst Aide-mémoire der französischen Regierung, o.D., in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 884–886; Massigli, Comédie, S. 331–333.

⁴³ Küsters, Vormarsch, S. 265.

⁴⁴ S. Monnet an Schuman, Memorandum, 9. 7. 1952, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 147–149.

⁴⁵ S. Hayter an Hood, 28. 6. 1952, Confidential, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 887–890; ders. an Dixon, 18. 7. 1952, Confidential, in: ebd., S. 912 f.

⁴⁶ Vgl. Monnet, Erinnerungen, S. 465.

⁴⁷ S. Eden an Harvey, Tel. 915, 8. 7. 1952, Confidential, Priority, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 897 f.; PA, Abt. 2, Bd. 851, Bl. 40, Aide-mémoire der englischen Regierung, 16. 7. 1952, Geheim (Übersetzung); ebd., Bl. 41 f., Aide-mémoire ders. an die französische Regierung, 10. 7. 1952 (Übersetzung).

⁴⁸ Vgl. Schröder, Jean Monnet, S. 272 f.

derung der Einflußnahme von Außenseitern auf die kontinentale Kräftekonzentration über den Europarat“ entsprach⁴⁹. Ohnehin bewertete sie den „Eden-Plan“ nicht als Versuch zur Stärkung des Palais de l'Europe, sondern zur Verhinderung der englischen Ausschaltung bei der Entwicklung der kontinentaleuropäischen Angelegenheiten. Daher vertrat sie die Auffassung, daß „alles getan werden muß, damit die engeren Gemeinschaften ins Leben treten und dieser Prozeß nicht der Möglichkeit störender Eingriffe von außen ausgesetzt wird“. Einer „organischen Verbindung“ zwischen beiden Ebenen, wie sie der Europarat am 23. 5. beschlossen hatte, mochte man sich am Rhein aber nicht entgegenstellen. Denn die völlige Ablehnung des Londoner Vorschlags konnte die Ratifizierung des EVG-Vertrags in Paris kaum erleichtern⁵⁰.

Adenauer begrüßte die französische Initiative zwar uneingeschränkt, sorgte sich aber um die innenpolitische Durchsetzbarkeit in Bonn⁵¹ und in Paris. Insoheim befürchtete er, Frankreich könne sich den angekündigten weitreichenden Schritten zur Vergemeinschaftung der Außenpolitik doch noch entziehen⁵². Schumans Plan war tatsächlich weder im Außenministerium noch im Conseil des Ministres unumstritten. Als Verteidigungsminister Plevin am 23. 7. im Kabinett die Schaffung einer „Constituante souveraine liant toutes les nations adhérentes“ empfahl, hielt Präsident Auriol ihm entgegen, dies sei verfrüht, zumindest solange Deutschland nicht vereint sei. Mit einer engen Gemeinschaft riskiere Frankreich, von der Bundesrepublik für dessen Irredentismus mißbraucht zu werden. Als der Minister nicht locker ließ, gab der Präsident unter der Bedingung nach, das Projekt der Billigung durch Parlament und Volk zu unterwerfen⁵³. Zu seiner Verärgerung wählte Schuman aber nicht den Weg, öffentlich im Namen Frankreichs die Schaffung einer europäischen Autorität und bei Bedarf die Wahl einer Konstituante anzuregen⁵⁴. Er schlug vielmehr in Abstimmung mit de Gasperi auf der Außenministerkonferenz der Montanunion am 23. 7. im Rahmen eines von Monnet konzipierten Memorandums vor, der Beratenden Versammlung der Montanunion gemäß Artikel 38 und der Resolution 14 des Europarates den Auftrag zur Ausarbeitung eines Statuts über eine Europäische Politische Gemeinschaft zu erteilen⁵⁵. Beide Minister drangen damit zunächst nicht durch, weil ihr noch amtierender niederländischer Kollege seiner soeben neugewählten Regierung nicht vorgreifen wollte. Demgegenüber trat der Bundeskanzler entschieden und mit betont pseudo-ideologischen Argumenten für die politische Integration ein. „Wenn wir in der Europa-Frage die Führung übernehmen“, ließ er am 5. 9. den CDU-Parteivorstand wissen, „bestünden gute Chancen, dem entstehenden Europa weltan-

⁴⁹ PA, Abt. 2, Bd. 842, Bl. 127–131, Overbeck an Ophüls, Aufzeichnung 221–78 II 16261/52, 1. 12. 1952.

⁵⁰ Ebd., Bd. 840, Bl. 229–231, Hallstein an diplomatische Vertretungen, 221–78 II 8815/52, 15. 7. 1952.

⁵¹ S. Monnet an Schuman, Memorandum, 9. 7. 1952, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 147–149.

⁵² S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 332, Pressetee, 11. 7. 1952; Küsters, Vormarsch, S. 268.

⁵³ S. Conseil des Ministres, 23. 7. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 454 f.

⁵⁴ S. Conseil des Ministres, 20. 8. 1952, in: ebd., S. 518.

⁵⁵ S. Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten Frankreichs und Italiens, Memorandum, 23. 7. 1952, in: BDFD I, S. 257 f.; Monnet an Schuman, 22. 7. 1952, nebst Aufzeichnung vom 18. 7. 1952, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 150–152; Schröder, Jean Monnet, S. 273 f.

schaulich den christlichen Stempel aufzudrücken.“⁵⁶ Organisatorisch, dies war für ihn völlig klar, durfte dies nicht im Rahmen der Zehn geschehen, sondern mußte in der Sechsergemeinschaft erfolgen, damit sie nicht ebenso verkümmere wie die Institution in Straßburg⁵⁷.

Dementsprechend betonte Adenauer auf der konstituierenden Sitzung des EGKS-Ministerrates am 10. 9. den Unterschied zwischen dem „Eden-Plan“ und der französisch-italienischen Initiative, während Schuman die enge Verbindung herausstrich. Wieder waren es die Holländer, die sich quer stellten. Der neue Außenminister Beyen wünschte die Verfassungsarbeiten in den Händen der Regierungen zu belassen und eine Diplomaten-Konferenz mit der Prüfung zu befassen. Außerdem drängte er darauf, auch die Möglichkeiten wirtschaftlicher Integration zu erörtern⁵⁸. Als Schuman, de Gasperi und Adenauer mit dem Argument aufwarteten, ein Diktat der Regierungen würde die Autorität der EGKS-Versammlung untergraben, lenkte Beyen ein. Man einigte sich schließlich darauf, die Versammlung mit der Ausarbeitung eines Vertragsentwurfes über die Gründung einer EPG zu beauftragen. Als Konzession an die BENELUX-Staaten stimmten die Minister der Beteiligung von Regierungsvertretern zu, die einen Fragenkatalog als verbindlichen Leitfaden aufstellen sollten⁵⁹. Drei Tage später nahm die Versammlung den Auftrag an, erklärte sich nach der Zuwahl von je drei zusätzlichen Abgeordneten der drei großen Mitgliedsländer zur „Ad-hoc-Versammlung“ und setzte eine „Ad-hoc-Kommission“ ein, die einen Entwurf für die Satzung der Europäischen Gemeinschaft zu formulieren hatte⁶⁰.

Eine Verfassung für Europa?

Adenauer stimmte dem Vorhaben bedingungslos zu, bot sich doch die Möglichkeit, das Schwergewicht von der Verteidigungsgemeinschaft auf die neue politische Integrationsinitiative „zu verschieben“⁶¹. In merkwürdigen Variationen bezeichnete er die EVG gegenüber der Öffentlichkeit mal als Schrittmacher⁶², mal als marginale Vorstufe auf dem Weg zur europäischen Föderation⁶³. Schumans Vorstoß begrüßte er als Beleg einer konstruktiven Ratifizierungspolitik⁶⁴ und

⁵⁶ Ansprache Adenauers im Bundesvorstand der CDU, 5. 9. 1952, in: Buchstab (Hg.), Protokolle 1950–1953, S. 132.

⁵⁷ Vgl. Kirkpatrick an Eden, Tel. 1040, 8. 9. 1952, Confidential, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 950f.; Küsters, Vormarsch, S. 270f.

⁵⁸ S. PA, Abt. 3, AZ 221–09, Bd. 4, 1. Sitzung des EGKS-Ministerrates vom 8.–10. 9. 1952, Prot. R/52; Küsters, Vormarsch, S. 271–273. Zur Europapolitik Beyens vgl. Griffiths/Milward, Beyen Plan; Harryvan/van der Harst/Mans/Kersten, Dutch attitudes.

⁵⁹ S. Schlußkommunique der Tagung des EGKS-Ministerrates, 10. 9. 1952, in: AdG 1952, S. 3642F; Beschluß der sechs Außenminister, 10. 9. 1952, in: von Siegler, Europäische politische Einigung, S. 19f.

⁶⁰ S. Entschließungen der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion vom 13. 9. 1952 bzw. der Ad-hoc-Versammlung vom 15. 9. 1952, in: ebd., S. 20f.

⁶¹ Fischer, Projekt, S. 283.

⁶² S. Rede Adenauers vor der Beratenden Versammlung des Europarates, 10. 12. 1951, in: Bulletin 1951, S. 157f.

⁶³ S. Interview Adenauers mit Friedländer, 5. 3. 1952, in: Bulletin 1952, S. 261–263.

⁶⁴ S. Fischer, Projekt, S. 282. Der von Fischer angeführte Beleg gibt indes nicht die Haltung Adenauers, sondern von Walthers wieder (PA, Abt. 2, Bd. 249, Bl. 82–85, von Walther an AA, 205 Tgb.Nr. 2234/52 Ang.II, 2. 7. 1952).

begegnete damit den Pariser Befürchtungen, Bonn habe sich nur aus taktischen Erwägungen auf die Politik des europäischen Zusammenschlusses eingelassen. Zugleich entsprach er damit dem deutschen Bedürfnis, die europäische Einigung auf der Basis der deutsch-französischen Verständigung fortzuschreiben, um ein französisch-sowjetisches Rapprochement oder eine Verständigung der Großen auf Kosten Deutschlands zu verhindern. „L'Allemagne“, so erkannte François-Poncet richtig, „n'avait rien à perdre et tout à gagner, en s'engageant hardiment dans la voie de l'intégration européenne, sûre qu'elle était, au surplus, de s'y acquérir les sympathies de la puissante Amérique.“⁶⁵

Gegenüber der Betonung der instrumentellen Funktion der Europapolitik trat die Frage der inhaltlichen Ausgestaltung in den Äußerungen Adenauers zurück. Zwar lagen idealtypische Vorstellungen wie die von Victor Hugo oder Richard Coudenhove-Kalergi anvisierten Vereinigten Staaten von Europa durchaus in der „Fluchtlinie“ seiner Zielvorstellungen⁶⁶. Je mehr sie jedoch den realen Möglichkeiten widersprachen, desto wichtiger wurde für ihn das pragmatisch Machbare. Als am 4. 10. eine Konferenz von Delegierten der Sechser-Gemeinschaft zusammentrat, um dem Auftrag der Außenministerkonferenz vom September gemäß den Fragebogen für die „Ad-hoc-Versammlung“ auszuarbeiten, mußten die Diplomaten mißmutig zur Kenntnis nehmen, daß die deutschen und französischen Vorstellungen über die Ausgestaltung einer solchen Gemeinschaft keineswegs übereinstimmten. Als Vorsitzender der Konferenz plädierte Hallstein für das in der deutschen Vorlage enthaltene Zwei-Kammer-System, das er als Ausdruck des Nebeneinanders nationaler und zentraler Gewalten in der Gemeinschaft bezeichnete. Für den französischen Vertreter Seydoux war dieses bundesstaatliche Konzept indes völlig unannehmbar. Er favorisierte daher ein Ein-Kammer-System und wollte die Frage Bundesstaat oder Staatenbund offenhalten⁶⁷. In Bonn ergab sich daher der Eindruck, als ob Paris sich gegen jedweden weiteren Souveränitätsverlust sperrte und darum bemüht war, die europäische Gemeinschaft „rein zentralistisch zu konzipieren, also plötzlich das unbestreitbar abgesprochene föderative Element auszuschalten“⁶⁸.

Allerdings legte die französische Delegation auf der zweiten Tagung der Experten am 17. 10. einen neuen Fragebogen vor, der nun auch das Konzept der Zweiten Kammer enthielt. Die Sechs nahmen das Dokument schließlich nicht zuletzt aufgrund der trotz verbleibender Vorbehalte gewonnenen deutschen Unterstützung an, wobei die Niederlande die Einfügung einiger Passagen über die wirtschaftliche Integration erreichten. Für Paris war indes klar, daß die Bonner Nachsicht eher taktisch bedingt und von der Hoffnung getragen war, die eigenen Ansichten nun direkt in der Ad-hoc-Versammlung durchsetzen zu können. Daß

⁶⁵ François-Poncet an Bidault, Nr. 2465/CM, 30. 11. 1953, in: François-Poncet, *Rapports mensuel*, Bd. 2, S. 1060–1076, hier S. 1073. Zur Numerierung s. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 128, Bl. 219.

⁶⁶ Schwarz, *Adenauer und Europa*, S. 521.

⁶⁷ S. PA, Abt. 2, Bd. 857, Bl. 70–82, Konferenz der Delegierten der EGKS vom 4. 10. 1952 (Übersetzung); die von der deutschen und der französischen Delegation vorgelegten Fragebögen ebd., Bl. 109f. u. 111–115.

⁶⁸ Aufzeichnung des Referats Politische Gemeinschaft im AA, (Oktober 1952), in: BDFD I, S. 259–262, hier S. 262.

Hallstein die Beteiligung von Regierungsvertretern mit Interventionsrecht an diesem Gremium verlangte, ließ diesbezüglich aufhören, ging aber den Vertretern der BENELUX-Staaten nicht einmal weit genug. Sie bestanden darauf, der Versammlung die Ansicht der Regierungen schriftlich zukommen zu lassen. Frankreich verweigerte daraufhin eine Stellungnahme, weil man sich jegliche Handlungsfreiheit bewahren wollte⁶⁹.

Angesichts der sich zunehmend klarer abzeichnenden Probleme mit der Ratifizierung des EVG-Vertrages⁷⁰ machte sich die EVG-kritische Riege im Quai d'Orsay um Seydoux bereits in diesen Tagen Gedanken darüber, die französische Außenpolitik in eine „nouvelle direction“ zu lenken. Dezidiert widersprach er der These, die EVG könne nur unter der Voraussetzung einer EPG akzeptiert werden. Den Widerstand großer Teile der Assemblée Nationale gegen eine supranationale Gemeinschaft führte er auf die Furcht vor deutscher Dominierung, die Abneigung gegen die Aufgabe nationaler Souveränitätsbefugnisse und die Verweigerungshaltung Großbritanniens zurück. Seydoux sprach sich dafür aus, die Politik auf die Schaffung einer „Europe élargie“ hinzulenken und dabei die Vorschläge Edens nutzbar zu machen. Ziel seiner Vorstellungen war eine Art Commonwealth ohne integrierte Verteidigung, der durch seine Größe das gewünne, was er im Vergleich zur Sechser-Gemeinschaft an Kohäsion verlöre⁷¹.

Angesichts derartiger Planungen in der Spitze des Quai d'Orsay begannen die Beratungen der 26-köpfigen Ad-hoc-Kommission am 23. 10. 1952 unter dem Vorsitz Heinrich von Brentanos unter keinem guten Stern⁷². Die deutsche Sozialdemokratie hatte ihre Mitarbeit entsprechend ihrer Einstellung gegenüber der EPG gänzlich verweigert. Sie lehnte das Projekt als Ausdruck eines konservativ-klerikal geprägten Kleineuropa ab und sah in dem neuen Unternehmen nur eine großangelegte Hilfsaktion für Paris mit dem Ziel der Bindung der Bonner Außenpolitik. Ja, es bestand aus Sicht der Partei für die Bundesrepublik innerhalb der EPG gar die Gefahr einer deutschlandpolitischen Fesselung und damit einer Verteilung der Wiedervereinigung⁷³. Diese Blockadehaltung, die die SPD wieder einmal in einen Gegensatz zur französischen Schwester SFIO brachte, die das Projekt trotz der Widerstände Mollets aufgeschlossen betrachtete⁷⁴, führte dazu, daß die Christdemokraten in der Kommission ein eindeutiges Übergewicht gewannen⁷⁵.

Am Tag nach der Konstituierung wurde der Ad-hoc-Kommission von den Außenministern der Sechs der Fragebogen als Leitfaden für ihre Tätigkeit überreicht. Demgemäß bestand ihre Aufgabe in der Prüfung folgender Problemkreise: Über-

⁶⁹ S. ADM, 34 J 16, Papiers Schuman, Parodi an Brüssel etc., Tel. o.Nr., 18. 10. 1952, Réservé; zu den Hallstein unterstellten Motiven s.a. ebd., Aufzeichnung Seydoux, 20. 10. 1952; Küsters, Vormarsch, S. 274f.

⁷⁰ Vgl. Kap. III.4.3.

⁷¹ AMAE, PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 70, Bl. 306–310, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 21. 10. 1952 (Konzept FS).

⁷² Vgl. von Brentano an Adenauer, 23. 9. 1952, in: Baring, Bundeskanzler, S. 117f.; AdG 1952, S. 3719D; zu den Verhandlungen der Verfassungskommission vgl. insgesamt: Cardozo, Project, S. 54–62; Küsters, Vormarsch, S. 273–282.

⁷³ Vgl. Hrbek, SPD, S. 132–136.

⁷⁴ Vgl. Latte, Europapolitik, S. 66f.

⁷⁵ Vgl. Cardozo, Project, S. 56.

tragung der Zuständigkeiten von EGKS und EVG auf die EPG; Zuweisung weiterer Kompetenzen auf den Gebieten Wirtschafts- und Sicherheitspolitik; Kompetenz der beiden Gemeinschaftsorgane unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der zweiten Kammer; Verhältnis der EPG zu den anderen europäischen Institutionen; Bildung einer auf direkten Wahlen beruhenden parlamentarischen Versammlung⁷⁶. Im Laufe der folgenden Wochen kristallisierten sich in den Ausschusssitzungen zwei Denkrichtungen heraus. Eine von den Holländern und Italienern angeführte „maximalist group“ zielte auf eine möglichst weitgehende politische und wirtschaftliche Integration. Ihr gegenüber stand eine von den Franzosen geprägte „minimalist group“, die sich auf die Koordinierung der EGKS und der EVG beschränken wollte⁷⁷, wobei die SFIO der politischen Behörde nur die Funktion eines Daches der EGKS und EVG zu geben beabsichtigte, da es ihr vor allem darauf ankam, die Tür für ein größeres Europa offenzuhalten. Während die abseitsstehenden Sozialdemokraten sich mit der französischen Rechten in der Koalition der Minimalisten trafen, befürworteten die deutschen Christdemokraten eine Harmonisierung der verschiedenen Wirtschaftspolitiken und die Errichtung einer supranationalen politischen Autorität mit einem weniger starken Rat⁷⁸.

Unabhängig vom konkreten Verlauf der Beratungen geriet die europäische Integration wegen einer neuerlichen Baisse im deutsch-französischen Verhältnis schon bald „in eine Phase der Lethargie einer allgemeinen Malaise“⁷⁹. In der französischen Publizistik stellte man besorgt die Frage „Ou va le peuple allemand?“ Bedeutete sein Bekenntnis zur Vereinigung Europas nicht nur eine verfeinerte Spielart des *furor teutonicus*? Würde das seelenlos moderne, von einer Amerikanisierung der Sitten geprägte Land das Bild Europas bestimmen⁸⁰? Um die Probleme zu überwinden, so hieß es in Bonn, müßten die bilateralen Beziehungen „wieder auf eine gesunde Basis“ gestellt werden⁸¹. „Aus guter Quelle“ kolportierte Meldungen, Frankreich strebe danach, seine afrikanischen Kolonien in die europäische Integration einzubeziehen, „um dem deutschen Gewicht ein stärkeres Gegengewicht entgegenzustellen“⁸², waren nicht dazu angetan, diese Basis zu gießen. Adenauer dachte prompt an eine Ergänzung der sich bildenden europäischen Vereinigung durch eine Konföderation mit Großbritannien⁸³.

Für zusätzlichen Zündstoff sorgte Mitte Dezember der niederländische Außenminister, als er seinen Kollegen ein Memorandum zustellte, in dem er eine Erweiterung der für die EPG vorgesehenen Zuständigkeiten um den Bereich der wirtschaftlichen Integration forderte. Als wichtigsten Schritt nannte Beyen die Beseitigung der Handelsbeschränkungen durch Schaffung einer Zollunion. Um eine Berücksichtigung seiner Vorstellungen bei der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs sicherzustellen, schlug er eine außerordentliche Außenministerkonferenz

⁷⁶ S. den Fragebogen in: Bulletin 1952, S. 1475.

⁷⁷ Cardozo, Project, S. 56.

⁷⁸ S. ebd., S. 56 f.; Debré, Mémoires, Bd. 2, S. 183–187.

⁷⁹ Notiz des AA, 7. 11. 1952, in: BDFD I, S. 146 f., hier S. 147; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 14b, Bl. 167, Tb. 29. 10. 1952.

⁸⁰ Clément, *Peuple allemand*, im Auszug auch in: BDFD III, S. 834–838, hier S. 834.

⁸¹ Notiz des AA, 7. 11. 1952, in: BDFD I, S. 147.

⁸² PA, Abt. 2, Bd. 854, Bl. 169, Pfeiffer an AA, Tel. 242, 29. 11. 1952, Geheim.

⁸³ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 14b, Bl. 167, Tb. 29. 10. 1952.

noch vor der ersten Plenarsitzung der Ad-hoc-Versammlung im Januar 1953 vor⁸⁴.

Das Auswärtige Amt wertete den Vorstoß als konstruktiv und erklärte sich mit der Einberufung der Spezialkonferenz einverstanden, sofern sie nach der Vorlage der Vorschläge des Ad-hoc-Ausschusses stattfände⁸⁵. Wollte man den Lebensstandard heben, die Wirtschaft krisenfest machen und die sozialen Verhältnisse verbessern, müsse man eben das europäische „System der Schrebergärten“ verlassen, hieß es in der Koblenzer Straße⁸⁶. Im Wirtschaftsministerium wurde vor allem begrüßt, daß Beyens Plan dem Prinzip der horizontalen und nicht der ungeliebten sektoralen Teilintegration verhaftet war⁸⁷.

Im Quai d'Orsay stieß dessen Initiative hingegen auf starken Widerstand. Schon der am 20. 12. von der Ad-hoc-Kommission vorgestellte Entwurf des Statuts zur EPG ging weit über die französischen Vorstellungen hinaus. Die politische Behörde war mit exekutiver, legislativer bzw. judikativer Gewalt ausgestattet und erhielt Kompetenzen in außenpolitischen und währungspolitischen Fragen sowie einen Sozial- und Wirtschaftsrat als beratende Instanz. Die Exekutive bestand aus einem Exekutivrat und dem Rat der nationalen Minister. Die politischen Entscheidungen bedurften der Zustimmung der Außenminister, wobei deren Mitwirkungsrecht nach der Entwicklungsphase widerrufen werden sollte. Die Legislative war nach dem Zweikammersystem aufgebaut. Die Mitglieder des Unterhauses wurden durch allgemeine Wahlen, die des Oberhauses durch die nationalen Parlamente bestimmt⁸⁸.

In der deutschen Öffentlichkeit traf der Entwurf auf breite Zustimmung, wenngleich einige Presseorgane mit Bedacht die Frage aufwarfen, ob die Bürger Europas „nicht gegenwärtig noch eher Getriebene als Pioniere des europäischen Gedankens“ seien⁸⁹. In Frankreich mochte man sich mit diesen Plänen demgegenüber kaum anfreunden. Nicht nur Ex-Gaullisten wie General Billotte sprachen sich für ein konföderiertes Europa aus, das nicht „einer ‚Technokratie‘ à la Monnet ausgeliefert werden“ dürfe⁹⁰. Auch im Quai d'Orsay formierte sich sofort massiver Widerstand. Aus Sicht des Ministeriums zielten die Empfehlungen der Kommission auf die Schaffung eines extrem zentralisierten föderalen Systems, in dem der Wille der Regierungen keine Beachtung mehr finden würde⁹¹. Der Vorschlag der Parlamentarier, so lautete das Fazit der Europaabteilung, hatte den schwierigen Problemen einer Fusion nationalstaatlicher Souveränitäten nicht genügend Rechnung getragen⁹². Da es einen weiteren Souveränitätsverlust unter al-

⁸⁴ Zum Memorandum Beyens vom 10. 12. 1952 vgl. Griffiths/Milward, *Beyens Plan*, 598–602; Harryvan/van der Harst/Mans/Kersten, *Dutch attitudes*, S. 329–333.

⁸⁵ Vgl. Fischer, *Projekt*, S. 285; Küsters, *Vormarsch*, S. 280.

⁸⁶ Ansprache Hallsteins im Hessischen Rundfunk, in: *Bulletin* 1953, S. 1860 f., hier S. 1861.

⁸⁷ Vgl. Fischer, *Projekt*, S. 285.

⁸⁸ S. Entschließungen des Verfassungsausschusses der Ad-hoc-Versammlung, 20. 12. 1952, in: EA 1953, S. 5503–5512; Küsters, *Vormarsch*, S. 277–279.

⁸⁹ „Die Welt“, 23. 12. 1952, im Auszug auch in: BDFD III, S. 210–212, hier S. 212.

⁹⁰ BA, NL Blücher, Bd. 142, Bl. 128–132, Schultz an Albrecht, Vermerk, 6. 8. 1952, im Auszug in: ebd., S. 207–209, hier S. 208.

⁹¹ S. Aufzeichnung Seydoux, 2. 1. 1953, in: BDFD I, S. 262–264.

⁹² S. AMAE, PA-AP, *Papiers Massigli*, Bd. 71, Bl. 40–42, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 5. 1. 1953.

len Umständen zu verhindern galt, lehnte Seydoux die Übertragung außenpolitischer Kompetenzen auf die EPG dezidiert ab. Er war sich aber durchaus bewußt, daß das Problem der gemeinsamen Außenpolitik spätestens dann auf die Tagesordnung zurückkehrte, wenn die französischerseits akzeptierte direkt gewählte europäische Versammlung zusammen- und die EVG in Kraft träte⁹³.

Frankreich sah zwar die Notwendigkeit zur europäischen Einigung, um die Bundesrepublik zu binden. Über das Aussehen der Gemeinschaft herrschte jedoch heftiger Streit. Auriol und François-Poncet etwa dachten an eine Konföderation, weil sie Großbritannien mit ins Boot nehmen wollten und sicher waren, daß die Inselmacht nie in eine Föderation einträte⁹⁴. Monnet hingegen sprach sich dezidiert dagegen aus, die französische Europapolitik der letzten zwei Jahre grundlegend zu revidieren: „Au lieu d’aller vers une Europe qui rassemble les peuples, hommes et ressources dans une même Communauté, avec des règles et des institutions communes qui fusionnent les souverainetés, ce qu’on appelle confédération consacre la division des peuples et la souveraineté des Etats.“ Konföderation bedeutete für ihn nichts anderes als die Wiedererrichtung eines souveränen und nationalistischen Deutschlands⁹⁵. Auch Adenauers Anregung eines Rats der Regierungschefs zur Formulierung einer europäischen Sicherheitspolitik⁹⁶ fand er nicht ungefährlich, weil sie der Mitarbeit Englands eine zweite Tür neben der der Assoziation eröffne und zur „Verwirrung“ führe⁹⁷.

Mit den personalpolitischen Änderungen zu Beginn des Jahres 1953 erfuhr die proeuropäische Richtung der französischen Außenpolitik eine erhebliche Schwächung. Im Zuge der Regierungsumbildung vom 8. 1. 1953 gab Schuman seinen Sessel nach fünfjähriger Amtszeit an Bidault zurück. Würde sein Lebenswerk, die Initiative zu einer supranationalen Gemeinschaft der europäischen Staaten, fortgeführt? „Bidault n’est pas Schuman“, konstatiert Georges-Henri Soutou in einer dem ersteren durchaus gewogenen neuen Studie. Zwar europäischer als generell behauptet, sei seine politische Grundauffassung freilich „plus nationaliste“ als jene des Lothringers gewesen, basierend auf drei Ebenen: „l’Europe – mais dirigée par la France – mais aussi l’Empire, et pour la sécurité, le triangle atlantique fondamental avec Londres et Washington“⁹⁸. Adenauer, der zum neuen, alten Außenminister seit Herbst 1947 erste geheime Kontakte aufgenommen hatte, denen im Oktober 1948 ein Treffen gefolgt war⁹⁹, hegte durchaus Zweifel an der Kontinuität französischer Europapolitik, als er Schuman am 9. 1. versicherte, er werde alles tun, um das Einigungswerk „in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Persönlichkeiten der französischen Regierung fortzuführen“¹⁰⁰. Wenngleich von dem Mythos des Verhältnisses zwischen Adenauer und Schuman bei genauerer Be-

⁹³ S. ADM, 34 J 16, Papiers Schuman, Aufzeichnung Seydoux, 30. 12. 1952.

⁹⁴ S. Unterredung zwischen Auriol und François-Poncet vom 5. 12. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 773–775.

⁹⁵ AN, 363 AP 28, Papiers Mayer, Monnet an Mayer, 29. 12. 1952, Personnelle et Confidentielle; s.a. Bossuat, *Nature*, S. 208; Schröder, Jean Monnet, S. 319–321.

⁹⁶ S. Kap. III.4.3.

⁹⁷ BA, NL Hallstein, Bd. 123, Vermerk Hallstein, 2. 1. 1953.

⁹⁸ Soutou, Georges Bidault, S. 305.

⁹⁹ S. ebd., S. 289f.; Adenauer an Schuman, 4. 11. 1948, in: Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 337–339.

¹⁰⁰ Ders. an dens., 9. 1. 1953, in: ebd., 1951–1953, S. 317f., hier S. 317.

trachtung große Abstriche gemacht werden müssen, kann nicht davon die Rede sein, daß der neue Außenminister dem Kanzler persönlich mehr gelegen habe als der alte¹⁰¹. Sehr offen bekundete Adenauer gegenüber François-Poncet seine Sorge, der Rücktritt und die Abhängigkeit der neuen Regierung René Mayer vom RPF könnten einen Wechsel in der außenpolitischen Orientierung Frankreichs bewirken¹⁰². Und nach der ersten Begegnung mit dem neuen Hausherrn des Quai d'Orsay auf der stürmischen Außenministerkonferenz in Rom meinte er vor dem Bundesvorstand seiner Partei vielsagend: „Ich will über Herrn Bidault nicht viele kritische Worte sagen, aber das eine möchte ich doch hervorheben, daß alle anderen Außenminister die Abwesenheit des Herrn Schuman außerordentlich bedauert haben“¹⁰³.

Es wirkte wie ein böses Omen, als der Quai d'Orsay wenige Tage nach dem Ministerwechsel sich in einem Communiqué scharf von seinem Vertreter in Bonn distanzierte, der in einer Rede vor der „Organisation française du mouvement européen“ die Notwendigkeit der EVG-Ratifizierung herausgestrichen und die Einführung eines Vetorechtes des Rates der nationalen Minister in der Satzung der EPG abgelehnt hatte¹⁰⁴. Wie würde Bidault sich nun zum Vorentwurf der Verfassungskommission äußern, der am 9./10. 1. 1953 der Ad-hoc-Versammlung zur Prüfung vorlag und von ihr mit einer Reihe von Resolutionen versehen wurde, die als Direktiven für die Ausarbeitung eines endgültigen Statutenentwurfs dienen sollten¹⁰⁵?

Auf einer zur Tour d'horizon veranstalteten Konferenz der Regierungsspitze und der wichtigsten Botschafter nahm der Außenminister am 16. 1. eine retardierende Position ein und stieß damit auf energischen Widerspruch. Die Ad-hoc-Kommission, so lautete der Vorwurf der Kritiker, sei weit übers Ziel hinausgeschossen. Massigli malte gar das Schreckgespenst einer Mediatisierung der europäischen Staaten durch die EPG an die Wand. Allein Alphand bemühte sich, die Sorgen seiner Kollegen vor einem Machtverfall zu widerlegen. Bidault versuchte, zwischen beiden Polen zu vermitteln, und ließ doch keinen Zweifel an seinen eigenen Vorbehalten. Zwar sprach er sich für die Kontinuität in der französischen Europapolitik aus, zumal die Regierung „dans un cadre limité“ der Nationalversammlung gegenüber im Wort stehe, die EPG zu unterstützen. Zugleich aber plädierte er eindeutig für ein langsames Fortschreiten der europäischen Einigung¹⁰⁶.

¹⁰¹ Vgl. dagegen Köhler, Adenauer, S. 824.

¹⁰² S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 11–14, François-Poncet an MAE, Tel. 117/26, 9. 1. 1953, Réservé, Urgent. Zur Einflußnahme der Gaullisten auf die Regierungsbildung vgl. Kap. III.1.3.

¹⁰³ Ansprache Adenauers im CDU-Bundesvorstand, 11. 3. 1953, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, S. 423; s.a. Kap. III.4.3.

¹⁰⁴ S. PA, Abt. 2, Bd. 859, Bl. 160–163, von Walther an AA, 205–00 Tgb.Nr. 593/53, 28. 1. 1953; ebd., Bd. 249, Bl. 205 f., Matz an Jordan, Aufzeichnung, zu 210–01/22 II 13297/53, 25. 9. 1953.

¹⁰⁵ S. Ad-hoc-Versammlung, Sitzungsperiode Januar 1953, Sitzungsprotokolle, Sitzungsdokumente; s.a. AdG 1953, S. 3817B.

¹⁰⁶ AMAE, PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 70, Bl. 367–414, Treffen im Quai d'Orsay, 16. 1. 1953, Très secret. Die Darstellung in den Memoiren Massiglis gibt die Position Bidaults nur ungenau wider (Massigli, Comédie, S. 354).

Als der Minister einen Monat später die Leitungsebene des Quai d'Orsay zusammenrief, um die bisherige Arbeit der Ad-hoc-Versammlung zu analysieren¹⁰⁷, griffen namentlich Parodi, Seydoux, Sauvagnargues und Wormser den bisherigen Verfassungsentwurf hart an. Für sie bedeutete er das Ende der Unabhängigkeit Frankreichs und den Beginn eines von Deutschland geführten Europa. Als bedrohlich schienen ihnen darüber hinaus die Auswirkungen der EPG auf Frankreichs Beziehungen zu den Überseegebieten¹⁰⁸, hatten doch wenige Tage zuvor einige Kollegen warnend darauf hingewiesen, eine europäische Föderation führe unabänderlich zur Auflösung der Union française¹⁰⁹. Nur Minister Teitgen, Staatssekretär Maurice Schumann und Alphand verteidigten das Projekt. Bidault nahm eine gewisse Mittlerrolle ein und dokumentierte damit auch die keineswegs so eindeutig proeuropäische Haltung des MRP¹¹⁰. Einerseits hielt er die Integration Europas und die Verknüpfung von EVG und EGKS zu einer politischen Gemeinschaft für notwendig. Andererseits sprach er sich gegen die Zuweisung außen- und wirtschaftspolitischer Kompetenzen aus. Frankreich mußte seinen Rang als global agierende Großmacht bewahren, zugleich aber an der europäischen Integration führend mitwirken¹¹¹.

Es war Sauvagnargues, der die Vorbehalte der Kritiker gegenüber der EPG am 20. 2. noch einmal auf den Punkt brachte: kein zusätzlicher Souveränitätsverzicht; keine Kompetenzübertragung in außenpolitischen Angelegenheiten; Konzentrierung auf die Errichtung einer demokratisch gewählten Versammlung, die den Regierungen Empfehlungen zur Ausweitung der Integration geben dürfe; Konkretisierung dieser Ausweitung im wesentlichen auf dem wirtschaftlichen Gebiet mit dem Langzeitziel eines gemeinsamen Marktes; Bewahrung der exklusiven Kontrolle über die Überseegebiete; Ablehnung des von der Ad-hoc-Versammlung vorgesehenen Institutionengeflechts, wobei vor allem die zweite Kammer vorerst als überflüssig galt und die Konstituierung einer europäischen Exekutive ebenso wie die Fusion des EVG-Kommissariats mit der Hohen Behörde keinen Anspruch fand¹¹².

Es konnte kaum überraschen, daß die unterschiedlichen Positionen der Regierungen auf der außerordentlichen Außenministerkonferenz am 24./25. 2. 1953 in Rom hart aufeinanderprallten. Ein deutsch-französischer Streit über die Frage einer etwaigen Einbeziehung der Saar in die politische Gemeinschaft hatte die Atmosphäre bereits stark aufgeheizt. Anfang Februar war es in einem Unterausschuß der Verfassungskommission „zu einer ersten Auseinandersetzung“ über den Antrag eines Saarparlamentariers gekommen, die Saar in beide Kammern des EPG-Parlaments aufzunehmen. Während die deutschen Vertreter auf Vertagung

¹⁰⁷ Zu dieser Besprechung s. AN, 457 AP 38, Papiers Bidault, Unterredung mit Bidault vom 11. 2. 1953, Protokoll; Bossuat, *Nature*, S. 210f.; Dalloz, Georges Bidault, S. 313f.; Soutou, Georges Bidault, S. 302f.

¹⁰⁸ Zum Problem der Beziehungen der EPG zu den Überseegebieten s.a. AN, 457 AP 38, Papiers Bidault, Merveilleux du Vignaux an Bidault, Aufzeichnung, 14. 2. 1953; Massigli, *Comédie*, S. 339f.

¹⁰⁹ Vgl. Dalloz, Georges Bidault, S. 313.

¹¹⁰ Vgl. Capelle, MRP, S. 57–63; Irving, *Christian Democracy*, S. 174–177.

¹¹¹ S. AN, 457 AP 38, Papiers Bidault, Unterredung mit Bidault vom 11. 2. 1953.

¹¹² S. AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 78, Bl. 106–108, Aufzeichnung Sauvagnargues, 20. 2. 1953.

plädierten, strebte der französische Vorsitzende eine Entscheidung an. Gegen den Protest der Deutschen wurde dem saarländischen Begehren vorläufig stattgegeben¹¹³. Die Bundesregierung wollte diesen Beschluß indes nicht hinnehmen. Sie billigte der Saar zwar „angemessene Vertretungsrechte“ zu, zielte aber darauf, die Einzelheiten aus den Besprechungen der Ad-hoc-Versammlung auszuklammern, um sie in direkten Verhandlungen mit Paris festzulegen¹¹⁴. Mitte Februar erklärte der Kanzler die Angelegenheit zur Chefsache und bat den französischen Außenminister darum, daß der Verfassungsausschuß sich darauf beschränken solle, die Integrierung der Saar in die EPG nur im Grundsatz zu fixieren. Jeder Beschluß, „der eine unmittelbare deutsch-französische Verständigung antizipieren oder präjudizieren würde“, sei „gefährlich und unerwünscht“¹¹⁵. Bidault zeigte sich damit durchaus einverstanden, dachte aber daran, auf der bevorstehenden Konferenz in Rom bereits eine grundsätzliche Regelung herbeizuführen¹¹⁶. Dies lehnte Adenauer jedoch mit Blick auf die nahenden Bundestagswahlen ab¹¹⁷. Außerdem beilegte er sich, Einspruch gegen die Absicht Bidaults einzulegen, die Saar unter denselben Bedingungen wie die übrigen Staaten in die EPG aufzunehmen¹¹⁸.

Zusätzlich Sprengstoff für das Treffen der sechs Minister lieferten die Niederlande, die zur Präzisierung ihres Memorandums vom 10. 12. 1952 die schrittweise Schaffung gemeinsamer Zolltarife, den Abbau der restlichen Handelschranken und die Errichtung eines gemeinsamen Marktes für alle Güter vorschlugen¹¹⁹. Wie Bidault in einer persönlichen Begegnung mit Beyen am 20. 2. zu verstehen gab, waren diese Vorstellungen für Frankreich inakzeptabel¹²⁰. In Rom bekräftigte er dann nach Absprache mit dem Kabinett¹²¹ zwar das Interesse seiner Regierung an der Errichtung einer politischen Autorität und eines gemeinsamen Marktes. Zugleich stellte er aber klar, konkrete wirtschaftliche Integrationsmaßnahmen nicht im Rahmen des Verfassungsentwurfs, sondern eines separaten Vertrages in Angriff nehmen zu wollen. Beyen hingegen bestand darauf, daß ein Vertrag über die EPG auch die wirtschaftliche Integrationsfrage regeln müsse, weil er sonst nicht vom niederländischen Parlament gebilligt würde. Auch Adenauer, de Gasperi und van Zeeland sprachen sich – weniger ultimativ – für eine wirtschaftliche Untermauerung der EPG aus. Da der Kanzler allerdings davon ausging, daß die Verwirklichung der EPG Zeit brauche, schlug er zur Vermeidung weiterer Auseinandersetzungen unter den Sechs einen Ausschuß zur Prüfung der ökonomischen Einigung vor. Damit war das Streitpotential aber beileibe nicht beseitigt. Sogar die Frage, wie der Verfassungsentwurf der Ad-hoc-Versammlung von seiten

¹¹³ PA, Abt. 2, Bd. 851, Bl. 2–4, von Puttkamer an Hallstein, Aufzeichnung zu 224–10 II, 8. 2. 1953, Geheim, Vertraulich; s.a. den an Adenauer adressierten Bericht Max Beckers vom 25. 3. 1953 (ebd., Bd. 536, Bl. 126–128); vgl. zum folgenden: Küsters, Vormarsch, S. 280–282.

¹¹⁴ PA, Abt. 2, Bd. 851, Bl. 6, Abt. II B im AA an Hallstein, Vermerk, 9. 2. 1953.

¹¹⁵ Adenauer an Bidault, 16. 2. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 342–344, hier S. 343 f.

¹¹⁶ S. PA, B 17, Bd. 139, Bl. 321–323, Bidault an Adenauer, 21. 2. 1953.

¹¹⁷ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 18a, Tb. 21. 2. 1953.

¹¹⁸ S. PA, B 17, Bd. 139, Bl. 326 f., Adenauer an Bidault, 23. 2. 1953.

¹¹⁹ S. Beyen, Spel, S. 228 f.; Harryvan/van der Harst/Mans/Kersten, Dutch attitudes, S. 333–335; Lenz, Tagebuch, S. 561, Tb. 20. 2. 1953.

¹²⁰ Vgl. Dalloz, Georges Bidault, S. 314; zur ablehnenden französischen Position gegenüber dem Beyen-Plan s.a. Aufzeichnung Wormser, 9. 2. 1953, in: BDFD II, S. 701–707.

¹²¹ S. Conseil des Ministres, 20. 2. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 59.

der Minister entgegengenommen werde, führte zu neuerlichen Dissonanzen. Namentlich die BENELUX-Staaten verlangten ein formloses *Procedere*, um nicht den Eindruck einer zu starken Bindung der Regierungen entstehen zu lassen. Adenauer hingegen bestand auf einer feierlichen Zeremonie, ohne dem Dokument damit bereits definitiven Charakter verleihen zu wollen. Die Minister kamen schließlich überein, eine endgültige Bewertung der niederländischen Vorschläge nach dem Abschluß der Beratungen der Ad-hoc-Versammlung vorzunehmen und den Verfassungsentwurf Anfang März in Empfang zu nehmen¹²². Mit dem Ergebnis der Konferenz konnte die Bundesregierung keineswegs zufrieden sein. Die EVG stagnierte, die Hoffnung, für den Fall eines Scheiterns den dann notwendigen Kredit für eine eventuelle Neuaushandlung durch ein klares Bekenntnis zur politischen Integration zu erhalten, schwand.

Fristgemäß beendete die Ad-hoc-Versammlung Ende Februar ihre Arbeit an einer europäischen Verfassung, die sie mit 50 Stimmen bei 5 Enthaltungen verabschiedete, wobei allerdings 31 Abgeordnete der Abstimmung fernblieben¹²³. Am 9. 3. überreichte der Präsident der Versammlung, Paul-Henri Spaak, dem amtierenden Präsidenten des EGKS-Ministerrates Bidault auf der Straßburger Konferenz der Sechs Minister das Ergebnis. Abgesehen von substantiellen Veränderungen in den wirtschaftspolitischen Passagen, entsprach der „Entwurf eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft“¹²⁴ weitgehend dem Konzept der Ad-hoc-Kommission. Das Dokument definierte die EPG als Gemeinschaft supranationalen Charakters mit Rechtspersönlichkeit. Sie bestand aus einem Parlament mit zwei Kammern, dem Europäischen Exekutivrat, dem Rat der nationalen Minister, einem Gerichtshof sowie dem Wirtschafts- und Sozialrat. Als Fortbildung der Montanunion und der EVG sollte sie die Befugnisse beider Gemeinschaften ausüben und zusätzliche Kompetenzen im außenpolitischen, wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich übernehmen. Gemäß den Vorstellungen der Parlamentarier sah der Entwurf für die Legislative die Direktwahl der Völkerkammer und für die Exekutive die Bildung eines Rates in der Funktion einer echten und weitgehend selbständigen europäischen Regierung vor. In den wirtschaftspolitischen Passagen wies der Entwurf der Gemeinschaft die Bestimmung zu, ein Jahr nach Inkrafttreten des Vertrages Maßnahmen zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes in Angriff zu nehmen. Die für Bonn bzw. Paris zentralen Probleme der Integrierung der Überseegebiete bzw. der Saar wurden im Sinne der Regierungen an Rhein und Seine gelöst. Obwohl der Verfassungsausschuß am 28. 2. einen von von Brentano und Teitgen ausgearbeiteten Kompromiß gebilligt hatte, gelang es der Ad-hoc-Versammlung hinsichtlich des Saarproblems

¹²² PA, Abt. 2, Bd. 1043, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 24./25. 2. 1953, P (53) PV 1, 18. 3. 1953; s.a. ebd., Bd. 862, Bl. 66 f., Aufzeichnung Hallstein, 24. 2. 1952 [sic!]; Communiqué der Außenministerkonferenz, 25. 2. 1953, in: EA 1953, S. 5543; Fischer, Projekt, S. 286.

¹²³ S. Ad-hoc-Versammlung, Sitzungsperiode März 1953, 2 Bde.; AdG 1953, S. 3886E; Bulletin 1953, S. 340.

¹²⁴ S. „Entwurf eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft“, 10. 3. 1953, nebst Anlagen, in: Schwarz (Hg.), Aufbau, S. 241–264; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 78, Bl. 119–120, Seydoux an Washington etc., Tel. 2987/98 etc., 12. 3. 1953; Spaak, Mémoires, S. 293–297; Genzer, Satzung.

nicht, sich auf eine Textfassung zu einigen¹²⁵. Der entsprechende Artikel 102 im Verfassungsentwurf blieb leer und wurde mit den vorliegenden Änderungsanträgen dem Ministerrat der EGKS zur Entscheidung übersandt.

War mit diesem „Gipfelpunkt der europäischen Einigungsbewegung in den frühen fünfziger Jahren“¹²⁶ nun „un nouveau printemps européen“¹²⁷ angebrochen? Wohl kaum. Wie groß die Vorbehalte einiger Regierungen gegenüber der Arbeit der Parlamentarier waren, verdeutlichte in aller Klarheit die Ansprache Bidaults nach Empfang des Verfassungsentwurfs. Von einer notwendigen Aufgabenteilung zwischen unabhängigen Geistern, die etwas wagten, und den Regierungen, die Verantwortung trügen, war da die Rede. Nun seien die Kabinette gefordert, das Werk fortzusetzen. Es klang wie ein böses Omen, als der Minister über die Spielregeln dieser Fortsetzung meinte feststellen zu müssen: man wolle den Idealen der Entwurfs treu bleiben, habe aber natürlich etwaige Einwände in Rechnung zu stellen¹²⁸. In der Ad-hoc-Versammlung fanden diese Ausführungen verständlicherweise „kein freudiges Echo“¹²⁹.

Deutlich hob sich Bidault damit von Adenauer ab, der zwar in seinem Streben nach europäischer Integration auch die Realitäten der politischen Lage, d.h. vor allem die Verzögerungen bei der EVG, nicht außer acht ließ¹³⁰ und stets das Junktim zwischen EVG und EPG herauskehrte: „Wenn die EVG nicht wird, dann wird auch eine Europäische Gemeinschaft nicht werden“¹³¹. Immerhin aber unterstrich er in einem Dankesschreiben an Spaak, daß die Einigung Europas nicht nur aus Beschlüssen der Regierungen hervorgehen könne, sondern „vom Willen der Völker selbst getragen“ sein müsse¹³².

Der deutsche Regierungschef setzte sich damit auch klar von der Position der Opposition ab, die zu den früheren Argumenten gegen die europäische politische Gemeinschaft noch ein neues hinzufügte: Rücksichtnahme auf die Sowjetunion. Da der Vertragsentwurf eine automatische Erstreckung seiner Bestimmungen auf ein wiedervereinigtes Deutschland fixierte, versperrte diese Bindungsklausel nach Meinung der Sozialdemokraten den Weg zur Wiedervereinigung, weil Moskau der Integrierung eines geeinten Deutschland in einen als feindlich empfundenen militärischen und politischen Block nie zustimmen würde. Faktisch lief dies freilich auch auf eine Bindung heraus: „als wiedervereinigtes Deutschland an dieser Europäischen Gemeinschaft nicht teilzunehmen“¹³³.

Für die Bundesregierung kam das aber nicht in Frage. Für sie galt das Wort des Präsidenten der Ad-hoc-Kommission, Heinrich von Brentano, der Entwurf sei im

¹²⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 536, Bl. 126–128, Niederschrift Beckers, 25. 5. 1952; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 203–209, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 6. 6. 1953 (Konzept JV).

¹²⁶ Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 181.

¹²⁷ Bossuat, Nature, S. 208.

¹²⁸ S. Ansprache Bidaults vor der Ad-hoc-Versammlung, 9. 3. 1953, in: Notes et études documentaires, Nr. 1729, S. 5 f.; Dalloz, Georges Bidault, S. 315.

¹²⁹ Ansprache Adenauers im Bundesvorstand der CDU, 11. 3. 1953, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1950–1953, S. 426.

¹³⁰ Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 18b, Bl. 33–33a, Tb. 9. 3. 1953.

¹³¹ Ansprache Adenauers im Bundesvorstand der CDU, 26. 1. 1953, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1950–1953, S. 289.

¹³² PA, Abt. 2, Bd. 855, Bl. 222 f., Adenauer an Spaak, 224–10 II 3157/53, 4. 3. 1953, Sofort, Entwurf.

¹³³ Hrbek, SPD, S. 139.

allgemeinen „brauchbar“¹³⁴. Das Auswärtige Amt handelte folglich gemäß der Parole, es müsse kein Vertrag zur EPG mehr erarbeitet, sondern der vorhandene gegen die Bedenken der beteiligten Staaten durchgesetzt werden. Dies bedeute konkret, „alle wesentlichen Entscheidungen durch die Ministerkonferenz nach politischen Gesichtspunkten“ treffen zu lassen und Abänderungen „auf ein Mindestmaß“ zu beschränken¹³⁵. Natürlich galt die Order auch für das Bonner Bundeswirtschaftsministerium, wenngleich dort massive Vorbehalte gegen den Plan der Zollunion als Vorstufe zum Gemeinsamen Markt existierten und eine intergouvernementale Zusammenarbeit der Schaffung dieses Marktes vorgezogen wurde. Im Gegensatz zu Frankreich lehnte das Ministerium die wirtschaftliche Integration aber nicht grundsätzlich ab, unterstützte vielmehr den niederländischen Plan, den man zur gegebenen Zeit mit der Regelung weiterer Wirtschaftsprobleme verknüpft sehen wollte¹³⁶.

Der Kanzler bekräftigte in diesen Tagen noch einmal öffentlich seinen Willen zur Forcierung der Integration. Schon aus Gründen der östlichen Bedrohung, die er trotz des Todes von Stalin keineswegs geringer bewertete, aber auch zur Balancierung des Ost-West-Verhältnisses und zur Verhinderung europäischer Kriege bezeichnete er die europäische Einigung als zwingend notwendig. Zugleich machte er sich zum Anwalt jener, die sich vor einer „alles staatliche Leben aufsaugenden europäische[n] Zentralgewalt“ fürchteten. Ziel der europäischen Gemeinschaft müsse es vielmehr sein, „weite Bezirke staatlichen Lebens [...] den Mitgliedsstaaten [zu] überlassen“. Perfektionismus schade dem Werk, sinnvoll sei es, „die Dinge reifen [zu] lassen“¹³⁷.

Sein Wunsch nach raschen Fortschritten kollidierte indes mit französischen Verzögerungsgelüsten. Artikel 38 des EVG-Vertrags enthielt lediglich die Aufforderung an die Regierungen, innerhalb von drei Monaten eine Konferenz zur Prüfung des Verfassungsentwurfs einzuberufen. Auf der Grundlage eines niederländischen Memorandums¹³⁸ und einer Initiative de Gasperis kamen die sechs Minister am 9. 3. überein, eine erste Erörterung am 12. 5. abzuhalten. In der Zwischenzeit sollte das Sekretariat des Ministerrates notwendige Vorbereitungsarbeiten erledigen¹³⁹. Infolge der „verworrenen Geschäftsführung“ des Konferenzpräsidenten ergab sich aber vor Abfassung des Abschlußkommuniqués eine schwere und weitreichende Panne, weil Bidault Dinge als beschlossen verkündete, die „den eindeutigen Tatsachen ebenso eindeutig widersprachen“¹⁴⁰. Dabei ging es um die nicht unwesentliche Formfrage, ob die Arbeit der Regierungen am Verfassungsentwurf von den Außenministern oder von Sachverständigen geleistet werden sollte. Ein erster Kommuniquéentwurf sprach von der Einberufung einer Regie-

¹³⁴ Pressekonferenz von Brentanos, 4. 3. 1953, in: Bulletin 1953, S. 376.

¹³⁵ PA, Abt. 2, Bd. 862, Bl. 68–73, Ophüls an Hallstein, Aufzeichnung, 224–00 II 4462/53, 26. 3. 1953, Sofort. Die Aufzeichnung wurde von Blankenhorn gebilligt.

¹³⁶ Vgl. Küsters, Vormarsch, S. 285f.

¹³⁷ Ansprache Adenauers vor dem „American Committee on United Europe“, 16. 4. 1953, in: Adenauer, Reden, S. 291–298, hier S. 295f.

¹³⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 861, Bl. 58f., Niederländisches Memorandum, 9. 3. 1953.

¹³⁹ S. ebd., Bl. 53–57, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 9. 3. 1953, P (53) PV 2, 16. 3. 1953, im Auszug in: BDFD I, 265–267.

¹⁴⁰ BA, NL Blankenhorn, Bd. 18b, Bl. 33–33a, Tb. 9. 3. 1953.

rungskonferenz nach einer Frist von drei Monaten und der Festlegung des genauen Datums durch die Außenminister am 12. 5.¹⁴¹. Dies widersprach der Ansicht de Gasperis und auch Adenauers, der die Sache „nicht in die Hände der Ministerialbürokratie“ geben wollte¹⁴², da sie „nicht politisch“ dächte¹⁴³. Während des Abendempfangs der Ad-hoc-Versammlung sahen die Minister sich zur Klausur gezwungen, um neu zu verhandeln. Doch der schließlich gefundene Weg, den Hinweis auf die Regierungskonferenz der Experten aus dem Communiqué herauszunehmen, sollte das Problem nicht aus der Welt schaffen¹⁴⁴.

Nicht nur seines Fauxpas wegen hatte Bidaults Konferenzführung in der deutschen Delegation einen katastrophalen Eindruck hinterlassen. Ohne europapolitische Konzeption, völlig von innenpolitischen Erwägungen abhängig, schien er Adenauer „in höchstem Maße unzulänglich“. Höchst undiplomatisch machte der Kanzler aus seinem Herzen keine Mördergrube und gestand dessen Amtsvorgänger unumwunden ein, wie „schmerzlich“ er ihn vermisse¹⁴⁵. In seiner Umgebung befürchtete man, der französische Außenminister könne nach der Rückkehr nach Paris „in seine alte nationalistische Rolle zurückfallen“ und die soeben mühsam errungenen Resultate wieder zunichte machen. Was blieb, war die Hoffnung auf die Hilfsdienste der Angelsachsen¹⁴⁶.

Attacke gegen das „monstre tentaculaire“ der EPG

Die Sorgen waren nicht unbegründet. Unmittelbar nach der Konferenz flammten die Divergenzen über das weitere Procedere wieder auf. Für die beteiligten Regierungen handelte es sich offenbar doch nicht nur um eine Formfrage, sondern um „un désaccord sur le fond“. Adenauer und de Gasperi wollten dem in Straßburg vereinbarten Treffen bereits den Charakter der Regierungskonferenz geben, der in Artikel 38 vorgesehen war. Bidault hingegen war mit diesem schnellen Vorgehen nicht einverstanden, wobei diese Position unter seinen Beratern nicht unumstritten war. Seydoux paßte die ganze Richtung des 1950 in der Europapolitik beschrittenen Weges nicht, war die sich formierende Sechsergemeinschaft doch mit Verpflichtungen und Zwängen verbunden, die er mit ‚rang‘ und ‚grandeur‘ der Grande Nation für nicht vereinbar hielt¹⁴⁷. Auch Chauvel oder Massigli befürchteten, daß das „monstre tentaculaire“ des Verfassungsentwurfes¹⁴⁸ die Republik in ihrer globalen Rolle völlig lähme¹⁴⁹.

Solchermaßen eingestimmt, wandte sich Bidault Ende März an seine europäischen Ministerkollegen, um deren Auffassung über den Charakter der für den

¹⁴¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 861, Bl. 60, Communiquéentwurf zur Konferenz der EGKS-Außenminister vom 9. 3. 1953, Anlage 3 zu P (53) PV 2, 9. 3. 1953 (Übersetzung).

¹⁴² Lenz, Tagebuch, S. 580, Tb. 10. 3. 1953.

¹⁴³ Erklärung Adenauers im Bundesvorstand der CDU, 11. 3. 1953, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1950–1953, S. 425.

¹⁴⁴ Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 18b, Bl. 33–33a, Tb. 9. 3. 1953.

¹⁴⁵ Ebd.

¹⁴⁶ PA, NL von Kessel, Ordner [1], von Kessel an von Nostitz, 2. 3. 1953.

¹⁴⁷ S. AN, 457 AP 39, Papiers Bidault, Aufzeichnung Seydoux, 12. 3. 1953.

¹⁴⁸ Massigli an Bidault, 16. 3. 1953, in: Roussel, Jean Monnet, S. 659–663, hier S. 659; s.a. Dalloz, Georges Bidault, S. 315.

¹⁴⁹ S. AN, 457 AP 44, Papiers Bidault, Massigli an Bidault, 18. 3. 1953, Personnelle.

12. 5. festgesetzten Tagung zu sondieren¹⁵⁰. In Anbetracht der nahenden Bundestagswahlen gab es für Adenauer keinen Grund, von seiner bisherigen Haltung abzuweichen, zumal der Bundestag am 19. 3. eine Entschließung der Regierungskoalition annahm, die eine „beschleunigte Annahme und Ratifizierung“ des Verfassungsentwurfs anmahnte¹⁵¹. Der Kanzler verlangte daher, der Konferenz der Minister schon den Status einer offiziellen Regierungskonferenz zu übertragen, da die zu bewältigende große Aufgabe nicht von Sachverständigen, sondern nur von den verantwortlichen Kabinettsmitgliedern selbst erfüllt werden könne. Und sie, so wünschte er sich, sollten mit der sachlichen Behandlung der Fragen „sofort beginnen“¹⁵². Diesen Kurs, der vor allem darauf gerichtet war, die französische Verzögerungstaktik zu durchkreuzen, ließ er sich am 8. 5. vom Kabinett absegnen. Zugleich beugte er sich dem entschiedenen Willen der Ministerrunde zugunsten einer Direktwahl des Europaparlaments¹⁵³. Inhaltlich bedeutete dies, daß die Bundesrepublik die Tendenz einiger Partner zur Blockade der EPG mit einer grundsätzlich positiven Stellungnahme zum Vertragswerk zu durchbrechen gedachte, um dann in den Verhandlungen „eine Lösung auf der mittleren Linie durchzusetzen“¹⁵⁴.

Am selben Tag stimmte auch der Conseil des Ministres das Vorgehen für die Außenministertagung ab. Die Runde billigte Bidaults Plan, die Einberufung der Regierungskonferenz auf der Ebene der Außenministerstellvertreter unter der Kontrolle der Minister vorzuschlagen und ihnen den Auftrag zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs mit Hilfe von Experten zu erteilen. Als Richtlinie für den französischen Vertreter bestimmte der Ministerrat, daß die EPG sich im wesentlichen auf die Zusammenfassung von EGKS und EVG beschränken und eine direkt gewählte Versammlung erhalten solle. Eine Ausweitung der Kompetenzen sei der einstimmigen Entscheidung der Regierungen zu unterwerfen. Das Problem der Beziehungen der Gemeinschaft zu den außereuropäischen Gebieten der Union française blieb vorerst ausgeklammert¹⁵⁵.

Während Frankreich also offenbar daran dachte, auf der Ebene der Regierungen einen neuen Vertrag auszuarbeiten, sah die Bundesrepublik bereits im vorliegenden Entwurf eine Grundlage für die Zusammenarbeit der sechs Staaten, „welche einerseits der Notwendigkeit einer wirkungsvollen institutionellen Zusammenfassung Rechnung trägt, andererseits aber die nationalen Souveränitäten im erforderlichen Umfang achtet“. Das Kanzleramt hielt sich daher mit Änderungsvorschlägen zurück, ohne sich damit der Möglichkeit zu berauben, zum gegebenen Zeitpunkt nicht doch noch Präzisierungen und Ergänzungen des Entwurfs „seinem Geiste gemäß“ einzureichen¹⁵⁶.

¹⁵⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 892, Bl. 75f., Bidault an Adenauer, 21. 3. 1953 (Übersetzung).

¹⁵¹ Entschließung Nr. 2 der Regierungskoalition, 19. 3. 1953, in: AdG 1953, S. 3914A.

¹⁵² PA, Abt. 2, Bd. 892, Bl. 77, Adenauer an Bidault, 31. 3. 1953.

¹⁵³ S. Kabinettsitzung, 8. 5. 1953, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 6, S. 279–281; zu seinen eigenen Bedenken gegenüber der Direktwahl vgl. seine Äußerungen gegenüber Kirkpatrick vom 4. 5. (PA, Abt. 2, Bd. 851, Bl. 79f., Vermerk, 4. 5. 1953).

¹⁵⁴ Ebd., Bd. 888, Bl. 140–148, Entwurf einer Darstellung für die Kabinettsitzung vom 8. 5. 1953 (Diktat Ophüls), Mai 1953.

¹⁵⁵ S. Conseil des Ministres, 8. 5. 1953 in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 158; Soutou, Georges Bidault, S. 302f.

¹⁵⁶ PA, Abt. 2, Bd. 857, Bl. 257f., Adenauer an Calmes, 224–20–00 II 6916/53, 8. 5. 1953.

Am 11. 5., dem Vortag der nach Paris vergebenen Außenministerkonferenz, reiste Adenauer zu ersten Besprechungen mit Teitgen und Monnet an die Seine. Der Vorsitzende des MRP versuchte ihn auf die „von Gefühlen – Abneigungen und Zuneigungen – bestimmt[e]“ Natur des Außenministers einzustellen und riet ihm dringend, in einer persönlichen Begegnung das bei Bidault vorherrschende Mißtrauen abzubauen. Zugleich kam Teitgen nicht umhin, auf die veränderte parlamentarische Lage hinzuweisen. Da die Sozialisten neuerdings gegen die forcierte Bildung der politischen Gemeinschaft tendierten, schien ein behutsameres Vorgehen ratsam. Monnet hingegen wollte diese Einschätzung nicht vollständig teilen und zeigte sich optimistisch, daß jede französische Regierung an der europäischen Integration festhalten werde¹⁵⁷.

Adenauer nahm sich die Anregung Teitgens zu Herzen und verabedete sich noch am selben Abend mit Bidault und Mayer. Die Begegnung verlief ganz anders als erwartet. Zur selben Stunde trafen in Paris nämlich die ersten Nachrichten über Churchills „Locarno-Vorschlag“¹⁵⁸ ein. Der Kanzler reagierte entsetzt auf Inhalt und Form der Rede des britischen Premierministers, auf „das Verschweigen der Wiedervereinigung“ und die fehlende Abstimmung mit den Westmächten, die auch seine französischen Gesprächspartner brüskierte. Die „gemeinsame deutsch-französische sehr negative Beurteilung“ dieser Rede, aber wohl auch die innenpolitischen Gegebenheiten in Frankreich drängten ihn nun zu einem Schulterschuß in der Frage der EPG¹⁵⁹. Anders als bisher, aber in Übereinstimmung mit der Pariser Position, warnte der Bonner Gast jetzt vor übereilem Vorgehen bei der europäischen Einigung und empfahl ein evolutionäres Fortschreiten nach dem Vorbild der Schweiz. Beide Seiten stimmten darin überein, die EPG als „Überbau und Stütze“ für Montanunion und EVG aufzubauen und auf deren Kompetenzen zu beschränken. Entsprechend dem Kabinettsbeschluß vom 8. 5. sprach sich Adenauer für direkte Wahlen zum europäischen Parlament aus, die Mayer und Bidault „unbestimmt“ befürworteten. Um so entschiedener lehnten sie mit Adenauer die Kompetenzkompetenz ab, d. h. die Möglichkeit der eigenständigen Kompetenzerweiterung durch die EPG. Bidault entwickelte dann den vom Conseil des Ministres genehmigten Vorschlag, die Arbeit Sachverständigengremien unter der Kontrolle der Außenminister zu überlassen, wobei ihm als Ziel „die richtige Mitte“ zwischen den Auffassungen der Parlamentarier und jenen der Experten vorschwebte. Der Wille zu einer „rasch und entschieden“ angegangenen „realistischen Lösung“, dies zeigte das Ende der aufschlußreichen Unterredung, stand indes im Banne des übergeordneten Interesses zur Ratifizierung der EVG. Als Bidault darauf hinwies, man könne der EVG durch die Art der Inangriffnahme der EPG Schwierigkeiten bereiten oder sie fördern, reagierte Adenauer knapp: „Wir müssen den zweiten Weg wählen.“¹⁶⁰

Von diesem Tag an war des Kanzlers „ausgleichende Zwischenposition“ zwischen dem „Beharrungsstreben der traditionellen Diplomaten und den vorwärts-

¹⁵⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 19b, Bl. 51–53, Tb. 11. 5. 1953.

¹⁵⁸ S. Kap. III.1.3.

¹⁵⁹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 19b, Bl. 51–53, Tb. 11. 5. 1953.

¹⁶⁰ PA, Abt. 2, Bd. 859, Bl. 183–186, Unterredung zwischen Adenauer, Mayer und Bidault vom 11. 5. 1953; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 19b, Bl. 51–53, Tb. 11. 5. 1953; Fischer, Projekt, S. 289.

drängenden Gruppen der Europa-Parlamentarier“¹⁶¹ merklich zugunsten der ersteren Gruppe verschoben. Adenauer hatte sich der Haltung Bidaults genähert. Dennoch zeigten sich auf der Konferenz der sechs Außenminister in den folgenden beiden Tagen trotz aller „atmosphère de bonne volonté mutuelle“¹⁶² erhebliche Diskrepanzen, nicht zuletzt auch zwischen Bonn und Paris. Adenauer, dem es auf „einen konkreten Anfang“ zur Bildung der EPG ankam, forderte, laufend Ministerkonferenzen abzuhalten und für die Vorbereitungen das Sekretariat des Ministerrates einzuschalten. Eine Identität der Außenminister- mit der Regierungskonferenz begründete er mit der vorläufigen Beschränkung der EPG-Zuständigkeiten auf die Belange von EGKS und EVG. Die schrittweise Ausweitung der Kompetenzen sah er erst nach der Konstituierung der Gemeinschaft und entsprechenden Verhandlungen der Sachverständigen vor. Während de Gasperi diese Auffassung teilte, schloß sich Bidault weitgehend der Meinung der BENELUX-Vertreter an, daß bis Juni erst einmal ein Expertengremium zur Prüfung des Verfassungsentwurfs einzuberufen sei. Das Ziel war klar. Da der Entwurf aus ihrer Sicht weit über das Ziel der Integration von EGKS und EVG hinausging, mußte er in einer Weise verändert werden, die für die Parlamente annehmbar war. Zugleich bestand Bidault darauf, den Sachverständigen Weisungen erteilen zu dürfen. Die Einschaltung des Sekretariats in Luxemburg wies er zurück. Weitgehend isoliert stimmte Adenauer schließlich einem von ihm vorgeschlagenen Zeitplan zu, der die Prüfung des Verfassungsentwurfs durch eine Regierungskonferenz der Sachverständigen auf der Ebene der Außenminister-Stellvertreter in Rom am 12. 6. und eine anschließende Außenministerkonferenz in Den Haag am 10. 7. vorsah. Damit waren die Streitpunkte aber nicht beseitigt, boten die inhaltlichen Bestimmungen des Verfassungsentwurfs doch ebenfalls reichlich Sprengstoff. Beyen kritisierte sowohl den institutionellen Aufbau wie die Zuständigkeiten der EPG und verlangte abermals kategorisch die Einbeziehung der wirtschaftlichen Integration. Van Zeeland forderte darüber hinaus die Aufnahme einer Sezessionsbestimmung in den Text und ließ keinen Zweifel darüber zu, daß die EPG „eine Gemeinschaft souveräner Staaten“ sein müsse. Bidault lehnte eine endgültige Stellungnahme zwar ab, charakterisierte die EPG aber als „politische Kontrollbehörde und Zusammenfassung“ von EGKS und EVG ohne Kompetenzkompetenz. Als wesentlichen Motor der EPG betrachtete er die direkt gewählte Völkerkammer. In Vertretung Adenauers stimmte Hallstein dieser Beschränkung ebenso zu wie den holländischen Vorstellungen über die Zuständigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet. Als „unwesentlich“ bezeichnete er die Frage, ob die Gemeinschaft föderal oder konföderal zu begründen sei, akzeptierte sogar die Formulierung „Gemeinschaft von Staaten“. Dennoch konnte er nicht verhindern, daß die deutsche und die französische Seite zum Abschluß der Sitzung noch einmal frontal aufeinander stießen. Als Hallstein empfahl, den Verfassungsentwurf „nur durch Amendements zum Text abzuändern“, konterte Bidault kühl: natürlich seien die Regierungen hinsichtlich des Textes „frei“¹⁶³.

¹⁶¹ Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 181.

¹⁶² AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 78, Bl. 203–206, Parodi an Bonn etc., Tel. 1984 etc., 15. 5. 1953.

¹⁶³ PA, Abt. 2, Bd. 861, Bl. 62–68, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 12. 5. 1953, 13. 5. 1953;

Der französische Außenminister konnte mit dem Ergebnis der Konferenz zufrieden sein¹⁶⁴. Denn er hatte klargestellt, daß Paris weiterhin an der Schaffung eines direkt gewählten europäischen Parlaments als Angelpunkt festhielt, prinzipiell aber auf Zeit spielte. Des Kanzlers Hoffnung auf rasche sichtbare Erfolge hatte sich nicht erfüllt, war aber nach dem Dreier-Treffen mit Bidault und Mayer ohnehin nicht mehr so ausgeprägt. Er zeigte sich denn auch keineswegs enttäuscht, zumal sich sein französischer Kollege seinerseits gegenüber dem Vertragsentwurf „nicht so zurückhaltend“ geäußert hatte wie befürchtet¹⁶⁵. Alle Delegationen hatten der EPG im Prinzip zugestimmt und nun ein Verfahren gebilligt, das den im März diskutierten Modus procedendi „beseitigt[e]“¹⁶⁶. Indem die Mehrheit der Staaten sich außerdem für direkte Wahlen aussprach, war zweifellos eine „revolutionäre Entscheidung“ getroffen¹⁶⁷. Angesichts der in vielen Punkten erzielten „Übereinstimmung der Auffassungen“¹⁶⁸ würdigte der Kanzler den französischen Außenminister jetzt sogar als „absoluten Verfechter Europas“. Adenauer setzte darauf, Bidault könne mit Hilfe Teitgens, den er als „entschiedenen Freund Europas“ schätzte, die internen Gegner des europäischen Gedankens wie Parodi ausschalten. Die externen wie van Zeeland glaubte er, mit amerikanischem Druck auf Linie bringen zu können¹⁶⁹.

Die große Freude, nun „einen ganz wesentlichen Schritt auf dem Wege zu einem vereinigten Europa“ vorwärtsgekommen zu sein¹⁷⁰, sollte in wenigen Monaten an den veränderten innenpolitischen Machtverhältnissen in Frankreich zerschellen. Mit dem Sturz der Regierung Mayer am 21. 5. und der anschließenden, mit sechs Wochen bis dahin längsten Regierungskrise der IV. Republik¹⁷¹ war nicht nur der vorgesehene Zeitplan für die Regierungsverhandlungen Makulatur, sondern auch eine Verhärtung der französischen Position aus innen- wie außenpolitischen Gründen wahrscheinlich. Der chronische Schwächezustand der Grande Nation, der wohl nur durch eine Revision der Verfassung und eine rigide Finanzpolitik überwunden werden konnte, verwehrte es Frankreich immer mehr, die von ihm beanspruchte Führungsrolle bei der europäischen Einigung tatsächlich auszufüllen. Mit den in der Bundesrepublik aufkommenden Überlegenheitsgefühlen¹⁷² verlor die Integration für viele Franzosen ihren positiven Charakter. Die bange Frage trat in den Vordergrund, ob die Deutschen die Labilität der

s.a. ebd., Bl. 69–100, Konferenz ders. vom 12./13. 5. 1953, P (53) PV 3; vgl. Dumoulin, *Paradoxes*, S. 356; Fischer, *Projekt*, 289–291; Griffiths/Milward, *Beyen Plan*, S. 605; Harryvan/van der Harst/Mans/Kersten, *Dutch attitudes*, S. 340–342.

¹⁶⁴ Vgl. Conseil des Ministres, 13. 5. 1953, in: Auriol, *Journal*, Bd. 7, S. 164 f.

¹⁶⁵ PA, Abt. 2, Bd. 851, Bl. 201–206, Ophüls an Paris etc., 224–00 II 7119/53, 28. 5. 1953, Reinkonzept, Vertraulich.

¹⁶⁶ Adenauer, *Teegespräche 1950–1954*, S. 463, Kanzler-Tee, 18. 5. 1953.

¹⁶⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 19b, Bl. 109 f., Tb. 13. 5. 1953, im Auszug, in: BDFD I, S. 268 f., hier S. 268.

¹⁶⁸ AN, 457 AP 47, Papiers Bidault, Adenauer an Bidault, 18. 5. 1953.

¹⁶⁹ PA, Abt. 2, Bd. 892, Bl. 328 f., ders. an Eugen Kogon, 6. 6. 1953.

¹⁷⁰ BA, NL Blankenhorn, Bd. 19b, Bl. 109 f., Tb. 13. 5. 1953, im Auszug, in: BDFD I, S. 268 f., hier S. 268; s.a. Blankenhorn, *Verständnis*, S. 149 f., Tb. 13. 5. 1953; Adenauer, *Teegespräche 1950–1954*, S. 462 f., Kanzler-Tee, 18. 5. 1953; Äußerungen Adenauers im Bundesvorstand der CDU, 22. 5. 1953, in: Buchstab (Bearb.), *Protokolle 1950–1953*, S. 517.

¹⁷¹ Zu den Umständen und politischen Folgen dieses Sturzes s. PA, Abt. 2, Bd. 236, Bl. 234–245, Aufzeichnung Frank, 3. 7. 1953.

¹⁷² S. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 449, Tb. April-Mai 1953.

Nachbarn nicht ausnutzen und die Vorherrschaft in Westeuropa anstreben würden. Dieser Gefahr gedachte sich Frankreich „auch um den Preis Europas“ zu widersetzen¹⁷³. Daß in der neuen Regierung Laniel auch gaullistische Minister saßen, die nach dem „Kurswechsel“ de Gaulles gegenüber der EVG ein Insistieren auf die EPG für wenig sinnvoll hielten¹⁷⁴, beförderte noch das europapolitische Umdenken an der Seine. Angesichts der vom Tod Stalins ausgehenden Hoffnung auf einen neuen Dialog zwischen Ost und West¹⁷⁵ drohte die Europapolitik in eine „gewisse Krise“ zu geraten, die auch die bisher positive Einstellung der französischen öffentlichen Meinung in Mitleidenschaft ziehen mußte¹⁷⁶.

Die Bundesregierung reagierte auf die Ereignisse in Frankreich und die fortbestehenden Bedenken der BENELUX-Staaten gegen die EPG mit einem Aufweichen der eigenen Position, die sich ja bereits in der Unterredung zwischen Adenauer und Bidault am 11. 5. angekündigt hatte. Ende Mai gab Hallstein die Sprachregelung aus, es komme jetzt darauf an, den supranationalen Charakter der angestrebten Konstruktion „in der Erscheinungsform abzuschwächen und etwaige bundesstaatliche Züge ganz in den Hintergrund treten zu lassen“¹⁷⁷. Vier Wochen später beschlossen die Außenminister der EGKS-Staaten, die Verhandlungen über die EPG am 7. 8. auf einer Konferenz fortzusetzen¹⁷⁸, die im Hinblick auf den deutschen Wahlkampf in Baden-Baden stattfinden sollte. Adenauer wies dabei unter Hinweis auf den Aufstand in Ost-Berlin eindringlich auf die Notwendigkeit der europäischen Integration hin und warnte vor der Gefahr eines Abgleitens der Bundesrepublik in eine extreme Richtung. Trotz aller Rücksichtnahme auf die Verhältnisse in Frankreich hielt er also am Ziel der europäischen Verständigung aus eigenem Interesse dezidiert fest. Durch sein eindrucksvolles Plädoyer aufgerüttelt, sprachen sich die anderen Minister dafür aus, den begonnenen Weg energisch fortzusetzen¹⁷⁹. Doch den hehren Worten folgten keine Taten. Als ihm Gerüchte aus Bonn zu Ohren kamen, die Tagung in Baden-Baden solle verlängert werden, um die Mitte Juni ausgefallene Regierungskonferenz von Rom zu ersetzen, drohte Bidault, das Treffen an der Oos fallenzulassen¹⁸⁰. Adenauer verlangte dennoch, die für Rom vorgesehenen Aufgaben in Baden-Baden mitzuübernehmen, damit die ins Stocken geratene Behandlung des Satzungsentwurfs noch im Kalenderjahr abgeschlossen werden könne¹⁸¹.

War dies aber angesichts der zahlreichen strittigen Fragen realistisch? Gewiß, die sechs Staaten waren sich im Prinzip darüber einig, die EPG als eine supranationale Gemeinschaft von Staaten zu schaffen, deren Rechtspersönlichkeit unbe-

¹⁷³ PA, BStS, Bd. 159, Aufzeichnung von Kessel, 4. 5. 1953, Streng vertraulich.

¹⁷⁴ Loth, Weg, S. 103; vgl. Kap. III.4.3.

¹⁷⁵ Vgl. Kap. III.1.3.

¹⁷⁶ PA, Abt. 2, Bd. 236, Bl. 200–203, von Walther an AA, 205–00 I 1026/53, 22. 5. 1953; s.a. ebd., Bl. 234–245, Aufzeichnung Frank, 3. 7. 1953.

¹⁷⁷ Ebd., BStS, Bd. 118, Vermerk von Pauls, 28. 5. 1953.

¹⁷⁸ S. Schlußkommuniqué der Konferenz der EGKS-Außenminister, 23. 6. 1953, in: AdG 1953, S. 4048H.

¹⁷⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 146, Bl. 155f., Parodi an Brüssel etc., Tel. 1274/82 etc., 24. 6. 1953, Réservé, Priorité.

¹⁸⁰ S. ebd., Bd. 78, Bl. 228, Bidault an Bonn etc., Tel. 2555/57 etc., 27. 6. 1953, Réservé.

¹⁸¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 855, Bl. 260f., Adenauer an de Gasperi, 224–10 II 10081/53, 20. 7. 1953, Entwurf.

rührt blieb. Strittig waren aber die institutionellen Bestimmungen über das Zweikammersystem und die Beibehaltung des Ministerrates ebenso wie die Zuständigkeiten, das Ausmaß ihrer Erweiterung und das Problem der wirtschaftlichen Integration¹⁸². Doch Adenauer wollte nichts unversucht lassen, um dennoch voranzukommen. Am 27. 7. ließ er Bidault ein Memorandum zukommen, das Wege für „konkrete Ergebnisse“¹⁸³ der vorgesehenen Konferenz aufzeigte. Demnach sollten die Außenminister die grundsätzlichen Übereinstimmungen feststellen und das weitere Verfahren festlegen, wobei Adenauer es für vordringlich hielt, zunächst die Dauer des Vertrags, das Problem des Senats und des Ministerrats und die Frage der wirtschaftlichen Integration zu klären¹⁸⁴. Bidault dachte aber gar nicht daran, diesen Wünschen zu entsprechen. Selbst Maurice Schumann riet ihm in diesen Tagen mit einem vehementen Appell zur Fortsetzung der europäischen Integration dazu, den sie kompromittierenden Fehler der unbedachten und von der Regierung nicht kontrollierten Vorarbeiten zur EPG zu beheben¹⁸⁵. Als Bidault seinen retardierenden Kurs für Baden-Baden Anfang August im Kabinett vorstellte, war es denn auch nur Reynaud, der ihn dazu ermahnte, Frankreich möge doch zumindest eine Geste zeigen, „qu'elle garde sa position de leader des idées européennes“¹⁸⁶.

So war es nicht verwunderlich, daß die Konferenz vom 7./8. 8. die in Bonn erhofften Fortschritte nicht brachte. Während Adenauer und der italienische Außenhandelsminister Taviani sich als „champions d'une politique d'intégration étendue“¹⁸⁷ präsentierten, ging es ihren Kollegen aus Frankreich und vor allem den BENELUX-Staaten darum, die Kompetenzen der vorgesehenen europäischen Institutionen zu begrenzen. Energisch widersprach Adenauer der Auffassung, die nationalen Interessen seien besser zu wahren, wenn die Beschlüsse vom Ministerrat gefaßt würden; wichtiger sei vielmehr „eine europäische Zusammenarbeit“. Doch sein Monitum verhallte ohne Echo. Verbissen setzte sich Bidault gegen den Versuch Hallsteins und Blankenhorns zur Wehr, ins Kommuniké den Hinweis auf eine supranationale Lösung aufzunehmen¹⁸⁸. Man einigte sich schließlich darauf, eine „Gemeinschaft souveräner Staaten“ anzustreben, die „im Interesse aller die überstaatlichen Befugnisse ausüben soll, die in den bereits geltenden Verträgen begründet sind oder sich aus weiteren Verträgen ergeben“. Außerdem beschlossen die Minister, die verschobene Regierungskonferenz für den 22. 9. nach Rom einzuberufen und deren Ergebnisse von den Außenministern am 20. 10. in Den Haag beraten zu lassen¹⁸⁹. Schon der bekräftigte Wille, das begonnene Werk fortzuführen, galt im Auswärtigen Amt als „bemerkenswerter Er-

¹⁸² S. ebd., Bd. 851, Bl. 101–106, von Puttkamer an Ophüls, Aufzeichnung 224–10 II 17202/53, 23. 7. 1953, Geheim.

¹⁸³ Ebd., Bd. 862, Bl. 178, Hallstein an François-Poncet, 27. 7. 1953 (nebst Anlage).

¹⁸⁴ S. ebd., Bl. 179–181, Adenauer an Bidault, Memorandum, 27. 7. 1953; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 162f., Tb. 3. 8. 1953.

¹⁸⁵ S. AN, 457 AP 44, Papiers Bidault, Schumann an Bidault, 6. 7. 1953.

¹⁸⁶ Conseil des Ministres, 5. 8. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 312f., hier S. 313.

¹⁸⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 78, Bl. 252–255, Seydoux an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 105, 13. 8. 1953, Réservé, im Auszug, in: BDFD I, S. 269–271, hier S. 270.

¹⁸⁸ PA, BStS, Bd. 119, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 7./8. 8. 1953, P (53) PV 4, 12. 8. 1953; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 164, Tb. 7. 8. 1953.

¹⁸⁹ Schlußkommuniké der Konferenz der EGKS-Außenminister, 8. 8. 1953, in: EA 1953, S. 5956.

folg“¹⁹⁰, der um so verheißungsvoller wirkte, als sich auch die psychologische Situation zwischen Adenauer und Bidault „verbessert“ hatte¹⁹¹. Es bedurfte allerdings eines Informationserlasses des Amtes, um dem sehr verständlichen „Mißverständnis“ entgegenzutreten, als akzeptiere die Bundesrepublik einen Kurswechsel hin zu einer nur „lose[n] Verbindung vollsouveräner Staaten“. Sie behielten zwar ihre Souveränität, so formulierte Blankenhorn wenig überzeugend, übertrügen aber Teile davon auf eine „supranationale Gemeinschaft, die diese nunmehr zusammengefaßt als eigenes Recht ausübt“¹⁹².

Mit den gewonnenen Bundestagswahlen vom 6. 9. im Rücken¹⁹³ unternahm der Kanzler Mitte September einen neuen Versuch, in Paris für eine „vertrauensvolle und loyale Zusammenarbeit“ als Grundlage für „ein stabiles, lebensfähiges europäisches Gebilde“ zu werben¹⁹⁴. In seiner Antwort sprach sich Bidault zwar ebenfalls für die bilaterale Entente als Basis für die europäische Integration aus, machte sie aber von zwei Bedingungen abhängig: von der Bereinigung der beiderseitigen Probleme und der steten Beachtung des Machbaren¹⁹⁵. Immerhin verkniff er sich aber den ihm von Sauvagnargues im Entwurf des Schreibens nahegelegten Seitenhieb auf die Parlamentarier der Ad-hoc-Versammlung: „Il ne s’agit pas pour les hommes d’Etat responsables de rêver l’Europe, mais de la faire.“¹⁹⁶

Der Brief des Ministers bestätigte nur, was die deutschen Diplomaten in Paris bereits vermeldet hatten: Frankreich ging mehr und mehr auf Distanz zum Verfassungsentwurf der Ad-hoc-Kommission. Auch der europäischen Integration wohlwollend gegenüberstehende Stimmen in der Presse forderten die Regierung dazu auf, zunächst das „redressement intérieur“ in Angriff zu nehmen, sollte der Wettbewerb mit der deutschen Wirtschaft nicht tödlich ausgehen. „Seul, il peut nous rendre profitable l’unification de l’Europe.“¹⁹⁷ In Diplomatie und Politik warnten die „Europäer“ an der Seine jetzt vor einer zu starken Machtbefugnis der EPG, da sie darin ein Hindernis für die Ratifizierung der EVG sahen. Sie sorgten sich auch um zu große Kompetenzen des Europäischen Parlaments, weil die französischen Abgeordneten voraussichtlich zu einem Drittel aus Kommunisten bestünden¹⁹⁸. Selbst der die europäische Integration befürwortende Alphand riet nun dazu, von der Sachverständigenkonferenz nur die Prinzipien der EPG für einen Bericht an die Außenministerkonferenz in den Haag, nicht aber bereits einen

¹⁹⁰ PA, Abt. 2, Bd. 891, Bl. 49, Blankenhorn an Paris etc., Tel. 285 etc., 10. 8. 1953.

¹⁹¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 23, Bl. 209, Tb. 10. 8. 1953; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 164f., Tb. 10. 8. 1953.

¹⁹² PA, Abt. 2, Bd. 891, Bl. 44–45, Blankenhorn an alle diplomatischen u. berufskonsularischen Vertretungen, 210–00 MB 2067/53, 21. 8. 1953, Vertraulich.

¹⁹³ Vgl. Kap. III.1.1.

¹⁹⁴ Adenauer an Bidault, 14. 9. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 432.

¹⁹⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 382, Bl. 100f., Bidault an Adenauer, 20. 9. 1953.

¹⁹⁶ Ebd., Sarre, Bd. 269, Bl. 226f., ders. an dens., 17. 9. 1953, Entwurf (Konzept JS).

¹⁹⁷ Artikel Lamberts, in: „La vie française“, 25. 9. 1954, im Auszug auch in: BDFD III, S. 214f., hier S. 215.

¹⁹⁸ BA, NL Blankenhorn, Bd. 24, Bl. 111–117, Blankenhorn an Hallstein, 18. 9. 1953; s.a. PA, Abt. 2, Bd. 851, Bl. 107f., von Walther an AA, Tel. 444, 22. 9. 1953, Geheim, Citissime. Das Argument der kommunistischen Machtzusammenballung im Europäischen Parlament benutzte auch Auriol in der Sitzung des Ministerrats am 16. 9. 1953 (Auriol, Journal, Bd. 7, S. 424–429).

Vertragstext erarbeiten zu lassen¹⁹⁹. Gegenüber Blankenhorn stellte er das für Frankreich akzeptable Konzept so dar, daß dem direkt gewählten Parlament eine Exekutive ohne Entscheidungsrecht aus den bestehenden supranationalen Behörden und drei kooptierten Mitgliedern sowie ein Ministerrat zur Seite gestellt würden. Aus anderen Gesprächen konnte Blankenhorn aber entnehmen, wie wenig Bidault diese Vorstellungen teilte²⁰⁰. Eindringlich bat der Minister den Kanzler darum, „äußerste Vorsicht“ walten zu lassen, weil sich die französische Rechte mit einer betont supranationalen EPG nicht abfände. Er befürwortete zwar weiterhin ein europäisches Parlament, plädierte aber hinsichtlich der Exekutive dafür, sie zunächst bei der Hohen Behörde der EGKS und dem in Aussicht stehenden Kommissariat zu belassen. Das Schwergewicht müsse auf jeden Fall beim Ministerrat liegen²⁰¹. Für Adenauers Mitarbeiter war damit klar: Die unklare Situation in Frankreich gebot es der Bundesregierung, in der Europafrage Zurückhaltung zu wahren, um die Franzosen mit ihren „Neid- und Schwächegefühle[n]“ nicht zu unbesonnenen Reaktionen zu verleiten²⁰².

Bidault hatte die innenpolitischen Schwierigkeiten nicht untertrieben. Als er am 16. 9. dem Kabinett einen Entwurf der Direktiven für die Konferenz in Rom vorstellte²⁰³, drang er nicht durch. Namentlich Auriol hatte schon vor der Sitzung den Wahlsieg Adenauers zum Anlaß genommen, von Laniel eine Wende in der Europapolitik zu verlangen. Die Deutschen, so führte er in seiner blinden Germanophobie in völliger Verkennung der Lage aus, hätten den Kanzler nur seines Nationalismus wegen gewählt! Die Schaffung des Klein-Europa führe zur deutschen Dominanz. „La petite Europe, nous la connaissons, c'est celle que M. Hitler a voulu faire.“²⁰⁴ Bidault konzentrierte seine Ausführungen einerseits auf den Zeitpunkt der Wahlen zum Europäischen Parlament, andererseits auf das Verfahren zur Bildung des zukünftigen Exekutivrates der EPG und gab damit das Signal für eine heftige Kontroverse über die künftige Europapolitik. Der Streit im Kabinett, der in den dort vertretenen Parteien nicht minder scharf ausgetragen wurde, ging in erster Linie um die fundamentale Frage nach der Organisationsform zwischen den Polen Integration oder Assoziation. Die „europäischen Maximalisten im Regierungslager“²⁰⁵ wie Reynaud, Pleven, Maurice Faure und Teitgen stellten sich hinter den Verfassungsentwurf der Ad-hoc-Versammlung, wobei namentlich Reynaud die politische Integration nicht zuletzt deshalb befürwortete, weil er sie als Grundbedingung für die Billigung der EVG durch die SFIO ansah²⁰⁶. Gegenüber Laniel drohte er gar mit seinem Rücktritt als stellvertretender Président du

¹⁹⁹ S. AN 457 AP 40, Papiers Bidault, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 7. 9. 1953 (Konzept HA).

²⁰⁰ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 24, Bl. 111–117, Blankenhorn an Hallstein, 18. 9. 1953.

²⁰¹ Ebd., Bl. 147–149, ders. u. von Walther an Adenauer u. Hallstein, Fernschreiben, 16. 9. 1953, Geheim.

²⁰² Ebd., Bl. 111–117, ders. an Hallstein, 18. 9. 1953; s.a. PA, Abt. 2, Bd. 851, Bl. 107f., von Walther an AA, Tel. 444, 22. 9. 1953, Geheim, Citissime.

²⁰³ Vgl. AN, 457 AP 40, Papiers Bidault, Instruktionen für die französische Delegation, 18. 9. 1953.

²⁰⁴ Unterredung zwischen Auriol und Laniel, 16. 9. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 423f., hier S. 423. Zur dezidiert ablehnenden Haltung Auriols gegenüber der europäischen Integration à six s.a. ders. an Bidault, 7. 10. 1953, in: ebd., S. 677–679.

²⁰⁵ PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 6, von Walther an AA, 205–00 I Tgb.Nr. 3419/53, 25. 9. 1953.

²⁰⁶ Vgl. Soutou, Georges Bidault, S. 303.

Conseil, falls die Regierung dem Prinzip der Supranationalität den Rücken kehre²⁰⁷. Die gaullistischen Minister hingegen, allesamt „europäische Minimalisten“²⁰⁸, plädierten für eine bloße Assoziierung der europäischen Staaten ohne echte übernationale Organe. Auriol malte das Schreckensgemälde der Dominanz Deutschlands an die Wand, Lemaire, der Aufbau- und Wohnungsbauminister von der Union des Républicains d'Action Sociale, warnte vor zu raschem Voranschreiten: „il faudrait faire venir d'abord le traité sur la C.E.D.“. Entscheidend war schließlich die Haltung seines Parteifreundes und Staatssekretärs bei der Présidence du Conseil, Jacquet, der einen Aufschub der Entscheidung verlangte und sich auf die Feststellung beschränkte, „c'est que l'autorité politique émane des pouvoirs nationaux“²⁰⁹. Bidault und Laniel hielten es für das beste, eine vermittelnde, aber dem Europagedanken „lau“²¹⁰ gegenüberstehende Stellung einzunehmen. Der Regierungschef reagierte mit der Bemerkung, man müsse Europa bauen, „mais sans défaire la France [...] Il ne faut pas aller trop vite, il ne faut pas planter le drapeau avant d'avoir fait sauter le mur“. Auriol wies Bidault schließlich an, die Instruktionen unter Berücksichtigung der Diskussion des Kabinetts zu redigieren und sie von Laniel absegnen zu lassen. Wollte Bidault nicht den Bestand der Regierung gefährden, hatte er auf die Widerstände Rücksicht zu nehmen²¹¹.

In der deutschen Diplomatie wurde die Mißbilligung des „sehr wenig konkrete[n]“ ursprünglichen Instruktionsentwurfs von Bidault nicht einmal bedauert. Blankenhorn hielt es sich gar zugute, ihn selbst durch eine Intervention bei der amerikanischen Botschaft und eine sofortige Unterrichtung Teitgens noch während der Kabinettsitzung zu Fall gebracht zu haben²¹². Ob er der Bundesregierung damit wirklich einen Gefallen tat, bleibt fraglich. Denn die schroffen Meinungsverschiedenheiten im Conseil des Ministres wurden schließlich durch einen Kompromiß auf technischer Ebene überbrückt. Die Delegationsleitung übernahm weder der proeuropäische Alphand noch der Gegner der Integration Seydoux, sondern der Botschafter in Rom, Fouques-Duparc, der mit Rücksicht auf die Haltung der gaullistischen Minister, die offen mit dem Austritt aus der Regierung drohten, nur ziemlich vage mündliche Anweisungen erhielt²¹³.

Seit dem Rücktritt Schumans im Januar war die Pariser Haltung zur europäischen Integration „zögernd, wenn nicht geradezu negativ“ geworden²¹⁴. Ungeachtet der innerparteilichen, innerparlamentarischen oder kolonialpolitischen Erwägungen stand bei allem Zaudern ein Motiv gewiß im Vordergrund: „das Gespenst eines wiedererstarkten Deutschland“, dessen Gewicht durch den Ausgang der Wahlen vom 6. 9. für viele Franzosen in beängstigender Weise zugenommen

²⁰⁷ S. Reynaud an Laniel, 18. 9. 1953, in: Laniel, *Jours*, S. 267 f.; Bossuat, *Nature*, S. 214.

²⁰⁸ PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 6, von Walther an AA, 205–00 I Tgb.Nr. 3419/53, 25. 9. 1953.

²⁰⁹ Conseil des Ministres, 16. 9. 1953, in: Auriol, *Journal*, Bd. 7, S. 424–429, hier S. 428.

²¹⁰ PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 6, von Walther an AA, 205–00 I Tgb.Nr. 3419/53, 25. 9. 1953.

²¹¹ Conseil des Ministres, 16. 9. 1953, in: Auriol, *Journal*, Bd. 7, S. 429; s.a. Massigli, *Comédie*, S. 389; Soutou, Georges Bidault, S. 303 f.

²¹² BA, NL Blankenhorn, Bd. 24, Bl. 111–117, Blankenhorn an Hallstein, 18. 9. 1953.

²¹³ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 6, von Walther an AA, 205–00 I Tgb.Nr. 3419/53, 25. 9. 1953; Massigli, *Comédie*, S. 389; Seydoux, *Erinnerungen*, S. 174.

²¹⁴ PA, Abt. 2, Bd. 249, Bl. 205 f., Matz an Jordan, Aufzeichnung, zu 210–01/22 II 13297/53, 25. 9. 1953.

hatte²¹⁵. Aus der Sicht Adenauers resultierten die Widerstände vor allem aus der falschen Selbsteinschätzung als Großmacht, „die in einer Reihe zähle mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien“ und durch die europäische Integration ihre Stellung einbüße. „In Wirklichkeit [...] ist Frankreich keine europäische Großmacht mehr und wird von den beiden anderen nur mitgenommen. Es kann erst wieder zu Bedeutung kommen, wenn es in die europäische Gemeinschaft hineingeht und in ihr sich seiner Kraft wieder bewußt wird.“²¹⁶ „Frankreich“, so schwärzte er den Nachbarn Mitte Dezember bei Dulles an, „will noch Großmacht sein, aber ich bin der Meinung, daß ganz Europa nicht mehr viel von einer Großmacht hat“²¹⁷. Dabei strebte er insgeheim doch seit Jahren selbst die Rückkehr unter die großen Mächte an²¹⁸.

Die Stagnation in der Europapolitik erfüllte ihn mit „erhebliche[r] Ungeduld“. Um rascher voranzukommen, dachte er daran, die supranationale Exekutive für eine gewisse Zeit durch die Regierungschefs oder Außenminister bilden zu lassen²¹⁹. Wie würde Bidault, der persönlich der gaullistischen Position zuneigte²²⁰, sich auf den letzten Konferenzen aber einer klaren Stellungnahme entzogen und allgemeine, „gemäßigt positive Äußerungen“ von sich gegeben hatte²²¹, dazu stellen? War er jetzt bereit, seine Karten offenzulegen?

Als die Expertenkonferenz nach langem Hin und Her am 22. 9. in Rom eröffnet wurde²²², bestand die französische Delegation ausdrücklich darauf, den Vertragsentwurf vom 10. 3. lediglich als „texte de référence“, nicht aber als „texte de base“ anzuerkennen²²³. Demgegenüber erklärte Hallstein im Namen der Bundesregierung die Bereitschaft, das Dokument „im ganzen und ohne wesentliche Änderungen“ anzunehmen. Allgemeine Übereinstimmung herrschte in bezug auf die Direktwahl der Völkerkammer, bei der Ablehnung der Kompetenz-Kompetenz für die Gemeinschaft sowie der Geltungsdauer, da alle den im Verfassungsentwurf fixierten Grundsatz der Unauflöslichkeit aufgaben und mit Ausnahme Belgiens eine Sezessionsklausel verwarfen. Uneinigkeit zeigte sich hinsichtlich Existenz und Zusammensetzung des Senats, da Hallstein die Auffassung der übrigen Fünf einer paritätisch besetzten Kammer mißbilligte und dafür plädierte, seine Funktionen vom Ministerrat bzw. einer Staatenkammer aus Regierungsvertretern übernehmen zu lassen. Ebenso dissonant verlief die Diskussion über die Frage der europäischen Exekutive. Frankreich und die Niederlande lehnten ein einheitliches supranationales Exekutivorgan ab, während die übrigen vier Delegationen ihm

²¹⁵ Ebd., Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 6, von Walther an AA, 205–00 I Tgb.Nr. 3419/53, 25. 9. 1953.

²¹⁶ Adenauer an Joos, 21. 11. 1953, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 47.

²¹⁷ Zitiert nach: Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 126; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 241; zu der gesamten Unterredung s. Achilles an Dep. of State, Tel. 2282, 14. 12. 1953, Top secret, FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 865–868.

²¹⁸ Vgl. Kap. III.1.1.

²¹⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 24, Bl. 79, Tb. 22. 9. 1953.

²²⁰ S. Soutou, Georges Bidault, S. 303.

²²¹ PA, Abt. 2, Bd. 249, Bl. 205f., Matz an Jordan, Aufzeichnung, zu 210–01/22 II 13297/53, 25. 9. 1953.

²²² Vgl. Cardozo, Project, S. 64–67; Fischer, Projekt, S. 293f.; Griffiths/Milward, Beyen Plan, S. 607–612.

²²³ PA, Abt. 3, AZ 224–00, 1. Bericht über den Stand der Konferenzarbeit auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration, o.D.; s.a. Fischer, Projekt, S. 293.

zustimmten, Belgien und Luxemburg aber nur, wenn es Kompetenzen auf wirtschaftlichem Gebiet erhielt. Kein Einvernehmen erzielten die Delegationen schließlich über die prinzipiell zugestandenen außenpolitischen Aufgaben der Gemeinschaft. Während Frankreich sie auf neue Zuständigkeiten durch den Vertrag beschränken wollte, bejahten die anderen Delegationen darüber hinaus noch außenpolitische Befugnisse im Bereich der EGKS und der EVG²²⁴.

Eine gewisse Aufweichung der starren französischen Position brachte ein plötzliches Eintreffen Teitgens, der Fouques-Duparc „persönlich neue Instruktionen“ gab²²⁵, ohne aber dessen Grundhaltung zu ändern. Als die Delegierten sich dem Problem der wirtschaftlichen Integration zuwandten, erklärte sich der Franzose zwar mit dem Grundsatz des Gemeinsamen Marktes einverstanden, verweigerte aber die Zustimmung zu seiner Schaffung „in der Form automatisch wirksam werdender Maßnahmen“. Allenfalls ein Initiativrecht für „Voruntersuchungen“ mochte er der EPG zubilligen. Als sein holländischer Kollege Starkenborgh daraufhin die EPG offen in Frage stellte, richtete die Konferenz auf Anregung Hallsteins einen besonderen Wirtschaftsausschuß ein. An der Konfliktlinie änderte sich dennoch nichts. Der französische Vertreter Wormser gestand der EPG auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet erneut nur ein Initiativrecht zu, was den scharfen Widerspruch seines deutschen Kollegen von Maltzan herausforderte. Eindringlich appellierte er an seinen französischen und seinen holländischen Gesprächspartner, ihre „extremen Standpunkte“ aufzugeben²²⁶.

An ein weitergehendes Entgegenkommen von französischer Seite war aber kaum zu denken, zumal die holländische Forderung nach einem automatischen Zollabbau für Paris, aber auch für Rom unannehmbar war. Bonn konnte sich daher hinter deren Kritik verstecken, ohne die eigenen Bedenken gegen die holländische Konzeption „allzu stark in Erscheinung treten zu lassen“²²⁷. Als der Lenkungsausschuß der Konferenz am 3. 10. den Bericht des Wirtschaftsausschusses entgegennahm, betonte von Maltzan, der den mittlerweile abgereisten Hallstein als Delegationschef vertrat, die Gemeinsamkeit mit dem Standpunkt Belgiens und der Niederlande. Fouques-Duparc blieb davon unbeeindruckt und verweigerte sich abermals der Übertragung von Souveränitätsrechten auf wirtschaftlichem Gebiet²²⁸.

Der nach mehr als zwei Sitzungswochen produzierte Abschlußbericht an die Außenminister²²⁹ enthielt mehr Frage- als Ausrufezeichen. Aus taktischen Grün-

²²⁴ PA, Abt. 2, Bd. 863, Bl. 70–83, Aufzeichnung Hendus, 224–22–03 II –/53, 2. 10. 1953.

²²⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 25b, Bl. 163, Tb. 4. 10. 1953; s.a. PA, Abt. 2, Bd. 863, Bl. 226 f., Hallstein an von Maltzan, Tel. 230, 6. 10. 1953, Geheim, Citissime; ebd., Bd. 864, Bl. 170–178, Erklärung Fouques-Duparc, 7. 10. 1953, CIR/CD/DOK.9 rev., 8. 10. 1953.

²²⁶ Ebd., Abt. 3, AZ 224–00, 1. Bericht über den Stand der Konferenzarbeit auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration, o.D.; s.a. ebd., Arbeitsunterlagen der deutschen Delegation für Wirtschaftsausschuß, CIR/CE/DOK.2, 24. 9. 1953; ebd., Fragebogen des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, CIR/CE/DOK.3, 25. 9. 1953; ebd., Aide-mémoire der deutschen Delegation für den Wirtschaftsausschuß, CIR/CE/DOK.5, 26. 9. 1953.

²²⁷ Ebd., 1. Bericht über den Stand der Konferenzarbeit auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration, o.D.

²²⁸ S. ebd., von Maltzan u. von Brentano an Hallstein, Tel. 168, 3. 10. 1953; ebd., Erklärung von Maltzans, o.D.; ebd., Erklärung Fouques-Duparc, o.D.

²²⁹ S. ebd., BStS, Bd. 118, Bericht an die Außenminister, CIR/15, 9. 10. 1953, Geheim.

den zeigte sich die deutsche Delegation mit dem Ergebnis der Konferenz unzufrieden, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als ob sie sich mit dem Erreichten begnügte. De facto aber hatten die Resultate die Erwartungen in Bonn übertroffen²³⁰, was tief in die Erwartungshaltung der Diplomaten am Rhein blicken läßt. Gewiß, in einer Reihe wesentlicher Punkte war eine Übereinstimmung erzielt worden: hinsichtlich der Definition der Gemeinschaft, der Direktwahl der Völkerkammer, der Wünschbarkeit eines Gerichtshofes, eines Zweikammersystems und der Bildung des Senats als Staatenkammer. In den zentralen Fragen der Zuständigkeiten der Gemeinschaft, der Zusammensetzung und Funktion des supranationalen Exekutivorgans wie des Senats gelang jedoch ein allenfalls prinzipieller Konsens. Nach Auffassung Frankreichs und der BENELUX-Staaten sollte die Exekutive aus einem Ministerrat und einem supranationalen Element als Europäischem Exekutivorgan bestehen. Deutschland und Italien hingegen befürworteten die Zusammenarbeit beider Gremien, wollten den Ministerrat aber nicht als Teil der Exekutive verstehen. Keine Übereinstimmung gelang in bezug auf die wirtschaftlichen Zuständigkeiten. Die BENELUX-Staaten betrachteten sie als *Conditio sine qua non* für den Aufbau der EPG, Frankreich erkannte die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes nur als Endziel der Gemeinschaft an, die Bundesrepublik befürwortete eine vorsichtige Erweiterung der wirtschaftlichen Kompetenzen und zielte vor allem auf die Harmonisierung der Währungs-, Sozial- und Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten und die Ausschaltung dirigistischer wirtschaftspolitischer Mittel. Diese Grundthese wurde zwar von den Partnern anerkannt. Auch sprachen sie sich gegen die weitere vertikale Integration einzelner Wirtschaftsbereiche aus. Allerdings legten sie ihre Schwerpunkte deutlich anders. Die BENELUX-Staaten konzentrierten sich auf einen Zollunionsvertrag mit schrittweiser Beseitigung von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen, während Frankreich insbesondere ein Verfahren zur Verhinderung unrationeller oder im Widerspruch zu den Zielen des Gemeinsamen Marktes stehender Investitionen verlangte²³¹. Insgesamt waren damit „gewisse Ausgangspositionen“ für spätere Konferenzen festgelegt worden. Allen Seiten war aber klar, daß die weitere Arbeit noch viel Zeit erforderte²³².

„Es herrscht Ebbe des europäischen Gedankens“

Das Verhandlungspaket lag nun wieder bei den Außenministern. Nachdem die für den 20. 10. vorgesehene Konferenz auf Wunsch Den Haags auf den 26. 11. vertagt worden war²³³, bliesen in Paris die Gegner der EPG zum Frontalangriff. Am

²³⁰ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 25b, Bl. 64–67, Hauptergebnisse der Konferenz vom Rom, o.D., Geheim.

²³¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 863, Bl. 101–112, Vergleich der Stellungnahmen zu den Organen der EPG, CIR/16, 29. 10. 1953, Geheim; ebd., Bl. 139–155, Zusammenfassung der Stellungnahmen zu den wirtschaftlichen Zuständigkeiten der EPG, CIR/17, 5. 11. 1953, Geheim; ebd., BStS, Bd. 119, Hauptergebnisse der Konferenz vom Rom, 20. 11. 1953; BA, NL Blankenhorn, Bd. 25b, Bl. 64–67, Hauptergebnisse der Konferenz vom Rom, o.D., Geheim; Hallstein an Paris etc., 224–50 II 14180/53, (21./22.) 10. 1953, Vertraulich, Entwurf, in: BDFD I, S. 273–278.

²³² PA, Abt. 3, AZ 224–00, 2. Bericht über den Stand der Konferenzarbeit auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration, zu IV-24868/53, o.D., Streng Vertraulich; s.a. ebd., 3. Bericht, Schluß der Konferenzarbeit auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration, o.D.

²³³ Vgl. EA 1953, S. 6071.

20. 10. schlugen Auriol und Massigli eine Art Konföderation auf der Basis des Europarates unter der Führung der Regierungschefs vor²³⁴. Bidault verweigerte dem Plan umgehend seine Zustimmung und beharrte auf der EPG²³⁵. Vier Wochen später präzisierte er seine Position im Palais Bourbon, das erstmals seit 21 Monaten wieder eine große außenpolitische Debatte erlebte. In einer wie ein „testament européen“²³⁶ wirkenden Regierungserklärung sprach sich der Minister entschieden dafür aus, EGKS, EVG und zukünftige Gemeinschaften zu koordinieren, um nicht die Rivalität der spezialisierten und konkurrierenden Institutionen zu fördern. Der Staatenbund gaullistischer Prägung genügte den Anforderungen europäischer Politik seiner Meinung nach nicht. Zugleich aber distanzierte er sich vom Modell eines europäischen Bundesstaates, der die Souveränität beschränke und Frankreich in der Wahrnehmung seiner globalen Sendung behindere. Sein Lösungskonzept bestand aus einer Assoziation der Staaten neuen Typs²³⁷, das freilich – wie im Auswärtigen Amt kritisiert wurde – ein klares Schwergewicht bei den staatenbündischen Elementen besaß²³⁸. Auch Laniel hielt wenig später ein in seiner Klarheit die deutschen Erwartungen übertreffendes Plädoyer für die Fortsetzung der Europapolitik, machte sie aber in aller Form von einer Einigung in der Saarfrage abhängig²³⁹. Der Abstimmungskampf des Parlaments über die Schlussresolution zog sich über mehrere Tage hin, da für die europafreundliche Textvorlage die Stimmen der Sozialisten gebraucht wurden²⁴⁰, die aber nicht im Kabinett waren, während die der Koalition angehörenden Gaullisten der Entschließung ablehnend gegenüberstanden²⁴¹. Am 27. 11. sprachen die Abgeordneten der Regierung mit 275 gegen 244 Stimmen bei 103 Enthaltungen nur knapp das Vertrauen aus²⁴².

Die Bonner Verhandlungstaktik für die Außenministerkonferenz in Den Haag sah nun vor, die fundamentalen Streitpunkte nicht zu vertiefen, sondern von einer Sachverständigenkommission bereinigen zu lassen. Sollte dies nicht gelingen, gedachte das Auswärtige Amt in institutioneller Hinsicht folgende Punkte durchzusetzen: Streichung des Senats und Übertragung seiner wesentlichen Kompetenzen auf den Ministerrat, ansonsten ponderierte Ausstattung des Senats; Begrenzung seiner Befugnisse bei paritätischer Zusammenstellung. Mit Blick auf die Unterstützung der französischen Sozialisten strebte man eine Entschließung der Außenminister an, die demokratische Kontrolle der EVG durch einen Europäischen Exekutivrat durchzuführen. Einer grundsätzlichen Stärkung des Ministerrates

²³⁴ S. Unterredung zwischen Auriol und Massigli, 20. 10. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 470–472.

²³⁵ S. Massigli, Comédie, S. 396.

²³⁶ Soutou, Georges Bidault, S. 304.

²³⁷ S. Regierungserklärung Bidaults in der Assemblée Nationale, 20. 11. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Bd. 7, S. 5356–5366; Dalloz, Georges Bidault, S. 320–326.

²³⁸ S. Aufzeichnung Ophüls, 19. 2. 1954, in: BDFD I, S. 280.

²³⁹ S. Erklärung Laniels in der Assemblée Nationale, 24. 11. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Bd. 7, S. 5484–5487.

²⁴⁰ Zur kontroversen Haltung der SFIO s. Sitzung der SFIO-Fraktion vom 13. 11. 1953, im Auszug in: BDFD III, S. 216–220.

²⁴¹ S. PA, Abt. 3, AZ 211–00/22, Bd. 3, Hausenstein an AA, Tel. 567, 24. 11. 1953; ebd., ders. an dass., Tel. 571, 25. 11. 1953.

²⁴² S. Resolution der Assemblée Nationale, 27. 11. 1953, in: EA 1953, S. 6243; zur Debatte s.a. Kap. III.4.3.

stimmte man zu. Da die Meinungsverschiedenheiten über die wirtschaftliche Integration vorläufig als unüberwindbar galten, empfahl man, diesen Komplex den Sachverständigen zu überweisen²⁴³.

Den geringen Erwartungen des Auswärtigen Amtes gemäß vermochten die Außenminister in ihren Beratungen vom 26. bis 28. 11. im Haag in den zentralen Fragen keinen Kompromiß zu finden. Beyen erinnerte in einer einleitenden Stellungnahme daran, daß die Regierungen sich mit der Luxemburger EntschlieÙung von dem in Artikel 38 vorgesehenen Verfahren entfernt und das Studium der politischen Kontrolle der EVG *vor* deren Ratifizierung in Angriff genommen hätten. Nun aber stünde die EPG ganz im Schatten des EVG-Problems. Als Lösung käme eine Änderung des Artikels 38 oder die Fortsetzung des Verfahrens gemäß der Luxemburger EntschlieÙung in Betracht. Ein dritter Weg, die Schaffung der EPG als „bloÙes Dachorgan“ von EVG und von EGKS, sei für die Niederlande „unannehmbar“. Parodi, der Bidault auf den ersten Sitzungen vertrat, distanzierte sich von dieser Konzeption. Seiner Auffassung nach war die EPG „eine auf den bestehenden Gemeinschaften begründete Gemeinschaft“, deren Aufgabe in der Kontrolle dieser beiden Institutionen und der Vorbereitung ihr später zu übertragenden Befugnisse läge. Angesichts dieses Fundamentaldissenses gelangen den Delegationen in ihrer eingehenden Diskussion des Abschlußberichtes der Stellvertreter-Konferenz außer eher marginalen Annäherungen in den Kernfragen begreiflicherweise keine Fortschritte. Im Bewußtsein der erheblichen Schwierigkeiten, die die Schaffung einer mit echten Kompetenzen ausgestatteten EPG in Frankreich heraufbeschwor, einigten sie sich schließlich darauf, eine Studienkommission einzusetzen, die bis zum 15. 3. 1954 einen neuen Prüfungsbericht als Vorlage für eine weitere Außenministerkonferenz am 30. 3. erstellen sollte²⁴⁴.

Aufgrund dieses evidenten Mißerfolgs zielte die Bundesregierung fortan nur noch darauf, die Kommissionsarbeit scharf auf jene Punkte zu beschränken, „von denen faßbare und konkrete Ergebnisse“ zu erwarten waren. Eine Klärung der zentralen Streitpunkte, vor allem der wirtschaftlichen Zuständigkeiten, schien „aussichtslos“. Allzu hartnäckiges Insistieren auf einer Entscheidung drohte die Ratifizierungsdebatte in Frankreich zu beeinträchtigen²⁴⁵. Adenauer mochte den Kurswechsel freilich nicht offen zugeben. Vor der Presse behauptete er vielmehr mit bekanntem Pragmatismus: „Daß diese Ideen im Augenblick, in dem sie verkörpert werden sollen, einem gewissen Wandel unterliegen, ist eine Tatsache, die niemand bedauern wird, der praktische, brauchbare Lösungen wünscht.“ Man müsse sich den „Gegebenheiten“ anpassen, „die das Ergebnis einer langen Ent-

²⁴³ S. PA, BStS, Bd. 119, „Kurze Zusammenfassung“, o.D.

²⁴⁴ Ebd., Abt. 2, Bd. 861, Bl. 218–256, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 26.–28. 11. 1953, P (53) PV 5, 5. 12. 1953 (Entwurf); s.a. ebd., Bd. 891, Bl. 88–100, Hallstein an Paris etc., 224–50 II 16703/53, 18. 12. 1953, Entwurf, Vertraulich, Eilt; Parodi an Bonn etc., Tel. 4994/5001 etc., 1. 12. 1953, in: BDFD I, S. 278 f.; Schlußkommuniqué der EGKS-Außenministerkonferenz, in: EA 1953, S. 6232; vgl. Fischer, Projekt, S. 295 f.; Griffiths/Milward, Beyen Plan, S. 612 f.

²⁴⁵ PA, Abt. 2, Bd. 873, Bl. 123–126, Ophüls an Hallstein, Aufzeichnung, 9. 12. 1953, Sofort; s.a. ebd., Bl. 134 f., ders. an dens., Programm für die Pariser Verhandlungen, 21. 12. 1953; zur pessimistischen Sicht des Auswärtigen Amtes s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 26, Bl. 40–43, Hallstein u. Krekeler an Adenauer, Tel. 724, 2. 12. 1953, Citissime, Geheim, Persönlich.

wicklung und Geschichte sind“²⁴⁶. Waren die Vorstellungen der Ad-hoc-Versammlung, die Bonn seit Monaten entschieden befürwortet hatte, keine brauchbaren Lösungen? Schlug des Kanzlers Herz also doch nicht für die angeregten supranationalen Lösungen? Zumindest von Brentano ging die Kompromißbereitschaft jedenfalls zu weit, lief sie doch Gefahr, daß sie den „echten supranationalen Charakter [...] zerstört“²⁴⁷.

Eine interne Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes brachte die Motive für die europapolitische Wende der Bundesregierung unverhüllt auf den Punkt. Die Verhandlungen über die europäische politische Integration waren dem Zwang einer sich seit dem Frühjahr 1953 vor dem Hintergrund des Todes von Stalin „grundlegend“ geänderten internationalen Lage ausgesetzt. Schon im Herbst hatten die Minister eine „Akzentverschiebung“ in der Grundauffassung vorgenommen. Während der Entwurf des Ad-hoc-Ausschusses im Kern die „Zurückdrängung der bisherigen Nationalstaaten zugunsten einer quasi-staatlichen europäischen Gemeinschaft“ anvisiert hatte, trachtete insbesondere Frankreich nach einer „staatenbündische[n] Lösung“, bei der alle wesentlichen Befugnisse bei den Mitgliedsstaaten verblieben. Mittlerweile war ein Kompromiß in Richtung einer gleichgewichtigen Verteilung der Gewalten zwischen den europäischen Organen und den Mitgliedsstaaten erzielt. Doch Frankreich sah immer noch eine Chance „aus[zu]brechen“²⁴⁸, wie die Tatsache verdeutlichte, daß seine Delegation die Mitarbeit im Wirtschaftsausschuß der Pariser Expertenverhandlungen im Januar 1954 einstellte²⁴⁹. Eine Auflockerung trat erst ein, als die Franzosen angesichts der entgegengesetzt gerichteten deutschen Haltung sich zu einem Kompromißvorschlag über die Staatenkammer bereit fanden und zu erkennen gaben, bei dessen Annahme auch in den sonstigen Punkten mehr Konzilianz im Sinne der Supranationalität zu zeigen. Daraufhin wich die Bundesregierung vom Maximum des Verfassungsentwurfs ab, um zumindest „das zur Zeit erreichbare Optimum zu verwirklichen“. Das bedeutete eine Konzentration auf das supranational Wesentliche, konkret vor allem die Bewahrung der Machtfülle der Völkerkammer. Ebenso wichtig erschien die Durchsetzung der eigenen Position hinsichtlich der Exekutive. Frankreich sah das Gleichgewicht zwischen Volks- und Staatenvertretung vornehmlich darin gegeben, daß „der Ministerrat ernannt und die Völkerkammer durch Mißtrauensvotum abrufen“. Demgegenüber vertrat die Bundesrepublik die Meinung, der Völkerkammer müsse ein unbeschränktes Mißtrauensvotum und bei der Ernennung der Exekutive eine entscheidende Mitwirkung zugestanden werden. Die von Paris verlangte allgemeine Richtlinienbefugnis des Ministerrates lehnte Bonn ab. Nach monatelangen Verhandlungen, Beratungen und Gesprächen im Kreis der Sechs sah man am Rhein insgesamt vorerst keine Möglichkeiten, den Gedanken der supranationalen Integration vorerst weiterzuentwickeln. „Es herrscht Ebbe des europäischen Gedankens.“²⁵⁰

²⁴⁶ Interview Adenauers mit „Paris Presse – L’Intransigeant“, auch in: Bulletin 1953, S. 1909f., hier S. 1909.

²⁴⁷ ACDP, NL Gerstenmaier, I-210–015, von Brentano an Gerstenmaier, 26. 2. 1954, Persönlich.

²⁴⁸ Aufzeichnung Ophüls, 19. 2. 1954, in: BDFD I, S. 280–283, hier S. 280.

²⁴⁹ S. PA, BStS, Bd. 346, Müller-Roschach u. von Puttkamer an Diehl, Vermerk 224–23–00, 22. 3. 1954, Vertraulich; Fischer, Projekt, S. 297.

²⁵⁰ Aufzeichnung Ophüls, 19. 2. 1954, in: BDFD I, S. 281, 282 u. 283.

Als die Sachverständigenkommission am 8. 3. 1954 ihre Arbeit mit der Billigung eines 216-seitigen Berichts an die Außenminister beendete²⁵¹, galten die mit der Völkerkammer und dem Ministerrat zusammenhängenden Fragen als „formulierungsreif“. Hinsichtlich der Zweiten Kammer hatten die Franzosen den Vorschlag einer Zusammensetzung aus Regierungsvertretern, also einer Staatenkammer, vorgelegt. Die Deutschen schlossen sich diesem von den Partnern abgelehnten „Bundesratssystem“ an, weil sie hofften, Frankreich in den anderen Streitfragen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet geneigter zu stimmen²⁵². Von Brentano protestierte prompt bei Adenauer gegen die damit einhergehende Aufgabe des von Artikel 38 geforderten bikameralen Systems, gegen die „Verewigung der legislativen Befugnisse der nationalen Minister“, die „Bevormundung der Völkerkammer durch die Mehrheit der Regierungen“, wenngleich er die Notwendigkeit taktischer Rückzüge durchaus in Rechnung stellte. Ohnehin schien ihm am Ende der nunmehr eingeleiteten Entwicklung die EPG nurmehr ein „kleiner Bruder des Europarates“ zu sein²⁵³. Das Auswärtige Amt wies die Befürchtungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden als „Mißverständnisse“ zurück und betrachtete auch seine Schlußfolgerung als „unbegründet“, da der supranationale Charakter der Gemeinschaft im Gegensatz zum Europarat als ebenso „unbestritten“ galt wie die „echten parlamentarischen Befugnisse“ der Volksvertretung²⁵⁴. Allerdings mußte das Amt zur Kenntnis nehmen, daß seine Politik des do-ut-des nicht griff. Frankreich zog sich nicht nur in den Verhandlungen des Wirtschaftsausschusses auf eine Beobachterrolle zurück. Es war nicht einmal mehr bereit, den vorgesehenen Fahrplan zu akzeptieren und die Außenminister mit dem Abschlußbericht zu befassen. Im Gespräch mit Adenauer begründete Bidault dies am 9. 3. mit der Rücksichtnahme auf die starken Vorbehalte des Parlaments gegenüber der EVG. Es sei notwendig, die Auffassungen Pinays auf der Rechten und Mollets auf der Linken zu einer Synthese zusammenzuführen. Pinay befürworte die EVG, lege aber keinen Wert auf eine schnelle Verwirklichung der EPG. Mollet hingegen verlange Fortschritte bei der EPG als Vorleistung für eine Zustimmung zur EVG. Als einzigen Ausweg sah Bidault eine Verschiebung der vorgesehenen Tagung. Adenauer erkannte die Problemlage an und bestand nicht auf der Durchführung²⁵⁵, schlug statt dessen sofort ein bilaterales Ersatztreffen vor²⁵⁶.

Auf Antrag Frankreichs wurde die Außenministerkonferenz am 24. 3. sine die vertagt²⁵⁷. Wenngleich die Bundesregierung sofort die Behauptung aufstellte, der Beschluß bedeute keine „Abweichung von oft betontem Standpunkt der Regierungen, daß Politische Gemeinschaft notwendig und dringlich sei“²⁵⁸, konnten sich die Minister am 4. 5. lediglich auf den Minimalkonsens einigen, die Hohe Be-

²⁵¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 857, Aufzeichnung von Puttkamer, zu 218–224–20–03/3730/54, 19. 3. 1954.

²⁵² Ebd., BStS, Bd. 346, Müller-Roschach u. von Puttkamer an Diehl, Vermerk 224–23–00, 22. 3. 1954, Vertraulich.

²⁵³ Ebd., Abt. 2, Bd. 856, Bl. 17–20, von Brentano an Adenauer, 9. 2. 1954; s.a. ebd., BStS, Bd. 350, ders. an dens., 1. 3. 1954.

²⁵⁴ Ebd., Abt. 2, Bd. 856, Bl. 13–15, Aufzeichnung von Puttkamer, 218–224–10/2330/54, 18. 2. 1954.

²⁵⁵ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 30b, Bl. 209f., Tb. 9. 3. 1954.

²⁵⁶ S. ebd., Bl. 97, Hallstein an Blankenhorn, Tel. 1, 24. 3. 1954, Streng geheim, Citissime.

²⁵⁷ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 8, Pressecommuniqué des Quai d'Orsay, 24. 3. 1954.

²⁵⁸ Hallstein an alle diplomatischen Vertretungen, Tel. 218–224–50–10/7866/54, 27. 3. 1954, Verschlüsselt, Entwurf, in: BDFD I, S. 284.

hörde der Montanunion und das Kommissariat der EVG der Kontrolle eines direkt gewählten Parlaments zu unterwerfen²⁵⁹. Die weiteren Verhandlungen über die EPG wurden von dieser Entscheidung zwar nicht beeinträchtigt, die Sachverständigenkommission tagte tatsächlich weiter²⁶⁰. Und dennoch war allen klar, daß der Plan zur Errichtung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft nunmehr in zwei Integrationsprojekte zerfiel: die Bildung eines direkt gewählten Parlaments und die Schaffung einer Wirtschaftsgemeinschaft. In diesem Sinne markierte das EPG-Projekt „Ende und Neubeginn des europäischen Integrationsprozesses zugleich“²⁶¹.

Warum schlug das ursprüngliche Vorhaben einer supranationalen politischen Gemeinschaft fehl? War van Zeeland, der belgische Außenminister, „le véritable fossoyeur de la C.P.E.“, wie Pierre Uri im Rückblick behauptete²⁶²? Lag bei den Beteiligten überhaupt ein ernsthaftes Interesse an einer politischen Gemeinschaft vor? Oder handelte es sich lediglich um ein Mittel zum Zweck der EVG-Ratifikation? War das EPG-Statut wirklich ein großer föderalistischer Wurf oder bloß ein „gescheiterter Anlauf, Defizite der Teilintegration im Verteidigungsbereich und innenpolitische Widerstände dagegen durch Fortschritte hin auf die politische Gesamtintegration zu überwinden“²⁶³? Aus deutscher Sicht schienen die Verantwortlichen für das Desaster schnell ausgemacht: nationalistische und kommunistische Kreise in Frankreich. „Innere Zerrissenheit, Minderwertigkeitsgefühle und mit Ressentiments durchsetzte Furcht vor einem Übergewicht des sich schnell wieder nach oben entwickelnden Deutschland“, wettete Blankenhorn, „tragen das Ihre dazu bei, daß engstirniger Nationalismus die Überzeugung von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu schwächen droht. Vielleicht nicht einmal so sehr in den breiten Volksmassen als in der dünnen Schicht der herrschenden und einflußreichen Gruppen“²⁶⁴. Mit dieser Philippika hatte der Bonner Diplomat gewiß nicht Unrecht. Die Geschichte der europäischen Integration von der Montanunion bis zu den Fouchet-Plänen stellt anschaulich unter Beweis, daß ihr Erfolg hauptsächlich von den beiden großen westeuropäischen Demokratien abhing. Schuman hatte mit seinem Vorstoß vom August 1951 den technokratischen Teilgemeinschaften die demokratische Legitimation verschaffen und vor allem die Kontrolle der sich abzeichnenden deutschen Wiederbewaffnung sicherstellen wollen. Seine Initiative war von Anfang an mit dem Dilemma behaftet, daß die Grande Nation ihre Rolle als europäischen Vorreiter nur spielen konnte, wenn sie einen Teil ihrer Souveränität abgab. Dieses Opfer schien ihr aber nur erträglich, sofern es der Kontrolle Deutschlands diente²⁶⁵. Nach dem Abschluß der EVG-Verhandlungen mutierte die EPG für Frankreich zum Vehikel für die Ratifizie-

²⁵⁹ S. Deklaration der EGKS-Außenminister, 4. 5. 1954, in: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hg.), Europa, Dokumente, Teilbd.1, S. 604.

²⁶⁰ Vgl. PA, Abt. 2, Bd. 867, Bl. 43–47, von Puttkamer an Ophüls, Aufzeichnung 224–23–00/7057/54, 24. 5. 1954; ebd., Bd. 873, Bl. 19–21, Ophüls an Hallstein, Aufzeichnung 224–23–03, 15. 6. 1954; ebd., Bl. 27–29, ders. an dens., Aufzeichnung 224–23–03/9327/54, 8. 7. 1954.

²⁶¹ Fischer, Projekt, S. 298.

²⁶² Zitiert nach: Dumoulin, Paradoxes, S. 349.

²⁶³ Küsters, Vormarsch, S. 293.

²⁶⁴ Blankenhorn, Verständnis, S. 176, Tb. 31. 12. 1953.

²⁶⁵ Vgl. Fischer, Projekt, S. 298.

rung des Vertragswerkes. Aufgrund dieser instrumentellen Doppelfunktion als Steigbügelhalter für die EVG und als zusätzlicher Rahmen der bundesdeutschen Westbindung verlor sie mit der sich ändernden Einstellung der französischen Regierungen zur Verteidigungsgemeinschaft und zur Aufgabe nationaler Souveränitäten schlechthin ihre Bedeutung. Erschwerend hinzu kam die Tatsache, daß die Niederlande den Integrationsprozeß nicht mehr nur vom deutsch-französischen Ausgleich, sondern vom Standpunkt nationaler Interessen her begreifen wollten. Die EPG scheiterte somit an den Veränderungen der nationalen bzw. internationalen Rahmenbedingungen wie am Wandel der Rolle Frankreichs vom „initiator and promotor“ zum „most difficult and reluctant partner“²⁶⁶. Mit dem Fehlschlag von EPG und EVG endete die Phase der von ihm dominierten europäischen Integration.

Die Bundesrepublik stellte sich dieser Entwicklung nicht in den Weg, ließ selbst den letzten Willen vermissen, dem EPG-Projekt zum Durchbruch zu verhelfen. Im Gegensatz zur Opposition begrüßte die Regierung zwar zunächst die politische Integration und akzeptierte auch die Abgabe von Kompetenzen, sofern der Grundsatz der Gleichheit gewahrt war. Mit der nachlassenden Unterstützung Frankreichs schwand aber seit dem Mai 1953 ihre Bereitschaft, sich für die Regelung der schwierigen Integrationsfragen einzusetzen. Vor dem Hintergrund der sich wandelnden internationalen Lage verlor die EPG für den Kanzler ihren genuin europapolitischen Impetus und trat in den Dienst weiterer außenpolitischer Ziele. Ohne das Konzept der europäischen Integration vollends aufzugeben, stemmte er sich schließlich nicht gegen das Scheitern, da die Souveränität der Bundesrepublik nicht vom Zustandekommen der EPG, sondern von der Ratifizierung der EVG abhing²⁶⁷.

²⁶⁶ Cardozo, Project, S. 72.

²⁶⁷ Vgl. Küsters, Vormarsch, S. 292.

III.3 „La grande pomme de discorde“: Die Saar zwischen Frankreich und Deutschland 1949–1955

III.3.1 Die Periode der verweigten Mitsprache 1949–1951

Zu den schwierigsten Problemen in den deutsch-französischen Beziehungen der Nachkriegszeit gehörte ohne Zweifel die Saarfrage¹. Stand sie für die beiden Nachbarn auch stets im Schatten ihrer wirklich großen nationalen Probleme, so verhinderten gewissermaßen abgeleitete Interessen, Prestige bzw. wirtschaftliche Ambitionen für Frankreich, die Verknüpfung mit der „deutschen Frage“ für die Bundesrepublik, über Jahre eine einvernehmliche Lösung. Erst als der „Fluchtweg Europa“ von der saarländischen Bevölkerung im Oktober 1955 verbaut worden war, gelang den Regierungen in Bonn und Paris im Herbst 1956 unter dem Eindruck einer sich zuspitzenden weltpolitischen Doppelkrise der Durchbruch. Doch damit greifen wir den Ereignissen weit voraus. Wie stellte sich die Lage an der Saar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs dar?

Im Juli 1945 hatten die amerikanischen Militärbehörden das Saargebiet Frankreich zur Verwaltung übergeben². Paris nutzte die Gelegenheit und ging im Sinne der auf die dauerhafte Schwächung sowie die Zerstückelung des untergegangenen Reiches ausgerichteten Deutschlandpolitik umgehend daran, das Territorium aus der eigenen Besatzungszone zu lösen. Was man damit nun aber anfangen sollte, war höchst umstritten. „Parmi les différents régimes à envisager“, so heißt es in einer Aufzeichnung des Quai d'Orsay Anfang Dezember 1944, „un seul satisfait toutes les exigences de l'économie française: c'est l'annexion politique.“ Neben den strategischen Vorteilen garantierte sie vor allem die wirtschaftliche Ausbeutung. Allerdings stand ihr der Wille einer homogenen Bevölkerung entgegen. Sie zu teilen war aussichtslos, ein Bevölkerungstransfer international kaum durchzusetzen³. Offenbar ließ sich de Gaulle im Sommer 1945 von der Richtigkeit dieser These überzeugen, ohne daß damit das Ziel der Annexion definitiv vom Tisch gewesen wäre. Letztlich setzte sich aber im Widerstreit der innerfranzösischen Positionen unter dem Druck der Westalliierten das Konzept der Assimilation durch⁴.

Unter geschickter Ausnutzung der Differenzen zwischen den Angelsachsen und der Sowjetunion auf den Tagungen des Außenministerrats 1946/47 gelang es Außenminister Bidault, die seinem Saarkonzept durchaus gewogenen Westmächte mehr und mehr vor vollendete Tatsachen zu stellen. Wirtschaftlich mit der Französischen Republik in einer Währungs- und Zollunion verschmolzen, erhielt

¹ Vgl. grundlegend dazu: Craddock, Saar Problem; Fischer, Saar; Freymond, Saar; Heinen, Saarjahre; Hudemann/Jellonnek/Rauls (Hg.), Grenz-Fall; Hudemann/Poidevin (Hg.), Saar; Kerkhoff, Großbritannien; Schmidt, Saarpolitik, 3 Bde.

² Zum politischen Schicksal der Saar in den ersten Nachkriegsjahren vgl. vor allem: Heinen, Saarjahre, S. 25–211; Hudemann, Saar; Kerkhoff, Großbritannien, S. 15–81; Pohlmann, Saarfrage. Im Gegensatz zu diesen Arbeiten behandeln wir die Saarfrage streng unter dem Aspekt der deutsch-französischen Beziehungen und liefern keine Geschichte des Saargebietes.

³ Aufzeichnung der Abt. für wirtschaftliche Angelegenheiten im MAE, 4. 12. 1944, in: DDF 1944, S. 357–368, hier S. 365.

⁴ Zur Forschungskontroverse über die Zielperspektiven der französischen Saarpolitik in den ersten Nachkriegsjahren vgl. zuletzt Hüser, Saar; Loth, Sonderweg, S. 81–85.

das Saarland mit der Verfassung vom 15. 12. 1947⁵ die politische Autonomie. Im Dreimächteabkommen über die Saar vom 20. 2. 1948⁶ billigten London und Washington die Wirtschaftseinheit nicht de jure, aber de facto, weil sie hofften, Paris im Gegenzug den Beitritt zur Bizone abtrotzen zu können.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland begann für die französische Saarpolitik eine neue Phase. Bidaults Nachfolger Schuman trug dem insofern Rechnung, als er bereits in seiner ersten persönlichen Begegnung mit Adenauer im Oktober 1948 die Rückkehr der Saar zu Deutschland „als im Bereich des Möglichen“ bezeichnete⁷. Zufrieden über diese Zusicherung, behandelte Adenauer das Problem in der Folgezeit äußerst zurückhaltend. Da die Saarfrage für ihn keine vorrangige Bedeutung besaß, hoffte er nach seiner Wahl zum Bundeskanzler darauf, sie zunächst ruhen zu lassen und erst dann aufs Tapet zu bringen, wenn die deutsch-französischen Beziehungen in ruhiges Fahrwasser hineingeraten wären und der europäischen Gedanke sich verfestigt hätte⁸. Diese Zielsetzung kollidierte aber mit der französischen Absicht, Fakten zu schaffen, um die Wirtschaftsunion zum eigenen Vorteil zu festigen. Zwar galt es im Quai d'Orsay als ausgemacht, daß eine definitive Lösung des Problems erst im Rahmen eines Friedensvertrags festgelegt werden könne. Doch das „véritable ‚gentlemen's-agreement‘“ mit London und Washington wollte man bis dahin bestmöglich nutzen⁹.

Aufnahme in den Europarat?

Im Sommer 1949 mehrten sich indes die Anzeichen eines allmählichen Abbröckelns des Konsenses unter den Westmächten. Vor allem London schien aus Pariser Sicht zu einem Unsicherheitsfaktor zu werden, wie sich vor allem im Zuge der Diskussion über den Beitritt der Saar und der Bundesrepublik zum Europarat zeigte¹⁰. Schon im März 1949 hatte sich der Quai d'Orsay dazu entschlossen, eine von Schuman gebilligte Wendung in der Saarpolitik durchzuführen und für eine eigene Saarvertretung im Europarat zu plädieren. Treibende Kraft dieser auf eine völkerrechtliche Anerkennung des Saarlandes als selbständigen Staat und ebenbürtigen Nachbarn der Bundesrepublik hinauslaufenden Politik war der französische Hohe Kommissar an der Saar, Gilbert Grandval¹¹, der sich bereits im August 1948 für einen Sitz der Saar im Palais de l'Europe ausgesprochen hatte¹². Schuman folgte diesen Vorschlägen insofern, als sie darauf abzielten, das europäische Gewicht der Saar zu stärken. Die einseitige Orientierung Saarbrückens auf Paris

⁵ S. Verfassung des Saarlandes, 15. 12. 1947 in: Stöber, Verfassung, S. 14–77; zu ihrer Entstehung vgl. Sander, Verfassung.

⁶ S. Dreimächteabkommen über die Saar, 20. 2. 1948, in: FRUS 1948, Bd. 2, S. 73; Kerkhoff, Großbritannien, S. 72–81.

⁷ Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 296; s.a. Adenauer an Schuman, Anfang Januar 1950, Entwurf, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 155–157. Vermittelt von Peter Altmeier, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, fand das Treffen beim französischen Militärgouverneur Claude Hettier de Boislambert in Bassenheim statt (Hettier de Boislambert, Fers, S. 475–477).

⁸ Zur Saarpolitik Adenauers vgl. bes. Schumacher, Konrad Adenauer.

⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 220, Bl. 3–6, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 25. 7. 1949 (Konzept EBR).

¹⁰ Vgl. Kap. III.2.1.

¹¹ Zur Saarpolitik Grandvals vgl. Schneider, Gilbert Grandval.

¹² Vgl. Poidevin, Robert Schuman, S. 225 f.; ders., Faktor Europa, S. 415.

lehnte er hingegen ab und setzte sich damit durch. Sieht man einmal von Staatspräsident Auriol ab, fehlte Grandval weitgehend die Unterstützung. Die große Mehrheit der französischen Öffentlichkeit begegnete der Saarfrage mit einer Mischung aus hohen Erwartungen und Indifferenz. Die technischen Ministerien an der Seine engagierten sich nur mäßig, weil sie die Lage an der Saar für unsicher hielten und eine Verdrängung Frankreichs nicht ausschließen mochten. Im Kabinett herrschte die vom Außenministerium vorgegebene Marschroute vor, so daß man sich offenbar nur für die außenpolitischen Gesichtspunkte interessierte¹³.

Als sich Frankreich im August erneuter Annexionsvorwürfe gegenüber sah, reagierte Schuman unter Hinweis auf die Kandidatur des Saarlandes für den Europarat umgehend mit dem Argument, man wolle die Saar nicht zu einem Teil Frankreichs, sondern zu einem Partner unter dem Dach der Straßburger Organisation machen¹⁴. Da er den Argwohn der Westmächte nicht beseitigte, definierte Schuman den völkerrechtlichen Status der Saar Ende August öffentlich als Provisorium, das nur in einem Friedensvertrag endgültige Form gewinnen könne¹⁵. Mit dieser Erklärung löste er in Saarbrücken beträchtliches Unbehagen aus, weil er den Anschein neuer Bewegung in der französischen Saarpolitik erweckte. Da auch in einigen Pariser Ministerien Unsicherheit herrschte, ob der bisherige Kurs durchgehalten werden könne, plädierten die zuständigen Diplomaten im Quai d'Orsay dafür, den Europarat-Beitritt der Saar zu forcieren, um der Unruhe ein Ende zu bereiten¹⁶. Schuman wartete denn auch wenige Tage später abermals in der Öffentlichkeit mit dem Argument auf, Frankreich werde den provisorischen Status der Saar nicht durch eine Einverleibung verletzen, unterstütze aber dessen Interesse an der Aufnahme ins Palais de l'Europe¹⁷. Er nahm also in Kauf, daß die Saarfrage als „un double frein“ seiner Politik wirkte, das Verhältnis zur Bundesrepublik belastete und die europäische Integration behinderte¹⁸. Worauf es ihm ankam war, das Nessusgewand der Annexion abzustreifen.

In gewisser Abweichung von dieser Haltung gestand Schuman Mitte Oktober, Frankreich wolle die Saar nicht von Deutschland isolieren¹⁹. Adenauer fand diese Stellungnahme „annehmbar“ und erklärte Ende des Monats im Kabinett, man solle die Dinge sich entwickeln lassen. Den Beitritt der Saar zum Europarat nahm er als unvermeidbaren Preis der deutschen Mitgliedschaft nolens volens hin²⁰.

Für Adenauer galt die Saarfrage eben nicht nur als nachrangiges Problem, sondern auch als willkommene Manövriermasse im Rahmen seiner Verständigungspolitik gegenüber Frankreich. Freilich hatten seine Zugeständnisse ihre Grenzen, zumal Teile der Koalition, namentlich der Bundesminister für Gesamtdeutsche

¹³ Zu den französischen Interessenkonflikten vgl. Heinen, *Saarjahre*, S. 267–297.

¹⁴ Vgl. Erklärung Schumans in Baden-Baden, 5. 8. 1949, in: Hoffmann, Ziel, S. 165; s.a. Heinen, *Saarjahre*, S. 351 f.

¹⁵ Vgl. Enders, *Konflikt*, S. 27 f.

¹⁶ S. AMAE, *Europe 1944–1960*, *Sarre*, Bd. 220, Bl. 44–49, Unterabt. Saar im MAE an Schuman, Aufzeichnung, 31. 8. 1949 (Konzept EBR). Zur innerfranzösischen Diskussion vgl. ausführlich: Heinen, *Saarjahre*, S. 320–352.

¹⁷ Vgl. Pressekonferenz Schumans, 2. 9. 1949, in: AdG 1948/49, S. 2056D.

¹⁸ Poidevin, Robert Schuman et la Sarre, S. 35.

¹⁹ Vgl. Kabinettsprotokolle, Bd. 1, S. 151, Anm. 19.

²⁰ Kabinettsitzung, 25. 10. 1949, in: ebd., S. 151.

Fragen, Jakob Kaiser²¹, oder sein für die Justiz zuständiger Kollege Thomas Dehler²², einen völlig anderen Kurs gegenüber der Saar zu steuern wünschten. Denn für sie galt jenes Diktum, das auch die SPD-Opposition auf ihren Fahnen führte: die Saar sei „Bestandteil Deutschlands“²³. Diese nicht zuletzt auch mit Blick auf die deutsche Teilung vom SPD-Vorsitzenden Schumacher vertretene Auffassung über die staatsrechtliche Zugehörigkeit der Saar entsprach der ganz überwiegenden Meinung in den deutschen Parteien²⁴. Freilich münzten nicht alle Politiker dieses „Glaubensbekenntnis“ in ein politisches Programm um. Adenauer dachte jedenfalls in diesen Wochen nicht daran, das ohnehin nur mühsam zu erwerbende internationale Vertrauen durch nationalistische Parolen aufs Spiel zu setzen. Im Gegenteil: Bot sich die Chance zum Prestigegewinn, ordnete er dem Nutzen etwaige Kosten wie etwa die Aufnahme der Saar in die Straßburger Institution eindeutig unter. Die kurz darauf eintretende Verschärfung der Saarfrage zwang den Kanzler jedoch, seine Haltung zu überdenken.

„Trostpreis“ für entgangene Reparationen

Um dem durch den politisch-ökonomischen Aufstieg der Bundesrepublik an der Saar ausgelösten Druck entgegenzuwirken, bemühte sich Frankreich, der dortigen Regierung noch mehr Eigenständigkeit zu verleihen. Anfang Dezember unterrichtete Schuman den saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann über die Absicht, die beiderseitigen Beziehungen mit einer Reihe von Verträgen neu zu regeln. Dazu gehörten Konventionen über die Wirtschaftsbeziehungen, die Niederlassungsfreiheit französischer und saarländischer Staatsangehöriger, den Betrieb der saarländischen Gruben und Eisenbahnen. Mit Hilfe einer Konvention über die allgemeinen politischen Beziehungen sollten die Kompetenzen des französischen Hohen Kommissars an der Saar der „neuen Lage“ angepaßt werden. Der Minister stellte für die erste Hälfte des Monats Januar die Vorlage entsprechender Texte in Aussicht, die dann in zweiseitigen Verhandlungen Ende Januar endgültig zu fixieren seien²⁵.

Während die breite Masse der Franzosen dem Problem eher indifferent gegenüberstand, sah die politische Klasse in der Saar einen „Siegerpreis“ für Frankreichs „jahrelanges, unverdientes Leiden und seinen heroischen Widerstand“²⁶. Ökonomisch betrachtet, handelte es sich letztlich um einen „Trostpreis“²⁷ für entgangene Entschädigungen. Da es keine Reparationsobjekte gab, mußte die Saarkohle „ein-

²¹ Zur Saarpolitik Kaisers vgl. Kaiser, Gewerkschafter, S. 92–106; Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 312–354.

²² Zur Haltung Dehlers gegenüber der Saarfrage vgl. Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 118–130.

²³ Erklärung Schumachers in Hannover, 15. 7. 1949, zitiert nach: Enders, Konflikt, S. 28; s.a. die Erklärung des Außenpolitischen Ausschusses der SPD, 5. 9. 1949, in: Paterson, SPD, S. 35; zur Saarpolitik der SPD insgesamt vgl. Cahn, C.D.U., passim; ders., Opposition; Schmitz, Einheit, S. 109–118.

²⁴ Vgl. Cahn, C.D.U.

²⁵ Schuman an Hoffmann, 6. 12. 1949 (Übersetzung), in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 243; vgl. Heinen, Saarjahre, S. 353 f.

²⁶ PA, NL von Kessel, Ordner [1], „Die Saarfrage mit französischen Augen gesehen“, 17. 3. 1952. Wahrscheinlich wurde die Aufzeichnung von der deutschen Vertretung in Paris verfaßt.

²⁷ Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 89. Zur ökonomischen Bedeutung der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion vgl. Lefèvre, Saarland.

springen“²⁸. Politisch diene die Region Paris dazu, eine „Prädominanz in der geplanten supranationalen Staatengemeinschaft“ abzusichern. Die Bildung eines „zweiten Luxemburg“ – so das französische Kalkül – garantierte neben dem Besatzungsstatut und dem Tatbestand einer noch nicht handlungsfähigen Bundesregierung auf absehbare Zeit die Vorherrschaft gegenüber der Bonner Republik²⁹.

Mit Schumans Vorstoß schien Adenauers Verständigungspolitik „ernsthaft in Frage gestellt“. Auf den für Mitte Januar vorgesehenen ersten offiziellen Besuch des französischen Außenministers in der Bundeshauptstadt fielen dunkle Schatten³⁰. Als erster Bonner Politiker von Rang reagierte Jakob Kaiser. Nachdem er kurz vor Weihnachten von den französischen Absichten erfahren hatte, entschloß er sich umgehend dazu, sie publizistisch zu durchkreuzen. Am 23. 12. ließ er in die Londoner „Times“ einen Bericht lancieren, der im Januar in ähnlicher Weise auch in deutschen Zeitungen abgedruckt wurde. Wenn Frankreich die Verwirklichung seiner Pläne gelinge, so der Tenor des Artikels, habe es sein Ziel eines zweiten Luxemburgs „- politically independent but economically linked with France -“ erreicht³¹. Anfang Januar erneuerte der Minister seinen Angriff auf einer Kundgebung in Emsdetten und wettete gegen die „drohende Gefahr“ einer politischen Autonomie der Saar³². Sein lautester Fanfarenstoß ertönte dann am 12. 1. Unter dem öffentlichkeitswirksamen Signum „Vertraulich“ ließ er dem Kanzleramt, den Bundesministerien und zahlreichen Publizisten eine ausführliche Denkschrift zur Saarfrage zukommen. Ausdrücklich warnte er Adenauer darin, „in der Saarfrage der deutsch-französischen Verständigung ein einseitiges Opfer“ zu bringen. Die Bundesrepublik dürfe keine weiteren *Faits accomplis* vor Abschluß des Friedensvertrages zulassen, müsse vielmehr auf ein Referendum an der Saar hinwirken, dessen Ausgang über den Anschluß an Frankreich oder das Verbleiben bei Deutschland entscheiden solle³³.

Kaisers Frontalangriff zwang Adenauer aus der Reserve. Die Saarfrage drohte zu einem „verhängnisvollen politischen Faktor“ zu werden. Nach einer Unterrichtung der wichtigsten Bundestagsfraktionen wandte er sich Anfang Januar mit einem langen Schreiben an Schuman und kritisierte heftig die geplanten Konventionen. Seiner Meinung nach liefen sie dem gültigen Rechtszustand, der den wirtschaftlichen Anschluß der Saar an Frankreich zubilligte, aber zugleich einen Friedensvertragsvorbehalt statuierte, zuwider und brachten die Saar in eine „völlige wirtschaftliche Abhängigkeit“, ohne daß Deutschland sein „Mitverhandlungsrecht“ hätte wahrnehmen können. Unter Hinweis auf die Haltung der Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestages stellte der Kanzler eindeutig klar, daß unter den derzeitigen Bedingungen an einen Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat nicht zu denken sei³⁴. Von einseitigen Opfern, wie Kaiser sie befürchtete,

²⁸ PA, Abt. 2, Bd. 248, Bl. 76 f., Unterredung zwischen Forster und François-Poncet vom 22. 3. 1950.

²⁹ Küppers, Rheinland-pfälzische Saarpolitik, S. 345.

³⁰ Blankenhorn, Verständnis, S. 88, Tb. 1. 1. 1950.

³¹ Artikel Kaisers, in: „Times“, 23. 12. 1949, auch in: Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 118.

³² Ansprache dess. in Emsdetten, 7. 1. 1950, in: Kaiser, Brücke, S. 458–468, hier S. 460.

³³ StBKAH, NL Adenauer, 12.08, Denkschrift dess., 12. 1. 1950, im Auszug in: BDFD I, S. 285–287, hier S. 286.

³⁴ Adenauer an Schuman, Anfang Januar 1950, Entwurf, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 155–157, hier S. 155 u. 156; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 296 f. Köhler datiert das Schreiben

konnte also keine Rede sein – im Gegenteil. Mit dem Hinweis auf das „Mitverhandlungsrecht“ stellte Adenauer seinerseits Forderungen und fühlte sich stark genug zu dem kleinen Erpressungsmanöver mit dem Europaratbeitritt. Der parteiübergreifende Konsens in Bonn erleichterte ihm die Riposte, verlangte sie aber in gewisser Weise auch. Selbst der in politischen Fragen zur Zurückhaltung verpflichtete Bundespräsident verkündete am 11. 1. ohne Skrupel, daß die Saar „geschichtlich und ethnisch deutsches Land“ sei³⁵.

Natürlich nahm man diese Einmischung an der Seine nicht widerspruchslös hin. Daß Schumacher und Kaiser sich als Sprachrohr deutscher Saarinteressen verstanden, war bekannt. Wenn aber Heuss in die Angelegenheit eingriff, und das am Abend des Besuchs des französischen Außenministers, schien Gefahr im Verzuge: „Et après la Sarre?“, fragte die MRP-nahe Zeitung „L'Aube“ suggestiv und mahnte Schuman dazu, die Existenz der Saarfrage schlichtweg abzustreiten, da die Saarbevölkerung doch über ihr Schicksal selbst entschieden habe³⁶. Während sich in Bonn eine Ablehnungsfront gegen die französischen Pläne anbahnte³⁷, wurde die Atmosphäre durch strittige Protokollfragen im Zusammenhang mit der Visite so angeheizt, daß Schuman unterdessen darauf pochte, ein Treffen mit Adenauer zu streichen³⁸. Ohnehin hatte er ursprünglich lediglich einen Besuch der französischen Zone, eine Höflichkeitsaudienz beim Bundespräsidenten und anschließend die Weiterfahrt nach Berlin vorgesehen. Um seiner soeben erst aus der Taufe gehobenen Regierung internationales Renommee zu verleihen, zielte Adenauer hingegen darauf ab, den Aufenthalt Schumans in eine Art Staatsbesuch umzuwandeln. Der Streit über die Saar drohte das Programm indes zu kippen. Denn Adenauer, dies sah die französische Hohe Kommission sehr klar, mußte sich durch die scharfen Attacken Schumachers gezwungen sehen nachzuziehen, „pour ne pas se laisser distancer“³⁹. François-Poncet ging davon aus, daß die Saarfrage ins Zentrum der politischen Gespräche mit dem Kanzler geraten und Adenauer weniger auf die Sache als solche denn auf die Außenwirkung bedacht sein würde. Um ihm keine Möglichkeit zu geben, Schumans Ausführungen publikumswirksam zu verdrehen, gab der Quai d'Orsay dem Minister einen Verhaltenskodex mit auf die Reise, welchen Eindruck er auf keinen Fall erwecken dürfe:

1. Die Saarfrage könne auf der Basis der Anerkennung der deutschen Souveränität und der Wahrung der französischen Wirtschaftsinteressen gelöst werden. Das Funktionieren der saarländisch-französischen Wirtschaftsunion erfordere nämlich die Ausschaltung des deutschen Einflusses an der Saar.
2. Sie sei nur im Rahmen eines Friedensvertrages zu regeln, wobei zwischenzeitliche Entscheidungen keine Auswirkung auf die Definitivlösung hätten. Diese

irrtümlich auf die zweite Januarhälfte (Köhler, Adenauer, S. 593). Ein ausgefertigtes Exemplar konnte laut Bearbeiter der Briefedition nicht nachgewiesen werden (Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 474, Nr. 168, Anm. 1).

³⁵ Zitiert nach: Herbst, Option, S. 17.

³⁶ Artikel Dannenmüllers, in: „L'Aube“, 12. 1. 1950, auch in: BDFD III, S. 227f., hier S. 227. Zu „L'Aube“ vgl. Capelle, MRP, S. 42. Adenauer hielt den Beitrag von Bidault inspiriert (Unterredung zwischen Adenauer und Schuman vom 15. 1. 1950, Geheim, 15. 1. 1950, in: BDFD I, S. 290).

³⁷ S. Blankenhorn, Verständnis, S. 89, Tb. 11. 1. 1950; Huber an Eidgenössisches Politisches Departement, 24. 1. 1950, in: Todt (Hg.), Anfangsjahre, S. 28–30.

³⁸ S. Blankenhorn, Verständnis, S. 89, Tb. 7. 1. 1950.

³⁹ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 269, Tb. 10. 1. 1950.

These entmutige die Saarländer und nähre die bereits vorhandenen Reserven in den Ministerien und Wirtschaftskreisen in Frankreich.

3. Die Saarländer sollten mittels Plebiszit über ihr Schicksal selbst entscheiden.

Frankreich, so hieß es in einer abschließenden Sprachregelung für den Minister, ziele lediglich auf ein „statut de souveraineté compatible avec le fonctionnement d'un régime d'union économique qui répond à la fois à nos besoins de sécurité et à l'intérêt bien compris des populations locales“⁴⁰.

Eine verunglückte Reise des guten Willens

Je mehr Schumans Wunsch, mit seiner Reise eine „Geste“ des guten Willens zu machen, in den Strudel der Saarfrage geriet, desto stärker bezweifelte er den Sinn der Tour. Zögernd rang er sich zu einem persönlichen Gespräch mit Adenauer durch, um durch eine klärende Aussprache für die deutsch-französische Verständigung zu werben⁴¹. Sein Anliegen wurde in der Bundesrepublik nicht verstanden. Schon der Auftakt der Visite am 13. 1. begann aus deutscher Sicht wenig verheißungsvoll⁴². Nicht der Bundespräsident oder der Bundeskanzler begrüßte den Gast auf deutschem Boden, sondern – Zeichen der alliierten Kuratel und der fehlenden Souveränität Bonner Außenpolitik – der französische Hohe Kommissar. Dementsprechend begann der Besuch nicht in Bonn, der neuen Hauptstadt der Republik, sondern in der „Kapitale“ der französischen Besatzungszone, in Mainz. Für die Wirkung auf die Öffentlichkeit daheim war dies sicherlich „kein ungeschickter Auftakt“⁴³, für diese und jene deutsche Seele hingegen nur schwer zu verdauen. Doch auch in der Entourage Schumans hatten einige Begleiter zu schlucken, als der Minister am späten Nachmittag mit dem Zug nach Bonn weiterfuhr. Auf der Route vom Hauptbahnhof – wo sich sein Hut an Fackeln entzündete, die den Bahnsteig mangels genügender Scheinwerfer erhellen sollten⁴⁴ – zur Residenz François-Poncets auf Schloß Ernich säumten zwar französische Gendarmen die Strecke, deutsche Polizisten aber waren als Sicherheitsbeamten eingesetzt. Und schon dieses Zeichen deutscher Souveränität irritierte „les anciens de l'occupation“⁴⁵.

Entsetzt registrierte Schuman, wie die deutsche Presse „in den Ton der NS-Zeit“ verfiel und offenbar zentral gelenkt über seine Saarpolitik herfiel⁴⁶. Ein letzter Hoffnungsschimmer, das Thema doch noch übergehen zu können, verfloß spätestens in dem Moment, als eine Presseerklärung Schumachers publik wurde. Denn nach einer Unterredung mit dem französischen Minister ließ der Oppositionsführer am 14. 1. verbreiten, daß er ihn sehr deutlich mit den Sorgen der SPD

⁴⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 220, Bl. 181–185, Unterabt. Saar im MAE an Schuman, Aufzeichnung, 10. 1. 1950; s.a. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 268, Tb. 10. 1. 1950.

⁴¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 24–26, Tb. 15. 1. 1950.

⁴² Zum Besuch Schumans vom 13.–16. 1. 1950 s. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 295–302; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 269–279, Tb. 13.–16. 1. 1950; Dumaine, Quai d'Orsay, S. 449–463, Tb. 13.–16. 1. 1950; vgl. die sehr einfühlsame Beschreibung in: Herbst, Option, S. 11–32; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 695–699.

⁴³ Herbst, Option, S. 14.

⁴⁴ S. von Herwarth, Erinnerungen, S. 113.

⁴⁵ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 273, Tb. 13. 1. 1950.

⁴⁶ Unterredung zwischen François-Poncet und Blankenhorn vom 20. 1. 1950, 20. 1. 1950, Geheim, in AAPD 1949/50, S. 68–71, hier S. 70.

zur Saarfrage konfrontiert und von ihm die Zusage erhalten habe, diesen Standpunkt im Conseil des Ministres darzulegen⁴⁷. Durch diese Nachricht unter Druck gesetzt, sah sich Adenauer nun ebenfalls zu einer öffentlichen Stellungnahme gezwungen und forderte damit nur eine erneute Riposte Schumans heraus. Um die Saarfrage nicht zur „pierre d'achoppement“ für seine Verständigungsbemühungen werden zu lassen, dachte er noch in Bonn darüber nach, Adenauer eine auch für ihn akzeptable Lösung zu präsentieren. Im Hotel Dreesen stand man diesem Angebot jedoch ablehnend gegenüber, weil man den Kanzler nicht in seinen Forderungen nach Lockerung des Besatzungsstatuts, seinen Attacken gegen die Demontagen und gegen die Besatzungskosten ermuntern wollte⁴⁸.

Adenauer erfuhr von alledem natürlich nichts. Statt dessen plagte ihn der Verdacht, Schuman wolle den Besuch zur leichteren Durchsetzung der Saarkonventionen mißbrauchen⁴⁹. Und so nahm das Unheil seinen Lauf. Durch Schumachers Aktion bedrängt, glaubte er, noch vor der Unterredung mit Schuman am folgenden Tag ein Falal setzen zu müssen. Während eines großen Empfangs im Bundestag stellte der Kanzler gegenüber einer Gruppe französischer Journalisten klar, daß das Saargebiet ein Teil Deutschlands sei und sein Status nicht vor Abschluß eines Friedensvertrages geändert werden dürfe. Die Verpachtung der Saargruben führten zu einem Präjudiz, das nicht hingenommen werden könne und den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat gefährde⁵⁰. Zu allem Überfluß ließ sich Adenauer dann auch noch bei einem Mittagessen zu dem Affront hinreißen, seine Antwort auf eine durchaus freundliche, in deutscher Sprache gehaltene Rede Schumans ganz gegen seine sonstige Gewohnheit in der schriftlich formulierten Form vom Blatt zu lesen⁵¹.

Noch am Abend verwahrte sich Schuman bei einem Empfang auf Schloß Erlich gegen jede deutsche Einmischung in die Saarfrage. Frankreich wolle der Saar nur die Möglichkeit geben, ihre Angelegenheiten in einer Weise zu regeln, wie es auch der Bundesrepublik zugestanden werde⁵². Adenauer war darob so verärgert, daß er den Nachbarn mit ökonomischem Muskelspiel unter Druck zu setzen versuchte. Kurz vor seiner Besprechung mit Schuman wies er Blankenhorn am Morgen des 15. 1. an, die für den folgenden Tag vorgesehene Paraphierung eines Handelsvertrags mit Frankreich aufzuschieben und den deutschen Unterhändler nach Bonn zurückzubeeordern⁵³ – ein eindrucksvoller Beleg für den instrumentell ausnutzbaren Charakter, den die Wirtschaftspolitik in seinen Augen besaß.

⁴⁷ Zu der Presseerklärung Schumachers vom 14. 1. 1950 s. AdG 1950, S. 2218A; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 274, Tb. 14. 1. 1950; Herbst, Option, S. 25f.

⁴⁸ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 273–276, hier S. 275, Tb. 14. 1. 1950.

⁴⁹ S. Blankenhorn, Verständnis, S. 90, Tb. 15. 1. 1950.

⁵⁰ Vgl. Kabinettsitzung, 13. 1. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 123; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 274, Tb. 14. 1. 1950; Herbst, Option, S. 26f.

⁵¹ S. Blankenhorn, Verständnis, S. 90, Tb. 13. 1. 1950 [sic!]; Herbst, Option, S. 21f.; die Tischreden wurden übermittelt in: AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 372, Bl. 187–189, Französische Hohe Kommission Bonn an MAE, Tel. 153/54, 15. 1. 1950; s.a. AdG 1950, S. 2218A; Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 297–299.

⁵² Vgl. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 274f., Tb. 14. 1. 1950; Herbst, Option, S. 27f.

⁵³ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 24–26, Tb. 15. 1. 1950; Kabinettsitzungen, 17. u. 20. 1. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 134 u. 147.

In dieser aufgeladenen Atmosphäre trafen sich Adenauer und Schuman am späten Nachmittag auf Schloß Ernich zum Vieraugengespräch. Beide Seiten waren bemüht, das zerschlagene Porzellan wieder zu kitten. In beinahe halbstündigen Ausführungen unterstrich der deutsche Gast zunächst seinen Willen zur bilateralen Verständigung, die er als „*pierre angulaire de la construction de l'Europe*“ bezeichnete⁵⁴. Nach dieser versöhnlichen Ouvertüre sprach der Kanzler das Saarproblem an und wiederholte weitgehend seine Argumente aus dem Briefentwurf vom Monatsanfang: Der Inhalt des Autonomievertrages und der Konvention über die Saargruben beschworen die Gefahr herauf, die Trennung der Saar von Deutschland zu verfestigen. Der Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat sei durch die Meldungen über die geplanten Saarkonventionen gefährdet. Eine Änderung der Grenzen könne nur durch einen Friedensvertrag erfolgen. Da die Bundesrepublik Deutschland Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches sei, gehörten die Saargruben zu ihrem Eigentum, obwohl sie außerhalb der Bundesrepublik lägen. Schuman war dieses Argument – Adenauers Darstellung zufolge – „neu und überraschend“. Allerdings hielt er dagegen, daß die Saar nicht zur französischen Zone gehöre und eine Wirtschaftsunion mit Frankreich bilde. Daher sei es erforderlich, die weithin ungeordneten Rechtszustände zu regeln. Auf Adenauers Bitte, „die Sache ruhen [zu] lassen“, wies Schuman lediglich auf die voraussichtliche Dauer der Verhandlungen von mindestens sechs Monaten und die beabsichtigte Aufnahme eines Friedensvertragsvorbehaltes in die Verträge. Als der Kanzler den Gedanken lancierte, das Problem „zu dritt“ mit der Saarregierung zu besprechen, stellte sich der Minister quer. Auch ein gemeinsames Kommuniqué lehnte er ab und redete ihm eindringlich ins Gewissen, nicht zuviel zu fordern. Schließlich warnte Schuman Adenauer davor, seine Position im Kabinett zu erschweren. Denn unter einem Außenminister Bidault würde die Situation „sehr viel schwieriger“⁵⁵.

Adenauer war mit diesen vagen Formulierungen zwar nicht zufrieden, bestand aber nicht explizit darauf, die französisch-saarländischen Verhandlungen auszusetzen. Ihr Abschied auf dem Bahnhof in Bonn fiel entsprechend „kühl“⁵⁶ aus, doch lag ihnen nicht an einer Verschärfung der Spannungen. Als „Gefangene ihrer jeweiligen Innenpolitik“ hatten sie sich der aufgeregten Öffentlichkeit gegenüber als „zähe Verfechter ihrer divergierenden nationalen Interessen“⁵⁷ präsentiert und ihre Positionen massiv verteidigt. In separaten Pressekonferenzen am Abend bzw. am folgenden Morgen beharrten beide Politiker auf ihren Positionen. Adenauer suchte vor allem die Schaffung vollendeter Tatsachen zu verhindern, um später aktiv eingreifen zu können⁵⁸. Schuman hingegen sperrte sich ge-

⁵⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 373, Bl. 13–18, François-Poncet an MAE, Tel. 26/42, 16. 1. 1950, Très urgent.

⁵⁵ Unterredung zwischen Adenauer und Schuman vom 15. 1. 1950, Geheim, 15. 1. 1950, in: BDFD I, S. 287–290, hier S. 288 u. 289; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 299–302. Die auf Weisung Schumans abgefaßte Darstellung François-Poncets weicht in wichtigen Passagen von der Aufzeichnung Adenauers ab (AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 373, Bl. 13–18, François-Poncet an MAE, Tel. 26/42, 16. 1. 1950, Très urgent).

⁵⁶ Blankenhorn, Verständnis, S. 90f., Tb. 15. 1. 1950.

⁵⁷ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 698.

⁵⁸ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 32–37, Pressekonferenz Adenauers, 16. 1. 1950; AdG 1950, S. 2219F.

gen dieses Mitsprachepostulat, erkannte aber die Vorläufigkeit des Saarstatus bis zum Friedensvertrag an⁵⁹. Gewiß entsprach es ihren Intentionen, wenn besonnene Stimmen dies- und jenseits des Rheins die Regierungen nun zur Besinnung riefen. Léon Blum etwa erinnerte in „Le Populaire de Paris“ daran, wie unbedeutend die Saar doch für beide Völkern sei, und riet zur Kalmierung⁶⁰. Beide Nationen, so replizierte die „Rhein-Neckar-Zeitung“, hätten sich von der Erbfeindschaftspsychose befreit und spürten etwas von der Chance zu gutnachbarlichen Beziehungen⁶¹.

Trotz dieser versöhnlichen Töne endete der als Anfang einer neuen Ära deutsch-französischer Beziehungen gedachte Besuch als „ziemlicher Fehlschlag“⁶². Die Bundesregierung sah ihre „Zweifel“ an der französischen Aufrichtigkeit nicht beseitigt⁶³. Der CDU/CSU-Fraktion gegenüber stellte Adenauer die Ausführungen Schumans gar als „100%ig unbefriedigend“ dar⁶⁴. Auch dessen Seitenhieb gegen Bidault flößte ihm kaum Vertrauen ein, hatte letzterer seinerseits doch wissen lassen, er lehne wesentliche Veränderungen in der Saarfrage ab⁶⁵. Hatte der Kanzler wirklich daran geglaubt, den Außenminister zu einer Kehrtwende in der Saarpolitik bewegen zu können? Schuman besaß doch wohl kaum die Macht, sie – hätte er sie denn gewollt – in der Regierung oder dem Parlament durchzusetzen. Daß Adenauer es – ohne letzten Einsatz – dennoch versuchte, muß nicht notwendigerweise Ausdruck reinen „Wunschdenken[s]“ sein⁶⁶, entsprach vielmehr der ihm von der öffentlichen Diskussion aufgezwungenen Aufgabe, die deutschen Interessen zu Gehör zu bringen.

Auch Schuman war mit dem Ergebnis seiner ersten Dienstreise nach Bonn nicht zufrieden, sah seine guten Absichten durch eine „campagne orchestrée“⁶⁷ zunichte gemacht. Im Troß des Ministers fragte man sich allerdings, ob er die nationalistische Aufwallung nicht selbst durch seinen Besuch provoziert habe⁶⁸. Immerhin, so resümierte die Entourage erleichtert, hatte der sie an die Methoden von Goebbels erinnernde deutsche Pressefeldzug sein Ziel verfehlt; Schuman war dem Druck der Gazetten nicht gewichen⁶⁹.

Kurz darauf erhielt er bedeutsame Fürsprache aus Übersee. Außenminister Acheson versicherte ihn auf einer Pressekonferenz am 18. 1. der amerikanischen Unterstützung für die französische Saarpolitik und rief den Deutschen ihre Ver-

⁵⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 373, Bl. 33–39, Pressekonferenz Schumans, 15. 1. 1950; AdG 1950, S. 2218A.

⁶⁰ S. Artikel Blums, in: „Le Populaire de Paris“, 17. 1. 1950, im Auszug auch in: BDFD III, S. 228–230.

⁶¹ S. „Rhein-Neckar-Zeitung“, 17. 1. 1950, auch in: ebd., S. 86f.

⁶² Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 91.

⁶³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 24–26, Tb. 15. 1. 1950.

⁶⁴ Ansprache Adenauers vor der CDU/CSU-Fraktion, 24. 1. 1950, in: Heidemeyer (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 169; zur negativen Einschätzung Adenauers s.a. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 277, Tb. 15. 1. 1950; Blankenhorn, Verständnis, S. 90f., Tb. 15. 1. 1950.

⁶⁵ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 24–26, Tb. 15. 1. 1950.

⁶⁶ Köhler, Adenauer, S. 592.

⁶⁷ Poidevin, Schuman et la Sarre, S. 38.

⁶⁸ S. Dumaine, Quai d'Orsay, S. 463, Tb. 17. 1. 1950.

⁶⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 373, Bl. 40–42, François-Poncet an MAE, Tel. 45/48, 17. 1. 1950, Priorité absolue.

antwortung für den Zweiten Weltkrieg in Erinnerung⁷⁰. Tief betroffen von dieser Ermahnung, mußte Adenauer am Tage darauf bei einer mehrstündigen Unterredung mit McCloy wiederholt mit Tränen kämpfen. Der Kanzler fühlte, wie das Saarproblem seiner auf Verständigung zu Frankreich setzenden Politik den Boden entzog. Geradezu flehentlich führte er dem Hohen Kommissar vor Augen, er könne sich den Angriffen der Nationalisten in der Opposition und der Union gegenüber nicht taub stellen. Wenn Schuman seine Verhandlungen mit Hoffmann fortsetze, werde der Bundestag dem Beitritt zum Europarat nicht zustimmen⁷¹.

Die erhoffte Unterstützung der Amerikaner blieb aus, und Adenauer sah sich einem Zweifrontendruck gegenüber. Während Schuman mit der Rückendeckung der Angelsachsen nicht einen Millimeter von seiner Position abwich, mußte sich der Kanzler massiver Angriffe aus den eigenen Reihen erwehren. Seine Bemühungen, die französische Hohe Kommission davon zu überzeugen, daß die Pariser Saarpolitik „vom europäischen Gesichtspunkt aus [...] höchst ungeschickt und nachteilig“ sei⁷², blieben ohne Wirkung. Aus der Perspektive Bérards gaben die Saarkonventionen überhaupt keinen Anlaß zur Besorgnis, und außerdem dachte seine Regierung nicht daran, sich dem „erpresserischem Druckmittel“ der verschobenen Handelsvertragsparaphierung zu beugen. Allerdings distanzierte er sich von der Behauptung des Kabinettschefs von Schuman, Bourbon-Busset, Deutschland könne sich schon deshalb in die Gruben- und Eisenbahnfrage nicht einmischen, weil Frankreich einen „eindeutigen Reparationsanspruch auf diese Bergwerke“ besitze⁷³. François-Poncet zeigte sich „viel offener“⁷⁴ als sein Stellvertreter, in der Sache aber keineswegs konzilianter. Frankreich, so skizzierte er Blankenhorn seine Sicht der Dinge, sei maßlos enttäuscht von der Bundesrepublik. Statt Kooperationsbereitschaft erhalte man nur „Drohungen und Forderungen“, die Konzessionen in der Saarfrage unmöglich machten, da sie „zweifellos“ zum Sturz Schumans führten. Für Frankreich habe das Saarproblem zwei Aspekte, den der Sicherheit und den der Ökonomie. Notwendig seien gewisse territoriale Garantien in der Form einer „substantielle[n] Autonomie“, wie sie Luxemburg besitze. Unerläßlich sei aber auch der Zugriff auf die Saarkohle zum Wiederaufbau der französischen Industrie⁷⁵.

Schuman schwankte noch, ob der auffallende deutsche Nationalismus als eine bloß vorübergehende Erscheinung abgetan werden könne⁷⁶. Da trafen an der Seine Meldungen ein, die das französische Vertrauen in die junge Republik schwer

⁷⁰ Zur Pressekonferenz Achesons vom 18. 1. 1950 s. FRUS 1950, Bd. 4, S. 929 f.; AdG 1950, S. 2224 F; Kerkhoff, Großbritannien, S. 101 f.

⁷¹ Zur Unterredung zwischen Adenauer und McCloy vom 19. 1. 1950 s. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 303 f.; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 281 f., Tb. 20. 1. 1950; Kerkhoff, Großbritannien, S. 104.

⁷² BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 46, Tb. 20. 1. 1950.

⁷³ Unterredung zwischen Blankenhorn und Bérard vom 20. 1. 1950, 20. 1. 1950, Geheim, in: AAPD 1949/50, S. 68–71, hier S. 69; s.a. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 282 f., Tb. 20. 1. 1950.

⁷⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 46, Tb. 20. 1. 1950.

⁷⁵ Unterredung zwischen Blankenhorn und François-Poncet vom 20. 1. 1950, 20. 1. 1950, Geheim, in: AAPD 1949/50, S. 70 u. 71.

⁷⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 373, Bl. 93–94, Schuman an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 4, 21. 1. 1950.

erschütterten. Am 22. 1. setzte Justizminister Dehler auf dem Parteitag der FDP in Hamburg Deutschlands Schuld am Ersten Weltkrieg mit der Frankreichs gleich und gab dem Nachbarn sogar eine Mitverantwortung für den Nationalsozialismus: Hitler sei eine Konsequenz des Versailler Vertrages und des französischen Kleinmuts⁷⁷. Für den Quai d'Orsay war damit das Faß übergelaufen. Denn diesmal stammten die antifranzösischen Attacken nicht von einem Extremisten von rechts oder links, sondern von einem leibhaftigen Kabinettsmitglied. Blankenhorns Abwiegeln, Dehler sei „un fou“, den niemand ernstnehme, und eine Zurückweisung durch Adenauer reichten nicht aus⁷⁸. Wie die heftige Pressereaktion in Paris bewies, gewannen offenbar diesseits und jenseits des Rheins die gegen die deutsch-französische Verständigung agierenden Kräfte Oberwasser. François-Poncet protestierte scharf und verlangte vom Kanzler eine förmliche Distanzierung⁷⁹. Der deutsch-französische ‚Föder-Krieg‘ ließ den Hohen Kommissar gar befürchten, die Bundesregierung sei bestrebt, die Karte der Westmächte nach größtmöglichem Ausreizen abzulegen und durch die sowjetische zu ersetzen. Sein Stellvertreter hielt die Gefahr für abwegig: „Il n’y pas d’autre route ouverte à Adenauer que celle de l’Occident.“⁸⁰ Mit der Distanz einiger Wochen sollte sich sein Chef wieder beruhigen. Zwar gab es für ihn weiterhin keinen Zweifel, daß Adenauer die Pressekampagne ausgelöst hatte, um die Angelsachsen für sich zu gewinnen und Druck auf Frankreich auszuüben. Dennoch blieb der Kanzler für ihn „le meilleur homme“ in Bonn, wobei sein Vertrauen in das parlamentarische System der Bundesrepublik nach dem innenpolitischen Schauspiel der vergangenen Wochen nicht gerade zunahm. Denn Bonn verstand es offenbar nicht besser als Weimar, das Volk zu führen⁸¹.

François-Poncets Meinungsumschwung in bezug auf Adenauer resultierte zum Gutteil zweifellos aus dem Rückzug, den der Kanzler jetzt auf breiter Front antrat. Am 24. 1. verabschiedete das Bundeskabinett eine Erklärung, in der es sich fest zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Westen, zur deutsch-französischen Verständigung und zur europäischen Integration aussprach⁸². Noch am selben Tag wich Adenauer – wenn auch zögernd – in der Causa Dehler dem Druck aus Paris. Nachmittags ließ er François-Poncet den Entwurf seiner Antwort in dieser Angelegenheit zukommen und bat um ihre Billigung. Inhaltlich vermochte das Schreiben die Erwartungen im Hotel Dreesen aber nicht zu befriedigen. Denn der Kanzler schloß sich allzusehr der rasch eingeholten Darstellung seines gescholtenen Ministers an und reduzierte die Angelegenheit auf verzerrende Agenturmeldungen. Dieser Freibrief wirkte um so unglaublicher, als Blankenhorn ihn mit den Worten kommentierte, Adenauer habe Dehler am Vortage entlassen

⁷⁷ Zur Erklärung Dehlers s. AdG 1950, S. 2233A; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 283, Anm. 1; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 121.

⁷⁸ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 284, Tb. 23. 1. 1950.

⁷⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 53 f., François-Poncet an Adenauer, 23. 1. 1950, im Auszug als Übersetzung in: AdG 1950, S. 2237G.

⁸⁰ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 285, Tb. 24. 1. 1950.

⁸¹ François-Poncet an Schuman, Nr. 224/CM, 19. 2. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 239–251, hier S. 248. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 125, Bl. 73.

⁸² S. Pressecommuniqué des Bundeskabinetts, 24. 1. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 157 f.

wollen, sich aber dem Druck der FDP beugen müssen, um keine Regierungskrise heraufzubeschwören⁸³. Prompt zwang die französische Hohe Kommission das Kanzleramt zu einer Ergänzung des Schreibens, die Adenauer am folgenden Morgen ohne Widerstand akzeptierte. Danach versicherte er ausdrücklich, die Bundesregierung mache sich die Dehler zugeschriebenen Ausführungen nicht zu eigen⁸⁴. Mit diesem Kotau nicht genug – Adenauer distanzierte sich außerdem öffentlich von der Denkschrift Kaisers, die am 21. 1. erstmals im Bonner „General-Anzeiger“ erwähnt worden war⁸⁵. Durch den Chef des Bundespresseamtes Bourdin ließ er eine Pressemitteilung verlesen, wonach weder ihm noch der Bundesregierung die Ausarbeitung vorgelegen hätte. Mit dem ihm nur durch Presseberichte bekanntgewordenen Inhalt sei er „nicht einverstanden“⁸⁶.

Damit provozierte er natürlich eine sofortige Gegendarstellung seines Ministers⁸⁷, die der Kanzler nur als Desavouierung begreifen konnte. Adenauer verbat sich daher jede weitere Einmischung von Kaiser in die Saarpolitik und erinnerte an seine Richtlinienkompetenz⁸⁸. Für den Kanzler ging es vor allem darum, nach außen den Streit mit Frankreich beizulegen, nach innen seine Stellung im Kabinett zu festigen. „Wer in die Bundesregierung eintritt“, so ließ er sich am 24. 1. vor der CDU/CSU-Fraktion vernehmen, „der hat sich in gewissem Umfang des Rechtes beraubt, selbständig Politik zu betreiben.“⁸⁹

Bemerkenswerterweise identifizierte er diesem Gremium gegenüber die Gefahr der französischen Saarkonventionen nicht mit einer Präjudizierung einer definitiven Saarlösung, sondern mit einem rein ökonomischen Aspekt: Frankreich sei nicht mehr auf den Ruhrkoks angewiesen, wenn es erst einmal die Saargruben übernommen habe. Als Marschroute für die Saarpolitik gab er nun aus: Zeitgewinn, Beitritt zum Europarat, Anstreben eines Saarstatuts in Analogie zum Ruhrstatut⁹⁰. Dementsprechend versicherte er François-Poncet, er wolle das Ergebnis der französisch-saarländischen Verhandlungen abwarten. Wenn der Status der Saar durch einen Friedensvertrag revidierbar und die Verpachtung der Gruben nicht definitiv sei, werde er dem Bundestag die Zustimmung zur Aufnahme in den Europarat abtrotzen, „malgré l'opposition des socialistes“⁹¹.

⁸³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 373, Bl. 105–107, Bérard an MAE, Tel. 232/36, 24. 1. 1950, Priorité absolue, Réserve; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 285 f., Tb. 24. 1. 1950. Zu Adenauers Erkundigungen über den Inhalt der Rede Dehlers s. Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 481, Anm. 2 u. 3.

⁸⁴ S. Adenauer an François-Poncet, 24. 1. 1950, in: ebd., S. 166; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 286, Tb. 25. 1. 1950.

⁸⁵ S. „General-Anzeiger“, 21. 1. 1950; Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 120; AdG 1950, S. 2229C.

⁸⁶ BA, NL Kaiser, Bd. 183, Bl. 115, Pressemitteilung des Bundeskanzleramtes, 24. 1. 1950; s.a. Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 158, Anm. 34.

⁸⁷ S. BA, NL Kaiser, Bd. 183, Bl. 117, Pressemitteilung Kaisers, 24. 1. 1950; ders. an Adenauer, 24. 1. 1950, in: Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 120 f.; Baring, Anfang, S. 79.

⁸⁸ S. StBKAH, NL Adenauer, 12.08, Adenauer an Kaiser, 24. 1. 1950, Persönlich; Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 120.

⁸⁹ Ansprache Adenauers vor der CDU/CSU-Fraktion, 24. 1. 1950, in: Heidemeyer (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 170; s.a. ders. an Kaiser, 30. 1. 1950, Persönlich, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 167–169.

⁹⁰ S. Ansprache dess. vor der CDU/CSU-Fraktion, 24. 1. 1950, in: Heidemeyer (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 168–172.

⁹¹ Zitiert nach: François-Poncet an Schuman, Nr. 343/CM, 17. 3. 1950, in: François-Poncet, Rap-

Der Kanzler gab sich jetzt also eher kleinlaut und suchte mit Hilfe seiner Kontakte zum MRP ein direktes Gespräch mit der französischen Regierung⁹². Daher beugte er sich auch der Drohung Schumans, Paris werde die Verhandlungen über den Handelsvertrag abbrechen, wenn Bonn nicht umgehend seinen Widerstand gegen die Unterzeichnung aufgeben⁹³. Ende Januar paraphierten Vollrath von Maltzan und Hervé Alphand als Unterhändler beider Regierungen das Abkommen⁹⁴. Sein formelles Einlenken hielt Adenauer freilich nicht davon ab, sich für die deutschen Wirtschaftsinteressen an der Saar einzusetzen. Am 28. 1. bat er François-Poncet um einen Aufschub der anstehenden Ratifizierung des französisch-saarländischen Abkommens über den gewerblichen Rechtsschutz, weil es seiner Meinung nach die „Vernichtung der gewerblichen Schutzrechte deutscher Staatsangehöriger im Saarland“ zur Folge hatte⁹⁵. Zwei Monate später wies er Bundeswirtschaftsminister Erhard an, bei den neuen Handelsvertragsverhandlungen mit Paris Saarbrücken keinen Absatz in die Bundesrepublik einzuräumen. „Frankreich und die Saar müssen davon überzeugt werden, daß die Saar wirtschaftlich auf Deutschland angewiesen ist.“⁹⁶

Die Saarkonventionen vom 3. 3. 1950

Die trügerische Ruhe dauerte nur wenige Wochen. Als sich Adenauer am 2. 3. auf dem Petersberg eher beiläufig nach dem Stand der saarländisch-französischen Verhandlungen erkundigte, gestand François-Poncet ein, daß die Texte am kommenden Morgen unterzeichnet würden. Sein Hinweis, die Konventionen über die Saargruben und die Eisenbahnen seien noch im Sinne Bonns abgeändert worden, nahm Adenauer ungerührt zur Kenntnis. Denn dieses Zugeständnis konnte die in seinen Augen nun sichere Mißbilligung des Beitritts in den Europarat durch den Bundestag nicht verhindern⁹⁷. Schon wieder ging ein Aufschrei der Entrüstung durch die französische Presse. „Oh! cette menace laissera de glace tous ceux d'entre nous qui tiennent fort peu à voir l'ennemi héréditaire se dédouaner sous prétexte de solidarité continentale.“⁹⁸

Nicht, wie Schuman am 15. 1. versichert hatte, nach monatelangen, sondern nach dreiwöchigen Regierungsverhandlungen, in denen Paris die Vertragsentwürfe auch in London und Washington zur Kenntnis gebracht hatte⁹⁹, unterzeichneten Schuman und Hoffmann am 3. 3. 1950 insgesamt zwölf Konventionen, von denen in Bonn allerdings nur fünf dem Inhalte nach bekannt wurden. Frank-

ports mensuels, Bd. 1, S. 258. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 125, Bl. 96.

⁹² S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 285, Tb. 23. 1. 1950.

⁹³ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 65 f., Aufzeichnung, 28. 1. 1950; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 289 f., Tb. 28. 1. 1950.

⁹⁴ Zu den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen vgl. BDFD II, Nr. 26–31; AdG 1950, S. 2241 f.; Lefèvre, Relations, S. 318–325.

⁹⁵ PA, Abt. 2, Bd. 1304, Bl. 338 f., Adenauer an François-Poncet, 8503/0752/50, 28. 1. 1950.

⁹⁶ Ders. an Erhard, 27. 3. 1950, Persönlich, Vertraulich, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 186.

⁹⁷ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 2. 3. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 144 f.; Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 304 f.

⁹⁸ Artikel Bénazets, in: „L'Aurore“, 6. 3. 1950, im Auszug auch in: BDFD III, S. 231 f., hier S. 231.

⁹⁹ Vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 223, Bl. 229–237, Seydoux an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 15, 3. 3. 1950, Urgent.

reich sicherte damit eine weitere Eingliederung der Saar in das eigene Wirtschaftsgebiet rechtlich ab. Die Saar erhielt in Fragen der Verwaltung, der Gesetzgebung und der Rechtsprechung volle Autonomie, die aber durch Verwaltungs- und Einspruchsrechte des Hohen Kommissars erheblich beschnitten wurde. Frankreich unterstellte den Zögling seinem Militärschutz, übernahm seine diplomatische Vertretung und pachtete die Saargruben für fünfzig Jahre. Die Konventionen stärkten die saarländische Selbstverantwortung im politischen Bereich, garantierten zugleich die französische Führungsrolle in der Saarländischen Wirtschaft. Sicherlich standen bei diesem Vorgehen die wirtschaftlichen Ambitionen und der Wille zu einer rechtlichen Fixierung des beiderseitigen Verhältnisses im Vordergrund. Gewiß zielte Paris auch darauf, seine Prädominanz gegenüber Bonn zu festigen¹⁰⁰.

Wollte er nicht der Gefahr erliegen, die innenpolitische Basis zu verlieren, konnte Adenauer die Vorgänge nicht einfach hinnehmen. Denn der Sturm der Entrüstung, den sie im deutschen Blätterwald, der *classe politique*, aber auch in den der CDU nahestehenden Industriellenkreisen¹⁰¹ auslösten, überstieg den vom Januar noch an Schärfe¹⁰². Frankreich habe „das Erstgeburtsrecht der moralischen Führung auf dem Festlande für das Linsengericht eines diplomatischen Erfolges im verstaubten Stile des Herzogs von Choiseul dahingegeben“, giftete Paul Sethe in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, warnte aber die Deutschen davor, der Versuchung nationalistischer Bestrebungen zu erliegen¹⁰³. Nicht weniger heftig wettete Schumacher gegenüber dem führenden Funktionär der französischen Schwesterpartei SFIO, André Philip, über das Vorgehen Frankreichs, wobei er sich vor allem um das gesamtdeutsche Präzedenz einer Lostrennung der Saar sorgte¹⁰⁴. Da der Kanzler die Beseitigung des französisch-deutschen Gegensatzes neben der Westorientierung als wichtigste Aufgabe seiner Politik verstand und keine Rückkehr in die Eiszeit des Monats Januar wünschte, zumal die stärkeren Bataillone international auf der Seite Schumachers standen, antwortete er auf die Verabschiedung der Konventionen mit einer Doppelstrategie von Zuckerbrot und Peitsche. Die harten Kritiken aus den Reihen der Bundesregierung, von Dehler oder Kaiser, am französischen Vorgehen erschienen ihm kontraproduktiv, da sie in Frankreich umgehend als Ausdruck eines wieder erwachenden deutschen Nationalismus gebrandmarkt wurden¹⁰⁵. Als Schumacher die Saarkonventionen öffentlich als „Torpedierung der europäischen Idee“¹⁰⁶ und „erste[n] große[n] Sieg der Sowjetunion und der Nationalisten in Deutschland“ verdammt¹⁰⁷, solidarisierte

¹⁰⁰ Zu den am 7. 2. 1950 begonnenen Verhandlungen zwischen der französischen und der saarländischen Regierung s. die Dokumente in: AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 223; vgl. Hoffmann, Ziel, S. 175–190; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 243–249; der vollständige Wortlaut der Saarkonventionen vom 3. 3. 1950 in: Gesetzgebung und Abkommen des Saarlandes, S. 242–291. Im Bundestag behauptete Adenauer am 10. 3. 1950, François-Poncet habe ihm nur die Texte von vier Verträgen übermittelt (BT, Sten. Ber., Bd. 2, S. 1556).

¹⁰¹ S. François-Poncet an Schuman, Nr. 343/CM, 17. 3. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 252–263.

¹⁰² Vgl. Herbst, Option, S. 33.

¹⁰³ Artikel Sethes, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 8. 3. 1950, im Auszug auch in: BDFD III, S. 172f.

¹⁰⁴ Vgl. Merseburger, Kurt Schumacher, S. 466f.

¹⁰⁵ S. Artikel Bénazets, in: „L'Aurore“, 6. 3. 1950, im Auszug auch in: BDFD III, S. 231f.

¹⁰⁶ Interview Schumachers mit „AFP“, 4. 3. 1950, in: AdG 1950, S. 2283B.

¹⁰⁷ Zitiert nach: Adenauer an Robertson, 6. 3. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 176.

er sich indes mit ihm. Schon Mitte Februar hatte er im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages Dampf abgelassen, die politischen Verhältnisse an der Saar mit dem Terror der Nationalsozialisten verglichen und auch Schuman indirekt angegriffen¹⁰⁸. Jetzt, am 4. 3., geißelte der Kanzler in einer eilig einberufenen Pressekonferenz den „verheerenden“, „nationalistische Bestrebungen“ befördernden Eindruck der Konventionen, die „in direktem Widerspruch“ zu den bisherigen Erklärungen der drei Westmächte stünden. Frankreich habe eine Entscheidung gegen Europa getroffen und seinem „Hunger nach Gold“ nachgegeben. Schuman selbst bezichtigte er des Wortbruchs, da er ihm noch 1948 die politische Rückkehr der Saar in Aussicht gestellt hatte¹⁰⁹.

Der Außenminister wies die Vorwürfe natürlich öffentlich zurück und erneuerte seinen Standpunkt, die Abtrennung des Saargebiets von Deutschland sei bereits seit der Verabschiedung der Saarverfassung von 1947 Fakt. Die von Frankreich angestrebte Saarlösung stimme nicht nur mit den Absichten der Westmächte, sondern auch mit dem „frei ausgedrückten Willen der Saarbevölkerung“ überein¹¹⁰. Des Kanzlers Gegenzug ließ nicht lange auf sich warten, fiel aber ganz anders aus, als zu befürchten war. Nur einen Tag später, am 7. 3., erschien ein Interview, dessen Kernaussage er offenbar vorher dem Kabinett mitgeteilt hatte¹¹¹. Auf die von ihm selbst lancierte Frage des amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith, ob er sich eine deutsch-französische Union vorstellen könne mit einer „gemeinsame[n] Staatsbürgerschaft, gemeinsame[n] Wirtschaft und ein[em] gemeinsamen Parlament“, antwortete der Kanzler mit verquerem Deutsch: „Das ist ein Gedanke von solcher Größe (wörtlich ‚Kaliber‘), daß es keinen anderen gibt, der wichtiger für die Zukunft Europas sein könnte“. Eine derartige Union, so Adenauer weiter, würde den Rivalitätsgedanken zwischen beiden Staaten beseitigen und „einem schwerkranken Europa neues Leben und einen kraftvollen Auftrieb geben“. Allerdings machte er die Gründung einer solchen Union von zwei Voraussetzungen abhängig, die er in seinen Ausführungen vor dem Kabinett nicht genannt hatte: Rückkehr der Saar zu Deutschland und mögliche Aufnahme Englands und der BENELUX-Staaten¹¹².

Mit diesem sensationellen Vorschlag verfolgte Adenauer eine dreifache Zielsetzung. Da die Auseinandersetzung mit Frankreich über die Saar mehr und mehr den deutschen Beitritt zum Europarat belastete, versuchte er mit Hilfe der Presse das „Stadium des Stillstandes und des Mißtrauens“¹¹³ zu überwinden. Nachdem er sich auf seiner Pressekonferenz am 4. 3. vom Verdikt des „Kanzlers der Alliierten“

¹⁰⁸ S. Carstens an Kaisen, 15. 2. 1950, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 44 f.

¹⁰⁹ PA, B 17, Bd. 170, Bl. 54–65, Rede Adenauers vor der Presse, 4. 3. 1950, im Auszug in: BDFD I, S. 291–293, hier S. 292 u. 293; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 306–308.

¹¹⁰ PA, Abt. 2, Bd. 469, Bl. 35–38, dpa-Meldung zur Pressekonferenz Schumans vom 6. 3. 1950; s.a. AdG 1950, S. 2289f.

¹¹¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 373, Bl. 207, François-Poncet an MAE, Tel. 1044/45, 13. 3. 1950.

¹¹² Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Biographisches Archiv, Sammlung Adenauer, Interview Adenauers mit Kingsbury Smith, 7. 3. 1950 (Übersetzung); das englisch-sprachige Original in: AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 373, Bl. 218.

¹¹³ Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 311.

befreit und als „Chancelier national“ dargestellt hatte¹¹⁴, wollte er die Saarfrage mit seinem Interview vom 7. 3. wieder in die „richtigen Proportionen“ rücken und sich erneut als „Vorkämpfer der deutsch-französischen Aussöhnung“ präsentieren¹¹⁵. Der Adressat seiner Ausführungen läßt außerdem vermuten, daß es ihm vornehmlich darum ging, die USA für sich einzunehmen¹¹⁶.

Die Reaktionen im In- und Ausland fielen denkbar kühl aus¹¹⁷. Für den Quai d'Orsay wurde des Kanzlers Plan gerade wegen der Verknüpfung mit einer Revision der Saarfrage entwertet¹¹⁸. Nur de Gaulle verteidigte die Position Adenauers und meinte auf einer Pressekonferenz, das europäische Schicksal hänge größtenteils von der Entwicklung der Beziehungen zwischen Bonn und Paris ab. Die Saarfrage habe demgegenüber bloß untergeordnete Bedeutung und könne sich bei der von Adenauer skizzierten Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses von selbst lösen¹¹⁹.

Nach seinem Zuckerbrot ließ Adenauer am 9. 3. noch einmal die Peitsche knallen. In einer umfangreichen Denkschrift wies die Bundesregierung die französische These von der demokratischen Legitimation des Saarregimes unter Hinweis auf Parteiengängelung, Zensur, Ausweisungen oder Beschlagnahme oppositioneller Zeitungen massiv zurück. Frankreich habe die Saar in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht, das man durchaus als verkappte „Annexion“ bezeichnen könne¹²⁰. Aus der englischen und französischen Klarstellung über den Friedensvertragsvorbehalt der Saarkonventionen¹²¹ zog Adenauer die Berechtigung, „bei der Regelung des endgültigen Status der Saar mitzusprechen“¹²². Daher verband er seine Kritik in der Denkschrift mit Ansätzen einer Lösung und regte die Gründung einer Internationalen Saarbehörde an, die den Grundgedanken der Ruhrbehörde weiterentwickelte. Der wirtschaftlichen Verflechtung der Saar mit Lothringen und Süddeutschland gedachte er mit einer besonderen Zollregelung Rechnung zu tragen, die die Saar als Teil der französischen Besatzungszone mit einer gewissen wirtschaftlichen Autonomie ausstatten, die politische Abtrennung von Deutschland aber hinfällig machen sollte¹²³.

In einer von ihm einberufenen Sondersitzung des Bundestages legte der Kanzler tags darauf erneut „feierlich Verwahrung“ gegen die Saarkonventionen ein, weil sie das deutsche „Mitspracherecht bei der Ordnung der Saarverhältnisse“

¹¹⁴ François-Poncet an Schuman, Nr. 343/CM, 17. 3. 1950, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 1, S. 260.

¹¹⁵ Schwarz, *Ära Adenauer 1949–1957*, S. 94.

¹¹⁶ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 373, Bl. 207, François-Poncet an MAE, Tel. 1044/45, 13. 3. 1950.

¹¹⁷ Vgl. Kap. III.2.1.

¹¹⁸ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 337, Bl. 191–196, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, ca. 25. 3. 1950 (Konzept PK).

¹¹⁹ S. Pressekonferenz de Gaulles, 16. 3. 1950, in: de Gaulle, *Discours*, Bd. 2, S. 344–358.

¹²⁰ PA, Abt. 2, Bd. 473, Bl. 112–120, Denkschrift zur Saarfrage, 9. 3. 1950.

¹²¹ S. Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 319f.; Adenauer an Robertson, 9. u. 10. 3. 1950, in: Adenauer, *Briefe 1949–1951*, S. 176–178; PA, Abt. 2, Bd. 468, Bl. 2f., Robertson an Adenauer, 9. 3. 1950.

¹²² Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 310.

¹²³ S. PA, Abt. 2, Bd. 473, Bl. 112–120, Denkschrift zur Saarfrage, 9. 3. 1950; AdG 1950. S. 2293C; Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 313f. Zu den Ursprüngen des Gedankens einer Internationalen Saarbehörde vgl. Schmidt, *Saarpolitik*, Bd. 2, S. 229f.

verletzten und mit der Festsetzung einer „völlige[n] politische[n] und wirtschaftliche[n] Abhängigkeit des Saargebiets von Frankreich“ dem Völkerrecht widersprächen. Zugleich betonte er aber, den europäischen Zusammenschluß durch die Saargelegenheiten auf keinen Fall gefährden zu wollen¹²⁴. Als Kingsbury-Smith ihm kurz darauf als Reaktion auf die französischen Stellungnahmen zu ihrem Interview telegraphisch die Frage vorlegte, ob er sich vorstellen könne, daß sich das Saarproblem nach einer Einigung über die Union von selbst löse, und ob er zur Erörterung des Planes mit Frankreich ohne Bedingungen bereit sei, lautete Adenauers umgehend veröffentlichte Antwort: „1) das ist meine feste Überzeugung. 2) Ich würde eine solche Erörterung außerordentlich begrüßen.“¹²⁵

Genau darin unterschied sich der Kanzler ungeachtet aller Interessenkonvergenz in der Sache vom Oppositionsführer. Denn Schumacher ordnete die europäische Integration einer für Deutschland günstigen Lösung der Saarfrage eindeutig unter¹²⁶ und unterschied sich damit in seiner Saarpolitik von Adenauer keineswegs nur „graduell“¹²⁷.

Mit dessen Regierungserklärung und der Veröffentlichung der Denkschrift trat die Saarfrage nun aus dem exklusiven Bilateralismus zwischen Paris und Saarbrücken heraus in eine „neue Phase“¹²⁸, ohne daß der Bundesregierung aber vorerst jene Gleichberechtigung zugestanden worden wäre, die Adenauer schon in seiner Unterredung mit Schuman im Januar angemahnt hatte. Dieser Schwebezustand ließ ihn in internationaler Hinsicht äußerst vorsichtig agieren. Um den eigenen Standpunkt bei späteren Verhandlungen auf der internationalen Ebene einbringen zu können, hielt die Bundesregierung es für zwingend erforderlich, den Einspruch gegen die Saarkonventionen auch den Westmächten gegenüber offiziell mitzuteilen. Um dem Adressaten aber keinen Vorwand zu geben, „die Note mangels Legitimation der Bundesregierung abzulehnen“¹²⁹, zögerte er deren Absendung immer wieder hinaus. Ein erster, an François-Poncet gerichteter Entwurf lag bereits Anfang März vor¹³⁰, wurde dann aufgrund neuer Richtlinien Adenauers¹³¹ vom Rechtsberater des Kanzleramtes Ende des Monats überarbeitet¹³². Nachdem Blankenhorn Ende April empfohlen hatte, mit der Expedierung bis zur Übernahme des Vorsitzes in der Hohen Kommission durch McCloy Anfang Mai zu warten, ging die Note am 5. 5. ab. Die Bundesregierung legte darin offiziell „Verwahrung“ gegen die Saarkonventionen ein und signalisierte zugleich ihre Bereit-

¹²⁴ Regierungserklärung Adenauers, 10. 3. 1950, in: BT, Sten. Ber., Bd. 2, S. 1555–1560, hier S. 1557; s.a. Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 310f.

¹²⁵ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Biographisches Archiv, Sammlung Adenauer, Kingsbury Smith an Adenauer, Tel., 17. 3. 1950 (Übersetzung), nebst Antworten Adenauers; s.a. AdG 1950, S. 2303G.

¹²⁶ S. Bundestagsrede Schumachers 10. 3. 1950, in: BT, Sten. Ber., Bd. 2, S. 1561–1570; SPD-Fraktionssitzung, 9. 3. 1950, in: Weber (Bearb.), *Sitzungsprotokolle 1949–1957*, 1. Teilbd., S. 107f.; Schmitz, *Einheit*, S. 111f.

¹²⁷ Freymond, *Saar*, S. 100.

¹²⁸ Ebd., S. 93.

¹²⁹ PA, Abt. 2, Bd. 540, Bl. 2, Vermerk, o.D.

¹³⁰ S. ebd., Bd. 473, Bl. 136–141, Adenauer an François-Poncet, 214–01/2393/50, März 1950.

¹³¹ S. Diktat dess., o.D., in: AAPD 1949/50, S. 114–116.

¹³² S. PA, Abt. 2, Bd. 473, Bl. 143, Notiz Dittmanns 214–01/2393/50, 25. 3. 1950; ebd., Bl. 154–157, Adenauer an Robertson, 214–01/2393/50, April 1950.

schaft zu einer Regelung der Saarfrage im „gesamteuropäischen“ Zusammenhang¹³³.

Diese Anspielung auf Europa veranlaßte den Quai d'Orsay dazu, Vor- und Nachteile einer vom Europarat beaufsichtigten Volksabstimmung an der Saar abzuwägen. Aufgrund der für Frankreich ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Einflußnahme des deutschen Episkopats an der Saar schien ein Ausgang im eigenen Sinne nur bei einem sofort durchgeführten Plebiszit gesichert¹³⁴. Selbst dann rechneten die Optimisten aber gemäß den Recherchen Grandvals nur mit einer schwachen Mehrheit für den Status quo. Folglich betrachteten sie es als das Sinnvollste, die sich bildende Bewegung zugunsten einer europäischen Lösung zu bekämpfen¹³⁵.

Saarfrage und Schuman-Plan

Mit der Verkündung des Schuman-Plans am 9. 5. rückte die Saarfrage für kurze Zeit wieder in den Hintergrund. Der Wille, den erhofften Neuanfang in den Beziehungen zu Frankreich nicht durch den schwelenden Streit zu belasten, veranlaßte Adenauer nach entsprechenden Vorstellungen Pariser Diplomaten gar, Jakob Kaiser am 9. 6. zur Einstellung der Tätigkeit des Saarreferats im Gesamtdeutschen Ministerium aufzufordern: „Die Saarfrage wird sich im Laufe der Zeit noch regeln.“¹³⁶ Die Betonung des Friedensvertragsvorbehalts der Saarkonventionen, die Wahrung des deutschen Mitspracherechts und die Förderung freiheitlich-demokratischer Verhältnisse an der Saar blieben zwar im Kanon deutscher Außenpolitik, wurden jedoch weniger offensiv vorgetragen. Das Bundeskanzleramt unterhielt über den Saarreferenten Gustav Stroh¹³⁷ enge Kontakte zu Oppositionellen an der Saar um Heinrich Schneider und Richard Becker, achtete aber behutsam darauf, daß sie nicht publik und dazu genutzt wurden, diese Kreise „ruhig“ zu halten¹³⁸. Entschieden lehnte Bonn jeglichen Versuch aus Paris ab, mit Saarbrücken in direkte Verhandlungen oder gar vertragliche Beziehungen zu treten¹³⁹.

Als „Aktivlegitimation“ für das Geltendmachen der eigenen Ansprüche galt seit September die Anerkennung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik für ganz Deutschland durch die New Yorker Außenministerkonferenz¹⁴⁰. Eine erste Anwendung fand sie, als Bonn anläßlich der Verabschiedung der Menschenrechtskonvention des Europarates am 4. 11. 1950 offiziell erklärte, ein eventueller Beitritt der Saar unterläge dem Friedensvertragsvorbehalt¹⁴¹. Paris schien

¹³³ Ebd., Bl. 158–161, ders. an McCloy, 3620/2393/50, 5. 5. 1950.

¹³⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 220, Bl. 291–294, Unterabt. Saar im MAE an Generalsekretär des MAE, Aufzeichnung, 8. 5. 1950 (Konzept EBR).

¹³⁵ S. ebd., Bl. 301–307, Unterabt. Saar im MAE an Minister, Aufzeichnung, 27. 5. 1950, Confidentiel (Konzept EBR).

¹³⁶ Adenauer an Kaiser, 9. 6. 1950, in: Kaiser, Gewerkschafter, S. 486.

¹³⁷ Zu Stroh vgl. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 317; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 228.

¹³⁸ PA, Abt. 2, Bd. 486, Bl. 29f., Stroh an Dittmann, Aufzeichnung e.o. 214–03–20/6270/50, 10. 7. 1950; s.a. ebd., Bl. 21f., ders. an dens., 214–03–20/6270/50, 17. 7. 1950; Freymond, Saar, S. 101f.

¹³⁹ Vgl. Kabinettsitzung, 21. 7. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 563f.

¹⁴⁰ Vgl. Kap. III.1.1.

¹⁴¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 477, Bl. 14f., Aufzeichnung an Blankenhorn e.o. 214–02 II/10290/50, 24. 10. 1950; Hallstein an Generalsekretär des Europarates Paris, 4. 11. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 401f.; Menschenrechtskonvention des Europarates, 4. 11. 1950, in: BGBl 1952, Teil II, S. 686–700.

der deutschen Argumentation durchaus beizupflichten. Erstaunt und mit Genugtuung nahm der Kanzler im Sommer und Herbst 1950 zur Kenntnis, wie Frankreich dem wiederholten Drängen des Saarlandes auf Ratifikation der Saarkonventionen¹⁴² immer wieder auswich. Als es dann im Oktober und November doch zur parlamentarischen Behandlung kam¹⁴³, zog das Kanzleramt aus den Debatten den Schluß, Frankreich wolle die Saar als Kleinstaat zwischen den beiden großen Nachbarn nach dem Vorbild Luxemburgs ausbauen und betrachte die in den Saarkonventionen vom März fixierte „Mindestlösung“ als „politisch endgültig“¹⁴⁴.

Die Lage blieb aber unübersichtlich. Warum, fragte man sich am Rhein, legte die Pariser Regierung nicht alle zwölf Konventionen, vor allem auch nicht das Allgemeine politische Abkommen, zur parlamentarischen Billigung vor, obwohl dies in Saarbrücken „lebhafteste Beunruhigung“¹⁴⁵ und den Verdacht geheimer Verhandlungen mit Bonn auslöste? Kaiser forderte Adenauer dazu auf, öffentlich Stellung zu beziehen¹⁴⁶. Doch der Kanzler dachte nicht daran, die durch die stockenden Verhandlungen über den Schuman-Plan¹⁴⁷ getrübbten Beziehungen zum Nachbarn weiter zu belasten. Für den Kanzler gab es aufgrund entsprechender Vertragsklauseln in einem geheimen Protokoll zum Allgemeinen Abkommen ohnehin keinen Zweifel, daß Frankreich die Verträge auch ohne Ratifikation in Kraft setzen, auf jeden Fall aber anwenden würde¹⁴⁸. Außerdem hatte Schuman im Palais Bourbon eine Position eingenommen, die sich von seinen früheren Stellungnahmen „nicht unwesentlich“ unterschied¹⁴⁹. So wies er nicht nur auf den provisorischen Charakter der Verträge hin, sondern hob auch die Möglichkeit hervor, die nicht ratifizierungsbedürftigen Abkommen ohne Mitwirkung des Parlaments abzuändern¹⁵⁰. Adenauer schöpfte daraus neue Hoffnung. Das letzte Wort über die Saar war also auch aus Schumans Sicht noch nicht gesprochen¹⁵¹.

Wenige Wochen später kam es allerdings zu neuen Irritationen. Der Störenfried saß diesmal in Saarbrücken. Die dortige Regierung bemühte sich darum, in den Kreis der Signatarstaaten der EGKS aufgenommen zu werden. Sie glaubte damit nicht nur internationale Reputation zu gewinnen, sondern auch die einseitige Bindung an Paris zu lösen und den Kohleabsatz in die Bundesrepublik zu sichern¹⁵².

¹⁴² Vgl. Hoffmann, Ziel, S. 188. Der saarländische Landtag billigte die Konventionen bereits am 4. 4. 1950 (ebd., S. 183).

¹⁴³ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 21. 10. 1950, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1950, Bd. 8, S. 7079–7087; Debatte im Conseil de la République, 15. 11. 1950, in: JO, CdR, Déb. parl. 1950, Bd. 3, S. 2931–2939.

¹⁴⁴ PA, Abt. 2, Bd. 474, Bl. 27 f., Aufzeichnung, o.D.

¹⁴⁵ Ebd., Bl. 114 f., Dittmann an Kaiser, Dehler, Erhard, Lehr, Globke, e.o. 214–01 II/10694/50, November 1950, Cessat.

¹⁴⁶ S. Kaiser an Adenauer, 7. 11. 1950, in: Kaiser, Gewerkschafter, S. 501–503.

¹⁴⁷ Vgl. Kap. III.2.1.

¹⁴⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 474, Bl. 114 f., Dittmann an Kaiser, Dehler, Erhard, Lehr, Globke, e.o. 214–01 II/10694/50, November 1950, Cessat; vgl. Protokoll zur Allgemeinen Konvention, 3. 3. 1950, in: Gesetzgebung und Abkommen des Saarlandes, S. 244 f.

¹⁴⁹ PA, Abt. 2, Bd. 474, Bl. 114 f., Dittmann an Kaiser, Dehler, Erhard, Lehr, Globke, e.o. 214–01 II/10694/50, November 1950, Cessat.

¹⁵⁰ S. Erklärung Schumans in der Assemblée Nationale, 20. 10. 1950, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1950, Bd. 8, S. 7081 f.

¹⁵¹ S. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 431 f.

¹⁵² Vgl. Heinen, Saarjahre, S. 360–363.

Schon im Juni war in der französischen Presse die Meldung aufgetaucht, das Saarland solle der Montanunion als „assoziertes Mitglied“ beitreten¹⁵³. Einen entsprechenden Antrag der Regierung Hoffmann lehnte Schuman aber ab, billigte lediglich die Kontaktaufnahme zwischen einem Saarvertreter und der französischen Verhandlungsdelegation auf der Pariser Schuman-Plan-Konferenz. Da in seinem Ministerium indes sehr wohl mit dem Gedanken einer selbständigen Mitwirkung der Saarländer innerhalb der französischen Abordnung gespielt wurde¹⁵⁴, stellte Bonn umgehend klar, nur die Hinzuziehung von Sachverständigen, nicht aber die Anwesenheit von saarländischen Beobachtern akzeptieren zu wollen¹⁵⁵. Die französische Diplomatie beeilte sich mit einem Dementi¹⁵⁶, doch mußte Adenauer erneut aufhorchen, als Schuman selbst am 10. 8. vor der Beratenden Versammlung des Europarates von sieben Ländern sprach, die an den Verhandlungen teilnahmen¹⁵⁷.

Anfang Oktober unternahm Saarbrücken einen neuen Vorstoß und forderte die Beteiligung an der Montanunion offenbar mit dem Ziel, „auf diese Weise eine de facto Anerkennung der Saarregierung und des vom übrigen Deutschland separierten Saarstaates zu erreichen.“ Bonn wollte diesem Streben keineswegs tatenlos zusehen, hatte aber die Zugehörigkeit der Saar zum französischen Wirtschaftsgebiet in Rechnung zu stellen¹⁵⁸. Daher beobachtete das Kanzleramt mit Verärgerung, wie der Saarbrücker Landtag am 3. 11. die Regierung zu Verhandlungen mit Frankreich zwecks Aufnahme in den Kreis der Signatarstaaten des Schuman-Plans beauftragte¹⁵⁹. Die von Hoffmann umgehend aufgenommene Initiative erhielt von Grandval massive Unterstützung, weil sie genau seiner Saarpolitik entsprach: „renforcer l'autonomie intérieure et extérieure, faire reconnaître un véritable Etat sarrois“¹⁶⁰. Wiederholt ermahnte der Hohe Kommissar seinen Außenminister zu einer dynamischeren Politik an der Saar, um die dort grassierende Verunsicherung über den Pariser Kurs zu beheben, den Bonner Aktivitäten Paroli zu bieten und die Verbündeten in London und Washington an ihre Verpflichtungen zu erinnern¹⁶¹.

Da die Zulassung der Saarregierung „die dem Friedensvertrag vorbehaltene Endlösung der Saarfrage weiter in einem für die Bundesrepublik ungünstigen Sinne präjudizieren würde“, konnte die Bundesregierung dieses Ansinnen natür-

¹⁵³ PA, Abt. 2, Bd. 517, Bl. 11, Adenauer an Hallstein, Tel., o.D.; s.a. ebd., Bl. 10, dpa-Meldung, Nr. 17, 19. 6. 1950.

¹⁵⁴ S. ebd., Bl. 12, Dittmann an Strohm u. Mohr, Aufzeichnung zu 3620/5415/50, 21. 6. 1950, Vertraulich; Heinen, Saarjahre, S. 364.

¹⁵⁵ S. PA, SFSP, Bd. 83, Bl. 16–18, Deutscher Verhandlungsausschuß für den Schuman-Plan, Tb. 20. 6. 1950, Geheim.

¹⁵⁶ S. ebd., Abt. 2, Bd. 517, Bl. 6, Dittmann an Blankenhorn, 3620/5415/50, 21. 6. 1950; Schuman und Hoffmann einigten sich darauf, daß ein „Beauftragter der Saarregierung“ in Paris während der Konferenz die Verbindung zwischen beiden Regierungen halten solle (Hoffmann, Ziel, S. 203).

¹⁵⁷ S. PA, Abt. 2, Bd. 517, Bl. 21, Strohm an Blankenhorn, Aufzeichnung e.o. 214–00 II 8248/50, 1. 9. 1950.

¹⁵⁸ Ebd., SFSP, Bd. 67, Bl. 33f., Dittmann an Hallstein, Aufzeichnung 214–02 II/9843/50, 17. 10. 1950.

¹⁵⁹ S. ebd., Bl. 92–95, Strohm an Hallstein, Aufzeichnung zu 214–02 II/12020/50, 12. 12. 1950.

¹⁶⁰ Poidevin, Rôle, S. 108; s.a. AN, 363 AP 17, Papiers Mayer, Grandval an Mayer, Aufzeichnung, 25. 11. 1950; Steinert, Europäisierung, S. 69.

¹⁶¹ S. Grandval an Schuman, Tel. 392, 5. 12. 1950, Secret, Réservé, in: BDFD I, S. 294–296.

lich nicht akzeptieren¹⁶², legte aber keinen Wert auf eine Verschärfung des Konflikts. Sie spielte daher auf Zeit und gedachte die Behandlung der Saarfrage ans Ende der Verhandlungen über den Schuman-Plan zu schieben¹⁶³. Dies entsprach in einem gewissen Maße auch der Zielsetzung des französischen Außenministers. Nachdem Monnet ihn am 28. 12. dazu aufgefordert hatte, die Saar auf keinen Fall im EGKS-Vertrag zu erwähnen, aber ein oder zwei saarländische Repräsentanten in die zukünftige französische Delegation zur Beratenden Versammlung aufzunehmen¹⁶⁴, schrieb Schuman seinem Vertreter an der Saar am 9. 1. 1951, er werde den Vertrag im Namen des Saarlandes unterzeichnen und die Sicherung seiner Interessen gewährleisten¹⁶⁵. Schuman wollte das große Werk der Montanunion in Übereinstimmung mit Adenauer unter keinen Umständen durch die Saarfrage gefährden, konnte das Gesuch der Regierung Hoffmann aber auch nicht brüsk zurückweisen. Da er kein Interesse an einer raschen Entscheidung besaß, ließ er die Angelegenheit vorerst ruhen. Monnet sah sich daher am 7. 2. genötigt, ihn um eine baldige Unterredung mit Hallstein zu bitten, damit die notwendige Abstimmung zur Klärung des Problems eingeleitet würde¹⁶⁶.

Hoffmann erwies seinen Ambitionen einen Bärendienst, als er ausgerechnet jetzt weitere Schritte unternahm, die staatliche Eigenständigkeit der Saar und die Trennung von Deutschland voranzutreiben. „Politisch mißliebige Personen“ ließ er ausweisen¹⁶⁷, die Arbeitsmöglichkeiten für Deutsche ohne saarländische Staatsangehörigkeit einschränken¹⁶⁸. Nach zuverlässigen Informationen des Kanzleramtes bemühte er sich gar darum, eine Beteiligung an der Europaarmee ins Gespräch zu bringen und im Gegenzug von den Angelsachsen die Anerkennung der Souveränität der Saar einzufordern¹⁶⁹. Entsprechende Zeitungsmeldungen dementierte er zwar, wurde aber von Schuman höchstpersönlich widerlegt. Nachdem Adenauer in Anlehnung an eine Empfehlung Kaisers¹⁷⁰ Anfang Februar Protest gegen die Ausweisungen eingelegt hatte¹⁷¹, sah sich Schuman am 20. 2. zu einer öffentlichen Stellungnahme genötigt. In einer Rede vor dem Conseil de la République betonte er das Ziel der Schaffung eines unabhängigen Saarstaates, der möglichst rasch die bisher fehlende internationale Anerkennung finden müsse. In diesem Zusammenhang gab er die Absicht zur Akkreditierung eines saarländischen Vertreters in Paris bzw. zur Umwandlung des Hohen Kommissariats in Saarbrücken in eine diplomatische Mission bekannt und gestand unumwunden die Bereitschaft der Saar zu einem europäischen Verteidigungsbeitrag zu. Zugleich erneuerte er die These, daß die De-jure-Anerkennung erst im Friedensvertrag er-

¹⁶² PA, SFSP, Bd. 67, Bl. 92–95, Strohm an Hallstein, Aufzeichnung zu 214–02 II/12020/50, 12. 12. 1950.

¹⁶³ S. ebd., Bl. 35f., Thedieck an BMWi/BKA, III-141/50, 21.10.50; Monnet an Schuman, 6. 12. 1950, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 89.

¹⁶⁴ S. ders. an dens., 28. 12. 1950, nebst Aufzeichnung, in: ebd., S. 91–93.

¹⁶⁵ S. Schuman an Grandval, Nr. 43, 9. 1. 1951, in: BDFD I, S. 243.

¹⁶⁶ S. Monnet an Schuman, 7. 2. 1951, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 104.

¹⁶⁷ PA, Abt. 2, Bd. 461, Bl. 57–60, Kaiser an Adenauer, III/37/51 – Akt.Nr. 70, 19. 1. 1951.

¹⁶⁸ S. ebd., Bd. 467, Bl. 48–53, Aufzeichnung e.o. 214–00–11 II/2607/51, 24. 2. 1951.

¹⁶⁹ S. ebd., Bd. 563, Bl. 2, Strohm an Blankenhorn, Aufzeichnung 214–27 II/237/51, 8. 1. 1951; ebd., Bd. 467, Bl. 48–53, Aufzeichnung e.o. 214–00–11 II/2607/51, 24. 1. 1951.

¹⁷⁰ S. ebd., Bd. 461, Bl. 57–60, Kaiser an Adenauer, III/37/51 – Akt.Nr. 70, 19. 1. 1951.

¹⁷¹ S. ebd., Bd. 583, Bl. 170, Adenauer an McCloy, 214–10 II/12589/50, 9. 2. 1951, nebst Anlage.

folgen könne, ließ aber die Möglichkeit einer Regelung der Saarfrage außerhalb und vor dem Friedensvertrag offen¹⁷².

Trotz des dezidierten Tonfalls war die Unsicherheit der Argumentation nicht zu übersehen. Handelte es sich beim propagierten Ziel, so fragte man sich im Kanzleramt, vielleicht um ein „Rückzugsmanöver“ einer Politik, „an deren Anfang die nackte Annexionsforderung stand“¹⁷³? Eine gewisse Bestätigung fand diese Vermutung in einer Pressekonferenz François-Poncets, in der er dieser Tage hervorhob, die Saar solle weder unter französischer noch unter einer besonderen deutschen „domination“ stehen. Die Saarländer könnten sich bei Wahlen frei entscheiden¹⁷⁴.

Während Paris in dieser heißen Phase der Verhandlungen über die EGKS darum bemüht war, die Beziehungen zu Bonn nicht unnötig zu belasten, goß Saarbrücken noch Öl ins Feuer und forderte Anfang März erneut die selbständige Teilnahme an der Montanunion¹⁷⁵. Nachdem amerikanische Diplomaten ihm bedeutet hatten, die Querelen über die Saar zu beenden, wandte sich Monnet aus Sorge vor einer weiteren Verzögerung der Schuman-Plan-Konferenz am 9. 3. hilfesuchend an seinen Minister. Da der Status der Saar seiner Meinung nach unangestastet bleiben mußte und erst im Friedensvertrag geregelt werden könnte, sollte Frankreich den Montanvertrag im Namen des Saarlandes unterzeichnen, die Wahrung seiner Interessen garantieren und die saarländischen Vertreter in die eigene Abgeordnetengruppe zur Beratenden Versammlung einbeziehen¹⁷⁶.

Eine derartiges Procedere lehnte die Bundesregierung aber zunächst ab¹⁷⁷. Schuman, der die Saarfrage offenbar nicht nur „entgiften und sie als Streitobjekt zwischen Deutschland und Frankreich beseitigen“, sondern das Saargebiet zu einem „Bindeglied zwischen Deutschland und Frankreich“ im Rahmen einer gesamteuropäischen Lösung, zu „einer Art Kondominium oder Bundesland“ machen wollte, signalisierte Adenauer daraufhin Konzessionsbereitschaft und bat zugleich um Zeit und Vertrauen¹⁷⁸. Zu dieser konzilianten Haltung trugen nicht zuletzt Meldungen über die innenpolitischen Probleme des Bundeskanzlers bei. So hatte Adenauer vor den zu erwartenden Widerständen der SPD gewarnt, wenn es in der Saarfrage zu keinem befriedigenden Ergebnis käme, und François-Poncet unterstrich immer wieder die von Schumacher ausgehende Gefahr für die EGKS: „Malgré ses infirmités il se démène comme un diable.“ Mit extremer „violence“ habe er von seiner Partei „une véritable croisade“ gegen die „dictature anti-démocratique et technocratique“ des Schuman-Plans gefor-

¹⁷² S. Rede Schumans im Conseil de la République, 20. 2. 1951, in: JO, CdR, Déb. Parl. 1951, Bd. 1, S. 531. Der Passus über die Wiederbewaffnungsambitionen wurde in der Berichterstattung saarländischer Zeitungen unterschlagen (PA, Abt. 2, Bd. 536, Bl. 16f., Thierfelder an Blankenhorn, Aufzeichnung zu 214–15/6316/51, 3. 6. 1951).

¹⁷³ Ebd., Bd. 467, Bl. 48–53, Aufzeichnung e.o. 214–00–11 II/2607/51, 24. 1. 1951.

¹⁷⁴ Ebd., Bl. 37–44, Pressekonferenz François-Poncets in Kiel, 30. 1. 1951; s.a. AdG 1951, S. 2794A.

¹⁷⁵ S. Interview Hoffmanns, 7. 3. 1951, in: „Saarländische Volkszeitung“, 8. 3. 1951.

¹⁷⁶ S. Monnet an Schuman, Aufzeichnung, 9. 3. 1951, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 105f.

¹⁷⁷ S. PA, Abt. 2, Bd. 517, Bl. 39f., Memorandum der Bundesregierung an die Französische Regierung, 8. 3. 1951, Entwurf; ebd., Bl. 52f., Adenauer an François-Poncet, 214–00 II/2796/51, 8. 3. 1951, Cessat.

¹⁷⁸ Ebd., Abt. 3, AZ 221–09, Bd. 9, von Marchtaler an Blankenhorn, Aufzeichnung, 29. 3. 1951.

dert¹⁷⁹. Widerstand erlebte der Kanzler auch in den eigenen Reihen, und er zollte ihm Tribut. Als Kaiser in der Kabinettsitzung vom 13. 3. ausdrücklich verlangte, „daß das Saargebiet auf keinen Fall 7. Schuman-Plan-Land werden dürfe“, sicherte Adenauer ihm das umgehend zu¹⁸⁰.

Angesichts dieser innerdeutschen Problemlage schien es dem Quai d'Orsay angeraten, die Situation des Kanzlers nicht zu erschweren – sehr zum Verdruss der französischen Saar-Lobby. Namentlich Grandval warnte Schuman davor, dem Druck Adenauers nachzugeben. In einer gemeinsamen Unterredung sicherte ihm der Minister daraufhin am 19. 3. zu, den EGKS-Vertrag im Namen der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion für Frankreich und das Saarland mit einer Unterschrift zu signieren¹⁸¹. Dies aber reichte wiederum der saarländischen Regierung nicht, die für sich eine gesonderte Unterzeichnung durch Frankreich und die Ratifizierung des Montanvertrags durch das Saarbrücker Parlament verlangte¹⁸². Zu allem Überflus verschärfte Adenauer noch die Gangart, da die SPD-Fraktion von ihm am 4. 4. Auskunft darüber verlangte, wie er bei den verschiedenen internationalen Verhandlungen eine Regelung der Saarfrage im Sinne der deutschen Rechte herbeizuführen gedächte¹⁸³. Gestützt von ähnlichen Forderungen des Auswärtigen Ausschusses¹⁸⁴, beanspruchte Hallstein daraufhin wenige Tage später von Monnet eine Ergänzung des Montanabkommens durch eine Erklärung oder ein Protokoll, in dem betont werde, daß der Schuman-Plan den Status der Saar nicht tangiere. Um dem Gesuch Nachdruck zu verleihen, drohte der Staatssekretär mit einem Junktim zwischen der Ratifikation des Vertrages und der Behandlung der Saarfrage¹⁸⁵ – für Grandval Anlaß genug, um noch einmal am 10. 4. davor zu warnen, die Saar zum Objekt eines „tête-à-tête franco-allemand“ zu machen¹⁸⁶.

Von allen Seiten bedrängt, wartete Schuman bis zur Pariser Konferenz Mitte April, um das Problem direkt mit Adenauer anzugehen. Zwischen beiden bestand Einvernehmen darüber, die saarländische Montanindustrie aus wirtschaftlichen Gründen in die EGKS einzubeziehen. Der Kanzler akzeptierte außerdem die Aufnahme von zwei saarländischen Vertretern in die französische Delegation der Beratenden Versammlung, lehnte aber eine zweifache Unterzeichnung des Vertrags durch Schuman ab, weil die Saar dann als eine politische, durch Frankreich international vertretene Einheit anerkannt worden wäre. Nicht einmal den von Schuman vorgeschlagenen Vertragsspassus, „le traité est applicable à tous les terri-

¹⁷⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 376, Bl. 164, François-Poncet an MAE, Tel. 1999/2004, 2. 4. 1951.

¹⁸⁰ Kabinettsitzung, 13. 3. 1951, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 231.

¹⁸¹ Vgl. AN 457 AP 31, Papiers Bidault, Grandval an Schuman, 18. 4. 1951.

¹⁸² Vgl. Heinen, Saarjahre, S. 367.

¹⁸³ S. Antrag der SPD-Fraktion, 4. 4. 1951, in: BT, Sten. Ber., Anlagen, Bd. 11, Drucksache Nr. 2114.

¹⁸⁴ S. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages vom 28. 3. 1951, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 322–325.

¹⁸⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 517, Bl. 103–107, Vermerk, 28. 3. 1951; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 113, Bl. 9–11, François-Poncet an MAE, Tel. 2153/57, 6. 4. 1951, Réservé, Urgent.

¹⁸⁶ Grandval an Schuman, Tel. 153, 10. 4. 1951, zitiert nach: AN, 457 AP 31, Papiers Bidault, ders. an Schuman, 18. 4. 1951; zu den bis zur Unterzeichnung des EGKS-Vertrages dauernden Bemühungen des Hohen Kommissars, die volle Mitgliedschaft der Saar durchzusetzen, s.a. Aufzeichnung Grandval, in: Schneider, Gilbert Grandval, S. 228 f., Anm. 130; Steinert, Europäisierung, S. 70.

toires européens dont un pays signataire assume les relations extérieures“, mochte er hinnehmen¹⁸⁷. Er bestand auf der namentlichen Nennung der Saar und einen Briefwechsel zum Abkommen, der den Friedensvertragsvorbehalt jedweder Lösung der Saarfrage bekräftigte¹⁸⁸. Obwohl der Conseil des Ministres ihn nach kontroverser Debatte dazu vergatterte, auf Adenauer Druck auszuüben, und auch Hoffmann persönlich bei ihm vorstellig wurde¹⁸⁹, akzeptierte Schuman dieses *Procedere*, nicht aber die textliche Variante¹⁹⁰. In zwei am 18. 4. ausgetauschten Dokumenten betonten beide Politiker ihre Übereinstimmung, daß die endgültige Regelung der Saarfrage nur durch einen Friedens- oder gleichartigen Vertrag erfolgen könne und die Unterzeichnung des EGKS-Abkommens durch die Bundesregierung keine Anerkennung des gegenwärtigen Status impliziere¹⁹¹.

Adenauer erfüllte dieser Briefwechsel mit großer Genugtuung, war dem deutschen Rechtsstandpunkt doch erstmals in einem internationalen Vertrag Geltung verschafft, die Stellung der französischen Regierung an der Saar aber seiner Meinung nach „ganz ordentlich“ geschwächt worden¹⁹². Bonn hatte dem Bestreben nach internationaler Anerkennung des Saarstatuts einen „Riegel vorgeschoben“. Paris erkannte an, das Problem nicht ohne vertragliche Einbeziehung der Bonner Regierung lösen zu können. Saarbrücken hatte hinzunehmen, daß das Statut im Bundeskanzleramt wie im Quai d'Orsay nur als provisorisch galt und der Saarbevölkerung das Recht zugebilligt wurde, „sich über die Endlösung frei auszusprechen“¹⁹³.

Dem Triumph am Rhein stand an der Saar¹⁹⁴ und an der Seine Bestürzung gegenüber. Die französische Presse warf Schuman Kompromittierung der französischen Saarpolitik vor¹⁹⁵. Im Conseil de la République attackierte der gaullistische Senator Michel Debré den Außenminister, er habe dem Kanzler in die Hände gespielt¹⁹⁶. Grandval war ob der „modification profonde“ der Position Schumans so entsetzt, daß er umgehend seinen Rücktritt einreichte¹⁹⁷. Am Rhein löste er damit ungewollt neuerliche Jubelstürme aus, galt er dort doch als „Initiator und Verfechter der bisherigen Saarpolitik“, der „verschwinden“ müsse, damit die Ent-

¹⁸⁷ Conseil des Ministres, 17. 4. 1951, in: Auriol, Journal, Bd. 5, S. 174.

¹⁸⁸ S. Adenauer an Schuman, 14. 4. 1951, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 44 f.

¹⁸⁹ Vgl. Hoffmann, Ziel, S. 206 f.

¹⁹⁰ S. Conseil des Ministres, 17. 4. 1951, in: Auriol, Journal, Bd. 5, S. 173 f. Die definitive Saar-Formel lautete schließlich: „Dieser Vertrag [...] findet ebenso auf die europäischen Gebiete Anwendung, deren auswärtige Angelegenheiten ein Unterzeichnerstaat übernimmt; bezüglich der Saar ist ein Briefwechsel zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik diesem Vertrag beigelegt“ (Art. 79 des EGKS-Vertrags, 18. 4. 1951, in: BGBl 1952, Teil II, S. 472); s.a. PA, BStS, Bd. 362, Ansprache Adenauers auf der Pressekonferenz, 20. 4. 1951, NfD; Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 69, Tee-Empfang, 20. 4. 1951.

¹⁹¹ S. ders. an Schuman, 18. 4. 1951, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 47; Schuman an Adenauer, 18. 4. 1951, in: BDFD I, S. 250.

¹⁹² Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 70, Tee-Empfang, 20. 4. 1951; s.a. ebd., S. 94, Tee-Empfang, 1. 6. 1951; Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 433.

¹⁹³ PA, Abt. 2, Bd. 517, Bl. 231–235, Blankenhorn an Paris, 214–00 II/4801/51, 30. 4. 1951.

¹⁹⁴ S. Hoffmann, Ziel, S. 208; Heinen, Saarjahre, S. 368.

¹⁹⁵ Vgl. Freymond, Saar, S. 113 f.

¹⁹⁶ S. Rede Debrés im Conseil de la République, 25. 4. 1951, in: JO, CdR, Déb. Parl. 1951, Bd. 2, S. 1288 f.

¹⁹⁷ S. AN, 457 AP 31, Papiers Bidault, Grandval an Schuman, 18. 4. 1951; Schneider, Gilbert Grandval, S. 228 f.

wicklung im Saargebiet sich „mit verstärktem Tempo“ im deutschen Sinne entwickeln könne¹⁹⁸. Bérard warnte denn auch sofort vor einer Annahme des Gesuchs, die von der Bundesregierung umgehend als eigener Erfolg dargestellt und im Kampf gegen die Opposition benutzt würde¹⁹⁹. Auch Hoffmann wies auf die negativen Folgen einer Demissionierung Grandvals hin²⁰⁰, dem nun auch der Rat der Republik Rückendeckung gab²⁰¹. Schuman wollte dem Antrag dennoch zustimmen, konnte sich aber gegen die zahlreichen Fürsprecher Grandvals am 25. 4. im Conseil des Ministres nicht durchsetzen. Nicht zuletzt Auriol wollte den Hohen Kommissar wegen seiner „excellente politique en Sarre“ nicht fallenlassen. Zugleich stellte er sich aber auf die Seite des Außenministers und unterstützte dessen Einigung mit dem Bundeskanzler²⁰².

Verbot der DPS

Im Prinzip regelte das Übereinkommen der beiden Regierungen nicht viel. Die Saarfrage blieb auch in den kommenden fünf Jahren für Deutsche und Franzosen „la grande pomme de discorde“²⁰³. Schon vier Wochen später verursachte sie eine neue schwere Belastung im bilateralen Verhältnis. Am 21. 5. erließ der saarländische Innenminister Hector eine Verfügung, mit der er die oppositionelle „Demokratische Partei des Saarlandes“ (DPS) mit sofortiger Wirkung verbot²⁰⁴. Hoffmann wollte also jene Kräfte ausschalten, die die „europäischen Notwendigkeiten“, wie er sie sah, nicht respektierten²⁰⁵. Um den Schritt zu legitimieren, bat er Schuman um einen Klagebrief gegen die Agitation der Partei. Am 9. 5. stellte der Außenminister ihm den erwünschten Blankoscheck für die Ergreifung notwendiger Maßnahmen gegen die DPS aus²⁰⁶. Ohne Kenntnis von diesem abgekarteten Spiel richtete Adenauer seine Kritik an dem Erlaß ganz an die Adresse Hoffmanns und ermunterte die Saarbevölkerung zu einer „Protestkampagne“ gegen dessen „Gewaltregime“²⁰⁷. Er könne ihr nur dadurch beistehen, daß er „die allgemeine Atmosphäre klarmachte und entgiftete“, ergänzte der Kanzler gegenüber Journalisten. Helfen müsse sie sich selbst, und zwar bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr²⁰⁸.

¹⁹⁸ PA, Abt. 2, Bd. 477, Bl. 53 f., Strohm an Hallstein, Aufzeichnung e.o. 214–02 II/4815/51, 30. 4. 1951; s.a. ebd., Bd. 517, Bl. 231–235, Blankenhorn an Paris, 214–00 II/4801/51, 30. 4. 1951.

¹⁹⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 376, Bl. 258–261, Bérard an MAE, Tel. 2442/50, 21. 4. 1951, Réservé, Priorité.

²⁰⁰ S. AN, 457 AP 31, Papiers Bidault, Hoffmann an Schuman, 21. 4. 1951.

²⁰¹ Vgl. Lenz, Tagebuch, S. 73, Tb. 20. 4. 1951.

²⁰² Conseil des Ministres, 25. 4. 1951, in: Auriol, Journal, Bd. 5, S. 183; s.a. Auriol an Schuman, 15. 3. 1951, in: ebd., S. 146–148.

²⁰³ Poidevin, Rôle, S. 110.

²⁰⁴ S. Verfügung Hectors, 21. 5. 1951 in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 290 f.; zu Hector vgl. ausführlich Andres, Edgar Hector; zur DPS vgl. Hahn, DPS; zu ihrem Verbot vgl. Schneider, Wunder, S. 294–308.

²⁰⁵ Hoffmann, Ziel, S. 273.

²⁰⁶ S. Schuman an Hoffmann, 9. 5. 1951, im Faksimile in: Schneider, Wunder, S. 112–114, in deutscher Übersetzung ebd., S. 302 f.; Hahn, DPS, S. 209.

²⁰⁷ PA, Abt. 2, Bd. 486, Bl. 213, AFP-Meldung über eine Presseerklärung Adenauers, 21. 5. 1951; s.a. AdG 1951, S. 2947 H.

²⁰⁸ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 78, Tee-Empfang, 20. 4. 1951.

Der Widerspruch aus Paris ließ nicht lange auf sich warten. Politik und Öffentlichkeit reagierten gleichermaßen heftig gegen die angeblich „unbegründet[en] und unangebracht[en]“ Bonner Erklärungen²⁰⁹. Nur François-Poncet schienen sie verständlich, betrachtete er das Verbot doch insgeheim als „groben Fehler“, da man Parteiversammlungen, nicht aber eine Partei verbieten könne²¹⁰. Der weitere Gang der Dinge machte es dem Hohen Kommissar aber unmöglich, die Bundesregierung in Schutz zu nehmen. Als die ersten Nachrichten über die vermeintliche französische Urheberchaft des DPS-Verbots in Bonn eintrafen, wollte Adenauer seine erste Verärgerung über den Brief Schumans an Hoffmann mit Alkohol betäuben²¹¹. Äußerst scharf ging er gegenüber François-Poncet mit dem Außenminister ins Gericht, zieh ihn des Wortbruchs und mahnte gemeinsame Bemühungen zur Vermeidung jeglicher Zuspitzung an. Drohend malte er das Schreckensgemälde an die Wand, daß die SPD „aus der Saarfrage ein Werkzeug zum Sturz der Regierung“ mache. Der Hohe Kommissar hielt dagegen und kritisierte den von der DPS aufgrund ihrer Beziehungen zur Bundesregierung erzeugten „revolutionären Ton“. Als der Kanzler die Partei in Schutz nahm, schwenkte er um und begründete das Schreiben seines Ministers mit der inneren Lage in Frankreich vor den Wahlen zur Nationalversammlung. Schuman lehne die offizielle französische Saarpolitik zwar innerlich ab und setze auf eine „befriedigende Lösung“, die innenpolitische Situation zwingt aber zur Geduld. Dringend riet François-Poncet dazu, die „anti-deutschen Kräfte in Paris nicht [zu] unterschätzen“. Ein solcher Vorwurf konnte Adenauer kaum treffen. Er wußte um die Gefährdungen des Pendant, glaubte sich aber aufgrund der eigenen Probleme nicht dazu in der Lage, Nachsicht zu üben. Im Gegenteil – als François-Poncet zur Erklärung der französischen Besorgnisse abschließend auf den wachsenden deutschen Nationalismus verwies, antwortete Adenauer ungerührt: Frankreich müsse „um so sorgfältiger auf die Bundesregierung und den Bundeskanzler Rücksicht nehmen“²¹².

Die offene Darstellung des Hohen Kommissars machte im Palais Schaumburg wie im Auswärtigen Amt aber durchaus Eindruck. Schuman betrachtete die Saarpolitik seines Vorgängers offenbar als „lästiges Erbe“ und strebte womöglich als Kompromiß zwischen den französischen Annexionsforderungen des Jahres 1945 und dem deutschen Verlangen auf Rückgabe einen „autonomen Saarstaat“ an²¹³. Während die Presse die Propagierung der Unabhängigkeit der Saar durch Frankreich prompt mit der Unabhängigkeit des Freistaats Danzig gleichsetzte²¹⁴, übernahm der Kanzler wenige Tage später in vertraulicher Runde die Darstellung seines französischen Gesprächspartners beinahe wörtlich und meinte, der Brief des Außenministers an Hoffmann sei Produkt der gegen ihn gerichteten starken Hetze. „Gott helfe, daß Schuman wieder Außenminister wird.“ Nur mit ihm

²⁰⁹ PA, B 17, Bd. 1, Bl. 4, von Kessel an AA, 214–00 /Nr. 1868, 23. 5. 1951.

²¹⁰ Ebd., Abt. 2, Bd. 543, Bl. 80, Strohm an Hallstein, Vermerk 214–00 II 1710/52, 7. 2. 1952. Der Vermerk referiert Äußerungen François-Poncets gegenüber den ihm befreundeten Botschafter a.D. von Stumm.

²¹¹ S. Lenz, Tagebuch, S. 85, Tb. 23. 5. 1951.

²¹² PA, Abt. 2, Bd. 543, Bl. 13–18, Unterredung zwischen Adenauer und François-Poncet vom 28. 5. 1951.

²¹³ Ebd., Abt. 3, AZ 214–02, „Versuch einer Analyse der französischen Saarpolitik“, o.D., NfD.

²¹⁴ S. „Industriekurier“, 26. 5. 1951, im Auszug auch in: BDFD III, S. 233–235.

glaubte er wohl, eine beide Seiten befriedigende Lösung verwirklichen zu können. Seine Hoffnung setzte Adenauer auf die Einbeziehung der Saar in die Montanunion, durch die die französischen „Sicherheitsängste“ abgebaut würden und das Interesse an der Schaffung eines zweiten Luxemburg schwände²¹⁵. Um Vermittlung bemühte Kommentare in der französischen Presse mögen ihn darin bestärkt haben. So reklamierte die Zeitung „Ce Matin/Le Pays“ am 1. 6. das Recht auf eine Sicherheitsgarantie, wie sie die Kontrolle der saarländischen Industrie darstelle, erinnerte beide Regierungen aber zugleich daran, daß Frankreich und Deutschland sich angesichts der äußeren Bedrohungen eine derartige „querelle fracassante“ nicht leisten könnten²¹⁶.

Dem konnten Adenauer und Schuman voll und ganz zustimmen. Da das Kanzleramt nach dem Eintreffen der Meldungen über die französische Verwicklung in das DPS-Verbot seine bisherige Strategie, den „Kampf gegen die Unterdrückung vorwiegend dem Saarvolk“ zuzuweisen, für obsolet hielt²¹⁷, zog es zur Stärkung seiner Bataillone nun die Westmächte mit in die Affäre. Am 29. 5. schickte Adenauer ihnen über die Hohe Kommission eine Protestnote und forderte sie nach scharfer Kritik an den antidemokratischen Verhältnissen an der Saar zu geeigneten Schritten zwecks Aufhebung der eingeschränkten Meinungsfreiheit auf²¹⁸. Sein Versuch, die SPD zu einer gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages zu bewegen, um diese Note zu billigen, schlug indes fehl. Schumacher dachte nicht daran, sich am Versagen einer seiner Meinung nach falschen Regierungspolitik mitschuldig zu machen²¹⁹.

Im Grunde konnte der Bundesregierung auch gar nicht daran gelegen sein, der Note mehr Publizität zu verleihen. Natürlich wollte sie verhindern, daß die Angelsachsen der französischen Forderung nach Anerkennung der Autonomie nachgaben. An einer Schwächung Schumans war Adenauer aber nicht interessiert. Und so lautete sein gebetsmühlenartig vorgetragenes Credo, die definitive Lösung könne nur im Friedensvertrag oder einem „gleichartigen Vertrag“²²⁰ erfolgen. Bis dahin, dessen zeigte er sich überzeugt, würde die Zeit für Deutschland arbeiten, da die wirtschaftliche Stärke mehr und mehr in Erscheinung träte und die Verbundenheit der Saarländer zur Bundesrepublik festigte²²¹. Energisch verwahrte er sich in diesen Tagen im Kabinett gegen den Antrag von neunzehn Mitgliedern der Koalitionsfraktionen, in Paris gegen eine scharfe Rede Grandvals vorstellig zu werden²²². Daß er sich selbst bei McCloy bitter über das Verhältnis zu Frankreich beschwert und inständig darum gebeten hatte, die französische Regierung auf die Notwendigkeit eines gutnachbarlichen Verhältnisses hinzuweisen, offenbarte er

²¹⁵ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 91, Tee-Empfang, 1. 6. 1951.

²¹⁶ „Ce Matin/Le Pays“, 1. 6. 1951, auch in: BDFD III, S. 238 f., hier S. 239.

²¹⁷ PA, Abt. 2, Bd. 486, Bl. 192–194, Thierfelder an Dittmann, 213–00 II/5790/51, 22. 5. 1951; s.a. ebd., Bl. 262–281, Stellungnahme Strohms, 11. 7. 1951; ebd., Bd. 543, Bl. 26–37, Aufzeichnung 214–32 II 6805/51, 10. 7. 1951.

²¹⁸ S. ebd., Bd. 468, Bl. 69 f., Adenauer an McCloy, 29. 5. 1951, (PIB-Mitteilung 682/51), im Auszug in: AdG 1951, S. 2959D.

²¹⁹ S. Kabinettsitzung vom 30. 5. 1951, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 401 f.; AdG 1951, S. 2960.

²²⁰ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 95, Tee-Empfang, 1. 6. 1951.

²²¹ S. ebd., S. 116, Tee-Empfang, 13. 7. 1951.

²²² S. Kabinettsitzung, 8. 6. 1951, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 429.

den Ministern natürlich nicht²²³. Gewiß wollte er sich schon aus Prinzip die Prärogative nicht aus der Hand nehmen lassen. Doch es ging ihm eben auch darum, die Hitzköpfe in der Fraktion zu kalmieren, um nicht in „eine peinliche Situation“ hineinmanövriert zu werden²²⁴. Die Drohung einiger Koalitionsabgeordneter mit der Verweigerung der Ratifikation des Montanvertrages zwang den Kanzler indes zur Vorsicht. Bitter beschwerte er sich bei François-Poncet über die Querschüsse Grandvals und forderte eine Änderung der französischen Politik. Freilich waren Schuman wenige Wochen vor den Parlamentswahlen dazu die Hände gebunden²²⁵, und die Haltung der Angelsachsen bot für ihn keinen Anlaß, dem deutschen Drängen nachzugeben.

Dieser Eindruck ergab sich zumindest aus der nach langer und kontroverser Diskussion abgesandten Antwortnote der Hohen Kommissare an den Kanzler zum DPS-Verbot. Ein erster französischer Entwurf²²⁶ war von den USA und Großbritannien als „slap in face“ für die Bundesrepublik verworfen worden²²⁷. Namentlich die Amerikanische Hohe Kommission in Bonn, aber auch das State Department selbst waren davon überzeugt, Adenauers staatsmännisches Verhalten in der Saarfrage nicht unterminieren zu dürfen²²⁸. Ihren Gegenentwurf²²⁹ wies der Quai d'Orsay seinerseits als zu weich zurück. Schließlich nahm sich Schuman der Sache nach den für ihn glimpflich verlaufenen Parlamentswahlen persönlich an und arbeitete mit englischen und amerikanischen Diplomaten einen Kompromiß aus²³⁰, der Adenauer am 3. 8. zugestellt wurde. Paris hatte sich zwar dem Druck der Partner beugen und dem Wunsch Washingtons zustimmen müssen, die Saarfrage aus dem Spannungsfeld der deutsch-französischen Beziehungen „herauszulösen“²³¹. Das Ergebnis bot der Bonner Regierung aber keinen Anlaß zum Jubel. In ihrer Antwortnote beschränkten sich die Hohen Kommissare nämlich im wesentlichen darauf, den Status der Saar noch einmal zu beschreiben. Auf Adenauers Vorwürfe gegen das DPS-Verbot gingen sie nicht direkt ein. Sehr wohl aber gaben sie ihm zu verstehen, daß die Saar außerhalb seines Verantwortungsbereiches läge²³².

François-Poncet frohlockte über die erneut bestätigte saarpolitische „entente“ mit den Verbündeten und die erfolgreiche Abwehr des Versuchs der Bundesrepublik, ihnen eine Regelung aufzunötigen, die dem Friedensvertrag vorbehalten bleiben mußte²³³. Auf die deutsche Öffentlichkeit wirkte die alliierte Note wie

²²³ S. Adenauer an McCloy, 7. 6. 1951, Persönlich, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 65.

²²⁴ Ders. an von Brentano, 9. 6. 1951, in: ebd., S. 70.

²²⁵ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 373, Tb. 11. 6. 1951.

²²⁶ Vgl. Kerkhoff, Großbritannien, S. 136.

²²⁷ Bruce an Acheson, Tel. 7654, 9. 6. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1973–1975, hier S. 1974; s.a. Kerkhoff, Großbritannien, S. 137.

²²⁸ S. Hays an Acheson, Tel. 10062, 12. 6. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1975–1977; Acheson an Bonn, Tel. 8662, 19. 6. 1951, Secret, in: ebd., S. 1977f.; Kerkhoff, Großbritannien, S. 137.

²²⁹ S. Acheson an Bonn, Tel. 8730, 21. 6. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1978f.

²³⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 486, Bl. 282, Vermerk zu 214–03 II 6805/51, 11. 7. 1951; FRUS 1951, Bd. 3, S. 1979; Kerkhoff, Großbritannien, S. 138f.

²³¹ PA, Abt. 2, Bd. 486, Bl. 78–80, Strohm an Paris etc., zu 214–00–12 II/9104/51, 9. 8. 1951.

²³² S. ebd., Bl. 67, McCloy an Adenauer, 3. 8. 1951 (PIB-Mitteilung 680/51), im Auszug in: AdG 1951, S. 3055j.

²³³ François-Poncet an Schuman, Nr. 1834/CM, 31. 8. 1951, in: François-Poncet, Rapports mensuels,

eine „kalte Dusche“²³⁴. Schumacher bot sie neue Gelegenheit, seiner „hargne anti-française“ freien Lauf zu lassen²³⁵. Nur Adenauer reagierte gelassener. Zwar galt das Dokument auch im Bundeskanzleramt als „katastrophal“²³⁶. Es bestätigte aber eben noch einmal die schwache Position gegenüber den Westmächten und riet ihm zur Maßhaltung²³⁷. In der Öffentlichkeit verzeichnete er es gar als Erfolg, daß die Angelsachsen seine Vorwürfe nicht nur nicht zurückgewiesen, sondern betont hatten, sie unterstützten die „Entwicklung demokratischer Einrichtungen und die Wahrung der individuellen Freiheiten“²³⁸.

Europäisierung der Saar?

Einen gewissen Lichtblick boten in dieser trüben Situation allenfalls die Weiterungen eines publizistischen Vorstoßes des „Rheinischen Merkur“. Unter dem Motto „Die Saar – für oder gegen Europa?“ hatte Paul Wilhelm Wenger am 8. 6. als „wahrhaft *europäische Zwischenlösung*“ den Vorschlag einer Europäisierung der Saar entwickelt²³⁹. Entgegen den Behauptungen der Gegner eines solchen Konzepts war der Autor nicht vom Palais Schaumburg inspiriert worden²⁴⁰, hatte den Plan vielmehr im „Alleingang ohne vorherige Absprache“ mit dem Kanzler entworfen²⁴¹. Allerdings gab es durchaus auch andernorts derartige Vorstellungen. Schon im Januar 1950 hatte Erhard Adenauer Überlegungen vorgetragen, wie die Saar in eine europäische Wirtschaftseinheit eingegliedert werden könne²⁴². In seiner Denkschrift vom Mai sprach der Kanzler vage von einer gesamteuropäischen Lösung des Problems. Auch in der Presse tauchte damals der Gedanke einer Europäisierung des Saargebietes auf²⁴³. Die DPS artikulierte seit Juli mehrfach konkrete Vorschläge mit dem Ziel der Öffnung des saarländisch-französischen Marktes und der befristeten Übertragung der Saar in die Obhut eines Kontrollorgans des Europarates²⁴⁴. Staatssekretär Lenz aus dem Bundeskanzleramt spielte im Mai 1951 mit dem Gedanken, den Plan zur Schaffung eines europäischen Territoriums Saar in der Presse zu lancieren²⁴⁵, ja durch Adenauer zum Regierungsprogramm erheben zu lassen²⁴⁶. Der Kanzler aber wollte davon nichts wissen und verbeugte

Bd. 1, S. 528–547, hier S. 538. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 126, Bl. 34.

²³⁴ Freymond, Saar, S. 119.

²³⁵ François-Poncet an Schuman, Nr. 1834/CM, 31. 8. 1951, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 539.

²³⁶ Lenz, Tagebuch, S. 117, Tb. 3. 8. 1951.

²³⁷ S. ebd., S. 119, Tb. 6. 8. 1951.

²³⁸ PA, Abt. 2, Bd. 486, Bl. 67, McCloy an Adenauer, 3. 8. 1951 (PIB-Mitteilung 680/51); vgl. ebd., Bl. 68, PIB-Mitteilung 681/51, 4. 8. 1951; ebd., Bl. 71, Presserklärung Adenauers gegenüber dpa, 4. 8. 1951 (PIB-Mitteilung 683/51); AdG 1951, S. 3056.

²³⁹ Artikel Wengers, in: „Rheinischer Merkur“, 8. 6. 1951.

²⁴⁰ Eine solche Inspiration vermutet Schneider, Wunder, S. 203; s.a. Freymond, Saar, S. 118; Repgen, Saar-Frage, S. 95.

²⁴¹ Wenger, Schuman und Adenauer, S. 412.

²⁴² Vgl. Schumacher, Konrad Adenauer, S. 158.

²⁴³ Vgl. Fischer, Saar, S. 119.

²⁴⁴ Vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 273–280.

²⁴⁵ S. Lenz, Tagebuch, S. 82–84, Tb. 19. 5. 1951.

²⁴⁶ S. ebd., S. 88 f., Tb. 30. 5. 1951.

sich in seiner Regierungserklärung vom 30. 5. statt dessen vor der SPD: „Die Saar ist deutsch“²⁴⁷.

Wenger ließ sich nun von der Überzeugung leiten, man müsse die diametral entgegengesetzten Thesen Grandvals und Schumachers, an der Saar sei überhaupt nichts mehr bzw. alles sofort zu ändern, im Geiste des Schuman-Plans verbinden. Als Lösung schwebte ihm die von der Saarbevölkerung in freier Abstimmung zu billigende Einrichtung eines „*europäischen Verwaltungsgebiet[s]*“ Saar unter dem Dach des Palais de l'Europe in Straßburg vor. Bis zur Entstehung eines europäischen Bundesstaates sollte der Europarat als Regent der mit Selbstverwaltungsrechten ausgestatteten Saar fungieren. Die französischen Wirtschaftsinteressen wünschte Wenger bei fortschreitender europäischer Wirtschaftsintegration abzubauen²⁴⁸.

Kurz darauf schaltete sich auch de Gaulle in die Saardiskussion ein und erklärte der erstaunten Öffentlichkeit, er halte ein deutsch-französisches Saar-Abkommen für möglich, sofern die Bundesrepublik die wirtschaftliche Verbundenheit des Saargebiets mit Frankreich anerkenne²⁴⁹. Angesichts der erstrangigen Bedeutung der Saar als Handelspartner Frankreichs im Montan- und Agrarsektor war diese Bedingung nur zu verständlich²⁵⁰. Das Auswärtige Amt nahm die Erklärung des Generals, der man nicht unerheblichen Einfluß auf die französische Politik zubilligte, mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis. Zum ersten Mal deutete damit ein namhafter französischer Politiker die Möglichkeit direkter Verhandlungen zwischen Bonn und Paris über die Saar an²⁵¹.

Wenige Tage nach der ernüchternden Note der Alliierten Hohen Kommission zum DPS-Verbot nahm sich das Auswärtige Amt der Idee Wengers an. Während die Saarregierung dessen Plan scharf ablehnte, sah man in der Koblenzer Straße in ihm Ansätze, die „auf einer höheren Ebene“ aufgegriffen zu werden lohnten²⁵². Unter Rückgriff auf Überlegungen, die er im September 1949 im Deutschen Büro für Friedensfragen angestellt hatte²⁵³, entwickelte der Saarreferent Gustav Stroh gemeinsam mit dem Rechtsberater Erich Kaufmann und dem Ministerialrat im Bundesministerium der Justiz Carl Friedrich Ophüls das von Staatssekretär Hallstein genehmigte Konzept eines europäischen Saarterritoriums. Unter Hinweis auf die von der Saarfrage provozierten massiven Störungen des europäischen Integrationsprozesses erklärten sie sich unter Aufgabe des Friedensvertragsvorbehaltes zu einer „sofortigen und endgültigen Lösung der Saarfrage“ bereit, die der Zustimmung der Saarbevölkerung unterworfen werden sollte. In Äquidistanz zu den deutsch-nationalen Rückkehrforderungen wie zu der von ihnen als „antiquiert“ und „uneuropäisch“ verworfenen Schaffung eines souveränen Kleinstaats empfahlen sie die Umbildung der Saar in ein europäisches Territorium unter der

²⁴⁷ Regierungserklärung Adenauers, 30. 5. 1951, in: BT, Sten. Ber., Bd. 7, S. 5664–5672, hier S. 5669.

²⁴⁸ Artikel Wengers, in: „Rheinischer Merkur“, 8. 6. 1951; s.a. ders., Schuman und Adenauer, S. 410–412; PA, Abt. 2, Bd. 522, Bl. 195–197, Aufzeichnung an Hallstein, 214–20 II/8560/51, 10. 8. 1951.

²⁴⁹ S. Presseerklärung de Gaulles, 22. 6. 1951, in: de Gaulle, Discours, Bd. 2, S. 450.

²⁵⁰ Zu den französisch-saarländischen Wirtschaftsbeziehungen s. Lefèvre, Saarland.

²⁵¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 467, Bl. 84, Thierfelder an Blankenhorn, Aufzeichnung 214–00–11 II/7235/51, 23. 6. 1951.

²⁵² Ebd., Bd. 522, Bl. 195–197, Aufzeichnung an Hallstein, 214–20 II/8560/51, 10. 8. 1951.

²⁵³ Vgl. Schumacher, Konrad Adenauer, S. 158.

Ägide der Montanunion. Die oberste Gewalt reservierten sie den Regierungen der EGKS, die eine Kommission mit gewissen eigenen Befugnissen und Kontrollrechten über Regierung und Verwaltung der Saar bestellen sollten²⁵⁴.

Natürlich resultierten die Zugeständnisse der Beamten nicht aus Altruismus, sondern aus der Analyse der deutschen Interessen. Der Montanvertrag war unterzeichnet, eine erste Phase der Erörterungen über den Pleven-Plan und die Ablösung des Besatzungsstatuts abgeschlossen. Sollte es der Bundesregierung durch das Angebot einer vorgezogenen europäischen Saarregelung gelingen, ein Mitspracherecht in der Saarfrage zu erreichen, bedeutete das einen wichtigen Erfolg. Ein Durchbruch schien durchaus möglich, da sich auch in der französischen Diplomatie ein Umdenken andeutete. Während de Beaumarchais aus dem Saarreferat des Quai d'Orsay sich entschieden für die Beibehaltung des derzeitigen Autonomiestatus der Saar aussprach²⁵⁵, bezeichnete Bérard den Artikel Wengers gegenüber Blankenhorn Mitte August als wegweisend und ermutigte ihn, dessen Formel weiterzuverfolgen. Allerdings machte er eine wesentliche Einschränkung: Frankreich könne nicht auf die ihm aus dem wirtschaftlichen Anschluß der Saar erwachsenden Rechte verzichten²⁵⁶. Genau diesen Punkt stellte die Bundesregierung aber in gewisser Weise in Frage, als sie am 16. 8. in einer ausführlichen Note die Rechtmäßigkeit der Enteignung saarländischer Eisen- und Stahlwerke in den Jahren 1949/50 „unter dem Vorwand eines Reparationsanspruches“ bezweifelte und das französische Kabinett um eine Nachprüfung bat²⁵⁷. Schuman konnte dieser Vorstoß kaum gefallen. Für ihn ging es darum, die Saarfrage vorderhand ruhen zu lassen²⁵⁸, um ohne öffentliche Störfeuer den Plan einer die ökonomischen Bindungen zu Frankreich bewahrenden europäischen Saarlösung zu prüfen²⁵⁹.

²⁵⁴ Memorandum des AA, 9. 8. 1951, in: BDFD I, S. 296–298, hier S. 298; s.a. PA, B 17, Bd. 128, Bl. 8, Strohm an Blankenhorn, 9. 8. 1951.

²⁵⁵ Vgl. Steinert, *Europäisierung*, S. 71.

²⁵⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 1299, Aufzeichnung Blankenhorn, 14. 8. 1951, Geheim; Schumacher, Konrad Adenauer, S. 52.

²⁵⁷ PA, Abt. 2, Bd. 1317, Bl. 86–92, Hallstein an François-Poncet, 214–13 II 8155/51 Ang. I, 16. 8. 1951.

²⁵⁸ Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 7a, Bl. 150 f., Schuman an Adenauer, 29. 8. 1951 (Übersetzung).

²⁵⁹ S. Bruce an Acheson, Tel. 2482, 27. 10. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1983 f.; Steinert, *Europäisierung*, S. 71. Schumachers These, Schuman habe der Idee der Europäisierung nicht zugestimmt, kann in dieser Eindeutigkeit nicht aufrechterhalten bleiben (Schumacher, Konrad Adenauer, S. 52).

III.3.2 Bilaterale Bemühungen um eine Verständigung 1951/52

„Die Saarfrage möglichst bald auf hoher Ebene insgesamt neu regeln“

Die im Kanzleramt und im Quai d'Orsay erhoffte Entkrampfung trat nicht ein. Pressemeldungen, Frankreich wolle seine Beziehungen zur Saar mit der Ernennung Grandvals zum Botschafter völkerrechtlich auf eine neue Ebene heben, boten im Sommer 1951 den Anlaß zu einer neuerlichen Belastung. Schon im Allgemeinen Abkommen vom 3. 3. 1950 hatten sich die Vertragspartner darauf verständigt, in Paris eine saarländische Vertretung mit diplomatischen Rechten und Immunitäten zu eröffnen¹. Ein Jahr später kündigte Schuman im Conseil de la République die baldige Akkreditierung des saarländischen Vertreters und die Absicht an, den Charakter des Hohen Kommissariats im Saarland entsprechend zu ändern². Obwohl Hoffmann Anfang März öffentlich das *Agrément* der französischen Regierung für den Fraktionsführer der CVP im Landtag, Erwin Müller, bekannt gab³, trat der Auserwählte sein Amt monatelang nicht an. Gewiß hing dies damit zusammen, daß die Umwandlung des französischen Hohen Kommissariats in eine diplomatische Vertretung eine sorgfältige, auch gesetzgeberische Vorbereitung verlangte, die angesichts der französischen Regierungskrisen im Frühjahr und Sommer 1951 kaum geleistet werden konnte. Nach Informationen deutscher Diplomaten gab es allerdings auch Anzeichen dafür, daß Washington den Austausch diplomatischer Vertreter zwischen Paris und Saarbrücken als Vorgriff auf den Friedensvertrag ablehnte⁴.

Die hinausgeschobene Umsetzung der Entscheidung spiegelt eine allgemein feststellbare „Paralyse“ in der französischen Saarpolitik wider⁵. Grandval bemühte sich nach Kräften, die sich allmählich vertiefende Vertrauenskrise zwischen Paris und Saarbrücken aufzuhalten und die Dinge zu forcieren. Vom Quai d'Orsay weitgehend im unklaren über die Ziele der Saarpolitik gelassen, wandte sich der Hohe Kommissar im September hilfesuchend an den Elysée. Auf keinen Fall, so erklärte er Auriol am 21. 9., dürfe es Schuman gelingen, die Saarfrage im „frigidaire“ liegen zu lassen, und der Präsident versprach, mit dem Minister zu reden⁶.

Schuman wollte davon aber nichts hören. Vor der Nationalversammlung erklärte er Anfang November, die Saarfrage sei für den Augenblick geregelt. Es habe keinen Sinn, sie alle sechs Wochen neu aufzuwerfen⁷. Ein vorsorglich formulierter Protest der Bundesregierung gegen die „weitere Präjudizierung“ des Friedensvertrages durch den Austausch diplomatischer Vertreter blieb daher vorerst in der

¹ S. Art. 11 der Allgemeinen Konvention, 3. 3. 1950, in: Gesetzgebung und Abkommen des Saarlandes, S. 243.

² S. Rede Schumans im Conseil de la République, 20. 2. 1951, in: JO, CdR, Déb. Parl. 1951, Bd. 1, S. 531; Heinen, Saarjahre, S. 367.

³ S. Pressekonferenz Hoffmanns, 7. 3. 1951, in: „Saarländische Volkszeitung“, 8. 3. 1951, S. 1.

⁴ S. PA, Abt. 2, Bd. 477, Bl. 98, Krekeler an AA, Tel. 26, 9. 8. 1951; ebd., Bl. 99–101, Hallstein an Krekeler, zu 214–02 II/9232/51, 16. 8. 1951.

⁵ Heinen, Saarjahre, S. 395.

⁶ Unterredung zwischen Auriol und Grandval vom 21. 9. 1951, in: Auriol, Journal, Bd. 5, S. 473–475, hier S. 474.

⁷ S. Erklärungen Schumans in der Assemblée Nationale, 8. 11. 1951, in: JO, Ass. Nat., Déb. Parl. 1951, Bd. 8, S. 7799 u. 7802.

Schublade. Bonn hielt es für sinnvoller, die weitere Entwicklung erst einmal abzuwarten⁸. Mit der Einbeziehung der Saar in die EGKS, so hoffte Adenauer, würden die Aussichten auf eine „angemessene“, d. h. die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik sowie die rein ökonomischen Frankreichs gleichermaßen befriedigende Lösung des Problems steigen⁹. Was aber als angemessen galt, darüber herrschte weder zwischen Bonn und Paris noch unter den dortigen Entscheidungsträgern Einvernehmen. Jakob Kaiser etwa intensivierte nun mit Blick auf die für Ende 1952 anstehenden Neuwahlen im Saargebiet seine Kampagne zur „inneren Durchdringung der Saarpolitik“, nahm Kontakte zu den oppositionellen Gewerkschaftsführern auf und unterstützte die Neugründung der Saar-CDU¹⁰. Auch aus der Sicht des Auswärtigen Amtes wirkten zahlreiche Maßnahmen des Quai d'Orsay der letzten fünf Jahre so, als ob die wiederholten Verlautbarungen über den nur provisorischen Zustand an der Saar lediglich die Absicht verhüllen sollten, dem Status doch „den Charakter des Endgültigen“ zu geben und den Friedensvertrag zu präjudizieren: die konstitutionelle Abseignung durch die Präambel der Saarverfassung; die Schaffung einer saarländischen Staatsangehörigkeit; die Angliederung von Teilen des Landes Rheinland-Pfalz an das Saargebiet; die Abtretung der reichseigenen Kohlegruben an eine französische Betriebsgesellschaft; die entschädigungslose Übereignung der deutschen Banken und Versicherungsbestände im Saargebiet; die Sequestermaßnahmen gegen die in deutschem Besitz befindlichen Hüttenwerke¹¹.

Wie zur Bestätigung dieses Verdachts ertönte am 25. 1. 1952 in Paris der seit Monaten erwartete Paukenschlag. Die französische Regierung gab ihre Absicht bekannt, ihrem Hohen Kommissar in Saarbrücken den persönlichen Titel eines Botschafters zu verleihen und seine Dienststelle in eine Diplomatische Mission umzuwandeln¹². Während die dem Hoffmann-Regime nahestehende „Saarbrücker Zeitung“ sofort frohlockte, dies sei der Anfang der Bildung eines neuen Staates¹³, versuchte die französische Diplomatie in Bonn umgehend, die Tragweite der offenbar vom Vizepräsidenten des Conseil des Ministres Bidault initiierten¹⁴ und auf amerikanische Intervention mehrfach verschobenen¹⁵ Entscheidung herunterzuspielen. Die Ernennung ziele lediglich darauf, Grandval für die Zukunft den notwendigen Rang zu verschaffen, und werde keine Wende in der französischen Saarpolitik einleiten. Der Zeitpunkt ergebe sich aus dem am 31. 1. einsetzenden neuen Haushaltsjahr. Auch die Saar eröffne demnächst in Paris eine diplomatische Mission¹⁶.

⁸ PA, Abt. 2, Bd. 477, Bl. 142 f., Adenauer an François-Poncet, e.o. 214-02 II 12453/51, Oktober 1951, Cessat; s.a. ebd., Bl. 170-176, Strohm an Hallstein, Aufzeichnung 214-02 II 13470/51, 7. 12. 1951.

⁹ Regierungserklärung Adenauers, 9. 1. 1952, in: BT, Sten. Ber., Bd. 10, S. 7598.

¹⁰ Heinen, Saarjahre, S. 307.

¹¹ PA, Abt. 2, Bd. 543, Bl. 63 f., Strohm an Blankenhorn, Aufzeichnung 214-32 II 2459/52, 29. 1. 1952.

¹² S. AdG 1952, S. 3315 G.

¹³ S. „Saarbrücker Zeitung“, 26. 1. 1952.

¹⁴ S. Lenz, Tagebuch, S. 240, Anm. 182, Notiz 29. 1. 1952.

¹⁵ Vgl. Kerkhoff, Großbritannien, S. 141.

¹⁶ S. PA, BStS, Bd. 116, AA an Kohn-Brandenburg, Vermerk über eine telef. Mitteilung, 26. 1. 1952.

Frankreichs Vorstoß provozierte in der Bundesrepublik wütende Reaktionen der Opposition und der Presse¹⁷. Adenauer durfte sich mit der ihm gebotenen Begründung nicht zufrieden geben. Er beauftragte Hallstein, der zu Verhandlungen über die EVG an der Seine weilte, umgehend im Quai d'Orsay um Aufklärung über die vorgeblich „überraschende Ernennung“ Grandvals nachzusuchen. Um seiner Verärgerung Nachdruck zu verleihen, drohte er, die für Anfang Februar geplante Bundestagsdebatte über den deutschen Verteidigungsbeitrag aufzuschieben¹⁸. Doch auch die Erklärung Schumans, die Maßnahme habe keine Funktionsänderung Grandvals zur Folge, wohl aber „fiskalische Bedeutung“¹⁹, reichte dem Kanzler nicht. Hallstein mußte nun „in aller Form“ in Paris gegen die Ernennung protestieren und „weitere Klarstellungen“ verlangen²⁰. Um den Druck zu erhöhen, ließ der Kanzler die Öffentlichkeit von seinem Schritt informieren und die Hohen Kommissare unterrichten²¹.

Obwohl er insgeheim eine Abberufung Grandvals wünschte²², empfahl François-Poncet seiner Regierung, die deutschen Vorwürfe nicht hinzunehmen. Er setzte darauf, sie mit alliierter Eintracht zurückzuweisen²³. Die Haltung der Westmächte schätzte er aber völlig falsch ein. Die britische Hohe Kommission gab deutschen Diplomaten gegenüber ihre Kritik an dem französischen Vorgehen klar zu erkennen, wenn auch in zurückhaltender Form²⁴. Der amerikanische Kollege wertete die Ernennung Grandvals ohne jegliche Hemmung als „politischen Fehler erster Ordnung“ und bot dem Kanzler volle Rückendeckung. An einer Zuspitzung war McCloy aber nicht interessiert, weil er um die Zukunft der europäischen Vertragswerke fürchtete. Deshalb plädierte er für eine rasche Lösung der Saarfrage und sagte die entschiedene Unterstützung der USA zu²⁵. Indem die Angelsachsen ihr Gewicht in bezug auf die Saarfrage nun stärker und nicht mehr nur ausschließlich auf französischer Seite in die Waagschale zu legen gedachten, wendete sich das Blatt für die Bundesrepublik grundlegend.

In Paris blieb der Stimmungswechsel nicht unbemerkt. Man bemühte sich nicht nur darum, in Bonn um Verständnis für die diplomatische Aufwertung der Mission in Saarbrücken zu werben, sondern signalisierte jetzt auch in vorsichtiger Form sein Interesse, daß das Problem „möglichst bald auf hoher Ebene insgesamt neu geregelt werden solle“²⁶. Im vollen Bewußtsein der neugewonnenen Stärke schlug die Bundesregierung das Gesprächsangebot zunächst aus, um noch einmal die Rechtmäßigkeit des Vorgehens in Abrede zu stellen und den Vorwurf zu erneuern, Frankreich wolle „dem Saargebiet bereits vor dem Friedensvertrag die internationale Anerkennung als selbständigem Staat“ verschaffen²⁷.

¹⁷ Vgl. Artikel Peschs, in: „Trierischer Volksfreund“, 2. 2. 1952, im Auszug auch in: BDFD III, S. 240–242.

¹⁸ Erklärung des PIB, 27. 1. 1952, in: Bulletin 1952, S. 118.

¹⁹ PA, Abt. 3, AZ 214–02, Hallstein an Adenauer, Tel. 26, 26. 1. 1952.

²⁰ Ebd., BStS, Bd. 116, Blankenhorn an Hallstein, FS Nr. 30, 27. 1. 1952, Citissime.

²¹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 9b, Bl. 181–183, Aufzeichnung, o.D.

²² S. PA, Abt. 2, Bd. 543, Bl. 80, Strohm an Hallstein, Vermerk 214–00 II 1710/52, 7. 2. 1952.

²³ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 388, Tb. Januar–April 1952.

²⁴ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 9b, Bl. 181–183, Aufzeichnung, o.D.

²⁵ Ebd., Bl. 179, Blankenhorn an Adenauer, Aufzeichnung, 27. 1. 1952.

²⁶ Ebd., Bl. 181–183, Aufzeichnung, o.D.

²⁷ PA, Abt. 2, Bd. 478, Bl. 16, Blankenhorn an Paris, Tel. 33, 28. 1. 1952.

Intern legte sich Adenauer indes am 29. 1. im Kabinett darauf fest, es müsse eine neue Lage an der Saar geschaffen werden, bevor der Bundestag über den Wehrbeitrag diskutiere. Gegen den heftigen Widerstand einiger Minister setzte der Kanzler den Aufschub der endgültigen Entscheidung über die Debatte durch²⁸. Noch am Abend kam er mit seinen engsten Vertrauten überein, jetzt auf die Zulassung freier Wahlen im Saargebiet zu drängen. Die Forderung einer völlig freien Selbstbestimmung hielt man aufgrund der alliierten Zusicherungen von 1947 noch für inopportun²⁹. Bonn tat gut daran, den Bogen nicht zu überspannen. Als der amerikanische Außenminister am 30. 1. öffentlich eine Regelung des Status der Saar auf einer Friedenskonferenz anregte und damit der französischen Sichtweise sehr nahe kam³⁰, sah Adenauer die Hilfszusagen McCloy sich bereits verflüchtigen. Auf seine Weisung hin³¹ fuhren Blankenhorn, Hallstein und Lenz noch am selben Tag nach München, um dort den von einem Skiunfall rekonvaleszierenden Hohen Kommissar aufzusuchen und ihm Kenntnis vom Beschluß des Kabinetts zu geben. Hallstein machte die Bundestagsdebatte zur Wiederbewaffnung ohne Umschweife von französischen Zusagen über eine Gesetzesänderung in bezug auf die politischen Freiheiten der Parteien an der Saar und die Durchführung freier Wahlen abhängig. Als McCloy eine gemeinsame Erklärung der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik über den Willen zu einer unverzüglich anzustrebenden Lösung des Problems in Aussicht stellte, gab sich der Staatssekretär zugeknöpft. Die Forderungen Adenauers gingen McCloy aber zu weit, zumal er, wie er Acheson wissen ließ, unter allen Umständen in Frankreich den Eindruck vermeiden wollte, als würden die USA die 1947 und später gegebenen Versicherungen revidieren³².

An der Seine beurteilte man die deutschen Reaktionen keineswegs als „künstliche Aufregung“³³, sondern durchaus als nicht unberechtigt. In politischen Kreisen wie in Teilen der Öffentlichkeit bewertete man die Beförderung Grandvals als „gaffe“. Die Schwierigkeit der Regierung, so wußte Hausenstein zu berichten, lag nicht zuletzt darin, daß die Saar im Volksbewußtsein „gemeinhin als deutsches Gebiet“ galt und eine Lösung des Problems im französischen Sinne „eher skeptisch“ beurteilt wurde. Schuman hatte die Rückwirkung der Maßnahme offenbar unterschätzt und trug sich nach Zeitungsmeldungen gar mit Rücktrittsgedanken. Ein Sturz der Regierung und ein Ausscheiden des Außenministers konnte aber nicht im Sinne des Kanzlers sein, war doch der Eintritt gaullistischer Politiker ins Kabinett dann ebenso wahrscheinlich wie eine Verhärtung der französischen Position³⁴. Einen entsprechenden Vorgeschmack lieferte ein Zeitungsartikel des gaullistischen Senators Michel Debré, der den Begriff der Europäisierung als eines

²⁸ S. Kabinettsitzung, 29. 1. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 78 f.

²⁹ S. Lenz, Tagebuch, S. 237–239, Tb. 29. 1. 1952.

³⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 478, Bl. 116 f., Kerkeler an AA, Tel. , 30. 1. 1952; ebd., Bl. 120, Hallstein an Washington, Tel. AZ 214–02 II 1407/52, 1. 2. 1952, Cessat.

³¹ S. Lenz, Tagebuch, S. 240, Tb. 29. 1. 1952.

³² S. McCloy an Acheson, Tel. , 30. 1. 1952, Top secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1403–1405; Kerkhoff, Großbritannien, S. 142.

³³ Heinen, Saarjahre, S. 309.

³⁴ PA, Abt. 3, AZ 214–02, Hausenstein an AA, Tel. 28, 30. 1. 1952, Cito.

jener „mots-paravents“ attackierte, mit denen die deutsche Gleichberechtigung auf allen Gebieten durchgesetzt werden solle³⁵.

Vor diesem Hintergrund sprach sich Adenauer in einer Sondersitzung des Bundeskabinetts am 31. 1. erstmals offen für die Europäisierung der Saar aus und verband dies mit der Forderung nach freien Wahlen. Schuman selbst, so erklärte er den staunenden Ministern, habe vor einiger Zeit solche Gedanken entwickelt, und auch Pinay habe derartige Überlegungen an ihn herantragen lassen. Selbst in der SPD – dies hätten jüngste Sondierungen ergeben – befasste man sich mit derartigen Plänen. Carlo Schmid etwa vertrete die Auffassung, daß nicht nur saarländisches, sondern auch französisches Gebiet in das europäische Territorium integriert werden müsse³⁶.

Noch am selben Tag wandte sich der Kanzler an den französischen Außenminister, um ihn persönlich „in aller Offenheit“ über die verheerende Wirkung der französischen Saarpolitik auf die Deutschen zu unterrichten, für die das Thema „eine Angelegenheit des Herzens“ sei³⁷. Für Schuman gab es kaum eine andere Wahl als einzulenken. Seine Auslandsdiplomaten berichteten immer häufiger von Warnungen ihrer Gesprächspartner, die Zeit arbeite in der Saarfrage eindeutig für Deutschland. Frankreich, so führte der Botschafter beim Heiligen Stuhl, Wladimir d'Ormesson, ihm in diesen Tagen vor Augen, habe die Möglichkeit, das Problem einzuschläfern oder eine definitive Lösung vor einem Friedensvertrag anzustreben. Er bevorzugte eindeutig eine Behandlung „au comptant“ und à trois mit Saarbrücken und Bonn, um es vom Tisch zu nehmen³⁸. Auch sein Kollege in Bonn, François-Poncet, empfahl der Regierung nun, die Saarfrage aus dem deutsch-französischen Antagonismus herauszureißen und auf die europäische Ebene zu heben³⁹.

Anfang Februar ließ er Claude Cheysson aus seinem Mitarbeiterstab bei Blankenhorn privat vorsprechen und vorschlagen, daß die Angelsachsen Deutschen und Franzosen die „sofortige Eröffnung“ von bilateralen Verhandlungen mit dem Ziel einer „definitiven Regelung der Saarfrage vor dem Friedensvertrag“ anraten sollten. Ziel der Verhandlungen sei die einem Plebiszit zu unterwerfende Schaffung eines europäischen Territoriums um Saarbrücken als Sitz bestimmter europäischer Behörden. Nach telefonischer Rücksprache mit Adenauer verlangte Blankenhorn – in Anlehnung an die Erwägungen Carlo Schmidts – zur „Gleichheit des territorialen Opfers“ die Einbeziehung französischer Gebiete⁴⁰. Ein Aide-Mémoire des Auswärtigen Amtes, das für eine Besprechung zwischen Hallstein und McCloy angefertigt, aber nicht übergeben wurde, zog den Forderungskatalog Bonns noch weiter: Erlaß eines Gesetzes über die Zulassung politischer Parteien

³⁵ Artikel Debrés, in: „Carrefour“, 6. 2. 1952, im Auszug auch in: BDFD III, S. 242–245, hier S. 245.

³⁶ S. Kabinettsitzung, 31. 1. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 83 f.; Lenz, Tagebuch, S. 241, Tb. 31. 1. 1952.

³⁷ Adenauer an Schuman, 31. 1. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 177 f., hier S. 177. Ein textidentischer Entwurf dieses Schreibens weist die Marginalie „nicht abgegangen“ auf (PA, B 17, Bd. 128, Bl. 36–38).

³⁸ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 221, Bl. 202–204, d'Ormesson an de Margerie, Aufzeichnung, Februar 1952.

³⁹ S. François-Poncet an Schuman, Nr. 260/CM, 1. 2. 1952, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 630–634.

⁴⁰ PA, B 17, Bd. 128, Bl. 64 f., Blankenhorn an Adenauer, Aufzeichnung, 3. 2. 1952.

im Saarland; Aufhebung aller seit dem 9. 5. 1945 erfolgten Ausweisungsmaßnahmen an der Saar; Beseitigung jeglicher Diskriminierung, die durch die Einführung der saarländischen Staatsangehörigkeit erfolgte; Überprüfung des DPS-Verbots; Aufhebung der Sequesterverwaltung der Saarrhüttenwerke; Erklärung der französischen Regierung, daß die Ernennung Grandvals zum Botschafter keine Anerkennung der Saar als selbständigen Staat bedeute⁴¹.

Cheysson sagte zu, sowohl den Hohen Kommissar als auch den Außenminister zu informieren⁴². Die Ereignisse begannen sich zu überschlagen. Während Schuman noch am selben Tag den amerikanischen Botschafter Bruce von diesen Überlegungen in Kenntnis setzte⁴³, rief Adenauer sein Kabinett zu einer erneuten Sondersitzung zusammen und eröffnete ihm den Vorschlag Cheyssons. Er wußte mittlerweile von der sehr wohlwollenden Position der Briten gegenüber diesem Konzept⁴⁴, das seiner Meinung nach natürlich nur mit Wissen der französischen Regierung vorgelegt worden war, die ihrerseits offenbar „unter stärkstem amerikanischem Druck“ stand⁴⁵. In der Erwartung einer nahen offiziellen *Démarche* der USA hielt der Kanzler den Plan durchaus für diskutabel, sofern er mit dem Rücktritt der Regierung Hoffmann koinzidierte. Es sei notwendig, so argumentierte er gegenüber den Bundesministern, „dem Volk eine neue Ideologie“ zu geben, die nur eine „europäische“ sein könne. Das Kabinett mochte diesem philosophischen Ausflug des Kanzlers nicht uneingeschränkt folgen. Namentlich Kaiser und Euler erhoben heftigen Widerspruch gegen eine Regelung, in der sie eine Aufgabe deutschen Gebietes mit präjudizierender Wirkung auf die deutsche Ostgrenze sahen⁴⁶. Für Kaiser blieb als Endziel des Problems weiterhin nur die „Einbeziehung des Saargebiets als 12. Land der Bundesrepublik“ im Rahmen eines Friedensvertrages denkbar. Da dieser Friedensvertrag aber nicht in Aussicht stand, zielte er im Sinne eines neuen Provisoriums auf eine von Bonn und Paris ausgearbeitete europäische Lösung, die Gesetzgebung und Verwaltung in die Hände der im Europarat vertretenen Staaten legen sollte. Eine derartige Übergangsordnung war für Kaiser aber nur unter der Voraussetzung akzeptabel, daß den Saarländern freie Meinungsäußerungen und Parteibildungen zugestanden, die Verfassung mitsamt den Saarkonventionen aufgehoben und französische Sonderrechte nicht genehmigt würden. Um die Rückkehr der Saar zu Deutschland nicht zu gefährden, lehnte der Minister die Einbeziehung französischer Gebiete in das europäische Territorium aus Furcht vor einer „Assimilierung der politischen Auffassungen“ der Bevölkerungsgruppen ebenso ab wie ein Plebiszit über die Europäisierung⁴⁷.

Seine Kabinettskollegen verweigerten ihm indes die Unterstützung. Sie stimmten dem französischen Plan zu, sofern französische Gebietsstreifen hinzukämen

⁴¹ S. ebd., Abt. 2, Bd. 543, Bl. 78 f., Aide-Mémoire, Februar 1952.

⁴² S. ebd., B 17, Bd. 128, Bl. 64 f., Blankenhorn an Adenauer, Aufzeichnung, 3. 2. 1952.

⁴³ S. Bruce an Acheson, Tel. 4718, 4. 2. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 23 f.

⁴⁴ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 9b, Bl. 213 f., Blankenhorn an Adenauer, Aufzeichnung, 3. 2. 1952.

⁴⁵ Aktennotiz Schröters, Februar 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 90–93, hier S. 91.

⁴⁶ Lenz, Tagebuch, S. 242–245, hier S. 243.

⁴⁷ PA, Abt. 2, Bd. 522, Bl. 268–275, „Gedanken zu einer europäischen Lösung des Saarproblems“, 11. 2. 1952.

und die europäische politische Integration voranschreite⁴⁸. Offiziell hielt sich Bonn aber noch bedeckt. In einem Informationserlaß betonte Hallstein, die deutschen Bemühungen konzentrierten sich vornehmlich auf die Beseitigung der undemokratischen Zustände an der Saar. Fragen der Volksabstimmung oder der Schaffung eines europäischen Territoriums seien „nicht aktuell“. Außerdem bestritt er jegliches Junktim zwischen der Saarfrage und dem Beitritt zur NATO⁴⁹.

Wenige Stunden später erfolgte die erwartete Washingtoner Démarche. Acheson bat Schuman eindringlich um eine Erklärung der französischen Regierung, die endgültige Entscheidung über die Saar nicht präjudizieren zu wollen, und eine gemeinsame Verlautbarung mit Deutschen und Briten über die Absicht von Konsultationen mit dem Ziel einer baldigen endgültigen Lösung des Problems⁵⁰. Frankreich dachte aber nicht daran, den amerikanischen Wünschen zu entsprechen. Zwar akzeptierte Schuman einen direkten deutsch-französischen Meinungsaustausch über die Saar, stellte aber seinerseits Bedingungen: Bonn müsse erst einmal seine Überlegungen zur Europäisierung offenlegen und außerdem die französisch-saarländische Wirtschaftsunion garantieren⁵¹. Damit war Acheson aber keineswegs einverstanden. Er wollte sich nicht ins Abseits drängen lassen und hielt auch das Aufstellen von Vorbedingungen für unannehmbar⁵². Der amerikanische Außenminister konnte aber nicht verhindern, daß sein französischer Kollege den Forderungskatalog am 5. 2. in Bonn vortragen ließ⁵³. Damit entsprach Schuman auch der Position Hoffmanns, der ihm am selben Tag sein Einverständnis mit der Europäisierung der Saar erklärte, falls sie nicht dem deutschen Einfluß Tür und Tor öffne. Schuman beruhigte ihn sofort, sprach dann mit aller Vorsicht die Frage der Genehmigung neuer Parteien an und warnte vor der Gefahr neuer Streitigkeiten, wenn jegliche Opposition von den Landtagswahlen ausgeschlossen sei. Hoffmann erklärte sein Einverständnis zur Zulassung jener Parteien, die die Verfassung respektierten⁵⁴.

Um von der französischen Urheberschaft des Europäisierungskonzepts abzulenken und seine Verhandlungsposition zu verbessern, schob Schuman die Initiative im Gespräch mit Bruce nun Blankenhorn in die Schuhe! ‚Großzügig‘ verband er dies mit der Zusage, er werde inoffiziell in Bonn seine Einwilligung in eine vertragsmäßige Lösung der Saarfrage vor Abschluß eines Friedensvertrags signalisieren lassen und einen bilateralen Meinungsaustausch akzeptieren, sofern die Wirtschaftsunion bestehen bleibe⁵⁵. Vor der Öffentlichkeit blieb die Wende vorerst noch verborgen. Ein Sprecher des Quai d’Orsay trat sofort Gerüchten über eine

⁴⁸ S. Lenz, Tagebuch, S. 242–245, Tb. 4. 2. 1952; Aktennotiz Schröters, Februar 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 90–93.

⁴⁹ PA, BStS, Bd. 159, Hallstein an Washington etc., Tel. 23 etc., 2. 2. 1952, Entwurf. Das Telegramm wurde am 4. 2. 1952 abgeschickt.

⁵⁰ S. Acheson an Schuman, 4. 2. 1952, Secret, im Auszug in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1406.

⁵¹ S. McCloy an Dep. of State, Tel. 1435, 5. 2. 1952, Secret, in: ebd., S. 1407 f.

⁵² S. Acheson an Paris, Tel. 4603, 6. 2. 1952, Secret, Priority, in: ebd., S. 1408 f.

⁵³ S. PA, B 17, Bd. 128, Bl. 73, Bérard an Blankenhorn, Erklärung, 5. 2. 1952; eine deutsche Übersetzung vom 6. 2. 1952 ebd., Bl. 77.

⁵⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 221, Bl. 186 f., Unterredung zwischen Schuman und Hoffmann vom 5. 2. 1952.

⁵⁵ S. Bruce an Dep. of State, Tel. 4778, 6. 2. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1409 f.

Änderung der Saarpolitik entgegen und betonte, Frankreich trete nach wie vor für eine Regelung ein, die der bestehenden provisorischen „dauernde Geltung“ verschaffe⁵⁶.

Kein Mut zum Risiko

Auch in Bonn hütete sich die Regierung davor, die Speere der innenpolitischen Gegner durch vorschnelles Ankündigen bilateraler Verhandlungen auf sich zu ziehen. Mit äußerster Schärfe reagierte das Kanzleramt auf eine Agenturmeldung über ein angebliches Junktim zwischen der Regelung der Saarfrage und der Unterzeichnung des Generalvertrags⁵⁷. Über diplomatische Kanäle sagte Adenauer Schuman zu, am 7. 2. im Bundestag den Plan der französischen Regierung bekanntzugeben, eine definitive Lösung der Saarfrage vor einem Friedensvertrag anzusteuern. Allerdings erwartete er von ihm, sich mit öffentlichen Äußerungen über die Vorbedingungen zurückzuhalten. Der Minister seinerseits bat darum, möglichst wenig von Verhandlungen oder gar von einer französischen Initiative zu sprechen⁵⁸. Seine Behauptungen über die angeblich deutsche Urheberchaft, wollte man in Bonn aber nicht stehen lassen, lag sie doch nach dortiger Auffassung eindeutig bei Cheysson⁵⁹. Aus dem Pariser Blickwinkel stellte sich der Ablauf indes so dar, daß Cheysson den Kontakt mit Blankenhorn auf dessen Bitte hin aufgenommen hatte und ohne Auftrag gekommen war. Blankenhorns Telefongespräch mit Adenauer während der Unterredung und seine anschließenden Gespräche mit angelsächsischen Diplomaten hatten dann den Eindruck einer von Adenauer gebilligten Aktion hervorgerufen⁶⁰ – Nebelkerzen!

Dem Wunsch Schumans gemäß unterließ Adenauer in seiner Regierungserklärung vom 7. 2. jeglichen Hinweis auf den Plan zur Europäisierung der Saar. Damit erschöpfte sich aber bereits sein Entgegenkommen. Keinen Zweifel ließ er an der alleinigen französischen Verantwortung für die Spannungen und der Dringlichkeit zur Wiederherstellung demokratischer Zustände an der Saar⁶¹. Nachdem er coram publico somit seine patriotisch-demokratischen Pflichten erfüllt hatte, ließ er Schuman vertraulich wissen, wie wenig Bedeutung er der Saarfrage beimesse. Um die zwischenstaatlichen Dissonanzen zu beseitigen, empfahl er die Zulassung der CDU-Saar und eine Erleichterung des Verkehrs zwischen dem Saarland und der Bundesrepublik. Sollte er gehofft haben, damit Vertrauen zu erwecken, so mußte er sich eines besseren belehren lassen. Einige Beamte im Quai d'Orsay verstanden Adenauers Eröffnung nicht als Zeichen der Mäßigung, sondern als Indiz, daß Bonn nun an der Saar große Propagandaanstrengungen unternehmen und deren Ergebnis abwarten wolle, bevor es Lösungsvorschläge mache⁶².

⁵⁶ Erklärung des Quai d'Orsay, 6. 2. 1952, in: „Saarländische Volkszeitung“, 7. 2. 1952.

⁵⁷ Zu der Auseinandersetzung zwischen dem Kanzleramt und der Nachrichtenagentur dpa, in deren Verlauf Lenz unverhüllt deren Abhängigkeit ins Spiel brachte, s. Lenz, Tagebuch, S. 250 f. u. 255 f., Tb. 7. u. Fassung vom 8. 2. sowie Tb. 11. 2. 1952.

⁵⁸ S. PA, B 17, Bd. 128, Bl. 79 f., Blankenhorn an Adenauer, Aufzeichnung, 6. 2. 1952, Geheim.

⁵⁹ S. ebd., Bl. 82 f., Blankenhorn an Bérard, 8. 2. 1952; Lenz, Tagebuch, S. 251 f., Tb. 9. 2. 1952.

⁶⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 478, Bl. 206 f., Bérard an Blankenhorn, Nr. 423, 12. 2. 1952 (Übersetzung).

⁶¹ S. Regierungserklärung Adenauers, 7. 2. 1952, in: BT, Sten. Ber., Bd. 10, S. 8101 f.

⁶² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 378, Bl. 76, Seydoux an François-Poncet, Tel. 958/60, 11. 2. 1952, Aufzeichnung.

Ähnliches Mißtrauen herrschte auch am Rhein. Als Schuman Mitte Februar vor dem Parlament eine endgültige Bereinigung des Saarproblems vor dem Abschluß eines Friedensvertrags von der Zustimmung durch die Sowjetunion abhängig machte⁶³, würdigte Adenauer die Rede zwar intern als „Annäherung“ der beiderseitigen Standpunkte. Vor allem sah er in ihr aber den untrüglichen Beleg für den Widerstand, auf den Schumans Konzilianz im Quai d’Orsay stieß⁶⁴. Kaiser interpretierte den Hinweis auf die sowjetische Billigung prompt als Beleg, daß die angestrebte Regelung gar nicht möglich sei⁶⁵.

Der kurz darauf bekanntwerdende Plan einer Verpachtung der Warndtkohlefelder an die Sektion Lothringen der Charbonnages de France konnte in Bonn als Bestätigung beider Thesen herhalten. Auf jeden Fall ließ er erhebliche Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit Schumans, ja an dessen eigener Verständigungsbereitschaft aufkommen. Nach einem dem Auswärtigen Amt im Dezember 1951 zugespielten Brief hatte der französische Außenminister dem saarländischen Ministerpräsidenten im November 1949 die Absicht seiner Regierung angezeigt, einen Vertrag über die Verpachtung der saarländischen Grube Warndt durch die Régie des Mines de la Sarre an die lothringischen Kohlegruben für 50 Jahre zu genehmigen⁶⁶. An der Saar waren die Pläne nicht unumstritten, da die im Warndt lagernde Kohle (865 Mill. to von ca. 2,8 Mrd. im gesamten Saargebiet) günstiger gefördert werden konnte und eine Dauerverpachtung die Lebensdauer des Saarbergbaus von 150 auf 100 Jahre reduzierte. Für die Ausbeutung durch lothringische Gruben sprachen hingegen Rationalisierungsaspekte, da von lothringischer Seite die dortige Kohle durch die vorhandenen Schächte abgebaut werden konnten, während von saarländischem Boden aus erhebliche Neuinvestitionen erforderlich waren.

Bonn mißbilligte die 1951 anlaufenden Verhandlungen zwischen Paris und Saarbrücken aus ökonomischen wie politischen Gründen. Zum einen galt die Verpachtung als „weiterer Versuch der Präjudizierung des Friedensvertrages“⁶⁷. Zum anderen drohte den Saargruben der Verlust ihrer „gesamten Reservfelder“ und damit das „vorzeitige Ende“ mit katastrophalen Folgewirkungen für die gesamte Saarwirtschaft⁶⁸. Im Auswärtigen Amt konzipierte man daher im Dezember 1951 eine Note an die französische Hohe Kommission⁶⁹, die aber erst nach der Einbringung eines Antrags der SPD-Bundestagsfraktion zum Warndt⁷⁰ am 22. 2. 1952 abging. Die Bundesregierung protestierte darin gegen die „erneute Präjudizierung der endgültigen Lösung der Saarfrage“ sowie die den Wettbewerb in der europäischen Stahlindustrie verzerrende französische Kontrolle der Kohlevorkommen und bat darum, den Plan nicht weiterzuverfolgen⁷¹.

⁶³ S. Rede Schumans in der Assemblée Nationale, 11. 2. 1952, in: JO, Ass. Nat., Déb. Parl. 1952, Bd. 1, S. 575 f.

⁶⁴ Lenz, Tagebuch, S. 255 f., Tb. 12. 2. 1952.

⁶⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 522, Bl. 263, Kaiser an Adenauer, III/1, 13. 2. 1952.

⁶⁶ S. ebd., Bd. 523, Bl. 76 f., Schuman an Hoffmann, 18. 11. 1949 (Übersetzung); vgl. dazu ebd., Bl. 75, Strohm an Abt. Bergbau im BMWi, e.o. 214–21 II 14378/51, 4. 12. 1951.

⁶⁷ Ebd., Bl. 152–154, ders. an Brüssel etc., e.o. 214–21 II 14016/51, 29. 11. 1951.

⁶⁸ Ebd., Bl. 174 f., Graf (BMWi) an AA, III A 3–17477/51, 18. 12. 1951, Vertraulich.

⁶⁹ S. ebd., Bl. 175, Marginalie Böker.

⁷⁰ S. ebd., Bl. 202–205, Strohm an Hallstein, Aufzeichnung 214–21 II 2211/52, 18. 2. 1952; Antrag der SPD-Fraktion, 23. 1. 1952, in: BT, Sten. Ber., Anlagen, Bd. 15, Drucksache Nr. 3023.

⁷¹ Hallstein an François-Poncet, 214–21 II 15214/51, 22. 2. 1952, in: BDFD I, S. 302 f., hier S. 302.

Der Zeitpunkt für die Einreichung der deutschen Klageschrift war denkbar ungünstig. Wenige Tage zuvor hatten Adenauer und Schuman am Rande der Londoner Konferenz einen ersten Kontakt über die Einleitung zweiseitiger Saargespräche aufgenommen, den der Kanzler bezeichnenderweise in seinen „Erinnerungen“ unerwähnt läßt. Adenauer beugte sich damit nämlich eindringlicher Ermahnungen McCloy's, die Saarfrage endlich „aus dem Weg zu räumen“. Die von ihm geforderte Erklärung über die Aufnahme bilateraler Verhandlungen ohne Vorbedingungen wollte er indes nicht abgeben. Adenauer bestand weiterhin auf der Wiederherstellung demokratischer Freiheiten an der Saar und die Beseitigung der geltenden Gesetze über die Zulassung von Parteien. McCloy's Anregung, die Hohe Behörde der EGKS nach Saarbrücken zu verlegen und das Saargebiet unter eine gemeinsame deutsch-französische Verwaltung zu stellen, begegnete er mit der Einschränkung, die Saarbevölkerung müsse dem zustimmen⁷². Eine Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes über „Deutsche Wünsche“ eines „Sofortprogramm[s]“ äußert sich weit weniger zurückhaltend: freie Meinungsäußerung und Parteibildung ohne Lizenzzwang; Versammlungsfreiheit; Gleichstellung von saarländischen Staatsbürgern und anderen Einwohnern; Aufhebung der Ausweisungen; Freizügigkeit zwischen dem Saargebiet und der Bundesrepublik; nach Erfüllung dieser Punkte Abhaltung freier Wahlen. Darüber hinaus fixierte das Papier eine Reihe von Forderungen an Frankreich, die aber allesamt per Hand durchgestrichen wurden: Erklärung, daß der Austausch von Botschaftern keine Anerkennung der Saar bedeute; Verzicht auf Aufnahme saarländischer Vertreter in französische diplomatische Missionen; Verpflichtung, keine weiteren Schritte zur Anerkennung der Saar als selbständigen Staat zu unternehmen; Aufgabe der Verpachtungpläne im Warndt⁷³.

Wie Schuman auf einer Pressekonferenz am 26. 2. bekanntgab⁷⁴, hatte er sich wenige Tage zuvor mit Adenauer in London darauf verständigt, bilaterale Verhandlungen mit dem Ziel einer Saarlösung noch vor dem Abschluß eines Friedensvertrages aufzunehmen. Darüber hinaus stimmte er offenbar freien Wahlen und der Rückgabe eines Teils des Saargebietes zu⁷⁵. Einen Tag später ließ der Quai d'Orsay verlautbaren, daß die politische Unabhängigkeit der Saar unter Beibehaltung ihrer wirtschaftlichen Bindung an Frankreich Grundbedingung jeglicher Gespräche sei⁷⁶. Trotz dieser hohen Hürden beauftragte Adenauer daraufhin Lenz, einem neuen Vorschlag Wengers, die Saar zum 12. Bundesland zu erheben⁷⁷, nicht näherzutreten⁷⁸.

Der sich verbessernden Atmosphäre zwischen den führenden Politikern am Rhein und an der Seine war es kaum zuträglich, als die Bundesregierung wenige Tage später als Mitunterzeichner der Menschenrechtskonvention des Europarats

⁷² PA, Abt. 2, Bd. 1042, Unterredung zwischen Adenauer und McCloy vom 14. 2. 1952.

⁷³ Ebd., „Aufzeichnung über die Saarfrage“, o.D. Aus der Einordnung des Dokuments in der Akte kann geschlossen werden, daß es zur Vorbereitung der Londoner Außenministerkonferenz vom 18./19. 2. 1952 diente.

⁷⁴ Ebd., Bd. 543, Bl. 113, AP-Meldung über eine Pressekonferenz Schumans, 26. 2. 1952.

⁷⁵ S. Lenz, Tagebuch, S. 262, Tb. 21. 2. 1952.

⁷⁶ S. AdG 1952, S. 3368C.

⁷⁷ S. Lenz, Tagebuch, S. 258, Tb. 15. 2. 1952.

⁷⁸ S. ebd., S. 262, Tb. 21. 2. 1952.

den im Palais de l'Europe vertretenen Regierungen ein Memorandum über die Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Saargebiet vorlegte, das wegen seiner Berufung auf die Menschenrechtserklärung von 1789 ein besonderer Affront für Frankreich war⁷⁹. Schon im August 1951 hatte Adenauer den Gedanken dazu entwickelt, ihn dann aber nicht weiterverfolgt, weil die Sitzungen des Ministerkomitees des Europarates immer wieder verschoben und schließlich auf den 19. 3. 1952 anberaumt worden waren. Anfang März ließ der Kanzler das Dokument auch der amerikanischen Regierung zustellen, was er im übrigen vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten wünschte⁸⁰. Wenngleich sie ihr Vorgehen damit legitimierte, die „moralische Basis“ im Kampf gegen die undemokratischen Verhältnisse in der DDR zu stärken⁸¹, ging es der Bundesregierung doch vor allem darum, unter dem Vorwand des DPS-Verbots den internationalen Druck auf Frankreich zu erhöhen.

Der Gegenprotest des Quai d'Orsay folgte auf dem Fuße und fiel recht scharf aus. Erklärungen einiger CDU-Politiker über die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 hatten die französische Psyche ohnehin schon negativ beeinflusst und die durch den deutschen wirtschaftlichen Aufstieg hervorgerufenen „Minderwertigkeitskomplexe“ noch verschärft⁸². Nun erhob sich Bonn aus der Pariser Perspektive gar zum „Ankläger gegen Frankreich vor der Weltöffentlichkeit“⁸³, obwohl Schuman doch soeben erst den Willen zu direkten Verhandlungen mit Adenauer bekanntgegeben hatte. Während der Minister auf deutsche Vorschläge zur Durchführung dieser Gespräche wartete, „eröffnete“ sie der Kanzler mit der Einschaltung des Europarats. Bonn warf Saarbrücken die Verletzung der Menschenrechtskonvention vor, sprach ihm aber zugleich das Recht auf Unabhängigkeit ab. Damit stand die Reaktion für Frankreich fest. Man bestritt der Bundesrepublik das Recht zur Einmischung in die internen, durch die Verfassung gedeckten Angelegenheiten der Saar und setzte alles daran zu verhindern, daß die eigene Grundauffassung, der aktuelle Status der Saar sei provisorisch, stehe aber keineswegs zur Disposition, über den Umweg des Europarates untergraben würde⁸⁴. Über einen Sprecher ließ der Quai d'Orsay umgehend klarstellen, man werde sich mit der Bonner „Politik der Bedrohung und der Korrumpierung gegenüber der Saar-Bevölkerung“ keineswegs abfinden⁸⁵.

Adenauer ruderte nun zurück und betonte die Absicht zur Verständigung. Das Memorandum sei aber notwendig, da eine solche Verständigung die freie Meinungsäußerung der Saarbevölkerung zu berücksichtigen habe. Eine Mitwirkung saarländischer Vertreter an den deutsch-französischen Beratungen schwebte dem Kanzler natürlich nicht vor. Vielmehr wollte er sie erst dann einbeziehen, wenn

⁷⁹ S. Memorandum der Bundesregierung, 29. 2. 1952, in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 754–756.

⁸⁰ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 199–201, Pressetee, 6. 3. 1952; PA, Abt. 2, Bd. 528, Bl. 169f., Hallstein an McCloy, zu 214–26 II 799/52, 4. 3. 1952, Auf schnellstem Wege.

⁸¹ Ebd., Bl. 168f., ders. an London etc., zu 214–26 II 799/52, 4. 3. 1952, Auf schnellstem Wege.

⁸² Ebd., NL von Kessel, Ordner [1], „Die Saarfrage mit französischen Augen gesehen“, 17. 3. 1952. Wahrscheinlich wurde die Aufzeichnung von der deutschen Vertretung in Paris verfaßt.

⁸³ Ebd., Abt. 2, Bd. 539, Bl. 52–54, Unterredung zwischen Krueger und Vanthier, 7. 3. 1952.

⁸⁴ S. AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 62–66, Rechtsabt. im MAE an Schuman, Aufzeichnung, 12. 3. 1952 (Konzept PH).

⁸⁵ Zitiert nach: PA, Abt. 2, Bd. 539, Bl. 17, dpa-Meldung über eine Presseerklärung des Quai d'Orsay, 5. 3. 1952.

eine Einigung mit Schuman absehbar war, die Zustimmung der beiden Parlamente als sicher galt und an der Saar freie Wahlen stattgefunden hatten⁸⁶. Nachdem CDU und SPD in den letzten Wochen mit der Saar-CDU und der Deutschen Sozialdemokratischen Partei (DSP) zwei neue Parteien aus der Taufe gehoben hatten, die nun beim saarländischen Innenminister um Genehmigung nachsuchten⁸⁷, konzentrierte sich der Kanzler vorerst auf die Abhaltung freier Wahlen und stellte seine Forderungen nach einer Volksabstimmung zurück⁸⁸. Den Rüffel aus Washington konnte er damit nicht verhindern. Acheson kritisierte das deutsche Vorgehen aus Sorge vor negativen Auswirkungen auf die Ratifikationsverhandlungen über die Westverträge gegenüber Hallstein als unglücklich und legte ihm eindringlich nahe, umgehend das Gespräch mit den Franzosen zu suchen, um die Behandlung des Memorandums durch den Europarat noch zu verhindern⁸⁹.

Achesons Fingerzeig konnte Adenauer vor dem Hintergrund der soeben eingetroffenen „Stalin-Note“⁹⁰ kaum übergehen. Zur großen Genugtuung der französischen Hohen Kommission suspendierte er am 17. 3. den für die Saarpolitik des Auswärtigen Amtes als Referatsleiter verantwortlichen Gustav Stroh vom Dienst⁹¹, der im Hotel Dreesen als ehemaliger Angehöriger der alten Wilhelmstraße besonders kritisiert wurde⁹². Nach diesem „Signal der Wende“⁹³ unternahm Adenauer parallel zu jetzt einsetzenden Bemühungen Grandvals, etwaigen Kompromissen den „Todesstoß“⁹⁴ zu geben, einen Versuch, mit Schuman eine Einigung herbeizuführen, um dann sein Memorandum ohne Gesichtsverlust zu kasieren. Am Rande einer Konferenz des Europarat-Ministerkomitees schlug der Kanzler dem Außenminister am 18. 3. eine Saarregelung vor, die anstelle des Friedensvertrags treten und von den Angelsachsen und einem frei gewählten Landtag der Saar gebilligt werden sollte. Konkret bedeutete dies die Ernennung Saarbrückens zum Sitz der EGKS-Behörden – ein Vorschlag, der also nicht erst von Schuman im Juli geboren wurde⁹⁵ –, die Selbstverwaltung des Saargebiets unter dem Ministerkomitee des Europarates, die völlige Freiheit der Saar in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht, die Enthaltung jeglicher Beeinflussung durch Bonn und Paris sowie die Rückgliederung gewisser saarländischer Gebiete nach Rheinland-Pfalz. Am Tag darauf schickte er ihm eine schriftliche Zusammenfassung der Gesprächsergebnisse mit der Bitte um Billigung. Für den Fall der Zustimmung Schumans gedachte Adenauer, am 20. 3. im Ministerkomitee das Memorandum vom 29. 2. zurückzuziehen und die Bildung eines Ausschusses der

⁸⁶ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 200–206, Pressetee, 6. 3. 1952.

⁸⁷ Vgl. Freymond, Saar, S. 124; Heinen, Saarjahre, S. 403–405; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 341–347 u. 356 f.

⁸⁸ S. PA, NL von Kessel, Ordner [1], „Die Saarfrage mit französischen Augen gesehen“, 17. 3. 1952.

⁸⁹ S. ebd., Abt. 2, Bd. 539, Bl. 36–39, Hallstein u. Krekeler an Adenauer, Tél. 113, 11. 3. 1952, Citissime.

⁹⁰ Vgl. Kap. III.1.2.

⁹¹ Vgl. Freymond, Saar, S. 127 f.; Schneider, Wunder, S. 209 f.

⁹² S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 393, Tb. Januar-April 1952.

⁹³ Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 325.

⁹⁴ Fischer, Saar, S. 132.

⁹⁵ Vgl. demgegenüber Schumacher, Konrad Adenauer, S. 55.

Bundesrepublik und der drei Westmächte zur Vorbereitung freier Wahlen an der Saar anzuregen⁹⁶.

Schuman aber wich einer Antwort zunächst aus. Sein Schicksal als Außenminister hatte bei dem erneuten Regierungswechsel Anfang März offenbar am seidenen Faden gehangen⁹⁷. Die jüngsten Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses der Assemblée Nationale führten ihm noch einmal die starken Vorbehalte einflussreicher Parlamentarier gegenüber einer Verständigung mit Bonn vor Augen⁹⁸. Nachdem er Hoffmann konsultierte hatte, verlangte er in einem neuerlichen Gespräch mit dem Kanzler zahlreiche Modifikationen. Erklärungsbedürftig erschien ihm Adenauers Formulierung „anstelle der für den Friedensvertrag oder einen ähnlichen Vertrag vorgesehenen Regelung“. Als „mißverständlich“ bezeichnete er den Begriff der „Selbstverwaltung“. Auf den völlig freien Status der Saar konterte er mit „Wirtschaftsgemeinschaft“. Die Rückgliederung der saarländischen Gebietsstreifen wollte er von der Einwilligung der betroffenen Bevölkerung abhängig machen. Inakzeptabel erschien ihm die Viermächtekommission zur Vorbereitung freier Wahlen, weil er die Angelegenheit allein mit Bonn und Saarbrücken zu klären beabsichtigte⁹⁹.

In mehreren Unterredungen, an denen zeitweilig auch Hoffmann teilnahm¹⁰⁰, einigten sich Adenauer und Schuman schließlich unter dem Vorbehalt der Einwilligung beider Kabinette¹⁰¹ am 20. 3. in den strittigen Punkten darauf, „Bespprechungen“ einzuleiten, um die Saarfrage vor dem Abschluß eines Friedensvertrages „oder eines dieses gleichen Vertrages“ zu regeln, zu dem die Zustimmung der Sowjetunion als überflüssig galt. Als Selbstverwaltungsorgane verlangte Schuman eine Regierung und einen Landtag, während er dem Ministerkomitee des Europarates nur Kontrollbefugnisse zuerkannte. Adenauer stimmte dem zu, akzeptierte auch zur Vorbereitung der Wahlen die sofortige Bestallung von Vertretern Frankreichs, der Bundesrepublik und des Saarlandes. Ohne Kommentar beließ er hingegen Schumans Feststellung, die Saarkonventionen müßten sofort vom neuen Landtag ihre Bestätigung oder Erneuerung finden¹⁰². Die Behauptung, der Außenminister habe die Bedingungen des Kanzlers akzeptiert¹⁰³, entspricht dennoch gewiß nicht den Tatsachen.

Nach dieser Übereinkunft trat Adenauer vor das Ministerkomitee, gab die Aufnahme deutsch-französischer Saargespräche bekannt und zog zur allgemeinen Genugtuung seiner Kollegen das deutsche Memorandum zurück¹⁰⁴. In der fran-

⁹⁶ S. Adenauer an Schuman, nebst Anlagen, 19. 3. 1952, Persönlich, in: BDFD I, S. 303–305; textlich abweichende Fassungen der Anlagen in: Schneider, Wunder, S. 204 f.; s.a. Bonsal an Dep. of State, Tel. 5726, 20. 3. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1411 f.

⁹⁷ Noch am 7. 3. 1952, einen Tag nach der Investitur des neuen Regierungschefs Pinay, hielt Hausenstein die Rückkehr Schumans in den Quai d'Orsay für „unwahrscheinlich“ (PA, Abt. 3, AZ 205–00/22, Bd. 2, Hausenstein an AA, 205 Nr. 854, 7. 3. 1952).

⁹⁸ Vgl. Poidevin, Robert Schuman, S. 333 f.; ders., Robert Schuman et la Sarre, S. 42.

⁹⁹ S. Marginalien Schumans, in: BDFD I, S. 304 f., Anm. 7–16.

¹⁰⁰ S. Hoffmann, Ziel, S. 221 f.

¹⁰¹ Vgl. Kabinettsitzung, 25. 3. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 202–206.

¹⁰² Erklärung Adenauers vor dem Ministerkomitee des Europarates, 20. 3. 1952, in: AdG 1952, S. 3396; s.a. Schneider, Wunder, S. 206.

¹⁰³ In diesem Sinne Poidevin, Robert Schuman, S. 334.

¹⁰⁴ S. Erklärung Adenauers vor dem Ministerkomitee des Europarates, 20. 3. 1952, in: AdG 1952, S. 3396; AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 56 f., Sitzung des Ministerkomitees des Euro-

zösischen Diplomatie herrschte ein Mischung aus Jubel und Besorgnis. Grandval kritisierte die Abmachung Schuman gegenüber als schweren Fehler¹⁰⁵, frohlockte aber zugleich über die angebliche Einreihung der Saar in den Kreis der europäischen Nationen¹⁰⁶ und provozierte die Bundesregierung mit dem Vorwurf, Kaisers Einflußnahme an der Saar ähnele der Hitlers in Österreich und der Tschechoslowakei. Bérard notierte zufrieden, die Krise in den deutsch-französischen Beziehungen sei noch einmal abgewendet¹⁰⁷. Der Preis, so registrierten indes kritische Geister in Paris, war freilich hoch: die Bonner Republik erhielt in der Saarfrage offiziell das Recht, gleichberechtigt am Verhandlungstisch platzzunehmen¹⁰⁸.

Innenpolitische Zwänge

Adenauer hatte damit erreicht, was er seit dem denkwürdigen Besuch Schumans im Januar 1950 verlangt hatte. Er war sich aber sehr wohl bewußt, daß der nun eingeschlagene Weg auch in Bonn nicht nur Freunde fände. Um die strikte Geheimhaltung der Ergebnisse zu sichern, gestattete er den zuvor nicht eingeweihten Kabinettskollegen nur eine kurze Einsicht in die Gesprächsaufzeichnungen¹⁰⁹. Dennoch sickerten schon bald aus saarländischen Quellen Einzelheiten durch, die aus Sicht der prodeutschen Parteien an der Saar nur einen Schluß zuließen: Adenauer hatte die Saar „abgeschrieben“¹¹⁰. Für sie hieß der Tag der „Wendung der bundesrepublikanischen Saarpolitik“ fortan der „Schwarze Freitag“¹¹¹. Auch die SPD-Opposition in Bonn prangerte die Konzessionen des Kanzlers als „Preisgabe des deutschen Standpunkts“ an¹¹². Schuman sprang Adenauer nun öffentlich bei und wies den Vorwurf zurück, er habe die saarländische Regierung anerkannt. Allerdings fügte er einschränkend hinzu, daß eine Regelung auch nach Meinung des Kanzlers nur in Kontakt mit der Saarregierung herbeigeführt werden könne¹¹³.

Obwohl die Klarstellung des französischen Außenministers am Rhein als Dementi gegen Grandval und Hoffmann ausgelegt wurde¹¹⁴, forderte die Opposition die Bundesregierung am 25. 3. dazu auf, unverzüglich über die Resultate der Verhandlungen Bericht zu erstatten¹¹⁵. Auch im Kabinett sah sich der Regierungschef kritischer Fragen ausgesetzt, und Adenauer konterte mit der lapidaren Antwort,

parates vom 20. 3. 1952, CM/10 (52) CR 2 (Auszug); vgl. die vom Auswärtigen Amt ausgearbeiteten Entwürfe der ursprünglich vorgesehenen Reden Adenauers in: PA, Abt. 2, Bd. 539, Bl. 120–136.

¹⁰⁵ Vgl. Steinert, Europäisierung, S. 72.

¹⁰⁶ S. AdG 1952, S. 3396.

¹⁰⁷ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 394, Tb. Januar-April 1952.

¹⁰⁸ S. AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 44 f., Maurice Schumann an Schuman, 20. 3. 1952; Lenz, Tagebuch, S. 289, Tb. 1. 4. 1952.

¹⁰⁹ S. Adenauer an Blücher, Dehler, Erhard u. Seebohm, 25. 3. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 190; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 124 f.

¹¹⁰ Schneider, Wunder, S. 204. Heinrich Schneider, der die Papiere 1952 über nicht genannte Kanäle erhielt, erschienen Adenauers Zugeständnisse so „unmöglich“, daß er den Inhalt kaum glauben wollte.

¹¹¹ Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 236; s.a. Fischer, Saar, S. 135.

¹¹² AP-Meldung zu einer Presseerklärung Ollenhauers vom 21. 3. 1952, in: AdG 1952, S. 3396.

¹¹³ S. Presseerklärung Schumans, 24. 3. 1952, in: ebd., S. 3401 C.

¹¹⁴ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 394, Tb. Januar-April 1952.

¹¹⁵ S. BT, Sten. Ber., Anlagen, Bd. 16, Drucksache Nr. 3236, 25. 3. 1952.

die nun gefundene Regelung sei „ein Anfang, nicht mehr“; „an nichts“ habe er sich gebunden, ergänzte er auf kritische Nachfragen Kaisers. Es müsse aber allen klar sein, daß eine Änderung der Zustände an der Saar ohne Einigung mit Frankreich nicht möglich sei. Worauf es jetzt ankäme, sei der Abschluß der Westverträge, und der schien ihm bei fortgesetzten Streitereien über die Saar höchst fraglich¹¹⁶. Damit mochten sich die Spitzen der Koalitionsfraktionen nicht zufriedengeben. Noch am selben Tag forderten sie den Kanzler auf, die Verlegung möglichst sämtlicher europäischer Behörden nach Saarbrücken anzustreben, die Einbeziehung eines französischen Geländestreifens in das europäische Territorium einzufordern, an der politischen Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland festzuhalten, auf dem Rückzug Grandvals zu beharren, die unter politischem Druck abgeschlossenen privatrechtlichen Vereinbarungen zu revidieren und auf der Änderung der Bestimmungen über die Saar im EGKS-Vertrag zu bestehen¹¹⁷.

Trotz aller Vorbehalte zweifelte die Koalition also die Richtigkeit der Marschroute nicht an. Nur Jakob Kaiser scherte aus. In Abwesenheit des Kanzlers nutzte er die Kabinettsitzung vom 28. 3. dazu, seinen Kollegen ein umfangreiches Memorandum¹¹⁸ vorzulegen und mit Blick auf die deutsche Ostgrenze eindringlich vor einer Fortsetzung des jetzt eingeschlagenen Weges zu warnen¹¹⁹. Adenauer konnte sich diese Unbotmäßigkeit natürlich nicht gefallen lassen, zumal der Minister für Gesamtdeutsche Fragen in der Presse sofort als Wortführer einer Gegenposition zur Saarpolitik des Kanzlers stilisiert wurde¹²⁰. Er suchte aber nicht die Konfrontation, sondern setzte auf Beschwichtigung. Sein Versuch, die Ergebnisse seiner Besprechungen in Paris in persönlichen Briefen an Kaiser herunterzuspielen¹²¹, schlug indes fehl. Als er in der Kabinettsitzung vom 1. 4. einer neuerlichen Diskussion auswich, meldeten auch Dehler und Lehr „Bedenken“ gegen eine Europäisierung der Saar an. Adenauer hielt dem entgegen, selbst Carlo Schmid und Ollenhauer hielten eine solche Regelung für „tragbar“. Wichtig seien Beschlüsse, die zukünftige Vereinbarungen nicht verbauten und keine nachteiligen Rückwirkungen auf die Meinung in den USA hätten¹²².

Die Aufnahme der verabredeten deutsch-französischen Gespräche war augenblicklich aber kaum sinnvoll, zumal auch Schuman ins Kreuzfeuer der Kritik geriet. Am 28. 3. protestierte Hoffmann bei ihm schriftlich gegen die von Hallstein in Frage gestellte gleichberechtigte Mitarbeit saarländischer Vertreter in der dreiseitigen Wahlkommission und erinnerte ihn daran, daß seine Regierung auf jeden Fall ebenbürtig an der endgültigen Bereinigung der Saarfrage beteiligt sein müsse¹²³. Wenige Tage später sah sich der Minister starken Angriffen im Conseil de la République ausgesetzt. Europäisierung, so hielt ihm der Wortführer der

¹¹⁶ Kabinettsitzung, 25. 3. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 204–206, hier S. 205 u. 206.

¹¹⁷ S. BA, NL von Brentano, Bd. 163, Bl. 71, Unterredung zwischen Adenauer, Euler, Schäfer, Mühlenfeld, von Merkatz und von Brentano vom 25. 3. 1952.

¹¹⁸ S. Denkschrift Kaisers, 28. 3. 1952, in: Kaiser, Brücke, S. 555–557.

¹¹⁹ S. Notiz Seebohms, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 213, Anm. 35.

¹²⁰ S. Kabinettsitzung, 1. 4. 1952, in: ebd., S. 218.

¹²¹ S. Adenauer an Kaiser, 31. 3. u. 3. 4. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 193 f.; Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 235–237, Pressetee, 2. 4. 1952.

¹²² Kabinettsitzung, 1. 4. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 220; s.a. Lenz, Tagebuch, S. 287–289, Tb. 1. 4. 1952; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 124 f.

¹²³ S. Hoffmann, Ziel, S. 223.

Fronde, Michel Debré, entgegen, bedeute letztlich nichts anderes als Verzicht¹²⁴. Schuman sah sich daher gezwungen, noch einmal die zwei Grundbedingungen für entsprechende Verhandlungen herauszukehren: Bewahrung der Wirtschaftsunion und der ihr zugrundeliegenden Konventionen sowie politische Autonomie der Saar¹²⁵. In einer Resolution nahmen die Senatoren diese Erklärung billigend zur Kenntnis und sprachen sich schließlich für harte Maßnahmen zum Schutz der französischen Montanindustrie aus¹²⁶.

Aus Sorge vor ähnlich scharfen Reaktionen des Bundestages¹²⁷ ließ Adenauer die geplante Saardebatte Anfang April durch die Unionsfraktion verhindern¹²⁸. Am 12. 4. erklärte er Schuman seine Bereitschaft, drei Vertreter an die Saar zu entsenden, um dort mit einer französischen Delegation die Voraussetzung für die Abhaltung freier Wahlen zu prüfen¹²⁹. Noch am selben Tag erhielt sein Wunsch zur Konkretisierung der Abmachungen mit Schuman einen neuen Dämpfer. François-Poncet untersagte den Verkauf der „Deutschen Saar-Zeitung“, weil sie sich mehrfach in scharfen Attacken gegen seinen Kollegen an der Saar ausgesprochen hatte¹³⁰. Für den Kanzler kam dieses Machtwort zur Unzeit, war auch kaum mit den harten Bandagen in Einklang zu bringen, mit denen Grandval kämpfte. Daher bat er François-Poncet nach Ablauf einer Schonfrist um die sofortige Aufhebung des Verbots¹³¹. Rechtzeitig zum parlamentarischen Schlagabtausch am 23. 4. im Bundestag gab der Hohe Kommissar dem Gesuch statt¹³². Doch schon drohte neues Ungemach. Auf Adenauers Anregung zur Prüfung der Voraussetzungen freier Wahlen erinnerte Schuman ihn jetzt daran, man habe sich nicht nur auf die Abhaltung von Wahlen, sondern auf eine Lösung der gesamten Saarfrage verständigt, „d.h. die Möglichkeit und die Mittel der Herbeiführung eines endgültigen Status für das Saargebiet mit internationalem Charakter im Einvernehmen mit allen Beteiligten“. Ehe nicht ein konkreter Versuch gemacht werde, den Entwurf eines Statuts aufzustellen, hielt er die isolierte Behandlung des Einzelaspektes der Bedingungen freier Wahlen für „schwierig“¹³³.

Die Hoffnungen auf eine baldige Inangriffnahme einer Lösung des Saarproblems waren verfrüht. Auf eine neue Attacke der Sozialdemokraten, er habe die französische Annexion des Saargebietes unter dem Deckmantel der Europäisierung hingenommen¹³⁴, gab Adenauer in seiner Erklärung vor dem Deutschen Bundestag am 23. 4. offen zu, man sei der Entwicklung offenbar zu weit „voraus-

¹²⁴ S. Rede Debrés im Conseil de la République, 1. 4. 1952, in: JO, CdR, Déb. Parl. 1952, Bd. 2, S. 817f.; Freymond, Saar, S. 130f.

¹²⁵ S. Interventionen Schumans im Conseil de la République, 1. 4. 1952, in: JO, CdR, Déb. Parl. 1952, Bd. 2, S. 810–818.

¹²⁶ S. Resolution des Conseil de la République in: AdG 1952, S. 3416C.

¹²⁷ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 236f., Pressetee, 2. 4. 1952; Lenz, Tagebuch, S. 293, Tb. 4. 4. 1952.

¹²⁸ S. BT, Sten. Ber., Bd. 11, S. 8745.

¹²⁹ S. AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 59, Adenauer an Schuman, 12. 4. 1952; Freymond, Saar, S. 131.

¹³⁰ Vgl. Schneider, Wunder, S. 348–350.

¹³¹ S. Adenauer an François-Poncet, 16. 4. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 207.

¹³² François-Poncet hob das Verbot am 17. 4. 1952 auf (ebd., S. 566, Anm. 6).

¹³³ PA, Abt. 2, Bd. 461, Bl. 153f., Schuman an Adenauer, 21. 4. 1952, Geheim (Übersetzung); s.a. Freymond, Saar, S. 131; Auriol, Journal, Bd. 6, S. 1020, Anm. 109.

¹³⁴ S. Bundestagsrede Mommers, 23. 4. 1952, in: BT, Sten. Ber., Bd. 11, S. 8819–8922.

geilt“. Er verwahrte sich aber dagegen, die Saarregierung anerkannt zu haben, und verweigerte ihr öffentlich ein Abstimmungsrecht in der Wahlprüfungskommission. Angesichts der völlig unannehmbaren Forderungen des Conseil de la République sah er den Boden für eine europäische Regelung der Saarfrage noch nicht bereitet. Folglich blieb nur der Ausweg, die Angelegenheit in der Schwebe zu halten¹³⁵. Mehr erlaubte ihm auch nicht die harte Resolution des Plenums, die des Kanzlers Handlungsspielräume erheblich eingrenzte¹³⁶, von der Opposition dennoch als zu weich empfunden wurde, da sie die Fortsetzung des von Adenauer favorisierten Weges nicht definitiv verbot¹³⁷.

Da sich Deutsche und Franzosen aufgrund der innenpolitischen Zwänge genötigt sahen, auf Zeit zu spielen, meinten amerikanische Diplomaten den Druck auf beide Parteien vergrößern zu müssen, um das leidige Saarthema endlich zu beseitigen. Dazu bedurfte es ihrer Meinung nach der Transferierung aus der „arena of Franco-Ger[man] acrimony“ auf eine höhere Ebene¹³⁸. Weder Bonn noch Paris wünschten jedoch eine solche Multilateralisierung. Für Kaiser bildete der Stillstand den willkommenen Anlaß, wieder größere Geschütze aufzufahren. Eindringlich führte er Adenauer die Ängste der prodeutschen Kreise an der Saar vor Augen, auf dem „Altar Europas“ geopfert zu werden. Da er ohnehin davon ausging, „daß an der Saar die Zeit für Deutschland arbeitet“, gab es für ihn überhaupt keinen Grund, den Status quo zu ändern. Worauf es seines Erachtens ankam war, der Opposition an der Saar den Rücken stärken. Deshalb forderte er den Kanzler Mitte Mai dazu auf, das Saarmemorandum vom 29. 2. noch einmal dem Europarat zur Behandlung vorzulegen¹³⁹. Um dem Gesuch Nachdruck zu verleihen, ließ er sein Drängen sofort von der Presse verbreiten¹⁴⁰.

Adenauer konnte diesem Rat schon wegen der unweigerlichen Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses nicht so ohne weiteres folgen. Allerdings hatte er auch in Rechnung zu stellen, daß seine Rechtsexperten im Rahmen einer völkerrechtlichen Überprüfung des Konzepts der Europäisierung mittlerweile schwere Bedenken vorgetragen hatten¹⁴¹. Desungeachtet plädierte Rudolf Thierfelder, Strohm's Nachfolger als Leiter des Saarreferats, dafür, die Frage „in Gang“ zu halten und die Sympathien der Angelsachsen zu gewinnen, um aus der „Rolle des Störenfriedes“ herauszukommen. „Uneuropäische, egoistische“ und von der Saarbevölkerung mehrheitlich nicht mitgetragene Forderungen hielt er für kontraproduktiv. Konkrete Vorschläge mußten her, damit die Oppositionsparteien an der Saar mit einem festen Programm in den Wahlkampf ziehen konnten¹⁴². Die politischen Interessen der Bundesrepublik und die wirtschaftlichen Ambitionen

¹³⁵ Bundestagsrede Adenauers, 23. 4. 1952, in: ebd., S. 8822–8924, hier S. 8823.

¹³⁶ S. Entschließung des Deutschen Bundestages, 23. 4. 1952, in: ebd., S. 8843.

¹³⁷ Die SPD stimmte gegen die Entschließung, weil sie ihren Entwurf zu sehr abschwächte (ebd., S. 8830); s.a. Schmidt, Saarpolitik, S. 237; Fischer, Saar, S. 136.

¹³⁸ McCloy an Dep. of State, Tel. 2483, 23. 4. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1413 f., hier S. 1414; zur amerikanischen Haltung gegenüber den deutsch-französischen Saarkonsultationen vgl. ausführlich: Kerkhoff, Großbritannien, S. 153–177.

¹³⁹ PA, Abt. 2, Bd. 522, Bl. 285–289, Kaiser an Adenauer, Schnellbrief III, 18. 5. 1952.

¹⁴⁰ Vgl. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 327.

¹⁴¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 540, Bl. 134–141, Mosler an Blankenhorn, Aufzeichnung 214–31 II 5394/52, 17. 4. 1952.

¹⁴² Ebd., Bd. 543, Bl. 132–136, Thierfelder an von Trützschler, Aufzeichnung, 28. 4. 1952.

Frankreichs glaubte er durch die Einführung der Zollfreiheit im Rahmen eines „Sonderregime[s]“ und die Unterstellung der Saar unter die Aufsicht des Europarat-Ministerkomitees befriedigen zu können¹⁴³.

Auch in Paris herrschte Uneinigkeit über das weitere Vorgehen. Monnet bezeichnete das Saarproblem in einem vertraulichen Journalistengespräch als „sterbende Frage“, deren Lösung im europäischen Rahmen zu finden sei¹⁴⁴. Demgegenüber glaubte der Quai d'Orsay angesichts des nahenden Endes der Verhandlungen über den General- und den EVG-Vertrag die Angelegenheit zum eigenen Vorteil instrumentalisieren zu müssen¹⁴⁵. Auch Grandval wurde nun aktiv und legte Schuman Mitte Mai ein neues Programm vor, das die Stärkung der saarländischen Autonomie mit der Europäisierung verknüpfte: Modifikation der Saarkonventionen auch gegen die zu erwartenden Proteste der Bundesregierung, der Westmächte und selbst einiger französischer Ministerien; Memorandum an die Angelsachsen zur Abfederung der von dort zu erwartenden Kritik; Vorschlag zur Europäisierung der Saar, der von einer neutralen Persönlichkeit vorgestellt werden sollte¹⁴⁶.

Durch den Druck der Opposition¹⁴⁷ und die Ermahnungen aus den eigenen Reihen bedrängt, sah sich der Kanzler Mitte Juni gezwungen, seinen Protest gegen die undemokratischen Zustände der Saar wieder aufleben zu lassen. Nachdem Schuman bereits auf der Sitzung des Ministerkomitees des Europarates am 23. 5. mündlich eingeweiht worden war¹⁴⁸, bat Hallstein den Generalsekretär des Europarates am 19. 6. darum, das zurückgezogene Memorandum wieder auf die Tagesordnung des Ministerkomitees zu setzen¹⁴⁹. Zugleich protestierte Bonn gegen ein am 17. 3. erlassenes saarländisches Parteizulassungsgesetz, weil Hoffmann damit die Genehmigung der neuen prodeutschen Parteien verweigerte bzw. hinauszögerte¹⁵⁰. Dem Saarreferat im Auswärtigen Amt reichte das alles nicht aus. Ende Juni regte Thierfelder eine öffentliche Erklärung des Kanzlers an, um der Propaganda der Saarregierung entgegenzutreten und die prodeutschen Parteien zu stärken. Im Gegensatz zu einigen Kollegen an der Koblenzer Straße empfahl er nicht nur, Adenauer solle die Zugehörigkeit des Saargebiets zu Deutschland als „ganz selbstverständliche Voraussetzung für die künftige Saarregelung“ herauskehren¹⁵¹. Er vertrat gar die Auffassung, die Saar „einzugliedern“ und Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiet entgegenzukommen¹⁵².

¹⁴³ S. ebd., Bl. 130f., ders. an Blankenhorn, Aufzeichnung, 25. 4. 1952.

¹⁴⁴ Ebd., Bd. 467, Bl. 106, Krekeler an AA, Tel. 244, 2. 5. 1952, Geheim.

¹⁴⁵ S. Aufzeichnung Seydoux, 2. 5. 1952, Confidential, in: BDFD I, S. 408.

¹⁴⁶ S. Grandval an Schuman, Tel. 191, 14. 5. 1952, Très secret, Réservé, in: ebd., S. 306–308; Schneider, Gilbert Grandval, S. 230f.

¹⁴⁷ Vgl. Bundestagsrede Mommsers, 18. 6. 1952, in: BT, Sten. Ber., Bd. 12, S. 9612f.

¹⁴⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 528, Bl. 298f., Thierfelder an Hallstein, Aufzeichnung 214–26 II 7615/52, 15. 6. 1952, Sofort, Marginalie Hallsteins.

¹⁴⁹ S. ebd., Bd. 461, Bl. 179–181, Hallstein an Camille Paris, 214–26 II 7615/52, 19. 6. 1952.

¹⁵⁰ S. ebd., Bd. 528, Bl. 298f., Thierfelder an Hallstein, Aufzeichnung 214–26 II 7615/52, 15. 6. 1952, Sofort; Fischer, Saar, S. 136f.

¹⁵¹ PA, Abt. 2, Bd. 543, Bl. 215, Thierfelder an Blankenhorn, 23. 6. 1952, Persönlich; s.a. ebd., Bl. 212–214, Aufzeichnung an Adenauer 214–32 II 8282/52, 23. 6. 1952.

¹⁵² Ebd., Bd. 150, Bl. 77–79, Thierfelder an von Welck, Aufzeichnung 100–06 II 7949/52, 14. 6. 1952.

Adenauer gingen diese Forderungen entschieden zu weit. Im Bundeskabinett stellte er am 24. 6. noch einmal klar, daß die Saarfrage für ihn nur ein Problem „dritten Ranges“ war. Mit dem bedauerlichen Scheitern des Planes zur Errichtung eines „Schumanplanterritorium[s]“ an der Saar habe man eine Chance verspielt, die wirklich wichtigen Probleme, für die die Verständigung mit Franzosen und Angelsachsen unabdingbar sei, zu bereinigen¹⁵³. Um den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen, setzte der Kanzler in einem dieser Tage veröffentlichten Artikel in der „Zeit“ ganz auf die Verständigung mit Frankreich und die europäische Integration; die Saarfrage erwähnte er mit keinem Wort¹⁵⁴. Seine Zurückhaltung und Mahnungen stießen im Kabinett einmal mehr auf Widerstand. Namentlich der Minister für Gesamtdeutsche Fragen sah sich zu einem umgehenden Tadel genötigt. Mit seiner Rede auf dem Rheinischen Heimattag in Trier Ende Juni¹⁵⁵ stieß Kaiser nicht nur Adenauer vor den Kopf, sondern entfachte sogar in den USA einen Sturm der Entrüstung. Doch davon ließ er sich nicht beeindrucken, wies auch des Kanzlers sofortige Maßregelung als unbegründet zurück¹⁵⁶. Zustimmung durfte er aus den Reihen der saarländischen Opposition erwarten, die direkte deutsch-französische Verhandlungen für unangebracht hielten und der Bundesregierung empfahlen, ihr Gewicht auf die Zulassung der prodeutschen Parteien zu legen¹⁵⁷. Demgegenüber nahm die Saarbrücker Regierung Anfang Juli Kontakt zum Auswärtigen Amt auf und unterbreitete den Vorschlag bilateraler Verhandlungen mit dem Ziel einer Anerkennung durch die Bonner Republik, der dann Verhandlungen mit Frankreich zwecks Aufgabe des „Protektoratsverhältnisses“ folgen sollten. Thierfelder glaubte in diesem Plan durchaus Anzeichen etwaiger französischer Konzessionen zu erkennen, hielt ihn auch nicht für ungünstig, da die prodeutschen Kräfte nach Beseitigung der französischen „Hegemonialstellung“ die Oberhand gewinnen konnten. Die Realisierung betrachtete er aber als unmöglich, da die oppositionellen Kräfte in der Bundesrepublik die Autonomie der Saar kaum akzeptierten¹⁵⁸.

Die Saar als europäisches Territorium?

Hoffmanns offenes Eintreten für die Installierung der Montanunions-Organen in Saarbrücken wirkte am Rhein suspekt. Ohne vorherige Beseitigung der französischen Position mußte ein solcher Schritt zur Europäisierung den Druck durch die neugegründeten Oppositionsparteien senken und somit die Stellung der Saarregierung befestigen¹⁵⁹. Dennoch versuchte Adenauer Mitte Juli, die Idee des europäischen Territoriums erneut ins Gespräch zu bringen. Er hatte sie noch nicht ganz abgeschrieben und hoffte mit ihr, die deutsch-französischen Beziehungen zu entgiften. Den Vorbehalten in den eigenen Reihen setzte er das Argument entgegen:

¹⁵³ Lenz, Tagebuch, S. 373, Tb. 24. 6. 1952.

¹⁵⁴ S. Artikel Adenauers, in: „Die Zeit“, 26. 6. 1952, auch in: Bulletin 1952, S. 795 f.

¹⁵⁵ S. Rede Kaisers in Trier, 29. 6. 1952, im Auszug in: Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 328 f.

¹⁵⁶ Vgl. ebd., S. 328.

¹⁵⁷ S. PA, Abt. 2, Bd. 488, Bl. 149–151, Thierfelder an Blankenhorn, Aufzeichnung 214–03 21 II 9471/52, 17. 7. 1952.

¹⁵⁸ Ebd., Bd. 543, Bl. 233–235, ders. an dens., Aufzeichnung 214–32 II 8810/52, 3. 7. 1952.

¹⁵⁹ S. ebd., Bd. 518, Bl. 174 f., Aufzeichnung an Hallstein 214–14 II 9524/52, 18. 7. 1952.

gen, mit der Verlegung der EGKS-Organen würde das „undemokratische Verhalten der Saarregierung in kürzester Zeit aufhören“¹⁶⁰. Nach heftiger Gegenwehr Kaisers und Dehlers, die an der Saar weder europäische Institutionen noch ein europäisches Gebiet wollten, beschloß das Kabinett am 11. 7., nur dann für Saarbrücken als Sitz der Organe einzutreten, „wenn die Frage der Bildung eines europäischen Territoriums an der Saar ausgeschaltet wird“¹⁶¹.

In der französischen Hohen Kommission wußte man den Mut des Kanzlers durchaus zu schätzen, war ihr doch nicht entgangen, daß die Europäisierung der Saar in der Bundesrepublik weithin als „crime“ verworfen wurde. Energisch stellte sie sich hinter den Plan, weil sie die Sorge umtrieb, daß der Anschluß der Saar an die Bundesrepublik sonst „irrésistible“ sei¹⁶². Je mehr sich die Saarfrage als „un double frein“ für Frankreichs Außenpolitik erwies, da sie das Verhältnis zur Bundesrepublik und den Weg zur europäischen Integration blockierte¹⁶³, desto notwendiger erschien auch Schuman ein neuer Anlauf. Nachdem Acheson und Eden ihn dringend gebeten hatten, alles zu tun, damit die Saarfrage nicht die Ratifizierung der Westverträge verhindere¹⁶⁴, verknüpfte er am 23. 7. auf der Außenministerkonferenz der EGKS in Paris seinen Vorschlag zur Ausarbeitung eines Statuts über eine Europäische Politische Gemeinschaft¹⁶⁵ nach Billigung des Conseil des Ministres¹⁶⁶ mit der Anregung, den Sitz der EGKS in Saarbrücken einzurichten, sobald das Saargebiet mit einem von der Bevölkerung akzeptierten und den interessierten Staaten garantierten „statut européen autonome“ ausgestattet sei. Für die Übergangszeit sollte Straßburg die Behörden aufnehmen¹⁶⁷. Wie Schuman in Diplomatenkreisen verlauten ließ, schwebte seiner Regierung gar vor, auch die Gremien des Europarates allmählich nach Saarbrücken zu transferieren, um dort eine Art „District of Columbia“ einzurichten¹⁶⁸. Daß diese Idee von Grandval und Hoffmann entwickelt worden war, verschwieg er wohlweislich¹⁶⁹.

Schumans überraschende Erklärung zur Saarfrage fand unter seinen Kollegen breite Zustimmung, wenngleich sie sich aufgrund der zahlreichen Einzelwünsche der Partnerländer nach langem, zähem Feilschen auf Luxemburg als vorläufigen Sitz der Hohen Behörde und Straßburg als vorläufigen Sitz des Montanparlaments einigten¹⁷⁰. Adenauer hingegen hielt sich merklich zurück, wohl weil er sich überfahren fühlte, da Schuman in einem kurzen Vieraugengespräch vor der Sit-

¹⁶⁰ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 343, Pressetee, 11. 7. 1952.

¹⁶¹ Kabinettsitzung, 11. 7. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 447. Nach Lenz stammt dieser Vorschlag von Adenauer selbst (Lenz, Tagebuch, S. 390, Tb. 11. 7. 1952).

¹⁶² AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 14, Leroy-Beaulieu an Monnet, 19. 7. 1952, Personnelle.

¹⁶³ Poidevin, Robert Schuman et la Sarre, S. 35; s.a. Freymond, Saar, S. 133 f.

¹⁶⁴ Vgl. Kerkhoff, Großbritannien, S. 164 f.

¹⁶⁵ S. Kap. III.2.2.

¹⁶⁶ S. Conseil des Ministres, 23. 7. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 454.

¹⁶⁷ AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 72, „Proposition du Gouvernement Français“, 23. 7. 1952.

¹⁶⁸ Hayter an Eden, Tel. 395, 25. 7. 1952, Priority, Confidential, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 920 f., hier S. 921.

¹⁶⁹ Vgl. Schneider, Gilbert Grandval, S. 231.

¹⁷⁰ S. Lenz, Tagebuch, S. 398, Tb. 25. 7. 1952.

zung keinerlei Andeutungen gemacht hatte¹⁷¹. Schließlich versuchte der Kanzler den Minister mit gezielten Fragen nach den Grenzen des Gebietes, der Zukunft der Saarkonventionen bzw. der Einbeziehung der Saarbevölkerung zu präzisen Äußerungen über das Statut zu veranlassen. Dabei deutete Schuman an, daß Frankreich auf die Wirtschaftskonzessionen an der Saar verzichten könnte, wenn die Bundesrepublik der Europäisierung zustimmte¹⁷², setzte sich damit aber eindeutig über den Beschluß des Conseil des Ministres hinweg, der die Bewahrung der Wirtschaftsunion mit der Saar verlangt hatte¹⁷³. Nachdem sie von ihren Kollegen dazu aufgefordert worden waren, vor dem 15. 9 eine entsprechende Lösung der Saarfrage herbeizuführen, verständigten sich Adenauer und Schuman auf die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Schuman und Hallstein¹⁷⁴.

Adenauer schwenkte damit wieder auf seine im Frühjahr vertretene Linie um und legte noch vor der Heimreise nach Bonn gegenüber seinen engsten Vertrauten auf einem Spaziergang im Bois de Boulogne die Marschroute fest. Bevor man die Frage der Europäisierung in Angriff nehmen könne, mußten sich die politischen Verhältnisse an der Saar grundlegend ändern. Dazu verlangte er nicht nur die Zulassung der oppositionellen Parteien, sondern jetzt auch eine Verschiebung der Wahlen um sechs Monate und eine Beendigung der Enteignung. Dem europäischen Territorium, das aus Saarbrücken, einem weiteren Teil des Saarlandes und Lothringens zu bestehen hätte, wies er Selbstverwaltungsrechte unter der Aufsicht einer von der EGKS gebildeten Organisation zu. Eine Aufrechterhaltung der Saarkonventionen lehnte er dezidiert ab¹⁷⁵. Nach den Erfahrungen der letzten Monate blieb Adenauer skeptisch, ob Schuman seinen Vorschlag gegen die sich formierenden Gegenkräfte würde durchsetzen können. Einen gewissen Anlaß zum Optimismus bot freilich die Tatsache, daß mit Pinay und Plevén zwei Stützen der französischen Regierung ihm gegenüber während eines Frühstücks in Paris ihre Zustimmung zu dem Europäisierungskonzept versicherten¹⁷⁶.

Während der Kanzler keinen Zweifel an seinem „*désir sincère*“ ließ, das leidige Saartheme endlich zu beseitigen, zeigte ihm die SPD-Opposition die kalte Schulter¹⁷⁷. Auch innerhalb der Koalitionsfraktionen, deren Vorsitzenden der Kanzler sofort eine Aufzeichnung über die Besprechungen in Paris zukommen ließ¹⁷⁸, und im Kabinett gab es starke Vorbehalte gegen die Neuauflage des Europäisierungs-

¹⁷¹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 13, Bl. 117 u. 123, Tb. 22. u. 23. 7. 1952; Lenz, Tagebuch, S. 400, Tb. 29. 7. 1952; DBPO, 2. Reihe, Bd. 1, S. 919, Anm. 3.

¹⁷² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 13, Bl. 123, Tb. 23. 7. 1952; Blankenhorn, Verständnis, S. 134f., Tb. 23. 7. 1952; Lenz, Tagebuch, S. 398, Tb. 25. 7. 1952; ebd., S. 400, Tb. 29. 7. 1952; Reber an Dep. of State, Tel. 358, 26. 7. 1952, Top Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1422f.; Notiz Seeböhms, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 488f., Anm. 26; Schumacher, Konrad Adenauer, S. 54.

¹⁷³ S. Conseil des Ministres, 23. 7. 1952, in Auriol, Journal, Bd. 6, S. 454.

¹⁷⁴ S. AdG 1952, S. 3575A.

¹⁷⁵ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 13, Bl. 126 u. 127, Tb. u. Aufzeichnung, 24. 7. 1952; Blankenhorn, Verständnis, S. 135, Tb. 24. 7. 1952; Lenz, Tagebuch, S. 398, Tb. 25. 7. 1952.

¹⁷⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 13, Bl. 129f., Aufzeichnung, 25. 7. 1952; Lenz, Tagebuch, S. 401, Tb. 29. 7. 1952; Reber an Dep. of State, Tel. 358, 26. 7. 1952, Top Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1422f.

¹⁷⁷ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 410, Tb. 27. 7. 1952.

¹⁷⁸ S. Adenauer an von Brentano, Mühlendorf, Schäfer, 25. 7. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 253f.; auszugsweiser Abdruck der Aufzeichnung ebd., S. 589, Anm. 1.

konzepts¹⁷⁹. Die neugegründeten Saarparteien sahen sich sogar bemüßigt, in einer gemeinsamen Démarche bei Adenauer ihr „Mißtrauen“ gegen den französischen Plan auszusprechen und hervorzuheben, daß die Saarbevölkerung „immer mehr die Trennung von Deutschland ablehnt“¹⁸⁰. In seiner Antwort ging der Kanzler auf diesen angeblichen Stimmungswandel nicht näher ein, beschränkte sich vielmehr auf die Feststellung, daß die letzte Entscheidung über die Gestaltung der dortigen Verhältnisse von einem frei gewählten Landtag mitzutreffen sei¹⁸¹.

Dies setzte neben der Zulassung der prodeutschen Parteien natürlich auch eine ausreichende Frist für die Vorbereitung der Wahlen voraus. Davon aber wollte zumindest Grandval nichts wissen. Er begrüßte zwar das Resultat der Außenministerkonferenz¹⁸², befürwortete auch eine Vertagung der Landtagswahlen, sofern die deutsch-französischen Verhandlungen Aussichten auf Erfolg besäßen, und konnte sich auch die Einbeziehung gewisser französischer Gebietsteile in das europäische Territorium vorstellen. Der Genehmigung der prodeutschen Parteien stellte er sich aber entschieden entgegen¹⁸³. Hoffmann hingegen billigte das Ergebnis der Pariser Besprechungen ausdrücklich¹⁸⁴. Ihm schwebte offenbar eine Europäisierung ohne exklusive Bindungen weder an Frankreich noch an Deutschland vor. Grandval setzte diesem antinationalen, regionalistischen Denken ein „nationalstaatliche[s], patriotische[s] Prinzip des Gaullismus“ entgegen, das die politische Autonomie der Saar und die Wirtschaftsunion mit Frankreich unangestastet ließ¹⁸⁵.

Während das Kanzleramt sich der Unterstützung der amerikanischen Hohen Kommission versicherte¹⁸⁶, formulierte Hallstein entsprechend den Vorgaben Adenauers in einer Vorbesprechung mit Schuman am 25. 7. die keineswegs „bescheiden[e]“¹⁸⁷ deutsche Verhandlungsphilosophie¹⁸⁸. Cum grano salis blieb die Bundesregierung dabei im Rahmen der Vorstellungen, wie sie das Auswärtige Amt in seinem Memorandum vom August 1951 und Adenauer gegenüber Schuman im März 1952 formuliert hatten. In einer ersten interministeriellen Ressortbesprechung definierte Hallstein als Primärziel der Verhandlungen mit Schuman eine Lösung, die die Bundesrepublik nicht diskriminiere. Sie ohne amerikanische Hilfe zu erreichen, hielt er für ausgeschlossen. Eine Beteiligung von Saarvertretern sah der Staatssekretär erst nach den Landtagswahlen und auch nur bei Fragen administrativen Charakters vor. In bezug auf das europäische Territorium verlangte er die Entwicklung eines „geo-wirtschaftlichen Prinzip[s]“, das die natürlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Saargebiets in Rechnung stelle. Um die

¹⁷⁹ S. Lenz, Tagebuch, S. 401 f., Tb. 29. 7. 1952; Notiz Seebohms, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 488 f., Anm. 26.

¹⁸⁰ PA, Abt. 2, Bd. 488, Bl. 143, CDU-Saar, DSP-Saar, DPS an Adenauer, 26. 7. 1952.

¹⁸¹ S. ebd., Bl. 148, Adenauer an CDU-Saar, DSP-Saar, DPS, 9. 8. 1952.

¹⁸² Vgl. Schneider, Gilbert Grandval, S. 231.

¹⁸³ S. Reber an Dep. of State, Tel. 344, 25. 7. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1420 f.

¹⁸⁴ S. Interview Hoffmanns, in: „Saarländische Volkszeitung“, 26. 7. 1952.

¹⁸⁵ Schneider, Gilbert Grandval, S. 232.

¹⁸⁶ S. Reber an Dep. of State, Tel. 358, 26. 7. 1952, Top Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1422 f.

¹⁸⁷ Köhler, Adenauer, S. 893.

¹⁸⁸ S. AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 79, Darlegungen Hallsteins vom 25. 7. 1952, Très secret, 31. 7. 1952; BA, NL Blankenhorn, Bd. 13, Bl. 128, Tb. 25. 7. 1952.

Billigung durch den Landtag zu gewährleisten, bezeichnete er es als entscheidend, welche Frage den Abgeordneten vorgelegt würde¹⁸⁹.

In einer zweiten Sitzung am 30. 7. stellten die Vertreter der Bundesministerien klar heraus, daß die Grenzziehung Aufgabe der Regierungsverhandlungen, nicht aber der saarländischen Bevölkerung sei. Eine Kleinstlösung, die sich auf das Stadtgebiet Saarbrückens beschränke, wurde verworfen, da ein wenn auch kleiner territorialer Beitrag Frankreichs als wesentlich für die Durchsetzung des Plans galt. Notwendig schien der Runde die Einstellung der französischen Expansionsmaßnahmen, wobei sogar an eine Generalklausel gedacht wurde, daß alle seit 1945 vorgenommenen wirtschaftlichen Transaktionen überprüft werden sollten. Bedenken einiger Beamter, Bonn solle angesichts der günstigen Entwicklung eine abwartende Haltung einnehmen, wischte Hallstein vom Tisch und verlangte von ihnen, die zu erbringende Einlage in Beziehung zu dem Wert zu setzen, „den ein echter Schritt in Richtung auf einen europäischen Bund darstelle“. In diesem Sinne bedeutete die Europäisierung seiner Meinung nach viel mehr als nur das Ende des Saarkonflikts; sie läutete den „Anfang des europäischen Bundes als einer rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Realität“ ein. Freilich setzte sie auf beiden Seiten erhebliche Zugeständnisse voraus: für Frankreich „das Verschwinden“ von Hoffmann und Grandval sowie die Aufgabe der „Schlüsselposition“ seiner Macht; für die Bundesrepublik die „Sanktionierung des Eigentums der Saar an den Gruben“¹⁹⁰.

Mißmutig verfolgt von der französischen Hohen Kommission in Bonn, die sich marginalisiert fühlte¹⁹¹, bereiteten auch die zuständigen Instanzen im Quai d'Orsay ein Konzept für die Verhandlungen vor. Zu dem von Hallstein verfolgten Lösungsmodell wies es einen „Kerngegensatz“¹⁹² auf, der die kommenden bilateralen Beratungen schwer belasten sollte: Bonn verlangte zunächst die Herstellung demokratischer Zustände und die Zulassung der prodeutschen Parteien. Paris hingegen wollte erst eine Einigung in den Hauptpunkten eines europäischen Saarstatuts erzielen: Aufrechterhaltung der Wirtschaftsunion, Kontrolle des europäischen Statuts, Selbstverwaltung der Saar in inneren Angelegenheiten, Festsetzung der Grenzen des europäischen Territoriums¹⁹³.

Obwohl Hallstein und Schuman zum Auftakt ihrer Besprechungen an einander appellierten, die hohen Erwartungen der Öffentlichkeit nicht zu enttäuschen, verlief die erste Verhandlungsrunde am 1. 8. 1952 erwartungsgemäß kontrovers. Schuman verlangte als Grundbedingung für eine Diskussion der deutschen Forderungen die Klärung der Konturen eines europäischen Statuts. Hallstein nahm dies notgedrungen hin, lenkte dann die Unterredung auf die Abgrenzung des europäischen Territoriums und unterstrich die „eminente Bedeutung“ der Einbeziehung eines französischen Gebietsstreifens. Die Abtretung eigener Gebietsteile kam für Schuman aber nicht in Frage. Auch die von Hallstein in den Vordergrund

¹⁸⁹ PA, B 17, Bd. 136, Bl. 18–27, Pauls an Hallstein, Aufzeichnung, 29. 7. 1952, Geheim.

¹⁹⁰ Ebd., Bl. 29–39, Besprechung bei Hallstein vom 30. 7. 1952, Aufzeichnung.

¹⁹¹ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 411, Tb. 15. 8. 1952; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 288f., Bérard an MAE, Tel. 7449/52, 16. 8. 1952, Réservé, Secret.

¹⁹² Schumacher, Konrad Adenauer, S. 56.

¹⁹³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 92f., Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 31. 7. 1952 (Konzept JB).

geschobene europäische Komponente eines „Districts of Columbia“ sagte ihm nicht zu, da der europäische Bundesstaat für ihn noch Zukunftsmusik war. Keinen Beifall fanden beim Außenminister auch die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Staatssekretärs. Denn sowohl die „Unité Economique de Fait“ als auch die Währungsunion standen für ihn nicht zur Disposition, so daß die Saar-Konventionen allenfalls an die neue Lage angepaßt werden könnten. Als Hallstein die Verträglichkeit mit den Grundsätzen der Europäisierung anmahnte, stellte Schuman den europäischen Organen ein Kontrollrecht anheim, damit Frankreich die Wirtschaftsunion nicht zu einer politischen Vormachtstellung ausnutze. Natürlich, rief er kühl in Erinnerung, dürfe die Bundesrepublik nicht den „Reparationscharakter“ des Saarproblems vergessen. Und als Hallstein den Verzicht darauf als Frankreichs Beitrag zur Europäisierung der Saar pries, stellte Schuman klar, bisherige Regelungen könnten „nicht einfach weggewischt“ werden¹⁹⁴.

Wenngleich man davon ausgehen kann, daß beide Seiten Positionen bezogen hatten, die Spielraum für Kompromisse offenhielten, war die Sitzung doch alles andere als verheißungsvoll verlaufen. Von Hallstein und Blankenhorn umgehend umfassend informiert, reagierte Adenauer entsetzt ob der „sehr große[n] Hindernisse“, die sich einer Verständigung in den Weg stellten. Schon am 2. 8. wandte er sich in schriftlicher Form an Schuman und bat eindringlich um mehr Entgegenkommen. Dessen Härte irritierte ihn so sehr, daß er das Schreiben auch dem Président du Conseil Pinay zukommen ließ, der sich ja der Europäisierung der Saar gegenüber offen gezeigt hatte. Der Kanzler scheute sich auch nicht, mit der neuerlichen Einschaltung des Europarates zu drohen; die Behandlung des deutschen Memorandums vom 29. 2. stand ja nach wie vor im Raume. Völlig unverständlich war ihm vor allem die Forderung Frankreichs nach Bewahrung der Saarkonventionen, die Schuman ihm gegenüber doch wiederholt als disponibel bezeichnet hatte. Um einen halbwegs fruchtbaren Gang der weiteren Beratungen zu ermöglichen, schien es ihm nun sinnvoll, wenn beide Regierungen ihre Standpunkte in schriftlicher Form umrissen¹⁹⁵.

Im Quai d'Orsay galt des Kanzlers persönlicher Eingriff in dieser Anfangsphase als „une erreur que nous pourrions ou déjà, que nous pouvons encore exploiter“¹⁹⁶. Die französische Hohe Kommission sah in dem Schreiben, dem eine neue Propagandawelle in Presse und Rundfunk folgte¹⁹⁷, einen klaren Beweis, daß die Bundesregierung die Europäisierung der Saar gar nicht wollte, aber befürchtete, die Saarbevölkerung könne ihr zum gegenwärtigen Zeitpunkt zustimmen.

¹⁹⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 13, Bl. 138–146, Unterredung zwischen Schuman und Hallstein vom 1. 8. 1952, Streng geheim, im Auszug in: BDFD II, S. 224–226, hier S. 224 u. 226; eine ausführliche, französische Fassung in: AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 102–117; s.a. ebd., PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 96–98, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 2. 8. 1952 (Konzept JV); PA, Abt. 2, Bd. 543, Bl. 277–281, Aufzeichnung 214–32 II o.Nr. /52, 1. 8. 1952; Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 30. 10. 1952, Confidential (Konzept JV), in: BDFD I, S. 308f.

¹⁹⁵ AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 87–89, Adenauer an Schuman, 2. 8. 1952; s.a. Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 30. 10. 1952, Confidential (Konzept JV), in: BDFD I, S. 309; Poidevin, Robert Schuman et la Sarre, S. 45; Schumacher, Konrad Adenauer, S. 57.

¹⁹⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 214–218, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 10. 8. 1952 (Konzept FS).

¹⁹⁷ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 411, Tb. 8. 8. 1952.

Bonn schien auf der Suche nach einer Lösung, die die Eingliederung der Saar in das Bundesgebiet ermöglichte und Paris bloß gewisse provisorische wirtschaftliche Vorteile zugestand, die durch die Montanunion freilich bald obsolet würden. Um sie zu erreichen, wartete man auf die Zulassung der neuen Saarparteien und zögerte die Verhandlungen solange hinaus, bis die Atmosphäre zugunsten einer Rückkehr der Saar nach Deutschland gekippt sei¹⁹⁸. Grandval und Hoffmann gedachten daher die Landtagswahlen zu verschieben und die Zulassung der prodeutschen Parteien weiter zu verzögern. Sie befürchteten, eine rasche Genehmigung gäbe jenen Kräften Wasser auf die Mühlen, die die Europäisierung des Saarlandes zu torpedieren trachteten¹⁹⁹.

In einem für Hallstein bestimmten Memorandum fixierte Adenauer am 6. 8. noch einmal seine Position. Vor dem Hintergrund der heftigen Kritik der Opposition und einer Öffentlichkeit, die laut Meinungsumfragen zu 73% die Europäisierung der Saar ablehnte²⁰⁰, bezeichnete der Kanzler die Saarfrage als „politisches Problem erster Klasse im Hinblick auf die europäische Zusammenarbeit“, das ohne „aktive und entscheidende Teilnahme“ eines freigewählten Landtags nicht zu lösen sei. Schumans Forderung nach der Unantastbarkeit der Wirtschaftsunion sah er nur in der französischen Absicht zur Schwächung des ehemaligen Kriegsgegners begründet, nicht aber in dem Streben nach Reparationen²⁰¹. Diese Auffassung wurde zwar von der These des Auswärtigen Amtes gedeckt, daß die Pariser Saarforderungen „niemals mit Reparationsforderungen“ legitimiert worden seien²⁰². Sie widersprach aber eindeutig zahlreichen, dem Kanzleramt sehr wohl bekannten Aussagen französischer Diplomaten der letzten zwei Jahre²⁰³. Adenauers Behauptung wirkt denn auch wie ein Kunstgriff, um die französisch-saarländische Wirtschaftsunion auszuhebeln. Da das sicherheitspolitische Motiv durch die EVG wegfiel, verlor die Saar aus seiner Sicht für Frankreich ganz erheblich an Bedeutung. Worauf es ankam, war den Franzosen wie den Angelsachsen nachzuweisen, daß die Gründe für die Wirtschaftsunion „fast oder überhaupt illusorisch geworden sind“. Als drängendstes Problem betrachtete er die Herbeiführung freier Wahlen und die Zulassung der prodeutschen Parteien, die das weithin bestehende Mißtrauen beseitigen könne, Frankreich wolle „unter der Maske der Europäisierung“ die bestehenden Zustände aufrechterhalten. Als Konzession war er dazu bereit, die französische Stellung in der EGKS nach einer Europäisierung der Saar unangetastet zu lassen; Paris sollte also die abziehenden saarländischen Vertreter durch eigene ersetzen dürfen²⁰⁴.

Von den deutschen Vorstellungen waren die französischen Zielsetzungen meilenweit entfernt. Eine Aufzeichnung der Unterabteilung Saar des Quai d'Orsay fixierte die Generallinien eines europäischen Saarstatuts wie folgt: Zuständigkeit der saarländischen Behörden für die Verwaltung innerhalb der Grenzen des Sta-

¹⁹⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 176 f., Bérard an MAE, Tel. 7228/31, 7. 8. 1952, *Réservé, Priorité*.

¹⁹⁹ S. ebd., Bl. 138–141, Filliol an MAE, Tel. 319, 5. 8. 1952, *Réservé*.

²⁰⁰ S. Lenz, Tagebuch, S. 407, Tb. 8. 8. 1952.

²⁰¹ PA, B 17, Bd. 139, 114 f., Memorandum, 6. 8. 1952.

²⁰² Ebd., Abt. 2, Bd. 544, Bl. 151–153, Aufzeichnung, 11. 8. 1952.

²⁰³ S. Kap. III.3.1.

²⁰⁴ PA, B 17, Bd. 139, Bl. 114 f., Memorandum, 6. 8. 1952.

tuts; schrittweise Anpassung der Wirtschaftsunion an die Modifikationen im Verhältnis zu den EGKS-Staaten; Abtretung des Eigentums an den Saargruben mit Inkrafttreten des Statuts; Zusicherung der Ausbeutungsrechte für eine französisch-saarländische Gesellschaft für eine Übergangszeit von fünf Jahren; Vertretung der EGKS-Mitglieder im Saarland durch einen europäischen Kommissar, der dem Besonderen Ministerrat verantwortlich sein, die Einhaltung des Statuts kontrollieren und die äußere Vertretung der Saar übernehmen sollte; Billigung des Statuts durch die Saarbevölkerung und die Regierungen der USA und Großbritanniens, die gemeinsam mit den EGKS-Staaten die Respektierung des Statuts bis zu einem Friedensvertrag mit Deutschland zu gewährleisten hatten²⁰⁵.

Von diesem Grundriß ließ Schuman jedoch zunächst nichts nach außen dringen. Als er am 9. 8. auf Adenauers Brief antwortete, ging es ihm vornehmlich darum, die als ungerecht empfundenen Vorhaltungen des Kanzlers zurückzuweisen. Mit deutlich anklagendem Ton gab er ihm zu verstehen, daß man das angestrebte Ziel gewiß nicht erreiche, „si nous attachions surtout à demander la suppression de ce qui existe, avant de savoir ce que nous accepterions de substituer à l'état de choses actuel“. Schuman beharrte darauf, die Frage der Zulassung der saarländischen Parteien und der Verschiebung der Landtagswahlen ausschließlich im Zusammenhang mit dem neuen Statut zu diskutieren, sofern dies genügend präzisiert sei. Adenauers Vorschlag zum Austausch schriftlicher Ausarbeitungen akzeptierte er nur mit dem doppelten Vorbehalt, ein solches Papier könne erst später formuliert werden und auch dann nur den persönlichen Standpunkt der Verhandlungspartner wiedergeben, ohne die Regierungen zu binden²⁰⁶.

Warum beharrte der Quai d'Orsay so fest darauf, die prodeutschen Parteien nicht zuzulassen? Der zu erwartende Gewinn galt im Hinblick auf die öffentliche Meinung im Vergleich zum möglichen Verlust als zu niedrig. „Il faut donc nous garder“, so formulierte Seydoux dieses Risiko, „d'introduire le loup dans la bergerie“. Denn wenn man dem saarländischen Wähler die Möglichkeit gäbe, sich zwischen der Europäisierung des Saarlandes und der Rückkehr nach Deutschland zu entscheiden, müßte Frankreich ein „sacrifice [...] total“ bringen. Welche Argumente konnte man aber gegen die deutschen Forderungen ins Feld führen? Zunächst die Tatsache, daß das europäische Statut einem Referendum unterworfen werden würde; vor allem die Aufdeckung der Widersprüche in Adenauers Beweisführung: die europäische Flagge zu hissen und zugleich eine europäische Saarlösung zu verdammen, noch während er sie aushandelte²⁰⁷; anders formuliert: sich für ein europäisches Statut auszusprechen und zugleich auf die Zulassung jener Parteien zu drängen, die die Rückkehr der Saar nach Deutschland propagierten²⁰⁸. Auch die Reduzierung des Saarproblems auf die politischen Aspekte

²⁰⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 192–195, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 8. 8. 1952 (Konzept JV).

²⁰⁶ Ebd., PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 99–103, Schuman an Adenauer, 9. 8. 1952; s.a. Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 30. 10. 1952, Confidential (Konzept JV), in: BDFD I, S. 309; Freymond, Saar, S. 135; Poidevin, Robert Schuman et la Sarre, S. 45.

²⁰⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 214–218, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 10. 8. 1952 (Konzept FS).

²⁰⁸ S. ebd., Bl. 304–306, de La Tournelle an Brüssel etc., Tel. 1539/45 etc., 18. 8. 1952, Très urgent.

konnte aus französischer Sicht nicht hingenommen werden. Die Verhandlungen drohten festzufahren, noch ehe sie richtig begonnen hatten. Adenauer von der Unhaltbarkeit seiner Position zu überzeugen, schien wenig erfolgversprechend. Die eigenen Bataillone mußten gestärkt werden. Der Kampf um Unterstützung durch die Angelsachsen begann²⁰⁹.

Um der Gefahr weiterer Verzögerungen durch die Deutschen zu entgehen, war der Quai d'Orsay an einem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen sehr wohl interessiert. Allerdings warnte Seydoux vehement davor, eine definitive, von einem Friedensvertrag nicht zu ändernde Regelung der Saarfrage auszuhandeln, die in der Bundesrepublik kaum über die parlamentarischen Hürden gehievt werden könnte. Statt dessen zielte er auf ein Abkommen, das im Rahmen späterer Friedensvertragsverhandlungen von Briten und Amerikanern erneut zur Annahme empfohlen werde. Denn dieser Weg bot einen zweifachen Vorteil. Blieb der Friedensvertrag aus, gewänne das Abkommen sicherlich definitiven Charakter. Käme es doch zu Friedensverhandlungen, setzten sich die Angelsachsen gewiß für die Aufrechterhaltung der bestehenden Lösung ein. Darüber hinaus bestand dann die Aussicht, daß die Sowjets mit Blick auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze den Franzosen taktische Möglichkeiten eröffneten, „qui nous font maintenant défaut“²¹⁰.

Am 13. 8. trafen sich Schuman und Hallstein zur zweiten Runde. Adenauer bekräftigte aus der Ferne in einem Interview noch einmal seine Grundposition²¹¹ und trug nicht gerade dazu bei, ihnen ihr Geschäft zu erleichtern. Schuman hatte sich mittlerweile doch zur Übergabe einer „unverbindlich[en]“²¹² schriftlichen Skizze des französischen Standpunkts durchgerungen, das freilich keinerlei Bewegung zu erkennen gab: Unterstellung der Saar unter die Kontrolle einer europäischen Organisation mit innerer politischer Autonomie, eigenem Parlament auf der Basis allgemeiner (!) Wahlen, eigener Exekutive; Vertretung des in seinen Grenzen nicht näher präzisierten europäischen Saarterritoriums nach außen durch einen europäischen Kommissar, der zugleich die Respektierung des Statuts überwacht; Anpassung der Saarkonventionen an das neue Statut; kostenlose Überlassung der Saarminen an das europäische Territorium; Referendum im Saargebiet über das Statut vor der Ratifikation durch die Unterzeichner; Billigung durch die nicht namentlich benannten Garantiestaaten²¹³.

Hallstein zeigte sich überrascht, da Schuman in seinem letzten Schreiben an Adenauer doch die Ausarbeitung eines solchen Schriftstücks als verfrüht bezeichnet hatte. Ohne näher auf den Inhalt einzugehen, stellte er abermals die deutsche *conditio sine qua non* für eine Regelung der Saarfrage in den Raum: freie Wahlen. Schuman konterte erneut mit seiner Grundbedingung: Verständigung über die Prinzipien der Regelung, da die umgehende Zulassung der Saarparteien in seinen

²⁰⁹ S. ebd., Bl. 214–218, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 10. 8. 1952 (Konzept FS).

²¹⁰ Ebd., Bl. 223–226, Aufzeichnung ders., 12. 8. 1952 (Konzept FS).

²¹¹ S. Interview Adenauers, in: „Luxemburger Wort“, 10. 8. 1952, auch in: Bulletin 1952, S. 1058.

²¹² BA, NL Blankenhorn, Bd. 13, Bl. 159–170, Unterredung zwischen Schuman und Hallstein vom 13. 8. 1952, Streng geheim, im Auszug in: BDFD II, S. 229–231.

²¹³ S. AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 80f., „Esquisse d'un statut politique de la Sarre dans le cadre d'une organisation européenne“, 13. 8. 1952; Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 30. 10. 1952, Confidential (Konzept JV), in: BDFD I, S. 310.

Augen sofort einen Wahlkampf über das Für und Wider der Rückkehr zu Deutschland entfachen würde. Hallsteins Angebot, die Saar erst nach der Bildung eines freigewählten Landtags an der definitiven Regelung mitwirken zu lassen, widersprach er nicht. Auf Schumans Skizze eingehend, monierte er deren Tendenz, das Saargebiet „wie einen Staat zu behandeln, über den eine europäische Kontrolle errichtet werde“. Statt eines europäischen Kommissars favorisierte er eine supranationale Behörde mit präzise formulierten Kontrollrechten. Als größtes Problem erwies sich, wie zu erwarten, das Eigentum an den Saargruben. Der Außenminister wollte es zwar dem Saargebiet überlassen, erklärte die Gruben-Konvention aber auf Nachfragen für sakrosankt. Der Staatssekretär sprach prompt von „wirtschaftliche[r] Dominierung durch Frankreich“ und Diskriminierung Dritter. Davon äußerlich unbeeindruckt insistierte Schuman, das Maß der französischen Opferbereitschaft sei erschöpft. Sein Schlußwort ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Beim Studium der Einzelheiten könne man sehen, wo Konzessionsmöglichkeiten seien. Die allgemeine Erörterung könne nicht ergeben, was wir endgültig zu erreichen in der Lage sind.“²¹⁴

Die freundliche Atmosphäre der Unterredung²¹⁵ konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verhandlungspartner sich in keiner zentralen Frage geeinigt hatten. Hallsteins Appell, der Verzicht beider Seiten müsse gleich gewichtig sein, verfiel nicht. Für Frankreich kam schon der Anpassung der Saarkonventionen jenes Maß an Entsagung zu, das man allenfalls zu akzeptieren bereit war²¹⁶. Anders als in Saarbrücken, wo die Regierung das Pariser Konzept ausgezeichnet fand und dessen Konzessionsbereitschaft rühmte²¹⁷, setzte sich in Bonn allmählich der Eindruck fest, eine „echte europäische Lösung“ des Problems, wie sie die Bundesregierung verstand und die deutschen Kritiker hätte verstummen lassen, sei mit Schuman offenbar nicht zu haben bzw. gegen den innerfranzösischen Widerstand von ihm nicht durchzusetzen. Blankenhorn erachtete deshalb schon jetzt einen „Mißerfolg“ der Verhandlungen als „wahrscheinlich“, zumal auch die USA nicht jenen Druck ausübten, der Frankreich eventuell hätte einlenken lassen²¹⁸. Ohne zu verhehlen, daß die innenpolitischen Gegebenheiten Adenauers Handlungsspielräumen sehr enge Grenzen setzten, ließ der neue amerikanische Hohe Kommissar Donnelly etwa Hallstein gegenüber in diesen Tagen keinen Zweifel, daß er die Zeit für eine Intervention noch nicht gekommen sah²¹⁹.

²¹⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 13, Bl. 159–170, Unterredung zwischen Schuman und Hallstein vom 13. 8. 1952, Niederschrift, Streng geheim, im Auszug in: BDFD II, S. 229–231; ein französisches Protokoll in: AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 237–249; s.a. ebd., Bl. 266–273, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 14. 8. 1952 (Konzept PM); Conseil des Ministres, 20. 8. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 516 f.

²¹⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 282–284, Schuman an London etc., Tel. 14138/44 etc., 15. 8. 1952; Achilles an Dep. of State, Tel. 1000, 14. 8. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1427.

²¹⁶ In diesem Sinne: AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 264 f., Seydoux an Rom, Tel. 2597/603, 14. 8. 1952, Réservé; ebd., Bl. 282–284, Schuman an London etc., Tel. 14138/44 etc., 15. 8. 1952.

²¹⁷ S. ebd., Bl. 302 f., Filliol an MAE, Tel. 347, 5. 8. 1952, Réservé.

²¹⁸ BA, NL Blankenhorn, Bd. 13, Bl. 173 f., Tb. 17. 8. 1952.

²¹⁹ S. Donnelly an Dep. of State, Tel. 892, 28. 8. 1952, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1429 f.; zu den angelsächsischen Bemühungen hinter den Kulissen vgl. Kerkhoff, Großbritannien, S. 165–167.

Auch Adenauer sah kaum noch Chancen für eine Einigung. Da er die Angelegenheit aber bis zur französischen EVG-Ratifikation „hinaus[zu]ziehen“ gedachte²²⁰, sandte er Schuman erst einmal eine Antwort auf dessen Skizze vom 13. 8. Auf Anregung von Franz Josef Strauß, mit dem er im Kreise einiger Unions-Abgeordneter sein Memorandum besprach²²¹, fügte er in letzter Minute noch einen Vorbehalt hinsichtlich der territorialen Abgrenzung ein. Ansonsten forderte der Kanzler erneut die Mitwirkung eines freigewählten Landtags an der Gestaltung der Lösung, zu der auch Vertreter der übrigen westeuropäischen Staaten und der USA hinzugezogen werden sollten. Während er die politischen Grundlinien der Vorstellungen Schumans im Prinzip akzeptierte, lehnte er dessen wirtschaftliche Überlegungen dezidiert ab. Adenauer schlug daher die Einrichtung einer Sachverständigenkommission zur Prüfung der Angelegenheit und zur Ausarbeitung einer Übergangsregelung vor, die die deutschen, französischen und saarländischen ökonomischen Interessen gleichermaßen zu berücksichtigen hätte. Abermals schloß er mit einem Aufruf an das europäische Gewissen Schumans: „Wir müssen zu Europa kommen, und um dieses Ziel zu erreichen, müssen Frankreich und Deutschland Opfer bringen.“²²²

In der französischen Diplomatie begann man nun ähnlich wie unter den deutschen Kollegen mit dem Scheitern der Verhandlungen zu rechnen, zumal die Stimmung in den politischen Kreisen am Rhein noch reservierter, ja ablehnender wirkte als die vom deutschen Verhandlungsführer an der Seine eingenommene Haltung²²³. Grandval und einige seiner Mitarbeiter drängten daher, den Gedanken eines baldigen Referendums an der Saar wieder aufzugreifen, der von Schuman und Hoffmann bereits Ende Juli erwogen, dann aber wieder verworfen worden war, um die laufenden Verhandlungen nicht zu beeinträchtigen. Der Hohe Kommissar rechnete mit einer 80% bis 90% Zustimmung zum Konzept der Europäisierung und einer entschiedenen Zurückweisung der deutschen Forderungen. Da der saarländische Ministerpräsident seine Einwilligung zur Volksabstimmung aber von der Billigung der USA abhängig machte, riet Grandval Schuman, die Verhandlungen mit Hallstein in die Länge zu ziehen, „pour que l'intervention américaine puisse produire son effet avant leur échec définitif“²²⁴. Im Quai d'Orsay trafen diese Überlegungen durchaus auf Verständnis; an eine sofortige Umsetzung wurde aber nicht gedacht. Die Unterabteilung Saar empfahl dem Minister vielmehr, die Bereitschaft zu einem solchen Referendum erst später zu signalisieren, weil sie sich davon im Falle des Fehlschlags der deutsch-französischen Verhandlungen „un avantage certain“ in der internationalen Öffentlichkeit versprach²²⁵.

²²⁰ Lenz, Tagebuch, S. 411, Tb. 18. 8. 1952.

²²¹ S. ebd.

²²² AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 108–111, Memorandum des AA, 18. 8. 1952.

²²³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 288 f., Bérard an MAE, Tel. 7449/52, 16. 8. 1952, *Réservé, Secret*.

²²⁴ Ebd., Bl. 342–344, Grandval an Schuman, 22. 8. 1952; s.a. ebd., Bl. 337–340, Filliol an de Beaumarchais, Nr. 1198, 20. 8. 1952.

²²⁵ Ebd., Bl. 357, Unterabt. Saar im MAE an Schuman, Aufzeichnung, 25. 8. 1952 (Konzept JB).

Am 29. 8. setzten sich Hallstein und Schuman zur dritten Besprechungsrunde zusammen. Trotz der „atmosphère satisfaisante“²²⁶ konnte von echten Verhandlungen keine Rede (mehr) sein, allenfalls vom abermaligen Austausch der jeweiligen Standpunkte. Schuman verwahrte sich gegen die im deutschen Memorandum vertretene Behauptung, die Westmächte betrachteten die Bundesrepublik als Nachfolgerin des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Auf seine Frage nach der Beteiligung der Saar am Europäisierungskonzept differenzierte Hallstein in einem Zweistufenmodell zwischen der „Auffindung einer prinzipiellen Lösung“ und der „Ausarbeitung der endgültigen Lösung in einem besonderen Verfahren“. Dabei dürfe die Saarbevölkerung nicht „unter den Zwang einer Alternative“ gestellt werden. Energisch widersprach der Minister der deutschen Behauptung, die Saarkonventionen verletzten den Grundsatz der Nichtdiskriminierung; wenn seine speziellen Interessen an der Saar nicht berücksichtigt würden, fühle sich Frankreich benachteiligt. Adenauers Botschaft enthalte nur „negative Hinweise“; gefordert seien aber „positive Lösungen“. Hallstein wollte die Kritik Schumans nicht stehenlassen, stimmte mit ihm aber überein, eine genauere Untersuchung des wirtschaftlichen Problems in Angriff zu nehmen. Im Grunde nahm er aber das Ergebnis der Prüfung bereits vorweg, wenn er feststellte, Frankreich müsse seine „wirtschaftliche Souveränität“ an der Saar aufgeben und dürfe das Saarproblem nur bedingt mit der Reparationsfrage verknüpfen: „Die Wirtschaftsunion sei [...] niemals auf Reparationsansprüche gegründet gewesen.“ Schuman sah dies anders und unterstrich erneut die „Verbindung zwischen der französischen Position an der Saar und den Reparationen“. Für unabdingbar hielt er Lösungen hinsichtlich der Freiheit des Zahlungsverkehrs und der Stabilität der Währungskurse sowie der Frage der Zölle²²⁷. Dies war angesichts der evidenten ökonomischen Verflechtungen nicht verwunderlich. Die Saar war Mitte 1952 nach den USA der zweitwichtigste Lieferant und der drittgrößte Kunde Frankreichs. Dank ihres Außenhandelsüberschusses vermochte sie etwa 10 Milliarden Francs an Devisen zu überweisen. Hinzu kamen „économies de devises“ in einer Höhe von 90 Milliarden Francs pro Jahr²²⁸. Nachdem Schuman und Hallstein auch hinsichtlich der Zulassung der Saarparteien und der Verschiebung der Landtagswahlen keine Annäherung erzielt hatten, vereinbarten sie für den 8./9. 9. eine Aussprache auf der Ebene der Außenminister und die Hinzuziehung von Sachverständigen für Währungs- und Wirtschaftsfragen. Die von deutscher Seite angeregte Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Behandlung der wirtschaftspolitischen Probleme lehnte Schuman ab²²⁹.

²²⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 266, Bl. 418–420, Schumann an London etc., Tel. 15067/73 etc., 30. 8. 1952.

²²⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 13, Bl. 211–221, Unterredung zwischen Schuman und Hallstein vom 29. 8. 1952, Streng geheim, im Auszug in: BDFD II, S. 240–244, hier S. 241, 242 u. 243; ein französisches Protokoll in: AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 136–159; s.a. Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 30. 10. 1952, Confidential (Konzept JV), in: BDFD I, S. 310.

²²⁸ Aufzeichnung des MAE, August 1952, in: BDFD II, S. 231–240, hier S. 39; zum wirtschaftspolitischen Nutzen der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion für Frankreich s.a. Aufzeichnung des AA, 4. 8. 1952, in: ebd., S. 227 f.; Lefevre, Saarland, S. 436–440.

²²⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 13, Bl. 211–221, Unterredung zwischen Schuman und Hallstein vom 29. 8. 1952, Streng geheim, im Auszug in: BDFD II, S. 240–244.

Saarfrage als Chefsache

Nunmehr war klar, daß die Verhandlungen nicht, wie im Juli im Kreis der EGKS-Außenminister festgelegt, bis zum 15. 9. beendet sein konnten. Für die Bundesregierung war der Schuldige schnell ausgemacht: eine „Versteifung der französischen Regierung“²³⁰. „Eine Europäisierung ohne gleichgerichtete wirtschaftliche Regelung“, so hieß es im Bundeswirtschaftsministerium, „ist nur eine Schein-Europäisierung“. Aussicht auf Erfolg könne die Fortsetzung der Konsultationen nur haben, wenn Frankreich dem Abbau der Konventionen zustimme²³¹. Als Kaiser wenige Tage später im Kabinett mit unbequemen Fragen aufwartete, versicherte Hallstein dennoch ihm, die Verhandlungen verliefen „völlig“ in Richtung seiner Forderungen. Über eine Verschiebung des Wahltermins sei man sich nähergekommen. Als „Fortschritt“ bezeichnete er die Bereitschaft Schumans, jetzt auch über eine Abänderung der Saarkonventionen zu sprechen. Der neue Wohnungsbauminister Neumayer plädierte für eine dilatorische Behandlung. Kaiser äußerte Vorbehalte gegenüber einer Volksabstimmung und die Befürchtung, die Zulassung der Parteien könne von der Zustimmung zur Europäisierung abhängig gemacht werden. Hallstein wiegelte ab. Zunächst müsse ein freier Landtag gewählt werden, um dann mit der Saar über die Ausgestaltung der Europäisierung zu sprechen²³². Fünf Tage später fügte sich auch Blücher in den Kreis der Kritiker ein. In der Kabinettsitzung vom 8. 9. gab er zu Protokoll, er sei augenblicklich „gegen jede politische Lösung an der Saar“²³³.

In Paris galt das von Hallstein vorgeschlagene *Procedere* als neuerlicher Beweis für die Absicht Bonns, eine Regelung der Saarfrage im neugewählten Landtag mit Hilfe der prodeutschen Parteien im eigenen Sinne zurechtzubiegen. Um dem vorzubeugen, setzte man ihm folgendes Verfahren entgegen: deutsch-französisches Übereinkommen über ein europäisches Statut; Volksabstimmung; Billigung durch die Angelsachsen und interessierte Staaten; Landtagswahlen; „mise au point“ des Statuts durch die deutsche und die französische Regierung in Verbindung mit der neuen Saarregierung²³⁴. Das Ziel dieses Konzeptes lag, wie Grandval unumwunden zugab, auf der Hand: „notre but est de barrer la route de façon définitive aux partis pro-allemands“²³⁵.

Wie verabredet, trafen sich Schuman und Adenauer am 10. 9. am Rande der ersten Tagung des EGKS-Ministerrates in Luxemburg zu einer ausführlichen Besprechung. Am Vortage hatte der Außenminister in einem Interview die Schaffung eines deutsch-französischen Garantiestatuts vorgeschlagen, das der Saarbevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden sollte²³⁶. Schuman reagierte damit wohl auf eine an ihn und Adenauer gerichtete Resolution der Saarregierung, die sich am

²³⁰ Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 9. 1952, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1950–1953, S. 134.

²³¹ Aufzeichnung Reinhardt, 30. 8. 1952, Geheim, VS-NfD, in: BDFD II, S. 244–246, hier S. 245.

²³² Kabinettsitzung, 3. 9. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 546 f., hier S. 546; s.a. Lenz, Tagebuch, S. 425 f., Tb. 3. 9. 1952; BA, NL Kaiser, Bd. 183, Bl. 91–93, Kaiser an Adenauer, 4. 9. 1952.

²³³ Kabinettsitzung, 8. 9. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 560.

²³⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 267, Bl. 28–31, Aufzeichnung Unterabt. Saar im MAE, 3. 9. 1952 (Konzept JV).

²³⁵ Ebd., Bl. 83–86, Grandval an Schuman, 15. 9. 1952.

²³⁶ S. AdG 1952, S. 3643.

4. 9. für eine eventuelle Verschiebung der Landtagswahlen bei berechtigter Hoffnung auf ein positives Ergebnis der deutsch-französischen Verhandlungen und für eine Volksabstimmung über die Frage der Europäisierung ausgesprochen hatte²³⁷. Für den Kanzler, kam ein solcher Gedanke aber „gar nicht in Frage“²³⁸. Der Verlauf der Besprechung zeigte dann mehr als deutlich, wie weit beide Staatsmänner von einer Einigung entfernt waren. Stein des Anstoßes bildete abermals die Wirtschaftsunion. Adenauer sah die Freiheit der Saar in wirtschaftlichen Fragen aufgrund der Saarkonventionen nicht gegeben. Schuman behauptete, man strebe doch zunächst nur eine „vorübergehende Lösung“ an; durch die europäische Integration würden diese Probleme „ganz von selbst“ bereinigt. Mit Blick auf die prodeutschen Parteien warnte Schuman eindringlich vor „terroristischen Maßnahmen“ von der einen oder anderen Seite. Saarbrücken habe eine Entscheidung über die Zulassung bisher „auf jede mögliche künstliche Weise“ hinausgezögert, könne damit aber nur noch bis Ende September fortfahren. Adenauer pflichtete ihm bei, verlangte aber von ihm „im Interesse des Friedens“ das Verschwinden „gewisse[r] Persönlichkeiten wie z.B. Hoffmann“. Schuman widersprach ihm nicht und kündigte die Vorlage eines Gesetzes der Saarregierung zur Verschiebung der Wahlen bis Mitte Februar an. Erforderlich sei dazu die Aussicht auf eine Verständigung zwischen Bonn und Paris, die beide Regierungen mit einer öffentlichen Erklärung bekunden sollten. Adenauer wich einer Stellungnahme aus, weil er sich zunächst mit den Vertretern der prodeutschen Parteien besprechen wollte, und forderte dann im Gegenzug mit Nachdruck eine symbolische französische Geste hinsichtlich des europäischen Distrikts, was Schuman jetzt wohlwollend aufnahm²³⁹. Beide Politiker versicherten sich schließlich absoluter Diskretion, rühmten gegenüber der Presse die Freimütigkeit der Aussprache und zeigten sich am Tage danach vor dem Ministerrat der EGKS in Straßburg davon überzeugt, daß bei Aufrechterhaltung des bestehenden guten Willens eine Einigung in einigen Monaten zu erzielen sei²⁴⁰.

Mag der gute Willen bei ihnen auch tatsächlich vorhanden gewesen sein, so verdeutlichten die Reaktionen in der Heimat doch sofort wieder die engen Manövrierräume, die ihnen zur Verfügung standen. Nur einen Tag später sah sich Schuman genötigt, vor der Auswärtigen Kommission des Conseil de la République abermals zu betonen, er halte an der politischen Autonomie der Saar und der wirtschaftlichen Union mit Frankreich fest²⁴¹. Aus Saarbrücken wurde er bedrängt, bis zum 20. 9. eine deutsch-französische Erklärung über die absehbare Einigung vorzulegen, damit das Gesetz über die Wahlverschiebung auf den Weg gebracht

²³⁷ S. Entschließung der Christlichen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes an die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik, 4. 9. 1952, in: Hoffmann, Ziel, S. 247; vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 267, Bl. 83–86, Grandval an Schuman, 15. 9. 1952; Fischer, Saar, S. 139 f.

²³⁸ PA, B 17, Bd. 132, Bl. 64–81, Ausführungen Adenauers in der Besprechung mit den Vertretern der Saarparteien am 17. 9. 1952.

²³⁹ Ebd., Bd. 139, Bl. 296–299, Aufzeichnung Adenauer, 11. 9. 1952, Streng geheim; s.a. Conseil des Ministres, 11. 9. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 554.

²⁴⁰ S. Bulletin 1952, S. 1242; „Saarländische Volkszeitung“, 11. 9. 1952; Andrews an Dep. of State, Tel. 48, 11. 9. 1952, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1432–1434; PA, B 17, Bd. 132, Bl. 82–84, Diehl an Hallstein, Aufzeichnung, 12. 9. 1952.

²⁴¹ S. AdG 1952, S. 3643.

werden könne. Hoffmann drohte für den Fall der Nichteinhaltung des Termins mit der Abhaltung eines Referendums über die Europäisierung und dachte nicht daran, die Zulassung neuer Parteien auszusprechen²⁴². Im Bundeskabinett plädierte Kaiser für eine Zwischenlösung, die die Rückkehr der Saar zu Deutschland offenhielte. Blücher hingegen trat für „größte Aufgeschlossenheit gegenüber den französischen Bedürfnissen an der Saar“ ein, während Adenauer zunächst die Reaktion der Vertreter der prodeutschen Saar-Parteien abzuwarten gedachte²⁴³.

Eine erste Anregung zu einer solchen Begegnung war bereits Ende Juli von den drei Parteien ausgegangen. Mitte August fand sie die Unterstützung durch den Staatssekretär des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen, Thedieck²⁴⁴. Adenauer stand dem Treffen indes distanziert gegenüber, zumal er die Parteiführer fast alle nicht mochte: Hubert Ney, den Vorsitzenden der CDU-Saar, hielt er für einen Dummkopf und Nationalisten²⁴⁵, und dem DPS-Vorsitzenden Heinrich Schneider warf er seine NS-Vergangenheit vor²⁴⁶ – was den Kanzler allem Anschein nach aber nicht davon abhielt, ihm aus seinem Reptilienfonds 10 oder 11 Millionen DM zur Verfügung zu stellen²⁴⁷.

Trotz der Animositäten ging Adenauer nun auf die Saarpolitiker zu. Doch die Gespräche vom 16., 17. und 18. 9. führten zu keiner Einigung. Richard Becker von der DPS bezeichnete eine Abtrennung der Saar von Deutschland als völlig unmöglich; allenfalls eine Suspendierung der deutschen Gebietshoheit mochte er akzeptieren. Adenauer versicherte daraufhin, daß „die ganzen Konventionen [...] fallen“ müßten. Als Ney den evidenten Widerspruch zu jüngsten Erklärungen Schumans und Hoffmanns aufdeckte, hielt er entgegen, der Außenminister sei sich sehr wohl bewußt, daß die wirtschaftliche Freiheit an der Saar unter Berücksichtigung der französischen wirtschaftlichen Wünsche „*conditio sine qua non*“ für Bonn sei. Anderslautende Stellungnahmen seien „nicht so tragisch“. Schuman gebe „seinen Kindern die Wahrheit in Tropfen ein.“ Kurt Conrad von der DSP Saar mochte diese Gutgläubigkeit Adenauers nicht teilen. Frankreich habe seine Versprechungen an die Saar in den letzten Jahren „nie gehalten“ und versuche, die „Bundesrepublik übers Ohr zu hauen“. Ob des massiven Argwohns seiner Gesprächspartner gegenüber den französischen Plänen blieb dem Kanzler nur die Versicherung, er „tue nichts ohne Sie“²⁴⁸.

Da man eine zweite Gesprächsrunde vereinbarte, mußte Adenauer Schuman um Aufschub für seinen angekündigten Bericht bitten²⁴⁹. Schuman gewährte ihn,

²⁴² S. Hoffmann, Ziel, S. 242.

²⁴³ Kabinettsitzung, 16. 9. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 570.

²⁴⁴ S. PA, Abt. 2, Bd. 488, Bl. 143, CDU-Saar, DSP-Saar, DPS an Adenauer, 26. 7. 1952; ebd., Bl. 160–162, Thedieck an Hallstein, 12. 8. 1952.

²⁴⁵ S. Erklärungen Adenauers in den Sitzungen des CDU-Bundesvorstandes, 28. 5. 1954, 30. 9. 1955 u. 13. 1. 1956, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 237–242, 620f. u. 727.

²⁴⁶ S. Erklärung dess. in den Sitzungen des CDU-Bundesvorstandes, 5. u. 30. 9. 1955, in: ebd., S. 379 u. 620f.

²⁴⁷ S. Strauß, Erinnerungen, S. 218.

²⁴⁸ PA, B 17, Bd. 132, Bl. 64–81, Ausführungen Adenauers in der Besprechung mit den Vertretern der Saarparteien am 17. 9. 1952; s.a. Kabinettsitzung vom 19. 9. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 589; Sitzung des CDU-Bundesvorstandes vom 26. 1. 1953, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1950–1953, S. 409f.

²⁴⁹ S. Adenauer an Schuman, 19. 9. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 276.

legte aber in seiner Antwort vom 24. 9. zugleich den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung vor, die bis zum 7. 10. der saarländischen Regierung zugestellt werden sollte. Bonn und Paris stimmten darin einem europäischen Statut der Saar zu, das die interne Autonomie der Saar gewährleistete und von den interessierten Staaten garantiert wurde. Die bestehenden Wirtschaftskonventionen sollten sich in dem Maße entwickeln, wie die europäische Integration Fortschritte machte. Die Saarbevölkerung durfte sich zu dem Statut äußern, „au besoin par voix de référendum“²⁵⁰. Adenauer bestätigte sofort den Empfang des Schreibens, ohne aber inhaltlich Stellung zu nehmen²⁵¹. Die Behauptung Heinrich Schneiders, der Kanzler habe dem Außenminister schon am 23. 9. eine schriftliche Erklärung mit weitreichenden Zugeständnissen zukommen lassen²⁵², kann nicht bestätigt werden. Statt dessen wartete Adenauer die nächste Unterredung mit Ney, Becker und Conrad vom 26. 9. ab, um Schuman dann am 1. 10. eine ausführliche Stellungnahme zuzusenden. Als „Hauptschwierigkeit“²⁵³ hatte sich in dieser zweiten, bei Adenauer „keinen guten Eindruck“ hinterlassenden Aussprache²⁵⁴ die Definition des Begriffes Europäisierung ergeben, die die Saarvertreter strikt ablehnten, sofern sie eine Lösung des Saargebietes vom Bund bedeutete²⁵⁵.

Nachdem sich kurz darauf auch der Bundesvorstand und der außenpolitische Ausschuß der FDP in einem Communiqué dezidiert gegen eine politische Abtrennung des Saargebietes und für die Wahrung der dortigen wirtschaftlichen französischen Interessen durch „freundschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich“ ausgesprochen hatte²⁵⁶, schlug der Kanzler dem französischen Außenminister am 1. 10. plötzlich ein fünfjähriges provisorisches Statut, die Verschiebung der Wahlen und die umgehende Zulassung der neuen Parteien vor. Schuman selbst, so legitimierte er seinen Schwenk, habe doch wiederholt die angestrebte Lösung als „Provisorium“ bezeichnet. Der in fünf Jahren erreichte Grad europäischer Integration würde eine „Endlösung außerordentlich erleichtern“²⁵⁷.

Schuman war mit dieser Planung ganz und gar nicht einverstanden. Gegenüber Hallstein, der den Brief persönlich überbrachte, unterstrich er, seine Bemerkung über eine vorläufige Lösung dürfe keineswegs so verstanden werden, als ob nach Ablauf der Übergangszeit alles wieder neu verhandelbar sei²⁵⁸. Eine eingehende Analyse des deutschen Vorschlags verstärkte beim Minister den Eindruck, der Kanzler sei auf dem Rückzug. Niemals, so schrieb er Adenauer ins Stammbuch,

²⁵⁰ AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 199–201, Schuman an Adenauer, 24. 9. 1952; s.a. Freymond, Saar, S. 136.

²⁵¹ S. Adenauer an Schuman, 25. 9. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 281.

²⁵² S. Schneider, Wunder, S. 194 u. 211 f.

²⁵³ Adenauer an Schuman, 1. 10. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 281–283, hier S. 282.

²⁵⁴ Lenz, Tagebuch, S. 441, Tb. 21. 10. 1952.

²⁵⁵ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 14a, Bl. 153–174, Unterredung zwischen Adenauer und den Vertretern der Saarteilen vom 26. 9. 1952; PA, BStS, Bd. 267, Blankenhorn an Hallstein, 27. 9. 1952.

²⁵⁶ Beschluß des FDP-Bundesvorstandes, 29. 9. 1952, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1954, S. 489.

²⁵⁷ Adenauer an Schuman, 1. 10. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 283; s.a. Hoffmann, Ziel, S. 253.

²⁵⁸ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 14b, Bl. 11–14, Unterredung zwischen Hallstein und Schuman vom 2. 10. 1952, Streng geheim.

sei von ihm in den letzten Verhandlungen ein provisorisches Statut angestrebt worden – im Gegenteil. Stets sei es darum gegangen, die Saarfrage definitiv zu regeln. Eine fünfjährige Übergangsregelung führe an der Saar nur zu einem heftigen Kampf zwischen Gegnern und Befürwortern der Europäisierung mit fatalen Folgen für die deutsch-französischen Beziehungen und die europäische Integration²⁵⁹.

Schumans Standpunkt wurde von Hoffmann weitgehend geteilt. Zum einen bestand er nach den Unterredungen des Kanzlers mit den Vertretern der Saarparteien darauf, an etwaigen Verhandlungen zwischen Adenauer und Schuman beteiligt zu werden. Zum anderen wies er kategorisch ein provisorisches Saarstatut zurück und lehnte auch die Zulassung der Parteien weiterhin ab²⁶⁰. In einer Regierungserklärung appellierte Hoffmann am 7. 10. eindringlich an Bonn und Paris, die Gespräche fortzusetzen. Zur Erleichterung dieser Diskussion beschloß der Landtag einen kurzfristigen Aufschub der Wahlen²⁶¹.

Trotz Grippe beeilte sich Adenauer, die verheerende Wirkung seines Schreibens umgehend zu korrigieren. Am 6. 10. ließ er Minister a.D. Süsterhenn beim Direktor der Präsidialkanzlei in Trier vorsprechen und in erstaunlichen, sofort Schuman zugeleiteten Erklärungen seine Auffassung zum europäischen Statut und zum Verhältnis zu Hoffmann darlegen. Im Gegensatz zu Adenauers bisherigen Ausführungen sprach Süsterhenn nur von „Anpassung der Konventionen“ an das Statut. Hinsichtlich der Dauer stellte er drei Modelle zur Auswahl: Festsetzung für eine bestimmte Zeit und anschließende Anpassung an die neuen Gegebenheiten; Geltung bis zum Friedensvertrag; Änderung beim Abschluß eines Friedensvertrags. Der Kanzler, betonte sein Emissär, habe die Bundesministerien zur Einstellung der „bisherige[n] Polemik“ angewiesen. Er sei ferner der Auffassung, „daß eine menschlich anständige Haltung gegenüber Herrn Hoffmann eingenommen werden müsse“, und bäte im Gegenzug darum, von Angriffen gegen ihn abzusehen. „Dagegen bestehen keine Bedenken, Herrn Kaiser von der Saar aus anzugreifen.“²⁶²

In einer ersten knappen schriftlichen Antwort versuchte Adenauer darüber hinaus, Schumans Kritik mit einer irrtümlichen Interpretation seiner Mitteilung zu erklären²⁶³. Von Mißverständnissen konnte natürlich nicht die Rede sein. Vielmehr herrschte bei den Diplomaten und Politikern dies- und jenseits des Rheins Mißtrauen vor. An der Seine, so stellte es sich gewiß nicht nur dem klugen Schweizer Gesandten in Bonn, Huber, dar, befürchtete man von der fünfjährigen Befristung und der Zulassung der Parteien an der Saar eine „Heim ins Reich“-Bewegung“. Und Adenauer war sich wohl bewußt, eine endgültige Lösung nicht über die parlamentarischen Hürden bringen zu können. Letzten Endes handelte es sich um eine Machtfrage. Frankreich sorgte sich um die Auswirkungen des Überge-

²⁵⁹ S. AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 211–213, Schuman an Adenauer, 4. 10. 1952; s.a. Hoffmann, Ziel, S. 254.

²⁶⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 267, Bl. 196, Unterabt. Saar im MAE an Schuman, Aufzeichnung, 2. 10. 1952 (Konzept JB).

²⁶¹ Vgl. AdG 1952, S. 3689.

²⁶² AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 226–228, Aufzeichnung, o.D. Im Herbst 1953 unternahm Süsterhenn einen neuen Anlauf zur Lösung der Saarfrage (vgl. Elzer, Initiative).

²⁶³ S. Adenauer an Schuman, 6. 10. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 285.

wichts der deutschen Stahlproduktion auf das Gleichgewicht in der EGKS. Die Zeit arbeitete eindeutig für Deutschland. Und ob Bonn Paris auch in Zukunft noch die jetzt eingeräumten wirtschaftlichen Privilegien zuzugestehen bereit sei, hielt er zumindest für zweifelhaft²⁶⁴.

Schuman wartete eine ausführlichere Stellungnahme des Kanzlers nicht ab. Die Zeit drängte, weil das saarländische Parlament in Kürze das Wahlgesetz zu verabschieden und die Saarregierung den Wahltermin zu fixieren hatte. Bestand also, so wollte er von Adenauer am 10. 10. wissen, noch die berechtigte Aussicht auf die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung, notabene auf der Basis seines Entwurfs vom 24. 9.? Schuman hegte erhebliche Zweifel und bat für den gegenteiligen Fall schon jetzt darum, daß die Festlegung der Wahlen nicht zum sofortigen Abbruch der Saargespräche führen dürfe²⁶⁵. Seine Bedenken waren durchaus begründet. Im Auswärtigen Amt wurde nun ganz im Sinne der prodeutschen Saarparteien die These vertreten, die Bundesregierung habe nicht das Recht, vor einer Friedensregelung einer Lösung der Saarfrage und damit auch der Europäisierung zuzustimmen, wenn damit die Abtrennung von Deutschland verbunden sei²⁶⁶. Dementsprechend erklärte Adenauer gegenüber Donnelly, der vom State Department zu informellen Gesprächen mit der Bundesregierung aufgefordert worden war²⁶⁷, eine definitive Saarregelung für ausgeschlossen und begründete dies mit der präjudizierenden Wirkung auf die Oder-Neiße-Linie. Allerdings zeigte er sich zu einer vorläufigen Europäisierung der Saar bereit, selbst wenn sie bis zum Abschluß eines Friedensvertrages dauere²⁶⁸. Am 15. 10. bekundete er Schuman seine Bereitschaft zur gemeinsamen Saarerklärung und legte einen Gegenentwurf bei. Darin brachte er die Hoffnung zum Ausdruck, daß in absehbarer Zeit positive Ergebnisse in den Verhandlungen zu erwarten seien und daher eine Verlängerung der Legislaturperiode des Saarlandtags wünschenswert sei²⁶⁹. Am Tag darauf bat er Bundestagspräsident Ehlers darum, die von der SPD eingebrachte Anfrage über die Landtagswahlen an der Saar ohne Aussprache an den Auswärtigen Ausschuß zu überweisen, um eine Debatte zu vereiteln²⁷⁰. Außerdem ließ er Schuman einen zweiten, sehr ausführlichen Brief zukommen, der seine starke Betroffenheit über die französische Interpretation seines Provisoriumskonzepts zum Ausdruck brachte. Ihm sei es doch nur darum gegangen, „die Dinge so reifen zu lassen, daß der Begriff ‚Europäisierung‘ zu etwas für jedermann Faßbarem wird“. Ein Ausscheiden der Saar aus Deutschland käme „zur Zeit“ nicht in Frage. Die Klärung des Problems werde sich vielmehr „über Jahre erstrecken“ und „jeweils an die erreichten Stadien der europäischen Integration an[zu]passen“ sein. Eine definitive Lösung müsse durch den Friedensvertrag erfolgen. Sachverständige sollten seiner

²⁶⁴ Huber an Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten, 11. 10. 1952, in: Todt (Hg.), Anfangsjahre, S. 110–113, hier S. 110.

²⁶⁵ S. AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 215–217, Schuman an Adenauer, 10. 10. 1952.

²⁶⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 540, Bl. 252–254, Thierfelder an Ophüls, Aufzeichnung e.o. 214–31 II 13646/52, 14. 10. 1952.

²⁶⁷ S. Bruce an Botschaft Paris, Tel. 2145, 14. 10. 1952, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1435–1438.

²⁶⁸ S. Donnelly an Dep. of State, Tel. 1716, 15. 10. 1952, Secret, Priority, in: ebd., S. 1439–1441; Kerkhoff, Großbritannien, S. 171 f.

²⁶⁹ S. Adenauer an Schuman, 15. 10. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 286.

²⁷⁰ S. ders. an Ehlers, 16. 10. 1952, in: ebd., S. 286 f.

Meinung nach einvernehmliche Regelungen über die Wirtschaftsfragen ausarbeiten. Hinsichtlich der Zulassung der Parteien forderte Adenauer deren sofortige Zulassung für den Fall, daß sie „auf den Boden unserer Verständigung treten“²⁷¹.

Nach dieser Klarstellung äußerte er sich sowohl vor dem Kabinett als auch in der doch stattfindenden Bundestagsdebatte verhalten optimistisch²⁷². Nur so glaubte er wohl, der innergouvernementalen wie parlamentarischen Opposition den Wind aus den Segeln nehmen zu können, die in Gestalt des SPD-Abgeordneten Mommer die undemokratischen Verhältnisse an der Saar anprangerte, die Befassung des Europarates mit dem Memorandum vom 29. 2. forderte und den Kanzler davor warnte, seine „durch die Begierde nach Ratifikation des Verteidigungsvertrages“ gedrückte Politik der Vorleistungen fortzusetzen. Die Sozialdemokraten waren zwar bereit, Frankreichs wirtschaftlichen Interessen weit entgegenzukommen. Sie verlangten aber vorab die Anerkennung der Saar als Teil Deutschlands, die Wiederherstellung des Rechts und der demokratischen Freiheiten an der Saar sowie die Beendigung der De-facto-Abtrennung²⁷³.

Zu Adenauers zur Schau getragenen Optimismus bestand kein Anlaß. Obwohl der von ihm um Vermittlung gebetene englische Außenminister Eden Schuman am 20. 10. eindringlich um Kompromißbereitschaft bat und ihm einen Tag später eine erweiterte deutsche Fassung zur gemeinsamen Saarerklärung zustellte²⁷⁴, bewertete der französische Außenminister den Entwurf als „vague et inacceptable“²⁷⁵. Der Weg aus der Sackgasse konnte den Protagonisten in Bonn und Paris offenbar nur noch von außen gewiesen werden. So sah es zumindest sein englischer Kollege, der nun einen Diplomaten ins Kanzleramt beorderte. Adenauer gab ihm eine neue Version der gemeinsamen Saarerklärung für Schuman mit auf den Weg, die zusätzlich noch eine allgemein gehaltene Beschreibung der geplanten Europäisierung enthielt. Nach Auffassung des Quai d'Orsay und des Conseil des Ministres galt sie aber wegen ihrer Ungenauigkeiten und Lücken ebenfalls als unannehmbar²⁷⁶. Auriol bestand mit Blick auf die Beziehungen zur Sowjetunion darauf, dem Statut keinen definitiven Charakter zu geben, „mais qu'il soit définitif en ce qui concerne les rapports de la France, de l'Allemagne et de la Sarre“. Schuman unterstrich die Notwendigkeit einer Garantie durch die Angelsachsen. Darüber hinaus verlangte er von der Gemeinsamen Erklärung eine „affirmation très nette“ der Aufrechterhaltung der Wirtschaftsunion²⁷⁷. Seinen Gegenentwurf überbrachte François-Poncet am 23. 10. mit der ultimativen Drohung, wenn Adenauer ihn nicht am selben Tag akzeptiere, werde das Wahlgesetz an der Saar umgehend verabschiedet und der Termin für die Wahlen festgesetzt. Der Kanzler verlangte dennoch eine Abänderung des Textes in dreifacher Hinsicht. Die Verantwortung der saarländischen Regierung gegenüber dem frei gewählten Parlament

²⁷¹ Ders. an Schuman, 16. 10. 1952, in: ebd., S. 287–290, hier S. 288 u. 289.

²⁷² S. Lenz, Tagebuch, S. 440 f., Tb. 21. 10. 1952; Bundestagsrede Adenauers, 22. 10. 1952, in: BT, Sten. Ber., Bd. 13, S. 10713 f.

²⁷³ Bundestagsrede Mommers, 22. 10. 1952, in: ebd., S. 10711–1713, hier S. 10713.

²⁷⁴ Vgl. Kerkhoff, Großbritannien, S. 172 f.

²⁷⁵ Conseil des Ministres, 22. 10. 1952, in: Auriol, Journal 1952, S. 648–650, hier S. 649.

²⁷⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 268, Bl. 77 f., MAE an Bonn, Tel. 4790/93, 22. 10. 1952, Priorité absolue; Schumacher, Konrad Adenauer, S. 58.

²⁷⁷ Conseil des Ministres, 22. 10. 1952, in: Auriol, Journal 1952, S. 649.

wollte er nicht mit dem von Schuman formulierten Zusatz „dans le cadre du statut“ versehen²⁷⁸, weil er darin eine Beschränkung der freiheitlichen Willensbildung der Saarbevölkerung sah. Schuman aber legte großen Wert auf diese Formel, da sie alle Saarparteien auf die Europäisierung verpflichtete²⁷⁹. Nicht annehmbar erschien dem Kanzler auch die eher allgemein gehaltene Passage über die Anpassung der Wirtschaftsunion an das Saarstatut und die fortschreitende europäische Integration²⁸⁰. Er vermied den Begriff der Wirtschaftsunion und stellte eine gemeinsame Regelung für die französisch-saarländischen Wirtschaftsbeziehungen in Aussicht, „dans lequel les intérêts de la France seront respectés“²⁸¹. Schließlich verwarf Adenauer auch den Passus, der der Saarbevölkerung zusagte, „à se prononcer sur ce statut“²⁸², und ersetzte ihn durch den Satz: „De toute manière, c’est la population sarroise qui se prononcera en définitive sur ce Statut“²⁸³.

François-Poncet sah zwar keinerlei Spielraum für weitere Konzessionen Schumans, gab die textlichen Änderungen natürlich trotzdem an den Quai d’Orsay weiter. Noch am selben Abend überbrachte er dem Kanzler die Reaktion des Außenministers. Schuman mochte sich auf eine definitive Stellungnahme nicht einlassen und wollte erst mit seinen Sachverständigen sprechen. Allerdings ließ er schon jetzt keinen Zweifel, daß es ihm vor allem auf die Beteiligung der Saar und die Wirtschaftsunion ankam. Da Adenauer mit Schumans redaktionellen Modifikationen nicht einverstanden war, schlug er in einem Gegenentwurf zur Gemeinsamen Erklärung vor, das Statut zwar als Garanten der politischen Autonomie der Saar, nicht aber als Rahmen für die Verantwortlichkeit der saarländischen Regierung zu nennen. Außerdem billigte er die ausdrückliche Erwähnung der Wirtschaftsunion als Ausgangspunkt für die Prüfung der zukünftigen französisch-saarländischen Wirtschaftsbeziehungen durch die beteiligten Staaten²⁸⁴.

Bezeichnend für die von gegenseitigem Mißtrauen geprägte Suche nach einem Kompromiß war die Tatsache, daß Schuman sich mit der in der Nacht in Paris eingehenden französischen Fassung²⁸⁵ nicht begnügte und am nächsten Morgen vom Auswärtigen Amt eine deutsche Übersetzung anforderte²⁸⁶. Wie befürchtet, wiesen sie nicht unwesentliche Abweichungen auf. So fixierte der Originaltext die Gültigkeitsdauer des Statuts bis zum Friedensvertrag, während die französische Version „sous réserve du traité de paix“ lautete²⁸⁷. Außerdem kritisierte Schuman,

²⁷⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 268, Bl. 77f., MAE an Bonn, Tel. 4790/93, 22. 10. 1952, Priorité absolue.

²⁷⁹ S. ebd., PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 235, Modifikationsvorschläge Adenauers, 23. 10. 1952.

²⁸⁰ S. ebd., Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 268, Bl. 77f., MAE an Bonn, Tel. 4790/93, 22. 10. 1952, Priorité absolue.

²⁸¹ Ebd., PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 235, Modifikationsvorschläge Adenauers, 23. 10. 1952; s.a. Freymond, Saar, S. 138f.

²⁸² AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 268, Bl. 77f., MAE an Bonn, Tel. 4790/93, 22. 10. 1952, Priorité absolue.

²⁸³ Ebd., PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 235, Modifikationsvorschläge Adenauers, 23. 10. 1952.

²⁸⁴ S. ebd., Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 268, Bl. 109, Vorschlag Adenauers für die Gemeinsame Erklärung zur Saarfrage, 23. 10. 1952.

²⁸⁵ S. ebd., PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 240f., François-Poncet an MAE, Tel. 8935/38, 24. 10. 1952, Urgent, Réserve; BA, NL Blankenhorn, Bd. 14b, Bl. 157f., Tb. 23. 10. 1952.

²⁸⁶ S. ebd., Bl. 159, Tb. 24. 10. 1952.

²⁸⁷ AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 242–244, Schuman an Bonn, Tel. 4823/27, 24. 10. 1952, Priorité; BA, NL Blankenhorn, Bd. 14b, Bl. 159, Tb. 24. 10. 1952.

daß Adenauer den für deutsche Ohren schmerzhaften Begriff der Autonomie vermieden²⁸⁸ und den Begriff der „autonomie politique“ mit Selbstverwaltung übersetzt hatte²⁸⁹. Um das Feilschen um Worte zu beenden, legte das französische Kabinett am 24. 10. einen als unumstößlich geltenden Text fest, der mit den deutschen Vorstellungen nicht in Einklang zu bringen war²⁹⁰. Ein letzter Versuch François-Poncets, mit Adenauer doch noch einen Ausweg zu finden, scheiterte tags darauf an der französischen Forderung nach Aufrechterhaltung der Wirtschaftsunion. Wenn der Kanzler dem Außenminister erneut vorwarf, hinter die Absprachen vom März zurückgegangen zu sein²⁹¹, beugte er die Wahrheit zu seinen Gunsten. Denn Schuman hatte ja schon damals die wirtschaftliche Freiheit der Saar abgelehnt. Adenauer ging zwar auf die französischen Wünsche noch ein Stück ein. Die Aufhebung der Konventionen durfte aber nicht prinzipiell ausgeschlossen sein. „Les Conventions devaient, même, être abolies, dès que le statut aurait été accepté et mis en vigueur.“²⁹²

„Une douche salutaire pour les nationalistes“

Beiden Seiten blieb somit nichts anderes übrig, als das Scheitern der monatelangen Bemühungen um eine Lösung des Saarproblems zu konstatieren²⁹³. Nachdem Schuman Hoffmann entsprechend unterrichtet hatte²⁹⁴, nahm der saarländische Landtag vier Tage später das neue Wahlgesetz an. Der Termin für den Urnengang wurde auf den 30. 11. festgesetzt²⁹⁵. Die Bundesregierung ließ daraufhin vorsorglich verkünden, sie werde das Ergebnis der Wahlen nicht anerkennen²⁹⁶. London und Washington reagierten verärgert, wobei sich der Verdruss nicht gegen Bonn, sondern gegen Paris richtete²⁹⁷. Zumindest François-Poncet fand dies durchaus verständlich. An der Konzessionsbereitschaft des Kanzlers, der *expressis verbis* die politische Autonomie der Saar akzeptiert, die Europäisierung hingenommen und damit angesichts der innenpolitischen Gegebenheiten das Maximum des Möglichen geboten hatte, gab es für ihn keinen Zweifel. „Ce n'est pas à lui, mais à nous, que sera adressé le reproche de raideur et d'intransigeance“, meinte er selbstkritisch, um sofort hinzuzufügen, „si, du moins, j'en juge par les réactions de mon collègue britannique, Sir Ivone Kirkpatrick“²⁹⁸. Für die deutsch-französischen Beziehungen wie für die Position Frankreichs in der westlichen Allianz drohten sehr bedenkliche Folgen. Denn ohne deutsch-französische Verständi-

²⁸⁸ S. AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 247–249, François-Poncet an MAE, Tel. 8969/74, 25. 10. 1952, Réservé, Urgent.

²⁸⁹ Ebd., Bl. 242–244, Schuman an Bonn, Tel. 4823/27, 24. 10. 1952, Priorité.

²⁹⁰ S. ebd.; BA, NL Blankenhorn, Bd. 14b, Bl. 159, Tb. 24. 10. 1952.

²⁹¹ S. ebd., Bl. 163 f., Tb. 25. 10. 1952.

²⁹² AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 247–249, François-Poncet an MAE, Tel. 8969/74, 25. 10. 1952, Réservé, Urgent.

²⁹³ S. AdG 1952, S. 3717A.

²⁹⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 268, Bl. 135–137, Schuman an Hoffmann, 26. 10. 1952, im Auszug unter falschem Datum abgedruckt in: Hoffmann, Ziel, S. 259 f.

²⁹⁵ S. AdG 1952, S. 3717A; zum erbitterten Wahlkampf vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 408–443 u. 461–466.

²⁹⁶ S. AdG 1952, S. 3717A.

²⁹⁷ Vgl. Kerkhoff, Großbritannien, S. 173.

²⁹⁸ AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 253–256, François-Poncet an Schuman, Nr. 3343/EU, 27. 10. 1952, Confidentiel.

gung gab es keine europäische Einigung, und ohne diese Einigung sah sich Europa einer „aggravation du péril communiste“ gegenüber. Mochten auch andere französische Diplomaten nicht so denken, der Hohe Kommissar faßte die deutsche Gefahr eben nicht größer als die russische auf. „Et il ne sera jamais réel que le jour où nous aurions perdu l'amitié anglaise et américaine“²⁹⁹. Für ihn war es daher von zentraler Bedeutung, den Gesprächsfaden zwischen Bonn und Paris nicht vollends abreißen zu lassen. An der Saarfrage als „plaque tournante“ hingen einfach zuviele Probleme, als daß sie nun vom Verhandlungstisch genommen werden durfte. Pikiert, von Schuman bisher in den Verhandlungen übergangen worden zu sein, brachte er sich Ende Oktober selbst für die weiteren Verhandlungen ins Gespräch³⁰⁰.

Adenauer hingegen äußerte sich am 28. 10. im Bundeskabinett „nicht unglücklich“ über das Scheitern der Gespräche. Denn bei einer nur kurzfristigen Verschiebung der Saarwahlen hätten die neuen Parteien „keine Chancen“ gehabt. Allein Kaiser meldete sich zu Wort, nicht etwa, weil ihm das Ergebnis mißfiel, sondern weil er seiner Verärgerung darüber Luft machte wollte, daß der Kanzler die Minister über die Saarverhandlungen der letzten Monate weitgehend im unklaren gelassen hatte³⁰¹. Für den Fehlschlag der Konsultationen machte Adenauer in der Öffentlichkeit bezeichnenderweise nicht Schuman, sondern Hoffmann verantwortlich, weil der den Fortbestand der Konventionen verlangt habe³⁰². Der so zum „Sündenbock“³⁰³ gestempelte saarländische Ministerpräsident erhielt umgehend Rückendeckung vom französischen Außenminister, der gegenüber der Presse den fehlenden Konsens mit Adenauer bei der Abfassung der Gemeinsamen Erklärung als Hauptgrund nannte³⁰⁴.

Scheinbar weniger disparat als das Urteil der damaligen Hauptakteure nimmt sich jenes heutiger Historiker aus. Jüngste deutsche Forschungen sehen den Grund des Scheiterns in der fehlenden Bereitschaft der Bundesregierung, die innenpolitisch schwache Position Schumans so weit zu stützen, daß man auf eigene Positionen verzichtete³⁰⁵. Zwar sei Adenauer am Zustandekommen einer europäischen Lösung fundamental interessiert gewesen, habe ihr aber hohe Hürden in den Weg gestellt³⁰⁶. Unter den französischen Kollegen gibt es gar Stimmen, die dem Kanzler „Mangel an gutem Willen“ vorwerfen³⁰⁷. Mit seiner „obstination“ bzw. Weigerung, Schuman entgegenzukommen, und immer härteren Forderungen habe Adenauer die Angelegenheit verschleppt und den Erfolg verhindert³⁰⁸.

²⁹⁹ Ders. an dens., Nr. 3492/CM, 31. 10. 1952, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 813–823, hier 831. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 127, Bl. 239.

³⁰⁰ Ebd., PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 253–256, ders. an dens., Nr. 3343/EU, 27. 10. 1952, Confidentiel.

³⁰¹ Lenz, Tagebuch, S. 449, Tb. 28. 10. 1952; s.a. Kabinettsitzung, 28. 10. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 649f.

³⁰² S. Interview Adenauers mit Friedländer, 12. 11. 1952, in: Bulletin 1952, S. 1563–1565.

³⁰³ Hoffmann, Ziel, S. 261.

³⁰⁴ S. Erklärung Schumans vor der Presse, 17. 11. 1952, in: Hoffmann, Ziel, S. 261–263; „Bonner Rundschau“, 18. 11. 1952; AdG 1952, S. 3749A.

³⁰⁵ S. Diskussionsbeitrag Schumachers, in: Hudemann/Poidevin (Hg.), Saar, S. 144.

³⁰⁶ S. Schumacher, Konrad Adenauer, S. 59–61.

³⁰⁷ Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 116.

³⁰⁸ Ders., Robert Schuman et la Sarre, S. 48.

Demgegenüber testieren sie Schuman wichtige Konzessionen wie die Adaption der Saarkonventionen oder den Abschluß eines Abkommens unter dem Friedensvertragsvorbehalt³⁰⁹.

Derartig einseitige Schuldzuweisungen gehen an der historischen Realität zweifellos vorbei. Gewiß war Adenauer unter dem Druck der innenpolitischen Fronde und prodeutschen Saarparteien nicht dazu bereit, an seinen Grundprinzipien rütteln zu lassen. Ebenso gewiß besaß das europäische Statut für bestimmte Kreise in Paris aber lediglich die „Funktion eines Feigenblatts“, hinter dem sich die politische Getrenntentwicklung und die wirtschaftliche Orientierung des Saargebiets nach Frankreich fortsetzen sollten³¹⁰. Die um Vermittlung bemühten Westmächte sahen Frankreich eindeutig in der Bringschuld, ohne sich aber zu weit aus dem Fenster zu lehnen. Schuman machte sich im Laufe der Verhandlungen von Hintergedanken frei, konnte sich aber nicht den Pressionen der Separatisten in Saarbrücken oder der Nationalisten in Paris entziehen³¹¹, hinter denen die französische Industrie und der Unternehmerverband standen, die um ihre Sonderstellung auf dem Saarmarkt fürchteten³¹². Zweifellos besaß der Minister auch in seinem Ministerium harte Kritiker, ohne ihn deshalb von den Spitzen seines Ministeriums als „gelenkt“³¹³ bezeichnen zu können. Eines aber ist gewiß richtig. „L'après marchandage“ des Jahres 1952 zeigt Schuman und Adenauer als harte Verfechter nationaler Interessen und korrigiert damit „l'image idyllique“, das uns gewisse Kreise bis auf den heutigen Tag von ihrer Beziehung zu geben versuchen³¹⁴.

Eine Verhärtung der beiderseitigen Positionen war unausweichlich. Mit den Stimmen der SPD verabschiedete der Deutsche Bundestag am 18. 11. eine Resolution, in der er sich „feierlich und entschieden gegen die Knebelung der Grundrechte im Saargebiet“ verwahrte, zum Wahlboykott aufrief und zugleich dem aus den „Scheinwahlen“ hervorgehenden neuen Landtag die Anerkennung vorab verweigerte³¹⁵.

Wenngleich Schuman Adenauer am 6. 11. noch einmal eine detaillierte Gegenüberstellung beider Positionen in Aussicht gestellt und die Fortsetzung der Gespräche empfohlen hatte³¹⁶, schwenkte er nun in seiner Saarpolitik auf eine Doppelstrategie um, die zwar im Prinzip weiterhin auf den Abschluß eines europäischen Statuts mit Adenauer zusteuerte, das Schwergewicht aber auf Verhandlungen mit Hoffmann zur Revision der Saarkonventionen von 1950 legte. Schon am 5. 12. 1951 hatte Grandval gemeldet, der saarländische Regierungschef wünsche die Zusammenstellung einer zweiseitigen Kommission zur Überarbeitung der Dokumente. In Absprache mit dem Außenminister lehnte der französische Hohe Kommissar die offizielle Bildung eines solchen Gremiums ab, billigte aber Ge-

³⁰⁹ S. ders., Robert Schuman, S. 335–338.

³¹⁰ Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 223.

³¹¹ Vgl. Freymond, Saar, S. 141.

³¹² S. Fischer, Saar, S. 141.

³¹³ Köhler, Adenauer, S. 893.

³¹⁴ Poidevin, Robert Schuman, S. 338.

³¹⁵ Entschließung des Bundestages, 18. 11. 1952, in: Bulletin 1952, S. 1596.

³¹⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 268, Bl. 193 f., Schuman an Adenauer, 6. 11. 1952.

sprache auf der Ebene von Beamten³¹⁷. Mitte Januar 1952 fragte Grandval nach, ob und mit welchen Instruktionen er seine Mitarbeiter benennen dürfe³¹⁸. Drei Wochen lang ließ sich der Quai d'Orsay mit der Antwort Zeit. Schuman akzeptierte Vorgespräche, wollte sich aber zunächst im wesentlichen mit der Rolle des Zuhörers bescheiden, um die saarländischen Vorstellungen kennenzulernen und später eine gemischte Kommission mit den eigentlichen Konsultationen zu beauftragen³¹⁹. Ende Oktober empfahl Schuman dann dem Conseil des Ministres die Aufnahme derartiger Verhandlungen. Das Kabinett billigte dies, wobei namentlich Auriol darauf bestand, dabei niemals zu vergessen, „que le régime économique franco-sarrois a toujours été regardé comme une sorte de compensation au titre des réparations“³²⁰. Einen Monat später, am Vorabend der Landtagswahlen an der Saar, wandte sich der Außenminister erneut an seine Kollegen und bat darum, Hoffmann jetzt als Geste die Einleitung der Gespräche offiziell vorzuschlagen. Nach kontroverser Diskussion erhielt er den Auftrag, vorab in Saarbrücken die Zustimmung einzuholen³²¹. Schuman setzte Hoffmann daraufhin am 26. 11. von der Absicht seiner Regierung in Kenntnis, Beratungen über Modifikationen der Saarkonventionen aufzunehmen. Gegenstand sollten insbesondere die Ersetzung der paritätisch besetzten Kommission für Streitfälle durch eine Schiedsinstanz, die Abschaffung des französischen Einspruchsrechts gegen gewisse saarländische Gesetze, die gemeinsame Verwaltung der Kohlevorkommen und die Aufhebung der Sequesterverwaltung über die deutschen Hüttenbetriebe sein³²².

Der Ausgang der Landtagswahlen am 30. 11. verschärfte den deutsch-französischen Gegensatz noch. Hoffmann erreichte mit 54,7% die absolute Mehrheit, wobei freilich nur 70,3% der abgegebenen Stimmen auch gültig waren³²³. Angesichts der massiven Beihilfe, den die prodeutschen Parteien aus Bonn erhalten hatte, mußte der Sieg des Ministerpräsidenten als sehr beachtlich gelten. Offenbar saß er sicherer im Sattel, als vorher von interessierter Seite behauptet worden war. Grandval frohlockte über den Erfolg für die saarländische Autonomie. Hoffmann hingegen rühmte das Ergebnis geschickt als Beitrag zur deutsch-französischen Verständigung³²⁴. François-Poncet bewertete das Ergebnis als Schlag gegen den deutschen Nationalismus und betrachtete Jakob Kaiser, der weitgehend hinter dem Rücken des Kanzlers die Oppositionsparteien unterstützt hatte³²⁵, als den großen Verlierer³²⁶. Schuman sah sich in seiner Saarpolitik bestätigt und plädierte für die Fortsetzung der Verhandlungen mit Bonn³²⁷. Ein Bericht Bérards konnte

³¹⁷ S. ebd., Bd. 221, Bl. 165–167, Grandval an MAE, Tel. 455, 5. 12. 1951, *Très secret, Réservé*; ebd., Bl. 169, de Beaumarchais an Saarbrücken, Tel. 367, 8. 12. 1951, *Réservé*.

³¹⁸ S. ebd., Bl. 180f., Grandval an MAE, Tel. 10/13, 14. 1. 1952, *Réservé*.

³¹⁹ S. ebd., Bl. 188f., Parodi an Saarbrücken, Tel. 34/36, 7. 2. 1952, *Réservé*.

³²⁰ Conseil des Ministres, 29. 10. 1952, in: Auriol, *Journal* 1952, S. 673.

³²¹ S. Conseil des Ministres, 26. 11. 1952, in: ebd., S. 744f.

³²² S. Schuman an Hoffmann, 26. 11. 1952, in: *L'Année politique* 1952, S. 576f.; AdG 1952, S. 3763A; Heinen, *Saarjahre*, S. 425.

³²³ S. das Wahlergebnis in: Schwarz, *Ära Adenauer 1949–1957*, S. 479; eine ausführliche Wahlanalyse in: Schmidt, *Saarpolitik*, Bd. 2, S. 466–480; vgl. Heinen, *Saarjahre*, S. 409–412.

³²⁴ Vgl. AdG 1952, S. 3763A.

³²⁵ Vgl. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 329f.

³²⁶ S. François-Poncet an Schuman, Nr. 4217/CM, 31. 12. 1952, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 2, S. 854f. Zur Numerierung s. AMAE, *Europe 1944–1960*, *Allemagne*, Bd. 127, Bl. 298.

³²⁷ S. Conseil des Ministres, 3. 12. 1952, in: Auriol, *Journal* 1952, S. 766; Hoffmann, *Ziel*, S. 283f.; zur

ihn darin bestärken. Noch vor dem Wahlabend hatte der stellvertretende Hohe Kommissar aus Bonn gemeldet, Kanzleramt und die maßgebenden Wirtschaftskreise hielten an der Verständigung und der europäischen Integration fest. Die Industriellen sähen angesichts der geschlossenen Märkte im Osten und im Südosten darin die einzige Chance zum Export. Nicht wenige unter ihnen seien daher auch der Meinung, daß Bonn in der Saarfrage Opfer bringen müsse, sofern sich dadurch Europa und die Überseemärkte öffneten³²⁸.

Schuman konnte unbestreitbar neben Hoffmann als der eigentliche Sieger der Wahlen gelten. Seine seit Monaten prekäre Position als Außenminister schien sich gefestigt zu haben³²⁹. In London und Washington wurde der Ausgang der Wahlen denn auch allenthalben begrüßt, weil man auf eine Stärkung der moderateren Kräfte in Paris und Bonn hoffte³³⁰. Selbst Adenauer interpretierte das Resultat im Gespräch mit François-Poncet so, als ob es ihm durchaus recht sei. „C'est une douche salutaire pour les nationalistes“³³¹. In der deutschen Presse gab es ähnliche Einschätzungen³³². Daß ausländische Zeitungen die Wahlen als Sieg der französischen Politik feierten, ging der Bundesregierung aber zu weit. In einem Runderlaß bezeichnete das Auswärtige Amt diese Einschätzung als „falsch“, da von einer echten Abstimmung gar nicht gesprochen werden könne³³³.

Wenige Tage vor Weihnachten regte der französische Außenminister in Beantwortung eines Schreibens des Kanzlers vom 16. 10. die Wiederaufnahme der im Oktober abgebrochenen Verhandlungen an³³⁴. Auch in der französischen Presse plädierten ernstzunehmende Kommentatoren jetzt dafür, eine wirklich europäische Lösung der Saarfrage in Angriff zu nehmen. „Ni les convictions européennes ne sont chez nous assez fortes, ni la démocratie n'est encore en Allemagne assez solide pour qu'on puisse impunément les exposer à des secousses et à des déconvenues.“³³⁵ Die Bonner Regierung konnte und wollte das aus Paris kommende Gesprächsangebot nicht abschlagen. Adenauer glaubte gar daran, die Beratungen bis März 1953 unter Dach und Fach bringen zu können³³⁶. Gab es aber tatsächlich eine Manövriermasse, wo der Quai d'Orsay doch ein möglichst definitives Statut anstrebte und an den Wirtschaftskonventionen festhielt, während das Palais Schaumburg weiterhin auf deren Abschaffung und auf eine befristete Lösung bis zum Abschluß eines Friedensvertrags beharrte³³⁷?

französischen Reaktion auf den Ausgang der Saarwahlen s.a. PA, Abt. 2, Bd. 485, Bl. 9f., Hausenstein an AA, Tel. 379, 1. 12. 1952.

³²⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 379, Bl. 228–230, Bérard an MAE, Tel. 9425/31, 22. 11. 1952, Réservé.

³²⁹ S. PA, Abt. 2, Bd. 236, Bl. 133–136, Hausenstein an AA, 205–00 Tgb.Nr. 4700, 3. 12. 1952.

³³⁰ Vgl. Kerkhoff, Großbritannien, S. 176.

³³¹ Zitiert nach: Unterredung zwischen Auriol und François-Poncet vom 5. 12. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 773.

³³² S. Artikel Kempfskis, in: „Süddeutsche Zeitung“, 2. 12. 1952.

³³³ PA, Abt. 2, Bd. 1416, Bl. 271–276, Hallstein an alle diplomatischen u. berufskonsularischen Vertretungen, MB 2030/52, 20. 12. 1952, Geheim.

³³⁴ S. AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 270–276, Schuman an Adenauer, 21. 12. 1952.

³³⁵ Artikel Schlumbergers, in: „Le Figaro“, 12. 12. 1952, im Auszug auch in: BDFD III, S. 248f., hier S. 249.

³³⁶ Vgl. Unterredung zwischen Auriol und François-Poncet vom 5. 12. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 773.

³³⁷ S. AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 1, Bl. 270–276, Schuman an Adenauer, 21. 12. 1952; PA, Abt. 2, Bd. 485, Bl. 9f., Hausenstein an AA, Tel. 379, 1. 12. 1952; AdG 1952, S. 3763A.

Des Kanzlers Zweckoptimismus bekam einen harten Dämpfer, als der französische Hohe Kommissar ihm mit dem Schreiben des Außenministers die Nachricht vom Sturz seiner Regierung überbrachte und die Ablösung Schumans als wahrscheinlich bezeichnete. Auf Adenauers beinahe inständige Bitte, man könne doch jetzt nicht die Pferde wechseln, reagierte François-Poncet nur mit Häme. „Herr Schuman war sehr fromm ... zu fromm.“ Nachdem er den Raum verlassen hatte, meinte Adenauer gegenüber Blankenhorn: „Herr Poncet hat Herrn Schuman immer gehaßt.“³³⁸ Wie vom Hohen Kommissar vorausgesehen, sollte der Außenminister sein Amt Anfang Januar tatsächlich verlieren. Der neue Président du Conseil René Mayer übertrug es nun Georges Bidault, weil er hoffte, so die Unterstützung der Gaullisten für seine Europapolitik zu gewinnen³³⁹. Adenauer die Schuld für die Demission zu geben, weil er auf Schumans weitreichende Zugeständnisse in der Saarfrage nicht eingegangen sei, ihm den dringend notwendigen Erfolg verwehrt und die nationalistische deutsche Stimmung gegen die Europäisierung womöglich selbst angefacht habe³⁴⁰, geht an der Sache freilich völlig vorbei. Wie dem auch sei; für den Kanzler stellte sich nun die Frage, ob der neue französische Außenminister das vom alten lancierte Gesprächsangebot aufrechterhalten oder aufgrund des Ausgangs der Landtagswahlen zurückziehen würde.

³³⁸ BA, NL Blankenhorn, Bd. 15b, Bl. 231 f., Tb. 23. 12. 1952.

³³⁹ Vgl. Kap. III.1.3.

³⁴⁰ In diesem Sinne Poidevin, Question, S. 396.

III.3.3 Europäisierung der Saar? Van-Naters-Plan und Saarstatut 1953/54

Neuorientierung im Schatten der Bundestagswahlen

Trotz des Scheiterns der deutsch-französischen Saarverhandlungen Ende Oktober 1952 hielt Adenauer daran fest, eine Einigung mit Frankreich im europäischen Rahmen zu erzielen. Den „Anschluß an Deutschland“ zu fordern, betonte er im Kreis seiner Vertrauten, halte er nicht für hilfreich. „Man müsse erst die Zwischenstufe erreichen.“¹ Dies bedeutete letztlich nichts anderes, als daß er die nationale Option nicht definitiv aufgegeben hatte.

Der Ausgang der Landtagswahlen vom 30. 11. führte ihm dann schmerzhaft vor Augen, wie weit die Saarbevölkerung auf der Seite ihrer Regierung stand. Selbst gegenüber der französischen Hohen Kommission mochte der Kanzler am Erfolg des saarländischen Ministerpräsidenten nicht rütteln². Adenauers Ziel, Hoffmanns Regime zu beseitigen, war damit bis auf weiteres obsolet. Als primäre Aufgabe verstand er es nun, die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Saar von Frankreich voranzutreiben. Demgegenüber wollte er die Unterstützung der pro-deutschen Kräfte reduzieren. Damit provozierte er freilich eine Konfrontation mit jenen Politikern in Bonn, die aus dem Wahlergebnis ganz andere Konsequenzen zogen. Als der Kanzler den Minister für Gesamtdeutsche Fragen nach dem Jahreswechsel anwies, fortan an der Saar „völlig zurückhaltend“ zu agieren³, machte Kaiser umgehend klar, daß er sich diesen Maulkorb nicht umhängen ließ. Nachdem er am 9. 1. 1953 im Bundeskabinett eine Aussprache gefordert hatte⁴, attackierte er am 24. 1. frontal die Politik des Kanzlers. Adenauers Interpretation des Urnenganges vom 30. 11. hielt er für völlig falsch, da der Kanzler ihn gleichsam als freie Wahl begriff. Weil dem aber nicht so war, zog er auch andere Schlüsse aus dem Ausgang. Kaisers Meinung nach bedurfte es einer Politik, die nicht nur auf die wirtschaftliche, sondern auch auf die „politische Freiheit an der Saar“ ausgerichtet war, wobei die Machtverhältnisse vorerst nur eine Zwischenlösung des Problems zuließen⁵.

Obwohl er ausdrücklich seine Hoffnung auf Verständigung zum Ausdruck brachte, kam es zwischen den Kontrahenten zwei Tage später im Bundesvorstand der CDU zu einer heftigen Kontroverse. Adenauer fühlte sich durch die von Kaiser ausgebreitete Meinungsverschiedenheit in der Einschätzung der Wahlen „sehr peinlich berührt“⁶, denn für ihn war das zunächst einmal „geheime Kabinettsache“. Durch den Minister herausgefordert, legte der Regierungschef das „Fiasko“ des Wahlergebnisses nun so aus, als ob die Saarpolitik der Bundesregierung „falsch“ gewesen sei. Die Mehrheit der Saarbevölkerung wolle gar nicht zu Deutschland, weil sie „ein vergnügtes Leben“ führe. Immerhin ging es seiner Mei-

¹ Lenz, Tagebuch, S. 473, Tb. 20. 11. 1952.

² S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 11–14, François-Poncet an MAE, Tel. 117/26, 9. 1. 1953, Réservé, Urgent.

³ Adenauer an Kaiser, 8. 1. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 315 f., hier S. 316; s.a. Repgen, Saar-Frage, S. 98.

⁴ S. Kabinettsitzung, 9. 1. 1953, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 6, S. 100; Notiz Seebohms, in: ebd., Anm. 51.

⁵ Kaiser an Adenauer, 24. 1. 1953, in: Kaiser, Gewerkschafter, S. 553–556, hier S. 556.

⁶ Adenauer an Kaiser, 27. 1. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 332 f., hier S. 332.

nung nach nun aber nicht nur darum, die Saar „weitestgehend wirtschaftlich“, sondern auch politisch von Frankreich zu lösen. Vollmundig versicherte er schließlich, Frankreich werde die Bereinigung der Saarfrage nicht zur Bedingung für die Ratifikation der EVG machen⁷. Während Eugen Gerstenmaier und auch Heinrich von Brentano ihm beipflichteten, wollte Kaiser Adenauers Ausführungen nicht gelten lassen. Heftig warnte er vor einer Kursänderung. Denn für ihn resultierte das Ergebnis der Wahl nicht aus einer falschen Politik, sondern aus den unfreien, undemokratischen Zuständen an der Saar⁸. Auch dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, mißfiel die Richtung des Kanzlers. Für ihn bedeutete die Europäisierung nichts anderes als die „Abschreibung der Saar“⁹.

Der Parteivorsitzende ließ sich von dieser Kritik, die im übrigen auch von Justizminister Dehler geteilt wurde¹⁰, nicht beirren. Er blieb dabei, einen neuen Anlauf zu einer Einigung über die Saarfrage zu wagen. Gegenüber François-Poncet zeigte er in diesen Tagen auffälliges Interesse an den Aktivitäten, die der Europarat in dieser Hinsicht entfaltete. Der französische Hohe Kommissar hielt sich indes völlig bedeckt, obwohl er die namentlich vom holländischen Abgeordneten van der Goes van Naters entwickelten Ideen eng mit den französischen Überlegungen verbunden sah¹¹. François-Poncets Schweigen bewog Adenauer dazu, mit seinen Gedanken an die Öffentlichkeit zu treten. In einem Interview mit der französischen Tageszeitung „La Croix“ bezeichnete er die Saarfrage als ein „in seinen Auswirkungen begrenztes Problem“ und bekundete seinen Willen, den „legitimen wirtschaftlichen Interessen Frankreichs Rechnung“ zu tragen¹².

Derweil ergab eine Analyse des Schuman-Briefes vom 21. 12. 1952¹³ durch das Auswärtige Amt, daß die Bundesregierung das Ausmaß der vom Quai d'Orsay aufgestellten ökonomischen Forderungen unterschätzt hatte. Der vom Kanzleramt zugestandene devisenfreie Bezug der Saarkohle und die Garantie des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte reichten dem Quai d'Orsay nicht aus. Folglich schien es erforderlich, zunächst einmal in Erfahrung zu bringen, welche Sonderinteressen Frankreich aufrechtzuerhalten gedachte¹⁴. Einen ersten Hinweis auf die saarpolitischen Ambitionen der Anfang Januar die Amtsgeschäfte übernehmenden Regierung mit René Mayer und Georges Bidault an der Spitze bot der Président du Conseil, als er in seiner Investiturrede erklärte, er wolle nun sowohl mit dem Saarland die Konventionen von 1950 revidieren als auch mit der Bundesrepublik zu einem europäischen Saarstatut gelangen. Anders als von Adenauer erwart-

⁷ Ansprache und Wortmeldungen dess. in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 26. 1. 1953, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1950–1953, S. 286–312 u. 409–419, hier S. 409, 413 u. 293; s.a. Reppen, Saar-Frage, S. 97 u. 99.

⁸ S. Wortmeldungen Kaisers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 26. 1. 1953, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1950–1953, S. 409–412.

⁹ Erklärung Altmeiers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 26. 1. 1953, in: ebd., S. 418; s.a. BA, NL Kaiser, Bd. 183, Bl. 62–69, ders. u. Zimmer an Adenauer, 28. 1. 1953; Reppen, Saar-Frage, S. 99; zur Saarpolitik Altmeiers vgl. generell: Küppers, Rheinland-pfälzische Saarpolitik.

¹⁰ Vgl. Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 128 f.

¹¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 11–14, François-Poncet an MAE, Tel. 117/26, 9. 1. 1953, Réservé, Urgent.

¹² Interview Adenauers mit „La Croix“, auch in: Bulletin 1953, S. 121 f., hier S. 121.

¹³ Vgl. Kap. III.1.2.

¹⁴ S. PA, B 17, Bd. 132, Bl. 238–244, Aufzeichnung an Hallstein u. Blankenhorn, 214–32 II 12/53, 12. 1. 1953, Geheim.

tet, erhob Mayer eine Einigung mit Bonn zur Vorbedingung für die Ratifikation der Westverträge, wobei er allerdings klugerweise nicht davon sprach, daß das Statut bereits unterzeichnet, sondern lediglich entworfen sein müsse¹⁵.

Herrschte in der französischen Regierung und Diplomatie auch Einigkeit darüber, beide Verhandlungsstränge parallel abzuwickeln, so gab es doch Dissens über die Frage der Priorität. Grandval drängte in einer langen Aufzeichnung über den Stand der Saarfrage am 13. 1. auf einen raschen Abschluß der Verhandlungen mit Saarbrücken, weil er die günstige saarländische Konjunktur ausnutzen und der deutschen Propaganda keine Angriffsfläche bieten wollte. Hinsichtlich des unterbrochenen Kontaktes mit Bonn riet er Bidault demgegenüber, zunächst auf eine Antwort Adenauers zum letzten Schreiben Schumans zu warten und dann kompromißlos dessen Position zu halten¹⁶. Als Mayer und Bidault am 16. 1. die Botschafter der wichtigsten Missionen zu einer außenpolitischen *tour d'horizon* zusammenriefen, unterstrich François-Poncet den Willen Adenauers zur Wiederaufnahme und zum erfolgreichen Abschluß von Verhandlungen. Grandval bremste, brachte die unterschiedlichen Auffassungen während der Verhandlungen des vergangenen Jahres in Erinnerung und verlangte zunächst eine innergouvernementale Prüfung des Problems. Bidault und Mayer pflichteten ihm in diesem Punkt bei und forderten eine Klärung der eigenen Haltung zum künftigen Saarstatut und zu den neuen Saarkonventionen. Als François-Poncet zu bedenken gab, Adenauer müsse aber möglichst bald die Richtung erkennen können, meinte Mayer, wichtiger sei eine Abstimmung mit den Amerikanern. Sicherheitspolitisch reiße die Saar ein Loch in die EVG, wirtschaftlich stelle sie das einzige Objekt dar, „que la France ait reçu au titre des réparations; la France ne saurait en aucun cas y renoncer.“ François-Poncet warnte vor einer solchen Sichtweise. Nur selten sei den Deutschen das Problem so präsentiert worden. Doch Mayer mochte keine Rücksichtnahme: „c'est pourtant un point fondamental“. Bidault sprach sich dafür aus, das Gespräch mit Adenauer erst nach der Regelung der französisch-saarländischen Angelegenheiten aufzunehmen. Parodi hingegen hielt aus taktischen Erwägungen einen anderen Weg für besser. Da er gewisse Konzessionen an die Saar in den Verhandlungen mit Bonn instrumentalisieren wollte, dachte er daran, zunächst die Verhandlungen mit Saarbrücken zu eröffnen, dann aber in die Länge zu ziehen, um in der Zwischenzeit die Konsultationen mit Bonn aufzunehmen¹⁷. Im Bewußtsein der durch die Saarwahlen nur vorübergehend günstigeren Situation pflichtete die Unterabteilung Saar der Taktik des Generalsekretärs bei. Nur wenn der Bundeskanzler kein Interesse an der Wiederaufnahme der Gespräche zeige, riet sie zu sofortigen Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten¹⁸. Dabei

¹⁵ S. Investiturrede Mayers, 6. 1. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Bd. 1, S. 4; Freymond, Saar, S. 146f.

¹⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 30–40, Grandval an Bidault, Aufzeichnung, 13. 1. 1953.

¹⁷ Ebd., PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 70, Bl. 367–414, Unterredung im Quai d'Orsay, 16. 1. 1953, Très secret; s.a. Poidevin, René Mayer, S. 86f.

¹⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 66–71, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 15. 1. 1953 (Konzept JV); Aufzeichnung ders., 19. 1. 1953 (Konzept PM), in: BDFD I, S. 318f. Unterstützt wurde diese Auffassung auch von Botschafter Chauvel (AN, 457 AP 44, Papiers Bidault, Chauvel an Bidault, Aufzeichnung, 21. 1. 1953).

waren die Beamten in der Sous-direction ebenso wie in der Botschaft in Saarbrücken der Überzeugung, daß die Wirtschaftsunion aus historischen und wirtschaftlichen Gründen, vor allem aber zur Austarierung des Machtgleichgewichts innerhalb der EGKS gewahrt bleiben müsse. Für den neuen Leiter der Unterabteilung, den Gaullisten Maillard, ging es dabei weniger um ein prinzipielles Diktum als um eine von den gegenwärtigen Umständen diktierte Taktik¹⁹. Als Bidault beabsichtigte, Adenauer über die Einleitung der Verhandlungen mit Saarbrücken zu informieren, um so sein Interesse an der Fortsetzung der Gespräche vom Oktober zu sondieren²⁰, schoß Grandval abermals quer. Um dem Kanzler keine Möglichkeit zu bieten, sich in die französisch-saarländischen Beziehungen einzumischen, empfahl er, über François-Poncet lediglich eine Antwort auf Schumans letzten Brief zu erbitten²¹.

Tatsächlich sagte Adenauer François-Poncet am 26. 1. zu, die deutsch-französischen Saargespräche mit Bidault am 10. 2. dort wiederaufzunehmen, wo er sie mit Schuman beendet hatte. Er bestand darauf, möglichst rasch Sachverständige zur Lösung der ökonomischen Fragen an den Unterredungen zu beteiligen. Entsprechend der Hinhaltenaktik seiner Regierung forderte François-Poncet hingegen zunächst einmal präzise Instruktionen für die Arbeit der Experten. Als er eine „Aussprache zwischen Politikern“ empfahl, warnte der Kanzler: „Die ist immer gefährlich“ – wegen der Öffentlichkeit.“²² Ungeachtet dieser Reserven rühmte der Hohe Kommissar in seinem Bericht an den Quai d’Orsay die verständnisvolle Reaktion des Kanzlers und stellte ein Exposé der deutschen Fachleute in etwa einer Woche in Aussicht. Da Adenauer offenbar bezweifelte, ob Frankreich die vor den Wahlen dem Saarland gemachten Versprechungen in bezug auf die Konventionen auch einhielte, riet François-Poncet dazu, als Antwort auf das avisierte deutsche Memorandum die französisch-saarländischen Absichten zu definieren²³.

Damit war der Ball wieder ins Rollen gebracht. Grandval reagierte umgehend mit einer 17-seitigen Ausarbeitung über die Ausgestaltung eines europäischen Saarstatuts, das seiner Ansicht nach mit den französischen Interessen nur in der Form einer Integration eines saarländischen Staates in das europäische Haus in Einklang zu bringen war. Eine definitive, politische, ökonomische und monetäre Europäisierung der Saar schien ihm nur in drei Schritten möglich: in der sofort umzusetzenden ersten Etappe Schaffung eines Übergangsregimes; in der zweiten Phase Einrichtung eines endgültigen Platzes für die Saar in einer europäischen politischen Gemeinschaft; im nach der wirtschaftlichen Integrierung Europas einsetzenden dritten Zeitabschnitt Aufhebung der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion, die vorerst unantastbar bleiben mußte, da sie geradezu die „justification de l’autonomie politique“ bildete, zum französischen Wohlstand

¹⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 222, Bl. 9–12, Unterabt. Saar im MAE an Bidault, Aufzeichnung, 30. 1. 1953 (Konzept PM); s.a. ebd., Bl. 14–17, dies. an dens., Aufzeichnung, 10. 2. 1953 (Konzept PM).

²⁰ S. ebd., Bd. 269, Bl. 76, Bidault an Saarbrücken, Tel. 16, 20. 1. 1953.

²¹ S. ebd., Bl. 73, Grandval an MAE, Tel. 10/11, 23. 1. 1953, Réservé.

²² PA, Abt. 2, Bd. 1416, Bl. 289–292, Unterredung zwischen Adenauer und François-Poncet vom 26. 1. 1953, MB 223/53, Geheim.

²³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 380, Bl. 65–68, François-Poncet an MAE, Tel. 464/77, 27. 1. 1953, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 425, Tb. Januar–März 1953.

beitrug und das wirtschaftliche Gleichgewicht mit der Bundesrepublik gewährleistete²⁴.

Im Auswärtigen Amt ging man demgegenüber von der These aus, das Ausscheiden der Saar aus dem deutschen Staatsverband sei ein so großes „nationales Opfer“, das von der Bevölkerung nur dann akzeptiert werden könne, wenn es im Rahmen einer „echte[n] europäischen Lösung“ erfolge. Zwar war man bereit, den ökonomischen Interessen Frankreichs vor dem Hintergrund der historischen und wirtschaftlichen Verflechtungen sowie des sehr wohl erkannten Gleichgewichtsproblems entgegenzukommen. Die Aufrechterhaltung der Wirtschaftskonventionen und die Verknüpfung der Saarfrage mit dem Reparationsproblem wurde aber entschieden mißbilligt²⁵.

Mayers „Saarjunktum“²⁶ übte natürlich einen gewissen Druck auf die deutsche Position aus, da der Bundesregierung an einer möglichst raschen Ratifizierung der West-Verträge gelegen war²⁷. Dennoch wollte Adenauer die Aufnahme der Unterredungen nicht überstürzen und zögerte die Fertigstellung des von ihm in Aussicht gestellten Memorandums hinaus. François-Poncet mahnte daher am 9. 2. die Übergabe telefonisch an, weil der Quai d'Orsay das Papier vor dem verabredeten Treffen zwischen Adenauer und Bidault eingehend zu prüfen gedachte²⁸ und außerdem an jenem 9. 2. in Paris die französisch-saarländischen Verhandlungen über die Revision der Saarkonventionen begannen. Für den Kanzler war dies aber nur ein weiterer Grund, sich Zurückhaltung aufzuerlegen. Als Bidault in seiner Eröffnungsrede die Absicht bekanntgab, demnächst die Gespräche mit der Bundesregierung als „condition préalable“ der Ratifikation der Westverträge wieder aufzunehmen²⁹, wies Adenauer ihn sofort darauf hin, daß die Ergebnisse „eine endgültige Regelung der Saarfrage nicht präjudizieren dürfen“³⁰. Ansonsten wartete er ab.

Gemäß den Ergebnissen einer interministeriellen Besprechung im Matignon über die Marschroute für die Beratungen mit der Saar galt die Wirtschaftsunion als „intangible“. Die Bereitschaft zu wirklichen Konzessionen an die saarländische Adresse fiel bescheiden aus. Frankreich gedachte, weithin „maître [...] de ces décisions“ zu bleiben. Hinsichtlich der gemischten Schiedskommission war man nun zwar zur Ersetzung durch ein Schiedsgericht bereit, aber doch wohl nur, weil das bisherige Privileg des Stichentscheids durch den französischen Vorsitzenden keinen Nutzen mehr brachte. Die Ausbeutung der Saargruben blieb Frankreich vorbehalten, nur die Verwaltung sollte in französische und saarländische Hände gelegt werden. Grundsätzlich standen die Verhandlungen unter dem Motto, die

²⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 99–115, Aufzeichnung Grandval, 30. 1. 1953.

²⁵ PA, Abt. 2, Bd. 546, Bl. 24–27, „Gedankengang für ein Gespräch mit Außenminister Dulles über die Saarfrage“, o.D. Das Schriftstück wurde Hallstein am 31. 1. 1953 von Thierfelder zugestellt (ebd., Bl. 23, Thierfelder an Hallstein, 214–32 II 1485/53, 31. 1. 1953).

²⁶ Freymond, Saar, S. 146.

²⁷ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 18a, Bl. 50, Tb. 9. 1. 1953.

²⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 546, Bl. 29f., Hallstein an Adenauer, Aufzeichnung, 9. 2. 1953.

²⁹ Ebd., Bd. 475, Bl. 39f., Rede Bidaults zur Eröffnung der französisch-saarländischen Verhandlungen, 9. 2. 1953; s.a. AdG 1953, S. 3866C.

³⁰ PA, Abt. 2, Bd. 475, Bl. 69f., Adenauer an François-Poncet, 214–01/10 II 1645/53, 13. 2. 1953, Durch Kurier.

bevorstehende Kontaktaufnahme mit Bonn nicht belasten zu dürfen³¹. Bei dieser Ausgangsposition waren die bald auftretenden Schwierigkeiten zwischen Paris und Saarbrücken kaum verwunderlich. Die französische Delegation sah sich der „double contradiction“ gegenüber, die saarländische Autonomie weiterentwickeln, ohne die eigenen Privilegien opfern zu wollen. Außerdem hatte sie auf die Rückwirkungen der Verhandlungen auf die Gespräche mit Bonn zu achten und sich Saarbrücker Bemühungen zu erwehren, aus dieser schwierigen Situation Kapital zu schlagen. Sichtbar wurde dieses Bestreben vor allem in dem Versuch der saarländischen Vertreter, die Konventionen von 1950 nicht zu revidieren, sondern durch neue zu ersetzen³².

Ende Februar fand dann anlässlich der EGKS-Konferenz in Rom die geplante Unterredung zwischen Adenauer und Bidault statt. Eine zur Vorbereitung verfaßte Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes mit konkreten Hinweisen auf mögliche Konzessionen hinsichtlich der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion fiel nicht gerade üppig aus. Demnach sollte sich die Bundesregierung mit der Aufrechterhaltung eines freien Handelsverkehrs zwischen der Saar und Frankreich einverstanden erklären, sofern die Handelserleichterungen wie die Beseitigung von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen auf den Verkehr zwischen der Saar und der Bundesrepublik ausgeweitet würden³³. Im eklatanten Kontrast dazu ging der Quai d'Orsay von der vorläufigen Unantastbarkeit der Wirtschaftsunion aus, die erst für den Fall einer vollständigen wirtschaftlichen und monetären europäischen Union modifiziert werden durfte. Eine Aufweichung dieser Position war bis auf weiteres äußerst unwahrscheinlich, weil der Zeitpunkt für den Beginn neuer Gespräche aus der französischen Sicht kaum günstiger sein konnte. Die von Adenauer gewünschte Erarbeitung von Lösungsvorschlägen durch Sachverständige galt dem Ministerium als inakzeptabel, weil sie die Bundesregierung mit der Regelung von Fragen betraute, „dont nous entendons rester seuls juges“. Statt dessen war man allenfalls bereit, Experten zu dem einen oder anderen Punkt eine Stellungnahme vorlegen zu lassen, ohne die Federführung der politischen Ebene entreißen zu lassen³⁴.

Angesichts dieser Grundbedingungen konnte es niemanden in Erstaunen versetzen, daß Adenauer und Bidault in ihrer einstündigen Unterredung am 26. 2. in der Villa Madama über eine Darlegung ihrer beider Standpunkte nicht hinauskamen. Zwar betonte der Kanzler zu Beginn, das Resultat der Saarwahlen in Rechnung stellen zu wollen. Im Fortgang des Gesprächs beschränkte er sich aber auf die bereits bekannten Positionen. Im Gegensatz zum Außenminister beharrte er darauf, das Statut bis zum Friedensvertrag und nicht unter dem Vorbehalt des

³¹ AN, 457 AP 47, Papiers Bidault, Interministerielles Treffen vom 9. 2. 1953; s.a. PA, Abt. 2, Bd. 475, Bl. 89 f., Aufzeichnung an Ophüls, 214–01 10 II, 20. 2. 1953; Freymond, Saar, S. 150.

³² S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 233, Bl. 182 f., Kabinett des Ministers an Bidault, Tel. 836/53, 25. 2. 1953, Réservé, Priorité absolue; zum schwierigen Verlauf der Verhandlungen insgesamt s. Hoffmann, Ziel, S. 294–302; Heinen, Saarjahre, S. 425–429.

³³ PA, Abt. 2, Bd. 546, Bl. 34–37, Aufzeichnung, o.D. Das Schriftstück wurde Hallstein am 17. 2. 1953 von Thierfelder zugestellt (ebd., Bl. 33, Thierfelder an Hallstein, 214–32 II 2312/53, 17. 2. 1953).

³⁴ AN, 457 AP 47, Papiers Bidault, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 21. 2. 1953 (Konzept PM).

Friedensvertrags abzuschließen. Abermals verlangte er die Aufhebung der Saarkonventionen und die Vorbereitung eines europäischen Statuts durch Sachverständige. Bidault, der sich weitgehend auf seine „Uninformiertheit“³⁵ zurückzog, lehnte dies rundweg ab und erbat im Gegenzug von Adenauer die ihm bereits zugesagte schriftliche Stellungnahme zu den ökonomischen Fragen. Der Kanzler zögerte zunächst, etwas Schriftliches aus der Hand zu geben, sagte dann aber eine entsprechende Ausarbeitung zu. Schließlich verständigten sich beide Politiker darauf, den Meinungsaustausch im März fortzusetzen³⁶.

Ihre nächste Unterredung am 9. 3. in der Préfecture in Straßburg erbrachte indes abermals „nichts Konkretes“³⁷. Bidault mahnte ungeduldig an, endlich das Stadium der generellen Erörterung zu verlassen und „die Methode einer konkreten Verhandlung“ zu klären. Er dachte an „diplomatische Verhandlungen“ zwischen dem deutschen Vertreter in Paris und ihm, an denen auch Sachverständige beteiligt werden konnten. Adenauer pflichtete ihm zwar bei, schränkte aber sofort wieder ein, das „Gewicht der Besprechungen [solle] in erster Linie auf die Sachverständigen gelegt“ werden³⁸.

Nach diesen unbefriedigenden Treffen stellte sich im Matignon der Verdacht ein, das Palais Schaumburg wolle eine Lösung des Problems bis zu den Bundestagswahlen im Herbst hinauszögern³⁹. Daran war Paris aber nicht gelegen. Mayer ließ Adenauer daher Mitte März den Vorschlag unterbreiten, die Verhandlungen nun von Regierungschef zu Regierungschef zu führen⁴⁰. Der Kanzler reagierte hochofren, denn mit Bidault kam er nicht zurecht. Adenauer unterstellte ihm die Absicht zur Sabotage der EVG und befürchtete, der Außenminister wolle die Schwierigkeiten der Saarfrage ausnutzen, um den Kanzler für das Scheitern der EVG verantwortlich zu machen⁴¹. Neben tiefgreifenden politischen Meinungsverschiedenheiten belasteten verschiedene „crises d'humeur“ ihr Verhältnis nicht unerheblich. Selbst französische Diplomaten sahen die Politik ihres neuen Chefs mit Unbehagen: „Robert Schuman ne pensait qu'aux relations franco-allemandes, sans se préoccuper de l'Union française, ni de nos possessions d'outre-mer. On risque aujourd'hui de tomber dans l'excès contraire.“⁴²

Während die französisch-deutschen Gespräche also nur schleppend verliefen – gewiß nicht wegen angeblicher „Winkelzüge Adenauers“⁴³, sondern der fehlenden Bereitschaft beider Seiten, von ihren Positionen und ihren Zeitplänen abzugehen –, konnten in den Verhandlungen zwischen Frankreich und der Saar rasche Fortschritte erzielt werden. Abgesehen vom tiefen Dissens über die Gruben und das Warndtgebiet lagen die neuen Konventionen Mitte März fast vollständig vor, wo-

³⁵ Lenz, Tagebuch, S. 572, Tb. 3. 3. 1953.

³⁶ S. Unterredung zwischen Adenauer und Bidault vom 26. 2. 1953, in: BDFD I, S. 319–321; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 157f., Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 3. 3. 1953 (Konzept JV).

³⁷ Lenz, Tagebuch, S. 580, Tb. 10. 3. 1953.

³⁸ PA, B 17, Bd. 139, Bl. 333f., Aufzeichnung, o.D.

³⁹ S. Conseil des Ministres, 11. 3. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 85.

⁴⁰ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 432f., Tb. Januar-März 1953.

⁴¹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 18b, Bl. 169–171, Blankenhorn u. Krekeler an Adenauer u. Hallstein, Tel. 28. 3. 1953, Geheim, Citissime.

⁴² Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 433, Tb. Januar-März 1953.

⁴³ Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 123.

bei die Texte den saarländischen Vorstellungen weit entgegenkamen. Die Saar gewann „une autonomie et une souveraineté accrues“, während Frankreich die Bestätigung der Wirtschaftsunion errang und seine Verhandlungsposition gegenüber der Bundesrepublik erheblich stärkte⁴⁴. Adenauer erstaunte die harte Verhandlungsführung der Saar und riet im Kabinett für die eigenen Beratungen mit Frankreich zu sehr vorsichtigem und schrittweisem Vorgehen. Bundeswirtschaftsminister Erhard sah kaum Chancen für eine Verständigung, da Frankreichs wirtschaftliche Interessen an der Saar keine Übereinkunft zuließen. Seiner Meinung nach mußte die Bundesregierung auf eine völlige Liberalisierung der Wirtschaft, die Aufhebung der Zölle für deutsche Waren und ein freies Niederlassungsrecht für Deutsche an der Saar hinarbeiten. Die Aufrechterhaltung des Saargebiets als französische Währungszone gestand er zu. Adenauer pflichtete dem bei, lehnte aber für den Augenblick noch einen „Konnex von wirtschaftspolitischen Organisationen“ ab. Gegen den heftigen Widerstand Kaisers sprach er sich außerdem für die Aufnahme von Verbindungen mit „vernünftigen Leuten“ aus dem Umkreis Hoffmanns aus, „um sie bei ihrem Kampf gegen die Franzosen zu unterstützen“. Ihm schien es falsch, „nur auf die deutschen Parteien ab[zustellen]“⁴⁵. „Sehr unklug“ sei es gewesen, meinte der Kanzler im vertraulichen Hintergrundgespräch, bei den Anhängern der Saarregierung den Eindruck erweckt zu haben, als ob für den Fall der Rückkehr „ein neues Entnazifizierungsverfahren“ drohe. Denn auch in diesen Kreisen gab es seiner Meinung nach „anständige Deutsche“, die man für sich gewinnen konnte. „Wir brauchen die Hilfe der Saar bei diesem ganzen politischen Kampf.“⁴⁶

Da Adenauer die Vorlage des Bidault zugesagten Papiers über die wirtschaftlichen Probleme weiter hinauszögerte, drängte der Quai d'Orsay am 22. 3. gegenüber dem deutschen Generalkonsul Hausenstein auf die Fortsetzung der Saargespräche⁴⁷. Um den Druck zu erhöhen, bemühte sich Frankreich – wie im übrigen auch die Bundesrepublik – zugleich um Unterstützung durch die USA. Ende März reiste Mayer mit Bidault nach Washington, um mit der neuen amerikanischen Regierung Kontakt aufzunehmen. Das Ergebnis mußte sehr ernüchternd wirken. Außenminister Dulles hielt eine detaillierte Lösung der Saarfrage in absehbarer Zukunft für unmöglich und warnte vor den Folgen des Junktims zwischen dem Abschluß eines Saarabkommens und der Ratifikation der Westverträge⁴⁸. Während er gegenüber Mayer die Billigung dieser Vorbedingung dezidiert verweigerte⁴⁹, gab er gegenüber seinen Auslandsvertretern durchaus zu, daß die

⁴⁴ AN, 457 AP 47, Papiers Bidault, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 17. 3. 1953 (Konzept JV); s.a. Rede Hoffmanns auf dem Parteitag der CVP, 22. 3. 1953, im Auszug in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 490–493; Hoffmann, Ziel, S. 299.

⁴⁵ Lenz, Tagebuch, S. 594–596, hier S. 595 u. 596, Tb. 20. 3. 1953; s.a. BA, NL Kaiser, Bd. 183, Bl. 57–59, Kaiser an Adenauer, 30. 3. 1953, Entwurf.

⁴⁶ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 451, Tee-Empfang, 8. 5. 1953.

⁴⁷ S. PA, B 17, Bd. 139, Bl. 258 f., Hausenstein an Hallstein, Tel. 133, 22. 3. 1953, Geheim; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 175, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 23. 3. 1953; Fischer, Saar, S. 145.

⁴⁸ S. Dulles an Paris, Tel. 4460, 17. 2. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1442 f.

⁴⁹ S. ders. an dass., Tel. 4992, 26. 3. 1953, Top Secret, in: ebd. Bd. 5, S. 781–784; AN, 363 AP 22, 3. Sitzung der französisch-amerikanischen Gespräche vom 27. 3. 1953, Secret; BA, NL Blankenhorn,

Ratifikation der EVG ohne eine gewisse vorherige deutsch-französische Regelung unrealistisch sei. Eine Einmischung lehnte er vorläufig ab, um zum gegebenen Zeitpunkt effektiv intervenieren zu können⁵⁰.

Adenauers Abgesandten Blankenhorn, der zur gleichen Zeit zur Vorbereitung des Kanzler-Besuchs⁵¹ am Potomac weilte, wurde deshalb eingetrüfelt, Mayer habe einen nicht unwesentlichen Erfolg erzielt, weil er die parlamentarische Billigung des EVG-Vertrages für Juni zugesagt habe, sofern die Saarfrage bis dahin „befriedigend gelöst“ sei. Damit drohte letztere in den Mittelpunkt der bevorstehenden Gespräche Adenauers in den USA zu geraten. Mayer, so meinte Blankenhorn, sei dieser Erfolg um so leichter gefallen, als Dulles „stark frankophil“ eingestellt sei und Frankreich entgegenkommen wolle. Nur mit Mühe vermochte der Ministerialdirektor der weitverbreiteten Meinung entgegenzutreten, als ob die Bundesrepublik durch die Aufnahme in die EVG und die Ablösung des Besatzungsstatuts einen so großen Nutzen erziele, daß sie auf den wirtschaftlichen Gewinn an der Saar „gut verzichten“ könne⁵².

Um den Verhandlungswillen seiner Regierung unter Beweis zu stellen, legte der deutsche Emissär den Entwurf eines Papiers vor, das von Erhard ausgearbeitet und vom Kabinett gebilligt worden war⁵³. Das Dokument entsprach allerdings nicht den Vorstellungen der Beamten im Auswärtigen Amt, weil es nur das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik, dem Saarland und Frankreich im Blick hatte, ohne auf die Beziehungen zu den übrigen Staaten der Montangemeinschaft einzugehen. Das Amt arbeitete daher einen Gegenentwurf aus, der die Gedanken des Erhard-Planes auf alle Mitglieder der EGKS erweiterte⁵⁴. Das State Department nahm das deutsche Konzept ohne Kommentar zur Kenntnis und drängte Blankenhorn zur baldigen Bereinigung des Problems. Dessen Wunsch, die Saar-Verhandlungen nach Washington zu verlagern und sie in die Obhut von amerikanischen und englischen Beobachtern zu geben, wurde unter Hinweis auf die französische Empfindlichkeit zurückgewiesen. Eine endgültige Regelung noch vor den Bundestagswahlen betrachtete der Diplomat allerdings als völlig ausgeschlossen. Adenauer spielte daher auf Zeit, während Bidault genau deshalb zur Eile mahnte⁵⁵.

Anfang April begab sich der Kanzler persönlich auf die Reise nach Washington, um der neuen amerikanischen Regierung seine Aufwartung zu machen. Die Saarfrage stand nicht im Mittelpunkt der Gespräche, wurde aber auch nicht ausgeklammert. Eisenhower und Dulles lehnten das von Mayer aufgestellte Junktim mit der EVG erneut ab, gaben ihrem Gast aber im Gegenzug zu verstehen, daß eine Ratifizierung durch die Assemblée Nationale vor der Lösung des Saarpro-

Bd. 18b, Bl. 178f., Krekeler an AA, B 642, 30. 3. 1953, Geheim; Kerkhoff, Großbritannien, S. 192f.; Poidevin, René Mayer, S. 89; s.a. Kap. III.4.3.

⁵⁰ S. Dulles an Paris, Tel. 5039, 30. 3. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1444 f.

⁵¹ Zur USA-Reise Adenauers im April 1953 vgl. Kap. III.1.3.

⁵² BA, NL Blankenhorn, Bd. 18b, Bl. 172, Tb. 29. 3. 1953.

⁵³ S. Memorandum Riddleberger, 29. 3. 1953, Top secret, nebst Anlage, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 412–415.

⁵⁴ S. PA, BStS, Bd. 214, „Deutscher Vorschlag für eine vorläufige Saarregelung, Vorentwurf“, o.D.

⁵⁵ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 18b, Bl. 169–171, Blankenhorn u. Krekeler an Adenauer u. Hallstein, Tel. 28. 3. 1953, Geheim, Citissime; Memorandum Riddleberger, 29. 3. 1953, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 416–419; Kerkhoff, Großbritannien, S. 193.

blems sehr unwahrscheinlich sei. Wenngleich Adenauer verstärkte Anstrengungen zur Problemlösung zusagte, sah er keinen Grund zu besonderer Konzilianz. Denn die Gaullisten, so belehrte er seine Gesprächspartner, hätten der EVG inzwischen eine Absage erteilt, so daß sich Mayer nun vor allem auf die Sozialisten stützen müsse, denen es aber in erster Linie auf die Zusammenarbeit mit England ankäme⁵⁶. Angesichts dieser innerfranzösischen Gemengelage sei es angesichts des vor ihm stehenden Wahlkampfes völlig indiskutabel, die Saar als Preis für die französische Ratifikation der EVG herzugeben⁵⁷.

Von direkten deutsch-französischen Regierungsverhandlungen war vorläufig also nicht zuviel zu erwarten. Adenauer stellte deshalb als leicht durchschaubares Ablenkungsmanöver in der Öffentlichkeit die Forderung nach einem neuen, aus freien Wahlen hervorgehenden saarländischen Landtag auf⁵⁸. Entgegen dem Rat der deutschen Diplomatischen Vertretung in Paris, die auf eine baldige Bereinigung des Saarproblems drängte, da sie sie als „eine der hauptsächlichsten Voraussetzungen“ für die EVG-Ratifikation ausgemacht hatte⁵⁹, brachte Adenauer diesen Punkt nun auch offiziell an. Am 24. 4. erklärte er sich gegenüber François-Poncet bereit, mit Mayer und Bidault zu einem „règlement satisfaisant“ zu gelangen. Die „décision finale“ müsse aber einem frei gewählten neuen Landtag vorbehalten bleiben. Ein Plebiszit hingegen schloß er definitiv aus, weil es nur zu nationalistischen Demonstrationen führe. François-Poncet ließ keinen Zweifel daran, daß neue Wahlen nicht in Frage kämen⁶⁰.

In diese ganz auf die innerdeutsche Lage ausgerichtete Taktik paßte nun auch der nächste Schachzug des Kanzleramtes. Parallel zur Anbahnung neuer Saarge-spräche wandte sich die Bundesregierung abermals an den Europarat und prangerte dort die „Politische Unfreiheit im Saargebiet“ an⁶¹. Nur wenige Tage zuvor hatte François-Poncet Adenauer vorgehalten, wie kindisch es doch sei, regelmäßig mit der Absendung eines Memorandums an das Palais de l'Europe zu drohen. Gegenüber dem Quai d'Orsay zeigte er sich sicher, der Kanzler werde die „arme émoussée“ vorläufig nicht benutzen⁶². Daß Adenauer ihn Lügen strafte, konnte nicht gerade als günstiges Omen für das auf den 12. 5. angesetzte Treffen mit Mayer und Bidault gewertet werden⁶³. Die Rahmenbedingungen verschlechterten sich noch mit der Meldung von Hausenstein, während des Kanzler-Besuchs an

⁵⁶ S. Unterredung zwischen Eisenhower und Adenauer vom 7. 4. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 427–429; Unterredung zwischen Dulles und dems. vom 7. 4. 1953, GPT MIN-2, 17. 4. 1953, Secret, in: ebd., S. 429–436; BA, NL Blankenhorn, Bd. 19a, Bl. 83–98, Unterredungen zwischen Dulles und Adenauer vom 7./8. 4. 1953, 8. 4. 1953, Geheim; Kerkhoff, Großbritannien, S. 193.

⁵⁷ S. Unterredung zwischen Eisenhower und Adenauer vom 9. 4. 1953, 14. 4. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 446 f.

⁵⁸ S. AdG 1953, S. 3945B; Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 452 f., Tee-Empfang, 8. 5. 1953.

⁵⁹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 19a, Bl. 191 f., von Walther an Blankenhorn, 221–00 geh/70/53, 13. 4. 1953, Geheim.

⁶⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 183, François-Poncet an MAE, Tel. 2198/201, 24. 4. 1953, Réservé.

⁶¹ Memorandum der Bundesregierung, 5. 5. 1953, in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 756–760, hier S. 756.

⁶² AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 183, François-Poncet an MAE, Tel. 2198/201, 24. 4. 1953, Réservé.

⁶³ Vgl. ebd., Allemagne, Bd. 381, Bl. 68, ders. an dass., Tel. 2386/91, 6. 5. 1953, Réservé.

der Seine werde wahrscheinlich die Unterzeichnung der revidierten Saarkonventionen erfolgen. Adenauer beschwerte sich umgehend bei François-Poncet, er lasse sich von Mayer nicht in eine unmögliche Situation manövrieren und werde daher Hallstein nach Paris schicken. Gereizt gab der Hohe Kommissar den Ruffel sofort zurück: Auch Adenauer habe sich nicht um die Lage geschert, in die er Paris mit der Absendung des Saarmemorandums in Straßburg gebracht habe⁶⁴.

Eine Aufzeichnung der Unterabteilung Saar läßt erkennen, daß sich die französische Position seit dem Sturz Schumans nicht geändert hatte. Der Quai d'Orsay beharrte weiterhin auf der Aufrechterhaltung der Wirtschafts- und Währungsunion, verlangte immer noch die Wahl des zukünftigen Landtags „dans le respect du statut“ und gedachte, das Statut einem Referendum zu unterwerfen⁶⁵. Auch von deutscher Seite war kaum Entgegenkommen zu erwarten, zumal die SPD-Opposition eine Europäisierung der Saar bereits als definitive Autonomie unter französischem Protektorat verworfen hatte⁶⁶.

Entsprechend ergebnislos verliefen die deutsch-französischen Konsultationen am 12. 5. in Paris. Adenauers Appell an Bidault, dieses „petit problème“ nicht den Nationalisten zu überlassen, und sein Eingeständnis, die Mehrheit der Saarländer wolle weder deutsch noch französisch sein, verfiel nicht. Beide Politiker beließen es bei allgemeinen Darlegungen und verständigten sich lediglich vage darauf, demnächst auf normalem diplomatischem Wege in Paris in ein konkreteres Studium einzutreten⁶⁷. Auch eine dreistündige Unterredung zwischen den beiden Regierungschefs zeitigte keine Fortschritte, ja Mayer nahm sogar einen „härteren Standpunkt“ als Bidault ein. An die vom Président du Conseil dringend eingeforderte Beseitigung des Saarproblems war nicht zu denken, zumal der Kanzler jegliche Einigung vor den Bundestagswahlen ausschloß⁶⁸. Und auch danach, so sah man es im Auswärtigen Amt, war ein französischer Kurswechsel in bezug auf die Zulassung der saarländischen Oppositionsparteien wohl nur nach einer neuerlichen Regierungsumbildung zu erwarten⁶⁹. Die Beamten wogen sich damit in eine trügerische Sicherheit, denn die Position Mayers war in Frankreich kaum strittig. Dies mußten auch die deutschen Sozialdemokraten erfahren, die sich um eine gemeinsame Linie mit der französischen Schwesterpartei bemühten – vergeblich. Während Mollet die vitalen französischen Wirtschaftsinteressen an der Saar hervorhob und die politische Zukunft „der Entwicklung überlassen“ wollte, beharrte Ollenhauer darauf, das Ökonomische vom Politischen nicht trennen zu können⁷⁰.

Vor der Öffentlichkeit mochte der Kanzler den Stillstand nicht zugeben, behauptete zwei Tage später vor der Presse gar, man sei einer Lösung nähergekommen. Die Gegendarstellung von „Le Monde“, die den Optimismus des Kanzlers

⁶⁴ S. ebd., Sarre, Bd. 269, Bl. 188, ders. an dass., Tel. 2398/99, 7. 5. 1953, Très urgent, Réservé.

⁶⁵ S. ebd., Bl. 189–195, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 9. 5. 1953 (Konzept JV).

⁶⁶ Vgl. ebd., Allemagne, Bd. 381, Bl. 75 f., Bérard an MAE, Tel. 2460/65, 11. 5. 1953.

⁶⁷ AN, 363 AP 17, Papiers Mayer, Unterredung zwischen Adenauer und Bidault vom 12. 5. 1953, im Auszug in: BDFD I, S. 321–325, hier S. 322 u. 324.

⁶⁸ BA, NL Blankenhorn, Bd. 19b, Bl. 66 f., Tb. 12. 5. 1953; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 200, de La Tournelle an London, Tel. 6448/53, 13. 5. 1953, Réservé; Dillon an Dep. of State, Tel. 5950, 14. 5. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1447–1449.

⁶⁹ PA, Abt. 2, Bd. 487, Bl. 132, Hallstein an Blücher, 214–03–20 II 7692/53, 12. 6. 1953.

⁷⁰ AsD, NL Mommer, Bd. 19, Unterredung zwischen Vertretern der SPD und der SFIO vom 13. 1. 1953, 26. 1. 1953, im Auszug in: BDFD III, S. 249–253, hier S. 251.

als völlig ungerechtfertigt beurteilte⁷¹, entsprach wohl eher der Wirklichkeit. Der keineswegs flacher gewordene Graben vertiefte sich noch kurz darauf mit dem Abschluß der französisch-saarländischen Konventionen. Die Nachrichten über den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen waren in Bonn nur spärlich geflossen⁷². Als die Meldung über die Paraphierung am Rhein eintraf, beschwerte sich Adenauer in vertraulicher Journalistenrunde über die mangelnde Höflichkeit, da er doch gerade erst den französischen Boden verlassen habe⁷³. Bidault wollte diese Ohrfeige, die in den diplomatischen Kreisen natürlich sofort bekannt wurde⁷⁴, nicht hinnehmen und beauftragte François-Poncet, den Vorwurf mangelnder Courtoisie zurückzuweisen⁷⁵, war die Paraphierung doch extra um einige Tage verschoben worden, damit sie nicht mit Adenauers Besuch in Paris zusammenfiel. Wie könne er, so wettete François-Poncet nicht ohne Berechtigung, der französischen Regierung die Schuld für mangelnde Fortschritte in der Saarfrage zuweisen, wo er doch selbst seit Monaten die Vorlage des zugesagten Memorandums verzögere und konkrete Ergebnisse vor den Bundestagswahlen ohnehin ausschließe⁷⁶? Adenauers Retourkutsche ließ nicht lange auf sich warten. Ihn erinnerte diese Diktion „an den Stil der ersten Besatzungszeit“, den er mittlerweile überwunden glaubte⁷⁷. François-Poncet lenkte nun ein und empfahl, derartige „blessures d’amour-propre“ zukünftig zu verhindern⁷⁸.

Nach über dreimonatigen, von zahlreichen „problèmes délicats“⁷⁹ gezeichneten Verhandlungen wurden die neuen Saarverträge zwischen Frankreich und dem Saarland am 20. 5. unterzeichnet⁸⁰. Bereits einen Tag später wies der Kanzler das Auswärtige Amt an, den Vertragstext darauf zu überprüfen, ob er – wie Agenturmeldungen behaupteten – der Saar eine „völlige politische *Souveränität*“ zubilligte. Denn dann müsse er „in aller Form bei den 3 Mächten Protest einlegen“⁸¹.

An einer neuerlichen Belastung des Verhältnisses zu Frankreich konnte ihm kaum gelegen sein. Allerdings bot sich nun die Möglichkeit, von den stagnierenden Verhandlungen mit Paris abzulenken, was Bonns Absicht entgegenkam, die Saarfrage „ruhen[zu]lassen“⁸². Für Adenauers Kalkül spielte dabei die Bundes-

⁷¹ Vgl. AdG 1953, S. 3995B.

⁷² S. Lenz, Tagebuch, S. 595, Tb. 20. 3. 1953; PA, Abt. 2, Bd. 475, Bl. 160f., Aufzeichnung 214–01/10 II 5708/53, 22. 4. 1953; ebd., Abt. 3, AZ 214–01, Hausenstein an AA, Tel. 210, 6. 5. 1953.

⁷³ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 463f., Tee-Empfang, 18. 5. 1953.

⁷⁴ Vgl. Huber an Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten, 19. 5. 1953, in: Todt (Hg.), Anfangsjahre, S. 119.

⁷⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 381, Bl. 93, MAE an Bonn, Tel. 2048, 19. 5. 1953; Freymond, Saar, S. 152.

⁷⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 19b, Bl. 259f., François-Poncet an Adenauer, 19. 5. 1953.

⁷⁷ Adenauer an François-Poncet, 21. 5. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 369.

⁷⁸ PA, Abt. 2, Bd. 476, Bl. 1f., François-Poncet an Adenauer, 23. 5. 1953.

⁷⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 235, Bl. 29–35, Bidault an diplomatische Vertretungen, Nr. 499/EU, 19. 5. 1953.

⁸⁰ Das Vertragswerk umfaßte einen Allgemeinen Vertrag, einen Wirtschaftsvertrag, einen Vertrag über den gemeinsamen Betrieb der Saargruben, einen Vertrag über die französisch-saarländische Gerichtsbarkeit, einen Vertrag über die Ergänzung der Konvention über den Rechtshilfeverkehr vom 3. 3. 1950, einen Steuer- und Haushaltsvertrag sowie einen Vertrag zur Ausschaltung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe (Notes et études documentaires, Nr. 1756, S. 5–51; deutscher Wortlaut der wichtigsten drei Verträge in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 704–720).

⁸¹ PA, Abt. 2, Bd. 475, Bl. 224, Adenauer an Hallstein, 21. 5. 1953.

⁸² Ders. an Diel, 27. 5. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 376.

tagswahl die zentrale Rolle, waren seine Berater doch mittlerweile zu der Auffassung gelangt, „auch bei freiestem Spiel der politischen Kräfte keine Mehrheit für eine Rückkehr zu Deutschland“ gewinnen zu können. Die französische Saarpolitik sei keineswegs nur durch wirtschaftliche, sondern durch „echte politische Erwägungen“ bestimmt, meinte Thierfelder. Indem Frankreich die Saar von Deutschland trenne, ziele es auch auf dessen Schwächung. Diesen „Erfolg“ werde es sich durch wirtschaftliche Zugeständnisse „keinesfalls“ abkaufen lassen⁸³. Eine solche Wahrheit wollte der Kanzler vor der Öffentlichkeit natürlich nicht zugeben. Vielleicht sah er sie auch gar nicht. Einer portugiesischen Zeitung gegenüber betonte er Ende Mai jedenfalls erneut, daß Frankreich an der Saar in erster Linie wirtschaftliche Interessen besäße, die sicherlich befriedigt werden könnten, wenn Sachverständige erst einmal Art und Umfang festgestellt hätten⁸⁴.

Nach Abschluß der internen Prüfungen legte die Bundesregierung am 25. 6. offiziell Einspruch gegen die neuen Saarkonventionen ein, weil sie ihrer Auffassung nach das Saargebiet als „völlig gleichberechtigten Vertragspartner“ anerkannten⁸⁵, eine friedensvertragliche Regelung präjudizierten, die wirtschaftliche Vorherrschaft Frankreich an der Saar sanktionierten und die Herbeiführung einer wirklich europäischen Lösung des Problems erschwerten⁸⁶. Am 2. 7. forderte der Deutsche Bundestag in einer ganz auf die SPD-Position abgestimmten Resolution die Bundesregierung dazu auf, ihre Saarpolitik von drei Grundsätzen leiten zu lassen: die Saar sei Teil Deutschlands; die dort bestehende Ordnung sei Bestandteil der inneren Organisation Deutschlands, wie sie von den Besatzungsmächten eingerichtet worden sei; Verhandlungen über die Saarfrage müßten demokratische Zustände schaffen und der Abtrennung von Deutschland ein Ende setzen⁸⁷. Daß die Unionsfraktion diese die Saarpolitik Adenauers konterkarierende Entschlie-ßung einstimmig mittrug, hing sicherlich vor allem mit dem Wahlkampf zusammen. Sie konnte es sich einfach nicht leisten, das Feld einer Opposition zu überlassen, die vehement gegen die „betrügerische Verwendung“ des Gedankens der europäischen Integration in der Saarfrage wettete⁸⁸.

Anfang August regte Adenauer am Rande der EGKS-Außenministerkonferenz in Baden-Baden bei Bidault die Wiederaufnahme der Saargespräche nach den Wahlen im Rahmen einer „Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses“ an. Doch nicht einmal ein solches Signal der Gesprächsbereitschaft kam beim Empfänger störungsfrei an. Als der Kanzler die Einschaltung François-Poncets ablehnte, weil er „gewisse[n] Europa gegenüber negativ eingestellte[n] Kreise[n] im Quai d'Orsay“ mißtraute, mußte der Außenminister sein Ministerium natürlich in Schutz nehmen: François-Poncet sei ein eindeutiger Anhänger der europäi-

⁸³ PA, Abt. 2, Bd. 536, Bl. 131–133, Aufzeichnung Thierfelder 214–26 II 7691/53, 3. 6. 1953.

⁸⁴ S. Interview Adenauers mit „Diario Popular“, auch in: Bulletin 1953, S. 865 f.

⁸⁵ PA, Abt. 2, Bd. 476, Bl. 11, Vermerk zu 214–01–20 o. Nr., 15. 6. 1953.

⁸⁶ S. Adenauer an François-Poncet, 214–01–20 II 8831/53, 25. 6. 1953, in: BDFD I, S. 325–330; Bundestagserklärung Hallsteins, 2. 7. 1953, in: BT, Sten. Ber., Bd. 17, S. 13933 f.; Aufzeichnung von Boeckh, 19. 11. 1953, in: BDFD II, S. 250–252.

⁸⁷ S. Bundestagsresolution, 2. 7. 1953, in: Bulletin 1953, S. 1051.

⁸⁸ AsD, NL Mommer, Bd. 19, Mommer an den Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, Karl Gerold, 10. 7. 1953, im Auszug in: BDFD III, S. 258–260, hier S. 260; s.a. Artikel Gerolds, in: „Frankfurter Rundschau“, 4. 7. 1953, im Auszug auch in: ebd., S. 257 f.; Fischer, Saar, S. 148.

schen Integration, Parodi Bidaults Freund und Seydoux ein gewissenhafter Beamter. Und außerdem könne man „gelegentlich eine Politik mit negativer eingestellten Kräften besser fördern als mit allzu betont positiven“⁸⁹.

Bonn, Paris und der Van-Naters-Plan

Noch bevor die beiden Regierungen in Bonn und Paris ihren abgerissenen Gesprächsfaden wieder anknüpfen konnten, schaltete sich der Europarat in die Debatte über die Saarfrage ein⁹⁰. Schon am 18. 9. 1952 hatte die Beratende Versammlung dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten die Aufgabe übertragen, einen Bericht über die zukünftige Stellung des Saargebietes zu verfassen. Der Ausschuß nahm den Auftrag an und berief den holländischen Sozialisten Marinus van der Goes van Naters zu seinem Berichterstatter. Den deutschen Delegierten gefiel die Ernennung des Völkerrechtlers und Rechtsanwalts, ehemaligen aktiven Mitglieds des holländischen Widerstandes und KZ-Häftlings ganz und gar nicht. Sie hielten ihn für frankophil⁹¹, wohingegen die Beamten des Auswärtigen Amtes ihm „große Objektivität“ testierten⁹².

Mit der Einmischung des Europarates erhöhte sich die Zahl der Mitspieler im ‚Match‘ um die Saar auf drei. Hatten Bonn und Paris bisher stets sorgsam darauf geachtet, das ‚Spiel‘ allein auszutragen, ohne freilich auf die Unterstützung von außen, der USA und Großbritanniens zu verzichten, trachteten sie fortan danach, nicht nur Washington und London, sondern eben auch Straßburg auf ihre Seite zu ziehen, und das hieß in erster Linie, van Naters für sich zu gewinnen. Die für Adenauer so glänzend verlaufenen Bundestagswahlen vom 6. 9. galten für alle Seiten als Startschuß, die Angelegenheit neu anzugehen. Am Potomac sah man den Zeitpunkt gekommen, der Bundesregierung Konzessionen abzufordern⁹³. Bonn reagierte durchaus verständnisvoll, sprach sich erneut für die Europäisierung aus und stellte befriedigende wirtschaftliche Arrangements mit Frankreich in Aussicht⁹⁴. Doch die Handlungsfreiheit des Kanzlers war „mehr eine scheinbare als eine wirkliche“⁹⁵. Er gedachte zwar, auf die fragile innenpolitische Situation in Frankreich Rücksicht zu nehmen. Es lag ihm aber nichts daran, die SPD-Opposition vor den Kopf zu stoßen, um die nationale Einigkeit unter allen Umständen bewahren zu können.

Fünf Tage nach den deutschen Wahlen legte van Naters seinen Saar-Plan vor, dessen zentrale Passagen als Entwurf für einen Beschluß der Beratenden Versammlung über die europäische Lösung des Problems formuliert waren. Auf der Grundlage dieses Vorschlages empfahl er eine Konferenz von Vertretern der Bun-

⁸⁹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 23, Bl. 215 f., Unterredung zwischen Bidault und Adenauer vom 10. 8. 1953.

⁹⁰ Die Bemühungen des Europarates um eine Lösung des Saarproblems beleuchten insbesondere: Fischer, Saarstatut; Leuvrey, La Sarre; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 569–585.

⁹¹ Vgl. Fischer, Saar, S. 159 f.

⁹² PA, Abt. 2, Bd. 529, Bl. 16–19, Thierfelder an Hallstein, Aufzeichnung 214–26 II 13131/52, 6. 10. 1952, Eilt sehr.

⁹³ S. Conant an Dep. of State, Tel. 950, 7. 9. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 533 f.; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 477, Tb. 10. 9. 1953; Kerkhoff, Großbritannien, S. 196.

⁹⁴ S. Conant an Dep. of State, Tel. 958, 8. 9. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 536 f.

⁹⁵ Freymond, Saar, S. 154.

desrepublik, Frankreichs, der Saar, der übrigen Mitglieder des Europarates, der USA und der Hohen Behörde der EGKS zwecks Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die einem Volksentscheid unterworfen werden sollte. Van Naters beschrieb die Saar als europäisches Territorium ohne Staatscharakter und übertrug dessen Außen- und Verteidigungspolitik einem vom Ministerrat des Europarates zu ernennenden europäischen Kommissar aus einem nichtbeteiligten Land. Die übrigen Angelegenheiten fielen in die Zuständigkeit der saarländischen Organe. Von der Wirtschaftsunion mit Frankreich sollte – wie van Naters ausdrücklich bestätigte⁹⁶ – nur ein gemeinsamer Markt mit gegenseitigem Diskriminierungsverbot übrigbleiben. Von den französisch-saarländischen Verträgen gedachte er lediglich jene in Kraft zu lassen, die den Grundsatz der Gleichberechtigung zwischen Frankreich und der Saar erfüllten. Die übrigen Konventionen waren durch einen einzigen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit für eine Dauer von 50 Jahren zu ersetzen. Die Forderung nach einem deutsch-saarländischen Markt verknüpfte das Dokument mit dem Fortschreiten der europäischen Integration. Die Saargruben sollten dem Saarland zur alleinigen Verfügung übergeben werden. Politische Parteien bedurften nicht mehr der Genehmigung. Frankreich, Deutschland und die USA hatten zu gewährleisten, daß die zunächst nur bis zu einem Friedensvertrag gültige Regelung keine Änderung mehr erführe. Ausdrücklich erkannte van Naters das von Deutschland abverlangte hohe Opfer des Verzichts auf die Wiedereingliederung der Saar an. Die Reaktion der Bundesregierung mußte nun zeigen, ob sie den letzten Bundestagsbeschluß zum Maßstab nehmen und den Plan damit verwerfen wollte oder zu dem Opfer bereit war⁹⁷.

Obwohl die Informationen über den Inhalt der Vorstellungen von van Naters am Rhein allenthalben „une très vive déception“ hervorriefen⁹⁸ und die prodeutsche Opposition an der Saar sie als „völlig einseitig“ verwarfen⁹⁹, fiel eine erste Analyse des Auswärtigen Amtes durchaus positiv aus. Nach Meinung des zuständigen Referatsleiters Thierfelder lohnte das Konzept den aufzubringenden Preis. „Der Vorschlag des Berichterstatters gewährt uns alles in allem weit mehr Vorteile, als Frankreich bei den bisherigen Verhandlungen zuzugestehen geneigt war.“ Als problematisch schien ihm allenfalls die Forderung, den Franc weiterhin als Zahlungsmittel zu erhalten. Außerdem sprach er sich gegen eine Konferenz zur Ausarbeitung einer Verfassung und für die Fortsetzung bilateraler Verhandlungen aus. Darüber hinaus schien ihm die Aufnahme der Stahlindustrie in den Plan erforderlich¹⁰⁰. Weitaus skeptischer äußerte sich hingegen Unterabteilungsleiter Ophüls, auf den „das Ganze des Systems [...] nicht recht durchdacht“ wirkte, der

⁹⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 531, Bl. 105 f., Aufzeichnung Thierfelder, 214–26–10 II 12642/53, 17. 9. 1953.

⁹⁷ Der am 11. 9. 1953 präsentierte Bericht von van der Goes van Naters bestand in seiner ersten Fassung vom 20. 8. 1953 aus einem Entwurf über „Das zukünftige Statut der Saar“ und einem sogenannten Motiven-Bericht (PA, B 17, Bd. 149, im Auszug in: EA 1954, S. 6344–6346); s.a. PA, Abt. 2, Bd. 531, Bl. 49–56, Thierfelder an Ophüls, Stellungnahme 214–26/10 II 11816/53 Ang.IV, 8. 9. 1953; Arbeitspapier des AA, 5. 10. 1953, Streng vertraulich, in: BDFD I, S. 330–337; Fischer, Saar, S. 162–164.

⁹⁸ François-Poncet an Bidault, Nr. 2009/CM, 30. 9. 1953, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1037.

⁹⁹ Schneider, Wunder, S. 223.

¹⁰⁰ PA, Abt. 2, Bd. 531, Bl. 49–56, Thierfelder an Ophüls, Stellungnahme 214–26/10 II 11816/53 Ang. IV, 8. 9. 1953.

es aber nicht für zweckmäßig hielt, schon in dieser Phase der Diskussion vor dem Europarat konkret darauf einzugehen¹⁰¹.

Als die Kommission für Allgemeine Angelegenheiten am 11. 9. ihre Beratungen über den Van-Naters-Plan begann, brachten die saarländischen und französischen Abgeordneten zahlreiche Abänderungsanträge ein¹⁰². Ihre deutschen Kollegen verlangten hingegen die Vertagung und zogen damit den Vorwurf der Sabotage auf sich. Thierfelder plädierte deshalb für eine positive Stellungnahme und riet der Bundesregierung dazu, den internen Meinungsbildungsprozeß bis Anfang November abzuschließen, damit dann die Debatte im Europarat beginnen konnte¹⁰³. In dieser Haltung wurde er durch van Naters bestärkt, der den Eindruck erweckte, als werde er sich für eine „Volleuropäisierung“ der Saar einsetzen und jeden Versuch hartnäckig unterbinden, Frankreich oder Deutschland die Vorherrschaft an der Saar einzuräumen¹⁰⁴.

Adenauer folgte seinen Empfehlungen nur zum Teil. Er setzte auf die bilaterale Verständigung mit Frankreich und lud Bidault am 14. 9. zu einer persönlichen Aussprache ein¹⁰⁵. Der Kanzler entsprach damit auch dem ausdrücklichen Wunsch der USA, die keinen Hehl aus ihrer Erwartung machten, daß die Bundesrepublik die Saarfrage den wirklich wichtigen Problemen der europäischen Einigung und der deutsch-französischen Verständigung unterordne¹⁰⁶. Kurz darauf überzeugte Adenauer auch van Naters von der Notwendigkeit, die Angelegenheit zunächst noch einmal auf der bilateralen Ebene zu besprechen. Unter vier Augen, so mochte er denken, konnte er den Verlauf besser steuern und war weniger dem Druck Dritter ausgesetzt. Sie verständigten sich schließlich auf einen Text, der am folgenden Tag weitgehend von der Kommission für Allgemeine Angelegenheiten als Entwurf für eine Empfehlung der Beratenden Versammlung an das Ministerkomitee angenommen wurde. Darin trat die Kommission, die der beratenden Versammlung einen Zwischenbericht über den Van-Naters-Plan vorlegte, für unverzügliche Saarverhandlungen der direkt interessierten Staaten ein. Außerdem schlug sie dem Präsidenten des Ministerkomitees vor, auf der Basis dieser Gespräche und der Erörterungen in der Beratenden Versammlung zum Van-Naters-Plan eine Konferenz der Exekutivorgane des Europarates, der EGKS-Staaten, Großbritannien und der USA für Anfang 1954 einzuberufen¹⁰⁷.

Auch Bidault war offensichtlich an zweiseitigen Beratungen interessiert, weil er befürchtete, das „Faustpfand“ Saar im Namen Europas verlieren zu können¹⁰⁸. Adenauers Protestschreiben vom 25. 6. gegen die neuen Saarkonventionen hatte

¹⁰¹ Ebd., Bl. 56, Ophüls an Blankenhorn, Notiz, 8. 9. 1953, Sofort.

¹⁰² S. ebd., Bd. 532, Bl. 12 f., Thierfelder an Ophüls, 13. 9. 1953; ebd., Bl. 45–53, Aufzeichnung 214–26–10 II 13361/53, o.D.; Fischer, Saar, S. 164 f.

¹⁰³ S. PA, Abt. 2, Bd. 531, Bl. 112 f., Thierfelder an Ophüls, Eilbrief, 13. 9. 1953.

¹⁰⁴ Ebd., Bl. 105 f., Aufzeichnung dess., 214–26–10 II 12642/53, 17. 9. 1953.

¹⁰⁵ S. Adenauer an Bidault, 14. 9. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 432. Angesichts der Äußerungen Adenauers gegenüber Bidault vom 10. 8. kann diese Einladung kaum als plötzlich bezeichnet werden (Freymond, S. 156).

¹⁰⁶ S. Conant an Dep. of State, Tel. 991, 11. 9. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1454 f.

¹⁰⁷ S. PA, Abt. 2, Bd. 531, Bl. 134 f., Thierfelder an Blankenhorn, Aufzeichnung 214–26–10 II 12804/53, 21. 9. 1953; Empfehlung des Europarates Nr. 57, 17. 9. 1953, in: Dischler, Saarland, Bd. 2, S. 94 f.; AdG 1953, S. 4170E; Fischer, Saar, S. 161 f.

¹⁰⁸ Ebd., S. 160.

er bisher aus Rücksicht auf den Wahlkampf in der Bundesrepublik unbeantwortet gelassen. Inzwischen lag eine Replik im Entwurf vor, doch zögerte er die Absendung des moderaten und mit einer Einladung zur Wiederaufnahme der bilateralen Verhandlungen versehenen Schreibens hinaus, um sich mit Dulles abzustimmen¹⁰⁹. An einer Stellungnahme zu der Pariser Antwortnote war Washington aber nicht interessiert, weil man sich nicht für eine Politik vereinnahmen lassen wollte, die auf den Status quo hinauslief¹¹⁰. Allerdings hielt man es für ebenso wichtig, in Bonn klarzumachen, daß die vom Kanzler geforderte Neuwahl des saarländischen Landtags erst am Ende einer Saarregelung stehen konnte¹¹¹. Grundsätzlich wies Dulles die Hauptaufgabe zur Beseitigung des Problems den Deutschen und Franzosen zu, während er dem Europarat allenfalls eine Hilfsstellung zubilligte. Um die Verhandlungen zwischen Adenauer und Bidault nicht unter Zeitdruck zu setzen, wünschte er vorläufig keinen festen Termin für die von van Naters ins Auge gefaßte internationale Saarkonferenz¹¹².

Mitte September erklärte sich Bidault offiziell mit einem Neubeginn in den deutsch-französischen Saargesprächen einverstanden¹¹³. Eine gründliche Vorbereitung, so sah man es im Auswärtigen Amt wie im Quai d'Orsay, war nötig, um einen Fehlschlag zu verhindern¹¹⁴. Aber beide Seiten setzten die Hürden schon wieder so hoch, daß sie kaum zu überwinden waren. Die Vorstellungen der Bundesregierung beruhten auf drei Säulen: 1. Jegliche Regelung der Saarfrage mußte sich auf dem freien Willen der Saarbevölkerung gründen. Der Einstieg in die Saargespräche setzte also freie Wahlen an der Saar voraus, um die Beteiligung einer Delegation des frei gewählten Parlaments zu ermöglichen. 2. Die wirtschaftlichen Faktoren waren zu berücksichtigen. 3. Die Kontrolle des Saarregimes sollte nicht durch den Europarat, sondern die Montanunion erfolgen. Bonn distanzierte sich damit in gewisser Weise vom Van-Naters-Plan, zu dem man ansonsten vorläufig eine eingehende Stellungnahme ablehnte¹¹⁵. Der erhoffte Beistand aus Washington blieb aber aus. Dulles riet dringend davon ab, auf der Forderung nach freien Saarwahlen zu beharren. Statt dessen empfahl er Adenauer, mit Bidault die Grundzüge einer prinzipiellen Lösung auszuarbeiten, deren Annahme durch die Regierungen von der Wahl eines neuen Landtags abhängig zu machen sei, der seinerseits „gleichsam plebiszitär“ über die Lösung entscheiden sollte¹¹⁶.

Daß der Europarat die Saarkonferenz auf der Ebene der erweiterten Montanunion durchgeführt sehen wollte, kam den Erwägungen des Auswärtigen Amtes entgegen, im Quai d'Orsay wurde es indes beklagt. Ansonsten begrüßte das Ministerium den Van-Naters-Plan aber vehement, weil er die Trennung der Saar von Deutschland festschrieb und zumindest das Prinzip der französisch-saarländi-

¹⁰⁹ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 1044, 12. 9. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1455f.

¹¹⁰ S. Conant an dass., Tel. 1027, 14. 9. 1953, Secret, Priority, in: ebd., S. 1457f.

¹¹¹ S. Smith an Botschaft Paris, Tel. 954, 15. 9. 1953, Secret, Priority, in: ebd., S. 1458f.

¹¹² S. Dulles an Konsulat Straßburg, Tel. 10, 23. 9. 1953, Confidential, Priority, in: ebd., S. 1459f.

¹¹³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 382, Bl. 100f., Bidault an Adenauer, 20. 9. 1953.

¹¹⁴ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 24, Bl. 111–117, Blankenhorn an Hallstein, 18. 9. 1953.

¹¹⁵ S. ebd., Bl. 79, Tb. 22. 9. 1953; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 382, Bl. 97–98, Bérard an MAE, Tel. 5040/51, 18. 9. 1953, Réserve.

¹¹⁶ BA, NL Blankenhorn, Bd. 24, Bl. 70, Tb. 23. 9. 1953.

schen Wirtschaftsunion für 50 Jahre bzw. bis zur wirtschaftlichen europäischen Integration wahrte¹¹⁷.

Obwohl Bidaults Antwortschreiben auf die Protestnote Adenauers vom 25. 6. die erhobenen Vorwürfe im Ton sehr moderat zurückwies und ausdrücklich den Wunsch betonte, zu einer Verständigung auf der Basis eines europäischen Statuts zu gelangen¹¹⁸, ließ das seit Wochen mit Spannung erwartete Treffen beider Politiker weiter auf sich warten. François-Poncet, dem der Quai d'Orsay nun stärker in die bilateralen Kontakte einzubeziehen suchte¹¹⁹, bot sich der Bundesregierung als Mittler an und konnte zumindest Blankenhorn von seinem guten Willen überzeugen¹²⁰. Adenauer empfing ihn zwar am 22. 9., verweigerte aber jede klare Stellungnahme zum Van-Naters-Plan. Im Hotel Dreesen argwöhnte man daraufhin, der Kanzler werde den Plan links liegen lassen, weil er ihm zu frankreichfreundlich sei und in den politischen Kreisen Bonns weitgehend abgelehnt werde. Bérard plädierte dafür, mit dem Pfund der schwebenden EVG-Ratifikation zu wuchern. Sei sie erst einmal definitiv gesichert oder endgültig gescheitert, so mahnte er im Quai d'Orsay, werde des Kanzlers Engagement um die Saar gewiß erlahmen¹²¹. Man vertraute sich eben nicht, weder in Bonn noch in Paris, suchte nach Schlupflöchern, doch noch die eigenen Maximalpositionen durchsetzen zu können und nicht in den sauren Apfel der Europäisierung beißen zu müssen.

Ende September gab Blankenhorn gegenüber François-Poncet zu erkennen, daß Adenauer den Van-Naters-Plan nun doch als „point de départ“ oder „base de discussion“ akzeptiere. Er befürworte gar die Aufrechterhaltung der Währungsunion, fordere aber im Gegenzug sehr zum Unbill seines Gesprächspartners die Rückkehr zu einem System der Importkontingente. Noch unschlüssig schien der Kanzler hinsichtlich der Einbeziehung der Saar in die Regelung des Problems. Zwei Modelle schwebten ihm vor: Ausarbeitung der Basislösung durch Bonn und Paris, Billigung durch einen neugewählten Landtag, Fertigstellung einer detaillierten Lösung unter saarländischer Beteiligung, oder: Ausarbeitung einer vollständigen Lösung mit anschließendem Plebiszit. Für den Hohen Kommissar kam nur die letzte Möglichkeit in Frage¹²².

Das ständige Hinauszögern der Eröffnung deutsch-französischer Saargespräche auf der Ebene der Außenminister hing auch damit zusammen, daß das Auswärtige Amt sich viel Zeit für eine intensive Prüfung des Van-Naters-Planes nahm, die letzten Endes nicht so positiv ausfiel, wie Thierfelder es sich erhofft haben mag. Eine dem Amt Mitte Oktober zugestellte Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministeriums hielt eine „erhebliche Modifizierung“ für unabdingbar, um einerseits die „einseitige Vormachtstellung“ Frankreichs an der Saar zu besei-

¹¹⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 222, Bl. 81–85, Unterabt. Saar im MAE an Bidault, Zeichnung, 22. 9. 1953 (Konzept TC).

¹¹⁸ S. ebd., Bd. 269, Bl. 237–244, Bidault an Adenauer, 24. 9. 1953; eine identische Fassung (ebd., Bl. 246–253) wurde auf den 25. 9. 1953 datiert; in deutscher Übersetzung unter falschem Datum abgedruckt in: Hoffmann, Ziel, S. 314–317.

¹¹⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 24, Bl. 150, Tb. 16. 9. 1953.

¹²⁰ S. ebd., Bl. 54, Tb. 25. 9. 1953.

¹²¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 255–256, Bérard an MAE, Tel. 5240/51, 28. 9. 1953, Réservé.

¹²² S. ebd., Bl. 257–258, François-Poncet an dass., Tel. 5254/61, 28. 9. 1953, Strictement secret, Réservé; PA, Abt. 2, Bd. 990, von Walther an AA, Tel. 465, 1. 10. 1953, Geheim, Citissime.

tigen, andererseits der Bundesrepublik „dieselbe Rechtsstellung“ einzuräumen. Vor allem monierte man eine Unverträglichkeit der neuen französisch-saarländischen Verträge mit einer Europäisierung des Saargebietes. Ohne Frankreich die Wahrung gewisser Sonderinteressen verwehren zu wollen, wie die Lieferung von Lebensmitteln ins Saarland, die Sicherstellung des Bezugs saarländischer Kohle oder die Verhinderung eines Devisenverlustes, galt die Aufrechterhaltung der Währungsunion als inakzeptabel. Statt dessen sah das Ministerium vor, fakultativ auch die Deutsche Mark, eventuell auch eine „europäische Währung“ einzuführen. Unverkennbar sprach aus der Aufzeichnung die Befürchtung, Frankreich werde die europäische Integration verschleppen, um den Status quo zu erhalten. Gelänge es ihm, die im Van-Naters-Plan genannten 50 Jahre auszuschöpfen, wäre die Saar endgültig in den französischen Wirtschaftsraum eingebunden. Die Übertragung der Bergwerke in den Besitz der Saar wurde zwar prinzipiell begrüßt, der dadurch entstehende Vermögensverlust für Deutschland sollte aber nach Meinung der Beamten bei der „finanziellen Auseinandersetzung“ im Zusammenhang mit der endgültigen Saarregelung berücksichtigt werden¹²³.

Die Ansichten des Auswärtigen Amtes liefen in dieselbe Richtung, d. h. es befürwortete den Grundgedanken des Van-Naters-Plans der Europäisierung unter dem Vorbehalt des Friedensvertrags, hielt aber bedeutende Modifikationen für erforderlich. Die Eingliederung der Saar in das Gebiet der Bundesrepublik galt aufgrund der internationalen Lage als „aussichtslos“, sie zu fordern, drohte der Bonner Politik „Schaden zuzufügen“¹²⁴. Diese Einsicht führte in der Koblenzer Straße soweit, daß man eine vom nationalen Standpunkt aus formulierte „glänzende und äußerst eindrucksvolle Stellungnahme“¹²⁵ eines Angehörigen des Amtes gegen den Van-Naters-Bericht unter Verschuß hielt und nicht einmal zur internen Weitergabe freigab¹²⁶. Der Amtsspitze galt der Van-Naters-Plan zwar in vielen Punkten als „angreifbar“; sie wollte ihn aber für die bilateralen Verhandlungen mit dem Quai d'Orsay als „wesentliche Stütze“ für die eigene Forderung nach Aufhebung der französischen Vorherrschaft an der Saar nutzen und als „wichtige Waffe“ gegen den schon erkennbaren Versuch Frankreichs ins Feld führen, die Wirtschaftsunion auf der Basis der neuen Wirtschaftskonventionen aufrechtzuerhalten¹²⁷. „Wir müssen insbesondere das Zentrum der französischen Überlegungen angreifen, nämlich, daß die Wirtschaftsverhältnisse an der Saar nur eine Angelegenheit zwischen Frankreich und der Saar sind. *Begründung*: Dies widerspricht der Europäisierung.“¹²⁸

¹²³ Ebd., B 17, Bd. 134, Bl. 113–124, Aufzeichnung des BMWi, Anlage zu I A-283/53geh, 2. 10. 1953, Streng geheim. Erhard übersandte die Stellungnahme seines Ministeriums am 12. 10. 1953 an Hallstein (ebd., Bl. 111 f.).

¹²⁴ Ebd., Abt. 2, Bd. 546, Bl. 160–167, Entwurf für eine Darstellung des Saarproblems, o.D. Blankenhorn vermerkte am 3. 10. 1953: „Herrn Staatssekretär vorzulegen“.

¹²⁵ Ebd., Bd. 532, Bl. 218, Thierfelder an Hallstein, Aufzeichnung 214–26/10 II 15106/53, 13. 11. 1953.

¹²⁶ S. ebd., Bl. 219–262, „Bemerkungen zu dem Bericht des Herrn van der Goes van Naters über die europäische Lösung der Saarfrage“, Oktober 1953; ebd., Bl. 218, Marginalie Pauls. Der Bericht stammt vom ehemaligen Geheimrat Voigt (ebd., Bl. 29, Thierfelder an Voigt, 214–26/10 II 12911/53; ebd., Bl. 30, Voigt an Thierfelder, 22. 10. 1953).

¹²⁷ Ebd., Bd. 546, Bl. 160–167, Entwurf für eine Darstellung des Saarproblems, o.D.

¹²⁸ Arbeitspapier des AA, 5. 10. 1953, Streng vertraulich, in: BDFD I, S. 330–337, hier S. 337.

Gleichzeitig erkannte das Amt durchaus an, den wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an der Saar „in gewissem Maße“ Rechnung zu tragen. Im Gegenzug drängte es darauf, neben dem französisch-saarländischen auch einen gemeinsamen deutsch-saarländischen Markt zu schaffen, „dessen Einrichtung nicht an das Fortschreiten der allgemeinen europäischen Wirtschaftsintegration geknüpft und damit vertagt“ werde. Auch der von van Naters bisher nicht problematisierte „entscheidende Punkt in dem Kampf Frankreichs um die wirtschaftliche Vorherrschaft im Saargebiet“, das französische Vorgehen gegen die deutschen eisenschaffenden Unternehmungen an der Saar, bedurfte der Thematisierung. Die Bedenken der Saarländer gegen das dem Europäischen Kommissar beigegebene Beratergremium galten als „verständlich“, doch schien es dem Amt unabdingbar, an der Saar einen offiziellen deutschen Vertreter zu etablieren¹²⁹.

Die immer noch anhaltende Funkstille zwischen Bonn und Paris veranlaßte Dulles Anfang Oktober erneut dazu, bei Adenauer vorstellig zu werden. Aus den Meldungen seines Botschafters in Paris, Dillon, entnahm er, daß die Assemblée Nationale zur Ratifikation der EVG bereit sei und eine Lösung des Saarproblems den Durchbruch bewirken könne, ja als „key test“ für die deutsche Bereitschaft zum Aufbau Europas galt¹³⁰. Der amerikanische Außenminister wies daher Conant in Bonn an, dem Kanzler in einem offenen Gespräch die Tragweite deutscher Konzessionen in der Saarpolitik für die Zukunft Europas vor Augen zu führen¹³¹. Doch Adenauer ließ sich nicht erweichen. Für ihn kam eine Unterredung mit Bidault noch vor der Konstituierung der neuen Bundesregierung nicht in Frage¹³².

Paris zog aus dieser Intransigenz eine doppelte Schlußfolgerung: Ohne internationalen, vor allem amerikanischen Beistand waren die eigenen Ziele nicht durchzusetzen¹³³. Und um sie zu erreichen, mußte man Bonn nun endlich an den Verhandlungstisch zwingen, weil die Forderungen des mit wachsendem Selbstbewußtsein auftretenden Kanzlers kaum zurückgingen. Bérard brachte daher erneut das Druckmittel der EVG-Ratifikation ins Gespräch und riet Bidault dazu, nicht nur die parlamentarische Billigung der Verteidigungsgemeinschaft in Aussicht zu stellen, sondern auch einen präzisen Vorschlag zur europäischen Lösung der Saarfrage vorzulegen. Sollten die europäischen Integrationsprojekte scheitern, so sein Kalkül, läge der Schwarze Peter dann beim Kanzler¹³⁴.

Je länger der Auftakt der deutsch-französischen Saarverhandlungen auf sich warten ließ, desto mehr kühlte sich die Sympathie des Quai d'Orsay gegenüber dem Van-Naters-Plan ab. Man betrachtete ihn zwar immer noch als ernsthaften, objektiven Versuch zu einer wirklichen Lösung des Problems, stieß sich nun aber an jenen Passagen, die mit den französischen Bedingungen für die Europäisierung

¹²⁹ PA, Abt. 2, Bd. 546, Bl. 160–167, Entwurf für eine Darstellung des Saarproblems, o.D. Zur Reaktion des AA auf die politischen Aspekte des Van-Naters-Plans s. ebd., Bd. 532, Bl. 20–25, Aufzeichnung, 8. 10. 1953.

¹³⁰ Dillon an Dep. of State, Tel. 1339, 2. 10. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1461 f., hier S. 1461; s.a. Kerkhoff, Großbritannien, S. 198 f.

¹³¹ S. Dulles an Büro der Hohen Kommission Bonn, Tel. 1107, 3. 10. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1463.

¹³² S. Conant an Dep. of State, Tel. 1321, 6. 10. 1953, Secret, Priority, in: ebd., S. 1464.

¹³³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 263, Bérard an MAE, Tel. 5470/72, 10. 10. 1953, Réservé.

¹³⁴ S. ebd., Bl. 264–265, ders. an dass., Tel. 5510/17, 12. 10. 1953, Secret, Réservé.

kollidierten: der politischen Autonomie der Saar, der Garantie des Saarstatuts durch die Westmächte, der Kontrolle durch europäische Institutionen und insbesondere der Aufrechterhaltung der Wirtschafts- und Währungsunion¹³⁵. Als Frankreich 1946 damit begonnen hatte, sich die Saar wirtschaftlich einzuverleiben, besaß es vor allem zwei sicherheits- bzw. wirtschaftspolitische Motive: die Sicherstellung der Kohlelieferungen und die Reduzierung des deutschen Wirtschaftspotentials. Inzwischen hatte die Kohle ihre überragende Bedeutung für die Wirtschaftsbeziehungen ein wenig eingebüßt. Im Jahre 1951 wurde die Saar mit 104 Milliarden Francs zweitwichtigster Lieferant für Frankreich, wobei allein 75 Milliarden Francs auf Kohle- und Eisenprodukte entfielen. Im Gegenzug war das Saarland der dritt wichtigste Abnehmer französischer Waren. Die Wirtschaftsunion öffnete den saarländischen Markt für die französischen Waren und erlaubte es Frankreich, ohne Devisenverlust gegen Francs Ruhrkohle zu beziehen. Mit der Gründung der Montanunion wurde die saarländische Eisen- und Kohleproduktion zur französischen hinzugeschlagen und trug so dazu bei, das deutsche Übergewicht zu verringern. Die Währungsunion brachte der französischen Zahlungsbilanz ansehnliche Gewinne, weil der bilaterale Warenverkehr in Francs abgerechnet wurde und die Saar einen beträchtlichen Beitrag an Devisen in die französischen Kassen einfließen ließ. Eine Trennung der wirtschaftlichen Verflechtungen beschwor nun aus französischer Sicht nicht nur erhebliche ökonomische Nachteile für die eigene Volkswirtschaft, sondern geradezu „un bouleversement économique et social“ im Saargebiet herauf. Der von der Bundesregierung bisweilen artikulierte Gedanke, die Wirtschaftsunion durch ein Handelsabkommen zu ersetzen, das Frankreich die Kohle- und Eisenlieferungen sicherte, reichte dem Quai d'Orsay nicht aus. Denn dieser Plan löste nur ein Teilproblem und galt vor allem als zu unsicher, da Verträge gekündigt werden konnten¹³⁶. Das Ministerium erachtete daher eine Ergänzung des Van-Naters-Planes durch zusätzliche Artikel in Zoll- und Währungsfragen als unabdingbar. Auch die von van Naters vorgesehene Übertragung der Minen an das Saargebiet zur eigenen Ausbeutung hielten die Beamten für unannehmbar. Das politische Konstrukt des Planes wurde prinzipiell begrüßt, doch galt es insofern als problematisch, als sich mit dem europäischen Kommissar und dem ihm zur Seite stehenden Ausschuß eine Art Nebenregierung zur Saarregierung etablieren und die Saar daher zu einem europäischen Protektorat degradiert werden konnte. Auch die Tatsache, daß die vier Westmächte im Rahmen von Friedensverhandlungen sich für die Aufrechterhaltung der Saarregelung verwenden sollten, reichte dem Quai d'Orsay nicht, da es sich lediglich um eine moralische Verpflichtung handelte¹³⁷.

Zu dieser unverkennbaren Verhärtung der Pariser Position gegenüber dem Van-Naters-Plan trugen gewiß auch die mittlerweile schriftlich fixierten Vorbehalte in Saarbrücken bei. Mit Unterstützung Hoffmanns arbeitete Grandval Mitte Oktober ein Gegenprojekt in der Form eines Saarvertrages aus. Er entsprach in

¹³⁵ S. ebd., Bl. 281–295, Aufzeichnung des MAE, 23. 10. 1953.

¹³⁶ Aufzeichnung Courson de la Villeneuve, 29. 10. 1953, in: BDFD II, S. 247–250, hier S. 250; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 347–351, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 4. 11. 1953 (Konzept YB); Blind, Jahre, S. 52–55; Lefèvre, Saarland, S. 434–439.

¹³⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 281–295, Aufzeichnung des MAE, 23. 10. 1953.

seiner Grundkonzeption weithin einem vom saarländischen Ministerpräsidenten bereits Mitte April vorgelegten Sechs-Punkte-Programm¹³⁸ und wich vom Vorschlag van Naters' in zwei wesentlichen Punkten ab. In politischer Hinsicht strebte Grandval danach, die Autonomie der Saar zu stärken und die Befugnisse des Europäischen Kommissars einzuschränken. Der von van Naters bewußt abgelehnte Staatscharakter der Saar sollte also gerade betont werden. In wirtschaftlicher Hinsicht übernahm Grandval praktisch die Bestimmungen der Saarkonventionen vom 20. 5. und plädierte für die Bewahrung der Wirtschafts- und Währungsunion. Den Artikel des Van-Naters-Plans, der die Genehmigungspflicht der Parteien, Zeitungen und Versammlungen aufhob, übergang er bezeichnenderweise¹³⁹. In Übereinstimmung mit Hoffmann wollte er dieser Bestimmung nur dann zustimmen, wenn Adenauer seinerseits eine definitive Saarregelung akzeptierte. Bei einer Befristung bis zum Friedensvertrag bestand seiner Meinung nach die Gefahr, daß die dann zugelassenen Parteien gegen die Europäisierung und für den Anschluß an Deutschland agitierten. Die im Fall der Europäisierung notwendigen Modifikationen der saarländischen Verfassung wünschte Hoffmann übrigens vom bestehenden Landtag ausarbeiten zu lassen. Erst die neue Verfassung sollte dann – als Konzession an Adenauer – einem Referendum vorgelegt werden¹⁴⁰.

Am Potomac verlor man allmählich die Geduld mit den Streithähnen auf dem Kontinent. Die Saarfrage besaß mittlerweile „number one priority“ für Dulles und sollte endlich vom Tisch¹⁴¹. Adenauer ließ ihm daher am 21. 10. über Hallstein versichern, er wolle die Verhandlungen jetzt aufnehmen. Detaillierte Ergebnisse erwartete er aber nicht, allenfalls gewisse Prinzipien, die es Frankreich unmöglich machten, die EVG weiterhin zu verzögern¹⁴². Mehr sei aufgrund der innenpolitischen Verhältnisse in Bonn nicht möglich, betonte der Staatssekretär. Die SPD werde das Saarproblem ausschlichten, und von der FDP sei eine „violent reaction“ gegen eine Europäisierung zu befürchten. Adenauer sei dennoch zu einer wirklich europäischen Lösung bereit. Der Van-Naters-Plan erfülle die Anforderungen einer solchen Regelung freilich nicht, weil er die wirtschaftliche Kontrolle Frankreichs über die Saar akzeptiere. Frankreich wolle den Status quo ohnehin bloß mit einem „European label“ versehen. Ja, Hallstein unterstellte der Regierung in Paris die Absicht, die Bonner Konzessionen an der Saar einzustreichen und dann die EVG scheitern zu lassen. Sollten die Verhandlungen an einen toten Punkt angelangen, hielt es es für wichtig, daß die Angelsachsen ihre Vermittlungsdienste ausübten¹⁴³.

¹³⁸ Vgl. Freymond, Saar, S. 148.

¹³⁹ S. AN, 457 AP 47, Papiers Bidault, Grandval an Bidault, Nr. 2915, 16. 10. 1953, Très secret, nebst Anlage, 13. 10. 1953, Très secret; Unterabt. Saar an dens., Aufzeichnung, 23. 10. 1953, in: BDFD I, S. 338–340.

¹⁴⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 328–329, Grandval an MAE, Tel. 421/29, 2. 11. 1953, Priorité absolue; zur Haltung Hoffmanns zum Van-Naters-Plan s.a. Hoffmann, Ziel, S. 336–338; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 578 f.

¹⁴¹ Dulles an Botschaft Paris, Tel. 1528, 21. 10. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1465 f., hier S. 1466; s.a. Kerkhoff, Großbritannien, S. 200.

¹⁴² S. Unterredung zwischen Dulles und Hallstein vom 21. 10. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 545.

¹⁴³ Dillon an Dep. of State, Tel. 1619, 24. 10. 1953, Secret, in: ebd., S. 1467–1469, hier S. 1468.

Damit lag der wahre Grund für den seit Monaten dauernden Stillstand in den Saargesprächen offen auf dem Tisch: Mißtrauen allerorten. Beide Seiten legten sich gegenseitig unlautere Absichten zur Last. Unter dem Druck der innenpolitischen Frondeure mußten die Regierungen natürlich das Maximale für die Nation herausholen und letztlich auch die Tür für andere Lösungsmodelle offenhalten. Die Verknüpfung mit der EVG-Problematik erlaubte es ihnen, die Saarfrage zu instrumentalisieren und nahm ihnen damit den Zwang, die gegenseitige Bereitschaft zur Europäisierung der Saar auszuloten.

Adenauer hielt sich weder an die amerikanische Bitte, die Angelegenheit nicht auf dem öffentlichen Markt zu behandeln, noch nahm er sich Washingtons Vorstellungen über die inhaltliche Ausgestaltung der Saarlösung zu Herzen. Gegenüber der Nachrichtenagentur UP beharrte er am 23. 10. darauf, daß die Durchführung freier Landtagswahlen *conditio sine qua non* jeder Regelung sei¹⁴⁴. Für den Quai d'Orsay kam dies der Verweigerung jeglicher Verhandlungsbereitschaft gleich¹⁴⁵, und Bidault warf ihm denn auch sofort vor, bereits vor der Aufnahme der Gespräche von deren Vergeblichkeit überzeugt zu sein¹⁴⁶. Der Kanzler versuchte deshalb am 26. 10. gegenüber dem französischen Hohen Kommissar den fatalen Eindruck seines Interviews zu verwischen und bezeichnete die Neuwahlen nicht mehr als „*condition préliminaire*“. Zugleich machte er keinen Hehl aus seiner Sorge, Frankreich könne die Saarfrage dazu benutzen, der Bundesrepublik die Schuld für ein eventuelles Scheitern der EVG zuzuweisen¹⁴⁷.

Die *Démarche* François-Poncets und das Drängen von Dulles, der Ende Oktober die Ausarbeitung einer Saarregelung bis zu den französischen Präsidentschaftswahlen im Dezember anmahnte¹⁴⁸, führten Adenauer indes vor Augen, daß ihm der Wind ins Gesicht blies. Im Kabinett forderte er am 27. 10. „größte Zurückhaltung“, damit die Verhandlungen mit Paris ungestört beginnen könnten. Auch die bevorstehende Aussprache im Bundestag über die Regierungserklärung müsse „mit der nötigen Vorsicht“ ablaufen¹⁴⁹.

Die Sozialdemokraten ließen sich davon nicht beeindrucken. Ollenhauer erklärte sich am folgenden Tag im Parlament zwar bereit, den wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an der Saar Rechnung zu tragen. Ein Verzicht auf die Zugehörigkeit der Saar zum deutschen Staatsgebiet kam aber für die SPD entsprechend dem Bundestagsbeschluß vom 2. 7. nicht in Frage¹⁵⁰. Noch unangenehmer als die Stellungnahme der Opposition mußten für den Kanzler die Attacken aus den Reihen der Koalition sein. In den Koalitionsverhandlungen hatte die FDP sich entschieden der Abtrennung der Saar widersetzt¹⁵¹. Ihr frischgebackener Partei- und Fraktionsvorsitzender Dehler¹⁵² fühlte sich nach dem Verlust seines Ministerses-

¹⁴⁴ Vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 280, François-Poncet an MAE, Tel. 5718/21, 23. 10. 1953.

¹⁴⁵ S. ebd., Bl. 278, ders. an dens., Tel. 5717, 23. 10. 1953.

¹⁴⁶ S. ebd., Bl. 302, Bidault an Bonn, Tel. 4439/41, 24. 10. 1953, *Réservé*.

¹⁴⁷ Ebd., Bl. 304–305, François-Poncet an MAE, Tel. 5756/65, 26. 10. 1953, *Réservé, Urgent*.

¹⁴⁸ S. Dulles an Paris, Tel. 1623, 28. 10. 1953, *Secret, Priority*, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 833 f.

¹⁴⁹ Kabinettsitzung, 27. 10. 1953, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 6, S. 462 u. 464.

¹⁵⁰ S. Bundestagsrede Ollenhauers, 28. 10. 1953, in: BT, Sten. Ber., Bd. 18, S. 50f.

¹⁵¹ S. Rede Weillhausens in der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP vom 23. 10. 1953, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1954, S. 1192f.

¹⁵² Vgl. Klingl, „Das ganze Deutschland“ S. 132–137.

sels im Zuge der Regierungsumbildung nicht mehr in der „Zucht des Kabinetts“ und sprach sich „zum erstenmal als völlig freier Mann“ in der Debatte dement-sprechend gegen jede „politische Europäisierung der Saar“ aus¹⁵³. Gewiß besaß der ehemalige Justizminister nur noch begrenzten Einfluß, aber der Widerstand jener kleinen Gruppe, für die er sprach, konnte dem Kanzler Schwierigkeiten bereiten, wenn er einer Zweidrittelmehrheit bedurfte¹⁵⁴.

„Enlissement des pourparlers“ franco-allemands

Die Gespräche, die Adenauer und François-Poncet nach einem Präludium vom 26. 10. am 3. 11. aufnahmen, standen demnach unter keinem guten Stern. Noch am 1. 11. reiste Grandval aus Saarbrücken nach Bonn, um mit François-Poncet die Marschroute zu besprechen. Grandval zeigte sich als entschiedener Gegner der EVG, sah aber die Notwendigkeit ein, nun zu einer Regelung zu kommen. Für den Fall, daß Adenauer sich zu einem Referendum bereit erklärte, kamen beide Diplomaten auf Vorschlag Bérards überein, ihm die Ausarbeitung der dann fälligen neuen Saarverfassung durch eine verfassungsgebende Versammlung vorzuschlagen. Nach Billigung dieser neuen Konstitution sollte es dann Neuwahlen unter Beteiligung sämtlicher Parteien geben¹⁵⁵. Das entscheidende Problem blieb ungelöst. Inwieweit konnte Frankreich die Wirtschafts- und Währungsunion aufheben, ohne seine wirtschaftlichen Vorteile zu opfern¹⁵⁶?

Daß Paris den Bonner Wunsch nach Verschiebung der Ratifikationsdebatte zu den Saarverträgen ablehnte und die parlamentarische Billigung als Etappe auf dem Weg der Europäisierung der Saar verkaufte¹⁵⁷, konnte nicht eben als vertrauensbildende Maßnahme gelten. Zwar billigte der Quai d'Orsay dem Kanzler ein hohes Maß an gutem Willen zu, mochte aber unter dem Eindruck der innenpolitischen Pressionen in Bonn die Aufgabe des Prinzips der Europäisierung durch Adenauer nicht ausschließen. Eine Bereitschaft zu einem definitiven Saarvertrag war auf jeden Fall nicht zu erkennen. Demgegenüber schien es durchaus denkbar, daß Bonn die Forderung einer vorherigen Saarwahl aufgeben und ein Referendum akzeptieren könne. Adenauers Absicht zur wirtschaftlichen Europäisierung der Saar war aber weiterhin für Paris unannehmbar, weil sie darauf hinauslief, Frankreich und der Bundesrepublik eine gleichberechtigte Position auf dem saarländischen Markt zuzugestehen. Grund zum Optimismus gab es also nicht. Die Gespräche erneut aufzuschieben galt aber als inopportun, weil man sich dann internationaler Kritik aussetzte. Noch gefährlicher schien dem Quai d'Orsay indes „l'enlissement des pourparlers“. Wenn nämlich erst einmal eine grundsätzliche Übereinkunft ausgehandelt war, konnte jede Verzögerung Frankreich seine Druckmittel nehmen, der Bundesrepublik aber die Chance eröffnen, die Prüfung des Van-Naters-Planes

¹⁵³ Bundestagsrede Dehlers, 28. 10. 1953, in: BT, Sten. Ber., Bd. 18, S. 51 u. 55.

¹⁵⁴ Vgl. Freymond, Saar, S. 162.

¹⁵⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 328–329, Grandval an MAE, Tel. 421/29, 2. 11. 1953, *Priorité absolue*.

¹⁵⁶ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 484, Tb. 1, 11. 1953.

¹⁵⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 327, François-Poncet an MAE, Tel. 5888/89, 2. 11. 1953, *Très urgent*; ebd., Bl. 345, Bidault an Bonn, Tel. 4540/42, 3. 11. 1953; PA, Abt. 2, Bd. 476, Bl. 155 f., François-Poncet an Adenauer, 976/HC/SP, 4. 11. 1953 (Übersetzung).

durch den Europarat zu verschieben und Frankreich damit eine Waffe zu entreißen, „dont l'importance n'a pas besoin d'être soulignée“. Zwei Prinzipien betrachtete das Ministerium daher für die Verhandlungen mit dem Kanzler als unantastbar: die Autonomie der Saar, die die Unterstützung der Saarbevölkerung sicherte, und die Europäisierung, die den Beistand durch den Europarat und die USA gewährleistete¹⁵⁸.

Fast drei Monate nach der ersten Einladungsgeste durch Adenauer kam es dann am 3. 11. im Palais Schaumburg zwischen dem Kanzler und dem französischen Hohen Kommissar zu einem zweistündigen intensiven Gespräch über die Saarfrage. Beide Seiten sicherten sich absolute Vertraulichkeit zu, um die Ergebnisse nicht in den Strudel der nationalistischen Angriffe dies- und jenseits des Rheins geraten zu lassen. Nicht einmal das eigene Kabinett gedachte Adenauer zu informieren, die Spitzen der Fraktionen wollte er erst in einem fortgeschrittenen Verhandlungsstadium einweihen. Der Kanzler griff nun den zwei Jahre alten Gedanken eines europäischen Distriktes an der Saar als Sitz der supranationalen Organisationen unter Einbeziehung gewisser französischer Landstriche wieder auf und stellte sogar eine definitive Regelung in Aussicht. François-Poncet hielt dem sofort die zu erwartenden Widerstände in Frankreich entgegen. Kontrovers verlief auch die Diskussion über die saarländische Beteiligung an der Ausarbeitung einer Lösung. François-Poncet plädierte für ein Referendum und eine anschließende Wahl zu einer neuen verfassungsgebenden Versammlung. Adenauer warnte vor agitatorischen Versammlungen im Vorfeld einer solchen Volksbefragung, schien sie dann jedoch zu akzeptieren, sofern die freie Meinungsbildung gesichert sei. Dabei verzichtete er auf die Genehmigung der nicht zugelassenen Parteien, verlangte aber, daß deren Vertreter für ihre Ansichten werben dürften. Hinsichtlich des von François-Poncet angesprochenen „Zentralproblem[s]“ der Wirtschaftsunion erweckte Adenauer den Eindruck, als ob die Bundesrepublik Frankreich die ökonomischen Vorteile durch die Garantie bestimmter Sonderrechte abkaufen könne. In diesem Zusammenhang nannte er eine Summe von 100 bis 120 Milliarden Dollar. Hallstein, der wie Blankenhorn und Bérard dem Treffen beiwohnte, sprach gar von einer vollen Entschädigung für die Europäisierung. Auf Hinweis seines Stellvertreters lehnte der Hohe Kommissar das Angebot mit der Begründung ab, es gefährde in der EGKS das „Gleichgewicht zwischen den Hauptpartnern“. Hallstein wollte dieses Argument nicht gelten lassen. Seiner Meinung nach sicherte bereits die Stimmverteilung des Montanvertrages diese Balance. Die von François-Poncet eingeforderte Entschädigung für die von Frankreich während der Besatzungszeit erlittene „Ausplünderung“ erkannte Adenauer hingegen als berechtigt an. Zu konkreten Zusagen sah er sich indes angesichts der notwendigen Rücksichtnahme auf die Gegner in der Koalition wie Kaiser, Dehler oder Franz Josef Strauß nicht imstande¹⁵⁹.

¹⁵⁸ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 331–338, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 2. 11. 1953 (Konzept YB).

¹⁵⁹ Unterredung zwischen Adenauer und François-Poncet vom 3. 11. 1953, in: BDFD I, S. 341–347, hier S. 344 u. 346; s.a. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 485 f., Tb. 3. 11. 1953; Conant an Dep. of State, Tel. 1589, 5. 11. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1471 f.

Nach dem Gespräch bestand für François-Poncet im Gegensatz zu Grandval kein Zweifel an dem echten Verständigungswillen Adenauers¹⁶⁰. Der sich in den Tagen nach der Unterredung in der Presse wie auch in parlamentarischen Kreisen ausbreitende Optimismus am Rhein wirkte als Bestätigung. Ungeachtet der am 6. 11. erfolgenden Ratifikation der Saarkonventionen durch die Nationalversammlung¹⁶¹ schien es dem Kanzler zu gelingen, die Aussicht auf die europäische Integration als so bedeutsam herauszustreichen, daß die zu zahlenden Kosten als akzeptabel anmuteten¹⁶².

In Paris war man mit dem Verlauf der Begegnung indes keineswegs zufrieden. Bidault beklagte sich über die Anspielungen seines Emissärs auf die Konstituante und die Reparationen, setzte sich bei ihm doch der Eindruck fest, Adenauer gehe es bloß darum, die wirtschaftlichen Vorteile zu summieren und von Frankreich regelrecht abzukaufen. Grandval riet daher dazu, François-Poncet das Verhandlungsmandat zu entziehen und ihn lediglich zu beauftragen, Adenauers Ansichten nach Paris zu melden¹⁶³. Staatssekretär Schumann setzte immerhin durch, daß der Quai d'Orsay auf einen Fragebogen des Auswärtigen Amtes über den wirtschaftlichen Nutzen der Saar für Frankreich nicht substanzlos antwortete¹⁶⁴. Allerdings schränkte Bidault seinen Manövrierraum insofern ein, als Schumann seine Replik nur auf der Basis der Kernpunkte seiner Parlamentsrede vom 6. 11. ausarbeiten durfte: Bewahrung der Wirtschafts- und Währungsunion, Referendum, aber keine Neuwahlen¹⁶⁵. Grandval mochte ihn darin bestärkt haben. Obwohl Bérard in einer Besprechung mit den höchsten Beamten des Quai d'Orsay auf die fatalen Folgen eines Scheiterns der Saarverhandlungen aufmerksam gemacht und den politischen Nutzen des Verzichts auf gewisse wirtschaftliche Vorteile hervorgehoben hatte, blieb die Amtsleitung, namentlich Parodi, kompromißlos. Entscheidend für ihre Unnachgiebigkeit war vor allem die Einschätzung, daß die USA aufgrund ihres überragenden Interesses an der EVG die Bundesrepublik zur Annahme der französischen Bedingungen drängen würden. Selbst entschiedene Befürworter der EVG wie Mayer und Schumann taktierten in der Saarfrage hart¹⁶⁶.

In einem vierzehnteiligen Erlaß wies Bidault François-Poncet schließlich am 8. 11. an, sich völlig rezeptiv zu verhalten, um die möglichen Konzessionen für etwaige eigene Verhandlungen mit Adenauer aufzuheben. Die vom Kanzler geforderte Einbeziehung französischer Gebietsteile lehnte er rundweg ab, verlangte aber im Gegenzug die Übertragung des gesamten Saargebietes in das europäische Territorium. Grundsätzlich stellte er eine Zustimmung zur Saarregelung nur für

¹⁶⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 339–342, François-Poncet an MAE, Tel. 5909/38, 3. 11. 1953, Strictement secret, Réserve: ebd., Bl. 343–344, ders. an dens., Tel. 5952/56, 3. 11. 1953, Strictement secret, Réserve.

¹⁶¹ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 6. 11. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Bd. 7, S. 4929–4943; AdG 1953, S. 4242E. Der saarländische Landtag ratifizierte am 13. 11. 1953 (ebd., S. 4250A).

¹⁶² S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 486–488, Tb. 4. u. 5. 11. 1953.

¹⁶³ S. ebd., S. 489, Tb. 6. 11. 1953.

¹⁶⁴ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 14b, Bl. 199–201, Anlage; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 488f., Tb. 5. u. 6. 11. 1953.

¹⁶⁵ S. Rede Schumanns in der Assemblée Nationale, 6. 11. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Bd. 7, S. 4938–4941.

¹⁶⁶ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 489–491, Tb. 7. 11. 1953.

den Fall in Aussicht, wenn sie als unumstößlich galt oder einer definitiven Regelung gleichkam. Im Vorfeld des anvisierten Referendums sollten sich alle Meinungen frei äußern können, ohne den verbotenen Parteien aber die Zulassung zu gewähren. Außerdem gedachte Frankreich der Saarbevölkerung nur die Frage vorzulegen, ob sie für oder gegen den geplanten Status sei. Da die Modifizierung der Verfassung der Saarregierung vorbehalten bleiben mußte, wurde François-Poncet untersagt, noch einmal auf die Einberufung einer Konstituante zurückzukommen. Hinsichtlich der Wirtschaftsunion zog sich der Quai d'Orsay auf die These zurück, die Konventionen vom 20. 5. böten der Saar genau jene Rechte, die das Kanzleramt einfordere. „Elles accordent à la Sarre une indépendance comparable à celle que reconnaissent à la République Fédérale les accords contractuels.“¹⁶⁷

Angesichts der Zurechtweisungen aus Paris konnte die zweite Gesprächsrunde zwischen Adenauer und François-Poncet am 9. 11. natürlich keine Fortschritte bringen. Im Gegenteil. Je ausführlicher der Hohe Kommissar die Antwort des Ministers auf den deutschen Fragebogen darlegte, desto finsterer wurde die Miene des Kanzlers. Entschieden wies er den Vorschlag zurück, die Kontrollfunktion nicht der Montanunion, sondern dem Europarat zu übertragen. Er beharrte darauf, das Statut durch eine neue Regierung in Kraft setzen zu lassen, und verlangte, der Saarbevölkerung im Referendum die Möglichkeit einzuräumen, sich auch für die Anbindung an Frankreich oder an Deutschland aussprechen zu dürfen¹⁶⁸. Der Kanzler entsprach damit ganz der Auffassung seiner Rechtsexperten. Sie hielten eine „zeitweilige Europäisierung“ zwar für denkbar, sahen die Bundesregierung aber in der Pflicht, alles zu tun, um die Ausdehnung des Grundgesetzes auf das Saargebiet möglich zu machen¹⁶⁹.

Mit zunehmender Gesprächsdauer sackte Adenauers Stimmung völlig ab. Wütend warf er François-Poncet vor, Frankreich verleugne die EVG, die Europäische Gemeinschaft, mit einem Wort Europa. Dramatisch wies er auf sein hohes Lebensalter und auf die fatalen Folgen, wenn es in seiner Kanzlerschaft nicht gelänge, Europa zu einen. Auch die Diskussion über die wirtschaftliche Seite des Problems brachte keine Annäherung. Obwohl François-Poncet insgeheim der Überzeugung blieb, daß Frankreich seinen Forderungen an der Saar mit Blick auf die Stimmung im Ausland eine moralische Fundierung geben müsse, ließ er sich nicht darauf ein, den Nutzen der Wirtschaftsunion für Frankreich zu präzisieren. Trotz der tiefen Enttäuschung über den Verlauf der Unterredung schlug Adenauer am Ende ein weiteres Treffen für den 19. 11. vor¹⁷⁰. An einen Durchbruch glaubte er aber nicht mehr: Frankreich wollte eine Verständigung in der Saarfrage allem Anschein nach „unmöglich machen“¹⁷¹.

Immerhin, der Gesprächsfaden war nicht abgerissen. Beide Seiten hatten freilich zu konstatieren, daß dieses Treffen weitaus schlechter als das vom 3. 11. ver-

¹⁶⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 363–376, Bidault an Bonn, Tel. 4603, 8. 11. 1953, Secret, Personnel.

¹⁶⁸ S. ebd., Bl. 377–381, François-Poncet an MAE, Tel. 6026/53, 9. 11. 1953, Secret, Réservé.

¹⁶⁹ PA, Abt. 2, Bd. 541, Bl. 177–179, Grewe an Abt. IIB im AA, Aufzeichnung 520–01–V–54828/53, 11. 11. 1953.

¹⁷⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 377–381, François-Poncet an MAE, Tel. 6026/53, 9. 11. 1953, Secret, Réservé; ebd., Bl. 382, ders. an dass., Tel. 6054/56, 10. 11. 1953, Secret, Réservé.

¹⁷¹ Adenauer an Schäffer, 11. 11. 1953, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 43.

laufen war¹⁷². Man befand sich wieder an jenem Punkt, an dem ein Jahr zuvor die Verhandlungen zwischen Schuman und Hallstein abgebrochen worden waren. Adenauer suchte offenbar nach einem Weg, um die Transformation der Saar in ein europäisches Territorium unter Beibehaltung der Wirtschafts- und Währungsunion für die Öffentlichkeit und das Parlament erträglich erscheinen zu lassen. Dazu benötigte er aber französische Konzessionen¹⁷³, zumal Dehler noch am selben Tag vor der Auslandspresse mit einer ernsthaften Koalitionskrise für den Fall der Europäisierung des Saargebietes drohte¹⁷⁴. Für François-Poncet gab es nur einen Ausweg: zum gegebenen Zeitpunkt neue Landtagswahlen¹⁷⁵.

Um die ohnehin schon angespannte Lage nicht weiter zu belasten, versuchte die Bundesregierung nun, auf eine Verschiebung der für den 20. 11. anberaumten Debatte im Palais de l'Europe über den Van-Naters-Plan hinzuwirken¹⁷⁶. Adenauer hatte eine Diskussion darüber in seinen Gesprächen mit François-Poncet bisher sorgsam vermieden. Die Einmischung der Straßburger Organisation in einem Augenblick, wo die Beratungen mit Frankreich sich offensichtlich in der „impasse“ befanden, konnte den deutschen Standpunkt kaum befördern. Die französische Regierung mochte dem nicht folgen. Ohnehin wertete sie Adenauers Skepsis gegen den Europarat für höchst unangebracht. Wie schwach das Haus an der Ill auch sein mochte, so die Devise an der Seine, es verband Frankreich mit einer Reihe von Staaten, die ihm behilflich waren. Daher wollte man in Paris auch nicht hinnehmen, daß der ihm sehr nützliche Van-Naters-Plan von Bonn dazu instrumentalisiert würde, „à reléguer à l'arrière-plan un Conseil où la France occupe la première plan“. Ebenso hartnäckig kämpfte man um den Erhalt der Wirtschaftsunion. Adenauers Argument, die französischen Vorteile verlören mit der Perspektive des zusammenwachsenden Europa ihren Wert, zog nicht. Denn die Hoffnungen auf baldige Fortschritte in den Verhandlungen über die EPG hatten sich schon zerschlagen. Europa würde, wenn überhaupt, wesentlich langsamer entstehen, als der Kanzler es hoffte. Je ratloser der Quai d'Orsay über etwaige Kompensationen nachdachte, desto offensiver vertrat er seine Position nach außen, gegenüber der öffentlichen Meinung wie den Regierungen in Washington und London. „Ainsi nous dégagerions dès maintenant notre responsabilité dans l'éventualité ou l'accord n'interviendrait pas.“¹⁷⁷

Schon am 14. 11. kam es zur dritten Gesprächsrunde zwischen Adenauer und François-Poncet, diesmal unter vier Augen. Aus Mißtrauen gegenüber Grandval,

¹⁷² S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 383–384, François-Poncet an MAE, Tel. 6063/71, 10. 11. 1953, Très secret, Urgent, Réservé; Kabinettsitzung, 10. 11. 1953, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 6, S. 508.

¹⁷³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 383–384, François-Poncet an MAE, Tel. 6063/71, 10. 11. 1953, Très secret, Urgent, Réservé.

¹⁷⁴ S. Presseerklärung Dehlers vor der Auslandspresse in Bonn, 9. 11. 1953, in: AdG 1953, S. 4248.

¹⁷⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 383–384, François-Poncet an MAE, Tel. 6063/71, 10. 11. 1953, Très secret, Urgent, Réservé.

¹⁷⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 532, Bl. 208–210, Thierfelder an Hallstein, Aufzeichnung, 214–26/10 II 14657/53, 4. 11. 1953; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 385, Bérard an MAE, Tel. 6161/69, 12. 11. 1953, Réservé, Priorité.

¹⁷⁷ Ebd., Bl. 387–391, Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 13. 11. 1953 (Konzept FS); s.a. Fischer, Saar, S. 151.

dem er vorwarf, eine Lösung durch seine Intransigenz zu vereiteln¹⁷⁸, berichtete der französische Diplomat über den Verlauf nicht wie üblich per Telegramm an den Quai d'Orsay, sondern per Privatbrief an den Minister. Dieser Schilderung zufolge führte François-Poncet Adenauer eingangs den echten Willen Bidaults zu einer wirklichen Einigung vor Augen und stellte den Abschluß eines Abkommens auf der bevorstehenden EPG-Konferenz in Den Haag in Aussicht. Voraussetzung sei es jetzt, „une plate-forme commune“ zu finden, auf der beide Politiker dort aufbauen könnten. Mit großer Geste schlug der Hohe Kommissar die sentimentale Saite an, erinnerte an die Toten und Leiden der vergangenen Kriege und den Zwang zur Verständigung zwischen den beiden Nachbarn. Wenn die Bundesregierung dazu bereit sei, der politischen Ablösung der Saar zugunsten der europäischen Idee zuzustimmen, so hätte sie den Test ihres guten Willens bestanden. Adenauer, der ja nur zu oft selbst mit solchen historischen Kategorien argumentierte, war für diesen Appell durchaus empfänglich. „Une code, en lui, avait vibré.“ Auch ihn trieb die Furcht vor einem Rückfall der beiderseitigen Beziehungen in alte Zeiten um: „c'était, pour lui, un véritable cauchemar“. Als François-Poncet dann dem deutschen Opfer den Verzicht Frankreichs auf die Annexion und die Respektierung des deutschen Charakters der saarländischen Bevölkerung gegenüberstellte, gestand Adenauer zu, daß letzteres zur Beruhigung bei den Gegnern der Europäisierung beitragen könne. Ebenso wichtig sei es aber, das Saarabkommen unter dem Vorbehalt des Friedensvertrags abzuschließen. François-Poncet akzeptierte diese Forderung und meinte, seines Wissens sei dies von französischer Seite nie in Zweifel gezogen worden¹⁷⁹. Damit dehnte er die Wahrheit ein wenig, hatte Bidault ihn doch erst wenige Tage zuvor ausdrücklich dazu autorisiert¹⁸⁰. Dieser Instruktion gemäß durfte er nun außerdem erklären, Frankreich sei bereit, nach einem Referendum auch Neuwahlen zu einer Konstituante oder zu einem Landtag zuzugestehen. Damit war das Füllhorn französischer Konzessionen indes geleert. Als man sich dem heikelsten Punkt des Problems, der wirtschaftlichen Frage, näherte, ließ François-Poncet keinen Zweifel an der Absicht seiner Regierung, die Wirtschafts- und Währungsunion nicht zur Disposition zu stellen. Entsprechend der vom Quai d'Orsay ausgearbeiteten Linie betonte er, diese Union entspreche zunächst und vor allem auch dem Wunsch des Saarlandes selbst. Die Schaffung eines wirtschaftlichen europäischen Statuts an der Saar rief Verwirrung, Unordnung, ja Chaos hervor, und Frankreich könne ihm nur in dem Maße zustimmen, wie Europa wirtschaftlich zusammenwachse. Zur großen Verblüffung des Hohen Kommissars erweckte der Kanzler den Eindruck, als akzeptiere er diesen Standpunkt. Eine Einigung zwischen ihm und Bidault schien daher durchaus möglich, „sinon probable“. Allerdings wagte François-Poncet nicht vorauszusagen, ob Adenauer diese Haltung gegenüber den widerspenstigen Kräften im Auswärtigen Amt, in der Koalition und dem Parlament durchsetzen könne¹⁸¹.

¹⁷⁸ S. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 491, Tb. 14. 11. 1953.

¹⁷⁹ S. AN, 457 AP 47, *Papiers Bidault*, François-Poncet an Bidault, 15. 11. 1953, *Confidentiel*.

¹⁸⁰ S. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 491, Tb. 14. 11. 1953.

¹⁸¹ AN, 457 AP 47, *Papiers Bidault*, François-Poncet an Bidault, 15. 11. 1953, *Confidentiel*.

Ähnlich skeptisch sah man es in der Umgebung des Kanzlers. Blankenhorn empfand es äußerst ärgerlich, daß Bidault die nahende außenpolitische Aussprache in der Nationalversammlung dazu nutzte, mit angelsächsischer Rückendeckung eine Lösung der Saarfrage als Preis für die EVG einzufordern. Denn weder im Kabinett noch im Bundestag sah er eine Mehrheit für eine endgültige politische Lösung in der Form der Europäisierung¹⁸². So signalisierte die deutsche Vertretung in Paris gegenüber dem Quai d'Orsay in den Tagen nach der Unterredung – wohl kaum ohne Fingerzeig aus Bonn – den Wunsch nach einer Vertagung des Problems. Der Chef der Europaabteilung empfand ein solches Gesuch am Vorabend der Europadebatte der Assemblée Nationale fast als Zumutung und lehnte es entschieden ab¹⁸³.

Während in Paris der Conseil de la République die Ratifizierung der Saarkonventionen mit der Neuauflage des Junktims zwischen Saarregelung und EVG verknüpfte¹⁸⁴, trafen sich Adenauer und François-Poncet am 19. 11. in Bonn zur dritten Diskussionsrunde, diesmal wieder mit Hallstein und Bérard als Berater. Hallstein war es denn auch, der zu Beginn der über zweistündigen Sitzung Grundlinien einer möglichen Einigung¹⁸⁵ skizzierte. Dabei ging er vor allem auf jene Punkte ein, die am 14. 11. nicht eingehend erörtert worden waren. Als der Staatssekretär, der zunächst die kulturelle Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland hervorgehoben hatte, die Gültigkeit des Saarstatuts auf die Zeit bis zum Friedensvertrag beschränkte, legte der Hohe Kommissar sein Veto ein. Für ihn kam nur die Formel „sous réserve du traité de paix“ in Frage, um dem Mißverständnis vorzubeugen, die Regelung werde mit dem Friedensvertrag revidiert. Adenauer willigte ein, zumal sie seiner Meinung nach dadurch bestätigt und nicht modifiziert werden sollte. In der Frage der Kontrolle des zukünftigen Statuts einigten sich beide Seiten darauf, sie von der zukünftigen Politischen Gemeinschaft ausüben zu lassen, obwohl die doch auf höchst wackligen Füßen stand. Adenauer akzeptierte außerdem, die Parteien durch den Ausgang des Referendums zu binden. Wichtiger als die Volksbefragung war für ihn die anschließende Landtagswahl, bei der er sich eine möglichst starke prodeutsche Fraktion wünschte. Nachgiebiger als Hallstein zeigte sich der Kanzler auch beim Thema Wirtschaftsunion. Hallstein verlangte für die Bundesrepublik in einer ersten Phase der Entwicklung der Saar zu einem europäischen Wirtschaftsgebiet die Möglichkeit des freien Handels. Als François-Poncet dem entgegenhielt, in diesem Stadium gehe es um die Verbesserung des deutschen Warenaustauschs mit dem Saarland durch die Anhebung der Kontingente, forderte der Kanzler den Staatssekretär auf, eine neue Formulierung zu suchen. Hallsteins Anspruch auf Einführung der DM als Zweitwährung neben dem Franc lehnte François-Poncet entschieden ab und schlug statt dessen Maßnahmen zum Ausgleich der deutsch-saarländischen Zahlungsbilanz vor. Auch das von Hallstein entwickelte Modell, die Verwaltung der Minen durch den Gruben-

¹⁸² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 26, Bl. 254 f., Tb. 17. 11. 1953.

¹⁸³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 393–394, Vimont an Bonn, Tel. 4751/56, 18. 11. 1953, Très secret, Réserve, Très urgent.

¹⁸⁴ S. Debatte des Conseil de la République, 19. 11. 1953, in: JO, CdR, Déb. Parl. 1953, Bd. 2, S. 1809–1830; AdG 1953, S. 4262 C.

¹⁸⁵ Vgl. PA, B 17, Bd. 152, Bl. 4–21, „Grundsatzfragen“, 4. 11. 1953, Streng geheim.

rat von je vier deutschen und französischen sowie zwölf saarländischen Vertreter ausüben zu lassen, stieß auf seinen Widerstand¹⁸⁶.

Auffälligerweise hatte der Kanzler dem Staatssekretär die Wortführung fast völlig überlassen und seine Schweigsamkeit nur aufgehoben, wenn es darum ging, in dem einen oder anderen Punkt mehr Konzilianz zu zeigen. Mit dem nun erstmals vorgelegten deutschen Lösungskonzept sah François-Poncet gegenüber den Verhandlungen des Vorjahres ein „progrès sensible“ erreicht, wobei seine Gesprächspartner offenbar darauf bauten, die Verhandlungen fortzusetzen¹⁸⁷. Adenauers Zugeständnisse galten an der Seine als sehr bemerkenswert: Abschluß eines Saarstatuts unter dem Vorbehalt des Friedensvertrages; Bestätigung des Statuts durch den Vertrag; Bindung der saarländischen Parteien durch ein positives Referendum; Billigung des Prinzips der autonomen saarländischen Regierung und Verwaltung. Als klärungsbedürftig galt noch Hallsteins Forderung nach völlig freien Wahlen nach dem Referendum. Außerdem verlangte der Quai d'Orsay eine formelle deutsche und angelsächsische Garantie der Unantastbarkeit des Statuts im Moment des Friedensvertrags sowie die Einschränkung der Befugnisse des europäischen Delegierten als bloßes Exekutivinstrument der europäischen Kontrollbehörde. Dabei hielt das Ministerium auch vorläufig im Gegensatz zum Hohen Kommissar daran fest, die „rôle tutélaire“ dem Ministerrat des Europarates zuzugestehen, und sprach sich dagegen aus, den deutschen Charakter der Saar hervorzuheben, damit Deutschland nicht doch noch eines Tages die Rückkehr durchsetzen könne. Von grundlegender Bedeutung war freilich weiterhin die wirtschaftliche Frage. Falls die deutsche Seite hier die französischen Forderungen erfülle, hieß es in den neuen Instruktionen an François-Poncet, sei Frankreich bereit, die Erhöhung der deutschen Exportkontingente ins Saarland zu erörtern. Der letzte Gegenvorschlag des Hohen Kommissars ging dem Quai d'Orsay offenbar bereits zu weit¹⁸⁸.

Während das Außenministerium intern also durchaus die Haltung des Kanzleramtes honorierte, beklagte es sich nach außen, gegenüber den Westmächten, über die geringen Gesprächsfortschritte. Der Erfolg heiligte das Mittel. Im State Department zog man aus den wenigen, nicht gerade verheißungsvollen Informationen über den Gang der Beratungen¹⁸⁹ nämlich die Konsequenz, den Druck auf Bonn erhöhen zu müssen. Für Dulles gab es keinen Zweifel, daß Adenauer Bidault mehr entgegenkommen mußte, wollte er nicht die Verantwortung für das Scheitern der EVG übernehmen¹⁹⁰.

¹⁸⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 395–398, François-Poncet an MAE, Tel. 6224/45, 20. 11. 1953, Secret, Réservé, Diffusion restreinte; Schumacher, Konrad Adenauer, S. 63.

¹⁸⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 401–402, François-Poncet an MAE, Tel. 6256/70, 20. 11. 1953, Secret, Réservé, Diffusion restreinte; s.a. ebd., Bl. 399–400, ders. an dass., Tel. 6246/50, 20. 11. 1953, Secret, Réservé, Diffusion restreinte; ders. an Bidault, Nr. 2465/CM, 30. 11. 1953, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1065–1070. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 128, Bl. 219.

¹⁸⁸ Ebd., Sarre, Bd. 269, Bl. 406–407, Parodi an Bonn, Tel. 4850/61, 23. 11. 1953, Réservé, Priorité.

¹⁸⁹ S. Achilles an Dep. of State, Tel. 1992, 20. 11. 1953, Confidential, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1472f.

¹⁹⁰ S. Dulles an Conant, Tel. 1592, 20. 11. 1953, Top Secret, in: ebd., S. 1473–1476; Dulles an Adenauer, 20. 11. 1953, Top Secret, Personal, in: ebd., S. 1477f.

Auf Anweisung des Quai d'Orsay¹⁹¹ traf sich François-Poncet am 24. 11. erneut mit dem Kanzler. Adenauer entsprach dem Wunsch nur zögernd, hatte er sich doch darauf eingestellt, nun mit Bidault direkt zu verhandeln. Neue Gesichtspunkte oder gar eine Beseitigung bestehender Meinungsverschiedenheiten waren daher kaum zu erwarten. Während Laniel im fernen Paris von der Tribüne des Parlaments ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Fortsetzung der Europapolitik mit der Forderung nach einer Lösung des Saarproblems verknüpfte¹⁹², beschränkte sich François-Poncet im wesentlichen darauf, die Reaktion Bidaults auf das Treffen vom 19. 11. zu referieren. Adenauer präsentierte sich erneut höchst verständnisvoll und äußerte die Hoffnung, mit Bidault nun sämtliche Probleme lösen zu können. Angesichts dieser Konzilianz des Kanzlers, der im Gegensatz zu seinen Beratern die Abtrennung der Saar von Deutschland zugunsten der europäischen Integration offenbar akzeptiert hatte, verzichtete der Hohe Kommissar darauf, noch einmal das Problem des Deutschtums an der Saar anzusprechen. Er war auch bereit, Adenauer bei der Suche nach einer Lösung zu helfen, die seinen Kritikern die Hoffnung oder die Illusion ließ, daß die Saar nicht auf ewig verloren sei¹⁹³.

Wie eine solche Lösung aus dem deutschen Blickwinkel aussehen konnte, umreißt ein Papier des Auswärtigen Amtes, das als Diskussionsgrundlage für das bevorstehende Treffen Adenauers mit Bidault am Rande der Konferenz der EGKS-Außenminister Ende November in Den Haag diente. Bemerkenswerterweise stellte dieser Entwurf eines „accord de principe“ in wichtigen Punkten die bisherigen Konzessionen wieder zur Disposition. Der deutsche Charakter des Saargebietes sollte durch Pflege seiner deutschen Kultur beibehalten werden. Hinsichtlich der Gültigkeit des Statuts unterschied das Papier drei Alternativen: die Regelung „greift der im Friedensvertrag zu vereinbarenden endgültigen Regelung nicht vor“; sie „gilt vorbehaltlich der im Friedensvertrag festzulegenden endgültigen Regelung“ oder „vorbehaltlich einer Überprüfung im Friedensvertrag“. Die Vorbereitung der Volksbefragung übertrug das Auswärtige Amt neu zu bildenden Gruppen ohne Beteiligung der Parteien. Im Falle einer Billigung des Statuts durch das Volk sah es Neuwahlen vor, zu denen es alle Parteien und Gruppen zuzulassen gedachte, die das Ergebnis des Referendums beachteten. Erneut griff das Amt die Forderung nach Einbeziehung eines französischen Gebietsstreifens in den Geltungsbereich des Statuts auf. Für die Umbildung der Saar in ein europäisches Wirtschaftsgebiet der EGKS-Staaten legten die Beamten zwei Alternativvorschläge vor: Befreiung des Warenverkehrs zwischen der Saar und der Bundesrepublik von mengenmäßigen Beschränkungen, Zöllen und Abgaben oder Einrichtung lizenz- und zollfreier Ein- und Ausfuhrkontingente. In der Währungsfrage stellten sie neben die Einführung der DM als Zweitwährung die schrittweise Freiheit des Kapital- und Warenverkehrs. Unverzüglich aufgehoben werden sollten

¹⁹¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 405, Parodi an Bonn, Tel. 4872/73, 23. 11. 1953, Priorité, Réserve.

¹⁹² S. Rede Laniels in der Assemblée Nationale, 24. 11. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Bd. 7, S. 5484–5487.

¹⁹³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 408–415, François-Poncet an MAE, Tel. 6307/27, 24. 11. 1953, Secret, Réserve, Diffusion restreinte; ebd., Bl. 416–419, ders. an dass., Tel. 6328/39, 24. 11. 1953, Secret, Réserve, Diffusion restreinte.

ihrer Meinung nach die Sequesterverwaltungen. Für die Saarbergwerke schwebte dem Amt die Umformung zu einem trilateralen Gemeinschaftsunternehmen vor¹⁹⁴.

Mit dieser Marschroute entfernte sich das Auswärtige Amt wieder ein Stück weit von der in den Unterredungen zwischen Adenauer und François-Poncet dargelegten Position und provozierte damit einen Zusammenstoß in Den Haag¹⁹⁵. Es kam nun darauf an, wie weit der Kanzler dem Konzept seiner Berater zu folgen bereit war. Daß er die Saargelegenheit am 25. 11. vorgeblich endgültig der Zuständigkeit des widerspenstigen Jakob Kaiser entzog¹⁹⁶, zeugte jedenfalls von seinem Willen, intern auch unbequeme Entscheidungen zu fällen. Weniger entschlußfreudig präsentierte er sich hingegen dem amerikanischen Hohen Kommissar, der ihm an diesem Tag den mahnenden Brief von Dulles überbrachte. Ängstlich und zaghaft wirkte er auf Conant, besorgt, ob man Bidault wirklich soweit entgegenkommen könne, ohne zu wissen, wie lange er noch im Amt bleibe. Adenauer spielte gar mit dem Gedanken, nicht in die Niederlande zu reisen. Natürlich sprach Conant ihm Mut zu und drängte Dulles für den Fall entsprechender Fortschritte in Den Haag zu einer Vermittlungsaktion, die Adenauer dazu in die Lage versetzen sollte, das Ergebnis innenpolitisch durchzusetzen¹⁹⁷.

Der amerikanische Hohe Kommissar überschätzte aber des Kanzlers Handlungsspielraum, der sich massiver Verdächtigungen der FDP über geheime Zusicherungen an Frankreich in der Saarfrage¹⁹⁸ und scharfer Kritik aus allen Parteien wegen seiner Maßnahmen gegen Kaiser erwehren mußte. Nach starken Protesten der SPD, der FDP, aber auch von Teilen der CDU sah er sich Mitte Dezember gezwungen, die verfügte Ausgliederung des Saarreferats aus dem Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen wieder zurückzunehmen¹⁹⁹.

Natürlich war dieses machtpolitische Scharmützel nicht mit den innenpolitischen Problemen der französischen Regierung zu vergleichen, deren Existenz Ende November wieder einmal am seidenen Faden hing. Die Gefahr eines Sturzes ließ auch Bidault zögern, überhaupt nach Den Haag zu fahren. Aus Sorge vor unliebsamen Rückwirkungen auf die Saarfrage forderte Grandval ihn deshalb eindringlich dazu auf, die Tour nicht abzusagen. Für ihn gab es angesichts der französischen Instabilität und der wachsenden deutschen Stärke keinen Zweifel, jetzt eine bessere Regelung erzielen zu können als in einigen Jahren²⁰⁰.

Das Treffen zwischen dem französischen Außenminister und dem Bundeskanzler am Nachmittag des 28. 11. brachte keinen Durchbruch. Bidault hielt sich

¹⁹⁴ PA, B 17, Bd. 157, Bl. 54–57, „Deutscher Vorschlag“, 25. 11. 1953, Streng geheim.

¹⁹⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 421–432, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 25. 11. 1953.

¹⁹⁶ S. Adenauer an Kaiser, 25. 11. 1953, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 49 u. 51; Kabinettsitzung, 8. 12. 1953, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 6, S. 549f.

¹⁹⁷ S. Conant an Dep. of State, Tel. 1780, 25. 11. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1478–1480.

¹⁹⁸ S. Sitzung des Bundesvorstandes der FDP vom 19. 12. 1953, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1954, S. 1307.

¹⁹⁹ Vgl. Kaiser an Adenauer, 3. 12. 1953, Persönlich, in: Kaiser, Gewerkschafter, S. 581f.; ders. an dens., III 1–070–2863/53, 18. 12. 1953, in: ebd., S. 583f.; Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 338f.

²⁰⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 436–438, Grandval an MAE, Tel. 478/89, 24. 11. 1953, Réservé.

im Hintergrund und überließ das Feld weitgehend dem mitgereisten François-Poncet, der den Entwurf eines Abkommens vorstellte, das weder der französischen Regierung bekannt war noch in toto die Zustimmung des Quai d'Orsay erhalten hatte²⁰¹. Als wichtigstes Ergebnis durften die Delegationen die prinzipielle Einigung über die Billigung des Statuts durch ein Referendum ohne Teilnahme der Parteien verbuchen. Im Fall eines positiven Ausgangs waren Wahlen mit Beteiligung aller Parteien vorgesehen. Auf der deutschen Seite betrachtete man außerdem folgende Punkte als geregelt: Achtung des deutschen Charakters der Saar; Anerkennung der Saar als autonomes Gebiet unter europäischer Kontrolle, wobei das Kontrollorgan noch nicht bestimmt worden war; Beendigung der Sequesterverwaltung; Möglichkeit einer deutschen Mitbestimmung über die Kontrolle der Saarminen. Ohne Einigung blieben erneut die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Themen. Unversöhnlich standen sich die Positionen auch in der Frage der Einbeziehung eines französischen Gebietsstreifens in das europäische Territorium und dessen Überwachung gegenüber²⁰². Trotz der kaum sichtbaren Fortschritte bezeichneten beide Parteien die Annäherung im Communiqué doch immerhin als „genügend“, um die Verhandlungen nach weiteren Beratungen zwischen dem Kanzler und dem Hohen Kommissar am 11. 12. auf der Ministerebene fortzusetzen²⁰³.

Der Verlauf der Begegnung verursachte dennoch allorten große Enttäuschung. Adenauer hielt die Bevölkerung in Frankreich für „viel einsichtiger [...] als die Politiker und die Ministerialbürokratie“²⁰⁴. Die französische, aber auch die amerikanische Diplomatie bedauerte demgegenüber, daß die deutsche Führung wieder alte Vorschläge aufgetischt hatte, obwohl sie davon ausgehen mußte, keine Zustimmung zu erhalten. Allein François-Poncet zeigte ein wenig Verständnis: Adenauer suche nach Kompensationen, um die von weiten Teilen der Öffentlichkeit und des Parlaments abgelehnte Europäisierung der Saar erträglich zu gestalten. Vor allem aber rate ihm die keineswegs verheißungsvolle außenpolitische Debatte in der Assemblée Nationale zum Abwarten, ob Frankreich das von Deutschland zu bringende Opfer auch tatsächlich honoriere²⁰⁵. Dies bedeutete aber nichts anderes, als daß er als Gegenleistung sowohl die Ratifizierung der EVG als auch wirtschaftspolitische Zugeständnisse verlangte. War schon der erste Punkt ziemlich ungewiß, so neigten beim zweiten gewiß nicht nur die Hardliner im Quai d'Orsay wie Seydoux zur Festigkeit und stellten sich auf den Standpunkt, Frankreich habe bereits seine Hauptkonzession gemacht, indem es die Europäisierung der Saar überhaupt ins Kalkül zog²⁰⁶. Die Unterabteilung Saar im Quai d'Orsay riet dazu, auf der bevorstehenden Bermuda-Konferenz der drei West-

²⁰¹ Vgl. AN, 457 AP 47, Papiers Bidault, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 25. 2. 1954 (Konzept FS).

²⁰² S. Bruce an Dep. of State, Tel. Coled 105, 28. 11. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1481 f.; Achilles an dass., Tel. 2126, 1. 12. 1953, Secret, in: ebd., S. 1483 f.

²⁰³ Communiqué zur Unterredung zwischen Adenauer und Bidault, 28. 11. 1953, in: EA 1953, S. 6232.

²⁰⁴ Adenauer an Käthe Mönnig, 2. 12. 1953, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 57.

²⁰⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 269, Bl. 439–440, François-Poncet an MAE, Tel. 6428/37, 29. 11. 1953, Secret, Réservé. Zur europapolitischen Debatte der Assemblée Nationale Ende November 1953 vgl. Kap. III.2.2 u. III.4.3.

²⁰⁶ S. Achilles an Dep. of State, Tel. 2127, 1. 12. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1484 f.

mächte von den Angelsachsen eine formelle Unterstützung zu erbitten²⁰⁷. Bidault nahm den Ratschlag auf und scheiterte damit²⁰⁸. Eisenhower hielt sich bedeckt, und Churchill warnte eindringlich davor, die Zukunft Europas von „a few fields in the Saar valley“ abhängig zu machen²⁰⁹.

Die in Den Haag verabredeten, von Hallstein und Bérard geführten deutsch-französischen Besprechungen zeitigten keine Fortschritte²¹⁰. Nur eine klare Aussprache zwischen Adenauer und Bidault, so telegraphierte der stellvertretende Hohe Kommissar illusionslos nach Paris, könne den deutsch-französischen Meinungsaustausch noch aus dem Morast befreien, in den er immer tiefer versinke²¹¹. Will man dem offiziellen Kommuniké Glauben schenken, das nach der Unterredung der beiden Außenminister am Rande der Tagung des Europarat-Ministerkomitees am 13. 12. veröffentlicht wurde²¹², so war dies beiden Politikern tatsächlich ein Stück weit gelungen. Laut Presseberichten hatten sie sogar die Einführung der DM oder einer saarländischen Währung erwogen²¹³. Unter diesen Umständen galt ein Vorstoß des FDP-Abgeordneten Prinz zu Löwenstein für die Bundesregierung als höchst unpassend. Als er sie kurz nach dem Jahreswechsel 1953/54 zu einer rechtlichen Stellungnahme zur Saarfrage aufforderte, wiegelte das Auswärtige Amt die Erklärung sofort als „politisch unerwünscht“ mit der Begründung ab, Frankreich könne seine Saarforderungen jederzeit „unter dem Reparations-Gesichtswinkel“ stellen und damit die deutsche Position „entscheidend“ schwächen. Das Auswärtige Amt bestand daher darauf, die Saarfrage „nicht unter rechtlichen, sondern unter politischen Gesichtspunkten zu behandeln“²¹⁴. Diese Position vertrat es auch gegenüber der kompromißlosen Opposition der DPS gegen die saarländische Regierung. Ihr Kampf mit der „Waffe“ des Rechts galt als aussichtslos, da international nicht durchsetzungsfähig, und inopportun, weil er den Aufbau einer „aussichtsreiche[n] deutsche[n] Opposition“ behinderte²¹⁵. Darin aber lag die Hoffnung der Bundesregierung.

Fortgesetztes Lavieren

Je länger sich die deutsch-französischen Saargespräche hinzogen, desto stärker erinnerte man sich in Bonn und Paris wieder an den Van-Naters-Plan, auch wenn die prodeutsche Opposition dessen Vaterschaft mittlerweile dem saarländischen Justizminister Braun zuschoben. Die Kommission für Allgemeine Angelegenhei-

²⁰⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 3–8, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 1. 12. 1953 (Konzept YB).

²⁰⁸ S. Erklärung Bidaults in der dritten Plenarsitzung der drei Regierungschefs, 6. 12. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1796–1798.

²⁰⁹ Erklärung Churchills in der dritten Plenarsitzung der drei Regierungschefs, 6. 12. 1953, in: ebd., S. 1803; s.a. ebd., S. 1834 f.; Kerkhoff, Großbritannien, S. 201.

²¹⁰ S. BA, NL Hallstein, Bd. 125/126, Unterredung zwischen Hallstein und Bérard vom 9. 12. 1953, 3. 3. 1954, Streng geheim; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 496, Tb. 9. 12. 1953.

²¹¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 22–24, ders. an dass., Tel. 6630/44, 10. 12. 1953, Secret, Réserve, Diffusion restreinte.

²¹² S. Kommuniké zur Unterredung zwischen Adenauer und Bidault, 13. 12. 1953, in: EA 1953, S. 6281.

²¹³ Vgl. AdG 1953, S. 4292B.

²¹⁴ PA, Abt. 2, Bd. 541, Bl. 240 f., Referat Thierfelder an Blomeyer, (219) 214–39 609/54, 15. 1. 1954, Sofort auf den Tisch.

²¹⁵ Ebd., Bl. 246–248, ders. an dens., (219) 214–31 715/54, 20. 1. 1954, Streng vertraulich.

ten des Europarates hatte im November einen Unterausschuß mit der Prüfung gewisser deutscher Änderungsempfehlungen beauftragt. Anfang Dezember unterbreitete der holländische Berichterstatter, dem von seiten national-deutscher Kreise unterdessen absolute Deutschfeindlichkeit vorgeworfen wurde²¹⁶, selbst einen Vorschlag, der den Forderungen nachkam und ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Bonner und Pariser Vorschlägen zur wirtschaftlichen Problematik herstellte²¹⁷. Am 6. 2. 1954 stimmte die Kommission für Allgemeine Angelegenheiten schließlich dem revidierten Bericht mit 13 Stimmen gegen 1 bei 7 Enthaltungen zu, wobei die deutschen Vertreter Gerstenmaier und Pfeleiderer sich der Stimme enthielten und Mommer mit Nein votierte²¹⁸. Gerstenmaier agierte dabei in engster Abstimmung mit Adenauer, der die nunmehr erreichte Fassung für das maximal Erreichbare hielt, aber bei einem Ja zur Vorlage eine Regierungskrise in Bonn befürchtete und deshalb riet, auf Zeit zu spielen²¹⁹. Zu einer endgültigen Abstimmung im Europarat kam es aber nicht. Die Kommission konnte sich nämlich nicht über die Forderung der drei Deutschen einigen, die Zulassung der Parteien nicht von einer vorherigen deutsch-französischen Übereinkunft über die Europäisierung der Saar abhängig zu machen. Damit war auch ihre Absicht zunichte gemacht, den Text des Van-Naters-Plans in die in diesen Tagen beginnende EVG-Debatte der französischen Parlamentsausschüsse als Beleg des guten deutschen Willens zur Europäisierung der Saar vorzulegen²²⁰. Zur Prüfung des Problems setzte die Kommission nun einen neuen Unterausschuß ein, dessen Ergebnisse Mitte März vorlagen, ohne die deutsche bzw. französische Seite vollständig zu befriedigen²²¹. Enttäuscht über das Verhalten der Bonner Kollegen, die sein Entgegenkommen in keiner Weise honoriert hatten und nun das Gesamtwerk bedrohten, wandte sich van Naters an Adenauer und warnte eindringlich davor, den gesamten Plan an der „zweitrangige[n] Frage“ der Zulassung der Parteien scheitern zu lassen, bot der Plan doch seiner Meinung nach genügend Garantien für einen freien Volksentscheid und eine freie Verfassung²²².

Ohne es offen zuzugeben, hatte das Konzept von van Naters inzwischen auch für die französische Diplomatie nur noch taktischen Wert. Grandval plädierte Ende Februar vehement für die Wiederaufnahme des deutsch-französischen Dialogs, weil er den bilateralen Weg zur Durchsetzung der französischen Saarinteressen für erfolgversprechender hielt als die im Van-Naters-Plan vorgesehene internationale Konferenz. Freilich durfte eine solche Präferenz der Bundesregierung gegenüber nicht eingestanden werden. Vielmehr galt es, die Zufriedenheit mit dem Plan zur Schau zu stellen und die für Frankreich günstigen Elemente in den zwei-

²¹⁶ S. Landeshauptarchiv Koblenz, NL Altmeier, Bd. 107, Besprechung mit van Naters vom 18. 11. 1953, Vermerk, Streng vertraulich; ebd., Bericht über die Bemühungen von van Naters, 10. 12. 1953, Vertraulich. Ich danke Herrn Dr. Herbert Elzer, Andernach, für die Zurverfügungstellung dieser Dokumente.

²¹⁷ Vgl. Freymond, Saar, S. 163 f.

²¹⁸ S. Gerstenmaier, Streit, S. 345; Fischer, Saar, S. 169–172; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 573.

²¹⁹ S. ACDP, NL Gerstenmaier, I-210–015, Aufzeichnung Gerstenmaier, 8. 2. 1954, Streng geheim.

²²⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 533, Bl. 197–203, Fischer an Thierfelder, 15. 2. 1954.

²²¹ S. Communiqué, in: EA 1954, S. 6554; Fischer, Saar, S. 175–177.

²²² PA, Abt. 2, Bd. 533, Bl. 188–192, van Naters an Adenauer, 16. 2. 1954; s.a. ebd., Bl. 175 f., Thierfelder an Hallstein, Aufzeichnung 219–214–26–10/1781/54, 8. 2. 1954.

seitigen Verhandlungen auszunutzen²²³. Bidault sah dies allerdings anders. Am 18. 2., dem Tag des Scheiterns der Berliner Außenministerkonferenz²²⁴, schlug er Adenauer ein rasches Treffen zur Lösung anhängiger Probleme vor, „principalement du problème sarrois“. Allerdings vermied er sorgsam darauf einzugehen, von wem nun die Initiative ausgehen sollte²²⁵. Denn seine Berater rieten zum Abwarten. Die Verhandlungen mit Moskau über die „deutsche Frage“ hatten sich als unfruchtbar erwiesen. In Straßburg stand eine Entscheidung über den Van-Naters-Plan bevor, der man sich kaum entziehen konnte. Seydoux versprach sich von einer zweiseitigen Einigung mit Bonn ebenfalls mehr, sah aber keine Verhandlungsmasse. Die Konzession der Europäisierung – so seine Philosophie – hatte man ja bereits zu Beginn der Gespräche gemacht. Und der Kompromißrahmen auf dem wirtschaftlichen Terrain war durch die Saarkonventionen vom 20. 5. 1953 eingeschränkt. Da er befürchtete, die Bundesregierung werde eine Lösung des Saarproblems mit einem Erfolg in den EPG-Verhandlungen verknüpfen, empfahl er, auf Zeit zu spielen. Er war sich aber nicht sicher, ob Adenauer nicht seinerseits zu einem Treffen mit Bidault noch vor dem für den 9. 3. vorgesehenen Aufbruch zu einem längeren Auslandsbesuch bitten würde²²⁶.

Der Abteilungsleiter entwickelte damit geradezu hellseherische Fähigkeiten. Denn wenige Tage später lud der Kanzler den Außenminister tatsächlich zu einer baldigen Unterredung ein²²⁷. Er gab damit den Pressionen von Dulles nach, der ihn am letzten Tag der Berliner Außenministertagung zu Konzessionen als Gegenleistung für die feste Haltung des Westens auf der Konferenz aufgefordert hatte. Die Zeit drängte. Ende April würde die Indochinakonferenz beginnen und der Sowjetunion wieder die Möglichkeit bieten, Frankreich in der EVG-Frage ein Tauschgeschäft vorzuschlagen. Adenauers Nachgiebigkeit hielt sich in Grenzen. Er sagte lediglich zu, sich um eine Lösung auf der Basis des Van-Naters-Planes bemühen zu wollen, und schränkte auch das noch ein: Unannehmbar erklärte er den Artikel 19, der Bonn dazu aufforderte, den angelsächsischen Garantien und der Verpflichtung der drei Westmächte zuzustimmen, die Saarlösung in den kommenden Friedensvertrag als Definitivum aufzunehmen²²⁸. Wenige Tage später meldeten sich die USA erneut zu Wort und rieten den Deutschen „dringend“ zu einer sofortigen Aussprache mit der französischen Regierung, um ihr nicht die Möglichkeit zu geben, „Deutschland die Schuld für die Verzögerung der Saarfrage zuzuschieben“²²⁹.

²²³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 49–50, Grandval an MAE, Tel. 97/103, 21. 2. 1954, Réservé, Priorité; ebd., Bl. 52–56, ders. an dass., Tel. 109/139, 27. 2. 1954, Réservé, Très urgent.

²²⁴ Vgl. Kap. III.1.3.

²²⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 29, Bl. 154 f., Bidault an Adenauer, 18. 2. 1954.

²²⁶ Vgl. AN, 457 AP 47, Papiers Bidault, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 25. 2. 1954 (Konzept FS).

²²⁷ S. Adenauer an Bidault, 1. 3. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 85.

²²⁸ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 29, Bl. 120–124, Unterredung zwischen dems. und Dulles vom 18. 2. 1954, 19. 2. 1954, im Auszug in: BDFD I, S. 175–180; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 263; Kerkhoff, Großbritannien, S. 204; zur ablehnenden Haltung Adenauers gegenüber dem Artikel 19 des Van-Naters-Plans s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 97, Bérard an MAE, Tel. 1194/98, 10. 3. 1954, Réservé.

²²⁹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 29, Bl. 38 f., Blankenhorn u. Hausenstein an Adenauer, Tel. 87, 28. 2. 1954, Streng geheim, Citissime.

Unter dem Druck der Verhältnisse machte die Bundesregierung weitere Abstriche an ihrem Forderungskatalog. Anfang März fertigte das Auswärtige Amt unter ausdrücklichem Bezug auf den Vorschlag der Kommission für Allgemeine Angelegenheiten des Europarates einen neuen Entwurf über ein „accord de principe“ an. Die vorbehaltlich des Friedensvertrages geltende Regelung sah vor, die Saar nach der Schaffung der EPG zu einem europäischen Territorium mit noch festzulegenden Grenzen zu erheben. Sie sollte Selbstverwaltungsbefugnisse unter der Kontrolle einer parlamentarisch verantwortlichen Instanz der EPG erhalten, also nicht des Europarates, der als zu locker galt und daher die Gefahr heraufbeschwor, daß der europäische Kommissar zu große Freiheiten erhielt und unter den Einfluß der Saarbevölkerung geriet. Am Gemeinsamen Markt zwischen Frankreich und der Saar mochte das Amt nicht rütteln. Allerdings sah es die Schaffung entsprechender Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Saar zunächst auf dem Gebiet des Waren- und Dienstleistungsverkehrs, dann auch des Kapitalverkehrs vor. Außerdem empfahl es die Einführung einer Währung europäischen Charakters. Soweit die Saarkonventionen in Kraft blieben, sollten entsprechende Abkommen zwischen der Saar und der Bundesrepublik geschlossen werden. Politische Parteien, Vereine und öffentliche Versammlungen bedurften nach Auffassung des Amtes keiner besonderen Genehmigung. Zwecks Billigung durch die Bevölkerung nahm es ein Referendum in Aussicht, bei dessen Vorbereitung und Durchführung „die vollen politischen Freiheitsrechte“ gewährleistet werden mußten. Nach einem positiven Ausgang wären Neuwahlen unter denselben Bedingungen abzuhalten²³⁰.

Am 7. 3. nahmen Paris und Bonn ihre Saarkonsultationen wieder auf, diesmal auf der Ebene der beiden Staatssekretäre des Auswärtigen. Um noch einmal klarzumachen, worauf es jetzt ankäme, hob Schumann eingangs hervor, daß die Ratifikationsdebatte zur EVG wahrscheinlich Anfang April beginnen könne – natürlich nur nach einer Regelung der Saarfrage. Hallstein steckte daraufhin den Rahmen seiner Verhandlungsmarge ab. Die Bundesregierung sei zu einer Regelung auf der Grundlage des Van-Naters-Planes bereit, aber „selbstverständlich nicht in allen Einzelheiten“. Außerdem bat er um den „Abgang“ Hoffmanns, was Schumann als mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar strikt ablehnte. Auf den von Hallstein als „unverbindliche persönliche Arbeit“ charakterisierten Entwurf für eine „solution de principe“ eingehend, kritisierte er die Verknüpfung mit der EPG ebenso wie die deutsche Lösung der ökonomischen Fragen. Er wünschte die Saarkontrolle bis zur Bildung der EPG dem Europarat zu übertragen und bestand darauf, die Ausdehnung der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion auf Deutschland viel später, als im Artikel 12 des Van-Naters-Planes vorgesehen, zu erstrecken. Bedenken äußerte Schumann außerdem hinsichtlich der Bergwerke und der Sequester, die seines Erachtens mit dem europäischen Statut nichts zu tun hatten. Die Ausbeutung der Minen mußten in dem von van Naters vorgeschlagenen französisch-saarländischen Wirtschaftsabkommen geregelt werden, während

²³⁰ PA, B 17, Bd. 157, Bl. 85–88, Deutscher Vorschlag zu einem accord de principe, 5. 3. 1954, Streng geheim; vgl. ebd., Bl. 258–284, Referat Thierfelder im AA, Stellungnahme 219–214–00–50/54g, 18. 2. 1954, Streng geheim.

Hallstein das Problem im europäischen Statut behandelt wissen wollte²³¹. Schließlich übergab der französische Staatssekretär den Entwurf eines „protocole d'accord“, das am Tage danach auch dem englischen und amerikanischen Botschafter mit dem Hinweis zugänglich gemacht wurde, es markiere das Maximum der französischen Kompromißbereitschaft. Als Beweis des eigenen guten Willens machte Schumann darin zwei nicht eben üppige Konzessionen. Zum einen akzeptierte er die Beschränkung der von van Naters vorgesehenen internationalen Konferenz zur Ausarbeitung des Saarstatuts auf zwei Teilnehmer. Zum anderen willigte er darin ein, die verbotenen Saarparteien bereits an der Vorbereitung des Referendums mitwirken zu lassen²³².

Hallstein zeigte sich davon keineswegs beeindruckt. Schon die Einschaltung Schumanns als solche bewertete er aufgrund der ihm nachgesagten „enge[n] Verbindung zu Grandval“ als ungünstiges Zeichen. Daß Schumanns Papier vorsah, die Saarregierung über das Grundsatzabkommen abstimmen zu lassen und an der Ausarbeitung durch Sachverständige zu beteiligen, paßte in dieses Bild, hielt Hallstein gleichwohl für unannehmbar. Auch die von Frankreich vorgesehene Übertragung voller Rechte und Pflichten auf die Saar bewertete er als „indiskutabel“, da der Saar damit der „Charakter eines Mitgliedstaates“ verliehen würde. In seinen wirtschaftspolitischen Passagen erweckte das französische Dokument bei ihm den Eindruck, als gehe es Frankreich „um eine Bestätigung des gegenwärtigen Zustandes“. Außerdem fehlte jede Verbindung mit der EPG, da man an der Seine einen Automatismus zwischen dem Inkrafttreten der Saarregelung und der europäischen Einigung fürchtete, der im Fall des Scheiterns der EPG auch das Saarstatut gefährdete. Schließlich monierte Hallstein, daß Schumann den von Adenauer abgelehnten Artikel 19 des Van-Naters-Plans in seinen Entwurf aufgenommen hatte²³³.

Wie der kluge amerikanische Diplomat David Bruce völlig richtig erkannte, war keine der beiden Seiten dazu bereit, auch nur minimale Forderungen der jeweils anderen zu akzeptieren. Ein Kompromiß war seiner Meinung nach nur auf der Basis des Van-Naters-Planes möglich, ohne ihn völlig zu übernehmen²³⁴. Adenauer sah dies ähnlich, gedachte jetzt, „ganz auf den Naters-Plan zurückzugehen“, und lehnte das französische Dokument ab. Mit diesem Kurs konnte er sich bei seiner Unterredung mit Bidault am 9. 3. aber nicht vollständig durchsetzen. Man einigte sich zwar darauf, fortan auf der Grundlage des Van-Naters-Planes weiterzuverhandeln, ohne aber das Schumann-Memorandum völlig außer acht zu lassen²³⁵. Beide Regierungen bemühten sich nun gleichermaßen, die Ausgangs-

²³¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 30b, Bl. 235–239, Unterredung zwischen Hallstein und Schumann vom 7. 3. 1954; ein ausführlicheres französisches Protokoll in: AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 73–91.

²³² S. ebd., Bl. 92–94, Seydoux an London etc., Tel. 3728/44 etc., 9. 3. 1954, Réservé, Priorité; ders. an dass. etc., Tel. 3745/58 etc., 10. 3. 1954, Réservé, in: BDFD I, S. 347–349; Dillon an Dep. of State, Tel. 3277, 9. 3. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1490f. Schmidt weist die Übergabe dieses Protokolls irrtümlich Bidault zu (Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 517f.).

²³³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 30b, Bl. 228–231, Hallstein an Adenauer u. Blankenhorn, Tel. 111, 8. 3. 1954, Streng geheim, Citissime.

²³⁴ S. Bruce an Dep. of State, Tel. Coled 179, 11. 3. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1492–1495; Kerkhoff, Großbritannien, S. 205.

²³⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 30b, Bl. 209f., Tb. 9. 3. 1954; s.a. Bruce an Dep. of State, Tel. Coled 175,

basis zu ihren Gunsten zu verschieben. Am 11. 3. arbeitete das Auswärtige Amt einen neuen Entwurf aus, den Blankenhorn allem Anschein nach einen Tag später François-Poncet übergab²³⁶. Bonn erklärte sich darin unter der Voraussetzung des Inkraftsetzens der EVG in Artikel 1 zur Schaffung eines europäischen Saarterritoriums mit Selbstverwaltungsbefugnis bereit, „sobald die EPG errichtet ist“. Das Ziel war also eine möglichst starke Bindung des Statuts an die Entwicklung der europäischen Integration, um zu verhindern, daß ein europäisiertes Saarland ohne europäisches Dach bliebe. Für die Übergangszeit bis zur Errichtung der EPG übertrug Bonn die Kontrolle einem vom Ministerkomitee der Montanunion ernannten europäischen Kommissar. Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Dokuments sahen die Aufrechterhaltung des französisch-saarländischen Marktes und den Abschluß eines dreiseitigen Abkommens über die fortschreitende Herstellung entsprechender Beziehungen zwischen der Saar und der Bundesrepublik sowie die Übertragung der Verwaltung der Bergwerke auf ein dreiseitiges Gemeinschaftsunternehmen vor. Ansonsten lehnte sich der Entwurf an den Vorschlag Hallsteins vom 5. 3. an, nur in bezug auf die an den Verhandlungen über das Statut zu beteiligenden Parteien machte er keine Angaben²³⁷.

Der Quai d'Orsay zeigte sich aber kompromißlos. Zwar hielt er auf Druck des State Department die Forderungen nach einem vollen Stimmrecht der Saar im Europarat nicht mehr aufrecht²³⁸, betrachtete das deutsche Konzept aber ansonsten als „entièrement inacceptable“. Schumann reagierte geradezu verschnupft, daß Blankenhorn sich überhaupt die Freiheit genommen hatte, ein neues Papier zu präsentieren²³⁹. Zwei Punkte erregten seinen besonderen Unmut: die Forderung nach Auflösung der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion innerhalb von zwei Jahren und das Angebot bezüglich der Saarminen. Für ihn konnte daraus nur der Schluß gezogen werden, „que l'Allemagne voulait s'assurer en Sarre une position économique prépondérante“²⁴⁰. Die Fortsetzung der Gespräche auf diplomatischer Ebene am 12.²⁴¹ und 16. 3. zwischen Blankenhorn und François-Poncet erbrachte keinerlei Fortschritt. Wenn der Hohe Kommissar einmal von der vorgegebenen Marschrichtung abwich, riß sein ebenfalls anwesender Stellvertreter die Gesprächsführung an sich und brachte ihn wieder auf Kurs. Der von van Naters und von Blankenhorn vertretene Vorschlag, die Wirtschafts- und Währungsunion zu lockern und „progressiv Zölle, Kontingente in einem möglichst kurzen Zeitraum aufzuheben“, galt aus französischer Sicht als unannehmbar, weil er der Bundesrepublik in kürzester Zeit ein „wirtschaftliches Übergewicht an der Saar“ bescherte und die europäische Lösung gefährdete. In der zweiten Aussprache am

10. 3. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1491 f.; Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 130, Anm. 9; Communiqué zur Unterredung zwischen Adenauer und Bidault, 9. 3. 1954, in: AdG 1954, S. 4420G.

²³⁶ Vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 112, François-Poncet an MAE, Tel. 1251, 12. 3. 1954, Réservé; Schumacher, Konrad Adenauer, S. 63.

²³⁷ Vorentwurf des AA zu einem deutsch-französischen Einigungsprotokoll über die Saar, 11. 3. 1954, in: BDFD I, S. 350 f., hier S. 350.

²³⁸ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 3347, 13. 3. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1496.

²³⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 117, Schumann an Bonn, Tel. 879/82, 16. 3. 1954, Très urgent, Priorité absolue, Réservé.

²⁴⁰ Ebd., Bl. 149–153, Bérard an MAE, Nr. 1576/HC/CAB, 29. 3. 1954.

²⁴¹ S. ebd., Bl. 112, François-Poncet an dass., Tel. 1251, 12. 3. 1954, Réservé.

16. 3. bestand der Pariser Unterhändler ausdrücklich auf Aufrechterhaltung der von deutscher Seite inkriminierten Artikel 19 des Van-Naters-Plans bzw. 12 des Schumann-Memorandums²⁴², obwohl es im Quai d'Orsay durchaus Stimmen gab, die das Problem der zeitlichen Begrenzung einer Saarregelung nicht so eng beurteilten, weil sie Frankreich in der günstigen Lage sahen, notfalls dem Friedensvertrag die Zustimmung zu verweigern²⁴³. Blankenhorn, der hinter der harten Haltung den Einfluß parlamentarischer Kreise oder den Wunsch der Regierung nach einem „Alibi“ für alle Fälle witterte, hielt eine solche Garantie nach Ratifizierung des europäischen Statuts, Errichtung der EPG und Volksabstimmung an der Saar für völlig überzogen. François-Poncet sah dies offenbar ähnlich und gab es subkutan auch zu. Die Bürokratien „hätten das Ihre getan [...] Es verbleibe nun ausschließlich den Ministern, die Fragen politisch zu entscheiden.“²⁴⁴

Im Kampf um die Gunst der westlichen Vormacht informierte das Auswärtige Amt sofort die amerikanische Hohe Kommission²⁴⁵ und sandte seinen Saar-Referenten zum Washingtoner Sondergesandten Bruce nach Paris. Der kritisierte das französische Festhalten an den wirtschaftlichen Vorteilen scharf und schloß sich auch den deutschen Vorbehalten gegenüber Artikel 19 an²⁴⁶. Von seinem Vorschlag, Adenauer möge sofort nach seiner Auslandsreise mit Bidault Verhandlungen über eine grundsätzliche Saarregelung aufnehmen, wollte die Bonner Stallwache indes nichts wissen, gedachte vielmehr, nach der für den 27. 3. vorgesehenen Rückkehr das Problem mit dem Kanzler in Ruhe zu durchdenken²⁴⁷.

Noch ehe Dulles von der deutschen und französischen Seite²⁴⁸ über den Stand der Verhandlungen informiert worden war, hatte er sich dazu entschlossen, gemeinsam mit Eden in Bonn und Paris vorstellig zu werden. State Department und Foreign Office verständigten sich schließlich darauf, eine Regelung auf der Basis des Van-Naters-Plans zu unterstützen, die die Kontrolle nur bis zur Schaffung der EPG dem Europarat übertrug. Dulles teilte die Kritik Adenauers an Artikel 19 und sah statt der dreiseitigen Garantie zur Unterstützung des Statuts in den Friedensvertragsverhandlungen²⁴⁹ in Übereinstimmung mit Eden ein separates „statement of support“ der Angelsachsen vor²⁵⁰. Eine einseitige Parteinahme zugunsten Bonns stand aber in Washington nicht zur Diskussion, obwohl man sehr

²⁴² BA, NL Blankenhorn, Bd. 30b, Bl. 158–160, Blankenhorn an Hallstein, 16. 3. 1954.

²⁴³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 71 f., Aufzeichnung des MAE, 5. 3. 1954.

²⁴⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 30b, Bl. 158–160, Blankenhorn an Hallstein, 16. 3. 1954; s.a. ebd., Bl. 157, Tb. 16. 3. 1954; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 115, François-Poncet an MAE, Tel. 1335/36, 16. 3. 1954, Secret, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 524, Tb. 24. 3. 1954.

²⁴⁵ S. Conant an Dep. of State, Tel. 2882, 17. 3. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1500f.

²⁴⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 30b, Bl. 157, Tb. 16. 3. 1954; Bruce an Dep. of State, Tel. Coled 190, 17. 3. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1502f.

²⁴⁷ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 30b, Bl. 157, Tb. 16. 3. 1954; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 121–122, Bérard an MAE, Tel. 1368/74, 18. 3. 1954, Réservé.

²⁴⁸ S. ebd., Bl. 123–125, Schumann an Washington etc., Tel. 3589/93 etc., 18. 3. 1954, Réservé, Urgent; ebd., Bd. 270, Bl. 132–134, Seydoux an dass. etc., Tel. 3815/25 etc., 20. 3. 1954, Réservé, Urgent.

²⁴⁹ S. Dulles an London, Tel. 4771, 17. 3. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1497–1500.

²⁵⁰ Ders. an Eisenhower, Memorandum, 26. 3. 1954, Secret, in: ebd., S. 1508; s.a. ders. an London, Tel. 4771, 17. 3. 1954, Secret, in: ebd., S. 1497–1500; Bruce an Dep. of State, Tel. Coled 179, 11. 3. 1954, Secret, in: ebd., S. 1492–1495; Kerkhoff, Großbritannien, S. 20f.

wohl anerkannte, wie weit Adenauer Bidault inzwischen entgegengekommen war²⁵¹.

Die Hängepartie konnte durch die Abwesenheit Adenauers und des ihn begleitenden Hallstein vorläufig nicht fortgesetzt werden. Zu allem Überfluß wurde sie Mitte März auch noch durch die Pariser Entscheidung belastet, den Termin der Ratifikationsdebatte zur EVG aufzuschieben. Damit erhielten natürlich in Bonn jene Kräfte wieder Auftrieb, die der Bundesregierung vorwarfen, weitreichende Konzession zu machen, ohne zu wissen, ob Frankreich je die Gegenleistungen erbringen würde²⁵². Dennoch stieg die Hoffnung auf einen baldigen Durchbruch in den Saarverhandlungen mit Adenauers Heimkehr rasant an. Der umgehend wieder aufgenommene Meinungsaustausch zwischen dem Kanzler und dem Hohen Kommissar konnte die hohen Erwartungen aber nicht erfüllen. Daß die Deutsche Fußballnationalmannschaft in der Qualifikation zur Weltmeisterschaft die Saar am Vortage des Treffens zwischen François-Poncet und Adenauer in Saarbrücken besiegt und damit die Fahrkarte für die Schweiz gewonnen hatte, trug nicht gerade bei, die Atmosphäre zu kalmieren. Im Verein mit Grandval drängte Hoffmann in Paris dazu, keinesfalls auf die Bonner Vorstellungen einzugehen²⁵³.

Statt sich aufs wesentliche zu konzentrieren, übten sich Adenauer und François-Poncet zunächst einmal wieder in Schuldzuweisungen. Energisch wies der Kanzler den Vorwurf zurück, die Bundesregierung strebe bloß eine jederzeit wieder revidierbare, provisorische Lösung an. Als Mißverständnis bezeichnete er François-Poncets Ansicht, Blankenhorn habe die Abschaffung der Wirtschafts- und Währungsunion innerhalb von zwei Jahren gefordert. Innerhalb dieser Zeitspanne solle der gemeinsame saarländisch-deutsche Markt entstehen, was aber keineswegs die Beseitigung der Union bedeute. Zur Frage der Bergwerke überleitend, verlangte Adenauer seinerseits, Frankreich dürfe mit seiner wirtschaftlichen Stellung nicht die Möglichkeit gegeben werden, die Aufrechterhaltung seiner politischen Macht mit dem europäischen Deckmäntelchen zu kaschieren. Daher bat er darum, doch noch einmal seinen Vorschlag eines Grubenrates zu erwägen. Immerhin kam man am Ende überein, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten in neuen Gesprächen zu reduzieren, um die Verhandlungen dann durch die Außenminister zum Erfolg zu führen²⁵⁴.

Die Anfang April stattfindenden drei weiteren Unterredungen zwischen der französischen Hohen Kommission und dem Auswärtigen Amt²⁵⁵ bestätigten indes nur die in Bonn und Paris verbreitete Auffassung, die jeweils andere Seite lasse

²⁵¹ S. Conant an Dep. of State, Tel. 2980, 25. 3. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1505–1507; ders. an dass., Tel. 2950, 23. 3. 1954, Secret, Priority, in: ebd., S. 1503–1505.

²⁵² S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 121–122, Bérard an MAE, Tel. 1368/74, 18. 3. 1954, Réservé.

²⁵³ S. ebd., Bl. 129–131, Grandval an dass., Tel. 187/203, 20. 3. 1954, Réservé, Priorité.

²⁵⁴ Ebd., Bl. 149–153, Bérard an dass., Nr. 1576/HC/CAB, 29. 3. 1954; s.a. ebd., Bl. 145, François-Poncet an dass., Tel. 1619/23, 29. 3. 1954; ebd., Bl. 169, ders. an dass., Tel. 1754/55, 3. 4. 1954, Secret, Réservé, Priorité.

²⁵⁵ S. ebd., Bl. 171–179, ders. an dass., Nr. 1710/HC/CAB, 3. 4. 1954, Confidential; ebd., Bl. 180–191, ders. an dass., Nr. 1736/HC/CAB, 3. 4. 1954, Confidential; BA, NL Blankenhorn, Bd. 30a, Bl. 295–303, Unterredung zwischen Hallstein und Bérard vom 3. 4. 1954, Streng geheim.

es an der nötigen Beweglichkeit und Nachgiebigkeit vermissen²⁵⁶. François-Poncet traf den Nagel auf den Kopf, als er die fehlenden Fortschritte intern als Ergebnis des gegenseitigen Mißtrauens bezeichnete. Frankreich fürchtete die wirtschaftliche Prädominanz der Bundesrepublik an der Saar und argwöhnte, sie könne über die kulturellen Bindungen den Willen der Saarbevölkerung zum Anschluß fördern. Demgegenüber warf die Bundesrepublik Frankreich vor, das bestehende System aufrechterhalten zu wollen, um die Bevölkerung allmählich zu französisieren²⁵⁷. Mit Mißmut registrierte das Auswärtige Amt die nicht erfolglosen Bemühungen des Quai d'Orsay, van Naters in den zentralen Problemen zu Modifikationen seines Planes zu bewegen. Am 7. 4. beauftragte Adenauer Hallstein, in den bevorstehenden Besprechungen mit Schumann an der Anfang Februar gebilligten Fassung des Planes festzuhalten. Der Kanzler billigte eine Beteiligung der Saarregierung an den Verhandlungen über das Saarstatut und verlangte die Wahrung des Zusammenhanges mit der EPG, den allmählichen Abbau der französisch-saarländischen Zollunion innerhalb von zwei bis fünf Jahren sowie die Verwaltung der Saargruben mit deutscher Beteiligung. Artikel 19 akzeptierte er in bezug auf die Gewähr der Saarregelung bis zum Friedensvertrag, nicht aber hinsichtlich der englisch-amerikanischen Garantie im Friedensvertrag²⁵⁸.

Schumanns Erklärung vom 6. 4. im Rat der Republik, der Status der Saar dürfe sich im wesentlichen nicht ändern²⁵⁹, wirkte im Kanzleramt mehr als ernüchternd. Adenauer befürchtete eine „äußerst gefährliche Wendung“ des gesamten deutsch-französischen Verhältnisses. Die Bewahrung des Status quo machte eine Übereinkunft in der Saarfrage unmöglich, verurteilte die EVG zum Scheitern und beschwor „das Ende der bisherigen Europapolitik“ herauf²⁶⁰. Damit aber stand sein eigenes politisches Schicksal auf dem Spiel. Adenauer wandte sich daher schriftlich an Bruce, um ihn auf den Ernst der Situation aufmerksam zu machen²⁶¹, und schickte Hallstein umgehend zu Schumann, um von ihm Aufklärung über die Erklärung im Palais du Luxembourg zu erbitten. Vom Ergebnis dieser Sondierung hing ab, ob es zu einer Besprechung mit Bidault oder zur Einschaltung der Angelsachsen kommen sollte²⁶².

Das Gespräch der beiden Staatssekretäre vom 9. 4. konnte in Bonn keineswegs befriedigen. Hallsteins Warnung vor dem „psychologischen und politischen Vakuum“ im deutschen Volk nach einem Scheitern einer wirklich europäischen Lösung verhallte ohne Echo. Schumann konstatierte auf beiden Seiten Skepsis und Argwohn, war aber keineswegs bereit, zum Abbau beizutragen²⁶³, und pries sein eigenes Memorandum als „perfekten Ausdruck einer europäischen Lösung“. Erst

²⁵⁶ S. ebd., Bl. 212–214, Tb. 7. 4. 1954; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 170, François-Poncet an MAE, Tel. 1763/65, 3. 4. 1954, Réservé, Secret.

²⁵⁷ S. ebd., Bl. 192–194, ders. an dass., Tel. 1784/96, 5. 4. 1954, Réservé, Urgent.

²⁵⁸ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 30a, Bl. 212–214, Tb. 7. 4. 1954.

²⁵⁹ S. Erklärung Schumanns vor dem Conseil de la République, 6. 4. 1954, in: JO, CdR, Déb. Parl. 1954, Bd. 1, S. 655.

²⁶⁰ BA, NL Blankenhorn, Bd. 30a, Bl. 198 f., Tb. 8. 4. 1954; zur tiefen Skepsis in Bonn über die Zukunft der Europapolitik s.a. Huber an Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten, 9. 4. 1954, in: Todt (Hg.), Anfangsjahre, S. 145 f.

²⁶¹ S. Adenauer an Bruce, 8. 4. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 89 f.

²⁶² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 30a, Bl. 198 f., Tb. 8. 4. 1954.

²⁶³ Ebd., Bl. 180–196, Unterredung zwischen Hallstein und Schumann vom 9. 4. 1954, Streng geheim.

nach der Verabschiedung des Dolmetschers stellte er den Verzicht auf die deutsche Bindung für den Friedensvertrag und auf das Stimmrecht des europäischen Kommissars in den europäischen Ministergremien in Aussicht, sofern der französische Standpunkt zur wirtschaftlichen Frage akzeptiert werde²⁶⁴.

Ein weiteres Gespräch am folgenden Morgen erbrachte wegen der „Weitschweifigkeit und Hartnäckigkeit“ Schumanns keine zusätzlichen Fortschritte. Auf Hallsteins Bitte, den Van-Naters-Plan ins Zentrum des Gedankenaustauschs zu setzen, hielt der Franzose entgegen, Bonn habe sich von dessen Grundlage entfernt, indem es die bindende Kraft der Regelung über den Friedensvertrag hinaus ablehne und die jetzige Saarregierung nicht zur Saarkonferenz zulassen wolle. Nur wenn die Bundesregierung die Alternativlösung einer bloß zweiseitigen Konferenz akzeptiere, sei er damit einverstanden, die Beteiligung der Saar auf Experten zu beschränken. Das Junktim zwischen der EPG und der Europäisierung der Saar lehnte er weiterhin ab. Die Saar sei sofort in ein europäisches Territorium umzuwandeln²⁶⁵. Damit rückte Schumann von der Gerstenmaier noch am Vortage in Aussicht gestellten Billigung des Gedankens wieder ab, den Status quo bis zum Inkrafttreten der EPG zu erhalten, obwohl er selbst zugegeben hatte, daß der Zeitraum zwischen der Ratifikation der EVG und jener der EPG nur wenige Monate betrage²⁶⁶. Auch in den wirtschaftlichen Fragen setzte der Staatssekretär den französischen Standpunkt den deutschen Vorstellungen so „schroff“ entgegen, daß Hallstein den Eindruck gewann, sein Pendant wolle „nicht wirklich *verhandeln*“; ob auf höhere Weisung oder aus eigenem Antrieb war ihm allerdings nicht ersichtlich. Der „Saldo“²⁶⁷, den beide Diplomaten am 11. 4. nach dreitägigen Verhandlungen bei einem Essen im Palais Trianon und anschließendem vierstündigen Spaziergang durch den Park von Versailles zogen, fiel denn auch in der ersten Analyse keineswegs positiv aus. Wie der Ministerialrat im Auswärtigen Amt Lahr, der im Troß Hallsteins den Verlauf aus nächster Nähe hatte beobachten können, seinem Bruder schrieb, einigten sich die Spitzenbeamten in der „Saarschlacht“ angesichts der beiderseitigen „Abnützungserscheinungen“ lediglich auf eine „Feuer-einstellung“²⁶⁸. Will man dem Bericht Glauben schenken, den Schumann dem amerikanischen Botschafter Dillon über diese nicht protokollierte streng geheime Unterredung gab, so machte er gewisse Zugeständnisse, die nur Bidault und Bérard bekannt wurden. Frankreich zog demnach die Forderung zurück, die Bundesrepublik müsse dem Saarstatut zustimmen, solange sie existiere. Es hielt offenbar auch nicht mehr an einem vollen Stimmrecht des europäischen Kommissars in den europäischen Organisationen fest und billigte die Kontrolle der Saar durch die EPG. Für die Übergangszeit sollte sie vom Europarat wahrgenommen wer-

²⁶⁴ PA, B 17, Bd. 134, Bl. 18–20, Hallstein an Adenauer u. Blankenhorn, Tel. 169, 9. 4. 1954, Streng geheim, Citissime; s.a. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 530, Tb. 9. 4. 1954.

²⁶⁵ PA, B 17, Bd. 134, Bl. 22–24, Hallstein an Adenauer u. Blankenhorn, Tel. 172, 10. 4. 1954, Streng geheim, Citissime; s.a. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 530f., Tb. 10. 4. 1954.

²⁶⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 30a, Bl. 177–179, Unterredung zwischen Gerstenmaier und Schumann vom 9. 4. 1954, 8. 4. 1954 [sic!], Geheim; ACDP, NL Gerstenmaier, I-210-015, Unterredung zwischen dems. und Robert Schuman vom 9. 4. 1954, 9. 4. 1954; Gerstenmaier, Streit, S. 346.

²⁶⁷ PA, B 17, Bd. 134, Bl. 22–24, Hallstein an Adenauer u. Blankenhorn, Tel. 172, 10. 4. 1954, Streng geheim, Citissime.

²⁶⁸ Lahr an seinen Bruder, 12. 4. 1954, in: Lahr, Zeuge, S. 209.

den. Unnachgiebig blieb Schumann demgegenüber in den wirtschaftlichen Fragen²⁶⁹.

Der „Accord Adenauer-Teitgen“

Konzilianter als der Staatssekretär des Quai d'Orsay zeigte sich kurz darauf der über die Verhandlungen Schumanns nicht voll informierte stellvertretende französische Regierungschef Teitgen. Geboren 1908 in Rennes, arbeitete der einer Politikerfamilie entstammende Teitgen nach dem Studium der Rechtswissenschaften zunächst als Anwalt und dann als Jura-Professor in Nancy. Im Juni 1940 geriet er in deutsche Gefangenschaft, konnte aber bald entfliehen und setzte seine Lehrtätigkeit in Montpellier fort. Nachdem er seinen Lehrstuhl 1942 auf Druck der Machthaber in Vichy hatte aufgeben müssen, verschrieb er sich unter dem Decknamen Tristan ganz dem Widerstand. Wie Parodi gehörte er zum „Comité Général d'Etudes“ der Résistance. Nach der Befreiung übernahm er in der ersten Regierung de Gaulles das Informationsministerium und wechselte im Mai 1945 ins Justizressort, wo er sich der schwierigen Aufgabe der „Eputation“ annahm. In den folgenden Jahren kam Teitgen, der zu den Gründern wichtiger Tageszeitungen wie „Ouest-France“ oder „Le Monde“ gehörte und von 1952 bis 1956 dem MRP vorstand, wiederholt zu Ministerehren, sei es im Informations- oder Verteidigungsministerium. Mehrfach amtierte der „Apostel der europäischen Föderation“²⁷⁰ als Vizepräsident des Kabinetts. Nach der Regierungsübernahme de Gaulles 1958 sank sein politischer Stern, so daß er sich wieder seiner Lehrtätigkeit widmete²⁷¹.

Vom bisherigen Verlauf der jüngsten deutsch-französischen Saargespräche war Teitgen nicht gerade begeistert. Hallstein und Schumann verdächtigte er gleichermaßen, „weisungsgemäß jeweils auf der für ihren Standpunkt optimalen Lösung“ zu beharren. Am 9. 4. wandte er sich daher an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion und bekundete ihm die Absicht, die festgefahrene Situation im Sinne der europäischen Einigung aufzubrechen²⁷². Von Brentano, dem der Hang der Staatssekretäre „zum Perfektionismus“ und zur „sorgfältige[n] Kasuistik“ ebenfalls ein Graus war, sah darin die Chance, gleichsam an den offiziellen Verhandlungen vorbei doch noch zum Erfolg zu gelangen. Tags darauf schlug er ihm vor, sich nach dem bevorstehenden Osterfest Ende April zu zweit „irgendwo zusammenzusetzen [...], um den Versuch zu unternehmen, eine Grundsatzvereinbarung in der Saarfrage auszuarbeiten“²⁷³. Ohne Rückendeckung des Kanzlers mochte er einen solchen Alleingang aber nun doch nicht wagen. Von von Brentano eingeweiht, gab Adenauer ohne Zögern seine Zustimmung und wies sofort Hallstein an, die Frage

²⁶⁹ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 4011, 22. 4. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1513–1516; PA, Abt. 2, Bd. 982, Ophüls an Hallstein u. Blankenhorn, Aufzeichnung, 22. 4. 1954, Streng geheim; Kerkhoff, Großbritannien, S. 210.

²⁷⁰ Seydoux, Erinnerungen, S. 168.

²⁷¹ Zu Person und Politik Teitgens s. Teitgen, „Faites-entrer le témoin suivant“; eine knappe biographische Skizze in: Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 843; s.a. den Nekrolog in „Le Monde“, 8. 4. 1997.

²⁷² BA, NL von Brentano, Bd. 121, Bl. 36–40, Unterredung zwischen von Brentano und Teitgen vom 9. 4. 1954.

²⁷³ Ebd., Bl. 32f., ders. an dens., 10. 4. 1954, Vertraulich, Persönlich.

eines etwaigen Treffens mit Bidault „in der Schwebe zu halten“²⁷⁴. Bei seinem Bemühen, die Saarfrage nun am Quai d'Orsay vorbei voranzutreiben, begab sich der Kanzler gar in die Höhle des Löwen und ließ am 21. 4. Lahr bei Hoffmann vorsprechen. Natürlich wußte er, daß er schon wegen der immer noch gegen ihn erhobenen Verdächtigungen wegen der Rheinlandbesetzung²⁷⁵ bei jedem Kontakt mit den Separatisten an der Saar äußerste Vorsicht walten lassen mußte. Er ließ aber nichts unversucht, nach Auswegen aus der verfahrenen Situation zu suchen, stellte gar ein Treffen mit dem saarländischen Regierungschef in Aussicht. Aus dessen Sicht ergab sich hingegen der gewiß nicht abwegige Eindruck, der Kanzler wolle bloß einen Keil zwischen Saarbrücken und Paris treiben. Dieses Spiel mochte Hoffmann aber nicht mitspielen und entließ Lahr unverrichteter Dinge²⁷⁶.

Kaum günstiger verlief ein als privat deklarerter Besuch, den Adenauers Intimus Blankenhorn am 20. 4. dem ehemaligen Präsident du Conseil René Mayer abstattete. Auf dessen Klagen über die von Adenauer nach seinem Wahlsieg im September 1953 verpaßte Chance, die Saargespräche direkt fortzusetzen, meinte Blankenhorn, der Kanzler habe die schwebenden Verfahren vor dem Verfassungsgericht über die Westverträge nicht zu sehr belasten wollen. Im Rückblick, so gab der Vertraute Adenauers unumwunden zu, erschiene das jetzt als „erreur“. Nach dem Austausch ihrer Positionen zu den Einzelfragen wies der Ministerialdirektor mit äußerster Vorsicht darauf hin, daß der Kanzler die grundlegenden politischen Aspekte der Saarfrage mit dem französischen Außenminister selbst besprechen und nicht erst, wie Bidault es wünsche, warten wolle, bis Hallstein und Schumann die Verhandlungen erfolgreich beendet hätten. Mayer bat ihn im Gegenzug, das psychologische Phänomen in Rechnung zu stellen, daß Bidault trotz aller Brillanz und Effektivität nur dann zu Verhandlungen bereit sei, wenn er sich in der Materie auskenne. Die Saarfrage gehöre zweifellos nicht zu seiner Domäne. Der Bundesregierung bleibe daher nichts anderes übrig, als die Gespräche soweit voranzutreiben, bis nur noch kleinere Fragen offen seien²⁷⁷.

Hallstein setzte den Meinungsaustausch daher am 22. 4. in Bonn mit Bérard fort²⁷⁸. Vier Tage später nahm die Kommission für Allgemeine Angelegenheiten des Europarates den vollständigen Van-Naters-Bericht mit 17 Stimmen gegen eine (Mommer) bei einer Enthaltung (Pfleiderer) an. Am 30. 4. wurde er auch vom Plenum des Europarates genehmigt²⁷⁹. Gerstenmaier machte seine Zustimmung in enger Absprache mit der Koblenzer Straße von drei Vorbehalten abhängig, die sich gegen die in der Präambel fixierte Endgültigkeit des Statuts, gegen die in Artikel 19 festgelegte Zustimmung der Bundesrepublik zu der Garantie der drei Westmächte und gegen die Einführung der politischen Freiheitsrechte erst nach

²⁷⁴ PA, B 17, Bd. 134, Bl. 26, Blankenhorn an Hallstein, Tel. 168, 10. 4. 1954, Geheim.

²⁷⁵ Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 132.

²⁷⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 203–206, Filliol an MAE, Tel. 289/303, 23. 4. 1954, Réservé; vgl. Hoffmann, Ziel, S. 368 f.

²⁷⁷ AN, 363 AP 17, Papiers Mayer, Unterredung zwischen Mayer und Blankenhorn vom 20. 4. 1954, 21. 4. 1954, Confidential.

²⁷⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 982, Ophüls an Hallstein u. Blankenhorn, Aufzeichnung, 22. 4. 1954, Streng geheim; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 74, Bl. 159–161, François-Poncet an MAE, Tel. 2082/98, 22. 4. 1954, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 532 f., Tb. 15. u. 23. 4. 1954.

²⁷⁹ S. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 575; Van-Naters-Bericht, in: ebd., S. 760–768.

dem Zustandekommen der Regelung richteten. Dem Wunsch des Auswärtigen Amtes, die Vorbehalte auch auf die angelsächsischen Garantien zur Bewahrung des Statuts im Friedensvertrag auszudehnen, kam Gerstenmaier hingegen nicht nach²⁸⁰.

Ungeachtet dieser Vorbehalte war das Prinzip der Europäisierung im Auswärtigen Amt aber nicht strittig. Für die Beamten und ihren obersten Dienstherrn Adenauer ging es allenfalls um die Frage ihrer Ausgestaltung. Ganz anders sah es hingegen auf der parteipolitischen Bühne in Bonn aus. In der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes vom 26. 4., der nach über einem Jahr wieder einmal das Thema Saar traktierte, prallten die unterschiedlichen Positionen hart aufeinander. Auf der einen Seite stand der Parteivorsitzende, der die Beharrung auf den Nationalstaat als „Anachronismus“ abtat und sich für die Europäisierung der Saar aussprach, sofern die Saarbevölkerung ihr frei zustimme, EVG und EPG Realität würden und die wirtschaftliche Gleichberechtigung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich an der Saar gewährleistet sei²⁸¹. Damit konnte er zwar seine Gefolgsleute wie von Brentano²⁸², nicht aber seine innerparteilichen Gegner wie Altmeier, Zimmer, Gradl oder Hellwig erreichen. Sie erteilten sowohl den Plänen des Quai d'Orsay in Paris als auch jenen des Palais de l'Europe in Straßburg eine Absage. Kritik übten sie insbesondere am *Procedere* des geplanten Referendums, da es der Saarbevölkerung nicht die Alternative zwischen der Europäisierung und der Rückkehr nach Deutschland zubilligte²⁸³. Adenauer wertete demgegenüber gerade diese unctione Alternative als Chance. Sagte die Saarbevölkerung nämlich mehrheitlich nein, so lautete sein Argument, „dann ist eine neue Situation im Verhältnis zu Frankreich, Amerika und England geschaffen [...] Wenn die Leute das europäische Territorium verwerfen, dann steht fest, daß sie den jetzigen Zustand sicher nicht behalten wollen. Dann haben wir vielleicht eine Basis, um zu neuen Verhandlungen zu kommen.“²⁸⁴

Kann man aus dieser Äußerung tatsächlich den Schluß ziehen, Adenauers rückblickende Behauptung, in der Ablehnung des Saarstatuts habe seine Hoffnung gelegen²⁸⁵, sei „nicht nachträgliche Schönfärberei und Glättung, sondern ein aktenmäßig nachweisbares Kalkül, jedenfalls für 1954“²⁸⁶? Gewiß spielte Adenauer mit mehreren Karten, und eine hieß Rückkehr der Saar nach Deutschland. Aber ebenso gewiß war sie nicht sein As. Angesichts der innenpolitischen Situation

²⁸⁰ S. PA, B 17, Bd. 134, Bl. 42–45, Thierfelder u. von Walther an Hallstein, Blankenhorn u. Ophüls, Tel. 197, 26. 4. 1954, Streng Geheim, Citissime; davon abweichend die Darstellung der Vorbehalte Gerstenmaiers in: AdG 1954, S. 4490A; vgl. Gerstenmaier, Streit, S. 346.

²⁸¹ Erklärungen Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 26. 4. 1954, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 138–158, 194–202 u. 205, hier S. 196.

²⁸² S. Erklärung von Brentanos in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 26. 4. 1954, in: ebd., S. 189–194.

²⁸³ S. die Erklärungen Altmeiers, Zimmers, Gradls und Hellwigs in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 26. 4. 1954, in: ebd., S. 186–188 u. 198–205; Repgen, Saar-Frage, S. 101–103.

²⁸⁴ Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 26. 4. 1954, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 199f. Zur Haltung der Union s.a. ACDP, Arbeitskreis V Außenpolitik, VIII-006-001/12, Sitzung des Arbeitskreises für außenpolitische Fragen und Fragen der europäischen Sicherheit der CDU/CSU-Fraktion vom 30. 3. 1954, im Auszug in: BDFD III, S. 266–269.

²⁸⁵ S. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 377.

²⁸⁶ Repgen, Saar-Frage, S. 103.

blieb ihm letztlich gar nichts anderes übrig, als die Chance zur Rückkehr potentiell offenzuhalten, wenngleich sie sicherlich kein stetig verfolgtes Ziel für ihn war. Die Saarfrage bekam ihre Bedeutung für ihn insbesondere durch ihre junktimartige Verbindung zur Europapolitik. Als Einsatz für die rasche Ratifikation des EVG-Vertrags wäre sie ihm kein zu hoher Preis gewesen. Mit der schwindenden Aussicht auf die Überwindung der parlamentarischen Hürden hatte der Kanzler natürlich stärker auf die innenpolitische Fronde zu achten, die letztlich alle Parteien durchzog. Dennoch aber blieb die Saarfrage Verhandlungsmasse zur Durchsetzung der von ihm als zentral bewerteten außenpolitischen Interessen. „Nichts könnte die freie Welt mehr enttäuschen, als wenn die Vertreter dieses Volkes die Gedanken des europäischen Zusammenschlusses zu Gunsten nationaler Lösungen wieder aufgeben würden“, notierte Blankenhorn vor dem Hintergrund des drohenden Falls von Diên Biên Phu und der bevorstehenden Indochinakonferenz Ende April mit großer Sorge in seinem Tagebuch. „Die Saarfrage ist der Prüfstein. [...] Denn was nützt uns denn eine noch so gute nationale Lösung dieses Problems, wenn wir darüber versäumt haben, einen echten Beitrag zum Aufbau der Verteidigung Europas gegen die 400 Divisionen zu leisten, die Sowjetrußland [...] gegen den Westen marschieren läßt.“²⁸⁷

Nicht einmal in der Union, geschweige denn in der SPD oder der FDP wollte man des Kanzlers Saarpolitik uneingeschränkt folgen. Sozialdemokraten und Liberalen hielten an der Zugehörigkeit der Saar zu Deutschland fest und wollten einen Verzicht auf die Rückgliederung nur im Fall der Existenz einer europäischen Gemeinschaft hinnehmen. Da aber an die Entstehung eines Bundesstaates Europa „keiner mehr“ recht glauben mochte, trat die von Blankenhorn verdamnte nationale Lösung wieder stärker ins Blickfeld, zumal eine etwaige Preisgabe unter allen Umständen nicht als Präjudiz für die deutschen Ostgebiete angesehen werden durfte²⁸⁸. Wie prekär die innenpolitische Lage für die Bundesregierung war, verdeutlichte die Parlamentssitzung vom 29./30. 4. Adenauer hielt den Zeitpunkt der Debatte für höchst ungünstig, eine Verschiebung, so stellte er in der Kabinettsrunde am Abend zuvor klar, war aber nicht möglich. Als Sprachregelung galt daher die Devise, die Saarfrage dürfe nicht an einer intransigenten Haltung Bonns scheitern: „Naters-Plan sofern als Grundlage f[ür] Verhandlungen geeignet“²⁸⁹. Nach einem heftigen Schlagabtausch brachte die SPD-Opposition einen Entschließungsantrag ein, der die Regierung dazu aufforderte, die Bundestagsresolution vom 2. 7. 1953 als weiterhin maßgebend zu betrachten. Mit Hilfe der Union, der Deutschen Partei und des BHE, aber gegen die Stimmen der FDP gelang es dem Kanzler, eine Entschließung durchzusetzen, die zwar auch an den alten Text erinnerte, zugleich aber die Fortsetzung der Europapolitik bekräftigte und die in Artikel 24 GG festgehaltene Bereitschaft zum Verzicht auf Souveränitätsrechte akzentuierte²⁹⁰.

²⁸⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 30a, Bl. 67 f., Tb. 26. 4. 1954.

²⁸⁸ Erklärung Blüchers in der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP vom 27. 2. 1954, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1954, S. 1414; s.a. Becker an den Vorstand der FDP-Fraktion, 17. 3. 1954, im Auszug in: BDFD III, S. 264 f.

²⁸⁹ Aufzeichnung Hallstein, 28. 4. 1954, zitiert nach: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 179, Anm. 51.

²⁹⁰ S. Bundestagsdebatte, 29./30. 4. 1954, in: BT, Sten. Ber., Bd. 19, S. 1057–1140 u. 1173–1182; Antrag

Das bewußt moderate Auftreten des Kanzlers brachte ihm bei den prodeutschen Kräften an der Saar den Vorwurf ein, er wolle die Saar aufgeben²⁹¹; international hatte er seine Position aber in einem Maße gestärkt²⁹², daß einige Beamte im Quai d'Orsay eine Verständigung mit ihm in der Saarfrage nun als unausweichlich betrachteten. Der Chef der Unterabteilung Zentraleuropa, Sauvagnargues, ging in einer internen Aufzeichnung gar so weit, die Gesamtheit der wirtschaftlichen Privilegien an der Saar in Frage zu stellen. Die deutsche Forderung nach einer ökonomischen Gleichberechtigung an der Saar glaubte er kaum ablehnen zu können, solange Frankreich an der „chimère d'un statut européen définitif“ festhielt. Akzeptiere man aber den Friedensvertragsvorbehalt, könne man sicherlich eine Verlängerung der privilegierten Stellung an der Saar aushandeln. Außerdem sah er das Statut durch die fehlende Aussicht auf einen Friedensvertrag, die Unterzeichnung durch die Bundesrepublik und die Garantien der Angelsachsen genügend gesichert. Da er eine Einigung auf der Basis einzelner, begrenzter Konzessionen im Wirtschaftsbereich als unmöglich betrachtete, riet Sauvagnargues dazu, sich auf die Bewahrung des für Frankreich zentralen Kerns der Union mit dem Saarland zu konzentrieren, d.h. die Währungs- und Zollunion. Die allmähliche Errichtung eines gemeinsamen deutsch-saarländischen Marktes schien ihm durchaus akzeptabel. Sauvagnargues plädierte daher für die Annahme des Van-Naters-Plans mit der Möglichkeit jeweils einer Einschränkung für beide Seiten: für die Bundesrepublik den Friedensvertragsvorbehalt und für Frankreich die Forderung nach einer echten Wirtschaftsintegration in Europa sowie die Bewahrung des definitiven Charakters des Statuts durch den Friedensvertrag²⁹³.

Da Teitgen mittlerweile ein privates Treffen mit von Brentano als zu delikat verworfen hatte und zunächst einmal das abschließende Treffen der Staatssekretäre am 3. 5. abwarten wollte²⁹⁴, konzentrierte sich Adenauer derweil wieder auf die offiziellen Verhandlungen. Zweifellos hatte er mit dem jüngsten Bundestagsbeschluß seinen Spielraum erweitert, wenngleich er gegenüber der französischen Hohen Kommission natürlich die Schwierigkeiten innerhalb der Koalition herauskehrte²⁹⁵. Für die nächste Runde ließ der Kanzler einen neuen, auf wenige Grundprinzipien reduzierten Vorschlag für ein europäisches Saarstatut ausarbeiten²⁹⁶, den er selbst redigierte und am 3. 5. Schumann überreichen ließ. Neu war daran, daß die Fristen zur Übertragung gleicher Rechte auf die Bundesrepublik gestreckt und von einer wirtschaftlichen Vertretbarkeit abhängig gemacht wurden. Außerdem lockerte Adenauer das Junktim zwischen der Europäisierung und der EPG ein wenig. Zwar setzte Artikel 1 die Schaffung des europäischen Territoriums mit der Errichtung der EPG gleich, Artikel 9 aber überantwortete die Interessenvertretung der Saar in der Außen- und Verteidigungspolitik übergangsweise

der SPD-Fraktion, 29. 4. 1954, in: BT, Sten. Ber., Anlagen, Bd. 29, Drucksache Nr. 493; Entschließung des Deutschen Bundestages, 30. 4. 1954, in: Bulletin 1954, S. 725.

²⁹¹ Vgl. Kabinettsitzung, 5. 5. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 188.

²⁹² S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 534, Tb. 30. 4. 1954.

²⁹³ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 230–236, Aufzeichnung Sauvagnargues, 30. 4. 1954.

²⁹⁴ S. BA, NL von Brentano, Bd. 121, Bl. 28, Teitgen an von Brentano, 29. 4. 1954.

²⁹⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 239–241, François-Poncet an MAE, Tel. 2290/301, 5. 5. 1954, Réserve.

²⁹⁶ S. PA, B 17, Bd. 157, Bl. 249–251, „Grundlagen eines europäischen Saarstatuts“, 30. 4. 1954.

bis zur Gründung der EPG einem Kommissar, der Mitglied der Hohen Behörde der EGKS und mit beratender Stimme im Europarat vertreten sein sollte²⁹⁷.

Schumann zeigte sich in diesem Gespräch weitaus zugänglicher als bisher, was Hallstein auf seine letzte Unterredung mit ihm im Park von Versailles zurückführte. Unter Hinweis auf den bei einer weiteren Verzögerung der EVG-Ratifikation drohenden Verlust der Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat im Zuge der anstehenden fünf Landtagswahlen drängte der deutsche Staatssekretär auf eine baldige Lösung des Problems und empfahl seinem Kollegen die Ausarbeitung eines gemeinsamen Textes, dessen strittige Punkte dann von Adenauer und Bidault beseitigt werden sollten²⁹⁸.

Seine Erwartungen wurden indes bald gedämpft. Schumann empfand das deutsche Dokument nach näherer Prüfung als viel zu kurz und zu allgemein. Artikel 19 des Van-Naters-Plan war völlig eliminiert. Auch die Erhebung des Kommissars zu einem Mitglied der Hohen Behörde paßte ihm nicht. Schumann zweifelte an Hallsteins gutem Willen, verdächtigte ihn gar der Agitation gegen die EVG²⁹⁹. In seiner Antwort lehnte er das deutsche Papier in der vorliegenden Fassung als Verhandlungsbasis ab und beharrte darauf, in Anlehnung an das Kommuniqué Adenauers und Bidaults vom 9. 3. den Van-Naters-Plan zugrunde zu legen, von dem freilich einige Artikel modifiziert, andere hingegen stark verändert werden sollten³⁰⁰. Schumanns Kritik lag damit fast ganz auf der Linie, die auch Hoffmann als Reaktion auf das Papier Hallsteins empfahl. Allerdings gab es eine bemerkenswerte Differenz. Hoffmann riet zum Verzicht auf die Aufnahme der deutschen Garantie des Statuts im Friedensvertrag³⁰¹, was für Paris „évidemment inacceptable“ war³⁰².

In der amerikanischen Botschaft in Paris besaß der Quai d'Orsay einen mächtigen Fürsprecher. Sie sah entgegen der Darstellung deutscher Diplomaten durchaus noch mehr Raum für ein Bonner Entgegenkommen sowohl hinsichtlich des europäischen Kommissars als auch der wirtschaftlichen Vorteile für Frankreich³⁰³. Botschafter Dillon beurteilte den Schumann'schen Gegenvorschlag als echten Fortschritt, da er Adenauers Plan vom 9. 3. nicht völlig verwarf, auf dem Van-Naters-Plan aufbaute und der angelsächsischen Linie folgte³⁰⁴. Dulles beschloß daher eine koordinierte englisch-amerikanische Démarche in Bonn mit dem Ziel, Adenauer zur Annahme des von Schumann vorgeschlagenen *Procedere* zu bewegen: Abfassung eines Protokolls mit den beiderseits des Rheins akzeptierten Artikeln

²⁹⁷ Ebd., Bl. 285 f., „Grundlagen eines europäischen Saarstatuts“, „Fassung BK“, 1. 5. 1954. Blankenhorn übergab das Dokument am 2. 5. 1954 MacArthur (Dulles an Dep. of State, Tel. Dulles 44, 2. 5. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1518–1520); s.a. AdG 1954, S. 4505F.

²⁹⁸ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 4192, 4. 5. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1520–1524; Kerkhoff, Großbritannien, S. 210.

²⁹⁹ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 4224, 6. 5. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1525–1527.

³⁰⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 253, Schumann an Bonn, Tel. 1539/42, 7. 5. 1954, Réservé; ebd., Bl. 254–262, Seydoux an London etc., Tel. 7054/70 etc., 7. 5. 1954, Réservé.

³⁰¹ S. ebd., Bl. 246–249, Hoffmann an Bidault, 6. 5. 1954.

³⁰² Ebd., Bl. 267–270, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 10. 5. 1954 (Konzept TC).

³⁰³ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 4192, 4. 5. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1520–1524.

³⁰⁴ S. ders. an dass., Tel. 4224, 6. 5. 1954, Secret, Priority, in: ebd., S. 1525–1527.

des Van-Naters-Plans und den erwünschten Modifikationen; Treffen Adenauers und Bidaults zum Abschluß der Verhandlungen. Eine massivere Intervention sollte erst zwischen beiden Schritten erfolgen, um eventuelle Hindernisse bei der Redaktion des Protokolls auszuräumen³⁰⁵.

Hallsteins Eindruck über den Schumann-Text fiel nicht so günstig aus. Der Van-Naters-Plan schien ihm einerseits unvollkommen, andererseits zu umfangreich für ein Protokoll. Außerdem bestand er darauf, unter allen Umständen den Hinweis auf die EPG einzubinden, da Adenauer sich diesbezüglich gegenüber der CDU-Fraktion festgelegt hatte³⁰⁶. Der gemeinsame Druck der Angelsachsen³⁰⁷ bewog Adenauer dann aber doch, auf der Basis des Van-Naters-Plans weiterzuverhandeln. Allerdings wies er entrüstet den Versuch Gerstenmaiers und van Naters zurück, die strittigen Artikel neu zu überarbeiten, da sie die Europäisierung bereits mit der Einsetzung eines europäischen Kommissars beginnen und das Junktim zwischen der Einrichtung des europäischen Territoriums und der EPG fallen ließen³⁰⁸. In seiner Unterredung mit Schumann vom 11. 5. übergab Hallstein einen neuen Vorschlag, in dem er sich ausdrücklich zum Van-Naters-Plan als Basis einer Saarregelung bekannte, den Artikel 19 aber ausschloß. Zugleich machte er klar, daß der französische Modifikationsbedarf in Grenzen gehalten werden müsse, um dem Plan nicht einen entgegengesetzten Sinn zu geben. Dementsprechend sei vor allem der Artikel 1 unangetastet zu lassen; das Übergangsstadium dürfe erst mit dem Inkrafttreten der EVG beginnen, aber nur eine beschränkte Zeit dauern; der Kommissar dürfe nicht Mitglied des EGKS-Minister Rates, wohl aber Vollmitglied der Hohen Behörde sein³⁰⁹. Mit diesem Angebot kam Bonn den Pariser Forderungen im eigenen Selbstverständnis ein weites Stück entgegen. Man akzeptierte die gleichberechtigte Teilnahme der Saar an der internationalen Konferenz, die schrittweise Veränderung in den saarländischen Wirtschaftsbeziehungen ohne feste Fristen, die Übertragung des Eigentums und der Verwaltung der Bergwerke auf das Saargebiet, die Regelung der Kulturfragen in einem dreiseitigen Abkommen statt im Statut selbst und „praktisch die Endgültigkeit einer Saarlösung“³¹⁰.

Der Quai d'Orsay aber hielt das Papier immer noch für unzureichend und hielt dem Kanzleramt vor, den Van-Naters-Plan völlig ändern zu wollen. Schumann empfahl daher, zum Kern des Problems vorzudringen und sich nun auf eine Lösung der beiden Hauptschwierigkeiten, der Artikel 12 und 19, zu konzentrieren, die seiner Meinung nach auch die Beseitigung der übrigen Differenzen befördern

³⁰⁵ S. Dulles an London, Tel. 5905, 10. 5. 1954, Secret, Priority, in: ebd., S. 1528; Kerkhoff, Großbritannien, S. 211.

³⁰⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 265–266, Französische Hohe Kommission Bonn an MAE, Tel. 2369/77, 8. 5. 1954, Secret, Réservé, Priorité.

³⁰⁷ S. Conant an Dep. of State, Tel. 3452, 10. 5. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1529f.

³⁰⁸ S. PA, B 17, Bd. 134, Bl. 85, Thierfelder an Hallstein, 10. 5. 1954; ebd., Bl. 80f., Hallstein u. Hausenstein an Blankenhorn, Tel. 224, 11. 5. 1954, Streng geheim, Citissime; Adenauer an Gerstenmeier, 12. 5. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 101f.

³⁰⁹ Hallsteins Schreiben und sein neuer Vorschlag wurden übermittelt in: AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 284–288, Courson de la Villeneuve an London etc., Tel. 7362/75 etc., 14. 5. 1954.

³¹⁰ PA, B 17, Bd. 134, Bl. 182–184, „Deutsche Konzessionen“, o.D., Streng geheim. Laut handschriftlicher Kopfmarginalie stammt die Aufzeichnung von der „Abt. 2 vom 12. 5.“

könne³¹¹. Nach einem Zwiegespräch der beiden Staatssekretäre am 14. 5.³¹² kam es am 19. und 20. 5. am Rande der Ministerratssitzung des Europarates im Straßburger Hotel „Maison Rouge“ zu den seit langem anvisierten Verhandlungen auf Regierungsebene. Auf französischer Seite nahm daran aber nicht, wie ursprünglich vorgesehen, Bidault teil, der in Genf auf der dort seit dem 26. 4. tagenden Indochinakonferenz weilte. Er wurde vielmehr von Teitgen vertreten, der sein wochenlanges Zögern nun aufgab und sich direkt in die Beratungen einschaltete. Der von Deutschen und Franzosen bisher stets sorgsam bewahrte bilaterale Rahmen wurde nun freiwillig erweitert. Sowohl der belgische Außenminister Spaak als auch van Naters und Monnet bemühten sich um Vermittlung. Nach stundenlangen Gesprächen erhielten Spaak und van Naters den Auftrag, den Stand der Verhandlungen zusammenzufassen und den Entwurf einer Einigung³¹³ vorzulegen.

Als fatal sollte sich erweisen, daß Teitgen, der entgegen anderslautenden Darstellungen³¹⁴ mit Handlungsvollmacht ausgestattet worden war³¹⁵, die entscheidende Sitzung am 20. 5. ohne Assistenz aus dem Quai d'Orsay bestritt, während Adenauer nicht nur Hallstein mitbrachte, sondern sich auch der Unterstützung von Brentanos und Gerstenmaiers versichert hatte. Teitgen ging – wie seine Eingaben vom 20. 5. ausweisen – zunächst davon aus, man wolle bloß eine Liste der strittigen Punkte aufstellen, um später alle Artikel in einem Vertrag zusammenzufassen. Hallstein hielt dem entgegen, es gehe jetzt um ein „Grundsatzabkommen“, das neben einem pauschalen Hinweis auf den Van-Naters-Plan lediglich die Auslegungen der strittigen Artikel 1, 12 und 19, nicht aber deren Neufassungen enthalte. Die Endredaktion solle erst im eigentlichen Vertrag zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Adenauer ergänzte, man dürfe sich nicht der Gefahr aussetzen, schon jetzt einen fertigen Vertrag dem Parlament vorzulegen. „Ich werde selbstverständlich mich vor der Unterzeichnung der Zustimmung der Mehrheit des Bundestages versichern. Aber ich will keine Diskussion über die einzelnen Artikel des Vertrages.“ Teitgen erklärte sich mit dieser Methode „einverstanden“, stellte allerdings sofort klar, daß er den deutschen Wunsch nach einem Regierungsabkommen über eine authentische Auslegung der strittigen Artikel des Van-Naters-Planes dem Conseil des Ministres vortragen müsse. Gegen den Vorschlag der beiden Redakteure bestand Hallstein darauf, den Friedensvertragsvorbehalt in der Präambel so zu belassen, wie er es mit Schumann vereinbart hatte. Teitgen stimmte dem zwar zu, meinte aber einschränkend: „Wir schreiben ja heute keinen Vertrag, sondern besprechen nur die Punkte, in denen wir uns nicht einig sind.“ Adenauer akzeptierte daraufhin trotz der Bedenken Hallsteins die Trennung der Verbindung zwischen dem Inkrafttreten der EVG und der Saarregelung. So

³¹¹ S. Schumann an Hallstein, 12. 5. 1954, mitgeteilt in: AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 284–288, Courson de la Villeneuve an London etc., Tel. 7362/75 etc., 14. 5. 1954.

³¹² S. ebd.; PA, B 17, Bd. 134, Bl. 83, Hallstein an Paris, Tel. StS 141/54, 12. 5. 1954, Streng geheim, Citissime.

³¹³ Da die Gesprächsteilnehmer während der Unterredung vereinbarten, sämtliche Entwürfe der schließlich erzielten Einigung zu vernichten, kann davon ausgegangen werden, daß dieser Entwurf von Spaak und van Naters nicht mehr existiert.

³¹⁴ Vgl. Heinen, Saarjahre, S. 315.

³¹⁵ S. Tomlinson an Dep. of State, Tel. Coled 246, 19. 5. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1531.

einigte man sich in bezug auf Artikel 1 darauf, die Schaffung des europäischen Territoriums in drei Phasen durchzuführen: In der ersten würde die Saar einem dem Ministerkomitee des Europarates verantwortlichen Kommissar überantwortet. Vom Zeitpunkt der Wahl zu einer Europäischen Versammlung unterstände sie diesem Parlament. Mit Schaffung der EPG würde sie schließlich europäisches Territorium und der Kommissar dem Parlament der EPG rechenschaftspflichtig. Sodann konzentrierte man sich auf die wirtschaftlichen Fragen. Obwohl Adenauer den Schumann-Vorschlag im wesentlichen akzeptierte, lehnte Teitgen offenbar auf Drängen Grandvals und Seydoux zunächst ab, der Bundesrepublik in der Wirtschaft „ähnliche Beziehungen“ zur Saar zuzugestehen, wie sie zu Frankreich bestanden. Denn dies erforderte seiner Meinung nach die Existenz eines gemeinsamen europäischen Marktes. Dem vereinten Insistieren Spaaks und Hallsteins gab er dann aber nach und billigte auch die Streichung einiger Absätze des Artikels 19, der letztlich besagte, daß die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und die USA die Garantie für das Saarstatut bis zum Friedensvertrag übernehmen und die Bevölkerung der Saar frei konsultiert werde³¹⁶. Im Kern hatte sich Adenauer damit durchgesetzt: Möglichkeit der Abänderung des Statuts durch den Friedensvertragsvorbehalt und Verzicht auf eine deutsche Garantie über den Friedensvertrag hinaus; „gleichartige Beziehungen“ im wirtschaftlichen Bereich; Dreischritt zur Schaffung des europäischen Territoriums³¹⁷.

Schon während der Sitzung wurde Teitgen bewußt, in welcher heiklen Position er sich ohne Verbindung zur Regierung und zum Parlament manövrierte, und das in einer Situation, in der Frankreich noch ganz vom Trauma von Diên Biên Phu gefangen war. Adenauer versprach ihm zwar, ihn „immer wieder in Schutz“ zu nehmen. Reichte dies aber aus? Vergeblich versuchte Teitgen, Schumann telefonisch zu erreichen, um sich rückzuversichern. Auf seine Nachfrage gab Hallstein zu, daß Schumann sehr wohl auch noch bei anderen Artikeln Modifikationen vorzunehmen wünschte. Er glaubte dies aber so verstehen zu dürfen, als ob sein Pendant entsprechende Forderungen fallenließe, wenn die Hauptprobleme gelöst seien. Teitgen sah sich daher dazu genötigt, „einen gewissen Vorbehalt“ anzumelden. Nichts, so wurde vereinbart, dürfe an die Öffentlichkeit dringen, bevor die französische Regierung informiert sei. „Ich muß Zeit haben, unsere Lösung zu verteidigen, bevor die Herren Sachbearbeiter ihre Quertreibereien beginnen.“ Dazu wollte der stellvertretende Regierungschef das Ergebnis mit dem Außenminister in Genf besprechen, damit die Angelegenheit dann innerhalb der nächsten acht Tage erledigt werden könne³¹⁸.

Die in Straßburg vereinbarte strikte Geheimhaltung wurde nicht gewahrt. Ophüls leitete den Entwurf der Vereinbarung umgehend englischen und amerikanischen Diplomaten zu, was ihm heftige Vorwürfe des Kanzlers einbrachte und

³¹⁶ BA, NL Blankenhorn, Bd. 31b, Bl. 25–48, Unterredung zwischen Adenauer und Teitgen vom 20. 5. 1954, Streng geheim, im Auszug in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, o.S.; s.a. Tomlinson an Dep. of State, Tel. Coled 247, 20. 5. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1532f.; ders. an dass., Tel. Coled 249, 21. 5. 1954, Secret, in: ebd., S. 1534f.

³¹⁷ „Entwurf“ des deutsch-französischen Einigungsprotokolls über die Saar, 20. 5. 1954, Streng geheim, in: BDFD I, S. 352f., hier S. 353; Schumacher, Konrad Adenauer, S. 65.

³¹⁸ BA, NL Blankenhorn, Bd. 31b, Bl. 25–48, Unterredung zwischen Adenauer und Teitgen vom 20. 5. 1954, Streng geheim.

Adenauer dazu zwang, sich offiziell bei Teitgen zu entschuldigen³¹⁹. Auch der Presse wurden präzise Angaben über den Inhalt der Abmachung zugespielt. Deutsche Zeitungen verkündeten in großen Lettern die Einigung³²⁰. Adenauer, der vor allem Spaak und van Naters für diese „falschen Meldungen“ verantwortlich machte³²¹, ließ sofort über einen Regierungssprecher in Bonn erklären, eine grundsätzliche Übereinstimmung sei zwar erzielt, aber nicht schriftlich fixiert worden. Beiden Regierungen werde lediglich ein Verhandlungsprotokoll vorgelegt³²².

Das zerbrochene Porzellan war aber nicht mehr zu kitten. Wie von Teitgen befürchtet, liefen die Gegner der Übereinkunft in Saarbrücken wie in Paris ungeachtet seiner Beschwichtigungsversuche postwendend Sturm³²³. Wenngleich die Angelsachsen die Vereinbarung sofort als einmalige Chance zu einer einvernehmlichen Regelung rühmten³²⁴, stieß der Vice-präsident im Conseil des Ministres auf „eine geschlossene Front“. Seine Kollegen warfen ihm vor, er habe die eigene Regierung im Verein mit dem Kanzler durch gezielte Indiskretionen erpressen wollen³²⁵. Am 22. 5. ließ der Quai d'Orsay offiziell verlauten, die Saarfrage dürfe mitnichten als geregelt betrachtet werden. Die Suche nach einem Abkommen sei lediglich erleichtert, aber keineswegs abgeschlossen³²⁶. Grandval fand die Ergebnisse „déplorable“³²⁷ und intervenierte „hartnäckig“ bei Schumann³²⁸. Bérard sah prinzipiell die Notwendigkeit einer Lösung, lehnte aber die Art und Weise, wie Teitgen vorgegangen war, ab³²⁹. Schumann bezeichnete die Resultate gegenüber Dillon zwar als echten Fortschritt, verlangte aber redaktionelle Änderungen an allen drei Artikeln der Vereinbarung³³⁰. Andere Beamte des Quai d'Orsay bemühten sich, Teitgen zu „desavouieren“ und seine Verhandlungsberechtigung zu bestreiten. Dabei schreckten sie nicht einmal davor zurück, gegenüber Journalisten auf dessen Aufenthalte in Nervenheilanstalten hinzuweisen. Ein erster Vorstoß in diese Richtung ging von Seydoux aus, der in der Presse verbreiten ließ, die Gespräche zwischen Hallstein und Schumann müßten wieder aufgenommen werden³³¹. Parodi behauptete gegenüber französischen Diplomaten, der Quai d'Orsay sei nicht informiert gewesen³³². Da Schumann aber gegenüber Hallstein und Dillon die Bevollmächtigung zugegeben hatte, änderte der Quai d'Orsay seine Taktik. Teitgen, so hieß es nun statt dessen, sei zu Verhandlungen berechtigt gewe-

³¹⁹ S. ders. an dens., 25. 5. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 104 f.

³²⁰ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 537, Tb. 21. 5. 1954.

³²¹ Kabinettsitzung, 25. 5. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 219.

³²² S. EA 1954, S. 6656.

³²³ S. ebd.; AdG 1954, S. 4535B.

³²⁴ Vgl. Kerkhoff, Großbritannien, S. 212 f.

³²⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 31b, Bl. 1, Krapf u. von Walter an Blankenhorn, Tel. 266, 26. 5. 1954, Streng geheim, Citissime.

³²⁶ S. EA 1954, S. 6656; AdG 1954, S. 4535B.

³²⁷ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 538, Tb. 24. 5. 1954.

³²⁸ Freymond, Saar, S. 173; s.a. Schneider, Gilbert Grandval, S. 236.

³²⁹ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 537, Tb. 21. 5. 1954.

³³⁰ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 4500, 23. 5. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1536 f.

³³¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 31a, Bl. 195–197, von Walther an Blankenhorn, 205–00geh/Nr. 146/54, 26. 5. 1954, Geheim; s.a. ebd., Bd. 31b, Bl. 8 f., ders. an Hallstein u. Blankenhorn, Tel. 259, 24. 5. 1954, Citissime.

³³² S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 537, Tb. 21. 5. 1954.

sen, habe aber keine festen Vereinbarungen getroffen³³³. Bidault, der am 23. 5. von Teitgen über die Straßburger Gespräche informiert wurde³³⁴, machte ihm offenbar „schwerste Vorwürfe über seine nachgiebige Haltung“, hielt sich nach außen hin aber völlig bedeckt und erweckte so in der Deutschen Botschaft den Eindruck, nicht Schumann, sondern er selbst sei der „eigentliche Treiber“ einer unnachgiebigen Saarpolitik³³⁵.

Nach den Tagen der Kompromittierung Teitgens erfolgte eine Phase der Besinnung. Dem stellvertretenden Regierungschef gelang es in zähem Kampf, das Kabinett von der Abwegigkeit der Vorwürfe zu überzeugen³³⁶. Auch im Quai d'Orsay formierte sich eine Verteidigungslinie, an der sich namentlich Alphand beteiligte. Nach einem Treffen mit Teitgen am Nachmittag des 24. 5. hielt Schumann seinen Konfrontationskurs nicht mehr völlig aufrecht³³⁷. Bérard bat am selben Tag im Auftrag Laniels Adenauer darum, den Straßburger Text dem Bundeskabinett erst nach dem Kongreß der SFIO Ende Mai vorzulegen, und präsentierte gewisse Modifikationswünsche zu den Artikeln 1 und 12. Der Kanzler hatte aber gar nicht vor, den Ministern überhaupt den exakten Wortlaut zur Kenntnis zu geben. In bezug auf Artikel 1 gab er keine wesentlichen Widerstände zu erkennen, da es sich fast ausschließlich um eher sprachliche Änderungen handelte. Im Artikel 12 erbat Bérard die Streichung des Hinweises auf die in Artikel 13 erwähnte Wirtschafts- und Währungsunion und die Beschränkung der Errichtung der „ähnlichen Beziehungen“ auf den Warenaustausch zwischen der Saar und der Bundesrepublik. Das Ziel der „ähnlichen Beziehungen“ sollte außerdem nicht nur schrittweise, sondern auch entsprechend der wirtschaftlichen europäischen Einigung erreicht werden. Während Hallstein rechtliche Probleme herauskehrte, sagte Adenauer eine wohlwollende Prüfung zu. Schließlich ließ Bérard den Wunsch seiner Regierung erkennen, das Protokoll nicht auf die drei Problemartikel zu beschränken, sondern auch jene aufzunehmen, für die Schumann in seinem Schreiben vom 6. 5. eine leichte Überarbeitung angeregt hatte. Adenauer betrachtete dies als unzumutbar, gelobte aber, nach der Ratifikation der EVG und vor der notwendigen Saarkonferenz über gewisse Präzisierungen des Van-Naters-Plans verhandeln zu wollen³³⁸.

Am 25. 5. informierte der Kanzler das Bundeskabinett, das über die direkten Saargespräche mit Frankreich bisher nur fragmentarisch informiert worden war³³⁹. Auch diesmal blieben seine Ausführungen sehr allgemein. Von einem Ab-

³³³ S. PA, B 17, Bd. 134, Bl. 198–200, Ophüls an Hallstein u. Blankenhorn, Aufzeichnung, 28. 5. 1954, Streng geheim.

³³⁴ S. EA 1954, S. 6656.

³³⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 31a, Bl. 195–197, von Walther an Blankenhorn, 205–00geh/Nr. 146/54, 26. 5. 1954, Geheim. Eine im ganzen sehr scharfe Kritik an der Straßburger Vereinbarung in: IPMF, Documents Pierre Mendès France, Dossier Accord de Paris/Londres/Sarre, Carton 2, „Accord Adenauer-Teitgen“, o.D.

³³⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 31b, Bl. 1, Krapf u. von Walter an Blankenhorn, Tel. 266, 26. 5. 1954, Streng geheim, Citissime.

³³⁷ S. Bruce an Dep. of State, Tel. Coled 258, 24. 5. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1538 f.

³³⁸ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 31b, Bl. 10f., Unterredung zwischen Adenauer und Bérard vom 24. 5. 1954, Streng geheim; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 322–325, Bérard an MAE, Tel. 2660/69, 24. 5. 1954, Secret, Réserve.

³³⁹ Vgl. Kabinettsitzungen, 12., 31. 3., 28. 4. u. 5. 5. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 106 f., 130, 179 u. 186–188.

kommen könne keine Rede sein. Lediglich eine Aussprache über eine Reihe von Punkten habe stattgefunden, und jetzt gehe es darum, daß die Presse schweige und die Regierung abwarte. Die Runde nahm es hin³⁴⁰. Anders als in der amerikanischen Hohen Kommission, die die Haltung Adenauers „absolutely correct“ einschätzte³⁴¹, stieß die Nachgiebigkeit des Kanzlers im Auswärtigen Amt auf heftiges Kopfschütteln. Thierfelder und Lahr sahen in den französischen Forderungen „wesentliche, zum Teil entscheidende Verschlechterungen“ der Straßburger Vereinbarungen und warnten vor einer Billigung, da sie zu einer „Wiederaufnahme der Verhandlungen“ führe³⁴². Nachdem Dowling die Vermutung geäußert hatte, die Pariser Anregungen seien gar nicht ernst gemeint, sondern nur Teil einer Verzögerungstaktik, wies Hallstein Ophüls in Paris sofort an, sich auf keine Diskussionen einzulassen³⁴³. Von Verzögerungstaktik konnte aber keine Rede sein. Trotz scharfer parlamentarischer Attacken gegen Teitgen³⁴⁴ gab Schumann am 26. 5. im Kabinett bekannt, die Texte würden voraussichtlich in der nächsten Woche vorgelegt³⁴⁵.

In dieser Situation veröffentlichte „Le Monde“ – ohne Beweis für die Authentizität – den Wortlaut der Straßburger Übereinkunft³⁴⁶ und löste damit einen Aufschrei der Entrüstung aus. Offenbar hatten die Gegner der Einigung in Paris befürchtet, sie könne doch noch durchgesetzt werden. Ihre Attacke erreicht das angestrebte Ziel. Von nun an leugnete die Regierung die Existenz einer Abmachung. Teitgen sah keine Möglichkeit mehr, die Verabredung mit Adenauer vollständig aufrechtzuerhalten. In seinem Bemühen, der Kritik seiner Kabinettskollegen Rechnung zu tragen und den „gekränkten Quai d'Orsay“ wieder in die Verhandlungen einzubinden, setzte er Ophüls von einem neuen Abänderungsvorschlag des Ministeriums in Kenntnis³⁴⁷. Nachdem auch die SPD heftige Kritik gegen die veröffentlichte deutsch-französische Saarvereinbarung verbreitet hatte³⁴⁸, verlangte Adenauer am 28. 5. im Parteivorstand der CDU, das Thema auf dem bevorstehenden Bundesparteitag gar nicht zu erwähnen³⁴⁹. Das brachte ihm aber sofort den Vorwurf Kaisers und Zimmers ein, man dürfe das Problem nicht „totschweigen“³⁵⁰.

³⁴⁰ S. Kabinettsitzung, 25. 5. 1954, in: ebd., S. 219–221 u. 224.

³⁴¹ Conant an Dep. of State, Tel. 3661, 25. 5. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1539f., hier S. 1540.

³⁴² PA, B 17, Bd. 134, Bl. 190–192, Lahr u. Thierfelder an Hallstein u. Blankenhorn, Bemerkungen, 25. 5. 1954, Streng geheim, Eilt sehr.

³⁴³ S. ebd., Bl. 89, Hallstein an Ophüls, Tel. AZ St.S., 25. 5. 1954, Citissime; ebd., Bl. 91, Ophüls an Brüssel, Tel. 61, 26. 5. 1955, Citissime.

³⁴⁴ Vgl. EA 1954, S. 6656f.

³⁴⁵ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 31b, Bl. 1, Krapf u. von Walter an Blankenhorn, Tel. 266, 26. 5. 1954, Streng geheim, Citissime.

³⁴⁶ „Le Monde“, 27. 5. 1954; eine deutsche Übersetzung in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 526f.; sprachlich wie inhaltlich abweichende deutsche und französische Fassungen in: AdG 1954, S. 4546A; Schneider, Wunder, S. 236–238.

³⁴⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 31a, Bl. 188–190, Unterredung zwischen Teitgen u. Ophüls vom 26. 5. 1954, 27. 5. 1954, Streng geheim.

³⁴⁸ Vgl. Cahn, Parti, Bd. 1, S. 379–381.

³⁴⁹ S. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 28. 5. 1954, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 236.

³⁵⁰ S. Erklärungen Kaisers und Zimmers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 28. 5. 1954, in: ebd., S. 237f., hier S. 238.

Über die Motive und die Taktik der verschiedenen Strömungen französischer Saarpolitik ergab sich nach letzten Sondierungen aus der Sicht der deutschen Diplomatie folgendes Bild. Der Beschluß, Teitgen in Straßburg verhandeln zu lassen, schien aus der Absicht geboren, sein Prestige einzusetzen, eine Einigung aber im nachhinein ganz oder teilweise wieder zu desavouieren. Dabei hofften die Gegner der EVG offenbar, den Gang der Verhandlungen insgesamt zum Stocken oder Scheitern zu bringen. Die Anhänger der EVG wie Schumann befürworteten zwar im Prinzip wohl eine Saarlösung, trachteten aber angesichts der innenpolitischen Widerstände danach, ein besseres als das von Teitgen ausgehandelte Abkommen abzuschließen. Durch die Mitwirkung Spaaks und van Naters konnte diese Taktik nun nicht mehr umgesetzt werden, wollte man nicht internationale Verwicklungen heraufbeschwören³⁵¹. Statt dessen zielte man jetzt auf die sofortige Einführung eines europäischen Statuts. Die etappenweise Entwicklung zu einem europäischen Territorium wurde in den Hintergrund gedrückt. Die Errichtung gleichartiger Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Saar und der Bundesrepublik sollte sich bloß auf den Warenaustausch beschränken, den Dienstleistungs- bzw. Zahlungsverkehr und die Saargruben also ausschließen, und die allgemeine europäische Wirtschaftsentwicklung in Rechnung stellen. Angesichts dieser erheblichen Verschlechterungen war dies für Bonn nicht annehmbar³⁵². Adenauer sprach sich daher Anfang Juni gegenüber François-Poncet für die unveränderte Annahme der Straßburger Übereinkunft aus und unterbreitete den Vorschlag, vor der Saarkonferenz bilaterale Gespräche über gewisse Präzisierungen zu führen³⁵³.

Kurz darauf zerbrach die Regierung Laniel/Bidault und mit ihr der „Accord Adenauer-Teitgen“. Grandval „den entscheidenden Einfluß“ bei der Torpedierung der Übereinkunft beizumessen³⁵⁴, scheint kaum gerechtfertigt, ohne die Bedeutung seiner Wühlarbeit zu unterschätzen. Der tiefere Grund für das Fiasko war das beiderseits des Rheins nicht überwundene Mißtrauen, das die Verhandlungen der Regierungsvertreter Monat um Monat hingezogen hatte. Unter dem Druck der Amerikaner lenkte die Bundesregierung schließlich erst in dem Moment ein, als die Gefahr drohte, für ein Scheitern der EVG verantwortlich gemacht zu werden. Doch der von Adenauer angebotene Minimalkompromiß kam zu einem Zeitpunkt, als die innerlich ohnehin zerrissene französische Regierung mit dem eigenen Überleben, der Abwicklung des Indochinakrieges und einem ehrenhaften Ausstieg aus der EVG zu kämpfen hatte. Wenige Wochen nach der Katastrophe von Diên Biên Phu nun auch noch die Saar opfern zu sollen, überstieg für die Mehrheit der classe politique das Maß des Erträglichen. Wieder einmal schien es so, als ob die Lösung der Saarfrage ad calendas graecas verschoben würde.

³⁵¹ PA, B 17, Bd. 134, Bl. 198–200, Ophüls an Hallstein u. Blankenhorn, Aufzeichnung, 28. 5. 1954, Streng geheim; vgl. a. Spaak, *Mémoires*, S. 224.

³⁵² S. PA, B 17, Bd. 157, Bl. 341–347, „Stellungnahme zu den Abänderungsvorschlägen“, 1. 6. 1954, Streng geheim; AMAE, *Europe 1944–1960*, Sarre, Bd. 270, Bl. 301–307, „Projet de protocole franco-allemand“, 10. 6. 1954.

³⁵³ S. PA, Abt. 2, Bd. 983, Hallstein an Ophüls, Tel. 250, 2. 6. 1954, Streng geheim; ebd., B 17, Bd. 5, Bl. 336, Adenauer an Teitgen, 3. 6. 1954, Cessat.

³⁵⁴ Schneider, Gilbert Grandval, S. 236.

III.3.4 Saarstatut unter dem Dach der WEU 1954/55

Neue Dispositionen

Am 18. 6. übernahm Pierre Mendès France die französischen Regierungsgeschäfte. Geboren 1907 als Sohn wohlhabender Tuchhändler in Paris, gehört er trotz seiner nur achtmonatigen Regierungsverantwortung zu den brilliantesten, aber auch eigensinnigsten Politikern der IV. Republik. Schon die Tatsache, daß er sich zum Familiennamen Mendès den Beinamen France zulegte, warf ein Schlaglicht auf seine „von ihrer doktrinären Unfehlbarkeit überzeugte Persönlichkeit“¹. Aufgrund seiner undogmatische Denkweise galt er lange Zeit als „Schrecken der älteren Parteihäuptlinge“ und Hoffnung der jüngeren, sozial fortgeschrittenen Parlamentsmitglieder². Nach dem Studium der Politischen und der Rechtswissenschaften, in denen er auch promovierte, war er der jüngste Rechtsanwalt Frankreichs. 1932 trat er als jüngster Abgeordneter in die Kammer ein und erwarb sich dort rasch den Ruf eines *Enfant terrible*. Mendès France gehörte dem Parti Radical-Socialiste an, der ältesten aller französischen Parteien mit nicht festgelegtem engem ideologischem Kurs, wobei er eher dem linken Flügel zuzurechnen war³. 1934 zum Bürgermeister von Louviers im Département Eure gewählt, übernahm der ausgewiesene Fachmann für Wirtschafts- und Finanzfragen 1936 das Staatssekretariat im Finanzministerium des Kabinetts Blum. Im Anschluß an die Flucht nach Nordafrika wurde der Leutnant der Luftwaffe Ende August 1940 von einem Militärgericht wegen Desertion zu sechs Jahren Gefängnis und zur Aberkennung der bürgerlichen Rechte verurteilt. 1941 gelang ihm die Flucht aus dem Militärgefängnis nach London. 1943 übernahm er unter de Gaulle das Finanzkommissariat im Comité Français de Libération Nationale, im Gefolge der Befreiung 1944/45 das neugeschaffene Ministerium für Nationalökonomie. Wegen der Ablehnung seines Wirtschaftsplanes, der einen Mittelweg zwischen gelenkter und freier Wirtschaft einschlagen sollte, demissionierte er 1945 und fungierte als Abgeordneter in der Verfassungsgebenden Versammlung, seit 1946 auch in der Nationalversammlung. Nach einem kurzen Engagement als Wirtschaftsminister im Kabinett Gouin 1946 amtierte er von 1947 bis 1950 als Ständiger Vertreter Frankreichs im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO und von 1947 bis 1958 als Gouverneur des Internationalen Währungsfonds⁴.

Das Urteil über den neuen Regierungschef konnte nicht widersprüchlicher ausfallen. Herriot nannte ihn einmal spöttisch den „Necker der IV. Republik“. Anderen Politikern ähnelte er eher Kerenski, wieder andere sahen in ihm den Retter des Vaterlandes⁵ und bedienten sich damit eines Topos der französischen Geschichte, der auf so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Napoleon, Cle-

¹ PA, Abt. 2, Bd. 237, Bl. 126–130, Hausenstein an AA, 205–00 I Nr. 2483/54, 22. 6. 1954.

² Ebd., Bd. 236, Bl. 234–245, Aufzeichnung Frank, 3. 7. 1953.

³ Zur Geschichte des Parti Radical vgl. Nordmann, *Histoire*; Touchard, *La gauche*, S. 42–52, 102–138 u. 269–290.

⁴ Zu Person und Politik s. Mendès France, *Choisir*; ders., *Oeuvres*, Bd. 1–4; vgl. umfassend: Lacouture, *Pierre Mendès France*; Rouanet, *Mendès France*; s.a. Bédarida/Rioux (Hg.), *Pierre Mendès France*; Girault (Hg.), *Pierre Mendès France*; kurze biographische Skizze in: Yvert (Hg.), *Dictionnaire*, S. 543–545.

⁵ PA, Abt. 2, Bd. 237, Bl. 126–130, Hausenstein an AA, 205–00 I Nr. 2483/54, 22. 6. 1954.

menceau, Pétain oder de Gaulle angewandt wurde. Ein Mann der Linken im klassischen Sinn, die sich durch Treue zur Republik und Vertrauen zur Demokratie auszeichnete, war Mendès France „kein Antikommunist, sondern ein Nichtkommunist“, ein Sohn der Aufklärung⁶. Als er sein Doppelamt als Président du Conseil und Außenminister übernahm, ging es ihm in erster Linie um dreierlei: mit bisher ganz ungewohnter Dynamik die von der sterilen Parteipolitik enttäuschte Masse der französischen Bürger und insbesondere die Jugend zum Staat und zur Politik zurückzuführen; der chronisch schwachen französischen Wirtschaft Stabilität und Wachstum zu verleihen; die festgefahrene Außenpolitik wieder manövrierfähig zu machen⁷. „Défendre le rôle de la France dans le monde, préférer l'indépendance réelle à l'illusion de la grandeur“, so könnte man die Zielsetzung seiner Außenpolitik überschreiben⁸. Im klaren Bewußtsein des sowjetisch-amerikanischen Duopols, das Frankreich nur dann Handlungsspielräume beließ, „si elle est elle-même“⁹, ging es seiner Meinung nach darum, die Rolle von 1789 wiederzugewinnen, „appuyer tout ce qui peut se fonder sur des grands principes moraux“¹⁰. Zu seinen wichtigsten politischen Grundwerten gehörte wohl die Überzeugung von der unantastbaren Zugehörigkeit Frankreichs zur westlichen Staatengemeinschaft, das freilich auf Gleichberechtigung bestand und von der Vormacht jenseits des Atlantiks nicht als Satellit behandelt werden wollte¹¹. Darüber hinaus befürwortete er auch die Verständigung mit der Sowjetunion. Mittels Détente glaubte er die Ost-West-Beziehungen auf jene Ebene zurückzudrängen, die ihm richtig erschien: den Wettbewerb der ökonomisch-sozialen Systeme¹². Zugleich kehrte er in gewisser Weise zu der Politik Schumans der Verhandlungen mit Moskau zurück, um ihm nicht die Möglichkeit zu geben, die deutsche Karte zu spielen¹³. PMF, wie er in der classe politique nur genannt wurde, war aber kein Neutralist, wie ihm vielfach unterstellt wurde. Er hielt den Dialog mit dem Osten für möglich, „mais dans la vigilance“¹⁴. Avancen durfte der Westen auf keinen Fall machen „sans cohésion militaire préalable“¹⁵.

Das ihm wiederholt entgegengebrachte Mißtrauen rührte nicht zuletzt daher, daß es in seiner Entourage Berater gab, die ihren Chef zu einer wohlwollenderen Politik gegenüber dem Osten ermunterten. Während einige seiner engen Mitarbeiter wie Philippe Baudet, Jean-Marie Soutou oder Roland de Margerie mit den Sowjets nur aus der Position der Stärke eines geeinten Westens verhandeln wollten, strebte eine andere Gruppe mit Jean Chauvel, Botschafter in Bern, ab Okto-

⁶ Rémond, Frankreich, T. 1, S. 530.

⁷ Vgl. PA, Abt. 3, AZ 211–00/22, Bd. 4, „Die politische Konzeption des derzeitigen französischen Ministerpräsidenten Pierre Mendès France“, o.D.

⁸ Boulbina, Avant-Propos, in: Girault (Hg.), Pierre Mendès France, S. 7.

⁹ Frank, Pierre Mendès France, S. 281.

¹⁰ Girault, Synthèse, in: ders. (Hg.), Pierre Mendès France, S. 339.

¹¹ S. Mendès France an Laniel, 21. 5. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 2, S. 508–513; Soutou, Pierre Mendès France, S. 179–181.

¹² Vgl. ebd., S. 179.

¹³ Vgl. Aufzeichnung Baudet, 21. 7. 1954, in: DDF 1954, S. 1–8; Soutou, Pierre Mendès France, S. 182.

¹⁴ Chêne, Introduction, in: Girault (Hg.), Pierre Mendès France, S. 148; s.a. Busschaert, Questions militaires, S. 161.

¹⁵ Ebd., S. 162.

ber in Wien, Jules Moch, Claude Cheysson, stellvertretender Chef des Kabinetts im Quai d'Orsay und ab November dessen Leiter, Georges Boris, „chargé de mission“ im Matignon, und Simon Nora, Berater für wirtschaftliche Angelegenheiten im Matignon, eine viel konziliantere Politik an¹⁶. Im Zentrum des Dissenses stand nicht zuletzt die „deutsche Frage“. Mendès France hegte gegenüber dem östlichen Nachbarn am Ende des Zweiten Weltkriegs starke Ressentiments und zeigte sein Mißfallen, als die Angelsachsen Deutschland wieder in die westliche Gemeinschaft aufzunehmen begannen¹⁷. Den raschen deutschen Wirtschaftsaufbau begleitete er mit Bewunderung, die sich mit Neid und Verdruß mischte¹⁸. Mit Beginn seiner Amtszeit als Président du Conseil setzte eine Veränderung in seiner Einstellung ein. Schon bald hielt er die deutsche Wiederbewaffnung und die Eingliederung in die westliche Welt für unverzichtbar, wenngleich er gewisse Sicherungen eingebaut sehen wollte. Ebenso kategorisch wie ein vereinigtes und neutralisiertes Deutschland lehnte er dessen völlige Handlungsfreiheit ab. Vielmehr galt es seiner Meinung nach ein strenges und wirksames Kontroll- und Beschränkungssystem der deutschen Aufrüstung zu installieren, um jegliche Gewaltanwendung bei der Lösung der offenen deutschen Grenzfragen zu verhindern¹⁹. Mendès France war kein Anhänger der deutschlandpolitischen Vorstellungen Sauvagnargues', also kein Gegner der deutschen Einheit. Allerdings konnte die Wiedervereinigung seiner Meinung nach keineswegs am Anfang des Entspannungsprozesses, sondern allenfalls am Ende als Ergebnis der Détente stehen²⁰.

Mit dem Ziel der „Retablierung der internationalen Stellung Frankreichs durch ein Primat der innenpolitischen Reform bei vorläufiger Priorität der Außenpolitik“ angetreten²¹, erschien Mendès France die Lösung der Saarfrage höchstens „ein Sekundärziel“²². In seiner Investiturerklärung stellte er demonstrativ die Beendigung des Indochinakonflikts, die Bereinigung des EVG-Problems und die Tunesienfrage in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Für die Fortsetzung der deutsch-französischen Saargespräche war da vorläufig kein Platz²³, was freilich nicht bedeutete, daß die Saarfrage als gelöst galt²⁴.

Sowohl in Bonn als auch in Saarbrücken verfolgten die Regierungen die Entwicklung in Paris mit großer Sorge. Hoffmann bat Mendès France am 5. 7. darum, die ja in wesentlichen Zügen schon fertige deutsch-französische Grundsatzerklärung „nach Kräften [zu] beschleunigen“²⁵. Grandval, der die Unruhe an der Saar

¹⁶ Vgl. Soutou, *La France, Allemagne et les accords de Paris*, S. 454–456; ders., *Pierre Mendès France*, S. 182 f.

¹⁷ Vgl. Guillen, *Pierre Mendès France*, S. 39.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 40.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 45.

²⁰ Vgl. Soutou, *Pierre Mendès France*, S. 197.

²¹ Hüser, *Abstimmung*, S. 359.

²² Ebd., S. 378.

²³ S. Investiturerklärung von Mendès France, 17. 6. 1954, in: *Mendès France, Oeuvres complètes*, Bd. 3, S. 50–69.

²⁴ Vgl. demgegenüber: Hüser, *Abstimmung*, S. 360.

²⁵ Hoffmann an Mendès France, 5. 7. 1954, in: Hoffmann, *Ziel*, S. 354; s.a. Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 7. 7. 1954, in: DDF 1954, S. 354; Hoffmann an Mendès France, *Aide-Mémoire*, 12. 9. 1954, in: ebd., S. 352 f.

aufmerksam verfolgte, hatte sich schon am 25. 6. zum Fürsprecher Hoffmanns gemacht und seinen neuen Chef ermahnt, die deutschen Wiederbewaffnung vom „*préalable du problème sarrois*“ abhängig zu machen²⁶. Mit derselben Zielrichtung, aber anderer Gewichtung riet auch der Chef der Unterabteilung Zentral-europa im Quai d'Orsay Sauvagnargues zu einer baldigen Übereinkunft. Für ihn war sie die Voraussetzung, um von Adenauer die notwendige Unterstützung zur Modifizierung des EVG-Vertrags zu erhalten²⁷.

Allerdings zogen einige seiner Kollegen durchaus auch andere Wege ins Kalkül. Bisher war die Saarfrage per Junktim mit der EPG und per doppeltem Junktim mit der EVG verknüpft. Frankreich verlangte eine Lösung des Problems vor der Ratifikation des EVG-Vertrags; für die Bundesrepublik gab es keine Regelung ohne Inkrafttreten der Verteidigungsgemeinschaft. Wenn die neue Regierung, so formulierte es der Leiter der Unterabteilung Saar, Tanguy Courson de la Ville-neuve, am 4. 8., eine neue Richtung in der Europapolitik einschlagen wolle, sei es zwingend notwendig, zunächst diese und erst dann die Saarfrage zu klären. „Autrement dit il paraîtrait vain de vouloir régler les problèmes généraux que sont la Communauté politique et la C.E.D. en partant du problème particulier que constitue la Sarre.“²⁸

Wenngleich er die Prioritäten seiner Außenpolitik im Sinne des Saarreferenten festlegte und damit von der Vorgängerregierung abwich, änderte Mendès France den Kurs seiner Saarpolitik inhaltlich nicht. Als Finanzminister Edgar Faure heftige Kritik an dem noch unter Bidault entworfenen neuen Entwurf eines Grundsatzprotokolls übte²⁹ und stärkere Garantien für die Bewahrung der französisch-saarländischen Wirtschafts- und Währungsunion verlangte, verteidigte der Président du Conseil energisch den Text³⁰. Möglicherweise gab es in diesen für Frankreich äußerst problematischen Augustwochen für die Bundesrepublik sogar eine nicht genutzte Chance, das Steuer in der Saarfrage im Sinne einer Rückkehr nach Deutschland voll herumzureißen; dann nämlich, wenn Bonn den Pariser Schwenk auf eine vorrangige Regelung der EVG-Frage torpediert oder als Hebel benutzt hätte, die Lösung der Saarfrage gerade jetzt zu erzwingen³¹. Freilich setzte diese Strategie voraus, dem Saarproblem den Vorrang gegenüber der EVG einzuräumen. Für Adenauer kam das aber nicht in Betracht.

Mit der Entscheidung der Assemblée Nationale vom 30. 8., die Ratifikationsdebatte über die EVG nicht auf die Tagesordnung zu setzen³², wurden die Karten neu gemischt. Der Europäisierung der Saar war damit das „logische und sachliche Fundament“ entzogen³³. Sie verlor für Adenauer ihre instrumentelle Funktion und wurde für ihn zu einer „schwere[n] politische[n] Bürde“³⁴. Während ihm

²⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 370–374, Grandval an MAE, Tel. 376/94, 25. 6. 1954, *Réserve*.

²⁷ S. Aufzeichnung Sauvagnargues, 10. 7. 1954, in: BDFD II, S. 218–221.

²⁸ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 271, Bl. 1 f., Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 4. 8. 1954 (Konzept TC).

²⁹ S. ebd., Bd. 270, Bl. 301–307, „Projet de protocole franco-allemand“, 10. 6. 1954.

³⁰ S. Mendès France an Faure, Nr. 3035, 12. 8. 1954, in: DDF 1954, S. 129–133.

³¹ Vgl. ders. an Debré, 26. 10. 1954, in: Mendès France, *Oeuvres complètes*, Bd. 3, S. 416.

³² Vgl. Kap. III.4.3.

³³ Schmidt, *Saarpolitik*, Bd. 3, S. 16.

³⁴ Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, S. 377; s.a. Reppen, *Saar-Frage*, S. 96.

daran gelegen sein mußte, die Saarfrage in den Hintergrund zu schieben, blieb sie für Mendès France „au premier plan des préoccupations du gouvernement français“³⁵. Beide Regierungschefs bemühten sich nun auffällig um eine enge Tuchföhlung mit dem saarländischen Ministerpräsidenten, der nach der Regierungskrise im Sommer inzwischen einer Koalition ohne SPS-Minister vorstand, die bisweilen sogar schon an einen „neuen Kurs“ dachte³⁶. Ein erst allmählich abebbender Konjunkturreinbruch, fortschreitender saarländischer Vertrauensverlust gegenüber Frankreich bei gleichzeitiger positiver Ausstrahlungskraft der prosperierenden Bundesrepublik forcierten die seit Monaten schleichende Entfremdung zwischen Paris und Saarbrücken³⁷. Im Auswärtigen Amt stellte sich nach eingehenden Kontakten mit diversen Saarpolitikern Anfang September der Eindruck ein, als ob Hoffmann die Notwendigkeit zu einer politischen Umorientierung wachsen sehe, die letztlich nur auf eine „engere Verbindung mit der Bundesrepublik“ bei gleichzeitiger „Lösung aus der französischen Vorherrschaft“ hinauslaufen könne. Er erwarte aber von Adenauer eine Abstimmung der Zielsetzungen. Angesichts der Bemühungen der Opposition, die Gunst der Stunde zur Rückkehr der Saar nach Deutschland zu nutzen, sah das Auswärtige Amt zwei Optionen: die Zusammenarbeit mit den prodeutschen Kreisen, um die Regierung zu kippen – ein Weg, der als „langwierig und keineswegs sicher“ galt und den Konfrontationskurs fortsetze –, oder das rasche Eingehen auf die Anregung Hoffmanns, um ihn auf eine Bonn genehme politische Linie zu bringen³⁸.

Im Quai d'Orsay gingen ähnliche Signale ein. Das Scheitern der EVG hatte die saarländischen Hoffnungen auf ein europäisches Statut stark gemindert, so daß sich aus der französischen Sicht die Notwendigkeit ergab, die Zukunftsträchtigkeit der europäischen Idee zu betonen und sie auf den Europarat oder die EGKS zu focussieren³⁹. Ohne sich für einen der beiden Wege bereits entschieden zu haben, versicherte Mendès France Hoffmann am 12. 9. ausdrücklich, weder das „préalable sarrois“ noch das Ziel der Europäisierung der Saar aufgeben zu wollen⁴⁰.

Da Adenauer zunächst auf die Klärung der deutschen Sicherheits- bzw. Souveränitätsfrage setzte⁴¹, schaltete sich van Naters wieder in die Debatte ein. Um die abgebrochenen deutsch-französischen Saargespräche auf der Basis des „Accord-Adenauer-Teitgen“ und der französischen Gegenvorschläge wiederzubeleben, empfahl der holländische Europarat-Abgeordnete, die Saarfrage neu aufzuwerfen, sollte die EPG als Kontrollorgan nicht innerhalb der nächsten fünf bis sechs realisiert sein. Der saarländische Ministerpräsident konnte sich mit dieser Verschiebung für die dritte Stufe der Europäisierung durchaus anfreunden. Für die franzö-

³⁵ Mendès France an Washington etc., Tel. 11866 etc., 8. 9. 1954, in: DDF 1954, S. 298.

³⁶ Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 18; zur Regierungskrise und -umbildung vgl. ebd., S. 1–13; Heinen, Saarjahre, S. 444–446.

³⁷ Vgl. ebd., S. 429–449.

³⁸ PA, B 17, Bd. 152, Bl. 48–54, Referat Thierfelder an Ophüls u. Blankenhorn, Aufzeichnung 219–214–00/393/54g, 9. 9. 1954, Streng geheim.

³⁹ S. Abt. Europa im MAE an Mendès France, Aufzeichnung, 9. 9. 1954, in: DDF 1954, S. 311.

⁴⁰ Aufzeichnung Grandval, 13. 9. 1954, in: ebd., S. 350–352, hier S. 350; s.a. Hoffmann, Ziel, S. 376; Heinen, Saarjahre, S. 455 f.; Hüser, Abstimmung, S. 364.

⁴¹ Vgl. Thoß, Lösung, S. 229.

sische Führung galt der Vorschlag hingegen als indiskutabel⁴². Sie bestand auf einer möglichst baldigen Klärung des Problems und suchte nach einem Ersatz für die EPG als Dachkonstruktion. Im Gegensatz zu den bisherigen Überlegungen des Quai d'Orsay setzte der Regierungschef nicht auf den Europarat oder die Montanunion, sondern auf den Brüsseler Pakt. Der Schwierigkeiten zur Durchsetzung dieser Konzeption war er sich durchaus bewußt. Da der Pakt eine zwischenstaatliche und keine supranationale Organisation war, würde die Europäisierung quasi „ohne Europa“⁴³ erfolgen. Zur Beruhigung der überzeugten Europäer schlug Mendès France am 20. 9. vor, der Brüsseler Institution exekutive Funktionen und „une certaine dose de supranationalité“ einzuimpfen⁴⁴. Aus der Sicht seiner Beamten im Außenministerium reichte dies aber nicht aus, um die Partner für diesen Plan zu gewinnen. Von Seydoux mußte sich Mendès France sagen lassen, daß die Brüsseler Union nun überhaupt nicht mit jenem Europa korrespondiere, das Adenauer im Blick habe. Und England werde wohl kaum eine aktive Rolle in der Saarfrage zu spielen wünschen⁴⁵.

Nachdem Grandval und Hoffmann darauf gedrängt hatten, die Saarfrage auf der anstehenden Vier-Mächte-Konferenz in London zu lösen⁴⁶, unterstrich Mendès France am Vorabend der Tagung noch einmal das saarpolitische „préalable“⁴⁷. Briten und Amerikaner setzten ihre deutschen Kollegen daraufhin im Verlauf der Vorbereitungsgespräche unter Druck, einer Europäisierung generell zuzustimmen⁴⁸. Die stand in Bonn aber mittlerweile zur Disposition. Selbst Unionspolitiker sprachen sich – wenn auch noch verklausuliert – für eine Rückkehr der Saar aus⁴⁹, und Adenauer spielte auf Zeit. Da der bisherigen Konzeption zur Bereinigung des Saarproblems seiner Meinung nach mit der Ablehnung der EVG „der Boden entzogen“⁵⁰ war, konnten entsprechende Verhandlungen auf der Londoner Konferenz seines Erachtens kaum von Nutzen sein. Sein getreuer Adlatus Blankenhorn versuchte daher amerikanischen Diplomaten klarzumachen, die Franzosen wollten mit dem Aufwerfen der Saarfrage nur zusätzliche Hürden für die deutsche Wiederbewaffnung aufbauen⁵¹. Als dann auch Hallstein unter Hinweis auf ein mögliches Zusammenspiel zwischen SPD und FDP dringend vor der Erörterung des Komplexes warnte, gewann der englische Außenminister Eden die

⁴² S. Grandval an MAE, Tel. 591/600, 11. 9. 1954, *Priorité absolue*, in: DDF 1954, S. 331–333; ders. an dass., Tel. 601/12, 11. 9. 1954, *Réservé*, *Priorité absolue*, in: ebd., S. 333–336; Aufzeichnung dess., 13. 9. 1954, in: ebd., S. 350–352.

⁴³ Fischer, Saar, S. 186.

⁴⁴ Rede von Mendès France vor dem Europarat, 20. 9. 1954, in: Mendès France, *Oeuvres complètes*, Bd. 3, S. 331–342, hier S. 334; s.a. AMAE, *Europe 1944–1960*, Sarre, Bd. 271, Bl. 33–35, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 22. 9. 1954 (Konzept TC).

⁴⁵ S. ebd., Bl. 37–39, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 23. 9. 1954 (Konzept FS).

⁴⁶ S. Grandval an MAE, Tel. 630/45, 24. 9. 1954, *Réservé*, *Priorité absolue*, in: DDF 1954, S. 455–459; Bérard an MAE, Tel. 4770/74, 30. 9. 1954, *Réserve*, in: ebd., S. 487f.; Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 582f., Tb. 2. 10. 1954.

⁴⁷ Mendès France an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 79, 23. 9. 1954, *Très urgent*, in: DDF 1954, S. 436.

⁴⁸ S. Memorandum Merchants, 25. 9. 1954, *Secret*, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1272f.; Thoß, Lösung, S. 230.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 227.

⁵⁰ PA, Abt. 2, Bd. 488, Bl. 232, Adenauer an Ney, zu 219–214–03–21/14098/54, Oktober 1954, Entwurf.

⁵¹ S. Memorandum Merchants, 25. 9. 1954, *Secret*, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1272f.

Überzeugung, der Kanzler sei zu schwach, um den angelsächsischen Forderungen nachzugeben⁵². In Übereinstimmung mit Dulles sprach er sich schließlich dagegen aus, die Saarfrage auf die Konferenzagenda zu setzen. Mendès France erklärte sich daraufhin dazu bereit, die Debatte bis nach der Außenministertagung zu verschieben⁵³.

Der französische Regierungschef tippte das Thema denn auch nur in der Eröffnungssitzung der Neun-Mächte-Konferenz am 28. 9. an⁵⁴. Tags darauf versprach er bei einem kurzen Kontakt mit dem Kanzler, es vorerst ruhen zu lassen⁵⁵. Hallsteins Schlußfolgerung, das „*préalable*“ sei ausgestanden, entbehrte aber jeglicher Grundlage. Am Rande der Schlußsitzung stellte Mendès France am 3. 10. klar, daß er die Saarverhandlungen schon in der nächsten Woche wieder aufnehmen wolle. Ohne angemessene deutsche Konzessionen, so lautete seine Begründung, würden die angestrebten Westverträge nicht die parlamentarischen Hürden in der Nationalversammlung überwinden⁵⁶. Dulles unterstellte ihm umgehend, er habe mit der Saarfrage eine bewußte Sollbruchstelle in die Londoner Abmachungen eingebaut⁵⁷. Kalmierende Meldungen von der Seine, die Zustimmung der Assemblée Nationale sei kein Problem, eine Saarlösung erst nach den zur vertraglichen Fixierung der Vereinbarungen nach Paris einberufenen Konferenzen erforderlich⁵⁸, erwiesen sich rasch als unhaltbar.

Adenauer war das ebenso wenig recht wie die am Rhein neu entfachte Saardebatte⁵⁹. Er wollte das Londoner Vertragswerk zunächst „unter Dach und Fach bringen“ und hoffte, Frankreichs Forderungen dann mit wirtschaftlichen Konzessionen im Zaum halten zu können⁶⁰. Am 7. 10. setzte der kluge stellvertretende Kabinettschef von Mendès France, Jean-Marie Soutou, Blankenhorn indes davon in Kenntnis, „in der Umgebung“ des Regierungschefs herrsche die Auffassung vor, Kanzler und Président du Conseil sollten noch vor dem Beginn der Pariser Konferenz, am besten am 19. 10., „die Gesamtheit der deutsch-französischen Beziehungen“ mitsamt der Saarfrage besprechen⁶¹. Als zahlreiche Abgeordnete am Tag darauf im Palais Bourbon eine Beseitigung des Saarproblems auf der bevorstehenden Außenministertagung verlangten, sah sich der Regierungschef dazu genötigt, die definitive Lösung der Angelegenheit zur unabdingbaren Voraussetzung für die Zustimmung zum deutschen NATO-Beitritt zu erheben⁶². Die Begegnung mit seinem deutschen Pendant war ihm jetzt so wichtig, daß er erwog, sie in Bonn

⁵² Vgl. Thoß, Lösung, S. 230 f.

⁵³ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 1254, 24. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1256–1259.

⁵⁴ S. Erklärung Mendès France' in der Vollsitzung der Neun-Mächte-Konferenz vom 28. 9. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 31.

⁵⁵ Vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 198, Tb. 28. 9. 1954.

⁵⁶ Vgl. Thoß, Lösung, S. 231.

⁵⁷ S. Dulles an Eisenhower, 3. 10. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1369 f.

⁵⁸ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 1442, 6. 10. 1954, Confidential, in: ebd., S. 1373 f.; Thoß, Lösung, S. 231.

⁵⁹ S. Bundestagsdebatte, 7. 10. 1954, in: BT, Sten. Ber., Bd. 21, S. 2247, 2253, 2257 u. 2263 f.; Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 285 f.

⁶⁰ Kabinettsitzung, 5. 10. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 421.

⁶¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 34, Bl. 54–56, Blankenhorn an Adenauer u. Hallstein, Tel. 584, 7. 10. 1954, Geheim, Citissime.

⁶² S. Debatte in der Assemblée Nationale, 7./8. 10. 1954, in: JO, Ass. Nat., Déb. Parl. 1954, Bd. 8, S. 4569–4655; Ordre du Jour, 8. 10. 1954, in: ebd., S. 4627; AdG 1954, S. 4793A.

stattfinden zu lassen. Blankenhorn riet Adenauer dringend dazu, die Einladung anzunehmen, da Mendès France nach seinen Erkundigungen in Paris offenbar fester im Sattel saß, als in Bonn bisher angenommen worden war. Er empfahl aber, die Gespräche in Marly stattfinden zu lassen und nicht auf die Saarfrage zu beschränken⁶³.

Mit dem Einschwenken von Mendès France in die westliche Einheitsfront und der Aussicht auf dessen längere Amtszeit sah sich Adenauer unter „Zugzwang“⁶⁴ gesetzt. Am 11. 10. gab er im Bundesvorstand seiner Partei bekannt, er habe einem Treffen am 19. 10. zugestimmt⁶⁵. Französischen Diplomaten gegenüber signalisierte er größtes Interesse an der Unterredung und die Absicht, einen umfangreichen Plan zur deutsch-französischen Kooperation ins Werk zu setzen. Im Hotel Dreesen erweckte der Kanzler damit den Eindruck, er glaube die Billigung einer Saarregelung durch den Bundestag dadurch erleichtern zu können, daß er sie in ein ökonomisches Ensemble einpacke⁶⁶.

Wie die nun eingeleiteten französisch-saarländischen Wirtschaftsverhandlungen erkennen ließen, reichte den Franzosen das als Kaufpreis für eine Saarregelung aber nicht aus. Noch vor der Aufnahme der Verhandlungen mit der Bundesrepublik gedachten sie, durch einen weiteren Ausbau der Wirtschaftsunion die mit den intensivierten deutsch-saarländischen Kontakten einhergehende „Erosion“ des Verhältnisses zum Saargebiet aufzuhalten⁶⁷. Aus Sorge vor einer deutschen Verweigerungshaltung gegenüber europäisch gemusterten Lösungen entwickelte Paris gleichzeitig ein Konzept, mit Saarbrücken jeglichen Versuch abzuwehren, an der Saar ein „condominium franco-allemand“ zu kreieren. Der amerikanischen Botschaft legte der Quai d'Orsay dazu den Vorschlag vor, die Ernennung des europäischen Kommissars durch den Brüsseler Pakt in Abstimmung mit der Saarregierung durchführen zu lassen. Für den Fall einer weiteren europäischen Integration sollte der Ministerrat des Paktes darüber entscheiden, in welchem Maße seine Zuständigkeiten auf die dann entstehenden europäischen Organisationen übertragen werden konnten. In Übereinstimmung mit Saarbrücken zielte Paris darauf ab, London und Washington zur Garantie der Einbeziehung des Saarstatuts in einen Friedensvertrag zu bewegen. Die von Saarbrücken geforderte Begrenzung der Aktivitäten oppositioneller Parteien durch das Statut galt in Paris als nicht durchsetzbar. Da der französische Finanzminister stärkste Bedenken gegen den saarländischen Wunsch nach Anhebung der Importkontingente aus Deutschland entsprechend der Entwicklung der Exporte nach Deutschland hegte, sprach sich der Quai d'Orsay dafür aus, den Rahmen der Saarkonventionen nicht zu durchbrechen. Zugeständnisse an die saarländische Adresse schienen zwar unvermeidbar; aber Zollbefreiungen, die Frankreich dazu zwingen würden, einen „cordon douanier“ zum Saarland aufzubauen, mußten verhindert werden⁶⁸.

⁶³ S. PA, BStS, Bd. 347, Blankenhorn an Adenauer, Aufzeichnung, 9. 10. 1954, Geheim; Wilkens, Programm, S. 567.

⁶⁴ Thoß, Lösung, S. 232.

⁶⁵ S. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 11. 10. 1954, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 269.

⁶⁶ S. Bérard an Soutou, 11. 10. 1954, in: BDFD II, S. 358–360.

⁶⁷ Schneider, Gilbert Grandval, S. 237; vgl. Freymond, Saar, S. 177.

⁶⁸ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 271, Bl. 62–65, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE,

Dank der energischen Einwirkung Grandvals wurde Hoffmann in den am 13. 10. im Quai d'Orsay eröffneten saarländisch-französischen Regierungsverhandlungen dazu bewogen, zentrale Forderungen zur Stärkung der rechtlichen Lage und zur Behebung der relativen ökonomischen Rückständigkeit zurückzunehmen⁶⁹. Drei Tage später legten beide Seiten in einem Notenwechsel die Grundzüge der gemeinsamen wirtschaftlichen Zusammenarbeit fest und fixierten ihre Auffassung über die ökonomischen Beziehungen zwischen Bonn und Saarbrücken. Mendès France und Hoffmann verständigten sich darauf, die Höhe des saarländischen Bedarfs deutscher Güter periodisch zu überprüfen und eine Reduzierung der saarländischen Importe nur im Fall einer schweren Krise der Zahlungsbilanz zwischen der Franc-Zone und der Bundesrepublik vorzunehmen⁷⁰.

Für Frankreich hatten diese Abmachungen auch den Sinn, der Bundesrepublik mit dem Angebot liberalisierter Wirtschaftsbeziehungen zur Saar eine definitive politische Saarregelung abzuhandeln. Mendès France war zwar aufgrund der juristischen Probleme, die eine solche Regelung für Adenauer aufwarf, bereit, die Endgültigkeit „technically“ bis zu einem Friedensvertrag offenzuhalten. In der Substanz sollte die Europäisierung der Saar auf einer Friedenskonferenz aber letztlich nur noch angenommen werden⁷¹. Um sein Konzept auszudrücken, suchte er den Beistand der amerikanischen Botschaft und suggerierte ihr, der Kanzler setze nach dem Scheitern der EVG offenbar darauf, den deutschen Charakter der Saar festzuschreiben. Dillon ließ sich von seinen Argumenten überzeugen und drängte Dulles zur Intervention. Mendès France, so telegraphierte er dem Minister am 16. 10., könne seine Konzessionen gegenüber Adenauer nur dann durch das Parlament bringen, wenn Briten und Amerikaner ihm die Unterstützung der Saarregelung im Friedensvertrag versprächen und die USA zusätzlich eine Garantie des Statuts bis zum Friedensvertrag abgäben⁷². Das Foreign Office wollte von einer Vermittlung zu diesem Zeitpunkt aber nichts wissen⁷³, und auch das State Department lehnte eine Garantie in der von Dillon gewünschten Weise ab. Conant hatte nämlich in der Zwischenzeit auf die innenpolitischen Schwierigkeiten des Kanzlers aufmerksam gemacht und von dem angedrohten Koalitionsbruch durch führende Liberale für den Fall einer profranzösischen Regelung berichtet. Nach Meinung des Hohen Kommissars konnte Adenauer Mendès France allenfalls eine Lösung zugestehen, die bis zum Friedensvertrag Gültigkeit besäße⁷⁴.

Derweil hatte Blankenhorn gegenüber Bérard durchblicken lassen, Adenauer wolle auf die bereits Robert Schuman präsentierte Formel zurückkommen, „c'est-

12. 10. 1954 (Konzept FS); s.a. Dillon an Dep. of State, Tel. 1578, 14. 10. 1954, Confidential, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1389f.

⁶⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 238, Bl. 10f., „Conversations franco-sarroises“, 17. 10. 1954; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 23f.

⁷⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 271, Bl. 79f., Mendès France an Hoffmann, 16. 10. 1954; Heinen, Saarjahre, S. 465f.; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 675–677; ebd., Bd. 3, S. 21–26.

⁷¹ Dillon an Dep. of State, Tel. 1558, 13. 10. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1388; s.a. ders. an dass., Tel. 1578, 14. 10. 1954, Confidential, in: ebd., S. 1389f.; Thoß, Lösung, S. 233.

⁷² S. Dillon an Dep. of State, Tel. 1617, 16. 10. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1394–1396.

⁷³ S. Butterworth an dass., Tel. 1942, 18. 10. 1954, Secret, in: ebd., S. 1397.

⁷⁴ S. Conant an dass., Tel. 260, 17. 10. 1954, Secret, Priority, in: ebd., S. 1396; zur Entscheidung von Dulles ebd., Anm. 3; s.a. Thoß, Lösung, S. 228.

à-dire de considérer le règlement comme définitif (ou valable) sous réserve d'un traité de paix"⁷⁵. Wenige Tage später gelang dem Ministerialdirektor mit dem stellvertretenden Kabinettschef von Mendès France eine erhebliche Annäherung der Standpunkte. Soutou stellte Abstriche in der Frage des Definitivums in Aussicht, während Blankenhorn sich zu umfangreichen Konzessionen wirtschaftlicher Art bereit zeigte⁷⁶. Soutou gab sogar zu erkennen, daß die Saar als Folge einer zwangsläufigen Entwicklung „noch vor Abschluß eines Friedensvertrages“ zu Deutschland zurückkehren werde⁷⁷. Von anderen engen Vertrauten erhielt Adenauer ähnlich verheißungsvolle Informationen. Von Brentano glaubte nach eingehenden Gesprächen an der Seine ihm mitteilen zu können, es bestehe „kein Anlaß“, der französischen Regierung in der Saarfrage „sehr weit entgegenzukommen“. Das Saarproblem werde „kein echter Anlaß für eine ablehnende Haltung der französischen Kammer“ sein⁷⁸.

Gleichzeitig wuchs der innenpolitische Druck auf den Kanzler. Im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages meldeten liberale und sozialdemokratische Parlamentarier am 13. 10. starke Vorbehalte gegen eine Europäisierung der Saar an⁷⁹. Daß dieses Votum aber zumindest in der SPD nicht unisono galt, zeigte der wenige Tage zuvor in der „Stuttgarter Zeitung“ veröffentlichte Plan des in der Fraktion zweifellos besten Kenners der Materie, Karl Mommer. Seine Vorstellungen von einer „keine Seite ganz befriedigenden, aber auch für keine Seite unannehmbaren Lösung“ zielten darauf ab, der Saarbevölkerung die freie Wahl über die Zugehörigkeit zu Deutschland oder Frankreich zu überlassen⁸⁰. Nach einer Gegendarstellung des SPD-Parteivorstandes⁸¹, der wohl aus Sorge, von der FDP als nationale Partei übertrumpft zu werden, jegliche Separation der Saar von Deutschland ablehnte, ruderte er in einem Interview am 18. 10. aber schon wieder zurück. Mommer wies den Van-Naters-Plan jetzt als „trügerische Europäisierung“ zurück und verlangte eine zwischen Bonn und Paris ausgearbeitete Saarregelung, die bis zum Friedensvertrag befristet sein und die Aufhebung aller Beschränkungen für politische Parteien enthalten müsse. Um dieses Ziel zu erreichen, war er dazu bereit, den Status quo in der Wirtschafts- und Währungsunion zu belassen, sofern die Interessen der Saar berücksichtigt würden⁸². Damit kam er den Vorstellungen der verbotenen Saarparteien sehr nahe, die in einer zweistündigen Unterredung mit dem Kanzler am selben Tag noch einmal ihre Kernvorstellungen unterstrichen: Garantie der vollen Freiheit ihrer

⁷⁵ Bérard an Soutou, 11. 10. 1954, in: BDFD II, S. 360; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 156, Bl. 315–316, ders. an MAE, Tel. 5046/53, 13. 10. 1954, Secret, Réserve.

⁷⁶ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 584 f., Tb. 15. 10. 1954; Thoß, Lösung, S. 233 f.

⁷⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 358–361, Unterredung zwischen Blankenhorn und Soutou vom 16. 10. 1954, 18. 10. 1954; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 162.

⁷⁸ PA, Abt. 2, Bd. 856, Bl. 213–217, von Brentano an Adenauer, 18. 10. 1954.

⁷⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 271, Bl. 67–69, Bérard an MAE, Tel. 5073/82, 14. 10. 1954, Réserve.

⁸⁰ Artikel Mommers, in: „Stuttgarter Zeitung“, 9. 10. 1954; mit fehlerhafter Überschrift im Auszug auch in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 677–681; vgl. dazu: Cahn, Parti, Bd. 1, S. 383–393.

⁸¹ Vgl. ebd., S. 393–394.

⁸² Interview Mommers mit dem „NWDR“, 18. 10. 1954, im Auszug in: BDFD III, S. 271 f., hier S. 272; s.a. Cahn, C.D.U., S. 162.

Betätigung und Billigung weitreichender Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet⁸³.

Auch die FDP meldete sich jetzt zu Wort. Am 18. 10. schickten Blücher und Preusker dem Kanzler eine „Skizze“ für die anstehenden Verhandlungen in Paris⁸⁴. Die Absicht ihrer unter der Bezeichnung „Preusker-Plan zur Lösung der Saarfrage“ bekanntgewordenen Vorschläge war es, weit über das eigentliche Problem hinausgehend, eine intensive wirtschaftliche Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich anzuregen. Die Verfasser gingen von der These aus, daß die wirtschaftlichen Interessen der Saar mit denen ihres großen Nachbarn kollidierten. Frankreich betrachte die Saar „im wesentlichen [als] eine Rohstoff- und Absatzreserve“, die Saar hingegen sei an einer stetigen Wirtschaftsentwicklung interessiert. Aus dieser Grundüberzeugung entwickelten die Autoren dann das Konzept, den Franzosen politische Zugeständnisse vor allem hinsichtlich des Friedensvertragsvorbehaltes durch ein weitestgehendes Entgegenkommen in wirtschaftlichen Fragen abzukaufen. Dazu gehörten die Beibehaltung der Währungsunion für eine längere Übergangsfrist; die Einräumung bestimmter Francs-Kontingente an Frankreich bzw. die Bewilligung langfristiger Kredite für den Ankauf der Saarkohle; die Gewährung von Investitionskapital an die Saar; eine Drittelung der Besitzrechte der ehemals dem Deutschen Reich gehörenden Unternehmen zwischen Deutschland, Frankreich und der Saar; eine langfristige Kreditierung des deutschen EZU-Guthabens gegenüber Frankreich zur Stabilisierung der französischen Wirtschaft; die Bereitstellung von Kapital für den Aufbau von Produktionsstätten für schwere Waffen; die Bereitschaft zur Kooperation bei der Entwicklung von Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft in der Union Française⁸⁵.

Bemerkenswerterweise befindet sich dieser „Preusker-Plan“ auch in den Akten des Quai d’Orsay, ist also offenbar französischen Diplomaten vorgelegt oder zugespielt worden⁸⁶. Man überschätzt aber die Bedeutung dieses Dokuments, wenn man es als „Marschroute“ des Kanzlers für seine Unterredung mit dem französischen Regierungschef identifiziert⁸⁷. Wie Adenauers Marschroute tatsächlich aussah, verdeutlicht eine vom Auswärtigen Amt erarbeitete Aufzeichnung. Auch den Beamten in der Koblenzer Straße schwebte die Entschärfung der Saarproblematik durch eine Intensivierung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen vor, etwa durch den Abschluß eines langfristigen Handelsabkommens, die staatliche Förderung der industriellen Zusammenarbeit und die Schaffung entsprechender Gremien wie eines deutsch-französischen Wirtschaftsrates und einer deutsch-französischen Handelskammer. Die Saarfrage selbst dachten sie mit Hilfe eines Grundsatzabkommens sowie einer detaillierten Regelung zu bereinigen: Herstellung der vollen demokratischen Freiheitsrechte; Wahrung der außenpolitischen

⁸³ S. ACDP, Arbeitskreis V Außenpolitik, VIII-006-001/1, Äußerungen von Walz in der Sitzung des Arbeitskreises Außenpolitik der CDU vom 19. 10. 1954; Cahn, Parti, Bd. 1, S. 394–396; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 29f.

⁸⁴ S. BA, NL Blücher, Bd. 302, Bl. 114, Blücher u. Preusker an Adenauer, 18. 10. 1954; ohne Angabe der Absender abgedruckt in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 28.

⁸⁵ FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages, Denkschrift, in: ebd., S. 681–685, hier S. 683.

⁸⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 279, Bl. 226–231.

⁸⁷ Küppers, Rheinland-pfälzische Saarpolitik, S. 346.

Interessen der Saar durch einen vom Ministerkomitee des Europarates ernannten und ihm verantwortlichen Kommissar; Abschluß eines Abkommens zwischen Bonn, Paris und Saarbrücken über Wirtschaftsfragen; schrittweise Anbahnung „gleichartige[r] Beziehungen“ zwischen der Saar und der Bundesrepublik, sofern die wirtschaftlichen Interessen der Saar und Frankreichs nicht beeinträchtigt würden; Aufrechterhaltung der Währungsunion bis zur Ausgabe einer Währung europäischen Charakters; Überantwortung der Verwaltung der Bergwerke und des Warndt-Kohlegebietes an die Saar⁸⁸.

Saarverhandlungen am Rande der Pariser Konferenzen

Entsprechend ‚präpariert‘ traf sich Adenauer am 19. 10. mit Mendès France auf Schloß La Celle-St. Cloud. Der Ort des Zusammentreffens – einst Residenz der Madame Pompadour und der Kaiserin Eugénie, im Zweiten Weltkrieg Dienststelle eines deutschen Geheimdienstes – war bis zuletzt geheimgehalten worden⁸⁹. Mendès France, der „rücksichtslose, zielbewußte und ehrgeizige Geschäftsmann“, wie Blankenhorn ihn nannte⁹⁰, wollte seinen Gast offenbar durch den prunkvollen Rahmen einnehmen und in ländlicher Abgeschlossenheit für seine Politik gewinnen. Nach einem knappen Tête-à-tête sprachen beide Staatsmänner sechs Stunden miteinander im Kreise einiger weniger Berater, vertieften ihre Unterredung dann zu zweit bei einem Spaziergang im Park und ließen das Treffen durch ein Galadiner ausklingen⁹¹. Sie kamen überein, die Saarfrage zunächst in den größeren Rahmen eines allgemeinen deutsch-französischen Rapprochements zu stellen. Langfristig angelegte wirtschaftliche Zusammenarbeit, Kultur- und Jugendaustausch sollten dem Streitobjekt die Schärfe nehmen⁹². Die anfänglich gute Stimmung verflieg aber in dem Moment, als man sich von den Höhen zukünftiger Kooperationsprojekte in die Niederungen der Saarfrage begab. Mendès France ging vom Van-Naters-Plan aus und brachte erwartungsgemäß den Brüsseler Pakt als europäische Kontrollinstanz ins Spiel. Dabei verlangte er „eine möglichst definitive Lösung“ unter dem Vorbehalt des Friedensvertrags. Adenauer begann seine Ausführungen mit einem seiner beliebten historischen Rückblicke und behauptete kühn: „Politische Macht sei nicht mehr nötig, um wirtschaftliche Zwecke zu erfüllen.“ Um den wirtschaftlichen Niedergang an der Saar zu verhindern, müßten große Summen in der Industrie investiert werden. Die Bundesrepublik sei zur Hilfe bereit, sofern man der Saar die Wahl-, Versammlungs- und Pressefreiheit gewähre. Die Zoll- und Währungsunion könne aufrechterhalten bleiben. Um Frankreich den Schrecken einer völlig ungezügelter Oppositionsmaschinerie zu nehmen, zeigte er sich gewiß, daß die prodeutschen Parteien auch bei freiem Wahlrecht keine Mehrheit erhielten. Politisch verlangte er, der Saar ein Au-

⁸⁸ Aufzeichnung des AA, 18. 10. 1954, Geheim, in: BDFD II, S. 365–367, hier S. 366.

⁸⁹ S. PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 10, Hausenstein an AA, Tel. 616, 14. 10. 1954; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 585, Tb. 15. 10. 1954; zu den deutsch-französischen Saarverhandlungen vom 19.–23. 10. 1954 vgl. ausführlich Elzer, Adenauer und die Saarfrage.

⁹⁰ BA, NL Blankenhorn, Bd. 33b, Bl. 1 f., Tb. 30. 9. 1954; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 160.

⁹¹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 312, Tb. 19. 10. 1954; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 587, Tb. 20. 10. 1954.

⁹² Vgl. Kap. III.4.4; Wilkens, Programm, S. 568–574.

tonomiestatut unter der Kontrolle eines Kommissars oder einer Kommission zu geben, ernannt vom Ministerrat des Europarates. Angesichts dieser unterschiedlichen Positionen war der anschließende Disput, der sich vor allem auf die Kontrollinstanz und die Dauer des Abkommens konzentrierte, nicht zu vermeiden. Adenauer betonte den provisorischen Charakter der Regelung, die von der Bundesregierung bis zum Friedensvertrag nicht angetastet würde. Mendès France beharrte auf dem „definitive[n] Charakter sous réserve du traité de paix“, der letztlich „irrevokabel“ sein müsse. Außerdem forderte er für die Saarbevölkerung das Recht, sich in einem Referendum zu dem Statut zu äußern. Adenauer hingegen bevorzugte die Entscheidung durch einen frei gewählten Landtag. Mendès France entgegnete darauf, die Saarbevölkerung werde zweimal konsultiert: beim Inkrafttreten der Regelung und beim Friedensvertrag⁹³.

Gegenüber angelsächsischen Beobachtern äußerten sich deutsche wie französische Diplomaten nach der Unterredung gleichermaßen optimistisch. Allerdings konnten sie nicht darüber hinwegsehen, daß ihre Chefs in einem wichtigen Punkt in der Sackgasse saßen. Mendès France akzeptierte die Zulassung der prodeutschen Parteien nur unter der Bedingung ihrer Treue zum Statut. Adenauer konnte dies nicht akzeptieren, weil es seiner Absicht zuwiderlief, die Saarfrage bis zum Friedensvertrag potentiell offenzuhalten⁹⁴. Er sah sich aber der erpresserischen Warnung gegenüber, ohne Übereinkunft in der Saarfrage werde Frankreich die Ergebnisse der Pariser Konferenzen nicht unterzeichnen. Der Kanzler versuchte zwar später, im Dezember 1954, diese Drohung im Bundestag herunterzuspielen⁹⁵. Angesichts der französischen Bestätigung kann es aber keinen Zweifel darüber geben, daß Mendès France sich dieses Druckmittels tatsächlich bediente⁹⁶.

Anders als auf der Brüsseler EVG-Konferenz vom August⁹⁷ stand deshalb nun der Kanzler und nicht der Président du Conseil mit dem Rücken zur Wand. An der Saarfrage, dessen war er sich bewußt, durften die Pariser Verträge auf keinen Fall scheitern. Aber ohne innenpolitische Rückversicherung wäre eine Einigung mit Frankreich auf Sand gebaut. Ein der Saar das Recht auf Separation kompromißlos absprechender Zeitungsartikel Dehlers vom 20. 10. bot Adenauer einen Vorgeschmack auf kommende Gefechte mit der FDP⁹⁸. Die Liberalen vertraten allgemein die Ansicht, Adenauer müsse sich unter allen Umständen dem Versuch von Mendès France widersetzen, ein Junktim zwischen der Saarregelung und dem Gesamtvertragswerk herzustellen. Der französische Regierungschef sei zwar in

⁹³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 313–325, Unterredung zwischen Adenauer und Mendès France vom 19. 10. 1954, im Auszug in: BDFD I, S. 355–359, hier S. 355, 356 u. 357; s.a. PA, Abt. 3, AZ 210–01/22, Bd. 4, Blankenhorn u. Hausenstein an von Welck, Tel. 634, 20. 10. 1954, Vertraulich, Citissime; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 370–372; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 585–587, Tb. 19. 10. 1954; Elzer, Adenauer und die Saarfrage, S. 674–682.

⁹⁴ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 1655, 20. 10. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1402f.; ders. an dass., Tel. 1656, 20. 10. 1954, Secret, Priority, in: ebd., S. 1403f.; ders. an dass., Tel. 1680, 21. 10. 1954, Confidential, Priority, in: ebd., S. 1458f.; Thoß, Lösung, S. 234.

⁹⁵ S. Wortwechsel zwischen Adenauer und Mommer bzw. Schmid im Bundestag, 16. 12. 1954, in: BT, Sten. Ber., Bd. 22, S. 3232–3234; Schmid, Erinnerungen, S. 560.

⁹⁶ Vgl. Thoß, Lösung, S. 235.

⁹⁷ Vgl. Kap. III.4.3.

⁹⁸ S. Artikel Dehlers, in: „Stuttgarter Zeitung“, 20. 10. 1954, im Auszug auch in: Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 177; vgl. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 587, Tb. 20. 10. 1954; Cahn, C.D.U., S. 160f.

einer starken Position, könne sich aber ein Scheitern der Verhandlungen selbst nicht leisten. Wenn Frankreich auf die politische Abtrennung des Saargebietes verzichte und der stufenweisen wirtschaftlichen Rückgliederung zustimme, sollte die Bundesrepublik nach Meinung der FDP-Partei-Oberen die von Paris seit 1953 verstärkt gewünschte Moselkanalisierung⁹⁹ als Konzessionsmasse einbringen. Da sie keine Eile für eine vollständige Regelung der Saarfrage sahen, beauftragten sie den Partei- und Fraktionsvorsitzenden, dem Kanzler gegenüber jede verbindliche Erklärung abzulehnen und die von ihnen gesetzten Grenzen deutlich aufzuzeigen. Parallel dazu wurde der Saarexperte Pfeleiderer noch am selben Tag zu den angelsächsischen Hohen Kommissaren geschickt, um sie über die Auffassung der Partei zu unterrichten¹⁰⁰.

Angesichts dieser massiven Front war Adenauer gut beraten, sich innenpolitisch abzusichern. Am 21. 10. beriet er mehrfach mit den Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen und einigte sich schließlich mit ihnen, keine Verpflichtung zur Bindung der deutschen Parteien an der Saar einzugehen¹⁰¹. Der auf den Kanzler ausgeübte Druck beeinflusste natürlich die Haltung der deutschen Unterhändler in den parallel laufenden Verhandlungen mit der französischen Regierung. Zwar erklärten sie sich damit einverstanden, die WEU als Dach für das Gebäude der Saar zu akzeptieren. Sie sprachen nun aber nicht mehr von einem europäischen Statut, sondern nur noch von einer „Regelung“, um die Möglichkeit der Änderung herauszukehren. Außerdem bestanden sie auf der Durchführung freier Wahlen statt eines Referendums¹⁰². Ob als Ursache oder als Folge sei dahingestellt, auf jeden Fall stellte sich auch in der französischen Position eine „Versteifung“ ein¹⁰³. Soutou verlangte von Blankenhorn nun eine Garantie des Saarstatuts über den Friedensvertrag hinaus durch Deutschland, Großbritannien und die USA. „Nachdem dieses Statut im Wege der Volksabstimmung gebilligt worden ist, kann es nicht mehr in Frage gestellt werden.“ Den Wunsch Bonns, dem vom Ministerrat der WEU ernannten Kommissar einen deutschen und einen französischen Vertreter zur Seite zu stellen, lehnte Paris ab¹⁰⁴. Die Zusage politischer Freiheiten an der Saar schränkten die

⁹⁹ Ende März 1953 hatte François-Poncet eine Vereinbarung zwischen Bonn, Paris und Luxemburg über die Kanalisierung der Mosel vorgeschlagen. Am 18. 5. 1953 sagte Adenauer eine Antwort nach eingehender Prüfung durch die relevanten Ministerien zu (PA, Ref. 217, AZ 372–08E, Bd. 1, Adenauer an François-Poncet, 372–08 E II 4718/53, 18. 5. 1953). Vgl. Aufzeichnung Ahrens, 6. 2. 1953, in: BDFD II, S. 311–313; Besprechung zwischen deutschen und französischen Industriellen vom 13. 2. 1953, Vermerk, 14. 2. 1953, Vertraulich, in: ebd., S. 313–316. Zur weiteren Entwicklung des Problems der Moselkanalisierung im Rahmen der deutsch-französischen Beziehungen s. Bundesverband der Deutschen Industrie/Deutscher Industrie- und Handelstag an Adenauer, 9. 11. 1953, in: ebd., S. 316–320; Aufzeichnung des MAE, 18. 11. 1953, in: ebd., S. 321–325; reichhaltiges Aktenmaterial in: PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 215; ebd., B 14, Ref. 217, AZ 372–08E, Bd. 1–4; ebd., Abt. 3, AZ 372–08E; vgl. insgesamt: Cahn, *Second retour*, S. 235–289; Rheinisch-westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln (Hg.), Beiträge.

¹⁰⁰ S. BA, NL Blücher, Bd. 302, Bl. 111–113, Sonnenhol an Blücher, Vermerk, 20. 10. 1954.

¹⁰¹ S. ebd., Bl. 108–110, ders. an dens., Vermerk, 22. 10. 1954; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 163.

¹⁰² BA, NL Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 293–300, Gegenüberstellung der deutschen und der französischen Vorschläge, o.D.; s.a. Dillon an Dep. of State, Tel. 1691, 22. 10. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1461 f.

¹⁰³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 283, Tb. 22. 10. 1954, im Auszug, in: BDFD I, S. 359 f., hier S. 359.

¹⁰⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 293–300, Gegenüberstellung der deutschen und der französischen Vorschläge, o.D.

Franzosen dahingehend ein, daß „keine Anschluß-Propaganda“ erfolgen dürfe¹⁰⁵. Strittig war schließlich der Zeitpunkt der Volksbefragung an der Saar. Frankreich wollte sie zwei Monate nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge abhalten, die Bundesrepublik die Landtagswahlen aber erst in einer „angemessene[n] Zeit nach Herstellung der politischen Freiheitsrechte“ durchführen¹⁰⁶. Auch das Einvernehmen in der Wirtschaftsfrage schien wieder in Frage gestellt¹⁰⁷.

Angesichts derart tiefgreifender Konfliktpunkte plädierten beide Seiten für eine Unterbrechung der Gespräche, wobei der Kanzler gar mit dem Abbruch drohte¹⁰⁸. Wie so häufig, wenn Deutsche und Franzosen untereinander mit ihrem Latein am Ende waren, suchten sie auch diesmal die Unterstützung der Engländer und Amerikaner. Adenauer ließ den Angelsachsen die Skizze einer möglichen Übereinkunft mit der Warnung zuleiten, falls Mendès France dieses Arrangement ablehne, drohe ein Scheitern der Saarbesprechungen¹⁰⁹. Seine *ex post* in die Welt gesetzte Behauptung, „notfalls“ sei er bereit gewesen, „Paris zu verlassen“¹¹⁰, klingt dennoch wenig glaubwürdig. Er konnte es sich gar nicht leisten, die Einheit des Westens zu sprengen¹¹¹, zumal Dulles und Eden kaum Unterstützung erkennen ließen¹¹².

Am 22. 10. stellte er sich erneut den Koalitionären, skizzierte die französischen Forderungen und definierte seine eigene Linie. Als Basis diente ihm dabei eine sieben Artikel umfassende „Punktation“, die davon ausging, daß Deutschland und Frankreich einen Saarvertrag schlossen, der bis zum Friedensvertrag Gültigkeit besitzen, die politischen Freiheitsrechte an der Saar gewährleisten und die wirtschaftlichen Interessen der Saar garantieren sollte. Eine endgültige Entscheidung sah sie im Rahmen eines Friedensvertrages oder eines ihm gleichgestellten Abkommens vor. Die Zustimmung der Saar war mittels Landtagswahlen ein Jahr nach der Wiederherstellung politischer Freiheiten vorgesehen. Die Vertretung der Saar nach außen oblag einem Kommissar oder einer Kommission, die vom Ministerrat des Brüsseler Paktes bestellt würden. Zoll- und Währungsunion blieben erhalten. Die Bergwerke gingen in die Verwaltung der Saar oder die gemeinsame Verwaltung der drei Staaten über, die sich auch an den notwendigen Investitionen für die Bergwerke zu beteiligen hatten¹¹³. Den exakten Wortlaut dieses Dokuments gab der Kanzler nicht preis. Erst nachdem Dehler ihm in den folgenden Monaten wiederholt vorgeworfen hatte, in Paris nicht ausreichend informiert worden zu sein, sah sich der Kanzler im Februar 1955 genötigt, der FDP-Spitze drei Exemplare der Punktation zu überlassen¹¹⁴.

¹⁰⁵ Ebd., NL Blücher, Bd. 302, Bl. 108–110, Sonnenhol an Blücher, Vermerk, 22. 10. 1954.

¹⁰⁶ Ebd., NL Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 293–300, Gegenüberstellung der deutschen und der französischen Vorschläge, o.D.

¹⁰⁷ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 1691, 22. 10. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1461 f.

¹⁰⁸ S. ebd.

¹⁰⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 283, Tb. 22. 10. 1954, im Auszug, in: BDFD I, S. 359 f.

¹¹⁰ Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 373 u. 374.

¹¹¹ Vgl. Thoß, Lösung, S. 236.

¹¹² S. BA, NL Blücher, Bd. 302, Bl. 108–110, Sonnenhol an Blücher, Vermerk, 22. 10. 1954.

¹¹³ S. PA, B 17, Bd. 130, Bl. 235 f., „Vorschläge des Kanzlers vom 22. 10. [1954] in Paris“; vgl. Cahn, Parti, Bd. 1, S. 407 f., Anm. 301; Freymond, Saar, S. 327 f., Anm. 2.

¹¹⁴ S. BA, NL Blücher, Bd. 302, Bl. 105, Vermerk, 24. 2. 1955; Adenauer an Dehler, 16. 3. 1955, Persönlich, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 254 f.; Elzer, „Es ist eine Lust“, S. 233 f.

Auf Anregung von Brentanos und Dehlers hatte der Kanzler inzwischen auch die SPD-Politiker Ollenhauer, Schmid, Wehner und Mommer nach Paris gebeten. Am 22. 10. konferierte er zunächst mit ihnen allein und dann zusammen mit den Regierungsvertretern, um durch Einbindung seiner politischen Gegner den zu erwartenden Widerstand gegen den notwendigen Kompromiß abzumildern. Adenauer gestand zu, entgegen den Vorstellungen des Preusker-Planes und des Auswärtigen Amtes in den Verhandlungen mit der französischen Regierung darauf verzichtet zu haben, die Saarfrage mit einem großen Wirtschaftskooperationsprojekt zu kombinieren. „Dies sei“, so lautete seine merkwürdige Begründung, „mit der Rolle des besiegten Landes nicht zu vereinbaren.“ Mit der Zustimmung der Sozialdemokraten zum Sieben-Punkte-Plan im Rücken erörterte er in der großen Runde dann insbesondere die Problematik der Friedensvertragsklausel. Die Parlamentarier ermahnten ihn, keinen Kompromiß einzugehen. Das Provisorium sollte lauten: „bis zum Friedensvertrag, spätestens jedoch bis zum Ablauf von 10 Jahren“. Als Mindestforderung bezeichneten die Koalitionsparteien den Wegfall der Präambel der Saarverfassung; die Bindung der prodeutschen Parteien an der Saar lehnten sie ab¹¹⁵.

Ernüchtert kehrten gerade die schärfsten Kritiker der Adenauerschen Saarpolitik im Regierungslager anschließend nach Bonn zurück¹¹⁶. Von der am selben Tag eintretenden Verschärfung der Situation erfuhren sie daher vorläufig nichts. Hoffmann forderte Mendès France erneut dazu auf, die bisherige Politik unbedingt fortzusetzen¹¹⁷. Und der Conseil des Ministres ermächtigte den Regierungschef am Mittag dazu, die vorbereiteten Westverträge nicht zu unterschreiben, wenn die Saarfrage nicht befriedigend geregelt sei¹¹⁸. Später in die Welt gesetzten Gerüchten zufolge war es genau das, was Mendès France wollte. Unter dem Zwang, die ungeliebten Pariser Verträge akzeptieren zu müssen, habe er darauf gehofft, daß Adenauer das Saarabkommen ablehnen werde, berichtete der soeben aus dem MRP ausgetretene Senator Léo Hamon Anfang Dezember dem SPD-Abgeordneten Markscheffel¹¹⁹.

Am Abend des 22. 10. ging das deutsch-französische „Pokerspiel“¹²⁰ in die entscheidende Phase. Eden hatte Adenauer und Mendès France zu einem Abend-

¹¹⁵ BA, NL Blücher, Bd. 302, Bl. 108–110, Sonnenhol an Blücher, Vermerk, 22. 10. 1954; s.a. AsD, NL Mommer, Nr. 10, Unterredung zwischen Adenauer und Vertretern der Fraktionen vom 22. 10. 1954; ebd., „Bericht der sozialdemokratischen Delegation an die SPD-Fraktion“, o.D.; Bérard an MAE, Nr. 2400, 22. 10. 1954, in: DDF 1954, S. 599f.; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 587, Tb. 21. 10. 1954; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 373; Gerstenmaier, Streit, S. 352; Rede Ollenhauers in der SPD-Fraktionssitzung vom 2. 11. 1954, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2. Teilbd., S. 108f.; Cahn, Parti, S. 402f. u. 407–409.

¹¹⁶ S. Gerstenmaier, Streit, S. 359f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 165. Folgt man den Memoiren von Strauß, gehörte auch von Brentano zu diesem Kreis (Strauß, Erinnerungen, S. 218).

¹¹⁷ S. Hoffmann an Mendès France, übermittelt in: Filliol an MAE, Tel. 678/83, 22. 10. 1954, *Réserve, Priorité absolue*, in: DDF 1954, S. 590f.

¹¹⁸ S. BA, NL Blücher, Bd. 302, Bl. 108–110, Sonnenhol an Blücher, Vermerk, 22. 10. 1954. Ein nach der Sitzung veröffentlichtes Communiqué sprach nur von der Zustimmung des Kabinetts zur Haltung des Regierungschefs. „Le Monde“ interpretierte dies mit den Worten, Mendès France betrachte die Verträge als ein Ganzes, das nur komplett unterzeichnet werden könne (AdG 1954, S. 4814).

¹¹⁹ S. AsD, SPD-Bundestagsfraktion WP II, Nr. 23, Fraktionsvorsitz Ollenhauer (Sammlung SPD), Markscheffel an Ollenhauer, 3. 12. 1954.

¹²⁰ BA, NL Blücher, Bd. 302, Bl. 108–110, Sonnenhol an Blücher, Vermerk, 22. 10. 1954.

essen in die britische Botschaft eingeladen. Beide sagten sofort zu, um dort einen letzten Verständigungsversuch zu unternehmen. Allerdings schien ein Scheitern vorprogrammiert, als Mendès France noch während des Diners Adenauer unmißverständlich klarmachte, er sei durch den Kabinettsbeschluß gebunden und werde nichts akzeptieren, wenn man sich über die Saarfrage nicht einig¹²¹. Mendès France war zweifelsohne in einer „glänzenden taktische Lage“¹²², und er nutzte sie weidlich aus, brüstete sich später gar damit, „un véritable ultimatum“ gesetzt zu haben¹²³. Gegen 22.00 Uhr zogen sich beide Regierungschefs mit ihren Beratern Hallstein, Blankenhorn, de Margerie und Soutou in die oberen Gemächer des prächtigen Palais in der Rue St. Honoré zurück. Eden hielt sich für eine etwaige Vermittlung bereit, brauchte aber nicht mehr einzugreifen. Um 2.30 Uhr erzielten die Antipoden nach „zähe[n]“, sehr schwierige[n] und langwierig[n] Verhandlungen“ ein Übereinkommen¹²⁴.

Der mühsam in letzter Stunde gefundene Kompromiß, mit dem sich Mendès France weitgehend durchsetzte, griff auf das seit 1951 diskutierte Konzept der Europäisierung zurück. Ein „europäisches Statut“ überantwortete die Außen- und Verteidigungspolitik der Saar einem neutralen europäischen Kommissar unter dem Dach der neugeschaffenen Westeuropäischen Union¹²⁵, wobei Mendès France insgeheim schon jetzt an van Naters als potentiellen Kandidaten dachte¹²⁶. Adenauer gelang es, die Gültigkeit des Statuts nicht vorbehaltlich des Friedensvertrages, sondern bis zum Friedensvertrag zu beschränken. Im Gegenzug räumte er seine Position zugunsten einer Festlegung der Saarparteien. Der Zulassungszwang wurde aufgehoben; es blieb ihnen aber untersagt, das Statut nach einem positiven Referendum anzugreifen. Den Wunsch, dem Kommissar einen deutschen und notgedrungen auch einen französischen Vertreter zur Seite zu stellen, mußte der Kanzler aufgeben. Hinsichtlich der Präzisierung der Wahrnehmung saarländischer Interessen bei den europäischen Organisationen setzte sich Mendès France ebenfalls durch. Wenn auch widerstrebend, so konzedierte Adenauer außerdem die französische Forderung nach einer Volksabstimmung, in der die Saarländer nur mit „Ja“ oder „Nein“ abstimmen, also kein Votum für eine Rückkehr zu Deutschland abgeben durften. Das Plebiszit sollte drei Monate nach der Zulassung der Parteien durchgeführt werden. Als Gegenleistung billigte Mendès France dafür eine Revisionsklausel, die eine Änderung des Saarstatuts nach einem zweiten Referendum anläßlich eines Friedensvertrages über Gesamtdeutschland zuließ. In den jahrelang strittigen wirtschaftlichen Fragen wurde beschlossen, die Währungsunion mit Frankreich bestehen zu lassen und fortschreitend „gleichartige“ Beziehungen zwischen der Saar und der Bundesrepublik zu schaffen, sofern

¹²¹ S. Lahr an seinen Bruder, 25. 10. 1954, in: Lahr, Zeuge, S. 220.

¹²² Ebd., S. 221.

¹²³ Mendès France an Debré, 26. 10. 1954, in: Mendès France, Oeuvres complètes, Bd. 3, S. 416.

¹²⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 283, Tb. 22. 10. 1954, im Auszug, in: BDFD I, S. 360. Zum Verlauf der Nachtsitzung s.a. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 372; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 587 f., Tb. 23. 10. 1954; Aufzeichnung des MAE, 23. 10. 1954, in: DDF 1954, S. 603–605; Thoß, Lösung, S. 237.

¹²⁵ Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das Saarstatut, 23. 10. 1954, in: BDFD I, S. 361–364, hier S. 361; s.a. Bulletin 1954, S. 1834.

¹²⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 271, Bl. 143, Parodi an Den Haag, Tel. 2540/42, 25. 10. 1954, Réservé.

sie die Währungsunion und die noch abzuschließende saarländisch-französische Wirtschaftskonvention nicht gefährdete und keine Notwendigkeit zur Errichtung einer Zollgrenze zwischen der Saar und Frankreich heraufbeschwor. Die Verwaltung der Grubenanlagen wurde der Saar übertragen¹²⁷.

Mit der nächtlichen Einigung zwischen Adenauer und Mendès France war die Kuh aber noch nicht vom Eis. Amerikanische Befürchtungen, die noch offen gebliebenen wirtschaftlichen Fragen könnten an der Starrköpfigkeit der Franzosen scheitern¹²⁸, sollte sich aber als unbegründet erweisen. Nachdem die letzten Unstimmigkeiten beseitigt worden waren und Mendès France auch die Zustimmung Hoffmanns¹²⁹ eingeholt hatte, wurde das „Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das Saarstatut“ am 23. 10. unterzeichnet. Zugleich bestätigte Mendès France in einem Begleitschreiben an Adenauer, daß die Sequester vor der Volksabstimmung aufgehoben würden¹³⁰. Trotz oder gerade wegen des harten Kampfes in den langen Gesprächen hatte sich das persönliche Verhältnis zwischen dem Hauptmatadoren erheblich verbessert. Adenauers Vorwurf, der französische Regierungschef habe sich auf der Genfer Indochinakonferenz an die Sowjetunion verkauft¹³¹, war vergessen. Ein „Vertrauensverhältnis“¹³² bahnte sich an, und das Saargebiet avancierte zum Vehikel für die beiderseitige Annäherung. Erst in den Wochen danach stellte sich heraus, wie unzureichend die vertraglichen Regelungen ausgehandelt worden waren.

Innenpolitische Sperrfeuer an Rhein und Seine

Mit seinem Entgegenkommen war der Kanzler in der Saarfrage „bis an den Rand des Tragbaren“ gegangen¹³³. Bewußt nahm er das „Risiko einer völligen Abtrennung der Saar“ auf sich¹³⁴, und es fällt schwer zu glauben, das spätere Scheitern der Regelung sei sein eigentliches Ziel gewesen. Sicherlich setzte Adenauer seine Hoffnungen jetzt auf die freien Landtagswahlen, doch wirkt seine nachträgliche Rechtfertigung, seine Hoffnung habe in einer Ablehnung des Statuts durch die Saarbevölkerung gelegen, ziemlich unglaublich¹³⁵. Bonn und Paris hatten sich zwar auf den Van-Naters-Plan als Grundlage verständigt. Aber vom politischen Standpunkt betrachtet, handelte es sich im Ergebnis um keine echte Europäisierung. Und in wirtschaftlicher Hinsicht bezeichnete selbst die französische Seite das Abkommen als „beaucoup plus favorable“ als die Urfassung des holländi-

¹²⁷ Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das Saarstatut, 23. 10. 1954, in: BDFD I, S. 363.

¹²⁸ S. Dulles an Eisenhower, 23. 10. 1954, Top Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1463; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 166.

¹²⁹ S. Mendès France an Hoffmann, 23. 10. 1954, in: Notes et études documentaires, Nr. 1951, S. 4; Hoffmann, Ziel, S. 381.

¹³⁰ S. Mendès France an Adenauer, 23. 10. 1954, in: Notes et études documentaires, Nr. 1951, S. 4.

¹³¹ Vgl. Kap. III.4.3.

¹³² Huber an Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten, 27. 10. 1954, in: Todt (Hg.), Anfangsjahre, S. 147–150, hier S. 150; s.a. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 341.

¹³³ Huber an Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten, 27. 10. 1954, in: Todt (Hg.), Anfangsjahre, S. 147.

¹³⁴ Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 377.

¹³⁵ S. ebd.; Repgen, Saar-Frage, S. 96 f.; vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 167 f.

schen Europarat-Abgeordneten¹³⁶. Ein Jahr später, nach dem Scheitern des Saarstatuts, gestand man im Quai d'Orsay offen ein, was bereits jetzt klar war: „La solution dite ‚européenne‘ du 23 octobre 1954 était, en réalité, un moyen pudique de travestir des objectifs et des ambitions purement français.“¹³⁷

Damit stellte Adenauer erneut unter Beweis, daß der Saarfrage im Gesamtkontext seiner Außenpolitik nur eine begrenzte Bedeutung zukam. Sein zentrales Interesse richtete sich auf die Wiedererlangung der Souveränität und die Remilitarisierung, damit auf den Eintritt der Bundesrepublik in den Kreis der ‚Großmächte‘. Ein Veto gegen das Saarstatut, so verteidigte er sich im Tee-Gespräch mit Bedacht, hätte das Pariser Vertragswerk gefährdet und „Sowjetrußland einen neuen Triumph“ eingebracht¹³⁸. Dennoch sah man in seiner Entourage ob der „viele[n] Angriffsflächen“ des Abkommens¹³⁹ nun erheblichen Ärger auf sich zukommen. Schon am frühen Morgen des 23. 10. mußte Adenauer in einer erneuten Unterredung mit den Vertretern der Bundestagsfraktionen erfahren, daß die Sozialdemokraten das Statut als „nicht annehmbar“ verwarfen¹⁴⁰. Sie kritisierten die Umbezeichnung „Europäisches Statut“ anstelle von „Vorläufige Regelung“, die Untermauerung des Europäisierungscharakters durch die Bestellung des Kommissars und den Fortfall der angestrebten deutsch-französischen Kommission. Die Verlegung des Sitzes der EGKS nach Saarbrücken entsprach ihrer Auffassung nach den Bestrebungen, aus dem Saargebiet definitiv ein europäisches Territorium zu machen. Die Volksabstimmung gab dem Statut „noch mehr die Tendenz der Endgültigkeit“. Wirkliche demokratische Freiheiten sahen die Sozialdemokraten bis zum Referendum nicht gesichert und nachher wieder fraglich¹⁴¹.

Christdemokratische Kollegen betrachteten das Erreichte mit ganz anderen Augen und beglückwünschten den Kanzler zu einem „guten Kompromiß“¹⁴². Gerstenmaier etwa begrüßte vor allem die Auflösung des bisherigen Status quo, der von französischer wie saarländischer Seite als definitive Lösung ausgegeben worden war¹⁴³. Die Kritik national denkender Kreise wies er als atavistisch zurück. „Was heißt das denn heute? Wir sind doch nicht im Jahre 1923.“¹⁴⁴ Adenauer sah dies sicherlich ebenso. Zur Sprachregelung bei den Auslandsmissionen ließ er das Zukunftsträchtige des Saarabkommens unterstreichen, das einen „wesent-

¹³⁶ IPMF, DPMF, Dossier Accord de Paris/Londres/Sarre, Carton 2, „La Sarre et la solution européenne du problème allemand (1950–1955)“, o.D.

¹³⁷ Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 28. 1. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 94–97, hier S. 96.

¹³⁸ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 565, Kanzler-Tee, 25. 10. 1954; zu Adenauers Motivation mit dezidiert kritischer Diktion vgl. Elzer, Adenauer und die Saarfrage, S. 693–698.

¹³⁹ Grewe, Rückblenden, S. 205; s.a. Lahr an seinen Bruder, 25. 10. 1954, in: Lahr, Zeuge, S. 220.

¹⁴⁰ AsD, NL Mommer, Nr. 10, Unterredung zwischen Adenauer und Vertretern der Fraktionen vom 23. 10. 1954.

¹⁴¹ Ebd., „Bericht der sozialdemokratischen Delegation an die SPD-Fraktion“, o.D.

¹⁴² Gerstenmaier, Streit, S. 348.

¹⁴³ S. ACDP, NL Gerstenmaier, I-210–015, Aufzeichnung Gerstenmaier, handschriftlicher Vermerk „23. X. 54“.

¹⁴⁴ Ebd., ders. an Landgerichtsdirektor Grund, 8. 7. 1954; zu Gerstenmaiers Haltung vgl. Elzer, Adenauers ‚großes Spiel‘, S. 194–197.

lichen Stein des Anstoßes auf dem Wege neuer freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich“ beseitige¹⁴⁵.

Natürlich wußte er mit diesem Argument die Kritiker im eigenen Land nicht zum Schweigen zu bringen. Um das Terrain in Bonn vorzubereiten, erbat er von den Westmächten einen mehrtägigen Aufschub für die Veröffentlichung der Saarvereinbarungen¹⁴⁶. Doch trotz der loyalen Berichte der regierungsfreundlichen Korrespondenten aus Paris zeigte sich die öffentliche Meinung am Rhein „insatiable“¹⁴⁷. Für viele Beobachter und Kommentatoren stand das Opfer an der Saar eben in keinem Verhältnis zum Gewinn der Souveränität und des NATO-Beitritts¹⁴⁸. Bei einer im Auftrag der Bundesregierung durchgeführten demoskopischen Erhebung hielten 32% der Befragten das Ergebnis für ungünstig, lediglich 10% bezeichneten es als vorteilhaft¹⁴⁹. Auf der politischen Ebene sprachen sich FDP, SPD und Gesamtdeutscher Block ebenso gegen das Abkommen aus wie die saarländische Opposition¹⁵⁰. Die Landtage in den nicht unionsregierten Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Bayern verlangten die Ablehnung oder Änderung des Statuts¹⁵¹. Die Führer der prodeutschen Parteien an der Saar beklagten sich, vom Kanzler nicht vor der Unterzeichnung des Textes gehört worden zu sein. Das Auswärtige Amt wies die Schuld dem Matignon zu. Er habe die Pariser Konferenz „so unter Druck gesetzt, daß eine andere Handlungsweise nicht möglich gewesen sei, ohne das Werk der europäischen Einigung zu gefährden“¹⁵².

Auch im Kabinett prasselte Kritik auf den Bonner Regierungschef ein. Adenauer suchte sie am 25. 10. abermals mit dem Hinweis auf die Bedeutung des Gesamtvertragswerkes und – anders als Mitte Dezember im Bundestag – mit den Pressionen von Mendès France zu entschärfen¹⁵³. „Es war unmöglich“, so schrieb der Kanzler während der Sitzung auf einem kleinen Zettel seinem Vize, „die Saar ‚abzukaufen‘. Mendès France war wirtschaftlich sehr seiner Sache sicher.“¹⁵⁴ Unter den gegebenen Umständen sah Adenauer das Optimum erreicht. Will man seinen Ausführungen vor dem Bundesvorstand seiner Partei vom 5. 2. 1955 Glauben schenken, hielt er das Abkommen für „besser [...], als es seit 1949 von irgendeinem französischen Minister des Auswärtigen uns vorgeschlagen wurde“¹⁵⁵; die

¹⁴⁵ PA, Abt. 3, AZ 212–19, Bd. 12, Blankenhorn an diplomatische Vertretungen, Tel. AZ 302.212–19.27624/54, 5. 11. 1954, Verschlüsselt.

¹⁴⁶ Vgl. Thoß, Lösung, S. 238.

¹⁴⁷ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 588, Tb. 25. 10. 1954; zur Kritik in Bonn s.a. Huber an Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten, 27. 10. 1954, in: Todt (Hg.), Anfangsjahre, S. 147 f.

¹⁴⁸ S. Fischer, Saar, S. 195. Ein abgewogenes Votum über Vor- und Nachteile der Übereinkunft liefert das „Badische Tagblatt“, 27. 10. 1954, im Auszug auch in: BDFD III, S. 275–278.

¹⁴⁹ Vgl. Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 288.

¹⁵⁰ Vgl. Cahn, Parti, Bd. 1, S. 410–419; Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 289–291; Schneider, Wunder, S. 252 u. 414 f.

¹⁵¹ Vgl. Elzer, Distanz, S. 462–474; Fischer, Saar, S. 196.

¹⁵² BA, NL Kaiser, Bd. 184, Bl. 70–74, Unterredung zwischen Blankenhorn, Becker, Ney und Conrad vom 27. 10. 1954, 28. 10. 1954, Vertraulich.

¹⁵³ S. Kabinettsitzung, 25. 10. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 447.

¹⁵⁴ BA, NL Blücher, Bd. 302, Bl. 99, Adenauer an Blücher, handschriftlicher Vermerk, 25. 10. 1954.

¹⁵⁵ Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 342.

rechtliche Situation war durch das zweite Referendum weiterhin offen; die Saarparteien hatten die politischen Freiheiten erreicht; das französische Zugeständnis gleichartiger Wirtschaftsbeziehungen von Paris und Bonn nach Saarbrücken mußte langfristig zugunsten der dynamischeren westdeutschen Industrie durchschlagen¹⁵⁶.

Was Adenauer als Erfolg verkaufte, gab anderen Koalitionsmitgliedern Anlaß zu mehr oder minder scharfer Kritik. Der FDP-Vorsitzende Dehler warf dem Kanzler Etikettenschwindel¹⁵⁷ vor und monierte die fehlende Wahlmöglichkeit im ersten Referendum. Erhards Wirtschaftsministerium bemängelte „gewisse wirtschaftliche unangenehme Folgen“ des Saarstatuts, die es allerdings aufgrund des „dominierende[n] politische[n] Gewicht[s] der Vereinbarungen“ in Kauf zu nehmen gedachte¹⁵⁸. Der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, dessen jahrelange Fehde mit dem Kanzler allmählich ihren „Höhepunkt“¹⁵⁹ erreichte, schrieb Adenauer das politische Versäumnis ins Stammbuch, nicht wie sein französischer Gegenspieler mit einem prophylaktischen Kabinettsbeschluß in die entscheidende Sitzung gegangen zu sein. Kaisers Versuch, eine Einladung von Saarvertretern zu den nächsten Sitzungen des Auswärtigen und des Gesamtdeutschen Bundestagsausschusses zu erwirken, blockte Adenauer ab. Er wollte kein Sperrfeuer und nicht den Anschein einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Saar erwecken¹⁶⁰.

Auch Mendès France hatte sich unangenehmer Nachfragen zu stellen¹⁶¹. Seinen Kritikern wie Michel Debré¹⁶² rief er die vor dem Hintergrund der EVG-Debatte und der Autonomie Tunesiens äußerst problematische Situation französischer Außenpolitik im August in Erinnerung und verteidigte das erreichte Ergebnis. Allerdings mußte er den Text schon recht weit interpretieren, um behaupten zu können, auf der wirtschaftlichen Ebene habe er nichts aufgegeben, in politischer Hinsicht aber ein Statut „à caractère définitif“ erreicht¹⁶³. Um die Front der Quertreiber nicht wachsen zu lassen, drängte der französische Regierungschef nun auf den Erhalt der im Saarstatut erwähnten angelsächsischen Garantien und eine möglichst rasche Durchführung des Plebiszits an der Saar. In Übereinstimmung mit Hoffmann sprach er sich für den 27. 3. 1955 als Termin aus, wobei er die Überwachung des Referendums den WEU-Staaten mit Ausnahme der Bundesrepublik und Frankreich zu übertragen gedachte¹⁶⁴.

¹⁵⁶ S. Kabinettsitzung, 25. 10. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 447–449; vgl. Thoß, Lösung, S. 238f.

¹⁵⁷ Vgl. Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 176–183.

¹⁵⁸ Westrick an Globke, Aufzeichnung I A 6 – 15780/54, 18. 11. 1954, Streng Vertraulich, in: BDFD II, S. 257–261, hier S. 258; vgl. Lahr an Blankenhorn, Aufzeichnung 410–300–01/Saar-2317/54, 13. 11. 1954, Geheim, in: ebd., S. 256f.

¹⁵⁹ Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 341.

¹⁶⁰ S. Kabinettsitzung, 25. 10. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 450f.; zur Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Kaiser über das Saarabkommen vgl. ausführlich Elzer, Adenauers „großes Spiel“.

¹⁶¹ Vgl. Hüser, Abstimmung, S. 367f.

¹⁶² S. Debré an Mendès France, 25. 10. 1954, in: Mendès France, Oeuvres complètes, Bd. 3, S. 416.

¹⁶³ Mendès France an Debré, 26. 10. 1954, in: ebd., S. 416; vgl. ders. an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 92, 27. 10. 1954, Réservé, in: DDF 1954, S. 617–621.

¹⁶⁴ S. ders. an Parodi, Aufzeichnung, 26. 10. 1954, in: ebd., S. 612; Aufzeichnung der Abt. Europa im

In Bonn mochte man sich mit diesen Vorstellungen nicht anfreunden. Adenauer wünschte die Schaffung einer Kontrollkommission mit deutschen und französischen Beobachtern, deren Aufgabe sein sollte, die Gewährung politischer Freiheiten im Vorfeld zu beaufsichtigen und den ordnungsgemäßen Ablauf des Referendums sicherzustellen. Außerdem dachte er als Zugeständnis an die prodeutschen Parteien daran, auch jene Bürger im Saarland, die zwar die deutsche, nicht aber die saarländische Staatsbürgerschaft besaßen, sowie die Ausgewiesenen zur Volksabstimmung zuzulassen¹⁶⁵. Parallel dazu bemühte er sich darum, möglichst rasch mit der saarländischen Regierung „ins Reine [zu] kommen“, um zu verhindern, daß Frankreich in den Wirtschaftsverhandlungen mit der Saar ein Maximum des Status quo festschrieb und die „gleichartigen Beziehungen“ zwischen der Saar und der Bundesrepublik untergrub¹⁶⁶.

Hoffmann erwies sich indes als schwieriger Gesprächspartner. Zur Überwachung der Vorbereitung und Durchführung des Referendums regte er die baldige Ernennung einer achtköpfigen neutralen Kommission der WEU-Mitgliedstaaten ohne saarländische, deutsche und französische Beteiligung an¹⁶⁷. Sie sollte freilich nur „un rôle d'investigation“ spielen, während er dem Parlament und der Regierung in Saarbrücken allein das Recht zugestand, „fixer les règles de toute nature devant présider à ce référendum“¹⁶⁸.

Hätte nicht der plötzliche Tod des Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers Adenauer ohnehin dazu bewogen, so wäre er auf jeden Fall vom Krach in der Koalition dazu gezwungen worden, seine triumphale Amerikareise abzubrechen¹⁶⁹. Am Rhein formierte sich der Widerstand gegen das Saarabkommen. Ende Oktober erklangen erste Forderungen nach einer Revision¹⁷⁰. „Il est grand temps qu'il rentre“, notierte Bérard in seinem Tagebuch¹⁷¹. Obwohl der für die Vorarbeiten zur Ausgestaltung der WEU zuständige Interimsausschuß sich schon am 28. 10. für eine rein deutsch-französische Problembereinigung ausgesprochen hatte¹⁷², schlug Blücher Adenauer am 6. 11. vor, das Saarabkommen nicht als endgültiges Statut, sondern nur als Grundsatzvereinbarung aufzufassen und von der WEU einen endgültigen Vertrag verabschieden zu lassen. Wenn dies nicht möglich sei, sollte die WEU zumindest um Klärung der noch offenen Fragen veranlaßt werden, vor allem in bezug auf die Geltungsdauer und das Referendum¹⁷³. Blüchers Kollege Kaiser ging in seinen Forderungen noch weiter. Anders als Adenauer befürchtete er für den Fall eines Scheiterns der Pariser Verträge kein Abdriften Washingtons und glaubte daher, auch die Reizschwelle höher ansetzen zu

MAE, 26. 10. 1954, in: ebd., S. 612–614; Mendès France an Saarbrücken, Tel. 696/700, 29. 10. 1954, *Réservé*, in: ebd., S. 629.

¹⁶⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 271, Bl. 53–55, „Position allemande sur certaines questions relatives à l'accord sur la Sarre“, Oktober 1954.

¹⁶⁶ BA, NL Blücher, Bd. 302, Bl. 96 f., Hallstein an Blücher, 27. 10. 1954, Streng geheim.

¹⁶⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 271, Bl. 277 f., Hoffmann an Mendès France, 3. 11. 1954.

¹⁶⁸ Grandval an MAE, Tel. 729/33, 11. 11. 1954, *Priorité absolue*, *Réservé*, in: DDF 1954, S. 686.

¹⁶⁹ Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 170 f.

¹⁷⁰ S. Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 2. 11. 1954, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1954–1960, S. 104 f.

¹⁷¹ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 589, Tb. 29. 10. 1954.

¹⁷² Vgl. Thoß, Lösung, S. 243 f.

¹⁷³ S. BA, NL Blücher, Bd. 81, Bl. 233–236, Blücher an Adenauer, 6. 11. 1954.

dürfen. Durch das Scheitern der EVG gab es für ihn keinen Grund mehr, die Saar als europäisches Territorium preiszugeben. Präambel und Artikel 1 des Saarabkommens interpretierte er so, als handle es sich nur um eine Grundsatzserklärung, deren Ziel die Erarbeitung eines Statuts sei. Folglich durfte das Abkommen seiner Meinung auch nicht ratifiziert werden, da es sich nicht um einen Staatsvertrag handele. Kaiser warnte vor den möglichen Konsequenzen für Mittel- und Ostdeutschland, beklagte die fehlende Wahlmöglichkeit im vorgesehenen Referendum und die Einmischung Frankreichs, die zwar nicht von Staats wegen erfolge, aber durch die Besetzung der entscheidenden Positionen an der Saar gewährleistet sei. Der Minister verlangte Klärung der Frage, ob die 30000 Deutschen im Saargebiet ohne saarländische Staatsangehörigkeit und die Franzosen mit derselben wahlberechtigt seien, und forderte, die USA und Großbritannien dafür zu gewinnen, keine Zusagen für die Aufrechterhaltung des Statuts in Friedensverhandlungen zu machen¹⁷⁴. Kaiser lehnte das Statut also aus rechtlichen und politisch-moralischen Gründen ab, weil es die faktische Abtrennung des Saargebietes unter dem „Deckmantel der Europäisierung“ vorerst sanktionierte und das Risiko der Endgültigkeit der Separation größer schien als die Chance der Rückgewinnung¹⁷⁵.

Adenauer mochte diese Kritik nicht hören. Gegenüber den Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen verkaufte er das Abkommen am 8. 11. als Maximum des Erreichbaren und nahm nun auch Mendès France ausdrücklich vor dem Vorwurf der Erpressung in Schutz. „Das, was wir jetzt haben, hätten wir unter Schuman und unter Bidault nicht erreicht.“ Zur Kalmierung der aufbrausenden Wogen stellte er die Bereitschaft Frankreichs in Aussicht, schon vor den friedensvertraglichen Verhandlungen den Status quo durch einen Ausgleich auf finanziellem Gebiet zu beenden, sofern etwa ein starker Landtag sich dafür ausspreche¹⁷⁶. Seine Zukunftsvision schien dem Kanzler dann aber doch so gewagt und mit Blick auf die psychologische Lage Frankreichs so heikel, daß er diese Passage aus dem Entwurf des Protokolls wieder tilgen ließ¹⁷⁷.

Zu derartigen Zugeständnissen sah er sich jetzt auch deshalb genötigt, weil die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes ihn inzwischen davon überzeugt hatte, daß das Saarabkommen entgegen der ursprünglichen Ansichten des Kanzleramtes und des Gesamtdeutschen Ministeriums ratifiziert werden müsse¹⁷⁸. Adenauer beauftragte daher Blankenhorn zu einem vertraulichen Gedankenaustausch mit Soutou über das Procedere der Ratifikation. Zwecks Genehmigung des Abkommens durch den Bundestag hielt er es für unabdingbar, die Laufzeit der Fristen für die Abhaltung des Referendums und der Landtagswahlen ebenso zu klären wie die Frage der Abstimmungsberechtigten oder die Beteiligung der Saar an der westeuropäischen Verteidigung. Auch der Vollzug des WEU-Aufsichtsrechts

¹⁷⁴ Stellungnahme Kaisers, 6. 11. 1954, in: Kaiser, Gewerkschafter, S. 603–606.

¹⁷⁵ Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 343; s.a. Elzer, Adenauers ‚großes Spiel‘, S. 191–193.

¹⁷⁶ PA, B 17, Bd. 130, Bl. 116–120, Unterredung zwischen Adenauer und den Koalitionsfraktionsvorsitzenden vom 8. 11. 1954, Entwurf.

¹⁷⁷ S. ebd., Bl. 121–124, Unterredung zwischen dens. vom 8. 11. 1954.

¹⁷⁸ Vgl. Kabinettsitzung, 10. 11. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 485 mit Anm. 5 u. S. 503, Anm. 8.

über den Kommissar, der nach seiner Auffassung noch vor Inkrafttreten der Regelung bestellt werden und die korrekte Durchführung der Abstimmung überwachen sollte, bedurfte der Abstimmung¹⁷⁹.

Mendès France war mit der Aufnahme derartiger Gespräche prinzipiell durchaus einverstanden. Die innenpolitischen Widerstände gegen das Saarabkommen veranlaßten ihn aber sofort, in Bonn vor zu hohen Erwartungen zu warnen. Eine Revision des Statuts konnte es seines Erachtens nicht geben, da sie die Opposition an der Seine nur anstachelte und die gesamten Pariser Verträge gefährdete¹⁸⁰. Französische Pressekommentare unterstützten seine Mahnungen. Die Annahme des Saarabkommens, meinte etwa „Le Monde“, verletze wohl durchaus ehrenhafte Gefühle der Deutschen, doch müßten sie sich dessen bewußt sein, daß es in ein Vertragswerk eingebettet sei, „dont l’Allemagne est la principale bénéficiaire et dont certaines clauses sont durement ressenties du côté français“¹⁸¹. Allein François-Poncet neigte zu größerer Nachsicht. Wenngleich er sich sehr wohl bewußt war, daß ein parlamentarisch abgesicherter Staatsvertrag eine ungleich größere Sicherheit böte als ein einfaches Regierungsabkommen, riet er – im dezidierten Kontrast zu Grandval – dazu, auf einer förmliche Ratifikation nicht zu bestehen, um Adenauer die Aufgabe nicht unnötig zu erschweren. Denn die Billigung des Abkommens durch den Bundestag schien ihm keineswegs sicher und die Revision eines einmal in Kraft befindlichen Abkommens durch nachfolgende Bundesregierungen unwahrscheinlich¹⁸².

Für Mendès France war dies indiskutabel, zumal die innenpolitische Opposition nach der Entscheidung Adenauers, die Saardebatte des Bundestages auf Mitte Dezember zu verschieben¹⁸³, noch lauter wurde. Nachdem Grandval umgehend davor gewarnt hatte, die Pariser Verträge in der Assemblée Nationale passieren zu lassen, ohne zu wissen, ob sie auch im Bundestag gebilligt würden¹⁸⁴, ließ Mendès France Adenauer noch einmal in aller Entschiedenheit wissen, es werde keine Konzessionen in der Saarfrage geben. Ohne die innenpolitischen Probleme des Kanzlers geringschätzen zu wollen, warnte der Président du Conseil, ihm Schwierigkeiten zu bereiten, „qui rendrait la situation inextricable“¹⁸⁵.

In dieser spannungsgeladenen Situation trafen sich ihre Unterhändler am

¹⁷⁹ S. PA, B 17, Bd. 130, Bl. 9–11, Blankenhorn an von Walther, Tel. 616, 7. 11. 1954, Streng geheim, Citissime.

¹⁸⁰ S. ebd., Bl. 12, von Walther an Blankenhorn, Tel. 681, 8. 11. 1954, Streng geheim, Citissime; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 271, Bl. 274, Seydoux an London, Tel. 15479/80, 8. 11. 1954, Urgent.

¹⁸¹ „Le Monde“, 7./8. 11. 1954, auch in: BDFD III, S. 278 f., hier S. 279.

¹⁸² S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 271, Bl. 265–271, François-Poncet an Mendès France, Nr. 3736 HC/JUR, 6. 11. 1954; ebd., Bl. 279–280, Grandval an MAE, Tel. 714/19, 9. 11. 1954, Urgent, Réservé; ebd., Bl. 283, François-Poncet an MAE, Tel. 5501, 10. 11. 1954, Réservé.

¹⁸³ S. Kabinettsitzung, 27. 10. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 473; Kabinettsitzung, 12. 11. 1954, in: ebd., S. 502.

¹⁸⁴ Vgl. DDF 1954, S. 679, Anm. 1.

¹⁸⁵ Mendès France an Bérard, Tel. 3834/39, 10. 11. 1954, Très urgent, Réservé, in: ebd., S. 679; s.a. die als persönliche Mitteilung von Mendès France deklarierte Botschaft, die Bérard am 11. 11. von Maltzan zur Weiterleitung an den Kanzler übergab, in: Bérard an MAE, Tel. 5526/35, 11. 11. 1954, in: ebd., S. 690–692; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 386, Bl. 31, ders. an dass., Tel. 5522/25, 11. 11. 1954, Secret, Priorité absolue, Réservé; BA, NL Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 46, von Maltzan an Adenauer, 11. 11. 1954.

Abend des 11. 11. zu einer fast vierstündigen Unterredung. Soutou setzte Blankenhorn von der Absicht seiner Regierung in Kenntnis, das Saarabkommen dem Parlament zur Ratifikation vorzulegen, obwohl die Verfassung dies nicht vorschreibe. Adenauers Envoyé reagierte „obscur“. In dem Bemühen, seinen politischen Willen mit den juristischen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen, deutete er an, daß der Bundespräsident die Regierung dazu beauftragen werde, das Abkommen vom Bundestag billigen zu lassen. Nach dem Votum des Parlaments werde Heuss es unterzeichnen und den Vollzug der Ratifikation dem französischen Staatschef schriftlich anzeigen. Ein Austausch der Urkunden sei nicht erwünscht. Als man sich anschließend Detailfragen zur Auslegung des Saarstatuts zuwandte, herrschte zwischen beiden Gesprächspartnern Einmütigkeit über die Funktion des europäischen Kommissars, nicht aber über die Forderung Blankenhorns, die Herstellung der politischen Freiheiten und die Durchführung des Plebiszits durch ein gemischtes Gremium aus einem deutschen, französischen und neutralen Mitglied überwachen zu lassen. Soutou sprach sich für eine Kommission der WEU aus und lehnte auch die Beteiligung eines deutschen und französischen Beobachters ab. Einig waren sie sich hingegen in der Notwendigkeit zur Einrichtung eines Schiedsgerichtes sowie der Regelung des Plebiszits durch die WEU. Die Frist zur Volksabstimmung sollte nach Inkrafttreten des Abkommens und der Feststellung der Wiederherstellung der politischen Freiheiten beginnen. Der Zeitpunkt der Landtagswahlen blieb ungeklärt. Mit Nachdruck verlangte Blankenhorn für die Saarparteien das Recht, die Rückkehr nach Deutschland ins Programm aufzunehmen, ohne aber eine Kampagne gegen das Statut entfesseln zu dürfen. Darüber hinaus forderte er die Zulassung der 30 000 nicht-saarländischen deutschen Staatsangehörigen und der etwa 600 Ausgewiesenen zur Volksbefragung. Soutou sagte eine Prüfung zu und akzeptierte die Fortsetzung des Gesprächs am 23. 11.¹⁸⁶.

Mendès France ging es nun zunächst darum, den Wert der von Adenauer anvisierten Form der Ratifikation juristisch prüfen zu lassen, zumal seine Regierung sich dafür ausgesprochen hatte, die Ratifikation des französischen Präsidenten durch ein Gesetz der Nationalversammlung zu genehmigen¹⁸⁷. Grandval forderte ihn prompt dazu auf, der Bundesregierung ein ähnliches Verfahren abzuverlangen, damit nicht der Eindruck entstünde, als ob sie die Grundzüge des Abkommens in Frage stelle. Denn das drohte seiner Meinung nach die Zahl der Stimmenehaltungen beim Referendum zu vermehren¹⁸⁸.

Obwohl die prodeutschen Saarparteien eine umfangreiche Liste von Nachbesserungsforderungen nach Bonn schickten¹⁸⁹, verboten die französischen Warnungen aus der Sicht Adenauers lange Verhandlungen mit Frankreich, zumal auch die USA keinen Zweifel daran ließen, wen sie für das Scheitern des westlichen Eini-

¹⁸⁶ Aufzeichnung des Kabinetts des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, 13. 11. 1954, in: DDF 1954, S. 713–716, hier S. 713; s.a. PA, B 17, Bd. 159, Bl. 95–102, Unterredung zwischen Soutou und Blankenhorn vom 11. 11. 1954, 12. 11. 1954. Im deutschen Protokoll wird das Problem des Ratifikationsprocedures so dargestellt, als ob es sich um einen französischen Vorschlag handelte (ebd., Bl. 26–30, Unterredung zwischen dens. vom 11. 11. 1954).

¹⁸⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 271, Bl. 296, Seydoux an Bonn, Tel. 3905/07, 13. 11. 1954.

¹⁸⁸ Ebd., Bl. 305–306, Grandval an MAE, Tel. 754/61, 15. 11. 1954, Réservé.

¹⁸⁹ S. BA, NL Kaiser, Bd. 184, Bl. 52–63, Becker, Ney und Conrad an Blankenhorn, 14. 11. 1954.

gungswerkes verantwortlich machten, wenn die Verträge die parlamentarischen Hürden in Bonn nicht meisterten¹⁹⁰. Die Enthaltung der Labour-Party bei der Abstimmung des englischen Unterhauses über die Pariser Verträge am 18. 11.¹⁹¹ wirkte auf ihn wie ein Fanal. Nach diesem „erste[n] Erfolg der sowjet-russischen Gegenaktion“¹⁹² wandte sich der Kanzler am Tag darauf im Kabinett vehement gegen die Kritiker des Saarstatuts. „Der Fortbestand des Deutschen Reiches sei nur eine Fiktion. In der Politik entscheide aber die Realität.“ Mit dramatischen Warnungen vor der drohenden internationalen Isolation forderte er die Runde eindringlich dazu auf, den Weg für die Parlamentsdebatte Mitte Dezember freizumachen¹⁹³. Wie schon in der Kabinettsitzung eine Woche zuvor¹⁹⁴ blieb die Unterstützung für den Kanzler auch diesmal lau. Namentlich die FDP-Minister sprachen sich gegen die Billigung aus und forderten eine Beseitigung der Unklarheiten des Saarabkommens mit folgender Zielsetzung: echte politische Freiheiten an der Saar; freie Volksabstimmung und freie Landtagswahlen; Klarstellung des provisorischen Charakters des Saarstatuts; keine volle Autonomie der Saar; Genehmigung und Verantwortung der Instruktionen an den Saar-Kommissar durch alle WEU-Staaten; Vereinbarung über die wirtschaftlichen Bestimmungen in einer die Interessen aller Parteien wahren Weise¹⁹⁵. Demgegenüber schlug Familienminister Würmeling vor, die Verträge unter dem Vorbehalt zu verabschieden, daß die WEU gewissen Klarstellungen und Ausführungsbestimmungen zustimmen müsse¹⁹⁶. Kaiser erklärte in „pathetischem, etwas weinerlichem Ton“¹⁹⁷, er werde dem Saarabkommen niemals ohne erhebliche Modifikationen zustimmen. Adenauer hielt ihm entgegen, es gehe nicht nur um die Saar, sondern um die Zugehörigkeit Deutschlands zum Westen. Unter dem Druck der Frondeure, die nun danach trachteten, über die verschiedenen Pariser Verträge getrennte Abstimmungen zu erreichen, um zwar das Saarabkommen, nicht aber das Gesamtwerk zu Fall zu bringen, erklärte sich der Kanzler entgegen den ursprünglichen Planungen mit der Ausarbeitung von je einem Ratifikationsgesetz zu den vier Kontrakten einverstanden. Nach langem Hin und Her endete eine Abstimmung mit einer eindeutigen Mehrheit für die Verabschiedung, wobei sich Kaiser und die FDP-Minister dagegen aussprachen. Die eigentliche Last ruhte jetzt auf den Schultern von Blankenhorn, der möglichst weitgehende Konzessionen bei Soutou herauschlagen mußte. Anschließend, so beschloß es das Kabinett, sollte er nach London fliegen, um sich der britischen Unterstützung zu versichern¹⁹⁸. Damit war die Bonner Ratifikationsmaschinerie in Gang gesetzt. Adenauer hatte freilich einen hohen Preis

¹⁹⁰ Vgl. Thoß, Lösung, S. 246.

¹⁹¹ Vgl. AdG 1954, S. 4849E.

¹⁹² BA, NL Blankenhorn, Bd. 36b, Bl. 248f., Tb. 19. 11. 1954, im Auszug in: BDFD I, S. 364–366, hier S. 364.

¹⁹³ Kabinettsitzung, 19. 11. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 516.

¹⁹⁴ S. Kabinettsitzung, 12. 11. 1954, in: ebd., S. 502–508.

¹⁹⁵ S. FDP-Bundesminister an Haußmann, 19. 11. 1954, in: BDFD III, S. 280–283; s.a. Haußmann an FDP-Bundesminister, 27. 11. 1954, im Auszug in: ebd., S. 284–288.

¹⁹⁶ S. Kabinettsitzung, 19. 11. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 517f.

¹⁹⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 36b, Bl. 248f., Tb. 19. 11. 1954, im Auszug in: BDFD I, S. 365.

¹⁹⁸ S. Kabinettsitzung, 19. 11. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 519–522; Bérard an MAE, Nr. 2762, 30. 11. 1954, Secret, in: DDF 1954, S. 825f.; Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 345.

zu zahlen: Zum ersten Mal mußte er in einer wichtigen außenpolitischen Frage eine gespaltene Abstimmung im Kabinett hinnehmen¹⁹⁹.

Den Beistand der Verbündeten suchte jetzt auch Mendès France, der Mitte November in Washington vorsprach. Dulles zeigte sich besorgt über die Attacken gegen Adenauer und verhehlte nicht sein Verständnis für die Bonner Unzufriedenheit mit dem Saarstatut. Sein Gast aus Paris konnte sich dem natürlich nicht anschließen. Er hielt das Abkommen schon deshalb für gut, weil es beide Seiten gleichermaßen nicht voll befriedige. Außerdem stand seiner Meinung nach augenblicklich nicht Versöhnung auf dem deutsch-französischen Programm, sondern Zusammenarbeit, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. „A partir du moment où de bonnes relations économiques seraient établies entre la France et l'Allemagne“, meinte Mendès France vielleicht in Erinnerung an entsprechende – letztlich gescheiterte – Bemühungen vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, „le reste viendrait comme par surcroît“. Als der französische Regierungschef die Frage der amerikanischen Garantie für das Saarabkommen anschnitt, wichen der amerikanische Präsident und sein Außenminister einer klaren Antwort ebenso aus²⁰⁰, wie sie es dem Kanzler gegenüber zwei Wochen zuvor bei dessen Visite gemacht hatten²⁰¹. Zwar wollten sie ihm einen Text zukommen lassen, der seinen Wünschen für die Zeit vor dem Friedensvertrag entsprach. Für die Zeit danach hielten sie sich trotz des französischen Insistierens bedeckt, wiesen auf die Schwierigkeiten im Kongreß und die Nutzlosigkeit des Engagements für einen Vertrag hin, „qui [...] ne sera peut-être jamais conclu“²⁰².

Vorbereitung der Parlamentsdebatten

Mendès France kehrte also keineswegs glücklich aus den USA zurück. Seine Unzufriedenheit wuchs, als er beobachten mußte, wie Adenauer seine innenpolitische Schwäche meinte dadurch beheben zu können, daß er in der parlamentarischen Behandlung genau jene Punkte des Abkommens betonte, die für Frankreich besonders problematisch waren. So erweckte das vom Auswärtigen Amt am 10. 11. vorgelegte Zustimmungsgesetz den Eindruck, als ob die Bundesregierung im Saarabkommen lediglich einen provisorischen *modus vivendi* sah. Es betonte die freie Wahlmöglichkeit der Saarbevölkerung im zweiten Referendum und charakterisierte etwaige amerikanische und englische Versprechen für den Friedensvertrag als Muster ohne Wert²⁰³. Der Regierungschef warnte daher sofort den Kanzler davor, den Bogen zu überspannen, und verlangte mehr Rücksichtnahme

¹⁹⁹ S. Adenauer an Kaiser, 23. 11. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 188; ders. an Dehler, 27. 11. 1954, in: ebd., S. 189 u. 192 f.; Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 292 f.; Thoß, Lösung, S. 247.

²⁰⁰ Unterredung zwischen Mendès France und Eisenhower vom 18. 11. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 179 f., hier S. 180; s.a. Unterredung zwischen dens. vom 18. 11. 1954, 22. 11. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1481–1484; Unterredung zwischen dems. und Dulles, 19. 11. 1954, in: ebd., S. 1484 f.

²⁰¹ Vgl. Thoß, Lösung, S. 242.

²⁰² Unterredung zwischen Mendès France und Eisenhower vom 18. 11. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 180.

²⁰³ S. Kabinettsitzung, 12. 11. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 503; François-Poncet an MAE, Tel. 5762/67, 22. 11. 1954, in: DDF 1954, S. 775 f.; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 271, ders. an dass., Tel. 5768, 22. 11. 1954.

auf die innenpolitische Situation an der Seine. „Si le Parlement allemand“, so drohte Mendès France unverblümt am 22. 11., „ne ratifiait pas l'accord sur la Sarre, ou si le gouvernement fédéral lui donnait une interprétation gênante pour nous, la situation serait sans issue.“²⁰⁴

Adenauer beschränkte sich darauf, Gewißheit über das Ratifikationsverfahren zur Schau zu tragen und an die staatsmännischen Qualitäten von Mendès France zu appellieren²⁰⁵. Sein Manövrierraum wurde nicht eben größer, als das Bundeswirtschaftsministerium am 23. 11. eine neue Auslegung jener Bestimmungen des Saarabkommens verlangte, die eine Ausgeglichenheit der deutsch-französischen Zahlungsbilanz zum Maßstab der dreiseitigen Wirtschaftsabkommen erhoben und dem Schutz der neuen französisch-saarländischen Konventionen eindeutige Priorität gegenüber der Erweiterung des ökonomischen Verhältnisses zwischen Bonn und Saarbrücken gaben²⁰⁶. Noch größeres Ungemach drohte kurz darauf mit der Vorlage des französischen „Exposé des motifs“ zum Saarabkommen, das sich in drei Punkten völlig von der Konzeption des deutschen Zustimmungsgesetzes unterschied. Paris erklärte das Statut nach dem ersten Referendum für sakrosankt, bestand auf der Unantastbarkeit der Wirtschafts- und Währungsunion „sans aucune équivoque“ und sperrte sich gegen einen Rückzug aus der Verwaltung der Saarbergwerke²⁰⁷.

In dieser erhitzten Atmosphäre fand am 28. 11., fünf Tage später als geplant, die zweite Besprechung zwischen Blankenhorn und Soutou statt. Adenauers Gesandter übergab zunächst Entwürfe eines deutsch-französischen Memorandums an die WEU wegen der Errichtung der Fünfer-Kommission, einer Entschließung des Rats der WEU über die Befugnisse des Kommissars und des Schiedsrichters sowie einer Resolution desselben Organs über eine Abstimmungsordnung. Im Laufe detaillierter Erörterungen einzelner Artikel des Saarabkommens beharrte er darauf, der Saarbevölkerung beim zweiten Referendum das Recht zuzugestehen, auch für die Rückgliederung nach Deutschland stimmen zu können. Außerdem bat er eindringlich darum, die Landtagswahlen erst nach Ablauf einer Frist von drei Monaten nach dem Plebiszit anzuberaumen. Schließlich betonte er, daß der abzuschließende Wirtschaftsvertrag zwischen der Saar und Frankreich dem Ziel verpflichtet sein müsse, „gleichartige Beziehungen“ zwischen Bonn und Saarbrücken zu ermöglichen²⁰⁸. Zwei Tage später trafen sich die beiden Spitzenbeamten erneut. Diesmal führte Soutou das Gespräch, und er ließ keinen Zweifel daran, wie sehr Mendès France mit den Vorstellungen Adenauers haderte. Seine innenpolitisch-parlamentarische Situation hatte sich wegen des Ausbruchs kriegigerischer Zusammenstöße in Algerien, aber auch wegen der Saarfrage mittlerweile erheblich ver-

²⁰⁴ Mendès France an Bonn, Tel. 3074/75, 22. 11. 1954, zitiert nach: DDF 1954, S. 782, Anm. 2.

²⁰⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 271, Bl. 351–352, François-Poncet an MAE, Tel. 5779/84, 23. 11. 1954; ders. an dass., Tel. 5806/18, 24. 11. 1954, Urgent, Réservé, in: DDF 1954, S. 782–784.

²⁰⁶ S. PA, B 17, Bd. 126, Bl. 173–176, Aufzeichnung Jentsch, I A 6, 23. 11. 1954.

²⁰⁷ Abt. Europa im MAE an Kabinett des Ministers, Aufzeichnung, 26. 11. 1954, in: DDF 1954, S. 801 f., hier S. 802.

²⁰⁸ BA, NL Blankenhorn, Bd. 36b, Bl. 59 f., Blankenhorn u. Hausenstein an Adenauer, Tel. 730, 28. 11. 1954, Geheim, Citissime; s.a. Unterredung zwischen von Maltzan und de Carbonnel vom 23. 11. 1954, in: BDFD II, S. 389–391; de Carbonnel an MAE, Tel. 5831, 24. 11. 1954, in: ebd., S. 386–388; Thoß, Lösung, S. 248.

schlechtert. Die Nachrichten aus Bonn über das Zustimmungsgesetz zum Saarabkommen erweckten in Paris den Eindruck, als ob Frankreich „die Saar praktisch aufgabe“²⁰⁹. Denn die Bundesregierung betonte in der ihm beigegebenen Begründung, daß sie die von Frankreich geschaffene Lage an der Saar nicht anerkenne und das Statut nur bedingt europäisch genannt werden könne. Insbesondere strich sie die Bedeutung des zweiten Referendums heraus, das der Saarbevölkerung die Möglichkeit gebe, über das eigene Schicksal selbst zu bestimmen²¹⁰.

Diese Argumente waren aus französischer Sicht nicht dazu angetan, die beiderseitigen Beziehungen im Geist von La Celle-St. Cloud weiterzuentwickeln, wie Blankenhorn es französischen Diplomaten gegenüber als Wunsch signalisiert hatte. Und an der Seine wollte man auch nicht einsehen, daß es sich bei dem deutschen Gesetzentwurf um etwas Unvermeidbares handelte, gemäß dem von Blankenhorn verbreiteten Motto: „Nous sommes absolument obligés d'insister sur le provisoire, comme vous, vous trouverez dans la nécessité inverse d'insister sur le définitif.“²¹¹ Einer solchen Logik mochten die Politiker in Paris nicht folgen. Namentlich René Mayer machte sich zum Wortführer einer Anti-Mendès-France-Kampagne, woraufhin der Regierungschef seine Zusagen hinsichtlich der Fünfer-Kommission bzw. der Befassung der WEU mit der Regelung des Plebiszits und der Funktion des Kommissars zurückzog. Ein Gegenvorschlag seines stellvertretenden Kabinettschefs ließ an Härte nichts zu wünschen übrig. Die Saarregierung sollte allein für die Vorbereitung und Ausführung des Plebiszits verantwortlich sein, die Fünfer-Kommission erst einen Monat vor dem Urnengang zur ordnungsgemäßen Durchführung eingesetzt werden. In der Frage der Frist für die Landtagswahl wich er einer Antwort aus. Hinsichtlich der freien Meinungsäußerung der Parteien vor und im Plebiszit verwies er sein Pendant an die saarländische Regierung. Soutou verstand dies alles freilich nicht als sein letztes Wort. Es sei aber notwendig, so beteuerte er gegenüber Blankenhorn, sich bis nach der Billigung des Saarstatuts durch die Nationalversammlung zu gedulden, um die Opposition zu besänftigen. Wenngleich dem deutschen Diplomaten die Verhärtung der französischen Position nicht gefallen konnte, brachte er durchaus Verständnis für sie auf. Er teilte die innenpolitische Lageanalyse Soutous und kalkulierte sogar einen Sturz der Regierung ein. Da Mendès France seiner Meinung nach der einzige Regierungschef war, der das Saarabkommen im Palais Bourbon durchboxen konnte, riet er den Kanzler dazu, die französische Ratifikation abzuwarten²¹².

Um sich innenpolitisch Luft zu verschaffen, ging Mendès France öffentlich zum Angriff gegen Adenauer über. Mit einer geharnischten Gegendarstellung, die die Presse im Auftrag autorisierter Kreise prompt publizierte, ließ er am 2. 12. offiziell Protest gegen die Begründung des deutschen Gesetzes zum Saarabkommen

²⁰⁹ PA, B 17, Bd. 130, Bl. 200–203, Blankenhorn u. Hausenstein an Adenauer, Tel. 737, 30. 11. 1954, Geheim, Citissime.

²¹⁰ S. Begründung der Bundesregierung zum Saarabkommen, 10. 12. 1954, in: BT, Sten. Ber., Anlagen, Bd. 33, Drucksache Nr. 1062; Fischer, Saar, S. 197 f.

²¹¹ Zitiert nach: AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 387, Bl. 73–76, de Margerie an Mendès France, Aufzeichnung, 27. 11. 1954.

²¹² S. PA, B 17, Bd. 130, Bl. 200–203, Blankenhorn u. Hausenstein an Adenauer, Tel. 737, 30. 11. 1954, Geheim, Citissime; Thoß, Lösung, S. 249.

einlegen²¹³. Die von seinen Gegnern gestreuten Gerüchte, der Regierungschef provoziere bewußt einen Konflikt, um das Saarabkommen im Bundestag und anschließend die Pariser Verträge in der Nationalversammlung zu Fall zu bringen²¹⁴, wirkten ziemlich unglaublich. Dennoch blieb die harsche Kritik aus Paris, die selbst französischen Diplomaten „etwas hart formuliert“²¹⁵ erschien, in Bonn nicht ohne Wirkung. Adenauer versicherte sofort seinen guten Willen und überzeugte Bérard, daß die dem Gesetz beigegebene Begründung nicht von ihm, sondern von der Ministerialbürokratie stammte, die offensichtlich bestimmte Konzessionen Adenauers abzuschwächen hoffte²¹⁶. Am 3. 12. bediente er sich einer Wahlkampfveranstaltung in Berlin, um die Wogen weiter zu glätten. Statt den Kampf gegen Frankreich aufzunehmen, leitete er, beflügelt von günstig verlaufenen Landtagswahlen in Hessen und Bayern²¹⁷, eine „contre-offensive“ gegen die Saarpolitik der SPD und der FDP ein. Zur großen Genugtuung der französischen Hohen Kommission verteidigte er in der alten Reichshauptstadt nicht nur seine Abmachung mit Mendès France, sondern wünschte dessen Regierung nun öffentlich Glück und Erfolg²¹⁸.

Diese Freundlichkeiten gegenüber den Franzosen stießen in der Bundesregierung nicht auf ungeteilte Zustimmung. Blücher verlangte am 6. 12. vom Kanzler dringend die Kontaktaufnahme mit den Angelsachsen, um zu verhindern, daß die Deutschen bei einer Nichtanerkennung der Unantastbarkeit des Saarstatuts im Friedensvertrag als „Hindernis für die westeuropäische Einigung“ hingestellt würden. Die Übernahme des französischen Standpunkts bedeutete für ihn die „Verewigung“ des Saarabkommens und kam daher nicht in Frage. Im Gegensatz zur Auffassung Adenauers ließ das Grundgesetz seiner Meinung nach die Abtrennung eines außerhalb seines Geltungsbereichs liegenden Territoriums des Deutschen Reiches nicht zu²¹⁹. Alarmiert von der Kritik seines Vize, unterbreitete der Kanzler nun in London den Vorschlag, sofort ein Sachverständigengremium der Vier Westmächte einzusetzen²²⁰. Die Briten waren aber allenfalls zu einer Initiative für Gespräche mit den USA, Frankreich und der Bundesrepublik bereit, dachten nicht an eine Konferenz zur Änderung oder Interpretierung des Saarabkommens²²¹.

Von den Angelsachsen auf sich selbst verwiesen, suchten die Regierungen in Bonn und Paris in den letzten Tagen vor der Mitte Dezember beginnenden parlamentarischen Redeschlachten wieder engsten Kontakt zueinander. Im Bewußt-

²¹³ S. Mendès France an Bonn, Tel. 4219/21, 1. 12. 1954, in: DDF 1954, S. 827 f.; AdG 1954, S. 4883B.

²¹⁴ S. AsD, SPD-Bundestagsfraktion WP II, Nr. 23, Fraktionsvorsitz Ollenhauer (Sammlung SPD), Markscheffel an Ollenhauer, 3. 12. 1954.

²¹⁵ PA, B 17, Bd. 169, Bl. 103, Krapf an Blankenhorn, Aufzeichnung, 2. 12. 1954.

²¹⁶ S. Bérard an MAE, Tel. 5948/58, 2. 12. 1954, in: DDF 1954, S. 839–841.

²¹⁷ Zum Ergebnis der Wahlen vom 28. 11. 1954 s. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 481 f. In seinen Erinnerungen behauptet Adenauer irrtümlicherweise, die Wahlen in Hessen hätten „einen erheblichen Stimmenzuwachs für die SPD“ erbracht (Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 384).

²¹⁸ Bérard an MAE, Tel. 6012/16, 4. 12. 1954, Urgent, in: DDF 1954, S. 843 f., hier S. 843.

²¹⁹ PA, B 17, Bd. 130, Bl. 229–233, Blücher an Adenauer, AZ 3598/54, 6. 12. 1954, Persönlich, Streng vertraulich.

²²⁰ Vgl. Thoß, Lösung, S. 251.

²²¹ S. PA, B 17, Bd. 126, Bl. 278 f., Blankenhorn an diplomatische Missionen, Tel. Multex 19, 10. 12. 1954, Geheim.

sein, daß der eigene Motivenbericht der deutschen Begründung zuwiderlief, versuchte Mendès France – freilich vergeblich –, die Weitergabe an die Abgeordneten bis zum Tag nach der für den 16. und 17. 12. geplanten Bundestagssitzung hinauszuzögern²²². Adenauer revanchierte sich, indem er sich persönlich bei den Parteien um eine sachliche Debatte bemühte und Mendès France vorab über die Grundzüge seiner Regierungserklärung unterrichtete²²³. Der französische Regierungschef bedankte sich im Gegenzug mit der Zusendung einer Zusammenfassung seiner eigenen Parlamentsansprache²²⁴ und avisierte dem Kanzler wunschgemäß die baldige Zustellung des französischen „Exposé des motifs“, um ihm die Möglichkeit zu geben, sofort auf etwaige Pressekommentare zu reagieren²²⁵. Als François-Poncet ihn am 10. 12. darauf vorbereitete, daß der Bericht erheblich, ja mitunter radikal von der „interprétation tendancieuse“ der deutschen Begründung abweiche, blieb Adenauer ungerührt. Für die kommenden Tagen stellte er sogar eine Démarche bei den prodeutschen Saarparteien mit dem Ziel in Aussicht, die Opposition gegen das Statut zu beenden. Eine überwältigende Mehrheit für das Abkommen im ersten Referendum stand für ihn außer Frage. Sein Blick richtete sich inzwischen über die Saarfrage hinaus auf die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen. Sie, nicht das Saarproblem, waren für ihn „la clé de l’avenir“. Worauf es seiner Meinung nach jetzt ankam, war das Programm von La Celle-St. Cloud umzusetzen. Trotz dieser beeindruckenden Beweise echter Verständigungsbereitschaft blieb der Hohe Kommissar überzeugt, daß der Kanzler insgeheim darauf hoffte, die Tür für die „cause allemande“ mit Hilfe des Saarabkommens doch noch offenhalten zu können²²⁶.

Der Kampf um die Ratifikation des Saarabkommens

Wenige Tage später drohte das gemeinsame Band wieder zu zerreißen. Am 13. 12. empfing Adenauer die Vertreter der oppositionellen Saarparteien in Bonn, die sich entgegen seinen Behauptungen im Gespräch mit François-Poncet keineswegs auf Kurs bringen ließen. Conrad, Schneider und Ney machten ihre Zustimmung zum Abkommen davon abhängig, daß die Saarbevölkerung sich jederzeit nach dem Inkrafttreten des Statuts politisch frei äußern dürfe, das zweite Referendum anläßlich des Friedensvertrages auch die Möglichkeit der Rückkehr zu Deutschland enthalten müsse, die Änderung einzelner Vertragsbestimmungen erlaubt sei, ohne die Gesamtheit in Frage zu stellen²²⁷. Zur selben Stunde ging in Bonn der Text des französischen Exposé des motifs²²⁸ ein. Den Sondierungen der deutschen Diplomatischen Vertretung in Paris zufolge hatte der Matignon versucht zu retten, was zu retten war. Obwohl einige Abgeordnete dem Parlament die Vertagung der Ra-

²²² S. ebd., Bl. 276f., Hausenstein an Blankenhorn, Tel. 747, 8. 12. 1954, Geheim.

²²³ S. ebd., Bd. 130, Bl. 246 u. 248, Adenauer an Mendès France, 9. 12. 1954, Geheim, in französischer Übersetzung in: DDF 1954, S. 877f.

²²⁴ S. PA, B 17, Bd. 130, Bl. 256–258, Mendès France an Adenauer, 13. 12. 1954, Geheim, Citissime.

²²⁵ S. ebd., Bl. 249f., Hausenstein an Blankenhorn, Tel. 750, 10. 12. 1954, Geheim, Citissime.

²²⁶ François-Poncet an MAE, Tel. 6140/49, 10. 12. 1954, Réserve, in: DDF 1954, S. 883–885, hier S. 883 u. 884.

²²⁷ Vgl. Schneider, Wunder, S. 418–420; s.a. die auf Bitten Adenauers verfaßte schriftliche Stellungnahme von Conrad, Schneider und Ney an Adenauer, 13. 12. 1954, in: ebd., S. 421.

²²⁸ S. Exposé des motifs zum Saarabkommen, in: JO, Ass. Nat., Doc. parl. 1954, Bd. 2, S. 2731 f.

tifikation der Pariser Verträge sine die vorzuschlagen gedachten, bemühte er sich, den Motivenbericht zurückzuhalten²²⁹ – vergeblich. Am 13. 12. geriet der Rapport doch in die Hände der Parlamentarier, und es kann nicht ausgeschlossen werden, daß er ihnen aus interessierten Kreisen des Quai d'Orsay zugespielt worden war²³⁰.

Trotz der Vorwarnung von François-Poncet sah Adenauer, „entsetzt“ über die dem Saarvertrag widersprechenden Ausführungen, die beiderseitigen Bemühungen um eine dauerhafte Verständigung „völlig zunichte“ gemacht. In seiner ersten Wut dachte er daran, Mendès France schriftlich mit dem Rückzug des Saarabkommens im Bundestag zu drohen, bis eine „Übereinstimmung erzielt“ sei²³¹. Der Kanzler zog es aber schließlich vor, seine Philippika nicht abzuschicken. Statt dessen ließ er Blankenhorn seine Verärgerung bei Bérard abladen. Der hielt ihm auftragsgemäß entgegen, Mendès France habe nach den scharfen Reaktionen im Lande auf die deutsche Begründung so handeln müssen. Blankenhorn lenkte ein und bezeichnete das von Wahlkampfervägungen inspirierte deutsche Dokument als „regrettable“²³².

Als Ausweg aus der verfahrenen Situation bot sich aus Sicht der Bundesregierung nur eine sofortige Viermächtekonferenz an. Adenauer sondierte daher bei den Amerikanern, ob sie tatsächlich, wie Mendès France im Motivenbericht behauptete, ihre Zusagen von 1947 über die Unterstützung der französischen Saarinteressen bei Friedensverhandlungen in der Zwischenzeit erneuert hatten. Zwar zweifelte er die Gültigkeit der damals gegebenen Versprechen nicht an. Ihn trieb aber die Sorge um, dem Franzosen seien bei seinem letzten Besuch in den USA neue, geheime Zusagen gemacht worden. Ganz im Stile der Enthüllungen Léo Hamons unterstellte der Kanzler dem Président du Conseil jetzt, die Veröffentlichung des Motivenberichts deshalb so früh anberaumt zu haben, damit die Pariser Verträge an der deutschen Intransigenz in der Saarfrage scheiterten²³³.

Aus der Pariser Perspektive erzeugte Adenauer damit lediglich künstliche Schwierigkeiten, um das Saarabkommen auf einer Viermächtekonferenz doch noch zu kippen. Mendès France lehnte eine solche Tagung daher entschieden ab, und er erhielt wie schon häufiger in den letzten Monaten Unterstützung vom frankophilen amerikanischen Botschafter Dillon. Nach einer kurzen Lektüre bewertete er den Motivenbericht als scharf, aber keineswegs verletzend²³⁴.

Im State Department neigte man nicht so eindeutig zur französischen Seite. Dulles reagierte auf den Vorstoß von Mendès France ausgesprochen ungehalten und schlug Eden als Antwort an Adenauer vor, die USA sähen sich nach dem Scheitern der deutsch-französischen Abmachung vom Mai nicht dazu in der Lage, eine über die im Saarabkommen hinausgehende Zusicherung zu geben. Sie wür-

²²⁹ S. PA, B 17, Bd. 126, Bl. 129, Hausenstein an AA, Tel. 758, 13. 12. 1954, Geheim, Citissime.

²³⁰ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 2526, 13. 12. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1493 f.

²³¹ Adenauer an Mendès France, übermittelt in: Blankenhorn an Paris, Tel. 674, 13. 12. 1954, Citissime, Geheim, Cessat, in: BDFD I, S. 366; vgl. auch PA, Abt. 2, Bd. 553, Bl. 113–117, „Bemerkungen zur französischen Begründung des Saarabkommens“, 15. 12. 1954.

²³² François-Poncet an MAE, Tel. 6192/97, 13. 12. 1954, Priorité absolue, Réservé, in: DDF 1954, S. 903 f., hier S. 904.

²³³ S. Conant an Dep. of State, Tel. 1713, 13. 12. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1492 f.

²³⁴ S. Dillon an dass., Tel. 2526, 13. 12. 1954, Secret, in: ebd., S. 1493 f.

den aber im Rahmen eines Friedensvertrags eine definitive Regelung unterstützen, sofern sie die Zustimmung der beteiligten Parteien erhalte²³⁵. In Bonn ließ der amerikanische Außenminister jede Erneuerung der Garantie von 1947 bestreiten und versichern, weder er noch Eden hätte ein Interesse an einer Bestätigung der alten Zusagen²³⁶.

Um die Debatte über das Gesamtvertragswerk nicht zu belasten, spielte Adenauer nun ernsthaft mit dem ihm von Blankenhorn eingeträufelten Gedanken, das Saarstatut nicht auf die Tagesordnung des Bundestags zu setzen. Eindringliche Warnungen der Franzosen und Amerikaner vor den Rückwirkungen einer solchen Entscheidung²³⁷ ließen ihn dann wieder Abstand von dem Plan nehmen. Die Ratifikation hing offenbar an einem seidenen Faden. François-Poncet hielt sie für fast unmöglich, und auch Adenauer verlor seinen Optimismus und fiel beinahe in Apathie²³⁸. Zumindest für den amerikanischen Botschafter Conant war nicht die Sturheit des Kanzlers für die Malaise verantwortlich, sondern der tatsächlich fundamentale Unterschied in der Interpretation des Saarabkommens. Sollte es zu keiner Einigung mit Frankreich über die Hauptdifferenzen kommen, meinte Adenauer zu ihm, wolle er dem Vorschlag Edens folgen und Mendès France die Anrufung der ‚bons offices‘ der Angelsachsen vorschlagen²³⁹.

Die Aussprache des Deutschen Bundestag über das Saarabkommen am 15./16. 12. verschaffte den Kabinetten in Bonn und Paris kaum Erleichterung. Die Forderungen Bonner Parlamentarier nach einer Wiederaufnahme der Verhandlungen wollten nicht verstummen²⁴⁰. Gleichwohl bemühten sich Koalition und Opposition um Mäßigung. Adenauer ging dabei gar so weit, daß er in einem heftigen Schlagabtausch mit Carlo Schmid leugnete, von Mendès France im Oktober unter Druck gesetzt worden zu sein²⁴¹. Eingeweihte Bonner Politiker und Diplomaten rieben sich verwundert die Augen²⁴². Schmid versagte es sich dennoch, den in die Ecke getriebenen Kanzler zu desavouieren. Wenn Adenauer über diese Rücksicht wenige Wochen später auch lästerte²⁴³, so mußte er ihm in der konkreten Situation Mitte Dezember doch dankbar sein. Denn es ging um weit mehr als um einen innerdeutschen Hahnenkampf, das deutsch-französische Verhältnis stand auf dem Spiel.

Voller Zuversicht, die Ratifikation der Westverträge und des Saarabkommens bis Anfang Februar erfolgreich abschließen zu können, lud der Kanzler den Président du Conseil noch am letzten Tag der Debatte für den Januar zu einem neu-

²³⁵ S. Dulles an London, Tel. 3194, 13. 12. 1954, Secret, in: ebd., S. 1494 f.; Thoß, Lösung, S. 253.

²³⁶ S. PA, NL Kessel, Ordner [2], von Kessel an Blankenhorn, Tel., 14. 12. 1954, Geheim.

²³⁷ S. Bérard, Ambassadeur, S. 598, Tb. 14. 12. 1954; Thoß, Lösung, S. 253; FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1501, Anm. 2.

²³⁸ S. Bérard, Ambassadeur, S. 599, Tb. 14. 12. 1954.

²³⁹ S. Conant an Dep. of State, Tel. 407, 15. 12. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1501 f.

²⁴⁰ S. Bundestagsdebatte, 15. u. 16. 12. 1954, in: BT, Sten. Ber., Bd. 22, S. 3113–3164 u. 3177–3258; zur Position der FDP vgl. ausführlich: Elzer, „Es ist eine Lust“, S. 214–219.

²⁴¹ S. Bundestagserklärung Adenauers, 16. 12. 1954, in: BT, Sten. Ber., Bd. 22, S. 3233 f.; Bérard, Ambassadeur, S. 600, Tb. 19. 12. 1954; Weber, Carlo Schmid, S. 533.

²⁴² S. Lahr an seinen Bruder, 20. 12. 1954, in: Lahr, Zeuge, S. 222–224.

²⁴³ S. Schmid, Erinnerungen, S. 560.

erlichen Treffen ein²⁴⁴ und bat ihn darum, seine Erklärungen im Palais Bourbon so allgemein wie möglich zu halten, um die bevorstehenden Saarlösungsverhandlungen nicht zu belasten²⁴⁵. Zur selben Zeit lehnten Dulles und Eden es gegenüber Mendès France ab, eine formale Garantie des Saarstatuts für die Friedensvertragskonferenz selbst in der Form einer privaten Versicherung abzugeben²⁴⁶. Obwohl in Paris die Zweifel an der Bonner Ratifikation nicht beseitigt waren²⁴⁷, erkannte der französische Regierungschef in seiner Antwort an den deutschen Kanzler durchaus an, daß der Bundestag die Debatte in der Assemblée Nationale erleichtert hatte. Aus Sorge vor einer schärferen Gangart der deutschen Parlamentarier in der zweiten und dritten Lesung im Januar warnte er aber schon jetzt vor den Rückwirkungen auf die für Februar vorgesehene Sitzung des Conseil de la République²⁴⁸.

Im Tonfall moderat, in der Sache aber hart präsentierte sich Mendès France dann am 23. 12. in der Nationalversammlung. Die Saarvereinbarung bezeichnete er als unwiderrufliches europäisches Statut, das in einem Friedensvertrag nicht revidiert werden dürfe. Die in Aussicht genommenen Gespräche mit dem Kanzler könnten allenfalls der Klärung gewisser Modalitäten der Anwendung, nicht aber einer Veränderung der Substanz dienen²⁴⁹. Die Parlamentarier zeigten sich damit zufrieden und genehmigten das Saarabkommen mit 368 gegen 145 Stimmen. Die Schwierigkeiten in den folgenden Debatten über die Pariser Verträge²⁵⁰ veranlaßten Mendès France am 28. 12., in Bonn darauf zu drängen, das Ratifikationsverfahren nicht durch neue „maladresses allemandes“ in der Saarfrage zu gefährden²⁵¹. Mit Blick auf das mittlerweile für Mitte Januar vereinbarte Treffen der beiden Regierungschefs²⁵² verlangte er von Adenauer den sofortigen Beweis einer loyalen Anwendung des Saarabkommens²⁵³. Der Kanzler beteuerte daraufhin umgehend die Absicht, alles zu tun, um die Ratifikation in Paris nicht zu gefährden²⁵⁴.

²⁴⁴ S. Adenauer an Mendès France, 17. 12. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 201 f.; ders. an Dulles, 17. 12. 1954, in: ebd., S. 200 f.

²⁴⁵ S. ders. an Mendès France, 16. 12. 1954, in: ebd., S. 199 f.

²⁴⁶ S. Unterredungen zwischen Dulles, Eden und Mendès France vom 16. u. 18. 12. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 185–192 u. 197; Unterredung zwischen dens. vom 16. 12. 1954, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1505–1507; US-Delegation auf der NATO-Ratskonferenz an Büro der amerikanischen Hohen Kommission Bonn, Tel. Polto 181, 18. 12. 1954, Confidential, Priority, in: ebd., S. 1513 f.; Thoß, Lösung, S. 256 f.

²⁴⁷ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 2576, 16. 12. 1954, Confidential, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1502–1504.

²⁴⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 272, Bl. 123, Mendès France an Bonn, Tel. 4504/06, 18. 12. 1954; ebd., Bl. 141, François-Poncet an MAE, Tel. 6326/28, 22. 12. 1954, Très urgent; DDF 1954, S. 975, Anm. 2.

²⁴⁹ S. Rede von Mendès France in der Assemblée Nationale, 23. 12. 1954, in: JO, Ass. Nat., Déb. Parl. 1954, Bd. 9, 2, S. 6812 f.

²⁵⁰ Zur gesamten Ratifikationsdebatte vom 23.–30. 12. 1954 s. ebd., S. 6652–6941 u. 6998 f.

²⁵¹ Mendès France an Bonn, Tel. 4569/93, 28. 12. 1954, Réservé, in: DDF 1954, S. 975 f., hier S. 975.

²⁵² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 37, Bl. 133 f., von Walther an Blankenhorn, Tel. 789, 23. 12. 1954, Geheim, Citissime; Dulles an Dep. of State, Tel. Secto 26, 19. 12. 1954, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1514 f.

²⁵³ S. Mendès France an Bonn, Tel. 4569/93, 28. 12. 1954, Réservé, in: DDF 1954, S. 975 f.

²⁵⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 387, Bl. 141–142, Bérard an MAE, Tel. 6411/17, 30. 12. 1954, Réservé.

Kurz nach dem Jahreswechsel trafen sich Blankenhorn und Soutou zur Vorbereitung des Treffens ihrer Chefs, das auf den 14. 1. 1955 in Baden-Baden anberaumt war²⁵⁵. Die Gespräche verliefen so günstig, daß ein Erfolg des Gipfels schien. Soutou kehrte zu seiner ursprünglichen Kompromißlinie in den Durchführungsfragen des Saarabkommens zurück und einigte sich mit seinem deutschen Counterpart auf einen festen Themenkatalog²⁵⁶. Einen Knackpunkt bildete die französische Absicht, das Wirtschaftsabkommen mit der Saar noch vor der Ratifizierung der Pariser Verträge im Rat der Republik abzuschließen. Mendès France hoffte damit, das parlamentarische Terrain vorbereiten zu können. Adenauer sah darin hingegen eine Gefährdung seiner These von der Gleichartigkeit der deutschen bzw. der französischen Wirtschaftsbeziehungen zur Saar und seiner Doppelstrategie – Entgegenkommen in Prozederefragen, Härte in bezug auf die Wirtschaftsbeziehungen²⁵⁷.

Geradezu erleichtert reagierte der Kanzler am Morgen des 14. 1. auf das schlechte Wetter. Es zwang den französischen Regierungschef nämlich dazu, mit dem Zug anzureisen, und beschnitt damit die zur Verfügung stehende Beratungszeit²⁵⁸. Nach der Begrüßung seines Gastes versicherte Adenauer im Rahmen einer morgendlichen Tour d'horizon, das Ratifikationsverfahren im Bundestag bis Mitte Februar abgeschlossen zu haben. Nur die Debatte über das Saarstatut bereitete ihm wegen der „unversöhnlich[en]“ Haltung der Sozialdemokraten Kopfzerbrechen²⁵⁹. In der allein der Saarfrage gewidmeten Sitzung am Nachmittag zeigte sich der Kanzler zunächst höchst konziliant. Er revidierte seinen bisherigen Anspruch auf deutsche und französische Präsenz in der Kontrollkommission der WEU-Staaten und einigte sich mit Mendès France nach längerer Diskussion außerdem darauf, daß die Kommission ihre Befugnisse erst nach dem Inkrafttreten der saarländischen Gesetze über die Organisation des Referendums ausüben solle. Ihr das Recht zur Prüfung der saarländischen Gesetzgebung auf die Gewährleistung einer freien Abstimmung zuzugestehen, lehnte der Franzose ab. Er akzeptierte dann aber den Vorschlag Hallsteins, durch sie den Beginn der in Artikel 10 des Saarabkommens genannten Frist für die Volksabstimmung feststellen zu lassen. Ein Weisungsrecht der Kommission gegenüber der Saarregierung während des Plebiszits mochte ihr Mendès France ebenfalls nicht zubilligen, und er nahm auch die Forderung Adenauers nach einem Stimmrecht für die aus dem Saarland ausgewiesenen Deutschen sehr reserviert auf. Zu einem scharfen Gegensatz führte erwartungsgemäß die Diskussion über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Saar, Frankreich und der Bundesrepublik. Der Président du Conseil sah eine Hierarchie zwischen dem französisch-saarländischen und dem dreiseitigen Abkommen, während der Kanzler die Verbindungslinien betonte und daraus die Gleich-

²⁵⁵ S. Mendès France an Adenauer, 4. 1. 1955, in: Mendès France, *Oeuvres Complètes*, Bd. 3, S. 645.

²⁵⁶ S. PA, B 17, Bd. 126, Bl. 11 f., „Themen für das Gespräch mit Herrn Soutou“, 5. 1. 1955; ebd., Bl. 20–24, „Zur Saarfrage“, 5. 1. 1955; Aufzeichnung des MAE, (3.–5. 1. 1955), in: DDF 1955, Bd. 1, S. 17–23.

²⁵⁷ Vgl. Thoß, Lösung, S. 259 f.

²⁵⁸ S. Adenauer an Dora u. Robert Pferdmeiges, 12./13. 1. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 210.

²⁵⁹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 39, Bl. 9–22, Unterredung zwischen dems. und Mendès France vom 14. 1. 1955, Geheim, im Auszug in: BDFD I, S. 195–202, hier S. 196; vgl. Kap. III.4.4.

zeitigkeit der bi- bzw. trilateralen Verhandlungen ableitete. Mendès France gestand dann einen synchronen Beginn beider Verhandlungsstränge zu, sofern sie umgehend einsetzten. Dies lehnte Adenauer ab, so daß das Problem ungelöst blieb²⁶⁰.

Parallel zu dieser mühsamen Suche nach Antworten auf die in La Celle-St. Cloud ausgesparten Probleme einer Saarregelung mit Frankreich intensivierte das Kanzleramt auf einem Nebengleis seiner Außenpolitik das Verhältnis zur Saarregierung. In einer „Nacht und Nebel“-Aktion schickte Hallstein Lahr nach Saarbrücken, um zu verhindern, daß Paris Saarbrücken in den bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen unter Druck setzte und einseitige Begünstigungen herauszuschlug. Mit aller gebotenen Vorsicht gab der Bonner Envoyé dem Saarbrücker Regierungschef zu verstehen, wieviel in „gemeinsamem deutsch-saarländischem Interesse“ aus dem Saarstatut herauszuholen und wie günstig es doch für die kleine Saar sei, „statt ausschließlich von einem einzigen übermächtigen Nachbarn abzuhängen, zwei Gesprächspartner zu haben“. Für den Ministerpräsidenten schuf die allmähliche Aufhebung der langjährigen Quarantäne natürlich größeren Bewegungsfreiraum nach Bonn wie nach Paris. Er zeigte sich an der Zusammenarbeit durchaus interessiert und schlug zur weiteren Besprechung ein Treffen mit Adenauer vor. Zu einer solchen Zusammenkunft mit dem jahrelang als „Separatisten“ Gescholtenen war der Kanzler aber nicht bereit und bestimmte statt dessen seinen Wirtschaftsminister als Gesprächspartner²⁶¹.

Die von Adenauer verfolgte Strategie erlebte am 18. 1. einen herben Rückschlag, als Erhard zur Klärung der in Baden-Baden offengebliebenen Fragen mit Mendès France in Paris zusammentraf. Statt sich an die vom Auswärtigen Amt festgesetzte Marschroute zu halten, erging sich der Minister in weiten Improvisationen. Zwar bestand Erhard darauf, daß vor dem Abschluß der Ratifikationsverfahren in Bonn und Paris kein *Fait accompli* geschaffen werden dürfe, willigte aber in einen sofortigen Beginn französisch-saarländischer sowie eine simultane Aufnahme dreiseitiger Wirtschaftsverhandlungen ein. Innerhalb von zehn Tagen gedachte er seine Konzeption eines trilateralen Abkommens vorzulegen, so daß die Verhandlungen dann nach der Antwort von Mendès France Ende Februar beginnen konnten. Bis dahin, so glaubte man, seien die Parlamentsdebatten sicherlich abgeschlossen. In der Frage des Wahlrechts für Ausgewiesene einigten sich beide Seiten auf eine Prüfung durch die Saarregierung „dans l'esprit le plus libéral“. Die Einbeziehung des gesamten Personenkreises kam für Mendès France aber nicht in Frage, da sich darunter auch Kriminelle befanden²⁶².

Während der Bundeswirtschaftsminister sich ob dieses Ergebnisses hochzufrieden zeigte, kam es für das Auswärtige Amt einer „Katastrophe“ gleich, und der Schuldige war sofort gefunden. Erhard hatte sich durch seine außenpolitische Unerfahrenheit überrumpeln lassen²⁶³. Freilich übersah das Amt geflissentlich, daß

²⁶⁰ PA, B 17, Bd. 36, Bl. 57–61, „Gang der Verhandlungen in Baden-Baden“, o.D.; s.a. „Ergebnis der Baden-Badener Besprechungen vom 14. 1. 1955“, in: BDFD I, S. 367f.

²⁶¹ Aufzeichnung Lahr, März 1955, in: Lahr, Zeuge, S. 225–229, hier S. 225, 226 u. 227; s.a. Thoß, Lösung, S. 260.

²⁶² Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 20. 1. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 107f., hier S. 107.

²⁶³ Aufzeichnung Lahr, März 1955, in: Lahr, Zeuge, S. 228; mit gleichem Urteil: Thoß, Lösung, S. 260f.

auch Adenauer in Baden-Baden die Strategie der Gleichzeitigkeit beider Verhandlungsstränge nicht hatte durchsetzen können. Verständlicherweise reagierte Hoffmann einigermaßen erstaunt, als ihn das Auswärtige Amt am 19. 1. wissen ließ, man stimme nun doch zweiseitigen französisch-saarländischen Verhandlungen zu. Für ihn mußte dies „peinlich“ wirken, da er aufgrund der Bonner Vorstellungen in Paris den Beginn der Verhandlungen hinausgezögert hatte²⁶⁴.

In ihrer Unterredung am 1. 2. im Pariser Hotel „Royal Monceau“ kehrten Erhard und Hoffmann wieder ein wenig zu der alten Linie zurück. Sie verabredeten, sich gegenüber der französischen Regierung für den gleichzeitigen Beginn beider Verhandlungsrunden einzusetzen und ihr Gespräch als Einleitung der dreiseitigen Verhandlungen zu deklarieren. Wie bereits Lahr, so lockte auch Erhard mit den „erhebliche[n] Vorteile[n]“, die die Bundesrepublik der Saarwirtschaft bieten könne. Hoffmann akzeptierte den Vorschlag, den Begriff „Wirtschaftsunion“ im künftigen Wirtschaftsvertrag mit Frankreich zu vermeiden und die Implikationen der Währungsunion möglichst in Grenzen zu halten. Außerdem sprachen sie sich dafür aus, den Terminus „Trennung der Saar von Deutschland“ in der neuen Saarverfassung zu streichen und die Gesetzentwürfe für Volksabstimmung, Landtagswahl und Gewährung der politischen Freiheiten abzusprechen. Der Saarbrücker Regierungschef äußerte auch keine Bedenken gegen ein Plädoyer prodeutscher Kräfte für die Rückkehr nach Deutschland nach dem Inkrafttreten des Statuts. Nur in der Grubenfrage erzielte man kein Ergebnis, da Hoffmann es als aussichtslos bezeichnete, gegen die geltende Konvention anzugehen²⁶⁵.

Der Ministerpräsident versuchte also, die Bevormundung von Frankreich abzustreifen und die Beziehungen zur Bundesrepublik zu verbessern. Wenn er in seinen Memoiren den Eindruck erweckt, er habe Erhard gegenüber die gleichzeitige Aufnahme der zwei- und der dreiseitigen Verhandlungen aus Loyalität gegenüber Frankreich abgelehnt²⁶⁶, so kaschiert er damit nachträglich seine ursprünglichen Absichten und vor allem den französischen Druck, der seit dem Beginn der bilateralen Gespräche am 31. 1. auf ihm lastete. Erst diese Pressionen und nicht so sehr die Sorge, von Paris getrennt zu werden²⁶⁷, ließen Saarbrücken davor zurückschrecken, parallele Verhandlungen einzuleiten.

Analog der gegenüber Hoffmann dargelegten Konzeption war auch das zehnteilige Dokument abgefaßt, das Lahr am 2. 2. im Auftrag Erhards entsprechend seiner Verabredung mit Mendès France im Quai d'Orsay abgab²⁶⁸. Dort hatte der Président du Conseil die Leitung schon am 20. 1. an Edgar Faure übertragen und

²⁶⁴ Hoffmann, Ziel, S. 387.

²⁶⁵ PA, B 17, Bd. 157, Bl. 438–442, „Ergebnis der Besprechung vom 1. 2. 1955“. Obwohl in der Aufzeichnung die Gesprächsteilnehmer nicht namentlich erwähnt werden, ergibt sich aus der Darstellung Hoffmanns einwandfrei, daß es sich um eine Besprechung zwischen ihm und Erhard handelte (Hoffmann, Ziel, S. 387–390). Lahr datiert die Unterredung irrtümlich auf den 30. 1., Freymond auf den 31. 1. 1955 (Aufzeichnung Lahr, März 1955, in: Lahr, Zeuge, S. 228; Freymond, Saar, S. 185).

²⁶⁶ S. Hoffmann, Ziel, S. 388.

²⁶⁷ Vgl. Freymond, Saar, S. 185.

²⁶⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 272, Bl. 266–275, „Conceptions allemandes concernant l'application des dispositions des articles XI et XII de l'accord sur le statut de la Sarre“, 2. 2. 1955. Adenauer behauptete später gegenüber François-Poncet, er habe keine Kenntnis über den Inhalt des Dokuments erhalten (ebd., Allemagne, Bd. 388, Bl. 144–146, François-Poncet an MAE, Tel. 461/69, 4. 2. 1955, Réservé).

damit ein großes Revirement in der Amtsspitze ausgelöst. Nach sechsjähriger Tätigkeit übergab Parodi seinen Posten als Generalsekretär an Massigli. Bérard, der sich vergeblich Hoffnungen auf die Nachfolge de Margeries als Generaldirektor gemachte hatte, ersetzte Soutou, der nun im Matignon das Kabinett leitete.

Faure, neuer Außenminister für vier Wochen, reagierte entsetzt auf die deutsche Vorlage. Was der Bundesrepublik offenbar vorschwebte, war ein „condominium franco-allemand sur la Sarre“, das ihr mit Ausnahme des Währungssektors ähnliche Rechte in Wirtschaftsangelegenheiten wie Frankreich einräumte. Die Übereinstimmung im Geist wie in der Redaktion zwischen dem deutschen Text und den Vorstellungen der saarländischen Delegation stimmte ebenfalls nachdenklich²⁶⁹. Nach drei Tagen ließ Faure der deutschen Diplomatischen Vertretung ein kurzes Memorandum über die zentralen Differenzen zukommen. Zu seiner Überraschung teilte die deutsche Mission im Gegenzug mit, daß eine kleine Delegation aus Bonn in der nächsten Woche zur Aufnahme der dreiseitigen Wirtschaftsverhandlungen an der Seine eintreffen werde. Für Paris kam dies aber nach den Absprachen zwischen Mendès France und Erhard nicht in Frage, zumal die Konsultationen mit Saarbrücken kaum Fortschritte zeigten²⁷⁰.

Mit dem Sturz der Regierung Mendès France am 5. 2.²⁷¹ waren die deutschen Zeitvorstellungen ohnehin Makulatur. Adenauer kam der Rücktritt des von ihm einst so angefeindeten Président du Conseil völlig ungelegen. Die politische Szene drohte sich nicht unerheblich zugunsten des „nationalistische[n] Charakter[s] der französischen Außenpolitik“ zu verändern²⁷². Wer würde nun die Pariser Verträge über die Klippen des Conseil de la République hieven?

Ihre Unsicherheit über die Marschroute des am 23. 2. ernannten neuen Kabinetts mit Faure und Pinay an der Spitze ließ die Bundesregierung unverzüglich im Quai d'Orsay auf die rasche Ratifikation der Verträge drängen²⁷³. Freilich war sich der Kanzler bewußt, nun auch selbst gefordert zu sein und das Vertragswerk durch den Bundestag bringen zu müssen. Von den Kritikern in den eigenen Reihen um Kaiser und Altmeier in der Bundesvorstandssitzung vom 5. 2.²⁷⁴ zu einer Generaldebatte gedrängt, machte er sich mit bekannter Verve ans Werk. Sein Argumentationsgebäude ruhte auf zwei Säulen. Die Saarpolitik der letzten Jahre, so formulierte er insbesondere an die Adresse Kaisers, sei eine „katastrophale Dummheit“ gewesen, weil man die Saar mit der eigenen Abschottungspolitik geradewegs in die französischen Arme getrieben habe. Das nun erreichte Saarabkommen sei vor diesem Hintergrund das Beste, was seit 1949 von irgendeinem französischen Minister zugestanden worden sei, denn jetzt könne

²⁶⁹ Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 2. 2. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 144 f., hier S. 144; Thoß, Lösung, S. 261.

²⁷⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 272, Bl. 308–309, Massigli an Bonn, Tel. 581/87, 5. 2. 1955, Réservé; DDF 1955, Bd. 1, S. 145, Anm. 1.

²⁷¹ Vgl. Kap. III.4.4.

²⁷² BA, NL Blankenhorn, Bd. 40, Bl. 294, Tb. 25. 1. 1955; s.a. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 615, Tb. 21. 1. 1955.

²⁷³ S. François-Poncet an MAE, Tel. 727/49, 23. 2. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 198–202; PA, B 17, Bd. 137, Bl. 128–130, Unterredung zwischen Adenauer und François-Poncet vom 23. 2. 1955.

²⁷⁴ S. Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 333–418; Repgen, Saar-Frage, S. 104–106; Köhler, Adenauer, S. 897–899.

die Saarbevölkerung selbst über ihr Schicksal bestimmen und, „wenn in einigen Jahren Friedensverhandlungen kommen“, mit Mehrheit erklären: „Wir wollen zu Deutschland zurück!“ Augenblicklich sei aber an ein derartiges Ergebnis nicht zu denken. Recht kühn stellte der Parteivorsitzende schließlich die Behauptung auf, mit der Ratifikation des Saarabkommens betrachteten die USA und Großbritannien ihre Zusage von 1947 als „erledigt“. Natürlich dürfe man darüber nicht sprechen, fügte er sofort hinzu, denn sonst würde man diesen „immensen Vorteil“ verspielen²⁷⁵.

Seine innerparteilichen Widersacher wollten sich mit seinen Visionen und Versprechungen nicht zufrieden geben. In den Augen Zimmers beruhten Adenauers Ausführungen auf einem grundsätzlichen Irrtum. Die Politik der Europäisierung war für ihn ein „Fehler“, weil sie Hoffmann Autorität verlieh²⁷⁶. Kaiser attackierte die Wirtschaftsverhandlungen Erhards mit Hoffmann²⁷⁷, und auch Altmeier sparte nicht mit Kritik²⁷⁸. Nur von Brentano und Kiesinger verteidigten Adenauer in der „sehr erregten Debatte“²⁷⁹. Als Hellwig dafür plädierte, die Saar wirtschaftlich Bankrott gehen zu lassen²⁸⁰, reagierte der Kanzler geradezu empört. Für ihn ging es darum, mit den vernünftigen Kräften an der Saar ins Geschäft zu kommen. Auch dachte er daran, die christdemokratischen Parteien an der Saar eines Tages zu fusionieren²⁸¹. Adenauer übernahm damit exakt jene Schlußfolgerungen, die eine vom Auswärtigen Amt angefertigte Analyse Anfang Januar aus der innenpolitischen Situation an der Saar gezogen hatte. Thierfelder war darin zu der Überzeugung gekommen, es habe keinen Sinn auf den Sturz von Hoffmann zu setzen. A la longue sei es wichtiger, die Verschmelzung von CVP und CDU-Saar ins Auge zu nehmen. Dies setzte aber zweierlei voraus: die Reformierung der CDU in einem „gemäßigten Sinne“, d. h. die Ausschaltung Neys, und die Entfernung Innenminister Hectors als Hoffmanns „entscheidende Stütze für die Durchsetzung einer autoritären Methode“²⁸². Kaiser hingegen sah eine Zusammenarbeit beider Parteien vorläufig als ausgeschlossen an, da er die Hürden viel höher ansetzte. Die Reform der CDU-Saar schien ihm nicht erforderlich, sehr wohl aber die Absetzung Hoffmanns und Hectors, ohne dafür eine reelle Chance zu sehen²⁸³.

Anders als von deutscher Seite befürchtet, wirkte sich die dreiwöchige außenpolitische Handlungsunfähigkeit Frankreichs nach dem Sturz von Mendès France zunächst durchaus günstig auf die anstehenden Lesungen des Saarabkommens aus. Die für den Ratifizierungsprozeß im Bundestag ziemlich unangenehmen

²⁷⁵ Ansprache und Erklärungen Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 334–351, 357, 367–379 passim, hier S. 347, 350 u. 357.

²⁷⁶ Ansprache Zimmers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: ebd., S. 352–357, hier S. 354.

²⁷⁷ S. Erklärung Kaisers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: ebd., S. 346.

²⁷⁸ S. Ansprache Altmeiers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: ebd., S. 364–367.

²⁷⁹ Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 427; Ansprachen Kiesingers und von Brentanos in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 357–364.

²⁸⁰ S. Erklärung Hellwigs in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: ebd., S. 374 f.

²⁸¹ S. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: ebd., S. 376 f.

²⁸² PA, B 17, Bd. 126, Bl. 241–243, Aufzeichnung Thierfelder, 13. 1. 1955, Streng geheim.

²⁸³ S. Erklärung Kaisers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 377.

französisch-saarländischen Wirtschaftsverhandlungen waren am 4. 2. unterbrochen worden. Sie hatten sich aus Pariser Perspektive äußerst unerquicklich entwickelt. Hoffmann versuchte nämlich, den Briefwechsel mit Mendès France vom Oktober als nichtig hinzustellen und ökonomisch eine ähnliche Autonomie zu erreichen, wie sie ihm das Saarabkommen in politischer Hinsicht zugestand. In Anlehnung an die Besprechungen mit Erhard lehnte er zentrale Maximen, ja selbst den Begriff der Wirtschaftsunion konsequent ab und sprach statt dessen von „collaboration économique“²⁸⁴. Während der Verhandlungspause bemühte er sich angesichts der französischen Widerstände hinter den Kulissen um amerikanische Unterstützung²⁸⁵. Gleichzeitig drängte Bonn auf die Eröffnung der dreiseitigen Wirtschaftsverhandlungen. Paris wies dies Ansinnen stets zurück und verlangte zunächst den Abschluß der Gespräche mit Saarbrücken²⁸⁶. Grandval machte Hoffmann nun in diversen Gesprächen klar, daß er seine Handlungsspielräume überdehnt habe und die Einhaltung des Briefwechsels vom Oktober außer Frage stünde²⁸⁷.

Am Rhein gab man sich mit der französischen Haltung nicht zufrieden. Unter dem Datum des 17. 2. bat die Bundesregierung um Präzisierung des französischen Standpunkts zu ihrem Memorandum vom 2. 2.²⁸⁸. Noch-Außenminister Faure hielt dieses Vorgehen für „extrêmement regrettable“, sah er darin doch den Beweis einer schärferen Gangart bei Adenauer²⁸⁹. Nach der Installation des neuen Kabinetts verurteilte François-Poncet in ungewöhnlich scharfer Form die deutsche Saarpolitik. Natürlich wies der Kanzler die Anwürfe umgehend zurück, mußte sich aber vom Hohen Kommissar belehren lassen, daß die Aufnahme trilateraler Verhandlungen aus der Sicht Faures und Pinays erst nach dem Abschluß des französisch-saarländischen Wirtschaftsvertrags möglich sei²⁹⁰.

Adenauers innenpolitische Lage unmittelbar vor der zweiten und dritten Lesung der Pariser Verträge erleichterten sie damit gewiß nicht. Unter massivem Druck des Kanzlers war die geschlossene Ablehnungsfront der Liberalen zwar mittlerweile ins Wanken geraten, der überwiegende Teil der Fraktion sagte aber weiterhin Nein zum Saarstatut²⁹¹. Trotz entsprechender Forderungen aus den Reihen der Union wollte sich Adenauer aber nicht von den Abtrünnigen trennen, um die für die Verabschiedung der Wehrgesetze notwendige Zweidrittelmehrheit nicht zu gefährden²⁹². Gleichzeitig unternahm er noch einmal einen letzten Versuch, Kaiser für eine Zustimmung zu den Ratifizierungsgesetzen zu gewinnen²⁹³.

²⁸⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 238, Bl. 226–228, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 9. 2. 1955 (Konzept TC).

²⁸⁵ Vgl. Thoß, Lösung, S. 262.

²⁸⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 272, Bl. 325 f., Aide-mémoire, 8. 2. 1955; ebd., Bl. 333–335, Aufzeichnung Seydoux, 10. 2. 1955; PA, B 17, Bd. 1, Bl. 225–227, Hausenstein an AA, Tel. 107, 9. 2. 1955, Citissime.

²⁸⁷ S. Grandval an MAE, Tel. 194/99, 17. 2. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 177–179.

²⁸⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 272, Bl. 365 f., Hallstein an François-Poncet, 17. 2. 1955, nebst Note vom 15. 2. 1955.

²⁸⁹ Faure an Bonn, Tel. 763/68, 21. 2. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 189.

²⁹⁰ S. François-Poncet an Pinay, Tel. 727/49, 23. 2. 1955, Réservé, in: ebd., S. 198–202.

²⁹¹ Vgl. Elzer, „Es ist eine Lust“, S. 219–232; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 198 f.

²⁹² Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 163 f., Tb. 23. 2. 1955.

²⁹³ S. Adenauer an Kaiser, 23. 2. 1955, Persönlich, Geheim, in: Kaiser, Gewerkschafter, S. 618.

Wollte der Minister sich nicht der Möglichkeit berauben, weiterhin am Kabinetts-tisch für die Sache der Saar und der Wiedervereinigung zu streiten, konnte er es sich nicht leisten, mit Nein zu stimmen.

Nachdem ein Antrag der SPD-Fraktion auf Absetzung gescheitert war, begann der Bundestag am 24. 2. die entscheidende Aussprache über das Pariser Vertrags-paket²⁹⁴. Für die Sozialdemokraten lehnte Mommer die Zustimmung zum Saar-abkommen in der vorliegenden Form strikt ab²⁹⁵. Adenauer ließ die Situation vom Oktober 1954 noch einmal Revue passieren und betonte, Mendès France habe ihm in La Celle-St. Cloud zugestanden, daß die prodeutschen Parteien die Rück-kehr nach Deutschland im Friedensvertrag fordern dürften²⁹⁶. Die Stimmung wurde zunehmend gereizter, als der FDP-Abgeordnete Becker Reden Adenauers aus dem Jahre 1951 reziitierte und ihm vorhielt, nicht die Liberalen, sondern der Kanzler verlasse mit der Unterzeichnung des Saarabkommens die jahrelang gel-tende Linie der Koalition²⁹⁷. Anstatt die Angriffe zu übergehen, wie seine Berater es für richtig erachteten²⁹⁸, wies Adenauer die Vorwürfe scharf zurück. Zu allem Überfluß ließ es sich dann von Schmid zu der Bemerkung hinreißen, aufgrund einer ihm „von der zuständigen Stelle gemachte[n] Mitteilung [...] glaube“ er, daß Großbritannien und die USA ihre Frankreich 1947 gemachte Zusage „als durch das deutsch-französische Saarabkommen erledigt betrachten“²⁹⁹.

Der Regierungschef erreichte zwar die Annahme des Saarabkommens mit 264 gegen 201 Stimmen bei 9 Enthaltungen. Sein Sieg war jedoch innen- wie außen-politisch teuer erkauft. Weder Kaiser³⁰⁰ noch Dehler beugte sich seinem Druck, obwohl der Kanzler sogar den Bundespräsidenten dafür gewonnen hatte, ihn um-zustimmen³⁰¹. Und auch in Paris hatte er mit seinen Erklärungen viel Porzellan zerschlagen. Geradezu traumatisch erfüllte Frankreich seit Monaten die Ahnung, mit dem Kolonialreich auch die Großmachtstellung zu verlieren, während sich die Bundesrepublik von den Fesseln des Besatzungsstatuts löste und zu einem gleich-berechtigten Mitspieler auf der internationalen Bühne aufstieg. Die wirtschaft-liche Dynamik des Nachbarn vertiefte den eigenen Minderwertigkeitskomplex. Nun drängte dieses ökonomische Schwergewicht auch noch auf die Einverleibung der Saar und schickte sich an, Frankreich mit deutschen Waren und deutschem

²⁹⁴ S. Bundestagsdebatte, 24.–27. 2. 1955, in: BT, Sten. Ber., Bd. 23, S. 3512–3583, 3663–3858, 3881–3935.

²⁹⁵ S. Bundestagsrede Mommers, 25. 2. 1955, in: ebd., S. 3673–3684 u. 3716–3722; Cahn, Parti, Bd. 1, S. 438, 440f., 458f. u. 469f.

²⁹⁶ S. Bundestagsrede Adenauers, 25. 2. 1955, in: BT, Sten. Ber., Bd. 23, S. 3683f., 3690–3692 u. 3719–3721.

²⁹⁷ S. Bundestagsrede Beckers, 25. 2. 1955, in: ebd., S. 3684–3690; Elzer, „Es ist eine Lust“, S. 234–239; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 199f.

²⁹⁸ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 43, Bl. 111–113, Tb. Blankenhorn, 7. 3. 1955, im Auszug in: BDFD I, S. 368–370.

²⁹⁹ Bundestagserklärung Adenauers, 25. 2. 1955, in: BT, Sten. Ber., Bd. 23, S. 3692; s.a. Elzer, „Es ist eine Lust“, S. 239–241.

³⁰⁰ S. BT, Sten. Ber., Bd. 23, S. 3947; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 164f., Tb. 27. 2. 1955; Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 348.

³⁰¹ S. Heuss an Dehler, 24. 2. 1955, in: Henning (Hg.), Theodor Heuss, S. 108–110; Elzer, „Es ist eine Lust“, S. 242–250; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 199 u. 201f.; zu den innenpolitischen Im-plicationen des Koalitionsstreits s. Artikel Baumgartens, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 12. 3. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 290–293.

Kapital zu überfluten³⁰². Angesichts dieser psychologischen Gemengelage fiel die französische Reaktion auf Adenauers Bundestagsrede besonders scharf aus. Die Presse warf ihm vor, eine Belastung der Sitzung im Conseil de la République riskiert zu haben³⁰³. Noch während der Bundestagsdebatte segnete Außenminister Pinay, der als überzeugter Europäer, Anhänger eines starken Atlantizismus und Verfechter der deutsch-französischen Verständigung von deutscher Seite als „Hoffnung“ gehandelt und ob seiner „sympathisch[en] und untheatralisch[en]“ Art gerühmt³⁰⁴ wurde, eine Presseerklärung für seine Missionen im Ausland ab, die für den Fall eventueller Nachfragen entschieden Stellung gegen Adenauer bezog³⁰⁵. Pinays Verärgerung nahm noch zu, als der amerikanische Geschäftsträger Achilles die Behauptungen des Kanzlers dementierte. Blankenhorn bemühte sich nach Kräften, die Einlassungen seines Chefs herunterzuspielen, und bat seine angelsächsischen Kollegen um Stillschweigen in der Öffentlichkeit. Um die Debatten im Conseil de la République und im Bundesrat nicht weiter zu belasten, verständigten sich London und Washington darauf, Adenauers Bundestagsrede nicht von sich aus zu kommentieren. Auf öffentliche Anfragen lautete die diplomatische Antwort, man wolle auf einer Friedenskonferenz nur eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung unterstützen³⁰⁶.

Die zunehmend massivere innerfranzösische Kritik, die sich wohl auch aus dem Versuch „gewisser Kreise“ speiste, die deutsche Aufrüstung mittels Anfechtung des Saarabkommens noch zu verhindern³⁰⁷, und ein amtliches Dementi des State Department³⁰⁸ verleiteten den Quai d'Orsay am 4. 3. zu einer offiziellen Stellungnahme. Das Ministerium stellte darin seine Absicht klar, auf einer Friedenskonferenz die dauerhafte Europäisierung der Saar zu fordern und dazu auf die angelsächsischen Zusagen von 1947 zurückzukommen. Außerdem erklärte es jede Agitation gegen den Inhalt des Statuts nach dem ersten Referendum für vertragswidrig³⁰⁹. Mit diesem Communiqué fühlte sich nun die Bundesregierung herausgefordert, die nicht grundlos eine empfindsame Störung der Ratifizierungsdebatte im Bundesrat am 18. 3. fürchtete. Adenauer ließ die angelsächsischen Hohen Kommissare daher bitten, die Frage der früheren Zusagen möglichst nicht mehr zu erörtern³¹⁰. Als der französische Vertreter ihn um eine Unterredung bat, entzog er sich dem Wunsch und sandte seinen Staatssekretär ins Hotel Dreesen. So lud François-Poncet seine Schimpfkanonade bei Hallstein ab und forderte Adenauer über ihn zu einer Geste der Verständigung auf³¹¹.

³⁰² Vgl. Heinen, Saarjahre, S. 459.

³⁰³ Vgl. Artikel von Pertinax, in: „France-soir“, 27./28. 2. 1955, auch in: BDFD III, S. 289f.

³⁰⁴ Heuss an Toni Stolper, 12. 11. 1955, in: Heuss, Tagebuchbriefe, S. 94.

³⁰⁵ S. Pinay an London etc., Tel. 2879 etc., 26. 2. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 255f.; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 272, Bl. 450f., Massigli an dass. etc., Tel. 2874/78 etc., 28. 2. 1955, Réservé.

³⁰⁶ Vgl. Thoß, Lösung, S. 264–266.

³⁰⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 43, Bl. 111–113, Tb. Blankenhorn, 7. 3. 1955, im Auszug in: BDFD I, S. 368; s.a. Artikel Arons, in: „Le Figaro“, 12. 3. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 293–295.

³⁰⁸ S. Couve de Murville an MAE, Tel. 1353/60, 4. 3. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 287–289; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 42–44.

³⁰⁹ S. das am 4. 3. 1955 den Vertretern der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA übergebene und am 5. 3. 1955 veröffentlichte Communiqué des Quai d'Orsay, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 287, Anm. 1; Pinay an London etc., Tel. 3223/26 etc., 4. 3. 1955, in: ebd., S. 286f.

³¹⁰ Vgl. Thoß, Lösung, S. 265.

³¹¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 273, Bl. 37–38, François-Poncet an MAE, Tel. 941/48,

Der Kanzler aber zeigte sich unversöhnlich. Wegen der Veröffentlichung des französischen Kommuniqués beorderte er Hausenstein sofort zwecks „Protestaktion“ zu Pinay³¹². Als der deutsche Botschafter bei ihm vorsprechen wollte, reagierte der Außenminister wie sein deutscher Kollege und schickte seinen Generalsekretär vor. Massigli hielt den französischen Standpunkt natürlich aufrecht³¹³ und veranlaßte die Bundesregierung damit ihrerseits zu der öffentlichen Feststellung, sie habe nichts zurückzunehmen³¹⁴. Da die Presse sich der Kontroverse mittlerweile angenommen und von einer Desavouierung des Kanzlers gesprochen hatte³¹⁵, wollte Adenauer jetzt erst recht nicht einlenken. Mit Mühen brachte Blankenhorn ihn von einer neuerlichen offiziellen *Démarche* ab. Statt dessen sandten sie Strauß, den seit 1953 „eine enge Beziehung“ zu Pinay verband, die sich schließlich zu „einer Art väterlicher Freundschaft“ entwickelte³¹⁶, nach Paris. Dort sollte er den Außenminister zu einer „vernünftigen, maßvollen, zurückhaltenden Interpretation“ des Saarabkommens bewegen³¹⁷ und ein Schreiben des Kanzlers übergeben, das Pinay aufforderte, der Saarbevölkerung die Möglichkeit zur Erörterung ihres Schicksals im Friedensvertrag einzuräumen³¹⁸.

Derweil wurden die Kommentare der französischen Presse zunehmend gereizter; auch unter den Senatoren machte sich eine negative Stimmung breit. Die Regierung bemühte sich darum, den WEU-Staaten die eigene Interpretation des Saarabkommens nahezulegen³¹⁹. Da sich die öffentliche Diskussion mehr und mehr auf die Frage nach den angelsächsischen Zusagen konzentrierte, drängte der Quai d'Orsay außerdem im Foreign Office auf ein verdecktes profranzösisches Signal, demzufolge England die jetzige Saarlösung als Grundlage eines Friedensvertrages ansähe, sofern die Saarländer im ersten Referendum ihre Zustimmung erteilten³²⁰. Zur großen Enttäuschung Pinays ging Eden auf diese Bitte nicht ein und beließ es in einer Erklärung vor dem Unterhaus am 9. 3. bei der alten Linie: Großbritannien unterstütze jede Saarlösung, die die Interessen der drei beteiligten Parteien berücksichtige³²¹.

Einen Tag nach der ernüchternden Erklärung des englischen Außenministers traf Sonderminister Strauß in Paris ein. In stundenlangen Auseinandersetzungen mit Pinay und dessen Mitarbeitern erreichte er eine Formel für die strittige Frage der Unantastbarkeit des Saarabkommens, mit der beide Seiten leben konnten. Demnach sollte die Meinungsfreiheit für die gesamte Dauer des Statuts gelten.

4. 3. 1955, *Réservé*; PA, B 17, Bd. 1, Bl. 275–277, Hallstein an Adenauer, Vermerk, StS 228/55, 4. 3. 1955.

³¹² Ebd., Bd. 137, Bl. 243 f., Blankenhorn an Hausenstein, Tel., 5. 3. 1955.

³¹³ S. ebd., Bl. 245, Hausenstein an AA, Tel. 156, 6. 3. 1955, Geheim; Pinay an Bonn etc., Tel. 904/05 etc., 5. 3. 1955, *Priorité absolue, Réservé*, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 290 f.; Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 143–145; Lappenküper, Wilhelm Hausenstein, S. 677.

³¹⁴ S. *Kommuniqué der Bundesregierung*, 5. 3. 1955, in: AdG 1955, S. 5054A.

³¹⁵ Vgl. „Die Welt“, 7. 3. 1955; „Süddeutsche Zeitung“, 7. 3. 1955; „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 8. 3. 1955.

³¹⁶ Strauß, *Erinnerungen*, S. 215.

³¹⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 43, Bl. 111–113, Tb. Blankenhorn, 7. 3. 1955, im Auszug in: BDFD I, S. 368–370, hier S. 370.

³¹⁸ S. Adenauer an Pinay, 8. 3. 1955, in: Adenauer, *Briefe 1953–1955*, S. 249 f.

³¹⁹ S. PA, B 17, Bd. 137, Bl. 250 f., von Walther an AA, 214–00 I Nr. 1086/55, 9. 3. 1955.

³²⁰ Vgl. Thoß, *Lösung*, S. 265 f.

³²¹ Vgl. AdG 1955, S. 5061D.

Der europäische Kommissar hatte aber unter der Kontrolle des WEU-Ministerrates darüber zu wachen, daß das Prinzip der Saarautonomie oder der innere Friede an der Saar nicht beeinträchtigt würden³²². Adenauer stimmte dieser Übereinkunft zu und lud Pinay zu einem baldigen Treffen ein, lehnte aber auf Anraten Blankenhorns den Vorschlag des Ministers zu einer Begegnung noch vor der Debatte des Conseil de la République ab³²³.

Wie kompliziert sich die Saarfrage mittlerweile aus Pariser Sicht darstellte, zeigt die Antwort Pinays. Einerseits äußerte er sich befriedigt über den Inhalt des Kanzler-Briefes³²⁴. Andererseits bat er Adenauer eindringlich darum, die mit Strauß vereinbarte Interpretation des Saarstatuts im Bundesrat nicht als gemeinsame deutsch-französische Auslegung zu bezeichnen. Denn sowohl gegenüber dem Conseil de la République als auch gegenüber der saarländischen Regierung hatte der Quai d'Orsay bisher bilaterale Textexegesen mit dem Auswärtigen Amt strikt abgelehnt. Pinay zog es daher vor, zu gegebenem Zeitpunkt öffentlich seine Zustimmung zur Interpretation Adenauers zu erklären³²⁵. Eine Zusage auf die Einladung des Kanzlers zögerte der Außenminister noch hinaus, bis der Bundesrat am 18. 3. dem Saarabkommen zugestimmt³²⁶ und die französisch-saarländischen Wirtschaftsverhandlungen ein erstes Ergebnis erzielt hatten.

Frankreich ließ sich bei diesen Verhandlungen von zwei Grundprinzipien leiten: der Aufrechterhaltung der Wirtschafts- und Währungsunion und der Stärkung der saarländischen Autonomie³²⁷. Das Saarland zielte hingegen auf politische und wirtschaftliche Selbständigkeit, wünschte eine eigenständige Kreditkontrolle, Neuverhandlung der Saargrubenkonvention und die Auflösung der gemeinsamen Gerichtshöfe³²⁸. Da sich die am 9. 3. wieder aufgenommene Redaktion des Vertragstextes als schwierig und langwierig herausstellte, entschloß sich Pinay am 21. 3. dazu, mit Hoffmann das „Protokoll eines Übereinkommens“ zur ökonomischen Zusammenarbeit zu unterzeichnen, das in seinen wichtigsten Bestimmungen dem Briefwechsel vom 16. 10. 1954 entsprach und aus der Sicht des Auswärtigen Amtes den Geist der „Besatzungszeit und des wirtschaftlichen Anschlusses“ atmete³²⁹. Hoffmanns hochfliegenden Pläne waren damit zunichte gemacht. „Frankreich und das Saarland“, so hieß es in Artikel 1, „bilden eine Wäh-

³²² S. PA, B 17, Bd. 137, Bl. 261 f., Strauß u. Hausenstein an Blankenhorn, Tel. 163, 10. 3. 1955, Geheim, Citissime; Strauß, Erinnerungen, S. 215–217; Köhler, Adenauer, S. 899; Thoß, Lösung, S. 266.

³²³ S. PA, B 17, Bd. 137, Bl. 263, Blankenhorn an Adenauer, 10. 3. 1955; ebd., Bl. 269 f., ders. an Strauß, Tel. AZ MB 50/55g., 10. 3. 1955 Geheim, Citissime; Adenauer an Pinay, 14. 3. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 251 f., in französischer Übersetzung in: DDF 1955, Bd. 1, S. 315 f.

³²⁴ S. PA, B 17, Bd. 137, Bl. 267, Hausenstein an Hallstein, Tel. 171, 15. 3. 1955, Citissime.

³²⁵ S. ebd., Bl. 275 f., ders. an AA, Tel. 174, 16. 3. 1955, Geheim, Citissime; ebd., Bl. 277 f., ders. an Blankenhorn, Tel. 177, 17. 3. 1955, Geheim; s.a. Erklärung Pinays vor der Außenpolitischen Kommission des Conseil de la République, 18. 3. 1955, u. „Deutsche Interpretation der Klärungsformel“, in: AdG 1955, S. 5080.

³²⁶ S. Bulletin 1955, S. 441 u. 453 f.

³²⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 239, Bl. 86–90, Aufzeichnung des MAE, 24. 3. 1955; PA, B 17, Bd. 137, Bl. 133–135, Lahr an Hallstein, Aufzeichnung 410F-300-01/22-185/55, 14. 3. 1955, Geheim.

³²⁸ Vgl. Heinen, Saarjahre, S. 467.

³²⁹ PA, B 17, Bd. 10, Bl. 169–172, „Stellungnahme zum französisch-saarländischen Wirtschaftsprotokoll vom 21. 3. 1955“, o.D.

rungs- und Zollunion, aus der sich eine Wirtschaftsunion ergibt.“³³⁰ Mit dem Druckmittel der bevorstehenden Debatte im Conseil de la République wurde der Ministerpräsident quasi vor das Junktim zwischen den Wirtschaftsverhandlungen und der Ratifizierungsdebatte gestellt³³¹.

Erst jetzt reagierte Pinay mit Zustimmung auf Adenauers Schreiben vom 14. 3.³³² Da die Pariser Verträge aber bei einigen Senatoren immer noch erhebliche Bedenken hervorriefen, verpflichtete sich die Regierung am 26. 3. dazu, die bilateralen Wirtschaftsverhandlungen mit Saarbrücken so zu forcieren, daß sie noch vor dem Inkrafttreten der Pariser Verträge abgeschlossen seien. Außerdem sicherte sie eine zufriedenstellende Regelung des immer stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rückenden „Falles Röchling“ zu. Erst nach diesen verbindlichen Zusagen billigte der Rat der Republik das Saarabkommen am 27. 3. mit 217 gegen 92 Stimmen³³³.

„créer une atmosphère de nouveau favorable aux efforts d'entente et de coopération“

Damit war zwar ein fünfmonatiger Kampf um die parlamentarische Zustimmung zum Saarabkommen glücklich beendet, die Lösung der Saarfrage aber immer noch nicht erreicht. Noch war die letzte Stufe des Ratifizierungsverfahrens, die Hinterlegung der Vertragsurkunden, nicht erklommen, und schon tauchten neue Schwierigkeiten auf. In Bonn beantragte die SPD ein Normenkontrollverfahren, um durch das Bundesverfassungsgericht die Vereinbarkeit des Saarabkommens mit dem Grundgesetz prüfen zu lassen³³⁴. Ein Regierungssprecher erweckte den Eindruck, als negiere die Bundesregierung durch die Form der Ratifizierung den internationalen Vertragscharakter des Saarabkommens, und provozierte damit Ende März auf Drängen Grandvals den sofortigen Protest des Quai d'Orsay³³⁵. Trotz des Austauschs mehrerer Aide-mémoires hatten Bonn und Paris sich bisher auch noch nicht auf den Zeitpunkt des ersten Referendums zum Saarabkommen geeinigt, da Frankreich die dort erwähnte Drei-Monats-Frist mit dem Abschluß der Ratifikationsdebatten, die Bundesrepublik jedoch erst mit dem Inkrafttreten des Abkommens beginnen lassen wollte³³⁶, während Hoffmann für die Durchführung noch vor dem 1. Juni plädierte³³⁷.

³³⁰ Französisch-saarländischen Wirtschaftsprotokoll, 21. 3. 1955, in: EA 1955, S. 7533 f., hier S. 7533; s.a. Hoffmann, Ziel, S. 392; Freymond, Saar, S. 186.

³³¹ Vgl. Heinen, Saarjahre, S. 468; Thoß, Lösung, S. 267.

³³² S. Pinay an Adenauer, 22. 3. 1955, in: BDFD I, S. 371.

³³³ S. Debatte des Conseil de la République, 23.–27. 3. 1955, in: JO, CdR, Déb. Parl. 1955, Bd. 1, S. 940–1130; AdG 1955, S. 5089A.

³³⁴ Vgl. ebd., S. 5101C.

³³⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 273, Bl. 219, François-Poncet an MAE, Tel. 1201, 25. 3. 1955; ebd., Bl. 238, ders. an dass., Tel. 1208/12, 26. 3. 1955; ebd., Bl. 249–251, Grandval an dass., Tel. 295/301, 29. 3. 1955; ebd., Bl. 253, Pinay an Bonn, Tel. 1351/54, 30. 3. 1955, Réservé; ebd., Bl. 265, François-Poncet an MAE, Tel. 1286/90, 31. 3. 1955.

³³⁶ S. PA, B 17, Bd. 137, Bl. 75, Aide-Mémoire, 1. 2. 1955; ebd., Bl. 76, Hausenstein an AA, Tel. 81, 2. 2. 1955, Geheim, Citissime; ebd., Bd. 1, Bl. 225–227, ders. an dass., Tel. 107, 9. 2. 1955, Citissime; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 272, Bl. 261 f., Aide-mémoire, 2. 2. 1955; ebd., Bd. 273, Bl. 159–161, Aide-mémoire, 11. 3. 1955.

³³⁷ S. Aufzeichnung Soutou, 1. 4. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 379. Von „völliger Verblendung“

Zu den noch ungelösten Problemen gehörte des weiteren die von Pinay im Conseil de la République angesprochene Frage der seit Jahren unter französischer Zwangsverwaltung stehenden Völklinger Stahl- und Hüttenwerke³³⁸. Im Juni 1948 hatte ein französisches Militärgericht den Seniorchef Hermann Röchling wegen Kriegsverbrechen zu einer drastischen Gefängnisstrafe verurteilt. Eine Berufungsinstanz erhöhte das Strafmaß im Jahr darauf noch und verurteilte auch seinen Neffen Ernst wegen Mittäterschaft zu Kriegsverbrechen. Als Ergebnis dieser Verfahren wurde das Röchlingsche Familienunternehmen unter französische Sequesterverwaltung gestellt. Nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen zur Freigabe der Eigentumsrechte führte die 1951 freigelassene Familienspitze seit 1953 Verhandlungen zur Veräußerung des Unternehmens. Im Herbst 1954 erteilte sie der Schweizer Kreditanstalt eine bis zum 15. 11. befristete Kaufoption zum Preis von 200 Millionen Schweizer Franken. Doch die Bemühungen, in die sich die französische Regierung über den lothringischen Konzern Schneider-Creusot einschaltete, blieben erfolglos. Nach dem Abschluß des Saarabkommens und der von Mendès France in Aussicht gestellten Aufhebung der Sequester verloren die Röchlings das Interesse an einem Verkauf. Eine Rückkehr der in der französischen Öffentlichkeit als Kriegsverbrecher verhaßten Konzernleitung an die Saar galt aber in Frankreich aus psychologischen wie ökonomischen Gründen als indiskutabel, da die Übergabe des Völklinger Werkes an die Familie die wirtschaftliche Gewichtsverteilung an der Saar erheblich zu deutschen Gunsten verändert hätte³³⁹. Namentlich Grandval insistierte nach der Weigerung Röchlings zu Verhandlungen mit der Schneider-Gruppe mehrfach im Quai d'Orsay, alles zu unternehmen, um eine Rückkehr des Patrons an die Spitze der Firma zu verhindern. Sollten die Verhandlungen mit Schneider scheitern, empfahl der Botschafter harte Gegenmaßnahmen: Enteignung der Röchlings und Gründung einer zweistaatlichen Gesellschaft oder Schaffung „par voie d'autorité“ einer französischen Gesellschaft sowie Übernahme des im Eigentum der Familie verbleibenden Besitzes der Röchlings³⁴⁰. Die Situation verschärfte sich, als die Bonner Regierung im März 1955 von der Pariser Absicht erfuhr, die Familienanteile ohne Rücksicht auf die Röchlings durch die Sequesterverwaltung an ein französisches Konsortium zu verkaufen und den Erlös zur Abgeltung der Eigentumsrechte bei der beauftragten Schweizer Bank zu hinterlegen. Auf deutsche Bitten wurde eine Entscheidung zunächst vertagt, zumal die Familie ihr Interesse an einer Drittelung der Firmenanteile beim künftigen Verkauf bekundete³⁴¹.

Vor diesem Hintergrund verlangsamte sich Anfang April erneut das Tempo der nach den Kammerdebatten wiederaufgenommenen französisch-saarländischen

(Köhler, Adenauer, S. 900) gegenüber den ebenfalls auf eine frühes Datum abzielenden Argumenten Grandvals kann bei Hoffmann nicht die Rede sein.

³³⁸ S. Erklärung Pinays im Conseil de la République, 26. 3. 1955, in: JO, CdR, Déb. Parl. 1955, Bd. 1, S. 1129. Zum Fall Röchling vgl. ausführlich: Cahn, Aspect; ders., Parti, Bd. 1, S. 243–266; Freymond, Saar, S. 188–192; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 73–109.

³³⁹ Vgl. Freymond, Saar, S. 191; Heinen, Saarlöhre, S. 460.

³⁴⁰ Grandval an MAE, Tel. 122/30, 27. 1. 1955, Priorité, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 122 f., hier S. 123; s.a. ders. an dass., Tel. 21/26, 5. 1. 1955, Priorité, Réservé, in: ebd., S. 13 f.

³⁴¹ S. PA, B 17, Bd. 137, Bl. 317–319, Paris an AA, FS Nr. 194, 24. 3. 1955, Geheim, Verschlüsselt, Citissime; ebd., Bl. 322 f., von Walther an dass., FS Nr. 196, 25. 3. 1955, Geheim, Verschlüsselt, Citissime; Thoß, Lösung, S. 269.

Wirtschaftsverhandlungen, da Hoffmann noch immer um eine deutsche Einbeziehung bemüht war³⁴². Fortschritte in den sowjetisch-österreichischen Verhandlungen über den Staatsvertrag drohten die Westverträge insgesamt noch einmal in Frage zu stellen³⁴³. Trotz gegenteiliger Empfehlungen seiner Beamten³⁴⁴ versprach Pinay dem zu einer neuerlichen Sondermission nach Paris eilenden Strauß am 3. 4., er werde den Austausch der Ratifikationsurkunden beschleunigen, um der Gefahr eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Weg zu gehen. Der Außenminister verlangte dafür im Gegenzug die Beseitigung des Röchling-Problems und deutschen Druck auf die saarländische Regierung, um den Abschluß des Wirtschaftsabkommens voranzutreiben³⁴⁵. Die deutschen Diplomaten an der Seine rieten dringend dazu, „in den sauren Apfel [zu] beißen“, weil die Kosten an der Saar in einem sehr günstigen Verhältnis zum erwarteten Gewinn einer völlig neuartigen Basis deutsch-französischer Zusammenarbeit standen. Gerade Pinay bot für sie die Gewähr, als konsequenter und verlässlicher Partner die Idee der Verständigung auch gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit verteidigen zu können³⁴⁶.

Im Auswärtigen Amt zögerte man indes, dem Rat zu folgen. Aus der Bonner Perspektive entsprach Pinay ganz der altbekannten Linie französischer Politik, „große weltpolitische Entscheidungen mit kleinen Erpressungsmanövern zu verknüpfen“³⁴⁷. Obwohl Strauß eine Verschärfung des Drucks von außen als unsinnig abtat³⁴⁸, drängte Blankenhorn bei den angloamerikanischen Hohen Kommissaren in Bonn auf eine gemeinsame Intervention in Paris. State Department und Foreign Office versuchten daraufhin, den 2. 5. als spätesten Termin für den Abschluß des Ratifizierungsverfahren durchzubringen, doch verbat sich Pinay jegliche Einmischung. Mitte April bestellte der französische Regierungschef die angelsächsischen Botschafter zu sich und eröffnete ihnen, die Saarfrage bis Anfang Mai bereinigen zu wollen, damit die Hinterlegung der Vertragsdokumente am 7. 5. erfolgen könne. Gleichzeitig nahm Paris die Wirtschaftsverhandlungen mit Saarbrücken in der Hoffnung wieder auf, noch vor dem für Ende April vorgesehenen Treffen zwischen Pinay und Adenauer zum Abschluß zu kommen³⁴⁹.

In Bonn erkannte man natürlich die Fallstricke dieser Terminplanung und buhlte erneut um den Beistand aus London und Washington insbesondere auch gegen das Pariser Vorgehen im Fall Röchling³⁵⁰. Aus Sorge um eine neue sowjetische Deutschlandinitiative forcierte Adenauer jetzt die Angelegenheit. Nachdem er am 19. 4. Hermann Josef Abs um Rat gefragt hatte, unterbreitete er einen Tag

³⁴² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 44a, Bl. 142, von Walther an AA, FS Nr. 224, 5. 4. 1955, Geheim. Zu den Ende März begonnenen, schwierigen Verhandlungen s. Hoffmann, Ziel, S. 390–394.

³⁴³ Vgl. Kap. IV.1.1.

³⁴⁴ S. Aufzeichnung Soutou, 7. 4. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 417 f.

³⁴⁵ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 44a, Bl. 147 f., Strauß u. von Walther an AA, FS, 3. 4. 1955; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1065, Bl. 91, Massigli an Bonn, Tel. 1411, 4. 4. 1955, Réservé, Urgent; Laloy an François-Poncet, 7. 4. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 421 f.

³⁴⁶ BA, NL Blankenhorn, Bd. 44a, Bl. 37–39, von Walther an Blankenhorn, 13. 4. 1955, Geheim.

³⁴⁷ Ebd., Bd. 41b, Bl. 149, Tb. 6. 4. 1955.

³⁴⁸ Vgl. Thoß, Lösung, S. 271; s.a. Aufzeichnung Soutou, 7. 4. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 417 f.

³⁴⁹ Vgl. Thoß, Lösung, S. 271.

³⁵⁰ S. PA, Ref. 200, AZ SR 3, Hallstein an Adenauer, Vermerk StS 460/55, 15. 4. 1955.

später eine schiedsgerichtliche Lösung³⁵¹. In London hielt man sie aber für nicht durchsetzbar und entwickelte statt dessen einen Drei-Stufen-Plan. Demnach sollte Paris die angedrohte Zwangseinziehung der Firmenaktien durchführen, um den Kompromißdruck auf die Röchlings zu erhöhen, und die Anteile dann einem WEU-Treuhänder übergeben. Gelänge ihm keine für Bonn und Paris akzeptable Verkaufslösung, sahen die Briten die Einschaltung des WEU-Ministerrates vor³⁵². Mit der deutschen Zustimmung im Rücken, trug der neue britische Außenminister Macmillan dieses Konzept seinem französischen Kollegen am 21. 4. in London vor. Pinay, der mittlerweile eine „solution d'autorité“ vorbereitete³⁵³, zeigte sich von dem Vorschlag nicht abgeneigt, behielt sich aber eine endgültige Stellungnahme bis zur Unterredung mit Adenauer in Bonn vor³⁵⁴.

Kurz vor Beginn dieser Besprechungen brachte die Bundesregierung die Idee einer paritätischen Lösung (je 50% Anteile an ein deutsches und ein französisches Konsortium) in die Diskussion, den die Familienvertreter aber am Vorabend des Besuchs ablehnten³⁵⁵. Pinay stellte seine Unterredung mit Adenauer am 29. 4. nun ganz unter das Motto, „zu einer Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland zu gelangen“. Natürlich konnte er schon aus innenpolitischen Rücksichten nicht auf die Durchsetzung der im Rat der Republik aufgestellten beiden Forderungen als Voraussetzung für den Abschluß des Ratifikationsverfahrens verzichten³⁵⁶. Der Minister zeigte sich gleichwohl bereit, auf Adenauers Vorstellungen zur Röchling-Frage einzugehen, und akzeptierte schließlich den deutschen Vorschlag unter der Maßgabe, daß eine Blockade von Werksentscheidungen im Direktionsrat durch das Votum des Generaldirektors aufgehoben werden könne. Röchling sollte dazu seine Anteile für 200 Millionen Franken zu gleichen Teilen an das deutsche und das französische Konsortium abtreten³⁵⁷. Noch am Abend der Abreise des französischen Außenministers pflichtete die Familie dem Vorschlag bei, nachdem der Kanzler sie um der politischen Verantwortung willen zur Annahme ersucht hatte³⁵⁸.

Auch in der noch immer offenen Frage der Abstimmungsberechtigten für das Saar-Referendum kam Pinay Adenauer entgegen und sagte zu, bei Hoffmann eine Amnestie für die Ausgewiesenen zu erwirken³⁵⁹. Schließlich verständigten sich beide Seiten darauf, dem Rat der WEU bei seiner konstituierenden Sitzung am

³⁵¹ S. ebd., B 17, Bd. 137, Bl. 325, ders. an Madrid, Tel. 73, 19. 4. 1955, Geheim; BA, NL Blankenhorn, Bd. 45b, Bl. 219–222, Aide-Mémoire, 20. 4. 1955; Thoß, Lösung, S. 272.

³⁵² Vgl. ebd., S. 273.

³⁵³ PÄ, B 17, Bd. 137, Bl. 303 f., Hausenstein an AA, FS Nr. 249, 20. 4. 1955, Verschlüsselt, Citissime.

³⁵⁴ S. Unterredung zwischen Pinay und Macmillan vom 21. 4. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 23–29; Thoß, Lösung, S. 273.

³⁵⁵ S. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 2. 5. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 439 f.; Thoß, Lösung, S. 273.

³⁵⁶ BA, NL Blankenhorn, Bd. 45b, Bl. 21–37, Unterredung zwischen Adenauer und Pinay vom 29. 4. 1955, Streng geheim.

³⁵⁷ S. Unterredung zwischen dens. vom 29. 4. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 41 f.; Pinay an Bonn, Tel. 1951/57, 3. 5. 1955, Priorité absolue, Réserve, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 565–567; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 102–104.

³⁵⁸ S. Adenauer an die Röchling'sche Familiengemeinschaft, 30. 4. 1955, in: Schneider, Wunder, S. 505; Cahn, Aspect, S. 429 f.; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 101 f.; Thoß, Lösung, S. 273.

³⁵⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 45a, Bl. 228–237, Unterredung zwischen Adenauer und Pinay vom 30. 4. 1955, Streng geheim.

10. 5. gemeinsame Vorschläge über die Anwendung des Saarabkommens und die Durchführung der Volksabstimmung, die Zusammensetzung der Kontrollkommission sowie die Befugnisse des Kommissars zu unterbreiten. Gerade dieser Punkt barg Konfliktpotential, da Bonn die Stellung des Kommissars stärken wollte, Paris hingegen in Übereinstimmung mit Saarbrücken für eine schwache Position plädierte. Adenauer setzte sich aber weitgehend durch, da man dem Kommissar bei Verstößen gegen das Statut in dringenden Fällen eine Weisungsbefugnis gegenüber der Saarregierung einräumte³⁶⁰. Auf die Details der Empfehlungen für die WEU hatte man sich hingegen nicht geeinigt, sie auch gar nicht erst erörtert, um „neue Differenzen“ zu vermeiden und den Abschluß des Ratifikationsverfahrens nicht zu gefährden³⁶¹.

„Si l'on voulait résumer le sens de la conférence“, so faßte François-Poncet das Ergebnis des zweitägigen Treffens zusammen, „[...] on pourrait dire qu'elle a contribué à achever de dissiper les méfiances et les ressentiments causés par le naufrage de la C.E.D. et qu'elle a créé une atmosphère de nouveau favorable aux efforts d'entente et de coopération entre la France et la République Fédérale, redevenue souveraine et membre à égalité de l'Organisation Atlantique.“³⁶² Dieser ‚Souveränität‘ stand nun nichts mehr im Weg. Mit der Unterzeichnung des französisch-saarländischen Wirtschaftsvertrages am 3. 5.³⁶³ war das letzte Problem für die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden behoben. Einen Tag später erklärte der erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes das Saarabkommen für grundgesetzkonform³⁶⁴, ohne zu ahnen, daß es wenige Monate später gegenstandslos werden sollte.

³⁶⁰ S. Communiqué zur Unterredung zwischen Adenauer und Pinay, 30. 4. 1955, in: EA 1955, S. 7562 f.; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 159–161.

³⁶¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 45b, Bl. 176–185, Unterredung mit Sauvagnargues, 22. 4. 1955; s.a. PA, B 17, Bd. 16, Bl. 232–242, Aufzeichnung Referat Thierfelder, 24. 4. 1955.

³⁶² AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 389, Bl. 148–149, François-Poncet an MAE, Tel. 1690/700, 1. 5. 1955; s.a. ebd., Bl. 150–151, ders. an dass., Tel. 1702/11, 2. 5. 1955, Urgent.

³⁶³ S. französisch-saarländischer Wirtschaftsvertrag, 3. 5. 1955, in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 694–714; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 239, Bl. 277–281, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 2. 6. 1955; Heinen, Saarjahre, S. 468–470.

³⁶⁴ Vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 57 f.

III.4 Das Problem der westdeutschen Wiederbewaffnung 1949–1955

III.4.1 Der Wehrbeitrag in der internationalen Diskussion 1949/50

„L'Allemagne n'a pas d'armée et elle ne doit pas en avoir“

Zu den dornigsten Problemen der deutsch-französischen Beziehungen in der Nachkriegszeit gehörte ohne Zweifel die De- bzw. Remilitarisierung der Bonner Republik¹. Seit 1947/48 bezogen amerikanische, aber auch französische Militärs und Politiker die militärische Potenz des ehemaligen Kriegsgegners Deutschland in ihre Planungen mit ein. Vordergründig ging es ihnen angesichts des aufziehenden Kalten Krieges und der konventionellen militärischen Überlegenheit der Sowjetunion² um die Herstellung eines Kräftegleichgewichts zwischen Ost und West. Sie dachten aber auch an eine dauerhafte politische Bindung Westdeutschlands an die Gemeinschaft demokratischer Staaten. Wirtschaftliche Überlegungen wie die Einsparung eigener Finanzmittel oder die Belastung des potentiellen deutschen Handelskonkurrenten kamen hinzu. Einhellig wurde dabei in den politischen und militärischen Gremien wie in der seit 1948 aufkommenden öffentlichen Debatte die Ansicht vertreten, daß die Wiederbewaffnung Westdeutschlands von Sicherheitsmaßnahmen begleitet sein müsse. Eine nationale deutsche Wehrmacht oder eine westdeutsche Rüstungsproduktion durfte es nicht geben. Vielmehr zielten die Gedankenspiele auf die Werbung deutscher Söldner, auf die Einbettung deutscher Kontingente in eine internationale Armee oder lediglich auf die Leistung eines finanziellen bzw. wirtschaftlichen Verteidigungsbeitrags³.

Ungeachtet derartiger Planungen einigten sich die westlichen Regierungen auf der Londoner Konferenz im Frühjahr und Sommer 1948 auf eine strikte Entmilitarisierungspolitik in ihren Besatzungszonen. Berlin-Blockade und sowjetische Atombombentests ließen die heikle Frage eines deutschen Beitrags zur Verteidigung Westeuropas in der Öffentlichkeit aber nicht verstummen. Freilich traf sie in allen westlichen Demokratien einen empfindlichen Nerv, namentlich aber in jenen, die unter der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten am meisten gelitten hatten. Dazu zählte gewiß auch Frankreich. Als „Le Monde“ die Gründung der Nordatlantischen Allianz im April 1949 hellsichtig mit den Worten kommentierte, sie enthalte die deutsche Wiederbewaffnung „comme le germe dans l'oeuf“, löste er einen Skandal aus⁴. Wollte man einen wirksamen Schutz

¹ Aus der umfangreichen Literatur zum Problem der deutschen Wiederbewaffnung nach 1945 vgl. insbesondere: Aron/Lerner (Hg.), *Querelle*; Clesse, *Projet*; Fursdon, *Community*; Abelshauser/Schwengler, *Wirtschaft*; Ehlert u.a., *NATO-Option*; Foerster u.a., *Kapitulation*; Köllner u.a., *EVG-Phase*; Buchheim u.a., *Aspekte*; Volkmann/Schwengler (Hg.), *Europäische Verteidigungsgemeinschaft*; Wettig, *Entmilitarisierung*.

² Zum Ungleichgewicht zwischen Ost und West in der konventionellen Rüstung vgl. Clesse, *Projet*, S. 10–17.

³ Zur internationalen Diskussion der Jahre 1947–1949 über einen deutschen Wehrbeitrag vgl. vor allem: Foerster, *Aspekte*, S. 405–440; Greiner, *Planungen*; Soutou, *France and the German Rearmament*, S. 492–498; Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 209–281; Wiggershaus, *Entscheidung*; ders., *Frage*.

⁴ „Le Monde“, 6. 4. 1949; zur innerfranzösischen Reaktion vgl. Massigli, *Comédie*, S. 239.

gegenüber dem Osten aufbauen, so konnte man an diesem Problem über kurz oder lang nicht vorbeigehen. Wie aber sollte man die noch durch den Krieg traumatisierten Franzosen von der Notwendigkeit zur Remilitarisierung ihrer Nachbarn überzeugen?

Entsprechend der vorherrschenden Meinung im Lande war Außenminister Schuman nach seinem Amtsantritt 1948 lange Zeit als entschiedener Gegner jeglicher Wiederbewaffnung Westdeutschlands aufgetreten⁵. Während der Debatte über die Ratifizierung des Atlantikpaktes versicherte er am 25. 7. 1949 unter starkem Beifall des Plenums: „L'Allemagne n'a pas [...] d'armée et elle ne doit pas en avoir. Elle n'a pas d'armement et elle n'en aura pas.“ Ja, er ging schließlich so weit, jeden Beitritt zur Allianz von einer vorherigen Zustimmung des französischen Parlaments abhängig zu machen⁶.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im September trat das Problem in eine neue Phase, die ein Jahr später mit der Verkündung des „Pleven-Plans“ durch die französische Regierung enden sollte⁷. „Plötzlich“, so beschrieb Adenauer später lapidar in seinen Memoiren, sei im November 1949 die Frage der deutschen Wiederbewaffnung von der Auslandspresse hochgespielt worden⁸. Damit traf er zwar den Sachverhalt, ließ aber eine Tatsache unerwähnt: er selbst hatte kräftig mitgemischt. Seit 1946 maß er der sowjetischen Außenpolitik expansiven Charakter bei. Aus dieser Grundeinstellung leitete er eine Reihe von sicherheitspolitischen Überlegungen ab, die schon vor seiner Wahl zum Bundeskanzler feststanden: Schutzverpflichtung und Sicherheitsgarantie der Alliierten gegenüber Westdeutschland; Verschiebung der Verteidigungslinie nach Osten; Einbeziehung Westdeutschlands in das westliche Sicherheitssystem und Bereitschaft zur Mitverantwortung; Abschreckung durch militärische Stärkung der westlichen Allianz; statt nationaler Wehrmacht politische Gleichberechtigung eines deutschen Kontingents in einer supranationalen Armee⁹. Nahtlos fügten sich diese Positionen für ihn in die umfassende außenpolitische Maxime einer durch Aussöhnung mit Frankreich vorbereiteten und stabilisierten Westintegration, die er zugleich als Sicherheitspolitik verstand¹⁰.

Als der Kanzler Anfang November von der Diskussion führender amerikanischer Kreise über die westdeutsche Wiederbewaffnung erfuhr, glaubte er sich ungeachtet der alliierten Oberhoheit ein wenig nach vorn wagen zu dürfen. Um sich angesichts der „Atmosphäre des permanenten Ausnahmezustandes“ im In- und Ausland mit seinen Überlegungen zum Militärbeitrag Gehör zu verschaffen, bediente er sich der Printmedien und erweckte dabei durchaus bewußt den Anschein

⁵ Vgl. Poidevin, Robert Schuman, S. 306 f.

⁶ Rede Schumans in der Assemblée Nationale, 25. 7. 1949, in: Annales de l'Assemblée Nationale, Débats 1949, Bd. 7, S. 5228. Zur Haltung Frankreichs gegenüber einem deutschen Beitritt zum Nordatlantikpakt vgl. insgesamt: Guillen, Frankreich und die NATO-Integration.

⁷ Zur internationalen Diskussion über den westdeutschen Verteidigungsbeitrag 1949/50 vgl. besonders: Foerster, Aspekte, S. 441–575; Fursdon, Community, S. 1–86; Steininger, Wiederbewaffnung, S. 15–252; Wettig, Entmilitarisierung, S. 260–352; Wiggershaus, Entscheidung; ders., Frage; ders., Problem.

⁸ Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 341.

⁹ Zu Adenauers sicherheitspolitischer Grundkonzeption vgl. von Gersdorff, Außenpolitik, S. 64–77; Schwarz, Konzept, S. 111; Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 348.

¹⁰ S. Wiggershaus, Entscheidung, S. 333 f.

einer „konfuse[n] Pressepolitik“¹¹. Den Zielkonflikt zwischen militärischem Schutz vor der Sowjetunion und Sicherheit vor einer neuen deutschen Militärmacht löste er, wie sein Interview mit der in Nancy, der Heimat Schumans, erscheinenden Zeitung „L'Est Républicain“ am 11. 11. – dem Jahrestag des Waffenstillstandes von Compiègne – signalisierte, mit dem Angebot zur Beteiligung an einer europäischen Streitmacht¹². Zwei Tage später versicherte er demgegenüber dem amerikanischen Außenminister bei dessen Besuch in Bonn, die Bundesrepublik habe wegen ihrer akuten Gefährdung und des hohen deutschen Blutzolls im Zweiten Weltkrieg kein Interesse an einem Verteidigungsbeitrag. Acheson widersprach ihm nicht, denn anders als der amerikanische Generalstab, der zu dieser Zeit bereits Pläne für die Aufstellung deutscher Divisionen in der NATO ausarbeitete, hielt die politische Führung derartige Maßnahmen für verfrüht¹³. Kurz darauf distanzierte sich Adenauer öffentlich wieder von seinem Interview mit „L'Est Républicain“ und bestritt gegenüber der Zeitung „L'Epoque“ energisch jede Absicht zum Aufbau einer Armee. „Enfin et surtout, je tiens à insister là-dessus: une nouvelle armée ne pourrait que faire renaître chez nous des souvenirs militaristes que je veux voir à jamais éteints.“¹⁴

Die deutschen Reaktionen auf die nicht eben widerspruchsfreien Äußerungen des Kanzlers fielen bemerkenswert unterschiedlich aus. In der Bevölkerung besaß ein Teil offenbar noch immer „un goût atavique pour la vie des camps“ und die Neigung, sofort wieder zu den Waffen zu greifen. Neben diesen ewig Gestrigen gab es jene, die den Dienst an der Waffe akzeptierten, um gemeinsam der sowjetischen Bedrohung entgegenzutreten. Das Gros der Deutschen aber zeigte sich von der Idee der Wiederbewaffnung schockiert und plädierte für das individuelle Recht auf Kriegsdienstverweigerung. In gewissen politischen Kreisen, wie etwa dem Naumann-Kreis um Ulrich Noack, verband sich diese Zielsetzung mit dem gefährlichen Ruf nach Neutralität. Für die Befürworter der deutschen Westbindung konnte diese Perspektive eines „no man's land“ in der Mitte Europas nur schockieren: eine leichte Beute für einen skrupellosen Nachbarn¹⁵.

Diese Horrorvision eines schutzlos preisgegebenen europäischen Kernstaates trieb auch die NATO-Generalität um. Am 16. 11. erklärte der Chef der Vereinigten Stabschefs General Bradley gegenüber Journalisten, daß die Aufstellung der ostdeutschen Volkspolizei es als notwendig erscheinen lassen könne, auch in Westdeutschland uniformierte Kräfte zu rekrutieren¹⁶. Die sofortigen, von Unruhe geprägten Nachfragen des Quai d'Orsay im State Department erreichten das

¹¹ Foerster, Aspekte, S. 443. Zur Bedeutung des Mediums Presse in Adenauers Sicherheitspolitik vgl. Baring, Anfang, S. 61–84; Buchwald, Adenauers Informationspolitik, S. 65–100; s.a. von Hase, Adenauer und die Presse; Küsters, Adenauer, Presse.

¹² Vgl. Wettig, Entmilitarisierung, S. 283.

¹³ S. Unterredung zwischen Adenauer und Acheson vom 13. 11. 1949, Secret, in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 311.

¹⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 371, Bl. 175 f., Interview dess. mit „L'Epoque“, 18. 11. 1949; s.a. AdG 1949, S. 2138D.

¹⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 182, Bl. 35–44, François-Poncet an Schuman, Nr. 1126/EU, 23. 11. 1949.

¹⁶ Zu den Erklärungen Bradleys vgl. Unterredung zwischen Perkins und Daridan vom 16. 11. 1949, in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 317–319; zu den Anfängen der Aufrüstung in der DDR vgl. Thoß, Volksarmee.

gewünschte Ziel – ein formelles Dementi – nicht¹⁷. Statt dessen erhielt Bradley noch Rückendeckung von General Clay, der Mitte des Jahres seinen Posten als Militärgouverneur in Deutschland abgegeben hatte und nun, am 20. 11., als Privatmann vor der Harvard-University die Bildung einer westeuropäischen Armee mit deutschen Einheiten anregte. Durch die ausbleibende Protestreaktion in den USA ermuntert, sprach sich Bradley daraufhin gegenüber einem französischen Korrespondenten grundsätzlich für einen westdeutschen Militärbeitrag aus¹⁸. Damit traf er zwar die Stimmung in der französischen Generalität, nicht aber die der französischen Politiker. Während das Militär die Bewaffnung der Bundesrepublik zur Verstärkung des westeuropäischen Verteidigungspotentials als unabdingbar und den Schutz Deutschlands ohne deutsche Mithilfe als undenkbar bewertete¹⁹, galt das Thema für die politische Führung als so belastend, daß sie jegliche Diskussion zu unterbinden suchte und von den Partnern entsprechend klare Zusicherungen verlangte. Aus Sicht der Regierung standen dabei zwei Gefahrenszenarien im Vordergrund: 1. Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik könnte den Widerstand der UdSSR hervorrufen und gleichzeitig USA und Großbritannien wegen der militärischen Stärkung auf dem Kontinent zum Rückzug eigener Truppen veranlassen. 2. Die Verbindung zwischen der Aufstellung einer deutschen Armee und der Rückgabe der politischen Freiheiten könnte Moskau veranlassen, ein unabhängiges Deutschland mit der Rückgabe der Ostgebiete auf seine Seite zu locken²⁰.

Mit der Verabschiedung des „Petersberger Abkommens“ vom 22. 11., das die Bundesregierung zur Aufrechterhaltung der Entmilitarisierung verpflichtete²¹, setzte in der öffentlichen Meinung an der Seine eine gewisse Beruhigung ein²² – nicht so in der *classe politique*. Obwohl Informationsminister Teitgen am Tage der Unterzeichnung des Abkommens vor ausländischen Journalisten drohte, die Wiederbewaffnung Deutschlands führe „unweigerlich zum Krieg“²³, gaben sich die Parlamentarier in der Assemblée Nationale mit dieser Erklärung nicht zufrieden. Eine mehrtägige außenpolitische Debatte bot ihnen die Gelegenheit, der Regierung unbequeme Fragen zu stellen. Die nationalistische Rechte malte das Schreckgespenst der deutschen Gefahr an die Wand; die Kommunisten warfen der Regierung vor, einer revanchistischen deutschen Politik Vorschub zu leisten²⁴. Schuman bekannte sich zwar am 24. 11. zur allmählichen Aufnahme der Bundesrepublik in die europäische Staatengemeinschaft, pochte aber zugleich auf die Berücksichtigung der französischen Sicherheitsbedürfnisse. „Nous ne voulons pas,

¹⁷ S. Unterredung zwischen Perkins und Daridan vom 16. 11. 1949, in: FRUS 1949, Bd. 3, S. 317–319; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 250, Tb. 19. 11. 1949.

¹⁸ Vgl. Wettig, Entmilitarisierung, S. 274f.

¹⁹ Vgl. Guillen, Generalität, S. 125–127.

²⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 182, Bl. 24f., Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 18. 11. 1949.

²¹ S. Petersberger Abkommen, 22. 11. 1949, in: Lademacher/Mühlhausen (Hg.), Petersberger Abkommen, S. 88.

²² S. Artikel Dannenmüllers, in: „L'Aube“, 22. 12. 1949, im Auszug auch in: BDFD III, S. 298; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 253, Tb. 23. 11. 1949.

²³ Presseerklärung Teitgens, 22. 11. 1949, zitiert nach: Steininger, Wiederbewaffnung, S. 19.

²⁴ S. Debatte der Assemblée Nationale vom 22., 24. u. 25. 11. 1949, in: Annales de l'Assemblée Nationale, Débats 1949, Bd. 8, S. 6157–6356.

nous, Français, de brimades inefficaces et irritantes. Nous nous bornons à l'essentiel, aux mesures qui [...] sont suffisantes pour prévenir toute menace contre la paix.“ Besatzung, Entwaffnung, Einrichtung der Ruhrkontrollbehörde und des Militärischen Sicherheitsamtes böten ausreichenden Schutz, um Deutschland in Schach zu halten. Die „reconstitution d'une force militaire allemande“ stünde „hors de toute discussion“²⁵. Es fällt schwer zu glauben, der Minister habe mit seiner kategorischen Absage nur nationale deutsche Streitkräfte gemeint²⁶.

Das Bild der französischen Position zur deutschen Wiederbewaffnung bliebe freilich unvollständig, wenn nicht auch jene ernstzunehmenden Politiker erwähnt würden, die von der Regierung eine Revision ihrer Verweigerungshaltung verlangten. Paul Reynaud etwa, der gemäßigt rechts stehende unabhängige Abgeordnete, fragte Schuman, ob er wirklich glaube, mit fünf angelsächsischen Divisionen die fünfhundert sowjetischen aufhalten zu können. Das bestehende Sicherheitsproblem sollte seiner Meinung nach durch die deutsche Beteiligung an einer europäischen Armee unter französischem, britischem und amerikanischem Kommando behoben werden²⁷. Eugène Montel, ein Parteifreund Schumans, forderte einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag, den er auf finanzielle und wirtschaftliche Leistungen beschränkt wissen wollte²⁸. Léon Blum erklärte eine deutsche Armee im Rahmen einer europäischen Föderation für durchaus denkbar²⁹. Gleichwohl, diese Stimmen waren in der Minderheit. Am 26. 11. verabschiedete die Nationalversammlung ein „Ordre du jour“, mit der sie sich eindeutig gegen die Aufstellung deutscher Streitkräfte aussprach. Wenige Tage später folgte ihr auch der Rat der Republik³⁰.

Während die westlichen Regierungen dieser Stimmungslage Tribut zollten und das heiße Eisen der westdeutschen Wiederbewaffnung möglichst nicht berühren wollten, griff Adenauer Anfang Dezember fest zu. In einem sensationellen Interview erklärte er dem Europa-Korrespondenten des von Präsident Truman gelesenen „Cleveland Plain Dealer“, John Leacocos, am 3. 12., er lehne die deutsche Aufrüstung ebenso ab wie die Aufnahme deutscher Söldner in westliche Armeen. „Im äußersten Falle sei alsdann die Frage eines deutschen Kontingents im Rahmen der Armee einer europäischen Föderation zu überlegen“³¹. Anders als sein wohl auf Schuman ausgerichtetes Interview mit „L'Est Républicain“ erregten diese Äußerungen in der Weltöffentlichkeit größtes Aufsehen. In einer Kurzfassung, die die französische Nachrichtenagentur AFP am 4. 12. verbreitete, hieß es, Adenauer

²⁵ Rede Schumans in der Assemblée Nationale, 24. 11. 1949, in: ebd., S. 6231; s.a. AdG 1949, S. 2143D.

²⁶ Vgl. dagegen Wettig, Entmilitarisierung, S. 281.

²⁷ S. Rede Reynauds in der Assemblée Nationale, 24. 11. 1949, in: Annales de l'Assemblée Nationale, Débats 1949, Bd. 8, S. 6246–6250.

²⁸ S. Rede Monteils in der Assemblée Nationale, 25. 11. 1949, in: ebd., S. 6315–6317.

²⁹ S. „Le Populaire“, 1. 12. 1949; Loth, Sozialismus, S. 239.

³⁰ S. Ordre du jour, 25. 11. 1949, in: Annales de l'Assemblée Nationale, Débats 1949, Bd. 8, S. 6348 f. u. 6356; Debatte des Conseil de la République, 8. 12. 1949 in: Annales du Conseil de la République, Débats 1949, Bd. 3, S. 2638–2673.

³¹ StBKAH, NL Adenauer, 06.08, Aufzeichnung von Böx über das Interview Adenauers mit „Cleveland Plain Dealer“, o.D. Adenauer verlas die Aufzeichnung am 16. 12. 1949 vor dem Deutschen Bundestag (BT, Sten. Ber., Bd. 1, S. 734 f.); s.a. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 341 f.; Wettig, Entmilitarisierung, S. 284 f.

habe eine deutsche Wiederbewaffnung gefordert, woraufhin François-Poncet umgehend mit Nachdruck versicherte, die Schaffung einer deutschen Armee stehe absolut außer Frage³². Vereinzelte Kommentatoren stellten sich dennoch dezidiert auf des Kanzlers Seite. „Le Monde“ etwa sprach vom Paradox, das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Land des westlichen Kontinents von den Nachbarn verteidigen zu lassen. Wenn man die Integration Europas mit Deutschland wolle, könne nicht der militärische Sektor ausgeklammert werden³³. Das Gros der in- und ausländischen Presse setzte aber zu einer heftigen Schelte an³⁴, und der Kanzler wiegelte sofort ab. In einer Mitteilung des Bundespresseamtes stellte er sein Pressegespräch einen Tag später so dar, als ob er die Beteiligung an der Verteidigung Westeuropas nur für den „äußersten Fall einer Konflagration“ in Aussicht gestellt habe³⁵. Davon war zwar in seinem Interview keine Rede gewesen, aber die Korrektur erfüllte ihren Zweck. Adenauers Erklärung fand allgemein „eine positive Aufnahme“³⁶. Nur in der französischen Diplomatie blieb der Eindruck haften, der Kanzler sei „sous la pression américaine“ nun nicht mehr so entschieden wie früher gegen jede Form der deutschen Wiederbewaffnung³⁷. Damit traf sie den Nagel insofern auf den Kopf, als Adenauer nun weniger zaghaft über einen Wehrbeitrag zu reden begann.

Nur wenige Tage nach seiner „pressepolitische[n] Panne ersten Ranges“³⁸ griff der Kanzler das Thema erneut auf. Vor dem Vorstand der CDU in der britischen Zone verlangte er unter Hinweis auf die ostdeutsche Volkspolizei ein Nachdenken über die westdeutsche Sicherheit. Wie die Ergebnisse seiner eigenen entsprechenden Anstrengungen aussahen, fügte er gleich hinzu: Wenn eine europäische Föderation den Deutschen einen Wehrbeitrag abfordere, müßten sie mit denselben Rechten vertreten sein, wie die anderen Mitgliedstaaten³⁹. Vorbedingung für deren Mitwirkung an der Verteidigung Europas war also die „völlige Gleichberechtigung Deutschlands“. Da die Wiederbewaffnung weitreichende Folgen auch für die politische Stellung der Bundesrepublik nach sich ziehen, ja letztlich zur Souveränität führen würde, kam sie nur im Rahmen einer europäischen Armee und damit einer europäischen Föderation in Frage⁴⁰. Damit war jenes Prinzip geboren, das Bonns Umgang mit den Westmächten künftig bestimmte: „das Doppelkonzept von Integration und Gleichberechtigung“⁴¹.

Parallel zu diesen tastenden Versuchen, die Diskussion über einen deutschen Wehrbeitrag anzukurbeln, bat Adenauer vor dem Hintergrund der beunruhigenden Nachrichten über den Aufbau einer Armee in der Ostzone und seiner Unkenntnis über die von den Alliierten ins Auge gefaßte Verteidigungslinie die

³² Vgl. Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 177 f.

³³ S. „Le Monde“, 7. 12. 1949, im Auszug auch in: BDFD III, S. 299.

³⁴ S. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 342; Steininger, Wiederbewaffnung, S. 16.

³⁵ Pressenotiz von Böx, 5. 12. 1949, in: BDFD I, S. 374; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 342 f.; Wettig, Entmilitarisierung, S. 285 f.

³⁶ Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 343.

³⁷ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 259, Tb. 5. 12. 1949.

³⁸ Küsters, Adenauer, Presse, S. 26.

³⁹ Vgl. AdG 1949, S. 2160 G; Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 344 f.; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 259, Tb. 8. 12. 1949.

⁴⁰ Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 345.

⁴¹ Hanrieder, Deutschland, S. 46.

Hohe Kommission am 8. 12. – „sur un ton pénétrant et d’une voix émue“ – um eine Sicherheitsgarantie⁴². Damit handelte er sich prompt einen Rüffel ein, nicht von den Herren auf dem Petersberg, sondern von jenem in der Villa Hammer-schmidt. Bundespräsident Heuss gewann offenbar den Eindruck, der Kanzler übertreibe absichtlich die Gefahr aus dem Osten, um so die Bewaffnung im Westen durchzusetzen. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur AP warnte er davor, allen Berichten über die Volkspolizei zu glauben, und sprach sich zugleich „absolut gegen eine deutsche Wehrmacht“ aus⁴³. Adenauer sah sich von diesem präsidentialen Fingerzeig in doppelter Weise herausgefordert und reagierte postwendend: Beim Staatsoberhaupt rief er die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers in Erinnerung⁴⁴, und der französischen Hohen Kommission gegenüber beteuerte er, er denke nicht daran, eine Armee aufzubauen. An seinem Alternativprogramm hielt er aber fest: Aufbau einer europäischen Streitmacht „au sein de laquelle on pourrait dans des Unités Européennes former, en prévision d’un conflit possible, des cadres allemands qui puissent constituer la charpente de futures Divisions“⁴⁵.

Anders als Heuss hielt François-Poncet Adenauers Sorgen für durchaus real und glaubte auch seinen Versicherungen über die Wiederbewaffnung. Die Nachrichten aus Ostdeutschland waren zu präzise, als daß zu dem vom Kanzler erzeugten Rauch nicht auch ein Feuer gehörte⁴⁶. Dennoch untersagte er es sich, Verständnis für dessen Nöte zu zeigen. Statt dessen beließ er es ihm gegenüber bei dem wenig beruhigenden Hinweis auf die Zusage Schumans, „Deutschland würde nicht aufgegeben“⁴⁷. Am 9. 12. ermahnten die Hohen Kommissare den Kanzler in vertraulicher Runde „milde, mit öffentlichen Erklärungen zurückhaltend zu sein“⁴⁸.

Für den französischen Vertreter war es ausgemachte Sache, daß die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik im großen und ganzen gegen eine Wiederbewaffnung eingestellt, aber aufgrund der widersprüchlichen Meldungen über die äußere Gefährdung geteilt war⁴⁹. In den politischen Parteien herrschte dagegen klares Einvernehmen gegen die Remilitarisierung. In der Sicherheitsdebatte des Deutschen Bundestages vom 16. 12. gingen die Abgeordneten mit dem Kanzler hart ins Gericht. Heinrich von Brentano, der Fraktionsvorsitzende der Union, erklärte ohne Umschweife, der Gedanke an eine Wiederaufrüstung liege dem Volke völlig fern. Namens der SPD-Fraktion lehnte es Erich Ollenhauer ab, eine Wiederbewaffnung nur in Erwägung zu ziehen. Die Absage fiel so einmütig aus, daß die

⁴² AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 182, Bl. 147–149, François-Poncet an MAE, Tel. 920/24, 9. 12. 1949, Réservé, Secret.

⁴³ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 9. 12. 1949, auch in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 34.

⁴⁴ S. Adenauer an Heuss, 9. 12. 1949, in: ebd., S. 35f.

⁴⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 185, Bl. 159–161, François-Poncet an MAE, Tel. 960, 13. 12. 1949, Urgent.

⁴⁶ S. ebd., Bd. 182, Bl. 147–149, ders. an dass., Tel. 920/24, 9. 12. 1949, Réservé, Secret.

⁴⁷ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 8. 12. 1949, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 55f.

⁴⁸ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 735.

⁴⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 185, Bl. 140–143, François-Poncet an Schuman, Nr. 1167/EU, 8. 12. 1949.

Bayernpartei eine Resolution über die Verurteilung jeglicher Remilitarisierung zurückzog⁵⁰.

Aus der Sicht französischer Diplomaten resultierte die Ablehnung der deutschen Parlamentarier sowohl aus der Sorge vor der finanziellen Belastung als auch aus der Furcht, mit der Wiederbewaffnung nicht Sicherheit zu gewinnen, sondern die Unsicherheit zu mehren⁵¹. Der Regierung in Paris reichte das Votum der Bonner Volksvertreter aber nicht aus. Nur zwei Tage später überzog Schuman Deutschland in einer Rede in Brüssel mit dem Verdikt, es sei „*éternellement insatisfait*“⁵². Er reagierte damit auf die wachsenden französischen Widerstände gegenüber etwaigen Erwägungen zur deutschen Remilitarisierung. Die öffentliche Meinung stand ihnen ganz überwiegend zutiefst ablehnend gegenüber. Und die bürgerlichen Parteien wollten offenbar unter allen Umständen nicht den Kommunisten das Monopol der bedingungslosen Verurteilung einer westdeutschen Wiederaufrüstung überlassen⁵³. Frankreich stellte sich weiterhin auf den Standpunkt, die Sicherheit der Bundesrepublik werde durch die Nordatlantische Allianz gewährleistet. Als der Ständige Ausschuß des Brüsseler Paktes Planungen über notwendige Zerstörungen in Deutschland im Konfliktfall und ihre politischen Folgen durchführte, drängte Paris energisch darauf, solche Vorabmaßnahmen zu vermeiden, „*qui risqueraient de faire comprendre aux Allemands que les Alliés occidentaux n'envisagent pas de défendre coûte que coûte leur territoire*“⁵⁴.

Soldaten im ‚Tarnanzug‘: Bundespolizei – Grenzschutzbereitschaftsdienst – Republikanische Garde

Trotz der französischen Widerstände ließen die Perzeption einer aggressiven sowjetischen Außenpolitik und das absehbare nukleare Patt zwischen den Blöcken die Diskussion über einen deutschen Verteidigungsbeitrag in den westlichen Kapitalen im Frühjahr in Bewegung geraten. Auch in Frankreich bekamen jene Stimmen Auftrieb, die die deutsche Wiederbewaffnung als „unerfreulich aber erforderlich“ betrachteten⁵⁵. Gemäß der neuen amerikanischen Militärkonzeption, wie sie sich im Dokument NSC 68 vom 7. 4. 1950 niederschlug⁵⁶, beschloß die NATO eine Verstärkung der Landstreitkräfte auf 30 Divisionen⁵⁷. Daß sie ohne Bonner Beteiligung kaum zu erreichen sein würde, stand für Eingeweihte außer Frage. General Billotte, der aus Protest gegen die seiner Meinung nach falsche Verteidigungspolitik des Westens von seinem Posten als französischer Vertreter im UN-Militärausschuß zurückgetreten war, plädierte entschieden für die Einbindung deutscher Einheiten in eine NATO-Armee. Ähnliche Vorstellungen vertrat Char-

⁵⁰ S. Bundestagsdebatte, 16. 12. 1949, in: BT, Sten. Ber., Bd. 1, S. 734–742; Löwke, SPD, S. 17f.

⁵¹ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 261, Tb. 20. 12. 1949.

⁵² Rede Schumans in Brüssel, 18. 12. 1949, zitiert nach: Poidevin, Robert Schuman, S. 214; s.a. AdG 1949, S. 2171G.

⁵³ S. PA, Abt. 2, Bd. 248, Bl. 14–17, „Informationsbericht aus Frankreich“ des Deutschen Büros für Friedensfragen, 12. 12. 1949, NfD.

⁵⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 183, Bl. 20f., Aufzeichnung der Unterabt. Zentral-europa im MAE, 14. 1. 1950, Secret (Konzept GL).

⁵⁵ PA, Abt. 2, Bd. 248, Bl. 14–17, „Informationsbericht aus Frankreich“ des Deutschen Büros für Friedensfragen, 12. 12. 1949, NfD.

⁵⁶ S. Bericht an Truman, 7. 4. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 1, S. 235–292.

⁵⁷ Vgl. Wiggershaus, Entscheidung, S. 335.

les de Gaulle, und auch Paul Reynaud schaltete sich wieder in die Debatte ein und forderte ebenfalls die Rekrutierung deutscher Soldaten unter alliierter Führung⁵⁸. Den spektakulärsten Vorstoß in diese Richtung wagte der britische Oppositionsführer Winston Churchill, der am 16. und 28. 3. im Unterhaus die Notwendigkeit eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages als Folge der östlichen Bedrohung unterstrich und ihn in eine europäische Armee eingebracht sehen wollte, damit die deutschen Truppen kein Unheil anrichten könnten⁵⁹.

Churchills Erklärungen wurden von den Regierungen in Washington, London⁶⁰ und Paris scharf verurteilt. Der französische Botschafter Massigli attackierte den Briten als Anwalt der Deutschen und verwarf die von ihm vorgeschlagene Lösung, wobei ihm auch der Hinweis auf die von den Besatzungstruppen auf deutschem Boden ausgehende Sicherheit keinen Anlaß zum Umdenken bot⁶¹. Daß die Anregung aus London auch in Bonn mit Zurückhaltung bei der Koalition und „indignation“ bei der Opposition aufgenommen wurde, nahm man in Paris mit einiger Befriedigung zur Kenntnis⁶². Je mehr aber die Hoffnung schwand, das Thema auf Eis legen zu können, desto notwendiger erschien es den Verantwortlichen an der Seine, die Debatte aktiv mitzugestalten. Schon aus eigenem Sicherheitsbedürfnis heraus durfte man nicht in einer rein negativen, mehr und mehr anachronistischen und kaum noch zu verteidigenden Haltung erstarren. Wie also, so fragte man sich im Quai d'Orsay, konnte dem zunehmend laueren Ruf nach deutschen Soldaten entsprochen werden, ohne den Aufbau einer offensiven deutschen Militärmaschinerie Vorschub zu leisten? Jean-Marc Boegner, Mitarbeiter in der Europaabteilung des Außenministeriums, hielt zwei Maßnahmen für zentral: eine „disproportion“ zwischen den deutschen und den übrigen westlichen Streitkräften sowie formelle Garantien für Frankreich, die ihm um so solider anmuteten, je weiter die Verteidigungslinie des Westens auf deutschem Boden vorgeschoben würde und damit die Stationierung alliierter Truppen notwendig machte. „En résumé, c'est dans le cadre de l'organisation militaire et industrielle de l'Occident que le problème de notre sécurité en face de l'Allemagne pourrait être réglé.“⁶³

Boegners Auffassung war keineswegs *communis opinio* im Ministerium. Diverse Kollegen reagierten aus psychologischen, sicherheitspolitischen und eminent politischen Erwägungen höchst reserviert. Da das Problem des Verteidigungsbeitrags in direktem Zusammenhang mit der Frage der deutschen Souveränität stand, befürchteten sie, die besatzungsrechtlichen Fesseln kaum lockern zu können, ohne der Bonner Republik eigene Streitkräfte und den Beitritt in die NATO zuzugestehen. Daher lautete ihre Schlußfolgerung, die westliche Verteidigung sei nicht durch die Aufstellung deutscher Truppen, sondern durch eine vermehrte amerikanische Präsenz zu stärken. Allerdings mußten sie sich eingestehen,

⁵⁸ Vgl. Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 303.

⁵⁹ Vgl. AdG 1950, S. 2302G u. 2312D; Azzola, *Diskussionen*, S. 33–35 u. 48–50.

⁶⁰ Vgl. Wiggershaus, *Frage*, S. 351.

⁶¹ S. AMAE, *Europe 1944–1960*, *Allemagne*, Bd. 183, Bl. 89B, Parodi an London, Tel. 2651, 29. 3. 1950, *Très secret*; s.a. Rede Auriols, 7. 5. 1950, in: AdG 1950, S. 3270B.

⁶² AMAE, *Europe 1944–1960*, *Allemagne*, Bd. 183, Bl. 103–107, François-Poncet an Schuman, Nr. 431/EU, 31. 3. 1950.

⁶³ Ebd., Bd. 374, Bl. 1–3, Aufzeichnung des MAE, ca. 1. 4. 1950, mit handschriftlicher Marginalie „Note Boegner“.

daß Adenauer mit seiner sicherheitspolitischen Forderung großes taktisches Geschick bewiesen hatte. Er verlangte eine Sicherheitsgarantie mit der Konsequenz der Vermehrung der alliierten Verbände in dem Bewußtsein, daß die Westmächte dazu nicht in der Lage waren. Seine wiederholten Mahnungen galten als Versuch, den Alliierten die unzureichenden Beistandsverpflichtungen vor Augen zu halten und implizit die Notwendigkeit zum Aufbau einer eigenen Verteidigung aufzuzeigen. Bisher vertrat die französische Regierung demgegenüber die Auffassung, daß der NATO-Vertrag genügend Schutz biete, da ein Angriff der Sowjetunion gegen die Bundesrepublik automatisch die alliierten Besatzungstruppen involviere. Sollten die USA eine Wende in ihrer Verteidigungspolitik vornehmen und einen deutschen Wehrbeitrag einfordern, rieten die Beamten der Europaabteilung dazu, die französische Antwort von der Reaktion der Sowjetunion abhängig zu machen⁶⁴. Ihre Kollegen aus der Unterabteilung Zentraleuropa neigten hingegen aus Skepsis gegenüber dem Wert etwaiger Zusagen der Verbündeten und Sorge vor einem Rückzug der alliierten Truppen hinter den Rhein zu mehr Entgegenkommen. Sie befürworteten, Bonn „satisfaction d'ordre psychologique“ zu geben, ohne die westlichen Verteidigungspläne zu verändern⁶⁵.

Die Meinungsvielfalt des Außenministeriums spiegelte sich auch im Kabinett wieder. Regierungschef Bidault konzentrierte sich auf die Festigung der NATO und regte dazu am 16. 4. die Schaffung eines „Hohen Atlantikrates“ an⁶⁶. Die Frage der deutschen Remilitarisierung sah er damit aber nicht auf ewig beantwortet. Dem amerikanischen Botschafter Bruce vertraute er in diesen Tagen an, er gehöre nicht zu denjenigen, die Deutschland nie wieder bewaffnet sehen wollten. Eine militärische Integration in der NATO sei aber für den Augenblick weder ratsam noch politisch durchsetzbar, weil sie Moskau herausfordere und die finanziellen Möglichkeiten der Allianz überstrapaziere. Wenn beide Probleme behoben seien, könne die Frage durchaus untersucht werden⁶⁷. Bidault gab damit als erster französischer Spitzenpolitiker gegenüber einer anderen Macht zu, daß die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO prinzipiell durchaus denkbar sei. Freilich hatte er die Hindernisse extrem hoch aufgebaut. Denn eine Besserung der Großwetterlage, die die Rekrutierung deutscher Soldaten aus der sowjetischen Sicht nicht mehr als Gefahr erscheinen ließe, war doch mehr als utopisch. Wenn sie aber einträte, entfielen dann nicht die Gründe für die Aufrüstung der westlichen Allianz?

Zeitgewinn hieß für Frankreich das Gebot der Stunde, Zeitgewinn und der Aufbau eines politischen Sicherungsnetzes für den Fall, die deutsche Remilitarisierung nicht verhindern zu können. Der von Jean Monnet konzipierte und von Robert Schuman vertretene Plan zur Integrierung der westeuropäischen Montanindustrie war ein erster Schritt⁶⁸. Als Teil der politischen Strategie zur Umsetzung dieses Konzeptes lehnte die französische Regierung Beratungen über die west-

⁶⁴ S. Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 18. 4. 1950, in: BDFD I, S. 375 f.

⁶⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 183, Bl. 158–161, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 21. 4. 1950 (Konzept GL).

⁶⁶ S. Rede Bidaults in Lyon, 16. 4. 1950, im Auszug in: EA 1950, S. 3149.

⁶⁷ S. Bruce an Acheson, Tel. 1859, 22. 4. 1950, Top secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 60–62; Wiggershaus, Frage, S. 355 f.

⁶⁸ S. Kap. III.2.1.

deutsche Aufrüstung vorerst strikt ab⁶⁹. Die USA und auch Großbritannien gaben sich damit nicht zufrieden, da der Zwang zur beschleunigten konventionellen Aufrüstung die Frage der Lastenverteilung zunehmend drängender aufwarf. Zur Überraschung der Amerikaner sprachen sich die Briten Ende April in der Vorbereitungsphase der Londoner Außenministerkonferenz auf bilateraler Ebene prinzipiell für die Bewaffnung der Bundesrepublik aus⁷⁰. Beide Seiten kamen überein, die deutsche Aufnahme in die NATO für einen späteren Zeitpunkt zu erwägen, schon jetzt aber einen angemessenen ökonomischen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas einzufordern⁷¹. Als die Briten dazu eine wirtschaftliche Assoziierung der Bundesrepublik mit der NATO anregten, stellten sich die Franzosen sofort quer, weil sie darin die Gefahr witterten, einer raschen Wiederbewaffnung den Weg zu ebnen⁷².

Aus den Verlautbarungen der Westmächte hatte die Bundesregierung inzwischen den Schluß gezogen, daß ein lautstarkes Einfordern militärischer Mitwirkung an der gemeinsamen Verteidigung nicht opportun sei. Die Hände in den Schoß zu legen und vor äußerem Widerstand zu kapitulieren, war aber nicht des Kanzlers Sache. So ließ er seinen Sicherheitsberater, General der Panzertruppe a.D. Gerhard Graf von Schwerin, Pläne einer stillen Aufrüstung ausarbeiten⁷³. Adenauer konzentrierte sich dabei auf den Aufbau einer Bundespolizei, die sicherlich nicht nur als Pendant zur ostdeutschen kasernierten Volkspolizei, sondern insgeheim auch zur Aufstellung „verkappter militärischer Einheiten“⁷⁴ dienen sollte. Als ihm von seiten der Länder, des ressortmäßig zuständigen Bundesinnenministers Heinemann, aber auch von den Alliierten Widerstand entgegen schlug, regte er am 28. 4. in einer Note an die Hohen Kommissare die Aufstellung eines kasernierten, militärisch gerüsteten und zentral einsetzbaren Grenzschutz-Bereitschaftsdienstes von 25 000 Mann an⁷⁵. Die Reaktion der westlichen Vertreter konnte nicht dissonanter ausfallen. François-Poncet sah darin den Keim einer militärischen Truppe und lehnte das Gesuch ab. McCloy teilte seine Bedenken, nicht aber die Schlußfolgerung. Der englische Kollege hingegen setzte sich vorbehaltlos für die Bewilligung der deutschen Anfrage ein⁷⁶.

Auf der Konferenz der drei westlichen Außenminister Anfang Mai in London blieb das Thema der deutschen Wiederbewaffnung ausgespart, wiewohl Bevin und Acheson sich darüber verständigten, einen Beitritt zur Allianz offenzuhalten⁷⁷. In der Frage der Bundespolizei verlief die Diskussion der drei Minister ähn-

⁶⁹ Vgl. Wiggershaus, Entscheidung, S. 336.

⁷⁰ S. US-Delegation an Acheson, Tel. Secto 13, 25. 4. 1950, Secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 860–863; Memorandum Byroad, 6. 5. 1950, Top secret, in: ebd., S. 933–935.

⁷¹ Vgl. Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 207.

⁷² S. US-Delegation an Acheson, Tel. Secto 36, 28. 4. 1950, Secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 844–847.

⁷³ Vgl. Foerster, Aspekte, S. 457–482.

⁷⁴ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 738.

⁷⁵ S. Adenauer an Robertson, 28. 4. 1950, Geh. 40/50, in: AAPD 1949/50, S. 139–141; McCloy an Acheson, Tel. 205, 4. 5. 1950, Secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 4, S. 684–686; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 739.

⁷⁶ Vgl. Wettig, Entmilitarisierung, S. 295 f.

⁷⁷ S. US-Delegation an Webb, Tel. Secto 209, 9. 5. 1950, Secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 1018–1022; dies. an dens., Tel. Secto 216, 10. 5. 1950, Secret, in: ebd., S. 1025–1027; Acheson an dens., Tel. Secto 256, 14. 5. 1950, Secret, in: ebd., S. 1061–1067.

lich wie in der Hohen Kommission. Bevin befürwortete die Genehmigung, Acheson und Schuman sprachen sich für eine weitere Prüfung durch ihre Vertreter in Bonn aus⁷⁸. Einziges konkretes Ergebnis aus deutscher Sicht war eine Erklärung, mit der sie die Bundesregierung versicherten, einen Angriff auf die Bundesrepublik als Angriff auf ihr eigenes Territorium aufzufassen und die Besatzungstruppen vorläufig nicht zu reduzieren. Eine formelle Garantie der westdeutschen Sicherheit lehnten sie indes kategorisch ab⁷⁹.

Wenngleich diese nicht öffentliche Deklaration keineswegs „ohne politische und militärisch relevante Substanz“⁸⁰ war, äußerte sich der Kanzler gegenüber den Hohen Kommissaren am 16. 5. in geheimer Sitzung höchst unzufrieden. Bedenklich erschien ihm vor allem die Absicht der Besatzungsmächte, Europa am Rhein zu verteidigen. Die Versicherung des englischen Vertreters Robertson, die erste Kampflinie werde viel weiter im Osten liegen, „à proximité immédiate du rideau de fer“, konnte ihn kaum beruhigen. Anders als François-Poncet es nach Paris berichtete⁸¹, signalisierte McCloy daraufhin zur großen Genugtuung Robertsons immerhin die Möglichkeit zur Schaffung einer Bundespolizei, wenn auch nicht in der von Adenauer gewünschten Stärke. Beide Seiten beschlossen, über diese vom Kanzler nun „republicain guard“ genannte Truppe bei größtmöglicher Diskretion weiter zu verhandeln⁸². Nur wenige Stunden später empfahlen die Hohen Kommissare ihren Regierungen die Aufstellung einer solchen Garde von 5000 Mann⁸³.

Dem Kanzler reichte das nicht aus. Um ihnen die Sicherheitslage in ihrer ganzen Schärfe erneut vor Augen zu führen, bat Adenauer die alliierten Vertreter Anfang Juni einzeln zu sich nach Rhöndorf⁸⁴. Auf der Basis zweier Denkschriften von Schwerins über den Aufbau einer mobilen Bundesgendarmarie bzw. deutscher Einheiten im Rahmen einer westeuropäischen Streitmacht⁸⁵ schilderte er die Situation in düstersten Farben. Da Schwerin ihn hatte wissen lassen, daß eine erste sowjetische Angriffswelle allenfalls durch zehn bis zwölf deutsche Panzerdivisionen aufgefangen werden könne, begnügte sich Adenauer aus Furcht vor einem baldigen Krieg nicht mehr mit der Schutzgarde. Er hielt jetzt vielmehr einen echten Verteidigungsbeitrag für zwingend notwendig⁸⁶ und brachte den „sensationell[en]“⁸⁷ Plan vor, in Frankreich eine „internationale Legion“ aufzustellen, um freiwillige deutsche Offiziere und Soldaten auszubilden. Eine solche Truppe

⁷⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 133, Bl. 146–148, Massigli an MAE, Tel. 1733/39, 13. 5. 1950, Réservé; Acheson an Webb, Tel. Secto 256, 14. 5. 1950, Secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 1061–67.

⁷⁹ S. Dokument MIN/TRI/P/10 Final, 22. 5. 1950, Secret, in: ebd., S. 1085 f.

⁸⁰ Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 211.

⁸¹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 183, Bl. 168–169, François-Poncet an MAE, Tel. 2300/05, 17. 5. 1950, Très secret, Réservé.

⁸² Robertson an Bevin, Tel. 752, 17. 5. 1950, Top Secret, Priority, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 2, S. 363 f., hier S. 364; s.a. McCloy an Acheson, Tel. 4233, 17. 5. 1950, Secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 4, S. 638–641.

⁸³ S. Johnson an Nationalen Sicherheitsrat, Bericht NSC 71, 8. 6. 1950, Top secret, in: ebd., S. 686 f.

⁸⁴ Zum folgenden vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 741–745; Steininger, Wiederbewaffnung, S. 43 f.

⁸⁵ S. Aufzeichnung Schwerin, 16. 5. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 151–153; Aufzeichnung dess. Geh. 60/50, 25. 5. 1950, Geheim, in: ebd., S. 159 f.; vgl. Foerster, Aspekte, S. 475 f.

⁸⁶ Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 736.

⁸⁷ Ebd., S. 742.

könne in unauffälliger Weise rekrutiert und jederzeit von den Franzosen kontrolliert werden⁸⁸.

Wenngleich die Hohen Kommissare des Kanzlers Ängste gegenüber der Sowjetunion sehr wohl teilten, fielen ihre Antworten auf sein nicht sehr realitätsnahes und die französische Psychologie verkennendes Angebot⁸⁹ unterschiedlich aus. Robertson stimmte den Grundgedanken Schwerins unumwunden zu, sah aber eine wirkliche Gefahr aus dem Osten erst in ein bis zwei Jahren gegeben. Um sie durch die Remilitarisierung der Bundesrepublik nicht zu steigern, plädierte er gegen die deutsche Wiederbewaffnung und für die Modernisierung der französischen Armee. Eine Aufrüstung Bonns konnte seiner Meinung nach allenfalls Schritt für Schritt erfolgen, „ähnlich wie dies Herr Hitler in so vorbildlicher Weise verstanden habe“. Zu den notwendigen Maßnahmen zählte er den Aufbau des Grenzschutzes, die Aufstellung einer Gendarmerie, die Ausbildung der bei den amerikanischen und britischen Truppen Hilfsdienste leistenden deutschen Dienstgruppen oder auch die „sehr zweckmäßige“ ausländische Legion in Frankreich⁹⁰. McCloy hingegen zeigte sich desinteressiert an der internationalen Legion, da die Stationierung deutscher Kontingente auf französischem Boden zu einer Erlahmung der französischen Verteidigungsanstrengungen führen könne. Er empfahl daher bei fortschreitender Integration Europas die Schaffung einer internationalen europäischen Armee mit deutschen Kontingenten⁹¹.

Auch François-Poncets Vorstellungen gingen in diese Richtung. Sehr genau registrierte er, wie in der deutschen Öffentlichkeit und der Presse voller Sorge die Frage traktiert wurde, ob die Alliierten tatsächlich zur Verteidigung der Bundesrepublik bereit seien⁹². Die Bundespolizei, betonte der Diplomat am 8. 6. im Privathaus des Kanzlers, dürfe nicht als Ansatz einer deutschen Armee dienen; dies um so mehr, als die 500 000 Mann starke französische Streitmacht fast völlig außerhalb des Kontinents engagiert sei. Eine grundsätzliche Lösung des Wiederbewaffnungsproblems sah er erst im Rahmen der europäischen Integration, für die zunächst die wirtschaftliche Basis gelegt sein müsse. Erst dann kämen der politische und militärische Zusammenschluß, der schließlich auch die Entsendung deutscher Truppenteile in die europäische Armee zulasse⁹³. Das mußte auf Adenauer nicht „wie Hohn wirken“⁹⁴, rief ihm aber noch einmal sehr deutlich die Beschränkungen der französischen Psychologie in Erinnerung. Anders als in der Forschung mitunter dargestellt⁹⁵, übersah der Kanzler keineswegs, daß die Zeit über Zwischenlösungen wie der Bundespolizei langsam hinwegging. Das Ziel ‚echter‘ deutscher Truppen blieb konstituierender Bestandteil seiner sicherheitspolitischen Überlegungen. Der Gedankenaustausch mit der Hohen Kommission

⁸⁸ Notiz Blankenhorn, 7. 6. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 168 f., hier S. 168.

⁸⁹ Vgl. Köhler, Adenauer, S. 617.

⁹⁰ Notiz Blankenhorn, 6. 6. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 164–167; zu den westlichen Plänen zur Nutzung der Dienstgruppen als alternative Streitmacht s.a. Vortrag Weckmann, 16. 11. 1952, im Auszug in: BDFD III, S. 956–958; vgl. grundlegend: Borgert/Stürm/Wiggershaus, Dienstgruppen.

⁹¹ S. Notiz Blankenhorn, Tb. 7. 6. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 168 f.

⁹² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 183, Bl. 178–181, François-Poncet an Schuman, Nr. 622/EU, 25. 5. 1950.

⁹³ S. Notiz Blankenhorn, 8. 6. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 174 f.

⁹⁴ Köhler, Adenauer, S. 618.

⁹⁵ S. Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 213.

hatte ihm indes gezeigt, wieviele Hürden auf dem Weg zu einem westdeutschen Verteidigungsbeitrag zu überwinden waren: Die politisch-ökonomische Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft sowie die vorherige westeuropäische und insbesondere französische Aufrüstung waren nur zwei. Außerdem mußte nach Wegen gesucht werden, die Öffentlichkeit mit der Notwendigkeit einer deutschen Wiederbewaffnung vertraut zu machen. Schließlich war über die Form des deutschen Wehrbeitrags zu entscheiden.

„Le problème du réarmement allemand est donc posé en fait“

Mit dem Ausbruch des Koreakrieges am 25. 6. trat eine „entscheidende politische Wende“⁹⁶ in die Debatte über den deutschen Verteidigungsbeitrag ein. Die Politik Adenauers wird dabei in der Forschung unterschiedlich bewertet. Nutzte der Kanzler die Gunst der Stunde, um für das Angebot der Wiederbewaffnung die Ablösung des Besatzungsstatuts zu erlangen⁹⁷? Oder bot der Kanzler den deutschen Verteidigungsbeitrag aus der Angst vor einer „unmittelbare[n] Sicherheitsbedrohung“ an⁹⁸? Wurde Bonn der Weg zu den Westverträgen geebnet, um den „ungestümen Drang Adenauers zur Wiederbewaffnung“ zu mäßigen? Spielte der Korea-Krieg also „nur eine verstärkende, keineswegs eine auslösende Rolle“⁹⁹?

Der Einmarsch nordkoreanischer Truppen in Südkorea schien die in allen westlichen Hauptstädten gehegten Befürchtungen über den Aggressionswillen der Sowjetunion zu bestätigen¹⁰⁰. Am Rhein breiteten sich Nervosität und Ängste aus¹⁰¹. Adenauer spielte kurzfristig mit dem Gedanken, von den Westmächten eine formelle Sicherheitsgarantie zu erbitten, nahm dann aber davon Abstand, um in der Bevölkerung keine Panik auszulösen¹⁰². Statt dessen überreichte er den Hohen Kommissaren eine Denkschrift über die Bildung der Bundespolizei¹⁰³. Angesichts der sich „immer mehr steigende[n] Aufregung“ wandte er sich am 1. 7. erneut an sie und bat sie darum, „auf irgendeine Weise“ zur Beruhigung der deutschen Bevölkerung beizutragen¹⁰⁴. Die alliierten Vertreter reagierten hinhaltend, da sie keine unmittelbare Kriegsgefahr sahen, und beriefen sich auf die bestehenden Zusagen der Westmächte¹⁰⁵. Sowohl gegenüber dem Kabinett als auch der Öffentlichkeit beeilte sich der Kanzler daraufhin zur großen Befriedigung der französischen Hohen Kommission mit der Feststellung, er habe kein offizielles Sicher-

⁹⁶ Wiggershaus, Problem, S. 322.

⁹⁷ S. Doering-Manteuffel, Bundesrepublik Deutschland, S. 55.

⁹⁸ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 764.

⁹⁹ Köhler, Adenauer, S. 639.

¹⁰⁰ Zu den Auswirkungen des Koreakrieges auf den westlichen Entscheidungsprozeß über die deutsche Wiederbewaffnung vgl. Loth, Koreakrieg; Mai, Sicherheitspolitik, S. 22–37, 43–61 u. 65–83; Steining, Wiederbewaffnung; Wiggershaus, Entscheidung, S. 339–362.

¹⁰¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 183, Bl. 211, François-Poncet an MAE, Tel. 3082/84, 27. 6. 1950.

¹⁰² S. ebd., Bl. 214, ders. an dass., Tel. 3154, 30. 6. 1950.

¹⁰³ S. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 347 u. 350.

¹⁰⁴ Adenauer an Kirkpatrick, 3320/5940/50, 1. 7. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 217f., hier S. 218; s.a. Steining, Wiederbewaffnung, S. 58.

¹⁰⁵ S. Erklärung McCloy in: AdG 1950, S. 2467D; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 184, Bl. 1f., Bérard an MAE, Tel. 3203/04, 4. 7. 1950, Secret, Réservé; Steining, Wiederbewaffnung, S. 60f.

heitsgesuch gestellt¹⁰⁶. Im Hotel Dreesen ließ er ausrichten, es gehe ihm vor allem darum, daß die Alliierten und nicht zuletzt die Franzosen die Sicherheitsfunktion der Besatzungstruppen herauskehrten¹⁰⁷.

Wenige Tage später berichtete Bérard nach Paris, die Bundesregierung beobachte die Ereignisse in Fernost mit Gelassenheit, versuche allerdings, die Lage zu instrumentalisieren und die Aufstellung einer Bundespolizei von 25 000 Mann ins Gespräch zu bringen. Ohne sich auf eine bestimmte Größenordnung festzulegen, bezeichnete der stellvertretende Hohe Kommissar eine sofortige Aufstockung der Polizeikräfte als dringend erwünscht¹⁰⁸. Seine Lagebeurteilung sollte sich in den nächsten Tagen gravierend ändern. In Bonn, aber auch in Paris brach eine beinahe panikartige Stimmung aus. Adenauers Militärberater hielten den Westen für unfähig, sich zu verteidigen. Frankreich, so gab Adenauer ihre Eindrücke in einem langen Gespräch mit Kirkpatrick am 11. 7. wieder, sei krank, die Armee demoralisiert, das Land ohne Wille, sich gegen die Sowjetunion zu behaupten. Was, so fragte er ihn, solle geschehen, wenn die Sowjets das koreanische Spiel in Berlin wiederholten und die Volkspolizei marschieren ließen? Als Sofortmaßnahme schlug er vor: Aufbau einer Bundespolizei, Ausbau der Dienstgruppen, Vorbereitungen für den Fall einer Massenflucht etc. Letztlich betrachtete er die Remilitarisierung der Bundesrepublik für unabdingbar, gab sich aber keiner Illusionen hin, sie vor der Aufrüstung Frankreichs durchsetzen zu können. Das Gebot der Stunde lautete also seiner Meinung nach nicht Remilitarisierung Deutschlands, sondern Bewaffnung Frankreichs¹⁰⁹.

Der Kanzler stand mit dieser äußerst kritischen Situationsanalyse keineswegs allein. Auch in Paris entwickelte sich die Stimmung zunehmend schlechter. Die Invasion in Korea galt mit dem Kampf in Indochina als Bestätigung der These, die Sowjetunion lenke die westlichen Verteidigungspotentiale von Europa ab, um dann in die entblößte Flanke mit der Roten Armee und der ostdeutschen Volkspolizei hineinstoßen zu können¹¹⁰. Löste das amerikanische Eingreifen in Korea in der ersten Juliwoche an der Seine noch die Zuversicht aus, ein sowjetischer Vorstoß im Westen sei nicht zu befürchten¹¹¹, schlug das französische Klima kurz darauf völlig um, und das zu einer Zeit, als das Land nach dem Sturz der Regierung Bidault am 24. 6. wieder einmal ohne Führung war. Nach einem nur wenige Tage

¹⁰⁶ Zur Erklärung Adenauers im Bundeskabinett am 4. 7. 1950 s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 184, Bl. 9–11, Bérard an MAE, Tel. 3230/34, 5. 7. 1950, Réservé; s.a. Communiqué der Bundesregierung, in: AdG 1950, S. 2467D.

¹⁰⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 184, Bl. 9–11, Bérard an MAE, Tel. 3230/34, 5. 7. 1950, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 334f., Tb. 6. 7. 1950.

¹⁰⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 184, Bl. 25–27, Bérard an MAE, Tel. 3323/27, 9. 7. 1950, Réservé.

¹⁰⁹ S. ebd., Bl. 36–39, François-Poncet an dass. Tel. 3443, 13. 7. 1950, Secret, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 335f., Tb. 13. 7. 1950; Steininger, Wiederbewaffnung, S. 61–66; zur Situationsbeschreibung durch Blankenhorn s. BA, NL Blankenhorn, Bd. 5, Bl. 43, Tb. 9. 7. 1950.

¹¹⁰ Zur Bedeutung der Entwicklung in Indochina für die französische Haltung zur deutschen Wiederbewaffnung vgl. Mai, Sicherheitspolitik, S. 62–66; s.a. Wiggershaus, Entscheidung, S. 346f.

¹¹¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 184, Bl. 20–22, Bérard an MAE, Tel. 3259/64, 7. 7. 1950, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 335, Tb. 9. 7. 1950; PA, Abt. 3, AZ 210–01/22, Bd. 1, Aufzeichnung von Kessel, 7. 7. 1950; zur französischen Reaktion auf das amerikanische Eingreifen s.a. Mai, Sicherheitspolitik, S. 69.

dauernden Interim von Henri Queuille wurde die Krise erst am 13. 7. mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch René Pleven beendet.

Geboren 1901 in Rennes, der Kapitale der Bretagne, nahm der Sohn eines Offiziers in Paris das Studium der Rechtswissenschaften auf, das er 1924 mit dem Doktorat abschloß. Bis zum Zweiten Weltkrieg arbeitete er in der Industrie, unter anderem als Assistent Jean Monnets und als Direktor einer amerikanischen Firma mit Sitz in London. Nach Kriegsausbruch ernannte ihn Monnet, der jetzt das „Komitée für die französisch-britische Koordinierung“ leitete, zu seinem Stellvertreter. In dieser Funktion wirkte Pleven als Chef der französischen Mission für den Kauf von amerikanischen Luftwaffengütern und im Sommer 1940 auch bei der Vorbereitung des Projektes einer unauflöslichen französisch-britischen Union mit. Nach dem Waffenstillstand im Juni trennten sich die Wege mit Monnet. Pleven schloß sich den „Forces Françaises Libres“ unter de Gaulle an und wurde von ihm als „Secrétaire Général de l'Afrique Equatoriale Française Libre“ mit der Behandlung der kolonialen wirtschaftlichen Angelegenheiten betraut. Anfang 1941 übernahm er in der in London neu geschaffenen zivilen Administration des Freien Frankreich das Ressort für Wirtschaft und Finanzen; im Juni bestellte de Gaulle ihn zum nationalen Kommissar für das Wirtschafts-, Finanz- und Kolonialwesen. In der Hierarchie der acht nationalen Kommissare stand Pleven auf Platz eins. Nach der Gründung des „Comité Français de la Libération Nationale“ (CFLN) im Juni 1943 wurde er Kolonialminister dieser in Algier sitzenden provisorischen Regierung, zu der unter der Führung de Gaulles auch Monnet, Massigli, René Mayer und Couve de Murville gehörten. Nach der Befreiung blieb Pleven zunächst im Amt. Im November 1944 wechselte er ins Finanzministerium, das er, ab Januar 1945 mit dem Wirtschaftsministerium zusammen, bis zum Rücktritt des Generals im Januar 1946 leitete. Als Abgeordneter des bretonischen Département Côtes du Nord saß er seit Oktober 1945 in der ersten konstituierenden Versammlung, ab November 1946 auch in der ersten Nationalversammlung. 1947 wurde Pleven Vorsitzender der neuen „Union Démocratique et Socialiste de la Résistance“, einer kleinen Mitte-Links-Partei, und bemühte sich um eine Annäherung der „Troisième force“ mit dem „Rassemblement du Peuple Français“ de Gaulles. Im Oktober 1949 holte Bidault ihn als Minister für die nationale Verteidigung ins Kabinett. Acht Monate später stand Pleven im Zenit seiner politischen Karriere. Als Regierungschef in weltpolitisch schwieriger Zeit bemühte er sich vor allem um die europäische und atlantische Solidarität¹¹². Als überzeugter Europäer stützte er die Politik seines Außenministers Schuman, ohne sich aber eindeutig gegen den deutschfeindlichen Kurs des neuen Verteidigungsministers Jules Moch zu stellen¹¹³. Dem war diese Fähigkeit zum Ausgleich verschiedener Positionen gar nicht recht; er zieht ihn einer „souplesse d'esprit qui s'explique par l'absence de toute doctrine politique“¹¹⁴.

¹¹² Eine erste, nicht völlig befriedigende Biographie zu Pleven liefert jetzt: Bougeard, René Pleven; vgl. die knappe biographische Skizze in: Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 720.

¹¹³ S. PA, Abt. 3, AZ 215-03/22, Bd. 1, Feihl an Kordt, Aufzeichnung 215-03/22 IIIb 03417, 9. 8. 1951.

¹¹⁴ Moch, Histoire, S. 236.

Schon die Ernennung des bisherigen Verteidigungsministers zum Président du Conseil symbolisierte den Ernst der Stunde. Nachdem de Gaulle den nordkoreanischen Angriff in einem Interview am 10. 7. als Vorbereitung einer sowjetischen Attacke gegen Europa bezeichnet hatte¹¹⁵, stellte Plevén seine Investiturerklärung tags darauf ganz unter das Leitwort Korea und kündigte eine erhebliche Erhöhung des Militäretats an¹¹⁶. Der französische Generalstab ließ in diesen Tagen in Bonn anfragen, ob die Bundesregierung Einwände gegen eine Vorverlegung von zwei bis drei französischen Divisionen auf westdeutsches Gebiet habe. Adenauer äußerte keine Bedenken, bat aber um ein besonders korrektes Verhalten der Soldaten¹¹⁷.

Wie dramatisch Frankreich die Situation mittlerweile bewertete, verdeutlicht ein Gespräch, das François-Poncet am 15. 7. mit Blankenhorn bei einer Rheinschiffahrt führte und dessen Inhalt so gar nicht zu der anheimeligen Atmosphäre des Dampfers paßte. Der Hohe Kommissar befürchtete ganz offen einen sowjetischen Blitzangriff und riet zu vorbereitenden Maßnahmen für den Katastrophenfall wie der Verlegung der Bundesregierung nach Kanada. Eine deutsche Aufrüstung schien ihm in dieser kritischen Lage „gegenwärtig undenkbar“, da sie die sowjetische Angriffslust nur beschleunigte. Immerhin aber empfahl er die Verstärkung der Dienstgruppen¹¹⁸. Gegenüber Adenauers Militärberater Speidel gab er sogar zu erkennen, er könne sich einen deutschen Sicherheitsbeitrag in Form einer „kleineuropäischen Lösung“ vorstellen¹¹⁹.

Blankenhorn, der selbst keine unmittelbare Invasionsgefahr sah, gab sich mit den ihm von François-Poncet präsentierten Lösungsvorschlägen keineswegs zufrieden. Die Evakuierung der Bundesregierung nach Kanada kam für ihn nicht in Frage, da dann der Kontakt zu den Vorgängen in Europa verlorengehe. Allenfalls eine Verlegung nach Spanien oder Nordafrika mochte er in Erwägung ziehen. Aus den Dienstgruppen konnte seiner Meinung nach nur nach einer grundlegenden Reorganisation „etwas militärisch Vernünftiges“ werden¹²⁰. Kurzfristig erfolgversprechender, so meinte der Ministerialdirektor, halte die Bundesregierung die Aufstellung von Einwohnerwehren¹²¹. Wenige Tage später besprach er die Lage mit Schumans Kabinettsdirektor Clappier und notierte dann als Maßnahmen für den Katastrophenfall in seinem Tagebuch: „Vorbereitungen einer sofortigen politischen Fusion Deutschlands und Frankreichs. Verlegung der Bundesregierung nach Nordafrika“¹²².

¹¹⁵ S. Interview de Gaulles mit der Nachrichtenagentur „UP“, 10. 7. 1950, in: de Gaulle, Discours, Bd. 2, S. 374–378; AdG 1950, S. 2477D.

¹¹⁶ S. Regierungserklärung Plevéns, 11. 7. 1950, in: JO, Ass. Nat., Déb. Parl. 1950, Bd. 7, S. 5368–5370; Bougeard, René Plevén, S. 200f.

¹¹⁷ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 5, Bl. 65, Aufzeichnung Blankenhorn, 17. 7. 1950; Wiggershaus, Entscheidung, S. 345.

¹¹⁸ Unterredung zwischen Blankenhorn und François-Poncet vom 15. 7. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 254–257, hier S. 255.

¹¹⁹ Speidel, Zeit, S. 266.

¹²⁰ Unterredung zwischen Blankenhorn und François-Poncet vom 15. 7. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 256; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 746f., mit irrtümlichem Datum 16. 7. 1950.

¹²¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 184, Bl. 52f., François-Poncet an MAE, Tel. 3474/78, 17. 7. 1950, Secret, Réserve.

¹²² BA, NL Blankenhorn, Bd. 4, Bl. 220, Tb. 20. 7. 1950; s.a. Köhler, Adenauer, S. 620.

Moch deutete den Krieg in Fernost Ende Juli vor der Nationalversammlung als eine qualitativ neue Stufe des Kalten Krieges und gab damit die allgemeine Stimmung seiner Partei, der SFIO, wieder. Die Zündung der sowjetischen Atom-bombe entwertete in seinen Augen die bisherige NATO-Strategie und unterstrich die Bedeutung konventioneller Truppen. Damit wurde die Überlegenheit des Ostblocks auch für Frankreich zur drohenden Realität¹²³. Aus dieser Lageanalyse leitete er in der Folgezeit die Notwendigkeit ab, das westdeutsche Territorium in die französischen Verteidigungspläne einzubeziehen. Dabei ging es ihm aber nicht um den Schutz der Bundesrepublik, sondern um die Schaffung eines Glacis für Frankreich. „Il faut que soit crée un dispositif entre Elbe et Rhin qui garantisse, non pas seulement les cinq Etats de l'Union occidentale, mais tous les Etats du pacte Atlantique.“¹²⁴ Da sich in der Bevölkerung hingegen Defätismus und politisches Desinteresse die Waage hielten, fiel es der Regierung nicht leicht, sie von den notwendigen Maßnahmen zu überzeugen¹²⁵.

Während die Pariser Diplomatie noch Anfang August einen kurz bevorstehenden Krieg immer noch nicht ausschließen mochte¹²⁶, waren sich Washington und London seit Juli darin einig, daß Moskau eine allgemeine militärische Auseinandersetzung in Europa frühestens 1952 wagen werde¹²⁷. Auch in Bonn wich „la grande peur“ nun einer gewissen Beruhigung, gepaart mit einer Portion „fatalisme“¹²⁸. Die von den westlichen Bedrohungsszenarien ausgelöste Aufrüstungswelle belebte freilich die Frage nach der westdeutschen Wiederbewaffnung. Am 17. 7. hatten mit Wissen der französischen und britischen Hohen Kommission deutsch-amerikanische Sicherheitsberatungen begonnen, in deren Mittelpunkt der Einsatz deutscher Freiwilligenverbände im Rahmen alliierter Einheiten oder die Einbeziehung deutscher Hilfstruppen bzw. Dienstgruppen stand. Zu konkreten Ergebnissen kam es aber nicht¹²⁹. Ende Juli lehnten die Hohen Kommissare nicht zuletzt auf französischen Druck hin den Antrag der Bundesregierung zur Errichtung einer mobilen Bundespolizeitruppe ab und genehmigten lediglich die Aufstellung von kasernierten Polizeieinheiten der Länder¹³⁰. Als in der Öffentlichkeit daraufhin der Vorwurf laut wurde, man könne die Bundesrepublik doch nicht ohne Beteiligung der Deutschen verteidigen, zog sich Frankreich auf die alte Linie zurück: Die Bundesrepublik trage sehr wohl, wenn auch indirekt, zu ihrer

¹²³ S. Rede Mochs in der Assemblée Nationale, 28. 7. 1950, in: JO, Ass. Nat., Déb. Parl. 1950, Bd. 7, S. 6163–6169; vgl. PA, Abt. 2, Bd. 236, Bl. 2–4, Hausenstein an DfAA, 205–00 Nr. 93, 3. 8. 1950; zur Haltung der französischen Sozialisten gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung im Sommer 1950 vgl. Quilliot, S. F.I.O., S. 352f. u. 477–480.

¹²⁴ Rede Mochs vor dem Conseil de la République, 3. 8. 1950, in: JO, CdR, Déb. Parl. 1950, Bd. 3, S. 2487; s.a. Rede dess. in Sète, 27. 8. 1950, in: AdG 1950, S. 2550B.

¹²⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 248, Bl. 101–104, Hausenstein an DfAA, 612–00 Nr. 58/50, 21. 7. 1950.

¹²⁶ S. Unterredung zwischen amerikanischen, englischen und französischen Diplomaten vom 3. 8. 1950, Top secret, im Auszug in: FRUS 1950, Bd. 7, S. 519–524.

¹²⁷ Vgl. Wiggershaus, Entscheidung, S. 348.

¹²⁸ François-Poncet an Schuman, Nr. 1001/CM, 19. 8. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 307.

¹²⁹ S. Aide-mémoire, 17. 7. 1950, Streng geheim, in: AAPD 1949/50, S. 258–262; Unterredung zwischen Blankenhorn und Hays vom 17. 7. 1950, Geheim, in: ebd., S. 263–268; Unterredung zwischen dens. vom 22. 7. 1950, Geh. 78/50, in: ebd., S. 274–280; Wiggershaus, Entscheidung, S. 365–367.

¹³⁰ S. McCloy an Acheson, Tel. 58, 28. 7. 1950, Secret, in: FRUS 1950, Bd. 4, S. 701f.; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 336, Tb. 22. 7. 1950; Wiggershaus, Entscheidung, S. 367.

Sicherung bei, indem sie Besatzungskosten in Höhe von über vier Milliarden DM übernehme und damit die westalliierten Etats entlaste. Die Frage einer deutschen Wiederaufrüstung sei nicht akut. Freilich könne daran gedacht werden, Bonns finanzielle Hilfe anzuheben und durch einen Beitrag auf industriellem Gebiet zu ergänzen¹³¹.

In diplomatischen Gesprächen mit den Verbündeten sprach sich die französische Regierung nicht ganz so absolut, eher bedingt gegen die deutsche Aufrüstung aus. Plevén etwa empfahl Bruce in diesen Tagen, in der Verteidigung vom nationalen Prinzip abzugehen. Dem amerikanischen Botschafter schien dieser Gedanke sehr zukunftsfruchtig, nicht zuletzt wegen des Problems der deutschen Wiederbewaffnung. „It will remain politically impossible“, so berichtete er am 28. 7. nach Washington, „to rearm German manpower or convert German industry to military production as long as the European peoples see in such an action the risk of a resurgence of German military might.“ Der einzige Ausweg sei „a truly common effort“, wie er vom Schuman-Plan gewiesen werde. „If Germans are made soldiers in an Atlantic community army or even a European army, the question will then be viewed in a quite different light.“ Wenn denn die Montanunion erst einmal besiegelt sei, könne das Problem viel leichter bewältigt werden¹³². Selbst Moch lehnte jetzt einen deutschen Verteidigungsbeitrag nicht mehr prinzipiell ab. Die Schaffung eines nationalen deutschen Kontingents als NATO-Einheit drohte zwar seiner Meinung nach in Frankreich gravierende politische Konsequenzen heraufzubeschwören. Im Falle eines „common approach“ und bei zusätzlicher Stationierung amerikanischer und englischer Truppen in der Bundesrepublik glaubte er aber, die Billigung durch das französische Volk durchaus gewinnen zu können¹³³.

Anfang August genehmigte die Hohe Kommission der Bundesregierung die Bildung eines deutschen militärischen Sachverständigenausschusses, der zur gegebenen Zeit Vorschläge über einen deutschen Verteidigungsbeitrag ausarbeiten sollte¹³⁴. Paris stimmte diesem Vorhaben zu, verfolgte die Meinungsbildung in London und Washington aber mit einiger Skepsis. Denn die USA beschlossen jetzt, die Stärkung ihres europäischen militärischen Engagements mit der Aufstellung deutscher Truppen zu verbinden. Einige der Hauptargumente für diesen Weg lieferte Bruce mit seinen Berichten aus Paris. Ebenso bedeutsam für die amerikanische Entscheidungsfindung war das Drängen von McCloy. Da der Ausbau der nationalen Armeen in seinen Augen zur Verhinderung einer sowjetischen Invasion nicht ausreichte, hielt er es für unabänderlich, „[to] require real contributions of German resources and men“. Dies bedeutete keineswegs die Bildung einer deutschen Armee, die die Demokratisierung Deutschlands nur unterminieren und die Gefahr einer Schaukelpolitik heraufbeschwören würde. Vielmehr empfahl er am 3. 8. die rasche Bildung einer „genuine European army“, mit der er mehrere

¹³¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 184, Bl. 68–69, Informations- und Pressedienst im MAE, Zirkular Nr. 183 IP, 26. 7. 1950.

¹³² Bruce an Acheson, Tel. 523, 28. 7. 1950, Top secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 151–159, hier S. 157.

¹³³ Ders. an dens., Tel. 591, 1. 8. 1950, Top secret, Priority, in: ebd., S. 168–172, hier S. 171.

¹³⁴ Vgl. Aufzeichnung Schwerin I/allg./2/streng geh./50, 9. 8. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 301–303.

Ziele meinte gleichzeitig erreichen zu können: Beseitigung der französischen Sorge vor einer nationalen deutschen Streitmacht; Minderung der Gefahr einer Provokation der Sowjetunion; feste Einbindung der Bundesrepublik in den Westen und Belebung des europäischen Integrationsprozesses¹³⁵.

Vor dem Hintergrund der beunruhigenden Washingtoner Aktivitäten und der eigenen Forderungen nach verstärkten gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen glaubten die Verantwortlichen in Paris, sich nicht vollends negativ verhalten zu dürfen. Sie erkannten zwar, die finanziellen und militärischen Probleme nicht ohne Bonner Hilfe lösen zu können. Über die verschiedenen Modelle eines deutschen Verteidigungsbeitrags herrschte aber Uneinigkeit. Einer Remilitarisierung des Nachbarn standen erhebliche Bedenken entgegen: die keineswegs völlig beseitigte Furcht vor einem neuen deutschen Angriff; die Angst vor der Koalition eines wiedererstarkten Deutschlands mit der Sowjetunion; die Gefahr der Verbrüderung west- und ostdeutscher Truppen mit dem Ziel der Wiedervereinigung; die Sorge vor einem Scheitern der Demokratisierung Westdeutschlands¹³⁶. Im Quai d'Orsay unterstellte man den Verbündeten die Absicht, jede Gelegenheit zu ergreifen, „en vue d'amorcer d'une manière détournée le réarmement allemand“. Selbst die Gefahr eines „fait accompli“ der Angelsachsen schien nicht ausgeschlossen¹³⁷. Das Verteidigungsaufkommen der NATO war keineswegs zufriedenstellend, Frankreichs Rüstung gar in einem „erbärmlichen Zustand“¹³⁸. Mit zwei von Monnet inspirierten Memoranden wandte sich die Regierung am 5. und 17. 8. an die Verbündeten und regte ein alliiertes Aufrüstungsprogramm an, das – wenn überhaupt – allenfalls ein kleines deutsches Kontingent und die Bereitstellung von Sach- und Finanzhilfen für die westliche Verteidigung vorsah. Frankreich erklärte sich zur Übernahme eines gewissen Teiles bereit, betonte jedoch zugleich, wirtschaftlich die doppelte Belastung in Indochina und Europa nicht allein tragen zu können¹³⁹. Man beharrte darauf, an den Entscheidungen beteiligt zu werden, erklärte die Aufrüstung Westdeutschlands aber von vornherein für indiskutabel. Nicht einmal eine wirtschaftliche und finanzielle Mitwirkung wollte das Außenministerium ohne Sicherungsmaßnahmen hinnehmen¹⁴⁰. Es gab aber durchaus Beamte, die weiter dachten und die Remilitarisierung ins Kalkül zogen. Um sie akzeptabel erscheinen zu lassen, sollte das deutsche militärische Potential ihrer Meinung nach später als das französische einsatzbereit und weniger schlagkräftig sein, außerdem ständig unter Aufsicht des Militärischen Sicherheitsamtes stehen, damit Bonn nicht sofort die Aufnahme in die NATO fordern könne. „Cette admission comporterait évidemment sa participation sur le pied d'égalité aux orga-

¹³⁵ McCloy an Acheson, Tel. 962, 3. 8. 1950, Top secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 180–182, hier S. 181; zur Haltung McCloy's gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung im Sommer 1950 vgl. bes. Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 182–198.

¹³⁶ Vgl. Loth, Sozialismus, S. 280.

¹³⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 184, Bl. 144, Parodi an Bonn, Tel. 2277/78, 4. 8. 1950.

¹³⁸ Loth, Sozialismus, S. 280.

¹³⁹ S. Memorandum der französischen Regierung, 5. 8. 1950 in: L'Année politique 1950, S. 364 f.; Memorandum ders., 17. 8. 1950, mitgeteilt in: Bruce an Acheson, Tel. 852, 17. 8. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 220–224; Guillen, Frankreich und die Verteidigung Westeuropas, S. 122; Vial, Jean Monnet, S. 201 f.

¹⁴⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 184, Bl. 150–153, Aufzeichnung des MAE, 5. 8. 1950.

nismes politique, économique, militaire et financier dont nous sollicitons instamment la création“¹⁴¹.

Das Mißtrauen in Paris wuchs, als Washington ohne vorherige Konsultation beschloß, die bei den amerikanischen Besatzungstruppen tätigen deutschen Dienstgruppen zu bewaffnen und zu kasernieren. Schuman sah darin einen neuerlichen Beweis des amerikanischen Willens, die Wiederbewaffnung Westdeutschlands ohne Einwilligung Frankreichs durchzusetzen. Lautstark protestierte er gegen eine Entscheidung, die seiner Ansicht nach die Kriegsgefahr nur noch steigerte, ohne die europäische Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen¹⁴². Und dennoch war ihm klar, daß man den Zug der Zeit nicht mehr aufhalten konnte. Hatte Frankreich die Frage der deutschen Wiederbewaffnung bisher offiziell stets gelehnt, so mußte es jetzt erkennen: „Le problème du réarmement allemand est donc posé en fait.“ Die Remilitarisierung des Nachbarn, „intervenant malgré nous et contre nous“, schien nicht mehr ausgeschlossen. Folglich galt es die Diskussion so zu kanalisieren, daß die Resultate mit der französischen Außenpolitik kompatibel blieben. An einer Modifikation des eigenen Standpunktes führte jedenfalls kein Weg vorbei. Die Beschränkung des deutschen Verteidigungsbeitrags auf den pekuniär-ökonomischen Sektor war obsolet, da die Amerikaner offen über die Integrierung der Deutschen in eine europäische Verteidigungsorganisation als militärisches Äquivalent zum Schuman-Plan sprachen. Mitte Oktober war der Meinungsbildungsprozeß im Quai d’Orsay so weit vorangetrieben, daß man sich eine deutsche Wiederbewaffnung unter folgenden Bedingungen vorstellen konnte: strikte Geheimhaltung sämtlicher Maßnahmen, um keine sowjetische Präventivaktion zu riskieren; Aufrechterhaltung der obersten Autorität bei den Westmächten und Verstärkung der Besatzungstruppen in der Bundesrepublik; prioritäre Aufrüstung der Westmächte und Beschränkung der deutschen Mannschaften auf zwei Drittel der französischen Truppen in Europa; Begrenzung der deutschen Einheiten auf Bataillonsstärke unter alliierter Kommando und feste Einbindung in die alliierte Verteidigungsstruktur. Konkret sah die Unterabteilung Zentraleuropa die Umwandlung der kasernierten Länderpolizeien in leicht bewaffnete Bereitschaften in einer Größenordnung bis zu 60 000 Mann und die systematische Verwendung der Dienstgruppen vor. Etwaige Einwände, daß die einzig akzeptable Form der Wiederbewaffnung die Aufstellung deutscher Einheiten in einer internationalen Armee sei, glaubte man bei Adenauer durchaus beseitigen zu können¹⁴³.

Paramilitärische Bundesgendarmerie oder Beteiligung an einer Europaarmee?

Die deutschen Vorstellungen gingen darüber aber hinaus. Mit dem raschen Vorrücken der nordkoreanischen Truppen in Fernost nahm im Kanzleramt der Gedanke einer Sicherheitsdenkschrift konkrete Form an¹⁴⁴. Möglicherweise plante

¹⁴¹ Ebd., Bl. 160–163, Aufzeichnung der Abt. militärische Angelegenheiten im MAE, 8. 8. 1950, Secret.

¹⁴² S. ebd., Bl. 171–173, Parodi an Washington u. London, Tel. 6786/92 u. 7489/95, 9. 8. 1950, Réservé; vgl. Wiggershaus, Entscheidung, S. 367.

¹⁴³ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 184, Bl. 179–190, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 10. 8. 1950.

¹⁴⁴ Vgl. Wiggershaus, Entscheidung, S. 363.

Adenauer schon zu diesem Zeitpunkt eine Initiative zur westdeutschen Aufrüstung¹⁴⁵. Auf jeden Fall bat Bundesminister Wildermuth die Generale Speidel, Heusinger und Foertsch um ein Memorandum für den Kanzler zur Frage der äußeren Sicherheit. Am 7. 8. legten sie ihre „Gedanken über die Frage der äußeren Sicherheit der Deutschen Bundesrepublik“ vor¹⁴⁶. Die Lektüre dieser Ausarbeitung bewog Adenauer noch im selben Monat, gegenüber den Westmächten vorstellig zu werden¹⁴⁷. Aus Sorge vor einem möglichen sowjetischen Angriff im Jahre 1952 und wegen der deutlichen sowjetischen konventionellen Überlegenheit präsentierte er einen Plan mit doppelter Stoßrichtung: Verstärkung der alliierten Truppen und Einbeziehung westdeutscher Soldaten in eine gemeinsame Verteidigungsorganisation. Ohne sich auf den Zeitpunkt für die Verwirklichung und die Größenordnung westdeutscher Kräfte festzulegen, gab Blankenhorn am 8. 8. gegenüber Monnet zu erkennen, daß Westeuropa nur mit westdeutschem Potential zu schützen sei¹⁴⁸.

Rückendeckung bekam die Bundesregierung am 11. 8. vom Europarat, der in einer von Churchill initiierten Resolution mit überwältigender Mehrheit für die Schaffung einer Europaarmee unter Einbeziehung der Bundesrepublik plädierte¹⁴⁹. Von seiten der deutschen Vertreter hatte der britische Oppositionsführer erst dann Zustimmung bekommen, als er den Bezug auf den Atlantikpakt im Entwurf strich und einen Passus über die demokratische Kontrolle der zu schaffenden Armee einfügte¹⁵⁰. Nur die SPD-Abgeordneten verweigerten sich ihm. Wie Carlo Schmid in ihrem Namen erklärte, lehnten die Sozialdemokraten einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag nicht per se ab. Sie sahen jedoch zur Zeit weder die politische Voraussetzung noch die erforderlichen Garantien gegeben¹⁵¹.

Wenige Tage später setzte sich das State Department nach einer Abstimmung zwischen Acheson und Truman gegenüber dem Pentagon für die Bildung einer integrierten Europäischen Verteidigungsstreitmacht ein. Sie sollte aus verstärkten amerikanischen, kanadischen, britischen und westeuropäischen – einschließlich westdeutschen – Kontingenten bestehen und unter der politischen und strategischen Führung der NATO mit einem amerikanischen Oberbefehlshaber operieren¹⁵².

Am Tag darauf, es war der 17. 8., setzte der Kanzler die Hohen Kommissare von seinen sicherheitspolitischen Überlegungen in Kenntnis. Mit der Bitte um Verstärkung der westlichen Truppen verband er die Forderung nach der Bildung einer westdeutschen Verteidigungsmacht freiwilliger Formationen als Gegengewicht gegen die ostdeutschen paramilitärischen Verbände in einer Stärke bis zu

¹⁴⁵ Vgl. ebd., S. 367.

¹⁴⁶ S. Speidel, Zeit, S. 268–271; Text der Denkschrift in: ebd., S. 477–496; vgl. Baring, Anfang, S. 142–144; Wettig, Entmilitarisierung, S. 321 f.

¹⁴⁷ Zum folgenden ausführlich: Foerster, Aspekte, S. 508–522; Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 754–765; Wiggershaus, Bedrohungsvorstellungen, S. 89–108.

¹⁴⁸ Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 752 f.; Wiggershaus, Entscheidung, S. 370.

¹⁴⁹ S. Empfehlung des Europarates, 11. 8. 1950, in: von Siegler, Europäische politische Einigung, S. 2; Rede Churchills, 11. 8. 1950, in: EA 1950, S. 3374–3376; s.a. Fursdon, Community, S. 74–77.

¹⁵⁰ S. PA, Abt. 3, AZ 214–01, Bd. 1, Mohr an Blankenhorn, 14. 8. 1950.

¹⁵¹ S. Erklärung Carlo Schmid, 10. 8. 1950, in: AdG 1950, S. 2535; Weber, Carlo Schmid, S. 440 f.

¹⁵² S. Matthews an Burns, 16. 8. 1950, Top secret, nebst Anlage, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 211–219; Steining, Wiederbewaffnung, S. 167 f.

150 000 Mann. Die alliierten Vertreter reagierten ausgesprochen reserviert. McCloy, der turnusmäßige Vorsitzende, teilte zwar Adenauers düsteres Szenario, wollte aber wie auch François-Poncet von ihm wissen, wie sich die Bundesbürger verhielten, wenn die Truppen bei einem Angriff der ostdeutschen Polizei das Feuer eröffneten. Für den Kanzler stand die Unterstützung durch die Bevölkerung außer Frage. Eine „echte Aufrüstung“ wolle er gern vermeiden, fügte er fast scheinheilig hinzu. Falls aber die Freiwilligenverbände nicht ausreichten, müsse aus ihnen nach dem Abschluß der Schuman-Plan-Verhandlungen „im Wege der Verständigung mit Frankreich“ mit Hilfe der USA „etwas anderes“ entwickelt werden. Als McCloy ihn nach seiner Meinung zum Vorschlag Churchills fragte, stimmte Adenauer der Bildung einer europäischen Armee zu und billigte auch die Stellung eines deutschen Kontingents¹⁵³, befürchtete aber offenbar, wie er McCloy am Abend in einer privaten Besprechung erklärte, daß es zu einer solchen Streitkraft vorläufig nicht kommen werde¹⁵⁴. Für ihn bedeutete daher nicht diese Armee, sondern die von ihm angebotene Verteidigungsmacht, die er kurz darauf aus taktischen Erwägungen in „Schutzpolizei“ umbenannte, die einzige sofort umsetzbare Möglichkeit westdeutscher Rüstungsvorbereitungen¹⁵⁵. Dem Kanzler schien sie so eminent wichtig, daß er seine Offerte trotz der mit der Hohen Kommission vereinbarten unbedingten Diskretion umgehend publik machte. Schon vor dem Treffen hatte er dazu Jack Raymond von der „New York Times“ empfangen und ein „interview sensationelle“¹⁵⁶ gegeben. Die Volkspolizei, so diktierte er dem amerikanischen Journalisten in die Feder, bilde die Grundlage für eine „echte Angriffsmacht“. Folglich müsse Westdeutschland eine Verteidigungskraft schaffen, die zumindest so stark wie die Volkspolizei sei. Außerdem hoffe er auf eine schnelle Entscheidung über eine etwaige Beteiligung an „westeuropäischen Armeen“¹⁵⁷.

Adenauers Forderung nach einer paramilitärischen Bundesgendarmarie löste im In- und Ausland heftige Kritik aus. Insbesondere in Frankreich wurde sie als Bitte um eine deutsche Nationalarmee ausgelegt¹⁵⁸. Im Hotel Dreesen billigte man dem Kanzleramt zwar die Absicht zu, lediglich eine ausschließlich der Bundesregierung zur Verfügung stehenden Polizeiformation im Visier zu haben. Freilich gab es genügend Indizien dafür, daß einige Berater des Kanzlers in diesen Einheiten bereits „le premier noyau d'une armée“ sahen¹⁵⁹. François-Poncet nutzte deshalb am 22. 8. ein Abendessen auf Schloß Ernich, um Adenauer ungeschminkt die

¹⁵³ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 17. 8. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 222–230, hier S. 228; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 350–355.

¹⁵⁴ S. McCloy an Acheson, Tel. 1479, 18. 8. 1950, Top secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 4, S. 706–709.

¹⁵⁵ Wiggershaus, Entscheidung, S. 371.

¹⁵⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 185, Bl. 11–12, François-Poncet an MAE, Tel. 4176/81, 22. 8. 1950.

¹⁵⁷ Interview Adenauers mit „New York Times“, 17. 8. 1950, auch in: EA 1950, S. 3515 f., hier S. 3515; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 759 f.

¹⁵⁸ Vgl. Elzer, „Atlantiker“, S. 65–71; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 230.

¹⁵⁹ François-Poncet an Schuman, Nr. 1001/CM, 19. 8. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 309; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 184, Bl. 159, ders. an MAE, Tel. 4135/37, 19. 8. 1950, Réservé.

von seinem Interview in Frankreich verursachten Ängste vorzuhalten. Der deutsche Regierungschef verteidigte sich mit der Notwendigkeit, den Deutschen Mut zuzusprechen und bei den Amerikanern den von Carlo Schmid in Straßburg erzeugten Eindruck zu revidieren, als ob Bonn sich der Mitarbeit in der Europaarmee entzöge. Er selbst sei ein überzeugter Anhänger dieser Idee. Auf den Einwand von François-Poncet, wieso er in seinem Interview Polizeiformation und Armee vermischt habe und dennoch behaupte, letztere nicht zu wollen, skizzierte Adenauer zwei Angriffsszenarien. Für den Fall einer Attacke der Volkspolizei ohne sowjetische Beteiligung müsse sich die Bundesrepublik verteidigen können, da die Westmächte dann kaum eingriffen. Bei einer sowjetischen Offensive handle es sich um ein Problem der europäischen Verteidigung, an der die Bundesrepublik im Rahmen der europäischen Armee mitwirken wolle. François-Poncet widersprach dem energisch. Für ihn gab es nur ein Szenarium und damit die Gefahr einer Mißdeutung des Adenauerschen Interviews in Richtung auf die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Die stand aber für Frankreich weiterhin nicht zur Diskussion. Sollte die Bundesregierung die bisherige Demilitarisierungspolitik in Frage stellen, drohten ihr nachteilige Konsequenzen für die Verhandlungen über den Schuman-Plan und damit für die gesamten deutsch-französischen Beziehungen. Adenauer zeigte sich sehr beeindruckt, sagte eine baldige Präzisierung seiner Auffassungen in schriftlicher Form zu¹⁶⁰ und modifizierte seine Haltung daraufhin „nicht unwesentlich“¹⁶¹.

Am 23. 8. sprach er sich auf einer Pressekonferenz dezidiert für eine westeuropäische Streitmacht aus, ohne aber expressis verbis eine deutsche Beteiligung in Aussicht zu stellen. Noch besaß die Europaarmee für ihn nicht jene überragende Bedeutung als Instrument zur Einigung des Kontinents¹⁶². Vielmehr stellte Adenauer sie ausdrücklich in einen Zusammenhang mit dem Atlantikpakt und sprach dann sehr vage von einer „Rolle“, die die Bundesrepublik in diesem „Verteidigungssystem“ spielen werde. Eine Konkretisierung dieses Parts lag nicht in seinem Interesse, sehr wohl aber das Zerstreuen der französischen Sorgen. Mit Nachdruck betonte er deshalb, daß der Gedanke an die Wiedererrichtung einer deutschen Wehrmacht Bundesregierung, Parlament und Bevölkerung „völlig fern“ läge¹⁶³.

Von der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung herausgefordert, konterte die SPD-Opposition umgehend mit einer eigenen Stellungnahme, die der Sicherheitsinitiative des Kanzlers nicht so negativ gegenüber stand. Mit dem Ausbruch des Koreakriegs hatte ihr Vorsitzender eine „offizielle Wendung“¹⁶⁴ in der Sicherheitspolitik eingeleitet. Noch Ende Juli hatte sich Kurt Schumacher gegen jede Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ausgesprochen und auch die von Adenauer in die Diskussion gebrachten Heimwehren verworfen. Damit traf er zweifellos die Stimmung in der Partei, in der allerdings mehr und mehr der Gedanke

¹⁶⁰ S. ebd., Bd. 185, Bl. 21–25, ders. an dass., Tel. 4204/13, 23. 8. 1950, Secret, Réserve; Wiggershaus, Entscheidung, S. 372.

¹⁶¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 5, Bl. 101, Tb. 22. 8. 1950.

¹⁶² Vgl. dagegen Wettig, Entmilitarisierung, S. 334.

¹⁶³ Pressekonferenz Adenauers, 23. 8. 1950, im Auszug in: von Schubert (Hg.), Sicherheitspolitik, Bd. 1, S. 71–74, hier S. 73.

¹⁶⁴ Foerster, Aspekte, S. 524; vgl. Löwke, SPD, S. 22–36.

Raum gewann, daß die Bundesrepublik sich der Verteidigung des Westens nicht entziehen könne¹⁶⁵. Im Gegensatz zu einer breiten Strömung der Parteibasis¹⁶⁶ lehnte er die westdeutsche Aufrüstung allerdings nicht per se ab. Der Koreakrieg bot ihm jetzt den willkommenen Anlaß, seine seit längerem gehegten Auffassungen auch öffentlich zu verbreiten. Auf Adenauers Interview antwortete Schumacher mit einer Konzeption der offensiven Verteidigung. Paramilitärische Verbände als Gegengewicht zur Volkspolizei mißbilligte er. Einem westdeutschen Verteidigungsbeitrag stimmte er hingegen durchaus zu, sofern entscheidende Veränderungen im Verhältnis der Bundesrepublik zu den Besatzungsmächten eintreten und ein sowjetischer Angriff östlich der deutschen Grenzen zurückgeworfen werden könne¹⁶⁷. Die von ihm aufgestellten Grundbedingungen für einen deutschen Wehrbeitrag – „Gleichberechtigung, Schicksalsgemeinschaft, Vorwärtsverteidigung“¹⁶⁸ – gingen damit weit über die Vorstellungen Adenauers hinaus. Das Konzept schloß zudem die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung durch einen Akt der militärischen Selbstverteidigung ein. Von ähnlichen Lagebeurteilungen ausgehend wie der Kanzler und auf vergleichbare langfristige Ziele ausgerichtet, diente der Einbau westdeutscher Truppen in eine europäisch-atlantische Armee auch für den Oppositionsführer grundsätzlich und in erster Linie politischen, nicht militärischen Zwecken. Die Differenz zwischen beiden lag nicht im Prinzipiellen, sondern im Konditionellen¹⁶⁹.

Ungeachtet dieser grundsätzlichen innenpolitischen Übereinstimmung änderte sich an der Haltung der Westmächte zunächst nichts. Während die Franzosen auf Zeit spielten, liebäugelten die Angelsachsen mit einer raschen und stillen Aufrüstung der Deutschen. Insbesondere der neue britische Hohe Kommissar Kirkpatrick entwickelte sich in diesen Wochen zum „engste[n] Verbündeten“ des Kanzlers, während McCloy sich noch immer als „Vertreter einer Weltmacht“ mit moralisch-politischem Auftrag gerierte¹⁷⁰ und Adenauers Bedrohungsanalysen als Teil seiner „usual pressure tactics“ begriff¹⁷¹. Auch François-Poncet, der den Deutschen noch voller Mißtrauen gegenüber stand, mochte die Wiederaufrüstung in der von Adenauer gewünschten Weise aus vielerlei Gründen nicht akzeptieren. Sie widersprach den geltenden Abmachungen, provozierte die Sowjetunion und belastete eine Bundesrepublik, die innerlich noch nicht gefestigt genug war¹⁷². Der Hohe Kommissar stimmte damit vollends mit der Auffassung seiner Regierung überein, die momentan nicht daran dachte, einer deutschen Armee zuzustimmen. Bonns Beitrag zur Verteidigung des eigenen Territoriums, so hieß es im Quai d'Orsay, müsse auf die Stärkung der Polizei beschränkt bleiben, wobei man in Erwägung ziehen könne, über die bisher genannte Stärke von 10000 Mann hinaus-

¹⁶⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 184, Bl. 66 f., Bérard an MAE, Tel. 3654/57, 26. 7. 1950, Réservé.

¹⁶⁶ Vgl. Krause, Opposition, S. 54–62.

¹⁶⁷ S. Pressekonferenz Schumachers, 23. 8. 1950, in: Schumacher, Reden, S. 828–835; Klotzbach, Weg, S. 213 f.; Merseburger, Kurt Schumacher, S. 476–479.

¹⁶⁸ Hrbek, SPD, S. 152.

¹⁶⁹ S. Foerster, Aspekte, S. 527 f.

¹⁷⁰ Steininger, Wiederbewaffnung, S. 110.

¹⁷¹ McCloy an Acheson, Tel. 1479, 18. 8. 1950, Top secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 4, S. 709.

¹⁷² S. François-Poncet an Schuman, Nr. 1001/CM, 19. 8. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 307–312.

zugehen¹⁷³. Der Einschätzung des deutschen Generalkonsulats an der Seine zufolge hinkte das Ministerium damit weit hinter der öffentlichen Meinung her. „Die Presse“, so meldete von Kessel am 24. 8., „läßt durchblicken, daß dies nur ein erster Schritt auf dem einmal eingeschlagenen Weg ist, während das Publikum ganz offen davon spricht, es müßten nun bald deutsche Divisionen sich an dem Schutz der westlichen Welt, d. h. im Grunde also Frankreichs, beteiligen.“¹⁷⁴

Als die Hohen Kommissare sich am selben Tag zu einem informellen Treffen zusammensetzten, stellte François-Poncet erneut klar, daß Frankreich momentan allenfalls eine Verstärkung der Länderpolizeien in bescheidenem Umfang hinnehme. An eine Wiederbewaffnung könne frühestens in sechs Monaten gedacht werden. Demgegenüber machte sich Kirkpatrick für Adenauers Position stark und riet zur Rekrutierung deutscher Truppen, die von den Westmächten ausgerüstet und somit kontrolliert würden. Die Verstärkung der Länderpolizei hielt er für unzureichend, die von McCloy favorisierte europäische Armee in den nächsten zwei Jahren für kaum realisierbar. Warnend wies er seine Kollegen auf die Folgen ihrer Starrköpfigkeit hin. Jetzt nähme Adenauer die Aufstellung einer „force de police militaire“ noch bedingungslos hin, morgen, wenn es um die Rolle der Bundesrepublik in einer europäischen Armee gehe, werde er den Preis sicher höher-treiben¹⁷⁵.

Am Abend traf sich McCloy mit Adenauer, der die Bitte nach einer Bundespolizei erneuerte und ein informelles Memorandum übergab¹⁷⁶. Die von ihm im „New York Times“-Interview gestellte Forderung nach schwerbewaffneten Polizeitruppen hatte er aufgrund der Widerstände von François-Poncet und Schumacher zurückgenommen. Statt dessen zielte er jetzt auf einen leichtbewaffneten Verband ähnlich der Schutzpolizei in der Weimarer Republik in einer Größenordnung bis zu 100 000 Mann. Eine reguläre Militärmacht sollte es seiner Meinung nach nur im Rahmen der vom amerikanischen Hohen Kommissar am 17. 8. erwähnten europäischen Armee geben¹⁷⁷. Davon, daß die Schutztruppe die natürliche Vorstufe für das deutsche Kontingent sei, wie Adenauer dies am 25. 8. im Kabinett betonte¹⁷⁸, war keine Rede. Der amerikanische Hohe Kommissar wollte von einer solchen Formation nicht viel wissen und drängte zur Fertigstellung des deutschen Sicherheitsmemorandums¹⁷⁹, mit dessen Ausarbeitung Blankenhorn seit dem 17. 8. beschäftigt war¹⁸⁰. McCloy mahnte vor allem deshalb zur Eile, weil er das Dokument auf seine bevorstehende Reise zur Außenministerkonferenz nach New York mitzunehmen gedachte. Nach einer Unterredung mit Kirkpatrick

¹⁷³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 185, Bl. 32f., de La Tournelle an Bonn, Tel. 2440/42, 23. 8. 1950, Priorité absolue.

¹⁷⁴ PA, Abt. 2, Bd. 942, von Kessel an Blankenhorn, 24. 8. 1950.

¹⁷⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 185, Bl. 47–50, François-Poncet an MAE, Tel. 4244/51, 24. 8. 1950, Secret, Réservé; s.a. Steininger, Wiederbewaffnung, S. 115–118.

¹⁷⁶ McCloy leitete den Text des Memorandums umgehend seinen Kollegen zu (AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 185, Bl. 105–113, François-Poncet an Schuman, Nr. 5822 HC/CAB, 25. 8. 1950, Secret, Très confidentiel, Urgent, nebst Anlagen).

¹⁷⁷ S. McCloy an Acheson, Tel. 101, 25. 8. 1950, Secret, in: FRUS 1950, Bd. 4, S. 710–712; Steininger, Wiederbewaffnung, S. 118–120.

¹⁷⁸ Vgl. Wiggershaus, Entscheidung, S. 372.

¹⁷⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 5, Bl. 152, Tb. 25. 8. 1950.

¹⁸⁰ S. ebd., Bl. 94, Tb. 17. 8. 1950.

stimmte er der Schutzpolizei am 25. 8. dann doch zu. Ja, er hielt nun nicht einmal mehr den Umweg über die Bundespolizei für nötig¹⁸¹ und veranlaßte Adenauer dazu, ein bereits vorliegendes, ausschließlich auf die Bildung einer Polizeitruppe zielendes Sicherheitsmemorandum umzuschreiben. In seinem McCloy am 30. 8. übergebenen „Memorandum über die Sicherung des Bundesgebietes nach innen und außen“ forderte der Kanzler daraufhin erneut die Stärkung der alliierten Truppen und betonte seine Bereitschaft, für den Fall der Bildung einer westeuropäischen Armee ein deutsches Kontingent bereitzustellen. Zugleich verlangte er die Aufstellung einer Schutzpolizeitruppe auf Bundesebene, die einem parlamentarischen Ausschuß und dem Militärischen Sicherheitsamt zur Kontrolle unterstellt werden sollte¹⁸².

Das Kabinett informierte er bezeichnenderweise erst post festum. Einer der Minister notierte sich über die Argumentation des Kanzlers im Telegrammstil: „Fast sicher Krieg, fast sicher Einladung zur Teilnahme Deutschlands an Verteidigung. Nur anzunehmen bei voller Gleichberechtigung.“¹⁸³ Von einer Einladung kann freilich kaum gesprochen werden, ohne damit gleich zu dem Vorwurf auszuholen zu wollen, Adenauer habe den Alliierten deutsche Soldaten „geradezu auf[ge]drängt“¹⁸⁴. Das Kabinett sprach sich einstimmig für die Formierung einer Schutzpolizei aus¹⁸⁵, doch waren bei weitem nicht alle Regierungsmitglieder mit dem Vorgehen des Kanzlers einverstanden. Namentlich Innenminister Heinemann vertrat – wie auch Schumacher – die Ansicht, die Bundesregierung solle einen Verteidigungsbeitrag erst im Fall eines förmlichen alliierten Ersuchens diskutieren, nicht aber selbst anregen¹⁸⁶. Nach wochenlangem Streit mit Adenauer zog er die Konsequenzen und demissionierte¹⁸⁷.

Als der Kanzler sein Memorandum am Nachmittag des 31. 8. der Hohen Kommission erläuterte, begrüßte Hays im Auftrag der Kollegen besonders die deutsche Bereitschaft zur Mitwirkung an einer europäischen Armee. Die Aufstellung der Bundespolizei wies dagegen seines Erachtens eine innere Unstimmigkeit auf, die darin lag, die Volkspolizei als vollwertige Armee auszugeben, sie aber nur von einer Schutzpolizei bekämpfen zu lassen. Adenauer gestand gewisse Widersprüche sofort zu, betonte dann, daß es ihm vor allem um den Abschreckungseffekt ginge, der natürlich nur bei einer entsprechenden Stärke erzielt werde. Fragen der Organisation, Größe und Bewaffnung der Schutzpolizei gedachte er in einem ergänzenden Memorandum zu konkretisieren¹⁸⁸.

¹⁸¹ Vgl. Wiggershaus, Entscheidung, S. 372.

¹⁸² S. Adenauer an McCloy, 29. 8. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 267; „Memorandum über die Sicherung des Bundesgebietes nach innen und außen“, 29. 8. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 3, S. 86–90; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 355–358.

¹⁸³ Notiz Seebohm, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 663, Anm. 1.

¹⁸⁴ Köhler, Adenauer, S. 630.

¹⁸⁵ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 5, Bl. 154, Tb. 31. 8. 1950.

¹⁸⁶ S. Aufzeichnung Heinemann, o.D., in: Kabinettsprotokolle, Bd. 3, S. 112f.

¹⁸⁷ Zur Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Heinemann, die am 10. 10. 1950 zum Rücktritt des Innenministers führte, s. die Dokumentation in: ebd. u. Volkmann, Heinemann, S. 14–20.

¹⁸⁸ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 31. 8. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 231–237; Hays an Acheson, Tel. 1864, 1. 9. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 4, S. 714–716; Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 360–362.

Seine Berater empfahlen ihm nun, abermals den Schutzpolizeicharakter der Einheiten herauszustellen, um die Zustimmung Frankreichs und der Sozialdemokraten zu gewährleisten. Adenauer entzog sich dieser Aufgabe, nicht weil sie bedeutete, das Memorandum noch einmal umzuschreiben, sondern weil er sich hinsichtlich der Aufgaben der Verbände „nicht zu stark festlegen“ wollte, um ihren Kampfwert nicht zu beeinträchtigen¹⁸⁹. Statt dessen bat er die Hohe Kommission am 2. 9. schriftlich um die sofortige Einberufung von 25 000 auf freiwilliger Basis rekrutierten Polizisten, die alsbald auf insgesamt 60 000 Mann aufgestockt werden und ihm direkt unterstehen sollten. Zugleich fügte er noch eine Note über die Sicherheitsgarantie der Westmächte gegen einen Angriff der Volkspolizei bei¹⁹⁰. In einem dritten, an die amerikanische Regierung gerichteten Schriftstück forderte er als Vorbedingung für eine Einbeziehung der Bundesrepublik in die westeuropäische Verteidigung die Verlegung von zwölf alliierten Panzerdivisionen an die Ostgrenze im Falle eines sowjetischen Angriffs und die moderne Bewaffnung der deutschen Verbände¹⁹¹.

Frankreich stand den deutschen Ansprüchen aus sicherheitspolitischen wie besatzungsrechtlichen Erwägungen reserviert gegenüber¹⁹². François-Poncet empfahl seinem Außenministerium die mit den Kollegen vereinbarte Sprachregelung, die „garde prétorienne“ im Rahmen der Länder zu schaffen und im Fall der Anforderung durch den Bund einem „chef fédéral“ zu unterstellen. Mit Blick auf die vorgeschlagene Größe entstand im Quai d'Orsay erneut der Verdacht, der Kanzler strebe eine unabhängige und nationale Armee an; sie aber stand für Frankreich weiterhin nicht zur Diskussion¹⁹³, wie Regierungschef Plevén am 2. 9. noch einmal öffentlich dezidiert hervorhob¹⁹⁴. Frankreich bewegte sich in diesem Punkt nicht einen Millimeter. Zunächst, so hieß es im Quai d'Orsay, müsse der Westen aufgerüstet werden. Und wenn man dann mit der Aufstellung einer deutschen Truppe beginne, seien zwei Hauptgefahren zu vereiteln: Es dürfe keine „casse militaire allemande“ entstehen, die Kontakt mit dem Osten suche; und die Sowjetunion dürfe nicht provoziert werden. Zugleich sei sicherzustellen, daß die Angelsachsen formelle Garantien über die Stationierung ihrer Truppen in Deutschland abgäben¹⁹⁵. Grundsätzlich wollte man das Problem deutscher Kontingente nur dann behandeln, wenn der Druck der Verbündeten zunähme. Für diesen Fall dachte das Ministerium an kleine, von den Alliierten befehligte Freiwilligenverbände, die in die Besatzungstruppen einzubinden seien¹⁹⁶. „Mieux vaut“, so faßte François Seydoux, der Leiter der Europaabteilung, seinen Standpunkt noch ein-

¹⁸⁹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 5, Bl. 158, Tb. 2. 9. 1950; vgl. dagegen Köhler, Adenauer, S. 629.

¹⁹⁰ S. Adenauer an François-Poncet, 2. 9. 1950, Streng geheim, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 3, S. 99f.; ders. an dens., 2. 9. 1950, Streng geheim, in: ebd., S. 100f.; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 339f., Tb. 2. 9. 1950.

¹⁹¹ Vgl. Wiggershaus, Planung, S. 72–74.

¹⁹² Vgl. Rouché, Le Quai d'Orsay, S. 42.

¹⁹³ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 134, Bl. 40–42, Aufzeichnung des MAE, Nr. 2, 4. 9. 1950 (Konzept FS).

¹⁹⁴ Zur Rede Plevén's zwecks Eröffnung der Straßburger Messe vgl. PA, Abt. 3, AZ 214–01, Bd. 1, Aufzeichnung Feihl, 5. 9. 1950; s.a. AdG 1950, S. 2564B.

¹⁹⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 134, Bl. 23–26, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, Nr. 1, 29. 8. 1950.

¹⁹⁶ S. ebd., Bl. 40–42, Aufzeichnung des MAE, Nr. 2, 4. 9. 1950 (Konzept FS).

mal zusammen, „des Allemands embrigadés, encadrés, dans des formations alliées, qu'une police trop considérable qui risque de devenir de toutes les précautions prises, ne tardera pas à constituer une sorte de légion prétorienne entre les mains du Chancelier.“¹⁹⁷

Daß die angelsächsische Forderung nach einem echten deutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen einer europäischen Armee nicht mehr lange auf sich warten ließe, darüber gaben sich die Beamten im Außenministerium keiner Illusion hin. Guy de La Tournelle, Chef der Generaldirektion Politik, rechnete bereits in absehbarer Zeit mit der Einstellung deutscher Generale, da sie intime Kenntnisse über den Osten besaßen. Länderpolizeien, Bundespolizei und Truppen für die europäische Armee böten der demilitarisierten Bundesrepublik schon bald eine „ossature militaire puissante“. Die Frage war, wie sich Westdeutschland gegen die Volkspolizei zur Wehr setzen konnte, ohne die Sicherheit Frankreichs zu gefährden, und die Beantwortung kam einer Fahrt zwischen Scylla und Charybdis gleich: Die Beteiligung an einer europäischen Armee implizierte sofort oder in naher Zukunft die Ablösung des Besatzungsstatuts und die Versuchung einer Wendung nach Osten. Die Aufstellung der Bundespolizei beschwor die Gefahr einer Prätorianergarde und der Bedrohung für den Föderalismus herauf¹⁹⁸. Nicht einmal der Bitte des Kanzleramtes nach einer Sicherheitsgarantie mochte der Quai d'Orsay entsprechen. Eine öffentliche Erklärung schien inopportun. Statt dessen sollte sich Adenauer damit begnügen, die ihm gegebene Zusicherung, daß die westlichen Regierungen jeden Angriff auf das besetzte Territorium als Angriff gegen sich selbst ansähen, dem Bundestag bekanntzugeben¹⁹⁹.

Unter dem Druck des amerikanischen „single package“

Während Frankreich bremste, drückten die USA nun aufs Gaspedal. Anfang September einigten sich State Department und Pentagon auf ein Gesamtpaket, das aus der Erhöhung der Militärhilfe und der Verstärkung der in Europa stationierten Truppen sowie der Forderung nach verstärkten europäischen Rüstungsanstrengungen inklusive der westdeutschen Aufrüstung bestand. Hinsichtlich der europäischen Streitmacht setzten sich die Vorbehalte des Pentagon durch. Was jetzt unter diesem Namen firmierte, war keine wirklich integrierte Armee mehr, wie sie das State Department wünschte, sondern eine NATO-Truppe mit nationalen Verbänden der Mitgliedstaaten. Die eher supranationale Lösung mit vorausgehender Einrichtung integrativer Organisationen war damit vom Tisch. Das Weiße Haus billigte diese Vereinbarung am 9. 9. auch mit der Perspektive, die Deutschen könnten den Preis für ihre Mitarbeit drastisch erhöhen²⁰⁰.

¹⁹⁷ Ebd., Bl. 58 f., Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 7. 9. 1950 (Konzept FS).

¹⁹⁸ Ebd., Bl. 49–52, Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 6. 9. 1950, mit handschriftlichem Hinweis „de M. de La Tournelle“.

¹⁹⁹ S. ebd., Bl. 55–57, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 6. 9. 1950 (Konzept FS); s.a. Hitchcock, France, S. 134–139; zur Garantierklärung der Hohen Kommissare s. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 31. 8. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 234 f.

²⁰⁰ S. Johnson an Truman, 8. 9. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 273–278; Erklärung Trumans, 9. 9. 1950, in: EA 1950, S. 4626, Anm. 10; Wiggershaus, Entscheidung, S. 357 f.

Vorab von dem amerikanischen Plan informiert, die Frage der Verteidigung Westeuropas unter deutscher Beteiligung auf der nach New York einberufenen Außenministerkonferenz zu diskutieren²⁰¹, machte Schuman am 6. 9. auf einer Pressekonferenz den Aufbau einer westdeutschen Militärformation erneut von einem Mindestmaß an Defensivkraft der Alliierten abhängig. Vorläufig könne nur die Verstärkung der Polizei bzw. eine Beteiligung an der Waffenproduktion bei der Fertigung von Grund- oder Halbfertigwaren und damit eine temporäre Anhebung der zulässigen Produktionsquoten in Betracht gezogen werden²⁰². In diesem Sinne lehnte Schuman auch den Vorschlag seines englischen Kollegen Bevin über die Aufstellung einer starken Gendarmerietruppe ab. Zwar teilte er dessen Auffassungen über die Gefahr aus dem Osten, befürchtete aber, bei den Deutschen wieder den Geschmack nach Waffen und Soldaten zu stimulieren²⁰³. Auf der Suche nach akzeptablen Ersatzlösungen für die von Washington geforderten deutschen Divisionen griff Paris nun Adenauers Vorschlag der „internationalen Legion“ auf. Anfang September signalisierte Bérard gegenüber Blankenhorn die Bereitschaft Frankreichs zur Aufnahme westdeutscher Bataillone in französische, englische und amerikanische Verbände. Im Auftrag des Kanzlers erteilte der Ministerialdirektor diesen Plänen aber eine kategorische Absage. Bonn sei zur Mitarbeit an einer internationalen Armee bereit, wenn deutsche Divisionen aufgestellt würden, die hinsichtlich „Organisation, Befehlsgewalt und Ausrüstung völlig mit den anderen ausländischen Divisionen gleichberechtigt“ seien²⁰⁴.

Aus den aus London und Washington eingehenden Informationen war der Regierung in Paris unmittelbar vor der New Yorker Außenministerkonferenz klar geworden, was die Stunde geschlagen hatte. Die Angelsachsen zielten unter unterschiedlichen Namen darauf, eine deutsche Streitkraft aufzustellen. Indem die einen an die deutsche Mitwirkung in einer europäischen Armee, die anderen an eine Bundespolizei von 100 000 Mann dachten, ging es den Verbündeten aus der französischen Perspektive darum, vom wirklichen Ziel abzulenken: der deutschen Wiederbewaffnung. Den Politikern an der Seine bereitete dies weiterhin erhebliche Kopfschmerzen, zumal der Nachbar im Osten in den vergangenen Monaten den Beweis erbracht hatte, „qu'il n'a pas accompli, sur la voie de la démocratie, les progrès auxquels nous l'avons convié et qu'il est loin de renier un passé récent“. Die vor einem Jahr berechtigt wirkenden Hoffnungen auf einen echten Umschwung zu demokratischen Verhältnissen waren inzwischen verflogen. Die Kampfhandlungen in Korea hatten eine nationalistische Strömung wiederbelebt und militärischen Kreisen zu erheblichem Einfluß auf die Politik verholfen. Zu Beginn seiner Amtszeit hatte der Kanzler die Aufstellung einer Armee mit den Worten verworfen, die Offiziere dürften nicht zu Geltung gelangen. Jetzt ver-

²⁰¹ S. Acheson an Paris, Tel. 1124, 2. 9. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 261 f.

²⁰² S. Pressekonferenz Schumans, 6. 9. 1950, in: AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 185, Bl. 289–290, Presse- und Informationsabt. im MAE, Zirkular Nr. 198 IP, 11. 9. 1950 (Konzept MC); Wiggershaus, Entscheidung, S. 359.

²⁰³ S. Harvey an Younger, Tel. 242, 7. 9. 1950, Priority, Secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 20–22; Steininger, Wiederbewaffnung, S. 135–139.

²⁰⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 5, Bl. 181 f., Tb. 9. 9. 1950; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 344, Tb. 11. 9. 1950; s.a. Kirkpatrick an Attlee, Tel. 1448, 30. 9. 1950, Priority, Top secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 121 f.; Wiggershaus, Entscheidung, S. 361.

langte er eine ihm direkt unterstellte Polizeitruppe und Divisionen. Um so bedrohlicher mutete die Gefahr eines durch die Aussicht auf die Wiedererlangung der deutschen Einheit genährten „rapprochement germano-soviétique“ an. Angesichts dieser Unwägbarkeiten blieb Frankreich bei seiner Position, nur einer Polizeitruppe der Länder zuzustimmen, die dem Bund bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden dürfe. Die deutsche Beteiligung an einer zukünftigen europäischen Armee wollte man verhindern, weil man der Bundesrepublik mit der Aufstellung eigener Truppen eben auch „la pleine, la totale égalité des droits“ zugestehen mußte²⁰⁵.

Für Acheson bildete die von Adenauer erklärte Bereitschaft zur offenen und verdeckten Bewaffnung eine wichtige Grundlage zur Vorlage seines „single package“. Schon am Eröffnungstag der Außenministerkonferenz²⁰⁶ konfrontierte er Schuman und Bevin am 12. 9. mit der Forderung nach Schaffung westdeutscher Verbände im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsstreitmacht der NATO. Die „bombe“ im Waldorf Astoria Hotel²⁰⁷, wie die Franzosen diesen Auftakt später nennen sollten, war gezündet. Die USA, so erklärte er seinen beiden Kollegen, hätten eine historische Entscheidung getroffen. Sie seien bereit, ihre Truppen in Europa von zwei auf sechs Divisionen zu vermehren, um sich an der gemeinsamen Verteidigung zu beteiligen, sofern die Verbündeten ihrerseits ihre Verteidigungsanstrengungen erhöhten und eine Grundsatzentscheidung über den deutschen Wehrbeitrag trafen. Bevin und Schuman begrüßten den ersten Teil seiner Ausführungen, setzten der deutschen Wiederbewaffnung aber Widerstand entgegen. Der Franzose zog sich auf das Argument zurück, die NATO sehe nationale Kontingente von Nichtmitgliedern nicht vor. Sein amerikanischer Kollege focht das nicht an, ging es doch seiner Meinung nach nicht um eine deutsche Armee, sondern um deutsche Einheiten, die zwar von Bonn rekrutiert, ausgebildet und bezahlt, aber der NATO unterstellt und ihrem Befehl verantwortlich seien. Schuman, der mit der bindenden Instruktion des Kabinetts, auf Zeit zu spielen, nach New York gereist war, lehnte derartige Konzepte rigoros ab. Er beharrte weiterhin darauf, Adenauer lediglich eine nicht zu stark zentralisierte und nicht zu große Polizeitruppe auf Länderbasis zuzugestehen. Nicht einmal einer Bundespolizei und der erforderlichen Änderung des Grundgesetzes mochte er zustimmen. Natürlich wußte der französische Außenminister um die Unhaltbarkeit seiner Position. Die sich bald abzeichnende Isolierung war vorprogrammiert. Schuman gab zu, daß es unlogisch war, die Bundesrepublik zu verteidigen, ohne ihre Mithilfe einzufordern. Er warnte aber vor ernsthaften psychologischen Schwierigkeiten, wenn Frankreich zu früh zu einer Entscheidung über die deutsche Wiederbewaffnung gezwungen werde. Eine Beteiligung an der europäischen Armee sei erst ins Visier zu nehmen, wenn diese Truppe aufgestellt sei. Bis dahin müsse sich die Bundesrepublik mit einem ökonomischen Verteidigungsbeitrag begnügen. Auch die Ver-

²⁰⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 185, Bl. 281–285, Aufzeichnung des MAE, 10. 9. 1950 (Konzept FS); s.a. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 344–346, Tb. 12. 9. 1950.

²⁰⁶ Zur New Yorker Außenministerkonferenz vom 12.–14. u. 18. 9. 1950 und der NATO-Rat-Konferenz vom 15.–18. 9. u. 26. 9. 1950 s. die Dokumente in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 258–353 u. 1108–1301; DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, Nr. 9–47; vgl. Steininger, Wiederbewaffnung, S. 174–196; Wettig, Entmilitarisierung, S. 341–352; Wiggershaus, Entscheidung, S. 374–378.

²⁰⁷ Moch, Histoire, S. 40.

wendbarkeit der Dienstgruppen als militärische oder paramilitärische Verbände sei zu prüfen. Freilich seien sämtliche Angebote von einer Liste von Vorbedingungen abhängig: dem weitgehenden Abschluß der französischen Aufrüstungen und der vorrangigen Nutzung der vorhandenen Ressourcen für die NATO-Staaten. Einverstanden war er mit der Fortsetzung der vorbereitenden Gespräche zwischen der Hohen Kommission und der Bundesregierung über den westdeutschen Verteidigungsbeitrag, ohne dem Kanzler aber bereits eine Entscheidung mitteilen zu können²⁰⁸.

Die Schieflage seiner Verhandlungsposition war Schuman sehr wohl bewußt. Nach den ersten Verhandlungsrunden sah er sich genötigt, von seiner Regierung neue Instruktionen zu erbitten, damit er einem deutschen Verteidigungsbeitrag zumindest „at the proper time“ zustimmen könne. Gegenüber den Kollegen ließ er am 14. 9. durchblicken, daß Frankreich eine definitive Entscheidung in etwa sechs Monaten zu treffen bereit sei. Bis dahin glaubte er die französische öffentliche Meinung schonend auf das Unausweichliche vorbereitet zu haben²⁰⁹. Mit diesem Acheson restlos unbefriedigenden Ergebnis vertagten sich die Außenminister für vier Tage, um an der Sitzung des NATO-Rates teilzunehmen²¹⁰.

Mit der in der Zwischenzeit vollzogenen Entscheidung der englischen Regierung, den westdeutschen Verteidigungsbeitrag prinzipiell zu akzeptieren²¹¹, verschlechterte sich die Lage des französischen Außenministers in New York fundamental. Schuman reagierte mit dem Vorschlag, man solle die Verteidigungsminister zu den Beratungen hinzuziehen. Das Ziel der Initiative lag auf der Hand. Er wollte den besonders widerspenstigen Moch einbinden, um in Paris weniger Ärger mit den Sozialisten zu bekommen²¹². Obwohl die SFIO nur über einen Anteil von 20% in der Nationalversammlung verfügte, besaß sie doch einen erheblichen Einfluß auf das Überleben der Regierung Plevén. Trotz ihres „systematischen Antikommunismus“²¹³ teilte sie die stark antideutschen Gefühle der französischen Linken. Jules Moch nahm dabei eine Schlüsselstellung ein.

1893 in Paris geboren, hatte sich der aus einer jüdischen Offiziersfamilie stammende Polytechniker und Ingenieur der Marine auf Anraten Vincent Auriols und Léon Blums für die SFIO in die Kammer wählen lassen. 1937 ernannte ihn Blum zum Generalsekretär, ein Jahr darauf zum Minister für öffentliche Arbeiten in seinem Kabinett. 1946/47 kehrte Moch in dasselbe Ressort noch einmal zurück und

²⁰⁸ S. Unterredung zwischen Acheson und Schuman vom 12. 9. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 285–288; Unterredung zwischen dens. und Bevin vom 12. 9. 1950, SFM Min-1, Secret, in: ebd., S. 1191–1197; Unterredung zwischen dens. vom 12. 9. 1950, Top Secret, in: ebd., S. 1198–1201; Unterredung zwischen dens. vom 13. 9. 1950, SFM Min-2, Top Secret, in: ebd., S. 1202–1208; vgl. DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, Nr. 9–11 u. 13–26.

²⁰⁹ Unterredung zwischen dens. vom 14. 9. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 295–300, hier S. 296.

²¹⁰ S. Communiqué der Konferenz der westlichen Außenminister, 14. 9. 1950, in: AdG 1950, S. 2579G.

²¹¹ S. Jebb an Younger, Tel. 1050, 16. 9. 1950, Immediate, Secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 61–63; zum Entscheidungsprozeß der englischen Regierung s. „Extracts from the Conclusions of a Meeting of the Cabinet“, 15. 9. 1950, Secret, in: ebd., S. 58–61; FRUS 1950, Bd. 3, S. 306 u. 310; Steininger, Wiederbewaffnung, S. 180–189.

²¹² S. Jebb an Younger, Tel. 1065, 16. 9. 1950, Immediate, Top secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 67f.; vgl. Steininger, Wiederbewaffnung, S. 189.

²¹³ Loth, Sozialismus, S. 278.

trug dazu bei, die Kommunisten aus der Regierung zu entfernen. Im November 1947 wechselte er ins Innenministerium. Im Juli 1950 holte ihn Plevén ins Verteidigungsministerium, das er bis August 1951 leitete²¹⁴. Moch, dessen Sohn von den Nazis auf grausame Weise umgebracht worden war, stieg zum Symbol des Widerstandes der sozialistischen Partei gegen die deutsche Wiederbewaffnung auf²¹⁵. Er fürchtete sowohl deren internationalen Auswirkungen als auch die innenpolitischen Implikationen²¹⁶, gehörte aber auch gewiß zu jenen, die „Deutschland die Naziverbrechen weder nachsahen noch verziehen“. Kritiker wie Monnet sahen in ihm einen „Techniker“ und „Gefangenen seiner vorgefaßten Konstruktionen“, die auf die Dauer der politischen Wirklichkeit weichen mußten²¹⁷.

Als der NATO-Rat am 15. 9. zusammentrat, ergab sich die gleiche Konstellation wie am Vortag im Kreis der Außenminister. Sämtliche Staaten teilten die Auffassungen der USA, mit Ausnahme von Frankreich²¹⁸. Schuman begründete seine Position mit einem umfassenden Katalog von meist altbekannten Einwänden:

- die Westmächte übernahmen die Rolle des Bittstellers;
- die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zu einer Wiederbewaffnung sei ungewiß, während die europäischen Völker geschockt würden;
- die Integration der Bundesrepublik in den Westen würde gestört, der Neutralismus gefördert;
- die Bundesrepublik sei kein NATO-Mitglied.

Außerdem warnte er vor einer deutschen Wehrpflicht mit dem folgeschweren Ergebnis einer stetig wachsenden Reserve ausgebildeter Soldaten, lehnte den von der CDU mittlerweile geforderten Divisionsverband als Grundgröße ab und bewertete ein Ja der NATO-Staaten zur deutschen Teilnahme als *fait accompli* gegenüber den Völkern. Schuman betonte abermals, Frankreich sei nicht endgültig gegen die deutsche Wiederbewaffnung, stelle aber ein Reihe von vorher zu erfüllenden Bedingungen²¹⁹. Wenngleich sein Biograph die Rede als besonders gelungen, „*précis, lucide, habile, clairvoyant, émouvant même*“ rühmt²²⁰, hatte sie zur Lösung des Problems nicht einen Deut beigetragen. Alle Kollegen waren bereit, sich für eine prinzipielle Entscheidung über den westdeutschen Verteidigungsbeitrag auszusprechen. Schuman hingegen versagte sich trotz des schweren Drucks, der von allen Seiten auf ihn ausgeübt wurde, irgend welcher Konzessionen, da ihm die Instruktionen des Kabinetts keinen Spielraum ließen²²¹. Acheson plädierte deshalb für eine Beendigung der Konferenz ohne neuen Termin, ließ sich dann aber

²¹⁴ Zu Person und Politik Mochs s. Moch, *Histoire*; ders., *Vie*; eine knappe biographische Skizzen in: Yvert (Hg.), *Dictionnaire*, S. 550 f.; s.a. Elgey, *Histoire*, Bd. 1, S. 313–369; Fonville-Vojtovíc, Paul Ramadier, S. 331–337.

²¹⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 236, Bl. 2–4, Hausenstein an DfAA, 205–00 Nr. 93, 3. 8. 1950; Steininger, *Wiederbewaffnung*, S. 197.

²¹⁶ S. Schwartz, *Atlantik-Brücke*, S. 202.

²¹⁷ Monnet, *Erinnerungen*, S. 432.

²¹⁸ S. Acheson an Webb, Tel. Secto 17, 16. 9. 1950, Top secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 308 f.; ders., an dens., Tel. Secto 18, 16. 9. 1950, Top secret, Priority, in: ebd., S. 309–311; Wiggershaus, *Entscheidung*, S. 380 f.

²¹⁹ S. Acheson an Webb, Tel. Secto 20, 16. 9. 1950, Top secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 311–314; Jebb an Younger, Tel. 1066, 17. 9. 1950, Priority, Secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 68–70.

²²⁰ Poidevin, Robert Schuman, S. 311.

²²¹ S. Acheson an Bruce, Tel. Secto 21, 17. 9. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 314 f.

von Bevin dazu umstimmen, die Beratungen nach wenigen Tage wieder aufzunehmen, um Frankreich die Möglichkeit zur Überprüfung seines Standpunktes zu geben²²². Am 17. 9. beauftragte er seinen Vertreter in Paris, Bruce, Plevén und Moch davon zu überzeugen, daß es nicht um die Schaffung einer westdeutschen Nationalarmee gehe; Frankreichs müsse aber den amerikanischen Vorschlägen schnellstens zustimmen oder weitreichende Folgen tragen²²³. Einen Tag später vertagte sich der NATO-Rat in der Hoffnung, auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister der drei Westmächte doch noch den Durchbruch zu erzielen²²⁴.

Ob Moch nach New York kommen würde, war keineswegs sicher. Entsetzt über das ultimative Drängen der USA, wandte sich Frankreich an England und warnte mit völlig haltlosen, von Ohnmacht geprägten Unterstellungen lautstark vor den angeblich fatalen Folgen einer Politik, die bei der Verteidigung Europas auf die Deutschen und nicht mehr auf die Franzosen setzte. Die Deutschen, so hieß es in völliger Verkenntnis der tatsächlichen Sachlage, hätten nur ein Interesse, die Erlangung der staatlichen Einheit. Sobald sie genügend gerüstet seien, würden sie die Amerikaner in einen Präventivkrieg hineinzerren, um dieses Ziel zu erreichen²²⁵.

Der Conseil des Ministres prüfte die Vorschläge Achesons zwei Tage lang sehr sorgfältig, „phrase après phrase“²²⁶, und äußerte sich dann unisono nicht nur gegen die sofortige deutsche Wiederbewaffnung, sondern auch gegen eine prinzipielle Erklärung über die Remilitarisierung zum jetzigen Zeitpunkt. Über eine zukünftige Aufrüstung waren die Meinungen geteilt. Moch und Auriol stimmten prinzipiell dagegen, andere hingegen waren bereit, nach dem Aufbau der atlantischen Armee darüber zu verhandeln²²⁷. Schließlich sprach sich die Mehrheit der Minister für die Vertagung der Entscheidung aus²²⁸.

Von Bruce erfuhr Acheson derweil, daß Moch zwar schwierig und dogmatisch, zugleich aber auch verwundbar sei, wenn es um seinen Nationalstolz und seine Eitelkeit gehe. Für den Fall eines drohenden Scheiterns der Verhandlungen könne es durchaus sinnvoll sein, die Franzosen ähnlich wie beim Schuman-Plan zu einer konstruktiven Initiative und zur Übernahme einer Führungsrolle in Europa zu ermuntern²²⁹. Der amerikanische Außenminister zog daraus den Schluß, die Franzosen *intra muros* massiv unter Druck zu setzen, *coram publico* aber moderat aufzutreten²³⁰.

In der ersten Sitzung der westlichen Außen- und Verteidigungsminister am 22. 9. bewegte sich erwartungsgemäß noch nichts. Die sichere Ablehnung durch

²²² S. ders. an Webb, Tel. Secto 23, 17. 9. 1950, Top secret, in: ebd., S. 322–326; DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, Nr. 32–34.

²²³ S. Acheson an Bruce, Tel. Secto 21, 17. 9. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 314f.

²²⁴ S. ders. an Webb, Tel. Secto 29, 18. 9. 1950, Top secret, in: ebd., S. 327–329; ders. an dens., Tel. Secto 32, 19. 9. 1950, Top secret, Priority, in: ebd., S. 330–332; DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 76f.; *Kommunique des NATO-Rates*, 18. 9. 1950, in: AdG 1950, S. 2587C.

²²⁵ S. Younger an Jebb, Tel. 1321, 19. 9. 1950, Immediate, Top secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 78f.; Shuckburgh an Makins, 21. 9. 1950, in: ebd., S. 84f.; Massigli, *Comédie*, S. 250f.

²²⁶ Moch, *Histoire*, S. 52.

²²⁷ S. Auriol, *Septennat*, S. 288, Tb. 20. 9. 1950; Moch, *Histoire*, S. 52–59.

²²⁸ S. ders., *Vie*, S. 412.

²²⁹ S. Bruce an Acheson, Tel. 1534, 22. 9. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 337f.

²³⁰ S. Acheson an Truman, Tel. Secto 36, 20. 9. 1950, Secret, Priority, in: ebd., S. 335f.

das Parlament und durch die öffentliche Meinung vor Augen²³¹, versuchten Schuman und Moch abermals, dilatorisch zu verhandeln. Der Chef des Quai d'Orsay machte die Annahme des amerikanischen „single-package“ erneut von zwei Konditionen abhängig: Verstärkung und Aufrüstung der NATO-Truppen bis Ende 1951; Vertagung der Entscheidung über die Teilnahme der Bundesrepublik an der integrierten Streitkraft. Eine deutscher Beitrag, so ergänzte sein Kollege aus der Rue Saint-Dominique, könne vorläufig nur in der Zulieferung von Materialien und beim Bau von Flughäfen oder Minenfeldern geleistet werden. Von Acheson und dem neuen Verteidigungsminister Marshall mit der Drohung konfrontiert, der amerikanische Kongreß bewillige keine Mittel für die Europäer, wenn nicht die westdeutschen Ressourcen genutzt würden, signalisierte Moch dann doch Entgegenkommen und fragte nach der Anzahl der westdeutschen und der amerikanischen Divisionen. Schuman verlangte schließlich neun Monate Zeit, bevor seine Regierung der Einbeziehung westdeutscher Truppen beipflichte. Ohne Einigung in der Kernfrage stimmten alle Seiten einem Dokument über eine Reihe von Maßnahmen zur sofortigen Inanspruchnahme bestimmter bundesdeutscher Leistungen zu²³². Angesichts der absehbaren Einigung über einen deutschen Militärbeitrag untersagten die Außenminister der Bonner Regierung ausdrücklich eine stille Aufrüstung über die Bundespolizei²³³.

In der letzten Sitzung verzichtete Acheson auf eine unverzügliche Zustimmung Frankreichs und erklärte sich mit einem Aufschub von etwa einem Monat einverstanden. Der angelsächsische Druck und die Sorge vor der eigenen Isolierung ließen Schuman und Moch darin einwilligen, die offizielle französische Einverständniserklärung vor der nächsten Sitzung des NATO-Verteidigungsausschusses Ende Oktober in der Nationalversammlung auszusprechen. Sie setzten offenbar darauf, in der Zwischenzeit das Placet der Parlamentarier zu erhalten und die amerikanischen Pläne zu modifizieren, insbesondere hinsichtlich der Struktur der integrierten Streitmacht. Moch beabsichtigte, die Truppenverstärkung und Material- bzw. Finanzhilfen der Amerikaner, über die er Anfang Oktober mit seinem Finanzkollegen Petsche in Washington zu verhandeln gedachte, als Hebel zur Durchsetzung westdeutscher Einheiten anzusetzen²³⁴. Abseits der offiziellen Gesprächsrunden ließ er bei einem Dinner aber keinen Zweifel daran, daß er der deutschen Wiederbewaffnung aus historischen wie psychologischen Motiven grundsätzlich ablehnend gegenüberstand. Zwar schätzte er die gegenwärtige sowjetische Gefahr größer als „a hypothetical German bogey“ ein, betrachtete erstere aber frühestens in zwei Jahren als akut, „by which time the latter might be

²³¹ Vgl. Loth, Sozialismus, S. 283; Ziebur, Beziehungen, S. 100 f.

²³² S. Acheson an Webb, Tel. Secto 40, 23. 9. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 338–340; ders. an dens., Tel. Secto 41, 23. 9. 1950, Top secret, in: ebd., S. 340–342; Jebb an Attlee, Tel. 1167, 23. 9. 1950, Immediate, Top secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 89–93; ders. an dens., Tel. 1168, 23. 9. 1950, Immediate, Top secret, in: ebd., S. 93–97; Moch, Histoire, S. 62–70; ders., Vie, S. 413–415.

²³³ S. Jebb an Attlee, Tel. 1171, 23. 9. 1950, Immediate, Top secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 97–99; Acheson an Webb, Tel. Secto 45, 23. 9. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 4, S. 723 f.; Moch, Histoire, S. 71–73; ders., Vie, S. 417 f.

²³⁴ S. Acheson an Webb, Tel. Secto 43, 23. 9. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 343 f.; UK-Delegation an Verteidigungsministerium, Tel. 129, 23. 9. 1950, Emergency, Top secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 99 f.; Moch, Histoire, S. 73–87; ders., Vie, S. 415–417.

still more serious“. Wenn es denn zur deutschen Wiederaufrüstung käme, seien für jede deutsche Division zwei der Alliierten zur Überwachung notwendig²³⁵.

Für die Bundesregierung bedeutete die New Yorker Konferenz zweifellos einen großen Fortschritt. Die Entscheidung für die deutsche Wiederbewaffnung war zwar noch nicht definitiv gefallen, aber die Westmächte hatten sie als einzig legitime deutsche Regierung anerkannt und außerdem das Versprechen abgegeben, jeden Angriff gegen die Bundesrepublik als Angriff gegen sich selbst zu betrachten. Mit dieser Garantie war die Lücke zwischen der im NATO-Vertrag verankerten Beistandspflicht bei einem Angriff auf die Besatzungstruppen und der fehlenden Bündnisgarantie bei einem Angriff auf das Bundesgebiet ohne Involvierung der Westmächte geschlossen²³⁶. Anders als Blankenhorn, der die Abschlußverlautbarung „excellent“ fand und Adenauer zu überzeugen hoffte, sich mit der Polizei auf Länderbasis zu begnügen²³⁷, äußerte sich der Kanzler erbost, daß seine Vorschläge zur Bundespolizei nicht angenommen worden waren. Er machte dafür vor allem Frankreich verantwortlich²³⁸ und beklagte sich heftig bei Hays über die negative Haltung des Nachbarn, die er sich mit der Absicht gewisser Gruppen erklärte, Deutschland „zum Objekt eines französisch-russischen Ausgleichs“ zu machen²³⁹. Ein Kommuniqué der Bundesregierung verschwieg denn auch trotz aller Genugtuung über die Fortschritte auf dem Weg zur Normalisierung der Beziehungen zu den Westmächte keineswegs, daß die Minister nicht alle deutschen Wünsche erfüllt hätten²⁴⁰.

Die SPD-Opposition testierte der Regierung allgemeine „Kopflösigkeit“²⁴¹ und warf ihr vor, die Besatzungsmächte mit dem Angebot westdeutscher Kontingente aus ihrer Schutzverpflichtung zu entlassen. Das Ja der SPD, so betonte Schumacher auf dem „Kleinen Parteitag“ am 17. 9. in aller Deutlichkeit, könne es nur dann geben, wenn die Verteidigung Deutschlands nicht auf deutschem Boden stattfände²⁴². Die Wiederaufrüstung in Form der paramilitärischen Bundespolizei oder gar der Wehrmacht lehnte er entschieden ab²⁴³, blieb aber bei seinem prinzipiellen Ja zur Mitwirkung an der Verteidigung der Heimat: „Ein unbedingtes Nein zu jedem Beitrag für die Sicherheit ist eine Einladung an die Russen zur Be-

²³⁵ Jebb an Attlee, Tel. 1204, 26. 9. 1950, Priority, Top secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 104, mit Anm. 4.

²³⁶ Vgl. Wiggershaus, Entscheidung, S. 378; s.a. Kap. III.1.3.

²³⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 134, Bl. 67 f., Bérard an MAE, Tel. 4757/61, 19. 9. 1950, Réservé, Priorité; s.a. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 346 f., Tb. 19. 9. 1950; Kommuniqué der Außenministerkonferenz und Erklärung zu Deutschland, 19. 9. 1950, in: EA 1950, S. 3405–3407.

²³⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 186, Bl. 32 f., Bérard an MAE, Tel. 4774/76, 19. 9. 1950, Secret, Urgent, Réservé.

²³⁹ Unterredung zwischen Adenauer und Hays vom 17. 9. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 500.

²⁴⁰ S. PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 1, Kommuniqué der Bundesregierung, 20. 9. 1950 (PIB-Mitteilung Nr. 824/50); s.a. Sondersitzung des Bundeskabinetts, 20. 9. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 707.

²⁴¹ Erklärung Schumachers in der SPD-Fraktionssitzung vom 7. 9. 1950, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 1. Teilbd., S. 161.

²⁴² S. Rede Schumachers in Stuttgart, 17. 9. 1950, im Auszug in: Schumacher, Reden, S. 836–862; Foerster, Aspekte, S. 525 f.; Löwke, SPD, S. 28–30.

²⁴³ S. Pressekonferenz Schumachers, 23. 8. 1950, in: Schumacher, Reden, S. 828–835; SPD-Fraktions-sitzung vom 7. 9. 1950, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 1. Teilbd., S. 160–166.

setzung Deutschlands, und der letzte Schluß ist, daß unsere Jugend den russischen Soldatenrock tragen muß.“²⁴⁴ Diese Grundposition brachte den Vorsitzenden in zunehmenden Gegensatz zur Parteibasis, deren pazifistische, teilweise neutralistische Tendenzen mit seiner Konzeption der offensiven Verteidigung kaum in Einklang zu bringen waren²⁴⁵.

Am 23. 9. unterrichteten die Hohen Kommissare den Kanzler anhand eines umfangreichen Schreibens, das François-Poncet als Vorsitzender vorlas und mit einigen erläuternden Anlagen übergab, über Verlauf und Ergebnisse der New Yorker Konferenzen. Adenauer zeigte sich recht zufrieden, ohne auf die nichterfüllten Wünsche einzugehen²⁴⁶. François-Poncet begründete die Zurückhaltung seiner Regierung in einem anschließenden privaten Treffen mit der Notwendigkeit, die französische öffentliche Meinung an den Gedanken der deutschen Wiederbewaffnung zu gewöhnen²⁴⁷. Daß die *classe politique* vielleicht noch zögerlicher war, sagte er natürlich nicht. McCloy berichtete am folgenden Tag sehr ausführlich über die Schwierigkeiten in New York und vermittelte den Eindruck, als ob der deutsche Verteidigungsbeitrag beschlossene Sache sei. Über die weitgehende militärische Gleichberechtigung war Adenauer hochzufrieden. Auch begrüßte er die angekündigte Verstärkung der alliierten, nicht aber der französischen Truppen: mehr französische Soldaten bedeuteten für ihn implizit „more Communists“ auf deutschen Boden²⁴⁸.

Seine offensichtlich gehobene Stimmung schlug indes sofort wieder um, als er Presseberichten aus New York und Paris entnahm, die Grundsatzentscheidung über den Aufbau deutscher Kontingente für die Europaarmee würde möglicherweise auf unbestimmte Zeit verschoben. Adenauer schickte daraufhin Blankenhorn am 25. 9. zur amerikanischen Hohen Kommission und warnte vor den fatalen Konsequenzen einer solchen Verschleppung²⁴⁹. Aus den Informationen, die er zwei Tage später über eine Unterredung zwischen François-Poncet und Heuss vom 26. 9. erhielt, war allerdings nur zu entnehmen, daß jetzt ein Kompromiß erzielt worden sei, der es Frankreich besser erlaube, das Volk psychologisch vorzubereiten. Nach der Aufstellung einer europäischen Armee werde ein deutsches Kontingent unausbleiblich sein²⁵⁰.

²⁴⁴ Erklärung Schumachers in der SPD-Fraktionssitzung vom 4. 10. 1950, in: ebd., S. 177.

²⁴⁵ Vgl. Foerster, *Aspekte*, S. 526 f.

²⁴⁶ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 23. 9. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 238–246; François-Poncet an Adenauer, 23. 9. 1950, in: ebd., S. 502–510; Kirkpatrick an Attlee, Tel. 1418, 23. 9. 1950, Priority, Confidential, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 101 f.

²⁴⁷ Vgl. Unterredung zwischen Adenauer und McCloy vom 24. 9. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 3, S. 158; Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 370–373.

²⁴⁸ McCloy an Acheson, Tel. 2572, 25. 9. 1950, Secret, in: FRUS 1950, Bd. 4, S. 724–726, hier S. 724.

²⁴⁹ Vgl. Steininger, *Wiederbewaffnung*, S. 222 f.

²⁵⁰ Vgl. Wiggershaus, *Entscheidung*, S. 388.

III.4.2 Vom Pleven-Plan zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1950–1952

„Champion de la création d’une armée européenne“

Entscheidend für den weiteren Verlauf der internationalen Debatte über den deutschen Wehrbeitrag war nun das Vorgehen Frankreichs. Wollte es nicht die amerikanischen Hilfsversprechen aufs Spiel setzen, mußte es bis zum 28. 10. die eigene Entscheidungsfindung abgeschlossen haben. Als „l’homme-orchestre“ der französischen Politik wirkte in dieser Situation Jean Monnet¹. Anfang September hatte er den Président du Conseil Pleven in einem langen Brief dazu aufgefordert, das erfolgreiche Prinzip des Schuman-Plans auf die verteidigungspolitische Ebene zu übertragen und in den atlantischen Rahmen einzubinden². Mit Sorge beobachtete der Commissaire général au Plan, wie sich die seit Juni laufenden Verhandlungen über die Montanunion aufgrund des wachsenden Selbstbewußtseins der Deutschen zunehmend verhärteten³. Nachdem das Zwischenkommuniqué der New Yorker Außenministerkonferenz fundamentale Entscheidungen angekündigt hatte, wandte sich Monnet am 16. 9. an Schuman und führte ihm die Handlungsoptionen Frankreichs vor Augen: nichts tun, das deutsche Problem auf einer nationalen Ebene behandeln und implizit das Erreichte in der europäischen Integration gefährden oder die Bundesrepublik in Europa integrieren⁴. Monnet plädierte für den letzteren Weg und unterbreitete Schuman, Pleven und den Spitzen des Quai d’Orsay dazu ein Memorandum, in dem er sich entschieden gegen die Aufnahme eines souveränen, wiederbewaffneten Westdeutschland in die atlantische Gemeinschaft aussprach, da es versucht sein könnte, zwischen Ost und West zu schaukeln. Der politische Impetus des Schuman-Plans wäre zerstört, das europäische Integrationswerk ohne Zukunft. Als Ausweg schlug Monnet daher die Prüfung zweier Vorschläge vor: Teilnahme der Bundesrepublik im supranationalen europäischen Rahmen an einem von Frankreich initiierten „Plan Schuman élargi“ und Einbettung in die atlantische Gemeinschaft mit den USA und Großbritannien⁵.

Während der Außenminister sich diese Konzeption durch den Kopf gehen ließ und die Überzeugung gewann, Frankreich werde seine negative Haltung gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung auf Dauer nicht durchhalten können⁶, untersagte ihm der Conseil des Ministres am 20. 9. vorläufig jegliche Gespräche mit den Alliierten über die deutsche Aufrüstung⁷. Monnet änderte daraufhin seine Taktik und bemühte sich darum, durch amerikanischen Druck eine Umgestaltung der französischen Position durchzusetzen⁸. Derweil deutete Schuman, der den

¹ Roussel, Jean Monnet, S. 590.

² S. Monnet an Pleven, 3. 9. 1950, in: Vial, Jean Monnet, S. 256–262; s.a. ebd., S. 203–206; Roussel, Jean Monnet, S. 574–577.

³ Vgl. Kap. III.1.2.

⁴ S. Monnet an Schuman, 16. 9. 1950, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 57; Monnet, Erinnerungen, S. 433 f.; Schröder, Jean Monnet, S. 148–151; Vial, Jean Monnet, S. 208–212.

⁵ Monnet an Schuman, Memorandum, 16. 9. 1950, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 58 f., hier S. 59; s.a. Roussel, Jean Monnet, S. 579–581; Vial, Jean Monnet, S. 212 f.

⁶ Vgl. Schröder, Jean Monnet, S. 151.

⁷ Vgl. Massigli, Comédie, S. 250; Schröder, Jean Monnet, S. 152.

⁸ Vgl. ebd., S. 152 f.

Beschluß seines Kabinetts für atavistisch hielt, am Ende seines Aufenthalts in New York gegenüber Acheson an, eine französische Initiative zur Beteiligung der Bundesrepublik an der NATO-Streitmacht lancieren zu wollen. Im gleichen Atemzug erwähnte er die Möglichkeit eines gemeinsamen deutsch-französischen Verteidigungshaushalts, hielt sich aber mit näheren Angaben zurück. Das State Department begrüßte einen solchen Vorstoß im Prinzip, bestand aber darauf, daß damit die deutsche Wiederbewaffnung nicht verzögert werden dürfe⁹.

Wie der Minister, so erkannten auch die Beamten im Quai d'Orsay die Unhaltbarkeit der regierungsamtlichen Position. Selbst die Niederlande, die in Westeuropa am meisten unter der deutschen Besatzung gelitten hatten, stellten sich der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik nicht in den Weg. Viel wichtiger, die USA drohten – wenn auch verdeckt – damit, sich über die französischen Widerstände hinwegzusetzen, das Angebot zur Verstärkung der eigenen Verteidigungsanstrengungen in Europa zurückzunehmen und die Finanzhilfen für die französische Aufrüstung zu kürzen. Am Ende der New Yorker Konferenz sah der Quai d'Orsay eine Verzögerung der prinzipiellen Entscheidung über den Termin der nächsten Sitzung des NATO-Verteidigungsausschusses Ende Oktober hinaus daher als unmöglich an. Es blieb der Regierung nur wenig Zeit, um aus der Sackgasse herauszukommen. Für Anfang Oktober waren Gespräche über die amerikanischen Finanzhilfen und für die dritte Oktoberwoche eine Parlamentsdebatte anberaumt. Für den Stellvertretenden Leiter der Generaldirektion Politik im Quai d'Orsay, de Margerie, bestand kein Zweifel, daß Washington von seiner Absicht zur Wiederbewaffnung der Bonner Republik nicht mehr abrückte und Moskau aufgrund der Publizität der New Yorker Konferenz die deutsche Aufrüstung in sein Kalkül einzubeziehen begann. Paris mußte daher schleunigst unter Wahrung der nationalen Interessen eine „solution positive“ finden, die ihm Ende Oktober die Chance bot, die völlige Isolierung zu verhindern und die weitere Entwicklung zu beeinflussen. De Margerie empfahl seinem Chef in einer umfangreichen Aufzeichnung ein Tauschgeschäft zwischen französischer Konzilianz in bezug auf den deutschen Wehrbeitrag und amerikanischer Finanzhilfe. Desweiteren riet er dazu, rigoros die prioritäre Aufrüstung der NATO-Staaten und das Prinzip der ausschließlich ausländischen Ausrüstung westdeutscher Truppen durchzusetzen. Erforderlich waren seiner Meinung nach außerdem eine genaue Kontrolle der Dienstgruppen und exakte Festlegungen über die Größe der deutschen Einheiten. „Si l'on admet que c'est dans le cadre européen que l'Allemagne doit être le plus facilement acchrochée de façon définitive à l'Europe occidentale, il faut reconnaître que la force unifiée, dont le principe vient d'être proclamé, peut seule rendre supportable pour nous l'idée d'un réarmement allemand, – et cela d'autant mieux que nous pousserons plus loin l'amalgame, jusqu'à la constitution de grandes unités composées de corps de plusieurs nationalités.“ Gemischte Divisionen aus Regimentern unterschiedlicher Nationalitäten hielt er durchaus für denkbar, plädierte aber dafür, den deutschen Verbänden höchstens Bataillonsstärke zuzugestehen und sie in Friedenszeiten nur in der zweiten Linie ohne direkten Kontakt zur

⁹ S. Unterredung zwischen Acheson und Battle vom 26. 9. 1950, Top Secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 352f.; Webb an Paris, Tel. 1711, 3. 10. 1950, Top secret, in: ebd., S. 357f.

Volkspolizei zu stationieren. Im Bewußtsein, daß die Zeit für Bonn lief und dessen Streben nach Gleichberechtigung zahlreiche Sicherungsmaßnahmen in ihrem Wert minderte, sprach er sich für „contre-assurances“ auf dem allgemein-politischen Feld aus. Eine Möglichkeit schien die „demi-neutralisation“ beider Teile Deutschlands durch die Vier Mächte, deren Erfolg er zwar bezweifelte, die aber zur Beendigung des Kalten Krieges beitragen oder doch zumindest Moskau in Schwierigkeiten bringen könne. Ebenso wichtig bewertete er das Zugeständnis der Verbündeten, Frankreich in den kommenden internationalen Verhandlungen einen „rôle dirigeant“ zu gewähren. Erforderlich war jetzt vor allem, und dazu diente insbesondere eine Reise Mochs und Petsches nach New York, die rasche Aufrüstung der französischen Streitkräfte, um den notwendigen Vorsprung für den Gewinn einer „prépondérance dans une armée européenne“ zu erzielen. Notwendig war aber auch der erfolgreiche Abschluß der Schuman-Plan-Verhandlungen und die Stärkung der europäischen Institutionen. Schließlich kam es darauf an, die notwendige Zeit von etwa 12 bis 18 Monaten zu gewinnen, um die internationale Armee und zehn französische Divisionen aufzustellen¹⁰.

Nicht nur die von den USA gesetzte Frist, auch die Entwicklung in der Bundesrepublik trieb Frankreich zur Eile. Ende September berichtete François-Poncet von wachsenden Vorbehalten in der SPD, der FDP und der öffentlichen Meinung gegenüber der Wiederbewaffnung. Adenauer akzeptierte zwar die deutsche Beteiligung an den westlichen Verteidigungsanstrengungen im Prinzip, lehne aber eine sofortige Umsetzung ab, weil die große Mehrheit der Bevölkerung den Soldatenrock nicht anziehen wolle¹¹. Anfang Oktober erfuhr der Hohe Kommissar aber aus der Presse, daß von Schwerin an der Organisation eines deutschen Kontingents für die atlantische Armee in der Größenordnung von bis zu zehn Divisionen arbeitete. Für François-Poncet gab es daher keinen Zweifel mehr an der Absicht des Kanzlers, trotz aller gegenteiligen Beteuerungen jetzt die Antwort auf eine entsprechende Anfrage der Alliierten vorzubereiten¹². Blankenhorn sollte ihn darin bestätigen, als er ihm am 5. 10. klipp und klar erklärte, wie schockierend es Adenauer empfinde, wenn Frankreich der Bundesrepublik nur beschränkte Kontingente oder Hilfstruppen für die europäische Armee zuzugestehen beabsichtige und ihr damit die Gleichberechtigung abspreche. Entschieden ablehnend stehe der Kanzler der von Hays als Notlösung in die Diskussion gebrachten Integrierung deutscher Truppen in amerikanische Verbände gegenüber. Adenauer verlange den Aufbau der europäischen Armee und fordere Frankreich dazu auf, initiativ zu werden, damit zumindest das Grundkonzept einer solchen Streitmacht angenommen werde. Was der Bonner Regierungschef dabei unter Gleichbehandlung verstand, erfuhr der französische Vertreter wenig später von seinem britischen Kollegen: es gehe ihm darum, daß die Bundesrepublik die gleichen militärischen Aufgaben übernehme und nicht nur zu Erdarbeiten oder Wachaufgaben herangezogen würde¹³.

¹⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 134, Bl. 102–119, de Margerie an Schuman, Aufzeichnung, 28. 9. 1950, Secret.

¹¹ Ebd., Allemagne, Bd. 186, Bl. 134–136, François-Poncet an MAE, Tel. 5032/37, 29. 9. 1950.

¹² S. ebd., Bl. 180f., ders. an dass., Tel. 5093/95, 4. 10. 1950.

¹³ S. ebd., Bl. 187–189, ders. an dass., Tel. 5120/24, 5. 10. 1950, Secret, Réservé.

Aus der Sicht des französischen Außenministers hatte der Kanzler mit dieser notabene auch vom Oppositionsführer geteilten Einschätzung seine Befugnisse weit überschritten. Unter keinen Umständen, so ließ er François-Poncet umgehend wissen, dürfe Adenauer den Eindruck gewinnen, als sei der Westen Bittsteller und gestehe ihm das Recht zu, die Bedingungen selbst zu diktieren¹⁴. In diesem Punkt lag Schuman ganz auf der Linie Auriol: „il faut que ce soient les Allemands qui soient en position de demandeurs“¹⁵. Dem Präsidenten schien die Lage mittlerweile so gefährlich, daß er dem Kabinett am 7. 10. eine 26-seitige Ausarbeitung zur Diskussion vorlegte, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Deutschland, so hieß es da, werde unter dem Einfluß des zu jeder Revanche fähigen Militarismus in wenigen Jahren zu einer „menace pour la paix“, weil es mit der neugewonnenen militärischen Macht sofort sein Hauptziel – die Einheit – in Angriff nehme und in der Sowjetunion einen hilfsbereiten Partner finde. Als Schutz vor einem neuen Weltkrieg müsse Frankreich sofort mit den Staaten der freien Welt eine starke gemeinsame Armee aufbauen und parallel dazu Moskau ein die „neutralité militaire“ des vereinten Deutschland umfassendes „programme de paix“ anbieten. Nur wenn der Kreml auf diese Offerte nicht eingehe, könne man die Bundesrepublik fest und eng wirtschaftlich und militärisch in Europa aufnehmen¹⁶.

Auriol stand mit dieser von Mißtrauen geprägten Auffassung keineswegs allein. Auch im „Populaire“, dem offiziellen Blatt der Sozialisten, fragte man sich in diesen Tagen, ob die Remilitarisierung des Nachbarn nicht durch eine politische Lösung der „deutschen Frage“ mit der Sowjetunion verhindert werden könne¹⁷. Für das Gros der Minister war dies aber indiskutabel. Schuman und Pleven hielten es für zunehmend dringlicher, den amerikanischen Vorstellungen ein eigenes Konzept entgegenzustellen, und zeigten sich auch bereit, deutsche Bataillone in eine europäische Armee aufzunehmen. Moch hingegen glaubte immer noch daran, den Status quo verteidigen zu können¹⁸. Auch im Quai d'Orsay versuchten einige Spitzenbeamte zu verhindern, was nicht mehr zu verhindern war. Wenn Frankreich erst einmal die von den Amerikanern verlangte prinzipielle Erklärung unterschrieben habe, meinte etwa Generalsekretär Parodi gegenüber dem britischen Botschafter Harvey in großer Aufregung, werde die Bundesrepublik innerhalb kürzester Zeit eigene Formationen auf die Beine stellen. Und wer wüßte denn schon, zu welchen Taten Bonn und Washington gemeinsam fähig seien¹⁹. Andere Vertreter des Ministeriums warnten davor, daß Washington die in New York beschlossenen Sofortmaßnahmen abändere und einen „véritable embryon d'armée nationale allemande“ in Form von Polizei und Dienstgruppen wachsen lasse. Für

¹⁴ S. ebd., Marginalie Schumans; ebd., Bl. 232 f., Parodi an Bonn, Tel. 2882/85, 9. 10. 1950, Urgent, Par Exprès.

¹⁵ Auriol, Septennat, S. 293 f., hier S. 293, Tb. 6. 10. 1950.

¹⁶ AMAE, PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 78, Bl. 75–100, „Au seuil de l'avenir“, 6. 10. 1950, mit handschriftlichem Hinweis „Note du Prés. de la République“; s.a. Auriol, Septennat, S. 293 f., Tb. 6. 10. 1950.

¹⁷ Vgl. Steininger, Wiederbewaffnung, S. 209 f.

¹⁸ S. Lapie, De Blum à de Gaulle, S. 352–354; Moch, Histoire, S. 103 f.

¹⁹ S. Hayter an Bevin, Tel. 408, 7. 10. 1950, Top secret, Priority, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 136 f.; Steininger, Wiederbewaffnung, S. 237.

die Europaabteilung galt daher als Grundbedingung sämtlicher Remilitarisierungsmaßnahmen die Unantastbarkeit der obersten Gewalt der Besatzungsmächte in der Bundesrepublik gemäß dem Motto: Wenn schon die Kontrolle eines demilitarisierten Deutschland notwendig war, wieviel wichtiger war es, ein aufgerüstetes Deutschland in Schach zu halten²⁰.

Um sich vor etwaigen Überraschungen zu wappnen, stellte das Außenministerium am 6. 10. einen umfangreichen Forderungskatalog für die deutsche Wiederbewaffnung auf: Ausrüstung der Schutzpolizei ohne schweres Gerät; Aufrechterhaltung des Verbots zur Produktion von Rüstungsgütern gleich welcher Art; Billigung der Dienstgruppen in Regimentsstärke nur, sofern sie in die spätere internationale Armee eingebunden würden; Zustimmung zur Integration deutscher Einheiten in die internationale Streitmacht frühestens 1952, wenn diese eine genügend große Anzahl alliierter, vor allem französischer Divisionen aufweise; Verbot zur Aufstellung einer nationalen Armee und zur Bildung eines Generalstabs²¹. Wie eine lange Depesche des Quai d'Orsay vom 9. 10. zur Informierung der NATO-Staaten verdeutlicht, mochte man das intern als richtig Erkannte indes noch nicht offen zugeben. Paris begrüßte darin ausdrücklich die Grundidee Washingtons: Es sei weder logisch, deutschen Boden zu verteidigen ohne deutsche Unterstützung, noch akzeptabel, die westlichen Ökonomien durch die Rüstungsbelastungen zu ruinieren, während die deutsche Wirtschaft blühe. Methode und Programm der amerikanischen Planungen erweckten jedoch die größten Bedenken. Frankreich erklärte sich bereit, an der Suche nach einem substantiellen, aber nicht bedrohlichen deutschen Verteidigungsbeitrag im finanziellen und industriellen Bereich mitzuwirken. Die von den USA geforderte sofortige prinzipielle Entscheidung zugunsten der deutschen Wiederaufrüstung lehnte man aber ab²².

Der Quai d'Orsay schickte die Depesche schließlich nicht ab. Wahrscheinlich vereitelte die militärische Lage in Fernost die Expedierung. Am 8. 10. ging der wichtige Stützpunkt Cao Bang verloren, und die französische Armee mußte unter hohen Verlusten den gesamten Norden Tonkins, d. h. das vietnamesisch-chinesische Grenzgebiet räumen. Selbst die Hardliner wie Moch konnten sich der „répercussions du drame indochinois“ auf die Frage der deutschen Wiederbewaffnung nicht entziehen²³: Je tiefer Frankreich in den indochinesischen Sumpf hineingezogen wurde, desto stärker mußte es seine Verteidigungskapazitäten in Europa reduzieren. Mit „Erbitterung“ erfüllte die politischen Kreise an der Seine die Perspektive, daß dieser Krieg die eigene Stellung in Deutschland schwächte und seine Haltung in der Frage der Wiederbewaffnung in eine „schiefe Lage“ geraten ließ. Denn man konnte die Amerikaner schlecht um militärische Hilfe für Ostasien bitten und ihren Plänen in Europa gleichzeitig scharfen Widerstand entgegensetzen²⁴. Wie aber, fragten sich die Einsichtigen in der französischen Diplomatie, wollte man jene von der Notwendigkeit einer deutschen Aufrüstung überzeu-

²⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 186, Bl. 164–168, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 3. 10. 1950.

²¹ S. ebd., Bl. 211 f., Aufzeichnung ders., 6. 10. 1950.

²² S. ebd., Bl. 234–239, MAE an London etc., Tel. o.Nr., 9. 10. 1950, Non envoyé.

²³ Moch, Histoire, Umschlagtext; s.a. Mai, Sicherheitspolitik, S. 79 f.

²⁴ PA, Abt. 3, AZ 210–02/22, Bd. 1, Hausenstein an DfAA, 211–00 Nr. 800, 19. 10. 1950.

gen, denen noch vor wenigen Monaten die Zerschlagung des deutschen Militarismus als Lebensziel vor Augen geführt worden war²⁵?

Hervé Alphand, der neue Ständige Vertreter im Stellvertreterrat der NATO, riet in diesen Tagen Regierungschef Pleven, die Initiative für eine „Communauté européenne de défense“ zu ergreifen. „La solution“, so vertraute er am Tage des Desasters von Cao Bang seinem Tagebuch an, „est celle de l'Europe‘ disposant d'une armée qui inclurait des éléments français, anglais, italiens, belges ... et allemands.“ Mit Ausnahme der deutschen Einheiten sollten sämtliche Kontingente unter einer kollektiven Führung in Abhängigkeit zur NATO, die deutschen hingegen unter französischem Kommando stehen²⁶. Auch im Quai d'Orsay bröckelten die alten Positionen. Obsolet schien der Abteilung „Pactes“ etwa die bisher stets geforderte Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit Deutschlands. Denn zur Gewähr der ersteren war in New York eine Schutzpolizei in Aussicht genommen, die als „masque d'une véritable armée nationale“ gelten konnte. Zur Bewahrung der zweiten strebten Engländer und Amerikaner die Integrierung deutscher Divisionen in eine gemeinsame Armee an, wobei nicht ausgeschlossen war, daß die deutschen Generäle im Innern des atlantischen Generalstabs einen eigenen Stab errichteten. Entscheidend war daher eine präzise Abgrenzung beider Sicherheitsebenen. Die Polizei durfte die normalen Aufgaben der inneren Sicherheit nicht überschreiten, und die militärische Komponente war in eine internationale Armee zu integrieren, ohne Einfluß auf das Kommando. Die Einbindung der deutschen Kontingente in die amerikanische Besatzungsarmee lehnte die Abteilung ebenso ab wie die Schaffung einer deutsch-französischen Armee mit gemischten Divisionen. Sie schien ihr politisch verfrüht und – notabene – militärisch unsinnig, da die Beschränkung der deutschen Verbände auf Regimentsstärke die Wirksamkeit der vereinten Streitmacht gefährdete. Dem Gang der Dinge weit vorausseilend, sprach sich die Abteilung für die Einbettung deutscher Divisionen in europäische Armeen oder Korps und zahlreiche begleitende Sicherungsmaßnahmen aus: Begrenzung der deutschen Stärke auf zehn Infanteriedivisionen; Verbot von Luftwaffengeschwadern und Panzerregimentern; scharfe Kontrolle der Rüstungsproduktion in Deutschland durch das Militärische Sicherheitsamt; Stationierung von zwanzig europäischen Divisionen auf deutschem Boden²⁷.

Dort, in der Bundesrepublik, formierten sich mittlerweile im Zuge des Rücktritts von Innenminister Heinemann Mitte Oktober starke Widerstände gegen die Wiederbewaffnung. Sie brachten aber weder die amerikanische noch die deutsche Regierung von ihren Absichten ab – im Gegenteil. McCloy, so meldete François-Poncet am 11. 10., dränge zu einer prinzipiellen Entschließung, um in Deutschland nicht „la tentation du neutralisme“ zu forcieren²⁸. Auch Adenauer zeigte sich ob der Proteste nach außen unbeeindruckt. Die Informationen über die Be-

²⁵ S. Rede François-Poncets auf der Tagung der amerikanischen „Resident Officers“ in Frankfurt am Main, 9. 10. 1950, im Auszug in: EA 1950, 3577f.

²⁶ Alphand, L'étonnement d'être, S. 217–221, hier S. 221, Tb. 8. 10. 1950.

²⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 186, Bl. 240–245, Aufzeichnung der Abt. „Pactes“ im MAE, 9. 10. 1950 (Konzept HFM).

²⁸ Ebd., Bl. 293, François-Poncet an MAE, Tel. 5228/29, 11. 10. 1950, Réservé.

schlüsse der New Yorker Konferenzen hatten die Bundesregierung bewogen, vom Projekt der Bundespolizei als Antwort auf die Frage der deutschen Wiederbewaffnung Abstand zu nehmen. Wenngleich er nach außen hin den Anschein erweckte, „nichts zu tun und ruhig zu warten“²⁹, ließ Adenauer statt dessen insgeheim Planungen für einen militärischen Verteidigungsbeitrag in Angriff nehmen. Am 5. 10. trafen sich dazu seine militärischen Experten im Kloster Himmerod. Den politischen Rahmen für ihre Arbeit steckte Blankenhorn ab, indem er die Aufstellung einer nationalen Armee verwarf und sich für den Beitritt zu einer europäischen Armee aussprach, ohne die Entwicklung einer internationalen Streitmacht unter dem Dach der NATO völlig ausschließen zu wollen³⁰. Am 9. 10. legten die Militärberater als Ergebnis ihrer Beratungen ein Gutachten, die „Himmeroder Denkschrift“, vor. Darin plädierten sie für eine deutsche Truppenformation unter atlantisch-europäischem Oberbefehl, bestehend aus einem Heer mit 12 Divisionen, Fliegerverbänden und einer kleinen Küstenvorfeldmarine. Als nationale Führungsebene sahen die Militärs den Korpsverband vor; als zukünftige, weiterführende Integrationsform strebten sie eine supranationale Armee an³¹. In einer Rundfunkansprache betonte Adenauer am 11. 10. ausdrücklich, daß die Bundesregierung bisher keinerlei Verpflichtungen eingegangen sei und der Bundestag natürlich erst nach einer offiziellen Anfrage der Westmächte definitiv entscheiden könne³².

Derweil hatte sich Monnet mit seinem schon bei der Entwicklung der Montanunion erprobten Team um Hirsch, Uri, Clappier und Reuter daran gemacht, seine Vorstellungen von einem erweiterten Schuman-Plan in die Tat umzusetzen. Die Experten der Ministerien blieben erneut außen vor. Als wichtigster Ansprechpartner im Kabinett fungierte diesmal René Pleven, sein ehemaliger Assistent und jetziger Regierungschef, mit dem er täglich Kontakt hielt, um die Entwicklung seines Planes abzustimmen³³. Am 14. 10. wandte er sich an Schuman und riet ihm unter Hinweis auf die wachsenden Schwierigkeiten mit Hallstein in den Verhandlungen über die Montanunion dringend zu einer positiveren Haltung in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung. Die Fortsetzung der Widerstände führte seiner Meinung nach nur dazu, daß die Deutschen den französischen Kooperationswillen in Zweifel zögen und sich den USA zuwenden. Die mit dem Schuman-Plan begonnene europäischen Integration wäre damit ihrer Seele beraubt. Liefen die Dinge so, würde man sich eines Tages einem Kompromiß beugen, der Frankreich zwar die Führung gebe, Deutschland aber den Weg zur nationalen Armee ebnen. Monnet empfahl Schuman und auch Pleven, vor dem NATO-Treffen eine Erklärung abzugeben, in der sie sich für eine europäische Armee „unifiée du

²⁹ Adenauer an den preußischen Staats- und Finanzminister a.D. Klepper, 2. 10. 1950, Persönlich, Vertraulich, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 287.

³⁰ Vgl. Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 251; Wiggershaus, Entscheidung, S. 385 f.

³¹ S. Rautenberg/Wiggershaus, „Himmeroder Denkschrift“, Aufzeichnung Schwerin, 10. 10. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 370–372.

³² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 186, Bl. 298, François-Poncet an MAE, Tel. 5242/45, 11. 10. 1950; Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 12. 10. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 250–254; Rundfunkansprache dess., 11. 10. 1950, in: EA 1950, S. 3516 f.

³³ S. Monnet, Erinnerungen, S. 436 f.; Bougeard, René Pleven, S. 208; Vial, Jean Monnet, S. 216–219.

point de vue de son commandement, de son organisation, de son équipement et de son financement, et placée sous la direction d'une Autorité supranationale unique“ verwenden sollten. Zur Überwindung der vorhandenen Hemmnisse empfahl er, nach dem Abschluß der Schuman-Plan-Verhandlungen möglichst rasch mit der Integration der französischen, italienischen und BENELUX-Truppen zu beginnen und nach der Errichtung dieses Kerns in einer zweiten Phase deutsche Formationen aufzunehmen³⁴. Was ihm also vorschwebte, war etwas ganz anderes als das Konzept einer europäischen Koalitionsarmee, das im amerikanischen Denken vorherrschte und auch Adenauers Vorstellungen zugrunde lag.

Einen Tag später – aus Bonn war inzwischen die Meldung eingegangen, Adenauer habe das Ziel der Bundespolizei aufgegeben, weil sich ihm durch amerikanische Fingerzeige die Chance zum Aufbau militärischer Formationen eröffne³⁵ – legten Clappier und de Margerie dem amerikanischen Geschäftsträger Bohlen mit der Bitte um strikte Geheimhaltung die Grundzüge eines Moch vorenthaltenen Planes dar, den Schuman im Falle amerikanischer Unterstützung dem Kabinett am 18. 10. vorzulegen gedachte. Der Minister, so betonte sein Kabinettschef ohne jeglichen Hinweis auf die laufenden Studien der Monnet-Gruppe, trage sich mit dem Gedanken, nach dem erfolgreichen Abschluß der EGKS-Verhandlungen eine Initiative ähnlich dem Schuman-Plan zu verkünden, die die Schaffung einer kontinentalen Armee im Rahmen der NATO umfasse. Frankreich stimme einer Prüfung der Möglichkeit zur Einbeziehung deutscher Truppen zu, wobei die Implementierung frühestens im Juli 1952 beginnen könne, sofern die Aufstellung der anvisierten zehn französischen Divisionen bis Ende 1951 absehbar sei. In seiner Kommentierung meldete Bohlen trotz aller positiven Einschätzung über den europapolitischen Schub dieser Pläne erhebliche Bedenken an: Der westdeutsche Verteidigungsbeitrag würde weiter verzögert, die USA blieben aus den Verhandlungen ausgeschlossen, und die britische Teilnahme hielt er für höchst unwahrscheinlich³⁶. Mit diesen Vorbehalten lag er ganz auf der Linie seiner Regierung, die am 13. 10. einen eigenen Plan zur militärischen Integration der Bundesrepublik auf der Basis einer atlantisch-europäischen Verteidigungsstreitmacht vorlegte³⁷. Zwar wichen die dort skizzierten „balanced ground divisions“³⁸ in Umfang und Aufgabe erheblich von den Bonner Vorstellungen ab. Washington hielt aber ohne Abstriche an den alten Forderungen fest und konnte sich daher der von Paris erbetenen Unterstützung nur verweigern. Zwar zeigte Acheson sich dazu bereit, die Anwendung des Schuman-Plans auf den militärischen Sektor prinzipiell in Betracht zu ziehen. Er verwarf aber das Konzept

³⁴ Monnet an Schuman, 14. 10. 1950, Entwurf, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 61–63, hier S. 63; s.a. Monnet, Erinnerungen, S. 437 f.; Schröder, Jean Monnet, S. 157; Vial, Jean Monnet, S. 219 u. 223.

³⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 186, Bl. 330, François-Poncet an MAE, Tel. 5340/41, 13. 10. 1950.

³⁶ S. Bohlen an Acheson, Tel. 2009, 15. 10. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 377–380; Harvey an Bevin, Tel. 267, 11. 10. 1950, Immediate, Secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 154 f.; Steininger, Wiederbewaffnung, S. 253 f.

³⁷ S. Mathews an Acheson, 14. 10. 1950, Top secret, nebst Anlagen, 13. 10. 1950, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 371–377; Wiggershaus, Entscheidung, S. 390.

³⁸ Papier des NATO-Verteidigungsausschusses D.C. 29, Top secret, Cosmic, 26. 10. 1950, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 406–410, hier S. 407.

Schumans, weil es zu unbestimmt war und jegliche Lösung des Problems um Monate verzögerte³⁹.

Trotz der amerikanischen Widerstände gaben Schuman und Pleven Monnet am 16. 10. grünes Licht. Für den folgenden Tag war eine Parlamentsdebatte über Indochina angesetzt, der eine Aussprache über Deutschland folgen sollte. Es blieb also nur wenig Zeit zur Ausarbeitung eines schlüssigen Konzeptes, und sie waren offenbar froh, von Monnet schon den Entwurf einer Regierungserklärung zu bekommen⁴⁰. Auch in Bonn erwartete man ungeduldig konkrete Vorstellungen zur Verteidigungsfrage. Wenn Frankreich, so betonte Blankenhorn gegenüber Bérard am 17. 10., die Schaffung einer europäischen Armee unter alliierter Kommando vorschläge, werde sich die Bundesrepublik dieser Lösung anschließen. Zum Entsetzen des stellvertretenden Hohen Kommissars verlangte der Ministerialdirektor dann die deutsche Teilnahme auf der Korpssebene, woraufhin Bérard ihm ziemlich entgeistert vorhielt, wie entmutigend dieser „aspect insatiable du caractère allemand“ auf Frankreich wirke. Doch Adenauers Adlatus gab ziemlich ungerührt zurück, daß die französischen Militärexperten die Vorteile derartiger Einheiten gewiß erkennen würden⁴¹. Angesichts derartiger, von amerikanischer Seite offenbar gedeckter Unverfrorenheiten gab es für den französischen Diplomaten nur eine Schlußfolgerung: Der Kanzler versuchte die Westmächte offenbar mit Unterstützung des Oppositionsführers in die Position des Bittstellers hineinzumanteln, um die Bedingungen höherzuschrauben. Allerdings drängten nach seinem Dafürhalten nicht Adenauer und Schumacher zur Wiederbewaffnung, sondern eine unheilige Allianz aus amerikanischen Militärs und ehemaligen Wehrmachtsgenerälen. Dem Kanzler hielt er zugute, im militärischen wie im ökonomischen Sektor eine deutsch-französische Lösung der europäischen Probleme zu wünschen. Bérard plädierte daher abermals dafür, den Vorschlag einer „armée européenne intégrée“ mit erheblichen amerikanischen Kontingenten vorzulegen. Denn sonst werde man sich eines Tages der Gefahr ausgesetzt sehen, „à nous battre, sinon pour le roi de Prusse, du moins pour la reconquête de la Prusse“⁴².

Im Quai d'Orsay rang man sich nun zu der Einsicht durch, daß es nicht mehr darum gehe, ob die Bundesrepublik wiederbewaffnet würde oder nicht, sondern darum, welche Rolle Frankreich dabei spiele. Selbst Seydoux sah nun für die Grande Nation die Möglichkeit, als „champion de la création d'une armée européenne“ aufzutreten, die in eine atlantische Streitmacht integriert und einem französischen Kommando unterstellt werden sollte. Freilich machte er einen solchen Plan von einem Forderungskatalog mit bisher noch nicht gekanntem Umfang abhängig; nochmalige Überprüfung der in New York beschlossenen Sofortmaßnahmen; Priorität der Aufrüstung der Brüsseler-Pakt-Staaten; Verbot eines deutschen Generalstabes; Untersagung zur Produktion schwerer Rüstungsgüter auf deut-

³⁹ S. Acheson an Paris, Tel. 1970, 17. 10. 1950, Top secret, in: ebd., S. 384f.; Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 205f.

⁴⁰ S. Monnet, Erinnerungen, S. 438f.; Schröder, Jean Monnet, S. 158–161; Vial, Jean Monnet, S. 219f.

⁴¹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 187, Bl. 6–8, Bérard an MAE, Tel. 5398/404, 17. 10. 1950, Urgent, Réservé.

⁴² Ebd., Bl. 15–19, ders. an dass., Tel. 5421/32, 17. 10. 1950, Priorité absolue, Réservé; s.a. ebd., Bl. 30–32, ders. an dass., Tel. 5462/66, 18. 10. 1950, Secret, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 352f., Tb. 17. 10. 1950.

schem Boden; Beschränkung der Aufstellung deutscher Truppen auf die Infanterie bis zur Regimentsstärke; Bewahrung der alliierten höchsten Gewalt in Deutschland; Abschluß des Schuman-Plans; Stationierung der amerikanischen und englischen Soldaten in Deutschland auf unbestimmte Zeit; Überzahl der alliierten Truppen in Deutschland im Vergleich zu den westdeutschen Einheiten in einem Verhältnis von 2:1 und – last but by no means least – Auflösung und Abrüstung der deutschen Verbände im Fall einer internationalen Détente vor einem etwaigen Abzug der Verbündeten⁴³.

Der Durchbruch für eine solche Europa-Armee war damit in Paris aber noch immer nicht erreicht. Geradezu beschwörend redete der Botschafter in London, Massigli, am 18. 10. auf den Permanent Under-secretary of State im Foreign Office, William Strang, ein, die amerikanische Politik nicht zu unterstützen. Denn sie führe unweigerlich dazu, daß die Deutschen Briten und Franzosen in einen Krieg gegen die Sowjetunion zerrten, um die Ostgebiete zurückzuerobern⁴⁴. Auch Moch zeigte sich wieder völlig unnachgiebig. Dezidiert lehnte er eine Entscheidung über die deutsche Wiederbewaffnung auch für die Zukunft ab, drohte gar mit Rücktritt und dem Sturz der Regierung, wenn das Kabinett den amerikanischen Forderungen nachgebe⁴⁵. Entsprechend starrköpfig verhielt sich der Verteidigungsminister Mitte Oktober in den Finanzverhandlungen mit dem Pentagon und meinte, das Sicherheitsproblem durch die Aufstellung von zwanzig zusätzlichen französischen Divisionen beheben zu können⁴⁶. Unbeeindruckt von den Erläuterungen seines Kollegen Marshall machte Moch keinen Hehl aus seiner Abneigung gegenüber den Deutschen, die er für völlig unzuverlässige Bundesgenossen hielt. Wenn Moskau auf eine Wiederbewaffnung der Bonner Republik mit einer Friedensoffensive antworte, „Germany would, as always, side with the strongest force“. Falls Frankreich am 28. 10. im NATO-Verteidigungsausschuß gezwungen werde, mit Ja oder Nein zu antworten, werde die Antwort Nein sein, denn in der Nationalversammlung gebe es eine 10:1-Mehrheit gegen die deutsche Aufrüstung. Doch Marshall ließ sich nicht von seinem Kurs abbringen und wies auch rundweg Mochs Ansinnen zurück, die französische Einwilligung noch einmal zu vertagen⁴⁷. Der Mißerfolg der Finanzgespräche war angesichts dieser fundamentalen Meinungsunterschiede nicht verwunderlich⁴⁸.

Für die weniger Halsstarrigen unter den französischen Politikern war damit endgültig klar, daß man die offizielle Zustimmung zum Prinzip des deutschen Militäraufbaus unverzüglich aussprechen mußte, wollte man nicht den Bruch mit Washington, das Ende der europäischen Integration und die eigene Isolation riskieren. Eine Verschärfung der Spannungen mit der Sowjetunion tat ihr übriges. Am 20./21. 10. konferierten die Warschauer-Pakt-Staaten in Prag und veröffent-

⁴³ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 187, Bl. 34–37, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 18. 10. 1950 (Konzept FS).

⁴⁴ Vgl. Steininger, Wiederbewaffnung, S. 238–240.

⁴⁵ S. Harvey an Bevin, Tel. 268, 11. 10. 1950, Immediate, Secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 156 f.

⁴⁶ S. Unterredung zwischen französischen und amerikanischen Ministern vom 13. 10. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 1396–1401; Moch, Histoire, S. 110–113.

⁴⁷ Unterredung zwischen Marshall und Moch vom 16. 10. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 1412–1416, hier S. 1412 f.; Moch, Histoire, S. 120–122.

⁴⁸ Vgl. Wiggershaus, Entscheidung, S. 393; Moch, Histoire, S. 122 f.

lichten zum Abschluß eine Erklärung, in der sie die Westmächte nach heftigen Angriffen gegen die New Yorker Entscheidungen zur Fortsetzung der Demilitarisierung Deutschlands aufforderten⁴⁹. Da die Hoffnung auf eine Verständigung mit der Sowjetunion somit zerstoß, trieb Frankreich angesichts der Verschärfung der Situation in Vietnam die deutsche Einbeziehung in das westliche Verteidigungssystem selbst voran. Am 21. 10. befürwortete der Conseil des Ministres nach stundenlangen Diskussionen einstimmig die von Plevén präsentierte supranationale Lösung der westdeutschen und westeuropäischen Verteidigung. Selbst Auriol und Moch stimmten *volens volens* zu⁵⁰. Einen Tag nach der Unterrichtung der amerikanischen Regierung⁵¹ verkündete Plevén am 24. 10. von der Tribüne der Nationalversammlung das französische Konzept. In dem Bemühen, „die Bundesrepublik zu bewaffnen, ohne sie militärisch aufzurüsten; deutsche Soldaten auszuheben, ohne eine deutsche Armee aufzustellen“⁵², glaubte er einen Weg zwischen Scylla und Charybdis gefunden zu haben. Ganz wie sein ehemaliger Patron Monnet empfohlen hatte⁵³, stellte der Regierungschef seine Idee in die Kontinuität der vom Schuman-Plan ausgehenden französischen Europapolitik: Aufbau einer europäischen Armee mit deutschen Truppen bei vollständiger Verschmelzung der Mannschaften und Ausrüstung unter einer einheitlichen politischen und militärischen Autorität. Die Führung der gemeinsamen Armee übertrug er einem den beteiligten Regierungen bzw. einem Ministerrat und einer europäischen Versammlung verantwortlichen Verteidigungsminister. Die vorhandenen nationalen Armeen gedachte er nur soweit zu integrieren, wie sie nicht anderen Bedürfnissen Rechnung trügen. Die Integration sollte auf der Basis der kleinstmöglichen Einheit, unterhalb der Divisionsebene, erst nach der Unterzeichnung des Montanvertrags, der Ernennung des europäischen Verteidigungsministers und der Wahl der parlamentarischen Versammlung erfolgen⁵⁴. Wie Moch kurz darauf gegenüber Marshall präziserte, beabsichtigte Frankreich, den Umfang der deutschen Verbände in nationalgemischten Verbänden auf Kompanie-, höchstens aber Bataillonsstärke zu beschränken. Nur vage sprach Plevén in seiner Regierungserklärung davon, die Armee mit den politischen Institutionen des geeinten Europa zu verbinden. Präzise Angaben über das Verhältnis zwischen NATO und der Europa-Armee fehlten, ebenso über die Entscheidungsmechanismen des Ministerrates und die Kompetenzen der als weiteres Kontrollorgan genannten parlamentarischen Versammlung. Im Kern zielte diese Konstruktion darauf ab, die Wiedererrichtung einer nationalen deutschen Armee und damit den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO zu verhindern, die nach Plevén und

⁴⁹ S. Erklärung der Warschauer-Pakt-Staaten, in: EA 1950, S. 3560–3562.

⁵⁰ S. Auriol, Septennat, S. 298 f., Tb. 23. 10. 1950; Moch, Histoire, S. 131–133; s.a. die Zusammenfassung der Sitzung vom 19. 10. 1950 bei Lapie, De Blum à de Gaulle, S. 354.

⁵¹ Vgl. Wiggershaus, Entscheidung, S. 394.

⁵² Mai, Sicherheitspolitik, S. 77.

⁵³ S. Monnet an Plevén, 21. 10. 1950, in: Roussel, Jean Monnet, S. 587.

⁵⁴ S. Regierungserklärung Plevéns in der Assemblée Nationale, 24. 10. 1950, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1950, Bd. 8, S. 7118 f., in deutscher Übersetzung in: EA 1950, S. 3518–3520. Die beiden letzten Punkte erwähnte Plevén erst in seinem Schlußwort am 25. 10. 1950 (JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1950, Bd. 8, S. 7219–7222); s.a. PA, Abt. 3, AZ 230–07, Bd. 2, Aufzeichnung Feihl, 31. 10. 1950; Clesse, Projet, S. 106–108.

Moch die unvermeidliche Folge der amerikanischen Pläne gewesen wäre⁵⁵. Sie konnte damit von Moskau auch nicht als Provokation begriffen werden und verhinderte durch die feste Integration der Truppen eine deutsche Schaukelpolitik zwischen Ost und West.

Es waren die Bonn in vielerlei Hinsicht diskriminierenden und die dilatorischen Elemente des Pleven-Plans, die die Ressentiments im Palais Bourbon auffingen und der Regierung am frühen Morgen des 26. 10. bei 21 Enthaltungen eine Mehrheit von 348 gegen 224 Stimmen, vor allem Kommunisten und Gaullisten, bescherten⁵⁶. Die Kommunisten wetterten gegen die Europa-Armee, weil sie darin eine gezielte Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion erblickten⁵⁷. Und de Gaulle lehnte eine supranationale Streitmacht ab, weil er die Aufgabe nationaler Streitkräfte für den Aufbau deutscher Truppen als zu hohen Preis bewertete. „A une France ferme et forte, dans une Europe organisée et dont elle serait le centre, la participation éventuelle de contingents allemands d'occident à la bataille interalliée de l'Elbe ne pourrait paraître alarmante“⁵⁸. Auch der französische Generalstab, der nicht konsultiert worden war, beugte sich den Vorgaben der Politik nur widerwillig⁵⁹. Deutsche Diplomaten vor Ort gewannen nach der Abstimmung den bemerkenswerten Eindruck, als ob das Publikum dem Problem „weit positiver“ gegenüberstünde als die Parlamentarier oder die Kabinettsmitglieder⁶⁰ und die Wiederbewaffnung Deutschlands letztlich für „unvermeidlich“ hielt⁶¹.

Der Pleven-Plan, so erkannte bereits Raymond Aron vor vierzig Jahren in bekannt hellstichtiger Weise, war das Ergebnis mehrerer Kompromisse: zwischen der Abneigung der Regierung und des Parlaments gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung und dem äußeren, vor allem amerikanischen Druck; zwischen jenen Ministern, die wie Moch die Remilitarisierung des ehemaligen Kriegsgegners kategorisch ablehnten und jenen, die wie Schuman und Pleven auf die europäische Integration setzten und an die Theorie der spezialisierten Gemeinschaften mit supranationalen Funktionen als Methode der europäischen Einigung glaubten. Indem letztere dieses Modell auf den Sicherheitssektor übertrugen, beschworen sie mittel- und langfristige Gefahr herauf, die populäre Idee der europäischen Einigung durch die unpopuläre des deutschen Wehrbeitrags in Mitleidenschaft zu ziehen⁶². Kurzfristig erzielten sie indes einen nicht unbeträchtlichen Erfolg. Der Plan, der mittelfristig auf die für 1951 anstehenden Parlamentswahlen zielte, ver-

⁵⁵ S. Acheson an Paris, Tel. 2248, 27. 10. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 410–412; Rede Plevens in Lyon, in: AdG 1950, S. 2650G; Pressekonferenz Mochs, 1. 11. 1950, in: Moch, Histoire, S. 399–043; Guillen, Frankreich und die NATO-Integration, S. 429; Wiggershaus, Entscheidung, S. 394.

⁵⁶ S. JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1950, Bd. 8, S. 7229; zu den unterschiedlichen Standpunkten der Parlamentarier s. etwa den Wortwechsel zwischen Teitgen und Cot, 25. 10. 1950, in: ebd., S. 7204–7206.

⁵⁷ Vgl. Bjøl, La France, S. 236f.

⁵⁸ Rede de Gaulles auf dem Conseil National des RPF, 21. 10. 1950, in: de Gaulle, Discours, Bd. 2, S. 383–390, hier S. 388; s.a. Larcen, Armées, S. 26–28; Latte, Europapolitik, S. 67–73; Charlot, Gaullisme, S. 280f.

⁵⁹ Vgl. Guillen, Generalität, S. 130f.; Speidel, Zeit, S. 280f.

⁶⁰ PA, Abt. 3, AZ 230–07, Bd. 2, von Kessel an dass., 230–07 Nr. 856 Ang. II, 29. 10. 1950.

⁶¹ Ebd., Hausenstein an dass., 230–07 Nr. 856 Ang. III, 9. 11. 1950.

⁶² S. Aron, Esquisse historique, S. 2f.

hinderte sowohl einen Konflikt im französisch-amerikanischen Verhältnis⁶³ als auch den Ausbruch einer Regierungskrise, weil die meisten Sozialisten die Aufstellung deutscher Truppen nur im Rahmen einer europäischen Armee mittragen wollten⁶⁴. Drei Fraktionen sollten sich in der SFIO herausbilden; jene die das Ziel der Sicherheit vor Deutschland an die erste Stelle setzten wie Auriol oder Moch; eine kleine Gruppe, für die die Sicherheit vor der Sowjetunion vorrangig war, und die überwiegende Mehrheit die den Zielkonflikt nicht eindeutig beantwortete, aber entschieden gegen eine nationale deutsche Armee und für die Schaffung einer europäischen Streitmacht mit deutschen Einheiten plädierte⁶⁵.

Ein „erklärungs- und ergänzungsbedürftiges“ Sicherheitskonzept

Obwohl Frankreich mit dem Plevén-Plan zahlreiche Punkte der amerikanischen Vorstellungen akzeptierte und auch der supranationale Ansatz oder der implizite Schutz vor einem erstarkenden Deutschland allenthalben auf Wohlgefallen stoßen konnten, bot das Konzept große Angriffsflächen. Kritik mußten zum einen die vorgeschlagenen Modalitäten auslösen, die offensichtlich auf die Verzögerung der Aufstellung deutscher Einheiten ausgerichtet waren und ein hohes Risiko in sich bargen, nämlich das Scheitern des Gesamtplanes und damit des supranationalen Prinzips⁶⁶. Beanstandungen riefen zum anderen jene Elemente hervor, die auf eine Benachteiligung der Deutschen hinausliefen. Kaum verhüllt hatten die Urheber ihre Absicht, sie von der Mitgliedschaft in der NATO und damit von der politischen Souveränität auszuschließen⁶⁷. Die Bundesrepublik sollte als einziges Teilnehmerland nicht zur atlantischen Allianz gehören, keinen eigenen Generalstab oder Verteidigungsminister und auch keine Truppen außerhalb der Europa-Armee haben. Ein weiteres großes Manko lag in der zweifelhaften militärischen Effizienz nationalgemischter Divisionen, die ja, wie erwähnt, auch im Quai d'Orsay in Frage gestellt wurde. Ein geheimes Papier über die geplanten militärischen Details, das der NATO am 2. 11. übergeben wurde, läßt weitere Einseitigkeiten erkennen. Frankreich forderte darin den Verbleib der vorhandenen Luft- und Seestreitkräfte in nationaler Verfügungsgewalt und den Aufbau zusätzlicher europäischer Luftstreitkräfte erst zu einem späteren Zeitpunkt; neue Seestreitkräfte sollte es offenbar gar nicht geben⁶⁸. Schwebte den Protagonisten des Plans tatsächlich als „unausgesprochene[s] Kalkül im Hintergrund“ vor, nach der Gewöhnung an deutsche Truppen später gewisse rechtliche Ungleichheiten zu beseitigen⁶⁹? Oder vernebelt diese Unterscheidung zwischen taktischem Moment und langfristiger Zielsetzung nicht allzusehr die Tatsache, daß es sich um ein „unausgeglichenes Dokument voller Widersprüche“ handelte⁷⁰? Beide Auffassungen scheinen ein Korn Wahrheit zu enthalten. Schuman selbst beteuerte gegenüber Hallstein am 24. 10.,

⁶³ S. PA, Abt. 3, AZ 230–07, Bd. 2, Hausenstein an DfAA, 230–07 Nr. 856 Ang.III, 8. 11. 1950.

⁶⁴ S. ebd., von Kessel an dies., 230–07 Nr. 856, 25. 10. 1950.

⁶⁵ Zur Haltung der SFIO zum Plevén-Plan vgl. Loth, Sozialismus, S. 284–286; Quilliot, S. F.I.O., S. 480f.; s.a. Sitzung der SFIO-Fraktion, 19. 10. 1950, im Auszug in: BDFD III, S. 302–306.

⁶⁶ Vgl. Loth, Sozialismus, S. 286; Wiggershaus, Entscheidung, S. 395 f.

⁶⁷ S. Seydoux, Erinnerungen, S. 153; Wettig, Entmilitarisierung, S. 369.

⁶⁸ Vgl. Wiggershaus, Entscheidung, S. 395.

⁶⁹ Loth, Sozialismus, S. 284.

⁷⁰ Zieburg, Beziehungen, S. 101.

die supranationale militärische Integration müsse eigentlich am Ende der europäischen Einigung stehen⁷¹. Drei Tage später versicherte er McCloy, das französische Konzept sei gewiß „erklärungs- und ergänzungsbedürftig“; die deutsche Beteiligung müsse natürlich „auf gleichberechtigter Basis ohne jede Diskriminierung“ erfolgen⁷².

Dennoch lösten Frankreichs Vorstellungen über die zukünftige europäische Verteidigungsstruktur im Ausland einen einhelligen Aufschrei der Empörung aus. Der britische Verteidigungsminister Shinwell nannte den Plan „militärischen Blödsinn und politischen Wahnsinn“⁷³. Die meisten westlichen Politiker, namentlich Acheson, sahen in dem Vorstoß bloß einen Sabotageakt, um die geplante atlantische Streitmacht zu vereiteln⁷⁴. Die völlig negative Haltung der NATO-Staaten stimmte ganz mit den Reaktionen am Rhein überein. Da half es auch nichts, daß Schuman Hallstein die Regierungserklärung Plevens vorab gegeben und betonte hatte, der Plan sei zwar „nicht ganz befriedigend“ für Bonn, aber verhandelbar⁷⁵. Trotz dieser beschwichtigenden Worte bewertete Adenauer die französische Initiative im Kreise seiner Mitarbeiter am 25. 10. „völlig negativ“. Er beklagte sich über die Verbindung mit dem Schuman-Plan, die Benachteiligung der deutschen Kontingente und die erneute Verschiebung der Aufstellung deutscher Truppen. Obwohl die anglo-amerikanischen Hohen Kommissare diese Einschätzung teilten, hielt der Kanzler es für ratsam, sich vorläufig weder öffentlich noch inoffiziell zu äußern, um die Verhandlungen in Washington nicht zu beeinflussen⁷⁶. Sein Vorsatz hielt zwei Tage. Am 27. 10. empfing er eine kleine Anzahl von Pressevertretern zum Tee, strich erneut die diskriminierenden Elemente des französischen Projekts heraus und ließ deutlich erkennen, daß er sich einen deutschen Wehrbeitrag nur „auf der Basis des amerikanischen Plans der europäischen Armee mit einheitlichem Oberkommando unter gleichberechtigten Voraussetzungen und finanziellen Zuwendungen“ vorstellen konnte⁷⁷. Als er dann am Tage darauf öffentlich Stellung bezog, vermied er ein klares „Nein“, sprach aber von „Fehler[n] und Unklarheiten“, die von französischer Seite ausgeräumt werden mußten, und beharrte auf dem Postulat der völligen Gleichberechtigung⁷⁸.

Angesichts des verheerenden internationalen Echos auf den Pleven-Plan war der Ausgang der am 28. 10. beginnenden Tagung des NATO-Verteidigungsaus-

⁷¹ PA, B 14, SFPP, Bd. 6, Aufzeichnung Hallstein, 24. 10. 1950, Geheim.

⁷² Zitiert nach: BA, NL Blankenhorn, Bd. 6, Bl. 58 f., Aufzeichnung Blankenhorn, 28. 10. 1950; vgl. AMAE, PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 70, Bl. 94–98, MAE an London, Tel. 10597/609, 28. 10. 1950, *Très secret, Réservé, Sans diffusion, Priorité absolue*; Kirkpatrick an Bevin, Tel. 1548, 28. 10. 1950, *Immediate, Secret*, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 228–230.

⁷³ Zitiert nach: Steininger, *Wiederbewaffnung*, S. 267; zur ausländischen Reaktion vgl. Schröder, Jean Monnet, S. 161–163.

⁷⁴ S. Unterredung zwischen Acheson und Bonnet vom 25. 10. 1950, *Secret*, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 403 f.; Rupieper, *Verbündeter*, S. 113.

⁷⁵ PA, B 14, SFPP, Bd. 6, Aufzeichnung Hallstein, 24. 10. 1950, Geheim.

⁷⁶ BA, NL Blankenhorn, Tb. 25. 10. 1950, im Auszug in: BDFD I, S. 383 f., hier S. 383. In der veröffentlichten Fassung dieser Tagebuchaufzeichnung ließ Blankenhorn die Kritik des Kanzlers moderater ausfallen (Blankenhorn, *Verständnis*, S. 115 f.); s.a. Unterredung zwischen Blankenhorn und Bérard vom 26. 10. 1950, in: AAPD 1949/50, S. 389 f.

⁷⁷ Adenauer, *Teegespräche 1950–1954*, S. 14, Tee-Empfang, 27. 10. 1950.

⁷⁸ Presseerklärung Adenauers, 28. 10. 1950, in: AdG 1950, S. 2650 G; s.a. Interview dess. mit „UP“, in: ebd., S. 2652 F; Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 372.

schusses fast vorprogrammiert. Deutschen Diplomaten kam die Billigung des Plans durch die Assemblée Nationale bereits wie ein „Pyrrhus-Sieg“ der Regierung vor⁷⁹. Denn Pleven hatte zum Abschluß der Parlamentssitzung am 25. 10. sich jede Infragestellung der Grundbedingungen seines Vorschlages verboten⁸⁰ und Mochs Verhandlungsposition schwer belastet⁸¹. Der Verteidigungsminister selbst sah diese Erklärung indes nicht als Ballast, sondern als Chance, denn nunmehr war er in der Lage, den amerikanischen Plänen Paroli bieten zu können⁸².

Zunächst sah er sich indes heftigen Angriffen seiner Kollegen ausgesetzt. Sowohl die militärische Zweckmäßigkeit als auch die politischen Implikationen des Pleven-Plans wurden mehr oder weniger scharf abgelehnt. Moch, dem Pleven noch gute Aussichten auf die Billigung seines Konzeptes in Aussicht gestellt hatte⁸³, zog sich daher auf die Defensive zurück und berief sich auf seine Instruktion, die ihm jede Diskussion über die amerikanischen Vorstellungen verwehrte und einer Zustimmung zur westdeutschen Wiederbewaffnung nur auf der Basis des französischen Plans erlaubte⁸⁴. Ganz in Schwarz gekleidet, saß seine Frau hinter ihm, so als ob sie ihn vor einem Verrat am ermordeten Sohn bewahren wollte⁸⁵. Dem Gremium blieb schließlich nichts anderes übrig, als die Frage am 30. 10. zur weiteren Beratung an den Rat der Stellvertreter und an den Militärausschuß der NATO zu verweisen. Einen Tag später bestand Marshall darauf, auch das amerikanische Verhandlungspaket an den Militärausschuß zurückzugeben. Seine Kollegen verstanden dies als Zeichen dafür, daß die amerikanischen Truppenverstärkungen für Europa erst nach einer Entscheidung über den deutschen Rüstungsbeitrag erfolgen würden⁸⁶.

Frankreich hatte damit eine Entscheidung über die westdeutsche Bewaffnung erneut hinausgezögert, sein Konzept aber nicht durchgesetzt und auch die dringend benötigten amerikanischen Hilfsleistungen blockiert. Für Moch bedeutete dieses Ergebnis ein doppeltes Desaster. Obwohl er das amerikanische Konzept zur Wiederbewaffnung Deutschlands politisch und psychologisch für einen schwerwiegenden Fehler hielt, blieb ihm keine andere Wahl, als dem Kabinett die Undurchsetzbarkeit des Pleven-Plans einzugestehen⁸⁷. Das brachte ihm dort wiederum den Vorwurf ein, Frankreich mit seiner Verhandlungsführung in der NATO isoliert zu haben⁸⁸. Im Quai d'Orsay begann sofort die Suche nach einem

⁷⁹ PA, Abt. 3, AZ 230-07, Bd. 2, von Kessel an DfAA, 230-07 Nr. 856, 29. 10. 1950.

⁸⁰ S. Rede Plevens in der Assemblée Nationale, 25. 10. 1950, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1950, Bd. 8, S. 7219-7222.

⁸¹ S. PA, Abt. 3, AZ 230-07, Bd. 2, von Kessel an DfAA, 230-07 Nr. 856 Ang. II, 29. 10. 1950.

⁸² Laut Presseberichten äußerte Moch vor seinem Abflug in die USA: „Jetzt nach der Kammerabstimmung bin ich in der Lage, auch Nein zu sagen!“ (Zitiert nach: ebd., Aufzeichnung Feihl, 2. 11. 1950).

⁸³ Vgl. Vial, Jean Monnet, S. 222.

⁸⁴ S. Acheson an Paris, Tel. 2264, 29. 10. 1950, Top secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 415-418; Marshall an Lay, Memorandum, 8. 11. 1950, Top secret, in: ebd., S. 438 f.; Moch, Histoire, S. 158-172 u. 389-394; Wettig, Entmilitarisierung, S. 376-379.

⁸⁵ Vgl. Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 208.

⁸⁶ S. Acheson an Paris, Tel. 2289, 30. 10. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 418-423; ders. an dass., Tel. 2313, 31. 10. 1950, Top secret, in: ebd., S. 423-426; Moch, Histoire, S. 173-215 u. 389-394; Wettig, Entmilitarisierung, S. 379-383.

⁸⁷ S. Moch, Histoire, S. 209 f.

⁸⁸ S. Unterredung zwischen Auriol und Reynaud vom 30. 11. 1950, in: Auriol, Septennat, S. 306-309.

Ausweg aus der „diplomatische[n] Sackgasse“, bei der man sich nicht davor scheute, den Verteidigungsminister zu desavouieren. Französische Regierungskreise, so meldete die Presse Anfang November, legten Wert auf die Feststellung, daß die von Moch genannten Obergrenzen für deutsche Einheiten dessen rein persönliche Auffassung wiedergäben⁸⁹.

Derweil hielt sich Bonn mit öffentlichen Stellungnahmen zurück. François-Poncet, der Adenauer im Auftrag seines Ministers am 30. 10. am Krankenbett aufsuchte, gewann den Eindruck, er schiebe eine eindeutige Stellungnahme auf, um die Reaktion von Acheson abzuwarten⁹⁰. So ganz sicher war sich der Kanzler eben nicht, ob die Angelsachsen an der atlantischen Orientierung einer deutschen Aufrüstung festhielten. Außerdem konnte er es sich kaum leisten, Frankreich zu brüskieren, da seine gesamte Politik auf der Verständigung mit dem Nachbarn ruhte⁹¹. Auch die innenpolitische Lage gebot zur Zurückhaltung, da die Opposition sich in ihrer Kritik am Pleven-Plan keine diplomatische Zurückhaltung auferlegte. Schumacher reagierte geradezu mit einer öffentlichen „Kriegserklärung an Adenauer und die Westmächte“⁹², lehnte die Wiederbewaffnung unter den gegebenen Umständen kategorisch ab und verlangte als *conditio sine qua non* für eine deutsche Entscheidung über einen Militärbeitrag eine Grundgesetzänderung und Neuwahlen⁹³. In der Fraktionssitzung am 1. 11. beklagte er sich darüber, die Europaidee sei bloß ein „mißbrauchtes nationalpolitisches Instrument“. Kardinalvoraussetzung einer Remilitarisierung sei die Ausschaltung der Gefahr, Deutschland als „Vorfeld der Verteidigung fremder Vaterländer“ auszunutzen⁹⁴. Implizit blieb er aber bei seiner konditionierten Zustimmung zur deutschen Wiederbewaffnung. Während Carlo Schmid es besser fand, „es werden heile Menschen in heilen Häusern bolschewisiert als Krüppel in Erdlöchern“⁹⁵, lehnte Schumacher den Frieden um jeden Preis ab, weil man dann „als Soldat der Russen von der Freiheit um jeden Preis träumen“ würde⁹⁶.

In der FDP kristallisierte sich ebenfalls eine bedingt positive Einschätzung des Wehrbeitrags heraus. Allerdings sahen die Liberalen noch keinen Entscheidungsbedarf, verlangten zunächst einmal, die Frage des Besatzungsstatuts und der Sicherheitsgarantie zu klären, und forderten prinzipiell die Gleichberechtigung gegenüber den Truppen der Verbündeten⁹⁷.

Daß der Kanzler vor dem Hintergrund dieser positiven Grundstimmung in den deutschen Parteien dem französischen Außenminister habe helfen und ihn gegen die Forderungen nach Ebenbürtigkeit und Vorwärtsverteidigung in Schutz neh-

⁸⁹ PA, Abt. 3, AZ 230–07, Bd. 2, Aufzeichnung Feihl, 6. 11. 1950.

⁹⁰ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 356, Tb. 30. 10. 1950.

⁹¹ Vgl. Wettig, Entmilitarisierung, S. 373.

⁹² Steininger, Wiederbewaffnung, S. 274.

⁹³ Zur Presseerklärung Schumachers vom 24. 10. 1950 vgl. ebd., S. 274 f.; AdG 1950, S. 2641C.

⁹⁴ Rede dess. in der SPD-Fraktionssitzung, 1. 11. 1950, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 1. Teilbd., S. 199 u. 201.

⁹⁵ Rede Schmidts in München, 22. 10. 1950, in: AdG 1950, S. 2638G; s.a. Weber, Carlo Schmid, S. 442 f.

⁹⁶ Rede Schumachers in der SPD-Fraktionssitzung, 1. 11. 1950, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 1. Teilbd., S. 201.

⁹⁷ Vgl. Jeutter, EWG, S. 98 f.; Wagner, FDP, S. 79–88.

men müssen, wie etwa Poidevin ex post meint⁹⁸, kann kaum überzeugen. Paris beilegte sich denn auch zu versichern, der Pleven-Plan diene nicht dazu, Bonn „dauernd zu diskriminieren“⁹⁹. Schuman bemühte sich gar am 5. 11. in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ den Eindruck zu erwecken, als ob nicht das französische Projekt, sondern die amerikanische Konzeption für die Bundesrepublik von Nachteil sei, da sie sie nicht in den Kreis der Entscheidungsträger der NATO aufnehmen wolle. Der Pleven-Plan, so die Botschaft des Ministers, liege weitaus mehr im deutschen Interesse. Bei seiner Umsetzung seien die Deutschen „von vornherein gleichberechtigt“, und nach einer gewissen Übergangszeit würden alle für die europäische Verteidigung vorgesehenen Truppen der Mitgliedsländer in die europäische Armee integriert¹⁰⁰.

Am Tage der Veröffentlichung dieses Pressegesprächs suchte François-Poncet Adenauer erneut auf, um ihm die Vorzüge des französischen Verteidigungskonzepts darzulegen. Entsprechend einem Zirkulartelegramm seiner Zentrale¹⁰¹ dementierte er abermals jegliche Benachteiligung für die deutschen Soldaten und betonte, daß die Staaten mit überseeischen Territorien ihre nationalen Truppenteile nur vorläufig behielten. Der Kanzler bedauerte dennoch, wie wenig Frankreich dem psychologischen Sicherheitsbedürfnis Westdeutschlands Rechnung trüge, erklärte sich aber trotz aller Bedenken im Interesse einer europäischen Integration bereit, grundsätzlich am Pleven-Plan mitzuwirken¹⁰². Diese konziliante Haltung erklärt sich nicht zuletzt aus Vermittlungsbemühungen McCloy's, der sich bei Schuman, Pleven und Monnet von der Aufrichtigkeit der französischen Absichten überzeugt hatte und nun der Auffassung von Bruce beipflichtete, man dürfe das französische Konzept nicht rundweg ablehnen¹⁰³. Der Kanzler würdigte es in seiner Regierungserklärung am 8. 11. dementsprechend als „wesentlichen Beitrag zur Integration Europas“, forderte aber aufgrund der weltpolitischen Spannungen ein schnelleres Handeln, als der Plan es ermögliche¹⁰⁴. Während die französische Regierung den europäischen Einigungseffekt ihrer Initiative eher als „Nebenwirkung“ begrüßte und auf die Kontrolle des westdeutschen Verteidigungsbeitrags abzielte, betrachtete der Kanzler das Projekt als einen wichtigen „Impuls“ im längerfristigen Prozeß der europäischen Integration, lehnte die allzu einseitig ausfallenden Kontrollelemente aber ab¹⁰⁵. Ganz im Sinne der meisten Abgeordneten forderte er in einer seinen Ministern am Vortage zur billigen Kenntnisnahme¹⁰⁶ vorgelegten und nun vorgelesenen Resolution erneut die völlige Gleichberechtigung der Bundesrepublik beim Aufbau einer westlichen Abwehrfront ge-

⁹⁸ S. Poidevin, Robert Schuman, S. 315.

⁹⁹ Rede Plevens auf dem Kongreß der UDSR, 30. 10. 1950, in: AdG 1950, S. 2650G; s.a. *Kommunique über die Unterredung zwischen Adenauer und François-Poncet vom 30. 10. 1950*, in: ebd.

¹⁰⁰ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 7. 11. 1950; s.a. Poidevin, Robert Schuman, S. 315.

¹⁰¹ S. Moch, *Histoire*, S. 216f.

¹⁰² S. Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 380–382; Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 357f., Tb. 7. 11. 1950; Moch, *Histoire*, S. 228; Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 374.

¹⁰³ S. Monnet, *Erinnerungen*, S. 441; Schröder, Jean Monnet, S. 166; Schwartz, *Atlantik-Brücke*, S. 209f.; Roussel, Jean Monnet, S. 594f.; Vial, Jean Monnet, S. 221f.

¹⁰⁴ Regierungserklärung Adenauers, 8. 11. 1950, in: BT, *Sten. Ber.*, Bd. 5, S. 3565.

¹⁰⁵ Volkmann, *Innenpolitische Dimension*, S. 258.

¹⁰⁶ S. Kabinettsitzung, 7. 11. 1950, in: *Kabinettsprotokolle*, Bd. 2, S. 815.

gen die Sowjetunion¹⁰⁷. Indem er die militärische Konstellation dramatisierte und entschlossene Verteidigungsmaßnahmen verlangte, führte er Argumente gegen den Pleven-Plan ins Feld, ohne ihn direkt zu verwerfen, und entzog der Opposition implizit geschickt den Boden für ihre Absicht zur wehrpolitischen Auseinandersetzung¹⁰⁸. Schumacher stimmte der Forderung nach Gleichrangigkeit uneingeschränkt zu, lehnte den Pleven-Plan aber dezidiert ab, da er „nicht den Geist der Aussöhnung“ atme, der Bundesrepublik vielmehr die „Ungleichheit im Opfer, die Ungleichheit im Risiko, die Ungleichheit in der Chance für unser Volk“ aufbürde¹⁰⁹.

Die Debatte verdeutlichte, daß die Kluft zwischen Koalition und Opposition in der Wiederbewaffnungsfrage im Prinzip nicht sehr weit war, wenngleich nur Adenauer dem Pleven-Plan positive Seiten abzugewinnen mochte. Kirkpatrick unterstellte ihm reine Taktik: „he calculates that the best way to kill the plan is by kindness to France“¹¹⁰. François-Poncet hingegen lobte seine Bundestagsrede als „mûrement pesée et bien rédigée“ und hob sie positiv von Schumachers „langage du nationalisme intégral“ ab. Der SPD-Vorsitzende zielte seines Erachtens auf eine „armée nationaliste et socialiste“ ab, die sowohl nach Osten als auch nach Westen Respekt einflößen könne. „En face de l'agitateur démagogue, M. Adenauer revêtait l'apparence d'un politique sage et réaliste.“¹¹¹

„Deutsche bewaffnen, ohne Deutschland zu bewaffnen“

Wie vom Verteidigungsausschuß der NATO Ende Oktober vereinbart, liefen die Diskussionen über die deutsche Wiederbewaffnung seit Anfang November auf der Ebene des Militärausschusses weiter. Für den 10. 11. war der Stellvertreter nach London einberufen. Eine gute Woche später sollten beide Gremien die Berichte diskutieren und eine Entscheidung der Verteidigungsminister vorbereiten, die sich kurz vor Weihnachten zu treffen gedachten¹¹². Der Kurs der Amerikaner war auf Konfrontation ausgerichtet. Sollten die Franzosen die von Moch an den Tag gelegte Position aufrechterhalten, so die unmißverständliche Botschaft Achesons an Bruce, sähen sich die USA gezwungen, ihre gesamte Verteidigungspolitik in Westeuropa zu überprüfen¹¹³. Die Warnung des Außenministers antizipierte jenes „agonizing reappraisal“, mit dem sein Nachfolger Dulles drei Jahre später ein erneut widerspenstiges Frankreich zur Ratifikation der EVG zwingen wollte – vergeblich¹¹⁴. Achesons Drohung hingegen zeigte Wirkung. Pleven korrigierte unverzüglich den von Moch erzeugten Eindruck, man werde ausschließlich auf der Basis des französischen Plans diskutieren¹¹⁵. Im Quai d'Orsay war man

¹⁰⁷ S. Entschließung der Bundesregierung, in: BT, Sten. Ber., Bd. 5, S. 3567.

¹⁰⁸ Vgl. Volkman, Innenpolitische Dimension, S. 256–259.

¹⁰⁹ Bundestagsrede Schumachers, 8. 11. 1950, in: BT, Sten. Ber., Bd. 5, S. 3568 u. 3569; s.a. Löwke, SPD, S. 31–36; Merseburger, Kurt Schumacher, S. 482 f.

¹¹⁰ Kirkpatrick an Bevin, Tel. 623, 11. 11. 1950, Confidential, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 262.

¹¹¹ François-Poncet an Schuman, Nr. 1389/CM, 30. 11. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 351–364, hier S. 353 u. 354. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 125, Bl. 218; s.a. ebd., Bd. 188, Bl. 270–281, ders. an dens., Nr. 1342/EU, 15. 11. 1950.

¹¹² Zum Zeitplan s. Moch, Histoire, S. 224 f.

¹¹³ S. Acheson an Bruce, Tel. 2377, 3. 11. 1950, Top secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 426–431.

¹¹⁴ Vgl. Kap. III.4.4.

¹¹⁵ S. AMAE, PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 70, Bl. 105–109, MAE an London, Tel. 10613/25, 5. 11.

durchaus guten Muts, die beiden unterschiedlichen Konzepte zur deutschen und europäischen Aufrüstung in Einklang zu bringen. Als problematisch galten nur zwei Punkte: die Größe der deutschen Einheiten und die Frage der obersten deutschen Verteidigungsbehörde. Während Washington die Aufstellung von Divisionen forderte, verlangte Paris kleinstmögliche Kontingente nicht über Bataillonsstärke. Die französischen Vertreter im Militärausschuß mit General Ely an der Spitze waren von der Sinnlosigkeit einer solchen Beschränkung überzeugt, hielten aber instruktionsgemäß daran fest¹¹⁶.

Um den amerikanischen Vorstellungen entgegenzukommen, griff die Abteilung „Pactes“ im französischen Außenministerium am 4. 11. einen Vorschlag auf, den der norwegische Vertreter im NATO-Rat kurz zuvor gemacht und den Moch als durchaus erwägenswert beurteilt hatte¹¹⁷: Aufstellung deutscher Einheiten auf der Basis von „regimental combat teams“ in einem Umfang von etwa 3000 bis 5000 Mann. Sollten die internationalen Verhandlungen über das französische Konzept die Unmöglichkeit der Integrierung national homogener Kontingente unterhalb der Divisionsebene ergeben, empfahl die Abteilung, bis zur Schaffung der europäischen Armee die deutschen „regimental combat teams“ an die Divisionen der Besatzungsmächte anzubinden. Hätte die Europaarmee eine Größe von zwanzig Divisionen erreicht, könnten deutsche Divisionen im Verhältnis 1:4 hinzukommen. In bezug auf die Bonner Verteidigungsbehörde regten die Beamten einen Kompromiß in Form einer deutsch-alliierten Dienststelle unter dem Dach des Militärischen Sicherheitsamtes an¹¹⁸. Wenige Tag später machte sich der Stellvertretende Leiter der Generaldirektion Politik diese Positionen gegenüber dem Generalsekretär des Quai d'Orsay zu eigen und begründete sie mit einer deutsch-französischen Interessenidentität. Während Paris aus Gründen der äußeren Sicherheit den Aufstieg des deutschen Militarismus zu verhindern trachte, strebe Bonn offenbar dasselbe Ziel aus Sorge um die innere Sicherheit und die Zukunft der noch gefährdeten Demokratie an. Die Widerstände in der Bundesrepublik gegen die Wiederbewaffnung gaben de Margerie Hoffnung, daß es den USA nicht gelänge, Adenauer zur Übernahme ihres Konzeptes zu bewegen. Genau darin sah er die „chance sérieuse de faire prévaloir une solution européenne de la question“¹¹⁹.

Am 13. 11. unterbreitete der französische Delegierte im Stellvertreter-Rat der NATO in London ein Papier mit den neuen Vorstellungen seiner Regierung. Moch behauptet in seiner „Geschichte der deutschen Wiederaufrüstung“, Alphanand habe damit auf einen Vorstoß seines amerikanischen Kollegen Spofford reagiert, der am 4. 11. vorgeschlagen habe, keine deutschen Divisionen, sondern

1950, Secret, Priorité absolue; Bruce an Acheson, Tel. 2475, 4. 11. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 433; Steininger, *Wiederbewaffnung*, S. 306 f.

¹¹⁶ Vgl. Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 386.

¹¹⁷ S. Acheson an Paris, Tel. 2289, 30. 10. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 418–423; Moch, *Histoire*, S. 210.

¹¹⁸ AMAE, *Europe 1944–1960*, Allemagne, Bd. 188, Bl. 33–41, Aufzeichnung der Abt. „Pactes“ im MAE, 4. 11. 1950 (Konzept HFM); s.a. Harvey an Dixon, 3. 11. 1950, Personal, Secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, 243–245.

¹¹⁹ AMAE, *Europe 1944–1960*, Allemagne, Bd. 188, Bl. 191–193, de Margerie an Parodi, Aufzeichnung, 9. 11. 1950.

Kampfgruppen von 5000 und 6000 Mann aufzustellen. Im Gegenzug habe er von Frankreich die Revision der Forderung nach einem europäischen Verteidigungsminister verlangt¹²⁰. Die veröffentlichten Akten aus dem amerikanischen und dem englischen Außenministerium lassen diese angebliche Aktion Spoffords unerwähnt. De facto stammte das französische Konzept von Monnet, der es in enger Absprache mit amerikanischen Diplomaten entwickelt hatte¹²¹. Demgemäß beharrte Alphand auf dem Rahmen und den wesentlichen Elementen des Pleven-Plans, signalisierte aber ansonsten Kompromißbereitschaft. Als kleinstmögliche Einheiten bezeichnete er „combat teams“ in einer Größenordnung einer drittel Division und damit dem amerikanischen „regimental combat teams“ entsprechend. Zur Rekrutierung, Ausbildung, Ausrüstung und Verwaltung der deutschen Truppen empfahl Alphand für den europäischen Verteidigungsminister bzw. Hohen Kommissar eine Agentur, die aus dem Innen-, Arbeits- oder Gesundheitsministerium der Bundesrepublik erwachsen sollte. Frankreich akzeptierte außerdem die sofortige Vorbereitung der Einberufung und den Bau von Kasernen, aber noch kein Training für die Einheiten. Als politische Institution der europäischen Armee schlug er die Parlamentarische Versammlung der zukünftigen Montanunion vor. Eine Diskriminierung Deutschlands im Rahmen der europäischen Armee schloß er ausdrücklich aus, nicht aber solche Benachteiligungen, die sich aus internationalen Kriegshandlungen oder dem NATO-Vertrag ergäben. Im Rahmen erklärender Bemerkungen gab Alphand darüber hinaus zu verstehen, daß Frankreich sehr wohl dazu bereit sei, auch über den amerikanischen Vorschlag oder andere Konzepte zu diskutieren¹²².

Natürlich gab Paris diese Vorschläge als Maximum seiner Kompromißfähigkeit aus und warnte Washington vor der unweigerlichen Kabinettskrise im Fall einer Ablehnung¹²³. Dennoch zeigte sich das State Department sehr enttäuscht. Trotz aller Zugeständnisse war der fundamentale Gegensatz zwischen dem atlantisch ausgerichteten amerikanischen und dem auf Westeuropa beschränkten französischen Konzept nicht ausgeräumt. Die USA bestanden auf einer sofort in Angriff zu nehmenden effektiven Verteidigung des Westens, während Frankreich dies allenfalls im Sinne einer Langzeitperspektive in Betracht zog. Acheson setzte daher jetzt zunächst auf eine Interimslösung, die auch die Rekrutierung und Ausbildung deutscher Soldaten zuließ, ohne sie sofort in größere Einheiten einzugliedern. Die Frage der Stärke der Kontingente wollte er nach Rücksprache mit den Militärs von militärischen Effektivitätserwägungen abhängig machen¹²⁴.

Adenauer war über diese Meinungsverschiedenheiten allenfalls rudimentär informiert. Mitte November intensivierte er deshalb seine Appelle an die West-

¹²⁰ S. Moch, *Histoire*, S. 234 f.; Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 387.

¹²¹ Vgl. Roussel, Jean Monnet, S. 596–499; Schröder, Jean Monnet, S. 166–168; Vial, Jean Monnet, S. 224 f.

¹²² AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 188, Bl. 258–259, Parodi an Washington etc., Tel. 9790/95 etc., 14. 11. 1950, Réservé; s.a. Spofford an Acheson, Tel. Depto 173, 13. 11. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 448–450. Moch beschreibt die Haltung Alphands wohl aufgrund unpräziser Informationen weit weniger konzilient (Moch, *Histoire*, S. 235).

¹²³ S. Bruce an Acheson, Tel. 2658, 12. 11. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 445.

¹²⁴ S. Acheson an London, Tel. 2507, 14. 11. 1950, Top secret, Priority, in: ebd., S. 450–452; ders. an dass., Tel. 2523, 14. 11. 1950, Top secret, Priority, in: ebd., S. 452 f.; Rüpiper, *Verbündeter*, S. 115.

mächte, endlich Fakten zu schaffen. In einem langen, an seinen Freund Dannie Heineman adressierten Brief, der in den nächsten Wochen auf den Schreibtisch maßgebender amerikanischer Regierungsmitglieder landen sollte, schilderte der Kanzler ungeschminkt seine Nöte und Forderungen: Da Moskau seine „Herrschaft auch über Westeuropa auszudehnen“ beabsichtige, seien erhebliche Verstärkungen der amerikanischen Truppen und die Erstickung des um sich greifenden Defätismus im deutschen Volk notwendig. Um ihre Bereitschaft zur Wiederbewaffnung zu fördern, bedürften die Bürger Beweise, daß sie ihre „Freiheit in kürzester Frist“ zurückgewännen¹²⁵. Am 16. 11. wiederholte der Kanzler sein Lamento gegenüber den Hohen Kommissaren. In einem eineinhalbstündigen Monolog beklagte er die mangelnden Informationen über die Verhandlungen zum deutschen Wehrbeitrag und machte dann sehr geschickt das Zugeständnis, auch die Brigade als maximale Größe deutscher Einheiten zu akzeptieren, sofern dafür militärisch-technische und nicht politische Gründe sprächen. Die durch die sowjetische Propaganda und die sozialdemokratische Agitation untergrabene Opferbereitschaft müsse endlich wirksam gefördert werden¹²⁶. Wie Adenauer sich die Beweise für die wiedergewonnene Freiheit vorstellte, von denen er Heineman gegenüber gesprochen hatte, verdeutlichte ein Aide-Mémoire, das er auf dem Petersberg vorstellte: Revision des Besatzungsstatuts, Überprüfung der Besatzungslasten, Einstellung der Demontagen, Lockerung zahlreicher Einzelvorschriften der Besatzungsherrschaft¹²⁷. François-Poncet war entsetzt über den deutschen Forderungskatalog. Adenauer versuchte einzulenken, betonte mehrfach, er stelle keine Bedingungen, glaube allerdings, darauf hinweisen zu müssen, daß die französische Weigerung zur Akzeptierung einer deutschen Beteiligung am Atlantikpakt in Deutschland vielfach „als das Zeichen einer unversöhnlichen Gegnerschaft“ bewertet werde. Es gäbe eben zwei gleichermaßen empfindsame öffentliche Meinungen, entgegnete François-Poncet pikiert, und das Unbehagen der französischen über die deutsche Wiederbewaffnung sei „nur allzu verständlich und natürlich“¹²⁸.

Der Hohe Kommissar ließ sich von der Gedankenführung des Kanzlers nicht überzeugen. Die fehlende Souveränität war seiner Ansicht nach allenfalls für die „élite dirigeante“ ein Grund, die Wiederbewaffnung abzulehnen, nicht aber für das Volk. Dessen Gegnerschaft resultiere vielmehr aus den noch sehr lebendigen Kriegserinnerungen und der Furcht, der Sowjetunion schutzlos ausgeliefert zu sein. Das für Adenauer ungünstige Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen und Württemberg-Baden vom 19. 11.¹²⁹ bestätigten ihn in dieser Sicht, und er fürchtete vom Kanzler nun ein noch härteres Auftreten gegenüber den Alliierten. Ein

¹²⁵ Adenauer an Heineman, 15. 11. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 305–308, hier S. 306 u. 307; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 837f.

¹²⁶ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 16. 11. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 258–278, hier S. 268; zu diesem über dreistündigen Treffen s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 188, Bl. 305–318, François-Poncet an MAE, Tel. 6260/75, 17. 11. 1950, Secret, Réservé; Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 388–390.

¹²⁷ Vgl. Kap. III.1.1.

¹²⁸ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 16. 11. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 276.

¹²⁹ S. die Wahlergebnisse, in: Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 476f.; zur Bewertung durch Adenauer s. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 386f.

Schuß vor den Bug schien ihm daher angebracht; mit erhobenem Zeigefinger warnte er ihn vor den Risiken einer Politik, die die Westmächte dazu führe, „renoncer à se défendre au-delà du Rhin et abandonner la République de Bonn au sort que les extrémistes du genre de M. Schumacher lui réservent“¹³⁰.

Unterdessen suchte die NATO weiter nach einem Kompromiß. Aus den bisherigen Diskussionen hatte Spofford den Eindruck gewonnen, daß Frankreich dazu bereit sei, auf die amerikanische Position zuzugehen, sofern das eigene Gesicht gewahrt, d. h. Moch von einem Rücktritt und die SFIO vom Sturz der Regierung abgehalten würden. Als einzigen Ausweg aus der schwierigen Situation sah er die Trennung zwischen den sofort durchzuführenden militärischen Maßnahmen und den Diskussionen über den politischen Rahmen der europäischen Aufrüstung. Realistisch, so schrieb er Acheson am 16. 11., sei eine französische Billigung der militärischen Grundzüge des amerikanischen Plans nur dann, wenn er als provisorisch gelten und mit starken Kontrollmechanismen für die deutsche Wiederbewaffnung ausgestattet sein würde. Außerdem hätten die USA Verhandlungen der Europäer über eine politische Dachkonstruktion zu unterstützen. Die deutschen Einheiten sollten seiner Meinung nach Kampfgruppenstärke besitzen und in der Übergangszeit nur begrenzt rekrutiert bzw. ausgebildet werden, und zwar durch eine deutsche Agentur, die von einem den Hohen Kommissaren verantwortlichen zivilen Kommissar überwacht werden sollte¹³¹. State Department und Pentagon gaben diesen Überlegungen am 18. 11. im großen und ganzen ihre Einwilligung und beauftragten Spofford, im NATO-Stellvertreterrat eine Einigung herbeizuführen. Wenn es Frankreich aber nicht gelänge, so ergänzte Acheson, mit den europäischen Staaten die gewünschte politische Struktur zu bilden, müßten die deutschen Kontingente in deutsche Einheiten mit effektiver Stärke eingruppiert werden¹³².

Nachdem Alphand am 19. 11. gegenüber Spofford gewisse Sympathien für diesen Erwägungen signalisiert¹³³ und sein niederländischer Kollege im Auftrag des Außenministers Stikker am 20. 11. den Vorschlag unterbreitet hatte, Organisation und Kontrolle der europäischen und deutschen Truppen einem Hohen Kommissar der NATO zu unterstellen¹³⁴, präsentierte Spofford seinen Kollegen am 22. 11. gemäß Instruktion Achesons ein Konzept über provisorische Sofortmaßnahmen. Mit dem Aufbau deutscher Verbände sei in einsatzfähigem kleinstem Umfang im Rahmen der Allianz zu beginnen, parallel dazu sei nach einer langfristigen politischen Lösung zu suchen¹³⁵. Alphand begrüßte die amerikanische Entscheidung zur Unterstützung einer europäischen Konferenz über das französische Verteidigungskonzept und akzeptierte auch die NATO als Dach der westlichen Verteidi-

¹³⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 189, Bl. 7–9, François-Poncet an MAE, Tel. 6401/09, 22. 11. 1950, Réservé.

¹³¹ S. Spofford an Acheson, Tel. Depto 182, 16. 11. 1950, Top secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 457–460.

¹³² S. Acheson an Spofford, Tel. Todep 106, 18. 11. 1950, Top secret, Priority, in: ebd., S. 471 f.

¹³³ S. Hoyer Millar an Bevin, Memorandum, 20. 11. 1950, Secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 274–277.

¹³⁴ S. Bevin an Nichols, Nr. 386, 23. 11. 1950, Secret, in: ebd., S. 289–291; Spofford an Paris, Tel. 954, 20. 11. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 474 f.; ders. an Acheson, Tel. Depto 202, 21. 11. 1950, Top secret, Priority, in: ebd., S. 475–479.

¹³⁵ S. ders. an dens., Tel. Depto 211, 22. 11. 1950, Top secret, in: ebd., S. 479–481.

gung. Er bestand aber darauf, daß der europäische Teil stärker integriert sein müsse als der atlantische¹³⁶.

Frankreichs Maxime lautete also: Entgegenkommen im Prinzipiellen, Festigkeit in den Details. Der Kurs wirkte dadurch nicht eben stringent. Jean Laloy, die „rechte Hand“ Parodis im Generalsekretariat des Quai d'Orsay, unterstrich gegenüber deutschen Diplomaten in diesen Tagen, es sei gar keine Frage, daß Bonn mit der Beteiligung an der westeuropäischen Verteidigung „die Gleichberechtigung auch auf politischem Gebiet erringen“ werde. Die Teilung Deutschlands und die Berlin-Frage erschwerten es aber, eine „richtige juristische Grundlage“ dafür zu finden¹³⁷. Als Schuman sich in einer großen Rede vor dem Europarat am 24. 11. ausgesprochen konziliant äußerte, brachte ihm das von den Gegnern der deutschen Wiederbewaffnung sofort den Vorwurf ein, er habe „un tissu de contradictions“ geboten¹³⁸. Mit Blick auf die Moskauer Initiative, die Nichtaufrüstung der Bundesrepublik per Vierrächteübereinkunft festzuschreiben¹³⁹, und die parlamentarische Situation in Paris erklärte der Minister die Einbeziehung Bonns in den Pleven-Plan für durchaus kompatibel mit der westdeutschen Demilitarisierung. Angesichts der laufenden Gespräche in der Atlantischen Allianz hob er hervor, er sei zu „jeder Konzession“ bereit, die zu einer „baldigen Einführung eines gemeinsamen Verteidigungssystems“ beitrüge¹⁴⁰.

Im NATO-Stellvertreterrat bestand Alphand jetzt auf sukzessiven Fortschritten bei der Wiederaufrüstung Deutschlands, der Bildung der europäischen Armee und dem Aufbau eines Kontrollsystems¹⁴¹. Spofford und der englische Vertreter Hoyer Millar lehnten sie als Element politischer Unsicherheit in den militärischen Planungen ab. Alphands Versuch, Schuman zum Verzicht auf diese Forderung zu bewegen, blieb ohne Erfolg. So einigte er sich mit seinen Kollegen am 28. 11. unter Ausklammerung dieses Punktes auf folgende Eckdaten: Beschränkung der deutschen Einheiten gemäß einer Empfehlung des Militärausschusses vom 18. 11. auf die national homogene Regimentskampf- oder Brigade-Gruppe von 5000 bis 6000 Mann; Einladung Frankreichs an die europäischen NATO-Staaten zu einer Konferenz über die Umsetzung des Pleven-Plans; vorbereitende Maßnahmen zur Aufrüstung der Bundesrepublik wie Rekrutierung und Ausbildung auf Interimbasis unter Kontrolle der Alliierten Hohen Kommission; Übertragung dieser Aufgaben nach der Schaffung der europäischen Institutionen auf eine Europäische Hohe Kommission¹⁴². Zugleich vereinbarten die Stellvertreter ein Bündel von Sicherheitsmaßnahmen gegen die Bundesrepublik, die bis zur Errichtung der politischen Institutionen in Kraft bleiben sollten. Dazu gehörten vor allem die

¹³⁶ S. ders. an dens., Tel. Depto 221, 25. 11. 1950, Top secret, Priority, in: ebd., S. 482–485.

¹³⁷ PA, Abt. 3, AZ 210–01/22, Bd. 1, Aufzeichnung von Kessel zu 210 Nr. 1273, 27. 11. 1950.

¹³⁸ Massigli, Comédie, S. 263.

¹³⁹ S. Kap. III.1.2.

¹⁴⁰ Rede Schumans vor der Beratenden Versammlung des Europarats, 24. 11. 1950 (Übersetzung), in: EA 1950, S. 3965–3968, hier S. 3967; s.a. Poidevin, Robert Schuman, S. 316.

¹⁴¹ S. Spofford an Acheson, Tel. Depto 228, 27. 11. 1950, Top secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 488 f.

¹⁴² S. ders. an dens., Tel. Depto 239, 28. 11. 1950, Top secret, in: ebd., S. 493–495; zur Empfehlung des Militärausschusses s. ders. an dens., Tel. Depto 228, 27. 11. 1950, Top secret, Priority, in: ebd., S. 488 f.; Burns an Marshall, Memorandum, 5. 12. 1950, Top secret, in: ebd., S. 517–521; zur englischen Haltung vgl. Steininger, Wiederbewaffnung, S. 314–320.

Einsetzung der NATO gegen eine etwaige deutsche Aggression, die Fortsetzung der Stationierung alliierter Truppen auf deutschem Boden, das Verbot einer deutschen Nationalarmee und eines Generalstabes, die Untersagung zur Produktion gewisser Waffen, die Beschränkung der deutschen Luft- und Seestreitkräfte sowie Kontrollen der Rekrutierung und Ausbildung der deutschen Truppen. Dem Quai d'Orsay gegenüber ließ Alphand keinen Zweifel, daß eine Zurückweisung dieser von allen Partnern akzeptierten Regelung gravierende Folgen für Frankreich hätte¹⁴³. Auch Spofford sah den Spielraum für ein Entgegenkommen als erschöpft und empfahl seiner Regierung, in Paris Druck auszuüben¹⁴⁴. Acheson kam diesem Rat umgehend nach und drängte Schuman am 29. 11. zur Billigung des Kompromisses¹⁴⁵. Als Bruce ihm den Brief am nächsten Morgen übergab, machte Schuman sofort gewisse Schwierigkeiten geltend. Auf seine Frage, ob dies nun die endgültige Entscheidung der USA sei, erwiderte der amerikanische Botschafter bündig mit Ja¹⁴⁶.

Angesichts derartig scharfer amerikanischer Pressionen drohte die „deutsche Frage“ aus französischer Perspektive mehr und mehr zu einer „pomme de discorde“ zwischen den Alliierten zu werden. Da die „incertitudes allemandes“ sich offensichtlich verschärften, ging man offenbar unruhigen Zeiten entgegen¹⁴⁷. Innerhalb der Hohen Kommission in Bonn kam es zu gegenseitigen Schuldzuweisungen. Während die Amerikaner den Franzosen vorwarfen, die Forderungen der Deutschen mit ihren Verzögerungen hochgeschraubt zu haben, konterten die Angegriffenen, wenn die USA die Wiederbewaffnungsdiskussion nicht so forciert hätten, wäre die Bundesrepublik nicht in die vorteilhafte Lage gekommen, Bedingungen zu stellen¹⁴⁸.

Gegenüber der Bundesregierung wurden diese Streitigkeiten natürlich möglichst kaschiert. Adenauer beklagte sich am 1. 12. wieder einmal bei den Hohen Kommissaren über die innenpolitische Situation und forderte sie dann nach einer heftigen Attacke gegen die Agitation der SPD zu rascheren Entscheidungen auf. Seit drei Monaten verhandelten die Westmächte bereits über die deutsche Wiederbewaffnung, ohne daß die Bundesregierung zuverlässige Informationen erhalte. Da Frankreich für die Verzögerungen verantwortlich gemacht werde, habe der weithin vorhandene Wille zur Verständigung durch das offensichtliche Mißtrauen einen „sehr starken Stoß“ bekommen. Die Situation könne nur dann gerettet werden, wenn die Westmächte die baldige Beendigung der Besatzungsherrschaft erklärten und das Statut durch frei ausgehandelte „Sicherheitsverträge“ ersetzen. McCloy's Antwort konnte Adenauer kaum zufrieden stellen. Die vom Kanzler geschilderte psychologische Lage, so unterstrich der Hohe Kommissar, beschränke

¹⁴³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 189, Bl. 56–57, Aufzeichnung Alphand, 28. 11. 1950.

¹⁴⁴ S. Spofford an Acheson, Tel. Depto 239, 28. 11. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 493–495.

¹⁴⁵ S. Acheson an Schuman, 29. 11. 1950, mitgeteilt in: ders. an Paris, Tel. 2987, 29. 11. 1950, Secret, Priority, in: ebd., S. 496–498.

¹⁴⁶ S. Bruce an Acheson, Tel. 3066, 30. 11. 1950, Secret, Priority, in: ebd., S. 498 f.

¹⁴⁷ François-Poncet an Schuman, Nr. 1389/CM, 30. 11. 1950, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 364.

¹⁴⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 189, Bl. 141 f., Bérard an MAE, Tel. 6828/31, 6. 12. 1950.

sich keineswegs auf die Bundesrepublik. Die Westmächte hätten in New York bereits eine „umwälzende Garantie“ abgegeben. Jetzt müsse Schritt für Schritt vorwärtsgegangen werden, wobei auch die militärische Situation in Asien und die Stimmung in den USA zu berücksichtigen sei. Adenauer stimmte dem zwar zu, hob aber erneut die prekäre Atmosphäre in der Bundesrepublik hervor, die in einem entscheidenden Punkt von der Situation der Nachbarn abweiche: „in den westalliierten Ländern ist nicht die Gefahr vorhanden, daß die Bevölkerung sich dem feindlichen Lager zuwendet“. Um das Volk zu beruhigen, reichte nach seinem Dafürhalten ein Katalog verschiedener Maßnahmen nicht mehr aus. Auf eine Frage François-Poncets, ob Adenauer wirklich die Zustimmung des Parlaments und der Bevölkerung zur Wiederbewaffnung gewänne, wenn die Westmächte die erbetene Sicherheitserklärung abgäben, beteuerte der Kanzler: Er werde dann sofort einen „Propagandafeldzug“ beginnen, in dem die Erklärung „eine ganz entscheidende und große Bedeutung“ hätte¹⁴⁹.

Obwohl das rotchinesische Eingreifen in Korea Ende November und die Ankündigung Präsident Trumans, möglicherweise die Atombombe einzusetzen¹⁵⁰, die Kriegsfurcht anheizte und die Notwendigkeit westlicher Geschlossenheit noch dringlicher erscheinen ließ¹⁵¹, drückte Frankreich jetzt abermals auf die Bremse. Am 1. 12. begegnete Alphand Spoffords Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen im Stellvertreterrat¹⁵² in der allgemeinen Aussprache des Gremiums in London mit einer „general counterattack“ und forderte als Vorbedingung für eine Stellungnahme die Klärung einer Reihe von Fragen, die auf die Maximalgröße oder die Kontrollen für die deutschen Einheiten, aber auch auf ein erneutes Aufrollen des Gesamtproblems im Fall einer Verständigung mit der Sowjetunion abzielten¹⁵³. Als der britische Premierminister Attlee kurzfristig einen Besuch in den USA anmeldete, drängte Auriol, entrüstet übergangen zu werden, bei Pleven und Schuman zu sofortigen Konsultationen mit London, um seiner Stimme vorab Gehör zu verschaffen¹⁵⁴. Die Unterredung vom 2. 12. verlief aber keineswegs im Sinne Frankreichs. „Accord complet, sauf la question européenne“, so faßte Auriol nach einem Telefonat mit Pleven das Ergebnis zusammen¹⁵⁵. Eindringlich appellierte Attlee an die Gäste zur Annahme des Spofford-Vorschlages. Schuman kritisierte die Einbindung deutscher Truppen in die NATO als verkappte Mitgliedschaft, die der Westen bei der Gründung der Allianz strikt verworfen habe. In vielen Punkten sei eine Zustimmung zum Spofford-Plan möglich, abzulehnen sei aber vorerst die Rekrutierung und Ausbildung deutscher Soldaten, zumal vor dem Hintergrund der sowjetischen Verständigungsoffensive. Solange die Chance zur Einigung mit dem Kreml bestünde, werde man der Aushebung deutscher Truppen nicht zustimmen. Frankreich, so ergänzte Pleven,

¹⁴⁹ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 1. 12. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 279–298, hier S. 281, 284, 285, 290, 292.

¹⁵⁰ Zur Pressekonferenz Trumans vom 30. 11. 1950 s. FRUS 1950, Bd. 7, S. 1261 f.

¹⁵¹ Vgl. Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 218.

¹⁵² S. Spofford an Acheson, Tel. Depto 250, 30. 11. 1950, Top secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 501–505.

¹⁵³ S. ders. an dens., Tel. Depto 258, 2. 12. 1950, Top secret, Priority, in: ebd., S. 508–511.

¹⁵⁴ S. Auriol, Septennat, S. 310, Tb. 1. 12. 1950.

¹⁵⁵ Ebd., S. 311, Tb. 3. 12. 1950.

könne die vertraglichen Bindungen mit der Sowjetunion nicht in einem Moment abbrechen, in dem es nicht in der Lage sei, etwaige Konsequenzen zu meistern. Als maximale Konzession markierte der *Président du Conseil* die Beteiligung deutscher Truppen in der Stärke von „combat teams“ an der westlichen Verteidigung, eine rasche Einigung über den Anteil deutscher Kontingente sowie die Billigung vorbereitender Maßnahmen mit Ausnahme der Integrierung deutscher Soldaten in bewaffnete Einheiten. Eine Änderung der Lage ergäbe sich nur dann, wenn die USA ihre Weigerung zur Bildung des Alliierten Oberkommandierenden aufgäben, dessen Ernennung Frankreich bereits in seinem Memorandum vom 17. 8. empfohlen hatte, die USA aber ablehnten, solange keine definitive Aussicht auf deutsche Truppen bestand¹⁵⁶.

Noch am selben Tag akzeptierten Schuman und Plevén – vorbehaltlich einer Entscheidung des *Conseil des Ministres* – den Stikker-Plan zur Kontrolle der deutschen Truppen, weil er die deutschen Truppen unter eine politische NATO-Autorität und nicht unter direkte deutsche Aufsicht stellte. Details der Funktionen des NATO-Hochkommissars sollten in naher Zukunft parallel zu den ersten Schritten zur Aufrüstung Deutschlands ausgearbeitet werden. Der Aufbau der europäischen Armee und die politische Oberstruktur blieben demgegenüber einer langfristigen Umsetzung vorbehalten. Spofford war keineswegs begeistert, da er nun erneut langwierige Verhandlungen über die Einzelheiten dieses Konzeptes befürchtete¹⁵⁷. Neue Verzögerungen hielt er aber für inakzeptabel. Alle Regierungen inklusive die französische hatten mittlerweile die Idee der Übergangsperiode zur Rekrutierung bzw. Ausbildung deutscher Formationen sowie zu deren internationaler Kontrolle akzeptiert. Sie billigten außerdem die Einbindung des so geschaffenen Systems als Basis einer engeren westeuropäischen Gemeinschaft in die Atlantische Allianz. Die Frage war nun, ob dieses Paket direkt in eine integrierte NATO-Streitmacht oder indirekt durch eine neue europäische Struktur implementiert werden sollte¹⁵⁸.

Während Attlee in diesen von Panik erfüllten ersten Dezembertagen zu Konsultationen nach Washington flog, bahnte sich in London eine fundamentale Wende in der britischen Haltung zur deutschen Wiederbewaffnung an¹⁵⁹. Mit dem Rückschlag der Alliierten in Korea wuchs an der Themse die Furcht vor einem amerikanisch-chinesischen Konflikt, der Europa schutzlos preisgäbe. Zugleich schätzten die Politiker in Whitehall die Kriegsgefahr auf dem Kontinent um so größer ein, je mehr die Sowjetunion von der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik überzeugt sei. Außenminister Bevin meldete dem in Washington weilenden Premierminister daher schwere Bedenken gegen die deutsche Aufrü-

¹⁵⁶ Unterredung zwischen Attlee, Bevin, Plevén und Schuman vom 2. 12. 1950, Top secret, im Auszug in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 310–318, hier S. 314; s.a. Spofford an Acheson, Tel. 3243, 3. 12. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 514 f.; vgl. Steininger, Wiederbewaffnung, S. 341 f., und die notabene unpräzisen Angaben bei Wettig, Entmilitarisierung, S. 388 f.

¹⁵⁷ S. Spofford an Acheson, Tel. 3239, 2. 12. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 511–513; Unterredung zwischen Massigli und Strang vom 3. 12. 1950, 3. 12. 1950, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 324 f.

¹⁵⁸ S. Spofford an Acheson, Tel. 3240, 3. 12. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 513 f.

¹⁵⁹ Zum Meinungsumschwung in der britischen Regierung vgl. ausführlich: Steininger, Wiederbewaffnung, S. 352–371.

stung¹⁶⁰. Attlee verweigerte aber einen Rückzieher, nachdem Truman und Acheson ihm klargemacht hatten, daß es für sie derzeit größere Probleme gab, als noch einmal über den Spofford-Plan und die deutsche Wiederbewaffnung zu sprechen¹⁶¹.

Auch in Paris probten einflußreiche Persönlichkeiten in allerletzter Minute die Wende. Für sie zählte aber weniger die militärische Lage in Fernost als die Sorge vor den Konsequenzen der deutschen Remilitarisierung auf die oberste Gewalt der Besatzungsmächte. Adenauers Forderungen gegenüber den Hohen Kommissaren vom 1. 12. hatten im Quai d'Orsay die Alarmglocken schrillen lassen. Schon die Aufrüstung der Bundesrepublik, so betonte Seydoux am 4. 12., sei für Frankreich mit Risiken behaftet. Remilitarisierung und Abschaffung des Besatzungsregimes verdoppele die Gefahren, ohne sicher sein zu können, nicht mit neuen deutschen Ansprüchen konfrontiert zu werden¹⁶². Anders als im Hotel Dreesen sah man die Ansprüche des Kanzleramtes im Quai d'Orsay als Spiegelbild des Willens der Bevölkerung. Aus den Landtagswahlen der letzten Wochen zog die Unterabteilung Zentraleuropa den Schluß, etwa 15–20% der Bundesbürger seien echte Anti-Militaristen, 10–15% hingegen wünschten die sofortige Teilnahme an der Verteidigung des Westens. Die überwiegende Mehrheit zähle zu den „*pacifistes conditionnels*“, die für die deutsche Wiederbewaffnung Preise von der kompletten Gleichberechtigung bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit verlangten. Adenauer betrachtete sie als Sprachrohr dieser Gruppe¹⁶³. Aufgrund dieses Befundes wünschte Seydoux, der Chef der Europaabteilung, einen erneuten Versuch, das Problem der deutschen Aufrüstung zu vertagen, zumindest solange, bis der Westen stark genug sei, um sich gegenüber der Sowjetunion zu behaupten. Er empfahl dazu am 5. 12. einen Meinungsaustausch mit den Verbündeten auf höchster Ebene und den Rückgriff auf die „*formule de la police*“¹⁶⁴.

Am Abend trat das „*Comité restreint*“ des Conseil des Ministres zusammen. Plevén und Schuman berichteten von ihren Besprechungen in London und ließen erkennen, daß sie dem Drängen Attlees nachgeben und dem Spofford-Plan zustimmen wollten. Moch war entsetzt. Auch Guy Mollet protestierte heftig. Anders als der Verteidigungsminister lehnte der Generalsekretär der SFIO und Staatsminister für den Europarat aber nicht die Aufrüstung der Bundesrepublik, sondern die etwaige Aufgabe der Integrierung deutscher Kontingente in eine europäische Armee ab. Trotz stundenlanger Diskussionen war eine Einigung nicht in Sicht¹⁶⁵. Am nächsten Tag mußte das Kabinett Farbe bekennen. Morgens

¹⁶⁰ S. Bevin an Attlee, Tel. 5485, 6. 12. 1950, Emergency, Top secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 337–340.

¹⁶¹ S. Franks an Bevin, Tel. 3311, 7. 12. 1950, Immediate, Top secret, in: ebd., S. 348–351; Unterredung zwischen Truman und Attlee vom 6. 12. 1950, US-Min-4, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 1746–1758; Steininger, Wiederbewaffnung, S. 361 f. Zu den englisch-amerikanischen Konsultationen vom 4.–8. 12. 1950 insgesamt s. die Dokumente in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 1706–1787; DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, Nr. 127, 131 f., 134; ebd., Bd. 4, Nr. 90–93.

¹⁶² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 189, Bl. 108–112, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 4. 12. 1950 (Konzept FS); Rouché, Le Quai d'Orsay, S. 44.

¹⁶³ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 189, Bl. 162–173, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 7. 12. 1950 (Konzept JB).

¹⁶⁴ Ebd., Bl. 132 f., Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 5. 12. 1950 (Konzept FS).

¹⁶⁵ Zur Sitzung des Comité restreint vom 5. 12. 1950 s. Moch, Histoire, S. 238 f.

um 9 Uhr begann eine denkwürdige Sitzung¹⁶⁶. Pleven und Schuman ließen keinen Zweifel an der Notwendigkeit, eine Entscheidung treffen zu müssen, und zwar für den Spofford-Plan. Für Mollet kam die Annahme des amerikanischen Konzepts dem Ende der europäischen Armee gleich. Wenn Europa sich nicht unter Einschluß Deutschlands zu verteidigen bereit sei, erwiderte Moch, würden sich die USA vom Kontinent abwenden. Justizminister Mayer wurde noch drastischer: Die Zurückweisung des Spofford-Plans sei das Ende des Atlantik-Pakts. „Nous revenons à une France seule, en face de la Russie, ou, il faut bien le dire, de l'Allemagne.“ Mollet griff nun zum letzten Mittel, drohte mit dem Austritt aus der Regierung und der Niederlegung seines Parteiamtes. Erregt rief Auriol ihm zu: „ni rupture entre les Alliés ni rupture de la majorité.“ Nein, widersprach der Staatsminister, er werde allein gehen. Jawohl, schallte es vom Präsidenten zurück, drohten doch ein Bruch der Regierung und eine Krise zwischen den Alliierten, und das am Rande des Krieges¹⁶⁷.

Gegen 13 Uhr unterbrach Auriol die Sitzung, die Fortsetzung wurde für 21 Uhr angekündigt. Am Nachmittag tagte das Comité directeur der SFIO. André Philip und insbesondere Moch überzeugten die Parteiführung, daß man den Bruch mit den USA nicht wagen dürfe. „Il y a un risque de guerre dans le réarmement“, so Moch, „mais il y a aussi un risque de guerre dans la rupture“. Gegen das Zugeständnis, die Annahme des Spofford-Vorschlages von einigen Bedingungen abhängig zu machen, willigte auch Mollet in eine positive Antwort an die Regierung ein¹⁶⁸. Um 21. 30 trat der Ministerrat wieder zusammen und stimmte dem Kompromiß zu. Frankreich akzeptierte den Spofford-Plan und die Hinausschiebung der Bildung der europäischen Armee. Aus Sorge um die Endgültigkeit der von Spofford vorgeschlagenen provisorischen Maßnahmen verlangte das Kabinett weitere Garantien: Die deutschen „combat teams“ durften hinsichtlich der Rüstung nicht autonom sein, nicht schwer bewaffnet werden, außerdem keinen Generalstab und keinen Verteidigungsminister besitzen. Ihre Stärke sollte ein Fünftel der alliierten Streitkräfte nicht übersteigen, die Rekrutierung durch den deutschen Arbeitsminister unter der Kontrolle der drei Hohen Kommissare erfolgen. Die Möglichkeit einer Verknüpfung mehrerer Einheiten zu Divisionen blieb ausgeschlossen¹⁶⁹. Parallel zu den schwierigen Verhandlungen im Ministerrat erkämpfte Schuman von Acheson die Zusage, einen Beobachter zur Regierungskonferenz über den Plevan-Plan zu entsenden und sein Bestes zu tun, um die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen¹⁷⁰.

¹⁶⁶ S. Lapie, De Blum à de Gaulle, S. 356–363; Moch, Histoire, S. 239–241.

¹⁶⁷ Zitiert nach: Lapie, De Blum à de Gaulle, S. 360 u. 361. Auch dem deutschen Konsulat blieb die harte Auseinandersetzung im Kabinett nicht verborgen (PA, Abt. 2, Bd. 248, Bl. 132 f. Hausenstein an DfAA, 211 Nr. 1359, 6. 12. 1950).

¹⁶⁸ OURS, Comité Directeur, Bd. 7, Bl. 126–133, Sitzung des Comité directeur der SFIO, 6. 12. 1950; s.a. Loth, Sozialismus, S. 288 f.; Quilliot, S. F.I.O., S. 354 f. u. 481.

¹⁶⁹ S. Lapie, De Blum à de Gaulle, S. 355–363; Moch, Histoire, S. 243 f.; Loth, Sozialismus, S. 289. Schon Ende September hatte Kirkpatrick seiner Regierung empfohlen, zur Beruhigung Frankreichs den Vorschlag zu unterbreiten, daß die deutschen Divisionen höchstens 20–25% der gesamten Armee ausmachen sollten, ein Vorschlag, der auch vom Oberkommandierenden der französischen Truppen in Deutschland, General Guillaume, gutgeheißen wurde (Kirkpatrick an Attlee, Tel. 1448, 30. 9. 1950, Priority, Top secret, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 121 f.).

¹⁷⁰ S. Acheson an Paris, Tel. 3097, 5. 12. 1950, Top secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 523 f.;

Es war gewiß nicht das „unglückliche Taktieren“ der SFIO-Parteimehrheit, das den föderativen Zusammenschluß Westeuropas und damit die Aufhebung einseitiger Abhängigkeit von den USA vereitelte¹⁷¹. Der Regierung blieb angesichts der Verschärfung der Situation in Fernost und der unmißverständlichen Position der Amerikaner keine andere Wahl. Die neue Offensive der Viet-Minh Ende November war aus ihrer Sicht offenkundig mit dem chinesischen Eingreifen in Korea abgestimmt, um Frankreich zum Abzug weiterer Truppen vom Kontinent zu zwingen und die geplante Entsendung zusätzlicher amerikanischer Soldaten nach Europa zu verhindern¹⁷². Merkwürdigerweise dachten einige Beamte im Quai d'Orsay noch immer daran, das Steuer herumreißen zu können. Am Tag der entscheidenden Kabinettsitzung bat Generalsekretär Parodi die Spitzen der englischen und amerikanischen Botschaft zu sich und plädierte für eine Verschiebung der Entscheidung über die deutsche Wiederbewaffnung. In zwei bis drei Jahren sei der Westen stark genug, um den Sowjets entgegenzutreten zu können¹⁷³. Selbst François-Poncet empfahl nun dringend, das Verhandlungsangebot des Kreml anzunehmen, um eine „conflagration“ zu verhindern. Daß die Sowjetunion die deutsche Aufrüstung nicht tatenlos hinnähme, stand für ihn außer Frage. Unklar war allenfalls, ob sie sich mit dem Aufbau einer Gegenarmee begnügen würde¹⁷⁴ – Nachhutgefechte, die den Kurs der Allianz nicht mehr beeinträchtigten. Eine Woche später verabschiedeten das Militärkomitee und der Stellvertreterrat den Kompromiß und gaben entsprechende Empfehlungen an den NATO-Rat. Sie umfaßten u. a.: die möglichst rasche Aufstellung deutscher Regimentskampfgruppen durch die Besatzungstreitkräfte in Absprache mit einem schnellstmöglich zu ernennenden atlantischen Oberkommandierenden; die Möglichkeit der späteren Zusammenfassung der deutschen Verbände zu national homogenen Divisionen; die Bildung taktischer deutscher Luftwaffengeschwader und einer kleinen deutschen Marineeinheit; die Leistung eines substantiellen westdeutschen industriellen Verteidigungsbeitrages; den Aufbau einer effektiven Verteidigungsverwaltung in der Bundesrepublik, deren endgültige Form mit der Bundesregierung abgestimmt werden sollte. Ausdrücklich wurde dem französischen Wunsch zugestimmt, das Projekt einer Europa-Armee im Rahmen der NATO weiterzuverfolgen. Demgegenüber konnte kein Einvernehmen über die präzisen Funktionen des von niederländischer Seite vorgeschlagenen zivilen Hohen Kommissars der NATO für die in Deutschland stationierten Streitkräfte erzielt werden¹⁷⁵.

Noch bevor Adenauer die Einzelheiten der Abmachungen erfahren hatte, erklärte er sich – um nicht Schumacher die Initiative zu überlassen – in mehreren Interviews mit dem nun gefundenen Rahmen für die deutsche Wiederbewaffnung

ders., an dass., Tel. 3122, 6. 12. 1950, Top secret, Priority, in: ebd., S. 525 f.; Bruce an Acheson, Tel. 3232, 7. 12. 1950, Top secret, in: ebd., S. 527 f.

¹⁷¹ Loth, Sozialismus, S. 289.

¹⁷² Vgl. Mai, Sicherheitspolitik, S. 80.

¹⁷³ Vgl. Steininger, Wiederbewaffnung, S. 365 f.

¹⁷⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 189, Bl. 202, François-Poncet an MAE, Tel. 6928/30, 9. 12. 1950, Secret, Réserve.

¹⁷⁵ S. Bericht des NATO-Stellvertreterrates D-D/196 (Final), 9. 12. 1950, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 531–538; Bericht des NATO-Militärausschusses D/MC-D/2, 12. 12. 1950, Top secret, Cosmic, in: ebd., S. 538–547; Spofford an Acheson, Tel. Depto 322, 13. 12. 1950, Top secret, Priority, in: ebd., S. 566–568.

nicht einverstanden. Das von den Alliierten angestrebte Provisorium, so beteuerte er gegenüber deutschen Pressevertretern, sei schon deshalb inakzeptabel, weil der Grundsatz der Gleichheit nicht gewahrt und die Gefahr eines Definitivums gegeben sei¹⁷⁶. Wenn ihm auch die Stärke der deutschen Truppen in einer Atlantikarmee sekundär anmute, ergänzte er gegenüber dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith am 11. 12., so verlange er aber „in bezug auf Waffen und Befehl“ völlige Gleichberechtigung, damit deutsche Soldaten nicht als „Kanonenfutter“ verheizt würden. Ausdrücklich warnte er die Westmächte davor, den ausgearbeiteten Plan „formell“ vorzulegen, denn dann bliebe der Bundesregierung nichts anderes übrig, als ihn zurückzuweisen¹⁷⁷. Wenige Tage später beschwor er die Hohen Kommissare, dazu beizutragen, daß der NATO-Rat in Brüssel keinen Beschluß fasse, den Bonn ablehnen müsse¹⁷⁸. Die Verantwortung für die verfahren Situation gab er Frankreich und namentlich Jules Moch. Wenn er sich nicht dem deutschen Wehrbeitrag widersetzt hätte, wäre bereits im September eine Vereinbarung über den Aufbau einer europäischen Armee erfolgt und die Stellung der Westmächte gegenüber dem Osten gestärkt¹⁷⁹.

Adenauers scharfe Attacke gegen den Nachbarn im Westen resultierte einerseits aus den ihm zugänglichen Informationen über den Verlauf der Verhandlungen zwischen den Alliierten. Andererseits spiegelte sie seinen Wettstreit mit Schumacher um die Gunst der Bevölkerung wider¹⁸⁰. Darüber hinaus richtete sie sich gegen Schuman, der anlässlich der „Europäischen Woche“ in Brüssel am 9. 12. erklärt hatte, man habe sich mit den USA darauf verständigt, „daß man Deutsche (des Allemands) bewaffnen müßte, ohne Deutschland zu bewaffnen“¹⁸¹. Adenauers Protest bei der Hohen Kommission folgte auf dem Fuße. „Der französische Vorschlag über einen Beitrag der Bundesrepublik zur europäischen Verteidigung würde von der Bundesregierung und dem Bundesparlament einmütig abgelehnt werden.“¹⁸²

Sein innenpolitischer Kontrahent stimmte mit dieser Einschätzung voll und ganz überein. Am 12. 12. bezeichnete es Schumacher in einem Interview als völlig inakzeptabel, daß die Bundesrepublik nur „zweitrangige Soldaten“ stellen dürfe, die aber die „gefährlichsten Aufgaben“ zu erfüllen und daher die „größten Opfer“ zu bringen hätten¹⁸³. Schuman versicherte am selben Tag vor der Assemblée Nationale, die Regierung halte an der europäischen Armee fest und denke nicht

¹⁷⁶ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 24–26, Tee-Empfang, 8. 12. 1950.

¹⁷⁷ Interview Adenauers mit Kingsbury-Smith, 11. 12. 1950, im Auszug in: von Schubert (Hg.), Sicherheitspolitik, Bd. 2, S. 273–275, hier S. 274; s.a. AdG 1950, S. 2709D.

¹⁷⁸ S. Unterredung zwischen dems. und der AHK vom 14. 12. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 310.

¹⁷⁹ S. Interview dess. mit Kingsbury-Smith, 11. 12. 1950, im Auszug in: von Schubert (Hg.), Sicherheitspolitik, Bd. 2, S. 274.

¹⁸⁰ François-Poncet vermutete, daß Adenauer sich auch für den Fall eines zukünftig negativen Votums des Bundestages im voraus schützen wollte (AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 189, Bl. 202, François-Poncet an MAE, Tel. 7037/40, 13. 12. 1950, Priorité).

¹⁸¹ Zitiert nach: PA, Abt. 3, AZ 230–07E, Aufzeichnung Feihl, Anlage zu 230–07-IIIb, 13. 12. 1950.

¹⁸² Adenauer an McCloy, 11. 12. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 325; zu Adenauers Verärgerung über Schuman s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 189, Bl. 215–216, Bérard an MAE, Tel. 6978/83, 12. 12. 1950.

¹⁸³ PA, Abt. 3, AZ 230–07, Bd. 3, dpa-Meldung zum Interview Schumachers mit „INS“, 12. 12. 1950; s.a. Wettig, Entmilitarisierung, S. 391.

darán, der Bundesrepublik die Verfügungsgewalt über deutsche Truppen zu geben, auch nicht in der Übergangsphase¹⁸⁴. Die nun getroffenen Vereinbarungen, so ergänzte er wenige Tage später in einer Rede in Saargemünd, bedeuteten keineswegs die Aufgabe der Bonn auferlegten Schranken¹⁸⁵. Adenauers Hoffnungen auf eine baldige Beendigung des Besatzungsstatuts waren damit zerplatzt.

An einer weiteren Abkühlung der Beziehungen zur Bundesrepublik war Frankreich indes nicht gelegen. Mit der Absicht, Adenauer den bedauerlichen Charakter seiner Äußerungen gegenüber Kingsbury-Smith vor Augen zu führen, zugleich aber auch seine lückenhaften Kenntnisse über den Spofford-Plan aufzufüllen, fuhr François-Poncet am Morgen des 14. 12. ins Palais Schaumburg. Nach einem langen, pessimistischen Monolog des Kanzlers über die Mentalität der Deutschen bemühte sich der Hohe Kommissar, ihm Vertrauen in die Pariser Politik einzuflößen. Mit dem Plevén-Plan böte sich der Bundesrepublik die große Chance der Integration in das westliche Verteidigungssystem auf gleichberechtigter Basis. Im Rahmen des Spofford-Planes erhielte sie zugleich die Möglichkeit zur sofortigen Aushebung von Truppen, die aufgrund ihrer Rüstung keineswegs nur Kanonenfutter seien. Über die Modalitäten der Rekrutierung, Ausrüstung und Ausbildung dieser Einheiten könne die Bundesregierung mit den Hohen Kommissaren diskutieren. In dem Maße, wie sie ihren Beitrag zu den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen leiste, werde der Westen mit ihr die Transformation des politischen und juristischen Statuts einleiten. Adenauer schien durch diese Erläuterungen, die François-Poncet ihm in Absprache mit seinen Kollegen nur privat gab, erleichtert, bat aber eindringlich darum, jeden Anschein eines Diktats zu vermeiden. Die alliierten Entscheidungen sollten der Bundesregierung als Vorschlag unterbreitet werden, so daß die Tür für Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren offenbliebe. Der Kanzler hatte auch schon die Namen der deutschen Verhandlungsführer parat: Theodor Blank, der vor wenigen Wochen zum „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“ ernannt worden war, und die Generale Speidel und Heusinger¹⁸⁶.

Ohne Abstriche wurden die Empfehlungen des Militärausschusses und des Stellvertreterrates vom NATO-Rat und dem Verteidigungsausschuß am 18. 12. auf einer gemeinsamen Sitzung in Brüssel angenommen¹⁸⁷, wobei der französische Vertreter zwei einschränkende Bemerkungen zu Protokoll gab: Die im Spofford-Plan vorgesehenen Kontrollen in Deutschland sollten erst nach der Ersetzung durch ein anderes System aufgehoben werden. Die deutschen „combat teams“ könnten zu alliierten, aber nicht zu neuen deutschen Formationen zusammenge-

¹⁸⁴ S. Erklärung Schumans in der Assemblée Nationale, 12. 12. 1950, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1950, Bd. 10, S. 8930; AdG 1950, S. 2710D.

¹⁸⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 943, AFP-Meldung zur Rede dess. in Saargemünd vom 17. 12. 1950, 18. 12. 1950; L'Année politique 1950, S. 272f.; AdG 1950, S. 2722E.

¹⁸⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 189, Bl. 280–284, François-Poncet an MAE, Tel. 7080/90, 14. 12. 1950, Urgent, Réservé; ebd., Bl. 317f., ders. an dass., Tel. 7106/12, 15. 12. 1950, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 360f., Tb. 14. 12. 1950; zur Ernennung Blanks s. Adenauer an François-Poncet, 11. 12. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 324.

¹⁸⁷ S. Sitzung des NATO-Rates vom 18. 12. 1950, USDel Min-1, Top secret, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 585–595; Wettig, Entmilitarisierung, S. 390–393.

faßt werden¹⁸⁸. Gleichzeitig stimmte der NATO-Rat der Bildung der integrierten NATO-Streitmacht für Europa und einer neuen Bündnisorganisation zu¹⁸⁹.

Nachdem Acheson, Bevin und Schuman diese Resultate auf einer Außenministerkonferenz in Brüssel abgesegnet hatten, ermächtigten sie am 19. 12. die Hohe Kommission zu Verhandlungen mit der Bundesregierung zwecks Überprüfung etwaiger Veränderungen des Besatzungsstatuts, „die logischerweise im Zusammenhang mit einem deutschen Verteidigungsbeitrag stehen könnten“¹⁹⁰. Die Aufgabe, den Kanzler von der neuen Lage in Kenntnis zu setzen, fiel der französischen Besatzungsmacht zu, und sie nutzte sie zum eigenen Vorteil weidlich aus. Denn mit der Entscheidung von Brüssel schien sich aus der Pariser Perspektive das amerikanische Konzept für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag durchzusetzen. Ob Frankreich die Europa-Armee – an deren Existenz die endgültige Beibehaltung der Kampfgruppe als größtem nationalem Verband gebunden war – verwirklichen könne, galt als zumindest zweifelhaft. Paris mahnte daher jetzt nicht nur von den NATO-Staaten eine aktive Hilfe zur erfolgreichen Durchführung der Plevén-Plan-Konferenz an¹⁹¹. Es warb auch mit allen Feinheiten in Bonn für den Erfolg des eigenen Sicherheitskonzept. Der Einbau der deutscher Einheiten in die atlantische Streitmacht, so ließen sich Mitarbeiter François-Poncets vernehmen, erfolge keineswegs rascher als in die europäische Armee, da Rekrutierung und Ausbildung dieser Truppen mindestens ein bis zwei Jahre in Anspruch nähmen. „Ohne Zeitverlust“ und auf der „Basis der primär notwendigen deutsch-französischen Zusammenarbeit“ könne man „auf dem Wege einer europäischen Armee zu einer besseren Lösung kommen, als übereilte und theoretische Beschlüsse über Eingliederung in den Atlantikpakt zu fassen, die praktisch auch nicht rascher durchführbar wären“¹⁹².

Kurz darauf legte der französische Hohe Kommissar dem Kanzler anhand einer ausführlichen schriftlichen Unterlage, die er ihm vierundzwanzig Stunden später aushändigen ließ¹⁹³, die Beschlüsse der NATO zur Frage der deutschen Wiederbewaffnung. Von einer Ausrüstung deutscher Truppen mit schwerer Artillerie und schweren Panzern, die Adenauer dem Kabinett in Aussicht stellte¹⁹⁴, war freilich nicht die Rede. Geschickt versuchte François-Poncet, die Grenze zwischen der Atlantikarmee und dem Plevén-Plan zu verschleiern. Zwar sprach er von deutschen Kontingenten zu einer gemeinsamen Streitmacht, vermied es aber, diese als NATO-Organ zu qualifizieren. Sowohl der unverzügliche Aufbau deutscher Mi-

¹⁸⁸ S. Murphy an Acheson, Tel. 987, 18. 12. 1950, Secret, Priority, in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 583 f.

¹⁸⁹ S. Bericht des NATO-Militärausschusses D.C. 24/3, 12. 12. 1950, Top secret, Cosmic, in: ebd., S. 548–564; Communiqué über die Tagung des NATO-Rates vom 18./19. 12. 1950, in: EA 1951, S. 3639.

¹⁹⁰ Communiqué über die Konferenz der westlichen Außenminister vom 19. 12. 1950, in: ebd.

¹⁹¹ S. Regierung der Französischen Republik an Regierung der USA, 15. 12. 1950 (Übersetzung), in: FRUS 1950, Bd. 3, S. 584 f. Die Note wurde zur Weiterleitung an die Außenminister der NATO-Staaten mitgeteilt in: AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 190, Bl. 6–8, Parodi an London etc., Tel. 23758/62 etc., 16. 12. 1950, Réservé.

¹⁹² PA, Abt. 3, AZ 230–07, Bd. 3, von Twardowski an Kordt, Aufzeichnung, 19. 12. 1950.

¹⁹³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 190, Bl. 109–112, „Communication au chancelier“, 21. 12. 1950, überreicht am 22. 12. 1950, 18. 3. Uhr; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 403 f.

¹⁹⁴ S. Notiz Seebohms zur Kabinettsitzung vom 21. 12. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 911, Anm. 42.

litärverbände als auch die Bildung einer integrierten NATO-Streitmacht erhielten den Anschein vorbereitender Maßnahmen zur geplanten Europaarmee. Adenauer begrüßte die Entscheidung der Westmächte über die Einleitung von Verhandlungen mit der Bundesregierung und unterstrich ausdrücklich das Recht, Vorschläge zu unterbreiten und abzulehnen. „Ich erblicke in der Schaffung der Gemeinsamkeit der hauptsächlichsten Rohstoffe und der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee die wesentlichsten Fundamente für die Bildung einer europäischen Einheit und einer europäischen Föderation.“ Damit waren der Freundlichkeiten aber genug ausgetauscht, und jener Teil der Unterredung begann, der Kirkpatrick zu dem Urteil brachte, die Deutschen seien augenblicklich nervös, mißtrauisch und beinahe hysterisch. Äußerungen von McCloy und François-Poncet über die Aufrechterhaltung des Prinzips der Besatzung brachten Adenauer derart in Rage, daß er seine Bereitschaft zu Verhandlungen über den Pleven-Plan zeitweise widerrief. Erst nach viereinhalbstündigem Wortwechsel gelang es beiden Seiten, sich darauf zu verständigen, über Art und Ausmaß des deutschen Verteidigungsbeitrags Besprechungen zwischen deutschen und alliierten Experten aufzunehmen, deren Resultate dann Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Hohen Kommission sein sollten¹⁹⁵.

Aufgrund des Dualismus der Brüsseler Entscheidung über die zukünftige Organisationsstruktur der europäischen Streitmacht hätte die Bundesregierung die definitive Ausgestaltung erheblich beeinflussen können. Der Kanzler und seine militärischen Berater sahen zwar die Alternative zwischen der Teilnahme an der Europa-Armee und dem Aufbau eines atlantischen Kontingents. Zwei Punkte blieben ihnen aber verborgen: Sie wußten weder von den einschränkenden Bedingungen der Alternative noch von der Tatsache, daß die von ihnen bevorzugte amerikanische Option nur durch die Ablehnung des französischen Angebots realisiert werden konnte. In Unkenntnis über die Beschränkungen, die in Brüssel für die deutsche Beteiligung an der NATO-Streitmacht festgesetzt worden waren, glaubte Adenauer, er könne die deutsche Gleichberechtigung im atlantischen Rahmen erreichen, und setzte mit seiner politischen Taktik an der falschen Stelle an. Die Entscheidung für die atlantische Form wurde nicht negativ durch das Scheitern der nach Paris einberufenen Pleven-Plan-Konferenz, sondern positiv durch den Erfolg der deutsch-alliierten Gespräche auf dem Petersberg angestrebt. Diese Beratungen sollten aber ausdrücklich nur militärischen Problemen gewidmet sein¹⁹⁶.

Wenngleich die Zusage der Hohen Kommissare, über die Modalitäten des westdeutschen Verteidigungsbeitrages frei zu verhandeln, mit den beschlossenen Restriktionen und Kontrollen nicht in Einklang zu bringen war, so bedeuteten die Brüsseler Beschlüsse für die Bonner Republik doch immerhin ein Mitspracherecht bei der Festlegung der Sicherheitspolitik des Westens. Dennoch gingen die

¹⁹⁵ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 21. 12. 1950, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 314–339, hier S. 318; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 190, Bl. 113–119, François-Poncet an MAE, Tel. 7287/302, 22. 12. 1950, *Résumé*; *Kommunique* in: AdG 1950, S. 2728D; Steininger, *Wiederbewaffnung*, S. 385–389; zur Kritik Kirkpatrick's s. Kirkpatrick an Bevin, Tel. 1823, 22. 12. 1950, *Priority, Secret*, in: DBPO, 2. Reihe, Bd. 3, S. 398 f.

¹⁹⁶ Vgl. Baring, *Anfang*, S. 162; Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 394–396.

Meinungen über den Wert der alliierten Offerte am Rhein weit auseinander. Die SPD-Opposition erklärte sie öffentlich für nicht diskutierbar: „Wir Deutschen passen nicht für die Rolle von Partisanen oder für die einer Nachhut für ein neues Dünkirchen“¹⁹⁷, meinte Schumacher und zog damit im Parteivorstand die Kritik jener auf sich, die vor dem Eindruck warnten, die SPD sei grundsätzlich gegen die deutsche Wiederbewaffnung¹⁹⁸. Für Adenauer hingegen war der Verteidigungsbeitrag immer Mittel und Zweck zugleich. Er sollte der Bundesrepublik die politische Gleichberechtigung und Souveränität bringen, sie fest in der euro-atlantischen Gemeinschaft verankern sowie die territoriale Sicherheit durch eine verbesserte militärische Verteidigungsfähigkeit des Westens gewährleisten. In welchem Maße sich diese dreifache Zielsetzung aber würde verwirklichen lassen, war am Ende des Jahres 1950 keineswegs ausgemacht. Zwar bestand Einvernehmen zwischen den Westmächten darüber, das deutsch-alliierte Verhältnis nach einer Abmachung über den Verteidigungsbeitrag auf vertraglicher Basis neu zu regeln. Aber zumindest Frankreich sah, wie der Jahresbericht der französischen Vertretung im Militärischen Sicherheitsamt es definierte, seine Hauptaufgabe vor allem darin, „de freiner au maximum l'ascension trop rapide à notre gré de l'Allemagne vers la libération totale des contraintes“¹⁹⁹.

„Technischen Besprechungen betreffend die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages“

„1951 verra-t-il la renaissance de la *Reichswehr*?“, fragte Moch beklommen zur Jahreswende²⁰⁰. Werde Frankreich, so replizierte man diesseits des Rheins, seine Obstruktionspolitik fortsetzen? Die Rahmenbedingungen ließen Böses ahnen. Für den Sommer standen Parlamentswahlen auf dem Programm, und sie würden die Haltung der Regierung gewiß stark beeinträchtigen. Die Sozialisten hatten in den letzten Monate wiederholt unter Beweis gestellt, den Kommunisten in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung den Wind aus den Segeln nehmen zu wollen. Die bürgerlichen Parteien wiederum mußten auf die SFIO Rücksicht üben, um den Bruch der Regierung nicht zu riskieren. Sämtliche Entscheidungen drohten daher zumindest bis zum Urnengang in eine Abhängigkeit zu etwaigen Rückwirkungen im kommunistischen Lager zu geraten. „Das bedeutet aber“, so glaubten die deutschen Diplomaten vor Ort Anfang Januar, „daß Frankreich noch auf Monate hinaus partiell gelähmt sein wird.“²⁰¹

Demgegenüber ging man in Paris davon aus, daß Bonn sich zukünftig mehr Zurückhaltung bezüglich der Wiederbewaffnung auferlegen werde, weil die Deutschen sie in engem Bezug zur Wiedervereinigung und damit zur sowjetischen Friedensoffensive sähen. Mehr Engagement, so formulierte der Quai d'Orsay am 8. 1., sei vom Kanzleramt erst nach einer erheblichen Verstärkung der westlichen Streitkräfte in Europa zu erwarten, sofern diese Truppen das Gefühl wachriefen,

¹⁹⁷ UP-Meldung zur Rede Schumachers in Hannover, 20. 12. 1950, in: AdG 1950, S. 2724G.

¹⁹⁸ S. Henßler an dens., 26. 12. 1950, im Auszug in: BDFD III, S. 312–314.

¹⁹⁹ SHAT Vincennes, 3 U 4, Französische Vertretung im Militärischen Sicherheitsamt, Jahresbericht 1950, Secret, 31. 3. 1951, S. 106.

²⁰⁰ Moch, Histoire, S. 256.

²⁰¹ PA, Abt. 3, AZ 205–00/22, Bd. 1, von Kessel an Blankenhorn, 4. 1. 1951.

sie könnten eines Tages zur Eroberung der Ostgebiete beitragen. Diese Wahrheit sei bisher verdeckt worden, da Adenauer die Illusion genährt habe, mit politischen und militärischen Konzessionen der Westmächte den Bundestag für die Aufrüstung gewinnen zu können. Folglich hänge die Beteiligung Westdeutschlands an der Verteidigung Europas nicht so sehr vom Verständnis Frankreichs als von der entschlossenen Haltung der USA ab. „La responsabilité des Etats-Unis est donc dans cette affaire plus lourdement engagée que la nôtre“²⁰². Nicht die rasche Umwandlung des Besatzungsstatuts, so lautete einen Tag später die Botschaft Frankreichs an die NATO-Staaten, sei das Gebot der Stunde, sondern die Verwirklichung des Plevén-Plans. Nur mit ihr könne die augenblickliche Verwirrung der deutschen Geister beigelegt werden, nur mit ihr seien die Deutschen für die Sache der westlichen Verteidigung zu gewinnen²⁰³. Trachtete der Quai d'Orsay also danach, die Verbündeten von den Vorzügen des französischen Modells der deutschen Wiederbewaffnung zu überzeugen, widerstrebte dem Elysée offenbar sowohl dieses als auch das amerikanische Konzept. Auriol plädierte wieder einmal für ein neutrales Deutschland, dessen Status durch eine „armée européenne atlantique“ mit symbolischen deutschen Kontingenten garantiert werden sollte²⁰⁴.

Am 11. 1. begannen auf dem Petersberg nahe Bonn die in Brüssel vereinbarten Sachverständigengespräche über die technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Aufstellung westdeutscher Truppen²⁰⁵. Sie wurden für die Bundesregierung von Blank, für die Alliierten von den stellvertretenden Hohen Kommissaren Hays, Ward und Bérard geführt. Obwohl der Amerikaner den Deutschen sehr zum Ärger seines französischen Kollegen schon vor der Eröffnung zu verstehen gegeben hatte, er hoffe auf ihre baldige Beteiligung an der NATO²⁰⁶, verlief der Auftakt der Konsultationen alles andere als verheißungsvoll. Als die Bonner Delegation auf dem Petersberg erschien, wies ihr ein britischer Soldat den Weg zur Hintertür. Blank nutzte die Gelegenheit, um sofort klarzumachen, daß die ihm zugestandene Gleichberechtigung seines Erachtens den Weg zum Konsultationstisch einschloß. Durch sein Lamento aufgeschreckt, ließen die Hohen Kommissare ihn sofort passieren²⁰⁷. Auch seine Forderung nach einem Parkplatz direkt neben dem der anderen Delegationsleiter²⁰⁸ symbolisierte das Bedürfnis der Bundesregierung, von den Alliierten als gleichrangig akzeptiert zu werden, um so die Forderung nach der NATO-Mitgliedschaft besser zu legitimieren²⁰⁹.

Adenauer hatte sich für die atlantische Orientierung entschieden, weil die ihm bekannten Einzelheiten des Plevén-Plans eine erhebliche Benachteiligung befürchten ließen, und er glaubte, bei den Verhandlungen mit einer von Franzosen

²⁰² AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 190, Bl. 256–259, MAE an Alphand, Aufzeichnung, 8. 1. 1951 (Konzept BR).

²⁰³ S. ebd., Bd. 340, Bl. 113 f., Parodi an London etc., Zirkulartel. 4, 9. 1. 1951.

²⁰⁴ Unterredung zwischen Auriol und Monnet, 11. 1. 1951, in: Auriol, Journal, Bd. 5, S. 19.

²⁰⁵ Zu diesen Verhandlungen s. die Berichte des amerikanischen Vertreters Hays in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 990–1047; s.a. Baring, Anfang, S. 171–175; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 30–43; Meier-Dörnberg, Planung, S. 630–648; Wettig, Entmilitarisierung, S. 402–409, 412–415 u. 425–429.

²⁰⁶ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, 362 f., Tb. 5. 1. 1951; Rupieper, Verbündeter, S. 121.

²⁰⁷ S. Speidel, Zeit, S. 288.

²⁰⁸ Vgl. Fursdon, Community, S. 107.

²⁰⁹ Vgl. Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 303.

geführten kontinentalen Staatengruppe weniger günstige Resultate zu erzielen, als bei den Angelsachsen²¹⁰. Natürlich war Frankreich viel zu wichtig für die deutsche Außenpolitik, als daß er den Pleven-Plan einfach hätte abweisen können. So setzte er darauf, die Beratungen über das französische Sicherheitskonzept in die Länge zu ziehen, um zwischenzeitlich auf dem Petersberg zum Erfolg zu gelangen²¹¹. Insgesamt, und daran ließ Bonn keinen Zweifel, war ein deutscher Verteidigungsbeitrag für die Westmächte ohnehin nur nach Realisierung der von Adenauer reklamierten politischen Voraussetzungen zu haben, über die der Kanzler gesondert mit den Hohen Kommissaren verhandelte²¹².

Da die Bundesregierung die genauen Vorstellungen der Alliierten nicht kannte, beschloß sie, auf dem Petersberg vorerst keine eigenen Vorschläge zu unterbreiten, geschweige denn Zusagen zu geben. Statt dessen wollte sie detaillierte Darlegungen und konkrete Zusicherungen der Gesprächspartner abwarten, um dann auf der Basis des so entstehenden Gesamtbildes zu entscheiden, ob der Grundforderung nach Gleichberechtigung Genüge getan wurde²¹³. Den alliierten Vertretern fehlte aber die Ermächtigung, die in Brüssel vereinbarten restriktiven Richtlinien für den westdeutschen Wehrbeitrag zur Diskussion zu stellen. Ihre Aufgabe beschränkte sich vielmehr darauf, den Aufbau deutscher Truppen durch eine Übereinkunft mit Bonn über die technischen Verfahrensfragen in Gang zu bringen. Konkrete Ergebnisse waren angesichts dieser Ausgangslage also kaum in Sicht²¹⁴, zumal die Interdependenz dieser durch die Pleven-Plan-Konferenz Mitte Februar noch ergänzten drei Verhandlungsebenen es mit sich brachte, daß eine endgültige Regelung der westdeutschen Wiederbewaffnung erst nach dem Abschluß aller Verhandlungen zu erwarten war²¹⁵.

Zur Eröffnung der ersten Sitzung auf dem Petersberg verlangte Ward die Einbindung eines jeden Militärbeitrags der Bundesrepublik in den Rahmen der NATO. Blank stimmte dem uneingeschränkt zu. Als die Alliierten von ihm wissen wollten, wie sich die Deutschen die Rekrutierung und Verwaltung der deutschen Truppen vorstellten, auf eine rasche Zusage und die Erörterung praktischer Sofortmaßnahmen drängten, mußte er hingegen passen. Blank ging es nämlich zunächst um die Klärung zentraler Fragen der Bewaffnung, Führung und Organisation, um die Gleichbehandlung des deutschen Kontingents sicherzustellen. Damit brachte er seine Gesprächspartner in einige Verlegenheit. Denn die Brüsseler Beschlüsse erlaubten den drei alliierten Vertretern keine präzisen Angaben, und außerdem gab Bérard unumwunden zu, wie wenig seine Regierung an der atlantischen Armee interessiert war²¹⁶.

In Anlehnung an eine Rede Adenauers²¹⁷ präsentierte Blank daraufhin am 16. 1. die deutschen Bedingungen für die Remilitarisierung: angemessene alliierte Luft-

²¹⁰ Vgl. Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 402.

²¹¹ Vgl. Baring, *Anfang*, S. 172 f.

²¹² Vgl. Kap. III.1.1.

²¹³ Vgl. Baring, *Anfang*, S. 171 f.

²¹⁴ Vgl. Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 406.

²¹⁵ Vgl. Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 30.

²¹⁶ S. Hays an Acheson, Tel. 449, 10. 1. 1951, Top secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 990 f.; Meier-Dörnberg, *Planung*, S. 631.

²¹⁷ S. PA, Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 1, Rede Adenauers in Bielefeld, 14. 1. 1951.

und Landstreitkräfte auf deutschem Boden zur Deckung der westdeutschen Aufrüstung; Ablösung der Besatzungsrechte durch vertragliche Übereinkünfte; Umwandlung der Hohen Kommission in einen Rat der Botschafter; Gleichberechtigung der westdeutschen Einheiten hinsichtlich Organisation, Bewaffnung und Kommandostruktur; angemessene finanzielle Unterstützung der Bundesrepublik²¹⁸. Für Frankreich waren diese Konditionen um so problematischer, als sie offensichtlich von allen Parteien gebilligt wurden. Im Hotel Dreesen gewannen die Diplomaten nämlich den Eindruck, die SPD schwenke allmählich auf einen positiveren Kurs in Sachen Wiederbewaffnung ein, weil sie nicht als Blockierer der Westbindung dastehen wolle. Schumachers Neuorientierung, so analysierte Bérard, war Ausdruck der Furcht vor einem Aufwind der Neutralisten, aber auch des Eindrucks, die Regierung komme seinen Forderungen nach. Der stellvertretende Hohe Kommissar rechnete daher mit einer satten Majorität im Bundestag zugunsten der deutsch-alliierten Verträge, mochte aber nicht ausschließen, daß Adenauer aus Sorge um die nötige Parlamentsmehrheit den Alliierten gegenüber noch härter auftrate²¹⁹.

Diese nicht eben rosige Aussicht veranlaßte Paul Leroy Beaulieu, den „Directeur général des Affaires économiques et financières“ in der französischen Hohen Kommission, dazu, den deutschen Wehrbeitrag noch einmal grundsätzlich zu überdenken. Seine Kosten-Nutzen-Analyse fiel eindeutig negativ aus. Das Kriegsrisiko würde wachsen, den inneren Zusammenhalt der Truppen des Ostblocks stärken, die Moral in den westlichen Armeen eher mindern. Eine Zunahme der westlichen Sicherheit mochte er nicht erkennen. Leroy Beaulieu sorgte sich aber nicht nur um die militärisch-sicherheitspolitischen, sondern auch um die allgemein-politischen Implikationen der deutschen Wiederbewaffnung mit ihren Rückwirkungen auf die innenpolitischen Zustände und die machtpolitischen Ambitionen der Bundesrepublik. Der Propaganda seiner eigenen Regierung, es handle sich gar nicht um die Aufrüstung Deutschlands, sondern darum, deutsche Verbände in die europäische Armee einzugliedern, schenkte er keinen Glauben. Er sah keinen Grund, warum ausgerechnet in der Remilitarisierung die den Deutschen auferlegten Beschränkungen nicht abgebaut würden. Da eine „neutralisation pure et simple“ ohne alliierte Truppenstationierung für ihn nicht in Frage kam, weil sie Moskau Tür und Tor öffnete, blieb als Ausweg für ihn nur der Versuch, die Bundesrepublik nicht aufzurüsten und in Viermächteverhandlungen eine „solution autrichienne“ anzustreben: Wiederherstellung der deutschen Einheit ohne eigene Armee, Stationierung von Truppen der Westmächte in Westdeutschland, von sowjetischen Truppen in Ostdeutschland. Nur wenn diese Lösung nicht erreichbar sei oder die USA die Forderung nach einem deutschen Wehrbeitrag nicht aufgäben, mochte er die deutsche Wiederbewaffnung akzeptieren, dann aber auch nur in der Form der Beteiligung an einer europäischen Armee²²⁰.

²¹⁸ S. Hays an Acheson, Tel. 464, 17. 1. 1951, Top secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 993–996; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 37.

²¹⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 191, Bl. 46f., Bérard an MAE, Tel. Nr. 565/68, 21. 1. 1951, Réservé.

²²⁰ Ebd., Bd. 193, Bl. 135–140, Aufzeichnung Leroy Beaulieu, Nr. 6370, 22. 1. 1951, Secret.

Die Empfehlungen des französischen Diplomaten stimmten exakt mit jenen Vorstellungen überein, die der Präsident der Republik in diesen Tagen dem Generalinspekteur der französischen Armee General Juin vorlegte. Wütend über deutsche Gnadengesuche für zwei verurteilte Kriegsverbrecher²²¹, ging er Anfang Februar hart mit den Nachbarn und ihren Politikern ins Gericht, um dann sein Lösungsmodell für die „deutsche Frage“ vorzustellen: Vereinigung beider deutscher Staaten, Demilitarisierung und Garantie der Vier Mächte, wobei auf der linken Rheinseite englische, französische, belgische, amerikanische und deutsche Truppen und an der Ostgrenze eine Armee aus Slawen, Polen etc. stationiert werden sollten. Wenn Moskau dies ablehne, könne der Westen immer noch – mit dem Recht auf seiner Seite – die Aufrüstung beginnen²²².

Teile dieser Doppelstrategie übernahm nun auch die französische Regierung. Ende Januar bemühte sich Pleven bei seinen Gesprächen mit Truman in Washington um die amerikanische Unterstützung für die bevorstehende Konferenz über die Europaarmee. Der Präsident erklärte sich öffentlich mit dem Projekt einverstanden, bestand aber auf der sofortigen Aufstellung deutscher Truppen²²³. Ungeachtet dieser allenfalls konditionierten Zustimmung der Amerikaner versuchten die Franzosen nun den Eindruck zu erwecken, als stünden die Partner ganz hinter ihrem Konzept. Sie benutzten dabei vor allem ein Schreiben Achesons vom 27. 1., das Schuman im Entwurf bereits Anfang Dezember 1950 als wirksame Waffe im Ministerrat bei der Entscheidung über den Spofford-Plan gedient hatte. Der amerikanische Außenminister hieß darin die französische Initiative willkommen und versprach, sein Bestes zu tun, um zu einem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen beizutragen²²⁴. Tatsächlich aber waren diese Auslassungen eher Höflichkeitsfloskeln, denn die USA faßten den Pleven-Plan „nicht als erwünschte Eventualität“ auf²²⁵. Geradezu empört äußerten sich der amerikanische Unterstaatssekretär Perkins und der Leiter der Deutschlandabteilung im State Department, Byroade, gegenüber Adenauer, als das französische Hohe Kommissariat nach einer Konferenz amerikanischer Botschafter in Frankfurt in einer Pressemitteilung behauptete, die US-Diplomaten hätten sich für eine dilatorische Behandlung der Aufrüstung ausgesprochen²²⁶.

Parallel zu diesen Bestrebungen, die Frage der deutschen Wiederbewaffnung auf das Gleis der Europa-Armee zu bugsieren, bemühte sich Frankreich darum, das Problem durch eine Verständigung mit der Sowjetunion gänzlich aus der Welt zu schaffen. Während Acheson sich beim Treffen Plevens mit Truman kein für den Westen akzeptables sowjetisches Angebot vorstellen konnte, glaubte Parodi sehr wohl an substantielle Vorschläge mit echten Konzessionen als Preis für die Verhinderung der deutschen Remilitarisierung. Und er erhielt am 30. 1. in Washing-

²²¹ S. Auriol an Schuman, 2. 2. 1951, in: Auriol, Journal, Bd. 5, S. 63 f.

²²² S. Unterredung zwischen dems. und Juin, 6. 2. 1951, in: ebd., S. 65 f.

²²³ Zu den Konsultationen zwischen der französischen und amerikanischen Regierung vom 29./30. 1. 1951 s. die Dokumente in: FRUS 1951, Bd. 4, S. 304–343; Communiqué vom 30. 1. 1951, in: ebd., S. 344–347; Bougeard, René Pleven, S. 209–211.

²²⁴ S. Acheson an Schuman, 27. 1. 1951, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 759 f. Ausgehändigt wurde das Schreiben am 5. 2. 1951 (ebd., Anm. 1).

²²⁵ Wettig, Entmilitarisierung, S. 411.

²²⁶ S. PA, NL von Kessel, Ordner [1], Dittmann an von Kessel, 12. 2. 1951, Geheim, Mit Kurier.

ton die Zusage, daß für den Fall erfolgreicher Viermächtegespräche das Problem erneut durchdacht werden müsse²²⁷. Der Unterschied in der Verhandlungstaktik lag damit offen auf der Hand. Während die USA wie die Bundesrepublik die Aufrüstung möglichst rasch unter Dach und Fach zu bringen begehrten, war Frankreich sorgsam darauf bedacht, erst einmal die im Frühjahr stattfindende Vorkonferenz der vier Außenminister-Stellvertreter abzuwarten²²⁸.

Für die Gespräche auf dem Petersberg, die sich aufgrund der mangelnden Auskunftswilligkeit der Alliierten zu einer einseitigen Anhörung der Deutschen entwickelten, bedeutete das, es geriet „Sand in die Maschine“²²⁹. Um die ab Ende Januar stagnierenden Konsultationen wieder anzutreiben, bot Blank als Beweis des guten Willens unaufgefordert den Verzicht auf jede deutsche Waffenproduktion an, was aber den französischen Kurs nicht änderte²³⁰. Schließlich gab er auch die Überlegungen der Bundesregierung zu Stärke, Gliederung, Verwaltung und Bewaffnung des deutschen Truppenkontingents preis: 250 000 Soldaten in zwölf Heeres-Kampfgruppen; 65 000 Mann für Luftwaffe und Küstenverteidigung sowie 20 000 Mann für die Artillerie, gepanzerte Einheiten etc.; 15 000 Mann für Stäbe, Territorialverteidigung und Verwaltung²³¹. Kern der deutschen Streitmacht sollten Panzerverbände sein. Zur Administration und Kontrolle der militärischen Organisation sah die Bundesregierung ein Verteidigungsministerium vor²³². Schließlich forderte Blank ein Territorialkommando, bestehend aus einem national homogenen Korps mit jeweils zwei Divisionen nebst Zusatzeinheiten²³³.

Allmählich dämmerte der Bonner Delegation, wie umfangreich die von der NATO vereinbarten Restriktionen waren. Als Hays im Zusammenhang mit dem Beginn der Aufstellung deutscher Einheiten von Kampfgruppengröße sprach, verlangte Blank nicht nur eine Klärung des ihm nicht geläufigen Begriffs, sondern akzeptierte den Aufbau derartiger Verbände lediglich als hypothetische Erwägungen und auch nur für den Fall einer entsprechenden Organisation der übrigen Kontingente²³⁴. Speidel faßte die Kampfgruppe als denkbare Eventualität auf, sofern sie als national homogene, operativ selbständige Grundeinheit mit gemischter Waffenstruktur konzipiert würde. Die supranationale Division des Plevén-Plans zog er hingegen mit einem kulinarischen Vergleich ins Lächerliche: Die Bayern würden Sauerkraut und Bier, die Franzosen Weißbrot und Wein, die Italiener Spaghetti Chianti verlangen²³⁵. Seine militärischen Vorstellungen widersprachen den französischen Erwägungen diametral, verstand Paris doch unter einer Kampfgruppe eine operativ unselbständige Formation. In Washington hingegen begann

²²⁷ S. Unterredung zwischen Truman und Plevén vom 30. 1. 1951, US Min-2, Top secret, in: FRUS 1951, Bd. 4, S. 327; Unterredung zwischen dens. vom 30. 1. 1951, US Min-3, Top secret, in: ebd., S. 337.

²²⁸ Vgl. Kap. III.1.2.

²²⁹ PA, NL von Kessel, Ordner [1], Dittmann an von Kessel, 12. 2. 1951, Geheim, Mit Kurier.

²³⁰ S. Hays an Acheson, Tel. 507, 3. 2. 1951, Top secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1005–1008.

²³¹ S. ders. an dens., Tel. 548, 17. 2. 1951, Top secret, Priority, in: ebd., S. 1016–1020; zu den deutschen Forderungen vgl. zusammenfassend: Meier-Dörnberg, Planung, S. 634–647.

²³² S. Hays an Acheson, Tel. 484, 27. 1. 1951, Top secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 996–1001; ders. an dens., Tel. 705, 7. 4. 1951, Top secret, Priority, in: ebd., S. 1032–1035.

²³³ S. ders. an dens., Tel. 870, 19. 5. 1951, Top secret, Priority, in: ebd., S. 1039–1043.

²³⁴ S. ders. an dens., Tel. 548, 17. 2. 1951, Top secret, Priority, in: ebd., S. 1016–1020.

²³⁵ S. ders. an dens., Tel. 581, 2. 3. 1951, Top secret, in: ebd., S. 1022–1025.

man, das Bonner Entgegenkommen mehr und mehr zu würdigen und – zumindest intern – den dortigen Standpunkt zu unterstützen, daß die operative Grundeinheit national homogen und möglichst die Division sein müsse²³⁶.

Da die deutschen Planungen mit den Brüsseler Beschlüssen in zentralen Punkten unvereinbar waren, konnten die stellvertretenden Hohen Kommissare ihnen nicht zustimmen. Blank war um der Gleichberechtigung willen aber nicht bereit, seine Forderungen zurückzunehmen²³⁷. In seiner Delegation führte man das mit hin unausweichliche Stocken der Gespräche vor allem auf Meinungsverschiedenheiten unter den Westmächten zurück. Die gab es durchaus, und François-Poncet hielt Hays für so unfähig, daß er bei McCloy die Abberufung anregte²³⁸. Tatsächlich aber konnten keine Fortschritte gelingen, weil Blanks Ansprüche weit über die Kompetenzen seiner Gesprächspartner hinausgingen.

Adenauer reagierte auf die Stagnation auf dem Petersberg mit zunehmender Ungeduld. Am 5. 4. drängte er bei den Hohen Kommissaren zur Einlösung der gegebenen Sicherheitszusage²³⁹. Vier Tage später wiederholte er seine Mahnungen in schriftlicher Form und bat um laufende Unterrichtung über Stärke bzw. Dislozierung der alliierten Truppen in der Bundesrepublik und die strategischen Verteidigungspläne²⁴⁰. Gegenüber McCloy erhob er am 26. 4. eine Verstärkung der westlichen Truppen in Deutschland, die finanzielle Militärhilfe sowie eine Grundsatzerklärung der Alliierten über den neuen außenpolitischen Status Westdeutschlands und dessen Gleichberechtigung zur Voraussetzung für einen deutschen Wehrbeitrag²⁴¹. Ende April präsidierten seine Emissäre auf dem Petersberg ihre Ansichten über die Modalitäten des deutschen Verteidigungsbeitrages. Mitte Mai lehnten die alliierten Vertreter die Forderung nach einem Bundesverteidigungsministerium ab²⁴². Acheson begrüßte diesen Gedanken intern als „logical and reasonable“²⁴³, beugte sich aber dem Widerstand Mochs, der die Schaffung einer zentralen deutschen Verteidigungsbehörde strikt verwarf²⁴⁴.

Hays drängte dann darauf, einen Sachstandsbericht abzufassen, der McCloy für dessen geplante Besprechungen in Washington zur Verfügung stehen sollte. Seine Kollegen aus London und Paris stimmten dem zu, um ihre Regierungen die verfahrenere Situation vor Augen zu führen und neue Instruktionen der NATO zu erbitten. Nach zäher Überzeugungsarbeit erhielt Blank das Recht, dieses Dokument zu prüfen. Bei der Durchsicht stellte sich heraus, daß die besprochenen Themen durch geschickte Formulierungen fast unmerklich dem französischen Projekt der Europaarmee angenähert worden waren. Die Kampfgruppen erweckten den Ein-

²³⁶ Vgl. Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 414.

²³⁷ Vgl. Baring, *Anfang*, S. 174; Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 407–409.

²³⁸ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 191, Bl. 231–233, François-Poncet an MAE, Tel. 1084/54, 14. 2. 1951, *Réserve*.

²³⁹ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 5. 4. 1951, in: AAPD, *Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951*, S. 345–350; Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 450–453.

²⁴⁰ S. PA, BStS, Bd. 124, Adenauer an François-Poncet, Nr. II Geh. 55/51, 9. 4. 1951, *Geheim*; McCloy an Acheson, Tel. 732, 12. 4. 1951, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1470–1472.

²⁴¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 1299, Unterredung zwischen Adenauer und McCloy vom 26. 4. 1951, *Geheim*; Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 454 f.; Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 425 f.

²⁴² Vgl. ebd., S. 426.

²⁴³ Acheson an McCloy, Tel. 7329, 1. 5. 1951, *Top secret*, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1035 f.

²⁴⁴ S. Bruce an Acheson, Tel. 6803, 9. 5. 1951, *Top secret*, in: ebd., S. 1037.

druck taktisch unselbständiger Verbände. Aus den erörterten technischen Ausbildungsphasen waren politisch akzeptierte Übergangsstadien geworden. Die Kontrolle über die deutsche Militärbehörde erhielt europäische Züge. Insgesamt war der Bericht dazu geeignet, ein falsches Bild von den der Bundesrepublik gestellten Bedingungen zu vermitteln. Blank hielt mit seinem Unmut nicht hinter dem Berg. Daß die amerikanischen Militärs hinter den Kulissen für die deutschen Vorschläge eintraten, rief auf französischer Seite heftigen Widerstand hervor. Dennoch gelang es dem Bonner Vertreter, die eigenen Vorbehalte bei den redaktionellen Besprechungen, die am 4. 6. abgeschlossen waren, weitgehend zur Geltung zu bringen. Auf sein Verlangen hin firmierte das Papier schließlich nicht als Abschluß-, sondern als Zwischenbericht; sogar die Unterzeichnung – wenn auch nur auf einem gesonderten Blatt – gestanden ihm die alliierten Delegationen zu²⁴⁵.

Wie die Hohen Kommissare in ihrem Begleitschreiben zu diesem „Bericht über die auf dem Petersberg geführten technischen Besprechungen, betreffend die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages“²⁴⁶ darlegten, bestand zwischen beiden Seiten Konsens über folgende Empfehlungen der NATO: Leistung eines deutschen Wehrbeitrags im Rahmen der Allianz; Kontrolle der deutschen, aber auch der anderen Kontingente; Aufbau einer deutschen Rüstungsindustrie nur mit französischer Zustimmung; Beschränkung des Umfangs der deutschen Einheiten auf maximal ein Fünftel der NATO-Landstreitkräfte. Uneinigkeit herrschte über die Forderungen der Deutschen nach eigenen Divisionen, Panzerformationen und einem Verteidigungsministerium. Gewisse Sicherheitsbestimmungen der NATO mochte die Bonner Delegation nur akzeptieren, wenn sie auch für die übrigen Truppen galten oder durch Modifizierungen der deutschen Öffentlichkeit gegenüber vermittelbar waren. Insgesamt äußerten sich die Hohen Kommissare zufrieden und zuversichtlich, mit der sehr kooperativen deutschen Delegation zu einem vernünftigen Kompromiß zu gelangen²⁴⁷.

Einen ganz anderen Ton schlug François-Poncet in einem Sonderbericht an Schuman an. Zwar rühmte er die von Anfang an herzlichen Beziehungen zu Blank²⁴⁸, beklagte sich aber bitter über seine angelsächsischen Kollegen, namentlich Hays. Energisch hätten sie sich der französischen Bitte widersetzt, Blank voll über die von der NATO vorgesehenen Beschränkungen zu informieren, und ihm so die Möglichkeit eröffnet, sein Konzept völlig frei zu entwickeln. Anders als das gemeinsame Schreiben es darstellte, sah François-Poncet kaum Kompromißchancen in den strittigen Punkten und insbesondere nicht in der Kardinalfrage der deutschen Gleichberechtigung. Da die Angloamerikaner die französischen Auffassungen nicht voll unterstützten, befürchtete er, der deutsche Wehrbeitrag werde, mit modernstem Gerät und äußerst fähigem Personal ausgestattet, eine „qualité exceptionnelle“ erreichen, mit der die französischen Formationen nur

²⁴⁵ Vgl. Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 427 f.

²⁴⁶ Meier-Dörnberg, *Planung*, S. 630; s.a. Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 38 f.

²⁴⁷ S. Alliierte Hohe Kommission an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, 8. 6. 1951, *Très secret*, in: BDFD I, S. 390–393; eine englischsprachige Fassung in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1044–1047.

²⁴⁸ S. Bérard an Schuman, Nr. 1676/CM, 31. 7. 1951, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 1, S. 505. Zu Absender und Numerierung s. AMAE, *Europe 1944–1960*, *Allemagne*, Bd. 126, Bl. 2.

unter großem Aufwand konkurrieren könnten. Für ihn gab es unter diesen Umständen nur einen Ausweg: die Europa-Armee des Plevén-Plans²⁴⁹.

Zufriedenheit herrschte hingegen in Bonn. Aus informellen Zusagen gewannen Blank und seine Mitarbeiter den Eindruck, daß McCloy die deutsche Konzeption billigte und seiner Regierung zur Annahme zu empfehlen beabsichtigte. Die Bundesregierung bewertete den Sachstandsbericht, der ihre Forderung nach Gleichstellung unmißverständlich zum Ausdruck brachte, daher als entscheidenden Schritt auf dem Weg zur atlantisch orientierten Wiederbewaffnung. Sie sollte sich gewaltig täuschen²⁵⁰. Obwohl die amerikanischen Stabschefs die militärischen Überlegungen der deutschen Delegation durchaus sinnvoll fanden und auch der Außenminister die Bildung eines Verteidigungsministeriums für vernünftig hielt²⁵¹, rechnete man am Potomac nicht damit, den Widerstand der Franzosen gegen das deutsche Streitkräftekonzept brechen zu können²⁵². Auch McCloy sah keine Chance zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der NATO gemäß den Brüsseler Beschlüssen. Als Ausweg aus dieser schwierigen Situation empfahl er – wie François-Poncet – ein Umschwenken zum Konzept der europäischen Armee, weil es eine bessere Möglichkeit zum Ausgleich des deutsch-französischen Dissenses zu bieten schien als eine Revision der NATO-Direktive²⁵³. Damit kündigte sich unter den Amerikanern eine Annäherung zum französischen Plan supranationaler Streitkräfte an, ohne daß die Deutschen davon etwas ahnten. Der Zwischenbericht über die Petersberg-Gespräche sollte nicht fortgeschrieben werden. Statt dessen konzentrierte sich die internationale Debatte jetzt auf die seit dem 15. 2. in Paris laufende „Konferenz über die Bildung der Europäischen Armee“²⁵⁴.

„Pas précipiter les choses et gagner du temps“

Frankreich hatte alle europäischen NATO-Mitglieder sowie die Bundesrepublik eingeladen und die USA sowie Kanada um Beobachter gebeten. Zur aktiven Teilnahme waren aber nur Belgien, die Bundesrepublik, Italien und Luxemburg bereit. Die übrigen Staaten begnügten sich mit der Zuschauerrolle²⁵⁵. Adenauer, der aus den Petersberg-Gesprächen den „bestimmten Eindruck“ gewonnen hatte, daß Amerikaner und Briten an einem Verteidigungsbeitrag im atlantischen Rahmen festhielten²⁵⁶, räumte trotz der Entsendung einer deutschen Abordnung mit Hallstein an der Spitze der Wiederbewaffnung unter dem Dach der NATO weiterhin den Vorrang ein. Dies zeigte sich auch in der Wahl der militärischen Sachverständigen. Während auf dem Petersberg mit Speidel und Heusinger zwei Generale

²⁴⁹ Ebd., Bd. 193, Bl. 148–156, François-Poncet an dens., Nr. unleserlich, 12. 6. 1951, *Très secret*.

²⁵⁰ Vgl. Baring, Anfang, S. 175; Wettig, Entmilitarisierung, S. 429.

²⁵¹ S. Acheson an Büro der Amerikanischen Hohen Kommission Frankfurt, Tel. 7329, 1. 5. 1951, *Top secret*, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1035 f.; Meier-Dörnberg, Planung, S. 648.

²⁵² S. Bruce an Acheson, Tel. 6803, 9. 5. 1951, *Top secret*, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1037.

²⁵³ S. McCloy an Byroade, 8. 6. 1951, *Secret*, in: ebd., S. 1482–1485; Meier-Dörnberg, Planung, S. 648.

²⁵⁴ Den Verlauf der Verhandlungen der Plevén-Plan-Konferenz bis zum Abschluß im Mai 1952 zeichnen ausführlich nach: Baring, Anfang, S. 175–208; Clesse, *Projet*, S. 38–60; Fursdon, *Community*, S. 105–188; Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 39–124; Meier-Dörnberg, Planung, S. 649–714; Wettig, Entmilitarisierung, S. 415–425 u. 429–475.

²⁵⁵ Zur personellen Besetzung der verschiedenen Delegationen vgl. ebd., S. 421.

²⁵⁶ Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 444.

dem zivilen Vertreter Blank zur Seite standen, bewilligte Adenauer für die Beratung Hallsteins lediglich einen Oberstleutnant, Ulrich de Maizière²⁵⁷.

Zu dieser klaren Prioritätenverteilung riet auch Hallsteins politischer Berater an der Seine, Albrecht von Kessel. Er rühmte zwar die der Bundesrepublik zugestandene Gleichberechtigung und den Pusch, den die Pleven-Plan-Konferenz der Europapolitik geben könne. Zugleich warnte er vor den „Schattenseiten“ des Unternehmens, da Frankreich kaum konstruktive Vorschläge unterbreiten werde, solange noch die Hoffnung bestehe, „daß die Viererkonferenz die deutsche Wiederaufrüstung irgendwie überflüssig machen wird“. Von Kessel riet daher dazu, den Verhandlungen über den Pleven-Plan „kein allzu starkes politisches Gewicht“ zu geben. Die Arbeit sollte seiner Meinung nach vielmehr bald an technische Komitees übertragen werden, damit im Fall eines von ihm wohl erwarteten Fehlschlags der Schaden für das deutsch-französische Verhältnis begrenzt blieb²⁵⁸.

Die düstere Prognose des Botschaftsrats schien sich schon bald zu bestätigen. In seiner Eröffnungsrede stellte der französische Außenminister die Initiative zur europäischen Armee ganz in die mit dem Schuman-Plan begonnene Linie französischer Europapolitik. Geschickt versuchte er die Kritiker des Pleven-Plans mit dem Hinweis zu besänftigen, Frankreich werde seinen Vorschlag sofort zurückziehen, wenn er die atlantische Verteidigungsanstrengungen verzögere oder gar behindere. Freilich, so Schuman weiter, gehe es nicht in erster Linie um die atlantische Sicherheit, sondern um den Aufbau Europas. Die atlantische Verteidigung entspreche vorübergehenden Herausforderungen; Europa sei hingegen ein beständiges Problem. Es müsse aus seiner Zerstückelung und dem Stadium eines überlebten Nationalismus herausgeführt werden. Das nötige militärische Instrument dazu sei eine supranationale europäische Streitkraft, die die nationalen Verbände sukzessive ersetze. Ausdrücklich wandte sich der Minister dann an die Bundesrepublik und lud sie ein, ihren Anteil an diesem Werk zu übernehmen, „au même titre, avec les mêmes droits et charges“. Das deutsche Gleichberechtigungs-postulat schien damit erfüllt, doch stellte Schuman es sofort wieder in Frage, als er auf jene „disparités de fait“ zu sprechen kam, die es bei den kommenden Verhandlungen zu berücksichtigen gelte: „Certains pays ont des charges hors d'Europe et doivent, pour les assurer, conserver à leur dispositions des forces non intégrées dans l'armée européenne. D'autres pays n'ont pas d'armée nationale.“²⁵⁹

Schumans Europarhetorik war sicherlich „nicht nur Maskerade“²⁶⁰. Aber nun, nachdem die Konferenz auf den Weg gebracht worden war, hatte er keinen Hang zur Eile. In Anlehnung an einen Vorschlag von Massigli riet der Quai d'Orsay dazu, die auf der Brüsseler Konferenz geschaffene Verbindung zwischen der Wiederbewaffnung Deutschlands und der Revision des Besatzungsstatuts wieder zu lösen und nicht mehr alle politischen Konzessionen der Aufrüstung zu unterwerfen. Denn wenn man sie aufrechterhielte, so die Philosophie des Ministeriums, ge-

²⁵⁷ S. de Maizière, Pflicht, S. 144.

²⁵⁸ PA, Abt. 3, AZ 214-01, Bd. 4, von Kessel an von Nostitz, Anlage zu 230-07-IIIb, 29. 1. 1951, Vertraulich; mit ähnlicher Argumentation ebd., ders. an DfAA, 230 Nr. 389, 31. 1. 1951.

²⁵⁹ Rede Schumans zur Eröffnung der Pleven-Plan-Konferenz, 15. 2. 1951, in: L'Année politique 1951, S. 626-628, hier S. 627; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1945-1953, S. 446-450.

²⁶⁰ Meier-Dörnberg, Planung, S. 650.

riet man in die Gefahr, die Wiederbewaffnung in den Vordergrund zu schieben, obwohl man doch nun die Chance hätte, „à ne pas précipiter les choses et à gagner du temps“. Die Kriegspanik hatte sich gelegt, die Petersberger Gespräche ließen die deutschen Widerstände gegen die Brüsseler Beschlüsse deutlich hervortreten, die Perspektive der Viermächtekonferenz bekam immer klarere Konturen²⁶¹. Da die Remilitarisierung der Bonner Republik nicht ohne ihre Zustimmung zu haben war, sah Schuman nach den deutschen Zögerlichkeiten keinen Grund, „d’aliéner dès maintenant une part de notre liberté d’action dans le domaine militaire“²⁶². Ganz ungeniert sprachen sich französische Diplomaten dafür aus, „Zeit zu gewinnen“ und den deutschen Wehrbeitrag erst als „letzte[n] Schritt“ der Aufrüstung Westeuropas umzusetzen. Als deutsche Kollegen sich bestürzt über die französische Tendenz äußerten, mit der Viererkonferenz auf die „Neutralisierung und Entwaffnung Deutschlands zuzusteuern“, erhielten sie „mit großem Nachdruck“ zur Antwort, man sei sich „völlig darüber im klaren“, wie verhängnisvoll „eine unbewaffnete Neutralisierung Deutschlands“ sei²⁶³. Eine durch die Besatzungsmächte garantierte Neutralität, wie Auriol oder Leroy Beaulieu sie propagierten, schloß man an der Seine mithin nicht aus.

Wie Schuman in seiner Rede vom 15. 2. bereits angekündigt hatte, präformierte die französische Regierung den weiteren Gang der Dinge analog der Schuman-Plan-Konferenz, indem sie allen Delegationen ein 23-seitiges Memorandum als Arbeitsgrundlage vorlegte, das der französische Präsident der Konferenz, Alphand, in den ersten beiden Sitzungen am 16. und 22. 2. erläuterte. Als Ziel beschrieb das Dokument eine europäische Armee als militärisches Instrument eines politisch und wirtschaftlich geeinten und von einer gemeinsamen Regierung geführten Kontinents. Für ihren Aufbau sah es mehrere Etappen vor, wobei die erste wiederum zwei Phasen aufwies. Während der ersten, achtzehn Monate dauernden Periode sollte die Bundesrepublik, die als einziges Teilnehmerland über keine militärischen Verbände verfügte, grundsätzlich anderen Bedingungen unterworfen werden als die anderen Staaten. Dieser Zeitraum diene der Aufstellung der „unités élémentaires“, der größten national homogenen Einheiten, deren Rekrutierung und Ausbildung nahezu ausschließlich der Kontrolle eines europäischen Verteidigungskommissars, wahrscheinlich französischer Nationalität, überantwortet und damit weitgehend der Beaufsichtigung des Bundestages entzogen wurde. Für die übrigen Staaten mit Ausnahme von Luxemburg war die Übernahme der Kontingente aus bestehenden Armeen vorgesehen, deren Charakter in dieser Zeitspanne erhalten blieb. Dem Verteidigungskommissar waren diese Verbände im Anfangsstadium also nur nominell unterstellt. Erst in der zweiten, zeitlich nicht fixierten Phase sollten alle Kontingente fusioniert und aus drei national homogenen Kampfgruppen europäische Divisionen mit einer multinationalen Nachschuborganisation gebildet werden. Europäische Seestreitkräfte sah diese Konzeption nicht vor, und damit auch kein deutsches Marinekontingent. Analog zu den europäischen Feldverbänden schlug Frankreich darüber hinaus eine einheitliche euro-

²⁶¹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 191, Bl. 310–313, Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 19. 2. 1951.

²⁶² Ebd., Bl. 304f., Schuman an Bonn, Tel. 972/74, 19. 2. 1951.

²⁶³ Lenz, Tagebuch, S. 44–46, hier S. 44 u. 45, Tb. 26. 2. 1951.

päische Territorialorganisation vor. Auch hier behielten nach den französischen Vorstellungen alle Mitgliedstaaten außer der Bundesrepublik diesen wichtigen Sektor der Militärverwaltung in der ersten Phase in nationaler Hand. Das gesamte Wehersatzwesen sowie die Beschaffung von Material und Liegenschaften für alle in der Bundesrepublik stationierten Kräfte unterstanden danach praktisch den Besatzungsmächten²⁶⁴.

Die in Bonn durchaus erkannte europapolitische Attraktivität des Pleven-Plans verflüchtigte sich nach dem Studium dieser Arbeitsunterlage sehr schnell. In den Augen Adenauers diente sie lediglich der „französischen militärischen Suprematie“, und er untersagte jegliche Informierung der Öffentlichkeit²⁶⁵. Die Dienststelle Blank und die deutschen Konferenzteilnehmer in Paris sahen dies ähnlich. Eine Aktennotiz der Bonner Delegation vom 16. 2. bekannte freimütig, man müsse die Verhandlungen in die Länge ziehen, um auf eine bessere weltpolitische Lage zu warten. Sollte dies nicht gelingen, sei der Konferenz „in aller Stille ein ‚Begräbnis erster Klasse‘ zu verschaffen“²⁶⁶. Hallsteins militärische Berater de Maizière und Kielmansegg erklärten die vorgeschlagene Europaarmee für praktisch unmöglich, da sie die aus Verbänden verschiedener Nationen zusammengesetzte Division militärisch als Unding betrachteten. Blank nannte das Memorandum schlichtweg ein „Machwerk“ und war bestrebt, eine Verquickung mit der parallel laufenden Petersberg-Runde zu vermeiden. Hallstein stimmte der militärischen Analyse sehr wohl zu, glaubte aber immerhin, im französischen Konzept ein „taugliches Mittel“ für eine positive Europapolitik erkennen zu können. Ein Abbruch der Konferenz kam daher nicht in Frage²⁶⁷, zumal auch Washington ungeachtet aller Skepsis dazu riet, sich „aktiv, gutwillig und geduldig“ an der Konferenz zu beteiligen und auf keinen Fall für ein etwaiges Scheitern verantwortlich zu zeichnen²⁶⁸. Die Haltung der Bundesregierung stieß auch in der SPD auf Wohlwollen. Wie Schumacher am 28. 1. auf einer Pressekonferenz erklärte, stimmte er der deutschen Teilnahme an den Beratungen in Paris grundsätzlich zu, verlangte aber noch einmal als Grundvoraussetzung für einen Verteidigungsbeitrag die Gleichberechtigung der deutschen Einheiten²⁶⁹.

Vor diesem Hintergrund erhielt die deutsche Abordnung die Weisung, die Konferenz zu verschleppen, aber nicht zu kippen. Aufgrund eines Vorschlags von Kessels setzte Hallstein als Marschroute fest, die Periode der allgemeinen Erklärungen durch Fragen hinauszuzögern und den übrigen Delegationen bei der

²⁶⁴ PA, B 14, SFPP, Bd. 53, Memorandum der französischen Delegation, D/1, 15. 2. 1951, *Très secret*; s.a. ebd., Bd. 34, Sitzung der Vollversammlung vom 16. 2. 1951, D/CR/2, 16. 2. 1951, *Geheim*; ebd., Sitzung der Vollversammlung vom 22. 2. 1951, D/CR/3, 23. 2. 1951, *Geheim*; Bruce an Acheson, Tel. 4981, 23. 2. 1951, *Secret*, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 769–772; vgl. Meier-Dörnberg, Planung, S. 651–654.

²⁶⁵ Lenz, Tagebuch, S. 51, Tb. 2. 3. 1951; s.a. PA, Abt. 2, Bd. 1299, Unterredung zwischen Adenauer und McCloy vom 2. 3. 1951, 5. 3. 1951, *Geheim*; Unterredung zwischen Adenauer und Heuss vom 2. 3. 1951, in: Adenauer/Heuss, Unter vier Augen, S. 56.

²⁶⁶ Zitiert nach: Noack, EVG, S. 249.

²⁶⁷ PA, B 14, SFPP, Bd. 4, Besprechung über den Pleven-Plan vom 20. 2. 1951, P/1, 23. 2. 1951, *Geheim*; s.a. Lenz, Tagebuch, S. 43, Tb. 23. 2. 1951; de Maizière, Pflicht, S. 148.

²⁶⁸ PA, B 14, SFPP, Bd. 9, Unterredung zwischen Riddleberger und Böker vom 13. 3. 1951, zu Nr. 34/51, 13. 3. 1951, *Geheim*.

²⁶⁹ Vgl. Wettig, Entmilitarisierung, S. 416; Merseburger, Kurt Schumacher, S. 483 f.

Erörterung des Memorandums den Vortritt zu lassen. Eine verbindliche Stellungnahme war bis zum Abschluß der Viererkonferenz zu vermeiden, nicht zuletzt deshalb, weil von Kessel davor warnte, Frankreich könne das deutsche Ja „zum Handelsobjekt mit den Russen“ machen. Von Anfang an sollte das Postulat der vollen deutschen Gleichberechtigung als gegeben vorausgesetzt werden. Den Kampfgruppengedanken gedachte man nur im Notfall zu akzeptieren. Eine Zusammenfassung der Einheiten zu Divisionen hielt Bonn nur bei national homogenen Kampfgruppen für möglich. Die Trennung zwischen der ersten und der zweiten Aufstellungsphase wünschte es zu beseitigen²⁷⁰.

Die Leitung der französischen Delegation und damit zugleich die Präsidentschaft der gesamten Konferenz hatte Schuman in die Hände eines der wenigen wirklichen ‚Europäer‘ im Quai d’Orsay, seines Abgesandten im NATO-Stellvertreterrat, Hervé Alphand, gelegt, der seinen Dienstort nun jede Woche für einige Tage von London nach Paris verlegte²⁷¹. Alphands Haltung zur deutschen Wiederbewaffnung war durch die feste Überzeugung geprägt, eine Nationalarmee verhindern zu müssen: „En l’absence d’une autorité européenne, et quelque contrôle extérieur qu’on puisse imaginer, nous prendrions le risque mortel pour les Français, pour les Allemands et pour l’ensemble du monde de voir un Etat allemand militariste se retourner contre l’Occident.“²⁷² Wenngleich seine Regierung insgesamt keine Eile mit der Konferenz hatte, drängte der Botschafter die ausländischen Delegationen dazu, eine rasche Stellungnahme zum französischen Memorandum abzugeben. Am 1. 3. kam die deutsche Seite diesem Wunsch nach. Erstmals schickte sie Geheimrat Roediger ins Rennen, der die deutsche Riege von nun an als „ständiger Vertreter des Delegationschefs“ Hallstein anführte²⁷³, offiziell aufgrund der Arbeitsüberlastung des Staatssekretärs, tatsächlich, um die Konferenz nicht aufzuwerten²⁷⁴. Er bekannte sich mit seiner allgemein gehaltenen Erklärung zur supranationalen Integration und zum Aufbau einer Europäischen Streitmacht, wobei er deren Kampfkraft neben der Einigung des Kontinents als „oberste Ziele“ der Konferenz herausstellte²⁷⁵. Damit spielte er auch auf den in den letzten Tagen ausgefochtenen Streit über die national homogene Grundeinheit an. Obwohl bereits die Sitzungen der Delegationsleiter am 22. und 23. 2. gezeigt hatten, daß die Franzosen in dieser Frage „völlig allein in ihrer Auffassung“ standen, beharrte Alphand erneut auf der Kampfgruppe²⁷⁶. Dem Pariser Wunsch nach umgehender Klärung dieses „präjudiziell[en]“ Problems²⁷⁷ stand der Wille

²⁷⁰ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 4, Besprechung über den Plevan-Plan vom 20. 2. 1951, P/1, 23. 2. 1951, Geheim; Meier-Dörnberg, Planung, S. 655f.

²⁷¹ S. Alphand, L’étonnement d’être, S. 224f., Tb. 22. 4. 1951. Mit Ausnahme dieser Eintragung bewahrt das Tagebuch Alphands leider völliges Schweigen über den Konferenzverlauf.

²⁷² AN, 363 AP 37, Papiers Mayer, Alphand an Mayer, 23. 9. 1954.

²⁷³ PA, B 14, SFPP, Bd. 36, Ansprache Roedigers in der Sitzung der Vollversammlung, 1. 3. 1951, D/CR/CD/1a; s.a. ebd., Roediger an Hallstein, Tel. 22, 2. 3. 1951, Cito.

²⁷⁴ Vgl. Ansprache Hallsteins in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 28. 2. 1951, in: Hölischer (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 286.

²⁷⁵ PA, B 14, SFPP, Bd. 36, Ansprache Roedigers in der Sitzung der Vollversammlung, 1. 3. 1951, D/CR/CD/1a; s.a. Meier-Dörnberg, Planung, S. 656.

²⁷⁶ PA, B 14, SFPP, Bd. 4, Besprechung über den Plevan-Plan vom 27. 2. 1951, P/2, 2. 3. 1951, Geheim; s.a. ebd., Bd. 34, Sitzung der Vollversammlung vom 26. 2. 1951, D/CR/3, 22. 2. 1951, Geheim; ebd., Bd. 6, von Marchtaler an DfAA, 24. 2. 1951, Geheim.

²⁷⁷ Ebd., Bd. 36, Roediger an Hallstein, Tel. 22, 2. 3. 1951, Cito.

Bonn gegenüber, es vorerst offenzulassen²⁷⁸. Roediger beschränkte sich daher am 1. 3. darauf, konkrete Vorschläge in Aussicht zu stellen, woraufhin die Vertagung des Themas beschlossen wurde²⁷⁹.

Die Deutschen hatten zwar Zeit gewonnen, aber ihre Hoffnung, sich im Hintergrund zu halten, verloren. Mehr und mehr entwickelte sich die Pleven-Plan-Konferenz zu einer Veranstaltung „zwischen Deutschland und Frankreich“²⁸⁰, die immer häufiger aneinander gerieten. Das Problem der Grundeinheiten war noch nicht beseitigt, meldete sich bereits ein zweites an. Am 1. 3. stellte Alphand eine Denkschrift seiner Regierung zur Frage der Europäischen Verteidigungsbehörde vor, ohne den Verhandlungspartnern den Wortlaut preiszugeben²⁸¹. Hallstein wertete dieses merkwürdige Gebaren als Versuch, „sich für alle Fälle den Rückweg zu sichern“, und beauftragte Roediger, mit gleicher Münze zurückzuzahlen²⁸². Neue Instruktionen wiesen ihn an, die Relevanz der Brüsseler NATO-Beschlüsse für die Pleven-Plan-Konferenz zu bestreiten und unmißverständlich klarzustellen, daß nach Bonner Auffassung bisher „noch nicht entschieden“ sei, ob der deutsche Verteidigungsbeitrag ausschließlich über die Europäische Armee oder auch über die NATO geleistet werde. Außerdem hatte er der französischen Taktik zu begegnen, materielle Fragen im Lenkungsausschuß der Delegationsleiter zu erörtern, weil dort die Beobachterstaaten nicht vertreten waren. Vor allem aber mußte er in bezug auf die Kampfgruppe ein Modell einbringen, das den Stellvertretenden Hohen Kommissaren mittlerweile von Speidel und Heusinger auf dem Petersberg präsentiert worden war und rein deutsche Panzerkorps vorsah, die Integrierung mithin erst von der Ebene des Armeeverbandes in Aussicht nahm²⁸³.

Da er die Amerikaner in die Diskussion einzubeziehen beabsichtigte, wählte Roediger zur Vorstellung dieser Forderungen bewußt eine Vollversammlung als Forum aus. In seiner von der Dienststelle Blank sorgfältig vorbereiteten Rede vom 8. 3. hielt er an der nationalhomogenen Division als Basisverband fest. Um den Franzosen entgegenzukommen, erklärte er sich mit dem Aufbau von Kampfgruppen einverstanden, die jedoch in zwei Punkten erheblich vom französischen Vorschlag abwichen. Sie waren als „das verkleinerte Abbild einer Division“ wesentlich kampfkraftiger und konnten außerdem zu zweit zu einer Division zusammengefaßt werden²⁸⁴. Alphand reagierte äußerst scharf und warf Roediger vor, den „wesentlichen politischen Faktor“ der Konferenz, das Prinzip der Integrierung, zu mißachten. Denn das deutsche Modell ging seiner Auffassung nach über die altbekannten Formen militärischer Koalitionen nicht hinaus²⁸⁵. Sein militärischer Vertreter de Larminat verpflichtete dem bei. Der General, der sich nach

²⁷⁸ S. ebd., Bd. 4, Besprechung über den Pleven-Plan vom 27. 2. 1951, P/2, 2. 3. 1951, Geheim.

²⁷⁹ S. ebd., Bd. 36, Roediger an Hallstein, Tel. 22, 2. 3. 1951, Cito.

²⁸⁰ Ebd., Bd. 4, Besprechung über den Pleven-Plan vom 27. 2. 1951, P/2, 2. 3. 1951, Geheim.

²⁸¹ S. ebd., Sitzung des Lenkungsausschusses vom 1. 3. 1951, D/CR/CD/1, Geheim (Auszug).

²⁸² Ebd., Bd. 4, Besprechung über den Pleven-Plan vom 6. 3. 1951, P/3, 7. 3. 1951, Geheim.

²⁸³ Ebd., Instruktionen für die deutsche Delegation, 6. 3. 1951, Geheim; s.a. ebd., Besprechung über den Pleven-Plan vom 6. 3. 1951, P/3, 7. 3. 1951, Geheim.

²⁸⁴ Ebd., Bd. 34, Ansprache Roedigers in der Sitzung der Vollversammlung, 8. 3. 1951, D/CR/4/Annex 1.

²⁸⁵ Ebd., Sitzung der Vollversammlung vom 8. 3. 1951 D/CR/4, 9. 3. 1951, Geheim.

dem Putsch in Algier vom April 1961 erschießen sollte, weil er den Auftrag de Gaulles nicht erfüllen mochte, als Vorsitzender des Militärgerichts die Führer der Revolte abzuurteilen²⁸⁶, versuchte nun, mit einem dreizehnseitigen Exposé den Beweis der Funktionsfähigkeit gemischter Divisionen anzutreten²⁸⁷. Roediger riet zur Überweisung des Problems an den Militärausschuß; Alphand aber sah keine Basis für eine sinnvolle Diskussion, bevor die Bundesregierung nicht das politische Prinzip der Konferenz, die „Eingliederung der Nationalitäten innerhalb der Europäischen Armee“, anerkannt hatte²⁸⁸. Auf Vorschlag des amerikanischen Beobachters wurde die Sitzung unterbrochen. Bruce nutzte die Pause, um zwischen Roediger und Alphand zu vermitteln²⁸⁹. Tatsächlich gingen die Streithähne anschließend aufeinander zu. Dem Versuch Alphands, ihn „an die Wand zu drücken“²⁹⁰, entzog sich Roediger mit der Versicherung, daß er lediglich die zweckmäßigste homogene Militärformation anstrebe und den Grundsatz der Integration in keiner Weise antasten wolle. De Larminat räumte daraufhin ein, man könne über die Mindeststärke der nationalen Grundeinheiten durchaus reden²⁹¹.

Nach diversen Gesprächen mit Vertretern der Beobachterstaaten hielt Roediger seine Position in dieser Angelegenheit für unhaltbar. Zu einem „annehmbaren Ergebnis“ könne die Konferenz nur dann geführt werden, so riet er Hallstein am 10. 3. auf Anraten de Maizières, falls die Bundesregierung sich zu einer „Integrierung auf der Ebene des Korpsstabs“ durchringe²⁹². Kurz darauf erteilte ihm Bonn grünes Licht. Unter ausdrücklicher Betonung des ihnen inhärenten europäischen Geistes erläuterte Roediger daraufhin in der Vollsitzung am 15. 3. die neuen deutschen Vorstellungen. Danach umfaßte das Korps zwei bis drei jeweils national geschlossene, aber von unterschiedlichen Mitgliedstaaten gestellte Kampfverbände oder operative Grundeinheiten. Die für die Kampfunterstützung und Versorgung benötigten Korpstruppen sollten nach demselben Prinzip zusammengestellt werden²⁹³. Den Begriff Division vermied er sorgsam, wie auch Bruce der deutschen Delegation geraten hatte²⁹⁴.

Bonn's Vorschläge überraschten in Paris sehr positiv²⁹⁵. Alphand begrüßte insbesondere die Anerkennung des Grundsatzes der Integration; ihr Niveau lehnte er aber weiterhin ab, weil die von Roediger skizzierte national homogene operative Einheit angeblich „das Bild einer echten Division“ bot²⁹⁶. Nach der Sitzung

²⁸⁶ S. Speidel, *Zeit*, S. 301; zum algerischen Militärputsch vgl. Kap. V.1.5.

²⁸⁷ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 34, Exposé der französischen Delegation in der Vollversammlung, 8. 3. 1951, D/CR/4/Annex 2.

²⁸⁸ Ebd., Sitzung der Vollversammlung vom 8. 3. 1951, D/CR/4, 9. 3. 1951, Geheim.

²⁸⁹ S. de Maizières, *Pflicht*, S. 149; Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 423.

²⁹⁰ PA, B 14, SFPP, Bd. 34, Roediger an Hallstein, Nr. 11/51, 10. 3. 1951, Geheim.

²⁹¹ Ebd., Sitzung der Vollversammlung vom 8. 3. 1951, D/CR/4, 9. 3. 1951, Geheim; zu dieser Sitzung s.a. Bruce an Acheson, Tel. 5287, 9. 3. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 774–778; de Maizières, *Pflicht*, S. 148 f.; Meier-Dörnberg, *Planung*, S. 656 f.

²⁹² PA, B 14, SFPP, Bd. 34, Roediger an Hallstein, Nr. 11/51, 10. 3. 1951, Geheim; s.a. de Maizières, *Pflicht*, S. 149; Meier-Dörnberg, *Planung*, S. 657.

²⁹³ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 34, Ansprache Roedigers in der Sitzung der Vollversammlung, 15. 3. 1951, D/CR/5/Anlage.

²⁹⁴ S. ebd., Bd. 9, von Marchtaler an Hallstein, Geh. Nr. 6/51, 27. 2. 1951, Geheim.

²⁹⁵ S. Unterredung zwischen Acheson und Schuman vom 30. 3. 1951, Top secret, in: FRUS 1951, Bd. 4, S. 374–378.

²⁹⁶ PA, B 14, SFPP, Bd. 34, Sitzung der Vollversammlung vom 15. 3. 1951, D/CR/4, 9. 3. 1951, Ver-

offenbarte er ihm in einem Privatgespräch indes einen anderen Grund, und der hieß Moch²⁹⁷. Wie vom deutschen Delegationschef ja bereits empfohlen, erhielt der Militärausschuß jetzt auf Vorschlag seines französischen Kollegen den Auftrag, „das niedrigste Niveau zu ermitteln, auf dem im Geiste und im Rahmen der Konferenz die Integration möglich wäre“²⁹⁸. Frankreich hatte damit erreicht, die deutsche Verhandlungslinie auf dem Petersberg und in Paris auseinander zu dividieren²⁹⁹. Eine Entscheidung war damit aber keineswegs gefallen. Kurz darauf entnahm Adenauer einem Bericht eines „guten Kenner[s]“ von Frankreich, daß es nach den Wahlen wohl möglich sei, nationale Verbände in Divisionsstärke durchzusetzen³⁰⁰. Ende März ließ Hallstein Roediger ausdrücklich wissen, daß die Bereitschaft zur Diskussion über die Kampfgruppe nur als Konzession an die französische Ausgangsposition verstanden werden dürfe und die Frage letztendlich nach der Machbarkeit beantwortet werden müsse. Darüber hinaus wies er ihn an, die von Frankreich vorgesehene Trennung zwischen dem ersten und dem zweiten Stadium „abzuschwächen, wenn nicht abzuschaffen“. Außerdem sei das Problem, ob die Hohe Behörde aus einem Verteidigungsminister oder einem Kollegium bestehen solle, offenzuhalten³⁰¹.

An der Seine schien man sich angesichts der aufgetretenen Schwierigkeiten seiner Sache nicht mehr ganz so gewiß. Mitte April stellte Alphand dem Oberkommandierenden der Alliierten Streitkräfte in Europa, General Gruenther, die Aufhebung der Diskrepanz zwischen der französischen Integrationsformel und der deutschen Forderung nach national homogenen Divisionen in etwa zwei bis drei Monaten nach den Parlamentswahlen und dem Abschluß der Viermächtekonferenz in Aussicht³⁰². Schuman warnte Plevén vor der militärtechnischen Vagheit und Komplexität der französischen Pläne, die zu verbessern seien, damit die USA von ihrem Gegenkonzept Abstand nähmen. Da er sich nicht sicher war, ob dies gelänge, kam es seiner Ansicht nach insbesondere darauf an, die NATO-Truppen in Zentraleuropa unter den Befehl eines französischen Generals zu stellen. Denn damit wäre die Kontrolle der deutschen Truppen, ob national oder europäisch integriert, gewährleistet³⁰³.

Mit Rücksicht auf die für Juni anberaumten Wahlen zur Assemblée Nationale ließ Frankreich vorerst jegliches Interesse an einer Beschleunigung der Verhandlungen vermissen. Dies kam Adenauers Hinhaltetaktik durchaus entgegen. Eine überraschend ergangene Anordnung des Kanzlers, die definitiven deutschen Gedanken zur Europäischen Streitmacht in Kürze in Paris vorzustellen, wurde von

traulich; s.a. ebd., Abt. 3, AZ 223–00, Bd. 1, Roediger an Hallstein, Tel. 29, 16. 3. 1951, Cito; Bruce an Acheson, Tel. 5443, 15. 3. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 778 f.

²⁹⁷ S. PA, Abt. 3, AZ 223–00, Bd. 1, Roediger an Hallstein, Tel. 30, 16. 3. 1951, Cito.

²⁹⁸ Ebd., B 14, SFPP, Bd. 34, Sitzung der Vollversammlung vom 15. 3. 1951, D/CR/4, 9. 3. 1951, Vertraulich.

²⁹⁹ Vgl. Meier-Dörnberg, Planung, S. 657.

³⁰⁰ PA, Abt. 2, Bd. 943, Aufzeichnung Diehl, 15. 3. 1951, Vertraulich, hier Marginalie von Twardowskis.

³⁰¹ Ebd., B 14, SFPP, Bd. 4, Instruktionen für die deutsche Delegation, 29. 3. 1951, Geheim.

³⁰² S. Bruce an Acheson, Tel. 6295, 18. 4. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 782; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 41.

³⁰³ Vgl. Soutou, France and the German Rearmement, S. 502.

Hallstein Anfang April wieder zurückgezogen³⁰⁴. Zur selben Zeit begann der Lenkungsausschuß der Pleven-Plan-Konferenz mit der Erörterung eines von Alphand am 7. 3. vorgelegten Konventionsentwurfs über die Europäische Armee³⁰⁵. Die französische Absicht, das Dokument möglichst rasch zu diskutieren, hatte sich bisher nicht erfüllt. Verschiedene Delegationen pflichteten nämlich dem Vorbehalt Roedigers bei, man könne dieses Konzept nicht besprechen, solange nicht die wichtigsten Grundfragen geklärt seien³⁰⁶.

Alphands Taktik zielte nun darauf ab, das Vertragswerk soweit abzustimmen, daß über die großen politischen Fragen und das Problem der Kampfgruppe später entschieden werden konnte³⁰⁷. Roediger wies auftragsgemäß auf die Zweckmäßigkeit hin, die Trennung zwischen erster und zweiter Phase aufzugeben und grundsätzlich nur vom endgültigen Stadium auszugehen. Alphand machte seinerseits den Vorschlag, ein endgültiges Abkommen und einen Vertrag über die Übergangszeit zu schließen, ein Zugeständnis, das Roediger als „grundsätzlichen Erfolg“ wertete und Hallstein auch akzeptierte. Umstritten waren hingegen die Kompetenzen der politischen Institutionen der Europäischen Armee und ihre Beziehungen untereinander. Paris zielte auf eine zentralistische Organisation und einen starken Kommissar an der Spitze mit echter Befehls- und Kommandogewalt. Nur die operative Führung wäre damit in den Aufgabenbereich des NATO-Oberbefehlshabers SACEUR gefallen. Bonn hatte sich mittlerweile aus politischen Gründen für die Kollegiumslösung entschieden und mochte dem Kommissar nur administrative Funktionen zubilligen. Hinsichtlich der Versammlung bestand Einigkeit, sie nach dem Vorbild der Montan-Versammlung auszubauen. Ansonsten herrschte auch hier Dissens. Die Bundesrepublik räumte ihr ein sofortiges Budgetbewilligungsrecht ein, während Frankreich zunächst nur ein Budgetdiskussionsrecht vorsah. Meinungsverschiedenheiten ergaben sich auch auf rüstungswirtschaftlichem Gebiet. Frankreich schlug eine zentral gelenkte Rüstungswirtschaft vor, während die übrigen Delegationen eine liberalere Lösung favorisierten. Die Bundesrepublik nahm dabei zwischen den zentralistischen Vorstellungen Frankreichs und den Auffassungen der BENELUX-Staaten eine mittlere, föderative Position ein³⁰⁸.

Insgesamt hatte sich der Verlauf der Pleven-Plan-Konferenz in den ersten drei Monaten „nicht unerheblich“ zugunsten Bonns gewendet³⁰⁹. Das Mißtrauen gegenüber der deutschen Delegation ließ allmählich nach, wobei wohl neben der Unterzeichnung des Montanvertrages im April auch das Auftreten der deutschen Delegationsmitglieder von Bedeutung war. Belastend wirkte auf die Verhandlungen freilich die immer noch nicht ausgeräumte Differenz in der Grundfrage der

³⁰⁴ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 4, Besprechung über den Pleven-Plan vom 4. 4. 1951, Tgb. Nr. 51/51, Geheim.

³⁰⁵ S. ebd., Bd. 53, Aufzeichnung des Sekretariats der Pleven-Plan-Konferenz D/3, 7. 3. 1951, *Très secret*, nebst Entwurf eines Arbeitsdokuments; Bruce an Acheson, Tel. 5293, 9. 3. 1951, *Top secret*, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 772–774.

³⁰⁶ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 34, Roediger an Hallstein, Nr. 11/51, 10. 3. 1951, Geheim.

³⁰⁷ S. ebd., Bd. 36, ders. an dens., Nr. 16/51, 6. 4. 1951, Geheim.

³⁰⁸ Ebd., ders. an dens., Nr. 17/51, 7. 4. 1951, Geheim; s.a. ebd., Bd. 4, Instruktionen für die deutsche Delegation, 25. 4. 1951, Geheim; ebd., Bd. 35, Bericht Alphands in der Vollsitzung vom 14. 4. 1951, D/CR/6/Anlage, Geheim; ebd., Vollsitzung vom 11. 5. 1951, D/CR/7, 15. 5. 1951, Geheim; Meier-Dörnberg, Planung, S. 658.

³⁰⁹ PA, B 14, SFPP, Bd. 35, Roediger an Hallstein, 11. 5. 1951.

Aufstellung deutscher Divisionen. Die unnachgiebige Haltung Mochs und der nahe Wahltag verhinderten französische Konzessionen. Gleichwohl hielt Roediger die Schaffung einer europäischen Armee „im Bereich praktischer Möglichkeiten“, da die Notwendigkeit zu einer wirksamen westlichen Verteidigung die Beteiligten auf einen Erfolg zubewegten. Dies zeigte sich nicht zuletzt in den Ergebnissen der unteren Arbeitsebenen der Konferenz. Im Militärausschuß hatte sich mittlerweile ein „bemerkenswerter Wandel in der Haltung der französischen Seite“ ergeben, der sich in einem aufgelockerten Ton und einer Annäherung der beiderseitigen Standpunkte manifestierte, Roediger aber keineswegs zu Übermut animierte. „Vorsicht [bleibt] geboten“. Fortschritte verzeichnete auch der Juristische Ausschuß, wobei die schwierigeren Fragen allerdings noch der Klärung harrten. Als Erfolg verbuchte Roediger, die französische Vorstellung über die Behandlung zweier Stadien in einem Abkommen durch seinen Vorschlag ersetzt zu haben, ein Abkommen über das Endstadium und eines über die Übergangszeit abzuschließen. Bedeutsam schien ihm die Tendenz, der Versammlung gemäß dem deutschen Wunsch ein Mitwirkungsrecht beim Zustandekommen des Budgets zuzugestehen, sie also nicht, wie Frankreich, Belgien und Italien es planten, zu „einer dekorativen Bedeutungslosigkeit“ herabzudrücken. Im Finanzausschuß bestanden hingegen noch weitreichende Differenzen sowohl über die Frage des Budgetsystems, der -genehmigung als auch der -kontrolle³¹⁰.

Der nahende Abschluß des Zwischenberichts über die Petersberg-Gespräche veranlaßte die französische Delegation Ende Mai plötzlich zur Verschärfung des Tempos. Alphand verlagerte das Schwergewicht von den Unterausschüssen zurück auf den Lenkungsausschuß und die Vollversammlung. Oberst Kaulbach, der von April bis August den erkrankten de Maizière als Militärberater vertrat³¹¹, berichtete von einer „überfallartigen Taktik“ der Franzosen³¹². Sie reagierten damit auf einen Wink des in stetem Kontakt mit Monnet stehenden entschiedenen Verfechters der europäischen Integration, Bruce³¹³, den die Sorge packte, die Angelsachsen könnten nach Prüfung dieses Berichtes Beschlüsse fassen, die sich gegen den Plevén-Plan auswirkten³¹⁴. In der deutschen Verhandlungsriege reagierte man konfus. Während Kaulbach an der NATO-Lösung festhielt, schwenkte Roediger auf die französische Linie ein. Der Oberst protestierte darüber heftig in Bonn und verlangte am 5. 6. eine klare Weisung, ob in Paris auf einen erfolgreichen Abschluß oder auf eine Obstruktion hin gearbeitet werden solle. Weder Adenauer noch Hallstein konnte sich aber zu einer definitiven Marschroute durchringen³¹⁵.

Mit der Beschleunigung der Verhandlungsgeschwindigkeit zielte Alphand auch auf die Abfassung eines Zwischenberichtes, der die Erfolgsaussichten der Konferenz demonstrieren und die Petersberg-Gespräche untergraben sollte³¹⁶. Unter-

³¹⁰ Ders. an AA, Geh. Nr. 25/51, 16. 5. 1951, Geheim, in: BDFD I, S. 384–390, hier S. 385, 386 u. 388.

³¹¹ S. de Maizière, Pflicht, S. 151 u. 153.

³¹² Zitiert nach: Meier-Dörnberg, Planung, S. 659.

³¹³ S. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 460; Wettig, Entmilitarisierung, S. 429.

³¹⁴ Vgl. Schröder, Jean Monnet, S. 206–210; Vial, Jean Monnet, S. 231.

³¹⁵ Vgl. Meier-Dörnberg, Planung, S. 659f.

³¹⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 193, Bl. 127–133, Unterredung zwischen Alphand und McCloy vom 3. 6. 1951, 4. 6. 1951, Très secret (Konzept HA); McCloy an Acheson, Tel. 9775, 4. 6. 1951, Top secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 785f.

stützung wurde ihm dabei auch von François-Poncet zuteil, der aus den Konsultationen in Bonn den Eindruck gewonnen hatte, daß die Europa-Armee wohl am besten dazu in der Lage sei, die Bundesregierung zur Hinnahme der „limitations et les discriminations“ zu bewegen, „que, parmi les garanties mentionnées par le document Nato, il sera nécessaire de maintenir“³¹⁷. Gegen den anfänglichen Widerstand Blanks willigte Hallstein Anfang Juni darin ein³¹⁸ und erteilte Roediger den Auftrag, dafür Sorge zu tragen, daß der Bericht sämtliche Meinungsverschiedenheiten und strittigen Punkte festhielt³¹⁹. In einer informellen persönlichen Unterredung mit Alphand gelang es dem deutschen Vertreter daraufhin, das Tempo bei der Abfassung des Dokuments zu „bremsen“³²⁰, so daß die Redaktion nicht, wie ursprünglich geplant, im Juni, sondern erst am 24. 7. abgeschlossen wurde.

Parallel dazu setzte Mitte Juni in Bonn eine Tendenz ein, die drei Verhandlungsebenen Petersberg-Gespräche, Pariser Konferenz und Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts neu zu ordnen³²¹. Die Motive und Anlässe waren vielfältig. Am 21. 6. scheiterte die Konferenz der vier Außenministerstellvertreter im Palais Marbre Rose an den unüberbrückbaren Differenzen zwischen der Sowjetunion und dem Westen³²². Damit war aus der Sicht der Bundesrepublik der Versuch Frankreichs fehlgeschlagen, „durch den Preis einer wie auch immer gearbeteten Wiederherstellung der deutschen Einheit eine Wiederbewaffnung Deutschlands zu vermeiden“³²³. Wenige Tage zuvor hatten die französischen Parlamentswahlen die Gaullisten und Kommunisten mit 117 bzw. 101 Sitzen zur stärksten bzw. drittstärksten Fraktion aufsteigen lassen, während MRP und SFIO bei 88 bzw. 106 Mandaten erheblich an Stimmen einbüßten³²⁴. Adenauer sah die außenpolitische Lage in den schwärzesten Farben, wobei er weniger von einer unmittelbaren Bedrohung, denn von langfristigen Gefahren durch die sowjetische „imperialistische Eroberungspolitik“ ausging. Um ihnen zu widerstehen, so schrieb er McCloy in einem sorgenvollen Brief am 7. 6., müßten die USA „Europa, und insbesondere Deutschland, durch wirtschaftliche Hilfe und durch Lieferung von Rüstungsmaterial in den Stand [...] setzen, einen starken Damm gegen das vorwärtsdringende Sowjetrußland zu geben“. Voraussetzung für den Verteidigungsbeitrag Deutschlands sei dabei „die Wiederherstellung seiner Souveränität“³²⁵.

³¹⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 193, Bl. 148–156, François-Poncet an Schuman, Nr. unleserlich, 12. 6. 1951, Très secret.

³¹⁸ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 4, Besprechung über den Plevan-Plan vom 5. 6. 1951, P/8, Geheim.

³¹⁹ S. ebd., Instruktionen für die deutsche Delegation, Tgb.Nr. 123/51, 5. 6. 1951, Streng geheim; Meier-Dörnberg, Planung, S. 660.

³²⁰ PA, B 14, SFPP, Bd. 6, Roediger an Hallstein, 10. 6. 1951, Geheim; s.a. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 41 f.

³²¹ Von einer überraschenden „Entscheidung, das Schwergewicht der deutschen Verhandlungsführung auf die Plevan-Plan-Konferenz zu verlagern“ (Meier-Dörnberg, Planung, S. 660), kann keine Rede sein.

³²² Vgl. Kap. III.1.2.

³²³ PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 1, Aufzeichnung Böx, 212–19 III b 2348/51, 24. 6. 1951, im Auszug in: BDFD I, S. 99–102, hier S. 100.

³²⁴ Vgl. Kap. III.1.1.

³²⁵ Adenauer an McCloy, 7. 6. 1951, Persönlich, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 64–70, hier S. 68 u. 69; s.a. Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 306–308.

Ohne Wissen Adenauers und Blanks bot Hallstein wenige Tage später Alphand an, die bisher getrennt verlaufenden, seiner Ansicht nach aber zusammengehörenden Verhandlungen über den deutschen Wehrbeitrag und die Ablösung des Besatzungsstatuts zusammenzulegen. Eine vertrauliche Information von Bruce über die Aufgabe des Gedankens der Kampfgruppe durch Frankreich dürfte diesen Schritt ebenso erleichtert haben³²⁶ wie die Versicherung von Monnet, eine Zusammenfassung der „Ebenen Petersberg und Paris“ sei „das gegebene Verfahren“³²⁷. Am 22. 6. schlug Roediger in der Vollversammlung der Plevin-Plan-Konferenz vor, „im Interesse der weiteren Integrierung Europas“ die Verhandlungen der Bundesregierung mit den Alliierten über die Revision des Besatzungsstatuts und die Europäische Armee zusammenzufassen³²⁸. Alphand erklärte sich mit einem parallelen Verlauf beider Stränge einverstanden, ohne freilich das Ergebnis der Revision vorwegnehmen zu wollen³²⁹. Im Quai d'Orsay stieß diese Erklärung nicht nur auf Verständnis. Sauvagnargues wollte zwar die Verbindung zwischen den *Ergebnissen* der Verhandlungen in Paris und auf dem Petersberg nicht in Zweifel ziehen, hielt es aber für sehr gefährlich, das Prinzip einer Verbindung beider Ebenen einzugestehen oder gar die Möglichkeit einer gemeinsamen Prüfung des Souveränitäts- und des Sicherheitsproblems anzudeuten. Frankreich müsse darauf achten, daß die Deutschland auferlegten militärischen Kontrollen nicht mit den politischen vermischt würden. Denn diese stünden in engstem Zusammenhang mit dem Prinzip des Besatzungsregimes und der Höchsten Gewalt, „principe sans lequel nous serions désormais privés de toute base de négociations avec l'URSS et de toute possibilité de sauvegarder nos responsabilités en ce qui concerne l'établissement du règlement de paix allemand“³³⁰.

Auch in der überrumpelten Dienststelle Blank betrachtete man den Schwenk mit gemischten Gefühlen. Im Gegensatz zu de Maizière und Kielmansegg sahen Blank, Speidel und Heusinger die Verquickung der Verhandlungsebenen mit Bedenken³³¹, wobei sie offenbar irrtümlicherweise davon ausgingen, daß ihre Konsultationen mit den Stellvertretenden Hohen Kommissaren mit der Pariser Konferenz verknüpft werden sollten³³², und sie dabei auf die Amerikaner setzten.

³²⁶ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 9, Roediger an Blankenhorn, 22. 6. 1951, Geheim; Meier-Dörnberg, Planung, S. 660. Meier-Dörnberg erweckt in seiner Darstellung den falschen Eindruck, als hätte Hallstein die Petersberg-Gespräche der Militärexperten und die Pariser Konferenz im Blick gehabt; de facto ging es um die Petersberger Verhandlungen Adenauers mit der Hohen Kommission über die Revision des Besatzungsstatuts.

³²⁷ PA, BStS, Bd. 267, Hallstein an Adenauer, 22. 6. 1951.

³²⁸ Ebd., B 14, SFPP, Bd. 34, Erklärung Roedigers in der Vollsitzung vom 22. 6. 1951, D/CR/8/Anlage B, Geheim.

³²⁹ S. ebd., Vollsitzung vom 22. 6. 1951, Bericht D/CR/8, 25. 6. 1951, Geheim.

³³⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 194, Bl. 138–140, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, (Juni/Juli 1951) (Konzept JS).

³³¹ Vgl. Meier-Dörnberg, Planung, S. 660f.

³³² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 193, Bl. 185, Alphand an Bonn, Tel. 50076/78, 28. 6. 1951, Secret, Réservé, Priorité absolue.

Amerikanischer Kurswechsel von der „*efficacité technique*“ zur „*opportunité politique*“

Doch darin sollten sie sich täuschen. Denn in den USA bahnte sich nun eine Wende in der europäischen Sicherheitspolitik an, die für den Fortgang der Dinge entscheidend war³³³. Sie resultierte aus dem Zusammenwirken Monnets mit einer Gruppe von amerikanischen Regierungsvertretern, vor allem McCloy, Bruce und den im Dezember 1950 zum Oberbefehlshaber der NATO-Streitmacht für Europa ernannten General Eisenhower, die davon überzeugt waren, daß die USA auf den kurzfristigen Trumpf deutscher Soldaten zugunsten des langfristigen Vorteils einer größeren europäischen Konsolidierung verzichten sollten. Das Anwachsen nationalistischer Strömungen in der Bundesrepublik und die gleichzeitig schwindende Unterstützung einer atlantischen Armee, ja der Remilitarisierung überhaupt, durch die Bevölkerung, wie sie sich Ende 1950 in der „Ohne-mich-Bewegung“ und der Volksbefragungsbewegung gegen die Wiederbewaffnung abzeichnete³³⁴, führten bei McCloy zu der Ansicht, die Alliierten müßten den Deutschen weitgehende Gleichberechtigung anbieten und die Wiederbewaffnung im europäischen Rahmen konzipieren³³⁵. Die Europäische Armee, so ließ er Eisenhower in einem Begleitschreiben zum Petersberg-Bericht wissen, werde er gerne unterstützen, sofern sie sich als militärisch effektiv erweise³³⁶. Ende Juni arrangierte er ein Treffen zwischen Monnet und Eisenhower, in dem es dem Franzosen gelang, den Amerikaner davon zu überzeugen, daß der Widerspruch zwischen Pariser Sicherheitsverlangen und Bonner Gleichberechtigungsforderungen nur im Rahmen der Europa-Armee gelöst werden könne. Eisenhower versprach Monnet, sich für seinen Standpunkt einzusetzen, sofern Frankreich der Bundesrepublik in der Frage der Division entgegenkomme³³⁷. Mit seiner Rückendeckung machte sich McCloy im State Department und im Pentagon zum Fürsprecher der Europa-Armee. Namentlich Bruce unterstützte ihn dabei, nachdem er von Alphand in der Vollsitzung der Konferenz am 22. 6. noch einmal in aller Deutlichkeit erfahren hatte, daß Frankreich den Petersberg-Bericht nicht als Grundlage einer Entscheidung akzeptieren und sich einer Lösung widersetzen würde, die nicht den Pariser Verhandlungen Rechnung trüge³³⁸.

Das State Department drängte daraufhin auf einen Sachstandsbericht über die Pariser Verhandlungen, um die zusammenhängenden Fragen auf die Regierungs- und NATO-Ebene zu heben³³⁹, was auch dem Anliegen des Kanzleramtes entsprach³⁴⁰. Zwar rang sich Acheson ein Lippenbekenntnis für die Europa-Armee im Sinne einer Langzeitperspektive und als Teil der NATO ab. Auf keinen Fall

³³³ Vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 43–49; Schröder, Jean Monnet, S. 206–218; Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 309–335.

³³⁴ Vgl. Krause, Opposition, S. 41–77.

³³⁵ Vgl. Schwartz, Atlantik-Brücke, S. 310f.

³³⁶ Vgl. ebd., S. 319.

³³⁷ S. Massigli, Comédie, S. 281 f.; Monnet, Erinnerungen, S. 453–455; Roussel, Jean Monnet, S. 607 f.; Schröder, Jean Monnet, S. 212–214; Vial, Jean Monnet, S. 231 f.

³³⁸ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 9, Roediger an Blankenhorn, 22. 6. 1951, Geheim; ebd., Bd. 34, Vollsitzung vom 22. 6. 1951, Bericht D/CR/8, 25. 6. 1951, Geheim; Bruce an Acheson, Tel. 8040, 23. 6. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 798–800.

³³⁹ S. Acheson an Paris, Tel. 6988, 21. 6. 1951, Top secret, in: ebd., S. 786–789.

³⁴⁰ Vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 42.

wollte er aber auf die schnelle Aufstellung deutscher Truppen gemäß den Brüsseler Beschlüssen verzichten. Die an der Pariser Konferenz beteiligten Nationen sollten seines Erachtens ihre militärischen Formationen dem neuen NATO-Befehlshaber Europa-Mitte, General Juin, unterstellen. Nach Einrichtung der supranationalen politischen Komponenten könnten sie dann aufgrund eines politischen Protokolls oder Abkommens der Europa-Armee zugeführt werden³⁴¹.

Diese Position rief in Paris Bestürzung hervor, hatte der Ministerrat doch am 27. 6. erneut erklärt, eine deutsche Beteiligung sei nur im Rahmen einer europäischen Streitmacht möglich³⁴². Zwei Tage später lenkte Alphand aber auf einer Presseerklärung wohl nicht ohne Absprache mit Schuman ein wenig ein. Auf Druck von Eisenhower willigte er darin ein, den Begriff der Europäischen Armee im Sinne einer operativen Feldarmee durch den Terminus Europäische Verteidigungsstreitkräfte zu ersetzen. Ähnlich wie die Dienststelle Blank sah der amerikanische General in der supranationalen Verteidigungsorganisation lediglich eine Behörde zur Ausbildung, Bewaffnung und Verwaltung der europäischen Truppen ohne operative Befugnisse³⁴³. Menschen und Material, so unterstrich der französische Diplomat, würden in der Europäischen Armee integriert „au niveau le plus bas possible compatible avec les nécessités militaires“³⁴⁴. Damit provozierte er zwar heftigen Protest von Moch, der das Dogma der Kampfgruppe verletzt sah³⁴⁵, doch dessen Einfluß hielt sich mittlerweile in immer engeren Grenzen.

Es war vor allem Bruce, der in Washington jetzt auf ein Umdenken hinarbeitete. Fest davon überzeugt, daß die französische Nationalversammlung den deutschen NATO-Beitritt niemals akzeptierte, hielt er die Europa-Armee nicht nur unter langfristigen Aspekten, sondern auch im Hinblick auf die interimistische Aufstellung deutscher Verbände für erforderlich. Bruce stimmte einer Verschmelzung des Petersberger und des Pariser Verhandlungsansatzes zu und empfahl, diese Aufgabe Eisenhower zu übertragen, weil sein Ansehen den Franzosen die nötigen Zugeständnisse erleichterte³⁴⁶. Acheson sah sich nun einem Dilemma gegenüber: Frankreich weigerte sich, der Bundesrepublik bei der Ablösung des Besatzungsstatuts entgegenzukommen, solange die Wiederbewaffnung nicht in seinem Sinne vertraglich fixiert war. Und Bonn zögerte, einen militärischen Beitrag zu leisten, solange die Gleichberechtigung nicht gewährleistet war. Zur Überwindung dieses Gegensatzes sprach er sich nun für eine politische Lösung in mehreren Etappen aus³⁴⁷, doch damit waren die Würfel noch nicht gefallen.

Erste Informationen über den amerikanischen Kurswechsel erhielt Adenauer am 5. 7. von McCloy. Aus einem Gespräch zwischen von Kessel und Riddleberger war in Bonn schon zwei Tage zuvor bekannt geworden, welch großen Wert Wa-

³⁴¹ S. Acheson an Paris, Tel. 7155, 28. 6. 1951, Top secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 801–805; Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 45 f.

³⁴² S. Moch, *Histoire*, S. 277.

³⁴³ S. MacArthur an Acheson, Tel. 131, 7. 7. 1951, Top secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 820 f.; Meier-Dörnberg, *Planung*, S. 662.

³⁴⁴ Erklärung Alphands vor der „Presse Diplomatique“, 29. 6. 1951, zitiert nach: „Le Monde“, 30. 6. 1951; s.a. Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 436.

³⁴⁵ S. Moch, *Histoire*, S. 277.

³⁴⁶ S. Bruce an Acheson, Tel. 25, 3. 7. 1951, Top secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 805–812.

³⁴⁷ S. Memoranda Achesons, 6., 12. u. 16. 7. 1951, Secret bzw. Top secret, in: ebd., S. 813–819, 827–832 u. 836–838.

shington auf eine baldige Fertigstellung des Pariser Zwischenberichtes legte. Vorbehalte der deutschen Delegation „in maßvoller aber präziser Form“ galten am Potomac als verständlich³⁴⁸. McCloy drängte im Kanzleramt auf die schnelle Abfassung des Rapports, der mit dem Petersberg-Bericht einer für September geplanten Außenministerkonferenz in Washington vorgelegt werden sollte. Adenauer verlangte die baldige Beantwortung der Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages, wobei er – ungeachtet der Zulauf gewinnenden „Ohne-mich-Bewegung“ und im Gegensatz zu Bérard – mittlerweile in der großen Masse der Deutschen eine positive Einstellung glaubte erkennen zu können. Anders als der amerikanische Hohe Kommissar zielte er aber nicht auf die Europa-Armee, deren Bedeutung seiner Meinung nach erst „auf lange Sicht“ sich entfalten würde. Ihm ging es um die atlantische Lösung, d. h. um die Umsetzung der Petersberg-Gespräche Blanks, auf deren Stand der Kanzler jetzt die Pariser Konferenz gehoben sehen wollte. Zur Forcierung der dortigen Verhandlungen ließ er Roediger durch Blank ablösen und bat McCloy darum, daß die USA sich positiv zu den Petersberg-Gesprächen äußerten und ihren Einfluß in Paris geltend machten³⁴⁹.

Adenauer wollte sich dem amerikanischen Drängen zwar nicht entziehen; die sicherheitspolitischen Anforderungen der Bundesrepublik sah er aber noch immer nur durch die Umsetzung der NATO-Option gewährleistet. Die Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsstreitkraft mußten notwendigerweise höchst komplex und damit sehr zeitaufwendig sein. Die sicherheitspolitische Lage verlangte aber in seinen Augen sofortiges Handeln³⁵⁰. Blank erhielt daher die Order, „entweder die Franzosen zur Anerkennung des deutschen Standpunktes in den militärischen Fragen zu bewegen oder darzutun, daß in tragbarer Frist eine Verständigung nicht erreicht werden kann“. Der Petersberg-Bericht sollte in den Pariser Zwischenbericht aufgenommen werden. Falls dies nicht möglich sei, müsse die deutsche Delegation einen eigenen Rapport vorlegen³⁵¹.

Instruktionsgemäß umriß Blank in der Plenarversammlung vom 10. 7. die militärischen und politischen Bedingungen für einen deutschen Wehrbeitrag. Wenige Tage zuvor hatte er McCloy in aller Schärfe vorgehalten, der Plevén-Plan sei trotz der amerikanischen Kehrtwende völlig indiskutabel³⁵². Seine offene und kräftige Art ließ eine „dramatische Zuspitzung befürchten“, was von Kessel dazu veranlaßte, ihn zur Mäßigung in Form und Inhalt zu ermahnen – mit Erfolg. „Schlicht, präzise, aber doch mit den richtigen Akzenten an der richtigen Stelle“³⁵³ legte Blank die erheblichen Bedenken der Bonner Regierung gegen den Entwurf des

³⁴⁸ PA, NL von Kessel, Ordner [1], Aufzeichnung von Kessel, 3. 7. 1951.

³⁴⁹ Ebd., Abt. 2, Bd. 1299, Unterredung zwischen Adenauer und McCloy vom 5. 7. 1951, Geheim; s.a. McCloy an Acheson, Tel. 15, 6. 7. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1487–1489; Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 455–459. Zur Skepsis Bérards gegenüber der Haltung der Deutschen zur Wiederbewaffnung s. Bérard an Schuman, Nr. 1676/CM, 31. 7. 1951, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 503–527. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 126, Bl. 2.

³⁵⁰ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 104f. u. 107f., Tee-Empfang 13. 7. 1951; von Gersdorff, Außenpolitik, S. 280.

³⁵¹ PA, B 14, SFPP, Bd. 4, Instruktion für die deutsche Delegation, 6. 7. 1951, Geheim; s.a. Meier-Dörnberg, Planung, S. 662.

³⁵² S. Speidel, Zeit, S. 292f.

³⁵³ PA, NL von Kessel, Ordner [1], von Kessel an von Nostitz, 11. 7. 1951, Vertraulich, Mit Kurier.

Zwischenberichts zur Pariser Konferenz offen und informierte über eine deutsche Fassung, die nicht zuletzt auf jene Punkte eingehe, über die bisher noch keine Einigung erzielt worden sei. Erst nach einer Beseitigung dieser Probleme werde er der Europa-Armee zustimmen. Da Blank nicht von schnellen Lösungen ausging, durfte seiner Ansicht nach mit der Aufstellung der deutschen Einheiten nicht bis zur Vollendung des gesamten Vertragswerkes gewartet werden. Als „Vorablösung“ riet er zur Rekrutierung deutscher Truppen auf der Grundlage des Petersberg-Berichtes, die sofort Eisenhower unterstellt und mit dem Inkrafttreten des europäischen Vertragswerkes in die Europäische Armee eingegliedert werden könnten³⁵⁴.

In seiner Erwiderung erinnerte Alphand in aller Deutlichkeit daran, daß Frankreich den deutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der Europäischen Armee verwirklicht sehen wolle. Der Petersberg-Bericht besaß seiner Ansicht nach „keine ausreichende Grundlage für eine rechtsgültige Lösung“ der Aufstellung deutscher Streitkräfte. Für die von Blank angeregte Interimslösung bezeichnete er die Pariser Konferenz als unzuständig, da es ihre Aufgabe sei, den allgemein anerkannten Grundsatz der Nichtdiskriminierung für die Übergangsperiode und die darauf folgende Phase zu prüfen. Immerhin aber stellte Alphand schon für das Übergangsstadium die Schaffung europäischer Kontingente in Aussicht und empfahl, das Problem des Integrationsniveaus den Regierungen vorzulegen³⁵⁵.

Die Detonation der „Bombe Blank“³⁵⁶ verursachte in der französischen Regierung erhebliche Unruhe. Schuman sah den Auftritt des Vertrauten von Adenauer in engstem Zusammenhang mit dem für ihn unannehmbaren Wunsch der USA, die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik vehement zu beschleunigen. Frankreich, so ließ er seinen Vertretungen in Washington, London und Bonn wissen, werde seine Politik auf keinen Fall ausschließlich diesem Streben unterwerfen. Das Problem der deutschen Wiederbewaffnung dürfe nicht nur unter dem Blickwinkel der „*efficacité technique*“, sondern müsse auch unter dem Aspekt der „*opportunité politique*“ gesehen werden³⁵⁷. Sein Monitum zeigte in den USA Wirkung. Nachdem Eisenhower Acheson kurz darauf abermals die dringende Notwendigkeit zur Verwirklichung des Europa-Armee-Konzepts beteuert hatte³⁵⁸, ermächtigte der Außenminister ihn gemeinsam mit Truman und Marshall zur Entsendung eines Beobachters auf die Plevén-Plan-Konferenz³⁵⁹. Wenige Tage später teilte der Finanz- und Wirtschaftsberater der amerikanischen Botschaft in Paris, Tomlinson, der deutschen Delegation die Absicht seiner Regierung zur „möglichst baldige[n] Schaffung einer europäischen Armee“ mit, um die politischen Gegensätze in Europa, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich

³⁵⁴ Ebd., B 14, SFPP, Bd. 35, Erklärung Blanks in der Vollsitzung vom 10. 7. 1951, Tgb.Nr. 146/51, Geheim; s.a. Bruce an Acheson, Tel. 212, 11. 7. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 824–826; Meier-Dörnberg, Planung, S. 662 f.

³⁵⁵ PA, B 14, SFPP, Bd. 34, Plenarsitzung vom 10. 7. 1951, Bericht D/CR/9, 11. 7. 1951, Geheim.

³⁵⁶ Zitiert nach: FRUS 1951, Bd. 3, S. 826, Anm. 3; s.a. von Gersdorff, Außenpolitik, S. 281.

³⁵⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1035, Bl. 68–71, Schuman an London etc., Tel. 11076/83 etc., 11. 7. 1951, Réserve.

³⁵⁸ S. Bruce an dens., Tel. 382, 18. 7. 1951, Top secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 838 f.; Schröder, Jean Monnet, S. 214 f.

³⁵⁹ S. Acheson u. Marshall an Eisenhower, Tel. Def 96731, 19. 7. 1951, Top secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 842 f.

zu entschärfen. Fortan war die deutsche Gleichberechtigung „nur *pari passu*“ mit der Realisierung des Europa-Armee-Konzeptes erhältlich. Bis zu einer für den 15. 9. geplanten NATO-Ratstagung, auf der die Ablösung des Besatzungsstatuts, die Gewährung der vollen Gleichberechtigung und der deutsche Verteidigungsbeitrag gleichzeitig behandelt werden sollten, mußten die Grundzüge eines Vertrages über die Europa-Armee fertiggestellt sein, damit das Abkommen Ende des Jahres unterschriftsreif vorliege³⁶⁰. Am 2. 8. billigte Truman ein Memorandum des State Departments und des Pentagon, das Achesons Stufenprogramm aufnahm und die Richtlinien für die weiteren Verhandlungen über den westdeutschen Verteidigungsbeitrag festlegte. Danach sollte eine im Rahmen der NATO tätige Europäische Verteidigungsstreitkraft geschaffen, ein Plan zur schnellstmöglichen Aufstellung deutscher Kontingente vorgelegt und ein Arrangement über die weitgehende deutsche Souveränität getroffen werden³⁶¹.

Eine Woche zuvor hatte der Lenkungsausschuß der Pariser Konferenz seinen Zwischenbericht endlich fertiggestellt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen vor allem zwei Punkte: die von Frankreich vorgeschlagenen Bestimmungen über die Übergangsperiode und die Größe des national homogenen Grundverbandes. In bezug auf den ersten lenkte Paris erst ein, als das Dokument bis auf diese Frage fertig war und die Abreise der deutschen Delegation unmittelbar bevorstand³⁶². Der zweite blieb offen und wurde in der mit der Vorlage des Berichts einsetzenden Verhandlungspause weiter traktiert³⁶³. Der Zwischenbericht vom 24. 7., der den Regierungen ohne bindende Wirkung zur Information diente, formulierte als Ziel die Ausarbeitung eines „Vertrag[es] über die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, der jede Benachteiligung eines Unterzeichners auszuschließen hatte. Alle Streitkräfte der Unterzeichnerstaaten mit Ausnahme der zur Verteidigung der überseeischen Besitzungen sowie die neu aufzustellenden Verbände sollten der Europa-Armee unterstellt werden. Der umstrittene Passus über die Bonn betreffenden unterschiedlichen Grundgegebenheiten war gestrichen. Auch die für die Bundesrepublik diskriminierende Übergangsperiode war durch eine kurz befristete technische Regelung entschärft worden, so daß nun sämtliche Streitkräfte von Anfang an als europäisch galten. Im Gegensatz zum französischen Memorandum vom 15. 2. wurde außerdem allen Mitgliedern zugestanden, Rekrutierung und Aufstellung in der Übergangsphase von nationalen Behörden durchzuführen³⁶⁴. Mit dem Dank an Alaphand für seinen „Mut und seine Überparteilichkeit“ bei der Leitung der Verhandlungen

³⁶⁰ PA, B 14, SFPP, Bd. 9, Aufzeichnung Roediger und Ophüls, 21. 7. 1951, Streng geheim; s.a. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 52f.

³⁶¹ S. Memorandum dess. u. Lovetts, 30. 7. 1951, Top secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 849–852; zur Zustimmung Trumans vom 2. 8. 1951 s. ebd., S. 847–849; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 394f.

³⁶² S. de Maizière, Pflicht, S. 152; Wettig, Entmilitarisierung, S. 439.

³⁶³ S. Bruce an Acheson, Tel. 1185, 24. 8. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 859–862; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 397.

³⁶⁴ „Zwischenbericht der Delegationen für die an der Pariser Konferenz für die Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligten Regierungen“, 24. 7. 1951, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 529–548, hier S. 529; eine synoptische Zusammenstellung der gelösten und nichtgelösten Fragen in: Aufzeichnung Nunley, 24. 8. 1951, Top secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 862–865; s.a. Meier-Dörnberg, Planung, S. 663–666.

gen³⁶⁵ legte Blank eine ergänzende Stellungnahme vor, die dem Zwischenbericht angefügt wurde. Darin brachte er den Vorbehalt der Bundesregierung zum Ausdruck, einen Verteidigungsbeitrag nur unter der Voraussetzung zu leisten, daß die Bundesrepublik vom Besatzungsstatut befreit und die Besatzungskosten neu geregelt würden³⁶⁶.

Über dieser nach langen Beratungen endlich erreichten Übereinkunft hing seit einigen Tagen das Damoklesschwert einer neuerlichen französischen Regierungskrise. Nach dem Zusammentritt der frisch gewählten Nationalversammlung hatte die seit März amtierende Regierung Queuille Mitte Juli ihren Rücktritt erklärt, ohne daß sich die Assemblée Nationale auf ein neues Kabinett einigen konnte. Erst am 11. 8., beinahe zwei Monate nach den Wahlen, wurde Pleven als Chef einer Regierung aus Radikalsozialisten, Volksrepublikanern, Indépendants, Paysans und UDSR investiert. Die in der Wiederbewaffnungsfrage besonders widerspenstigen Sozialisten waren nicht mehr in der neuen Regierung vertreten, hatten der Investitur aber zugestimmt und besaßen als zweitstärkste Fraktion im Parlament für die Arbeitsfähigkeit des Kabinetts natürlich erhebliche Bedeutung³⁶⁷.

Prominentestes Opfer der Regierungsumbildung war wohl Jules Moch, der sein Ministerium an Georges Bidault abgab. Am letzten Tag seiner Amtszeit rechnete er in einem Brief an Schuman schonungslos mit dem Zwischenbericht ab. Für ihn hatte Alphand Verrat an Pleven-Plan und Spofford-Kompromiß betrieben, weil er sämtliche französischen Truppen außer den in Übersee stationierten in die Europäische Streitmacht einband, während Moch nationale Verbände unter dem Dach der NATO behalten wollte³⁶⁸. Der scheidende Verteidigungsminister wußte natürlich, daß er am nächsten Tag nicht mehr in der Regierungsverantwortung stand. Die Zustimmung des neuen Kabinetts zum Projekt der Europäischen Verteidigungsstreitmacht war mit seiner Demission aber keineswegs sicher. Alphand setzte alles daran, die Kritik des einflußreichen Sozialisten als haltlos darzustellen. Und er wußte sich der Unterstützung amerikanischer Kollegen sicher, die seinen „besonderen Mut und das Geschick“ rühmten, mit der der Präsident der Pleven-Plan-Konferenz seine Aufgabe erfüllte³⁶⁹. Mit Mut und Geschick und mit Unterstützung Schumans und Monnets begann Alphand seine Überzeugungsarbeit, die vor allem ein Ziel hatte: die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht nur als notwendiges Übel, sondern als Baustein eines größeren Planes erscheinen zu lassen, in dem Frankreich eine herausragende Rolle spielen könne und trotz der Aufgabe gewisser Souveränitätsrechte auf keinen Fall seine nationale Identität aufgeben müsse. Die Europäische Verteidigungsstreitmacht, so faßte er in einer hochgeheimen Aufzeichnung am 14. 8. zusammen, biete maximale Garantien gegen die

³⁶⁵ PA, B 14, SFPP, Bd. 35, Plenarsitzung vom 24. 7. 1951, Bericht D/CR/10, 25. 7. 1951, Geheim; s.a. ebd., Roediger an AA, 24. 7. 1951, Geheim.

³⁶⁶ S. ebd., „Zusätzliche Stellungnahme der deutschen Delegation zum Zwischenbericht“, o.D.; Wettig, Entmilitarisierung, S. 439 f.; zur Kostenfrage vgl. ausführlich Hofmann, Truppenstationierung, S. 162–191.

³⁶⁷ S. PA, Abt. 3, AZ 205–00/22, Bd. 1, Hausenstein an AA, 205 Nr. 3190, 14. 8. 1951; AdG 1951, S. 3042G, 3054B u. 3064B.

³⁶⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 194, Bl. 178 f., Moch an Schuman, 10. 8. 1951; Moch, Histoire, S. 279.

³⁶⁹ PA, B 14, SFPP, Bd. 9, Aufzeichnung Roediger und Ophüls, 21. 7. 1951, Streng geheim; s.a. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 52 f.

Wiederkehr des deutschen Militarismus. Die größte Gefahr für den Weltfrieden, ein völlig unabhängiges Deutschland, „qui pourrait soit jouer le rôle d'arbitre entre l'Est et l'Ouest, soit s'unir à la Russie pour la domination mondiale“, sei ausgeschlossen. Zugleich unterbände die europäische Lösung direkte Kontakte zwischen deutschen und amerikanischen Militärs. Sie biete die einzig vertretbare Möglichkeit, der Bundesrepublik das Prinzip der Gleichheit zuzugestehen, das für Adenauer unabdingbar sei, um die Zustimmung des Bundestages zu erhalten. Zusammen mit der Montanunion werde die Verteidigungsgemeinschaft zur Einigung Europas führen, die später durch eine „Communauté politique européenne“ komplettiert würde. Alphand gab durchaus zu, daß die Europäisierung der französischen Armee psychologisch gesehen Probleme bereiten könne. Als Preis für die genannten Vorteile sei sie aber tragbar. Der „patriotisme national“, so fügte er geschwind hinzu, sei keineswegs eliminiert, er werde vielmehr durch einen „patriotisme européen élargi“ ergänzt³⁷⁰.

Alphands fulminantes Plädoyer spiegelte gewiß keine Mehrheitsmeinung an der Seine wieder. Der gaullistische Abgeordnete Gaston Palewski forderte am 10. 8. in der Assemblée Nationale zunächst eine politische Zusammenarbeit in Europa und die Wiederherstellung einer starken französischen Armee³⁷¹. Michel Debré verlangte zwei Wochen später im Conseil de la République eine politische europäische Autorität und empfahl eine westdeutsche Bewaffnung im Rahmen der atlantischen Allianz³⁷². Kurz darauf gab das Comité des chefs d'Etats-major dem Comité de défense nationale sein Einverständnis zur Schaffung einer europäischen Streitmacht, machte es aber von erheblichen Bedingungen abhängig: Frankreich solle der EVG nur seine der NATO assignierten Verbände zur Verfügung stellen und ausreichende Kräfte für seine überseeischen Verpflichtungen, aber auch für die Territorialverteidigung im Mutterland unter nationalem Oberbefehl belassen, außerdem Kontingente aus der Europäischen Armee für seine Überseeverpflichtungen abziehen können. Die Marine müsse vollständig unter nationalem Oberbefehl bleiben, der Posten des Oberbefehlshabers in Europa Frankreich vorbehalten sein. Jede deutsche Grundeinheit sei einem integrierten Kommando zu unterstellen³⁷³.

Trotz merklicher Reserven billigte der „Conseil interministériel restreint“ zur gleichen Stunde den Pariser Zwischenbericht und sprach sich für eine supranationale Behörde, einen gemeinsamen Haushalt und ein gemeinsames Rüstungsprogramm der EVG aus. Nationale Streitkräfte mußten für die überseeischen Gebiete beibehalten und im Bedarfsfall verstärkt werden. Die britische Mitgliedschaft in der EVG galt als wünschenswert. Der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO wurde abgelehnt. Zugleich beschloß die Runde, die Frage des Integrationsniveaus

³⁷⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 194, Bl. 190–193, Aufzeichnung Alphand, 14. 8. 1951, Plus que très secret; s.a. Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 102f.

³⁷¹ S. Rede Palewskis in der Assemblée Nationale, 30. 8. 1951, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1951, Bd. 6, S. 6650–6652.

³⁷² Vgl. Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 104; laut Poidevin fand die Rede am 22. 8. 1951 statt. Das Journal Officiel weist für diesen Tag kein Protokoll aus. Die Stellungnahme von Debré konnte auch an den übrigen Sitzungstagen der Session nicht verifiziert werden (JO, Cdr, Déb. parl. 1951, Bd. 4).

³⁷³ Vgl. Guillen, Generalität, S. 133f.

dem Ermessen der Militärexperten zu überlassen³⁷⁴. Um sich der amerikanischen Rückendeckung zu versichern, wandte sich Schuman auf der Basis eines Memorandums von Monnet³⁷⁵ am 25. 8 in zwei Schreiben an Acheson. Da die Bundesrepublik schnellen und unvorhersehbaren Wandlungen unterworfen sei, führte er aus, müsse der Westen Vorkehrungen treffen. Frankreich empfehle daher Maßnahmen zur Verhinderung eines nationalistischen Umschlags in Deutschland, die Einbeziehung oder Assoziierung Großbritanniens in die EVG und die Verweigerung des deutschen Beitritts zur NATO. Größte Vorsicht sei bei der Prüfung etwaiger interimistischer Maßnahmen geboten. Dezidiert sprach sich Schuman gegen ein „*embryon d'armée allemande*“ aus: „*Il est indispensable en effet à mes yeux que le premier homme recruté en Allemagne puisse revêtir l'uniforme européen*“³⁷⁶. Darüber hinaus verlangte der Minister die Bereitstellung amerikanischer Finanz- und Rüstungshilfen für die EVG, nicht für die einzelnen Mitglieder, sowie eine besondere Unterstützung für Frankreich zur Entlastung seiner asiatischen Verpflichtungen³⁷⁷.

Schumans Position stand in fundamentalem Gegensatz zur Haltung Adenauers. Seit Wochen war er bestrebt, schnellstmöglich deutsche Einheiten aufzustellen, um die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik zu erhöhen, natürlich auch, um Fuß zu fassen in der westlichen Verteidigungsorganisation. Dazu schien er zeitweilig sogar bereit, in der Anfangsphase auf die volle Gleichheit zu verzichten. Seine Militärberater Speidel und Heusinger neigten demgegenüber aus Sorge um die gegenwärtige Verteidigungskraft dazu, die Bildung deutscher Truppen hinauszuzögern, bis der Westen dazu in der Lage war, das Bundesgebiet wirklich zu schützen. Aufgrund ihrer engen Beziehungen zu SPD-Kreisen verlangten sie außerdem die Zusicherung der Gleichheitsrechte von Anfang an³⁷⁸.

Ende August unterbreitete der Kanzler der Hohen Kommission den Entwurf eines Sicherheitsvertrages mit den Westmächten, in dem er neben der Souveränität eine Sicherheitsgarantie der Westmächte und der gleichberechtigten Integration deutscher Kontingente in die Europäische Armee auch den Beitritt zur NATO forderte³⁷⁹. Gleichzeitig überreichte er McCloy ein Memorandum über die „*Solution préliminaire pour la Communauté européenne de défense*“. Unter Hinweis auf die gebotene Eile schlug er eine Einigung über Grundfragen vor, um mit der deutschen Wiederbewaffnung schon vor der Unterzeichnung des EVG-Vertrages, aber nach der Unterzeichnung des Generalvertrages zu beginnen. Die Übereinkunft sollte insbesondere folgende Elemente enthalten: Schaffung eines vorläufigen Europäischen Verteidigungsrates; Sicherstellung des europäischen Charakters

³⁷⁴ S. Bruce an Acheson, Tel. 1185, 24. 8. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 859–862; Masigli, Comédie, S. 287f.; Guillen, Generalität, S. 135; Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 105.

³⁷⁵ Vgl. Schröder, Jean Monnet, S. 220f.; Vial, Jean Monnet, S. 235f.

³⁷⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1037, Bl. 185–190, Schuman an Acheson, 25. 8. 1951, Très secret; unter dem Datum 26. 8. 1951 abgedruckt in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1188–1190.

³⁷⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 194, Bl. 219f., Schuman an Acheson, 25. 8. 1951, Très secret; unter dem Datum 26. 8. 1951 abgedruckt in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1191; Bossuat, La France, Bd. 2, S. 798–800; Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 104.

³⁷⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 194, Bl. 125–127, Bérard an MAE, Tel. 4720/24, 24. 7. 1951, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, 375, Tb. 29. 7. 1951.

³⁷⁹ S. Kap. III.1.1.

aller EVG-Streitkräfte mit Ausnahme der Überseetruppen und der Polizei von Anfang an; Fixierung des Gesamtumfangs der deutschen Streitkräfte, der nach seiner Auffassung bei 250 000 Mann und 12 Divisionen liegen sollte; Festlegung der Stärke und Organisation der Europäischen Verbände, wobei das Dokument die gepanzerte oder motorisierte Division in einer Größenordnung von etwa 11 000 bis 13 000 Mann vorsah; Definition der deutschen politischen und militärischen Organe im Rahmen der EVG, die aus der Bonner Sicht ein Verteidigungsministerium und eine Oberste Militärische Behörde umfassen sollten³⁸⁰.

Adenauers Plan lief den französischen Vorstellungen natürlich in vielfältiger Weise zuwider. François-Poncet argwöhnte vor allem, der Kanzler wünsche den Garantievertrag bereits ohne Präzisierung der militärischen Arrangements des Spezialabkommens in Kraft gesetzt zu sehen. Damit aber ergab sich für Frankreich die Gefahr eines schwindenden Interesses der Bundesrepublik an der EVG nach dem Gewinn der vollen Souveränität³⁸¹. Obwohl das Schriftstück erhebliche Ähnlichkeit mit dem gemeinsamen Memorandum von State Department und Pentagon vom 30. 7. aufwies, fand McCloy es so gefährlich, daß er es offenbar nicht nach Washington weiterleitete³⁸², sondern schon am 31. 8. schroff ablehnte. Ganz im französischen Sinne erteilte er der Errichtung eines deutschen Verteidigungsministeriums und einer Obersten Militärischen Behörde eine scharfe Abfuhr. Das Gebot der Stunde war für ihn statt dessen die Abfassung eines auf die wesentlichen Punkte beschränkten EVG-Gründungsvertrages, und McCloy sparte nicht mit Drohungen, wenn Adenauer dies nicht einsähe: Sein Vorschlag, so diktierte er dem Kanzler ins Stammbuch, sei kaum geeignet, die Westmächte zu jener grundlegenden Änderung des Besatzungsregimes zu bewegen, die seines Erachtens nötig sei, um die Zustimmung des Bundestages zur Wiederbewaffnung zu erhalten. „Falls von Anfang an keine Garantien durch Integrierung der deutschen Streitkräfte in die Europäische Armee gegeben werden, müßten außerdem andere Sicherungen geschaffen werden, um das Wiedererstarken einer deutschen Nationalarmee zu verhindern. Diese Sicherungen aber würden aller Wahrscheinlichkeit nach sowohl vom militärischen wie vom politischen Standpunkt für Deutschland weniger annehmbar sein als die europäische Integrierung.“³⁸³

McCloy trumpfte deshalb so massiv auf, weil es ihm in den vergangenen Wochen gemeinsam mit Bruce und Eisenhower gelungen war, seine Regierung von der Interimslösung abzubringen. Deutsche, französische und amerikanische Vertreter hatten sich inzwischen darauf verständigt, die Entscheidung über die Grundeinheit dem NATO-Oberbefehlshaber zu überlassen³⁸⁴. Ende August erzielten sie aufgrund eines Vorschlags von Eisenhower folgenden Kompromiß: Als nationale Basisgröße definierten sie die nicht mit den ursprünglichen französi-

³⁸⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1037, Bl. 193–197, Adenauer an McCloy, Memorandum, übergeben am 27. 8. 1951, Très secret (Übersetzung); unter dem Datum 25. 8. 1951 abgedruckt in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 869f.; s.a. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 56.

³⁸¹ Vgl. Rouche, Le Quai d'Orsay, S. 46.

³⁸² Vgl. Meier-Dörnberg, Planung, S. 668.

³⁸³ PA, B 14, SFPP, Bd. 6, Memorandum McCloy, 31. 8. 1951 (Übersetzung); unter dem Datum 1. 9. 1951 abgedruckt in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 874–877; s.a. Meier-Dörnberg, Planung, S. 668.

³⁸⁴ S. Bruce an Acheson, Tel. 1185, 24. 8. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 859–862; de Maizière, Pflicht, S. 153.

schen Vorstellungen zu verwechselnde national homogene Kampfverband von etwa 13 000 Mann. Frankreich verlangte als Gegenleistung von der Bundesrepublik eine eindeutige Stellungnahme über die verbindliche Billigung der Europa-Armee auf der Pariser Konferenz³⁸⁵. Die Absicht Bonns, eine Festlegung in grundsätzlichen Fragen weiterhin zu vermeiden, war damit obsolet. Aufgrund eindringlicher Warnungen de Maizières vor einer Fortsetzung der zweigleisigen Verhandlungstaktik und der harschen Kritik McCloy's sah sich Adenauer wenige Tage später genötigt, die bisherige Reserve gegenüber dem französischen Projekt ebenso aufzugeben wie die Absicht, den Petersberg-Bericht in der Hinterhand zu behalten³⁸⁶. In der Sitzung des Lenkungsausschusses vom 3. 9. erklärten Blank und Alphanon unisono die Bereitschaft, auf der Basis des Zwischenberichtes vom 24. 7. weiterzuverhandeln. Dem schlossen sich die Vertreter Italiens, Belgiens und Luxemburgs an³⁸⁷.

Definitiv abgesegnet wurde diese Marschroute Mitte September auf der Washingtoner Außenministerkonferenz der drei Westmächte³⁸⁸. Schon vor der Eröffnung hatte Schuman im Gespräch mit Acheson eine Vereinfachung der Verhandlungen über die deutsche Wiederbewaffnung befürwortet. Vor allem die Wartezeit, die sich aus dem langwierigen Aufbau des Europäischen Verteidigungsministeriums und der politischen Institutionen ergäben, gedachte er zu verkürzen, indem die Verantwortung zur Rekrutierung deutscher Truppen SHAPE übertragen werden sollte³⁸⁹. Am 7. 9. erhielt er aus Paris die Nachricht, Hallstein habe Pleven gegenüber den Eindruck erweckt, als ob Adenauer die Idee der Aushebung deutscher Truppen vor der Ratifikation der EVG-Vertrages vollkommen aufgegeben³⁹⁰. Im Kreis seiner Ministerkollegen rekapitulierte Schuman dann am 12. 9. noch einmal die französische Position zur Europäischen Verteidigungsstreitmacht, wiederholte seinen Vorschlag über die Rekrutierung deutscher Truppen durch SHAPE und gab definitiv seinen Widerstand gegen die Integration auf Divisionsebene auf. Acheson bot daraufhin seine volle Unterstützung an und verzichtete auf die Forderung, schon vor ihrer Gründung der EVG deutsche Truppen aufstellen zu lassen. Er behielt sich allerdings eine Überprüfung vor, wenn sich dieses Konzept als unrealistisch herausstellte. Sein englischer Kollege Morrison sprach sich nun ebenfalls, wenn auch zögernd, für die EVG aus und durchbrach damit die von London bisher gezeigte kühle Reserviertheit³⁹¹.

Übereinstimmung herrschte zwischen den drei Außenministern auch über das Junktim zwischen der deutschen EVG-Mitgliedschaft und der Ablösung des Be-

³⁸⁵ Vgl. Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 441 f.

³⁸⁶ S. de Maizières, *Pflicht*, S. 153 f.; Meier-Dörnberg, *Planung*, S. 669.

³⁸⁷ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 7, Sitzung des Lenkungsausschusses vom 3. 9. 1951, Kurzbericht, Geheim; s.a. Bonsal an Acheson, Tel. 1420, 3. 9. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 878 f.

³⁸⁸ Vgl. die Konferenzdokumente in: ebd., S. 1163–1308; ebd., Bd. 6, S. 491 f. u. 500 f.; Kap. III.1.1.

³⁸⁹ S. Unterredung zwischen Acheson und Schuman vom 6. 9. 1951, Top secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 881 f.

³⁹⁰ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 141, Bl. 117–121, Schumann an Schuman, Tel. 9768/82, 7. 9. 1951, Secret, Réservé, Priorité.

³⁹¹ S. ebd., Bl. 247–251, Parodi an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 187, 29. 9. 1951, Secret, Réservé; Unterredung zwischen Acheson, Morrison und Schuman vom 12. 9. 1951, Tripartite Min-3, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1268–1271; zur Haltung Englands gegenüber dem Konzept der Europa-Armee vgl. Jones, *Labour-Regierung*.

satzungsstatuts, das nun mehr und mehr zu einem „lien de garantie“ wurde³⁹². Uneinig waren sie sich hingegen in der Frage der Finanzierung des deutschen Verteidigungsbeitrages und deren Auswirkungen auf die Stationierungskosten der alliierten Truppen. Acheson hielt es für kaum möglich, der Bundesrepublik zu den Besatzungskosten auch noch die Bezahlung der eigenen Aufrüstung aufzubürden. Morrison hingegen warnte davor, den deutschen „sad tales“ über die finanziellen Lasten zuviel Glauben zu schenken, um nicht von Bonn ausgebeutet zu werden. Schuman stand ganz auf seiner Seite. Stets würden die Deutschen nach Gleichberechtigung rufen, da sei es nur logisch, daß sie auch die gleichen Lasten trügen. Und gleich waren die in deutsch-französischer Perspektive seiner Ansicht nach nur, wenn die Bundesrepublik für die Verteidigung ebensoviel ausgäbe wie Frankreich. Schuman empfahl dann die Aufteilung des deutschen Gesamtbeitrags in Stationierungskosten und Aufwendungen für die deutschen Truppen. Dabei durften die Mittel für die EVG seines Erachtens nie höher sein als die französischen Aufwendungen. Das aber wies Morrison sofort zurück. Bonn könne nicht zur Kürzung seines Verteidigungshaushaltes gezwungen werden, nur weil Paris dies täte. Acheson schlug schließlich vor, die Frage einer Expertengruppe zu überantworten³⁹³.

Als die ersten Agenturmeldungen über diese Ergebnisse in Paris eintrafen, verursachten sie in diplomatischen und Regierungskreisen erhebliche Unruhe. „Le Figaro“ behauptete nämlich, Schuman habe sich mit der sofortigen Rekrutierung und *Aufstellung* deutscher Truppen unter dem Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa einverstanden erklärt³⁹⁴. Nach Rückfrage in Washington ließ Staatssekretär Schumann die Meldung zwar sofort dementieren³⁹⁵, doch die französische Führung wollte sich nicht beruhigen, hatte sich der Minister doch mit seiner Zusage der schnellstmöglichen Rekrutierung deutscher Truppen unter dem Dach von SHAPE über den Beschluß des Conseil restreint und des Comité de défense nationale hinweggesetzt³⁹⁶. Die Presse beschrieb die deutsche Remilitarisierung als „sehr schwer tragbares aber leider unumgängliches Übel“, wobei die Auffassungen über Form und Art der Wiederbewaffnung stark auseinandergingen. Selbst bei jenen Organen, die der Regierung nahestanden, klang die Tendenz an, sich für den Fall eines Umschwenkens der öffentlichen Meinung Auswege offenzuhalten. Die Assemblée Nationale, die von Pleven vor der Konferenz mit dem Versprechen beschwichtigt worden war, zu allen Abmachungen gehört zu werden, beraumte sofort eine Debatte für den November an³⁹⁷. Bei den Sozialisten zeichnete sich ab, daß sie einer Beteiligung Bonns an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nur bei umfangreichen Sicherheiten gegen ein militäri-

³⁹² Rouche, *Le Quai d'Orsay*, S. 47.

³⁹³ Unterredung zwischen Acheson, Morrison und Schuman vom 13. 9. 1951, Tripartite Min-4, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1272–1278, hier S. 1275; s.a. Hofmann, *Truppenstationierung*, S. 98–100.

³⁹⁴ S. „Le Figaro“, 14. 9. 1951; Artikel Arons, in: „Le Figaro“, 17. 9. 1951, im Auszug auch in: BDFD III, S. 314f.

³⁹⁵ S. PA, Abt. 3, AZ 223–00, Bd. 2, „Agenturmeldungen zur Aufstellung deutscher Kontingente innerhalb der europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, 15. 9. 1951.

³⁹⁶ S. Auriol, *Journal*, Bd. 5, S. 460f., Tb. 14. 9. 1951.

³⁹⁷ PA, Abt. 3, AZ 214–01, Bd. 5, von Walther an AA, 221–20 Tgb.Nr. 3629, 19. 9. 1951.

sches Wiedererstarken zustimmen würden. Teile der SFIO beharrten nach wie vor auf dem Weiterbestehen einer französischen Nationalarmee und trafen sich damit in gewisser Weise mit de Gaulle, der die Aufgabe der eigenen Streitkräfte rundweg ablehnte, sogar die Bildung einer deutschen Nationalarmee als kleineres Übel begriff³⁹⁸.

Adenauers erste Reaktionen auf die Ergebnisse der Washingtoner Konferenz fielen sehr positiv aus. In einer Sondersitzung des Kabinetts rühmte er am 17. 9. den Verzicht Frankreichs auf nationale Streitkräfte in Europa als „denkbar wirksamste[s] Bekenntnis zu Europa“ und unterstrich die völlige Gleichberechtigung, die der Bundesrepublik im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zuerkannt werde³⁹⁹. Gegenüber Journalisten erklärte er kurz darauf, seine Idee einer „militärische[n] Zwischenlösung“ habe jetzt „an Bedeutung verloren“, da die Außenminister sich auf die sofortige Bildung der Europa-Armee verständigt hätten⁴⁰⁰. Sein innenpolitischer Widersacher Schumacher hingegen sah das Ende der deutschen Demokratie voraus, wenn die Beseitigung des Besatzungsregimes von der Annahme der Montanunion und der Europa-Armee abhängig gemacht würde. Unter den gegebenen Umständen war von Gleichberechtigung der Bundesrepublik in seinen Augen keine Rede. Das französische Projekt diene nur dem Zweck, „das deutsche Menschenpotential unter alliierte, konkreter gesprochen, unter französische Verfügungsgewalt zu stellen“⁴⁰¹. Die umfassende Unterrichtung durch die Hohen Kommissare am 24. 9. öffnete dann auch dem Kanzler die Augen. Seine Hoffnung auf eine tiefgreifende Änderung des Besatzungsregimes, eine Sicherheitsgarantie und die Gewährung der politischen und militärischen Gleichberechtigung in der westlichen Staatengemeinschaft war zerplatzt⁴⁰². Damit entfiel für ihn natürlich jeder Grund zur Verzögerung der Pariser Beratungen.

Im Dickicht der Vertragsmaterien

Die Verhandlungen an der Seine erhielten nun ein neues Forum. Die Niederlande entschlossen sich zur Vollmitgliedschaft, die USA und Großbritannien verstärkten ihre Beobachterrolle. Schon im August hatten die Delegationen vereinbart, den Militärausschuß zu einer integrierten Planungsgruppe mit erheblichem Gewicht auszubauen⁴⁰³. Den deutschen Platz übernahm auf Bitten Blanks General Speidel, was an der Seine auf erheblichen Widerstand stieß. Obwohl Alphand mit seinem Verzicht auf die Anfangsphase beim Aufbau der EVG implizit die deutsche Präsenz in allen Führungsgremien akzeptiert hatte, lehnten Politiker der Résistance und auch Bidault die Entsendung des ehemaligen Chefs des Deutschen Militärbefehlshabers in Paris ab⁴⁰⁴. Ihre Kritik richtete sich ungeachtet anderslau-

³⁹⁸ Zur Position der Sozialisten vgl. Quilliot, S. F.I.O., S. 480f.; zur Haltung de Gaulles s. seine Presseerklärung, 12. 9. 1951, in: de Gaulle, Discours, Bd. 2, S. 462–464; Charlot, Gaullisme, S. 281 f.

³⁹⁹ Kabinettsondersitzung 17. 9. 1951, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 647.

⁴⁰⁰ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 150, Tee-Empfang, 20. 9. 1951.

⁴⁰¹ Erklärung Schumachers in Essen, 16. 9. 1951, in: AdG 1951, S. 3115; s.a. Löwke, SPD, S. 44f.; Wettig, Entmilitarisierung, S. 448.

⁴⁰² Vgl. Kap. III.1.1.

⁴⁰³ S. de Maizière, Pflicht, S. 154.

⁴⁰⁴ Vgl. Meier-Dörnberg, Planung, S. 671, Anm. 1; Wettig, Entmilitarisierung, S. 450. Zu Speidels Tätigkeit in Frankreich im Zweiten Weltkrieg s. Speidel, Zeit, S. 86–121.

tender Beteuerungen de Larminat's nicht nur gegen das Auftreten eines so hochrangigen deutschen Offiziers, sondern auch gegen Speidel persönlich⁴⁰⁵. Die französische Regierung machte sich die Vorbehalte mit dem Argument zu eigen, Speidel nehme die Europäische Armee „nur mit der Mentalreservation [hin], um im geeigneten Moment das europäische Kleid wieder abzuwerfen und eine Nationalarmee zu erreichen“⁴⁰⁶. Paradoxiertweise schlug sie dann als Ausweg vor, den Militärausschuß außerhalb von Paris oder in Brüssel tagen zu lassen. Die Bundesrepublik ging darauf aber nicht ein und rief die an der Seine verbliebene Verbindungsgruppe um de Maizièrre aus Protest an den Rhein zurück. De Larminat bedauerte diese Entscheidung und erklärte in einem persönlichen Gespräch mit seinem deutschen Pendant, die französischen Offiziere würden das Eintreffen Speidels begrüßen, die Schwierigkeiten lägen „auf der politischen Ebene“⁴⁰⁷. In einem Schreiben an den Président du Conseil weigerte sich der General sogar, ohne Speidel die Verhandlungen weiterzuführen⁴⁰⁸. Auch andere Vertreter der jüngeren Generalität hatten keine Berührungängste zu dem deutschen Offizier, waren bisweilen sogar mit ihm befreundet⁴⁰⁹. Aus Sorge vor einem völligen Bonner Rückzug aus den Verhandlungen lenkte Paris schließlich Ende September ein, nachdem die deutsche Presse die französischen Widerstände publik gemacht hatte⁴¹⁰. Am 1. 10. traf Speidel an der Spitze der deutschen Militärabordnung in Paris ein. Sein Verhältnis zu Blank gestaltete sich „ganz gut, aber innerlich kühl“. Für die nun des öfteren auftretenden „recht heftige[n] Spannungen“ in der deutschen Delegation zeichnete aber nicht er, sondern vor allem der Vertreter im Finanzausschuß, Vialon, verantwortlich⁴¹¹.

Am Tag der Ankunft Speidels eröffnete Alphant die Verhandlungen des Lenkungsausschusses. Dessen Aufgabe war immens, konnte der EVG-Vertrag im Gegensatz zum NATO-Pakt doch nicht als allgemein gehaltene Gründungsurkunde formuliert werden, sondern mußte alle wesentlichen Bestimmungen über die politische, finanzielle, rechtliche und militärische Organisation der Gemeinschaft enthalten. Es kann nicht Aufgabe dieser Studie sei, die schwierigen Verhandlungen en détail auszuleuchten⁴¹². Sie beschränkt sich vielmehr darauf, die für die deutsch-französischen Beziehungen zentralen Problemfelder zu beackern. Ein Grundproblem der kommenden Beratungen ergab sich aus der Absicht Frankreichs, der Verteidigungsgemeinschaft eine „stark zentralistische Form“ zu geben, die möglichst viele Rechte der Exekutive einer supranationalen europäischen Ein-

⁴⁰⁵ S. de Maizièrre, Pflicht, S. 154; Speidel, Zeit, S. 293.

⁴⁰⁶ BA, NL Blankenhorn, Bd. 7a, Bl. 145 f., Unterredung zwischen Blankenhorn und François-Poncet vom 28. 8. 1951, 29. 8. 1951; s.a. Speidel, Zeit, S. 297.

⁴⁰⁷ PA, B 14, SFPP, Bd. 7, Sitzung der militärischen Chefdelegierten vom 12. 9. 1951, Geheim.

⁴⁰⁸ Vgl. Meier-Dörnberg, Planung, S. 671, Anm. 1.

⁴⁰⁹ S. Baring, Anfang, S. 190. Als eine seiner ersten „Amtshandlungen“ in Paris nahm Speidel am 3. 10. an der Hochzeit General Paul Stehlins teil, Berater des französischen Verteidigungsministers für Fragen der EVG und der NATO (Speidel, Zeit, S. 298).

⁴¹⁰ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, 379, Tb. 26. 9. 1951; de Maizièrre, Pflicht, S. 155; Speidel, Zeit, S. 297 f.; Meier-Dörnberg, Planung, S. 671.

⁴¹¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 8a, Bl. 92–93, von Kessel an Blankenhorn, 10. 10. 1951.

⁴¹² Eine ausführliche Darstellung der Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft bis zur Unterzeichnung des Vertrags am 27. 5. 1952 bieten: Baring, Anfang, S. 189–208; Fursdon, Community, S. 126–188; Meier-Dörnberg, Planung, S. 671–714; Wettig, Entmilitarisierung, S. 450–475.

richtung vorbehielt. Demgegenüber versuchten die BENELUX-Staaten die Souveränität der Regierungen soweit wie möglich zu bewahren, während die Bundesrepublik eine „echte europäische Lösung föderativen Charakters“ anstrebte⁴¹³. Entschiedenem Wert legte Alphant auf die supranational integrierte Struktur des deutschen Verteidigungsbeitrags. Er unternahm daher in der ersten Sitzungswoche einen letzten Versuch, die Division als nationale Grundeinheit in Frage zu stellen. Speidel erklärte daraufhin im Militärausschuß die national homogene Division zur selbstverständlichen Grundlage der Verhandlungen, akzeptierte aber, SHAPE die Entscheidung zu überlassen. Nachdem das Hauptquartier des Oberbefehlshabers der NATO-Truppen in Europa einen divisionsartigen Verband zum Grundelement der Europäischen Streitkräfte deklariert hatte, verständigten sich die militärischen Chefdelegierten in ihrer Sitzung vom 8. 10. auf die Division mit einer Stärke von 12 000 bis 14 000 Mann als nationale Grundeinheit und gaben ihr den Namen „Kampfverband“⁴¹⁴. Zwei Wochen später wurde ihr Votum vom Lenkungsausschuß gebilligt⁴¹⁵.

Aus der deutschen Warte mußte dies als ermutigendes Zeichen dienen, denn einerseits hatte sich der eigene Standpunkt letztlich durchgesetzt, andererseits gab die so rasche Bereinigung eines monatelangen Streitpunktes Anlaß zu der Hoffnung, daß die übrigen Hindernisse ebenfalls „dahinschmelzen“ würden⁴¹⁶. Diese Erwartungen sollten sich aber angesichts des überreichen Konfliktstoffes als verfrüht herausstellen. Die nächste Kontroverse entzündete sich am französischen Verlangen, für die Überseeverpflichtungen im Mutterland ein bis zwei Divisionen als Ersatztruppe zu stationieren und nötigenfalls auch einen Teil der Kontingente aus der EVG abzuziehen. Man einigte sich schließlich darauf, den atlantischen Oberbefehlshaber darüber befinden zu lassen, in welchem Maße eine Verminderung der Europäischen Streitkräfte vertretbar sei. Ein weiterer Streitpunkt entwickelte sich über die Frage des Verhältnisses der Europa-Armee zum atlantischen Oberkommando. Die BENELUX-Staaten drängten auf eine möglichst enge Bindung an die NATO, da sie eine Lockerung des Kontaktes zu den Angelsachsen befürchteten. Frankreich, die Bundesrepublik und Italien setzten sich aber mit ihrer Position durch, die Europa-Armee nur im Ernstfall dem atlantischen Oberbefehlshaber zu unterstellen⁴¹⁷.

Die neben dem Problem des Integrationsniveaus schärfsten Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Franzosen verursachte die Frage der Territorialverwaltung. Der Gegensatz besaß seine Ursache in der Pariser Absicht, nicht nur die aktiven deutschen Feldverbände, sondern möglichst auch den gesamten Unterbau der Territorialorganisation einschließlich der Territorialverteidigung und

⁴¹³ PA, Abt. 2, Bd. 969, Hallstein an diplomatische Vertretungen, 230–00 II/50/0/51, Dezember 1951, Geheim, Entwurf.

⁴¹⁴ S. ebd., B 14, SFPP, Bd. 7, Sitzung der militärischen Chefdelegierten vom 2. 10. 1951, Kurzbericht, Geheim; ebd., Bd. 69, Sitzung der militärischen Chefdelegierten vom 4. 10. 1951, Kurzbericht und Beschlüsse CM/DEL/CR/3, 5. 10. 1951, Geheim; ebd., Sitzung der militärischen Chefdelegierten vom 8. 10. 1951, Kurzbericht und Beschlüsse CM/DEL/CR/4, 9. 10. 1951, Geheim; Speidel, Zeit, S. 301; Wettig, Entmilitarisierung, S. 451.

⁴¹⁵ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 58, Sitzung des Lenkungsausschusses vom 24. 10. 1951, D/CD/Beschlüsse/9, 25. 10. 1951, Geheim.

⁴¹⁶ BA, NL Blankenhorn, Bd. 8a, Bl. 92–93, von Kessel an Blankenhorn, 10. 10. 1951.

⁴¹⁷ Vgl. Wettig, Entmilitarisierung, S. 452 f.

Wehrverwaltung der Bonner Verfügungsgewalt zu entziehen. Nachdem ein deutsches Verteidigungsministerium nach langem Kampf immerhin zugestanden worden war, sollte es nach französischem Willen im Prinzip auf eine „Oberbehörde für das Wehersatzwesen“ reduziert werden⁴¹⁸. Die Ausschaltung des Ministeriums hätte das Kommissariat der EVG in die Lage versetzt, die Masse der territorialen Aufgaben mit den auf deutschen Boden zu etablierenden Territorialbehörden direkt zu erfüllen. Die Bundesrepublik vertrat genau den entgegengesetzten Standpunkt und fand dabei die Unterstützung der BENELUX-Staaten. Die Existenz einer funktionierenden Territorialorganisation galt aus der Bonner Perspektive als Grundvoraussetzung der Aufstellung deutscher Kontingente. Die von Paris gewünschte Form hätte die Bundesregierung zum Untermieter im eigenen militärischen Haus degradiert. Nachdem die Franzosen am 30. 10. ihre Vorstellungen schriftlich dargelegt hatten⁴¹⁹, präsentierten die Deutschen am 9. 11. ihr Gegenkonzept. Demnach sollte die militärische Territorialorganisation europäischen Charakter haben, aber rein national zusammengesetzt sein. Alle Anordnungen an die einzelnen Territorialkommandos durften nur über den nationalen Verteidigungsminister ergehen. Die Wehrverwaltung als ziviler Säule der Territorialorganisation blieb völlig in deutscher Zuständigkeit⁴²⁰. Zwei Grundgedanken des Pariser Schriftstücks wurde im Bonner Vorschlag Bonn immerhin zugestimmt: der Schaffung eines nationalen Ministers für europäische Verteidigung, zu dessen Aufgaben es gehörte, die in die nationale Zuständigkeit fallenden Angelegenheiten mit den Wehrkreisen der Staaten zu bearbeiten und die Belange vor dem nationalen Parlament und im Ministerrat zu vertreten; der Festlegung einer territorialen Wehrkreisorganisation, die sowohl europäische wie national verbliebene Aufgaben wahrzunehmen hatte. Aus „Gründen der Zweckmäßigkeit“ sollte dieses System jedoch differenziert und hinsichtlich der nationalen Gegebenheiten anpassungsfähiger gestaltet werden. Die deutsche Delegation regte daher ein dreigeteiltes System aus einer territorialen militärischen Organisation, einer Verteidigungsverwaltung und einer zivilen Verwaltung an. Die territoriale militärische Organisation war als an die Weisungen des Kommissars gebundene europäische Organisation konzipiert. Das Gebiet jedes Teilnehmerstaates wurde in Wehrkreise mit Wehrkreiskommandos gegliedert, die nicht direkt dem Kommissar, sondern einer „europäisch[en] Oberbehörde nationalhomogener Zusammensetzung“ unterstellt waren, die ihre Weisungen vom Kommissar erhielt. Die nationalen, dem jeweiligen Verteidigungsminister unterstehenden Wehrkreisverwaltungen übernahmen schließlich die Durchführung der aus Planung, Lenkung und Verwaltungsgrundsätzen der europäischen Organe resultierenden administrativen Aufgaben. Nur für die Bundesrepublik sah man darüber hinaus die Schaffung einer besonderen Verteidigungsverwaltung vor⁴²¹.

Erhebliche Differenzen traten im Lenkungsausschuß auch über die Fragen des organisatorischen Aufbaus der EVG zutage. Frankreich gedachte, das Exekutivorgan als eine Einmannbehörde zu gestalten, die Bundesrepublik und die Nieder-

⁴¹⁸ Meier-Dörnberg, Planung, S. 688.

⁴¹⁹ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 73, Aufzeichnung de Larminat, CM/DEL/D/20, 30. 10. 1951, Secret.

⁴²⁰ Vgl. Meier-Dörnberg, Planung, S. 692.

⁴²¹ PA, B 14, SFPP, Bd. 55, Vorschlag der deutschen Delegation, D/10, 9. 11. 1951, Geheim.

lande verfochten die Kollegiallösung, damit die Ansichten aller Beteiligten berücksichtigt würden⁴²². Heftige Meinungsverschiedenheiten trugen die sechs Delegationen über die Frage des EVG-Budgets aus⁴²³, sowohl verfahrenstechnische als auch politische, geprägt von „nationalpsychologischen Momenten und handfesten ökonomischen Interessen“⁴²⁴. Als entscheidend kristallisierte sich dabei das Problem heraus, ob die EVG einen gemeinsamen Haushalt erhielt oder nicht. Laut Zwischenbericht vom 24. 7. sollte die Verteidigungsgemeinschaft die ihr zufließenden finanziellen Beiträge in einem Budget zusammenfassen und darüber verfügen. Demnach galt es drei Fragen zu beantworten: die Aufstellung des Haushaltsvoranschlags, die Verteilung der Ausgaben auf die Mitgliedstaaten und die Verausgabung der Mittel nach Festsetzung ihrer Höhe⁴²⁵. Primär ging es um das Budgetbewilligungsrecht und damit um den politischen Integrationswillen der beteiligten Staaten schlechthin. Frankreich forderte einen gemeinsamen Militärbudgethaushalt und fand dabei Unterstützung beim finanzschwachen Italien. Die Bundesrepublik hielt ein EVG-Budget für vorteilhaft, weil sie hoffte, die hohen Erstausrüstungskosten der Gemeinschaft zu übertragen, was sich als falsch erwies. Nach deutscher Auffassung mußte sich das Recht der nationalen Parlamente darauf beschränken, den von der Gemeinschaft festgelegten nationalen Finanzbeitrag in das nationale Budget als Etatposten aufzunehmen und für die entsprechende Aufbringung der Mittel Sorge zu tragen. Frankreich teilte diese Auffassung, während Italien und Belgien für ihre Parlamente ein echtes Genehmigungsrecht reklamierten. Nicht weniger umstritten, wenn auch mit anderen Fronten, war die Frage der Billigung des Haushaltsentwurfs durch den Ministerrat der EVG, da die Großen eine Zweidrittelmehrheit für ausreichend erachteten, während die Kleinen auf Einstimmigkeit bestanden⁴²⁶.

Starke Dissonanzen verursachten schließlich die deutschen Begehren nach Aufnahme in die NATO sowie nach einer Sicherheitsgarantie. In einer Unterredung mit McCloy bezeichnete Hallstein am 11. 10. gar eine Verpflichtung der USA zur Unterstützung eines NATO-Beitritts als Voraussetzung für einen Beitrag Bonns zur EVG. In Washington war man durchaus geneigt, den Wunsch zu unterstützen, sobald Bonn der EVG beigetreten war, mochte sich aber aus Rücksicht auf die Pariser Vorbehalte nicht zu nachdrücklich für dieses Gesuch einsetzen⁴²⁷.

Da Alphant aufgrund der von ihm erwarteten „erhebliche[n] parlamentarische[n] Schwierigkeiten“ als Alternative für den deutschen NATO-Beitritt einen Sondervertrag mit den NATO-Staaten ins Gespräch brachte, bekam Blank den Auftrag, die deutsche Forderung „unter dem Gesichtspunkt der Nichtdiskriminierung“ offiziell geltend zu machen. Hallstein ging dabei davon aus, die Franzo-

⁴²² Vgl. Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 455.

⁴²³ Zu den Verhandlungen über das EVG-Budget vgl. ausführlich: Köllner/Volkman, *Aspekte*, S. 818–841.

⁴²⁴ Ebd., S. 819.

⁴²⁵ S. „Zwischenbericht der Delegationen für die an der Pariser Konferenz für die Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligten Regierungen“, 24. 7. 1951, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 541 f.

⁴²⁶ Vgl. Köllner/Volkman, *Aspekte*, S. 822 f.

⁴²⁷ S. McCloy an Acheson, Tel. 3155, 12. 10. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1549–1551; Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 71 f.

sen zur Zustimmung zwingen und dann auch Briten und Amerikaner zur Unterstützung des Begehrens bewegen zu können⁴²⁸. Die französische Regierung dachte aber nicht daran, sich unter Druck setzen zu lassen, zumal selbst prinzipiell europafreundliche Parlamentarier wie der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der Assemblée Nationale, Bonnefous, vor einer „politique de bascule“ der wiederbewaffneten Deutschen warnten⁴²⁹. Als der amerikanische Verteidigungsminister Lovett den Antrag Adenauers im Gespräch mit seinem französischen Kollegen Bidault Anfang November als ganz logisch bezeichnete, wies Bidault auf Schumans neuen Vorschlag zur Bildung einer supranationalen politischen Autorität und meinte, dies sei der Ort, wo die Bundesrepublik sich gleichberechtigt zu Wort melden könne. Frankreich werde sich nicht für Initiativen hergeben, „qui seraient lourdes de conséquences menaçantes pour l'avenir de la coopération européenne“⁴³⁰.

Besondere Schwierigkeiten bereitete der Pariser Konferenz schließlich die Lösung der rüstungswirtschaftlichen Fragen. Der Zwischenbericht vom 24. 7. führte dazu aus, daß der Kommissar nach Anhörung eines Beratenden Ausschusses entsprechende Programme ausarbeiten und deren Durchführung sicherstellen sollte. Die Programme waren dem Ministerrat vorzulegen und aus gemeinsamen Mitteln zu finanzieren⁴³¹. Mitte Oktober beschloß das Auswärtige Amt, den von Blank und Alphand erörterten Plan einer Europäisierung der Rüstungsproduktion in den EVG-Verhandlungen weiterzuverfolgen und dabei auch das Thema der Atomforschung in diesem Rahmen zu behandeln⁴³². Anders als Frankreich, das auf eine zentrale Regelung der Aufstellung der Rüstungsprogramme und ihre Durchführung setzte, gedachte die Bundesrepublik allerdings in Übereinstimmung mit den übrigen Teilnehmer den nationalen Regierungen die Möglichkeit einer selbständigen Wirtschaftspolitik zu belassen⁴³³.

Ungeachtet einer Fülle unerledigter Probleme zeigte sich Blank Anfang November zuversichtlich, daß die Verhandlungen bis Weihnachten beendet werden könnten⁴³⁴. Wenige Wochen später drohte der Konferenz das Aus, weil Belgien danach trachtete, die supranationale Verteidigungsgemeinschaft zu Gunsten einer Koalitionsarmee zu kippen. Auf einer Konferenz der sechs Außenminister ritt der belgische Vertreter van Zeeland am 15. 11. einen Frontalangriff gegen die Pleven-Plan-Konferenz und behauptete, sie habe sich von den ursprünglichen Vorgaben völlig entfernt. Für Belgien als kleinem Land sei die Preisgabe von Souveränität „besonders problematisch“. Im einzelnen sprach er sich mit verfassungsrechtli-

⁴²⁸ PA, Abt. 2, Bd. 1018, Besprechung über die EVG-Konferenz vom 13. 10. 1951, Streng vertraulich; von Gersdorff, Außenpolitik, S. 286.

⁴²⁹ Rede von Bonnefous auf dem Parteitag der UDSR vom 19.–21. 10. 1951, im Auszug in: BDFD III, S. 316–319, hier S. 317; vgl. Elzer, „Atlantiker“, S. 67.

⁴³⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 195, Bl. 123–126, Bonnet an MAE, Tel. 7605/10, 2. 11. 1951, Réservé; zur Initiative Schumans s. Kap. III.2.2.

⁴³¹ S. „Zwischenbericht der Delegationen für die an der Pariser Konferenz für die Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligten Regierungen“, 24. 7. 1951, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 534 u. 536.

⁴³² S. PA, Abt. 2, Bd. 1018, Besprechung über die EVG-Konferenz vom 13. 10. 1951, Streng vertraulich.

⁴³³ S. ebd., Bd. 969, Aufzeichnung Kielmansegg, November 1951, Streng vertraulich, NfD.

⁴³⁴ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 8a, Bl. 177, Tb. 3. 11. 1951.

chen Argumenten dezidiert für den Ministerrat als oberste EVG-Autorität aus, äußerte Bedenken gegen ein gemeinsames Budget und verlangte, die erste Ausbildung der europäischen Truppen im nationalen Rahmen durchzuführen. Sollten die Partner den Forderungen nicht stattgeben, werde Belgien „einen Weg der Assoziierung“ suchen⁴³⁵.

Schuman hatte der Veranstaltung mißmutig entgegen gesehen und Adenauer vorab wissen lassen, die Brüsseler Bemühungen dürften unter keinen Umständen zum Erfolg führen⁴³⁶. Die Warnungen fielen in Bonn auf fruchtbaren Boden. Während seine Kollegen aus den Niederlanden und Luxemburg, Bech und Stikker, van Zeelands Ausführungen weitgehend beipflichteten, ging Hallstein als Stellvertreter Adenauers nach einem eindrucksvollen Plädoyer für die europäische Föderation den belgischen Außenminister scharf an. Schuman pflichtete ihm prinzipiell bei, hielt sich aber in den Details eher zurück. Der „sehr große Graben“, der beide Seiten in den Augen van Zeelands trennte, war keineswegs schmaler geworden⁴³⁷.

Das deutsche Entgegenkommen wurden von den Franzosen nicht honoriert. Auf der eine Woche später in Paris tagenden Konferenz der drei westlichen Außenminister widersetzte sich Schuman erfolgreich dem Vorschlag Achesons, Adenauer eine Überprüfung der in Brüssel im vergangenen Dezember verabredeten Restriktionen bezüglich schwerer Waffen in Aussicht zu stellen. Produktionsverbote oder -beschränkungen sah der Amerikaner vor allem noch für ABC-Waffen und Raketen vor. Ansonsten sollte die Bundesrepublik alle Kampfgeräte im Auftrag der NATO oder EVG herstellen dürfen, wobei Acheson den deutschen Rohstoffmangel als ausreichende Sicherheit gegen einen etwaigen Mißbrauch der neuen Freiheiten bewertete. Schuman hingegen sah sich außerstande, ohne Konsultation mit dem Kabinett Stellung zu beziehen, und beharrte darauf, daß auch im Generalvertrag gewisse Restriktionen enthalten sein müßten⁴³⁸. Von den Hohen Kommissaren über den Verlauf der Sitzung in Kenntnis gesetzt, ließ Adenauer durchblicken, daß er die Frage der Sicherheitskontrollen im Rahmen des EVG-Vertrages geregelt sehen wolle⁴³⁹. Am folgenden Tag empfingen ihn die drei Minister im Papageiensaal des Quai d'Orsay. Entgegen seinen Vorstellungen setzte Schuman dabei das Prinzip eines Zusatzvertrages zu den Sicherheitskontrollen durch, in dem sich die Bundesrepublik zum Verzicht auf die Produktion sowie Erforschung bestimmter Waffentypen aussprechen sollte. Der Beginn entsprechender Verhandlungen zwischen Adenauer und der Hohen Kommission war für den 26. 11. vorgesehen⁴⁴⁰.

Wenige Tage darauf konferierten die Minister der NATO-Staaten in Rom⁴⁴¹. Französischen Bemühungen, die Tagung zu verschieben, war man seitens der

⁴³⁵ PA, Abt. 2, Bd. 1042, Konferenz der sechs Außenminister vom 15. 11. 1951, 16. 11. 1951.

⁴³⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 8b, Bl. 13–15, Blankenhorn an Adenauer, 12. 11. 1951, Geheim.

⁴³⁷ PA, Abt. 2, Bd. 1042, Konferenz der sechs Außenminister vom 15. 11. 1951, 16. 11. 1951.

⁴³⁸ S. Konferenz zwischen Acheson, Eden und Schuman vom 21. 11. 1951, PAR M-1, 23. 11. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1715–1719.

⁴³⁹ Vgl. Konferenz zwischen dens. vom 22. 11. 1951, PAR M-2, 26. 11. 1951, Secret, in: ebd., S. 1604 f.

⁴⁴⁰ S. US-Delegation an Webb, Tel. 3086, 22. 11. 1951, Secret, in: ebd., S. 1605–1607; de La Tournelle an London etc., Tel. 19517/27 etc., 26. 11. 1951, in: BDFD I, S. 120.

⁴⁴¹ Zur NATO-Ratstagung in Rom vom 24.–28. 11. 1951 vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 78–82.

Amerikaner mit dem Argument entgegengetreten, man dürfe den Franzosen nicht erlauben, vor einigen Realitäten des EVG-NATO-Deutschland-Komplexes davonzulaufen⁴⁴². Ihre Ungeduld über die schleppenden Verhandlungen in Paris nahm zu. Innerhalb der US-Delegation wurden sogar Stimmen laut, die der EVG in der vorliegenden Form keine Chance mehr gaben⁴⁴³. Die ohnehin „gedrückt[e]“ Stimmung sackte völlig ab, als Schuman am 26. 11. allen Delegationen den Text eines Berichts zukommen ließ, den er am nächsten Tag über den Stand der Pariser Verhandlungen zu erstatten gedachte. Die BENELUX-Staaten warfen ihm daraufhin vor, ausschließlich den eigenen Standpunkt wiederzugeben. Um einen Zusammenstoß in der Sitzung zu vermeiden, sah sich der französische Außenminister genötigt, seine Rede erheblich zusammenzustreichen⁴⁴⁴. Van Zeeland vermochte er dennoch nicht zu besänftigen. In seiner Rede kontrastierte Schuman den erfolgversprechenden Weg der deutschen Wiederbewaffnung durch die EVG mit dem negativen Ausgang der Petersberg-Gespräche und unterstrich dann die erzielten Fortschritte in den militärischen Organisationsfragen. Zwar verheimlichte er nicht die vorhandenen Differenzen, zeigte sich aber überzeugt, den Vertragsentwurf bei gutem Willen der Beteiligten und der Hilfe der atlantischen Partner „dans peu de semaines“ ausarbeiten zu können⁴⁴⁵. In der folgenden Aussprache traten die Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Regierungen abermals deutlich zutage. Die Amerikaner setzten sich energisch für die EVG in ihrer derzeitigen Form ein. Die Italiener unterstützten sie, ließen aber zugleich erkennen, daß sie dem Plan keine Chance gaben. Die Engländer lehnten das Konzept offiziell ab. Van Zeeland nutzte diese Differenzen abermals zu einem „grundsätzlichen Vorstoß“. Gemeinsam mit Stikker stellte er die bestehenden Gegensätze deutlich heraus und setzte sich für die Beteiligung aller europäischen Demokratien, insbesondere Großbritanniens, ein. Andernfalls würden die BENELUX-Staaten „eigene Wege“ gehen⁴⁴⁶.

Frankreich zeigte sich zwar an einer englischen Teilnahme interessiert, war aber nicht bereit, an der Supranationalität Abstriche zu machen, da es sie als Garantie gegen das Wiedererstarken des deutschen Militarismus begriff. Innenpolitische Rücksichten spielten dabei eine nicht unwesentliche Rolle, da die Regierung auf die Unterstützung der „Europäer“ im Parlament angewiesen war, die beides forderten: Supranationalität und englische Beteiligung, ohne zu begreifen, daß sich dies ausschloß⁴⁴⁷. Der Versuch Achesons, mit Schuman und dem neuen britischen Außenminister Eden wenigstens die Grundlage für das Verhältnis zwischen der EVG und der NATO festzulegen⁴⁴⁸, mißlang ebenso wie die Lösung des Problems der Rüstungsbeschränkung für die Bundesrepublik. Adenauer hatte sich am

⁴⁴² S. Webb an Acheson, Tel. Tosec 5, 3. 11. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 698 f.

⁴⁴³ S. Memorandum Knights, 26. 11. 1951, Secret, in: ebd., S. 723–725.

⁴⁴⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 8b, Bl. 136–138a, Aufzeichnung von Kessel, 29. 11. 1951, Geheim.

⁴⁴⁵ AMAE, PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 70, Bl. 213–222, Exposé Schumans, 26. 11. 1951. Die den NATO-Delegationen zugeleitete ausführlichere Fassung wurde abgedruckt in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 933–946.

⁴⁴⁶ BA, NL Blankenhorn, Bd. 8b, Bl. 136–138a, Aufzeichnung von Kessel, 29. 11. 1951, Geheim; s.a. Acheson an Webb, Tel. Secto 93, 27. 11. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 735–737.

⁴⁴⁷ Vgl. Wettig, Entmilitarisierung, S. 456.

⁴⁴⁸ S. Acheson an Webb, Tel. Secto 93, 27. 11. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 735–737.

Vortrag im Kreis der Hohen Kommissare entschieden gegen eine Garantie verwahrt, keine ABC-Waffen und Flugzeuge herstellen zu dürfen. Einseitige Fabrikationsverbote lehnte er als Diskriminierung ab, zumal der EVG-Vertrag seiner Ansicht nach genügend Sicherheiten bot, da der EVG-Kommissar die Waffenproduktion jedes Mitglieds festsetzte. Gegenüber den Nichtmitgliedern USA und Großbritannien war er allenfalls bereit, in einem Briefwechsel auf die entsprechenden Verpflichtungen im Vertrag hinzuweisen⁴⁴⁹.

Keiner der drei westlichen Außenminister war geneigt, Adenauers Angebot anzunehmen. Alle beharrten sie darauf, die Sicherheitskontrollen als Bestandteil des Übereinkommens über die Ablösung des Besatzungsstatuts festzuschreiben. Acheson glaubte allerdings, dem Kanzler eine Überprüfung der relevanten Bestimmungen in Aussicht stellen zu sollen, wenn ein entsprechendes Kontrollsystem durch den EVG-Vertrag installiert sei. Schuman war jedoch nicht bereit, diese Konzession zuzugestehen, und insistierte darauf, Sicherheitsmaßnahmen außerhalb des EVG-Vertrages zu fixieren⁴⁵⁰.

Angesichts dieser Meinungsverschiedenheiten bewertete Acheson die Erfolgsaussichten der EVG-Konferenz nach den Unterredungen von Rom mit tiefer Skepsis und machte dafür insbesondere Frankreich verantwortlich. Adenauers engste Berater, so ließ er Truman wissen, hätten ihre Besorgnis angedeutet, daß die französischen Pläne nur halbe Lösungen brächten, die ohne eine komplette europäische Föderation nicht funktionieren könnten. Für Schuman stelle sich das Problem um so komplizierter dar, als in Paris zwei völlig konträre deutschlandpolitische Auffassungen konkurrierten. Im Quai d'Orsay neige man zu der Auffassung, Deutschland als Hauptgefahr zu sehen, der man mit besatzungsrechtlichen Restriktionen zu begegnen trachte. Die mit der EVG beschäftigten Diplomaten hingegen seien überzeugt, daß der Bundesrepublik die volle Gleichberechtigung gewährt werden müsse⁴⁵¹.

Mit Blick auf eine nahende Parlamentsdebatte konnte die französische Regierung dies indes unter keinen Umständen zugestehen. Aus den Berichten seines Generalkonsulats in Paris wußte Adenauer schon seit einigen Wochen, wie nervös Plevén der Aussprache entgegenseh. Eine Entmachtung oder ein Rücktritt des Président du Conseil aus innenpolitischen oder innerparteilich-taktischen Motiven schien nicht ausgeschlossen. Mit den Grotewohl-Vorschlägen zu gesamtdeutschen Wahlen hatte sich aus der Sicht vieler französischer Parlamentarier eine „neue Situation“ ergeben. Insbesondere bei den Sozialisten wuchs offenbar die Hoffnung, „um die deutsche Wiederbewaffnung herumzukommen“⁴⁵². Gebhardt von Walther riet daher dringend dazu, die „wohlwollenden Abgeordneten“ der

⁴⁴⁹ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 26. 11. 1951, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 421–427; McCloy an Acheson, Tel. 510, 26. 11. 1951, Secret, Priority, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1719–1721.

⁴⁵⁰ S. Unterredung zwischen Acheson, Eden und Schuman vom 27. 11. 1951, PAR M-3, 26. 11. 1951 [sic!], Secret, in: ebd., S. 1721–1725; Unterredung zwischen dens. vom 28. 11. 1951, PAR M-4, 28. 11. 1951, Secret, in: ebd., S. 1726–1728.

⁴⁵¹ S. Acheson an Truman, 30. 11. 1951, in: ebd., S. 747–751; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 81 f.

⁴⁵² PA, Abt. 2, Bd. 248, Bl. 242–245, Hausenstein an AA, 205 Nr. 4102, 30. 10. 1951; zum Grotewohl-Vorschlag gesamtdeutscher Beratungen über gesamtdeutsche Wahlen vgl. Kap. III.1.2.

SFIO, aber auch der Gaullisten „mit Material [...] und durch persönliche Rücksprache“ zur Billigung der EVG zu bewegen, indem ihnen die zentrale Bedeutung der europäischen Integration und der deutsch-französischen Beziehungen für die Außenpolitik Adenauers, aber auch die Folgen eines Scheiterns der Pariser Verhandlungen vor Augen geführt würden⁴⁵³.

Adenauer machte für die prekäre Lage in Paris auch Schuman verantwortlich, der ihm im Vergleich mit dem „taktisch gewandter[en] und energischer[en]“ Bidault zu zaghaft und vorsichtig wirkte⁴⁵⁴ – ein nur bedingt nachvollziehbares Urteil. Denn auch ein Außenminister Bidault, dies sollte sich ein gutes Jahr später sehr schmerzhaft erweisen, setzte sich nicht gerade energisch für die Europaarmee ein. Überzeugender mutet demgegenüber Adenauers Überzeugung an, daß ein Zusammengehen zwischen Deutschland und Frankreich für die Lösung der Probleme entscheidend, angelsächsischer Beistand aber dringend erwünscht sei. Wie er dem neuen, alten britischen Premierminister Churchill am 4. 12. erklärte, hielt er eine britische Teilnahme an der EVG angesichts der besonderen Lage der Inselmacht kaum für erreichbar. Eine „starke Sympathie für die europäische Einigung“ seitens Großbritanniens schien ihm „ausreichend“. Doch selbst davon wollte Churchill nichts wissen. Die englische Rolle sah er ganz in der 1713 begründeten Tradition englischer Balancepolitik ausschließlich darin, das „Gleichgewicht“ zwischen Bonn und Paris herzustellen. Und er machte keine Hehl daraus, auf wessen Seite er Großbritannien im Eventualfall sah: „Deutschland ist stärker als Frankreich. Sorge Frankreichs vor einem Angriff Deutschlands. Dann würden wir uns auf die Seite Frankreichs stellen.“ Adenauer hörte diese von Mißtrauen geprägten Worte verständlicherweise nicht gern. Zwar gab er zu, daß Deutschland bisweilen „schwer richtig einzuschätzen“ sei und auch „zum Extremen“ neige; es habe aber „teures Lehrgeld“ bezahlt. „Ich bitte, Deutschland zu vertrauen.“⁴⁵⁵

Die Opposition im Palais Bourbon und die „Extratour“ der BENELUX-Staaten brachten Frankreichs Bemühungen um die EVG in arge Bedrängnis. Die USA drohten jetzt damit, die Bundesrepublik bei einem Scheitern der Verhandlungen in die NATO aufzunehmen, und die umworbenen Deutschen nutzten die Stunde, um die Prinzipien der Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung zu zementieren. Nach einem Abwägen des Für und Wider vorhandener Reaktionsmöglichkeiten plädierte man im Matignon eindeutig gegen die Errichtung einer deutschen Nationalarmee und für die Fortsetzung des eingeschlagenen Kurses, also: die EVG durchzusetzen, der Bundesrepublik die Gleichberechtigung zugestehen und die Gefahren für Frankreich durch eine permanente politische Integration reduzieren. Freilich gebot die politische Klugheit, für den Fall des Scheiterns nach Mitteln zu suchen, um den Aufstieg einer deutschen Nationalarmee zu kontrollieren⁴⁵⁶.

⁴⁵³ PA, BStS, Bd. 267, Aufzeichnung von Walther, 19. 11. 1951; s.a. ebd., ders. an Blankenhorn, 221–19, 30. 11. 1951.

⁴⁵⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 8b, Bl. 117f., Unterredung zwischen Adenauer und McCloy vom 28. 11. 1951.

⁴⁵⁵ PA, BStS, Bd. 211, Unterredung zwischen dems. und Churchill vom 4. 12. 1951, Geheim.

⁴⁵⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 195, Bl. 167–171, Ständiges Generalsekretariat für Nationale Verteidigung bei der Présidence du Conseil, Aufzeichnung 2120/AG/EK, 3. 12. 1951.

Im Elysée wurde das Problem ähnlich, aber keineswegs identisch gesehen. „La solution“, so erklärte Auriol dem kanadischen Premier Pearson Anfang Dezember, „c'est emprisonner l'Allemagne dans l'Europe“, und dazu brauche man Großbritannien. Das französische Parlament werde keiner deutsch-französischen Armee zustimmen, wenn es aber ablehne, werde Deutschland durch die USA ausgerüstet. Folglich gebe es nur einen Ausweg: „Il faut que ce soit une armée des forces libres de l'Europe en laissant chez nous une partie de nos forces nationales.“⁴⁵⁷

Alphand zog aus dem Streit auf der NATO-Konferenz am Tiber den Schluß, daß die Verhandlungen an der Seine nun forciert werden müßten, um die technischen Fragen zu lösen⁴⁵⁸. Im Mittelpunkt der Anfang Dezember wieder aufgenommenen Konsultationen standen einerseits die offenen Fragen des organisatorischen Aufbaus der EVG, andererseits das Problem der Rüstungsproduktion und des gemeinsamen Budgets. Mit dem Nein Großbritanniens zur Beteiligung an der EVG fiel der Position der Bundesrepublik erhebliches Gewicht zu. Sie entschied sich eindeutig für den französischen Ansatz und zog Italien mit⁴⁵⁹. Alle drei Staaten traten für eine starke, mit Mehrheit beschließende Exekutive ein. Bonn wünschte außerdem eine beratende Versammlung mit vollen parlamentarischen Rechten, was die BENELUX-Staaten scharf ablehnten. Paris und Rom gelang es schließlich, einen Kompromiß herbeizuführen, der der Versammlung erst dann volle Rechte zuwies, wenn sie aus allgemeinen europäischen Wahlen hervorging. Die Hauptfrage der Rolle von Behörde und Ministerrat blieb indes weiter strittig⁴⁶⁰.

In bezug auf das Budget hatte Den Haag im November einen von Brüssel und Luxemburg mitgetragenen Vorschlag eingebracht, nach dem zwischen dem Inkrafttreten des EVG-Vertrages und dem definitiven Funktionieren der EVG eine mehrjährige Übergangszeit eingerichtet und dem Ministerrat erst danach das volle Haushaltsrecht zugestanden werden sollte⁴⁶¹. Frankreich bekräftigte die bekannte Auffassung über die Einrichtung eines gemeinsamen Etats vom Wirksamwerden des EVG-Vertrages an, operierte aber nun auch mit einer Übergangszeit von ein bis drei Jahren⁴⁶². Demgegenüber beharrte die deutsche Delegation auf dem Standpunkt, die Konstruktion des europäischen Budgets sei „vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages an unbedingt aufrecht[zuerhalten]“⁴⁶³.

Hinsichtlich der Territorialverwaltung mußte das Prinzip der „double subordination“, d. h. die Unterstellung unter eine europäische Autorität für alle Aufgaben ihres Kompetenzbereiches und eine nationale Autorität für die Aufgaben der nationalen Zuständigkeit wie Rekrutierung, Verwaltung der Reserven und Überseeeinheiten, mit Leben gefüllt werden. Die Ernennung eines zentralen Territorialkom-

⁴⁵⁷ Unterredung zwischen Auriol und Pearson, 4. 12. 1951, in: Auriol, Journal, Bd. 5, S. 585 f., hier S. 585; s.a. Unterredung zwischen dems. und Moch, 4. 12. 1951, in: ebd., S. 586 f.

⁴⁵⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 969, Aufzeichnung von Kessel, 29. 11. 1951, Geheim.

⁴⁵⁹ S. AN, 363 AP 28, Papiers Mayer, MAE an Comité Ministériel, Aufzeichnung Nr. 2, 6. 12. 1951, Très secret.

⁴⁶⁰ Vgl. Wettig, Entmilitarisierung, S. 456 f.

⁴⁶¹ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 55, Aide-Mémoire der holländischen Delegation, D/12, 20. 11. 1951, Geheim; Köllner/Vollmann, Aspekte, S. 824.

⁴⁶² S. PA, B 14, SFPP, Bd. 55, Vorschlag der französischen Delegation, D/13, 4. 12. 1951, Secret.

⁴⁶³ Ebd., Aufzeichnung der deutschen Delegation, D/14, 3. 12. 1951, Geheim.

mandos je Land war ebenso strittig wie die Beschränkung der Befugnisse des nationalen Verteidigungsministers oder die autonome Aufstellung der Truppen und ihre Überführung in die EVG in der Übergangsphase durch die Mitgliedsländer⁴⁶⁴. Bezüglich der Rüstungsproduktion legte Frankreich am 6. 12. einen Vorschlag vor, wonach der Kommissar in Absprache mit den Regierungen ein gemeinsames Programm erstellte und ihm untergebene regionale Agenturen die technische und industrielle Kontrolle übernahmen⁴⁶⁵.

Die Unfähigkeit der Delegationen zur Beseitigung der anstehenden Probleme zwang die Außenminister der Montanunion, die offenstehenden Fragen auf einer neuerlichen Konferenz zu diskutieren, die sie für den 11. 12. nach Straßburg einberiefen. Die Tagung stand unter einem schlechten Stern. In der letzten Lesung der Assemblée Nationale über die Montanunion⁴⁶⁶ hatte sich bei vielen Abgeordneten ein „psychologischer Komplex“ bemerkbar gemacht, der ihnen den Blick auf die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen, aber auch militärischen Beitrags von Deutschland versperrte⁴⁶⁷. Unbill drohte indes nicht nur in Frankreich, sondern auch von seiten der BENELUX-Staaten. Als die Beratende Versammlung des Europarats am 10. 12. den Antrag Schumans zur Bildung einer europäischen politischen Behörde⁴⁶⁸ beriet, sprach sich Adenauer dezidiert für eine parlamentarische Kontrolle der europäischen Exekutive und des gemeinsamen Verteidigungsbudgets der EVG aus, wie sie die italienische Delegation bereits am 9. 10. in einem Aide-Mémoire gefordert hatte⁴⁶⁹. Er war auch zu entsprechenden Verhandlungen bereit, sofern die Erlangung der Souveränität und der Gleichberechtigung der Bundesrepublik nicht in Frage gestellt würde. Stikker hingegen lehnte das Bemühen Schumans, das Problem der politischen Kontrolle der Verteidigungsgemeinschaft im Rahmen des EVG-Vertrages zu regeln, so entschieden ab⁴⁷⁰, daß Adenauer seine Europapolitik ins Wanken geraten sah. Sorgenvoll berichteten die Staatssekretäre Lenz und Hallstein gegenüber französischen Kollegen vom „désarroi profond“, den bei Adenauer der Gedanke eines Scheiterns der EVG in der Assemblée Nationale verursache. Die aber zogen daraus vor allem den Schluß, Kapital schlagen und Konzessionen abtrotzen zu können⁴⁷¹.

Wie nicht anders zu erwarten, stießen die unterschiedliche Positionen in der Auftaktsitzung der Außenministerkonferenz am 11. 12. abermals hart aufeinander. In einer vorab eingebrachten Stellungnahme bezeichnete die deutsche Delegation es in bezug auf das gemeinsame Budget als sinnvoll, die für die endgültige

⁴⁶⁴ S. AN, 363 AP 28, Papiers Mayer, MAE an Comité Ministériel, Aufzeichnung Nr. 2, 6. 12. 1951, Très secret.

⁴⁶⁵ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 55, Aufzeichnung der französischen Delegation, D/15, 6. 12. 1951, Secret.

⁴⁶⁶ Vgl. Kap. III.2.1.

⁴⁶⁷ PA, Abt. 3, AZ 221–09, Bd. 3, Aufzeichnung Frank, o.D., Anlage zu Hausenstein an AA, 221–09 Nr. 4720, 19. 12. 1951.

⁴⁶⁸ S. Kap. III.2.2.

⁴⁶⁹ S. Aide-Mémoire der italienischen Delegation, 9. 10. 1951, im Auszug in: Lipgens, EVG, S. 665–667.

⁴⁷⁰ Zur Tagung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 10. 12. 1951 s. Rede Adenauers, in: Bulletin 1951, S. 157f.; Reden de Gasperis, Schumans und van Zeelands, im Auszug in: AdG 1951, S. 3238A.

⁴⁷¹ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 67, Bl. 256f., Bérard an MAE, Tel. 8695/98, 10. 12. 1951, Réservé.

Periode diskutierte Regelung bereits in der Übergangszeit wirksam werden zu lassen. Dem von Frankreich vorgelegten Vorschlag für die Übergangsperiode wollte sie sich aber unter vier Bedingungen nicht verschließen: die Beiträge aller Staaten müßten in einer Übergangskonvention festgelegt werden; abzugsfähige Militärausgaben wie die Überseeverpflichtungen seien auch der Bundesrepublik zuzugestehen; der deutsche Beitrag müsse nach dem gleichen Prinzip wie jener der übrigen Staaten berechnet werden; die Übergangsperiode müsse fest terminiert werden. Zur Frage der Rüstung erklärte sie sich mit dem französischen Plan vom 6. 12. einverstanden, sah allerdings noch Diskussionsbedarf. Hinsichtlich des organisatorischen Aufbaus der EVG stimmte sie für eine kollegiale Verfassung des Kommissariats und prinzipiell für die bisher im Lenkungsausschuß erarbeiteten Vertragsartikel. Danach sollte dem Kommissariat die „zur raschen und wirksamen Durchführung der erforderlichen Maßnahmen notwendige Exekutivgewalt“ zugestanden werden. Die Versammlung sollte vorerst nur in beschränkter Weise bei der Tätigkeit der Organe mitwirken⁴⁷².

Während Belgien die Führung der Gemeinschaft dem Ministerrat übertrug, legten Schuman und de Gasperi die Exekutive in die Hand eines Kommissars. Dieselbe Frontenbildung ergab sich auch in der Budgetfrage. Van Zeeland und Stikker wollten den auf bestimmte Bereiche beschränkten gemeinsamen Haushalt vom Kommissar aufgestellt und vom Ministerrat einstimmig gebilligt sehen. Für die Übergangszeit sollte ihrer Ansicht nach außerdem das Nationalbudget Hauptträger der Aufrüstung sein. Schuman hingegen, der massive Unterstützung von Adenauer erhielt, beharrte auf einem prinzipiell gemeinsamen Haushalt. Der Versuch zur Ausarbeitung einer Kompromißformel scheiterte am Nachmittag an der Unnachgiebigkeit der Niederlande und Frankreichs⁴⁷³. Doch für Adenauer saß der eigentliche Spielverderber in Belgien. Wiederholt hielt er van Zeeland vor, die politische Konzeption der europäischen Gemeinschaft „zunichte“ zu machen⁴⁷⁴.

Der fortbestehende Dissens zwang die Minister, sich auf Ende Dezember zu vertagen. In einer dramatischen Nachtsitzung beschlossen sie lediglich, der parlamentarischen Versammlung der zukünftigen EVG den Auftrag zu erteilen, sich mit der Schaffung einer europäischen Organisation zu beschäftigen⁴⁷⁵. Trotz dieser „mageren äußeren Ausbeute“ bewertete Hallstein das Ergebnis der Beratungen „positiv“. Der Gedanke der EVG wurde von keinem Teilnehmer mehr in Frage gestellt, die Schaffung echter supranationaler Organe deutlicher als bisher anerkannt; alle Teilnehmer gingen davon aus, daß dem NATO-Rat bis zum 2. 2. 1952 ein unterzeichneter Vertrag vorzulegen sei⁴⁷⁶.

Zwei Tage später sprach sich die Assemblée Nationale für die Billigung des Gesetzes über den Montanvertrag aus⁴⁷⁷. Der unerwartet große Erfolg der Regierung

⁴⁷² PA, Abt. 2, Bd. 1042, Stellungnahme der deutschen Delegation zur Straßburger Konferenz, 7. 12. 1951, Geheim; Köllner/Volkman, Aspekte, S. 825.

⁴⁷³ S. Konferenz der EGKS-Außenminister vom 11. 12. 1951, in: Lipgens, EVG, S. 672–676; PA, Abt. 2, Bd. 1042, Bericht Vialons, zu 232–00 II/646/51, 13. 12. 1951, Geheim; ebd., Hallstein an Adenauer, 232–00 II/653/51, 17. 12. 1951, Geheim.

⁴⁷⁴ Konferenz der EGKS-Außenminister vom 11. 12. 1951, in: Lipgens, EVG, S. 670.

⁴⁷⁵ S. Kap. III.2.2.

⁴⁷⁶ PA, Abt. 2, Bd. 1042, Hallstein an Adenauer, 232–00 II/653/51, 17. 12. 1951, Geheim.

⁴⁷⁷ Vgl. Kap. III.2.2.

durfte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie weiterhin auf wackligem Grund stand und die bestehenden Differenzen zwischen den Parteien der Mitte eine Regierungskrise jederzeit ausbrechen lassen konnte⁴⁷⁸. Mit einem größeren französischen Entgegenkommen war also vorläufig nicht zu rechnen. Dies zeigte sich auch in der Frage der strittigen Territorialorganisation. Am 7. 12. hatte sich der Militärausschuß auf eine Regelung geeinigt, die dem deutschen Verteidigungsminister eine starke Position gegenüber der Territorialorganisation gegeben und ihm außer dem Wehersatzwesen noch weitere wichtige Befugnisse in eigener Regie überantwortet hätte: Schaffung einer Europäischen Territorialorganisation; Zusammenfassung der Wehrkreise eines jeden Staates zu einem zentralen Territorialkommando unter Führung eines Zonenkommandanten oder Territorialbefehlshabers derselben Nationalität; nationalhomogene Zusammensetzung des Personals; Doppelunterstellung des Territorialbefehlshabers unter das Kommissariat und den nationalen Verteidigungsminister. Für die Aufstellung der Europäischen Streitkräfte sah der Militärausschuß drei Zeitabschnitte vor. Nach der Unterzeichnung des Vertrags sollten in der „Vorbereitungszeit“ bis zum Inkrafttreten ein Interimsausschuß und eine nationale Planungsgruppe die Arbeit fortführen. Die Bildung des Kommissariats und des zentralen Generalstabs, die Ausbildung der Truppen und ihre Zuführung zur EVG nahm das Gremium für die „Übergangszeit“ zwischen dem Inkrafttreten und der vollen Arbeitsfähigkeit des Kommissariats in Aussicht⁴⁷⁹.

Mitte Dezember setzte an der Seine ein Sinneswandel ein, da Moch seine sozialistischen Fraktionskollegen davon überzeigte, der Ratifikation des EGKS-Vertrages am 13. 12. nur zuzustimmen, wenn den Deutschen in der EVG keine nationalen Organe zugestanden würden⁴⁸⁰. Auf Verlangen der französischen Regierung erklärte Alphand den Kompromiß des Militärausschusses am 17. 12. mit der Begründung für unannehmbar, die Errichtung zentraler Territorialkommandos in jedem Lande widerspreche dem Prinzip der Integration⁴⁸¹. Außerdem forderte Frankreich statt der von der Dienststelle Blank aus praktischen Gründen vorgesehenen Aufteilung der Bundesrepublik in vier bis sechs⁴⁸² zwölf Wehrkreise, um einer zu großen Machtkonzentration der Befehlshaber vorzubeugen. Nach dem französischen Willen unterstanden diese nunmehr nach Fortfall des zentralen Territorialkommandos für die Bundesrepublik direkt dem europäischen Verteidigungskommissariat, dem auch der Aufbau des deutschen Kontingents unmittelbar oblag. Dazu sollte bereits mit der Unterzeichnung des EVG-Vertrags begonnen werden⁴⁸³.

⁴⁷⁸ Zur innenpolitischen Situation in Frankreich Ende 1951 vgl. den ausführlichen Bericht von Bruce an Acheson, Nr. 1653, 20. 12. 1951, Confidential, in: FRUS 1951, Bd. 4, S. 462–473.

⁴⁷⁹ PA, B 14, SFPP, Bd. 73, Aufzeichnung des Militärausschusses, CM/DEL/D/24, 7. 12. 1951, Geheim; s.a. Meier-Dörnberg, Planung, S. 692f.

⁴⁸⁰ Vgl. ebd., S. 696; Quilliot, S. F.I.O., S. 481–484.

⁴⁸¹ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 70, Sitzung des Ausschusses der Militärischen Chefdelegierten vom 14. 12. 1951, Bericht CM/DEL/CR/30, 19. 12. 1951, Geheim; ebd., Bd. 73, Aufzeichnung de Larminat CM/DEL/D/31, 22. 12. 1951, Geheim.

⁴⁸² S. ebd., Abt. 2, Bd. 969, Aufzeichnungen Speidel, 13. u. 16. 11. 1951, Geheim.

⁴⁸³ Vgl. Meier-Dörnberg, Planung, S. 696.

Die deutsche Delegation bewertete die französischen Pläne aus vielerlei Erwägungen als unannehmbar. Die Einsetzung des Kommissars und die Bildung einer Behörde zur Vertragsratifizierung erschien ihr parlamentarisch unhaltbar. Schärfste Kritik rief der Wegfall der zusammenfassenden militärischen Organe auf Staatenebene hervor. Eine zwischengeschaltete Koordinierungsstelle war für Bonn schon deshalb nötig, weil sonst europäische und nationale Anordnungen unmittelbar auf der Durchführungsebene zusammentrafen. Das zentrale Territorialkommando galt als unerlässlich. Die direkt vom Kommissariat durchzuführende Aufstellung der deutschen Truppen lehnte man am Rhein kategorisch ab⁴⁸⁴.

Doch anstatt mit ihren Bedenken durchzudringen, geriet die Bundesregierung nun auch noch auf einem anderen Sektor unter Druck. Mitte Dezember erneuerten die Franzosen gegenüber den Angelsachsen ihre Forderungen nach Sicherheitskontrollen. Der von Acheson auf der Außenministerkonferenz im November gemachte Vorschlag über die Aufhebung der Restriktionen für schwere Waffen schien in Paris mit Blick auf die Rückwirkungen in der öffentlichen Meinung immer noch nicht ausreichend. Anders als Adenauer es wünschte, war Schuman auch nicht bereit, das Problem der Rüstungsverbote ausschließlich im Rahmen des EVG-Vertrages abzuhandeln, da sämtliche Beschränkungen dann automatisch auch auf die übrigen Mitgliedstaaten übertragen würden. Für den Fall deutscher Widerstände verlangte er von Acheson und Eden, Adenauer daran zu erinnern, daß Blank im Rahmen der Petersberg-Gespräche zugesagt hatte, auf jegliche Rüstungsproduktion zu verzichten, wenn sie nicht von Frankreich gewünscht werde⁴⁸⁵. Alphands und François-Poncets Bemühungen, das Kabinett und das Außenministerium davon zu überzeugen, wie unvereinbar der „excessive restrictionism“ dieses Memorandums mit dem Gebot der Gleichberechtigung sei, blieben selbst bei den EVG-Anhängern ohne Erfolg. Aus Sorge vor einer negativen Reaktion Adenauers drängte Alphand daher bei Bruce darauf, durch Druck Schuman zu einer Verkleinerung der umfangreichen Verbotsliste für schwere Waffen zu veranlassen. Da der amerikanische Diplomat aber bei der französischen Regierung kaum Konzessionsbereitschaft sah, riet er Acheson dazu, die Pariser Vorstellungen nicht einfach zurückzuweisen, sondern die eigenen Gründe für eine Lockerung der bestehenden Restriktionen zu erklären⁴⁸⁶.

Gegenüber Adenauer empfahl McCloy nun ein freiwilliges, per Gesetz verbrieftes Verbot zur Produktion von ABC-Waffen, Raketen, Flugzeugen bzw. bestimmten Marinewaffen und sagte eine entsprechende Abänderung der alliierten Gesetzgebung zu. Der Kanzler bestand aber darauf, daß die Bundesrepublik keinerlei Diskriminierung unterworfen werden dürfe, und zeigte sich weiterhin zuversichtlich, die Frage der Sicherheitskontrolle innerhalb der EVG lösen zu können. Nur wenn dieser Weg nicht gangbar sei, wollte er McCloy's Überlegung in Erwägung ziehen, sofern deutsche Wissenschaftler an nuklearen Forschungen im

⁴⁸⁴ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 73, Stellungnahme der deutschen Delegation, CM/DEL/D/31/Anlage III, o.D.; Meier-Dörnberg, Planung, S. 696 f.

⁴⁸⁵ Das französische Memorandum wurde übermittelt in: Bonsal an Acheson, Tel. 3484, 10. 12. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1732–1735.

⁴⁸⁶ Bruce an dens., Tel. 3560, 14. 12. 1951, Secret, Priority, in: ebd., S. 1737–1739, hier S. 1737.

Ausland teilnehmen könnten und Bonn der Bau ziviler Flugzeuge erlaubt würde⁴⁸⁷.

In einer Sitzung mit den Botschaftern der USA und Großbritanniens willigte der Generalsekretär des Quai d'Orsay am 21. 12. zwar in gewisse Konzessionen ein, beharrte aber darauf, das Problem vertraglich außerhalb der EVG festzulegen. Immer wieder, so Parodi, habe Frankreich nachgegeben, nun sei es Zeit, an die französische öffentliche Meinung und das Parlament zu denken. Schuman sei gezwungen, der Kammer zu versichern, daß über die im EVG-Vertrag enthaltenen Zusagen noch andere Sicherungen gegen die ungehemmte Durchsetzung nationaler deutscher Interessen vorhanden seien. Deutschland dürfe keine Produktionskapazitäten schaffen, die es dem europäischen Verteidigungskommissar später unmöglich machten, „to refuse place orders for such items in Ger[many]“. Bruce hielt eine einseitige Erklärung Bonns und entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen für ausreichend. Harvey pflichtete dem bei, indem er den Unterschied zwischen einem Vertrag und einer Erklärung plus legislativer Anordnungen als „ephemeral“ bezeichnete. Allerdings vertraten beide Diplomaten die Ansicht, daß die Hohen Kommissare den Kanzler von der Bedeutung vertraglicher Abmachungen überzeugen mußten, falls dies Schuman Ende des Monats nicht selbst gelänge⁴⁸⁸.

Am 27. 12. trafen sich die Außenminister erneut, diesmal mit den Finanzministern, in der Absicht, die strittigen Fragen so weit zu klären, daß der Vertrag für eine baldige Paraphierung vorbereitet werden konnte. Dieses Ziel wurde indes ebenso wenig erreicht wie eine Einigung zwischen Schuman und Adenauer über die Sicherheitskontrollen⁴⁸⁹. Wie schon in Straßburg waren die BENELUX-Staaten ängstlich bemüht, ihre Souveränitätsrechte weitestgehend zu erhalten. Namentlich Belgien drängte darauf, den Ministerrat durch umfangreiche Weisungs- und Kontrollbefugnisse möglichst stark zu machen, während Kommissar und Versammlung in ihren Befugnissen beschnitten werden sollten. Von deutscher, französischer und auch von italienischer Seite wurde hingegen mit Nachdruck daran erinnert, daß die Bildung einer supranationalen Gemeinschaft die Bereitschaft zur Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte voraussetze. Nachdem Frankreich die Forderung nach einer Einzelpersonlichkeit aufgegeben hatte, verständigten sich die drei auf ein kollegiales Kommissariat mit einem hervorgehobenen Präsidenten. Hinsichtlich des Ministerrates waren sie sich einig, daß er größere Befugnisse als in der EGKS haben sollte, beschränkten sie aber entgegen den belgischen und niederländischen Vorstellungen auf eine allgemeine Richtlinienbefugnis gegenüber dem Kommissar. Die Hauptschwierigkeiten ergaben sich auf dem Gebiet der Finanzen, wo sich zwei Auffassungen diametral gegenüberstanden. Bonn und Paris wollten der Gemeinschaft vom ersten Tag an ein Gemeinschaftsbudget geben, das vom Kommissar verwaltet werden sollte⁴⁹⁰. Adenauer hoffte damit

⁴⁸⁷ S. McCloy an dens., Tel. 801, 19. 12. 1951, Secret, in: ebd., S. 1739–1741.

⁴⁸⁸ Bruce an dens., Tel. 3751, 22. 12. 1951, Secret, Priority, in: ebd., S. 1741–1743, hier S. 1743 u. 1742.

⁴⁸⁹ Vgl. ders. an Dep. of State, Tel. 3958, 3. 1. 1952, Secret, in: ebd. 1952–1954, Bd. 5, S. 572–576.

⁴⁹⁰ S. Aufzeichnung von Hassell, 5. 2. 1952, in: BDFD I, S. 399–405; PA, B 14, SFPP, Bd. 56, Vorschlag der französischen Delegation, D/18, 30. 12. 1951, Très secret; Köllner/Volkman, Aspekte, S. 826–830.

auch die Stationierungskosten für die alliierten Truppen in der Bundesrepublik verrechnen zu können, um den Anschein fortdauernder Besatzungsaufwendungen zu vermeiden⁴⁹¹.

Die deutsche Delegation hatte diesem Problemkreis in den Beratungen der Pariser Konferenz besondere Bedeutung zugemessen⁴⁹². Als richtungsweisend erachtete der Kanzler einen Bericht des vom NATO-Rat im September eingesetzten „Rates der drei Weisen“, die einen Schlüssel für die Aufteilung der Rüstungsausgaben der NATO-Staaten erarbeiteten⁴⁹³. Da die Bundesrepublik nicht zur NATO gehörte, hatten die Außenminister der drei Westmächte damals einer in London tagenden „Tripartite Group on Germany“ über Deutschland den Auftrag erteilt, eine Empfehlung für den westdeutschen Finanzbeitrag vorzulegen⁴⁹⁴. Am 10. 12. legte der „Rat der drei Weisen“, dem der Beraterpräsident Trumans, Hariman, Monnet und der Leitende Direktor im Londoner Schatzamt, Plowden, angehörten, den Entwurf eines Finanzierungsmodells vor⁴⁹⁵. Drei Tage später setzten die Hohen Kommissare den Kanzler davon in Kenntnis, daß die Westmächte für das Rechnungsjahr 1952/53 eine Summe von 13 Milliarden DM geschätzt hätten⁴⁹⁶. Am 18. 12. beauftragte das Bundeskabinett Finanzminister Schäffer und Blank, mit den Hohen Kommissaren eine Klärung „über die Grundfragen der Partnerschaft und Gleichberechtigung“ herbeizuführen und darauf aufbauend eine akzeptable Regelung auszuhandeln⁴⁹⁷. In diesen Konsultationen wurde schnell ein grundsätzlicher Dissens deutlich. Bonn vertrat die Auffassung, daß es den vollen Finanzbeitrag, der aufgrund der Leistungsmöglichkeiten auf jeden Fall unter der geforderten Summe zu liegen habe, in die EVG-Kasse einbringen müsse und die Kosten für die Stationierung der alliierten Truppen aus diesen Fonds zu bestreiten seien. Die alliierten Vertreter lehnten diese Sichtweise strikt ab⁴⁹⁸.

Adenauer vertrat nun die Auffassung, den finanziellen deutschen Beitrag nach dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung während der Übergangszeit durch das Verfahren der Drei Weisen bestimmen zu lassen, wie es auch für die anderen EVG-Staaten vorgesehen war. Acheson sprach sich aber gegen eine solche Prüfung aus, weil er weitere Verzögerungen bei den EVG-Verhandlungen befürch-

⁴⁹¹ Vgl. ebd., S. 846–848.

⁴⁹² Zu den Verhandlungen über die Höhe des westdeutschen Verteidigungsbeitrages vgl. ausführlich: Hofmann, Truppenstationierung, S. 162–191; Köllner/Volkman, Aspekte, S. 842–855.

⁴⁹³ S. Schlußkommuniqué des NATO-Rates, 20. 9. 1951, in: EA 1951, S. 4437f.; zu den Beratungen der Westmächte über den finanziellen Verteidigungsbeitrag s. die Dokumente in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1647–1687.

⁴⁹⁴ S. Unterredung zwischen Acheson, Morrison und Schuman vom 13. 9. 1951, Tripartite Min-4, Secret, in: ebd., S. 1272–1278.

⁴⁹⁵ S. US-Delegation des Temporary Council Committee an Webb, Tel. Repto 98, 10. 12. 1951, Top secret, Priority, in: ebd., S. 373f.; Monnet, Erinnerungen, S. 457f.; AdG 1951, S. 3240A; zur Arbeit des Rats der Weisen vgl. Roussel, Jean Monnet, S. 611–615; Vial, Jean Monnet, S. 236–239.

⁴⁹⁶ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 14. 12. 1951, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 428–431; Erklärung François-Poncets über den deutschen Verteidigungsbeitrag, 14. 12. 1951, in: ebd., S. 549–551; McCloy an Acheson, Tel. 748, 15. 12. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1687–1689.

⁴⁹⁷ Kabinettsitzung, 18. 12. 1951, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 820; vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 408–412.

⁴⁹⁸ Zu den Verhandlungen zwischen Schäffer, Blank und den Finanzberatern der Hohen Kommissare im Dezember 1951 s. FRUS 1951, Bd. 3, S. 1691–1700; Hofmann, Truppenstationierung, S. 168–171.

tete⁴⁹⁹. Die BENELUX-Staaten stimmten auf der Außenministerkonferenz Ende Dezember für die Beibehaltung der letztentscheidenden nationalen Budgetkompetenz, solange ein gewähltes europäisches Parlament fehlte. Allerdings zeichnete sich ein „Kompromiß durch Komplikation“ ab⁵⁰⁰, indem die Minister die vorföderale Phase in eine „Übergangs-“ und eine „vorföderale endgültige Phase“ unterteilten⁵⁰¹. Die Dauer der Vorbereitungsphase blieb indes unbestimmt. Nach der deutschen, französischen und italienischen Auffassung sollte sie möglichst kurz, nach der Ansicht der BENELUX-Staaten möglichst lang sein. Die drei großen Mitgliedsländer zogen weitgehend an einem Strang, entzogen sich aber der mehrfach auftretenden Versuchung, ohne Rücksicht auf die kleinen die Verhandlungen abzuschließen, weil sie eine „partielle Eurolösung vermeiden“ wollten⁵⁰². Ohne alle Verhandlungsmöglichkeiten auszuschöpfen, brachen die Minister die Beratungen am 30. 12. offenbar auf einen Wink der Amerikaner hin ab. Die USA gedachten nun verstärkten Druck auf die zögernden BENELUX-Staaten auszuüben⁵⁰³, während die Bundesrepublik und Frankreich insbesondere die Niederlande auf ihre Seite zu ziehen hofften⁵⁰⁴, um bis zu der für Ende Januar vorgesehenen nächsten Ministerkonferenz den Boden für einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen zu bereiten. Insgesamt blieben damit auf der EVG-Konferenz zum Jahresende noch folgende Problemfelder ungelöst: die Organisationsstruktur, das gemeinsame Budget und das Verhältnis zwischen der EVG und der NATO. Aus bundesdeutscher Sicht kamen die Fragen des Beitritts zur NATO, des Finanzbeitrags zur EVG sowie der Sicherheitskontrollen hinzu.

Druck und Gegendruck

Anfang Januar gelang es Blank in Den Haag, die niederländische Regierung zu gewissen Zugeständnissen zu bewegen⁵⁰⁵. Darauf aufbauend, brachte der französische Finanzdelegierte Sadrin nach intensiven französisch-amerikanischen Konsultationen am 10. 1. 1952 zur Budgetfrage einen als persönlich eingestuften Vorschlag ein, der aus der deutschen Perspektive allerdings vier Schwachpunkte aufwies. Während alle Partnerstaaten die Einzelausgaben aufgrund eines detaillierten Verwendungsplans in der allerersten EVG-Phase selbst abwickeln konnten, blieb offen, wer und in welchem Ausmaß über den von der Bundesrepublik bereitzustellenden Beitrag verfügte. Außerdem stieß sich Bonn an der als Orientierungsgröße für die jeweiligen nationalen Finanzbeiträge wichtigen, aber unbestimmt

⁴⁹⁹ Vgl. ebd., S. 171–173; Köllner/Volkman, Aspekte, S. 848; Mayer, Auseinandersetzungen, S. 83.

⁵⁰⁰ Köllner/Volkman, Aspekte, S. 828.

⁵⁰¹ PA, B 14, SFPP, Bd. 56, Zusammenfassung des Meinungsaustauschs der Finanzminister, D/19, 30. 12. 1951, Geheim; s.a. Köllner/Volkman, Aspekte, S. 828–830.

⁵⁰² Aufzeichnung von Hassell, 5. 2. 1952, in: BDFD I, S. 400; s.a. PA, B 14, SFPP, Bd. 56, Zusammenfassung des Meinungsaustauschs der Finanzminister, D/19, 30. 12. 1951, Geheim; Bruce an Acheson, Tel. 3868, 29. 12. 1951, Top secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 981–983.

⁵⁰³ Vgl. ders. an dens., Tel. 3886, 30. 12. 1951, Secret, in: ebd., S. 984 f.; ders. an dens., Tel. 3957, 3. 1. 1952, Secret, Priority, in: ebd., S. 985–989; ders. an dens., Tel. 3958, 3. 1. 1952, Secret, in: ebd. 1952–1954, Bd. 5, S. 572–576.

⁵⁰⁴ S. PA, Abt. 2, Bd. 969, Unterredung zwischen Hallstein und den deutschen Missionschefs in den BENELUX-Staaten vom 3. 1. 1952.

⁵⁰⁵ S. ebd., Sprechzettel Blanks für die Kabinettsitzung vom 8. 1. 1952, 7. 1. 1952; Lenz, Tagebuch, S. 210, Tb. 8. 1. 1952; Köllner/Volkman, Aspekte, S. 830 f.

gebliebenen Leistungsfähigkeit. Die von Sadrin empfohlene Abzugsregel zugunsten der nicht integrierten Truppen war inakzeptabel, da man auch für die Stationierung der alliierten Truppen in der Bundesrepublik Kürzungen geltend machen wollte. Die von Paris vorgesehenen Dollarhilfen an EVG-Staaten lehnte Bonn zugunsten einer Überweisung an das gemeinsame Budget ab⁵⁰⁶, mußte aber zur Kenntnis nehmen, daß Paris den deutschen Vorstellungen aufgrund amerikanischer Rückendeckung nur sehr beschränkt entgegenzukommen gedachte⁵⁰⁷.

Die Fragen der Waffenproduktion und des finanziellen Verteidigungsbeitrags führte in der Folge zu erheblichen deutsch-französischen Differenzen. Bonn wünschte auch diese beiden Probleme ausschließlich im EVG-Vertrag abzuhandeln. Paris dachte hingegen an zusätzliche Vereinbarungen im Rahmen des Generalvertrages, um einer „libération totale de l'industrie d'armement allemande“ einen Riegel vorzuschieben bzw. der Gefahr zu entgehen, seinen gesamten Verteidigungshaushalt, auch den für die Überseetruppen, der EVG zu unterwerfen und die angelsächsischen Truppen in der Bundesrepublik durch das gemeinsame EVG-Budget zu finanzieren. Die Franzosen beharrten darauf, beide Verträge als ein Ganzes anzusehen, und machten Generalvertrag und Annexabkommen von der Unterzeichnung des EVG-Vertrages abhängig⁵⁰⁸.

Zu einem ersten heftigen Schlagabtausch kam es am 22. 1., als François-Poncet den förmlichen Verzicht auf „gewisse Formen der Waffenproduktion“ verlangte, Adenauer aber erwiderte, er werde eine solche diskriminierende Erklärung „niemals“ abgeben. Ein wenig versöhnlich zeigten sich die Hohen Kommissare daraufhin in bezug auf den deutschen Finanzbeitrag, indem sie der Forderung des Kanzlers entsprachen und die Zuständigkeit der NATO für die Festsetzung der finanziellen Leistungen im Rahmen der EVG anerkannten⁵⁰⁹. Wenige Tage später gelangen den Außenministern der Sechsergemeinschaft auf ihrer Konferenz in Paris erhebliche Fortschritte. Sie erledigten eine Reihe konstitutioneller und organisatorischer Fragen; hinsichtlich der Finanzierung konnte der Gedanke des gemeinschaftlichen Budgets durchgesetzt werden, wobei die den BENELUX-Staaten gemachten Konzessionen bei der Minderung des Einflusses der Versammlung oder der Einstimmigkeit des Ministerrates bei der Festsetzung des Budgetvolumens allerdings beträchtlich waren⁵¹⁰.

Es mußte aber als schlechtes Omen gelten, daß die Minister einem Vorschlag Hallsteins beipflichteten und mit Blick auf bevorstehende Parlamentsdebatten in Paris, Brüssel und Den Haag die erzielten Übereinkünfte der Öffentlichkeit und den Parlamentariern nicht preisgaben⁵¹¹. Insbesondere an der Seine standen die

⁵⁰⁶ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 59, Persönliche Vorschläge Sadrins, D/CD/Décisions/30, Annex 1, 10. 1. 1952; Köllner/Volkman, Aspekte, S. 831–833.

⁵⁰⁷ Vgl. ebd., S. 833.

⁵⁰⁸ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1042, Bl. 121–124, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 14. 1. 1952 (Konzept FS).

⁵⁰⁹ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 22. 1. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 1–13.

⁵¹⁰ S. Aufzeichnung Vialon, 28. 1. 1952, in: BDFD I, S. 397–399; PA, BStS, Bd. 116, Resümee der Pariser Außenministerkonferenz vom 26. 1. 1952; ebd., Resümee der Pariser Außenministerkonferenz vom 27. 1. 1952; ebd., Abt. 2, Bd. 1042, Aufzeichnung von Hassell, 6. 2. 1952.

⁵¹¹ S. PA, BStS, Bd. 116, Resümee der Pariser Außenministerkonferenz, 26. 1. 1952; Communiqué in: AdG 1952, S. 3317B.

Zeichen ohnehin auf Sturm. Mitte Januar war Pleven gestürzt und durch Edgar Faure ersetzt worden, dessen Regierung nur einen Monat im Amt bleiben sollte, um dann Anfang März von einem Kabinett unter Pinay abgelöst zu werden⁵¹². Zu den innenpolitischen Turbulenzen gesellten sich deutsch-französische Auseinandersetzungen. Nachdem die Ernennung des Hohen Kommissars Grandval zum Botschafter in Saarbrücken am 25. 1. das bilaterale Verhältnis schwer belastet hatte⁵¹³, löste Hallstein am zweiten Tag der Pariser Außenministerkonferenz einen Eklat aus, als er die Diskussion über die Beziehung zwischen der EVG und der NATO zum Anlaß nahm, die deutsche Mitgliedschaft zum Atlantikpakt zu fordern⁵¹⁴. Aus der Sicht gewisser französischer Historiker waren es derartige „surenchères allemandes“, die Schumans guten Willen untergruben und ihm das Leben ein ums andere Mal schwermachten⁵¹⁵. Französische ‚Verfehlungen‘ werden in derart einseitiger Betrachtung stillschweigend übergangen. Der Staatssekretär kam mit seinem Vorstoß einer ausdrücklichen Aufforderung des Kanzlers nach, der ihn angewiesen hatte, den NATO-Beitritt als die „entscheidende Frage“ zu behandeln⁵¹⁶.

Vor einer solchen Gefahr hatte François-Poncet bereits eine Woche zuvor in seiner Berichterstattung gewarnt, als er von dem festen Willen der Bundesregierung zur europäischen Integration sprach und meinte, wenn die EVG scheitere, werde die Bundesrepublik mit amerikanischer Hilfe eine unabhängige, der NATO unterstellte Armee aufstellen und damit mehr als Frankreich zum „point d'appui“ der USA auf dem Kontinent. Als der durch die Geographie am meisten tangierten Macht müsse man für diesen Fall vorsorgen und von dem Verbündeten im Westen eine Garantie gegen etwaige Bedrohungen aus dem Osten verlangen⁵¹⁷.

Indem Bonn nun das heikle Thema des NATO-Beitritts aufwarf, setzte es sich bewußt über eine Warnung aus Washington hinweg, wo man kurz nach der Jahreswende nach entsprechenden Andeutungen Hallsteins vor der Presse⁵¹⁸ hatte durchblicken lassen, man sähe die deutsche Aufnahme in den Atlantikpakt als Folge der Mitgliedschaft zur EVG als „selbstverständlich“ an, wolle die Problematik aber mit Blick auf die französischen Widerstände vorläufig ruhen lassen⁵¹⁹. Ein Versuch Hallsteins, Eisenhower doch noch für den deutschen Standpunkt zu gewinnen, blieb ohne Erfolg⁵²⁰. Adenauer instrumentalisierte daraufhin die Saarfrage als Hebel für die Durchsetzung seiner verteidigungspolitischen Interessen. Wenn gleich ein etwaiges Junktim zur EVG von Bonner Seite in Abrede gestellt wurde⁵²¹,

⁵¹² S. PA, Abt. 3, AZ 205–00/22, Bd. 2, von Walther an AA, 205 Nr. 188, 16. 1. 1952; AdG 1952, S. 3304B, 3366H u. 3377B.

⁵¹³ S. Kap. III.3.2.

⁵¹⁴ S. Aufzeichnung Vialon, 28. 1. 1952, in: BDFD I, S. 397; PA, Abt. 2, Bd. 1042, Aufzeichnung von Hassell, 6. 2. 1952.

⁵¹⁵ Poidevin, Robert Schuman, S. 324.

⁵¹⁶ PA, BStS, Bd. 116, Notiz von Kessel, 27. 1. 1952.

⁵¹⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 68, Bl. 79–81, François-Poncet an MAE, Tel. 529/35, 19. 1. 1952, Réservé.

⁵¹⁸ Vgl. Baring, Anfang, S. 192 f.; Wettig, Entmilitarisierung, S. 464.

⁵¹⁹ PA, Abt. 3, AZ 223–00, Bd. 4, Krekeler an AA, Tel. 4, 8. 1. 1952.

⁵²⁰ S. Bruce an Dep. of State, Tel. 4524, 28. 1. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 595 f.; Lenz, Tagebuch, S. 236, Tb. 29. 1. 1952.

⁵²¹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 9b, Bl. 182 f., Unterredung zwischen Blankenhorn und O'Neill vom 28. 1. 1952.

ließ der Kanzler die Verbindung zwischen beiden Problemkreisen deutlich erkennen, als er am 1. 2. vor dem Auswärtigen Ausschuss des Bundesrates erklärte, er habe die Saarfrage „erkalten“ lassen wollen, müsse sich jetzt aber einer Entwicklung widersetzen, wonach Frankreich sich mittels europäischer Integration zum „Herrn über die ganze europäische Politik“ mache. Notfalls, so stellte er ohne Skrupel fest, werde die Bundesrepublik die Wiederbewaffnung allein mit den USA betreiben⁵²². Auch im Bundeskabinett ließ der Kanzler nun seinem Unmut freien Lauf. Frankreich, so versicherte er am 29. 1. der Ministerrunde, wolle die europäische Armee „torpedieren“⁵²³ und widersetze sich dem Beitritt Deutschlands zur NATO. Man müsse aber, so ergänzte er zwei Tage später im gleichen Kreis, Einfluß auf politische Verhandlungen gewinnen, die „zu ersten Entscheidungen führen könnten“⁵²⁴. Der Beitritt zur NATO, so beteuerte er Schuman noch einmal am selben Tag persönlich und „in aller Offenheit“, sei „unerlässlich“, um bei den entscheidenden Entschlüssen der Allianz mitwirken zu können⁵²⁵.

Nachdem der Kanzler von der FDP mit einem Fünf-Punkte-Programm zur Wiederbewaffnungsfrage unter Druck gesetzt worden war, das die Zugehörigkeit zur NATO, die vorherige Regelung des Saarproblems, Freilassung der in alliierter Haft befindlichen Deutschen, Festsetzung des finanziellen Verteidigungsbeitrags und die Abschaffung der alliierten Vorbehaltsrechte verlangte⁵²⁶, ging er am 4. 2. vor der eigenen Fraktion noch einen Schritt weiter und erklärte, er sehe sich nicht dazu in der Lage, die Vertragswerke zu unterzeichnen, sofern die deutschen Wünsche in der Saarfrage und hinsichtlich des NATO-Beitritts nicht geklärt seien⁵²⁷. Prompt behaupteten die Agenturen, Adenauer habe die Unterzeichnung des Vertragswerks von der Zulassung zur NATO abhängig gemacht. Zwar ließ Bonn die in Paris wie eine „Bombe“ einschlagende Nachricht umgehend dementieren, konnte aber nicht verhindern, daß die Presse an der Seine den Kanzler der „Erpressung“ bezichtigte⁵²⁸. Demgegenüber kursierte jetzt in Brüssel die Meldung, Paris habe Bonn mit der Ernennung Grandvals zur Torpedierung der Außenministertagung provozieren wollen, da ihm die Ergebnisse nicht gepaßt hätten⁵²⁹.

Tatsächlich schien einigen Delegationen nach der Rede Hallsteins ein Scheitern der Konferenz nicht unlieb. Doch die klaren Bekenntnisse der USA zur EVG ließen sie offenbar vor dem Bruch zurückschrecken⁵³⁰. Auch Frankreich hielt an der

⁵²² PA, SFSP, Bd. 234, Bl. 94–100, Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates vom 1. 2. 1952, Tgb.Nr. Aw 13/52, 5. 2. 1952, Streng vertraulich; s.a. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 87.

⁵²³ Notiz Seebohms, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 78 f., Anm. 33; s.a. Adenauer an Fink, 9. 2. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 180.

⁵²⁴ Kabinettsitzung, 31. 1. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 84.

⁵²⁵ Adenauer an Schuman, 31. 1. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 177 f., hier S. 178. Ein textidentischer Entwurf dieses Schreibens weist die Marginalie „nicht abgegangen“ auf (PA, B 17, Bd. 128, Bl. 36–38).

⁵²⁶ Vgl. Jeutter, EWG, S. 99; Wagner, FDP, S. 92.

⁵²⁷ S. Ansprache Adenauers in der Fraktionssitzung vom 4. 2. 1952, in: Heidemeyer (Bearb.), Sitzungssprotokolle 1949–1953, S. 504–508.

⁵²⁸ PA, Abt. 2, Bd. 987, Hausenstein an AA, 221–10 Nr. 470, 6. 2. 1952, Geheim; s.a. Bruce an Dep. of State, Tel. 4740, 5. 2. 1952, Confidential, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 608 f.; ders. an dass., Tel. 4744, 6. 2. 1952, Secret, in: ebd., S. 609 f.

⁵²⁹ S. PA, Abt. 2, Bd. 478, Bl. 150, Pfeiffer an Hallstein, Tel. 21, 4. 2. 1952. Ähnlich urteilte McCloy (McCloy an Dep. of State, Tel. 1385, 1. 2. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 15 f.).

⁵³⁰ S. Aufzeichnung Vialon, 28. 1. 1952, ir.: BDFD I, S. 397 f.

Europäischen Verteidigungsgemeinschaft fest, suchte aber bereits nach Wegen, um das seiner Meinung nach in der Gemeinschaft sich entwickelnde „grave problème équilibre“ auszugleichen und der Gefahr einer deutschen „suprématie“ vorzubeugen. Die Verpflichtungen in Indochina, die demographische Überlegenheit und der wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik galten als so bedrohlich, daß Schuman am 30. 1. von Acheson einmal mehr Gegenmaßnahmen einforderte: Rüstungsrestriktionen, die Klärung der Stationierungskosten und das Verbot eines deutschen NATO-Beitritts⁵³¹ – den der französische Generalstab notabene wenige Tage später in einer Stellungnahme sehr wohl befürwortete⁵³². Um dem erneut umgehenden Schreckgespenst eines „réconstitution d'un embryon d'armée nationale“ zu begegnen, verlangte Frankreich darüber hinaus ein Protokoll, durch das eine nur leichte Bewaffnung der Bundespolizei und ein Verbot paramilitärischer Verbände fixiert werden sollten⁵³³.

Adenauer lehnte die Ansprüche rundweg ab. Mit ihm, so schrieb er den Hohen Kommissaren aufgeregt ins Stammbuch, werde es ein Protokoll über Sicherheitskontrollen oder eine besondere Erklärung zum Vertragswerk niemals geben. Benachteiligungen wollte er unter allem Umständen vermeiden, und ein Verstoß gegen dieses Gebot galt ihm bereits als „Weltanschauungsfrage“. Als er das hinter den Forderungen stehende Mißtrauen Frankreichs als völlig ungerechtfertigt kritisierte, warf François-Poncet ihm vor, er treibe „eine verhängnisvolle Politik des alles oder nichts“⁵³⁴. Für den Hohen Kommissar hatte die deutsch-französische Krise der letzten Wochen nur einen Grund: „les prétentions sans cesse croissantes d'une Allemagne dont l'appétit, naturellement fort, s'accroît encore en mangeant“⁵³⁵. Die Bundesrepublik wurde immer anspruchsvoller, drohte, verlangte sofortige Entscheidungen. „Elle retombe dans les procédés de l'Allemagne hitlérienne; elle a Hitler dans le sang.“ Was, so fragte er sich sorgenvoll, würde erst geschehen, wenn dieser unruhigen Macht Divisionen zur Verfügung stünden⁵³⁶?

Die Dünnhäutigkeit und Hartnäckigkeit beider Regierungen resultierten gewiß nicht nur aus der Unzufriedenheit mit dem Nachbarn, sondern auch aus ihrer Nervosität vor den bevorstehenden Parlamentssitzungen. Am 7. und 8. 2. debattierte der Deutsche Bundestag über das Vertragspaket. Bisher hatten die Fraktionen, auch jene der Koalition, kaum nennenswert in die Verhandlungen über den deutschen Wehrbeitrag eingreifen können. Adenauer betrieb klassische Kabinettsdiplomatie und ließ im Bundestag das Gefühl entstehen, zu einem „Deklama-

⁵³¹ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 143, Bl. 1–8, Schuman an Acheson, 30. 1. 1952; unter dem Datum 29. 1. 1952 abgedruckt in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 7–11; s.a. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 88 f.

⁵³² Vgl. Guillen, Generalität, S. 141.

⁵³³ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1043, Bl. 1 f., Parodi an Bonn, Tel. 753/59, 1. 2. 1952, Réservé, Très urgent; s.a. ebd., Généralités, Bd. 68, Bl. 95 f., Seydoux an dass., Tel. 559/61, 22. 1. 1952, Réservé, Urgent; Rouché, Le Quai d'Orsay, S. 49.

⁵³⁴ Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 5. 2. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 14–19, hier S. 19 u. 18; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1043, Bl. 17–18, François-Poncet an MAE, Tel. 1099/108, 6. 2. 1952, Priorité; Baring, Anfang, S. 196–199.

⁵³⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 378, Bl. 36 f., François-Poncet an MAE, Tel. 832/39, 29. 1. 1952, Priorité.

⁵³⁶ Ders. an Schuman, Nr. 260/CM, 1. 2. 1952, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 633.

tionsorgan“ degradiert zu sein⁵³⁷. Die Stimmung im Regierungslager war dementprechend „schlecht und ziemlich deprimiert“⁵³⁸. Trotz der grundsätzlichen Befürwortung der EVG meldeten die Regierungsparteien Vorbehalte an. Um das Grundpostulat der ebenbürtigen Partnerschaft zu erfüllen, verlangten sie vom Kanzleramt in einer umfangreichen Resolution die Aufnahme u. a. folgender Vertragsbedingungen: Ausschluß diskriminierender Beschränkungen auf dem industriellen Sektor; Vereinbarungen über die Sicherung einer gleichberechtigten EVG-Mitgliedschaft bis zur Aufnahme in die NATO; Aushandlung des Finanzbeitrags nach den gleichen Kriterien wie bei den anderen Staaten⁵³⁹. In den Reihen der Opposition, die Ende Januar eine Feststellungsklage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Verfassungsmäßigkeit eines deutschen Wehrbeitrags eingebracht hatte⁵⁴⁰, wurde die prinzipielle Bereitschaft zur Verteidigung nicht aufgegeben. Sie hielt dem Kanzler aber, und zwar in evidenter Absetzung zur Auffassung in den sozialistischen Schwesterparteien⁵⁴¹, vor, daß die notwendigen Voraussetzungen nicht gegeben seien. Die „Konzeption des gleichen Risikos und der gleichen Chance für alle“ sei nicht umgesetzt. Von den Fesseln des Besatzungsstatus sollten die Deutschen erst nach der Akzeptierung des Wehrbeitrags befreit werden. Wie, so hielt Ollenhauer der Regierung am 7. 2. im Bundestag außerdem scharf entgegen, verhalte sich die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem eigentlich zur Frage der deutschen Einheit⁵⁴²?

Schuman gestand Adenauer angesichts des wachsenden innenpolitischen Drucks sehr wohl zu, von den Alliierten ein Maximum an Konzessionen zu gewinnen. Freilich fühlte auch er sich unter innenpolitischen Pressionen. Gäbe man dem – wie er es sah – „Ger[man] pressure“ nach, warnte er Acheson am 7. 2., würde man die europäische Politik nicht nur nicht retten, sondern definitiv kompromittieren, weil die Assemblée Nationale dem nicht folgen würde. Notwendig sei daher eine größere Einigkeit unter den Westmächten⁵⁴³. Gewiß übertrieb er damit nicht. Aus den zur Vorbereitung der französischen Parlamentsdebatte einberufenen streng geheimen Sitzungen des Auswärtigen- und des Verteidigungsausschusses drangen Informationen über heftige Kritik an seiner Politik und insbesondere an der Verhandlungsführung Alphands an die Öffentlichkeit. Geschürt noch durch die Verärgerung über die Haltung der Bundesrepublik in der Saarfrage und hinsichtlich des NATO-Beitritts entlud sich der Unmut in diesem Gremium bei der Wahl des entschiedenen Gegners der Außenpolitik Schumans, Jacques Bardoux, zum neuen Vorsitzenden⁵⁴⁴. Zwar akzeptierten die Parlamentarier offenbar in ihrer Mehrheit die Remilitarisierung der Bundesrepublik, lehnten aber den Aufbau einer Rüstungsindustrie und den von Adenauer vor dem Bundestag in

⁵³⁷ Volkmann, Innenpolitische Dimension, S. 300.

⁵³⁸ Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 907.

⁵³⁹ S. Bulletin 1952, S. 170; Volkmann, Innenpolitische Dimension, S. 309 f.; Wagner, FDP, S. 93.

⁵⁴⁰ S. Feststellungsklage von 144 Bundestagsabgeordneten, 31. 1. 1952, in: Kampf um den Wehrbeitrag, 1. Halbbd., S. 3–14; s. a. Volkmann, Innenpolitische Dimension, S. 372–385.

⁵⁴¹ Zu der „Außenseiterstellung“ der SPD in der Sozialistischen Internationalen s. Klotzbach, Weg, S. 219.

⁵⁴² Bundestagsrede Ollenhauers, 7. 2. 1952, in: BT, Sten. Ber., Bd. 10, S. 8112; s. a. Löwke, SPD, S. 50 f.

⁵⁴³ Schuman an Acheson, 7. 2. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 26–28, hier S. 27 (Übersetzung); s. a. Poidevin, Robert Schuman, S. 325 f.

⁵⁴⁴ S. PA, Abt. 3, AZ 210–01/22, Bd. 1, Hausenstein an AA, Tel. 47, 9. 2. 1952.

einer mancherorts als schwach empfundenen Rede⁵⁴⁵ in Aussicht gestellten Beitritt der Bundesrepublik zur NATO kategorisch ab⁵⁴⁶.

Auch im Kabinett hatte sich Schuman kritischer Fragen zu erwehren, als er am 8. 2. seine Taktik für die Parlamentsdebatte darlegte. Auriol meinte zwar, aus Loyalität zur Regierung die Konzeption der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mittragen zu müssen, warnte aber eindringlich vor der Gefahr, daß die Bundesrepublik eines Tages aus der EVG ausscheren und eine nationale Armee aufbauen könnte. Bündige Garantien der Alliierten seien daher notwendig, um den „irrédentisme allemand“ zu bändigen. Regierungschef Faure zog aus der Diskussion schließlich das Fazit, die Idee der europäischen Armee zu verteidigen, für den Fall eines Scheiterns aber vorzusorgen, um nicht für den Fehlschlag verantwortlich gemacht zu werden⁵⁴⁷.

Drei Tage später begann die Assemblée Nationale ihre große Debatte zur Europa- und Deutschlandpolitik. Faure hatte am 1. 2. einen offiziellen Bericht der französischen Delegation über den bisherigen Verhandlungsverlauf der EVG-Konferenz eingebracht⁵⁴⁸, den die Parlamentarier als Aufhänger für einen heftigen Schlagabtausch über die deutsch-französischen Beziehungen nutzten. Die jüngsten Dispute mit dem östlichen Nachbarn, die drückenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die innenpolitischen Verhältnisse ließen die Debatte im Zeichen „einer fast totalen Konfusion“⁵⁴⁹, aber auch eines „allgemeinen und tiefen Mißtrauens gegenüber Deutschland“ ablaufen. Die noch wenige Wochen zuvor bei deutschen Diplomaten vorherrschende Überzeugung, die breite Masse des französischen Volkes befürworte die Aussöhnung, während die *classe politique* in alten Ressentiments gefangen sei, geriet ins Wanken⁵⁵⁰. Die Regierung verteidigte die Verträge mit dem Argument, die vorgeschlagenen Lösungen seien nicht die besten, aber die einzig möglichen. Die Zeit, in der die Nationalstaaten die Probleme allein bewältigen könnten, sei vorbei. Wirtschaftliche, politische und militärische Gründe zwängen Europa zur Integration, und zwar mit Deutschland. Lehne man die EVG ab, so akzeptiere man unweigerlich eine nationale deutsche Armee ohne jegliche Sicherheitsgarantien, was einer „catastrophe pour la France, pour la démocratie allemande, pour l'Europe, pour la paix et la sécurité de l'Occident“ gleichkomme. Die Vorstellungen einiger Politiker, man könne deutsche Kontingente in die NATO integrieren und durch den Brüsseler Pakt absichern, wurde als bloße Schimäre verworfen⁵⁵¹.

⁵⁴⁵ S. Regierungserklärung Adenauers, 7. 2. 1952, in: BT, Sten. Ber., Bd. 10, S. 8103; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 99, Tb. 7. 2. 1952.

⁵⁴⁶ S. PA, Abt. 3, AZ 223–00, Bd. 4, ders. an dens., Tel. 41, 7. 2. 1952, Citissime, Sofort vorzulegen; ebd., ders. an dass., Tel. 42, 7. 2. 1952; ebd., AZ 210–01/22, Bd. 1, ders. an dass., Tel. 46, 9. 2. 1952; Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 112.

⁵⁴⁷ Conseil des Ministres, 8. 2. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 117–119, hier S. 118.

⁵⁴⁸ S. AN, 363 AP 28, Papiers Mayer, Bericht über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, 1. 2. 1952; Clesse, Projet, S. 115 f.; Wettig, Entmilitarisierung, S. 469.

⁵⁴⁹ PA, Abt. 3, AZ 221–02, Hausenstein an AA, 205 Tgb. Nr. 661, 20. 2. 1952.

⁵⁵⁰ Ebd., Aufzeichnung von Kessel, o.D. (Anlage zu Hausenstein an AA, 205 Tgb. Nr. 675, 20. 2. 1952).

⁵⁵¹ ADM, 34 J 17, Papiers Schuman, „Eléments d'une argumentation en prévision de la discussion parlementaire au sujet des traités de Bonn et de Paris“, o.D. (Konzept JS). Das mit zahlreichen handschriftlichen Ergänzungen Schumans versehene Dokument diente dem Außenminister wohl als Grundlage für die Parlamentsdebatte.

Kommunisten und Gaullisten stellten sich dieser Politik mit geschlossener Front entgegen, die übrigen Fraktionen bis zu den Gemäßigten präsentierten sich wieder einmal gespalten. Die Sozialisten verspürten wenig Neigung, in der so unpopulären Frage der deutschen Wiederbewaffnung einer Regierung entgegenzukommen, der sie nicht angehörten. Während die Befürworter die EVG als geeignetstes Mittel zur Verhinderung einer nationalen deutschen Armee ansahen, bot der Vertrag in den Augen seiner Gegner gerade die Basis zur Formierung deutscher Streitkräfte, mit denen sich die Bundesrepublik nach einem Ausscheren aus der EVG nationalistischen Zielen zuwenden könne⁵⁵². Alphand, der diesen „horrible débat“ mit Entsetzen verfolgte, brachte es auf den Punkt, als er seinem Tagebuch anvertraute: Seit die sowjetische Hegemonie Europa bedrohe, sei die Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Verteidigung unabwendbar. Um den Gefahren aus der deutschen Wiederbewaffnung zu begegnen, könne es nur einen Weg geben: die Integration Europas. Dies aber bedeute die Fusion der nationalen Streitkräfte und den Aufbau supranationaler Institutionen. „D’où la fureur des nationalistes et des soviétisants“, die er nicht nur im Parlament, sondern auch im eigenen Ministerium sah; „je suis seul à appliquer la politique du gouvernement.“⁵⁵³

Nur eine knappe Mehrheit von 327 gegen 287 Abgeordneten sprach der Regierung schließlich das Vertrauen und sich damit für die Fortsetzung der Verhandlungen um EVG- und Generalvertrag aus. Faure und Schuman erzielten dieses Ergebnis nur, weil sie der Kammer ein beschwichtigendes „Ordre du jour“ vorgelegt hatten: Verbot des deutschen NATO-Beitritts; Beginn der Rekrutierung der deutschen Truppen erst nach dem Inkrafttreten des EVG-Vertrages; zahlenmäßige Überlegenheit der französischen Einheiten über die anderen Kontingente; Garantie der Stationierung angelsächsischer Truppen. Außerdem verlangte die Regierung die Aufnahme Großbritanniens in die EVG⁵⁵⁴, obwohl London in den Wochen zuvor eindeutig zum Ausdruck gebracht hatte, allenfalls eine Assoziierung mit der EVG akzeptieren zu können⁵⁵⁵.

Während die französischen Parlamentarier in Paris über Wohl und Wehe der europäischen Einigung stritten, versuchten die westlichen Außenminister in London, die Hürden in den Vertragsverhandlungen abzubauen⁵⁵⁶. François-Poncet hatte Schuman vorher geraten, Adenauer nicht hinzuzubitten, um den Eindruck zu vermeiden, man sei bereit, seinen Forderungen nachzugeben. Nur wenn die Minister dem Kanzler vereint die Stirn böten, schien ihm ein Vierertreffen sinnvoll⁵⁵⁷. Von dieser Haltung konnte ihn auch Adenauers Verständighrhetorik

⁵⁵² S. Debatte in der Assemblée Nationale, 11.–19. 2. 1952, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1952, Bd. 1, S. 573–794; Clesse, Projet, S. 116–120; Latte, Europapolitik, S. 45 f.; Quilliot, S. F.I.O., S. 485–488.

⁵⁵³ Alphand, L’étonnement d’être, S. 227 f., hier S. 228, Tb. 28. 2. 1952.

⁵⁵⁴ S. Ordre du jour, 16. 2. 1952, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1952, Bd. 1, S. 726, im Auszug auch in: BDFD III, S. 321–323; s.a. Faure, Mémoires, Bd. 1, S. 379–382; AdG 1952, S. 3345A u. 3351B.

⁵⁵⁵ Zur englischen Haltung zur EVG vgl. Watt, Regierung.

⁵⁵⁶ Vgl. die Dokumente in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 36–86; Konferenz der vier westlichen Außenminister vom 18./19. 2. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 317–333; Schuman an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 27, 4. 3. 1952, in: BDFD I, S. 405–407; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 93–99.

⁵⁵⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 143, Bl. 19–21, François-Poncet an MAE, Tel. 1177/84, 8. 2. 1952, Priorité absolue.

nicht abbringen, die er angesichts der tiefen Krise im deutsch-französischen Verhältnis nur mit einem Naserümpfen registrierte. „C'est bientôt dit“, kommentierte er eine Rede des Kanzlers in Freiburg, in der er Frankreich zu einem Schlußstrich unter die Vergangenheit aufgefordert und Deutsche und Franzosen eindringlich dazu ermahnt hatte, ihr Schicksal gemeinsam zu meistern. Adenauer sei sein Appell mit der Warnung zurückzugeben, nicht jenen Nationalismus wieder aufzuwecken, „qui a abouti au Reich hitlérien“⁵⁵⁸. Im Quai d'Orsay wurde die Abneigung gegenüber einem Vierertreffen mit dem Kanzler durchaus geteilt⁵⁵⁹, doch sah man sich außerstande, die entgegengesetzten Wünsche des State Department und des Foreign Office auszuschlagen⁵⁶⁰, nachdem der Kanzler den Tod König Georgs VI. zu einer Selbsteinladung nach London genutzt hatte⁵⁶¹.

Allen Beteiligten ging es nun darum, die Gräben nicht zu vertiefen. Sowohl Schuman als auch Adenauer beeilten sich, ihren angelsächsischen Kollegen zu versichern, daß sie durch die Resolutionen ihrer Parlamente nicht fest gebunden seien⁵⁶². Die heikelsten Probleme wie etwa das Verhältnis der Bundesrepublik zur NATO wurden von den Ministern bewußt nicht zu Ende diskutiert. Acheson hatte Schuman am 4. 2. wissen lassen, daß er die Frage bis auf weiteres offenlassen wolle. Gemäß den Empfehlungen des NATO-Stellvertreterrates sei er aber zu einer Interimslösung bereit, wonach bei allen Fragen, die die gemeinsame Zielsetzung von EVG und NATO beträfen, gegenseitige Konsultationen stattfinden sollten. Darüber hinaus sah er gemeinschaftliche Sitzungen der beiden Ministerräte für den Fall vor, daß ein Mitglied die Sicherheit eines Staates oder der beiden Organisationen gefährdet sähe⁵⁶³. Schuman⁵⁶⁴ und Adenauer pflichteten dieser Lösung bei. Angesichts vernehmlichen Grummelns in seiner Delegation über dieses Ergebnis verband der Kanzler seine Zustimmung am 19. 2. mit der einschränkenden Erklärung, daß die Bundesregierung ihren Wunsch auf Mitgliedschaft nicht aufgebe und davon ausgehe, konsultiert zu werden, falls Beschlüsse des NATO-Rates die EVG beträfen⁵⁶⁵.

Adenauer akzeptierte außerdem die Entscheidung der Westmächte über den deutschen Finanzbeitrag für 1952/53 in Höhe von 11,25 Milliarden DM, machte

⁵⁵⁸ Ebd., *Allemagne*, Bd. 378, Bl. 71–73, ders. an dass., Tel. 1248/51, 11. 2. 1952.

⁵⁵⁹ S. ebd., *Généralités*, Bd. 143, Bl. 24, Parodi an London, Tel. 2903, 10. 2. 1952, *Réservé*.

⁵⁶⁰ S. Acheson an Paris, Tel. 3828, 11. 2. 1952, *Secret*, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 30f.

⁵⁶¹ Vgl. Baring, *Anfang*, S. 200.

⁵⁶² S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 12, 18. 2. 1952, *Secret*, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 55. Das Auswärtige Amt hatte schon vorher den wichtigsten Missionen als Sprachregelung telegraphiert, die Annahme der Bundestagsresolutionen bedeuteten „keine unüberwindlichen Schwierigkeiten“ für die weiteren EVG-Verhandlungen (PA, Abt. 3, AZ 230–07, Bd. 6, Hallstein an Washington etc., 11. 2. 1952, *Geheim*).

⁵⁶³ S. Acheson an Schuman, 4. 2. 1952, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 19–23; Bericht des NATO-Stellvertreterrates D-D (52) 35 Final, 20. 2. 1952, *Secret*, in: ebd., S. 247–250; vgl. Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 89f.

⁵⁶⁴ S. Unterredung zwischen Acheson, Eden und Schuman vom 15. 2. 1952, *Secret*, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 40–43; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 12, 18. 2. 1952, *Secret*, in: ebd., S. 57.

⁵⁶⁵ S. Unterredungen zwischen den drei westlichen Außenministern und Adenauer vom 18. u. 19. 2. 1952, in: AAPD, *Adenauer und die Hohen Kommissare 1952*, S. 322 u. 332f.; Unterredung zwischen dens. vom 18. 2. 1952, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 67; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 30, 21. 2. 1952, *Secret*, in: ebd., S. 77; PA, Abt. 2, Bd. 1042, von Hassell an Hallstein, *Vermerk*, 19. 2. 1952; Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 94f.

diese Einwilligung aber zum Unmut der drei Minister von einer Prüfung durch deutsche Experten abhängig⁵⁶⁶. Ohne definitive Regelung blieb hingegen das Problem der Garantieerklärung der Angelsachsen für den Bestand der EVG und gegen die von Frankreich so antizipierte Gefahr eines deutschen Austritts aus der Verteidigungsgemeinschaft nach der Aufstellung deutscher Truppen. Entsprechend seiner Acheson am 30. 1. schriftlich vorgelegten Forderung, der Bundesrepublik die Vorteile des Generalvertrags zu entziehen, sobald sie die EVG verliesse⁵⁶⁷, verlangte der französische Außenminister von seinen Kollegen in London die Zusicherung, daß die angelsächsischen Truppen in der Bundesrepublik solange nicht abgezogen würden, wie die Notwendigkeit zur Stationierung gegeben sei. Im Gegensatz zu Eden sah sich Acheson aus rechtlichen Gründen zu einer solchen Erklärung außerstande, stellte aber als Ersatzlösung eine Botschaft des Präsidenten im Zusammenhang mit dem Abschluß des Generalvertrages in Aussicht⁵⁶⁸.

Demgegenüber nahmen Acheson, Adenauer und Eden in der Frage der Bundespolizei widerspruchslos die Feststellung Schumans zur Kenntnis, es müsse in den EVG-Vertrag ein Passus aufgenommen werden, wonach die Polizeikräfte jedes Mitglieds „nicht über das normale Maß hinausgehen“ sollten⁵⁶⁹. Beigelegt wurde auch das so diffizile Problem der Sicherheitskontrollen. Schon am 15. 2. hatte sich Schuman sehr zur Erleichterung Achesons mit einer einseitigen deutschen Erklärung begnügt und nicht mehr auf die Integrierung einer entsprechenden Bestimmung in das Vertragswerk bestanden⁵⁷⁰. Adenauer hielt die Bestimmungen des EVG-Vertrages im Prinzip für ausreichend, da das Kommissariat über die Herstellung der Waffen wachte. Er erklärte sich aber zur Abgabe von Noten an die USA und Großbritannien und einer Verlautbarung bereit, wonach die Bundesrepublik „mit Rücksicht auf die internationale Spannung und die geographische Lage“ keine Diskriminierung darin erblicke, gewisse Waffenaufträge nicht zu erhalten. Schuman ging diese Zusicherung nicht weit genug, da die Haltung des EVG-Kommissariats und die der Bundesregierung sich seiner Ansicht nach in der Zukunft durchaus ändern konnten. Er verlangte daher entweder eine Verpflichtungserklärung der Bundesrepublik über den Verzicht der Waffenproduktion in bestimmten Bereichen oder eine in den EVG-Vertrag zu integrierende

⁵⁶⁶ S. Unterredung zwischen den drei westlichen Außenministern und Adenauer vom 18. 2. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 319–321; Unterredung zwischen dens. vom 18. 2. 1952, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 62 f.; Acheson an Truman, 21. 2. 1952, Secret, in: ebd., S. 84 f.; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 461; Hofmann, Truppenstationierung, S. 178–181.

⁵⁶⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 143, Bl. 1–8, Schuman an Acheson, 30. 1. 1952; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 456 f.

⁵⁶⁸ S. Unterredung zwischen Acheson, Eden und Schuman vom 15. 2. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 40–43; Unterredung zwischen Acheson und Schuman vom 16. 2. 1952, Secret, in: ebd., S. 46 f.; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 12, 18. 2. 1952, Secret, in: ebd., S. 57; Carlton, Anthony Eden, S. 310–313; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 97–99.

⁵⁶⁹ Unterredung zwischen den drei westlichen Außenministern und Adenauer vom 19. 2. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 332; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 143, Bl. 64–70, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 26. 2. 1952 (Konzept CA); US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 30, 21. 2. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 76.

⁵⁷⁰ S. Unterredung zwischen Acheson, Eden und Schuman vom 15. 2. 1952, Secret, in: ebd., S. 42.

Direktive an das Kommissariat über die Auftragsvergabe. Nach einem Vermittlungsvorschlag Achesons einigten sich die Minister dann auf das Angebot Adenauers und eine Bestimmung im EVG-Vertrag, derzufolge die Herstellung gewisser, in einer Liste festzuhaltender Waffen verboten oder nur aufgrund eines Auftrags des Kommissariats erlaubt sei. Wie dieser Index aussehen sollte, blieb ungeklärt⁵⁷¹.

Adenauer war mit den erzielten Ergebnissen sehr zufrieden⁵⁷². Am Rhein stellte sich der Eindruck ein, die Spannungen mit Frankreich seien jetzt überwunden⁵⁷³. Auch Schuman wirkte nicht unzufrieden. Als er unmittelbar nach der Londoner Konferenz auf der Lissabonner Sitzung des NATO-Rates am 22. 2. einen Bericht der EVG-Konferenz über den Stand der Verhandlungen präsentierte⁵⁷⁴, mußte er zwar gestehen, daß ein Vertrag immer noch nicht vorlag. Er sah aber keinen Grund zur Besorgnis, da über die meisten Punkte Einigkeit herrschte und die bisher getroffenen Entscheidungen die europäische Einigung seiner Auffassung nach „definitive and irrevocable“ gemacht hatten⁵⁷⁵. Freimütig bekannte er, Deutschland müsse aufgrund der Teilung und der Flüchtlingsströme auf deutschem Boden fest eingebunden werden: „Notre polit[ique]“, so vermerkte er stichpunkthaft handschriftlich in einem Redeentwurf, „encadrer, contenir (containment)“⁵⁷⁶. Dazu eigne sich die EVG besser als die NATO. Anders als der Atlantikpakt sei die EVG nicht stark genug, um für deutsche Gebietsforderungen mißbraucht zu werden, und stelle damit auch keine Provokation für die Sowjetunion dar. Kein Zweifel, daß Frankreich implizit beabsichtigte, seine Vormachtstellung gegenüber der Bundesrepublik im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu sichern. Dementsprechend warnte er aus deutschland- wie europapolitischen Erwägungen vor einem zu engen Konnex zwischen der EVG und der NATO. Mit Erfolg stritt er dafür, die von Bonn und Washington angestrebte Zwischenlösung des deutschen Verteidigungsbeitrages offiziell vom NATO-Programm abzusetzen, indem der Rat seine Absicht festlegte, deutsche Soldaten nicht schon vor der Ratifizierung der EVG zu rekrutieren. Insgesamt billigte das Gremium die ihm vorgelegten Berichte und erhob damit die EVG offiziell zur NATO-Politik⁵⁷⁷.

⁵⁷¹ Unterredung zwischen dens. und Adenauer vom 18. 2. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 323–327, hier S. 324; Unterredung zwischen dens. vom 19. 2. 1952, in: ebd., S. 327–333; PA, Abt. 2, Bd. 1042, Erklärung Adenauers, o.D.; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 30, 21. 2. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 75–77; Fischer, Atomenergie, S. 42–44; Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 465–468.

⁵⁷² S. Erklärung Adenauers vor der Bundespressekonferenz, 20. 2. 1952, im Auszug in: Bulletin 1952, S. 217f.

⁵⁷³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 378, Bl. 108–110, Bérard an MAE, Tel. 1499/512, 20. 2. 1952, Priorité; Huber an Eidgenössisches Politisches Departement, 20. 2. 1952, in: Todt (Hg.), Anfangsjahre, S. 84–87.

⁵⁷⁴ Der Bericht war am 9. 2. 1952 vom Lenkungsausschuß der EVG-Konferenz gebilligt und am 19. 2. 1952 den NATO-Staaten zugeleitet worden (PA, Abt. 2, Bd. 1019, Bericht der EVG-Konferenz an den NATO-Rat, 9. 2. 1952; Bericht der EVG-Konferenz an den NATO-Rat, C9-D/12, 19. 2. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 230–246); s.a. ebd., S. 609, Anm. 3.

⁵⁷⁵ US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 49, 22. 2. 1952, Secret, in: ebd., S. 136–141, hier S. 137; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 103f.

⁵⁷⁶ ADM, 34 J 17, Papiers Schuman, Entwurf der Erklärung Schumans, 21. 2. 1952; s.a. Meier-Dörnberg, Planung, S. 649.

⁵⁷⁷ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 49, 22. 2. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 137 u. 139; dies. an dass., Tel. Secto 79, 25. 2. 1952, Secret, in: ebd., S. 158; Resolution des

Bei einem Treffen der drei westlichen Außenminister kam außerdem eine Einigung über die Verbotsliste für die deutsche Waffenproduktion zustande⁵⁷⁸. Weit- aus schwieriger verliefen die Verhandlungen über den deutschen Finanzbeitrag. Am Tag der Rede Schumans in Lissabon hatte Adenauer gegenüber den Hohen Kommissaren einen Entwurf vorgelegt, in dem er sich grundsätzlich bereit erklärte, die Festsetzung der Drei Weisen als Richtschnur zu akzeptieren. Da deren Konzept keine abzugsfähigen deutschen Verteidigungsausgaben festlegte, schlug die Bundesregierung als provisorische Lösung vor, monatlich durchschnittlich 850 Millionen DM im NATO-Haushaltsjahr 1952/53 zu überweisen, falls sich das deutsche Steueraufkommen den Vorhersagen der Drei Weisen entsprechend entwickelte⁵⁷⁹. Während den Angelsachsen die deutschen Vorstellungen im wesentlichen akzeptabel anmuteten, bestand Frankreich darauf, daß die Bundesrepublik ausdrücklich den von den Drei Weisen genannten Gesamtbeitrag von 11,25 Milliarden DM ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages anerkannte. Denn während der aus deutscher Sicht spätestens am 31. 7. 1952 erfolgen mußte, weil man für den Ende März 1953 auslaufenden deutschen Haushalt nur acht Monatsraten einplante, befürchtete Frankreich im Fall einer Verzögerung eine im Vergleich zur französischen wesentlich geringere deutsche Belastung⁵⁸⁰. Auf eine eindringliche Botschaft Achesons hin akzeptierte Adenauer diese Vorbehalte unter der Bedingung, die Stationierungskosten für die alliierten Streitkräfte in einer Fußnote zu den notwendigen Dokumenten als Teil des deutschen Beitrags zur EVG zu bezeichnen⁵⁸¹. Am 26. 2. verkündeten die Westmächte mit der Bundesrepublik in einem gemeinsamen Kommuniqué die Einigung. Bonn erklärte sich auf der Grundlage des Berichtes der Drei Weisen dazu bereit, zusätzlich zu den in den Etatplänen vorgesehenen Mitteln von einer Milliarde DM einen durchschnittlichen Monatsbeitrag von 850 Millionen nach der Errichtung der EVG zu leisten. Die Alliierten sicherten der Bundesregierung zu, daß die Höhe des von ihr zu zahlenden Gesamtbeitrags selbstverständlich nach den für alle teilnehmenden Staaten geltenden Grundsätzen berechnet würde⁵⁸². Französisches Nachkarten belastete die mühsam gefundene Regelung aber sofort wieder. Die von Adenauer gewünschte Verrechnung war für Schuman nicht hinnehmbar. Denn die Delegationen der EVG-Konferenz hatten sich mittlerweile darauf verständigt, die Gewichtung der Stimmen im Ministerrat nicht nur nach der Truppenstärke, sondern auch vom finanziellen Beitrag der Mitgliedsländer abhängig zu

NATO-Rates C9-D/19, 22. 2. 1952, Secret, in: ebd., S. 252–254; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 105f.

⁵⁷⁸ S. Unterredung zwischen Acheson, Eden und Schuman vom 26. 2. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 165–167; Acheson an Dep. of State, Tel. Secto 100, 26. 2. 1952, Confidential, in: ebd., S. 170f.

⁵⁷⁹ S. McCloy an dass., Tel. 1681, 23. 2. 1952, Secret, in: ebd., S. 256f.; Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 22. 2. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 20–23; Hofmann, Truppenstationierung, S. 181.

⁵⁸⁰ S. Unterredung zwischen Acheson, Eden und Schuman vom 25. 2. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 159–161; Unterredung zwischen dens. vom 26. 2. 1952, Minutes, Secret, in: ebd., S. 161–163; Acheson an Dep. of State, Tel. Secto 100, 26. 2. 1952, Confidential, in: ebd., S. 170f.

⁵⁸¹ S. ders. an McCloy, Tel. Secto 21, 26. 2. 1952, Secret, in: ebd., S. 260; McCloy an Lissabon, Tel. 20, 26. 2. 1952, Secret, in: ebd., S. 262f.

⁵⁸² S. Kommuniqué über den finanziellen deutschen Verteidigungsbeitrag, 26. 2. 1952, in: EA 1952, S. 4797.

machen. Schuman argwöhnte deshalb, Bonn wolle mit der Kumulierung den eigenen Stimmenanteil erhöhen. Daher drängte er seine Kollegen aus London und Washington zu einer mündlichen Dreimächteerklärung, der zufolge die Fußnote des Bundeskanzlers die Verhandlungen der EVG-Konferenz nicht binde. Acheson wies McCloy an, mit François-Poncet eine entsprechende Erklärung zu formulieren⁵⁸³.

Mit den Konferenzen in London und Lissabon schien der die Pariser EVG-Konferenz einschnürende Knoten geplatzt, der Weg zum baldigen Vertragsabschluß damit frei. Doch wenige Tage nach der Abreise der Minister drohte das Erreichte erneut in Gefahr zu geraten. Am 28. 2. stürzte die nur wenige Wochen alte Regierung Faure. Die rapide verschlechterte finanzielle und monetäre Situation ließ eine Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik ohne fundamentale Änderungen kaum möglich erscheinen. Wollte Frankreich seine Rolle im Konzert der westlichen Großmächte weiterspielen, mußte es zu einer energischen Sparpolitik übergehen. Mit der Bildung der Regierung Pinay Anfang März, in der Schuman weiterhin die Außenpolitik bestimmte und Plevin das Verteidigungsministerium übernahm, entschied sich das Parlament für eine „Politik des ‚Durchwurstelns‘“, die die Probleme nicht löste, sondern bloß vertagte⁵⁸⁴.

Nicht weniger bedrohlich für das Schicksal der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als die innenpolitischen Turbulenzen in Frankreich war die Friedensoffensive, die die Sowjetunion Mitte März startete. Die zunehmend heftiger geführte innerdeutsche Diskussion über die Vereinbarkeit von Westbindung und Wiedervereinigung ließ Adenauer zur Forcierung der Verhandlungen drängen. Acheson unterstützte ihn dabei, und auch Schuman übersah keineswegs die Risiken, die aus dem bundesdeutschen Echo auf die Stalin-Noten erwachsen konnten. Angesichts zahlreicher offenstehender Fragen wollte er sich aber den von Acheson Mitte April angemahnten Zeitplan nicht diktieren lassen⁵⁸⁵. Meldungen über Geheimabmachungen zwischen Bonn und Washington zwecks Ausbildung und Ausrüstung der deutschen Kontingente nährten beim französischen Außenminister die Sorge, diese Truppen doch nicht in der wünschenswerten Weise kontrollieren zu können⁵⁸⁶. Auriol warnte wieder einmal vor der Gefahr, durch die Beistandsverpflichtungen der EVG von Deutschland in einen Konflikt zur Rückeroberung der deutschen Ostgebiete hineingezogen zu werden⁵⁸⁷. Auf der Leitungsebene des Quai d'Orsay gingen die Beamten davon aus, daß für Bonn ohnehin nicht der General-, sondern der EVG-Vertrag zähle, da er militärisch alle Möglichkeiten öffne. Die europapolitischen Verlautbarungen der Bundesregierung genoß man mit äußerster Vorsicht, da man ihr unterstellte, im geeigneten Moment

⁵⁸³ S. Schuman an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 27, 4. 3. 1952, in: BDFD I, S. 405–407; Acheson an McCloy, Tel. Secto 100, 26. 2. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 170f.; Hofmann, Truppenstationierung, S. 182f.

⁵⁸⁴ PA, Abt. 3, AZ 205–00/22, Bd. 2, Hausenstein an AA, 205 Nr. 753, 29. 2. 1952; vgl. ausführlich: Bossuat, La France, Bd. 2, S. 810–829.

⁵⁸⁵ S. Schuman an Acheson, 19. 4. 1952, Geheim, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 32f. (Übersetzung); AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1048, Bl. 2f., Schumann an Brüssel etc., Tel. 837/41 etc., 16. 4. 1952, Réservé; Pressekonferenz Schumans, in: AdG 1952, S. 3446C.

⁵⁸⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 197, Bl. 29–31, ders. an Washington, Tel. 6766/72, 21. 4. 1952, Réservé, Priorité absolue.

⁵⁸⁷ S. Conseil des Ministres, 9. 4. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 264f.

ein „rapprochement direct et étroit avec les Etats-Unis“ einzugehen. Seydoux sah die Bundesrepublik bereits für den Fall andauernder französischer Schwierigkeiten in Indochina und Nordafrika als „lion“ in Westeuropa. Wenn schon das geteilte Deutschland eine Macht ersten Ranges darstelle, wie stark würde dann ein geeintes erst sein? Für den Chef der Europaabteilung war es zu spät, die Pariser Deutschlandpolitik zu wenden, zumal sie durchaus dem eigenen wirtschaftlichen Aufschwung diene. Doch zusätzliche Vorkehrungen zu treffen, um diese Perspektive nicht Wirklichkeit werden zu lassen, dafür war der Zeitpunkt noch nicht verpaßt⁵⁸⁸. Entsprechend hartnäckig verfocht Frankreich seine Interessen in den noch offenen Fragen der EVG, insbesondere in der Budgetregelung, der Aufstellung des Rüstungsprogramms und der territorialen Organisation.

Anfang Mai einigten sich Alphant und Blank hinsichtlich des letzteren Problems auf eine tragbare Regelung. Auf der Außenministerkonferenz Ende Dezember 1951 hatte sich Schuman diesbezüglich einer geschlossenen Front gegenübergesehen, so daß der Komplex an den Militärausschuß zurückverwiesen worden war⁵⁸⁹. Der nun gefundene, in etwa zwischen dem Vorschlag des Militärausschusses und dem der französischen Regierung liegende Kompromiß lief auf folgendes hinaus: Einrichtung einer deutschen Planungsgruppe als Vorläufer des deutschen Aufstellungsstabes bei der Dienststelle Blank mit Unterzeichnung des Vertrages; Aufbau der Territorialorganisation und des Kontingents weitgehend durch Deutsche, aber Beendigung der Tätigkeit der hierfür vom Kommissariat abgestellten deutschen Delegierten spätestens 18 Monate nach Inkrafttreten des Vertrages; spätere Festlegung der europäischen Territorialbereiche und ihrer Organisation durch das Kommissariat in Verbindung mit dem Ministerrat; Unterstellung der Territorialorganisation einschließlich der zivilen Territorialverwaltung unter das Kommissariat und die zuständigen Regierungsstellen. Insgesamt konnte die Bundesregierung zwar das Aufstellungsverfahren weitgehend durchsetzen, nicht aber die von ihr gewünschte Territorialorganisation, so daß ihr in diesem wichtigen militärischen Sektor, der besonders im Spannungs- und Verteidigungsfall tief in die innersten Verhältnisse eines Staates eingreift, nur noch wenig Einfluß blieb⁵⁹⁰.

Parallel dazu ließen sich nun auch noch zwei das Budget betreffende Grundsatze probleme bereinigen. Das bislang ungeklärte Verhältnis zwischen nationalen Regierungen und Parlamenten in der Budgetfrage wurde dahingehend fixiert, daß sich die Regierungen dazu verpflichteten, den vom Ministerrat gebilligten Haushaltsvorschlag in ihren Parlamenten einzubringen⁵⁹¹. Der auf die deutschen Kontingente und die deutschen Industrieinteressen ausgerichtete deutsche Verwendungsplan wurde für das erste Übergangsjahr als Teil des Bundeshaushalts betrachtet und damit der EVG nicht als Globalzuweisung zur Verfügung gestellt. Insgesamt hingen Ausrüstung und Leistungsfähigkeit der Europaarmee primär

⁵⁸⁸ Aufzeichnung Seydoux, 2. 5. 1952, Confidentiel, in: BDFD I, S. 407–410, hier S. 409.

⁵⁸⁹ Vgl. Meier-Dörnberg, Planung, S. 697.

⁵⁹⁰ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 62, Beschlüsse auf der Sitzung des Lenkungsausschuß vom 3. 5. 1952, D/CD/DEC/64, 3. 5. 1952, Geheim; „Militärprotokoll“ zum EVG-Vertrag, in: BGBl 1954, Teil II, S. 380–390; de Maiziére, Pflicht, S. 157; Meier-Dörnberg, Planung, S. 697f.

⁵⁹¹ Vgl. Hofmann, Truppenstationierung, S. 183; Köllner/Volkman, Aspekte, S. 839.

vom politischen Willen der nationalen Parlamente ab, da die Beiträge von ihnen festgesetzt wurden. Der bundesdeutsche Versuch, die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit zum Maßstab des nationalen Beitrags zu erheben, scheiterte. Auch die Regelung der Abzugsfähigkeit war nicht zur deutschen Zufriedenheit erfolgt, da die Westmächte darüber befinden durften, was der Bundesrepublik in Form etwaiger Stationierungskosten nachgelassen werden konnte. Bei den anderen Staaten entschieden hingegen die Parlamente über die Verwendung der einzubehaltenden Mittel⁵⁹².

Erhebliche Bedeutung kam in der Endphase der Verhandlungen über die EWG dem Verhältnis zwischen Großbritannien und der Verteidigungsgemeinschaft zu. Kurz nach der Lissabonner Tagung hatte Schuman Eden von der Absicht in Kenntnis gesetzt, ihn in der entscheidenden Debatte des Vertrages in der Assemblée Nationale zum Beitritt zur EVG auffordern zu wollen⁵⁹³. Die Briten lehnten dieses Ansinnen ab, woraufhin der Juristische Ausschuß der EVG-Konferenz mit Unterstützung Eisenhowers an der Themse zwei Protokollentwürfe vorlegte, durch die London, Bonn, Rom und den europäischen Streitkräften jene automatische Beistandspflicht gewährte, wie sie Frankreich und die BENELUX-Staaten bereits im Brüsseler Vertrag eingegangen waren⁵⁹⁴. Im Auswärtigen Amt wurde diese Lösung lebhaft begrüßt, da sie das französische Parlament besänftigte, Großbritannien mit dem Kontinent verknüpfte und das „deutsch-feindliche Bündnissystem des Brüsseler Paktes durch Einbeziehung Deutschlands beseitigen“ würde⁵⁹⁵. Auf Vorschlag Edens stimmte das englische Kabinett dem Konzept am 4. 4. unter der Bedingung zu, die Gültigkeit der Garantie nur auf die Dauer der britischen Mitgliedschaft in der NATO zu beschränken und keine weitergehenden Konzessionen einzugehen⁵⁹⁶.

Die Pariser Konferenz hatte damit im großen und ganzen ihre Arbeit vollendet. Am 9. 5. paraphierten die Chefs der Delegationen den EVG-Vertrag. Für den 27. 5. sahen sie die Unterzeichnung durch die Außenminister der beteiligten Nationen vor. Angesichts der noch auszuräumenden zahlreichen Vorbehalte einzelner Regierungen⁵⁹⁷ war die Verabschiedung aber keineswegs gesichert. Und sie geriet nun mehr und mehr in den Sog verschärfter innergouvernementaler Differenzen in Bonn und Paris über die vorliegenden Dokumente. Anfang Mai formierte sich im Bundeskabinett und in der Unionsfraktion der Protest gegen die Adenauersche Arkanpolitik. Ohne den beiden Gremien bisher die Gelegenheit zur Befassung mit den Texten gegeben zu haben, sah sich der Kanzler der Gefahr einer „ernsten Verstimmung“ gegenüber⁵⁹⁸, die sich in kürzester Zeit zu einer Rebellion

⁵⁹² Vgl. ebd., S. 839 f.

⁵⁹³ S. Massigli, *Comédie*, S. 313.

⁵⁹⁴ S. PA, Abt. 2, Bd. 970, Vermerk von Ophüls, 232–00 II 1268/52, nebst Anlagen, 15. 3. 1952, Geheim; Dunn an Dep. of State, Tel. 5962, 28. 3. 1952, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 628 f.; Memorandum Perkins, 31. 3. 1952, Secret, in: ebd., S. 631–634; Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 120.

⁵⁹⁵ PA, Abt. 2, Bd. 970, Vermerk von Ophüls, 15. 3. 1952, Geheim; s.a. ebd., Aufzeichnung von Kessel, 28. 3. 1952, Geheim.

⁵⁹⁶ Vgl. Carlton, Anthony Eden, S. 313; Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 120.

⁵⁹⁷ S. *Kommuniqué zur Paraphierung des EVG-Vertrags*, 10. 5. 1952, in: EA 1952, S. 4963; Memorandum von Perkins, 12. 5. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 658 f.

⁵⁹⁸ ACDP, NL Lenz, I-172–58/1, Notiz an Adenauer, 6. 5. 1952.

entwickelte⁵⁹⁹. Zwei Tage, nachdem er dem aufmüpfigen Kabinett den Entwurf des Generalvertrags vorgelegt hatte, trafen die Minister am 12. 5. zu einer Sondersitzung zusammen, um den EVG-Vertrag zu behandeln. In seinem einführenden Referat stellte Blank besonders die Fortschritte heraus, die das Dokument für die Bundesrepublik gegenüber dem Plevén-Plan enthielt. Adenauer dankte ihm für das Geleistete und unterstrich die historische Bedeutung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, deren Scheitern eine „tödliche Schwäche des Westens“ offenbaren würde. Mit seinem Appell konnte der Kanzler indes die zahlreichen kritischen Fragen zum Beschaffungswesen oder zur Abstimmung der EVG-Produktionsprogramme nicht abwürgen. Auch seinem Vorschlag zur Verlegung des EVG-Sitzes nach Saarbrücken wurde lebhaft widersprochen⁶⁰⁰.

Ähnlich kontrovers verlief die Diskussion im Conseil des Ministres. Alphant, der das Ergebnis fünfzehnmonatiger Arbeit den Ministern gegenüber in einem ausführlichen Bericht ebenso anpries wie Blank, wich in einem zentralen Punkt bezeichnenderweise diametral von der Argumentation seines deutschen Kollegen ab – in der Frage nach der Kontinuität zwischen Plevén-Plan und EVG. Galt die Regierungsinitiative Plevéns nach Blank weithin als überholt, sah Alphant sie im großen und ganzen umgesetzt. Die deutsche Wiederbewaffnung erfolge im europäischen Rahmen, die Verteidigungsgemeinschaft sei keine Ansammlung nationaler Armeen, sondern eine Fusion von Mensch und Material. Dank der Debatte der Assemblée Nationale im Februar sei es möglich gewesen, die Vertragsbestimmungen zu verbessern und somit die Forderungen des Parlaments weitgehend zu friedenzustellen. Die Unterzeichnung des EVG-Vertrags, so schloß Alphant mit unüberhörbarem Pathos, sei ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Integration Europas, zur Einbindung der Bundesrepublik und zur deutsch-französischen Verständigung⁶⁰¹.

Dieser Einschätzung mochte man weder im Außenministerium noch im Ministerrat beipflichten. Als Ergebnis umfangreicher „Observations“ zu den Vertragsbestimmungen sprach eine Aufzeichnung des Quai d’Orsay im fundamentalen Widerspruch zu Alphant von einem „abandon progressif“ des ursprünglich supranationalen französischen Konzepts im institutionellen wie im militärischen Bereich. Mit der von Bonn weitgehend durchgesetzten Forderung nach Nichtdiskriminierung und der nicht vorhandenen politischen Föderation ebne die EVG den Weg zur Wiederherstellung einer deutschen Armee, „libre de tout contrôle pour autant qu’il ne casse pas les armées existentes“⁶⁰².

Im Kabinett wurde Schuman am 19. 5. so unter Druck gesetzt⁶⁰³, daß er umgehend zu einer härteren Gangart gegenüber der Bundesrepublik überging. Offenbar war er mit Pinay der einzige Minister, der die europäische Verteidigungsgemeinschaft uneingeschränkt befürwortete⁶⁰⁴. Auf der Konferenz der Außenmini-

⁵⁹⁹ Vgl. Kap. III.1.1.

⁶⁰⁰ Sondersitzung der Bundesregierung, 12. 5. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 303–313, hier S. 305.

⁶⁰¹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1067, Bl. 1–26, Alphant an die Regierung, Bericht, 10. 5. 1950 [sic!], Très secret.

⁶⁰² Ebd., Généralités, Bd. 69, Bl. 24–43, Aufzeichnung des MAE, 15. 5. 1952, nebst Anlage.

⁶⁰³ S. Dunn an Dep. of State, Tel. 7169, 20. 5. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 663.

⁶⁰⁴ S. Alphant, L’étonnement d’être, S. 230, Tb. 15. 6. 1952.

ster der sechs EVG-Staaten, die sich vom 19. bis 21. 5. zur Bereinigung letzter Unklarheiten in Paris einfanden⁶⁰⁵, nötigte Schuman Hallstein die Zusage ab, daß der EVG-Vertrag im Fall der Wiedervereinigung Deutschlands neu verhandelt werden müsse⁶⁰⁶. Parallel dazu forderte die Hohe Kommission den Bundeskanzler in Bonn in seinem Auftrag ultimativ dazu auf, die materielle und finanzielle Versorgung der französischen Soldaten in der Bundesrepublik bis Mitte 1953 nicht über das EVG-, sondern das Truppenabkommen zu gewährleisten. Adenauer anerkannte zwar die Notwendigkeit einer Übergangslösung für die Zeit zwischen der Unterzeichnung und dem Inkrafttreten des Vertrags, lehnte aber einen besonderen Status der französischen Truppen vehement ab⁶⁰⁷ und wies Hallstein an, die Forderungen in Paris „mit Nachdruck“ zurückzuweisen⁶⁰⁸.

Die Fronten verhärteten sich, als sich das französische Kabinett am 21. 5. der Angelegenheit annahm. Nachdem der Ausschuß für Außenpolitische Angelegenheiten der Assemblée Nationale an diesem Tag ein ungünstiges Votum über die Verträge abgegeben hatte⁶⁰⁹, kam es im Conseil des Ministres zu einer hitzigen Debatte, die den Eindruck erweckte, als hätten die Minister sich bisher mit den Texten kaum beschäftigt. Schuman, der müde und abgespannt wirkte, sah sich „allerschwersten Angriffen“⁶¹⁰ ausgesetzt und mußte sich dann einem nicht eben verfassungskonformen Diktat Auriols beugen, der kein Zurückweichen erlaubte⁶¹¹. Seine kategorischen Instruktionen an Alphand und die ebenso unnachgiebige Position Hallsteins ließen eine Fortsetzung der Gespräche auf dieser Ebene zwecklos erscheinen⁶¹².

Zwei Tage später kam es zu einer neuerlichen stürmischen Kabinettsitzung an der Seine. Staatssekretär Schumann setzte die Runde in Vertretung des Außenministers davon in Kenntnis, daß mittlerweile die Laufzeit des EVG-Vertrags und die Aufteilung des deutschen Finanzbeitrags⁶¹³ zwischen EVG und Stationierungskosten geregelt seien. Ein Hinauszögern der Unterzeichnung des Kontraktes kam daher nach seinem Dafürhalten nicht in Frage, obwohl das Problem des Status der französischen Truppen noch bestand. Allerdings riet er dazu, die Verbündeten davon in Kenntnis zu setzen, daß Frankreich erst nach der Bereinigung der Konflikte in Indochina und Nordafrika zur Ratifikation der Verträge schrei-

⁶⁰⁵ Zum Verlauf der Konferenz vgl. Acheson an McCloy, Tel. 3256, 20. 5. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 663–665; Clesse, *Projet*, S. 57f.

⁶⁰⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 1043, Konferenz der Außenminister der EVG-Staaten vom 20. 5. 1952 (Auszug).

⁶⁰⁷ S. Unterredung zwischen Adenauer und der AHK vom 19. 5. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 256–260; zu den Verhandlungen über den Truppenvertrag vgl. ausführlich: Hofmann, *Truppenstationierung*, S. 145–162 u. 183–188.

⁶⁰⁸ PA, Abt. 2, Bd. 1020, von Trützschler an Paris, Tel. AZ 232–10 II 1589/52, 21. 5. 1952, Geheim, Cito.

⁶⁰⁹ S. AdG 1952, S. 3484A; Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 474.

⁶¹⁰ PA, Abt. 2, Bd. 1043, Hallstein an Blankenhorn, 21. 5. 1952, Streng geheim, Durch Kurier.

⁶¹¹ S. Conseil des Ministres exceptionnel, 21. 5. 1952, in: Auriol, *Journal*, Bd. 6, S. 342–345.

⁶¹² S. PA, Abt. 2, Bd. 1043, Hallstein an Blankenhorn, 21. 5. 1952, Streng geheim, Durch Kurier.

⁶¹³ Der schließlich gefundene Kompromiß sah die Überweisung des gesamten bundesdeutschen Finanzbeitrages in die EVG-Kasse vor, wobei der Anteil für die Stationierungskosten zum gegebenen Zeitpunkt festgesetzt und im EVG-Budget als Durchlaufposten behandelt, d.h. der Kontrolle der EVG entzogen werden sollte (Finanzvertrag, 26. 5. 1952, in: BGBl 1954, Teil II, S. 135–153); vgl. Guldin, *Bundesrepublik Deutschland*, S. 463f.; Hofmann, *Truppenstationierung*, S. 187–191.

ten könne⁶¹⁴. Auch Auriol hielt den Abschluß des Abkommens für unumgänglich⁶¹⁵. Anders als Schumann wollten er und Pleven die Zustimmung zum EVG-Vertrag jedoch von einer Neuformulierung des vorliegenden Entwurfs der Dreimächteerklärung⁶¹⁶ abhängig machen, um für den Fall eines Ausscheidens der Bundesrepublik aus der EVG gewappnet zu sein⁶¹⁷.

Wie ein Spiegelbild dieser Uneinigkeit des Kabinetts wirkten in diesen Tagen die Parteikongresse von MRP, SFIO und Parti Radical. Die Volksrepublikaner sprachen sich für die Billigung des EVG-Vertrags unter der Bedingung aus, daß die von der Assemblée Nationale im Februar geforderten Garantien erfüllt würden. Der Parti Radical warnte vor der Gefährdung der französischen Sicherheit zugunsten der deutschen Streitkraft. Bei den Sozialisten akzeptierte die Mehrheit die EVG nur als Krönung einer wirtschaftlichen und politischen europäischen Einigung, da eine sofortige deutsche Wiederaufrüstung die Aussichten auf eine Verständigung mit der Sowjetunion gefährdete und die Teilung des Kontinents verewigte⁶¹⁸. Für Meinungsführer wie Guy Mollet und André Philip waren dabei jüngste Begegnungen mit SPD-Politikern von besonderer Bedeutung. Denn aus den europafeindlichen Erklärungen Carlo Schmidts oder Ollenhauers nahmen sie die Gewißheit mit nach Paris, daß die Integration Deutschlands möglichst rasch erfolgen müsse, „sinon on va à la catastrophe“⁶¹⁹.

Schuman blieb damit gar nichts anderes übrig, als auf der nach Bonn einberufenen Konferenz zur Verabschiedung des Generalvertrags auf zusätzliche angelsächsische Garantien zu bestehen. Am 24. 5. verlangte er von Eden und Acheson im Fall eines deutschen Rückzugs aus der EVG die Erhöhung der EVG-Truppenstärke, um die Bedürfnisse der gemeinsamen Verteidigung zu wahren. Zugleich machte er die Ratifikation des Vertrags vom Abschluß von Verhandlungen über finanzielle Hilfen für Indochina und der Unterstützung Frankreichs in Nordafrika abhängig⁶²⁰. Für Acheson war klar, daß die meisten dieser Forderungen aus der

⁶¹⁴ S. Conseil des Ministres, 23. 5. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 346 f.

⁶¹⁵ S. Unterredung zwischen Auriol und Bardoux vom 13. 5. 1952, in: ebd., S. 324; Unterredung zwischen dems. und Schuman vom 13. 5. 1952, in: ebd., S. 325 f.

⁶¹⁶ S. Entwurf der Dreimächteerklärung und die von Schumann vorgeschlagenen Veränderungsvorschläge in: ebd., S. 351–353; Dunn an Dep. of State, Tel. 7111, 16. 5. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 660–662.

⁶¹⁷ S. Conseil des Ministres, 23. 5. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 346–353; Communiqué des Conseils des Ministres, in: AdG 1952, S. 3484A. Der Auffassung von Schwarz, daß derartige Garantien von einer Regierung auf Abruf – die Kongreß- und Präsidentschaftswahlen standen für den Herbst an – wertlos waren und Auriol mit den ihm gleichgesinnten Ministern in Wirklichkeit alles „verzögern oder torpedieren“ wollte, kann daher nicht zugestimmt werden (Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 948).

⁶¹⁸ S. AdG 1952, S. 3484; Fauvet, Naissance, S. 27 f.; zur Haltung des MRP bzw. des Parti Radical gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung vgl. insgesamt: Bichet, Démocratie chrétienne, S. 310–314; Capelle, MRP, S. 57–64 u. passim; Irving, Christian Democracy, S. 177–188; Latte, Europapolitik, S. 55–61; O'Neill, Radical Party, S. 53–58; zur uneinheitlichen Position der SFIO vgl. Reden Grumbachs und Mollets auf der Informationstagung der Partei vom 2. 3. 1952, im Auszug in: BDFD III, S. 325–331; Bjøl, La France, S. 154–161; Quilliot, S. F.I.O., S. 490–493; Latte, Europapolitik, S. 61–67.

⁶¹⁹ Erklärung Mollets im Comité Directeur der SFIO, 7. 5. 1952, in: BDFD III, S. 112–115, hier S. 115.

⁶²⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1050, Bl. 230–234, Unterredung zwischen Acheson, Eden und Schuman vom 24. 5. 1952; ders. an Dep. of State, Tel. 3038, 24. 5. 1952, Top secret, in:

französischen Furcht resultierten, „of being quickly outdistanced by their German neighbors“. Mit den kolonialpolitischen Schwierigkeiten war der „inferiority complex“ gegenüber der Bundesrepublik noch gewachsen⁶²¹. In Übereinstimmung mit seinem englischen Kollegen lehnte der amerikanische Außenminister den Katalog in der ersten, geheimen Sitzung strikt ab⁶²². Die Bonner Konferenz schien beendet, ehe sie begonnen hatte, denn der französische Ministerrat mit Auriol an der Spitze blieb hart⁶²³. Nach langem Hin und Her einigten sich die Minister schließlich auf einen Formulierungsvorschlag Achesons, der mit „energischere[r] Phraseologie“⁶²⁴ inhaltlich nicht viel änderte. Für den Fall einer Bedrohung der Integrität der EVG erklärten sich die USA und Großbritannien dazu bereit, dies als Angriff auf ihre eigene Sicherheit zu begreifen und in Europa Truppen in einem ihnen angemessen erscheinenden Maße zu stationieren⁶²⁵.

Hitzig verlief auch die Debatte zwischen den Ministern und Adenauer über die Anwendung des Truppenvertrags auf die französischen Einheiten in Deutschland, die am 25. 5. nach einer nochmaligen Einschaltung von Sachverständigen mit einem für Frankreich günstigen Kompromiß endete⁶²⁶. Angesichts der trüben Aussichten für die französische Ratifikation unternahm Adenauer im Gegenzug einen Versuch, das Junktim zwischen dem General- und dem EVG-Vertrag zu lösen. Schuman sträubte sich, fand sich dann aber bereit, einer brieflichen Versicherung der Westmächte beizutreten⁶²⁷, wonach bei einer Verzögerung der Ratifikation des EVG-Abkommens eine Konferenz die Lage prüfen und Vorkehrungen treffen sollte, „um gewisse in den Verträgen enthaltene Bestimmungen vor Inkrafttreten der Verträge in Kraft zu setzen“⁶²⁸. Darüber hinaus einigten sich die drei westlichen Außenminister endlich auch auf die als Anhang zum Artikel 107 fixierte Verbotsliste deutscher Waffenfabrikationen⁶²⁹, die zusammen mit Adenauers „Brief

FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 677 f. Zu den dramatischen Verhandlungen auf der Bonner Konferenz vom 24./25. 5. 1952 vgl. Kap. III.1.1.

⁶²¹ Acheson an Truman, 26. 5. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 680–683, hier S. 682.

⁶²² S. ders. an Dep. of State, Tel. 3038, 24. 5. 1952, Top secret, in: ebd., S. 677 f.; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1050, Bl. 230–234, Unterredung zwischen dems., Eden und Schuman vom 24. 5. 1952.

⁶²³ S. Conseil des Ministres exceptionnel, 24. 5. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 357 f.; Unterredung zwischen Auriol und Ramadier vom 26. 5. 1952, in: ebd., S. 359–361; Acheson an Dep. of State, Tel. 3042, 24. 5. 1952, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 678 f.

⁶²⁴ Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 123.

⁶²⁵ S. Acheson an Dep. of State, Tel. 3048, 24. 5. 1952, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 679 f.; „Erklärung der drei Westmächte über den Bestand der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, 27. 5. 1952, in: BGBl 1954, Teil II, S. 419 f.

⁶²⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1050, Bl. 243–247, Unterredung zwischen Acheson, Eden und Schuman vom 24. 5. 1952, Très secret; Unterredung zwischen dems. vom 24. 5. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 89–95; Unterredung zwischen dems. und Adenauer vom 25. 5. 1952, Secret, in: ebd., S. 104–109; Bonner Konferenz vom 25. 5. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 349 f. u. 355 f.; Hofmann, Truppenstationierung, S. 161 f.

⁶²⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1050, Bl. 243–247, Unterredung zwischen Acheson, Eden und Schuman vom 24. 5. 1952, Très secret; Bonner Konferenz vom 24. 5. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 341–343; Bonner Konferenz vom 25. 5. 1952, in: ebd., S. 351; Unterredung zwischen den drei Außenministern und Adenauer vom 24. 5. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 96–98; Unterredung zwischen dems. vom 25. 5. 1952, Secret, in: ebd., S. 106.

⁶²⁸ Acheson, Eden u. Schuman an Adenauer, 26. 5. 1952, in: BGBl 1954, Teil II, S. 245.

⁶²⁹ S. Art. 107 des EVG-Vertrags, 27. 5. 1952, in: ebd., S. 371.

über die Atomenergie“ vom 7. 5.⁶³⁰ die Verpflichtung der Bundesrepublik zu weitreichenden Kontrollen bzw. Einschränkungen bei der Rüstungsproduktion vertraglich festlegte⁶³¹.

Am 27. 5. 1952 wurde der „Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ mit seinen Zusatzprotokollen, Ergänzungsabkommen und Briefwechseln im Uhrensaal des Quai d'Orsay unterzeichnet⁶³². Die Texte trugen alle Züge eines mühsam erzielten Kompromisses, eine schwerfällige Umständlichkeit durchzog die Artikel. Hatte der Pleven-Plan die Gemeinschaft unter die Führung eines Verteidigungsministers stellen wollen, einigten sich die Regierungen nun auf ein neunköpfiges Kommissariat, das notabene entgegen der ursprünglichen Zielsetzung nicht das Machtzentrum der Gemeinschaft war. Alle wesentlichen Entscheidungen hingen vom einstimmigen Votum des Ministerrates ab. In operativer Hinsicht wurden die Truppenführungsstäbe dem NATO-Hauptquartier unterstellt, der alliierte Oberbefehlshaber erhielt weitgehende Inspektionsrechte und sollte im Krisenfall vom Ministerrat auch mit dem Oberbefehl über die EVG betraut werden. Eine direkte NATO-Mitgliedschaft konnte die Bundesrepublik aufgrund der französischen Widerstände nicht durchsetzen. Das „Protokoll über die Beziehungen zwischen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Organisation des Nordatlantikpaktes“⁶³³ ermöglichte ihr aber ein Mitspracherecht in den sie berührenden Fragen, so daß sie aus eigener Sicht den Partnern „praktisch gleichgestellt“ erschien⁶³⁴. In zwei weiteren Protokollen wurde darüber hinaus eine reziproke Beistandsgarantie zwischen beiden Organisationen vertraglich fixiert⁶³⁵. Im „Vertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ versicherte man sich im Fall eines bewaffneten Angriffs auf einen der Unterzeichner gegenseitiger militärischer Hilfe⁶³⁶. Ein weiteres Protokoll deklarierte die Delegationen der Pariser EVG-Konferenz zum Interimsausschuß und umriß dessen Arbeit für die Dauer bis zur Tätigkeitsaufnahme der EVG-Organe⁶³⁷.

⁶³⁰ Adenauer an Acheson u. Eden, 7. 5. 1952, in: ebd., S. 416; Adenauer an die Außenminister der EVG-Staaten, 7. 5. 1952, in: ebd., S. 416f.

⁶³¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1050, Bl. 243–247, Unterredung zwischen Acheson, Eden und Schuman vom 24. 5. 1952, Très secret; Unterredung zwischen dens. vom 24. 5. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 92f.; Bonner Konferenz vom 24. 5. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 344f.; vgl. Fischer, Atomenergie, S. 46–51; Riecke, Nichtkernwaffenstaat, S. 198–200.

⁶³² S. „Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, 27. 5. 1952, in: BGBl 1954, Teil II, S. 343–379; zum Inhalt des gesamten Vertragswerkes s.a. Clesse, Projet, S. 60–66; Fursdon, Community, S. 150–189; Meier-Dörnberg, Planung, S. 699–714.

⁶³³ S. „Protokoll über die Beziehungen zwischen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Organisation des Nordatlantikpaktes“, 27. 5. 1952, in: BGBl 1954, Teil II, S. 408f.

⁶³⁴ PA, Abt. 2, Bd. 971, „Sicherheit der Bundesrepublik“, o.D., Anlage zu von Hassell an Blankenhorn, Aufzeichnung 232–00 II 1679/52, 10. 6. 1952.

⁶³⁵ S. „Protokoll über die Beistandsverpflichtungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gegenüber den Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes“, 27. 5. 1952, in: BGBl 1954, Teil II, S. 409f.; „Zusatzprotokoll zum Nordatlantikpakt über die Beistandsverpflichtungen der Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes gegenüber den Mitgliedsstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, 27. 5. 1952, in: ebd., S. 413–415.

⁶³⁶ S. „Vertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, 27. 5. 1952, in: ebd., S. 422f.

⁶³⁷ S. „Protokoll über den Interimsausschuß“, 27. 5. 1952, in: ebd., S. 411f.; zur Arbeit dieses im Palais

Angesichts der weitreichenden Kompetenzen des Ministerrates und des Kommissariats sowie der verwehrtten deutschen Aufnahme in die NATO hatte Frankreich seine Opposition gegen ein nationales deutsches Verteidigungsministerium aufgegeben. Ein wichtiger Erfolg für Bonn war neben der vertraglichen Verankerung des Grundsatzes der Gleichbehandlung auch die Eingrenzung der in nationaler Verfügungsgewalt verbleibenden Streitkräfte. In der Frage der gemeinsamen Haushaltskasse hatten die drei großen EVG-Länder gegen die BENELUX-Staaten durchgesetzt, die Kosten für die Organisation wie für die Militärkontingente aus dem gemeinsamen Etat zu bestreiten. Als wichtige Einschränkung war freilich vertraglich fixiert worden, daß 85% der Beiträge eines Mitgliedsstaates in seinem Währungsgebiet zu verausgaben waren⁶³⁸.

Vergleicht man das komplizierte Vertragswerk mit den ursprünglichen französischen Planungen und den impliziten die Bundesrepublik benachteiligenden Elementen, so war das Ergebnis aus deutscher Sicht gewiß ein „Erfolg“⁶³⁹. Unter dem Motto der Nichtdiskriminierung, so rühmten Bonner Diplomaten, sei es Blank gelungen, den Pleven-Plan „bis zur Unkenntlichkeit zugunsten Deutschlands umzugestalten“⁶⁴⁰. Bezüglich der Gleichberechtigung hatte sich die Bundesrepublik weitgehend durchgesetzt. Die von Frankreich geforderte Übergangsperiode war fallengelassen worden. Hinsichtlich des in der ersten Konferenzperiode besonders strittigen Integrationsniveaus hatte man sich von den dies- und jenseits besetzten Endpolen der Kampfgruppe bzw. des nationalen Armee korps auf die Divisionsebene geeinigt. Der Konfrontationskurs der ersten Monate war nach der Abfassung des Zwischenberichtes einer Phase der Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland gewichen, die insbesondere der Ausschaltung des Widerstandes der BENELUX-Staaten in wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen diente. Nach der Jahreswende, verstärkt in den letzten Wochen vor der Unterzeichnung des Vertrages traten indes abermals erhebliche Dissonanzen zwischen Bonn und Paris vor allem hinsichtlich des deutschen Anspruchs auf den NATO-Beitritt, aber auch der Weiterbeschäftigung der Delegationen nach der Unterzeichnung des Vertrags, der Heimatverteidigung und der Rüstungsbeschaffung zutage. Bonn willigte in die Inaugurierung des Interimsausschusses für die Dauer von 18 Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages ein und verhinderte damit eine dauerhafte Installierung. Das Problem der Heimatverteidigung wurde nicht erschöpfend geregelt. Allerdings stimmte die Bundesregierung prinzipiell einer europäischen Lösung zu. Gegen dringende Bitten von seiten deutscher Wirtschaftskreise billigte sie auch einen europäisch ausgerichteten Rüstungsankauf, während Frankreich jedem Mitglied dezentralisierte europäische Beschaffungsstellen zugestand⁶⁴¹.

Freilich haftete dem Ergebnis ein grundsätzliches Defizit an: Nur der Bundesrepublik blieb die Tür zum Nordatlantikpakt versperrt. Ein weiteres Manko wa-

Chaillot untergebrachten ca. 700 hundert Mann starken Organs vgl. Heiser, Interimsarbeit; Meier-Dörnberg, Planung, S. 715–728.

⁶³⁸ S. Art. 29. des Finanzprotokolls vom 27. 5. 1952, in: BGBl 1954, Teil II, S. 403.

⁶³⁹ Guldin, Bundesrepublik Deutschland, S. 474; s.a. Meier-Dörnberg, Planung, S. 290.

⁶⁴⁰ PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 2, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 852/52, 3. 12. 1952.

⁶⁴¹ Vgl. ebd., Abt. 2, Bd. 990, Heuseler an Ophüls, Aufzeichnung 232–00/22 II 2328/53, 13. 11. 1953, nebst Ergänzung.

ren sicherlich die erheblichen Abstriche an der militärischen Effizienz der Gemeinschaft, deren Planungen sich ja im wesentlichen an der Kontrolle Deutschlands orientiert hatten. Ins Leben gerufen, um die westdeutsche Bewaffnung für Frankreich erträglich zu gestalten, hatte das Projekt der Europäischen Armee im Laufe der Zeit sein Gesicht stark verändert. Die Zukunft mußte zeigen, ob die integrative Zielsetzung mit den grundlegenden nationalstaatlichen Interessen der Mitgliedsstaaten in Einklang gebracht werden konnte und die Parlamente der Sechs, vor allem aber Bundestag und Assemblée Nationale, bereit waren, dem Pariser Vertrag ihr Plazet zu geben.

III.4.3 Das Ringen um die EVG 1952–1954

Schlechte Aussichten auf Ratifikation

Das Urteil über das in fünfzehnmonatigen harten Verhandlungen Erreichte mußte naturgemäß je nach dem Standort des Betrachters unterschiedlich ausfallen. In Bonn bewertete Regierungschef Adenauer den 27. 5. 1952 als historischen Tag für Europa, für das deutsch-französische Verhältnis und für die Bundesrepublik. Sicherheitspolitisch wollte er sein Ziel der Westintegration durch die Mitgliedschaft in der euro-atlantischen Sicherheitsgemeinschaft erreichen; wirtschaftlich und politisch bevorzugte er eine Union der westeuropäischen Staaten. Die Gründung der EVG bedeutete für ihn mitsamt dem Abschluß des Generalvertrages ein Meilenstein auf dem Weg zur europäischen Föderation sowie zur Einbindung in die westliche Gemeinschaft souveräner Staaten. Nach der Ablösung des Besatzungsstatuts und der Aufnahme in die EVG hatte die Bundesrepublik aufgehört, „nur ein Objekt zu sein, das von den anderen geschützt wird, solange es in deren Interessen liegt“¹. Sie saß erstmals seit ihrer Gründung mit den westlichen Mächten „am gleichen Tisch“, war nicht mehr isoliert. Deutsche und französische Offiziere, so unterstrich der Kanzler in vertraulicher Teerunde gegenüber Journalisten, besuchten demnächst dieselbe Militärschule, um das Rüstzeug zur gemeinsamen Verteidigung Europas zu erlernen. Der Alte Kontinent, so zeigte er sich gewiß, würde durch den Vertrag „zusammenschmelzen“, nach Osten hin integrieren und „wieder seine Stellung“ zurückerhalten².

Der Kontrast zum Urteil der Opposition konnte nicht schärfer ausfallen. Schumacher lehnte die Westverträge rundweg ab, weil sie seiner Meinung nach weder Gleichberechtigung noch Partnerschaft brachten. Der Zweck der Verteidigungsgemeinschaft sei der, deutsche Soldaten unter fremder Verfügungsgewalt aufzustellen und dem deutschen Volk die Mitbestimmung innerhalb der NATO zu verwehren, wettete er in der Öffentlichkeit. Vor allem aber betrachtete er die EVG als Hindernis zur Wiedervereinigung, da ein zukünftiges Gesamtdeutschland an die westliche Militärallianz gebunden war. Der gegen den Pleven-Plan erhobene Vorwurf mangelnder Gleichberechtigung wurde von den Sozialdemokraten nun durch die Sorge vor der vertiefenden Spaltung Deutschlands ersetzt³.

Auch in der FDP wurde Protest laut, weil die Abkommen die staatliche Einheit Deutschlands nur unter westlichen Vorzeichen zuließen und damit für die Sowjetunion als unannehmbar galten. „Wenn wir die Verträge so aufrechterhalten“, erklärte etwa Karl-Georg Pfeleiderer Mitte Juni im Bundesvorstand seiner Partei, „dann gibt es entweder keine Wiedervereinigung, oder wir bekommen Krieg, denn daß die Russen freiwillig herausgehen, halte ich für unmöglich.“⁴ Die Unter-

¹ PA, Abt. 2, Bd. 971, „Sicherheit der Bundesrepublik“, o.D., Anlage zu von Hassell an Blankenhorn, Aufzeichnung 232-00 II 1679/52, 10. 6. 1952.

² Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 293 u. 294, Tee-Empfang, 28. 5. 1952; s.a. Interview Adenauers mit „Deutsche Korrespondenz“, in: Bulletin 1952, S. 716.

³ S. Interview Schumachers mit „dpa“, 2. 6. 1952, in: AdG 1952, S. 3502C; Löwke, SPD, S. 54–56; Wettig, Entmilitarisierung, S. 523 f.

⁴ Erklärung Pfeleiderers in der Sitzung des Bundesvorstands und des Außenpolitischen Ausschusses der FDP vom 15. 6. 1952, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1954, S. 340 f., hier S. 340.

stützung für ihn fiel aber spärlich aus, denn die Mehrheit der Vorstandsmitglieder stand auf der Seite des Kanzlers und interpretierte die Westverträge als Voraussetzung der deutschen Einheit⁵. Dennoch konnte sich Adenauer seiner Sache keineswegs sicher sein.

Schon vor der Unterzeichnung der Westverträge hatte er sich gegenüber den Außenministern der Westmächte und der Öffentlichkeit dahingehend festgelegt, den EVG-Vertrag bis Ende Juli ratifizieren zu wollen⁶. Die rasche parlamentarische Absegnung hielt er aus innen- wie außenpolitischen Faktoren für geboten. Zum einen nahm eine frühe Ratifizierung der SPD-Agitation den Wind aus den Segeln⁷. Zum anderen war der Notenaustausch zwischen der Sowjetunion und den Westmächten noch nicht abgeschlossen⁸, und in Frankreich wirkten einflußreiche Personen auf eine Verständigung mit Moskau, während in Kreisen der englischen Regierung eine Neutralisierung der Bundesrepublik befürwortet wurde⁹. Außerdem mußte der bei den Westmächten nach wie vor vorhandenen Besorgnis entgegengewirkt werden, als könne Bonn doch noch durch verlockende Angebote aus dem Osten vom Westkurs abgebracht werden¹⁰.

Schon Mitte Juni war Adenauers Zeitplan obsolet, weil der Ältestenrat des Deutschen Bundestages seine Absicht durchkreuzte, die Parlamentsferien zwecks beschleunigter parlamentarischen Beratungen auf den 15. 8. zu verschieben¹¹. Dabei kam der Widerstand auch aus den eigenen Reihen. Als der Kanzler in der Kabinettsitzung am 10. 6. für die Ausschlußberatungen nur knapp vier Wochen konzidierte und laut darüber nachdachte, was die Kommissionen „eigentlich reden“ sollten, platzte dem Vorsitzenden der Unionsfraktion von Brentano der Kragen: „Sie halten das Parlament für völlig überflüssig.“¹² Adenauer merkte, daß sein Parforceritt eher kontraproduktiv war, und paßte sich der neuen Lage nolens volens an. Eine Woche später verkündete er im selben Kreis, Bonner und Pariser Vertrag müßten „ohne Hast, aber doch sobald wie möglich“ besiegelt werden¹³. Nur Finanzminister Schäffer sprach sich ebenfalls für eine beschleunigte Ratifizierung aus. Sein für den Marshallplan zuständiger Kollege Blücher hingegen wollte zunächst das von Bundespräsident Heuss am 10. 6. erbetene Gutachten des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit des EVG-Vertrages¹⁴ bzw. die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes¹⁵ ab-

⁵ S. Sitzung des Bundesvorstands und des Außenpolitischen Ausschusses der FDP vom 15. 6. 1952, in: ebd., S. 342–354; vgl. Jeutter, EWG, S. 100; Wagner, FDP, S. 98–100 u. 106–111.

⁶ S. Bonner Konferenz vom 24. 5. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 341; Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 281, Tee-Empfang, 28. 5. 1952; Kabinettsitzung vom 30. 5. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 364.

⁷ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 295, Unterredung, 3. 6. 1952.

⁸ Vgl. Kap. III.1.2.

⁹ S. Kabinettsitzung, 17. 6. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 393.

¹⁰ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 10, Bl. 156 f., Tb. 10. 6. 1952.

¹¹ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 295, Unterredung, 3. 6. 1952; Volkmann, Innenpolitische Dimension, S. 331 f.

¹² Lenz, Tagebuch, S. 361, Tb. 10. 6. 1952; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 10.

¹³ Kabinettsitzung, 17. 6. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 393.

¹⁴ S. Heuss an Höpker-Aschoff, 10. 6. 1952, in: Kampf um den Wehrbeitrag, 2. Halbbd., S. 2; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 173–176.

¹⁵ Zur Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes am 19. 7. 1952 vgl. BT, Sten. Ber., Bd. 12, S. 10239–10277; der Wortlaut vom 11. 10. 1952 in: BGBl 1952, Teil I, S. 681–695.

warten und riet dringend zu einer sorgfältigen Prüfung der finanziellen Lasten des Vertrages¹⁶.

Für die französischen Diplomaten im Hotel Dressen war denn auch ganz und gar nicht ausgemacht, ob Adenauers Drängen zum Erfolg führen werde. Zwar sah François-Poncet ihn in der glücklichen Lage, sich auf seine Partei verlassen zu können. Doch ob er auch die Zustimmung durch das Volk gewänne, hielt er keineswegs für sicher. Die Deutschen hatten seiner Ansicht nach die Bedeutung der Verträge kaum verstanden. Die einen beklagten den hohen Preis, andere sahen der Wiederbewaffnung mit gemischten Gefühlen entgegen, wieder andere akzeptierten die Abkommen bloß als geringeres Übel „et avec des arrière-pensées suspectes“¹⁷. Gewiß, das Meinungsbild hatte sich in den letzten zwei Jahren allmählich zugunsten einer Wiederbewaffnung gewandelt, war aber noch ungefestigt: Im Oktober 1950 hatten sich nur 45% der Befragten für den deutschen Wehrbeitrag ausgesprochen, im März 1952 waren es 57%. Für eine Teilnahme deutscher Truppen an einer westeuropäischen Armee votierten im Oktober 1950 38%, dagegen waren 46%. Im September 1951 hatte sich das Verhältnis gar auf 35% zu 50% verschoben, im Februar 1952 hingegen lag es bei 41% zu 43% wie auch im März 1953. Für den Aufbau einer selbständigen deutschen Armee stimmten indessen im Oktober 1950 33%, dagegen 48%, im September 1951 waren es 44% zu 39%, im Oktober 1952 39% zu 44%, im März 1953 35% zu 44%¹⁸. Angesichts dieser Schwankungen in der öffentlichen Meinung beauftragte das Kanzleramt den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise, Jahn, mit Hilfe seines dichten Netzes von Mitarbeitern und Multiplikatoren die Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages zu propagieren und die Aktivitäten der Gegner der Remilitarisierung zu neutralisieren¹⁹.

Im Gegensatz zu Adenauer sah Schuman keinen Grund, das parlamentarische *Procedere* zu beschleunigen²⁰, wenngleich der EVG-Vertrag sich in den Augen seiner Befürworter in Paris durchaus sehen lassen konnte. Nach der Ratifikation der Montanunion war ein weiterer wichtiger Schritt zur Schaffung Europas gesetzt. Die ursprüngliche Intention einer weitgehenden Kontrolle über die westdeutsche Aufrüstung und der Verhinderung des Mißbrauchs der westdeutschen Streitkräfte schien erreicht. Außerdem hatte Frankreich eine Verstärkung der angelsächsischen Truppen auf dem Kontinent und die Erhöhung der amerikanischen Militärhilfe herausgeschlagen. Die Grande Nation mußte sich zwar denselben Vertragsbestimmungen unterwerfen, blieb aber frei in der Verwendung ihrer Divisionen in Übersee und für ihre internationalen Verpflichtungen²¹. Nicht unwichtig schien der französischen Diplomatie auch, daß mit der gemeinsamen Ausbildung der Offiziere und Mannschaften die deutschen Soldaten nun in den Dienst der Demokratie und des Friedens gestellt und ihre militärischen Qualitäten

¹⁶ S. Kabinettsitzung, 17. 6. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 393.

¹⁷ François-Poncet an Schuman, Nr. 1464/CM, 31. 5. 1952, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 1, S. 726.

¹⁸ Vgl. Jahn, An Adenauers Seite, S. 168f.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 148–161.

²⁰ S. Conseil des Ministres, 29. 5. 1952, in: Auriol, *Journal*, Bd. 6, S. 368.

²¹ S. Alphand, *L'étonnement d'être*, S. 231, Tb. 15. 6. 1952.

nicht mehr von der politischen Führung zu imperialistischen Zielen mißbraucht würden²².

Befürworter und Gegner der deutschen Aufrüstung waren sich darin einig, ein Maximum an Sicherheit gegenüber Westdeutschland verlangen zu müssen, dem sie a priori nicht trauten. „Seule, l'existence de garanties substantielles contre la reconstitution d'une armée allemande emportera l'adhésion du parlement français et justifiera à ses yeux le sacrifice – somme toute énorme! – au bénéfice de l'idée européenne de l'Armée française et des traditions qu'elle représente.“²³ So hatte eine Aufzeichnung des Quai d'Orsay schon Anfang Januar die Hürden für das Ratifikationsverfahren in Frankreich umschrieben. Noch heute wird in der französischen Historiographie der Argwohn gegenüber dem Nachbarn als völlig berechtigt hingestellt! „Wie sollte man“, so nimmt etwa Poidevin die damaligen Politiker in Schutz, „ihm auch Vertrauen schenken angesichts des übertriebenen Nationalismus und der Bestrebungen, sich eine Beteiligung an der Verteidigung des Westens durch eine Reihe von Zugeständnissen bezahlen zu lassen.“²⁴ Von Zugeständnissen kann natürlich nur dann gesprochen werden, wenn man den Deutschen das Recht auf Gleichberechtigung bestreitet, wie es damals gewiß eine Reihe von französischen Politikern taten. Nur wenige von ihnen empfanden das Garantiesystem der EVG als ausreichend und plädierten wie Alphand für eine parlamentarische Verabschiedung „le plus tôt possible“²⁵. Niemand wollte die Hände dafür ins Feuer legen, daß der Vertrag nicht doch noch kippen könne. Die französische Hohe Kommission in Bonn warnte schon im März vor den Folgen eines Scheiterns. Während im Quai d'Orsay für diesen Fall offenbar an die „annulation des accords contractuels, donc le retour au statu quo ante, c'est-à-dire au statut d'occupation“ gedacht wurde²⁶, war zumindest im Hotel Dreesen klar, daß Deutsche und Angelsachsen dann das Inkrafttreten des Generalvertrags mit wenigen Modifikationen durchsetzten und die Bundesrepublik „une liberté totale“ gewänne: „rien ne s'opposerait en droit, à ce qu'elle reconstitue une Wehrmacht et mette sur pied telle industrie d'armement qu'elle voudrait“²⁷. Die Zentrale gab dennoch die Parole aus, an eine Ratifikation sei vorläufig nicht zu denken. Frühestens im Oktober werde die Regierung das Dokument den Parlamentariern vorlegen und für die entscheidende Debatte auch noch die amerikanischen Präsidentschaftswahlen abwarten²⁸.

Schon meldeten sich daher erste Stimmen zu Wort, die den Vertrag als ‚lettre morte‘ betrachteten. „Schade um den Vertrag, er wird in Frankreich nie ratifiziert

²² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1037, Bl. 37–44, Bérard an MAE, Tel. 5334, 15. 8. 1951, Réservé.

²³ Ebd., PA-AP, Papiers Roux, Bd. 4, Bl. 27–53, Aufzeichnung Bouchacourt, 9. 1. 1952.

²⁴ Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 124.

²⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 379, Bl. 66–69, Erklärung Alphands auf der Tagung des NATO-Rats, 28. 8. 1952.

²⁶ Ebd., Bd. 1042, Bl. 121–124, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 14. 1. 1952 (Konzept FS).

²⁷ Ebd., Bd. 1045, Bl. 44–51, Aufzeichnung de Guiringaud, 4. 3. 1952, Secret, im Auszug in: BDFD I, S. 124–127, hier S. 126.

²⁸ S. Dunn an Dep. of State, Tel. 6966, 11. 5. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 654–656; Unterredung zwischen Auriol und Bardoux vom 1. 7. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 419; Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 117.

werden!“, bemerkte ein französischer Parlamentarier während der Unterzeichnungszereemonie am 27. 5. gegenüber Felix von Eckardt, dem Chef des Bundespresseamtes²⁹. Tatsächlich formierte sich bereits die Schar der Gegner. Aus dem Elysée-Palast verbreitete Auriol wieder einmal Horrorszenarien von einem militaristischen Deutschland, das die Grenzfrage mit der Sowjetunion einvernehmlich regeln oder Frankreich in einen Rückeroberungskrieg hineinziehe³⁰. Der Staatspräsident machte keinen Hehl daraus, wie gern er es sähe, wenn der Bundestag durch eine Nichtratifizierung Frankreich einen Vorwand lieferte, die Bundesrepublik für das Scheitern verantwortlich zu machen³¹. Im Quai d'Orsay dachte die Mehrheit der hohen Beamten ähnlich und suchten nach Wegen, den Kurs der Regierung zu torpedieren. Generalsekretär Parodi sprach sich im Juni intern gegen deren Europapolitik aus. De La Tournelle, Directeur général des Affaires politiques et économiques, fütterte die Presse mit falschen oder einseitigen Informationen gegen den EVG-Vertrag. Die Presseabteilung unter Pierre de Leusse orientierte die Journalisten in Richtung Neutralismus oder Ultrationalismus. „Le gouvernement laisse faire“, notierte Alphand voller Entsetzen über das Gebaren seiner Kollegen in sein Tagebuch³².

Auch von militärischer Stellen war kaum Unterstützung zugunsten der Verteidigungsgemeinschaft zu erwarten. Zum einen beklagten sie die fehlende Effizienz der EVG. Zum anderen ließen die Verschlechterung der Lage in Indochina³³ seit Februar und die sich daraus ergebenden militärischen und finanziellen Auswirkungen die Forderung nach einem Übergewicht der französischen Kontingente im Vergleich zu den deutschen als illusorisch erscheinen. Die Kosten des Krieges in Fernost wurden von eingeweihter Seite mit 450 Milliarden Francs, etwa 5,5 Milliarden DM pro Jahr beziffert, wobei die Ausfälle an Offizieren so groß waren, daß der in den Militärakademien ausgebildete Nachwuchs nicht ausreichte, um die Lücken zu füllen und gleichzeitig den sonstigen Bedarf zu decken. Der daraus resultierende „Alpdruck“, innerhalb der EVG nicht genügend Truppen aufstellen zu können, um eine deutsche Übermacht zu verhindern³⁴, erfaßte auch den Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Zentraleuropa. Schon am 4. 3. hatte Marschall Juin Präsident Auriol darauf hingewiesen, daß der bevorstehende deutsch-französische Kampf um die Vorherrschaft in der EVG nur dann zu gewinnen sei, wenn die eigene Streitmacht zur stärksten in der Gemeinschaft ausgebaut würde. Da die Mittel fehlten, empfahl er die Einführung der zweijährigen Wehrdienstzeit und die Entsendung von Wehrpflichtigen nach Indochina, um einen Teil der dort bisher nur aus Freiwilligen und Berufssoldaten zusammengesetzten aktiven Truppe in die EVG einzubringen³⁵. Die Mahnungen des hohen Offiziers, der prinzipiell

²⁹ Von Eckardt, *Leben*, S. 189 f.

³⁰ S. Unterredung zwischen Auriol und Eisenhower vom 23. 5. 1952, in: Auriol, *Journal*, Bd. 6, S. 354. Für Poidevin erfaßte Auriol die Furcht vor Deutschland damit „treffend“ (Poidevin, *Frankreich und das Problem der EVG*, S. 113).

³¹ S. Unterredung zwischen Auriol und Daniel Mayer vom 12. 6. 1952, in: Auriol, *Journal*, Bd. 6, S. 390.

³² Alphand, *L'étonnement d'être*, S. 230, Tb. 15. 6. 1952.

³³ Zum Indochinakrieg vgl. Dalloz, *Guerre d'Indochine*.

³⁴ PA, Abt. 3, AZ 205–00/22, Bd. 3, Hausenstein an AA, 205 Tgb.Nr. 2048, 11. 6. 1952; vgl. Guillen, *Generalität*, S. 141 f. u. 145.

³⁵ S. Juin an Auriol, 4. 3. 1952, in: Auriol, *Journal*, Bd. 6, S. 181–183.

den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO gegenüber der EVG bevorzugte, stießen jedoch vorerst ins Leere; die Regierung ließ sie ungehört verhallen³⁶, obwohl es sich keineswegs um die Stimme eines isolierten Einzelgängers handelte.

Auch General Noiret, der Oberkommandierende der französischen Besatzungstruppen in Deutschland, äußerte Ende Mai scharfe Kritik. Sein Tadel richtete sich vor allem gegen die militärischen Bestimmungen des Abkommens, die seine Soldaten in europäische Streitkräfte umwandelten und sie im Gegensatz zu den der EVG nicht unterstellten britischen und amerikanischen Truppen von den deutschen Wehrkreisbehörden abhängig machten. Noiret verlangte daher, die französischen Verbände so zu dislozieren und auszurüsten, daß es ihnen möglich sei, „de maintenir une prééminence française à l'intérieur des éléments de la Communauté Européenne stationés en Allemagne“. Um die Beibehaltung eines eigenen Territorialkommandos in Deutschland zu rechtfertigen, verlangte er, das gesamte Gebiet der Bundesrepublik zur „zone de l'avant“ unter dem Befehl einer SHAPE unterstellten Kommandobehörde zu erklären³⁷.

Von seiten der Parteien wurde die EVG besonders heftig durch die Gaullisten attackiert. Debré qualifizierte den Vertrag als „pitoyable et abberant“ und forderte unumwunden eine Revision³⁸, woraufhin der Conseil de la République Mitte Juni eine Resolution verabschiedete, mit der die Regierung zur Fortsetzung von Verhandlungen über angelsächsische Garantien aufgefordert wurde³⁹. De Gaulle wetterte in einer Presseerklärung am 6. 6. gegen die französische Verzichtspolitik und beklagte sich, daß die Bundesrepublik Souveränität und Gleichberechtigung ohne jegliche Gegenleistung gewinne. Im Namen der Gleichheit erleide Frankreich die Erniedrigung, an der Seite zweier besiegter Staaten Männer und Waffen zu opfern, bloß damit Deutschland keine Armee aufbaue. Damit sei Frankreich die einzige große Nation, die ihre eigene Streitkraft verliere⁴⁰.

Schon im Sommer 1952 kristallisierte sich somit heraus, wie hoch die parlamentarischen Hürden für das Ratifikationsverfahren in Frankreich lagen. Auf der politischen Rechten plädierte man für die eigene Souveränität und akzeptierte nolens volens die Handlungsfreiheit Westdeutschlands. Die Linke hingegen zielte auf die enge supranationale Bindung des Nachbarn und nahm dafür die Einschränkung der staatlichen Unabhängigkeit hin. Beseitigt werden konnte dieses Dilemma nur, wenn der Bundesrepublik Fesseln angelegt würden, die Frankreich erspart blieben. Doch diese Diskriminierung war nach der Unterzeichnung des EVG-Vertrages nicht mehr durchsetzbar⁴¹.

Die Berichte der deutschen Vertreter an der Seine ließen an pessimistischer Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sämtliche Parteien mit Ausnahme der

³⁶ Vgl. Guillen, Frankreich und die NATO-Integration, S. 430; ders., Generalität, S. 142.

³⁷ SHAT Vincennes, 3 U 52, Aufzeichnung Noiret Nr. 275/CCFFA/EG/S, 30. 5. 1952, Secret; s.a. Guillen, Generalität, S. 142.

³⁸ Zitiert nach: Alphand, L'étonnement d'être, S. 230, Tb. 15. 6. 1952; s.a. Rede Debrés im Conseil de la République, 12. 6. 1952, in: JO, CdR, Déb. parl. 1952, Bd. 2, S. 1209–1212; Debré, Mémoires, Bd. 2, S. 198; Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 115.

³⁹ S. Debatte im Conseil de la République, 12. 6. 1952, in: JO, CdR, Déb. parl. 1952, Bd. 2, S. 1205–1242; vgl. Clesse, Projet, S. 122.

⁴⁰ S. Presseerklärung de Gaulles, 6. 6. 1952, in: de Gaulle, Discours, Bd. 2, S. 523–526; Lacouture, de Gaulle, Bd. 2, S. 392.

⁴¹ Vgl. Wettig, Entmilitarisierung, S. 534 f.

Kommunisten, so meldete von Walther am 18. 6., seien in ihrer Einstellung zur EVG gespalten. Das Offizierskorps bekämpfe die Idee einer europäischen Armee. Pinays Position sei noch völlig undurchsichtig, Schuman zwar ein entschiedener Verfechter der EVG, aber politisch geschwächt. In der hohen Bürokratie bilde sich aus der vorherrschenden Ablehnung eines föderalen Europa die „Tendenz zum Zeitgewinn“ und der Wunsch heraus, auf jeden Fall die Möglichkeit einer Verständigung mit der Sowjetunion auszuschöpfen und die Präsidentschaftswahlen in den USA abzuwarten. Grundsätzlich betrachtete der deutsche Diplomat die Lage aber nicht als hoffnungslos, da er auch eine Reihe positiver Faktoren wie etwa eine eher günstige Stimmung in der Öffentlichkeit gegenüber Deutschland und der Europa-Armee glaubte ausmachen zu können⁴². Tatsächlich sprachen sich im September in einer Meinungsumfrage 48% für die EVG, 30% dagegen und 22% unentschieden aus⁴³. Dennoch wurde von Walthers verhaltener Optimismus von anderen deutschen Beobachtern nicht uneingeschränkt geteilt. Den in diesen Tagen Adenauer zugehenden Informationen Speidels zufolge, wünschte die Regierung Pinay eine „Atempause“. Als schärfste Widersacher gegen eine rasche Verwirklichung der EVG machte der General die Ministerialbürokratie im Quai d'Orsay und namentlich Parodi aus. Die Bedrohung aus dem Osten werde dort dem „immer wachen Mißtrauen gegenüber Deutschland“ nachgeordnet, wohingegen der Mann auf der Straße wesentlich ruhiger urteile. Pinay selbst habe die Hoffnung ausgesprochen, daß das Bundesverfassungsgericht ihm mit einem negativen Votum zum Gesuch des Bundespräsidenten die unliebsame Arbeit abnehme, das Vertragswerk vor der Assemblée Nationale vertreten zu müssen⁴⁴.

War das Scheitern der EVG, wie es sich am 30. 8. 1954 einstellte, also vorprogrammiert? Gab es von Anfang an keine Mehrheit in der Assemblée Nationale, und zögerte die Regierung deshalb den Gang ins Palais Bourbon heraus?⁴⁵ Oder hat sie die EVG nicht selbst mit ihrer Verschleppungstaktik torpediert? Wer war für die Verzögerungen seit 1952 verantwortlich? Erlagen die EVG-Befürworter dem Mißverständnis, die anscheinend oder scheinbar fehlenden Stimmen in der Assemblée Nationale durch ein Hinausschieben der Debatte gewinnen zu können, obwohl sich damit die Situation für sie verschlechterte⁴⁶?

Die Bundesregierung reagierte auf die ungünstigen Rahmenbedingungen in Frankreich nicht eben mit Taktgefühl. Gegenüber der Presse erklärte Blank am 13. 6., man werde Anfang 1953 100 000 Freiwilligenkader für die deutschen Divisionen einstellen und Ende 1954 500 000 Mann unter Waffen stehen haben⁴⁷. Schuman war entsetzt. Nicht nur, daß der designierte Bundesverteidigungsminister streng geheim zu haltende Informationen ausplauderte, er nannte auch noch völlig überhöhte Zahlen und vergaß dabei, daß der Zeitpunkt zur Aufstellung der deut-

⁴² Von Walther an AA, 221–20 Nr. 2139, 18. 6. 1952, in: BDFD I, S. 412–414, hier S. 413.

⁴³ Vgl. Latte, Europapolitik, S. 53, Anm. 50.

⁴⁴ PA, Abt. 2, Bd. 987, Blank an Adenauer, 19. 6. 1952, S1–951–03–615/52II, 19. 6. 1952, Geheim.

⁴⁵ Bariéty geht davon aus, der EVG-Vertrag habe in Frankreich von Anfang an keine Chance zur parlamentarischen Billigung besessen (Bariéty, Frankreich und das Scheitern der EVG, S. 105).

⁴⁶ Vgl. Fauvet, Naissance, S. 29f.

⁴⁷ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 404f., Tb. 17. 6. 1952; Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 115. Laut AdG hat Blank die ersten Einberufungen hingegen erst auf Anfang 1954 datiert (AdG 1952, S. 3516E)!

schen Truppen keineswegs von der Bundesrepublik autonom festgesetzt werden konnte⁴⁸. Im Außenpolitischen Ausschuß der Assemblée Nationale warnten einige Abgeordnete prompt vor einer deutschen Nationalarmee mit eigenem Kriegsminister. Der Außenminister, der sich nun von Auriols Krisenszenarien beeindruckt zeigte und sich um deutsche „campagnes revendicatrices“ sorgte⁴⁹, sah sich zu dem Versprechen gezwungen, er werde sofort intervenieren, wenn die Bundesregierung bereits vor der Ratifizierung der Verträge Maßnahmen zur Wiederbewaffnung träfe⁵⁰.

Enge Vertraute Adenauers begannen, sich bereits mit dem Gedanken des Scheiterns der EVG auseinanderzusetzen. Mitte August vertraute Blankenhorn seinem Tagebuch die Befürchtung an, „daß die französische Ratifikation auf lange, vielleicht auf immer verschoben werden wird.“⁵¹ Der Kanzler setzte daraufhin auf Verständnis und auf Überzeugungsarbeit. Als Hauptquellen für die französischen Widerstände hatte er eine „russophile Neigung“ in Teilen der classe politique, das Unbehagen über die schwindende Macht in einem integrierten Europa und den Widerwillen einflußreicher Militärs gegenüber dem Verlust der Nationalarmee ausgemacht. Nicht schimpfen und „spektakeln“, so redete er seinen Parteifreunden am 6. 9. auf der Sitzung des Bundesparteiausschusses ins Gewissen, sei das Gebot der Stunde, sondern die Überwindung des französischen Mißtrauens in zäher und geduldiger Arbeit. Vor allem aber, so mahnte er mit deutlichem Seitenhieb gegen die innerparteilichen Widersacher, müsse man mit gutem Beispiel bei der Ratifizierung der Verträge vorangehen⁵².

Nach innen hin hieß das Motto also, Fronten schließen und die parlamentarischen Hürden meistern. Nach außen, an die Adresse Frankreichs gewandt, argumentierte der Kanzler hingegen mit einem Appell an die Schicksalsgemeinschaft. Notwendig sei der Blick in die Zukunft und der Abbau der psychologischen Schwierigkeiten im beiderseitigen Verhältnis, so ließ er sich in der Wochenzeitung „Die Zeit“ Ende Juni vernehmen. „Das Zeitalter der Nationalstaaten gehört der Vergangenheit an“. „Rapallo ist tot.“ Die anstehenden Probleme und die sowjetische Gefahr verlangten zwingend die europäische Integration, die auch den militärischen Bereich nicht ausklammern dürfe. „Weil aber die europäische Einigung die deutsch-französische Verständigung voraussetzt, bedeutet jeder Schritt, der der Stärkung des Vertrauens zwischen dem deutschen und dem französischen Volke dient, zugleich einen Schritt auf dem Weg zu Europa.“⁵³

Adenauers Offensive erzielte weder dies- noch jenseits des Rheins das erhoffte Resultat. Der Bundestag hatte die Verträge nach einer Ersten Lesung im

⁴⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 198, Bl. 223, Schuman an Bonn, Tel. 3581/82, 25. 6. 1952, Très secret, Réservé. In einer Verlautbarung der offiziellen „Diplomatischen Korrespondenz“ wurde darauf hingewiesen, daß die von Blank genannten Zahlen nur für den Verteidigungsfall gelten würden (AdG 1952, S. 3530C; SHAT Vincennes, 3 U 29, François-Poncet an MAE, Tel. 5614, 26. 6. 1952).

⁴⁹ Conseil des Ministres, 3. 9. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 529; s.a. Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 117.

⁵⁰ S. Massigli, Comédie, S. 322; Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 115 f.

⁵¹ Blankenhorn, Verständnis, S. 137 f., Tb. 24. 8. 1952.

⁵² Ansprache Adenauers vor dem CDU-Bundesparteiausschuß, 6. 9. 1952, in: Adenauer, Reden, S. 275.

⁵³ Artikel dess., in: „Die Zeit“, 26. 6. 1952, auch in: Bulletin 1952, S. 795 f., hier S. 795.

Juli⁵⁴ mittlerweile an die Ausschüsse überwiesen⁵⁵. Deren Beratungen nahmen einen so schleppenden Verlauf, daß der Kanzler sich Mitte September dazu genötigt sah, im Kabinett und gegenüber den Koalitionsfraktionen auf eine Forcierung der Arbeiten zu drängen⁵⁶. Da er eine Stärkung der Gegner der Ratifizierung in der Regierungskoalition und ein negatives Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit der Verträge befürchtete, sollten die parlamentarischen Hürden Mitte Oktober vor der Erstattung des Gutachtens überwunden sein, um damit auch ein positives Signal nach Paris zu senden⁵⁷.

Der innerdeutsche Meinungsbildungsprozeß erfüllte die französische Hohe Kommission nicht mit Freude. In der Debatte über die Wiederbewaffnung war die Zahl der Kritiker seit 1950 zwar erheblich gesunken; mittlerweile nahm aber auch die der EVG-Anhänger zugunsten der Befürworter einer deutschen Nationalarmee ab. Für Bérard war dieses untrügliche Anzeichen eines „*complexe nationaliste diffus*“ Grund genug, in Paris zum Festhalten an der Europa-Armee zu mahnen⁵⁸. Die Einleitung des Ratifikationsverfahrens in der Nationalversammlung beschleunigte er damit nicht. Alphant stellte gegenüber von Kessel Mitte September zwar die Zuleitung der EVG-Unterlagen an das Parlament für Anfang Oktober in Aussicht, wollte sich aber auf einen Termin für die Hauptdebatte nicht festlegen. Seine Begründung sprach Bände: „Es habe keinen Sinn, unter Zeitdruck zu handeln, wenn man damit einer Katastrophe entgegengehe“⁵⁹. Schuman zog sich wenig später auf den Standpunkt zurück, zunächst einmal müsse ein detailliertes „*Exposé des motifs*“ ausgearbeitet und vom Kabinett gebilligt werden⁶⁰. Adenauer ließ er in diesen Tagen wissen, mit der Ratifikation sei in Frankreich nicht vor Januar/Februar 1954 zu rechnen⁶¹.

Die Eröffnung der neuen Parlamentssession am 7. 10. verstrich, ohne daß die Regierung die EVG-Dokumente vorlegte. Die außenpolitische Debatte wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Pinay und Schuman gewannen die gewünschte „Atempause“; allerdings nicht mehr, denn zu den ohnehin zahlreichen Opponenten ihrer Europapolitik gesellten sich nun noch jene, „die aus unentschlossenen Anhängern der Politik zu ihren Gegnern werden, je näher insbesondere die Möglichkeit der EVG rückt“. Mit dem abnehmenden Gefühl der äußeren Bedrohung wuchs die Gruppe derjenigen, die „Angst vor der eigenen Courage“ bekamen⁶². Parlamentarisch-politische Erwägungen traten hinzu. Teile der Gaullisten unterstützten aus innenpolitischen Motiven die Regierung Pinay, ohne aber deren Europapolitik mitzutragen⁶³. Selbst Vertreter der Koalitionsparteien stellten sich auf die Seite der „*anti-cédistes*“. Als Edouard Herriot und Edouard Daladier, füh-

⁵⁴ S. Bundestagsdebatte, 9./10. 7. 1952, in: BT, Sten. Ber., Bd. 12, S. 9788–9923.

⁵⁵ Vgl. Volkmann, Innenpolitische Dimension, S. 331 f.

⁵⁶ S. Kabinettsitzung, 19. 9. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 591; Adenauer an von Brentano, Mühlenfeld u. Schäfer, 18. 9. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 275.

⁵⁷ S. ders. an von Brentano, 22. 9. 1952, in: ebd., S. 276 f.

⁵⁸ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 69, Bl. 135 f., François-Poncet an Schuman, Nr. 2832/EU, 10. 10. 1952. Unterzeichnet wurde der Bericht von Bérard.

⁵⁹ PA, Abt. 2, Bd. 987, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 519/52, 22. 9. 1952, Geheim.

⁶⁰ Vgl. Fauvet, Naissance, S. 29 f.

⁶¹ S. Kabinettsitzung, 16. 9. 1952, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 5, S. 569.

⁶² PA, Abt. 2, Bd. 236, Bl. 77–79, Hausenstein an AA, 205 Tgb.Nr. 3782/52, 8. 10. 1952.

⁶³ Vgl. Fauvet, Naissance, S. 30; Gerbet, Construction, S. 148.

rende Köpfe des zur Koalition gehörenden Parti Radical, auf einem Parteikongreß im Oktober entschieden gegen die EVG Stellung bezogen⁶⁴, drohte gar der Bruch des Kabinetts. Die Delegierten sprachen sich dann zwar mit schwerwiegenden Vorbehalten für die Verteidigungsgemeinschaft aus, Pinay sah sich in einer stark beachteten Erklärung am 19. 10. aber außerstande, die beiden Politiker zu desavouieren. Damit wiederum verprellte er die Volksrepublikaner, deren Vorsitzender Teitgen die sofortige Vorlage des Ratifizierungsgesetzes und den Rücktritt des Kabinetts verlangte, sofern es kein Einvernehmen über die Außenpolitik erziele⁶⁵.

In der deutschen Diplomatie wurde nicht ausgeschlossen, daß Pinay, der von den Angriffen Herriots und Daladier vorab informiert worden war, darauf spekulierte, eine nach rechts erweiterte, solide Regierungsmehrheit zu gewinnen, die auf die Mitwirkung des MRP verzichten und die EVG zu Grabe tragen könne⁶⁶. „Enttäuschung“ über die schlechte Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen mag mitgeschwungen haben⁶⁷. Die meisten ausländischen Beobachter zogen aber vor dem Hintergrund der für Frankreich fundamentalen Bedeutung des amerikanischen Willens zur Fortsetzung der bisherigen Europapolitik den Schluß, der französische Regierungschef habe ein „Erpressungsmanöver“ gegenüber den USA gestartet⁶⁸. Washington hatte nämlich Anfang Oktober seine zwei Monate alte Bitte um eine Finanzhilfe in Höhe von 650 Millionen Dollar⁶⁹ in einem scharf formulierten Memorandum zurückgewiesen, woraufhin Pinay in einer aufsehenerregenden Aktion den amerikanischen Botschafter Dunn zu sich kommen ließ, die Note für inakzeptabel erklärte und sie ihm zurückgab⁷⁰. Die Presse feierte ihn als Helden, der der westlichen Weltmacht die Stirn böte⁷¹. Und Pinay fühlte sich stark genug, Dunn am 21. 10. erneut wissen zu lassen, eine Finanzhilfe in Höhe von 650 Millionen Dollar sei das beste Mittel zur Stärkung der Regierung gegenüber jenen, die meinten, Frankreich sei aufgrund der Indochinabelastung zu schwach⁷².

Nachdem die ebenfalls zur Regierung zählende „Union Démocratique et Sociale de la Résistance“, die Partei Plevens, ihre Zustimmung zur EVG am 19. 10. auf ihrem Nationalkongreß von der Bildung einer europäischen politischen Gemeinschaft abhängig gemacht⁷³, Teitgen und Bidault von Schuman am 21. 10. eine

⁶⁴ S. AdL, NL Dehler, Bd. 2216, Sonnenhol an Blücher, 24. 10. 1952, im Auszug in: BDFD III, S. 331–334; O'Neill, Radical Party, S. 59.

⁶⁵ S. AdG 1952, S. 3705A; Massigli, Comédie, S. 344; Fauvet, Naissance, S. 30; Rimbaud, Pinay, S. 236.

⁶⁶ S. PA, NL von Kessel, Ordner [1], Aufzeichnung von Kessel, 20. 10. 1952.

⁶⁷ Ebd., Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 2, Hausenstein an AA, 221–20 Tgb.Nr. 4032/52, 25. 10. 1952.

⁶⁸ Ebd., NL von Kessel, Ordner [1], Aufzeichnung von Kessel, 20. 10. 1952; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 379, Bl. 160–161, François-Poncet an MAE, Tel. 8890/94, 21. 10. 1952, Urgent.

⁶⁹ S. Pinay an US-Botschaft Paris, mitgeteilt in: Achilles an Dep. of State, Tel. 879, 9. 8. 1952, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 6, S. 1235 f.

⁷⁰ S. Acheson an Paris, Tel. 1955, 3. 10. 1952, Secret, in: ebd., S. 1248–1251; Dunn an Dep. of State, Tel. 2153, 8. 10. 1952, Secret, Priority, in: ebd., S. 1251 f.; ders. an dass. Tel. 2212, 10. 10. 1952, in: ebd., S. 1253 f.; Rimbaud, Pinay, S. 245 f.

⁷¹ S. PA, NL von Kessel, Ordner [1], Aufzeichnung von Kessel, 20. 10. 1952.

⁷² S. Dunn an Dep. of State, Tel. 2458, 21. 10. 1952, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 6, S. 1266 f. Zum Streit zwischen Pinay und Dunn, dem bereits ein Vorläufer im Juli vorausging (ebd., S. 1203–1205 u. 1220–1235), vgl. ausführlich: Bossuat, La France, Bd. 2, S. 836–842.

⁷³ Vgl. Bougeard, René Pleven, S. 256 f.; Clesse, Projet, S. 123; AdG 1952, S. 3705A.

Klärung der Situation durch das Kabinett verlangt⁷⁴ und Dunn Pinay zum Einlenken bewogen hatten⁷⁵, beschloß der Conseil des Ministres am 22. 10. die Deponierung der Gesetzentwürfe nach der Fertigstellung des Exposé des motifs, wahrscheinlich Ende November. Die Ratifikation würde dann nach einer mehrmonatigen Prüfung der Entwürfe durch die zuständigen Kommissionen zu Beginn des Frühjahrs 1953 erfolgen, wobei das Kabinett die Hoffnung aussprach, in der Zwischenzeit die Verhandlungen über die EPG und bestimmte Modifikationen des EVG-Abkommens vorangetrieben zu haben⁷⁶. Von Kessel hielt es nach diesem Votum, das er als eindeutigen Sieg Schumans auf dem „Schlachtfeld innerpolitischer Intrigen und krankhafter nationaler Empfindlichkeiten“ wertete⁷⁷, für wahrscheinlich, daß die französische Kammer den Pariser Vertrag in den ersten Monaten des kommenden Jahres billigen würde, „natürlich mit viel Geschrei und Lamentieren“⁷⁸. Andere deutsche Beobachter sahen die Lage weit weniger optimistisch. Der Pressereferent im Marshall-Plan-Ministerium, Sonnenhol, berichtete seinem Minister in diesen Tagen, in maßgebenden politischen Kreisen in Paris herrsche die Ansicht, der EVG-Vertrag finde in der Kammer zur Zeit „keine Mehrheit“⁷⁹. Allerdings durfte von Kessel sich zugute halten, daß Alphand ihn in seiner Auffassung bestärkte⁸⁰. Wußte der Leiter des Interimsausschusses der Konferenz zur Schaffung der EVG nicht, daß sich einige seiner Kollegen im Quai d’Orsay bereits Gedanken darüber machten, die französische Außenpolitik in eine „nouvelle direction“ zu treiben und die EVG aufzugeben⁸¹?

Adenauer zog vor dem Hintergrund des Fehlschlags der deutsch-französischen Saargespräche im Oktober⁸² ein Scheitern der EVG in Frankreich nun erstmals intern ins Kalkül. Den dann unausweichlichen Aufbau einer deutschen Nationalarmee betrachtete er innen- wie außenpolitisch als „ein Unglück“, da er Frankreich unterstellte, aus Mißtrauen eventuell nach Osten zu schwenken⁸³. Für den Kanzler kam es jetzt vor allem darauf an, endlich das deutsche Ratifikationsverfahren zum erfolgreichen Abschluß zu bringen⁸⁴. Denn daraus, dies erkannte auch der hellsichtige François-Poncet, konnte Bonn nur Nutzen ziehen: Trat der Pariser Vertrag tatsächlich in Kraft, lagen die Vorteile auf der Hand. Kam er wegen Frankreich nicht zustande, durfte die Bundesrepublik immerhin noch den moralischen Gewinn einstreichen und sich als guter Europäer präsentieren⁸⁵. Der Kanzler hatte allerdings zur Kenntnis zu nehmen, daß er mit seinem Standpunkt in der

⁷⁴ Vgl. Clesse, *Projet*, S. 125.

⁷⁵ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 2, Hausenstein, an AA, 221–20 Tgb.Nr. 4032/52, 25. 10. 1952.

⁷⁶ S. Conseil des Ministres, 22. 10. 1952, in: Auriol, *Journal*, Bd. 6, S. 650–653; AdG 1952, S. 3705A; Fauvet, *Naissance*, S. 30. Zu den Verhandlungen der Sechsergemeinschaft über die EPG vgl. Kap. III.2.2.

⁷⁷ PA, Abt. 2, Bd. 987, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 133/52, 25. 10. 1952, Streng vertraulich.

⁷⁸ Ebd., NL von Kessel, Ordner [1], ders. an von Nostitz, 22. 10. 1952.

⁷⁹ AdL, NL Dehler, Bd. 2216, Sonnenhol an Blücher, 24. 10. 1952, im Auszug in: BDFD III, S. 331.

⁸⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 987, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 141/52, 5. 11. 1952, Geheim.

⁸¹ AMAE, PA-AP, *Papiers Massigli*, Bd. 70, Bl. 306–310, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 21. 10. 1952 (Konzept FS).

⁸² Vgl. Kap. III.3.2.

⁸³ Lenz, *Tagebuch*, S. 449, Tb. 28. 10. 1952.

⁸⁴ S. Kabinettsitzung, 21. 10. 1952, in: *Kabinettsprotokolle*, Bd. 5, S. 629.

⁸⁵ S. AMAE, *Europe 1944–1960*, *Allemagne*, Bd. 379, Bl. 160–161, François-Poncet an MAE, Tel. 8890/94, 21. 10. 1952, Urgent.

Minderheit war. Am 18. 11. fand ein Antrag der CDU-Fraktion, die Zweite und Dritte Lesung Ende des Monats durchzuführen, nicht einmal die Zustimmung aller Koalitionsabgeordneten. Insbesondere die Liberalen erhoben Einwände gegen die nach ihrem Dafürhalten überhastete Debatte. Ein neuer Termin wurde nicht anberaumt⁸⁶. Adenauer war über diesen Denkwort der Abgeordneten so verärgert, daß er laut über die Unfähigkeit des Parlamentarismus räsionierte⁸⁷.

Der Vorgang war für den Bonner Regierungschef um so peinlicher, als auch Washington jetzt auf die Ratifizierung des EVG-Vertrages drängte. Wenngleich die Bundesrepublik und Frankreich gleichermaßen als „key countries“ für die parlamentarische Zustimmung in der Sechsergemeinschaft galten⁸⁸, war doch allen Verantwortlichen am Potomac klar, daß die Entscheidung über Wohl und Wehe der EVG an der Seine fiel. Die USA unterließen es daher, direkten Druck auf die französische Regierung auszuüben, und konzentrierten sich darauf, die Ratifikation in den anderen Staaten voranzubringen⁸⁹. Parallel dazu setzten in Washington seit Herbst wie in Bonn und London erste Planungen über Alternativen zur EVG ein. Als Plevens auf eine neue feste Zusage über eine britische Beteiligung und dauerhafte Truppenstationierung auf dem Kontinent verlangte, meinte Eden am 12. 11. gegenüber Acheson, man müsse für das Scheitern der EVG gewappnet sein⁹⁰. Im Zeichen einer mit „wachsender Eindringlichkeit“ geführten Diskussion in der französischen Presse über die Frage der deutschen Wiederaufrüstung⁹¹ begann an der Seine auch bei den EVG-Befürwortern die Skepsis über die Zukunft der Verteidigungsgemeinschaft zu nagen. Plevens verband am 25. 11. im „Figaro“ ein Plädoyer für die Europa-Armee mit dem Hinweis auf etwaige Alternativen und bezeichnete eine Abänderung des Vertrags ausdrücklich als akzeptabel⁹². Acheson, den nun ebenfalls die Angst umtrieb, daß das „Experiment Europa“ [...] mißglückt“ sei⁹³, ließ sich Anfang Dezember eine Untersuchung des Policy Planning Staff über Alternativen zur EVG vorlegen, verlangte aber von seinen Beamten auch eine Argumentationshilfe gegen die Nichtratifizierung für die bevorstehende NATO-Ratsagung in Paris⁹⁴.

Mit der Weigerung der Briten, den Forderungen nachzukommen, wollten sich die Franzosen aber nicht zufrieden geben. Nachdem Massigli ihn dazu aufgefordert hatte, noch einmal den Kontakt mit Eden zu suchen, beauftragte Schuman den Botschafter am 5. 12., an der Themse die Möglichkeit einer Kooperation zwischen der EVG und Großbritannien durch die Abordnung eines umfangreichen Kontingents zu sondieren. Da nach dem Inkrafttreten der Westverträge der Ab-

⁸⁶ S. Bundestagsdebatte, 18. 11. 1952, in: BT, Sten. Ber., Bd. 13, S. 10937f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 35f.; Wagner, FDP, S. 101f.

⁸⁷ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 357f., Kanzler-Tee, 20. 11. 1952.

⁸⁸ Draper an Dep. of State, Tel. 1246, 26. 1. 1953, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 708–710, hier S. 709.

⁸⁹ Vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 129f.

⁹⁰ S. Unterredung zwischen Acheson und Eden vom 12. 11. 1952, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 696–698.

⁹¹ PA, Abt. 3, AZ 230–07, Bd. 6, Hausenstein an AA, 601 Tgb.Nr. 4494/52, 21. 11. 1952.

⁹² S. Interview Plevens in „Le Figaro“, 25. 11. 1952; Fursdon, Community, S. 205.

⁹³ Von diesen Zweifeln berichtete Monnet Ophüls nach Gesprächen mit Acheson und anderen amerikanischen Politikern (PA, Abt. 2, Bd. 972, Aufzeichnung Ophüls, 17. 12. 1952, Geheim).

⁹⁴ S. FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 694; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 128.

zug der angelsächsischen Truppen aus Deutschland theoretisch möglich war, hielt er angesichts der parlamentarischen Situation in Frankreich außerdem die vertragliche Zusage Londons für zwingend notwendig, einen Teil seiner Truppen auf dem Kontinent zu belassen. Die britische Ablehnung der EVG-Mitgliedschaft aus Abneigung gegenüber supranationalen Gemeinschaften bedauerte er, sah aber keinen Handlungsspielraum, die Hürden abzubauen. Denn die strikte Ablehnung einer deutschen Nationalarmee zwang Frankreich dazu, ganz auf eine föderale Verteidigungsgemeinschaft zu setzen. Schuman kam es daher darauf an, eine Formel der Assoziation zu finden, die der Partizipation weitgehend entsprach⁹⁵. England konnte ein solches Versprechen aus militärischen, politischen wie finanziellen Überlegungen nicht geben, gedachte statt dessen, Frankreich zum gegebenen Zeitpunkt eine enge Assoziierung mit der EVG ins Aussicht zu stellen. London rechnete damit, daß Paris aus Furcht vor der Verantwortung für einen Zusammenbruch der supranationalen Lösung den EVG-Vertrag schließlich doch billigte. Sollte sich dies als Trugschluß erweisen, gab es für Eden nur eine Möglichkeit: Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO, die er allerdings nicht gegen Frankreich durchgesetzt sehen wollte⁹⁶.

Derweil riet man in den Reihen der französischen „anti-cédistes“ dazu, die Entscheidung in der Bundesrepublik abzuwarten. Denn wenn man vorpresche und die Verträge mißbillige, bringe man die USA gegen sich auf. Scheitere der Vertrag aber in Bonn, könne man Washington für sich gewinnen, „et nous pourrions peut-être faire autre chose“⁹⁷. Die Zweite Lesung durch den Deutschen Bundestag vom 3. bis 5. 12. schien dieser Taktik Recht zu geben. Die SPD-Opposition erhob die bekannten Einwände gegen die Verträge, ohne aber ein geschlossenes Alternativprogramm vorzulegen. Der nach dem Tode Schumachers im August zum Parteivorsitzende gekürte Ollenhauer forderte schließlich neue Verhandlungen über die Schaffung eines „kollektiven Weltsicherheitssystems zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens unter gleichberechtigter Mitwirkung aller“⁹⁸. Nach diversen Tumulten beschloß das Plenum auf Antrag der Koalition, die dritte Beratung auszusetzen und dem Ältestenrat die Entscheidung über den Termin zu überlassen⁹⁹. Einen Tag später erhoben die drei Koalitionspartner Verfassungsklage gegen die SPD-Fraktion und verbanden sie mit einer Feststellungsklage, ob der Bundestag die Westverträge auch mit einfacher Mehrheit passieren lassen dürfe¹⁰⁰. Die Hoffnung, das Bundesverfassungsgericht werde die Behandlung den für den 9./10. 12. anberaumten Beratungen über das von Heuss in Auftrag gegebene Gutachten zur Verfassungsmäßigkeit des EVG-Vertrags vorziehen und damit den Weg für eine

⁹⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 69, Bl. 216–219, Schuman an London, Tel. 19928/49, 5. 12. 1952; Massigli, Comédie, S. 347f.; Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 118.

⁹⁶ Vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 132–134.

⁹⁷ Unterredung zwischen Auriol und François-Poncet vom 5. 12. 1952, in: Auriol, Journal, Bd. 6, S. 773.

⁹⁸ Bundestagsrede Ollenhauers, 5. 12. 1952, in: BT, Sten. Ber., Bd. 14, S. 11455; s.a. Hrbek, SPD, S. 171f.; Löwke, SPD, S. 77f.

⁹⁹ S. Bundestagsdebatte, 3.–5. 12. 1952, in: BT, Sten. Ber., Bd. 14, S. 11101–11497.

¹⁰⁰ S. Feststellungsklage der Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, der FDP und DP, 6. 12. 1952, in: Kampf um den Wehrbeitrag, Ergänzungsbd., S. 1–9; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 179–182; Baring, Anfang, S. 398–407; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 36–40.

baldige Dritte Lesung freimachen, trog indes. Am 8. 12. beschlossen die Richter in Karlsruhe, zunächst das Gutachten zu erstellen und ihm bindenden Charakter für beide Senate des Gerichts zu geben¹⁰¹. Heuss zog deshalb auf Drängen der Bundesregierung sein Gesuch am 10. 12. wieder zurück¹⁰².

Zu den innenpolitischen Turbulenzen gesellten sich außenpolitische Querelen mit Frankreich. Die Resolution des Deutschen Bundestages rief in Paris eine „impression fâcheuse“ hervor¹⁰³. Sie fiel um so schärfer aus, als man nun am Kurs der Bundesregierung zu zweifeln begann, und zwar nicht nur wegen des Aussetzung der Dritten Lesung, sondern auch wegen der Eingaben des Kanzlers. Adenauer hatte nämlich am 3. 12. vor dem Hohen Haus den Entwurf einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik angemahnt. Falls die Europäische Politische Gemeinschaft auf sich warten lasse, so näherte er sich rhetorisch gewunden seinem eigentlichen Plan, wäre es vielleicht sinnvoll, daß die Regierungschefs der Sechs schon jetzt regelmäßig zusammenkämen, um ihre Politik abzustimmen¹⁰⁴. Nachdem der in einem „Figaro“-Interview wiederholte Vorschlag¹⁰⁵ an der Seine erhebliche Publizität gewonnen und die Befürchtung ausgelöst hatte, Bonn bereite wenn nicht die „völlige Schwenkung“, so doch die „Einleitung einer neuen Phase“ seiner Außenpolitik vor¹⁰⁶, reagierte Paris mit großer Schärfe. Adenauers Plan, so ließ Staatssekretär Schumann die Missionen bei den NATO-Staaten und in der Bundesrepublik wissen, drohe das gesamte europäisch-atlantische Sicherheitssystem in Frage zu stellen und EVG und NATO zu spalten. Jeder Versuch zur Definition einer gemeinsamen europäischen Politik stoße sofort auf ein Dilemma: „européaniser les irrédentismes ou demander à certains des Etats membres de renoncer à leurs revendications“. Angesichts des noch hinzugefügten Vorwurfs, er kompromittiere die Chance zur Ratifikation definitiv¹⁰⁷, sah sich Adenauer veranlaßt zu beschwichtigen. Er wolle keine dauerhafte, sondern nur eine provisorische Institution bis zum Inkrafttreten des EVG-Vertrag, meinte er gegenüber François-Poncet. Die Treffen der Regierungschefs, an denen auch England teilnehmen könne, würden die Entstehung der Politischen Gemeinschaft erleichtern. Das Urteil der Bundesverfassungsgerichts, so wechselte er dann aus gegebenem Anlaß das Thema, werde zweifellos günstig ausgehen, und der Bundestag werde die Verträge spätestens Anfang Februar passieren lassen¹⁰⁸. Der Hohe Kommissar sah den Ausgang des Karlsruher Verfahrens mit gemischten Gefühlen.

¹⁰¹ S. Erklärung Höpker-Aschoff in der Mündlichen Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts, 9. 12. 1952, in: Kampf um den Wehrbeitrag, 2. Halbbd., S. 803f.; Lenz, Tagebuch, S. 491f., Tb. 8. 12. 1952.

¹⁰² S. Mitteilung des Bundespräsidialamtes, 10. 12. 1952, in: Kampf um den Wehrbeitrag, 2. Halbbd., S. 811; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 182–186; Lenz, Tagebuch, S. 492–495, Tb. 9. 12. 1952; Baring, Anfang, S. 408–438; Möller, Theodor Heuss, S. 38–48.

¹⁰³ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 69, Bl. 236–237a, François-Poncet an MAE, Tel. 9921/30, 15. 12. 1952, Réservé, Urgent; s.a. ebd., Allemagne, Bd. 379, Bl. 270f., ders. an dass., Tel. 9933/36, 16. 12. 1952, Réservé, Urgent.

¹⁰⁴ S. Bundestagsrede Adenauers, 3. 12. 1952, in: BT, Sten. Ber., Bd. 14, S. 11140.

¹⁰⁵ S. Interview dess. mit „Le Figaro“, 15. 12. 1952.

¹⁰⁶ PA, Abt. 2, Bd. 972, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 888/52, 11. 12. 1952.

¹⁰⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 69, Bl. 233–235, Schumann an London etc., Tel. 20397/404 etc., 14. 12. 1952.

¹⁰⁸ Ebd., Bl. 236–237a, François-Poncet an MAE, Tel. 9921/30, 15. 12. 1952, Réservé, Urgent; s.a. ebd., Allemagne, Bd. 379, Bl. 270f., ders. an dass., Tel. 9933/36, 16. 12. 1952, Réservé, Urgent.

Einerseits hatte der Kanzler in dieser Affäre Entscheidungskraft, Kühnheit und Realismus gezeigt, andererseits aber das Ansehen der höchsten juristischen Gewalt in der Bundesrepublik beschädigt. „Les conséquences en seront fâcheuses. Elles réveilleront dans l'opinion les vieux ferments de l'antiparlementarisme.“¹⁰⁹

Mochte der Kanzler dem Karlsruher Urteil auch optimistisch entgegensehen, so war er sich über das Votum des Bonner Parlaments keineswegs so sicher, wie er dem Hohen Kommissar gegenüber vorgab. Die bröckelnde Mehrheit ließ ihn vielmehr am 20. 12. Schützenhilfe bei den Amerikanern suchen und darum bitten, den Vertragsgegnern klarzumachen, daß bei Neuverhandlungen keine günstigere Lösung für die Deutschen erzielt werden könne¹¹⁰. Zugleich unternahm er einen neuen Anlauf, ihnen die Bedeutung einer „unmittelbare[n] Aufnahme Deutschlands in die NATO“ für die gegenwärtig schwierige Situation seiner Regierung vor Augen zu führen¹¹¹.

Beide Regierungen, sowohl in Bonn als auch in Paris, suchten mithin wieder einmal den amerikanischen Patron auf ihre Seite zu ziehen. Zu einer gemeinsamen Politik, die die vorhandenen Schwierigkeiten bereinigt oder doch zumindest ein Stück weit abgetragen hätte, waren sie offenbar nicht fähig. Dies zeigte in aller Deutlichkeit der Versuch von Eckardts und Billottes Mitte Dezember, Pinay und Adenauer an einen Tisch zu bringen. Auf Anregung des zu den gaullistischen Dissidenten gehörenden Generals war der Bundespressekchef mit Einwilligung des Kanzlers nach Paris gefahren und hatte dort von dem Wunsch Pinays nach einer Zusammenkunft mit Adenauer erfahren. Eine Ratifizierung des EVG-Vertrags, so wollte der Président du Conseil dem Bundeskanzler vor Augen führen, sei nur möglich, wenn Frankreich das Recht zugestanden werde, im Notfall über seine europäischen Truppenkontingente verfügen zu können. Außerdem forderte er ein Zusatzabkommen, das die supranationalen Institutionen erst im Laufe von fünf Jahren in Kraft treten lassen sollte. Pinay ging allem Anschein nach davon aus, daß die Sozialisten nicht für die Ratifizierung gewonnen werden könnten und er daher auf die Gaullisten setzen müsse¹¹². Sein Ziel war es offenbar, durch deutsche Konzessionen seine Stellung zu festigen und die Spaltung der Gaullisten herbeizuführen, um eine möglichst große Anzahl von Abtrünnigen zu sich herüberzuziehen¹¹³. Was von Eckardt als einen „geschickten“ Plan betrachtete¹¹⁴, sah Hallstein als eine „Falle“¹¹⁵, und auch Adenauer selbst paßte das Vorhaben zunächst überhaupt nicht. Auf Zuspruch von Eckardt und von Lenz ließ er sich dann aber dazu bewegen, doch nach Paris zu reisen. Hallstein und Blankenhorn verlangten aber von französischer Seite die Zusicherung, Schuman an der Besprechung teilnehmen zu lassen. Dies brachte indes Parodi und auch Alphan auf den Plan, so daß die ganze Fahrt abgesagt wurde, obwohl schon ein Sonderzug für Adenauer in Bad

¹⁰⁹ Ders. an Schuman, Nr. 4217/CM, 31. 12. 1952, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 2, S. 866.

¹¹⁰ Vgl. Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 134 f.

¹¹¹ Lenz, *Tagebuch*, S. 507, Tb. 17. 12. 1952; s.a. ebd., S. 504, Tb. 15. 12. 1952.

¹¹² Vgl. von Eckardt, *Leben*, S. 296–298; Lenz, *Tagebuch*, S. 504 f., Tb. 15. 12. 1952; Sonnenhol, *Untergang*, S. 177 f.

¹¹³ S. PA, Abt. 2, Bd. 988, Hausenstein an AA, 205–00geh Tgb.Nr. 1/53, 9. 1. 1953, Streng geheim.

¹¹⁴ Von Eckardt, *Leben*, S. 297.

¹¹⁵ Lenz, *Tagebuch*, S. 505, Tb. 15. 12. 1952.

Godesberg bereitgestellt worden war¹¹⁶. Die Episode geriet bald in Vergessenheit, und sie erscheint auch nur aus zweierlei Gründen von Bedeutung: Sie zeigt eine erstaunliche, von den Einflüsterungen seiner Ratgeber abhängige Wankelmütigkeit des Kanzlers und seine Bereitschaft, vom Weg einer buchstabengetreuen Vertragspolitik abzuweichen. Entsprechende Anregungen aus dem Kabinett zur Veränderung des Vertragswerks wies er denn auch nicht rundweg ab. Seine Sondierungen bei den Hohen Kommissaren hatten aber ergeben, daß die Bundesrepublik nach dem Inkrafttreten der EVG bessere Aussichten auf Ergänzungen und Änderungen hätte¹¹⁷.

Ein Treffen der beiden Regierungschef wäre indes wohl ohne Folgen geblieben. Pinay wirkte nicht gerade wie ein begabter Taktierer, der das wankende Regierungsschiff zwischen Scylla und Charybdis durchsteuern konnte¹¹⁸. Wie von Hausenstein bereits Anfang November prognostiziert, stürzte sein Kabinett wenige Tage später über die ungeklärte Budgetfrage. Ein Teil der Parlamentarier neigte ganz offen dazu, die Regierung nicht bei der Ratifizierungs-, sondern in der Haushaltsdebatte stolpern zu lassen, um einem neuen Kabinett und einem neuen Außenminister in der Verteidigungspolitik „freie Hand“ zu geben¹¹⁹. Das EVG-Problem wirkte als Kristallisationspunkt der Unzufriedenheit. Denn das MRP, in dem die ganz überwiegende Mehrheit die Verteidigungsgemeinschaft, wenn auch mit unterschiedlichem Grad an Begeisterung, befürwortete¹²⁰, warf dem Regierungschef vor, den Vertrag nicht ratifiziert zu haben. Radikale, Kommunisten und Gaullisten verübelten ihm hingegen, ihn überhaupt unterschrieben zu haben¹²¹.

„Organische Weiterentwicklung“ des EVG-Vertrags durch Zusatzprotokolle?

Am 6. 1. 1953 ernannte die Assemblée Nationale den Radikalsozialisten René Mayer zum neuen Regierungschef. Die Opposition der Linken gegen seine Kandidatur¹²² zwang ihn dazu, bei den Rechten um eine Mehrheit zu buhlen – mit Erfolg: Ungeachtet innerparteilicher Widerstände stimmten die Gaullisten erstmals der Investitur eines Kabinetts zu¹²³. Welchen Kurs würde der neue Ministerrat in der EVG-Frage nun steuern? Frankreich, so umschrieb es Paul Frank in einer kritischen Bestandsaufnahme der politischen Lage in Paris, litt immer noch an den traumatischen Folgen des Zweiten Weltkriegs. Die „*Illusion*“, zu den Siegern zu zählen, war nicht stark genug, um den „kollektiven Minderwertigkeitskomplex“ zu überwinden. Das „Beharrungsvermögen im politischen Denken“ kollidierte mit der Notwendigkeit, sich in der zweigeteilten Nachkriegswelt für eine Seite zu entscheiden. In diesem Sinne wurde auch die EVG nicht als Beginn einer neuen europäischen Entwicklung, sondern als Kompromißformel zwischen altherge-

¹¹⁶ S. von Eckardt, *Leben*, S. 297 f.; Lenz, *Tagebuch*, S. 504–506, Tb. 15. u. 17. 12. 1952; zu dieser Episode vgl. auch: Köhler, *Adenauer*, S. 825 f.; Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2, S. 58 f.

¹¹⁷ S. Adenauer an Blücher, 3. 1. 1953, in: Adenauer, *Briefe 1951–1953*, S. 314.

¹¹⁸ Vgl. PA, Abt. 2, Bd. 988, Hausenstein an AA, 205–00geh Tgb.Nr. 1/53, 9. 1. 1953, Streng geheim.

¹¹⁹ Ebd., Bd. 236, Bl. 97–100, ders. an dass., 205–00 Tgb. Nr. 4228, S. 11. 1952.

¹²⁰ Vgl. Irving, *Christian Democracy*, S. 174 f.

¹²¹ Vgl. Rimbaud, *Pinay*, S. 255.

¹²² Vgl. O'Neill, *Radical Party*, S. 59.

¹²³ Vgl. Kap. III.1.3.

brachten Vorstellungen und den Erfordernissen der veränderten Weltlage gesehen. Die Bemühungen der Führung zielten darauf ab, so Frank, die EVG zu einer Organisation umzuwandeln, „die alle politischen Rezepte der Vergangenheit (Rückendeckung durch Assoziierung Englands), alle gegenwärtigen Befürchtungen (Furcht vor einem starken Deutschland und Furcht vor dem Einfluß der USA) und alle Möglichkeiten für die Zukunft (friedliches Arrangement mit Rußland) widerspiegelt und offenhält“¹²⁴.

Je weniger die Verbündeten diese Politik unterstützten, desto stärker wurde der Ruf nach einer Kursänderung. Zwei Wege standen Frankreich im Selbstverständnis der Regierung offen, und die Wahl konnte kaum noch lange hinausgezögert werden. Der erste hielt an der EVG fest und erlaubte es der Nation nach Meinung der „Europäer“ in Paris, die Führung bei der Integration Europas zu übernehmen, ohne ihren Rang unter den Großen zu verlieren. In der Union Française, in Europa und der freien Welt würde Frankreich als wichtiger Faktor agieren. Britische und amerikanische Truppen blieben in Europa stationiert, um den Frieden zu sichern und die Verteidigung des Kontinents mit zu gewährleisten. Deutschland würde integriert und verlöre den Charakter eines „*élément de troubles susceptible d'entraîner les guerres*“. Die Tür für ernsthafte Verhandlungen zwischen Ost und West bliebe offen. Der zweite Weg hingegen zielte auf die Verwerfung des Vertrags und führte damit aus Sicht der „*cédistes*“ in die Katastrophe. Denn die USA und in ihrem Geleit auch Großbritannien zögen ihre Truppen aus Europa ab. Eine gravierende Krise des Westens sei ebenso unvermeidlich wie die Beziehungen zu Deutschland, der Sowjetunion und den Kolonien fraglich¹²⁵. Für die auf die nationale Autonomie setzenden Kräfte waren diese Schlußfolgerungen selbstverständlich völlig falsch, und sie bliesen nun zum Angriff.

Wenngleich die französische Diplomatie die Verbündeten natürlich von der Kontinuität der Außenpolitik Pinays zu überzeugen trachtete¹²⁶, war gleichwohl klar, daß Mayers Wille, nach zwei erfolglosen Anläufen endlich ins Zentrum der Macht vorzustößen¹²⁷, und die Absicht der Gaullisten, die EVG zu Fall zu bringen, nur dann in Einklang gebracht werden konnten, wenn der Regierungschef de Gaulle entgegenkam. Schon die Investiturrede des neuen Regierungschefs mußte aufhorchen lassen. Nach Absprache mit Chaban-Delmas, einem der Wortführer der Gaullisten¹²⁸, sagte Mayer den Abgeordneten zu, auf eine engere Mitwirkung Großbritanniens hinzuwirken und Zusatzprotokolle auszuhandeln¹²⁹, um die Einheit der französischen Armee zu wahren und die Sicherheit der Kolonien zu gewährleisten. Frankreich müsse das unbeschränkte Recht zugestanden werden, seine Truppen nach Übersee abziehen und seinen Offiziers- und Unteroffiziersnachwuchs in nationaler Verantwortung auszubilden¹³⁰.

¹²⁴ PA, BStS, Bd. 267, Aufzeichnung Frank, 17. 2. 1953, Streng vertraulich.

¹²⁵ AN, 457 AP 34, Papiers Bidault, „Note d'Information“, 4. 1. 1953.

¹²⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 11–14, François-Poncet an MAE, Tel. 117/26, 9. 1. 1953, Réservé, Urgent; Lenz, Tagebuch, S. 515, Tb. 6. 1. 1953.

¹²⁷ S. PA, Abt. 2, Bd. 988, Hausenstein an AA, 205–00geh Tgb.Nr. 1/53, 9. 1. 1953, Streng geheim.

¹²⁸ S. Debré, Mémoires, Bd. 2, S. 210; Chastenot/Chastenot, Chaban, S. 171.

¹²⁹ S. Investiturrede Mayers in der Assemblée Nationale, 6. 1. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Bd. 1, S. 4.

¹³⁰ Vgl. Massigli, Comédie, S. 351; Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 119.

Vor diesem Hintergrund war es gewiß mehr als nur ein symbolischer Akt, vielmehr ein großer Erfolg der „anti-cédistes“, Schuman aus seinem Sessel im Außenministerium herauskatapultiert und durch Bidault ersetzt zu haben, der nicht gerade im Verdacht stand, ein glühender Anhänger der EVG zu sein¹³¹. Die Deutsche Vertretung in Paris sah den scheidenden Außenminister als „Opfer“ eines „Komplots“ zwischen dem neuen Chef im Quai d'Orsay und den Gaullisten¹³². Nicht nur die Rechte freute sich ungeniert über die gute Nachricht¹³³. Auch Auriol frohlockte, warf er Schuman doch völlig zu Unrecht vor, stets gekuscht zu haben, „pour faire plaisir à la fois aux Américains et à son ami Adenauer“¹³⁴. Aus der Sicht Hausensteins ging mit ihm vielleicht der einzige französische Politiker von Rang, der sich auf seine persönliche Unantastbarkeit und Integrität berufen konnte und „gläubig an einer außenpolitischen Konzeption“ hing, „während alle anderen bereit sind, die meisten ihrer Konzeptionen für einen Ministerposten über Bord zu werfen“¹³⁵. Anzeichen von Unaufrichtigkeit bei Schuman führte er nicht auf dessen Charakter, sondern die Tiefen der französischen Innenpolitik zurück. Gleichwohl, trotz aller Lauterkeit, Geschicklichkeit und Zähigkeit schien Schuman ihm eine „Persönlichkeit von begrenzter staatsmännischer Bedeutung“, weil er „immer bereit sein dürfte, objektiven Schwierigkeiten mehr nachzugeben, als es für eine Natur mit überlegenem politischem Willen unvermeidlich sein würde“¹³⁶.

Dem neuen Minister brachte der Generalkonsul „ein beträchtliches Maß des Mißtrauens“ entgegen, das sich aus dessen politischen Überzeugungen, aber auch aus der Persönlichkeit ergab¹³⁷. Der Kanzler vermißte bei Bidault die moralische Fundamentierung der Außenpolitik und die ethischen Überzeugungen, wie er sie bei Schuman kennengelernt und geschätzt hatte¹³⁸. Dabei schien es im Kanzleramt geradezu lebenswichtig, daß Bidault in den Quai d'Orsay und nicht in den Matignon einzog, hatte er doch bei einem gescheiterten Investiturversuch den Gaullisten offenbar Konzessionen versprochen, die ein „Ende der Verträge“ bedeutet hätten. Mayer hingegen galt unter deutschen Diplomaten als Politiker, der die Abkommen als solche zu „retten“ und „nur durch Zusatzprotokolle zu modifizieren“ trachtete¹³⁹. Hausenstein billigte der neuen Regierung indes „nur kurze Lebensdauer“ zu, da sie seiner Ansicht nach kaum dazu in der Lage und bereit sei, den Frankreich befallenen „Marasmus“ und die „Lethargie“ zu beseitigen¹⁴⁰. Wollte der Westen Mayer halten, so lautete sein Rat, müsse er sich zu den „ein-

¹³¹ Vgl. Demory, Georges Bidault, S. 313 f.; Soutou, Georges Bidault, S. 299 f.

¹³² PA, Abt. 2, Bd. 988, Hausenstein an AA, 205–00geh Tgb.Nr. 1/53, 9. 1. 1953, Streng geheim.

¹³³ S. Debré, Mémoires, Bd. 2, S. 210.

¹³⁴ Auriol, Journal, Bd. 7, S. 71, Tb. 2. 3. 1953.

¹³⁵ PA, Abt. 2, Bd. 236, Bl. 77–79, Hausenstein an AA, 205 Tgb.Nr. 3782/52, 8. 10. 1952.

¹³⁶ Ebd., Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 5, ders. an Hallstein, Aufzeichnung, Persönlich, Geheim, zugestellt am 15. 7. 1953.

¹³⁷ Ebd., NL Hausenstein, Bd. 5, Bl. 36–39, ders. an Adenauer, 12. 1. 1953. Hausenstein hielt Bidault für unzuverlässig, weil seine Gesundheit durch Alkohol und Morphium beschädigt sei (ebd., Abt. 2, Bd. 988, ders. an AA, 205–00geh Tgb.Nr. 1/53, 9. 1. 1953, Streng geheim).

¹³⁸ S. Ansprache Adenauers im CDU-Bundesvorstand, 11. 3. 1953, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, S. 421.

¹³⁹ PA, BStS, Bd. 267, Hausenstein an AA, Tel. 7, 7. 1. 1953, Citissime.

¹⁴⁰ Ebd., NL Hausenstein, Bd. 5, Bl. 36–39, ders. an Adenauer, 12. 1. 1953.

schränkenden oder ausdehnenden“ Zusatzprotokollen bequemen. Dann besäße Mayer eine Handhabe, von den Amerikanern eine größere Hilfe für Indochina zu verlangen, und die USA gewännen dadurch ein „stärkeres Druckmittel“ gegen Frankreich¹⁴¹.

Die Bundesregierung lehnte die von Frankreich aufgestellten Forderungen denn auch keineswegs ab. Am Morgen nach der Investiturrede Mayers pflichtete Adenauer einer „organische[n] Weiterentwicklung“ des EVG-Vertrags in einem Rundfunkinterview ausdrücklich bei. Es gehe nicht um Revisionismus, versicherte er seinen Zuhörern blauäugig, sondern darum, die Texte zu erläutern und zu präzisieren¹⁴². Auch gegenüber François-Poncet zeigte er Verständnis für die französischen Wünsche, die eigene Armee nicht in zwei Teile aufspalten zu wollen. Diplomatisch verbrämt, ließ er aber auch seine Sorge durchblicken, daß der Rücktritt Schumans und die Abhängigkeit der Regierung vom RPF einen Wechsel in der außenpolitischen Orientierung Frankreichs bewirken könne. „A Washington“, so kaschierte er sein Unbehagen, „on est très mécontent“¹⁴³.

Gewiß traf er damit die Stimmung am Potomac. Aber die USA waren nicht nur über Frankreich beunruhigt, sondern auch mit den Äußerungen des deutschen Regierungschefs zur EVG unzufrieden. Driftete er etwa in das Lager der Vertragsgegner ab? Keineswegs, so versicherte Adenauer umgehend in Washington. Vielleicht aber seien Verhandlungen über interpretierende und ergänzende Protokolle geeignet, die Ratifizierung zu „erleichtern“¹⁴⁴. Absichtlich habe er die Anregungen Mayers nicht abgelehnt, um die „französische Empfindlichkeit“ zu besänftigen. Natürlich halte er an den „Prinzipien“ der EVG weiterhin fest¹⁴⁵. Nur an den Prinzipien, aber nicht notwendigerweise am Text?!

Die doppeldeutigen und zu mehrfacher Auslegung fähigen Wortmeldungen aus der Bundeshauptstadt paßten der neuen amerikanischen Administration mit Präsident Eisenhower und Außenminister John Foster Dulles an der Spitze ganz und gar nicht. Beide waren zutiefst von der Notwendigkeit des supranationalen Zusammenschlusses Europas zur Stärkung der westlichen Welt überzeugt. Denn mit ihm konnten die nationalen Gegensätze zwischen den europäischen Staaten, vor allem zwischen Deutschen und Franzosen überwunden und ein starkes Bollwerk gegen den östlichen Totalitarismus aufgebaut werden¹⁴⁶. Von McCloy über die Mitteilung Adenauers informiert, reagierte Dulles „in schärfster Form“. Auch Eisenhower zeigte sich geradezu bestürzt über die Haltung des Kanzlers. Frankreich, so lautete der eindringliche Rat des amerikanischen Außenministers, könne nur dann zum Einlenken bewogen werden, wenn im übrigen Europa eine „gemeinsame Front“ bestehe. Drohend fügte er hinzu, daß die feste Haltung Deutschlands die einzige Hoffnung zur Verbesserung einer prekären Lage sei,

¹⁴¹ Ebd. Abt. 2, Bd. 988, ders. an AA, 205–00geh Tgb.Nr. 1/53, 9. 1. 1953, Streng geheim.

¹⁴² Rede Adenauers im Bayerischen Rundfunk, 7. 1. 1953, in: Bulletin 1953, S. 34; s.a. Wettig, Entmilitarisierung, S. 532.

¹⁴³ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 11–14, François-Poncet an MAE, Tel. 117/26, 9. 1. 1953, Réservé, Urgent.

¹⁴⁴ PA, Abt. 2, Bd. 1411, Bl. 144, Blankenhorn an Washington, Tel. 7, 9. 1. 1953, Citissime, Verschlüsselt.

¹⁴⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 18a, Bl. 50, Tb. 9. 1. 1953.

¹⁴⁶ Zur Haltung von Dulles gegenüber der EVG vgl. Felken, Dulles, S. 136–162 u. 222–244.

„deren Wirkungen [die] künftige Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Europa ernsthaft beeinflussen könnten“¹⁴⁷. Um den Deutschen und den Westeuropäern klarzumachen, wie ernst es die USA meinten, wiederholte der Außenminister diesen ersten Hinweis auf die Möglichkeit eines „agonizing reappraisal“ am 27. 1. auch öffentlich. Gäbe es keine Aussicht auf einen Zusammenschluß Europas, erklärte er in seiner ersten großen Rede zur Weltlage, und gingen Bonn und Paris ihre eigenen Wege, „so würde es sicherlich notwendig werden, die amerikanische Außenpolitik gegenüber Westeuropa neu zu überdenken“¹⁴⁸.

Der Kanzler war erschüttert. Der Auftakt der Beziehungen zur Regierung am Potomac hätte kaum schlechter ausfallen können. Ohnehin stand Adenauer Dulles eher skeptisch gegenüber¹⁴⁹. Sofort setzte er noch einmal seinen Wunschkandidaten für das State Department John McCloy als Briefträger ein, um den „völlig falsch[en]“ Eindruck auszuräumen. „Nirgendwo in Deutschland“, hielt er McCloy am 10. 1. vor, seien seine Worte als Abgehen von der bisherigen Politik verstanden worden. „Bundesregierung, Mehrheit des Bundestages und ich persönlich halten absolut fest an Vertragswerk einschließlich EVG.“ Sinn seiner Rundfunkausführungen sei doch nur gewesen, den Anhängern der EVG im französischen Kabinett „Hilfestellung“ zu geben und den Gegnern keine Angriffsmöglichkeit zu bieten¹⁵⁰. Die Verantwortung für die ganze Situation, so erklärte er anlässlich der Eröffnungsveranstaltung des Deutschen Presseclubs am 12. 1. mit ziemlich weit hergeholten Schuldzuweisungen, trage ohnehin die Sozialdemokratie. Denn mit ihrer Agitation gegen die Verträge habe sie in Frankreich das Gefühl hervorgerufen, doch noch Änderungen durchsetzen zu können¹⁵¹.

Adenauers Beschwichtigungen konnten kaum überzeugen. Selbst in Regierungskreisen zeigte man sich verstört über seine öffentlichen Erklärungen. Blank hielt es für „ausgeschlossen“, auf die französischen Vorstellungen einzugehen, ohne deutsche Gegenansprüche durchzusetzen¹⁵². War es tatsächlich möglich, so hörte François-Poncet in den Gängen des Bundestages und las in der regierungsnahen Presse, den Pariser Forderungen zu genügen, ohne eigene Interessen aufzugeben¹⁵³? Adenauer antwortete darauf öffentlich mit Ja. „Gewisse Dinge“ könnten sehr wohl geändert werden, doch dürften die Ratifikationen dadurch nicht verzögert werden. Denn das „Schicksal Europas [hat] niemals so auf des Messers Schneide gestanden wie in diesen Wochen“¹⁵⁴. Den grundsätzlichen Unterschied

¹⁴⁷ Zitiert nach: BA, NL Blankenhorn, Bd. 18a, Bl. 56, Tb. 10. 1. 1953.

¹⁴⁸ Rede von Dulles, 27. 1. 1953, in: EA 1953, S. 5528–5532, hier S. 5531.

¹⁴⁹ Vgl. Felken, Dulles, S. 145–150; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 51f.

¹⁵⁰ Zitiert nach: BA, NL Blankenhorn, Bd. 18a, Bl. 56, Tb. 10. 1. 1953; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 60.

¹⁵¹ S. Ansprache Adenauers zur Eröffnung des Deutschen Presseclubs, 12. 1. 1953, in: Bulletin 1953, S. 66.

¹⁵² PA, Abt. 2, Bd. 980, Aktennotiz Kielmanseggs II/I/1–951–03–104/53, 21. 1. 1953, Geheim; s.a. Dunn an Dep. of State, Tel. 3993, 16. 1. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 704f.

¹⁵³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 31–33, François-Poncet an MAE, Tel. 139/46, 10. 1. 1953.

¹⁵⁴ Ansprache Adenauers zur Eröffnung des Deutschen Presseclubs, 12. 1. 1953, in: Bulletin 1953, S. 66. Heusinger beurteilte die militärische Lage recht ungünstig und gab dem Westen nur etwa 2–3 Jahre, um die Schwäche der eigenen Verteidigung zu beseitigen (PA, NL von Kessel, Ordner [1], „Beurteilung der militärischen Lage“, 20. 2. 1953, Streng vertraulich, unterzeichnet von Heusinger).

zur Auffassung Frankreichs sah der Kanzler in der Reihenfolge der zu unternehmenden Schritte. Mayer wolle die Änderungen des Vertragswerkes vor der parlamentarischen Behandlung durchsetzen, er hingegen erst danach, meinte er im Journalistengespräch¹⁵⁵. So könne er nicht nur die USA besänftigen, sondern auch die ohnehin reichlichen Probleme im Deutschen Bundestag begrenzen, replizierte man im Hotel Dreesen. Die Taktik des Kanzlers schien klar: Wenn es denn zum Scheitern der EVG kommen sollte, durfte um Himmels willen nicht die Bundesrepublik dafür zur Rechenschaft gezogen werden¹⁵⁶. Diese Grundmaxime hielt die Bundesregierung denn auch ungeachtet der öffentlichen Äußerungen des Kanzlers noch davon ab, offiziell auf die französischen Forderungen einzugehen. Zwar signalisierte Hallstein in einer Besprechung mit Blank eine Präferenz für Verhandlungen, sofern das Ergebnis nicht als Voraussetzung für die Ratifikation gemacht würde. Grundsätzlich aber wollte Bonn „keinen Schritt“ machen ohne vorherige Konsultationen mit den Amerikanern¹⁵⁷.

Ob Mayer die Gegner des Vertrags mit seiner Konzessionsbereitschaft auf seine Seite ziehen konnte, war keineswegs sicher. De Gaulle jedenfalls ließ in einem Interview am 8. 1. keinen Zweifel an seiner Präferenz für die nationale Armee im Rahmen einer konföderalen Gemeinschaft der Sechs¹⁵⁸. Auf diesem Weg wollte der Regierungschef ihm aber nicht folgen. Wenige Tage später beschloß der Conseil des Ministres, die Verträge nach der Billigung des Exposé des motifs im Büro der Assemblée Nationale zu deponieren. Parallel zur Prüfung durch die Parlamentskommissionen wollte der Ministerrat mit den Partnern über die Zusatzprotokolle verhandeln, die ein interministerielles Comité umgehend ausarbeiten sollte¹⁵⁹. Vor der angloamerikanischen Presse betonte der Président du Conseil zur Genugtuung Bonner Regierungskreise am 14. 1., die Ratifizierung der Verträge sei nach der Präzisierung einiger Artikel unabänderlich¹⁶⁰. Schon fühlten sich deutsche Diplomaten bemüßigt, eine „günstige Prognose“ für den Verlauf der parlamentarischen Debatten abzugeben, sofern Mayer die nächsten Monate im Amt bliebe¹⁶¹. Angesichts des „ausgesprochenen Zweckoptimismus“ der Franzosen hielten sie es aus taktischen Erwägungen für verfehlt, nach außen hin zu negativ aufzutreten, um nicht den Schwarzen Peter zugespielt zu bekommen. Freilich blieben Vorsicht und Zurückhaltung auch fürderhin geboten, da nicht genau bekannt war, „was die Franzosen im Schilde führen“¹⁶².

Am 16. 1. traf sich die französische Regierungsspitze mit den Botschaftern der wichtigsten Missionen, um das Vorgehen in der EVG-Frage abzustimmen. Bezeichnend für den Willen, auf die Außenpolitik Einfluß zu nehmen¹⁶³, nahm auch

¹⁵⁵ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 392 u. 394 f., Unterredung, 14. 1. 1953.

¹⁵⁶ Vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 63–64, Bérard an MAE, Tel. 225/53, 15. 1. 1953, Urgent; Wettig, Entmilitarisierung, S. 533.

¹⁵⁷ PA, Abt. 2, Bd. 980, Aktennotiz Kielmanseggs II/I/1–951–03–104/53, 21. 1. 1953, Geheim.

¹⁵⁸ S. Interview de Gaulles mit der Nachrichtenagentur „Reuter“, 8. 1. 1953, in: von Siegler, Europäische politische Einigung, S. 61; AdG 1953, S. 3815E.

¹⁵⁹ S. Conseil des Ministres, 14. 1. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 15; AdG 1953, S. 3823B.

¹⁶⁰ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 3, von Walther an AA, Tel. 21, 14. 1. 1953; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 63–64, Bérard an MAE, Tel. 225/53, 15. 1. 1953, Urgent.

¹⁶¹ PA, Abt. 2, Bd. 980, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 1/53, 16. 1. 1953, Streng vertraulich.

¹⁶² Ebd., NL von Kessel, Ordner [1], ders. an Kielmansegg, Tgb.Nr. 12/53, 25. 1. 1953, Vertraulich.

¹⁶³ S. ebd., Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 3, Hausenstein an AA, Tel. 22, 14. 1. 1953, Citissime.

Mayer daran teil. François-Poncet berichtete von der Absicht Adenauer, die Ratifizierung der West-Verträge im Bundestag zu beschleunigen, um auf die amerikanische Regierung Eindruck zu machen. Der Kanzler sei zur Aufnahme von Gesprächen über Zusatzprotokolle bereit, sofern sie nicht vor der parlamentarischen Billigung der Abkommen erfolgten. Prinzipiell zöge er den Protokollen einen Briefwechsel zwischen Bonn und Paris nach der Ratifizierung vor. Bidault hielt ein solches Verfahren für problematisch, da der Pariser Vertrag seines Erachtens zwar in seiner Substanz intakt zu bleiben hatte, aber nicht ohne Abänderungen ratifiziert werden konnte und die notwendigen Modifikationen von den Parlamentskommissionen akzeptiert werden mußten. Botschafter Bonnet unterstrich den amerikanischen Wunsch nach einer raschen Verwirklichung der EVG, betonte aber zugleich, daß die USA als Alternative offenbar an die Einbeziehung einer deutschen Nationalarmee in den Atlantikpakt dächten. Die Briten, so führte Massigli aus, seien geneigt, eine technische Zusammenarbeit mit der EVG einzugehen und im politischen Bereich die Modalitäten einer Assoziierung zu planen. Auf seine Frage, welche Konsequenzen das Inkrafttreten der EVG für die deutschen Ansprüche auf die Ostgebiete hätte und ob Adenauer sich dann gezwungen fühlen könnte, gegenüber dem Westen die Frage der Ostgebiete aufzuwerfen, unterstrich François-Poncet, daß der Kanzler die Veränderung der Ostgrenzen ausschließlich auf friedlichem Wege anstrebe. Außerdem stand die Frage seiner Meinung nach bis auf weiteres nicht auf der Agenda der Weltpolitik. „Il existe une sorte de convention tacite, par laquelle on fait le silence à cet égard.“ Als der Hohe Kommissar auf den im Ausland so empfundenen Widerspruch zwischen der von der Regierung betonten Kontinuität der Außenpolitik und der dezidierten Ablehnung dieser Politik durch eine die Regierung unterstützende Partei verwies, meinte der Président du Conseil, er habe den Führern des RPF klargemacht, daß die Bewahrung der französischen Nationalarmee unweigerlich die Aufstellung nationaler westdeutscher Streitkräfte zur Folge hätte, „le temps étant passé où la République fédérale serait disposée à signer un traité discriminatoire la privant seule d’une armée nationale“. Für Mayer blieb die EVG die einzig akzeptable Lösung zur Verteidigung des Westens. Zusatzprotokolle waren notwendig, aber sie durften Form und Geist des Vertrags nicht tiefgreifend ändern¹⁶⁴.

In diesem Sinne versuchte der Matignon die Tragweite der Dokumente in den folgenden Tagen herunterzuspielen. Es gehe lediglich um einige Erklärungen über die Einheit der französischen Armee; die aber „keine Abänderung der Verträge“ darstellten, meinte Bérard gegenüber Otto Lenz. Mayer fühle sich „stark genug“ um die Ratifizierung gegen die Gaullisten durchzusetzen¹⁶⁵. Optimistisch äußerte sich auch Alphand. Der „Karren [sei] aus dem Dreck“. Die Zusatzprotokolle würden „weder dem Geist noch dem Buchstaben des EVG-Vertrages widersprechen“. Frankreich komme es darauf an, die Offiziere des EVG-Kontingents und der Überseetruppen ungehindert austauschen zu können. Die in Artikel 13 des

¹⁶⁴ AMAE, PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 70, Bl. 367–414, Unterredung im Quai d’Orsay, 16. 1. 1953, Très secret; s.a. Massigli, Comédie, S. 352–354; Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 119f.; ders., René Mayer, S. 86.

¹⁶⁵ ACDP, NL Lenz, I-172–58/1, Lenz an Adenauer, 19. 1. 1953; s.a. Lenz, Tagebuch, S. 531, Tb. 19. 1. 1953.

EVG-Vertrags umschriebene Genehmigung zum Abzug von Truppen im Falle schwerer Krisen wünsche man großzügig gehandhabt zu sehen. Hinsichtlich des Stimmengewichts zwischen Deutschland und Frankreich sollten die Übergangsvorschriften in eine Dauerregelung umgewandelt werden. Weitere Protokolle mußten über das Statut der französischen Truppen in Deutschland, über die Verteilung der amerikanischen Hilfe und das Verhältnis Englands zur EVG abgeschlossen werden. Vehement verwahrte sich der Diplomat gegen Pressionen aus Washington, denn die könnten der Sache „nur schaden“¹⁶⁶.

Die beabsichtigte Änderung des Artikels 13 und die Definition des Status der französischen Truppen in Deutschland bereiteten den deutschen Diplomaten erhebliches Kopfzerbrechen. Ansonsten schien ein annehmbarer Kompromiß „ohne allzu große Schwierigkeiten“ erreichbar, wobei man allerdings – nicht zu Unrecht – die Sorge hegte, daß Frankreich weitere Forderungen aufzischen könnte¹⁶⁷. Das Auswärtige Amt mochte bezüglich des Status der französischen Truppen höchstens eine Verzögerung des Termins hinnehmen, an dem für sie das Vorrecht der Besatzungsmacht und die Kostenerstattung entfielen. Als „nicht gerechtfertigt“ betrachtete das Amt den Wunsch nach einem Zusatzprotokoll über die Stimmwägung. Im übrigen äußerten die Beamten „keine besonderen Einwendungen“¹⁶⁸. Als Bidault dann durch einen Vertrauten persönlich und schriftlich in Bonn das Festhalten an der bisherigen Europapolitik zusicherte und die Billigung der EVG für Ende Mai avisierte¹⁶⁹, verkündete Adenauer hoffnungsfroh die Botschaft, Frankreich werde „im Frühjahr“ ratifizieren¹⁷⁰. Daß der Weg dorthin indes noch äußerst beschwerlich werden würde, machte ihm François-Poncet am 26. 1. eindringlich klar, als er das Schreiben Bidaults überbrachte, aber Adenauers Wunsch nach einer Veröffentlichung unter Hinweis auf die Widerspenstigkeit der Gaullisten ablehnte¹⁷¹. Statt dessen beließ es der Kanzler dann am selben Tag vor dem Bundespartei Vorstand seiner Partei bei dem Hinweis, „es unterliegt keinem Zweifel, daß die französische Nationalversammlung noch im Laufe dieses Frühjahres die Verträge ratifizieren wird und daß die französische Nationalversammlung keine Änderungen der Verträge vorgesetzt bekommt, abgesehen von Zusatzprotokollen, die nicht besonders genehmigt zu werden brauchen“¹⁷².

Die letzten Meldungen boten zweifellos Anlaß zur Zuversicht, aber doch kaum zum Übermut. Adenauers zur Schau gestellter Optimismus erklärt sich aus der nahenden Dritten Lesung der Vertragswerke im Bundestag und dem bevorstehenden Wahlkampf. Als „Kernstück der ganzen Europäischen Gemeinschaft“, so

¹⁶⁶ PA, Abt. 2, Bd. 980, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 39/53, 15. 1. 1953; s.a. Dunn an Dep. of State, Tel. 3975, 15. 1. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 702–704.

¹⁶⁷ PA, Abt. 2, Bd. 980, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 1/53, 16. 1. 1953, Streng vertraulich; s.a. ebd., NL von Kessel, Ordner [1], ders. an von Etzdorf, 19. 1. 1953, Persönlich und Vertraulich.

¹⁶⁸ Ebd., Abt. 2, Bd. 972, von Hassell an Hallstein, Aufzeichnung 232-00 II 274/53, 3. 2. 1953, Rein-konzept.

¹⁶⁹ S. ebd., BStS, Bd. 267, Bidault an Adenauer, 22. 1. 1952 (Übersetzung); ACDP, NL Lenz, I-172–58/1, Lenz an dens., 22. 1. 1953; Lenz, Tagebuch, S. 536, Tb. 22. 1. 1953.

¹⁷⁰ Ebd., S. 539, Tb. 26. 1. 1953.

¹⁷¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 1416, Bl. 289–292, Unterredung zwischen Adenauer und François-Poncet vom 26. 1. 1953, MB 223/53, Geheim; s.a. Rede Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 26. 1. 1953, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1950–1953, S. 408.

¹⁷² Ebd., S. 293.

hämmerte er seinen Parteifreunden in einer innen- wie außenpolitisch ausgerichteten Ansprache am 26. 1. ein, solle der EVG-Vertrag Deutschland die Freiheit und Europa die Einheit bringen. Frankreich fände nun doch auf den rechten Weg zurück. Die Sozialdemokraten gerieten damit in eine „hoffnungslose Isolierung“. Natürlich müßten die Reihen der Christdemokraten geschlossen werden; denn es stünde zu viel auf dem Spiel in diesem „Jahr der Entscheidung“¹⁷³. Nicht alle Parteifreunde ließen sich von dieser Zuversicht anstecken. Kaiser erfüllte die Lage in Frankreich eher mit „Besorgnis“, und Adenauers Taktiererei mit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts hielt er für einen „Kardinalfehler“, da sich die Bundesregierung der Chance beraubt hätte, nach der gut verlaufenen Zweiten Lesung die entscheidende Debatte direkt anzuschließen¹⁷⁴.

Tatsächlich geriet Mayers Kurs zwischen EVG-Anhängern und -Gegnern nun unter erheblichen Druck. Enge Berater des Président du Conseil bezeichneten die Chance für ein günstiges Votum der französischen Abgeordneten mittlerweile als gering. Denn die inzwischen vorliegenden Entwürfe der Zusatzprotokolle boten kaum Hoffnung auf eine breite Zustimmung. Das Protokoll über die Einheit der französischen Armee war zum Beispiel von Militärs redigiert, die offenbar nur an den eigenen Sold und die eigene Karriere dachten, ohne auf die Stimmung der Parlamentarier zu achten. Die anderen Texte schienen ebenfalls kaum geeignet, die Widerstände zu beseitigen. Auch die übrigen französischen „*préalables*“, die Regelung der Saarfrage, die Errichtung einer Politischen Gemeinschaft oder die Assoziation zwischen der EVG und Großbritannien besaßen nach Auffassung von Burin des Rozières, dem *conseiller technique au cabinet du Président du conseil*, kaum Aussicht auf Verwirklichung. Wenn überhaupt, so war die Ratifikation seines Erachtens erst in einigen Monaten erreichbar. Eine solche Verzögerung konnte sich Frankreich aber nicht leisten, denn die USA drohten mit der Rückkehr zu den alten Plänen des Pentagon und der Aufstellung einer nationalen deutschen Armee. Damit stünde dann auch der Generalvertrag zur Disposition. Einen Ausweg sah Burin des Rozières nur in der Konzentration der internationalen Verhandlungen auf die konsensfähigen Punkte: Aufbau einer deutschen Verteidigungsstreitkraft ohne eigene Rüstungsindustrie und Einbindung in ein europäisches System; vollständige Partizipation Großbritanniens unter Aufgabe des Prinzips der Integration der Truppen¹⁷⁵.

Am 28. 1. genehmigte der Conseil des Ministres den Motivenbericht zum Ratifikationsgesetz für den Bonner und den Pariser Vertrag¹⁷⁶ und setzte damit ein untrügliches Zeichen, wie ernst es ihm mit der Ratifizierung war. Deutsche Beobachter beurteilten die Aussichten nun erneut als „günstig“ und meinten, daß die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage und die Abhängigkeit von den USA es Frankreich nicht erlaubten, das Steuer in der Europapolitik herumzureißen. Außerdem trieb der Ehrgeiz den „energischen Verfechter des Europagedankens“

¹⁷³ Ebd., S. 290 u. 288.

¹⁷⁴ Erklärung Kaisers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 26. 1. 1953, in: ebd., S. 318.

¹⁷⁵ AN, 363 AP 23, Papiers Mayer, Burin des Rozières an Mayer, Aufzeichnung, 26. 1. 1953; zu den Verhandlungen über die Saarfrage bzw. die EPG vgl. Kap. III.3.3 u. III.2.2.

¹⁷⁶ S. Conseil des Ministres, 28. 1. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 31 f.; „Exposé des motifs“, 28. 1. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Annexe Nr. 5404; vgl. AdG 1953, S. 3843A.

Mayer zum Erfolg, und die Gaullisten hatten ihre Forderungen ein wenig zurückgeschraubt¹⁷⁷. Keinen Anlaß zum Jubel bot indes kurz darauf die Ernennung der Berichterstatter für die Verträge durch die Außenpolitische und die Verteidigungs-Kommission der Assemblée Nationale. Denn mit Jules Moch und Pierre Koenig wählten die Abgeordneten ausgesprochene Gegner der EVG¹⁷⁸. Als Marschall Juin kurz darauf von Verteidigungsminister Pleven wesentliche Ergänzungen zu den Zusatzprotokolle verlangte¹⁷⁹, hütete sich die Regierung aus Sorge vor einem Abdriften des Marschalls auf die Seite der EVG-Gegner zwar davor, dessen Vorstellungen unbeachtet zur Seite zu schieben. Sie sah aber in den zusätzlichen Empfehlungen keine Handhabe, den Bedenken der Gaullisten entgegenzutreten¹⁸⁰.

„Nouvelle direction“ in der französischen EVG-Politik?

Die Verabschiedung des Motivenberichtes und die Weigerung der Regierung, stärker auf die Vorbehalte gegen den EVG-Vertrag einzugehen, veranlaßte einflußreiche Gegner der EVG im Quai d'Orsay Ende Januar zu einem Vorstoß, den Kurs der Regierung entschieden zu drehen. Am 29. 1. wandte sich der Chef der Generaldirektion Politik de La Tournelle an den Kabinettsdirektor von Bidault, Falaize, und legte ihm zur Weiterleitung an den Minister eine Aufzeichnung vor, die er gemeinsam mit den Leitern der Juristischen Dienste, der Abteilung Europa, der Presseabteilung und des „Service du Pactes“, Gros, Seydoux, de Leusse und Boegner, verfaßt hatte¹⁸¹. Von den „Ratten im Quai d'Orsay“, wie Adenauer die Gegner der EVG verächtlich nannte¹⁸², fehlte also lediglich Parodi. Mit der Behauptung, die Verteidigungsgemeinschaft ermögliche „une restauration de la Wehrmacht“ und untergrabe Frankreichs Rolle als „puissance militaire mondiale indépendante“, forderten die höchsten Beamten des Quai d'Orsay von ihrer Regierung die Wiederaufnahme internationaler Verhandlungen zum Zwecke einer britischen EVG-Mitgliedschaft, die prinzipielle Verhinderung eines deutschen NATO-Beitritts und die grundsätzliche Kehrtwende in der Verteidigungspolitik: „c'est dans le *cadre atlantique* et non dans le cadre européen qu'il faut bâtir si nous voulons conserver notre place dans l'alliance et maintenir nos positions dans le monde“. Die Verfasser mochten den EVG-Vertrag aber noch nicht fallenlassen, da sie die evidenten Konsequenzen – deutscher NATO-Beitritt und gravierende Krise in den französisch-amerikanischen Beziehungen – nicht tragen wollten. Zunächst sollte es vielmehr darum gehen, mit Großbritannien eine Partizipation in der EVG auszuhandeln, die natürlich das Kernelement, die supranationale Integration beseitigen würde. Wenn die französische Regierung diesen Weg nicht ein-

¹⁷⁷ PA, BStS, Bd. 267, Aufzeichnung Hausenstein, 29. 1. 1953.

¹⁷⁸ S. ebd., Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 3, ders. an AA, 221–20 Tgb.Nr. 714/53, 4. 2. 1953; Moch, Histoire, S. 303.

¹⁷⁹ S. AN, 363 AP 23, Papiers Mayer, Juin an Pleven, Nr. 72/C, 30. 1. 1953, Secret; vgl. Juin, Mémoires, Bd. 2, S. 260f.

¹⁸⁰ S. AN, 457 AP 34, Papiers Bidault, Aufzeichnung für den Präsidenten, 4. 2. 1953, wahrscheinlich von Burin des Rozières an Mayer.

¹⁸¹ S. ebd., de La Tournelle an Falaize, 29. 1. 1953.

¹⁸² Zitiert nach: Felken, Dulles, S. 141.

schlagen wolle, müsse zumindest versucht werden, den Pariser Vertrag aufzuschieben, um die gefährlichsten Bestimmungen neu zu fixieren¹⁸³.

Einigen Kollegen in der Unterabteilung Zentraleuropa ging dieses Konzept nicht einmal weit genug. Sie verlangten die Ersetzung der EVG durch eine „Union Européenne de Défense“ in der Form einer integrierten Koalition mit Einschluß Großbritanniens, wobei der Bundesrepublik der Zutritt zur NATO, nationale Truppen, ein eigener Generalstab und ein Verteidigungsministerium zugewilligt werden sollten. Voraussetzung war die Unantastbarkeit der vertraglichen Vereinbarungen und vor allem eine umfangreiche Abstimmung mit den Angelsachsen¹⁸⁴. Auch aus dem „Service des Pactes“ drangen nun Stimmen, die das EVG-Abkommen mit dem Ziel zu transformieren beabsichtigten, die nationale Verantwortung der Armeen zu bewahren, die Wiedererrichtung einer Wehrmacht zu verhindern, eine parallele Weiterentwicklung der europäischen und der atlantischen Gemeinschaft voranzutreiben und den Atlantikpakt endlich aus dem Zustand des „marasme et [de] l'inefficacité“ herauszureißen¹⁸⁵.

Andere Beamte des Quai d'Orsay betrachteten das Vertragswerk hingegen als ein „système dualiste“, das Frankreich seinen Platz in Europa sicherte und trotzdem nicht jener Prärogativen beraubte, die es als Bündnispartner Großbritanniens und der USA im Falle etwaiger deutschen Bedrohungen und auch gegenüber der Sowjetunion ausüben konnte. Als einzige Macht, die sowohl der Standing Group der NATO als auch der EVG angehörte, war sie in ihren Augen sogar aufgerufen, die „liaison“ zwischen dem Europa der Sechs und der NATO zu bilden. Die Zusatzprotokolle sicherten darüber hinaus Frankreichs Handlungsfreiheit in Übersee und ermöglichten es ihm, seine „position mondiale“ zu konsolidieren¹⁸⁶. Zu den entschiedensten Verteidigern der EVG im Außenministerium gehörte neben Jean Laloy namentlich Hervé Alphand. Vehement wehrte er sich gegen die Unterstellungen seiner Kollegen und ihre Bemühungen, die Regierung für sich einzunehmen. In einer ausführlichen Stellungnahme zu dem Papier der Amtsspitze betonte er dezidiert, daß es mit der EVG keine homogenen deutschen Armeekorps, keinen deutschen Verteidigungsminister im strikten Wortsinn und keinen deutschen Generalstab geben werde. Erstmals in der Geschichte könne Deutschland seine Truppen nicht autonom für die Umsetzung der eigenen Interessen einsetzen. Als falsch bezeichnete er auch die Behauptungen über die Zerstörung der Union française. Frankreichs Platz unter den Großen Vier sei nicht bedroht. Um diesen Rang zu behalten, müsse es aber seine „structure militaire archaïque“ ebenso transformieren wie das System der Kartelle und der Protektion, das seine Wirtschaft kennzeichne: „Tel est un des objets essentiels de la politique européenne du Gouvernement.“ Indem Frankreich sich europäisch engagierte und dennoch Weltmacht bleibe, könne es seine besondere Stellung unter den atlantischen Staaten bewahren. Die von seinen Kollegen skizzierten Alternativen waren für Alphand

¹⁸³ Aufzeichnung des MAE, 28. 1. 1953, in: BDFD I, S. 414–420, hier S. 415, 418 u. 420; s.a. Dalloz, Georges Bidault, S. 311 f.; Hitchcock, France, S. 176–178; Soutou, Georges Bidault, S. 298.

¹⁸⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 115–120, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 31. 1. 1953 (Konzept CA).

¹⁸⁵ AN, 457 AP 34, Papiers Bidault, Aufzeichnung des „Service des Pactes“ im MAE, 9. 2. 1953.

¹⁸⁶ Ebd., Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, o.D. (Konzept JL).

ohne Wert. Großbritannien sei zur Partizipation nicht bereit, und sämtliche französischen Vorschläge zur Verbesserung des Atlantikpakts im Sinne einer Integration seien bisher auf taube Ohren gestoßen¹⁸⁷.

„Pas de solution alternative“, so lautete denn auch seine Empfehlung an den Regierungschef¹⁸⁸, der Anfang Februar den neuen amerikanischen Außenminister empfing. Dulles galt als Freund Monnets und der EVG ebenso positiv gegenüberstehend wie der europäischen Integration¹⁸⁹. Für Mayer kam es daher darauf an, ihn von seinem guten Willen zu überzeugen und vor allem umfangreiche Finanzhilfen mit dem Ziel zu erhalten, die Fortführung des Indochina-Krieges und die Beteiligung am atlantischen Bündnis zu gewährleisten. In diesem Sinne unterstrich er die Notwendigkeit zur Verabschiedung der Zusatzprotokolle, zur Assoziierung Großbritanniens mit der EVG, zur Regelung der Saarfrage und zur gerechteren Lastenverteilung in Indochina. Ohne feste Zusagen abzugeben, ließ Dulles keinen Zweifel daran zu, welch großen Wert er auf das Zustandekommen der EVG legte¹⁹⁰.

Nach den „außerordentlich hart“ geführten Gesprächen¹⁹¹ fuhr der amerikanische Außenminister nach Bonn. Trotz aller Frankophilie¹⁹² und anfänglichen Skepsis gegenüber der Entwicklung in Westdeutschland war er sich sehr wohl bewußt, zur Umsetzung seiner Europapolitik auf die Bundesrepublik bauen zu müssen. Denn von England erwartete er in dieser Hinsicht nichts, und von Eden trennte ihn eine „tiefsitzende Abneigung“¹⁹³. Die Visite mußte eine Entscheidung über die Zusatzprotokolle bringen. Erste Sondierungen deutscher Diplomaten bei ihren amerikanischen Kollegen ließen eine gewisse Bereitschaft der USA erkennen, auf die französischen Wünsche einzugehen¹⁹⁴. Ohne sich zu weit vorwagen zu wollen, hatte Adenauer Bidault daraufhin mit aller Vorsicht Ende Januar mitgeteilt, er werde die Zusatzprotokolle „mit Sorgfalt prüfen“, zugleich aber darauf bestanden, sie müßten mit „Geist und Inhalt“ des EVG-Vertrags übereinstimmen¹⁹⁵. Dies entsprach mittlerweile auch der Linie von Dulles, der nach der Verärgerung über Adenauers Konzessionsbereitschaft Mitte Januar sich inzwischen

¹⁸⁷ Ebd., Alphan d'Alban an Bidault, Aufzeichnung, 10. 2. 1953, Secret.

¹⁸⁸ Ebd., 363 AP 22, Papiers Mayer, ders. an Mayer, Aufzeichnung, 31. 1. 1953; s.a. Hitchcock, France, S. 178 f.

¹⁸⁹ S. Massigli, Comédie, S. 348–350; zur Einflußnahme Monnets auf die neue amerikanische Regierung vgl. Schröder, Jean Monnet, S. 286–300; zum Zusammenspiel zwischen Monnet und State Department in der Frage der europäischen Integration vgl. ausführlich Bossuat, Jean Monnet.

¹⁹⁰ S. AN, 363 AP 22, Papiers Mayer, Unterredung zwischen Dulles und Bidault vom 2. 2. 1953, Secret; ebd., Unterredung zwischen dens. und Mayer vom 2. 2. 1953, Secret; ebd., Unterredung zwischen dens. und Bidault vom 2. 2. 1953; Mayer an Eisenhower, 3. 2. 1953 (Übersetzung), in: FRUS 1952–1954, Bd. 6, S. 1296 f.; Dunn an Dep. of State, Tel. 4303, 3. 2. 1953, Secret, Priority, in: ebd., Bd. 5, S. 1557–1560; Holmes an dass., Tel. 4294, 4. 2. 1953, Secret, in: ebd., S. 1560 f.; Bossuat, La France, Bd. 2, S. 844–846; Poidevin, René Mayer, S. 87 f.

¹⁹¹ PA, Abt. 2, Bd. 988, Hausenstein an AA, Tel. 47, 3. 2. 1953, Geheim; zur rudimentären Informierung der deutschen Mission durch den Quai d'Orsay s.a. ebd., ders. an dass., Tel. 48, 3. 2. 1953, Geheim, Citissime.

¹⁹² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 18b, Bl. 172, Tb. 29. 3. 1953.

¹⁹³ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 56.

¹⁹⁴ S. PA, NL von Kessel, Ordner [1], von Kessel an AA, Tgb.Nr. 8/53, 19. 1. 1953, Streng vertraulich; ebd., Abt. 2, Bd. 980, Unterredung zwischen Ophüls und Tomlinson vom 25. 1. 1953, 232–00/E II 187/53, 26. 1. 1953, Geheim.

¹⁹⁵ Adenauer an Bidault, 29. 1. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 333.

zu einer flexibleren Haltung durchgerungen hatte. Solange „minor modifications“ des Abkommens keine Neuverhandlungen durch den amerikanischen Senat erforderlich machten oder gravierende Eingriffe in die Streitkräftestruktur der NATO zur Folge hatten, wollte er den französischen Änderungswünschen mit Verständnis entgegenreten und sie als europäische Angelegenheit betrachten¹⁹⁶.

Angesichts der überragenden Bedeutung des Verhältnisses zu den USA versuchte der Kanzler den Antrittsbesuch des neuen Außenministers natürlich dazu zu nutzen, sich in ein günstiges Licht zu setzen. Zum Entsetzen seiner Umgebung¹⁹⁷ sicherte er die Ratifikation der Verträge ohne größere Probleme spätestens für Anfang März zu. Gleichzeitig streute er Mißtrauen gegenüber den französischen Forderungen. Denn die Zusatzprotokolle könnten zu Neuverhandlungen führen und damit weitere Verzögerungen heraufbeschwören. Dulles zeigte sich über den deutschen Zeitplan hoch erfreut, zumal er Frankreich und die übrigen Mitgliedstaaten unter Druck setzte¹⁹⁸. Das Nichtzustandekommen des westeuropäischen Pfeilers im transatlantischen Verhältnis, entnahm Adenauer seinen Worten, eröffne „sehr trübe Aussichten für die Europäer“, denn dann läge die Frage der „peripheren Verteidigung“ wieder auf dem Tisch¹⁹⁹. Von Alternativplanungen zur EVG wie der deutschen Nationalarmee oder den vagen Ideen der Sozialdemokraten von einem europäischen Sicherheitssystem hielt der Secretary of State hingegen gar nichts. Über die Zusatzprotokolle äußerte er sich auffällig zugeknöpft, versicherte aber, Frankreich wolle die Vertragstexte nicht abändern²⁰⁰. Dulles sagte zu, sich für die Aufnahme Bonns in die NATO nach der Unterzeichnung der Verträge einzusetzen. Adenauer gab sich damit zufrieden, da er einen sofortigen Beitritt aufgrund der Widerstände in Frankreich für unerreichbar hielt²⁰¹.

Für seine Haltung gegenüber der EVG scheint die Begegnung mit Dulles erhebliche Fernwirkungen entwickelt zu haben. Dessen bedingungsloses Festhalten an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ließ den Kanzler offenbar bis zum August 1954 jegliche Alternativen als inopportun verwerfen, und zwar nicht im Sinne eines „naiven Integrations-Idealismus“, sondern einer „bedingungslose[n] Anerkennung der amerikanischen Führung“²⁰². Damit engte er seine Handlungsspielräume gewiß stark ein.

An der Seine verursachte die Visite des amerikanischen Außenministers am Rhein große Beunruhigung. Die herzliche Note ließ die Sorge aufkommen, Washington könne sich fortan stärker auf Bonn stützen²⁰³. Angebliche Äußerungen von Dulles zur deutschen Wiedervereinigung und zur Oder-Neiße-Frage schürten die alte Furcht, von der Bundesrepublik in einen Krieg gegen die Sowjet-

¹⁹⁶ Dulles an Paris, Tel. 4028, 24. 1. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 706–708, hier S. 707; s.a. Felken, Dulles, S. 160f.

¹⁹⁷ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 18a, Bl. 146, Tb. 10. 2. 1953; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 61.

¹⁹⁸ S. Dulles an Dep. of State, Tel. 1045, 6. 2. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1569f.

¹⁹⁹ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 409, Tee-Empfang, 22. 2. 1953.

²⁰⁰ S. Dulles an Dep. of State, Tel. 1045, 6. 2. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1570f.

²⁰¹ S. Lenz, Tagebuch, S. 554, Tb. 6. 2. 1953.

²⁰² Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 61.

²⁰³ S. Lenz, Tagebuch, S. 556, Tb. 11. 2. 1953.

union hineingezogen zu werden²⁰⁴. Besorgt um eine unliebsame Beeinflussung der französischen EVG-Debatte, instruierte das Auswärtige Amt die Auslandsmissionen, dieser Interpretation der deutschen Außenpolitik scharf entgegenzutreten²⁰⁵.

Eine Woche nach der Billigung durch das Kabinett²⁰⁶ legte Alphand am 11. 2. dem in Paris tagenden Interimsausschuß der Konferenz zur Schaffung der EVG die mittlerweile nicht unwesentlich angewachsenen Entwürfe für die Zusatzprotokolle zum Vertragstext vor. Dabei handelte es sich um: ein Abkommen über die Austauschbarkeit des französischen Militärpersonals zwischen der Überseetruppe und den EVG-Kontingenten; eine Vereinbarung über die Anwendung der Artikel 10 (Rekrutierung und Unterhalt nationaler Streitkräfte) und 31 (Verleihung von Dienstgraden und Dienststellungen); ein Protokoll über die Stimmwägung im Ministerrat (Artikel 43); ein Protokoll zu Artikel 75 (Mobilmachung); ein Protokoll über die Einrichtung der Schulen; ein Protokoll zu Artikel 107 (Rüstungswirtschaft); ein Protokoll über Artikel 13 (Entscheidung durch SHAPE über den Abzug von EVG-Streitkräften). Darüber hinaus gab er den Wunsch seiner Regierung nach einem Abkommen über das Statut und Finanzregelung für die in Deutschland stationierten nichtdeutschen Truppen und einer Durchführungskontrolle zu Artikel 99 (Außenhilfe) zu erkennen. Grundsätzlich betonte der französische Diplomat die Verträglichkeit der Dokumente mit Geist und Buchstaben des Vertrages und begründete sie mit der Notwendigkeit, „durch Beantwortung gewisser Fragestellungen seine Ratifizierung zu erleichtern“²⁰⁷.

Einen Tag später bemühte sich Mayer auf dem französisch-englischen Gipfel in London um umfangreiche Garantiezusagen der britischen Regierung. Mit den vagen Versprechungen über technische Maßnahmen und eine Zusammenarbeit der Luftstreitkräfte, wie sie London Ende Januar in einem Memorandum zusammengefaßt hatte²⁰⁸, wollte Paris sich nicht zufriedengeben. Regierungschef Mayer ließ sich auch nicht von einer Intervention Monnets beirren, der den Zeitpunkt für derartige Forderungen für verfehlt hielt, weil seine Erfahrungen mit der EGKS ihn gelehrt hatten, daß die Briten erst auf den bereits fahrenden Zug aufsprangen; folglich, so lautete sein unerhörter Rat an den *Président du Conseil*, könne Frankreich von England erst nach dem Inkrafttreten der EVG eine Assoziation erwarten²⁰⁹. Überzeugender als die Meinung des Präsidenten der Hohen Behörde war für Mayer offenbar die Position Auriols, der immer wieder verlangte, England mit ins Boot zu nehmen, um sich vor der Übermacht der „puissances revendicatrices“

²⁰⁴ S. PA, Abt. 2, Bd. 209, Bl. 37, Hausenstein an AA, 211–00 Tgb.Nr. I.44/53, 11. 2. 1953.

²⁰⁵ S. ebd., Bl. 46–47, Blankenhorn an alle diplomatischen und berufskonsularischen Auslandsvertretungen, 202–03 II 2495/53, 10. 3. 1953.

²⁰⁶ S. Conseil des Ministres, 5. 2. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 54.

²⁰⁷ PA, Abt. 2, Bd. 1063, Sitzung des Lenkungsausschusses vom 11. 2. 1953, CD/CR/11, 18. 2. 1953, Geheim; s.a. ebd., Bd. 980, Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag, 11. 2. 1953, *Très secret*; in deutscher Übersetzung ebd.; in englischer Übersetzung in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 722–726; eine paraphrasierende Zusammenfassung in: AdG 1953, S. 3881A; s.a. Dunn an Dep. of State, Tel. 4503, 12. 2. 1953, *Secret, Priority*, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 719–721; ders. an dass., Tel. 4504, 12. 2. 1953, *Secret, Priority*, in: ebd., S. 721 f.; Wettig, Entmilitarisierung, S. 536–538.

²⁰⁸ S. Massigli, *Comédie*, S. 358 f.

²⁰⁹ S. Monnet an Mayer, 10. 2. 1953, in: Roussel, Jean Monnet, S. 656 f.

Deutschland und Italien in der EVG zu schützen²¹⁰. Um den Briten die Zusage zu erleichtern, erkannten die Franzosen ihnen erhebliche Rechte als Gegenleistung für umfangreiche englische Pflichten zu. Ziel war nicht die Assoziation, sondern die Partizipation Englands an der EVG, solange seine Truppen in der jetzigen Stärke auf dem Kontinent stationiert blieben. Die Inselmacht sollte in den Organen der Gemeinschaft vertreten sein, ohne sie der supranationalen Autorität zu unterwerfen²¹¹. „L'infanterie de Napoléon et celle de Blücher“, so führte Bidault Eden vor Augen, „vont s'unir dans un pool de fantassins, et l'infanterie de Wellington du haut de la Belle Alliance attend de voir ce que cela donnera“²¹².

Dabei herrschte in der französischen Delegation in London durchaus Uneinigkeit über die eigene Taktik. Außenminister Bidault wollte zwar die Frage der Beziehungen zwischen der EVG und Großbritannien klären, hatte aber vor allem Frankreichs Platz unter den Großen Dreien im Kopf und dachte – gewissermaßen im Vorgriff auf de Gaulles Triumviratsgedanken – an eine Art Direktorium zur Stärkung der Atlantischen Gemeinschaft²¹³. Implizit bedeutete dies, den EVG-Vertrag zumindest für den Moment „dans l'Armoire“ zu halten²¹⁴. Wie Regierungschef Mayer dem mitgereisten Wirtschaftsminister Buron versicherte, wollte er diese „règle d'or“ zwar nicht völlig verwerfen. Ihm kam es aber vor allem auf zweierlei an: das Verhältnis der Briten zur Verteidigungsgemeinschaft so festzustellen, daß er in Paris Ergebnisse vorzeigen konnte, „qui justifie un temps de maturation plus long que tout d'abord prévu“; und den USA den Eindruck zu vermitteln, als ob man die Position der Regierung stärke²¹⁵. Beide Absichten schlugen indes fehl. Eden ließ sich auf keine formellen Zugeständnisse ein. Und Dulles zeigte sich äußerst ungehalten darüber, daß Mayer und Bidault Alphan in letzter Minute gezwungen hatten, einen mit der amerikanischen Botschaft in Paris abgestimmten Entwurf zum Artikel 13 zurückzuziehen und eine von Washington zuvor verworfene Fassung vorzulegen²¹⁶. Seines Erachtens kam es jetzt darauf an, die BENELUX-Staaten und Italien zur baldigen Ratifizierung des EVG-Vertrags zu bewegen, um dann die Verantwortung auf Paris und Bonn zu schieben²¹⁷.

Dort, am Rhein, fiel die erste Reaktion auf die französischen Zusatzprotokolle „vernichtend“ aus²¹⁸. Gegenüber den amerikanischen Vertretern bewertete die Bundesregierung die Texte als radikalen Wandel des Vertrags, der den europäischen Charakter zerstöre und die Bundesrepublik diskriminiere. Sie befürchtete negative Auswirkungen auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes

²¹⁰ Unterredung zwischen Auriol und Moch vom 24. 2. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 62; s.a. Unterredung zwischen dens. und Teitgen vom 26. 2. 1953, in: ebd., S. 67f.

²¹¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 192–193, Parodi an Washington etc., Tel. 1919/24 etc., 17. 2. 1953, Réservé, Priorité; Dunn an Dep. of State, Tel. 4595, 16. 2. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 730–732; Massigli, Comédie, S. 360.

²¹² AN, 363 AP 22, Papiers Mayer, Unterredung zwischen Bidault und Eden vom 12. 2. 1953, Secret; s.a. Poidevin, René Mayer, S. 91.

²¹³ S. Massigli, Comédie, S. 359f. Zum Plan de Gaulles vom September 1958 s. Kap. V.3.1.

²¹⁴ Buron, Dernières années, S. 19, Tb. 13. 2. 1953.

²¹⁵ Zitiert nach: ebd.; zu den Dissonanzen in der französischen Delegation s.a. Massigli, Comédie, S. 361.

²¹⁶ S. Dunn an Dep. of State, Tel. 4508, 12. 2. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 726–728.

²¹⁷ S. Dulles an Paris, Tel. 4397, 13. 2. 1953, Secret, in: ebd., S. 728f.

²¹⁸ PA, Abt. 2, Bd. 980, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 49/53, 17. 2. 1953, Geheim.

und die Dritte Lesung des Vertragswerkes im Bundestag²¹⁹. In den Gängen des Parlaments, aber auch in regierungsnahen Zeitungen wurde Frankreich vorgeworfen, seine eigene Armee nicht zuletzt für die kolonialen Verpflichtungen behalten zu wollen, während die deutschen Truppen unter das Kommissariat der EVG gestellt werden sollten²²⁰.

Diese negativen Urteile weichen nicht unerheblich von internen Bewertungen im Auswärtigen Amt ab, und es drängt sich der Eindruck auf, als ob Bonn vor dem Hintergrund einer von der Presse, den Sozialdemokraten und den Liberalen initiierten „campagne violente“²²¹ ihre Ablehnung besonders scharf markierte, um Freiraum für etwaige Gegenforderungen zu schaffen. Nicht zu Unrecht wies François-Poncet Adenauer gegenüber darauf hin, daß die Protokolle in ihrer Substanz zumindest im Amt Blank bekannt gewesen seien²²². Ophüls faßte seinen ersten Eindruck denn auch mit den Worten zusammen, die Dokumente gingen „nicht über dasjenige hinaus, was wir erwartet hatten“. Größere Bedenken ergaben sich für ihn lediglich aus dem Abkommen über den Austausch des Militärpersonals und dem Protokoll über den Abzug von Streitkräften bei einer kolonialen Krise. In Palais Schaumburg und Amt Blank wollte man dieser Einschätzung nicht folgen. Was Ophüls für „harmlos“ und „berechtigt“²²³ hielt, gab Adenauer zu so „ernsten Besorgnissen Anlaß“, daß er dem neuen amerikanischen Botschafter Conant ein Aide-Mémoire überreichen ließ und McCloy bei Dulles und Eisenhower um „geeignete Schritte“ ersuchte²²⁴. Tenor der Kritik, die Paris gegenüber auffallend einsilbig mitgeteilt wurde²²⁵, war, die Texte bedeuteten „Änderungen des Vertrages“, zielten in wesentlichen Punkten auf die „Ersetzung europäischer Lösungen durch nationale Lösungen“ und enthielten „diskriminierende Elemente“ zuungunsten Deutschlands. Das Abkommen über Artikel 13 lege das Entscheidungsrecht über den Abzug französischer Truppen allein in die Hände der Pariser Regierung; jenes über die Austauschbarkeit des französischen Militärpersonals laufe auf die Formierung eines „einheitlichen Blocks“ französischer Truppen in der EVG und damit auf die Zerstörung ihres europäischen Charakters hinaus. Andere Protokolle seien „vertragsändernd“, die Beschränkung der einheitlichen Personalverwaltung von nationalen und europäischen Kontingenten und die Freigabe der Rüstungsproduktion für nationale Zwecke auf Staaten mit überseeischen Pflichten bedeuteten eine eindeutige Benachteiligung der Bundesrepublik²²⁶.

²¹⁹ S. Conant an Dep. of State, Tel. 3832, 15. 2. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 729f.

²²⁰ S. „Die Welt“, 14. 2. 1952, im Auszug auch in: BDFD III, S. 334–336; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 161, François-Poncet an MAE, Tel. 830/31, 13. 2. 1953.

²²¹ Ebd., Bl. 186, ders. an dass., Tel. 879, 17. 2. 1953; s.a. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 427, Tb. Januar–März 1953.

²²² S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 197–198, François-Poncet an MAE, Tel. 885/89, 18. 2. 1953, Urgent.

²²³ PA, Abt. 2, Bd. 980, Aufzeichnung Ophüls, 12. 2. 1953.

²²⁴ Ebd., AA an Washington, Tel. 65, 14. 2. 1953, Geheim.

²²⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 180f., François-Poncet an MAE, Tel. 867/72, 16. 2. 1953, Urgent, Réservé.

²²⁶ PA, Abt. 2, Bd. 980, Aide-Mémoire, 14. 2. 1953; weitgehend übereinstimmend mit ebd., Analyse Kielmansegg, 15. 2. 1953, Geheim; s.a. de Maizières, Pflicht, S. 162f.; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 141f.

Nach einer eingehenderen Prüfung der französischen Dokumente wich die Bonner Aufgeregtheit intern kritischer Gelassenheit. Eine von Hallstein gebilligte²²⁷ Analyse der Pariser Wünsche durch Ophüls und Kielmansegg stimmte hinsichtlich des Austauschs der Offiziere zwischen der Überseetruppe und den EVG-Kontingenten den Forderungen in gewissem Rahmen zu, wenn sie keine Ausschaltung des Kommissariats bedeuteten und den übrigen Vertragspartnern dieselben Rechte zubilligten. Zur Frage des Abzugs französischer Truppen im Krisenfall wünschte die Dienststelle Blank eine nicht zu großzügige Handhabe. Die Regelung, wonach Frankreich und Deutschland solange über das gleiche Stimmgewicht verfügten, bis der Ministerrat eine andere Festlegung träfe, galt als vertragsändernd und darauf abzielend, Frankreich ein von einer etwaigen Verringerung der militärischen bzw. finanziellen Beiträge unabhängiges politisches Gewicht zu geben. Ophüls und Kielmansegg waren aber bereit, eine hinreichend lange Übergangsregelung zu akzeptieren, bis das Problem im Rahmen der EPG neu geregelt würde. Hinsichtlich des Status der französischen Truppen in Deutschland galt der französische Wunsch nach einer Gleichbehandlung mit den amerikanischen und englischen Einheiten im Prinzip als verständlich, politisch aber als unannehmbar, weil er eine Zweiklassengesellschaft in der EVG schuf. Auch hier sollte daher ein Hinauszögern der Übergangsfristen eine Lösung bringen. Das Protokoll über die Außenhilfe zielte nach Meinung der beiden Militärexperten darauf ab, eine einseitige Begünstigung der deutschen Wiederbewaffnung zu verhindern. Eine Beschneidung der Rechte der USA und der EVG-Organen bei der Verteilung der weitgehend amerikanischen Gelder galt als inakzeptabel. Bezüglich der Stationierungskosten der französischen Truppen schien ein Kompromiß durchaus möglich. Die Hoffnung auf eine Zusammenarbeit zwischen der EVG und Großbritannien wurde ausdrücklich begrüßt. Die Forderung nach einer grundsätzlich identischen Anzahl anglo-amerikanischer und deutscher Divisionen in der Bundesrepublik berührte den EVG-Vertrag nicht formal und war im Sinne einer möglichst starken Verteidigungskraft sogar wünschenswert, sofern man sie in eine politische Form kleidete, die die Bundesrepublik nicht als unsicheren Kantonisten brandmarkte²²⁸.

Entsprechend der ersten Bonner Reaktion bewertete man den Pariser Vorstoß auch in Washington als vertragsändernde Revision, die „keineswegs nur interpretierender oder ergänzender Natur“ sei²²⁹. Das Mißtrauen am Potomac wuchs noch, als Bidault am 17. 2. ungeniert davon sprach, in Frankreich verstärke sich allmählich der Wunsch nach einer Koalitionsarmee²³⁰. Dulles gab dennoch die Hoffnung nicht auf, daß Frankreich zu einer vernünftigeren Position zurückfände. Seine Parole lautete daher: kein Konfrontationskurs, sondern eine flexible und moderate Haltung aller Beteiligten, die niemanden diskriminiere²³¹.

²²⁷ S. PA, Abt. 2, Bd. 980, Aktennotiz Kielmanseggs, 18. 2. 1953, Geheim.

²²⁸ S. ebd., „Analyse und Bewertung der möglichen französischen Wünsche zum EVG-Vertrag“, unterzeichnet von Ophüls und Kielmansegg, o.D., Geheim; Hofmann, Truppenstationierung, S. 198 f.

²²⁹ PA, Abt. 2, Bd. 980, Federer an AA, Tel. 98, 16. 2. 1953, Geheim; s.a. ebd., NL von Kessel, Ordner [1], von Kessel an AA, Tgb.Nr. 44/53, 16. 2. 1953, Geheim; Hofmann, Truppenstationierung, S. 200.

²³⁰ S. Dunn an Dep. of State, Tel. 4616, 17. 2. 1953, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 732 f.

²³¹ S. Dulles an Paris, Tel. 4481, 18. 2. 1953, Secret, Priority, in: ebd., S. 734–739.

„Violante attaque“ gegen die französischen Sonderwünsche

Angesichts der Kritik der Partner bemühte sich die französische Diplomatie, dem Eindruck entgegenzutreten, die Entwürfe der Zusatzprotokolle stellten „das letzte Wort“ dar²³². „Selbstverständlich“, so betonte Alphand gegenüber von Kessel, könne man die Texte „umredigieren.“²³³ Und auch Seydoux signalisierte die Möglichkeit, die in den Dokumenten aufgezeichneten Ziele zurückzustecken²³⁴. Sie seien aber notwendig, ließ Alphand Blank ausrichten, um den Vertrag über die parlamentarischen Hürden zu helfen. Schuman hätte dies nicht schaffen können, weil die Opposition viel zu stark gewesen sei. Mayer und Bidault seien nicht nur gewillt, sondern auch in der Lage, die Abgeordneten mehrheitlich für sich zu gewinnen. Die Regierung rechne jetzt mit einer „raschen und sicheren Ratifizierung“²³⁵.

Die französische Beschwichtigungstaktik blieb trotz aller positiven Resonanz ohne durchschlagenden Erfolg. Daran änderte auch Alphands eindringliche Erklärung über die Kontinuität französischer Europapolitik nichts, die er am 20. 2. im Interimsausschuß der EVG-Konferenz abgab. Gemeinsam mit seinem belgischen, niederländischen und italienischen Kollegen hielt Blank ihm die problematischen Passagen der französischen Zusatzprotokolle vor und machte im Namen der Bundesregierung klar, daß die Debatte über diese Dokumente keine Verzögerung bei den parlamentarischen Verfahren hervorrufen dürfe. Änderungen des Vertrages oder ratifizierungsbedürftige Zusätze könnten nicht vor dem Inkrafttreten des EVG-Vertrages erfolgen. Die Grundprinzipien der Gemeinschaft und die Nichtdiskriminierung der Vertragspartner seien unantastbar. Alphand sah sich schließlich genötigt, eine Neufassung der Dokumente in Aussicht zu stellen²³⁶.

François-Poncet, der am 21. 2. den bettlägerigen Adenauer aufsuchte, um die völlig falsche deutsche Berichterstattung über die französischen Vorstellungen zurückzuweisen, stellte mit Befriedigung fest, wie sich der Kanzler davon vorsichtig distanzierte²³⁷. Seiner Versicherung, Bidault wolle wirklich ratifizieren, mochte der Kanzler aber keinen rechten Glauben schenken²³⁸. Die Hoffnung des Hohen Kommissars, der Außenminister werde die „malentendus actuels“ mit dem Kanzler auf der bevorstehenden Außenministerkonferenz der Sechs in Rom endgültig beseitigen, erfüllte sich nicht²³⁹. Hart trafen die unterschiedlichen Positionen am Tiber aufeinander. Bidault beteuerte, den EVG-Vertrag „seinem wesentlichen In-

²³² Lenz, Tagebuch, S. 566, Tb. 24. 2. 1953.

²³³ PA, Abt. 2, Bd. 980, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 49/53, 17. 2. 1953, Geheim.

²³⁴ S. ebd., Bd. 988, von Walther an dass., Tel. 79, 18. 2. 1953, Geheim.

²³⁵ Ebd., Bd. 980, Unterredung zwischen Blank und Bérard vom 20. 1. 1953, Geheim.

²³⁶ S. ebd., Bd. 1063, Sitzung der Delegationschefs des Interimsausschusses vom 20. 2. 1953 (Rohübersetzung); ebd., Sitzung des Lenkungsausschusses des Interimsausschusses vom 20. 2. 1953, CD/CR/12, 25. 2. 1953, Geheim (Übersetzung), im Auszug in: BDFD I, S. 421 f.; Sitzung des Lenkungsausschusses des Interimsausschusses der EVG-Konferenz vom 21. 2. 1953, CD/CR/13, 25. 2. 1953, Geheim (Übersetzung), in: ebd., S. 423 f.; Wettig, Entmilitarisierung, S. 542.

²³⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 380, Bl. 160–163, François-Poncet an MAE, Tel. 1004/18, 21. 2. 1953, Réservé, Urgent.

²³⁸ „Leere Worte?“, fragte der Kanzler seinen Vize am Tage nach der Besprechung (Adenauer an Blücher, 22. 2. 1953, Vertraulich, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 346).

²³⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 200, François-Poncet an MAE, Tel. 910/12, 18. 2. 1953, Réservé.

halt, seinem Sinn und seiner Unversehrtheit nach zu wahren“, vermochte aber weder Bech noch de Gasperi, Beyen, van Zeeland oder Adenauer mit solch schwammigen Formulierungen zu beruhigen²⁴⁰. Mit einer offenbar aus Verärgerung über Bidaults harten Kurs in der Saarfrage und den Verhandlungen über die EPG²⁴¹ gespeisten „violante attaque“ gegen die französischen Sonderwünsche und deren vertragsändernden Charakter verband der Kanzler ein langes Exposé über die düstere politisch-militärische Lage in Europa und erweckte damit in der französischen Delegation den Eindruck, als gehe es ihm nur darum, „à isoler la France et à la placer en posture d'accusée“²⁴². Energisch drängte der Kanzler zur Ratifizierung der EVG und warnte – ganz im Sinne von Dulles – vor der Hinwendung der USA zur „periphere[n] Verteidigung“. Bidault verwahrte sich gegen die seines Erachtens unzutreffende Interpretation der Zusatzprotokolle und hielt Adenauer entgegen, daß Frankreich nicht nur auf Europa, sondern auch auf Indochina schauen müsse. Als Bech, Beyen, van Zeeland und de Gasperi Verständnis für die französische Lage äußerten und dazu rieten, die Tür für Verhandlungen nicht zu schließen, lenkte Adenauer ein. Allerdings hob er noch einmal hervor, „daß die Protokolle nichts an dem Vertrag ändern“ dürften²⁴³. Die Minister kamen schließlich im Schlußkommuniqué überein, den Interimsausschuß zu beauftragen, sein Studium der Zusatzprotokolle unter Berücksichtigung der Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten in Übersee fortzusetzen und baldmöglichst zu Entscheidungen zu gelangen, die „das in verschiedenen Parlamenten bereits eingeleitete Verfahren nicht behindern“²⁴⁴.

Sowohl Bonn als auch Paris hatten damit ihr Gesicht gewahrt, aber Bidault wollte sich mit diesem Ergebnis nicht zufriedengeben. Noch vor der Abreise aus Rom bezeichnete er auf einer Pressekonferenz Ausführungen des Bundeskanzlers über die russische Aufrüstung als übertrieben und trat entschieden allen Gerüchten entgegen, Frankreich könne den EVG-Vertrag ohne vorherige Entscheidung der Sechs über die Zusatzprotokolle ratifizieren²⁴⁵. Verärgert hielt Adenauer ihm auf einer eigenen Pressekonferenz entgegen, alle Minister außer Bidault hätten sich in Rom hinter den EVG-Vertrag gestellt und dafür ausgesprochen, die Ratifikationsverfahren durch die Verhandlungen des Interimsausschusses nicht beeinträchtigen zu lassen²⁴⁶. Beide Streithähne sahen sich offensichtlich als Sieger des Wortscharmützels und wähten die Partner mehrheitlich auf ihrer Seite²⁴⁷. Im Bundesvorstand der CDU triumphierte Adenauer, Frankreich sei „absolut iso-

²⁴⁰ PA, Abt. 2, Bd. 1043, Konferenz der Sechs Außenminister vom 24./25. 2. 1953, Protokoll P (53) PV 1, 18. 3. 1953.

²⁴¹ Vgl. Kap. III.3.3 u. III.2.2.

²⁴² AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 264–265, Fouques-Duparc an MAE, Tel. 169/79, 26. 2. 1953; s.a. Conseil des Ministres, 4. 3. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 77.

²⁴³ PA, Abt. 2, Bd. 1043, Konferenz der Sechs Außenminister vom 24./25. 2. 1953, P (53) PV 1, 18. 3. 1953; s.a. ebd., Konferenz ders. vom 24. 2. 1953, 319/53, Geheim; ebd., Konferenz ders. vom 25. 2. 1953, 319II/53, Geheim; Bruce an Dep. of State, Tel. Coled 1, 27. 2. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 741–743; Wettig, Entmilitarisierung, S. 543 f.

²⁴⁴ Schlußkommuniqué der EGKS-Außenministerkonferenz, 25. 2. 1953, in: EA 1953, S. 5543.

²⁴⁵ S. „Le Monde“, 3. 3. 1953.

²⁴⁶ S. „Neue Zürcher Zeitung“, 3. 3. 1953; Lenz, Tagebuch, S. 569, Tb. 28. 2. 1953.

²⁴⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 70, Bl. 264–265, Fouques-Duparc an MAE, Tel. 169/79, 26. 2. 1953; PA, NL von Kessel, Ordner [1], von Kessel an von Nostitz, 2. 3. 1953.

liert“²⁴⁸. Den Schlüssel zur Lösung des Problems sah er in der Politik der Briten. „Komme England entgegen, dann wären die Sozialisten in Frankreich vielleicht zu gewinnen.“²⁴⁹

London wies die Pariser Forderungen indes am 2. 3. größtenteils zurück und beschränkte sich auf den Vorschlag eines Konsultations- und Kooperationsmechanismus mit der EVG²⁵⁰. „Cette réponse n'est pas de nature à faciliter la tâche du gouvernement“, beklagte sich Bidault im Kabinett²⁵¹, und Adenauer beeilte sich, das Kriegsbeil mit ihm zu begraben. Am 5. 3. versicherte er gegenüber François-Poncet, er habe kein Interesse, die Schwierigkeiten für Frankreich zu vergrößern. Er sei guter Hoffnung, daß der Interimsausschuß zufriedenstellende Formulierungen für die Zusatzprotokolle finde²⁵².

Die Lage in Frankreich blieb schwierig – in der Koalition wie im Parlament. Die EVG-Gegner verstärkten nun den Kampf um die öffentliche Meinung. Pierre André, ein unabhängiger Abgeordneter, der von der wahnwitzigen Furcht erfüllt war, die Grande Nation könne innerhalb weniger Jahre von 36 (!) deutschen Divisionen politisch erdrückt werden²⁵³, hatte mittlerweile ein Nationalkomitee zur Verteidigung der Einheit Frankreichs und der Union Française gegründet. Ihm gehörten etwa 100 Parlamentarier und Publizisten an, eine Zahl, die sich bis zum Herbst verdoppeln sollte. Gesteigerte Aktivitäten entfalteten auch kommunistisch orientierte Organisationen²⁵⁴ und die Gaullisten. Ihr spiritus rector, Charles de Gaulle, legte am 25. 2. auf einer großen Pressekonferenz abermals beredtes Zeugnis von seiner unversöhnlichen Ablehnung der EVG mit oder ohne Zusatzprotokolle ab²⁵⁵. Debré präsentierte dem Conseil national des RPF wenige Tage später eine „Motion“ unter der Überschrift „Pour l'Europe associée contre l'armée européenne“²⁵⁶. Insgesamt hatte das ständige Hinausschieben der Ratifizierungsdebatte in der Assemblée Nationale keine entscheidende Änderung der parlamentarischen Konstellation bewirkt. Die Regierung sah sich zu einem „propagandistischen Zweifrontenkrieg“ gezwungen, nach außen vor allem gegenüber den USA, nach innen in Richtung der EVG-Gegner²⁵⁷. Spekulationen über ein Umschwenken Mayers von den Gaullisten zu den Sozialisten oder vorgezogene Neuwahlen machten die Runde. Eine Entscheidung war vorerst aber nicht zu erwarten, da die für Anfang Mai angesetzten Kommunalwahlen das Interesse der Abgeordneten so stark absorbierten, daß Anfang März erst 40 von 620 Parlamen-

²⁴⁸ Ansprache Adenauers im CDU-Bundesvorstand, 11. 3. 1953, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, S. 425.

²⁴⁹ Lenz, Tagebuch, S. 572, Tb. 3. 3. 1953.

²⁵⁰ S. Bonbright an Dulles, Memorandum, 4. 3. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 745–748; Massigli, Comédie, S. 364–366; Mager, Stationierung, S. 22f.

²⁵¹ Conseil des Ministres, 4. 3. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 78.

²⁵² S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 71, Bl. 43–46, François-Poncet an MAE, Tel. 1222/30, 5. 3. 1953, Réservé. Zu den Bemühungen Adenauers um eine Verbesserung des deutsch-französischen Klimas s.a. sein Interview mit Friedländer vom 6. 3. 1953, in: Bulletin 1953, S. 381–383.

²⁵³ S. Unterredung zwischen Auriol und André vom 10. 11. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 501f.

²⁵⁴ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 4, Hausenstein an AA, 205–00 I Tgb.Nr. 200/53, 4. 3. 1953; Wettig, Entmilitarisierung, S. 533f.

²⁵⁵ S. Pressekonferenz de Gaulles, 25. 2. 1953, in: de Gaulle, Discours, Bd. 2, S. 564–575.

²⁵⁶ S. Motion Debrés für den RPF-Nationalrat vom 27. 2.–1. 3. 1953, im Auszug in: BDFD III, S. 338–340.

²⁵⁷ PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 4, Hausenstein an AA, 205–00 I Tgb.Nr. 200/53, 4. 3. 1953.

tariern die mittlerweile vierzehn Tage ausliegenden Parlamentsdrucksachen über die EVG entgegengenommen hatten²⁵⁸.

Freilich gab es auch gewisse Lichtblicke am politischen Horizont. Die Verabschiedung des Entwurfs für die Satzung der Europäischen Politischen Gemeinschaft am 10. 3.²⁵⁹ feierte Adenauer als „großen Erfolg für den europäischen Gedanken“ und für die EVG²⁶⁰. Außerdem deutete sich in Großbritannien eine gewisse Bewegung an, die zur Beruhigung der französischen Sozialisten beitragen mochte²⁶¹. Adenauer bekannte daraufhin im kleinen Kreise erneut, wie lieb es ihm sei, wenn die Briten sich in der EVG engagierten, „damit wir mit den mehr oder weniger hysterischen Franzosen nicht allein sind“. Mit einer Ratifikation in Paris mochte er allerdings inzwischen nicht mehr vor Herbst rechnen²⁶².

Auf der internationalen Bühne hörten sich seine Prognosen noch düsterer an. Am 15. 3. erklärte Blankenhorn in streng geheimer Mission in Washington, der Kanzler glaube zwar fest an den Abschluß des deutschen Ratifikationsverfahrens Anfang Mai, befürchte aber ansonsten eine einjährige Verzögerung. In Italien sei die Lage unsicher, Belgien und Luxemburg warteten auf den großen Nachbarn im Süden, doch Frankreich gehe es trotz aller Lippenbekenntnisse für die EVG nur um „continued inaction“, die dazu ausgenutzt werde, um von den Partnern größtmögliche Konzessionen zu erheischen. Derweil steige die Gefahr aus dem Osten unaufhaltsam. Nach der dramatischen Skizzierung der gegenwärtigen Lage präsentierte Adenauers Adlatus den deutschen Forderungskatalog. Der Kanzler, so ließ er den amerikanischen Hohen Kommissar wissen, wünsche im Anschluß an die Bonner Ratifikation den sofortigen Beginn der Ausbildung deutscher Truppen gemäß den Richtlinien der EVG zusammen mit alliierten Verbänden und hoffe auf die Lösung des Junktims zwischen dem General- und dem EVG-Vertrag. Schließlich bat er um einen Meinungsaustausch zwischen deutschen und amerikanischen Nuklearexperten zur Frage der Luftverteidigung²⁶³.

Mitte März löste Adenauer sein Versprechen gegenüber Dulles ein. In Dritter Lesung verabschiedete der Bundestag die Westverträge. Eine weitere Hinausschiebung der Debatte schien nur noch Nachteile zu bringen. Die französischen Zusatzwünsche hatten der SPD mittlerweile eine willkommene Handhabe gegeben, von den Abkommen Abschied zu nehmen. Gerhard Lütken etwa sah den EVG-Vertrag durch Frankreich „unwiderruflich kompromittiert“ und forderte jetzt geradezu hellseherisch einen „Vertrag nach Art und an Stelle des Fünfmächteabkommens von Brüssel 1948“²⁶⁴. Die Parteimehrheit setzte demgegenüber Adenauers Konzept der kleineuropäischen Integration das Modell der atlantisch-

²⁵⁸ S. ebd., Bd. 3, ders. an dass., 205–00 I Tgb.Nr. 199/53, 4. 3. 1953.

²⁵⁹ S. Kap. III.2.2.

²⁶⁰ Lenz, Tagebuch, S. 581, Tb. 10. 3. 1953.

²⁶¹ S. ebd., S. 586, Tb. 13. 3. 1953.

²⁶² Ansprache Adenauers im CDU-Bundesvorstand, 11. 3. 1953, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, S. 427.

²⁶³ Unterredung zwischen Blankenhorn und McCloy vom 15. 3. 1953, 16. 3. 1953, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 405–408, hier S. 406; wortgleich auch in: ebd., Bd. 5, S. 770–773; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 18b, Bl. 55, Tb. 15. 3. 1953; ebd., Bl. 163, „Gesprächsthemen“, o.D.; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 149.

²⁶⁴ Artikel von Lütken, in: „Bonner Außenpolitische Korrespondenz“, 24. 2. 1953, auch in: BDFD III, S. 336 f., hier S. 336 u. 337.

europäischen Kooperation entgegen²⁶⁵. Einen westdeutschen Sicherheitsbeitrag, verkündete Ollenhauer am 19. 3. im Bundestag, sei die Sozialdemokratie nur bereit mitzutragen, wenn er auf der Basis der „Souveränität und der Gleichberechtigung“ und in einer Form erfolge, die Deutschland die Freiheit belasse, zu jedem Zeitpunkt in der Frage der deutschen Wiedervereinigung aktiv zu werden. Großbritannien, Dänemark und Norwegen müßten die Türen offenstehen. Europa, so antizipierte er einen zentralen Gedanken der Europapolitik Ludwig Erhards, müsse „ein Europa der Freien und der Gleichen“ sein²⁶⁶. Gegen die Stimmen der SPD, die befürchtete, die Ratifikation könne als Blankovollmacht für beliebige französische Zusatzforderungen dienen, aber mit dem Votum der FDP ließ das Hohe Haus den EVG-Vertrag mit 224 gegen 165 Stimmen passieren²⁶⁷.

Fünf Tage später konnte sich der Pariser Interimsausschuß nach mehreren Sitzungen, einer Verweisung an den Juristenausschuß²⁶⁸ und inständiger Bitten Bidaults um eine Beschleunigung der Verhandlungen²⁶⁹ auf gemeinsame Texte zu den Zusatzprotokollen einigen. Die Dokumente stellten allerdings nur Empfehlungen der Sachverständigen an die Regierungen dar und bedurften noch deren offizieller Zustimmung. Sie strichen ihren rein interpretativen Charakter heraus. Die ehemals formelle Diskriminierung der Bundesrepublik war beseitigt, indem alle Protokolle auf sämtliche Vertragsteilnehmer Anwendung finden sollten. Die Austauschbarkeit zwischen den nationalen und europäischen Streitkräften blieb auf Einzelpersonen beschränkt, wobei in jedem Einzelfall das Kommissariat der EVG mitwirken mußte. Die Vertreter der Fünf gestanden zu, daß Frankreich auf Antrag beim Kommissariat und bei SHAPE Streitkräfte aus der Europa-Armee abziehen konnte, wenn es sie zur Bewältigung von Krisen in Übersee benötigte. Auf eine vorherige Zustimmung von SHAPE verzichteten sie. Das Protokoll über die unbegrenzte und unkontrollierte Rüstungsproduktion wurde durch einen Passus ersetzt, der dem relevanten Vertragsartikel praktisch nichts hinzufügte. Dem Verlangen eines stabilen Verhältnisses des Stimmengewichtes unabhängig von den personellen und finanziellen Leistungen wurde nicht entsprochen, wohl aber eine Verlängerung des Übergangstermins in Aussicht gestellt. Die Diskussion hinsichtlich des Status der französischen Truppen in Deutschland und der amerikanischen Militärhilfe blieb ohne Ergebnis²⁷⁰. Widerstand brachten die Fünf auch der an den Triumviratsplan de Gaulles von 1958 erinnernden fran-

²⁶⁵ Vgl. Hrbek, SPD, S. 171–180; Löwke, SPD, S. 61–80; Volkmann, Innenpolitische Dimension, S. 353–359.

²⁶⁶ Bundestagsrede Ollenhauers, 19. 3. 1953, in: BT, Sten. Ber., Bd. 15, S. 12327; s.a. Hrbek, SPD, S. 176 f.; Löwke, SPD, S. 81 f.; Volkmann, Innenpolitische Dimension, S. 359. Zur Verwendung dieses Terminus durch Erhard s. Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer“, S. 104.

²⁶⁷ S. Bundestagsdebatte, 19. 3. 1953, in: BT, Sten. Ber., Bd. 15, S. 12295–12366; AdG 1953, S. 3914A.

²⁶⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 1063, Sitzung des Lenkungsausschusses des Interimsausschusses vom 24. 2. 1953, CD/CR/14, 9. 3. 1953, Geheim (Übersetzung); ebd., NL von Kessel, Ordner [1], von Kessel an von Nostitz, 11. 3. 1953.

²⁶⁹ S. AN, 457 AP 34, Papiers Bidault, Bidault an Adenauer, 13. 3. 1953, Entwurf; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 71, Bl. 115, François-Poncet an MAE, Tel. 1389/95, 16. 3. 1953, Urgent.

²⁷⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 981, Aufzeichnung 232–00 E II 772/53, 27. 3. 1953; ebd., BStS, Bd. 214, Aufzeichnung zu 232–00 E II 772/53, 27. 3. 1953, Streng geheim; Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag, 24. 3. 1953, in: EA 1953, S. 5863 f.; Heiser, Interimsarbeit, S. 5763 f.; Wettig, Entmilitarisierung, S. 547 f.

zösischen Absicht entgegen, durch eine Neuregelung die Spitzengliederung bei SHAPE mit den USA und Großbritannien aufzuteilen, neben der Standing Group ein politisches Gremium der drei Westmächte in der NATO zu installieren und „alle militärischen Schlüsselstellungen in Mitteleuropa in die Hand zu bekommen“²⁷¹.

Adenauer begrüßte diese Einigung uneingeschränkt und äußerte sofort die Hoffnung, Frankreich werde nun zur Ratifikation schreiten. Was sollte er auch anderes tun. Die USA hielten unverrückbar an der EVG fest, und ihr Scheitern in Frankreich bedeutete für seine Europapolitik natürlich einen schweren Rückschlag, der so kurz vor den Bundestagswahlen katastrophale Folgen haben konnte²⁷². „Ich lehne ab“, so verkündete er demonstrativ in einem Interview mit einer amerikanischen Nachrichtenagentur Ende März, „eine Alternativlösung in Betracht zu ziehen, denn es besteht für mich kein Grund, daran zu zweifeln, daß die Verteidigungsgemeinschaft Wirklichkeit werden wird.“²⁷³

Grund zu zweifeln gab es sehr wohl. Der französischen Regierung gingen die Zusagen der Partner nicht weit genug. Weder war die volle Verfügungsgewalt über die Streitkräfte noch die Autonomie in der Rüstungsproduktion erreicht. Mayers Bemühungen, bei Adenauer eine zufriedenstellende Lösung der Saarfrage als Voraussetzung zur EVG zu erreichen, war bisher ohne Erfolg geblieben²⁷⁴. Ende März fuhr die französische Führung in die USA, um einen neuen Anlauf für eine Verbesserung der Lastenverteilung in der NATO und für amerikanische Hilfszusagen zu unternehmen. Eifersüchtig gestand sie sich ein, daß Adenauer, der kurz darauf in Washington seine Aufwartung machen wollte, als Musterschüler Europas auftreten könne, während Frankreich sich „dans le creux de la vague“ befand²⁷⁵. Mayer machte dafür nicht zuletzt die hohe Ministerialbürokratie verantwortlich. In einer beispiellosen Aktion beschwerte sich der Regierungschef am 16. 3. in einem strikt persönlichen Brief an seinen Außenminister über die illoyale Haltung hoher Beamter des Quai d'Orsay gegenüber der regierungsamtlichen Europapolitik. Mayer war sich nur zu bewußt, daß auch Bidault mit ihm keineswegs einer Meinung war. Doch statt den Minister zur Raison zu rufen, forderte er ihn auf, seinen Mitarbeitern einen Maulkorb zu verpassen und als abschreckendes Exempel den Pressechef des Ministeriums zu entlassen²⁷⁶.

Natürlich standen in Washington auch die Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag und die Saarfrage auf seiner Agenda. Trotz aller Konzilianz im Ton zeigten sich die Amerikaner den französischen Forderungen reserviert gegenüber. Anfang März hatte Dulles mit Eden vereinbart, Frankreich zu isolieren. Erst nach kumu-

²⁷¹ PA, NL von Kessel, Ordner [1], von Kessel an AA, Tgb.Nr. 103/53, 13. 3. 1953, Geheim; s.a. ebd., Aufzeichnung Speidel, 12. 3. 1953; ebd., von Kessel an Federer, 16. 3. 1953; ebd., Abt. 2, Bd. 972, ders. an AA, Tgb.Nr. 107/53, 13. 3. 1953, Geheim; ebd., BStS, Bd. 214, Blank an Adenauer, II/1/8–951–03–400/53, 17. 3. 1953, Geheim.

²⁷² S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 71, Bl. 160–161, François-Poncet an MAE, Tel. 1523/34, 25. 3. 1953, Urgent.

²⁷³ Interview Adenauers, in: Bulletin 1953, S. 521.

²⁷⁴ S. Kap. III.3.3.

²⁷⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 380, Bl. 208–211, Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 23. 3. 1953 (Konzept FS).

²⁷⁶ S. AN, 363 AP 37, Papiers Mayer, Mayer an Bidault, 16. 3. 1953, Strictement personnelle.

lativem Druck wollte er dessen Wünschen entgegenkommen²⁷⁷. Dementsprechend fuhr er gegenüber Mayer und Bidault einen harten Kurs, warnte vor einer Revision der Europapolitik und stellte für den Fall einer Verzögerung der EVG die amerikanischen Finanzhilfen in Frage²⁷⁸. „Beaucoup de bonne volonté et de bonnes paroles“, so resümierte Alphand die magere Ausbeute des Besuchs, die lediglich aus vagen Absichtserklärungen, nicht aber aus den erhofften festen Zusagen bestand²⁷⁹. Auch Bidaults Versuch, „gegen Deutschland Minen zu legen“ und ein Sonderverhältnis zu den Angelsachsen aufzubauen, stieß auf taube Ohren²⁸⁰. Das Urteil über den französischen Außenminister fiel am Potomac denn auch „einheitlich negativ“ aus²⁸¹.

Die Amerikaner dachten aber nicht daran, sich nun ganz auf die Seite der Deutschen zu stellen. Auch Adenauer, der eine Woche später in Washington weilte, wurden nicht alle Wünsche erfüllt. Dulles traf sich mit ihm zwar in der „nahezu vollen Übereinstimmung in der Beurteilung der Weltlage“²⁸², goß aber reichlich Wasser in den Wein, indem er statt der Aufhebung des Junktims zwischen dem General- und dem EVG-Vertrag zum Zweck einer vorgezogenen Truppenausbildung lediglich die Umwandlung der deutschen Vertretungen bei den drei Westmächten zu Botschaften zusagte, und das auch noch vom Einverständnis der Franzosen und Briten abhängig machte. Uneinigkeit herrschte darüber, ob eine Regelung des Saarproblems die Chancen der Ratifikation bessern könne. Eisenhower und Dulles lehnten zwar das von Mayer aufgestellte Junktim ab, hielten aber eine Ratifizierung der EVG ohne Lösung der Saarfrage für sehr unwahrscheinlich. Adenauer widersprach mit der Begründung, die Gaullisten lehnten die EVG ohnehin ab, so daß es für Mayer auf die Zustimmung der Sozialisten ankäme. Von den 100 sozialistischen Abgeordneten seien noch 60 unentschieden. Um sie zu gewinnen, sei aber nicht die Saarfrage, sondern das Verhältnis Englands zur EVG von entscheidender Bedeutung²⁸³.

In der deutschen Diplomatie wurde diese Einschätzung keineswegs allerorten geteilt. In einem dramatischen Appell wandte sich von Walther am 13. 4. an Blan-

²⁷⁷ Vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 139.

²⁷⁸ S. Dulles an Paris, Tel. 4992, 26. 3. 1953, Top Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 781–784; ders. an dass., Tel. 5011, 28. 3. 1953, Restricted, in: ebd., Bd. 6, S. 1337; ders. an dass., Tel. 5016, 28. 3. 1953, Secret, in: ebd., S. 1338–1340; ders. an dass., Tel. 5040, 30. 3. 1953, Secret, in: ebd., S. 1341 f.; BA, NL Blankenhorn, Bd. 18b, Bl. 169–171, Blankenhorn u. Krekler an Adenauer u. Hallstein, Tel. , 28. 3. 1953, Geheim, Citissime; Bossuat, La France, Bd. 2, S. 846–848; Poidevin, René Mayer, S. 89; s.a. Kap. III.3.3.

²⁷⁹ Alphand, L'étonnement d'être, S. 236, Tb. 31. 3. 1953; s.a. Massigli, Comédie, S. 370 f.; Schlußkommunique der amerikanisch-französischen Regierungsgespräche, 28. 3. 1953, in: EA 1953, S. 5637 f.

²⁸⁰ PA, Abt. 2, Bd. 1411, Bl. 233–238, Erklärung Adenauers im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates, 24. 4. 1953, Tgb.Nr. Ausw. 34/53, 27. 4. 1953, Streng vertraulich; zu den Bemühungen Bidaults s. Dulles an Paris, Tel. 5001, 27. 3. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 6, S. 1333 f.

²⁸¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 18b, Bl. 172, Tb. 29. 3. 1953.

²⁸² Blankenhorn, Verständnis, S. 146, Tb. 18. 4. 1953.

²⁸³ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 19a, Bl. 83–98, Unterredungen zwischen Dulles und Adenauer vom 7./8. 4. 1953, 8. 4. 1953, Geheim; Unterredung zwischen dens. vom 7. 4. 1953, GPT MIN-2, 17. 4. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 429–436; Unterredung zwischen Eisenhower und Adenauer vom 7. 4. 1953, Secret, in: ebd., S. 427–429; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 149.

kenhorn und bat ihn eindringlich um eine baldige Bereinigung des Saarproblems, damit die Hindernisse auf dem Weg zur EVG endlich beseitigt würden. Bonn und Paris befänden sich in einem „Rennen gegen die Zeit und die Entwicklung, das bestenfalls mit einer ganz knappen Nase gewonnen werden kann“. Wenn auch nur der leiseste Verdacht einer Verzögerungstaktik auf Bonn falle, werde Paris den Schwarzen Peter an den Rhein schieben²⁸⁴. Sein Kollege von Kessel riet jetzt dazu, sich in der Europapolitik voll und ganz auf die EVG zu konzentrieren und die EPG einstweilen in den Hintergrund treten zu lassen²⁸⁵.

Amerikanische Kollegen wie Bruce, den Eisenhower am 18. 2. zum offiziellen Beobachter beim Interimsausschuß ernannt hatte²⁸⁶, sahen die Lage hingegen wesentlich gebessert und äußerten gar die Zuversicht, daß Frankreich bis Juli ratifizieren werde²⁸⁷. Die Billigung der Zusatzprotokolle durch die französische Regierung am 15. 4. – die Bundesregierung folgte eine Woche später²⁸⁸ – oder die Beilegung des deutsch-französischen Streits über die Stationierungskosten am 25. 4.²⁸⁹ boten durchaus Anlaß zu neuer Hoffnung²⁹⁰. Dramatisch anmutende Veränderungen in der Weltpolitik ließen sie indes rasch verpuffen.

Zunehmende „Neigung zur Abweichung von der bisherigen politischen Linie“

Am 5. 3. starb der sowjetische Diktator Stalin. Mit seinem Ableben mehrten sich „Anzeichen einer politischen Entspannung“²⁹¹ mit höchst unliebsamen Rückwirkungen auf die innerfranzösische Diskussion über die EVG. Schon Mitte April galt es in Paris als sicher, daß die Chancen zur Ratifizierung der Westverträge geringer seien, als vor dem Tod des Generalissimus. An der Seine traten Überlegungen in den Vordergrund, die von Moskau eingeleitete Détente-Kampagne mit dem Vorschlag einer neuen Viererkonferenz zu begegnen. Im Quai d'Orsay befürchtete man, die Nachfolger Stalins könnten der von Dulles angekündigten Roll-back-Politik mit vollmundiger Propaganda auch in der Wiedervereinigungspropaganda begegnen. Die Westmächte mußten aufpassen, um nicht angesichts der Sirenengesänge aus Moskau vor der eigenen Öffentlichkeit zurückzustehen²⁹². Die Deutsche Vertretung in Paris registrierte im französischen Außenministerium eine „erhebliche Nervosität und Neigung zu Abweichung von bisheriger politischer Linie“²⁹³. Eindringlich warnte von Walther vor der Gefahr, daß der von Sozialisten wie Moch und einigen Gaullisten ventilierte Ge-

²⁸⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 19a, Bl. 191 f., von Walther an Blankenhorn, 221–00 geh./70/53, 13. 4. 1953, Geheim.

²⁸⁵ S. PA, NL von Kessel, Ordner [1], von Kessel an dens., 22. 4. 1953, o.D. abgedruckt in: Blankenhorn, Verständnis, S. 147 f.

²⁸⁶ S. AdG 1953, S. 3880B.

²⁸⁷ S. PA, Abt. 2, Bd. 972, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 139/53, 27. 3. 1953, Geheim.

²⁸⁸ S. Kabinettsitzung, 23. 4. 1953, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 6, S. 269.

²⁸⁹ Vgl. Hofmann, Truppenstationierung, S. 204–210.

²⁹⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 71, Bl. 217, Bérard an MAE, Tel. 2002/04, 18. 4. 1953, Réservé.

²⁹¹ PA, Abt. 3, AZ 205–00/22, Bd. 5, von Walther an AA, 205–00 Tgb. Nr. 658/53, 22. 4. 1953.

²⁹² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 940, Bl. 193–196, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 10. 4. 1953, Vertraulich (Konzept FS); vgl. Lohse, Lockungen, S. 36 f. u. 60. Zum Schlagwort der Roll-back-Politik vgl. Czempiel/Schweitzer, Weltpolitik, S. 84 f.

²⁹³ PA, Abt. 2, Bd. 283, Bl. 169 f., Hausenstein an AA, Tel. 170, 13. 4. 1953.

danke Platz greife, die wirtschaftlichen und politischen Probleme Frankreichs mit einem Schlag durch eine Verständigung mit der Sowjetunion zu beseitigen. „Wenn diese Idee in die Reihen der Mitte vordringt, so ist der EVG-Vertrag damit fertig.“²⁹⁴ Ähnlich düster sah Georg Federer von der Diplomatischen Vertretung in Washington die Lage. Als Kehrseite der durch den Kanzlerbesuch gefestigten deutsch-amerikanischen Beziehungen machte er in Paris ein „verstärktes Mißtrauen“ und eine wachsende Gefahr aus, daß die Franzosen nach einem sowjetischen Angebot zu Viermächteverhandlungen die „bittere Pille der EVG“ verweigern könnten. Dann seien auch die Amerikaner gezwungen, an den Verhandlungstisch zu gehen, weil sie keine Lösung erzwingen könnten, die nicht einmal die Europäer wollten²⁹⁵.

Erhebliche Bedeutung für die Entwicklung der innerfranzösischen Entscheidungsfindung in der EVG-Frage sollte der sich abzeichnende Bruch zwischen den Generalstabschefs und der Regierung gewinnen. Abgesehen von General Ely, dem französischen Vertreter in der Standing Group der NATO, ab Oktober 1953 Chef des Generalstabs der Streitkräfte, standen alle französischen Spitzenmilitärs der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ablehnend gegenüber. Ihren diversen auf die nationale Autonomie der eigenen Armee abzielenden Forderungen²⁹⁶ hatte die Regierung in den Entwürfen für die Zusatzprotokolle Rechnung getragen. Mit der nunmehr verabschiedeten Fassung war die Generalität nichtsdestotrotz ganz und gar nicht einverstanden. Am 21. 4. kam es in der Sitzung des Ausschusses für nationale Verteidigung zum Eklat, als Juin sich heftig über die Texte beschwerte. Wütend tadelte er Verteidigungsminister Pleven, weil die Regierung es abgelehnt hatte, ein siebtes Zusatzprotokoll über eine unbegrenzte Übergangszeit für das Inkrafttreten des EVG-Vertrages den Vertragspartnern vorzulegen. Von Auriol halbherzig unterstützt, setzten Bidault und Pleven die Übernahme eines solchen Protokolls mit dem Verzicht auf die EVG gleich. Als sie das Schreckgespenst einer nationalen deutschen Armee an die Wand malten, empörte sich Juin über die Furcht der Franzosen vor einer leistungsfähigen deutschen Truppe und sah in der NATO hinlängliche Sicherungen gegen nationalistische deutsche Auswüchse. Dennoch blieb das Gremium in Übereinstimmung mit den Ministern bei seinem Nein zu dem Protokoll²⁹⁷. Da sie mit ihrer Stimme nicht durchgedrungen waren, beschlossen die Generale nun, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, um die Regierung so zur Umkehr zu zwingen²⁹⁸.

Anstatt die parlamentarischen Verfahren zu beschleunigen, hielt die Regierung ihr zögerliches Tempo aufrecht. In der deutschen Delegation des Interimsausschusses machte sich der Eindruck breit, als ob die französischen EVG-Gegner eine neue Taktik eingeschlagen hätten, die nicht mehr darauf abzielte, den Vertrag zu kippen, sondern seine Ratifizierung „ad calendas graecas zu vertagen“. Auch Bidault schien dieser Taktik zuzuneigen, wie seine jüngste Rede erahnen ließ, in

²⁹⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 19a, Bl. 191 f., von Walther an Blankenhorn, 221–00 geh./70/53, 13. 4. 1953, Geheim.

²⁹⁵ PA, NL von Kessel, Ordner [1], Federer an von Kessel, 20. 4. 1953.

²⁹⁶ Vgl. Speidel, Zeit, S. 310 f.; Guillen, Generalität, S. 141–146.

²⁹⁷ Vgl. ebd., S. 147–149.

²⁹⁸ Vgl. ebd., S. 149–157.

der er die EVG nicht einmal erwähnte²⁹⁹. Offiziell lautete das Motto natürlich weiterhin, Frankreich wolle die EVG, ein Datum der Ratifikation könne aber nicht genannt werden³⁰⁰. Mit „Schadenfreude“³⁰¹ reagierten amtliche Stellen und auch die Presse auf die Nachricht, der Deutsche Bundesrat habe in der entscheidenden Sitzung am 24. 4. beschlossen, eine Entscheidung über die Westverträge zu verschieben³⁰². Die Freude verging indes sofort, als die deutsche Weigerung bekannt wurde, dem französischen Wunsch nach einer Unterzeichnung der Zusatzprotokolle durch die Außenminister nachzukommen³⁰³. Adenauer schien diese protokollarische Aufwertung der Dokumente angesichts der noch ausstehenden Billigung durch die Zweite Kammer höchst unangebracht.

Wenngleich Bidault Ende April gegenüber Dulles abermals den Willen beteuerte, die Westverträge dem Palais Bourbon ungeachtet der sowjetischen Friedensoffensive zuzuleiten³⁰⁴, kam für die Mehrheit der französischen Abgeordneten eine Debatte allenfalls nach der von Churchill am 11. 5. geforderten Gipfelkonferenz in Frage, zumal der britische Premier nun definitiv die französischen Hoffnungen auf eine Beteiligung an der EVG zerstörte³⁰⁵. Der Bundesrepublik blieb gar nichts anderes übrig, als an der bisherigen Linie festhalten und „die fast krankhaften Winkelzüge“ des westlichen Nachbarn zu ertragen. Denn es konnte keinen Zweifel geben, daß ein Abrücken von der bisherigen Verständigungspolitik von den Amerikanern „äußerst kühl“ aufgenommen würde und an ein Ersatzbündnis mit ihnen nicht zu denken war³⁰⁶. An dieser Erkenntnis änderte auch der Sturz der Regierung Mayer am 21. 5. prinzipiell nichts. Mayer hatte versucht, die Schwierigkeiten auf dem Weg zur Ratifizierung des EVG-Vertrages abzubauen, mit den Zusatzprotokollen aber nur einen Teilerfolg erzielt. Die Opposition im eigenen Land war nicht geschrumpft³⁰⁷. Adenauer setzte weiter auf die EVG, weil die Amerikaner ihm keine andere Wahl ließen und die Franzosen sich seiner Ansicht nach „keine Isolierung leisten“ konnten. Seine Hoffnung richtete sich nun noch stärker auf die französischen Sozialisten und eine Verbreiterung der innenpolitischen Basis für das neue Kabinett³⁰⁸. Während Lenz zu schwanken begann, Hallstein bzw. Blankenhorn hingegen an der EVG festhielten, da die USA eine Alter-

²⁹⁹ PA, Abt. 2, Bd. 972, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 183/53, 24. 4. 1953, Geheim; zur Rede Bidaults vom 23. 4. 1953 vgl. AdG 1953, S. 3960A.

³⁰⁰ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 5679, 27. 4. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 395f.

³⁰¹ PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 4, Hausenstein an AA, 221–20 I Tgb.Nr. 765/53, 29. 4. 1953.

³⁰² S. ebd., Abt. 2, Bd. 1411, Bl. 233–238, Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates vom 24. 4. 1953, Tgb.Nr. Ausw. 34/53, 27. 4. 1953, Streng vertraulich; AdG 1953, S. 3964B. Zu der Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und dem Bundesrat um die Ratifizierung der Westverträge und zur Bundesratssitzung vom 24. 4. 1953 vgl. ausführlich Baring, Anfang, S. 450–487; Volkmann, Innenpolitische Dimension, S. 386–418.

³⁰³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 71, Bl. 244, François-Poncet an MAE, Tel. 2400/2, 7. 5. 1953, Réservé, Très urgent; ebd., Bl. 247, Schumann an Bonn, Tel. 1888, 7. 5. 1953, Urgent; ebd., Bl. 249f., François-Poncet an MAE, Tel. 2425/27, 8. 5. 1953, Réservé, Très urgent.

³⁰⁴ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 5679, 27. 4. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 395f.

³⁰⁵ S. Unterhausrede Churchills, 11. 5. 1953, in: EA 1953, S. 5738–5744; Fursdon, Community, S. 218f.; zu den deutschlandpolitischen Implikationen der Rede s. Kap. III.1.3.

³⁰⁶ PA, NL von Kessel, Ordner [1], Aufzeichnung von Kessel, 11. 5. 1953.

³⁰⁷ Vgl. Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG, S. 123f.; ders., René Mayer, S. 95–97.

³⁰⁸ Lenz, Tagebuch, S. 629, Tb. 22. 5. 1953.

nativlösung nicht zu debattieren wünschten³⁰⁹, blieb der Kanzler weiterhin auf die EVG fixiert, um der Bedrohung aus dem Osten standhalten zu können, „ferner aber auch, um Kriege unter europäischen Völkern, speziell zwischen Frankreich und Deutschland, für alle Zukunft unmöglich zu machen und endlich, um den europäischen Ländern wieder den genügenden politischen und wirtschaftlichen Einfluß zu verschaffen“³¹⁰. Gegenüber dem NATO-Oberbefehlshaber General Ridgway riet er den USA Mitte Juni, mit Deutschland vorsichtig zu „flirten“, um Frankreich unter Druck zu setzen³¹¹. Nicht unlieb war es ihm außerdem, daß der Stillstand an der EVG-Front in Bonn erneut eine Diskussion über eine Aufhebung des Junktims zwischen EVG- und Deutschlandvertrag entfachte³¹². Auch in Paris gab es derartige Überlegungen; sie wurden aber letztlich verworfen, weil man sich nicht des Mittels berauben wollte, mit dem Besatzungsstatut die Modalitäten der deutschen Wiederbewaffnung mitzubestimmen. Die juristischen und tatsächlichen Verbindungen beider Verträge galten als so eng, daß die Lockerung letztlich zu einer Ersetzung des Gesamtwerkes durch ein neues Ensemble führte, das auf die völlige Souveränität der Bundesrepublik und den Beitritt zur NATO hinauslief³¹³.

Das Ende der Regierungskrise in Paris Ende Juni und die Bildung eines neuen Kabinetts unter Joseph Laniel mit gaullistischer Beteiligung verströmte in Bonn neue Hoffnung. Die „Zersetzungserscheinungen im gaullistischen Lager“ ließen die Chancen zur Ratifizierung aus Sicht deutscher Beobachter „erheblich“ steigen³¹⁴. Im Auswärtigen Amt sah man die Möglichkeit eines „Umschwungs“ unter den französischen Kollegen, da leitende Beamte des Quai d’Orsay offenbar ein weiteres Hinauszögern als kontraproduktiv einschätzten und befürchteten, es könne die Bonner Republik in die Arme Washingtons treiben³¹⁵. Die Reise Blanks in die USA im Juli³¹⁶ galt an der Seine als untrügliches Zeichen zunehmend intimerer deutsch-amerikanischer Beziehungen und bilateraler Geheimverhandlungen über eine Rückversicherungslinie für den Fall eines Scheiterns der EVG³¹⁷. Für François-Poncet gab es keinen Zweifel an einer sofortigen Aufrüstung Westdeutschlands im Moment des Fehlschlags. Und ebenso sicher sei er, so schrieb er jenen in Paris ins Stammbuch, die dies lieber sähen als die Errichtung der EVG, „que le danger allemand ne reviendrait redoutable pour nous que le jour où nous aurions perdu l’amitié des Etats-Unis et où la Grande-Bretagne [...] nous regarderait comme un pays sur lequel on ne saurait faire fond“³¹⁸.

³⁰⁹ S. ebd., S. 657, Tb. 25. 6. 1953.

³¹⁰ Adenauer an Schlüter-Hermkes, 20. 7. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 413f., hier S. 413.

³¹¹ PA, Abt. 2, Bd. 973, Unterredung zwischen dems. und Ridgway vom 15. 6. 1953, 16. 6. 1953, Geheim.

³¹² S. Lenz, Tagebuch, S. 643, Tb. 9. 6. 1953.

³¹³ S. AMAE, PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 70, Bl. 311–315, Aufzeichnung der Unterabt. Zentral-europa im MAE, o.D. (Konzept JS).

³¹⁴ PA, NL von Kessel, Ordner [1], Aufzeichnung von Kessel, 11. 5. 1953.

³¹⁵ Ebd., Bd. 283, Bl. 180, Jordan an Ophüls, Vermerk e.o. 211–00/22 8836/53, 18. 6. 1953.

³¹⁶ Vgl. ebd., Bd. 973, Unterredung Blanks im State Department vom 3. 7. 1953.

³¹⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 381, Bl. 248–250, François-Poncet an MAE, Tel. 3940/45, 25. 7. 1953, Réservé, Très urgent.

³¹⁸ Ebd., Généralités, Bd. 71, Bl. 300, ders. an dass, Tel. 3296/00, 21. 6. 1953, Réservé.

Obwohl Laniel in seiner Investiturrede die Regelung der Saarfrage, die Unterzeichnung der Zusatzprotokolle und den Abschluß eines Abkommens mit England über die Zusammenarbeit mit der EVG als Bedingungen für die Vorlage des Ratifizierungsgesetzes aufgelistet hatte³¹⁹, zeigte sich auch Adenauer optimistisch. Er baute auf den Einfluß des stellvertretenden Président du Conseil Teitgen und der Minister Pleven und Bidault, die den Verträgen seiner Meinung nach „sehr positiv“ gegenüberstanden³²⁰. Teitgen dämpfte allerdings wenige Tage später die hohen Erwartungen des Kanzlers mit dem Hinweis, die SFIO wolle aus Mißtrauen gegen die SPD erst die Bundestagswahlen abwarten, bevor sie sich zur EVG definitiv festlege³²¹.

Vor diesem Hintergrund lancierte der Kanzler nun den sensationellen Plan einer Viermächtekonferenz über Deutschland sowie eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf der Grundlage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft³²². Mit diesem Vorschlag erhielt das EVG-Problem eine neue Dimension. Er verengte die Kluft zwischen Ost und West und ermöglichte Frankreich die Vereinigung zweier „Lieblingsideen“: „die Bindung der deutschen Militärkraft in einem System der kollektiven Sicherheit einerseits und die Wiederanknüpfung der traditionellen Verbindung nach dem Osten andererseits“. Zu einer positiven Reaktion wollten sich die leitenden politischen Kreise in Paris dennoch nicht durchringen, sahen sie offenbar allzu sehr ihre „Empfindlichkeit [...] verletzt“, von Bonn in den Schatten gestellt worden zu sein³²³.

Auf der Washingtoner Außenministerkonferenz versteifte sich Bidault am 10. 7. seinen angelsächsischen Kollegen gegenüber darauf, die Viermächtekonferenz vor der parlamentarischen Billigung des Pariser Vertrages abzuhalten. Dulles zeigte zwar Gespür für seine innenpolitische Situation, bat aber auch um Verständnis für jene Adenauers und warnte vor den Folgen, wenn die EVG Schiffbruch erleiden sollte „and no alternative is found“³²⁴. Am folgenden Morgen redete er auf seinen französischen Kollegen ein, die Ratifikationsdebatte endlich voranzutreiben. Bidault präsentierte sich zwar als entschiedener Verfechter der europäischen Integration, wollte die EVG aber mit Blick auf die innere Situation in Frankreich nicht einmal im geplanten Abschlußkommuniqué erwähnt wissen. Dulles ließ sich daraufhin eine Zustimmung zur Viererkonferenz abringen und legte gleichzeitig seine Konditionen vor: Das Treffen sollte am Tage nach der Bundestagswahl angekündigt werden, „on the assumption that the question of European integration through the Schuman Plan, the EDC, and the EPC would of

³¹⁹ S. Investiturrede Laniels in der Assemblée Nationale, 26. 6. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Bd. 4, S. 3150f.; PA, Abt. 2, Bd. 236, Bl. 206f., Hausenstein an AA, Tel. 310, 26. 6. 1953; AdG 1953, S. 4054C.

³²⁰ Lenz, Tagebuch, S. 659, Tb. 30. 6. 1953.

³²¹ S. ACDP, NL Lenz, I-172-58/2, Lenz an Adenauer, 7. 7. 1953; Lenz, Tagebuch, S. 666, Tb. 6. 7. 1953; zur Haltung der SFIO vgl. OURS, C 7 I MM, 45. Protokoll des Congrès National vom 2.-6. 7. 1953; Motion der SFIO, in: AdG 1953, S. 4064G; Quilliot, S. F.I.O., S. 495-497.

³²² Vgl. Kap. III.1.3.

³²³ PA, Abt. 3, AZ 232-00, Bd. 5, von Walther an AA, 221-20 I Tgb.Nr. 2730/53, 29. 7. 1953.

³²⁴ Unterredung zwischen Bidault, Dulles und Salisbury vom 10. 7. 1953, ST MIN-1, 11. 7. 1953, Secret (Draft), in: FRUS 1952-1954, Bd. 5, S. 1609-1621, hier S. 1620; s.a. AMAE, NUOI, Bd. 73, Bonnet an MAE, Tel. 5246/60, 11. 7. 1953; ebd., ders. an dass., Tel. 5261/68, 11. 7. 1953.

course not be reopened“³²⁵. Nachdem der englische Außenminister Salisbury am 13. 7. von seinem Kabinett eine entsprechende Ermächtigung erhalten hatte, einigten sich die drei Delegationen im Abschlußkommuniqué schließlich auf eine Kompromißformel, die sowohl den Willen der USA zur Fortsetzung der bisherigen Europapolitik als auch die französischen Schwierigkeiten berücksichtigte³²⁶. Die Minister bezeichneten die EVG als „notwendige Etappe“ zur engeren Gestaltung der europäischen Einheit im atlantischen Rahmen und betonten im Sinne des Adenauerschen Sicherheitssystems ihre Friedfertigkeit³²⁷.

Bei den deutschen Diplomaten in Paris stellte sich jetzt eine alles in allem positive Einschätzung der Lage ein. Von Kessel sah die Chancen zur Ratifizierung Ende Juli „wesentlich gestiegen“, wobei er als Hauptgrund für den Umschwung die Erkenntnis der Franzosen ausmachte, daß die EVG das kleinere Übel sei gegenüber einer auf einer erfolgreichen Viererkonferenz eventuell beschlossenen Wiedervereinigung Deutschlands³²⁸. Französische Kollegen bestärkten ihn in der Bewertung der Ratifikationsaussichten, wobei sie bezeichnenderweise von anderen Voraussetzungen ausgingen. Frankreich, so meinte Sauvagnargues in diesen Tagen gegenüber von Walther, glaube nicht mehr an eine Normalisierung der sowjetisch-alliierten Beziehungen und habe daher „keine Ausweichpolitik mehr“. Ein klares Bild konnte die Bundesregierung aus derart widersprüchlichen Nachrichten natürlich nicht zusammensetzen. Zu dem Wirrwarr paßte auch die Meldung, der gesamte Quai d'Orsay und eine große Anzahl von Abgeordneten betrachteten die EPG inzwischen als „Hindernis“ für die EVG, würden „lieber in den sauren Apfel der EVG beißen, als sich selber durch die Politische Gemeinschaft politisch [...] entmannen“! Selbst Sauvagnargues' „Herr und Meister“ Seydoux schien zum EVG-Anhänger zu mutieren. Verantwortlich für diesen angeblichen Gesinnungswandel zeichnete in den Augen von Walthers vor allem die Erklärung Adenauers zugunsten der Viererkonferenz, weil sie die verbreitete Befürchtung abbaute, Deutschland wolle die EVG als „Revanche-Instrument“ mißbrauchen, um die Ostgebiete wiederzugewinnen. Das Spiel war damit seines Erachtens aber noch lange nicht gewonnen. Damit der sich abzeichnende Wandel zum Tragen käme, brauchte es vor allem eine Verhärtung der sowjetischen Politik³²⁹.

Intra muros sahen die französischen Planungen hingegen weitaus offener aus. Da man im Quai d'Orsay die deutsche Wiederbewaffnung nicht mehr in Frage stellte, eine Akzeptierung der EVG von der Sowjetunion aber nicht erwartete, entwickelte die Europaabteilung ein Modell, das für militärische Einheiten eines wiedervereinigten Deutschlands eine „Bindung neuartigen Charakters“ an westliche Armeen vorsah und die deutschen Kontingente unter Viermächteverwaltung

³²⁵ Unterredung zwischen Bidault, Dulles und Salisbury vom 11. 7. 1953, ST MIN-2, 11. 7. 1953, Secret (Draft), in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1622–1631, hier S. 1628.

³²⁶ S. Unterredung zwischen dens. vom 14. 7. 1953, ST MIN-4, 14. 7. 1953, Top Secret (Draft), in: ebd., S. 1669–1675; zur Entscheidung der englischen Regierung vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 156 f.

³²⁷ Abschlußkommuniqué der Washingtoner Außenministerkonferenz, 15. 7. 1953, in: AdG 1953, S. 4075A.

³²⁸ PA, NL von Kessel, Ordner [1], von Kessel an AA, Tgb.Nr. 513/53, 28. 7. 1953, Geheim.

³²⁹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 20b, Bl. 111–114, von Walther an Blankenhorn, 25. 7. 1953.

stellen wollte³³⁰. In der Presse zeichnete sich unter den Gegnern der EVG eine taktische Wende ab, die darauf abzielte, den Vertrag nicht mehr zu kritisieren, sondern außenpolitische Lösungen vorzuschlagen, die ihn überflüssig machten. Beispiel eines solchen von der deutschen Diplomatie als durchaus gefährlich eingeschätzten „scheinkonstruktiven“ Vorschlags³³¹ war ein Artikel des außenpolitischen Kommentators von „Le Monde“, der Ende Juli einen Friedensvertrag über Deutschland empfahl, in dem es als Gegengabe für die Wiedervereinigung feierlich versprechen sollte, die Oder-Neiße-Grenze nicht gewaltsam zu verändern und die EVG aufzugeben. André Fontaine sprach sich dafür aus, Deutschland militärisch zu neutralisieren, schloß aber einen politischen und wirtschaftlichen Anschluß an den Westen nicht aus³³².

Jene, die wie Alphand strikt an der Verteidigungsgemeinschaft festhielten, suchten dagegen nach Wegen, um sie für Frankreich erträglicher zu gestalten. Da der EVG-Vertrag für den Fall der deutschen Einheit die Übertragung der Vertragsbestimmungen auf Gesamtdeutschland vorsah, empfahl der Diplomat eine Revision der Artikel über die Stimmwägung und die Streitkräfteplanung, um eine „*prépondérance militaire allemande*“ zu verhindern³³³. Adenauer, dem diese Befürchtungen nicht verborgen blieben, signalisierte Bidault am Rande der Außenministerkonferenz der EGKS im August, er wolle das Problem der Erhöhung der deutschen Truppenstärke im Falle der Wiedervereinigung gemeinsam mit Frankreich erörtern und dessen Sicherheitsbedürfnis beachten³³⁴. Daß er an der EVG festhielt, daran gab es keinen Zweifel³³⁵.

Amerikanische Diplomaten artikulierten nun die Überlegung, nur die militärischen Klauseln der EVG um- und die supranationale Konstruktion auszusetzen. Auf eine Initiative der Niederlande hin, die von Belgiern und Amerikanern unterstützt, von Engländern und einigen Franzosen, aber auch von von Kessel sympathisch aufgenommen wurde, arbeiteten NATO-Mitarbeiter in Paris darüber hinaus einen Plan aus, der der Sowjetunion die Einbindung Gesamtdeutschlands in die EVG schmackhaft machen sollte. Danach war vorgesehen, ganz Deutschland in die EVG aufzunehmen, die Gebiete östlich der Elbe aber entmilitarisiert zu belassen³³⁶.

In einer Unterredung mit Blankenhorn kaprizierte sich Bidault am 16. 9. auf die entscheidende Bedeutung der EPG für die Überwindung der parlamentarischen Hürden bei der EVG, da die Gaullisten sich nicht mit einer zu stark betonten supranationalen Organisation abfinden. Die Aussicht auf eine Viererkonferenz tangierte die Ratifizierungsverhandlungen nach seinem Dafürhalten nach hingen nicht, weil „nichts Positives“ von den Sowjets erwartet werden konnte. Der deutsche Diplomat gewann aus dem Gespräch die Überzeugung, Bidault wolle

³³⁰ Lohse, Lockungen, S. 151.

³³¹ PA, Abt. 3, AZ 232-00, Bd. 5, von Walther an AA, 221-20 I Tgb.Nr. 2742/53, 31. 7. 1953.

³³² S. Artikel Fontaines, in: „Le Monde“, 31. 7. 1953.

³³³ AN, 457 AP 36, Papiers Bidault, Aufzeichnung Alphand, 22. 7. 1953.

³³⁴ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 23, Bl. 215f., Unterredung zwischen Bidault und Adenauer vom 10. 8. 1953.

³³⁵ S. Erklärung Adenauers, 4. 9. 1953, in: Bulletin 1953, S. 1413f.; Ansprache dess. im „RIAS“, 4. 9. 1953, in: ebd., S. 1416-1418; Interview dess. mit „Daily Mail“, 15. 9. 1953.

³³⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 973, von Kessel an Pauls, Brieftel. Tgb.Nr. 573/53, 4. 9. 1953, Streng geheim.

die EVG, nicht aber das Opfer der Aufgabe französischer Souveränität. Völlig ungewiß schien ihm die Aussicht der Bemühungen des Ministers, den Durchbruch zu schaffen³³⁷. Gegenüber dem amerikanischen Botschafter Dillon unterstrich Bidault kurz darauf, die Ratifikationsdebatte könne im Fall der Bereinigung des Saarproblems und eines vernünftigen Ergebnisses der laufenden Verhandlungen über die EPG bereits im November stattfinden³³⁸. Anders als der Außenminister sah der stellvertretende Generaldirektor für politische und wirtschaftliche Angelegenheiten de Margerie die Lösung der Saarfrage geradezu als „entscheidende Voraussetzung“ für die EVG-Ratifikation, verlangte aber von der Bundesregierung zugleich eine verzögerte Truppenaufstellung nach Inkrafttreten der EVG und eine Beschränkung der Stärke auf jene der französischen Kontingente³³⁹. Alphand unterbreitete Blankenhorn zur selben Zeit in Anlehnung an Adenauers Sicherheitskonzept vom Juli den Vorschlag, mit der Ratifizierung des EVG-Vertrags Moskau das „rein taktisch“ gedachte und von Paris zu initiiierende Angebot eines Sicherheitssystems zu unterbreiten³⁴⁰. Die ihm im Gegenzug skizzierte Bonner Vorstellung einer EVG-Zone in Deutschland und einer NATO-Zone in den BENELUX-Staaten und Frankreich lehnte er ab, weil er eine Trennung der Bindung zwischen EVG und NATO und somit auch zu England befürchtete. Statt dessen hielt Alphand die Schaffung von drei Sektoren für notwendig: ein mittleres, demilitarisiertes Gebiet, einen EVG-NATO-Bereich im Westen und eine die Satellitenstaaten und einen Teil der Sowjetunion umfassende Region im Osten mit jeweils beschränkten Truppenstärken³⁴¹.

Der Regierungschef seinerseits versicherte mehrfach, den Vertrag bis zum Jahresende unter Dach und Fach haben zu wollen, wobei er stets Wert darauf legte, daß die Partner keinen Druck ausübten³⁴². Freilich glaubten nicht einmal mehr die EVG-Anhänger an der Seine daran, daß die Zusatzprotokolle ausreichen, um die Ratifizierung problemlos über die Bühne gehen zu lassen. Selbst der einzige wirkliche Verfechter der EVG im Quai d'Orsay, Hervé Alphand, spielte mit dem Gedanken an zusätzliche Anwendungsmodalitäten³⁴³. Als entsprechende, zunächst noch unbestätigte Signale, die von der Notwendigkeit weiterer Protokolle berichteten³⁴⁴, in Washington eintrafen, wandte sich Eisenhower am 20. 9. mit einer persönlichen Botschaft an Laniel. Er ermutigte ihn zur Fortsetzung des eingeschlagenen Weges, ermahnte ihn aber zugleich, nicht die historische Gelegenheit zu einer wirklichen deutsch-französischen Verständigung als Grundvoraussetzung jeglicher europäischen Einigung zu verpassen. Der Westen sei nach den für Adenauer

³³⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 24, Bl. 147–149, Blankenhorn u. von Walther an AA, Fernschreiben, 16. 9. 1953, Geheim; s.a. ebd., Bl. 150, Tb. 16. 9. 1953; Blankenhorn, Verständnis, S. 172f., Tb. 16. 9. 1953.

³³⁸ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 1229, 24. 9. 1953, Top Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 1460f.

³³⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 24, Bl. 150, Tb. 16. 9. 1953.

³⁴⁰ S. ebd., Bl. 111–117, Blankenhorn an Hallstein, 18. 9. 1953.

³⁴¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 990, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 717/53, 14. 10. 1953, Geheim.

³⁴² S. Dillon an Dep. of State, Tel. 1101, 17. 9. 1953, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 807f.

³⁴³ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 477, Tb. 10. 9. 1953.

³⁴⁴ S. Dillon an Dep. of State, Tel. Colux 3, 20. 9. 1953, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 808–812.

so glänzend verlaufenen Bundestagswahlen vom 6. 9. dazu verpflichtet, in seinen Beziehungen zur Bundesrepublik einen neuen Geist walten zu lassen³⁴⁵.

Laniel ließ sich mit der Beantwortung mehrere Wochen Zeit, um die Entwicklung der innenpolitischen Stimmungslage abzuwarten. Die in diesen Tagen veröffentlichten Stellungnahmen der französischen Parteizentralen ließen keine grundlegende Änderung der festgefahrenen Situation erkennen. Die Radikalsozialisten machten die Ratifizierung von der Annahme eines internationalen Status der Saar, der Rechtsgültigkeit der Zusatzprotokolle, der Schaffung einer politischen Autorität und der Beschränkung der nationalen Polizeistreitkräfte abhängig³⁴⁶. Die gaullistische „Union Républicaine et d'Action Sociale“ (URAS) und die Dissidenten der „Indépendants d'Action Républicaine et Sociale“ (ARS) sprachen sich jedoch gegen eine politische europäische Autorität aus³⁴⁷. Michel Debré verglich die „majorité européenne“ gar mit der „majorité munichoise“, während der proeuropäische René Mayer sich gerade von der Verweigerungshaltung der Gaullisten, ihrer Furcht vor der Integration und dem Streben nach einem „apaisement à tout prix“ an „München“ erinnert fühlte³⁴⁸. Und für die Sozialisten bestätigte Mollet vor der Konsultativversammlung des Europarates, daß für sie weiterhin jene Position galt, die sie Anfang Juli auf dem Nationalkongreß festgelegt hatten: grundsätzliche Zustimmung zu einer Europaarmee, sofern eine politische Gemeinschaft mit beschränkten, aber realen Vollmachten entstünde, die Zusammenarbeit zwischen der EVG und Großbritannien und eine Garantie der USA gegen jegliche Verletzung des EVG-Vertrags gewährleistet seien³⁴⁹.

Die im Kern positive Haltung des Generalsekretärs der SFIO und der negative Tenor der letzten sowjetischen Note an die Westmächte zur Viererkonferenz³⁵⁰ entfachten in Kreisen des EVG-Interimsausschusses Anfang Oktober eine „ausgesprochene Siegesstimmung“. Von Kessel etwa sah die Lage nun „ganz erheblich, vielleicht sogar grundlegend gebessert“. Am Ziel wähnte er sich aber noch nicht. Eine Ratifizierung nach den französischen Präsidentschaftswahlen im Dezember hielt er immerhin für möglich, sofern Moskau nicht doch noch neue diplomatische Winkelzüge versuchte und keine inneren Unruhen in Frankreich die außenpolitische Entschlußfreudigkeit lähmten³⁵¹. Auch de Margerie zeigte sich optimistisch und wollte vor dem Hintergrund der sowjetischen Intransigenz bei gleichbleibend negativer Haltung des Kreml und einer Lösung der Saarfrage eine Ratifizierung „mit 40 bis 50 Stimmen Mehrheit“ kaum bezweifeln³⁵². Von Kessel mahnte das Auswärtige daher dazu, die „vagen Projekte und halben Zusagen“ endlich aufzugeben. Wolle man die EVG erhalten, müsse in der Saarfrage nun „ein

³⁴⁵ S. Eisenhower an Laniel, 20. 9. 1953, Secret, in: ebd., S. 812 f.

³⁴⁶ S. Resolution der Radikalsozialisten, 21. 9. 1953, in: AdG 1953, S. 4178B.

³⁴⁷ S. Erklärungen des Generalsekretärs der URAS Gaston Palewskis und des Staatsministers Edmond Barrachin von ARS, 22. 9. 1953, in: ebd.

³⁴⁸ AN, 363 AP 37, Papiers Mayer, Mayer an Debré, 2. 10. 1953.

³⁴⁹ Vgl. AdG 1953, S. 4178B; zur Haltung Mollets vgl. Lefebvre, Guy Mollet, S. 154; Quilliot, S. F.I.O., S. 496 f.

³⁵⁰ Vgl. Kap. III.1.3.

³⁵¹ PA, Abt. 2, Bd. 973, von Kessel an AA, Tgb.Nr. 671/53, 3. 10. 1953, Geheim; s.a. ebd., Bd. 990, ders. an dass., Tgb.Nr. 717/53, 14. 10. 1953, Geheim.

³⁵² S. ebd., von Walther an dass., Tel. 465, 1. 10. 1953, Geheim, Citissime.

offenes Spiel“ gespielt werden³⁵³. Dementsprechend rekapitulierte Laniel in seinem Antwortschreiben an Eisenhower am 8. 10. die Vorbedingungen für einen Erfolg im Palais Bourbon mit den Worten: Regelung der Saarfrage, Unterzeichnung der Zusatzprotokolle und engstmögliche Verbindung der EVG zu Großbritannien³⁵⁴. Frohgemut stellte Bidault Mitte Oktober auf einer Konferenz der drei westlichen Außenminister erstmals einen präzisen Zeitplan für die ersten Schritte der parlamentarischen Ratifikationsprozedur zum EVG-Vertrag in Aussicht: Debatte im Rat der Republik am 27. 10.; Anhörungen vor dem Auswärtigen Ausschuß der Assemblée Nationale am 12./13. 11.; Aussprache in der Nationalversammlung um den 20. 11. Dann müßten die Abgeordneten eine vorläufige Zustimmung zu EVG und EPG abgeben, sonst würde er als Minister zurücktreten³⁵⁵.

„L'armée européenne a de moins en moins d'adeptes sincères“

Mit dem seit Herbst immer offener diskutierten „New Look“ in der amerikanischen Verteidigungskonzeption, d.h. der stärkeren Betonung nuklearer Abschreckung gemäß dem Grundlagendokument NSC 162/2³⁵⁶, trat jedoch in Frankreich eine völlig neue Komponente in die Diskussion über die europäische Sicherheit ein. Die Konzentrierung auf Kernwaffensysteme bei gleichzeitiger Vernachlässigung der konventionellen Verteidigung und die Absicht der USA zur Truppenreduzierung in Europa, die von Eisenhower von Anfang an verfolgt worden war³⁵⁷, verstärkten in Paris die Abneigung gegen die Europäisierung des französischen Verteidigungspotentials. Im Quai d'Orsay war man sich des durch die Einführung nuklearer Waffen heraufziehenden Dilemmas sehr wohl bewußt: „le réarmement de l'Allemagne fédérale aura-t-il pour résultat de fixer en quelque sorte les forces américaines en Europe ou, au contraire, de faciliter leur retour aux Etats-Unis?“ Vor dem Hintergrund der konventionellen Unterlegenheit des Westens und des Aufstiegs der Sowjetunion zur Nuklearmacht schien der deutsche Verteidigungsbeitrag militärisch zwar sinnvoll, doch die vorgezeichnete Niederlage des Westens nicht abwenden zu können. Angesichts der fehlenden klaren Strategie des Atlantikpakts drohte daher aus französischer Sicht die doppelte Gefahr, daß die Amerikaner die Aufstellung deutscher Truppen zum Anlaß für den eigenen Abzug nähmen und mit der Forderung nach einer Verstärkung der deutschen Kontingente verbänden. Natürlich war dies das genaue Gegenteil dessen, was Frankreich wollte. Als Ausweg sah das Ministerium nur, die Zustimmung zur deutschen Wiederbewaffnung von einer präzisen und dauerhaft gültigen Vorwärtsstrategie der NATO abhängig zu machen, d.h. einer Reorganisation der vorhandenen Pläne, an der Frankreich voll beteiligt werden müsse³⁵⁸. Darüber hinaus spielten die Beamten mit dem Gedanken, die Bedingungen für ein Inkraftsetzen

³⁵³ Ebd., Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 6, von Kessel an dass., Tgb.Nr. 1177/53, 15. 10. 1953.

³⁵⁴ S. Laniel an Eisenhower, 8. 10. 1953, Secret (Übersetzung), in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 820f.; Dillon an Dep. of State, Tel. 1413, 9. 10. 1953, Secret, in: ebd., Bd. 6, S. 1391 f.

³⁵⁵ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 27, 18. 10. 1953, Secret, in: ebd., Bd. 5, S. 826–828.

³⁵⁶ Vgl. Peter, Abschrecken, S. 21–144; Rosenberg, Origins, S. 137–143.

³⁵⁷ S. Ambrose, Eisenhower, Bd. 2, S. 143 f.; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 139.

³⁵⁸ AN, 457 AP 35, Papiers Bidault, Service des Pactes im MAE an Bidault, Aufzeichnung, 14. 11. 1953.

der EVG durch weitere „*préalables*“ auf dem militärischen Sektor zu erhöhen. Dabei dachten sie nicht zuletzt wieder einmal an die Einrichtung einer kollektiven Führung der westlichen Strategie, d. h. vor allem einer „*direction à trois*“, von der man sich einen bedeutenden politischen Vorteil gegenüber Deutschland versprach³⁵⁹.

Andere französische Diplomaten liebäugelten hingegen mit der Ersetzung der EVG. Jean Chauvel, Botschafter in Bern, empfahl Außenminister Bidault Mitte Oktober ein Sicherheitssystem, das aus drei zentralen Elementen bestehen sollte: Bildung einer politischen europäischen Gemeinschaft; Schaffung einer Verteidigungsorganisation ihrer Mitglieder; Beitritt Westdeutschlands zur NATO. Den Vorteil der Konzeption sah er vor allem in der Bewahrung der „*personnalité militaire*“ Frankreichs und der Einrahmung Deutschlands in ein System mit den USA und Großbritannien³⁶⁰. Ähnlich dachte sein Kollege in London, Massigli, für den die EVG „*une folie totale*“ war. Sie zu zerstören, erforderte freilich, etwas Neues zu schaffen, meinte er Ende Oktober gegenüber Auriol. Bidault hatte ihm aber davon berichtet, eine Mehrheit von zwanzig Stimmen für die Ratifikation zu besitzen. Doch der Präsident beruhigte ihn. Die Sozialisten seien gespalten, Mollet werde nur zustimmen, wenn England dabei sei. Und selbst wenn das Parlament der EVG die Zustimmung gäbe, würden sich URAS und ARS von der Mehrheit distanzieren und die Sozialisten aus der Regierung zurückziehen, um nicht die Verantwortung übernehmen zu müssen. Die Ratifikation im Conseil de la République sei damit völlig ungewiß³⁶¹.

Angesichts der mittlerweile erfolgten Ratifikation in Washington und Bonn schien der Regierung ein Neuverhandeln des Pariser Vertrags aber ausgeschlossen. Um die Kritik der EVG-Gegner aufzufangen, ging sie statt dessen den Weg, den vom Interimsausschuß auszuarbeitenden Anwendungsregeln eine für Frankreich günstige Interpretation zu geben, die das Inkrafttreten hinauszögerten oder die Tragweite der Vertragsklauseln modifizierten. Ziel sollte es sein, den Erhalt der Union Française, die nationale Unabhängigkeit und die Einheit der Streitkräfte zu retten. Den Partnern war klarzumachen, „*que la France est une et indivisible et que son effort métropolitain ne peut pas être séparé de son effort hors d'Europe*“. Die nationale und territoriale Einheit Frankreichs und die Durchsetzung des geforderten Systems der Stimmwägung sicherten die Souveränität und verhinderten eine politische deutsche Vorherrschaft in EVG und EPG. Die enge Assoziation mit den Briten half dabei, die militärische Prädominanz der Deutschen zu vereiteln, wenn man Einheiten nach Indochina abziehen mußte³⁶².

Ob sich dieser Weg im parlamentarischen Dickicht als gangbar erweisen würde, war indes fraglich. Wie prekär die innenpolitische Lage der französischen Regierung war, verdeutlichte die Debatte im Rat der Republik in den letzten Oktobertagen. Mit 238 gegen 76 Stimmen wiesen die Senatoren einen Antrag der Sozialisten ab, der dem Grundsatz der Europaarmee unter bestimmten Bedingungen zu-

³⁵⁹ Ebd., Aufzeichnung des MAE, 7. 10. 1953, Secret.

³⁶⁰ Ebd., 44, Chauvel an Bidault, Aufzeichnung, 12. 10. 1953.

³⁶¹ Unterredung zwischen Auriol und Massigli vom 20. 10. 1953, in: Auriol, Journal, Bd. 7, S. 470–472, hier S. 470.

³⁶² AN, 457 AP 47, Papiers Bidault, Aufzeichnung, 21. 10. 1953, Confidential.

stimmte. Statt dessen forderten sie die Regierung mehrheitlich auf, die Zeit bis zu einer Beschlußfassung zu nutzen, um eine Lösung herbeizuführen, die England einbezöge und die Integrität der Union Française gewährleiste³⁶³. Die deutschen Beobachter neigten anschließend zu verhaltenem Optimismus, da sie ein ungünstigeres Ergebnis erwartet hatten und insbesondere das entschlossene Auftreten Bidaults in der Debatte rühmten³⁶⁴. Sie wußten aber zu gut, daß es keinen Grund zum Überschwang gab, obwohl der negative Ton der neuesten sowjetischen Note zur Frage der Viererkonferenz³⁶⁵ und eine soeben veröffentlichte Meinungsumfrage mit 46% zugunsten der EVG auf der Habenseite verbucht werden konnten. Denn diesen positiven Elementen standen weiterhin die schlechte Gesamtsituation Frankreichs, die keineswegs behobene Gefahr einer Zusammenarbeit von Kommunisten und anderen „anti-cédistes“ mit dem Ziel der Sabotierung der EVG und die größtenteils negative Einstellung der Beamten im Quai d'Orsay gegenüber³⁶⁶. „Le courant antieuropéen“, so registrierten auch die europafreundlichen französischen Diplomaten, „s'est renforcée. L'armée européenne a de moins en moins d'adeptes sincères, à part un petit groupe d'Européens fanatiques“³⁶⁷.

Trotz aller wortreichen Versicherungen, es gebe keine Alternative zur EVG, machte sich am Rhein angesichts der sich anbahnenden Strategieänderungen der NATO und des immer noch ungewissen Schicksals der EVG ein gewisses Unbehagen über die sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik breit. Gespräche mit deutschen Spitzendiplomaten hinterließen bei amerikanischen Kollegen Ende Oktober den Eindruck, als seien sie von der Furcht ergriffen, die USA könnten sich vom europäischen Kontinent zurückziehen und zu einer peripheren Verteidigung übergehen³⁶⁸. Auch Adenauer war von derartigen Ängsten nicht frei. Er zog den Willen Frankreichs, der EVG zum Durchbruch zu verhelfen, durchaus in Zweifel, weil die Grande Nation fürchtete, ihren Weltmachtsanspruch zu verlieren³⁶⁹. Der Kanzler stellte daher erneut Überlegungen an, ob das Junktim zwischen General- und EVG-Vertrag nicht aufgelöst werden könne, und sprach im vertrauten Journalistengespräch ganz ungeniert von der Ersatzlösung eines deutsch-amerikanischen Bündnisses für den Fall des Scheiterns der EVG³⁷⁰. Gegenüber dem amerikanischen General Gruenther plädierte er Mitte November für einen deutsch-englischen-amerikanischen Vertrag, der unter Verzicht auf militärische Abmachungen wenigstens die politischen Beziehungen neu regeln sollte³⁷¹. Wenige Tage später versetzte der deutsche Geschäftsträger in Washington, Kreke-ler, dem Unterstaatssekretär im State Department, Smith, geradezu einen Schock,

³⁶³ S. Debatte des Conseil de la République, 27. u. 29. 10. 1953, in: JO, CdR, Déb. Parl. 1953, Bd. 2, S. 1640–1664 u. 1763–1701; AdG 1953, S. 4232B.

³⁶⁴ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 6, Hausenstein an AA, 221–201 Tgb.Nr. 3881/53, 31. 10. 1953; Rede Bidaults im Conseil de la République, 29. 10. 1953, in: JO, CdR, Déb. Parl. 1953, Bd. 2, S. 1682–1690.

³⁶⁵ Vgl. Kap. III.1.3.

³⁶⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 26, Bl. 309–311, von Kessel an Blankenhorn, 4. 11. 1953.

³⁶⁷ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 489, Tb. 6. 11. 1953.

³⁶⁸ S. Lewis an Conant, 28. 10. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 549f.

³⁶⁹ S. Adenauer an Schäffer, 11. 11. 1953, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 43.

³⁷⁰ Vgl. Köhler, Adenauer, S. 828; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 122.

³⁷¹ S. Conant an Dulles, Tel. 1687, 16. 11. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 840f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 123.

als er von Adenauers großer Sorge über die Gefahr eines amerikanischen Truppenrückzugs berichtete³⁷². Alarmiert über die deutschen Aufweichungserscheinungen wandte sich Conant umgehend an Dulles³⁷³, der in einem Schreiben vom 20. 11.³⁷⁴ und einer Begegnung am 13. 12. sich eindringlich der uneingeschränkten Unterstützung der EVG durch die Bundesregierung versicherte. Aus seiner Sicht gab es zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft keine Alternative, auch nicht die eines etwaigen Agreements mit Bonn und London, wie es dem Kanzler offenbar vorschwebte. Sowohl in Bonn als auch in Paris, so führte der Außenminister seinem Vertreter am Rhein drohend vor Augen, sei man sich offenbar nicht bewußt, was die Stunde geschlagen habe. Wenn die europäische Integration nicht zustande komme, werde die amerikanische Hilfe kaum in der bisherigen Weise fortgesetzt. Falls Adenauer eine wirksame Verteidigung Europas nur auf Deutschland aufbauen wolle, „bypassing France, he is laboring under a disastrous illusion“³⁷⁵.

Von dieser Linie ließ sich der amerikanische Außenminister auch nicht durch die am 17. 11. begonnene Debatte in der Assemblée Nationale abbringen. Seit der letzten großen parlamentarischen Konfrontation über die französische Europapolitik waren mittlerweile einundzwanzig Monate ins Land gegangen. Im Vorfeld der mit großer Spannung erwarteten Aussprache hatten die Gaullisten massiv versucht, die neuerliche Diskussion zu verhindern, weil sie die Annahme einer ungünstigen Resolution befürchteten. Nach schweren Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung hatte sich der Ältestenrat der Nationalversammlung dann dem Druck Laniels und Bidaults gebeugt, die für die bevorstehenden Konferenzen der sechs Außenminister in Den Haag und der drei westlichen Regierungschefs auf den Bermudas ein eindeutiges Mandat verlangten³⁷⁶. Anders als von der Regierungsspitze erwartet worden war, entwickelte sich die Session zu einem heftigen Gefecht über das deutsch-französische Verhältnis. Bidault tat sich mit einem bemerkenswerten Plädoyer für die EVG hervor, ließ indes am 20. 11. keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er Frankreich von zu engen supranationalen Bindungen befreien wolle³⁷⁷. In diese Richtung zielte auch sein erneuter Vorstoß, die Zusatzprotokolle vom 24. 3. völkerrechtlich ratifizieren zu lassen. Obwohl der Interimsausschuß eine entsprechende Initiative auf deutschen Einspruch hin bereits im Juni abgeblockt hatte³⁷⁸, bat François-Poncet Adenauer am 19. 11. um die sofortige Unterzeichnung der Dokumente auf der Ende des Monats anberaumten Außenministerkonferenz in Den Haag und die anschließende Billigung durch die Präsidenten der Mitgliedsländer, damit sie denselben juristischen Status hätten wie

³⁷² S. Unterredung zwischen Krekeler und Smith vom 18. 11. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 555–558.

³⁷³ S. Conant an Dulles, 28. 10. 1953, Secret, Eyes only, in: ebd., Bd. 5, S. 831–833; ders. an dens., 13. 11. 1953, Official, Eyes only, Personal and Private, in: ebd., S. 553–555.

³⁷⁴ S. Dulles an Adenauer, 20. 11. 1953, in: ebd., Bd. 7, S. 1477 f.

³⁷⁵ ders. an Conant, 20. 11. 1953, Top Secret, Personal, in: ebd., S. 1473–1476, hier S. 1476.

³⁷⁶ Vgl. PA, Abt. 2, Bd. 990, Hausenstein an AA, Tel. 546, 14. 11. 1953, Geheim, Citissime; ebd., Aufzeichnung des AA, 232–00/22 II 2643/54, S. 1. 1954.

³⁷⁷ S. Rede Bidaults in der Assemblée Nationale, 20. 11. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Bd. 7, S. 5354–5356; Dalloz, Georges Bidault, S. 320–326.

³⁷⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 982, Blank an Adenauer, Aufzeichnung, 24. 11. 1953; Hofmann, Truppenstationierung, S. 202 f.

der Vertrag selbst. Der Kanzler war zwar zur Zeichnung der Protokolle in Den Haag bereit. Die Aufwertung durch eine Signatur von Heuss lehnte er aber deziert ab³⁷⁹, weil sie eine nochmalige Behandlung durch den Bundestag zur Folge gehabt und damit die Gefahr heraufbeschworen hätte, daß sich in Bonn wie in Paris der Eindruck festsetzte, es handle sich doch nicht nur um interpretierende, sondern vertragsändernde Texte³⁸⁰.

Dieser Rückschlag hielt die französische Regierungsspitze aber nicht davon ab, die EVG im Palais Bourbon zu unterstützen. Sowohl Mayer als auch Mollet und Laniel sprachen sich für die Verteidigungsgemeinschaft aus³⁸¹. Deutsche Hoffnungen, die Parlamentarier könnten einer positiven Entscheidung gar nicht mehr ausweichen³⁸², bewahrheiteten sich aber nicht. Das wirkungsmächtige Eintreten für die atlantische Allianz durch angesehene Abgeordnete wie Edouard Bonnefous³⁸³ bzw. der massive Auftritt der EVG-Gegner wie Palewski, Daladier, Pierre André, Billotte oder Duclos und ihre Warnungen vor einer deutschen Hegemonie, vor der Provozierung der Sowjetunion, der Gefahr eines neuen „Rapallo“, dem Verlust der französischen Souveränität und seines Ranges als Weltmacht waren in der Argumentation zwar recht disparat, wirkten aber auf so manch Unentschiedenen unter den Abgeordneten dennoch beeindruckend³⁸⁴. Ein Resolutionsentwurf der Sozialisten, der die prinzipielle Zustimmung des Parlaments zur EVG feststellen sollte, wurde mit 247 gegen 325 abgelehnt. Nur mit der knappen Mehrheit von 275 gegen 244 Stimmen bei 103 Enthaltungen vornehmlich gaullistischer Vertreter nahm das Palais Bourbon am 27. 11. schließlich ein Ordre du jour an, das die Europapolitik der Regierung unverbindlich stützte³⁸⁵.

Ausländische Beobachter führten das Scheitern der sozialistischen Entschlie-ßung in erster Linie auf parteipolitische Sonderinteressen zurück und prognostizierten für den Fall der Ratifikationsabstimmung eine schwache Mehrheit von etwa 30 Abgeordneten³⁸⁶. Die deutsche Diplomatische Mission errechnete hingegen ein Stimmenverhältnis von 320:300 zugunsten der EVG-Gegner und ging davon aus, daß eine knappe Mehrheit zugunsten der Anhänger nur dann erreicht werden könne, wenn ein Teil der „anti-cédistes“ sich des Votums enthielte und die Saarfrage geregelt sei³⁸⁷. Im Auswärtigen Amt zeigte man sich nach außen hin

³⁷⁹ S. PA, Abt. 2, Bd. 982, Unterredung zwischen Adenauer und François-Poncet vom 19. 11. 1953, Geheim; AN, 457 AP 47, Papiers Bidault, François-Poncet an MAE, Tel. 6208/13, 19. 11. 1953, Priorité, Urgent, Réserve.

³⁸⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 982, von Puttkamer an Ophüls, Aufzeichnung, 20. 11. 1953, Sofort; ebd., Blank an Adenauer, Aufzeichnung, 24. 11. 1953.

³⁸¹ S. Rede Mayers in der Assemblée Nationale, 20. 11. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Bd. 7, S. 5306–5311; Rede Mollets, 20. 11. 1953, in: ebd., S. 5350–5354; Rede Laniels, 24. 11. 1953, in: ebd., S. 5484–5487; Laniel, Jours, S. 269–271; O'Neill, Radical Party, S. 60f.

³⁸² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 26, Bl. 254f., Tb. 17. 11. 1953.

³⁸³ S. Rede von Bonnefous in der Assemblée Nationale, 19. 11. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Bd. 7, S. 5242–5248; vgl. Elzer, „Atlantiker“, S. 67f. u. 72f.

³⁸⁴ S. Rede Palewskis in der Assemblée Nationale, 19. 11. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Bd. 7, S. 5192–5196; Rede Pierre André, 19. 11. 1953, in: ebd., S. 5272–5274, im Auszug auch in: BDFD III, S. 135–137; Rede Daladiers, 19. 11. 1953, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1953, Bd. 7, S. 5295–5298; Rede Billottes, 20. 11. 1953, in: ebd., S. 5340–5342; O'Neill, Radical Party, S. 60f.

³⁸⁵ S. Clesse, Projet, S. 137–143; Fauvet, Naissance, S. 37–39; Resolution der Assemblée Nationale, 27. 11. 1953, in: EA 1953, S. 6243.

³⁸⁶ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 6, Plehwe an AA, 25. 11. 1953.

³⁸⁷ S. ebd., AZ 205–00/22, Bd. 7, Hausenstein an Hallstein, Tel. 579, 28. 11. 1953; ebd., Abt. 2,

gewiß, der westliche Nachbar werde die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen und ungeachtet des am 26. 11. erfolgten Moskauer Schwenks in Richtung auf eine Außenministerkonferenz ohne Vorbedingungen³⁸⁸ östlichen Lockungen nicht nachgeben. Die zur Schau gestellte Überzeugung wirkte aber nicht unbedingt überzeugender, wenn man sie in einem Runderlaß an alle Missionen mit der Drohung versehen zu müssen glaubte, andernfalls werde Frankreich „von den Westmächten getrennt und isoliert“³⁸⁹. Um die Stimmungslage jenseits des Rheins zu verbessern, plante der Kanzler Ankäufe großer Mengen von Wein und Fleisch, in der Hoffnung, die landwirtschaftlichen Kreise wohlwollend zu stimmen³⁹⁰.

Die Pariser Regierung war mit dem Ausgang der Debatte nicht zufrieden, konnte es auch kaum sein. Denn das gewünschte eindeutige Votum hatten die Abgeordneten ihr verweigert. Wie zu Zeiten der Dreyfus-Affäre zerfielen Politiker, Volk und öffentliche Meinung allmählich in sich hartnäckig befehrende Lager³⁹¹. Mit dem sowjetischen Einlenken in der Frage der Viermächtekonferenz konnte eine abschließende Stellungnahme der Assemblée Nationale nicht mehr vor dem Ende entsprechender Ost-West-Verhandlungen erwartet werden³⁹².

Frankreichs Partner sahen daher vorläufig auch keinen Grund, auf dessen Sonderwünsche einzugehen. Auf der Bermuda-Konferenz der drei westlichen Regierungschefs Anfang Dezember³⁹³ machte Bidault, der die Chancen zur Ratifikation anders als Laniel nicht so pessimistisch einschätzte³⁹⁴, den Kollegen in Vertretung seines erkrankten Regierungschefs klar, daß zwei zentrale Voraussetzungen erfüllt sein müßten: eine befriedigende Regelung der Saarfrage und eine langfristige Zusage über die Stationierung britischer und amerikanischer Streitkräfte auf dem Kontinent in einer über das deutsche Truppenkontingent hinausgehenden Größenordnung³⁹⁵. Besonderes Gewicht legte er außerdem auf das Verhältnis zwischen EVG und NATO und kündigte französische Vorschläge zur Reform der atlantischen Gemeinschaft an³⁹⁶. Die Angelsachsen präsentierten sich aber sehr abweisend. Die Briten lehnten verbindliche Zusagen über die eigene Truppenstärke auf dem Kontinent und ein Veto der EVG gegen den britischen Truppenabzug ab, und Churchill sah keinen Grund, nicht die Alternative eines nationalen deutschen Kontingents im Rahmen der NATO zu akzeptieren. Dulles und Eisenhower widersetzten sich der Ausweitung der Geltungsdauer des NATO-Paktes

Bd. 236, Bl. 322–325, ders. an AA, 205–00 I Tgb.Nr. 4208/53, 2. 12. 1953; ebd., Bd. 990, Aufzeichnung dess., 232–00/22 II 2643/54, 5. 1. 1954.

³⁸⁸ S. Kap. III.1.3.

³⁸⁹ PA, Ref. 600, Bd. 10, von Welck an diplomatische Vertretungen, 211–00/61 III 225/54, 6. 1. 1954.

³⁹⁰ S. Achilles an Dep. of State, Tel. 2282, 14. 12. 1953, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 865–868; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 123–126.

³⁹¹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 26, Bl. 57, 2. 12. 1953; Seydoux, Erinnerungen, S. 154.

³⁹² S. PA, Abt. 3, AZ 205–00/22, Bd. 7, Hausenstein an Hallstein, Tel. 579, 28. 11. 1953.

³⁹³ Zur Bermudakonferenz vom 4.–7. 12. 1953 s. die Dokumente in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1739–1847; aus der Memoirenliteratur vgl.: Eden, *Memoirs*, S. 54–57; Eisenhower, *Jahre*, S. 267–277; Laniel, *Jours*, S. 260–262; Massigli, *Comédie*, S. 407–411; s.a. Young, Churchill; Hitchcock, *France*, S. 184 f.; Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 161–170; vgl. Kap. III.1.3.

³⁹⁴ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. 4, 4. 12. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1728.

³⁹⁵ S. Plenarsitzung zwischen Eisenhower, Churchill und Bidault vom 6. 12. 1953, Secret, in: ebd., S. 1794–1806; Dalloz, Georges Bidault, S. 329 f.

³⁹⁶ S. 3. Plenarsitzung zwischen Eisenhower, Churchill und Bidault vom 6. 12. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1799.

auf 50 Jahre und einer substantiellen Verstärkung der amerikanischen Finanzhilfe³⁹⁷. Sehr zurückhaltend reagierten sie auf das britisch-französische Begehren einer Teilhabe am technischen und taktischen Know-how der Nuklearrüstung, da ein Entgegenkommen eine Novellierung des Atomic Energy Act von 1946 voraussetzte³⁹⁸. Allein dem französischen Wunsch nach Abhaltung der Viererkonferenz vor der Ratifizierungsdebatte in der Nationalversammlung mochten sie entsprechen, ermahnten den französischen Verbündeten aber im Gegenzug zu einer raschen Verabschiedung der EVG³⁹⁹.

Die Aussichten darauf wirkten aber mittlerweile so ungewiß, daß nun auch in Bonner Regierungskreisen konkrete Planungen für den Fall eines Scheiterns der EVG einsetzten. Im Gegensatz zu den Verdächtigungen des Quai d'Orsay, die in Richtung einer Aufrüstung „sous le couvert de l'actuelle police de frontières“ gingen⁴⁰⁰, hielt Blankenhorn für das deutsche Sicherheitsproblem allein „eine Lösung im Rahmen der NATO“ für möglich, da er nicht an eine Option Washingtons zugunsten Bonns und gegen Paris glaubte. Eine „Abmachung à la Spanien“, das als Nicht-NATO-Mitglied am 26. 9. ein Abkommen mit den USA über die Errichtung amerikanischer Flotten- und Luftbasen und über Wirtschaftshilfe geschlossen hatte, kam für ihn daher nicht in Frage. Sein Konzept, das eine europäische Regelung prinzipiell offenhielt, bot im Vergleich zur EVG seiner Ansicht nach durchaus auch gewisse Vorteile. Es beendete die derzeitige Schwebeposition und konnte auch mit einem wiedervereinigten Deutschland in Einklang gebracht werden, während die EVG in seinen Augen für Frankreich „nur mit einem geteilten Deutschland“ vorstellbar schien⁴⁰¹.

Angesichts der ängstlichen Anfragen aus Bonn wie aus Paris über etwaige amerikanische Truppenreduzierungen entschieden sich Eisenhower und Dulles Mitte Dezember dazu, vorerst keine entsprechenden militärischen Maßnahmen zu ergreifen⁴⁰². Wenige Tage später versicherte sich der Außenminister eindringlich des Kanzlers uneingeschränkter Unterstützung der EVG⁴⁰³, der sich in diesem Sinne am 16. 12. auch noch einmal an die französische Öffentlichkeit wandte⁴⁰⁴.

Am selben Tag akzeptierte der NATO-Ministerrat auf seiner Tagung in Paris die Umstellung der bisherigen NATO-Strategie gemäß den Vorstellungen des

³⁹⁷ S. Plenarsitzung zwischen dens. vom 6. 12. 1953, Secret, in: ebd., S. 1802–1806; Wettig, Entmilitarisierung, S. 555 f.; zu den französischen Finanzforderungen vgl. Bossuat, La France, Bd. 2, S. 852–862.

³⁹⁸ S. Unterredung zwischen Eisenhower und Churchill vom 5. 12. 1953, Top Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1767–1769; Unterredung zwischen MacArthur und Boegner vom 8. 12. 1953, Top secret, in: ebd., S. 1845 f.; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 169 f.; „Atomic Energy Act“ (McMahon-Act), 1. 8. 1946, in: Udell (Bearb.), Atomic Energy Act, S. 1–22.

³⁹⁹ S. Unterredung zwischen Dulles, Eden und Bidault vom 5. 12. 1953, FM MIN 2, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1763–1767.

⁴⁰⁰ Aufzeichnung Sauvagnargues, 2. 12. 1953, in: BDFD I, S. 424 f., hier S. 425.

⁴⁰¹ Aufzeichnung Blankenhorn, 16. 12. 1953, in: ebd., S. 425–427, hier S. 426; vgl. die abweichende Fassung in: Blankenhorn, Verständnis, S. 175 f. Zum amerikanisch-spanischen Abkommen vom 26. 9. 1953 vgl. FRUS 1952–1954, Bd. 6, S. 1960.

⁴⁰² S. Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates vom 10. 12. 1953, Top secret, Eyes only, in: ebd., Bd. 5, S. 449–454.

⁴⁰³ S. Achilles an Dep. of State, Tel. 2282, 14. 12. 1953, Top secret, in: ebd., S. 865–868; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 174.

⁴⁰⁴ S. Interview Adenauers, in: „Le Figaro“, 16. 12. 1953, auch in: Bulletin 1953, S. 1997.

„New Look“⁴⁰⁵. Bidault hatte in seiner Eröffnungsrede nachdrücklich die schon auf der Bermuda-Konferenz aufgestellte Forderung nach einer verstärkten Stellung Frankreichs in der Atlantischen Gemeinschaft unterstrichen und eine enge Verflechtung von EVG und NATO sowie eine anglo-amerikanische Garantie der Verteidigungsgemeinschaft durch den Atlantikpakt zumindest bis zur vollen Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland verlangt. Eingedenk der angelsächsischen Reaktionen auf den Bermudas wollte er sich diesmal gewissermaßen als Gastgeber aber nicht mit unverbindlichen Zusagen zufriedengeben oder gar Mahnungen anhören. Falls auf dem Kontinent die nationale Isolierung nur durch eine Isolierung Europas ersetzt würde, dürfe man sich nicht wundern, wenn die Staaten abermals Zuflucht in Systemen suchten, die die Vergangenheit hinterlassen habe⁴⁰⁶. Obwohl dieser drohende Unterton zu mannigfachen Auslegungen fähig war und in Bonn den Eindruck hervorrufen konnte, als ob die im EVG-Vertrag zugesagte Gleichberechtigung durch die Verlagerung der Entscheidungen von politischer Tragweite in die Führungsgremien der NATO wieder rückgängig gemacht werden sollte⁴⁰⁷, blieb die Rede ohne große Resonanz⁴⁰⁸. Dies lag wahrscheinlich auch an der ungeheures Aufsehen erregenden Ansprache des amerikanischen Außenministers vom 14. 12., die durchaus als Reaktion auf die Erklärung seines französischen Kollegen verstanden werden kann. Im Gegensatz zu Adenauer, der an diesem Tag auf einer Pressekonferenz Verständnis für die französischen Sorgen zeigte und sich ganz darauf verlegte, Frankreich argumentativ die Augen zu öffnen⁴⁰⁹, gab Dulles mit schwerem Geschütz das „Startsignal für eine Phase der Pressionen“⁴¹⁰. Wieder einmal betonte er die Notwendigkeit einer baldigen Ratifizierung des Pariser Vertrags und drohte dann – da sie von den USA als Teil einer Kompensation für den eigenen Rückzug aus Europa und damit für die Realisierung der „New-Look“-Strategie angesehen wurde – unverhüllt mit einem „agonising reappraisal of basic United States policy“, sollte die EVG nicht zustande kommen⁴¹¹.

Wie die US-Botschaft in Paris verbreitete, ging es dem Minister darum, eine „Schockwirkung auf [die] französische Öffentlichkeit“ auszulösen⁴¹². Zwar gab er dem Drängen Bidaults nach und ließ seine Rede nicht, wie ursprünglich beabsichtigt⁴¹³, veröffentlichen, wiederholte den Kern seiner Drohungen aber auf einer Pressekonferenz⁴¹⁴. Im Grunde waren sie ja nicht neu. Seit seinem Amtsantritt im Januar hatte sich Dulles wiederholt in diesem Sinne vernehmen lassen. Neu war

⁴⁰⁵ Zur NATO-Ratstagung vom 14.–16. 12. 1953 s. die Dokumente in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 454–481; Schlußkommunique vom 16. 12. 1953, in: EA 1954, S. 6309f.; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 170f.

⁴⁰⁶ S. Ansprache Bidaults auf der NATO-Ratstagung, 14. 12. 1953, in: AdG 1953, S. 4296C.

⁴⁰⁷ S. PA, Abt. 2, Bd. 992, Aufzeichnung Sonnenhol, 24. 12. 1953.

⁴⁰⁸ S. ebd., Abt. 3, AZ 223–00, Bd. 7, Hausenstein an AA, Tel. 610, 15. 12. 1953.

⁴⁰⁹ S. Adenauer, Tagesgespräche 1950–1954, S. 505–507, Wortprotokoll, 14. 12. 1953.

⁴¹⁰ Felken, Dulles, S. 224.

⁴¹¹ Ansprache von Dulles auf der NATO-Ratstagung, 14. 12. 1953, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 461–468, hier S. 463.

⁴¹² PA, Abt. 3, AZ 223–00, Bd. 7, Hausenstein an AA, Tel. 610, 15. 12. 1953; s.a. Eden, Memoirs, S. 57.

⁴¹³ S. Massigli, Comédie, S. 412.

⁴¹⁴ S. Pressekonferenz von Dulles, 14. 12. 1953, Secret, im Auszug in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 468; EA 1954, S. 6288; Felken, Dulles, S. 224f.; Fursdon, Community, S. 231f.

allenfalls, daß er sich im Stile eines „Prokonsul[s]“ das Recht nahm, sie von französischem Boden aus zu schleudern⁴¹⁵. Die Forschung wirft Dulles vor, mit seiner Rede der EVG den Todesstoß versetzt zu haben, weil er den Franzosen abverlangte, mit der Ratifizierung des Vertragswerks die Voraussetzung für den Rückzug der amerikanischen Truppen zu schaffen, obwohl Frankreich gerade in einem stärkeren Engagement der Amerikaner auf dem Kontinent die Vorbedingung für die Billigung ansah⁴¹⁶. Mit einer „alternativlosen Pressionspolitik“, so heißt es, habe die amerikanische Regierung alles auf eine Karte gesetzt und sich damit in die Abhängigkeit der wechselnden Mehrheitsverhältnisse im französischen Parlament begeben⁴¹⁷. Abhängigkeiten gab es freilich auf beiden Seiten, und es fragt sich, ob die USA ihren im Kern richtigen Schritt nicht viel früher hätten setzen müssen, um ihr Ziel zu erreichen.

Die Reaktion an der Seine fiel verständlicherweise „außerordentlich scharf und fast einmütig ablehnend“ aus⁴¹⁸. Die Öffentlichkeit bezichtigte die Amerikaner eines „brutalen Erpressungsversuch[s]“⁴¹⁹. Im Quai d’Orsay hieß es, das State Department habe die EVG beerdigt; nun müsse ein neuer Weg zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik gefunden werden⁴²⁰. Der Auswärtige Ausschuß der Assemblée Nationale verwahrte sich per Resolution gegen jegliche Einflußnahme auf die Prüfung des EVG-Vertrags⁴²¹. Nur wenige Stimmen beurteilten die Erklärung von Dulles als „brutal und doch zugleich nützlich“. Alphand sprach die Hoffnung aus, die Öffentlichkeit werde in einigen Wochen die EVG als „alleiniges Heilmittel“ akzeptieren⁴²². Glaubte er wirklich, was er sagte? Die Realisierung seiner Erwartungen setzte zweierlei voraus: Glaubwürdigkeit der amerikanischen Pressionen und Unterordnung der verletzten französischen Eitelkeit unter sicherheitspolitische Bedürfnisse. Nicht wenige Franzosen schenken den Drohungen aber keinen Glauben, da sie davon ausgingen, daß die USA kein Interesse an einem Eingreifen in Indochina besaßen und auch nicht auf die Stützpunkte in Französisch-Nordafrika verzichten wollten. So drohte der Schuß nach hinten loszugehen. Statt die bisher Schwankenden einzuschüchtern, trieb Dulles sie ins EVG-feindliche Lager⁴²³.

Eine schonungslose Bestandsaufnahme am Ende des Jahres 1953 konnte daher nur zu dem Ergebnis kommen: die europäische Integration und mit ihr die EVG steckten in einer „schwere[n] Krise“⁴²⁴. Die französische Kammerdebatte hatte gezeigt, daß die Abgeordneten mehrheitlich für die Wiederbewaffnung Deutschlands und eine europäische Gemeinschaft ohne supranationale Vollmachten, aber

⁴¹⁵ Felken, Dulles, S. 224.

⁴¹⁶ Vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 173; Wettig, Entmilitarisierung, S. 554.

⁴¹⁷ Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 176.

⁴¹⁸ PA, Abt. 3, AZ 223–00, Bd. 7, Hausenstein an AA, Tel. 610, 15. 12. 1953; s.a. Massigli, Comédie, S. 412f.

⁴¹⁹ Wettig, Entmilitarisierung, S. 554.

⁴²⁰ S. FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 469; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 173f.

⁴²¹ Vgl. AdG 1953, S. 4297.

⁴²² PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 7, Hausenstein an AA, Tel. 614, 16. 12. 1953. Auch Robert Schuman bezeichnet die Rede einige Wochen später als notwendig und zeitlich gut geplant (Felken, Dulles, S. 226, Anm. 20).

⁴²³ S. PA, Abt. 2, Bd. 992, Aufzeichnung Sonnenhol, 24. 12. 1953.

⁴²⁴ Blankenhorn, Verständnis, S. 176, Tb. 31. 12. 1953.

gegen die EVG waren. Gebot die Staatsklugheit daher nicht doch das, was Blankenhorn Mitte des Monats verlangt hatte und nun auch Gustav Adolf Sonnenhol, der Persönliche Referent von Minister Blücher forderte: ernsthaft und unverzüglich die Möglichkeit einer „Ersatzlösung“ zu suchen, „die den französischen Bedenken Rechnung trägt, eine wirksame Verteidigung unter Wahrung der deutschen Gleichberechtigung sichert und den Weg für eine spätere schrittweise Integration offen hält“⁴²⁵

Im Quai d'Orsay waren sich die Beamten ziemlich uneins über den einzuschlagenden Weg. Parodi und Bérard hielten Modifikationen des EVG-Vertrags zum Zweck der Aushöhlung der supranationalen Elemente für unabänderlich. Bidault und Schumann bestanden indessen darauf, den Vertrag in der vorliegenden Form zu akzeptieren, beharrten aber auf den drei bestehenden „*préalables*“: Assoziation Englands, Regelung der Saarfrage, Aufrechterhaltung der amerikanischen Truppenpräsenz⁴²⁶. Laniel wiederholte diese Vorbedingungen noch einmal am 6. 1. 1954 vor der Nationalversammlung und erklärte zur Überraschung der ausländischen Zuhörer zugleich jede weitere Verzögerung für unverantwortlich. Nach der Ende des Monats beginnenden Berliner Außenministerkonferenz müsse das Parlament eine endgültige Entscheidung treffen⁴²⁷. Heftige Kritik erfuhr daher François-Poncet, der in einem diplomatischen Alleingang bei Adenauer den Gedanken einer stufenweisen Verwirklichung der EVG lancierte, die zunächst nur das gemeinsame Budget für sachliche Rüstungsausgaben in Kraft treten lassen sollte, ohne die Militärhoheit der Mitgliedstaaten insbesondere in personeller Hinsicht zu tangieren. Da der Quai d'Orsay die Zustimmung des Kanzlers als Wunsch nach einer nationalen Armee mißdeutete, ließ er den Vorstoß des Hohen Kommissars umgehend desavouieren⁴²⁸.

Aus der Sicht der Bundesrepublik gewann nach dem öffentlichen Eintreten der französischen Regierungsspitze für den EVG-Vertrag die Beobachtung der Pariser Parteienlandschaft mehr und mehr an Gewicht. Auch unwichtigeren innerparteilichen Strömungen, Entwicklungen und Ereignissen wurde mit Blick auf die alles entscheidende Frage „EVG oder nicht?“ eine Bedeutung zugemessen, die ihnen eigentlich gar nicht zukam. Die chaotische Wahl René Cotys als Nachfolger von Staatspräsident Auriol am 24. 12. 1953 war durch eine Rechtsgruppe mit den Stimmen der EVG-kritischen Gaullisten erfolgt, während eine Linksgruppe mitsamt der sozialistischen EVG-Befürworter gegen ihn votiert hatte. Die deutsche Diplomatie begrüßte das Ergebnis dennoch, weil die entschiedenen Gegner der EVG eine „schwer Niederlage“ erlitten⁴²⁹, da ein Gegenkandidat, der „*anti-cédiste*“ Naegelen, nicht zum Zuge kam. Aber auch Coty war gewiß kein „*cédiste*“. Zwar sollte er die EVG später einmal als „*seule initiative créatrice en période d'immobilisme*“⁴³⁰

⁴²⁵ PA, Abt. 2, Bd. 992, Aufzeichnung Sonnenhol, 24. 12. 1953; vgl. Sonnenhol, Untergang, S. 178.

⁴²⁶ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 503 f., Tb. 2. u. 5. 1. 1954.

⁴²⁷ S. Rede Laniels in der Assemblée Nationale, 6. 1. 1954, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1954, Bd. 1, S. 2–6; PA, Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 8, Hausenstein an AA, Tél. 6, 7. 1. 1954.

⁴²⁸ S. ebd., Abt. 2, Bd. 991, Ophüls u. d. d. an d. d., Briefte. 261/53, 8. 1. 1954, Geheim, Citissime; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 503 f., Tb. 5. 1. 1954.

⁴²⁹ PA, Abt. 2, Bd. 237, Bl. 2–7, von Walther an AA, I/4655/53, 30. 12. 1953; zur Wahl Cotys s. a. Kap. III.1.1.

⁴³⁰ Tb. Coty, 9. 9. 1954, in: de Baecque, René Coty, S. 223.

rühmen, hielt sich in der innenpolitischen Diskussion aber auffällig zurück⁴³¹. Von dem durch diese Wahl innenpolitisch aufgeworfenen „Graben“ mußte Adenauer natürlich hoffen, daß er bald abflachte. Die Republik driftete innenpolitisch mehr und mehr nach rechts, und die für die Ratifikation der EVG unentbehrliche SFIO sah zunehmend weniger Gründe zur Unterstützung der Regierung. Unter diesem Gesichtspunkt war der Kanzler sogar geneigt, die Wahl des sozialistischen Abgeordneten André Le Troquer zum Präsidenten der Nationalversammlung und Nachfolger Edouard Herriots im Januar 1954 als „gut“ zu bewerten, obwohl ihm der Gegenkandidat Pierre Pflimlin vom MRP parteipolitisch sicher näher stand und Le Troquer kein Freund der EVG war. In dieser Stunde ging es ihm aber nicht um den Erfolg der Schwesterpartei, sondern darum, daß den Sozialisten nicht das Gefühl gegeben würde, „an die Wand gedrückt“ zu werden⁴³².

Nach der Kaltstellung der beiden vehementen EVG-Gegner Bardoux und André durch ihre Partei, den Indépendants, sah man die Entwicklung in der deutschen Diplomatischen Vertretung in eine entscheidende Phase „unter positivem Vorzeichen“ eintreten⁴³³. Adenauer wählte Mitte Januar in der Assemblée Nationale eine kleine Mehrheit von etwa zehn bis dreißig Abgeordneten für die EVG, ohne aber von einer sicheren Ratifikation auszugehen. Denn die „Anhänglichkeit an die französische Armee“, die „Furcht vor den Deutschen“ und die Sorge, in einem integrierten Europa nicht mehr die bestimmende Rolle gegenüber den Angelsachsen spielen zu können, erfüllte zweifellos nicht nur entschiedene EVG-Gegner⁴³⁴.

Als weiterer Unsicherheitsfaktor kam der Beginn der Berliner Außenministerkonferenz⁴³⁵ am 25. 1. hinzu, hatten doch französische Diplomaten im Vorfeld die Sorge geäußert, Moskau könne geneigt sein, Paris „als Gegenleistung für die Aufgabe der europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine rasche und für Frankreich annehmbare Beendigung des Krieges in Indochina“ anzubieten⁴³⁶. Auch die Verbündeten kalkulierten einen sowjetischen Paketvorschlag ein⁴³⁷. Das implizite Mißtrauen gegenüber den Franzosen war unbegründet. Bidault brillierte mit kühl geschliffener Rhetorik für die Sache des Westens und entpuppte sich als loyaler Bündnispartner. Sämtliche Andeutungen Molotows, „that Indochina peace might be bought for price of concessions on Germany and EDC“, ignorierte er⁴³⁸, obwohl ihm einige Mitarbeiter nahegelegt hatten, mit den Sowjets ins Geschäft zu kommen⁴³⁹. Statt dessen konkretisierte er am Rande der Tagung mit deutlichen

⁴³¹ S. ebd., S. 133 u. 222 f.

⁴³² Ansprache Adenauers im CDU-Bundesvorstand, 19. 1. 1954, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 117; zur Ernennung Le Troquers vgl. AdG 1954, S. 4325E; Fauvet, Naissance, S. 41.

⁴³³ PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 7, Hausenstein an AA, Briefteil. 221–20 I Tgb.Nr. 129/54, 13. 1. 1954.

⁴³⁴ Ansprache Adenauers im CDU-Bundesvorstand, 19. 1. 1954, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957, S. 117.

⁴³⁵ Vgl. Kap. III.1.3.

⁴³⁶ PA, Abt. 3, AZ 205–00/22, Hausenstein an AA, 205–09 I Tgb Nr. 4509/53, 16. 12. 1953.

⁴³⁷ S. Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates vom 21. 1. 1954, Top secret, Eyes only, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 781 f.

⁴³⁸ Dulles an Eisenhower, Tel. 26, 1. 2. 1954, Secret, in: ebd., S. 916–918, hier S. 917.

⁴³⁹ S. AN, 457 AP 50, Papiers Bidault, Massigli an Bidault, 16. 1. 1954. Bidault vermerkte auf dem Schreiben: „Aurait-il fallu échanger CED contre Asie. Preuve est faite: inutile“ (vgl. Soutou, La France et les notes soviétiques, S. 271).

Abstrichen seine Bedingungen für eine Ratifikation des Vertrags: Vereinbarung mit Großbritannien, sofern die USA klare Garantien für ihre Truppenstationierung abgäben; Aufrechterhaltung der Vorwärtsverteidigung; Verpflichtung der USA zur Bewahrung eines gewissen militärischen Gleichgewichts auf dem Kontinent und zur Teilnahme an Verhandlungen mit Deutschland; Saarregelung ohne Fixierung der Details. Dulles beschränkte sich wie so häufig auf allgemeine Hilfszusagen⁴⁴⁰ und brachte noch einmal nachdrücklich die Notwendigkeit zur umgehenden parlamentarischen Behandlung der Verträge in Erinnerung⁴⁴¹.

Nach dem Scheitern der Konferenz Ende Februar schien der Weg zur Ratifizierung des EVG-Abkommens vorderhand frei. Während der deutsche Regierungschef sie für Ende März erwartete⁴⁴², verlangte eine zunehmende Zahl führender französischer Politiker zunächst eine akzeptablere Form des Abkommens. So drohte der gaullistische Minister Corniglion-Molinier am 13. 2. im Kabinett mit Rücktritt, wenn es nicht zumindest durch Modifikationen in der Vertragsanwendung ergänzt würde⁴⁴³. Diesem Tenor entsprachen auch Äußerungen diverser Parteifreunde gegenüber deutschen Parlamentariern. Um eine Mehrheit zu finden, so betonte etwa Michel Debré, müsse jene Gruppe der Vertragsgegner gewonnen werden, die nicht das Grundziel einer engen Zusammenarbeit in Europa, aber sehr wohl die supranationale Form ablehnten⁴⁴⁴. Letztlich kam dies der Quadratur des Kreises gleich, und die Partner Frankreichs ließen sich darauf auch nicht ein, zumal die EVG mit der Verschärfung der militärischen Lage in Indochina bei zahlreichen Franzosen zugunsten der in Berlin beschlossenen Einberufung einer Ostasienkonferenz in den Hintergrund trat. Einzelne Minister verlangten schon unmittelbar nach der Außenministertagung an der Spree einen Aufschub der Debatte bis zum Ende der Genfer Konferenz⁴⁴⁵. Aus der Sicht der EVG-Befürworter beschworen sie damit die Gefahr einer definitiven Absetzung der Ratifikationsdebatte herauf⁴⁴⁶. Auf eine besorgte Anfrage von Dulles⁴⁴⁷ stellte Bidault den Beginn des Verfahrens für Anfang April in Aussicht, sofern die Bedingungen Frankreichs erfüllt seien⁴⁴⁸. Rückendeckung erhielt er dabei vom „Comité national“ seiner Partei, das Anfang März die unverzügliche Einleitung der Parlementsdiskussion verlangte⁴⁴⁹. Dennoch hielten die Angelsachsen es für das Beste, neuerliche Zusagen erst dann zu machen, wenn ein verbindlicher Termin für die Aussprache festgesetzt sei. Trotz der allseits vorhandenen Unwägbarkeiten glaub-

⁴⁴⁰ S. Unterredung zwischen Dulles und Bidault vom 17. 2. 1954, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 875–877.

⁴⁴¹ S. ders. an dens., 23. 2. 1954, Secret, in: ebd., S. 879f.

⁴⁴² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 29, Bl. 115–126, Unterredung zwischen Adenauer und Dulles vom 18. 2. 1954, 19. 2. 1954, im Auszug in: BDFD I, S. 175.

⁴⁴³ Vgl. Fauvet, Naissance, S. 45; Wettig, Entmilitarisierung, S. 557.

⁴⁴⁴ S. AdL, NL Dehler, Bd. 2838, Aufzeichnungen von Merkatz, Pfeleiderer u. Sonnenhol, 27. 1. 1954, im Auszug in: BDFD III, S. 344–348.

⁴⁴⁵ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 7, Hausenstein an AA, Tel. 79, 23. 2. 1954; ebd., NL von Kessel, Ordner [2], Krekeler an AA, Tel., 18. 2. 1954, Geheim.

⁴⁴⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 29, Bl. 38f., Blankenhorn u. Hausenstein an Adenauer, Tel. 87, 28. 2. 1954, Streng geheim, Citissime.

⁴⁴⁷ S. Dulles an Bidault, 23. 2. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 879f.

⁴⁴⁸ S. Bidault an Dulles, 7. 3. 1954, Top secret (Übersetzung), in: ebd., S. 894–896; Dalloz, Georges Bidault, S. 332.

⁴⁴⁹ Vgl. Fauvet, Naissance, S. 46.

ten deutsche Beobachter in Paris Anfang März die Chance für die EVG noch immer als „positiv“ einschätzen zu können. In der Assemblée Nationale neutralisierten sich die Befürworter und Gegner der Verteidigungsgemeinschaft im PC bzw. MRP weitgehend, während die übrigen Parteien gespalten waren. Da die Gaullisten nach der Entzweigung des RPF an Boden verloren, entwickelten sich die Sozialisten mehr und mehr zum „Zünglein an der Waage“. Sollte es Mollet gelingen, die Widersacher um Moch auszuschalten, so lautete ihr Kalkül, sei die Schlacht „gewonnen“⁴⁵⁰.

Streit um die Zusatzprotokolle

Mitte März traten indes neue Schwierigkeiten auf, als der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung die Regierung dazu aufforderte, ein Veto gegen die Bekanntmachung des vom Bundestag am 26. 2. verabschiedeten Verfassungsgesetzes über die Wehrhoheit einzulegen⁴⁵¹. Am 18. 3. verlangte Bérard von Blankenhorn für die Alliierte Hohe Kommission das Recht zur Billigung der Grundgesetzänderungen, mit denen Heuss zur Unterzeichnung der Westverträge ermächtigt werden sollte⁴⁵². Gegen den Rat des State Departments und des Foreign Office forderte der Quai d'Orsay seinen Bonner Vertreter schließlich dazu auf, ein Junktim zwischen dieser Genehmigung und den noch immer nicht von der Bundesregierung befriedigten Forderungen hinsichtlich der Unterzeichnung der Zusatzprotokolle herzustellen⁴⁵³. Nach wie vor beharrte Paris darauf, den Dokumenten denselben Rang wie dem EVG-Vertrag selbst zu verleihen und dies durch eine entsprechende Ratifikation zum Ausdruck zu bringen, die seiner Meinung nach durch den Bundespräsidenten zu erfolgen hatte. Nach einer eingehenden Aussprache lehnte das Bundeskabinett dieses Procedere umgehend ab⁴⁵⁴. Es war allenfalls dazu bereit, Frankreich in der Form, nicht aber in der Sache entgegenzukommen. Adenauer wollte in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler und Außenminister unterzeichnen und, wenn gewünscht, eine Vollmacht des Bundespräsidenten vorlegen. Materiell gesehen blieb er damit bei der Auffassung, daß es sich bei den Zusatzprotokollen um ein Regierungsabkommen und nicht um einen völkerrechtlichen Vertrag handele⁴⁵⁵.

Schützenhilfe bekamen die Deutschen von den Amerikanern, die den Franzosen scharf vorwarfen, die Situation mit neuen Forderungen unnötig komplizieren

⁴⁵⁰ PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 8, Nobel an von Etzdorf, Aufzeichnung, 2. 3. 1954; eine identische Einschätzung in: Wettig, Entmilitarisierung, S. 561.

⁴⁵¹ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 7, Hausenstein an AA, Tel. 99, 4. 3. 1954; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 73, Bl. 158–158bis, François-Poncet an MAE, Tel. 1060/64, 5. 3. 1954; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 521, Tb. Mai–Juni 1954; „Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes“, 26. 3. 1954, in: BGBl 1954, Teil I, S. 45; zur innerdeutschen Auseinandersetzung über die Grundgesetzänderung vgl. Volkmann, Innenpolitische Dimension, S. 432–444.

⁴⁵² S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 522, Tb. Mai bis Juni 1954. Zum folgenden s.a. Bérard an Bidault, Nr. 671/CM, 31. 3. 1954, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1127–1145. Zur Nummerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 129, Bl. 1.

⁴⁵³ S. ebd., Généralités, Bd. 73, Bl. 252, François-Poncet an MAE, Tel. 1472/75, 22. 3. 1954, Priorité, Urgent; BA, NL Blankenhorn, Bd. 30b, Bl. 118f., Blankenhorn an Hallstein, Tel. 30, 22. 3. 1954, Geheim, Citissime; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 523, Tb. 20. u. 22. 3. 1954.

⁴⁵⁴ S. Kabinettsitzung, 19. 3. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 108–110.

⁴⁵⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 982, Heiser an Heuseler u. von Etzdorf, Vermerk JA 1599/54, 10. 3. 1954.

zu wollen⁴⁵⁶. Nachdem Dulles und Eden ihre Botschafter bei Bidault hatten vorstellig werden lassen, verzichtete der französische Außenminister auf die Verbindung beider Problemkreise⁴⁵⁷ und erklärte sich mit dem von der Bundesregierung ausgearbeiteten *modus procedendi* einverstanden, weil er ihn als einen „acte de l'autorité constitutionnellement compétente“ interpretierte⁴⁵⁸. In seiner Eigenschaft als geschäftsführender Vorsitzender teilte François-Poncet der Bundesregierung daraufhin am 25. 3. mit der Genehmigung des „Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes“ und der Verfassungsänderungen die Erwartung mit, daß sie diese Bestimmungen nicht benutze, um vor dem Inkrafttreten des EVG-Vertrages Maßnahmen gesetzgeberischer oder verwaltungsmäßiger Natur auf dem Gebiet der Verteidigung zu treffen⁴⁵⁹. Im Gegenzug signalisierte der Kanzler seine Bereitschaft, die Zusatzprotokolle mit einer Vollmacht des Bundespräsidenten zu unterzeichnen. Dieses Zugeständnis wurde an der Seine zwar begrüßt, galt aber als nicht ausreichend, da Bonner Abgesandte hervorgehoben hatten, in der Präambel der Zusatzprotokolle nicht explizit von der Ratifizierung durch das Staatsoberhaupt zu sprechen. Letztlich beharrte Paris darauf, die Dokumente eben nicht nur als bloße Regierungsabkommen zu betrachten⁴⁶⁰. Heuss hielt das nicht davon ab, die Zustimmungsgesetze zum Bonner und Pariser Vertrag Ende März auszufertigen und zu verkünden⁴⁶¹. Adenauer atmete auf, das Koalitionsschiff in der Wehrfrage um manche gefährliche Klippe herum in den sicheren Hafen gelotst zu haben. Zur Genugtuung blieb ihm indes nicht viel Zeit.

Gefährlicher als der letztlich erfolglose abermalige Gang der SPD nach Karlsruhe⁴⁶² mußte für die Bundesregierung die Weigerung Frankreichs sein, den Ratifizierungsakt als abgeschlossen zu betrachten. Als Hausenstein die Ratifikationsurkunde im Quai d'Orsay hinterlegte, empfing ihn Schumann zwar wesentlich warmherziger als Parodi zwei Jahre zuvor bei der Deponierung des entsprechenden Akts für den Montanvertrag⁴⁶³. Er teilte ihm aber zugleich „unmißverständlich“ mit, man billige den Zusatzprotokollen dasselbe rechtliche wie politische Gewicht wie dem Vertrag zu und bestehe daher auf einer „förmlichen Ratifikation“, die „nach dem Inhalt der deutschen Verfassung verbindlich sei“⁴⁶⁴. Obwohl der Staatssekretär diese Erklärung in seinem persönlichen Arbeitszimmer unter

⁴⁵⁶ S. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 523 f., Tb. 22., 23. u. 24. 3. 1954; Conant an Dep. of State, Tel. 2959, 24. 3. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 915–917.

⁴⁵⁷ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 73, Bl. 260, Bidault an Bonn etc., Tel. 983/85 etc., 23. 3. 1954, *Priorité absolue, Réservé*; Dillon an Dep. of State, Tel. 3483, 23. 3. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 910 f.; Dulles an Bidault, 24. 3. 1954, Secret, in: ebd., S. 917 f.

⁴⁵⁸ AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 73, Bl. 261–265, Seydoux an Bonn etc., Tel. 986/97 etc., 23. 3. 1954, *Réservé, Urgent*; s.a. Dillon an Dep. of State, Tel. 3499, 24. 3. 1954, Secret, *Priority*, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 913–915.

⁴⁵⁹ S. François-Poncet an Blücher, 25. 3. 1954 (Übersetzung), in: *Bulletin* 1954, S. 497.

⁴⁶⁰ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 73, Bl. 290, Schumann an Bonn, Tel. 1039/44, 26. 3. 1954, *Réservé*; ebd., Bl. 296, Bérard an MAE, Tel. 1646/50, 30. 3. 1954, *Réservé*; PA, Abt. 2, Bd. 982, Heiser an Ophüls, Vermerk JA 1619/54, 24. 3. 1954.

⁴⁶¹ Vgl. AdG 1954, S. 4446C.

⁴⁶² Am 31. 3. 1954 beantragte die SPD die Prüfung der Verfassungskonformität der Grundgesetzänderung. Die Richter ließen das Verfahren im Sommer aber einschlafen (Kampf um den Wehrbeitrag, *Ergänzungsband*, S. 468–593).

⁴⁶³ Vgl. Kap. III.1.2.

⁴⁶⁴ PA, Abt. 2, Bd. 982, Hausenstein an AA, 221–20 I 1145/54, 31. 3. 1954; s.a. AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 73, Bl. 301, Schumann an Bonn, Tel. 1104/05, 31. 3. 1954, *Priorité, Réservé*.

vier Augen abgegeben hatte, blieb der Vorgang der deutschen Presse nicht verborgen. Heftig beschwerte sie sich darüber, daß die Alliierten das Inkrafttreten der Grundgesetzänderung vom Inkrafttreten des EVG-Vertrags abhängig gemacht hätten⁴⁶⁵ und Frankreich nun schon wieder neue Bedingungen stelle. Der Tenor entsprach ganz dem Meinungsbild in der Bonner Regierung, die sich sehr befremdet zeigte und Paris vorwarf, die Position als formeller Empfänger der Urkunden auszunutzen, um seinen individuellen Standpunkt über die Zusatzprotokolle darzulegen. Kanzleramt und Auswärtiges Amt vertraten nun die Auffassung, die Art der Behandlung der Protokolle sei noch unter den beteiligten Regierungen auszuhandeln, wobei sich jedes Land nach den Bestimmungen seiner Verfassung zu richten habe⁴⁶⁶.

Die Gespräche über die Zusatzprotokolle gerieten schon bald vollends in die Sackgasse. Paris erklärte sich dazu bereit, die Signatur Adenauers zu akzeptieren, sofern er mit einer Vollmacht von Heuss ausgestattet sei und den Protokollen eine Präambel in der üblicherweise von den Staatschefs gehaltenen Form vorausgeschickt würde⁴⁶⁷. Demgegenüber lehnte das Auswärtige Amt zunächst jegliche Präambel ab⁴⁶⁸. Da die Rechtsabteilung die These vom rein interpretativen Charakter der Zusatzprotokolle als „wenig aussichtsreich“ einschätzte, riet sie zu einer möglichst raschen Zustimmung durch den Bundestag⁴⁶⁹. Die Amtsspitze wollte dieser Auffassung aber nicht folgen. Ende April begnügte sich der Quai d'Orsay hinsichtlich der Präambel mit der bloßen Bezeichnung „Abkommen der Mitgliedstaaten“ oder der „Vertragschließenden Teile“. Bezüglich der Vollmacht des Bundespräsidenten verlangte er die Wiederholung der seinerzeit für die Unterzeichnung des Vertrages erteilten Vollmacht mit Bezug auf die Zusatzprotokolle. Als annehmbar galt auch ein Brief des Kanzlers, demzufolge die frühere Vollmacht auch die Befugnis zur Unterzeichnung der Zusatzprotokolle umfasse. Darüber hinaus wünschte Frankreich eine Hinterlegung der Zusatzprotokolle wie beim Vertrag selbst. Das Auswärtige Amt pochte auf das Entscheidungsrecht des Präsidialamtes und forderte erneut, alles zu vermeiden, was den Anschein erwecke, als bedürften die Protokolle der Zustimmung des Parlaments⁴⁷⁰. Als Mitte Mai trotz zahlreicher weiterer Konsultationen immer noch keine Entscheidung gefallen war, beauftragte Parodi François-Poncet, das Problem direkt mit Adenauer zu behandeln. Die von Bérard und Hallstein vereinbarte Form schien akzeptabel, wobei die unterzeichneten Protokolle nun im Archiv der Bundesregierung hinterlegt werden sollten. François-Poncet hatte aber darauf zu beharren, daß Heuss die Deponierung im Anhang zur Ratifikationsurkunde des Vertrags förmlich autorisierte, um ihnen denselben Status wie den am 27. 5. 1952 unter-

⁴⁶⁵ S. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 525, Tb. 26. 3. 1954.

⁴⁶⁶ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 74, Bl. 3, François-Poncet an MAE, Tel. 1742/45, 2. 4. 1954; AdG 1954, S. 4446C; PA, Abt. 2, Bd. 982, Globke an Hallstein, 5. 4. 1954; ebd., Hallstein an Globke, 215.232–00/E 686/54, 27. 4. 1954, Reinkonzept.

⁴⁶⁷ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 74, Bl. 39–40, Parodi an Bonn, Tel. 1234/40, 9. 4. 1954.

⁴⁶⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 982, Ophüls an Grewe, 7. 4. 1954, Sofort.

⁴⁶⁹ Ebd., Blomeyer an Berger, Aufzeichnung, 20. 4. 1954, Geheim.

⁴⁷⁰ Ebd., Ophüls an Hallstein u. Blankenhorn, Aufzeichnung, 22. 4. 1954, Streng geheim; s.a. AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 74, Bl. 159–161, François-Poncet an MAE, Tel. 2082/98, 22. 4. 1954, Réservé.

zeichneten Dokumenten zu geben. Für den Fall juristischer Bedenken der Bundesregierung sollte der französische Diplomat die Forderung nach Billigung der Zusatzprotokolle durch den Bundestag androhen⁴⁷¹.

Zwei Wochen später legte Alphand offiziell dem Interimsausschuß dar, wie sich seine Regierung das Verfahren zur Genehmigung der Zusatzprotokolle vorstellte. Sie sollten im Namen des Staates oder der Staatsoberhäupter von den mit den erforderlichen Vollmachten der Staatsschefs ausgestatteten Außenministern unterzeichnet werden. Kraft einer vom Staatsoberhaupt unterzeichneten Ermächtigung wären die Protokolle an der gleichen Stelle wie die Ratifikationsurkunden zu hinterlegen, sei es durch eine neue Urkunde oder durch Ergänzung der bereits vorhandenen⁴⁷². Anfang Juni ließ der Quai d'Orsay seinen Bonner Vertreter erneut im Palais Schaumburg vorstellig werden. Das Gespräch brachte aber keine großen Fortschritte, weil Adenauer die Argumente der Juristen nicht beiseite schieben mochte. Heuss hatte ihm am Morgen bestätigt, daß er ihm nur Vollmachten für die Unterzeichnung eines Regierungsabkommens aushändigen könne. Auf François-Poncets Insistieren willigte Adenauer ein, diese Dokumente der in Bonn deponierten Ratifikationsurkunde hinzuzufügen⁴⁷³. Kurz darauf fuhr Ophüls nach Paris, um die nun gefundene Lösung zu besiegeln⁴⁷⁴. In der Sitzung des Lenkungsausschusses kamen die Delegationen am 14. 6. überein, die Protokolle in der Überschrift als Vertrag zwischen den Teilnehmerstaaten zu bezeichnen. Hinsichtlich der Vollmacht waren sich alle außer Frankreich einig, das interne Verfassungsrecht entscheiden zu lassen. Bezüglich der Hinterlegung stimmten alle mit Ausnahme der Bundesrepublik überein, sie durch einen Brief des Staatsoberhauptes durchzuführen⁴⁷⁵. Eine definitive Bereinigung des Problems war damit nicht erreicht⁴⁷⁶.

Aus der deutschen Sicht war die Ratifikation mit der Unterzeichnung des EVG-Vertrags durch Bundespräsident Heuss am 29. 3. abgeschlossen. Auch in den übrigen Mitgliedstaaten wurden die Verfahren in diesen Tagen beendet oder doch zumindest auf den Weg gebracht. Das niederländische Oberhaus hatte am 20. 1. ratifiziert, der belgische Senat zog am 11. 2. nach, das luxemburgische Parlament folgte am 7. 4. Und in Italien leitete die Regierung den Ratifikationsprozeß am 6. 4. mit der Vorlage der entsprechenden Gesetze ein⁴⁷⁷. „Ainsi, la pression qui doit être exercée sur notre gouvernement pour qu'il ratifie à son tour va devenir extrêmement dure“, notierte Bérard in seinem Tagebuch⁴⁷⁸. Doch die Erkenntnis

⁴⁷¹ S. ebd., Bl. 231–234, Parodi an Bonn, Tel. 1660/71, 17. 5. 1954, Réservé.

⁴⁷² S. PA, Abt. 2, Bd. 1064, Alphand an die Delegationschefs des Interimsausschuß, SG/D/23, 31. 5. 1954, Secret; Heusseler an Noebel, Aufzeichnung 215.232–00 E 1078/54, 8. 6. 1954, Streng geheim, in: BDFD I, S. 428–430.

⁴⁷³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 74, Bl. 280–281, Seydoux an Bonn, Tel. 1826/33, 3. 6. 1954, Réservé, Priorité; ebd., Bl. 293–294, François-Poncet an MAE, Tel. 2845/53, 8. 6. 1954, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 538–540, Tb. 4. u. 9. 6. 1954.

⁴⁷⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 74, Bl. 307, François-Poncet an MAE, Tel. 2904/05, 13. 6. 1954, Réservé, Urgent.

⁴⁷⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 1064, Sitzung des Lenkungsausschusses vom 14. 6. 1953, CD/CR/25, 19. 6. 1953, Geheim; ebd., Bd. 983, Ophüls u. Hausenstein an AA, Tel. 305, 14. 6. 1954, Citissime.

⁴⁷⁶ S. ebd., Bd. 1254, „Zusammenfassung“ des AA, 215.232–00 E 1532/54, 14. 8. 1954.

⁴⁷⁷ S. AdG 1954, S. 4366B, 4370B, 4460E, 4462A; Fursdon, Community, S. 246 f.

⁴⁷⁸ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 526, Tb. 27. 3. 1954.

führte keineswegs zur Ergreifung der notwendigen Maßnahmen, denn die Regierung geriet nun auch unter zunehmenden innenpolitischen Druck.

Den Auftakt machte ein Torpedostoß quasi aus den eigenen Reihen, der „affaire Juin“. Am 27. 3. hatte Juin vor Reserveoffizieren in Auxerre eine „solution de rechange“ für die EVG gefordert⁴⁷⁹ und sich damit offen in Gegensatz zur Regierung gestellt, die ihn prompt tadelte. Als er sich weigerte, Rechenschaft abzugeben, enthob sie ihn seiner Ämter als Berater des Ministerrates und Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates⁴⁸⁰. Abgesehen von der Bedeutung der Kritik für die schwebende EVG-Frage warf die Erklärung ein bizarres Schlaglicht auf die Persönlichkeit dieses Mannes, der sich vom Anhänger Vichys zum Mann der Résistance und Marschall der IV. Republik emporgedient hatte, im August 1953 von seinem Amt als Generalinstrukteur der Streitkräfte und Generalstabschef entbunden worden war, aber noch immer den NATO-Truppen Europa-Mitte vorstand. Von einer unheilvollen Vorahnung erfüllt, sah die Deutsche Vertretung in Paris die ehrgeizigen Pläne des hohen Offiziers darin gipfeln, „eines Tages die letzte Karte der konservativen Rechten auszuspielen: die Armee“⁴⁸¹. Natürlich blieben Juins Parolen, denen de Gaulle selbstverständlich beipflichtete⁴⁸², nicht ohne Resonanz. Konnte man es mit seinem nationalen Ethos überhaupt verbinden, so mochte sich mancher Abgeordneter fragen, den großen Heroen des Zweiten Weltkriegs die Gefolgschaft zu verweigern? Militante Gegner der EVG hielten sich nicht mit der Gewissenserkundung auf, sie handelten und bewiesen damit, wie vergiftet die Atmosphäre mittlerweile war. Anlässlich von Feierlichkeiten zu Ehren der gefallenen Indochinakämpfer durchbrachen am 4. 4. in Paris rechtsextreme, gaullistische und kommunistische „anti-cédistes“ unter den Rufen „Laniel démission! Vive Juin!“ die Absperungen und griffen Laniel und Pleven tätlich an⁴⁸³.

Ungemach drohte der Regierung aber nicht nur von Rechts, sondern nun auch von Links. Anfang April veröffentlichte über die Hälfte der insgesamt 105 sozialistischen Abgeordneten in den drei Kammern (Nationalversammlung, Rat der Republik und Rat der Union Française) eine Broschüre, mit der sie sich eindeutig gegen die EVG aussprach⁴⁸⁴. Die Anhänger der Verteidigungsgemeinschaft innerhalb der Partei verlangten daraufhin eine demokratische Kontrolle der EVG, d.h. die Bildung der Gemeinsamen Versammlung der EVG und der EGKS durch Wahl auf demokratischer Grundlage nach dem Inkrafttreten des Vertrages – ein Gedanke, der auch in Bonn auf Sympathie stieß⁴⁸⁵. Insgesamt blieb den Sozialisten angesichts der innerparteilichen Dissonanzen kaum eine andere Wahl, als auf Zeit zu spielen. Vor dem nächsten Parteikongreß Ende Mai, so erklärte Mollet Bidault in diesen Tagen, werde man sich nicht festlegen. Damit war der Fahrplan der

⁴⁷⁹ Ansprache Juins, 27. 3. 1954, in: Juin, *Mémoires*, Bd. 2, S. 263; s.a. AdG 1954, S. 4448E; mit falscher Datierung: Guillen, *Generalität*, S. 152.

⁴⁸⁰ S. PA, Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 8, Hausenstein an AA, Tel. 155, 1. 4. 1954; *Kommuniqué des Conseil des Ministres*, 1. 4. 1954, in: AdG 1954, S. 4448E; Juin, *Mémoires*, Bd. 2, S. 263 f.; Bougeard, René Pleven, S. 261–264.

⁴⁸¹ PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 8, Hausenstein an AA, 221–20 I Tgb.Nr. 1188/54, 31. 3. 1954.

⁴⁸² S. de Gaulle an Juin, 16. 4. 1954, in: de Gaulle, *Lettres*, Bd. 7, S. 192 f.

⁴⁸³ PA, Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 8, Hausenstein an AA, 205–00 I Tgb.Nr. 1276/54, 7. 4. 1954; s.a. Bougeard, René Pleven, S. 264; Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 558.

⁴⁸⁴ Vgl. AdG 1954, S. 4448B.

⁴⁸⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 991, von Etdorf an AA, 232–00–221/54, 11. 3. 1954, Geheim.

Regierung abermals Makulatur. Sie flüchtete sich zum Verdruß der Kabinette in Bonn und Washington dahin, zunächst die Osterferien des Parlaments abzuwarten und dann erst den Termin für die EVG-Debatte festzusetzen⁴⁸⁶.

Nicht einmal das nach monatelangen Verhandlungen am 13. 4. endende Tauziehen um die Einbeziehung Großbritanniens in die EVG konnte die Stimmung in Frankreich erhellen. Denn das jetzt geschlossene Abkommen und die beiden Regierungserklärungen fixierten nur eine technische Zusammenarbeit und einen eng begrenzten personellen Austausch, enthielten aber nicht die verlangte Garantie für die Stationierung britischer Truppen auf dem Kontinent⁴⁸⁷. Nach einer stürmischen Kabinettsitzung war Alphant am Tage zuvor zwar ermächtigt worden, den Vertrag zu signieren. Um aber nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, man lege sich damit auf die EVG fest, bagatellierte Bidault den Akt der Unterzeichnung. Damit entfachte er den Widerspruch der EVG-Gegner unter den Ministern, der sich noch verschärfte, als Teitgen die Festsetzung eines Datums für die Ratifikationsdebatte verlangte und jenen Kollegen zur Demission riet, denen die Konvention nicht genügte. Ein Bruch der Regierung schien durchaus möglich. Denn der Conseil des Ministres konnte sich nicht auf die Eröffnung der Debatte einigen, und die Fraktion des gaullistischen Centre National des Républicains Sociaux (CNRS), die ehemalige URAS, verwarfen die Abmachung mit Großbritannien und bekräftigten ihre Gegnerschaft gegen den EVG-Vertrag. Die Regierungskrise konnte indes abgewendet werden, weil sich das CNRS am 14. 4. mit einer Erklärung Laniels zufriedengab, er werde die Konvention dem Parlament zur Billigung zuleiten. Mit der erneuten Forderung nach der Festsetzung eines Termins für die parlamentarische Prüfung des EVG-Vertrags verband der Regierungschef die Zusage, die Abgeordneten zuvor über die Erfüllung der von ihm bei seiner Investitur gestellten Bedingungen beraten zu lassen⁴⁸⁸. Einen Tag später beschloß das französische Kabinett, die Präsidentenkonferenz der Nationalversammlung am 18. 5. zu bitten, die Debatte im Palais Bourbon anzuberaumen, sofern die „préalables“ erfüllt seien⁴⁸⁹. Optimistische Mitglieder der Regierung ließen sich daraufhin vernehmen, die Ratifikationssitzung werde spätestens am 25. 5. beginnen. Sofern dann eine Grundsatzvereinbarung zur Saar vorläge, gebe es keinen Grund, an einer „starken Mehrheit“ im Parlament zu zweifeln⁴⁹⁰.

⁴⁸⁶ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 3663, 2. 4. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 924–926. Zur Verärgerung von Dulles über diese neuerliche Verzögerung s. Dulles an Paris, Tel. Edcol 102, 5. 4. 1954, Confidential, in: ebd., S. 926 f.

⁴⁸⁷ S. Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der EVG, 13. 4. 1954, in: EA 1954, S. 6578 f.; Erklärung zur gemeinsamen Politik, 13. 4. 1954, in: ebd., S. 6579–6581; Erklärung der britischen Regierung, 13. 4. 1954, in: ebd., S. 6581 f.; Fursdon, Community, S. 253 f.; Watt, Regierung, S. 98.

⁴⁸⁸ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 532 f., Tb. 12. 4. 1954; PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 8, von Walther an AA, 221–20-I Tgb.Nr. 1459/54, 14. 4. 1954; Communiqué der Présidence du Conseil, 13. 4. 1954, in: AdG 1954, S. 4483A; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 184 f.

⁴⁸⁹ S. Beschluß des Conseil des Ministres, 15. 4. 1954, in: AdG 1954, S. 4483A; Fursdon, Community, S. 255 f.

⁴⁹⁰ BA, NL von Brentano, Bd. 121, Bl. 36–40, Unterredung zwischen von Brentano und Teitgen vom 9. 4. 1954.

In der Hoffnung auf „a very beneficial effect on French opinion“⁴⁹¹ veröffentlichten die USA in dieser Situation eine Erklärung, mit der Eisenhower den Regierungschefs der EVG-Staaten die Absicht zur engen Zusammenarbeit versicherte und die Existenz der Atlantischen Allianz für die Dauer der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zusagte. Die amerikanischen Truppen blieben auf dem Kontinent, solange die äußere Gefahr anhalte⁴⁹². Auch Adenauer setzte darauf, daß diese Botschaft „den letzten Rest“ französischen Widerstandes beseitige⁴⁹³ – vergeblich. Trotz vieler Worte erfüllte der Inhalt der angelsächsischen Garantien die französischen Forderungen nur unzureichend. Sie gingen keine bindenden Verpflichtungen zur Stationierung einer bestimmten Truppenzahl oder zur Verlängerung des NATO-Vertrags ein. Weder das Abkommen mit Großbritannien noch die Erklärung der USA konnte die Haltung der EVG-Skeptiker in Frankreich ändern⁴⁹⁴. Dies wirkte sich insbesondere in der SFIO katastrophal aus. Gegen die Empfehlung Mollets beschloß das Leitungskomitee der Partei am 22. 4., das Datum für den außerordentlichen Kongreß zur Entscheidung über die EVG erst festzusetzen, wenn ihren Vorbedingungen Genüge geleistet worden sei⁴⁹⁵. Mit diesem heftigen Schlag gegen die Autorität des EVG-freundlichen Mollet sah die Regierung ihre Hoffnung auf die Ratifikation schwinden. Bidault zog aus der Zerstrittenheit der Sozialisten den Schluß, doch wieder auf die Unterstützung von Rechts zu setzen. Dies aber bedeutete seiner Ansicht nach, „to think in terms of some new short-form treaty“⁴⁹⁶. Ein Einschwenken der Gaullisten auf eine derartige Kompomißlinie war aber kaum zu erwarten. Eine Entschließung des CNRS vom 23. 4. stellte noch einmal klar heraus, daß die von London und Washington zugesicherten Verpflichtungen nicht als wirkliche Garantien akzeptiert würden und damit keine Grundlage gegeben sei, die Ratifikationsdebatte einzuläuten⁴⁹⁷.

„La CED paraît enterrée“

Der Beginn der Genfer Indochinakonferenz am 26. 4., der drohende Fall der französischen Festung Diên Biên Phu und die französischen Hilferufe an die Adresse der USA ließen die EVG in Frankreich seit Ende April vollends in den Hintergrund treten⁴⁹⁸. „On ne parle plus de la ratification de la CED. Celle-ci paraît enterrée“, notierte Bérard in seinem Tagebuch⁴⁹⁹. Die westlichen Regierungen waren sich der Tragweite der Tragödie in der 300 km von Hanoi entfernten Dschungelfestung, wo 12 000 Soldaten von Truppen des Vietminh belagert wurden, durchaus bewußt. Um das sich abzeichnende Fiasko abzuwenden, drängte Paris Washing-

⁴⁹¹ Unterredung zwischen Dulles und Laniel vom 14. 4. 1954, Top secret, im Auszug in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 936–938, hier S. 937.

⁴⁹² S. Eisenhower an die Regierungschefs der EVG-Staaten, 16. 4. 1954, in: EA 1954, S. 6582f.; Fursdon, Community, S. 253f.; Laniel, Jours, S. 272–274.

⁴⁹³ Adenauer an McCloy, 17. 4. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 93.

⁴⁹⁴ Vgl. Fursdon, Community, S. 257; Mager, Stationierung, S. 26f.

⁴⁹⁵ S. Communiqué des Comité directeur der SFIO, 22. 4. 1954, in: AdG 1954, S. 4483A.

⁴⁹⁶ Dulles an Eisenhower, 22. 4. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 940.

⁴⁹⁷ S. Entschließung der CNRS, 23. 4. 1954, in: AdG 1954, S. 4483A; Laniel, Jours, S. 275.

⁴⁹⁸ Zur Endphase des Krieges in Indochina vgl. Dalloz, Guerre d'Indochine, S. 228–247; zur Genfer Konferenz s. die Dokumente in FRUS 1952–1954, Bd. 13 u. 16, und die Studie von Devillers/Lacouture, Viet Nam, S. 133–318.

⁴⁹⁹ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 533, Tb. 26. 4. 1954.

ton immer verzweifelter zur militärischen Intervention. Eisenhower machte aber ein Eingreifen im Rahmen der Operation „Vautour“ von der Mitwirkung Großbritanniens abhängig⁵⁰⁰. Als Bidault am 22. 4. von den Amerikanern „massive‘ air intervention“ als letzten Ausweg anforderte⁵⁰¹, kabelte Dulles an Eisenhower, „if Dien Bien Phu falls, the government will be taken over by defeatists“⁵⁰². Den Einsatz nuklearer Waffen, der von den Amerikanern offenbar erwogen wurde, lehnten die Franzosen ab⁵⁰³. Trotz der Warnungen Frankreichs verweigerten die USA schließlich infolge ihrer „New-Look-Politik“ jegliches Eingreifen. Die definitive Absage Großbritanniens bot ihnen das notwendige Alibi. Die Frage einer militärischen Intervention, einschließlich der Überlegungen über einen Nuklearschlag, war damit beantwortet⁵⁰⁴, das Schicksal der französischen Garnison in Fernost besiegelt.

Zugleich verlor Frankreich seinen stärksten Trumpf bei den Genfer Verhandlungen. Denn nur das drohende Eingreifen der USA konnte China und den Vietnamh zur Mäßigung zwingen. Niemand machte sich Illusionen über die fatalen Folgen dieser Entwicklung. Der nahende Tod tausender Soldaten vermochte die Bereitschaft der Grande Nation zur europäischen Zusammenarbeit kaum erhöhen. „Ich glaube eher“, so notierte Blankenhorn sorgenvoll in seinem Tagebuch, „daß das Minderwertigkeitsgefühl, das viele Franzosen heute schon erfüllt, noch weiter wächst.“⁵⁰⁵ An der Seine setzte prompt eine „rapide Verschlechterung“ in der Beurteilung der Ratifikationsaussichten ein⁵⁰⁶. Eine Übersicht über die Haltung der Parlamentsabgeordneten verzeichnete Anfang Mai ein Verhältnis von 376 zu 192 gegen die EVG bei 58 Unentschiedenen⁵⁰⁷. Selbst überzeugte Anhänger der Verteidigungsgemeinschaft wie Raymond Aron wirkten deprimiert, wobei die Gefahr nun weniger von einem negativen Votum der Kammer auszugehen schien, als von einer erneuten Verschiebung der Debatte, einem Sturz der Regierung und dem „automatische[n] Hinfälligwerden der Regierungsvorlage“. Britische und amerikanische Botschaftsangehörige bezeichneten die EVG gegenüber deutschen Kollegen offen als „tot“ und sprachen von Alternativlösungen⁵⁰⁸. Auch in NATO-Kreisen suchte man nach Auswegen. Im Vordergrund der Überlegungen stand ein direkter deutscher Beitritt zum Atlantikpakt, der bekanntermaßen von den Franzosen abgelehnt wurde. Eine andere Möglichkeit schien die Bildung einer „regionalen nördlichen NATO-Untergruppe“ mit Kanada, Dänemark,

⁵⁰⁰ S. Bougeard, René Pleven, S. 267–271; Césari/Folin, *Projet „Vautour“*; Herring/Immerman, „Le jour“.

⁵⁰¹ Dulles an Eisenhower, 22. 4. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 940 f., hier S. 941; s.a. Bidault an Dulles, 24. 4. 1954, in: Dalloz, Georges Bidault, S. 360; Herring/Immerman, „Le jour“, S. 120 f.

⁵⁰² Dulles an Eisenhower, 23. 4. 1954, Tel. Dulte 8, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 13, S. 1374 f., hier S. 1374.

⁵⁰³ S. Bougeard, René Pleven, S. 269; Césari/Folin, *Projet „Vautour“*, S. 150; Dalloz, Georges Bidault, S. 361 f.; Demory, Georges Bidault, S. 347–349; Herring/Immerman, „Le jour“, S. 121.

⁵⁰⁴ S. Felken, Dulles, S. 229; Herring/Immerman, „Le jour“, S. 122–127; Warner, Grande-Bretagne, S. 183–190.

⁵⁰⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 30a, Bl. 67 f., Tb. 26. 4. 1954.

⁵⁰⁶ PA, Abt. 2, Bd. 992, von Walther an AA, 221–00geh. Nr. 118/54, 30. 4. 1954, Geheim.

⁵⁰⁷ S. ebd., von Etzdorf an dass., 232–00/22–402/54, 6. 5. 1954, Geheim.

⁵⁰⁸ Ebd., von Walther an dass., 221–00geh. Nr. 118/54, 30. 4. 1954, Geheim.

Norwegen, Großbritannien und den BENELUX-Staaten oder eine kontinentale NATO-Formation mit der Bundesrepublik zu sein⁵⁰⁹.

Adenauer, der über das amerikanische Verhalten auf der Genfer Konferenz höchst ungehalten war⁵¹⁰, schätzte die weltpolitische Situation so prekär ein, daß er im Kabinett eine Beratung der bundesdeutschen Vorratslage forderte⁵¹¹ und den Ministern jede Äußerung über das deutsch-sowjetische Verhältnis untersagte⁵¹². In bezug auf die EVG reagierte er mit einer Doppelstrategie: Nach ‚innen‘, der Öffentlichkeit gegenüber, sprach er von der „Schicksalsgemeinschaft“ Europa und dem Zwang, den „zerstörerischen deutsch-französischen Gegensatz“ endlich zu überwinden⁵¹³; vor der eigenen Partei erklärte er „kategorisch“, weiterhin fest auf dem Boden des Pariser Vertrages zu stehen und mit keinem Amerikaner oder Engländer über Alternativlösungen gesprochen zu haben. Frankreich, äußerte er am 26. 4. voller scheinbarer Zuversicht im Bundesvorstand der CDU, werde „durch die Umstände und durch die ganze Konstellation“ schließlich doch zur Ratifikation genötigt⁵¹⁴. Nach ‚außen‘ warnte er hingegen vor den fatalen Konsequenzen eines etwaigen Scheiterns der EVG. Eine nationale deutsche Armee, so lautete seine Botschaft an die Adresse des westlichen Nachbarn, sei dann kaum zu verhindern, die militärische Macht ginge der zivilen voran, die Jugend, gerade erst von europäischem Gedankengut erfaßt, würde sich davon wieder abwenden, und der Nationalismus bekäme wieder Oberwasser⁵¹⁵.

Während der Kanzler sich also aufs Ermahnen, Überzeugen, Zureden verlegte und als offizielle Losung „Nur keine Alternativ-Pläne aufstellen“ ausgab⁵¹⁶, um das auch in der eigenen Koalition laute Nachdenken über ebensolche Pläne abzuwürgen⁵¹⁷, war es ihm innerlich sehr wohl „zweifelhaft“, ob der Pariser Vertrag durchkäme⁵¹⁸. Folgerichtig entwickelten seine Beamten und Diplomaten sicherheitspolitische Gegenmodelle. Blankenhorn mochte an eine Ratifikation nicht mehr glauben⁵¹⁹, und auch von Kessel, der mittlerweile von Paris nach Washington versetzt worden war, ließ die Sorge vor einem Scheitern des Projekts nicht los. Da die Bundesrepublik, Frankreich und auch die USA sich seit Jahren auf die EVG festgelegt hatten, konnte seiner Meinung nach nur England die Diskussion ins Rollen bringen. Eine Alternative sah er in einem deutschen Beitritt zur NATO, den er aber aus innen- wie außenpolitischen Gründen für „höchst gefähr-

⁵⁰⁹ Ebd., Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 8, von Etzdorf u. d. ers. an d. ass., Tel. 189, 22. 4. 1954.

⁵¹⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 239–241, François-Poncet an MAE, Tel. 2290/301, 5. 5. 1954, Réserve; vgl. Hess, Etats-Unis.

⁵¹¹ S. Kabinettsitzung, 28. 3. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 176.

⁵¹² S. Adenauer an alle Bundesminister, 17. 5. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 102.

⁵¹³ Ansprache d. d. zur Verleihung des Internationalen Karlspreises, 27. 5. 1954, in: Bulletin 1954, S. 957.

⁵¹⁴ Erklärung d. d. in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 26. 4. 1954, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 140 u. 142.

⁵¹⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 270, Bl. 239–241, François-Poncet an MAE, Tel. 2290/301, 5. 5. 1954, Réserve.

⁵¹⁶ Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 138, Tb. 25. 5. 1954.

⁵¹⁷ Zu den seit dem Frühjahr zunehmend lauterer Rufen aus den Reihen der FDP und des BHE nach einer Alternative zur EVG vgl. Volkmann, Innenpolitische Dimension, S. 453–462.

⁵¹⁸ Seit über sechs Monaten, offenbarte er seiner Partei am 11. 10. 1954, habe er Zweifel über die Ratifikation der EVG gehegt (Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 11. 10. 1954, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 248).

⁵¹⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 30a, Bl. 67 f., Tb. 26. 4. 1954.

lich“ hielt. Wünschenswert erachtete er die weitgehende Übernahme der militärischen Konzeption und Methoden des EVG-Vertrages etwa durch die Ausdehnung des Brüsseler Paktes auf Deutschland und Dänemark, d.h. Schaffung eines politischen und militärischen Bündnisses als eines regionalen „Nordsee-Pakt[s]“ innerhalb der Atlantischen Allianz. Die supranationale Struktur und den gemeinsamen Finanzhaushalt der EVG seien fallenzulassen, Frankreich behielt seine nationale Armee, und England würde Vollmitglied. Die Aufnahme Italiens schien ihm aus militärischen Gründen eher eine „Belastung“, er wollte sie aber aus politischen Erwägungen nicht ausschließen⁵²⁰.

Für überzeugte deutsche Europäer wie Eugen Gerstenmaier war eine nur nominelle EVG hingegen „reizlos“, da sie dann nicht mehr „eine Art Raketenantrieb für die Vereinigung Europas“ darstellte. Eine nationale Armee lehnte er ab, weil sie eine „Satellitenarmee unter der Kontrolle und in der materiellen Abhängigkeit“ des Westens sein würde. In der Verteidigungsgemeinschaft hätte die Bundesrepublik immerhin noch als Gegenleistung die europäische Integration erhalten, die bei einer deutschen Nationalarmee vollständig wegfiel. Gerstenmaier dachte daher daran, „unter dem Mantel des Bundesgrenzschutzes eine deutsche Armee aufzustellen“, um den französischen „Reaktionären“ die Möglichkeit zu entwinden, die europäische Integration ad acta zu legen⁵²¹. Schließlich sprach er sich gänzlich gegen derartige Planungen aus, „die schließlich nur eine zu unseren Lasten gehende, sehr viel weniger befriedigende Lösung geben würden als die EVG“⁵²².

Der Fall von Diên Biên Phu am 7. 5. nach 57-tägiger Belagerung⁵²³ und die Weigerung der Amerikaner zur militärischen Unterstützung der eingeschlossenen Truppen trieben die französische Erbitterung gegen die USA auf die Spitze. Die befürchtete schwere innenpolitische Krise blieb vorerst aus. Statt dessen erschallte der Ruf nach einer starken nationalen Streitmacht lauter denn je, die nun auch nuklear ausgerüstet sein sollte. In militärischen Kreisen war die Forderung nach einer französischen Atombombe nicht neu. Vereinzelt Stimmen wie die des mit der militärischen Nuklearforschung beauftragten Chef du commandement des armées spéciales, Charles Ailleret, verlangten diese Waffe bereits seit 1950⁵²⁴. Im September 1951 beschloß der für nukleare Fragen im Matignon zuständige junge Staatssekretär Félix Gaillard insgeheim, das „Commissariat à l’Energie Atomique“ (CEA) mit der Vorbereitung einer Atombombe zu beauftragen. Im Juni 1952 präsentierte er einen Fünfjahresplan, der es dem CEA erlaubte, das Stadium der Laborversuche zu verlassen und mit Plutoniumreaktoren in die industrielle Produktion zu gehen. Ein Jahr später legte General Bergeron, Vorsitzender des Comité Scientifique der Assemblée Nationale, im Auftrag von Verteidigungsminister Plevén einen Bericht vor, der den Bau einer Bombe für Frankreich als machbar bezeichnete. Ende November 1953 verlangte General Ely, der neue Vorsit-

⁵²⁰ PA, NL von Kessel, Ordner [2], von Kessel an Blankenhorn, 1. 4. 1954, Konzept.

⁵²¹ ACDP, NL Gerstenmaier, I-210-015, Gerstenmaier an Adenauer, 25. 6. 1954.

⁵²² Ebd., ders. an Landgerichtsdirektor Grund, 8. 7. 1954.

⁵²³ Vgl. Artaud/Kaplan (Hg.), Diên Biên Phu.

⁵²⁴ Zur Entwicklung der militärischen französischen Nuklearpolitik vgl. Ailleret, *Aventure atomique*; Goldschmidt, *Complexe atomique*; ders., *Rivalités*; Hecht, *Radiance*; Rocard, *La naissance*; Scheinman, *Atomic energy policy*; Vaisse (Hg.), *La France et l’atome*.

zende des Generalstabs der Streitkräfte, bei einem Treffen des Comité des chefs d'Etat-major, eine dezidierte Hinwendung der Armee zur Atomforschung⁵²⁵.

Eine politische Entscheidung für die Entwicklung einer Kernwaffe war damit noch nicht gefallen. Die erfolgte erst im März 1954. Am 17. 3. enthüllte Pleven vor dem Parlament die nuklearen Forschungen des CEA. Zwei Tage darauf plädierte er öffentlich für den Bau⁵²⁶ und bekam dafür Beifall nicht zuletzt von de Gaulle. Am 7. 4. rief der General sein Land zu einer autonomen Außen- und Sicherheitspolitik auf und verlangte, Frankreich müsse „une puissance atomique“ werden. Die Ratifikation des EVG-Vertrages würde die Soldaten auf ewig der eigenen Verfügungsgewalt berauben und sie zu einer untergeordneten Hilfstruppe degradieren. Zwar sprach sich de Gaulle für den Aufbau Europas, aber gegen das Kleuropa der Sechsergemeinschaft aus. Europa erstreckte sich von Gibraltar bis zum Ural und beschränke sich nicht „à un groupe franco-allemand que l'on ferait vivre sous l'hégémonie germanique dans les frontières de Charlemagne“⁵²⁷.

In den Reihen der französischen EVG-Anhänger wollte man die prekäre Lage offenbar nicht wahrhaben. Während Hausenstein aus Paris berichtete, die Aussichten auf Ratifikation „verschlechterten sich zusehends“⁵²⁸, vertrat Gesundheitsminister Coste-Floret gegenüber Adenauer am 17. 5. die Auffassung, die Ratifikationsdebatte werde „spätestens am 15. Juni beginnen“. Die doch völlig unzureichenden angelsächsischen Erklärungen wertete er gar als „wichtige Trümpfe“. Coste-Floret setzte seine Hoffnung auf die Stimmen der Sozialisten, die Ende Mai ihren entscheidenden Parteikongreß abhielten⁵²⁹. Auch Teitgen versicherte dem Kanzler in diesen Tagen, die Debatte sei „nahe“, wollte das von seinem Kabinettskollegen genannte Datum aber nicht bestätigen⁵³⁰. Der Kanzler glaubte den französischen Ministern offenbar aufs Wort. Am 28. 5. versicherte er gegenüber seinen Parteifreunden im Bundesvorstand, die Aussichten auf die Ratifikation durch Frankreich im Sommer seien „gut“⁵³¹. Dem Kabinett gegenüber meinte er gar, sie seien „nie so günstig gewesen wie jetzt“⁵³².

Zur selben Stunde begann in Puteaux der Parteitag der Sozialisten. Zur Verbesserung der Atmosphäre versuchte der Quai d'Orsay in letzter Minute amerikanische Garantien für eine Regelung der Saarfrage entlang dem Van-Naters-Plan für den Fall der deutschen Wiedervereinigung zu erreichen⁵³³ - vergeblich, denn die USA waren dazu nur bei einer Ratifizierung der EVG bereit⁵³⁴. Die von der fran-

⁵²⁵ Vgl. Bariéty, Frankreich und das Scheitern der EVG, S. 106–109; Coutrot, Politique atomique, S. 310; Goldschmidt, Rivalités, S. 194 f.; Hecht, Political Designs, S. 662–664; Le Douarec, Félix Gaillard, S. 67 f.; Scheinman, Atomic energy policy, S. 63 f. u. 74–89.

⁵²⁶ S. Ailleret, Aventure atomique, S. 164–175; Bougeard, René Pleven, S. 260; Doise/Vaisse, Diplomatie, S. 597; Scheinman, Atomic energy policy, S. 106–109.

⁵²⁷ Pressekonferenz de Gaulles, 7. 4. 1954, in: de Gaulle, Discours, Bd. 2, S. 604–618, hier S. 606 u. 608.

⁵²⁸ PA, Abt. 2, Bd. 283, Bl. 482 f., Hausenstein an AA, 205–00 I Nr. 1984/54, 17. 5. 1954.

⁵²⁹ Ebd., Abt. 3, AZ 752–00/22, Unterredung zwischen Adenauer und Coste-Floret vom 17. 5. 1954.

⁵³⁰ BA, NL Blankenhorn, Bd. 31b, Bl. 25–48, Unterredung zwischen dems. und Teitgen vom 20. 5. 1954, Streng geheim.

⁵³¹ Erklärung dess. in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 28. 5. 1954, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 237.

⁵³² Kabinettsitzung, 25. 5. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 218.

⁵³³ Vgl. Kap. III.3.3.

⁵³⁴ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 4764, 9. 6. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 968 f.

zösischen Regierung soeben torpedierte Saarübereinkunft zwischen Adenauer und Teitgen hatte nicht eben das Vertrauen in die Zuverlässigkeit des angeschlagenen Partners gefördert. Gemeinsam mit dem belgischen Außenminister Spaak erwog Dulles bereits, ein Konferenz der Länder einzuberufen, die den Vertrag gebilligt hatten, um den Druck auf Frankreich noch mehr zu erhöhen⁵³⁵.

Unterdessen versuchte Moch seine Parteifreunde in Puteaux mit dem Argument zu gewinnen, daß die laufenden Abrüstungsverhandlungen in London zwischen Ost und West Fortschritte erzielt hätten und die Aussicht auf eine internationale Abrüstung die Aufstellung der Europaarmee überflüssig mache⁵³⁶. Wie zur Bestätigung meldeten die Agenturen, die Sowjetunion habe sich für eine Kontrolle sämtlicher Produktionsstätten von Atomwaffen ausgesprochen⁵³⁷. Nachdem Spaak eilends über den Interimsausschuß eine Erklärung über die demokratische Kontrolle der EVG organisiert hatte, votierten am 1. 6. 1215 von 1969 Kongreßteilnehmern für die EVG. Unter dem Einfluß Mollets stimmten schließlich 2414 gegenüber 932 für die Fraktionsdisziplin im Fall einer parlamentarischen Entscheidung⁵³⁸.

Der Erfolg des Generalsekretärs blieb ohne Wirkung. Nur neun Tage später billigten sechs der neun sozialistischen Mitglieder im Auswärtigen Ausschuß der Nationalversammlung den ablehnenden Bericht ihres Parteifreundes Jules Moch, der noch immer davon ausging, daß die internationalen Verhandlungen 1951/52 weit über den vom französischen Parlament 1950 als annehmbar bezeichneten Rahmen hinausgegangen seien⁵³⁹. Mit 24 gegen 18 Stimmen schloß sich der Auswärtige Ausschuß der negativen Empfehlung an. Der Verteidigungsausschuß votierte am 18. 6. mit 29 gegen 13 Stimmen ebenfalls negativ⁵⁴⁰.

„Diskrete Absprachen“ mit den Sowjets auf Kosten der EVG?

Am selben Tag löste Pierre Mendès France den am 12. 6. über eine Indochina-debatte gestürzten Joseph Laniel als Regierungschef ab⁵⁴¹. Abzüglich der für ihn abgegebenen kommunistischen Stimmen, die er nicht akzeptierte, erhielt er 324 gegen 47 Stimmen bei 143 Enthaltungen und bildete ein Kabinett aus Radikalsocialisten, UDSR, Sozialrepublikanern, MRP, ARS, Indépendants und dem Rassemblement des Gauches Républicains (RGR)⁵⁴². Abgesehen von der einmonatigen Regierungszeit Léon Blums 1946/47 lag die französische Außenpolitik nun erstmals seit der Libération nicht mehr in Händen des MRP, da der neue Président du Conseil in Personalunion auch das Außenministerium übernahm und damit Bidaults politischer Karriere ein Ende bereitete. Mit einem für die IV. Republik eher

⁵³⁵ S. Dulles an dass., Tel. Dulte 28, 29. 4. 1954, Top Secret, in: ebd., S. 951–953; Spaak, Memoiren, S. 216.

⁵³⁶ Zum SFIO-Kongreß und den Ausführungen Mochs s. OURS, C 7 2 MM, Congrès National Extraordinaire SFIO. Zu den Abrüstungsverhandlungen im Unterausschuß der Abrüstungskommission der UNO im Mai 1954 vgl. Volle/Duisberg (Hrsg.), Probleme, Bd. 1/I, S. 51–55.

⁵³⁷ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 9, von Klewitz an Blankenhorn, Aufzeichnung 211.223–00/22.101/54, 31. 5. 1954.

⁵³⁸ Vgl. Fauvet, Naissance, S. 50f.; AdG 1954, S. 4548D; Quilliot, S. F.I.O., S. 498–501.

⁵³⁹ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 7, Hausenstein an AA, 221–20 I Tgb.Nr. 553/54, 12. 2. 1954.

⁵⁴⁰ S. Fauvet, Naissance, S. 50f.; Moch, Histoire, S. 307.

⁵⁴¹ Vgl. AdG 1954, S. 4568A; Laniel, Jours, S. 284f.

⁵⁴² Vgl. AdG 1954, S. 4575C; Fauvet, Naissance, S. 51f.

ungewohnten Dynamismus setze er in seiner Investiturrede klare Prioritäten. Vorrang hatte für ihn ein Waffenstillstand in Indochina und die Herbeiführung grundlegender Entscheidungen zur Wiederbelebung der kränkelnden Wirtschaft. Die EVG gänzlich vom Tisch zu nehmen, verbot sich von selbst. Sie weiter siechen zu lassen, entsprach aber nicht dem politischen Glaubensbekenntnis des Regierungschefs. So beauftragte er eine Regierungskommission, bestehend aus den Ministern für Industrie und Handel bzw. Verteidigung, dem radikalsozialistischen EVG-Anhänger Bourguès-Maunoury und dem „anti-cédiste“ General Koenig, einen Kompromiß auszuarbeiten, der als Basis für die Vorlage im Palais Bourbon vor den Parlamentsferien dienen und eine breite nationale Zustimmung gewinnen sollte⁵⁴³.

Im Gegensatz zur Bonner Opposition⁵⁴⁴ wurde die Wahl in den dortigen Regierungskreisen mit „profonde méfiance“ aufgenommen⁵⁴⁵, die Adenauer noch bei der Abfassung seiner Memoiren nicht ganz überwinden sollte⁵⁴⁶. Die Stimmabgabe der Kommunisten zugunsten von Mendès France und die ursprüngliche Absicht des MRP, geschlossen gegen die neue Regierung zu votieren⁵⁴⁷, mußte den Kanzler ebenso irritieren, wie ihn das Auftauchen neuer Gesichter im Zentrum der Macht verunsicherte, „Salon-Bolschewiken“, wie er sie im Kabinett verunglimpfte⁵⁴⁸. Als neuen Staatssekretär und Nachfolger für Maurice Schumann berief der Président du Conseil den unabhängigen Abgeordneten Jean Guérin de Beaumont in den Quai d'Orsay. Seine Kabinette führten im Matignon der Präfekt des Département Bouches du Rhône, André Pelabon, im Quai d'Orsay der frühere Botschafter in Belgrad, Philippe Baudet⁵⁴⁹. Die deutsche Diplomatische Vertretung in Paris ließ in ihren ersten Berichten kein gutes Haar am neuen Regierungschef. Seine Einstellung zur EVG sei „ausgesprochen negativ“, meldete Hausenstein. Er tarne sie aber geschickt und versuche, die „EVG-Lösung durch ‚konstruktive‘ Gegenvorschläge auszuhöhlen“⁵⁵⁰. Mit allen Mitteln werde er „durch improvisierte Präalable neue Hindernisse“ aufbauen⁵⁵¹ und einen Ersatz dazu benutzen, sie „endgültig zu torpedieren“⁵⁵².

Mit diesen Vorurteilen wird man Mendès France nicht gerecht. Gewiß, zu dem Europa eines Jean Monnet und Robert Schuman besaß er kaum Affinität⁵⁵³. Wenngleich er schon 1950 in einer deutsch-französischen Wirtschaftskooperation eine wichtige Bedingung für die europäische Integration gesehen hatte, herrschte

⁵⁴³ S. Investiturrede von Mendès France, 17. 6. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 50–69; in deutscher Übersetzung auszugsweise in: EA 1954, S. 6712–6716; vgl. Lacouture, Pierre Mendès France, S. 11–19.

⁵⁴⁴ Zur Haltung der SPD gegenüber Mendès France vgl. Cahn, Parti, Bd. 1, S. 122–131.

⁵⁴⁵ François-Poncet an Mendès France, Nr. 1434/CM, 30. 6. 1954, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1191. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 129, Bl. 116; vgl. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 544, Tb. 18. 6. 1954.

⁵⁴⁶ S. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 271–275.

⁵⁴⁷ Der Fraktionszwang wurde dann aber bei der Abstimmung von zehn Abgeordneten durchbrochen (PA, Abt. 2, Bd. 237, Bl. 96–98, Hausenstein an AA, Tel. 314, 18. 6. 1954, Citissime).

⁵⁴⁸ Kabinettsitzung, 7. 7. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 299; s.a. Köhler, Adenauer, S. 832; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 136; vgl. Kap. III.3.4.

⁵⁴⁹ S. PA, Abt. 2, Bd. 237, Bl. 153–155, Hausenstein an AA, 205–00 I Tgb.Nr. 2770/54, 7. 7. 1954.

⁵⁵⁰ Ebd., Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 8, ders. an dass., Tel. 302, 14. 6. 1954, Citissime.

⁵⁵¹ Ebd., von Walther an Strohm, 16. 6. 1954.

⁵⁵² Ebd., Abt. 2, Bd. 237, Bl. 96–98, Hausenstein an AA, Tel. 314, 18. 6. 1954, Citissime.

⁵⁵³ Zur Europapolitik von Mendès France vgl. Girault (Hg.), Pierre Mendès France, Teil I.

bei ihm bis 1954 die Furcht vor, „de voir [... la France] sur-classée par la RFA, non seulement sur le plan économique, mais aussi sur le plan militaire“⁵⁵⁴. Zwar hatte er sich in den vergangenen Jahren nicht prinzipiell gegen die deutsche Wiederbewaffnung ausgesprochen, aber mit Blick auf den Krieg in Fernost stets verlangt, daß die deutsche Streitkraft schwächer als die französische bleiben müsse. Die deutsche Beteiligung am Einigungswerk verlangte seines Erachtens verlässliche Sicherheitsvorkehrungen und vor allem eine enge Zusammenarbeit mit Großbritannien. Die Angst vor der Rüstung produzierenden deutschen Schwerindustrie, die Sorge, angesichts der französischen Verstrickungen in Indochina auf dem europäischen Kontinent gegenüber Deutschland politisch und militärisch ins Hintertreffen zu geraten, ließen seine Einstellung gegenüber einer supranationalen europäischen Armee kritisch ausfallen⁵⁵⁵. Dennoch sah sich die deutsche Diplomatie nach einer genauen Überprüfung seines Abstimmungsverhaltens in der Assemblée Nationale zur EVG genötigt, ihr Urteil nach wenigen Tagen zu revidieren. „PMF“, wie er im politischen Paris genannt wurde, hatte sich entweder der Stimme enthalten oder sogar für die EVG gestimmt⁵⁵⁶. Hasso von Etzdorf, der seit November 1953 die Bonner Delegation im Interimsausschuß leitete⁵⁵⁷, warnte das Auswärtige Amt ausdrücklich vor einer zu negativen Einschätzung: Mendès France könne „nicht als unbedingt EVG-ablehnend gelten“⁵⁵⁸. Auch im Bundeskabinett mahnten einige Minister, die den Président du Conseil persönlich kannten, dazu, nicht schon jetzt den Stab zu brechen⁵⁵⁹. Nachdem der Quai d’Orsay sich schließlich intensiv darum bemüht hatte, das düstere Bild vom neuen Amtschef aufzuheben⁵⁶⁰, fiel die Instruktion des Auswärtigen Amtes zur Sprachregelung bei den diplomatischen Missionen betont moderat aus⁵⁶¹.

Die Informationen, die dem Kanzler Ende Juni von Mitgliedern des MRP über den jungen radikalsozialistischen Regierungschef zuzogen, bestärkten indes abermals die alten Urteile. Er sei ein Laizist ohne Glaubensbildung, der das Kolonialreich liquidieren und um sowjetische Hilfe buhlen werde, um aus Indochina glimpflich herauszukommen⁵⁶², ein „Instrument Moskaus“, gegen den die Opposition sich bereits formiere⁵⁶³. Aus eingeweihten Kreisen in Genf erfuhr Adenauer, Mendès France plane eine „Sterilisation der EVG“, d. h. die Eliminierung des politischen Integrationselementes und die Einbeziehung einer kontrollierten deutschen Nationalarmee in die NATO. Das freundliche Klima zwischen der französischen Regierung und den „roten Asiaten“ am Konferenztisch führten sie auf

⁵⁵⁴ Guillen, Pierre Mendès France, S. 42.

⁵⁵⁵ S. ebd., S. 42 f.

⁵⁵⁶ S. PA, Abt. 3, AZ 232-00, Bd. 9, von Walther an AA, 205-00 I Tgb.Nr. 2444/54, 18. 6. 1954.

⁵⁵⁷ Zu von Etzdorf vgl. Blasius (Hg.), Hasso von Etzdorf; zu seiner Tätigkeit in der EVG-Delegation s. Osterheld, Leiter.

⁵⁵⁸ PA, Abt. 2, Bd. 1250, von Etzdorf an AA, 232-00 E 596/54, 18. 6. 1954, Geheim.

⁵⁵⁹ S. Kabinettsitzung, 23. 6. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 265 f., Anm. 23.

⁵⁶⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 237, Bl. 141-143, Hausenstein an AA, Tel. 318, 19. 6. 1954, Citissime; ebd., Bd. 993, von Etzdorf u. d. an d. an d., Tel. 320, 19. 6. 1954, Geheim, Citissime; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 544, Tb. 18. 6. 1954.

⁵⁶¹ S. PA, Abt. 3, AZ 202-03, Bd. 8, Hallstein an diplomatische Vertretungen, Tel. AZ 3.205-00/22, 21. 6. 1954, Cito, Geheim.

⁵⁶² S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 544 f., Tb. 18. u. 19. 6. 1954; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 136.

⁵⁶³ PA, Abt. 3, AZ 202-03, Bd. 8, Hausenstein an AA, Tel. 326, 21. 6. 1954.

„diskrete Absprachen dieser Art“ zurück⁵⁶⁴. Von amerikanischer Seite wurde dem Franzosen unterstellt, einen Waffenstillstand in Indochina mit Zugeständnissen in Europa zu erkaufen. „Mendès France hat sich hiermit weitgehend in die Hände der Russen und Chinesen begeben, von deren Friedensbereitschaft er das Schicksal seines Kabinetts abhängig macht.“⁵⁶⁵ Obwohl französische Diplomaten die Verdächtigungen energisch zurückwiesen⁵⁶⁶, schloß sich Adenauer diesem Urteil an und äußerte im Bundeskabinett am 30. 6. den Verdacht, Mendès France habe die Unterstützung durch den PCF „mit einer Zusage auf Kosten der EVG erkaufte“⁵⁶⁷.

Da sich Washington und Bonn offiziell weiterhin alternativlos an der EVG festklammerten, verständigten sie sich darauf, Paris mit wachsendem Druck endlich zur Ratifikation zu zwingen⁵⁶⁸. Zentrales Mittel sollte der von Spaak in Absprache mit Monnet entwickelte, allmählich konkretere Formen gewinnende „Spaak-Plan“ zur Einberufung einer Konferenz der Staaten sein, die den Vertrag bereits ratifiziert hatten⁵⁶⁹. Gleichzeitig arbeiteten amerikanische, britische und deutsche Diplomaten gemeinsam an der Auflösung des Junktims zwischen dem EVG- und dem General-Vertrag. Die Franzosen hatten sich bisher stets dagegen ausgesprochen, weil sie den Deutschen nicht die volle militärische Souveränität zugestanden und sich vor der Aufhebung der Rüstungsrestriktionen fürchteten⁵⁷⁰. Schon Ende April hatte François-Poncet die „anti-cédistes“ in seinem Lande vor dem Trugschluß gewarnt, die Westmächte im Fall des Scheiterns der EVG mit den Mitteln des Besatzungsstatuts von einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik abhalten zu können. Für ihn gab es kein Zurück in die Zeit der Besatzungszeit. Ein Alleingang in der französischen Zone mußte unweigerlich an den politischen, juristischen und praktischen Gegebenheiten scheitern⁵⁷¹. Anfang Juni erfuhr er von detaillierten Prüfungen gewisser „solutions de rechange“ durch das Auswärtige Amt, die auf eine Übereinkunft mit den USA und Großbritannien über die Aufhebung der Besatzungsrechte abzielten. Falls Frankreich dem ein Veto entgegenstelle, so warnte er Bidault umgehend, könnten die Angelsachsen in ihren Zonen Kadereinheiten aufstellen und die Franzosen dazu zwingen, sich entweder für die EVG oder eine andere Art der deutschen Wiederbewaffnung auszusprechen⁵⁷².

⁵⁶⁴ ACDP, NL Gerstenmaier, I-210–015, Gerstenmaier an Adenauer, 25. 6. 1954; s.a. Gerstenmaier, Streit, S. 349f.

⁵⁶⁵ PA, Abt. 2, Bd. 367, Bl. 33–36, Aufzeichnung von Welck, Nr. 5, 23. 6. 1954.

⁵⁶⁶ S. ACDP, NL Gerstenmaier, I-210–015, Unterredung zwischen Gerstenmaier und Bérard vom 7. 7. 1954, 7. 7. 1954; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 550f., Tb. 7. 7. 1954.

⁵⁶⁷ Kabinettsitzung, 30. 6. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 275, Anm. 6.

⁵⁶⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 975, Unterredung zwischen Hallstein und Dowling vom 22. 6. 1954, 22. 6. 1954, Streng geheim; Dillon an Dep. of State, Tel. 4946, 21. 6. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 978f.

⁵⁶⁹ Vgl. Dulles an dass., Tel. Edcol 122, 12. 6. 1954, Top Secret, in: ebd., S. 969–971; Bruce an dass., Tel. Coled 281, 18. 6. 1954, Top Secret, Priority, in: ebd., S. 975f.; Dulles an Paris, Tel. Edcol 128, 23. 6. 1954, Top Secret, in: ebd., S. 981; Spaak, Memoiren, S. 216f.; Schröder, Jean Monnet, S. 352f.

⁵⁷⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1056, Bl. 261–263, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 1. 12. 1953.

⁵⁷¹ S. François-Poncet an Bidault, Nr. 905/CM, 30. 4. 1954, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1154–1166. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 129, Bl. 43.

⁵⁷² Ebd., Généralités, Bd. 74, Bl. 296–298, ders. an dens., Nr. 1214, 8. 6. 1954.

Während die Bundesregierung weiterhin Zuversicht ausstrahlte⁵⁷³ und den festen Willen bekundete, an der Verteidigungsgemeinschaft festzuhalten⁵⁷⁴, wurde die amerikanische Administration zunehmend ungeduldiger. Wenn in den kommenden Wochen in Frankreich keine Lösung gefunden werde, signalisierten Mitarbeiter des State Departments gegenüber deutschen Diplomaten, „müsse eine Alternative an die Stelle der EVG treten“⁵⁷⁵. Gemeinsam mit Großbritannien würden die USA darauf zusteuern, der Bundesrepublik die Unabhängigkeit zu geben und das Junktim zwischen den Westverträgen zu lösen, entnahm Bérard Gesprächen am Rhein⁵⁷⁶. In Bonn wurde diese Absicht lebhaft begrüßt. Das deutsche Volk, so betonte Adenauer am 20. 6. auf einer Wahlkundgebung in Düsseldorf, habe in den vergangenen Jahren genügend Beweise erbracht, wie verantwortungsbewußt es mit der ihm übertragenen Macht umgehe. Es könne nicht mehr länger auf die Rückgabe der Souveränität warten⁵⁷⁷. Dulles äußerte vollstes Verständnis und erklärte sich dazu bereit, die entsprechenden Schritte zu erwägen, wenn es nicht zu einem baldigen Abschluß der Ratifikation käme⁵⁷⁸.

Frankreich mochte das aber nicht hinnehmen, weil man nach dem Inkrafttreten des Bonner Vertrages deutsche Ansprüche in Richtung auf die volle Souveränität vorhersah und sich nicht der Chance berauben wollte, in der EVG-Frage eigene Forderungen umzusetzen. Noch schien Zeit, sich der Auflösung des Junktims zu widersetzen, meinten die Diplomaten im Hotel Dreesen⁵⁷⁹. Es müsse bis zur Entscheidung des Parlaments unbedingt aufrechterhalten bleiben, drängte der Quai d'Orsay gegenüber der deutschen Diplomatischen Vertretung. Öffentliche Äußerungen über eine vorzeitige Lösung könnten der EVG in Frankreich den „Todesstoß“ versetzen⁵⁸⁰.

„Aménagement de traité“ oder „solution de rechange“?

Aber natürlich wußten auch die Beamten im französischen Außenministerium, daß sie die Hängepartie nicht ewig weiterspielen konnten. Je länger sie dauerte, desto intensiver suchten auch sie nach Ausweichmöglichkeiten und Alternativlösungen. Bérard hatte schon im Mai angeregt, das Pariser Abkommen mit einem „protocole d'application“ zu verbinden, durch das einige Stipulationen aufgehoben werden sollten, ohne das gesamte Vertragswerk zu gefährden⁵⁸¹. Nach dem Regierungswechsel unterbreitete er diesen Gedanken Parodi, Guérin de Beau-

⁵⁷³ S. Kabinettsitzung, 15. 6. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 254; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 544, Tb. 16. 6. 1954.

⁵⁷⁴ S. ebd., S. 542, Tb. 14. 6. 1954.

⁵⁷⁵ PA, Abt. 3, AZ 232-00, Bd. 9, Krekler an AA, Tel. 343, 18. 6. 1954.

⁵⁷⁶ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 543 f., Tb. 14. u. 16. 6. 1954.

⁵⁷⁷ S. Ansprache Adenauers in Düsseldorf, 20. 6. 1954, in: Bulletin 1954, S. 1017 f.; s.a. Kabinettsitzung, 15. 6. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 254, Anm. 3.

⁵⁷⁸ S. Unterredung zwischen Dulles und Krekler vom 23. 6. 1954, Secret, in: FRUS 1952-1954, Bd. 7, S. 574-576; Communiqué in: AdG 1954, S. 4586A; Wettig, Entmilitarisierung, S. 565.

⁵⁷⁹ S. AMAE, Europe 1944-1960, Allemagne, Bd. 1057, Bl. 52-54, „La négociation d'une solution: date et répercussions“, o.D., Anlage zu: ebd., Bl. 40-43, Bérard an MAE, Tel. 3122, 24. 6. 1954, Secret, Réserve, Par courrier.

⁵⁸⁰ PA, Abt. 2, Bd. 993, Hausenstein an AA, Tel. 331, 23. 6. 1954, Geheim, Citissime.

⁵⁸¹ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 537, Tb. 23. 5. 1954.

mont und Georges Boris⁵⁸². Prinzipiell sah man im Dreesen für Frankreich zwei Optionen: eine „*Solution de rechange*“, die letztlich auf den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO hinauslief, weil jede andere Ersatzlösung diskriminierende Elemente enthielt und damit nicht akzeptiert würde; oder eine „*Formule d'aménagement*“, die den Rahmen des EVG-Vertrags bewahrte, aber die Anwendung gewisser Artikel außer Kraft setzte. Nur diese Lösung schien der französischen Hohen Kommission akzeptabel, weil nur sie mit dem eigenen Sicherheitsbedürfnis in Einklang gebracht werden konnte. Der Vorteil dieses Konzepts lag auf der Hand: Es hielt die Restriktionen für die deutsche Wiederaufrüstung aufrecht, schützte aber weitgehend die nationale Autonomie der französischen Armee. Es wahrte den Schein der Fortsetzung der Europapolitik und ließ die Verbindung zwischen dem EVG- und dem Generalvertrag bestehen, „*qui, en attribuant à la République fédérale une souveraineté de second rang, donne aux Puissances occidentales les moyens juridiques de reprendre le dialogue sur l'Allemagne avec l'URSS*“. Um es durchzusetzen, mußte freilich die Absicht der Bundesregierung überwunden werden, entsprechende Verhandlungen erst nach der Ratifikation des Vertrages beginnen zu lassen⁵⁸³.

Anders als Alphand, der für Frankreich nur eine Wahl zwischen dem unveränderten EVG-Vertrag und der unbeschränkten deutschen Nationalarmee sah⁵⁸⁴, sprach sich die Unterabteilung Zentraleuropa im Quai d'Orsay zwecks Verbreiterung der parlamentarischen Basis jetzt für das „*aménagement de traité*“ und gegen die „*solution de rechange*“ aus, d. h. für die Modifikation des EVG Vertrages vor der Ratifikation. Die Aufhebung des Junktims zum Generalvertrag zog sie erst für den Fall des Scheiterns des EVG-Abkommens in Betracht⁵⁸⁵. Mit einer Reihe von Aufzeichnungen versuchte sie Ende Juni die Entscheidungsfindung des neuen Ministers mit alten Argumenten in ihrem Sinne zu beeinflussen. Eindringlich warnte sie davor, das Junktim aufzuheben, da es unweigerlich zur „*solution de rechange*“ führe und damit der Europapolitik und der deutsch-französischen Verständigung einen gravierenden Schlag versetze. Verhandlungen über eine Ersatzlösung, die ihr letztlich nur im Sinne einer direkten Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO denkbar schien, erbrächten kaum jene Sicherheitsgarantien, die der EVG-Vertrag enthielte. Denn Adenauer müsse dann durch den Druck der deutschen Nationalisten das Spiel der vollen Souveränität und der unbeschränkten Aufrüstung spielen. Die Übertragung der vollen Rechte ebne den Weg zum Abzug der Alliierten und torpediere damit die Chance des Dialogs der Vier Mächte wie die Vorverteidigung. Als Gebot der Stunde propagierte Sauvagnargues statt dessen eine Modifikation des EVG-Vertrags, die gewisse supranationale Elemente aufrecht-, an der deutsch-französischen Verständigung fest- und die Perspektive für eine europäische Einigung offenhielt⁵⁸⁶. Unantastbar waren seiner Meinung nach

⁵⁸² S. ebd., S. 547f., Tb. 29. 6. 1954.

⁵⁸³ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1057, Bl. 50f., „CED-Remarques sur les différentes solutions possibles“, 25. 6. 1954 (Konzept EM).

⁵⁸⁴ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 9, Hausenstein an AA, Tel. 346, 29. 6. 1954, Citissime.

⁵⁸⁵ Ebd., Abt. 2, Bd. 993, ders. an dass., Tel. 331, 23. 6. 1954, Geheim, Citissime.

⁵⁸⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1057, Bl. 57–62, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, Nr. 1, 26. 6. 1954; ebd., Bl. 63–68, Aufzeichnung ders., Nr. 2, 26. 6. 1954 (Konzept JS); ebd., Bl. 69–74, Aufzeichnung ders., Nr. 3, 26. 6. 1954 (Konzept JS).

vor allem jene Klauseln, die die Stärke der deutschen Kontingente, das gemeinsame Rüstungsprogramm, die politisch-demokratische Kontrolle, die Integration der Streitkräfte auf kleinstmöglichem Niveau und die gemeinschaftliche Außenhilfe betrafen. Abgeändert sollten hingegen in Form eines „protocole additionnel“ die Bestimmungen über die Überführung der Streitkräfte in die Supranationalität sowie die politische Überstruktur und Präsentation der EVG als zweiten Schritt zur europäischen Einigung werden⁵⁸⁷. Die Mendès France vorschwebende Einbeziehung Großbritanniens lehnte er entschieden ab⁵⁸⁸. Da er sich dessen bewußt war, daß die Bundesregierung derartige Modifikationen erst nach der Ratifizierung des Vertrags in Betracht ziehen wollte, dies aber für Frankreich unmöglich war, dachte er an eine „ratification conditionnelle“ durch die Assemblée Nationale „sous réserve de l’engagement du Gouvernement de ne déposer les instruments de ratification qu’après ratification par tous les Etats signataires du protocole d’aménagement“⁵⁸⁹.

Der Regierungschef ließ sich aber vorerst nicht in seine Karten schauen. Selbst die Beamten im Quai d’Orsay waren über seine Planungen zur EVG nicht vollständig informiert⁵⁹⁰. Nur zweierlei stand fest: Indochina stand an der Spitze seiner Agenda, die anderen Probleme hatten sich dem unterzuordnen⁵⁹¹. Außerdem gedachte Mendès France die Konfrontation zwischen Bourguès-Maunoury und Koenig abzuwarten, verweigerte sich daher auch einer Initiative der BENELUX-Staaten, die den „Spaak-Plan“ ablehnten und statt dessen am 24. 6. zu einem Treffen der Außenminister aller EVG-Mitglieder nach Brüssel einluden⁵⁹².

Die Bundesregierung stand diesem Vorhaben indes positiv gegenüber, weil sie hoffte, den Franzosen den Gedanken einer Vertragsänderung als „ein dilettantisches und gefährliches Trugbild“ ausreden zu können. Aus Bonner Sicht bestand die Alternative eben nicht zwischen dem jetzigen oder einem veränderten Vertrag, sondern zwischen dem derzeitigen Text oder einer Neulösung, die sie eigentlich wegen der Rückwirkungen auf die europäische Integration nicht wollte⁵⁹³. Aus den im Hotel Dreesen eingehenden Informationen war dem Quai d’Orsay freilich bekannt, daß das Auswärtige Amt sehr wohl in engem Kontakt mit der amerikanischen Hohen Kommission in Mehlem für den Fall des Falles an einer Ersatzlösung arbeitete, ohne sich aber mit Rücksicht auf die französische Situation zu weit aus dem Fenster hängen zu wollen⁵⁹⁴. Die kursierenden Gerüchte über die französischen Absichten veranlaßten das Auswärtige Amt Ende Juni zu einer Prä-

⁵⁸⁷ Ebd., Bl. 77–88, Aufzeichnung ders., Nr. 4, 29. 6. 1954 (Konzept JS).

⁵⁸⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 993, Hausenstein an AA, Tel. 335, 25. 6. 1954, Geheim, Citissime.

⁵⁸⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1057, Bl. 77–88, Aufzeichnung der Unterabt. Zentral-europa im MAE, Nr. 4, 29. 6. 1954 (Konzept JS).

⁵⁹⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 1251, Ophüls an Hallstein, Aufzeichnung, 1. 7. 1954.

⁵⁹¹ S. ebd., Bd. 993, von Walther an AA, Tel. 336, 25. 6. 1954, Geheim, Citissime.

⁵⁹² S. ebd., Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 9, von Nostitz an dass., Tel. 80, 24. 6. 1954, Citissime; ebd., Abt. 2, Bd. 993, Hausenstein an dass., Tel. 335, 25. 6. 1954, Geheim, Citissime; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1057, Bl. 56, Parodi an Washington, Tel. 8808/09, 26. 6. 1954, Priorité, Réserve; Buchanan an Dep. of State, Tel. 123, 24. 6. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 982; AdG 1954, S. 4589A.

⁵⁹³ PA, Abt. 2, Bd. 1250, Hallstein an Den Haag, Tel. 71, 25. 6. 1954, Geheim, Citissime.

⁵⁹⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 75, Bl. 88–90, François-Poncet an Mendès France, Nr. 1386, 26. 6. 1954, Secret.

zisierung seiner Sprachregelung. Bonn, so instruierte Hallstein die Missionen im Ausland, halte Paris nach wie vor zur unveränderten Vorlage des Vertrags für verpflichtet. Die von Mendès France erbetene Kontaktaufnahme durch einen Besuch Guérin de Beaumonts könne daher auch „in keiner Weise [der] Erörterung von Abänderungsvorschlägen“ dienen, sondern lediglich Aufschluß darüber geben, warum der Président du Conseil die Teilnahme an der Konferenz in Brüssel ablehne⁵⁹⁵. Daß Mendès France ausgerechnet Guérin de Beaumont als Emissär ausgewählt hatte, konnte am Rhein ohnehin nur Erstaunen hervorrufen. Man erinnerte sich nämlich noch sehr gut an eine von ihm im Januar unterbreitete Korrektur des EVG-Vertrags, der von seiten des Auswärtigen Amtes verworfen und auch von den EVG-Befürworter im Quai d'Orsay als „ridikül“ empfunden worden war⁵⁹⁶. Als Kompromiß zwischen Gegnern und Anhängern konzipiert, ging die von Vorbehalten gegenüber der supranationalen Autorität gekennzeichnete Anregung seinerzeit davon aus, das Kommissariat während der ersten fünf Jahre seiner Tätigkeit nur mit Einstimmigkeit beschließen zu lassen. Guérin de Beaumont empfahl außerdem für einzelne Staaten eine Austrittsklausel, die eine Kündigung des Vertrags nach zehn Jahren erlaubte⁵⁹⁷.

Rückendeckung erhielt die Bundesrepublik nun aus Übersee. Dulles trieb die Sorge um, der Stillstand an der ‚Ratifikationsfront‘ könne im Pentagon dem Konzept der peripheren Verteidigung zum Durchbruch verhelfen⁵⁹⁸. Zwar hielt er immer noch am Verbot konkreter alternativer Planungen fest, dachte aber inzwischen daran, das politische Problem vom militärischen zu trennen⁵⁹⁹. Auf einem anglo-amerikanischen Gipfeltreffen während einer Verhandlungspause der Genfer Indochinakonferenz einigte er sich mit Eden darauf, das Junktim zu lösen, sofern die Assemblée Nationale nicht vor der Sommerpause positiv zur EVG Stellung bezöge. Der Generalvertrag sollte dann in Kraft treten und durch ein Abkommen mit der Bundesrepublik ergänzt werden, das deren Wehrhoheit vorerst aussetzte. Falls Frankreich sich an diesem Projekt nicht beteiligen würde, gedachten sie den Plan allein umzusetzen⁶⁰⁰. Churchill, der vergeblich versuchte, Eisenhower von der Notwendigkeit einer NATO-Lösung für den deutschen Wehrbeitrag zu überzeugen⁶⁰¹, willigte schließlich in die Übereinkunft der beiden Außen-

⁵⁹⁵ PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 9, Hallstein an Rom etc., Tel. 127 etc., 28. 6. 1954, Cito; zur Bitte von Mendès France hinsichtlich der Reise de Beaumonts s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1057, Bl. 56, Parodi an Washington, Tel. 8808/09, 26. 6. 1954, Priorité, Réservé; Mendès France an de Beaumont, 30. 6. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 87; AdG 1954, S. 4590.

⁵⁹⁶ PA, Abt. 2, Bd. 1250, von Eitzdorf an AA, 232–00/22–682/54, 30. 6. 1954, Geheim.

⁵⁹⁷ Vgl. ebd., ders. an dass., 232–00 A 599/54, 28. 6. 1954; ebd., Bd. 1251, Ophüls an Hallstein, Aufzeichnung, 28. 6. 1954, Sofort; ebd., Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 11, Heuseler an Ophüls, Aufzeichnung 215.232–21/1258/54, 26. 6. 1954; Wettig, Entmilitarisierung, S. 562f.

⁵⁹⁸ Vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 190–192.

⁵⁹⁹ S. Merchant an Dulles, Memorandum, 11. 6. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 6, S. 690–692.

⁶⁰⁰ S. Unterredung zwischen Dulles und Eden vom 25. 6. 1954, Top secret, 27. 6. 1954, in: ebd., Bd. 5, S. 985; Unterredung zwischen Eisenhower und Churchill vom 25. 6. 1954, Top secret, 27. 6. 1954, in: ebd., S. 985–987; Jansen, Großbritannien, S. 107–114; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 192f.

⁶⁰¹ S. Unterredung zwischen Eisenhower und Churchill vom 26. 6. 1954, in: FRUS 1952–1954, Bd. 6, S. 1103f.; Mager, Stationierung, S. 70f.

minister ein⁶⁰². Ein Mitglied der englischen Botschaft in Washington vertrat gegenüber der deutschen Vertretung gar die Ansicht, Bonn werde hinsichtlich der Souveränität ohne Zweifel schon bald „volle Genugtuung“ erhalten⁶⁰³.

Aus Paris und Brüssel erfuhr Adenauer wenig später, Mendès France habe sich gegenüber Spaak darauf festgelegt, den EVG-Vertrag nur in modifizierter Form dem Parlament vorzulegen⁶⁰⁴. In einer kontroversen Unterredung hatte er sich am 30. 6. dafür ausgesprochen, Bourguès-Maunoury und Koenig bis zum 20. 7. Zeit zu lassen. Nach der internen Abstimmung gewisser Modifikationsvorschläge, versicherte der französische Regierungschef, sei er zur Teilnahme an der Konferenz in Brüssel bereit und werde anschließend zwischen dem 10. und 15. 8. den Vertrag im Palais Bourbon präsentieren⁶⁰⁵. Dieses Vorgehen war aber für den Kanzler völlig unannehmbar. Da er nach der Initiative der BENELUX-Staaten und dem angelsächsischen Gipfel glaubte, selbst aktiv werden zu müssen⁶⁰⁶, bezeichnete er es am 2. 7. in einem Rundfunkinterview mit bisher unbekannter Schärfe als untragbar, von der Sechser-Gemeinschaft neue Verhandlungen zu verlangen, obwohl der EVG-Vertrag nicht ratifiziert sei. Wie im Kabinett zwei Tage zuvor erklärte der Kanzler die Erfüllung des deutschen Anspruchs auf Souveränität für überfällig und gab erstmals zu, Planungen für den Fall eines Scheiterns der EVG in Auftrag gegeben zu haben⁶⁰⁷.

Wenngleich Adenauer sich den Westmächten gegenüber bedeckt halten wollte, um nicht als Saboteur der EVG gebrandmarkt zu werden, erstellte Blank in seinem Auftrag in diesen Tagen eine ausführliche Liste mit Forderungen der Bundesrepublik für den Fall eines Scheiterns der EVG. Dazu gehörten: Herstellung der vollen politischen Souveränität; Mitgliedschaft in der NATO mit gleichen Rechten und Pflichten ohne einseitige Beschränkungen der deutschen Streitkräfte, aber mit freiwilliger Beschränkung bei den ABC-Waffen; Sicherstellung einer genügend großen angelsächsischen Truppenstationierung in der Bundesrepublik; besondere Abkommen mit den USA und Großbritannien über Beistandsverpflichtungen; finanzielle Unterstützung durch die USA; Beendigung der Stationierungskosten sowie die Autonomie in Fragen der Mobilmachung, Heimatverteidigung und Territorialorganisation⁶⁰⁸. In seinem Rundfunkinterview hatte Adenauer keinen Zweifel daran gelassen, wie unbefriedigend letztlich alle Wahlmöglichkeiten zur EVG seien. Die einzige Alternative war für ihn eine deutsche Nationalarmee. Alle sonstigen Modell unterschieden sich davon „wie Ersatzkaffee von richtigem Bohnenkaffee“. Als indiskutabel bewertete er daher auch die Ab-

⁶⁰² S. „Agreed United States-United Kingdom Minute on Germany and the EDC“, 28. 6. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 988 f.

⁶⁰³ PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 10, von Kessel an AA, Tel. 387, 1. 7. 1954.

⁶⁰⁴ S. ebd., Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 9, Hausenstein an dass., Tel. 352, 30. 6. 1954, Citissime; Kabinetts-sitzung, 7. 7. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 293.

⁶⁰⁵ S. Unterredung zwischen Mendès France und Spaak vom 30. 6. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 93–95; ders. an dens., 30. 6. 1954, in: ebd., S. 95 f.; Mendès France, Choisir, S. 87 f.; Spaak, Memoiren, S. 217–220; vgl. ausführlich: Rouanet, Mendès France, S. 224–231.

⁶⁰⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 975, Hallstein an Brüssel etc., Tel. AZ 232–00/25/54, 7. 7. 1954, Geheim.

⁶⁰⁷ S. Interview Adenauers mit Friedländer im „Nordwestdeutschen Rundfunk“, 2. 7. 1954, in: Bulletin 1954, S. 1085; Kabinetts-sitzung, 30. 6. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 276 f.; Wettig, Entmilitarisierung, S. 568 f.

⁶⁰⁸ PA, Abt. 2, Bd. 1251, „Forderungen der Bundesrepublik“ L 94/54, 7. 7. 1954, Streng geheim; zur Verfasserschaft s. ebd., Selbach an Hallstein, 9. 9. 1954, Geheim; vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 202 f.

sicht von Mendès France, den Pariser Vertrag nur in abgeänderter Form dem Parlament vorzulegen bzw. nur eine „Willenserklärung“, aber keine Ratifizierung durch die Abgeordneten vornehmen zu lassen. Erst nach dem Inkrafttreten des Abkommens, so lautete sein Credo, könne im allgemeinen Einvernehmen an eine Änderung des Dokuments gedacht werden⁶⁰⁹.

Mit seiner öffentlichkeitswirksamen Erklärung über den Äther verursachte der Kanzler in Paris eine „désastreuse“ Wirkung. Die französische Diplomatie verdächtigte ihn, er wolle mit seiner Festigkeit den Sturz von Mendès France und die Rückkehr des MRP zur Macht herbeiführen: „calcul stupide“⁶¹⁰. Die Presse warnte ihn, den Bogen nicht zu überspannen, und drohte unverblümt mit dem Einsatz der Mittel einer Besatzungsmacht. Bei der Wahl zwischen einer Wiederbewaffnung der Bizone und einer Belastung der Beziehungen zu Frankreich, das ihnen seine „voies de communication métropolitaines“ und „bases africaines“ zur Verfügung stelle, wüßten die Angelsachsen sehr wohl, für wen sie sich zu entscheiden hätten⁶¹¹.

Die Reaktion des Matignon folgte auf dem Fuße. Am Morgen nach Adenauers Interview gab Mendès France auf Anraten Parodis gegen den Willen François-Poncets angesichts des verheerenden Presseechos die Order, den Besuch Guérin de Beaumonts aufzuschieben⁶¹². Der von François-Poncet prognostizierte „profond malaise“ im bilateralen Verhältnis blieb ebenso wenig aus wie beiderseitige Schuldzuweisungen. „La rigueur et la rapidité avec lesquelles les Allemands ont voulu réaliser l'intégration européenne“, meinte Bérard, „leur précipitation, leur absence de mesure sont, pour une large part, responsables de cette situation.“⁶¹³ Bei seinem Chef im Hotel Dreesen kam die Bundesregierung viel besser weg. In seinem Monatsbericht Ende Juli rühmte François-Poncet Adenauer als Anwalt der europäischen Integration, der glaube, durch die enge Einbindung in die Gemeinschaft den Folgen der Katastrophe von 1945 zu entkommen. Natürlich wünsche er auch die Mitwirkung Frankreichs, und zwar nicht nur aus Gründen der Völkerverständigung, sondern auch, „afin qu'elle ne puisse plus revenir à l'alliance russe et à la politique d'encerclement“, cauchemar permanent des hommes d'Etat allemands“⁶¹⁴.

Verärgerung löste an der Seine nicht nur das Interview Adenauers, sondern auch der Versuch der USA aus, Frankreich im Kreise der EVG-Staaten zu isolieren. Mit „bedauerndem Achselzucken“⁶¹⁵ nahm der Quai d'Orsay die Anfang Juli

⁶⁰⁹ Interview Adenauers mit Friedländer im „Nordwestdeutschen Rundfunk“, 2. 7. 1954, in: Bulletin 1954, S. 1085 u. 1088.

⁶¹⁰ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 549 u. 548, Tb. 2. 7. 1954; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 75, Bl. 167–168, Bérard an MAE, Tel. 3320/26, 5. 7. 1954, Réservé.

⁶¹¹ „Le Monde“, 4./5. 7. 1954.

⁶¹² S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 75, Bl. 135–136, François-Poncet an MAE, Tel. 3274/77, 3. 7. 1954, Priorité absolue; ebd., Bl. 137–139, ders. an dass., Tel. 3280/87, 3. 7. 1954, Urgent; IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Vermerk Baudets, 3. 7. 1954; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 548 f., Tb. 3. 7. 1954; AdG 1954, S. 4605; Wettig, Entmilitarisierung, S. 569 f.

⁶¹³ Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 550, Tb. 6. 7. 1954.

⁶¹⁴ François-Poncet an Mendès France, Nr. 1696/CM, 31. 7. 1954, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1202. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 129, Bl. 141.

⁶¹⁵ PA, Abt. 2, Bd. 993, Hausenstein an AA, Tel. 360, 6. 7. 1954.

aufgenommene Arbeit amerikanischer und britischer Diplomaten an detaillierten Richtlinien für die Wiederherstellung der deutschen Souveränität zur Kenntnis⁶¹⁶. Die Lage der Regierung wurde zunehmend prekärer, zumal sie nun auch von innen unter Druck geriet. Am 30. 6. schlug der französische Generalstab des Heeres eine neue europäische Verteidigungsorganisation durch Modifizierung und Erweiterung des Brüsseler Vertrages und die bundesdeutsche Mitgliedschaft in der NATO, nicht aber der Standing Group vor⁶¹⁷. Mendès France sah sich gezwungen, den Pressionen und der Politik der *Faits accomplis* entgegenzutreten. Obwohl er persönlich kein Freund der EVG war, da es ihm nicht gefiel, daß die europäische Integration ausgerechnet in eine militärische Form Europas gepreßt wurde, die auch noch feindlich nach Osten ausgerichtet war⁶¹⁸, startete er einen letzten Rettungsversuch. Da er eine „ratification pure et simple“ angesichts der parlamentarischen Lage für aussichtslos hielt, suchte er eine Annäherung zwischen den verfeindeten Parteien zu erreichen, „afin d’obtenir du Parlement, avant les vacances, une décision aussi voisine que possible de la CED, telle qu’elle résulte des textes actuels“⁶¹⁹.

Je mehr sich Adenauers Hoffnungen auf eine baldige Umkehr der machtpolitischen Verhältnisse in Paris⁶²⁰ als trügerisch erwiesen, desto härter ging der Kanzler mit dem neuen *Président du Conseil* ins Gericht. Im Kabinett unterstellte er ihm am 7. 7., sich mit den Kommunisten in Genf arrangiert und für die Liquidierung des Krieges in Fernost eine Verzögerung oder ein Zufallbringen der EVG versprochen zu haben. „Trotz Mendès France“, so fuhr er aufgrund optimistischer Einschätzungen Blüchers und von Brentanos nach Besprechungen mit MRP-Politikern in Paris fort, sei die Zahl der EVG-Befürworter in der Nationalversammlung im Anstieg⁶²¹. Als der *Président du Conseil* von dieser Beurteilung erfuhr, beklagte er sich heftig bei dem als vermeintliche Quelle der Informationen ausgemachten Abgeordneten Maurice Faure⁶²² und beauftragte François-Poncet umgehend, den Eindruck Adenauers zu korrigieren. Selbst wenn es in der *Assemblée Nationale* eine leichte Mehrheit für den Vertrag gäbe, dürfe der Kanzler doch nicht übersehen, daß die Haltung im *Conseil de la République* eindeutig negativ sei. Bei einer etwa notwendigen zweiten Lesung des Parlaments schreibe die Verfassung aber eine Mehrheit von 314 Stimmen vor. „Cela paraît exclus.“⁶²³

⁶¹⁶ Zu den Gesprächen der vom 5.–12. 7. 1954 in London tagenden anglo-amerikanischen Arbeitsgruppe s. die Dokumente in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 997–1018; vgl. Jansen, Großbritannien, S. 94–131, bes. 115–119.

⁶¹⁷ Vgl. Guillen, Generalität, S. 155 f.; ders., Frankreich und die NATO-Integration, S. 433.

⁶¹⁸ S. Mendès France, *Choisir*, S. 85 f.; Gerbet, *Construction*, S. 152.

⁶¹⁹ Mendès France an London etc., Tel. 10226/36 etc., 6. 7. 1954, *Réservé Urgent*, in: BDFD I, 430 f., hier S. 430.

⁶²⁰ S. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 545, Tb. 19. 6. 1954.

⁶²¹ Kabinettsitzung, 7. 7. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 291–299, hier S. 299; s.a. von Brentano an Adenauer, 13. 7. 1954, in: Baring, *Bundeskanzler*, S. 137–141.

⁶²² S. IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Mendès France an Maurice Faure, 9. 7. 1954. Faure wies die Anschuldigungen energisch zurück, da er Blücher gar nicht getroffen hatte (ebd., Faure an Mendès France, 19. 7. 1954).

⁶²³ AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 75, Bl. 241 f., Mendès France an Bonn, Tel. 2303, 11. 7. 1954, *Réservé*; mit Ausnahme des Referenzhinweises in: Mendès France, *Oeuvres*, Bd. 3, S. 114 f.

Während die Beziehungen zwischen den Regierungen in Bonn und Paris durch schwerstes Wetter gingen, nutzte die SPD-Opposition die Gelegenheit zu einer wirksamen Klimaverbesserung zur französischen Führungsriege. In einem Rundfunkgespräch verwarf Ollenhauer die These Adenauers, die einzige Möglichkeit zur Ersetzung der EVG sei eine nationale deutsche Armee. Nicht die Integration, sondern die Koalition der Streitkräfte sei die Lösung. Deutsch-amerikanischen Planungen gegen Frankreich, die auf die Aufrüstung der alten Bizone hinausliefen, erteilte der Oppositionsführer sehr zur Freude französischer Diplomaten eine entschiedene Absage⁶²⁴. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse am Rhein war ihnen aber natürlich klar, nicht aufs falsche Pferd setzen zu dürfen. Daher unternahm die französische Hohe Kommission einen Schlichtungsversuch zwischen Bonn und Paris. In den offiziellen Kreisen, betonte Bérard per Telegramm, sei man durchaus dazu bereit, bestimmte Klauseln des EVG-Vertrags vorerst nicht in Kraft zu setzen. Dem Ideal eines integrierten Europa könne der Kanzler aber nicht abschwören. Man müsse sich auch fragen, ob die Aufgabe der in zähen Verhandlungen vereinbarten zentralen Prinzipien des Abkommens Frankreich nicht sehr schnell zum Nachteil gereichte, da sie die Bundesrepublik dazu in die Lage versetze, mit anglo-amerikanischer Hilfe in kürzester Zeit die modernste Armee Westeuropas aufzubauen⁶²⁵.

„Aucun marchandage planétaire“

Die „anti-cédistes“ an der Seine sahen dies naturgemäß ganz anders. Anfang Juli wandte sich der als französischer Vertreter in der UNO-Abrüstungskommission tätige Jules Moch in einem umfangreichen Schreiben an den Président du Conseil und versuchte wie schon auf dem letzten Parteitag der SFIO Ende Mai die EVG mit dem Argument zu Fall zu bringen, die Aussicht auf eine internationale Abrüstung mache die Europa-Armee unnötig. „Noeud du problème“ sei die Frage der Bedingungslosigkeit des Verbots von Massenvernichtungswaffen, die ein Gespräch zwischen Mendès France und Molotow gewiß klären könne. Dann sei auch ein Durchbruch in der Gesamtproblematik zu schaffen⁶²⁶. Die am 10. 7. in Genf stattfindende Unterredung zwischen dem französischen Regierungschef und dem sowjetischen Außenminister ließ aber erkennen, daß Mochs Hoffnungen zu weit gingen. Als Molotow am Ende der Besprechung vom Thema Indochina auf Europa überleiten wollte, hielt sich Mendès France bedeckt⁶²⁷. Als er seinerseits das Wort Abrüstung fallenließ, blieb eine Reaktion aus. Mendès France insistierte nicht, wollte er doch, wie er Moch umgehend mitteilte, unter allen Umständen den Eindruck vermeiden, „que j'aborde la conversation indo-

⁶²⁴ S. Interview Ollenhauers mit dem Chefredakteur des Sozialdemokratischen Pressedienstes, 9. 7. 1954, in: AdG 1954, S. 4619C; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 551, Tb. 13. 7. 1954; vgl. ausführlich: Cahn, Parti, Bd. 1, S. 193–200.

⁶²⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 75, Bl. 201–202, Bérard an MAE, Tel. 3378/84, 7. 7. 1954, Secret, Réserve.

⁶²⁶ S. IPMF, DPMF, Dossier Défense nationale, Carton 1, Moch an Mendès France, 6. 7. 1954; Soutou, Pierre Mendès France, S. 185.

⁶²⁷ Vgl. den Bericht, den Mendès France seinen Mitarbeitern gab, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 113 f.; s.a. Lohse, Lockungen, S. 162; Soutou, Pierre Mendès France, S. 184.

chinoise dans le cadre de ses conséquences à appeler le marchandage planétaire“⁶²⁸.

Zwei Tage später legten die anglo-amerikanischen Experten ihren Arbeitsbericht zur Frage der Übertragung der Souveränität auf Deutschland vor. Sofern die Assemblée Nationale den EVG-Vertrag nicht bis zur Sommerpause ratifiziere, rieten sie den drei Westmächten, mit der Bundesrepublik Protokolle zu unterzeichnen, durch die der Generalvertrag in Kraft gesetzt, die westdeutsche Aufrüstung aber bis zur Entscheidung über die EVG vertagt würde. Unter der Voraussetzung einer französischen Ablehnung sah die Arbeitsgruppe administrative Maßnahmen der Angelsachsen und der Deutschen zur Umsetzung des Programms vor. Falls die Franzosen auch dies mißbilligten, sollten Briten und Amerikaner den Generalvertrag allein in Kraft setzen⁶²⁹.

Mendès France empfand die Hast der Verbündeten als unverständlich und warnte sie vor einem *Fait accompli*⁶³⁰. Im Außenpolitischen Ausschuß der Assemblée Nationale beschwichtigte Guérin de Beaumont, es könne keine Entscheidung über den Status der Bundesrepublik ohne Zustimmung Frankreichs geben⁶³¹. Das sah man in Washington und London durchaus anders, ohne es testen zu wollen. Statt dessen begnügte man sich vorerst nur mit der Androhung einer entsprechenden Möglichkeit. Zwar informierten die Angelsachsen noch am 12. 7. über das Ergebnis der Beratungen, nicht aber so vollständig, wie die Franzosen es wünschten⁶³². Denn das beabsichtigte Vorgehen im Fall der französischen Verweigerung wurde ihnen verschwiegen⁶³³.

Am Tag darauf traf Mendès France mit Dulles zusammen. Botschafter Dillon hatte in seinen letzten Berichten wiederholt die Aussichten auf die Ratifikation als durchaus günstig bezeichnet, sofern der Président du Conseil im Amt bliebe und die in Angriff genommenen Probleme in Indochina und in der Wirtschaft beseitige. Da er sich bisher in der EVG-Kontroverse zurückgehalten habe, könne er den Vertrag mit gewonnenem Prestige über die parlamentarischen Hürden bringen⁶³⁴. Dulles machte dennoch keinen Hehl aus seinem Unmut über die französische Unfähigkeit zur Ratifizierung. Die Ankündigung seines Kollegen, jetzt die notwendigen Entscheidungen vorzubereiten, waren ihm hochwillkommen, und er betonte, daß auch eine Mehrheit von einer Stimme reiche. Mendès France mochte sich mit einem so knappen Übergewicht wegen der eventuell notwendigen zweiten Lesung der Assemblée Nationale nicht zufrieden geben. Er setzte auf

⁶²⁸ IPMF, DPMF, Dossier Défense nationale, Carton 1, Mendès France an Moch, 11. 7. 1954; s.a. Sou-tou, Pierre Mendès France, S. 185.

⁶²⁹ S. Bericht der anglo-amerikanischen Arbeitsgruppe, 12. 7. 1954, Secret, nebst Anlagen in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 997–1016; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 199–201.

⁶³⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1057, Bl. 136, Mendès France an London etc., Tel. 10392/94 etc., 9. 7. 1954, Réservé, Urgent.

⁶³¹ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 9, Hausenstein an AA, Tel. 366, 9. 7. 1954, Citissime.

⁶³² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1057, Bl. 124, Mendès France an London, Tel. 10237/38, 6. 7. 1954, Réservé, Urgent.

⁶³³ S. Aldrich an Paris, Tel. 47, 12. 7. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1016–1018; Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 19. 8. 1954, in: DDF 1954, S. 182 f.; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 193 f.; Steininger, Scheitern, S. 6 f.

⁶³⁴ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 5069, 28. 6. 1954, Confidential, in: FRUS 1952–1954, Bd. 6, S. 1422–1424; ders. an Merchant, 1. 7. 1954, Secret, in: ebd., S. 1424–1427.

eine entscheidende Majorität, die er aber nur glaubte gewinnen zu können, wenn er 60 bis 80 Abgeordnete jener Fraktion, die die deutsche Wiederbewaffnung begrüßte, die EVG aber ablehnte, auf seine Seite zöge. Dazu arbeitete er an einer Lösung, die so nahe wie möglich dem EVG-Vertrag entspräche. Dulles hielt dieses Verfahren für die vier Staaten, die das Abkommen bereits ratifiziert hatten, für unannehmbar und verlangte eine strikte Beachtung des Textes⁶³⁵. Bei einem anschließenden Treffen, an dem auch Eden teilnahm und das am nächsten Morgen fortgesetzt wurde, gelang es Mendès France immerhin, den Amerikaner von der Festigkeit seiner Absichten in Genf zu überzeugen – kein „*marchandage planétaire*“. Dulles revanchierte sich dafür und sagte amerikanische diplomatische Unterstützung in der Endphase der dortigen Konferenz zu⁶³⁶.

Nach der Konferenz der drei Außenminister beruhigten sich die Gemüter in Bonn und Paris wieder. Die Annäherung zwischen den Westmächten bezüglich der Indochinakonferenz übte offenbar günstigen Einfluß auf die Stimmung des Kanzlers aus. Adenauer und seine Entourage setzten auf Kalmierung, wohl auch wegen der Gefahr, daß die Opposition sich als Verständigungspartei auf seine Kosten profilierte⁶³⁷. Am 15. 7. wandte sich im Auftrag des Kanzlers der Verleger und Präsident der deutschen Sektion der Liberalen Weltunion, Hans Kluthe, an den ihm seit Jahren bekannten französischen Regierungschef und bat ihn um eine Unterredung⁶³⁸. Dieser diplomatischen Initiative folgte umgehend die publizistische Versöhnungsgeste. In einem Interview mit der Pariser Zeitung „Aurore“ lehnte Adenauer pflichtgemäß eine Ersatzlösung zur EVG ab, sprach sich aber für eine „großzügige Interpretation“ des Vertrages nach dem Abschluß der Ratifikationsverfahren aus⁶³⁹. Den Amerikanern ging dieses Entgegenkommen bereits zu weit, und sie verlangten von den Deutschen, jetzt nicht locker zu lassen. Am Potomac hatte sich der Eindruck festgesetzt, Mendès France wolle keine wesentlichen Neuerungen des Vertrages mehr und strebe lediglich kleinere Änderungen an, um das Gesicht zu wahren. Ein Eingehen auf die französischen Wünsche zum gegenwärtigen Zeitpunkt hielt man daher für unklug und riet deshalb auch dringend von einem Treffen Adenauers mit Mendès France ab⁶⁴⁰.

In den frühen Morgenstunden des 21. 7. unterzeichneten das französische Oberkommando und der Vietminh einen Waffenstillstandsvertrag. Nach der Verabschiedung dreier Militärabkommen, sechs einseitiger Erklärungen, dreizehn Schlußansprachen, eines Briefwechsels und einer Schlußerklärung besiegelten sie

⁶³⁵ S. Unterredung zwischen Dulles und Mendès France vom 13. 7. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1018–1023; s.a. Felken, Dulles, S. 236.

⁶³⁶ S. Unterredung zwischen Dulles, Eden und Mendès France vom 13. 7. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 119–123; Mendès France an Dulles, 14. 7. 1954, in: ebd., S. 123–125; Unterredung zwischen Dulles, Eden und Mendès France vom 14. 7. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 16, S. 1359–1361; Dulles an Mendès France, 14. 7. 1954, in: ebd., S. 1367; Rouanet, Mendès France, S. 232.

⁶³⁷ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 552 f., Tb. 17. 7. 1954.

⁶³⁸ S. Kluthe an Mendès France, 15. 7. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 173 f.; Rouanet, Mendès France, S. 241 f.

⁶³⁹ Interview Adenauers mit „Aurore“, auch in: Bulletin 1954, S. 1174.

⁶⁴⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 1251, Ophüls an Hallstein u. von Maltzan, Aufzeichnung 215.232–21/103/54, 21. 7. 1954, Geheim, Sofort.

am Nachmittag desselben Tages das Ende des Indochinakrieges⁶⁴¹. Die in enger Zusammenarbeit mit den Briten gegenüber nicht unerheblichen amerikanischen Widerständen erreichte Übereinkunft markierte einen ersten Erfolg jener Politik, die Mendès France in seiner Investiturerklärung beschrieben hatte. Der erfolgreiche Abschluß der dreimonatigen Verhandlungen ließ sofort den Verdacht aufkommen, Frankreich werde die EVG nun doch im Sinne eines „*marchandage planétaire*“ opfern. Als unmittelbare Quelle dieser Unterstellungen diene insbesondere eine Unterredung, die Mendès France und Molotow am 21. 7. nach dem Abschluß der Konferenz in Genf führten. Wie ein in der Forschung mittlerweile als „Schlüsseldokument“⁶⁴² für die Politik des Regierungschefs gehandeltes Positionspapier Baudets zur Vorbereitung der Unterredung darlegt, ging die Leitungsebene im Quai d'Orsay im Gegensatz zu den russophilen Beratern wie Boris oder Nora⁶⁴³ davon aus, man dürfe die sowjetischen Détentebemühungen nicht überschätzen. Moskau halte weiterhin an der deutschen Teilung fest und wolle die westliche Einheit erschüttern. Frankreich müsse die Solidarität mit seinen Verbündeten unter allen Umständen erhalten und im Geist der deutsch-französischen Verständigung mit der Bundesrepublik nach einer Lösung des EVG-Problems suchen, die die Alternative EVG oder NATO-Beitritt Bonns überwinde⁶⁴⁴. Solchermaßen vorbereitet, skizzierte Mendès France gegenüber Molotow seine Position zur EVG und die anglo-amerikanische Erwartungshaltung. Frankreichs Wahlmöglichkeit sei nicht die zwischen einem demilitarisierten Deutschland und der EVG, sondern zwischen einem durch die Angelsachsen aufgerüsteten, unkontrollierten Deutschland und einer begrenzten westdeutschen Wiederbewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Als Molotow die EVG für unannehmbar erklärte, hakete Mendès France nach, brachte ganz im Sinne Mochs die Abrüstung ins Gespräch und meinte, vielleicht könne ein einseitiger Schritt der militärisch weit überlegenen Sowjetunion die Öffentlichkeit beeindrucken. Doch sein Gesprächspartner beschränkte sich auf die Wiederholung seiner Vorschläge von der Berliner Außenministertagung und der Londoner Abrüstungskonferenz. Damit konnte und wollte sich der französische Regierungschef natürlich nicht zufriedengeben. Mehr Mut sei notwendig, schrieb er dem sowjetischen Außenminister ins Stammbuch! Könne der Kreml nicht eine wirklich überzeugende Initiative ergreifen, um die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß mit ihm im Bereich der Abrüstung Fortschritte zu erzielen seien? Molotow blieb die Antwort schuldig⁶⁴⁵.

Nach den bisher zugänglichen Quellen gibt es keine Beweise für die Verdächtigung, Mendès France habe der Neutralisierung Deutschlands das Wort geredet

⁶⁴¹ Zum Ende der Indochinakonferenz s. Devillers/Lacouture, Viet Nam, S. 318–318; Dalloz, Guerre d'Indochine, S. 240–247.

⁶⁴² Von Gersdorff, Außenpolitik, S. 240.

⁶⁴³ Vgl. Soutou, La France, Allemagne et les accords de Paris, S. 455 f.; zu Boris s. O'Neill, Radical Party, S. 69 f.

⁶⁴⁴ S. Aufzeichnung Baudet, 21. 7. 1994, in: DDF 1954, S. 1–8.

⁶⁴⁵ S. Unterredung zwischen Mendès France und Molotow vom 21. 7. 1954, in: ebd., Annexes, S. 27–32; eine andere Fassung in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 137–142; s.a. Girault, La France, S. 255; Rouanet, Mendès France, S. 234–240; Soutou, Pierre Mendès France, S. 184 f.

und die EVG zugunsten eines Waffenstillstands in Indochina geopfert⁶⁴⁶. Es bleibt aber „une certaine ambiguïté“⁶⁴⁷. So darf durchaus die kontrafaktische Frage gestellt werden, ob es nicht wieder einmal – wie 1951 im Palais Marbre Rose, 1955 auf der Genfer Gipfelkonferenz oder 1956 in den Moskauer Gesprächen Mollets – die Unbeweglichkeit der Sowjetunion war, die Frankreich von einer Wende seiner Ostpolitik abhielt. Hätte ein flexiblerer Molotow Mendès France in Genf nicht doch ins Grübeln gebracht? Da er sich verschlossen zeigte, bezeichneten die westlichen Delegationen vor Ort die Gerüchte über französische Konzessionen völlig zu recht als „unbegründet“⁶⁴⁸.

Der Abschluß der Indochinakonferenz wurde im Auswärtigen Amt dennoch als „erhebliche diplomatische Niederlage des Westens, insbesondere der USA“ gewertet. Neutralistische Tendenzen seien in Asien wie in Europa „erheblich verstärkt“. Schon in Kürze habe sich der Westen zunehmenden Drucks aus dem Osten zu erwehren und müsse mit einer neuen europäischen Sicherheitskonferenz rechnen. Weitaus positiver fiel das Urteil der Beamten dagegen über Mendès France aus. Ihm testierten sie „einen großen persönlichen und diplomatischen Erfolg“, der seine Position im eigenen Lande zweifellos festige⁶⁴⁹. Auch die SPD-Opposition zeigte sich beeindruckt vom Erfolg des französischen Regierungschefs und setzte jetzt erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ihre Hoffnungen auf den westlichen Nachbarn⁶⁵⁰. Die liberale deutsche Presse feierte ihn gar als vielleicht „intelligenteste[n], geschickteste[n] und mutigste[n] Politiker der westlichen Welt“, schrieb ihm aber zugleich in Stammbuch, nur eine „Erhöhung des Druckes durch die Ratifizierung des EVG-Vertrages kann zu einer Entspannung des Ostens führen“⁶⁵¹.

Und dennoch wollten die Beschuldigungen nicht verstummen⁶⁵². Mendès France sah sich gezwungen, seine Vertreter in Bonn, London und Washington bei den dortigen Regierungen vorstellig werden zu lassen, um den „campagnes d'insinuation intolérables“ ein Ende zu bereiten. „Il n'y a eu à Genève aucun marchandage planétaire“⁶⁵³. Zugleich reagierte er jetzt auf den Brief Kluthes mit einem Schreiben, das vor Selbstsicherheit und der Gewißheit strotzte, in der EVG-Frage

⁶⁴⁶ Die Unhaltbarkeit der Verwürfe gegenüber Mendès France betonten auch: von Gersdorff, Außenpolitik, S. 244; Lohse, Lockungen, S. 116 u. 163–165. Lohses ergänzende Begründung, eine Wende in der Deutschlandpolitik hätte für Mendès France das Auswechseln der leitenden Beamten im Quai d'Orsay vorausgesetzt, erscheint hingegen nicht voll überzeugend. Zum einen regierte PMF doch weitgehend ohne den Quai d'Orsay, zum anderen fragt sich, ob die von Lohse genannten Beamten Parodi, Seydoux, de Margerie und Sauvagnargues wirklich allesamt eine solche Wende abgelehnt hätten.

⁶⁴⁷ Soutou, La France, Allemagne et les accords de Paris, S. 454.

⁶⁴⁸ PA, Abt. 2, Bd. 367, Bl. 96f., Fischer u. Feine an AA, Tel. 182, 21. 7. 1954.

⁶⁴⁹ Ebd., Bl. 98–107, Aufzeichnung Nr. 8, 23. 7. 1954; s.a. ebd., BStS, Bd. 346, „Politische Beobachtungen in Paris in der Zeit vom 24. bis 28. Juli 1954“, 30. 7. 1954, Streng vertraulich (Anlage eines Schreibens von Sonnenhol an Blücher, 30. 7. 1954).

⁶⁵⁰ Vgl. Cahn, Parti, Bd. 1, S. 132–138.

⁶⁵¹ Artikel Bourdins, in: „Die Zeit“, 29. 7. 1954, im Auszug auch in: BDFD III, S. 151–153, hier S. 153.

⁶⁵² Vgl. DDF 1954, S. 37, Anm. 1.

⁶⁵³ Mendès France an François-Poncet, Tel. 2306/08, 26. 7. 1954, Très urgent, in: ebd., S. 37; s.a. IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, ders. an London, Tel. 10931/34, 26. 7. 1954, Très urgent; ebd., ders. an Washington, Tel. 10078/80, 26. 7. 1954, ohne Nummer in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 175f.

den einzig richtigen Weg eingeschlagen zu haben. Die Bitte um ein Treffen beschied er unter Hinweis auf die starke Arbeitsbelastung durch die kommende Wirtschaftsdebatte im Parlament und die EVG-Problematik abschlägig. Für das Mißtrauen in Bonn fand er nur Worte des Erstaunens und der Ermahnung. Wenn der Bundeskanzler in der Nationalversammlung eine Mehrheit für den EVG-Vertrag sehe, so sei er offenbar besser informiert als der französische Regierungschef; der gehe weiterhin davon aus, daß eine „*acceptation pure et simple*“ unmöglich sei⁶⁵⁴.

Die Verleumdungen gegen Mendès France gewannen neue Nahrung, als die Sowjetunion den Westmächten drei Tage nach dem Treffen in Genf eine Konferenz zur europäischen Sicherheit und zur Neutralisierung Deutschlands vorschlug⁶⁵⁵. Einige französische Diplomaten wie Louis Joxe, der Botschafter in Moskau, wollten diesen Plänen durchaus nachgeben, zumal sie nach dem Waffenstillstand in Fernost „*quelques concessions*“ gegenüber dem Kreml für notwendig hielten. Andere wie Bérard erachteten einen solchen Kurs als gefährlich. Wenn man der Sowjetunion entgegenkommen und sie beruhigen wolle, sei das nur unter Betonung des rein defensiven Charakters der EVG möglich⁶⁵⁶. Am Rhein wurde die sowjetische Offerte höchst unterschiedlich bewertet. Die Sozialdemokraten äußerten sich zwar reserviert, begrüßten aber prinzipiell neue Verhandlungen über die Wiedervereinigung⁶⁵⁷ und schürten damit die Pariser Befürchtung, Moskau stärke in der SPD die Tendenz, „*à payer la réunification de l'Allemagne du prix de sa neutralisation*“⁶⁵⁸. Dagegen äußerten sich Regierungskreise „*résolument hostile*“⁶⁵⁹. Im Auswärtigen Amt galt das Angebot des Kreml als „Störmanöver“ gegen den EVG-Vertrag und die deutsche Wiederbewaffnung. Insbesondere der unbestimmte Termin zur Einberufung der Konferenz ließ darauf schließen, daß die Sowjetunion die französische Ratifikationsdebatte „über den Herbst hinaus zu verschieben“ gedachte⁶⁶⁰.

Darauf wollte man sich in Paris aber nicht einlassen. Dezidiert stellte Mendès France zur Sprachregelung bei den Vertretungen im Ausland klar, er werde an dem von ihm aufgestellten Zeitplan nicht rütteln lassen, zumal der Pariser Vertrag nach seinem Dafürhalten durchaus mit den von Moskau vorgeschlagenen Verhandlungen in Einklang zu bringen war⁶⁶¹. Eine Ablehnung von Ost-West-Gesprächen sei aber aus französischer Sicht nur für den Zeitraum vor der Ratifizie-

⁶⁵⁴ Ders. an Kluthe, 25. 7. 1954, *Très urgent*, in: ebd., S. 174; s.a. Sonnenhol, *Untergang*, S. 180f.; Rouanet, *Mendès France*, S. 242–244.

⁶⁵⁵ S. Note der Sowjetunion an die Westmächte, 24. 7. 1954, in: Jäckel (Hg.), *Deutsche Frage*, S. 78–81.

⁶⁵⁶ Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 554 f., hier S. 554, Tb. 23. 7. 1954.

⁶⁵⁷ S. Rede Ollenhauers auf dem SPD-Parteitag in West-Berlin und Entschließung der Delegierten, in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.), *Protokoll Parteitag 1954*, S. 53–69 u. 340f.; Schmitz, *Einheit*, S. 99f.

⁶⁵⁸ François-Poncet an Mendès France, Nr. 1696/CM, 31. 7. 1954, in: François-Poncet, *Rapports mensuels*, Bd. 2, S. 1217.

⁶⁵⁹ Ders. an dens., Tel. 3614/21, 24. 7. 1954, in: DDF 1954, S. 27.

⁶⁶⁰ PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 10, Analyse der sowjetischen Note 35.212–19.17900/54, 26. 7. 1954. Die unsignierte, von Bräutigam konzipierte Studie war zur Vorlage bei Adenauer bestimmt (ebd., Bräutigam an von Welck, 35.212–19.17900/54, 26. 7. 1954).

⁶⁶¹ S. Mendès France an London etc., Tel. 11066/74 etc., 28. 7. 1954, in: DDF 1954, S. 47–49; zur Einschätzung der sowjetischen Note s.a. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 945, Bl. 47–49, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 27. 7. 1954 (Konzept JL).

rung ratsam. Danach, so erklärte ein leitender Beamter des Quai d'Orsay gegenüber der deutschen Diplomatischen Vertretung, seien Verhandlungen über Deutschland „durchaus erwägenswert“⁶⁶².

„Aménagements substantiels“ mittels „protocole d'application“

Der Président du Conseil hielt sich also an den Rahmen seiner Investiturerklärung: Nach der Beendigung des Indochinakrieges mußte jetzt das EVG-Problem einer Lösung zugeführt werden. Anschließend konnte man einen neuen Anlauf zur Verständigung mit der Sowjetunion wagen. Die von ihm in Auftrag gegebene Konfrontation zwischen Bourgès-Maunoury und Koenig ging nur langsam voran. Der Industrie- und Handelsminister gab gegenüber der deutschen Vertretung Mitte Juli offen zu, daß er nicht an eine Synthese der beiden konträren Auffassungen glaube und auch der Regierungschef kaum Erfolgchancen sehe. Seiner Meinung nach war die beste Lösung eine Konferenz der Mitgliedstaaten nach der Ratifizierung des Vertrages, wobei er Mendès France durchaus zutraute, diesen Weg durchzusetzen, weil er im Gegensatz zu den Vorgängern nicht als Anhänger der EVG abgestempelt sei⁶⁶³. Bérard hingegen erweckte in Bonn den Eindruck, als ob die Grundzüge des französischen Konzepts bereits feststünden. Es nähme keine ratifikationsbedürftigen Veränderungen an den Verträgen vor, plane lediglich eine vor der Ratifizierung abzuschließende Vereinbarung über die Art der Anwendung, die vor allem die Beschneidung der Kompetenzen des Kommissariats ins Visier nehme. Anfang August könnten die französischen Vorstellungen den Partnern auf einer Konferenz vorgelegt werden, wobei Bérard eine vorherige Unterredung zwischen Adenauer und Mendès France für ratsam hielt⁶⁶⁴, die auch Sonnenhol nach Unterredungen mit Kluthe empfahl⁶⁶⁵.

Wie von Bourgès-Maunoury vorausgesagt, brachten die Beratungen mit Koenig tatsächlich kein Resultat. Der General zeigte sich wochenlang völlig unzugänglich. Von seinem Pendant wiederholt dazu aufgefordert, sich um ein Verstehen des Vertrags zu bemühen, konterte Koenig lediglich: „Je n'ai pas besoin de comprendre, je suis contre.“⁶⁶⁶ Am 26. 7. wurde das Streitgespräch ergebnislos abgebrochen. „On peut d'ores et déjà conclure que la confrontation n'a pas eu lieu“, resümierte Philippe de Seynes, Chargé de Mission im Kabinett des Quai d'Orsay, nach der letzten Runde⁶⁶⁷. Mendès France zeigte sich darüber nicht überrascht, gab aber zu, die Widerstände gegen die EVG offensichtlich unterschätzt zu haben⁶⁶⁸. Da die Minister mit der ihnen übertragenen Aufgabe nicht fertig geworden waren, erhob er sie zur Chefsache. Eine Meinungsumfrage zeigte ihm in die-

⁶⁶² PA, Abt. 3, AZ 211–00/22, Bd. 4, Hausenstein an AA, Tel. 400, 27. 7. 1954.

⁶⁶³ S. ebd., Abt. 2, Bd. 1251, ders. an dass., Tel. 373, 13. 7. 1954, Geheim, Citissime.

⁶⁶⁴ S. ebd., Vermerk von Welck 3.232–00.515g, 19. 7. 1954, Geheim.

⁶⁶⁵ Ebd., BStS, Bd. 346, „Politische Beobachtungen in Paris in der Zeit vom 24. bis 28. Juli 1954“, 30. 7. 1954, Streng vertraulich (Anlage eines Schreibens von Sonnenhol an Blücher, 30. 7. 1954). Blücher leitete den Bericht über Pferdmesung an Adenauer weiter. Der Kanzler gab ihn Hallstein, der ihn „ungnädig“ aufnahm (Sonnenhol, Untergang, S. 182).

⁶⁶⁶ Zitiert nach: Alphand, L'étonnement d'être, S. 256, Tb. 3. 11. 1954.

⁶⁶⁷ Zitiert nach: DDF 1954, S. 148, Anm. 1.

⁶⁶⁸ S. Mendès France an Bonn etc., Tel. 2440/46 etc., 8. 8. 1954, Très secret, Aucune diffusion, Réservé, in: ebd., S. 101 f.

sen Tagen, daß noch immer eine relative Mehrheit der Franzosen von 36% die EVG begrüßten, während eine knappe Minderheit von 31% dagegen war, wobei der hohe Anteil der noch Unentschiedenen (33%) zu denken geben mußte⁶⁶⁹. Auf der Basis eines sehr umfangreichen Dokuments von Alphand⁶⁷⁰ arbeitete de Seynes einen Vorentwurf aus, der nach Ansicht des Verfassers das Maximum dessen darstellte, was ohne neue parlamentarische Debatten geändert werden konnte. Zur Absicherung seines Konzeptes riet er dem Regierungschef zu Gesprächen mit den Führern der Parteien in der Assemblée Nationale und vor der Brüsseler Konferenz auch mit dem Kanzler, um dessen Vorbehalte gegenüber Mendès France zu beseitigen. Im Kern ging es de Seynes um eine „Aménagement“ des EVG-Vertrags vor und eine „Révision“ nach der Ratifikation. Ersteres umfaßte: eine Zusage der Sechs, in der Frist eines Jahres und auf französische Bitte die Revisionsprozedur in Kraft zu setzen; gemeinsame Erklärungen der Sechs über die Tragweite des Vertrags; ein Ratifikationsgesetz, das dem Parlament starke Rechte für jede spätere Etappe der politischen Integration und bestimmte Entscheidungen im Rahmen des Vertrages garantierte; die Einbettung in den großen Rahmen der deutsch-französischen Versöhnung durch Regulierung anstehender Probleme und Ankündigung einer engen Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen (Saarfrage, Moselkanal; Rüstungsproduktion, Kulturabkommen); eine Ergänzung des Vertrags durch ein Anwendungsprotokoll oder eine Konvention mit gleichem Status wie die Zusatzprotokolle zwecks Beruhigung jener Kräfte in Frankreich, die die Einheit und Integrität der französischen Armee umtrieben. Nach der Ratifizierung sah de Seynes die Revision des Vertrags mit dem Ziel vor, Bestimmungen über den defensiven Charakter des Vertrags und den Wunsch nach friedlicher Koexistenz zu klären, die Möglichkeit der Sezession für den Fall des angelsächsischen Truppenabzugs zu gewährleisten, die Rolle des Kommissariats und der nationalen Souveränität zu modifizieren sowie das Verhältnis zu England und zur NATO zu fixieren⁶⁷¹.

Im „Service des Pactes“ des Quai d'Orsay hielt man einen Kompromiß zwischen den antagonistischen Positionen demgegenüber nur dann für möglich, wenn es gelänge, einen Ausgleich der „profonde disparité“ zwischen der Position Großbritanniens als einer „puissance souveraine et indépendante“ und jener Frankreichs, „inféodée militairement à un système à six“, zu schaffen. Dazu bedurfte es in den Augen der dortigen Beamten einer „modification très substantielle“ des EVG-Vertrages, die auf die Gründung einer Verteidigungsgemeinschaft hinauslief, die die nationale Souveränität im konföderalen Rahmen respektierte. „En définitive, le choix n'est pas entre le traité de CED et l'entrée pure et simple de l'Allemagne à l'OTAN. Le choix est bien plutôt entre le traité de CED [...] et une autre formule d'association européenne de défense dans laquelle nous trouverions à égalité avec l'Angleterre.“⁶⁷². Ein neuer Vertrag, so präziserte die Dienststellung wenige Tage später, zwischen den EVG-Staaten und Großbritan-

⁶⁶⁹ Vgl. Latte, *Europapolitik*, S. 53.

⁶⁷⁰ S. Alphand, *L'étonnement d'être*, S. 256, Tb. 3. 11. 1954.

⁶⁷¹ AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 1057, Bl. 217–222, „Avant-Projet“, 22. 7. 1954 (Konzept PS).

⁶⁷² Ebd., Bl. 203–212, Aufzeichnung des „Service des Pactes“ im MAE, 20. 7. 1954.

nien mit dem Ziel einer nicht supranationalen, durch einen Rat der Verteidigungsminister geführten Sicherheitsorganisation der Sieben müsse ausgearbeitet werden. In Friedenszeiten seien die Streitkräfte unter einem gemeinsamen Kommando zusammenzufassen, in Kriegszeiten in die Hände des höchsten NATO-Kommandos zu stellen. Von der EVG sei lediglich die Rüstungsgemeinschaft der Sechs übrigzulassen. Sobald der neue Vertrag unterschrieben sei, könne der Generalvertrag in Kraft treten, wobei die deutsche Wiederbewaffnung davon nicht berührt werden dürfe. Neue Verhandlungen seien notwendig, aber ein erfolgreicher Abschluß schien in wenigen Wochen möglich⁶⁷³.

Obwohl die Position innerhalb des Außenministeriums ebenso disparat war wie im Kabinett, erweckte der Quai d'Orsay nach außen hin den Eindruck, als ob er die Aussichten auf die Ratifizierung durchaus positiv einschätzte. Voraussetzung sei freilich die Verabschiedung eines Zusatzprotokolls auf der Brüsseler Konferenz, das den EVG-Gegnern ermögliche, das Gesicht zu wahren, ohne die Substanz der EVG zu beeinträchtigen⁶⁷⁴. Ende Juli legte die Regierung ihren Terminplan wie folgt fest: Ausarbeitung eines EVG-Konzepts nach der für die erste Augustwoche vorgesehenen parlamentarischen Debatte über die Wirtschaftspolitik; Vorlage auf der Brüsseler Konferenz Mitte August; Ratifikation des EVG-Vertrags durch die Assemblée Nationale um den 25. 8.⁶⁷⁵.

Die „anti-cédistes“ wollten sich damit nicht abfinden. Vehement wetterte Koenig gegen etwaige „aménagements substantiels“ durch ein Zusatzprotokoll, die nur „garanties illusoires“ bringen könnten. Für ihn gab es keine Lösung, ohne die Verhandlungen wieder zu eröffnen. In Übereinstimmung mit dem „Service des Pactes“ mußte es seiner Meinung nach das Ziel sein, eine intergouvernementale Verteidigungsorganisation zwischen den Sechs und Großbritannien aufzubauen. Aus London erhielt er Ende Juli die Information, Eden sei zur Hilfe bereit, wenn Mendès France in Brüssel einen Aufschub beantrage. In der Zwischenzeit würde das Foreign Office eventuell die Bedingungen eines EVG-Beitritts prüfen. Auch Churchill sei nicht gegen ein Moratorium und beabsichtige, Mendès France um ein baldiges Treffen in Frankreich zu bitten⁶⁷⁶.

Der französische Regierungschef behandelte diese Meldung mit größter Vorsicht, hatte der britische Außenminister dem französischen Botschafter gegenüber doch zunächst weitere Verhandlungen im Rahmen des EVG-Vertrags verlangt. Massigli zog daraus den Schluß, England werde Frankreich nur dann zur Seite springen, wenn die Sechser-Gemeinschaft sich nicht einige⁶⁷⁷. Gewiß, wenn die Nachricht Koenigs stimmte, bot sich eine völlig neue Lage. Aber aus London gab es keine Bestätigung für dessen Meldung. Aus der Darstellung Massiglis entnahm Mendès France vielmehr die Gewißheit, daß es „inévitabile“ sei, den Rahmen des EVG-Vertrags zu behalten „et d'y inscrire nos suggestions“⁶⁷⁸. Am 5. 8. schlug er

⁶⁷³ Ebd., Bl. 223–225, Aufzeichnung dess., 24. 7. 1954; s.a. IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Aufzeichnung, 2. 8. 1954.

⁶⁷⁴ S. PA, Abt. 3, AZ 211–00/22, Bd. 4, Hausenstein an AA, Tel. 400, 27. 7. 1954.

⁶⁷⁵ S. Mendès France an Massigli, Tel. 11061/64, 28. 7. 1954, in: DDF 1954, S. 46f.

⁶⁷⁶ IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Koenig an Mendès France, 30. 7. 1954; Bariéty, Frankreich und das Scheitern der EVG, S. 122.

⁶⁷⁷ S. Massigli an Mendès France, Tel. 3024/27, 30. 7. 1954, in: DDF 1954, S. 67.

⁶⁷⁸ IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Mendès France an Koenig, 2. 8. 1954 (Entwurf).

den EVG-Staaten den 19./20. 8. als Termin für die Brüsseler Konferenz vor und avisierte den 24. 8. als Tag der Parlamentsdebatte⁶⁷⁹. Kurz darauf legte Guérin de Beaumont ihm eine Arbeitsvorlage vor. Sie verband das Konzept von de Seynes mit einem inzwischen von Parodi ausgearbeiteten Gegenentwurf, der den Vorstellungen des „Service de Pactes“ vom 20. bzw. 24. 7. und des Generalstabs des Heeres vom 30. 6. entsprach und auf eine kleine NATO hinauslief⁶⁸⁰. Guérin de Beaumont hielt Parodis Vorschlag für unzureichend, da er keine Garantien gegen die Bildung homogener deutscher Armeekorps und eines deutschen Generalstabs enthielt, innerhalb der NATO eine zweite Verteidigungsorganisation schuf und vor allem die Partnerstaaten zwang, erneut die Parlamente einzuschalten. De Seynes Konzept der „aménagements“ schien ihm vernünftiger, wobei er in zwei Punkten Änderungen empfahl: in der Frage des Kommissariats und der Überführung der Streitkräfte in die Supranationalität, so daß der Vertrag Einheit und Integrität der französischen Truppen bewahrte⁶⁸¹.

Die Entscheidung lag nun beim Regierungschef. Schon jetzt war ihm klar, daß einige Minister das Kabinett verlassen würden, wenn er der Runde einen Vorschlag unterbreitete⁶⁸². Adenauer sah zwar im Palais Bourbon weiterhin „eine gute Mehrheit für EVG“⁶⁸³, und der Ältestenrat der Nationalversammlung beschloß auch am 7. 8., die Berichte über die Verträge von Bonn und Paris für den 24. 8. auf die Tagesordnung zu setzen⁶⁸⁴. Die Stimmung der Abgeordneten bot aber keineswegs Anlaß zu starkem Optimismus. Als klare Niederlage für die Anhänger der EVG mußte der Beschluß des Auswärtigen Ausschusses der Assemblée Nationale vom 6. 8. gewertet werden, das Junktim zwischen dem Bonner und dem Pariser Vertrag zu lösen⁶⁸⁵. Auch die Entscheidung des Plenums vom 11. 8., die Zweite Lesung über die Verfassungsreform bis nach der EVG-Debatte zu verschieben, entsprach den Bestrebungen der „anti-cédistes“, die in der Verwirklichung der Reform zum jetzigen Zeitpunkt eine Erleichterung für die EVG-Ratifikation sahen⁶⁸⁶. Schließlich setzte der Ältestenrat des Parlaments am 13. 8. gegen den Willen der Regierung für den 26./27. 8. eine Aussprache über die Nordafrika-Politik auf die Tagesordnung, verschob den Beginn der EVG-Sitzung auf den 28. 8. und vereitelte damit den Plan des Président du Conseil, die Abstimmung nicht durch die Nordafrika-Debatte zu belasten⁶⁸⁷.

Das Geschäft von Mendès France wurde zusätzlich dadurch erschwert, daß Moskau am 4. 8. eine Außenminister-Vorkonferenz für August/September über

⁶⁷⁹ S. ders. an Bonn etc., Tel. , 5. 8. 1954, Réservé, in: DDF 1954, S. 91; PA, Abt. 3, AZ 232-00, Bd. 10, Hausenstein an AA, Tel. 424, 5. 8. 1954, Citissime.

⁶⁸⁰ Zum „Plan-Parodi“ vgl. IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Aufzeichnung, 2. 8. 1954.

⁶⁸¹ S. Guérin de Beaumont an Mendès France, Aufzeichnung, 6. 8. 1954, in: DDF 1954, S. 96-99, Confidential; Bruce u. Dillon an Dep. of State, Tel. 504, 5. 8. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952-1954, Bd. 5, S. 1023-1026.

⁶⁸² S. Mendès France an Bonn etc., Tel. 2440/46 etc., 8. 8. 1954, Très secret, Aucune diffusion, Réservé, in: DDF 1954, S. 101 f.; Dillon an Dep. of State, Tel. 603, 12. 8. 1954, Top secret, in: FRUS 1952-1954, Bd. 5, S. 1026-1029.

⁶⁸³ Adenauer an Heuss, 6. 8. 1954, in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 161.

⁶⁸⁴ Vgl. AdG 1954, S. 4669A.

⁶⁸⁵ S. PA, Abt. 3, AZ 232-00, Bd. 10, von Etdorf an AA, 241-27-E-768/54, 11. 8. 1954.

⁶⁸⁶ S. ebd., AZ 205-00/22, Bd. 9, Hausenstein an dass., Tel. 438, 11. 8. 1954, Citissime.

⁶⁸⁷ S. ebd., ders. an dass., Tel. 446, 13. 8. 1954; AdG 1954, S. 4682A.

die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems und die Deutschlandfrage anregte⁶⁸⁸, die nur ein Ziel haben konnte: die Verhinderung der deutschen Remilitarisierung⁶⁸⁹. Aus Pariser Sicht durfte es aber erst nach der Regelung der Wiederbewaffnungsfrage Verhandlungen mit Moskau über die europäische Sicherheit geben. Um die Chancen der Ratifizierung zu steigern, riet Sauvagnargues dazu, noch vor der parlamentarischen Debatte von seiten des Westens einen Sicherheitsplan über den *modus vivendi* zwischen den Systemen zu veröffentlichen. Als Form schwebten ihm einseitige Erklärungen der Verbündeten und der Bundesrepublik vor, die eine „*action individuelle armée*“ der Deutschen ebenso ausschloß wie die Unterstützung durch die Westmächte, wobei er auf einer automatischen „*privation d'assistance*“ beharrte und sich nicht mit einer einfachen Konsultation zufriedengab⁶⁹⁰.

In Bonn wurde der neue sowjetische Vorstoß mit großem Mißtrauen registriert. Die Bundesregierung sah darin nur einen neuerlichen Versuch, den Westen zu spalten und Zwietracht zu säen⁶⁹¹. Um so notwendiger schien es Adenauer, nach Frankreich hin verständnisvoll und beruhigend zu wirken. Niemand in Deutschland, so betonte er am 6. 8. im Rundfunk an die französischen Politiker gewandt, plane die staatliche Einheit mit kriegesischen Mitteln, und niemand denke daran, im Falle der Wiedervereinigung aus der EVG auszuscheren⁶⁹². Über Kluthe ließ er Mendès France in diesen Tagen außerdem ungeachtet der amerikanischen Vorbehalte die Bereitschaft zu einem Treffen vor der Eröffnung der Brüsseler Konferenz mitteilen⁶⁹³.

Der französische Regierungschef nahm die Einladung umgehend an, stellte aber zugleich klar, daß das *Tête-à-tête* kein Kaffeekränzchen werden dürfe, beide Seiten vielmehr den festen Willen aufbringen müßten, aus der Sackgasse herauszukommen⁶⁹⁴. Ebenso offen stellte er sich zu dem von Moskau vorgeschlagenen Ost-West-Gespräch, wenngleich er für den Augenblick kein produktives Ergebnis erwartete. Das sowjetische Angebot hatte in den parlamentarischen Kreisen tiefe Spuren hinterlassen. Zahlreiche Abgeordnete verlangten die Einberufung der Viermächtekonferenz noch vor der Debatte des Pariser Vertrags. Dem wollte er jedoch nicht nachgeben⁶⁹⁵. Seine Taktik ging vielmehr dahin, die Tür für die Verständigung mit Hilfe einer zustimmenden Antwort offenzuhalten, dieses Signal aber erst nach der EVG-Ratifikation in der *Assemblée Nationale* Anfang September abzuschicken. Anschließend ginge das Parlament in Ferien und träfe erst in der zweiten Oktober-Hälfte wieder zusammen. Dann nähme auch der *Conseil de*

⁶⁸⁸ S. Erklärung der Botschafter der Sowjetunion in Paris, London und Washington, 4. 8. 1954, in: Jäckel (Hg.), *Deutsche Frage*, S. 81 f.

⁶⁸⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 945, Bl. 166–171, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 27. 8. 1954.

⁶⁹⁰ Ebd., Bl. 59–61, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 31. 7. 1954 (Konzept JS); ähnliche Überlegungen auch bei Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 554 f., Tb. 23. 7. 1954; s.a. Lohse, *Lockungen*, S. 94 u. 165.

⁶⁹¹ S. PA, Abt. 3b, AZ 212–19, Bd. 10, Meissner an von Welck, Aufzeichnung 350.212–19.19184/54, 6. 8. 1954.

⁶⁹² S. Ansprache Adenauers im „Südwestfunk“, 6. 8. 1954, in: *Bulletin* 1954, S. 1305 f.

⁶⁹³ S. IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Kluthe an Mendès France, 5. 8. 1954.

⁶⁹⁴ S. Mendès France an Kluthe, 9. 8. 1954, in: *Sonnenhol, Untergang*, S. 362.

⁶⁹⁵ S. ders. an Monnet, 16. 8. 1954, in: *Mendès France, Oeuvres*, Bd. 3, S. 232 f.

la République die Beratungen auf, deren Ausgang er äußerst pessimistisch betrachtete. Die Entscheidung läge schließlich beim Parlament, dessen Zweite Lesung Ende November beginnen könnte. Anfang Dezember wähnte er den Ratifikationsakt abgeschlossen. „Dans l'intervalle, une conversation à Quatre peut être tentée.“⁶⁹⁶

Dulles war von diesem Zeitplan, den Mendès France auch Dillon mitteilte⁶⁹⁷, tief geschockt. Bisher hatte der französische Regierungschef stets davon gesprochen, die parlamentarische Entscheidung werde vor der Sommerpause fallen, und der amerikanische Außenminister hatte ihn beim Wort genommen, zumal Dillon nach dem Ende der Genfer Konferenz fest davon ausging, Mendès France könne mit dem gewonnenen Prestige den Durchbruch schaffen, ohne den Forderungen nach vorherigen Viermächtegesprächen nachzugeben⁶⁹⁸. Jetzt redete er von Dezember und wollte das Treffen mit den Sowjets bereits vor dem Abschluß des Ratifikationsverfahrens abhalten. Für Dulles gab es nur eine Schlußfolgerung: Mendès France war zur Opferung der EVG bereit, sofern die Sowjetunion der Einigung Deutschlands durch freie Wahlen zustimmte: „This can only mean that France is prepared to agree to neutralize Germany as basis for unification.“ Damit wäre aber das gesamte NATO-Verteidigungssystem zerstört, die Stabilität und Sicherheit Europas bedroht und Adenauers Politik untergraben⁶⁹⁹. Mit seinem Schwenk hatte der Franzose das ihm von Anbeginn seiner Regierungszeit entgegengebrachte amerikanische Mißtrauen gewaltig erhöht. Die USA verlangten von ihm nicht weniger als die Ratifikation der EVG auch um den Preis der eigenen politischen Karriere. Mendès France konnte aber von Dulles keine Unterstützung für einen Kurs erwarten, der ebenso raffiniert wie „tückisch, ja fast hinterhältig“ wirkte und einer einseitigen Aufkündigung längst vor seiner Zeit vereinbarter Abmachungen gleichkam⁷⁰⁰.

Kaum milder fiel die englische Reaktion aus. Das Foreign Office teilte die Bedenken des State Departments und ließ gegenüber dem Quai d'Orsay keinen Zweifel an der Bereitschaft, die Bundesrepublik notfalls gegen den Willen Frankreichs unverzüglich in die westliche Gemeinschaft einzubinden⁷⁰¹. Mendès France versuchte daraufhin in langen Unterredungen mit dem amerikanischen Botschafter und dem englischen Geschäftsträger, den katastrophalen Eindruck seiner Äußerungen zu revidieren. Sein Auftreten zeugte freilich nicht von besserer Einsicht. Dulles, so blaffte er Dillon an, habe endlich zur Kenntnis zu nehmen, daß es in der Assemblée Nationale augenblicklich keine Mehrheit für die EVG gebe. Scharf protestierte er gegen dessen Unterstellung, er wolle Zeit schinden und strebe die Neutralisation Deutschlands an. Um ein positives Votum der Abgeordneten zu erhalten, dürfe ihnen gegenüber nicht der Eindruck erweckt werden, als ob das

⁶⁹⁶ Ders. an Parodi, 8. 8. 1954, in: DDF 1954, S. 105 f., hier S. 106; s.a. Soutou, Pierre Mendès France, S. 186 f.

⁶⁹⁷ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 603, 12. 8. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1026–1029.

⁶⁹⁸ S. ders. an dass., Tel. 348, 26. 7. 1954, Confidential, in: ebd., Bd. 6, S. 1439–1441.

⁶⁹⁹ Dulles an Paris, Tel. 552, 12. 8. 1954, Top secret, in: ebd., Bd. 5, S. 1029–1031, hier S. 1030.

⁷⁰⁰ Felken, Dulles, S. 237.

⁷⁰¹ S. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 215; Steininger, Scheitern, S. 9; DDF 1954, S. 167, Anm. 2.

bisherige Scheitern der Ost-West-Verständigung vom Westen verschuldet sei. Er schlage kein neues Treffen mit den Sowjets vor. Worauf es ihm vielmehr ankomme, sei, die unvermeidbaren Fristen im parlamentarischen *Procedere* zu nutzen und der öffentlichen Meinung Genugtuung zu geben. Dabei müsse Moskau vor einem neuen Vierertreffen den Beweis seines guten Willens in der Frage der gesamtdeutschen Wahlen, des österreichischen Staatsvertrags und der Abrüstung geben⁷⁰².

Parallel zu diesen ganz undiplomatischen Unterredungen fiel nach dramatischen Sitzungen im Kabinetts- und im Ministerrat die Entscheidung über den französischen Vorschlag für die Brüsseler Konferenz. Nach zweitägiger Prüfung hatte Mendès France Parodis Konzept der „Kleinen NATO“ am 9. 8. abgelehnt und sich in Übereinstimmung mit Guérin de Beaumont für den Vorschlag von de Seynes als Basis für die Verhandlungen im Conseil des Ministres ausgesprochen. Verärgert, nicht zum Zuge gekommen zu sein, setzte Parodi daraufhin mit Boris und dem Rechtsberater des Quai d'Orsay, Gros, alles daran, ihre Vorstellungen doch noch durchzuboxen. Gemeinsam mit Sauvagnargues überredeten sie den Regierungschef, eine Reihe von neuen Bestimmungen in den Entwurf einzufügen, die dem Grundansatz Guérin de Beaumonts fundamental zuwiderliefen. Sie widersprachen nämlich dem EVG-Vertrag, machten damit eine neuerliche Ratifikation durch die Parlamente erforderlich und beeinträchtigten die militärische Effizienz der EVG nicht unerheblich. Dazu gehörte vor allem ein suspensives Veto-Recht, das es den Mitgliedern erlaubte, jeden Vorschlag des Kommissariats abzulehnen, sofern er gegen nationale Interessen verstieß. Andere Artikel waren eindeutig diskriminierend für die Bundesrepublik und damit inakzeptabel. Ob Mendès France die Tragweite dieser redaktionellen Änderungen sofort klar war, ist umstritten. Während Alphant daran keinen Zweifel läßt⁷⁰³, glaubte Dillon, er sei sich erst später bewußt geworden, „how unacceptable and ill-advised final document really is“⁷⁰⁴.

Im Ministerrat verteidigte der Regierungschef das Konzept mit Hilfe einer „Note explicative“ und dem Hinweis, daß die Partner keine Neuverhandlungen akzeptierten. Ein Scheitern der EVG führe unweigerlich zu einer sofortigen deutschen Wiederbewaffnung und zum Ende der deutsch-französischen Versöhnung. Als größte unmittelbare Gefahr bezeichnete er eine Situation, in der Deutsche und Amerikaner vereint und ohne Rücksicht auf die Franzosen Europa aufrüsteten. Daher bleibe nur das Festhalten an der EVG. Gegner und Anhänger könnten zu einer Verständigung finden, wenn substantielle „aménagements“ innerhalb des Vertrages vorgenommen würden und das Anwendungsprotokoll denselben Status

⁷⁰² S. Mendès France an Bonnet, Tel. 10795/807, 13. 8. 1954, Très secret, Réservé, in: DDF 1954, S. 141–143; Dillon an Dep. of State, Tel. 614, 13. 8. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1031–1033; von Gersdorff, Außenpolitik, S. 238–240; Soutou, Pierre Mendès France, S. 187f.

⁷⁰³ S. Alphant, L'étonnement d'être, S. 256f., Tb. 3. 11. 1954; Dillon an Dep. of State, Tel. 620, 13. 8. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1033–1036. Seinem Biographen Jean Lacouture vertraute Mendès France Jahrzehnte später an, ihn hätten vor allem die Argumente von Parodi überzeugt, da sie nicht von einer Ideologie beeinflusst gewesen seien (Lacouture, Pierre Mendès France, S. 302).

⁷⁰⁴ Dillon an Dep. of State, Tel. Colde 19, 15. 8. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1039f., hier S. 1039.

wie der Vertrag selbst bekäme. Unklarheit herrschte bei ihm offenbar über die Frage der Ratifikationsbedürftigkeit der neuen Bestimmungen. Denn während die ihm offenbar von Parodi zur Erklärung vorbereitete schriftliche Vorlage dies verneinte, hielt ein unbekannter Autor per Marginalie dagegen: „Impossible d'affirmer cela, alors qu'il y a modification du traité“⁷⁰⁵. Inhaltlich zielte der Regierungschef darauf, die Vertragsdauer an jene des NATO-Abkommens anzugleichen, die supranationalen Klauseln erst nach einer Übergangszeit in Kraft zu setzen, die Integration auf die in Deutschland stationierten Streitkräfte zu beschränken, den Austritt aus der EVG zu ermöglichen, wenn Deutschland wiedervereinigt sei oder der NATO-Vertrag ausliefe⁷⁰⁶. Am 13. 8. gab Staatspräsident Coty sein Einverständnis für die Texte⁷⁰⁷. Drei Minister der Sozialrepublikaner – Pierre Koenig, Jacques Chaban-Delmas und Maurice Lemaire – sahen sich dazu nicht in der Lage und traten zurück. Andere gaullistische Kabinettsmitglieder wie Christian Fouchet folgten diesem Beispiel indes nicht⁷⁰⁸.

„Was will Herr Mendès France eigentlich?“

Einen Tag danach präsentierte Mendès France den gespannt wartenden fünf Regierungen das umfangreiche Anwendungsprotokoll. Die Informationen über die französischen Änderungswünsche waren bisher nur spärlich geflossen und beschränkten sich weitgehend auf die Wiedergabe der veröffentlichten Modifikationspläne⁷⁰⁹, da die von den ausländischen Diplomaten bisher ‚angezapften‘ Quellen wie Alphant von Mendès France weitgehend ‚trockengelegt‘ waren⁷¹⁰. Zwar hatte er die Beamten des Quai d'Orsay nicht gänzlich ausgeschaltet, regierte aber tatsächlich vor allem mit ihm genehmen Beratern⁷¹¹. Sein Verhältnis zu Alphant, der im Sommer mit dem Gedanken der Demissionierung⁷¹² gespielt hatte, war so zerrüttet, daß der Regierungschef seinen Mitarbeitern jeglichen Kontakt mit ihm untersagte⁷¹³ und ihn schließlich von seinem Amt als Ständiger Vertreter bei der NATO auf den Botschafterposten in Kairo abschieben wollte. Da Alphant die Versetzung ablehnte, weil er sich nicht dazu in der Lage sah, die französische Verteidigungspolitik im Ausland zu verfechten⁷¹⁴, erklärte Mendès France ihn am

⁷⁰⁵ DDF 1954, S. 148, Anm. 1.

⁷⁰⁶ S. „Note explicative“, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 804–807; ohne Hinweis auf den Zweck der Aufzeichnung und ohne den ersten Satz auch in: DDF 1954, S. 147–150; s.a. Radioansprache von Mendès France, 14. 8. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 227–229; vgl. ausführlich: Rouanet, Mendès France, S. 249–251.

⁷⁰⁷ S. ebd., S. 251 f.; zur Position des Präsidenten vgl. Tb. Coty, 12. 8. 1954, in: de Baeque, René Coty, S. 222 f.

⁷⁰⁸ Zu den kontroversen Diskussionen im französischen Kabinett s. Chastenot/Chastenot, Chaban, S. 197; Faure, Mémoires, Bd. 1, S. 604–606; Rouanet, Mendès France, S. 252–254; AdG 1954, S. 4682A.

⁷⁰⁹ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 11, Heuseler an Ophüls, Aufzeichnung 215.232–21/1258/54, 26. 6. 1954; ebd., Bd. 10, Aufzeichnung, 26. 7. 1954 (Anlage zu von Etzdorf an AA, 232–00–22–721/54, 27. 7. 1954); ebd., Abt. 2, Bd. 1251, ders. an dass., 232–00 A 854/54, 11. 8. 1954, Geheim.

⁷¹⁰ S. ebd., Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 10, ders. u. Hausenstein an dass., Tel. 433, 10. 8. 1954, Citissime.

⁷¹¹ Vgl. dagegen Noack, Scheitern, S. 86.

⁷¹² S. PA, Abt. 2, Bd. 1251, Ophüls an Hallstein, Aufzeichnung, 1. 7. 1954.

⁷¹³ S. Alphant, L'étonnement d'être, S. 256, Tb. 3. 11. 1954.

⁷¹⁴ S. IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Alphant an Mendès France, 9. 9. 1954; Alphant, L'étonnement d'être, S. 248, Tb. 12. 10. 1954.

14. 9. in einem geharnischten Brief für entlassen: „Vous voudrez bien mettre fin sans délai aux fonctions qui vous étaient confiées jusqu'à ce jour.“⁷¹⁵

Gemäß den nun den Partnern zugeleiteten französischen Vorstellungen sollte der EVG-Vertrag Anwendung finden „selon une procédure progressive et décentralisée“. Im einzelnen verlangte Frankreich:

- Konzentration der Entscheidungen über die wesentlichen Grundlinien der westlichen Verteidigungspolitik in der NATO;
- Ausklammerung politischer Entscheidungen aus dem Kompetenzbereich der EVG;
- Einstimmigkeitsprinzip in den ersten acht Jahren im Ministerrat und Kommissariat;
- Suspendierung der vorgesehenen Regelungen hinsichtlich des Personalstandes, der Besoldung, der Dienstgrade, des Disziplinarwesens, der Rekrutierung und Ausbildung für die Dauer von acht Jahren;
- Angleichung der Laufzeiten von EVG und NATO;
- Aufhebung der Weiterungen des Artikels 38, d.h. der Verpflichtung zum Aufbau einer Europäischen Politischen Gemeinschaft;
- Einberufung einer Konferenz der Mitgliedstaaten vor Beendigung einer Anlaufphase zur Prüfung von Änderungen aufgrund der mittlerweile gesammelten Erfahrungen;
- Beschränkung der Integration ausschließlich auf die deutschen Streitkräfte und die in der Bundesrepublik stationierten britischen und amerikanischen Verbände;
- Möglichkeit des Austritts aus der EVG im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands oder des Erlöschens der Atlantischen Allianz;
- Aufhebung der Genehmigungspflicht durch das Kommissariat für die Produktion der Kernbrennstoffe in Gebieten außerhalb der strategisch exponierten Zone⁷¹⁶.

Insbesondere dieser letzte Punkt besaß aufgrund des erneuten Eingreifens des französischen Generalstabs und der jetzt Virulenz erlangenden Frage der Nuklearbewaffnung eine herausragende Bedeutung. Mit der öffentlichen Erklärung Plevens vom 19. 3. war klar, daß Frankreich die Entscheidung zum Bau einer Atom bombe getroffen hatte. Der Generalstab begrüßte dies, hielt die Umsetzung aber im Gegensatz zur Regierung nicht mit der Errichtung der EVG für vereinbar, zumal Artikel 107 des Vertrages ein Kernwaffenverbot für sogenannte exponierte Gebiete vorsah. Als Ersatzlösung hatte er – wie erwähnt – Ende Juni eine Verteidigungsorganisation auf der Basis des Brüsseler Paktes vorgeschlagen. Mendès France war über diese Nuklearpläne eingeweiht, wußte von der Einschätzung des Generalstabs, daß EVG und Atombombe inkompatibel seien, und kannte möglicherweise auch dessen Alternativvorstellungen. Sowohl Colonel Ailleret als auch Colonel Gallois, die massiv für den Bau der Bombe eintraten, führten zahlreiche Unterredungen mit ihm. Eine wichtige Mittlerrolle zwischen der Regierung, dem

⁷¹⁵ IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Mendès France an Alphand, 14. 9. 1954.

⁷¹⁶ Protokoll des MAE zur Anwendung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, 13. 8. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 105–112, hier S. 112; in deutscher Übersetzung in: EA 1954, S. 6869–6873; vgl. Wettig, Entmilitarisierung, S. 571–575.

CEA und den Militärs spielte der Kabinettschef von Mendès France im Matignon, André Pelabon. Am 3. 8. schickte ihm der Staatssekretär für wissenschaftliche Forschung, Longchambon, ein Programm über die zivile und militärische Anwendung der Atomkraft⁷¹⁷. Zehn Tage später, dem Tag der Kabinettsentscheidung, sandte der Leiter der französischen Delegation in der Ständigen NATO-Ratsgruppe, General Valluy, dem Chef d'Etat-Major Général des Forces Armées, General Guillaume, einen streng geheimen Bericht über die jüngsten Entscheidungen der NATO im Rüstungsbereich, der am 20. 8. über Pelabon auch an Mendès France gelangte⁷¹⁸. Valluy sah die NATO vor grundlegenden Änderungen der Verteidigungskonzeption, die der Atomwaffe die entscheidende Rolle in zukünftigen Militärkonflikten übertragen. Um sich sicherheitspolitisch nicht völlig von den USA abhängig zu machen, riet er Europa zum Aufbau eines eigenen Nukleararsenals⁷¹⁹. Am 14. 8. wandte sich Alphan an Mendès France und setzte ihn über einen dem NATO-Rat zur Prüfung vorliegenden Bericht zur Revision der strategischen Konzeption aufgrund der Einbeziehung neuer Waffen in Kenntnis. Kernelement des Rapports sei „une riposte atomique occidentale automatique“ gegen jede Aggression, die die Sowjetunion der Gefahr eines nuklearen Gegenschlags aussetze und damit einer „modification révolutionnaire“ der europäischen Sicherheit den Weg ebne⁷²⁰. Sechs Tage später führte Valluy Pelabon die Tragweite der strategischen Änderungen persönlich vor Augen: „S'il y a attaque russe atomique ou non le Général Gruenther entend utiliser les représailles *atomique* immédiates.“⁷²¹

Neben dem Militär trat nun auch die Rüstungsindustrie mit einer Attacke gegen die EVG auf den Plan. Da die Verteidigungsgemeinschaft einen großen Teil des Staatshaushaltes dem Zugriff der Regierung entzog und die Unternehmen ihre Aufträge über gemeinsame Ausschreibungsverfahren zugeteilt bekommen sollten, fürchteten die Unternehmer um ihre Existenz, weil sie sich der europäischen Konkurrenz nicht gewachsen fühlten⁷²².

Mit dem Rücktritt der gaullistischen Minister schwoll der Chor der Kritiker noch an. Von seiten der EVG-Befürworter lehnten Schuman und Mollet das Anwendungsprotokoll öffentlich ab⁷²³. Der Versuch des französischen Regierungschefs, Gegner und Anhänger der Verteidigungsgemeinschaft zusammenzuführen, war Makulatur. Selbst französische Diplomaten scheuten sich nicht vor Kritik. Bérard etwa hielt das Papier für viel zu kompliziert und sah die einzige Chance zu seiner Durchsetzung in einer persönlichen Begegnung zwischen Mendès France

⁷¹⁷ Vgl. Bariéty, Frankreich und das Scheitern der EVG, S. 119.

⁷¹⁸ S. IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Pelabon an Mendès France, Aufzeichnung, 20. 8. 1954; Bariéty, Frankreich und das Scheitern der EVG, S. 130, Anm. 69.

⁷¹⁹ S. Valluy an Guillaume, Nr. 542/DFGP/TS, 13. 8. 1954, Très secret, in: BDFD I, S. 445–449; Bariéty, Frankreich und das Scheitern der EVG, S. 120; Coutrot, Politique atomique, S. 311.

⁷²⁰ IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Alphan an Mendès France, Aufzeichnung, 14. 8. 1954, Personnel et très secret; s.a. Bariéty, Frankreich und das Scheitern der EVG, S. 119f.

⁷²¹ IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Unterredung zwischen Valluy und Pelabon vom 20. 8. 1954, Très secret.

⁷²² Zu den Widerständen der französischen Industrie gegen die EVG vgl. Vernant, Economie française; s.a. von Gersdorff, Außenpolitik, S. 233f.

⁷²³ Vgl. AdG 1954, S. 4690D; Wettig, Entmilitarisierung, S. 576 f.

und Adenauer⁷²⁴. Pro-europäische Informanten streuten die Meldung, Mendès France habe bereits eingesehen, mit den von ihm vorgeschlagenen Änderungen die parlamentarischen Hürden nicht überwinden zu können. Er sei bereit, sein Konzept zurückzuziehen, sofern der Widerstand der Fünf entsprechend fest bleibe. Die „cédistes“ hatten mit dieser völlig unhaltbaren These vor allem die Amerikaner im Visier, und sie erreichten ihr Ziel. Dillon behauptete umgehend gegenüber Dulles, wenn das Anwendungsprotokoll von den Fünfen und den Angelsachsen vereint entschieden zurückgewiesen werde, sei die Nationalversammlung gezwungen, eine in Brüssel gefundene Kompromißlösung zu akzeptieren⁷²⁵.

Das State Department pflichtete dieser Analyse nur zum Teil bei. Zwar hielt es das Dokument ebenfalls für inakzeptabel, wollte sich aber in Erwartung entsprechender Kritik durch die Fünf nicht einmischen⁷²⁶. Dementsprechend verweigerte man sich auch der Bitte des Quai d'Orsay, das Anwendungsprotokoll gegenüber den Partnern zu befürworten⁷²⁷. Mendès France unternahm daher am 17. 8. einen neuen Anlauf, bei Dulles um Verständnis für seine Gratwanderung zwischen EVG-Ratifikation und Viermächtekonferenz zu werben. Auf keinen Fall werde er die Verteidigungsgemeinschaft gegen die Wiedervereinigung Deutschlands eintauschen. Wenn Moskau aber das Angebot einer Konferenz mit wirklich konstruktiven Vorschlägen verknüpfe, könne sich eine französische Regierung dem nicht verschließen⁷²⁸. Worauf es ihm ankam, trat damit offen zutage: „une construction occidentale ,enchaînant‘ l'Allemagne“⁷²⁹, die aber nicht unbedingt von der EVG gestellt werden mußte. Dulles' Antwort, die er André Meyer, einem engen Vertrauten von Mendès France darlegte, fiel konziliant im Ton, aber hart in der Sache aus⁷³⁰. Wie er auch Churchill am 18. 8. wissen ließ, setzte er immer noch auf die EVG, ohne klare Vorstellung, wie eine Alternative aussehen könnte⁷³¹.

Auch in Den Haag, Brüssel und Rom braute sich Unmut über das Pariser Vorgehen zusammen⁷³². Nicht so in London, wo man trotz aller Vorbehalte gegenüber einzelnen Bestimmungen dafür plädierte, das Anwendungsprotokoll „wohlwollend und ohne Vorurteile zu prüfen“⁷³³. Das Foreign Office sagte dem Quai d'Orsay vorbehaltlich der Entscheidung des Premierministers gar eine Intervention im Kanzleramt zu und vereinbarte mit ihm am 17. 8. ein Treffen der beiden Regierungschefs nach der Brüsseler Konferenz⁷³⁴. Sollte die Tagung scheitern,

⁷²⁴ S. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 560f., Tb. 14. 8. 1954.

⁷²⁵ S. Dillon an Dep. of State, Tel. Colde 19, 15. 8. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1039f.

⁷²⁶ S. Smith an Paris, Tel. Edcol 10, 16. 8. 1954, Secret, in: ebd., S. 1042f.

⁷²⁷ S. Bonnet an Mendès France, Tel. 4785/800, 16. 8. 1954, Secret, Priorité absolue, Réservé, in: DDF 1954, S. 156–160; Smith an Paris, Tel. 589, 16. 8. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1043f.

⁷²⁸ S. Mendès France an Dulles, 17. 8. 1954, in: Mendès France, *Oeuvres*, Bd. 3, S. 233–235.

⁷²⁹ Soutou, Pierre Mendès France, S. 189; vgl. Lohse, Lockungen, S. 167f.

⁷³⁰ S. Unterredung zwischen Dulles und André Meyer vom 19. 8. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1049f.; Washington an MAE, 19. 8. 1954, in: Mendès France, *Oeuvres*, Bd. 3, S. 813f.; Felken, Dulles, S. 238f.

⁷³¹ S. Dulles an Churchill, 18. 8. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1049.

⁷³² S. Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 562f., Tb. 16. 8. 1954.

⁷³³ PA, Abt. 2, Bd. 1252, Schlange-Schönungen an AA, Tel. 301, 17. 8. 1954, Geheim, Citissime; s.a. Unterredung zwischen Watson und Elbrick vom 17. 8. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1045f.

⁷³⁴ S. Massigli an MAE, Tel. 3190/99, 17. 8. 1954, Très secret, Priorité, Réservé, in: DDF 1954, S. 165–167; Massigli, *Comédie*, S. 444; Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 211.

meinte Churchill gegenüber Dulles in diesen Tagen, bleibe nur noch ein Ausweg: „we surely ought to create some variant of NATO“⁷³⁵. Der Amerikaner wollte davon nichts hören, fürchtete sich vor den Folgen für die Atlantische Allianz und argwöhnte außerdem, Frankreich könne erneut Schwierigkeiten machen, um eine gleichberechtigte Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO zu vereiteln⁷³⁶.

Ganz in seinem Sinne fiel eine eingehende Analyse des Anwendungsprotokolls durch das Auswärtige Amt und die Dienststelle Blank ebenfalls völlig negativ aus. Die Beamten am Rhein kamen zu dem Schluß, daß das Dokument mit einer „Mischung von Insolenz und Raffiniertheit“ das EVG-Abkommen formell wie sachlich völlig umgestalte. Mit sprachlichen Kunstgriffen entwickelte es aus Formulierungen des Vertragstextes gänzlich andere Ergebnisse. Änderungen würden als vorübergehende Lösung für eine Anlaufzeit dargestellt, seien aber in Wirklichkeit als Dauerlösung angelegt, da sie nur durch einstimmigen Beschluß des Ministerrats beseitigt werden könnten⁷³⁷. Die Bestimmung, wonach der Vertrag gemäß eines fortschreitenden und dezentralisierten Verfahrens Anwendung finden solle, entlarvten die Bonner Experten als Versuch, die Bestimmungen generell soweit wie möglich nicht in der gegenwärtigen Form in Kraft zu setzen. Etwa drei Viertel der vorgeschlagenen Vorschriften schätzten sie als vertragsändernd und ratifikationsbedürftig ein. Dazu gehörte die Qualifizierung der EVG als komplementäres Organ zur NATO, die die Selbständigkeit der Verteidigungsgemeinschaft aufhob, obwohl doch im Vertrag selbst ausdrücklich von Zusammenarbeit beider Institutionen die Rede war. Dazu gehörten auch die Beschränkung der Kompetenzen des Kommissariats, die Verschiebung der integrationalistischen Elemente auf unbestimmte Zeit oder die Aufhebung der Weiterentwicklung Europas zu einer politischen Gemeinschaft. Kritisiert wurden die Forderung des Einstimmigkeitsprinzip in den EVG-Organen, die Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse in den NATO-Rat sowie natürlich die diskriminierende Beschränkung der Integrierung auf die deutschen Verbände⁷³⁸. Auch das Austrittsrecht galt als problematisch, obwohl der kommissarische Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Wilhelm Grewe, bereits im März eine entsprechende Ergänzung des Pariser Vertrages für den Fall der Wiedervereinigung dringend empfohlen hatte, um einer gesamtdeutschen Regierung Handlungsspielraum für eine Modifikation des Verteidigungssystems zu geben, damit es auch für die Sowjetunion akzeptabel sei⁷³⁹. Schließlich rieb sich das Amt an der französischen Forderung, das stärkste EVG-Kontingent zu stellen. Denn dadurch könnte sich die Sowjetunion „zum Herrn der EVG“ aufschwingen, indem sie Frankreich die Zusage abnötigte, seine Leistung zu senken, und die übrigen Teilnehmer implizit dazu zwang, ihre Beiträge ebenfalls zu mindern⁷⁴⁰.

⁷³⁵ Churchill an Dulles, 19. 8. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1050f.

⁷³⁶ S. Dulles an Churchill, 20. 8. 1954, Secret, in: ebd., S. 1051 f.

⁷³⁷ PA, Abt. 2, Bd. 1253, Aufzeichnung, 15. 8. 1954, Geheim; s.a. ebd., Aufzeichnung, 16. 8. 1954, Geheim.

⁷³⁸ S. ebd., Bd. 1252, Stellungnahme 215.232–23.230/54, 15. 8. 1954, Geheim; ebd., Bd. 1253, Hallstein an Adenauer, 15. 8. 1954, nebst Anlage.

⁷³⁹ S. ebd., Bd. 362, Bl. 210–214, Grewe an Hallstein, Aufzeichnung, 4. 3. 1954, Geheim.

⁷⁴⁰ Ebd., Bd. 1252, „Zerstörung der Schlagkraft der EVG durch die Vorschläge“ (handschriftliche Aufzeichnung von Ophüls), 20. 8. 1954.

Sämtlichen beschwichtigenden Erklärungen durch die französische Hohe Kommission zeigte sich die Bundesregierung unzugänglich, malte das Horrorszenario des nahen Scheiterns der EVG und der gesamten deutschen Europapolitik an die Wand⁷⁴¹. Adenauer bezeichnete den Tag, an dem er das Anwendungsprotokoll erhalten habe, völlig überzogen als den schmerzhaftesten seiner gesamten bisherigen Kanzlerschaft. Ihn irritierten besonders die Umwandlung der EVG in ein bloß komplementäres Organ der NATO, die Deutschland diskriminierenden Passagen und nicht zuletzt die Notwendigkeit der abermaligen parlamentarischen Debatten. Entgegen einer späteren Darstellung in seinen Erinnerungen willigte er aber darin ein, eher als ursprünglich geplant nach Brüssel anzureisen, um dem Angebot einer Zusammenkunft mit Mendès France nachzukommen⁷⁴².

Die ohnehin vorhandenen deutschen Vorbehalte wurden durch die Intransigenz der französischen EVG-Befürworter noch verstärkt. Die Interviews von Schuman und Mollet konnten durchaus als Ermutigung zur Obstruktion gedeutet werden⁷⁴³. Auch Monnet ermahnte Adenauer vom Krankenbett aus zur Härte⁷⁴⁴. Strauß brachte nach diversen Unterredungen aus Paris die ganz der Taktik der „cédistes“ entsprechende Botschaft von einer nach wie vor vorhandenen parlamentarischen Mehrheit zugunsten des Vertrags mit⁷⁴⁵, sofern Mendès France in Brüssel einer geschlossenen Front gegenüberstehe. Dulles drängte ebenfalls zur Festigkeit, und General Gruenther legte dem NATO-Rat in Paris Mitte August ein Gutachten über den Einsatz von Atomwaffen vor, das in der Feststellung gipfelte, sie könnten nur dann wirksam werden, „wenn die Bundesrepublik in das europäische Verteidigungssystem einbezogen ist“⁷⁴⁶.

Am 18. 8. reisten die sechs Delegationen in die belgische Hauptstadt⁷⁴⁷. Glaubte Mendès France an einen Erfolg, oder zielte er auf die Ablehnung der Dokumente, um dann der Nationalversammlung die Partner als Übeltäter vorzuführen? Meinte er so, den Bruch seiner Koalition verhindern zu können⁷⁴⁸? Es spricht viel dafür, daß PMF mit einer Doppelthese nach Brüssel kam: Entweder akzeptieren die Verbündeten die französischen Vorstellungen und der Vertrag wird transformiert, oder sie verweigern ihre Zustimmung und der Weg ist frei für ein Scheitern des Abkommens⁷⁴⁹. Mit welcher Erwartung fuhr nun seiner wichtigster Gegenspieler in die belgische Hauptstadt? Hat der Kanzler schon zu Beginn der Konfe-

⁷⁴¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 155, Bl. 34–35, François-Poncet an MAE, Tel. 3909/15, 16. 8. 1954, Réservé; ders. an dass., Tel. 3917/24, 16. 8. 1954, Secret, Réservé, Urgent, in: DDF 1954, S. 154 f.; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 562–565, Tb. 15., 16. u. 17. 8. 1954.

⁷⁴² S. François-Poncet an MAE, Tel. 3939/47, 17. 8. 1954, Priorité, Réservé, in: DDF 1954, S. 171–173; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 562 u. 565, Tb. 15. u. 17. 8. 1954; vgl. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 281.

⁷⁴³ Vgl. Loth, Weg, S. 109.

⁷⁴⁴ S. PA, Abt. 2, Bd. 1253, Kohnstamm an Hallstein, 17. 8. 1954.

⁷⁴⁵ Vgl. Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 213.

⁷⁴⁶ PA, Abt. 2, Bd. 975, von Etzdorf an Hallstein, 17. 8. 1954, Geheim.

⁷⁴⁷ Zur Brüsseler Konferenz der sechs EVG-Staaten vom 19.–22. 8. 1954 s. die Sitzungsprotokolle in: DDF 1954, Annexes, S. 45–102; Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 236–240, 244 f.; FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1052–1068, 1071–1077; vgl. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 280–286; Spaak, Memoires, S. 225–232; aus der Forschungsliteratur vgl. vor allem Clesse, Projet, S. 84–91; Fursdon, Community, S. 281–291; Wettig, Entmilitarisierung, S. 580–586.

⁷⁴⁸ Vgl. ebd., S. 575–580.

⁷⁴⁹ Vgl. Bariéty, Frankreich und das Scheitern der EVG, S. 119.

renz „nicht mehr besonders viel“ auf die Verträge gegeben⁷⁵⁰? Oder hieß dies seinen taktischen Spürsinn zu unterschätzen⁷⁵¹? Wenngleich Blankenhorn einen negativen Ausgang erwartete⁷⁵², deutet die Bereitschaft Adenauers, sich vorab mit Mendès France zu treffen, doch eher darauf hin, daß er durchaus noch Verhandlungsmasse sah.

Zunächst konsultierte Adenauer den Konferenzpräsidenten Spaak, der zuvor bereits seinen französischen Kollegen empfangen hatte. Gegenüber einem „zuverlässigen Gewährsmann“, so wußte der Kanzler zu berichten, habe „Herr Boris“ kürzlich „hohnlachend“ erklärt, „Mendès France denke gar nicht daran, die EVG ratifizieren zu lassen“⁷⁵³. Zehn Jahre später hielt er diese Mitteilung auch in seinen Memoiren fest – mit einer für seine Geisteshaltung gegenüber Mendès France bezeichnenden Änderung: Aus Boris wurde nun ein „Vertreter der sowjetischen Botschaft in Paris“!⁷⁵⁴ Strauß bestärkte ihn noch in seiner ohnehin schon negativen Gesinnung und kabeelte nach Brüssel, der französische Regierungschef wolle ihn „hereinlegen“⁷⁵⁵. „Was will Herr Mendès France eigentlich?“, eröffnete der Kanzler nun freimütig das Gespräch mit dem belgischen Außenminister. „Er kann seine Vorschläge doch nicht ernst meinen.“ Sie implizierten doch eine grundlegende Abänderung des Vertrags und seien damit unannehmbar. Genau dies aber hatte der Franzose gegenüber Spaak bestritten und auf dessen Vorwurf, „mit einem fast sadistischen Vergnügen diskriminierende Bestimmungen“ eingebaut zu haben, lapidar geantwortet, es bestünden nun einmal gewisse Diskriminierungen und könnten auch als solche festgehalten werden. Ganz im Sinne der französischen EVG-Anhänger plädierte Adenauer dafür, Mendès France davon zu überzeugen, den bestehenden Vertrag unter Hinweis auf die fehlende Konzessionsbereitschaft der Fünf unverändert ins Parlament einzubringen. Spaak empfahl dagegen, Mendès France „irgend etwas“ mit auf den Weg nach Paris zu geben. Adenauer aber hielt nichts von der dann notwendigen sachlichen Debatte der Anwendungsprotokolle, die nur zu weiteren Verzögerungen und einer neuen Außenministerkonferenz im Dezember führen würde. Einen solchen Aufschub lehnte auch Spaak ab. Ihm schwebte eine politische Erklärung und das Versprechen vor, nach der französischen Ratifizierung Verhandlungen über den Abschluß von Durchführungsabkommen in Gang zu setzen. Käme es zu keiner Einigung, sollten die Fünf nach der Meinung beider Politiker eine von Spaak auszuarbeitende gemeinsame Deklaration abgeben. Aufgrund der Darlegungen seines belgischen Gesprächspartners hielt der Bundeskanzler es inzwischen für nutzlos, den französischen Regierungschef vor Beginn der Konferenz zu treffen, da er dessen Pressionen und eine Verquickung mit bilateralen Problemen wie der Saarfrage fürchtete. Auf Vorschlag Spaaks sagte er daher die geplante Unterredung wegen Ermüdung ab, stellte aber eine Begegnung im Laufe der Tagung in Aussicht⁷⁵⁶.

⁷⁵⁰ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 137.

⁷⁵¹ Vgl. Köhler, Adenauer, S. 833.

⁷⁵² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 32a, Bl. 118 f., Tb. 23. 8. 1954; Blankenhorn, Verständnis, S. 192, Tb. 23. 8. 1954.

⁷⁵³ PA, Abt. 2, Bd. 1252, Unterredung zwischen Adenauer und Spaak vom 18. 8. 1954, Streng geheim.

⁷⁵⁴ Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 278.

⁷⁵⁵ Strauß, Erinnerungen, S. 260.

⁷⁵⁶ PA, Abt. 2, Bd. 1252, Unterredung zwischen Adenauer und Spaak vom 18. 8. 1954, Streng geheim;

Mendès France war darüber sehr erbost, mußte er doch zur Kenntnis nehmen, daß Adenauers ‚Müdigkeit‘ den 78-Jährigen nicht davon abhielt, nach dem zwei-stündigen Gedankenaustausch mit Spaak an einem Galadiner der Deutschen Bot-schaft teilzunehmen⁷⁵⁷. Schon vor Beginn der ersten Sitzung der sechs Außenmi-nister am Morgen des 19. 8. war das Klima daher „très mauvais“⁷⁵⁸. Die wenige Minuten vor der Eröffnung der Konferenz eintreffende Meldung vom Tode de Gasperis konnte nur als böses Omen wirken. Adenauer verstieg sich in seinen Er-innerungen gar zu der Unterstellung, der Exitus sei durch die schlechten Nach-richten über die Entwicklung in Paris beschleunigt worden⁷⁵⁹. Wortreich und ge-wandt stellte Mendès France zunächst die französische Konzeption und die ihr zugrunde liegenden Motive vor. Angesichts der parlamentarischen Situation sei eine Ratifikation des EVG-Vertrages in der bisherigen Form unmöglich. Die Angst vor den innen- und außenpolitischen Folgen eines Scheiterns mache die Er-gänzung durch Anwendungsprotokolle notwendig, deren Ziel es sei, die europäi-sche Kooperation zu stärken, die Neutralisation Deutschlands zu verhindern, zur Wiedervereinigung des geteilten Nachbarn und zu dessen Teilnahme an der Ver-teidigung des Westens beizutragen, letztlich die EVG zu retten⁷⁶⁰. Trotz aller Elo-quenz ließen die ‚Partner‘ ihn rasch spüren, was sie von seinen Plänen hielten – nichts! In „geschlossene[r] Front“ lehnten sie sie einer nach dem anderen ab⁷⁶¹. Wie von Spaak empfohlen⁷⁶², antwortete zunächst der holländische Außenmini-ster Beyen. Er anerkannte zwar die Schwierigkeiten von Mendès France, hielt die Protokolle aber für völlig unannehmbar, weil sie die „Konzeption der EVG zer-stört[en]“, den supranationalen Charakter der EVG weitgehend beseitigten und die Bundesrepublik „erneut diskriminiert[en]“⁷⁶³.

Nach der Mittagspause eröffnete Adenauer das nächste Meeting. Seine innere Einstellung hatte sein Gespräch mit Spaak bereits hinlänglich offengelegt. Wäh-rend der Konferenz hielt der Kanzler mit seiner Grundhaltung nach Möglichkeit hinter dem Berg, um einer direkten Konfrontation mit dem französischen Pen-dant aus dem Wege zu gehen. Einer Eingangserklärung konnte er sich nicht ent-ziehen, formulierte sie aber absichtlich kurz. Hallstein hatte noch einmal in einer knappen Notiz zusammengefaßt, was allenfalls akzeptabel war. Nur solche Be-schlüsse kämen in Betracht, notierte der Staatssekretär, die den Vertrag interpre-tierten bzw. vorsähen, daß die Regierungen nach Inkrafttreten des Vertrags im Mi-nisterrat eine bestimmte Haltung einnehmen, oder dann eine Konferenz über Ver-tragsänderungen beschließen⁷⁶⁴. Nach ausdrücklichem Hinweis auf die von ihm

vgl. die detaillierte Wiedergabe in: Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 275–280; Bérard, Am-bassadeur, Bd. 2, S. 566, Tb. 19. 8. 1954.

⁷⁵⁷ S. Rivière an MAE, Tel. 486/87, 19. 8. 1954, Confidentiel, Sans distribution, in: DDF 1954, S. 178 f.

⁷⁵⁸ Mendès France, Choisir, S. 88.

⁷⁵⁹ S. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 281; Noack, Scheitern, S. 51.

⁷⁶⁰ S. Konferenz der sechs Außenminister vom 19. 8. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 45–48.

⁷⁶¹ Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 282.

⁷⁶² S. PA, Abt. 2, Bd. 1252, Unterredung zwischen Adenauer und Spaak vom 18. 8. 1954, Streng ge-heim; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 277.

⁷⁶³ Hallstein an Brüssel etc., Tel. AZ 215.232–23.238/54, 24. 8. 1954, Geheim, Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 450 f., hier S. 450; s.a. Konferenz der sechs Außenminister vom 19. 8. 1954, in: DDF 1954, An-nexes, S. 48 f.; Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 237.

⁷⁶⁴ S. BA, NL Hallstein, Bd. 125/126, Aufzeichnung Hallstein, 20. 8. 1954.

geteilten Bedenken Beyens beanstandete Adenauer die Unzulänglichkeiten des Protokolls aus militärischer Sicht, die zahlreichen vertragsändernden Bestimmungen und die Unterhöhlung des europäischen Gedankens. Eindringlich appellierte er an Mendès France, sein Gewicht in die Waagschale zu werfen, um den Vertrag in der unterzeichneten Fassung mit einigen Anwendungsmodalitäten ratifizieren zu lassen. Denn das Scheitern der EVG, beendete er mit dramatischer Diktion seine Eingabe, führe unweigerlich zum Anwachsen des deutschen Nationalismus, zur Gefahr eine Abdriftens nach Osten, zum Bruch der deutsch-französischen Verständigung und zu schwerwiegenden Konsequenzen für die Einheit der westlichen Welt. Nachdem auch der italienische und luxemburgische Vertreter ihre negativen Stellungnahmen abgegeben hatten, machte Spaak einen Gegenvorschlag, wie er ihn Adenauer zwei Tage zuvor skizziert hatte. Da die juristische Form des Anwendungsprotokolls unweigerlich zu einer Änderung des Vertrages führen würde, empfahl er die Ersetzung durch ein Zusatzprotokoll der eindeutig nicht ratifizierungsbedürftigen Bestimmungen und eine politische, interpretierende Erklärung der Sechs über bestimmte Vertragsmodifikationen nach dem Abschluß des parlamentarischen Zustimmungsverfahrens. Da Mendès France dies aber ablehnte, blieb den Ministern nichts anderes übrig, als am nächsten Morgen in eine detaillierte Analyse des Anwendungsprotokolls einzutreten, um nach Manövriermasse zu suchen⁷⁶⁵.

Während der französische Regierungschef auf die Durchsetzung seiner Vorstellungen pochte, machte sich im Kreis seiner Berater Unmut breit. Die einheitlich ablehnende Haltung der Fünf, die Nachricht über die Interviews von Schuman und Mollet und das umlaufende Gerücht, die Bundesrepublik könne nach einem Scheitern der Konferenz sofort mit ihrer Souveränität und dem Aufbau einer nationalen Armee rechnen, hinterließen bei einigen Delegationsmitgliedern tiefe Spuren. Auf ihre Initiative hin fand am Nachmittag des 19. 8. eine Sitzung der Sachverständigen aller Teilnehmerstaaten statt, in der sich de Seynes und Sauvagnargues „zu nicht unerheblichen Zugeständnissen“ bei der Auslegung oder Neuformulierung des eigenen Textes bereit erklärten⁷⁶⁶. Mendès France war darüber so entsetzt, daß er sie noch am selben Abend mit Vorhaltungen überhäufte und ihnen jeglichen weiteren Kontakt mit den übrigen Delegationen untersagte⁷⁶⁷.

Am folgenden Morgen begann die eingehende Prüfung des Anwendungsprotokolls, wie Adenauer und auch Spaak sie hatten eigentlich verhindern wollen. Ihre Besorgnisse sollten sich als völlig gerechtfertigt erweisen. Trotz stundenlanger verworrener Diskussion wurden keine Fortschritte erzielt⁷⁶⁸. Spaak wiederholte daher noch einmal seinen Vorschlag vom Vortag und unterbreitete eine politische

⁷⁶⁵ S. Konferenz der sechs Außenminister vom 19. 8. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 49–58; Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 237–239; Spaak, Mémoires, S. 225 f.

⁷⁶⁶ PA, Abt. 2, Bd. 1253, Ophüls an Hallstein, Aufzeichnung, 19. 8. 1954; s.a. ebd., Bd. 1252, Aufzeichnung Ophüls, 20. 8. 1954, Geheim; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 567, Tb. 20. 8. 1954; Seydoux, Erinnerungen, S. 179 f.

⁷⁶⁷ S. Alger an Dep. of State, Tel. 152, 20. 8. 1954, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1052–1054; Alphan, L'étonnement d'être, S. 258, Tb. 3. 11. 1954.

⁷⁶⁸ S. Konferenz der sechs Außenminister vom 19. 8. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 61–64; Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 239.

Erklärung⁷⁶⁹, deren Präambel Mendès France als „véritable acte d'accusation de la France“ scharf zurückwies⁷⁷⁰. Beyen beschwor ihn, die Debatte nicht mit Gefühlsausbrüchen zu belasten, und alle Teilnehmer willigten „mit ein wenig lächerlicher Feierlichkeit“ darin ein, die inkriminierten Passagen zu streichen⁷⁷¹. Der Verhandlungsfriede war kaum wiederhergestellt, setzte Mendès France zu einem üblen Täuschungsmanöver an. Er habe, so teilte er seinen Kollegen mit, soeben eine Nachricht des amerikanischen Außenministers erhalten, wonach die USA jegliche Formel akzeptierten, „qui rallie l'accord des six“⁷⁷². Dies entsprach indes keineswegs der vollständigen Botschaft. Dulles hatte nämlich in einem von Bruce am 20. 8. überbrachten Schreiben jedes in Brüssel vereinbarte Einvernehmen als annehmbar bezeichnet, sofern es keine Verzögerung des Ratifikationsprozesses heraufbeschwöre, die supranationale Struktur nicht verletze und jegliche Diskriminierung ausschließe. Wenn es aber zu keiner Einigung käme, würden die USA mit Großbritannien und den fünf EVG-Staaten umgehend in Verhandlungen eintreten, um die Bundesrepublik als souveränen, wiederbewaffneten Staat in den Westen zu integrieren⁷⁷³. Diese Position unterstrich er noch einmal in einem zweiten Brief an Mendès France⁷⁷⁴ und informierte zugleich Spaak und Churchill, daß die USA noch immer an der EVG festhielten⁷⁷⁵.

Entsprechend unnachgiebig gebärdeten sich die Fünf in Brüssel, während Mendès France, brüskiert über das anscheinend abgefeimte Spiel der USA⁷⁷⁶, hartnäckig um Änderungen des Spaak-Protokolls kämpfte. Zu einer heftigen Auseinandersetzung mit Adenauer führte am Nachmittag des 20. 8. seine Forderung nach einem für alle Teilnehmerstaaten einzuräumenden Kündigungsrecht in Verbindung mit Artikel 7 des Generalvertrags. Beim Kanzler erweckte dies den fatalen Eindruck, Mendès France wolle die EVG torpedieren und steuere auf ein Arrangement mit der Sowjetunion zu. Dennoch bemühte er sich trotz aller Festigkeit im Grundsätzlichen nachzugeben, wo es nötig war, um die Konferenz nicht in die Sackgasse geraten zu lassen⁷⁷⁷. Meldungen von Hausenstein über die Gefahr eines Regierungsturzes für den Fall einer ergebnislosen Konferenz mögen ihn darin bestärkt haben⁷⁷⁸. Amerikanische Diplomaten rieten dringend davon ab, die fran-

⁷⁶⁹ S. den Wortlaut in: DDF 1954, Annexes, S. 113–115.

⁷⁷⁰ Konferenz der sechs Außenminister vom 20. 8. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 239; s.a. DDF 1954, Annexes, S. 64.

⁷⁷¹ Spaak, Memoiren, S. 226; s.a. Konferenz der sechs Außenminister vom 20. 8. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 64 f.; Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 239; Alger an Dep. of State, Tel. 157, 20. 8. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1054–1056; Rouanet, Mendès France, S. 263–265.

⁷⁷² Konferenz der sechs Außenminister vom 20. 8. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 66.

⁷⁷³ S. Dulles an Mendès France, 21. 8. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1059 f.; Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 814 f.; Rouanet, Mendès France, S. 265 f.

⁷⁷⁴ S. Dulles an Bruce, Tel. (der französischen Delegation in Brüssel mitgeteilt am 21. 8. 1954), in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 815 f.

⁷⁷⁵ S. Dulles an Spaak, 21. 8. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1058 f.; ders. an Churchill, 21. 8. 1954, Top secret, in: ebd., S. 1060 f.; Spaak, Memoiren, S. 231; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 216 f.

⁷⁷⁶ S. Mendès France an André Meyer, 21. 8. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 241.

⁷⁷⁷ S. Konferenz der sechs Außenminister vom 20. 8. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 69–74; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 285; Alger an Dep. of State, Tel. 157, 20. 8. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1054–1056; Bruce an dass., Tel. 168, 21. 8. 1954, Secret, in: ebd., S. 1063; Spaak, Memoiren, S. 227.

⁷⁷⁸ S. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 10, Hausenstein an Hallstein, Tel. 458, 20. 8. 1954, Citissime.

zösischen Vorschläge en bloc zu verwerfen, da dies auch nachfolgenden Kabinetten die Verteidigung der EVG erschwere und Mendès France die Möglichkeit gebe, die Schuld des Scheiterns den anderen Delegationen in die Schuhe zu schieben. Nach wie vor hielten sie es für möglich, daß der Président du Conseil bei „minimalen Kompromissen“ der Fünf den Vertrag vor die Kammer bringen könne⁷⁷⁹.

Nachdem auch die Abendsitzung der Minister kaum Annäherung erbracht hatte⁷⁸⁰, standen am 21. 8. zunächst die Arbeiten der Sachverständigen im Mittelpunkt. Meist vergeblich versuchten sie ausgleichende Formulierungen für die Punkte zu finden, die ihre Chefs nicht hatten regeln können⁷⁸¹. Am Abend trafen die Delegationsleiter erneut zusammen. Spaak präsentierte einen neuen Entwurf der gemeinsamen Erklärung⁷⁸², doch wirkliche Fortschritte wurden nicht erzielt⁷⁸³. Gegen 23 Uhr schlug er in seiner Funktion als Gastgeber übermüdet eine Unterbrechung vor. Die Kollegen verließen den Sitzungsraum, nur Spaak und Mendès France blieben zurück. „Wir werden uns nicht einigen können“, meinte der französische Regierungschef, der sich mittlerweile Rat bei Präsident Coty gesucht hatte, plötzlich zu dem völlig konsternierten belgischen Außenminister. „Das hier werde ich sagen, nachdem wir das Scheitern unserer Arbeiten festgestellt haben.“ Spaak war völlig ratlos. Wozu die tagelangen Sitzungen, wenn das Ergebnis für einen Teilnehmer bereits feststand⁷⁸⁴? Da der umgehend eingeweihte Beyen ihm dazu riet, die Arbeit einfach fortzusetzen, rief Spaak die Delegationen kurz darauf erneut zusammen. Nachdem sie die Erörterung seines Dokuments abgeschlossen hatten, faßte er die Ergebnisse zusammen. Die Fünf akzeptierten, daß die Bestimmungen des EVG-Vertrags erst nach einer Anlaufzeit von drei Jahren umgesetzt werden sollten. Hinsichtlich des Artikels 38 gestanden sie Frankreich das Recht zu, den Wortlaut im Sinne einer Verlangsamung der politischen Einigung Europas zu interpretieren. Schließlich billigten sie auch die französische Kündigungsklausel. Insgesamt schien Spaak das Entgegenkommen groß genug, um den Kampf mit den Parlamentariern an der Seine aufzunehmen. Mendès France sah das ganz anders. In seiner sorgfältig vorbereiteten Replik bezeichnete er die Kompromisse als völlig unzureichend, die Ratifikation unter diesen Umständen gänzlich ausgeschlossen. Nicht einmal ein Communiqué über die erreichten Resultate mochte er unterschreiben. Adenauer redete ihm beschwörend ins Gewissen, er müsse die doch beeindruckende Übereinkunft jetzt im Palais Bourbon verteidigen und die Abgeordneten auf die katastrophalen Folgen eines Scheiterns der EVG aufmerksam machen. Doch Mendès France ließ sich nicht erweichen⁷⁸⁵.

⁷⁷⁹ Ebd., Abt. 2, Bd. 1252, ders. an AA, Tel. 459, 20. 8. 1954, Geheim, Citissime.

⁷⁸⁰ S. Konferenz der sechs Außenminister vom 20. 8. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 77–79.

⁷⁸¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 1252, „Kommentar zum Ergebnis der Sachverständigenentwürfe von heute morgen“, 21. 8. 1954; Spaak, Memoiren, S. 227.

⁷⁸² S. den Wortlaut in: DDF 1954, Annexes, S. 118–120.

⁷⁸³ S. Konferenz der sechs Außenminister vom 21. 8. 1954, in: ebd., S. 85–88.

⁷⁸⁴ Spaak, Memoiren, S. 228; s.a. O'Neill, Radical Party, S. 67; zum Gespräch zwischen Coty und Mendès France vgl. de Baecque, René Coty, S. 215.

⁷⁸⁵ S. Konferenz der sechs Außenminister vom 21. 8. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 89–95; Spaak, Memoiren, S. 228f.; Bruce an Dep. of State, Tel. 171, 22. 8. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1067f.

Am Nachmittag des 22. 8. trafen die Minister erneut zusammen, um ein Communiqué zu verabschieden, das den Fehlschlag des Treffens konstatierte und das französische Anwendungsprotokoll sowie die politische Erklärung der Fünf veröffentlichte. Mit diesen Gegenvorschlägen wiesen sie das Problem an Frankreich zurück⁷⁸⁶.

Adenauer hatte das Auftreten von Mendès France so „unmöglich“ empfunden⁷⁸⁷, daß er einem Zwiegespräch mehrfach ausgewichen war⁷⁸⁸. Erst am 21. 8. bat er ihn um ein Rendezvous⁷⁸⁹, das dann auf dessen Vorschlag⁷⁹⁰ nach dem Abschluß der Konferenz stattfand. Der französische Regierungschef nutzte es gewissermaßen als Vorstellungsgespräch, sprach von seinen deutschen Freunden wie Kluthe und präsentierte sich als Anhänger der deutsch-französischen Verständigung. „Der beherrschende Zug des Gesprächs“, so notierte Hallstein als Protokollant, „war das (nicht erfolgreiche) Bemühen des Herrn Mendès, sich von seiner besten Seite zu zeigen“⁷⁹¹. Der Eindruck hielt bei Adenauer aber nicht lange vor. Gegenüber Heuss meinte der Kanzler nur drei Tage später, er habe in Brüssel den Eindruck gewonnen, Mendès France wolle die EVG nicht und pflege eine Verbindung mit Molotow. „Er ist sehr begabt, aber auch sehr unwahr.“⁷⁹² Dennoch verbreitete der Kanzler am Rhein allenthalben Zuversicht, die EVG sei keineswegs schon gescheitert. Ob der Bundespräsident, das Kabinett, die Koalitionsführer oder die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, sie alle erfuhren vom Berufsoptimisten im Palais Schaumburg die frohe Botschaft, der Kampf sei noch nicht verloren⁷⁹³. Gewiß lag dies auch daran, daß er die EVG weiterhin als die „beste Lösung“ der deutschen Wiederbewaffnung, die unweigerlich drohende Alternative einer Nationalarmee hingegen als Katastrophe auffaßte und insgesamt von der Furcht vor einer „Neugruppierung der Mächte“ und einem „renversement des alliances“ erfüllt war⁷⁹⁴.

Für Mendès France stellte sich die Lage gewiß anders da. Noch zwanzig Jahre später beschwerte er sich in einem langen Interview über die schlechte, sehr ver-

⁷⁸⁶ S. Konferenz der sechs Außenminister vom 22. 8. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 99–102; Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 241–244; Communiqué nebst Anlagen in: EA 1954, S. 6869–6874; s.a. Artikel Weinsteins, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 25. 8. 1954, auch in: BDFD III, S. 358–360.

⁷⁸⁷ Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 341.

⁷⁸⁸ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 567, Tb. 20. 8. 1954.

⁷⁸⁹ S. Adenauer an Mendès France, 21. 8. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 134.

⁷⁹⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 155, Bl. 235, Mendès France an Adenauer, 21. 8. 1954.

⁷⁹¹ BA, NL Hallstein, Bd. 125/126, Unterredung zwischen dens. vom 22. 8. 1954, 27. 8. 1954; s.a. von Welck an Brüssel etc., Tel., 28. 8. 1954, Geheim, Verschlüsselt, Cito, in: BDFD I, S. 451–454; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 286–289; Mendès France, Choisir, S. 90f.; Rouanet, Mendès France, S. 270–273.

⁷⁹² Adenauer an Heuss, 25. 8. 1954, Streng persönlich, in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 162 u. 164, hier S. 162; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 139.

⁷⁹³ S. Adenauer an Heuss, 25. 8. 1954, Streng persönlich, in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 162; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 155, Bl. 247, Bérard an MAE, Tel. 4003/05, 23. 8. 1954, Réservé, Urgent; ders. an dass., Tel. 4007/08, 23. 8. 1954, in: DDF 1954, S. 194; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 568f., Tb. 23. 8. 1954; ACDR, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1006/3, Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 24. 8. 1954.

⁷⁹⁴ Hallstein an Brüssel etc., Tel. AZ 215.232–23.238/54, 24. 8. 1954, Geheim, Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 451.

letzende Behandlung der Kollegen, die sich wiederholt zu separaten Gesprächen zurückgezogen hätten, ohne ihn dazu zu bitten. Die Rolle des Schurken übertrug er Dulles, der im Hintergrund die Fäden gezogen und jegliches Zugeständnis gegenüber Frankreich verboten habe⁷⁹⁵. De facto hatte gerade der amerikanische Außenminister die Verbündeten zu mehr Entgegenkommen ermuntert, wobei seine Vorstellungen über das nötige Maß an Konzessionsbereitschaft freilich nicht mit den französischen Forderungen übereinstimmten. Denn die liefen letztlich darauf hinaus, von der EVG nur noch die äußere Form zu erhalten, während er darauf pochte, auch den Inhalt zu wahren.

„Il faudra trouver le moyen de liquider la CED tacitement“

Von Brüssel aus fuhr Mendès France direkt zu Churchill, den Adenauer mittlerweile hatte wissen lassen, er sei überzeugt, daß PMF die Verträge durchbringen könne⁷⁹⁶. Die in Paris für den Fall des Scheiterns der Brüsseler Konferenz vorbereiteten Dokumente zielten aber bereits in eine andere Richtung. Die Unterabteilung Zentraleuropa im Quai d'Orsay hatte schon am 18. 8. umgehend Entscheidungen im Hinblick auf die Lösung des Junktims zwischen den Westverträgen und der Beschränkung der deutschen militärischen Souveränität gefordert. Dabei waren sich die Beamten der eigenen schwachen Verhandlungsposition sehr wohl bewußt, da die Bundesrepublik Restriktionen bisher nur im Kontext beider Abkommen akzeptiert hatte und die Reservatrechte des Bonner Vertrags wie das Recht der Truppenstationierung wahrscheinlich wegfielen⁷⁹⁷. Baudet hielt für den Eventualfall eines Fehlschlags in Brüssel am 19. 8. fest, Frankreich müsse sich gegen die drohende Isolierung stemmen und unter allen Umständen an den Verhandlungen der Westmächte mit der Bundesrepublik teilnehmen. Konkret sah er die sofortige Übertragung der Souveränität auf die Bonner Regierung vor, während die Form der Wiederbewaffnung seiner Ansicht nach neuer Überlegungen bedurfte. Da die juristischen Dienste des Ministeriums eine einfache Auflösung der Verbindung zwischen Bonner und Pariser Vertrag als unmöglich betrachteten, riet Baudet zur Ausarbeitung eines neuen Bonner Vertrags unter Einbeziehung der angelsächsischen Abmachungen vom Juli, der die Bestimmungen über die Souveränität bzw. die Reservatrechte der drei Mächte beibehielte und die restriktiven Bestimmungen des Pariser Vertrags zur Remilitarisierung übernehme. Das verabredete Treffen zwischen Mendès France und Churchill sollte dazu genutzt werden, die Idee eines Dreiertreffens mit den USA zu lancieren, um dieses Projekt anzugehen⁷⁹⁸.

Klarer und einprägsamer formulierte Jean-Jacques Servan-Schreiber die nun notwendigen Schritte in einer vertraulichen Aufzeichnung für den Regierungschef „après Bruxelles, en cas d'échec“. Nach Meinung des ihn eng beratenden Publizisten mit dem berühmten Namenskürzel JJSS hatte der Regierungschef mit der Brüsseler Konferenz den letztmöglichen Versuch unternommen, die EVG doch

⁷⁹⁵ S. Mendès France, Choisir, S. 88 f. u. 93.

⁷⁹⁶ S. Adenauer an Churchill, 22. 8. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 134.

⁷⁹⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1058, Bl. 5–8, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 18. 8. 1954 (Konzept ML).

⁷⁹⁸ S. Aufzeichnung Baudet, 19. 8. 1954, nebst Anlagen, in: DDF 1954, S. 179–183.

noch durchzubringen. Worüber sollte er jetzt aber das Parlament abstimmen lassen? „Pas pour la CED, puisque vos efforts de modification prouvent évidemment que vous n’êtes pas pour le traité. Pas contre la CED, car un tel scrutin [...] serait un cadeau aux Russes“. Als Ausweg blieb nur ein Täuschungsmanöver, wie es am 30. 8. Wirklichkeit werden sollte: „Il faudra trouver le moyen de liquider la CED tacitement (par un ordre du jour, ou un vote de procédure, etc...) sans l’amener au vote.“ Notwendig sei dann ein Beschluß über die Übertragung der politischen Souveränität auf die Bundesrepublik, der nur erreicht werden könne, wenn er Volksrepublikanern und Sozialisten als „demande expresse“ der Angelsachsen verkauft würde. Servan-Schreiber regte daher eine diplomatische Aktion mit dem Ziel eines Gipfeltreffens der Westmächte an, auf der die Entscheidung über ein Inkrafttreten des Bonner Vertrags getroffen werden sollte, „ainsi que d’autres gentilleses à l’égard du gouvernement de Bonn (par exemple inviter Adenauer à rejoindre les 3 le dernier jour de la réunion)“. Als Antwort auf die zu erwartenden angelsächsischen Forderungen nach einem deutschen Verteidigungsbeitrag empfahl er „une formule européenne avec l’Angleterre (Europe de Strasbourg)“. Um den Amerikanern zu gefallen, riet JJSS außerdem dazu, jeglichen Hinweis auf eine neue Viermächterkonferenz zu vermeiden, obwohl doch klar sei, „qu’elle devra avoir lieu un jour, avant que l’on passe à l’exécution du réarmement allemand“⁷⁹⁹.

Gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Brüssel, Alger, erklärte Mendès France denn auch schon am 20. 8., ein Scheitern der Konferenz mache ein Treffen der drei Westmächte unvermeidlich⁸⁰⁰. Sein vehementes Bemühen um eine amerikanische Beteiligung an dem Gespräch mit Churchill durchkreuzte aber die Absicht von Dulles, sich mit Großbritannien und den fünf EVG-Ratifizierungsmächten über die Aufrüstung und Souveränität der Bundesrepublik ins Benehmen zu setzen. Da aber sowohl die englische Regierung als auch Teile der amerikanischen Diplomatie eine solche Konferenz vor einer Abstimmung in der Assemblée Nationale ablehnten, teilte Bruce im Auftrag von Dulles am 22. 8. den nicht-französischen Delegationen in Brüssel mit, die USA seien gegen eine Dreierkonsultation mit Frankreich und England und wollten ihren Konferenzplan unmittelbar nach einer negativen Entscheidung im Palais Bourbon umsetzen⁸⁰¹. Vom englischen Premier erhielt der amerikanische Außenminister daraufhin die Zusage, er werde den französischen Regierungschef drängen, seinen politischen Ruf für einen Erfolg der EVG in die Waagschale zu werfen⁸⁰². Offenbar war Churchill wie Dulles und auch Adenauer nach wie vor nicht vom Scheitern der EVG überzeugt, obwohl er nach einem ersten detaillierten Bericht seines Botschafters Jebb über den Verlauf der Brüsseler Konferenz das Foreign Office und das Verteidi-

⁷⁹⁹ IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Servan-Schreiber an Mendès France, Aufzeichnung, 19. 8. 1954, Confidential. Obwohl Servan-Schreiber nicht zum Kabinett des Außenministers gehörte, sah man ihn im Quai d’Orsay ebenso häufig wie dessen reguläre Mitarbeiter (PA, Abt. 2, Bd. 237, Bl. 153–155, Hausenstein an AA, 205–00 I Tgb.Nr. 2770/54, 7. 7. 1954); vgl. Servan-Schreiber, Passions, Bd. 1, S. 235–322.

⁸⁰⁰ S. Alger an Dep. of State, Tel. 158, 20. 8. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1056–1058.

⁸⁰¹ S. Dulles an Bruce, Tel. 197, 22. 8. 1954, Secret, in: ebd., S. 1069f.; Bonnet an Mendès France, Tel. 4939/44, 24. 8. 1954, Secret, Priorité, Réservé, in: DDF 1954, S. 197f.; ders. an dens., Tel. 5022/24, 27. 8. 1954, Secret, Priorité, Réservé, in: ebd., S. 227f.; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 217f.; Steininger, Scheitern, S. 13f.

⁸⁰² S. Churchill an Dulles, 22. 8. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1070f.

gungsministerium bereits am 20. 8. mit der raschen Ausarbeitung einer Ersatzlösung beauftragt hatte⁸⁰³.

Nach der Ankunft auf Churchills Landsitz Chartwell ging es Mendès France zunächst darum, von einer atlantischen Regelung der deutschen Remilitarisierung nicht ausgeschlossen und durch Schuldzuweisungen an die Adresse der Fünf für den Brüsseler Fehlschlag nicht verantwortlich gemacht zu werden. Die Entscheidung über das weitere Vorgehen lag seiner Auffassung nach im Conseil des Ministres. Wahrscheinlich sei die einfache Einbringung des Vertrags ins Parlament ohne Verknüpfung mit der Vertrauensfrage, weil sonst die erneute Spaltung der Regierung drohe. Anders als der Biograph von Mendès France, Pierre Rouanet, es darstellt, zeigte sich Churchill überhaupt nicht beeindruckt. Wiederholt forderten er und Eden ihren Gast eindringlich dazu auf, alles zu tun, um die EVG zu retten. Denn als Ersatz kämen prinzipiell nur ein Beitritt der Bundesrepublik zur NATO, die Strategie der peripheren Verteidigung oder der amerikanische Rückzug vom Kontinent in Frage. Drohend führten sie ihm die Folgen eines Scheiterns der EVG für Frankreich vor Augen: Isolation in Europa und der Welt; Verlust der bisherigen Rolle als Führer der europäischen Einigung; Bruch mit England und den USA. Mendès France ging darauf nicht ein und erkundigte sich statt dessen nach der Möglichkeit einer Art Koalition der Sechs mit Großbritannien, um die Bundesrepublik einzurahmen. Eden hielt Neuverhandlungen für äußerst gefährlich, weil sie die Gefahr eines Sturzes von Adenauer heraufbeschworen und kaum noch ein Drittel der Garantien von 1952 erbrächten. Mendès France dachte aber nicht an langwierige Konferenzen, sondern an ein kurzes Abkommen mit zehn Artikeln, das in zwei Monaten, ja zwei Wochen abgeschlossen werden könne⁸⁰⁴.

Nach der Abreise seines Gastes äußerte sich Churchill gegenüber Dulles überrascht über dessen durchaus wohlwollende Haltung zu einem deutschen NATO-Beitritt. Er las daraus das Empfinden, in der EVG mit einem viel stärkeren Deutschland konfrontiert zu sein als in der Atlantischen Allianz⁸⁰⁵. Mendès France hingegen nahm aus Chartwell die Erkenntnis mit nach Paris, nun irgendeine Ersatzlösung mit Unterstützung der Briten suchen zu können⁸⁰⁶. Bestärkt wurde er darin durch eine Botschaft seines Geschäftsträgers in London, Crouy-Chanel, die ihm am 24. 8. über die Grundzüge der britischen Alternativplanungen informierte: Beitritt der Bundesrepublik zur NATO mit erheblichen Restriktionen wie Begrenzung der Truppenstärke, Unterstellung sämtlicher deutscher Kontingente mit Ausnahme einiger Spezialeinheiten unter die Gemeinschaft, Verbot zur Produktion bestimmter Rüstungsgüter⁸⁰⁷. Nach einer Unterredung mit Eden bestätigte Massigli einen Tag später die Informationen seines Mitarbeiters und

⁸⁰³ Vgl. Mager, Stationierung, S. 72 f.

⁸⁰⁴ S. Unterredung zwischen Churchill und Mendès France vom 23. 8. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 245–247; DDF 1954, Annexes, S. 135–138; Eden, Memoirs, S. 148–150; Massigli, Comédie, S. 449–451; vgl. Jansen, Großbritannien, S. 132–136; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 218–220; Rouanet, Mendès France, S. 276–281.

⁸⁰⁵ S. Churchill an Dulles, 24. 8. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1077.

⁸⁰⁶ S. Mendès France, Choisir, S. 92 f.; Noack, Scheitern, S. 73 f.

⁸⁰⁷ S. Crouy-Chanel an de Margerie, 24. 8. 1954, Personnelle, nebst Anlage, in: DDF 1954, S. 206 f.; s.a. ders. an Parodi, 26. 8. 1954, Personnelle, in: ebd., S. 217.

fügte hinzu, der englische Außenminister lehne die amerikanische Idee einer Konferenz ohne Frankreich energisch ab⁸⁰⁸. Mendès France zog aus diesen Meldungen den Schluß, daß England für eine Lösung ohne Frankreich nicht zu haben sei. Beruhigt glaubte er jetzt das Scheitern der EVG hinnehmen zu können.

So steuerte er nun auf eine Ersatzlösung zu, die zunächst die Frage der Bonner Autonomie beantworten mußte. Nicht wenige seiner Landsleute sahen darin noch immer ein rotes Tuch. Den Deutschen die Souveränität „purement et simplement“ ohne europäische Einbindung zu übertragen, hieß es in der französischen Presse, sei völlig inakzeptabel⁸⁰⁹. Der Versuch, durch Massigli präzise Informationen über die englisch-amerikanischen Abmachungen vom Juli einzuholen und die seinerzeit verabschiedeten Texte zu bekommen, scheiterte an der Weigerung des Foreign Office, den Wortlaut ohne Zustimmung des State Department mitzuteilen⁸¹⁰. Ein internes Dokument des Quai d'Orsay gibt zu erkennen, daß der Bonner Vertrag nach Meinung des Ministeriums in Form eines Viermächteprotokolls in Kraft gesetzt werden und die Restriktionen des Pariser Vertrags aufrechterhalten bleiben sollten⁸¹¹. Einen deutschen NATO-Beitritt sah Mendès France nicht vor, plädierte statt dessen im Gespräch mit Dillon für ein Sieben-Mächte-Übereinkommen zwischen der EVG und Großbritannien, das der Bundesrepublik eine allenfalls indirekte Mitgliedschaft bescherte⁸¹².

Auch in Bonn liefen die Notfallplanungen auf Hochtouren. Am 25. 8. legte Grewe Hallstein eine dreizehnseitige Ausarbeitung vor, in der er von der These ausging, daß ein Scheitern der EVG die sofortige Erlangung der politischen Souveränität notwendig mache. Als optimal bezeichnete er es, wenn die Bundesrepublik zugleich die Wehrhoheit erreichen könne, doch entsprechende Aktivitäten schienen ihm aufgrund des erwarteten französischen Widerstandes unzweckmäßig. Dezidiert sprach er sich dafür aus, die Verteidigung Europas „nicht ohne Frankreich und im Gegensatz zur französischen Politik“ zu verwirklichen. Diese Option als Druckmittel einzusetzen, hielt er hingegen für durchaus sinnvoll. Nach einer eingehenden Analyse diverser Alternativvorschläge zur EVG kam der kommissarische Leiter der Rechtsabteilung zu dem Schluß, daß nur drei ernstlich in Erwägung gezogen werden könnten: die Aufnahme der Bundesrepublik als Vollmitglied der NATO, die Errichtung einer europäischen Koalitionsarmee der Sechs eventuell mit britischer Beteiligung oder die Ausgestaltung des Bonner Vertrages zu einem Bündnisabkommen⁸¹³.

Auch sein Kollege von der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes suchte fieberhaft nach einem Ersatz für die Verteidigungsgemeinschaft. Eine deut-

⁸⁰⁸ S. Massigli an Mendès France, Tel. 3292/96, 25. 8. 1954, Priorité, Réservé, Diffusion restreinte, in: ebd., S. 209 f.

⁸⁰⁹ Artikel Gérins, in: „Paris-presse/L'intransigeant“, 28. 8. 1954, auch in: BDFD III, S. 156.

⁸¹⁰ S. Mendès France an Massigli, Tel. 12167/72, 24. 8. 1954, Priorité, Réservé, in: DDF 1954, S. 200 f.; Massigli an Mendès France, Tel. 3284, 24. 8. 1954, Secret, Priorité, Réservé, in: ebd., S. 202 f. Eine entsprechende Bitte des Foreign Office um Aushändigung der Texte lehnte das State Department ab (Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 222).

⁸¹¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1058, Bl. 47 f., Aufzeichnung des MAE, 26. 8. 1954.

⁸¹² S. Dillon an Dep. of State, Tel. 747, 24. 8. 1954, Top secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1071–1076.

⁸¹³ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 32a, Bl. 76–88, Grewe an Hallstein, Aufzeichnung, 25. 8. 1954, Geheim.

sche Nationalarmee konnte in den Augen Blankenhorns gegen die Opposition des Nachbarn kaum durchgesetzt werden. Eine beschränkte deutsche Aufrüstung im Rahmen der NATO unter alliierter Kontrolle, wie sie nach jüngsten Nachrichten aus Paris Mendès France offenbar anstrebte, war für ihn inakzeptabel⁸¹⁴. Da er sich nicht damit abfinden wollte, das gesamte europäische Integrationswerk auf Jahrzehnte von der französischen Kammer zerstört zu sehen, riet er zu einer sofortigen Initiative bei den Amerikanern, um die USA zu einer Konferenz mit Großbritannien und den EVG-Staaten zu bewegen. Auf ihr sollten alle Alternativlösungen diskutiert und ihre Unwirksamkeit erkannt werden, so daß letztlich nur ein Rückgriff auf die EVG in Verbindung mit dem französischen Anwendungsprotokoll und eine etappenweise Entwicklung von der staatenbundlichen zur supranationalen Lösung bliebe. Hallstein beauftragte Ophüls zu einer entsprechenden Sondierung⁸¹⁵ und drängte persönlich bei englischen Diplomaten darauf, jetzt bloß keine Alternativen zu diskutieren⁸¹⁶. Nachdem sich Mendès France am 25. 8. in einer gemeinsamen Sitzung dreier Ausschüsse der Assemblée Nationale gegen die EVG ausgesprochen hatte⁸¹⁷, bezeichneten die deutschen Beobachter vor Ort es in ihrer Berichterstattung ans Auswärtige Amt als unzweifelhaft, daß er die EVG fallenlassen wolle. Ophüls und Hausenstein erwarteten von Mendès France eine Ersatzlösung, die die politische Souveränität Bonns ohne direkte Mitgliedschaft in der NATO, die Rüstungsgemeinschaft der Sechs und eine Koalitionsarmee der Sieben wie im Parodi-Plan vereinige. Die amerikanischen Botschaft hatte ihnen gegenüber dieses Konzept als gänzlich unannehmbar verworfen und eine dringende Protestnote des Kanzlers in Washington angeregt. Darüber hinaus pflichtete sie dem Gedanken einer Konferenz der Sechs mit den USA und Großbritannien bei und riet dazu, den Gedanken über Conant an Dulles heranzutragen⁸¹⁸.

Der Kanzler ließ daher dem amerikanischen Hohen Kommissar postwendend ein Schreiben an seinen Außenminister aushändigen, in dem er sich scharf gegen jede Diskriminierung der Bundesrepublik zur Wehr setzte. Dulles gelobte ihm zwei Tage später seine Unterstützung⁸¹⁹. Zugleich billigte er einen Vorschlag von Bruce, durch Eisenhower und Churchill umgehend eine Konferenz auf der Ebene der EVG-Außenminister und von Sonderbotschaftern der Angelsachsen einzuberufen. Dies aber stieß auf den Widerstand der britischen Führung⁸²⁰. Als „Die Welt“ davon berichtete, die drei Westmächte hätten sich für den Fall des Fehl-

⁸¹⁴ S. ebd., Bl. 118 f., Tb. 23. 8. 1954; Blankenhorn, Verständnis, S. 193, Tb. 23. 8. 1954.

⁸¹⁵ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 32a, Bl. 105, Tb. 24. 8. 1954; ebd., Bl. 97–100, Fernschreiben (Diktat Ophüls), o.D., Streng geheim.

⁸¹⁶ Vgl. von Gersdorff, Außenpolitik, S. 318 f.; Steininger, Scheitern, S. 14.

⁸¹⁷ S. IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Sitzung der Commissions des Affaires étrangères, de la Défense Nationale et des Territoires d'outre Mer vom 25. 8. 1954; AdG 1954, S. 4702B; Rouanet, Mendès France, S. 287–291.

⁸¹⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 1251, Ophüls u. Hausenstein an AA, Tel. 469, 25. 8. 1954, Geheim, Citissime; ebd., dies. an Hallstein, Tel. 472, 25. 8. 1954, Geheim, Citissime.

⁸¹⁹ Vgl. von Welck an Brüssel etc., Tel., 28. 8. 1954, Geheim, Verschlüsselt, Cito, in: BDFD I, S. 453; von Gersdorff, Außenpolitik, S. 319; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 222 f.

⁸²⁰ S. Bruce an Dep. of State, Tel. Coled 29, 26. 8. 1954, Top secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1079–1081; Smith an Paris, Tel. Edcol 16, 26. 8. 1954, Top secret, in: ebd., S. 1081 f.; Mager, Stationierung, S. 75; Steininger, Scheitern, S. 15.

schlags der EVG auf eine Konferenz mit der Bundesrepublik zur Lösung des Junktims zwischen dem Bonner und dem Pariser Vertrag und Übertragung der nicht-militärischen Souveränität verständigt⁸²¹, intervenierte Bonn am 27. 8. erneut in Washington bzw. London und erinnerte an die wechselseitige Verknüpfung beider Verträge: „Wenn EVG scheitert, so besteht auch bezüglich der deutschen Souveränitätsforderung völlig neue Lage.“⁸²² Das englische Kabinett stimmte daraufhin einer Vorlage Edens zu, die für diesen Fall den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO unter Wahrung möglichst umfassender Sicherheitsbeschränkungen als beste Lösung ansah⁸²³. Von François-Poncet über die Aktion Adenauers informiert⁸²⁴, gab Mendès France aus Sorge vor deutscher Maßlosigkeit noch einmal in aller Deutlichkeit zu verstehen, daß Entscheidungen über die deutsche Aufrüstung unter diesen Umständen frühestens Ende des Jahres zu erwarten seien⁸²⁵.

„Coup de Grace“

Wo alle Welt sich bereits auf den Tag nach dem Platzen der Verteidigungsgemeinschaft einstellte, hatten letzte Vermittlungsversuche keine Chance. Ein Vorstoß Spaaks wurde von Mendès France als unbefriedigend abgewiesen. Bemühungen französischer EVG-Befürworter um einen Aufschub der Debatte und neue Verhandlungen mit den Partnerstaaten führten ebenfalls nicht zum Erfolg⁸²⁶. Nachdem alle zuständigen parlamentarischen Kommissionen seit Anfang Juni gegen den Vertrag votiert hatten⁸²⁷, sprach sich am 26. 8. auch die Assemblée der Französischen Union gegen die EVG aus. Einen Tage später entschied das Kabinett gegen die Stimme Cotys, in der Debatte der Assemblée Nationale solidarisch zu bleiben und nicht die Vertrauensfrage zu stellen⁸²⁸. Eine Intervention des Kreml im Matignon, die mit Hinweisen auf die Abrüstung und eine Verständigung zwischen den Blöcken die EVG in letzter Minute kippen wollte⁸²⁹, war für den Regierungschef ebenso enttäuschend wie überflüssig: enttäuschend, da der sowjetische Botschafter lediglich die seit der Berliner Konferenz bekannten Vorschläge wiederholte; überflüssig, weil Mendès France den Abgeordneten die EVG ohnehin nicht zu empfehlen beabsichtigte⁸³⁰.

In einer „von gegenseitigen Verdächtigungen vergifteten Atmosphäre“⁸³¹ begann am 28. 8. die Aussprache im Palais Bourbon mit den Reden der Berichter-

⁸²¹ S. „Die Welt“, 27. 8. 1954.

⁸²² Zitiert nach: von Welck an Brüssel etc., Tel., 28. 8. 1954, Geheim, Verschlüsselt, Cito, in: BDFD I, S. 454; s.a. Conant an Dep. of State, Tel. 600, 27. 8. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 590f.

⁸²³ Vgl. Mager, Stationierung, S. 75–80; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 223–226.

⁸²⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1058, Bl. 62, François-Poncet an MAE, Tel. 4125/28, 27. 8. 1954, Secret, Urgent, Réservé; ders. an Mendès France, Tel. 4129, 28. 8. 1954, in: DDF 1954, S. 228f.; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 570, Tb. 27. 8. 1954.

⁸²⁵ S. Mendès France an François-Poncet, Tel. 2679/89, 29. 8. 1954, Réservé, in: DDF 1954, S. 230f.

⁸²⁶ S. von Welck an Brüssel etc., Tel., 28. 8. 1954, Geheim, Verschlüsselt, Cito, in: BDFD I, S. 454; Spaak, Memoiren, S. 234f.; AdG 1954, S. 4702D; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 226–228; Noack, Scheitern, S. 80f.

⁸²⁷ Vgl. AdG 1954, S. 4702B.

⁸²⁸ Vgl. ebd., S. 4704; Lacouture, Pierre Mendès France, S. 313f.

⁸²⁹ S. MAE an London etc., Tel. 12262/69 etc., 27. 8. 1954, Urgent, Réservé, in: DDF 1954, S. 220–222.

⁸³⁰ Vgl. Soutou, Pierre Mendès France, S. 188.

⁸³¹ Remond, Frankreich, T. 1, S. 540.

statter⁸³². Am Tag darauf trat der Regierungschef ans Rednerpult, rekapitulierte die Bemühungen der französischen Regierungen in den vergangenen Monaten, stellte nüchtern und durchaus ausgewogen Vor- und Nachteile des Vertragswerks gegenüber, vermied es aber entsprechend dem Kabinettsbeschluss, den Abgeordneten ein bestimmtes Urteil zu empfehlen⁸³³. Noch ehe die Argumente der Befürworter und der Gegner voll entfaltet waren, fand die Redeschlacht im Halbrund des Parlaments am 30. 8. ein abruptes Ende. EVG-Anhänger präsentierten eine „motion préjudicielle“, d.h. einen Antrag auf Vertagung der Debatte bis zum 21. 9. zwecks Einberufung einer neuen Konferenz der Sechs, den ihre Gegner sofort konterkarierten. General Aumeran brachte eine „question préalable“ ein, die sogenannte „guillotine sèche“, die die Absetzung des Pariser Vertrages von der Tagesordnung zum Ziel hatte. Der zuständige Auswärtige Ausschuss beschloß nun, nur die „question préalable“ dem Plenum zur Abstimmung vorzulegen⁸³⁴. Mendès France lehnte daraufhin namens der Regierung die Beteiligung an dem Urnengang über den Verwerfungsantrag ab. Der Geschäftsordnung entsprechend, durfte schließlich nur jeweils ein Vertreter der sich befehdenden Gruppen das Wort ergreifen. Nach einem heftigen Schlagabtausch, in der sich der vierundachtzigjährige radikalsozialistische Alterspräsident Herriot aus dem Rollstuhl für den Antrag Aumerans und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion stark machte, während der Sozialist Christian Pineau die Fahne der EVG-Befürworter hochhielt, kam es am Abend des 30. 8. zum Wahlgang. Das von Mendès France stets behauptete Fehlen einer Mehrheit für den Pariser Vertrag fand eine eindrucksvolle Bestätigung. Mit 319 gegen 264 Stimmen nahmen die Abgeordneten den Antrag an. Kommunisten und Progressisten votierten einstimmig, die Gaullisten vom CNRS mit großer Mehrheit für die Vorlage von Aumeran. Nur das MRP stimmte beinahe unisono dagegen. In den übrigen Parteien hielten sich Befürworter und Gegner in etwa die Waage. Bei den Sozialisten durchbrach die Hälfte der Abgeordneten die Anfang Juni beschlossene Fraktionsdisziplin und zog damit das nur bedingt gerechtfertigte Verdikt auf sich, „Totengräber der EVG“⁸³⁵ zu sein. Die Sitzung endete im Tumult. Auf der extremen Rechten und der extremen Linken wurde die Marseillaise angestimmt, unterbrochen durch Moskau! Moskau! –Rufe aus der Mitte⁸³⁶. „Se termine ainsi“, notierte der Chronist, „dans l’ambiguïté, dans un climat de haine et de mépris, dans une atmosphère rancunière et revancharde un débat qui laissera des blessures et des cicatrices profondes, laides.“⁸³⁷

⁸³² S. Reden von Moch, Gaborit, Triboulet, Lejeune, Palewski, Moto-Giafferi, Brunet, Lapie und Apithy in der Assemblée Nationale, 28. 8. 1954, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1954, Bd. 7, S. 4379–4422; Clesse, Projet, S. 155–158.

⁸³³ S. Regierungserklärung von Mendès France in der Assemblée Nationale, 29. 8. 1954, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1954, Bd. 7, S. 4422–4436; Clesse, Projet, S. 158f.; O’Neill, Radical Party, S. 75.

⁸³⁴ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 29./30. 8. 1954, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1954, Bd. 7, S. 4436–4460; die beiden Anträge in: AdG 1954, S. 4707f.; Jansen an Adenauer, Aufzeichnung, o.D., in: Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 293f.

⁸³⁵ Loth, EVG, S. 196.

⁸³⁶ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 30./31. 8. 1954, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1954, Bd. 7, S. 4460–4498; AdG 1954, S. 4709.

⁸³⁷ Clesse, Projet, S. 164.

Trocken, ohne überhaupt die Aussprache eröffnet zu haben, gab die Nationalversammlung dem EVG-Vertrag den „Coup de Grace“⁸³⁸. Mendès France beeilte sich, noch am Abend in einer Presseerklärung die Verbundenheit Frankreichs mit der Atlantischen Allianz und seine Bereitschaft herauszustreichen, gemeinsam mit den Partnerstaaten nach neuen Lösungen zu suchen⁸³⁹. Das nun in Frankreich ausbrechende politische Erdbeben konnte er damit nicht verhindern. Die größte ideologisch-politische „querelle“ Frankreichs seit der Dreyfus-Affäre⁸⁴⁰ war zwar besiegelt, „la coupure de la France en deux“⁸⁴¹ aber noch keineswegs aufgehoben. Viele Anhänger der EVG empfanden die Abstimmung als „un Dien-Bien-Phu diplomatique“⁸⁴². Selbst jene, die sich wie Coty nie öffentlich für die Verteidigungsgemeinschaft ausgesprochen hatten, kritisierten das parlamentarische Procedere und sorgten sich jetzt um den Verlust an Prestige, Kredit und moralische Autorität⁸⁴³. Noch in der Nacht schloß die SFIO Moch und andere „anti-cédistes“ aus der Partei aus⁸⁴⁴. Am Tage danach verließen drei Minister aus Protest gegen ihren Chef die Regierung⁸⁴⁵, obwohl ein anderer Verlauf der Debatte bei einem energischeren Auftreten des Président du Conseil, notabene gegen den Willen des Kabinetts, doch unwahrscheinlich erscheint⁸⁴⁶. Dennoch brach im In- und Ausland ein Sturm der Entrüstung über ihn zusammen. Aufgebracht verlangten die BENE-LUX-Staaten und Italien die rasche Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem⁸⁴⁷. Die USA pflichteten dem ausdrücklich bei und warfen Frankreich öffentlich vor, Europa in Gefahr zu bringen⁸⁴⁸.

Adenauer, der das Pariser Treiben von seinem Urlaubsdomizil Bühler Höhe beobachtete, betrachtete den 30. 8. als „schwarzen Tag“ für Europa⁸⁴⁹. Von „souverän[er]“ Überblickung der Lage und zielstrebigem Ins-Visieren der NATO-Lösung⁸⁵⁰ kann bei ihm zunächst überhaupt keine Rede sein. Seine Hoffnung, mit der EVG die Basis eines neuen Europa zu legen, das dem Nationalismus abschwor und dem Aufbau einer supranationalen Welt diente⁸⁵¹, war zerplatzt, die Idee der supranationalen Integration Europas – wie Blankenhorn helllichtig erkannte – „auf viele Jahrzehnte gescheitert“⁸⁵². Die Sowjetunion hatte den „größte[n]

⁸³⁸ Fauvet, Naissance, S. 49.

⁸³⁹ S. Presseerklärung von Mendès France, 30. 8. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 295 f.; ders. an London etc., Tel. 12405 etc., 31. 8. 1954, in: DDF 1954, S. 236; AdG 1954, S. 4710.

⁸⁴⁰ Aron, Esquisse historique, S. 9.

⁸⁴¹ Gerbet, Construction, S. 144.

⁸⁴² Artikel Walchs, in: „Réforme“, 28. 8. 1954, im Auszug auch in: BDFD III, S. S. 223–225, hier S. 225.

⁸⁴³ S. Tb. Coty, 9. 9. 1954, in: de Baecque, René Coty, S. 223.

⁸⁴⁴ S. Moch, Histoire, S. 334 f.; AdG 1954, S. 4710; Cahn, Parti, Bd. 1, S. 269–273.

⁸⁴⁵ S. AdG 1954, S. 4710. Am 3. 9. vollzog Mendès France eine umfangreiche Regierungsumbildung, deren wichtigste Maßnahmen die Wiederernennung von Chaban Delmas zum Aufbauminister und die Ernennung Emmanuel Temples zum Verteidigungsminister waren (ebd., S. 4714B).

⁸⁴⁶ Vgl. Fauvet, Naissance, S. 55 f.; Grosser, Außenpolitik, S. 137.

⁸⁴⁷ Vgl. Wettig, Entmilitarisierung, S. 590.

⁸⁴⁸ S. Erklärung von Dulles, 31. 8. 1954, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1120–1122; in deutscher Übersetzung in: Bulletin 1954, S. 1451 f.

⁸⁴⁹ Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 289.

⁸⁵⁰ Köhler, Adenauer, S. 835.

⁸⁵¹ S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 142, Tb. 30. 8. 1954.

⁸⁵² BA, NL Blankenhorn, Bd. 32a, Bl. 105, Tb. 24. 8. 1954.

Trumpf“ seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht⁸⁵³, der Westen war gespalten. Der Kanzler währte sich „absolut vor einem Nichts“ und fragte sich sorgenvoll: „was soll aus Deutschland werden?“⁸⁵⁴. Verbittert und deprimiert dachte er kurzzeitig gar an Rücktritt⁸⁵⁵.

Demgegenüber quitierte die SPD, die seit ihrem Berliner Parteitag im Juli Viermächte-Verhandlungen eindeutig die Priorität gegenüber der Westbindung gegeben⁸⁵⁶ und seit der Brüsseler Konferenz Morgenluft gewittert hatte, das Ergebnis mit einer Mischung aus Schadenfreude und Euphorie. Noch am 30. 8. verlangte sie die Durchführung einer Viererkonferenz zur europäischen Sicherheit bzw. deutschen Wiedervereinigung⁸⁵⁷ und vergrößerte damit noch die Sorgen im Kanzleramt.

Für die Bundesregierung war der „Sündenbock“⁸⁵⁸ für das Fiasko natürlich schnell ausgemacht – Frankreich im allgemeinen und Pierre Mendès France im besonderen. Theodor Blank sah die EVG an der „Verbindung radikaler und weltweit gesteuerter französischer Parlamentarier und Ewig-Gestriger“ gescheitert⁸⁵⁹. Heinrich Krone setzte Mendès France auf die Anklagebank und meinte, dieser „Liberale“ habe bewußt die Periode christlicher Europapolitik „liquidiert“⁸⁶⁰. Er übernahm dabei die Diktion jener französischen EVG-Anhänger, die den Président du Conseil persönlich für den „crime du 30 août“⁸⁶¹ haftbar machten. Der Einheit der freien Völker sei „ein schwerer Schlag versetzt“ worden, ließ Adenauer am 31. 8. öffentlich verlauten⁸⁶². Gemeinsam mit Hallstein, Blankenhorn und von Eckardt verabredete er auf Bühler Höhe, Mendès France per Radiorede durch Strauß attackieren zu lassen⁸⁶³. Noch am selben Tag wärmte der Minister im „Südwestfunk“ die alten Gerüchte über das „marchandage planétaire“ wieder auf und bezichtigte den französischen Regierungschef, die „deutsche Frage“ nach dem Muster der Neutralisierung Indochinas lösen zu wollen⁸⁶⁴. Der Kanzler dachte genauso. Gegenüber dem englischen Hohen Kommissar Hoyer Millar bezeichnete er die Entscheidung der Assemblée Nationale als „logische Fortset-

⁸⁵³ AsD, SPD-Bundestagsfraktion WP II, Nr. 25, Fraktionsvorsitz Ollenhauer (Pariser Verträge), Ausführungen Adenauers im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates, 9. 9. 1954.

⁸⁵⁴ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 545, Wortprotokoll, 5. 10. 1954. In ähnlich düsterer Diktion äußerte sich Adenauer auch im Oktober auf der Londoner Konferenz gegenüber dem luxemburgischen Ministerpräsidenten Bech (Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 152). Zu der Einschätzung, durch das Scheitern der EVG „vor einem Nichts“ gestanden zu haben, s.a. Adenauer an McCloy, 18. 10. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 176.

⁸⁵⁵ S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 143, Tb. 26. 9. 1954; Seydoux, Erinnerungen, S. 182.

⁸⁵⁶ Vgl. Hrbek, SPD, S. 191–193; Löwke, SPD, S. 97–102.

⁸⁵⁷ Vgl. Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 254–256; Erklärung Ollenhauers in der Fraktionssitzung der SPD vom 31. 8. 1954, in: BDFD III, S. 363 f.; Cahn, Parti, Bd. 1, S. 220–222; Löwke, SPD, S. 111 f.

⁸⁵⁸ Seydoux, Erinnerungen, S. 181.

⁸⁵⁹ PA, NL von Kessel, Ordner [2], Blank an von Kessel, 17. 9. 1954.

⁸⁶⁰ Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 143, Tb. 26. 9. 1954.

⁸⁶¹ Fauvet, Naissance, S. 56.

⁸⁶² Bulletin 1954, S. 1441; s.a. Presseerklärung von Eckardt, 31. 8. 1954, in: von Eckardt, Leben, S. 302.

⁸⁶³ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 32a, Bl. 30, Tb. 31. 8. 1954.

⁸⁶⁴ S. Rundfunkansprache von Strauß im „Südwestfunk“, 31. 8. 1954, in: Bulletin 1954, S. 1450; Strauß, Erinnerungen, S. 261–266.

zung“ der Genfer Indochinakonferenz⁸⁶⁵, und im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates unterstellte er dem französischen Regierungschef am 9. 9. erneut geheime Absprachen mit den Kommunisten in Genf⁸⁶⁶. Kurz darauf ging er gegenüber dem Unterstaatssekretär im State Department Murphy noch einen Schritt weiter: Mendès France wolle Frankreich zur führenden Kontinentalmacht aufbauen und den deutschen Konkurrenten mit Hilfe der Sowjetunion niederhalten⁸⁶⁷.

Im Auswärtigen Amt folgte man dieser Kampagne nicht, da „kein Anhaltspunkt“ dafür vorlag, daß Mendès France der deutschen Produktion „Fesseln angelegt sehen möchte“⁸⁶⁸. Waren die Verbalinjurien Adenauers dennoch gerechtfertigt? Gewiß, die deutsch-französischen Beziehungen lagen an einem Tiefpunkt. Seit der Gründung der Bundesrepublik hatte es zahlreiche Spannungen und Konflikte mit dem westlichen Nachbarn gegeben. Doch niemals war das Verhältnis so zerrüttet wie in diesen Spätsommertagen 1954⁸⁶⁹. Wer aber trug die Verantwortung dafür? Gründeten Adenauers Ausfälle nicht auf einer völligen Fehleinschätzung der politischen Lage in Paris? Hatte er wirklich berechtigten Grund, den Erfolg der EVG nicht in Zweifel zu ziehen? Beruhte seine Beurteilung auf einer unzureichenden Informationsbasis, oder wollte er trotz intimer Kenntnis der politischen Landschaft in Frankreich die skeptischen Meldungen nicht wahrhaben? Ließ er sich von positiven Nachrichten verführen? Hatte er wider besseres Wissen starr an der EVG festgehalten⁸⁷⁰, die Durchsetzungsfähigkeit des Président du Conseil im parlamentarischen System der IV. Republik überschätzt?

Schon im Sommer 1952 war Sand ins Getriebe der EVG geraten, und schon damals hatten Mitarbeiter Adenauers begonnen, nach Auswegen zu suchen. Nach dem Scheitern der EVG verkündete Hallstein nicht ohne Stolz, man habe nicht weniger als elf Alternativvorschläge ausgearbeitet⁸⁷¹. Das entspricht zwar historischen Tatsachen, gibt aber keineswegs die internen Meinungsverschiedenheiten im Kanzleramt und Auswärtigen Amt wieder. Der Wahrheit näher kommt gewiß das Urteil de Maizières, der rückblickend meint, Kenner der politischen Szene in Frankreich hätten der EVG seit Herbst 1953, spätestens aber seit Anfang 1954 keine Chance mehr gegeben. Die Bundesregierung habe das nicht wahrhaben wollen und auf das Gelingen des Werkes vertraut⁸⁷². Auch Hausenstein behauptet retrospektiv, Adenauer habe die stets skeptischen Berichte seiner Vertreter in Paris ignoriert, sei durch sie vielmehr verärgert worden „– wahrscheinlich nicht ohne

⁸⁶⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 33b, Bl. 143–149, Unterredung zwischen Adenauer und Hoyer Millar vom 2. 9. 1954; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 145.

⁸⁶⁶ S. AsD, SPD-Bundestagsfraktion WP II, Nr. 25, Fraktionsvorsitz Ollenhauer (Pariser Verträge), Ausführungen Adenauers im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates, 9. 9. 1954.

⁸⁶⁷ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 33a, Bl. 80–89, Unterredung zwischen Adenauer und Murphy vom 14. 9. 1954, Geheim; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 145.

⁸⁶⁸ PA, Abt. 3, AZ 211–00/22, Bd. 4, „Die politische Konzeption des derzeitigen französischen Ministerpräsidenten Pierre Mendès France“, o.D.

⁸⁶⁹ Vgl. François-Poncet an Mendès France, Nr. 2226/CM, 27. 9. 1954, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1249–1264. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 129, Bl. 212.

⁸⁷⁰ Vgl. von Gersdorff, Außenpolitik, S. 259–263; Noack, Scheitern, S. 86–92.

⁸⁷¹ S. Interview Hallsteins mit „Die Welt“, auch in: Bulletin 1954, S. 1621.

⁸⁷² S. de Maizières, Pflicht, S. 163; vgl. dagegen Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 10.

Zutun des primitiven Optimismus, zu dem Herr Hallstein [...] neigen mochte“⁸⁷³. In dieser von persönlicher Ranküne gegen den Staatssekretär geprägten Einseitigkeit stimmt des Botschafters Darstellung mit der Wirklichkeit aber nicht vollständig überein. Allzuoft durchzog die Berichte seiner Behörde nämlich bis in den Sommer 1954 hinein die Hoffnung, Frankreich werde sich seiner großen Verantwortung nicht entziehen⁸⁷⁴. So mutet seine die eigene Weitsicht betonende nachträgliche Feststellung, Bonn sei durch die Entscheidung der Nationalversammlung „überrascht, ja befremdet [gewesen]. Unsere Mission war es nicht“, überheblich an⁸⁷⁵ – es sei denn Hausenstein und seine Mitarbeiter hätten ihre Meldungen *contre coeur* nach Bonn abgeschickt.

Die dem Kanzler zur Verfügung stehenden diplomatischen Berichte schwankten seit der Unterzeichnung des EVG-Vertrags im Mai 1952 zwischen Hoffen und Bangen und gaben ihm daher nie wirklichen Anlaß, der EVG keine Zukunft zuzubilligen. Außerdem waren die von Washington vorgegebenen Handlungsspielräume nicht so groß, als daß man vom 1950 vorprogrammierten Kurs hätte abweichen können. Dies wurde dem Kanzler insbesondere im Januar 1953 nach dem Amtsantritt von Dulles drastisch vor Augen geführt. Den USA ging es nicht nur um die Absicherung der Westintegration der Bundesrepublik und eine rasche Wiederbewaffnung, sondern auch um eine dauerhafte Friedensordnung in Europa, für die dem amerikanischen Außenminister eine supranationale Verklammerung der deutsch-französischen Verständigung unabdingbar erschien⁸⁷⁶. Alternativplanungen scheiterten in Washington stets an dem Teufelskreis, die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung und die französische nach Kontrolle in Einklang zu bringen⁸⁷⁷. In der Endphase nahm die Politik von Dulles, ohnehin beeinträchtigt durch eine „selektive Wahrnehmung der Realitäten“⁸⁷⁸, durchaus „dogmatische Züge“⁸⁷⁹ an und ließ Adenauer kaum Manövriermasse.

Das selbstkritische Eingeständnis Blankenhorns, der Kanzler habe zu stark auf die Einflüsterungen französischer EVG-Anhänger gehört und „die Dinge in Paris halt ein wenig zu sehr durch die Brille unserer MRP-Freunde gesehen“⁸⁸⁰, führt auf eine zweite Argumentationsebene – die der in Frankreich in Beamtenapparat, Parlament und öffentlicher Meinung objektiv vorhandenen Hindernisse bzw. der subjektiven Einwirkungsmöglichkeiten des Conseil des Ministres. Unbeirrt hielt die Bundesregierung über zwei Jahre daran fest, die Nationalversammlung nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Gab es in dieser Zeit aber überhaupt eine wirkliche Chance zur parlamentarischen Billigung des EVG-Vertrages? Ex post lamentierte Adenauer über die verpaßte Gelegenheit, das Abkommen nicht schon 1952 vom Bundestag ratifiziert zu haben, weil die Verschiebung den EVG-Geg-

⁸⁷³ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 108.

⁸⁷⁴ S. etwa: PA, Abt. 2, Bd. 987, von Walther an AA, Nr. 221–20/Nr. 1239, 18. 6. 1952; ebd., BStS, Bd. 267, Aufzeichnung Hausenstein, Nr. StS 721, 29. 1. 1953; ebd., Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 9, Aufzeichnung der Botschaft Paris, Nr. 215.232–10/22/1345/54, 2. 7. 1954.

⁸⁷⁵ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 137; s.a. Lappenküper, Wilhelm Hausenstein, S. 675 f.

⁸⁷⁶ Vgl. Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 231 f.

⁸⁷⁷ S. Felken, Dulles, S. 242.

⁸⁷⁸ Ebd., S. 241.

⁸⁷⁹ Ebd., S. 243.

⁸⁸⁰ Blankenhorn, *Verständnis*, S. 198, Tb. 28. 9. 1954.

nern in Frankreich einen willkommenen Anlaß zu eigenen Verzögerungen gegeben habe⁸⁸¹. Richtig an dieser Sichtweise ist gewiß dies: Mit dem französischen Regierungswechsel im Januar 1953 und dem Ausscheiden Schumans aus dem Kabinett verlor die Riege der „cédistes“ erheblichen Einfluß. Adenauer war in dieser Situation durchaus zu beträchtlichen Zugeständnissen bereit, wurde dann aber rüde von Dulles zurückgepfiffen. Mißtrauisch beobachteten sich die Regierungen in Bonn und Paris, ohne politischen Willen, den ersten Schritt zu setzen. An der Seine formierte sich die Opposition in allen politischen Lagern und formulierte zunehmend offensiver ihre vielschichtige Kritik. In einigen Kreisen wurde die deutsche Aufrüstung prinzipiell abgelehnt. Andere vertraten die Auffassung, daß die Remilitarisierung des Nachbarn, die nach dem Korea-Schock 1950 notwendig schien, durch die veränderte internationale Lage, dem Ende des Korea-Krieges und dem Tod Stalins anders zu bewerten sei. Wieder andere sahen die ursprüngliche französische Konzeption des Pleven-Plan durch den Pariser Vertrag nicht umgesetzt. Gegen die EVG sprach die Beschneidung der eigenen Souveränität, die fehlende Teilnahme Großbritanniens, die Angst vor einer deutschen Hegemonie in Europa, das ungewisse Schicksal des Vertrags nach einer eventuellen Wiedervereinigung Deutschlands oder die Rücksicht auf die Sowjetunion bzw. Hoffnung auf abrüstungspolitische Erfolge. Entsprechend dem eigenen Grad der Abneigung entwickelten die „anti-cédistes“ Alternativen, die von einer Ersetzung der Integration durch die Assoziation nationaler Armeen über die Beschränkung der Integration auf die Rüstung in Friedens- und das Personal in Kriegszeiten bis zur Bewahrung des EVG-Vertrags in einer gemäßigten Fassung reichten⁸⁸².

Es ist sicherlich nicht falsch, den Akteuren „mangelnde Konsequenz und Entschiedenheit“ vorzuwerfen; selbstverständlich gab es auch noch immer „emotionale Sperren, die einer Wiederbewaffnung der Deutschen im Wege standen“. Aber trotz aller grundsätzlichen Bereitschaft in der französischen Bevölkerung für ein vereintes Europa bedurfte es zur erfolgreichen „Flucht nach vorn in die sicherheitspolitische Supranationalität“ doch mehr⁸⁸³. Die sicherheitspolitische Krisensituation des Jahres 1950 hatte die Europa-Befürworter in Frankreich dazu gebracht, „à mettre la charrue devant les boeufs“; sie steuerten auf die militärische Integration zu, ohne daß der politische ‚Unterbau‘ existierte⁸⁸⁴. Dennoch zerbrach die EVG nicht „an einem Zuwenig“ an Supranationalität⁸⁸⁵, war es doch nicht zuletzt die französische Regierung, die die EPG-Verhandlungen 1953/54 zum Scheitern verurteilte⁸⁸⁶.

Wichtiger für den Entscheidungsprozeß an der Seine waren die sich in den vergangenen vier Jahren fundamental verändernden internationalen Rahmenbedin-

⁸⁸¹ S. AsD, SPD-Bundestagsfraktion WP II, Nr. 25, Fraktionsvorsitz Ollenhauer (Pariser Verträge), Ausführungen Adenauers im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates, 9. 9. 1954.

⁸⁸² Vgl. PA, Abt. 3, AZ 232–00, Bd. 10, Aufzeichnung, 26. 7. 1954 (Anlage zu von Etdorf an AA, 232–00–22–721/54, 27. 7. 1954); ebd., Bd. 11, Aufzeichnung 215.232–21/1258/54, 26. 6. 1954 (Anlage zu Heuseler an Ophüls, Aufzeichnung 215.232–21/1289/54, 29. 6. 1954); Moch, Histoire, S. 295–297; Fauvet, Naissance, S. 43 f.

⁸⁸³ Loth, Weg, S. 111.

⁸⁸⁴ Fauvet, Naissance, S. 57.

⁸⁸⁵ Loth, EVG, S. 191.

⁸⁸⁶ Vgl. Kap. III.2.2.

gungen. Der Krieg, der in der zweiten Hälfte 1950 die Diskussion über die deutsche Wiederbewaffnung beherrscht und maßgeblich zur Initiative Plevens geführt hatte, war mittlerweile friedvolleren Zeiten gewichen. Die innenpolitischen Gegebenheiten in Frankreich hatten sich nicht weniger dramatisch geändert. Pleven genoß 1950 die Unterstützung der europafreundlichen Sozialisten und des MRP, hinter Mendès France standen die *Républicains sociaux* und *Radicaux*⁸⁸⁷. Je sichtbar der französische Unvermögen wurde, aus eigener Kraft die militärische Balance gegenüber der Bundesrepublik in der EVG zu halten, desto bedeutsamer wurde für Paris die NATO als Kontrollinstanz gegenüber Bonn. Mit der Weigerung der Angelsachsen, auf die französischen Sicherungsansprüche einzugehen, und der gleichzeitig hartnäckig vorgetragenen Forderung der Amerikaner nach Ratifizierung der EVG verstärkte sich noch die Front der Gegner, die durch die amerikanische Ablehnung zur militärischen Unterstützung in Indochina weiteren Zulauf bekam. Gerade Dritte-Kraft-Anhänger entwickelten sich vielfach zu erbitterten Opponenten der EVG, die als Instrument einer aggressiven amerikanischen Machtpolitik das Gegenteil von dem zu bewirken schien, wofür man gekämpft hatte: Unabhängigkeit, Entspannung und Einbindung der Deutschen⁸⁸⁸. Die mit der „New-Look“-Strategie einhergehende Nuklearisierung der Kriegführung verschärfte die Spannungen zwischen europäischer und atlantischer Integration. Zum einen konnte Frankreich kein Interesse an dem implizit drohenden Truppenabzug der USA haben. Zum anderen mußte man sich aus der supranationalen EVG lösen, um die nationale Stellung in der Atlantischen Allianz zu wahren und den dafür erforderlichen Aufbau einer nationalen Atomstreitmacht in die Wege zu leiten⁸⁸⁹. Mehr und mehr galt eine durch entsprechende Kautelen abgesicherte Einbindung der Bundesrepublik in die NATO als geringeres Übel, zumal die Aussicht auf ein nukleares Mitspracherecht den gewünschten Sicherheitsvorsprung zu gewährleisten schien. In diesem Sinne gab die als Symbol für die nationale Grandeur wie für den eigenen Rang im Konzert der Mächtigen gehandelte und hauptsächlich vom Generalstab aufgeworfene Frage der Kernwaffen „den Ausschlag für das endgültige Scheitern der EVG“⁸⁹⁰. Mit der Entscheidung vom 30. 8. wahrte Frankreich die eigene Handlungsfreiheit. Würde es sich mit der Zustimmung zur deutschen Wiederbewaffnung jetzt leichter tun?

⁸⁸⁷ Vgl. Aron, *Esquisse historique*, S. 1; Gerbet, *Construction*, S. 152.

⁸⁸⁸ Vgl. Fauvet, *Naissance*, S. 40–51.

⁸⁸⁹ Vgl. Coutrot, *Politique atomique*, S. 309–316; Guillen, *Generalität*, S. 155 f.; Maier, *Internationale Auseinandersetzungen*, S. 231 f.

⁸⁹⁰ Bariéty, *Frankreich und das Scheitern der EVG*, S. 105. Bariéty sieht die Rolle des Generalstabs als geradezu „entscheidend“ (ebd., S. 99). Zum gleichen Urteil kommt der wissenschaftliche Direktor in der französischen Atomenergiekommission CEA: Goldschmidt, *Complexe atomique*, S. 143 f.

III.4.4 Der Weg aus der Sackgasse: Londoner Konferenz und Pariser Verträge 1954/55

Neuorientierung nach dem Fiasko

Das Ende der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bedeutete für die Außenpolitik der Regierung Adenauer ein „Fiasko“¹, von dem sie sich erstaunlich schnell wieder erholte. Für die Europapolitik blieben die Schäden hingegen irreparabel, weil der idealistische Impuls „gelähmt“² war und nicht revitalisiert werden konnte. Trotz tiefer Verbitterung fiel Adenauer nicht in dauerhafte Apathie. Am 31. 8. 1954 bestimmte er im Kreis seiner Mitarbeiter Hallstein, Blankenhorn und von Eckardt für die kommenden Verhandlungen mit den Westmächten folgende Richtlinien:

- „1. Fortsetzung der Politik der europäischen politischen Integration. Zurückstellung der Integration der europäischen Verteidigung.
2. Volle Souveränität (evt. für zwei Zonen).
3. Eintritt in NATO.
4. Abschluß von Verträgen über Aufenthalt von Truppen anderer Länder in der Bundesrepublik.“³

Mit diesem Programm, das in seinen Schwerpunkten europäische Einigung, Wiederherstellung der Souveränität und Wiederbewaffnung auf Kontinuität setzte, wurde etwaigen Spekulationen über eine Neuausrichtung der Bonner Außenpolitik sofort der Boden entzogen. Adenauer hielt weitere Bemühungen um den Pariser Vertrag vorerst für sinnlos, während die Europapolitik seiner Meinung nach fortgesetzt werden mußte. Grundsätzlich hatte er sich aber von der EVG noch nicht gänzlich verabschiedet. Wie Blankenhorn, Spaak oder auch Gerstenmaier⁴ hielt er sich die Option der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft weiterhin offen, wobei er sie aber im Gegensatz zu den anderen vor allem für den Fall der französischen Ablehnung eines deutschen NATO-Beitritts ins Kalkül zog.

Als er am nächsten Morgen vor das Kabinett trat, stellte er sein Programm mit bemerkenswerten Modifikationen vor. Im Kreis der Minister strich er das Attribut „volle“ bei Souveränität, unterließ jeden Hinweis auf die NATO, sprach statt dessen lediglich von „Teilnahme an der westlichen Verteidigung ohne Diskriminierung“ und ergänzte die Aufnahme unverzüglicher Verhandlungen mit den USA und Großbritannien. In der anschließenden Diskussion legte der Kanzler Wert auf die Feststellung, daß die Nichterwähnung Frankreichs keinen Ausschluß bedeute. Die Verständigung mit dem westlichen Nachbarn bleibe die Grundlage jeder europäischen Einigung. Dezidiert wandte er sich gegen die Forderung der Sozialdemokraten nach einer Viermächtekonferenz, weil sie seines Erachtens nur die Neutralisierung Deutschlands förderte. Das Kabinett stimmte Adenauers Ausführungen grundsätzlich zu. Es gab aber auch kritische Töne. Kaiser sah den

¹ Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 246.

² Besson, Außenpolitik, S. 153.

³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 32a, Bl. 30, Tb. 31. 8. 1954.

⁴ S. Conant an Dep. of State, Tel. 636, 1. 9. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1122–1125; Gerstenmaier, Streit, S. 350f.

Augenblick gekommen, gemeinsam mit der SPD die Westmächte zu einem Vorstoß in der Wiedervereinigungsfrage zu bewegen. Dehler hielt es für falsch, ausschließlich Mendès France für das Debakel verantwortlich zu machen. Hellwege sah die Schuldigen gar in den Reihen des Bundeskabinetts, da einige Minister die schnelle Ratifikation des EVG-Vertrags verhindert hätten. Ein Ausschuß unter Leitung von Blücher und Hallstein redigierte schließlich die endgültige Formulierung des Fünf-Punkte-Programms⁵. Der allseits mitgetragene Beschluß überdeckte den innerhalb der Koalition bereits im Keim angelegten Konflikt über den zukünftigen Kurs der Bonner Europa- und Deutschlandpolitik. Als Wortführer einer regierungsinternen „Fronde“ warnte der FDP-Vorsitzende in den nächsten Wochen vor einer einseitigen Prioritätensetzung zwischen Westbindung und Wiedervereinigung und setzte sich damit gleichermaßen vom Regierungskonzept wie von den Vorstellungen der Opposition ab⁶.

Adenauers Betonung der notwendigen Fortsetzung der Europapolitik wird man kaum als bloße „Absichtserklärung“⁷ abtun können. Sicherlich ist es richtig, daß der Kanzler seine Prioritätenliste je nach dem vor ihm sitzenden Auditorium variierte. Es ging ihm aber nicht nur um Souveränität und Aufnahme in die Atlantische Allianz. Nach dem Fehlschlag der EVG und dem parallelen Scheitern der Europäischen Politischen Gemeinschaft *mußte* er sich notgedrungen zunächst von der europäischen Integration lösen und den vorrangigen Notwendigkeiten zuwenden, also der Beseitigung des Besatzungsstatuts und der deutschen Wiederbewaffnung. Wer sieht, wie zielstrebig er in den kommenden Wochen dem Konzept des erweiterten Brüsseler Paktes die diskreditiert erscheinende europäische Idee implantierte, wird nicht umhinkommen festzustellen, daß seine Europapolitik mehr war als reine Rhetorik. Deshalb fällt es auch schwer, der Ansicht beizupflichten, er habe seine wahren Ziele verheimlichen müssen, um als „gebrochener Europäer“ und nicht als „ein ganz unangenehm normaler Deutscher“ auftreten zu können⁸.

Wie an der Seine aufmerksam registriert wurde, vermied das von Eckardt vorgestellte Programm⁹ jeden Hinweis auf den Grad der von Bonn angestrebten Souveränität, ließ aber keinen Zweifel an einem NATO-Beitritt auf dem Fuß echter Gleichheit und dem Willen zu separat ausgehandelten Verträge über die Truppenstationierung. Die Nichterwähnung Frankreichs wurde als neuer Versuch Adenauers gewertet, den Nachbarn zu isolieren und für seine Unbotmäßigkeit zu bestrafen¹⁰. Trotz aller Kritik an dieser „manifestation volontairement hostile“ brachte François-Poncet durchaus Verständnis für den Kanzler auf. „Il y a du Prussien, chez ce catholique de Prusse rhénane.“ Widerstände und Hindernisse, so

⁵ Kabinettsitzung, 1. 9. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 350–354, hier S. 352; s.a. François-Poncet an Mendès France, Nr. 2038, 7. 9. 1954, *Confidentiel*, in: DDF 1954, S. 293 f.; Ehlert, *Auseinandersetzungen*, S. 243 f.

⁶ Ebd., S. 246.

⁷ Köhler, Adenauer, S. 836.

⁸ Ebd., S. 837.

⁹ S. von Eckardt, *Leben*, S. 309–317; Erklärung der Bundesregierung, 1. 9. 1954, in: *Bulletin* 1954, S. 1449; Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, S. 298 f.

¹⁰ S. François-Poncet an Mendès France, Tel. 4203/08, 1. 9. 1954, *Très urgent*, in: DDF 1954, S. 242 f.; Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 571 f., Tb. 1. 9. 1954.

hatte er in jahrelanger intimer Beobachtung feststellen können, verursachten häufig bei ihm zunächst Wut und den Wunsch nach Repressalien. Doch beruhigte er sich schon bald wieder und wurde „plus civilisé“. Das Scheitern der von ihm seit Jahren verfolgten Politik zwang ihn geradezu zu harscher Kritik. Dabei bediente er sich einer Taktik, „qui consiste à afficher soit un violent courroux, soit une extrême anxiété, pour obtenir le plus possible des Américains“¹¹. Anders als die Bundesregierung, resümierte er wenige Tage später einen Vergleich zwischen der Politik Adenauers und Ollenhauers, arbeite die Opposition nicht daran, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen, sondern verharre „à la passivité“¹².

Mendès France schien weniger aufgeschlossen. Für ihn war das Bonner Programm nicht annehmbar. Eine vollständige Souveränität kam schon deshalb nicht in Frage, weil sie die Teilung zementierte und jegliche Chance zur friedvollen Einigung beider Teile Deutschlands in Übereinstimmung mit der Sowjetunion versperrte¹³. Dies bedeutete natürlich nicht, daß es ihm jetzt vorrangig um die Wiedervereinigung ging; nichts lag ihm ferner. Ziel war vielmehr die Bewahrung letzter Reste des Besatzungsstatuts und das Offenhalten der „deutschen Frage“. Ebenso inakzeptabel erschien dementsprechend auch das deutsche Ansinnen nach der Wehrhoheit. Der Regierungschef hielt es daher für angezeigt, in Bonn vor einer Verschärfung der Situation zu warnen, und erinnerte an Erklärungen von Dulles und Churchill, wonach die militärische Souveränität der Bundesrepublik vorerst ruhen bleibe. Frankreich beabsichtige nicht, die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrags auf unbestimmte Zeit zu verschieben, halte die der politischen Souveränität aber für vordringlich. Daher müsse es nun darum gehen, daß die Assemblée Nationale nicht durch die Verquickung beider Probleme davon abgeschreckt werde, der Aufhebung des Besatzungsstatuts zuzustimmen¹⁴.

Auch in London und Washington stieß das Bonner Konzept auf Bedenken. Dulles zielte auf eine Dringlichkeitssitzung aller NATO-Staaten, um Paris seine Isolierung vor Augen zu führen¹⁵. Eden faßte einen Zweistufenplan ins Auge, der zuerst Adenauers Zustimmung zum angelsächsischen Sofortprogramm einer zeitweiligen Entflechtung zwischen Deutschland- und Sicherheitsfrage vorsah und dann auf eine Konferenz der Angelsachsen und der EVG-Staaten über eine vollständige Ersatzlösung abzielte. Am 31. 8. pflichtete Dulles diesem Vorhaben bei und wies kurz darauf seinen Vertreter am Rhein an, etwaige Befürchtungen über eine Verschiebung der Sicherheitsfrage durch die Entkoppelung beider Komplexe auszukurieren. Gleichzeitig warnte er die Bundesregierung vor der Forderung nach voller Souveränität. Am 1. 9. beschloß das englische Kabinett, den Konferenzvorschlag für Mitte September zu unterbreiten und auch den NATO-Beitritt

¹¹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 386, Bl. 46, François-Poncet an MAE, Tel. 4222/26, 2. 9. 1954, Très urgent; s.a. ders. an Mendès France, Nr. 2226/CM, 27. 9. 1954, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1249–1264. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 129, Bl. 212.

¹² Ebd., Bd. 352, Bl. 206–210, ders. an dens., Nr. 2113/EU, 15. 9. 1954.

¹³ S. ebd., Bd. 1059, Bl. 37–39, Aufzeichnung Seydoux, 2. 9. 1954.

¹⁴ S. Mendès France an Bonn etc., Tel. 2740/42 etc., 2. 9. 1954, in: DDF 1954, S. 254 f.; BA, NL Blankenhorn, Bd. 33b, Bl. 166 f., Hausenstein an Hallstein, Tel. 514, 2. 9. 1954, Geheim, Citissime.

¹⁵ S. Unterredung zwischen Eisenhower und Smith vom 30. 8. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1117.

der Bundesrepublik auf die Agenda zu setzen. Außerdem gedachte es, die im Juli ausgearbeiteten Protokollentwürfe der westlichen Studiengruppe in Paris und in Bonn zu übergeben¹⁶. Dabei sahen die Briten bestimmte Grenzen und Garantien hinsichtlich der deutschen Rüstungsproduktion und der Befehlsgewalt vor¹⁷, während die Bildung einer die Inselmacht einschließenden europäischen Verteidigungsorganisation auf Vorbehalte traf, sofern die USA nicht entsprechende Rechte und Pflichten übernähmen¹⁸.

Während Mendès France, im übrigen auch der NATO-Rat, der teilweisen Entkoppelung zustimmte¹⁹, legte Adenauer sich quer und scheute auch nicht vor einem harten Zusammenstoß mit Conant zurück. Die ihm vorgelegten Protokolle der englisch-amerikanischen Arbeitsgruppe lehnte er am 2. 9. ab. Er akzeptierte die im Bonner Vertrag von 1952 fixierten Beschränkungen nicht mehr so ohne weiteres und mißbilligte jetzt auch die Auflösung des Junktims mit dem EVG-Vertrag. Psychologisch seien die Texte ganz unannehmbar, giftete der Kanzler den Hohen Kommissar an, und sie sollten auf keinen Fall dem Président du Conseil mitgeteilt werden. Denn wenn er sie in die Öffentlichkeit trage, sei der Scherbenhaufen noch größer²⁰. State Department und Foreign Office zogen daraus den Schluß, das Kanzleramt sei für den Entkoppelungsplan nicht zu haben. Das Vorhaben war gescheitert und wurde nicht wieder aufgenommen²¹. Statt dessen konzentrierten sich die Politiker in London und Washington jetzt auf die Alternative einer direkten NATO-Mitgliedschaft oder einer europäischen Sicherheitsorganisation mit Großbritannien, wobei die Amerikaner auch den Gedanken einer Revision des EVG-Vertrags noch nicht vollständig ad acta gelegt hatten. Beide Regierungen stimmten darin überein, sich nötigenfalls über ein Pariser Veto hinwegzusetzen und mit Bonn einen Alleingang zu wagen²². Churchill signalisierte am 1. 9. eine klare Präferenz für die NATO-Lösung und suchte Adenauer für eine notwendig erscheinende freiwillige Selbstbeschränkung zu gewinnen²³. Die Briten dachten an die Begrenzung der deutschen Truppen auf 12 Divisionen, die Abhängigkeit jeglicher Rüstungsproduktion von der Zustimmung des NATO-Rates, die Überwachung der deutschen Rüstung durch einen Rüstungspool der EVG-Staaten und die Unterstellung der aktiven deutschen Divisionen unter den SACEUR²⁴.

¹⁶ S. Smith an Conant, Tel. 621, 1. 9. 1954, Secret, in: ebd., S. 1125–1127; ders. an dens., Tel. 623, 2. 9. 1954, Secret, in: ebd., S. 1128–1130; Crouy-Chanel an Mendès France, Tél. 3420/22, 2. 9. 1954, in: DDF 1954, S. 257; Mager, Stationierung, S. 85–90; Thoß, Beitritt, S. 11 u. 13; zu den Protokollentwürfen der westlichen Studiengruppe s. Kap. III.4.3.

¹⁷ S. Massigli an Mendès France, Tel. 3455/60, 4. 9. 1954, Réservé, in: DDF 1954, S. 260f.

¹⁸ S. François-Poncet an dens., Tel. 4320/24, 6. 9. 1954, Confidentiel, Réservé, in: ebd., S. 277f.

¹⁹ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 938, 2. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1132–1135; Hughes an dass., Tel. Polto 321, 2. 9. 1954, Secret, Priority, in: ebd., S. 1135–1138.

²⁰ S. Conant an dass., Tel. 663, 2. 9. 1954, Secret, in: ebd., S. 1138–1140; Jansen, Großbritannien, S. 161–167; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 143f.

²¹ S. Conant an Dep. of State, Tel. 666, 3. 9. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1140f.; Butterworth an dass., Tel. 1153, 3. 9. 1954, Secret, in: ebd., S. 1141f.; Thoß, Beitritt, S. 16f.

²² Vgl. Steininger, Scheitern, S. 16; Thoß, Beitritt, S. 17.

²³ S. Churchill an Adenauer, 1. 9. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 142; mitgeteilt auch in: ders. an Eisenhower, 3. 9. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1144f.; Adenauer an Churchill, 3. 9. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 143; Felken, Dulles, S. 249.

²⁴ Vgl. Butterworth an Dep. of State, Tel. 1153, 3. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1141f.; Thoß, Beitritt, S. 18.

Wenngleich er aus Sorge um einem französischen Einspruch sicherheitshalber auch die Möglichkeit eines indirekten Einbaus in die Atlantische Gemeinschaft prüfen ließ, stand Adenauer dem direkten Zugang durchaus wohlwollend gegenüber, da die Parlamente sich seiner Meinung nach einer nochmaligen Debatte über eine Neubildung nach dem Muster der EVG widersetzen würden. Natürlich mußte die Bundesregierung gewisse Beschränkungen zubilligen. Um dem Vorwurf der Diskriminierung zu entgehen, setzte er auf Freiwilligkeit und sprach sich gegen jedes Oktroi aus²⁵. Eine Auflistung der Dienststelle Blank über etwaige Garantien für den Fall einer Aufnahme in den Atlantikpakt umfaßte politische, militärische und rüstungswirtschaftliche Aspekte wie die Verpflichtung, keinerlei Angriffskriege zu führen, die Beschränkung der Gesamtstreitkräfte auf 500000 Mann, den Verzicht auf die Produktion von ABC-Waffen sowie die Kontrolle der deutschen Rüstungsindustrie durch paritätische Organe²⁶.

Von derartigen Zugeständnissen war vorläufig natürlich nur intern oder in Andeutungen allenfalls gegenüber den Angelsachsen die Rede. In Richtung Frankreich ging der Kanzler hingegen auf Konfrontationskurs und ließ am 3. 9. seiner Wut und Verbitterung noch einmal freien Lauf. In einem Interview mit der „Times“, das im Hotel Dreesen nicht anders als ein „scandale“ bewertet wurde²⁷, bedauerte er sagen zu müssen, „daß Herr Mendès France die EVG zu zerstören wünschte“²⁸. Privat äußerte er gar die Hoffnung auf Neuwahlen in Frankreich²⁹. Nach dieser publizistischen Ungeheuerlichkeit folgte die Kalmierung über den Äther. Sie wurde ihm zweifellos auch durch die innenpolitische Reaktion aufge-
nötigt, die von Unmut und Stirnrunzeln bei Dehler bis zu herber Kritik bei Ollenhauer reichte³⁰. In einer Rundfunkansprache betonte der Kanzler am Tage darauf, er wolle keine Brüskierung oder Isolierung Frankreichs. Die Bundesrepublik sei bereit, „sich selbst, auch wenn sie im Besitz der vollen Souveränität ist, die Beschränkungen in der Bewaffnung aufzuerlegen, die die Fortführung der Europa-Politik erforderlich macht.“³¹ Parallel dazu bemühte sich der Chef des Bundespresseamtes in Gesprächen mit der französischen Hohen Kommission, die Wogen zu glätten³². Das Auswärtige Amt erklärte die Zeit der „réactions passionnelles“ für beendet und äußerte an die Adresse des Quai d’Orsay die Hoffnung auf konstruktive Vorschläge zur Lösung der anstehenden Probleme³³. Nachdem das State

²⁵ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 33b, Bl. 143–149, Unterredung zwischen Adenauer und Hoyer Millar vom 2. 9. 1954; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 305–307; Thoß, Beitritt, S. 18 f.

²⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 1252, Aufzeichnung Kiemansegg, 7. 9. 1954; Thoß, Beitritt, S. 19.

²⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1059, Bl. 97, François-Poncet an MAE, Tel. 4302/04, 5. 9. 1954, Priorité; s.a. ders. an Mendès France, Nr. 2226/CM, 27. 9. 1954, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1255–1257.

²⁸ Interview Adenauers mit „Times“, 3. 9. 1954, zitiert nach: AdG 1954, S. 4716; zu Adenauers Verbitterung vgl. Cahn, Parti, Bd. 1, S. 230–234.

²⁹ S. Adenauer an Pferdmeiges, 29. 8. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 143.

³⁰ S. Erklärung Dehlers in der Sitzung von Bundesvorstand und außerpolemischen Arbeitskreis der FDP vom 19. 9. 1954, in: Wengst (Bearb.), FDP-Bundesvorstand, S. 86–88; Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 259 f.

³¹ Rundfunkansprache Adenauers, 4. 9. 1954, in: Bulletin 1954, S. 1477–1479, hier S. 1478; s.a. François-Poncet an Mendès France, Tel. 4290/98, 4. 9. 1954, in: DDF 1954, S. 262 f.

³² S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 572–574, Tb. 4. 9. 1954.

³³ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1059, Bl. 197–198, François-Poncet an MAE, Tel. 4357/64, 8. 9. 1954, Confidentiel.

Department kurz darauf klar zu verstehen gegeben hatte, man setze auf die politische Zukunft von Mendès France³⁴, unterstrich Adenauer am 9. 9. im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates ausdrücklich den Willen, die Sorgen der Nachbarn in der Wiederbewaffnungsfrage zu berücksichtigen. „Wir müssen, glaube ich, freiwillige Zusagen geben“. Die Europapolitik bleibe maßgebend; an eine Viererkonferenz sei angesichts der Uneinigkeit des Westens nicht zu denken. Wenn Bonn über die NATO eine nationale Armee erhielte, sei sie eines Tages in eine europäische Streitmacht einzubringen³⁵.

An der Seine wurde das Bemühen des deutschen Regierungschefs um Beruhigung zwar gewürdigt³⁶. Es änderte aber nichts an der Absicht zur Umsetzung des Bonner Vertrags „non compris la souveraineté militaire“³⁷. Wollte sich Mendès France mit dieser Taktik durchsetzen, mußte er Dulles und Eden auf seine Seite ziehen. Die waren sich aber noch keineswegs über den einzuschlagenden Kurs einig. Am 6. 9. regte das Foreign Office die Einberufung einer Außenministerkonferenz der EVG-Staaten, der USA, Großbritanniens und Kanadas für den 14. 9. in London an. Sie sollte ausschließlich das Problem des deutschen Verteidigungsbeitrags behandeln, das nach englischer Auffassung durch die Transformation der EVG ohne supranationale Struktur in die NATO gelöst werden konnte³⁸. Das State Department lehnte dies ab, weil sich der in Manila auf der Gründungskonferenz der SEATO weilende Dulles nicht der Tempoforcierung Edens beugen mochte³⁹. Statt dessen brachten die USA den Vorschlag einer Außenministertagung der NATO-Staaten ein⁴⁰, der auch Adenauer zustimmte, weil er fürchtete, auf der von England favorisierten Neunmächtetagung zu unliebsamen Sicherheitsgarantien gezwungen zu werden⁴¹. Am 8. 9. einigten sich London und Washington darauf, vorerst alle prozeduralen Fragen zurückzustellen, bis Klarheit über die Alternative erzielt sei. Der an der Themse entwickelte Gedanke einer raschen Konferenz in London wurde zu den Akten gelegt, wobei Dulles sich jetzt aus Fernost bereit erklärte, nach Abschluß der amerikanischen Urteilsbildung zu diplomatischen Vorklärungen nach Europa zu kommen⁴².

³⁴ S. Conant an Dep. of State, Tel. 698, 7. 9. 1954, Secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1152–1954; Smith an Paris, Tel. 896, 9. 9. 1954, Secret, in: ebd., Bd. 6, S. 1445 f.

³⁵ AsD, SPD-Bundestagsfraktion WP II, Nr. 25, Fraktionsvorsitz Ollenhauer (Pariser Verträge), Ausführungen Adenauers im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates, 9. 9. 1954.

³⁶ S. François-Poncet an Mendès France, Tel. 4290/98, 4. 9. 1954, in: DDF 1954, S. 262 f.

³⁷ Mendès France an Parodi, Aufzeichnung, 5. 9. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 304.

³⁸ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 33b, Bl. 104 f., Unterredung zwischen Blankenhorn und Hoyer Millar vom 6. 9. 1954; François-Poncet an Mendès France, Tel. 4327/37, 7. 9. 1954, in: DDF 1954, S. 281–283.

³⁹ S. Butterworth an Dep. of State, Tel. 1153, 3. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1141 f.; Smith an London, Tel. 1330, 4. 9. 1954, Secret, Priority, in: ebd., S. 1147–1149; ders. an Dulles, Tel. Tedul 15, 6. 9. 1954, Top secret, in: ebd., S. 1150; Dulles an Smith, Tel. Dulte 10, 7. 9. 1954, Top secret, in: ebd., S. 1150 f.; ders. an dens., Dulte 11, 7. 9. 1954, Top secret, in: ebd., S. 1151; Massigli an Mendès France, Tel. 3506/09, 7. 9. 1954, Réservé, in: DDF 1954, S. 283 f.; Bonnet an dens., Tel. 5125/32, 7. 9. 1954, Priorité, in: ebd., S. 287 f.; Felken, Dulles, S. 246; Thoß, Beitritt, S. 19 f.

⁴⁰ S. Alphan an Mendès France, Tel. 50315/Pol. 174, 7. 9. 1954, Très urgent, in: DDF 1954, S. 286 f.

⁴¹ S. Conant an Dep. of State, Tel. 690, 7. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1152; ders. an dass., Tel. 698, 7. 9. 1954, Secret, Priority, in: ebd., S. 1152–1154.

⁴² S. Dulles an Eden, 8. 9. 1954, Top secret, in: ebd., S. 1155 f.; Eden an Dulles, 8. 9. 1954, Secret, in: ebd., S. 1156; Unterredung zwischen Leishman und Lyon vom 8. 9. 1954, Secret, in: ebd., S. 1156 f.;

Mit dem Scheitern des eigenen Projekts schwand für England die Hoffnung, sich etwaigen Forderungen nach einer langfristigen militärischen Bindung an einer europäischen Verteidigungsorganisation entziehen zu können. Eden sah sich daher am ersten Septemberwochenende zu einer gründlichen Revision seiner Position veranlaßt. Doch was dem Außenminister „suddenly“⁴³ im Badezimmer seines Landhauses Wiltshire eingefallen sein soll, wurde in diversen Zirkeln bereits seit Monaten diskutiert: ein europäischer Ersatz für die EVG nach dem Muster des Brüsseler Paktes von 1948. Edens Privatsekretär Evelyn Shuckburgh, Albrecht von Kessel, französische Generalstäbler, Alexandre Parodi, Jean-Jacques Servan-Schreiber und Pierre Mendès France hatten schon früher ähnliche Überlegungen angestellt. Dem französischen Regierungschef ist also durchaus zuzustimmen, wenn er später wiederholt beteuerte, er habe dem englischen Außenminister lediglich den Vortritt bei der Präsentation des Plans gelassen, um der britischen Öffentlichkeit den Abschied von der Tradition – keine dauerhafte militärische Bindung auf dem Kontinent – zu erleichtern⁴⁴. Die letztendlich gefundene Lösung zur deutschen Wiederbewaffnung mittels Erweiterung des Brüsseler Paktes zur Westeuropäischen Union (WEU) war also im Kern ein französisches und nicht ein englisches Konzept⁴⁵. Mendès France hatte Eden gegenüber in Chartwell eine Verbindung zwischen Großbritannien und der Sechsergemeinschaft angeregt. Er stellte die deutsche Wiederbewaffnung also keineswegs grundsätzlich in Frage, zielte aber darauf ab, ihre Rahmenbedingungen mit den französischen Sicherheitsinteressen in Einklang zu bringen. Dazu gehörte für ihn seit den dreißiger Jahren vor allem die Überzeugung, „que la solidarité franco-britannique est la pierre angulaire de toute construction européenne durable“⁴⁶. Gerade auch in sicherheitspolitischer Hinsicht wollte sich der französische Regierungschef anders als Monnet und Schuman mit dem um Frankreich und Deutschland gebauten Kleineuropa nicht begnügen. Die Allianz mit den Briten begriff er als „pivot [...] d’une défense européenne cohérente“ und „contrepoids nécessaire à l’incontournable réarmement allemand“⁴⁷.

Seine Beamten im Quai d’Orsay sahen potentiell vier Möglichkeiten zur deutschen Remilitarisierung:

1. die reine NATO-Mitgliedschaft, die für den französischen Magen sicherlich nur durch zusätzliche Sicherungsmaßnahmen wie der Verpflichtung zur Nichtverwendung militärischer Macht oder dem Verbot bestimmter Rüstungsproduktionen und der Limitierung der deutschen Truppenstärke verdaulich würde;
2. die Abwandlung des EVG-Systems durch Suspendierung der Maßnahmen zur Integrierung der Streitkräfte oder durch ausschließliche Beibehaltung der Rüstungsgemeinschaft;

Unterredung zwischen Watson und Barbour vom 8. 9. 1954, Secret, in: ebd., S. 1157f.; Eden an Dulles, 9. 9. 1954, Secret, Priority, in: ebd., S. 1159.

⁴³ Eden, *Memoirs*, S. 151; vgl. Carlton, Anthony Eden, S. 361; Jansen, Großbritannien, S. 167–171; Mager, Stationierung, S. 92–94.

⁴⁴ S. Mendès France, *Choisir*, S. 77; Thoß, Beitritt, S. 21.

⁴⁵ Vgl. Hitchcock, France, S. 197f.; du Réau, Pierre Mendès France, S. 31.

⁴⁶ Ebd., S. 33.

⁴⁷ Busschaert, *Questions militaires*, S. 166.

3. die Bildung einer neuen europäischen Verteidigungsorganisation mit Großbritannien und eventuell anderen Mitgliedern ohne supranationale Führungsebene, ohne gemeinsames Budget und unter Ausklammerung einer deutschen NATO-Mitgliedschaft, wobei die einfache Ausweitung des Brüsseler Vertrags wegen der gegen Deutschland gerichteten Präambel nicht sinnvoll schien;
4. eine Verknüpfung von Elementen dieser Organisation mit der Rüstungsgemeinschaft des Pariser Vertrags, um die Kontrolle des deutschen Verteidigungsbeitrags zu schärfen⁴⁸. Zu diesem Zweck stellte der „Service des Pactes“ des Quai d'Orsay Überlegungen an, die Aufstellung deutscher Truppen in Etappen durchzuführen. Auch die Integrierung in amerikanische, englische oder französische Verbände wurde erwogen, sogar eine Amalgamierung deutscher Armeekorps mit alliierten Divisionen nicht ausgeschlossen⁴⁹.

Am 7. 9. griff Mendès France erstmals öffentlich in die Debatte über die deutsche Wiederbewaffnung ein, und seine Ausführungen ließen starke Rücksichtnahme auf jene Teile der französischen Öffentlichkeit erkennen, die wieder einmal Furcht vor dem wachsenden deutschen Selbstbewußtsein hegten. Seit den Jubelstürmen über den Gewinn der Fußballweltmeisterschaft in Bern am 4. 7., die ihn an die Enthusiasmusausbrüche während der Olympischen Spiele 1936 erinnerten, machte François-Poncet in der Bundesrepublik einmal mehr Tendenzen eines um sich greifenden Nationalismus aus⁵⁰. Gewiß gab es auch andere Stimmen, etwa den germanophilen Publizisten Robert d'Harcourt, der seine Landsleute dazu aufrief, die Obacht nicht zur Obsession werden zu lassen⁵¹, oder den Historiker Pierre Gaxotte, der ihnen empfahl, die Verletzbarkeit des völlig in die Knie gezwungenen Nachbarn stärker zu berücksichtigen und die Gunst der Stunde zum „accord d'intérêts“ zu nutzen⁵². Aber selbst so wohlmeinende Kommentatoren wie Alfred Grosser führten jetzt Klage über den inneren Zustand der Bonner Republik, kritisierten nach dem Eintritt von Theodor Oberländer und Waldemar Kraft ins Bundeskabinett heftig das Anbandeln des Kanzlers mit den nationalen und Vertriebenen-Kreisen. Grosser paßte es auch ganz und gar nicht, wenn d'Harcourt das hohe Lied auf Adenauer sang, den Vergleich zwischen den beiden Teilen Deutschlands all zu günstig im Sinne der Bundesrepublik ausfallen und dabei „les millions de malheureux“ in Westdeutschland unerwähnt ließ⁵³.

Selbst einen Deutschland freundlicher gesinnten Politiker als Mendès France hätte die Vielfalt der Stimmen zur Vorsicht geraten. Im Fadenkreuz innerer und äußerer Kritik war der Président du Conseil so behutsam, vielleicht auch verunsichert, daß er seine Ansprache vor der Anglo-American Press Association in Paris nicht zur Veröffentlichung freigab. Aus Berichten ihm nahestehender Zeitungen

⁴⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1060, Bl. 98, „Note de couverture“, September 1954; ebd., Bl. 99–107, Aufzeichnung Nr. 1, o.D.; ebd., Bl. 108–110, Aufzeichnung Nr. 2; ebd., Bl. 117–123, Aufzeichnung Nr. 3; ebd., Bl. 125–127, Aufzeichnung Nr. 4.

⁴⁹ S. ebd., Bd. 1058, Bl. 81–83, Aufzeichnung des „Service des Pactes“ im MAE, 31. 8. 1954 (Konzept JMB).

⁵⁰ S. François-Poncet an Mendès France, Nr. 1696/CM, 31. 7. 1954, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1205 f.

⁵¹ S. d'Harcourt, L'Allemagne, bes. S. 165–173, im Auszug auch in: BDFD III, S. 845–847.

⁵² Artikel Gaxotte, in: „Le Figaro“, 13. 9. 1954.

⁵³ Artikel Grosser, in: „Réforme“, 11. 9. 1954, im Auszug auch in: BDFD III, S. 847–849, hier S. 848.

über seine vertraulichen Ausführungen ergab sich für die Deutsche Vertretung in Paris der Eindruck, als ob es ihm mehr um die anglo-französische Entente als um die deutsch-französische Aussöhnung gehe: feste Westbindung der Bundesrepublik; Aufnahme in die NATO unter gewissen Bedingungen; Absicherung der deutschen Wiederaufrüstung mit Hilfe eines Rüstungspools und einer internationalen Instanz zur Festlegung des Rüstungsbeitrags eines jeden Mitglieds. Viermächteverhandlungen über Deutschland galten erst dann als sinnvoll, wenn die Sowjetunion ihre Haltung über gesamtdeutsche Wahlen änderte. Anzeichen einer erneuten Verschleppungstaktik waren aus Sicht der deutschen Diplomaten nicht auszumachen, zumal Mendès France einen kurzen Vertragstext anstrebte, der bereits eine Woche nach Abschluß der Verhandlungen dem Parlament vorgelegt werden könne⁵⁴.

Nachdem der Rechtsberater des Quai d'Orsay, Gros, im Auftrag der Direction Politique die juristischen Schwierigkeiten eines deutschen Beitritts zum Brüsseler Pakt untersucht und die notwendigen Vertragsmodifikationen skizziert hatte⁵⁵, verfaßte Mendès France ein Telegramm an Massigli, in dem er der englischen Regierung am 8. 9. den Vorschlag unterbreitete, Deutschland und Italien die Türen zum Brüsseler Pakt zu öffnen. Dieser Weg bot einen dreifachen Vorteil: Er gab der deutschen Wiederbewaffnung einen europäischen Anstrich, zog die Briten mit ins Boot und hielt die Perspektive des deutschen NATO-Beitritts offen⁵⁶. Aus Sorge vor etwaigem Widerstand instruierte PMF seinen Botschafter indes, noch nicht aktiv zu werden: Da sich Eden mittlerweile dazu entschlossen hatte, die Neunmächtekonferenz durch eine Reise in die betroffenen europäischen Staaten vorzubereiten, gedachte Mendès France, seinen Vorstoß erst bei dessen Aufenthalt in Paris zu lancieren⁵⁷. Dementsprechend beließ er es bei seinem ersten Auftritt vor dem NATO-Rat am 9. 9. bei allgemeinen Wendungen und dem Hinweis, die Lösung der deutschen Remilitarisierung könne nur „dans une cohésion accrue de notre alliance et dans un partage équitable des responsabilités qui en découlent“ gefunden werden⁵⁸.

Seine Vorsicht war allzu berechtigt. Von seinem Botschafter in London mußte PMF erfahren, daß seine Vorstellungen mit denen Edens nicht übereinstimmten. Der englische Außenminister hatte vor dem Kabinett nämlich noch einmal eine dauerhafte Stationierung britischer Truppen auf dem Kontinent ausgeschlossen⁵⁹. Außerdem hatten State Department und Foreign Office ein Inkrafttreten des Deutschlandvertrags ohne gleichzeitige Klärung der Wiederbewaffnungsfrage am 7. 9. strikt abgelehnt⁶⁰. Als Massigli ihm vor seinem Abflug auf den Kontinent die Vorstellungen von Mendès France skizzierte, plädierte Eden vehement für die

⁵⁴ S. PA, Abt. 3, AZ 230–07, Bd. 7, von Walther an AA, Tel. 526, 8. 9. 1954; Bericht von „AFP“ über die Ausführungen von Mendès France, in: EA 1954, S. 7238 f.; Thoß, Beitritt, S. 22 f.; zum Konzept des Rüstungspools vgl. ausführlich Calandri, Western European Union Armament Pool; s.a. Noack, Scheitern, S. 151–163.

⁵⁵ S. Aufzeichnung Gros, Nr. 635, 8. 9. 1954, Confidentiel, in: DDF 1954, S. 302–304.

⁵⁶ S. Mendès France an Massigli, Tel., 8. 9. 1954, Entwurf, in: ebd., S. 313–315; Guillen, Frankreich und die NATO-Integration, S. 434 f.

⁵⁷ S. Parodi an Massigli, 9. 9. 1954, in: DDF 1954, S. 312.

⁵⁸ PA, Abt. 3, AZ 223–00, Bd. 8, Rede von Mendès France vor dem NATO-Rat, 9. 9. 1954, Secret.

⁵⁹ Vgl. Jansen, Großbritannien, S. 171–176; Mager, Stationierung, S. 96–98; Thoß, Beitritt, S. 22.

⁶⁰ Vgl. Noack, Scheitern, S. 98.

Aufnahme der Bundesrepublik in die Atlantische Allianz. Die Diskussion verlief so wenig verheißungsvoll, daß der französische Botschafter sofort nach Paris kablelte, an einer wie auch immer gearteten deutschen NATO-Mitgliedschaft sei kaum vorbeizukommen. Denn Washington werde einer Verschiebung der Aufnahme Bonns *ad calendas graecas* nicht zustimmen, und London werde auf keinen Fall für eine enge europäische Lösung zu haben sein. Massigli regte daher an, die notwendigen militärischen Kontrollen in die Hände von SHAPE zu legen⁶¹.

In diese Richtung zielten auch die amerikanischen Überlegungen. Washington hielt nichts von einer europäischen Ersatzlösung, sondern strebte einen direkten deutschen NATO-Beitritt unter Einbeziehung gewisser „non-discriminatory safeguards“ an⁶². Damit lag man genau auf der Bonner Wellenlänge. Adenauer sprach sich am 8. 9. erstmals eindeutig im Bundeskabinett für die Aufnahme in die Allianz aus⁶³. In einer internen Besprechung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Amt Blank betonte Hallstein wenige Tage später, daß eine „verwässerte EVG“ ohne supranationale Elemente oder eine „kleine NATO-Lösung“, wie sie der Parodi-Plan beschrieb, nicht in Frage kämen. Angestrebt werde die „richtige“ NATO-Lösung, die durch eine automatische Beistandsverpflichtung eines kleineren internen Kreises ergänzt werden müsse. Einvernehmen herrschte in der Runde über eine quantitative Obergrenze bei den deutschen Truppen von 500 000, die schon durch das zur Verfügung stehende „Menschenmaterial“ gegeben war. Hinsichtlich der qualitativen Restriktionen gingen die Meinungen indes auseinander. De Maizièr erinnerte daran, daß die im EVG-Vertrag aufgelisteten Rüstungsverbote nur die Produktion, nicht aber den Besitz der Waffen beträfen. Während Ophüls die Form des von Mendès France in die Diskussion gebrachten Rüstungspools als Kontrollinstrument begrüßte, stand Hallstein dem Projekt eher skeptisch gegenüber. De Maizièr verdächtigte Frankreich, auch die Bewaffnung der deutschen Truppen mitbestimmen zu wollen. Da die NATO als Kontrollorgan ausfiel, weil sie nur Empfehlungen aussprechen konnte, stimmte das Gremium einem Vorschlag von Ophüls zu, die Ausrüstung der deutschen Kontingente im EVG-Rahmen durchzuführen. Eines zeigte der Verlauf der Sitzung in aller Deutlichkeit: Das Mißtrauen gegen Frankreich steckte noch sehr tief. Man war sich nicht einmal sicher, ob Mendès France den deutschen Wehrbeitrag nicht doch noch torpedieren werde, sei es durch Einzelvorbehalte und Bedingungen oder ein „Gespräch mit den Russen“⁶⁴.

Tatsächlich zeigte sich der Quai d'Orsay trotz der gegenwärtigen Flaute in den Ost-West-Beziehungen durchaus daran interessiert, den Gesprächsfaden sofort wieder aufzunehmen, sofern der Kreml seinen gegenwärtigen „immobilisme“ auf-

⁶¹ S. Massigli an Mendès France, Tel. 3535, 9. 9. 1954, *Très secret*, *Réserve*, *Diffusion restreinte*, in: DDF 1954, S. 308–310; ders. an Parodi, 10. 9. 1954, *Personnelle*, in: ebd., S. 328–330; Massigli, *Comédie*, S. 461 f.; du Réau, Pierre Mendès France, S. 31; Guillen, Frankreich und die NATO-Integration, S. 435.

⁶² Smith an Eisenhower, Tel., 10. 9. 1954, *Top secret*, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1160 f., hier S. 1160.

⁶³ S. Kabinettsitzung, 8. 9. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 365.

⁶⁴ PA, B 14, Ref. 211, Bd. 68, Bl. 106–111, Unterredung bei Hallstein vom 11. 9. 1954.

gabe und Aussicht auf Erfolg bestünde⁶⁵. Der proeuropäische französische Botschaftsrat in Washington, Grandville, warnte gegenüber seinem deutschen Kollegen von Kessel gar vor Versuchen seiner Regierung, den Bonner Verteidigungsbeitrag durch eine „Intrigue“ mit Moskau zu vereiteln. Daher komme es darauf an, die Wiederbewaffnung in kürzester Frist unter Dach und Fach zu bringen. Wenn dem Pariser Parlament „brutal“ zu verstehen gegeben werde, „daß *nur* die NATO Lösung zur Debatte stehe, dann werde es sie annehmen“⁶⁶.

Am 11. 9. startete Eden seine Rundreise auf dem Kontinent. Nach ermutigenden Gesprächen mit Spaak, Bech und Beyen in Brüssel⁶⁷ traf er am Tage darauf in Bonn ein. Adenauer konfrontierte ihn mit einem breiten Geschichtspanorama, das in eine zentrale These mündete: die zwingende Notwendigkeit zur Westbindung der Bonner Republik. Durch Demokratie und Europa müsse die „Unausgeglichenheit des deutschen Volkes“ bereinigt werden. Als Eden neben seinem Plan des deutschen NATO-Beitritts die europapolitischen Vorteile einer Erweiterung des Brüsseler Paktes herausstellte, zeigte sich Adenauer verständlicherweise sehr interessiert. Denn damit bot sich die Chance, die im NATO-Rahmen nur schwer lösbare Problematik der Sicherheitsgarantie zu beheben, Großbritannien an den Kontinent heranzuführen und die Bundesrepublik stärker in den Westen zu integrieren, als es eine Militärkoalition vermochte. Der Kanzler kam dann auf sein zweites Anliegen zu sprechen, die rasche Beendigung des Besatzungsstatuts. Entgegen ersten Andeutungen gab Hallstein im Verlauf der Unterredung zu erkennen, daß die Bundesregierung gewisse Reservatrechte der Alliierten in bezug auf Berlin und Gesamtdeutschland akzeptiere. Adenauer erklärte sich zu militärischer Selbstbeschränkung bereit, sofern sie nicht diskriminierend wirke. Die Frage der Truppenstationierung wollte er nicht mehr qua Besatzungsrecht, sondern auf der Basis des NATO-Vertrags neu verhandelt wissen. Schließlich billigte er den britischen Zeitplan zur Durchführung der Neunmächtekonferenz im September und einer NATO-Konferenz im Oktober⁶⁸. Darüber hinaus ließ er wenig später den Amerikanern gegenüber signalisieren, daß die Bundesregierung auch in der Frage der staatlichen Selbstbestimmung moderat bleiben werde⁶⁹. Von voller Souveränität oder auch nur von Souveränität wollte er, wie er am 14. 9. in der CDU/CSU-Fraktion in markanter Abgrenzung zu seinen Erklärungen vom Monatsbeginn darlegte, gar nicht mehr sprechen. Sein Motto lautete jetzt vielmehr „Aufhören des Besatzungszustandes“. Wenn das Besatzungsstatut erst einmal verschwunden

⁶⁵ Le Roy an MAE, Tel. 2426/37, 6. 9. 1954, *Résumé*, in: DDF 1954, S. 274–276, hier S. 276; s.a. Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 8. 9. 1954, in: ebd., S. 305–307.

⁶⁶ PA, NL von Kessel, Ordner [2], von Kessel an AA, Tel., 13. 9. 1954.

⁶⁷ S. Eden, *Memoirs*, S. 153 f.; Spaak, *Memoires*, S. 241 f.; Vauclles an MAE, Tel. 555/58, 13. 9. 1954, *Résumé*, in: DDF 1954, S. 347 f.; Jansen, Großbritannien, S. 179–183; Mager, Stationierung, S. 108 f.

⁶⁸ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 33a, Bl. 108–124, Unterredung zwischen Adenauer und Eden vom 12. 9. 1954, Geheim, 16. 9. 1954; Conant an Dep. of State, Tel. 755, 13. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1181–1184; Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, S. 308; Eden, *Memoirs*, S. 154–157; Blankenhorn, *Verständnis*, S. 195 f., Tb. 12. 9. 1954; François-Poncet an Mendès France, Tel. 4425/30, 13. 9. 1954, *Priorité*, in: DDF 1954, S. 344–346; Jansen, Großbritannien, S. 183–186; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 145–147.

⁶⁹ Vgl. Thoß, *Beitritt*, S. 25.

sei, ergänzte er in eigentümlicher Auslegung der völkerrechtlichen Grundlagen der Bundesrepublik, werde die Souveränität „von selbst aufleben“⁷⁰.

Der englische Außenminister verließ die Bundeshauptstadt in der Überzeugung, wesentliche Hindernisse seines Planes fortgeräumt zu haben⁷¹. Sein Aufenthalt in Rom verstärkte noch seinen Optimismus⁷². Vor der Abreise nach Paris erteilte ihn dann aber plötzlich ein Schock, „a shock from Washington“⁷³. Soeben aus Asien zurückgekehrt, teilte Dulles ihm seine Absicht mit, umgehend nach Bonn zu fliegen und am 17. 9. mit ihm in London zusammenzukommen. Das State Department sah sich erheblichem Druck von Seiten des Pentagon und des Kongresses ausgesetzt, die ein deutsches Abdriften nach Osten befürchteten bzw. nicht mehr zur europäischen Verteidigung beitragen wollten, wenn die Bundesrepublik nicht gleichberechtigt beteiligt würde⁷⁴. Dem amerikanischen Außenminister gefiel daher der Plan eines Ausbaus des Brüsseler Paktes nicht, an dem ihm nicht zuletzt das fehlende Moment der Supranationalität mißfiel. Zunächst müsse es darum gehen, so ließ er sein englisches Pendant wissen, der Bundesrepublik die Souveränität zu geben⁷⁵. Eden sah sein Werk gefährdet und gab Dulles kühl zu verstehen, daß er an den europäischen Realitäten vorbeidächte⁷⁶. In Paris angekommen, besprach er sich mit Staatssekretär Nutting und Botschafter Jebb, die ihm dringend zu einer britischen Garantie der Truppenstationierung rieten. Der Minister wollte davon nicht wissen, befürchtete er doch, Mendès France könne die britische Verpflichtung zur Kenntnis nehmen und weitere Forderungen stellen⁷⁷.

Mittlerweile hatte der Quai d'Orsay dem Matignon eine umfangreiche Ausarbeitung über akzeptable Bedingungen für die deutsche Wiederbewaffnung vorbereitet. Ein direkter NATO-Beitritt galt weiterhin als unannehmbar. Statt dessen empfahl das Ministerium den Umweg über eine Ergänzung des Brüsseler Pakts, der, wie ehemals die EVG, mit der NATO vertraglich verknüpft werden sollte. Die Truppenstärke jedes Mitglieds gedachte man der Billigung des Rats der Atlantischen Allianz und des Brüsseler Paktes zu unterwerfen, so daß Frankreich ein doppeltes Veto-Recht gegen etwaige deutsche Truppenvermehrungen besaß. Als zusätzliche Sicherungen verbot man der Bundesrepublik die Unterhaltung nicht-integrierter Verbände, beschränkte die deutschen Kontingente auf Divisionsstärke und verlangte ein Übergewicht der auf deutschem Boden stationierten alliierten Einheiten gegenüber den deutschen Truppen. Als unabdingbar galten darüber

⁷⁰ ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1006/3, Erklärung Adenauers in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 14. 9. 1954.

⁷¹ S. Eden an Dulles, 13. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1184–1186. Auch Adenauer rühmte die „volle Übereinstimmung der Auffassungen“ (Adenauer an Churchill, Tel., 13. 9. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 152).

⁷² S. Eden, Memoirs, S. 157 f.; Fouques-Duparc an Mendès France, Tel. 748/9, 15. 9. 1954, Priorité absolue, Réserve, in: DDF 1954, S. 369; Luce an Dep. of State, Tel. 1071, 16. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1203–1205; Jansen, Großbritannien, S. 186; Thoß, Beitritt, S. 25 f.

⁷³ Eden, Memoirs, S. 158.

⁷⁴ S. Bonnet an Mendès France, Tel. 5254, 16. 9. 1954, Secret, Réserve, in: DDF 1954, S. 377–379; Hofmann, Truppenstationierung, S. 215.

⁷⁵ S. Dulles an Eden, 14. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1192–1194.

⁷⁶ S. Eden an Dulles, 15. 9. 1954, in: ebd., S. 1187; Eden, Memoirs, S. 159; Felken, Dulles, S. 251 f.

⁷⁷ S. Eden, Memoirs, S. 160; Carlton, Anthony, Eden, S. 361 f.; Mager, Stationierung, S. 110.

hinaus größtmögliche Kontrollen der deutschen Rüstungsindustrie durch eine Behörde, der sich natürlich auch die anderen Mitglieder zu unterwerfen hatten, wobei das Ministerium indes einseitige Diskriminierungen der Bundesrepublik nicht ausschloß, so beim Verbot der Produktion von ABC-Waffen. Im Vergleich zu den Angelsachsen wäre die Benachteiligung Frankreichs demnach ausschließlich auf den konventionellen Bereich beschränkt. „Pour le reste, nous conservons notre entière liberté d'action, dont l'Allemagne fédérale demeure privée“⁷⁸.

Eine derartige Handlungsfreiheit forderte jetzt vor allem die militärische Führung. In einem Notenwechsel mit dem Quai d'Orsay verlangte der Generalstab des Heeres am 11. 9. für die von ihm bereits Ende Juni ins Auge gefaßte europäische Verteidigungsorganisation unter Einschluß Großbritanniens die Ausrüstung mit Kernwaffen, die Frankreich, nicht aber die Bundesrepublik besitzen dürfe. Da man die finanzielle Belastung für eine nukleare und eine der Bundesrepublik ebenbürtige konventionelle Rüstung nicht allein tragen konnte, empfahl er die Schaffung einer integrierten europäischen Atomstreitmacht im Rahmen eines atlantischen Atompools⁷⁹. Die Pläne de Gaulles aus dem Jahre 1958 vorwegnehmend, dachte man außerdem an ein strategisches Dreierdirektorium, deren Berechtigung ungeachtet der fehlenden Nuklearkapazität aus der Weltmachtstellung Frankreichs abgeleitet wurde⁸⁰.

Als höchst problematisch galt aus der Pariser Sicht der Anspruch Bonns auf eine vertragliche Basis für die Stationierung der ausländischen Soldaten auf deutschem Terrain⁸¹. Denn damit stieg nicht nur die Gefahr eines angelsächsischen Truppenabzugs; auch das durch den Beistandspakt von 1944 bestimmte französisch-sowjetische Verhältnis drohte sich völlig verändern. Wenn der Bundesrepublik nämlich die völlige Souveränität zugestanden würde, war eine sowjetische Präventivaktion ins Kalkül zu ziehen, der sich Frankreich vertraglich hätte anschließen müssen. Um diesen Interessenkonflikt gegenüber Bonn und Moskau zu verhindern, sah sich Paris dazu genötigt, umgehend die Westmächte davon zu überzeugen, daß die Aufhebung des Rechts der Truppenstationierung der Bundesrepublik den juristisch-moralischen und politischen Schutzschild gegen einseitige sowjetische Interventionen zerstörte⁸². Ohnehin dachte man im Quai d'Orsay nicht an eine Wiederherstellung der ‚völligen‘ deutschen Autonomie, allenfalls an die Beseitigung des Besatzungsstatuts im Rahmen des Bonner Vertrags von 1952 unter Wahrung der Reservatrechte bezüglich Berlins, Gesamtdeutschlands sowie der Truppenstationierung. Ging man darüber hinaus, verlor man seinen Sta-

⁷⁸ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1059, Bl. 305–320, „Service des Pactes“ im MAE an Mendès France, Aufzeichnung, 13. 9. 1954. Wormser plädierte dafür, die deutsche Rüstungsindustrie möglichst in Nordafrika aufzubauen (Calandri, Western European Union Armament Pool, S. 41 f.).

⁷⁹ S. Guillen, Generalität, S. 156 f.; zum Entscheidungsprozeß über den Aufbau einer französischen Atomstreitmacht vgl. grundlegend: Coutrot, Politique atomique; Eckert, Kernenergie; Goldschmidt, Complexe atomique; Rocard, La naissance; Scheinman, Atomic energy policy.

⁸⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1059, Bl. 305–320, „Service des Pactes“ im MAE an Mendès France, Aufzeichnung, 13. 9. 1954.

⁸¹ Vgl. Hofmann, Truppenstationierung, S. 212–217.

⁸² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1059, Bl. 346–349, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 14. 9. 1954; ebd., Bd. 1060, Bl. 92–94, Aufzeichnung der Unterabt. Zentral-europa im MAE, 15. 9. 1954 (Konzept ML).

tus als Besatzungsmacht und unterhöhlte die Vereinbarungen vom Juni 1945. „Ce serait stabiliser la coupure de l'Allemagne et renoncer à toute possibilité de rétablissement pacifique de l'unité allemande en accord avec l'URSS.“⁸³ Nicht die nur in Abstimmung mit der Sowjetunion mögliche Übertragung der Souveränität auf die Bundesrepublik galt als das Gebot der Stunde, sondern die Herstellung ihrer „pleine autorité“, eingeschränkt durch militärische, politische und juristische Restriktionen⁸⁴.

Kurz bevor Mendès France am 15. 9. mit Eden zusammenkam, meldete François-Poncet, Adenauer habe ihm gegenüber den die europäische Idee rettenden Plan der Ergänzung des Brüsseler Paktes als „excellente“ bezeichnet, baue aber weiterhin auf die direkte Mitgliedschaft in der Atlantischen Allianz⁸⁵. Dies war für den Président du Conseil aber immer noch ausgeschlossen. Als der britische Außenminister ihm am Nachmittag den von gewissen Sicherungsmaßnahmen begleiteten deutschen NATO-Beitritt als zwingend notwendig beschrieb, stellte sich PMF stur. Ein solcher Schritt sei in Frankreich sehr unpopulär und könne erst später in Frage kommen, meinte er lapidar. Die Sicherheitsgarantien seien daher bis auf weiteres durch den Brüsseler Pakt abzudecken. Er müsse jährlich das Maximum der Rüstungsprogramme festsetzen und die Truppenstärke kontrollieren. Eine zentrale Rüstungsagentur plane alle Programme, wobei für die größten Waffen durchaus an deutsch-französische Fabriken gedacht werden könne. Die gesamte Konstruktion, so betonte Mendès France mehrfach, habe den Vorteil, daß Großbritannien mitwirken könne und somit ein deutsch-französisches Tête-à-tête vermieden werde. Die von ihm nur über die Einbettung des Brüsseler Paktes in die NATO indirekt konzedierte Aufnahme der Bundesrepublik hielt Eden für völlig unannehmbar. Mendès France beharrte aber unter Hinweis auf die nach wie vor bestehenden französischen Ängste gegenüber deutschen Aggressionen darauf, den Eintritt Bonns erst dann ins Auge zu fassen, wenn der Brüsseler Pakt alle neuen Aufgaben ausübe. Ganz am Ende der Diskussion kam es doch noch zu einer gewissen Annäherung. Eden akzeptierte eine Untersuchung über die Möglichkeiten des Brüsseler Paktes zur Festlegung der Kontrollmaßnahmen, während das NATO-Oberkommando die Ausführung übernehmen sollte. Die Frage des deutschen NATO-Beitritts blieb hingegen strittig⁸⁶.

Die Versteifung von Mendès France gegenüber den zunächst offenbar positiv bewerteten Vorschlägen von Eden⁸⁷ erklärt sich wohl weniger durch das Gefühl, nach der Absage von Dulles unter Druck gesetzt zu werden⁸⁸, sondern aus der grundlegenden Diskrepanz in der für Frankreich zentralen Frage nach der Auf-

⁸³ Ebd., Bl. 87–91, Aufzeichnung ders., 17. 9. 1954 (Konzept ML); s.a. ebd., Bl. 84–86, Aufzeichnung ders., 17. 9. 1954 (Konzept ML).

⁸⁴ Ebd., Bl. 184–191, Aufzeichnung des Rechtsberaters der französischen Hohen Kommission in Bonn, Nr. 3657 HC/JUR, 20. 9. 1954.

⁸⁵ François-Poncet an Mendès France, Tel. 4455/65, 15. 9. 1954, Urgent, in: DDF 1954, S. 370f., hier S. 370.

⁸⁶ S. Unterredung zwischen Mendès France und Eden vom 15. 9. 1954, mit falschem Datum 16. 9. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 147–155; Eden, *Memoirs*, S. 159–161; Massigli, *Comédie*, S. 464f.; du Réau, *Pierre Mendès France*, S. 31; Thoß, *Beitritt*, S. 32f.

⁸⁷ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 1078, 14. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1189; ders. an dass., Tel. 1096, 15. 9. 1954, Secret, in: ebd., S. 1194f.

⁸⁸ S. Thoß, *Beitritt*, S. 28.

nahme des östlichen Nachbarn in die westliche Verteidigungsallianz. In typischer französischer Verhandlungsmanier legte sich der *Président du Conseil* zunächst einmal quer, um das Widerstandspotential der Partner auszuloten. Freilich durfte er das Spiel nicht überreizen; die Weigerung von Dulles zu einem Besuch in Paris ließ ihn nicht kalt, zumal er gewiß sah, daß den amerikanischen Außenminister nicht die vorgeschobenen Termenschwierigkeiten⁸⁹, sondern sozusagen pädagogische Gründe von dem Treffen abhielten. Mendès France galt es seiner Meinung nach zu isolieren und Adenauer zu helfen. Paris wurde aus der Reiseroute ausgespart, obwohl der *Président du Conseil* dringend um einen Stopp gebeten hatte. Die Nichtbeachtung verletzte Mendès France um so tiefer⁹⁰, als auch sein Bemühen um ein Treffen mit der amerikanischen Führung in Washington abgeschmettert wurde. Dulles und Eisenhower verständigten sich rasch darauf, „[that] Mendès France has not been acting well enough for us to put out red carpet for him“⁹¹. Der Düpierte rächte sich kurz darauf, indem er sich verleugnen ließ, als Dulles ihn nach dem Gespräch mit Eden am 17. 9. telefonisch erreichen wollte⁹². Wenige Tage später lancierte er gar eine Pressekampagne gegen den angeblichen Versuch der USA, ihn zu stürzen⁹³.

Nach einer schlaflosen Nacht zeigte sich Mendès France dann am Morgen des 16. 9. zunächst konziliant. In einem Vieraugengespräch mit Eden erklärte er sich dazu bereit, den NATO-Beitritt in Erwägung zu ziehen, sofern der Brüsseler Pakt mit erheblichen Sicherheitsvorkehrungen versehen würde⁹⁴. Nach einem Gespräch mit SACEUR Gruenther beteuerte sein Gast nach der Wiederaufnahme der Beratungen am Nachmittag die Effektivität der innerhalb des NATO-Rahmens möglichen Inspektionen. Mendès France gestand der Allianz die praktische Durchführung der Kontrollen zwar zu, verlangte aber im Gegenzug die Ausarbeitung der notwendigen politischen Direktiven durch den Brüsseler Pakt. Er akzeptierte den gleichzeitigen Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und zum Brüsseler Pakt, wenn ersterer als Konsequenz des letzteren erschiene. In einem gemeinsamen Text verständigten sich beide Politiker schließlich darauf, mit den Partnern Einvernehmen darüber zu erzielen, welcher der beiden Verteidigungsorganisationen die Überwachungsfunktion übertragen werden solle⁹⁵.

Damit war der Knoten aber noch immer nicht geplatzt. Mendès France empfand die englischen Vorstellungen als „très insuffisantes“⁹⁶, und Eden war diese Stimmung nicht verborgen geblieben. Wie er im britischen Kabinett am folgenden

⁸⁹ S. Dulles an Mendès France, 15. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1195 f.

⁹⁰ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 1115, 15. 9. 1954, Secret, in: ebd., S. 1196; Bonnet an Mendès France, Tel. 5218/21, 15. 9. 1954, Secret, in: DDF 1954, S. 372 f.

⁹¹ Zitiert nach: Felken, Dulles, S. 252.

⁹² S. Dulles an Mendès France, 17. 9. 1954, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1224 f.; Mendès France an Dulles, 24. 9. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 347.

⁹³ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 1272, 25. 9. 1954, Top secret in: FRUS 1952–1954, Bd. 6, S. 1451.

⁹⁴ S. ders. an Dulles u. Conant, Tel. 248, 16. 9. 1954, Top secret, in: ebd., S. 1200 f.; Eden, Memoirs, S. 161; Mager, Stationierung, S. 110 f.

⁹⁵ S. Unterredung zwischen Mendès France und Eden vom 16. 9. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 159–161; Dillon an Dep. of State, Tel. 249, 16. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1198 f.; Eden, Memoirs, S. 161 f.; Massigli, Comédie, S. 465; Jansen, Großbritannien, S. 187–194; Mager, Stationierung, S. 111 f.

⁹⁶ Mendès France an Chauvel, 20. 9. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 330 f., hier S. 331.

Morgen ausführen, rechnete er nur dann mit der französischen Zustimmung zu seinem Plan, wenn die Vereinbarungen über die Rüstungsinspektion den Pariser Vorstellungen entsprächen. Eine Stationierungsverpflichtung glaubte er seinem Land indes noch immer ersparen zu können⁹⁷.

Ob die für Ende September vorgesehene Neunmächtekonferenz tatsächlich stattfinden würde, hing nun von den Amerikanern ab. Während Eden an der Seine weilte, war Dulles an den Rhein gereist. Da das Auswärtige Amt die Chance auf eine französische Billigung der NATO-Lösung für gering einschätzte, hatte Hallstein als „Dritte Lösung“ den Plan eines Sicherheitsabkommens zwischen den Angelsachsen und den Deutschen analog dem Balkanpakt ausgearbeitet, das den BENELUX-Staaten und Frankreich offenstehen sollte. In Gesprächen mit amerikanischen Diplomaten bat er darum, dieses Konzept auch in Paris bekannt werden zu lassen, damit Mendès France aus Angst vor der Isolation eventuell doch noch zur EVG zurückkehrte⁹⁸. Adenauer pflichtete diesem Konzept durchaus bei. Gegenüber dem amerikanischen Unterstaatssekretär Murphy bezeichnete er am 14. 9. die europäische Armee als „preferred scheme“, das aber vorläufig nicht realisierbar sei⁹⁹. Falls Frankreich den nun favorisierten zweiten Weg, den NATO-Beitritt, nicht akzeptiere, müsse eine Politik des „freien Stuhls“ verfolgt werden, die es ihm ermögliche, seinen Platz später wieder einzunehmen. Murphy sah zwischen dem Hallstein-Konzept und dem amerikanischen Erwägungen „eine große Ähnlichkeit, ja fast Identität“. Man kam schließlich überein, die „Dritte Lösung“ vornehmlich als Druckmittel gegenüber Mendès France einzusetzen, „um die zweite zu erreichen“. In der Souveränitätsfrage bot Adenauer an, einen Antrag auf Beendigung des Besatzungsregimes zu stellen, der Berlin, Gesamtdeutschland, die Truppenstationierung und die Finanzfrage ausklammerte¹⁰⁰.

Zwei Tage später traf Dulles zu einer „Blitzreise“¹⁰¹ in Bonn ein. Wie hoch Adenauer ihm diese Geste, die in den persönlichen Beziehungen beider Politiker die „Wende zur Freundschaft“¹⁰² einleitete, noch ein Jahrzehnt später anrechnete, läßt die ausführliche Schilderung in seinen Memoiren erkennen. Während er dem Gespräch mit Eden vom 12. 9. fünfzehn Zeilen widmete, schilderte er seine Begegnung mit Dulles ausführlich auf fünf Seiten! Beinahe überschwenglich begrüßte der durch die John-Affäre und die verlorene Landtagswahl in Schleswig-Holstein¹⁰³ innenpolitisch bedrängte Kanzler den amerikanischen Außenminister als „angel from heaven“¹⁰⁴. In stundenlangen Beratungen vom frühen Nachmittag bis gegen Mitternacht suchten beide Staatsmänner einen Ausweg aus der Sackgasse, in die Mendès France sie am 30. 8. ihrer Meinung nach hineinmanövriert hatte. Da Dulles den französischen Kollegen mit Mißachtung strafte, durfte Adenauer in

⁹⁷ S. Eden, *Memoirs*, S. 162; Mager, *Stationierung*, S. 112f.

⁹⁸ S. BA, NL Hallstein, Bd. 125/126, „Dritte Lösung“, 16. 9. 1954, Streng geheim; Conant an Dep. of State, Tel. 757, 14. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1186–1188.

⁹⁹ Ders. an dass., Tel. 771, 14. 9. 1954, Confidential, Priority, in: ebd., S. 1190f., hier S. 1190.

¹⁰⁰ BA, NL Blankenhorn, Bd. 33a, Bl. 80–89, Unterredung zwischen Adenauer und Murphy vom 14. 9. 1954, Geheim; Hofmann, *Truppenstationierung*, S. 216f.

¹⁰¹ Wettig, *Entmilitarisierung*, S. 598.

¹⁰² Felken, Dulles, S. 146; s.a. ebd., S. 253; Blankenhorn, *Verständnis*, S. 197, Tb. 16./17. 9. 1954.

¹⁰³ Vgl. Schwarz, *Ära Adenauer 1949–1957*, S. 236–239; zum Ergebnis der Landtagswahl vom 12. 9. 1954 vgl. ebd., S. 481.

¹⁰⁴ Zitiert nach: Felken, Dulles, S. 253.

seiner Kritik nicht nachstehen. Mendès France sei ein skrupelloser Spieler, der bereit sei, sowohl den Westen als auch den Osten hereinzulegen, wetterte er und riet unverblümt zur Drosselung der amerikanischen Finanzhilfen. Analog der Unterredung mit Eden malte er abermals ein düsteres Bild über die psychologische Lage der Bundesrepublik. Um dem wachsenden Nationalismus Einhalt zu gebieten, seien rasche Entscheidungen zur festen Westbindung notwendig. Einigkeit herrschte auf beiden Seiten über das Prinzip der Gleichberechtigung bei der deutschen NATO-Mitgliedschaft und freiwilliger deutscher Erklärungen als Grundlage von Rüstungsbeschränkungen. Adenauer ließ erkennen, daß er nicht wirklich an eine Aufrechterhaltung des westlichen Stationierungsvorbehalts dachte. Wenn sich Frankreich einer kurzfristigen Vereinbarung sperre, würden die USA und Großbritannien Übergangsmaßnahmen für die deutsche Wiederbewaffnung einleiten, versicherte Dulles. Hinsichtlich der Erweiterung des Brüsseler Paktes zeigte er sich sehr reserviert. Auch Adenauer beurteilte den Plan jetzt skeptischer als gegenüber Eden, was wieder einmal zeigte, wie schnell er sein Fähnchen in den Wind zu hängen vermochte. Seine Kritik richtete sich vor allem gegen die geringe Aussicht auf die europäische Einigung, da sämtliche Fortschritte von der britischen Zustimmung abhingen. England erhielte ein Veto gegen die Integration, die die Bundesrepublik auf keinen Fall abschreiben wolle¹⁰⁵. Im gemeinsamen Kommuniqué hielten sie fest, die „deutsche Souveränität mit größter Beschleunigung“ wiederherstellen zu wollen und die Bundesrepublik „in voller Gleichberechtigung an einem System kollektiver Sicherheit mitwirken“ zu lassen¹⁰⁶. Schließlich gaben sie sich das Versprechen, zu der von Eden geplanten Konferenz nur gemeinsam oder gar nicht zu gehen. Kurz vor dem Abflug von Dulles erachtete Adenauer es schließlich aufgrund der ungünstigen Meldungen aus London für angebracht, noch auf eine Alternative zu NATO und Brüsseler Pakt hinzuweisen. Die Allianz sei bei einer ernsten Krise nur bedingt funktionsfähig, da von den europäischen Ländern nur die BENELUX-Staaten, Türkei, Griechenland, Spanien und Deutschland absolut, England dagegen bedingt zuverlässig seien. Frankreich erwähnte er nicht¹⁰⁷.

In London angekommen, würdigte Dulles Edens Initiative als „brilliant and statesmanlike“¹⁰⁸ und ließ sich nun doch für die Brüsseler Idee gewinnen, zumal ihm versichert wurde, der Kanzler habe den Plan enthusiastisch begrüßt. Weitergehende Zugeständnisse lehnte er aber unter Hinweis auf die innenpolitischen Folgen des EVG-Debakels vorerst ab. Als er von seiner Hoffnung auf Fortsetzung der europäischen Integration und Adenauers diesbezüglichen Sorgen in Richtung England berichtete, versicherte Eden, Großbritannien werde einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit nicht im Wege stehen. Dulles willigte

¹⁰⁵ S. Unterredung zwischen Adenauer und Dulles vom 16./17. 9. 1954, 20. 9. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1209–1213; François-Poncet an Mendès France, Tel. 4522/30, 17. 9. 1954, Secret, Très urgent, Réservé, in: DDF 1954, S. 384 f.

¹⁰⁶ Kommuniqué über die Unterredung zwischen Adenauer und Dulles vom 16./17. 9. 1954, in: Bulletin 1954, S. 1549.

¹⁰⁷ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 33a, Bl. 56–58, Unterredung zwischen dens. vom 17. 9. 1954, Streng geheim; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 308–313; Felken, Dulles, S. 253 f.; Rupieper, Verbündeter, S. 392 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 148 f.

¹⁰⁸ Eden, Memoirs, S. 162.

schließlich in die Einberufung der Londoner Konferenz ein, woraufhin Eden umgehend die neun Regierungen für den 28. 9. einlud¹⁰⁹. Das Unbehagen des amerikanischen Außenministers war aber keineswegs beseitigt. Gegenüber dem Präsidenten äußerte Dulles den Verdacht, Mendès France könne ein Doppelspiel mit den Sowjets treiben. Eden traute er zu, Ersatzlösungen ohne reelle Erfolgsaussichten zu präsentieren. Die USA, so lautete daher sein Fazit, dürften sich vorerst auf keinen Fall festlegen¹¹⁰.

Festlegung der Positionen

Wenige Stunden nachdem Massigli ihn vom Ergebnis der schwierigen angelsächsischen Entrevue unterrichtet hatte¹¹¹, leitete Mendès France zum Verdruss einiger Bundesgenossen eine umfassende Kampagne ein, um die Partner und die öffentliche Meinung für die eigene Konzeption zu gewinnen¹¹². Die weiterhin kursierenden Gerüchte über angebliche französische Absichten zum „*marchandage planétaire*“ führten ihm eindringlich vor Augen, die seit Wochen schwärende Krise nun rasch beenden zu müssen¹¹³. Am 18. 9. warb er in einem Interview mit dem „*Manchester Guardian*“ für die Beteiligung der Briten am Aufbau Europas¹¹⁴. Einen Tag später markierte er in einer Rede in Nevers die Notwendigkeit zur europäischen Zusammenarbeit, sprach sich für die deutsch-französische Verständigung aus und unterstrich erneut die Bedeutung der Teilnahme Großbritanniens an der europäischen Kooperation¹¹⁵. Am 20. 9. warb er schließlich mit einer großen Rede vor dem Europarat für eine „*nouvelle formule de coopération européenne*“ im Rahmen des Brüsseler Paktes¹¹⁶. Parallel dazu sandte Mendès France zwei lange Telegramme an seine Vertretungen in den nach London eingeladenen Staaten. Das eine expedierte ein Memorandum für die neun Regierungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag, das andere enthielt erklärende Erläuterungen für die französischen Diplomaten. Der Regierungschef unterstrich darin mit bemerkenswerter Argumentation, daß er weiterhin einen deutschen Beitritt zur NATO ablehnte. Der Nordatlantikpakt sei schließlich eine Vereinigung souveräner Staaten mit klar definiertem politischem Status und Territorium. Dies alles, so stand zwischen den Zeilen, fehlte der Bundesrepublik. Wenn sich Frankreich mit seinen Vorbehalten nicht durchsetzen könne, sei es um so notwendiger, auf europäischer Ebene eine echte politische und militärische Assoziation zu schaffen. Da die gra-

¹⁰⁹ S. Unterredung zwischen Dulles und Eden vom 17. 9. 1954, 20. 9. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1213–1223; Eden, *Memoirs*, S. 162–164; Felken, Dulles, S. 254f.; Jansen, Großbritannien, S. 195–199; Mager, Stationierung, S. 113f.; Rupieler, Verbündeter, S. 393f.

¹¹⁰ S. Dulles an Eisenhower, 18. 9. 1954, Top secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1227f.

¹¹¹ S. Massigli an Mendès France, Tel. 3611/18, 18. 9. 1954, *Priorité absolue, Réserve*, in: DDF 1954, S. 393f.

¹¹² S. Garnier an dens., Tel. 986/89, 19. 9. 1954, *Confidentiel, Réserve, Diffusion restreinte*, in: ebd., S. 409f.; Massigli, *Comédie*, S. 467.

¹¹³ S. Mendès France an Bettencourt, 22. 9. 1954, in: Mendès France, *Oeuvres*, Bd. 3, S. 344f.; Soutou, *La France, Allemagne et les Accords de Paris*, S. 453.

¹¹⁴ S. Interview von Mendès France mit dem „*Manchester Guardian*“, 18. 9. 1954, in: Mendès France, *Oeuvres*, Bd. 3, S. 321–323.

¹¹⁵ S. Rede dess. in Nevers, 19. 9. 1954, in: ebd., S. 323–330.

¹¹⁶ Rede dess. vor dem Europarat, 20. 9. 1954, in: ebd., S. 331–342, hier S. 331; vgl. Artikel Dalmas, in: „*Münchener Merkur*“, 22. 9. 1954, im Auszug auch in: BDFD III, S. 379–381.

vierendsten Kritikpunkte an der EVG die Supranationalität und die fehlende Beteiligung Englands gewesen seien, versuche sein Konzept gerade sie zu vermeiden. Die NATO sei nicht dazu geeignet, die von Deutschland hinzunehmenden Kontrollen und Beschränkungen wirksam durchzuführen. Daß die Bundesregierung einseitige Restriktionen ablehne, müßten sich alle europäischen Staaten, auch England, diesen Beschränkungen unterwerfen¹¹⁷. Das französische Memorandum, das Mendès France gegenüber den USA ganz in den Dienst der europäischen Idee und deutsch-französischen Verständigung stellte¹¹⁸, sah für die deutsche Wiederbewaffnung fünf Grundprinzipien vor: Nichtdiskriminierung; Beschränkung und Überwachung von Personal und Rüstung; exklusive Anwendung der vorgesehenen Bestimmungen auf jene Streitkräfte, die dem NATO-Oberkommando unterstellt sein sollten; volle Beteiligung Großbritanniens. Hinsichtlich Truppenstärke und Rüstung sollte der Brüsseler Pakt die vom NATO-Rat auf Vorschlag des Oberkommandos festgelegten Niveaus als maximale Größen annehmen. Die als Anhang zu Artikel 107 des EVG-Vertrags bestimmte Liste verbotener Rüstungsproduktionen für die strategisch exponierte Zone behielt den französischen Vorstellungen zufolge ihre Gültigkeit. Lenkung und Beaufsichtigung der kontinentalen Herstellung und Verteilung der übrigen Waffen übertrug man dem Rat des Brüsseler Paktes. Die Errichtung neuer Fabriken war ausdrücklich an die Zustimmung einer westeuropäischen Rüstungsagentur gebunden. Diesem Rüstungspool oblag außerdem die Entgegennahme und Verteilung der US-Militärhilfe für Westeuropa. Die NATO sollte hingegen lediglich bei der Überwachung des neuen Kontroll- und Inspektionssystems beteiligt werden¹¹⁹.

Wie Mendès France in einem ergänzenden Telegramm hinzufügte, mußte das Memorandum durch eine Reihe von Abkommen und Garantien komplettiert werden. Demnach durfte die Bundesrepublik nur dem NATO-Oberkommando unterstellte Truppen bis zur Divisionsebene aufstellen und hatte jeglicher Lösung territorialer Probleme mit Waffengewalt abzuschwören. Der Rat der NATO und des Brüsseler Paktes mußten sich verpflichten, jeden Verstoß gegen diese Bestimmungen mit dem Entzug der durch beide Organisationen gegebenen Garantien zu ahnden. Darüber hinaus verlangte Frankreich von Großbritannien und den USA eine Erklärung über die Fortsetzung ihrer Truppenstationierung auf dem Kontinent¹²⁰.

Eden lobte gegenüber Massigli die maßvolle, vernünftige Sprache und deutete darüber hinaus streng vertraulich an, daß Großbritannien eine Verpflichtung eingehen werde, die über die Garantien vom April hinausgingen. Ob der Minister aber jene Forderung zu erfüllen gedachte, die Mendès France gegenüber dem bri-

¹¹⁷ S. Mendès France an Bonn etc., Tel. 2974/82 etc., 18. 9. 1954, *Priorité absolue, Réservé, Diffusion restreinte*, in: DDF 1954, S. 395–398.

¹¹⁸ S. ders. an Bonnet, Tel. 12180/87, 19. 9. 1954, *Urgent, Réservé, Diffusion restreinte*, in: DDF 1954, S. 405 f.; Dillon an Dep. of State, Tel. 1175, 19. 9. 1954, *Secret*, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1228 f.

¹¹⁹ S. IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Mendès France an Bonn etc., Tel. 2983/87 etc., 18. 9. 1954. Das in diesem Telegramm enthaltene Memorandum wurde abgedruckt in: DDF 1954, *Annexes*, S. 287 f.; vgl. Calandri, *Western European Union Armament Pool*, S. 43 f.

¹²⁰ S. Mendès France an Bonn etc., Tel. 2988/91 etc., 18. 9. 1954, *Priorité absolue, Réservé, Diffusion restreinte*, in: DDF 1954, S. 400 f.; Soutou, *La France, Allemagne et les accords de Paris*, S. 461 f.

tischen Staatssekretär Nutting am 20. 9. gestellt hatte, blieb dem Botschafter höchst unklar: Belassung aller auf dem Festland stationierten britischen Truppen bis zur Jahrhundertwende¹²¹. Die von Frankreich verlangten Sicherungen galten im Foreign Office als durchaus akzeptabel, da sie Großbritannien weitgehend nicht betrafen¹²². Eden gedachte aber den SACEUR stärker in die Maßnahmen einzuschalten. Zweifel meldete er gegen das Projekt des Rüstungspools an, der ihm nicht praktikabel und zu supranational erschien¹²³.

Auch Adenauers erste Reaktion auf das französische Dokument fiel durchaus wohlwollend aus. Gegenüber François-Poncet begrüßte er das Bemühen von Mendès France, zahlreiche Elemente des EVG-Vertrags wie das Gemeinschaftsprinzip und die Gleichberechtigung zu übernehmen¹²⁴. Das deutsche Wohlwollen nahm jedoch in dem Augenblick ab, als der französische Regierungschef mit seinen Vorschlägen an die Öffentlichkeit trat und im Auswärtigen Amt eine eingehende Überprüfung seines Memorandums einsetzte. Erste Irritationen lösten die negativen Äußerungen von PMF gegenüber dem „Manchester Guardian“ zur Frage des deutschen NATO-Beitritts aus, die François-Poncet sofort mit dem Hinweis abtat, man stehe der Mitgliedschaft nicht strikt ablehnend gegenüber, werde seine Position aber von der Reaktion der Partner auf die Vorschläge zum Brüsseler Pakt abhängig machen¹²⁵. Mochten diese Beschwichtigungen auch vorübergehend wirken, brach sich die Kritik nach Abschluß der Untersuchung des Memorandums zumindest intern ihre Bahn. Ophüls vermißte in einer ersten Analyse jeglichen Hinweis auf die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO, auf die Verleihung der Souveränität, die Erstausrüstung der deutschen Truppen, Sofortmaßnahmen und den Zeitplan für die internationalen Verhandlungen. Außerdem monierte er die Unbestimmtheit der Frage der Supranationalität in der Rüstungsproblematik und der Ausgestaltung des Brüsseler Paktes¹²⁶. Offenbar zielte Frankreich darauf, den Pakt „auf Kosten von NATO in den Vordergrund“ zu schieben und zu einer Art „kleiner NATO“ auszubauen, um dem deutschen Wunsch nach Voll-Mitgliedschaft das Wasser abzugraben¹²⁷.

Im Zentrum seiner Kritik stand die Diskriminierung Deutschlands, da das gesamte Inspektionssystem auf den Kontinent beschränkt werden und nur für jene Truppen gelten sollte, die dem NATO-Oberkommando unterstellt waren. Bei denjenigen Ländern, die wie Frankreich noch andere Verbände unterhielten, wurde die Kontrolle damit praktisch „illusorisch“. Galt das Verbot der ABC-Waffen noch als annehmbar, bedeutete die Beaufsichtigung der sonstigen Rüstungsproduktion eine Benachteiligung für Bonn, da die nicht zur NATO gehö-

¹²¹ S. Massigli an dens., Tel. 3657/60, 20. 9. 1954, Secret, Priorité, Réservé, Diffusion restreinte, in: DDF 1954, S. 414 f.; Mager, Stationierung, S. 116.

¹²² Vgl. ebd., S. 116 f.; Thoß, Beitritt, S. 34.

¹²³ S. Massigli an Mendès France, Tel. 3716, 24. 9. 1954, Très secret, Réservé, in: DDF 1954, S. 465–467.

¹²⁴ S. François-Poncet an Mendès France, Tel. 4542/47, 18. 9. 1954, Secret, Urgent, Réservé, Diffusion restreinte, in: ebd., S. 398 f.

¹²⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1060, Bl. 164, François-Poncet an MAE, Tel. 4577/81, 20. 9. 1954, Secret, Urgent, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 577 f., Tb. 20. 9. 1954.

¹²⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 1252, Aufzeichnung Ophüls, 20. 9. 1954, Geheim.

¹²⁷ Ebd., B 14, Ref. 211, Bd. 75, Bl. 19–20, Aufzeichnung, 21. 9. 1954, Geheim.

renden Kontingente auch hier ausgeschlossen waren¹²⁸. Die aus dem Pariser Vertrag übernommene Rüstungsgemeinschaft hatte sich einseitig auf Kosten Deutschlands verschlechtert, weil ihre Macht zu einem grundsätzlichen und umfassenden „Dirigismus der Rüstungswirtschaft“ gesteigert wurde. Direkte Waffenlieferungen der USA waren nicht mehr möglich, die Genehmigungspflicht neuer Rüstungsfabriken betraf insbesondere die darüber noch nicht verfügende Bundesrepublik. Die vom NATO-Rat bisher unverbindlich festgesetzten Truppenstärken sollten durch den Brüsseler Pakt in verbindliche Höchstgrenzen verwandelt werden¹²⁹.

In den deutschen Parteien fiel das Urteil über das französische Memorandum hingegen recht unterschiedlich aus. Die Koalition warf Mendès France vor, mit einem bewußt unannehmbaren Papier auf das Scheitern der Londoner Konferenz hinzuarbeiten¹³⁰. Als schärfster Kritiker tat sich neben Blank und Krone Strauß hervor, der den französischen Regierungschef in der Kontinuität von Richelieu und Clemenceau auf die Dominanz Frankreichs auf dem Kontinent zusteuern sah¹³¹. Demgegenüber betrachtete die SPD die Vorschläge durchaus als akzeptable Verhandlungsbasis¹³², was Adenauer dazu veranlaßte, eine für den 14. 9. terminierte außenpolitische Debatte des Deutschen Bundestages kurzfristig absetzen zu lassen. Sie erschien ihm inopportun, da sie die für ihn „zur Zeit sehr gute außenpolitische Situation“ nur stören konnte¹³³. Ungeachtet aller Monita hielt sich das Auswärtige Amt denn auch gegenüber dem Quai d’Orsay mit seiner Kritik zurück. In einer langen Unterredung mit Bérard ließ Hallstein zwar klar erkennen, daß die französischen Vorstellungen nicht vollständig zufriedenstellten. Der Staatssekretär enthielt sich aber jeglicher Schärfe, zeigte sich sehr interessiert an der angedeuteten Möglichkeit einer engen deutsch-französischen Rüstungsproduktion und hob wohlwollend das Plädoyer zur bilateralen Verständigung hervor, das Mendès France im Europarat abgegeben hatte. Hallstein kündigte die Ausarbeitung zweier Denkschriften für die Teilnehmer der Londoner Konferenz zur Wiederbewaffnung bzw. zur Souveränität an und beteuerte die Bereitschaft der Bundesregierung, die Aufrechterhaltung der alliierten Rechte bezüglich Berlins und Gesamtdeutschlands hinzunehmen¹³⁴.

Die gegenüber der Bundesrepublik gemachten amerikanischen Andeutungen, notfalls eine Politik des leeren Stuhls ohne Frankreich zu treiben, und die mündlichen Beteuerungen der französischen Hohen Kommission trugen zweifellos dazu bei, daß die offizielle deutsche Antwort auf das französische Memorandum sehr gemäßigt ausfiel. Meinungsverschiedenheiten zwischen einem moderaten Kanzler und zur Härte neigender Berater¹³⁵ lassen sich durch die Akten nicht be-

¹²⁸ Ebd., Abt. 2, Bd. 1252, Aufzeichnung Ophüls, 20. 9. 1954, Geheim.

¹²⁹ Ebd., B 14, Ref. 211, Bd. 75, Bl. 19–20, Aufzeichnung, 21. 9. 1954, Geheim.

¹³⁰ S. Conant an Dep. of State, Tel. 850, 22. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1236 f.

¹³¹ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 33.

¹³² S. Conant an Dep. of State, Tel. 850, 22. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1236 f.

¹³³ Adenauer an Dehler, 7. 9. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 146 u. 151, hier S. 151; vgl. Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 267.

¹³⁴ S. François-Poncet an Mendès France, Tel. 4608/22, 21. 9. 1954, Réservé, in: DDF 1954, S. 423–426.

¹³⁵ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 34.

legen. Dem Auswärtigen Amt war sehr wohl klar, die juristische Bestandsaufnahme von der politischen Bewertung des Dokuments trennen zu müssen. Daher fertigten die Beamten in der Koblenzer Straße auch eine „Diplomatische‘ Fassung“ ihrer Beanstandungen an¹³⁶, die als Grundlage für ein Aide-Mémoire diente, das den Teilnehmerstaaten der Londoner Konferenz am 23. 9. 1954 mit dem Hinweis zugestellt wurde, es enthalte die Grundsätze, über die auf der Konferenz Einigung erzielt werden sollte. Die Bundesregierung erklärte sich in bekannter Geheimdiplomatie ohne Konsultation des Parlaments¹³⁷ dazu bereit, gleichzeitig der NATO und dem Brüsseler Pakt beizutreten, sofern damit keine Diskriminierungen verbunden seien. Sie akzeptierte für den deutschen Wehrbeitrag eine Beschränkung des Personals und des Materials nach den im EVG-Vertrag vorgesehenen Richtlinien sowie das Verbot der Rüstungsproduktion in strategisch exponierten Gebieten auf Vorschlag des NATO-Oberbefehls. Die westlichen Sicherheitsgarantien sollten bekräftigt werden. Darüber hinaus forderte sie neben der Aufhebung der Notstandsklausel Erklärungen der Westmächte über die Beendigung der Okkupation. Die Reservatrechte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes sollten bestehen bleiben. Die Frage der Stationierung ausländischer Truppen in der Bundesrepublik gedachte Bonn mittels bilateraler Abkommen auf der Basis des NATO-Vertrages zu klären¹³⁸.

Nach der Fixierung der jeweiligen Grundpositionen gingen die Experten der vier Westmächte an die eigentliche Konferenzvorbereitung. In Paris, London und Bonn nahmen drei Studiengruppen ihre Tätigkeit auf, um die Probleme deutscher NATO-Beitritt, Erweiterung des Brüsseler Paktes und Übertragung der Souveränität auf die Bundesrepublik zu behandeln. Konkrete Ergebnisse waren zunächst nicht zu erwarten. Die Arbeiten in Paris hingen weitgehend von einer vorherigen Übereinkunft über die militärische Ausgestaltung des Brüsseler Paktes ab, während jene in London ohne Instruktionen für die Details auskommen mußten¹³⁹. Die Konsultationen der in Bonn tagenden Experten litten vor allem darunter, daß der französische Vertreter lediglich als Beobachter teilzunehmen gedachte. Angelsachsen und Deutsche kamen am 21. 9. überein, den Generalvertrag durch eine dreiseitige alliierte Erklärung und diverse Protokolle zu ersetzen. Die Deklaration übertrug der Bundesrepublik nicht die Souveränität, sondern die „volle Autorität“, hob das Besatzungsstatut auf und beendete das Wirken der Hohen Kommission. Aus Sicht der Angelsachsen sollte die Verlautbarung erst dann in Kraft treten, wenn die Bundesrepublik ein verkürztes Überleitungsabkommen ratifiziert hatte. Demgegenüber beharrte der Bonner Delegationsleiter Grewe darauf, die Erklärung möglichst schnell wirksam werden zu lassen. Zu einem weiteren Dissens kam es – wie nicht anders zu erwarten – über den Aufenthalt der alliierten Truppen auf deutschem Boden. Die USA übernahmen den Standpunkt der Bun-

¹³⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 1252, „Kritik an französischem Aide Mémoire“, 23. 9. 1954, Geheim.

¹³⁷ Vgl. Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 266 f.

¹³⁸ S. Aide-Mémoire, o.D., Geheim, in: BDFD I, S. 459 f.; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 319 f.; François-Poncet an Mendès France, Tel. 4685/95, 24. 9. 1954, Secret, Priorité, Réserve, in: DDF 1954, S. 454–455; Rede Adenauers vor dem Gemeinschaftsausschuß der hessischen gewerblichen Wirtschaft, 24. 9. 1954, in: Bulletin 1954, S. 1605–1608; Hofmann, Truppenstationierung, S. 217.

¹³⁹ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 35.

desrepublik, während England auf der französischen Seite stand. Probleme bereitete auch die Regelung der Truppenstationierung für die Interimsperiode zwischen dem Abschluß des neuen Vertragssystems und den Nachverhandlungen über Truppen- und Finanzvertrag. Die Westmächte wollten den derzeitigen Zustand beibehalten, während die Bundesrepublik die faktische Unterhaltung von Besatzungstruppen ablehnte und daher die Anwendung des Truppen- und Finanzvertrags parallel zur alliierten Souveränitätserklärung verlangte¹⁴⁰.

Mendès France, der der Bonner Arbeitsgruppe nur den Zweck zuwies, die Auffassungen der Deutschen einzuholen, unterstrich nun abermals, daß der Bundesregierung nicht nur die volle Souveränität aufgrund des fehlenden Friedensvertrages und der offenen Grenzfrage vorzuenthalten sei. Auch die Anerkennung als Regierung für Gesamtdeutschland mochte er nicht hinnehmen, weil sie seines Erachtens ein Friedensabkommen präjudizierte und die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Übereinstimmung mit der Sowjetunion verhinderte. Jede Überprüfung der Souveränitätsfrage mußte also davon ausgehen, die Grundfesten des Generalvertragssystems von 1952 zu bewahren¹⁴¹. Etwaige Versuche zu dessen Ersetzung, ließ er warnend in Bonn wissen, komplizierten bloß die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrags. Dem Gedanken einer alliierten Erklärung zur Übergabe der vollen Autorität stimmte er zu, sofern die Regelung der Wiederbewaffnung gleichzeitig erfolgte und die Assemblée Nationale zustimmte. Während er der Bundesrepublik in bezug auf den Staatsnotstand möglichst weit entgegenkommen und ihr das Recht zur Ausrufung auf eigene Initiative oder auf Bitten der Westmächte zugestehen wollte, bestand er hinsichtlich der Truppenstationierung darauf, sie den Alliierten auch zukünftig als Reservatrecht zu belassen¹⁴². Gleichwohl ließ Mendès France gegenüber Dulles keinen Zweifel daran, in London unbedingt einen Erfolg erzielen zu wollen. Er deutete seine Zustimmung zur synchronen deutschen Aufnahme in NATO und Brüsseler Pakt an, war zur Ausdehnung der für die Produktion schwerer Waffen gesperrten Zone auf die BENELUX-Staaten und Teile Nordfrankreichs bereit und erklärte sich damit einverstanden, die schwelende Saarfrage auf die Zeit nach der Neunmächtekonferenz zu vertagen¹⁴³.

Während hinter vorgehaltener Hand der Verdacht geäußert wurde, Mendès France betreibe den Sturz Adenauers und belaste die Londoner Konferenz mit hohen Vorbedingungen, damit sie scheitere¹⁴⁴, akzeptierte die amerikanische Diplomatie die französischen Vorschläge denn auch im großen und ganzen als „base de négociations“. Sie ließ aber keinen Zweifel daran, daß der gleichzeitige Beitritt Bonns zum Brüsseler Pakt und zur Atlantischen Allianz sowie die Wiederherstellung der deutschen Souveränität als Einheit betrachtet wurde. Offene

¹⁴⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1061, Bl. 46–48, François-Poncet an MAE, Tel. 4632/46, 22. 9. 1954, Priorité, Réservé; ebd., Bl. 83–85, ders. an dass., Tel. 4663, 23. 9. 1954, Urgent, Réservé; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 578, Tb. 23. 9. 1954.

¹⁴¹ S. Mendès France an François-Poncet, Tel. 3049/53, 21. 9. 1954, Priorité, Réservé, in: DDF 1954, S. 422 f.

¹⁴² S. ders. an Bonn etc., Tel. 3103/10 etc., 23. 9. 1954, Urgent, Réservé, in: ebd., S. 437–439.

¹⁴³ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 1254, 24. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1256–1259. Zur Saarfrage vgl. Kap. III.3.4.

¹⁴⁴ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 33.

Kritik erntete lediglich die umfangreiche Aufgabenzuweisung an den Brüsseler Pakt, weil sie das militärische Gewicht der NATO reduziere¹⁴⁵. Gegen den Willen des Pentagon, das für eine harte Linie eintrat, plädierte das State Department nun für einen partnerschaftlichen Kurs gegenüber den westeuropäischen Verbündeten¹⁴⁶.

Um nicht in die Rolle des Störenfrieds hineinzugeraten, war auch das Kanzleramt auf Mäßigung bedacht¹⁴⁷. Die nicht befriedigenden Ergebnisse einer Erkundigungsmission von Blankenhorn an der Themse rieten zusätzlich zur Zurückhaltung. Aus den Berichten seines Emissärs konnte Adenauer entnehmen, daß sowohl die englische als auch die amerikanische Diplomatie wenig Hoffnungen hatten, die gewünschte Beendigung des Besatzungsstatuts schon jetzt zu erreichen. Eden und Dulles rieten ihm dringend, sich möglichst noch vor Konferenzbeginn mit dem französischen Regierungschef zu treffen¹⁴⁸. Gleichzeitig warf Ollenhauer der Bundesregierung in seiner ursprünglich für den 14. 9. vorbereiteten, jetzt veröffentlichten Bundestagsrede vor, die deutsche Einheit auf dem Altar der westlichen Einigung zu opfern. Der SPD-Vorsitzende forderte abermals die Abhaltung einer Viermächtekonferenz und sprach sich für die Fortentwicklung der europäischen Gemeinschaft aus, die seiner Meinung nach aber auf nicht-militärischem, wirtschaftlichem Gebiet erfolgen sollte. Den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO lehnte er ab¹⁴⁹. Angesichts der gedämpften Nachrichten aus London und der heftigen Attacke der Opposition hielt Adenauer es für ratsam, die Erwartungen im Kabinett herunterzuschrauben und dessen Zustimmung einzuholen, nicht um jeden Preis auf Erfolg zu setzen¹⁵⁰. Zwar wurde ihm von britischen Diplomaten am 27. 9. versichert, Frankreich sei verpflichtet worden, die Aufnahme in die Atlantische Allianz und den Brüsseler Pakt zu unterstützen¹⁵¹. Doch das deutsche Mißtrauen gegenüber Mendès France nagte weiter. Falls dessen Widerstand gegen den NATO-Beitritt unüberwindlich sei, galt jetzt am Rhein folgende „Ersatzlösung“ als denkbar: Erweiterung des Brüsseler Pakts durch Bonn und Rom; Abschluß eines Sicherheitspaktes mit den USA und Großbritannien nach dem Vorbild von ANZUS- oder SEATO-Pakt mit einem freien Stuhl für Frankreich; Abkommen zwischen Bonn und Washington bzw. London über Ausbildungshilfe

¹⁴⁵ De Juniac an Mendès France, Tel. 5335/42, 22. 9. 1954, Secret, Priorité absolue, Réserve, Diffusion restreinte, in: DDF 1954, S. 430–432, hier S. 432; s.a. ders. an dens., Tel. 5367/73, 24. 9. 1954, Secret, Réserve, in: ebd., S. 463–465; Smith an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 148, 20. 9. 1954, Confidential, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1231–1234; Dulles an dies., Zirkulartel. 156, 23. 9. 1954, Secret, in: ebd., S. 1245f.

¹⁴⁶ S. Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates vom 24. 9. 1954, 27. 9. 1954, Top secret, Eyes only, in: ebd., S. 1263–1268; Thoß, Beitritt, S. 37.

¹⁴⁷ S. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 322–324; Thoß, Beitritt, S. 38.

¹⁴⁸ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 34, Bl. 156., Tb. 24. 9. 1954; ebd., Bl. 157, Blankenhorn an Adenauer u. Hallstein, Tel. 363, 24. 9. 1954; ebd., Bl. 153, ders. an AA, Tel. 365, 25. 9. 1954; ebd., Bl. 154f., ders. an dass., Tel. 368, 25. 9. 1954; Unterredung zwischen dems. und Butterworth vom 25. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1272f.; Massigli an Mendès France, Tel. 732/35, 25. 9. 1954, Secret, Réserve, in: DDF 1954, S. 467f.; Thoß, Beitritt, S. 38.

¹⁴⁹ S. Rede Ollenhauers, in: AdG 1954, S. 4753; Hrbek, SPD, S. 199–202; Löwke, SPD, S. 97–102; s.a. Rede Ollenhauers in der SPD-Fraktionssitzung vom 22. 9. 1954, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2. Teilbd., S. 80–99; Cahn, Parti, Bd. 1, S. 291–301.

¹⁵⁰ S. Kabinettsitzung, 27. 9. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 408; Thoß, Beitritt, S. 38.

¹⁵¹ Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 150.

und Waffenlieferungen; Wiederholung der Sicherheitsgarantie durch die Angelsachsen¹⁵².

„Zähes Ringen um die Wiedergewinnung der Souveränität und die Eingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker“

Kurz vor der Eröffnung der Londoner Außenministerkonferenz kamen die Delegationen der drei Westmächte zwecks letzter Abstimmungen noch einmal zu bilateralen Begegnungen zusammen. Das Foreign Office hatte dazu ein Memorandum ausgearbeitet, das zwischen dem vom Quai d'Orsay und vom Auswärtigen Amt ausgearbeiteten Dokumenten vermitteln sollte¹⁵³. Eden war inzwischen davon überzeugt, daß der Erfolg der Veranstaltung von einer neuen britischen Stationierungsverpflichtung abhing¹⁵⁴. Am 26. 9. kündigte er Dulles gegenüber an, notfalls weiterreichende Verpflichtungen als bisher einzugehen. Beide Außenminister kamen überein, die französischen Kontrollvorstellungen nicht völlig abzulehnen, sondern in einen Kompromißvorschlag der BENELUX-Staaten aufzunehmen, um Frankreich keinen Vorwand zum Abbruch der Tagung zu geben. Für die Regelung der Deutschlandfrage einigten sie sich auf Vier-Mächte-Verhandlungen parallel zur Neun-Mächte-Konferenz¹⁵⁵.

Am nächsten Mittag traf Dulles seinen französischen Kollegen, der sich sichtlich darum bemühte, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Mit einem Interview in „US News and World Report“ hatte er am Morgen den Boden zu bereiten versucht¹⁵⁶. Dulles spielte den Ball der Verständigung zurück, indem er im Gegenzug um ein Gespräch nachsuchte und den Affront seiner Europareise vergessen machte. In einstündigen Ausführungen legte Mendès France noch einmal seine Politik gegenüber der EVG dar und unterstrich seinen Willen, die Londoner Konferenz erfolgreich abzuschließen. Die Abschaffung des Besatzungsstatuts dachte er sich auf der Basis einer trilateralen Übereinkunft und nicht durch drei bilaterale Abmachungen. Seinen Widerstand gegenüber einem deutschen NATO-Beitritt glaubte er nicht mehr aufrechterhalten zu können, verlangte aber für den Kampf in der Nationalversammlung Hilfen in Form effektiver Sicherheitsgarantien des Brüsseler Paktes¹⁵⁷.

Um elf Uhr begann am folgenden Morgen im Lancaster House die Londoner Doppelkonferenz. Während im Kreis der Neun die Aufnahme der Bundesrepublik in den Brüsseler Pakt und die NATO diskutiert wurde, berieten die drei Westmächte mit der Bundesrepublik darüber hinaus über die Wiederherstellung

¹⁵² BA, NL Blankenhorn, Bd. 34, Bl. 149 f., „Ersatzlösung für NATO“, 27. 9. 1954; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 149.

¹⁵³ S. Memorandum der britischen Delegation NPC (54) 2, 24. 9. 1954, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1334 f.; Thoß, Beitritt, S. 38.

¹⁵⁴ S. Eden an Churchill, Memorandum, 27. 9. 1954, in: Eden, Memoirs, S. 165 f.; Jansen, Großbritannien, S. 205–215; Mager, Stationierung, S. 118–120.

¹⁵⁵ S. Unterredung zwischen Dulles und Eden vom 26. 9. 1954, Top secret, 27. 9. 1954, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1275–1278; Felken, Dulles, S. 262; Thoß, Beitritt, S. 38.

¹⁵⁶ S. Interview von Mendès France in „US News and World Report“ vom 27. 9. 1954, im Auszug in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 356–365; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 581, Tb. 28. 9. 1954.

¹⁵⁷ S. Unterredung zwischen Dulles und Mendès France vom 27. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1283–1288; Felken, Dulles, S. 261 f.; Thoß, Beitritt, S. 38 f.

der deutschen Souveränität¹⁵⁸. Nach der Eröffnung durch den Tagungspräsidenten Eden bat Mendès France um das Wort, und er ließ keinen Zweifel daran, wie teuer er französische Zusagen zu verkaufen beabsichtigte. Während der englische Außenminister davon gesprochen hatte, etwaige Kontrollmaßnahmen im Rahmen der NATO durchzuführen, hielt er weiterhin am Brüsseler Pakt als Inspektionsinstrument fest und verlangte die Einrichtung einer entsprechenden Agentur mit uneingeschränktem Beaufsichtigungsrecht über Produktion und Verteilung von Waffen für die kontinentalen Mitgliedsstaaten. Nur auf dieser Basis sei Frankreich dazu bereit, den Deutschen den Zugang zur NATO eventuell zuzugestehen. Nach diesem nicht eben freundlichen Gesprächsauftritt beließ es Adenauer bei einer kurzen Stellungnahme, die dazu diente, das Mißtrauen gegen die Remilitarisierung zu zerstreuen. Im Namen der Bundesrepublik erklärte er feierlich die Bereitschaft, nichtdiskriminierende Kontrollen zu akzeptieren und die Waffen nur im europäischen Rahmen einzusetzen¹⁵⁹.

Nach der Mittagspause unterbreitete Eden der Viermächtekonferenz den Vorschlag, eine Absichtserklärung der Westmächte zu verabschieden, die die Tätigkeit der Hohen Kommissare für die Übergangszeit zwischen Konferenzende und Ratifizierung der Verträge außer Kraft setzen sollte. Adenauer begrüßte das Angebot wärmstens, doch Mendès France erklärte sich außerstande, ohne vorherige Konsultation der Assemblée Nationale dem Gesuch nachzukommen. Auf seinen Antrag hin setzten die vier Minister eine Arbeitsgruppe von Experten ein, die in den nächsten Tagen einen umfassenden Bericht über die Beendigung des Besatzungsregimes vorzubereiten hatte¹⁶⁰. In der anschließenden Sitzung der neun Mächte erklärte sich der französische Regierungschef mit der Aufstellung von zwölf deutschen Divisionen einverstanden, sofern sie ausschließlich dem NATO-Oberkommando unterstellt und in international zusammengesetzte Armeekorps integriert würden. Die Kontrolle sollte einem Generalinspekteur des Brüsseler Paktes übertragen werden, der vom NATO-Oberkommando die nötigen Vollmachten erhielte. Mit diesem durch die Rüstungsagentur noch ergänzten Inspektionssystem konnten sich die Kollegen aber nicht anfreunden. Die französischen Vorstellungen galten als zu rigoros und zu komplex, und außerdem setzten sie den Brüsseler Pakt in eine Konkurrenzsituation zur Nordatlantischen Allianz¹⁶¹. Daß Mendès France seine Interessen ebenso verbissen und hartnäckig verteidigte wie auf der

¹⁵⁸ Zu den Londoner Konferenzen vom 28. 9.–3. 10. 1954 s. die Sitzungsprotokolle in: DDF 1954, Annexes, S. 23–281; FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1294–1370; aus der Memoirenliteratur s. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 328–354; Eden, Memoirs, S. 167–169; Froment-Meurice, Mémoires, S. 135–138; Grewe, Rückblenden, S. 195–202; vgl. Fursdon, Community, S. 319–328; Greiner, Eingliederung, S. 570–579; Küsters, Souveränität, S. 504–536; Thoß, Beitritt, S. 40–47; Wettig, Entmilitarisierung, S. 606–613.

¹⁵⁹ S. Vollsitzung der Neun-Mächte-Konferenz vom 28. 9. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 23–34; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 5, 28. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1297–1299; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 328–331; Calandri, Western European Union Armament Pool, S. 44 f.

¹⁶⁰ S. Vollsitzung der Vier-Mächte-Konferenz vom 28. 9. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 37–41; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 9, 29. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1300–1302; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 341–344; Küsters, Souveränität, S. 506–508.

¹⁶¹ S. Vollsitzung der Neun-Mächte-Konferenz vom 28. 9. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 45–57; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 10, 29. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1303 f.; Calandri, Western European Union Armament Pool, S. 45.

Brüsseler Konferenz sechs Wochen zuvor, ließ an der Themse am Ende eines außerordentlich „schwierigen Tag[es]“¹⁶² böse Ahnungen wach werden. In der deutschen Delegation wurden die Erfolgchancen eher gering eingeschätzt, und Adenauer wirkte „äußerst deprimiert“¹⁶³. Auch Mendès France schien keineswegs vom Gelingen überzeugt¹⁶⁴. Eden zog daraus den Schluß, den Joker eines dauerhaften britischen Militärengagements früher als geplant einsetzen zu müssen. Noch am Abend ließ er sich vom Kabinett ein entsprechendes Angebot absegnen und verständigte sich dann mit Dulles über ein taktisches Doppelspiel: Der amerikanische Kollege beabsichtigte, die Erneuerung der amerikanischen Zusagen an die EVG für den Fall eines erfolgreichen Ausgangs der Konferenz zu garantieren, während Eden im Anschluß sein Versprechen abgeben wollte¹⁶⁵.

Am nächsten Morgen sollte sich die Atmosphäre zunächst entkrampfen. Die Delegationen erzielten Einvernehmen über die Erweiterung der SACEUR-Befugnisse und gaben die Ausdehnung der strategisch exponierten Zonen zur Prüfung an die Experten ab. Mit der Diskussion über die zentrale Frage der Rüstungskontrolle geriet die Konferenz dann aber in ein kritisches Stadium. Die BENELUX-Staaten gaben ihre Bevorzugung der NATO zugunsten des Brüsseler Paktes auf, zielten jedoch darauf ab, die Überwachung auf schwere Waffen zu beschränken. Überhaupt mochten sie die gemeinsame westeuropäische Rüstungsproduktion nur in globo behandeln, um die Detailklärung der zukünftigen Westeuropäischen Union vorzubehalten. Mendès France war zu einer solchen Aufschnürung seines Verhandlungspaktes aber nicht bereit. Adenauer warf ihm daraufhin vor, der Bundesrepublik dauernd jede Waffenfabrik vorzuenthalten. Geradezu beschwörend wies Mendès France derartige Verdächtigungen zurück, stellte sogar Produktionsmöglichkeiten über den EVG-Vertrag hinaus im Rahmen gemeinsamer Anlagen in Aussicht. Die französische und die belgische Delegation wurden schließlich mit der Ausarbeitung von Memoranden beauftragt, um die Kontrollkonzepte gegeneinander abzugleichen¹⁶⁶.

Die berühmten Erklärungen von Dulles und Eden am Nachmittag des 29. 9. über die Stationierung angelsächsischer Soldaten und die gesamte taktische britische Luftwaffe auf dem Kontinent¹⁶⁷ gaben der Konferenz dann eine erste „Wendung zum Besseren“¹⁶⁸. Das Verhältnis zwischen Adenauer und Mendès France blieb aber vorerst frostig. Noch in seinen Memoiren beschwerte sich der Kanzler

¹⁶² Spaak, Memoiren, S. 244.

¹⁶³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 34, Bl. 143, Tb. 28. 9. 1954.

¹⁶⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 156, Bl. 68, Mendès France an MAE, Tel. 3814/18, 29. 9. 1954.

¹⁶⁵ S. Unterredung zwischen Dulles und Eden vom 26. 9. 1954, Top secret, 27. 9. 1954, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1275–1278; Carlton, Anthony Eden, S. 362; Jansen, Großbritannien, S. 210–215; Mager, Stationierung, S. 118–121.

¹⁶⁶ S. Vollsitzung der Neun-Mächte-Konferenz vom 29. 9. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 65–77; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 11, 29. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1305–1308; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 332–334; Thoß, Beitritt, S. 41 f.

¹⁶⁷ S. Vollsitzung der Neun-Mächte-Konferenz vom 29. 9. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 81–84 u. 343 bzw. 346; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 14, 30. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1312 f. u. 1357–1363; Eden, Memoirs, S. 167 f.; Felken, Dulles, S. 266–268; Mager, Stationierung, S. 121 f.

¹⁶⁸ BA, NL Blankenhorn, Bd. 33a, Bl. 1–3, Tb. 30. 9. 1954; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 199, mit falschem Datum 29. 9. 1954; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 335.

darüber, wie „kühl“ die Reaktion des französischen Regierungschefs auf die anglo-amerikanischen Zusicherungen ausgefallen sei¹⁶⁹. Dieses Urteil wirkt um so fragwürdiger, als andere Beobachter der Szene unisono davon berichten, der Auftritt von Dulles und Eden habe Mendès France zu Tränen gerührt¹⁷⁰. Wie dem auch sei. Trotz der wichtigen Garantien lagen noch schwere Probleme auf dem Konferenztisch: die Kontrolle der Rüstung und der Truppenstärken, nicht zuletzt die Frage des Rüstungspools. Mendès France versuchte jetzt Adenauer für seine besonders umstrittene Idee der Rüstungsgemeinschaft zu gewinnen und unterstrich die Schubwirkung, die eine solche wirtschaftliche Verklammerung für eine Wiederbelebung des Europagedankens entfalten könne. Die deutsche Delegation entzog sich aber dem französischen Werben, da das System nicht völlig gleichberechtigt aufgebaut wirkte und die Frage der britischen Beteiligung sowie die Verteilung der amerikanischen Militärhilfe ungeklärt waren¹⁷¹.

Am 30. 9. liefen die Verhandlungen sich im Plenum erneut fest. Die mittlerweile vorliegenden Vorschläge der französischen und belgischen Experten wurden an Sachverständige zurückverwiesen. Das Ergebnis ihrer Arbeit lehnte Mendès France am 1. 10. aber ab, weil es seinen Vorstellungen über die Aufgaben der Rüstungsagentur zu wenig entsprach: gemeinsame Auswahl und Standardisierung der Bewaffnung und Ausrüstung der Streitkräfte; gemeinsame Aufstellung von Rüstungsprogrammen und Beschaffung der Waffen; gemeinsame Verteilung der amerikanischen Hilfe; Kontrolle der gesamten Rüstungsindustrie, insbesondere Genehmigungspflicht für die Schaffung neuer oder die Erweiterung bereits bestehender Produktionskapazitäten für militärisches Gerät; Aufbau gemeinsamer Rüstungsbetriebe¹⁷². Ein Kompromißangebot von Dulles, es für zwei Jahre bei einer deutschen Selbstverpflichtung zu belassen, keine schweren Waffen zu produzieren und das endgültige Überwachungssystem der WEU zu übertragen, stieß auf allgemeine Ablehnung. Spaak empfahl jetzt allen kontinentaleuropäischen Mitgliedern der zukünftigen WEU einen Produktionsverzicht für ABC-Waffen. Bei den übrigen Rüstungsgütern regte er eine Beschränkung der Kontrollen auf die Einhaltung der für die Aufrüstung der nationalen Divisionen notwendigen bzw. für erlaubte Exporte vorgesehenen Produktionsmengen an. Zu einer solchen Selbstfesselung in der Nuklearfrage war Mendès France aber unter keinen Umständen bereit, so daß der Tag in allgemeiner Verstimmung endete¹⁷³.

Auch in den Verhandlungsrunden à quatre kam es zu Mißstimmung. Drei Modelle standen zur Disposition: eine Viermächte-Erklärung in Form eines Proto-

¹⁶⁹ Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 340.

¹⁷⁰ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 33a, Bl. 1–3, Tb. 30. 9. 1954; Blankenhorn, Verständnis, S. 199.

¹⁷¹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 39, Bl. 114–117, Aufzeichnung Ophüls, 30. 9. 1954. Thoß weist diese Aufzeichnung über „Französische Vorschläge zum Rüstungspool“ der Dienststelle Blank zu (Thoß, Beitritt, S. 42).

¹⁷² S. Vollsitzung der Neun-Mächte-Konferenz vom 30. 9. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 91–108; Aufzeichnung der französischen Delegation, in: ebd., S. 298f.; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 13, 30. 9. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1314f.; Noack, Scheitern, S. 153f.; Thoß, Beitritt, S. 42f.

¹⁷³ S. Vollsitzungen der Neun-Mächte-Konferenz vom 1. 10. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 159–165 u. 177–189; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 20, 2. 10. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1321–1323; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 346; Küsters, Souveränität, S. 528f.; Thoß, Beitritt, S. 43.

kolls, das den gesamten Deutschland-Vertrag in revidierter Form wirksam werden lassen sollte; eine Dreimächte-Erklärung, die ihn teilweise modifizierte; eine einseitige Verpflichtung der Bundesrepublik, mit der die alliierten Vorbehaltsrechte in Kraft gesetzt würden, und eine Dreimächte-Erklärung, die den Generalvertrag zum Teil umformte. Auf Vermittlung der Angelsachsen willigte Mendès France schließlich in die von Eden vorgeschlagene Absichtserklärung ein, wonach den Deutschen noch vor der Ratifizierung der Verträge der alliierte Verzicht auf die Ausübung der Besatzungsrechte in Aussicht gestellt werden sollte. Für ihn bedeutete eine solche Deklaration aber keine juristische Änderung des Status der Bundesrepublik und besaß keinerlei präjudizierende Wirkung auf das Entscheidungsrecht der Assemblée Nationale¹⁷⁴. Nach stundenlangem Feilschen über sprachliche Wendungen wurde der Bonner Republik am 2. 10. die volle Autorität in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten zugestanden, doch die alliierten Vorbehaltsrechte auf der Basis des Potsdamer Protokolls blieben in bezug auf Berlin und Gesamtdeutschland erhalten. In der für ihn so wichtigen Frage des Notstands konnte Adenauer sich nicht voll durchsetzen, da auch die USA gewisse Befugnisse vorerst nicht aufzugeben beabsichtigten. Erfolgreicher verliefen seine Bemühungen, die umstrittene Bindungsklausel des Artikels VII.3 aus dem Bonner Vertrag zu eliminieren und die Souveränität der Bundesrepublik vertraglich zu verankern¹⁷⁵. In ihrem Schlußbericht vom selben Tag fanden die Experten schließlich auch einen Rahmen für die Änderungen des Bonner Vertrags. Die drei Westmächte und die Bundesrepublik einigten sich auf ein Protokoll über die in Kraft zu setzenden Teile des Abkommens. Der im Kern unveränderte Truppenvertrag sollte für eine Übergangszeit Rechtskräftigkeit erlangen und dann durch ein auf der Grundlage des NATO-Truppenstatuts auszuhandelndes Abkommen abgelöst werden. Auch der Finanzvertrag sollte bis zur Verabschiedung eines neuen Abkommens interimistisch Anwendung finden¹⁷⁶.

In einem Verhandlungsmarathon von fünf Plenumssitzungen gelang es den Delegationen darüber hinaus, die verfahrenere Situation hinsichtlich der Rüstungskontrolle zu lösen. Den Durchbruch brachte dabei Adenauers berühmte Erklärung zum Verzicht auf jegliche Produktion von ABC-Waffen, Fernlenkgeschossen, schweren Schiffstypen und Bombern. Die in seinen Memoiren wiedergegebene Schilderung über seinen Vorbehalt „rebus sic stantibus“ kann nach derzeitigem Kenntnisstand als nachträgliche Stilisierung gewertet werden¹⁷⁷. Festzuhalten gilt es aber, daß Adenauer seine Ausführungen vom 2. 10., die innerhalb der deutschen Verhandlungsdelegation vorher bereits abgesprochen waren, ohne zeitliche Beschränkung und Bedingung abgab. Die Bundesrepublik leistete mit seiner Zusage

¹⁷⁴ S. Vollsitzung der Vier-Mächte-Konferenz vom 1. 10. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 143–155 u. 169–174; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 18, 1. 10. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1318–1320; Küsters, Souveränität, S. 509–512.

¹⁷⁵ S. Vollsitzung der Vier-Mächte-Konferenz vom 2. 10. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 239–246; Küsters, Souveränität, S. 512–517.

¹⁷⁶ S. Bericht der Arbeitsgruppe über die Beendigung des Besatzungsstatuts, 2. 10. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 319–324; Vollsitzung der Vier-Mächte-Konferenz vom 3. 10. 1954, in: ebd., S. 267 f.; Hofmann, Truppenstationierung, S. 218 f.

¹⁷⁷ S. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 347 f.; Küsters, Souveränität, S. 531–535; Riecke, Nichtkernwaffenstaat, S. 202–204; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 154 u. 156–159.

keinen Verzicht auf ewig und entsagte sich vor allem auch weder der Produktion der entsprechenden Waffen auf ausländischen Terrain noch der Ausrüstung seiner Truppen mit denselben. Darüber hinaus konnte Adenauer mit seiner Zusage im militärischen Bereich erreichen, daß die Fesseln der zivilen Kernnutzung erheblich gemindert wurden¹⁷⁸.

Mendès France akzeptierte daraufhin die Überweisung der Frage des Ausmaßes der zu beaufsichtigenden Rüstungsgüter an die Experten, die für die kommende Pariser Konferenz eine Liste erarbeiten sollten. Außerdem stimmte er der Abtrennung der jetzt schon zu fixierenden Bestimmungen über die Rüstungskontrolle von den später durch die WEU zu verhandelnden Gemeinschaftsprojekten bei der Waffenproduktion zu¹⁷⁹. Mit dieser Entkoppelung des Kontroll- vom Rüstungspoolproblem war der Durchbruch erreicht. Am Vormittag des 3. 10. vollzogen die Delegationen die Endredaktion der Übereinkunft. Um 14.30 unterzeichneten sie die Londoner Schlußakte. Die drei Westmächte erklärten ihren Willen, das Besatzungsregime so bald wie möglich zu beenden. Bestimmte Vorbehaltsrechte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes blieben unberührt. Des weiteren verabschiedeten sie die Absichtserklärung über den Verzicht auf die Ausübung der Besatzungsrechte. Das Junktim zwischen der Beendigung des Besatzungsstatuts und der Frage der Wiederbewaffnung war damit aufgehoben. Zugleich fixierte die Akte die Aufnahmebedingungen für Bonn in den Brüsseler Pakt. Es folgten die Zusagen der Angelsachsen, die Einladung der Bundesrepublik zum NATO-Beitritt sowie die Erweiterung der Befugnisse von SACEUR. Das Dokument schloß mit dem Auftrag an den NATO-Rat bzw. die Westmächte und die Bundesrepublik, diese Übereinkunft bis zum 20. 10. in Vertragsform gebracht zu haben und auf der Konferenz in Paris vorzulegen¹⁸⁰.

Für Adenauer wie für Mendès France, der sich zur Überraschung deutscher Beobachter nicht als ein „Rätsel“, sondern als „kalter, berechnender, sehr klarer und sehr willensstarker Mann“ entpuppt hatte¹⁸¹, kam es nun darauf an, das Ergebnis von den Parlamenten absegnen zu lassen. Verständlicherweise äußerte sich der Kanzler nach seiner Rückkehr aus London in seinen öffentlichen Erklärungen durchweg positiv: Zufriedenheit über die Wiederherstellung der westlichen Solidarität, Dank an die Garantiezusagen der Angelsachsen und die Hoffnung, daß die Lösung der deutschen Wiederbewaffnung zu einem „ewigen Frieden zwischen Deutschland und Frankreich“ führen möge, so lautete die Quintessenz seiner Verlautbarungen¹⁸². Der Abschluß der Konferenz, so schrieb er Blank, „beendet ein

¹⁷⁸ Vgl. Fischer, Atomenergie, S. 141–146.

¹⁷⁹ S. Vollsitzungen der Neun-Mächte-Konferenz vom 2. 10. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 197–235, 249–251 u. 255–259; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 23, 3. 10. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1324 f.; Calandri, Western European Union Armament Pool, S. 46; Küsters, Souveränität, S. 530 f.; Thoß, Beitritt, S. 43.

¹⁸⁰ S. Schlußsitzungen der Vier-Mächte-Konferenz vom 3. 10. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 267 f. u. 271–281; vgl. FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1328–1331; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 349–353; Londoner Schlußakte, 3. 10. 1954, in: EA 1954, S. 6978–6987.

¹⁸¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 33a, Bl. 1, Tb. 30. 9. 1954. In der veröffentlichten Fassung figuriert diese Tagebucheintragung unter dem Datum des 28. 9. 1954 (Blankenhorn, Verständnis, S. 198).

¹⁸² Interview Adenauers mit „AFP“, 3. 10. 1954, in: Bulletin 1954, S. 1649 f., hier S. 1650; s.a. Interview dess. mit der Londoner „Times“, in: ebd., S. 1677 f.; ders. an Churchill, 4. 10. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 165.

zähes, über 5 Jahre sich erstreckendes Ringen um die Wiedergewinnung der deutschen Souveränität und die Eingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker als gleichberechtigter und gleich verpflichteter Partner.“¹⁸³ Im vertraulichen Teegespräch wandte sich der Kanzler gegen eine Überbetonung der militärischen und trat für die Hervorhebung der langfristigen politischen Konsequenzen des erreichten Resultats ein. Besonderes Gewicht legte er auf die europapolitischen Folgewirkungen, da er nach dem Fiasko des 30. 8. in der neuen Westeuropäischen Union einen wirksamen Hebel sah, die europäische Integration neu zu beleben¹⁸⁴. Ob die WEU sich tatsächlich als lebendiges Gehäuse für den Aufbau Europas eignete, mußte sich indes noch ebenso erweisen wie die Behauptung des europäischen Einigungsgedankens gegen die unverkennbare Rückbesinnung auf den Nationalstaat¹⁸⁵. Während Adenauer im Kabinett neben der alliierten Bestätigung des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs insbesondere die „sofortige Abschaffung des Besatzungsregimes“ rühmte¹⁸⁶, äußerte er sich im Bundesvorstand seiner Partei geradezu froh über das Scheitern der EVG. Brüsseler Pakt und NATO seien doch „viel besser“ als die Verteidigungsgemeinschaft, denn nun seien der direkte NATO-Beitritt und die volle Mitarbeit Großbritanniens gewährleistet¹⁸⁷. Überzeugte Europäer wie etwa Heinrich Krone trauerten der EVG angesichts der evidenten Renationalisierung der europäischen Politik hingegen lange nach¹⁸⁸.

Da auch Adenauer in den Wochen zuvor die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wiederholt als Zielprojektion seiner Sicherheitspolitik genannt hatte, erwecken seine gegenteiligen Äußerungen einen zwiespältigen Eindruck. Entweder sprach hier ein grenzenloser Opportunist, der sein Fähnchen stets nach dem Wind ausrichtete, oder, was wahrscheinlicher war, ein Regierungschef, der mit allen zur Verfügung stehenden, mitunter auch fragwürdigen Mitteln seine Gefolgschaft vom Wert der Londoner Schlußakte zu überzeugen trachtete. Wie anders läßt sich erklären, daß er wenige Tage nach besorgten Äußerungen über den wachsenden Nationalismus jetzt geradezu in Großmachtszenarien schwelgte und seinen Parteifreunden versicherte, die Unterzeichnung der Vertragswerke gebe den Deutschen nicht nur ihre Freiheit zurück: „Wir können dann mit Fug und Recht sagen, daß wir wieder eine Großmacht geworden sind.“¹⁸⁹ Von den durch die Wiederbewaffnung entstehenden „schwere[n] finanzielle[n] Lasten“, die er McCloy in diesen Tagen vor Augen führte¹⁹⁰, war in diesem Kreis keine Rede. Um so mehr

¹⁸³ Ders. an Blank, 3. 10. 1954, in: ebd., S. 163 u. 165, hier S. 163.

¹⁸⁴ S. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 540, Wortprotokoll, 5. 10. 1954. Zur Namensgebung s. Massigli an Mendès France, Tel. 4060, 11. 10. 1954, in: DDF 1954, S. 544.

¹⁸⁵ Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 148, Tb. 13. 11. 1954.

¹⁸⁶ Kabinettsitzung, 5. 10. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 418; s.a. Thoß, Beitritt, S. 49f.

¹⁸⁷ Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 11. 10. 1954, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 256.

¹⁸⁸ S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 150, Tb. 31. 12. 1954.

¹⁸⁹ Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 11. 10. 1954, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 258; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 159. Zum Machtproblem in der Bundesrepublik allgemein vgl. Knipping/Müller (Hg.), Ohnmacht.

¹⁹⁰ Adenauer an McCloy, 18. 10. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 176. Zu den zeitraubenden Verhandlungen über den deutschen Finanzbeitrag zur westlichen Verteidigung vgl. Hofmann, Truppenstationierung, S. 220f.; Jansen, Großbritannien, S. 247–255.

aber von der Notwendigkeit, die Verträge möglichst rasch zu ratifizieren und die Deutschland- und Ostpolitik einstweilen ruhen zu lassen. Denn eine Normalisierung der Beziehungen zu Moskau könne in Paris die alte Furcht vor einem neuen Rapallo wieder auslösen und die Assemblée Nationale negativ beeinflussen¹⁹¹. Wenngleich bei dem einen oder anderen Unionsabgeordneten wie von Brentano oder Gerstenmaier die Freude über das Erreichte eher verhalten blieb¹⁹², vermochte der Kanzler die Koalition bei seinen Auftritten im Auswärtigen Ausschuß¹⁹³ wie im Plenum des Deutschen Bundestages mit seiner Erfolgsbilanz geschlossen hinter sich zu bringen¹⁹⁴.

Dies war um so nötiger, als das Urteil der Sozialdemokraten entschieden negativ ausfiel. Ollenhauer sah die Europapolitik Adenauers als gescheitert an und bemängelte vor allem, daß der Kanzler nach dem 30. 8. nicht die Chance zur Kehrtwende in Richtung auf die Viermächtekonferenz genutzt hatte. Die nun vorgezeichnete Regelung der Souveränitäts- und Wiederbewaffnungsfrage förderte seiner Meinung nach den Ost-West-Gegensatz und vertiefte die deutsche Teilung. Im Namen seiner Fraktion stellte der Oppositionsführer daher am 7. 10. im Parlament den Antrag, mit den Westmächten eine gemeinsame Linie zur Realisierung von Viermächteverhandlungen über die Wiedervereinigung und die Integration Deutschlands in ein kollektives Sicherheitssystem zu erarbeiten¹⁹⁵. Der Bundestag verweigerte ihm aber in seiner Mehrheit die Gefolgschaft und billigte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten den vom Kanzler eingeschlagenen Weg¹⁹⁶.

Weitaus weniger reibungslos verlief die parlamentarische Auseinandersetzung für Mendès France. Auch er war durchaus zufrieden aus London zurückgekehrt. Die „modération“ Adenauers und die Rücksichtnahme von Dulles und Eden hatten es ihm ermöglicht, nicht zuviel von seiner ursprünglichen Position aufgeben zu müssen. Ein deutscher NATO-Beitritt „pure et simple“ war vermieden worden. Mit der Rüstungsagentur der WEU, den Erklärungen der Angelsachsen über die Truppenstationierung und den Verpflichtungen der Deutschen bot sich ein wirksames Netz von Sicherheiten gegen deutsche Alleingänge¹⁹⁷. Unterstützt von

¹⁹¹ S. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 11. 10. 1954, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 286.

¹⁹² So sah von Brentano „keinen Grund zur uneingeschränkten Befriedigung“, weil die Londoner Vereinbarungen die Enttäuschung über den Rückschlag der europäischen Integration nicht ausgleichen könnten (BA, NL Brentano, Bd. 164, Bl. 391–394, von Brentano an Teitgen, 5. 10. 1954, im Auszug in: Baring, Bundeskanzler, S. 142). Zur Kritik Gerstenmaiers s. Gerstenmaier, Streit, S. 350–352; vgl. Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 273 f.

¹⁹³ S. Bérard an Mendès France, Tel. 4838/47, 4. 10. 1954, in: DDF 1954, S. 507–509.

¹⁹⁴ S. Regierungserklärung Adenauers, 5. 10. 1954, in: BT, Sten. Ber., Bd. 21, S. 2232 u. 2333; Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 274 f. Als Ergebnis faßte Tillmanns am 6. 10. eine Fraktionssitzung mit den Worten zusammen, man wolle „ein gemäßigtes ‚Ja‘ zu London“ sagen (ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1006/3, Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 6. 10. 1954, im Auszug in: BDFD III, S. 387–391, hier S. 390).

¹⁹⁵ S. Bundestagsrede Ollenhauers, 7. 10. 1954, in: BT, Sten. Ber., Bd. 21, S. 2235–2242; Antrag der SPD-Fraktion, 7. 10. 1954, in: ebd., Anlagen, Bd. 31, Drucksache Nr. 863; Cahn, Parti, Bd. 1, S. 315–317; Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 275–279; Hrbek, SPD, S. 203–206; Löwke, SPD, S. 113–115.

¹⁹⁶ S. Antrag der Koalitionsfraktionen, 7. 10. 1954, in: BT, Sten. Ber., Anlagen, Bd. 31, Drucksache Nr. 864; „Badische Zeitung“, 9. 10. 1954, im Auszug auch in: BDFD III, S. 395 f.; Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 279.

¹⁹⁷ Mendès France an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 81, 7. 10. 1954, in: DDF 1954, S. 528–532, hier S. 529 u. 530; s.a. du Réau, Pierre Mendès France, S. 35.

einem Teil der Presse, die den „esprit constructif et conciliateur“ der Londoner Schlußakte würdigte¹⁹⁸, präsentierte der Regierungschef am 7. 10. seine Erfolgsbilanz im Palais Bourbon und bat um die Ermächtigung für weitere Verhandlungen. Ganz im Sinne seiner seit Monaten verfolgten Doppelstrategie verkündete er zugleich die Absicht, parallel zu dem Inkrafttreten der Londoner Vereinbarungen auch die Verständigung mit Moskau zu suchen¹⁹⁹.

Die sofort beginnende und am Tag darauf fortgesetzte Aussprache verdeutlichte wieder einmal die Heterogenität des französischen Parlaments. Die Anhänger der EVG kritisierten die nun weit größere Entscheidungsfreiheit der Bundesrepublik in militärischen Fragen. Schuman und Mollet forderten für ihre Parteien die Verhinderung der Errichtung einer deutschen Nationalarmee durch maximale Integration, die demokratische Kontrolle über den Brüsseler Pakt sowie die Errichtung des Rüstungspools zur Standardisierung und Aufteilung der Waffenproduktion. Mollet, Bourguès-Maunoury und Soustelle sprachen sich außerdem dafür aus, die Aufteilung der amerikanischen Militärhilfe in die Rüstungsüberwachung mit einzuschließen. Andere Abgeordnete machten ihre Zustimmung zur Londoner Schlußakte von einem erfolgreichen Abschluß der deutsch-französischen Saarverhandlungen abhängig²⁰⁰.

Die Schärfe des Urteils vieler Parlamentarier und das immer wieder ausgesprochene Mißtrauen gegenüber Deutschland wurden am Rhein mit Bedauern und Sorge registriert²⁰¹. Trotz aller Beteuerungen des Quai d'Orsay über den positiven Abschluß der Debatte²⁰² hielt Adenauer die Situation für so prekär, daß er über von Brentano und Kiesinger bei den als besonders unsicher geltenden EVG-Befürwortern im MRP vor den katastrophalen Folgen einer negativen Entscheidung der Assemblée Nationale warnen ließ²⁰³. Nachdem Mendès France, der „charismatic but little-loved leader of a divided country“²⁰⁴, die Zusage gegeben hatte, er werde sich in den kommenden Verhandlungen für eine definitive Lösung des Saarproblems, eine effiziente Rüstungsagentur und die Schaffung eines Parlaments der WEU einsetzen²⁰⁵, sprachen ihm am 12. 10. 350 Abgeordnete das Vertrauen aus, hauptsächlich Sozialisten und Radikale. 113 vor allem kommunistische Vertreter stimmten dagegen, 152 Parlamentarier enthielten sich, darunter insbesondere die des MRP. Die übrigen Parteien präsentierten sich abermals gespal-

¹⁹⁸ „Le Monde“, 5. 10. 1954, im Auszug auch in: BDFD III, S. 381–383, hier S. 382.

¹⁹⁹ S. Rede Mendès France in der Assemblée Nationale, 7. 10. 1954, in: JO, Ass. Nat., Déb. Parl. 1954, Bd. 8, S. 4569–4574.

²⁰⁰ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 7./8. 10. 1954, in: ebd., Bd. 8, S. 4574–4655; Lefebvre, Guy Mollet, S. 161; Poidevin, Robert Schuman, S. 381; zur Position der SFIO s.a. Sitzung des SFIO-Parteivorstands vom 6. 10. 1954, im Auszug in: BDFD III, S. 383–386; Quilliot, S. F.I.O., S. 511 f.; zu den deutsch-französischen Saarberatungen vgl. Kap. III.3.4.

²⁰¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 156, Bl. 290, François-Poncet an MAE, Tel. 4929, 9. 10. 1954.

²⁰² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 34, Bl. 54–56, Blankenhorn an Adenauer u. Hallstein, Tel. 584, 7. 10. 1954, Geheim, Citissime.

²⁰³ S. ebd., NL Brentano, Bd. 164, Bl. 391–394, von Brentano an Teitgen, 5. 10. 1954, im Auszug in: Baring, Bundeskanzler, S. 142. Zu entsprechenden Bemühungen des britischen Botschafters Jebb vgl. Thoß, Beitritt, S. 50.

²⁰⁴ Calandri, Western European Union Armament Pool, S. 46.

²⁰⁵ S. Rede von Mendès France in der Assemblée Nationale, 8. 10. 1954, in: JO, Ass. Nat., Déb. Parl. 1954, Bd. 8, S. 4646–4654.

ten²⁰⁶. Zieht man in Betracht, daß dieselben Abgeordneten zwei Monate später in einer ersten Abstimmung über die Pariser Verträge gegen den deutschen Wehrbeitrag votieren sollten, wirkt dieses Ergebnis geradezu „irrational“²⁰⁷. Als intimer Kenner der Stimmung im Palais Bourbon gab Mendès France denn auch nicht sehr viel auf die ihm geschenkten Lorbeeren. Kurz nach der Abstimmung warnte er Adenauer telegraphisch davor, von der Ratifikationsdebatte dasselbe Resultat zu erwarten. Zahlreiche Abgeordnete hatten der Regierung zwar das Vertrauen ausgesprochen, aber ausdrücklich darauf verwiesen, daß sie sich damit nicht auf die Billigung der Verträge festlegten: für den Regierungschef Anlaß genug, die Bedingungen der Parlamentarier ernstzunehmen²⁰⁸.

Der Bundesregierung gingen die Feinheiten dieser innerfranzösischen Machtspiele nicht auf. Sie schätzte die Position des Président du Conseil aufgrund des von ihm in den letzten Wochen gewonnenen Kredits „stark befestigt“ ein. Durch seine zupackende, dynamische Art, so berichtete Blankenhorn nach einer Reihe von Gesprächen an der Seine, habe er sich auch bei politisch Andersdenkenden Ansehen erworben, so daß er sich aller Wahrscheinlichkeit nach länger als erwartet an der Macht halten werde²⁰⁹. Adenauer nahm dieses von Hausenstein bestätigte²¹⁰ Urteil sofort in sein Kalkül mit auf und würdigte Mendès France wenige Tage später vor dem Bundesvorstand seiner Partei als „ungewöhnlich energischen Mann“, der mittlerweile „außerordentlich populär“ sei und „anscheinend“ länger im Amt bleibe als bisher angenommen²¹¹. Diese Perspektive war es auch, die ihn jetzt dazu bewog, das verklausuliert vorgetragene Angebot von Mendès France zu einem persönlichen Gespräch über die „Gesamtheit der deutsch-französischen Beziehungen“ noch vor der Pariser Konferenz anzunehmen²¹². Damit nahm der französische Regierungschef einen Faden wieder auf, der im Quai d’Orsay schon im Juli gesponnen worden war. In einer internen Aufzeichnung hatte Sauvagnargues seinerzeit eine weitreichende „entente franco-allemande“ vorgeschlagen, um ein gemeinsames Programm zur europäischen Einigung und konkreten bilateralen Zusammenarbeit im europäischen Rahmen zu erarbeiten, wobei er insbesondere an die Moselkanalisierung und eine Kooperation im nuklearen Sektor dachte²¹³.

Derweil hatten die Experten der vier Westmächte ihre Arbeit an den Details der in London diskutierten drei großen Problembündel aufgenommen. An der Themse formulierte der Ständige Rat des Brüsseler Paktes mit deutscher und italienischer Beteiligung den Vertrag über die Westeuropäische Union und hatte dabei vor allem das Problem des künftigen Sitzes, das Verhältnis zu anderen europäischen Organisationen und die Ausstattung des WEU-Rates mit echter Entschei-

²⁰⁶ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 12. 10. 1954, in: ebd., S. 4665–4678; AdG 154, S. 4793A.

²⁰⁷ Noack, Scheitern, S. 124.

²⁰⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 156, Bl. 314, Mendès France an Bonn, Tel. 3355/57, 12. 10. 1954, Réserve; Dillon an Dep. of State, Tel. 1558, 13. 10. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1387–1389.

²⁰⁹ PA, BStS, Bd. 347, Blankenhorn an Adenauer, Aufzeichnung, 9. 10. 1954, Geheim.

²¹⁰ S. ebd., Abt. 2, Bd. 237, Bl. 264f., Hausenstein an AA, 205–05 I Tgb.Nr. 4170/54, 19. 10. 1954.

²¹¹ Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 11. 10. 1954, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 252 u. 253.

²¹² BA, NL Blankenhorn, Bd. 34, Bl. 54–56, Blankenhorn an Adenauer u. Hallstein, Tel. 584, 7. 10. 1954, Geheim, Citissime.

²¹³ Aufzeichnung Sauvagnargues, 10. 7. 1954, in: BDFD II, S. 218–221, hier S. 218; vgl. Kap. III.3.4.

dungsbefugnis zu lösen²¹⁴. An der Seine setzte der Ständige NATO-Rat einen Lenkungsausschuß unter Hinzuziehung einer deutschen Delegation ein, der die Bestimmungen über den NATO-Beitritt und die Ausgestaltung der Rüstungskontrolle der WEU koordinieren sollte²¹⁵. Am Rhein berieten die Alliierten Hohen Kommissare mit Grewe über die Beseitigung des Besatzungsstatuts. Der Bundesregierung ging es dabei vornehmlich darum, die wirtschaftliche und rechtliche Einschränkung aus den Verträgen von 1952 weiter abzubauen, die Zielsetzung einer gemeinsamen Berlin- und Deutschlandpolitik vertraglich zu fixieren und die deutsche Souveränität möglichst umfassend juristisch abzusichern²¹⁶. Als äußerst sperrig erwies sich das Problem der Truppenstationierung in der Bundesrepublik, da die Franzosen darauf beharrten, sie in den Kanon der Reservatrechte aufzunehmen²¹⁷.

„Tage der Aussöhnung“ in Paris

Um kurz nach sieben Uhr flog Adenauer am 19. 10. nach Paris. Als Auftakt einer mehrtägigen Mammutkonferenz hatte er sich mit Mendès France verabredet, um das deutsch-französischen Verhältnis parallel zu den nun bevorstehenden Entscheidungen über die Wiederbewaffnung und die Aufhebung des Besatzungsstatuts auf eine neue Basis zu stellen²¹⁸. Neben der steinigen Saarfrage²¹⁹ und der Ausweitung des Kulturaustausches²²⁰ stand darüber hinaus der von französischer Seite erneut in die Diskussion gebrachte Rüstungspool auf dem Programm, für den Paris schon im Vorfeld die Bonner Unterstützung zu ködern versucht hatte – mit äußerst mäßigem Erfolg²²¹. Gegen fünfzehn Uhr begrüßte der französische Regierungschef seinen deutschen Kollegen auf Schloß La Celle-St.-Cloud zur ersten Begegnung. Wie zwischen Blankenhorn und Soutou in den Tagen zuvor besprochen, leitete Mendès France die sechsstündige Unterredung mit einem Appell zur Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein, dem Adenauer uneingeschränkt zustimmte. Man verabredete den Abschluß eines langfristigen Handelsabkommens, die Schaffung eines bilateralen Wirtschaftsrates und die Einrichtung einer gemeinsamen Handelskammer. Hinsichtlich des Rüstungspools kamen beide Seiten nach schwieriger Diskussion überein, die Frage innerhalb der WEU weiterzubehandeln, und widmeten sich dann den Kulturbeziehungen, die

²¹⁴ Zu den Verhandlungen der Londoner Arbeitsgruppe s. Massigli an Mendès France, Tel. 4040/23, 5. 10. 1954, in: DDF 1954, S. 516f.; Mendès France an Massigli, Tel. 14273/75, 12. 10. 1954, in: ebd., S. 545; Massigli an Mendès France, Tel. 4100/01, 13. 10. 1954, *Réservé*, in: ebd., S. 548; ders. an dens., Tel. 4110/16, 14. 10. 1954, *Secret, Réservé*, in: ebd., S. 551f.; vgl. Thoß, *Beitritt*, S. 51f.

²¹⁵ Vgl. de Maizière, *Pflicht*, S. 167–169; Greiner, *Eingliederung*, S. 580–585; Thoß, *Beitritt*, S. 52f.

²¹⁶ Zu den Verhandlungen der Bonner Arbeitsgruppe s. François-Poncet an Mendès France, Tel. 4931/40, 9. 10. 1954, *Urgent, Réservé*, in: DDF 1954, S. 538–541; Bérard an dens., Tel. 4974/77, 11. 10. 1954, *Urgent, Réservé*, in: ebd., S. 543f.; François-Poncet an dens., Tel. 5121/29, 16. 10. 1954, *Priorité, Réservé*, in: ebd., S. 562–564; vgl. Thoß, *Beitritt*, S. 54f.

²¹⁷ Vgl. Hofmann, *Truppenstationierung*, S. 221f.; Thoß, *Beitritt*, S. 57.

²¹⁸ S. Aufzeichnung des AA, 18. 10. 1954, *Geheim*, in: BDFD II, S. 365–368.

²¹⁹ Vgl. Kap. III.3.4.

²²⁰ S. Aufzeichnung des AA, 18. 10. 1954, *Geheim*, in: BDFD II, S. 367.

²²¹ S. Kap. IV.4.1.

sie durch Einrichtung eines zweiseitigen Kulturgremiums zu fördern hofften²²². Anschließend wandten sie sich dem heikelsten Problem zu, der Saarfrage²²³.

Am Tag darauf begann die „Monstreveranstaltung“²²⁴ der vier verschachtelten Pariser Konferenzen. Parallel zu den fortgesetzten bilateralen Gesprächsrunden handelten die drei Westmächte mit der Bundesrepublik die letzten Details über die Ablösung des Besatzungsstatuts aus. Die Mitglieder des Brüsseler Pakts debattierten mit Italien und der Bundesrepublik über die Gründung der WEU. Die NATO erörterte mit einem deutschen Beobachter die Modalitäten des Bonner Beitritts²²⁵. Gegen 17 Uhr begrüßte Mendès France zum Auftakt der Tagung seine Kollegen aus Bonn, Washington und London im Palais Chaillot. Sie billigten den Bericht der Bonner Arbeitsgruppe zur deutschen Souveränität²²⁶ und klärten eine Reihe noch offener Fragen. Das breite Einvernehmen wich rasch heftigem Disens, als man sich des Problems der Truppenstationierung annahm. Dabei standen die stärkeren Bataillone eindeutig auf der französischen Seite. Mit britischer Unterstützung setzte Mendès France die Beibehaltung des Stationierungsrechts aufgrund des Besatzungsstatuts durch, wobei man Adenauer insofern entgegenkam, als man dieses Privileg ausdrücklich an das volle Einvernehmen mit der Bundesregierung band²²⁷.

Am Morgen des 21. 10. fand die erste Zusammenkunft der Neun Mächte statt. Die Minister genehmigten den Bericht der Londoner Arbeitsgruppe²²⁸ und einigten sich darauf, den Sitz der WEU nach London und jenen der neuen Rüstungsagentur nach Paris zu vergeben. Sie nahmen die Bildung eines Ständigen Rates aus Bevollmächtigten Vertretern sowie eines Rüstungskontrollamts in Aussicht. Adenauers Wunsch nach einer engen politischen Verzahnung mit anderen europäischen Organisationen blieb unerfüllt²²⁹. Nachdem sie auch die von der Pariser Ar-

²²² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 313–325, Unterredung zwischen Adenauer und Mendès France vom 19. 10. 1954, im Auszug in: BDFD II, S. 368–372; PA, Abt. 3, AZ 210–01/22, Bd. 4, Blankenhorn u. Hausenstein an von Welck, Tel. 634, 20. 10. 1954, Vertraulich, Citissime; Kurzprotokoll des AA über die Pariser Konferenz, o.D., in: BDFD I, S. 464 f.; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 585–587, Tb. 19. 10. 1954; Lefèvre, Relations, S. 396–402; Soutou, L'alliance incertaine, S. 26–30; Wilkens, Programm, S. 568–570; Kap. IV.4.1.

²²³ S. Kap. III.3.4.

²²⁴ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 159.

²²⁵ Zum Verlauf der Pariser Konferenzen vom 20.–23. 10. 1954 s. die Sitzungsprotokolle in: DDF 1954, Annexes, S. 357–481; vgl. FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1408–1464; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 355–383; Grewe, Rückblenden, S. 204–207; Gazdag, Treaties; Greiner, Eingliederung, S. 585–590; Noack, Scheitern, S. 127–135; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 159–167; Thoß, Beitritt, S. 50–64.

²²⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 368, Bl. 40 u. 44 f., Bericht der Bonner Arbeitsgruppe an die Minister, 16. 10. 1954; ebd., Bl. 72–74, „Deutscher Vorschlag für einen besonderen Vertrag“, 16. 10. 1954; eine englischsprachige Fassung des Berichtes in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1426–1428; DDF 1954, Annexes, S. 469–471.

²²⁷ S. Sitzungen der Vier-Mächte-Konferenz vom 20. u. 21. 10. 1954, in: ebd., S. 359–371 u. 403; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 2, 20. 10. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1408 f.; dies. an dass., Tel. Secto 5, 21. 10. 1954, Confidential, in: ebd., S. 1414; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 356–360; Hofmann, Truppenstationierung, S. 222; Thoß, Beitritt, S. 54–58.

²²⁸ S. PA, Abt. 2, B 14, SFPP, Bd. 11, Bericht der Londoner Arbeitsgruppe an die Minister, NPC/Paris-D/1, 20. 10. 1954, Vertraulich; eine französischsprachige Fassung in: DDF 1954, Annexes, S. 472–475.

²²⁹ S. Sitzung der Neun-Mächte-Konferenz vom 21. 10. 1954, in: ebd., S. 381–399; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 7, 21. 10. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1412 f.; Kurzprotokoll des AA über die Pariser Konferenz, o.D., in: BDFD I, S. 466 f.; Thoß, Beitritt, S. 51 f.

beitsgruppe ausgearbeiteten Protokolle gebilligt hatten²³⁰, drängte Mendès France in der Nachmittagssitzung auf die baldige Aufnahme von Beratungen über die Aufgaben der Rüstungsagentur, um der bevorstehenden Ratifizierungsdebatte in der Assemblée Nationale Schubkraft zu verleihen. Doch die Sorge vor einer junktimsartigen Verknüpfung zwischen den Pariser Verträgen und dem Rüstungspool rief den Widerstand der übrigen Delegationen hervor²³¹. Der französische Regierungschef sah sich daher genötigt einzulenken und willigte in eine Entschließung ein, derzufolge die Verhandlungen erst am 17. 1. 1955 beginnen, im wesentlichen auf die Rüstungsproduktion und -standardisierung beschränkt und zunächst auf Arbeitsebene geführt werden sollten²³².

Nachdem die Vier Mächte in einer kurzen Schlußbesprechung am 22. 10. Einigung über einen deutsch-alliierten Schriftwechsel zur Truppenstationierung auf deutschem Boden erzielt hatten²³³, trat kurz nach drei Uhr der NATO-Rat zusammen und beschloß einstimmig in Anwesenheit deutscher Beobachter die Einladung der Bundesrepublik und Italiens zur Atlantischen Allianz²³⁴. Damit war das Besatzungsstatut aufgehoben und die Bundesrepublik Mitglied von WEU und NATO geworden. Doch erst die Beilegung des Saarproblems in der berühmten Nachtsitzung zwischen Adenauer und Mendès France sollte das letzte Hindernis beseitigen²³⁵. Am folgenden Nachmittag traten die Delegationen im Quai d'Orsay ein letztes Mal zur Unterzeichnung der bereitliegenden Vertragsformulare zusammen²³⁶. Anschließend signierten Mendès France und Adenauer eine Reihe bilateraler Kontrakte: eine Erklärung über die wirtschaftliche Zusammenarbeit²³⁷, die am 22. 10. eine bedeutende Ergänzung in einer streng vertraulichen Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der beiden Industrien über die zukünftige industrielle Zusammenarbeit fand²³⁸; ein „Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das Saarstatut“²³⁹ und ein „Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen

²³⁰ S. PA, B 14, SFPP, Bd. 11, NPC/Paris-D/3, 18. 10. 1954, Vertraulich; Anlagen in: ebd., Bd. 11 f.

²³¹ S. Sitzung der Neun-Mächte-Konferenz vom 21. 10. 1954, Protokoll, in: DDF 1954, Annexes, S. 407–448; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 8, 22. 10. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1415–1417; dies. an dass., Tel. Secto 9, 22. 10. 1954, Secret, in: ebd., S. 1417–1419; Thoß, Beitritt, S. 53 f.

²³² S. Entschließung über Rüstungsproduktion und -standardisierung, 21. 10. 1954, in: EA 1955, S. 8135; Noack, Scheitern, S. 155 f.

²³³ S. PA, Abt. 3, AZ 212–19, Bd. 12, Blankenhorn an AA, Tel. 641, 22. 10. 1954, Citissime, Verschlüsselt; Kurzprotokoll des AA über die Pariser Konferenz, o.D., in: BDFD I, S. 467 f.; FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1421 f.; Adenauer an die Außenminister der Drei Mächte, 23. 10. 1954, in: BGBl 1955, Teil II, S. 481; Hofmann, Truppenstationierung, S. 222 f.

²³⁴ S. Sitzung des NATO-Ministerrates vom 22. 10. 1954, Protokoll, in: DDF 1954, Annexes, S. 455–463; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 12, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1423–1425; Kurzprotokoll des AA über die Pariser Konferenz, o.D., in: BDFD I, S. 468; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 360 f.

²³⁵ S. Kap. III.3.4.

²³⁶ S. die Verträge, Protokolle, Erklärungen und Entschlüsse in: BGBl 1955, Teil II, S. 215–576.

²³⁷ S. Communiqué über die deutsch-französischen Besprechungen vom 19.–23. 10. 1954, in: Bulletin 1954, S. 1807; von Maltzan an Rom etc., 410–304–05/22–8153/54, 3. 11. 1954, Konzept, in: BDFD II, S. 377–379.

²³⁸ S. Vereinbarung zwischen dem Bundesverband der Deutschen Industrie und dem Conseil National du Patronat Français, Protokoll Nr. 2, 22. 10. 1954, Streng vertraulich, in: ebd., S. 1006–1008; Küsters, Wirtschaftsbeziehungen, S. 294; Wilkens, Programm, S. 572–574.

²³⁹ S. BDFD I, S. 361–364.

Republik über die Regelung gewisser Probleme, die sich aus der Deportation aus Frankreich ergeben“²⁴⁰. Erfolgreich abgeschlossen wurden außerdem die von Adenauer seit November 1951 wiederholt angemahnten Verhandlungen über ein „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Kriegsgräber des Krieges von 1939–45“²⁴¹, mit dem der „sehr schlechte Zustand“ der deutschen Kriegsgräber in Frankreich behoben werden sollte²⁴². Darüber hinaus verabschiedeten beide Staatsmänner ein „Kulturabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik“, das schon seit Jahren auf Eis lag²⁴³, weil die Bundesregierung sich dem Wunsch des Quai d’Orsay widersetzt hatte, Französisch als „Pflicht-Wahlfach“ in den deutschen höheren Schulen einzuführen und über den Sprachunterricht direkt mit den Bundesländern zu verhandeln. Erst ein Briefwechsel zwischen Adenauer und Mendès France legte den Zwist jetzt in einer Weise bei, der die französischen Interessen ohne bindende Wirkung noch einmal festhielt²⁴⁴. Dieser politische Willensakt resultierte nicht zuletzt aus der Einsicht beider Regierungen, die Konfrontation gegenseitigen Mißtrauens, die anlässlich der gescheiterten EVG-Ratifizierung zu einem „antideutschen Paroxysmus“ geführt hatte²⁴⁵, entschieden und auf allen zur Verfügung stehenden Ebenen bekämpfen zu müssen. Gewiß, die kulturellen Beziehungen hatten sich seit 1949 zunehmend normalisiert, ohne aber jene Tiefe zu erreichen, die im Selbstverständnis der Beteiligten für zwei Nachbarländer geboten war, von denen die europäische Integration abhing²⁴⁶.

„Tag der Aussöhnung“ mit Frankreich, so etikettierte Adenauer den 23. 10. kurz vor seinem Rückflug nach Bonn²⁴⁷. Nach dem Rückschlag des 30. 8. hatte die auf die Kooperation souveräner Staaten ausgerichtete Politik Mendès France’ der Bundesrepublik einen erheblichen Gewinn eingebracht, und gewiß nicht nur deshalb, weil sie den „anti-cédistes“ in Paris jetzt eine „Revision ihrer Einstellung zu Deutschland“ ermöglichte. Zum ersten Mal seit 1945 demonstrierten die Nachbarn in den bilateralen Verhandlungen die Fähigkeit zur direkten Zusammenarbeit, ohne das Fangnetz europäischer Sicherungssysteme in Anspruch zu nehmen²⁴⁸. Die Langzeitwirkungen dieser geschichtsmächtigen Tage wurden indes in den Wochen darauf vom innenpolitischen Kampf um die Ratifikation der Pariser Verträge verdeckt.

Auch Adenauer ließ sich davon anstecken. Auf deutschen Boden zurückgekehrt, verschoben sich in der Sicht des Kanzlers die Dinge in eigentümlicher

²⁴⁰ S. ebd., S. 188–192.

²⁴¹ S. ebd., S. 180–184.

²⁴² PA, Abt. 2, Bd. 249, Bl. 284–288, „Katalog Gesprächsthemen mit Frankreich“, 210–01/22 III 22280/53, o.D., Vertraulich; s.a. ebd., Anlage 1, o.D.

²⁴³ S. BDFD I, S. 184–188.

²⁴⁴ S. PA, NL Hausenstein, Bd. 24, Bl. 44 f., Frahne an AA, Tel. 555, Cito, 19. 10. 1954; ebd., Bl. 46–48, ders. an Hallstein, Aufzeichnung, 22. 10. 1954; Briefwechsel zwischen Adenauer und Mendès France, 23. 10. 1954, in: BGBl 1955, Teil II, S. 889; vgl. ausführlich Lappenküper, „Sprachlose Freundschaft?“

²⁴⁵ Christadler, Kulturbbeziehungen, S. 38.

²⁴⁶ Vgl. PA, Abt. 6, Ref. 600, Bd. 37, von Graevenitz an Blankenhorn, Aufzeichnung 600/400–03–22/32095, 18. 10. 1954.

²⁴⁷ Zitiert nach: von Eckardt, Leben, S. 326; s.a. Bulletin 1954, S. 1781 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 166 f.

²⁴⁸ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Maltzan an AA, 205–00 I 3669/55, 4. 8. 1955.

Weise. Die Bundesrepublik, betonte er am 25. 10. in einer Rundfunkansprache, werde „die volle Macht eines souveränen Staates“ über die inneren und äußeren Angelegenheiten bekommen. Das Besatzungsregime sei zu Ende. „Wir sind wieder frei!“ Mit der Bildung der Westeuropäischen Union entstehe ein „wirksames Instrument“ zur Verwirklichung der europäischen Integration. Der Beitritt zur NATO biete Frieden und Sicherheit. Den deutsch-französischen Beziehungen, so listete er als Punkt 4 seiner Erfolgsmeldung auf, sei nun eine „konkrete Grundlage für eine glückliche Weiterentwicklung gegeben“. Für die Wiedervereinigung Deutschlands habe man „mächtige Bundesgenossen“ gefunden²⁴⁹. Adenauer variierte also seine Wertung des Vertragswerkes je nach Adressat. Gegenüber Monnet, der in den letzten Wochen verzweifelt jede nicht-supranationale Lösung der deutschen Wiederbewaffnung bekämpft hatte²⁵⁰, hob er abermals den europapolitischen Impetus der Verträge hervor²⁵¹. Den diplomatischen Vertretungen im Ausland gegenüber ließ er wiederum den Aspekt der deutsch-französischen Verständigung unterstreichen²⁵².

Vielleicht wäre des Kanzlers Urteil über die Bedeutung der Pariser Konferenzen ein wenig anders ausfallen lassen, hätte er bereits gewußt, daß die Westmächte am 23. 10. hinter seinem Rücken ein Abkommen über die Ausübung der ihnen nach dem Inkrafttreten des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes noch zustehenden Vorbehaltsrechte unterzeichnet hatten. Dieser ihm erst am 9. 11. zugestellte Vertrag verdeutlichte nämlich auf schmerzliche Weise, wie wenig die von ihm in der deutschen Öffentlichkeit gerühmte Offenheit der Partner in Paris mit der Wirklichkeit übereinstimmte²⁵³. Auf der Habenseite stand hingegen ein von der Bonner Vertretung in Paris konstatierter „merklicher Stimmungsumschwung zu Gunsten Deutschlands [...] auch im Quai d'Orsay“. Mit „starker Lenkung“ des Rundfunks und der Presse versuchte die Regierung offenbar nicht ohne Wirkung, die öffentliche Meinung positiv zu stimmen, um die Atmosphäre für die bevorstehende Ratifikationsdebatte günstig zu gestalten. Bis Jahresende, so hieß es im Außenministerium, wolle der Regierungschef sie in der Nationalversammlung abgeschlossen haben, so daß der Senat im Januar 1955 sein Plazet geben könne²⁵⁴.

Mendès France stimmte in den von Adenauer intonierten Versöhnungsschor am 24. 10. per Radioansprache mit ein. Das nun unterzeichnete Vertragswerk werde „les vieux dossiers du contentieux franco-allemand“ liquidieren. Frankreich und Deutschland seien durch Nachbarschaft und Ressourcen darauf angewiesen, enge Beziehungen zu pflegen. Für ihn, den Wirtschaftspolitiker, ging es jetzt vor allem

²⁴⁹ Ansprache Adenauers im „Nordwestdeutschen Rundfunk“, 25. 10. 1954, in: Bulletin 1954, S. 1805 f., hier S. 1805; vgl. dazu die Prioritätensetzung in: Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 385.

²⁵⁰ Vgl. Roussel, Jean Monnet, S. 675–680; Schröder, Jean Monnet, S. 364–378.

²⁵¹ S. Adenauer an Monnet, 25. 10. 1954, Entwurf, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 181.

²⁵² S. PA, Abt. 3, AZ 212–19, Bd. 12, Blankenhorn an diplomatische Vertretungen, Tel. AZ 302.212–19.27624/54, 5. 11. 1954, Verschlüsselt.

²⁵³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1063, Bl. 38–40, Adenauer an François-Poncet, 16. 11. 1954. Text des Abkommens vom 23. 10. 1954, in: Notes et études documentaires, Nr. 1958, S. 26; s.a. François-Poncet an Mendès France, Tel. 5680/81, 17. 11. 1954, Réservé, in: DDF 1954, S. 745; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1064, Bl. 90 f., Adenauer an François-Poncet, 20. 1. 1955.

²⁵⁴ PA, Abt. 3, AZ 214–02, Hausenstein an AA, Tel. 656, 27. 10. 1954, Citissime.

darum, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf der Basis der Übereinkunft von La Celle-St.-Cloud zu intensivieren. Über die übrigen Vereinbarungen verlor er kein Wort²⁵⁵. Ausführlicher nahm der Président du Conseil in einem Zirkulartelegamm an die Auslandsmissionen zum Ablauf der Pariser Konferenzen Stellung. Zwar hatte er aufgrund der englisch-amerikanischen Gegenvorstellungen insbesondere im Hinblick auf einen sofortigen deutschen NATO-Beitritt in den letzten Wochen „une certaine érosion“ in seiner Position hinzunehmen²⁵⁶, doch davon war jetzt natürlich keine Rede. Abermals begrüßte er das Vertragswerk als Auftakt einer neuen Ära der bilateralen Beziehungen, unterstrich freilich auch seine Verhandlungserfolge: den erfolgreichen Widerstand gegen die deutschen Überlegungen hinsichtlich der Truppenstationierung und die Bewahrung des Kerns des Bonner Vertrags von 1952 in bezug auf die Beziehungen zu Moskau. Besonderes Augenmerk lenkte er auf den durch NATO und WEU gegebenen Doppelrahmen der deutschen Wiederbewaffnung, stellte dann aber bezeichnenderweise nur das Kontroll- und Inspektionssystem der WEU näher dar²⁵⁷.

Sowjetische Störfeuer

Die heftige innenpolitische Auseinandersetzung auf der anderen Rheinseite, wo der endgültige Durchbruch zur Westpolitik für viele Kommentatoren hinter Adenauers Konzessionen in der Saarfrage²⁵⁸ bzw. die aufzubringenden Kosten in der Deutschlandpolitik zurücktrat, ließ diese günstige Atmosphäre aber bald verpuffen. Während die Liberalen des Kanzlers Politik der Westintegration trotz einzelner Kritik billigten²⁵⁹, stießen sich die Sozialdemokraten daran, daß die Bereitschaft Frankreichs zur Verständigung offenbar mit einer „Option für die deutsche Teilung verbunden“ war²⁶⁰. In den Gremien der Partei und der Fraktion wollte Ollenhauer zwar „gewisse positive Elemente“ im neuen Vertragswerk nicht leugnen. Sein Gesamturteil stand aber eindeutig unter dem Diktat der Frage, welche Rückwirkungen die Dokumente auf die Teilung Deutschlands hätten. Denn die Erlangung der staatlichen Einheit galt weiterhin als „das vordringlichste Ziel“ sozialdemokratischer Politik, wohingegen Adenauer in der Spaltung offenbar „kein praktisches politisches Problem der Gegenwart“ mehr sah. Da die SPD die Pariser Verträge mit der Politik der Wiedervereinigung für unvereinbar hielt, sah sie keine Möglichkeit, ihnen zuzustimmen²⁶¹.

²⁵⁵ Radioansprache von Mendès France, 24. 10. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 412–414, hier S. 412.

²⁵⁶ Du Réau, Pierre Mendès France, S. 34.

²⁵⁷ S. Mendès France an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 92, 27. 10. 1954, Réservé, in: DDF 1954, S. 617–621.

²⁵⁸ Vgl. Kap. III.3.4.; s.a. Artikel Hirschners, in: „Rhein-Zeitung“, 25. 10. 1954, im Auszug auch in: BDFD III, S. 399–401.

²⁵⁹ S. Sitzung des FDP-Bundesvorstands und des Außenpolitischen Ausschusses vom 8. 12. 1954, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1954–1960, S. 106; Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 299 f.

²⁶⁰ AsD, NL Erler, Bd. 169, Schütze an Erler, 3. 11. 1954, im Auszug in: BDFD III, S. 163 f., hier S. 163.

²⁶¹ Rede Ollenhauers in der SPD-Fraktionssitzung vom 2. 11. 1954, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2. Teilbd., S. 106–126, hier S. 114, 115 u. 117; s.a. Gemeinsame Sitzung von Partei- und Fraktionsvorstand der SPD vom 1. 11. 1954, im Auszug in: BDFD III, S. 157–162; Cahn, Parti, Bd. 1, S. 329–339; Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 300 f.; Löwke, SPD, S. 115 f.

Auch an der Seine formierte sich allmählich der Widerstand, vor allem von seiten der EVG-Anhänger. Am 29. 10. veröffentlichte Maurice Schumann, ehemaliger Staatssekretär im Quai d'Orsay und MRP-Abgeordneter, einen langen Artikel, der eine Grundlage für die Angriffe der Opposition während der bevorstehenden Ratifizierungsdebatte bildete. Drei Einwände standen im Mittelpunkt seiner Kritik: Das alliierte Truppenstationierungsrecht könne nur noch im Einvernehmen mit Bonn ausgeübt werden; der Fortfall der Notstandsklausel nach Inkraftsetzung einer entsprechenden deutschen Notstandsgesetzgebung verlagere das Schwergewicht der politischen Entscheidung zugunsten der Bundesregierung; die Westbindung der Bundesrepublik sei im Vergleich zum EVG-Vertrag weniger fest und beschwöre die Gefahr eines Abdriftens nach Osten herauf²⁶². Zu diesen vertragsimmanenten Vorwürfen gesellten sich zwei externe Faktoren, die Mendès France' Position ganz erheblich erschwerten: der Ausbruch des Bürgerkrieges in Algerien am 1. 11.²⁶³ und der neue Moskauer Vorstoß zur Einberufung einer Viermächtekonferenz.

Schon am 29. 9. hatte der sowjetische Außenminister Molotow dem französischen Botschafter Joxe den Text eines neuen Abrüstungsvorschlags überreicht²⁶⁴, den er am folgenden Tag in der Plenarsitzung der UN-Vollversammlung einbringen ließ. In diesem Resolutionsentwurf für den Abschluß einer internationalen Konvention über die Einschränkung der Rüstungen und das Verbot der Atom-, Wasserstoff- und anderer Massenvernichtungswaffen billigte die Sowjetunion einen im Juni vorgelegten britisch-französischen Abrüstungsplan als Verhandlungsgrundlage²⁶⁵, was Frankreich aber umgehend als unzureichend qualifizierte²⁶⁶. Am 23. 10. wandten sich die Sowjets erneut an die Westmächte und beantworteten deren Note vom 10. 9., in der sie die Zustimmung zu freien Wahlen in Deutschland und den Abschluß des österreichischen Staatsvertrags als Vorbedingung für weitere Deutschlandverhandlungen genannt, den französischen Wunsch nach Errichtung eines europäischen Sicherheitssystems²⁶⁷ aber unerwähnt gelassen hatten. In seiner Replik wich der Kreml einer klaren Stellungnahme zu den Forderungen aus und schlug statt dessen für November eine Außenministerkonferenz der Vier Mächte vor, die über Wiedervereinigung und freie Wahlen, Verminderung der Besatzungstruppen und die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz beraten sollte. Ganz unverblümt verband die Sowjetunion eine scharfe Attacke gegen Frankreich mit der Warnung, die Bun-

²⁶² S. Artikel Schumanns, in: „Paris-presse/l'intransigeant“, 29. 10. 1954; PA, Abt. 3, AZ 210–01/22, Bd. 4, Hausenstein an AA, 205–00 I Nr. 4404/54, 3. 11. 1954.

²⁶³ Vgl. grundlegend: Droz/Lever, *Guerre d'Algérie*; Elsenhans, *Algerienkrieg*; s.a. *Revue d'Allemagne* 31 (1999).

²⁶⁴ S. Joxe an Mendès France, Tel. 2642/48, 29. 9. 1954, Secret, Priorité absolue, Réservé, in: DDF 1954, S. 482–484.

²⁶⁵ S. britisch-französisches Memorandum, 11. 6. 1954, in: Volle/Duisberg (Hg.), *Probleme*, Bd. 1/II, S. 402–404; sowjetischer Resolutionsentwurf nebst Memorandum, 30. 9. 1954, in: ebd., S. 405–408.

²⁶⁶ S. Mendès France an New York etc., Tel. 4505/10 etc., 30. 9. 1954, Priorité absolue, Réservé, in: DDF 1954, S. 485–487; Soutou, *Pierre Mendès France*, S. 189.

²⁶⁷ Vgl. Lohse, *Lockungen*, S. 94; zum Problem des österreichischen Staatsvertrags vgl. grundlegend Stourzh, *Geschichte*.

desrepublik bei der Umsetzung der Pariser Verträge nicht mehr als friedliebenden Staat betrachten zu können²⁶⁸.

Da sie die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen von einer Neutralisierung Deutschlands abhängig machte, wurde die Note im Auswärtigen Amt als „reines Störungsmanöver“ bewertet²⁶⁹. Wie das Kanzleramt²⁷⁰ vermochte auch der Quai d'Orsay in den sowjetischen Vorschlägen keinen Fortschritt zu erkennen²⁷¹. Mendès France sah sie in erster Linie an die französische Öffentlichkeit gerichtet, um das Ratifikationsverfahren zu bremsen. Unter diesen Bedingungen zum vorgeschlagenen Termin in einen Dialog einzutreten, war aus seiner Sicht eine gefährliche Dummheit, denn der vorhersehbare Mißerfolg konnte nur zur Verschärfung der internationalen Spannungen führen²⁷². Daher riet er dazu, in der Antwortnote die bisherige Position zu erneuern und Moskau für den Stillstand im Ost-West-Dialog verantwortlich zu machen²⁷³. Wie im State Department und in der Downing Street²⁷⁴, so stand man aber auch im Quai d'Orsay auf dem Standpunkt, daß der Westen sich einer Verständigung nicht prinzipiell verschließen dürfe. Seit seiner Amtsübernahme war jedoch in der Haltung von Mendès France offenbar eine Verhärtung eingetreten²⁷⁵. Hatte er Anfang Oktober in der Assemblée Nationale einen parallelen Ablauf zwischen dem Inkrafttreten der Londoner Abmachungen und Ost-West-Verhandlungen in Aussicht gestellt, verwahrte er sich jetzt vehement gegen den in der Presse erhobenen Vorwurf, er setze auf das Gelingen derartiger Gespräche, um das Pariser Vertragswerk zu untergraben. Da die Ratifikationsdebatte im Dezember stattfinden sollte, blieb bis dahin kein Raum für Viermächtegespräche. Wenn es denn überhaupt zu ihnen kommen sollte, durften sie auf keinen Fall als „un aparté franco-soviétique“ erscheinen, sondern nur im Einvernehmen mit den Verbündeten erfolgen²⁷⁶.

Wie glaubhaft sind vor diesem Hintergrund die Anfang Dezember gegenüber deutschen Sozialdemokraten gestreuten Behauptungen Léo Hamons, Mendès France setze auf ein Scheitern der Verträge, wolle noch vor der Ratifizierung Viermächteverhandlungen über Deutschland zustandebringen und hoffe auf die indi-

²⁶⁸ S. Note der Westmächte vom 10. 9. und Antwort der Sowjetunion vom 23. 10. 1954, in: Jäckel (Hg.), *Deutsche Frage*, S. 82 f. u. 83–87.

²⁶⁹ PA, Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 10, Aufzeichnung 35.202–03.26955/54, 25. 10. 1954; s.a. ebd., Vermerk Meissner 350.202–03.27066/54, 25. 10. 1954, Konzept.

²⁷⁰ S. Kabinettsitzung, 25. 10. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 449; Adenauer, *Erinnerungen* 1953–1955, S. 388.

²⁷¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 945, Bl. 264–266, Aufzeichnung für Mendès France, o.D.; Joxe an dens., Tel. 2912/21, 25. 10. 1954, in: DDF 1954, S. 605–607; Lohse, *Lockungen*, S. 169; Soutou, *Pierre Mendès France*, S. 190.

²⁷² S. Mendès France an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 94, 2. 11. 1954, *Réservé*, in: DDF 1954, S. 641–643; Lohse, *Lockungen*, S. 169.

²⁷³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 946, Bl. 32, Mendès France an Parodi, Aufzeichnung, 2. 11. 1954.

²⁷⁴ S. Pressekonferenz von Dulles, 4. 11. 1954, in: AdG 1954, S. 4837B; Rede Churchills beim Bankett des Bürgermeisters von London, 9. 11. 1954, in: ebd.; Massigli, *Comédie*, S. 485; Felken, Dulles, S. 282 f.; Thoß, *Beitritt*, S. 67.

²⁷⁵ Vgl. Soutou, *La France, Allemagne et les accords de Paris*, S. 466.

²⁷⁶ Mendès France an Bonnet, Tel. 14071/78, 2. 11. 1954, *Réservé*, in: DDF 1954, S. 639 f., hier S. 639; s.a. PA, Abt. 3, AZ 211–00/22, Bd. 4, Krekler an AA, Tel. 686, 2. 11. 1954; Lohse, *Lockungen*, S. 42; Soutou, *La France, Allemagne et les accords de Paris*, S. 466.

rekte Unterstützung der SPD²⁷⁷? Hamons Enthüllungen scheinen weniger die Absichten des französischen Regierungschefs als die geheimen Ziele bestimmter Kräfte an der Seine widerzuspiegeln, denen die Pariser Verträge nicht paßten. Zu ihnen gehörte etwa Claude Bourdet, ein prominenter Vertreter neutralistischer Bestrebungen, der in Übereinstimmung mit der SFIO-Linken sofortige Abrüstungsverhandlungen empfahl²⁷⁸. Zu ihnen gehörten aber auch einflußreiche Berater im Umkreis von Mendès France, die für die Durchführung der Viererverhandlungen vor Abschluß der parlamentarischen Verfahren plädierten. Und es mußte sich erst noch erweisen, ob ihr Chef diesen Stimmen nicht folgen würde²⁷⁹.

Eine Viererkonferenz schien Mendès France dann sinnvoll, falls sie Erfolg versprach. Waren die Sowjets zu echten Fortschritten bereit, neigte er dazu, auf sie zuzugehen²⁸⁰. Jean Chauvel, sein neuer Botschafter in Wien, hielt nach einem vom Matignon in Auftrag gegebenen Vergleich der beiden letzten sowjetischen Noten eine „entente tacite“ auf der Basis des Status quo und ein Einlenken der Sowjetunion etwa in der Österreich-Frage für möglich²⁸¹. Dabei ermahnte er ihn, die sowjetische Furcht vor deutsch-österreichischem Anbandeln nicht einfach abzutun: „Ainsi peut-on dire que si l'Anschluss n'est actuellement ni dans les esprits ni dans les coeurs, il est dans la logique des faits.“²⁸²

Noch ehe die Westmächte reagieren konnten, überreichte die Sowjetunion am 13. 11. eine weitere Note, in der sie die USA und alle europäischen Staaten, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhielt, mit deutlichen Warnungen vor den Gefahren der deutschen Wiederbewaffnung zu einer Konferenz über die Schaffung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems nach Moskau einlud²⁸³. Der Quai d'Orsay sah darin einen weiteren Zug im Propagandaschach, der ohne Einfluß auf das Ratifikationsverfahren bleiben mußte²⁸⁴. Eine simple Neuauflage der eigenen Pläne kam aber jetzt nicht mehr in Frage. An dem von Moskau bevorzugten Thema eines europäischen Sicherheitssystems führte kein Weg mehr vorbei. Aus Sorge vor der Wirkung der sowjetischen Offensive in der französischen Öffentlichkeit und im Parlament, wo man durchaus die Möglichkeit witterte, die ungeliebte NATO gegen ein europäisches Konstrukt einzutauschen²⁸⁵, reagierte Mendès France in einem Zirkulartelegramm mit der abermaligen Versicherung, man dürfe nicht die Türe für Verhandlungen zuschlagen

²⁷⁷ S. AsD, SPD-Bundestagsfraktion WP II, Nr. 23, Fraktionsvorsitz Ollenhauer (Sammlung SPD), Markscheffel an Ollenhauer, 3. 12. 1954.

²⁷⁸ S. Artikel Bourdets, in: „France-Observateur“, 7. 10. 1954, im Auszug auch in: BDFD III, S. 391–393.

²⁷⁹ S. PA, Abt. 3, AZ 202–03, Bd. 10, Hausenstein an AA, Tel. 666, 3. 11. 1954.

²⁸⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 946, Bl. 32, Mendès France an Parodi, Aufzeichnung, 2. 11. 1954; ebd., Bl. 33–34, Seydoux an London, Tel. 15275/81, 3. 11. 1954, Réservé, Priorité.

²⁸¹ Chauvel an Mendès France, Tel. 1576/81, 12. 11. 1954, Diffusion restreinte, in: DDF 1954, S. 695 f., hier S. 696.

²⁸² Ders. an dens., Nr. 439, 27. 10. 1954, in: ebd., S. 623–625, hier S. 624.

²⁸³ S. Note der Sowjetunion an die Westmächte, 13. 11. 1954, in: Jäckel (Hg.), Deutsche Frage, S. 87–89.

²⁸⁴ S. Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 13. 11. 1954, in: DDF 1954, S. 716 f.; Joxe an Mendès France, Tel. 3111/20, 15. 11. 1954, Réservé, in: ebd., S. 724–726; Mendès France an MAE, Tel. 778/80, 16. 11. 1954, in: ebd., S. 736.

²⁸⁵ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 94 f.

und der Sowjetunion die Initiative überlassen. Allerdings erfordere eine Konferenz à quatre eine sorgsame Vorbereitung, um einen Fehlschlag zu vermeiden²⁸⁶.

Aus Bonner Sicht zielte die Note erstmals darauf ab, die deutsche Wiederbewaffnung unter allen Umständen zu vermeiden. Moskau wollte die Westmächte allem Anschein nach dazu zwingen, entweder an der Konferenz teilzunehmen und damit die Ratifizierung der Pariser Verträge hinauszuzögern oder die Verantwortung für das Scheitern einer gesamteuropäischen Sicherheit zu übernehmen²⁸⁷. Die kurze Frist bis zum vorgeschlagenen Tagungstermin ließ außerdem darauf schließen, daß die Sowjets unter dem Vorwand des entstehenden westeuropäischen Verteidigungssystems und der deutschen Remilitarisierung Maßnahmen für eine straffere militärische Organisation des eigenen Herrschaftsbereichs vorbereiteten. Dennoch blieb die Bundesregierung der Auffassung treu, die Fühlungnahme mit der östlichen Supermacht erst nach der Ratifikation der Westverträge einzuleiten²⁸⁸. Der Kurs der Amerikaner ließ ihr auch kaum eine andere Wahl. Am 16. 11. erfuhr Adenauer aus Washington, wenn die Pariser Verträge in Bonn scheiterten, würden die USA allein die Bundesrepublik dafür verantwortlich machen²⁸⁹. Die Enthaltung der Labour-Party bei der Abstimmung des englischen Unterhauses über die Verträge zwei Tage später²⁹⁰ galt ihm als besorgniserregendes Indiz für den „Erfolg der sowjet-russischen Gegenaktion“²⁹¹, der er nun mit einer möglichst raschen deutschen Ratifikation zu begegnen gedachte. Schon Ende Oktober hatte sich der Kanzler an den Bundesratspräsidenten Altmeier gewandt und um eine umgehende Stellungnahme der Länderkammer nach Erhalt der Gesetzentwürfe gebeten, damit die Verträge so schnell wie möglich gebilligt werden könnten²⁹². Der Forderung der SPD vom 18. 11. nach einer sofortigen Bundestagsdebatte über Viermächteverhandlungen²⁹³ wich er aus, da eine öffentliche Erörterung der sowjetischen Noten seiner Meinung nach jetzt „nur schaden“ konnte²⁹⁴. In einem umgehend abgesandten Schreiben an Ollenhauer betonte Adenauer mit bemerkenswerter Argumentationsakrobatik, er halte eine Viermächtekonferenz über die Wiedervereinigung Deutschlands „für eine dringende Notwendigkeit“, wünsche sie aber erst nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge²⁹⁵.

²⁸⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 946, Bl. 136–137, Parodi an London, Zirkulartel. 98, 16. 11. 1954, Très urgent; PA, Abt. 3, AZ 212–19, Bd. 12, Hausenstein an AA, Tel. 702, 16. 11. 1954; Lohse, Lockungen, S. 42.

²⁸⁷ S. PA, Abt. 3, AZ 212–19, Bd. 12, Aufzeichnung Bräutigam 35.212–19.28942/54, 15. 11. 1954, Konzept.

²⁸⁸ S. ebd., BStS, Bd. 346, Blankenhorn an diplomatische Vertretungen, Tel. 17, 15. 11. 1954, Verschlüsselt, Cito; François-Poncet an Mendès France, Tel. 5623/34, 15. 11. 1954, Réservé, in: DDF 1954, S. 718–721; Thoß, Beitritt, S. 68.

²⁸⁹ Vgl. ders., Saarfrage, S. 246.

²⁹⁰ Vgl. AdG 1954, S. 4849E; Mager, Stationierung, S. 133–145.

²⁹¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 36b, Bl. 248 f., Tb. 19. 11. 1954, im Auszug in: BDFD I, S. 364–366, hier S. 364.

²⁹² S. Adenauer an Altmeier, 25. 10. 1954, Entwurf, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 179f.

²⁹³ S. SPD-Fraktionssitzung vom 18. 11. 1954, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2. Teilbd., S. 134; AdG 1954, S. 4850B.

²⁹⁴ Kabinettsitzung, 18. 11. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 513.

²⁹⁵ Adenauer an Ollenhauer, 18. 11. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 184 f., hier S. 185; Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 303 f.

Adenauer kämpfte an zwei Fronten zugleich, gegen die Opposition der SPD und die Widerstände in der Koalition. Zwar beschloß das Kabinett auf seinen Vorschlag noch am selben Tag, einen entsprechenden Geschäftsordnungsantrag der Sozialdemokraten im Parlament abzuschmettern²⁹⁶. Die Runde beschränkte sich aber keineswegs auf die Funktion des Ja-Sagens. Eindringlich mußte der Kanzler auf die Minister am 19. 11. einreden, um die Parlamentsdebatte Mitte Dezember eröffnen zu können. Doch die Unterstützung blieb wieder lau. Unter dem Druck der Frondeure, deren Kritik sich insbesondere gegen das Saarstatut richtete, erklärte er sich schließlich entgegen seinen ursprünglichen Planungen mit der Ausarbeitung von je einem Gesetz zu den vier Pariser Hauptverträgen einverstanden²⁹⁷. Parallel zum Start der Ratifikationsmaschinerie intensivierte Adenauer die „systematische und wirkungsvolle Wehraufklärung“ im „vorparlamentarischen Raum“²⁹⁸. Darüber hinaus suchte er den Beistand der Angelsachsen und schickte Blankenhorn an die Themse²⁹⁹.

Auch Mendès France bemühte sich jetzt um die Unterstützung der Partner. Am 18. 11. traf er in Washington zu einem mehrtägigen Besuch ein, der vor allem das spärliche amerikanische Vertrauen mehrten und militärische wie finanzielle Hilfszusagen einbringen sollte. Dem französischen Regierungschef ging es darum, die Gastgeber von seinem festen Willen zu überzeugen, die Pariser Verträge bis zum Jahreswechsel über die parlamentarischen Hürden gebracht zu haben. Allerdings ließ er keinen Zweifel daran, den Abgeordneten nicht ohne Morgengabe gegenübertreten zu können, und bat um amerikanische Garantien für das Saarabkommen³⁰⁰. Eingezwängt zwischen internationalen Notwendigkeiten und innenpolitischen Gegebenheiten meinte er aber auch jenen Kräften ein Zeichen senden zu müssen, die ihm ein allzu starkes Einschwenken auf die amerikanische Politik vorhielten und den Dialog mit Moskau forderten. Ohne ausreichende Absprache mit den westlichen Partnern startete er dazu am 22. 11. eine „außenpolitische Entlastungsoffensive“³⁰¹, regte vor dem Forum der Vereinten Nationen für Mai 1955 eine neue Viermächte-Konferenz über anhängende Probleme an und schlug vor, Kontrollen und Beschränkungen der WEU zur Basis für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu machen³⁰². Damit distanzierte er sich von dem bisher gülti-

²⁹⁶ S. Bundestagsdebatte, 18. 11. 1954, in: BT, Sten. Ber., Bd. 22, S. 2810–2812.

²⁹⁷ S. Kabinettsitzung, 19. 11. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 515–522; vgl. Kap. III.3.4.

²⁹⁸ Jahn, An Adenauers Seite, S. 272. Zur Publizierung der Ergebnisse der Londoner bzw. Pariser Konferenz wurden im Auftrag der Bundesregierung ein Informationsdienst eingerichtet und eine Versammlungswelle durchgeführt, die Oktober 1954 bis Januar 1955 2200 Veranstaltungen mit fast 150000 Teilnehmern umfaßte (Jahn an Adenauer, Bericht, 18. 2. 1955, in: ebd., S. 273–278).

²⁹⁹ S. Kabinettsitzung, 19. 11. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 520f.; Bérard an MAE, Nr. 2762, 30. 11. 1954, Secret, in: DDF 1954, S. 825f.

³⁰⁰ S. Unterredung zwischen Mendès France und Eisenhower vom 18. 11. 1954, in: ebd., Annexes, S. 180; Unterredung zwischen dens. vom 18. 11. 1954, Secret, 22. 11. 1954, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1481–1484; Unterredung zwischen Mendès France und Dulles, 19. 11. 1954, in: ebd., S. 1484f.; Plenarsitzung vom 18. 11. 1954, 22. 11. 1954, Secret, in: ebd., Bd. 6, S. 1466–1476; Plenarsitzung vom 19. 11. 1954, 26. 11. 1954, Secret, in: ebd., S. 1478–1486; Plenarsitzung vom 19. 11. 1954, 23. 11. 1954, Secret, in: ebd., S. 1487–1496.

³⁰¹ Thoß, Modellfall, S. 100. Zur Informierung der amerikanischen Regierung s. Unterredung zwischen Mendès France und Dulles vom 19. 11. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 6, S. 1476–1478; Unterredung zwischen dens. vom 20. 11. 1954, Confidential, in: ebd., S. 1497f.

³⁰² S. Rede von Mendès France vor der UNO, 22. 11. 1954, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 485–

gen französischen Konzept der „double sécurité“ gegenüber Deutschland und der Sowjetunion, entfernte sich auch von der westlichen Vormacht und deren eher militärisch geprägten Konfliktmanagement gegenüber der östlichen Supermacht³⁰³. Mendès France akzeptierte in seiner bewußt spektakulär ausgerichteten³⁰⁴ Rede die These Moskaus, daß die Schaffung eines Sicherheitssystems die Bedingung für die deutsche Einheit sei. Ja, er war offenbar unter dem Einfluß seiner Mitarbeiter bestrebt, sich in gewisser Weise sowjetischerseits rückzugewissern, obwohl er der westlichen Allianz treu zur Seite stand und bemüht war, die deutsch-französischen Beziehungen zu verbessern³⁰⁵. Gewiß, er lehnte eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands ab und befürwortete die Integration der Bundesrepublik in den Westen. Wollte man aber die Ost-West-Beziehungen in Bewegung bringen, so lautete sein Kalkül, mußte man eben auf anderen Gebieten als dem der Deutschlandpolitik, etwa der Österreich-Frage, einen Vorstoß wagen³⁰⁶.

Während Eisenhower am Tage danach auf einer Pressekonferenz eine Vereinbarung über Österreich als echten Beleg für die sowjetische Bereitschaft zu wirklichen Verhandlungen wertete³⁰⁷, waren Dulles und Eden über den öffentlichkeitswirksamen Schritt ihres französischen Kollegen höchst alarmiert, weil er die Westmächte an den Verhandlungstisch zwingen und das Klima in Bonn bzw. Paris gegen die Ratifikation der Verträge umschlagen lassen konnte³⁰⁸. In der deutschen Diplomatie zeigte man hingegen sogar Verständnis für dieses Vorgehen, da der „Mythos Mendès France“ zu verblassen begann und der Erfolg des Ratifizierungsverfahren an der Seine nicht zuletzt vom Prestige des Chefs einer Regierung abhing, die wie ihre Vorgänger „nur eine Art Vollzugsausschuß eines Parlaments [war], das nicht weiß, was es will“³⁰⁹.

Im Gegensatz zu Mendès France, der die deutsche Einheit vor der UNO absichtlich ausgeklammert hatte, weil er sie offenbar auf absehbare Zeit für nicht erreichbar hielt³¹⁰, strebten Teile des Quai d'Orsay allem Anschein nach nicht nur eine Lösung der Österreich-Frage an. So ermunterte Soutou Bonner Kollegen in diesen Tagen zu einer gemeinsamen „dynamische[n] Politik gegenüber Sowjetrussland“ und einer energischen Inangriffnahme der Wiedervereinigung nach der parlamentarischen Billigung der Pariser Verträge³¹¹. Mit diesem Vorstoß lief er bei ihnen offene Türen ein. Auf jeden Fall, so betonte Blankenhorn Ende November gegenüber dem stellvertretenden Direktor der Generaldirektion Politik, de Margerie, müsse 1955 die Frage der Wiedervereinigung mit Moskau verhandelt werden. Natürlich werde man nicht die „réincorporation pure et simple“ der Ostge-

496; ders. an London u. Washington, Tel., 25. 11. 1954, Urgent, Réservé, in: DDF 1954, S. 790f.; Rouanet, Mendès France, S. 426–430.

³⁰³ Vgl. Soutou, Place, S. 54.

³⁰⁴ S. Mendès France, Choisir, S. 77f.; Girault, La France, S. 257f.; Soutou, Pierre Mendès France, S. 192.

³⁰⁵ Vgl. ders., L'alliance incertaine, S. 34f.

³⁰⁶ Vgl. ders., Pierre Mendès France, S. 193–195; Thoß, Modellfall, S. 100–102.

³⁰⁷ Vgl. Felken, Dulles, S. 283.

³⁰⁸ Vgl. Thoß, Modellfall, S. 102f.

³⁰⁹ PA, Abt. 2, Bd. 237, Bl. 289–294, Hausenstein an AA, 205–04 I Tgb.Nr. 4729/54, 24. 11. 1954.

³¹⁰ S. ebd., Abt. 3, AZ 211–00/22, Bd. 4, Riesser an dass., Tel. 177 (Obs), 7. 12. 1954.

³¹¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 36b, Bl. 219–221, Krekeler an Blankenhorn, Tel. 721, 19.11.1954, Geheim, Citissime.

biete erreichen, sondern einen Preis für die Einheit zahlen müssen. Werde es genügen, so fragte der Vertraute des Kanzlers ohne große Zuversicht, die Bewohner der Zone von allen militärischen Pflichten zu befreien und ganz Ostdeutschland zu neutralisieren? „Mieux vaudrait donc chercher à créer une sorte de zone-tampon occupée par des forces de police placées aux ordres d'un Suisse, par exemple, et soumises au contrôle des Nations Unies.“³¹² Mit diesen beinahe sensationellen Gedanken stand Blankenhorn keineswegs allein in der Bonner Diplomatie. Albrecht von Kessel, der Stellvertreter Heinz Krekelers in Washington, meinte in einem Gespräch mit dem Direktor der Deutschland-Abteilung im State Department in diesen Tagen freimütig, Adenauer sei sehr an einem Gespräch mit den Sowjets interessiert. Er selbst, von Kessel, sehe den Zeitpunkt nahe, daß die Russen den Deutschen die Einheit zurückgäben: „The price he thought might be a neutralized Germany, and it might be worthwhile for the West to pay this price since rolling the ‚Iron Curtain‘ back to the Elbe would have such a tremendous impact in all of Western Europe“³¹³.

Am 29. 11. lehnten die Westmächte die sowjetische Einladung nach Moskau ab und stellten ihr eigene Vorstellungen entgegen: In Konkordanz zu den Verlautbarungen von Mendès France bzw. von Eisenhower verlangten sie jetzt zuerst den Abschluß des österreichischen Staatsvertrags, die Präzisierung der sowjetischen Vorstellungen über freie Wahlen in Deutschland und dann eine allgemeine Sicherheitskonferenz, wobei sie die Viermächteebene erst nach der Ratifikation der Pariser Verträge betreten wollten³¹⁴. Darauf bedacht, sein Profil als eigenständiger Friedens- und Verständigungspolitiker zu stärken, beauftragte Mendès France seine Moskauer Botschaft am 6. 12. zu einer direkten Démarche im Kreml, um dort auf die zentralen Passagen seiner Rede vor der UNO aufmerksam zu machen, die bisher ohne sowjetische Resonanz geblieben war³¹⁵. Die westlichen Verbündeten hatte er diesmal vorab konsultiert bzw. unterrichtet. Sie ließen den Franzosen in dem Bewußtsein gewähren, ihn schon aus innenpolitischen Gründen nicht von seinem Vorhaben abbringen zu k  nnen³¹⁶. Intern gestand man sich in London und Washington aber die Gefahren der Pariser Kontaktaufnahme zu Moskau durchaus ein und warf PMF vor, er verlasse die westliche Einheitsfront. Um weiteren Irritationen zuvorzukommen, sah sich Mendès France zu einer persönlichen Klarstellung über den rein innenpolitisch-taktischen Zweck der Aktion in Moskau veranlaßt und schlug ein Dreiertreffen zur weiteren Abstimmung der Österreich-Politik während der bevorstehenden NATO-Konferenz im Dezember vor³¹⁷.

³¹² AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 387, Bl. 73–76, de Margerie an Mendès France, Aufzeichnung, 27. 11. 1954.

³¹³ Unterredung zwischen von Kessel und Lyon vom 29. 11. 1954, zitiert nach: Felken, Dulles, S. 283, Anm. 18.

³¹⁴ S. Note der Westmächte an die Sowjetunion, 29. 11. 1954, in: Jäckel (Hg.), Deutsche Frage, S. 89 f.; Tho  , Modellfall, S. 104 f.

³¹⁵ S. Le Roy an Mendès France, Tel. 3310/12, 7. 12. 1954, Urgent, Réservé, Sans distribution, in: DDF 1954, S. 855; Lohse, Lockungen, S. 43; Soutou, Pierre Mendès France, S. 195.

³¹⁶ S. PA, BStS, Bd. 346, von Kessel an AA, Tel. 766, 10. 12. 1954; ebd., Schlange-Schöningen an AA, Tel. 533, 9. 12. 1954; Massigli an Mendès France, Tel. 4770/77, 1. 12. 1954, Priorité absolue, Distribution restreinte, in: DDF 1954, S. 828–830.

³¹⁷ Vgl. Tho  , Modellfall, S. 102 f.

Adenauer, der die innerfranzösische Lage nach dem Ausbruch des Konflikts in Nordafrika und der deutsch-französischen Saarkontroverse³¹⁸ als so prekär ansah, daß er seine Minister zu „größte[r] Zurückhaltung“ aufforderte³¹⁹, wurde von diesem Vorgehen völlig überrascht. Wieder einmal hatte er zur Kenntnis zu nehmen, wie wenig die Franzosen von den deutschen Forderungen nach Gleichberechtigung hielten. Umgehend beschwerte er sich über die fehlende Unterrichtung und verlangte Aufklärung über die französischen Motive³²⁰. Wie nicht anders zu erwarten, begründete der Quai d'Orsay die Maßnahmen mit der Notwendigkeit, die negative Stimmung im Parlament gegenüber den Pariser Verträgen verbessern zu müssen. Und natürlich erklärte er eine Gefährdung der Abkommen für ausgeschlossen, da die Verhandlungen mit dem Kreml erst nach der Ratifikation durch die Nationalversammlung beginnen³²¹.

„Qualvoller parlamentarischer Prozeß“

Diese Argumentation konnte weiß Gott nicht jeden überzeugen, zumal das parlamentarische Verfahren an der Seine stagnierte. Zwar war die Ernennung der Berichterstatter durch den Auswärtigen Ausschuß der Assemblée Nationale bereits am 3. 11. erfolgt³²². Die evidente „Lustlosigkeit“ der gewählten Abgeordneten Mayer und Moch, sich überhaupt mit der Materie zu beschäftigen, machte aber Ende des Monats Neuwahlen notwendig, durch die Billotte und Isorni berufen wurden³²³. Das Verhalten der einzelnen Parteien konnte kaum anders interpretiert werden, als daß die Verträge auf keinen Fall die von der Regierung gewünschte breite Zustimmung erhielten. Die Diplomatie versicherte dennoch ohne Unterlaß, man werde die parlamentarischen Hürden trotz der schwindenden Zustimmung unter den Abgeordneten bis Weihnachten überwunden haben³²⁴. Selbst Moch hielt die Abstimmung für sicher, glaubte aber wohl noch daran, die deutsche Wiederbewaffnung mittels sowjetischer Abrüstungsinitiativen blockieren zu können³²⁵.

Mochte der Schachzug des Président du Conseil dem Bundeskanzler auch nicht gefallen, die deutschen Diplomaten in Paris kamen nicht umhin, ihm in der ersten Dezemberwoche eine „deutliche Entspannung“ der innenpolitischen Lage zuzuschreiben, die sich noch dadurch zu stabilisieren schien, daß de Gaulle Mendès France öffentlich Lob zollte³²⁶. Um so überraschter zeigten sich die Bonner Beobachter, als die gaullistischen Vertreter in der Sitzung des Außenpolitischen Aus-

³¹⁸ S. PA, B 17, Bd. 130, Bl. 200–203, Blankenhorn u. Hausenstein an Adenauer, Tel. 737, 30. 11. 1954, Geheim, Citissime.

³¹⁹ Kabinettsitzung, 1. 12. 1954, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 7, S. 532.

³²⁰ S. PA, BStS, Bd. 346, Blankenhorn an von Walther, Tel. 662, 8. 12. 1954.

³²¹ S. ebd., B 17, Bd. 126, Bl. 276f., Hausenstein an Blankenhorn, Tel. 747, 8. 12. 1954, Geheim; Bérard an MAE, Tel. 6088/96, 8. 12. 1954, Urgent, Réserve, in: DDF 1954, S. 865 f.

³²² René Mayer war für die Änderung des NATO-Vertrags, Jacques Vendroux für das Saarabkommen und Jules Moch für Deutschland- und für WEU-Vertrag bestimmt worden (PA, Abt. 3, AZ 211–00/22, Bd. 4, Hausenstein an AA, Tel. 670, 4. 11. 1954).

³²³ Ebd., ders. an dass., 216–00 I Tgb.Nr. 4760/54, 26. 11. 1954.

³²⁴ S. ebd., AZ 205–00/22, Bd. 9, ders. an dass., Tel. 719, 24. 11. 1954.

³²⁵ S. ebd., AZ 230–07, Bd. 8, Riesser an dass., Tel. 171 (Obs), 19. 11. 1954, Cito.

³²⁶ Ebd., AZ 205–00/22, Bd. 9, von Walther an dass., 205–00 I Nr. 4988/54, 8. 12. 1954; s. Rede de Gaulles, 4. 12. 1954, in: de Gaulle, Discours, Bd. 2, S. 621–629; Manin, RPF, S. 39.

schusses am 10. 12. gegen das WEU-Abkommen votierten. Dennoch wurde der Rapport Billottes mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Auch die Berichte Isornis und Vendroux über den veränderten Bonner Vertrag bzw. das Saarstatut passierten das Gremium, und zwar mit 24 gegen 15 bzw. 24 gegen 6 Stimmen³²⁷. Mendès France errang damit einen nicht unbedeutenden Sieg, zumal er sich zuvor erfolgreich der Forderung nach Verschiebung der Ratifikation bis nach dem Saarreferendum bzw. nach den Verhandlungen mit den Sowjets widersetzt hatte³²⁸. Der Triumph mußte um so höher eingeschätzt werden, als die Sowjetunion kurz zuvor die französische Regierung in ihrer Replik auf die letzte Note der Westmächte scharf angegriffen und mit der Sistierung des beiderseitigen Vertrags von 1944 gedroht hatte, wenn die Pariser Verträge in Kraft träten³²⁹. Im Quai d'Orsay nahm man diesen Affront mit einiger Erleichterung auf, wußte man doch nur zu gut, welch große Unruhe die befürchtete „geschmeidigere Antwort“ im Parlament hätte erzeugen können³³⁰.

Obwohl sich die Sowjets an seiner Österreich-Initiative desinteressiert gezeigt hatten, gab Mendès France die Hoffnung auf Verständigung immer noch nicht auf und sah, offenbar unter dem Einfluß von Chauvel und Moch, weiterhin Spielraum in der Österreich-Frage und auch in der Abrüstungsproblematik. Nur in bezug auf die deutsche Einheit wirkten die Zukunftsperspektiven auf ihn „totalement fermées“³³¹. Ungeachtet der verstärkten sowjetischen Kampagne gegen Frankreich und der Drohung mit der Kündigung des Allianzvertrages von 1944 hielt er unbeirrt an seinem Détente-Kurs fest. Mochten seine Diplomaten auch davon ausgehen, daß die Ratifikation der Pariser Verträge das Gespräch mit dem Osten auf lange Sicht unmöglich mache³³², so zeigte er sich zuversichtlich, Moskau nach einer kurzen Phase der Entrüstung an den Verhandlungstisch zurückholen zu können³³³.

Nach den außenpolitisch enttäuschenden, innenpolitisch aber Entlastung bringenden Ergebnissen seiner Entspannungsinitiative nach Osten richtete der Président du Conseil sein Augenmerk nun nach Westen, um seinen schwierigen Gang in die Assemblée Nationale zu erleichtern. Am 10. 12., kurz nach dem Votum des Auswärtigen Ausschusses, erbat er von Dulles eine Erneuerung der Garantie zur Truppenstationierung auf dem Kontinent vom 16. 4.³³⁴ – vergeblich. Eisenhower und Dulles sahen sich mit Blick auf die Widerstände im Kongreß außerstande, die erbetene Zusage zu geben³³⁵. Obwohl der Franzose sofort insistierte und auf die

³²⁷ S. PA, Abt. 3, AZ 210–01/22, Bd. 4, Hausenstein an AA, Tel. 751, 10. 12. 1954; Thoß, Beitritt, S. 85.

³²⁸ S. PA, B 17, Bd. 130, Bl. 249f., Hausenstein an Blankenhorn, Tel. 750, 10. 12. 1954, Geheim, Citissime.

³²⁹ S. Note der Sowjetunion an Frankreich, 9. 12. 1954, in: Jäckel (Hg.), Deutsche Frage, S. 90f.

³³⁰ PA, Abt. 3, AZ 210–01/22, Bd. 4, Hausenstein an AA, Tel. 753, 10. 12. 1954; s.a. Thoß, Beitritt, S. 72; ders., Modellfall, S. 104.

³³¹ Mendès France an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 103, 11. 12. 1954, in: DDF 1954, S. 889f., hier S. 890.

³³² S. Joxe an Mendès France, Tel. 3408/12, 17. 12. 1954, Urgent, Réservé, in: ebd., S. 932f.

³³³ S. Mendès France an Joxe, Tel. 6247/50, 18. 12. 1954, Réservé, in: ebd., S. 938f.

³³⁴ S. ders. an Bonnet, Tel. 16147/49, 10. 12. 1954, Très secret, Très urgent, Réservé, in: ebd., S. 881; zur amerikanischen Garantie vgl. Kap. III.4.3.

³³⁵ S. Bonnet an Mendès France, Tel. 7040/42, 11. 12. 1954, Réservé, in: DDF 1954, S. 895.

große Bedeutung verwies, die eine derartige Erklärung zum jetzigen Zeitpunkt haben könne, ließ sich die amerikanische Regierung nicht erweichen³³⁶. Gleichzeitig drohte der Streit mit der Bundesrepublik über die Auslegung des Saarabkommens seine Lage schwer zu belasten³³⁷.

Der Beginn der Ersten Lesung des Pariser Vertragswerks im Deutschen Bundestag am 15. 12. brachte trotz der Mäßigung, um die sich Koalition und Opposition gleichermaßen bemühten, keine Erleichterung. Nachdem das Plenum einen Antrag der SPD auf Aussetzung der Beschlußfassung über das Vertragspaket bis zum Abschluß von Viermächteverhandlungen abgelehnt hatte³³⁸, rühmte der Kanzler das Ergebnis der internationalen Konferenzen von London und Paris in einer mehrstündigen Regierungserklärung als Basis für Wohlfahrt, Freiheit und Sicherheit, als feste Grundlage für die Wiedervereinigung und Mittel zur Aussöhnung mit den Nachbarn³³⁹. Im Gegensatz zur französischen Schwesterpartei konnten sich die deutschen Sozialdemokraten mit einer solchen Sichtweise nicht anfreunden³⁴⁰. Das Saarabkommen galt ihnen als Preis für den Beitritt zur NATO als entschieden zu hoch. Das Maß der nunmehr erworbenen Souveränität reichte ihnen nicht aus, die Kosten für die Wiederaufrüstung schienen ihnen völlig unbestimmt. Vor allem aber beschwor das Vertragswerk das Risiko herauf, Verhandlungen über die Wiedervereinigung zu verhindern³⁴¹.

Wenngleich der Kanzler nach der Aussprache in persönlichen Schreiben an den amerikanischen und den französischen Außenminister Zuversicht verbreitete, die Ratifikation bis Anfang Februar erfolgreich abschließen zu können³⁴², mißtraute man in Paris der Haltung des Bonner Parlaments³⁴³. Mendès France anerkannte zwar die relativ moderaten Tönen des Bundestags als Erleichterung für die Debatte in der Assemblée Nationale, sorgte sich aber schon jetzt darum, daß die Zweite bzw. Dritte Lesung im Januar schärfer ausfallen und, wie er Adenauer prompt mit warnendem Unterton mitteilte, die für Februar vorgesehene Sitzung des Conseil de la République negativ beeinflussen könnten³⁴⁴. Seine Vorsicht war wohlbegründet. Ein Antrag Aumerans, die Befassung mit den Pariser Verträgen zu verschieben, wurde zwar am 17. 12. zurückgewiesen³⁴⁵. In der in diesen Tagen stattfindenden Parlamentssitzung über die Algerienfrage fiel der Vertrauensbeweis der Abgeordneten im Vergleich zum Votum über die Londoner Schlußakte

³³⁶ S. Mendès France an Bonnet, Tel. 16347, 11. 12. 1954, *Priorité absolue*, in: ebd., S. 909; Bonnet an Mendès France, Tel. 7124/25, 14. 12. 1954, *Secret, Priorité absolue, Réservé*, in: ebd., S. 914 f.

³³⁷ S. Kap. III.3.4.

³³⁸ S. Bundestagsrede Carlo Schmid, 15. 12. 1954, in: BT, Sten. Ber., Bd. 22, S. 3112–3114.

³³⁹ S. Regierungserklärung Adenauers, 15. 12. 1954, in: ebd., S. 3120–3135; Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 305.

³⁴⁰ Zu den unterschiedlichen Standpunkten zwischen SFIO und SPD vgl. Sitzung des Generalrats der Sozialistischen Internationale vom 21./22. 12. 1954, im Auszug in: BDFD III, S. 164–168.

³⁴¹ S. Bundestagsrede Ollenhauers, 15. 12. 1954, in: BT, Sten. Ber., Bd. 22, S. 3135–3146; Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 305 f.; Löwke, SPD, S. 117.

³⁴² S. Adenauer an Mendès France, 17. 12. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 201 f.; ders. an Dulles, 17. 12. 1954, in: ebd., S. 200 f.

³⁴³ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 2576, 16. 12. 1954, *Confidential*, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1502–1504.

³⁴⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 272, Bl. 123, Mendès France an Bonn, Tel. 4504/06, 18. 12. 1954; DDF 1954, S. 975, Anm. 2.

³⁴⁵ S. PA, Abt. 3, AZ 205–00/22, Bd. 9, Hausenstein an AA, Tel. 761, 17. 12. 1954, *Citissime*.

aber so mager für die Regierung aus³⁴⁶, daß sich Mendès France erneut um amerikanische und britische Hilfszusagen zum Saarstatut bemühte³⁴⁷.

Am 22. 12. begann dann eine denkwürdige Aussprache der Assemblée Nationale. Schon die Reden der Berichterstatter deuteten an, um was es für zahlreiche Parlamentarier ging: um die Gewissensfrage, ob sie neun Jahre nach Schluß des Zweiten Weltkriegs „diesem dynamischen, wirtschaftlich so schnell emporwachsenden Deutschland die Waffen wieder in die Hand geben“ sollten³⁴⁸. Obwohl die Regierung mit ihrer Österreich-Initiative, dem unmittelbar nach den Pariser Konferenzen eingeleiteten Einstieg in die militärische Nuklearforschung³⁴⁹ und ihren Bemühungen um Zugeständnisse der westlichen Partner den Forderungen der Parteien in vielfältiger Weise entgegengekommen war, wiesen die letzten parlamentarischen Urnengänge auf eine bröckelnde Mehrheit und wachsende Tendenz zur Stimmenthaltung hin. Um sie aufzufangen, ergriff Mendès France am nächsten Nachmittag die Flucht nach vorn. In einer über zweistündigen Rede präsentierte er der Kammer „in glänzender Verfassung“ das Vertragswerk, ging breit auf die deutsch-französischen Beziehungen ein und entwickelte für sie „als erster Ministerpräsident eine wirklich großzügige und konstruktive Konzeption“³⁵⁰. Seine Taktik zielte darauf ab, die EVG-Befürworter von der supranationalen Ausbaufähigkeit der WEU zu überzeugen und der großen Gruppe der Gemäßigten vor Augen zu führen, daß der nun gefundene Weg keine Souveränitätseinbußen für Frankreich bedeutete³⁵¹.

Nach der Generalaussprache begann am Abend die Prüfung der drei Gesetzesentwürfe über den Beitritt der Bundesrepublik zur WEU bzw. zur NATO, zum Deutschlandvertrag und zum Saarstatut. Mendès France glaubte, den ersten ohne Vertrauensfrage durchzubekommen, mußte aber zur Kenntnis nehmen, daß das MRP noch immer nicht seinen Frieden mit der deutschen Nationalarmee gemacht hatte. In der SFIO brach der im Oktober notdürftig verklebte Riß zwischen „cédistes“ und „anti-cédistes“ wieder auf, wohingegen in der UDSR Atlantiker gegen Europäer stritten. Trotz eines energischen Appells des Regierungschefs an jene 350 Abgeordnete, die die Londoner Schlußakte gebilligt hatten, lehnten die Parlamentarier das Gesetz noch in der Nacht mit 259 gegen 280 Stimmen vor allem der Kommunisten und der Volksrepublikaner ab. Mendès France forderte daraufhin eine zweite Lesung sowie die vorgezogene Abstimmung über die übrigen beiden Ratifikationsgesetze – und hatte damit Erfolg: Am frühen Morgen des 24. 12. billigte das Parlament mit 380 gegen 180 bzw. mit 368 gegen 145 Stimmen beide Entwürfe³⁵². Unter dem Strich blieb freilich die Schmach einer herben parlamentarischen Niederlage.

³⁴⁶ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 9./10. 12. 1954, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1954, Bd. 9.1, S. 6017–6032, 6047–6059, 6065–6080 u. 6082–6108; AdG 1954, S. 4895B; Thoß, Beitritt, S. 84.

³⁴⁷ S. Kap. III.3.4.

³⁴⁸ Tb. Blankenhorn, 30. 12. 1954, in: BDFD I, S. 193–195, hier S. 193.

³⁴⁹ S. Kap. IV.4.1.

³⁵⁰ PA, Abt. 3, AZ 211–00/22, Bd. 4, von Walther an AA, Tel. 791, 23. 12. 1954, Citissime.

³⁵¹ S. Rede von Mendès France in der Assemblée Nationale, 23. 12. 1954, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1954, Bd. 9.2, S. 6811–6822; Fursdon, Community, S. 334.

³⁵² S. Ratifikationsdebatte in der Assemblée Nationale, 23./24. 12. 1954 in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1954, Bd. 9.2, S. 6791–6845; Artikel von Junius, in: „Süddeutsche Zeitung“, 29. 12. 1954, im Auszug auch in: BDFD III, S. 405–407; Hitchcock, France, S. 200–202; zur beinahe irrationalen Hal-

Während Mendès France sich nun bitter bei den Westmächten über mangelnde Unterstützung beklagte³⁵³ und in Washington abermals die sofortige Veröffentlichung einer Erklärung über die Truppenstationierung verlangte³⁵⁴, fühlte sich Adenauer durch diese nächtlichen Vorgänge derart beunruhigt, daß er sich unverzüglich an Schuman wandte und vor den katastrophalen Folgen eines Scheiterns des WEU-Vertrages warnte. Die Idee der Versöhnung beider Völker wäre dann zerstört, seine persönliche „Mission, Frankreich und Deutschland zusammenzuführen“, gescheitert³⁵⁵. Als Sicherungsnetz gegen einen nicht ausgeschlossenen Fehlschlag forderte er zugleich von Dulles im Eventualfall eine prompte Aktion im Sinne der Politik des leeren Stuhls, damit die Deutschen nicht in den Neutralismus abdrifteten³⁵⁶.

Eisenhower war entsetzt und wütend über die Entwicklung in Paris, ließ sich aber von Dulles überzeugen, daß eine Intervention noch verfrüht sei. Seiner Meinung nach war es das Beste, wenn die USA lediglich ihre ernste Besorgnis ausdrückten, während Großbritannien gewissermaßen die Peitsche schwingen sollte³⁵⁷. Dementsprechend warfen die Briten der Nationalversammlung am Heiligen Abend in ungewöhnlicher Schärfe vor, die gemeinsame Allianzpolitik zu gefährden³⁵⁸. Um die vollständige Erosion der westeuropäischen Politik im letzten Moment zu verhindern, sprach sich Eden drei Tage später gegenüber Dulles als Notfallplan für eine sofortige Konferenz der Angelsachsen mit der Bundesrepublik, Kanada und den BENELUX-Staaten aus³⁵⁹. Am 29. 12. kamen sie überein, vorab ein Treffen mit Adenauer stattfinden zu lassen, wie der Kanzler es selbst erbeten hatte³⁶⁰.

Mittlerweile hatte die Assemblée Nationale die Diskussion über das einzig noch strittige Ratifikationsgesetz wieder aufgenommen. Nachdem Mendès France die Vertrauensfrage gestellt hatte, billigten die Abgeordneten am 27. 12. mit 289 gegen 251 Stimmen Artikel 2 und 3 des Entwurfes, wobei die Kommunisten abermals geschlossen, die Volksrepublikaner ganz überwiegend die Zustimmung versagten³⁶¹. Damit fehlte noch die parlamentarische Genehmigung zu Artikel 1, der den Regierungschef ermächtigte, die Protokolle über die Änderung des

tung des MRP gegenüber Mendès France in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung vgl. Irving, *Christian Democracy*, S. 186–188; zur Haltung der SFIO vgl. Cophornic, *SFIO et UEO*; Quilliot, *S. F. I. O.*, S. 512–519; zum europapolitischen Meinungsstreit in der UDSR vgl. Elzer, „Atlantiker“, S. 74–79.

³⁵³ S. Dillon an Dep. of State, Tel. 2694, 24. 12. 1954, Top secret, in: *FRUS 1952–1954*, Bd. 5, S. 1524.

³⁵⁴ S. Mendès France an Parodi, Aufzeichnung, 25. 12. 1954, in: *Mendès France, Oeuvres*, Bd. 3, S. 631 f.

³⁵⁵ Adenauer an Schuman, 24. 12. 1954, Streng geheim, in: *Adenauer, Briefe 1953–1955*, S. 203 f., hier S. 203. Darüber hinaus ließ er den belgischen Christdemokraten Lefèvre einschalten, der sofort nach Paris reiste, um den Volksrepublikanern die gemeinsame Verantwortung ins Gewissen zu rufen (Thoß, *Beitritt*, S. 93).

³⁵⁶ S. Conant an Dep. of State, Tel. 1846, 24. 12. 1954, Secret, in: *FRUS 1952–1954*, Bd. 5, S. 1523.

³⁵⁷ S. Tb. Hagerty, 24. 12. 1954, in: ebd., S. 1520–1524; Thoß, *Beitritt*, S. 92 f.

³⁵⁸ S. AdG 1954, S. 4927 f.; Massigli, *Comédie*, S. 490 f.

³⁵⁹ S. Eden an Dulles, 27. 12. 1954, Secret, in: *FRUS 1952–1954*, Bd. 5, S. 1525 f.

³⁶⁰ S. Conant an Dep. of State, Tel. 1870, 29. 12. 1954, Secret, in: ebd., S. 1530 f.; Unterredung zwischen Dulles und Makins vom 29. 12. 1954, Secret, in: ebd., S. 1531–1533; Tb. Blankenhorn, 30. 12. 1954, in: *BDFD I*, S. 193 f.; Thoß, *Beitritt*, S. 94.

³⁶¹ S. JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1954, Bd. 9.2, S. 6892; AdG 1954, S. 4929A.

Brüsseler Paktes und die Streitkräfte der WEU zu unterzeichnen³⁶². Die Unsicherheit über das definitive Abstimmungsverhalten veranlaßte Mendès France am 28. 12., sich erneut an die Regierungen in Bonn, London und Washington zu wenden. Am Rhein drängte er darauf, die Entscheidung an der Seine nicht durch „mal-adresses allemandes“ in der Saarfrage zu gefährden, verlangte den sofortigen Beweis einer loyalen Anwendung des Saarabkommens, bat um Unterstützung für die Durchsetzung seiner Vorschläge zur Rüstungsagentur und forderte mit Blick auf das von Adenauer angeregte und zwischen Blankenhorn und Soutou mittlerweile für Mitte Januar vereinbarte Treffen der beiden Regierungschefs die Umsetzung des Kooperationsprogramms von La Celle-St.-Cloud³⁶³. Dulles und Eden forderte er dazu auf, ihm in seiner Politik stärker beizustehen und Druck auf Adenauer auszuüben³⁶⁴.

Am Tag darauf trat der Regierungschef abermals ans Rednerpult im Palais Bourbon und redete den Parlamentariern energisch ins Gewissen. In einer durch einen Zusatzantrag notwendig gewordenen nochmaligen Abstimmung zum ersten Ratifizierungsgesetz sprachen ihm 287 gegen 256 Abgeordnete das Vertrauen aus³⁶⁵. Vierundzwanzig Stunden später fand die alles entscheidende Abstimmung über den Artikel 1 statt. Mendès France stellte erneut die Vertrauensfrage und erhielt 287 von 626 Stimmen, insbesondere die der Sozialisten, Radikalen und Unabhängigen. 260 Parlamentarier, vornehmlich Kommunisten und Volksrepublikaner, votierten gegen ihn, 79 enthielten sich³⁶⁶. Kein Triumph, nicht einmal ein wirklicher Sieg, sondern bloß ein Erfolg, „qui nous laissait affaibli“, notierte der Mendès France so gewogene Massigli nach der gewonnenen Schlacht³⁶⁷. Ein „qualvoller parlamentarischer Prozeß“ war endlich abgeschlossen. Er hinterließ innen- wie außenpolitisch tiefe Spuren, in der Assemblée Nationale, ebenso wie im Verhältnis zwischen Frankreich und seinen Verbündeten, allen voran der Bundesrepublik. Bei Adenauer herrschte natürlich Erleichterung über die Vereitelung der von ihm erwarteten schweren Krise in der westlichen Welt. Rechte Freude wollte darüber bei ihm aber nicht aufkommen, wohl auch deshalb, weil ihn das „jammervolle Bild“ des MRP um Schuman und Bidault so entsetzte. Als strahlender Held galt hingegen der bisher ungeliebte Mendès France, der sich gegen die Fronde seiner parlamentarischen Gegner von rechts und links hatte durchkämpfen müssen³⁶⁸. Zu diesem Erfolg hatte der Kanzler nicht eben viel beigetragen. Selbst unter dem Druck der Opposition in Parla-

³⁶² S. Mendès France, *Oeuvres*, Bd. 3, S. 627, Anm. 2.

³⁶³ Mendès France an Bonn, Tel. 4569/93, 28. 12. 1954, *Réservé*, in: DDF 1954, S. 975 f., hier S. 975; s.a. Kap. III.3.4. Zur Abstimmung des bilateralen Gipfeltreffens s. Adenauer an Mendès France, 17. 12. 1954, in: Adenauer, *Briefe 1953–1955*, S. 201 f.; Dulles an Dep. of State, Tel. Secto 26, 19. 12. 1954, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1514 f.; BA, NL Blankenhorn, Bd. 37, Bl. 133 f., von Walther an Blankenhorn, Tel. 789, 23. 12. 1954, *Geheim, Citissime*.

³⁶⁴ S. Mendès France an Washington u. London, Tel. 16795/801 u. 18114/20, 28. 12. 1954, *Réservé*, in: DDF 1954, S. 972–974.

³⁶⁵ S. Rede dess. in der Assemblée Nationale, 29. 12. 1954, in: JO, Ass. Nat., *Déb. parl.* 1954, Bd. 9.2, S. 6937–6939; zur Abstimmung s. ebd., S. 6941.

³⁶⁶ S. ebd., S. 6999; AdG 1954, S. 4929A; Fursdon, *Community*, S. 335 f.

³⁶⁷ Massigli, *Comédie*, S. 491.

³⁶⁸ Tb. Blankenhorn, 30. 12. 1954, in: BDFD I, S. 193; s.a. Krone, *Tagebücher*, Bd. 1, S. 150 f., Tb. 31. 12. 1954; François-Poncet an Mendès France, Tel. 6426/32, 31. 12. 1954, in: DDF 1954, S. 985 f.; Bérard, *Ambassadeur*, Bd. 2, S. 603 f., Tb. 30. 12. 1954.

ment und Koalition stehend, beließ es Adenauer auf den letzten Hilferuf von Mendès France am Tag der Entscheidung bei der wenig zugkräftigen Versicherung, man werde alles tun, um die Ratifikation in Paris nicht zu gefährden und den Sturz des Kabinetts nicht zu riskieren³⁶⁹.

Das Fazit am Ende dieses geschichtsmächtigen Jahres konnte mit Blick auf das deutsch-französische Verhältnis nicht gerade überwältigend ausfallen. Mit dem von Frankreich verschuldeten Scheitern von EPG und EVG und der damit einhergehenden Renationalisierung europäischer Politik wurden die Nachbarn am Rhein zur Bewältigung ihrer bilateralen Probleme auf sich selbst zurückgeworfen. Das Treffen von La Celle-St.-Cloud zeigte, daß sie die Zeichen der Zeit erkannten. Ein Anfang zur Intensivierung des beiderseitigen Verhältnisses war gemacht, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Freilich hingen über diesem Neuanfang gewissermaßen zwei Damoklesschwerter. Zunächst und vor allem: Die Pariser Verträge waren noch nicht unter Dach und Fach. Hinzu trat der in der Ratifikationsdebatte der Assemblée Nationale immer wieder anklingende „Minderwertigkeitskomplex“ vieler Franzosen gegenüber den dynamischen Deutschen³⁷⁰. So blieb zum Jahreswechsel 1954/55 ein Zweifaches zu hoffen: daß die Legislative in Bonn und Paris dem Vertragswerk ihren Segen erteilte und daß Frankreich im neuen Jahr zu innerer Stabilität, wirtschaftlicher Prosperität fände und sein Selbstbewußtsein zurückgewänne. Denn nur so konnte es den Regierungen an Rhein und Seine gelingen, die Gegner der Pariser Verträge zu immunisieren und die Bemühungen des Kreml um eine Neutralisierung Mitteleuropas bzw. Deutschlands ins Leere laufen zu lassen.

Neue Hürden im Ratifikationsverfahren: Rüstungspool und Viermächteverhandlungen

Aus der Sicht der französischen Regierung hatte die parlamentarische Aussprache Ende Dezember eines deutlich gezeigt. Sie mußte die bevorstehende Debatte im Conseil de la République durch „neue Tatsachen“ erleichtern, und zwar durch die Forcierung des Rüstungspoolkonzeptes und der Ost-West-Verhandlungen³⁷¹. Von François-Poncet wußte Mendès France, daß die Sowjetunion ihre ganze Hoffnung auf Frankreich setze, um die deutsche Aufrüstung doch noch zu verhindern. Aus Geheimdienstkreisen hatte der Hohe Kommissar von der Absicht Moskaus erfahren, eine Viermächtekonferenz über Österreich zu initiieren, sofern die Wiederbewaffnung bis zum Ende der Verhandlungen aufgeschoben und bei einem erfolgreichen Abschluß aufgehoben werde³⁷². Der französische Regierungschef steckte damit in einem Dilemma. Während der zweite Teil seines Programms, die Belebung des Ost-West-Geschäftes, auf den Widerstand

³⁶⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 387, Bl. 141–142, Bérard an MAE, Tel. 6411/17, 30. 12. 1954, Réservé.

³⁷⁰ BA, NL Blankenhorn, Bd. 37, Bl. 2–5, Tb. 31. 12. 1954; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 204–207, Tb. 31. 12. 1954; François-Poncet an Mendès France, Nr. 3046/CM, 31. 12. 1954, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1303–1320. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 129, Bl. 293.

³⁷¹ S. PA, B 17, Bd. 126, Bl. 16–24, Unterredung zwischen Blankenhorn und Soutou vom 5. 1. 1955.

³⁷² S. François-Poncet an Mendès France, Nr. 20, 4. 1. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 9f.

Adenauers stoßen mußte, konnte er den ersten, den Rüstungspool, nicht ohne dessen Unterstützung umsetzen.

Besondere Bedeutung gewann für den *Président du Conseil* in dieser schwierigen Situation das für den 14. 1. 1955 nach Baden-Baden vergebene nächste Treffen mit dem Kanzler³⁷³. In einer vorbereitenden Gesprächsrunde eröffnete Soutou Blankenhorn am 5. 1. die Absicht seines Chefs, dem Kreml gegenüber erneut eine Viererkonferenz im Anschluß an das auf Mai datierte Ende des Ratifikationsverfahrens anzuregen. Dabei ließ er den für deutsche Ohren gewiß törichte Gedanken anklingen, „die praktische Anwendung der militärischen Klauseln des Vertragssystems [zu] verschieben“, wenn die Sowjetunion sich zu Verhandlungen über ein Friedensabkommen bereit zeige³⁷⁴.

Noch am selben Tag wandte sich Mendès France mit entsprechenden Eröffnungen an die Führungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens³⁷⁵, zwei Tage darauf setzte François-Poncet Adenauer von diesen Absichten offiziell in Kenntnis³⁷⁶. Auf der Suche nach weiteren Möglichkeiten zur Verbesserung seiner parlamentarischen Situation kam Mendès France Mitte Januar im Sinne seiner Rüstungskontrollvorschläge vom November auf die Idee, diskret bei Marschall Juin nachzufragen, ob die ihm unterstellten deutschen NATO-Truppen nicht systematisch in jenen Regionen stationiert werden könnten, die nicht an der Zonengrenze lägen, damit sie keinen Kontakt mit sowjetischen oder ostdeutschen Truppen bekämen³⁷⁷. Juin erachtete das aber als unmöglich, da die Planungen der NATO exakt das Gegenteil vorsahen, nämlich eine Dislozierung möglichst weit im Osten der Bundesrepublik. Jean-Marc Boegner, Leiter des „Service des Pactes“ im Quai d’Orsay, regte daher bei der Amtsspitze an, zum gegebenen Zeitpunkt mit der Sowjetunion über ein Konzept zu sprechen, „à laquelle on a déjà songé, d’une zone démilitarisée, située de part et d’autre de la ligne [de démarcation] et soumise à un contrôle qui pourrait relever des Nations unies“³⁷⁸. Boegner spielte damit auf die Tatsache an, daß ja auch in den USA und der Bundesrepublik seit 1953 an die Einrichtung demilitarisierter Zonen gedacht wurde, freilich in einem ganz anderen Sinn. Denn Washington und Bonn wollten einen derartigen Gürtel auf dem Gebiet der DDR errichtet wissen, um implizit die Wiedervereinigung zu erleichtern³⁷⁹. Boegner hingegen bezog das Gebiet der Bundesrepublik in sein Überle-

³⁷³ S. Mendès France an Adenauer, 4. 1. 1955, in: Mendès France, *Oeuvres*, Bd. 3, S. 645.

³⁷⁴ PA, B 17, Bd. 126, Bl. 16–24, Unterredung zwischen Blankenhorn und Soutou vom 5. 1. 1955; s.a. Mendès France an Washington u. London, Tel. 65/74 u. 56/65, 5. 1. 1955, *Secret*, *Réservé*, *Diffusion restreinte*, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 11 f.

³⁷⁵ S. Mendès France an Churchill, nebst Memorandum, 5. 1. 1955, in: Mendès France, *Oeuvres*, Bd. 3, S. 652–654; ders. an Eden, 5. 1. 1955, in: ebd. S. 656 f.; ders. an Eisenhower, 5. 1. 1955, in: ebd., S. 658 f.; ders. an Dulles, 5. 1. 1955, in: ebd., S. 661; Dulles an Paris, Tel. 2459, 8. 1. 1955, *Secret*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 119–121; Dillon an Dep. of State, Tel. 2840, 6. 1. 1955, *Secret*, *Priority*, in: ebd., Bd. 27, S. 1–4; Rouanet, Mendès France, S. 498–501; Soutou, Pierre Mendès France, S. 199.

³⁷⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 38a, Bl. 107, François-Poncet an Adenauer, nebst Anlage, 7. 1. 1955 (Übersetzung).

³⁷⁷ S. IPMF, DPMF, Dossier Accords Londres/Paris/Sarre, Carton 1, Mendès France an Parodi, Aufzeichnung, 12. 1. 1955.

³⁷⁸ Ebd., Boegner an Massigli, Aufzeichnung, 24. 1. 1955, *Très secret*; s.a. Soutou, Pierre Mendès France, S. 196 f.

³⁷⁹ Vgl. Kap. III.1.3.

gungen mit ein und verfestigte damit in gewisser Hinsicht die Spaltung. Er übernahm damit ein Konzept französischer Deutschlandpolitik, das ein Teil des Quai d'Orsay seit jeher verfolgte: Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands und Einbindung der Bundesrepublik in den Westen. Mendès France hingegen sah dies durchaus kritisch, schloß die staatliche Einheit des östlichen Nachbarn sehr wohl in seine Überlegungen mit ein, wobei die Wiedervereinigung für ihn nicht am Anfang, sondern am Ende des Entspannungsprozesses stehen konnte³⁸⁰. Ihn einzuleiten, stand im Vordergrund seiner Bemühungen, und die Viermächtekonferenz sollte den Weg ebnen.

Doch die Reaktionen in den USA und Großbritannien fielen nicht gerade ermutigend aus. Im Foreign Office meinte man, der Westen solle seinen guten Willen auf anderem Terrain als dem der Abrüstung zeigen³⁸¹. Churchill zeigte sich schließlich in einem persönlichen Brief an Mendès France fest entschlossen, weder einer Einladung noch einem Treffen der Vier Mächte bis zur Ratifikation der Pariser Verträge zuzustimmen. Ja, er drohte unverhohlen, daß „eine weitere endlose Verzögerung der Ratifikation zur Annahme anderer Lösungen führen könnte, die zweifellos beiderseits des Atlantik studiert werden“³⁸². Massigli warnte daraufhin seine Regierung, die Karten nicht zu überreizen. Frankreichs Partner ließen sich dessen Launen nicht mehr lange gefallen und könnten durch Schwanken dazu verleitet werden, die als verlässlicher geltende Bundesrepublik allianzpolitisch aufzuwerten³⁸³.

Auch am Potomac hielt man von der neuen französischen Offerte nichts, da man die Gefahr sah, daß der Kreml sie unter der Voraussetzung akzeptierte, die Viererkonferenz vor dem Abschluß des Ratifikationsverfahrens stattfinden zu lassen³⁸⁴. Eisenhower anerkannte zwar die schwierige parlamentarische Situation seines französischen Kollegen, lehnte aber eine entsprechende Démarche der Franzosen oder der Angelsachsen strikt ab³⁸⁵. Als Zeichen des Entgegenkommens brachte Dulles lediglich die Idee einer Arbeitsgruppe der Westmächte mit der Bundesrepublik ins Spiel, die der Vorbereitung künftiger Ost-West-Gespräche dienen sollte³⁸⁶.

Diese Bewertung entsprach ganz dem Urteil der Bundesregierung. Von Dulles persönlich über die amerikanische Haltung eingeweiht³⁸⁷, kritisierte Adenauer vor allem den Zeitpunkt des französischen Vorschlags, fiel der doch ausgerechnet mit dem Beginn einer neuen Propagandakampagne der SPD gegen die Westver-

³⁸⁰ Vgl. Soutou, Pierre Mendès France, S. 197.

³⁸¹ S. Massigli an Mendès France, Tel. 52/55, 6. 1. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 32 f.

³⁸² Churchill an dens., 12. 1. 1955, Privat, Persönlich (Übersetzung), in: EA 1955, S. 7489; s.a. Eden an dens., 13. 1. 1955 (Übersetzung), in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 657 f.; Rouanet, Mendès France, S. 503–507; Soutou, Pierre Mendès France, S. 199 f.

³⁸³ S. Massigli an Mendès France, Nr. 35, Confidential, 7. 1. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 39–42; Tho  , Beitritt, S. 104.

³⁸⁴ S. Bonnet an Mendès France, Tel. 23/28, 4. 1. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 8 f.; de Juniac an dens., Tel. 234/50, 11. 1. 1955, Secret, Réservé, in: ebd., S. 57–60.

³⁸⁵ S. Eisenhower an dens., 15. 1. 1955 (Übersetzung), in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 660; Dulles an dens., 15. 1. 1955 (Übersetzung), in: ebd., S. 662 f.; Rouanet, Mendès France, S. 501–503.

³⁸⁶ Vgl. Tho  , Beitritt, S. 105.

³⁸⁷ S. Dulles an Adenauer, 13. 1. 1955, im Auszug in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 122 f.

träge zusammen³⁸⁸. Eine glatte Ablehnung konnte er sich freilich nicht leisten. Seine Position war um so heikler, als Mendès France nach den negativen Reaktionen aus Washington und London nun gerade in Bonn um Unterstützung warb.

Am 14. 1. trafen sich beide Staatsmänner zu dem verabredeten Gespräch in Baden-Baden. Im Rahmen einer Tour d'horizon in Gegenwart Blankenhorns und Soutous versicherte Adenauer, das Ratifikationsverfahren im Bundestag bis Mitte Februar abgeschlossen zu haben. Allerdings sah er erhebliche Schwierigkeiten wegen der „unversöhnlich[en]“ Haltung der Sozialdemokraten voraus. Sie seien gegen das Saarstatut, wollten keine Bindung Deutschlands mit dem Westen oder dem Osten, sondern „freie Hand“ behalten. Ihr Verlangen nach einer sofortigen Viererkonferenz bezeichnete der Kanzler als inakzeptabel. Den Sowjets gegenwärtig neue Vorschläge zu machen, hielt er für „nutzlos“, zumal ja allgemein bekannt sei, daß nach der Ratifizierung der Pariser Verträge im Mai oder Juni eine Konferenz kommen werde. Besondere Wichtigkeit maß Adenauer deren Vorbereitung zu und regte dazu in Anlehnung an die Überlegungen von Dulles die Bildung eines Gremiums der vier Westmächte an. Von einem solchen die Position der Bundesrepublik aufwertenden Organ wollte Mendès France aber nichts wissen, wenngleich auch ihm eine intensive Planung erforderlich erschien. Sie sollte seiner Meinung nach durch die bestehenden Instanzen der NATO oder der WEU unter deutscher Beteiligung erfolgen. Anders als der Kanzler hielt er auch daran fest, daß man sich nicht länger vom Osten mit einer Friedens- und Entspannungsinitiative vorführen lassen dürfe³⁸⁹. Vor dem Hintergrund des am Vortag von sowjetischer Seite fortgesetzten „Notenkrieg[s]“³⁹⁰ verlangte er von den Verbündeten mehr Gesprächsbereitschaft und wies alle Befürchtungen mit dem Argument zurück, die Ratifikationsverfahren seien bis Mai lange abgeschlossen³⁹¹.

Erfolgreicher als die anschließende Vollsitzung über die Moselkanalisierung sowie den Rüstungspool und die am Nachmittag stattfindende Diskussion über die dornige Saarfrage³⁹² verlief dann das abendliche Gespräch über die weiteren Schritte der in La Celle-St.-Cloud in Aussicht genommenen Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die bereits erste Fortschritte zeitigte³⁹³. Die Regierungen unterzeichneten ein Warenabkommen für das laufende Halbjahr, erteilten den Modalitäten für die Ausarbeitung des im Oktober anvisierten langfristigen Handelsvertrags – trotz der Bedenken der deutschen Industrie³⁹⁴ – ihre

³⁸⁸ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 105.

³⁸⁹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 39, Bl. 9–22, Unterredung zwischen Adenauer und Mendès France vom 14. 1. 1955, Geheim, im Auszug in: BDFD I, S. 195–202, hier S. 196.

³⁹⁰ PA, Abt. 3, AZ 230–07, [Bd. 9], Aufzeichnung Meissner 350.230–07.5n1/55, 14. 1. 1955; s. Note der Sowjetunion an die WEU-Staaten, 13. 1. 1955, in: AdG 1955, S. 4957A.

³⁹¹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 39, Bl. 9–22, Unterredung zwischen Adenauer und Mendès France vom 14. 1. 1955, Geheim, im Auszug in: BDFD I, S. 199–202; Unterredung zwischen dens. vom 14. 1. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 229–235; Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 609, Tb. 14. 1. 1955; Rouanet, Mendès France, S. 514f.

³⁹² Vgl. Kap. III.3.4 u. IV.4.1.

³⁹³ Vgl. Aufzeichnung von Maltzan, 11. 1. 1955, in: BDFD II, S. 412–417.

³⁹⁴ In den Kreisen der Industrie wurde ein langfristiges Handelsabkommen zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt, weil es aus ihrer Sicht aufgrund der ungleich niedrigeren Liberalisierungsquote der französischen Importgesetzgebung nur Frankreich nutzte (Vermerk von Loebbeckes, V C 2,

Zustimmung und begrüßten die vor dem Abschluß stehende Gründung einer gemischten deutsch-französischen Handelskammer sowie die Einleitung von Verhandlungen über ein Niederlassungsabkommen. Am späten Abend erfolgte die intensive Schlußredaktion des von den Beamten vorbereiteten Schlußkommunikés, das penibel und umfassend über den Verlauf des Tages informierte³⁹⁵.

Drei Tage später begann die Konferenz der WEU-Arbeitsgruppe über „Rüstungsproduktion und -standardisierung“, zog sich bis Anfang Februar hin und endete dann aufgrund der unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten mit einem Vertragungsbeschluß³⁹⁶. Kaum mehr Erfolg verbuchte Mendès France auf dem zweiten Feld seiner außenpolitischen Aktivitäten: der Entspannung. Am Tage nach der Baden-Badener Konferenz hatte Moskau seine Politik von Zuckerbrot und Peitsche wiederaufgenommen, sich scharf gegen die Pariser Verträge ausgesprochen, aber zugleich die Wiedervereinigung Deutschlands mittels allgemeiner freier Wahlen in Aussicht gestellt³⁹⁷. Die Westmächte lehnten die vorgelegten Offerten allenthalben ab³⁹⁸. Der französische Botschafter Joxe warnte zwar davor, sie als reine Propaganda abzutun³⁹⁹. Mendès France betrachtete den Vorstoß jedoch als geschickt in der Präsentation, aber ohne Substanz, und ließ verlauten, er bleibe ohne Einfluß auf seine die Ratifikation anstrebende Politik⁴⁰⁰. Zu dieser Politik gehörte seiner Meinung nach aber auch eine neue Initiative gegenüber dem Osten mit dem Ziel einer Viermächtekonferenz nach der Verabschiedung der Verträge, weil die westliche Taktik des Abwartens die Debatte im Senat nicht förderte. Die Warnung der Angelsachsen, ein westliches Angebot stärke doch bloß die Tendenz jener Kräfte, die das Inkrafttreten der Verträge hinauszögern wollten, ging seiner Meinung nach völlig an der französischen Psychologie vorbei. Um der Öffentlichkeit gegenüber ein Zeichen zu setzen, forderte Mendès France die Verbündeten als Mindestkonzession dazu auf, umgehend die von Eden angeregte trilaterale Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Ost-West-Konsultationen zu installieren⁴⁰¹.

Dulles, der diese Idee ursprünglich initiiert hatte, wollte davon nichts mehr wissen und am liebsten vorerst alle ostpolitischen Initiativen bis zur Ratifizierung der Verträge bremsen⁴⁰². Die Bundesregierung pflichtete dem bei und ließ

5. 2. 1955, in: ebd., S. 418 f.; Außenhandelsabt. des BDI an Reinhardt, 8. 2. 1955, in: ebd., S. 419–421).

³⁹⁵ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 611, Tb. 14. 1. 1955; Communiqué zu den deutsch-französischen Gesprächen, 15. 1. 1955, in: Bulletin 1955, S. 85 f.; Ansprache Hallsteins im „Süddeutschen Rundfunk“, 19. 1. 1955, in: ebd., S. 121 f.

³⁹⁶ S. Kap. IV.4.1.

³⁹⁷ S. Erklärung des Pressechefs der sowjetischen Regierung, 15. 1. 1955, in: EA 1955, S. 7345 f.; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 399–403.

³⁹⁸ S. ebd., S. 403 f.; Steininger, Pariser Verträge, S. 183–185.

³⁹⁹ S. Joxe an Mendès France, Tel. 193/97, 18. 1. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 103 f.; PA, NL von Kessel, Ordner [2], von Kessel an Blankenhorn, Tel. , 20. 1. 1955, Geheim; Thoß, Beitritt, S. 108.

⁴⁰⁰ S. Aufzeichnung der Direction Politique im MAE, 17. 1. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 100 f.; Mendès France an Moskau etc., Tel. 262/71 etc., 18. 1. 1955, Urgent, in: ebd., S. 104–106; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 404.

⁴⁰¹ S. Mendès France an Massigli, Aufzeichnung, 17. 1. 1955, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 677–679; Soutou, Pierre Mendès France, S. 200 f.

⁴⁰² Vgl. Thoß, Beitritt, S. 109.

die sowjetische Erklärung inoffiziell als nicht diskutabel ablehnen⁴⁰³. Im Auswärtigen Amt sah man in der durch „TASS“ verbreiteten Deklaration aber durchaus auch neue Elemente. Das kollektive Sicherheitssystem wurde nicht mehr zur zwingenden Vorbedingung für die Wiedervereinigung erhoben, freie Wahlen unter internationaler Aufsicht immerhin zur Debatte gestellt. Allerdings bot die Sowjetunion für die Preisgabe der Pariser Verträge nicht die Wiedervereinigung selbst, sondern revidierbare Präliminarien dazu an. Eine Unterbrechung des Ratifikationsverfahrens beschwor daher die große Gefahr herauf, daß Moskau zu einer Verzögerungstaktik überging⁴⁰⁴. Wenn die Sowjets aber tatsächlich einen neuen Kurs suchten, was der Kanzler in der Öffentlichkeit vehement bestritt⁴⁰⁵, mußte die Bundesregierung seiner Meinung nach um so mehr darauf bedacht sein, die schwankenden Verbündeten festzuhalten. Ginge man zu stark auf die sowjetischen Vorschläge ein, mahnte er seine Berater, liefe man Gefahr, die Alliierten zu verlieren⁴⁰⁶. Und, so möchte man hinzufügen, die eigene innenpolitische Basis.

Adenauer konnte die Koalition zwar auf seinen Kurs festsetzen, sah sich in der CDU wie in der FDP aber der Forderung gegenüber, die sowjetische Konzessionsbereitschaft auszuloten⁴⁰⁷. Die SPD hielt die Moskauer Offerte ohnehin nicht für bloße Propaganda, sah in der sowjetischen Zusage geheimer und unter internationale Aufsicht gestellter Wahlen vielmehr verheißungsvolle Ansätze einer neuen Politik⁴⁰⁸. Nachdem die Opposition die Regierung schon in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages vom 13. 1. zu „mehr Initiative in der Wiedervereinigungspolitik“ aufgefordert hatte⁴⁰⁹, warnte Ollenhauer Adenauer gemäß Parteivorstandsbeschluß am 23. 1. schriftlich vehement vor einer „verhängnisvollen Verhärtung der Spaltung Deutschlands“. Dringend bat er um die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über deren Vorschläge vom 15. 1.⁴¹⁰. Während die Sozialdemokratie also auf die Wiedervereinigung als Nahziel mit höchster politischer Priorität pochte, hatte für den Kanzler die Westintegration der Bundesrepublik absoluten Vorrang. In diesem Sinne erklärte er in seinem Antwortschreiben Viermächteverhandlungen vor der Ratifizierung „für nicht vereinbar mit den deutschen Interessen“. Das mit den Westmächten verabredete Konzept der „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ sei an die Ratifizierung der Verträge geknüpft⁴¹¹.

⁴⁰³ S. Erklärung der „Diplomatische[n] Korrespondenz“, 20. 1. 1955, in: Bulletin 1955, S. 107; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 404.

⁴⁰⁴ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 107.

⁴⁰⁵ S. Rundfunkansprache Adenauers, 22. 1. 1955, in: AdG 1955, S. 4974; Steininger, Pariser Verträge, S. 185.

⁴⁰⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 40, Bl. 270, Tb. 27. 1. 1955; Kosthorst, Brentano, S. 34.

⁴⁰⁷ Vgl. Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 308; Thoß, Beitritt, S. 110f.

⁴⁰⁸ S. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 404f.; Löwke, SPD, S. 117f.

⁴⁰⁹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 38a, Bl. 48, Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Bundestages vom 13. 1. 1955, 202–1–011/55, Streng vertraulich.

⁴¹⁰ Ollenhauer an Adenauer, 23. 1. 1955, in: Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 410–413, hier S. 410; s.a. Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 308f. Zum Beschluß der SPD-Parteivorstandes vom 22. 1. vgl. Sitzung der SPD-Fraktion vom 25. 1. 1955, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2. Teilbd., S. 144, Anm. 1.

⁴¹¹ Adenauer an Ollenhauer, 29. 1. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 217f. u. 222f., hier S. 222; unter falschem Datum auch in: Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 410–413.

Zu seinem Entsetzen hatte der deutsche Regierungschef zur Kenntnis zu nehmen, daß die sowjetische Erklärung in der Bundesrepublik „große Verwirrung“ hervorrief⁴¹². Ihre Rückwirkungen auf die Öffentlichkeit und die sich formierende Paulskirchen-Bewegung⁴¹³ gegen die Pariser Verträge verursachten im Kanzleramt erhebliche Sorgen. In State Department und Foreign Office fragte man sich gar, ob die Bundesregierung ihren Kurs werde halten können. Für den Fall einer Verschärfung der innenpolitischen Lage in Bonn gedachten sie, Adenauer mit der Erfüllung seines Wunsches nach frühzeitiger Einrichtung der westlichen Arbeitsgruppe zu Hilfe zu kommen⁴¹⁴. Im Quai d'Orsay registrierte man dieses Entgegenkommen mit gänzlichem Unverständnis, zumal man die Befürchtungen für völlig überzogen hielt. Wirkliche parlamentarische Schwierigkeiten, so sah es Mendès France, hatte nicht Adenauer, sondern er zu bestehen. Die Einberufung westlicher Experten unter deutscher Beteiligung mochte dem Kanzler nutzen. In Frankreich würde sie einen Aufschrei der Entrüstung verursachen und ihm die Aufgabe im Conseil de la République nur erschweren⁴¹⁵. Daher erneuerte er seinen Vorschlag zur Bildung einer trilateralen Arbeitsgruppe, deren erste Sitzung Ende Januar/Anfang Februar stattfinden sollte. Doch die USA lehnten das Ansinnen ab⁴¹⁶.

Die Bundesrepublik signalisierte demgegenüber vorderhand Verständnis für die französische Position. Zur großen Genugtuung im Quai d'Orsay versicherte das Auswärtige Amt am 25. 1., man verstehe sehr wohl, wenn die Experten vor der Ratifikation nur aus Delegierten der Westmächte bestünden⁴¹⁷. Freilich entwertete Adenauer dieses Zugeständnis bereits wenige Tage später wieder, als er sich Dulles gegenüber dafür aussprach, die Studiengruppe erst „unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Verträge“ einzuberufen⁴¹⁸. Offensichtlich war es ihm nun doch zu gefährlich, von den westlichen Konsultationen ausgeschlossen zu werden, nachdem die Sowjetunion sich kurz zuvor mit einer einseitigen Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland abermals in die Diskussion eingeschaltet und damit öffentlichkeitswirksam ihren Willen zur Entspannung unterstrichen hatte⁴¹⁹. Im Vergleich zur Offerte vom 15. 1. zeitigte die neue Initiative in der Bundesrepublik keine zusätzliche Wirkung⁴²⁰. Der Zulauf der Paulskirchenbewegung nahm dennoch zu, und mit ihm wuchsen die Bedenken der angelsächsischen Diplomaten von Tag zu Tag. Während François-Poncet die Lage am Rhein als wenig dramatisch einschätzte⁴²¹, befürchteten Conant und Hoyer Millar zwar kein

⁴¹² Ebd., S. 399; s.a. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 155 f., Tb. 17., 21. u. 24. 1. 1955.

⁴¹³ Zur Paulskirchen-Bewegung vgl. Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 404–415; Jahn, An Adenauers Seite, S. 279–285.

⁴¹⁴ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 110.

⁴¹⁵ S. Mendès France an Massigli u. Soutou, Aufzeichnung, 24. 1. 1955, in: Mendès France, Oeuvres, Bd. 3, S. 683 f.; Thoß, Beitritt, S. 107.

⁴¹⁶ S. Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 3. 2. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 148.

⁴¹⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 948, Bl. 87, Massigli an London etc., Tel. 1249/50 etc., 25. 1. 1955, Réservé.

⁴¹⁸ Adenauer an Dulles, 30. 1. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 223–225, hier S. 224 f.

⁴¹⁹ S. Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets, 25. 1. 1955, in: EA 1955, S. 7347 f.; Stellungnahme der Bundesregierung, 26. 1. 1955, in: ebd., S. 7348.

⁴²⁰ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 111.

⁴²¹ S. François-Poncet an Faure, Tel. 390/98, 28. 1. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 124 f.

Scheitern der Ratifikation am Rhein. Sie sorgten sich aber um die Reaktion der Deutschen, wenn die Sowjets zwischen der Billigung der Verträge und dem Beginn der deutschen Aufrüstung neue Angebote unterbreiteten⁴²². Zusätzliche Nahrung erhielten diese Sorgen aus französischen Andeutungen, die auf einen zeitweiligen Stopp bei der Aufstellung deutscher Streitkräfte hinausliefen, um Zeit für ein Ausloten der sowjetischen Angebote zu gewinnen⁴²³.

Mit dem Sturz des sowjetischen Ministerpräsidenten Malenkov am 8. 2. wurden die internationalen Beziehungen „gehörig durchgerüttelt“⁴²⁴. Einen generellen Kurswechsel schien das Revirement im Kreml, das Bulganin ins Amt des Ministerpräsidenten und Chruschtschow als Parteichef in die eigentliche Schlüsselposition der Kreml-Hierarchie brachte⁴²⁵, indes nicht anzukündigen, zumal Molotows große außenpolitische Rede vor dem Obersten Sowjet vom selben Tag kaum Sensationelles enthielt. Aufhorchen ließ indes seine angedeutete Bereitschaft zum Abschluß eines österreichischen Staatsvertrags ohne Junktim zur „deutschen Frage“. Allerdings bestand er als Vorbedingung auf der sofortigen Einberufung einer Viermächtekonferenz, die auch über dieses Problem verhandeln sollte⁴²⁶. Da der Westen argwöhnte, man wolle ihn über die österreichische Schwachstelle doch noch an den Verhandlungstisch ziehen, ging er einfach zur Tagesordnung über⁴²⁷.

Dies gebot sicherlich auch die nicht eben leichter gewordene Situation im eigenen Lager nach dem Absetzung von Mendès France am 5. 2. Eine heterogene Koalition aus Gegnern der deutschen Aufrüstung und Anhängern der europäischen Integration, die ihm den 30. 8. 1954 nicht verzeihen wollten, hatte ihn zu Fall gebracht⁴²⁸. Nur wenige Politiker in der französischen Nachkriegsgeschichte zogen so unterschiedliche Urteile auf sich: leidenschaftliche, von antisemitischen Tendenzen⁴²⁹ nicht freie Aversionen, aber auch Bewunderung und Hoffnung. Adenauer, aber auch Dulles kam der Rücktritt des von ihm einst so angefeindeten Regierungschefs höchst ungelegen. Beide hofften darauf, mit seiner Hilfe das in Paris Erreichte erst einmal „in die Scheuer zu bringen, d. h. für eine echte europäische Integration endlich etwas festen Boden unter die Füße zu bekommen“⁴³⁰. Monatelang als unzuverlässiger Kantonist verunglimpft und mit dem Verdikt des „marchandage planétaire“ verfolgt, schätzten sie den Président du Conseil inzwischen als Staatsmann, der allein dazu befähigt schien, die Verträge über die Klippen im Conseil de la République zu bringen. Mendès France war zweifellos ein treuer Anhänger der transatlantischen Gemeinschaft, wollte indes, von seiner Entourage ermuntert und der parlamentarischen Lage gezwungen, die Verständigung zwischen den Blöcken vorantreiben. Trotz der Spannungen mit den Verbün-

⁴²² Vgl. Thoß, Beitritt, S. 111.

⁴²³ S. PA, Abt. 3, AZ 240–03, Roedel an AA, Tel. 3, 26. 1. 1955, Citissime.

⁴²⁴ Thoß, Beitritt, S. 113.

⁴²⁵ Vgl. Wassmund, Kontinuität, S. 67–84.

⁴²⁶ S. Rede Molotows vor dem Obersten Sowjet, 8. 2. 1955, in: AdG 1955, S. 5003D.

⁴²⁷ Vgl. Thoß, Modellfall, S. 108 f.; ders., Beitritt, S. 113.

⁴²⁸ Vgl. Cahn, Parti, Bd. 1, S. 525–559; Rouanet, Mendès France, S. 547–558; AdG 1955, S. 4994A.

⁴²⁹ S. Rémond, Frankreich, T. 1, S. 542 f.

⁴³⁰ BA, NL Blankenhorn, Bd. 37, Bl. 207, Tb. 19. 12. 1954; s.a. Adenauer an Paul Adenauer, 12. 2. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 241.

deten und der Intransigenz der Sowjetunion hielt er daran während seiner Amtszeit fest. Die allmähliche Verhärtung seines Verhältnisses gegenüber der östlichen Vormacht war dennoch unübersehbar. Dachte er am 8. 8. 1954 noch an eine Viermächtekonferenz vor dem Inkrafttreten des EVG-Abkommens, so zeigte er sich seit dem Herbst einig mit dem Westen, den Dialog mit dem Osten erst nach der Ratifikation der Pariser Verträge aufzunehmen⁴³¹. Mit seiner Österreich-Initiative öffnete sich der versierte Strategie ein Hintertürchen, das der Entwicklung freilich einen anderen Weg hätte geben können. Doch die Sowjets gingen darauf nicht ein. Hatten sie seine Politik im Herbst 1954 noch freudig begrüßt, stempelten sie ihn nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge zur „bête noire“ und begrüßten seine Entlassung als gerechte Strafe für die deutsche Wiederbewaffnung⁴³².

Am 23. 2., nach annähernd drei Wochen, konnte die Regierungskrise beendet werden. Edgar Faure bildete eine Mitte-Rechts-Koalition aus Radikalsozialisten, Sozialrepublikanern, ARS, MRP und UDSR. Der Nachfolger von Mendès France gilt zu Recht als eine der brillantesten Persönlichkeiten der IV. Republik⁴³³. 1908 in Béziers im südfranzösischen Département Hérault geboren, arbeitete Faure nach dem Studium der Sprach- und Literatur- sowie der Rechtswissenschaften, in denen er auch promoviert wurde, zunächst als Anwalt. Schon als Zwanzigjähriger bekleidete er das Amt des Sekretärs der „Conférence des Avocats“, des Spitzenverbandes der französischen Anwälte. 1940 trat er der Résistance bei und übernahm 1943 als Mitglied des „Comité Français de Libération Nationale“ dessen Rechtsstelle. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wirkte er als stellvertretender französischer Ankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß mit. 1946 gewann er für den Parti radical-socialiste, zu dessen rechtem Flügel er gehörte, einen Sitz in der Nationalversammlung. Neben der Abgeordnetentätigkeit arbeitete Faure weiter als Jurist. Im November 1947 wurde er zum stellvertretenden Vizepräsidenten, im Januar 1948 zum Vizepräsidenten der „Haute-Cour de Justice“ gewählt, die die politisch bedeutsamen Kollaborationsfälle aburteilte. Als „caméléon“ politique⁴³⁴ mit „großer Wendigkeit“, aber „ohne politisches Glaubensbekenntnis“ ausgestattet⁴³⁵, verstand er es, in der IV. Republik zwölfmal am Kabinettschisch Platz zu nehmen. Nach einem kurzen Interim 1952 als Regierungschef trat er im Februar 1955 erneut an die Spitze des Conseil des Ministres. Gewiß half ihm dabei sein politischer Pragmatismus ebenso wie sein Navigieren zwischen den Parteien. Nach dem Ausschluß aus seiner Partei im Dezember 1955 fand er seine politische Heimat im Rassemblement des Gauches Républicains. In der V. Republik trat er der Gauche Démocratique bei und kam erneut dreimal zu Ministerehren. Zugleich stand er als Président radical valoisien dem Conseil général der Franche-Comté vor⁴³⁶.

⁴³¹ Vgl. Soutou, Pierre Mendès France, S. 202–205.

⁴³² Roubinski, Pierre Mendès France, S. 176.

⁴³³ Vgl. Chapsal, Vie politique, S. 320f.

⁴³⁴ Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 788.

⁴³⁵ PA, Abt. 3, AZ 215–03/22, Bd. 1, Hausenstein an AA, 215 Tgb. Nr. 754, 29. 2. 1952; s.a. Chapsal, Vie politique, S. 410f.

⁴³⁶ Zu Person und Politik Faures s. Faure, Ce que je crois; ders., Mémoires, Bd. 1 u. 2; eine knappe biographische Skizze in: Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 788f.

In den Quai d'Orsay berief Faure nun Antoine Pinay⁴³⁷, den sich Adenauer eigentlich als Chef des Matignon gewünscht hatte⁴³⁸. Wenn es denn überhaupt stimmt, daß Frankreichs Verbündete die Besetzung der Regierungsspitze aus Vertrauen zum pro-europäischen und anti-sowjetischen Kurs dieser ‚alten Garde‘ mit „Erleichterung“ aufnahmen⁴³⁹, so mußten sie ihr Urteil schon bald hinterfragen. Gewiß wirkte es beruhigend auf die Partner, als Faure und Pinay nach ihrem Amtsantritt die Kontinuität der französischen Außenpolitik betonten und die baldige Ratifikation der Pariser Verträge in Aussicht stellten⁴⁴⁰. blieb die Westintegration also, wie in der neuesten Literatur behauptet wird, tatsächlich der „unumstößliche Sockel der französischen Deutschlandpolitik“? Waren die von ihr immerhin konstatierten Veränderungen wirklich „nur gradueller Natur“⁴⁴¹, oder gingen Frankreich und namentlich Edgar Faure im Vorfeld der Genfer Viermächtekonferenz nicht über die bisherigen Grenzen französischer Wiedervereinigungspolitik hinaus⁴⁴²?

Wiedervereinigung und Neutralisierung statt Westbindung Deutschlands?

Am Tag nach der Regierungsumbildung in Paris begann in Bonn die Zweite Lesung der Westverträge. Trotz des Drängens aus den eigenen Reihen hatte es Adenauer aus Sorge um die für die Verabschiedung der Wehrgesetze notwendige Zweidrittelmehrheit abgelehnt, sich von der abtrünnigen FDP zu trennen⁴⁴³. Drei Tage später verabschiedete der Deutsche Bundestag nach heftigen Auseinandersetzungen über die Prioritäten der Außenpolitik im Spannungsbogen von Westbindung und Wiedervereinigung die Zustimmungsgesetze zum Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes mit 324 gegen 151, zum Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte mit 321 gegen 153, zum WEU- und NATO-Beitritt mit 314 gegen 157 und zum Saarstatut mit 264 gegen 201 Stimmen⁴⁴⁴. Nun war der Conseil de la République gefordert. Bevor er aber Gelegenheit zur Aussprache bekam, unternahm der Kreml einen neuen Störversuch. Die Sowjetunion lud die österreichische Regierung zwecks Planung einer neuen Verhandlungsrunde über den Staatsvertrag zu einem bilateralen Vorgespräch ein⁴⁴⁵. Letztlich ging es Moskau aber weniger um Wien als um Paris, und die Österreichfrage diente lediglich als Vehikel für neue Viermächtegespräche.

Im Quai d'Orsay wurde dieses Motiv sofort entlarvt. Der Vorstoß galt als bloßer Versuchsballon, getragen von der Absicht, „de provoquer une conférence sur

⁴³⁷ Zur Kabinettsliste s. AdG 1955, S. 5030H.

⁴³⁸ S. Adenauer an Paul Adenauer, 12. 2. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 241.

⁴³⁹ Lohse, Lockungen, S. 45; s.a. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 259.

⁴⁴⁰ S. Regierungserklärung Faures, 23. 2. 1955, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1955, Bd. 1, S. 868, in deutscher Übersetzung auszugsweise in: AdG 1955, S. 5031–5033; PA, BStS, Bd. 267, von Etzdorf an Hallstein, Aufzeichnung 223–12–110/55, 11. 2. 1955; Pinay an Joxe, Tel. 1043/50, 2. 3. 1955, Priorité absolue, Réserve, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 278–280.

⁴⁴¹ Lohse, Lockungen, S. 172.

⁴⁴² Vgl. ausführlich: Calandri, Détente.

⁴⁴³ Vgl. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 347.

⁴⁴⁴ S. Bundestagsdebatte, 24.–27. 2. 1955, in: BT, Sten. Ber., Bd. 23, S. 3512–3947; Artikel von Pertinax, in: „France-soir“, 27./28. 2. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 289f.; Ehler, Auseinandersetzungen, S. 418–421.

⁴⁴⁵ Vgl. Thoß, Modellfall, S. 110f.; ders., Beitritt, S. 115f.

l'Autriche avant la ratification“⁴⁴⁶. Jenseits des Rheins grassierte sofort die schiere Angst. Im Auswärtigen Amt befürchtete man, Frankreich könne sich von „trübe[n] Instinkte[n]“ dazu verführen lassen, den gegenwärtigen Status quo, „d.h. die Schwäche der Bundesrepublik“, zu bewahren. Als Grundübel machte Blankenhorn wie schon so häufig die „Minderwertigkeitskomplexe“ des französischen Volkes aus. Von den Alliierten zur „Siegnation“ erhoben, notierte er mit spitzer Feder, gelänge es ihm einfach nicht, sich aus dieser „Unwahrhaftigkeit“ zu befreien⁴⁴⁷. Das diplomatische Nachspiel, das Adenauer mit ungeschickten Erklärungen im Bundestag zur Saarfrage ausgelöst hatte⁴⁴⁸, trug nicht gerade dazu bei, Vertrauen zu schaffen. Um die Ausgangslage für die Debatte im Conseil de la République zu verbessern, revitalisierte Pinay am 18. 3. mit einer Démarche in London und Washington die Forderung von Mendès France nach baldiger Einberufung der westlichen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Viermächtekonferenz. Zu einer gleichberechtigten Partizipation deutscher Experten mochte er sich nicht durchringen, zeigte sich aber konzilianter als sein Vorgänger⁴⁴⁹. Wenige Tage später legte Faure in parallelen Schreiben an Eisenhower und Churchill noch einmal die französische Haltung zur Frage der Viermächtekonferenz dar. Er versprach, sich für die Ratifikation ohne Wenn und Aber einzusetzen, brachte aber zugleich seine feste Absicht zum Ausdruck, anschließend zum schnellstmöglichen Zeitpunkt auf die Konferenz mit Moskau hinzusteuern⁴⁵⁰.

In einer bemerkenswerten Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter wich der Président du Conseil noch am selben Tag von diesem Kurs ein Stück weit ab. Das Tête-à-tête hatte der gaullistische Minister Gaston Palewski in seiner Privatwohnung arrangiert⁴⁵¹. Winogradow nutzte es zu einem diskreten Meinungsaustausch über die „deutsche Frage“ und beschwor den französischen Regierungschef, das an der Moskwa herrschende Tauwetter für eine Entspannungsinitiative zu nutzen, die die westdeutsche Aufrüstung überflüssig mache. Als rein persönliche Meinung fügte er hinzu, daß die Wiedervereinigung nur möglich sei, wenn Deutschland die Neutralität wähle. Faure wies dieses Ansinnen nicht etwa kategorisch zurück, sondern beließ es bei der vielsagenden Feststellung: „C'est une grande question, [...], mais il me paraît difficile de l'aborder d'entrée de jeu, fût-ce dans une conférence au sommet.“ Der österreichische Staatsvertrag biete der Sowjetunion eine glänzende Gelegenheit, ihren guten Willen unter Beweis zu stellen⁴⁵².

⁴⁴⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 150, Bl. 207–215, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 24. 2. 1955 (Konzept JS); s.a. Lohse, Lockungen, S. 173.

⁴⁴⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 43, Bl. 88 f., Tb. 9. 3. 1955, im Auszug in: BDFD I, S. 202 f., hier S. 203.

⁴⁴⁸ S. Kap. III.3.4.

⁴⁴⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 948, Bl. 159–162, Aufzeichnung, 12. 3. 1955; Pinay an London u. Washington, Tel. 3738/46 u. 3779/87, 18. 3. 1955, Très urgent, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 320 f.; s.a. Botschaft London an Foreign Office, Aide-mémoire, 19. 3. 1955, in: ebd., S. 335 f.; Lohse, Lockungen, S. 96 f.

⁴⁵⁰ S. Faure an Eisenhower u. Churchill, mitgeteilt in: Pinay an London u. Washington, Tel. 3917/21 u. 4021/25, 22. 3. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 331 f.; Achilles an Dep. of State, Tel. 4033, 22. 3. 1955, Secret, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 134 f.; Faure, Mémoires, Bd. 2, S. 139–141.

⁴⁵¹ S. ebd., S. 83–85.

⁴⁵² Unterredung zwischen Faure und Winogradow vom 22. 3. 1955, in: ebd., S. 132–139, hier S. 138; s.a. Fritsch-Bournazel, Frankreichs Ost- und Deutschlandpolitik, S. 80; Thoß, Beitritt, S. 116.

Fünf Tage später erlöste der französische Rat der Republik die westliche Staatenwelt endlich von ihrem Alpdruck. Mit großem Erstaunen nahmen die deutschen Beobachter vor Ort zur Kenntnis, wie sowohl die Regierungsspitze als auch einzelne Senatoren das deutsch-französische Verhältnis äußerst positiv bewerteten und die Ratifizierung der Pariser Verträge gar als Ausgangspunkt für eine Besserung der beiderseitigen Beziehungen feierten. Der jahrelangen Diskussionen müde, die drohende Isolierung im Falle einer nochmaligen Verzögerung vor Augen und von Faure schonungslos über die außenpolitischen Handlungsspielräume Frankreichs aufgeklärt⁴⁵³, billigten die Senatoren die Gesetze in der Nacht zum 27. 3., und zwar zum Deutschlandvertrag mit 234 gegen 75, zum Saarabkommen mit 217 gegen 92, zum deutschen NATO-Beitritt mit 200 gegen 114 und zur Aufnahme Bonns in die WEU mit 184 gegen 110 Stimmen⁴⁵⁴. Allerdings war der Président du Conseil ihnen in seiner Regierungserklärung auch weit entgegengekommen. So verlangte er den Abschluß der französisch-saarländischen Wirtschaftsverhandlungen, die Gründung des Rüstungspools und die baldige Aufnahme von Ost-West-Verhandlungen⁴⁵⁵. Dies schien um so dringlicher, als der Kreml am 24. 3. den sensationellen Vorschlag unterbreitet hatte, die Österreichfrage gesondert auf einer Viermächtekonferenz zu verhandeln, und Bundeskanzler Raab dazu nach Moskau einlud. Das Junktim zur Deutschlandfrage war damit aufgehoben⁴⁵⁶.

Mit der Genehmigung der Pariser Verträge durch die zweite französische Kammer war das Ratifikationsverfahren indes noch keineswegs abgeschlossen; noch fehlte die Hinterlegung der Urkunden. Die Erleichterung in den Regierungskreisen in Bonn war dennoch laut hörbar: „Endlich“!⁴⁵⁷ Adenauer rühmte das Votum der Senatoren als Beweis für das Vertrauen in einen neuen Zeitabschnitt deutsch-französischer Beziehungen⁴⁵⁸. Sein Urteil über die bilaterale Zukunft wäre wohl weniger euphorisch ausgefallen, hätte der Kanzler Kenntnis von einem Dokument gehabt, das nur einen Tag nach der Entscheidung des Palais du Luxembourg im Quai d'Orsay entstand. Denn der leider nicht identifizierte Verfasser aus der Unterabteilung Zentraleuropa gedachte die gerade gegossenen Fundamente Pariser Deutschlandpolitik offenbar wieder zu zerstören. Im Kern seiner Ausführungen ging es wieder einmal um den alten innerfranzösischen Disput um die Zukunft Deutschlands zwischen den Polen Verfestigung der bestehenden Teilung oder Wiedervereinigung und Neutralisierung. Nachdem er ausführlich die Vorteile der

⁴⁵³ S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 12, von Walther an AA, Tel. 199, 25. 3. 1955, Citissime; ebd., B 17, Bd. 8, Bl. 183–190, Hausenstein an dass., 205–00 I Nr. 1443/55, 30. 3. 1955.

⁴⁵⁴ S. Debatte im Conseil de la République, 24.–27. 3. 1955, in: JO, CdR, Déb. parl. 1955, Bd. 1, S. 940–1130; Reden von Champeix und Colonna im Conseil de la République, 24. 3. 1955, in: ebd., S. 979f. u. 1017f., im Auszug auch in: BDFD III, S. 849–851; vgl. Artikel Dalmas, in: „Münchener Merkur“, 28. 3. 1955, auch in: BDFD III, S. 168–170.

⁴⁵⁵ S. Regierungserklärung Faures im Conseil de la République, 26. 3. 1955, in: JO, CdR, Déb. parl. 1955, Bd. 1, S. 1100–1108 u. 1112f. Zu den französisch-saarländischen Wirtschaftsverhandlungen s. Kap. III.3.4.

⁴⁵⁶ S. Note der Sowjetunion an Österreich, 24. 3. 1955, in: EA 1955, S. 7485; Stourzh, Geschichte, S. 138–140.

⁴⁵⁷ So überschrieb Alfons Dalma seinen Kommentar zur Entscheidung des Conseil de la République, in: „Münchener Merkur“, 28. 3. 1955, auch in: BDFD III, S. 168–170, hier S. 168.

⁴⁵⁸ S. Artikel Adenauers, 29. 3. 1955, in: Bulletin 1955, S. 489f.

deutschen Zweistaatlichkeit durchdekliniert hatte, unterstrich er einen zentralen Nachteil: die zur Souveränität zurückfindende Bundesrepublik werde über die DDR wirtschaftliche Bande mit dem Märkten des Ostens knüpfen und implizit zur Drehscheibe des Welthandels werden. Aus diesen rein ökonomischen Erwägungen zog der französische Diplomat den Schluß, daß die für Frankreich befriedigendste Lösung der „deutschen Frage“ nicht die Teilung, sondern die Wiedervereinigung und Neutralisierung eines prowestlich ausgerichteten Deutschland unter internationaler Kontrolle sei⁴⁵⁹.

Die Aufzeichnung war gewiß mehr als der „Versuchsballon eines Außenseiters“ oder eine Provokation „ohne jegliche Reaktion“⁴⁶⁰. Sie stand vielmehr in einer starken Traditionslinie französischer Deutschlandpolitik, für die Politiker wie Auriol oder Diplomaten wie Parodi standen. Obwohl Frankreich den Kurs der Westbindung der Bundesrepublik offiziell bis dato nicht verlassen hatte, verdeutlicht das Dokument doch vor allem eines: Seine Deutschlandpolitik blieb nie eindimensional ausgelegt, sondern arbeitete stets mit der Option einer gesamtdeutschen Neutralisierung.

Das mag zwar für Pinay nur bedingt richtig sein, auf Faure trifft das Urteil aber gewiß zu. Und selbst der Außenminister hatte nun nichts Eiligeres zu tun, als mit Riesenschritten auf die im Parlament und vor der Öffentlichkeit versprochenen Viermächteverhandlungen zuzusteuern. Die Angelsachsen kamen nicht umhin, diesem Kurs beizupflichten. Doch damit erschöpfte sich bereits das Maß der Gemeinsamkeit⁴⁶¹. Die Frage nach der Einberufung der Expertengruppe zur Vorbereitung der Viererkonferenz führte zu erneutem Zwist. Im Gegensatz zu den Briten, die Bonn lediglich bei den deutschlandpolitischen Fragen hinzuzuziehen gedachten, forderten die Amerikaner nach einer Intervention Adenauers, die Deutschen als gleichberechtigte Partner am Tisch zu begrüßen⁴⁶². Faure legte sich aber quer und lehnte die direkte deutsche Beteiligung ab⁴⁶³. Die Proteststürme in der Union⁴⁶⁴, der FDP, der SPD und der deutschen Presse gegen die ungleiche Behandlung zwangen den Kanzler zu neuerlichem Eingreifen. Von der Hohen Kommission verlangte er die Mitwirkung in der westlichen Arbeitsgruppe von Anfang an bei den über die engere Deutschlandfrage hinausgehenden Verhandlungspunkten zur europäischen Sicherheit. Eden und Dulles stimmten sich daraufhin in den ersten Apriltagen ab, ihn persönlich schon jetzt mündlich in die Grundzüge ihrer Vorüberlegungen einzuweißen, so daß er seine Auffassungen in den westinternen Meinungsbildungsprozeß einbringen konnte⁴⁶⁵.

Anders als die Briten und die Franzosen sahen die Amerikaner keinen Grund

⁴⁵⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 917, Bl. 85–91, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 28. 3. 1955 (Konzept SH).

⁴⁶⁰ Lohse, Lockungen, S. 175.

⁴⁶¹ S. Erklärung Eisenhower, 22. 3. 1955, in: AdG 1955, S. 5086E; Britische Botschaft in Paris an MAE, Aide-mémoire, 29. 3. 1955 (Übersetzung), in: DDF 1955, Bd. 1, S. 362–364; Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 264 f.

⁴⁶² S. François-Poncet an Pinay, Nr. 2213/HC/SP, 23. 3. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 342 f.

⁴⁶³ S. Regierungserklärung Faures im Conseil de la République, 26. 3. 1955, in: JO, CdR, Déb. parl. 1955, Bd. 1, S. 1100–1108 u. 1112 f.

⁴⁶⁴ Vgl. ACDP, NL Lenz, I-172–071/1, Lenz an von Brentano, 2. 4. 1955; ebd., von Brentano an Lenz, 4. 4. 1955.

⁴⁶⁵ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 118 f.

zur Eile. Sie gedachten erst einmal die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden abzuwarten, dann interne Besprechungen auf Botschaftebene durchzuführen und anschließend die gemischte alliiert-deutsche Regierungskommission offiziell zu berufen⁴⁶⁶. Diese Marschroute kam der Haltung der Bundesregierung weit entgegen. Denn im Gegensatz zur Opposition, die immer noch auf Viermächteverhandlungen vor der Realisierung der Pariser Verträge hoffte⁴⁶⁷, stand der Kanzler einer Ost-West-Konferenz mit erheblicher Skepsis gegenüber. Interne Analysen über die Möglichkeiten einer Entspannung im deutsch-sowjetischen Verhältnis und denkbare sicherheitspolitische Konzessionen waren sehr ernüchternd ausgefallen. Bei der gegenwärtigen Haltung des Kreml gab es nach Auffassung des Auswärtigen Amtes kein System, das die notwendige Sicherheit garantierte und Moskau zur Wiedervereinigung veranlaßte⁴⁶⁸. Im Zeichen der Nuklearisierung der Ost-West-Beziehungen sah der Kanzler nur zwei mögliche Angebote: Übertragung des Status von Österreich auf Gesamtdeutschland oder Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa und England inklusive der Aufgabe der Stützpunkte. Beides war für ihn inakzeptabel, weil es seiner Meinung nach den „erste[n] Schritt zur totalen Evakuierung Europas durch die Amerikaner“ bedeutete. Aussichten auf eine erfolgreiche Viermächtekonferenz sah er daher nicht, taktische Vorschläge im Bereich der Rüstungsbeschränkung und -kontrolle hielt er für wenig sinnvoll⁴⁶⁹.

Ungeachtet der amerikanischen Rückendeckung erfüllte den Kanzler die Gesamtlage in diesen Tagen einmal mehr mit großer Sorge. Die sowjetische Initiative drohte nicht nur das sicherheitspolitische Gleichgewicht in Europa zu zerstören. Sie beschwor auch in der westdeutschen Öffentlichkeit und den Parteien eine intensive Diskussion über das Vorbildhafte der Österreichlösung für die „deutsche Frage“ herauf⁴⁷⁰. Die ohnehin heikle Situation spitzte sich noch zu, als beim Erklimmen der letzten Stufe des Ratifizierungsverfahrens, der Deponierung der Vertragsurkunden, unerwartete Probleme auftraten. Die SPD beantragte ein Normenkontrollverfahren in Karlsruhe, um die Verfassungsmäßigkeit des Saarabkommens prüfen zu lassen. Und Frankreich machte eine Beschleunigung der Deponierung von einer Bereinigung der Röchling-Problematik und dem Abschluß des französisch-saarländischen Wirtschaftsvertrags abhängig. Trotz Drucks aus Washington und London verbat sich Paris jegliche Einmischung⁴⁷¹.

Ein Nachgeben schien den Franzosen um so unangebrachter, als die Amerikaner jetzt dafür plädierten, man möge mit den konferenzvorbereitenden Gesprächen der westlichen Arbeitsgruppe doch bis nach der Hinterlegung war-

⁴⁶⁶ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 30b, Bl. 75 f., Tb. 25. 3. 1955; Aide-mémoire der britischen Botschaft in Paris an MAE, 29. 3. 1955 (Übersetzung), in: DDF 1955, Bd. 1, S. 362–364; Thoß, Beitritt, S. 117 f.

⁴⁶⁷ Vgl. Hrbek, SPD, S. 219 f.

⁴⁶⁸ Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 180 f.

⁴⁶⁹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 43, Bl. 88 f., Tb. 9. 3. 1955, im Auszug in: BDFD I, S. 202 f., hier S. 202; s.a. Unterredung zwischen O'Shaughnessy und Blankenhorn vom 8. 3. 1955, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 132–134; Kosthorst, Brentano, S. 34; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 181 f.

⁴⁷⁰ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 41b, Bl. 149–151, Tb. 6. 4. 1955; Gehler, „L'unique objectif des Soviétiques“, S. 262 u. 266 f.

⁴⁷¹ Vgl. Kap. III.3.4.

ten⁴⁷². Verärgert ließen sie den Partner jenseits des Atlantiks umgehend wissen, daß man es sich kaum leisten könne, vor der Öffentlichkeit als wortbrüchig zu gelten⁴⁷³. Am 14. 4. schlug Pinay Dulles und Eden vor, die Experten der drei Mächte noch im April zusammenkommen zu lassen, die Ratifikationsurkunden am 7. 5. zu hinterlegen und eine Tagung der drei westlichen Außenminister zur Vorbereitung der Viermächtekonferenz für den 11. 5. anzuberaumen. Eine Konsultation bzw. Beteiligung deutscher Vertreter zu den sie betreffenden Angelegenheiten sah er von Anbeginn an vor⁴⁷⁴.

Dulles gefiel dieser Zeitplan ganz und gar nicht. Er forderte die Hinterlegung spätestens am 4. 5., da für ihn zwei Tage später die Abreise zur nächsten NATO-Konferenz nach Europa anstand. Nur bei der Einhaltung dieses Termins akzeptierte er im Gegenzug den Beginn der Expertengespräche am 27. 4., bestand aber darauf, Bonn sofort und voll einzubinden, sofern über Deutschland gesprochen würde. Die Außenministerkonferenz der Westmächte sollte seiner Meinung nach am 8. 5., also vor der NATO-Konferenz beginnen und am 11. 5. zu dritt bzw. zu viert fortgesetzt werden. Die von Frankreich gewünschte Bekanntgabe der westlichen Einladung an die Sowjetunion am 7. 5. lehnte er ab⁴⁷⁵. Die amerikanische Vorsicht war nur allzu begründet. Als die Sowjetunion die Westmächte kurz darauf dazu ermunterte, die Ergebnisse der Verhandlungen mit Österreich auf Viermächtebasis zu beenden⁴⁷⁶, löste das in Frankreich prompt den Ruf nach einem kurzzeitigen Anhalten des Ratifizierungsverfahrens aus⁴⁷⁷. Zur Überraschung der Angelsachsen nahm Pinay von diesem Wunsch aber kurz darauf wieder Abstand⁴⁷⁸. Sie honorierten es ihm mit der Entscheidung, die westliche Arbeitsgruppe am 27. 4. erstmals zusammentreffen zu lassen. Man einigte sich schließlich darauf, den deutschen Vertreter nach einer kurzen Diskussion à trois noch am selben Tag hinzuzubitten und ihn nur von solchen Gesprächsrunden auszuschließen, die nicht direkt die „deutsche Frage“ betrafen⁴⁷⁹.

Wie sahen nun die deutsche und die französische Marschroute für diese Beratungen aus? Obwohl Adenauer mittlerweile selbst gewisse Entspannungssymptome in Europa einräumte, beharrte er darauf, daß die Zeit für echte Schritte in Richtung auf die Wiedervereinigung nicht reif sei. Daher ging es ihm nicht um einen Verhandlungskompromiß, sondern um die „Kompromittierung gefährlicher Ver-

⁴⁷² S. Couve de Murville an Pinay, Tel. 1947/53, 7. 4. 1955, *Réservé*, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 415 f.; Dulles an Paris, Tel. 3576, 7. 4. 1955, *Secret, Priority*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 138–141.

⁴⁷³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 952, Bl. 13, Abt. Europa im MAE an Washington, Tel. 4915/23, 8. 4. 1955; Lohse, Lockungen, S. 46 f.

⁴⁷⁴ S. Pinay an London etc., Tel. 5092/100 etc., 14. 4. 1955, *Priorité, Réservé*, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 444–446; Dillon an Dep. of State, Tel. 4449, 14. 4. 1955, *Secret*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 141–143.

⁴⁷⁵ S. Dulles an Paris, Tel. 3676, 15. 4. 1955, *Secret*, in: ebd., S. 143 f.; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1065, Bl. 110–112, Aufzeichnung Massigli, 18. 4. 1955; Thoß, Beitritt, S. 129.

⁴⁷⁶ S. Note der Sowjetunion an die Westmächte, 19. 4. 1955, in: AdG 1955, S. 5124C.

⁴⁷⁷ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 121.

⁴⁷⁸ S. Unterredung zwischen Pinay und Macmillan vom 21. 4. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 23–29.

⁴⁷⁹ S. Chauvel an Pinay, Tel. 2283/91, 28. 4. 1955, *Priorité, Réservé*, in: DDF 1955, S. 525 f.; US-Delegation an Dep. of State, Tel. 4812, 28. 4. 1955, *Secret*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 154–156; Lohse, Lockungen, S. 97; Thoß, Beitritt, S. 121.

handlungskonzepte“⁴⁸⁰. Angesichts der enormen sowjetischen Militärmaschinerie schien ihm die Beschränkung der Viermächteverhandlungen, an denen er aus Gründen der Parität mit den ostdeutschen Brüdern notabene nicht beteiligt werden wollte, auf die „deutsche Frage“ kontraproduktiv. Im Gespräch mit Conant riet er dazu, globale Vereinbarungen über atomare bzw. strategische Waffen anzustreben und damit auf ein europäisches Sicherheitssystem unter Einbeziehung Nordamerikas hinzuarbeiten. Damit zu verbinden wären neue Vorstöße zur Wiedervereinigung gemäß dem Eden-Plan von 1954. Der amerikanische Diplomat schloß aus den Ausführungen völlig zu Recht, daß der Kanzler Zeit gewinnen wollte, um die Ausrüstung seines Landes umzusetzen⁴⁸¹. Immerhin billigte Adenauer aber Ende April eine recht weitgehende Instruktion für die Londoner Planungsgruppe, die für den Fall der Wiedervereinigung folgende Punkte vorsah: Bewahrung des bestehenden westlichen Verteidigungssystems; Aufrechterhaltung der vertraglich festgelegten Rüstungsbeschränkungen, sofern der Osten in gleicher Weise verfare; keine Erhöhung des westlichen Militärpotentials durch den territorialen Zugewinn; Bildung einer demilitarisierten Zone von der Ostsee bis zur Adria unter Einbeziehung der DDR; Schaffung eines europäischen Garantie- und Beistandspaktes unter Beteiligung Nordamerikas; keine Diskriminierung des Status Gesamtdeutschlands⁴⁸².

Wenige Tage später verabschiedete die SPD ein Programm zu Viermächteverhandlungen, das neben der Forderung nach einem Höchstmaß an innerdeutschen Beziehungen vornehmlich die internationale Seite des Problems beleuchtete. Nach Meinung des Parteivorstands sollten deutsche Einheit und europäische Sicherheit als Ganzes begriffen und die Verabschiedung eines Friedensvertrags nicht mehr als vorrangig gegenüber der Wiedervereinigung betrachtet werden. Da sie den Abschluß der Pariser Verträge als Hindernis für die Erlangung der deutschen Einheit ansahen, empfahlen die Sozialdemokraten Übergangslösungen, die auf die Ersetzung der Abkommen und den Aufbau einer vergrößerten WEU als Auffang- und Ersatzorganisation auf regionaler Ebene hinzielten⁴⁸³.

Im Quai d'Orsay hielt man es nach der Mitte des Monats in Moskau vereinbarten Neutralisierung Österreichs⁴⁸⁴ durchaus für möglich, daß die Sowjetunion nun auch zu substantiellen Konzessionen gegenüber Deutschland bereit sei. „L'unique objectif des Soviétiques“, so sahen es die Anhänger der deutschen Westbindung im französischen Außenministerium, „est de viser l'Allemagne à travers le précédent autrichien“. Mochte eine solche Lösung für das kleine Land an der Donau sinnvoll und vernünftig sein, für den großen Nachbarn am Rhein durfte es sie ihrer Meinung nach hingegen nicht geben, da ein Abzug der alliierten Truppen vom Kontinent eine direkte Bedrohung der französischen Sicherheit bedeutete und dem chinesisch-

⁴⁸⁰ Kosthorst, Brentano, S. 35.

⁴⁸¹ S. Conant an Merchant, 25. 4. 1955, Personal, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 147–151; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 182f.

⁴⁸² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 45b, Bl. 81f., Instruktion für die Londoner Planungsgruppe, 27./28. 4. 1955; Chauvel an Pinay, Tel. 2283/91, 28. 4. 1955, Priorité, Réserve, in: DDF 1955, S. 525f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 183; Steininger, Pariser Verträge, S. 201f.

⁴⁸³ Vgl. Cahn, Parti, Bd. 2, S. 37–39; Schmitz, Einheit, S. 124–126.

⁴⁸⁴ S. Memorandum über die Ergebnisse der Besprechungen Raabs in Moskau vom 15. 4. und Schlußkommunique vom 16. 4. 1955, in: EA 1955, S. 7975f. u. 7532f.; vgl. Stourzh, Geschichte, S. 142–163.

sowjetischen Block ohne die Bundesrepublik in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht nicht Paroli geboten werden konnte. So verlockend derartige Angebote auch wirkten, sie galten als inakzeptabel, „si elles impliquaient que la réunification du pays doit être achetée par une neutralisation, par l'obligation pour l'Allemagne réunifiée de n'adhérer à aucune alliance militaire et par conséquent par l'impossibilité pour elle de confirmer son appartenance atlantique“⁴⁸⁵.

In der Forschung wird diese Stellungnahme der Generaldirektion Politik als Beleg dafür gehandelt, daß sich die französische Deutschlandpolitik nach dem Regierungswechsel nicht geändert habe. Auch unter Faure und Pinay sei es bei den bekannten Forderungen geblieben: „eine Neutralisierung komme genausowenig in Frage wie ein erneutes Aufleben der Viermächtekontrolle“⁴⁸⁶. Indes, es will so scheinen, als ob die sonderbare Gefühlsmischung des „freudigen Unbehagens“, die der österreichische Staatsvertrag in den führenden Pariser Kreisen auslöste, auch in der Regierung Platz griff. Auf der einen Seite brachte Frankreich der Wiedervereinigung kaum Sympathie entgegen, auf der anderen Seite aber betrachtete es ein geteiltes Deutschland als Gefahr, woraus sich quasi zwangsläufig die Überlegung ergab: „Deutschland soll in Gottes Namen vereinigt, aber neutralisiert werden“⁴⁸⁷. Gewiß dachten so nicht alle Regierungsmitglieder und Ministerialbeamte, aber sie zielten auch nicht alle in die entgegengesetzte Richtung auf Koexistenz unter Beibehaltung der Teilung. Während Pinay wiederholt unmißverständlich klarstellte, daß die Österreich-Lösung kein Modell für die „deutsche Frage“ abgeben dürfe⁴⁸⁸, schloß Faure derartige Regelungen offenbar nicht aus, wie er bereits in seiner Unterredung mit Winogradow angedeutet hatte.

Einen neuen Beweis für sein deutschlandpolitisches Querdenken liefert ein Interview, das der Regierungschef Mitte April mit „US News and World Report“ führte. Wie der aufmerksame Gebhardt von Walther postwendend ans Auswärtige Amt meldete, demonstrierte Faure darin ein „ungewöhnlich große[s] Verständnis für das deutsche Streben nach Wiedervereinigung“ und ließ dabei auch Rückschlüsse auf etwaige Kompromisse mit der Sowjetunion zu. Die Pariser Verträge seien kein Selbstzweck, sondern sehr wohl modifizierbar, wenn die Einheit aufgrund freier Wahlen erreicht werde. Die Aufhebung der Spaltung Deutschlands würde die Lage in Europa erheblich entspannen, so daß ein Rückzug alliierter Truppen durchaus denkbar sei. Die Remilitarisierung stellte für ihn keinen Gegensatz zur Wiedervereinigung dar. Denkbar war es für ihn aber, die Rüstung auf deutschem Boden zu limitieren. Auch die Möglichkeit eines bewaffneten, freiwillig die Neutralität wählenden Gesamtdeutschlands ließen seine Ausführungen zu⁴⁸⁹.

Bei französischen Diplomaten fielen diese Gedanken mitunter auf fruchtbaren

⁴⁸⁵ Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 15. 4. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 456–458, hier S. 458 u. 457; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 124, Bl. 69–86, Aufzeichnung, Mai 1955; Gehler, „L'unique objectif des Soviétiques“, S. 264.

⁴⁸⁶ Lohse, Lockungen, S. 118.

⁴⁸⁷ Artikel Medina, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 27. 4. 1955.

⁴⁸⁸ S. Pinay an Lalouette, Tel. 821/26, 18. 4. 1955, Priorité, Réserve, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 464f.; Unterredung zwischen Pinay und Macmillan vom 21. 4. 1955, in: ebd., Annexes, Bd. 1, S. 23–29; Calandri, Détente, S. 167f.; Lohse, Lockungen, S. 119.

⁴⁸⁹ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 12, von Walther an AA, 205–00 I Nr. 1631/55, 13. 4. 1955; vgl. Interview Faures mit „US News and World Report“, wiedergegeben in: „Le Figaro“, 12. 4. 1955.

Boden, etwa bei Chauvel, dem neuen Botschafter in London⁴⁹⁰. Bei Pinay taten sie es nicht. Ende April versicherte er Adenauer bei seiner Visite in Bonn, eine Neutralisierung Deutschlands sei für ihn „undenkbar, da man einem großen Land wie Deutschland dies nicht zumuten kann“. Sie käme „höchstens im Friedensvertrag in Frage“, aber der stehe ja nicht zur Debatte⁴⁹¹. Trotz dieses etwas ungut nachklingenden Zungenschlags markierte der zweitägige Besuch nicht nur in dieser Hinsicht einen vollen Erfolg. Beide Seiten hatten hohe Erwartungen gehegt, die anstehenden Probleme in den bilateralen Beziehungen, namentlich in der Saarfrage, zu bereinigen⁴⁹². Im Quai d'Orsay warnte man gar vor ernsthaften Konsequenzen, falls das Treffen keine konkreten Ergebnisse erbrächte⁴⁹³. Die Sorgen waren unbegründet. In einer von gegenseitigem Respekt und Sympathie geprägten Atmosphäre⁴⁹⁴ beseitigten beide Staatsmänner unter schwierigen Bedingungen die offenen Probleme⁴⁹⁵ und widmeten sich darüber hinaus der Fortentwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit⁴⁹⁶. Dabei beschlossen sie die baldige Schaffung eines deutsch-französischen Wirtschaftskomitees⁴⁹⁷, begrüßten die Gründung der deutsch-französischen Handelskammer⁴⁹⁸ und würdigten die Ergebnisse der Ende März begonnenen Verhandlungen über ein langfristiges Handelsabkommen⁴⁹⁹. „Le voyage“, resümierte Pinay zufrieden nach seiner Rückkehr nach Paris, „[...] a restauré la confiance entre la France et l'Allemagne fédérale, [...] ouvert de nouveaux progrès dans la voie de l'organisation de l'Europe occidentale, dont la bonne entente franco-allemande demeure la condition essentielle“⁵⁰⁰.

⁴⁹⁰ S. Chauvel an Pinay, Nr. 776, 2. 5. 1955, in: DDF 1955, S. 559–564.

⁴⁹¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 45b, Bl. 2–20, Unterredung zwischen Adenauer und dems. vom 29. 4. 1955, Streng geheim; s.a. Unterredung zwischen dems. vom 29. 4. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 41 f.

⁴⁹² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 44b, Bl. 80 f., Aufzeichnung, 25. 3. 1955; Laloy an François-Poncet, 7. 4. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 421 f.; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 389, Bl. 14 f., Pinay an Adenauer, 7. 4. 1955.

⁴⁹³ S. ebd., Bl. 51–53, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 14. 4. 1955 (Konzept ML).

⁴⁹⁴ S. ebd., Bl. 148–149, François-Poncet an MAE, Tel. 1690/700, 1. 5. 1955.

⁴⁹⁵ Vgl. Kap. III.3.4.

⁴⁹⁶ S. Unterredung zwischen Wormser und von Maltzan vom 30. 4. 1955, Vertraulich, in: BDFD II, S. 448–456; Communiqué zu den Unterredungen zwischen Adenauer und Pinay, in: Bulletin 1955, S. 677 f.

⁴⁹⁷ Vgl. Erhard an von Maltzan, Z A 1–525/55, 2. 4. 1955, in: BDFD II, S. 432 f.; Aufzeichnung von Maltzan, 14. 4. 1955, nebst Anlage vom 13. 4. 1955, in: ebd., S. 438–441; Aufzeichnung des MAE, Ende April 1955, in: ebd., S. 441–448; zu den letztlich gescheiterten Verhandlungen s. Erhard an von Brentano, 11. 7. 1955, in: ebd., S. 459–461.

⁴⁹⁸ Zur Gründung der deutsch-französischen Handelskammer vom 25. 4. und zur feierlichen Eröffnung am 15. 6. 1955 s. Aufzeichnung von Maltzan, 13. 4. 1955, in: ebd., S. 440; Bulletin 1955, S. 648; PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 55, von Brentano an von Maltzan, Tel. 327, 14. 6. 1955, Verschlüsselt, Citissime.

⁴⁹⁹ Vgl. van Scherpenberg an BMWi und BELF, 410–304–05/22–1216/55, 17. 2. 1955, in: BDFD II, S. 421–424; Aufzeichnung Boidevaix, 11. 3. 1955, in: ebd., S. 424–428; Drillean an Pflimlin, Aufzeichnung, 24. 3. 1955, in: ebd., S. 428–432; Sébilleau an Pflimlin, Aufzeichnung, 2. 4. 1955, in: ebd., S. 433–436; Reinhardt an Erhard, Vermerk V-63136/55, 7. 4. 1955, in: ebd., S. 436–438; Aufzeichnung von Maltzan, 13. 4. 1955, in: ebd., S. 438–441. Das Abkommen wurde schließlich nach schwierigen Verhandlungen am 5. 8. 1955 unterzeichnet (Ministerium für Finanzen und wirtschaftliche Angelegenheiten an Pflimlin, Aufzeichnung, August 1955, Confidential, in: ebd., S. 461–465; von Maltzan an Generalkonsulat Marseille etc., W 304b/55, 20. 8. 1955, in: ebd., S. 466–471; Communiqué des AA, in: Bulletin 1955, S. 1222).

⁵⁰⁰ Pinay an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 40, 4. 5. 1955, Secret, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 571–573, hier S. 573.

„La bonne entente franco-allemande“, ein Begriff, der also keineswegs, wie bisweilen in der Literatur zu lesen ist, erst in den siebziger Jahren in die Terminologie der deutsch-französischen Beziehungen Einlaß fand⁵⁰¹. Sauvagnargues hatte ihn bekanntlich schon im Juli 1954 verwandt, und Pinay, dieser nüchterne, unprätentiöse⁵⁰², von der „schon immer xenophob eingestellt[en]“ konservativen Rechten kommende⁵⁰³ Mann, machte ihn nun kraft seines Amtes salonfähig.

Mit der Unterzeichnung des französisch-saarländischen Wirtschaftsvertrages am 3. 5. war das letzte Problem für die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden zu den Pariser Verträgen behoben⁵⁰⁴. Zwei Tage später wurde der Akt vollzogen. Am Vormittag trafen sich die Alliierten Hohen Kommissare in Bonn zur 109. und letzten Sitzung und verabschiedeten zwei Gesetze über die Aufhebung der Besatzungsverfügungen über Abrüstung und Entmilitarisierung⁵⁰⁵. Wie bei ihrer ersten Versammlung am 21. 9. 1949 präsidierte François-Poncet als der dienstälteste alliierte Vertreter, hielt eine gelehrt-humorgvolle Rede zum „enterrement“ und ließ noch einmal die annähernd sechs Jahre seines Wirkens und das seiner Kollegen Revue passieren. „Et maintenant, une page est tournée. Un nouveau chapitre commence. L'Allemagne fédérale s'est relevée d'une chute profonde. Elle a repris force et vigueur, conscience d'elle-même, confiance en elle-même. Elle a recouvré sa souveraineté.“⁵⁰⁶ Gegen Mittag lösten sich die Hohe Kommission und ihre Länderkommissariate mit einer öffentlichen Proklamation auf⁵⁰⁷. Anschließend hinterlegten François-Poncet und Hoyer Millar namens ihrer Regierungen die Ratifikationsurkunden zum Deutschland- bzw. zum Truppenvertrag im Palais Schaumburg⁵⁰⁸. Am späten Nachmittag übergaben die beiden Diplomaten mit ihrem amerikanischen Kollegen in der Villa Hammerschmidt ihre Kreditiv als neuernannte Botschafter⁵⁰⁹. In den Tagen darauf wurde Bonn dann feierlich in WEU und NATO aufgenommen⁵¹⁰. Sechs Jahre nach der Verabschiedung des Besatzungsstatuts hatten sich die Westdeutschen aus den Fesseln der Alliierten befreit. „Die Bundesrepublik Deutschland ist souverän“, frohlockte der Kanzler⁵¹¹.

⁵⁰¹ In diesem Sinne etwa: Bender, Erbfeindschaft, S. 320.

⁵⁰² Vgl. Artikel Schröders, in: „Die Welt“, 2. 5. 1955.

⁵⁰³ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Maltzan an AA, 205–00 I 3669/55, 4. 8. 1955.

⁵⁰⁴ Vgl. Kap. III.3.4.

⁵⁰⁵ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 130f.

⁵⁰⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 796, Bl. 229–234, Ansprache François-Poncets in der letzten Sitzung der Alliierten Hohen Kommission, 5. 5. 1955; s.a. Bock, Perzeption, S. 637.

⁵⁰⁷ S. Proklamation der Alliierten Hohen Kommission, 5. 5. 1955, in: Bulletin 1955, S. 710.

⁵⁰⁸ S. ebd. S. 702. Der amerikanische Hohe Kommissar Conant hatte sich dieser Aufgabe bereits am 20. 4. entledigt (AdG 1955, S. 5125G). Die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden zum WEU-Vertrag erfolgte im Brüsseler Außenministerium (ebd., S. 5146A).

⁵⁰⁹ S. Communiqué des Bundespräsidialamtes, 5. 5. 1955, in: Bulletin 1955, S. 709; PA, NL Hausenstein, Bd. 11, Bl. 89f., Ansprache von François-Poncet bei der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens, 5. 5. 1955; ebd., Bl. 85f., Erwiderung von Heuss, 5. 5. 1955.

⁵¹⁰ S. Communiqué des WEU-Rates, 7. 5. 1955, in: Bulletin 1955, S. 718; Ansprache Adenauers vor dem NATO-Rat, 9. 5. 1955, in: ebd., S. 717; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Polto 2249, 9. 5. 1955, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 7–9; AdG 1955, S. 5156A.

⁵¹¹ Adenauer an Gerstenmaier, 5. 5. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 269; s.a. ders. an Heuss, 5. 5. 1955, in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 176; Proklamation der Bundesregierung, 5. 5. 1955, in: Bulletin 1955, S. 701.

IV. Phase der konstruktiven Annäherung: Die deutsch-französischen Beziehungen 1955–1958

IV.1 Die „deutsche Frage“ im Zusammenhang neuer europäischer Sicherheitsbestrebungen 1955–1958

IV.1.1 Genf – Moskau – Genf: Das Konferenzjahr 1955

„Un nouveau chapitre commence“

„Un nouveau chapitre commence“, so hatte der französische Hohe Kommissar François-Poncet in der letzten Sitzung der Alliierten Hohen Kommission am 5. 5. 1955 für das deutsch-alliierte Verhältnis reklamiert¹. Ein neues Kapitel begann auch für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich. Wie fällt aber die Bilanz für das alte aus? Beschränkt man sie auf die Haben-Seite, kommt man zunächst einmal zu einem günstigen Befund: Verglichen mit den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, ging die „psychologische Bereinigung“ der Atmosphäre im bilateralen Verhältnis nach dem Ende des Zweiten zweifellos rascher voran. Als wichtiger Transmissionsriemen fungierte dabei die Europapolitik. Aus dem Gefühl der Ohnmacht hatte sich in Frankreich nach 1945 der Wunsch nach einem einheitlichen Europa entwickelt. Er wurde um so stärker, als man erkannte, daß der Verlust der eigenen Weltmachtstellung durch Schrittmacherdienste bei der europäischen Einigung zum Teil kompensiert werden konnte. Das Beharren der Briten auf ihrer nationalstaatlichen Souveränität und den besonderen Beziehungen zu den Amerikanern erzeugte bei den Franzosen den Eindruck, von den westlichen Verbündeten „alleingelassen“ zu werden², und zwang sie – ermuntert von den Alliierten – dazu, sich den Deutschen zuzuwenden. Denn ohne deren Mitwirkung mußte die Kooperation Westeuropas von vornherein zum Scheitern verurteilt sein.

Neben der Europapolitik trugen natürlich auch die Wirtschaftskontakte zur Normalisierung des beiderseitigen Verhältnisses bei. Schon in der schwierigen Anfangszeit waren weitsichtigen Personen die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten des wirtschaftlichen Austausches aufgegangen. „Ich sehe kein Land des westeuropäischen Kontinents“, so schrieb der damalige Leiter der Abteilung für Außenwirtschaft im Bundesministerium für Wirtschaft, Vollrath von Maltzan, im Januar 1950, „mit dem zusammenzuarbeiten uns annähernd gleiche wirtschaftliche

¹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 796, Bl. 229–234, Ansprache François-Poncets in der letzten Sitzung der Alliierten Hohen Kommission, 5. 5. 1955; Kap. III.4.4.

² PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Maltzan an AA, 205–00 I 3669/55, 4. 8. 1955.

Vorteile bringen könnte.“³ Die lange gemeinsame Grenze begünstigte den wirtschaftlichen Austausch ebenso wie die „complémentarité des deux économies“⁴. Denn Frankreich war prädestiniert als Abnehmer deutscher Industrieerzeugnisse oder Lieferant von Agrarprodukten, und es verfügte mit seinem Kolonialreich über einen lukrativen Expansionsraum. Allerdings kamen die Wirtschaftskontakte zwischen den Nachbarn angesichts mengenmäßiger Kontingentierungen, kurzfristiger Handelsverträge, fehlender Niederlassungsmöglichkeiten und des Schutzes von Warenzeichen und Patenten zunächst nur mühsam in Schwung. 1950 lagen sie etwa auf dem Niveau von 1938. Innerhalb von zwei Jahren stieg die Bundesrepublik zum besten Kunden Frankreichs auf, wobei die Importe vornehmlich aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln, die Exporte demgegenüber zu zwei Dritteln aus Kohle, Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen bestanden. Im Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen 1953 zeigte sich ein Junktim zwischen beiden Sektoren. Nur wenn die Bundesrepublik bereit war, französische Agrarprodukte verstärkt zu importieren, konnte sie ihrerseits auf Zuwachsraten beim Absatz gewerblicher Güter in Frankreich hoffen. Dieses unausgesprochene *do ut des* führte zu einem rasant steigenden Warenfluß. Noch im selben Jahre löste die Bundesrepublik England als ersten Handelspartner Frankreichs ab. Im Jahrfünft von 1950 bis 1955 konnte sie ihre Einfuhr von 2,7 auf 5,8 Mrd. Dollar mehr als verdoppeln, ihre Ausfuhr von 2,0 auf 6,1 Mrd. Dollar gar verdreifachen. Frankreich hingegen steigerte seinen Import aus der Bundesrepublik nur um gut die Hälfte von 3,0 auf 4,7 Mrd. Dollar, während der Export von 3,0 auf 4,9 Mrd. Dollar wuchs. Dabei nahm das deutsche Kontingent am gesamten französischen Güteraustausch kontinuierlich zu, während Frankreichs Anteil am deutschen Handel leicht fiel. Als ein großer wirtschaftspolitischer Durchbruch erwiesen sich die ungeachtet oder gerade wegen der tiefen Vertrauenskrise nach dem Scheitern der EVG getroffenen Abmachungen zwischen Adenauer und Mendès France vom Oktober 1954. Die Umsetzung dieser von parallelen Vereinbarungen der Spitzenverbände der deutschen und französischen Industrie begleiteten Beschlüsse begann nach der Aufhebung des Besatzungsstatuts im Mai 1955. Im Juni fand die Gründung der deutsch-französischen Handelskammer statt. Zwei Monate später erfolgte der Abschluß des in La Celle-St.-Cloud verabredeten langfristigen Handelsvertrags mit einer Laufzeit von drei Jahren, während die Konstituierung des gemischten Wirtschaftskomitees noch bis zum Mai 1956 auf sich warten lassen sollte⁵.

Als dritter Aktivposten neben der Europapolitik und den Wirtschaftsbeziehungen wirkte der deutsch-französische Kulturaustausch. Auch er stand zunächst ganz im Zeichen der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges. „In unsern Beziehungen zu Frankreich“, so bilanzierte Paul Distelbarth 1946, „ist alles zerstört: alle Brücken sind abgebrochen, alle Wege verschüttet, alle Bande zerrissen.“⁶ Kultur-

³ Ders. an Erhard, 21. 1. 1950, in: BDFD II, S. 146–149, hier S. 147f.

⁴ Bilger, *Relations*, S. 653.

⁵ Zu den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre s. die Dokumente in: BDFD II, S. 136–223, 347–471, 950–1029 u. 1047–1077; vgl. grundlegend Lefèvre, *Relations*; s.a. Bilger, *Relations*; Küsters, *Wirtschaftsbeziehungen*; Wilkens, *Programm*; ders., *Verständigung*; zur Entwicklung des Außenhandels s. die Tabelle in: Menyesh/Uterwedde, *Partner*, S. 113.

⁶ Distelbarth, *Franzosen*, S. 208; zu Distelbarth s.a. ders., *Aufsätze*.

politische Aktionen gingen naturgemäß anfänglich einseitig von West nach Ost aus, und sie erweckten bisweilen den Eindruck, als ob die Pariser Kulturpolitik östlich des Rheins lediglich zur Verschleierung einer rigiden ökonomischen Ausbeutung⁷ oder als Teil seiner Sicherheitspolitik fungierte⁸. Mittlerweile gelten derartige Interpretationen in ihrer reinen Form als überholt⁹, doch das Faktum der „kulturellen Hegemonie Frankreichs“ bleibt¹⁰. Zwischen „Erziehung und Kulturmission“¹¹ oszillierend, strebte Frankreichs Kulturpolitik danach, die Umerziehung der Deutschen sowie deren Annäherung an den Westen aktiv mitzugestalten. Kardinale Bedeutung besaß dabei die wechselseitige Verbreitung der Sprache als zentrales Medium für ein tieferes Verständnis der fremden Kultur¹².

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 änderten sich die Bedingungen und Modalitäten tiefgreifend¹³. Die bis dato enge Verzahnung von Kultur und Politik löste sich weitgehend auf. „Le plan de la culture et celui de la politique“, so formulierte François-Poncet dieses Verhältnis 1953, „sont parallèles et [...] il n'y a, pour ainsi dire, aucune incidence de l'un sur l'autre“¹⁴. Welche Folgen dieser erzwungene „changement radical“¹⁵ für die beiderseitigen Kulturbeziehungen hatte, zeigte sich symbolhaft in der Neustrukturierung der „Direction Générale des Affaires Culturelles“ der französischen Hohen Kommission in Mainz: „le ‚contrôle‘ était largement abandonné au profit du ‚contact‘ et de ‚l'échange‘“¹⁶. Langsam lief der Kulturaustausch über den Rhein auch von Ost nach West an, stand, mit Rücksicht auf die schweren historischen Belastungen, zunächst ganz im Zeichen vielfältiger Konzerte, Ausstellungen oder Vorträge¹⁷. Im Vergleich zur Förderung französischer Kulturgüter in Deutschland standen der Bundesregierung bei der Vermittlung deutscher Kulturleistungen in Frankreich nur sehr beschränkte Mittel zur Verfügung¹⁸. Freilich sprudelten auch die französischen Finanzquellen längst nicht mehr so stark wie in den ersten Jahren der Besatzungszeit¹⁹.

Wohltuende Aufnahme fanden das wieder eröffnete deutsche Kulturinstitut in Paris und die rege Kulturarbeit der deutschen Konsulate in der Provinz²⁰. Die Gründung von Städtepartnerschaften seit 1950 schuf die Basis für unmittelbar

⁷ Vgl. Eschenburg, Jahre, S. 97; Henke, Politik, S. 500–537.

⁸ S. Hudemann, Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik, bes. S. 30f.

⁹ S. Vaillant, Einführung, S. 61–67.

¹⁰ Christadler, Kulturbeziehungen, S. 37.

¹¹ Zauner, Erziehung.

¹² S. Bericht Schmittleins, Nr. 10711 DGAA/EDU, 27. 1. 1948, in: Vaillant (Hg.), Kulturpolitik, S. 161–184.

¹³ Zu den deutsch-französischen Kulturbeziehungen nach 1949 vgl. Bariéty, L'action culturelle; Bock, Wiederbeginn; Christadler, Kulturbeziehungen; Cuer, Französischunterricht; Defrance, Politique culturelle; Gilmore, Cultural Policies; Lappenküper, „Sprachlose Freundschaft?“.

¹⁴ François-Poncet an Bidault, Nr. 676/CM, 31. 3. 1953 in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 927; s.a. Bock, Perzeption, S. 642.

¹⁵ Defrance, Politique culturelle, S. 216.

¹⁶ Ebd., S. 215.

¹⁷ Vgl. Lappenküper, Wilhelm Hausenstein; Reuss, Mission.

¹⁸ S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 7, AA an von Maltzan, Entwurf einer Instruktion 302.210–02. ...[sic!], o.D., im Auszug in: BDFD I, S. 206 f.

¹⁹ Vgl. Defrance, Politique culturelle, S. 304 u. 308.

²⁰ S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 7, AA an von Maltzan, Entwurf einer Instruktion 302.210–02., o.D., im Auszug in: BDFD I, S. 206 f.

menschliche Kontakte zwischen breiteren Bevölkerungsschichten²¹. Mit der teilweisen Aufhebung des Paß- und Sichtvermerkzwangs 1953 legten die Regierungen den Grund für einen reibungslosen Reiseverkehr. Anders als die Bundesrepublik, die die Visumspflicht für alle französischen Staatsangehörigen mit Wirkung vom 1. 7. 1953 beseitigte, beschränkte Frankreich die Befreiung bemerkenswerterweise lediglich auf die Inhaber von Dienst- und Diplomatenpässen mit der Begründung, die Einreise von Kommunisten und Deutschen, die während des Krieges in die französische Innenpolitik eingegriffen hätten, verhindern zu müssen²². So war es trotz der an sich „geringen Reiselust der Franzosen“ doch keineswegs „revolutionär“, daß die Touristenströme seit dieser Zeit von Frankreich nach Deutschland kontinuierlich und weit höher als in der Gegenrichtung anschwellen²³.

Hinsichtlich der staatlich geförderten kulturellen Zusammenarbeit ragte neben dem Ausbau und der Vertiefung des beiderseitigen Kulturaustausches gewiß der Abschluß des Kulturabkommens vom Oktober 1954 heraus. Er markierte den Beginn einer von Gleichberechtigung geprägten neuen Phase deutsch-französischer Kulturbeziehungen. Denn Frankreich stimmte implizit dem Petitum zu, sich dem „deutschen Einfluß ebenso offen dar[zu]biete[n], wie das Deutschland in bezug auf Frankreich tut“²⁴. Die Freude darüber wurde indes schon bald durch das Wiederauftauchen des in den jahrelangen Verhandlungen nur scheinbar gelösten Sprachenproblems getrübt. Frankreichs Wunsch, den Französischunterricht als „Pflicht-Wahlfach“ in den deutschen höheren Schulen einzuführen, war aufgrund curricularer Hemmnisse und der Kulturhoheit der Bundesländer nur in einem Briefwechsel zwischen den Regierungen ohne bindende Wirkung festgehalten worden²⁵. Dieser Kunstgriff konnte aber die Crux des Abkommens, Materien regeln zu wollen, die zum großen Teil in die Zuständigkeit der Länder fielen, nicht bereinigen. In gewisser Weise rächte sich nun, daß die Franzosen vor und während der Beratungen über das Grundgesetz 1948/49 durch Betonung des föderativen Prinzips die Stellung des Bundes geschwächt hatten²⁶. Wenige Wochen nach Unterzeichnung des Kulturabkommens machten die Länder dessen Absichtserklärung wieder zunichte. Im Rahmen ihrer Bemühungen um eine Harmonisierung des Unterrichtswesens erhoben die Ministerpräsidenten trotz lautstarker Warnungen der französischen und der deutschen Regierung²⁷ im Düsseldorfer Schulabkommen vom 16./17. 2. 1955 Englisch zur ersten Fremdsprache²⁸ und lösten

²¹ S. Artikel Zöllers, in: „Rheinischer Merkur“, 5. 7. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 1010–1012; Bock, Europa.

²² S. PA, Abt. 2, Bd. 249, Bl. 284–288, „Katalog Gesprächsthemen mit Frankreich“, 210–01/22 III 22280/53, o.D., Vertraulich; s.a. ebd., Bl. 300, Anlage 8, o.D.; ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 271, Aufzeichnung Voigt 204–83.00/94.07/325/62, 11. 4. 1962, Konzept.

²³ Ebd., Bd. 6, von Maltzan an AA, 205–00 I 3669/55, 4. 8. 1955.

²⁴ Ebd., Ref. 600, Bd. 37, von Graevenitz an Blankenhorn, Aufzeichnung 600/400–03–22/32095, 18. 10. 1954.

²⁵ Vgl. Lappenküper, „Sprachlose Freundschaft?“, S. 69–73; Kap. III.4.4.

²⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 249, Bl. 315–327, „Enttäuschungen in unseren Bemühungen um ein gutes Verhältnis mit Frankreich“, o.D.; vgl. Kap. II.

²⁷ Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 24, Bl. 102f., Frahne an Seitzer, 600/401–01–22/36106/54, 25. 11. 1954; Cuer, Französischunterricht, S. 79f.; Lappenküper, „Sprachlose Freundschaft?“, S. 74f.

²⁸ S. PA, NL Hausenstein, Bd. 24, Bl. 109–112, von Graevenitz an Hallstein, 604/431–09/4929/55,

damit in Frankreich hohe Wellen der Empörung aus. Welchen Wert, so lautete die Kardinalfrage der Kommentatoren, besaß ein bilateraler Vertrag, wenn eine Partei nicht zur Umsetzung fähig war?²⁹

Man muß nicht unbedingt der Meinung sein, daß sich ausschließlich auf kulturellem Gebiet entscheiden sollte, ob die Politik der Einigung Europas zum Stillstand kommen, auf ein rein technisch-materielles und militärisches Gleis geschoßen oder das Ziel des föderativen Zusammenschlusses erreichen würde³⁰, um den Beschluß von Düsseldorf als „regrettable“³¹ zu bezeichnen. Gewiß, der von François-Poncet Adenauer gegenüber erhobene Vorwurf, die Bundesregierung sei an diesen Dingen nicht interessiert, war unberechtigt. Des Kanzlers Poltern gegen die Macht der Länderchefs und das Abwiegen seines Staatssekretärs wirkten allerdings wenig überzeugend, erweckten den Eindruck von Hilflosigkeit³². Zum Glück kam ihnen die Kultusministerkonferenz zu Hilfe. Ein statistischer Vergleich der Quantitäten des Fremdsprachenunterrichts dies- und jenseits des Rheins ließ die potentielle Wahlfreiheit in Frankreich nämlich in einem anderen Licht erscheinen. Abgesehen von Elsaß und Lothringen erlernten die französischen Kinder auf den höheren Schulen Deutsch meist als zweite Sprache, d.h. höchstens vier Jahre. Nur die erste Fremdsprache wurde sieben Jahre gelehrt. In der Bundesrepublik hingegen dauerte der Französischunterricht zwischen vier und neun Jahren. Aufgrund dieser Zeiträume und der unterschiedlichen Stunden-deputate hielt die Kultusministerkonferenz das aus dem Kulturabkommen abgeleitete Verlangen der Franzosen „in keiner Weise gerechtfertigt“³³. Als die Minister dann im April noch per Grundsatzbeschluß bestimmten, den Schülern in einer Durchführungsverordnung die Wahl zwischen Französisch und Latein als zweiter Fremdsprache freizulassen³⁴, glaubte Hallstein, den rettenden Anker in Händen zu halten. Vollmundig versicherte er François-Poncet, es werde keine Verschlechterung der Situation des Französischunterrichts geben³⁵. Ein von ihm verfaßtes, aber nicht abgegangenes Schreiben an Globke verdeutlicht indes, daß er damit nur einen Teil der Wahrheit preisgab. Mit der Bitte, die Zustimmung der Bundesregierung und des Bundesrates zum Kulturabkommen herbeizuführen, verband Hallstein nämlich am 15.4. den Hinweis, die Rücksicht auf die in diesem Schriftstück behandelten Länderangelegenheiten habe das Auswärtige Amt dazu veranlaßt, die eingegangenen Verpflichtungen „bewußt in weichen und lockeren

24. 2. 1955; Düsseldorfer Schulabkommen, 16./17. 2. 1955, in: Christ/Liebe (Hg.), Fremdsprachenunterricht, S. 166 f.

²⁹ Vgl. Euler, Entwicklung, S. 222 f.; Sturm, Texte, S. 17–19.

³⁰ S. Artikel Roegele, in: „Rheinischer Merkur“, 10. 4. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 891–895.

³¹ Artikel Dauzat, in: „Le Monde“, 23. 3. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 889–891, hier S. 889.

³² S. François-Poncet an Pinay, Tel. 727/49, 23. 2. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 199 f.; Cuer, Französischunterricht, S. 80.

³³ PA, Ref. 600, Bd. 202, AZ 600/400–01/22, Aufzeichnung des Vorsitzenden des Schulausschusses der Ständigen Kultusministerkonferenz, Löffler, Schn.Nr. 452, 31. 3. 1955; s.a. ebd., ders. an Hallstein, E Nr. 40, 16. 4. 1955.

³⁴ S. ebd., Präsident der Ständigen Kultusministerkonferenz, Dehnkamp, an dens., AZ 200–09–04, 12. 4. 1955; ebd., ders. an dens., AZ 200–09–04, 9. 5. 1955.

³⁵ S. ebd., Hallstein an François-Poncet, 600/401–01–22/07246/55II, 15. 4. 1955, Reinkonzept.

Formulierungen“ zu halten. Für Wirksamkeit und Erfolg des Vertrags sei die im Kulturabkommen vorgesehene gemischte Kommission verantwortlich³⁶.

Zur großen Genugtuung der Bundesregierung stellte sich mit der von den Kultusministern in Aussicht gestellten Lösung auf der französischen Seite eine gewisse Beruhigung ein³⁷. Um so wichtiger war es für sie, nun die von den Ländern bereiteten Schwierigkeiten beim Ratifizierungsverfahren zu überwinden, um das Abkommen endlich in Kraft zu setzen³⁸. Mitte Mai entschied der Kanzler, es dem Bundesrat nicht zur Zustimmung zuzuleiten³⁹. Trotz erheblicher Bedenken stimmten die Rechtsexperten im Auswärtigen Amt dem zu, rieten aber dringend, das Dokument zumindest durch den Bundespräsidenten gegenzeichnen zu lassen⁴⁰. Dem schloß sich die Amtsleitung an, nicht zuletzt auch, um die Parität gegenüber Frankreich zu wahren, wo das Kulturabkommen von Präsident Coty ratifiziert worden war⁴¹. Mochte Hallstein François-Poncet gegenüber nach dem Austausch der Urkunden am 28.7.⁴² das Schulabkommen auch als „lettre morte“ ausgeben⁴³, waren die Probleme keineswegs beseitigt. Die französische Presse wettete weiterhin gegen die Vereinbarung der Ministerpräsidenten⁴⁴ und fand dabei im Deutschen Romanistenverband kämpferische Mitstreiter⁴⁵. François-Poncet verstieg sich gar zu dem Vergleich, daß Deutschland schon einmal die englische Sprache bevorzugt habe – im „Dritten Reich“⁴⁶. Diese Anspielung auf das dunkelste Kapitel deutsch-französischer Beziehungen war gewiß stillos. Gleichwohl kam ein objektiver Beobachter nicht umhin festzustellen, daß der Düsseldorfer Beschluß tatsächlich vor allem in der früheren französischen Besatzungszone einen gewissen Rückgang des Französischunterrichts verursachte⁴⁷.

Wie dem auch sei: Der zunehmende Kulturaustausch, die allmähliche Verflechtung der deutschen und französischen Wirtschaft und der stetig wachsende Handelsverkehr trugen in den frühen fünfziger Jahren mit dazu bei, das beiderseitige Verhältnis zu entkrampfen und die politische Verständigung voranzutreiben. Im Wissen um die gemeinsame kulturelle Vergangenheit und die gegenwärtige wie zukünftige wirtschaftliche Abhängigkeit schufen handelspolitische Zuwachsraten und kulturpolitische Begegnungen allmählich ein Vertrauensklima, das es den

³⁶ Ebd., Ref. 500, Bd. 646, AZ V I 83 SV 88, ders. an Globke, 600/401–01–22/10713/55, 15. 4. 1955.

³⁷ S. ebd., Ref. 600, Bd. 202, AZ 600/400–01/22, ders. an Dehnkamp, 13. 5. 1955; *Kommuniqué* zu den Besprechungen vom 29./30. 4. 1955, in: AdG 1955, S. 5140B.

³⁸ S. PA, NL Hausenstein, Bd. 24, Bl. 114f., von Trützschler an Hausenstein, 600/402–01–22/11589/55, 21. 4. 1955.

³⁹ S. ebd., Ref. 500, Bd. 646, AZ V I 83 SV 88, ders. an Ref. 500 im AA, 600/401–01–22/16378/55, 23. 5. 1955.

⁴⁰ S. ebd., Mühlenhöver an Abt. 6 im AA, 500–512–02–22–S-2445/55, 6. 6. 1955.

⁴¹ S. ebd., von Brentano an Globke, 600/401–01–22/17136/55, 13. 6. 1955; ebd., Ref. 600, Bd. 152, AZ 401–01/22, von Trützschler an von Brentano, 600/401–01–22/23729/55, 22. 7. 1955.

⁴² S. ebd., ders. an dens., Aufzeichnung, 600/401–01–22/24963/55, 27. 7. 1955; *Bulletin* 1955, S. 1174; *Bariéty, L'action culturelle*, S. 260.

⁴³ François-Poncet an Pinay, Tel. 2983/3006, 29. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 155–159, hier S. 157.

⁴⁴ Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 24, Bl. 122f., von Maltzan an AA, 401–00 I 3631/55, 2. 8. 1955.

⁴⁵ S. ebd., Ref. 600, Bd. 201, AZ 401–01/22, Vorsitzender des Deutschen Romanistenverbandes, Rheinfelder, an Hallstein, 10. 6. 1955.

⁴⁶ S. ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Vermerk von Brentanos, 30. 7. 1956.

⁴⁷ S. ebd., Ref. 600, Bd. 216, AZ 600–88/1024, Sattler an dens., Aufzeichnung 600–88/1024–/61, 8. 3. 1961; Artikel Beers, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 1. 7. 1960, im Auszug auch in: BDFD III, S. 911–913; Euler, *Entwicklung*, S. 222.

Nachbarn erlaubte, die anstehenden politischen Probleme gemeinsam anzugehen. Sie zu lösen, die von Paul Claudel 1953 ausgemachten „Berge und Sümpfe von Mißtrauen und Mißverständnissen“⁴⁸ abzutragen oder trockenenzulegen, vermochten sie hingegen nicht. Dazu bedurfte es des politischen Willens der Verantwortlichen in Bonn und Paris, die nur allzu oft von der Opposition in Parlament, Bürokratie und öffentlicher Meinung an einem forscheren Vorangehen gehindert worden waren.

„Ere nouvelle d'amitié et d'entente“

Das Inkrafttreten der Pariser Verträge leitete im Selbstverständnis der Regierungen in Bonn und Paris eine neue Phase in den deutsch-französischen Beziehungen ein. Außenminister Pinay würdigte den 5. 5. 1955 für beide Nationen als Auftakt einer „ère nouvelle d'amitié et d'entente“⁴⁹. Es stimmte zuversichtlich, daß die antideutsche Propaganda innerhalb weniger Wochen aus den Zeitungen und im Straßenbild der französischen Hauptstadt „vollständig“ verschwand und am 12. 7. anlässlich einer Ausstellungseröffnung in Paris erstmals die bundesdeutsche Fahne zusammen mit der Trikolore gehißt wurde⁵⁰. Das zum Teil ausgezeichnete amtliche Verhältnis durfte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es der französischen Öffentlichkeit noch schwer fiel, sich mit der bundesdeutschen Souveränität und einer darauf fußenden zweiseitigen Partnerschaft abzufinden. Die Liquidierung der Erinnerungen aus der Kriegs- und Besatzungszeit brauchte ihre Zeit⁵¹.

Mit dem 5. 5. 1955 war die „Hypothek des Mißtrauens“ noch nicht getilgt, aber gewiß gemindert. Die Pariser Verträge schufen eine Ausgangsbasis, von der die von zahlreichen politischen Belastungen befreite deutsch-französische Politik ihren Ausgang nehmen konnte⁵². Mit der neugewonnenen Selbständigkeit und Aufnahme in die westliche Sicherheitsgemeinschaft veränderte sich das Verhältnis der beiden Nachbarn grundlegend. Das Bonner Schiff kam „aus der Küstenschiffahrt hinaus auf die hohe See“⁵³. Besonders signifikant wurde der damit einhergehende Wandel in jenem Bereich deutlich, der zehn Jahre lang Inbegriff französischer Macht auf deutschem Boden war: der Stationierung der „Forces Françaises en Allemagne“. Gewiß behielten die französischen Einheiten ihre sicherheitspolitische Aufgabe. Sie gewannen nun aber auch eine deutschlandpolitische Funktion. Ursprünglich als Besatzungstruppen installiert, wurden die Verbände nun „Symbol und Unterpfand der französischen Vorbehaltsrechte im Hinblick auf Deutschland als Ganzes und Verteidigungstruppen im Rahmen der NATO-Integration“⁵⁴. In einem am 5. 5. ausgegebenen Tagesbefehl beauftragte das Oberkommando der französischen Truppen in Deutschland die nachgeordneten Dienststellen, sämtliche Soldaten in die neue Situation einzuweisen. Wohl wis-

⁴⁸ Zitiert nach: Altwegg, Republik des Geistes, S. 65.

⁴⁹ Pinay an Adenauer, 7. 5. 1955, in: BDFD I, S. 207.

⁵⁰ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Maltzan an AA, 205–00 I 3669/55, 4. 8. 1955.

⁵¹ Vgl. Artikel Kornickers, in: „Schwäbische Landeszeitung/Augsburger Zeitung“, 7. 6. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 421–423.

⁵² PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Maltzan an AA, 205–00 I 3669/55, 4. 8. 1955.

⁵³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 30b, Bl. 74, Tb. 25. 3. 1955.

⁵⁴ Sauder, Bündnisverteidigung, S. 162.

send, daß die Tatsache, nunmehr auf dem Territorium eines souveränen Staates zu stehen, bei dem einen oder anderen Soldaten „des sentiments intimes ou des préventions justifiées“ auslösen könne, mahnte es die militärische Führung dazu, den Blick nach vorn zu richten und die Zukunft nicht mit Retrospektiven zu belasten. Auf der offiziellen Ebene waren Gefühle ohnehin nicht erlaubt. „Dans ce domaine, le sentiment n’a pas sa place, il s’agit du ‚Service‘, et aucune réticence ne saurait être admise.“⁵⁵

Zwangsläufig nahm die deutsch-französische Kooperation nun neue Gestalt an. Die seit 1950 vorherrschende Konzeption als Motor der europäischen Integration, die implizit der Kontrolle Westdeutschlands gedient hatte, trat nun in den Hintergrund zugunsten der Perspektive einer realistischen „interessengebundenen bilateralen Zusammenarbeit“⁵⁶. Adenauer ließ keinen Zweifel an seiner Absicht, das Vertragswerk als „neue feste Grundlage“ für eine vertrauensvolle Nachbarschaft nutzen zu wollen⁵⁷. Indem er ihr mit der Einrichtung einer besonderen Arbeits-einheit im Auswärtigen Amt auch organisatorisch Rechnung zu tragen gedachte⁵⁸, stellte er unter Beweis, welch hohen Stellenwert das Verhältnis zu Frankreich für seine Außenpolitik besaß.

Der Neubeginn manifestierte sich aber nicht nur in organisatorischer, sondern auch in personeller Hinsicht. Am 7.6. gab Adenauer die Leitung des Auswärtigen Amtes, nicht unbedingt aber die Regie der Bonner Außenpolitik an Heinrich von Brentano ab. Geboren am 20. 6. 1904 in Offenbach als Sohn eines hessischen Zentrumsabgeordneten, studierte Brentano Rechtswissenschaften und ließ sich nach der Promotion in Darmstadt als Anwalt nieder. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs übernahm der mittlerweile zum Präsidenten der Anwalts- und Notarskammer in Darmstadt aufgestiegene Jurist das ihm angetragene Amt des stellvertretenden Vorsitzenden in der neugegründeten Partei „Deutsche Aufbau-Bewegung“. Schon bald trat er zur hessischen CDU über. Seit 1947 saß er für sie als Fraktionsvorsitzender im Landtag. Ursprünglich ein Anhänger des Brückekonzeptes von Jakob Kaiser, konvertierte von Brentano nur zögernd und unter dem Eindruck des Kalten Krieges zum Befürworter des Adenauerschen Westkurses. Seinem hartnäckigen Einsatz für die Mitspracherechte der Fraktion bei der Kabinettsbildung verdankte er im September 1949 das Amt des Vorsitzenden der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. Trotz aller Loyalität verlief die Zusammenarbeit mit dem Kanzler nie ohne Reibungen. Nach jahrelangem zähem Kampf ge-

⁵⁵ SHAT Vincennes, 3 U 29, General Lajouanie, Kommandeur des I. Armeekorps der französischen Truppen in Deutschland, an die Divisionskommandeure und Kommandeure des I. Korps, „Note personnelle“ Nr. 229/Io CA/5o B, 5. 5. 1955; s.a. ebd., 30, François-Poncet u. General Noiret, Oberkommandierender der französischen Truppen in Deutschland, „Note d’orientation“ Nr. 754/CCFFA/CAB, 15. 4. 1955.

⁵⁶ Bock, *Perzeption*, S. 636; s.a. von Maltzan an AA, 205–00 I 4728/55, 4. 11. 1955, Vertraulich, in: BDFD I, S. 492–498.

⁵⁷ Adenauer an Faure, Tel., 5. 5. 1955, in: Bulletin 1955, S. 727; s.a. ders. an Pinay, Tel., 5. 5. 1955, in: ebd.

⁵⁸ Die Bildung einer eigenen Frankreich-Abteilung wurde dabei zugunsten eines kleinen Koordinationsstabes unter Rolf Lahr verworfen, weil man im Gesamtaufbau des Auswärtigen Amtes keinen Fremdkörper schaffen wollte (PA, Ref. 600, Bd. 37, von Maltzan an Blankenhorn, Aufzeichnung, 4. 12. 1954).

lang es von Brentano im Juni 1955, sich seinen großen Wunsch zu erfüllen und in die Koblenzer Straße einzuziehen⁵⁹.

Als „Außenminister der Wiedervereinigungspolitik“⁶⁰ ging es ihm darum, im Rahmen der Westintegration die Möglichkeit zur Aufhebung der deutschen Teilung unbedingt offenzuhalten. Um sie zu überwinden, strebte er auch um den Preis erheblicher sicherheitspolitischer Konzessionen einen Interessenausgleich mit Moskau an. Während für Adenauer Westbindung, Ranggleichheit und Verhinderung eines militärischen Sonderstatus Priorität hatten, meinte von Brentano, die Abrüstung durch enge Verflechtung mit dem Prozeß der Wiedervereinigung zu einem „operativen Instrument der Deutschlandpolitik“ entwickeln zu müssen⁶¹. Sein außenpolitischer Ansatz wirkt gradliniger als der Adenauers, in gewisser Hinsicht auch eindimensionaler. Des Kanzlers Absicht, die Bundesrepublik mit Hilfe von Bundeswehr und Nuklearrüstung zu einer Großmacht aufsteigen zu lassen, lehnte der Minister ab, da sich ein solcher Status für die Bundesrepublik verbot und er außerdem die Atombewaffnung der zukünftigen Bundeswehr als Manövriermasse zur Erlangung der Einheit begriff. Während für ihn „die erfolgreiche Westpolitik“ stets das Fundament seiner Ostpolitik blieb⁶², spielte der alte Herr im Palais Schaumburg mitunter durchaus damit, die sowjetische Karte gegenüber den Bundesgenossen einzusetzen. Entrüstet wehrte sich von Brentano 1958 gegen den Versuch Adenauers, die Berlin-Frage von der Deutschlandpolitik abzutrennen. Während der Minister am Junktum festhielt und in Übereinstimmung mit den Verbündeten die von Moskau inszenierte Krise mit einer deutschlandpolitischen Gegenoffensive zurückweisen wollte, im äußersten Fall sogar „den Tauschpreis eines europäischen Disengagements kalkulierte“⁶³, dachte der Kanzler an isolierte Berlin-Verhandlungen und war eher zur Vertagung der deutschen Frage im Sinne der „Österreich-Lösung“ oder des „Globke-Planes“⁶⁴ als zu sicherheitspolitischen Zugeständnissen bereit. Das lange vorherrschende Bild von Brentanos als „Vollzugsbeamte[r]“⁶⁵ oder „Art Hohepriester der Adenauerschen Prinzipien“⁶⁶ darf inzwischen als grundlegend revidiert gelten. Von Brentano war, wie Kosthorst überzeugend nachgewiesen hat, kein willenloses Werkzeug Adenauers. Als „Wahrer und Mahner im Dienste der auf der Westbindung basierenden Wiedervereinigungspolitik“⁶⁷ besaß er vielmehr in den kritischen Jahren 1958 bis 1961 entscheidenden Anteil an der Erhaltung des Status quo und wirkte vielfach als korrigierender und stabilisierender Faktor gegenüber einem zuweilen unsicheren, auch sprunghaften Kanzler. Aktiv gestalterisch auf die Deutschlandpolitik einzuwirken, versagte ihm allerdings der unaufhebbare Grunddissens mit dem Regierungschef.

⁵⁹ Zu Person und Politik von Brentanos vgl. von Brentano, Welt; Baring, Bundeskanzler; Stirtz, Heinrich von Brentano di Tremezzo; zur Deutschland- und Ostpolitik von Brentanos grundlegend: Kosthorst, Brentano.

⁶⁰ Ebd., S. 12.

⁶¹ Ebd., S. 104.

⁶² Ebd. S. 167.

⁶³ Ebd., S. 403.

⁶⁴ Vgl. Kap. IV.1.4 u. V.1.2.

⁶⁵ Hacke, Weltmacht, S. 122.

⁶⁶ Besson, Außenpolitik, S. 206.

⁶⁷ Kosthorst, Brentano, S. 405.

Parallel zur Neubesetzung der Leitung des Auswärtigen Amtes vollzog sich eine Änderung an der Spitze der Deutschen Botschaft in Paris. Am 16. 5. nahm der altgediente Behördenchef Wilhelm Hausenstein seinen Abschied⁶⁸. Schon im November 1954 hatte Adenauer ihn betont geschäftsmäßig wissen lassen, mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge sei in der Wiederherstellung der auswärtigen Beziehungen ein „gewisser Abschluß erreicht“. Er beabsichtige daher, auch in der Leitung der diplomatischen Vertretung in Paris eine Veränderung eintreten zu lassen, und zwar zum 1. 2. 1955⁶⁹. Wie diese Veränderung aussehen sollte, blieb zunächst ‚geheim‘. Erst zum Jahreswechsel setzte der Kanzler die französische Regierung davon in Kenntnis, den deutschen Diplomaten nach der Umwandlung der Vertretung in eine Botschaft durch Vollrath von Maltzan ablösen zu wollen, ein Plan, den François-Poncet seinerseits schon Ende Oktober in Paris eröffnet hatte⁷⁰. Hausenstein war zwar prinzipiell mit Adenauer der Meinung, sein Wirken an der Seine allmählich ausklingen zu lassen. Er hoffte aber, noch das Beglaubigungsschreiben eines Vollbotschafters überreichen und erst Mitte Juli ausscheiden zu dürfen. Der Kanzler lehnte diesen Wunsch ab, weil er ihm für die deutschen Interessen nicht förderlich schien⁷¹.

Die Art seiner Entlassung erfüllte den Botschafter mit großer Bitterkeit. Selbst die – von französischer Seite bewußt als einzigartig hervorgehobene⁷² – Verleihung des „Grand Officier de la Légion d'Honneur“ durch den von ihm trotz seiner Eitelkeit geschätzten François-Poncet⁷³ am 17. 9. bot ihm nur einen neuerlichen Beweis, wie sehr „es auf deutscher Seite an wirklichem, zureichendem Dank gelegentlich des Abschieds gefehlt hat“⁷⁴. Er, der sich 1950 aus Pflichtbewußtsein im Alter von immerhin 68 Jahren zur Übernahme des schwierigen Amtes durchgerungen und aus dem gleichen Pflichtbewußtsein sogar die Publizistik schweren Herzens aufgegeben hatte, blieb während seiner Zeit als Generalkonsul, Diplomatischer Vertreter und Botschafter der Bundesrepublik Deutschland ohne einen Anstellungsvertrag, konnte jederzeit sechs Wochen zum Quartalsende von seinem Posten abberufen werden⁷⁵ und blieb trotz eines von Heuss gewährten Ehrensoldes bis zu seinem Lebensende von der Sorge um den Lebensunterhalt gezeichnet⁷⁶.

Hausensteins Entsendung nach Paris war eine „kluge Wahl“⁷⁷. Hartnäckige Widerstände im eigenen Lager, objektiv vorhandene Anfangsprobleme und die am

⁶⁸ Zum folgenden ausführlich: Lappenküper, Wilhelm Hausenstein, S. 668–674.

⁶⁹ Adenauer an Hausenstein, 10. 11. 1954, in: Migge (Bearb.), Hausenstein, S. 154.

⁷⁰ S. PA, NL Hausenstein, Bd. 11, Bl. 34, Löns an dens., Tel. 14, 11. 1. 1955, Geheim; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 142, Bl. 42, François-Poncet an MAE, Tel. 5307–11, 26. 10. 1954, Réservé; ebd., Bl. 52f., ders. an Mendès France, Nr. 2626, 18. 11. 1954, Confidentiel.

⁷¹ S. DLA, NL Hausenstein, x84.112/11, Hausenstein an Adenauer, 31. 3. 1955; ebd., 66.1752/16, ders. an dens., 20. 4. 1955; ebd., 66.1999/24, Adenauer an Hausenstein, 13. 4. 1955; Hausenstein, Impressionen, S. 74–76, Tb. 25. 9. 1955.

⁷² „Je ne pense pas qu'il y ait de précédent dans ce siècle.“ (DLA, NL Hausenstein, 66.2159, Ganeval an Hausenstein, 11. 8. 1955).

⁷³ S. Hausenstein, Impressionen, S. 58f., Tb. 10. 8. 1955.

⁷⁴ Ebd., S. 48, Tb. 21. 7. 1955; s.a. ebd., S. 51f., Tb. 29. 7. 1955; ebd., S. 72–74, Tb. 24. 9. 1955; DLA, NL Hausenstein, 66.3321, Hausenstein an Maltzan, o.D., Konzept. Zu den Widerständen in der französischen Regierung gegen die Dekoration s. ebd., 66.2603/3, von Walther an Hausenstein, 26. 7. 1955; Hausenstein, Impressionen, S. 106–110, Tb. 20. 3. 1956.

⁷⁵ S. PA, BStS, Bd. 232, Pfeiffer an Hallstein, Aufzeichnung, 30. 5. 1953.

⁷⁶ Vgl. Lappenküper, Wilhelm Hausenstein, S. 671.

⁷⁷ Möller, Theodor Heuss, S. 50; s.a. Baring, Anfang, S. 310; Grosser, Deutschlandbilanz, S. 468.

Dienstort vorwaltende Erinnerung an die soeben erst überwundene Katastrophe ließen ihn nur mühsam Handlungsfreiheit gewinnen. Sein Kalkül war es, die Offenheit der Franzosen für die Aufnahme der Leistungen deutscher Kultur zu stimulieren und implizit den Boden für die politische Verständigung zu bereiten. Theateraufführungen, Opernabende, Dichterlesungen, Kunstausstellungen und Anfänge des Schüler- und Studentenaustauschs dienten ihm als Katalysator, um das durch die Greueltaten der Nationalsozialisten verdorbene Bild der „boches“ allmählich zu revidieren und den großen Bogen zu jener Vergangenheit zu schlagen, in der sich Deutsche und Franzosen noch nicht als „Erbfeind“ ansahen. Hausenstein verstand es, mit seinem glaubwürdigen, von „sittliche[m] Ernst“⁷⁸ getragenen, nie erlahmenden Einsatz für die Aussöhnung der beiden Nationen Ressentiments zu beschwichtigen und eine auf die Zukunft gerichtete günstige Atmosphäre zu schaffen. Leise und behutsam öffnete er mit seiner vollendeten Höflichkeit, pedantischen Gewissenhaftigkeit und Pflichtauffassung⁷⁹ die Portale der noch verschlossenen Pariser Salons und bewährte sich so als einer der wichtigsten Brückenbauer der deutsch-französischen Aussöhnung: „wir glauben, ein gewisses moralisches Kapital zu hinterlassen, das der künftigen Entwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden Nachbarn zugute kommen kann.“⁸⁰

Nach dem Literaten sandte Adenauer nun also einen Vollblutdiplomaten an die Seine, der dort kein ganz unbeschriebenes Blatt war. Geboren am 22. 12. 1899 in Straßburg als Sohn eines Offiziers, trat Vollrath von Maltzan nach seinem rechtswissenschaftlichen Studium und der Promotion 1925 in den Auswärtigen Dienst ein. 1929 bis 1934 diente er als Legationsrat an der Botschaft in Paris und arbeitete dann fünf Jahre lang in der Wirtschaftsabteilung der Wilhelmstraße. 1938 mußte er den Dienst quittieren, da seine Mutter jüdischer Herkunft war, wurde aber 1939 wieder eingestellt. 1942 wechselte von Maltzan in die Verwaltung der IG-Farben, nach Kriegsende dann in das Stickstoff-Syndikat. Von Januar bis August 1946 wirkte er als Leiter der Handelsabteilung im hessischen Wirtschaftsministerium und übernahm nach einem kurzen Interim als Beauftragter für Interzonen- und Außenhandel beim Länderrat in Stuttgart zum 1. 12. 1946 die Hauptabteilung Außenwirtschaft des Verwaltungsamtes für Wirtschaft. Anfang April 1948 wurde er zum Ministerialdirektor in der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt am Main ernannt. Ende September 1950 holte ihn Erhard als Chef der Außenhandelsabteilung ins Bundeswirtschaftsministerium. Am 1. 1. 1953 trat er als Leiter der Handelspolitischen Abteilung in die Dienste des Auswärtigen Amtes⁸¹. Aufgrund seiner Verbindungen nach Frankreich, seiner Kompetenz und Weitsicht in Fragen der deutsch-französischen Beziehungen sowie der internationalen Ökonomie galt von Maltzan im Quai d'Orsay als „l'un

⁷⁸ Breitbach, Wilhelm Hausenstein, S. 147.

⁷⁹ Hausenstein selbst bezeichnete sie gelegentlich als „Hypochondrie“ (Hausenstein, Licht, S. 51, Tb. 12. 11. 1942).

⁸⁰ Hausenstein an Breitbach, 9. 1. 1955, in: Sulzer, Nachlaß, S. 145 f., hier S. 145.

⁸¹ Zur Biographie von Maltzans s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 146, Bl. 172–176, François-Poncet an Mendès France, Nr. 60/EU, 6. 1. 1955, Secret, nebst Anlage; PA, NL Hausenstein, Bd. 11, Bl. 34, Hallstein an Paris, Tel. 198, 22. 4. 1955, Geheim; Heuss an Toni Stolper, 4. 10. 1956, in: Heuss, Tagebuchbriefe, S. 195.

des hommes les plus désignés pour promouvoir cette politique de coopération et la mener à bien“⁸².

Wie sehr sich das Verhältnis zwischen beiden Staaten im Laufe der letzten fünf Jahre normalisiert hatte, verdeutlicht vielleicht kein Ereignis besser als die – bei einem so traditionsbewußten Volk wie den Franzosen so wichtige – Übergabe des Kreditivs durch den neuen deutschen Botschafter am 26. 5. 1955: Anders als bei Hausenstein wurde von Maltzan vom französischen Protokollchef de La Chauvinière im Botschaftsgebäude abgeholt und in den Elysée geleitet. Bei der Einfahrt in den Hof präsentierte eine Kompanie der Republikanischen Garde das Gewehr. Coty und Pinay erwarteten den neuen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Empfangszimmer des Präsidenten und begrüßten ihn „mit einer Herzlichkeit, die weit über das konventionelle Maß einer solchen protokollarischen Zeremonie hinausging“⁸³. Die deutsch-französischen Beziehungen waren auf dem besten Weg, „in ein Stadium echter und freundschaftlicher Zusammenarbeit“ einzumünden⁸⁴.

Die Bundesregierung beließ es nicht bei einem personellen Wechsel. Sie trug den gewandelten politischen Rahmenbedingungen auch mit umfangreichen Instruktionen an den neuen Botschafter Rechnung. Darin erteilte sie von Maltzan den Auftrag, das beiderseitige Verhältnis „auf der Grundlage einer umfassenden deutsch-französischen Verständigung zu festigen“ und besonderes Augenmerk auf die gemeinsame europäische Politik zu legen. Bei der Umsetzung dieser Aufgabe sollte er sich sowohl die „große Vergangenheit“ Frankreichs als auch die aus den beiden Weltkriegen resultierenden Belastungen vor Augen führen. Zugleich hatte von Maltzan den Blick in dem Bewußtsein nach vorn zu richten, daß die Ressentiments der vergangenen Jahre und das in Paris nicht völlig überwundene Mißtrauen gegenüber der Bonner Republik mehr und mehr der grundsätzlichen Bereitschaft zur Beteiligung Deutschlands an der gemeinsamen Verteidigung und Mitarbeit im Kreis der westeuropäischen Staaten Platz machten. Als Pluspunkte galten schließlich die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung und die französische Erkenntnis, in Deutschland einen „lebenswichtigen Absatzmarkt für seine Agrarprodukte“ zu besitzen. Als eine wesentliche Aufgabe von Maltzans definierte das Auswärtige Amt die Förderung der gemeinsamen Verständigung durch Aufklärung, die angesichts des „individualistischen Charakters des politischen Lebens in Frankreich“ dezentral gesteuert und auf Parteien und Öffentlichkeit ausgerichtet sein mußte. Konkret hatte sich der Botschafter insbesondere für die Wiedervereinigung als „oberste[s] Ziel der deutschen Politik“ einzusetzen, weil für die Bundesregierung „kein Zweifel“ bestand, „daß Frankreich unter den Westmächten an einem Zusammenschluß Deutschlands am wenigsten interessiert ist“, da es dessen Anlehnung an den Osten und zunehmende Stärkung fürchte⁸⁵.

⁸² AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 146, Bl. 173–176, „Fiche de renseignements sur M. Vollrath von Maltzan“, o.D.

⁸³ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Maltzan an AA, 205–00 I 3669/55, 4. 8. 1955.

⁸⁴ Ebd., NL Hausenstein, Bd. 11, Bl. 32f., von Walther an dass., zu 118–00 v. Maltzan I 2446/55, 27. 5. 1955; zum Kreditiv von Maltzans s. ebd., Bl. 62f., Heuss an Coty, 6. 5. 1955.

⁸⁵ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 7, AA an von Maltzan, Entwurf einer Instruktion 302.210–02., o.D., im Auszug in: BDFD I, S. 206f. Das 42 Seiten umfassende, undatierte Dokument wurde am 28. 4. 1955 von von Marchtaler an Hallstein übersandt (PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 7). Zum

Die Bundesrepublik tat gut daran, dieses Ansinnen nicht zu offensiv voranzutreiben, wollte sie nicht sofort wieder die alten Gespenster von Rapallo wachrufen. Symptomatisch für die weiterhin kritisch-pessimistische Beobachtung ihres Weges durch den Nachbarn, rühmte François-Poncet in seinem letzten Rapport als Hoher Kommissar Anfang Mai zwar das „régime stable dans un pays prospère“⁸⁶, leugnete aber keineswegs seine Beunruhigung über die Gefahr des deutschen Nationalismus. Nach dem Gewinn der Souveränität, so lautete seine Prognose, würden die habituell unzufriedenen Deutschen ihre ganze Dynamik auf das Ziel der staatlichen Einheit lenken. „Il semble bien que l'adhésion de la République fédérale à la Communauté occidentale ne suffise pas à bannir la tentation de la neutralité, prix de l'unification.“ Nach einem Abtritt Adenauers hielt er es durchaus für denkbar, daß die deutsche Diplomatie wieder zur Bismarckschen Tradition des Gleichgewichts und der engen Beziehungen zu Rußland zurückkehrte. Um so notwendiger schien es ihm, einerseits die westlichen Truppen in Deutschland stationiert zu lassen und andererseits am Ziel der deutsch-französischen Interessenverbindung und der Leitidee der Kontrolle Deutschlands durch bilaterale Assoziierung und europäisch-atlantische Integration festzuhalten⁸⁷.

Zwischen Entspannungseuphorie und Neutralismusfurcht

Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge setzte nicht nur in den deutsch-französischen Beziehungen, sondern auch in dem sie umwölbenden Ost-West-Konflikt „eine neue Ära“ ein⁸⁸. Sie wirkte zunächst janusköpfig, denn ersten Ansätzen einer blockübergreifenden Entspannung stand die Konsolidierung der Militärblöcke gegenüber⁸⁹. Aufschluß über die weitere Entwicklung mußte die allseits erwartete Viermächtekonferenz bringen, zu deren Vorbereitung sich Ende April die Experten der Westmächte in London unter Hinzuziehung einer deutschen Delegation trafen. Im Auftrag Adenauers skizzierte Blankenhorn, der designierte Botschafter bei der NATO, die deutschen Vorstellungen über die westliche Verhandlungsführung. Ihm schwebte ein europäisches Sicherheitssystem mit entmilitarisierten Zonen, kontrollierter Rüstungsbegrenzung, Gewaltverzichts- und Beistandsgarantien vor, wodurch die Allianzen fortbestehen, aber mit einem gemeinsamen Dach überwölbt werden konnten. Sicherheits- und Deutschlandfrage

Aspekt der agrarwirtschaftlichen Abhängigkeit Frankreichs s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 45b, Bl. 228–239, Hausenstein an AA, 210–00 geh. 69/55, 20. 4. 1955, Geheim. Nach Meinung der Botschaft bestand der Kreis der zu „pflegenden Personen“ aus 250 Abgeordneten, 100 Mitgliedern der Ministerkabinette, 10 Präsidenten der Parlamentskommissionen, 40 Journalisten, 50 Senatoren, 60 Beamten im Quai d'Orsay, 30 Beamten in anderen Ministerien, 150 Mitgliedern diplomatischer Vertretungen, 100 Vertretern des kulturellen Lebens, 20 Mitgliedern der Verwaltung der Stadt Paris und der Präfektur (ebd.).

⁸⁶ François-Poncet an Pinay, Nr. 1269/CM, 3. 5. 1955, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 2, S. 1381–1400, hier S. 1399. Zur Numerierung s. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 129, Bl. 397.

⁸⁷ Ebd., Bd. 354, Bl. 111–136, ders. an dens., Nr. 92, 13. 5. 1955; s.a. Bock, Perzeption, S. 614 u. 636 f.

⁸⁸ Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 264; zum folgenden grundlegend: Haftendorn, Abrüstungs- und Entspannungspolitik, S. 29–59 u. 109–127; dies., Sicherheit, S. 19–122; Jansen, Abrüstung; Pöttering, Sicherheitspolitik.

⁸⁹ Vgl. Besson, Außenpolitik, S. 166 f.; Loth, Teilung, S. 329. Zu Geschichte und Begriff der Entspannungspolitik vgl. Görtemaker, Allianz.

waren dabei junktimsartig verbunden⁹⁰. Damit stand die Bereitschaft der Verbündeten zu einer aktiven Wiedervereinigungspolitik erneut auf dem Prüfstand. Von Frankreich, darauf hatte Hausenstein in seinen letzten Amtstagen noch hingewiesen, durfte diesbezüglich nicht allzuviel erwartet werden⁹¹. Sein Nachfolger konnte diesem Befund nach ersten Sondierungen nur beipflichten: Sei die französische Deutschlandpolitik 1945 auf die Loslösung des linken Rheinufer, die Internationalisierung der Ruhr und die Schaffung eines losen Staatenbundes ausgerichtet gewesen, stünde der Befürwortung der deutschen Einheit 1955 nicht zuletzt die „Furcht vor Weiterungen“ im Wege, das Problem der deutschen Ostgebiete. Von Maltzan baute aber darauf, daß Frankreichs Tradition des zentralisierten Einheitsstaates zu stark sei, um das Recht des Nachbarn auf Wiedervereinigung zu leugnen. Man mußte dem Nachbarn natürlich klarmachen, daß die Einheit Deutschlands, die Sicherheit Europas und Entspannung zwischen den Blöcken ein Ganzes bildeten⁹².

In der Londoner Arbeitsgruppe bestand die französische Delegation unter François Seydoux darauf, die Viermächteverhandlungen nicht auf die „deutsche Frage“ zu konzentrieren⁹³. Im Glauben an das nach erfolgter Ratifizierung der Pariser Verträge geringe Interesse Moskaus an einer reinen Deutschlandkonferenz empfahlen die Experten ihren Regierungen demgemäß im Abschlußbericht vom 5. 5., diesen Punkt in der Einladung explizit gar nicht zu erwähnen, obwohl das wichtigste Ergebnis der Konferenz nach offizieller Lesart doch die Wiedervereinigung sein sollte. Statt dessen plädierten sie dafür, als ersten Tagesordnungspunkt die Deutschland betreffenden Probleme und die europäische Sicherheit zu nennen und ansonsten europäische Problemfelder wie die Abrüstung zu thematisieren. Im Gegensatz zur deutschen Junktimsforderung wollten die drei Mächte Teilvereinbarungen in den weniger umstrittenen Bereichen zumindest nicht ausschließen⁹⁴.

Für diese Schwerpunktverlagerung von der Wiedervereinigung zur europäischen Sicherheit zeichnete insbesondere Frankreich verantwortlich, das an der Aufrechterhaltung des Junktims nicht um jeden Preis festhalten mochte. In den Augen der Franzosen beharrten Deutsche und Amerikaner zu sehr auf der unrealistischen Annahme, als akzeptierten die Sowjets eine Lösung der deutschen Frage, die nicht die Neutralisierung Gesamtdeutschland bedeutete. Außerdem glaubte man in Paris aufgrund entsprechender Informationen aus Moskau⁹⁵ an ein echtes sowjetisches Interesse an der Rüstungsbegrenzung und setzte daher mehr

⁹⁰ S. Chauvel an Pinay, Tel. 2283/91, 28. 4. 1955, *Priorité, Réservé*, in: DDF 1955, S. 525 f.; US-Delegation an Dep. of State, Tel. 4812, 28. 4. 1955, *Secret*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 154–156; Thoß, *Beitritt*, S. 144; Steininger, *Pariser Verträge*, S. 201 f.

⁹¹ S. PA, B 17, Bd. 8, Bl. 183–190, Hausenstein an AA, 205–00 I Nr. 1443/55, 30. 3. 1955; s.a. Lindemann, *Deutschlandfrage*, S. 180.

⁹² PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Maltzan an AA, 205–00 I 3669/55, 4. 8. 1955.

⁹³ Vgl. Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 7. 5. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 601–603; Rupieper, *Verbündeter*, S. 412.

⁹⁴ S. Bericht der Londoner Expertengruppe, o.D., in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 113–124; Lindemann, *Deutschlandfrage*, S. 180–184.

⁹⁵ S. Joxe an Pinay, Tel. 1394/1419, 5. 5. 1955, *Réservé*, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 575–579; Aufzeichnung Joxe, 7. 5. 1955, *Secret*, in: ebd., S. 603 f.; Lohse, *Lockungen*, S. 176 f.; Rupieper, *Verbündeter*, S. 415.

auf Sicherheit und Rüstungskontrolle⁹⁶. An der bisherigen Haltung zum Verfahren der Wiedervereinigung hielt der Quai d'Orsay aber offiziell noch fest. Der auf der Berliner Außenministerkonferenz 1954 vorgelegte „Eden-Plan“ mit dem Kernelement freier gesamtdeutscher Wahlen stand nach der Auffassung des Expertenberichts nicht zur Disposition⁹⁷. Eine unveränderte Neuauflage dieses Konzepts ohne ergänzende Sicherheitsvorschläge erachtete Paris aber als inopportun⁹⁸. Auch die Fixierung auf freie Wahlen als Grundvoraussetzung für die Aufhebung der deutschen Spaltung sahen einige französische Diplomaten mit Unbehagen, weil sie nicht ausschlossen, daß die Sowjetunion eines Tages auf diese Bedingung eingehen könnte. Dann aber, so die Sorge der Anhänger einer festen Westbindung der Bundesrepublik, würden die Deutschen bei der Option zwischen dem Status quo und einem neutralisierten Gesamtdeutschland die Neutralisierung wählen, was auf jeden Fall verhindert werden mußte⁹⁹.

Auch im Auswärtigen Amt hielten einige Beamte ein Eingehen der östlichen Hegemonialmacht auf die westliche Grundforderung durchaus für denkbar. Sie glaubten sogar, die Sowjetunion könne auf den bisher stets geforderten Preis einer sofortigen Räumung des deutschen Territoriums verzichten, ihr Besatzungsrecht aber aufrechtzuerhalten suchen. Bonn müsse daher danach trachten, sein Wiedervereinigungsprogramm auf eine beweglichere sowjetische Deutschlandpolitik einzustellen und insbesondere Sicherungen der außenpolitischen Handlungsfreiheit zu gewährleisten¹⁰⁰.

Am 8. 5. besprachen die Außenminister der Westmächte mit dem Kanzler den ihnen übergebenen Bericht der Expertengruppe. Wie am Tage zuvor gegenüber Dulles¹⁰¹ begrüßte Adenauer die Initiative der Westmächte zur Viermächtekonferenz, enthielt sich aber eines Urteils über die noch offene Frage, ob sie auf der Ebene der Regierungschefs oder der Außenminister stattfinden sollte¹⁰². Macmillan, der neue englische Außenminister, und Faure strebten eine Gipfelkonferenz an, Pinay bevorzugte ein Außenministertreffen, wohingegen Dulles bzw. Eisenhower die Regierungschefs erst nach einer erfolgreichen Begegnung der Minister zusammentreten lassen wollten¹⁰³. Pinay setzte sich im Kreise seiner westlichen Kollegen für eine möglichst flexible Tagesordnung ein, um ein Stocken der Verhandlungen mit Moskau in der Einleitungsphase zu verhindern. Für ihn wie für Faure war mit Blick auf die Erwartungshaltung im eigenen Lande wichtig, daß die Zusammenkunft zumindest den guten Willen des Westens demonstrierte. Daher

⁹⁶ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 145.

⁹⁷ S. Bericht der Londoner Expertengruppe, o.D., in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 120f. Zur Berliner Außenministerkonferenz vgl. Kap. III.1.3.

⁹⁸ Vgl. Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 7. 5. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 601–603; Lohse, Lockungen, S. 98f.

⁹⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 354, Bl. 111–136, François-Poncet an Pinay, Nr. 92, 13. 5. 1955; Rupieper, Verbündeter, S. 412.

¹⁰⁰ S. PA, Ref. 700, Bd. 1, Aufzeichnung des Referats Meissner/Peckert im AA, 350.202–03.1282/55, 4. 6. 1955.

¹⁰¹ S. Unterredung zwischen Adenauer und Dulles vom 7. 5. 1955, im Auszug in: FRUS 1955–1957, Bd. 7, S. 167–170; Rupieper, Verbündeter, S. 416.

¹⁰² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 41b, Bl. 76–81, Unterredung zwischen Adenauer, Dulles, Macmillan und Pinay vom 8. 5. 1955, 3.212–19.420/55, Geheim.

¹⁰³ S. Dulles an Dep. of State, Tel. Dulte 12, 9. 5. 1955, Top secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 174f.; ders. an dass., Tel. Dulte 13, 9. 5. 1955, Secret, Priority, in: ebd., S. 176f.; Felken, Dulles, S. 285f.

begrüßte er auch den Vorschlag seines englischen Kollegen, der Konferenz weitere Viermächtebegegnungen folgen zu lassen. Denn dadurch würde man auch im Falle fehlender Ergebnisse vor Parlament und Öffentlichkeit nicht mit leeren Händen dastehen¹⁰⁴.

Adenauer hatte sich bereits Ende April gegenüber Pinay vor dem Hintergrund der bestehenden Differenzen für „sehr lang[e]“ Viermächtegespräche auf der Ebene der Außenminister und von Arbeitsgruppen eingesetzt¹⁰⁵. Jetzt empfahl er eine „möglichst kurz[e] und klar[e]“ Agenda mitsamt der Themen Wiedervereinigung und europäisches Sicherheitssystem. Zu einem Beschluß über das Konferenzniveau, Datum, Ort und präzise Tagesordnung kam es aber zunächst nicht¹⁰⁶. Zur großen Enttäuschung des Kanzlers einigten sich die drei Außenminister aber auf der anschließenden NATO-Konferenz auf eine Einladungsformel, die noch hinter der Empfehlung der Londoner Arbeitsgruppe zurückblieb. Am 10. 5. baten die Westmächte die Sowjetunion in gleichlautenden Noten zu einem baldigen Gipfeltreffen mit offener Tagesordnung, um einen „neuen Versuch zur Lösung der großen Probleme“ zu unternehmen. Nach einer generellen Verständigung über zu klärende Fragen und Methoden des Dialogs sollten die Regierungschefs den Außenministern Leitlinien für die Detailerörterung auf einer nachfolgenden Konferenz an die Hand geben¹⁰⁷.

Die Sowjetunion reagierte auf die Offerte sehr flexibel. Bereits am 7. 5. hatte sie die angedrohte Annullierung der Kriegsbündnisse mit Großbritannien und Frankreich wahrgemacht, wobei aufmerksamen Beobachtern nicht entging, daß der entsprechende Erlaß des Obersten Sowjets in Richtung Frankreich einen milderen Ton anschlug¹⁰⁸. Eine Woche später setzte sie der NATO im Warschauer Vertrag ein integriertes Oberkommando der Ostblockstaaten entgegen¹⁰⁹. Mit der am selben Tag signalisierten Bereitschaft zum Gipfeltreffen¹¹⁰ und dem vierundzwanzig Stunden später feierlich unterzeichneten Österreichischen Staatsvertrag¹¹¹ bestärkte der Kreml zugleich jene Kommentatoren, die an der Moskwa

¹⁰⁴ S. Unterredung zwischen Dulles, Macmillan und Pinay vom 8. 5. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 95–102; ders. an Dep. of State, Tel. Dulte 12, 9. 5. 1955, Top secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 174 f.; Lohse, Lockungen, S. 48.

¹⁰⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 45b, Bl. 2–20, Unterredung zwischen Adenauer und Pinay vom 29. 4. 1955, Streng geheim; s.a. Unterredung zwischen dens. vom 29. 4. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 41 f.

¹⁰⁶ BA, NL Blankenhorn, Bd. 41b, Bl. 76–81, Unterredung zwischen dens., Dulles und Macmillan vom 8. 5. 1955, 3.212–19.420/55, Geheim; eine abweichende französische Fassung in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 105–110; s.a. Dulles an Dep. of State, Tel. Dulte 13, 9. 5. 1955, Secret, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 176 f.; Lohse, Lockungen, S. 99; Rupiëper, Verbündeter, S. 417 f.

¹⁰⁷ Note der Westmächte an die Sowjetunion, 10. 5. 1955, in: Jäckel (Hg.), Deutsche Frage, S. 105; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 440 f.; Thoß, Beitritt, S. 145.

¹⁰⁸ S. Erlasse des Obersten Sowjets, 7. 5. 1955, in: AdG 1955, S. 5151A; Le Roy an Pinay, Tel. 1434/37, 9. 5. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 605 f.

¹⁰⁹ S. Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen Albanien, Bulgarien, Ungarn, der DDR, Polen, Rumänien, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei, 14. 5. 1955, in: EA 1955, S. 7929–7931.

¹¹⁰ S. Unterredung zwischen Dulles, Macmillan, Molotow und Pinay vom 14. 5. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 139–143.

¹¹¹ Nach einer vorbereitenden Konferenz der Botschafter der vier Besatzungsmächte und einer österreichischen Delegation vom 2.–13. 5. und einer Konferenz der vier Außenminister vom 14. 5. unterzeichneten die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, Österreichs, der Sowjetunion und der USA den Staatsvertrag am 15. 5. 1955 (DDF 1955, Bd. 1, Nr. 242, 244, 248, 252, 254, 258 f.,

eine Tendenz zur Entspannung ausmachen. Unterstützung fanden sie in der jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorlage, die nach dem Urteil des französischen Abrüstungsbeauftragten Jules Moch unbedingte Aufmerksamkeit verdiente, weil sie mit der eigenen Auffassung übereinstimmte, daß die Entspannungsfrage zentraler Ansatzpunkt für Teilerfolge künftiger Viermächteverhandlungen sei¹¹². Beinahe unisono diagnostizierten die westlichen Diplomaten in Moskau einen politischen Klimawechsel, ohne sich bereits über das Ausmaß der Kompromißbereitschaft einig zu sein. Im Foreign Office und auch im State Department hielt man dem Kreml wirklichen Verständigungswillen zugute. Angelsächsische Diplomaten gingen davon aus, Moskau suche außenpolitische Entlastung auf der Basis des Status quo¹¹³. Ihre französischen Kollegen schwankten zwischen der Erwartung echter Angebote und einer tiefen Unsicherheit über die wahren Ziele der Sowjets¹¹⁴.

Adenauer, aber auch Faure wirkte skeptisch¹¹⁵. Der Kanzler spürte, daß von jetzt an die „inneren Widersprüche seiner Außenpolitik“ zutage treten würden: Wille zur vollen Souveränität und Notwendigkeit der autonomen Gestaltung der Beziehungen zur Sowjetunion; Absicht zum raschen Aufbau der Bundeswehr und Notwendigkeit zur Betonung der Entspannung bzw. Abrüstung als Voraussetzung der Wiedervereinigung¹¹⁶. Während die SPD die Nachricht von der westlichen Einladung mit grenzenlosem Optimismus begrüßte, FDP und BHE nun die Wiedervereinigung zur prioritären Aufgabe der Bundesregierung deklarierten, warnte die CDU vor übereilten Hoffnungen und schloß sich damit der Haltung ihres Vorsitzenden an, der noch in Paris mit bisher unbekannter Offenheit den Vorrang des Friedens und der Freiheit vor einer Wiedervereinigung Deutschlands unter neutralistischem Vorzeichen betont hatte¹¹⁷. Mit Entsetzen reagierte er auf die Nachricht, Eisenhower habe sich am 18. 5. auf einer Pressekonferenz den Gedanken eines neutralisierten Staatenbandes von Nord- nach Südeuropa zu eigen gemacht¹¹⁸. Eine solche Disengagementzone von Norwegen bis Griechenland drohte jenes Horrorszenario Wirklichkeit werden zu lassen, das er seit 1945 fürchtete: Amerika vom Kontinent vertrieben und die Sowjetunion im Besitz des ökonomischen und kriegswirtschaftlichen europäischen Po-

265 f., 268–272, 275, 281; FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 1–117); „Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich“, 15. 5. 1955, nebst Anlagen, in: EA 1956, S. 8745–8763; vgl. Stourzh, Einheit, S. 497–525.

¹¹² S. Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion, 10. 5. 1955, in: Volle/Duisberg (Hg.), Probleme, Bd. 1/II, S. 436–451; Chauvel an Pinay, Tel. 2522/38, 10. 5. 1955, Urgent, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 609–613.

¹¹³ Vgl. Bohlen, Witness, S. 375 f.; Rupiëper, Verbündeter, S. 427 f.; Thoß, Beitritt, S. 147.

¹¹⁴ S. François-Poncet an Pinay, Tel. 1882/86, 16. 5. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 659 f.; Le Roy an dens., Tel. 1547/53, 17. 5. 1955, in: ebd., S. 660 f.; Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 17. 5. 1955, in: ebd., S. 663–665; Joxe an Pinay, Tel. 1774/80, 6. 6. 1955, in: ebd., S. 739 f.; BA, NL Blankenhorn, Bd. 65, Bl. 257–259, von Maltzan an AA, FS Nr. 304, 21. 5. 1955, Geheim; s.a. Calandri, Détente, S. 168–170.

¹¹⁵ S. Blankenhorn, Verständnis, S. 217, Tb. 10. 5. 1955; Faure, Mémoires, Bd. 2, S. 318–323.

¹¹⁶ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 178.

¹¹⁷ Vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 949, Bl. 34, Bonn an MAE, Tel. 1809/14, 11. 5. 1955; Rede Adenauers vor dem NATO-Rat, 9. 5. 1955, in: Bulletin 1955, S. 717; Glatzeder, Deutschlandpolitik, S. 68 f.; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 204–206.

¹¹⁸ Vgl. AdG 1955, S. 5178B; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 443 f.

tentials¹¹⁹. Von der Furcht erfaßt, in den Strudel schwer kalkulierbarer Viermächteverhandlungen gezogen zu werden, setzte er sofort seinen Botschafter in Washington in Bewegung und ließ im State Department erhebliche Bedenken anmelden¹²⁰. Gleichzeitig schickte er seinen Vertreter in Paris in den Quai d'Orsay und erklärte jegliche Neutralitätspolitik für „völlig unannehmbar“¹²¹.

Auch Ollenhauer sprach sich öffentlich gegen die Einrichtung eines Neutralitätsgürtels aus, mußte aber zur Kenntnis nehmen, daß seine Partei ihm dabei nur bedingt folgte. In dem festen Wunsch, nach der Souveränität nun auch die Wiedervereinigung in Freiheit zu erlangen, wollte die SPD derartige Sicherheitskonzepte nicht von vornherein ausschließen¹²². Ausgehend von der These einer engen Verbindung zwischen europäischer Sicherheit und deutscher Einheit entwickelten die Sozialdemokraten die Vorstellung von einem kollektiven Schutzsystem in Europa, in dem das geeinte Deutschland eingebunden sein sollte, ohne einem der beiden Militärbündnisse anzugehören¹²³.

Wenngleich Dulles am 24.5. einlenkte und die Neutralität Deutschlands auf einer Pressekonferenz für unmöglich erklärte¹²⁴, mochte sich Adenauer nicht beruhigen, obwohl er Blankenhorn und Hallstein doch einen Monat zuvor selbst „gelbes Licht“ für die Idee einer demilitarisierten Zone gegeben hatte¹²⁵. Alarmiert rief er die Botschafter aus Washington, London und Paris für den 25. 5. nach Bühlerhöhe, fest entschlossen, diese Idee „ein für allemal totzumachen“. „Wir haben“, so diktierte er den versammelten Spitzenbeamten ins Lehrbuch deutscher Staatsräson, „der Welt mit immer größerer Lautstärke verkündet, die Wiedervereinigungsproblematik ist das erste Problem der Welt. Das ist falsch. Das erste Problem ist, daß wir in Frieden und Freiheit bleiben, zunächst die 50 Millionen, und dann kommen die 18 Millionen.“¹²⁶

Dieselbe doppelbödige Politik, die nach außen hin die Wiedervereinigung zum „oberste[n] Ziel der deutschen Politik“¹²⁷ stilisierte, intern aber Frieden und Freiheit der Westdeutschen eindeutig die Priorität gab, scheint in ähnlicher Form auch in Paris geherrscht zu haben. Offiziell befürwortete Frankreich die Wiedervereinigung Deutschlands, weil ein amtliches Bekenntnis zur Teilung ihm schweren Schaden zugefügt hätte. Außerdem befürchtete man im Falle eines Bonner Regierungswechsels bei Nichtachtung der Wiedervereinigungswünsche ein Abdriften

¹¹⁹ S. Adenauer an Heuss, 22. 5. 1955, in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 179–185; Ansprache dess. vor dem CDU-Bundesausschuss, 3. 6. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 500.

¹²⁰ S. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 444; Erklärung der Bundesregierung, 20. 5. 1955, in: AdG 1955, S. 5179; Adenauer an von Brentano, 23. 5. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 290–292; Felken, Dulles, S. 290.

¹²¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 65, Bl. 257–259, von Maltzan an AA, FS Nr. 304, 21. 5. 1955, Geheim.

¹²² S. Sitzung der SPD-Fraktion, 24. 5. 1955, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2. Teilbd., S. 190f.

¹²³ Zu den Überlegungen der SPD vgl. Wilker, Sicherheitspolitik, S. 26–39.

¹²⁴ S. Erklärung von Dulles, 24. 5. 1955, in: DzD, III. Reihe, Bd. 1, S. 46f.; Rupieper, Verbündeter, S. 419f.

¹²⁵ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 185.

¹²⁶ BA, NL Blankenhorn, Bd. 41b, Bl. 56–62, Unterredung zwischen Adenauer, Hallstein, Blankenhorn, von Herwarth, Krekler und von Maltzan vom 25. 5. 1955; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 39; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 184f.

¹²⁷ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 7, AA an von Maltzan, Entwurf einer Instruktion 302.210–02., o.D.

der Bundesrepublik nach Osten. Hinter vorgehaltener Hand aber erachteten die Anhänger der Westbindung die staatliche Einheit des östlichen Anrainers nicht für wünschenswert, weil Gesamtdeutschland das Kräftegleichgewicht auf dem Kontinent erheblich verändert hätte. Außerdem mochten sie die Wiedervereinigung – wenn überhaupt – nur unter westlichem Vorzeichen hinnehmen, hielten sie aber gegenüber der östlichen Vormacht für kaum durchsetzbar. In der konkreten Situation des Mai 1955, so wird in der jüngsten Forschung konstatiert, habe dies in Paris zu einer dreidimensionalen Haltung zur deutschen Frage geführt: Die erste habe sich an Moskau und die französische Öffentlichkeit gerichtet und die Wiedervereinigung als politisches Ziel hinter das der europäischen Sicherheit positioniert. Die zweite habe sich an die Deutschen bzw. die Westmächte gewandt und strikt am Wiedervereinigungspostulat festgehalten. Die dritte, interne, habe der Aufhebung der Spaltung schließlich niemals prioritäre Bedeutung gegeben¹²⁸. Gewiß deckt sich dieser Befund mit *einer* Seite der französischen Deutschlandpolitik und besaß im übrigen sicherlich nicht nur für das Jahr 1955 seine Gültigkeit. Stimmt er aber mit *der* Deutschlandpolitik überein? Bildeten Faure und Pinay tatsächlich ein „prowestlich und antikommunistisch denkendes Gespann“, das aus Gründen der Glaubwürdigkeit gegenüber dem Parlament und der öffentlichen Meinung auf Entspannung setzen mußte¹²⁹?

Trotz der aus allen westlichen Hauptstädten in Bonn eintreffenden beruhigenden Versicherungen¹³⁰ wurde Adenauer den Verdacht nicht los, die Verbündeten könnten möglicherweise doch über die Köpfe der Deutschen hinweg ihren eigenen Interessen nachgehen. Spätestens seit dem Interview Eisenhowers gewann der „Potsdam-Komplex“ für seine Deutschland- und Europapolitik zentrale Bezugsgröße¹³¹. Und er richtete sich keineswegs nur gegen die USA, sondern auch gegen Frankreich, ging das Auswärtige Amt doch weiterhin davon aus, „daß die Gestaltung guter Beziehungen zu Rußland nach wie vor eine der traditionellen Komponenten des außenpolitischen Denkens in Frankreich“ sei¹³². Gewiß, Pinay hatte eine Umsetzung der Gedanken Eisenhowers sofort als unmöglich bezeichnet¹³³. Adenauer sah dessen Tage im Quai d'Orsay aber als gezählt an und befürchtete, Faure, den er als „brilliant but unreliable“ einschätzte, werde dann die Außenpolitik bestimmen¹³⁴. Außerdem fand die feste Linie des Außenministers unter seinen Beamten im Quai d'Orsay nur eingeschränkte Unterstützung. Als Bonner Diplomaten in Paris die Neutralitätspolitik verwarfen, lautete die bemerkenswerte Antwort des neuen Directeur général des Affaires politiques et économiques, de Margerie, „man müsse zwischen Neutralisierung und Neutralität unterscheiden“. Neutralität bedeute nach dem österreichischen Vorbild „volle Verteidigungsfähigkeit, d.h. unbeschränkte Be-

¹²⁸ Vgl. Lohse, Lockungen, S. 99f.

¹²⁹ Ebd., S. 47.

¹³⁰ Vgl. Rupieper, Verbündeter, S. 420f.

¹³¹ Vgl. Haftendorn, Adenauer, S. 97; Thoß, Beitritt, S. 149.

¹³² PA, Ref. 700, Bd. 138, Kassler an Ref. 304 im AA, Aufzeichnung 302A.211-00/94.05. 4363/55, 23. 9. 1955, Konzept.

¹³³ S. Presseerklärung Pinays, 10. 6. 1955, in: AdG 1955, S. 5198.

¹³⁴ Unterredung zwischen Adenauer und Dulles vom 13. 6. 1955, Top secret, Personal and Private, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 228–230, hier S. 229.

waffnungsmöglichkeit“¹³⁵. Mochten die französischen Treueschwüre zur offiziellen westlichen Deutschlandpolitik – freie Bündniswahl für ein vereintes Deutschland, keine Neutralisierung, keine Viermächteverwaltung – auch „Legion“ sein¹³⁶, angesichts derartiger spitzfindiger Verbalakrobatik traute man ihnen in Bonn nicht, unterstellte Paris vielmehr, es arbeite für die Viermächtekonferenz an einem neuen, deutsche Interessen kompromittierenden Plan zur Wiedervereinigung¹³⁷.

Mittlerweile hatte die Sowjetunion die westliche Einladung zum Gipfeltreffen offiziell angenommen¹³⁸. Mitte Juni einigten sich beide Seiten darauf, die Konferenz am 18.7. in Genf zu eröffnen¹³⁹. In einem vertraulichen bilateralen Meinungsaustausch kamen Briten und Amerikaner zu dem Ergebnis, daß die sowjetische Entspannungsoffensive auf echte Verständigungsmöglichkeiten abgeklopft werden müsse, aber entgegen allen öffentlichen Hoffnungen wahrscheinlich doch nur auf eine Atempause im Kalten Krieg abziele¹⁴⁰. Da Pinay dieselbe Einschätzung hegte, standen für ihn, Dulles und Macmillan die Pariser Verträge nicht mehr zur Disposition¹⁴¹. Allerdings fragte sich, ob der Chef des Quai d’Orsay seinen Kurs würde innergouvernemental durchsetzen können. Im MRP etwa gab es noch immer ernstzunehmende Stimmen, die das Scheitern der EVG und den deutschen NATO-Beitritt beklagten¹⁴². In den Kreisen um Jules Moch plädierte man ebenfalls gegen die NATO-Mitgliedschaft und ganz im Sinne der SPD für ein System kollektiver Sicherheit, ohne sich aber gegen die Mehrheit der SFIO unter Führung Mollets behaupten zu können. Aber auch für ihn behielt langfristig der „double effort“ Gültigkeit: „organisation défensive – poursuite parallèle des pourparlers“¹⁴³.

Aufweichungserscheinungen allerorten: In der Bundesrepublik plädierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ für eine „Außenpolitik auf zwei Säulen“ und deutete damit an, daß sie Bonns Angehörigkeit zur Atlantischen Allianz nicht als Dogma verstand¹⁴⁴. Nur wenige Wochen nach den Erlangung der Souveränität sah sich die Bundesregierung dazu genötigt, den Westkurs entschlossen gegen die „Vorzugsschüler der deutschen neutralistischen Irreal-Schule“ zu verteidigen¹⁴⁵. Adenauer reagierte mit einer Doppelstrategie. Um für den Eventualfall gewappnet

¹³⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 41b, Bl. 70–72, „Gespräch mit de Margerie“, 23. 5. 1955; s.a. ebd., Bd. 65, Bl. 257–259, von Maltzan an AA, FS Nr. 304, 21. 5. 1955, Geheim.

¹³⁶ Lohse, Lockungen, S. 119; vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 949, Bl. 65f., Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 25. 5. 1955; Pinay an London etc., Tel. 7452/66 etc., 28. 5. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 697–700; Instruktionen für die Bonner Arbeitsgruppe, 31. 5. 1955, in: ebd., S. 736–739; Calandri, Détente, S. 167–170.

¹³⁷ S. Unterredung zwischen Blankenhorn und Soutou vom 16. 6. 1955, Secret, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 787–790; Lohse, Lockungen, S. 100.

¹³⁸ S. Note der Sowjetunion an die Westmächte, 26. 5. 1955, in: Jäckel (Hg.), Deutsche Frage, S. 105 f.

¹³⁹ S. Noten der Westmächte vom 6. 6. bzw. der Sowjetunion vom 13. 6. 1955, in: ebd., S. 106 f.

¹⁴⁰ Vgl. Rupieper, Verbündeter, S. 421–423; Thoß, Beitritt, S. 149 u. 151.

¹⁴¹ S. Pinay an London etc., Tel. 7452/66 etc., 28. 5. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 697–700.

¹⁴² S. Rede Pohers auf dem Parteitag des MRP vom 19.–22. 5. 1955, im Auszug in: BDFD III, S. 412–414.

¹⁴³ Interview Mollets mit „Témoignage chrétien“, 10. 6. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 423 f., hier S. 424.

¹⁴⁴ Artikel Baumgartens, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 2. 6. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 414–416, hier S. 414.

¹⁴⁵ Rede von Strauß in der Sitzung des CSU-Landesausschusses, 4. 6. 1955, im Auszug in: ebd., S. 417–420, hier S. 419.

zu sein, wies er Blank an, umgehend den Entwurf eines Freiwilligengesetzes zwecks Aufbau der Bundeswehr vorzulegen¹⁴⁶. Zugleich ließ er, überzeugt von der Lebendigkeit der Idee eines neutralen Staatengürtels¹⁴⁷, vom Auswärtigen Amt ein eigenes Sicherheitskonzept ausarbeiten. Anfang Juni paßten Blankenhorn, Heusinger, Kaufmann und von Welck die im Frühjahr 1953 und im April 1955 entwickelten Vorstellungen den veränderten Bedingungen an. Am 11. 6. lag der sogenannte „Heusinger-Plan“ vor, der neben allgemeiner Abrüstung, Rüstungsbeschränkung in Europa und dem Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems auch die Einrichtung einer rüstungsverdünnten Zone von der Ostsee bis zur Adria unter der Voraussetzung der Wiedervereinigung vorsah¹⁴⁸.

Moskauer Sirenengesänge

Vor diesem Hintergrund bedeutete die sensationelle Einladung der Sowjetunion vom 7. 6. zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen¹⁴⁹ für die Bundesrepublik beinahe ein Geschenk des Himmels. Natürlich besaß sie evidente „Fußangeln“¹⁵⁰. Angesichts der mehr und mehr sich verfestigenden Moskauer Zwei-Staaten-Theorie drohte ein Eingehen auf das Angebot den Alleinvertretungsanspruch Bonns auszuhöhlen. Außerdem konnte es in den westlichen Hauptstädten die alten „Rapallo“-Ängste neu entfachen. Zugleich aber bot die Reise an die Moskwa dem Kanzler die einmalige Gelegenheit, seine Manövrierräume gegenüber Ost wie West auszubauen. „Libérée de toute tutelle, rien n'empêchera plus la République fédérale d'avoir, désormais, accès au grand jeu de la politique mondiale et de militer directement en faveur de la réunification.“¹⁵¹

Schon Ende April hatten sich die Gerüchte über eine bevorstehende sowjetische Offerte gemehrt¹⁵². Eine Ablehnung galt der Bundesregierung als unmöglich, da man sich dem deutschen Volk wie dem Abbau der Ost-West-Spannungen verpflichtet fühlte. Sie war sich dabei sehr wohl bewußt, vorher das Terrain abtasten und die Verbündeten konsultieren zu müssen¹⁵³. Als die Einladung im Juni, auf dem „Wellenkamm der Entspannungseuphorie“¹⁵⁴, eintraf, notabene über den Umweg Paris, schien sie im Bonner Regierungslager kaum jemanden zu überraschen¹⁵⁵.

¹⁴⁶ Die Bundesregierung übermittelte den Entwurf des „Gesetz[es] über die vorläufige Rechtsstellung der Freiwilligen in den Streitkräften“ (Freiwilligengesetz) dem Bundesrat am 28. 5. 1955 (AdG 1955, S. 5199E). Der Bundestag verabschiedete es in veränderter Form am 16. 7. 1955 (BGBl 1955, Teil I, S. 449f.).

¹⁴⁷ S. Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 3. 6. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 501.

¹⁴⁸ S. Aufzeichnung des AA 35.212–19.511/55, 11. 6. 1955, Streng geheim in: BDFD I, S. 472–475; Haftendorn, Adenauer, S. 99–102; Köhler, Adenauer, S. 859–861; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 186f.

¹⁴⁹ S. Note der Sowjetunion an die Bundesrepublik, 7. 6. 1955, in: Jäckel (Hg.), Deutsche Frage, S. 145f.

¹⁵⁰ Thoß, Beitritt, S. 154.

¹⁵¹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 425, Bl. 13–14, Leduc an MAE, Tel. 2225/33, 8. 6. 1955; s.a. ebd., Bl. 15, ders. an dass. Tel. 2234/37, 8. 6. 1955.

¹⁵² S. Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 373f.; Kosthorst, Brentano, S. 52.

¹⁵³ S. PA, NL von Kessel, Ordner [2], von Kessel an Blankenhorn, 26. 4. 1955, Streng vertraulich, Persönlich.

¹⁵⁴ Kosthorst, Brentano, S. 52.

¹⁵⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 425, Bl. 8, Leduc an MAE, Tel. 2218/21, 7. 6. 1955;

Adenauer, der die Kontakte der Verbündeten nach Osten argwöhnisch beobachtete, ergriff sofort die sich ihm bietende Chance, die sowjetische Verhandlungsbereitschaft persönlich auszuloten. Schon am 8. 6. begrüßte die Bundesregierung in einem Kommuniqué den Vorschlag und verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß es nach Prüfung der Vorfragen zu einem Gedankenaustausch zwischen dem Bundeskanzler und der sowjetischen Führung komme. Indem sie die Aussprache dezidiert als zweckmäßig bezeichnete, nahm sie das Ergebnis der Vorprüfung praktisch vorweg¹⁵⁶. Von einem deutsch-sowjetischen Gipfel noch vor dem Viermächtetreffen, wie es die Opposition am selben Tag forderte¹⁵⁷, war in der Koalition natürlich nicht die Rede. Bemerkenswerterweise verlor die Verlautbarung des Kanzleramtes auch kein Wort darüber, jetzt die Verbündeten informieren zu wollen¹⁵⁸. Die so eben erst gewonnene Souveränität hatte dem Kanzler aber keineswegs das Augenmaß für seine Handlungsspielräume genommen, wenngleich er den Westen gewiß nicht ungern gewisse Optionsmöglichkeiten andeutete. Um in den westlichen Kapitalen kein Mißtrauen aufkommen zu lassen, unterstrich die Bundesregierung noch am selben Tag öffentlich und auf diplomatischem Wege, man werde eine etwaige Entscheidung über die sowjetische Einladung nur in engster Fühlungnahme und völliger Übereinstimmung mit den Westmächten treffen¹⁵⁹.

Die Klarstellung war dringend notwendig. Insbesondere in Frankreich wurde das deutsche Verhalten genau beobachtet. Ziemlich irritiert berichtete François-Poncet Pinay von einem Vorfall, der sich unmittelbar nach dem Bekanntwerden der sowjetischen Einladung im Bonner Parlamentsclub abgespielt hatte. Von einem französischen Journalisten gefragt, ob diese Angelegenheit nicht ein wichtiges Thema für die bevorstehenden Gespräche des Kanzlers in Washington seien, erwiderte dessen Staatssekretär barsch: „Cette affaire concerne les Russes et nous; reportez-vous aux Accords de Paris“¹⁶⁰. Ein solches Auftreten war kaum dazu angetan, die französische „Bitterkeit“ über den wachsenden Einfluß der Deutschen und die Befürchtung zu zerstreuen, sie könnten versucht sein, zur Rußlandpolitik Bismarcks oder der Weimarer Republik zurückzukehren¹⁶¹. Unisono warnten die westlichen Botschafter in Moskau ihre Regierungen vor einem zu überhasteten Eingehen Bonns auf das Angebot, befürchteten sie doch, der Kanzler könne zu voreiligen Zugeständnissen gezwungen werden und dadurch die Verhandlungs-

ebd., Bl. 73, François-Poncet an dass., Tel. 2264/67, 10. 6. 1955; vgl. dagegen Blankenhorn, Verständnis, S. 217f., Tb. 8. 6. 1955.

¹⁵⁶ S. Kommuniqué der Bundesregierung, 8. 6. 1955, in: Bulletin 1955, S. 877; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 447–450.

¹⁵⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 425, Bl. 13–14, Leduc an MAE, Tel. 2225/33, 8. 6. 1955; Sitzung der SPD-Fraktion vom 8. 6. 1955, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2. Teilbd., S. 196.

¹⁵⁸ Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 41a, Bl. 264–266, von Welck an Blankenhorn, 12. 6. 1955, Streng vertraulich; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 189.

¹⁵⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 425, Bl. 16, Leduc an MAE, Tel. 2238/43, 8. 6. 1955, Réservé, Urgent; Interview von Brentanos mit dem „Nordwestdeutschen Rundfunk“, 8. 6. 1955, in: Bulletin 1955, S. 879.

¹⁶⁰ Zitiert nach: AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 425, François-Poncet an Pinay, Nr. 372/EU, 11. 6. 1955.

¹⁶¹ PA, Ref. 600, Bd. 11, AZ 600/400–01, Aufzeichnung von Welck 350.210–01/94.30–1596/55, 8. 7. 1855.

strategie für die Viermächtekonferenz beeinträchtigen¹⁶². Louis Joxe, der französische Vertreter, wollte der sowjetischen Politik zwar nicht den Willen zur Détente absprechen, fand es aber höchst erstaunlich, daß die „Iswestia“ am 10. 6. die sowjetische Einladung mit dem Rapallo-Vertrag in Verbindung brachte und zu erkennen gab, „qu'il s'agit d'une manoeuvre de division“¹⁶³.

In den Außenministerien in Washington, London und Paris sah man die Lage ebenso, lehnte aber eine abratende Intervention in Bonn mit Rücksicht auf eine eventuell negative Auswirkung in der westdeutschen Öffentlichkeit ab¹⁶⁴. Im Quai d'Orsay glaubte man außerdem, dem Besuch des Kanzlers im Kreml auch positive Aspekte abringen zu können, sofern er der internationalen Entspannung diene¹⁶⁵. Adenauers Versicherungen gegenüber François-Poncet muteten „sages et pleines de sang froid“ an und trugen gewiß zur Beruhigung bei¹⁶⁶. Für die zurückhaltende Position Pinays, der in diesen Tagen mit Faure ebenfalls nach Moskau eingeladen wurde¹⁶⁷, kam noch ein anderes Argument hinzu: Auf Dauer konnte man den Deutschen diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion seines Erachtens ohnehin nicht verwehren. Da war es das Beste, Adenauer setzte den ersten Schritt, galt er doch als derjenige deutsche Staatsmann, „qui saura le mieux résister [...], à l'appel des sirènes“¹⁶⁸. Last but not least trug schließlich auch eine eingehende Prüfung der Pariser Verträge zu seiner Haltung bei, da sie ergab, daß die Bewegungsfreiheit der Bonner Republik durch die vertragsrechtlichen Bedingungen klar beschränkt war¹⁶⁹. Trotz all dieser Erwägungen legte Paris aber erheblichen Wert darauf, von Bonn vorab über die offizielle Antwort auf die sowjetische Einladung informiert zu werden¹⁷⁰.

Parallel zu den ersten deutsch-sowjetischen Kontakten begann eine Arbeitsgruppe der Westmächte in Washington mit der Vorbereitung der Konferenzstrategie. Über die Tagesordnung bestand rasch Einvernehmen. Anders als der „Heusinger-Plan“ es vorsah, plazierte die Experten die Themen „deutsche Frage“ und europäische Sicherheit in der Reihenfolge der Erörterungen vor die Abrüstung. Damit sollte der Gefahr vorgebeugt werden, daß Moskau mit öffentlichkeitswirksamen Debatten über seine neueste Abrüstungsnote der Diskussion über freie Wahlen in Deutschland ausweichen konnte. Nach dieser Übereinkunft trat ein ge-

¹⁶² Vgl. Joxe an Pinay, Tel. 1828/34, 9. 6. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 749f.; Thoß, Beitritt, S. 154. Auch im Auswärtigen Amt hielt man Adenauers Vorpreschen für zu schnell und unbedacht (BA, NL Blankenhorn, Bd. 41a, Bl. 264–266, von Welck an Blankenhorn, 12. 6. 1955, Streng vertraulich).

¹⁶³ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 425, Bl. 81, Joxe an MAE, Tel. 1840/44, 10. 6. 1955.

¹⁶⁴ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 154f.

¹⁶⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 425, Unterabt. Zentraleuropa an das Amt des Président du Conseil, Aufzeichnung, 8. 6. 1955 (Konzept JDJ).

¹⁶⁶ Ebd., Bl. 123, Massigli an London, Tel. 8197/99, 12. 6. 1955, Réservé; s.a. François-Poncet an Pinay, Tel. 2274/84, 10. 6. 1955, Urgent, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 754f.

¹⁶⁷ S. Unterredung zwischen Pinay und Molotow vom 9. 6. 1955, in: ebd., Annexes, Bd. 1, S. 1759–1763.

¹⁶⁸ Ders. an Joxe, Tel. 3331/36, 10. 6. 1955, Très secret, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 751f., hier S. 752; s.a. Calandri, Détente, S. 170.

¹⁶⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 425, Bl. 100–105, François-Poncet an Pinay, Nr. 372/EU, 11. 6. 1955.

¹⁷⁰ S. ebd., Bl. 235, Massigli an Bonn, Tel. 3073/74, 29. 6. 1955, Réservé; ebd., Bl. 236, de Margerie an MAE, Tel. 2349/50, 30. 6. 1955, Priorité; ders. an dass., Tel. 2551/58, 30. 6. 1955, Priorité, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 825f.

nereller Auffassungsunterschied über die Konferenztaktik zutage. Die USA wollten die Regierungschefs strikt auf die allgemeine Diskussion der Spannungsursachen und genereller Wege des Abbaus verpflichten, Detailverhandlungen dagegen der nachfolgenden Außenministerkonferenz vorbehalten. Frankreich hingegen gedachte den Gipfel konkreter zu gestalten und wünschte Beratungen über einen militärischen Informationsaustausch und eine Neuauflage des Marshallplans für Osteuropa¹⁷¹.

Bevor sich die drei Außenminister in New York zur weiteren Abstimmung trafen, schaltete sich der Kanzler in die Vorklärunen ein. Er hatte inzwischen angeordnet, ihm für seinen bevorstehenden Besuch in den USA zur Vorstellung des „Heusinger-Plans“ eine Karte und eine Legende mit der demilitarisierten Zone anzufertigen¹⁷². Mitte Juni übergab er sie in Washington mit der nicht eben Vertrauen beweisenden Bitte, sie nicht nach Paris weiterzureichen. Offen trug er die Sorge zur Schau, die Westmächte könnten dem weltpolitischen Gegner vor-schnelle Konzessionen gewähren und dabei deutsche Interessen opfern. Die amerikanische Führung legte sich erneut gegen eine Neutralisierung Deutschlands oder eine Aufhebung der Junktims zwischen Sicherheits- und Wiedervereinigung fest und äußerte großes Interesse für den „Heusinger-Plan“¹⁷³. Auch Macmillan, den Adenauer wenige Tage später in New York einweihte, stand den deutschen Überlegungen günstig gegenüber, billigte auch mit Dulles den Wunsch, Pinay sie nicht zur Kenntnis zu bringen¹⁷⁴. Natürlich konnte Adenauer seinen französischen Kollegen nicht völlig im unklaren lassen. Am 16.6. informierte Blankenhorn Soutou in groben Zügen und äußerte starke Zweifel, ob Moskau darauf ansprechen werde. Letztlich, so führte der Emissär des Kanzlers aus, gehe es der Bundesregierung aber auch gar nicht darum. Das Wichtigste sei, die öffentliche Meinung zufriedenzustellen. Als Soutou die Vermutung äußerte, die deutsche Öffentlichkeit tendiere zum Neutralismus, wies Blankenhorn dies mit einer solchen Heftigkeit zurück, daß der Franzose daraus schloß, einen Volltreffer gelandet zu haben. „Quoi qu’il en soit, il reconnaît que la disparition du Chancelier pourrait permettre une évolution dangereuse“¹⁷⁵.

Zwei Tage später deutete Adenauer seine Überlegungen bei einem Treffen mit Pinay ebenfalls nur an¹⁷⁶. Am Tag zuvor hatten sie sich mit den angelsächsischen

¹⁷¹ S. Couve de Murville an Pinay, Tel. 3237/42, Très secret, Réserve, in: ebd., S. 763f.; Thoß, Beitritt, S. 155f. Zur Tagesordnung s. Aufzeichnung des AA 35.212–19.511/55, 11. 6. 1955, Streng geheim in: BDFD I, S. 472–475; DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 11.

¹⁷² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 41a, Bl. 293f., Hallstein an Blankenhorn, 11. 6. 1955, Streng geheim; die Karte in: Thoß, Beitritt, S. 150.

¹⁷³ S. Unterredung zwischen Adenauer und Dulles vom 13. 6. 1955, Top secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 224–228; Merchant an dens., Memorandum, Top secret, Personal and Private, in: ebd., S. 228–230; Unterredung zwischen Eisenhower und Adenauer vom 14. 6. 1955, Secret, in: ebd., S. 230f.; Couve de Murville an Pinay, Tel. 3318/22, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 770f.; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 455–461; Felken, Dulles, S. 291f.; Rupieper, Verbündeter, S. 427f. u. 430f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 187f.

¹⁷⁴ Vgl. Rupieper, Verbündeter, S. 429f.

¹⁷⁵ Unterredung zwischen Blankenhorn und Soutou vom 16. 6. 1955, Secret, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 787–790, hier S. 788; Fritsch-Bournazel, Frankreichs Ost- und Deutschlandpolitik, S. 84; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 188.

¹⁷⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 389, Bl. 272, Unterredung zwischen Pinay und Adenauer vom 18. 6. 1955, Secret; eine modifizierte Fassung in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 191.

Kollegen über die Konferenzstrategie abgestimmt. Über die Tagesordnung des Genfer Gipfels herrschte schnell Einigkeit. Anders als die Washingtoner Arbeitsgruppe es vorgeschlagen hatte, stellte man nun doch die Abrüstung auf Platz eins der Agenda, gefolgt von den Themen Einheit Deutschlands und Begrenzung der Truppen in Europa. Zur Genugtuung seiner Gesprächspartner beteuerte Adenauer, Deutschland wolle um jeden Preis in der NATO bleiben und setze darauf, daß die Nordamerikaner nicht aus Europa abzögen. Weniger erfreut reagierten die Außenminister auf seinen Wunsch, einen Vorstoß zur globalen Abrüstung auch der Nuklearwaffen zu wagen. Aus der Sicht der Angelsachsen sollte das Hauptaugenmerk vielmehr auf den Zentralproblemen der europäischen Sicherheit und der deutschen Frage liegen. Zugeständnisse der Sowjetunion bei der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen und der Entscheidung über die Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschlands wollten sie durch die Einrichtung entmilitarisierter bzw. truppenverdünnter Zonen und eines Garantiepakts sowie die modifizierte Aufrüstung der Bundesrepublik honorieren¹⁷⁷. Dulles ging grundsätzlich davon aus, daß die Sowjetunion unter dem Druck ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten dazu bereit sei, einen gewissen Preis für die Entspannung zu zahlen. Er sah daher eine reelle Chance zur Verbesserung der Situation in Europa und zur Wiederherstellung der deutschen Einheit, wobei Pinay ihm in dieser Einschätzung erstaunlicherweise ausdrücklich beipflichtete¹⁷⁸. Ihre Unterredungen mit Molotow in San Francisco am 20. und 22.6. verdeutlichten indes, wie starr die sowjetische Position war. Die westliche Paketlösung stieß in Moskau auf wenig Gegenliebe. Pinay gewann aus einem Vieraugengespräch den Eindruck, daß die Sowjetführung kein aktuelles Interesse an der deutschen Frage hatte und erst die Konsultationen mit Adenauer abwarten wollte. Er riet daher dazu, den Aufbau des europäischen Sicherheitssystems nicht bis zur Wiedervereinigung hinauszuzögern. Dulles hingegen sah in der Haltung seines sowjetischen Kollegen noch keine Absage an das westliche Angebot, sondern nur eine vorläufige Zurückhaltung¹⁷⁹.

„Assortir le plan Eden d'un système de sécurité dans lequel l'Allemagne réunifiée se trouvera obligatoirement resaisie“

Ende Juni trat die Konferenzvorbereitung der Westmächte in eine neue Phase. Obwohl Dulles, Eisenhower, Macmillan und auch der neue britische Premierminister Eden positiv auf die deutschen Sicherheitsvorstellungen reagierten¹⁸⁰,

¹⁷⁷ S. Unterredung zwischen Dulles, Macmillan, Pinay und Adenauer vom 17. 6. 1955, PMCG (NY) MC-7, Top secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 232–238; Unterredung zwischen dens. vom 17. 6. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 185–187; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 949, Bl. 202–204, Pinay an MAE, Tel. 1101/09, 17. 6. 1955, Très secret, Réservé; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 461 f.; Rupieper, Verbündeter, S. 430 f.; Thoß, Beitritt, S. 158. Zu Adenauers Abrüstungspolitik vgl. insgesamt Schöllgen, „Kontrollierte Abrüstung“.

¹⁷⁸ S. Unterredung zwischen Dulles, Macmillan und Pinay vom 16. 6. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 169–174.

¹⁷⁹ S. Unterredung zwischen dens. und Molotow vom 20. 6. 1955, PMCG (SF) MC-2, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 243–246; Unterredung zwischen Pinay und Molotow vom 22. 6. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 231–237; Macmillan, Tides of Fortune, S. 609–611; Felken, Dulles, S. 292 f.; Thoß, Beitritt, S. 159.

¹⁸⁰ S. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 463–465; Chauvel an Pinay, Tel. 3153/60, 20. 6. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 801 f.; Thoß, Beitritt, S. 151 f.

waren die im „Eden-Plan“ zusammengefaßten westlichen Konzepte damit keineswegs passé. Namentlich die britischen Fachleute mochten sich mit den Überlegungen der Deutschen nicht anfreunden. Sie hielten die Grundgedanken des „Heusinger-Plans“ für zu antisowjetisch und regten daher an, den „Eden-Plan“ zu modifizieren. Die Änderungsvorschläge gingen allerdings eindeutig zu Lasten der Bundesrepublik. So sollte im Gegensatz zum Bonner Konzept auch ein Streifen westdeutschen Gebiets von Bayreuth bis Passau demilitarisiert werden¹⁸¹. Außerdem gedachte London Moskau durch eine Umfangsbegrenzung des westdeutschen NATO-Beitrags und dessen Kontrolle durch ein WEU-Inspektionssystem entgegenzukommen¹⁸². Der Widerspruch aus Bonn war damit vorprogrammiert. Zum einen lief das an der Themse vorgesehene Zusammenfallen der Ostgrenze der entmilitarisierten Zone mit der Ostgrenze der DDR auf die faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Linie hinaus. Zum anderen führten Beschränkung und Überwachung des deutschen Wehrbeitrags zu einer Diskriminierung Bonns. Darüber hinaus verdächtigte man London, aber auch Paris, zu einem derartigen Sicherheitsarrangement auch auf der Basis der deutschen Teilung bereit zu sein¹⁸³. Dementsprechend schwierig verliefen die Beratungen der in Bonn eingerichteten zweiten westlichen Arbeitsgruppe mit deutscher Beteiligung über das Procedere der Wiedervereinigung. Hierbei ging es um die Erarbeitung eines Gesetzes für gesamtdeutsche Wahlen; Bestimmungen über die Verfassungsberatung in einer Nationalversammlung und über die Einsetzung einer provisorischen Regierung; schrittweise Übertragung von Souveränitätsrechten auf die gesamtdeutschen Organe; Abschluß eines Friedensvertrages. Während die britischen Experten die bisherige Linie erhalten wollten, strebten die Franzosen eine Änderung im Sinne geschmeidigerer Phasen an, wobei prinzipiell zweierlei klar war: Die Frage der Wiedervereinigung sollte auf der Viermächtekonferenz nicht isoliert behandelt werden. Eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands war strikt abzulehnen¹⁸⁴.

Den britischen Sicherheitsvorstellungen des „Eden-Plans“ standen die Franzosen skeptisch gegenüber. Sie befürchteten nämlich, die Russen könnten ihn akzeptieren und einer möglichst raschen Bildung der gesamtdeutschen Regierung zustimmen, dann aber die weitere Ausführung des Plans sistieren und statt dessen direkt mit Adenauer verhandeln und ihn unter dem Druck der öffentlichen Meinung bzw. der SPD-Opposition zu erheblichen Konzessionen zwingen¹⁸⁵. Selbst im Auswärtigen Amt, so wußte François-Poncet zu berichten, sah man sehr wohl mit Sorge, daß der Kanzler bei substantiellen, aber mit der Westbindung nicht kompatiblen sowjetischen Angeboten sich mit einer Ablehnung dem Vorwurf

¹⁸¹ S. den kartographischen Vergleich zwischen dem „Heusinger-“ und dem „Eden-Plan“ in: ebd., S. 150.

¹⁸² Vgl. Rupieper, Verbündeter, S. 436–439.

¹⁸³ Vgl. Haftendorn, Sicherheit, S. 31; Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 270f.; Thoß, Beitritt, S. 152.

¹⁸⁴ S. Allgemeine Aufzeichnung zur Orientierung der Generaldirektion Politik im MAE, 4. 6. 1955, Secret, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 735f.; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 159, Bl. 189–192, Bericht über die Arbeit der Bonner Expertengruppe, 30. 6. 1955, Confidential; Conant an Dep. of State, Tel. 37, 5. 7. 1955, Confidential, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 266–268.

¹⁸⁵ S. François-Poncet an Pinay, Nr. 616, 6. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 24–26.

aussetzen würde, die Wiedervereinigung nicht zu wollen¹⁸⁶. Unsicherheit verursachte in der französischen Regierung vor allem die Frage, welchen Status ein wiedervereinigtes Deutschland in der Phase zwischen den Wahlen und der Unterzeichnung eines Friedensvertrages durch die endgültige gesamtdeutsche Regierung haben würde. Als Konzession gegenüber der sowjetischen Forderung, den Aufbau eines Sicherheitssystems der Wiedervereinigung vorangehen zu lassen, war Frankreich dazu bereit, „à assortir le plan Eden d'un système de sécurité dans lequel l'Allemagne réunifiée se trouvera obligatoirement resaisie et à négocier ce système aussitôt que l'U.R.S.S. aura accepté le plan Eden“. Dabei sollte das Sicherheitssystem auf drei Prinzipien beruhen: Bewahrung der bestehenden regionalen Verteidigungspakte, freie Bündniswahl für Gesamtdeutschland, Einbindung in eines der bestehenden Bündnisse und in die neue kollektive Sicherheitsstruktur¹⁸⁷.

Bevor Anfang Juli eine dritte Arbeitsgruppe in Paris mit der westlichen Feinabstimmung begann, versuchte Pinay, den eigenen Standpunkt zur Viermächtekonferenz definitiv festzulegen – angesichts der weiterhin unterschiedlichen Positionen in der französischen Diplomatie ein schwieriges Unterfangen. Moch und Chauvel plädierten für mehr Risiko, um Kompromißmöglichkeiten mit den Sowjets auszuloten¹⁸⁸. Die Beamten in der Abteilung Osteuropa des Quai d'Orsay neigten zu größerer Vorsicht, da sie der Sowjetunion nach wie vor die Spaltung der transatlantischen Gemeinschaft und die Verdrängung der Amerikaner aus Europa unterstellten. Als neues Element erkannten sie eine Tendenz zu einer Politik der Bilateralität mit den westeuropäischen Staaten und fragten sich, worin für Frankreich der Sinn zweiseitiger Verhandlungen bestehen könne? „Un marchandage planétaire est-il encore concevable?“¹⁸⁹ Ziel der eigenen Außenpolitik war offiziell eine vertraglich abgesicherte Sicherheitsstruktur in Europa, Rüstungsbegrenzung und die Herstellung der deutschen Einheit. Der letzte Punkt warf freilich ein Dilemma auf. Einerseits galt die Wiedervereinigung als Bedingung für eine dauerhafte europäische Friedensordnung. Andererseits mußte sie die Interessen aller europäischer Staaten wahren. Unter diesem Gesichtspunkt gab es nur zwei Lösungen für die „deutsche Frage“: Neutralität oder Einbindung Deutschlands in ein kollektives Schutzsystem. Ein neutrales, zur Selbstverteidigung fähiges Deutschland drohte aber an der Schnittstelle beider Blöcke aus der Sicht der Anhänger der Westbindung zu einer „Allemagne surarmée“ zu werden und damit zu einem „grave élément d'insécurité“. Für sie gab es daher nur einen Ausweg: die Integration Deutschlands in ein kollektives Sicherheitsabkommen, reziproke Kontrolle und nicht-diskriminierende Rüstungsbeschränkungen¹⁹⁰. Dabei war der

¹⁸⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 425, Bl. 263–264, ders. an MAE, Tel. 2632/38, 6. 7. 1955.

¹⁸⁷ Ebd., Généralités, Bd. 159, Bl. 218–231, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 1. 7. 1955, Secret, im Auszug in: BDFD I, S. 479; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 159, Bl. 232–235, Aufzeichnung ders., 8. 7. 1955, nebst Anlage; Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 4. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 10f.; Aufzeichnung des Kabinetts des Ministers, 8. 7. 1955, in: ebd., S. 37–40; Calandri, Détente, S. 171–174; Lohse, Lockungen, S. 119f.

¹⁸⁸ S. Chauvel an Pinay, 14. 6. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 771–775; Calandri, Détente, S. 171.

¹⁸⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 159, Bl. 218–231, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 1. 7. 1955, Secret, im Auszug in: BDFD I, S. 476–480, hier S. 477.

¹⁹⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 159, Bl. 202–217, Aufzeichnung des MAE, 1. 7. 1955.

Quai d'Orsay zu einer gewissen „souplesse“ in der Verbindung zwischen Gesamtdeutschland und dem Atlantikpakt und auch zu einem „assouplissement“ bei der Anwendung des Pariser Vertragswerkes bereit¹⁹¹, erwartete aber von den Viermächteverhandlungen keine großartigen Ergebnisse¹⁹².

Am 8.7. begann die Pariser Arbeitsgruppe ihre Beratungen. Irritiert hatte die Bundesregierung in den Tagen zuvor von amerikanischen Gedankenspielen über eine Entkoppelung der Sicherheits- und Deutschlandfrage erfahren¹⁹³. Die deutsche Delegation unter Grewe warnte daher davor, daß Moskau einer Diskussion über die Wiedervereinigung ausweichen und sie für die Gespräche mit Adenauer vorbehalten könne, um die Bundesrepublik von den Westmächten zu trennen. Man versicherte ihr, die Frage der europäischen Sicherheit nicht ohne gleichzeitige Erörterung der deutschen Frage zu behandeln, verlangte von ihr aber im Gegenzug einen Verzicht auf den „Heusinger-Plan“ zugunsten des „Eden-Plans“, der ungeachtet der Bonner und Pariser Befürchtungen in bezug auf die Festigung der Oder-Neiße-Linie das Territorium der DDR und einen Gebietsstreifen der Bundesrepublik einbezog¹⁹⁴.

Mitte Juli trafen sich die Außenminister der Westmächte zur letzten Runde der Konferenzvorbereitung. Aus der Ferne versuchte Adenauer mit einem Interview erneut, sie auf die Abrüstungsproblematik aufmerksam zu machen, um auf diese Weise die Gipfelkonferenz in die Länge zu ziehen¹⁹⁵. Er stand damit im Westen allein. Selbst von Brentano appellierte am 16.7. vor dem NATO-Rat dafür, den Sowjets wirklich konstruktive Vorschläge mit zusätzlichen Garantien anzubieten. Und Dulles stellte am selben Tag vor diesem Gremium in aller Klarheit fest, daß eine globale Abrüstung nur langfristig angestrebt werden könne¹⁹⁶. Entgegen dem Rat der Experten setzte sich der amerikanische Außenminister aber für eine zurückhaltende Konferenzstrategie ein, zumal ihn die bisherigen Entwürfe einer entmilitarisierten Zone wenig überzeugten. Gegenüber Pinay und Macmillan äußerte er die Sorge, sie könnten zur Neutralisierung Deutschlands führen. Damit sprach er zumindest Pinay aus der Seele, und die Minister einigten sich schließlich, es ihren Regierungschefs zu überlassen, ob derartige Gürtel als Beispiel für Sicherheitsarrangements auf der Gipfelkonferenz erwähnt werden sollten¹⁹⁷.

Eisenhower, Eden und Faure verständigten sich am 17.7. auf eine mittlere Linie, wonach die westliche Paketlösung auf dem Gipfel vorgestellt, aber erst auf der nachfolgenden Außenministerkonferenz detailliert behandelt werden sollte. An-

¹⁹¹ Ebd., Bl. 163–173, Aufzeichnung dess., 24. 6. 1955.

¹⁹² S. ebd., Bl. 202–217, Aufzeichnung dess., 1. 7. 1955.

¹⁹³ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 162 f.

¹⁹⁴ Zum Verlauf der Pariser Beratungen vom 8.–14. 7. 1955 s. US-Delegation an Dep. of State, Tel. 125, 9. 7. 1955, Secret, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 309–312; dies. an dass., Tel. 128, 9. 7. 1955, Secret, in: ebd., S. 312 f.; dies. an dass. Tel. 105, 10. 7. 1955, Secret, in: ebd., S. 315 f.; dies. an dass., Tel. 151, 11. 7. 1955, Secret, Priority, in: ebd., S. 317 f.; dies. an dass., Tel. 167, 12. 7. 1955, Top Secret, in: ebd., S. 318 f.; Bericht der Pariser Arbeitsgruppe, o.D., nebst Anlagen, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 251–280; vgl. Rupieper, Verbündeter, S. 442 f.; Thoß, Beitritt, S. 163.

¹⁹⁵ S. Interview Adenauers mit „Welt am Sonntag“, 17. 7. 1955, in: Bulletin 1955, S. 1109.

¹⁹⁶ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 46 f.

¹⁹⁷ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 6, 15. 7. 1955, Top secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 319–321; dies. an dass., Tel. Secto 13, 15. 7. 1955, Top secret, in: ebd., S. 323–325; Dulles an Eisenhower, Tel. Dulte 1, 15. 7. 1955, Top secret, in: ebd., S. 332; Rupieper, Verbündeter, S. 446 f.

sonsten verlief die Diskussion höchst dissonant, weil Faure sich nun einfach über die in wochenlangen diplomatischen Konsultationen vereinbarte Linie hinwegsetzte. Im Kern ging es um die vom französischen Regierungschef dargelegten wichtigsten Punkte seiner geplanten Eröffnungsrede, die er seinen Kollegen nicht vorab im Wortlaut vorlegen wollte. Nachdem er sich pflichtgemäß für die deutsche Einheit und gegen eine Neutralisierung ausgesprochen hatte, löste er mit seinen folgenden Ausführungen über konkrete Sicherheitsmaßnahmen bei den Angelsachsen schlimmste Befürchtungen aus. Faure wünschte, den Sowjets die Entmilitarisierung der DDR und Schaffung einer Sicherheitsorganisation als Dach für WEU und Warschauer Pakt anzubieten. Außerdem wollte er die Bundesrepublik dazu verpflichten, ihre Truppenstärke nach der Wiedervereinigung nicht über die von der WEU festgesetzten Ziffern zu erhöhen. Zu guter letzt fügte er noch die Idee hinzu, das Territorium der dann nicht mehr bestehenden DDR zu entmilitarisieren. Mochten die Angelsachsen den sowjetischen Sicherheitsforderungen auch entgegenkommen, so lehnten sie die Präsentation konkreter Pläne strikt ab. Auf Skepsis stieß bei ihnen auch der Vorschlag des französischen Regierungschefs, die sowjetische Abrüstungsnote vom 10.5. mit einem eigenen Vorschlag zu beantworten und finanzielle Einsparungen bei der Rüstungsbegrenzung unterentwickelten Ländern zukommen zu lassen. Sowohl Eisenhower als auch Eden argwöhnten nämlich, daß die beabsichtigte Budgetkontrolle über die eingesparten Ausgaben wohl in den westlichen Demokratien, nicht aber in der Sowjetunion durchgeführt werden könne¹⁹⁸.

Wieso wich der *Président du Conseil* hier von der Position, die sein Außenminister zwei Tage zuvor vertreten hatte, ab? Wollte er doch noch eine Österreich-Lösung für Gesamtdeutschland durchsetzen oder die bevorstehende Konferenz zum Scheitern bringen und den Status quo sichern¹⁹⁹? Resultierte die Demonstration der französischen Verhandlungsbereitschaft tatsächlich nur aus allgemeinem Entspannungswillen und der absoluten Gewißheit, daß die Amerikaner und die Deutschen das westliche Bündnis nicht in Frage stellten²⁰⁰? Letzteres traf nun aber gewiß nicht zu. Paris war sich keineswegs sicher, ob Bonn nicht doch Moskauer Sirenengesängen erliegen könne. Sicherlich, Adenauer galt als „un rocher de bronze“. Er mußte jedoch auf die innenpolitische Stimmung Rücksicht nehmen. Und vor allem: Wie lange bestimmte der nun fast Achtzigjährige noch die Richtung deutscher Außenpolitik? Seinem Nachfolger traute man eben sehr wohl zu, sich sowjetischen Angeboten offen zu zeigen, sofern die Teilung Deutschlands fortbestünde. Nicht nur Gegner der Westbindung wie Chauvel warnten Pinay Anfang Juli ausdrücklich vor den Gefahren fehlender Fortschritte in der deutschen Frage auf der Viermächtekonferenz²⁰¹. Auch diesbezüglich unverdächtige Diplomaten wie François-Poncet sahen die Lage angesichts einer in Bonn Platz greifende Desillusionierung über die Chance eines Genfer Durchbruchs kritisch:

¹⁹⁸ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 29, 18. 7. 1955, Secret, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 341–343; Unterredung zwischen Eisenhower, Faure und Eden vom 17. 7. 1955, Secret, in: ebd., S. 343–354; Faure, *Mémoires*, Bd. 2, S. 330; Eden, *Memoirs*, S. 295–298; Rupieper, *Verbündeter*, S. 447f.

¹⁹⁹ Vgl. ebd., S. 448.

²⁰⁰ Vgl. Lohse, *Lockungen*, S. 180.

²⁰¹ Chauvel an Pinay, Nr. 1215, 4. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 11–13, hier S. 13.

„Dans la mesure où la Conférence à Quatre n’apporterait au problème allemand, dans un proche délai, aucun progrès appréciable, on peut se demander si l’Allemagne ne s’intéresserait pas plus volontiers à ce que la négociation directe avec Moscou recèle encore de ressource.“²⁰²

Der „Geist“ von Genf

Am 18. 7., zehn Jahre nach dem letzten Ost-West-Gipfel in Potsdam, begann im ehemaligen Völkerbundpalast zu Genf die Konferenz der Regierungschefs der Großen Vier²⁰³. Der Bundeskanzler saß nicht am Verhandlungstisch, verlegte daher seinen Urlaubsort nach Mürren ins Berner Oberland²⁰⁴ und ließ sich ständig von seinen Beobachtern vor Ort, Grewe, Blankenhorn und von Eckardt, auf dem laufenden halten. Ungeachtet dieses Informationsstrangs sollte bei ihm bis zum Schluß der Veranstaltung die Sorge nie schwinden, daß die Verbündeten aus dem Wunsch nach konkreten Ergebnissen das eigene Verhandlungspaket doch noch sprengten²⁰⁵. Im Visier seiner Befürchtungen stand namentlich Faure. Die ersten Eröffnungsreden ließen zu weit gespannte Hoffnungen auf Fortschritte in den Ost-West-Beziehungen noch als unangebracht erscheinen. Eisenhower und Eden stellten den unbedingten Zusammenhang von „deutscher Frage“ und europäischer Sicherheit heraus und ließen als Lösungsmöglichkeit den Paketvorschlag anklingen. Bulganin konterte mit der Forderung, erst ein kollektives Sicherheitssystem zu errichten und den Deutschen dann die Lösung ihrer nationalen Frage selbst zu überlassen²⁰⁶. Doch dann kam Faure mit einem Paukenschlag.

Schon im Vorfeld der Viererkonferenz hatte der französische Regierungschef dem sowjetischen Botschafter Winogradow bekanntlich Flexibilität in der Frage einer Neutralisierung Deutschlands signalisiert²⁰⁷. Und trotz der kritischen Bemerkungen seiner westlichen Kollegen vom Vortag glaubte er, der von den Diplomaten ausgearbeiteten westlichen Konferenzstrategie jetzt das geben zu müssen, was ihr seiner Ansicht nach fehlte: „sex-appeal“²⁰⁸. Zwar erklärte er erneut jeden Versuch einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands unmißverständlich für undenkbar. Aber entgegen allen Absprachen der Außenminister in New York, wonach die Allianzen auch in Zukunft bestehen bleiben und vom europäischen

²⁰² AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 425, Bl. 297–301, François-Poncet an dens., Nr. 692, 18. 7. 1955.

²⁰³ Zur Genfer Gipfelkonferenz vom 18.–23. 7. 1955 vgl. die Protokolle und Ansprachen der Regierungschefs in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 1–178; DzD, III. Reihe, Bd. 1, S. 148–219; EA 1955, S. 8098–8120; FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 361–535; s.a. die 36-seitige Aufzeichnung des AA, in: PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 119, im Auszug in: BDFD I, S. 483–485; die 24-seitige Aufzeichnung des MAE, in: AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 160, Bl. 188–214; aus der Memoirenliteratur s. Eden, *Memoirs*, S. 295–311; Eisenhower, *Jahre*, S. 550–576; Faure, *Mémoires*, Bd. 2, S. 347–364; Macmillan, *Tides of Fortune*, S. 614–625; Talbott (Hg.), Chruschtschow erinnert sich, S. 395–403; historische Darstellungen auf neuester Quellenbasis bei: Carlton, Anthony Eden, S. 376–383; Felken, Dulles, S. 302–312; Lindemann, Deutschlandfrage, S. 188–196; Thoß, Beitritt, S. 165–171.

²⁰⁴ Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 201–203.

²⁰⁵ Vgl. Adenauer, *Erinnerungen* 1953–1955, S. 470; von Eckardt, *Leben*, S. 365 f.

²⁰⁶ S. Eröffnungsreden Eisenhower, Bulganins und Edens, 18. 7. 1955 in: EA 1955, S. 8098–8100 u. 8104–8109.

²⁰⁷ S. Kap. III.4.4.

²⁰⁸ Chauvel, *Commentaire*, Bd. 3, S. 157; s.a. Froment-Meurice, *Mémoires*, S. 150.

Sicherheitssystem lediglich überwölbt werden sollten, deutete er in seiner Eröffnungsansprache abweichend vom Entwurf die Möglichkeit eines Aufgehens der NATO und des Warschauer Paktes in das europäische System an und näherte sich damit einem zentralen Gedanken der sowjetischen Position. Darüber hinaus stellte er abermals die Nichterhöhung des militärischen Potentials Deutschlands für den Fall der Wiedervereinigung in Aussicht²⁰⁹.

Faure erntete mit diesem Vorstoß indes keine Lorbeeren. Der Westen verurteilte den Alleingang, dem Osten reichten die Andeutungen nicht aus, um sich selbst zu bewegen. Eines aber hatte er erreicht: Panik in Mürren. Schon das exklusive Treffen des der russischen Sprache mächtigen französischen Regierungschefs mit der sowjetischen Führung am Vorabend hatte Anlaß zu mancher Spekulation geboten²¹⁰. Seine sensationellen Ausführungen gaben den Verdächtigungen neue Nahrung. Einige deutsche Zeitungen überschütteten ihn mit „sottises“²¹¹, und Adenauer schickte prompt seinen Adlatus Blankenhorn mit einem offiziellen Protest ins französische Quartier. Pikiert versuchte sich Faure zunächst damit herauszureden, er habe die Abmachungen von New York nicht gekannt. Dann aber ging er zum Angriff über. Um die Sowjets für die Aufhebung der Spaltung Deutschlands zu interessieren, müsse ihnen etwas angeboten werden. Außerdem, stellte er ziemlich barsch klar, könne er den Kanzler nicht vor jeder Rede telefonisch konsultieren. Schließlich habe Frankreich als Mitglied der WEU das Recht, „jederzeit die Frage der Rüstungsstärke eines wiedervereinigten Deutschlands aufzuwerfen“. Außerdem, so fügte er nicht ganz der Wahrheit entsprechend hinzu, sei Eisenhower mit seiner Rede vorab einverstanden gewesen. Immerhin konzedierte der Président du Conseil, daß die Wiedervereinigung auf dem Verhandlungstisch bleiben müsse²¹². In seinen Memoiren kommentierte er die Démarche des deutschen Diplomaten mit den Worten, Blankenhorn habe unterstrichen, daß die Bundesregierung trotz des Wunsches nach staatlicher Einheit unter keinen Umständen die Westbindung lockern wolle. Faure zog daraus den Schluß, die offiziell proklamierte deutsche Ungeduld sei „purement publicitaire“²¹³.

Seine Auftaktrede hat in Verbindung mit der von ihm später öffentlich vertretenen Auffassung, der Westen habe in Genf eine Lösung der deutschen Frage nach Art des Österreichischen Staatsvertrags absichtlich verpaßt²¹⁴, in der Historiographie die These provoziert, er hätte gegebenenfalls eine Neutralisierung Deutschlands hingenommen²¹⁵. Demgegenüber gehen andere Stimmen davon aus, Faure habe die strikte Ausklammerung einer derartigen Lösung in Genf möglicherweise bedauert. Letztlich sei aber auch er viel zu sehr Realist gewesen, als daß er ein sol-

²⁰⁹ S. Eröffnungsrede Faures, 18. 7. 1955 in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 19–27; deutsche Übersetzung in: EA 1955, S. 8100–8104.

²¹⁰ S. Faure, *Mémoires*, Bd. 2, S. 338; Fritsch-Bournazel, Frankreichs Ost- und Deutschlandpolitik, S. 85 f.

²¹¹ François-Poncet an Pinay, Tel. 2811/18, 20. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 108–110, hier S. 109; s.a. Fritsch-Bournazel, Frankreichs Ost- und Deutschlandpolitik, S. 87.

²¹² Unterredung zwischen Faure und Blankenhorn vom 19. 7. 1955, 20. 7. 1955, in: BDFD I, S. 481 f., hier S. 482; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 204.

²¹³ Faure, *Mémoires*, Bd. 2, S. 330.

²¹⁴ Vgl. Weisenfeld, Welches Deutschland?, S. 135.

²¹⁵ S. Fritsch-Bournazel, Frankreichs Ost- und Deutschlandpolitik, S. 81.

ches Modell ernsthaft in Betracht gezogen hätte²¹⁶. Und selbst wenn, wäre er unter den „deutschlandpolitischen Entscheidungsträgern der französischen Exekutive gänzlich isoliert“ gewesen²¹⁷. Die exkulpierende Argumentation vermag nicht zu überzeugen. Einerseits lag die französische Deutschlandpolitik tatsächlich nicht in den Händen des Matignon, sondern des Quai d'Orsay. Und Pinay kann in dieser Hinsicht als unverdächtig gelten. Andererseits gab es unter seinen Diplomaten – wie erwähnt – sehr wohl ernstzunehmende Vertreter, die der Westbindung skeptisch gegenüberstanden, und nicht nur dort. Ein Regierungschef mit neutralistischen Anwandlungen war zweifellos nicht isoliert. Um die Mehrheit der Entscheidungsträger hinter sich zu sammeln und damit die französische Außenpolitik auf neue Gleise zu stoßen, benötigte er freilich einen kongenialen Mitspieler jenseits des Eisernen Vorhangs. Doch dort nahm man die Signale – wieder einmal – nicht an.

Daß sich bei den Teilnehmern der Konferenz wie in der Öffentlichkeit gleichwohl das Schlagwort vom „Geist von Genf“ entwickelte, hing sicherlich mit dem Bemühen aller Parteien zusammen, nicht das Odium der Entspannungsfeindlichkeit auf sich zu nehmen. Darüber hinaus erhärteten die Verhandlungsrunden die beiderseitige Einschätzung, daß ein Krieg im nuklearen Zeitalter keinen Gewinner besitzen konnte. Sämtliche Delegationen fuhren daher mehr und mehr „zweigleisig“²¹⁸. Obwohl der Westen an dem Zusammenhang zwischen Sicherheits- und Deutschlandfrage festhalten wollte, begann er angesichts der sowjetischen *Maxime*, erst Beitritt beider deutscher Staaten in ein Sicherheitsgefüge und dann Wiedervereinigung, das Feld der Sicherheitsproblematik nach Kompromissen abzusuchen, um den Entspannungsprozeß nicht völlig zum Erliegen kommen zu lassen. Am 19.7. präsentierte Eden seinen revidierten Plan über die Verbindung zwischen deutscher Einheit und europäischer Sicherheit auf der Basis eines Fünf-Mächte-Paktes und eines Systems gemeinsamer Streitkräfteinspektionen. Im Gegensatz zum deutschen Disengagementkonzept sah er nicht nur die Einbeziehung der DDR, sondern auch eines Teils der Bundesrepublik vor, wobei Eden klar zu erkennen gab, daß das Angebot auch für die Fortdauer der deutschen Teilung gelten sollte²¹⁹.

Die Bonner Beobachter waren nur zögernd informiert worden²²⁰. Als sie dem Kanzler die Grundzüge der westlichen Vorschläge darlegten, äußerte der sofort „stärkste Bedenken“²²¹. Der konziliante Ton, den der amerikanische Präsident Eisenhower gegenüber dem sowjetischen Verteidigungsminister Schukow anschlug, trug nicht gerade dazu bei, das Mißtrauen abzubauen²²². Gefährlicher als dieses persönliche *Tête-à-tête* zweier Kriegskameraden war freilich das Vorfühlen

²¹⁶ S. Lohse, *Lockungen*, S. 121 f.

²¹⁷ Ebd., S. 124.

²¹⁸ Thoß, *Beitritt*, S. 167.

²¹⁹ S. Erklärung Edens, 19. 7. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 48–50 u. 57 f.; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 45, 18. 7. 1955, Secret, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 388–397; Vorschlag der englischen Delegation, 21. 7. 1955, in: EA 1955, S. 8113; Felken, Dulles, S. 310 f.

²²⁰ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 49a, Bl. 45, Blankenhorn an Adenauer, Tel. 24, 21. 7. 1955, Geheim; Kosthorst, Brentano, S. 48.

²²¹ Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, S. 470.

²²² Vgl. Rupieper, *Gipfeldiplomatie*.

der Briten, ob sowjetische Andeutungen über Erleichterungen im Ost-West-Verkehr zur Verbesserung der innerdeutschen Verhältnisse genutzt werden konnten. Adenauer machte keinen Hehl aus seiner ablehnenden Haltung, weil ein solcher Schritt zu deutsch-deutschen Regierungsabmachungen führen und damit den Eindruck einer Anerkennung des Status quo hervorrufen mußte²²³.

Nachdem sämtliche Bemühungen um Fortschritte in Detailfragen gescheitert waren, konzentrierten sich die Delegationen auf die Suche nach einem Weg zur Fortsetzung des Verhandlungsprozesses. Moskau verlangte, auf der kommenden Außenministerkonferenz zunächst über Abrüstung und europäische Sicherheit, erst dann über die „deutsche Frage“ zu verhandeln. Der Westen beharrte hingegen darauf, daß die europäische Sicherheit einer Lösung der deutschen Frage bedürfe. Nach mehreren Krisensitzungen der vier Außenminister²²⁴ einigten sich die Staatschefs auf einen Kompromiß, der die Probleme europäische Sicherheit und Deutschland unter Punkt 1 der Tagesordnung nebeneinander stellte, die Reihenfolge der Behandlung aber offen ließ²²⁵. Zum letzten Mal akzeptierte ein sowjetischer Führer damit für die nächsten 35 Jahre „wenigstens formal“ die Zielsetzung der Wiedervereinigung²²⁶. Doch schon auf der Rückreise revidierte Chruschtschow diese Position, als er bei einem Zwischenstopp in Ost-Berlin von den zwei Staaten auf deutschem Boden sprach und deren allmähliche Wiederannäherung von direkten Kontakten zwischen ihnen abhängig machte, wobei er die politischen und sozialen Errungenschaften der DDR ausdrücklich für sakrosankt erklärte²²⁷.

Dennoch herrschte im Westen allgemeiner Konsens über die Klimaerwärmung zum globalen Antipoden, die der Gipfel gebracht hatte. Weniger günstig nahm sich für Frankreich und Großbritannien, aber wohl auch für die Bundesrepublik der sowjetische Wunsch nach vorrangiger Verbesserung der Beziehungen zu den USA aus²²⁸. Das westdeutsche Gefühl, „noch einmal glimpflich davon gekommen“²²⁹ zu sein, konnte außerdem nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein Durchhalten der westlichen Verhandlungslinie die Bundesrepublik politisch in die Defensive bringen mußte. Wie erwähnt, war es nur mit Mühe gelungen, in der Direktive der Regierungschefs an die Außenminister ein Nebeneinander von deutscher

²²³ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 167.

²²⁴ S. Sitzung der vier Außenminister vom 21. 7. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 84–90; Sitzungen ders. vom 22. 7. 1955, in: ebd., S. 103–120 u. 130–143; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 61, 21. 7. 1955, Secret, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 436–438; dies. an dass., Tel. Secto 66, 22. 7. 1955, Secret, Priority, in: ebd., S. 468–471; dies. an dass., Tel. Secto 70, 23. 7. 1955, Secret, Priority, in: ebd., S. 472–474; dies. an dass., Tel. Secto 69, 22. 7. 1955, Secret, Priority, in: ebd., S. 480–484; dies. an dass., Tel. Secto 68, 23. 7. 1955, Secret, Priority, in: ebd., S. 485 f.

²²⁵ S. Sitzungen der vier Regierungschefs vom 23. 7. 1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 493–512; Schlußansprachen der vier Regierungschefs vom 23. 7. 1955, in: EA 1955, S. 8117–8120; BA, NL Blankenhorn, Bd. 49b, Bl. 46–49, Blankenhorn an Adenauer, Tel. 16, 21. 7. 1955, Streng geheim, Citissime; Blankenhorn, Verständnis, S. 221 f., Tb. 23. 7. 1955; Lindemann, Deutschlandfrage, S. 192–194; Thoß, Beitritt, S. 168 f.

²²⁶ Hillgruber, Deutsche Geschichte, S. 63.

²²⁷ Zur Reise Bulganins und Chruschtschows in die DDR vom 24.–27. 7. 1955 vgl. das Communiqué, in: AdG 1955, S. 5284; Rede Chruschtschows, 26. 7. 1955, in: DzD, III. Reihe, Bd. 1, S. 227–236; Talbott (Hg.), Chruschtschow erinnert sich, S. 403.

²²⁸ S. Thoß, Beitritt, S. 169.

²²⁹ Von Eckardt, Leben, S. 375.

Frage und Sicherheitsproblem durchzusetzen²³⁰. Ganz deutlich erkannten die Bonner Beobachter vor Ort den Bedeutungsverlust der Spaltung Deutschlands als internationales Krisenmoment²³¹. Mehr und mehr wurde die „deutsche Frage“ von Entspannungs- und Abrüstungsverhandlungen in den Hintergrund gedrängt. Daran konnte auch die schriftliche Versicherung von Dulles an Adenauer über die fortbestehende Koppelung beider Problemkreise nichts ändern²³².

Wenngleich die Konferenz ergebnislos endete, wurde ihr Ergebnis in Bonn zunächst durchaus positiv bewertet. Der am Rhein in Öffentlichkeit und Politik herrschenden Zufriedenheit²³³ korrespondierte die Auffassung im Auswärtigen Amt, die Westmächte hätten „in engem Einvernehmen und laufender Fühlungnahme mit der Bundesregierung *eine gemeinsame Politik verfolgt, die unbeirrt auf das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit gerichtet war.*“ Die Einberufung der Außenministerkonferenz sei gesichert, und zugleich sei gewährleistet, daß das Junktim auch dort erhalten bliebe²³⁴. Kurz darauf bahnte sich in Bonn eine „effervescence“ an²³⁵, die nicht zuletzt durch die überzogene Einschätzung von Dulles ausgelöst worden war, die Wiedervereinigung sei „in der Luft“²³⁶. Adenauer, der in einer ersten moderat-optimistischen öffentlichen Bewertung von einem „guten Erfolg“ sprach²³⁷, mußte daher darauf bedacht sein, die sich nun angeblich eröffnenden Verhandlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und zugleich die von der SPD-Opposition aus dem Verlauf der Konferenz gezogene These zu widerlegen, der Beitritt zur NATO lasse sich mit dem Wunsch nach staatlicher Einheit nicht vereinbaren; ein Wandel in der deutschen Außenpolitik sei notwendig²³⁸.

Der Kampf um die öffentliche Meinung kann indes nicht als einziger Grund für die positive Einschätzung Adenauers erhalten, wiederholte er sie doch auch in seinen Dankeschreiben an die Regierungen der Verbündeten. „Ich glaube,“ so hieß es in seinem Schreiben an Pinay vom 26. 7., „die Westmächte haben ihre Ziele erreicht. Eine neue Phase der Verhandlungen ist eröffnet [...] Wenn dieses günstige Ergebnis erreicht werden konnte, so ist es mit in erster Linie ein Erfolg Ihrer persönlichen Arbeit, Ihrer großen Energie und Umsicht.“²³⁹ Im gleichen Duktus,

²³⁰ S. Direktive an die Außenminister, 23. 7. 1955, in: EA 1055, S. 8064; vgl. die eingehende Analyse bei Buchheim, Deutschlandpolitik, S. 75–77.

²³¹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 49b, Bl. 98–100, Blankenhorn an Adenauer, Tel. 10, 20. 7. 1955, Geheim; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 204.

²³² S. Dulles an Adenauer, 21. 7. 1955, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 465; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 471.

²³³ S. de Margerie an Pinay, Tel. 2885/91, 24. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 136f.

²³⁴ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 119, Aufzeichnung des AA, o.D., im Auszug in: BDFD I, S. 483–485, hier S. 484. Der undatierte, unsigned und leichte sprachliche Korrekturen aufweisende Bericht diente zur Informierung des Bundespräsidenten, der ihn am 27. 7. 1955 erhielt (PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 119, Klaiber an von Brentano, 28. 7. 1955, Persönlich).

²³⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 160, Bl. 222, de Margerie an MAE, Tel. 2906/13, 25. 7. 1955.

²³⁶ Pressekonferenz von Dulles, 26. 7. 1955, zitiert nach: Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 474; s.a. Rüpiper, Verbündeter, S. 454; Thoß, Beitritt, S. 169.

²³⁷ Presseerklärung Adenauers, 25. 7. 1955, in: Bulletin 1955, S. 1157f., hier S. 1157; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 223, Tb. 26. 7. 1955; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 206.

²³⁸ S. Erklärung des SPD-Parteivorstands, in: AdG 1955, S. 5283; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 161, Bl. 4, de Margerie an MAE, Tel. 2921/28, 26. 7. 1955; Klotzbach, Weg, S. 351.

²³⁹ Adenauer an Pinay, 26. 7. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 317f., hier S. 317.

aber in einer abgestuften Würdigung des jeweiligen Adressaten, äußerte er sich auch in seinen Briefen an Dulles, Eisenhower, Eden und Macmillan²⁴⁰, wobei das Schreiben an Faure zweifellos am kühnsten ausfiel²⁴¹, da er ihm – angestachelt von Dulles – zweideutige Erklärungen über die Verbindung von Wiedervereinigung und Sicherheitssystem vorhielt²⁴².

Wenige Tage später sollte sich dann das Bonner Urteil über das Genfer Ergebnis grundsätzlich ändern. Gegenüber Dulles bezeichnete Adenauer es am 9. 8. als „vollen Erfolg für die Russen“, die durch „billige Gesten“ ihre Schandtaten vergessen machten²⁴³. Von Brentano bewertete die Konferenz im Gespräch mit François-Poncet als Fehlschlag, weil nur die Sowjets Vorteile daraus gezogen hätten²⁴⁴. Dieser Meinungsumschwung in der Bundesregierung resultierte insbesondere aus der intensiven Beobachtung der beinahe euphorischen öffentlichen Meinung in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik. Die in Genf ausgesprochene Einladung an Bulganin zum Besuch Londons wirkte auf Adenauer „besorgniserregend“, weil sie den „Hang der Engländer, freundschaftlich aussehenden [sic!] Gesten für bare Münze zu nehmen“, zu stärken drohte. In den USA schien ihm die Begeisterung der Öffentlichkeit für die „Freundschaftsgesten der Russen beängstigend hoch“²⁴⁵. Demgegenüber war in der Bundesrepublik der maßvolle Optimismus der vergangenen Tage einem „sentiment de dépression et de désenchantement“ gewichen²⁴⁶. Dem Kanzler paßte dieses „Meckern“ der Presse über die deutsche Politik ganz und gar nicht, weil sie damit seiner Auffassung nach dem Ernst der außenpolitischen Situation nicht gerecht wurde²⁴⁷. Was Not tat, war daher jetzt eine Öffentlichkeitskampagne, um der negativen psychologischen Auswirkung der Genfer Konferenz entgegenzuwirken und das deutsche Volk darüber aufzuklären, „daß sich tatsächlich noch gar nichts geändert hat“ und die Wachsamkeit gegenüber Moskau nicht nachlassen dürfe²⁴⁸.

Anders als Dulles oder Macmillan²⁴⁹ sah Pinay die Lage wie Adenauer. Seine Beamten hatten aus dem Gipfel das Fazit gezogen, er habe nicht der Suche nach Lösungen, sondern einer allgemeinen Sondierung gedient und in diesem Sinne sein Ziel erreicht²⁵⁰. Roland de Margerie, der Directeur général des Affaires poli-

²⁴⁰ S. ders. an Dulles, 25. 7. 1955, in: ebd., S. 311 f.; ders. an Eisenhower, 25. 7. 1955, in: ebd., S. 312 f.; ders. an Eden, 26. 7. 1955, in: ebd., S. 313 f.; ders. an Macmillan, 26. 7. 1955, in: ebd., S. 316 f.

²⁴¹ S. ders. an Faure, 26. 7. 1955, in: ebd., S. 314 f.

²⁴² S. Aufzeichnung dess., 29. 7. 1955, in: ebd., S. 319–321; Dulles an Adenauer, 21. 7. 1955, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 465.

²⁴³ Adenauer an Dulles, 9. 8. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 339–343, hier S. 340; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 206.

²⁴⁴ S. François-Poncet an Pinay, Tel. 2983/3006, 29. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 155–159; Kosthorst, Brentano, S. 50.

²⁴⁵ Aufzeichnung Adenauer, 29. 7. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 320; s.a. ders., Erinnerungen 1953–1955, S. 476 f.

²⁴⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 161, Bl. 185–192, de Margerie an Pinay, Nr. 805, 2. 8. 1955.

²⁴⁷ Aufzeichnung Adenauer, 29. 7. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 320.

²⁴⁸ Aufzeichnung dess., 1. 8. 1955, in: ebd., S. 324 f., hier S. 324; s.a. ders. an Hallstein, 1. 8. 1955, in: ebd., S. 323.

²⁴⁹ Vgl. Dulles an Adenauer, 15. 8. 1955, Strictly Confidential, Secret, Personal and Private, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 547–550; Felken, Dulles, S. 313–320; Kosthorst, Brentano, S. 51.

²⁵⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 160, Bl. 188–214, Aufzeichnung des MAE, 24. 7. 1955, Confidentiel.

tiques, äußerte sich nunmehr überzeugt, daß der Beitritt Gesamtdeutschlands zur NATO für die Sowjetunion ausgeschlossen sei, während der Westen seinerseits kein europäisches Sicherheitssystem ohne Garantien für die Wiedervereinigung und den Bestand von NATO und WEU akzeptiere. Daher blieb aus seiner Sicht nur die Möglichkeit, die sowjetischen Ängste vor der deutschen Einheit mit Hilfe einer Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle abzubauen. A la longue hielt er die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung nach gesamtdeutschen Wahlen für möglich, wobei für eine Übergangszeit die Stationierung ausländischer Truppen auf deutschem Boden vereinbart und das Territorium der untergegangenen DDR allenfalls zum Teil in die NATO integriert werden müsse. Ein späterer Rückzug der ausländischen Soldaten durfte seines Erachtens nach nicht mit einer Neutralisierung einhergehen²⁵¹. In der Unterabteilung Zentraleuropa sah man hingegen kaum noch eine Chance zur Aufhebung der deutschen Teilung und war darüber nicht eben traurig. Galt die Spaltung auch als widernatürlich, so bedeutete sie doch zugleich, daß Westdeutschland, „c'est à dire les 4/5 de la force effective de l'Allemagne, est dans notre camp et contribue à une équilibre qui assure notre sécurité“²⁵².

Angesichts der keineswegs einheitlichen Auffassungen im Quai d'Orsay läßt sich nur bedingt davon sprechen, als sei mit der Genfer Konferenz eine Zäsur in der französischen Deutschlandpolitik eingetreten, indem aus einer schon vorhandenen Überlegung, besser mit einem geteilten Deutschland leben zu können, die Folgerung der Zwei-Staaten-Theorie gezogen worden sei²⁵³. Tatsächlich gab es diese Richtung der auf den Status quo zielenden französischen Deutschlandpolitik ja seit Jahren, ohne daß sie sich bisher im Quai d'Orsay definitiv durchgesetzt hätte. Allerdings muß konzediert werden, daß sie in Pinay wohl einen wichtigen Fürsprecher besaß. Er sah den Wert des Gipfels in der Verabredung der Außenministerkonferenz à quatre und der Widerlegung jener innerfranzösischen Kritiker, die die Unterzeichnung der Pariser Verträge als das Ende der Kontakte zu Moskau bewerteten. Zu weiterführenden Hoffnungen bestand in seinen Augen keinen Anlaß, fehlten doch jegliche Anzeichen für eine konzessionsbereite sowjetische Politik. Daher kam es jetzt darauf an, die Erwartungen für das Treffen der Außenminister nicht zu hoch zu schrauben²⁵⁴ und vor allem die „entente franco-allemande“ als Basis für die bevorstehenden Aufgaben zu festigen: „édifier l'Europe sans négliger aucun effort pour asseoir sur des bases solides et saines nos rapports avec le Gouvernement de Moscou“²⁵⁵.

Ausdrücklich forderte der Minister seinen Vertreter in Bonn Ende Juli dazu auf, in den nächsten Wochen engen Kontakt mit der Bundesregierung zu halten. Die innerdeutsche Kritik an die Adresse des Kanzlers, die sich nun mit dem Vorwurf an Frankreich verband, in Genf nicht genügend für die deutschen Interessen

²⁵¹ S. Aufzeichnung de Margerie, 1. 8. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 165–169; Calandri, Détente, S. 175; Lohse, Lockungen, S. 124 u. 181.

²⁵² AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 161, Bl. 199–205, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 3. 8. 1955; s.a. Calandri, Détente, S. 174; Lohse, Lockungen, S. 181 f.

²⁵³ In diesem Sinne ebd., S. 183 f.

²⁵⁴ S. Pinay an London etc., Tél. 10625/31 etc., 2. 8. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 187 f.; Calandri, Détente, S. 174; Lohse, Lockungen, S. 48.

²⁵⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 390, Bl. 22, Pinay an Adenauer, 29. 7. 1955.

getan zu haben, ließ ihn mit Sorge auf die anstehende Moskau-Reise des Kanzlers blicken²⁵⁶. Natürlich würde Moskau den Druck auf die westdeutsche Öffentlichkeit noch erhöhen, indem es die Lösung der deutschen Frage dem deutschen Volk zuwies und Bonns Politik als Hindernis bezeichnete. Die „weltpolitische Wasserscheide“²⁵⁷ des Genfer Gipfels läutete für die Bundesregierung eine Phase der „weltpolitischen Defensive“ ein²⁵⁸. Immer noch sah Adenauer die Gefahr einer Einigung der Westmächte mit den Sowjets auf Kosten der Deutschen nicht gebannt, wenngleich er Dulles bzw. Eden als „zuverlässige Leute“ betrachtete²⁵⁹ und vor allem Pinay als „aufrichtigen Freund und zähen Verteidiger“ der deutschen Einheit schätzte²⁶⁰. Worauf es ihm nun ankam war, die Vorbereitung der Viereraußenministerkonferenz mit den Westmächten alsbald voranzutreiben, um „vollkommene Übereinstimmung“ über den Komplex Wiedervereinigung und europäische Sicherheit zu erzielen. Sie zu erreichen setzte natürlich voraus, daß er auch in bezug auf die Planung seiner Moskau-Reise mit offenen Karten spielte²⁶¹.

Auftakt Bonner Ostpolitik

Mit dem ernüchternden Ergebnis des Genfer Gipfels veränderte sich der Stellenwert der Kanzler-Visite an die Moskwa für die Bonner Regierung nicht unerheblich. Das sowjetische Angebot diplomatischer Beziehungen enthüllte sich jetzt als „Kunstgriff zur Instrumentalisierung der Zweistaatendoktrin“²⁶². Von Brentano riet Adenauer daher zu einer möglichst kleinen Delegation, um zu signalisieren, daß keinerlei bindende Abmachungen getroffen würden²⁶³. Skeptisch über die Erfolgsaussichten, fragte er sich gar offen nach dem Sinn der Fahrt²⁶⁴. Ein Zurück konnte es aber nicht mehr geben, nachdem sich die Sowjetunion am 3. 8. zu den deutscherseits gewünschten Vorgesprächen der Pariser Botschaften bereit erklärt hatte²⁶⁵. Eilends rief Adenauer seine engsten Berater an seinen Urlaubsort Mürren, um die Vorverhandlungen abzustimmen. Der Kanzler beabsichtigte, sie nach Loyalitätsbekundungen gegenüber dem Westen mit einem konziliananten Memorandum einzuleiten und neben den diplomatischen Beziehungen auch das wirtschaftliche und kulturelle Verhältnis, die Kriegsgefangenenfrage sowie schließlich die deutsche Einheit zu thematisieren. Im Gegensatz zu Dulles, der mehr denn je von der baldigen Wiedervereinigung überzeugt war, erhoffte sich Adenauer diesbezüglich keinerlei Fortschritte²⁶⁶. Da er die Reise zur innenpolitischen Abschir-

²⁵⁶ S. ebd., *Généralités*, Bd. 161, Bl. 124, ders. an Bonn, Tel. 3522/24, 29. 7. 1955, *Résumé*.

²⁵⁷ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 207.

²⁵⁸ Besson, Außenpolitik, S. 171; vgl. Haftendorn, Adenauer, S. 97; Kosthorst, Brentano, S. 49.

²⁵⁹ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 205; vgl. Adenauer an Heuss, 22. 5. 1955, in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 179–185.

²⁶⁰ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Maltzan an AA, 205–00 I 3669/55, 4. 8. 1955.

²⁶¹ Adenauer an von Brentano, 7. 8. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 336–339, hier S. 338.

²⁶² Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 205.

²⁶³ S. Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, S. 489f.; Baring, Bundeskanzler, S. 174f.

²⁶⁴ S. François-Poncet an Pinay, Tel. 2983/3006, 29. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 155–159; Kosthorst, Brentano, S. 55.

²⁶⁵ S. Note der Bundesrepublik, 30. 6. 1955, und Antwortnote der Sowjetunion, 3. 8. 1955, in: Jäckel (Hg.), *Deutsche Frage*, S. 146f.

²⁶⁶ S. BA, NL Hallstein, Bd. 127, Notiz, 4. 8. 1955; Kosthorst, Brentano, S. 56f. Zum Optimismus von Dulles vgl. Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, S. 494.

mung seiner Westpolitik und zur außenpolitischen Aufwertung der Bonner Republik instrumentalisieren wollte, hielt er daran dennoch fest und war dafür bereit, diplomatische Beziehungen auch ohne Fortschritte in der deutschen Frage aufzunehmen. Sein Außenminister hingegen gab der Wiedervereinigung die Priorität und neigte daher immer noch dazu, die Reise notfalls abzusagen²⁶⁷, obwohl der Kanzler ihm inzwischen versicherte, die deutsche Delegation werde „klein“ sein²⁶⁸. Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes empfahlen dem Kanzler daraufhin angesichts der sowjetischen Intransigenz und des westlichen Entspannungswunsches, selbst initiativ zu werden und in Moskau einen „neuen, indirekten Weg in der Wiedervereinigungsfrage“ einzuschlagen. Bei vorläufiger Zurückstellung der Forderung nach freien Wahlen dachten sie an die Vorbereitung zur Annäherung der beiden Teile Deutschlands, wobei sie die soziale und wirtschaftliche Struktur der DDR zu bewahren bereit waren, von ihr aber die Einrichtung rechtsstaatlicher Verhältnisse verlangten²⁶⁹. Dies war für den Kanzler ganz offensichtlich unannehmbar.

Am 12. 8. nahm die Bundesregierung die Einladung der Sowjetunion an, beschränkte ihre Gesprächsbereitschaft aber auf vorbereitende Maßnahmen zur Anbahnung diplomatischer Beziehungen²⁷⁰. Noch am selben Tag informierte das Auswärtige Amt gemäß dem Wunsch des Kanzlers nach enger Fühlungnahme mit den Westmächten deren Vertreter in Bonn und legte dabei eine bemerkenswerte Abstufung an den Tag. Während der amerikanischen Botschaft eine Abschrift des Dokuments übergeben wurde, erhielten die französische wie auch die englische Seite als Zeichen der neugewonnenen deutschen Souveränität nur einen Teil der Antwort²⁷¹. Der französische Geschäftsträger Christian de Margerie gewann aus seinen Gesprächen am Rhein den festen Eindruck, der Kanzler reise ohne Illusionen nach Moskau und unterbreite keine positiven Angebote, um im Westen keinen Verdacht durch sein bilaterales Tête-à-tête auszulösen²⁷². Am 23. 8. legte Grewe in Adenauers Namen als Sprachregelung für die Konsultationen mit den Verbündeten fest, Ziel der Moskauer Gespräche sei die Bildung von vier deutsch-sowjetischen Kommissionen zur Erörterung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen sowie der Kriegsgefangenenfrage. Bei sowjetischen Widerständen solle der Kontakt durch den Austausch von diplomatischen Agenten aufrechterhalten bleiben. Ohne Fortschritte bei der Wiedervereinigung und der Entlassung der Gefangenen sei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen undenkbar²⁷³.

²⁶⁷ S. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 30. 9. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 611; de Margerie an MAE, Tel. 3291/99, 19. 8. 1955, *Réservé*, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 275–277; Kosthorst, Brentano, S. 58.

²⁶⁸ PA, BStS, Bd. 14, Berger an von Brentano, Hallstein u. Grewe, Vermerk, 12. 8. 1955, Streng geheim.

²⁶⁹ Ebd., Aufzeichnung Fechter 354.202–03.893/55, 15. 8. 1955, Geheim.

²⁷⁰ S. Note der Bundesrepublik an die Sowjetunion, 12. 8. 1955, in: Jäckel (Hg.), Deutsche Frage, S. 147.

²⁷¹ S. PA, BStS, Bd. 14, Berger an von Brentano, Hallstein u. Grewe, Vermerk, 12. 8. 1955, Streng geheim.

²⁷² S. de Margerie an MAE, Tel. 3250/63, 18. 8. 1955, *Réservé*, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 260–263; ders. an dass., Tel. 3291/99, 19. 8. 1955, *Réservé*, in: ebd., S. 275–277.

²⁷³ S. Grewe, Rückblenden, S. 247 f.; Kosthorst, Brentano, S. 59; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 214 f.

Adenauer nahm sich kurz darauf die Freiheit, sich von dieser Marschroute wieder ein Stück zu entfernen. Gegenüber einem Abgesandten von Dulles betonte er Ende August zum Unbill von Brentanos, die politische Kommission werde lediglich über die diplomatischen Beziehungen, nicht aber über die deutsche Einheit beraten. Zugleich beteuerte er indes, die Verhandlungen in Moskau abbrechen zu wollen, wenn sich weder in der Frage der Kriegsgefangenen noch der deutschen Einheit eine Fortentwicklung ergäbe²⁷⁴. Dies versicherte auch der neue deutsche Vertreter bei der NATO in Paris, Blankenhorn, dem dortigen Außenminister Pinay. Die Reise, so lautete seine Parole, diene lediglich der Kontaktaufnahme. Eine Eröffnung diplomatischer Beziehungen werde es nicht geben, falls man in der Kriegsgefangenen- und der Wiedervereinigungsproblematik nicht vorwärts komme. Adenauer werde die Viermächteverantwortung gegenüber Gesamtdeutschland ansprechen und somit die enge Verbindung zur Genfer Außenministerkonferenz unterstreichen. Pinay äußerte sich sehr dankbar über diese Eröffnungen. Da ihm die positive Beurteilung der sowjetischen Politik durch die Angelsachsen völlig unverständlich anmutete und der Entspannungsbazillus in der öffentlichen Meinung in den USA bzw. Großbritannien erhebliche Sorge bereite, baute er auf eine „äußerst vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit in allen die Sowjetunion betreffenden Fragen mit dem Bundeskanzler“. Zur Vorbereitung seiner eigenen Fahrt in die Sowjetunion regte er daher an, sich mit Adenauer nach dessen Moskaureise zu treffen²⁷⁵. Als Zeichen des Einvernehmens mit Adenauer schickte er dann auch noch François-Poncet ins Palais Schaumburg, um ihm die guten Wünsche der französischen Regierung für seine Tour zu übermitteln und etwaigen Verdächtigungen vorzubeugen, die sich aus der Reihenfolge des deutsch-sowjetischen bzw. französisch-sowjetischen Kontakts ergeben könnten²⁷⁶. Der Kanzler äußerte sich „extrêmement heureux“ über die Initiative und akzeptierte ohne jegliche Änderungen ein französisches Communiqué, das am folgenden Morgen in der Presse von dem Treffen berichtete. Ein solcher Harmoniebeweis schien ihm um so wichtiger, als auch er weiterhin davon ausging, daß die sowjetische Politik auf die Spaltung der westlichen Demokratien abzielte²⁷⁷.

Bekanntlich hielt Adenauer seine Strategie in Moskau nicht durch, akzeptierte entgegen seinen eigenen Bekundungen und gegen den heftigen Widerstand der

²⁷⁴ S. Unterredung zwischen Adenauer und Merchant vom 31. 8. 1955, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 566–571; Unterredung zwischen Dulles und Krekeler vom 28. 8. 1955, Secret, in: ebd., S. 554–559; BA, NL Hallstein, Bd. 127, Notiz, 31. 8. 1955; Kosthorst, Brentano, S. 59f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 215f.

²⁷⁵ Tb. Blankenhorn, 28. 8. 1955, in: BDFD I, S. 485f., hier S. 486; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 394, Bl. 294f., Unterredung zwischen Pinay und Blankenhorn vom 28. 8. 1955; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 495f.; PA, Abg.-Liste Ministerbüro Bd. 155, Hallstein an von Brentano, Vermerk, 25. 8. 1955. Die Reise Faures und Pinays in die Sowjetunion wurde am 3. 9. 1955 von französischer Seite aufgeschoben, nachdem die Sowjetunion für die von Frankreich abgelehnte Aufnahme der Algerienfrage in die Tagesordnung der UN-Vollversammlung gestimmt hatte (AdG 1955, S. 5384A u. 5393A).

²⁷⁶ S. Pinay an Bonn, Tel. 3715/19, 24. 8. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 310f.

²⁷⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 390, Bl. 47, François-Poncet an MAE, Tel. 3437/42, 1. 9. 1955, Urgent; s.a. ebd., Bl. 51, Pinay an Bonn, Tel. 3783, 2. 9. 1955, Priorité absolue; François-Poncet an Pinay, Tel. 3443/55, 2. 9. 1955, Réserve, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 407–410; Communiqué zur Unterredung zwischen Adenauer und François-Poncet, 2. 9. 1955, in: Bulletin 1955, S. 1381.

westlichen Botschafter vor Ort²⁷⁸ wie seiner engsten Berater²⁷⁹ die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, ohne daß Bulganin oder Chruschtschow ihrerseits in der Wiedervereinigungsfrage Bewegung gezeigt hätten²⁸⁰. Er begnügte sich am Abend des 13. 9. mit dem mündlichen Versprechen einer Freigabe der Kriegsgefangenen, das allem Anschein nach aus der Drohung des Kanzlers der sofortigen Abreise resultierte, der er durch Bestellung von Flugzeugen für den vorzeitigen Rückflug Nachdruck verschafft haben will²⁸¹. Wenngleich bis heute nicht geklärt wurde, ob dieser Schachzug tatsächlich von Adenauer oder von Brentano bzw. Hallstein stammt, scheint eines doch festzustehen: Pate der Aktion war offenbar Charles de Gaulle! Denn am Nachmittag des 13. 9. erhielt die Bonner Delegation ein Telegramm aus Paris von Maltzan, aus dem hervorging, daß der General im Dezember 1944 bei seinen Verhandlungen mit Stalin einen Sonderzug zur vorzeitigen Abreise bestellt und damit die festgefahrenen Bündnisgespräche gerettet hatte²⁸².

Charles Bohlen, amerikanischer Botschafter in Moskau, war ob des deutschen Entgegenkommens entsetzt: Adenauer, der von den Westmächten stets unnachgiebige Härte gegenüber dem Osten forderte, brach selbst völlig zusammen und verhalf den Sowjets zu ihrem größten diplomatischen Sieg der Nachkriegszeit²⁸³. Im State Department und im Quai d'Orsay fielen die Reaktionen hingegen verständnisvoll aus. Der enorme Prestigegewinn, den der Kanzler durch die Heimholung der Kriegsgefangenen im eigenen Volk erzielte, wurde begrüßt²⁸⁴. Gewiß, die erneute Festlegung der sowjetischen Führung auf die Zweistaatentheorie belastete die Außenministerkonferenz, doch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen galt letztlich als unvermeidlich²⁸⁵. Außerdem hatte Bulganin entgegen den westlichen Erwartungen auch Adenauers territorialen Vorbehalt entgegengenommen, wonach der Botschafteraustausch nicht als Anerkennung der Nachkriegsgrenzen zu interpretieren sei²⁸⁶. Pinay ließ offiziell verlautbaren, Adenauer habe nicht mit leeren Händen nach Bonn zurückkehren können und der Herstellung

²⁷⁸ S. Blankenhorn, *Verständnis*, S. 232, Tb. 12. 9. 1955; Bohlen an Dep. of State, Tel. 618, 13. 9. 1955, Top secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 579–581; Joxe an Pinay, Tel. 2900/10, 14. 9. 1955, Secret, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 500–502; ders. an dens., Tel. 2926/34, 15. 9. 1955, Réservé, in: ebd., S. 505 f.

²⁷⁹ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 65.

²⁸⁰ Zur Moskaureise Adenauers vom 8.–14. 9. 1955 s. aus der Memoirenliteratur Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, S. 487–556; Blankenhorn, *Verständnis*, S. 224–235; Grewe, *Rückblenden*, S. 232–251; Schmid, *Erinnerungen*, S. 564–585; vgl. Foschepoth, *Moskaureise*, S. 41–46; Köhler, *Adenauer*, S. 872–889; Kosthorst, Brentano, S. 63–77; Krekel, *Verhandlungen*; Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2, S. 207–222; Weber, Carlo Schmid, S. 539–546.

²⁸¹ S. Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, S. 542; von Eckardt, *Leben*, S. 396; Grewe, *Rückblenden*, S. 236.

²⁸² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 52, Bl. 86, AA an Moskau, FS Nr. 116, 13. 9. 1955; Kosthorst, Brentano, S. 70.

²⁸³ S. Bohlen an Dep. of State, Tel. 630, 14. 9. 1955, Top secret, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 582–584; Bohlen, *Witness*, S. 387; Grewe, *Rückblenden*, S. 247.

²⁸⁴ Vgl. Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2, S. 207; Thoß, *Beitritt*, S. 176 f.

²⁸⁵ Vgl. Hoover an Moskau, Tel. 285, 13. 9. 1955, Top secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 581; Thoß, *Beitritt*, S. 175; zu einem negativen Urteil kommt dagegen: Foschepoth, *Moskaureise*, S. 43.

²⁸⁶ S. PA, BStS, Bd. 14, Berger an von Brentano, Hallstein u. Grewe, Vermerk, 12. 8. 1955, Streng geheim; Adenauer an Bulganin, 14. 9. 1955, in: Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, S. 550; Erklärung der Agentur „TASS“, 15. 9. 1955, in: EA 1955, S. 8279; vgl. Blumenwitz, *Adenauer-Bulganin-Brief*; Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2, S. 216–219.

normaler Beziehungen zu Moskau zustimmen müssen. Das Übereinkommen beeinträchtigte nicht die Position der Westmächte auf der kommenden Außenministertagung. Dieses Urteil entsprach dem Standpunkt jener Zeitungen wie „Le Figaro“, die den Besuch des Bundeskanzlers mit Gelassenheit beobachtet hatten und die Freilassung der Kriegsgefangenen als Erfolg herausstellten, während kritische Organe wie „Le Monde“ dem Kanzler die Sanktionierung der Zweiteilung vorwarfen²⁸⁷. Allerdings kam Adenauer auch in der *classe politique* nicht ganz ungeschoren davon. Mit einem gewissen Tadel wurde in Paris angemerkt, daß sich Bonn die schlechte westliche Presse aufgrund seiner zunächst angekündigten Härte selbst zuzuschreiben habe²⁸⁸. Darüber hinaus befürchtete man an der Seine nach einer der Deutschen Botschaft vertraulich zur Kenntnis gegebenen Stellungnahme des Quai d'Orsay nun verstärkte Bemühungen des Kreml mit dem Ziel einer Anerkennung der DDR durch die Westmächte und hegte offen Zweifel an der Festigkeit des Foreign Office²⁸⁹.

Um derartigen Tendenzen zur „Anerkennung der sog. ‚DDR‘ durch dritte Staaten“ sofort einen Riegel vorzuschieben²⁹⁰, ging das Auswärtige Amt sofort an eine Schadensbegrenzung, indem es allen Vertretungen im Ausland zur Information der jeweiligen Gastregierung die Note Adenauers an Bulganin vom 14. 9. mitteilte²⁹¹ und im Rahmen der „Hallstein-Doktrin“ mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen zu allen Staaten außer der Sowjetunion drohte, die sich an diese Maßgabe nicht hielten²⁹². Daß Adenauer bei seinem Handeln an der Moskwa selbst nicht ganz wohl war, verdeutlichen seine Erklärungen nach der Rückkehr an den Rhein. Im Kabinett, in der Union und im Kreis der Fraktionsvorsitzenden unterstrich er das humanitäre Moment und den außenpolitischen Prestigegewinn²⁹³. Das für ihn wichtigste Argument – der Blick auf die nächsten Bundestagswahlen – deutete er allenfalls an. Gegenüber den westlichen Botschaftern präsentierte er sich diesbezüglich weniger zurückhaltend. Die Heimkehr der Gefangenen, so betonte er gegenüber François-Poncet, verpflichte das Volk zu Dank²⁹⁴, und dies werde 1957 gewiß Früchte tragen²⁹⁵. Dennoch trägt der Eindruck, die Moskaureise habe „ausschließlich innenpolitischen Zwecken“ ge-

²⁸⁷ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 52, Bl. 45, von Maltzan an AA, FS Nr. 532, 14. 9. 1955; „Le Monde“, 14. 9. 1955, übersetzt auch in: AdG 1955, S. 3364; „Les Echos“, 8. 9. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 420; Artikel Hiver, in: „France-Observateur“, 15. 9. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 428 f.; Artikel Aron, in: „Le Figaro“, 23. 9. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 430 f.

²⁸⁸ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 175. Die Bundesregierung reagierte darauf mit einer aktiveren Pressepolitik (Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 190, Tb. 29. 9. 1955).

²⁸⁹ S. PA, Ref. 700, Bd. 138, Kassler an Ref. 304 im AA, Aufzeichnung 302A.211-00/94. 05. 4363/55, 23. 9. 1955, Konzept.

²⁹⁰ Ebd., Bd. 1, Aufzeichnung Fechter, 15. 9. 1955, Geheim.

²⁹¹ S. ebd., BStS, Bd. 14, Hallstein an diplomatische Vertretungen, Tel. AZ 210-01/76 10786/55, 19. 9. 1955, Verschlüsselt, Citissime.

²⁹² Zu Entstehung und Geschichte der „Hallstein-Doktrin“ vgl. Booz, „Hallsteinzeit“.

²⁹³ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 74.

²⁹⁴ S. François-Poncet an Pinay, Tel. 3607/18, 15. 9. 1955, Urgent, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 513–515. Bei einer Unterredung mit Faure und Pinay am 5. 10. hielt Adenauer sich mit derartigen Wertungen merklich zurück und beschränkte sich im wesentlichen auf die Darstellung seiner Eindrücke aus Moskau (Unterredung zwischen Faure, Pinay und Adenauer vom 5. 10. 1955, in: ebd., Annexes, Bd. 2, S. 357–365).

²⁹⁵ S. Conant an Dep. of State, Tel. 877, 15. 9. 1955, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 584 f.

dient²⁹⁶. Es ging Adenauer vor allem um die „innere Verankerung der Westintegration“²⁹⁷ und die Anhebung des deutschen Gewichtes gegenüber Ost und West: „Möglichkeiten direkten deutsch-russischen Gesprächs“, instruierte Hallstein die Auslandsmissionen in einem geheimen Erlaß, „gibt im Ost-West-Verhältnis dem Westen zusätzliche Karte in die Hand.“²⁹⁸

Innerwestliches Tauziehen um Disengagement und Sicherheitspakt

Nach der offiziellen Fühlungnahme zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion sowie der anschließenden Unterzeichnung eines bilateralen Souveränitätsvertrags zwischen der Sowjetunion und der DDR²⁹⁹ stand für die Status quo orientierten Teile des Quai d'Orsay fest, daß alle Hoffnungen auf eine konziliantere sowjetische Deutschlandpolitik getrogen hatten. „L'U.R.S.S. remet aux calendes grecques la réunification allemande; par contre, elle vise à solidifier le régime de Pankow.“ Dennoch hielten sie an der bisherigen Linie fest, die deutsche Einheit nur auf dem Wege freier gesamtdeutscher Wahlen anzustreben. Zugleich aber sprachen sie sich vorsichtig für die Kontaktabbahnung zwischen Bonn und Pankow, aber auch zwischen Paris und Ost-Berlin aus, ohne der DDR eine eigene Delegation auf der kommenden Außenministerkonferenz zugestehen zu wollen³⁰⁰.

Je stärker sich an der Seine, aber auch andernorts Skepsis über mögliche Fortschritte in der deutschen Frage ausbreitete³⁰¹, desto intensiver konzentrierte man sich auf Abrüstung und Rüstungskontrolle als Transmissionsriemen der Entspannung. Anfang September erhielt die Bonn stets umtreibende Sorge eines Auseinanderfallens des Junktims zwischen Wiedervereinigung und europäischer Sicherheit neue Nahrung, als die Partner geradezu einen Wettstreit neuer Vorschläge entfachten und die Briten entgegen früheren Zusagen Edens Inspektionsplan zur Überwachung truppenverdünnter Gebietsstreifen in die Verhandlungen des Unterausschusses der UN-Abrüstungskommission einbrachten³⁰². Das Auswärtige Amt stand dem Konzept eines entmilitarisierten Landstrichs in Deutschland nicht prinzipiell ablehnend gegenüber, stellte aber drei Bedingungen: Minderung des militärischen Drucks; Verteidigungsfähigkeit der Zone gegen äußere Gewalt; Herstellung eines militärischen Gleichgewichts in der Zone. Da es keine der Vorbedingungen als erfüllt ansah, verlangte das Amt mit Nachdruck die allgemeine Abrüstung, Beschleunigung der Wiederbewaffnung und Zurückweisung des sowjetischen Vorschlags zur Entmilitarisierung Gesamtdeutschlands³⁰³. Frankreich plädierte ebenfalls für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Inspektionssystem und

²⁹⁶ Foschepoth, Moskaureise, S. 46.

²⁹⁷ Kosthorst, Brentano, S. 74; s.a. Thoß, Beitritt, S. 172 f.

²⁹⁸ PA, BStS, Bd. 14, Hallstein an diplomatische Vertretungen, Tel. 33, 25. 9. 1955, Geheim, Citissime.

²⁹⁹ S. Vertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR, 20. 9. 1955, in: EA 1955, S. 8316 f.

³⁰⁰ Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 28. 9. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 569–572, hier S. 570. Schon Ende Juli hatte Paris Bonn empfohlen, mit Ost-Berlin Kontakt aufzunehmen, ohne auf eine diplomatische Anerkennung zuzusteuern (François-Poncet an Pinay, Tel. 2983/3006, 29. 7. 1955, in: ebd., S. 155–159); s.a. Lohse, Lockungen, S. 181 f.

³⁰¹ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 178.

³⁰² S. die Dokumente in: DDF 1955, Bd. 2, Nr. 152 f., 156, 158, 161, 163, 167, 173, 181 u. 183; vgl. Kosthorst, Brentano, S. 78; Thoß, Beitritt, S. 179.

³⁰³ S. PA, B 14, Ref. 211, Bd. 31, von Baudissin an Grewe, Aufzeichnung 211.223–00/1670/55, 13. 8. 1955.

Schaffung einer entmilitarisierten Zone, forderte für sich selbst aber Handlungsfreiheit und verlangte gleichzeitig, dieses Gesamtpaket nur auf eine begrenzte Region in Zentraleuropa zu erstrecken, und zwar im Fall der Wiedervereinigung auf einen Teil der Bundesrepublik, Polens und der CSSR sowie auf die DDR. Darüber hinaus ging man zumindest im Matignon davon aus, eine Zusage des Kreml zur deutschen Einheit im Rahmen der westlichen Verteidigungsorganisation und zum Abzug der sowjetischen Truppen nicht ohne Rückzug der westlichen Verbände aus der Bundesrepublik zu erhalten³⁰⁴.

Im Quai d'Orsay stand man diesen Demilitarisierungsplänen reservierter gegenüber. Pinay hatte in London eindringlich davor gewarnt, den Inspektionsplan Edens dem Abrüstungsunterausschuß der UNO vorzulegen, weil der Osten ihn als Akzeptierung der Teilung Deutschlands interpretieren könne. Außerdem bedeutete er seiner Ansicht nach eine nicht hinnehmbare „forme de contrôle quadripartite“ und drohte einer neuen Offensive zur Neutralisierung Deutschlands den Weg zu bereiten. Allerdings wußte sich auch Pinay für den Fall einer sowjetischen Blockadepolitik auf der Außenministertagung in der Wiedervereinigungsfrage keinen anderen Rat, als dann mit Sicherheitsvorschlägen aufzuwarten, die auf der provisorischen Beibehaltung der deutschen Teilung beruhten³⁰⁵. Zwar kritisierte er die im britischen Abrüstungsplan vorgesehene Entmilitarisierungszone wegen der in ihm als Keim angelegten Neutralisierung, ging aber davon aus, einen Disengagementgürtel als „concession réelle à la sécurité de l'U.R.S.S.“ für spätere Verhandlungsphasen mit ins Kalkül ziehen zu müssen³⁰⁶.

Mitte September begannen die Westmächte auf der Basis zweier Arbeitsgruppen in Bonn und Washington mit den Vorarbeiten zur nahenden Außenministertagung. Von Anfang an zeichneten sich dabei erhebliche Meinungsverschiedenheiten ab. Die Amerikaner glaubten noch immer an echte deutschlandpolitische Fortschritte und plädierten demgemäß dafür, etwaige Zugeständnisse erst zu einem möglichst späten Verhandlungszeitpunkt offenzulegen. Sie hatten einen Vertrag zur europäischen Sicherheit ausgearbeitet, der für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands einen NATO und WEU überwölbenden Sicherheitsvertrag mit einem System von Rüstungskontrollen, Inspektionen und der Einrichtung einer rüstungsbegrenzten Region in Aussicht stellte. Die Briten hingegen sahen die Lage viel skeptischer und meinten daher, mit Blick auf die Öffentlichkeit offensiver vorgehen und einen ausgefeilten Inspektionsplan vorlegen zu müssen. Die Franzosen plädierten für eine zurückhaltende Verhandlungslinie³⁰⁷.

Frankreich hegte große Bedenken gegenüber der Einrichtung einer demilitarisierten Zone und sperrte sich strikt dagegen, das eigene Territorium einzubringen.

³⁰⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 163, Bl. 17–26, Aufzeichnung der Présidence du Conseil, Secrétariat Général Permanent de la Défense Nationale, Nr. 1528/DN/AG/AL, 29. 8. 1955, Secret.

³⁰⁵ Pinay an Chauvel, Tel. 11237/42, 20. 8. 1955, Secret, Réservé, in: DDF 1955, S. 287–289, hier S. 288; Lohse Lockungen, S. 185.

³⁰⁶ Pinay an Washington etc., Tel. 12209/20 etc., 8. 9. 1955, Secret, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 446–449, hier S. 448.

³⁰⁷ Zu den Beratungen der Washingtoner Arbeitsgruppe vom 19.–23. 9. 1955 vgl. Felken, Dulles, S. 326–331; Kosthorst, Brentano, S. 79f.; Lindemann, Deutschlandfrage, S. 197f.; Rüpiper, Verbündeter, S. 459; Thoß, Beitritt, S. 180f.

Das Konzept eines Sicherheitspaktes galt nur dann als akzeptabel, wenn es nicht zur Zerstörung der NATO führte. Die amerikanische Bedingung, den Pakt von der Wiedervereinigung des zu NATO und WEU gehörenden Deutschland abhängig zu machen, ging Paris viel zu weit³⁰⁸. Im Gegensatz zur Position unmittelbar nach der Genfer Gipfelkonferenz, als man den von Moskau geforderten Sicherheitspakt als „machine de guerre contre l'O.T.A.N. et l'U.E.O.“³⁰⁹ gebrandmarkt hatte, wurde eine solche Organisation aber nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt. Paris gedachte aber westliche Gegenleistungen nur Zug um Zug gegen sowjetische Zugeständnisse einzutauschen und schlug dazu einen Dreiphasenplan vor, an dessen Ende der Beitritt des wiedervereinigten Deutschland zu NATO und WEU sowie die volle Wirksamkeit der westlichen Sicherheitsgarantien standen. Da die Franzosen sich nicht sicher waren, ob die Deutschen sich tatsächlich für die westliche Allianz entschieden, bauten sie vor und empfahlen ein teilweises Inkrafttreten des zentraleuropäischen Kontrollsystems vor der Entscheidung über die Bündniszugehörigkeit³¹⁰.

Die Haltung der Bundesregierung war gegenüber allen drei Positionen gespalten. Mit Blick auf die westdeutsche Öffentlichkeit wirkte das Washingtoner Vorgehen zu kompromißlos. Andererseits bargen die weitergehenden Londoner und Pariser Überlegungen das Problem der Aufweichung des Junktims zwischen Wiedervereinigung und Sicherheit, da Briten und Franzosen sich im Falle sowjetischer Intransigenz doch auf sicherheitspolitische Teilabsprachen einlassen mochten. Der von London vorgesehene Inspektionsplan schien nicht nur den Deutschen verfrüht. Auch Amerikaner und Franzosen wollten die Sowjets zunächst auf ihre generelle Konzessionsbereitschaft testen. Für die Deutschen, wohl auch für die Franzosen, besaß das Vorhaben außerdem den Haken, daß der vorgesehene Disengagementsektor mit den Grenzen in Zentraleuropa zusammenfiel und daher den Status quo zu festigen drohte. Es gelang ihnen schließlich, die territoriale Achse der Zone nach Osten zu verschieben und mit der Grenze zwischen einem wiedervereinigten Deutschland und den osteuropäischen Staaten zusammenfallen zu lassen. Darüber hinaus brachte die Bonner Delegation einen Vorschlag zur graduellen Truppenreduzierung ein und deutete als Konzession die Nichtmilitarisierung des DDR-Territoriums an. Die Experten erzielten schließlich Einvernehmen darüber, den Vorschlag des Sicherheitspaktes der Sowjetunion zunächst nur in allgemeiner Form vorzustellen und erst nach einem Einlenken in der Deutschlandfrage mit Leben zu füllen³¹¹.

Am 28. 9. trafen sich die vier westlichen Außenminister in New York zur weiteren Beratung. Pariser Sorgen, Bonn könnte Moskauer Lockungen erliegen und

³⁰⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 165, Bl. 141–142, Daridan an Washington, Tel. 12374/79, 12. 9. 1955, Réservé, Priorité absolue.

³⁰⁹ Aufzeichnung de Margerie, 1. 8. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 165–169, hier S. 167.

³¹⁰ Zum französischen Memorandum vom 17. 9. 1955 s. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 163, Bl. 37–42, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 30. 9. 1955; Grewe, Rückblenden, S. 268.

³¹¹ S. Abschlußbericht der Washingtoner Arbeitsgruppe, 23. 9. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 327–338; Grewe, Rückblenden, S. 268.

einer Teilnahme beider deutscher Regierungen zustimmen³¹², erwiesen sich rasch als völlig unbegründet. Eine direkte Beteiligung der DDR war für von Brentano wegen der damit verbundenen völkerrechtlichen Aufwertung völlig ausgeschlossen. Weitaus schwieriger gestalteten sich die Beratungen über den französischen Dreiphasenplan zur Wiedervereinigung, da namentlich Dulles Bedenken hegte. Von Brentano hingegen stimmte dem Projekt für den Fall ernster Verhandlungen zu, um das sowjetische Interesse an der Wiedervereinigung wachzuerhalten. Das schwierigste Problem der Beratungen stellte der britische Zonenplan dar. Auf Vorschlag des amerikanischen Secretary of State, der wie sein französischer Kollege eine Erwähnung jeglicher Demilitarisierungskonzepte vorerst vermeiden wollte, erklärte sich der Bundesaußenminister bereit, die Differenzen mit dem Chef des Foreign Office durch eine Formel über die Möglichkeit besonderer Maßnahmen bezüglich der Verteilung militärischer Verbände und Anlagen zu überdecken³¹³. Edens Inspektionsplan ließen die Minister ganz in der Schublade, wobei von Brentano allerdings kurz darauf eine Unterredung mit Dulles in Washington dazu nutzte, seine Bedenken vorzutragen. Wenig später regte er dann per Interview vorsichtig die Erweiterung des bestehenden Junktims von Sicherheits- und Deutschlandfrage auf die Abrüstung an, nachdem seinen Beamten mittlerweile aufgegangen war, daß dieses Thema nicht automatisch Teil von Verhandlungen über die europäische Sicherheit sein mußte³¹⁴.

Am 10. 10. setzten die Westmächte die Konferenzvorbereitung in Paris auf der Basis eines neuen Expertengremiums fort. Sie war schweren Belastungen aufgrund fundamentaler Differenzen zwischen Amerikanern und Briten ausgesetzt, da die englische Delegation mit dem Gedanken einer Anerkennung der DDR spielte und sich gegen eine zu harte Haltung der Verbündeten zur Wehr setzte³¹⁵. Auf der neuerlichen Außenministertagung, mit der der Westen die Planungsphase am 24. 10. in Paris abschloß, bereitete die Frage offenbar keine Probleme mehr. Ganz im Sinne Bonns kam eine direkte Teilnahme der DDR nicht in Frage³¹⁶. Einvernehmen herrschte gemäß dem Abschlußbericht der Pariser Arbeitsgruppe³¹⁷ nunmehr auch darüber, den Prozeß der Wiedervereinigung und der Schaffung des Sicherheitspaktes in Phasen ablaufen zu lassen, wobei man sich mittlerweile als Kompromiß auf zwei Etappen verständigt hatte. Die erste sah die simultane Unterzeichnung des Abkommens über die deutsche Einheit und des Sicherheitsvertrages, die zweite schließlich das Inkrafttreten der Klauseln über die Sicherheitszusagen und militärischen Beschränkungen vor. Sie stand aber unter dem Vorbehalt einer Entscheidung des geeinten Deutschland für die Mitgliedschaft in NATO und WEU. Wesentlicher schwieriger gestaltete sich hingegen die Diskus-

³¹² S. Unterredung zwischen Dulles, Macmillan und Pinay vom 27. 9. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 307f.; Lohse, Lockungen, S. 103.

³¹³ S. Unterredung zwischen Dulles, Macmillan, Pinay und von Brentano vom 28. 9. 1955, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 596–601; Unterredung zwischen dens., in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 317–320; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 79f. u. 83.

³¹⁴ Vgl. ebd., S. 80f.

³¹⁵ S. Coburn an Reinstein, 17. 10. 1955, Confidential, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 614f.

³¹⁶ S. Unterredung zwischen Dulles, Macmillan, Pinay und von Brentano vom 24. 10. 1955, USDel/MC/47, Secret, in: ebd., S. 625; Kosthorst, Brentano, S. 83.

³¹⁷ S. Abschlußbericht der Pariser Arbeitsgruppe, o.D., nebst Anhängen, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 379–429.

sion über den Ende September ausgeklammerten englischen Inspektionsplan. Unmittelbar vor der Konferenz hatte Adenauer einem Gesuch von Brentanos zugestimmt, einen seit längerem vorbereiteten Briefentwurf an Eden abgehen zu lassen, um die deutschen Bedenken gegen dessen Konzeption offiziell darzulegen. Zwar war der Kanzler im Gegensatz zu seinem Außenminister der Auffassung, daß der Boden für europäische Entspannung und deutsche Einheit erst durch Abrüstung bereitet würde. Doch die britischen Überlegungen, so beschied er dem Premierminister, drohten das Junktim zwischen Wiedervereinigung und Sicherheit zu unterlaufen, die deutsche Teilung zu verhärten und der DDR-Anerkennung Vorschub zu leisten³¹⁸. Von Brentano nahm sich des Themas auf der Pariser Konferenz erneut an und wandte sich aus der Sorge heraus, die von London erwogene Kontrollzone könne zu einer De-facto-Neutralisierung Deutschlands führen, vehement gegen den von Macmillan verteidigten Inspektionsplan. Mit Unterstützung Pinays verlangte er den Verzicht auf Abrüstungs- und Inspektionsideen, die die Teilnahme zweier deutscher Staaten voraussetzten, und bewog Macmillan tatsächlich zum Einlenken. Die vier Minister einigten sich auf ein zurückhaltenderes Tempo bei der Vorlage westlicher Angebote und deren Konkretisierung erst nach grundsätzlicher sowjetischer Billigung des westlichen Gesamtpaktes von Wiedervereinigung und Sicherheitsgarantien. An echte Fortschritte in der deutschen Frage dachte niemand. Die Sowjetunion suche zwar weiter die Entspannung, wolle aber zugleich an der Zwei-Staaten-Theorie festhalten, hieß es allenthalben. Einzelheiten über eine entmilitarisierte Zone sollten daher gar nicht erst diskutiert werden. Statt dessen wollte man die Sowjetunion über bestimmte Sondermaßnahmen bezüglich der Verteilung militärischer Verbände und Anlagen informieren. Damit war es von Brentano trotz Unterstützung Macmillans aufgrund des vehementen Widerstands von Pinay, in Abstufungen auch von Dulles, nicht gelungen, eine Zusage über das Angebot der Entmilitarisierung der DDR in das westliche Konzept aufzunehmen³¹⁹.

Ein zweiter Konflikt entzündete sich zwischen dem Bonner und dem Pariser Außenminister über den sogenannten „Zusicherungsvertrag“ über das Verbot zur Stationierung von Truppen außerhalb der eigenen Grenzen ohne Zustimmung des Gastlandes. Die Westmächte hatten ihre Zusage mit dem Vorbehalt versehen, daß sich diese Truppen dort nicht aufgrund kollektiver Verteidigungsabmachungen befänden³²⁰. Von Brentano, der wegen des für Frankreich desaströsen Ergebnisses des Saarreferendums am Vortage mit einigem Unbehagen in die Konferenz gegangen war³²¹, wünschte die Streichung dieses Passus, um den Sowjets keine Angriffs-

³¹⁸ S. Adenauer an von Brentano, 22. 10. 1955, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 76–78; ders. an Eden, 24. 10. 1955, in: ebd., S. 78–80; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 35–37; Grewe, Rückblenden, S. 266 f.; Kosthorst, Brentano, S. 81. Blankenhorn informierte die westlichen Delegationen am Eröffnungstag der Genfer Außenministerkonferenz über dieses Schreiben (AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 166, Bl. 1–2, Französische Delegation an MAE, Tel. 16/20, 28. 10. 1955, Très secret, Réserve).

³¹⁹ S. Unterredung zwischen Dulles, Macmillan, Pinay und von Brentano vom 24. 10. 1955, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 621–630; Grewe, Rückblenden, S. 269; Kosthorst, Brentano, S. 82; Rupieper, Verbündeter, S. 462; Thoß, Beitritt, S. 182.

³²⁰ S. Entwurf des Zusicherungsvertrages, vorgelegt von den Westmächten am 27. 10. 1955, in: EA 1956, S. 8517.

³²¹ S. PA, BStS, Bd. 338, Erklärung von Brentanos auf der Konferenz der Missionschefs in Bonn,

flächen zu bieten. Pinay stellte sich aber quer, weil ihn die Sorge umtrieb, die Deutschen könnten einen Abzug der NATO-Truppen verlangen³²². Ihnen eine solche Dislozierung der ausländischen Soldaten vor dem Inkrafttreten des Sicherheitspaktes zuzugestehen, galt in Paris als unannehmbar³²³. Im Gegensatz zu den Amerikanern reichte den Franzosen die Nordatlantische Allianz als Sicherheitsinstrument gegen etwaige Eigenmächtigkeiten eines wiedervereinigten Nachbarn nicht aus. „La maturité politique des Allemands n'est pas suffisante et la tentation de neutralisme est trop forte pour que l'on ne s'efforce pas de prendre d'indispensables mesures de sauvegarde.“ Die Bedenken der Verbündeten gegen den französischen Phasenplan, denen zufolge Sicherheitsmaßnahmen vor der Vollendung der deutschen Einheit die Teilung vertieften und die Neigung der Deutschen zum Neutralismus noch steigerten, galten als haltlos, sofern diese Maßnahmen im entscheidenden Augenblick des Einigungsprozesses einsetzten³²⁴. Nach einem heftigen Schlagabtausch gab Brentano mit Blick auf das Saarreferendum klein bei³²⁵.

Die Entzauberung des „Geistes“ von Genf

Drei Tage später, am 27.10., begann die Genfer Außenministerkonferenz der vier Kriegsgesallierten³²⁶. Nach fast dreiwöchigem Feilschen stand fest, daß sich der Status quo in der deutschen Frage nicht mehr verändern ließ. Der Westen beharrte zwar auf dem Junktim zwischen Wiedervereinigung und Sicherheit, doch Moskau begriff das erstere Problem lediglich als untergeordneten Aspekt des letzteren. Als die westlichen Vertreter ihr Gesamtpaket aus Deutschlandlösung, Zusicherungsvertrag und Sicherheitspakt mit einem wiedervereinigten, NATO und WEU angehörenden Deutschland vorlegten³²⁷, konterte ihr sowjetisches Pendant mit der Neuauflage des Projekts eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa, wie es bereits in Berlin und auf dem Genfer Gipfel sowjetische Verhandlungsgrundlage gewesen war³²⁸. Allerdings akzeptierte Molotow für eine Über-

8. 12. 1955, Abschrift der Tonbandaufnahme; ebd., Konferenz der Missionschefs vom 8. 12. 1955, Geheim. Zum Saarreferendum s. Kap. IV.3.1.

³²² S. Unterredung zwischen Dulles, Macmillan, Pinay und von Brentano vom 24. 10. 1955, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 629.

³²³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 162, Bl. 50–54, Aufzeichnung der Présidence du Conseil, Secrétariat Général Permanent de la Défense Nationale, Nr. 1756/ DN/AG/AL, Très secret, 10. 10. 1955.

³²⁴ Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 17. 10. 1955, in: BDFD I, S. 489–491, hier S. 489 (Konzept ML).

³²⁵ S. Unterredung zwischen Dulles, Macmillan, Pinay und von Brentano vom 24. 10. 1955, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 629; Felken, Dulles, S. 330; Kosthorst, Brentano, S. 82.

³²⁶ Zur Konferenz der vier Außenminister vom 27.10.–4.11. und vom 8.–16. 11. 1955 in Genf s. die Ansprachen und Sitzungsprotokolle in: Auswärtiges Amt (Hg.), Außenministerkonferenz 1955; DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 435–497; DzD, III. Reihe, Bd. 1, S. 489–719; FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 632–802; s.a. den undatierten, vertraulichen Bericht in: PA, NL Kordt, Bd. 23, Nr. 99; aus der Memoirenliteratur vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 31–62; Grewe, Rückblenden, S. 269–273; Macmillan, Tides of Fortune, S. 643–649; Analysen auf archivalischer Grundlage in: Felken, Dulles, S. 331–340; Kosthorst, Brentano, S. 83–88; Lindemann, Deutschlandfrage, S. 199–204; Lohse, Lockungen, S. 187–189; Thoß, Beitritt, S. 183–188.

³²⁷ S. Memorandum der USA, Großbritanniens und Frankreichs, am 27. 10. 1955 vorgelegt, von Molotow am 28. 10. 1955 offiziell angenommen, in: EA 1956, S. 8516–8519; zur Datierung s. Felken, Dulles, S. 332, Anm. 83.

³²⁸ S. sowjetischer Entwurf eines Vertrages über kollektive Sicherheit, am 28. 10. 1955 vorgelegt, in: EA 1956, S. 8519f.

gangsphase den Fortbestand der Allianzen und versuchte durch ein dosiertes Entgegenkommen gegenüber dem britischen Inspektionsplan, die westlichen „Aufweichungstendenzen“ beim Junktin zu verstärken³²⁹. Nur in einem Vieraugengespräch mit Pinay äußerte sich Molotow einen Moment lang konzilianter und meinte, selbstverständlich müßten in Deutschland einmal freie Wahlen stattfinden. Es dürfe aber nichts überstürzt werden. Die „deutsche Frage“ sei nur durch eine „solution graduelle“ zu lösen, die vor allem auch darauf achte, daß Deutschland nicht wieder in den Militarismus abgleite³³⁰. Anders als Faure auf dem Genfer Gipfel neigte Pinay nicht zu Eskapaden und ging auf Molotows Andeutungen nicht ein. In Übereinstimmung mit Dulles und Macmillan bekräftigte er in seinen diversen Auftritten die Forderung nach Beendigung der deutschen Teilung als Voraussetzung echter Entspannung und etwaiger Verhandlungen über ein System europäischer Sicherheit³³¹. Neue Forschungen sehen darin keinen wirklichen Wunsch nach Aufhebung der deutschen Teilung, sondern lediglich die Absicht, die bereits vollzogene Anerkennung des Status quo mit einem „Alibi“ zu versehen³³². Aus französischer Perspektive konnte von einer solchen „Alibi“-Funktion natürlich nicht die Rede sein. Blankenhorn berichtete nach einem Gespräch mit Roland de Margerie aus Genf, Pinay setze sich für die Wiedervereinigung „fast noch stärker“ ein als Dulles und Macmillan. Angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen in Frankreich dürfe das aber nicht an die Öffentlichkeit gelangen, da gewisse Kreise ihm wegen seiner prodeutschen Haltung sonst Schwierigkeiten bereiteten³³³.

Unter den deutschen Beobachtern vor Ort herrschte über die sowjetische Haltung offener Dissens. Während Grewe Adenauer sofort auf die großen Gefahren des Molotow-Planes aufmerksam machte³³⁴, richteten sich Blankenhorns Bedenken weniger gegen die östliche Machinationen als gegen einen Stillstand der Verhandlungen aufgrund einer zu rigiden westlichen Verhandlungsführung. Englischen Quellen zufolge ging er in einer persönlich deklarierten Mitteilung vom 31. 10. gar so weit, den Verbündeten das Angebot einer Neutralisierung Deutschlands als quid pro quo für die Wiedervereinigung anzuempfehlen³³⁵. Adenauers Intimus näherte sich damit in gewisser Weise der von Unruhe gezeichneten Position der deutschen Sozialdemokratie an. Herbert Wehner, Vorsitzender des Ausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen im Deutschen Bundestag, kritisierte den westlichen Plan als Hindernis für einen Konferenzerfolg und kündigte

³²⁹ Thoß, Beitritt, S. 184.

³³⁰ Unterredung zwischen Pinay und Molotow vom 4. 11. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 465 f., hier S. 466; s.a. ders. an MAE, Tel. 219/229, 5. 11. 1955, *Résumé*, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 779–781; BA, NL Blankenhorn, Bd. 56, Bl. 37 f., Blankenhorn u. Grewe an AA, Tel. 31, 8. 11. 1955, *Geheim, Citissime*; Aufzeichnung über ein Expertentreffen der Westmächte vom 8. 11. 1955, *Secret*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 703 f.

³³¹ S. Erklärungen Pinays vom 27., 28., 29. 10. u. 2. 11. 1955, in: DzD, III. Reihe, Bd. 1, S. 489–492, 514–516, 519–523 u. 563 f.

³³² Lohse, Lockungen, S. 188.

³³³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 56, Bl. 37 f., Blankenhorn u. Grewe an AA, Tel. 31, 8. 11. 1955, *Geheim, Citissime*.

³³⁴ S. Aufzeichnung Grewe, 1. 11. 1955, in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 43–46.

³³⁵ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 85; Rupieper, Verbündeter, S. 463 f.

Ende Oktober eine Reise nach Genf an³³⁶. Dort angekommen, äußerte er sich zum Entsetzen der Bonner Vertreter positiv zu dem bereits vom Westen abgelehnten sowjetischen Vorschlag, beide deutsche Staaten an der Konferenz teilnehmen zu lassen³³⁷.

Derweil forderten liberale und sozialdemokratische Politiker im fernen Bonn die deutsche Delegation lautstark auf, aktiver ins Geschehen einzugreifen. Die SPD gab dabei – wenn auch eher hinter vorgehaltener Hand – zu erkennen, für die Wiedervereinigung auch das Opfer der Neutralisierung Deutschlands aufbringen zu wollen. Noch aber – so sahen es französische Diplomaten am Rhein – war der Wunsch nach der Einheit in der Bevölkerung nicht so stark, als daß sie bereit sei, „à abandonner les chemins rassurants de l’alliance atlantique pour le risque inconnu de la neutralité“. Folglich gab es auch noch keinen Grund zu der Sorge, die Bundesregierung könnte von der Öffentlichkeit gezwungen werden, den Forderungen der Opposition nachzugeben³³⁸.

Adenauer gab jedoch keine Ruhe³³⁹ und beorderte Blankenhorn kurzerhand Anfang November zurück, um ihn mit neuen Instruktionen wieder an den Lac Lemman zu schicken. Die Taktik war klar: Mit dem ausdrücklichen Dank an die bisherige Verhandlungslinie forderte der Kanzler die Westmächte zu einer „Mittellinie zwischen freundschaftlicher Umarmung und Kaltem Krieg“ gegenüber den Osten auf und verlangte von ihnen, die Konferenz unter keinen Umständen in einer betont freundlichen Atmosphäre ausklingen zu lassen, die Tür aber auch nicht endgültig zuzuschlagen³⁴⁰. Hatte sein Emissär sich früher gegen weitere Verhandlungen zwischen Ost und West nach einer gescheiterten Genfer Außenministertagung ausgesprochen³⁴¹, drängte der Kanzler jetzt auf eine weitere Konferenz, um mittels Ost-West-Gesprächen die DDR von „Maßnahmen zur Abschnürung Berlins“ abzuhalten³⁴².

Von Brentano schien dieser Kurs noch zu weich. Als die am 8.11. eingeläutete zweite Konferenzhälfte in einen mit zunehmender Härte geführten öffentlichen Schaukampf auszuarten drohte, riet der Bundesaußenminister seinen Kollegen bei einem Kurzbesuch am Tag darauf den Abbruch der Verhandlungen als Schocktherapie für die öffentliche Meinung. Obwohl sie jedes weitere Gespräch über die Wiedervereinigung für zwecklos hielten, folgten sie ihm darin nicht, weil sie nicht den Makel des ersten Schrittes auf sich laden wollten. Dulles empfahl lediglich, die Veranstaltung ohne Festsetzung eines Termins für weitere Verhandlungen enden

³³⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 166, Bl. 12–13, de Margerie an MAE, Tel. 4207/16, 29. 10. 1955.

³³⁷ S. Erklärung Molotows, 31. 10. 1955, in: DzD, III. Reihe, Bd. 1, S. 550f.; Dulles an Adenauer, 3. 11. 1955, Confidential, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 680f. Zu Wehners Genf-Aufenthalt s. seine Erklärung in der Sitzung der SPD-Fraktion vom 11. 11. 1955, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2. Teilbd., S. 248–251; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 84f.

³³⁸ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 166, Bl. 77–80, de Margerie an MAE, Tel. 4220/39, 2. 11. 1955.

³³⁹ S. ebd., Bl. 100, ders. an dass., Tel. 4255/56, 3. 11. 1955, Réservé, Priorité.

³⁴⁰ Blankenhorn, Verständnis, S. 236–238, hier S. 238, Tb. 2. 11. 1955.

³⁴¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 166, Bl. 144, Pinay an MAE, Tel. 230/32, 5. 11. 1955, Réservé.

³⁴² Blankenhorn, Verständnis, S. 238, Tb. 2. 11. 1955; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 166, Bl. 102, Pinay an MAE, Tel. 201/03, 4. 11. 1955, Réservé; ebd., Bl. 125, de Margerie an dass., Tel. 4273/77, 4. 11. 1955, Réservé; Thoß, Beitritt, S. 185.

zu lassen. Wie Macmillan riet Pinay hingegen wohl auch mit Blick auf die ihn beunruhigenden Erklärungen der SPD zur Fortsetzung der Gespräche und erinnerte von Brentano an die Eröffnungen Blankenhorns über entsprechende Wünsche von Adenauer. Aus seiner Sicht war es zwar nötig, die Öffentlichkeit aufzuklären, doch durfte sie nicht den Eindruck gewinnen, als ob der Verhandlungsweg verlassen würde³⁴³. Rücksicht auf die Öffentlichkeit kennzeichnete auch seine Reaktion auf eine von Dulles als propagandistischen Gegenschlag konzipierte Anregung zugunsten sofortiger Vorbereitungen für freie Wahlen in Deutschland³⁴⁴. In einer vorab stattfindenden innerwestlichen Beratungsrunde empfahl der amerikanische Außenminister, die vorbereitete Resolution von der deutschen Delegation in einer Note an die Vier Mächte einleiten zu lassen, wobei die Westmächte sie sich dann zu eigen machen sollten. Pinay lehnte dieses *Procédere* entschieden ab, da es ihm „nicht recht“ war, wenn die Bundesrepublik aktiver in Erscheinung träte. Seine Begründung sprach Bände: Der Westen habe sich bisher mit eigenen Initiativen zurückgehalten, und er wolle sich nicht von der französischen öffentlichen Meinung vorhalten lassen, von den Deutschen zu mehr Engagement angetrieben worden zu sein. Obwohl Blankenhorn massiv zugunsten der Überlegungen von Dulles intervenierte, einigte man sich schließlich darauf, den Entwurf als einen gemeinsamen der Westmächte zu deklarieren³⁴⁵. Am Ergebnis der Konferenz änderte dies sicherlich nichts. Die folgenden Verhandlungsrunden über die Deutschland- bzw. Sicherheitsfrage, Abrüstung oder Ost-West-Kontakte schlepten sich dahin und wurden am 16. 11. abgebrochen³⁴⁶.

Die Reaktionen auf den Genfer Mißerfolg fielen in den westlichen Kapiteln durchaus gemischt aus. Trotz der Genugtuung über den Zusammenhalt des Westens verhehlte Adenauer nicht die Enttäuschung über die fehlenden Fortschritte bei der Wiedervereinigung³⁴⁷. Dulles hingegen bilanzierte nüchtern den Nutzen der sowjetischen Intransigenz. Die Illusionen über Möglichkeiten einer Übertragung des österreichischen Modells auf Deutschland waren zerplatzt und mußten im Westen zu einer stärkeren Einigkeit führen³⁴⁸. Dies sah auch Pinay so und äußerte sich froh, zumindest dieses Ziel erreicht zu haben. Da es keinen Zweifel mehr an der Unabänderlichkeit des deutsch-deutschen Status quo für ihn gab, hieß die Aufgabe der Zukunft, den westlichen Konsens zu stärken und die Anbindung der Bundesrepublik an den Westen zu festigen. Adenauer, so lautete sein Fazit, müsse seine Autorität über die zentrifugalen Kräfte in Bonn zurückgewinnen, seine Außenpolitik fortsetzen und Einvernehmen mit der Opposition

³⁴³ S. Unterredung zwischen Dulles, Macmillan, Pinay und von Brentano vom 9. 11. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 471 f.; BA, NL Blankenhorn, Bd. 56, Bl. 35 f., von Brentano an Adenauer, Tel., 9. 11. 1955, Geheim, Citissime; Felken, Dulles, S. 338 f.; Kosthorst, Brentano, S. 86 f.; Thoß, Beitritt, S. 185 f.

³⁴⁴ S. Vorschlag der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, 4. 11. 1955, in: DzD, III. Reihe, Bd. 1, S. 601.

³⁴⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 55a, Bl. 239 f., Tb. 4. 11. 1955; s.a. Felken, Dulles, S. 336.

³⁴⁶ S. *Schlußcommuniqué* zur Genfer Außenministerkonferenz, 16. 11. 1955, in: DzD, III. Reihe, Bd. 1, S. 718 f.

³⁴⁷ S. Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 55.

³⁴⁸ S. Dulles an Adenauer, 15. 11. 1955, Personal, Confidential, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, S. 795–797; Thoß, Beitritt, S. 186.

suchen, um die Deutschen gegenüber dem sowjetischen Sirenen gesang zu immunisieren³⁴⁹.

Zu diesem Einvernehmen war es aber noch ein weiter Weg. Gewiß, auch die SPD machte vornehmlich die Sowjetunion für das Scheitern der Konferenz verantwortlich³⁵⁰. Ansonsten trennte sie wie auch die FDP von der Deutschlandpolitik des Kanzlers aber eine breite Kluft³⁵¹. Christian de Margerie erwartete nach dem Fehlschlag in Genf nicht zu Unrecht zunehmende Forderungen der SPD an die Bundesregierung in Richtung auf eine aktivere Ostpolitik gegenüber Ost-Berlin und Moskau. Daß Adenauer derartigen Versuchungen nachgeben würde, stand für ihn nicht zu befürchten, sah er doch eher Anzeichen dafür, daß der Kanzler sich nun stärker der Idee der europäischen Integration zuwandte³⁵². De Margeries Annahme wurde kurz darauf von Adenauer persönlich bestätigt. In einem „herzliche[n] und intime[n]“ Gedankenaustausch³⁵³ mit Pinay, für den Blankenhorn den französischen Außenminister gewonnen hatte³⁵⁴, betonte der Kanzler am 13. 11. in Rhöndorf seine Genugtuung über den Ausgang der Genfer Konferenz, die der Öffentlichkeit die Augen öffne und die Solidarität des Westens stärke. „Une des tâches des occidentaux“, so folgerte er, „doit être de relancer l'idée européenne et celle-ci doit essentiellement se fonder sur la coopération franco-allemande“³⁵⁵. Dies wurde im Quai d'Orsay lebhaft begrüßt. Denn in dem Maße, wie die Westdeutschen versucht sein könnten, nach Ost-Berlin und Moskau zu schießen, hielten die Franzosen es für um so wichtiger, ihnen andere Perspektiven zu eröffnen³⁵⁶.

Das eigentlich positive Ergebnis des Ost-West-Verhandlungsmarathons im Sommer und Herbst 1955 war denn auch für die Regierungen in Bonn und Paris wohl das sich festigende Gefühl der gegenseitigen Abhängigkeit. In den Augen von Maltzans lenkte Pinay die französische Außenpolitik nach einer von 1945 bis 1948 dauernden Phase „illusionistischer Großmachtpolitik“ und einer Periode des europäischen Führungsanspruchs im Anschluß an das Scheitern der EVG endlich in realistischere Bahnen. Die Mittlerstellung zwischen Ost und West als Schimäre begreifend, sähe sich Frankreich angesichts der Schwierigkeiten in Nordafrika „auf Gedeih und Verderb mit dem kontinentalen Westeuropa verbunden“ und „auf seinen Nachbarn Deutschland zurückgeworfen“. Wie sehr es sich ihm verbunden fühle, stelle Paris insbesondere in der Frage der Wiedervereinigung unter Beweis, für die es im Vergleich zu London oder Washington

³⁴⁹ S. Zirkularaufzeichnung Pinay, 25. 11. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 863–872; Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 21. 11. 1955, *Confidentiel*, in: ebd., S. 836–840; Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 1. 12. 1955, in: ebd., S. 894–911; Calandri, *Détente*, S. 179; Lohse, *Lockungen*, S. 189.

³⁵⁰ Vgl. Cahn, *Parti*, Bd. 2, S. 49 f.

³⁵¹ S. Interview Ollenhauers, Ende Oktober 1955, in: AdG 1955, S. 5425F; Artikel des Sozialdemokratischen Pressedienstes, 24. 11. 1955, in: ebd., S. 5492; Erklärungen Dehlers, 17. u. 19. 11. 1955, in: ebd., S. 5491C; vgl. Cahn, *Parti*, Bd. 2, S. 50 f.; Schmitz, *Einheit*, S. 129.

³⁵² S. de Margerie an Pinay, Tel. 4333/42, 10. 11. 1955, *Réservé*, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 792–794.

³⁵³ PA, BStS, Bd. 229, Erklärung Hallsteins in einem Informationsgespräch vom 13. 11. 1955.

³⁵⁴ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 55a, Bl. 239 f., Tb. 4. 11. 1955.

³⁵⁵ Unterredung zwischen Adenauer und Pinay vom 13. 11. 1955, in: DDF 1955, *Annexes*, Bd. 2, S. 485–487, hier S. 485; vgl. Kap. IV.2.1.

³⁵⁶ S. Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 21. 11. 1955, *Confidentiel*, in: DDF 1955, *Annexes*, Bd. 2, S. 836 f.

„am zähesten und rücksichtslosesten“ einträte³⁵⁷. In Übereinstimmung mit von Brentano vertrat der Botschafter die Ansicht, daß Frankreich in dieser Hinsicht „gegenwärtig der sicherste Bundesgenosse, der zuverlässigste Sekundant“ sei³⁵⁸. Gegner und Befürworter der deutschen Einheit, vermeldete er in diesen Tagen mit einer gewissen Genugtuung, seien laut jüngster Meinungsumfrage mit jeweils 31% „bereits gleich stark“, während ein Jahr zuvor die erste Gruppe noch „stark überwogen“ hätte³⁵⁹. Als wichtigste Aufgabe der deutsch-französischen Politik bewertete von Maltzan daher, „die sich abzeichnenden Affinitäten rasch in institutionelle Tatsachen umzuwandeln und damit nicht so lange zu warten, bis eine deutsch-französische Partnerschaft die weltpolitische Entwicklung nicht mehr zu beeinflussen vermag. Mehr denn je aber liegt in der Herstellung eines deutsch-französischen Blocks speziell in den außenpolitischen Fragen die große Chance zu einer Neuordnung Europas.“ In der Frage der deutschen Einheit bedurfte es seiner Ansicht nach eines konsequenten Festhaltens am Junktim mit der europäischen Sicherheit, wobei Bonn allerdings gut daran täte, „nicht nur ausschließlich von der Wiedervereinigung Deutschlands [zu] reden, sondern gelegentlich auch von der Wiedervereinigung Europas mit den osteuropäischen Staaten“, um die traditionellen Bindungen Frankreichs zu jenen Staaten ins Spiel zu bringen³⁶⁰.

Adenauer, dem die Ergebnisse der Umfrage mitgeteilt wurden, wollte sich von dem Optimismus seines Botschafters nicht anstecken lassen. Für ihn bedeutete es eine „Torheit“ zu glauben, die Westmächte wären „etwa der Wiedervereinigung Deutschlands zuliebe nun gewillt [...], besondere Opfer zu bringen“³⁶¹. In bezug auf die Intensivierung der engen Kooperation mit Frankreich pflichtete er seinem Vertreter in Paris aber ausdrücklich bei, nicht nur wegen der Versteifung der sowjetischen Deutschlandpolitik, sondern auch, ja vor allem wegen der prekären Weltlage am Ende des Jahres 1955. Seit Herbst befürchtete er die Eröffnung einer neuen Front des Kalten Krieges im östlichen Mittelmeer. Die Region glich einem Pulverfaß, und Adenauer machte vor allem die englische Politik dafür verantwortlich³⁶². Pinay bestärkte ihn in dieser Auffassung, sah dort das „hauptsächliche Spannungsfeld der Weltpolitik“ und beklagte, wie der Sowjetunion nicht zuletzt durch die „französisch-britische Rivalität“ vor Ort das Spiel erleichtert würde³⁶³.

Nicht minder gefährlich wirkte auf den Kanzler die Situation in Nordafrika, die seit dem Beginn des Aufstandes in Algerien Anfang November 1954 eine neue

³⁵⁷ Von Maltzan an AA, 205–00 I 4728/55, 4. 11. 1955, Vertraulich, in: BDFD I, S. 492–498, hier S. 492 u. 493.

³⁵⁸ PA, BStS, Bd. 338, Erklärung dess. auf der Konferenz der Missionschefs in Bonn, 8. 12. 1955, Abschrift der Tonbandaufnahme, im Auszug in: BDFD I, S. 507 f., hier S. 507; s.a. PA, BStS, Bd. 338, Erklärung von Brentanos auf der Konferenz der Missionschefs in Bonn, 8. 12. 1955, Abschrift der Tonbandaufnahme; ebd., Konferenz der Missionschefs vom 8. 12. 1955, Geheim.

³⁵⁹ Ebd., Ref. 700, Bd. 26a, von Maltzan an AA, 205–00 I 4855/55, 18. 11. 1955; s.a. ebd., Kassler an von Welck, Vermerk, 18. 11. 1955.

³⁶⁰ Von Maltzan an AA, 205–00 I 4728/55, 4. 11. 1955, Vertraulich, in: BDFD I, S. 493 u. 496.

³⁶¹ Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 32, Wortprotokoll, 13. 12. 1955.

³⁶² Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 238.

³⁶³ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 12, von Maltzan an AA, 205–00 I 4966/55, 5. 12. 1955.

Eskalationsstufe erreicht hatte³⁶⁴. An der moralischen Berechtigung Frankreichs, seine Départements zu verteidigen, bestand für ihn kein Zweifel³⁶⁵, wenngleich dieser Standpunkt von der deutschen Diplomatie nicht uneingeschränkt geteilt wurde. In einem von Paul Frank konzipierten großen Bericht über die außenpolitische Lage Frankreichs plädierte die Pariser Botschaft Anfang November entschieden dafür, „der Erhaltung dieser Gebiete im europäischen Einflußbereich Verständnis entgegenzubringen“, ohne aber einem „überholten und engstirnigen Kolonialismus“ das Wort zu reden³⁶⁶. Blankenhorn ging Ende Dezember noch einen Schritt weiter und bezeichnete die französischen Besitzungen als „unhaltbar“. In einer großen europäisch-atlantischen Anstrengung müßten die wirtschaftlichen Verhältnisse reformiert werden, um „dieses strategisch und politisch so bedeutsame Hinterland Europas“ nicht vollends zu verlieren. Von Frankreich erhoffte er sich in dieser Hinsicht nicht sehr viel, dominierte doch in den führenden Kreisen der Assemblée Nationale seines Erachtens der „ängstliche Rentnerverstand“, der dazu führe, daß die europäische Position in Nordafrika ebenso bröckele wie in Indochina³⁶⁷. Französische Kollegen wie Soutou pflichteten dem deutschen Diplomaten nachdrücklich bei. Auch er glaubte, die zugespitzte Lage am südlichen Mittelmeerufer nur mit großen Investitionen durch eine Gemeinschaftsaktion des Westens meistern zu können. Allerdings bezweifelte er, ob seine Regierung angesichts der „Engstirnigkeit der sogenannten bürgerlichen Krise und auch der Industrie“ stark genug sei, um die Initiative zu ergreifen. „Wenn Nordafrika verloren gehe und wenn damit das Mittelmeer neutralistisch werde, d. h. mittelbar unter russischen Einfluß gerate, könnten Italien und Frankreich nicht mehr gehalten werden“³⁶⁸.

Angesichts derartig bedrohlicher Krisenszenarien, unverkennbarer Anzeichen eines exklusiven Dialogs der Weltmächte sowie der selbständigen Diplomatie der Engländer dachten einige Politiker in Bonn insgeheim darüber nach, die Beziehungen zu Paris nach der erreichten Normalisierung jetzt zu neuen Ufern zu lenken³⁶⁹. Der Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte, Theodor Oberländer, hatte bereits im Januar 1955 angeregt, Frankreich einen Friedenspakt auf „ewige Zeiten“ vorzuschlagen und den Aufbau einer deutsch-französischen Universität ins Werk zu setzen³⁷⁰. Eine solche Demonstration guten Willens schien ihm zwingend notwendig, weil er aus vielfältigen Gesprächen an der Seine erfahren hatte, „wie tief das Mißtrauen gegen Deutschland im französischen Volk verwurzelt“ sei und wie schwer es der Regierung fallen werde, dagegen anzukämpfen³⁷¹. Nun, nach dem Inkraftsetzen der Pariser Verträge hatte sich das Verhältnis entspannt, der Zeitpunkt für die Umsetzung eines

³⁶⁴ Vgl. Droz/Lever, *Guerre d'Algérie*, S. 59–85.

³⁶⁵ Zur Haltung Adenauers gegenüber dem Algerienkrieg ausführlich Lappenküper, Adenauer, de Gaulle; Müller, *Algerienkrieg*; ders., *Aspekte*.

³⁶⁶ Von Maltzan an AA, 205–00 I 4728/55, 4. 11. 1955, Vertraulich, in: BDFD I, S. 494.

³⁶⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 58, Bl. 4–9, Tb. 31. 12. 1955; s.a. Blankenhorn, *Verständnis*, S. 241 f.

³⁶⁸ BA, NL Blankenhorn, Bd. 60, Bl. 178 f., Unterredung mit Soutou vom 23. 1. 1956; s.a. ebd., Bl. 175–177, Unterredung mit de Margerie vom 23. 1. 1956.

³⁶⁹ Vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Maltzan an AA, 205–00 I 3669/55, 4. 8. 1955.

³⁷⁰ Ebd., B 14, Ref. 211, Bd. 2, Bl. 55–58, Unterredung zwischen Oberländer und dem französischen Luftfahrtminister Catroux; s.a. ebd., Bl. 54, ders. an Adenauer, Schnellbrief, 7. 1. 1955.

³⁷¹ Ebd., Bl. 59, ders. an dens., 7. 1. 1955, Durch Eilboten.

solchen Gedankens schien besonders günstig. Im September plädierte Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Begründer der Paneuropa-Bewegung und seit 1952 Ehrenpräsident der Europa-Bewegung, in einem Memorandum an die Regierungen in Bonn und Paris für die Gründung einer deutsch-französischen Republik nach dem Vorbild der 1867 gegründeten österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie³⁷². Adenauer hielt das Projekt „zur Zeit [...] leider nicht [für] durchführbar“³⁷³. Im Auswärtigen Amt galt es ebenfalls als „irrealistisch“³⁷⁴, eine intensivere Kooperation à deux wurde indes sehr wohl begrüßt. Mitte November sprach sich Staatssekretär Hallstein gegenüber dem französischen Geschäftsträger de Margerie für regelmäßige deutsch-französische Begegnungen auf höchster Ebene aus, um die Außenpolitik in den beiderseits des Rheins interessierenden Gebieten besser zu koordinieren. Dabei ging er ausdrücklich davon aus, daß derartige Konsultationen zu keinen Mißverständnissen bei den Partnern führten³⁷⁵. Inhaltlich zielte die Bundesregierung vor allem auf eine Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit in der Europapolitik als Gegengewicht zu den innenpolitischen Forderungen nach direkten Verhandlungen mit Moskau. SPD und FDP lehnten dieses Ansinnen nicht prinzipiell ab, bestanden aber darauf, das Ziel der Wiedervereinigung nicht abzuschreiben³⁷⁶. Dem durfte sich, wie die französische Diplomatie scharfsichtig erkannte, der Kanzler natürlich nicht völlig verschließen, wollte er sich nicht dem Vorwurf des Immobilismus aussetzen. Letztlich aber bauten die Verantwortlichen in Bonn und Paris als Schutz vor einer infolge der Stagnation in der Wiedervereinigung drohenden „politique de rechange“ auf die „relance européenne“³⁷⁷.

Die Bundestagsdebatte Anfang Dezember bestärkte Adenauer noch in diesem Kurs. Ollenhauer bezeichnete die Gesamtkonzeption der Bonner Außenpolitik zwar als irrig, weil die Aufrüstung eben kein Einlenken der Sowjetunion in der deutschen Frage gebracht habe. Doch sein klares Eintreten für eine Wiedervereinigung auf der Basis des Rechts und der Freiheit quittierte der Kanzler mit ostentativem Dank³⁷⁸. Obwohl die SPD schließlich gegen eine Entschließung votierte, die die Regierungserklärung von Brentanos billigte³⁷⁹, setzte man in Paris darauf, daß die Debatte den Auftakt zur erwünschten „politique bipartisane“ zwischen Christ- und Sozialdemokraten bilde³⁸⁰. Dies schien nicht nur wegen der von der Bundesrepublik zu bewältigenden außenpolitischen Probleme notwendig, sondern auch wegen des zerstörten Verhältnisses zwischen der Union und den Liberalen, von denen einige Abgeordnete bei der Abstimmung den Plenarsaal demon-

³⁷² S. PA, BStS, Bd. 221, Coudenhove-Kalergi an Hallstein, 20. 9. 1955, nebst Anlage.

³⁷³ Adenauer an Coudenhove-Kalergi, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 58.

³⁷⁴ PA, BStS, Bd. 221, von Puttkamer an Hallstein, 20. 10. 1955; s.a. ebd., Hallstein an Coudenhove-Kalergi, St.S. Nr. 1309/55, 28. 10. 1955, Entwurf.

³⁷⁵ S. de Margerie an Pinay, Tel. 4345/48, 11. 11. 1955, Réserve, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 794.

³⁷⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 166, Bl. 282–283, ders. an MAE, Tel. 4430/36, 17. 11. 1955; ebd., Allemagne, Bd. 355, Bl. 138–139, ders. an dass., Tel. 4488/96, 19. 11. 1955.

³⁷⁷ Ders. an Pinay, Nr. 1814, 22. 12. 1955, in: BDFD I, S. 508–514, hier S. 509 u. 513.

³⁷⁸ S. Bundestagsrede Ollenhauers, 2. 12. 1955, in: BT, Sten. Ber., Bd. 27, S. 6155–6162; Bundestagsrede Adenauers, 2. 12. 1955, in: ebd., S. 6162f.; Klotzbach, Weg, S. 354f.

³⁷⁹ S. Regierungserklärung von Brentanos, 1. 12. 1955, in: BT, Sten. Ber., Bd. 27, S. 6101–6111; Entschließung des Bundestages, 2. 12. 1955, in: Bulletin 1955, S. 1925.

³⁸⁰ De Margerie an Pinay, Nr. 1814, 22. 12. 1955, in: BDFD I, S. 510.

strativ verlassen hatten³⁸¹. Die sich um Dehler formierende Fronde hatte Adenauer kurz zuvor dazu veranlaßt, der FDP-Fraktion ultimativ ein klares Bekenntnis zu den Pariser Verträgen abzuverlangen³⁸². Indem Dehler mit dem Argument aufwartete, die Bundesrepublik könne jeder Zeit die Revision der Abkommen fordern, wenn damit der Wiedervereinigung gedient werde, diskreditierte er sich im Kanzleramt wie im Quai d'Orsay. Nicht die Bundesrepublik, so sah man es an der Seine, sondern das aus freien Wahlen hervorgegangene Gesamtdeutschland durfte nach der Bildung einer Regierung über die Frage der Allianzzugehörigkeit entscheiden³⁸³.

³⁸¹ Vgl. AdG 1955, S. 5499.

³⁸² S. Adenauer an Dehler, 22. 11. 1955, in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 80–82; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 222–235; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 254 f.

³⁸³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1065, Bl. 174–176, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 5. 12. 1955 (Konzept ML).

*IV.1.2 Dissonanzen zwischen Bonn und Paris – Spannungen in der NATO –
Krieg am Suezkanal: Das Krisenjahr 1956*

Änderungen im französischen Personaltableau

Die Jahre 1955 und 1956 gelten als „kritische Reifungsperiode deutscher Außenpolitik“¹. Das alte Thema der Wiedervereinigung stand zwar weiterhin auf der weltpolitischen Tagesordnung. Es ging aber in einen neuen Aggregatzustand über, in dem neue Elemente der Entspannungspolitik vorherrschten, Rüstungskontroll- bzw. Abrüstungsverhandlungen in den Vordergrund traten. Adenauer hatte aus den Viermächtekonferenzen des Vorjahres die Lehre gezogen, daß vorerst keine Fortschritte in der „deutschen Frage“ erzielt werden könnten². Demgegenüber verfocht die SPD-Opposition ihr nationalpolitisches Anliegen trotz der wenig günstigen weltpolitischen Rahmenbedingungen „eher noch intensiver“ als bisher³. Folglich mußte die Bundesregierung darauf bedacht sein, die Öffentlichkeit vor unrealistischen Hoffnungen auf deutschlandpolitische Erfolge zu schützen und die Bündnispartner davon abzuhalten, das Deutschlandproblem völlig in den Hintergrund zu schieben. Am Junktum zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung durfte nicht gerüttelt werden⁴. Dieses Unterfangen war um so schwieriger, als die Abrüstung ja in keinem direkten Zusammenhang zur „deutschen Frage“ stand, beide Komplexe aber sehr wohl durch funktionale Bezüge verbunden waren. Denn die Elemente des ersteren, etwa Inspektionszonen oder Disengagement, hatten in ihrer Umsetzung Rückwirkungen auf den zweiten. Abrüstungspolitische Anreize konnten möglicherweise zu mehr Flexibilität in der Wiedervereinigungsdiskussion führen, Erfolge der Abrüstungspolitik ohne gleichzeitige deutschlandpolitische Fortschritte die deutsche Teilung jedoch auch zementieren⁵.

Kritisch verlief diese Reifungsperiode für die Bundesrepublik aber nicht nur wegen der neuen Prioritäten in den internationalen Beziehungen, sondern auch, ja vor allem wegen der nun auftauchenden Divergenzen mit den westlichen Partnern. Da die USA angesichts der Spannungen im Nahen Osten und der nahenden Präsidentschaftswahlen zur Zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion neigten, Großbritannien sogar auf das Gespräch mit der östlichen Vormacht und mehr auf Flexibilität steuerte⁶, bekam die gute Nachbarschaft zu Frankreich für die Bundesrepublik besondere Bedeutung. Doch nach dem Jahreswechsel 1955/56 zeigten sich plötzlich tiefe Risse im beiderseitigen Verhältnis. Daß sie nicht zu einer nachhaltigen Beschädigung der bilateralen Beziehungen führten, lag nicht zuletzt an

¹ Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 348.

² S. Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 13. 1. 1956, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 731.

³ Klotzbach, Weg, S. 362.

⁴ S. PA, BStS, Bd. 338, Erklärung von Brentanos auf der Konferenz der Missionschefs in Bonn, 8. 12. 1955, Abschrift der Tonbandaufnahme; ebd., Konferenz der Missionschefs vom 8. 12. 1955, Geheim.

⁵ Vgl. Felken, Dulles, S. 421; zu den Disengagementplänen vgl. ausführlich: Cabalo, Rüstungskontrollzone.

⁶ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 94.

der sich 1956 entwickelnden ernstzunehmenden Krise im atlantischen Bündnis⁷, die die Regierungen in Bonn und Paris zur gemeinsamen Wahrung ihrer Sicherheits- und Politikinteressen zwang.

Jetzt aber, Anfang Januar standen die Zeichen auf Sturm. Was war geschehen? Die Freude über Pinays feste Haltung auf der Genfer Außenministerkonferenz des vergangenen Herbstes wich in Bonn mit den nahenden Wahlen zur französischen Nationalversammlung erhöhter Besorgnis. Sie galten von vornherein als „Unsicherheitsfaktor“ für die Fortsetzung des bilateralen Einvernehmens⁸. Faure hatte sich in den letzten Monaten aufgrund der Annäherung der beiden Weltmächte mehr und mehr von einer die Autonomie betonenden Außenpolitik verabschieden müssen. Durch die Einleitung einer liberaleren Kolonialpolitik in Marokko und Tunesien versuchte er, die außenpolitischen Belastungen zu senken. Die Krise der Französischen Union konnte damit nicht behoben werden, ja er schwächte damit gar seine parlamentarische Basis, weil die Gaullisten wegen der Marokko-Politik aus seinem Kabinett austraten. Auch die dringend notwendigen Wirtschaftsreformen kamen nur schleppend in Gang. Das Parlament war kaum noch arbeitsfähig, da Sozialisten und Mendèsisten in grundsätzlicher Opposition verharren⁹. Um die Blockade in der Assemblée Nationale zu beheben, strebte der Président du Conseil vorgezogene Parlamentswahlen an, wobei die Diskussion über den Termin sich mit dem Projekt einer Wahlreform überschneit¹⁰. Differenzen über diese Frage führten am 29.11. zum Sturz der Regierung, die am Tag darauf die Auflösung der Nationalversammlung beschloß und die Bevölkerung für den 2. 1. 1956 an die Urnen rief¹¹.

Faures Schachzug zeitigte indes nicht die erwünschte Wirkung. Am Wahltag erwiesen sich die Extremen von Links und Rechts als die großen Gewinner. Stärkste Partei wurden der PC mit 25,6%. Die SFIO erhielten 15,0%, die Modérés 14,1%, der RGR 13,6%, die UFF (Poujadisten) 12,1%, der MRP 10,6%, die Républicains Sociaux 4,2% und Sonstige 4,8% der Stimmen. Die Gaullisten verloren damit rund 80% ihrer Wähler von 1951, was vor allem die orthodoxen Républicains Sociaux betraf, die seit 1953 das Erbe des RPF verwalteten. Die 1952 abgespaltenen rechtsgaullistischen Dissidenten der „Action Républicaine et Sociale“ (ARS), die sich 1954 dem „Centre National des Indépendants“ (CNI) angeschlossen hatten, erlitten hingegen keine schwerwiegenden Einbußen¹². Nach wochenlangem Tauziehen¹³ bildete Guy Mollet Anfang Februar ein Minderheitenkabinett, das sich auf weniger als 200 der 595 Abgeordneten verlassen konnte und dennoch mit 16 Monaten das höchste Lebensalter aller Regierungen der IV. Republik erreichen sollte. Die Koalition der Mitte war damit von einer Mitte-Links-Formation mit zwei antagonistischen Blöcken abgelöst worden, deren Trennlinie durch die Radi-

⁷ Vgl. ausführlich Felken, Dulles, S. 341–375.

⁸ PA, Ref. 700, Bd. 138, von Welck an diplomatische Vertretungen, 354.211–00/94.05/2960/55 II, 21. 11. 1955, Streng vertraulich.

⁹ Vgl. Grosser, Frankreich, S. 155–158 u. 162f.; Rémond, Frankreich, T. 1, S. 552–556.

¹⁰ S. von Maltzan an AA, 205–00 I 4728/55, 4. 11. 1955, Vertraulich, in: BDFD I, S. 497; AdG 1955, S. 5438B.

¹¹ S. PA, BStS, Bd. 162, von Maltzan an AA, Tel. 710, 29. 11. 1955, Citissime; AdG 1955, S. 5495A.

¹² S. ebd. 1956, S. 5549C u. 5586B.

¹³ Vgl. Cahn, Parti, Bd. 2, S. 149–161; Rioux, La France, Bd. 2, S. 98.

kalsozialisten von Mendès France und Faure verlief. Auf der linken Seite befanden sich die SFIO Mollets und die Anhänger von Mendès France sowie die UDSR unter der Führung Mitterrands, die sich allesamt zur Erinnerung an die Gründung der Volksfront Mitte der dreißiger Jahre „Republikanische Front“ nannten; auf der rechten standen die politischen Gruppierungen der abgewählten Regierung Faure, Radikalsozialisten, Volksrepublikaner, Gemäßigte und Bauern¹⁴.

Mollets Programm versprach Frieden für Algerien, Fortsetzung der wirtschaftlichen Modernisierung und sozialen Fortschritt. Berichterstatter aus Bonn mochten es dennoch nicht ausschließen, daß der leichte ökonomische Aufschwung der letzten Monate abebbte und Frankreich neuen Krisen entgegenging¹⁵. Wie lange, so fragte man in der deutschen Presse, konnte sich Frankreich eigentlich noch dieses ständige Auf und Ab der Regierungswechsel leisten? War es bereits zu krank für die notwendigen Reformen¹⁶?

Zum Außenminister berief der neue Regierungschef seinen Parteifreund Christian Pineau. Geboren am 14. 10. 1904 in Chaumont-en-Bassigny im Département Haute-Marne, hatte Pineau sein Berufsleben in der Banque de France begonnen. 1939 trat er in das Kabinett seines Schwiegervaters Jean Giraudoux im Kommissariat für Information ein und wechselte nach dessen Demission 1940 als hoher Beamter ins Versorgungsministerium. Parallel dazu arbeitete er im sozialistischen und gewerkschaftlichen Zweig der Résistance. Im September 1942 wurde er inhaftiert, floh nach London, kehrte aber zurück und geriet im Mai 1943 zum zweitenmal in die Fänge der Gestapo, die ihn ins Konzentrationslager Buchenwald deportierte. Nach der Befreiung Frankreichs schloß er sich der SFIO an. Seit 1946 Abgeordneter der Nationalversammlung, stand er in den Jahren danach den Ministerien für Versorgung, Öffentliche Arbeiten bzw. Wirtschaft und Finanzen vor. Im Februar 1955 scheiterte seine Investitur als Président du Conseil in der Nachfolge von Mendès France am Widerstand der Kommunisten. Erst ein Jahr später durfte der überzeugte Europäer und Anhänger der EVG wieder ein Regierungsamt bekleiden, diesmal das des Außenministers¹⁷.

Staatssekretär Pineaus im Quai d'Orsay wurde Maurice Faure, der am 2. 1. 1922 in Azerat in der Dordogne geboren wurde und nach dem Studium als Geschichtslehrer an Gymnasien in Périgueux und Toulouse gelehrt hatte, bevor er sich im Krieg der Résistance zuwandte. Nach der Libération verschrieb er sich der Politik und schloß sich dem Parti radical an, in der er weniger der Strömung um Mendès France als jener um Bourguès-Maunoury angehörte. Sein Itinerar nahm erstmals 1948 „une dimension nationale“¹⁸ an, als Yves Delbos ihn in sein Kabinett im Erziehungsministerium berief. Von 1951 bis 1983 saß er als Député radical-socialiste in der Assemblée Nationale und machte sich vor allem bei den Debatten um die Ratifizierung der EGKS und der EVG einen Namen als militanter Europäer. 1953 bis 1955 diente er seiner Partei als Secrétaire général. Von Januar

¹⁴ Vgl. Rémond, Frankreich, T. 1, S. 557–561.

¹⁵ S. Kutscher an AA, 301b/W6/56, 4. 1. 1956, in: BDFD II, S. 471–473.

¹⁶ Vgl. Artikel Haldens und von Paczenskys, in: „Die Welt“, 5. 5. 1956, im Auszug auch in: BDFD III, S. 851–856.

¹⁷ Zur Person Pineaus vgl. die knappe biographische Skizze in: Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 832 f.; zu zentralen Aspekten seiner Politik s. Pineau/Rimbaud, Grand Paris; ders., Suez/1956.

¹⁸ Riondel, Maurice Faure, S. 348.

1956 bis Mai 1958 arbeitete er in den Regierungen Mollet, Bourguès-Maunoury und Gaillard als Secrétaire d'Etat aux Affaires étrangères. In der Maikrise 1958 übernahm er für drei Tage das Innenministerium, leitete dann zwei Wochen das Ministerium der europäischen Institutionen und zog sich mit dem Regierungsantritt de Gaulles wieder auf sein Abgeordnetenmandat zurück¹⁹.

Parallel zu diesen Veränderungen in der Chefetage des Quai d'Orsay wurde auch die Stelle des französischen Vertreters in Bonn neu besetzt. Schon im Oktober 1955 war der altgediente Amtsinhaber André François-Poncet nach Paris zurückgekehrt. Nach einer Zeit heftiger Reibereien, die nicht zuletzt aus seinem „falsche[n] Überlegenheitsgefühl“ resultierten²⁰, hatte sich zu seinen Gesprächspartnern in der Bundesregierung mit dem Kanzler an der Spitze ein sehr konstruktives Verhältnis entwickelt. Als er seinen Posten aufgab, galt er als „eine der bestinformierten Persönlichkeiten“ in Bonn, die ungewöhnlich tiefe Kenntnisse von Literatur, Geschichte, Kultur, Stärken und Schwächen seines Heimatlandes mit einer profunden Neugier für sein Gastgeberland verband²¹. Adenauer schrieb er das Verdienst zu, aus den weltpolitischen Spannungen die richtige Konsequenz gezogen, sein Land freiwillig mit dem Schicksal des Westens verbunden und ihm soviel Vertrauen eingeflößt zu haben, daß er die Bundesrepublik zu einem Partner erhob²².

Als Nachfolger François-Poncets war zunächst Roland de Margerie im Gespräch. Da der erst im Mai 1955 zum Directeur général des Affaires politiques et économiques im Quai d'Orsay Ernante wenig Neigung verspürte, die anstrengende Position in Bonn zu übernehmen, und Pinay ihn während der Konferenzen in Genf als verlässlichen Mann zu schätzen gelernt hatte, entschloß sich der Minister Ende November, Louis Joxe, den Botschafter in Moskau, an den Rhein zu schicken²³. Von Brentano stimmte der Anregung sofort zu, weil er de Margerie im Quai d'Orsay für „sicherlich wichtiger“ hielt als in Bonn und von Joxe im Rahmen der Kanzlerreise an die Moskwa „einen ausgezeichneten Eindruck“ gewonnen hatte²⁴. Es sollte aber noch bis zum 28. 12. dauern, ehe Joxe seine neue Funktion übernahm²⁵. Denn insgeheim hatte er sich Hoffnungen auf den Posten des Generaldirektors in der Zentrale gemacht, um nach der für 1956 erwarteten Pensionierung von Massigli dann dessen begehrte Stellung als Generalsekretär im Quai d'Orsay zu erben²⁶. Das Kabinett entschied sich zunächst gegen ihn, doch Joxe setzte sich nach wenigen Monaten in Bonn durch. Im Juli 1956 erlag Massigli dem autoritären Führungsstil Pineaus, der ihm freilich auch wegen seiner Gegnerschaft gegen die EVG mißtraute und Joxe als seinen Nachfolger berief²⁷.

¹⁹ Zur Person von Faure vgl. ebd., S. 348 f., u. die knappe biographische Skizze in: Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 789 f.

²⁰ Köhler, Adenauer, S. 561.

²¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 30b, Bl. 155 f., Tb. 16. 3. 1955; s.a. ders., Verständnis, S. 212 f., Tb. 16. 3. 1955; Bulletin 1955, S. 1543; Bock, Perzeption, S. 606.

²² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 354, Bl. 111–136, François-Poncet an Pinay, Nr. 92, 13. 5. 1955.

²³ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 55, Blankenhorn an Adenauer, 22. 11. 1955.

²⁴ Ebd., von Brentano an Blankenhorn, MB 1388/55, 23. 11. 1955, Durch Kurier.

²⁵ S. Interview von Joxe mit dem „Hessischen Rundfunk“, 11. 1. 1956, in: Bulletin 1956, S. 68.

²⁶ S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 7, von Walther an AA, 210–03A I Nr. 5014/55, 12. 12. 1955.

²⁷ S. Massigli, Comédie, S. 517 f.; Grosser, La IVe République, S. 67 f.

Am 16. 9. 1901 in Bourg-la Reine im Département Hauts-de Seine zur Welt gekommen, wirkte Joxe nach dem Studium der Altphilologie, Geographie und Geschichte einige Jahre als Professeur agrégé de l'université. Von 1932 bis 1934 arbeitete er als Attaché im Kabinett des Unterstaatssekretärs im Außenministerium bzw. Luftfahrtministers Cot, anschließend fünf Jahre als Inspektor der Auslandsdienste der Agence Havas. 1942 übernahm Joxe, der von 1930 bis 1939 außerdem Generalsekretär des Centre d'études de politique étrangère war, für zwei Jahre das Amt des Generalsekretärs des Comité de la Libération Nationale. Danach diente er in gleicher Funktion der provisorischen Regierung unter de Gaulle. Von 1946 bis 1952 leitete er als sehr intelligent, aber auch äußerst ehrgeizig, liebenswürdig, „unprotokollarisch, spontan“ geltende und zur offenen Aussprache neigende Diplomat²⁸ als Generaldirektor die Kulturabteilung im Quai d'Orsay und ging dann als Botschafter nach Moskau. Nach seinem Interim in Bonn übernahm er im Juli 1956 für drei Jahre das Generalsekretariat im Quai d'Orsay. Im Juli 1959 stieg er zum Kabinettsmitglied mit Portefeuille auf, zunächst als Staatssekretär im Matignon, dann als Erziehungsminister, Staatsminister für Algerien (1960 bis 1962), Minister für die Verwaltungsreform (1962 bis 1967) und schließlich als Justizminister (1967 bis 1968)²⁹.

„Balancer la puissance allemande“

Welche Richtung würde die neue Regierung nun gegenüber dem östlichen Nachbarn in der „deutschen Frage“ einschlagen? Die Besetzung des Botschafterposten bot kaum Aufschlüsse, schien Joxe doch diesbezüglich „weder im positiven noch im negativen Sinne voreingenommen“³⁰. Die Beamten des Quai d'Orsay bemühten sich nach Kräften, gegenüber Bonner Diplomaten die Kontinuität der französischen Außenpolitik herauszustreichen, und brüsteten sich ein wenig zu selbstbewußt, sie werde ohnehin „allezeit mehr“ durch sie als durch die jeweiligen Minister gemacht³¹. Pineau selbst bekundete kurz nach seinem Amtsantritt im Gespräch mit von Brentano sein lebhaftes Interesse an der beiderseitigen Zusammenarbeit und würdigte die „bonne entente franco-allemande“ ganz im Stile seines Vorgängers Pinay als Basis der europäischen Integration³². Trotz der Vor-schußlorbeeren, die der französischen Führung etwa von amerikanischer Seite entgegengebracht wurden³³, galt der Kabinettswechsel der Bundesregierung dennoch als „deplorabel“³⁴. Adenauer war durch die politische Wendung in Frankreich höchst beunruhigt; ja, ihn erinnerte die Lage an die Situation in Deutschland 1933³⁵. Und er stand damit nicht allein. Als Joxe kurz nach dem Jahreswechsel im

²⁸ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 7, von Walther an AA, 210–03A I Nr. 5014/55, 12. 12. 1955; s.a. ACDP, NL Jansen, I-149, -003-[V]-1, Aktennotiz Jansens, 30. 7. 1956, Geheim.

²⁹ Zur Person von Joxe s. die knappe biographische Skizze in: Who's who in France 1990–1991, S. 918; Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 944 f.; Interview von Joxe mit dem „Hessischen Rundfunk“, 11. 1. 1956, in: Bulletin 1956, S. 68.

³⁰ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 7, von Walther an AA, 210–03A I Nr. 5014/55, 12. 12. 1955.

³¹ Ebd., Bd. 219, von Maltzan an dass., 205–99 I Nr. 1051/56, 11. 1. 1956.

³² Ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 55, Pineau an von Brentano, 2. 2. 1956.

³³ S. ebd., BStS, Bd. 281, Krekeler an Hallstein, 30. 1. 1956, Vertraulich.

³⁴ Heuss an Toni Stolper, 9. 1. 1956, im Auszug in: Heuss, Tagebuchbriefe, S. 128 f., hier S. 129.

³⁵ S. Joxe an Pinay, Tel. 64/69, 9. 1. 1956, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 20 f.

Auswärtigen Amt seine Aufwartung machte, riefen von Brentano und Hallstein ihm einer Ermahnung gleich *unisono* ins Gedächtnis, wie wichtig es sei, daß beide Staaten fest zueinander stünden³⁶.

Die Bonner Sorgen waren keineswegs unbegründet, denn die neue Regierung in Paris besaß ungeachtet aller Beteuerungen eine sehr eigenwillige Sicht zum Thema Kooperation. Schon die Regierungserklärung Mollets vom 31. 1. ließ Böses ahnen. War es der Bundesregierung wenige Tage zuvor nur mit Mühe gelungen, die beiden angelsächsischen Mächte von einer Erosion der Wiedervereinigungspolitik abzuhalten³⁷, mußte sie nun feststellen, daß der Boden auch bei den Franzosen zu rutschen begann. Die Parole dazu gab der französische Botschafter in Moskau, Maurice Dejean, der nach ersten Kontakten an seiner neuen Wirkungsstätte Pineau wissen ließ, „que la France, sans compromettre en rien la solidité des alliances sur lesquelles repose en premier lieu sa sécurité, peut jouer un rôle important dans une entreprise de détente qui se fixerait comme but essentiel d'aider l'U.R.S.S. à trouver en Europe et dans le monde sa place correspondant à ses légitimes intérêts d'Etat“. Es sei gewiß in Frankreichs Interesse, wenn die Sowjetunion dazu beitrüge, „à balancer une puissance allemande“, ohne zuviel Einfluß zu gewinnen³⁸.

Mollet machte sich diese Aufforderung in seiner Parlamentsansprache sofort zu eigen, ging dabei auch über die alte Politik der „double sécurité“³⁹ hinaus und übersah geflissentlich deutsche Empfindlichkeiten. Ausdrücklich sprach er sich dafür aus, mit der Sowjetunion neue Möglichkeiten zur Lösung der anstehenden Probleme zu suchen. Aus den Genfer Konferenzen zog er die Lehre, daß der Schwerpunkt der Ost-West-Verhandlungen in Zukunft auf der allgemeinen Abrüstung liegen müsse, die der Wiedervereinigung vorausgehe⁴⁰. Zu diesem eindeutigen Signal an die Adresse des Kreml paßte dann auch eine Erklärung des Quai d'Orsay vom 4. 2., wonach Frankreich Geist und Buchstabe des Vertrages mit der Sowjetunion von 1944 ungeachtet der einseitigen sowjetischen Annullierung vom Mai 1955 treu bleiben wolle⁴¹. Während die Abgeordneten im Palais Bourbon Mollets Politik mit 420 gegen 71 Stimmen bei 83 Enthaltungen triumphal billigten⁴² und die Sowjetunion sofort Genugtuung und Hoffnung auf französische Initiativen signalisierte⁴³, stockte den Politikern in den westlichen Kapitalen der Atem. Nur mit Mühe vermochte Joxe die sofort ausbrechende Bonner Befürchtung zu schlichten, es bahne sich eine grundlegende Umkehr von der auf den Gen-

³⁶ S. ders. an dens., Tel. 30/33, 5. 1. 1956, in: ebd., S. 13 f.

³⁷ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 191.

³⁸ Dejean an Pineau, Tel. 264/300, 2. 2. 1956, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 129–135, hier S. 135 u. 132; s.a. Calandri, Détente, S. 188 f.; Soutou, Place, S. 55.

³⁹ Vgl. Kap. III.1.2; Soutou, Place, S. 52–55.

⁴⁰ S. Regierungserklärung Mollets in der Assemblée Nationale, 31. 1. 1956, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1956, Bd. 1, S. 135–139; in deutscher Übersetzung auszugsweise in: EA 1956, S. 8646–8650; zu Mollets ostpolitischer Initiative vgl. Quilliot, S. F.I.O., S. 577–582.

⁴¹ S. Communiqué des Quai d'Orsay, 4. 2. 1956, in: AdG 1956, S. 5603; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 225, Mühlenhöver an Ref. 302 A im AA, 6. 2. 1956; ebd., von Welck an Hallstein, Aufzeichnung, 302 A 413/56, 7. 2. 1956; ebd., von Maltzan an AA, 206–00 I Nr. 1346/56, 8. 2. 1956; zum französisch-sowjetischen Bündnisvertrag und dessen Annullierung vgl. Kap. II u. III.4.4.

⁴² Vgl. Rioux, La France, Bd. 2, S. 98.

⁴³ S. Dejean an Pineau, Tel. 327/330, 4. 2. 1956, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 154 f.

fer Konferenzen bestätigten Pariser Politik an⁴⁴. Beamte des Quai d'Orsay bagatellisierten die Erklärung des Ministeriums gegenüber der Deutschen Botschaft und stellten konkrete neue Planungen in Abrede. Die nicht von ihnen, sondern von einem Funktionär der SFIO formulierten Passagen gäben nur den Wunsch des Président du Conseil wider, über Fortschritte in der Abrüstungsfrage zu einer Entspannung des Ost-West-Verhältnisses zu gelangen, die ihrerseits Voraussetzungen für die Lösung der „deutschen Frage“ schaffe. Nicht alle Mitarbeiter Pineaus stimmten dieser Auffassung zu, einige hielten sie sogar für „völlig falsch“. Bonns Diplomaten vor Ort sprachen die Pariser Regierung zwar von dem Verdacht frei, die „deutsche Frage“ in den Hintergrund zu drängen. Sie kamen aber nicht umhin einzuschränken, daß Teile der französischen Linken wie etwa Jules Moch oder André Fontaine, der außenpolitische Redakteur von „Le Monde“, die Wiedervereinigung nicht als französisches Interesse verstünden und die Abrüstungsdebatte nicht durch dieses Problem belasten wollten⁴⁵. Dem Auswärtigen Amt reichten diese Erklärungen keineswegs aus, und von Brentano ließ dies Pineau auch in einem Vieraugengespräch am 20. 2. deutlich spüren⁴⁶.

An dem Kurs des Quai d'Orsay bzw. des Matignon änderte dies vorläufig aber nichts – im Gegenteil. Wenige Wochen später griff Frankreich das Thema deutsche Einheit erneut und in einer Weise auf, die den Deutschen erst recht nicht passen konnte. Anfang Februar hatte Soutou in einem Gespräch mit einem britischen Kollegen noch einmal den Gedanken eines offensiven westlichen Angebots zur Wiedervereinigung bei gleichzeitiger Entlassung der Bundesrepublik aus der NATO durchgespielt. Lehnten die Sowjets ab, so lautete sein Kalkül, läge der Schwarze Peter bei ihnen; stimmten sie zu, verlören sie bei den gesamtdeutschen Wahlen die Kontrolle über einen wichtigen Satellitenstaat. Selbst ein neutralisiertes Gesamtdeutschland werde sich politisch, wirtschaftlich und kulturell nach dem Westen ausrichten⁴⁷. Da war es wieder, das Schreckgespenst des Bonner Kanzlers, das schon bald sein Unwesen im Matignon treiben sollte.

Chruschtschows scharfe Abrechnung mit dem Stalinismus auf dem historischen XX. Parteitag der KPdSU vom 14. bis 25. 2.⁴⁸, die das Renommee der sowjetischen Führung nicht unwesentlich erhöhte⁴⁹, bestärkte Mollet und Pineau noch in ihrem Streben nach Détente. Nicht nur sie wurden nun vom Entspannungsfieber erfaßt. Mit der Auflösung des Kominform am 17. 4. und der Bekanntgabe einer Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte um 1,2 Millionen am 14. 5.⁵⁰ brach sich in Europa geradezu eine „Hochflut“ von Illusionen über das „Tauf-

⁴⁴ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Unterredung zwischen Joxe und von Brentano vom 6. 2. 1956, MB 353/56, 6. 2. 1956; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 26, Bl. 5–6, ders. an MAE, Tel. 408/14, 6. 2. 1956, Très urgent, Réserve; ders. an dass., Tel. 418/20, 6. 2. 1956, Urgent, Réserve; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 115.

⁴⁵ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 219, von Maltzan an AA, 205–00 I Nr. 1382/56, 10. 2. 1956; vgl. Thoß, Beitritt, S. 191.

⁴⁶ S. PA, B 17, Bd. 38, Bl. 78–87, Unterredung zwischen von Brentano und Pineau vom 20. 2. 1956; Unterredung zwischen dens. vom 20. 2. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 245–250; Kosthorst, Brentano, S. 96.

⁴⁷ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 187 f.

⁴⁸ Vgl. EA 1956, S. 8809–8824; Talbott (Hg.), Chruschtschow erinnert sich, S. 347–359.

⁴⁹ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 191.

⁵⁰ Vgl. Felken, Dulles, S. 342 f.

ter‘ im ‚Osten‘ ihre Bahn⁵¹. Adenauer, der das „Gerede“ über den Anbruch einer neuen Epoche verabscheute⁵², blickte daher voller Sorge auf die neue Sitzungsperiode im Londoner Fünfmächte-Unterausschuß der Zwölfmächte-Abrüstungskommission der UNO, in der die Bundesrepublik als Nichtmitglied der Vereinten Nationen keine Stimme besaß⁵³. Zum letzten Mal hatte das Gremium im Herbst 1955 getagt, war aber an den unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten über die Einbeziehung der Atomwaffen und der Kontrollfrage gescheitert. Nach dem Regierungswechsel in Frankreich kam frischer Wind in die Debatte. Anfang März sprachen sich Pineau und Mollet in zwei Interviews unisono für eine Revision des statischen Konzepts der westlichen Koexistenzphilosophie aus. Frankreich wolle eine Politik des Friedens führen, die eine Synthese zwischen den westlichen und östlichen Standpunkten anstrebe. Dabei betonten sie abermals den Vorrang der Abrüstung vor der Wiedervereinigung. Doch damit nicht genug, sie spielten auch noch auf die von Bonn so gefürchtete Neutralisierung Gesamtdeutschlands mit der verharmlosenden Bemerkung an, sie habe unter den Auspizien der Abrüstung „nicht die gleiche Bedeutung“ wie im Rahmen einer Politik der allgemeinen Aufrüstung⁵⁴.

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage mußten sich die Beamten im Quai d'Orsay unangenehm kritischer Fragen nicht nur ihrer deutschen Kollegen erwehren, und sie hielten mit Vorwürfen gegen die eigene Regierung nicht hinter dem Berg. Ungewöhnlich offen bedauerten sie die „Entgleisungen“ und weitreichenden Ausführungen Pineaus, bezeichneten die Passagen über Deutschland gar als „grotesk“. Selbst wenn man auf die Neutralisierung Deutschlands als Endziel künftiger Verhandlungen hinwirke, sei es doch ein schwerer taktischer Fehler, schon jetzt davon zu sprechen. „Da die Regierung Guy Mollets dieses Ziel jedoch gar nicht anstrebe, sei ein Hinweis auf die Möglichkeit einer Neutralisierung um so unglücklicher.“ Insgesamt liefen die Informationen auf eine Entwarnung hinaus. Die prekäre innenpolitische Lage und die wachsenden Gefahren in Algerien zwängen Mollet halt zu populistischen Äußerungen, die außenpolitisch alles andere als klug seien. Die Betonung der Friedenspolitik und des Wunsches nach Abrüstung sowie gewisse neutralistische Nuancen galten eben als populär, wobei insbesondere die Abrüstungsidee seit Jahren einen festen Bestandteil der sozialistischen Ideologie bildete, der Moch als Vertreter Frankreichs in der Abrüstungskommission vehement Ausdruck verlieh⁵⁵.

Adenauer gab sich damit nicht zufrieden und nötigte Pineau bei dessen Antrittsbesuch in Bonn vereint mit von Brentano beruhigende Erklärungen ab. Es gelang dem Kanzler aber nicht, den französischen Außenminister zu einer Distanzierung von den Meldungen über französische Initiativen in der Sicherheits- und

⁵¹ Hillgruber, Europa, S. 78.

⁵² Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 110.

⁵³ Zu den Abrüstungsverhandlungen im Unterausschuß der UNO-Abrüstungskommission vgl. Volle/Duisberg (Hg.), Probleme, Bd. 1/I, S. 62–93; Jansen, Abrüstung, S. 118–149.

⁵⁴ Rede Pineaus vor der anglo-amerikanischen Presse in Paris, 2. 3. 1956, in: DzD, III. Reihe, Bd. 2, S. 158f., hier S. 159; s.a. Interview Mollets mit „CBS“, 3. 3. 1956, in: AdG 1956, S. 5657A; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 115–118.

⁵⁵ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 219, von Maltzan an AA, 205–00 I Nr. 1632/56, 7. 3. 1956. Zur Entwicklung des Algerienkrieges im Frühjahr 1956 vgl. Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 86–96.

Ostpolitik zu bewegen⁵⁶. Wieviel konnte man aber auf diese oder ähnliche Beteuerungen bauen, wenn man sah, daß Pineau nur wenige Tage später seine Äußerungen aus dem Interview im fernen Karatchi gegenüber seinen angelsächsischen Kollegen Dulles und Selwyn Lloyd wiederholte? Daß er sich vehement gegen den Vorwurf wehrte, Frankreich verlasse den Boden der bisherigen westlichen Deutschlandpolitik⁵⁷, bot Adenauer kaum Beruhigung, zumal sich beim Treffen Edens und Mollets am 11. 3. eine englisch-französische Interessenkongruenz in bezug auf die Auflösung des Junktims zwischen Wiedervereinigung und Abrüstung andeutete⁵⁸.

Der Bundesregierung mußten diese Wendezeichen um so bedrohlicher erscheinen, als durch den Koalitionswechsel der Liberalen in Nordrhein-Westfalen und die Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion Ende Februar die Koalitionskrise auf Bundesebene wieder aufgebrochen war und die innenpolitische Diskussion über das Spannungsverhältnis zwischen West- und Deutschlandpolitik neue Nahrung bekam⁵⁹. Anfang März entwickelte der deutschlandpolitische Sprecher der FDP, Erich Mende, einen Deutschlandplan, der die Allianzzugehörigkeit der beiden deutschen Staaten in NATO und Warschauer Pakt für den Fall der Wiedervereinigung zur Debatte stellte⁶⁰. Unter dem Druck der westlichen Partner, die die Koppelung von Wiedervereinigung und Sicherheit zu lockern begannen, und der innenpolitischen Gegner, die daraus die Forderung nach einer deutschlandpolitischen Offensive auch um den Preis der Westbindung formulierten, griff der Kanzler Mitte März in die Vorbereitung der Londoner Abrüstungsverhandlungen ein. Von der Sorge befallen, daß „wir schließlich von allen verlassen das Opfer auf dem Altar der Versöhnung werden, wie es der Herr Pineau machen will“, sprach sich Adenauer am 10. 3. im Bundesvorstand der CDU dafür aus, sämtliche Bemühungen um eine allgemeine Abrüstung zu unterstützen und zugleich die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung zu schaffen⁶¹. In einem Rundfunkinterview warb er für eine allgemeine Rüstungsbeschränkung, um so die prinzipiellen Spannungsherde in der Welt wie insbesondere die deutsche Teilung zu beseitigen⁶². Adenauers Kalkül war indes ein anderes als das von Mollet oder Pineau. Er befürwortete die Abrüstungsanstrengungen der Westmächte⁶³, sie stellten aber „keinen Wert an sich“⁶⁴ dar. Es ging ihm vielmehr in erster Linie um

⁵⁶ S. Unterredungen zwischen von Brentano und Pineau vom 3. 3. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 305–318 u. 309–313; Unterredung zwischen Adenauer und dems. vom 3. 3. 1956, in: ebd., S. 308 f.; Communiqué zu den deutsch-französischen Regierungsgesprächen, 3. 3. 1956 in: Bulletin 1956, S. 403; von Brentano an Adenauer, 28. 3. 1956, in: Baring, Bundeskanzler, S. 182.

⁵⁷ S. Unterredungen zwischen Pineau, Dulles und Selwyn Lloyd vom 7. 3. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 331–344.

⁵⁸ S. Unterredungen zwischen Mollet und Eden vom 11. 3. 1956, in: ebd., S. 374–386; PA, BStS, Bd. 162, Hallstein an London, Tel. AZ StS 343/56, 13. 3. 1956; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 118; Thoß, Beitritt, S. 191.

⁵⁹ S. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 106 f.

⁶⁰ S. Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 259–262; Glatzeder, Deutschlandpolitik, S. 70–72.

⁶¹ Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 10. 3. 1956, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 859; s.a. Joxe an Pineau, Tel. 901/06, 12. 3. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 394 f.

⁶² S. Rundfunk-Interview Adenauers, im Auszug in: AdG 1956, S. 5673A.

⁶³ Vgl. Haftendorn, Sicherheit, S. 104–106; Jansen, Abrüstung, S. 119–123.

⁶⁴ Schwarz, Konzept, S. 94.

die Rückwirkungen des Abrüstungsdialogs auf die eigene Sicherheitspolitik und die Perspektiven der Wiedervereinigung⁶⁵. Allgemeine Abrüstung kam für ihn einer „Zauberformel“ gleich, die „die Großmächte beschäftigen und die nationalen Emotionen der Deutschen ablenken sollte“⁶⁶.

Am 13. 3. übersandte der Kanzler gleichlautende Schreiben an Eden, Mollet und Dulles, in dem er die Bitte äußerte, die Bonner Republik in die Lage zu versetzen, den Verlauf der Verhandlungen in London zu verfolgen und ihren Standpunkt rechtzeitig „zur Geltung zu bringen“. Denn ohne Zustimmung der Bundesrepublik, so stellte der Kanzler unumwunden klar, könnten keine Maßnahmen getroffen werden, „die ihren politischen und militärischen Status und ihr Gebiet betreffen“⁶⁷. Die deutschen Forderungen stießen in den westlichen Kapitalen nur bedingt auf Verständnis. Eden und Dulles wiesen ihre Delegationen in London zwar an, die Deutsche Botschaft entsprechend zu informieren⁶⁸. Mollet hingegen ließ sich mit seiner Antwort elf Tage Zeit und erinnerte Adenauer dann daran, daß die Verhandlungen des Unterausschusses geheim seien. Eine Unterrichtung der deutschen Diplomatie könne also nur vertraulich und offiziös erfolgen⁶⁹. Was er von dem Bonner Gesuch hielt, verdeutlichte dann in aller Klarheit der britisch-französische Abrüstungsplan, der bereits fünf Tage zuvor, am 19. 3. in die UNO-Kommission eingebracht worden war und sich allein auf die in drei Phasen vorgesehene weltweite Abrüstung konzentrierte, ohne die „deutsche Frage“ explizit zu erwähnen⁷⁰. Dabei hatten die Briten ihre Zustimmung von der Formulierung abhängig gemacht, daß der Übergang von der ersten zu allen weiteren Abrüstungsstapen nur erfolgen könne, wenn das gegenseitige Vertrauen es zulasse. Aus ihrer Sicht war damit vor allem die Wiedervereinigung Deutschlands gemeint⁷¹, und London wurde nicht müde, nach Bonn zu signalisieren, man habe sich dem Vorhaben nicht zuletzt deshalb angeschlossen, um Paris von isolierten Schritten abzuhalten⁷².

Aus der deutschen Perspektive konnten diese Beteuerungen, selbst wenn sie stimmten, kaum zufriedenstellen. Mit ihrem Angebot hatten Briten und Franzosen einer Abrüstungsvereinbarung vor bzw. unabhängig von einer Übereinkunft in der „deutschen Frage“ weit die Tür geöffnet. Außerdem boten die Unterschiede zwischen dem englisch-französischen und dem amerikanischen Konzept hinsichtlich der Einbeziehung atomarer Waffen, der Beschränkung der Truppenstärken und der Kontrollen⁷³ der Sowjetunion die Chance, den westlichen Zusam-

⁶⁵ Vgl. Schöllgen, „Kontrollierte Abrüstung“; Schwarz (Hg.), *Entspannung*.

⁶⁶ Kosthorst, Brentano, S. 96.

⁶⁷ Adenauer an Eden, Mollet u. Dulles, 13. 3. 1956, in: Adenauer, *Briefe 1955–1957*, S. 164f., hier S. 165; s.a. *Bulletin* 1956, S. 501.

⁶⁸ S. PA, BStS, Bd. 283, Eden an Adenauer, 22. 3. 1956; BA, NL Blankenhorn, Bd. 63, Bl. 111–117, Aufzeichnung Heiser 211–230–06–328/56, 27. 4. 1956, Geheim.

⁶⁹ S. Mollet an Adenauer, mitgeteilt in: Pineau an Joxe, Tel. 846/48, 24. 3. 1956, Très urgent, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 481f.; PA, Ref. 700, Bd. 150, Hallstein an Grewe u. von Welck, Vermerk St.S 239/56, 26. 3. 1956.

⁷⁰ S. englisch-französischer Abrüstungsplan, 19. 3. 1956, in: Volle/Duisberg (Hg.), *Probleme*, Bd. 1/II, S. 499–503; Jansen, *Abrüstung*, S. 124f.

⁷¹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 63, Bl. 111–117, Aufzeichnung Heiser 211–230–06–328/56, 27. 4. 1956, Geheim.

⁷² S. PA, BStS, Bd. 281, Blankenhorn an Adenauer, 27. 3. 1956.

⁷³ Zu den amerikanischen Bedenken gegenüber dem englisch-französischen Plan s. AdG 1956,

menhalt zu untergraben. Ohnehin schienen die abrüstungspolitischen Differenzen nur das untrügliche Indiz viel tieferreichenderer Spannungen innerhalb der Atlantischen Allianz zu sein. Bereits auf ihrer Tagung im Dezember 1955 hatten die Außenminister der NATO-Staaten vor dem Hintergrund des Krieges in Algerien und des Anfang April 1955 ausgebrochenen Aufstandes auf Zypern die Stärkung der politischen Konsultation angemahnt. Bis zur nächsten Konferenz im Mai 1956 sollte der NATO-Rat die Möglichkeiten einer Aufgabenerweiterung des Bündnisses auf nichtmilitärischem Gebiet wie der Wirtschaftshilfe für unterentwickelte Regionen prüfen⁷⁴. Bei den drei Westmächten fand der Vorstoß wegen der zusätzlichen finanziellen Belastungen nicht die ungeteilte Zustimmung, und die Idee der wirtschaftlichen Aufgabenerweiterung der NATO verlor schnell an Boden. Statt dessen konzentrierte man sich auf den Gedanken der Stärkung der politischen Koordinierung sowie der Verbesserung der Informations- und Beratungsstruktur in der Allianz⁷⁵. Da die Außen- und Sicherheitspolitik der Bonner Republik mit dem Washingtoner Engagement für Europa und für die Westintegration der Bundesrepublik stand und fiel, mußte sie noch stärker als Frankreich oder England an einer vollen Funktionsfähigkeit der NATO interessiert sein⁷⁶. Adenauer ließ Blankenhorn daher Ende März in London seine Auffassung über eine Intensivierung der atlantischen Zusammenarbeit vorstellen, die auf die Bildung eines politischen Generalstabs abzielten, der in regelmäßigen Treffen die wirtschaftspolitischen, politischen und psychologisch-propagandistischen Maßnahmen gegen die sowjetischen Aktionen abstimmen sollte⁷⁷. Dies schien um so wichtiger, als Moskau zur selben Zeit über seinen Abrüstungsexperten Gromyko bei den Londoner Abrüstungsverhandlungen einen Vorschlag einbrachte, der das Gesamtgebiet der Bundesrepublik und der DDR als Teil einer mitteleuropäischen Zone begrenzter Rüstung auswies, ohne den Status beider Staaten anzutasten. Für die Bundesrepublik sah der Plan eine Truppenstärke von lediglich 150 000 bis 200 000 Soldaten vor, während Frankreich und Großbritannien 650 000 und den beiden Weltmächten sowie China 1 bis 1,5 Millionen Mann zugestanden wurden⁷⁸.

Gleichzeitig verschärfte sich in der Bundesrepublik die Auseinandersetzung um die Deutschlandpolitik. Während die Opposition dem Thema Wiedervereinigung die Priorität einräumte, wollte der Kanzler es möglichst ruhen lassen, um sich nicht im Westen zu isolieren. Die internationale Entwicklung der letzten Wochen hatte ihn so verängstigt, daß er mit dem Gedanken eines bilateralen Bundes

S. 5671A; amerikanische Abrüstungsvorschläge, 21. 3. 1956, in: ebd., S. 5689D; Volle/Duisberg (Hg.), Probleme, Bd. 1/I, S. 132f.; s.a. Aufzeichnung des Konferenzsekretariats im MAE, Nr. 35/SC, 17. 3. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 440–442; Aufzeichnung dess., Nr. 73/SC, 28. 5. 1956, in: ebd., S. 863f.

⁷⁴ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Polto 1019, 16. 12. 1955, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 28–31; dies. an dass., Tel. Polto 1038, 17. 12. 1955, Secret, in: ebd., S. 41–44.

⁷⁵ Vgl. PA, BStS, Bd. 281, Blankenhorn an Hallstein, 9. 2. 1956; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 246f., Tb. 3. 2. 1956; Thoß, Beitritt, S. 213f.

⁷⁶ Vgl. Felken, Dulles, S. 349.

⁷⁷ S. PA, BStS, Bd. 281, Blankenhorn an Adenauer, 27. 3. 1956.

⁷⁸ S. sowjetischer Abrüstungsvorschlag, 27. 3. 1956, in: Volle/Duisberg, Probleme, Bd. 1/I, S. 504–509; Jansen, Abrüstung, S. 128–130; Chauvel an Pineau, Tel. 1545/61, 27. 3. 1956, Urgent, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 491–495.

mit den Vereinigten Staaten spielte⁷⁹. Sein Außenminister hingegen strebte weiterhin die Erhaltung der gesamtdeutschen Option an. Auch er bestritt vorderhand zwar nicht die Notwendigkeit ernsthafter Abrüstungsverhandlungen, malte aber für den Fall einer Vereinbarung in London auf der Basis des englisch-französischen Planes das Horrorszenario einer liquidierten NATO und neutralisierten Bundesrepublik an die Wand⁸⁰. Damit sah sich Adenauer gleichsam von drei Seiten unter Druck gesetzt: von den Verbündeten, der SPD und der eigenen Regierung.

„Handelsobjekt Deutschland“

Anfang April erreichten seine Befürchtungen Alarmstufe Rot. In einem Interview mit der Zeitung „US News and World Report“ äußerte sich Mollet äußerst konziliant gegenüber der sowjetischen Regierung, testierte ihr dezidiert Friedenswillen und kritisierte ausdrücklich die Verhandlungsstrategie des Westens auf den Genfer Konferenzen. Nicht Wiedervereinigung und europäische Sicherheit, sondern die allgemeine Abrüstung sei das Gebot der Stunde. Setze man sie an die Spitze der weltpolitischen Agenda, sei das Problem der europäischen Sicherheit leichter zu lösen, und in diesem Rahmen könne auch die Einheit Deutschlands erreicht werden. Dabei gab er klar zu verstehen, daß die NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands durchaus zur Disposition stand⁸¹. Mollets Ausführungen fanden in der französischen Presse größte Aufmerksamkeit. Und die meisten Blätter stimmten seinen Gedanken unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer unabhängigen französischen Außenpolitik und einer Anpassung an die neue weltpolitische Lage seit der Moskauer Strategieänderung unumwunden zu⁸².

Für die Bundesregierung waren weder die Äußerungen des Président du Conseil noch die sie legitimierenden Zeitungsberichte akzeptabel. Angesichts positiver Reaktionen der SPD⁸³ befürchtete der Kanzler nicht nur zunehmende Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über das Wehrpflichtgesetz⁸⁴. Ihn beunruhigte auch die „triumphierende Haltung“ Moskaus⁸⁵. Mit Rückendeckung der Briten und Amerikaner, die sich demonstrativ hinter ihn stellten⁸⁶, ließ der Kanzler von seinem Urlaubsort Ascona aus postwendend in Paris gegen dieses „unqualifizier-

⁷⁹ Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 202, Tb. 15. 2. 1956; Kosthorst, Brentano, S. 97.

⁸⁰ S. von Brentano an Adenauer, 28. 3. 1956, in: Baring, Bundeskanzler, S. 181–189; Kosthorst, Brentano, S. 97 f.

⁸¹ S. Interview Mollets mit „U.S. News and World Report“, 3. 4. 1956, in: „Le Monde“, 4. 4. 1956; in deutscher Übersetzung in: DzD, III. Reihe, Bd. 2, S. 229–235; vgl. „Le Monde“, 13. 4. 1956, im Auszug auch in: BDFD III, S. 436–438; Jansen, Abrüstung, S. 130–133; Lefebvre, Guy Mollet, S. 212.

⁸² Vgl. PA, BStS, Bd. 345, von Maltzan an AA, FS Nr. 194, 4. 4. 1956, Citissime.

⁸³ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 61a, Bl. 83, Tb. 5. 4. 1956.

⁸⁴ Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 88, 104–108 u. 200–202; Ehlert, Auseinandersetzungen, S. 514–535; Klotzbach, Weg, S. 356–362; Wehrpflichtgesetz, 21. 7. 1956, in: BGBl 1956, Teil I, S. 651–661.

⁸⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 61a, Bl. 78–81, Unterredung mit de Margerie vom 5. 4. 1956, im Auszug in: BDFD I, S. 519–521, hier S. 519; vgl. Interview Chruschtschows mit der französischen Nachrichtenagentur „AFP“, 4. 4. 1956, in: AdG 1956, S. 5707; Dejean an Pineau, Tel. 1192/96, 4. 4. 1956, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 516 f.

⁸⁶ S. PA, BStS, Bd. 345, van Scherpenberg an Hallstein, Tel. 37, 5. 4. 1956, Citissime; Kosthorst, Brentano, S. 98; Thoß, Beitritt, S. 195.

bar schädliche“⁸⁷ Entgegenkommen gegenüber dem Kreml protestieren. Energetisch verwahrte er sich dagegen, so weitreichende Vorschläge zur Abrüstung und zum Status der Bundesrepublik innerhalb der NATO ohne Absprache mit den Verbündeten „geradezu auf offenem Markt“ zu unterbreiten⁸⁸.

Im Quai d'Orsay übten sich die Beamten abermals in der bekannten Abwiegeltaktik. De Margerie erklärte Mollets Vorstoß mit seiner außenpolitischen Unerfahrenheit, dem Willen zur Integrierung des Abrüstungsflügels in der SFIO um Moch und der Absicht, wegen der nordafrikanischen Schwierigkeiten sich innenpolitische Entlastung zu verschaffen⁸⁹. Damit wollte sich Bonn aber nun definitiv nicht mehr begnügen. Zum Mißfallen des State Department ließ das Auswärtige Amt am 6.4. in einer offiziellen Verlautbarung seiner „Überraschung und Kritik“ öffentlich freien Lauf⁹⁰. Darüber hinaus begrüßten Adenauer und von Brentano einen Vorstoß von Maltzan, der im Quai d'Orsay auf eine Unterredung mit Mollet drängte⁹¹. Sollte der deutsche Diplomat beim französischen Regierungschef auf Einsicht gehofft haben, so wurde er bitter enttäuscht. Mollet beharrte auf der Notwendigkeit abrüstungspolitischer Fortschritte, sprach sich zwar gegen die Neutralisierung und für die feste Einbindung Deutschlands in den Westen aus, unterstrich aber zugleich die Möglichkeit einer militärischen Neutralität⁹². Für Adenauer war das alles starker Tobak und nährte nur seine seit Jahren gehegte Befürchtung, „Deutschland [könne] Handelsobjekt“ werden. Dabei dachte er zweifelsohne weniger an das geeinte Vaterland als an die Bundesrepublik und deren Diskriminierung im Falle etwaiger Abrüstungsvereinbarungen⁹³. Nach einer Besprechung mit seinen engsten Mitarbeitern in Ascona unterstrich er denn auch noch einmal im sofort veröffentlichten Communiqué den „inneren Zusammenhang“ zwischen Wiedervereinigung und Abrüstung⁹⁴.

Für von Brentano bedeutete diese Erklärung natürlich eine willkommene Waffe, um seine Überzeugung von der Notwendigkeit des Junktims durchzusetzen. Er nutzte sie vor der Unionsfraktion, dem Kabinett oder der Bundespresskonferenz weidlich aus, kam aber nicht umhin, sein ernsthaftes Interesse an der Abrüstung zu unterstreichen. Von Brentano deutete gar ein mögliches Abrücken von den bisher festgesetzten Größenordnungen beim Aufbau der Bundeswehr an

⁸⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 61a, Bl. 83, Tb. 5. 4. 1956,

⁸⁸ Ebd., Bl. 78–81, Unterredung mit de Margerie vom 5. 4. 1956, im Auszug in: BDFD I, S. 519. Es kann nicht eindeutig geklärt werden, ob es sich beim Gesprächspartner de Margeries um Blankenhorn oder von Maltzan handelt. Adenauer beließ es in seinem Memoiren bei dem Hinweis auf eine „Démarche unseres Botschafters in Paris“, also von Maltzan, die am 5. 4. 1956 bei Mollet und Pineau stattfand (Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 131). Der Fundort und die Tatsache, daß die vorliegende Aufzeichnung unsigniert blieb, deuten indes darauf hin, daß Blankenhorn das Schriftstück abfaßte.

⁸⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 61a, Bl. 78–81, Unterredung mit de Margerie vom 5. 4. 1956, im Auszug in: BDFD I, S. 520f.; Thoß, Beitritt, S. 195f.

⁹⁰ Communiqué des AA, 6. 4. 1956, in: Bulletin 1956, S. 609; zu den amerikanischen Bedenken s. PA, NL von Kessel, Ordner [3], von Kessel an AA, 6. 4. 1956.

⁹¹ S. ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 55, Notiz Limbourgs MB 1719/56, 4. 4. 1956; ebd., BStS, Bd. 345, van Scherpenberg an Hallstein, Tel. 37, 5. 4. 1956, Citissime.

⁹² Zur Unterredung zwischen Mollet und von Maltzan vom 5.4. s. Pineau an Joxe, Tel. 934/41, 6. 4. 1956, Très secret, Urgent, Réserve, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 524–526.

⁹³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 61a, Bl. 36, Notiz, 9. 4. 1956; Kosthorst, Brentano, S. 99.

⁹⁴ Communiqué zur Besprechung Adenauers mit von Brentano, Hallstein, Blankenhorn und von Maltzan, 11. 4. 1956, in: AdG 1956, S. 5721B.

und kündigte eine eigene deutschlandpolitische Initiative bei der Sowjetunion an⁹⁵. Darüber hinaus bemühte er sich darum, die Zwistigkeiten als bloße Mißverständnisse abzutun, obwohl die Mißtöne bei einem Gespräch zwischen Hallstein und Joxe am 12. 4. erneut laut geworden waren⁹⁶. Parallel dazu begann auch Mollet einzulenken. Vor dem amerikanischen Club in Paris betonte er die Bedeutung der atlantischen Solidarität sowie der deutsch-französischen Freundschaft und kündigte ein Treffen mit Adenauer an⁹⁷. Am selben Tag versicherte er dem Kanzler schriftlich „le plus large accord“ über die Prinzipien der Welt- und Europapolitik⁹⁸. Zufrieden meldete von Brentano nach der Aushändigung des Schreiben durch Joxe Adenauer den Wunsch der Franzosen nach Fortsetzung des gemeinsamen Kurses⁹⁹.

Die Reaktion des Kanzlers entsprach kaum seiner Erwartung. Adenauer hielt es nämlich für falsch, die Differenzen mit Paris zu beschönigen, wie von Brentano es seiner Meinung nach getan hatte. Auch dessen Initiative gegenüber Moskau erschien ihm bedenklich. Vor allem aber kritisierte er die Andeutungen des Außenministers über eine Reduzierung der deutschen Truppenstärke und ließ die vertraglich zugesagte Größenordnung der Bundeswehr nun öffentlich festschreiben¹⁰⁰. Damit war der Dissens im Bonner Kabinett evident. Denn von Brentano hatte schon wenige Tage zuvor über Botschafter von Herwarth der englischen Regierung die Bereitschaft signalisiert, im Fall der Wiedervereinigung durchaus über eine Reduktion der deutschen Armee sprechen zu wollen¹⁰¹. Während der Außenminister Opfer und diskriminierende Beschränkungen Deutschlands im Tausch gegen die Einheit akzeptieren wollte und die Bundeswehr allein aus Gründen der Sicherheit für notwendig erachtete, pochte der Kanzler darauf, daß ein Staat ohne Armee kein Staat sei¹⁰².

Dissens herrschte weiterhin auch zwischen Bonn und Paris. Einerseits belasteten die in der Sackgasse steckenden beiderseitigen Saarverhandlungen die bilateralen Beziehungen¹⁰³, andererseits drohten die seit Monaten schwelenden Meinungsverschiedenheiten über die Finanzierung der französischen Truppen auf

⁹⁵ S. ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1007/2, Erklärung von Brentanos vor der CDU/CSU-Fraktion, 11. 4. 1956; Bericht dess. im Kabinett, 12. 4. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 299–304; Interview dess. mit dem „Westdeutschen Rundfunk“, 12. 4. 1956, in: Bulletin 1956, S. 657f; Erklärung dess. vor der Bundespressekonferenz, 13. 4. 1956, im Auszug in: DzD, III. Reihe, Bd. 2, S. 245–249; Kosthorst, Brentano, S. 99f.

⁹⁶ S. Joxe an Pineau, Tel. 1281/96, 12. 4. 1956, Très secret, Urgent, Réserve, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 576–579; Jansen, Abrüstung, S. 138f.

⁹⁷ S. Erklärung Mollets vor dem amerikanischen Club in Paris, 13. 4. 1956, im Auszug in: AdG 1956, S. 5721B.

⁹⁸ Mollet an Adenauer, 13. 4. 1956, in: BDFD I, S. 521f., hier S. 522.

⁹⁹ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, von Brentano an dens., MB 801/56, 14. 4. 1956; zur Unterredung zwischen von Brentano und Joxe s. ebd., Aufzeichnung dess., MB 818/56, 14. 4. 1956; Joxe an Pineau, Tel. 1344/50, 14. 4. 1956, Réserve, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 593–595.

¹⁰⁰ S. Adenauer an von Brentano, 15. 4. 1956, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 190–192; Bulletin 1956, S. 691; Kosthorst, Brentano, S. 100f.

¹⁰¹ S. Chauvel an Pineau, Tel. 1867/69, 12. 4. 1956, Réserve, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 575f.; Aufzeichnung der französischen Botschaft in London, 14. 4. 1956, in: ebd., S. 595–598; Kosthorst, Brentano, S. 101.

¹⁰² S. Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 20. 9. 1956, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 1079.

¹⁰³ Vgl. Kap. IV.3.2.

deutschem Boden jetzt aufzubrechen¹⁰⁴. Nach dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO hatten die Westmächte auf den raschen Aufbau der Bundeswehr und die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel durch die Bundesregierung gedrängt¹⁰⁵. Gleichzeitig war vorgesehen, die deutschen Zahlungen für die Stationierung der alliierten Soldaten Anfang Mai auslaufen zu lassen. Bonn hatte sich allerdings zu neuen Verhandlungen verpflichtet, wobei der Bedarf für die deutschen Streitkräfte berücksichtigt werden sollte¹⁰⁶. Vor dem Hintergrund der intransigenten Haltung Finanzminister Schäffers und eines eklatanten Rüstungsrückstandes der Bundesrepublik¹⁰⁷ teilten die Westmächte ihr in einer konzertierten Aktion Ende Januar 1956 mit, daß sie auch nach dem Maitermin für die Finanzierung der alliierten Truppen aufkommen müsse, wobei ihnen eine Summe von 3,2 Milliarden DM vorschwebten. Das öffentliche Echo in Washington, Paris und London auf die harte deutsche Haltung veranlaßte Bonn zu einem gewissen Einlenken. Schäffer weigerte sich zwar weiterhin, die Stationierungskosten mit direkten Zahlungen auszugleichen, erklärte sich aber bereit, über umfangreiche Rüstungskäufe finanzielle Hilfe zu leisten¹⁰⁸.

Auf Drängen von Brentanos nahm die Bundesregierung im März Verhandlungen mit den Westmächten auf, die sich aber schon bald an der Haltung des deutschen Finanzministers festliefen¹⁰⁹. Obwohl die Alliierten die Stationierungskosten zum Testfall westdeutscher Bündnistreue stilisierten, stellte sich Adenauer hinter die Obstruktion Schäffers, da er das Problem als „klare Prestigefrage“ sah¹¹⁰. Anfang April übermittelte er den Partnern Verbalnoten, in denen er auf seinem Standpunkt beharrte, aber drei Gegenvorschläge unterbreitete: Einkauf möglichst vieler Rüstungsgüter im Ausland; Rückerwerb militärischer Überschußgüter der Alliierten, die in der Vergangenheit auf Besatzungskosten angeschafft worden waren; Aufhebung der Fristen, in denen die noch nicht abgerufenen Besatzungskosten von 2,5 Milliarden DM von den Westmächten ausgegeben sein mußten¹¹¹. Dieser Vorschlag galt den Adressaten aber als inakzeptabel und führte bei ihnen zu einer schweren Verstimmung. Am 13./14. 4. erhoben sie im Auswärtigen Amt ernsteste Vorstellungen¹¹² und lösten damit am Rhein eine Wende in der starren Haltung aus. Sie resultierte sowohl aus der Einsicht des Kanzleramtes in die Unhaltbarkeit der eigenen Position gegenüber dem gemeinsamen Druck der Verbündeten als auch der Furcht vor den unabsehbaren Folgen fortgesetzter Starrköpfigkeit. Nicht nur die amerikanische Auslandshilfe stand offenbar auf

¹⁰⁴ Zum Streit über die Stationierungskosten vgl. Hofmann, *Truppenstationierung*, S. 233–249; Kaiser, *Money*.

¹⁰⁵ Vgl. Thoß, *Beitritt*, S. 198–207.

¹⁰⁶ S. Artikel 4 des Finanzvertrages, 23. 10. 1954, in: BGBl 1955, Teil II, S. 288; Hofmann, *Truppenstationierung*, S. 227.

¹⁰⁷ Vgl. Abelshauser, *Causes*; Henzler, Fritz Schäffer, S. 511–517.

¹⁰⁸ S. AdG 1956, S. 5709C; Felken, Dulles, S. 361–363; Henzler, Fritz Schäffer, S. 517f.; Hofmann, *Truppenstationierung*, S. 234 f.; Kaiser, *Money*, S. 4–7.

¹⁰⁹ S. Henzler, Fritz Schäffer, S. 518; Hofmann, *Truppenstationierung*, S. 235 f.

¹¹⁰ Kosthorst, *Brentano*, S. 102.

¹¹¹ S. AdG 1956, S. 5709C.

¹¹² S. Joxe an Pineau, Tel. 1344/50, 14. 4. 1956, *Réservé*, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 593–595; Kosthorst, *Brentano*, S. 102.

dem Spiel¹¹³, sondern auch die Fortsetzung der französischen und englischen Truppenstationierung im bisherigen Umfang.

Schon am 1. 3. hatte der französische Verteidigungsminister Bourguès-Maunoury sich beim NATO-Oberbefehlshaber Gruenther über die finanziellen Belastungen für die Truppen in Deutschland beklagt und ihn von der Absicht in Kenntnis gesetzt, zusätzliche Einheiten aus der Bundesrepublik nach Algerien zu verlegen¹¹⁴. Bereits im ersten Kriegsjahr 1954/55 war die Kampfstärke der französischen Divisionen in Deutschland durch derartige Abzüge von 90 000 auf unter 60 000 Mann gesunken¹¹⁵. Neuen Kürzungen stand nicht nur das französische Oberkommando in Deutschland negativ gegenüber, auch Botschafter Joxe warnte vor den Schäden für die französische Autorität in Deutschland bei fortgesetztem Truppenabbau¹¹⁶. Der Matignon ließ sich davon aber nicht beirren. In einem persönlichen Schreiben an Adenauer unterstrich Mollet am 26. 4. seine „extrême préoccupation“ über den Finanzstreit und verlangte eine baldige Regelung, um die Verteidigungslasten substantiell zu erleichtern. Eindringlich warnte Mollet vor einem Scheitern der Verhandlungen, das in der öffentlichen Meinung nur den Eindruck erwecke könne, als ob die Bundesrepublik ihre Sicherheit durch die alliierten Truppen gewährleiste, obwohl Frankreich in Nordafrika gefesselt sei¹¹⁷. Ein hoher Beamter im Quai d'Orsay sah gar die ganzen deutsch-französischen Beziehungen durch die Frage vergiftet und mahnte im Gespräch mit deutschen Diplomaten dazu, das psychologische Faktum nicht zu übersehen, „daß Frankreich seit 1945 dauernd abgestiegen sei, während Deutschland einen ungeahnten Aufstieg erlebe“¹¹⁸.

Da auch Eden und Dulles persönlich bei ihm intervenierten¹¹⁹, sah sich Adenauer zu einer konzilianteren Haltung gezwungen. Von ihm mit der weiteren Verhandlungsführung beauftragt, übernahm von Brentano die schwierige Aufgabe, mit den Westmächten einen Kompromiß zu erzielen¹²⁰. Bei unverminderter Gegenwehr Schäffers gab das Kabinett nach harten Drohungen aus Washington Anfang Juni sein Placet für eine Zahlung von 650 Millionen DM an die USA¹²¹. Ende des Monats erreichte Bonn auch eine Einigung mit London und Paris¹²², wobei sich die Gesamtsumme jetzt auf etwa 1,4 Milliarden DM und der Betrag für Frankreich auf 278 Millionen DM beliefen.

Die deutsch-französischen Beziehungen gerieten wieder in ruhigere Gewässer, nicht weil die Probleme überwunden waren, sondern weil sie durch andere kurz-

¹¹³ Vgl. Hofmann, Truppenstationierung, S. 236 f.

¹¹⁴ Vgl. Parodi an Pineau, Tel. 50077, 7. 3. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 329 f.

¹¹⁵ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 212.

¹¹⁶ S. Joxe an Pineau, Tel. 1100/09, 28. 3. 1956, Très secret, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 499–501.

¹¹⁷ PA, BStS, Bd. 283, Mollet an Adenauer, 26. 4. 1956; s.a. Hofmann, Truppenstationierung, S. 238.

¹¹⁸ Jansen an AA, 206–00 I Nr. 2098/56, 27. 4. 1956, in: BDFD I, S. 657.

¹¹⁹ S. PA, BStS, Bd. 283, Eden an Adenauer, 24. 4. 1956; ebd., Dulles an dens., 26. 4. 1956; Hofmann, Truppenstationierung, S. 238; Kaiser, Money, S. 8.

¹²⁰ S. Adenauer an Eden, 26. 4. 1956, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 196 f.; Kosthorst, Brentano, S. 103 u. 105.

¹²¹ S. AdG 1956, S. 5805B; Henzler, Fritz Schäffer, S. 518; Hofmann, Truppenstationierung, S. 239 f.

¹²² S. Kabinettsitzung, 6. 6. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 393 f.; Aide-mémoires von Brentanos und Joxe, 29. 6. 1956, in: Bulletin 1956, S. 1217; Hofmann, Truppenstationierung, S. 240; Kaiser, Money, S. 8 f.

fristig in den Hintergrund geschoben wurden. Sorgenvoll den neuntägigen Besuch Bulganins und Chruschtschows in England verfolgend¹²³, begrüßte Adenauer in seinem Antwortschreiben an Mollet das bevorstehende Treffen und äußerte seine Genugtuung über die französische Versicherung, an der grundsätzlichen Linie der bisherigen Außenpolitik festhalten zu wollen¹²⁴. Freilich mußte die Zukunft erst zeigen, ob der französische Regierungschef sein Versprechen auch einlöste, angesichts des zumindest in der Abrüstungsfrage „scharfen Meinungsunterschied[es]“ zwischen Quai d’Orsay auf der einen und linken Parlamentariern sowie der Öffentlichkeit auf der anderen Seite. Während das Außenministerium, so wußte die Deutsche Botschaft zu melden, in Übereinstimmung mit Militärexperten allen entsprechenden Verhandlungen „völlig illusionslos“ gegenüberstehe und insbesondere die Unmöglichkeit des Aufbaus eines wirksamen Kontroll- und Inspektionssystems betonte, begrüße die öffentliche Meinung in ihrer Friedenssehnsucht jeden abrüstungspolitischen Hoffnungsschimmer. Mollet müsse notgedrungen auf diese Stimmungen Rücksicht nehmen, zumal die Lage in Algerien dazu zwingt, das französische Militärpotential zu erhöhen. Weder der Regierungschef noch der Außenminister hatten sich aber offenbar, den Sondierungen der deutschen Beobachter zufolge, bisher entschieden, ob sie der von Moch geforderten Entkoppelung des Junktims zwischen Wiedervereinigung und Abrüstung zustimmen sollten. Eines aber schien den Bonner Diplomaten ganz klar: Obwohl zahlreiche Pariser Politiker die deutsche Teilung als Gefahr für Frankreich begriffen, war eine Unterstützung des französischen Volkes wie der Regierungsspitze nur dann zu gewinnen, wenn die Wiedervereinigung nicht als Hindernis für die Abrüstung wirkte¹²⁵.

Wie genau die Deutsche Botschaft die Position der französischen Regierung erfaßt hatte, verdeutlicht ein Beschluß des Ministerrates über die Verbindung zwischen Wiedervereinigung und Abrüstung, den Pineau am 28. 4. nach London übermittelte und von dort an die deutsche Mission weiterleiten ließ. Er reagierte damit auf einen Vorschlag des amerikanischen Delegierten im Abrüstungsausschuß der UNO, Stassen, der in den Londoner Verhandlungen in Analogie zum Grundgedanken des britisch-französischen Konzepts ein stufenweises Vorgehen angeregt hatte. Nach einer ersten Etappe der Truppenreduzierung und Durchführung bestimmter Kontrollen sah er eine zweite Phase vor, sofern bestimmte politische Maßnahmen wie z.B. die Wiedervereinigung angenommen seien. Moch erklärte sich zwar mit dieser Abfolge einverstanden, wollte aber die Abrüstungsschritte der zweiten Etappe und insbesondere das Niveau der Truppenstärken vorab fixieren. Dies wurde von Bonn abgelehnt. Aber auch Washington hielt es für problematisch, im voraus zu bestimmen, wie das Ende des zweiten Stadiums aussehen könne¹²⁶. Von Brentano, der weiterhin unermüdlich für die

¹²³ Zur Reise der sowjetischen Führung vom 18.–27. 4. 1956 vgl. Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 128–130; Eden, *Memoirs*, S. 354–366; Talbott (Hg.), Chruschtschow erinnert sich, S. 404–416; AdG 1956, S. 5743B.

¹²⁴ S. Adenauer an Mollet, 25. 4. 1956, übermittelt in: PA, BStS, Bd. 283, Hallstein an Paris, Tel. 223, 26. 4. 1956.

¹²⁵ Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 219, Paris an AA, Aufzeichnung, 25. 4. 1956, im Auszug in: BDFD I, S. 522–527, hier S. 524.

¹²⁶ Vgl. Unterredung zwischen Pineau und Dulles vom 2. 5. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 696.

Bewahrung des Junktims zwischen Wiedervereinigung und Abrüstung wirkte, war sich sehr wohl bewußt, daß er die Großmächte nicht völlig von Abrüstungsverhandlungen abhalten konnte und eine Einigung über eine erste Abrüstungsphase ohne Erwähnung des Deutschlandproblems drohte. Daher wies er die Botschaft in London an, eine Unterscheidung zwischen Vereinbarung und Durchführung eines Abrüstungsabkommens zu empfehlen, wobei die Durchführung etwaiger Vereinbarungen erst dann einsetzen dürfe, wenn die Beseitigung der deutschen Teilung sichergestellt sei¹²⁷.

Vor diesem Hintergrund entschied der Conseil des Ministres am 24. 4., auf die deutschen Junktimvorstellungen stärker Rücksicht zu nehmen und dem Übergang von der ersten zur zweiten Abrüstungsetappe nur dann zuzustimmen, wenn gewisse Probleme gelöst seien, an erster Stelle die Wiedervereinigung Deutschlands. „Elle constituerait une condition pour le passage à la seconde étape, qui pourrait alors comporter des réductions substantielles.“¹²⁸ Wie die konkreten französischen Vorstellungen über die Regelung der „deutschen Frage“ mittels Abrüstung aussahen, verdeutlicht eine Aufzeichnung des Quai d'Orsay vom 1. 5.: Einfrieren der Rüstungsetats und der Truppenstärken aller Staaten zu einem bestimmten Termin; schrittweise Einrichtung eines Kontrollsystems zunächst in den neuralgischen Gebieten wie zum Beispiel Zentraleuropa oder begrenzte Kontrollversuche in gewissen Zonen, inklusive Deutschlands; Abrüstung im regionalen Rahmen außerhalb der allgemeinen Abrüstung, d.h. Suche nach einem lokalen Gleichgewicht der Truppen und Rüstungen mit effektiver Kontrolle, wobei die USA, Sowjetunion, Spanien, Großbritannien und Nordafrika aus diesem System ausgeklammert bleiben sollten und die Einbeziehung Frankreichs noch zur Disposition stand. „La solution qui présenterait pour nous le plus d'avantages serait de ne soumettre à une système que l'Allemagne et les satellites de l'Est.“¹²⁹

Von Brentano erfuhr von der Entscheidung der französischen Regierung, als er am 1. 5. mit Erfolg die englische Regierung in London zur Unterstützung des deutschen Standpunkts bewog¹³⁰. Bei einer persönlichen Begegnung mit seinem deutschen Counterpart präziserte der französische Außenminister wenige Tage später am Rande der NATO-Ratstagung in Paris das eigene Konzept noch dahingehend, daß die zweite Abrüstungsphase von Anfang an festgelegt sei und nach Ablauf der ersten „automatisch“ beginnen solle, sofern die Wiedervereinigung bis dahin gelöst sei. Von Brentano erklärte sich mit dieser Variante „völlig einverstanden“¹³¹.

Im Gegensatz zu seinen europäischen Kollegen konnte der Bundesaußenminister sein amerikanisches Pendant nicht überzeugen. Stassen hatte die Einheit

¹²⁷ Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 63, Bl. 111–117, Aufzeichnung Heiser 211–230–06–328/56, 27. 4. 1956, Geheim; Kosthorst, Brentano, S. 103.

¹²⁸ Pineau an Chauvel, Tel. 4217/19, 28. 4. 1956, Priorité, Réserve, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 678.

¹²⁹ Aufzeichnung des Konferenzensekretariats im MAE, 1. 5. 1956, in: ebd., S. 686–689, hier S. 689.

¹³⁰ Zur Informierung der deutschen durch die französische Botschaft in London s. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Aufzeichnung, 1. 5. 1956; zu den Verhandlungen zwischen von Brentano und Eden bzw. Lloyd s. Schlußkommunique, 2. 5. 1956, in: Bulletin 1956, S. 777; Kosthorst, Brentano, S. 103.

¹³¹ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Unterredung zwischen Mollet, Pineau und von Brentano vom 3. 5. 1956, Aufzeichnung; s.a. Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 2. 5. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 691 f.; Kosthorst, Brentano, S. 104.

Deutschlands zunächst nicht für die Umsetzung seiner Vorschläge vorausgesetzt. Erst Mitte April schwenkte er dazu über, den Eintritt in die zweite Phase von politischen Maßnahmen wie der Aufhebung der Spaltung abhängig zu machen. Dulles hingegen interessierte der Streit um das Junktim überhaupt nicht¹³². Von Brentano mußte sich von ihm gar anhören, der Dissens sei ziemlich übertrieben¹³³, was auch Adenauer so sah. Auch er war von der automatischen Koppelung von Abrüstung und „deutscher Frage“ keineswegs überzeugt. Für ihn lag weiterhin in der Abrüstung der Schlüssel zur Entspannung, die allein zur Wiedervereinigung führen konnte¹³⁴.

Daß die Differenzen im Bündnis weiter schwelten, konnte ihm allerdings nicht gefallen. Adenauer, der in diesen Tagen erstmals Amtsmüdigkeit zu erkennen gab¹³⁵, glaubte ihrer durch eine Verbesserung der politischen Zusammenarbeit in der Allianz Herr zu werden¹³⁶. Blankenhorn hatte dazu bereits erste konkrete Vorstellungen entwickelt, zeigte sich aber skeptisch in bezug auf die Umsetzung, da die drei Westmächte sich über die Zukunft der NATO nicht einig waren¹³⁷. Auf der Tagung des Ministerrates am 4. und 5. 5. konnten die Diskrepanzen innerhalb der Allianz über die Frage der NATO-Reform im allgemeinen und des internen Konsultationsverfahrens im besonderen nur notdürftig vor der Öffentlichkeit verborgen werden. Im Kern ging es weniger um die Organisation des Meinungsbildungsprozesses als um das eminent politische Problem des Verhältnisses zwischen der koordinierten Außenpolitik der NATO und den auswärtigen Beziehungen ihrer Mitglieder. Während von Brentano eine Verstärkung des Konsultationsverfahrens durch die bedarfsweise Teilnahme der Außenministerstellvertreter an den Sitzungen der Ständigen Vertreter forderte, warnte Dulles nachdrücklich vor einer zu weiten Ausdehnung des *Procederes*. Auf amerikanisches Drängen setzte der Ministerrat schließlich ein Komitee der „Drei Weisen“ zum Studium der Koordinationsprobleme ein, dem die Außenminister Italiens, Kanadas und Norwegens, Martino, Pearson und Lange, angehörten¹³⁸.

Auf Bitten Adenauers erarbeitete Blankenhorn daraufhin ein eigenes Konzept über die politische Konsultation, die er ihm und dem Außenminister zukommen ließ. Der Botschafter sah die westliche Allianz trotz der „Einmütigkeit an der Oberfläche“ durch „wachsende tiefgreifende Gegensätze“ bedroht, für die er aber nicht die NATO, sondern die zuständigen Politiker der drei Westmächte verantwortlich machte. Die Lösung des Problems sah Blankenhorn nicht im Ausbau des Konsultationsmechanismus, da das geltende Einstimmigkeitsprinzip kaum Fortschritte erlaubte. Notwendig erschien ihm vielmehr, daß im Konfliktfall zwischen

¹³² S. Aufzeichnung Botschaft London, 14. 4. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 595–598; Unterredung zwischen Pineau und Dulles vom 2. 5. 1956, in: ebd., S. 693–697; Unterredung zwischen dens. und Lloyd vom 6. 5. 1956, in: ebd., S. 712–718.

¹³³ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 10, 4. 5. 1956, Confidential, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 93–95; Kosthorst, Brentano, S. 105.

¹³⁴ S. Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 185.

¹³⁵ Vgl. Krone, *Tagebücher*, Bd. 1, S. 213, Tb. 14. 5. 1956.

¹³⁶ S. Adenauer, *Teegespräche 1955–1958*, S. 82, Interview, 4. 5. 1956.

¹³⁷ S. Blankenhorn, *Verständnis*, S. 248f., Tb. 2. 5. 1956.

¹³⁸ S. Sitzung des NATO-Ministerrats vom 4./5. 5. 1956, 16. 5. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 768–778; s.a. die Depeschen der amerikanischen Delegation in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 57–84; vgl. Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 141–143; Felken, Dulles, S. 352f.; Thoß, *Beitritt*, S. 214.

zwei Partnerstaaten neutrale Mitglieder Lösungsmöglichkeiten über den Rat an die streitenden Regierungen übermittelten¹³⁹.

Rückbesinnung auf die deutsch-französische Verständigung

Für die Beseitigung der monatelangen Turbulenzen im deutsch-französischen Verhältnis war dieses Verfahrens nicht mehr nötig. Sie lösten sich unter dem Druck der internationalen Verhältnisse jetzt quasi von selbst auf. Entscheidende Bedeutung kam dabei nicht zuletzt der Reise der französischen Regierung Mitte Mai in die Sowjetunion zu. Sollten Mollet und Pineau noch an ernsthafte Möglichkeiten zur Kooperation mit Bulganin und Chruschtschow geglaubt haben, so wurden sie bei ihrer Visite eines besseren belehrt. Schon der Vorabbesuch einer Abordnung französischer Sozialisten zu Beginn des Monats war von langen haßerfüllten Attacken des Ersten Sekretärs der KPdSU an die Adresse der Bundesrepublik gezeichnet¹⁴⁰. Gegenüber der Regierungsspitze hielt sich Chruschtschow mit derartigen Tiraden zwar zurück. Dennoch durchzogen die Gespräche Mißtrauen, Nichtverstehen und die Unfähigkeit, das gänzlich andersartige weltpolitische Konzept des Gegenüber zu begreifen. Fanden die Staatsmänner auch gemäß der in fünfzehnstündigen Verhandlungen gefundenen Formulierungen der gemeinsamen Presseverlautbarung „in einer Reihe von Fragen eine Gemeinsamkeit der Ansichten“¹⁴¹, verdeutlichten die geheimen Diskussionen doch sehr rasch die völlige Unvereinbarkeit ihrer Lösungsmodelle für die anstehenden globalen Problemfelder. Die Bilanz konnte denn auch für die Franzosen nicht anders als „désastreux“ bezeichnet werden¹⁴². Natürlich sprachen sich beide Seiten für Frieden und Entspannung aus. Doch die von ihnen angebotenen Mittel zur Erreichung dieser Ziele paßten nicht zueinander. Dies zeigte sich nicht zuletzt hinsichtlich der „deutschen Frage“. Der Kreml betrachtete die Teilung Deutschlands als Faktor des Friedens, der Matignon hingegen als Spannungselement. Für Moskau führte die französische Europapolitik mit EURATOM zum Aufbau einer deutschen Atomwaffe. Aus Pariser Perspektive trug sie statt dessen zur Kontrolle Deutschlands bei und verhinderte, daß der östliche Nachbar allein oder mit angelsächsischer Hilfe eine Nuklearindustrie aufbaute¹⁴³.

Mochte die Deutsche Botschaft in Paris auch mit Sorge sehen, daß die auf Entspannung und Verständigung abgestimmte Sprache der Abschlusserklärung ein politisches Klima schaffen könne, „in dem sich die festen Positionen des Westens nicht so leicht werden aufrechterhalten lassen wie in dem Klima des kalten Krie-

¹³⁹ PA, BStS, Bd. 281, Aufzeichnung Blankenhorn, 15. 5. 1956, Streng geheim; s.a. ebd., ders. an Adenauer, 15. 5. 1956, Streng geheim; BA, NL von Brentano, Bd. 165, Bl. 28, ders. an von Brentano, 15. 5. 1956; Felken, Dulles, S. 350f.

¹⁴⁰ S. Soutou an Pineau, Tel. 1788/97, 8. 5. 1956, Secret, Réservé, Diffusion restreinte, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 733 f.; vgl. Cahn, Parti, S. 162–169.

¹⁴¹ Gemeinsame sowjetisch-französische Erklärung, 19. 5. 1956, in: EA 1956, S. 8920–8922, hier S. 8920; zu den vorausgegangenen Abstimmungen s. Dejean an MAE, Tel. 2003/10, 20. 5. 1956, Très secret, Priorité absolue, Réservé, Sans distribution, Diffusion restreinte, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 823–825.

¹⁴² Froment-Meurice, Mémoires, S. 164.

¹⁴³ S. Unterredungen zwischen Mollet, Pineau, Bulganin und Chruschtschow vom 16.–19. 5. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 791–822; Pineau/Rimbaud, Grand Pari, S. 204 f.; Pineau, Suez/1956, S. 48–56; Lefebvre, Guy Mollet, S. 213 f.

ges“¹⁴⁴ – im Auswärtigen Amt gab man nun Entwarnung. Die Beamten sahen die französische Außenpolitik nicht mehr auf Abwegen und bewerteten Mollets irritierende Erklärungen der vergangenen Monate vor allem als Reflex auf die schwierige innenpolitische Lage und den Wunsch, dem Eindruck des sinkenden Prestiges entgegenzuwirken¹⁴⁵. Die Angst, Paris könne wegen seiner innenpolitischen Schwierigkeiten den Moskauer Bemühungen um eine Auflockerung der westlichen Front nachgeben oder auf Kosten Deutschlands eine französisch-sowjetische Annäherung betreiben, galt nach dem Rückkehr Mollets an die Seine als unbegründet¹⁴⁶.

Wieder einmal, so möchte man meinen, erwies sich die Sowjetunion mit ihrer Unversöhnlichkeit und Unflexibilität als der beste Bundesgenosse der Bundesrepublik. Nachdem ihre gewiß auch innenpolitisch motivierten Versuche, den Kreml mit weitreichenden Vorschlägen zur Abrüstung und zum Status der Bundesrepublik innerhalb der NATO zu ködern, gescheitert waren, lenkten Matignon und Quai d'Orsay ihre Außenpolitik jetzt dezidiert in Richtung Kooperation mit dem Palais Schaumburg. Verantwortlich für dieses Umdenken war, wie Pineau Anfang Juni gegenüber Adenauer offen eingestand, einerseits die Erkenntnis einer „völligen Uneinigkeit“ zwischen Paris und Moskau in den zentralen politischen Fragen. „Es sei besser für die Sowjetunion“, so habe Chruschtschow die Frage der Wiedervereinigung beantwortet, „18 Millionen Deutsche auf ihrer Seite zu haben, als 70 Millionen gegen sich, selbst wenn diese im günstigsten Falle neutralisiert seien“¹⁴⁷. Andererseits nahm die beiden Nachbarn dies- und jenseits des Rheins mehr und mehr die Gefahr in den Bann, Washington und Moskau könnten hinter ihrem Rücken zu einer bilateralen Verständigung finden¹⁴⁸. Frankreich, so versicherte Mollet Adenauer in diesen Tagen in Luxemburg, sei sich völlig bewußt, „gleich bedroht“ wie die Bundesrepublik zu sein, aber auch „gleichmäßig hofiert“ zu werden. Dieser Tatsache werde er bei seinen Bemühungen um Entspannung stets Rechnung tragen. Adenauer dankte ihm ausdrücklich für diese Eröffnung und unterstrich die Notwendigkeit, gemeinsam die europäische Integration voranzutreiben¹⁴⁹.

Das Luxemburger Treffen besaß für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen dem Kanzler und dem Président du Conseil herausragende Bedeutung, und

¹⁴⁴ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 225, Jansen an AA, 206–00 I Nr. 2322/56, 25. 5. 1956; s.a. ebd., von Maltzan an dass., 206–00 I Nr. 2322/56 I, 30. 5. 1956.

¹⁴⁵ S. ebd., Bd. 200, Aufzeichnung des Referats 302 im AA, 302.210–01/94. 07. 1901/56, o.D., Entwurf.

¹⁴⁶ S. ebd., Aufzeichnung Kassler, 302.752–07/94. 07. 1918/56, 30. 5. 1956, Entwurf.

¹⁴⁷ Ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen Adenauer, Mollet und Pineau vom 4. 6. 1956, im Auszug in: BDFD I, S. 530–533, hier S. 531 u. 532. Zur deutsch-sowjetischen Kontroverse über diese Äußerung vgl. Pressekonferenz Adenauers, 5. 6. 1956 (DzD, III. Reihe, Bd. 2, S. 450f.), Erklärung der „TASS“, 7. 6. 1956 (ebd. S. 462f.), Verlautbarung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 9. 6. 1956 (Bulletin 1956, S. 1014), Fernschreiben von Maltzan an AA, Nr. 330, 11. 6. 1956 (PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 225) und Regierungserklärung von Brentanos, 28. 6. 1956 (BT, Sten. Ber., Bd. 31, S. 8426–8429).

¹⁴⁸ Zu den Anzeichen der Détente zwischen den Weltmächten vgl. Dejean an MAE, Tel. 1869/76, 13. 5. 1956, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 752f.; Chauvel an Gazier, Nr. 981, 24. 5. 1956, in: ebd., S. 845–849.

¹⁴⁹ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen Adenauer und Mollet vom 4. 6. 1956, im Auszug in: BDFD I, S. 533; s.a. Unterredung zwischen dens. vom 4. 6. 1956, Protokoll in: DDF 1956, Bd. 1, S. 881–887.

nicht nur wegen der jetzt vereinbarten Bereinigung des Saarproblems¹⁵⁰. Die Unterredungen der beiden Regierungschefs ließen erkennen, daß ihre Lageanalyse und die daraus gezogenen Schlußfolgerungen weitgehend übereinstimmten. Die desillusionierenden Ergebnisse der französischen Détente politik und die Spannungen innerhalb des Atlantischen Bündnisses zwangen geradezu zur engen Kooperation. Gleichzeitig warfen die verschärfte Krise in Nordafrika und die labile Lage in Frankreich ihre Schatten bis in die Bundesrepublik, und Adenauer war froh, daß der „tapfer[e]“ Mollet und nicht etwa Mendès France oder gar de Gaulle am Ruder war¹⁵¹. Im Gegenzug trieben Frankreich erneut gewisse „incertitudes allemandes“ um¹⁵². Natürlich waren die deutschen Ungewißheiten, die der Leiter des Berliner Büros des „Mayrisch-Komités“, Pierre Viénot, 1931 beschrieben hatte¹⁵³, nicht mehr jene des Jahres 1956. Es gab sie aber aus der Sicht der französischen Diplomatie nach wie vor.

Adenauer durchlitt ein lang andauerndes politisches wie persönliches Tief, das Ausmaße einer „Kanzlerdämmerung“ anzunehmen drohte¹⁵⁴. Anzeichen eines rapiden Alterns machten sich bei ihm bemerkbar, ohne daß die Nachfolgefrage geklärt war. Nach dem Bruch zwischen Christdemokraten und Liberalen¹⁵⁵ wirkte eine Bestätigung der bestehenden Machtverhältnisse bei den kommenden Bundestagswahlen 1957 höchst unsicher. Der beispiellose wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik warf die Frage auf, ob diese „Schönwetterdemokratie“ auch in schweren Zeiten funktionierte¹⁵⁶. Sicherlich hatte der Kanzler mit der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes Anfang Juli einen großen Erfolg erzielt¹⁵⁷. Souveränität beruhte seines Erachtens eben vor allem auf der Existenz einer starken Armee. Sie erlaubte es der Bundesrepublik, selbstbewußt und gleichberechtigt im Westen mitzusprechen und nach Osten hin Stärke zu demonstrieren. Wie aber würde sie bei stagnierender Deutschlandpolitik eingesetzt¹⁵⁸? Viele politische Köpfe in Bonn, so diagnostizierte der französische Geschäftsträger de Margerie, seien hin- und hergerissen zwischen Ost und West. Folglich bestand die Gefahr, daß die Bundesregierung sich damit begnüge, als Musterschüler der USA zu fungieren, oder eben das „rapprochement“ mit der Sowjetunion suche. „Rien de plus dangereux qu'une Allemagne laissée à elle-même.“ Als Fels in der Brandung deutscher Ungewißheiten diene – und nicht nur ihm – Europa: „il nous faut, pourtant, attacher l'Allemagne à l'Europe, à la réconciliation franco-allemande, à tout projet qui en sera inspiré, tel l'Euratom et le marché commun“¹⁵⁹.

¹⁵⁰ Vgl. Kap. IV.3.2.

¹⁵¹ Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 12. 7. 1956, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 927.

¹⁵² AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 1, Bl. 108–123, de Margerie an Pineau, Nr. 1106, 26. 7. 1956, im Auszug in: BDFD I, S. 534–539, hier S. 534 u. 535.

¹⁵³ Viénot, Incertitudes allemandes; zu dieser Schrift vgl. Dröge, Viénots „deutsche Ungewißheiten“; zu Viénots Persönlichkeit vgl. Bock, Pierre Viénot.

¹⁵⁴ Köhler, Adenauer, S. 905.

¹⁵⁵ Vgl. ebd., S. 911–921; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 249–264.

¹⁵⁶ Artikel Schröders, „Auf halbem Wege“, in: „Die Welt“, 29. 7. 1955.

¹⁵⁷ Zur Bundestagsdebatte über das Wehrpflichtgesetz vom 6./7. 7. 1956 und zur Zustimmung des Bundesrates s. BT, Sten. Ber., Bd. 31, S. 8766–8880 u. 8894; AdG 1956, S. 5865A u. 5889E.

¹⁵⁸ Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 221, Tb. 6. 7. 1956.

¹⁵⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 1, Bl. 108–123, de Margerie an Pineau, Nr. 1106, 26. 7. 1956, im Auszug in: BDFD I, S. 538 u. 539.

Chruschtschows Bemerkungen gegenüber Mollet ließen keinen Zweifel darüber aufkommen: Für die Wiedervereinigung war vorerst nichts zu holen. „Pour le moment, la politique de l'U.R.S.S. tend donc bien au maintien de la division de l'Allemagne“, meldete Botschafter Dejean aus Moskau¹⁶⁰. Und die französische Presse sekundierte mit der Schlagzeile: „L'Allemagne au point mort“¹⁶¹. Die Bundesregierung durfte sich aus innenpolitischen Gründen damit nicht abfinden, mußte aber zugleich sorgsam darauf bedacht sein, die argwöhnisch jeden Schritt beobachtenden Westmächte nicht zu irritieren. Von Brentano hatte dies noch im April erfahren müssen, als er seine Ankündigung einer deutschlandpolitischen Initiative über die Botschaften in Bonn und Moskau umgehend dahingehend korrigierte, daß natürlich nicht an bilaterale Wiedervereinigungsverhandlungen gedacht sei¹⁶². Vom propagandistischen Standpunkt aus gesehen, so übermittelte ihm Ende Mai sein Generalkonsulat Marseille den Rat eines „angesehenen französischen Politiker[s]“, sei die ausschließliche Betonung der deutschen Einheit zu eng gefaßt. Talleyrands Erfolg auf dem Wiener Kongreß 1815 lasse sich nur dadurch erklären, daß er sich nicht für rein französische Postulate eingesetzt, sondern für ein allgemeines Prinzip, das der Legitimität, plädiert habe. „Viel mitreißender als die Forderung der Wiedervereinigung würde es wirken, wenn das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der kultivierten Nationen, ganz allgemein, zum europäischen Panier erhoben würde.“¹⁶³ Mitte Juni griff Adenauer von Brentanos Anregung auf, plante aber nur eine Viermächte-Note, um jeglichen Anschein eines bilateralen Techtelmechtels mit Moskau zu verhindern¹⁶⁴. Die diplomatische Aktion, die das Auswärtige Amt dann im Juli unter der Leitung von Grewe vorbereitete, stellte einen Kompromiß zwischen den Vorstellungen des Kanzlers und jenes des Ministers dar. Sie bestand aus einem an die Sowjetunion gerichtete Memorandum, das mit einer Mantelnote allen Vier Mächten zugestellt werden sollte. Mitte August übermittelte die Bundesregierung den Alliierten einen ersten Entwurf zur Stellungnahme. Die von Bonn erwartete einmütige Billigung blieb indes aus. Washington wünschte zwar eine elastischere deutsche Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion¹⁶⁵, argwöhnte aber noch immer, Bonn plane zweiseitige Gespräche mit Moskau. Und Paris setzte ostentativ voraus, daß der östliche Nachbar natürlich nur im Auftrag der Vier Mächte zu sprechen beabsichtige¹⁶⁶.

Die Bundesregierung sah sich daher genötigt, den am 7. 9. offiziell übergebenen Texten den Zusatz beizufügen, ein deutsch-sowjetisches Wiedervereinigungsgespräch beschränke sich nur auf die Vorbereitung einer Viermächteeinigung. Das Memorandum wiederholte die deutschlandpolitische Position, wie Adenauer sie

¹⁶⁰ Dejean an Pineau, Tel. 2359/69, 16. 6. 1956, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 1002–1004, hier S. 1003.

¹⁶¹ Artikel Grossers, in: „Réforme“, 12. 5. 1956, im Auszug auch in: BDFD III, S. 443–445, hier S. 443.

¹⁶² S. Pressekonferenz von Brentanos, 13. 4. 1956, in: DZD, III. Reihe, Bd. 2, S. 245–249; Joxe an Pineau, Tel. 1358/64, 16. 4. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 602f.; Kosthorst, Brentano, S. 146.

¹⁶³ PA, Ref. 700, Bd. 26, Du Moulin an AA, 210–00 Nr. 965, 28. 5. 1956.

¹⁶⁴ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 147.

¹⁶⁵ Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 224f., Tb. 30. 8. 1956.

¹⁶⁶ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 151.

im September 1955 in Moskau präsentiert hatte, und fügte nun das Junktim zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung hinzu¹⁶⁷. Jene Kräfte in der deutschen Diplomatie, die mehr Offensive wünschten, äußerten sich mit dieser nicht eben sensationellen Operation ziemlich unzufrieden. Blankenhorn war über das „rein negative Verhältnis“ zu Moskau besorgt und hielt die Note für unzureichend. Er fühlte sich zu diesem Urteil um so mehr berechtigt, als das Dokument bei einem Treffen der westlichen Minister in Paris „keinen guten Eindruck“ hervorgerufen hatte¹⁶⁸. England und die USA begrüßten die deutsche Initiative prinzipiell ausdrücklich, während Frankreich es in seiner Replik an die Bundesrepublik bezeichnenderweise bei der Formulierung beließ, die Note bilde einen nützlichen Diskussionsbeitrag. Immerhin aber versicherten die Westmächte in ihren analogen, wiewohl nicht identischen Antworten vom 9. 10., daß sie sich weiterhin für das Anliegen der deutschen Einheit einsetzen wollten, betonten aber zugleich unisono die Vermächteverantwortung für diese Problematik¹⁶⁹. Mollet bezeichnete die Aufhebung der Teilung Deutschlands Ende Oktober gar öffentlich als unerlässlich für den Frieden Europas¹⁷⁰.

Die negative Note aus Moskau, die sich darauf versteifte, einen anderen Weg zur Wiedervereinigung als den direkter Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten schlichtweg zu bestreiten, überraschte in Bonn niemanden¹⁷¹. Als die Bundesregierung daraufhin versuchte, die Deutschlandpolitik über den indischen Ministerpräsidenten Nehru vor die Vereinten Nationen zu bringen¹⁷², zeigte sich einmal mehr, wie fragil das Einvernehmen mit den westlichen Verbündeten in der Deutschlandpolitik war. Frankreich äußerte sofort größte Bedenken, weil es die Verantwortung der vier Großmächte für Gesamtdeutschland in Gefahr sah und darüber hinaus befürchtete, die UNO-Versammlung werde sich der Frage ohne echtes Interesse an einer Lösung annehmen. Ein etwaiger innenpolitischer Prestigegewinn, den der Kanzler offenbar mit Blick auf die Bundestagswahlen im Auge hatte, schien diesen außenpolitischen Schaden für Deutschland kaum aufzuwiegen¹⁷³. Auch die USA zeigten wenig Enthusiasmus¹⁷⁴, so daß sich die Bundesregierung schließlich im Dezember genötigt sah, den Gedanken bis auf weiteres aufzugeben¹⁷⁵.

¹⁶⁷ S. Note der Bundesrepublik an Sowjetunion, nebst Memorandum, 2. 9. 1956, in: DzD, III. Reihe, Bd. 2, S. 704–716; Noten ders. an Frankreich, Großbritannien und die USA, 2. 9. 1956, in: ebd., S. 716–720; Jansen, Abrüstung, S. 167–173.

¹⁶⁸ PA, NL von Kessel, Ordner [3], Blankenhorn an von Kessel, 2. 10. 1956. Wahrscheinlich meint Blankenhorn das französisch-englische Regierungstreffen am 26. 9. 1956.

¹⁶⁹ S. Noten der Westmächte an die Bundesrepublik, 9. 10. 1956, in: DzD, III. Reihe, Bd. 2, S. 790–793.

¹⁷⁰ Vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 220, von Maltzan an AA, Pol 206–00 1800/57, 18. 3. 1957.

¹⁷¹ S. Note der Sowjetunion an die Bundesrepublik, 22. 10. 1956, in: DzD, III. Reihe, Bd. 2, S. 814–824.

¹⁷² S. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 234–240; Kosthorst, Brentano, S. 119.

¹⁷³ S. Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 3. 10. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 510f.

¹⁷⁴ S. Unterredung zwischen Dulles und Krekler vom 16. 10. 1956, Confidential, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 165f.

¹⁷⁵ S. Pressekonferenz Adenauers, 21. 12. 1956, im Auszug in: DzD, III. Reihe, Bd. 2, S. 991–993; Kosthorst, Brentano, S. 119.

Alarmstufe Rot: „Radford-Plan“ und Suez-Krise

In der Zwischenzeit hatte die Notwendigkeit des engen Einvernehmens mit Frankreich aus westdeutscher Sicht aufgrund diverser Hiobsbotschaften über den außenpolitischen Kurs der USA weiter zugenommen. Noch im Juni war Adenauer von einem Besuch am Potomac beruhigt an den Rhein zurückgekehrt¹⁷⁶. Kaum in Bonn eingetroffen, erfuhr er von der ihn elektrisierenden angeblichen amerikanischen Absicht, die sowjetische Führungsspitze nach den Präsidentschaftswahlen in die USA einzuladen – ein neues untrügliches Zeichen für die zunehmend engere Détente der beiden Weltmächte. Seine Aufregung hatte sich nach einem Dementi von Dulles eben erst gelegt¹⁷⁷, da schrillten im Kanzleramt erneut die Alarmglocken. Am 13.7. berichtete die „New York Times“ von einem Plan des Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs, Admiral Radford, mit dem Ziel, die konventionellen Streitkräfte der USA drastisch um 800 000 Mann zugunsten einer konzentrierten atomaren Bewaffnung abzubauen¹⁷⁸. Die Nachricht schockierte den Kanzler um so tiefer, als sie zum psychologisch ungünstigen Zeitpunkt der Wehrdebatten im Deutschen Bundestag eintraf und mit Meldungen über eine Reduzierung der britischen Rheinarmee und den Abzug französischer Truppen aus Südwestdeutschland nach Algerien koinzidierte. Als auffällig bewertete er auch die Tatsache, daß die USA sich im Gegensatz zu seinen Verbündeten besonders viel Zeit mit der Beantwortung des jüngsten sowjetischen Abr stungsappells lie en¹⁷⁹.

Adenauer attackierte die amerikanischen Planungen mit einer „breit gef cher-ten Krisenstrategie“¹⁸⁰ und gewann dabei die lebhafteste Unterstützung des französischen Regierungschefs¹⁸¹. Mollet teilte seine Besorgnis „im vollen Umfang“¹⁸², kanzelte den „Radford-Plan“ gegenüber dem scheidenden General Gruenther als „folie“¹⁸³ ab und ließ über Botschafter Alphand in Washington sofort Einspruch gegen ein nur symbolisches amerikanisches Kontingent auf dem Kontinent erheben¹⁸⁴. Mitte September attackierten Deutsche und Franzosen im WEU-Rat ge-

¹⁷⁶ Zu Adenauers USA-Besuch Mitte Juni 1956 s. die Dokumente in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 106–126; Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 156–176.

¹⁷⁷ S. Dulles an Adenauer, 29. 6. 1956, Personal, Private, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 129f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 291.

¹⁷⁸ Vgl. Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 197–199; Felken, Dulles, S. 364–375; Pöttering, *Sicherheitspolitik*, S. 62–65; Tho , *Beitritt*, S. 216–219.

¹⁷⁹ S. Schreiben Bulganins an Adenauer, Eden, Eisenhower u. Mollet, 6. 6. 1956, in: D D, III. Reihe, Bd. 2, S. 452–461; Antworten Edens vom 9.7., Mollets vom 17.7., Adenauers vom 18.7. und Eisenhowers vom 7. 8. 1965, in: ebd., S. 582f., 607f., 622f. u. 646–648.

¹⁸⁰ Tho , *Beitritt*, S. 219; zu den diplomatischen Gegenaktionen Adenauers s. die Dokumente in: Adenauer, *Briefe 1955–1957*, S. 216f.; FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 131–154; Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 200–222; Köhler, Adenauer, S. 942–950; Pöttering, *Sicherheitspolitik*, S. 65–80; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 291–296.

¹⁸¹ S. de Margerie an Pineau, Tel. 2469/80, 23. 7. 1956, Réservé, in: D D 1956, Bd. 2, S. 149–151; Chauvel an dens., Tel. 2928/34, 23. 7. 1956, Très secret, Priorité absolue, Réservé, in: ebd., S. 151–153.

¹⁸² PA, NL von Kessel, Ordner [3], von Kessel an AA, Tel., 18. 9. 1956.

¹⁸³ Unterredung zwischen Adenauer und Mollet vom 6. 11. 1956, in: D D 1956, Bd. 3, S. 231–238, hier S. 237.

¹⁸⁴ S. PA, NL von Kessel, Ordner [3], von Kessel an AA, Tel., 18. 9. 1956; Alphand, *L’ tonnement d’être*, S. 277–279, Tb. 22. 7. 1956; Tho , *Beitritt*, S. 221.

meinsam heftig die britischen und amerikanischen Umrüstungspläne¹⁸⁵, und Eisenhower sah sich schließlich genötigt, Adenauer ausdrücklich die Zusage zu erteilen, daß die USA weder einen Rückzug noch eine Reduzierung ihrer Truppen beabsichtigten¹⁸⁶.

Für den Moment gab sich der Kanzler zufrieden, doch war er sich keineswegs sicher, ob die Gefahren nicht schon bald wieder auftauchten. Seine Konsequenz aus der labilen Lage lautete: Hinwendung zu Frankreich und Europa. Nicht alle seiner Berater waren mit dieser Schlußfolgerung einverstanden. Blankenhorn hielt den „Radford-Plan“ für „unbedeutend“ und die Panik in Bonn für völlig überzogen. Mit erheblicher Sorge beobachtete er die sich entwickelnde „betont negative Einstellung“ Adenauers gegenüber Eisenhower und Dulles und die „etwas zu stark betonte Annäherung an Frankreich“, wobei er erhebliche Zweifel anmeldete, ob „der neue Aufguß der europäischen Pläne bessere Ergebnisse erzielt als die früheren Anstrengungen“¹⁸⁷. Der Kanzler ließ diese Einwände nicht gelten. Schon zu Beginn des Jahres hatte er das Verhältnis der beiden Supermächte mit der volkstümlichen Wendung umschrieben, sie könnten miteinander „Kippe machen“¹⁸⁸. Nun schien die damals theoretisch beschriebene Möglichkeit Realität zu werden, und sie löste bei ihm eine tiefe Vertrauenskrise gegenüber den USA aus¹⁸⁹. Als der neue Oberkommandierende der französischen Streitkräfte in Deutschland, General Jacquot, ihm am 12. 9. seinen Antrittsbesuch abstattete, unterstrich der Kanzler energisch, „wie sehr es darauf ankomme, daß die europäischen Nationen zusammenhielten“. Mollet dürfe davon überzeugt sein, „daß in den augenblicklich bestehenden Schwierigkeiten er ohne jede Einschränkung zu ihm stehen würde“¹⁹⁰.

Adenauers Entgegenkommen manifestierte sich in den folgenden Wochen vor allem in den stagnierenden Verhandlungen über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft¹⁹¹ und der nun ausbrechenden Suezkrise¹⁹². Auf die Weigerung der Amerikaner und Briten, den Assuanstaudamm zu finanzieren, hatte der ägyptische Staatspräsident Nasser am 26. 7. mit der einseitigen Erklärung über die Nationalisierung des Suezkanals reagiert. Die westliche Allianz war davon in doppelter Hinsicht betroffen: einmal als Mitglied der Kanalbenutzergesellschaft, da die durch die Suezkonvention von 1888 vertraglich festgeschriebene freie Durchfahrt damit bedroht

¹⁸⁵ Vgl. Pöttering, Sicherheitspolitik, S. 80; Thoß, Beitritt, S. 222.

¹⁸⁶ S. Conant an Dep. of State, Tel. 1223, 28. 9. 1956, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 161–163; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 296.

¹⁸⁷ PA, NL von Kessel, Ordner [3], Blankenhorn an von Kessel, 2. 10. 1956.

¹⁸⁸ Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 13. 1. 1956, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 725; s.a. Köhler, Adenauer, S. 940 f.

¹⁸⁹ Vgl. ebd., S. 940–950.

¹⁹⁰ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 228, Unterredung zwischen Adenauer und Jacquot vom 12. 9. 1956, 2. 10. 1956.

¹⁹¹ Vgl. Kap. IV.2.2.

¹⁹² Zum Verlauf der Suezkrise 1956 vgl. die Dokumente in: DDF 1956, Bd. 2, passim; ebd., Bd. 3, passim; FRUS 1955–1957, Bd. 16; aus der Memoirenliteratur s. Eden, Memoirs, S. 419–584; Eisenhower, Wagnis, S. 20–97; Lloyd, Suez; Macmillan, Riding the Storm, S. 89–179; Pineau, Suez/1956; vgl. Carlton, Britain; ders., Anthony Eden, S. 403–465; Heinemann (Hg.), Krisenjahr, passim; Kingseed, Eisenhower; Lefebvre, Guy Mollet, S. 245–264; Louis/Owen (Hg.), Suez 1956; Rothwell, Anthony Eden, S. 204–243; Thorpe, Selwyn Lloyd, S. 208–268; Vaisse, France and the Suez Crisis.

war¹⁹³; zum anderen das Bündnis insgesamt, weil eine harte Reaktion des Westens die Kluft zu den unterentwickelten Staaten Afrikas und Asiens nur vertiefen und das von der Sowjetunion geschmiedete Zweckbündnis zwischen Nationalismus und Sozialismus festigen konnte. Um dem Dilemma zwischen der von Großbritannien und Frankreich geforderten Bündnissolidarität und der Abwendung der arabischen Welt vom Westen zu entgehen, zielten die USA auf eine Mittlerposition. Auf der Konferenz der drei westlichen Außenminister in London Ende Juli beschränkten sie sich auf die politische Unterstützung des britisch-französischen Vorstoßes zur Wiederherstellung der internationalen Benutzerrechte am Kanal¹⁹⁴. Als Mollet am 31. 7. mit kräftiger Rückendeckung der Assemblée Nationale eine „*riposte rapide et énergique*“ sowie eine „*manifestation puissante et efficace de la solidarité occidentale*“ verlangte¹⁹⁵, verweigerte sich Eisenhower. Eine Anwendung von Gewalt kam für ihn und Dulles zu diesem Zeitpunkt nicht in Frage¹⁹⁶.

Die Bundesregierung stand damit vor einer mißlichen Lage. Sie hielt die Ablehnung des Kredits für den Staudamm für einen schweren politischen Fehler der USA¹⁹⁷, lehnte aber wie sie einen bewaffneten Konflikt am Suezkanal ab. Zugleich mußte sie darauf bedacht sein, ihre traditionell guten Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht zu gefährden, zumal einige von ihnen mit der Anerkennung der DDR drohten¹⁹⁸. Vor dem Hintergrund des wachsenden Argwohns gegenüber Washington im Zuge der „Radford-Krise“ wollte Bonn aber auf keinen Fall die soeben erst durch die Bereinigung der Saarfrage¹⁹⁹ befruchteten Beziehungen zu Paris wieder belasten. Mit der Lösung dieses Problems zeichnete sich nach Jahren der „Beseitigung der Kriegsfolgen“ sogar die Chance einer „positive[n] Zusammenarbeit in beide Länder interessierenden politischen Fragen“ ab²⁰⁰. Um sie wahrzunehmen und die Möglichkeit der bilateralen Kooperation im weltpolitischen Bereich zu testen, nahm man – wenn auch zögernd – die Einladung der drei Westmächte zur Londoner Konferenz der Kanalbenutzer an²⁰¹.

Da sich Pineau und Mollet durch ihre Verhandlungen mit Nehru und Nasser im Frühjahr sehr exponiert hatten²⁰², ging Adenauer davon aus, daß ein Erfolg Nas-

¹⁹³ S. Suez-Kanal-Konvention, 29. 10. 1888, in: Strupp, Urkunden, Bd. II, Nr. CLVII.

¹⁹⁴ Zur Suez-Konferenz zwischen Pineau, Lloyd und Murphy bzw. Dulles vom 29.7.–2.8.1956 vgl. die Dokumente in: DDF 1956, Bd. 2, Nr. 94 f., 98 f., 105–107; FRUS 1955–1957, Bd. 16, S. 34–127; s.a. Lloyd, Suez, S. 86–92 u. 97–100; Pineau, Suez/1956, S. 82–87 u. 91–96; Carlton, Anthony Eden, S. 408–416; Kingseed, Eisenhower, S. 51–57; Thorpe, Selwyn Lloyd, S. 218–220; *Kommunique* zur Suez-Konferenz, 2. 8. 1956 in: AdG 1956, S. 5915.

¹⁹⁵ Mollet an Eisenhower, Tel., 31. 7. 1956, *Très secret*, im Auszug in: Lefebvre, Guy Mollet, S. 246; s.a. Dillon an Dep. of State, Tel. 549, 31. 7. 1956, *Top secret*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 16, S. 74–77; Zimmermann, Frankreich, S. 400 f.

¹⁹⁶ S. Eisenhower an Mollet, 31. 7. 1956, *Secret*, in: ebd., S. 77 f.; s.a. ders. an Eden, 31. 7. 1956, *Top secret*, in: ebd., S. 69–71; Unterredung zwischen Pineau und Dulles vom 1. 8. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 208–210; Ambrose, Eisenhower, Bd. 2, S. 331 f.; Lefebvre, Guy Mollet, S. 247.

¹⁹⁷ Vgl. Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 23. 11. 1956, in: Buchstab (Bearb.), *Protokolle 1953–1957*, S. 1110 f.; zu Adenauers Position vgl. ausführlich Thoß, *Doppelkrise*.

¹⁹⁸ S. de Margerie an MAE, Tel. 2642/52, 14. 8. 1956, *Priorité, Réserve*, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 234 f.

¹⁹⁹ S. Kap. IV.3.2.

²⁰⁰ Aufzeichnung Arnold 302.210–01/94.07/2877/56, 13. 8. 1956, Konzept, in: BDFD I, S. 539–541, hier S. 540.

²⁰¹ S. de Margerie an MAE, Tel. 2576/82, 7. 8. 1956, *Urgent, Réserve, Diffusion restreinte*, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 231 f.; *Kommunique* des AA, 7. 8. 1956, in: AdG 1956, S. 5922.

²⁰² S. Unterredungen zwischen Pineau und Nehru vom 11. 3. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 387–393;

sers weitreichende negative Auswirkungen auf die französische Position in Nordafrika zeitigte und die Existenz der Regierung Mollets bedrohte. Ein Triumph Frankreichs hingegen bot für den *Président du Conseil* die Aussicht, seine parlamentarische Basis „beträchtlich nach der Mitte und nach rechts“ erweitern und sich von der bisher oft erforderlichen stillschweigenden Unterstützung der Kommunisten befreien zu können. Demgemäß hatten die eigenen Interessen am Suezkanal hinter dem Nutzeffekt einer Unterstützung der französischen Position zurückzutreten²⁰³.

Von Brentano unterstützte daher vom 16. bis 23. 8. loyal die britisch-französische Position. Er setzte sich an der Themse zwar für eine friedfertige Beilegung der Krise ein, ließ aber keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Bundesregierung sich gegenüber seinen Partnern in der Pflicht sah. Der Außenminister sprach sich für eine internationale Vereinbarung über die institutionell gesicherte freie Kanaldurchfahrt aus und sicherte Pineau die „volle Unterstützung“ für dessen Anregung zu, den Kanalbetrieb gemäß den Grundsätzen der Suezkonvention von 1888 aufrechtzuerhalten²⁰⁴. Der revanchierte sich dafür, indem er sich scharf gegen die sowjetischen Bemühungen verwahrte, der Bonner Republik das Recht abzusprechen, in London als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches aufzutreten²⁰⁵.

Trotz dieser deutschen Schützenhilfe vermochten die Franzosen ihre Standpunkte auf der Konferenz nicht durchzusetzen. Der von Dulles vorgelegte Plan einer Internationalisierung des Kanals verbunden mit einer finanziellen Entschädigung für Ägypten war für Nasser ebenso inakzeptabel wie die nationale ägyptische Verfügungsgewalt für die Kanalbenutzer²⁰⁶. Parallel zu weiteren Bemühungen, die Krise mit friedlichen Mitteln beizulegen, setzten London und Paris die Ende Juli begonnenen Gespräche²⁰⁷ über eine gewaltsame Wiederbesetzung der Kanalzone fort und bezogen dabei nun auch Tel Aviv in ihre Planungen mit ein, während die USA und die NATO weitgehend in Unkenntnis blieben²⁰⁸. Mehr und mehr griff an der Seine, aber auch am Rhein die Angst um sich, daß nicht nur die Beziehungen zu den Amerikanern zerrüttet seien, sondern die Atlantische Allianz insgesamt auf dem Spiel stünde²⁰⁹.

zur Unterredung zwischen Mollet und Nasser vom 14. 3. 1956 s. Pineau an London u. Washington, Tel. 2727/29 u. 2857/59, 20. 3. 1956, *Secret, Réservé*, in: ebd., S. 459 f.; vgl. Pineau, *Suez/1956*, S. 36–43.

²⁰³ Aufzeichnung Arnold 302.210–01/94.07/2877/56, 13. 8. 1956, Konzept, in: BDFD I, S. 541.

²⁰⁴ Erklärung von Brentanos auf der Londoner Suez-Konferenz, 17. 8. 1956, in: *Bulletin* 1965, S. 1489; s.a. Chauvel an MAE, Tel. 3586/600, 17. 8. 1956, *Réservé*, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 263–265.

²⁰⁵ Vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 220, von Maltzan an AA, Pol 206–00 1800/57, 18. 3. 1957.

²⁰⁶ Vgl. die Dokumente in: FRUS 1955–1957, Bd. 16, S. 212–283; DDF 1956, Bd. 2, Nr. 121, 124–129, 131–133, 137, 138 u. 140–143; *Bulletin* 1956, S. 1565 f. u. 1574–1576; Carlton, Anthony Eden, S. 417; Kingseed, Eisenhower, S. 66–68; Thorpe, Selwyn Lloyd, S. 221 f.; Thoß, Beitritt, S. 226.

²⁰⁷ S. Chauvel an Pineau, Tel. 3006/15, 27. 7. 1956, *Priorité absolue, Très secret, Réservé*, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 165–167; Pineau an Chauvel, Tel. 7479/83, 27. 7. 1956, *Priorité absolue, Réservé*, in: ebd., S. 167 f.; Chauvel an Pineau, Tel. 3106/12, 28. 7. 1956, *Priorité absolue, Secret, Réservé, Diffusion restreinte*, in: ebd., S. 178 f.; ders. an MAE, Tel. 3132/40, 30. 7. 1956, *Priorité absolue, Secret, Réservé*, in: ebd., S. 186–188; Lefebvre, Guy Mollet, S. 248.

²⁰⁸ S. Carlton, Anthony Eden, S. 420–444; Lefebvre, Guy Mollet, S. 248–256; Thorpe, Selwyn Lloyd, S. 229–244.

²⁰⁹ S. Unterredung zwischen Pineau, Dulles und Lloyd vom 5. 10. 1956, *Top secret, Eyes only*, in:

Während der Westen mit internen Schwierigkeiten und der Bereinigung der Nahost-Krise beschäftigt war, tat sich im osteuropäischen Glacis der östlichen Weltmacht ein neuer Krisenherd auf. Offenbar ermutigt durch die Entwicklung in Polen, wo nach der blutigen Niederschlagung der Unruhen in Posen vom 28. 6. der reformerische Parteichef Gomulka im Herbst rehabilitiert worden war und Partei- und Wirtschaftsreformen einleitete, gewannen im Oktober auch in Ungarn oppositionelle Kräfte an Zulauf. Analog zur Entwicklung in Warschau versuchte der neue Budapester Regierungschef Nagy die aufbrechenden Unruhen zunächst auf evolutionärer Basis beizulegen. Unter dem Druck seiner Anhänger sprach er sich dann aber im Gegensatz zu Gomulka für eine Demokratisierung aus und stellte die Blockzugehörigkeit öffentlich in Frage. Auf Antrag einer Gegenregierung unter dem bisherigen Parteichef Kádár schlug Moskau daraufhin den Aufstand Anfang November nieder²¹⁰.

Zur selben Zeit eskalierte die Suezkrise. Nachdem englisch-französische Bemühungen, die Krise mit Hilfe der UNO an der durch die Sowjetunion beförderten Intransigenz Ägyptens gescheitert waren²¹¹, drangen israelische Panzerverbände Ende Oktober innerhalb kurzer Zeit bis zum Suezkanal vor und besetzten die östliche Kanalzone. Vereinbarungsgemäß griffen London und Paris daraufhin mit einem Ultimatum zur sofortigen Einstellung der Kampfhandlungen und zum Rückzug der Truppen ein²¹². Als Kairo erwartungsgemäß ablehnte, lösten sie am 31. 10. ihre vorbereitete Militäraktion aus, die am 5. 11. durch die Landung von Fallschirmtruppen in der Kanalzone ihren Höhepunkt erreichte²¹³. Sowohl Moskau als auch Washington gedachten offenbar, eine Eskalation der Doppelkrise zu verhindern, und versuchten gemeinsam, in der UNO eine sofortige Feuerpause herbeizuführen²¹⁴. Als der Kreml dann mit einer nuklearen Intervention drohte, zwang Eisenhower Eden mit harschen Warnungen an die Adresse der Verbündeten schließlich am 6. 11. – dem Tag der amerikanischen Präsidentschaftswahlen – zum Abbruch des Suezunternehmens²¹⁵. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit zerstörten Washington und Moskau damit die „britische und französische Lebenslüge der Nachkriegsjahre“ einer eigenständigen Großmachtpolitik²¹⁶.

FRUS 1955–1957, Bd. 16, S. 639–645; Cornut-Gentile an MAE, Tel. 1717/26, 5. 10. 1956, *Très secret*, *Priorité*, *Réservé*, *Diffusion restreinte*, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 520–523.

²¹⁰ Zu den Aufständen in Polen und Ungarn im Sommer und Herbst 1956 vgl. Gosztony, Volksaufstand; Heinemann (Hg.), Krisenjahr, passim; Kaplan, Überwindung, S. 56–100; Király/Lotze/Dreiszigler (Hg.), Hungarian Revolution; Litván/Bak (Hg.), Ungarische Revolution.

²¹¹ Zur Behandlung der Suezkrise vor der UNO s. die Dokumente in: FRUS 1955–1957, Bd. 16, S. 639–820; AdG 1956, S. 6024F, 6043C; Pineau, Suez/1956, S. 111–120; Lefebvre, Guy Mollet, S. 247 f.; Thorpe, Selwyn Lloyd, S. 227–229.

²¹² Zum israelischen Angriff vom 29. 10. und dem britisch-französischen Ultimatum vom 30. 10. 1956 s. AdG 1956, S. 6073 f.; Pineau, Suez/1956, S. 157–160; Carlton, Anthony Eden, S. 443 f.; Thorpe, Selwyn Lloyd, S. 244–248.

²¹³ S. AdG 1956, S. 6075 u. 6083A; Pineau, Suez/1956, S. 160–170; Carlton, Anthony Eden, S. 444–452; Lefebvre, Guy Mollet, S. 259; Thorpe, Selwyn Lloyd, S. 248–251.

²¹⁴ S. die Dokumente in: FRUS 1955–1957, Bd. 16, S. 984; ebd., S. 984–1025; AdG 1956, S. 6084–6086; Pineau, Suez/1956, S. 170–173; Kingseed, Eisenhower, S. 88–120.

²¹⁵ S. Telefongespräch zwischen Eisenhower und Eden, 6. 11. 1956, in: FRUS 1955–1957, Bd. 16, S. 1025–1027; Carlton, Anthony Eden, S. 452–455; Kingseed, Eisenhower, S. 120–122; Rothwell, Anthony Eden, S. 232–237; Thorpe, Selwyn Lloyd, S. 250 f.

²¹⁶ Felken, Dulles, S. 376; s.a. Lehmkuhl, „Vom Umgang mit dem Niedergang“, S. 600–606; Zimmermann, Frankreich, S. 419 f.

Zur selben Stunde traf Adenauer zu seinem ersten offiziellen Besuch in Paris ein. Mollet hatte ihn während seiner Visite in Bonn Ende September nach Paris eingeladen, um die nach der Beseitigung des Saarproblems beginnende Ära freundschaftlicher Zusammenarbeit zu demonstrieren²¹⁷. Gegenüber dem seit Anfang Oktober in Bonn residierenden neuen französischen Botschafter Couve de Murville – dem „beträchtliche Vorbehalte“ gegenüber Deutschland nachgesagt wurden²¹⁸ – hatte er in den Tagen zuvor die englisch-französische Militäraktion im Gegensatz zu Eisenhower voll gebilligt und ihr einen raschen Erfolg gewünscht. Die jüngste Entwicklung in der UNO bestätigten seine Befürchtungen, daß sich zwischen Moskau und Washington eine „entente directe et exclusive“ anbahne²¹⁹. Im Gegensatz zu SPD und FDP, die die britisch-französische Militäraktion als Krieg und Angriff auf die Charta der Vereinten Nationen scharf geißelten und Eden bzw. Mollet die Verantwortung für die Krise der UNO gaben²²⁰, zeigte sich Adenauer sehr verständnisvoll. Die deutsch-französischen Irritationen des ersten Halbjahrs waren vergessen. Mollets Politik rühmte er nunmehr als klug, ruhig und weitsichtig²²¹. Werde dieser „ausgezeichnete Mann“ gestürzt, so schrieb der Kanzler dem amerikanischen Minister für Luftstreitkräfte, Quarles, ins Stammbuch, gäbe es nur die „Alternative Diktatur oder Volksfront“²²².

Daher zögerte er auch keinen Moment, die Reise an die Seine trotz der kritischen Lage am Suezkanal anzutreten – freilich nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern aus politischem Kalkül. Von Maltzan hatte am 26. 10. von dem französischen Wunsch berichtet, Adenauer möge seinen Besuch um einen Tag ausdehnen; Mollet plane eine protokollarische Aufwertung, die sonst nur Staatsoberhäuptern zukomme. Im Auswärtigen Amt begrüßte man allenfalls den offizielleren Anstrich des Treffens, nicht aber die Verlängerung, weil man vor dem Hintergrund der wenige Tage zuvor gescheiterten Außenministerkonferenz über die Fortsetzung der EWG-Verhandlungen auf ein „konkretes Gespräch zur Wiederflottmachung“ der Beratungen hoffte²²³. Die von der Militäraktion am Suezkanal ausgelöste Eskalation der Gewalt veränderte diese Haltung nicht unerheblich. Von Brentano plädierte am 31. 10. für eine Absage des Termins, um

²¹⁷ Vgl. Kap. IV.2.2; s.a. Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 159, Informationsgespräch, 5. 11. 1956.

²¹⁸ PA, Abt. 2, Bd. 238, Bl. 569–575, Hausenstein an AA, 205–00 I Nr. 4418/54, 12. 11. 1954. Zum Antrittsbesuch Couve de Murvilles bei Adenauer am 9. 10. 1956 s. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 224 f.

²¹⁹ Couve de Murville an MAE, Tel. 3358/60, 3. 11. 1956, Secret, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 162 f., hier S. 162. Nach dem Scheitern der Aktion kritisierte der Kanzler freilich vor der deutschen Öffentlichkeit den Einsatz der Waffen (Regierungserklärung Adenauers, 8. 11. 1956, in: BT, Sten. Ber., Bd. 32, S. 9259–9264).

²²⁰ S. Bundestagsrede von Mellies, 8. 11. 1956, in: ebd., S. 9267–9269; Bundestagsrede Dehlers, 8. 11. 1956, in: ebd., S. 9269–9276; AsD, NL Erler, Bd. 176, Steiner-Jullien an Erler, 16. 12. 1956, im Auszug in: BDFD III, S. 857 f.; AsD, NL Erler, Bd. 176, Erler an Steiner-Jullien, 4. 1. 1957; vgl. ausführlich: Cahn, Parti, S. 312–330.

²²¹ S. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 224.

²²² BA, NL Blankenhorn, Bd. 67, Bl. 192–201, Unterredung zwischen Adenauer und Quarles vom 10. 9. 1956, 11. 9. 1956, Geheim; eine amerikanische Übersetzung in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 155–161; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 296.

²²³ PA, Ref. 200, AZ 80.SL 6 94.07, AA an Adenauer, MB 2164/56, 26. 10. 1956. Autor des Briefes war wahrscheinlich von Brentano oder Hallstein.

nicht den Eindruck einer Unterstützung der französisch-englischen Politik zu erwecken²²⁴. Mollet hingegen führte Adenauer am selben Tag eindringlich vor Augen, wie extrem wichtig ihm die Zusammenkunft gerade zu dieser Zeit sei. Ohne auch nur mit einem Wort auf die Lage am Suezkanal einzugehen, lenkte er den Blick des Kanzlers ganz auf die Chance, der Welt den gemeinsamen Willen zum Aufbau Europas beweisen zu können²²⁵. Erneut warnte das Auswärtige Amt davor, die britisch-französische „Polizeiaktion“ in Ägypten durch einen Besuch des Kanzlers vor der Weltöffentlichkeit zu billigen²²⁶. Doch Adenauer ging über diese Monita hinweg und lehnte eine Verschiebung oder gar eine Absage der Reise ab. Schuld an dem Debakel auf der Suez-Halbinsel trugen seiner Meinung nach die Amerikaner und nicht die Franzosen, denen er allenfalls vorwarf, nicht schneller mit den Briten gehandelt zu haben²²⁷. Angesichts des „Nichtfunktionieren[s]“ der NATO und des tiefen „Dornröschenschlaf[s]“ der WEU²²⁸ wollte er sich die Möglichkeit nicht nehmen lassen, die „deutschen politischen Anliegen“ persönlich zum Ausdruck zu bringen, als da waren: die „Wiederherstellung der westlichen Solidarität [...], Förderung europäischer Integration und Zusammenarbeit und Einwirkung im Sinne baldiger Waffenruhe und Wiederherstellung [des] Friedens im Nahen Osten“²²⁹.

Während der Bundesaußenminister und andere Politiker aller Parteien von der Tour abrieten, hielt der Kanzler auch an seinem Fahrplan fest, als ihn in der Nacht des 5. 11. im Sonderzug nach Paris die Meldungen über Bulganins Drohungen an Eden und Mollet erreichten. Nachdem eine Anfrage von Maltzans im Quai d'Orsay erbracht hatte, daß die Ankunft des Kanzlers gerade in diesen schweren Stunden hoch erwünscht sei, beschloß Adenauer, seine Reise fortzusetzen. Allerdings verkürzte er die Besuchsdauer um zwei Tage und strich die repräsentativen gesellschaftlichen Veranstaltungen aus dem Programm²³⁰. Adenauer fühlte sich zu diesem „Solidaritätsoffer“²³¹ zweifellos in erster Linie durch die amerikanische Politik getrieben, der er insgeheim eine „Komplizenschaft“ mit den Sowjets vorwarf²³². Außerdem befürchtete er, daß eine kurzfristige Absage als „Brüskierung Frankreichs“ verstanden werden und die parlamentarische Verabschiedung des soeben unterzeichneten Saarvertrags in Frage stellen könnte²³³. Darüber hinaus dachte er konkret daran, die festgefahrenen Verhandlungen über die EWG wieder

²²⁴ S. BA, NL von Brentano, Bd. 156, von Brentano an Adenauer, 31. 10. 1956, Persönlich, Vertraulich, im Auszug in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 226 f.; Baring, Bundeskanzler, S. 199.

²²⁵ S. Mollet an Adenauer, übermittelt in: Pineau an Couve de Murville, Tel. 3125/27, 31. 10. 1956, Secret, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 121 f.

²²⁶ PA, BStS, Bd. 352, Fechter an Hallstein, Aufzeichnung 201–752–01/12648/56, 2. 11. 1956.

²²⁷ Vgl. Köhler, Adenauer, S. 947 f.

²²⁸ Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 157, Informationsgespräch, 5. 11. 1956.

²²⁹ PA, Ref. 200, AZ 80.SL 6 94.07, von Welck an Washington etc., Tel. AZ 752–01/12784/56, 5. 11. 1956, Verschlüsselt, Citissime; s.a. Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 159 f., Informationsgespräch, 5. 11. 1956.

²³⁰ S. von Eckardt, Leben, S. 465 f.; Grewe, Rückblenden, S. 283–285; Kosthorst, Brentano, S. 112; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 304.

²³¹ Kosthorst, Brentano, S. 113.

²³² Köhler, Adenauer, S. 949.

²³³ Unterredung zwischen Adenauer und Heuss vom 12. 11. 1956, in: Adenauer/Heuss, Unter vier Augen, S. 213–216, hier S. 214; in gleicher Diktion äußerte sich Adenauer am 5. 11. 1956 im Bundeskabinett (Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 683 f.).

in Gang zu bringen²³⁴. Außerdem lockte die Aussicht auf eine umfassende Rüstungskooperation mit Frankreich²³⁵.

Gegen acht Uhr traf der Kanzler mit kleiner Entourage an der Seine ein, stürmisch begrüßt von einer großen Menge Schaulustiger. Nach einem „protokollarischen Notprogramm“²³⁶ begannen zwei Stunden später im Matignon die politischen Gespräche mit der französischen Führung, die sich ausschließlich um die Zuspitzung am Suezkanal drehten²³⁷. Adenauer brachte erneut seine tiefe Besorgnis über das amerikanisch-sowjetische Zusammenspiel zum Ausdruck und verdächtigte die beiden Nuklearmächten, sich zum Herrn und Schiedsrichter der Welt aufzuspielen. Eisenhowers Antwort auf das Schreiben Bulganins²³⁸ enthielt seiner Ansicht nach ein Angebot zur Teilung der Welt. Das Weiße Haus wolle keinen Weltkrieg, und der Kreml wisse das, lautete seine Schlußfolgerung. Als er den USA auch noch die Absicht unterstellte, bei einem Angriff auf Frankreich und England ein Übereinkommen mit der Sowjetunion anzustreben, platzte von Brentano der Kragen. Adenauers Tiraden gingen ihm entschieden zu weit, und auch Mollet bzw. Pineau schien dessen Sichtweise zu pessimistisch. Dickköpfig wie er war, hielt der Kanzler dagegen: Er sei kein Pessimist, sondern Realist. Mochte auch in den Reihen der deutschen Diplomatie Verständnis für das amerikanische Verhalten aufgebracht werden²³⁹, so ging sein Mißtrauen so weit, daß er dem *Président du Conseil* zu einer Anfrage an das Weiße Haus riet, ob die USA im Fall eines sowjetischen Angriffs gegen England oder Frankreich intervenierten. Das Ergebnis mußte seine Kritiker verstummen lassen. Das State Department wich einer von Pineau umgehend veranlaßten Sondierung Alphands aus, beschied sie *de facto* abschlägig²⁴⁰. Schon dieses Ergebnis rechtfertigte in den Augen Adenauers die Fahrt nach Paris.

Nach stundenlangen Diskussionen, die Pineau wiederholt verließ, um sich über den neuesten Stand am Suezkanal informieren zu lassen, erhielt Mollet gegen Mittag den entscheidenden Telefonanruf Edens. Eisenhower, so teilte der deprimierte englische Premierminister mit, habe ihm zwölf Stunden für den Befehl eines Waffenstillstandes gegeben. Konsterniert nahmen er und Pineau zur Kenntnis, daß Eden dem Druck gewichen war. Es war Adenauer, der die Stille nach dem Telefonat durchbrach: „A votre place, dit-il, j'accepterais! C'est la sagesse.“ Und nach wenigen Momenten neuerlichen Schweigens fügte er hinzu: „Et maintenant, il faut faire l'Europe!“²⁴¹

²³⁴ Vgl. Kap. IV.2.2.

²³⁵ Vgl. Kap. IV.4.2.

²³⁶ Kothorst, Brentano, S. 113.

²³⁷ Zum folgenden s. Unterredung zwischen Adenauer und Mollet vom 6. 11. 1956, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 231–238; Grewe, Rückblenden, S. 285–290; Pineau/Rimbaud, Grand Pari, S. 221–223; Pineau, Suez/1956, S. 176 f.; Schwarz, Begegnungen, S. 77–79.

²³⁸ S. Bulganin an Eisenhower, 5. 11. 1956, in: FRUS 1955–1957, Bd. 16, S. 993 f.; Erklärung des Weißen Hauses, 6. 11. 1956, in: AdG 1956, S. 6084.

²³⁹ S. PA, NL von Kessel, Ordner [3], Krekeler an AA, Tel., 7. 11. 1956, Geheim.

²⁴⁰ S. Pineau an Washington, Tel. 12055/56, 6. 11. 1956, *Très secret*, *Immédiat*, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 222; Alphand an MAE, Tel. 6987/90, 6. 11. 1956, *Très secret*, *Priorité absolue*, *Réservé*, in: ebd., S. 222 f.; von Eckardt, Leben, S. 467; BA, NL Blankenhorn, Bd. 69, Bl. 182, Tb. 8. 11. 1956.

²⁴¹ Zitiert nach: Pineau/Rimbaud, Grand Pari, S. 222 u. 223; s.a. Pineau, Suez/1956, S. 177; Lefebvre, Guy Mollet, S. 261.

Mit der französischen Annahme der UN-Entschließung über das Einstellen der Kämpfe war die heiße Phase der Suezkrise beigelegt²⁴². Der Kanzler zog aus dem Konflikt mehrere Konsequenzen. In Übereinstimmung mit dem Auswärtigen Amt drängte er auf eine Forcierung der NATO-Reform, wobei die Bundesrepublik sich stärker als bisher in die internen Planungen einzubringen hatte. Differenzen herrschten zwischen Palais Schaumburg und der Koblenzer Straße in der Frage des Verhältnisses zu den Westmächten. Natürlich wünschte Adenauer das frühere Vertrauensverhältnis zu den USA wenn möglich fortzusetzen, hoffte diesbezüglich offenbar auf einen Wechsel im Weißen Haus²⁴³. Wichtiger war es ihm jedoch jetzt, in Kooperation mit Frankreich die politische Föderation Europas mit einer sicherheitspolitischen Komponente voranzutreiben. Vor allem aber ging es ihm nun um den Aufbau der Bundeswehr. Denn nicht einmal den westeuropäischen Partnern mochte er uneingeschränkt trauen. „Seien sie doch über folgendes klar“, so führte er dem Kabinett am 9. 11. vor Augen, „wenn die Situation so weitergeht [...], dann werden England und Frankreich uns zuerst an die Russen verkaufen, damit sie am Leben bleiben in der Hoffnung, daß noch etwas anderes kommt“²⁴⁴.

Im Auswärtigen Amt wertete man das Ende der Suezkrise hingegen als Beleg dafür, daß England und Frankreich keine eigene Weltpolitik mehr betreiben konnten und die deutsche Sicherheit „nicht auf der militärischen Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten (insbesondere England und Frankreich), sondern auf dem guten Willen der USA“ beruhte. Da aber auch die Beamten in der Koblenzer Straße den Amerikanern nicht blind vertrauten, lautete ihre zentrale Lehre, die Bundesrepublik dürfe das Gesetz des Handelns nun nicht mehr nur den Großmächten überlassen. Auf die Deutschlandpolitik übertragen, bedeutete dies, das „abgegriffene Schlagwort der ‚Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit‘“ durch „zusätzliche Leit motive“ wie etwa der Forderung nach einem Friedensvertrag zu ergänzen²⁴⁵.

Aus der Sicht Frankreichs stand als Bilanz der Suezkrise das Gefühl im Vordergrund, von den USA „im Stich gelassen“ worden zu sein. Mit einer festen Unterstützung konnte es wohl nur im eigentlichen Verteidigungsgebiet der NATO rechnen, während das französische Kolonialreich offenbar nicht mehr ihrem Schutz unterstand. „Der Glaube an die Unbedingtheit der französisch-amerikanischen Freundschaft ist erschüttert“, meldete von Maltzan Mitte November aus Paris. Nur die Vernunft hielt die Politiker an der Seine davon ab, die transatlantische Partnerschaft aufzukündigen²⁴⁶. Abgekühlt hatte sich auch das Verhältnis zu

²⁴² Zur Antwort Frankreichs auf das Memorandum des UNO-Generalsekretärs Hammarskjöld vom 6. 11. 1956 vgl. AdG 1956, S. 6086f.

²⁴³ S. Unterredung zwischen Adenauer und Mollet vom 6. 11. 1956, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 237. Eindeutig für einen Wechsel im Weißen Haus und im State Department trat Blankenhorn ein. Seine Hoffnungen sollten sich nicht erfüllen. Aus den Wahlen vom 6. 11. 1956 ging Eisenhower als Sieger hervor. Mit ihm blieb auch Dulles im Amt (BA, NL Blankenhorn, Bd. 69, Bl. 237–240, Tb. 6. 11. 1956; AdG 1956, S. 6094C).

²⁴⁴ Bericht Adenauers im Kabinett, 9. 11. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 703–710, hier S. 709; s.a. Köhler, Adenauer, Bd. 950; Niedhart, „Neue Macht“, S. 40–42; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 303.

²⁴⁵ PA, Ref. 200, AZ 80.00/0, Oncken an Grewe, Aufzeichnung 200–210–00 A/12962/56, 12. 11. 1956.

²⁴⁶ Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 219, von Maltzan an AA, Pol 205–00 4470/56, 14. 11. 1956.

England, das im Gegensatz zu Frankreich nicht mit „amazement and anger“, sondern mit „heart-felt relief“ auf den Waffenstillstand reagierte und heilfroh war, das Abenteuer glimpflich überstanden zu haben²⁴⁷. Anders als in der öffentlichen Meinung zog die führende *classe politique* zumindest in privaten Gesprächen aus diesem unerfreulichen außenpolitischen Fazit zunehmend häufiger die Konsequenz, Frankreich müsse die Einigung Europas rasch vorantreiben²⁴⁸. Dazu bedurfte man natürlich der bundesdeutschen Unterstützung. So legten politisches Kalkül und menschliche Dankbarkeit, von Adenauer auf dem Siedepunkt dieser „schlimmste[n] Krise seit 1945“²⁴⁹ persönlich unterstützt worden zu sein, bei Mollet die psychologische Basis für eine bemerkenswerte Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit, die bis zum Ende der Vierten Republik anhalten sollte.

Allerdings liefen die Franzosen nicht mit fliegenden Fahnen zu den Deutschen über. Sehr aufmerksam beobachtete die Pariser Diplomatie, ob Bonn die Gelegenheit der allenthalben notwendigen Verbesserung der europäisch-amerikanischen Beziehungen nutzte, „un rôle privilégié“ zu den USA aufzubauen. Während Adenauer dieser Versuchung allem Anschein nach widerstand und den Dialog aus einer gefestigten europäischen Position heraus aufzunehmen gedachte, schien die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik nicht abgeneigt²⁵⁰. Immerhin ließ sich der Kanzler Ende November von seinem Außenminister und dessen Staatssekretär nach der Wiederwahl des amerikanischen Präsidenten zu einer offiziellen Geste der Verständigung gegenüber Washington bewegen. Das Schreiben erübrigte sich dann aber, weil Eisenhower selbst die Initiative ergriff und ihm schriftlich seinen festen Willen mitteilte, zur Wiederherstellung der völligen Einheit des Westens beizutragen. Allerdings versäumte er es nicht, ihm zugleich vor Augen zu halten, wie wirklichkeitsfremd es sei, eine Identität der Auffassungen außerhalb des NATO-Gebiets anzustreben. Adenauer dankte höflich und appellierte unter Betonung der Bedeutung Europas für die sowjetischen Weltoberungspläne an die amerikanische Führungsrolle²⁵¹.

Trotz des allseitigen Bemühens, die tiefen Gräben in der Atlantischen Allianz nicht noch weiter auszuhöhlen, konnte am Ende dieses „Internationalen Krisenjahres 1956“²⁵² kein Zweifel darüber bestehen, daß die schweren Spannungen im Bündnis noch nicht behoben waren. Die Phalanx der Kritiker, denen sich Franzosen und Engländer in der NATO-Ratstagung Mitte Dezember gegenüber sahen, bot einen beklemmenden Beleg für die fehlende Eintracht²⁵³. Die Differenzen über den Abschlußbericht der Drei Weisen zur NATO-Reform vom 12. 12., der eine stärkere Koordination der Allianzpolitik auch um den Preis eingeschränkter

²⁴⁷ Bell, France, S. 150.

²⁴⁸ S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 219, von Maltzan an AA, Pol 205–00 4470/56, 14. 11. 1956.

²⁴⁹ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 303.

²⁵⁰ Couve de Murville an MAE, Tel. 3499/506, 24. 11. 1956, *Réservé*, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 405 f., hier S. 405.

²⁵¹ S. Eisenhower an Adenauer, 29. 11. 1956, *Secret*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 176 f.; Adenauer an Eisenhower, 4. 12. 1956, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 266 f.; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 245–247; Kosthorst, Brentano, S. 116.

²⁵² So der treffende Titel des informativen Sammelbandes von Heinemann (Hg.), Krisenjahr.

²⁵³ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Polto 1392, 11. 12. 1956, *Confidential*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 106–110; dies. an dass., Tel. Polto 1393, 11. 12. 1956, *Confidential*, in: ebd., S. 111–116; dies. an dass., Tel. Polto 1398, 12. 12. 1956, *Confidential*, in: ebd., S. 116–122.

nationaler Kompetenzen forderte, verstärkte noch das negative Bild. Indem Dulles auf die Handlungsfreiheit der weltweit operierenden amerikanischen Außenpolitik pochte, zerstörte er die Hoffnungen der Partner auf eine Institutionalisierung der Konsultationspflicht innerhalb der Gemeinschaft. Dementsprechend akzeptierte der Rat den Abschlußbericht auch nicht als bindenden Beschluß, sondern lediglich als Empfehlung für die künftige NATO-Arbeit. Die Probleme in der Kommunikation einer Allianz souveräner Nationalstaaten mit all ihren Machtdisparitäten blieben bestehen²⁵⁴.

Für die Nachbarn am Rhein gingen denkwürdige zwölf Monate zu Ende, und von Maltzan fühlte sich in einem umfangreichen Rückblick zu dem Urteil berechtigt, „daß die deutsch-französischen Beziehungen sowohl auf amtlicher Ebene wie auch im allgemeinen seit 1945 noch nie so gut waren wie zur Zeit, ja daß sie besser sind als zu irgend einem Zeitpunkt zwischen den beiden Weltkriegen“. Gewiß, die zu Beginn des Jahres in Bonn gehegten Befürchtungen hatten sich nach dem Regierungswechsel in Paris als völlig berechtigt erwiesen. Mollet und Pineau erweckten mit ihren öffentlichen Erklärungen zur Ost- und Deutschlandpolitik in den ersten Monaten ihrer Amtszeit erhebliche Zweifel, ob sie sich noch der transatlantischen Solidargemeinschaft zugehörig fühlten oder aus der Reihe der westlichen Demokratien auszuscheren beabsichtigten. Sicherlich spielte dabei für die sozialistischen Politiker die Bedeutung der weltweiten Abrüstungsideologie eine Rolle. Außerdem hegten die neuen Staatenlenker an der Seine den Wunsch auf Verminderung der Abhängigkeit von den USA, auf eine Brückenfunktion zwischen Ost und West. Schließlich trachteten sie danach, durch spektakuläre außenpolitische Aktionen von den innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Leidtragender dieser Politik war die westliche Solidarität im allgemeinen, das Verhältnis zur Bundesrepublik im besonderen. Wenngleich die Bundesregierung sich nach dem negativen Ausgang der Genfer Konferenzen keiner Illusionen über rasche Fortschritte in der „deutschen Frage“ hingab, konnte sie es nicht hinnehmen, daß Frankreich nun offen daran ging, das Junktim zwischen Wiedervereinigung und europäischer Sicherheit aufzulösen, ja, das Problem der Spaltung Deutschlands möglichst ganz von der weltpolitischen Agenda zu verbannen. Mit der für Mollet enttäuschenden Reise nach Moskau im Mai wendete sich das Blatt. Da sich auch die Zusammenarbeit in der westlichen Allianz alles andere als spannungslos entwickelte, setzte sich in Paris mehr und mehr die Erkenntnis durch, auf Bonn bauen zu müssen. Höhepunkt dieser vom „Radford-Plan“ forcierten Entwicklung war zweifellos die Suezkrise, die Frankreich schlagartig die eigene Schwäche gegenüber den Weltmächten und damit die Notwendigkeit der europäischen Zusammenarbeit mit Hilfe engstmöglicher Beziehungen zur Bundesrepublik vor Augen führte. Sie schlug sich auch in der französischen Haltung zur „deutschen Frage“ nieder. Hatte sich Pineau bereits auf der Londoner Suez-Konferenz im August scharf gegen die sowjetischen Bemühungen verwahrt, der Bonner Republik das Recht abzusprechen, als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches auf-

²⁵⁴ S. dies. an dass., Tel. Polto Nr. 1407, 13. 12. 1956, Confidential, Priority, in: ebd., S. 137–145; dies. an dass., Tel. Polto Nr. 1408, 13. 12. 1956, Confidential, in: ebd., S. 145–149; Blankenhorn, Verständnis, S. 259 f., Tb. 11.–14. 12. 1956; AdG 1956, S. 6149G; Thoß, Beitritt, S. 230.

zutreten, bezeichnete Mollet Ende Oktober die Wiedervereinigung gar öffentlich als unerlässlich für den Frieden Europas.

So stand auf der Habenseite der deutsch-französischen Bilanz am Ende des Jahres 1956 ein ansehnlicher Betrag. Mit dem Abschluß des Saarabkommens vom 27. 10. beseitigten die beiden Nachbarn das letzte große Relikt aus der Nachkriegszeit²⁵⁵. Man begriff sich als Schicksalsgemeinschaft und machte sich auf, Europa wirtschaftlich zu einigen. Die nach monatelangem Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern im Dezember erfolgte Konstituierung der im Kulturabkommen von 1954 vorgesehenen Gemischten Kulturkommission durfte ebenfalls als Fortschritt in den Beziehungen beider Länder gewertet werden²⁵⁶. Auf nichtgouvernementaler Ebene ragte wohl die Gründung einer französischen Parlamentariergruppe heraus, die sich der Pflege der Beziehungen zur Bundesrepublik verschrieb. Für den Bürger mag indes die Abschaffung des Paßzwangs am 8. 12. von handfesterem Wert gewesen sein. Insgesamt lag damit „keine quantitativ-graduelle, sondern eine qualitative“ Besserung des Verhältnisses zwischen den Nachbarn vor. Freilich durfte sie weder als selbstverständlich hingenommen noch überschätzt werden. Denn die in Frankreich auf lange Zeit hin weiter vorhandene „große Masse von latentem Mißtrauen gegen Deutschland“ konnte nur in langfristiger, geduldiger Arbeit abgetragen werden²⁵⁷.

²⁵⁵ Vgl. Kap. IV.3.2.

²⁵⁶ S. PA, NL Hausenstein, Bd. 24, Bl. 157, von Maltzan an AA, Tel. 784, 10. 11. 1956; ebd., Bl. 165, ders. an dass., Tel. 839, 23. 11. 1956; ebd., Bl. 162, von Tieschowitz an Hess, 14. 12. 1956; ebd., Bl. 133f., ders. an Generalkonsulat Marseille, Ku 401-00/1, 18. 12. 1956; ebd., Bl. 163, von Maltzan an Hess, 2. 1. 1957; vgl. Lappenküper, Wilhelm Hausenstein, S. 670-673; Kap. V.1.1.

²⁵⁷ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 220, von Maltzan an AA, Pol 206-00 1800/57, 18. 3. 1957.

*IV.1.3 Abrüstung – Umrüstung – Wiedervereinigung:
Der Kampf um das deutschlandpolitische Junktim 1957*

Entspannungstendenzen in Bonn

Die nach dem Abschluß der Genfer Konferenzen 1955 und des XX. Parteitages der KPdSU vom Februar 1956 auftauchenden Anzeichen „bedeutsame[r] Veränderungen“ in der sowjetischen Außenpolitik hatten sich im Laufe des Jahres zunehmend erhärtet. Europa verlor zumal nach der Wiederherstellung der sowjetischen Vorherrschaft in Polen und Ungarn seine Rolle als prioritäres Aktionsfeld an Asien. Deutschland galt nicht mehr als „Zünglein an der Waage“, die Teilung wurde nun als stabilisierender Faktor bewertet. Die Großmächte, so wirkte es aus Sicht der Bonner Republik, betrachteten die „deutsche Frage“ nicht mehr als brennendes Problem, sondern als „bequeme Ausrede“, um Initiativen der Gegenseite auf den Gebieten Abrüstung und Sicherheit abzufangen. Für die Bundesregierung stellte sich damit unweigerlich die Frage, ob die Grundsätze ihrer bisher kurzfristig angelegten Deutschlandpolitik, die auf der Identität mit dem Deutschen Reich, der Nichtanerkennung der DDR und der Erhaltung des Rechtsanspruchs zur Wiedervereinigung beruhten, auch dann noch ihre Gültigkeit behielten, wenn die Spaltung nur langfristig aufhebbar war¹.

In der nächsten Umgebung Adenauers stellte man sich diesem Problem mit der Ausarbeitung eines großen Phasenplans, der Abrüstung und Wiedervereinigung miteinander verband. Felix von Eckardt, ehemaliger und bald darauf wieder neu eingesetzter Chef des Bundespresseamtes, hatte aus einem kurzen Aufenthalt als Beobachter bei der UNO und einer Sondermission in den USA im Sommer 1956 die feste Überzeugung mit nach Hause gebracht, daß die amerikanischen Truppen Europa verlassen würden. Entspannungstendenzen der Sowjetunion drohten diese Entwicklung noch zu beschleunigen. Daher entwickelte er im September vor dem Hintergrund des „Radford-Planes“ gemeinsam mit dem „außenpolitischen Chefdenker“ des Auswärtigen Amtes, Herbert Blankenhorn², ein Konzept, dessen erster Schritt in der etappenweisen Schaffung eines Sicherheitssystems bestand. Für die Jahre 1957/58 sahen die beiden Diplomaten die Herstellung eines Rüstungsgleichgewichts zwischen Rhein und Weichsel mit einem Radarwarnsystem vor. 1959/60 sollte dann parallel zum Aufbau der Bundeswehr bis zu einer Stärke von etwa 310 000 Mann der Rückzug aller sowjetischen Soldaten hinter den Bug und der anglo-amerikanischen Einheiten bis zu den Pyrenäen erfolgen. Da er eine Einwilligung Moskaus in freie gesamtdeutsche Wahlen als Auftakt zur Wiedervereinigung als ausgeschlossen erachtete, schlug von Eckardt vor, das Procedere mit der Ausarbeitung eines Statuts für die Einheit durch einen Deutschen Nationalrat einzuleiten und die freien Wahlen erst nach dem Abzug aller fremden Truppen 1960 abzuhalten. Um den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten für den Osten erträglich zu gestalten, dachte er darüber hinaus an die Bildung

¹ PA, Ref. 700, Bd. 1, Aufzeichnung des Referats 201 im AA, o.D.

² Köhler, Adenauer, S. 951.

einer Gesamteuropäischen Föderation aller kontinentalen Staaten ungeachtet ihres Gesellschaftssystems³.

Als die Sowjetunion nach der Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn Mitte November mit einer neuen Abrüstungserklärung aufwartete und darin u. a. eine Luftinspektionszone von 800 km beiderseits der innerdeutschen Grenze vorschlug⁴, hielt man es in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes nicht für ausgeschlossen, daß Moskau die Einsicht gewänne, die Satellitenstaaten nicht mehr länger militärisch dominieren zu können, und die Liquidation des von ihm beherrschten Blocks möglichst teuer zu verkaufen gedächte⁵. Einzelne deutsche Diplomaten gingen bereits so weit, ausländischen Kollegen gegenüber die Möglichkeit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze anzusprechen⁶. Selbst Adenauer schlug nun einen neuen Ton an und zeigte dabei keinerlei Berührungängste zu den Diskussionen amerikanischer Politiker über die Schaffung eines Gürtels neutraler Staaten in Zentraleuropa. Auf einer Pressekonferenz näherte er sich am 21. 12. sogar dem Standpunkt der SPD-Opposition, als er zu verstehen gab, daß die Mobilität der Situation durchaus interessante Perspektiven für die deutsche Einheit eröffnen könne. Zum wiederholten Mal spielte er dabei auf seine Bereitschaft an, ein direktes Gespräch mit dem neuen sowjetischen Botschafter Smirnow zu führen⁷. Die Überraschung der Franzosen über den „son nouveau“ des Kanzlers wich nur einen Tag später offenem Argwohn, als sie erfuhren, daß der Moskauer Vertreter die Bonner Offerte annahm⁸.

Anfang Januar 1957 legten Blankenhorn und von Eckardt ihren mittlerweile von General Heusinger und Staatssekretär Globke gutgeheißenen Sicherheitsplan dem Kanzler vor⁹. Obwohl das Konzept einer völlige Abkehr von seiner bisherigen Außenpolitik gleichkam, reagierte Adenauer „im wesentlichen positiv“¹⁰. Eine sicherheitspolitische Initiative, die den Status der Bundesrepublik und die Westbindung nicht gefährdete, hielt er offenbar für erwägenswert. Angelsächsische Disengagementpläne, die auf eine Neutralisierung Deutschlands hinausliefen, kritisierte er hingegen heftig¹¹. Nach wenigen Tagen vollzog der Kanzler aber einen tiefgreifenden Sinneswandel. Da ihm der Rückzug der amerikanischen Truppen nun doch zu gefährlich anmutete, beauftragte er Blankenhorn und von Eckardt am 7. 1. zu einer Überarbeitung ihres Projektes auf der Basis einer Entmilitarisierung der DDR und der Nichterhöhung des deutschen militärischen Po-

³ S. ACDP, NL von Eckardt, I-010-19/4, Aufzeichnung von Eckardt, September 1956; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 321-324.

⁴ S. Abrüstungserklärung der Sowjetunion, 17. 11. 1956, in: DzD, III. Reihe, Bd. 2, S. 906-912.

⁵ S. PA, Ref. 200, AZ 80/00.0, Aufzeichnung des Referats 200 im AA, 200-210-00/13455/56, 24. 11. 1956; Kosthorst, Brentano, S. 120.

⁶ S. Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 28. 11. 1956, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 425 f.

⁷ S. Pressekonferenz Adenauers, 21. 12. 1956, im Auszug in: DzD, III. Reihe, Bd. 2, S. 991-993.

⁸ De Margerie an Pineau, Tel. 3669/77, 22. 12. 1956, Réserve, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 580 f., hier S. 580.

⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 70, Bl. 3 f., Tb. 31. 12. 1956; Blankenhorn, Verständnis, S. 261; zu den deutschlandpolitischen Anregungen Blankenhorns und von Eckardts vgl. Hahn, Wiedervereinigungspolitik, S. 253-258.

¹⁰ BA, NL Blankenhorn, Bd. 73, Bl. 394, Tb. 3. 1. 1957; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 324 f.

¹¹ S. Adenauer, Erinnerungen 1955-1959, S. 284-288; zu den englischen Disengagementplänen vgl. Cabalo, Rüstungskontrollzone, S. 179-186.

tentials im Fall der Wiedervereinigung¹². Schließlich lehnte er die Initiative, die mittlerweile in die Form eines Schreibens an Eisenhower gegossen war¹³, gänzlich ab, da er alle Konzepte zur Desintegration des Ostblocks für erledigt und die Rückkehr zur Politik der Stärke für notwendig hielt¹⁴.

Bestärkt wurde der Kanzler in seiner Wende auch vom Außenminister, der am 11. 1. erstmals von den Gedanken erfuhr, sofort bei Adenauer intervenierte und sie „scharf“ ablehnte¹⁵. Zwar schloß auch von Brentano Konzessionen auf dem militärischen Gebiet nicht aus, sofern kein vollständiger Abzug der Alliierten die Folge war. Daß Blankenhorn und von Eckardt an den Rückzug der Amerikaner hinter die Pyrenäen dachten, während Adenauer gleichzeitig heftig die Abzugs- und Umrüstungspläne der Angelsachsen kritisierte, ging ihm jedoch zu weit¹⁶. Die Episode zeigte eines ganz klar: Bei Bedarf griff der Kanzler durchaus zu unkonventionellen Ideen, die er sofort verdamnte, wenn sie aus dem gegnerischen politischen Lager oder auch von den Verbündeten kamen¹⁷.

Die Hoffnungen Bonner Regierungspolitiker und Diplomaten auf eine Chance zur Wiedervereinigung wurden in den verantwortlichen Kreisen in Paris nicht geteilt. Ungeachtet aller Entspannungstendenzen glaubte man nicht an eine entscheidende Minderung der sowjetischen Gefahr¹⁸. Jean Laloy, Leiter der Europaabteilung im Quai d'Orsay, den von Maltzan als zuverlässigen und deutschfreundlichen Gesprächspartner zu schätzen gelernt hatte, warnte Mitte Februar ausdrücklich vor falschen Erwartungen. Die vom XX. Parteitag der KPdSU ausgehende Botschaft sah er mittlerweile teilweise bereits wieder revidiert. Die Erhebungen in den Satellitenstaaten zwangen Moskau seiner Ansicht nach, sich nicht nur auf Afrika und Asien zu konzentrieren, sondern auch der Entwicklung im eigenen Vorhof Beachtung zu schenken, da der Kreml offenbar keineswegs eine Liquidation des Satellitensystems ins Auge gefaßt hatte¹⁹. Moskau, so ermahnte er die Bonner Botschaft in Paris, werde zwar mit Blick auf die Bundestagswahlen Hoffnungen auf die Möglichkeit der Wiedervereinigung streuen. De facto seien die Sowjets aber „weniger als je bereit, Ulbricht und Grotewohl zu opfern und die Ostzone freizugeben“. Die Deutschen müßten daher etwaige Annäherungsversuche „wie die Pest“ fürchten, könnten allenfalls anhand des einen oder anderen Testfalls die wahren sowjetischen Absichten erkunden²⁰.

Entsprechend dieser Einschätzung lehnten die Franzosen auch einen Abzug der amerikanischen Truppen strikt ab, da ihre eigene Sicherheit auf der NATO-Strategie der Vorne-Verteidigung beruhte. Einen Teilrückzug bis hinter die Pyre-

¹² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 73, Bl. 326, Tb. 7. 1. 1957.

¹³ S. Adenauer an Eisenhower, Entwurf, im Auszug in: von Eckardt, Leben, S. 524–527.

¹⁴ S. PA, NL von Kessel, Ordner [3], Blankenhorn an von Kessel, 12. 1. 1957; Blankenhorn, Verständnis, S. 262 f., Tb. 17. 1. 1957; Kosthorst, Brentano, S. 121; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 326 f.

¹⁵ ACDP, NL von Eckardt, I-010–19/4, Marginalie von Eckardts zu „Eigener Entwurf“, 11. 1. 1957; s.a. von Eckardt, Leben, S. 527. Siebenmorgen liest die Marginalie irrtümlich „schroff“ (Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, S. 183).

¹⁶ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 121.

¹⁷ Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 327.

¹⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 241, Bl. 209–215, Aufzeichnung des MAE, 6. 10. 1956.

¹⁹ S. ebd., Bd. 242, Bl. 53–56, Abt. Europa im MAE an Pineau, Aufzeichnung, 20. 2. 1957 (Konzept JL).

²⁰ PA, Ref. 700, Bd. 2, von Maltzan an AA, Pol 200–00 42/57, 21. 1. 1957, VS-Vertraulich.

näen, wie Blankenhorn und von Eckardt ihn erwogen, hielt Verteidigungsminister Bourguès-Maunoury für kaum möglich; ein Komplettrückzug bedeutete in seinen Augen beim gegenwärtigen Mächtegleichgewicht auf dem Kontinent höchste Gefahr. Die gesamte integrierte Streitkräftestruktur der westlichen Allianz wäre in Frage gestellt, die Hinwendung der USA zu einer peripheren Verteidigung wahrscheinlich. Ein solches Szenario durfte aber allenfalls am Ende eines allgemeinen Abrüstungsprozesses stehen. Akzeptabel schienen ihm indes partielle Maßnahmen zur Truppenreduzierung in begrenzten Regionen²¹.

Auch von Brentano erachtete sinnvolle Gespräche mit den Sowjets auf absehbare Zeit für ausgeschlossen. Einen grundsätzlichen Wandel der sowjetischen Politik konnte er ebensowenig erkennen wie Anzeichen für Lösungsansätze in der „deutschen Frage“²². Daher plädierte er auch hartnäckig für eine harte Reaktion auf den Brief Bulganins an Adenauer vom 5. 2., der den Abschluß eines Handels-, Kultur und Konsularabkommens vorschlug und Erleichterung in der Repatriierungsfrage in Aussicht stellte²³. Der Außenminister setzte sich damit in Gegensatz zu den Diplomaten in der Koblenzer Straße, die den „überraschend konziliante[n] Ton“ des Schreibens zum Anlaß nahmen, zu einer möglichst raschen und „in verbindlicher und entgegenkommender Weise“ formulierten Antwort zu raten. Die Chancen zur Wiedervereinigung standen ohnehin „auf einem Nullpunkt“, konnten also auch durch eventuell schlecht laufende Konsultationen nicht mehr gemindert werden. Die Aufnahme des Gesprächsfadens setzte die Bundesregierung aber in ein günstiges Licht, wobei die vorgeschlagenen Abkommen nach Meinung der Beamten durchaus im deutschen Interesse waren²⁴.

Die französische Diplomatie sah sich durch den Brief hingegen in ihrer Prognose bestätigt, daß Moskau die Vorwahlzeit in Bonn zu Scheinangeboten nutzte. Dejean, Botschafter an der Moskwa, kennzeichnete das durch seinen „ton amical“ überraschende Schreiben als Teil sowjetischer „initiatives d'allure raisonnable et conciliante“, die die Unterdrückung des Aufstandes in Ungarn vergessen machen sollten. Adressaten seien vor allem die westdeutsche Industrie, die öffentliche Meinung, aber auch der Kanzler, den man zu umgarnen versuche. Die Wirksamkeit des Schreibens sah der Diplomat freilich von vornherein eingeschränkt, da es dezidiert auf der These der Zweistaatlichkeit beruhte²⁵.

Ungeachtet der Warnungen seines Ministers, aber auch einiger Diplomaten und Außenpolitiker der CDU-Fraktion²⁶, entschied sich der Kanzler für eine konziliante Antwort, entdeckte er doch in Bulganins Brief „Punkte, über die vielleicht eine fruchtbare Erörterung möglich“ sei²⁷. Einerseits sah er die Notwendigkeit, Moskau eine friedliche Lösung seiner Probleme zu ermöglichen, und gedachte

²¹ S. Bourguès-Maunoury an Pineau, Nr. 863/DN/AG/AL, 7. 2. 1957, Secret, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 207–210.

²² S. Regierungserklärung von Brentanos, 31. 1. 1957, in: BT, Sten. Ber., Bd. 34, S. 10640–10651.

²³ S. Bulganin an Adenauer, 5. 2. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 299–315. Zur ablehnenden Position von Brentanos s. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 244, Tb. 13. 2. 1957; Kosthorst, Brentano, S. 156f.

²⁴ PA, Ref. 200, AZ 80.00/0, Oncken an Staatssekretär i.V., Aufzeichnung 200–210–00/1571/57, 12. 2. 1957, VS-NfD.

²⁵ Dejean an Pineau, Tel. 640/646, 13. 2. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 237f., hier S. 237.

²⁶ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 157.

²⁷ Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 355.

dessen Außenpolitik auf die Probe zu stellen. Andererseits suchte er im Sinne einer „innerwestlichen Gleichgewichtspolitik“²⁸ die Position der Bundesrepublik zu festigen und ließ sich obendrein von wahltaktischen Erwägungen leiten²⁹.

Sein weitreichendes Verhandlungsangebot vom 27. 2., mit dem er direkt auf die Frage der Handelsbeziehungen zusteuerte, während von Brentano auf ein Junktim zwischen Repatriierung und Wirtschaftsverhandlungen drängte³⁰, wurde in Paris nicht nur wegen des die Antwort durchziehenden „ton de courtoisie“ aufmerksam registriert³¹. Auf kurze Sicht hatte Adenauer damit zwar in der französischen Einschätzung einen innenpolitischen Erfolg erzielt. Denn die Reaktion der Bonner Parteien und öffentlichen Meinung auf die von ihm unter Beweis gestellte Dialogfähigkeit mit Moskau fiel allenthalben „très favorable“ aus³². Langfristig betrachtet, bedeutete sein Schreiben hingegen aus der Pariser Sicht einen nicht ungefährlichen weiteren Schritt in Richtung auf bilaterale Beziehungen, die es der Sowjetunion ermöglichten, die nationalistischen deutschen Aspirationen anzustacheln³³. Gewiß, die strikte Weigerung des Kreml zur Aufgabe der Zwei-Staaten-Theorie stand einer wirklichen Normalisierung zwischen beiden Regierungen entgegen. Moskau ließ aber nichts unversucht, Bonn von seinem Willen zu einer entscheidenden „Wende“ zu überzeugen, wie Botschafter Haas nach der Überreichung des Adenauer-Briefes bei Bulganin seinem französischen Kollegen Dejean freimütig zugab³⁴.

Die sowjetische Antwort vom 18. 3. wirkte indes sehr ernüchternd, über die Repatriierung bewahrte sie Stillschweigen³⁵. Dennoch hielt der Kanzler sein großes Interesse an einer Verbesserung des Verhältnisses aufrecht und nahm bei der Übergabe des Schreibens durch Smirnow den sowjetischen Terminvorschlag für die Handelsverhandlungen ohne Zögern an³⁶.

Parallel zur Ausstrahlung dieser Détentesignale in den Kreml dachte das Kanzleramt – wenn auch leise – über eine Änderung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten nach. Die Bundesregierung reagierte damit nicht zuletzt auf entsprechende Anzeichen einer „Osteuropapolitik“ der SPD-Opposition, in deren Reihen im Oktober 1956 die Forderung nach Anerkennung des faktischen politischen Zustandes in Osteuropa inklusive der Oder-Neiße-Linie aufgestellt worden war³⁷. Im Auswärtigen Amt interpretierten einige Beamte die Doppelkrise am Suez und in Ungarn voreilig als „Einsturz“ der „hegemonialen Paktsysteme“ bei der Weltmächte und zogen daraus für die Bundesrepublik den Schluß, „daß die

²⁸ Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 355.

²⁹ S. Conant an Dep. of State, Tel. 3171, 18. 2. 1957, Confidential, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 199f.; Kosthorst, Brentano, S. 157f.

³⁰ S. Adenauer an Bulganin, 27. 2. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 421–423.

³¹ Couve de Murville an Pineau, Tel. 553/559, 23. 2. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 317–319, hier S. 319.

³² AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 46, Bl. 37–38, ders. an MAE, Tel. 619/23, 1. 3. 1957.

³³ S. ebd., Bd. 45, o.Bl., Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 28. 2. 1957.

³⁴ Dejean an Pineau, Tel. 963/75, 8. 3. 1957, Secret, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 413–415, hier S. 415.

³⁵ S. Bulganin an Adenauer, 18. 3. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 498–501.

³⁶ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 159.

³⁷ Schmitz, Einheit, S. 131–135, hier S. 132.

Wiedervereinigung nicht zuletzt in den Händen der mündig werdenden Volksdemokratien liegt“. Da die Viermächteverantwortung für die deutsche Wiedervereinigung bloß noch eine „politische Fiktion“ sei, müsse Bonn inoffiziell mit Prag und Warschau Fühlung aufnehmen, um sie dazu zu bewegen, die Durchführung freier Wahlen in der DDR zu fordern und die Anwesenheit sowjetischer Truppen als Erschwerung der Spannungsbeseitigung zu geißeln. Als Gegenleistung sollte die Bundesrepublik „unverzüglich die Anerkennung der *Oder-Neiße-Linie* als endgültige Grenze eines wiedervereinigten Deutschlands aussprechen und *diplomatische Beziehungen* aufnehmen.“ Damit war das Füllhorn deutscher Konzessionen aber noch längst nicht geleert. Da den Beamten eine dauerhafte Friedensregelung nur bei einem echten Gleichgewicht der Mächte „durch den Abzug der Besatzungstruppen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs“ möglich schien, verlangten sie die „Bereitschaft zur bewaffneten Unabhängigkeit (nicht Neutralität)“, und damit den Aufbau „einer atomfesten Bundeswehr“, sowie den Eintritt in einen regionalen Sicherheitspakt im Rahmen der UNO³⁸.

Gegenüber der deutschen Öffentlichkeit oder den westlichen Partnern wurden derart weitreichende Zielsetzungen natürlich verborgen. Zwar hatte von Brentano bereits im Mai 1956 bei einem Pressefrühstück angedeutet, daß Deutschland bei der Option zwischen der deutschen Einheit und der Durchsetzung eines „problematischen Rechtsanspruches“ auf die Ostgebiete sich für das erste entscheiden könne, seine Aussage aber umgehend revidieren müssen³⁹. Mit unverhohlener Genugtuung berichtete Couve de Murville Anfang Februar 1957, Adenauer habe sich in einer Ansprache in Berlin zum Verhältnis zu Warschau „fort prudent“ geäußert. Tatsächlich beschränkte sich der Kanzler nach einer entsprechende Frage auf die allgemeine Feststellung, natürlich wünsche ein wiedervereinigtes Deutschland gute Beziehungen mit Polen zu unterhalten. Ob die Bundesrepublik aktuell an eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen dächte, ließ er unbeantwortet⁴⁰.

Flaute in der Deutschlandpolitik

Mit der Konstituierung einer Arbeitsgruppe der vier Westmächte Anfang März in Washington stand die Deutschlandpolitik erneut auf dem Prüfstand. Ihre Aufgabe war es, in zehntägigen Beratungen die Auswirkungen der veränderten weltpolitischen Lage auf die Wiedervereinigung zu untersuchen⁴¹. Die Verhandlungslinie, mit der der Bonner Vertreter Wilhelm Grewe in diese Verhandlungen hineinging, verdeutlichte schmerzhaft, wie weit sich die Bundesregierung bereits von Grundmaximen ihrer bisherigen Deutschlandpolitik entfernt hatte. Die Direktive umfaßte à la longue sowohl den Rückzug der amerikanischen Soldaten, ja sämtlicher

³⁸ PA, Ref. 700, Bd. 2, Hartlieb an Fechter, „Deutsche Außenpolitik 1957“, o.D.

³⁹ Zitiert nach: ebd., Bd. 1, Fechter an Grewe, Aufzeichnung, 7. 5. 1956; s.a. Erklärung von Brentanos, 2. 5. 1956, in: Bulletin 1956, S. 778; Interview dess. mit „Südwestfunk“, 2. 5. 1956, in: ebd., S. 778 f.; Baring, Bundeskanzler, S. 192; Kosthorst, Brentano, S. 170 f.

⁴⁰ Couve de Murville an Pineau, Tel. 237, 2. 2. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 181 f., hier S. 181; s. Ansprache Adenauers, 2. 2. 1957, in: Bulletin 1957, S. 209–211.

⁴¹ S. Unterredung zwischen Dulles und Krekeler vom 23. 1. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 190–192; Bulletin 1957, S. 290; Haftendorn, Instrumentarium, S. 42.

fremder Truppen von deutschem Territorium. Eine erste Teilräumung ging von der Demarkationslinie als Achse aus und bestand nicht auf etwaige Wiedervereinigungsschritte. Für die deutsche Einheit arbeitete das Amt einen Phasenplan aus, der ohne Verbindung mit dem Sicherheitsproblem Verhandlungen in einem Gesamtdeutschen Rat vorsah. Das deutschlandpolitische Junktim sollte folgerichtig aufgelöst werden⁴².

Von Brentano sah in diesem Gremium vor allem die Chance, einen Fuß in die Tür der Abrüstungsverhandlungen zu setzen, die Mitte März in London wieder aufgenommen wurden⁴³. Er verfehlte dieses Ziel aber, weil aus Kreisen der NATO erhebliche Bedenken gegen eine Abrüstungsdebatte in diesem exklusiven Kreis erhoben wurden. Ein echter Gedankenaustausch kam über die neuen deutschen Vorschläge nicht zustande. Ja, es bestand nicht einmal Einigkeit über die alten Überlegungen, insbesondere über die Frage der Bündnisfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung. Jean Laloy, der französische Delegierte, machte die verschiedenen Ausgangspositionen unverhohlen mit dem Hinweis deutlich, wie unterschiedlich schon das Begriffspaar Wiedervereinigung und Sicherheit ausgelegt würde. Die Westmächte setzten den Akzent auf Sicherheit, die Bundesrepublik hingegen auf Wiedervereinigung. Wenngleich Laloy anders als der englische Delegierte auch stets bereit war, die innenpolitische und psychologische Lage der Deutschen mit großem Verständnis in seine Überlegungen mit einzubeziehen, konnte er sich doch nicht von der Befürchtung lösen, das geeinte Deutschland strebe eine freigewählte Neutralität oder gar Neutralisierung an. Daher hielt sich das Interesse des französischen Diplomaten, wie das seiner angelsächsischen Kollegen, an ernsthaften Initiativen zur Beseitigung der deutschen Spaltung in engen Grenzen. Grewe stieß weder mit der Idee der Gesprächsbereitschaft gegenüber einer frei gewählten Regierung der DDR noch mit dem Vorschlag eines gesamtdeutschen Plebiszits über die Methode der Wiedervereinigung auf Resonanz. Auch sein Bemühen zur Erörterung der sowjetischen Abrüstungserklärung vom vergangenen November traf nur bei den Franzosen auf eine „gewisse Sympathie“. Der Abschlußbericht der Arbeitsgruppe fiel dementsprechend „farblos“ aus⁴⁴. Die Westmächte sahen „keine Aussicht auf eine ernsthafte Verhandlungsbereitschaft der Sowjets auf einer diskutablen Basis“ und erachteten es daher als „zwecklos und schädlich“, ihnen gegenwärtig neue Sicherheitsgarantien anzubieten oder neue Vorschläge zum Verfahren der Wiedervereinigung zu unterbreiten. Eine Befassung der UNO mit der „deutschen Frage“ erschien augenblicklich ebensowenig opportun wie eine neue Viermächtekonferenz⁴⁵.

Ungeachtet dieses deutschlandpolitischen Stillstandes lobte von Maltzan das bilaterale Verhältnis zu Frankreich Ende April auf der Konferenz der wichtigsten

⁴² S. PA, Ref. 700, Bd. 23a, Aufzeichnung Fechter u. Meissner, 22. 3. 1957; ebd., BStS, Bd. 341, Erklärung Grewes auf der Konferenz der Missionschefs, 25. 4. 1957, VS-Vertraulich (Protokoll, S. 90f.); Grewe, Rückblenden, S. 295; Hahn, Wiedervereinigungspolitik, S. 246f.; Kosthorst, Brentano, S. 123f.

⁴³ Zum Verlauf der Verhandlungen vgl. Aufzeichnung des Konferenzsekretariats im MAE, Nr. 39/SC, 20. 7. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 105–126.

⁴⁴ PA, BStS, Bd. 341, Erklärung Grewes auf der Konferenz der Missionschefs, 25. 4. 1957, VS-Vertraulich (Protokoll, S. 88–109, hier S. 89 u. 94); s.a. Kosthorst, Brentano, S. 124.

⁴⁵ PA, Ref. 700, Bd. 2, Aufzeichnung Grewe, 16. 4. 1957.

deutschen Botschafter in Berlin vor dem Hintergrund des erfolgreichen Abschlusses der EWG- und Saar-Verhandlungen⁴⁶ über den grünen Klee. Ja, er fühlte sich sogar zu der Feststellung berechtigt, daß Frankreich im Gegensatz zu vielfach vernehmbaren Äußerungen zur Zeit auch in der Wiedervereinigungspolitik „wohl unser zuverlässigster Verbündeter“ sei, was sich nicht nur in öffentlichen Erklärungen der Minister, sondern auch in dem „wirklich fruchtbaren Austausch von Informationen“ mit dem Quai d'Orsay widerspiegele⁴⁷. Von Brentano und Hallstein pflichteten dieser Bewertung bei⁴⁸ und konnten sich darin bestätigt sehen, als Pineau Anfang Mai auf der NATO-Ratstagung die Beschwerde seines italienischen Kollegen über eine Kompetenzausdehnung der Washingtoner Viermächtegruppe dezidiert zurückwies. Während Dulles ausdrücklich darauf beharrte, das Gremium nur über Wiedervereinigung und europäische Sicherheit, nicht aber über Abrüstung diskutieren zu lassen, bezeichnete Pineau es als völlig normal, wenn die Bundesrepublik als Nichtmitglied der UNO direkt von den drei Westmächten über die Londoner Abrüstungsverhandlungen informiert werde⁴⁹. Als sich im Zuge der neuen Verhandlungsrunde im Unterausschuß der UN-Abrüstungskommission erhebliche Differenzen zwischen den Verbündeten auftraten⁵⁰, hielten sich die Partner indes mit ihren Konsultationen der Bundesrepublik merklich zurück. Erneut drohten ihr einseitige Rüstungsbeschränkungen und die Auflösung des deutschlandpolitischen Junktims⁵¹.

Um so gefährlicher wirkten vor diesem Hintergrund die Planungen einzelner NATO-Mitglieder zur Umgruppierung der Truppen. Schon im Dezember 1956 war die Bundesregierung wieder einmal durch Meldungen aufgeschreckt worden, wonach London und Paris größere Teile ihrer NATO-Streitkräfte für außereuropäische Aufgaben abziehen beabsichtigten. Adenauer sah durch diese „Abkehrung [...] von Mitteleuropa“ seine gesamte Sicherheits- und Europapolitik in Frage gestellt und bedauerte jetzt, die Schwierigkeiten der Verbündeten in der Suez-Krise, als sie der deutschen „moralisch[n] Hilfestellung“ bedurften, nicht ausgenutzt zu haben, um sie von ihrem Ansinnen abzubringen. „Ich habe den Eindruck, daß NATO noch viel kränker ist, als ich geglaubt habe.“⁵²

Die von den Briten Ende Februar 1957 vor der WEU angekündigte drastische Reduzierung ihrer Truppen in Deutschland von 77 000 auf 50 000 und die Verlegung der strategischen Reserve von 5000 Mann auf die Insel⁵³ mußten das ohnehin

⁴⁶ Vgl. Kap. IV.2.3 u. IV.3.2.

⁴⁷ PA, BStS, Bd. 341, Erklärung von Maltzans auf der Konferenz der Missionschefs, 25. 4. 1957, VS-Vertraulich (Protokoll S. 160–164, hier 161 u. 162), im Auszug in: BDFD I, S. 550–553, hier S. 551 u. 552.

⁴⁸ S. PA, BStS, Bd. 341, Erklärung von Brentanos und Hallsteins auf der Konferenz der Missionschefs vom 24.–27. 4. 1957, VS-Vertraulich (Protokoll S. 286 u. 291).

⁴⁹ S. Parodi an MAE, Tel. 50217, 4. 5. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 732 f.

⁵⁰ S. Bourges-Maunoury an Pineau, Nr. 0569/DN/AG/AL, 1. 3. 1957, Secret, in: ebd., S. 377 f.

⁵¹ Vgl. PA, BStS, Bd. 341, Erklärungen Hallsteins und Ritters auf der Konferenz der Missionschefs vom 24.–27. 4. 1957, VS-Vertraulich (Protokoll S. 118–122 u. 283–285); Kosthorst, Brentano, S. 125.

⁵² Adenauer an von Brentano, 4. 12. 1956, in: BDFD I, S. 547 f., hier S. 548; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 116.

⁵³ S. Chauvel an Pineau, Tel. 807/14, 13. 2. 1957, Priorité absolue, Réserve, Diffusion restreinte, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 241–243; ders. an dens., Tel. 1107/21, 3. 3. 1957, Réserve, in: ebd., S. 385–388;

schon unausgewogene militärische Machtverhältnis in Zentraleuropa weiter zugunsten des Ostens verbessern. Diese ohne Rücksicht auf seine WEU-Verpflichtungen beabsichtigten Einsparungen Londons führten in Bonn wie in Paris zu erheblicher Beunruhigung, zumal sie mit der Absicht einhergingen, enge Tuchfühlung mit Washington in der Nuklearrüstung zu halten⁵⁴. Mollet ließ daher kurz darauf während diverser Gespräche mit der amerikanischen bzw. englischen Führung keinen Zweifel aufkommen, daß er eine solche einseitige Maßnahme für völlig falsch hielt. Sie schwächte seiner Meinung nach die europäische Verteidigung, untergrub die Verhandlungsposition in den Abrüstungsgesprächen mit den Sowjets und machte die Westeuropäer vom atomaren Schutzschirm abhängig⁵⁵. Aus französischer Sicht galten die britischen Pläne gewiß auch deshalb als inakzeptabel, weil die englischen Truppen eine „Sicherung“ gegenüber der deutschen Aufrüstung bedeuteten⁵⁶. Außerdem befürchtete die Regierung „verheerend[e]“ Auswirkungen auf die öffentliche Meinung, da starke Kräfte bemüht waren, die erheblichen finanziellen Belastungen durch Truppenreduzierungen zu mindern⁵⁷.

Nicht minder scharf fiel die Ablehnung der britischen Absichten in Bonn aus. Aus Sicht der Bundesregierung drohte der konventionelle Schutzschild für Europa „zu dünn“ zu werden; bei den westeuropäischen Partnern würde die Furcht vor einem militärischen Übergewicht der Deutschen geschürt⁵⁸, und Großbritannien stieg als einzige Nuklearmacht in Westeuropa zur stärksten politischen Potenz auf. Adenauer und Mollet waren sich darin einig, daß eine solche Singularisierung der Insel untragbar sei. Als sie sich am 19. 2. über die Konsequenzen einer solchen Machtverschiebung austauschten, sprach der Franzose aus, was der Deutsche zumindest dachte: „Dann müssen wir eben auch in fünf Jahren nukleare Waffen haben.“⁵⁹ Kurz darauf ließ Adenauer von Maltzan bei Mollet vorstellig werden, um sich mit ihm über das weitere Vorgehen abzustimmen⁶⁰. Als der WEU-Rat Mitte März zusammentrat, stießen die britischen Pläne auf den entschiedenen Widerstand sämtlicher Mitglieder⁶¹.

Obwohl die Umrüstungspläne also in Wirklichkeit einer Aufrüstungswelle den Weg bereiteten, liefen die Abrüstungsverhandlungen in London unverdrossen weiter. Der deutsche Versuch, die Themen rüstungsverdünnte Zonen und Inspektion von der Tagesordnung der am 18. 3. wieder aufgenommenen Beratungen des

zu den englischen Umrüstungsplänen vgl. ausführlich Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 45–59; Schmidt, Dimensionen, S. 176–179 u. 206–216.

⁵⁴ S. PA, BStS, Bd. 341, Erklärung von Maltzans auf der Konferenz der Missionschefs, 25. 4. 1957 (Protokoll, S. 74).

⁵⁵ S. Alphand an MAE, Tel. 1679/84, 27. 2. 1957, *Priorité absolue, Réserve*, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 349–351; Unterredung zwischen Mollet und Eisenhower vom 26. 2. 1957, *Secret*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 27, S. 107–114; Unterredung zwischen dems. und Macmillan vom 9. 3. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 427–432.

⁵⁶ PA, BStS, Bd. 341, Erklärung von Maltzans auf der Konferenz der Missionschefs, 25. 4. 1957 (Protokoll, S. 74).

⁵⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 75b, Bl. 183, Tb. 5. 4. 1957.

⁵⁸ Ebd., Bd. 74b, Bl. 57f., Tb. 1. 3. 1957.

⁵⁹ Zitiert nach: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 294; vgl. Kap. IV.4.2.

⁶⁰ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 687/693, 12. 3. 1957, *Priorité, Réserve*, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 455f.

⁶¹ S. Chauvel an dems., Tel. 1257/64, 15. 3. 1957, *Priorité absolue, Réserve*, in: ebd., S. 469f.; ders. an dems., Tel. 1350/67, 16. 3. 1957, *Priorité absolue, Réserve*, in: ebd., S. 473–476.

UNO-Unterausschusses fernzuhalten, hatte nur begrenzten Erfolg. Frankreich verwarf zwar den sowjetischen Luftinspektionsvorschlag vom 17. 11. 1956, weil er seiner Ansicht nach die Allianz ruinierte und die Spaltung Deutschlands verewigte, plädierte aber erfolgreich dafür, eine Diskussion nicht rundweg abzulehnen und der Sowjetunion mit der prinzipiellen Akzeptierung einer derartigen Zone seinen guten Willen zu signalisieren⁶². Sein Mißtrauen gegenüber etwaigen Weiterungen dieser Verhandlungen und die keineswegs behobene Sorge vor einer direkten Entente zwischen Moskau und Washington ließen Adenauer Ende April seinen Gesprächsfaden zum sowjetischen Botschafter Smirnow wieder aufnehmen⁶³. Daß er den amerikanischen Botschafter kurz darauf über das Gespräch in Kenntnis setzte, entsprang gewiß nicht nur einem „esprit de courtoisie“. Wie der französische Vertreter am Rhein völlig richtig erkannte, signalisierte der Kanzler mit seinem Treuebeweis zum Bündnis und dem Abschwören jeglicher Neutralisierung seine Erwartung, gleichberechtigt an jeder Diskussion beteiligt zu werden, die das Schicksal Deutschlands betraf⁶⁴.

Adenauers Fingerzeig wurde in den westlichen Hauptstädten indes ignoriert. Als die Sowjetunion Ende April die Bereitschaft zu einer europäischen Luftinspektion ohne direkte Zugrundelegung der innerdeutschen Demarkationslinie zeigte⁶⁵, reagierten die westlichen Abrüstungsdelegationen in London mit einem „Avant-projet de compromis“, das einen zweiphasigen Abrüstungsplan mit Einrichtung einer Luftinspektion in einer beschränkten Region vorsah, ohne das Thema Wiedervereinigung zu erwähnen⁶⁶. Eine Woche später erklärte Eisenhower auf einer Pressekonferenz, er wolle dem Gedanken einer ausgedünnten Rüstungszone in Zentraleuropa nach einem Abrüstungserfolg wohlwollende Aufmerksamkeit schenken, und schloß auch eine Gipfelkonferenz nicht aus⁶⁷. Aus Bonn erging daraufhin unverzüglich die Weisung an die Botschaft in London, die Verbündeten daran zu erinnern, daß Abrüstungsmaßnahmen erst nach einem Durchbruch in der „deutschen Frage“ möglich sein sollten⁶⁸. Washington dementierte zwar sofort die Absicht zur Auflösung des Junktims und wollte die Nichtkoppelung von Wiedervereinigung und Abrüstung lediglich auf den Plan der gegenseitigen Inspektion bezogen sehen⁶⁹. Doch der Schock über die Entwicklung der Abrüstungsgespräche an der Themse saß am Rhein tief.

Erneut ging in den politischen Kreisen die Furcht vor einer direkten Entente der Weltmächte um, der die deutsche Einheit geopfert zu werden drohte. Die SPD warf der Regierung völliges außenpolitisches Versagen vor⁷⁰ und präsentierte wenige

⁶² S. Pineau an Chauvel, Tel. 4058/64, 19. 4. 1957, Réservé, in: ebd., S. 646 f.

⁶³ S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 252 f., Tb. 24. 4. 1957; AdG 1957, S. 6416 E.

⁶⁴ Vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 67–68, Couve de Murville an MAE, Tel. 1199/204, 27. 4. 1957.

⁶⁵ S. Abrüstungsmemorandum der Sowjetunion, 30. 4. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 678–686; Aufzeichnung des Konferenzensekretariats im MAE, Nr. 39/SC, 20. 7. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 112 f.

⁶⁶ Übermittelt in: Chauvel an Pineau, Tel. 2605/10, 1. 5. 1957, Réservé, in: ebd., S. 714–716.

⁶⁷ S. Pressekonferenz Eisenhowers, 8. 5. 1957, in: AdG 1957, S. 6434 B; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 306 f.; Cabalo, Rüstungskontrollzone, S. 186 f.

⁶⁸ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 127.

⁶⁹ Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 253, Tb. 15. 5. 1957; AdG 1957, S. 6445 B.

⁷⁰ Vgl. Couve de Murville an Pineau, Tel. 1351/59, 14. 5. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 788–790.

Tage später einen eigenen Vorschlag zu Abrüstung, europäischer Sicherheit und Wiedervereinigung, den „Ollenhauer-Plan“⁷¹. In Paris fand das Konzept der Bonner Opposition wenig Anklang, aber auch die Reaktion der Bundesregierung auf den amerikanischen Vorstoß war aus französischer Sicht unverhältnismäßig und kaum durch den aktuellen Anlaß zu rechtfertigen⁷². Das Auswärtige Amt sah dies verständlicherweise ganz anders. Energisch nahm von Brentano seine Junktimspolitik des Vorjahres wieder auf. In der Mitte Mai in Bonn tagenden Viermächte-Arbeitsgruppe zur Wiedervereinigung ließ sich eine positive Festlegung der mit Paris und London erzielten Formeln indes nicht erzielen. Abrüstungsfragen wurden „im eigentlichen Sinne“ nicht berührt; die Vertreter der Westmächte gaben dem deutschen Delegierten Grewe aber zu verstehen, keine abrüstungspolitischen Schritte zu setzen, die die Spaltung Deutschlands zementierten⁷³. Dies reichte von Brentano nicht aus, und er hoffte nun darauf, bei der bevorstehenden Amerikareise des Kanzlers mehr Erfolg zu haben. Um nicht mit leeren Händen an den Potomac zu fahren, nahm er jetzt auch den Gedanken einer Viermächtekonferenz an, die er als „Vehikel des Junktims von Abrüstung und Wiedervereinigung“ betrachtete⁷⁴. Adenauer hielt aber weder von der Konferenzidee noch von dem Junktim viel und betonte am 15. 5. öffentlich, nicht alle Schritte von Abrüstung und Wiedervereinigung müßten gleichzeitig erfolgen⁷⁵. Während der Kanzler Abrüstungsmaßnahmen vorbehaltlos befürwortete, um die Großmächte zu beschäftigen und von billigen Kompromissen in Deutschland abzulenken, kalkulierte sein politische Eigenständigkeit beweisender Außenminister sie außerdem als Preis für die deutsche Einheit ein. Und es gelang ihm noch vor der Abreise, gemeinsam mit Blankenhorn und von Eckardt, Adenauer auf seinen Kurs bringen⁷⁶.

In Washington angekommen, vertrat der Bonner Regierungschef das Junktim aber nur mit dem Argument der innenpolitischen Folgen einer Vernachlässigung der „deutschen Frage“, so daß sich der Verdacht ergibt, ihm sei es wohl vor allem um die Beruhigung der Wähler daheim und um eine Vetoposition gegen unliebsame Abrüstungsprojekte der Großmächte gegangen⁷⁷. Da die Amerikaner die erhofften Resultate ihrer Abrüstungsbemühungen nicht durch ergebnislose Deutschlandverhandlungen gefährden wollten, ließen sie es auch entgegen den deutschen Wünschen nicht zu, ein direktes Verhandlungsjunktim in das Abschlußkommuniqué aufzunehmen. In einer gemeinsamen Erklärung hielten Adenauer und Eisenhower lediglich fest, eine einleitende Abrüstungsvereinbarung nur als Vorstufe für einen die Wiedervereinigung voraussetzenden Vertrag zu akzeptieren. Außerdem erhielt der Kanzler sein Vetorecht mit der Formulierung,

⁷¹ S. Ollenhauer-Plan, 23. 5. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 1066–1072; vgl. Wilker, Sicherheitspolitik, S. 31 f.

⁷² S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 1351/59, 14. 5. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 788–790.

⁷³ Interview Grewes, 19. 5. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 1004–1006, hier S. 1005; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 128.

⁷⁴ Ebd., S. 129; s.a. von Brentano an Adenauer, 16. 5. 1957, in: Baring, Bundeskanzler, S. 210–212.

⁷⁵ Vgl. AdG 1957, S. 6446.

⁷⁶ S. von Eckardt, Leben, S. 477–479; Kosthorst, Brentano, S. 130.

⁷⁷ S. Unterredung zwischen Dulles und Adenauer vom 28. 5. 1957, Top secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 266–279; Unterredung zwischen dens. vom 28. 5. 1957, Secret, in: ebd., S. 281–285; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 307–310; Grewe, Rückblenden, S. 297–299; Kosthorst, Brentano, S. 130 f.

daß Abrüstungsmaßnahmen in Europa von der Zustimmung der NATO-Verbündeten abhängig seien. Im Gegenzug mußte er nun seine Zustimmung zum Gros der Washingtoner Pläne für die Londoner Abrüstungsverhandlungen geben⁷⁸.

Die Freude über das erzielte Ergebnis⁷⁹ währte in Bonn nicht lange. Obwohl Adenauer in Washington eine europäische Inspektionszone für eine erste Abrüstungsphase definitiv ausgeschlossen hatte⁸⁰, erklärte Dulles sie wenig später auf einer Pressekonferenz als durchaus erwünscht⁸¹. Ohne Billigung der Regierung und Zustimmung der NATO-Staaten⁸² übergab sein abrüstungspolitischer Delegierter in London, Stassen, am 31. 5. seinem sowjetischen Kollegen ein Memorandum, in dem dieser Gedanke als Teil eines größeren Abrüstungsplans enthalten war⁸³. Adenauer, der Stassen ohnehin nie getraut hatte und in ihm den „Exponent[en] einer vom Präsidenten inspirierten Nebenaußenpolitik“ sah⁸⁴, war außer sich, als er durch französische Vermittlung in den Besitz des Stassen-Papiers kam⁸⁵. Sein Protest über diesen evidenten Vertrauensbruch geriet äußerst heftig. Keinen Zweifel ließ die Bundesregierung daran, daß die Wiedervereinigung für sie Vorbedingung jeder echten Abrüstung war und im ersten Abrüstungsschritt allenfalls eine außereuropäische Inspektionszone gestattet werden sollte⁸⁶.

Unterstützung fand Bonn mit seiner Position in Paris. Zwei Wochen zuvor hatte Moch Stassen im Auftrag seiner Regierung noch einmal schriftlich über gewisse Grundprinzipien der Abrüstung in Kenntnis gesetzt. Darin nahm er für Frankreich in Anspruch, nicht in die Luftinspektionszone einbezogen zu werden, verlangte aber die Aufnahme amerikanischer Gebiete als Kompensation für die östliche Ausdehnung bis zum Ural. Außerdem erklärte er sich in bezug auf die nukleare Abrüstung zur Einstellung der laufenden Forschungsprogramme bereit, wenn die Atomkräfte ihrerseits die Produktion von Kernwaffen einstellten. Des weiteren sprach er sich gegen das Verbot zur Aufstellung von Nuklearwaffen in der Bundesrepublik aus. Truppenreduzierungen sollten in den beiden Verteidigungssystemen mit Zustimmung der Bundesregierung nicht in proportionalen Schüben, sondern auf der Basis gleicher Endstärken erfolgen. Entsetzt nahm

⁷⁸ S. Schlußkommunique und Gemeinsame Erklärung, 28. 5. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 1084–1086; Cabalo, Rüstungskontrollzone, S. 189.

⁷⁹ S. PA, Ref. 700, Bd. 20, AA an diplomatische Vertretungen, 305–82.20/91.36–731/57, 12. 6. 1957, VS-NfD, nebst Aufzeichnung; Couve de Murville an Pineau, Tél. 1555/69, 1. 6. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 877–880.

⁸⁰ S. Unterredung zwischen Dulles und Adenauer vom 28. 5. 1957, Top secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 272–274; Pressekonferenz Adenauers, 28. 5. 1957, in: AdG 1957, S. 6469D.

⁸¹ S. Konferenz im Weißen Haus vom 25. 5. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 20, S. 551–555; zur Pressekonferenz von Dulles vom 29. 5. 1957 vgl. AdG 1957, S. 6470; Felken, Dulles, S. 444 f.; Kosthorst, Brentano, S. 131 f.

⁸² Gegenüber Moch hatte Stassen am 29. 5. ausdrücklich jegliches Engagement der USA in dieser Frage von der Zustimmung der NATO abhängig gemacht (Unterredung zwischen Stassen und Moch vom 29. 5. 1957, 30. 5. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 865–867). Zur Kritik des State Departments am Vorgehen des Abrüstungsbeauftragten s. Herter an Stassen, Tél. 8429, 1. 6. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 20, S. 583.

⁸³ S. Stassen an Zorin, Informelles Memorandum, 31. 5. 1957, in: ebd., S. 574–583.

⁸⁴ Felken, Dulles, S. 430; vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 306 f.; Grewe, Rückblenden, S. 297.

⁸⁵ S. Cabalo, Rüstungskontrollzone, S. 190; Felken, Dulles, S. 445 f.

⁸⁶ S. FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 295; Cabalo, Rüstungskontrollzone, S. 191–193; Kosthorst, Brentano, S. 132.

Moch zur Kenntnis, wie Stassen entgegen allen Absprachen einen Alleingang startete und sich mit seinem Dokument von den französischen Vorstellungen weit entfernte⁸⁷. Der Schock in Paris saß um so tiefer, als gleichzeitig ein Plan bekannt wurde, wonach die Produktion von spaltbarem Nuklearmaterial beendet und Frankreich die logistische Voraussetzung für den Aufbau eigener Atomwaffen genommen werden sollte⁸⁸. Heftig protestierte Pineau bei Dulles, warf ihm die Beschädigung der gemeinsamen Interessen vor und mahnte dringend die Rückkehr zur engen Zusammenarbeit an. Am 5. 6. lenkte der amerikanische Außenminister ein und beteuerte, Stassens Memorandum gebe nicht den Standpunkt der amerikanischen Regierung wieder⁸⁹. Einen Tag später sah sich Eisenhower zu der Versicherung an Adenauer genötigt, anderen Regierungen keine Vorschläge mit deutschlandpolitischem Impetus zu unterbreiten, ohne vorher die Bundesregierung konsultiert zu haben⁹⁰.

Verantwortlich für diesen deutsch-französischen Konsens zeichnete nicht zuletzt die illusionslose Haltung der beiden Nachbarn gegenüber der Sowjetunion: „La diplomatie soviétique“, so diagnostizierte der Quai d’Orsay Ende Mai, „poursuit constamment le même but, créer la suspicion entre alliés occidentaux, et influencer ainsi, sinon les gouvernements, tout au moins certaines fractions de l’opinion“. Die sowjetischen Luftinspektionspläne drohten zur Neutralisierung Deutschlands zu führen, sofern sie nicht wesentlich nach Osten ausgedehnt würden⁹¹. Wie Adenauer, der sich aus Sorge vor machtpolitischer Zurücksetzung vorrangig für eine allgemeine atomare Abrüstung und gegen regionale Inspektionszonen aussprach, die das Territorium der Bundesrepublik einbezogen, lehnte auch Pineau am 7. 6. eine regional begrenzte Kontrolle auf dem Kontinent ab und redete der allgemeinen Rüstungsüberwachung das Wort. Wenn man denn aber die europäische Inspektionszone nicht verhindern konnte, durfte sie seines Erachtens aufgrund der jenseits des Eisernen Vorhangs kaum möglichen Überprüfung am Boden allenfalls im Luftraum und nur im letzten Verhandlungsstadium zugestanden werden, sofern sie auch das europäische Gebiet der Sowjetunion bis zum Ural erfaßte. „Une fois l’Europe, moins l’U.R.S.S. et la Grande Bretagne, soumise à un régime spécial, le processus d’évacuation des troupes anglaises et américaines est inévitable.“⁹²

Allerdings mußte sich erst noch erweisen, ob Pineaus Klarstellung nicht ein Muster ohne Wert war. Denn er sprach als Minister einer mittlerweile gestürzten Regierung. Am 21. 5. war Mollet im Parlament mit seinem Maßnahmenkatalog

⁸⁷ Vgl. Aufzeichnung des Konferenzensekretariats im MAE, Nr. 39/SC, 20. 7. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 113–118.

⁸⁸ Vgl. Felken, Dulles, S. 445.

⁸⁹ S. MAE an Alphand, Tel. 6525/30, 1. 6. 1957, Très secret, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 883 f.; Unterredung zwischen Wilcox und Alphand vom 3. 6. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 20, S. 587–589.

⁹⁰ S. Eisenhower an Adenauer, 6. 6. 1957, Confidential, in: ebd., Bd. 26, S. 296; Felken, Dulles, S. 446 u. 448.

⁹¹ AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 242, Bl. 136–146, Aufzeichnung de Menthon, 29. 5. 1957, im Auszug in: BDFD I, S. 553–556, hier S. 554; s.a. Dejean an Pineau, Tel. 2196/202, 23. 5. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 825 f.

⁹² Pineau an London etc., Tel. 6209/18 etc., 7. 6. 1957, Réservé, in: ebd., S. 894–896, hier S. 896.

zur Verringerung des horrenden Budgetdefizits gescheitert⁹³, was in Bonn bei Regierung wie Opposition „consternation“ auslöste⁹⁴. Nach vierwöchiger Kabinettskrise wurde Verteidigungsminister Maurice Bourgès-Maunoury zum neuen Président du Conseil ernannt. Da er lediglich 240 von 434 Stimmen auf sich vereinen konnte, d. h. die geringste Stimmenzahl in der Geschichte der IV. Republik, galt er sofort als reine Übergangslösung. Der Ministerrat setzte sich wie die Vorgängerregierung vor allem aus Radikalsozialisten und Sozialisten zusammen, wobei sich das Verhältnis diesmal etwas nach rechts zugunsten der Radikalsozialisten verschob⁹⁵.

Bourgès-Maunoury hatte am 19. 8. 1914 in Luisant im Département Eure-et-Loir das Licht der Welt erblickt. Er absolvierte die Ecole Polytechnique und arbeitete zunächst als Ingenieur. Im Zweiten Weltkrieg schloß er sich der Résistance an und stieg zum Präfekten auf. Nach der Wahl in die Assemblée Nationale 1946 begann für den radikalsozialistischen Abgeordneten ein steiler politischer Aufstieg. In elf Regierungen saß er von 1947 bis 1957 am Kabinettschisch, wirkte als Staatssekretär oder Minister in den Bereichen öffentliche Arbeiten, Rüstung, Finanzen, Industrie und Handel, Verteidigung bzw. Inneres. Dabei fiel er vor allem durch seine Flexibilität bei der Wahl des Portefeuille, aber auch die wiederholt bewiesene Unabhängigkeit auf, etwa im September 1954, als der dezidierte EVG-Anhänger aus Protest gegen die Politik von Mendès France sein Ministeramt zurückgab. Am 13. 6. 1957 übernahm er als bis dahin jüngster Président du Conseil die Regierungsgeschäfte. Nach dem Sieg de Gaulles 1958 schied er aus der Kabinett aus und zog sich ins Privatleben zurück⁹⁶.

Kurz nach seinem Amtsantritt rief Bourgès-Maunoury das Kabinett, in dem Pineau wieder das Außenministerium übernahm, zu mehreren Sitzungen zusammen, um die französische Abrüstungsposition festzulegen. Der Rat einigte sich darauf, daß die Luftinspektion nur in der zweiten Abrüstungsetappe erfolgen solle. Äußerstenfalls stimmte man ihr auch in der ersten Phase zu, sofern das Kontrollgebiet von Großbritannien im Westen bis zum Ural im Osten reiche⁹⁷. Mitte Juni schwenkte die Bundesregierung bei ihrem schwierigen Balanceakt, im Wahlkampf den deutschlandpolitischen Vorbehalt und das Interesse an der Abrüstung glaubhaft zu propagieren, auf diese Linie ein. Die Einrichtung einer europäischen Luftüberwachung wurde nicht generell abgelehnt, sofern die Kontrollzone nicht von der innerdeutschen Grenze definiert und nicht mit Truppenreduzierungen verbunden würde. Außerdem verlangte Bonn, das Angebot für die erste Abrüstungsphase nicht so üppig auszustatten, daß Moskau jegliches Interesse an weite-

⁹³ S. Fonvieille-Vojtovic, Paul Ramadier, S. 469–472; Lefebvre, Guy Mollet, S. 294–309; AdG 1957, S. 6456B; zur französischen Wirtschaftslage s.a. Aufzeichnung Haas, 24. 7. 1959, Konzept, in: BDFD II, S. 507–509; von Maltzan an AA, Pol 205–00 4003/57, 23. 10. 1957, in: ebd., S. 509–514.

⁹⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 26, Bl. 76, Couve de Murville an MAE, Tel. 1444/48, 22. 5. 1957, Réservé.

⁹⁵ S. AdG 1957, S. 6491B.

⁹⁶ Zur Person von Bourgès-Maunoury s. die knappe biographische Skizze in: Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 766.

⁹⁷ S. Pineau an Chauvel, Tel. 7032/33, 28. 6. 1957, Immédiat, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 970f.; Morice an Pineau, 25. 6. 1957, in: ebd., S. 971f.

ren Etappen verlor. Denn in der zweiten mußte die Wiedervereinigung angegangen werden⁹⁸.

Weder Adenauer noch von Brentano glaubten an einen deutschlandpolitischen Durchbruch in absehbarer Zeit⁹⁹. Worauf es ihnen, dem einen mehr, dem anderen weniger, ankam war, das Junktim zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung zu bewahren. „Krönung“ der insbesondere vom Außenminister zäh verfochtenen Bemühungen¹⁰⁰ war die „Berliner Erklärung“ vom 29. 7., in der alle drei Westmächte sich die während des Adenauer-Besuches in den USA gefundenen Formulierungen zu eigen machten und zugleich einem geeinten Deutschland das Recht der Bündnisfreiheit zusprachen¹⁰¹. Neben dem unübersehbaren Propagandaeffekt sechs Wochen vor der Bundestagswahl erfüllte die Deklaration für die Bundesregierung vor allem den Zweck, die Verbündeten auf das nunmehr formulierte „gemeinsame konkrete Programm“ zur Wiedervereinigung festzulegen¹⁰². Couve de Murville, der das Dokument als Vertreter Frankreichs unterzeichnete, stilisierte es in einer kurzen Ansprache als Beleg für den von Deutschen und Franzosen gemeinsam bekundeten „Glauben an den schließlichen Sieg der wahren Demokratie“¹⁰³. Irritiert mußte der Botschafter aber zur Kenntnis nehmen, daß er sein Gastland etwas voreilig vereinnahmt hatte. Die westdeutsche Reaktion auf die Erklärung der Vier Mächte fiel höchst unterschiedlich aus. Während Regierungskreise ihre Genugtuung aussprachen, äußerten sich Politiker der SPD und der FDP „nettement hostile“, da sie die Kundgebung als „preuve d’obstination dans l’immobilisme“ betrachteten¹⁰⁴.

Nur zwei Tage nach der symbolträchtigen Verabschiedung der „Berliner Erklärung“ war die Bundesregierung von den Verbündeten am 31. 7. erneut in tiefe Beunruhigung gestürzt worden. Getragen vor allem von dem amerikanischen Wunsch nach abrüstungspolitischen Fortschritten¹⁰⁵, legte der Westen ein neues Papier vor, das eine Kombination von Luft- und Bodeninspektion enthielt und ausdrücklich keine Kongruenz der dafür vorgesehenen Gebiete vorsah¹⁰⁶. In einer zu schmalen Bodenkontrollzone, die nicht das ganze Europa umfaßte, erblickte das Kanzleramt natürlich die Gefahr einer indirekten Diskriminierung. Adenauer intervenierte daher sofort in Washington und warnte davor, daß die Opposition der Regierung und der Atlantischen Allianz vorwerfen werde, Deutschland zum Schlachtfeld zukünftiger Kriege zu machen¹⁰⁷. Dulles sicherte umgehend zu, eine

⁹⁸ S. Pressekonferenz und Erklärung vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Bundestags von Brentanos, 22. 6. 1957, im Auszug in: AdG 1957, S. 6509B; Rede Adenauers in Dortmund, 30. 6. 1957, in: ebd., S. 6519E; Kosthorst, Brentano, S. 132.

⁹⁹ S. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 288–292; Kosthorst, Brentano, S. 160.

¹⁰⁰ Ebd., S. 135.

¹⁰¹ S. Gemeinsame Erklärung der Bundesrepublik Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und der USA, 29. 7. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 1304–1308; Grewe, Rückblenden, S. 299f.

¹⁰² Ansprache von Brentanos in Berlin, 29. 7. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 1308–1311, hier S. 1310.

¹⁰³ Ansprache Couve de Murvilles in Berlin, 29. 7. 1957, in: ebd., S. 1312.

¹⁰⁴ Ders. an Pineau, Tel. 2073/80, 30. 7. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 155f., hier S. 156; vgl. die Stellungnahmen der SPD u. FDP, 29. 7. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 1316f. u. 1319f.

¹⁰⁵ Vgl. Chauvel an Pineau, Tel. 4510/13, 28. 7. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 152f.

¹⁰⁶ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 7, 30./31. 7. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 20, S. 669–672.

¹⁰⁷ S. Adenauer an Dulles, 1. 8. 1957, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 344f.

weniger als ganz Europa umfassende Bodenkontrollzone nur als interne Rückfallposition ins Kalkül zu ziehen¹⁰⁸. Wenngleich die amerikanischen Beteuerungen am Rhein nicht vollständig überzeugten, billigte der Kanzler schließlich ein leicht modifiziertes Papier¹⁰⁹, da er einerseits den Londoner Verhandlungen ohnehin nur geringe Erfolgsaussichten zubilligte, andererseits aber auch sein Protestpotential erschöpft sah¹¹⁰.

Paris war diesbezüglich natürlich in einer günstigeren Position, weil es in London mit am Verhandlungstisch saß. Reibungspunkte zu den Amerikanern gab es dennoch zu Hauf: So forderten die Franzosen mit Nachdruck ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen der konventionellen und der nuklearen Abrüstung, machten eine Beendigung ihrer eigenen Atomforschung von einem Stopp der Produktion atomarer Waffen der USA und der Sowjetunion abhängig und verlangten, daß etwaige Rüstungsbeschränkungen nicht zu einer entmilitarisierten und neutralisierten Region um das gesplante Deutschland herum führen dürften. Der westliche Abrüstungsvorschlag vom 29. 8. ging in einer Weise auf diese Bedingungen ein, daß er von Frankreich vorbehaltlos mitgetragen wurde¹¹¹. Die Verhandlungen mit der Sowjetunion brachte er aber nicht voran. Adenauer sollte mit seiner Einschätzung über die Erfolgsaussichten, die Dulles im übrigen teilte¹¹², recht behalten. Moskau wies die westlichen Angebote Ende August zurück und kündigte im November seine Mitarbeit im UN-Unterausschuß ganz auf¹¹³.

„An allen Fronten in der Defensive“

Parallel zur Blockade der Londoner Abrüstungsverhandlungen forcierte Moskau in vielfältiger Weise seinen Druck auf die Bonner Republik. Die Anfang Juli begonnenen deutsch-sowjetischen Repatriierungsverhandlungen gerieten im Herbst für Wochen ins Stocken¹¹⁴. Die seit Monaten dauernden bundesdeutschen „geheim[n] Avancen in Richtung Polen“¹¹⁵ wurden schwer erschüttert, als Warschau Mitte September in einer gemeinsamen Erklärung mit Belgrad von Bonn die Anerkennung der Zwei-Staaten-Theorie und der Oder-Neiße-Grenze einforderte¹¹⁶. In den Tagen darauf trug Polen seine Interessen so massiv auch an die Westmächte

¹⁰⁸ S. Dulles an Adenauer, 1. 8. 1957, mitgeteilt in: ders. an Bonn, Tel. 109, 1. 8. 1957, Secret, in: ebd., S. 679f.

¹⁰⁹ S. Inspektionsplan der Westmächte, 2. 8. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 1262f.

¹¹⁰ S. Adenauer an Dulles, 2. 8. 1957, Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 346; Interview Adenauers mit dem „Saarländischen Rundfunk“, 3. 8. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 1364–1366; Felken, Dulles, S. 450–453; Kosthorst, Brentano, S. 136.

¹¹¹ S. Aufzeichnung des Konferenzensekretariats im MAE, 29. 8. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 298–306; Pineau an Georges-Picot, Tel. 5650/68, 18. 9. 1957, Urgent, in: ebd., S. 435–438; Abrüstungsvorschlag der Westmächte, 29. 8. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 1527–1532.

¹¹² Vgl. Felken, Dulles, S. 452f.

¹¹³ S. Chauvel an Pineau, Tel. 5264/70, 30. 8. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 306f.; Aufzeichnung des Konferenzensekretariats im MAE, 101/SC, 3. 9. 1957, in: ebd., S. 320f.; Georges-Picot an Pineau, Tel. 7./8. 11. 1957, Personnel, Secret, Sans diffusion, in: ebd., S. 638–641; Alphand an MAE, Tel. 6824/26, 22. 11. 1957, Secret, in: ebd., S. 731f.; Abrüstungsvorschlag bzw. Erklärung der Sowjetunion, 27. 8. u. 4. 11. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 1512–1526 u. 1832–1835.

¹¹⁴ S. Lahr, Zeuge, S. 263–281; Kosthorst, Brentano, S. 160–163.

¹¹⁵ Ebd., S. 177.

¹¹⁶ S. Gemeinsame Erklärung Titos und Gomulka, 16. 9. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 1605.

und insbesondere an Frankreich heran¹¹⁷, daß einzelne französische Zeitungen bereits von der Bundesregierung verlangten, sie müsse im Interesse von Abrüstung und Wiedervereinigung die deutschen Ostgebiete endlich de jure preisgeben¹¹⁸. Gleichzeitig verdichteten sich in Jugoslawien die Anzeichen einer deutschlandpolitischen Wende mit dem Ziel der Anerkennung der DDR.

Das Bonner Kabinett zeigte sich zunächst zuversichtlich, dies abwenden¹¹⁹ und Belgrad mit Hilfe der Verbündeten zur Râson bringen zu können. Eine von Paris angeregte gemeinsame Initiative scheiterte aber an der mangelnden Resonanz bei den Angelsachsen¹²⁰. Ungeachtet wiederholter deutscher Mahnungen und der eindringlichen Warnung vor den fatalen Folgen einer jugoslawischen Anerkennung der DDR blieben die USA hart¹²¹. Demgegenüber erwies sich Frankreich als zuverlässiger Partner.

Gewiß trug dazu auch der große Wahlsieg Adenauers am 15. 9.¹²² bei, der von der französischen Führung lebhaft begrüßt wurde. Außenpolitisch gesehen bedeute das Ergebnis „la consécration d'une politique qui repose sur la présence d'une Allemagne égale en droits au sein de l'Alliance atlantique, sur une coopération européenne dont la réconciliation franco-allemande est la condition essentielle et sur l'idée que la réunification de l'Allemagne [...] ne peut résulter que de l'appui et de la force d'attraction de l'Occident tout entier.“¹²³ In der französischen Öffentlichkeit fiel die Freude nicht so uneingeschränkt positiv aus, war der Wunsch nach bilateraler Zusammenarbeit mit den Deutschen nicht ganz so stark ausgeprägt. Noch immer ließ sich eine gewisse Unsicherheit gegenüber der deutschen Mentalität feststellen, die auch in den persönlichen Begegnungen dies- und jenseits des Rheins zu erkennen war. Wie sollte ein Franzose gegenüber dem Deutschen auftreten, um den anfänglichen „moment de gêne et d'embarras“ am besten zu überwinden? Mochte Großzügigkeit ihn zu neuer Forschung ermuntern, konnte Strenge ihn entmutigen. So blieb vor allem die Hoffnung auf die Jugend und darauf, daß der Umgang mit wachsender Entfernung von den Schatten des „Dritten Reiches“ zunehmend leichter fiel¹²⁴.

In der Großen Politik überwogen in diesen Wochen ganz andere Sorgen. Der sich anbahnende Botschafteraustausch zwischen Belgrad und Ost-Berlin stellte Bonn vor eine große außenpolitische Herausforderung. Adenauer sah sich Anfang Oktober erneut veranlaßt, die Unterstützung der Verbündeten zur Abwehr des nahenden Unglücks zu erbitten. Doch deren Reaktion fiel, wie schon im Septem-

¹¹⁷ S. de Carbonnel an Pineau, Tel. 1304, 26. 9. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 467 f.

¹¹⁸ S. „Le Monde“, 26. 9. 1957, im Auszug auch in: BDFD III, S. 452 f.

¹¹⁹ S. Grewe, Rückblenden, S. 264; Kosthorst, Brentano, S. 196.

¹²⁰ S. Pineau an London etc., Tel. 9993/10002 etc., 23. 9. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 454–456.

¹²¹ S. Kosthorst, Brentano, S. 197 f.

¹²² Bei den Wahlen zum Dritten Deutschen Bundestag am 15. 9. 1957 erzielten CDU/CSU 50,2%, SPD 31,8%, F.D.P. 7,7% und Sonstige 10,5% der Stimmen (Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 484).

¹²³ Couve de Murville an Pineau, Tel. 2314/21, 16. 9. 1957, Priorité, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 409–411, hier S. 410.

¹²⁴ Artikel Garnier-Thenons, in: „Le Populaire de Paris“, 11. 9. 1957, im Auszug auch in: BDFD III, S. 858–861, hier S. 859.

ber, höchst unterschiedlich aus. Während Dulles das Gesuch abwies¹²⁵, warnte Pineau nach vorheriger Abstimmung mit Bonn am 13. 10. den jugoslawischen Geschäftsträger in Paris in einem letzten Rettungsversuch eindringlich vor dem drohenden Schritt¹²⁶. Als Tito den Rubicon am 15. 10. dennoch überschritt¹²⁷ und von Brentano am folgenden Tag die Vertreter der Westmächte über die deutsche Absicht zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen informierte, war es allein der französische Diplomat, der diese Reaktion begrüßte und weisungsgemäß zur Härte ermunterte. Die angelsächsischen Vertreter hingegen überhörten nicht nur geflissentlich die Anspielung des Außenministers auf die „Berliner Erklärung“, sondern stellten klar ihr Interesse heraus, die Beziehungen zu Jugoslawien nicht kompromittieren zu wollen¹²⁸. Dulles und Lloyd verständigten sich lediglich darauf, Adenauer von dem beabsichtigten Schritt nicht abzuraten¹²⁹.

Damit stellten sie weder ihn noch Bourghès-Maunoury zufrieden. Bonn und Paris waren sich darin einig, das Vorgehen Jugoslawiens nicht isoliert zu betrachten, sondern in den Rahmen der Ost-West-Beziehungen zu stellen. Nachdem sich das Bundeskabinett am 17. 10. zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen entschlossen hatte¹³⁰, begründete von Brentano die Entscheidung im Gespräch mit Couve de Murville nicht zuletzt mit der Gefahr einer Kettenreaktion. Während SPD und FDP jegliche Verantwortung für die Entscheidung der Regierung ablehnten, aber auch namhafte Koalitionspolitiker und Diplomaten starke Vorbehalte äußerten, drohte in den Augen des Außenministers und des Kanzlers bei Passivität eine Unterhöhlung der Voraussetzungen ihrer bisherigen Wiedervereinigungspolitik. Für sie wie für die Kollegen in Paris galt aber als Gebot der Stunde, „de marquer fermement les positions occidentales“¹³¹. Da Washington zwar die Einstellung aller größeren Waffenlieferungen und die Sistierung der laufenden Verhandlungen über die Wirtschaftshilfe ankündigte, grundsätzlich aber am Wunsch zur Aufrechterhaltung der „good relations“ mit Belgrad festhielt¹³², war es nur folgerichtig, daß die Bundesrepublik Frankreich um die Vertretung ihrer Interessen in Jugoslawien bat. Pineau willigte in das als Auszeichnung empfundene Gesuch sofort ein und signalisierte über Couve de Murville auch die Bereitschaft, als Schutzmacht der Deutschen zu fungieren¹³³.

¹²⁵ Vgl. Anić de Osona, Anerkennung, S. 106f.

¹²⁶ S. Pineau an London etc., Tel. 10396/97 etc., 13. 10. 1957, Priorité, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 538f.; Anić de Osona, Anerkennung, S. 109f.

¹²⁷ Am 15. 10. 1957 gab Jugoslawien die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR bekannt (Anić de Osona, Anerkennung, S. 116–124; AdG 1957, S. 6698A).

¹²⁸ S. Puaux an Pineau, Tel. 2486/95, 16. 10. 1957, Priorité, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 543–545; zur Reaktion der Westmächte insgesamt vgl. Anić de Osona, Anerkennung, S. 134–139, 145f. u. 206–209.

¹²⁹ S. Unterredung zwischen Dulles und Lloyd vom 15. 10. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 787f.; Unterredung zwischen Murphy und Krekeler vom 23. 10. 1957, Confidential, in: ebd., S. 311–315.

¹³⁰ Zur Entscheidung des Bundeskabinetts s. von Brentano an Kveder, 19. 10. 1957, in: Bulletin 1957, S. 1805f.; Anić de Osona, Anerkennung, S. 214–217; Kosthorst, Brentano, S. 199f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 380f.

¹³¹ Couve de Murville an Pineau, Tel. 2522/28, 19. 10. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 561–563, hier S. 562.

¹³² Dulles an Belgrad, Tel. 418, 22. 10. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 792f., hier S. 792; s.a. Anić de Osona, Anerkennung, S. 281–287.

¹³³ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 2522/28, 19. 10. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 561–

Diese Freundschaftsgeste mußte um so höher eingeschätzt werden, als das Kabinett Bourgès-Maunoury seit Wochen nur noch interimistisch regierte, da es am 30. 9. nach nur dreimonatiger Amtszeit über ein von ihr vorgelegtes Algerienstatut gestürzt war, das den Gemäßigten im Parlament zu unnachgiebig wirkte, den Verteidigern des französischen Algerien aber zu weit ging¹³⁴. Erst Anfang November konnte die Regierungskrise beendet werden. Nach zwei gescheiterten Investiturversuchen von Pinay und Mollet¹³⁵ billigte die Assemblée Nationale am 6. 11. den erst achtunddreißigjährigen Radikalsozialisten Félix Gaillard als neuen Regierungschef. Der allgemeine Verdruß über die wochenlange Misere erlaubte es ihm, eine Koalition auf breiter Basis zu bilden, in der außer den Kommunisten und Poujadisten sämtliche politische Gruppierungen vertreten waren¹³⁶.

Geboren am 5. 11. 1919 in Paris, hatte der Erbe einer reichen Familie aus der Charente Rechts- und Politische Wissenschaften studiert. Mit 23 Jahren trat er in die Inspection des Finances ein. Im April 1944 wurde das aktive Résistance-Mitglied Adjoint von Alexandre Parodi, dem Délégué général der Provisorischen Regierung. Nach der Befreiung ernannte Parodi, mittlerweile zum Arbeitsminister aufgestiegen, ihn zu seinem Kabinettschef. Nach wenigen Wochen holte Monnet ihn für seine Mission in den USA für ein Jahr in seinen Mitarbeiterstab. Beeindruckt von dessen „Intelligenz und außerordentlich[n] Aufnahmefähigkeit“¹³⁷, beförderte Monnet Gaillard nach seiner Ernennung zum Commissaire général au Plan zum Leiter seines Kabinetts. Gaillards immenser Ehrgeiz trieb ihn nun in die Politik, wo ihm eine glänzende Karriere gelang. Wie Bourgès-Maunoury schaffte er 1946 unter den Fahnen der Radikalsozialisten den Sprung ins Palais Bourbon. Mit achtundzwanzig Jahren wurde Gaillard Unterstaatssekretär von Finanz- und Wirtschaftsminister René Mayer in der Regierung Schuman. Nach dessen Ablösung verlor er sein Amt und konzentrierte sich wieder auf die Parlamentsarbeit, vor allem auf die Nuklearpolitik. Nach seiner Wiederwahl als Abgeordneter wirkte er von August 1951 bis Juni 1953 unter Pleven, Faure, Pinay und Mayer als Staatssekretär im Matignon, 1952/53 gleichzeitig auch als Staatssekretär im Finanzministerium. Vier Jahre später kam er erstmals zu Ministerehren. Bourgès-Maunoury übertrug im Juni 1957 das Superressort für Finanzen, Wirtschaft und für den Plan. Drei Monate später übernahm er als jüngster französischer Regierungschef aller Zeiten selbst den Matignon. Wie sein Vorgänger und Freund Bourgès-Maunoury zog sich Gaillard nach der Machtübernahme de Gaulles weitgehend ins Privatleben zurück, widmete sich allerdings bis zu seinem frühen Unfalltod 1970 weiterhin seinen regional- und parteipolitischen Interessen in der Charente und dem Parti radical¹³⁸.

563; PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 156, Unterredung zwischen von Brentano und Couve de Murville vom 19. 10. 1957, MB 1608/57; Anic de Osona, Anerkennung, S. 236 f.

¹³⁴ Vgl. Droz/Lever, *Guerre d'Algérie*, S. 162–164; Rémond, *Frankreich*, T. 1, S. 578; AdG 1957, S. 6665A.

¹³⁵ S. ebd., S. 6885E u. 6721C.

¹³⁶ S. ebd., S. 6730B.

¹³⁷ Monnet, *Erinnerungen*, S. 287.

¹³⁸ Zu Person und Politik Gaillards s. Le Douarec, *Félix Gaillard*; eine knappe biographische Skizze in: Yvert (Hg.), *Dictionnaire*, S. 794 f.

Auf die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen hatte der Kabinettswechsel keinerlei negative Auswirkungen. Bonn und Paris hielten an der engen Kooperation der vergangenen Monate um so mehr fest, als beiden Regierungen der Wind heftig ins Gesicht blies. Gaillard hatte vornehmlich mit den alten wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten und der Algerienfrage zu tun¹³⁹. Adenauer galt zwar innenpolitisch als unangefochten, außenpolitisch hingegen sah er sich seit dem Herbst 1957 „an allen Fronten in der Defensive“¹⁴⁰. Die „Ouvverture zu einer Bewegungspolitik“¹⁴¹ nach Osten war im Ansatz stecken geblieben. Das Sicherungsnetz der Atlantischen Allianz wurde durch „große Zwi- stigkeiten“ zwischen einzelnen Mitgliedern und ihrem allgemeinen Bedeutungs- verlust angesichts einer offensiven sowjetischen Außenpolitik in ihrer Existenz bedroht¹⁴². Der „Sputnik-Schock“¹⁴³ lieferte neue Anhaltspunkte für die Absicht Moskaus zu einem exklusiven Abkommen mit Washington über die Weltpro- bleme¹⁴⁴. Adenauers politisches Verhältnis zu Dulles durfte mittlerweile mit Fug als „empfindlich gestört“ bezeichnet werden, was um so problematischer schien, als sein Vertrauen zu Eisenhower nie sehr ausgeprägt war¹⁴⁵.

Auch die französisch-amerikanischen Beziehungen gerieten jetzt in schweres Wetter. Seit Monaten hatte Frankreich bei den Partnerstaaten darauf gedrängt, sämtliche Waffentransporte nach Tunesien zu unterbinden, weil ein Teil dieser Lieferungen offenbar in den algerischen Unabhängigkeitskampf abfloß¹⁴⁶. Die Empfindlichkeit Frankreichs erklärte sich über die militärischen Aspekte hinaus vor allem dadurch, daß es den Beginn einer mehr oder weniger direkten angel- sächsischen Einmischung in die nordafrikanischen Verhältnisse befürchtete. Außerdem bestand in den politischen Kreisen an der Seine „ein echtes Cauchemar im Hinblick auf die Möglichkeit einer unter Ausschluß der übrigen NATO-Part- ner verstärkten amerikanisch-britischen militärischen Zusammenarbeit“. Die „Furcht vor einer Satellierung“ durch das angloamerikanische „Tandem“ drohte Platz zu greifen. Mit Dankbarkeit begrüßte Frankreich die amtliche Zurückhal- tung der Bundesrepublik. Zugleich versuchte man, den Nachbarn dazu zu bewe- gen, gemeinsam in London und Washington Befürchtungen vor einem angelsäch- sischen Direktorium anzumelden und in der Algerienfrage die französische Posi- tion aktiv zu unterstützen¹⁴⁷.

¹³⁹ S. Rémond, Frankreich, T. 1, S. 578 f.

¹⁴⁰ Kosthorst, Brentano, S. 210.

¹⁴¹ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 370.

¹⁴² Notiz Adenauers, 9. 12. 1957, in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 334–337, hier S. 335.

¹⁴³ Zu den Rückwirkungen des Starts des sowjetischen Erd-Satelliten Sputnik I am 4. 10. 1957 auf die Abrüstungsdiskussion vgl. Cornides, Wandlung der Weltpolitik, S. 67–69.

¹⁴⁴ Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 385 f.

¹⁴⁵ Ebd., S. 388.

¹⁴⁶ S. PA, Ref. 200, AZ 87 St/5, 94.07, von Marchtaler an von Welck, Aufzeichnung, 28. 5. 1957; Couve de Murville an Pineau, Tel. 1732/1741, 27. 6. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 965–967; s.a. ebd., Bd. 2, Nr. 193 f., 205, 232, 236, 252, 282, 300, 310, 319, 324. Zur Bedeutung des Alge- rienproblems für die französisch-amerikanischen Beziehungen vgl. ausführlich: Wall, Relations franco-américaines.

¹⁴⁷ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 220, von Maltzan an AA, Pol. 302-S-83 4333/57, 25. 11. 1957.

Da der „im späten 19. Jahrhundert geprägte Kolonialist“ Adenauer¹⁴⁸ „die ganze Algiersache [als] eine kommunistische Sache“ betrachtete¹⁴⁹, setzte er ungeachtet der vorhandenen gesetzgeberischen und juristischen Schwierigkeiten alles daran, den französischen Bitten um Unterbindung eines deutschen Waffenhandels entgegenzukommen¹⁵⁰. Dabei ignorierte er auch, daß die Deutsche Botschaft in Tunis die französischen Vorwürfe an die Adresse der dortigen Regierung als unbegründet verwarf und wiederholt davor warnte, mit derartigen Schritten Tunesien in die Hände des Ostblocks zu treiben¹⁵¹. Washington und London hingegen setzten sich über die Pariser Einlassungen souverän hinweg. Obwohl Gaillard noch in letzter Minute versuchte, Eisenhower in einem persönlichen Appell zum Umdenken zu bewegen¹⁵², gaben die Angelsachsen Mitte November umfangreiche Waffenlieferungen an Tunesien bekannt¹⁵³. Verständlicherweise fühlte sich die Grande Nation von der westlichen Schutzmacht düpiert und im Stich gelassen; ihre Proteste verhallten weitgehend ungehört¹⁵⁴.

Je problematischer sich die Beziehungen Frankreichs und der Bundesrepublik zu den beiden Weltmächten gestalteten, desto stärker wurde ihnen bewußt, wie sehr sie aufeinander angewiesen waren, desto enger rückten sie zusammen. Mitte Dezember bat Gaillard Adenauer offen um Unterstützung für seine Absicht, den Partnerstaaten auf der bevorstehenden NATO-Ratstagung seinen Standpunkt in der Nordafrikapolitik zu verdeutlichen. Und der Kanzler sagte zu, mit dem inzwischen zum Premierminister aufgestiegenen Macmillan und mit Dulles zu sprechen¹⁵⁵. Der Streit in der westlichen Staatengemeinschaft war für die Regierungen in Bonn und Paris nun auch Anlaß, in Washington die Umsetzung der im Vorjahr von den „Drei Weisen“ empfohlenen Maßnahmen zur Intensivierung der Konsultationen innerhalb der NATO anzumahnen, um die Atlantische Allianz zu stärken, ja ihr Überleben zu sichern¹⁵⁶. Als Ziel schwebte Adenauer die Umwandlung der NATO zu einer politischen Organisation mit wirkungsvollen militärischen Machtmitteln vor, wobei er vor allem an die Übertragung amerikanischer Nukle-

¹⁴⁸ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 239.

¹⁴⁹ Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 225, Wortprotokoll, 13. 8. 1957.

¹⁵⁰ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 2271/80, 5. 9. 1957, Urgent, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 336–338.

¹⁵¹ S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 220, Török an AA, 302–211 Tgb.Nr. 120/57 IX, 21. 9. 1957; ebd., Bd. 228, Gregor an AA, Tel. 118, 17. 11. 1957, Citissime mit Vorrang.

¹⁵² S. Gaillard an Eisenhower, 12. 11. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 662–664.

¹⁵³ S. MAE an Washington etc., Tel. 12344/49 etc., 12. 11. 1957, Très urgent, Très secret, in: ebd., S. 661 f.; vgl. AdG 1957, S. 6745B; Wall, Relations franco-américaines, S. 72.

¹⁵⁴ Vgl. die Dokumente in: DDF 1957, Bd. 2, Nr. 331, 335 f., 338, 348, 369 u. 384; L'Année politique 1957, S. 249–252.

¹⁵⁵ S. Unterredung zwischen Adenauer und Gaillard vom 15. 12. 1957, in: BDFD I, S. 561–564; zur Unterredung zwischen dens. und Macmillan vom 15. 12. 1957 vgl. Macmillan, Riding the Storm, S. 334 f.; zu seinen Gesprächen mit Dulles vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 337–339; Felken, Dulles, S. 399.

¹⁵⁶ S. Alphanand an MAE, Tel. 50151/60, 19. 11. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 709–711; Adenauer an Dulles, 19. 11. 1957, in amerikanischer Übersetzung, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 187–190; Unterredung zwischen Dulles und von Brentano vom 23. 11. 1957, Secret, in: ebd., S. 190–193; Unterredung zwischen dens. vom 23. 11. 1957, Secret, im Auszug in: ebd., S. 193–206; Unterredung zwischen dens. vom 24. 11. 1957, Secret, im Auszug in: ebd., S. 206–209; BA, NL Blankenhorn, Bd. 81b, Bl. 41–45, Unterredung zwischen dens. vom 23. 11. 1957, 24. 11. 1957; ebd., Bl. 46–54, Unterredung zwischen dens. vom 23. 11. 1957, 24. 11. 1957; ebd., Bl. 24–34, Unterredung zwischen dens. vom 24. 11. 1957, 26. 11. 1957, Streng geheim.

arwaffen auf die Gemeinschaft und eine vorfristige Verlängerung des 1969 auslaufenden NATO-Vertrags dachte¹⁵⁷. Pineau hieß eine solche Initiative prinzipiell gut, um einer eventuellen Tendenz der Amerikaner zum Abzug ihrer Truppen aus Europa den Boden zu entziehen. Allerdings hielt er den Zeitpunkt für problematisch, da die öffentliche Meinung der Allianz nicht günstig gegenüberstand und eine Verlängerung des Vertrags die Regierungen zwang, das Dokument den Parlamenten zur Ratifikation vorzulegen¹⁵⁸.

Nachdem die Sowjetunion den vier Westmächten Mitte Dezember einen Appell zur Verständigung und den Vorschlag zu einer Gipfelkonferenz hatte zukommen lassen¹⁵⁹, sah die Bundesregierung erst recht Handlungsbedarf. Adenauer plädierte auf der NATO-Ratstagung am 16. 12. für die Stärkung der politischen Konsultation und machte sich unter dem Einfluß von Eckardts bzw. Blankenhorns gleichzeitig zum Fürsprecher einer diplomatischen Auslotung der Vorschläge Bulganins¹⁶⁰. Auch Frankreich befürwortete dies. Aus Pariser Sicht mußte eine neuerliche Ost-West-Konferenz auf jeden Fall die Themen Abrüstung bzw. europäische Sicherheit behandeln und auch den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Deutschland und Polen berücksichtigen, den der polnische Außenminister Rapacki im Vorfeld der NATO-Konferenz unter Rückgriff auf einen alten Plan Gromykos vom März 1956 gemacht hatte. Daher mochte man der Gipfelkonferenz nur auf der Ebene der Großen Vier zustimmen, „étant entendu qu’aucune formule de désarmement régional de l’Europe centrale ne saurait être envisagée indépendamment d’un progrès dans la question de la réunification“¹⁶¹.

Adenauer hingegen stand den Überlegungen Rapackis skeptisch gegenüber. Drohten sie die jetzt beschlossene Ausrüstung der NATO, also auch der Bundeswehr, mit Kernwaffen oder die trilaterale Nuklearkooperation mit Frankreich und Italien¹⁶² nicht zu untergraben? Während Frankreich und England die Entscheidung des Aufbaus der NATO zur Vierten Nuklearmacht aus innenpolitischen Erwägungen nun mit der Anregung abzufedern wünschten, der Sowjetunion eine Wiederaufnahme der im Londoner UNO-Ausschuß abgebrochenen Abrüstungsgespräche auf der Ebene der Außenminister der Vereinigten Staaten, Kanadas, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion vorzuschlagen,

¹⁵⁷ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 2768/71, 18. 11. 1957, Très secret, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 688; Adenauer an Dulles, 19. 11. 1957, Übersetzung, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 187–190; Notiz dess., 9. 12. 1957, in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 336. Zur Nuklearbewaffnung der NATO vgl. Kap. IV.4.2 u. IV.4.3.

¹⁵⁸ S. Pineau an Couve de Murville, Tel. 739/43, 25. 11. 1957, Urgent, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 760f.

¹⁵⁹ S. Schreiben Bulganins an Eisenhower, Adenauer, Macmillan und Gaillard vom 10. 12. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 2030–2069.

¹⁶⁰ S. Rede Adenauers auf dem NATO-Rat, 16. 12. 1957, in: Bulletin 1957, S. 2149f.; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 343 f.; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Polto 1779, 17. 12. 1957, Confidential, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 232–242; de Crouy-Chanel an Pineau, Tel. 50528, 17. 12. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 925–929; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 281, Tb. 6. 1. 1958.

¹⁶¹ Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 18. 12. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 933–936, hier S. 936. Zum „Rapacki-Plan“ vgl. Rede Rapackis vor den Vereinten Nationen, 2. 10. 1957, in: EA 1957, S. 10482–10485; Cabalo, Rüstungskontrollzone, S. 196–212; Haftendorn, Sicherheit, S. 110–115. Zum sowjetischen Abrüstungsvorschlag vom 27. 3. 1956 s. Kap. IV.1.2.

¹⁶² S. Kap. IV.4.3.

schloß sich Adenauer außerdem der Auffassung von Dulles an, daß die Verhandlungen im Rahmen der UNO fortgesetzt werden sollten¹⁶³.

Überrascht von der Detonation, die die von ihm an der Seine gezündete „Bombe“¹⁶⁴ in der Öffentlichkeit und politischen Kreisen am Rhein auslöste, machte Adenauer dann aber unter dem Gegeneinfluß von Brentano und Krone wieder eine Kehrtwende, um allen Spekulationen über einen Kurswechsel deutscher Außenpolitik sofort den Boden zu entziehen¹⁶⁵. Blankenhorns und von Eckardts Hoffnungen auf eine „ostpolitische Wende“¹⁶⁶ und neue Verhandlungen über eine regionale Rüstungsbeschränkung auch auf dem atomaren Gebiet zerplatzten innerhalb weniger Tage. Besorgt über die von Macmillan angeregte Prüfung des Rapacki-Plans und dessen Versuch, Eisenhower für die Wiederbelebung der Demilitarisierungspläne Edens zu gewinnen, brach Adenauer seine Reise zu neuen Entspannungsufern unverrichteter Dinge wieder ab und konzentrierte sich wieder ganz auf die Einigkeit des Westens¹⁶⁷.

Unter dem Druck der zur Verfügung stehenden Zeit wurde aus dem geplanten eingehenden Gedankenaustausch der versammelten Regierungschefs lediglich eine „Kommuniqué-Konferenz“, die im wesentlichen der Diskussion einer bereits vorbereiteten Schlußerklärung diente. Immerhin gelang es ihnen darin, eine große Einmütigkeit der Auffassungen und ein „angemessenes Gleichgewicht“ zwischen der Intensivierung der politischen Zusammenarbeit und der Stärkung des militärischen Schutzes zum Ausdruck zu bringen. Das deutsche Anliegen hinsichtlich der Wiedervereinigung fand „die gewünschte Bekräftigung“¹⁶⁸. Damit hatte sich die schon zu Beginn des Jahres abzeichnende Stagnation der Deutschlandpolitik erhärtet. Die Westmächte konzentrierten sich auf die vordringlich erscheinenden Themen der Abrüstung, auf Zonen- und Neutralisierungspläne, Luft- und Bodeninspektionen. Die Bundesregierung nahm es hin. Zwar entwickelte sie unter dem Druck der internationalen Verhältnisse wie der innenpolitischen Vorhaltungen durchaus Alternativkonzepte, ließ sie aber aus Angst vor den bündnispolitischen Weiterungen rasch wieder in der Schublade verschwinden. Vorsichtige Versuche, den östlichen Block durch Avancen gegenüber den Satellitenstaaten aufzulockern, scheiterten letztlich an den machtpolitischen Gegebenheiten jenseits des Eisernen Vorhangs. So blieben am Ende des Jahres allenfalls Halteerfolge, deren wichtigster gewiß die Bewahrung des Junktims zwischen der Abrüstung und der Sicherheit darstellte.

Paris erwies sich bei der Festigung der ganz auf Defensive ausgerichteten Bonner Deutschlandpolitik wiederholt als getreuer Bundesgenosse, ohne sich jemals

¹⁶³ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Polto 1790, 17. 12. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 244–248; Aufzeichnung des Konferenzsekretariats im MAE, 18. 12. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 932 f.

¹⁶⁴ Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 277, Tb. 16. 12. 1957.

¹⁶⁵ S. ebd., S. 277 f., Tb. 16., 17., 18. u. 23. 12. 1957; Kosthorst, Brentano, S. 211–213; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 393.

¹⁶⁶ Kosthorst, Brentano, S. 212.

¹⁶⁷ S. Unterredung zwischen Dulles und Macmillan vom 14. 12. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 224–230; Macmillan, Riding the Storm, S. 464; von Brentano an Adenauer, 14. 4. 1958, in: Baring, Bundeskanzler, S. 233–238; Kosthorst, Brentano, S. 213.

¹⁶⁸ Blankenhorn, Verständnis, S. 280–285, hier S. 284 u. 285, Tb. 16. 12. 1957; s. Schlußkommuniqué und Erklärung der Regierungschefs, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 2152–2159.

als ihr Vasall herzugeben. Vereint brachte man Anfang August die abwegigen Abrüstungspläne Stassens zu Fall, einträchtig stellte man sich im Oktober der jugoslawischen Herausforderung. Die deutsch-französische Zusammenarbeit funktionierte immer dann besonders reibungslos, wenn gemeinsame sicherheits- und machtpolitische Interessen bedroht schienen oder die Behauptung gegenüber dem angelsächsischen Tandem gefragt war. Zu einer offensiven Umsetzung des Wiedervereinigungspostulats war Frankreich aber weder willens noch fähig. In der Abrüstungspolitik attackierte man zwar Konzepte, die die Spaltung zementierten, dachte letztlich aber doch vor allem daran, durch sie nicht selbst in seiner militärischen Bewegungsfreiheit gefesselt zu werden.

IV.1.4. *Das vermeintliche Konferenzjahr 1958*

„La guerre froide de la propagande“

„Wie immer, wenn ein neues Jahr beginnt, fängt in den Zeitungen das große politische Tauwetter an. [...] dabei weht von Moskau her ein eisiger Wind.“¹ Das politische Tauwetter, das der Vorsitzende der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag in den ersten Tagen des Jahres 1958 mit unverhohlenem Kummer registrierte, erfaßte keineswegs nur die Journaille, sondern auch die *classes politiques* in Ost und West, dies- und jenseits des Rheins. Die Regierungen in Bonn und Paris ließen sich davon nicht anstecken und versicherten sich am Rande der NATO-Rats-tagung im Dezember 1957 der „völlige[n] Übereinstimmung“ über die allgemeinen Probleme und Gefahren für die westliche Welt. Niemand, so betonte der Kanzler seinerzeit, könne „an dem Block Frankreich, Italien, Bundesrepublik und eventuell der Benelux-Staaten vorbeigehen [...]“. Den Kern dieses Blockes bildeten Frankreich und Deutschland, und das sei schon seit Jahren seine Politik gewesen.“²

Die demonstrativ zur Schau gestellte Harmonie hielt beide Seiten nicht davon ab, die innen- und außenpolitische Entwicklung des Partners aufmerksam zu verfolgen. In der Bundesrepublik wurde befürchtet, daß Frankreich dem beschleunigten Prozeß der Dekolonisation nicht gewachsen und „schwere[n] Erschütterungen“ mit negativen Auswirkungen auf die europäische Integration ausgesetzt sein könnte³. Demgegenüber erfüllte Paris mit Unbehagen, wie in Bonn infolge der gescheiterten Annäherung an die Satellitenstaaten der Sowjetunion, des „Sputnik-Schocks“ und der jüngsten Entscheidung der NATO zur Aufstellung atomarer Mittelstreckenraketen neutralistische Bestrebungen wieder auflebten. Als besonders gefährlich galt dabei deren Ausweitung über die deutschen Grenzen hinaus. Die zahlreichen Disengagementpläne der jüngsten Zeit vom polnischen Außenminister Adam Rapacki über den amerikanischen Diplomaten George F. Kennan bis zu den Überlegungen des Vorsitzenden der britischen Labour-Party, Hugh Gaitskell,⁴ ließen vielmehr den Eindruck entstehen, es handele sich bereits um eine europäische Bewegung, die in der Bundesrepublik besondere Resonanz gewänne, da Liberal-⁵ und Sozialdemokraten⁶ sich mit Nachdruck für Abrüstungsverhandlungen unter Einbeziehung des Rapacki-Planes aussprachen⁷.

¹ Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 280, Tb. 4. 1. 1958.

² Unterredung zwischen Adenauer und Gaillard vom 15. 12. 1957, in: BDFD I, S. 559–564, hier S. 563 u. 564; s.a. Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 342.

³ Von Maltzan an AA, Pol. 302 F-83.00–1660/58, 5. 3. 1958, in: BDFD I, S. 568–573, hier S. 572.

⁴ Vgl. Kap. IV.1.3; BBC-Ansprachen („The Reith Lectures“) Kennans, November/Dezember 1957, in: Kennan, *Rußland*; ders., *Memoirs*, S. 229–266; Gaitskell, *Challenge*; vgl. ausführlich Pöttering, *Sicherheitspolitik*, S. 134–145.

⁵ Vgl. die Denkschrift Pfeleiderers „Neugestaltung der deutschen Ostpolitik“, über deren Endredaktion er am 8. 10. 1957 starb (Schlarp, *Alternativen*). Zu Pfeleiderers „Konzeption der Mitte“ s.a. Glatzeder, *Deutschlandpolitik*, S. 58–65.

⁶ S. Entschließung des SPD-Parteivorstandes, 20. 11. 1957, in: *DzD*, III. Reihe, Bd. 3, S. 1912; Pressekonzferenz Schmidts u. Erlers, 28. 11. 1957, in: ebd., S. 1984 f.; Weber, Carlo Schmid, S. 595 f.; Wilker, *Sicherheitspolitik*, S. 40–47.

⁷ S. AMAE, *Europe 1944–1960*, *Allemagne 1956–1960*, Bd. 37, Bl. 84–93, Aufzeichnung Cauzé de Nazele, 20. 12. 1957, im Auszug in: BDFD I, S. 564–568.

Aus der Perspektive der Regierungen in Bonn und Paris gab es aber keinen Grund zur Entspannungseuphorie. An der Gefährlichkeit der Sowjetunion hatte sich nichts geändert. „Conservatrice en Europe, expansioniste au Moyen-Orient, la politique soviétique est toujours dynamique“, hieß es im Quai d’Orsay. Ziel des Kreml sei weiterhin die Schwächung und Teilung des Westens⁸. Da ihn jeder Fehler des Westens nur zu „*plus dangereuses tentations*“ ermuntere⁹, hielt das Ministerium es angesichts der auf der letzten NATO-Konferenz enthüllten Divergenzen für zwingend notwendig, die Reihen nun zu schließen. Der Verständigungsappell der sowjetischen Führung vom 10. 12. 1957¹⁰ bot die Möglichkeit, durch eine gemeinsam formulierte Antwort der Verbündeten die Einheit unter Beweis zu stellen. In Übereinstimmung mit der Bundesrepublik riet Frankreich dazu, den notwendigen Gedankenaustausch möglichst bald aufzunehmen. Noch vor dem Jahreswechsel wandten sich die Franzosen daher mit dem Vorschlag an die Angelsachsen, die Konsultationen durch die Ständigen Vertreter der NATO-Staaten durchzuführen. Die Themen Wiedervereinigung und europäische Sicherheit sollten demgegenüber von der Arbeitsgruppe der vier Westmächte diskutiert und in einem Bericht zur Vorlage bei der NATO zusammengefaßt werden. Während London die Anregung begrüßte, verhielt sich Washington reserviert, weil es den Eindruck eines „besonderen Direktorium[s]“ innerhalb der NATO vermeiden wollte. Außenminister Pineau gab sich damit aber nicht zufrieden. Ende Dezember instruierte er seinen Vertreter bei der NATO, Alphand, zu einer erneuten *Démarche* am Potomac und regte in Bonn einen „Parallelschritt“ an¹¹.

Matignon und Kanzleramt zogen nicht nur in der Frage des Bulganin-Briefes an einem Strang. Auch in bezug auf den Rapacki-Plan nahmen sie inzwischen einen gleichen Standpunkt ein. Beide Seiten hielten es aus innenpolitischen Erwägungen nicht für opportun, die Ideen rundweg zurückzuweisen, waren sich der Gefahren des Konzeptes aber voll bewußt¹². Adenauer kritisierte vor allem den mit dem Plan verbundenen Atomverzicht, die Vorschläge zur Truppenreduzierung und Rüstungskontrolle, hinter denen er die Absicht zur Neutralisierung Deutschlands sah¹³. Darin lag auch aus französischer Sicht die eigentliche Crux des Konzeptes. Die vom polnischen Außenminister anvisierte atomwaffenfreie Zone führe zur Neutralisierung der Bundesrepublik, die, so lautete der seit Jahren unveränderte Befund der Befürworter der Westbindung, nach Osten abzudriften drohe, um die staatliche Teilung endlich zu überwinden. Doch damit nicht genug: Man witterte die Gefahr, daß der geforderte Rückzug der USA zur Neutralisierung ganz Europas führen könne und den Amerikanern dadurch die Basen für ihre Mittelstreckenraketen genommen würden. „La guerre froide de la propa-

⁸ AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 242, Bl. 327–331, Unterabt. Osteuropa im MAE an Pineau, Aufzeichnung, 14. 12. 1957 (Konzept FL).

⁹ Ebd., PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 78, Bl. 299–302, Soutou an Laloy, 24. 12. 1957.

¹⁰ Vgl. Kap. IV.1.3.

¹¹ PA, Ref. 700, Bd. 44a, Sachs an AA, FS Nr. 995, 27. 12. 1957, VS-Vertraulich, Cito.

¹² S. Pineau an de Carboneil, Tel. 1801/11, 2. 1. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 4–6; Couve de Murville an Pineau, Tel. 22/27, 4. 1. 1958, in: ebd., S. 10f.; Pineau an de Carboneil, Tel. 59/63, Réservé, 6. 1. 1958, in: ebd., S. 11–13; AMAE, PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 78, Bl. 303–305, Abt. Europa im MAE an Gaillard, 6. 1. 1958.

¹³ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 214.

gande“ erlaubte es den Franzosen im eigenen Selbstverständnis aber nicht, in einer rein negativen Position zu verharren. Konkrete Gegenvorschläge mußten ausgearbeitet werden, auch wenn man sich kaum Hoffnungen machte, die Sowjets damit begeistern zu können¹⁴. So sprach sich Regierungschef Gaillard Anfang des Jahres öffentlich sehr zur Verärgerung der polnischen Regierung entschieden gegen den Rapacki-Plan aus, willigte aber in eine Gipfelkonferenz unter der Bedingung ein, daß sie nicht zur Propagandaaktion mutierte. Um dies sicherzustellen, plädierte der *Président du Conseil* für eine vorbereitende Außenministertagung¹⁵.

Wenige Tage später nahm Bulganin den ihm zugeworfenen Ball auf und schlug den drei Westmächten eine Gipfelkonferenz der NATO, des Warschauer Paktes und einiger blockfreier Staaten vor. Als Themen regte er den Rapacki-Plan, die Schaffung eines Kontrollsystems und das Verbot von Atomtests an¹⁶. Mit gebotennem zeitlichen Abstand richtete er dasselbe Angebot unter ausdrücklichem Hinweis auf Adenauers Rede vor der NATO auch an die Bundesregierung¹⁷. Frankreich sah in der sowjetischen Offerte vor allem die Absicht, eine Anerkennung des Status quo in Europa durchzusetzen, durch entsprechende militärische Maßnahmen die Bundesrepublik Schritt für Schritt aus der Atlantischen Gemeinschaft herauszulösen und die Einheit Deutschlands in die Hände der beiden deutschen Staaten zu legen. „Ce serait la ruine de la politique européenne et atlantique.“ Ungeachtet einer solch kritischen Analyse nahm die Regierung abermals davon Abstand, die Offerte scharf zurückzuweisen. Sie sprach sich vielmehr dafür aus, sie zu kanalisieren. In diesem Sinne regte der *Quai d'Orsay* gemäß den Äußerungen Gaillards an, die Idee des Gipfels im Prinzip zu akzeptieren, gleichzeitig aber auf eine gründliche Vorbereitung mittels Außenministerkonferenz zu beharren. Aus Prestigegründen wünschte man sich den Gipfel entweder auf der Ebene der Vier Großmächte oder der fünf Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, um nicht auf das „niveau des autres puissances non-atomiques“ zurückgeworfen zu werden. Außerdem bot eine Großkonferenz die Gefahr, daß sie sich de facto zu einem Dialog der beiden Weltmächte entwickelte. Hinsichtlich der Tagesordnung verlangte Paris, das Problem der europäischen Sicherheit nur in Abhängigkeit zur „deutschen Frage“ zu behandeln¹⁸. „Nous ne pouvions souscrire à un plan qui perpétue et renforce la division de l'Allemagne, à laquelle nous estimons au contraire qu'il importe de mettre fin en même temps que d'apporter une solution aux problèmes de sécurité.“¹⁹

Dementsprechend fiel Gaillards Antwort vom 14. 1. auf Bulganins Schreiben vom 10. 12. sehr zurückhaltend aus. Die Forderungen nach einem Verzicht auf die Anwendung von Kernwaffen, nach Einstellung der Nuklearversuche und Ein-

¹⁴ Jurgensen an Laloy, Aufzeichnung, 28. 12. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 976–980, hier S. 978.

¹⁵ S. Interview Gaillards mit „US News and World Report“, 3. 1. 1958, auch in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 17; AMAE, PA-AP, Papiers Massigli, Bd. 78, Bl. 303–305, Abt. Europa im MAE an Gaillard, 6. 1. 1958.

¹⁶ S. Bulganin an Gaillard, Macmillan u. Eisenhower, 8. 1. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 58–85.

¹⁷ S. ders. an Adenauer, 8. 1. 1958, nebst Memorandum, in: ebd., S. 27–58; Kosthorst, Brentano, S. 213.

¹⁸ AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 243, Bl. 20–23, Abt. Europa im MAE an Pineau, Aufzeichnung, 9. 1. 1958.

¹⁹ Aufzeichnung des Konferenzensekretariats im MAE, Nr. 4/SC, 11. 1. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 40–43, hier S. 42.

richtung von atomwaffenfreien Zonen in Europa ohne Rücksicht auf die politischen Aspekte verwarf er eindeutig. Allerdings signalisierte er erneut sein Interesse an einer gründlich vorbereiteten Gipfelkonferenz auf der Ebene jener Mächte, die die Verantwortung für die anstehenden Probleme trügen. Anders als im Atlantikrat beschlossen worden war, wollte der *Président du Conseil* die Außenministerkonferenz auf die Festlegung der Tagesordnung des Gipfels beschränkt wissen, ohne den Ministern bereits die Möglichkeit zu inhaltlichen Beratungen einzuräumen²⁰. Als Washington sich über diese von vorherigen interalliierten Absprachen abweichende Einschränkung mokierte, hieß es in Paris präzisierend, natürlich gehe es darum, das Programm des Gipfels in seinen verschiedenen Aspekten zu diskutieren²¹.

Die Reaktion Bonns auf die Initiative Moskaus fiel nicht weniger negativ aus. In Übereinstimmung mit von Brentano verwarf Adenauer die Vorschläge Bulganins und plädierte ganz im Sinne Frankreichs für eine sehr sorgfältige Vorbereitung jedweder Konferenz²². Aus Sorge vor dem weltpolitischen Duopol sprach sich der Kanzler im Sinne einer „Doppelstrategie“ darüber hinaus auch für diplomatische Kontakte zu Moskau fernab der Öffentlichkeit aus, um den Faden nicht abreißen zu lassen²³.

Während die Briten dem Rapacki-Plan wohlwollende Aufmerksamkeit sowohl wegen des Inhalts als auch der Wirkung auf die öffentliche Meinung schenkten²⁴, fanden die Deutschen nicht nur bei den Franzosen, sondern auch bei den Amerikanern Unterstützung. Eisenhower stand einem Gipfel zwar allem Anschein nach aufgeschlossener gegenüber als Dulles, aber auch er machte ihn von einer gründlichen Vorbereitung im Rahmen einer Außenministerkonferenz abhängig²⁵. Dieser Rückhalt war um so wertvoller, als die Bundesregierung nun innenpolitisch in höchste Bedrängnis geriet. Führende SPD-Politiker machten sich nämlich die polnischen Vorstellungen zu eigen und versahen sie mit der Forderung nach einem Abzug ausländischer Truppen aus der atomwaffenfreien Zone und nach einer effektiven Kontrolle²⁶. In der denkwürdigen Nachtsitzung des Deutschen Bundestages vom 23./24. 1. 1958 prangerten sie das Scheitern der Adenauerschen Wiedervereinigungspolitik heftig an. In ziemlicher Eintracht betonten Sozialdemokraten und Liberale mit Unterstützung vereinzelter Unions-Abgeordneter die Priorität einer Einigung der Vier Mächte über den politisch-militärischen Status Gesamtdeutschlands gegenüber den freien Wahlen. Energisch plädierten sie für die Auf-

²⁰ S. Gaillard an Bulganin, 14. 1. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 109–113.

²¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 243, Bl. 44, Alphand an MAE, Tel. 284/86, 16. 1. 1958, *Réservé, Très urgent*; ebd., Bl. 48, Laloy an Washington, Tel. 660/62, 19. 1. 1958, *Réservé, Urgent*; ebd., Bl. 47, Alphand an MAE, Tel. 342, 18. 1. 1958, *Réservé*.

²² S. Adenauer an Bulganin, 20. 1. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 172–177; Felken, Dulles, S. 458–460; Kothorst, Brentano, S. 214–218.

²³ Ebd., S. 214; s.a. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 282 f., Tb. 14., 15. u. 16. 1. 1958.

²⁴ S. Macmillan an Bulganin, 16. 1. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 150–152; Unterredung zwischen Pineau und Lloyd vom 18. 1. 1958, 21. 1. 1958, *Secret*, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 70–73; Macmillan, *Riding the Storm*, S. 464 f.; Cabalo, *Rüstungskontrollzone*, S. 200–202.

²⁵ S. Eisenhower an Bulganin, 12. 1. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 100–109; Felken, Dulles, S. 457 f., 460 f. u. 465 f.; s.a. Dulles an US-Vertretung bei der NATO, Tel. Topol 2486, 21. 1. 1958, in: FRUS 1958–1960, Bd. 10, T. 1, S. 1–4.

²⁶ Vgl. Wilker, *Sicherheitspolitik*, S. 40–46.

nahme von Verhandlungen mit Moskau über den Rapacki-Plan. In Erinnerung blieb die haßerfüllte Debatte vor allem wegen der „persönlichen Rachefeldzüge“²⁷ gegen Adenauer, die von Dehler, aber auch von Heinemann geritten wurden, ohne daß der Kanzler und seine Getreuen sich zur substantiellen Riposte aufrafften und das Verdikt von der verpaßten Gelegenheit in der Deutschlandpolitik widerlegten²⁸. Aufmerksam verfolgte die französische Diplomatie, wie der Kanzler die „erste große parlamentarische Niederlage“ seiner Regierungszeit hinnehmen mußte²⁹ und schwer angeschlagen zur Erholung nach Vence in Südfrankreich floh. Couve de Murville beeilte sich, Pineau in zwei umfangreichen Berichten mit der Versicherung zu beruhigen, des Kanzlers Prestige sei nicht wirklich rampoliert. Zwar könnten die Stalin-Noten im Vergleich mit der aktuellen sowjetischen Deutschlandpolitik tatsächlich als „occasion manqué“ erscheinen. Sie müßten aber in den zeitlichen Kontext des Jahres 1952 gesetzt werden. Gerade das mache die retrospektive Polemik der Gegner des Kanzlers so schwach und verhindere wohl eine tiefgreifende Einflußnahme auf die öffentliche Meinung in Westdeutschland³⁰.

Verdrehte Welt – während Adenauer der Opposition beinahe kampflos das Feld überließ, errang Gaillard einen großen parlamentarischen Sieg. Am 22. 1. sprach ihm die Assemblée Nationale nach einer Debatte über die Außenpolitik mit einer komfortablen Mehrheit von 343 gegen 224 Stimmen das Vertrauen aus³¹.

Da der Notenwechsel zwischen Ost und West keine realistische Chance zur Verwirklichung einer kernwaffenfreien Zone in Europa erbracht hatte, konzentrierte sich der Dialog zwischen den Blöcken in den nächsten Wochen auf die Durchführung der Gipfelkonferenz. Namentlich Macmillan drängte unter dem Druck der Labour-Opposition im Bündnis darauf, die Hürden für das Treffen nicht zu hoch zu errichten³². Moskau schmeckten die westlichen Vorbedingungen nämlich ganz und gar nicht. Eine Beschränkung der Konferenzteilnehmer auf die Großen Vier lehnte der Kreml ab, und die Vorbereitung durch die Außenminister schien ihm nur akzeptabel, wenn das Mandat sachlich und zeitlich streng begrenzt sei. Das Deutschland-Problem, so teilte der sowjetische Botschafter Winogradow im Quai d'Orsay mit, wolle man nur aus Rücksicht auf Frankreich in die Tagesordnung aufnehmen, obwohl es geradezu „absurd“ sei, daß ausgerechnet Frankreich auf eine Behandlung des Problems dringe, wo es doch nur Nachteile von einer Wiedervereinigung erleide³³.

Die Einbeziehung der „deutschen Frage“ war nicht einmal in Bonn unumstritten. Im Gegensatz zum Kanzleramt hielt man sie im Auswärtigen Amt für unab-

²⁷ Heuss, Tagebuchbriefe, S. 305, Tb. 26. 1. 1958.

²⁸ S. Bundestagsdebatte, 23./24. 1. 1958, in: BT, Sten. Ber., Bd. 39, S. 297–422; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 286, Tb. 23., 25. u. 27. 1. 1958; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 309–316; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 405–409; Wilker, Sicherheitspolitik, S. 41–49.

²⁹ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 405.

³⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 37, Bl. 122–128, Couve de Murville an Pineau, Nr. 202, 30. 1. 1958; s.a. ebd., Bl. 132–136, ders. an dens., Nr. 236, 3. 2. 1958.

³¹ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 21./22. 1. 1958 in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1958, Bd. 1, S. 147–216; Auszüge in deutscher Übersetzung in: Dzd, III. Reihe, Bd. 4, S. 183–195; AdG 1958, S. 6856B.

³² Vgl. Macmillan, Riding the Storm, S. 466–486.

³³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 85b, Jansen an AA, FS Nr. 77, 27. 1. 1958, Geheim.

dingbar³⁴ und ließ Ende Januar im Quai d'Orsay nach den dortigen Auffassungen über die Wiedereinberufung der Arbeitsgruppe Wiedervereinigung vorfühlen³⁵. Trotz offenen „Bedauern[s]“ über die im Jahr zuvor aufgegebenen Kontakte sah Paris angesichts der fortbestehenden italienischen, aber auch amerikanischen Widerstände zum damaligen Zeitpunkt kaum eine Möglichkeit, das Gespräch wieder aufzunehmen³⁶. Als Gerstenmaier Anfang Februar öffentlich den Vorschlag präsentierte, die Teilung Deutschlands unter dem Titel Friedensvertrag für Deutschland auf die Agenda zu setzen³⁷, legte sich von Brentano sofort quer, da Friedensvertragsverhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt seiner Ansicht nach nur zu einem Diktat der Vier Mächte oder einer Legitimierung des Status quo führten. Er stimmte schließlich der von Blankenhorn angeregten und von Adenauer gebilligten offensiven Strategie bei der Beantwortung der Bulganin-Briefe zu. Bonn müsse eigene Vorschläge unterbreiten, die Abrüstung an die erste Stelle setzen, daneben aber die „deutsche Frage“ und europäische Sicherheit plazieren³⁸.

Nachdem Bulganin in einem Schreiben an Eisenhower Anfang Februar von seinen Vorstellungen zur Gipfelkonferenz nicht abgerückt war³⁹, zwang er den Westen zur Abstimmung seiner keineswegs einvernehmlichen Positionen. Am 7. 2. verabschiedete Eisenhower eine neue Richtlinie amerikanischer Deutschlandpolitik, aus der mehr als deutlich die Tendenz der Saturiertheit sprach⁴⁰. Zu einem Gipfeltreffen waren die USA nach wie vor nur unter der Bedingung konkreter Erfolgsaussichten bereit. Großbritannien hingegen neigte dazu, dem Druck der öffentlichen Meinung unter der Voraussetzung diplomatischer Vorbereitungen nachzugeben, während Frankreich weiterhin auf ein Vorabtreffen der Außenminister der Vier Mächte bestand, um die Tagesordnung des Gipfels festzusetzen. Für die Bundesrepublik, deren Position weitgehend der amerikanischen entsprach⁴¹, vertrat Blankenhorn nach eingehenden Konsultationen mit seinen westlichen Kollegen Mitte Februar im NATO-Rat die Auffassung, das Konferenzdatum für den Gipfel nicht zu früh anzusetzen, die weitere Vorbereitung der einzelnen Themen in Arbeitsgruppen der NATO durchzuführen, die „deutsche Frage“ aber einem Gremium der Vier Westmächte unter Beteiligung der NATO, Italiens und der BENELUX-Staaten vorzubehalten. Als Tagesordnung sollten die Abrüstung unter Beachtung der Phasenpläne des letzten Jahres, die europäische Sicherheit in Verbindung mit der Wiedervereinigung und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West behandelt werden. Die übrigen Delegationen stimmten ihm „in allen wesentlichen Punkten“ zu und kamen mit ihm überein, vier Studienausschüsse für Abrüstung, europäische Sicherheit, wirtschaftliche Zu-

³⁴ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 219.

³⁵ S. PA, Ref. 700, Bd. 44a, Grewe an Paris, FS Nr. 25, 20. 1. 1958.

³⁶ S. ebd., Jansen an AA, FS Nr. 78, 27. 1. 1958, VS-Vertraulich.

³⁷ S. Artikel Gerstenmaiers in: „Stuttgarter Zeitung“, 5. 2. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 514; Gerstenmaier, Streit, S. 438–440.

³⁸ S. BA, NL von Brentano, Bd. 157, Bl. 35–41, von Brentano an Adenauer, 15. 2. 1958; Kosthorst, Brentano, S. 219f.

³⁹ S. Bulganin an Eisenhower, 1. 2. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 502–509.

⁴⁰ S. Richtlinie NSC 5803, 7. 2. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 631–644; Felken, S. 408–418.

⁴¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 243, Bl. 98–108, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 4. 2. 1958.

sammenarbeit und Prozedurfragen zur Vorbereitung der Gipfelkonferenz ins Auge zu fassen. Obwohl Pineau wenige Tage zuvor in einem Schreiben an den sowjetischen Außenminister Gromyko noch einmal die Forderung nach einer Tagung der Außenminister verlangt hatte, war davon keine Rede. Nur die von Blankenhorn gewünschte Verständigung über die Wiederbelebung der Viermächtegruppe zur Wiedervereinigung kam – zunächst – nicht zustande. Zwar beharrte er mit Unterstützung seiner britischen und französischen Kollegen, Roberts und Crouy-Chanel, darauf, die Wiedervereinigungsthematik nicht auf die NATO-Ebene zu heben, um nicht den Eindruck zu erwecken, als entzögen sich die drei Westmächte ihren deutschlandpolitischen Pflichten. Aufgrund eines italienischen Einspruchs vertagte der NATO-Rat aber eine entsprechende Entscheidung⁴². Nachdem die deutsche Delegation zur großen Genugtuung der französischen Kollegen stark insistiert hatte, stimmte der NATO-Rat der Einsetzung am 20. 2. doch noch zu⁴³.

Eine Woche später erklärte sich Moskau in einem Memorandum an Washington und einer Note an Paris mit einer Außenministertagung im April einverstanden und schlug als Termin für die Gipfelkonferenz den Monat Juni vor. Der Kreml verknüpfte dieses Zugeständnis aber mit einer Reihe von Bedingungen. So dachte er weiterhin daran, den Teilnehmerkreis nicht auf die Vier Großen einzuengen, schränkte die Aufgabe der Außenminister auf die Diskussion rein prozeduraler Fragen ein und verlangte vorab vom Westen das Einverständnis für die Gipfelkonferenz und deren Datum⁴⁴. Ob die Sowjetunion bereit sein würde, über die „deutsche Frage“ zu verhandeln, blieb unklar, wurde aber von der französischen Diplomatie nicht ausgeschlossen, sofern der Westen geschlossen aufträte⁴⁵.

In Paris mochte man sich hinsichtlich der Teilnehmer nun nicht mehr definitiv festlegen, beharrte aber darauf, daß sowohl der Gipfel als auch das vorbereitende Außenministertreffen durch die Genfer Direktiven von 1955 insbesondere im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung durch freie Wahlen gebunden seien. Die Aufgabe der Außenminister sollte darin bestehen, zunächst eine Tagesordnung für die Gipfelkonferenz festzulegen, dann den Teilnehmerkreis zu bestimmen und schließlich ein Datum zu fixieren⁴⁶.

Adenauers deutschlandpolitische Abwege

In Bonn zog Adenauer, der Anfang März von seinem fünfwöchigen Urlaub aus Südfrankreich „entzückt“ von der freundlichen Aufnahme durch die dortige Be-

⁴² PA, Ref. 700, Bd. 44a, Blankenhorn an AA, FS Nr. 101, 17. 2. 1958, Citissime, VS-Vertraulich; s.a. ebd., Ref. 200, AZ 80.19, Aufzeichnung Referat 211 im AA 211–135/58, 18. 2. 1958, VS-Vertraulich; Pineau an Gromyko, mitgeteilt in: Pineau an London etc., Tel. 1647/59 etc., 16. 2. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 182–185; Kosthorst, Brentano, S. 220.

⁴³ S. PA, Ref. 700, Bd. 44a, von Maltzan an AA, FS Nr. 147, 21. 2. 1958.

⁴⁴ S. Regierung der Sowjetunion an die Regierung der USA, Memorandum, 28. 2. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 597–599; Gromyko an Pineau, 1. 3. 1958, in: ebd., S. 600–603; AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 243, Bl. 141–143, Daridan an französische Vertretung bei der NATO, Tel. 358, 4. 3. 1958.

⁴⁵ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 86b, Bl. 99, AA an Washington etc., FS Plurex Nr. 259, 1. 3. 1958, VS-Vertraulich.

⁴⁶ Vgl. AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 243, Bl. 141–143, Daridan an französische Vertretung bei der NATO, Tel. 358, 4. 3. 1958.

völkerung und überzeugt vom „sehr gut[en]“ Zustand der beiderseitigen Beziehungen an den Rhein zurückgekehrt war⁴⁷, die deutschlandpolitischen Fäden wieder an sich. Schon vorab hatte er wissen lassen, die deutsche Konferenzvorbereitung alsbald selbst übernehmen zu wollen⁴⁸. Am 7. 3., einen Tag nach der Absendung der sehr reservierten amerikanischen Antwort an die Sowjetunion⁴⁹, erklärte sich die Bundesregierung in einem Erlaß an die Auslandsmissionen mit der Abhaltung eines erfolgversprechenden Gipfels einverstanden. Analog den Vorstellungen des *Président du Conseil* legte der Kanzler aber größten Wert darauf, sie an der Genfer Konferenz von 1955 vor allem in bezug auf die Vier-Mächte-Verpflichtung zur Wiedervereinigung anknüpfen zu lassen. Den sowjetischen Vorschlag, Friedensverhandlungen beider deutscher Staaten zur Diskussion zu stellen, lehnte er rundweg ab. Außerdem verlangte er die Berücksichtigung der „deutschen Frage“ und die Ausklammerung des Rapacki-Planes. Denn den sah Adenauer nicht nur als einen Hebel der Sowjets zur Auflösung der NATO, sondern auch als unannehmbare Herabminderung des Status der Bundesrepublik. Deshalb plädierte er auch für eine Beschränkung des Teilnehmerkreises auf die Vier Mächte, wobei er es offen ließ, ob die eingehende Vorbereitung durch diplomatische Gespräche oder durch die Außenminister erfolgen sollte⁵⁰.

Parallel zu dieser Sprachregelung für die Auslandsvertretungen empfing der Kanzler noch am selben Tag als Auftakt einer „Arkanpolitik“⁵¹ den sowjetischen Botschafter. Der Weigerung des Kreml zur Erörterung der Wiedervereinigung auf dem Gipfel setzte er den sensationellen Vorschlag entgegen, „die deutsche Frage noch vor der Konferenz zu lösen“. Dabei ging es ihm aber nicht um nationale Forderungen, sondern um die Selbstbestimmung der Bürger der DDR⁵². Intern hatte er schon drei Wochen zuvor aus seiner Überzeugung keinen Hehl gemacht, das Thema Wiedervereinigung bis auf weiteres auf Eis zu legen. Möglicherweise ließ er sich von einem Redebeitrag Hermann Höcherls in der Bundestagsdebatte vom 23. 1. inspirieren, in dem der CSU-Abgeordnete mit Vehemenz die These vertreten hatte, nicht die Erlangung der deutschen Einheit, sondern die Sicherheit der Bundesrepublik müsse vornehmste Aufgabe Bonner Politik sein. Denn ohne Sicherheit in Freiheit könne es keine Wiedervereinigung geben⁵³. Diesen Gedanken aufnehmend, schrieb der Kanzler Mitte Februar an Blankenhorn: „Wir können an die Befreiung der 17 Millionen jenseits des Eisernen Vorhangs überhaupt nur denken, wenn es uns gelingt, die Freiheit der 52 Millionen zu sichern.“⁵⁴ Einen Monat später präzisierte Adenauer gegenüber Smirnow seine Vorstellungen und kleidete

⁴⁷ Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 257, Wortprotokoll, 27. 3. 1958.

⁴⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 38, Bl. 8–10, Couve de Murville an Pineau, Nr. 454, 8. 3. 1958; Kosthorst, Brentano, S. 222.

⁴⁹ S. Regierung der USA an Regierung der Sowjetunion, Memorandum, 6. 3. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 619–622.

⁵⁰ S. PA, Ref. 700, Bd. 44c, van Scherpenberg an diplomatische Vertretungen, Chi-Brief 313–83.00–94–29/494/58, 7. 3. 1958. Zu Adenauers Einstellung gegenüber dem Rapacki-Plan vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 383 f.

⁵¹ Ders., Konzept, S. 99.

⁵² Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 371; s.a. Köhler, Adenauer, S. 990–992.

⁵³ S. Bundestagsrede Höcherls, 23. 1. 1958, in: BT, Sten. Ber., Bd. 39, S. 410–412.

⁵⁴ Adenauer an Blankenhorn, 14. 2. 1958, zitiert nach: Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 409.

sie in die Frage, „ob die Sowjetunion bereit sei, der ‚DDR‘ den Status Österreichs zu geben“⁵⁵.

Mag er auch die Chance zur Wiedervereinigung zu einem späteren Zeitpunkt weiterhin als „offen“ angesehen haben⁵⁶, so scheint er doch sehr wohl bereit gewesen zu sein, eine Entwicklung der DDR in Analogie zum Saarstatut von 1954 zu akzeptieren. Vorrangig war ihm jetzt auf jeden Fall, das Los der Menschen in der DDR zu erleichtern⁵⁷. Adenauers Vorstoß spricht nicht gerade von diplomatischem Fingerspitzengefühl oder ausgeprägtem Verständnis der Grundsätze sowjetischer Außenpolitik. Vor allem beweist er seine nachlassende Widerstandskraft gegen die Zwei-Staaten-Theorie⁵⁸. Die Initiative, die den Westmächten gegenüber entgegen anderslautenden Meinungen nicht schon vorab auf der NATO-Konferenz im Dezember 1957 mitgeteilt worden war⁵⁹ und auch jetzt in ihrer Tragweite verheimlicht wurde⁶⁰, traf in den eigenen Reihen auf erhebliche Kritik. Namentlich von Brentano sah überhaupt keine Anzeichen für eine sowjetische Konzessionsbereitschaft und setzte auf die westliche Einigkeit bei den Verhandlungen über die „deutsche Frage“⁶¹. Der Kanzler hingegen fühlte sich der Verbündeten und vor allem der Amerikaner nicht mehr sicher.

Das Treffen der drei westlichen Außenminister in Manila Mitte März gab dazu zwar keinen unmittelbaren Anlaß, verdeutlichte aber noch einmal die Uneinigkeit des Westens. Dulles bekräftigte seine äußerst zurückhaltende Position gegenüber der Gipfelkonferenz, Pineau warnte mit Blick auf die öffentliche Meinung vor einer zu negativen Haltung, während Lloyd sich entschieden für das Treffen aussprach. Auch über die Frage der Agenda herrschte unter den Ministern Dissens. Der Amerikaner wünschte die „deutsche Frage“ mitaufzunehmen, der Brite neigte dazu, dies Thema nicht als eigenständigen Tagesordnungspunkt aufzugreifen, der Franzose subsumierte das Problem unter der Formulierung Probleme der Sicherheit und Deutschland und deutete außerdem an, daß er sich nun auch eine Gipfelkonferenz mit jeweils vier Mächten aus beiden Blöcken vorstellen könne. Pineau beharrte auf der vorbereitenden Außenministerkonferenz, während Dulles zunächst an Beratungen auf diplomatischer Ebene im Rahmen der Botschafter in Washington dachte und erst bei vernünftigen Fortschritten an eine Zusammenkunft der Minister. Auch Lloyd sprach sich für diplomatische Konsultationen aus, plädierte aber für Moskau als Tagungsort⁶².

⁵⁵ Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 378; vgl. Krone, *Tagebücher*, Bd. 1, S. 297, Tb. 18. 3. 1958; Gotto, *Deutschland- und Ostpolitik*, S. 34–36; Köhler, Adenauer, S. 992–994; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 425–428.

⁵⁶ Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 379.

⁵⁷ Vgl. Köhler, Adenauer, S. 990 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 428.

⁵⁸ Vgl. Köhler, Adenauer, S. 996; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 437.

⁵⁹ Vgl. Kap. IV.1.3; dagegen Doering-Manteuffel, *Bundesrepublik Deutschland*, S. 97; s.a. Schwarz, *Vorstellungen*, S. 34.

⁶⁰ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960*, Bd. 47, Bl. 53, Leduc an MAE, Tel. 599/601, 10. 3. 1958, *Réservé*.

⁶¹ S. von Brentano an Adenauer, 10. 3. 1958, in: Baring, *Bundeskanzler*, S. 226–231; Kosthorst, *Brentano*, S. 223 f.

⁶² S. Unterredung zwischen Pineau, Dulles und Lloyd vom 12. 3. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 309–318; Pineau an Mollet, mitgeteilt in: Cattand an MAE, Tel. 99/112, 12. 3. 1958, *Immédiat, Secret, Diffusion restreinte*, in: ebd., S. 319 f.

Mit hoher Aufmerksamkeit verfolgten die westlichen Regierungen nun die große außenpolitische Debatte des Deutschen Bundestages vom 20. bis 22. und 25. 3. Gegen die Stimmen der Sozialdemokratie sprach sich das Parlament für die allgemeine Abrüstung, aber auch die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen aus. Mit unverminderter Härte attackierte die Opposition die Regierung und forderte Verhandlungen auf der Basis des Rapacki-Planes. Eine atomwaffenfreie Zone beiderseits des Eisernen Vorhangs, so der Tenor ihrer Debattenbeiträge, führe zur Entspannung und könne damit auch die Wiedervereinigung nach sich ziehen. Allerdings ließen prominente SPD-Politiker wie Herbert Wehner und Carlo Schmid auch erkennen, daß sie Kontakte mit Ost-Berlin befürworteten und die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten in Betracht zogen. Selbst die Idee einer Konföderation zwischen den beiden Staaten schien allmählich an Boden zu gewinnen⁶³. Wenngleich die Bundesregierung die Aussprache zu ihren Gunsten entschieden hatte, blieb bei den französischen Beobachtern vor allem die „*éclosion quelque peu anarchique de plans ou de suggestions*“ zur „deutschen Frage“ und europäischen Sicherheit haften. In allen politischen Lagern machte sich eine gewisse Unsicherheit bemerkbar, ja auch die Neigung, von bisherigen Maximen abzuweichen⁶⁴. „*L'évolution merite d'être notée.*“⁶⁵

Von derartigen Tendenzen konnte sich indes auch die französische Regierung nicht völlig freisprechen. Gewiß, der Quai d'Orsay hielt ein Auseinanderrücken der Blöcke in Europa noch immer für sehr gefährlich und bestand weiterhin auf der Verbindung zwischen Sicherheit und Regelung der politischen Fragen auf dem Kontinent, sprich der deutschen Teilung. Um aber nach außen nicht den Eindruck deutschlandpolitischer Erstarrung zu erwecken, rieten die Beamten für eine Lockerung des Junktims. So dachten sie in einer ersten Phase an ein „*assouplissement*“ in der Abfolge der Maßnahmen zur Sicherheit und Wiedervereinigung und hielten für den Fall einer vorherigen Einigung über das *Procédere* der Bereinigung der Spaltung Deutschlands auch eine Modifikation der nachfolgenden Schritte für akzeptabel. In diesem Sinne faßten sie für die zweite Periode ein „*assouplissement*“ der politischen Verpflichtungen bestimmter Staaten ins Auge, das aber nicht zu deren Neutralisierung führen durfte. Als denkbar erachteten sie aber eine reziproke Transformation der Verträge, die ein geeintes Deutschland und die NATO einerseits, die Satellitenstaaten und die Sowjetunion andererseits verbänden. Möglich schien auch ein „*assouplissement*“ des bisher vorgesehenen Wiedervereinigungsverfahrens. Konzessionsbereitschaft signalisierte der Quai d'Orsay auch in bezug auf eine einseitige Erklärung der Nichtinstallierung von Mittelstreckenraketen auf westdeutschem Boden für ein bis zwei Jahre. Schließlich billigte er das Prinzip einer regional begrenzten Boden- und Luftinspektion, sofern die Zone nicht im Sinne des Rapacki-Planes auf Zentraleuropa beschränkt bliebe,

⁶³ S. Bundestagsdebatte, 20.–22. u. 25. 3. 1958, in: BT, Sten. Ber., Bd. 40, S. 823–1171; Wilker, Sicherheitspolitik, S. 84–89; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 38, Bl. 1–3, Couve de Murville an MAE, Tel. 523/31, 1. 3. 1958; vgl. Kap. IV.4.3.

⁶⁴ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 38, Bl. 40–43, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 31. 3. 1958 (Konzept XN).

⁶⁵ Ebd., Bl. 1–3, Couve de Murville an MAE, Tel. 523/31, 1. 3. 1958.

sondern mindestens die Satellitenstaaten und eines bedeutsamen Teils der Sowjetunion einbezöge⁶⁶.

Die Erfüllung des sowjetischen Wunsches nach alleiniger Behandlung des Abrüstungsproblems kam für Frankreich nicht in Frage. Gab der Westen dem Sicherheitsproblem erst einmal die Priorität gegenüber der „deutschen Frage“, drohte aus Sicht der Franzosen eine irreversible Entwicklung, die kaum noch Hoffnungen auf Entspannung bzw. auf eine Beseitigung der Spaltung Deutschlands zuließ⁶⁷. Andererseits aber besaßen sie auch keinerlei Interesse, durch ein Beharren auf der Behandlung der „deutschen Frage“ den Gipfel und die Präliminarkonferenz von vornherein zum Scheitern zu verurteilen. Anlässlich eines deutsch-französischen Regierungstreffens pflichtete Pineau daher von Brentano am 28. 3. zwar unzweideutig bei, als der ihn auf das Junktim festzuschreiben versuchte. Beide Außenminister stimmten auch darin überein, daß der Westen sich nicht vor einem Gipfeltreffen verstecken dürfe. Die Vorbereitung wünschte sich von Brentano auf diplomatischem Wege in Moskau und dann auf einer Außenministerkonferenz. Als Teilnehmerkreis akzeptierte er die Formel 4 plus 4, lehnte aber die Einladung neutraler Staaten ab. Einigkeit herrschte zwischen beiden Politikern darüber, daß ein Disengagement weder zum Abzug der Amerikaner oder der Schwächung der NATO noch des politischen und militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West führen dürfe. In einem Punkt gingen ihre Ansichten aber auseinander. Pineau gedachte, die jüngsten Pläne über truppen- und rüstungsbeschränkte Zonen auf den Verhandlungstisch zu legen, und forderte von den Deutschen eine gewisse Opferbereitschaft, wenn sie im Gegenzug die Einheit gewannen. Um die sowjetische Zustimmung zu freien gesamtdeutschen Wahlen zu erreichen, sollte sich der Westen seines Erachtens mit dem Angebot sicherheitspolitischer Maßnahmen vor der Wiedervereinigung befassen wie einer Nichtangriffserklärung, Truppenbeschränkungen oder dem Verbot von Mittelstreckenraketen. Von Brentano enthielt sich eines Kommentars zur Gesamtheit der französischen Überlegungen, warnte aber vor den Konsequenzen eines Abzugs der amerikanischen Truppen aus Deutschland: Wenn man, so deutete er das Leitmotiv der deutschlandpolitischen Wende des Kanzlers an, zur Befreiung der 17 Millionen in Ost-Deutschland die Freiheit der 52 Millionen in West-Deutschland opfere, sei das eine Katastrophe. Dies sah auch Pineau so, und er versicherte postwendend, daß seine Ideen nur dann umgesetzt werden könnten, wenn die Amerikaner in Europa stationiert blieben⁶⁸.

Ob die aber dazu überhaupt bereit waren, schien Adenauer in hohem Maße zu bezweifeln. Deshalb arbeitete er insgeheim an einer Rückfallposition, mit der er unter den Verbündeten für erhebliche „confusion“ sorgte⁶⁹. Bisher hatte die Bundesregierung nach außen die Linie vertreten, die „deutsche Frage“ müsse auf der

⁶⁶ S. Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 31. 1. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 118–126; Aufzeichnung ders., 17. 3. 1958, in: ebd., S. 356–361.

⁶⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 243, Bl. 168–175, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 28. 3. 1958 (Konzept PM).

⁶⁸ S. Unterredung zwischen von Brentano und Pineau vom 28. 3. 1958, 31. 3. 1958, Secret, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 398–403; Communiqué des Auswärtigen Amtes, in: Bulletin 1958, S. 596.

⁶⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 38, Bl. 22, Couve de Murville an MAE, Tel. 668/72, 17. 3. 1958, Réservé.

Gipfelkonferenz behandelt werden⁷⁰. Als Moskau mit seinem Memorandum vom 19. 3. keinerlei Bereitschaft zu den von Bonn gewünschten bilateralen Verhandlungen erkennen ließ, zugleich aber andeutete, auf einer Gipfelkonferenz eventuell doch über Deutschland sprechen zu wollen⁷¹, trachtete der Kanzler danach, das Thema deutsche Einheit von der Agenda des Gipfels zurückzunehmen. Wie sein Außenminister sah er in der sowjetischen Konferenz-Offensive den Versuch, die Atlantische Gemeinschaft zu spalten und die Einführung von Nuklearwaffen zu vereiteln. Kompromisse waren seiner Ansicht nach nur auf Kosten der Bundesrepublik und der geplanten Atombewaffnung möglich. Alle auf Zentraleuropa beschränkten Disengagementpläne kamen seines Erachtens einer Diskriminierung Deutschlands gleich⁷². Die am 27. 3. bekanntgegebene Vereinigung der Ämter des Ersten Sekretärs der KPdSU und des Chefs der Regierung durch Chruschtschow⁷³ interpretierte der Kanzler als neues Indiz, daß Moskau den direkten Draht zu Washington suchte. Daher kam es seiner Ansicht nach jetzt darauf an, einen amerikanisch-sowjetischen Dialog in der Vorbereitungsphase des Gipfeltreffens zu verhindern. Außerdem durfte den Amerikanern kein Vorwand geboten werden, um sich aus ihren Verpflichtungen in Europa herauszustehlen. Ungewohnt offen kritisierte Adenauer Ende März Pineau gegenüber die Politik des Weißen Hauses in Nordafrika. Wenn der Kommunismus sich dort ausbreite, sei die europäische Sache verloren. Als der französische Außenminister ihn nach etwaigen deutschen Konzessionen für die Erlangung der deutschen Einheit fragte, wich er aus, warnte aber wiederholt davor, die Freiheit der 17 Millionen Deutschen im Osten mit der Sicherheit der 52 Millionen im Westen zu erkaufen, und sprach sich gegen etwaige Zugeständnisse im atomaren Bereich aus. Zwar mochte Pineau nicht von einem Preis für die Wiedervereinigung sprechen, ließ aber keinen Zweifel daran, daß den Sowjets für die Durchführung freier Wahlen etwas angeboten werden müsse und auch die öffentliche Meinung gegenüber den Disengagementplänen ins Kalkül zu ziehen sei. Man könne jedenfalls nicht mit leeren Händen auf den Gipfel gehen⁷⁴. Beide Seiten kamen schließlich zum Entsetzen der weit zurückhaltenderen Amerikaner überein, die Themen europäische Sicherheit und deutsche Einheit den Sowjets gegenüber so zu präsentieren, daß ein Scheitern der Gipfelkonferenz nicht durch die „deutsche Frage“ verursacht würde⁷⁵.

Natürlich registrierte Adenauer die Übereinstimmung mit Frankreich mit Genugtuung. Sie besaß aber nur begrenzten Wert für ihn. Zum einen blieben die USA die unangefochtene westliche Führungsmacht, die in der Allianz den Ton angab. Zum anderen versank die IV. Republik, die sich in den letzten Monaten als

⁷⁰ S. Erklärung der Bundesregierung, 15. 3. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 678 f.; Kosthorst, Brentano, S. 224 f.

⁷¹ S. Memorandum der Sowjetunion, vom 19. 3. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 681–686; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 47, Bl. 58–60, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 24. 3. 1958 (Konzept JBR); Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 377 f.

⁷² Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 226 f.

⁷³ S. AdG 1958, S. 6989B; Dejean an Pineau, Tel. 1093/102, 29. 3. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 408 f.

⁷⁴ S. Unterredung zwischen Adenauer und dems. vom 28. 3. 1958, 31. 3. 1958, Secret, in: ebd., S. 404–407.

⁷⁵ S. MAE an London etc., Tel. 3401/06 etc., 2. 4. 1958, Secret, Réservé, in: ebd., S. 416 f. Zur negativen Reaktion in Washington vgl. Felken, Dulles, S. 468 f.

verlässlicher Partner erwiesen hatte, immer mehr im Sumpf des Algerienkonfliktes. Die Bombardierung des tunesischen Dorfes Sakhiet Sidi Yusef durch französische Einheiten am 8. 2. als Reaktion auf den Angriff algerischer Freischärler von tunesischem Boden aus, bei der 69 Zivilisten, darunter 21 Kinder getötet wurden, hatte dies- und jenseits des Rheins zu heftigen Protesten geführt⁷⁶. Die Bundesregierung befürchtete nun nicht nur die Isolierung des Verbündeten in der transatlantischen Gemeinschaft, sondern auch das Anwachsen eines „engstirnigen und durchaus antieuropäischen nationalistischen Denkens“ in Frankreich selbst, wie es in den Augen von Brentanos etwa der Gaullist Chaban-Delmas verkörperte⁷⁷. Die Sorgen des Außenministers wurden von den Berichten seiner Botschaft in Paris noch geschürt. Von Maltzan sah die Republik dem beschleunigten Prozeß der Dekolonisation nicht gewachsen und befürchtete „schwere Erschütterungen“ mit negativen Auswirkungen auf die europäische Integration⁷⁸. Trotz aller Bestürzung über die unschuldigen Opfer war die Bonner Reaktion auf das Massaker von Sakhiet Sidi Yusef daher vor allem von der Notwendigkeit geprägt, dem bedrängten Partner zur Seite zu stehen: „Bei aller Sorge über Auswirkungen der Lage in Nordafrika auf westliche Gemeinschaft“, so instruierte das Auswärtige Amt seine Missionen im Ausland, „bleibt enge Bündnisgemeinschaft der Bundesrepublik mit Frankreich maßgebend für Einstellung der Bundesregierung zu den Vorgängen in Nordafrika.“⁷⁹

Die deutsche Nordafrikapolitik steckte in einem tiefen Dilemma. Einerseits wollte Bonn die traditionell guten Beziehungen zur arabischen Welt nicht aufs Spiel setzen, zumal es darin ein Gegengewicht gegen die sowjetischen Infiltrationsbestrebungen sah. Andererseits durfte die in jahrelanger „mühsamer Kleinarbeit aufgebaute deutsch-französische Freundschaft“ nicht gefährdet werden⁸⁰. Die Ausübung äußeren Drucks auf Frankreich kam folglich auf keinen Fall in Frage, da sie leicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten mißverstanden werden und zu einem „nationalistischen Reflex der Franzosen“ führen konnte. „Wir müssen den Franzosen, wie es eine aufrichtige Bündnisgemeinschaft erfordert, mit absoluter Offenheit entgegentreten, indem wir gleichzeitig alles vermeiden, was einer Unterstützung der Gegner Frankreichs gleichkommt.“⁸¹

Die Rücksicht auf den Nachbarn gebot sich freilich auch aus ureigensten deutschen Interessen. Mitte April ging Adenauer bei einer Expertenbesprechung im Kanzleramt so weit, das westliche Sicherheitskonzept der Genfer Außenministerkonferenz von 1955 als problematisch zu bezeichnen. Im eklatanten Widerspruch zu der jahrelang verfolgten Linie sollte das Hauptziel eines Gipfeltreffens nun die allgemeine Abrüstung sein, hinter der das Problem der deutschen Wiedervereini-

⁷⁶ Vgl. Cahn, Parti, Bd. 2, S. 605–612; Droz/Lever, *Guerre d'Algérie*, S. 165–168; Le Douarec, Félix Gaillard, S. 161–167; Rémond, *Frankreich*, T. 1, S. 581.

⁷⁷ BA, NL von Brentano, Bd. 157, Bl. 35–41, von Brentano an Adenauer, 15. 2. 1958; s.a. Marcowitz, *Option*, S. 11.

⁷⁸ Von Maltzan an AA, Pol. 302 F-83.00–1660/58, 5. 3. 1958, in: BDFD I, S. 572.

⁷⁹ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 221, van Scherpenberg an Paris etc., FS AZ 302–83.00–94.07–III, 14. 2. 1958, Verschlüsselt.

⁸⁰ Ebd., Bd. 222, Aufzeichnung des Referats 302 im AA, 302–83.00–94.07, o.D.

⁸¹ PA, Ref. 200, AZ 80.19, Lagebericht von Brentanos, 21. 2. 1958, Entwurf, o.D.; s.a. ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 221, von Welck an von Brentano, 302–83.00–94.07, 11. 3. 1958, nebst Anlage.

gung einstweilen in den Hintergrund zu treten hatte⁸². Von Brentano kam trotz gleicher Gefahrenanalyse zu anderen Schlußfolgerungen und wollte sich diesem Kurs nicht beugen. Er hielt unbeirrt am Junktim zwischen Wiedervereinigung und Sicherheit fest, hatte sich aber offenbar von Pineau überzeugen lassen, daß der Westen nicht mit leeren Händen auf den Gipfel gehen könne. Seine Beamten in der Koblenzer Straße fanden die Flexibilität der Franzosen bei der Suche nach sicherheitspolitischen Kompromissen hingegen höchst bedenklich, argwöhnten gar, sie zielten auf eine Fesselung des östlichen Nachbarn⁸³.

Von Brentano machte sich dieses Mißtrauen nicht zu eigen. Aus dem Gespräch mit Pineau hatte er die Überzeugung gewonnen, daß Paris „mit absoluter Loyalität den deutschen Vorstellungen folgen wird und daß Frankreich keinen Vorschlag machen, ja nicht einmal einen Vorschlag diskutieren wird, der für die deutsche Regierung unannehmbar wäre“. Dennoch war auch er nicht ohne Sorgen. Sie richteten sich nicht auf die derzeitige, sondern auf künftige französische Regierungen. Wie lange konnte sich Gaillard noch halten? Bestand nicht die Gefahr eines Staatsstreichs mit der Machtergreifung einer nationalistischen Regierung, wenn die Algerienfrage nicht bald gelöst würde? Von Pineau animiert, ließ von Brentano im Amt gewisse Ideen als Konzessionsmaterial entwickeln. Wenngleich er wie Adenauer die kursierenden Disengagementideen für äußerst gefährlich erachtete, schien es ihm taktisch unmöglich, sich ihnen gänzlich zu verweigern. Vielmehr mußte die Bundesregierung jene Grenze markieren, die sie noch als akzeptabel betrachtete⁸⁴. Ausgehend vom Konzept des Genfer Zusicherungsvertrages vom Oktober 1955⁸⁵ sollte den Sowjets gegen die Zustimmung zur Wiedervereinigung ein sicherheitspolitischer Ausgleich geboten werden, der mit Ausnahme einer Stationierungserlaubnis für taktische Atomwaffen weitgehend den Vorschlägen Rapackis entsprach⁸⁶.

Adenauer aber wollte davon nichts wissen. Möglicherweise spielte für seine Ablehnung die Tatsache eine Rolle, daß die Befürchtungen des Außenministers über die innenpolitische Entwicklung in Frankreich schneller als erwartet Wirklichkeit wurden. Am 11. 4. empfing der Kanzler den amerikanischen Botschafter Bruce, um ihn eindringlich vor den Folgen eines Sturzes von Gaillard zu warnen und die amerikanische Verantwortungslosigkeit bei der Unterstützung der algerischen Nationalisten anzuprangern⁸⁷. Nur vier Tage später trat das französische Kabinett zurück, weil es ihm nicht gelang, das Parlament von der Notwendigkeit der anglo-amerikanischen Vermittlungsaktion nach dem Blutbad von Sakhiet Sidi Youssef zu überzeugen und die angelsächsischen Empfehlungen plausibel darzulegen. Mit einer völlig heterogenen Mehrheit von 321 gegen 255 Stimmen lehnte die Assemblée Nationale das Regierungsprogramm ab und zwang Gaillard zur Demission⁸⁸. Die neuerliche Regierungskrise vertiefte nicht nur den Graben zwi-

⁸² Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 227; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 431.

⁸³ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 227f.

⁸⁴ Von Brentano an Adenauer, 14. 4. 1958, in: Baring, Bundeskanzler, S. 233–238, hier S. 235.; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 227f.

⁸⁵ Vgl. Kap. IV.1.1.

⁸⁶ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 228.

⁸⁷ S. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 401–403.

⁸⁸ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 15. 4. 1958 in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1958, Bd. 2,

schen Paris und Washington, sie drohte in eine Staatskrise umzuschlagen, deren Folgen und Konsequenzen völlig unberechenbar schienen⁸⁹.

Adenauer reagierte auf die Vorgänge in Paris mit einem erstaunlichen, ernsthaften Entspannungsversuch. Gegenüber Macmillan entwickelte er am 16./17. 4. bei einem Besuch in London den Gedanken, das Programm der Gipfelkonferenz solle auf das Notwendigste beschränkt werden, damit dann auf niedrigerer Ebene, eventuell über Jahre, weiterverhandelt werden könne. Hauptthema müsse die Abrüstung sein. Andere Fragen wie die Wiedervereinigung betrachtete er lediglich als Funktionen der allgemeinen Entspannung. Die Erörterung des Disengagementthemas lehnte er mit Hinweis auf die Gefahr eines Abzugs der amerikanischen Truppen entschieden ab. Er akzeptierte allerdings den Gedanken des Auseinanderschlebens der Weltmächte, griff nun Blankenhorns Überlegungen über eine regionale Abrüstung auf atomarem Gebiet wieder auf und präsentierte den Plan einer nuklearen Abrüstung ganz Europas bis zum Ural. Von Brentano stellte sich offen gegen derartige Vorhaben, warnte vor Teilverständigungen zwischen Ost und West auf der Basis der enger gezogenen Disengagement- und Rapacki-Pläne. Statt dessen forderte er eine konkrete Absprache über die Grenzen des Verhandlungsbaren und die genaue Vorbereitung publikumswirksamer Gegenvorschläge⁹⁰. Der Kanzler ließ seinen Kurs aber im Abschlußkommuniqué festschreiben⁹¹ und eröffnete ihn wenige Tage später auch dem verblüfften NATO-Generalsekretär Spaak in Bonn⁹².

Hoffnungsvoll blickte der Kanzler jetzt auf den bevorstehenden Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion, Mikojan. Im Beisein von Brentanos erläuterte er ihm am 26. 4. die Smirnow gegenüber angedeutete Österreich-Lösung für die DDR und das Konzept der Gipfelkonferenz als Auftakt zu jahrelangen Abrüstungsverhandlungen. Doch Mikojan ging auf dieses spektakulären Angebot überhaupt nicht ein, sondern pochte darauf, daß die Bundesrepublik nicht atomar aufgerüstet werden dürfe. So endete der Besuch für Adenauer nicht nur mit einer herben Enttäuschung⁹³. Er verursachte zu allem Übel auch noch eine Verstimmung unter den Bündnispartnern.

Schon der in London signalisierte Verzicht auf die Einbeziehung der „deutschen Frage“ in die Tagesordnung der Gipfelkonferenz war bei den Verbündeten, nicht zuletzt in Paris, auf Unbehagen gestoßen⁹⁴. Den Kanzler hielt das nicht davon ab, seine Vorstellungen über die von einer Gipfelkonferenz aufzugreifenden

S. 2129–2155; Le Douarec, Félix Gaillard, S. 167–184; AdG 1958, S. 7006D; zu den französisch-amerikanischen Spannungen vgl. Wall, *Relations franco-américaines*, S. 73–75; ders., *United States*.

⁸⁹ Vgl. Couve de Murville an Pineau, Tel. 914/17, 17. 4. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 476 f.

⁹⁰ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 87, Bl. 279–308 u. 340–349, Unterredungen zwischen Adenauer und Macmillan vom 16./17. 4. 1958, Geheim; Macmillan, *Riding the Storm*, S. 442 u. 485; Kosthorst, Brentano, S. 229.

⁹¹ S. Kommuniqué zu den deutsch-englischen Regierungsgesprächen, 19. 4. 1958, in: DZd, III. Reihe, Bd. 4, S. 1020 f.

⁹² Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 229 f.

⁹³ Vgl. Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 380–395; Gotto, *Deutschland- und Ostpolitik*, S. 36 f.; Köhler, *Adenauer*, S. 997–999; Kosthorst, Brentano, S. 232 f.; Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2, S. 434.

⁹⁴ S. PA, Ref. 700, Bd. 44c, von Maltzan an AA, FS 304, 23. 4. 1958; ebd., Oncken an von Etzdorf, Aufzeichnung 211–81–11–7/1002/58, 24. 4. 1958; Kosthorst, Brentano, S. 230.

Themen sowohl gegenüber der Presse⁹⁵ als auch im Bundesvorstand der Partei zu wiederholen⁹⁶. Sein Außenminister sah sich jetzt genötigt, die Auslandsvertretungen mit einer erklärenden Sprachregelung zu versehen, um weiteren Schaden zu verhindern⁹⁷. Das gewünschte Ergebnis erzielte er zumindest in Paris nicht. Nachdem der deutsche Regierungschef die westlichen Botschafter von seinen Unterredungen mit dem sowjetischen Gast unterrichtet hatte, freilich ohne die Österreich-Lösung auch nur anzudeuten⁹⁸, hielt sich Couve de Murville in seinem Bericht an Pineau mit Kritik nicht zurück. Adenauers ausführliche Darlegungen, geboren aus dem Wunsch, bei den Verbündeten kein Mißtrauen gegenüber der deutschen Bündnistreue zu erwecken, waren ihm eine Nuance zu feierlich und zu detailliert ausgefallen. „Le Chancelier pense s'être ainsi placé d'emblée au centre de la politique mondiale et avoir apporté au monde libre une contribution non négligeable“, kommentierte der Botschafter mit spitzer Feder. Adenauers Versuch, dem Stillstand in der Wiedervereinigungspolitik mit der Idee einer kontrollierten allgemeinen Abrüstung zu begegnen, könne nur als „naïve“ bezeichnet werden. Zugute halten mochte Couve de Murville lediglich Adenauers Einsicht, wie irrealistisch es gewesen sei, einer Gipfelkonferenz nur dann zuzustimmen, wenn die „deutsche Frage“ an der Spitze der Tagesordnung stünde⁹⁹. Nicht weniger scharf fiel das Urteil in Washington über die Bonner Pläne aus. Dulles wollte nicht nur die Genfer Direktive von 1955 auf keinen Fall preisgeben¹⁰⁰, er verurteilte Adenauers Ideen auch als „unausgegoren“ und „inkompetent“¹⁰¹.

Die deutschlandpolitischen Differenzen zwischen der Bundesregierung und den Verbündeten einerseits sowie zwischen Kanzler und Außenminister andererseits konnten auch in den folgenden Wochen nicht wirklich ausgeräumt werden. Adenauer beharrte weiterhin darauf, die Frage der Wiedervereinigung jetzt gegenüber der Abrüstung in den Hintergrund treten zu lassen. Er schielte damit ganz offen auf die nahenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, hoffte aber zugleich, den USA einen Hebel zu entreißen, um die Gipfelkonferenz zu torpedieren. Nach seinem Dafürhalten durfte das geplante Treffen der Großen nicht an der „deutschen Frage“ scheitern, weil die atomare Bewaffnung der Bundeswehr innenpolitisch kaum durchsetzbar wäre, wenn nicht gleichzeitig der Beweis erbracht worden sei, daß man alles daran setze, das Verhältnis zu Moskau zu entspannen¹⁰².

⁹⁵ Vgl. Siebenmorgen, *Gezeitenwechsel*, S. 150.

⁹⁶ S. Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 25. 4. 1958, in: Buchstab (Bearb.), *Protokolle 1957–1961*, S. 115.

⁹⁷ S. PA, Ref. 700, Bd. 28, von Brentano an diplomatische Vertretungen, 30. 4. 1958, VS-NfD; Kosthorst, Brentano, S. 230.

⁹⁸ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 1025/43, 1. 5. 1958, *Résumé*, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 541–544.

⁹⁹ Ders. an dens., Tel. 1051/61, 2. 5. 1958, *Résumé*, in: ebd., S. 547–549, hier S. 547 f., 549 u. 548; s.a. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960*, Bd. 47, Bl. 148–156, ders. an dens., Nr. 855, 9. 5. 1958.

¹⁰⁰ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 236 f.

¹⁰¹ Felken, Dulles, S. 473.

¹⁰² S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 88b, Bl. 16–19, Tb. 9. 6. 1958; Kosthorst, Brentano, S. 236; Schwarz, Adenauer, S. 432.

Der Untergang der IV. Republik

Die kaum überbrückbaren Differenzen innerhalb der westlichen Allianz wie zwischen den beiden Blöcken über Sinn und Zweck eines Ost-West-Gipfels traten im Sommer hinter die nun eskalierenden Konflikte im Orient, in Fernost und nicht zuletzt in Frankreich zurück. Für die Bonner Republik war natürlich die im Mai ausbrechende Staatskrise in Paris von besonderer Bedeutung, drohten doch die trotz vielfältiger Beweise guter Zusammenarbeit nie völlig ungetrübten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn in längst überwunden geglaubte Zeiten zurückgeworfen zu werden. Frankreichs Hoffnung auf „un front uni“ bei der weiteren Vorbereitung der Gipfelkonferenz¹⁰³ wurde jetzt völlig von dem Wunsch nach westlicher Solidarität in eigener Angelegenheit überdeckt. Nach dem Rücktritt Gaillards benötigte die Assemblée Nationale einen Monat, um sich am 13. 5. auf Pierre Pflimlin, den amtierenden Vorsitzenden des MRP, als neuen Regierungschef zu einigen¹⁰⁴. Adenauers Hoffnung, diesem „ausgezeichneten Mann“ werde es gelingen, „die ganze Sache zu meistern“¹⁰⁵, sollte sich nicht bewahrheiten. Jenseits des Mittelmeers drohte diese ‚Sache‘ Frankreich in den Abgrund zu treiben. Je länger der Algerienkrieg andauerte, desto deutlicher wurden die Kosten für die Grande Nation: Die Unfähigkeit, Partikularinteressen so weit zu bündeln, daß handlungsfähige Regierungsmehrheiten zustande kamen, hatte nicht nur vielfältige Frustrationen und eine schleichende Entfremdung zwischen Regierenden und Regierten zur Folge. Sie zehrte auch an der ökonomischen wie an der moralischen Substanz der Nation. Eine Reform des Regimes wurde zunehmend dringlicher. Ein erster Anlauf zur Überwindung der politischen Systemdefizite war im Februar 1955 gescheitert, als Mendès France es gewagt hatte, mit der Ankündigung einer Erweiterung der Rechte der Algerier gegen die Interessen der Lobby der Algerienfranzosen zu verstoßen¹⁰⁶.

Nach der Regierungszeit des relativ stabilen Kabinetts Mollet zeichnete sich die Blockierung des Regimes zunehmend drastischer ab. Die drückenden Kriegs- und Besatzungsfolgen, die notwendig gewordenen hohen Kosten für den Wiederaufbau und die Belastungen der Kolonialkriege stürzten die Republik in eine chronische Finanzkrise. Insbesondere der Einsatz der 400 000 starken Armee gegen die algerische Befreiungsfront FLN verschlang horrend Summen. Die Situation eskalierte, als am 13. 5., dem Tag der Investitur Pflimlins, aufgebrachte Demonstranten das Amtsgebäude des Residierenden Ministers in Algier stürmten und dort einen „Wohlfahrtsausschuß“ bildeten, zu dessen Sprecher sich der Kommandeur der Fallschirmtruppen, General Massu, machte¹⁰⁷. In einem Telegramm an Präsident Coty verlangte das Gremium die Bildung einer Wohlfahrtsregierung

¹⁰³ AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 243, Bl. 198–201, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 3. 5. 1958 (Konzept PM).

¹⁰⁴ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 13. 5. 1958, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1958, Bd. 2, S. 2252–2273.

¹⁰⁵ Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 274, Wortprotokoll, 14. 5. 1958.

¹⁰⁶ Zur Algerienpolitik von Mendès France vgl. Ageron, Gouvernement; Harbi, Pierre Mendès France; Rouanet, Mendès France, S. 519–534.

¹⁰⁷ Zur französischen Staatskrise im Mai 1958 vgl. Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 168–180; Lacouture, de Gaulle, Bd. 2, S. 447–489; Rémond, Frankreich, T. 1, S. 587–600; ders., Retour, S. 66–107; Rioux, La France, Bd. 2, S. 148–160.

und die Garantie des Verbleibs von Algerien bei Frankreich¹⁰⁸. Trotz der Heterogenität der Rebellen bedrohte die Aktion die Autorität der Regierung in Paris, zumal die in Algier präsente Generalität keinen Rückzug aus Algerien akzeptieren wollte.

Der Maignon reagierte mit bemerkenswerter Festigkeit. Als noch amtierender Regierungschef erteilte Gaillard dem Oberkommandierenden der Streitkräfte in Algerien, General Salan, und Massu außerordentliche Befugnisse zur Wiederherstellung der Ordnung. Pflimlin bestätigte nach seiner Amtsübernahme nur die Vollmachten für Salan und unterbrach die Telefonverbindung nach Algerien. Wenige Stunden später trat die SFIO nachträglich der Regierung bei, um sie zu stützen. Beeindruckt von dieser Demonstration republikanischer Entschlossenheit, weigerte sich Salan, der Forderung der Frondeurs nach einem Bruch mit dem Mutterland nachzugeben. Zwei Faktoren bestimmten dann die weitere Entwicklung: zum einen der Plan einiger Angehöriger des Generalstabs von Salan, Fallschirmtruppen in Paris landen zu lassen, um den Putsch doch noch durchzusetzen; zum anderen der Auftritt de Gaulles. Gut informiert, aber lange Zeit nur stiller Beobachter von seinem Landhaus in Colombey-les-deux-Eglises entschloß sich der General außer Diensten jetzt zum Kampf um die Macht. Bestärkt durch einen Hochruf Salans auf den ehemaligen Führer des Freien Frankreich, erklärte er am Nachmittag des 15. 5. in einer Pressemitteilung, er halte sich bereit, „die Macht in der Republik zu übernehmen“¹⁰⁹. Noch lehnte die Mehrheit der Politiker seine Rückkehr aber ab.

In Bonn wurden die Pariser Ereignisse mit größter Besorgnis verfolgt. Im Frühjahr hatte die deutsche Diplomatie gehofft, der sich anbahnende Generationenwechsel in der französischen *classe politique* könne Frankreich von seinem „Maignot-Komplex“ befreien¹¹⁰. Jetzt sollten die Blütenträume zerplatzen. Pflimlin hatte Adenauer schon während seines Urlaubs in Vence das Ausmaß der inneren Zerrüttung schonungslos vor Augen geführt und keinen Hehl daraus gemacht, daß er nur eine Chance sah, Bürgerkrieg, Volksfront oder Militärdiktatur abzuwenden: die Betrauung de Gaulles mit diktatorischen Vollmachten¹¹¹. Wenige Wochen später war die junge Garde à la Gaillard, Maurice Faure oder Bourguès-Maunoury nicht mehr Herr der Lage. Pflimlin, inzwischen selbst *Président du Conseil*, stand der Krise zwar offenbar „bemerkenswert kaltblütig“ gegenüber, und dennoch rechnete man am Rhein seit der Ausrufung des Wohlfahrtsausschusses mit der Berufung des Generals aus Colombey-les-deux-Eglises¹¹². Wenngleich man in der Bundesregierung sehr wohl erkannte, daß „Staat ohne Macht [...] zum Untergang“ führte¹¹³, weckte diese Perspektive bei ihr geradezu Panik. Den ersten Fanfarenstoß gab Blankenhorn, als er am 16. 5. „erhebliche Veränderungen“ in der französischen Außenpolitik als „unausweichlich“ bezeichnete. „De Gaulle ist gegen den europäischen Zusammenschluß, wie ihn die Bundesregierung sieht,

¹⁰⁸ S. Salan an Coty, 13. 5. 1958, in: AdG 1958, S. 7065.

¹⁰⁹ Presseerklärung de Gaulles, 15. 5. 1958, in: ebd., S. 7067; s.a. Lacouture, de Gaulle, Bd. 2, S. 468.

¹¹⁰ Von Maltzan an AA, Pol. 302 F-83.00-1660/58, 5. 3. 1958, in: BDFD I, S. 569.

¹¹¹ S. Adenauer, *Erinnerungen 1955-1959*, S. 398 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 439.

¹¹² PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 55, Jansen an AA, FS Nr. 355, 14. 5. 1958, Citissime; s.a. ebd., ders. an dass., FS Nr. 353, 14. 5. 1958, Citissime.

¹¹³ Krone, *Tagebücher*, Bd. 1, S. 303, Tb. 27. 5. 1958.

weil er eine zu große Abhängigkeit Frankreichs von Deutschland befürchtet. Er ist gegen die Vereinigten Staaten [...] Damit ist er auch gegen NATO und tendiert mehr zu einem System kollektiver Sicherheit in Europa, das auf bilateralen Abmachungen beruht.“ Schließlich würde der „Schöpfer des französisch-russischen Sicherheitspaktes von 1940 [sic! ...] sicher einen eigenen Ausgleich mit der Sowjetunion suchen“¹¹⁴.

Adenauer ließ sich von dieser Beurteilung völlig vereinnahmen. Er befürchtete eine „direkte Verbindung Paris-Moskau mit dem Ziel besonderer französischer Sicherheitsvereinbarungen, Herauslösung Frankreichs aus der NATO und Beendigung der europäischen Integration“¹¹⁵. Allen Geboten diplomatischer Zurückhaltung gegenüber innenpolitischen Entwicklungen befreudeter Staaten zum Trotz wollte der Kanzler dies nicht hinnehmen. Den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Franz Meyers, sah er für eine Mission nach Paris vor, um die politisch Verantwortlichen vor dem General zu warnen¹¹⁶. Pflimlin und auch Pinay ermahnte er eindringlich, „unter allen Umständen an einer demokratisch-sozialistischen Koalition Mollet-Pflimlin fest[zuh]alten“; die „Machtergreifung de Gaulles [müsse] verhindert werden“¹¹⁷. In einem Telegramm an die Leiter der wichtigsten deutschen Botschaften bezeichnete von Brentano die Rückkehr des Generals ohne Umschweife als Gefahr für die europäische Integration und die NATO. „Bundesregierung sieht einzige Chance Fortführung bisheriger deutsch-französischer Politik in Fortbestehen und Konsolidierung einer Regierung der demokratischen Mitte in Frankreich.“¹¹⁸

In den nächsten Tagen keimte in Bonn ein wenig Hoffnung auf. Am 18. 5. veröffentlichte die „Neue Zürcher Zeitung“ ein Photo de Gaulles, der offenbar „in sehr schlechter Verfassung“ zu sein schien, an Gewicht erheblich zugenommen hatte und auf einem Auge „sozusagen blind“ war¹¹⁹. Einen Tag darauf trat der General in seiner ersten großen Pressekonferenz seit seinem Rückzug aus der Politik betont gemäßigt auf, wies diktatoriale Aspirationen weit von sich¹²⁰ und vermittelte dem Kanzler den Eindruck, eine etwaige Regierungsübernahme auf jeden Fall legal durchzuführen¹²¹. Als Bundeswirtschaftsminister Erhard, der mit dem Regierungsantritt des Generals die „Stunde des Faschismus“ angebrochen sah¹²², sich im Ausland drohend vernehmen ließ, mit diesem Manne sei auf keinen Fall zusammenzuarbeiten, erhielt er prompt einen telephonischen Rüffel des Kanzlers¹²³. Dies bedeutete aber nicht, Adenauer habe sich mit der Wende bereits einfach abgefunden. Vielmehr ließ er sich von Blankenhorn zu einer neuerlichen

¹¹⁴ Blankenhorn, Verständnis, S. 295, Tb. 16. 5. 1958.

¹¹⁵ Ebd., S. 296f., Tb. 19. 5. 1958.

¹¹⁶ S. Wortmeldung Meyers, in: Schwarz (Hg.), Adenauers Regierungsstil, S. 54.

¹¹⁷ BA, NL Blankenhorn, Bd. 87, Bl. 54, Tb. 19. 5. 1958.

¹¹⁸ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 221, von Brentano an Paris etc., Tel. AZ 204–83.00/94.07, 19. 5. 1958, Cessat.

¹¹⁹ Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 287, Wortprotokoll, 20. 5. 1958; das Photo de Gaulles ebd., S. 288.

¹²⁰ S. Pressekonferenz de Gaulles, 19. 5. 1958, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 4–10; Lacouture, de Gaulle, Bd. 2, S. 470–472.

¹²¹ S. Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 287 u. 289, Wortprotokoll, 20. 5. 1958.

¹²² Brandt, Erinnerungen, S. 254; s.a. Marcowitz, Option, S. 15.

¹²³ Vgl. Koerfer, Kampf, S. 204.

Démarche bewegen. Am 20. 5. meldete der Botschafter, die SFIO sei entschlossen, mit de Gaulle nicht zu verhandeln. Alles käme jetzt darauf an, daß auch die Indépendants um Pinay die Regierung Pflimlin stützten¹²⁴. Obwohl die Deutsche Botschaft in Paris dringend dazu riet, sich augenblicklich „jeder Geste oder Meinungsäußerung [zu] enthalten“, und sich höchst skeptisch über die Fähigkeit Pflimlins zu einer wirklichen Lösung der Probleme in Algerien äußerte¹²⁵, schickte der Kanzler Blankenhorn daraufhin am 23. 5. zu seinem alten Weggefährten Pinay und ließ ihn inständig darum bitten, durch seinen Einfluß die amtierende Regierung zu erhalten. Der prominente Abgeordnete der Indépendants hielt aber de Gaulles Kommen zur Vermeidung einer Verschärfung der Lage für „unerlässlich“. Die Sorgen des Kanzlers hinsichtlich der Person des Generals schienen ihm übertrieben, hatte der ihm doch am Vortag versichert, die NATO nicht beseitigen, nur reformieren zu wollen. Kritisch stand de Gaulle indes der europäischen Integration gegenüber. Supranationale Lösungen, so gab Pinay seine Ausführungen wieder, dürften erst dann kommen, „wenn man in einer sehr viel lockereren praktischen Zusammenarbeit der verschiedenen Staaten die hierfür notwendigen Grundlagen geschaffen habe“. Blankenhorns Frage nach de Gaulles Verhältnis zur Sowjetunion wich Pinay bezeichnenderweise aus. Adenauers Sorgen vermochte er damit wahrlich nicht zu mindern, auch wenn er abschließend beteuerte, de Gaulle wolle die Macht nicht allein übernehmen, sondern an die Spitze einer Koalitionsregierung treten¹²⁶.

Eine weitaus abgeklärtere Haltung als der deutsche Botschafter bei der NATO oder der Kanzler nahm der stellvertretende Leiter der Referate für die EWG-Mitgliedsstaaten bzw. den Maghreb im Auswärtigen Amt, Paul Frank, zu der sich anbahnenden Wende in Paris ein. Nicht daß ihm die Aussicht auf eine Machtübernahme de Gaulles sympathisch war. Es ärgerte ihn vielmehr, daß Pinay wie ein „Papen der IV. Republik“ alles tat, um eine reibungslose Machtübernahme des Generals zu fördern, obwohl die Regierung und die republikanische Mehrheit im Parlament versuchten, Zeit und Vertrauen zu gewinnen. Frank war sich indes keineswegs sicher, ob ihr das Unmögliche gelingen könnte. Daher mahnte er inständig dazu, sich einerseits jedes Kommentars zu enthalten, zugleich aber „mit Geduld und Vertrauen“ darauf einzurichten, daß die kommende Entwicklung „immer unangenehm“ sein werde, gleichgültig, ob die Regierung im Amt bleibe, die Volksfront oder de Gaulle das Ruder übernehme. Denn in jedem Fall werde Frankreich seinen Partnern „das Messer auf die Brust setzen, wenn sie *seine* Algerienpolitik nicht unterstützen wollen“. Seine große Sorge galt einer eventuellen Abkehr der Bundesrepublik von Frankreich als Folge einer Investitur de Gaulles. Ein solcher Schritt erschien ihm aus zweierlei Gründen völlig unangemessen: Zum einen durfte de Gaulle „nicht auf der Grundlage von 1946“ beurteilt, zum anderen das gutnachbarschaftliche Verhältnis nicht sinetwegen „über Bord“ ge-

¹²⁴ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 87, Bl. 46 f., Blankenhorn an AA, Tel., 20. 5. 1958, Geheim, Citissime.

¹²⁵ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 55, Frank an Limbourg, 1. Bericht, 21. 5. 1958.

¹²⁶ Blankenhorn an Adenauer u. von Brentano, Tel., 23. 5. 1958, Streng geheim, Citissime, in: BDFD I, S. 580 f., hier S. 580 u. 581.

worfen werden. „*Morgen braucht uns Frankreich, und beide Länder werden sich nach dieser Krise mit den alten Sorgen wiederfinden.*“¹²⁷

Eine Schlüsselrolle für den Verlauf der Krise in Paris fiel der SFIO und namentlich ihrem Generalsekretär Guy Mollet zu. In dem Bestreben, sowohl die Militärdiktatur als auch eine Volksfrontregierung zu verhindern, sah er entgegen den Erkenntnissen Blankenhorns ganz im Sinne Pinays die Rückkehr de Gaulles als einzigen Ausweg an. Wie Pinay verlangte er von ihm aber eine eindeutige Verurteilung der Putschisten und die Akzeptierung eines verfassungsmäßigen Procédures der Regierungsübernahme¹²⁸. Auch Pflimlin, der amtierende Président du Conseil, forderte ungeachtet der Landung von Fallschirmeinheiten auf Korsika und der Bemächtigung der Insel mit Unterstützung lokaler de Gaulle-Anhänger am 24. 5. in einem geheimen Treffen mit dem General zwei Tage später die Desavouierung des Aufstandes. Als de Gaulle nach dem ergebnislosen Gespräch jedoch am 27. 5. wahrheitswidrig verkündete, er habe „das regelmäßige Verfahren für die Bildung einer republikanischen Regierung eingeleitet“¹²⁹, und die Generäle die Vorbereitung zum Marsch auf Paris mit seiner Billigung wieder aufnahmen, reichte Pflimlin – von Coty gedrängt¹³⁰ – am 28. 5. seine Demission ein.

Für Frank war damit ein Zeitpunkt erreicht, wo es nicht mehr um die Frage ging, ob de Gaulle legal oder illegal an die Macht komme, sondern ob er sich an der Macht halte oder die Lage unkontrollierbar eskaliere. „Es ist eine Entwicklung denkbar, in der die Verbündeten Frankreichs de Gaulle stützen müssen, um ein weiteres Absinken der Zustände zu verhindern“¹³¹. Dank seiner Berichterstattung machte sich nun im Auswärtigen Amt die Auffassung breit, man müsse größte Zurückhaltung üben, weil jede äußere Intervention fatale Folgen heraufbeschwöre. „Ein Frankreich, das sich in dieser Lage von seinen Freunden verlassen fühlen würde, würde in die Isolierung gedrängt; und der Ausweg aus dieser Isolierung könnte in einer Anlehnung an die Sowjetunion gefunden werden [...] Damit wäre aber dem ganzen westlichen Allianzsystem der Boden entzogen, und ein Rückfall in den Isolationismus in den Vereinigten Staaten könnte dann die zweite Folge sein“.¹³²

Mit dem Rücktritt Pflimlins war der Weg für de Gaulle frei. Allein die Sozialisten zögerten noch, ob sie ihm Widerstand leisten sollten. Nachdem Mollet aber am 30. 5. von ihm die Zusicherung erhalten hatte, sich gegebenenfalls einem Mißtrauensvotum des Parlaments zu beugen, gelang es dem Generalsekretär am Tag darauf, in der SFIO eine knappe Mehrheit für die Regierungsübernahme des Generals zu gewinnen, allerdings auf Kosten einer Parteispaltung¹³³. Am 1. 6. trat de Gaulle – zum letzten Mal in seinem Leben – vor die Assemblée Nationale, gab

¹²⁷ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 55, 2. Bericht Franks, 23. 5. 1958.

¹²⁸ Vgl. Lefebvre, Guy Mollet, S. 333–338; Rimbaud, Pinay, S. 360–365; AdG 1958, S. 7068 u. 7097 f.

¹²⁹ Presseerklärung de Gaulles, 27. 5. 1958, in: AdG 1958, S. 7097; s.a. Lacouture, de Gaulle, Bd. 2, S. 476 f.; Rémond, Retour, S. 87–93.

¹³⁰ Zur Rolle Cotys in der Maikrise 1958 vgl. de Baecque, René Coty, S. 253–268; Rémond, Retour, S. 93–97.

¹³¹ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, Aufzeichnung Frank, 27. 5. 1958.

¹³² BA, NL von Brentano, Bd. 157, Bl. 96 f., von Brentano an Adenauer, MB 585/58, 27. 5. 1958, Geheim, Persönlich, Vertraulich.

¹³³ S. Lacouture, de Gaulle, Bd. 2, S. 485 f.; Lefebvre, Guy Mollet, S. 339–342; AdG 1958, S. 7098 f.

eine kurze Regierungserklärung ab und erhielt das Vertrauen der Nationalversammlung für die Regierungsbildung. Tags darauf räumte die Kammer dem neuen Kabinett außerordentliche Vollmachten für sechs Monate ein und beauftragte es mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die anschließend einem Referendum unterworfen werden sollte. Vierundzwanzig Stunden später billigte der Conseil de la République die notwendigen Gesetzentwürfe¹³⁴. De Gaulle war am Ziel. Mit äußerstem Geschick hatte er die Schwächen der Politiker – ihre Konfliktscheu, ihre Entfremdung von der gesellschaftlichen Realität, ihre Berührungsanst mit den Kommunisten – ausgenutzt.

¹³⁴ S. Regierungserklärung de Gaulles in der Assemblée Nationale, 1. 6. 1958, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1958, Bd. 2, S. 2576; Debatte in der Assemblée Nationale, 1., 2. u. 3. 6. 1958, in: ebd., S. 2576–2627 u. 2642; AdG 1958, S. 7100f. u. 7106E; Lacouture, de Gaulle, Bd. 2, S. 490–503; Rémond, Frankreich, T. 1, S. 600–605; ders., Retour, S. 98–107.

IV.2 Die Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Atomgemeinschaft 1955–1958

IV.2.1 „*Relance européenne*“ 1955

„Der Gedanke an ein integriertes Europa ist stark und lebendig“

Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im August 1954 hatte die Vision eines politisch geeinten Europa in weite Ferne gerückt. Aus der Sicht der Bundesrepublik endete damit der zweite Abschnitt deutscher Nachkriegspolitik, der durch die Orientierung auf die europäisch-atlantische Gemeinschaft mit dem Ziel einer europäischen politischen Föderation gekennzeichnet war¹. Die mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge im Mai 1955 beginnende dritte Periode wurde mitunter als „Dulles-Phase“ tituliert, weil sich die Bundesrepublik angeblich nunmehr vor allem an die amerikanische Hegemonialmacht angelehnt habe². In dieser prägnanten Einseitigkeit trifft dies gewiß nicht zu, zeichneten sich die folgenden Jahre doch auch durch eine beispiellose Zusammenarbeit mit dem französischen Nachbarn aus. Man könnte sie also mit einiger Berechtigung durchaus auch als „Pinay/Mollet-Phase“ bezeichnen, geprägt von dem Bemühen der Regierungen in Bonn und Paris, den europapolitischen Schaden zu beheben.

Beiderseits des Rheins war das Streben nach der europäischen Einigung ungeachtet des „dies ater“ im August 1954 nie völlig erlahmt³. Schon am Tage nach dem Scheitern der EVG in der Assemblée Nationale definierte Bundeskanzler Adenauer als erste Richtlinie der deutschen Politik die „Fortsetzung der Politik der europäischen politischen Integration“⁴. Gewiß handelte es sich dabei zunächst um eine „Absichtserklärung“⁵, die bis zum Frühjahr 1955 hinter die prioritären Ziele Souveränität und NATO-Beitritt zurückzutreten hatte. Dennoch wird man Adenauers Europapolitik nicht als bloße Rhetorik abtun können. Die außen-, sicherheits- und außenwirtschaftspolitischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik ließen dies auch gar nicht zu. Schon aus „Gründen der Selbsterhaltung“ sah der Kanzler „die unabwendbare Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieses Europa wieder ein selbständiger und einflußreicher Faktor in der Weltpolitik wird“⁶.

Während die Christdemokraten die europäische Integration auf keinen Fall aus dem Kanon deutscher Interessen streichen wollten, setzte sich bei den Freidemokraten allmählich eine „europapolitische Neuorientierung“ durch, die im Sinne ihres Parteivorsitzenden Dehler mehr und mehr den Nationalstaat als Basis der Europapolitik betrachtete⁷. Demgegenüber gewann die SPD-Opposition nach der

¹ Vgl. Besson, Außenpolitik, S. 100.

² Schwarz, Konzept, S. 86; s.a. Besson, Außenpolitik, S. 153–170 u. 185.

³ Zum Neubeginn der Bemühungen um die europäische Integration nach 1954 grundlegend: Küsters, Gründung; Serra (Hg.), *Rilancio*; Weilemann, Anfänge; s.a. den Überblick in: Gerbet, *Construction*, S. 163–195.

⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 32a, Bl. 30, Tb. 31. 8. 1954; s.a. Kap. III.4.4.

⁵ Köhler, Adenauer, S. 836.

⁶ Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 5. 2. 1955, in: Buchstab (Bearb.), *Protokolle 1953–1957*, S. 371.

⁷ Jeutter, EWG, S. 126; s.a. Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 157–159.

Trennung des Faktors Verteidigung von der Europapolitik ein positives Verhältnis zur europäischen Einigung. Der Fehlschlag des eigenen europapolitischen Ansatzes zeichnete dafür ebenso verantwortlich wie innerparteiliche Einflußverschiebungen, die proeuropäische Haltung der Gewerkschaften, die (vermeintliche) Bereinigung des Saarproblems oder die Erfahrung sozialdemokratischer Parlamentarier in den europäischen Institutionen⁸. Freilich beließen es Opposition und Koalition im Bewußtsein der europapolitischen Baisse zunächst bei Willensbekundungen ohne konkrete neue Initiativen. Mitunter gehegte Hoffnungen, NATO und WEU könnten die europapolitische Stagnation aufbrechen, erwiesen sich rasch als verfehlt. Die Atlantische Gemeinschaft war und blieb ein Allianzsystem, und auch die Westeuropäische Union enthielt „kein wirklich vorwärtstreibendes Element der Integration“, wobei die Beteiligung Großbritanniens für die Zukunft kaum Besserung erwarten ließ⁹.

Wenngleich man sich hauptsächlich auf die Behebung der nationalen Wirtschaftsmisere konzentrierte, stand auch Frankreich einer politischen und wirtschaftlichen Integration nicht gänzlich ablehnend gegenüber. Traumatisiert durch den Fehlschlag der EVG dachte man aber bei der Weiterführung der europäischen Zusammenarbeit vor allem an die Errichtung des Rüstungspools und die Lösung der Saarfrage¹⁰, während die supranationale Kooperation den meisten Politikern vorerst diskreditiert schien.

Allein die BENELUX-Staaten mochten sich mit dem Stillstand der europäischen Einigung nicht einfach abfinden. Aufgrund der jahrelangen Diskussionen über die Europäische Politische Gemeinschaft waren ihre Experten zu dem Urteil gekommen, daß eine politische Vereinigung nicht ohne wirtschaftliches Fundament existieren könne. Ausgehend vom Beyen-Plan, erarbeiteten sie im Sommer 1954 ein Konzept zur Schaffung eines Gemeinsamen Marktes¹¹. Während in London und Paris die Verträge über die Neuregelung des westeuropäisch-atlantischen Beziehungsgeflechtes ausgehandelt wurden, traf sich der belgische Außenminister Spaak mit dem Präsidenten der Hohen Behörde, Monnet, um über Möglichkeiten zur Ausdehnung der Kompetenzen der EGKS auf weitere Sektoren zu diskutieren. Monnet hatte bereits unmittelbar nach der Pleite der EVG den Entschluß gefaßt, sein Amt aufzugeben, um völlig freie Hand für eine neue Initiative zu haben¹². Jetzt kam er mit Spaak überein, die Debatte zunächst im Kreis der eigenen Mitarbeiter zu vertiefen und dann den nationalen Regierungen entsprechende Vorschläge zu unterbreiten¹³. Ermuntert wurde er dazu nicht zuletzt auch von Adenauer, der ihm am 25. 10. nach seinen Unterredungen mit Mendès France versicherte, man sei sich während der Pariser Konferenz einig gewesen, „daß der Gedanke an ein integriertes Europa stark und lebendig“ sei. Der Fehlschlag der EVG dürfe nicht dahin mißverstanden werden, „als wenn man die Integration Europas nicht wolle“¹⁴.

⁸ Vgl. Paterson, SPD, S. 115–122.

⁹ Aufzeichnung Hallstein, 30. 3. 1955, Streng vertraulich, in: BDFD I, S. 582–586, hier S. 583.

¹⁰ Vgl. Kap. III.3.4 u. III.4.4.

¹¹ Vgl. Kap. III.2.2; Küsters, Gründung, S. 65.

¹² S. Monnet, Erinnerungen, S. 506; Rieben, *Guerres européennes*, S. 138; Schröder, Jean Monnet, S. 378–385.

¹³ S. Spaak, *Memoires*, S. 297 f.; Duchêne, Jean Monnet, S. 262 f.; Küsters, Gründung, S. 66 f.

¹⁴ Adenauer an Monnet, 25. 10. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 181.

Einige Wochen später verständigten sich Monnet und Spaak während einer zweiten Besprechungsrunde darüber, am Organisationsaufbau der Montanunion festzuhalten, die vom Schuman-Plan initiierte sektorale Integration aber auszuweiten. Als mögliche neue Zuständigkeitsbereiche nahmen sie das Transportwesen und den Energiesektor ins Visier¹⁵. Wie er dem französischen Botschafter in Brüssel verdeutlichte, ging es dem belgischen Außenminister bei seiner Suche nach Möglichkeiten zur „relance de l'idée européenne“ aber nicht nur um eine Ausweitung der Kompetenzen der EGKS. Nach diversen Gesprächen mit seinen Kollegen aus Luxemburg und den Niederlanden dachte er inzwischen darüber hinaus an einen Neuanlauf zur wirtschaftlichen Integration, „comme but essentiel, le marché commun“, sowie an die Schaffung einer europäischen Freihandelszone mit sukzessive geminderten Zöllen¹⁶. Unschwer herauszuhören war aus seiner Argumentation die von allen BENELUX-Staaten geteilte Sorge vor der Marginalisierung bzw. einer wirtschaftlichen Hegemonie der beiden großen Nachbarn, die nach den deutsch-französischen Wirtschaftsabsprachen von La Celle-St.-Cloud noch an Virulenz gewann¹⁷.

Am 30. 11. gab Monnet auf einer außerordentlichen Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS den Verzicht auf eine Verlängerung seines Präsidentenamtes nach Ablauf des Mandats im Februar 1955 bekannt und verband dies mit einem lebhaften Plädoyer für einen Neuanlauf zur europäischen Integration¹⁸. Seine Rede zeigte umgehend Wirkung. Wenngleich die Abgeordneten keine einheitliche Auffassung über konkrete Maßnahmen vertraten, sprachen sie sich in einer interfraktionellen Entschließung einvernehmlich für Fortschritte bei der Einigung Europas aus¹⁹. Mit diesem Votum im Rücken begab sich Monnet nun an die mit Spaak verabredete Arbeit. Zum Kreis seiner Berater gehörten wie schon in der Entwicklungsphase des Schuman-Plans im Frühjahr 1950²⁰ Pierre Uri und Etienne Hirsch, außerdem Robert Marjolin, der Generalsekretär der OEEC, und Louis Armand, Generaldirektor der Staatlichen Französischen Eisenbahnen SNCF. Namentlich Armand führte ihm die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit auf dem Energiesektor vor Augen und brachte ihm die Idee einer europäischen Atomorganisation nahe, für die er den Namen „EURATOM“ kreierte. Monnet ließ sich davon überzeugen, daß kein europäischer Staat allein dazu in der Lage sei, die enormen Investitionsmittel zum Aufbau einer Nuklearindustrie aufzubringen. In Anbetracht der zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Koordinierung der Forschungszusammenarbeit schien es durchaus sinnvoll, neben der Hohen Behörde eine eigenständige Organisation für die friedliche Nutzung der Atomenergie aufzubauen, zumal sie die Chance bot, die

¹⁵ S. Monnet, *Erinnerungen*, S. 507; Küsters, *Gründung*, S. 72f.; Schröder, *Jean Monnet*, S. 388f.

¹⁶ Rivière an Mendès France, Tel. 717, 30. 11. 1954, in: DDF 1954, S. 822f., hier S. 822.

¹⁷ S. ders. an dens., Tel. 707/12, 30. 11. 1954, in: ebd., S. 820f.; Beyen, *Spel*, S. 237; Küsters, *Gründung*, S. 77f.

¹⁸ S. Monnet, *Erinnerungen*, S. 506f. Die Regierungen hatte er bereits am 10. 11. 1954 von dieser Absicht in Kenntnis gesetzt (Monnet an Adenauer, 10. 11. 1954, in: Hollmann, *Nachfolge*, S. 187). Vgl. ausführlich ebd.

¹⁹ S. Entschließung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, 30. 11. 1954, in: *Bulletin* 1954, S. 2114; Küsters, *Gründung*, S. 71.

²⁰ Vgl. Kap. III.2.1.

industriellen und finanziellen Ressourcen der Deutschen trotz ihres Verzichts auf die Produktion von ABC-Waffen einzubinden und die Briten für die europäische Integration zu gewinnen²¹. Geradezu euphorisch glaubte Monnet gar daran, die Atomenergie zum „véritable moteur de la relance européenne“ aufbauen zu können²². Nicht alle seine Mitarbeiter zeigten sich von diesen Überlegungen überzeugt. Namentlich Uri beurteilte eine Ausdehnung der Befugnisse der Hohen Behörde auf andere Wirtschaftsbereiche skeptisch, hielt auch die Schaffung eines Atompools für wenig realistisch, weil den EGKS-Staaten das Wissen und die Mittel fehlten²³.

Vorbehalte meldete auch die Bundesregierung an. In mehreren Gesprächen mit Monnet und Uri äußerte der Leiter der Unterabteilung Zwischen- und überstaatliche Organisationen im Auswärtigen Amt, Ophüls, die Sorge, daß die Beteiligung der Bundesrepublik an einer Atomorganisation international auf Gegenwehr stoßen könnte. Außerdem sah er Widerstände von seiten des Bundeswirtschaftsministers vorher, der die regionale Integration aus volkswirtschaftlichen Gründen ablehnte. Ein deutsches Engagement, so lautete seine Botschaft, sei nur erwägenswert, wenn dem deutschen Interesse an einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit Rechnung getragen würde²⁴.

Damit war der Gedanke geboren, die Schaffung der Atomorganisation mit dem Konzept einer allgemeinen Wirtschaftsintegration zu verbinden. Uri faßte die Überlegungen schließlich in einem Arbeitspapier zusammen, das von Monnet und seinen Mitarbeitern von Dezember 1954 bis Februar 1955 mehrfach überarbeitet wurde. Es bestand im wesentlichen aus zwei Teilen: Ausweitung der Kompetenzen der EGKS auf die Sektoren Transport und klassische Energien; Schaffung einer neuen Behörde für die friedliche Nutzung der Atomenergie²⁵. Monnet selbst dachte zusätzlich noch an die Schaffung einer Europäischen Rüstungsbehörde²⁶. Für die Lancierung des Vorschlags kamen eigentlich nur die BENELUX-Staaten in Frage, denn Frankreich war kaum für eine neue Initiative zu gewinnen und wäre wohl auch nicht bereit gewesen, eine deutsche Anregung zu unterstützen. Als Datum für die Präsentation der vorbereiteten Deklaration nahm Monnet den 10. 2. 1955 ins Visier, den Tag, an dem er seinen Abschied vom Amt des Präsidenten der Hohen Behörde zu nehmen gedachte²⁷.

Nachdem der Sturz der Regierung Mendès France am 5. 2. diesen Zeitplan durchkreuzt hatte, versuchte Monnet, die Chancen für die Verwirklichung seines Vorhabens in Gesprächen mit verschiedenen Politikern und Regierungschefs auszuloten²⁸. Die Ergebnisse fielen nicht nur ermutigend aus. In Frankreich konnte zwar von einer „gesicherten potentiellen Majorität für intensivere Formen der europäischen Zusammenarbeit“ ausgegangen werden, da letztlich nur kleine Minderheiten der Radikalsozialisten, Sozialisten und Kommunisten dagegen einge-

²¹ S. Monnet, *Erinnerungen*, S. 507–509; Küsters, *Gründung*, S. 73–75.

²² Gerbet, *Construction*, S. 166; s.a. Guillen, *La France et la négociation du traité d'Euratom*, S. 393 f.

²³ Vgl. Bjøl, *La France*, S. 383; Küsters, *Gründung*, S. 75.

²⁴ Vgl. Bjøl, *La France*, S. 382; Küsters, *Gründung*, S. 75 f.

²⁵ S. Gerbet, „Relance“ européenne, S. 70.

²⁶ Vgl. Wilkens, *Jean Monnet*, S. 110.

²⁷ S. Monnet, *Erinnerungen*, S. 509; Duchêne, *Jean Monnet*, S. 263–266; Küsters, *Gründung*, S. 76.

²⁸ S. Monnet, *Erinnerungen*, S. 509; Duchêne, *Jean Monnet*, S. 266–268; Küsters, *Gründung*, S. 76 f.

stellt waren²⁹. Doch auch unter den Befürwortern der europäischen Einigung herrschte keineswegs Einvernehmen über Grad und Intensität der Kooperation. Gewiß, Antoine Pinay, der neue Außenminister, oder Robert Schuman, der das Justizressort übernahm, sagten Monnet sofort ihre Unterstützung zu³⁰. Ihnen zur Seite saß aber eine Reihe gaullistischer Minister, die einer supranationalen Integration entschieden ablehnend gegenüberstand. Edgar Faure, der *Président du Conseil*, tat gut daran, Rücksicht auf sie zu nehmen, wollte er das Kabinett nicht gefährden. Auch Staatspräsident Coty, der die europäische Zusammenarbeit prinzipiell begrüßte, riet ihm zur Zurückhaltung, weil er die Wunden nach dem Fiasko der EVG noch nicht verheilt sah und Sorge um den Bestand der Regierung äußerte³¹.

Die innenpolitische und innerkoalitionäre Gemengelage veranlaßte Pinay dazu, ein eigenes Konzept auszuarbeiten, das er Ende Februar den ihm gut bekannten Bundesminister Strauß vertraulich vorlegte. Sein Plan eines „*Conseil Confédéral Européen*“ ging davon aus, Europa auf empirischem Wege durch eine langsame, andauernde Arbeit zu einigen und sowohl die Föderalisten als auch die Anhänger der nationalen Souveränität dafür zu gewinnen. Pinay plante dazu die Einberufung einer Außenministerkonferenz der EGKS-Staaten, die in einer feierlichen Erklärung die Interessengemeinschaft betonen und die Abhaltung der Konferenz in regelmäßigen Abständen verkünden sollte, so daß sich ein Europäischer Staatenbundsrat – natürlich mit Sitz in Paris – bilden konnte. Der Rat, dem Pinay ausdrücklich eine staatenbündische Zuständigkeit zuwies und den er für südeuropäische Länder oder Großbritannien offenzuhalten beabsichtigte, besaß zwei Aufgaben: die Harmonisierung der Tätigkeiten von Exekutiven und Legislativen seiner Mitglieder sowie die Schaffung neuer internationaler Organisationen. Um Ratifikationsdebatten durch die nationalen Parlamente zu vermeiden, wünschte Pinay den Gründungsakt auf einen einfachen Beschluß der Regierungen zu beschränken³².

Im Gegensatz zu diesen auf die politische Kooperation zielenden Planungen Frankreichs konzentrierten sich die Niederlande weiterhin auf Ansätze zur wirtschaftlichen Einigung und nahmen dazu im Winter 1954/55 den alten Vorschlag einer europäischen Zollunion wieder auf³³. In der Bundesrepublik waren die konzeptionellen Arbeiten über die künftige Integrationspolitik von drei Denkrichtungen geprägt. Das Auswärtige Amt, d.h. Hallstein und Ophüls, zielten auf

²⁹ PA, Abt. 2, Bd. 888, Bl. 268–286, Schwarz-Liebermann an Ophüls, Aufzeichnung, März 1955; zur Haltung der genannten Parteien zur „*relance européenne*“ vgl. Bjøl, *La France*, S. 161–167, 183–186 u. 237–241; O'Neill, *Radical Party*, S. 79–100.

³⁰ S. Alphand, *L'étonnement d'être*, S. 269, Tb. 29. 1. 1955; Poidevin, Robert Schuman, S. 384 u. 406; Rimbaud, Pinay, S. 303.

³¹ Vgl. de Baccque, René Coty, S. 216.

³² BA, NL Blankenhorn, Bd. 43, Bl. 96–103, Aufzeichnung, 28. 2. 1955, Vertraulich (Übersetzung). In seinen Erinnerungen bezeichnet Adenauer dieses Schriftstück als eine „Aufzeichnung des deutschen Auswärtigen Amtes“ (Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 23). Der Duktus des Dokuments und die Tatsache, daß es als Übersetzung figuriert, legen aber den Schluß nahe, daß es sich in Wirklichkeit um ein französisches Aktenstück zum Pinay-Plan, möglicherweise sogar um den Pinay-Plan selbst handelt. Zur Unterrichtung von Strauß s. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 7, AA an von Maltzan, Entwurf einer Instruktion 302.210–02...., o.D.

³³ S. Beyen, *Spel*, S. 234 u. 237; Harryvan/Kersten, *Netherlands*, S. 132–136.

einen europäischen Bundesstaat mit möglichst kompetenten und funktionsfähigen Institutionen. Nach dem Ende der EVG hatte Ophüls zunächst am Projekt einer politischen Union festgehalten, im Laufe der Diskussionen mit Monnet und dessen Beratern allerdings die Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens erkannt. In Anbetracht der politischen Sachzwänge brachte er den Teilintegrationsplänen Monnets zur Schaffung einer Atombehörde mehr Sympathie entgegen als den Plänen Beyens für die Wirtschaftsintegration, deren Durchsetzung ihm problematisch anmutete³⁴. Pinays Staatenbund-Plan empfand er in der inhaltlichen Ausfüllung als „dürftig“ und vor allem von dem Wunsch geprägt, bei den bevorstehenden Parlamentswahlen als Versöhner der europapolitischen Gegensätze auftreten und möglichst viele Gaullisten in die Reihen der Indépendants herüberziehen zu können. Allerdings sah er in dem Vorhaben durchaus ausbaufähige Elemente „in der Richtung der Politischen Gemeinschaft“ wie den Grundsatz der permanenten politischen Konsultation. Auch die Erkenntnis, daß die europäische Entwicklung von der Sechsergemeinschaft ausgehen müsse, aber England nicht vergessen dürfe, fand er lobenswert³⁵.

Anders als die Beamten im Auswärtigen Amt ging Bundeswirtschaftsminister Erhard von einem funktionalen Integrationskonzept aus. Sein Ziel war die von Protektionismus, Handelshemmnissen und Devisenzwangsbewirtschaftung befreite wirtschaftspolitische Kooperation des ganzen freien Europa in engem Kontakt mit den USA und die Wiederherstellung eines freien Welthandels³⁶. Während die „Institutionalisten“ in der Koblenzer Straße die Integration mit Hilfe der Übertragung bestimmter Befehls- und Steuerungsaufgaben an gemeinsame Institutionen zu erreichen gedachten und darauf setzten, daß eine allmähliche Fusionierung der nationalen Wirtschaften schließlich in einen politischen Zusammenschluß mündete, glaubten die „Funktionalisten“ um Erhard, eine wirtschaftliche Integration könne sich nur in einem umfassenden Rahmen unter Einfluß der USA und Großbritanniens vollziehen. Die in mehreren Stufen gedachte Realisierung dieses ‚long-term-projects‘ sah zunächst – gewissermaßen als Pivot – die Versöhnung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich sowie eine verstärkte bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit der Nachbarn vor. Deren Kooperation betrachtete er aber keineswegs als Selbstzweck. Die deutsch-französische Verständigung hatte vielmehr dem Ziel einer „höhere[n] Verpflichtung zur Schaffung eines gemeinsamen und freien Europas, gerade auch im ökonomischen Bereich“ zu dienen. Sie durfte weder ein Exklusivbündnis manifestieren noch als Versuch einer „ökonomischen Achsenbildung Paris-Bonn“ gedeutet werden, mußte vielmehr als Katalysator für die Einleitung einer zweiten Stufe fungieren, nämlich die einer wirtschaftspolitischen Annäherung des ganzen freien Europa. Diese Annäherung verstand Erhard – wie er am 7. 12. 1954 in einer Rede vor dem Klub „Les Echos“ in Paris ausführte – im Sinne einer „funktionalen Integration“ der Volkswirtschaften, d.h. eines Systems, bei dem das Verhalten der nationalen Regierungen nicht dem Diktat einer supranationalen Behörde unterworfen, sondern durch

³⁴ Vgl. Küsters, Gründung, S. 79 f.

³⁵ PA, B 17, Bd. 141, Bl. 76–79, Aufzeichnung Ophüls, 12. 3. 1955.

³⁶ Vgl. Laitenberger, Ludwig Erhard, S. 127 f.; Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer“, S. 87.

sein inneres Ordnungsgefüge gewissermaßen erzwungen, also „durch die Ordnung des Systems an sich“ erreicht werde³⁷.

Diese Gedanken präzisierend, betonte er im März 1955 in einer privaten, auch dem Kanzler und anderen Kabinettsmitgliedern zugeleiteten, ursprünglich für Jean Monnet gedachten Studie, nur die funktionale Integration europäischer Staaten könne den Erfordernissen der modernen Staatenwelt entsprechen. Das überkommene System zwischenstaatlicher Kooperation hielt er für unzureichend, weil es die notwendige Qualitätsveränderung der internationalen Beziehungen nicht hervorrufe; die institutionelle Integration sah er mit dem Makel behaftet, daß die einzelnen Nationalstaaten der Möglichkeit einer eigenen Wirtschaftspolitik beraubt würden, ohne daß die supranationalen Behörden dafür wirksamen Ersatz oder gar höhere Effektivität böten. Die Fortsetzung branchenmäßiger Integrationen, so lautete sein Generalvorwurf gegen das institutionalistische Modell, führe letztlich nicht zur Verflechtung, sondern zu einer „Atomisierung der binnen- und außenwirtschaftlichen Beziehungen der Volkswirtschaften“. Es war für ihn ganz offensichtlich ein Unding, „über Formen der politischen Verständigung wirtschaftliche Zusammenfassungen“ erreichen zu wollen, „die wegen der Gegensätzlichkeiten der Grundlagen, Vorstellungen und Ziele nicht auf einen Nenner zu bringen sind.“ Offen warnte er davor zu glauben, als leite die wirtschaftliche gleichsam automatisch zur politischen Integration über. Zwar anerkannte Erhard den „Primat der Politik“, doch hatte er keineswegs die Absicht, sich den Diplomaten des Auswärtigen Amtes kampfflos unterzuordnen. „Jede Integration [...] setzt immer eine vorherige Übereinstimmung hinsichtlich der Prinzipien, Systeme und Ziele des Handelns und Verhaltens voraus.“³⁸

Erhards „europapolitische Konfession“³⁹ fand weder im eigenen Haus noch in der Bundesregierung ungeteilte Zustimmung. Hans von der Groeben, Ministerialdirigent im Wirtschaftsministerium, und seine engsten Mitarbeiter befürworteten die europäische Einigung aus der Überzeugung heraus, daß der Nationalstaat künftig die anstehenden Probleme nicht allein bewältigen könne. Nach dem Scheitern der EVG wollte er die Montanunion als Grundpfeiler erhalten, das System der funktionalen Integration insgesamt aber erweitern. Die Auseinandersetzungen innerhalb des Ministeriums kreisten nun um die Frage, ob die funktionale Integration im Sinne des globalen Freihandelskonzepts mit dem Ziel einer weltweiten Handelsliberalisierung oder im Sinne eines beschränkten Freihandelskonzepts mit Blickrichtung auf die Gesamtintegration im Gemeinsamen Markt angegangen und wie sie institutionell abgesichert werden sollte⁴⁰.

Für den Kanzler, der sich Mitte Dezember 1954 vor dem Bundestag abermals für die Fortsetzung der Einigung Europas ausgesprochen hatte⁴¹, stand hingegen weniger der Zwist zwischen institutioneller oder funktionaler, sondern zwischen

³⁷ Rede Erhards vor dem Klub „Les Echos“ in Paris, 7. 12. 1954, in: ders., Wirtschaftspolitik, S. 253–259, hier S. 253, 254 u. 257; s.a. Erhard an Adenauer, 13. 11. 1954, in: BDFD II, S. 383 f.

³⁸ Studie Erhards, März 1955, Privat, Vertraulich, in: ebd., S. 712–728, hier S. 723, 727 u. 728; vgl. Laitenberger, Ludwig Erhard, S. 131 f.; Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer“, S. 88 f.

³⁹ Hentschel, Ludwig Erhard, S. 225.

⁴⁰ S. von der Groeben, Deutschland, S. 269–273; Küsters, Gründung, S. 83–86.

⁴¹ S. Regierungserklärung Adenauers, 15. 12. 1954, in: BT, Sten. Ber., Bd. 23, S. 3120–3130.

politischer und ökonomischer Integration im Mittelpunkt. Adenauer befürchtete, die für ihn prioritäre politische Einigung werde durch die Forcierung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses eher behindert⁴². Auch Hallstein und Ophüls hielten grundsätzlich an der Notwendigkeit zur politischen Integration fest. Sie waren aber dazu bereit, den Umweg über die Wirtschaftsgemeinschaft hinzunehmen, zumal sie aktuell keinen Anhaltspunkt sahen, die 1954 gescheiterten Ansätze wieder aufgreifen zu können. In einer Stellungnahme zur Studie Erhards stimmte er mit dem Wirtschaftsminister darin überein, daß aus der bloßen Kooperation keine organische Einheit, keine Integration, hervorgehen könne. Im Gegensatz zu ihm setzte der Staatssekretär des Auswärtigen aber auf die integrative Wirkung der Brüsseler Institutionen und bezeichnete eine funktionale Integration ohne institutionelle Stütze als undenkbar. Aus einer „funktionellen“ Integration mit „sekundären institutionellen Organen bloß konsultativer Art“ konnte seiner Meinung nach keine politische Einigung Europas hervorgehen. So blieb nur die Fortführung der Integration nach dem Muster der EGKS, wobei er Verkehr, Energie und Atomwesen als die gegebenen Sektoren der Erweiterung ansah. Für diesen Weg sprachen seiner Meinung nach nicht nur theoretische Überlegungen, sondern auch die politische Vernunft. Denn einerseits bereiteten die Partner der EGKS entsprechende Schritte vor. Andererseits betrachtete er die Entstehung einer europäischen Volksvertretung mit echten Befugnissen für den „schlechthin entscheidende[n] Punkt“, da die europäische Einigung „von der Einheit der europäischen Völker selbst getragen“ sein mußte. Aber nur die Montanunion besaß ein „europäische[s] Parlament“, wenn auch mit beschränkten Befugnissen. „Hier muß also die weitere politische Entwicklung ansetzen.“⁴³

Vertikale versus horizontale Integration

Hallstein hatte trotz klarer Positionsbeschreibung die grundsätzlichen Gegensätze zwischen beiden Integrationsmodellen offensichtlich heruntergespielt. Die unterschiedlichen Standpunkte gewannen aber an Brisanz, als Spaak sich Anfang April, notabene nach der Ratifikation der Pariser Verträge durch die zweite französische Kammer, zum Sprachrohr der Pläne Monnets machte und in Schreiben an Adenauer, Pinay und den italienischen Außenminister Martino eine Außenministerkonferenz der Sechs vorschlug, auf der der Wille zur „relance européenne“ durch eine Erweiterung der Zuständigkeiten der EGKS auf die Bereiche Energie und Verkehr sowie durch die Bildung einer Sonderorganisation der EGKS zur friedlichen Nutzung der Atomenergie verkündet werden sollte. Zur praktischen Umsetzung dieses Willens empfahl er die Einberufung einer Delegiertenkonferenz unter dem Vorsitz von Monnet⁴⁴. Die Reaktionen der angesprochenen Regierungen fielen ziemlich uneinheitlich aus. Beyen übersandte seinen Kollegen aus den BENELUX-Staaten nun ein Memorandum, das weit über die Vor-

⁴² S. Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 30.

⁴³ Aufzeichnung Hallstein, 30. 3. 1955, Streng vertraulich, in: BDFD I, S. 582–586, hier S. 582, 585 u. 586; s.a. Küsters, Walter Hallstein, S. 86 f.

⁴⁴ S. PA, BStS, Bd. 350, Spaak an Adenauer, 4. 4. 1955, in französischer Übersetzung in: DDF 1955, Bd. 1, S. 400; Spaak an Pinay, 4. 4. 1955, in: ebd., S. 399; s.a. Spaak, *Memoiren*, S. 298; vgl. mit falscher Datierung Küsters, *Gründung*, S. 96.

schläge Spaaks hinausging. Den Haag lehnte die vertikale Integration von Teilgebieten ab und wartete statt dessen mit einem Gegenentwurf zur Bildung einer supranationalen Gemeinschaft auf. Im Kern ging es ihm dabei um die wirtschaftliche Integration Europas auf dem „Weg über eine Zollunion [bis] zum Zustandekommen einer Wirtschaftsunion“. Für diese horizontale Integration hielt Beyen supranationale Behörden von vornherein für unerlässlich⁴⁵.

In Paris warnte man dringend vor überstürzter Eile. Regierung und die Mehrheit der Parlamentarier waren sich zwar darin einig, daß die Pariser Verträge europapolitisch nicht „un point d'arrivée, mais un point de départ“ darstellten. Wollte man aber keinen neuerlichen Fehlschlag riskieren, galt es vier Faktoren in Rechnung zu stellen: die psychologischen Vorbehalte politischer Kreise gegenüber etwaigen Risiken der wirtschaftlichen Integration; die Notwendigkeit zur Berücksichtigung der Überseebesitzungen; die Ausschaltung sämtlicher Konzepte, die zu große Wagnisse heraufbeschworen oder wirtschaftlich nicht gerechtfertigt schienen; die Interessen der Partnerstaaten⁴⁶. Faure sprach sich am 5. 4. vor der Auslandspresse dafür aus, die europäische Politik ohne Dogmatismus fortzusetzen, wobei er vor allem an die Schaffung europäischer Organisationen für das Transportwesen und die Energie unter Einbeziehung der Atomkraft dachte, ohne näher auf den institutionellen Rahmen einzugehen⁴⁷. Eine Woche später revidierte er seine Äußerungen in gewisser Hinsicht, als er auf einer Pressekonferenz die Entscheidung zum Aufbau einer nationalen Atommacht mit dem Hinweis verband, Frankreich halte an einer gewissen Formel europäischer Zusammenarbeit auf dem Atomsektor fest. Die europäische Energie- und Transportorganisation, so fügte er hinzu, müsse nicht unbedingt im Rahmen der EGKS entstehen⁴⁸.

Im Quai d'Orsay zeigte man sich eher an einer koordinierten Energiepolitik denn an Fortschritte bei der Integration des Transportwesens interessiert. Auch der Frage des gemeinsamen Marktes standen die Beamten durchaus aufgeschlossen gegenüber, sofern der Schutz der Außenzölle ausreichend gewahrt bliebe. „En tout état de cause, il peut être préférable de mettre en place un mécanisme qui exerce sur les économies nationales une pression d'ensemble, continue mais très progressive, plutôt que d'isoler tel ou tel secteur.“⁴⁹ Pinay hielt die Vorstellungen Monnets und Spaaks prinzipiell für sinnvoll, aktuell aber für verfrüht. „Faire l'Europe pas à pas et non au galop“, ermahnte er den belgischen Botschafter, der ihm das Schreiben des Außenministers überbrachte⁵⁰. Seine Zurückhaltung erklärt sich insbesondere aus dem Zwang zur Rücksichtnahme auf die unterschiedlichen

⁴⁵ Memorandum Beyens, 4. 4. 1955, zitiert nach: Spaak, *Memoiren*, S. 300; s.a. Harryvan/Kersten, *Netherlands*, S. 139–147.

⁴⁶ AMAE, DE-CE, Bd. 611, Bl. 15–34, Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Kooperation im MAE, 14. 4. 1955.

⁴⁷ Vgl. DDF 1955, Bd. 1, S. 418, Anm. 2.

⁴⁸ S. Pressekonferenz Faures, 13. 4. 1955, in: AdG 1955, S. 5114B; Gerbet, „Relance“ européenne, S. 75 f. Küsters legt Faure irrtümlich die Worte in den Mund, Frankreich sei „nicht an einer gewissen formellen europäischen Zusammenarbeit auf dem Sektor der Atomenergie interessiert“ (Küsters, *Gründung*, S. 99).

⁴⁹ Aufzeichnung des MAE, 7. 4. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 418–421, hier S. 421; s.a. AMAE, DE-CE, Bd. 611, Bl. 15–34, Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Kooperation im MAE, 14. 4. 1955.

⁵⁰ Zitiert nach: Gerbet, *Construction*, S. 168; s.a. Spaak, *Memoiren*, S. 299.

Fraktionen im Conseil des Ministres, wo Faure bremste und die Gaullisten eine Erweiterung der EGKS-Kompetenzen gänzlich ablehnten⁵¹. Außerdem mußte zunächst einmal die „bonne entente franco-allemande“ als „la pierre angulaire de la construction européenne“ von den akuten Konfliktstoffen wie der Saarfrage befreit werden. Pinay wandte sich daher am 7. 4. an Adenauer und schlug ihm vor, die geplante Außenministerkonferenz der EGKS zu verschieben, um sich Ende April zunächst auf bilateraler Ebene zu verständigen⁵².

Der Kanzler begrüßte grundsätzlich die Idee Spaaks, der europäischen Integration neuen Auftrieb zu geben. Er wollte aber zunächst das Inkrafttreten der Pariser Verträge abwarten und pflichtete der Argumentation Pinays bei, die deutsch-französische Zusammenarbeit als „Eckpfeiler des europäischen Zusammenschlusses“ könne nur dann tragfähig sein, wenn sie von offenen Problemen entlastet sei. Um Zeit für die notwendigen Verhandlungen zu gewinnen, schlug er in seinen Schreiben an Pinay, Spaak und den Präsidenten des EGKS-Ministerrates, den luxemburgischen Regierungschef Bech, vor, das Treffen der sechs Minister Ende Mai, Anfang Juni durchzuführen⁵³. Entscheidungen im Sinne Spaaks hielt er aber auch dann noch für verfrüht. Er empfahl daher zur Vorbereitung späterer Beschlüsse die Einsetzung einer Studienkommission zur Untersuchung der vorliegenden Pläne⁵⁴.

Die gewonnene Zeit galt es nun für die interne Abstimmung zu nutzen. Mit der Bitte um Überprüfung der Vorschläge von Spaak wandte sich der Kanzler am 13. 4. an Erhard und machte ihm unumwunden klar, daß er dessen europapolitische Vorstellungen nicht teilte. Er unterstützte vielmehr die Position Hallsteins, „daß man [...] von der Integration wirklich wichtiger wirtschaftlicher Teilgebiete zu einer Integration auf politischer Ebene kommen kann und wird. Der umgekehrte Weg, der an sich der richtige wäre, ist leider [...] bis auf weiteres unmöglich.“⁵⁵ Mit Blick auf den seit Jahren schwelenden Streit mit dem Bundeswirtschaftsministerium über den Kurs der Bonner Europapolitik wies er Hallstein gleichzeitig an, die Arbeiten Erhards „im Auge zu behalten“⁵⁶.

Nur einen Tag später legte Monnet den Entwurf einer Erklärung für die auf den 30. 5. terminierte Außenministerkonferenz⁵⁷ vor. Danach bekannten sich die sechs Regierungen zum Ziel der „Bildung der Vereinigten Staaten von Europa auf der Grundlage der Entwicklung gemeinsamer Institutionen, der fortschreitenden Verschmelzung der heute getrennten Volkswirtschaften und einer ständig enger werdenden Assoziierung zwischen Großbritannien und dem Kontinent“. Konkret sah Monnet die Umwandlung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS in

⁵¹ S. Massigli, *Comédie*, S. 507; Küsters, *Gründung*, S. 99.

⁵² AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 389, Bl. 14 f., Pinay an Adenauer, 7. 4. 1955; s.a. Laloy an François-Poncet, 7. 4. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 421 f. Zu den deutsch-französischen Saarverhandlungen vgl. Kap. III.3.4.

⁵³ Adenauer an Pinay, 13. 4. 1955, in: Adenauer, *Briefe 1953–1955*, S. 264 f., hier S. 264; s.a. ders. an Spaak, 13. 4. 1955, in: ebd., S. 267 f.

⁵⁴ S. PA, BStS, Bd. 350, ders. an Bech, 15. 4. 1955.

⁵⁵ Ders. an Erhard, 13. 4. 1955, in: Adenauer, *Briefe 1953–1955*, S. 263; s.a. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 225; Küsters, Walter Hallstein, S. 88.

⁵⁶ PA, Abt. 2. Bd. 852, Adenauer an Hallstein, Vermerk, 224–00/13615/55, 13. 4. 1955; zu den innergouvernementalen Auseinandersetzungen vgl. ausführlich: Küsters, *Streit*.

⁵⁷ S. ders., *Gründung*, S. 100.

ein direkt und allgemein gewähltes Parlament, die regelmäßige Durchführung von Außenministerkonferenzen und die Ausarbeitung von Vertragstexten durch Delegierte vor, mit denen die durch die EGKS begonnene Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung erweitert würde. Dabei dachte er zunächst an die Gebiete Verkehr, Energie und die friedliche Nutzung der Atomenergie. In einem zweiten Schritt sollte die Delegiertenkonferenz, deren Vorsitz er selbst zu übernehmen gedachte, Programm und Bedingungen für die fortschreitende Gesamtintegration mit dem Ziel der Bildung einer Zollunion untersuchen⁵⁸.

Auf Drängen Spaaks beschlossen die Regierungen der BENELUX-Staaten, sich für Beyens Zollunionsplan mit supranationalen Institutionen einzusetzen. Für den Fall starker Widerstände wollten sie sich aber mit bescheidenen Zielen im Sinne der Überlegungen Monnets begnügen⁵⁹. An der Seine war man von einer derartig klaren Linie noch immer weit entfernt. Wie Pinay am 21. 4. bei einem Besuch an der Themse darlegte, hielt er die Wiederbelebung der Europapolitik allein schon zur Beruhigung der Deutschen für eminent wichtig, sah sich angesichts der parlamentarischen und innergouvernementalen Lage in Paris aber außerstande, große Sprünge zu machen. Anders als sein englischer Kollege Macmillan, der die WEU zum Zentrum des europäischen Aufbaus zu erheben hoffte, hielt Pinay am EGKS-Rahmen fest, zu dem er allerdings nach dem Assoziationsvertrag auch Großbritannien zählte⁶⁰.

Im Quai d'Orsay erzeugten seine Auffassungen ein geteiltes Echo. Die zuständigen Referenten der Unterabteilung wirtschaftliche Zusammenarbeit warnen vor der Verschärfung des ohnehin schon – insbesondere zugunsten der Bundesrepublik – vorhandenen wirtschaftlichen Ungleichgewichts in der Gemeinschaft. „Si l'Allemagne redevient souveraine et si au surplus elle dispose d'une armée, on ne voit pas bien comment on évitera que l'intégration n'aboutisse à une hégémonie politique aussi bien qu'économique et à la perte de toute liberté de manoeuvre et de toute indépendance diplomatique pour la France.“⁶¹ Zwei interministerielle Sitzungen, die Ende April zur Abstimmung des französischen Kurses im Quai d'Orsay stattfanden, verliefen ebenfalls alles andere als zur Zufriedenheit des Außenministers. Pinay selbst hatte dazu die Anregung gegeben, wobei er an ein Treffen hoher Beamter dachte. Faure aber fuhr ihm in die Parade und ordnete an, daß zunächst einmal die Experten der interessierten Ressorts zusammentreffen sollten⁶². Das Ergebnis der tour d'horizon fiel mit den

⁵⁸ PA, Abt. 2, Bd. 900, Bl. 19–24, „Entwurf einer Erklärung“, 115–104–01/918/55/35, 14. 4. 1955, Streng geheim, Vertraulich (Übersetzung). Zu diesem von Uri redigierten Dokument s.a. Merchant an Dulles, Memorandum, 12. 4. 1955, Confidential, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 279; Bosuat, Jean Monnet, S. 320f.; Gerbet, „Relance“ européenne, S. 79f.

⁵⁹ S. Garnier an Pinay, Tel. 188, 26. 4. 1955, Confidential, Réserve, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 517–519; Spaak, Memoiren, S. 300f.; Küsters, Gründung, S. 100–103.

⁶⁰ S. Unterredung zwischen Pinay und Macmillan vom 21. 4. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 23–29; Abkommen über die Assoziation zwischen Großbritannien und der EGKS, 21. 12. 1954, in: EA 1955, S. 7379–7381; zur Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der EGKS vgl. ausführlich Young, Schuman Plan.

⁶¹ AMAE, DE-CE, Bd. 611, Bl. 53–58, Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, 20. 4. 1955 (Konzept JPB).

⁶² Vgl. DDF 1955, Bd. 1, S. 705, Anm. 1.

Worten des Vorsitzenden der Tagung, René Massigli, „très négatif“ aus⁶³. Die Sachverständigen genossen es geradezu, „de verser des seaux d'eau froide sur l'enthousiasme européen des collaborateurs d'Antoine Pinay“⁶⁴. Ihre Kritik richtete sich vor allem gegen die drohenden Beschränkungen des Ende Dezember 1954 von der Regierung Mendès France initiierten geheimen militärischen Atomprogramms⁶⁵. Insbesondere die Mitarbeiter des Commissariat à l'Energie atomique (CEA) bezeichneten eine Zusammenarbeit im Bereich der Atomenergie als wenig sinnvoll, weil sie sich von den kleinen Partnern in der Sechsergemeinschaft keinen Nutzen erwarteten. Angesichts der restriktiven Haltung der Amerikaner gegenüber den eigenen Kooperationswünschen und der Sonderrolle Englands hielten sie nur die Kooperation mit der Bundesrepublik für interessant⁶⁶. Dabei sahen die Franzosen sich aber einem Dilemma gegenüber. Einerseits lastete seit der Ratifikation der Pariser Verträge auf ihnen der „cauchemar d'un programme atomique germano-américain dépassant le programme français“⁶⁷. Andererseits befürchteten sie, bei der Gründung einer nuklearen Interessengemeinschaft im Verbund der Sechs oder allein mit der Bundesrepublik einer prädominanten Stellung der Deutschen Paroli bieten zu müssen⁶⁸. Bertrand Goldschmidt, der Directeur des relations extérieures im CEA, und Pierre Guillaumat, Administrateur général des CEA, setzten den Schwerpunkt der Atomenergienutzung eindeutig auf den militärischen Bereich. Da sie um die Schwierigkeiten einer Trennung zwischen ziviler und nicht-ziviler Anwendung wußten, lehnten sie jegliche supranationale Organisation ab⁶⁹, wenngleich sie die Vorteile einer zivilen europäischen Nukleargemeinschaft keineswegs leugneten: Man konnte die Abhängigkeit von den USA abstreifen, Zugang zu den angelsächsischen Kenntnissen erhalten und tiefe Einblicke in die deutsche Atomindustrie gewinnen, ohne sich selbst der Kontrolle im militärischen Sektor zu unterwerfen⁷⁰. Als entschiedener Befürworter der deutsch-französischen Nuklearkooperation trat hingegen der mittlerweile als Conseiller technique im Kabinett Pinays tätige Sauvagnargues auf; er mahnte seine Kollegen, der Bundesrepublik nicht den Eindruck zu vermitteln, „que la France désirerait sous prétexte de coopération, réintroduire des contrôles“. Als Massigli zur Zusammenfassung der verschiedenen nationalen Atominteressen die Gründung eines „Comité directeur de l'industrie atomique en Europe“ vorschlug, legte sich Guillaumat prompt quer: Ein solches Organ sei ähnlich gefährlich wie ein Atompool. Auch in den anderen zur Diskussion stehenden Kooperationsbereichen, etwa dem Lufttransportwesen oder der konventionellen Energie, sahen die Experten kaum erfolgversprechende Ansätze⁷¹.

⁶³ AMAE, DE-CE, Bd. 611, Bl. 67–77, Interministerielle Treffen vom 22. u. 25. 4. 1955.

⁶⁴ Massigli, Comédie, S. 506, Anm. 1.

⁶⁵ Vgl. Kap. III.4.4.

⁶⁶ AMAE, DE-CE, Bd. 611, Bl. 67–77, Interministerielle Treffen vom 22. u. 25. 4. 1955.

⁶⁷ Guillen, La France et la négociation des traités de Rome, S. 514.

⁶⁸ S. Aufzeichnung des MAE, o.D., in: DDF 1955, Bd. 1, S. 547.

⁶⁹ Vgl. Guillen, La France et la négociation du traité d'Euratom, S. 395; Goldschmidt, Rivalités, S. 209–213.

⁷⁰ Vgl. Weilemann, Anfänge, S. 41.

⁷¹ AMAE, DE-CE, Bd. 611, Bl. 67–77, Interministerielle Treffen vom 22. u. 25. 4. 1955; s.a. Aufzeichnung des MAE, o.D., in: DDF 1955, Bd. 1, S. 546–551.

François Valéry, Leiter der Unterabteilung wirtschaftliche Zusammenarbeit im Quai d'Orsay, war mit diesem Ergebnis so unzufrieden, daß er die Prinzipien der französischen Haltung zur „relance européenne“ noch einmal in zwei Aufzeichnungen zusammenfaßte. Im Gegensatz zum gesamtwirtschaftlichen Konzept der BENELUX-Staaten konnte es seines Erachtens für Frankreich bei der Ausweitung der europäischen Politik vorerst nur um einen sektoralen Zugang gehen. Dabei sah er reelle Chancen einer „association“ in den Bereichen Transport und Atomenergie⁷², ohne aber rasche Ergebnisse zu erwarten. Mit Blick auf die bevorstehende Außenministerkonferenz ging er davon aus, daß allenfalls allgemeine Richtlinien zur Ausdehnung und Prozedur der neuen Maßnahmen getroffen werden könnten. Eine Arbeitsgruppe mußte dann Wege zur Assoziation suchen, wobei die Diskussion auch Großbritannien offenstehen sollte⁷³.

Angesichts der innerfranzösischen Hemmnisse konnte sich Pinay nur mit äußerster Behutsamkeit bewegen. Ende April traf er mit Adenauer zusammen, um nach der Ausräumung letzter Schwierigkeiten in der Saarfrage und bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden zu den Pariser Verträgen⁷⁴ sich mit ihm über den Fortgang der Europapolitik abzustimmen. Das Ergebnis fiel recht ernüchternd aus. Als Adenauer sich für die Aufnahme von Beratungen über eine gemeinsame friedliche Nutzung der Kernenergie und im Verkehr aussprach, mußte Pinay zugeben, daß Faure beide Sektoren außerhalb des Rahmens der EGKS angesiedelt zu sehen wünschte. Ihm selbst schwebte daher vor, die Dinge möglichst pragmatisch anzugehen und auf einigen Gebieten zu zweit, auf anderen zu sechst oder in noch größerem Rahmen zusammenzuarbeiten. In Anlehnung an seinen Plan vom Februar schlug er regelmäßige Treffen des EGKS-Ministerrates alle sechs bis acht Wochen sowie die Schaffung eines Sekretariats vor. Obwohl der Kanzler darauf nicht einging⁷⁵, läßt ein zur Vorbereitung der Unterredung vorbereitetes Dokument des Auswärtigen Amtes erkennen, daß die Bundesregierung sehr wohl diesen Gedanken aufzunehmen bereit war. Darüber hinaus zielte sie im Bereich der horizontalen Integration auf eine engere zollpolitische Verbindung, während währungspolitische Fragen vorerst beiseite gelassen werden sollten. In der vertikalen Richtung, der Integration der Sechs auf speziellen Gebieten, stand die Atomwirtschaft im Vordergrund des Interesses, wohingegen die Gründung supranationaler Behörden im Transport- und Energiewesen als vorläufig illusorisch galt. Die politische Konzeption der regelmäßigen Außenministerkonferenzen, wie Pinay sie entwickelt hatte, war mittlerweile von Monnet aufgenommen worden. Das Thema Direktwahl zur Gemeinsamen Versammlung wollte Pinay indes bis zur französischen Wahl aufschieben⁷⁶.

⁷² AMAE, DE-CE, Bd. 611, Bl. 100–107, Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Kooperation im MAE, 2. 5. 1955 (Konzept FV).

⁷³ S. ebd., Bl. 86–90, Aufzeichnung Valéry, 27. 4. 1955.

⁷⁴ Vgl. Kap. III.3.4. u. III.4.4.

⁷⁵ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 45b, Bl. 2–20, Unterredung zwischen Adenauer und Pinay vom 29. 4. 1955, Niederschrift, Streng geheim. Pinay hat seinen Plan des Europäischen Staatenbundsrates entgegen der Darstellung von Küsters nicht ausführlich behandelt (Küsters, Gründung, S. 104f.).

⁷⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 900, Bl. 25–29, Aufzeichnung, o.D.

Mitte Mai präsentierten die BENELUX-Staaten dann ein gemeinsames Memorandum, mit dem sie die Ausweitung der sektoralen Integration mit der Errichtung eines Gemeinsamen Marktes verbanden. In weiten Teilen stimmte das Dokument mit dem Vorschlag Monnets vom 14. 4. überein, wobei aber bezeichnenderweise nicht von den Vereinigten Staaten von Europa die Rede war und sein Name als potentieller Präsident der Delegiertenkonferenz fehlte⁷⁷. Frankreich hielt die Ausführungen des Memorandums zur sektoralen Integration insgesamt für annehmbar. Es akzeptierte multilaterale Verträge zur Atomenergie mit dem Ziel einer internationalen, nicht supranationalen Organisation, die nicht auf die Sechsergemeinschaft beschränkt bleiben und nationale Programme unangetastet lassen sollte. Auch eine gewisse Ausdehnung der EGKS-Kompetenzen auf die klassische Energie betrachtete man als diskutabel. Die Vorschläge zum Transportwesen gedachte man hingegen eher im Rahmen der Europäischen Konferenz der Transportminister abzuhandeln. Den größten Widerstand riefen erwartungsgemäß die Vorstellungen der BENELUX-Staaten zur wirtschaftlichen Kooperation hervor. Gewiß spielte dabei der „*complexe d'infériorité*“⁷⁸ gegenüber dem wirtschaftlich starken Nachbarn im Osten eine Rolle. Denn mit dem Gemeinsamen Markt wären die französischen Grenzen für die europäische und globale Konkurrenz geöffnet worden, was für die protektionistisch orientierte französische Wirtschaft unannehmbar schien. Wie sollte ein gemeinsamer Zolllarif aussehen, wenn die Niedrigzollländer wie die BENELUX-Staaten forderten, ihren Tarif zugrunde zu legen, und Hochzollstaaten wie Frankreich alles beim alten belassen wollten. Außerdem warf der Plan kaum lösbare Probleme hinsichtlich der Überseegebiete auf. Eine vollständige Ablehnung kam aber aus allgemeinerpolitischen Erwägungen nicht in Frage. Der Quai d'Orsay regte daher an, auf der Außenministerkonferenz eine intensive Prüfung des Vorschlags in einem periodisch stattfindenden Rat der Außenminister, einem Komitee der Ständigen Vertreter sowie einem Sekretariat zu empfehlen. Allein zur Atomfrage schwebte dem Ministerium eine rasch einzu-berufende Konferenz vor⁷⁹.

Ende Mai verknüpften sich die innerfranzösischen Meinungsverschiedenheiten über die Weiterentwicklung der Europapolitik mit der Frage der Nachfolge Monnets als Präsident der Hohen Behörde. Die Bundesregierung, die seinen Rücktritt mit Bedauern aufgenommen hatte⁸⁰, plädierte für die Wahl eines Vertreters der kleinen EGKS-Staaten, um deren Ängste vor der Marginalisation durch die Großen zu mindern. Sie verweigerte daher auch dem internen Votum der Hohen Behörde, die sich für die Beförderung des deutschen Vizepräsidenten Franz Etzel ausgesprochen hatte, die Zustimmung. Den Posten abermals einem Franzosen zu

⁷⁷ S. Memorandum der BENELUX-Staaten an die Mitglieder der EGKS, übermittelt am 18. 5. 1955, in: *L'Année politique* 1955, S. 714–716; eine deutsche Zusammenfassung in: AdG 1955, S. 5189B; zur Entstehung vgl. Harryvan/Kersten, Netherlands, S. 146–152.

⁷⁸ Artikel Courtins, in: „*Réforme*“, 30. 3. 1957, im Auszug auch in: BDFD III, S. 493–498, hier S. 484.

⁷⁹ S. Aufzeichnung des MAE, Mai 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 703–707; Aufzeichnung der Abt. für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im MAE, 18. 5. 1955, in: ebd., S. 665–670; Aufzeichnung des MAE, 26. 5. 1955, in: ebd., S. 692 f.

⁸⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, *Généralités*, Bd. 115, Bl. 179, François-Poncet an MAE, Tel. 5638/43, 16. 11. 1954, *Réservé*; Hollmann, Nachfolge, S. 189 f.

übertragen, wollte sie nur dann, wenn es sich um eine „Persönlichkeit von überragender europäischer Bedeutung“ wie Robert Schuman handelte⁸¹.

Der deutsche Altruismus war den Franzosen völlig fremd. Die Spitzenpositionen in den europäischen Organisationen lockten mit Einfluß und Prestige, und so schickten sie den früheren Regierungschef Ramadier ins Rennen. Dessen politische Statur reichte Adenauer aber auf keinen Fall aus⁸². Als der Quai d'Orsay an der Kandidatur festhielt, erklärte der Kanzler sie dem französischen Hohen Kommissar gegenüber am 25. 3. unverblümt für aussichtslos⁸³. Daraufhin brachte der Matignon mit René Mayer einen weiteren ehemaligen Président du Conseil ins Gespräch, der sein Interesse allerdings zurückzog, nachdem Monnet ihm zu verstehen gegeben hatte, er wolle doch im Amt bleiben⁸⁴. Aus Sorge um den Erhalt seines Kabinetts sprach sich Faure Anfang Mai auf einer Konferenz der sechs Außenminister gegen eine Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten aus. Während er in seinen Memoiren Glauben machen will, man habe sich einstimmig auf René Mayer als Nachfolger Monnets verständigt⁸⁵, zauberte Faure nun den ehemaligen Industrie- und Handelsminister Jean-Marie Louvel als neuen Kandidaten aus dem Hut, ein in der Presse schon seit Wochen gehandelter Name⁸⁶. Der von Spaak angeregten Bewerbung Mayers stand er skeptisch gegenüber, weil dessen Abgeordnetenmandat im algerischen Constantine gerade erst verlängert worden war. Adenauer verhielt sich im Kreis der Minister rezeptiv, äußerte sich aber Hallstein gegenüber nicht abgeneigt, der Wahl Louvels zuzustimmen⁸⁷. Im Gegensatz zur späteren Behauptung Faures, Adenauer sei Monnet gegenüber „résolument hostile“ eingestellt gewesen⁸⁸, hoffte der Kanzler insgeheim immer noch darauf, den Präsidenten im Amt halten zu können⁸⁹. Obwohl er wußte, daß Faure Mayer am Vortag im Kabinett als seinen Nachfolger vorgeschlagen hatte⁹⁰, erklärte Monnet am 21. 5. in einem Schreiben an Adenauer offiziell seine Bereitschaft, die Präsidentschaft weiterzuführen⁹¹. Um dem Vorstoß Nachdruck zu verleihen, lancierte er den Brief in die französische Presse⁹².

Das letzte Wort lag nun beim Conseil des Ministres, der nur zu genau wußte, mit dem Urteil über Monnet auch eine Entscheidung über die Zukunft der europäischen Integration zu treffen. Und die war höchst umstritten. Das MRP mit Schuman und Teitgen an der Spitze forderte die Regierung in einer Resolution zu

⁸¹ PA, BStS, Bd. 350, Hallstein an Adenauer, Notiz, 10. 1. 1955; s.a. Hollmann, Nachfolge, S. 190–192.

⁸² S. Faure an Bonn etc., Tel. 382/85 etc., 22. 1. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 110f.; PA, BStS, Bd. 350, Adenauer an Spaak, 3. 2. 1955.

⁸³ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 44b, Bl. 80, Aufzeichnung, 25. 3. 1955.

⁸⁴ S. ebd., Bd. 45b, Bl. 2–20, Unterredung zwischen Adenauer und Pinay vom 29. 4. 1955, Niederschrift, Streng geheim.

⁸⁵ S. Faure, Mémoires, Bd. 2, S. 211; zum Verhältnis Faures zu Monnet s. ebd., S. 211–215; vgl. Gerbet, „Relance“ européenne, S. 86.

⁸⁶ Vgl. Hollmann, Nachfolge, S. 192f.

⁸⁷ S. PA, BStS, Bd. 350, Hallstein an Vertretung beim Europarat, Tel. 25, 13. 5. 1955.

⁸⁸ Faure, Mémoires, Bd. 2, S. 210; s.a. Gerbet, „Relance“ européenne, S. 84f.

⁸⁹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 45b, Bl. 2–20, Unterredung zwischen Adenauer und Pinay vom 29. 4. 1955, Niederschrift, Streng geheim.

⁹⁰ Vgl. Küsters, Gründung, S. 109f.

⁹¹ S. PA, BStS, Bd. 350, Monnet an Adenauer, 21. 5. 1955 (Übersetzung); Gerbet, René Mayer, S. 96.

⁹² Vgl. AdG 1955, S. 5190; Küsters, Gründung, S. 110.

der von Monnet gewünschten Erweiterung der Montanunion auf⁹³. Die gaullistischen Feinde der europäischen Integration im Kabinett, zugleich Gegner Monnets, wie Gaston Palewski, Pierre Koenig und Edouard Corniglion-Molinier, widersetzten sich diesem Konzept, weil sie der deutschen Wirtschaftskraft die Tendenz zur Dominanz Europas unterstellten. Im Außenpolitischen Ausschuß der Assemblée Nationale verlangte der gaullistische Abgeordnete Vendroux nun eine sofortige Debatte des Parlaments mit dem Ziel, die Montanunion auf die bisherigen Aufgaben zu beschränken, konnte sich aber nicht durchsetzen, da die Sozialisten sich der Stimme enthielten⁹⁴. Aus Sorge vor der Kabinetts-spaltung kürte Faure mit Zustimmung der Minister nun Mayer zum Nachfolger Monnets, wobei Louvel als Ersatzmann im Rennen blieb. Am 27. 5. teilten die Franzosen den Verbündeten die Nominierung mit⁹⁵.

Um die Verstimmung der Partner zu dämpfen, gab der französische Regierungschef auf einer Pressekonferenz gleichzeitig die Bereitschaft bekannt, Beratungen über eine gemeinsame Organisation für das Transportwesen und Energie auf Regierungsebene aufzunehmen⁹⁶. Das bedeutete aber noch lange nicht ein Einlenken auf das Konzept Monnets oder Spaaks. Wie der Quai d'Orsay nämlich gegenüber der Deutschen Botschaft darlegte, war man zwar bereit, das Memorandum der BENELUX-Staaten als Verhandlungsgrundlage für die Außenministerkonferenz zu akzeptieren. Die Regierung verlangte aber aus Rücksicht auf die Gaullisten, die „relance“ nicht zu stark auf die Sechsergemeinschaft zu konzentrieren. Auf dem Atomsektor wollte sie eine Zusammenarbeit in einer Weise eingehen, so daß „praktisch von einer Integration die Rede sein“ könne. Auf dem Gebiet der Verkehrsfragen zielte sie hingegen auf die Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der bestehenden Transportministerkonferenz, um auch andere Staaten wie die Schweiz, Dänemark oder Österreich zu beteiligen. Besonders reizvoll wirkte auf Frankreich die Zusammenarbeit in der Luftfahrt, während es der allgemeinen wirtschaftlichen Integration weiterhin größte Bedenken entgegen brachte, da ein „schrackenloser Wirtschaftsliberalismus gewisse Gebiete zu Gunsten anderer wirtschaftlich und sozial verelenden“ ließe. Als *Conditio sine qua non* forderte man die Einigung auf einen gemeinsamen Außenzoll der Sechs, der einen ausreichenden Schutz für die europäische Industrie und Landwirtschaft gewährleisten würde⁹⁷.

In der Bundesrepublik waren sich die Politiker weder in der Causa Monnet noch in der grundsätzlichen Ausrichtung der Europapolitik einig. Adenauer ließ in Paris wissen, er unterstütze Monnet⁹⁸. Der nicht selbst zum Zuge kommende Etzel sprach sich bei einer Doppelkandidatur Louvel gegen Mayer für letzteren aus, weil er ihn als „kraftvolle“ Persönlichkeit und „aktiven Europäer“ schätzte⁹⁹.

⁹³ Zur Resolution des MRP-Kongresses vom 19.–22. 5. 1955 vgl. Brunet, MRP, S. 237 f.; zur Haltung der Partei gegenüber dem Gemeinsamen Markt vgl. Irving, *Christian Democracy*, S. 188–194.

⁹⁴ Vgl. Küsters, *Gründung*, S. 111 f.

⁹⁵ S. Pinay an Bonn etc., Tel. 2469 etc., 27. 5. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 693; AdG 1955, S. 5190.

⁹⁶ Vgl. Küsters, *Gründung*, S. 112.

⁹⁷ PA, Ref. 200, AZ 85.11/0, Bd. 1, von Walther an AA, FS Nr. 312, 27. 5. 1955, Citissime.

⁹⁸ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 115, Bl. 253, François-Poncet an MAE, Tel. 2080, 27. 5. 1955, *Résumé*.

⁹⁹ PA, BStS, Bd. 350, Etzel an Adenauer, 28. 5. 1955, Streng vertraulich.

Während sich im Auswärtigen Amt die Überzeugung festigte, daß die Monnet-schen Pläne unter den gegebenen Umständen noch die beste Gewähr böten, à la longue eine institutionelle Integration verwirklichen zu können, lehnte das Bundeswirtschaftsministerium weitere Teilintegrationen ab. Allerdings waren sich auch die Beamten in Duisdorf nicht vollständig einig. Von der Groeben akzeptierte eine regionale Zollunion unter den Sechsen mit starken Institutionen als ersten Schritt zu einer Freihandelsordnung. Erhard fürchtete die Entwicklung zu einem regional abgeschlossenen Handelskreislauf und zielte statt dessen auf ein Freihandelssystem über einen intensivierten Handelsaustausch ohne weitere institutionelle Absicherung¹⁰⁰. Er machte sich damit zum Wortführer jener Wirtschaftskreise, die die Vorteile der Liberalisierung eines Binnenmarktes durch die Errichtung eines gemeinsamen Außenzolls mit deutlich steigenden Tarifen schwinden sahen, wohlwissend, daß die deutsche Wirtschaft vornehmlich mit den Staaten außerhalb der Sechsergemeinschaft handelte: 75% des bundesdeutschen Exports gingen 1955 nicht in die Staaten der EGKS, und nur 28% der Einfuhren kamen von dort¹⁰¹.

Zur Festlegung der deutschen Position für die bevorstehende Außenministerkonferenz traf sich Erhard am 22. 5. mit Etzel, der zu den Ansätzen des Auswärtigen Amtes und des Wirtschaftsministeriums noch eine weitere Variante hinzufügte¹⁰², und dem künftigen Außenminister von Brentano sowie diversen Mitarbeitern. Am Ende einer sehr offenen, den bestehenden Dissens in der Frage der institutionellen Ausgestaltung aber nicht vertiefenden Diskussion einigte sich die Runde, ein Memorandum über die Bildung eines Gemeinsamen Marktes mit dem Kern einer Zollunion zu verfassen. Prinzipiell lag den Beschlüssen das Konzept der funktionalen, aber durch ein institutionelles Gefüge ergänzten Integration zugrunde, das sich auf alle Bereiche erstreckte, die nicht von der Montanunion erfaßt wurden¹⁰³.

Die Haltung des Wirtschaftsministeriums, aber auch des Landwirtschaftsministeriums unter Heinrich Lübke blieb eindeutig ablehnend gegenüber der Ausdehnung des Prinzips der sektoralen Integration. Auch die deutsche Industrie machte keinen Hehl aus ihrer Abneigung und führte mit Hilfe der von den großen Wirtschaftsorganisationen inspirierten Presse mittlerweile einen scharfen Kampf gegen die etwaige Erweiterungen der Montanunion¹⁰⁴. Nachdem Auswärtiges Amt und Bundeswirtschaftsministerium gemeinsam einen Entwurf für das Memorandum erarbeitet hatten, kam es am 26. 5. zu einer neuerlichen Zusammenkunft der beteiligten Ressorts. Hallstein hatte am Tag zuvor bei einer Besprechung mit Adenauer auf Bühler Höhe eine ziemlich rigide Weisung des Kanzlers erhalten: Unterstützung der Wiederwahl Monnets als Präsident der Hohen Behörde,

¹⁰⁰ Vgl. Küsters, Gründung, S. 114.

¹⁰¹ Vgl. Loth, Europakonzeptionen, S. 594.

¹⁰² S. Aufzeichnung Etzel, 22. 4. 1955, in: BDFD II, S. 731–738. Zum Konflikt zwischen Etzel und Erhard über die Ausrichtung der deutschen Europapolitik vgl. ausführlich: Enders, Integration, hier S. 148–150; s.a. Küsters, Gründung, S. 115 f.

¹⁰³ Zum Treffen im Landhaus Müller-Armacks in Eicherscheid s. von der Groeben, Deutschland, S. 273 f.; Müller-Armack, Weg, S. 99 f.; Küsters, Gründung, S. 116–118.

¹⁰⁴ S. Artikel Lübkes, in: „General-Anzeiger“, 17. 5. 1955, auch in: BDFD II, S. 738–740; François-Poncet an Pinay, Nr. 209, 25. 5. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 683–686.

aber Ablehnung dessen Vorschläge zur Ausdehnung der Kompetenzen der Gemeinschaftsorgane¹⁰⁵. Der Verlauf der Diskussion in der Koblenzer Straße zeigte klar, daß die Meinungsunterschiede weiterhin nicht ausgeräumt waren. Wie Ophüls als Vorsitzender formulierte, ging es zunächst einmal darum, die Außenministerkonferenz erfolgreich durchzuführen, galt sie doch in seinen Augen als letzte Chance, den Europagedanken in „politische Realität“ umzuwandeln. Eine endgültige Ausformulierung des deutschen Standpunktes hatte dahinter zurückzustehen und sollte erst nach der Konferenz erfolgen¹⁰⁶.

Bescheidener Neubeginn in Messina

Am 1. 6. begann die Tagung der sechs Außenminister im sizilianischen Messina, der Heimat des italienischen Delegationsleiters Martino¹⁰⁷. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Bech und Gastgeber Martino zogen sich die Minister zur privaten Besprechung zurück, um die Frage der Nachfolge Monnets zu klären. Der hatte mittlerweile den Rückzug angetreten und erklärt, er stünde für das Amt des Präsidenten der Hohen Behörde nun doch nicht mehr zur Verfügung. Die Schuld dafür schob er merkwürdigerweise nicht dem Beschluß der französischen, sondern der deutschen Regierung in die Schuhe. Denn das ihm von Etzel vorab im Entwurf gegebene deutsche Memorandum lief seiner Meinung nach auf eine bloße wirtschaftliche Kooperation souveräner Staaten hinaus, und Monnet war nicht bereit, sich und die Hohe Behörde einer solchen Europapolitik zu unterwerfen¹⁰⁸. Somit lag nur noch ein Hut im Ring, der von Mayer. Adenauer wollte dessen Ernennung aber offenbar nicht so ohne weiteres zustimmen. In seinem Auftrag stellte Hallstein, der ihn vertrat, weil der Kanzler sein Doppelamt mittlerweile aufgegeben hatte, der neue Außenminister aber noch nicht in die Koblenzer Straße eingezogen war¹⁰⁹, die Frage nach der Nationalität des künftigen Chefs der Hohen Behörde und machte sich damit zum Sprachrohr jener Stimmen, die eine Rotation bei der Bestallung des Präsidenten befürworteten. Wie nicht anders zu erwarten, verteidigte Pinay mit Verve den französischen Personalvorschlag. Um den beiden Kontrahenten die Chance zu geben, das Gesicht zu wahren, einigten sich die Minister schließlich im Grundsatz darauf, stets die meistqualifizierte Person ungeachtet der Nationalität zu wählen, aber keinem Mitglied ein Monopolrecht einzuräumen. Anschließend ernannten sie Mayer einstimmig zu ihrem Favoriten und gaben nach telephonischer Einwilligung der Hohen Behörde am folgenden Tag seine Ernennung bekannt¹¹⁰.

¹⁰⁵ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 41b, Bl. 56–62, Unterredung zwischen Adenauer und Blankenhorn, von Herwarth, Krekeler, von Maltzan und Hallstein vom 25. 5. 1955; Küsters, Walter Hallstein, S. 89.

¹⁰⁶ PA, Abt. 2, Bd. 900, Bl. 100–105, Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt vom 26. 5. 1955.

¹⁰⁷ Zur Konferenz von Messina s. PA, Abt. 2, Bd. 901, Bl. 23–97, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 1./2. 6. 1955, MAE 11/55, 13. 6. 1955, Entwurf; Pinay an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 49, 10. 6. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 756–758; aus der Memoirenliteratur: Beyen, Spel, S. 238f.; Müller-Armack, Weg, S. 101–103; Pineau/Rimbaud, Grand Pari, S. 169–177; Spaak, Memoiren, S. 302–306; auf archivalischer Basis zusammenfassend: Küsters, Gründung, S. 119–127.

¹⁰⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 902, Bl. 119–123, Monnet an Adenauer, 31. 5. 1955; ebd., Bl. 121–123, ders. an Etzel, 31. 5. 1955; Enders, Integration, S. 151.

¹⁰⁹ Vgl. Küsters, Walter Hallstein, S. 88f.

¹¹⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 901, Bl. 23–97, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 1./2. 6. 1955, MAE

Am Morgen des 2. 6. begann dann die Diskussion über den zentralen Tagesordnungspunkt, das Aktionsprogramm für die Entwicklung der europäischen Integration. Beyen hatte die Aussprache am Vorabend mit Erläuterungen zum BENELUX-Memorandum eingeleitet. Martino legte nun zur Darlegung des italienischen Standpunktes ein eigenes Memorandum vor, das trotz erheblicher Bedenken gegenüber der sektoralen Integration die Bereitschaft erklärte, im Bereich des Transportwesens und der Energie Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit zu studieren. Den Schwerpunkt legte er aber auf die schrittweise Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes, der sich auf das gesamte wirtschaftliche und soziale Leben der Mitgliedsstaaten erstrecken sollte¹¹¹.

Nach Martino ergriff Hallstein, der mit einer formellen „Ermächtigung“ Adenauers angereist war¹¹², das Wort. Er bot ein beeindruckendes Plädoyer für die europäische Einigung als „wesentlichste[s] Fundament für eine Ost-Westverständigung“. Ohne Gleichgewicht zwischen den Blöcken sei der Weltfrieden gefährdet, ohne europäische Einigung dieses Gleichgewicht aber nicht zu erreichen. Ausgangspunkt jeder weiteren Integration, so führte er nicht zuletzt den Franzosen vor Augen, müsse die Sechsergemeinschaft sein. Aber natürlich wünsche er sich auch eine „wirkliche Mitarbeit Großbritanniens“¹¹³. Nach diesen Präliminarien stellte der Staatssekretär das deutsche Memorandum vor. Er unterstützte den BENELUX-Vorschlag einer Koordinierung der europäischen Verkehrs- bzw. Energiepolitik unter der Leitung des EGKS-Ministerrates und zeigte besonderes Interesse an der gemeinsamen Erforschung bzw. Nutzung der Kernenergie, der er über die wirtschaftlichen Vorteile hinaus auch große politische Bedeutung beimaß. Im Mittelpunkt des Dokuments stand die allgemeine wirtschaftliche Integration, die durch eine weitgehende Beseitigung der Hemmnisse im Wirtschaftsverkehr angestrebt wurde: Liberalisierung des Warenverkehrs, Abbau der Zölle, Liberalisierung des Kapital- und Dienstleistungsverkehrs, Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaft. Zur Erleichterung der Umstrukturierung schlug Hallstein Übergangs- und Anpassungsmaßnahmen sowie einen Kapitalfonds zur Investitionsförderung vor. Auf die von den BENELUX-Staaten angeregte Errichtung supranationaler Organe ging das deutsche Memorandum nicht ein, schloß sie aber auch nicht aus. Zur Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen schlug die Bundesregierung vor, unter der Verantwortung des EGKS-Ministerrates ein ständiges Konsultativorgan mit der Aufgabe zu betrauen, Regeln für die wirtschaftliche Zusammenarbeit aufzustellen. Einzelheiten sollte eine Regierungskonferenz der EGKS-Mitglieder ausarbeiten¹¹⁴.

11/55, 13. 6. 1955, Entwurf; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 115, Bl. 257–258, François-Poncet an MAE, Tel. 2140, 2. 6. 1955; Communiqué in: AdG 1955, S. 5190; Gerbet, René Mayer, S. 97; Hollmann, Nachfolge, S. 200f.

¹¹¹ S. Memorandum der italienischen Delegation, 1. 6. 1955 in: L'Année politique 1955, S. 717f.; in deutscher Übersetzung im Auszug in: AdG 1955, S. 5190; vgl. Serra, L'Italia.

¹¹² S. PA, Abt. 2, Bd. 900, Bl. 56f., Ermächtigung Adenauers, o.D.

¹¹³ Ebd., Bd. 901, Bl. 23–97, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 1./2. 6. 1955, MAE 11/55, 13. 6. 1955, Entwurf, im Auszug in: BDFD II, S. 752–755, hier S. 753.

¹¹⁴ S. Memorandum der deutschen Delegation, 1. 6. 1955, in: ebd., S. 749–751; PA, Abt. 2, Bd. 902, Bl. 164, Ophüls an Calmes, FS AZ 225–00/10.190/55, 3. 9. 1955; Küsters, Gründung, S. 118f.

Nun ergriff Spaak für das Dreier-Memorandum Partei und ergänzte es mit dem Verfahrensvorschlag, zunächst eine Sachverständigenkonferenz einzuberufen, deren Arbeiten von einer „politischen Persönlichkeit koordiniert“ werde¹¹⁵. Anschließend sprach Pinay. Als einziger Delegationsleiter legte er kein schriftliches Dokument vor, was um so bemerkenswerter war, als Frankreich die letzten beiden europapolitischen Großprojekte, Montanunion und Europaarmee, bewußt selbst initiiert und durch Arbeitsvorlagen maßgeblich zu beeinflussen versucht hatte. Nun aber, nach den katastrophalen Erfahrungen mit dem Pleven-Plan, wollte die französische Regierung wohl ihre Handlungsspielräume nicht einengen. Wie nicht anders zu erwarten war, sprach sich Pinay für die Notwendigkeit der Fortsetzung der europäischen Zusammenarbeit aus. Aber er ermahnte sofort ausdrücklich dazu, „auf dem Boden der praktischen Möglichkeiten zu bleiben“. Und das bedeutete nichts anderes als die sektorale Integration im Verkehrswesen und auf dem Energiesektor unter Einschluß der Atomenergie. Eine allgemein-wirtschaftliche Integration im Sinne der Niederlande oder der Bundesrepublik kam für Frankreich vorläufig nicht in Frage. Vor der Schaffung eines Gemeinsamen Marktes mußten seiner Meinung nach zunächst Untersuchungen über den Schutz der Gemeinschaft gegenüber Dritten, die schrittweise Abstimmung der geltenden Sozialgesetzgebung, die Verhinderung einer Vertiefung der sozialen Gegensätze und die Ausschließung von gewissen Maßnahmen bei der Währungskonvertierung durchgeführt werden. Auch das von den Partnern angeregte *Procedere* gefiel dem Minister nicht. Er warnte vor der übereilten Einberufung einer Konferenz und plädierte statt dessen für die Einsetzung einer Art ständiger Organisation, wie er es mit seinem alten Vorschlag der regelmäßig tagenden Außenministerkonferenz bereits formuliert hatte¹¹⁶.

Pinay bemerkte sofort, welch „negativ[en]“ Eindruck seine Ausführungen hervorriefen. Deshalb bemühte er sich nach der Mittagspause nach Kräften, seinen Standpunkt noch einmal zu verdeutlichen¹¹⁷. Der Erfolg blieb mäßig. Schließlich wurde die Veranstaltung erneut unterbrochen, um den Delegationen Zeit für die Abfassung einer Schlußresolution zu geben. Die größten Schwierigkeiten verursachte begreiflicherweise der Passus über die allgemeine wirtschaftliche Integration. Die BENELUX-Staaten wollten den entsprechenden Teil aus ihrem Memorandum übernehmen. Frankreich und die Bundesrepublik legten einen gemeinsamen Gegenentwurf vor, der in Anlehnung an die Ausführungen Pinays vom Vormittag vor der schrittweisen Einführung eines Gemeinsamen Marktes Untersuchungen über die Vereinheitlichung des Zollsystems hinsichtlich Dritter, die Harmonisierung der Sozialpolitik und der Arbeitsbedingungen, die Schaffung eines Europäischen Investitionsfonds und die Annahme von Methoden für eine weitreichende Koordinierung der gemeinsamen Währungspolitik vorsah¹¹⁸. Nach

¹¹⁵ PA, Abt. 2, Bd. 901, Bl. 23–97, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 1./2. 6. 1955, MAE 11/55, 13. 6. 1955, Entwurf; s.a. Harryvan/Kersten, Netherlands, S. 153–156.

¹¹⁶ PA, Abt. 2, Bd. 901, Bl. 23–97, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 1./2. 6. 1955, MAE 11/55, 13. 6. 1955, Entwurf, im Auszug in: BDFD II, S. 755–757, hier S. 755; s.a. Guillen, Wiederaufschwung, S. 4f.

¹¹⁷ PA, Abt. 2, Bd. 901, Bl. 23–97, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 1./2. 6. 1955, MAE 11/55, 13. 6. 1955, Entwurf.

¹¹⁸ S. ebd., Bl. 85, Anlage VII zum Protokollentwurf, o.D.

der Wiederaufnahme der Diskussion wehrte sich Spaak entschieden gegen etwaige „Vorbedingung[en]“ und monierte in der Aufzählung des deutsch-französischen Papiers das Fehlen der Einsetzung einer gemeinsamen Behörde mit den zur Verwirklichung der gesetzten Ziele unerlässlichen Befugnissen. Pinay verwahrte sich gegen den Terminus „Vorbedingung“, sprach statt dessen von „Sachgebiete[n]“, deren Studium von der französischen Delegation gewünscht werde“. Hallstein pflichtete dieser Auslegung bei und bedauerte zugleich, sich der Bemerkung Spaaks über die institutionelle Ausgestaltung nicht anschließen zu können. Nach zähen Verhandlungen, die erst gegen vier Uhr am Morgen des 3. 6. abgeschlossen wurden, konnte schließlich doch noch ein für alle Delegationen tragfähiger Kompromiß erzielt werden¹¹⁹.

In der Resolution von Messina sprachen sich die Delegationen für die Weiterentwicklung gemeinsamer Institutionen, den Zusammenschluß der nationalen Volkswirtschaften, die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die Harmonisierung der Sozialpolitik aus. Neben dem Maßnahmenkatalog für die sektorale Integration im Bereich des Transportwesens, der Energie und der Schaffung einer gemeinsamen Organisation zur friedlichen Nutzung der Atomkraft stand die Durchführung des Gemeinsamen Marktes im Mittelpunkt der Entschließung. Im Sinne Frankreichs sah sie zunächst die Prüfung bestimmter Fragen vor. Dazu gehörten im einzelnen das Verfahren des Zollabbaus im Innern der Gemeinschaft und die Vereinheitlichung der Zölle gegenüber Drittländern, die Harmonisierung der Politik auf wirtschaftlichem, sozialem und finanziellem Gebiet, die Annahme von Methoden zur Koordinierung der Währungspolitik, die Schaffung eines Anpassungs- und Investitionsfonds, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte oder die Sicherung des freien Wettbewerbs. Die Minister vereinbarten die Einberufung mehrerer Konferenzen, die von einem Komitee von Regierungsdelegierten und Sachverständigen unter dem Vorsitz einer noch nicht benannten politischen Persönlichkeit vorzubereiten waren. Ein Gesamtbericht sollte den Außenministern am 1. 10. vorliegen¹²⁰.

In Bonn fielen die Reaktionen auf die Messina-Konferenz nicht gerade überschwänglich aus. Die SPD-Opposition begrüßte die Ergebnisse und brachte mit dem ausdrücklichen Bekenntnis zur Fortsetzung der Integration im Rahmen der Montanunion eindrucksvoll zum Ausdruck, daß sie sich von der Europapolitik der letzten Jahre mehr und mehr entfernte¹²¹. Die Bundesregierung war mit dem Ergebnis der Konferenz, das durch das „Zurückgehen auf [eine] Minimallinie [...] hinter [den] bescheidenen Erwartungen“ zurück blieb, hingegen nicht zufrieden¹²². Wenn Hallstein in einem Runderlaß an die deutschen Missionen „Ermüdungserscheinungen“ dafür verantwortlich machte, daß die Resolution, „dem Geist der Konferenz nicht voll [entsprechend]“, in manchen Punkten „unnötig schwach formuliert“ worden sei¹²³, so stellt er den Verlauf der Konferenz sicher-

¹¹⁹ Ebd., Konferenz der EGKS-Außenminister vom 1./2. 6. 1955, MAE 11/55, 13. 6. 1955, Entwurf.

¹²⁰ S. Resolution der Messina-Konferenz, 3. 6. 1955, in: Bulletin 1955, S. 1690f.; Küsters, Gründung, S. 122–124.

¹²¹ Vgl. Paterson, SPD, S. 122f.

¹²² PA, BStS, Bd. 350, Hallstein an AA, Tel., 3. 6. 1955, Verschlüsselt; s.a. Küsters, Walter Hallstein, S. 91.

¹²³ PA, Abt. 2, Bd. 902, Bl. 92–95, Hallstein an Ankara etc., 225–00/7961/55, 6. 7. 1955.

lich in ein zu günstiges Licht. Schenkt man den Erinnerungen Adenauers Glauben, befürchtete er nun, der eingeschlagene Weg zur wirtschaftlichen Integration könne das eigentliche Ziel, die politische Union, verfehlen¹²⁴. Tatsächlich sorgte sich der Staatssekretär eher darum, für das wenig berauschende Resultat verantwortlich gemacht zu werden. Schon die Tatsache, daß nicht der Kanzler, sondern nur sein Adept in Sizilien erschienen war, hatte nämlich bei den Außenministern Enttäuschung hervorgerufen¹²⁵. Die Verhandlungsführung Hallsteins entfachte dann vor dem Hintergrund der soeben gewonnenen Souveränität und der stagnierenden Wiedervereinigungsdiskussion bei den Partnern „ein gewisses Mißtrauen“, die Deutschen könnten die Europapolitik vernachlässigen und sich nach Osten wenden¹²⁶. Selbst in Übersee machten die Politiker keinen Hehl aus der Sorge, die Bundesrepublik könne in ihren Anstrengungen um die europäische Integration erlahmen. Die Europäer, so diktierte Dulles etwa Erhard am 7. 6. ins Stammbuch, hätten die Pflicht, sich zu vereinigen, um nicht erneut die amerikanische Hilfe anrufen zu müssen¹²⁷. Der Kanzler legte daher bei seiner Reise nach Washington eine Woche später großen Wert darauf, dem amerikanischen Außenminister klarzumachen, daß die retardierenden Elemente nicht in Bonn, sondern in Paris säßen. Hallsteins Auftrag sei es gewesen, die europäische Integration voranzutreiben. Pinay aber habe aus Rücksicht auf die innenpolitische Lage und die bevorstehenden Parlamentswahlen Widerstand geleistet. Gegenwärtig, so lautete das Fazit Adenauers, sei die Schaffung supranationaler Organisationen nicht möglich¹²⁸.

In Paris fielen die Reaktionen mit genau umgekehrten Vorzeichen aus. Die Regierung zeigte sich zufrieden, die Opposition äußerte sich entsetzt. Pinay betrachtete den wenig sensationellen Ausgang des Ministertreffens als „un effort réel et fructueux [...] pour dégager les bases concrètes de la construction européenne“. Mit Stolz vermerkte er, daß die Resolution von Messina in den Passagen über die Erreichung der angestrebten Ziele den französischen Forderungen nach einem schrittweisen Vorgehen entsprach¹²⁹. Um den Unmut der Deutschen nicht anzustacheln, ließ er in Bonn versichern, man werde im Sachverständigenausschuß konstruktiv mitarbeiten und mit qualifizierten und europafreundlichen Personen vertreten sein, um den europapolitischen „Wagen im Rollen zu halten“¹³⁰.

In scharfem Gegensatz dazu verunglimpften die antieuropäischen Kritiker an der Seine diesen bescheidenen Neubeginn als „Fausse relance“. Vor dem Hinter-

¹²⁴ S. Adenauer, *Erinnerungen*, S. 1955–1959, S. 30.

¹²⁵ Vgl. Rimbaud, Pinay, S. 304. Adenauer entschuldigte sein Fehlen gegenüber dem italienischen Ministerpräsidenten mit wichtigen innenpolitischen Aufgaben, vor allem der Vorbereitung der Wehrgesetze (Adenauer an Scelba, 27. 5. 1955, in: Adenauer, *Briefe 1953–1955*, S. 293 f.).

¹²⁶ PA, Abt. 2, Bd. 901, Bl. 145–147, Erklärung von Ophüls in der Ressortbesprechung im AA vom 20. 6. 1955; s.a. Garnier an Pinay, Tel. 290/94, 4. 6. 1955, *Réservé*, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 731 f.; Artikel Kornickers, in: „Schwäbische Landeszeitung/Augsburger Zeitung“, 7. 6. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 421–423.

¹²⁷ S. Unterredung zwischen Dulles und Erhard vom 7. 6. 1955, *Limited Official Use*, im Auszug in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 291 f.

¹²⁸ S. Unterredung zwischen dems. und Adenauer vom 13. 6. 1955, im Auszug in: ebd., S. 297.

¹²⁹ Pinay an diplomatische Vertreter, Zirkulartel. 49, 10. 6. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 756–758, hier S. 757; s.a. Dillon an Dep. of State, Tel. 5420, 10. 6. 1955, *Secret*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 293–295; Küsters, *Gründung*, S. 126.

¹³⁰ PA, Ref. 200, AZ 85.11/0, Bd. 1, von Maltzan an AA, FS Nr. 359, 15. 6. 1955, *Verschlüsselt*.

grund der nahenden Ost-West-Gipfelkonferenz in Genf sahen sie darin nur einen neuen Schritt zur Vertiefung der europäischen Teilung und gegen die Verstärkung der Entspannungspolitik in Gesamteuropa. „Ceux qui ont poussé à la réunion de la Conférence de Messine sont ceux qui souhaitent l'échec de la Conférence à Quatre [...]; l'amélioration encore fragile mais très réelle de la situation internationale diminue les chances de succès des entreprises des boutefeux obsédés par l'idée de maintenir à tout prix et à des fins d'agression l'Allemagne Occidentale dans l'alliance atlantique“¹³¹. Derartige Polemiken waren indes im großen und ganzen die Ausnahme. Die „relance européenne“ erregte in der französischen Öffentlichkeit nicht annähernd jene Emotionen wie die EVG. In den Parteien nahmen sich vornehmlich die Spezialisten der Materie an, und in der Presse überwogen informative Artikel¹³². Allerdings zeigte die Diskussion doch eines immer wieder: Als eingefleischte Individualisten standen die Franzosen der Integration nicht nur per se argwöhnisch gegenüber; sie mißtrauten auch der Integrationsbereitschaft der Deutschen und verdächtigten sie des Strebens nach einem deutsch geprägten Europa¹³³.

Schwierige Beratungen in Brüssel

Mitte Juni verständigten sich die Sechs auf diplomatischem Wege darauf, Spaak mit dem Vorsitz des in Messina beschlossenen Sachverständigenkomitees zu beauftragen¹³⁴. Nachdem der belgische Außenminister die Leiter der Delegationen zu einer Vorbesprechung des Sachverständigenausschusses zum 1. 7. nach Brüssel eingeladen hatte, waren die Regierungszentralen gefordert, ihre Marschrouten festzusetzen. Im Auswärtigen Amt wirkte der in Messina zum Ausdruck gebrachte Argwohn der Partnerstaaten gegenüber Deutschland noch nach, der sich nach der Moskauer Einladung an Bonn zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen vom 7. 6.¹³⁵ noch verstärkte. Als zuständiger Unterabteilungsleiter war Ophüls fest entschlossen, die Befürchtungen zu zerstreuen, „da eine Änderung der deutschen Politik mit Bezug auf die europäische Integration nicht vorliege noch beabsichtigt sei [sic!]“. Für die Arbeit des Spaak-Komitees, wie es bald genannt wurde, erwartete er angesichts der knapp bemessenen Zeit bis zur geplanten Außenministerkonferenz im Oktober nicht in allen Diskussionsfeldern große Ergebnisse¹³⁶. Ende Juni verständigten sich das Auswärtige Amt und das Bundeswirtschaftsministerium auf der Basis einer von Müller-Armack und von der Groeben entwickelten vermittelnden Position, die die Vorteile des Freihandels innerhalb eines großen Wirtschaftsraums verwirklichen wollte, auf einen Kompromiß: Die funktionale wirtschaftliche Integration sollte in drei Phasen durch eine Zoll-

¹³¹ AMAE, DE-CE, Bd. 611, Bl. 243–249, „Fausse relance“, o.D. Dem Inhalt der zwischen dem 15. 6. und dem 18. 7. verfaßten Schrift kann entnommen werden, daß der Autor aus dem linken, möglicherweise kommunistischen Lager stammte.

¹³² Vgl. Bjøl, *La France*, S. 273–294.

¹³³ Vgl. „Die Zeit“, 1. 12. 1955.

¹³⁴ S. Rivière an Pinay, Tel. 362, 13. 6. 1955, Urgent, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 768f.; Spaak, *Memoiren*, S. 305; Küsters, *Gründung*, S. 124f.

¹³⁵ Vgl. Kap. IV.1.1.

¹³⁶ PA, Abt. 2, Bd. 901, Bl. 145–147, Erklärung von Ophüls in der Ressortbesprechung im AA vom 20. 6. 1955.

union mit einem Institutionengefüge ergänzt werden und in einen Gemeinsamen Markt einmünden. Für die erste Etappe wurde die Konvertibilität der Währungen vorgesehen, für die zweite die Erarbeitung der funktionalen Merkmale des Gemeinsamen Marktes durch ein Gremium der beteiligten Staaten, für die dritte schließlich die institutionelle Sicherung des Gemeinsamen Marktes. Ophüls plädierte dafür, zunächst eine positive Grundentscheidung der Sechs für den Gemeinsamen Markt zu erreichen, wobei er in den Details wie bei der institutionellen Ausgestaltung einen mittleren Kurs zu steuern beabsichtigte, der das vorhandene Mißtrauen der Partner nicht schüren durfte¹³⁷.

Die weiteren Diskussionen zwischen den Bonner Ressorts über den Zielkatalog für die Brüsseler Beratungen ließen die vor der Messina-Konferenz notdürftig überbrückten Differenzen indes erneut aufbrechen. Die Schuman-Plan-Abteilung im Bundeswirtschaftsministerium unter von der Groeben wollte den Gemeinsamen Markt über die freie Konvertibilität der Währungen, die Beseitigung der Beschränkungen des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs und Erleichterungen im Wirtschaftsverkehr erreichen. Erhard setzte aber durch, daß in der Position seines Ministeriums die Schaffung einer Zollunion als Verhandlungsziel zugunsten eines weltweiten Freihandels gestrichen und nur als eine vorrangige Option anerkannt wurde¹³⁸. Er lehnte also, was die Zollunion vorsah, den gemeinsamen Außentarif ab und sprach sich statt dessen im Sinne des Freihandels dafür aus, Zölle und andere Handelsbeschränkungen nur für Waren aus dem Gebiet der Freihandelszone zu beseitigen, die einzelnen Zolltarife gegenüber Drittländern aber zu erhalten. Auch die in der Zollunion notwendige enge Koordinierung der Wirtschaftspolitik entfiel damit¹³⁹.

Im Auswärtigen Amt, wo die Amtsübernahme von Brentanos und der Wechsel von Blankenhorn zur NATO nach Paris den Supranationalisten nun „freie Bahn“¹⁴⁰ verschaffte, befürchtete man, die Zweifel gegenüber der deutschen Europapolitik mit diesem Ansatz eher noch anzustacheln. In einem Runderlaß an die deutschen Botschaften gab Hallstein am 6. 7. Order, bei sich bietender Gelegenheit Klarheit darüber herbeizuführen, „daß die Politik der Bundesregierung mit Bezug auf die europäische Integration nicht nur unverändert ist, sondern in einer Wiederaufnahme der Integration mit allen Folgen, die sich daraus ergeben, ein wesentliches Ziel der nächsten Jahre ansieht“¹⁴¹. Von Brentano, den Adenauer zur Wachsamkeit gegenüber Erhards Europapolitik aufgefordert und zur Fortsetzung der europäischen Integration als „eine der wesentlichsten Richtlinien unserer Politik“ verpflichtet hatte¹⁴², betonte am selben Tag vor der Beratenden Versammlung des Europarates dezidiert die Kontinuität der Bonner Integrationspolitik¹⁴³.

¹³⁷ S. Ressortbesprechung im AA vom 25. 6. 1955, in: BDFD I, S. 589–592.

¹³⁸ Vgl. Küsters, Gründung, S. 141–143.

¹³⁹ Zur Unterscheidung zwischen Zollunion und Freihandelszone vgl. Küsters, Gründung, S. 165.

¹⁴⁰ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 195. Zu den Vorbehalten Blankenhorns gegenüber dem Gemeinsamen Markt und EURATOM s. Blankenhorn, Verständnis, S. 246, Tb. 3. 2. 1956.

¹⁴¹ PA, Abt. 2, Bd. 902, Bl. 92–95, Hallstein an Ankara etc., 225–00/7961/55, 6. 7. 1955.

¹⁴² Adenauer an von Brentano, 27. 6. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 304; s.a. Küsters, Walter Hallstein, S. 93.

¹⁴³ S. Rede von Brentanos vor der Beratenden Versammlung des Europarates, 6. 7. 1955, in: von Brentano, Welt, S. 134–136.

Gegenüber Monnet sprach er sich für die Erweiterung der Montangemeinschaft wie für die Verwirklichung der Messina-Resolution „im Sinne der Souveränitätsabtretung und nicht der Kooperation“ aus¹⁴⁴.

Die Umsetzung dieser Richtlinie fiel dem Amt indes keineswegs leicht. Ophüls hielt echte Fortschritte bei der Gesamtintegration angesichts der französischen Bedenken für unwahrscheinlich. Nur auf dem Atomsektor versprach er sich Erfolg. Da er außerdem von einer wirtschaftlichen Integration keine politischen Einigungsschritte erwartete, riet er dazu, kurzfristige ökonomische Ambitionen den politischen Interessen unterzuordnen. Als die Leitlinien für die deutsche Delegation am 7. 7. im Wirtschaftskabinett unter der Leitung von Blücher festgesetzt wurden, vermochte sich das Auswärtige Amt aber nicht vollständig zu behaupten. Zwar konnte die generelle Ablehnung supranationaler Institutionen verhindert werden. Das Wirtschaftsministerium setzte sich aber mit der Auffassung durch, daß das Konzept der additiven Teilintegration ausdrücklich nur bei der Atomenergie erlaubt sei¹⁴⁵. Adenauer erließ daraufhin eine „Richtlinie zur Fortführung der Integration“, die sich für den „Primat der politischen Zweckmäßigkeit“ aussprach¹⁴⁶ und damit sowohl die Kritikaster in Bonn als auch in Paris ins Visier nahm. Die Bundesrepublik, so unterstrich er dieser Tage im Kabinett, müsse als „Vorkämpferin des europäischen Gedankens“ auftreten¹⁴⁷. Er tat gut daran, die Erwartungen nicht zu hoch zu schrauben.

Frankreich strebte ein europäisches Organ für das Transportwesen mit präzisen, aber beschränkten Befugnissen und angesichts knapper Energieressourcen in Europa eine gemeinsame Politik für die Entwicklung und optimale Nutzung der herkömmlichen Energie an. Besonderes Gewicht legte man aus psychologischen wie gesamtpolitischen Erwägungen auf die gemeinsame Atomorganisation. Das von den Wahrern der nationalen Atomsoveränität ausgegebene Argument, Frankreich könne in einer solchen Zusammenarbeit angesichts seines Entwicklungsvorsprungs im Nuklearbereich nichts gewinnen, galt aus Sicht ihrer Gegner als wenig stichhaltig. „En quelques années“, so meinte Etienne Hirsch, mittlerweile Commissaire général au Plan, „avec la disparition rapide du secret et la collaboration offerte par les Etats-Unis et la Grande-Bretagne, nous serons rattrapés par l'Allemagne.“¹⁴⁸

Hinsichtlich des Gemeinsamen Marktes sahen die französischen Vorstellungen wesentlich restriktiver aus, wie aus einer Aufzeichnung von Bernard Clappier, dem Direktor für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen im Finanz- und Wirtschaftsministerium, hervorgeht. Die Ursachen lagen auf der Hand. Hinsichtlich der Kontingentierung hatten die Partner ihren Handel in den vergangenen Jahren weit stärker liberalisiert als Frankreich. In den Bereichen Agrarprodukte, Rohstoffe und Fertigwaren lag man mit 50%, 90% und 51% jeweils weit hinter den

¹⁴⁴ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 48, Unterredung zwischen dems. und Monnet vom 4. 7. 1955, 5. 7. 1955.

¹⁴⁵ S. BA, B 136, Bd. 1310, Unterredung bei Blücher vom 7. 7. 1955; Küsters, Gründung, S. 144.

¹⁴⁶ PA, Ref. 200, AZ 85.11/0, Bd. 1, Erklärung von Ophüls in der Ressortbesprechung im AA vom 11. 7. 1955.

¹⁴⁷ Kabinettsitzung, 6. 7. 1955, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 8, S. 406.

¹⁴⁸ AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 2, Bl. 155–160, Hirsch an „Le Ministre“, 21. 6. 1955, nebst Aufzeichnung.

Vergleichszahlen der Sechsergemeinschaft. Darüber hinaus gehörte Frankreich mit der Bundesrepublik und Italien zu den Hochzollländern mit durchschnittlich 20% bis 30%, während die BENELUX-Staaten an ihren Grenzen lediglich 5% bis 10% Zoll erhoben. Im Gegensatz zu einigen Wirtschaftskreisen zog Clappier aus diesem Vergleich aber nicht die Folgerung, Fortschritte auf dem Weg zum Gemeinsamen Markt von einer vorherigen Harmonisierung der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik abhängig zu machen. Denn damit würde der erste Schritt unweigerlich hinausgezögert und geriete auch in einen Gegensatz zur Entwicklung der Wirtschaftsunion im BENELUX-Raum. Clappier plädierte vielmehr für eine nach Kontingenten bzw. Zöllen differenzierte, fortschreitende Gründung des Gemeinsamen Marktes mit einem gemeinsamen Investitionsfonds. Die Abschaffung der Kontingentierung konnte er sich zumindest für Industrieprodukte relativ rasch vorstellen, wenn die Agrarprodukte ausgeklammert und Begleitmaßnahmen getroffen würden. Schwieriger erschien ihm das Problem der Zölle, und er bestand darauf, daß der nur etappenweise eingeführte gemeinsame Außenzoll der Gemeinschaft relativ hoch sein müsse¹⁴⁹.

Unter Einbeziehung dieser beiden Stellungnahmen faßte ein interministerielles Komitee Anfang Juli recht allgemein gehaltene Instruktionen für die französische Delegation ab, die unter der Leitung von Felix Gaillard stand. Im Zentrum des französischen Interesses standen rasche Ergebnisse bei der Schaffung einer europäischen Atomorganisation mit gemeinsamem Etat zur Finanzierung von Installationen und Forschungen im Bereich der angewandten, nicht militärischen Nuklearforschung. Die Bildung einer supranationalen Organisation mit Monopolstellung wurde à la longue nicht ausgeschlossen, wobei die nationalen Nuklearprogramme aber in der Verantwortung der Regierungen bleiben sollten, obwohl dies mit der Resolution von Messina kaum im Einklang stand¹⁵⁰. Im Sinne Hirschs befürwortete die Order auch ein europäisches Organ für das Transportwesen sowie eine bessere Koordinierung der Investitionen im Bereich der herkömmlichen Energie. Mit Blick auf den Gemeinsamen Markt wies sie der Brüsseler Tagung die Aufgabe zu, gewisse Fragen zu prüfen, „dont la solution préalable commande la réalisation du Marché commun“. Mit Blick auf die öffentliche Meinung galt insbesondere die Harmonisierung der Soziallasten als unabdingbar¹⁵¹. Besonders heikel wirkten aber auch die Akzeptierung eines internationalen Vertrags über die sukzessive Abschaffung der Zölle und Kontingente, die Administrierung der Ausschlussklauseln durch eine supranationale Behörde, das Anzeigen des Willens zu einer Zollunion beim GATT, die Begleitung der Abschaffung der Kontingente in einer Vorlaufphase durch eine Kompensationssteuer. Eine definitive Entscheidung bezüglich der ersten beiden Komplexe sah die Instruktion erst nach einer Regelung über den Investitionsfonds und den Außenzolltarif vor. Hinsichtlich der letzten beiden Fragen wollte sich Frankreich erst dann äußern, wenn die Part-

¹⁴⁹ Ebd., Bl. 165–168, Aufzeichnung Clappier, o.D. Hirsch schickte diese Aufzeichnung neben seiner eigenen am 21. 6. 1955 an „Le Ministre“, bei dem es sich wohl um Wirtschaftsminister Pflimlin oder Justizminister Schuman handelt.

¹⁵⁰ S. ebd., Bl. 171 f., Aufzeichnung, mit handschriftlicher Marginalie „Pflimlin 27/7“.

¹⁵¹ Instruktionen für die französische Delegation zur Brüsseler Vorkonferenz, Juli 1955, *Confidentiel*, in: BDFD I, S. 592–596, hier S. 595.

ner klare Vorstellungen über die Realisierung des Gemeinsamen Marktes äußerten¹⁵².

Angesichts derart fundamentaler Meinungsverschiedenheiten in den Grundkonzeptionen der beteiligten Regierungen standen die Diskussionen des zur Umsetzung der Messina-Resolution seit Anfang Juli tagenden Sachverständigenausschusses unter keinem günstigen Stern¹⁵³. Als vorteilhaft erwies sich die Tatsache, daß die allgemein als gering eingestuften Erfolgsaussichten und die Genfer Konferenzen das öffentliche Interesse an den Beratungen rasch erlahmen ließen¹⁵⁴. Neben den sechs EGKS-Staaten nahm nach einmonatigem Zögern auch England als Beobachter an den Beratungen teil, ohne sich aber mit den Zielen der Messina-Resolution identifizieren zu wollen¹⁵⁵. Die britische Mitwirkung wurde von Frankreich lebhaft befürwortet¹⁵⁶, intern aber mit der Forderung versehen, daß das Ziel der Vergemeinschaftung bestimmter europäischer Ressourcen nicht durch die englische Teilnahme in Frage gestellt werden dürfe¹⁵⁷.

Als Chef der deutschen Vertreter nutzte Hallstein die konstituierende Sitzung der Delegationsleiter am 9. 7., um abermals die Zweifel an der deutschen Europapolitik zu zerstreuen – mit Erfolg. Seine mit Spannung erwartete Rede legte ein überzeugendes Bekenntnis für die Gesamtintegration ab und sprach sich im Sinne der Richtlinie Adenauers mit Ausnahme der Atomenergie gegen das Konzept der additiven Teilintegration aus¹⁵⁸. Mit dieser Klarstellung ging es dem Staatssekretär gewiß nicht nur um die Außenwirkung, sie diente auch als Richtlinie für die Delegation und die Ministerien am Rhein, zielte also vor allem auch in Richtung Erhard¹⁵⁹. Zehn Tage später, am 18. bzw. 20. 7., begann die Arbeit der Ausschüsse und Unterausschüsse, die vom Lenkungsausschuß der Delegationsleiter unter dem Vorsitz von Spaak dirigiert und koordiniert wurde¹⁶⁰. Der Optimismus einiger Beamter wich sehr bald der Ernüchterung. Nach wochenlangen Diskussionen war man über die Erörterung von Grundsatzfragen nicht hinausgekommen¹⁶¹.

¹⁵² S. Comité interministériel vom 5. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 19–23.

¹⁵³ Zur Arbeit des Spaak-Komitees vgl. von der Groeben, Deutschland, S. 275–279; Müller-Armack, Weg, S. 104–110; Spaak, Memoiren, S. 317–319; Dumoulin, Travaux; Küsters, Gründung, S. 145–205.

¹⁵⁴ Vgl. ebd., S. 135; zur Genfer Gipfel- bzw. Außenministerkonferenz s. Kap. IV.1.1.

¹⁵⁵ Zur englischen Haltung gegenüber der Messina-Resolution vgl. umfassend: Kaiser, Großbritannien, S. 29–67; Küsters, Gründung, S. 135–141.

¹⁵⁶ S. Pinay an Rivière, Tel. 1002/05, 1. 7. 1955, Extrême urgence, Priorité absolue, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 2 f.

¹⁵⁷ S. Instruktionen für die französische Delegation zur Brüsseler Vorkonferenz, Juli 1955, Confidentiel, in: BDFD I, S. 596; Comité interministériel vom 5. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 22 f.

¹⁵⁸ S. Rede Hallsteins auf der Sitzung der Delegationsleiter, 9. 7. 1955, in: Bulletin 1955, S. 1063 f.; zur Reaktion der Kollegen s. Rivière an Pinay, Tel. 452/58, 9. 7. 1955, Urgent, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 40 f.

¹⁵⁹ S. PA, Ref. 200, AZ 85.11/0, Bd. 1, Erklärung von Ophüls in der Ressortbesprechung im AA vom 11. 7. 1955.

¹⁶⁰ S. Rivière an Pinay, Tel. 473, 20. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 112–115; zur Organisation und personellen Ausstattung der Brüsseler Konferenz vgl. Küsters, Gründung, S. 146–156.

¹⁶¹ Zu den Beratungen bis Anfang September 1955 s. AMAE, DE-CE, Bd. 612, Bl. 53–56, Mission des Generalsekretärs der Brüsseler Konferenz Calmes an die Delegationsleiter, Informationsbericht Nr. 3, 2. 8. 1955, Confidentiel; ebd., Bl. 74–76, dies. an dies., Informationsbericht Nr. 4, 10. 8. 1955, Confidentiel; PA, Ref. 200, AZ 85.11/0, Bd. 1, von Stempel an Ophüls, Aufzeichnung 210–225–00/9231/55, 9. 8. 1955; ebd., Abt. 2, Bd. 899, Bl. 159–189, Bericht des AA und BMWi über den Stand der Verhandlungen der Brüsseler Konferenz, 27. 10. 1955; Dufournier an Pinay,

Die von Ophüls in Vertretung Hallsteins geführte Bonner Delegation zeigte wenig Interesse an der von Paris gewünschten Atomgemeinschaft, während die französischen Vertreter mit Gaillard an der Spitze dem Projekt des Gemeinsamen Marktes distanziert gegenüberstanden. In der Frage der Nuklearenergie befürworteten die Deutschen eine supranationale Behörde mit weitreichenden Befugnissen für Forschung und Entwicklung, während die Franzosen eine Atomagentur ohne Monopolstellung, ohne föderale Struktur oder bindende Beschlüsse, aber mit gemeinsamem Budget, freiem Zugang zu den Ressourcen und gemeinsamen Investitionen in zentralen Bereichen wünschten. Da Belgien offenbar nicht bereit war, Frankreich sein Uranerz aus Belgisch-Kongo zum selben Preis zu liefern wie den USA, sahen die Franzosen im Projekt der europäischen Atomgemeinschaft nicht zuletzt eine Möglichkeit, das amerikanische Monopol zur Herstellung angereicherten Urans zu brechen. Eine der Hauptaufgaben der neuen Gemeinschaft sollte denn auch ihrer Meinung nach der Bau einer Isotopentrennanlage sein¹⁶².

Hinsichtlich des Gemeinsamen Marktes ging es vor allem um die Frage der einzelnen Aufbauschritte. Die deutschen Sachverständigen sprachen sich für die Beseitigung der Beschränkungen im Waren- und Kapitalverkehr aus, für den Abbau der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen sowie für Maßnahmen zur Stabilisierung des Gemeinsamen Marktes durch Schutzklauseln und Übergangsregelungen. Außerdem plädierten sie für die Prüfung eines institutionellen Systems. Ihre französischen Kollegen hingegen wollten diese Untersuchungen mit den Ergebnissen der Unterausschüsse für Sozialfragen und Investitionen verknüpfen. Jegliche Liberalisierung auf dem Handelssektor gedachten sie mithin nur zuzulassen, wenn Beihilfen durch einen Fonds gesichert und die sozialen Belastungen ausgeglichen würden, um die Konkurrenzfähigkeit der französischen Produzenten zu gewährleisten. Im Fall der Einigung über diese Bereiche waren sie bereit, die noch bestehenden Kontingente für den französischen Markt fallenzulassen. Bedenken äußerte die französische Delegation hinsichtlich der Schaffung einer Zollunion. Neben den Differenzen über die Frage des Zeitpunktes des Gemeinsamen Marktes führte vor allem die Diskussion über den Termin des Abbaus der Zollschranken und des Aufbaus gemeinsamer Außentarife zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten. Frankreich vermied es, sich auf ein definitives Datum festzulegen, während die übrigen Staaten in der Festsetzung des Termins eine unabdingbare Voraussetzung für den Beginn eines wirklichen Gemeinsamen Marktes sahen. Hinsichtlich des Außentarifs verlangten die Niedrigzollländer, die Zölle möglichst tief zu halten, wohingegen Frankreich demgegenüber einen möglichst hohen Zollschatz bevorzugte. Auch beim Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen im Innern und an den Außengrenzen der künftigen Zollgemeinschaft konnten die Experten keine einmütige Regelung finden. Die französischen wollten den Abbau der noch bestehenden Kontingente der OEEC überlassen, die deutschen und niederländischen befürworteten hingegen ein von den Sechs ausge-

Tel. 531/33, 31. 8. 1955, Urgent, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 383; vgl. Küsters, Gründung, S. 161–202; Weilemann, Anfänge, S. 31–47.

¹⁶² Vgl. Eckert, Kernenergie, S. 319; Guillen, La France et la négociation du traité d'Euratom, S. 396–398 u. 404–407; Weilemann, Anfänge, S. 37 f.

arbeitetes System, um möglichst schnell zu Erfolgen zu gelangen. Differenzen zwischen Deutschen und Franzosen ergaben sich darüber hinaus aus der Frage der zu erwartenden Belastungen durch den Zoll- und Kontingentabbau. Frankreich sah den Hauptgrund für Verzerrungen der Wettbewerbslage in den unterschiedlichen Sozialbestimmungen der Partnerstaaten und forderte daher eine Reihe sozialpolitischer Harmonisierungsmaßnahmen. Hart umstritten waren schließlich die Modalitäten der Inanspruchnahme der vorgesehenen Investitions- und Anpassungsfonds. Nach den Vorstellungen der Franzosen und Italiener sollte letzterer auch Leistungen an Unternehmen vorsehen, was die Deutschen ebenso ablehnten wie die französische Forderung nach Einbeziehung der Landwirtschaft.

Angesichts dieser mannigfachen, mitunter fundamentalen Differenzen konnte Spaak seinen Kollegen auf der Außenministerkonferenz von Nordwijk am 6. 9. nur einen bescheidenen Zustandsbericht über die bisherigen Arbeiten und die sachlichen Gegensätze vorlegen¹⁶³. Hallstein sah sich erneut veranlaßt, Mißverständnisse in bezug auf die Haltung der Bundesregierung zur Frage der europäischen Integration auszuräumen. Wenn auch die Methoden zur Schaffung eines geeinten Europa in der Bundesrepublik diskutiert würden, versuchte er seine Kollegen zu beruhigen, stünde das Ziel als solches doch keineswegs in Frage. Der Kanzler wünsche „rasche europäische Ergebnisse“, denn ein geeintes Europa sei eine Garantie des Friedens und notwendig, um die ihm zufallende Rolle bei der globalen Entspannung zu übernehmen¹⁶⁴. Seine ursprünglich getroffene Wortwahl, Adenauer hoffe, „kurzfristig zu wesentlichen Ergebnissen zu gelangen“, hielt der Staatssekretär mit dem Abstand einiger Wochen für so unglücklich, daß sie auf Bitten des Auswärtigen Amtes aus dem Protokoll gestrichen wurde¹⁶⁵. Freilich änderte dies nichts an der Grundtatsache, daß Adenauer gegen den fortgesetzten Widerstand Erhards¹⁶⁶ vor dem Hintergrund der Bewegung in der deutschen Ostpolitik im Zuge seiner Moskaureise eine Forcierung der europäischen Integration für notwendig hielt¹⁶⁷.

Pinays Ansprache in Nordwijk stand ganz im Zeichen eines vor der Konferenz im Quai d'Orsay erfolgten Überdenkens der bisherigen restriktiven Position. Die Unterabteilung Wirtschaftliche Kooperation hatte eine Präzisierung der bisherigen Instruktionen für die Brüsseler Delegation gefordert und davor gewarnt, in bezug auf den Gemeinsamen Markt die negative oder dilatorische Haltung aufrechtzuerhalten, weil man damit den Fortschritt der Diskussionen blockiere¹⁶⁸. Eine definitive Position zum Gemeinsamen Markt schien aber noch verfrüht, da die Arbeiten in Brüssel noch nicht weit genug gediehen waren. Der Festsetzung eines Termins für den Eintritt in den Markt mochte man nicht zustimmen, weil

¹⁶³ S. PA, Abt. 2, Bd. 903, Bl. 130–153, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 6. 9. 1955, MAE 322d/55, 28. 9. 1955, Entwurf; Küsters, Gründung, S. 157f.

¹⁶⁴ PA, Abt. 2, Bd. 903, Bl. 156–159, Rede Hallsteins auf der Konferenz der EGKS-Außenminister vom 6. 9. 1955.

¹⁶⁵ Ebd., Bl. 130–153, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 6. 9. 1955, MAE 322d/55, 28. 9. 1955, Entwurf; ebd., Bl. 111 f., Änderungsvorschlag der deutschen Delegation MAE 33d/56, 8. 2. 1956.

¹⁶⁶ S. Artikel Erhards, in: „Deutsche Korrespondenz“, 21. 7. 1955, auch in: Erhard, Gedanken, S. 442–445.

¹⁶⁷ Vgl. Kap. IV.1.1; Küsters, Gründung, S. 160.

¹⁶⁸ S. AMAE, DE-CE, Bd. 612, Bl. 90–95, Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Kooperation im MAE, 1. 9. 1955.

damit nur Illusionen, aber auch Befürchtungen geweckt würden. Da das Problem offensichtlich psychologischer Natur war, verfielen die Beamten auf den Ausweg, „de créer l'impression qu'on s'engage dans la voie du marché commun“. Den „effet psychologique“ glaubte man dadurch zu erzielen, daß man der Festsetzung eines Termins für die erste Etappe zum Gemeinsamen Markt zustimmen wollte, sofern Maßnahmen zur sozialen Harmonisierung wie Angleichung der Wochenarbeitslöhne, Vergütung der Überstunden und Gleichheit der Löhne für Männer und Frauen getroffen würden¹⁶⁹.

Ohne auf die Frage des Datums einzugehen, unterstrich Pinay in diesem Sinne den Willen Frankreichs, an der Resolution von Messina festzuhalten. Da er aber den Eindruck gewonnen hatte, daß die BENELUX-Staaten sich zunehmend stärker auf den Gemeinsamen Markt konzentrierten und Fortschritte bei der sektoralen Integration von solchen bei der horizontalen abhängig zu machen wünschten¹⁷⁰, brachte er zugleich den Wunsch zum Ausdruck, das Arbeitstempo der Brüsseler Sachverständigen nicht von den Diskussionen über den Gemeinsamen Markt abhängig zu machen. Nach einer Eingabe Spaaks betonte er, daß die verschiedenen Maßnahmen zur Errichtung des Gemeinsamen Marktes „gleichzeitig“ getroffen werden müßten, die Harmonisierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik also nicht vorher durchzuführen sei. Am Ende ging man auseinander, ohne Entscheidungen über die weitere Verhandlungslinie der Brüsseler Konferenz getroffen zu haben. Die Frist für die Arbeit der Experten verlängerten die Minister bis zum 31. 10., um ihnen Zeit für die Abfassung des Abschlußberichtes zu geben, der auf einer nächsten Außenministerkonferenz Ende November vorliegen sollte. Zugleich erinnerten sie das Spaak-Komitee noch einmal daran, seine Aufgabe nicht in der Formulierung neuer Vorschläge zur wirtschaftlichen Integration, sondern der möglichst unparteiischen Prüfung der Sachfragen zu sehen¹⁷¹.

Ein wichtiger Grund für die sich anbahnende Veränderung der französischen Politik war die sich abzeichnende Verständigungspolitik zwischen den Weltmächten im Zeichen des Geistes von Genf. Im Kommuniqué der Konferenz von Nordwijk kleideten die Minister diesen Sachverhalt in die Worte, „daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Europa und in der gesamten Welt mehr denn je die Konzentration aller Bestrebungen erfordert, die geeignet sind, das begonnene Werk zum Erfolg zu führen“¹⁷². Wie die Bundesrepublik zog auch Frankreich aus den weltpolitischen Veränderungen den Schluß, die eigene Position durch die engere europäische Zusammenarbeit stärken zu müssen. Hinsichtlich des zentralen Streitpunkts des Gemeinsamen Marktes bewegte sich die französische Regierung dennoch nur millimeterweise von der Stelle. Als die französischen Vertreter in Brüssel unter der Federführung von Uri in einer Aufzeichnung die These aufstellte, daß die Harmonisierung der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik „n'est pas une des conditions préalables du marché commun“, schrillten im Quai d'Orsay die Alarm-

¹⁶⁹ Ebd., Bl. 104f., Aufzeichnung ders., 2. 9. 1955 (Konzept FV).

¹⁷⁰ S. ebd., Bl. 117f., Wormser an London etc., Tel. 11718/20 etc., 8. 9. 1955; ders. an Valéry, Aufzeichnung, 7. 9. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 437–439.

¹⁷¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 903, Bl. 130–153, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 6. 9. 1955, MAE 322d/55, 28. 9. 1955, Entwurf; ebd., Bd. 899, Bl. 159–189, Bericht des AA und BMWi über den Stand der Verhandlungen der Brüsseler Konferenz, 27. 10. 1955; Küsters, Gründung, S. 157f.

¹⁷² Kommuniqué der Konferenz der EGKS-Außenminister, 6. 9. 1955, in: Bulletin 1955, S. 1423.

glocken. Denn diese „*négation*“ der bisherigen Position schien aus politischen wie psychologischen Gründen äußerst bedenklich, drohte sie doch die Position der übrigen Delegationen zu verhärten und ihre Weigerung zur Akzeptierung einer „*harmonisation préalable à l'institution du marché commun*“ zu stärken¹⁷³.

In der Bonner Delegation wurden diese Differenzen zwischen ihren europafreundlichen französischen Kollegen und der zögernden Regierung in Paris sehr wohl gespürt und der Rücksichtnahme auf die bevorstehenden Parlamentswahlen zugeschrieben. Vor die Option gestellt, einer Konstruktion zuzustimmen, die nur „den Schein einer europäischen Lösung“ wahrte, und den Urnengang abzuwarten, schien Frankreich die entscheidenden Festlegungen notfalls erst nach den Wahlen treffen zu wollen¹⁷⁴. Sein weiteres Vorgehen gab den deutschen Befürchtungen recht. Am 12. 10. beschloß der Conseil des Ministres neue Richtlinien für Gaillard¹⁷⁵, die sowohl die europafreundlichen Kreise wie die Europagegner zufrieden stellen sollten. Die in Brüssel am 14. 10. in Form eines Memorandums präsentierten Vorstellungen sahen die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes zur Beruhigung der Skeptiker in einem Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren mit einer ersten Periode von vier Jahren sowie die Abfederung durch einen Anpassungs- und einen Investitionsfonds vor. Zugleich betonte das Dokument die Gleichzeitigkeit des Abbaus von Zöllen und Kontingenten mit der sozialen Harmonisierung, zu denen es die Angleichung der Wochenarbeitslöhne, Vergütung der Überstunden und Dauer des bezahlten Urlaubs sowie Gleichheit der Löhne für Männer und Frauen zählte. Außerdem schloß es die Einbeziehung des Agrarsektors in den Gemeinsamen Markt im Prinzip aus. Um die europafreundlichen Politiker zufriedenzustellen, stellte das Memorandum im dritten Teil supranationale Organe in Aussicht, ohne den Begriff tatsächlich zu benutzen, und schränkte die Teilnehmerzahl auf die Sechsergemeinschaft ein¹⁷⁶.

Paris war sich dabei bewußt, daß wichtige Passagen dieses Dokuments für die Partner unannehmbar waren. Andere Abschnitte würden hingegen in Frankreich auf Ablehnung stoßen, und zwar bei jenen Kräften, die ihre Hoffnungen auf die nahende Genfer Außenministerkonferenz setzten, die die „*construction artificielle et contre nature dénommée 'Petite Europe'*“ verteuflten und lautstark forderten, „*de faire machine arrière*“¹⁷⁷. Die Vorlage eines Befürworter wie Gegner der europäischen Integration gleichermaßen ins Visier nehmenden Konzepts schien der Regierung dennoch unumgänglich, weil man zu einer zentralen Zukunftsfraage Stellung beziehen mußte und die Brüsseler Verhandlungen nicht scheitern lassen durfte. Wohl wissend, jetzt von der ursprünglichen Position in der Frage des Gemeinsamen Marktes abgewichen zu sein, gedachte man diese „*concession*“ gegen Zugeständnisse der Partner in den Bereichen Atomenergie und Luftfahrt einzutauschen¹⁷⁸.

¹⁷³ AMAE, DE-CE, Bd. 612, Bl. 132–134, Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Kooperation im MAE an Kabinett des Ministers, 19. 9. 1955 (Konzept RSL).

¹⁷⁴ PA, Ref. 200, AZ 85.11/0, Bd. 1, Aufzeichnung, 29. 9. 1955.

¹⁷⁵ S. ebd., Abt. 2, Bd. 899, Bl. 5–7, von Maltzan an AA, 305a/W 1854/55, 13. 10. 1955.

¹⁷⁶ S. Memorandum der französischen Delegation, Nr. 337, 14. 10. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 660–663; Küsters, Gründung, S. 160.

¹⁷⁷ AMAE, DE-CE, Bd. 612, Bl. 161–172, „*Fin de relance*“, 31. 10. 1955.

¹⁷⁸ Aufzeichnung Valéry, 13. 10. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 658–660, hier S. 660.

Um seinen Außenministerkollegen den Abschlußbericht termingerecht vorlegen zu können, wies Spaak die Fachgremien am 3. 10. an, ihre Untersuchungen bis zum 15. des Monats abzuschließen. Als ihm die Berichte der Ausschüsse für den Gemeinsamen Markt, Verkehr und für die Klassische Energie vorlagen, sah er rasch, daß die Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der Festsetzung von Terminen für die einzelnen Etappen zum Gemeinsamen Markt, der Einbeziehung der Landwirtschaft, der Ausgestaltung von Anpassungs- und Investitionsfonds, der Zusammenarbeit auf dem Energiesektor oder bezüglich des nach der Konferenz von Nordwijk intensiv behandelten Problems des institutionellen Systems¹⁷⁹ keineswegs beseitigt waren. Am grundsätzlichen Frontverlauf hatte sich nichts geändert: Frankreich war vornehmlich an der Atomgemeinschaft interessiert, während die übrigen Fünf eher dem Gemeinsamen Markt zuneigten. Pariser Hoffnungen, zunächst einmal die eigenen Atominteressen durchzusetzen, parierten die Partner mit der Forderung paralleler Fortschritte in beiden Sektoren¹⁸⁰.

Der Ausschuß für Kernenergie hatte seine Arbeit noch gar nicht beendet, weil es zwischen der deutschen und der französischen Delegation zu einem tiefen Dissens gekommen war. Armand, der Ausschußvorsitzende, hatte Anfang Oktober eine Zwischenbilanz vorgelegt, mit der er die europafreundliche Position im Ausschuß, der er persönlich auch zuneigte, mit der Haltung der Gegner der europäischen Nukleargemeinschaft in Frankreich in Einklang zu bringen versuchte. Nach seinem Konzept sollte EURATOM außer einer gemeinsamen Isotopentrennanlage vor allem einen Alleinanspruch für die Belieferung seiner Mitglieder mit Kernbrennstoffen und Erzen besitzen, was aber auf erhebliche Bonner Vorbehalte traf¹⁸¹. Mit ihrer Kritik an einem derartigen Versorgungsmonopol trug die deutsche Delegation der Tatsache Rechnung, daß in Bonn soeben ein Atomministerium unter Franz Josef Strauß geschaffen worden war, das die „Vermeidung monopolistischer Konstruktionen für die Beschaffung und Verteilung der Kernstoffe und für die Behandlung des gewerblichen Eigentums“ forderte. Während das Bundeswirtschaftsministerium diesen Überlegungen weitgehend beipflichtete, hielt das Auswärtige Amt ein Eingehen auf die französischen Überlegungen aus gesamtpolitischen Gründen für wichtiger als ein Beharren auf die nicht zuletzt von der Industrie geteilten Bedenken. Allerdings vertrat auch Strauß, der seine Position offenbar noch nicht so definitiv festgelegt hatte wie Erhard, die Auffassung, die Wirtschaft habe sich „den großen politischen Entscheidungen unterzuordnen“¹⁸². Dies bedeutete für ihn aber keineswegs, dem Auswärtigen Amt die Federführung in der Atomfrage zu überlassen, was von Brennano, Hallstein und Ophüls wiederum dazu brachte, durch die Einschaltung amerikanischer Diplomaten Druck auf den unbotmäßigen Minister ausüben und ihn

¹⁷⁹ Vgl. Küsters, Gründung, S. 197–202.

¹⁸⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 899, Bl. 159–189, Bericht des AA und BMWi über den Stand der Verhandlungen der Brüsseler Konferenz, 27. 10. 1955; Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Kooperation im MAE, 14. 11. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 805–808; Guillen, La France et la négociation des traités de Rome, S. 516; Küsters, Gründung, S. 203.

¹⁸¹ Vgl. Eckert, Kernenergie, S. 320; Weilemann, Anfänge, S. 42–46.

¹⁸² PA, Abt. 2, Bd. 899, Bl. 101–108, Ressortbesprechung vom 2. 11. 1955, 210–225/00/12872/55, 7. 11. 1955, Streng vertraulich; s.a. AMAE, NUOI, Bd. 631, de Margerie an MAE, Tel. 4409/11, 15. 11. 1955, Réserve, Priorité.

auf ihre integrationsfreundliche Atompolitik einschwenken zu lassen¹⁸³. Und dennoch: Als Armand am 5. 11. den im großen und ganzen seine Handschrift tragenden Abschlußbericht seines Ausschusses vorlegte, hatte die deutsche Delegation ungeachtet der von Spaak und Monnet in aller Eile organisierten amerikanischen Einflußnahme keine definitive Stellungnahme abgegeben, da ihr die Zeit fehlte und in Bonn die Meinung vorherrschte, das Dokument besitze ohnehin keine Bindewirkung für die Bundesregierung¹⁸⁴.

Um trotzdem zu einem einheitlichen Gesamtbericht zu gelangen, beschloß Spaak, mit einem gestrafften Beratungsgremium unter Mißachtung seines in Messina fixierten Auftrags Lösungsvorschläge in den strittigen Fragen auszuarbeiten. Er konzentrierte die Arbeit auf die Delegationsleiter und zog zwei weitere Experten hinzu: Pierre Uri, der ihm von Monnet empfohlen worden war, und Hans von der Groeben, der die deutschen Bedenken gegen den Franzosen ausgleichen sollte¹⁸⁵. Anfang November nahm der verkleinerte Regierungsausschuß die Arbeit auf. Sein Erfolg hing nicht zuletzt von den Instruktionen ab, die aus Bonn und Paris kamen.

„Redonner une nouvelle vie à l'idée européenne“

Im Kanzleramt mußte man sich mittlerweile eingestehen, daß die Gegner der eigenen Europapolitik nicht mehr wie in den Jahren zuvor im sozialdemokratischen Lager, sondern in der Union saßen. Mit dem Eintritt in Monnets neues „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ im Oktober markierte die SPD öffentlich eine europapolitische Schwenkung und legte den Grundstein für einen außenpolitischen Grundkonsens mit der Koalition¹⁸⁶. Innerhalb der Regierung konnte von einem derartigen Einvernehmen über den Kurs der deutschen Europapolitik nicht die Rede sein. Das anhaltende Gezerre zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundeswirtschaftsministerium, in das sich auch noch die Ministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Finanzen und für Atomfragen einmischten¹⁸⁷, ließ die europafreundlichen Kreise in Bonn mobil werden. Dazu gehörte auch Ministerialdirigent Karl Carstens, der neue Leiter der Unterabteilung Zwischen- und überstaatliche Organisationen im Auswärtigen Amt.

Am 14. 12. 1914 als Sohn eines Studienrats in Bremen geboren, arbeitete Carstens nach dem Studium der Rechte und der Politischen Wissenschaften sowie dem Wehrdienst seit 1944 als Rechtsanwalt, dann als Landesanwalt beim Bremer Senat. Parallel zu seiner 1949 begonnenen Tätigkeit als Leiter der Vertretung Bre-

¹⁸³ S. Conant an Dep. of State, Tel. 1468, 4. 11. 1955, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 344–346; Eckert, Kernenergie, S. 320f. Zur Atompolitik von Strauß vgl. Fischer, Atomenergie, S. 260–282.

¹⁸⁴ S. PA, Abt. 2, Bd. 899, Bl. 101–108, Ressortbesprechung vom 2. 11. 1955, 210–225/00/12872/55, 7. 11. 1955, Streng vertraulich; ebd., Bl. 96–100, Ressortbesprechung vom 3. 11. 1955, 210–225/00/12872/55 II, 7. 11. 1955, Streng vertraulich; Bossuat, Jean Monnet, S. 322f.; Fischer, Atomenergie, S. 276; Schröder, Jean Monnet, S. 404–417; Weilemann, Anfänge, S. 46f.

¹⁸⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 899, Bl. 10f., Müller-Roschach an Hallstein, Aufzeichnung 210–225/00/11773/55, 14. 10. 1955; von der Groeben, Deutschland, S. 276; Spaak, Memoiren, S. 317; Dumoulin, Tra-vaux, S. 203–205; Küsters, Gründung, S. 204f.

¹⁸⁶ Vgl. Hrbek, SPD, S. 256f.; Paterson, SPD, S. 123–125. Zur Gründung des Aktionskomitees s. Monnet, Erinnerungen, 513–528; Duchêne, Jean Monnet, S. 284–288; Roussel, Jean Monnet, S. 689–697; Schröder, Jean Monnet, S. 410–413.

¹⁸⁷ Vgl. Küsters, Streit, S. 353–358.

mens am Sitz der Bundesregierung, seit 1952 als Bevollmächtigter der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, nahm er ab 1950 einen Lehrauftrag an der Universität zu Köln wahr. 1952 habilitierte er sich für Staats- und Völkerrecht. Obwohl er im Herbst 1954 in das Auswärtige Amt wechselte und bis August 1955 als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik beim Europarat wirkte, übte er seine Lehrtätigkeit weiter aus. Nach der Rückkehr in die Zentrale übernahm Carstens als Ministerialdirigent für drei Jahre die Unterabteilung Zwischen- und überstaatliche Organisationen und stieg Ende August 1958 als Ministerialdirektor zum Leiter der Politischen Abteilung West 1 auf. Nach der Schaffung eines zweiten Staatssekretärpostens wurde er am 28. 7. 1960 zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt. Im selben Jahr erhielt Carstens eine Professur für Staatsrecht in Köln. Anfang Mai 1961 übernahm er von Hilger van Scherpenberg die Position des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes¹⁸⁸.

Nach außen konservativ und spröde wirkend, war der nachmalige Bundespräsident in seinem Verantwortungsbereich nicht nur auf Effektivität und Pflichtbewußtsein, sondern auch auf ein gutes „Betriebsklima“ bedacht. Trotz aller Loyalität gegenüber Vorgesetzten bewahrte er sich stets sein von ausgeprägtem Selbstbewußtsein geformtes eigenständiges Urteil und eine liberale Einstellung gegenüber politisch Andersdenkenden; sie erlaubte es ihm nicht nur, das SPD-regierte Bremen beim Bund zu vertreten, sondern auch im Auswärtigen Amt „ein ausgesprochenes Vertrauensverhältnis“ zur Opposition zu pflegen¹⁸⁹. Außenpolitisch gesehen, war er wohl ein gemäßigter „Atlantiker“. Trotz aller Befürwortung der deutsch-französischen Versöhnung mißbilligte er eindeutig ein Exklusivbündnis mit Frankreich: „Wenn aber der Fall eintreten sollte, daß wir Deutschen gezwungen wären, zwischen Frankreich und den USA zu wählen, dann müßten wir uns für die USA entscheiden“¹⁹⁰.

In der Europapolitik unterstützte er klar die Linie seines Hauses. Der ständigen Querelen zwischen den beteiligten Ressorts überdrüssig, empfahl der Ministerialdirigent am 9. 11. Staatssekretär Hallstein ein persönliches Gespräch zwischen dem Kanzler und den betroffenen Ministern mit dem Ziel, „die politische Bedeutung der Brüsseler Integrationsverhandlungen darzulegen und ihnen gegenüber zu erkennen zu geben, daß die positive Beurteilung des mit den Verhandlungen erstrebten Ziels als eine Richtlinie der Politik anzusehen sei“¹⁹¹. Von einem solchen demonstrativen Schritt wollte Adenauer zu diesem Zeitpunkt offenbar noch nichts wissen. Eine schwere Lungenentzündung, die ihn von Anfang Oktober bis Ende November ans Bett fesselte¹⁹², erlaubte jetzt wohl auch kaum einen derartigen innergouvernementalen Kraftakt, obwohl auch der Kanzler das „rapide“ gesunkene Vertrauen der Welt zu Deutschland auf die Tatsache zurückführte, daß die Intransigenz einiger Ministerien in der Integrationsfrage im Ausland den Ein-

¹⁸⁸ Zu Person und Politik von Carstens s. Carstens, *Erinnerungen*; ders., *Politische Führung*.

¹⁸⁹ Ders., *Erinnerungen*, S. 218.

¹⁹⁰ Ebd., S. 262.

¹⁹¹ PA, Abt. 2, Bd. 899, Bl. 125, Carstens an Hallstein, Aufzeichnung 225-00/12977/55, 9. 11. 1955.

¹⁹² Vgl. Fischer, *Atomenergie*, S. 275 f.; Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2, S. 234.

druck hervorgerufen hatte, „die Deutschen verzögern absichtlich diese ganze Sache, um sich eine Tür zum Osten offenzuhalten“¹⁹³.

Allerdings sah er sehr wohl Handlungsbedarf. Die Enttäuschung über die ersten Kontakte zu Moskau, die national geprägte Kreise in die Versuchung zu führen drohte, direkte Verhandlungen mit dem Kreml anzustreben¹⁹⁴, die Stagnation der Wiedervereinigungspolitik sowie der Wunsch, den Westen zu beruhigen, bewogen ihn dazu, „à redonner une nouvelle vie à l'idée européenne“¹⁹⁵. Um die in Brüssel entstandenen Schwierigkeiten politisch zu lösen, bedurfte es seiner Meinung nach vor allem des Einvernehmens mit Paris. Ein Krankenbesuch Pinays, der ihn am 13. 11. in Rhöndorf aufzusuchen beabsichtigte, bot eine günstige Gelegenheit. Die Neubelebung der europäischen Idee, so betonte Hallstein wenige Tage zuvor gegenüber dem französischen Geschäftsträger zur Einstimmung der Gespräche, sei schon deshalb notwendig, um das Vakuum zu füllen, das sich nach der Genfer Außenministerkonferenz ergeben habe¹⁹⁶. Kurz darauf ließ der Staatssekretär in Paris wissen, die Brüsseler Gespräche hätten keine genügenden Fortschritte erbracht. Zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung sei es jetzt erforderlich, „se replacer résolument sur le terrain politique“. In diesem Zusammenhang regte er an, möglichst bald den Pinay-Plan eines Conseil fédéral européen als Konsultationsorgan zu studieren sowie den Gedanken einer Direktwahl zur Montanversammlung aufzunehmen¹⁹⁷.

Ohne auf diese Überlegungen näher einzugehen, unterstrich auch Adenauer gegenüber Pinay, es sei jetzt hohe Zeit, „de relancer l'idée européenne et celle-ci doit essentiellement se fonder sur la coopération franco-allemande“¹⁹⁸. Dies schien um so notwendiger, als der Ausgang des Saarreferendums am 23. 10. ganz offensichtlich „die Europäer in Frankreich entmutigt und die Antieuropäer ermutigt“ hatte¹⁹⁹. Der Bonner Vorstoß fand in Paris starke Unterstützung, nicht zuletzt aus deutschlandpolitischen Überlegungen. Noch gab es zwar in wirtschaftlichen, militärischen oder politisch-parlamentarischen Kreisen keine Anzeichen dafür, daß die Stagnation in der Wiedervereinigungsfrage in eine „politique de rechange“ umschlagen könne. Dennoch schien es zunehmend wichtiger, Deutschland fester in den Westen einzubinden und die „relance européenne“ zu forcieren²⁰⁰. Nach dem Fehlschlag von Genf mußte den Deutschen eine neue Perspektive aufgezeigt werden, und dazu bot sich vor allem die europäische Idee an. Zugegeben, die hochtrabenden Pläne eines europäischen Bundesstaates oder eines direkt gewähl-

¹⁹³ Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 32 u. 37, Wortprotokoll, 13. 12. 1955.

¹⁹⁴ S. Kap. IV.1.1; de Margerie an Pinay, Tel. 4345/48, 11. 11. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 794f.

¹⁹⁵ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 355, Bl. 138–139, ders. an MAE, Tel. 4488/96, 19. 11. 1955.

¹⁹⁶ S. ders. an Pinay, Tel. 4345/48, 11. 11. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 794f.

¹⁹⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 390, Bl. 178–179, ders. an MAE, Tel. 378/83, 12. 11. 1955, Extrême urgence.

¹⁹⁸ Unterredung zwischen Adenauer und Pinay vom 13. 11. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 485–487, hier S. 485; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 390, Bl. 183–185, de Margerie an MAE, Tel. 4371/86, 13. 11. 1955, Priorité, Réservé; Blankenhorn, Verständnis, S. 239, Tb. 13. 11. 1955.

¹⁹⁹ PA, BStS, Bd. 229, Erklärung Hallsteins in einem Informationsgespräch vom 13. 11. 1955; zum Saarreferendum s. Kap. IV.3.1.

²⁰⁰ De Margerie an Pinay, Nr. 1814, 22. 12. 1955, in: BDFD I, S. 508–514, hier S. 509 u. 513.

ten europäischen Parlaments lagen inzwischen auf Eis, aber es gab durchaus eine Reihe von Möglichkeiten, „de s'engager dans la voie de réalisations concrètes d'ordre économique“. Angesichts der in Brüssel zutage getretenen Probleme befürchtete man allerdings an der Seine, daß die wirtschaftliche Kooperation ihre Früchte nicht sofort tragen könne. Folglich schien es das beste, sich zunächst auf die bilaterale Ebene und nicht die Sechsergemeinschaft zu konzentrieren. In dem Maße, wie zweiseitige Projekte im zivilen und militärischen Flugzeugbau oder in der Kernenergie das Vertrauen in die Wirksamkeit der europäischen Idee wiederbelebten, so lautete die Philosophie, sei es auch möglich, die größeren Pläne wie den Gemeinsamen Markt oder die Atomgemeinschaft umzusetzen. Angesichts einer offenbar beginnenden Öffnung der SPD-Opposition für derartige Pläne hielt es die französische Diplomatie für entscheidend wichtig, ihre Kontakte nicht auf die Bundesregierung zu beschränken. Als Ziel visierte sie nun an, die Entwicklung in Deutschland mit vielfältigen Mitteln zu beeinflussen, „pour donner d'avantage tant à l'Allemagne qu'à la France le sentiment de la communauté de leur destin“²⁰¹. Um die deutsche Sozialdemokratie noch stärker für die Westbindung der Bonner Republik im Rahmen der europäischen Integration oder der bilateralen Zusammenarbeit zu gewinnen, operierte Paris vornehmlich mit den Argumenten, sie zerstöre mit einer Wende in ihrer Europapolitik das bisherige Monopol der Union und bremse den mit der wirtschaftlichen Stärke wachsenden Egoismus der deutschen Industrie²⁰².

Ob der deutsche und französische Wille zu wirklichen Fortschritten in der europäischen Politik tatsächlich umgesetzt werden konnte, war keineswegs sicher. Am 1. 12. mußten die Arbeiten in Brüssel unterbrochen werden, weil zwei Faktoren den Fortgang in Frage stellten: die Handlungsunfähigkeit Frankreichs nach dem Sturz der Regierung Faure am 29. 11.²⁰³ und die etappenweise Ankündigung Großbritanniens im November und Dezember, an den Gemeinschaftsprojekten nicht teilhaben zu wollen²⁰⁴, was sicherlich nicht nur in Paris als neuerlicher Beweis gehandelt wurden, „que les Anglais n'ont obéi qu'à des habitudes enracinées et à la conception qu'ils se font de leurs intérêt commerciaux“²⁰⁵. Der weitere Gang der Entwicklung hing nun vom Ausgang der Parlamentswahlen in Frankreich ab, und sie trugen nicht gerade zur Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse bei. Als große Sieger galten die Extremisten von rechts und links. Die Sozialisten gewannen zwar die Regierungsmacht, aber keine stabile Mehrheit. Nach wochenlangem Tauziehen bildete Guy Mollet Anfang Februar eine Mitte-Links-Koalition, die sich auf weniger als 200 der 595 Abgeordneten stützen konnte²⁰⁶.

²⁰¹ Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 21. 11. 1955, Confidentiel, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 836–840, hier S. 838 u. 840.

²⁰² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 390, Bl. 224–26, dies. an Jurgensen, Aufzeichnung, 12. 12. 1955.

²⁰³ Vgl. Kap. IV.1.2.

²⁰⁴ S. AMAE, DE-CE, Bd. 701, Bl. 31 f., MAE an Bonn etc., Tel., 13. 12. 1955; ebd., Bl. 33–35, Massigli an Chauvel, 13. 12. 1955; ebd., Bl. 44, Memorandum Frankreichs an Großbritannien, 22. 12. 1955; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 255–258; Spaak, Memoiren, S. 308 f.; Bullen, Great Britain, S. 333–338; Kaiser, Großbritannien, S. 63–67; Küsters, Gründung, S. 205–215.

²⁰⁵ AMAE, DE-CE, Bd. 701, Bl. 38 f., Chauvel an Massigli, 20. 12. 1955.

²⁰⁶ Vgl. Kap. IV.1.2.

Vom europäischen Blickwinkel aus betrachtet, mochte die Ernennung Mollets „die beste Lösung“ sein²⁰⁷. War es aber auch eine gute Lösung? Gewiß, hätte Staatspräsident Coty statt Mollet Mendès France zum Président du Conseil ernannt, wären erhebliche Probleme zu erwarten gewesen²⁰⁸. Mollet besaß solide europäische Überzeugungen, und sein Außenminister Pineau galt als „pro-européen“²⁰⁹, bestärkt von Coty, der den ihm sehr nahestehenden Chef des Quai d'Orsay trotz seiner ansonsten sehr zurückhaltenden Amtsführung nach dem Regierungswechsel den Auftrag gab, „de construire l'Europe à tout prix“²¹⁰. Angesichts der fortbestehenden innen- wie außenpolitischen Belastungen und einer antieuropäischen „opposition très décidée“ in der neuen Assemblée Nationale bot das Minderheitenkabinett indes keinen Grund zum Optimismus²¹¹. Zwar verteidigte es den europäischen Zusammenschluß „stärker als alle bisherigen“ Regierungen, doch entwickelte sich das Klima in Frankreich insgesamt eher europafeindlich. „Das unbehagliche Gefühl, als viel schwächerer Partner mit dem großen Titanen im Norden in eine enge Gemeinschaft zu treten und bei der wachsenden eigenen Schwäche von diesem Partner schließlich gänzlich dirigiert zu werden, nimmt ständig zu“, meldete Blankenhorn Anfang Februar aus Paris²¹². Blieb dem Président du Conseil noch genügend Spielraum, um die Stärkung der westeuropäischen Staaten, also die Zusammenfassung ihres wirtschaftlichen und politischen Potentials anzugehen? Oder zwang die innenpolitische Konstellation dazu, sich auf die Durchsetzung französischer Machtpolitik zu beschränken, ummantelt mit einem europäischen Gewande?

Es war wohl diese Perspektive, die Adenauer, nach sechswöchiger Krankheit wieder genesen, noch vor der Bildung der Regierung Mollet dazu brachte, jetzt dem Rat von Carstens zu folgen und mit einem Machtwort den Kurs der Bonner Europapolitik par ordre du mufti zu fixieren. Die enttäuschten Hoffnungen auf eine wirkliche Entspannung zwischen Ost und West nach der ergebnislosen Genfer Außenministerkonferenz im Oktober, nicht verstummende Klagen europäischer Politiker über die Verweigerungshaltung einiger Bonner Minister²¹³ und das Drängen der Amerikaner auf weitere Integrationsschritte im ökonomischen wie atompolitischen Sektor²¹⁴ beförderten diesen Beschluß zweifellos. Am 19. 1. 1956 ordnete der Kanzler in einem Schreiben an sämtliche Bundesminister an, die Resolution von Messina „entschlossen und unverfälscht durch[zu]führen“. Unter keinen Umständen, so hieß es in dem Brief weiter, dürfe die europäische Integra-

²⁰⁷ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen von Brentano und Monnet vom 9. 1. 1956.

²⁰⁸ Vgl. Diskussionsbeitrag Pineaus in: Serra (Hg.), *Rilancio*, S. 281.

²⁰⁹ Gerbet, *Construction*, S. 179.

²¹⁰ Diskussionsbeitrag Pineaus in: Serra (Hg.), *Rilancio*, S. 281; zur Beziehung zwischen Pineau und Coty vgl. de Baecque, René Coty, S. 216.

²¹¹ Gerbet, *Construction*, S. 179.

²¹² PA, BStS, Bd. 281, Blankenhorn an Hallstein, 9. 2. 1956; s.a. Blankenhorn, *Verständnis*, S. 246 f., Tb. 3. 2. 1956.

²¹³ S. PA, BStS, Bd. 229, Informationsgespräch mit Hallstein vom 15. 11. 1955; Dulles an Dep. of State, Tel. Secto 19, 17. 12. 1955, *Secret, Limit Distribution*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 369–371; Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 37, Wortprotokoll, 13. 12. 1955; Eckert, *Kernenergie*, S. 322 f.

²¹⁴ Vgl. die Dokumente in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 332–387; di Nolfo, *Stati Uniti*.

tion „durch unser Widerstreben oder unser Zögern“ scheitern. Einmal mehr klang der instrumentelle Charakter von Adenauers Europaphilosophie an: Wenn die Integration gelinge, könne die Bundesrepublik das Gewicht des einzigen Europa in die Ost-West-Verhandlungen über die europäische Sicherheit und die Wiedervereinigung Deutschlands in die Waagschale werfen²¹⁵. Des Kanzlers Richtlinie zur Europapolitik besaß zwei Adressaten: das eigene Kabinett, in dem die unbottmäßigen Minister auf Linie gebracht, und die Öffentlichkeit, die über die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise beeinflusst werden sollten²¹⁶.

Wie Adenauer so ordnete auch Mollet nun die Fortsetzung der Brüsseler Verhandlungen in Richtung auf einen Gemeinsamen Markt und eine Atomgemeinschaft an, behielt aber den von Pinay vertretenen Kurs des Ausgleichens zwischen den widerstrebenden Positionen bei. Gewiß, das MRP Schumans und Teitgens und auch die UDSR Plevens forderten vehement die Realisierung der Messina-Initiative, wobei das EURATOM-Projekt für sie weitgehend die Priorität besaß²¹⁷. Ganz anders sah es demgegenüber in den übrigen Parteien aus. Im Parti Radical bewerteten zumindest die Anhänger von Mendès France diese Politik als Gefahr für Frankreichs Wohlstand und Unabhängigkeit²¹⁸. In der SFIO war die Meinung gespalten, wohingegen die Sozialrepublikaner und Kommunisten der europäischen Einigung dezidiert ablehnend gegenüberstanden²¹⁹.

Pineau vertrat zur Messina-Resolution einen insgesamt „reserviert-skeptischen Standpunkt“, wobei er sein Hauptinteresse klar auf EURATOM ausrichtete²²⁰. Mollet, noch im Juli 1955 per Akklamation als Präsident der Beratenden Versammlung des Europarates wiedergewählt, ging der Ruf voraus, ein entschiedener Europäer zu sein. Kurz vor den Parlamentswahlen hatte er ihn noch mit seinem Beitritt zu Monnets Aktionskomitee und mit einem aufsehenerregenden Artikel in „Le Monde“ untermauert, in dem er die Wirtschaftsintegration zum Ziel der Republikanischen Front erklärte²²¹. In seiner Regierungserklärung vom 31. 1. sagte der Président du Conseil dem Brüsseler Ausschuss seine volle Unterstützung zu, doch seine diesbezüglichen Ambitionen wirkten recht einseitig zugunsten der Atompolitik ausgeprägt. Während er in der Frage der Atomgemeinschaft rasche Fortschritte zu erzielen und einen Vertrag noch vor dem Sommer zu unterzeichnen wünschte, machte er die Errichtung des Gemeinsamen Marktes von einer Reihe sozialpolitischer Maßnahmen abhängig²²².

„Zeichen des Kompromisses“: Der „Spaak-Bericht“

Mittlerweile hatten die Delegationsleiter des von der Messina-Konferenz eingesetzten Regierungskomitees ihre Arbeiten fortgesetzt und für die Zollunion bzw.

²¹⁵ Adenauer an die Bundesminister, 19. 1. 1956, in: BDFD I, S. 596–598, hier S. 597 u. 596.

²¹⁶ S. Jahn, An Adenauers Seite, S. 330.

²¹⁷ S. Bichet, *Démocratie chrétienne*, S. 317–321; Bougeard, René Pleven, S. 281; Brunet, MRP; Irving, *Christian Democracy*, S. 189–191; Latte, *Europapolitik*, S. 108–114.

²¹⁸ Vgl. O'Neill, *Radical Party*, S. 91–96.

²¹⁹ Vgl. Latte, *Europapolitik*, S. 101–108; Quilliot, S. F.I.O., S. 582–586.

²²⁰ Küsters, *Gründung*, S. 220; vgl. Pineau/Rimbaud, *Grand Pari*.

²²¹ S. Artikel Mollets, in: „Le Monde“, 28. 12. 1955; Lefebvre, Guy Mollet, S. 168.

²²² S. Regierungserklärung Mollets, 31. 1. 1956, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1956, Bd. 1, S. 135–139; in deutscher Übersetzung auszugsweise in: EA 1956, S. 8646–8650; Lefebvre, Guy Mollet, S. 269.

den Gemeinsamen Markt mit Ausnahme des Landwirtschaftsproblems relativ zügig Lösungen gefunden²²³. Weitaus problematischer verliefen die Beratungen über EURATOM, nachdem die OEEC die Schaffung eines Direktoriums für Atomenergie angeregt hatte, dem die Gegner einer Atomgemeinschaft à six in der Bundesrepublik, aber auch in Frankreich und Großbritannien zuneigten²²⁴. Monnets Aktionskomitee verabschiedete daraufhin auf der konstituierenden Sitzung Mitte Januar eine Resolution und eine Gemeinsame Erklärung, mit der der Atomgemeinschaft eine klare Priorität vor dem Gemeinsamen Markt eingeräumt wurde. Indem das Gremium die Gemeinschaft darüber hinaus auf die rein zivile Nutzung der Atomenergie beschränkte, hoffte Monnet, das Problem der Nichtdiskriminierung der Bundesrepublik lösen und die Zustimmung der Sozialdemokraten erleichtern zu können²²⁵. Rückendeckung bekam sein Ansatz nicht zuletzt von den Amerikanern, die EURATOM und den Gemeinsamen Markt unterstützten, EURATOM aber als wichtiger betrachteten, da es ihnen vornehmlich darum ging, die Entwicklung der europäischen Atompolitik zu kontrollieren und die militärische Nutzung möglichst zu verhindern. Eine europäische Atomgemeinschaft schien dazu das beste Mittel²²⁶.

Mollet schloß sich der von Monnet empfohlenen Selbstbeschränkung an²²⁷ und zog damit den Verdruß der Anhänger einer nationalen französischen Atommacht auf sich. General Billotte, der scheidende Verteidigungsminister, sprach diesen Kreisen zweifellos aus der Seele, als er die noch im Amt befindliche Regierung Faure am 24. 1. eindringlich auf die Folgen eines Nuklearwaffenverzichts hinwies: Inferiorität gegenüber den Atommächten und Aufgabe des durch die Pariser Verträge gegebenen „avantage essentiel“ gegenüber der Bundesrepublik²²⁸. Auch de Gaulle schaltete sich jetzt in die Diskussion ein und warnte vor dem Verlust nationaler Unabhängigkeit als Konsequenz einer integrierten Atomgemeinschaft. Selbst Anhänger der Europaidee wie René Pleven oder Maurice Faure äußerten Bedenken. Bedrängt von einigen seiner Minister, gab Mollet nach der Regierungsbildung schließlich nach und instruierte Gaillard, in Brüssel die alte These zu verteidigen, daß EURATOM die militärischen Ambitionen Frankreichs nicht beeinträchtigen dürfe²²⁹. Mit dieser Betonung der französischen Interessen entfachte er nun aber den Widerstand der von Strauß angeführten deutschen Atomlobby, die ohnehin wenig Interesse besaß, die deutsche Atompolitik durch EURATOM kontrollieren zu lassen²³⁰.

Vor dem Hintergrund dieser Schwierigkeiten lud Spaak die Außenminister der

²²³ S. Aufzeichnung Valéry, 2. 2. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 135–140; Küsters, Gründung, S. 232 f.

²²⁴ Vgl. Bühner, Westdeutschland, S. 360 f.; Weilemann, Anfänge, S. 64–66.

²²⁵ S. Furler an Hallstein, 30. 1. 1956, in: Wilkens (Hg.), Interessen verbinden, S. 401–409; Entschließung und Gemeinsame Erklärung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, in: Bulletin 1956, S. 155 f.; Roussel, Jean Monnet, S. 712 f.; Schröder, Jean Monnet, S. 429–431; Weilemann, Anfänge, S. 70–74.

²²⁶ Vgl. die Dokumente in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 378–417; Bossuat, Jean Monnet, S. 324–329; Eckert, Kernenergie, S. 322–325.

²²⁷ S. Regierungserklärung Mollets, 31. 1. 1956, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1956, Bd. 1, S. 135–139.

²²⁸ Billotte an Faure und Pinay, 24. 1. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 74–76, hier S. 76.

²²⁹ S. Guillen, La France et la négociation du traité d'Euratom, S. 308 f.; Wilkens, Jean Monnet, S. 125.

²³⁰ S. Conant an Dep. of State, Tel. 2715, 9. 2. 1956, Confidential, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 413–415; Eckert, Kernenergie, S. 325; Fischer, Atomenergie, S. 281 f.

EGKS Anfang Februar zu einer Konferenz nach Brüssel ein²³¹. Vier zentrale Probleme galt es zu bereinigen: die Tendenz zur Abkehr von der Atomgemeinschaft à six, die Frage der militärischen Nutzung der Atomenergie, die Regelung der Eigentumsrechte bei spaltbarem Material sowie die zeitliche Abfolge der Gründung von EURATOM und Gemeinsamen Markt. Gegenüber dem französischen Botschafter ließ der belgische Außenminister vorab den Wunsch durchblicken, beide Integrationsvorhaben später miteinander verbinden zu wollen, wohl wissend, daß der Gemeinsame Markt nur in mehreren Etappen zu schaffen sei. Die militärische Nutzung der Kernenergie wollte er im Falle der Gründung von EURATOM persönlich nicht ausschließen²³².

In der Bundesregierung konnten sich die widerstrebenden Flügel auf keine einvernehmliche Richtschnur einigen. Nach einer Kabinettsitzung hieß es am 10. 2. gegenüber der Presse, man sähe zwischen EURATOM und dem OEEC-Projekt keinen Widerspruch und wolle daher das eine realisieren, ohne das andere zu vernachlässigen²³³. Einen Tag später hieß Spaak seine Kollegen willkommen. Die in der Literatur anzutreffende These einer nun aufbrechenden Interessendifferenz zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, die sich darin manifestiert habe, daß Pineau die militärische Option für die Nuklearenergie offen gehalten, von Brentano aber nur die friedliche Nutzung reklamiert und außerdem eine gleichzeitige Verwirklichung von EURATOM und Gemeinsamen Markt verlangt habe²³⁴, läßt sich so nicht aufrechterhalten. Spaak gab zunächst einen Überblick über die bisherigen Arbeitsergebnisse seines Ausschusses zum Thema Gemeinsamer Markt. Die Delegationsleiter hatten sich inzwischen auf die Form einer Zollunion geeinigt und darauf verständigt, die erste Phase nicht als eine Versuchsetappe anzusehen, nach deren Abschluß das Gesamtwerk noch in Frage gestellt werden könne. Die Probleme der Festsetzung des Außentarifs, der Kontingente und der Marktordnungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft waren noch offen. Nachdem Spaak den Gesamtbericht für den 15. 3. in Aussicht gestellt hatte, ergriff Pineau das Wort und kündigte eine sehr genaue Prüfung nicht zuletzt durch Wirtschaftsfachleute an. Erst danach sei Frankreich in der Lage, eine endgültige Stellungnahme abzugeben. Dem Gemeinsamen Markt, so stellte er in verklausulierter Form klar, werde man erst dann zustimmen, wenn die Bedenken der öffentlichen Meinung ausgeräumt seien. Pineau billigte gemäß dem kruden Dolmetscherchinesisch des Protokolls die Auffassung Spaaks, daß die Organe „ebenso viel Autorität besitzen müßten, wie der Vertrag elastisch sei“. Er plädierte dafür, nur solche Bestimmungen aufzunehmen, die flexibel genug seien, um den sich verändernden politischen Verhältnissen angepaßt werden zu können. Von Brentano nahm die Anregung Pineaus einer Prüfung des Abschlußberichts durch Wirtschaftsexperten auf und schlug eine Tagung der Wirtschaftsminister vor. In Übereinstimmung mit Spaak vertrat er die Auffassung, daß die Institutionen echter Zuständigkeiten und einer wirklichen Autorität um so mehr bedürften, je elastischer der Vertrag

²³¹ Vgl. Küsters, Gründung, S. 235.

²³² S. Rivière an Pineau, Tel. 49/54, 6. 2. 1956, Priorité, Réserve, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 165–167.

²³³ S. Kabinettsitzung, 10. 2. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 187/191; de Margerie an dens., Tel. 474/76, 10. 2. 1956, Urgent, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 178.

²³⁴ Vgl. Küsters, Gründung, S. 235.

gehalten sei. Von der Befassung der Wirtschaftsminister wollte Pineau aber nichts wissen. Ihm schwebte zunächst die Erörterung durch die nationalen Wirtschaftsverbände vor, und zwar bevor die Regierungen ihre Richtlinien für die Abfassung des Vertrags ausgearbeitet hätten. Erst dann schien ihm die Einschaltung der Wirtschaftsminister ratsam. Spaak stellte allseitige Zustimmung zu diesen Ausführungen fest und wandte sich dann seinem Exposé über den Stand der Arbeiten zu EURATOM zu. Eine völlige Entsagung bei der nicht-zivilen Nutzung der Kernenergie hielt er für politisch unklug. Notwendig schien ihm aber der Verzicht auf jede einseitige militärische Verwendung. Zur Frage der Verbindung zwischen EURATOM und Gemeinsamen Markt hielt er eine Stellungnahme der Regierungen zum gegebenen Zeitpunkt für notwendig. Wieder war es Pineau, der sich zuerst meldete. Er betonte den Wunsch nach einem raschen Abschluß des Vertrages über EURATOM, möglichst noch vor dem Sommer. Ziel der Atomgemeinschaft müßten die Entwicklung der Nuklearindustrie durch die Zusammenlegung von Kenntnissen, Rohstoffen und Spezialausrüstungen sowie der Aufbau eines Kontrollsystems sein, damit der heimliche Einsatz der Atomenergie zu militärischen Zwecken ausgeschlossen werde. Ihm schwebte ein gemeinsamer Markt des spaltbaren Materials und der Spezialausrüstungen ohne mengenmäßige Beschränkungen, Zölle oder Ausfuhrkontrollen vor. Zum heiklen Problem der Eigentumsrechte bemerkte er, daß die verarbeitende Industrie verstaatlicht oder privat sein könne. Die Frage nach der militärischen Nutzung der EURATOM wollte Pineau von der zukünftigen Entwicklung in der Abrüstungsproblematik abhängig machen. Von Brentano blieb nichts anderes übrig, als zu laviieren. Die Haltung der Bundesregierung sei noch nicht definitiv fest, meinte er kleinlaut. Über die militärische Nutzung verlor er kein Wort. Die Frage des Eigentums betrachtete er als völlig theoretisch. Die Monopolstellung der EURATOM beim Ein- und Verkauf von spaltbarem Material hielt er bei ausreichender Kontrolle für entbehrlich. Hinsichtlich der Verbindung zwischen EURATOM und Gemeinsamen Markt ließ er erkennen, daß ihm das von Frankreich bevorzugte ‚Europa der zwei Geschwindigkeiten‘ nicht behagte. Er bevorzugte statt dessen eine gleichzeitige Vereinbarung über beide Projekte. Angesichts der von ihm sehr wohl konzeditierten besonderen Schwierigkeiten in bezug auf die Entscheidung über den Gemeinsamen Markt gab er sich mit der Formel zufrieden, daß der Beschluß über EURATOM fallen dürfe, wenn eine grundsätzliche Einigung über den Gemeinsamen Markt getroffen und ein fester Wille erkennbar sei, es nicht bei einer zweiten Teilintegration zu belassen. Wenn auf dem Wege von EURATOM weiter gegangen werde, müsse die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes in absehbarer Zeit sichergestellt sein. Dies reichte den Vertretern Italiens und der Niederlande aber nicht aus. Martino und Beyen forderten ein klares Junktim beider Projekte. Spaak faßte die Diskussion schließlich ohne Widerspruch der Kollegen dahin zusammen, daß die Frage der militärischen Nutzung der Kernenergie nicht prinzipiell ausgeschlossen werde, das Problem Vermietung oder Verpachtung des spaltbaren Materials nicht ausschlaggebend sei und der Regierungsausschuß seine Arbeit fortsetzen könne. Hinsichtlich der Konkurrenz zwischen EURATOM und dem OEEC-Plan waren die Minister allgemein der Auffassung, eine gemeinsame Position gegenüber der OEEC formulieren und die engere Form der Zusammenarbeit bei EURATOM

fortsetzen zu müssen. Sie kamen schließlich überein, unmittelbar nach der Abgabe des Abschlußberichtes durch Spaak erneut zusammenzukommen²³⁵.

Die tiefe Kluft zwischen den unterschiedlichen europapolitischen Zielsetzungen, wie sie die Brüsseler Außenministerkonferenz erneut manifestiert hatte, zeigte sich auch in der nun wieder aufgenommenen Arbeit des Spaak-Komitees. Die Diskussionen verliefen „plus que véhéments“ und brachten kaum Fortschritte²³⁶. Am 8. 3. schickte Spaak von der Groeben und Uri mit seinem Mitarbeiter Hupperts nach Südfrankreich, damit sie abseits des Brüsseler Trubels den Abschlußbericht redigierten. Um sich den notwendigen Freiraum zu verschaffen, versicherte er kurz darauf, mit dem Rapport allenfalls Empfehlungen an die Regierungen aussprechen zu wollen²³⁷.

Die bei der Abfassung auftretenden Schwierigkeiten ließen es indes nicht zu, das Dokument wie geplant Mitte März fertigzustellen. Erst Anfang April legten von der Groeben, Uri und Hupperts einen Entwurf vor, der nach redaktionellen Überarbeitungen am 20. 4. vom Lenkungsausschuß angenommen wurde²³⁸. Einen Tag später präsentierte Spaak das Schriftstück der Presse. Man sah dem Text an, daß er lediglich den kleinsten gemeinsamen Nenner unterschiedlicher wirtschafts- und integrationspolitischer Vorstellungen darstellte: schrittweise Schaffung eines Gemeinsamen Marktes innerhalb von zwölf Jahren in der Form einer vollständigen Zollunion; Abbau der Binnenzölle in drei Etappen à vier Jahren; Festlegung des Außenzolls auf der Basis des arithmetischen Mittels der bestehenden Tarife; Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen bei den Importen aus Mitgliedsländern im Rhythmus der Senkung der Binnenzölle; Ausdehnung der Liberalisierung auf die Landwirtschaft mit Übergangs- und Schutzmaßnahmen mittels Anpassungs- und Investitionsfonds; Schaffung einer Atombehörde mit gemeinsamer Forschungs- und Investitionspolitik und Versorgung der Industrie mit Erzen und Kernbrennstoffen²³⁹.

Nach monatelangen gedanklichen Vorbereitungen, Vorbesprechungen und Verhandlungen lag damit ein konkretes Projekt zur Fortsetzung der zwei Jahre zuvor gestoppten europäischen Einigung vor. Der Spaak-Bericht trug freilich in all seinen Teilen „Zeichen des Kompromisses“²⁴⁰, deren Tragfähigkeit noch keineswegs erwiesen war. Denn es schien weder der Streit zwischen Institutionalistern und Funktionalisten, Befürwortern der vertikalen und der horizontalen, der sektoralen bzw. gesamtwirtschaftlichen Integration ausgestanden noch geklärt, ob sich die Verfechter der Integration gegenüber den Anhängern der Kooperation souveräner Nationalstaaten würden durchsetzen können.

²³⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 904, Bl. 82–136, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 11./12. 2. 1956, MAE 61d/56, 28. 2. 1955, Entwurf; Valéry an Pineau, Aufzeichnung, 15. 2. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 207–210; AMAE, DE-CE, Bd. 613, Bl. 27–31, Zirkularaufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Kooperation im MAE, 17. 2. 1956; Dumoulin, Travaux, S. 207 f.; Pineau/Rimbaud, Grand Pari, S. 200 f.; Weilemann, Anfänge, S. 78–80.

²³⁶ Pineau/Rimbaud, Grand Pari, S. 202; s.a. Dumoulin, Travaux, S. 209.

²³⁷ S. Bulletin 1956, S. 515; Dumoulin, Travaux, S. 209.

²³⁸ S. von der Groeben, Deutschland, S. 276–278; Küsters, Gründung, S. 237–239; AdG 1956, S. 5764H.

²³⁹ S. Spaak-Bericht, 21. 4. 1956, in: Schwarz (Hg.), Aufbau, S. 277–334; Aufzeichnung Valéry, 25. 4. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 645–654; Küsters, Gründung, S. 239–251; Weilemann, Anfänge, S. 81–86.

²⁴⁰ Loth, Weg, S. 121.

IV.2.2. Die Regierungsverhandlungen über EWG und EURATOM 1956/57

„Aufstellung eines starren Junktims würde bedeuten, daß weder Gemeinsamer Markt noch EURATOM zustande kämen“

Fiel die Resonanz auf den Spaak-Bericht in den BENELUX-Staaten weitgehend positiv aus¹, so stieß er in der Bundesrepublik und in Frankreich auf erhebliche Widerstände. Am 22. 3. stimmte der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von Christ- und Sozialdemokraten der Fortsetzung der europäischen Verständigung zu, ohne sich aber eindeutig für die Integration auszusprechen. Die FDP, die nach der Abspaltung des Ministerflügels einen klaren innerparteilichen Rutsch nach rechts vollzogen hatte und mehr denn je die Wiedervereinigung als die dringlichste Aufgabe der Nation begriff, sperrte sich vehement. Sie fand prominente Fürsprecher im Kabinett, in dem die Minister für Atomfragen, Landwirtschaft und Wirtschaft mit ihren Zweifeln nicht hinter dem Berg hielten². Erhard verweigerte Adenauers „Integrationsbefehl“, wie er dessen Richtlinie vom Januar titulierte, offen den Gehorsam und verurteilte energisch die vom Kanzler akzeptierten „Teillösungen [...]“, die im Effekt nicht zu einer echten Integration, sondern nur zu einer Aufsplitterung und Zerfransung der Volkswirtschaften führen³. Abermals trat das unterschiedliche Politikverständnis beider Protagonisten scharf zu Tage: hier der nüchterne, kontinentaleuropäisch orientierte Kanzler, dort der den Lehren seines Mentors Oppenheimer und der englischen Nationalökonom Smith, Cobden und Bright verpflichtete Wirtschaftsminister⁴.

Französischen Betrachtern drängte sich angesichts der innerdeutschen Dispute wieder einmal der Eindruck auf, als stiege mit der wachsenden Wirtschaftskraft der Bundesrepublik die Zahl jener Politiker unaufhaltsam an, die sich von der europäischen Idee entfernten. „Le temps en Allemagne travaille au profit de l'égoïsme national.“⁴ Daß Krieg, Niederlage und Isolierung der Nachkriegszeit im kollektiven Bewußtsein der Bundesbürger mehr und mehr zurücktraten, wurde nicht nur an der Seine, sondern auch am Rhein erkannt – und mit Besorgnis verfolgt. Um das allenthalben spürbare Mißtrauen der Nachbarn nicht weiter zu reizen, galt die Fortsetzung der Europapolitik im Auswärtigen Amt als unerlässlich, selbst wenn sie von der Bundesrepublik Opfer verlangte⁵. Zweifellos sah Adenauer dies genauso. Wenn Erhard die Europapolitik wirtschaftspolitischen Erwägungen unterordnete, lag das nach Meinung des Kanzlers völlig „neben der Sache“. Für ihn bedeutete sie nämlich „das notwendige Sprungbrett“, „um überhaupt wieder in die Außenpolitik zu kommen“, ein Mittel, um die Deutschen vor einem Rückfall

¹ Vgl. Griffiths/Asbeek Brusse, Dutch Cabinet; Küsters, Gründung, S. 252 f.; Trausch, Luxembourg; Weilemann, Anfänge, S. 88–91.

² S. Bundestagsdebatte, 22. 3. 1956, in: BT, Sten. Ber., Bd. 28, S. 7071–7115; de Margerie an Pineau, Tel. 1074/84, 23. 3. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 478–480; zur Haltung der FDP vgl. Jeutter, EWG, S. 131; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 215–256.

³ L-E-A, NL Erhard, I.1) 4, Erhard an Adenauer, 11. 4. 1956, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 138; s.a. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 251 f.; Laitenberger, Ludwig Erhard, S. 133 f.; Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer“, S. 89.

⁴ De Margerie an Pineau, Tel. 1074/84, 23. 3. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 480.

⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 852, Bl. 341–344, von Puttkamer an Grewe, Aufzeichnung, 29. 3. 1956, Streng vertraulich.

in nationalistische Verfehlungen zu schützen⁶. Während der Wirtschaftsminister jetzt dafür plädierte, die deutsche Außenpolitik transatlantisch, d.h. auf die USA und Großbritannien auszurichten⁷, dachte der Kanzler eher europäisch und hielt Frankreich für den Angelpunkt. Die Alte Welt schien den vor ihr stehenden Aufgaben in nationalstaatlicher Verfaßtheit nicht mehr gewachsen. Sie mußte sich einigen, um am Tisch der Großen mitreden zu können. Die europäische Integration, die, wie Hallstein es formulierte, schon aus „rein nationalpolitisch[er]“ Betrachtungsweise der Bundesrepublik „eine Entlastung von historischer Bedeutung“ bringen würde, konnte aber nur gelingen, wenn sich Bonn und Paris einig waren. Die letzten Wahlen hatte die außenpolitische Stellung Frankreichs durch die Stärkung der extremen Flügel aber in einer „gefährlichen Weise verschlechtert“ und die „latente Gefahr der Bildung einer Volksfrontregierung“ verschärft. Mochten Mollet und Pineau auch sichere Anhänger des Westens sein, mochte sich die deutsch-französische Zusammenarbeit in den europäischen Fragen jetzt „so gut wie noch nie“ entwickeln, so war doch klar, daß die Pariser Regierung der innenpolitischen Stimmungslage nicht nur in ihrer Ost-, sondern auch der Europapolitik Rechnung zu tragen hatte⁸. Kommunisten, Gaullisten, die Hälfte der Sozialisten, ein Teil der Radikalsozialisten und der Konservativen lehnten jede europäische supranationale Organisation ab. Die Fortsetzung der Integration à six auf dem Atomsektor befürwortete offenbar nur noch das MRP. Einen Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie zu militärischen Zwecken akzeptierten wohl lediglich die Kommunisten und ein Teil der Sozialisten, die die Abrüstung in den Mittelpunkt ihres Programms stellten⁹. Bei Militärkreisen und der Atomlobby stieß EURATOM auf scharfen Widerstand: „ni possible, ni souhaitable“, lautete ihr Motto, weil sie sich aus der Atomkooperation mit den Angelsachsen mehr Erfolg versprochen und den Aufstieg der Bundesrepublik als Atommacht verhindern wollten¹⁰. Auch in der Regierung saßen Gegner der Atomgemeinschaft wie Wirtschafts- und Finanzminister Ramadier oder Staatsminister Chaban-Delmas; die Ministerialbürokratie der technischen Ressorts stand ihr beinahe einhellig ablehnend gegenüber¹¹. Einige Kritiker verurteilten das Projekt als Revanche der EVG-Anhänger, andere wollten sich nicht mit einer Selbstbeschränkung auf den rein zivilen Bereich zufriedengeben¹².

Gegen den von der Sowjetunion noch geschürten starken innerfranzösischen Widerstand hielt die Regierung aus politischen, wirtschaftlichen wie finanziellen Gründen an EURATOM fest, wobei sich jetzt positiv auszuwirken begann, daß mit Robert Marjolin, Emile Noël und Jacques Donnedieu de Vabres drei überzeugte Anhänger der europäischen Integration in Schlüsselpositionen der Admi-

⁶ Adenauer an Erhard, 13. 4. 1956, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 184–189, hier S. 189; s.a. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 252–254.

⁷ S. L-E-A, NL Erhard, I.1) 4, Erhard an Adenauer, 11. 4. 1956.

⁸ PA, BStS, Bd. 340, Erklärung Hallsteins auf der Konferenz der deutschen Missionschefs, 3. 4. 1956.

⁹ S. ebd., Ref. 200, AZ 85.11/0, Bd. 2, Jansen an AA, 233–00 I 2024/56, 20. 4. 1956; ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 48, Bericht Schwarz-Liebermanns, 22. 5. 1956; Brunet, MRP, S. 242 f.

¹⁰ AMAE, PA-AP, Papiers Schuman, Bd. 2, Bl. 169 f., Aufzeichnung, 23. 3. 1956.

¹¹ Vgl. Guillen, L'Europe, S. 328 f.

¹² S. Aufzeichnung des MAE, um den 8. 4. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 550–557.

nistration aufrückten und die weitgehend negative Einstellung der Beamtenschaft zu verändern begannen¹³. Aus Sicht der Befürworter zählte vor allem die Perspektive, daß der Kernenergie die Zukunft gehörte, die notwendigen Forschungen und Industrieanlagen aber für einen Staat allein kaum zu finanzieren seien. Eine europäische Atomgemeinschaft könnte die Ressourcen zusammenlegen, hätte größere Chancen, das amerikanische Know-how anzuziehen und die belgischen Uranvorkommen auszubeuten. Schließlich besäße sie den Vorteil einer Kontrolle der deutschen Nuklearindustrie, die ihren Rückstand gegenüber Frankreich rasch aufholte. Den in- und ausländischen Kritikern hielt man daher vor Augen, daß die feste Einbindung Westdeutschlands dazu diene, „de canaliser la puissance allemande et de la détourner de la poursuite de desseins qui lui soient propres pour ne l'utiliser qu'à la construction d'une Europe prospère et pacifique“¹⁴. Während ihres völlig mißglückten Arbeitsbesuches in Moskau stilisierte die Pariser Führung EURATOM zu einem sicheren Kontrollinstrument, um die Deutschen davon abzuhalten, „à fabriquer la bombe“¹⁵. Um der innenpolitischen Fronde entgegenzukommen, bestand die Regierung allerdings darauf, allen Mitgliedern von EURATOM außer der Bundesrepublik die Möglichkeit einer militärischen Nutzung der Kernenergie offenzuhalten.

Den von den Partnern geforderten Parallelismus zwischen EURATOM und Gemeinsamen Markt lehnte Paris aber zunehmend entschiedener ab¹⁶; ja, der Gemeinsame Markt selbst stieß auf wachsende Vorbehalte, da eingehende Untersuchungen über dessen Folgen in wichtigen Wirtschaftsbereichen eine hoffnungslose Unterlegenheit gegenüber der deutschen Konkurrenz erwarten ließen. Das von Frankreich geforderte schrittweise Vorgehen mit neuen Prüfungen vor dem Übergang in eine neue Integrationsphase war mehrheitlich zugunsten eines Automatismus verworfen worden. Selbst bei einer Harmonisierung der Soziallasten, *Conditio sine qua non* einer französischen Zusage, glaubte man in einigen Sektoren zur Handelsliberalisierung zusätzliche Kompensationssteuern fordern zu müssen. Für die Mehrheit der Wirtschaftsbereiche galten Ausschlussklauseln als unabdingbar. Und dennoch: Trotz der in einigen Sektoren zu erwartenden günstigen Konsequenzen der Liberalisierung war doch evident, „qu'en revanche, un marché commun de toutes les industries, réalisés dans un délai de 10 années, provoquerait, même avec clauses de sauvegarde, une révolution véritable de l'équilibre économique et social français, avec chutes brutales d'activités dans certains secteurs ou régions, et risques graves de chômage“¹⁷.

¹³ Marjolin arbeitete im Kabinett Pineaus, Noël war Kabinettschef Mollets und Donnedieu de Vabres leitete das Interministerielle Koordinierungskomitee zur Fixierung des französischen Standpunkts zum Spaak-Bericht (Küsters, Gründung, S. 254 f.; Marjolin, Leidenschaft, S. 320).

¹⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 241, Bl. 132–136, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 4. 5. 1956 (Konzept FM).

¹⁵ Unterredung zwischen Mollet, Pineau, Bulganin und Chruschtschow vom 17. 5. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 799–806, hier S. 801; vgl. Kap. IV.1.2.

¹⁶ S. AMAE, DE-CE, Bd. 613, Bl. 44–46, Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Kooperation im MAE, 27. 2. 1956; Aufzeichnung des MAE, um den 8. 4. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 550–557; Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Kooperation im MAE, 17. 4. 1956 (Konzept FG), in: ebd., S. 610–613.

¹⁷ Dies. an Kabinett des Staatssekretärs Faure, Aufzeichnung, 26. 3. 1956, in: BDFD II, S. 773–779,

Neben diesen genuin wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten sah Paris noch ein eminent politisches Problem am Horizont. Die Schaffung des Gemeinsamen Marktes implizierte, ob man wollte oder nicht, à la longue eine gemeinsame Außen- und eine Annäherung der Innenpolitik. War diese Entwicklung aber, so fragte man sich, ohne Schaffung einer gemeinsamen politischen Autorität denkbar¹⁸? Erschwerend hinzu kam schließlich die inkompatibel wirkende Verbindung einer Zoll- und Wirtschaftsunion mit dem Markt zwischen Frankreich und der Union française. Die im Fluß befindlichen Unabhängigkeitsverhandlungen mit Marokko und Tunesien ließen es aus Sicht des Quai d'Orsay sogar geraten erscheinen, eine Entscheidung über die Realisierung des Gemeinsamen Marktes bis zur Fixierung des politischen und wirtschaftlichen Status der Union française aufzuschieben. Ohne Zweifel würden die Proteste der Partner scharf ausfallen, das Ministerium glaubte sich ihrer aber erwehren zu können und war sich sicher, daß die Fünf keinen Alleingang wagten¹⁹. Gaston Defferre, Ministre de la France d'outre-mer, forderte Mollet geradezu auf, die Integration der Überseegebiete zu einem „préalable“ für die Unterzeichnung des Vertrags über den Gemeinsamen Markt zu machen²⁰. Von Pineau verlangte er darüber hinaus, man dürfe diese Gebiete nicht nur ausbeuten, sondern müsse ihnen den Nutzen ihrer Bodenschätze für EURATOM in Form von Industrialisierung entgelten²¹.

Anfang Mai machte Christian de Mergerie, der kluge französische Geschäftsträger in Bonn, seine Regierung auf ein in wirtschaftlichen und politischen Kreisen plötzlich gestiegenes Interesse an einem möglichst bald gegründeten Gemeinsamen Markt aufmerksam. Für die Industrie sah er den Grund hauptsächlich in der Erkenntnis, daß die exportorientierte Bundesrepublik den Markt dringend benötige, um weiterhin expandieren zu können. Demgegenüber galt den Politikern die wirtschaftliche Integration Europas vor allem als Schutz gegen etwaige Versuchungen in Richtung Osten, nicht nur nationalistischer, sondern eben auch industrieller Kreise, ihre Expansionsmöglichkeiten im Osten zu suchen²². Wenige Tage später vereinbarten die Außenminister der Sechsergemeinschaft, Ende Mai in Venedig eine präzise Stellungnahme über den Spaak-Bericht abzugeben. Spaak selbst wünschte eine „Einigung auf der Generallinie“, die dann als Basis für die anschließende redaktionelle Arbeit an den Verträgen dienen sollte. Hallstein hingegen betrachtete es als ausgeschlossen, bereits jetzt Lösungen für die in die Verträge aufzunehmenden Einzelprobleme finden zu können, da bis dahin kein fester Beschluß des Bundeskabinetts zu erzielen sei. Als der französische Staatssekretär Faure daraufhin eine „conception générale commune“ einforderte, konterte sein deutscher Kollege mit der Frage nach der Definition der Grundprinzipien. Schließlich willigte er aber in die Formulierung Spaaks ein, in Venedig solle festgestellt werden, ob die geleistete Vorarbeit ausreiche, um in die nächste Etappe der

hier S. 779; s.a. AMAE, DE-CE, Bd. 613, Bl. 89–98, Aufzeichnung ders., 14. 4. 1956 (Konzept FG).

¹⁸ S. Aufzeichnung Gutmann, 21. 4. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 636–640.

¹⁹ S. Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Kooperation im MAE, 17. 4. 1956 (Konzept FG), in: ebd., S. 610–613.

²⁰ Guillen, L'Europe, S. 324.

²¹ S. Defferre an Pineau, Nr. 453 HG/GW, 15. 5. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 760–763.

²² S. Joxe an dens., Nr. 606, 3. 5. 1956, in: BDFD II, S. 788 f.

Verhandlungen einzutreten. Dem stimmte zwar auch Faure zu, meldete aber den Vorbehalt an, daß das ganze Vorhaben bis zum Abschluß der Vertragskonferenz offengehalten werden müsse²³.

Damit waren die Regierungen gezwungen, Farbe zu bekennen. Die Bundesregierung entledigte sich dieser Aufgabe drei Tage später und stimmte in Übereinstimmung mit einer Kabinettsvorlage von Brentanos gegen den Widerstand von Erhard und Strauß der Grundkonzeption des Sachverständigenberichts zu. Im einzelnen billigte sie: die etappenweise Errichtung einer Zollunion mit unwiderruflich festgelegtem Endzeitpunkt; Vereinbarungen über die Verhinderung wettbewerbsverfälschender Eingriffe der Staaten sowie die Berichtigung vorhandener Wettbewerbsverzerrungen und die Verpflichtungen für eine gemeinsame Wirtschafts-, Währungs-, Konjunktur- und Handelspolitik; Schaffung eines Anpassungs- und eines Investitionsfonds; Bildung einer Atomgemeinschaft. Von Brentano erhielt den Auftrag, auf dieser Grundlage in Venedig in die Eröffnung einheitlicher Vertragsverhandlungen unter der Maßgabe einzutreten, die Thesen als ein Ganzes zu betrachten, das nur gemeinsam verwirklicht werden könne. Die Möglichkeit zur Vorlage von Ergänzungs- und Abänderungsvorschlägen blieb davon ausdrücklich unberührt²⁴.

Da er sich mit seinen Bedenken gegen die Aufnahme von Regierungsverhandlungen weder in der Kabinettsitzung vom 9. 5. noch in einer interministeriellen Ressortbesprechung der Staatssekretäre am 18. 5. durchzusetzen vermochte, wandte sich Erhard unmittelbar vor der Konferenz am Lido noch einmal direkt an von Brentano und warnte massiv vor einem sich „autark und protektionistisch“ von der übrigen Welt abschließenden Gemeinsamen Markt. Eindringlich ermahnte er den Außenminister, für die Verwirklichung einer „*liberale[n] Zoll- und Handelspolitik*“ und „*freiheitliche[n] wirtschaftspolitische[n] Konzeption*“ zu streiten, ohne aber – wie im übrigen auch BDI-Präsident Berg – die Vertragsverhandlungen selbst noch in Frage zu stellen²⁵.

Genau dies schien in Paris keineswegs so sicher zu sein. Ein interministerielles Treffen im Matignon endete am 11. 5. mit dem Beschluß, zunächst nur eine Übereinkunft über die erste Phase des Gemeinsamen Marktes anzustreben und im Lichte der dann gesammelten Erfahrungen eine neue Regierungskonferenz einzuberufen²⁶. Namentlich Erhards in der Skepsis kongenialer Kollege Ramadier machte sich für diese Forderung stark. Vehement wetterte er gegen die der traditionellen französischen Planwirtschaft diametral entgegenstehende Liberalisierung des Wirtschaftssystems, ohne einem übersteigerten Protektionismus das Wort reden zu wollen. Bevor man das Experiment Gemeinsamer Markt eingehe,

²³ PA, Abt. 2, Bd. 905, Bl. 106–112, Sitzung der EGKS-Außenminister vom 6. 5. 1956, 215–225–20–15/5579/56, 9. 5. 1956, Reinkonzept.

²⁴ S. Kabinettsitzung, 9. 5. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 349f.; PA, Abt. 2, Bd. 906, Bl. 61, Beschluß des Bundeskabinetts, 9. 5. 1956; ebd., Bd. 909, Bl. 4–12, Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes 210–225–20–15/5246/56, 7. 5. 1956; Küsters, Gründung, S. 258 f.; Weilemann, Anfänge, S. 94 f.

²⁵ Erhard an von Brentano, Gesch.Nr. IA/IIID -1532/56, 26. 5. 1956, in: BDFD I, S. 598–601, hier S. 599 u. 598; s.a. PA, Abt. 2, Bd. 905, Bl. 170, Erhard an Hallstein, Gesch.Nr. IA/IIID -1532/56, 26. 5. 1956; Küsters, Gründung, S. 260.

²⁶ S. AMAE, DE-CE, Bd. 613, Bl. 151–154, Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Kooperation im MAE, 12. 5. 1956 (Konzept FG).

so lautete sein Ratschlag an die Regierung, müsse man von den Partnern Zusicherungen und Abänderungen des Vertragsentwurfs erzielen. Und selbst dann war es seines Erachtens noch erforderlich, nach der ersten Phase auf der Basis der erworbenen Erkenntnisse zu entscheiden, ob man den Weg weiterzugehen bereit sei. Ramadier forderte mithin für Frankreich die Möglichkeit einer Vertragsrevision, ja sogar eines vollständigen Rückzugs aus dem Gemeinsamen Markt²⁷.

Starke Kräfte bestanden in Frankreich also darauf, nur den zweiten Teil des Spaak-Berichts zu akzeptieren und das Kapitel über den Gemeinsamen Markt zur nochmaligen Überprüfung an die Sachverständigen zurückzugeben. Nach mehreren Sitzungen des Conseil des Ministres und des Conseil Interministeriel verständigte sich die Regierung aber ungeachtet aller Bedenken immerhin darauf, der Einberufung einer Regierungskonferenz zur Ausarbeitung der Verträge unter der Bedingung zuzustimmen, daß die Überseegebiete in den Gemeinsamen Markt einbezogen würden. Unklar war aber noch die Frage, ob man eine einheitliche Konferenz oder zwei Parallelveranstaltungen verlangen sollte²⁸. Und es bedurfte offenbar des äußeren Drucks, damit Mollet sich in den letzten Maitagen mit der Auffassung durchsetzen konnte, den ersten Weg mit dem Ziel der gleichzeitigen Ausarbeitung von Vertragstexten zu akzeptieren²⁹. Einerseits wies Spaak die Pariser Regierung in einer Note auf die zu erwartende geschlossene Haltung der übrigen Fünf in dieser Frage hin³⁰. Andererseits schalteten sich jetzt erstmals die Amerikaner in die europäische Diskussion ein.

Wiederholt hatten sie in den letzten Wochen ihr starkes Interesse an der Wiederbelebung der europäischen Integration, insbesondere aber an der Atomgemeinschaft bekundet, in denen die USA ein wirksames Mittel zur Beilegung der deutsch-französischen Rivalität und zum Aufbau einer starken europäischen Gemeinschaft sahen³¹. Als Strauß Mitte Mai in Washington weitreichende, mit den Brüsseler EURATOM-Grundsätzen keineswegs übereinstimmende Nuklearambitionen anmeldete, stieß er bei Dulles auf massiven Widerspruch. Straußens Überlegungen führten aus seiner Sicht zu einer „multiplicity of uncontrolled national atomic developments“ und damit letztlich zu einer Vervielfältigung von Atomwaffenprogrammen. Dies ließ sich aber mit der amerikanischen Absicht zur Kontrolle der europäischen Kernwaffenaspirationen nicht in Einklang bringen³². Dulles sprach sich zwar gegen „diktatorischen Druck“ auf die europäischen Verhandlungen aus, machte Strauß aber eindeutig klar, er werde nicht desinteressiert beiseite stehen. Seine europapolitische Priorität lag eindeutig bei EURATOM, nicht beim Gemeinsamen Markt, und zwar vor allem aus Rücksicht auf die Briten.

²⁷ S. Aufzeichnung Ramadier, 2. 5. 1956, in: BDFD II, S. 785–787; Aufzeichnung dess., 24. 5. 1956, in: Bossuat, D'Alger, S. 178–183; Fonville-Vojtovic, Paul Ramadier, S. 465 f.

²⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 905, Bl. 98 f., Müller-Roschach an Hallstein, Aufzeichnung 210–225–10–05/357/56, 25. 5. 1956; Guillen, L'Europe, S. 324.

²⁹ S. PA, Abt. 2, Bd. 905, Bl. 275–281, Müller-Roschach an Hallstein, Aufzeichnung 210–225–10–05/434/56, 31. 5. 1956; Marjolin, Leidenschaft, S. 321.

³⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 906, Bl. 58–60, Grewe an Ankara etc., 210–225–10–05/536/56, 22. 6. 1956, Vertraulich, Konzept.

³¹ S. Dulles an Bonn etc., Tel. 2797, 30. 3. 1956, Confidential, Limit Distribution, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 420 f.

³² Unterredung zwischen dems. und Strauß vom 14. 5. 1956, Confidential, in: ebd., S. 438–441, hier S. 441.

Aus Gesprächen mit Eden wußte er nämlich, wie „absolut feindlich“ Großbritannien diesem Projekt gegenüberstand. Die Atomgemeinschaft aber gedachte Whitehall durchaus zu tolerieren. Als Strauß ihm nun den deutschen Wunsch nach einer Verbindung zwischen beiden Projekten darlegte, warnte Dulles ihn ausdrücklich davor, EURATOM durch ein Junktim aufs Spiel zu setzen³³. In einem vertraulichen Aide-mémoire an die Adresse der Sechser-Gemeinschaft brachten die USA kurz darauf in recht undiplomatischer Schärfe zum Ausdruck, daß eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den Europäern nur auf der Basis dreier Prinzipien möglich sei: Die Atomgemeinschaft müsse die notwendigen Kompetenzen für eine effektive Kontrolle gegen nuklearen Mißbrauch besitzen, die volle Gewalt über die Kernmaterialien ausüben und ein amerikanisches Verkaufsmonopol anerkennen³⁴.

Natürlich lieferte die Position der Amerikaner reichlich Wasser auf die Mühlen der Franzosen, die sich prompt bemüßigt fühlten, die Deutschen vor einer „starren Haltung“ hinsichtlich der beiden Komplexe des Spaak-Berichts zu warnen. Weder die französische Industrie noch die Assemblée Nationale seien für den Gemeinsamen Markt, hieß es im Quai d'Orsay. Daher sei die Regierung gezwungen, auf der Konferenz in Venedig sehr vorsichtig und taktisch zu agieren. „Aufstellung eines starren Junktims würde bedeuten, daß weder Gemeinsamer Markt noch Euratom zustande kämen.“³⁵

Die Tagung der sechs Außenminister am 29./30. 5., für die der italienische Gastgeber Martino die Fondazione Cini auf der kleinen Insel San Giorgio-Maggiore vor Venedig ausgesucht hatte, wurde in den westeuropäischen Kapitalen mit Spannung erwartet. Die Bedenken der Deutschen gegen EURATOM und Frankreichs Vorbehalte gegen den Gemeinsamen Markt ließen es keineswegs sicher erscheinen, ob man sich auf eine Fortsetzung der europäischen Integration würde einigen können. Der italienische Außenminister bemühte sich daher nach Kräften, das Treffen sofort auf Erfolgskurs zu bringen, und bezeichnete den Spaak-Bericht in seinem Begrüßungsstatement als ausreichende und zufriedenstellende Grundlage für die Aufnahme von politischen Verhandlungen. Sein französischer Kollege Pineau, den Präsident Coty vor der Abreise dazu ermuntert hatte, so weit wie möglich im Sinne einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik zu gehen³⁶, erklärte sich zwar im Namen seiner Regierung mit der Ausarbeitung der Verträge über die im Spaak-Bericht behandelten Themen einverstanden. Wer seinen wohlformulierten Redetext aber richtig zu interpretieren verstand, konnte die kritischen Punkte nicht übersehen. Pineau wünschte die Aufgabe der Vertragsverhandlungen einem Organ mit zwei Abteilungen zu übertragen, da die Beratungen zu den beiden Komplexen EURATOM und Gemeinsamer Markt eine unterschiedliche Dauer erwarten ließen. Zur Frage der verschiedenen Perioden bezüglich der Gründung des Gemeinsamen Marktes erklärte er, Frankreich verlange entgegen anderslautenden Gerüchten keine neuen Regierungsverhandlungen nach

³³ PA, Abt. 2, Bd. 905, Bl. 245–247, Krekeler an AA, FS Nr. 520, 14. 5. 1956, 15. 5. 1956, Verschlüsselt; s.a. Unterredung zwischen Elbrick und Strauß vom 14. 5. 1956, Limited official use, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 435–437.

³⁴ S. Dulles an Brüssel, Tel. 1390, 25. 5. 1956, Confidential, Priority, in: ebd., S. 442–444; Goldschmidt, *Complexe*, S. 308 f.; Eckert, *Kernenergie*, S. 326; Weilemann, *Anfänge*, S. 98 f.

³⁵ PA, Abt. 2, Bd. 905, Bl. 166, Jansen an AA, FS Nr. 298, 25. 5. 1956, Citissime, Verschlüsselt.

³⁶ Vgl. de Baecque, René Coty, S. 216.

dem Ende der ersten Phase. Es lehne aber eine genaue Festlegung des Gesamtzeitraums für die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes ebenso ab wie die Fixierung der Fristen für die Einzeletappen. Seine Vorstellungen zielten darauf ab, Zweck und Verfahren der ersten ohne allzu festen Termin ausgestatteten Periode unverzüglich unter der Voraussetzung festzulegen, daß die Durchführung notwendiger Maßnahmen wie die Zollsenkung und die Harmonisierung der Soziallasten automatisch den Übergang zur zweiten Etappe zur Folge hätte, die ihrerseits in groben Zügen bereits im Vertrag umrissen werden müsse. Darüber hinaus verlangte Pineau offiziell die Aufnahme der überseeischen Gebiete in den Gemeinsamen Markt, obwohl dies im Spaak-Bericht nicht vorgesehen war. Schließlich forderte er für alle Mitgliedstaaten eine sehr weitgehende Handlungsfreiheit bei der Gestaltung der nationalen Wirtschaftspolitik. Hinsichtlich EURATOM erklärte sich der französische Außenminister ebenfalls zur Aufnahme von Regierungsverhandlungen bereit und lenkte die Aufmerksamkeit seiner Kollegen dann sogleich auf die seines Erachtens zentralen Problempunkte: den Umfang des Haushalts, den gewerblichen Besitz und die eventuelle Verknappung von spaltbarem Material. Als Vertreter von Brentanos legte Hallstein die von der Bundesregierung am 9. 5. fixierten Grundsätze dar und bestätigte die Absicht, in die Eröffnung einheitlicher Verhandlungen einzuwilligen, wobei er hinsichtlich der Errichtung der Zollunion ausdrücklich die unwiderrufliche Festlegung eines Endzeitpunktes im Vertrag verlangte und grundsätzlich keinen Zweifel daran ließ, daß EURATOM und Gemeinsamer Markt als untrennbares Ganzes behandelt werden müßten. Außerdem behielt er sich vor, während der Verhandlungen Ergänzungs- und Abänderungsvorschläge vorzulegen. Auch Beyen trug Bedenken gegenüber Pineaus zeitlichen Vorstellungen über die schrittweise Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes vor, da er jede Unterbrechung des Gesamtprozesses beim Übergang von der ersten zur zweiten Etappe ausschließen wollte. Spaak, der sich sichtlich bewegt über die so rasche prinzipielle Einigung zeigte, pflichtete den Ausführungen Hallsteins bzw. Beyens bei und verlangte ebenfalls die Festsetzung eines Endtermins für die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes. Sodann regte er die Prüfung der Einbeziehung der französischen Überseegebiete durch eine besondere Sachverständigenkonferenz an. Die Minister einigten sich schließlich nach zweitägigen Beratungen auf die Einberufung einer einzigen Konferenz aus zwei Abteilungen, die ihre Arbeit an der vertraglichen Ausgestaltung von EURATOM und Gemeinsamen Markt Ende Juni in Brüssel unter dem Vorsitz von Spaak aufnehmen sollte³⁷.

Wenn im Kreise der Teilnehmer der Eindruck entstand, man sei Zeuge einer „Wunderkonferenz“³⁸, so wohl nur deshalb, weil die Minister sich absichtlich auf allgemeine Stellungnahmen beschränkt und ihre Bedenken in Detailfragen allen-

³⁷ S. PA, Abt. 2, Bd. 906, Bl. 106–134, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 29./30. 5. 1956, MAE 126/56, 8. 6. 1956, Entwurf; französische Fassung in: DDF 1956, Bd. 1, S. 917–930; Hallstein an AA, Tel. 7, 30. 5. 1956, Verschlüsselt, Citissime, in: BDFD I, S. 601 f.; Artikel François-Poncet, in: „Le Figaro“, 30. 5. 1956, im Auszug auch in: BDFD III, S. 468 f.; Communiqué in: Bulletin 1956, S. 961; Pineau/Rimbaud, Grand Pari, S. 208–211; vgl. Küsters, Gründung, S. 260–263; Weilemann, Anfänge, S. 99–101.

³⁸ Spaak, Memoiren, S. 319; vgl. Carstens, Erinnerungen, S. 202; Lahr an seine Mutter, 30. 5. 1956, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 241–243.

falls angerissen hatten. Vorsichtigere Naturen wie etwa Hallstein sahen dies sehr deutlich. Gewiß, auch er ging jetzt davon aus, daß keine Delegation in „Mentalreservation“ an die Arbeit ginge und die Konsultationen ungeachtet des bekundeten Verhandlungswillens zum Scheitern bringen wolle³⁹. Im Frühjahr 1957 sollte er insgeheim aber zugeben, daß er es nach dem Ende der Konferenz von Venedig nicht für möglich gehalten habe, den Gemeinsamen Markt und EURATOM zusammen bis Anfang 1957 verwirklichen zu können: „die Franzosen werden niemals zu bewegen sein, den Gemeinsamen Markt gleichzeitig mit Euratom zu schaffen“. Wenn er auch mit großer Härte an der Verzahnung beider Vorhaben festhielt, so glaubte er doch nicht an dessen Durchsetzbarkeit. Notfalls, so enthüllte er im Kreis deutscher Botschafter, sei er durchaus zur Opferung des Junktims bereit gewesen, um „mindestens Euratom [zu] schaffen, um auf der Basis der dann gewonnenen weiteren Integration auch den Gemeinsamen Markt aufzubauen“⁴⁰.

„Das ganze große Werk in Gefahr“

Die kommenden Verhandlungen sollten zeigen, daß die Einigkeit unter den sechs Nationen nur an der Oberfläche bestand. Adenauer ließ keinen Zweifel an seinem Willen zum Erfolg, wie sich bereits an den nun notwendigen Personalentscheidungen zeigte. Im Kompetenzstreit mit dem Bundeswirtschaftsministerium setzte sich im Juni von Brentano durch und erhielt für sein Ressort die Federführung für die Ausarbeitung von Weisungen an die deutsche Delegation in Brüssel, die entgegen dem Wunsch Erhards nicht Müller-Armack, sondern Ophüls leitete⁴¹. Dessen Marschroute lautete knapp und präzise, möglichst rasch und in gedrängter Form die beiden Verträge auszuarbeiten. Der Zwang zur Beschleunigung ergab sich aus dem ungewissen Schicksal der Regierung Mollets, deren Wohlwollen ausgenutzt werden sollte. Zur Komprimierung des Textes rieten neben der Eilbedürftigkeit die schlechten Erfahrungen mit zu perfektionistisch angelegten Dokumenten wie dem EVG-Vertrag⁴². Auf der Basis des Kabinettsbeschlusses vom 9. 5. und den Ausführungen Hallsteins in Venedig zielte die deutsche Delegation zunächst entsprechend dem Spaak-Bericht darauf ab, den Gemeinsamen Markt innerhalb von 12 Jahren in automatisch folgenden Etappen von 4 Jahren umzusetzen. Hinsichtlich des Reizthemas Außentarif gedachte sie aus Rücksicht auf Frankreich elastisch vorzugehen, d. h. auf eine Herabsetzung der Außenzölle unter das GATT-Niveau nicht mit besonderem Nachdruck zu drängen. Kontingente sollten bis zur Errichtung des Gemeinsamen Marktes komplett abgeschafft, die Landwirtschaft in den Markt einbezogen sein⁴³. Die Beamten an der Koblenzer Straße plädierten außerdem dafür, der zu erwartenden französischen Forderung nach einem Über-

³⁹ PA, BStS, Bd. 229, Erklärung Hallsteins in einem Informationsgespräch vom 1. 3. 1956.

⁴⁰ Ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 259, Erklärung dess. auf der Konferenz der Missionschefs vom 18.–23. 2. 1957, NfD, VS-Vertraulich (Protokoll, S. 14).

⁴¹ S. ebd., Abt. 2, Bd. 909, Bl. 64 f., Kabinettsvorlage von Brentanos, zu 2–210–225–30–01/442/56, 5. 6. 1956; ebd., Bl. 124–127, von Stempel an Hartlieb, Aktenvermerk 210–225–3001/484/56, 12. 6. 1956; ebd., Bl. 162–164, Müller-Roschach an Hallstein, Aufzeichnung 210–225–30–01/534/56, 16. 6. 1956; ebd., Bl. 108 f., Erhard an von Brentano, 16. 6. 1956; Küsters, Gründung, S. 272–275.

⁴² S. PA, Abt. 2, Bd. 909, Bl. 51–56, Aufzeichnung, 31. 5. 1956.

⁴³ S. ebd., Bd. 910, Bl. 124–128, Hartlieb an Hallstein, Aufzeichnung 210–225–30–01/616/56, 25. 6. 1956, Vorlage sofort.

gang in die zweite Integrationsphase erst bei positiven Ergebnissen der ersten Periode entgegenzutreten, um die endgültige Errichtung der Zollunion nicht in Frage zu stellen. Der Angleichung der Sozialleistungen in der ersten Etappe glaubten sie hingegen Rechnung tragen zu müssen⁴⁴. Aufgrund von Bedenken anderer Ministerien wurde in einer Ressortbesprechung am 5. 7. beschlossen, die Untersuchung der Soziallasten nicht nur auf die Löhne, sondern auch auf die Steuern zu erstrecken, wobei man sich überzeugt zeigte, daß eine derartige Prüfung keine wesentlich höhere Belastung Frankreichs im Vergleich zur Bundesrepublik ergäbe⁴⁵. Der Einbeziehung der Überseegebiete in den Gemeinsamen Markt gedachte man nur zuzustimmen, wenn die Abhängigkeit der betreffenden Regionen vom Mutterland auf lange Sicht hin gesichert wäre. Institutionell wünschte sich das Auswärtige Amt möglichst starke Organe und eine gemeinsame Versammlung mit weitgehenden Rechten⁴⁶.

In Frankreich hatte Mitte Juni das bereits während der Brüsseler Vorkonferenz eingerichtete Interministerielle Komitee für Fragen der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Aufgabe übernommen, die Verhandlungsposition zwischen den verschiedenen Ministerien abzustimmen. Es ressortierte im Matignon unter der Leitung von Alexandre Verret, einem Mitarbeiter Mollets zur besonderen Verwendung, der sich damit einen nicht unbedeutenden Einfluß sicherte⁴⁷. Folgt man der Behauptung eines Mitglieds, waren gut vier Fünftel der Pariser Ministerialbeamten gegen die Beschlüsse der Konferenz von Venedig eingestellt⁴⁸. Für diese „Feudalherren der Verwaltung“ war es offenbar undenkbar, ihre Amtsgewalt mit Ausländern teilen zu müssen. Ihre Grundstimmung blieb keineswegs auf die Administration beschränkt. Denn Meinungsumfragen ließen ein deutliches Absinken bei der Zahl der Befürworter einer supranationalen Integration in Europa erkennen⁴⁹.

Die Instruktionen an die französische Delegation, die nunmehr unter der Leitung von Maurice Faure stand⁵⁰, fielen ziemlich fordernd aus: Zollreduzierung im Gemeinsamen Markt in den ersten vier Jahren von 30%; Festlegung des Außenzolls möglichst nahe dem französischen Tarif; Zurückstellung der Frage der Kontingente; Sicherstellung einer prioritären Belieferung der Gemeinschaft durch die Waren der Mitgliedstaaten, insbesondere bei Agrarprodukten; Harmonisierung der Soziallasten im Rhythmus der Senkung der Zölle und der Ausweitung der Kontingente; Beschränkung der Vereinheitlichung der Handelspolitik auf den allgemeinen Rahmen des Gemeinsamen Marktes; Vereinigung der Geldpolitik erst ab der zweiten Phase des Gemeinsamen Marktes; Beschränkung der Befugnisse

⁴⁴ S. ebd., Bl. 37–42, ders. an dens., Aufzeichnung 210–225–30–01/586/56, 23. 6. 1956; ebd., Bl. 178–182, Ressortbesprechung vom 30. 6. 1956.

⁴⁵ S. ebd., Bd. 912, Bl. 22–25, Ressortbesprechung vom 3. 7. 1956.

⁴⁶ S. ebd., Bd. 910, Bl. 37–42, Hartlieb an Hallstein, Aufzeichnung 210–225–30–01/586/56, 23. 6. 1956; ebd., Bl. 178–182, Ressortbesprechung vom 30. 6. 1956.

⁴⁷ Vgl. Küsters, Gründung, S. 271.

⁴⁸ Vgl. Bjøl, La France, S. 260.

⁴⁹ Vgl. Guillen, Wiederaufschwung, S. 5 f.

⁵⁰ Neben Faure zählten zur Leitung: Marjolin als sein Stellvertreter, Donnedieu de Vabres und Guillaumat als Vorsitzende der beiden Delegationssektionen und Jean François-Poncet als Generalsekretär (Riondel, Maurice Faure, S. 348–350).

der europäischen Kommission bezüglich der Überwachung der Vertragsanwendung auf das Aussprechen von Empfehlungen⁵¹.

Ende Juni bedrängte Spaak Faure, die parallele Behandlung der beiden Verträge nicht zu untergraben, ja, er drohte sogar mit der Möglichkeit, daß die Fünf den Gemeinsamen Markt allein schaffen könnten. Zugleich aber deutete er weitreichende Konzessionsmöglichkeiten etwa in Form einer Sezessionsklausel an, die es Frankreich erlaube, sich am Ende der ersten Integrationsphase zurückzuziehen. Faure beschränkte sich darauf, erneut das prioritäre französische Interesse an EURATOM herauszukehren, dessen Gründung er als das einzige Mittel ansah, die parlamentarische Billigung zum Vertrag über den Gemeinsamen Markt gewinnen zu können⁵².

Um die Stimmung im Palais Bourbon zu sondieren und die Fehler bei der parlamentarischen Absicherung der EVG nicht zu wiederholen, suchte Mollet jetzt die Rückversicherung in der Assemblée Nationale. Die Debatte war zwar auf das EURATOM-Projekt beschränkt, sollte sich aber in vielerlei Hinsicht als Richtungsanzeiger für die weitere Entwicklung in Europa erweisen. Wie der Regierungschef Anfang Juli im Ministerrat darlegte, kam es ihm darauf an, die Zustimmung der Abgeordneten zur Fortsetzung der Brüsseler Verhandlungen zu gewinnen. Zwar schreckte er davor zurück, die Vertrauensfrage zu stellen, plante gleichwohl, mit Rücktritt zu drohen, sofern sich keine Mehrheit ergäbe⁵³. Mit dieser Marschroute mochten sich nun aber nicht alle Minister zufriedengeben. Namentlich Chaban-Delmas, Staatsminister und einer der Wortführer der Ex-Gaullisten im Parlament, paßte es ganz und gar nicht, daß der Président du Conseil den Eindruck erweckte, als wolle er die europäische Atomgemeinschaft à tout prix. Für ihn stieg und fiel das Projekt mit der Frage der militärischen Nutzung der Kernenergie, die von den Delegationsleitern bei der Abfassung des Spaak-Berichtes seinerzeit nicht entschieden worden war⁵⁴. Absprachegemäß hatte sich der belgische Außenminister daher am 24. 4. direkt an die Regierungen gewandt und ihnen den Vorschlag eines Moratoriums für die Herstellung von Nuklearwaffen unterbreitet⁵⁵. Pineau vertrat in Venedig vielsagend nichtssagend die Auffassung, die Regierungen sollten dieses Schreiben ihrer Entscheidung zugrundelegen. Hallstein warf darauf ein, jede militärische Verwendung der Kernenergie müsse den gleichen Kontrollen wie dem friedlichen Gebrauch unterworfen werden. Zu einer Entscheidung konnten sich die Minister nicht durchringen⁵⁶.

Nach der Konferenz machte sich im französischen Militär und im Verteidigungsministerium Unmut über die Aussage des Außenministers breit. Vor dem Hintergrund des Algerienkrieges und der daraus abgeleiteten Notwendigkeit zum

⁵¹ S. AMAE, DE-CE, Bd. 613, Bl. 198–202, Aufzeichnung der Abt. für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im MAE, 23. 6. 1956 (Konzept LBN).

⁵² S. Unterredung zwischen Faure und Spaak vom 26. 6. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 1054–1058; Guillen, *La France et la négociation des traités de Rome*, S. 518.

⁵³ Vgl. Küsters, *Gründung*, S. 295.

⁵⁴ S. Aufzeichnung des MAE, um den 8. 4. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 550–557; Rivière an Pineau, Tel. 167/69, 19. 4. 1956, *Priorité, Réserve*, in: ebd., S. 622.

⁵⁵ S. Spaak, *Memoiren*, S. 322.

⁵⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 906, Bl. 106–134, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 29./30. 5. 1956, MAE 126/56, 8. 6. 1956, Entwurf; die französische Fassung in: DDF 1956, Bd. 1, S. 917–930.

Aufbau einer nuklear gerüsteten Armee befürchtete man, durch den EURATOM-Vertrag militärisch gebunden zu werden. Das von Spaak vorgeschlagene Moratorium öffnete den Partnern aus Sicht der Kritiker die Chance, der Grande Nation mit diplomatisch-politischen Finessen die Entwicklung einer eigenen Atomwaffe zu verbauen. Nachdem die französische Regierung Mitte Juni die Schaffung einer militärischen Abteilung innerhalb der CEA beschlossen hatte, verständigten sich die Ministerien am Quai d'Orsay und in der Rue Saint-Dominique Ende des Monats darauf, ein Moratorium nur für die Fabrikation zu akzeptieren, und zwar für drei bis vier Jahre. Danach dürfe niemand Frankreich daran hindern, seine nuklearpolitischen Ambitionen umzusetzen⁵⁷. Am 4. 7. drohte Chaban-Delmas Mollet im Kabinett mit der Demission, wenn er nicht drei Forderungen erfüllte: Verhinderung jeglicher Verzögerung beim Bau der Bombe; Aufrechterhaltung der französischen Mitgliedschaft in der Internationalen Atombehörde nach Gründung der EURATOM; Verhinderung jeglicher Verbindung zwischen der EGKS und EURATOM⁵⁸.

In der am folgenden Tag beginnenden Parlamentsdebatte verteidigten Mollet, Pineau und Faure selbstverständlich den in Venedig beschlossenen Kurs. Wenn Frankreich auch seine Souveränität bewahren wolle, so redete der Regierungschef den Abgeordneten ins Gewissen, gebiete das nationale Interesse, sich mit den Nachbarn zu verbinden. Nur ein einiges Europa könne sich gegenüber den Weltmächten behaupten. Mit der Atomgemeinschaft mindere man die Abhängigkeit von traditionellen Energiequellen und trage zur festen Einbindung der Bundesrepublik bei. Wenn man auch gegenwärtig keine Sorgen um den Nachbarn zu haben brauche, so sei die Zukunft damit noch keineswegs sicher. Fänden die Deutschen nämlich in der freien Welt nicht mehr die notwendigen Absatzmärkte, könnten sie sehr wohl versucht sein, sich in Richtung Moskau zu wenden, wo man ihnen nicht nur die nationale Einheit, sondern auch beinahe unbegrenzte Absatzmöglichkeiten zu bieten imstande sei⁵⁹.

Für die Gegner von EURATOM waren diese Äußerungen aber nicht überzeugend. Ihnen ging es vor allem um die Frage, ob die Atomgemeinschaft die französischen Nuklearaspirationen tangierte und der Bundesrepublik die Chance bot, die nuklearpolitischen Restriktionen der Pariser Verträge zu unterlaufen. Namentlich die Sozialrepublikaner machten sich zum Wortführer dieser Bedenken. Aber auch in den Reihen der Radicaux und des MRP wollten einzelne Abgeordnete auf die militärische Atomoption nicht verzichten. Unter dem Druck der Kabinettssitzung vom 4. 7. sah sich Mollet zu der Zusage genötigt, Frankreich bleibe in der Entscheidung über den Bau der Bombe frei. Die Kontrolle der europäischen Atomgemeinschaft sollte also da enden, wo das französische Atomwaffenprogramm begann. Darüber hinaus beugte er sich den drei von Chaban-Delmas erhobenen Forderungen. Auf Druck der Ex-Gaullisten machte er schließlich noch

⁵⁷ S. Aufzeichnung des Kabinetts des Staatssekretärs im MAE, 25. 6. 1956, in: ebd., S. 1051–1053; Goldschmidt, *Complexes*, S. 151; Kap. IV.4.2.

⁵⁸ Vgl. Chastenet/Chastenet, Chaban, S. 214.

⁵⁹ S. Reden Faures, Pineaus und Mollets in der Assemblée Nationale, 5., 6., 10. u. 11. 7. 1956, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1956, Bd. 5, S. 3279, 3281 f., 3312–3321, 3347–3351 u. 3382–3385; Latte, *Europapolitik*, S. 102 f.

zwei weitere Konzessionen. Er beschränkte das Moratorium bis zur Explosion einer Atombombe auf vier Jahre und sicherte die Fortsetzung der bereits angelaufenen Forschungsarbeiten im militärischen Bereich sowie die prioritäre Zuwendung der nationalen Ressourcen an spaltbarem Material für die nationalen Projekte zu. Anders, als die gaullistischen Hardliner wohl erhofft hatten, verlief die Abstimmung am 11. 7. aufgrund dieser weitreichenden Zugeständnisse zu seinen Gunsten. Mit 332 gegen 181 Stimmen, die von den Kommunisten, Progressisten, einem Teil der Radikalsozialisten und einigen Sozialrepublikanern wie Chaban-Delmas stammten, willigte die Assemblée Nationale in die Verhandlungen über die Schaffung einer Europäischen Atomgemeinschaft ein⁶⁰. Aus der Perspektive der Regierung betrachtet, war mit diesem Vertrauensbeweis eine entscheidende Hürde genommen. Gingen die Verbündeten auf die französischen Forderungen ein, dann schien die Ratifikation des EURATOM-Vertrages gesichert⁶¹.

Waren die Partner dazu aber bereit? Und wie würde sich das Problem des Gemeinsamen Marktes auf die Diskussion über EURATOM auswirken? Aus der Sicht der Fünf war der Erfolg Mollets allenfalls ein halber Sieg, belastet mit einer schweren Hypothek, die „das ganze große Werk in Gefahr“ zu bringen drohte⁶². In Monnets „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ sahen zahlreiche nichtfranzösische Mitglieder ihre Planungen durch die Beschlüsse der Nationalversammlung in der Frage der militärischen Nutzung der Kernenergie geradezu „durchkreuzt“, und Parlamentarier der SPD begannen bereits, ihre bisherige Position zu überdenken⁶³. „Europa“, so resümierte Paul Medina die Debatte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, „bleibt psychologisch gesehen, für den Franzosen immer etwas Nebelhaftes und auch etwas Unheimliches, da sich bei ihm der Gedanke immer mit einem Teilhaben am Osten verbindet und dieser so bedrohlich erscheinende Osten [...] für ihn schon am Rhein beginnt.“⁶⁴

Im Auswärtigen Amt entbrannte jetzt eine Auseinandersetzung, ob die Verknüpfung zwischen EURATOM und Gemeinsamen Markt aufgelöst und die Ansprüche zur Atomgemeinschaft neu formuliert werden sollten. Wilhelm Hartlieb, Leiter des Referats Europäische politische Integration, lehnte dies strikt ab, weil alle Welt in den EURATOM-Verhandlungen die entscheidende Einleitung zur deutschen Abrüstung auf dem strategisch ausschlaggebenden Sektor sähe und er die Partner verdächtigte, „uns naturgemäß keinen paritätischen Start in der friedlichen Atomerzeugung [zu] gewähren“. Scharf plädierte der unerschrockene Verfechter der bisherigen Linie für die Aufrechterhaltung des Junktims, denn

⁶⁰ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 5.–11. 7. 1956 in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1956, Bd. 5, S. 3253–3388; AdG 1956, S. 5880C; Küsters, Gründung, S. 295–297; Riondel, Maurice Faure, S. 360; Weilemann, Anfänge, S. 106–109; zur Haltung der Gaullisten s.a. Rede Debrés im Conseil de la République, 26. 7. 1956, in: JO, CdR, Déb. parl. 1956, Bd. 2, S. 1811–1816, im Auszug auch in: BDFD III, S. 479f.

⁶¹ S. MAE an Auslandsvertretungen, Zirkulartel. 51, 13. 7. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 88f.; Chaban-Delmas an Faure, Nr. 3890, 3. 10. 1956, in: ebd., S. 512; Küsters, Gründung, S. 297.

⁶² BA, NL von Brentano, Bd. 14, Bl. 135–142, Furler an von Brentano, 3. 8. 1956, im Auszug in: BDFD III, S. 481–484, hier S. 481.

⁶³ AsD, Parteivorstand, Bestand Ollenhauer, Bd. 438, Aufzeichnung Wehner, 21. 7. 1956, im Auszug in: BDFD III, S. 472–478, hier S. 473; s.a. Wilkens, Jean Monnet, S. 129–131.

⁶⁴ Artikel Medinas, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 16. 7. 1956, im Auszug auch in: BDFD III, S. 469–471, hier S. 471.

dann müsse Frankreich entweder beim Gemeinsamen Markt entgegenkommen oder beide Verträge scheitern lassen⁶⁵. Hartlieb war fest überzeugt, daß es Frankreich gar nicht um das Junktim, sondern um die „Préalable – Bedingungen der A-Bombenfertigung, der Sicherheitskontrolle und des Beschaffungsmonopols“ – ginge. „Mit oder ohne Junktim werden wir diese Bedingungen immer schlucken müssen, sofern wir nicht fest bleiben.“ Wenn man aber das Feld räumte, ließe Frankreich sich nicht auf den Handel Junktimsverzicht gegen Kontroll- und Monopolverzicht ein. Da im Auswärtigen Amt mit dem raschen Abschluß eines Vertrages über den Gemeinsamen Markt nicht gerechnet wurde, empfahl Hartlieb, dem französischen Drängen in den Verhandlungen über EURATOM nicht nachzugeben, sondern auf „Abwarten“ umzuschalten, zumal er das Votum im Palais Bourbon als ein „ausgesprochen *negatives* Anzeichen“ hinsichtlich des Gemeinsamen Marktes deutete⁶⁶. Ihm war es offenbar lieber, den Gemeinsamen Markt zu fünfz zu schaffen, als Frankreich zuweit entgegenzukommen⁶⁷.

„Substantielles Entgegenkommen“ der Bundesregierung?

Mollet hingegen gedachte mit dem parlamentarischen Votum im Rücken in Brüssel möglichst rasch Ergebnisse zu erzielen. Die dortigen Verhandlungen waren aber seit dem Beginn am 26. 6. über organisatorische Fragen und Diskussionsansätze nicht weit hinausgekommen, auch wenn sich im kleinen Schloß von Val-Duchesse, dem Sitzungsort, „un véritable milieu européen“ entwickelte⁶⁸. Dies lag nicht zuletzt an den schwerwiegenden Meinungsunterschieden insbesondere zwischen Bonn und Paris. Bei EURATOM widersetzten sich die Deutschen der Forderung der übrigen Delegationen nach einem Beschaffungs- und Verteilungsmonopol, während die Franzosen entgegen dem Wunsch der anderen auf die Herausnahme der militärischen Nutzung der Kernenergie aus der allgemeinen Sicherheitskontrolle drängten. Hinsichtlich des Gemeinsamen Marktes hakte die Debatte vor allem an der Pariser Forderung nach der sozialen Harmonisierung, die auf den heftigen Widerstand der fünf, insbesondere der Bonner Vertreter stieß⁶⁹.

Die unter den Delegationen herrschende Unsicherheit über die tatsächliche Bereitschaft der Nationalversammlung zur Ratifikation des EURATOM-Vertrags veranlaßte Spaak, sich der französischen Bitte nach Einberufung einer Delegationsleitersitzung Ende Juli zur Forcierung der Verhandlungen über die Atomgemeinschaft zu widersetzen. Wie die übrigen vier Delegationschefs pochte er darauf, das Junktim zum Gemeinsamen Markt zu wahren⁷⁰. Dann aber gaben sie dem französischen Drängen doch nach, und Faure nutzte ein Zusammentreffen am 26. 7., um die Befürchtungen seiner Kollegen zu mindern. Das Ergebnis der Abstimmung in der Assemblée Nationale bezeichnete er als günstiges Omen für die künftige Ratifizierungsdebatte zum EURATOM-Vertrag und deutete außerdem

⁶⁵ PA, Abt. 2, Bd. 911, Bl. 58, Vermerk Hartlieb, 210-225-30-05/765/56, 16. 7. 1956; zu Hartlieb vgl. die wohlwollende Beschreibung in: Carstens, Erinnerungen, S. 196 f.

⁶⁶ PA, Abt. 2, Bd. 911, Bl. 91, Vermerk Hartlieb, 210-225-30-01/829/56, 24. 7. 1956.

⁶⁷ S. ebd., Bl. 134-137, Aufzeichnung dess., 210-225-30-01/941/56, 17. 8. 1956, Reinkonzept.

⁶⁸ Gerbet, Construction, S. 183.

⁶⁹ S. die Dokumente und Protokolle in: ebd., Ref. 200, AZ 81.11, Bd. 1 u. 2.

⁷⁰ S. ebd., Abt. 2, Bd. 911, Bl. 64-70, Ressortbesprechung vom 16. 7. 1956.

den guten Willen seiner Regierung bei den Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt an. Grundsätzlich ging es ihm darum, unter Hinweis auf die innenpolitische Lage in Frankreich für ein schnelleres Tempo zu werben. Um den Partnern die Beschleunigung schmackhaft zu machen, kündigte er an, Frankreich wolle sich trotz der nuklearen Option im militärischen Bereich nicht der Kontrolle der Gemeinschaft entziehen⁷¹. Kann diese Erklärung tatsächlich als Beleg für die These gelten, daß Frankreich nicht bis zur Suez-Krise wartete, ehe es die gleichzeitige Unterzeichnung beider Verträge akzeptierte⁷²?

Adenauer war sich der „sehr labil[en]“ Lage in Frankreich durchaus bewußt und sprach von der Notwendigkeit, den „tapfer[en]“ Mollet zu unterstützen⁷³. Auch im Auswärtigen Amt gab es Stimmen, die jetzt für ein „gewisses substantielles Entgegenkommen“ eintraten⁷⁴. Gegen die Bedenken der Politischen Abteilung des Hauses stimmte der Kanzler am 19. 7. der Anregung einiger Ministerien nach rascher Befassung mit den Vertragsprojekten im Kabinettsausschuß zu⁷⁵, zur gleichen Zeit also, als ihn der „Radford-Plan“ in höchste Alarmstimmung über die Zukunft der atlantischen Partnerschaft versetzte und er sich vom Ende der Molletschen Eskapaden gegenüber der Sowjetunion überzeugt hatte⁷⁶. Doch ungeachtet dieser Entscheidung war die inhaltliche Ausgestaltung der deutschen Position damit noch nicht geklärt. Strittig war am Rhein etwa die Frage, ob die Bundesrepublik weiterhin der französischen Forderung nach der sozialen Harmonisierung entgegentreten solle, wie es das Kabinett unter dem Vorsitz Blüchers am 12. 7. beschlossen hatte⁷⁷, oder ob Bonn den Gemeinsamen Markt in der bisher angestrebten Form vor dem Hintergrund der französischen Widerstände politisch als „erledigt“ betrachten müsse, wie Adenauer es im selben Kreis eine Woche später andeutete⁷⁸. Damit geriet in Bonn auch die Verzahnung mit EURATOM ins Wanken. Ihre Aufrechterhaltung schien auf Dauer kaum möglich, wobei man in der Koblenzer Straße aber glaubte, als Mindestforderung auf ein gleichzeitiges Inkrafttreten beider Verträge pochen zu müssen⁷⁹.

Derweil suchte die französische Regierung den Kontakt zu den wirtschaftlichen Interessenverbänden. Pineau hatte sich bereits im Februar darauf festgelegt, dem Gemeinsamen Markt erst dann zuzustimmen, wenn die Billigung durch Öffentlichkeit und Parlament gesichert sei. Da seine Beamten im Quai d'Orsay von einer Konsultation der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Instanzen aber eine negative Bilanz erwarteten, nahm er von der zunächst ge-

⁷¹ S. ebd., Ref. 200, AZ 81.11, Bd. 2, Erklärung Faures auf der Sitzung der Delegationsleiter vom 26. 7. 1956; Küsters, Gründung, S. 298.

⁷² Vgl. die Diskussion zwischen Guillen, Pineau und Noël in: Guillen, *La France et la négociation des traités de Rome*, S. 519; Serra (Hg.), *Rilancio*, S. 525–527; Loth, *Weg*, S. 159, Anm. 23.

⁷³ Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundsvorstandes, 12. 7. 1956, in: Buchstab (Bearb.), *Protokolle 1953–1957*, S. 927.

⁷⁴ PA, Abt. 2, Bd. 912, Bl. 34–37, Vermerk Hartliebs, 210–225–30–01/820/56, 23. 7. 1956.

⁷⁵ Vgl. ebd., Bl. 30–32, ders. an Hallstein, Aufzeichnung 210–225–30–01/949/56, 17. 8. 1956.

⁷⁶ Vgl. Kap. IV.1.2.

⁷⁷ Vgl. PA, Abt. 2, Bd. 912, Bl. 30–32, Hartlieb an Hallstein, Aufzeichnung 210–225–30–01/949/56, 17. 8. 1956.

⁷⁸ Kabinettsitzung, 20. 7. 1956, in: *Kabinettsprotokolle*, Bd. 9, S. 492.

⁷⁹ S. PA, Abt. 2, Bd. 911, Bl. 179–186, Aufzeichnung des AA, 210–225–30–01/968/56, 22. 8. 1956.

wünschten möglichst raschen Einschaltung dieser Kreise wieder Abstand⁸⁰. Jetzt nutzte Paris die Sommerpause der Brüsseler Konferenz, um eine Stellungnahme des Conseil Economique einzuholen und die Bedenken der Interessenverbände gegen die beiden Projekte abzubauen⁸¹.

Ende August regte Pineau in Abstimmung mit Spaak eine neue Außenministerkonferenz für den 28./29. 9. an, um die Verhandlungen erneut voranzutreiben und eine Entscheidung über die Einbeziehung der Überseegebiete in den Gemeinsamen Markt und die militärische Nutzung der Kernenergie herbeizuführen. Die BENELUX-Staaten pflichteten dem Plan bei. Die Bundesrepublik hingegen sperrte sich, da ihr die Diskussionen zu diesem Zeitpunkt noch nicht entscheidungsreif erschienen⁸². Bonns Weigerung resultierte nicht zuletzt aus den neu auftretenden interministeriellen Diskrepanzen über den Kurs der Brüsseler Verhandlungen, für die vor allem das Wirtschaftsministerium verantwortlich zeichnete. Am 1. 9. legte Erhards Staatssekretär Müller-Armack in einer Ressortbesprechung Thesen seines Hauses vor, die unter Ausnutzung der Erklärung Adenauers im Kabinett am 20. 7. über den Gemeinsamen Markt einen massiven Vorstoß gegen den Spaak-Bericht unternahmen. Er betonte die Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaften, lehnte supranationale Organe ebenso ab wie den Anpassungsfonds und schlug eine Zusammenarbeit nach dem Vorbild der OEEC vor. Mit diesem Frontalangriff stieß Müller-Armack insbesondere bei den Beamten des Auswärtigen Amtes auf heftigen Widerspruch. Sie befürchteten nicht nur eine Belastung des Verhandlungsklimas in Brüssel, sie schätzten auch die französische Haltung anders ein als er. Während der Staatssekretär dem Gemeinsamen Markt aufgrund der Pariser Intransigenz kaum noch Chancen auf Verwirklichung einräumte, sah Ophüls hellsichtig einen Wandel der französischen Position „durch weltpolitische Ereignisse in nächster Zeit“ voraus⁸³.

Von diesem Wandel war vorläufig aber nichts zu spüren. Faure stellte Erhard zwar Mitte September ungeachtet aller innen- und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten die Billigung des Gemeinsamen Marktes ohne Vorbedingungen in Aussicht, präsentierte dann aber einen Forderungskatalog, der eben doch als solche verstanden werden mußte: Parallelität zwischen der Senkung der Zölle und Kontingente einerseits, der Harmonisierung der Soziallasten andererseits; Harmonisierung für den bezahlten Urlaub; Angleichung der Löhne für männliche und weibliche Arbeitnehmer und der Überstundenbezahlung; Erhalt der Steuerzuschläge für Importe und der Subventionen für Exporte, die die Preisdisparitäten kompensierten. Entgegen den Formulierungen des Spaak-Berichts verlangte Faure nun auch noch die Handlungsfreiheit im Fall von Zahlungsbilanzschwierig-

⁸⁰ S. Aufzeichnung des MAE, 23. 2. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 272 f.

⁸¹ S. AMAE, DE-CE, Bd. 613, Bl. 293–302, Memorandum über die Instruktionen für die französische Delegation in Brüssel, o.D.; Stellungnahme des Conseil National du Patronat Français, 9. 8. 1956, in: BDFD II, S. 795–799; Mioche, Patronat, S. 250–252; Küsters, Gründung, S. 299–302; Riondel, Maurice Faure, S. 357 f.

⁸² S. AMAE, DE-CE, Bd. 613, Bl. 273, de Margerie an MAE, Tel. 2712/14, 28. 8. 1956, Réservé; ebd., Bl. 286, Laporte an Bonn, Tel. 2482/84, 1. 9. 1956, Réservé.

⁸³ PA, Abt. 2, Bd. 911, Bl. 241–243, Ressortbesprechung vom 1. 9. 1956, 210–225–30–01/1023/56, 3. 9. 1956; s.a. ebd., Bd. 912, Bl. 20–27, Stellungnahme Hartliebs, 210–225–30–01/1042/56, 6. 9. 1956; ebd., Bl. 99–110, Ressortbesprechung vom 8. 9. 1956, 210–225–30–01/1109/56.

keiten. Erhard mochte die französischen Probleme zwar nicht kleinreden, ließ aber keinerlei Konzessionsbereitschaft erkennen⁸⁴. Ähnlich schwierig gestaltete sich zwei Tage später eine Unterredung zwischen Faure und Strauß. Denn sowohl die von Paris verlangte Ausklammerung militärischer Geheimnisse aus dem Informationsaustausch der EURATOM als auch die französischen Vorstellungen über die Eigentumsfrage bei den Kernbrennstoffen und das Belieferungsmonopol der EURATOM stießen beim Bonner Minister auf eine „opposition fondamentale“⁸⁵. Strauß machte sich damit zum Sprachrohr der deutschen Atomindustrie, die sich wie er für die Privateigentumslösung aussprach, um den Verbrauchern größtmögliche Bewegungsfreiheit zu erhalten⁸⁶.

Weit größere Verständigungsbereitschaft legten demgegenüber Adenauer und von Brentano in ihren Unterredungen mit Faure an den Tag. Ihre Konzilianz resultierte wohl weniger aus dem Optimismus von Ophüls, der der Regierung Mollet den Willen zum Gemeinsamen Markt testierte und vom Kanzleramt Verständnis für die französische Lage einforderte⁸⁷. Wichtiger für den Kanzler war gewiß der nun von Frankreich angeregte Einstieg in die bilaterale Nuklearkooperation⁸⁸ und die bei ihm wie bei seinem Außenminister wachsende Überzeugung von der Notwendigkeit einer europäischen Integration auf der Basis enger deutsch-französischer Abstimmungen. Faure gewann aus seinen Begegnungen mit der Bundesregierung den Eindruck, ein diskretes „tête-à-tête franco-allemand“ werde den Brüsseler Verhandlungen zum Durchbruch verhelfen⁸⁹.

Von Durchbruch konnte vorläufig aber keine Rede sein. In der ersten Sitzung der Delegationsleiter nach der Sommerpause hatte Spaak seine Kollegen am 6./7. 9. dazu ermahnt, zwecks Beschleunigung der Konferenzarbeiten bis zum 20. 9. ihre Stellungnahmen zum Spaak-Bericht einzureichen, um den Außenministern auf der nun für Mitte Oktober geplanten nächsten Konferenz eine Liste der wesentlichen Differenzen zur Entscheidung vorzulegen⁹⁰. Faure kam der Bitte nach und legte am 20. 9. einen kompakten Forderungskatalog vor. Die ersten Entwürfe dieser Mixtur aus durchaus berechtigten Interessen und völlig überzogenen, die Angst der Industrie vor verstärkten europäischen Wettbewerb widerspiegelnden Ansprüchen⁹¹ reichten bis in den Mai zurück: Übergang von der ersten zur zweiten Integrationsphase erst nach einem einstimmigen Beschluß des Ministerrates, daß die Ziele der ersten Etappe erreicht seien; Harmonisierung der Soziallasten durch Gleichstellung der Löhne für Männer und Frauen, Festlegung der Überstundenbezahlung und der Dauer des bezahlten Urlaubs; Beibehaltung des Systems der Exportbeihilfen und Importsonderabgaben; Schutzklauseln im Fall von

⁸⁴ S. Unterredung zwischen Erhard und Faure vom 16. 9. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 384–387.

⁸⁵ Unterredung zwischen Strauß und dens. vom 18. 9. 1956, in: ebd., S. 404–407, hier S. 407.

⁸⁶ Vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 202, Bd. 27, Aufzeichnung 215–227–04/1786/57, o.D.

⁸⁷ S. ebd., Abt. 2, Bd. 912, Bl. 84–85, Ressortbesprechung vom 15. 9. 1956.

⁸⁸ S. Kap. IV.4.2.

⁸⁹ De Margerie an Pineau, Tel. 2905/10, 17. 9. 1956, Priorité, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 387 f., hier S. 388; s.a. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen von Brentano und Faure vom 17. 9. 1956, 19. 9. 1956; Unterredung zwischen dens. vom 17. 9. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 392–394; Unterredung zwischen Adenauer und dens. vom 17. 9. 1956, in: ebd., S. 395 f.

⁹⁰ S. PA, Ref. 200, AZ 81.11, Bd. 3, Sitzung der Delegationsleiter vom 6./7. 9. 1956, Ch. Del. 15, 11. 9. 1956; Küsters, Gründung, S. 303.

⁹¹ Vgl. ebd., S. 305.

Zahlungsbilanzschwierigkeiten, um die Einfuhren nach Frankreich einzuschränken; Übertragung der Besitzrechte der Erze und spaltbaren Materialien auf EURATOM oder eine Agentur, der außerdem die Ankaufspriorität und das Versorgungsmonopol übertragen werden sollte⁹².

Ophüls begnügte sich in seiner Erwiderung mit einigen grundlegenden Bemerkungen über die bereits im Spaak-Bericht verwirklichten Punkte und zog sich dann auf das Argument zurück, die seit Mitte September am Rhein eingeleiteten Studien seien noch nicht abgeschlossen⁹³. Spaak sah bei den nichtfranzösischen Delegationen Anzeichen, Frankreich für eine gewisse Zeit eine Sonderbehandlung zuzugestehen, ohne daß damit aber bereits die Dissonanzen behoben waren⁹⁴.

In dieser Auffassung bestärkte ihn zweifellos die große Rede, die Adenauer am 25. 9. im Rahmen der Vortragsveranstaltung „Grandes Conférences Catholiques“ in Brüssel hielt. Radford-Plan, Suez-Krise und die amerikanisch-sowjetische Annäherung in der Abrüstungsfrage⁹⁵ hatten dem Kanzler die „Ohnmacht Europas“⁹⁶ eindringlich vor Augen geführt. Er entwickelte daraus den eindringlichen Appell zur europäischen Integration, die seines Erachtens nicht mehr, wie in den unmittelbaren Nachkriegsjahren, in erster Linie unter innereuropäischen, sondern unter globalen Gesichtspunkten notwendig schien. Wollte sich Europa gegenüber den Weltmächten behaupten, so mußte es sich zusammenschließen. Um seinen Beitrag zu dieser großen Aufgabe zu leisten, war Adenauer geneigt, von der Idee supranationaler Organe abzurücken. Indem er pragmatische, statt perfektionistische Lösungen anmahnte, zielte er auf zweierlei: Frankreich den Weg in den Gemeinsamen Markt und England den Weg nach Europa zu ebnen⁹⁷. Wie von Brentano kurz zuvor bereits Mollet hatte wissen lassen, dachte Adenauer vor allem daran, die WEU zu einem politischen Bündnis auszubauen⁹⁸. War er in diesen Wochen gar bereit, die Gründung des Gemeinsamen Marktes „zunichte“ zu machen⁹⁹? Beugte er sich etwa den Argumenten Monnets, der sich wenige Tage zuvor ihm gegenüber für einen vorrangigen Abschluß des EURATOM-Vertrages ausgesprochen hatte¹⁰⁰? Nein, aber er begann jetzt einen zweispurigen Kurs, der die Wirtschaftsgemeinschaft à six mit der politischen „Föderation“¹⁰¹ à sept er-

⁹² S. Aufzeichnung der französischen Delegation Ch. Del. 29, 19. 9. 1956, in: BDFD I, S. 604–608; von der Groeben, Deutschland, S. 281 f.; Marjolin, Leidenschaft, 321–324; Spaak, Memoiren, S. 323 f.; Guillen, L'Europe, S. 329 f.; Küsters, Gründung, S. 303 f.; Riondel, Maurice Faure, S. 352–354.

⁹³ S. PA, Ref. 200, AZ 81.11, Bd. 3, Aufzeichnung der deutschen Delegation Ch. Del. 35, 19. 9. 1956; ebd., Abt. 2, Bd. 912, Bl. 16–19, Hartlieb an Hallstein, Aufzeichnung 210–225–30–01/1063/56, 10. 9. 1956.

⁹⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 176, Bl. 217–223, Aufzeichnung Spaak, 24. 9. 1956.

⁹⁵ Vgl. Kap. IV.1.2.

⁹⁶ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen Adenauer und Mollet vom 29. 9. 1956, 1. 10. 1956.

⁹⁷ S. Rede dess. in Brüssel, 25. 9. 1956, in: Adenauer, Reden, S. 327–332; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 296–298.

⁹⁸ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen von Brentano und Mollet vom 14. 9. 1956, 15. 9. 1956.

⁹⁹ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 290.

¹⁰⁰ Vgl. Duchêne, Jean Monnet, S. 297; Schröder, Jean Monnet, S. 458–460; Wilkens, Jean Monnet, S. 131 f.

¹⁰¹ Rede Adenauers in Brüssel, 25. 9. 1956, in: Adenauer, Reden, S. 331.

gänzte. Zweifellos besaß das Ziel der „Hinwendung zu Frankreich“¹⁰² bei ihm eine Priorität, doch war er sich sehr wohl bewußt, daß Westeuropa nur dann zu einem wirklichen Machtfaktor werden könne, wenn Großbritannien nicht außen vor bliebe. Adenauer entwickelte sich eben nicht erst unter dem Einfluß de Gaulles vom Befürworter eines supranationalen Bundesstaates zum Protagonisten einer staatenbündischen Zusammenarbeit zurück und wollte sich Mitte der fünfziger Jahre keineswegs nur auf die kontinentaleuropäische Integration beschränken¹⁰³.

Das Buhlen der Deutschen koinzidierte mit ähnlichen Werbemaßnahmen der Franzosen, die den Briten gar die Rückkehr zu Churchills Vorschlag einer Zweierunion aus dem Jahre 1940 nahelegten. Whitehall zeigte sich aber nicht an einer bilateralen Allianz, sondern nur an der europäischen Zusammenarbeit interessiert¹⁰⁴. Bei einem Besuch an der Seine präsentierten sich Eden und Lloyd Ende September als aufgeschlossene Europäer, so daß bereits von einer neuen englischen Europapolitik die Rede war. Verursacht wurde diese ungewohnte Offenheit zum einen durch die „Schockwirkung der Suezkrise“, zum anderen aber auch durch den „Angstkomplex“, den die Verhandlungen der Kontinentalmächte über den Gemeinsamen Markt an der Themse auslösten. Etwaige Hoffnungen, die Briten könnten sich den supranationalen Organisationen anschließen, wirkten indes deplaziert. London zielte eindeutig auf die Koordinierung der nationalen Interessen im Rahmen der WEU¹⁰⁵. Adenauer nahm daher bei einer Begegnung mit Mollet am 28. 9. seine Gedanken aus der Brüsseler Rede wieder auf und plädierte für eine Reaktivierung der Westeuropäischen Union. „Hoch erfreut“ über diesen Vorschlag, stimmte der Président du Conseil ihm zu, die Harmonisierung der europäischen Außenpolitik fortan mittels WEU durchzuführen. Da der Kanzler die Brüsseler Verhandlungen aber auf keinen Fall abgeschlossen hatte, sprach er sich außerdem dafür aus, dort aufeinander zuzugehen. In diesem Punkt hielt sich die französische Führung indes bedeckt. Pineau, der dem Gespräch ebenso wie Hallstein und Faure beiwohnte, bezeichnete die französischen Vorbehalte gegenüber dem Gemeinsamen Markt als „rein taktischer Art“; die deutschen Bedenken gegenüber EURATOM schienen ihm demgegenüber von „grundsätzlicher Natur“ zu sein. Faure wies darauf hin, daß alle Delegationen Frankreich eine Sonderbehandlung zuzugestehen bereit seien, vor allem im Bereich der gleichen Entlohnung von Männern und Frauen, der Überstundenregelung und der Frage des bezahlten Urlaubs. Seien diese Ziele in der ersten Etappe erreicht, könne „automatisch“ zur zweiten Phase übergegangen werden. Außerdem müsse Frankreich für eine gewisse Zeit auf Einfuhrzölle, Ausfuhrsubventionen und Schutzklauseln bei Zahlungsbilanzproblemen beharren. Zum Unwillen seines deutschen Pendant beharrte der französische Staatssekretär darauf, beide Verträge getrennt, aber kurz hintereinander ratifizieren zu wollen. Mollet schal-

¹⁰² Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 296.

¹⁰³ S. ebd., S. 299.

¹⁰⁴ Vgl. Bell, France, S. 155–157.

¹⁰⁵ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 219, Jansen an AA, Pol 206–00 3843/56, 3. 10. 1956; zum Besuch Edens und Selwyn Lloyds vom 26.–28. 9. in Paris vgl. Chauvel an MAE, Tel. 4246/51, 1. 10. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 482–484; AdG 1956, S. 5994B.

tete sich ein und meinte, EURATOM solle möglichst bald unterzeichnet und von Frankreich gebilligt werden. Die übrigen Staaten könnten mit der Ratifizierung zuwarten, bis man sich der französischen Haltung zum Gemeinsamen Markt versichert habe. Auch im Fall eines Regierungswechsels in Paris sah er die Verträge nicht gefährdet¹⁰⁶.

Nach dieser Fühlungnahme war Adenauer zu Opfern bereit, aber das Bundeskabinett sperrte sich gegen seine Konzessionsneigung. Sein Richtlinienerlaß vom Januar zeigte keine Wirkung. Strauß beklagte sich gegenüber von Brentano über das Verteilungsmonopol der EURATOM-Agentur für Ausgangs- und Kernbrennstoffe und äußerte mit Blick auf die militärische Nuklearoption den Verdacht, Frankreich wolle das Projekt „nicht auf der Grundlage der souveränen Gleichheit der beteiligten Staaten, sondern zur Erhaltung einer, wenn auch gegenseitlich begrenzten, Hegemonie“ verwirklichen¹⁰⁷. Der Bundesminister für Arbeit, Storch, kritisierte die französischen Forderungen nach sozialer Harmonisierung¹⁰⁸, Staatssekretär Sonnemann vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten stellte plötzlich Grundsätze für die Einbeziehung der Landwirtschaft auf¹⁰⁹, und Bundeswirtschaftsminister Erhard attackierte die Pariser Politik in einem elfseitigen Brief an den Kanzler frontal und grundsätzlich. Die Gewährung von Sonderkonzessionen schien ihm völlig indiskutabel. Frankreich, schrieb Erhard, verlange so viele Sonderrechte und schirme sich durch Einfuhrsteuern und Ausfuhrsubventionen in einer Weise ab, daß es „praktisch mehr außerhalb als innerhalb des Gemeinsamen Marktes“ stehe. Anders als Adenauer neigte Erhard eher dazu, ein Scheitern der Verhandlungen hinzunehmen, als die französische Politik zu unterstützen und die europäische Idee damit „endgültig [zu] erdrücken“¹¹⁰. Frankreichs Ansprüche, so formulierte er es in einer Kabinettsvorlage vom 2. 10., erlaubten es dem Nachbarn nicht nur, sich von der Anwendung des Vertrags teilweise oder völlig zurückzuziehen, sondern verschärften darüber hinaus die Klauseln für diese Anwendung „in einer kaum erträglichen Weise“¹¹¹. Aus „echter und tiefer Sorge“ um das werdende Europa wandte sich der Minister schließlich noch einmal an seinen Kollegen aus dem Auswärtigen Amt und giftete gegen die Forderungen Mollets¹¹².

Er konnte mit seiner Argumentation weder den Kanzler noch den Bundesaußenminister überzeugen. In der Koblenzer Straße verwahrte man sich gar gegen seinen „wirtschaftlichen Welteroberungsplan“ mittels globaler Liberalisie-

¹⁰⁶ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen Adenauer und Mollet vom 29. 9. 1956, 1. 10. 1956, im Auszug in: BDFD II, S. 814–817, hier S. 814; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 263.

¹⁰⁷ Strauß an von Brentano, I/3-K 6015–152/56, 1. 10. 1956, in: BDFD I, S. 608 f., hier S. 609.

¹⁰⁸ S. Storch an Adenauer, 27. 9. 1956, in: BDFD II, S. 811–813; PA, Abt. 2, Bd. 912, Bl. 80 f., Stellungnahme zum Schreiben Storchs vom 27. 9. 1956, o.D.

¹⁰⁹ S. ebd., Bd. 913, Bl. 124–125, Sonnemann an Globke, VII/1-Kab.Nr. 578/56, 5. 10. 1956.

¹¹⁰ Erhard an Adenauer, 25. 9. 1956, in: BDFD II, S. 806–811, hier S. 808 u. 810; s.a. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 282 f.; Koerfer, Kampf, S. 142.

¹¹¹ Erhard an Hallstein, I A 1 – 2761/56, 2. 10. 1956, in: BDFD II, S. 817–822, hier S. 819.

¹¹² PA, Abgabeliste Ministerbüro, Bd. 48, ders. an von Brentano, 4. 10. 1956, Persönlich, im Auszug in: BDFD II, S. 823–825, hier S. 823.

rung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs¹¹³. Gewiß, die Pariser Vorstellungen galten auch dort als überzogen. Da die Beamten aber den Willen Frankreichs zum Gemeinsamen Markt nicht in Frage stellten, betrachteten sie sie in Übereinstimmung mit den Delegationen in Brüssel als Maximalforderungen, die sehr wohl auf ein erträgliches Maß reduziert werden könnten¹¹⁴. In diesem Sinne empfahl von Brentano denn auch am 3. 10. in einer eigenen Kabinettsvorlage, Frankreich die Ausfuhrbeihilfen und Einfuhrabgaben für einige Jahre zuzugestehen, sofern die Harmonisierungsfrage vorerst zurückgestellt würde¹¹⁵.

Bevor das Bundeskabinett zwei Tage später seine definitive Haltung für die Brüsseler Verhandlungen festzurren konnte, wurde die Situation durch Störfeuer aus Paris und London erschwert. Am 3. 10. verlangte die französische Delegation auf der Regierungskonferenz in der belgischen Hauptstadt zusätzlich zur Einbeziehung der Landwirtschaft Spezialregelungen zum Schutz der französischen Bauern¹¹⁶. Noch gefährlicher als dieser neue Sonderwunsch des Matignon war ein Vorstoß, der am selben Tag von Whitehall ausging: der Vorschlag zur Bildung einer die nationalen Souveränitätsrechte stärker bewahrenden Freihandelszone. Seit Monaten schon diskutierten die Briten intern über Möglichkeiten, ihre ökonomischen und politischen Europainteressen auf die von der Sechsergemeinschaft neu definierten Gegebenheiten abzustimmen¹¹⁷. Die ersten Reaktionen auf dem Kontinent waren recht disparat ausgefallen. Während der Bonner Wirtschaftsminister das Projekt wärmstens begrüßte¹¹⁸ und das Auswärtige Amt verhalten positiv reagierte¹¹⁹, stieß es im Quai d'Orsay auf gedämpfte Skepsis¹²⁰. Paris sah zwar in der Kooperation im Kreis der Siebzehn interessante Perspektiven, akzeptierte eine Beteiligung an der Studiengruppe aber nur unter der Bedingung, daß gleichzeitig die Disparität der Produktionskosten untersucht würde¹²¹. Dennoch verkündete Schatzkanzler Macmillan am 3. 10. auf einer Pressekonferenz, seine Regierung habe sich dazu durchgerungen, die Gründung einer partiellen Freihandelszone ohne Einbeziehung der Landwirtschaft in Erwägung zu ziehen¹²². Prompt verlangte Erhard in der Kabinettsitzung am 5. 10., den Plan

¹¹³ PA, Abt. 2, Bd. 913, Bl. 68–71, Hartlieb an Hallstein, Aufzeichnung 210–225–30–01/1208/56, 4. 10. 1956.

¹¹⁴ S. ebd., Bd. 912, Bl. 73–77, Stellungnahme zum Schreiben Erhards vom 25. 9. 1956, o.D.

¹¹⁵ S. ebd., Bd. 913, Bl. 28–39, Kabinettsvorlage von Brentanos 210–225–30–01/1160/56, 3. 10. 1956; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 284.

¹¹⁶ S. PA, Ref. 200, AZ 81.11, Bd. 4, Vorschlag der französischen Delegation Mar. Com. 60, 3. 10. 1956; Küsters, Gründung, S. 312.

¹¹⁷ Zur englischen Meinungsbildung vgl. Macmillan, Riding the Storm, S. 78–85; Kaiser, Großbritannien, S. 68–103; Küsters, Gründung, S. 280–294.

¹¹⁸ Vgl. ebd., S. 287.

¹¹⁹ S. PA, Abt. 2, Bd. 911, Bl. 179–186, Aufzeichnung des AA, 210–225–30–01/968/56, 22. 8. 1956.

¹²⁰ S. AMAE, DE-CE, Bd. 711, Bl. 240–257, Abt. für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im MAE an Faure, Aufzeichnung, 23. 7. 1956.

¹²¹ S. Pineau an Auslandsvertretungen, Zirkulartel. 57, 28. 7. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 182–184; Küsters, Gründung, S. 287f.

¹²² S. Erklärung Macmillans, 3. 10. 1956, in: EA 1956, S. 9295f. Zu den Verhandlungen über die europäische Freihandelszone grundlegend: Brenke, Europakonzeptionen; Kaiser, EWG; Küsters, Spannungsfeld; s.a. Bühner, Westdeutschland, S. 363–380; zur Position der englischen Regierung vgl. Tratt, Macmillan Government, S. 11–40; Young, Britain, S. 50–66; Kap. IV.2.

näher zu prüfen und die Brüsseler Verhandlungen dafür anzuhalten¹²³. Adenauer hielt eine engere Bindung Englands an den Kontinent zwar aus weltpolitischen Erwägungen ebenfalls für ausgesprochen notwendig. Er zielte dabei aber nicht auf die wirtschaftspolitische Kooperation in einer Freihandelszone, sondern – wie bereits gesagt – auf die außenpolitische Assoziation im Rahmen der WEU. Sie war ihm in diesen Tagen so wichtig, daß er sie beim Antrittsbesuch des neuen französischen Botschafters Couve de Murville gar vor der Gründung des Gemeinsamen Marktes und EURATOM placierte¹²⁴. Da er im Gegensatz zu Erhard aber nicht die Aufgabe der Brüsseler Verhandlungen wünschte, beschloß das Kabinett deren elastische Fortsetzung, allerdings nicht ohne sich darauf zu verständigen, die französischen Forderungen mit Hilfe einer Reihe von Kompromißvorschlägen zu entkräften. Die Sozialharmonisierung vor dem Ende der Übergangszeit lehnte es ebenso ab wie eine Festlegung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Überstundenaufschlag. Die Gleichstellung der Arbeitslöhne von Männern und Frauen billigte das Gremium hingegen. Der Übergang von der ersten zur zweiten Übergangsstufe sollte vertraglich durch eine Mehrheitsentscheidung des Ministerrats geregelt werden. Akzeptiert wurden für die erste Übergangsphase die Aufrechterhaltung der Ausfuhrbeihilfen und Einfuhrabgaben, sofern Frankreich seinen Handel weiter liberalisierte. Auch der Forderung nach Schutzklauseln für den Fall von Zahlungsbilanzkrisen pflichtete die Ministerrunde bei und stimmte darüber hinaus einem Aufschub des Inkrafttretens des EWG-Vertrags von ein bis zwei Jahren zu. In der EURATOM-Frage setzte sich Adenauer unter dem Druck von Dulles über die Bedenken von Strauß hinweg, der die Atomgemeinschaft als nationales Opfer betrachtete. Der Kanzler, der dem amerikanischen Atomschirm seit Monaten nicht mehr traute, sah in EURATOM eine Chance, auf schnellstem Wege selbst nukleare Waffen herzustellen. Das Kabinett hielt am Junktim zwischen beiden Projekten fest und verständigte sich darauf, den Vertrag über die Atomgemeinschaft erst dann zu ratifizieren, wenn die Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt abgeschlossen seien¹²⁵. Während das Auswärtige Amt in EURATOM vornehmlich ein Druckmittel sah, um Frankreich in den Gemeinsamen Markt hineinzuziehen, betrachtete der Kanzler die Atomgemeinschaft offenbar auch als „Eigenwert“ mit dem Ziel einer nationalen deutschen Nuklearoption¹²⁶.

Trotz dieser prinzipiellen Bonner Weichenstellung traten die Delegationen in Brüssel weiterhin auf der Stelle. Zwar waren die Verhandlungen in der Arbeitsgruppe EURATOM Ende September weit gediehen¹²⁷, und Chaban-Delmas bestätigte gegenüber Faure noch einmal, daß seine Parlamentsgruppe dem Vertrag zustimmen werde, wenn die von Mollet im Juli zugesagten Bedingungen erfüllt

¹²³ S. Kabinettsitzung, 5. 10. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 620.

¹²⁴ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 3118/26, 10. 10. 1956, *Résumé*, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 553 f.

¹²⁵ S. Kabinettsitzung, 5. 10. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 620–629; Ergebnisprotokoll Erhards der Kabinettsitzung vom 5. 10. 1956, Entwurf, in: BDFD II, S. 825–828; Enders, *Integration*, S. 157; Küsters, *Europapolitik*, S. 665 f. Zur amerikanischen Einflußnahme s. Dulles an Conant, Tel. 900, 30. 9. 1957, Confidential, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 467 f.; Gufler an Dep. of State, Tel. 287, 4. 10. 1956, Confidential, in: ebd., S. 472 f.

¹²⁶ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 300.

¹²⁷ Vgl. Küsters, *Gründung*, S. 309.

seien¹²⁸. In der Arbeitsgruppe für den Gemeinsamen Markt stockte es aber¹²⁹. Robert Marjolin, der stellvertretende Leiter der französischen Delegation, signalisierte in der Frage des Übergangs von der ersten zur zweiten Integrationsstufe Kompromißbereitschaft, indem er die Entscheidung nun von einer qualifizierten Mehrheit des Ministerrates abhängig machte, sofern die Deutschen in Konzessionen bei der sozialen Harmonisierung einwilligten¹³⁰. Um den Stillstand aufzuheben, schaltete sich Spaak am 12. 10. mit einem langen Memorandum in die Diskussionen ein. Er unterstützte die wachsende Bereitschaft der Fünf, Frankreich für eine gewisse Zeit eine Sonderstellung einzuräumen. In der Frage des Wechsels zur zweiten Stufe empfahl er einen jährlichen Bericht der Europäischen Kommission, über den der Ministerrat einen Mehrheitsbeschluß fassen sollte. Das System der Ausfuhrsubventionen und Einfuhrabgaben gedachte er interimistisch hinzunehmen, sofern Frankreich bei der Sozialharmonisierung zurücksteckte. Schließlich plädierte er für eine Sonderregelung beim Inkrafttreten des Vertrages bis zur Klärung der Lage in Algerien¹³¹.

Das Drängen zum Eile ging der Bundesregierung aber dann doch zu weit. Der Beschluß des Kabinetts vom 5. 10. blieb unangetastet¹³², die Sonderregelungen für den Agrarbereich wurden von den deutschen Experten abgelehnt. Um die enge Verbindung zwischen beiden Verträgen zu wahren, drosselte Bonn schließlich das Tempo bei EURATOM und bemühte sich um eine Beschleunigung beim Gemeinsamen Markt¹³³. Dies konnte in Paris kaum gefallen. Im Quai d'Orsay wollten die Beamten dem Vorschlag Spaaks zwar den guten Willen nicht absprechen, sie sahen in ihm aber weniger die Suche nach einem Kompromiß als einen „octroi à la France de concessions qui tiennent compte d'une situation jugée particulière“¹³⁴. Daß Couve de Murville nun auf den geringer werdenden Rückstand der Deutschen im Bereich der Sozialgesetzgebung aufmerksam machte und eine Angleichung der Arbeitsbedingungen beider Staaten prognostizierte¹³⁵, trug ebenfalls nicht zum Umdenken an der Seine bei. Unter diesen Umständen war kaum damit zu rechnen, daß Pineau auf der Tagung der Außenminister, die nach zweimaliger Verschiebung am 20./21. 10. in Paris stattfand, von seinen Forderungen abließ.

Dennoch stellte sich am ersten Konferenztag eine Annäherung der Standpunkte insbesondere in den komplexen französischen Sonderregime, Anglei-

¹²⁸ S. Chaban-Delmas an Faure, Nr. 3890, 3. 10. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 512.

¹²⁹ S. PA, Abt. 2, Bd. 913, Bl. 22–27, Aufzeichnung des AA, 210–225–30–04/1150/56, 2. 10. 1956; ebd., Ref. 200, AZ 81.11, Bd. 5, Sitzungen der Arbeitsgruppe Gemeinsamer Markt vom 2., 3. u. 9. 10. 1956, Mar Com 78, 13. 10. 1956.

¹³⁰ Vgl. Küsters, Gründung, S. 312.

¹³¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 907, Bl. 165–175, Memorandum Spaaks, 12. 10. 1956; Küsters, Gründung, S. 312f. Der Abschnitt Gemeinsamer Markt des Memorandums stimmt mit Spaaks Aufzeichnung vom 24. 9. 1956 überein (AMAE, DE-CE 1945–1960, Bd. 613, Bl. 339–344, Aufzeichnung Spaak, 24. 9. 1956).

¹³² S. Aufzeichnung des AA, zu 20–221–00/20n/56¹, 19. 10. 1956, in: BDFD I, S. 610–612.

¹³³ S. PA, Abt. 2, Bd. 913, Bl. 87–92, Ressortbesprechung vom 13. 10. 1956; Küsters, Gründung, S. 312.

¹³⁴ AMAE, DE-CE 1945–1960, Bd. 613, Bl. 368–372, Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, 9. 10. 1956.

¹³⁵ S. Couve de Murville an Pineau, Nr. 1569, 19. 10. 1956, in: BDFD II, S. 489f.; ders. an MAE, Tel. 185/96, 23. 1. 1957, in: ebd., S. 498f.

chung der Löhne für Männer und Frauen und der Urlaubsbestimmungen sowie der Versorgungsregelung bei EURATOM ein. Schwerwiegende Unterschiede ergaben sich hingegen, nicht zuletzt zwischen der deutschen und der französischen Delegation, in der Frage der Überleitung von der ersten zur zweiten Periode und der Wochenarbeitszeit. In Übereinstimmung mit dem holländischen Außenminister Luns lehnte von Brentano sowohl die Forderung eines einstimmigen Ministerratsbeschlusses für den Übergang in die zweite Phase als auch die Einführung der 40-Stunden-Woche ab, während Pineau sich dagegen wehrte, zur zweiten Integrationsstufe gezwungen zu werden, ohne eine Garantie für die Sozialharmonisierung zu erhalten. Strittig war zwischen Bonn und Paris außerdem das Problem des Eigentums und der Verteilung der Kernbrennstoffe sowie die Frage der Kontrollen bei der militärischen Nutzung der Atomenergie. Als am zweiten Konferenztag die Diskussion über die von Sachverständigen vorgelegten Formulierungsvorschläge begann, verschärfte sich die Gegensätze noch. Stundenlange Versuche, die Franzosen zum Einlenken zu bewegen, fruchteten nicht. Nach Rücksprache mit Mollet war Pineau schließlich bereit, in der Frage der Integrationsfortschritte einen Kompromiß einzugehen: Käme der angestrebte einstimmige Beschluß am Ende der ersten Etappe nicht zustande, sollte sie verlängert werden. Nach spätestens sechs Jahren genügte dann eine Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit. Da die übrigen Meinungsunterschiede insbesondere über die Arbeitszeitfrage nicht ausgeräumt werden konnten, zog er sein Angebot aber wieder zurück. Bemühungen der deutschen Delegation eine alternative Formel zu finden, scheiterten am Widerstand des mitgereisten Erhard. So sahen sich die Minister zum Abbruch genötigt, ohne die übrigen strittigen Punkte angegangen zu sein¹³⁶.

Das Treffen war zwar an den französischen Sonderwünschen gescheitert, doch der „Schwarze Peter“ lag bei den Deutschen, die sich nicht nur in den Augen Jean François-Poncets, der rechten Hand Maurice Faures, in zunehmendem Maße isoliert hatten¹³⁷. Die Bundesregierung suchte sofort dem Eindruck entgegen zu treten, als sei die Atmosphäre generell ungünstig gegen die Bonner Delegation gewesen¹³⁸. Dies schien aus ihrer Sicht um so notwendiger, als die Befürworter der europäischen Integration im State Department im engen Einvernehmen mit Monnet Dulles dazu beknieten, Druck auf Adenauer auszuüben, um ihn in der Eigentumsfrage bei den Kernbrennstoffen zum Einlenken zu bewegen¹³⁹. Dem Katzenjammer im Auswärtigen Amt stand unverhohlene Freude im Bundeswirtschaftsministerium gegenüber. Erhard frohlockte, der EWG-Vertrag

¹³⁶ S. PA, Abt. 2, Bd. 907, Bl. 196–252, Konferenz der EGKS-Außenminister vom 20./21. 10. 1956, MAE 460/56, 13. 11. 1956, Entwurf; BA, NL Carstens, Bd. 643, Aufzeichnung Carstens, 20–210–224–00/42a/56¹¹g, 29. 10. 1956, Geheim; Bousquet an Pineau, Nr. 1608, 7. 10. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 504–510; Communiqué, in: Bulletin 1956, S. 1902; vgl. Küsters, Gründung, S. 313–319; Weilemann, Anfänge, S. 126–129.

¹³⁷ S. AMAE, DE-CE 1945–1960, Bd. 613, Bl. 428–436, Aufzeichnung Jean François-Poncet, 25. 10. 1956.

¹³⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 907, Bl. 106–110, Carstens an Washington, FS AZ 210–225–10–06/1429/56, 3. 11. 1956, NfD, Verschlüsselt, VS-Vertraulich.

¹³⁹ S. Butterworth an Dep. of State, Tel. Colux 49, 25. 10. 1956, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 477f.; ders. an Dulles, Tel. Colux 54, 26. 10. 1956, Secret, in: ebd., S. 478f. mit Anm. 4; Bossuat, Jean Monnet, S. 332f.; Schröder, Jean Monnet, S. 462–465.

sei vom Tisch¹⁴⁰, und sandte den Kabinettskollegen ein 30-seitiges Konzept für die Transferierung der Brüsseler Verhandlungen in die OEEC¹⁴¹. Die „Europäer“ in der Koblenzer Straße fühlten sich dadurch dermaßen herausgefordert, daß sie nun danach trachteten, den ungeliebten Minister auszuschalten¹⁴² und die strittigen Fragen auf höchster Ebene durch Adenauer und Mollet zu regeln. Für den 5./6. 11. war ein Treffen beider Regierungschefs in Paris geplant, das sie jetzt „zur Wiederflottmachung der Brüsseler Verhandlungen“ zu nutzen gedachten¹⁴³. Bei einer flexiblen deutschen Haltung in der Frage der Soziallasten sei eine Einigung zweifellos möglich, hieß es in einem Erlaß an die deutschen Auslandsmissionen: „Gesamtbeurteilung für Kompromißmöglichkeiten optimistisch“¹⁴⁴.

„Et maintenant, il faut faire l'Europe!“

Mit der Unterzeichnung des deutsch-französischen Saarvertrages¹⁴⁵ nur sechs Tage nach dem Mißklang von Paris setzten beide Regierungen ein untrügliches Signal für den Willen und die Fähigkeit, Schwierigkeiten einvernehmlich bereinigen zu können. Am 29. 10. informierte der Kanzler den amerikanischen Botschafter Conant über die Ablösung von Strauß als Atomminister und verlieh der Hoffnung Ausdruck, die amerikanischen Sorgen in bezug auf EURATOM damit beseitigen zu können¹⁴⁶. Kurz darauf überzeugte er seinen widerspenstigen Wirtschaftsminister in mehreren Unterredungen von der zwingenden Notwendigkeit, Frankreich entgegenzukommen¹⁴⁷. Anfang November veröffentlichte von Brentano mit Pineau ein ausführliches gemeinsames Interview, in dem beide Außenminister ihren festen Willen zur deutsch-französischen Zusammenarbeit bekundeten¹⁴⁸. Ganz im Sinne dieser Entente hielt Adenauer trotz der eskalierenden weltpolitischen Doppelkrise in Ungarn und am Suezkanal¹⁴⁹ gegen den Widerstand diverser Ratgeber an seinen Reiseplänen fest, weil er sich mit Mollet darin einig war, gerade jetzt der Weltöffentlichkeit den gemeinsamen Willen zum Aufbau Europas vor Augen führen zu müssen¹⁵⁰.

¹⁴⁰ S. Carstens, *Erinnerungen*, S. 204; ders., *Eingreifen*, S. 594 f.; Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2, S. 300.

¹⁴¹ S. BA, NL Etzel, Bd. 84, Erhard an Adenauer, L 4–1–284/56geh., 29. 10. 1956, Geheim, nebst Anlage; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 286 f.; Küsters, *Spannungsfeld*, S. 210.

¹⁴² S. PA, Abt. 2, Bd. 913, Bl. 198–203, Ressortbesprechung vom 27. 10. 1956; Küsters, *Gründung*, S. 320.

¹⁴³ PA, Ref. 200, AZ 80.SL 6 94.07, Schreiben an Adenauer, MB 2164/56, 26. 10. 1956. Autor des Briefes war wahrscheinlich von Brentano oder Hallstein.

¹⁴⁴ Ebd., Abt. 2, Bd. 907, Bl. 80 f., Carstens an diplomatische Vertretungen, FS AZ 210–225–10–06/134711/56, 23. 10. 1956, Verschlüsselt, Reinkonzept; s.a. ders. an Hallstein, Tel. 42, 22. 10. 1956, Verschlüsselt, Citissime, in: BDFD I, S. 612 f.

¹⁴⁵ Vgl. Kap. IV.3.2.

¹⁴⁶ S. Conant an Dep. of State, Tel. 1647, 30. 10. 1956, Confidential, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 480 f.; Eckert, *Kernenergie*, S. 328.

¹⁴⁷ S. Erhard an Etzel, 16. 11. 1956, in: BDFD II, S. 833–836, auch in: Enders, *Integration*, S. 160–164; Carstens, *Eingreifen*, S. 595; Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2, S. 300 f.

¹⁴⁸ S. Interview von Brentanos und Pineaus in: „Réalités“, 1. 11. 1956, auch in: *Bulletin* 1956, S. 1996–1998.

¹⁴⁹ S. Kap. IV.1.2.

¹⁵⁰ S. Mollet an Adenauer, übermittelt in: Pineau an Couve de Murville, Tel. 3125/27, 31. 10. 1956, Secret, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 121 f.; s.a. MAE an Mollet, Aufzeichnungen, 3. 11. 1956, in: ebd., S. 197–201, im Auszug in: BDFD II, S. 828–830.

Als er am Morgen des 6. 11. im Matignon eintraf, verständigten sich beide Politiker nach kurzer Beratung darauf, ihre Gespräche auf die weltpolitische Lage zu konzentrieren. „A votre place, [...], j'accepterais!“, lautete Adenauers Rat, als Mollet per Telefon von Eisenhowers Forderung erfuhr, die englischen und französischen Truppen am Suezkanal zurückzuziehen. Und nach wenigen Momenten fügte er hinzu: „Et maintenant, il faut faire l'Europe!“¹⁵¹

Als geeignetes „Mittel für eine politische Einigung“¹⁵² der Sechsergemeinschaft betrachteten beide Regierungschefs die wirtschaftliche Integration. Sie beauftragten daher zwei Spitzenbeamte aus ihrer Entourage mit der Beseitigung der auf der letzten Außenministerkonferenz offen gebliebenen Probleme. Im vollen Bewußtsein der verheerenden Folgen eines Fehlschlags siedelten Robert Marjolin und Karl Carstens mit einigen Beratern dazu in den Quai d'Orsay über¹⁵³. „Grâce aux dispositions favorables de la délégation allemande“ gelang ihnen innerhalb weniger Stunden der Durchbruch¹⁵⁴. Von Brentano und Faure stimmten den schriftlich ausformulierten Vorschlägen in einer nachmittäglichen Gesprächsrunde ohne Diskussion zu. Gegen Ende der Sitzung stießen die Regierungschefs dazu und billigten die Papiere definitiv¹⁵⁵. Wirtschaftliche oder technische Bedenken traten bei beiden Staatsmännern eindeutig hinter dem politischen Willen zur Einigung zurück. Sie ließen sich dabei von der Überzeugung leiten, daß ein zersplittertes Europa mit einer Anhäufung nationaler Wirtschaften sich gegenüber den großen politischen und ökonomischen Komplexen in der Welt nicht behaupten könne, und setzten sich damit souverän über die ständig „klagen[den] und jammern[den]“ Interessenvertreter der Wirtschaft, aber auch die Bedenken träger in der Politik hinweg¹⁵⁶.

Wie sah nun der von Carstens und Marjolin gefundene Kompromiß aus? Im Bereich von EURATOM erklärte sich die deutsche Seite mit dem Prinzip der Monopolversorgung mit Kernbrennstoffen durch die europäische Agentur einverstanden. Sie setzte aber für die Mitgliedsstaaten das Recht der direkten Bedarfsdeckung außerhalb der Gemeinschaft durch, wenn die Agentur nicht zur Lieferung in der Lage sei oder unangemessene Preise verlange. Bezüglich des Eigentums am spaltbaren Material meldeten die Franzosen einen Vorbehalt an. In der besonders heiklen Frage der sozialen Harmonisierung einigten sich die Sachverständigen darauf, die Annäherung nicht mehr zur Vorbedingung für den Übergang zur zweiten Etappe des Gemeinsamen Marktes zu erheben, sondern zum

¹⁵¹ Zitiert nach: Pineau/Rimbaud, *Grand Pari*, S. 222 u. 223; vgl. Kap. IV.1.2.

¹⁵² PA, Abt. 2, Bd. 914, Bl. 230–235, Erklärung Hallsteins in der Sitzung der Wirtschaftsminister der Bundesländer vom 28. 11. 1956, 20–225–30–01/1637/56, 30. 11. 1956.

¹⁵³ S. Carstens, *Erinnerungen*, S. 206 f.; ders., *Eingreifen*, S. 599. Laut Schwarz waren Carstens und Marjolin schon einige Tage zuvor beauftragt worden, bis zum 6. 11. eine Einigung herbeizuführen (Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2, S. 301).

¹⁵⁴ Pineau an Bonn etc., Zirkulartel. 91, 8. 11. 1956, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 249–251, hier S. 249.

¹⁵⁵ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 156, Unterredung zwischen von Brentano und Faure vom 6. 11. 1956, 9. 11. 1956. Die Behauptung von Carstens, die Papiere seien erst in der Nacht gegen 2 Uhr fixiert und am nächsten Morgen von den Regierungschefs gebilligt worden, muß folglich ein Irrtum sein (Carstens, *Erinnerungen*, S. 206 f.; ders., *Eingreifen*, S. 599).

¹⁵⁶ PA, Ref. 200, AZ 80.17, Ansprache Adenauers vor der Generalversammlung des Vereins Unions-Presse, 17. 11. 1956, Unkorrigiertes Manuskript; s.a. Ansprache dess. in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 23. 11. 1956, in: Buchstab (Bearb.), *Protokolle 1953–1957*, S. 1117. Zur Position Mollets vgl. Lefebvre, *Guy Mollet*, S. 274.

Ziel gemeinsamer Anstrengungen zu machen. Demnach sollte die Angleichung der Wochenarbeitszeit und der Überstundenzuschläge bis zum Ende der ersten Phase sozusagen von selbst auf das hohe französische Niveau führen. Traf diese Erwartung nicht ein, durfte Frankreich eine Schutzklausel gegen Billigimporte aus der Gemeinschaft in Anspruch nehmen. Im Gegenzug verpflichtete es sich, seine Ausfuhrbeihilfen und Einfuhrabgaben abzubauen. Der Ministerrat durfte die Aufhebung des französischen Beihilfe- und Abgabensystems beschließen, sofern die Zahlungsbilanz ein Jahr lang im Gleichgewicht war¹⁵⁷. Darüber hinaus verständigten sich beide Seiten auf die Anregung zur Schaffung einer europäischen Rüstungsgemeinschaft der WEU. In der auf der Pariser Außenministerkonferenz offen gebliebenen Frage der Benennung von Experten zur Festlegung der von den sechs Staaten produzierbaren Atomenergiemengen einigte man sich auf die Einsetzung eines Ausschusses der Drei Weisen¹⁵⁸.

Befriedigt über die „vertrauensvollen Gespräche“, kehrte Adenauer nach Bonn zurück¹⁵⁹ und informierte in den folgenden Tagen das Parlament¹⁶⁰ sowie die Auswärtigen Ausschüsse von Bundestag und Bundesrat über die getroffenen Vereinbarungen¹⁶¹. Sie markierten zweifelsohne die Wende in den Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt und EURATOM, auch wenn Pineau später glauben machen wollte, als ob die Politiker damals keine so düstere Sicht von den Vorgängen besessen hätten wie heutige Historiker: „Ce n'est pas le gouvernement qui a changé sa méthode, c'est l'opinion publique qui s'est ralliée au Marché Commun comme un moyen de rendre une certaine indépendance à la France par rapport aux Etats-Unis.“¹⁶² In Wirklichkeit war es schon so, daß die Suez-Krise die Situation deblockierte¹⁶³. Bonn und Paris manifestierten in diesen dramatischen Tagen ihren unbedingten Willen zur Solidarität und zur Einigung Europas „dans un esprit de totale confiance“¹⁶⁴.

Obwohl die getroffene Übereinkunft, die als „bindende Weisung“ an die Chefs der deutschen und der französischen Delegation auf der Brüsseler Konferenz weitergegeben wurde¹⁶⁵, mit den ursprünglichen französischen Vorstellungen keineswegs identisch war, galt sie im Quai d'Orsay als „raisonnables, car nos demandes initiales étaient, d'un point de vue strictement économique, assez difficilement

¹⁵⁷ S. Aufzeichnung der Arbeitsgruppe deutscher und französischer Sachverständiger, 6. 11. 1956, in: BDFD I, S. 614 f.; Carstens, Erinnerungen, S. 207 f.; ders., Eingreifen, S. 599 f.; Küsters, Gründung, S. 328 f.; Weilemann, Anfänge, S. 131 f.

¹⁵⁸ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 156, Unterredung zwischen von Brentano und Faure vom 6. 11. 1956, 9. 11. 1956. Adenauer und Mollet baten Spaak noch am selben Tag in einem gemeinsamen Schreiben eindringlich um die rasche Benennung entsprechender Persönlichkeiten, wobei sie Armand und Etzel namentlich vorschlugen (DDF 1956, Bd. 3, S. 288, Anm. 2).

¹⁵⁹ PA, Ref. 200, AZ 80.SL 6 94.07, Adenauer an Mollet, Tel. AZ 20-752-01/12824/56, 7. 11. 1956.

¹⁶⁰ S. Regierungserklärung dess., 8. 11. 1956, in: BT, Sten. Ber., Bd. 32, S. 9259–9264.

¹⁶¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 918, Bl. 237–239, Carstens an von Brentano, Aufzeichnung 20-225-30-01/1469/56, 8. 11. 1956; ebd., Bd. 914, Bl. 47–56, Aufzeichnung 210-225-30-01/1466/56, 12. 11. 1956; ebd., Bl. 185–194, Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates vom 22. 11. 1956, AA 19-1-33/56, 26. 11. 1956, VS-NfD.

¹⁶² Diskussionsbeitrag Pineaus in: Serra (Hg.), Rilancio, S. 525.

¹⁶³ S. Pineau/Rimbaud, Grand Pari, S. 218 u. 221; Riondel, Maurice Faure, S. 355.

¹⁶⁴ Mollet an Adenauer, 13. 11. 1956, mitgeteilt in: Pineau an Couve de Murville, Tel. 3324/31, 13. 11. 1956, Priorité absolue, Secret, Réserve, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 288 f., hier S. 288.

¹⁶⁵ PA, Abt. 2, Bd. 918, Bl. 218, Adenauer an von Brentano, 7. 11. 1956.

justifiables“¹⁶⁶. Frankreich hatte in einer Reihe von wichtigen Punkten seine Vorstellungen durchgesetzt: Aufrechterhaltung der Ausfuhrbeihilfen und Importabgaben, Schutzklauseln bei Zahlungsbilanzkrisen, Übergangsregelung von der ersten zur zweiten Phase, Sozialharmonisierung, Einschränkung des freien Wettbewerbs. Zwar blieb der Freihandel Basis des Gemeinsamen Marktes, war aber durch negative Elemente einer mehr organischen Konzeption korrigiert¹⁶⁷. Wenn gleich man sich der noch vorhandenen Hürden bewußt war, setzte das Ministerium darauf, daß die Übereinkunft den Boden für eine Gesamtlösung der Probleme bereiten würde¹⁶⁸. Weitaus kritischer wurde das Paket von den Kollegen im Wirtschaftsministerium begutachtet. Ramadier übermittelte Pineau gleich eine ganze Liste von Punkten, die seiner Meinung nach im Sinne Frankreichs nachverhandelt werden mußten¹⁶⁹.

Ähnlich unterschiedlich fiel die Reaktion in Bonn aus¹⁷⁰. Erhard giftete gegen den „baren volkswirtschaftlichen Unsinn“ der Regelungen über die soziale Harmonisierung, wetterte gegen die Zollunion, die „keinerlei freiheitlichen Geist“ mehr aufweise, sondern ihn „ertötet“. Mit diesem „bürokratisch manipulierten Europa“, das „mehr gegenseitiges Mißtrauen als Gemeinsamkeit atmet“, wollte der Wirtschaftsminister nichts zu tun haben. „Ich bin deshalb auch fest entschlossen, diesen Teil des Brüsseler Vertrags mit meiner Person und meinem Namen nicht zu decken“, ließ er Etzel am 16. 11. warnend wissen¹⁷¹.

Der am Rhein weiter schwelende Streit über den Kurs der Europapolitik, der besorgte CDU-Politiker bereits befürchten ließ, die SPD könne der Union bei der nahenden Bundestagswahl den Rang als Europapartei ablaufen¹⁷², wurde an der Seine sehr aufmerksam beobachtet. Man registrierte mit Genugtuung, wie sich der Kanzler über die Kritik seines Wirtschaftsministers hinwegsetzte, sich ganz auf den raschen Abschluß der Brüsseler Verhandlungen konzentrierte und nun auch seine WEU-Pläne zurückstellte¹⁷³. Damit legte er auch den in der deutschen Diplomatie schon Mitte Oktober entwickelten Plan eines diplomatischen „Konsultativpaktes“ im Rahmen der Westeuropäischen Union auf Eis, der regelmäßige Zusammenkünfte der Außenminister, den Verzicht auf eine gegen die Interessen eines der Mitglieder verstoßende Politik und die gegenseitige Unterstützung in internationalen Organisationen vorsah¹⁷⁴. Die in Paris seit der Brüsseler

¹⁶⁶ Aufzeichnung Valéry, 9. 11. 1956, in: BDFD II, S. 830–833, hier S. 832.

¹⁶⁷ S. AMAE, DE–CE 1945–1960, Bd. 614, Bl. 23–28, Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, 29. 12. 1956 (Konzept FV); Aufzeichnung Valéry, 5. 12. 1956, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 471–475.

¹⁶⁸ S. Aufzeichnung dess., 9. 11. 1956, in: BDFD II, S. 832 f.

¹⁶⁹ S. Ramadier an Pineau, Aufzeichnung, Januar 1957, in: ebd., S. 857–859; vgl. Lefebvre, Guy Mollet, S. 274.

¹⁷⁰ S. PA, Abt. 2, Bd. 914, Bl. 93–96, Ressortbesprechung vom 10. 11. 1956.

¹⁷¹ Erhard an Etzel, 16. 11. 1956, in: BDFD II, S. 834, 833 u. 835; s.a. Etzel an Erhard, 3. 12. 1956, in: ebd., S. 837–843, auch in: Enders, Integration, S. 164–171; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 289–291; Küsters, Gründung, S. 332 f.

¹⁷² S. Erklärung Kiesingers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 23. 11. 1956, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 1130 f.

¹⁷³ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 3499/506, 24. 11. 1956, *Résumé*, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 405 f.; *Kommuniqué* der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 23. 11. 1956, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 1161 f.

¹⁷⁴ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 62, Aufzeichnung, 19. 10. 1956. Da die Aufzeichnung in Paris gefertigt wurde, stammt sie wahrscheinlich von der Deutschen Botschaft oder der deutschen Ver-

Rede Adenauers erwarteten Impulse mit konkreten Anregungen zur europäischen Einigung blieben aus. Der Kanzler plante neben der Forcierung der Brüsseler Verhandlungen vorerst keine entsprechende Initiative¹⁷⁵, was der französische Botschafter darauf zurückführte, daß Adenauer wegen der aufgebrachten innenpolitischen Stimmung nach dem Suez-Debakel gegen Frankreich und Großbritannien vorsichtig agieren und sein gestörtes Verhältnis zu den USA pflegen müsse¹⁷⁶.

Wollten die Regierungen beiderseits des Rheins die Konferenz von Val-Duchesse nun möglichst rasch abschließen, mußten sie natürlich insbesondere die Beratungen in der Arbeitsgruppe Gemeinsamer Markt beschleunigen¹⁷⁷. Trotz der zwischen Deutschen und Franzosen erzielten grundsätzlichen Einigung zeigte es sich sehr bald, daß die Interessengegensätze in einzelnen Sachfragen, wie etwa dem Außentarif, noch nicht überwunden waren und zwei grundsätzliche Probleme noch der Lösung harrten. Dazu gehörte insbesondere die vertragliche Festlegung der Eigentumsrechte beim spaltbaren Material. Mollet hatte aus der Suezkrise den Schluß gezogen, die „cohésion européenne“ in der Nuklearwirtschaft mit stärkster Kraft voranzutreiben, da die deutsche und französische Wirtschaft sich nicht vom Erdöl des Nahen Ostens abhängig machen durfte. Sie benötigten deshalb erhebliche Mengen an amerikanischen Kernbrennstoffen, die der Président du Conseil nur dann glauben zu können, wenn die Kontrolle exklusiv in die Hände der EURATOM gelegt, also die auf der Außenministerkonferenz in Paris fixierte Regelung wieder aufgehoben würde¹⁷⁸. Ein weiteres Problem ergab sich aus der seit Monaten angekündigten Erklärung Frankreichs über die Notwendigkeit zur Assoziation der Überseegebiete in den Gemeinsamen Markt. Das Konzept, das Marjolin seinen Kollegen am 16. 11. vortrug, ging von der Überlegung aus, die überseeischen Gebiete der Gemeinschaft zu assoziieren und die Partner zu einer gemeinsamen Investitionspolitik zu verpflichten. Dafür wurde ihnen die Öffnung der überseeischen Märkte angeboten¹⁷⁹.

Als die Delegationsleiter Ende November eine Art Zwischenbilanz über die Ausarbeitung der beiden Vertragstexte zogen, äußerte Ophüls mit Blick auf die kommenden Bundestagswahlen den Wunsch, beide Verträge im März dem Parlament vorlegen zu können. Angesichts der zahlreichen noch offenen Fragen schien dies aber ein schwieriges Unterfangen zu sein: In institutioneller Hinsicht waren die Stimmgewichtung im Ministerrat und damit die Machtbalance zur Kommission sowie die Kompetenzen der Gemeinsamen Versammlung und ihre Über-

tretung bei der NATO; s.a. ebd., Abt. 2, Bd. 918, Bl. 211–213, Aufzeichnung des Referats 211 im AA, 211–86–21/3593/56 III, 24. 10. 1956.

¹⁷⁵ S. ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Vermerk Hallstein St.S. -242/56, 20. 11. 1956; Couve de Murville an Pineau, Tel. 3465/68, 21. 11. 1956, *Réserve*, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 369f.

¹⁷⁶ S. ders. an dens., Tel. 3499/506, 24. 11. 1956, *Réserve*, in: ebd., Bd. 3, S. 405f. Zur innerdeutschen Kritik an der britisch-französischen Militäraktion vgl. Kap. IV.1.2.

¹⁷⁷ S. PA, Abt. 2, Bd. 914, Bl. 93–96, Ressortbesprechung vom 10. 11. 1956; Bjøl, *La France*, S. 76f.; Guillen, *L'Europe*, S. 332.

¹⁷⁸ Mollet an Adenauer, 13. 11. 1956, mitgeteilt in: Pineau an Couve de Murville, Tel. 3324/31, 13. 11. 1956, *Priorité absolue, Secret, Réserve*, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 288f., hier S. 288; s.a. Weilemann, *Anfänge*, S. 139f.

¹⁷⁹ S. PA, Ref. 200, AZ 81.11, Bd. 6, Erklärung der französischen Delegation Ch. Del. 59, 16. 11. 1956, im Auszug in: BDFD I, S. 618–621; Küsters, *Gründung*, S. 379–384.

nahme aus der EGKS noch strittig. Ein weiteres Streitthema bildeten die französischen Sonderwünsche im Agrarbereich, die darauf hinausliefen, Frankreich auf dem westeuropäischen Markt mit Hilfe eines hohen Außentarifs Absatzmöglichkeiten für seine wachsenden Agrarüberschüsse zu schaffen. Die Schwierigkeit bestand insbesondere darin, die Öffnung der nationalen Agrarmärkte innerhalb der Gemeinschaft und die Beibehaltung eines Schutzes der Landwirtschaft gegenüber den anderen Mitgliedstaaten sowie Drittländern in Einklang zu bringen. Dazu bedurfte es entsprechender Regelungen in den nationalen Marktordnungen, in der Frage der Mindestpreise und bei den Ausfuhrbeihilfen¹⁸⁰. Ohne Einigung war außerdem bisher die Festsetzung des Außentarifs geblieben, wo ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen der Niedrigzollpolitik Bonns und der protektionistischen Haltung von Paris herrschte. Hinsichtlich EURATOM war Deutschland nur zögerlich bereit, Zwangslizenzen durch die Gemeinschaft zu akzeptieren. Frankreich gestand zu, über militärische Patente eine substantielle Meldung zu machen, ohne daß die Verfahren im Detail klar waren¹⁸¹. In bezug auf das Eigentum am spaltbaren Material regte das Auswärtige Amt, das dieses Problem unter juristischen wie wirtschaftlichen Aspekten als „praktisch fast bedeutungslos“ einstufte, an, der französischen Forderung entgegenzukommen, dafür aber Gegenleistungen auf dem Gebiet der militärischen Nutzung der Kernenergie einzufordern¹⁸².

Der neue Bundesminister für Atomfragen, Balke, der Ende Oktober die Nachfrage von Strauß angetreten hatte, lehnte eine solche Konzession aber strikt ab. Er sah seine primäre Aufgabe nämlich darin, den jahrzehntelangen Vorsprung der Nuklearmächte aufzuholen, und stand der EURATOM daher kritisch gegenüber, weil er befürchtete, Frankreich könne sich der Atomgemeinschaft bedienen, um die deutsche Entwicklung unter Kontrolle zu halten. Aus gesamtpolitischen Erwägungen beugte er sich zwar dem deutsch-französischen Kompromiß vom 6. 11., betrachtete ihn aber als die äußerste Verhandlungslinie. Mollets Nachforderung stand nun nicht nur im Gegensatz zu den bisherigen internationalen Abmachungen, sondern auch zu dem vom Kabinett beschlossenen Entwurf für ein deutsches Kernenergiegesetz, in dem zur Anregung privatwirtschaftlicher Initiativen ausdrücklich darauf verzichtet worden war, den Besitz der spaltbaren Materialien dem Staat vorzubehalten. Aus Sorge um die deutsche Atomforschung und -wirtschaft hielt er das Eingehen auf die französischen Forderungen daher für nicht vertretbar¹⁸³. Adenauer schloß sich dieser Sichtweise an und erteilte Mollet daraufhin eine Absage. Die Einigung auf der Pariser Außenministerkonferenz im Oktober hatte der „bloß formalen Bedeutung“ des Eigentumstitels bei Lieferun-

¹⁸⁰ S. Pineau an Brüssel etc., Tel. 1461/67 etc., 24. 11. 1956, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 401 f.; PA, Ref. 200, AZ 81.11, Bd. 9, Aufzeichnung von der Groeben Ch. Del. 108, 13. 12. 1956; ebd., Vorschlag der französischen Delegation Ch. Del. 128, 27. 12. 1956; Küsters, Gründung, S. 348–355.

¹⁸¹ S. AMAE, DE-CE 1945–1960, Bd. 614, Bl. 29–57, Sitzung der Delegationsleiter vom 29. 11. 1956, Résumé, 30. 11. 1956; Pineau an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 103, 1. 12. 1956, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 451 f.; PA, Abt. 2, Bd. 915, Bl. 46–50, Ressortbesprechung vom 1. 12. 1956; Weilemann, Anfänge, S. 133 f.

¹⁸² PA, Abg.-Liste Ref. 202, Bd. 27, Aufzeichnung Hädrich 215–221–52/81/56^{II}, 3. 12. 1956, VS-Vertraulich.

¹⁸³ S. Balke an Adenauer, I B/1-K 6015–251/56, 6. 12. 1956, Durchschrift, in: BDFD II, S. 847–850.

gen von spaltbarem Material Rechnung getragen. Deshalb sah der Kanzler keinen Grund, den Argumenten des *Président du Conseil* zu folgen¹⁸⁴.

Auch in der Frage der Überseegebiete gab es in der Bundesrepublik Bedenken. Ophüls pries die Einbeziehung als einen „Fortschritt von vielleicht entscheidender Bedeutung für die Zukunft Europas“¹⁸⁵, meldete aber in der Sitzung der Delegationsleiter am 22. 11. erhebliche Vorbehalte gegen das Kernstück des französischen Plans, die Errichtung eines Investitionsfonds mit einem Anfangskapital von einer Milliarde DM, an¹⁸⁶. Von Brentano wollte sich der Einbeziehung der Überseegebiete in den Gemeinsamen Markt gleichwohl nicht entgegenstellen, weil die wirtschaftliche Erschließung des Schwarzen Kontinents, die schon im Rahmen der Schumanplan-Verhandlungen als notwendig angesehen worden war, nun zunehmend wichtiger zu werden schien, um der ausgreifenden sowjetischen Einflußnahme entgegenzutreten. Der Außenminister plädierte daher für eine wohlwollende Prüfung des französischen Vorschlags und eine vertraglich fixierte allgemeine Absichtserklärung. Die präzisere Ausgestaltung wünschte er späteren Verhandlungen zu überlassen¹⁸⁷.

Adenauer pflichtete dieser Position ausdrücklich bei¹⁸⁸, sah sich dann aber holländischen und italienischen Forderungen nach Gleichbehandlung gegenüber. Dies wiederum brachte Erhard auf den Plan, der die Vorschläge außerhalb des Gemeinsamen Marktes behandelt sehen wollte und den Franzosen vorwarf, ihre koloniale Verantwortung auf die Partner abzuwälzen¹⁸⁹. Einzelne Diplomaten warnen die Bundesregierung schließlich davor, man belaste die guten Beziehungen zu den afro-asiatischen Staaten, wenn man zu eng mit Frankreich in Nordafrika kooperiere¹⁹⁰. Bonn blieb dennoch bei seiner prinzipiell gewogenen Position, weil die westeuropäische Wirtschaft die afrikanischen Ressourcen benötigte und man sowohl das Verhältnis zu Paris nicht aufs Spiel setzen als auch den europäischen Integrationsprozeß nicht gefährden wollte. „Die europäische Einigung“, so begründete Hallstein diese Position gegenüber den deutschen Botschaftern, „ist entschieden in dem Augenblick, in dem die Franzosen und die Deutschen einig sind. Wir wollen diese europäische Einigung nicht aus romantischen Vorstellungen, sondern aus sehr realpolitischen Überlegungen, um diesem Kontinent die Stellung zu sichern, die er nach seinen Möglichkeiten haben kann.“¹⁹¹

¹⁸⁴ Adenauer an Mollet, 14. 1. 1957, Entwurf, in: BDFD I, S. 623 f., hier S. 624; Weilemann, Anfänge, S. 140.

¹⁸⁵ PA, Abt. 2, Bd. 914, Bl. 137, Ophüls an AA, FS Nr. 692, 17. 11. 1956, Citissime.

¹⁸⁶ S. ebd., Ref. 200, AZ 81.11, Bd. 7, Sitzung der Delegationsleiter vom 22. 11. 1956, Aide Mémoire Ch. Del. 68, 23. 11. 1956; Pineau an Brüssel etc., Tel. 1461/67 etc., 24. 11. 1956, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 401 f.; Küsters, Gründung, S. 385.

¹⁸⁷ S. von Brentano an Adenauer, 20–210–225–30–01/1614/56, 8. 12. 1956, in: BDFD I, S. 621–623; vgl. Carstens, Erinnerungen, S. 210 f.

¹⁸⁸ S. PA, Abt. 2, Bd. 915, Bl. 197, Adenauer an von Brentano, 225–30–01/1614/56, 11. 12. 1956.

¹⁸⁹ S. ebd., Bd. 916, Bl. 31–35, Kabinettsvorlage Erhards, I A 1–I A 5–69/57, 7. 1. 1957; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 291; Küsters, Gründung, S. 385 f.

¹⁹⁰ Vgl. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 259, Erklärung Allardts auf der Konferenz der Missionschefs vom 18.–23. 2. 1957, NfD, VS-Vertraulich (Protokoll, S. 40 f.).

¹⁹¹ Ebd., Erklärung Hallsteins auf der Konferenz der Missionschefs vom 18.–23. 2. 1957, NfD, VS-Vertraulich (Protokoll, S. 41).

„Le tournant essentiel de l'histoire contemporaine du monde libre“

Ungeachtet der noch offenen Probleme waren die „Planierungsarbeiten“ für die Errichtung der neuen europäischen Gemeinschaft Anfang Januar 1957 im großen und ganzen so weit gediehen, daß das Ziel in Kürze erreichbar schien¹⁹². Am 15. 1. billigte die italienische Regierung die Brüsseler Verhandlungsergebnisse¹⁹³. Zur selben Zeit nahm das Bundeskabinett die Pläne einstimmig an und verabschiedete Richtlinien für die letzte Verhandlungsphase¹⁹⁴. Union und SPD-Opposition waren gleichermaßen bereit, der Regierung auf ihrem Weg zu folgen¹⁹⁵.

Vor diesem Hintergrund hielten die Beamten im Auswärtigen Amt nun den Zeitpunkt für gekommen, die seit langem vorbereitete WEU-Initiative zu ergreifen. Der Bericht der im Oktober 1956 eingesetzten Arbeitsgruppe zur zukünftigen Rolle der WEU hatte Anfang November gezeigt, daß die Sieben ihre Organisation weiterhin als Koordinationsforum für die sicherheitspolitischen Interessen Westeuropas nutzen wollten¹⁹⁶. Namentlich Frankreich lehnte dabei eine Blockbildung innerhalb der NATO ab¹⁹⁷. Im Dezember hatte die Sechsergemeinschaft daraufhin ihre Bemühungen um eine Aktivierung der Siebenerunion als weiteres Standbein der europäischen Integration beschleunigt. Auf einer Tagung des WEU-Rates brachte der italienische Außenminister Martino den Vorschlag ein, die Organisation zu einer politischen Gemeinschaft auszubauen. In Übereinstimmung mit seinem deutschen Kollegen von Brentano legte er dazu die Anregung für eine direkt gewählte Versammlung der WEU vor. Auch Pineau sprach sich dafür aus, der WEU mehr politische Kompetenz zu übertragen, wobei sie nach seinem Dafürhalten vor allem als Rahmen für die Assoziierung Großbritanniens mit der entstehenden EWG dienen sollte¹⁹⁸. Bonn ging dieser Ansatz nicht weit genug, hoffte man doch, nach einem erfolgreichen Abschluß der wirtschaftlichen nun auch einen neuen Anlauf zur politischen Integration unternehmen zu können. Das Auswärtige Amt arbeitete daher im Januar 1957 den Plan aus, die WEU „zu einem Instrument der *gemeinsamen Außenpolitik*“ der sieben Mitgliedstaaten umzufunktionieren. Zu diesem Zweck sah es laufende Konsultationen zwischen den Mitgliedern über die europäischen Fragen und zweimalige Treffen der Außenminister pro Jahr vor¹⁹⁹.

¹⁹² S. AMAE, DE-CE 1945–1960, Bd. 614, Bl. 112–122, Bousquet an Pineau, Nr. 1916/EU, 28. 12. 1956; Faure an Hallstein, 2. 1. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 18–20.

¹⁹³ Vgl. Weilemann, Anfänge, S. 135.

¹⁹⁴ S. PA, Abt. 2, Bd. 916, Bl. 177–187, Kabinettsvorlage von Brentanos zu 20–210–225–30–01/36/57, o.D.; Kabinettsvorlage Erhards, I A 1–160/57, 14. 1. 1957, in: BDFD II, S. 852–856; BA, NL Carstens, Bd. 644, Kabinettsitzung, 15. 1. 1957 (Auszug); AdG 1957, S. 6209A.

¹⁹⁵ S. PA, Abt. 2, Bd. 916, Bl. 38–48, Aufzeichnung 210–225–30–04/1752/56, 11. 1. 1957; AMAE, DE-CE 1945–1960, Bd. 629, Bl. 41–42, Couve de Murville an MAE, Tel. 119/26, 16. 1. 1957, Réservé; Paterson, SPD, S. 128.

¹⁹⁶ Zur Tagung der WEU-Versammlung vom 11.–13. 10. 1956 s. AdG 1956, S. 6033C; Thoß, Beitritt, S. 226f.

¹⁹⁷ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 68, Bl. 169–171, Blankenhorn an Adenauer, 17. 10. 1956, Geheim.

¹⁹⁸ S. Sitzung des WEU-Rates vom 10. 12. 1956, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 512–518; AdG 1956, S. 6145B.

¹⁹⁹ PA, Abt. 2, Bd. 917, Bl. 163–169, Memorandum der Bundesregierung, 22. 1. 1957, Entwurf, im Auszug in: BDFD I, S. 625–629, hier S. 625. Das undatierte Dokument wurde von Brentano am 22. 1. 1957 zugeleitet (PA, Abt. 2, Bd. 917, Bl. 169–174, Referat 211 an von Brentano, Aufzeichnung 211–86–21/294/57, 22. 1. 1957).

Die deutsche Konzeption blieb indes vorläufig in der Schublade. Dies hing gewiß auch mit den Schwierigkeiten zusammen, denen sich die französische Regierung jetzt gegenüber sah. Im Dezember hatte Mollet die Ratifizierungsdebatte zum Saarabkommen im Palais Bourbon ganz im Zeichen der europäischen Einigung geführt, und die Parlamentarier waren ihm mit großer Mehrheit gefolgt²⁰⁰. Der *Président du Conseil* trachtete danach, diese Stimmung auszunutzen, um seine schwache parlamentarische Basis auszubauen. Die Forcierung der Brüsseler Verhandlungen, ja eine Belebung der Europapolitik insgesamt, war für ihn nicht nur ein Gebot außen- und sicherheitspolitischer Klugheit, sondern auch innenpolitischer Notwendigkeit zur Lösung der ökonomischen und kolonialen Probleme²⁰¹. In diesem Sinne initiierte er Mitte Januar eine mehrtägige europapolitische Aussprache in der *Assemblée Nationale*, die vor allem darauf zielte, die Kritik der Wirtschaftsverbände am Gemeinsamen Markt, deren Sprachrohr die Unabhängigen und die Bauernpartei waren, zu besänftigen. Der Zeitpunkt schien gut gewählt, nachdem das *Comité directeur des Conseil National du Patronat Français* am 7. 1. den Verträgen zugestimmt hatte²⁰².

Wer indes glaubte, mit diesem Votum sei der Kampf bereits entschieden, sollte rasch eines Besseren belehrt werden. Anders als erhofft, entwickelte sich die Parlamentsdebatte zu einer heftigen Demonstration gegen das Vertragswerk. Noch immer war es der Regierung nicht gelungen, Europa zu einem politischen Begriff werden zu lassen. „Alle Vertragsprojekte sind wertlos“, so kommentierten deutsche Beobachter voller Sorge, „sofern nicht jeweils das materielle ‚*Préalable*‘ in Form eines Sonderbonus an Frankreich geklärt ist.“²⁰³ Wieder einmal standen zwei Probleme im Mittelpunkt der Diskussion: Sollte sich die *Grande Nation* tatsächlich Europa anschließen oder eher die nationalstaatliche Souveränität wahren? Und was mußte man um seiner wirtschaftlichen Sicherheit willen tun, damit der östliche Nachbar sich auch in Zukunft dem Westen verbunden fühlte? Mollet und Faure interpretierten die gegenseitige Abhängigkeit im Gemeinsamen Markt als Schutz vor der Bundesrepublik und als willkommenes Vehikel, sie vor einer Schaukelpolitik zwischen Ost und West zu bewahren. Kommunisten, Poujadisten und die Radikalsozialisten um Mendès France wollten sich diesem Credo nicht anschließen. Sie lehnten die europäische Einigung dezidiert ab und hofften auf den Sturz des Kabinetts. Sozialisten und Volksrepublikaner billigten hingegen weitgehend den Kurs der Regierung. Um die Mehrheit auf seine Seite zu ziehen, brauchte Mollet aber die Unterstützung der übrigen Parlamentarier, der Gaullisten, Radikalsozialisten und Unabhängigen. Die aber knüpften an ihre Zustimmung eine Reihe wirtschaftspolitischer Bedingungen und übernahmen damit die Parolen jener Wirtschaftsverbände, die sich durch den Gemeinsamen Markt eine beschleunigte Modernisierung des Produktionsapparates und die Ausweitung ihres Exports erhofften. Nach hartem Ringen sprachen sich am 22. 1. schließlich 331 gegen 207 Stimmen für einen *Ordre du jour* aus, der in abgeschwächter Form die wichtigsten Forderungen zusammenfaßte: Bestätigung des von den Experten

²⁰⁰ Vgl. Kap. IV.3.2.

²⁰¹ S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 192, von Maltzan an AA, Pol. 205–00 4961/56, 14. 12. 1956.

²⁰² Vgl. Mioche, *Patronat*, S. 253 f.

²⁰³ PA, Ref. 700, Bd. 2, Hartlieb an Fechter, „Deutsche Außenpolitik 1957“, o.D.

erzielten Einvernehmens über die Sozialharmonisierung; Abschluß langfristiger Agrarverträge mit garantierten Preisen vor dem Ende der ersten Etappe des Gemeinsamen Marktes; Einbeziehung der Überseegebiete mit gewissen Präferenzen ihrer Produkte sowie Beteiligung der Partner an dortigen Investitionen für Infrastrukturvorhaben; positiver Abschluß von Verhandlungen über eine Freihandelszone mit Großbritannien; Investitionspolitik zur Modernisierung der französischen Wirtschaft²⁰⁴. Mollet betrachtete das überraschend klare Ergebnis als Erfolg seiner Politik. Doch auch den Kritikern innerhalb der Regierung, wie Ramadier und Chaban-Delmas, denen die Beschleunigung der Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt ein Dorn im Auge war, zeigten sich zufrieden²⁰⁵.

Vor einem voreiligen Rückschluß auf die Ratifikation der Verträge konnte nur gewarnt werden. Denn zum einen war die innenpolitische Entwicklung bis dahin keineswegs vorhersehbar, zum anderen mußten die Fünf erst einmal die neuen französischen Bedingungen schlucken²⁰⁶. Namentlich die Niederlande und die Bundesrepublik mochten sich dem französischen Druck aber zunächst nicht beugen. Am Rhein mokierte sich Politiker über die „psychose de crainte“ und das „mouvement de panique“ zahlreicher französischer Parlamentarier und warfen ihnen vor, nur den Nutzen aus dem Gemeinsamen Markt ziehen, aber kein Risiko eingehen zu wollen²⁰⁷. Zwar konnten die Delegationsleiter der Brüsseler Regierungskonferenz am 23./24. 1. eine Einigung in der Frage der Kontrolle der Kernbrennstoffe dahingehend erzielen, daß sie sich nicht auf operative Vorrichtungen der nationalen Verteidigung erstrecken dürfe²⁰⁸. Sie hatten damit aber eben nur eine von vielen fortbestehenden Differenzen ausgeräumt.

Entsprechend schwierig verlief die Konferenz der sechs Außenminister, die vom 26. bis 28. 1. in Brüssel Einvernehmen über die offenen institutionellen, finanziellen und agrarpolitischen Fragen sowie das Überseeproblem suchten. Keine Einigkeit erzielten sie über die Zusammensetzung der Versammlung. Ohne Einigung blieben des weiteren die Stimmverteilung im Ministerrat, da die Niederlande sich gegen eine Majorisierung durch die drei großen Staaten sträubten, und das Thema Überseegebiete, weil sich die Holländer vereint mit den Deutschen gegen jede weitere Konzession an die Franzosen sperrten. Ungeachtet des Beschlusses über die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt hararte schließlich auch die Agrarfrage noch einer Lösung. Trotz des guten Verhandlungsklimas schien nicht nur ein nochmaliges Treffen der Außenminister, sondern auch eine Konferenz der Regierungschefs vonnöten²⁰⁹.

²⁰⁴ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 15.–22. 1. 1957 in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1957, Bd. 1, S. 4–223; Pineau/Rimbaud, *Grand Pari*, S. 228–235; Brunet, MRP, S. 245 f.; Guillen, *Wiederaufschwung*, S. 8 f. u. 13–19; Irving, *Christian Democracy*, S. 191–194; Latte, *Europapolitik*, S. 103–120 passim.

²⁰⁵ S. Ramadier an Pineau, Aufzeichnung, Januar 1957, in: BDFD II, S. 857–859; Guillen, *L'Europe*, S. 331 f.; Lefebvre, *Guy Mollet*, S. 274.

²⁰⁶ Vgl. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 55, von Maltzan an AA, FS Nr. 48, 23. 1. 1957, *Verschlüsselt*, Citissime.

²⁰⁷ AMAE, DE-CE 1945–1960, Bd. 629, Bl. 49–50, Couve de Murville an MAE, Tel. 158/66, 22. 1. 1957, *Réservé*.

²⁰⁸ S. Weilemann, *Anfänge*, S. 138.

²⁰⁹ S. PA, Ref. 200, AZ 81.11, Bd. 12, Außenministerkonferenz der EGKS-Staaten vom 26.–28. 1. u. vom 4. 2. 1957, 12. 2. 1957, Entwurf; ebd., Abt. 2, Bd. 908, Bl. 28 f., von Brentano an AA, FS Nr. 32

Einer entsprechenden Einladung aus Paris wollten die Regierungen in Brüssel und Den Haag aber nur folgen, wenn eine Erfolgsgarantie bestünde²¹⁰. Auch Adenauer riet Mollet am 30. 1. in einer knappen Botschaft, man solle erst einmal das Ergebnis der zweiten Außenministerkonferenz abwarten²¹¹. Als sich die Minister nur fünf Tage später erneut trafen, gelang ihnen zwar die Bereinigung der meisten schwebenden Fragen wie die Übernahme der Versammlung der EGKS und die Festlegung ihrer Abgeordnetenzahlen, die Verteilung der finanziellen Schlüssel, die Einbeziehung der Landwirtschaft mit dem Ziel einer gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Regelung des gemeinsamen Außentarifs. Das zentrale Thema der Einbeziehung überseeischer Gebiete blieb indes ebenso ungelöst wie die Eigentumsregelung im EURATOM-Vertrag²¹². Noch einmal sahen die Gegner der europäischen Integration eine letzte Chance, den europapolitischen Zug in eine andere Richtung zu lenken. An der Seine beklagte sich Chaban-Delmas über die Einflüsse der EURATOM auf das französische Militärprogramm, und der verteidigungspolitische Ausschuß der Nationalversammlung sprach sich schon jetzt gegen die Ratifikation des Vertrags aus²¹³. Am Rhein forderten Industriekreise lautstark die Ergänzung der EWG durch die von den Briten angeregte Freihandelszone (FHZ)²¹⁴. Je deutlicher Frankreich auf Schutzmaßnahmen pochte, desto mehr fürchteten sie Wettbewerbsverzerrungen auf ihre Kosten. Insbesondere die Industrie- und Handelskammern und Teile der exportorientierten chemischen bzw. verarbeitenden Industrie favorisierten die breite FHZ gegenüber dem engeren Gemeinsamen Markt²¹⁵. Als der Ministerrat der OEEC am 12./13. 2. in Paris den Beschluß faßte, in Verhandlungen über den britischen Vorschlag vom Oktober 1956 einzutreten²¹⁶, jubelte Erhard, damit sei „die seit Jahren entscheidende, politische und wirtschaftliche Initiative zur Integration Europas“²¹⁷ in Angriff genommen. Im harten Kontrast dazu attackierte er die kurz vor der Gründung stehende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wenige Wochen später gegenüber

Verschlüsselt, Citissime; ebd., Bl. 30f., Hartlieb an dass., FS Nr. 33, Verschlüsselt, Citissime; ebd., Bd. 916, Bl. 383, ders. u. Ophüls an dass., FS Nr. 34, 28. 1. 1957, Verschlüsselt, Citissime; ebd., Bd. 908, Bl. 37f., Carstens an diplomatische Vertretungen, FS Nr. 59 Plurex, 30. 1. 1957; Bousquet an Pineau, Tel. 25/44, 28. 1. 1957, Priorité absolue, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 160–163; ders. an dens., Tel. 47/52, 29. 1. 1957, Priorité absolue, Réservé, in: ebd., S. 163f.; Pineau an Brüssel etc., Tel. 225/32 etc., 2. 2. 1957, Réservé, in: ebd., S. 186f.

²¹⁰ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 234/38, 28. 1. 1957, Urgent, Réservé, in: ebd., S. 159f.

²¹¹ S. Adenauer an Mollet, 30. 1. 1957, mitgeteilt in: AMAE, DE-CE 1945–1960, Bd. 629, Bl. 55, Couve de Murville an MAE, Tel. 266, 30. 1. 1957, Réservé, Urgent.

²¹² S. PA, Ref. 200, AZ 81.11, Bd. 12, Außenministerkonferenz der EGKS-Staaten vom 26.–28. 1. u. vom 4. 2. 1957, 12. 2. 1957, Entwurf; Carstens an diplomatische Vertretungen, FS Nr. 92 Plurex, 7. 2. 1957, Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 631f.; Aufzeichnung der Abt. für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im MAE, 5. 2. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 199f.; Küsters, Gründung, S. 341–344 u. 357–359.

²¹³ S. Bousquet an Pineau, Tel. 58/63, 1. 2. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 176f.; Guillen, La France et la négociation du traité d'Euratom, S. 406f.

²¹⁴ S. Couve de Murville an Pineau, Nr. 231, in: BDFD II, S. 862–864; de Margerie an dens., Tel. 419/23, 12. 2. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 231f.

²¹⁵ Vgl. Loth, Europakonzeptionen, S. 594f.; Küsters, Europapolitik, S. 672.

²¹⁶ S. PA, Ref. 401, Bd. 32, Bericht der Sondergruppe Nr. 17 C (57) 5, 10. 1. 1957, NfD; eine Zusammenfassung in: von Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1946–1961, S. 116–121; Bührer, Westdeutschland, S. 364–370; AdG 1957, S. 6269A.

²¹⁷ Erklärung Erhards vor dem Ministerrat der OEEC, 12. 2. 1957, in: Erhard, Wirtschaftspolitik, S. 333–336, hier S. 333; s.a. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 291.

amerikanischen Pressevertretern als „volkswirtschaftlichen Unsinn“²¹⁸. Einerseits unterstellte er dem beschränkten Konzept der Sechs die Gefahr des gemeinschaftlichen Protektionismus gegenüber Nichtmitgliedern und damit der „europäischen Inzucht“²¹⁹. Andererseits befürchtete er, daß das Vertragswerk „mit seinen Ausweichklauseln und zahlreichen Vorbehalten“ den freien Wettbewerb schwächen könne²²⁰.

Die Regierungschefs ließen sich von diesen Seitenhieben nicht beeindrucken. Nach schwierigen, ja zähen Verhandlungen schafften sie am 19./20. 2. in Paris den Durchbruch. Ein gemeinsamer Spaziergang Adenauers und Mollet hatte das Eis in der Mittagspause allmählich zum Schmelzen gebracht. Der Kanzler stimmte der Forderung nach festen Beitragszahlungen für die öffentlichen Investitionen in Übersee zu, sofern Frankreich selbst in den Topf einzahle. Die Regierungschefs einigten sich auf die Schaffung eines europäischen Entwicklungsfonds, der mit 581 Millionen Dollar für fünf Jahre ausgestattet wurde und aus dem Frankreich 521 Millionen für seine Kolonien erhalten sollte. Angesichts des deutschen und französischen Anteils bei den Einzahlungen von je 200 Millionen bedeutete dies für Paris einen ansehnlichen Gewinn, für Bonn hingegen ein beträchtliches Opfer. Abermals ordnete der Kanzler die wirtschaftspolitischen Interessen der Bundesrepublik den außenpolitischen Zielen eindeutig unter. Er ging diese Konzession in der Hoffnung ein, daß der zeitlich begrenzte finanzielle Nachteil langfristig von den politischen wie ökonomischen Vorteilen – der Festigung des Verhältnisses zu Frankreich und der Erschließung afrikanischer Ressourcen – aufgewogen würde. Entgegen den deutschen Vorschlägen, die die politische Verbindung zu den Überseegebieten nur durch ein langfristiges Investitionsprogramm herzustellen gedachten, einigten sich die Delegationen auf französischen Druck außerdem darauf, alle überseeischen Territorien zu assoziieren, Algerien und die überseeischen französischen Départements hingegen in die Zollunion aufzunehmen. In der EURATOM-Frage verständigte man sich darauf, das Eigentum der Gemeinschaft auf besondere spaltbare Kernbrennstoffe zu beschränken. Solange der Verbraucher den Sicherheitsbestimmungen genüge, wurde ihm ein uneingeschränktes Nutzungsrecht zugesichert. Kernbrennstoffe für militärische Zwecke waren von dieser Regelung ausgeschlossen und sollten in den Besitz des nutzenden Staates übergehen. Abgesehen von einigen noch offenen Detailfragen konnten die redaktionellen Arbeiten für die beiden Abkommen damit in die Endphase gehen. Nach dem Willen der Regierungschefs sollten sie im März abgeschlossen und dann in Rom unterzeichnet werden²²¹.

Unmittelbar nach der Pariser Konferenz begann die Bundesregierung mit einer öffentlichkeitswirksamen Propagierung der Ergebnisse. Am 21. 2. stellte von

²¹⁸ Zitiert nach: Caro, Ludwig Erhard, S. 300.

²¹⁹ Erklärung Erhards vor dem Ministerrat der OEEC, 12. 2. 1957, in: Erhard, Wirtschaftspolitik, S. 335.

²²⁰ Lukomski, Ludwig Erhard, S. 175.

²²¹ S. PA, Abt. 2, Bd. 908, Bl. 67–74, Außenministerkonferenz der EGKS-Staaten vom 18. 2. 1957, 19. 2. 1957; ebd., Ref. 200, AZ 81.11, Bd. 13, Regierungskonferenz vom 19./20. 2. 1957, MAE 675/57, 26. 2. 1957, Entwurf; Carstens an diplomatische Vertretungen, Tel. 141 Plurex, 20. 2. 1957, Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 632 f.; Spaak, Memoiren, S. 325 f.; Küsters, Gründung, S. 388–392; Weilemann, Anfänge, S. 140 f.

Brentano die Verträge auf einer großen Pressekonferenz in Bonn vor²²², einen Tag später nahm sich Adenauer eine knappe Stunde Zeit, um nach über einjähriger Abstinenz wieder einige Journalisten zum Kanzler-Tee zu bitten und die Resultate der Regierungskonferenz darzulegen²²³. Natürlich zeigten sich beide Staatsmänner zufrieden mit dem Ergebnis, das sie wenige Monate zuvor kaum für möglich gehalten hatten²²⁴. Der Kanzler sah die Bedeutung des jetzt gesetzten Schrittes darin, daß die europäische Gemeinschaft mit Hilfe der afrikanischen Bodenschätze davor bewahrt würde, gegenüber den entstehenden wirtschaftlichen Großmächten zur „politischen und wirtschaftlichen Einflußlosigkeit“ herabsinken. Noch wichtiger war es aber für ihn, nunmehr die nach dem „furchtbaren Rückschlag“ der EVG eingetretene Stagnation in der Europapolitik durchbrochen zu haben. Die entstehende wirtschaftliche Kraft, so zeigte er sich überzeugt, würde „ganz sicher auch zu gemeinsamem politischen Handeln im großen führen“ und Westeuropa dazu in die Lage versetzen, die Geschicke der Welt mit zu beeinflussen²²⁵. Das Verdienst für diesen Erfolg sprach die Bonner Diplomatie neidlos dem Pariser Regierungschef zu und, „soweit der Quai d’Orsay in Frage kommt“, Staatssekretär Maurice Faure. Christian Pineau bezog man hingegen notabene nicht in die Eloge mit ein²²⁶.

Für den Kanzler besaß diese Einigung nicht nur eine genuin europäische, sondern auch eine eminent atlantische Dimension. Und so äußerte er beim Teegespräch die Hoffnung, daß auch die USA, „die ja etwas müde geworden waren mit ihrer Arbeit an diesem zersplitterten und zerrissenen Europa“, das Erreichte begrüßten²²⁷. Adenauer sollte sich darin nicht täuschen – im Gegenteil. Die in den nächsten Tagen nach Washington „pilgernden“ deutschen und französischen Regierungsmitglieder wurden mit Lob geradezu überschüttet: „le tournant essentiel de l’histoire contemporaine du monde libre“, so klassifizierte Eisenhower die wirtschaftliche Integration Westeuropas²²⁸. Für die Oppositionen in Bonn und Paris war das zweifellos starker Tobak.

Im Bewußtsein der innenpolitischen Widerstände wollte Adenauer die Ratifikationsprozedur unter allen Umständen noch vor dem Ende der Legislaturperiode im Herbst abschließen. Aufkommende Kritik über den Inhalt der Verträge und an der mangelnden Unterrichtung des Parlaments durch die Regierung suchte der Kanzler durch zwei Zugeständnisse aufzufangen. Er stimmte der Forderung der SPD nach Einsetzung eines Bundestags-Unterausschusses zur Beratung der

²²² S. Pressekonferenz von Brentanos, 21. 2. 1957, in: Bulletin 1957, S. 345 f. u. 348; s.a. die als Vorbereitung auf diese Pressekonferenz verfaßte Aufzeichnung des AA 20–210–225–30–01/440/57, 21. 2. 1957, in: BDFD II, S. 864–868.

²²³ S. Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 178–189, Wortprotokoll, 22. 2. 1957.

²²⁴ Vgl. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 259, Erklärung Hallsteins auf der Konferenz der Missionschefs vom 18.–23. 2. 1957, NfD, VS-Vertraulich (Protokoll, S. 14).

²²⁵ Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 180 u. 181, Wortprotokoll, 22. 2. 1957.

²²⁶ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 259, Erklärung Hallsteins auf der Konferenz der Missionschefs vom 18.–23. 2. 1957, NfD, VS-Vertraulich (Protokoll, S. 14).

²²⁷ Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 182, Wortprotokoll, 22. 2. 1957.

²²⁸ Alphand an Pineau, Tel. 1679/84, 27. 2. 1957, Priorité absolue, Réserve, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 349–351, hier S. 349; s.a. Unterredung zwischen Eisenhower und Mollet vom 26. 2. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 529 f.; Unterredung zwischen dems. und von Brentano vom 5. 3. 1957, Confidential, in: ebd., S. 531–533. Zu Eisenhowers positiver Haltung zur europäischen Einigung vgl. ausführlich: Winand, Eisenhower, S. 65–137.

Abkommen zu. Und außerdem kam er, nachdem er ganz im Gegensatz zu Mollet bisher bewußt eine parlamentarische oder innerparteiliche Debatte über das Vertragsprojekt vermieden hatte, widerwillig dem Ruf nach einer parlamentarischen Aussprache nach²²⁹. Bevor den Abgeordneten am 21. 3. das Wort erteilt wurde, war indes absehbar, daß sie dem Kurs der Regierung mehrheitlich folgten. Die Liberalen hatte ihr Parteivorsitzender Reinhold Maier auf Kurs gebracht, indem er sich trotz massiver Beanstandungen seiner Parteifreunde in einer gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion am 20. 3. mit der Forderung durchsetzte, die Verträge im Plenum nur konstruktiv zu kritisieren, aber nicht definitiv abzulehnen, um sich nicht für die Ratifikationsdebatte im Sommer vor schnell festzulegen²³⁰. Auch die den Abkommen ohnehin positiv gewogene SPD ließ vorab erkennen, daß sie bei allen Kritikpunkten die wirtschaftliche Aktivierung der Europapolitik grundsätzlich begrüßte²³¹. Völlig zu Recht kommentierte Couve de Murville daher die in Bonn vorwaltende Stimmung mit den Worten, „*quelles que soient les objections que l'on continue de faire au traité de Marché commun, les avantages sont jugés supérieurs aux inconvénients*“²³².

Eine gewichtige Ausnahme stellte der Bonner Wirtschaftsminister dar. Als Erhard in diesen Tagen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft öffentlich als volkswirtschaftlichen Nonsens bezeichnete, schickte Pineau seinen Botschafter umgehend ins Auswärtige Amt, um Protest einzulegen²³³. Mochte da auch nur eine einzelne Stimme einen Ton des Mißfallens angeschlagen haben, war sie doch so unüberhörbar, daß ähnlich veranlagte Gesangkünstler nur allzu leicht in ihre Tonlage einstimmen und die Melodie verderben konnten. Während Erhard sich gegenüber Couve de Murville sofort als guter Europäer präsentierte, ohne von seinen ökonomischen Bedenken auch nur einen Deut abzurücken, zeigte sich Hallstein über das Gebaren des Ministers regelrecht schockiert und unterrichtete umgehend den in Cadenabbia weilenden Kanzler²³⁴.

Ungeachtet seiner massiven Vorbehalte stimmte der Bundeswirtschaftsminister dem Vertragswerk am Ende doch zu. Mit pathetischem Tonfall wies er in der Europadebatte des Deutschen Bundestages am 21. 3. dem Aufbau des Gemeinsamen Marktes das Ziel zu, bei den europäischen Völkern „*das Bewußtsein einer unauf lösslichen Schicksalsgemeinschaft*“ zu wecken, ihnen ihre gemeinsame Zukunft vor Augen zu führen und vor allem in der europäischen Jugend eine Gläubigkeit zu

²²⁹ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 641/50, 6. 3. 1957, *Réservé*, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 402–404; Carstens, *Erinnerungen*, S. 216–220; Jeutter, EWG, S. 162 f.; Küsters, *Gründung*, S. 424.

²³⁰ S. Sitzung des FDP-Bundesvorstandes u. der Bundestagsfraktion, 20. 3. 1957, in: Wengst (Bearb.), *Sitzungsprotokolle 1954–1960*, S. 251–254; Jeutter, EWG, S. 162–167; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 287 f.

²³¹ S. Bundestagsreden Ollenhauers u. Wehners, 31. 1. 1957, in: BT, *Sten. Ber.*, Bd. 34, S. 10664–10674 u. 10700–10707; Sitzung des SPD-Parteivorstandes vom 7./8. 3. 1957 bei Hrbek, SPD, S. 258; Sitzung des SPD-Fraktionsvorstandes u. der Fraktion, 19. 3. 1957, in: Weber (Bearb.), *Sitzungsprotokolle 1949–1957*, 2. Halbbd., S. 409.

²³² AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 186, Bl. 6–7, Couve de Murville an MAE, Tel. 718/26, 14. 3. 1957, *Réservé*.

²³³ S. Pineau an Couve de Murville, Tel. 966/67, 15. 3. 1957, *Priorité absolue, Réservé*, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 471; PA, BStS, Bd. 350, Jansen an AA, FS Nr. 203, 15. 3. 1957, *Verschlüsselt*; Adenauer an Erhard, Tel. 17. 3. 1957, in: Adenauer, *Briefe 1955–1957*, S. 311 f.

²³⁴ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 776/85, 16. 3. 1957, *Réservé*, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 479–481; PA, BStS, Bd. 350, Hallstein an Adenauer, Tel. AZ St.S. 325/57, 18. 3. 1957, *Verschlüsselt*.

erwecken, daß ein glücklicheres Europa im Werden ist“. Dies hehre Aussage hielt ihn freilich nicht davon ab, seine in den Vormonaten geäußerten Einwände zu wiederholen und die Ergänzung der EWG durch die FHZ einzufordern²³⁵. Hallstein pflichtete diesem Punkt in seiner Regierungserklärung ausdrücklich bei und verteidigte die bevorstehende Unterzeichnung des Vertragswerks mit außenpolitischem Druck und wirtschaftlichen Erfordernissen²³⁶.

Im Namen der SPD-Fraktion stimmte Heinrich Deist den Texten ebenfalls zu, unterstrich aber die Bedenken seiner Fraktion hinsichtlich der deutschen und der kolonialen Frage. Die EWG dürfe, so Deist, weder die deutsche Spaltung vertiefen noch die nordafrikanischen Kolonien mit europäischen Investitionsmitteln ausbeuten und ihr Unabhängigkeitsstreben hemmen²³⁷. Für die FDP wandte sich der Abgeordnete Robert Margulies vor allem gegen wirtschaftspolitische Unzulänglichkeiten der Wirtschaftsgemeinschaft, die seiner Ansicht nach zu einer kleineuropäischen Autarkie, nicht aber zu Europa führe. Wie Erhard und Deist forderte er daher die Errichtung der Freihandelszone²³⁸.

Vier Tage später, am 25. 3., konnten die Verträge endlich unterzeichnet werden. Als die feierliche Zeremonie um 18.00 Uhr auf dem Hügel des Kapitols in Rom begann, lag den Regierungschefs der sechs Mitgliedstaaten indes nur ein Packen weißen Papiers vor. Denn die Formulierungsarbeiten waren erst in letzter Sekunde abgeschlossen worden, so daß nicht mehr genügend Zeit bestand, die Originaldokumente fertigzustellen²³⁹. Abgesehen von der Regelung der Landwirtschaftsfrage, der Wirtschaftspolitik und der Einbeziehung der Überseegebiete wurden die ursprünglichen Ziele des Spaak-Berichtes weitgehend umgesetzt. Kern des Vertrages zur EWG war die Schaffung einer eigenständigen Organisation mit dem Ziel eines supranationalen europäischen Bundesstaates. Als Fundament diente ein Gemeinsamer Markt in Form einer etappenweise einzuführenden Zollunion mit reduzierten, innerhalb von 12 bis 15 Jahren abgebauten Binnenzöllen und gemeinsamen Außenhandelsstarifen. Daneben sah das Abkommen die Harmonisierung der Volkswirtschaften vor, um Wachstum, Stabilität und Vollbeschäftigung zu gewinnen. Als Instrumente und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele nannte das Dokument: Abschaffung der Zölle im Innern, Aufbau gemeinsamer Zölle nach außen; gemeinsame Handelspolitik gegenüber Dritten; Beseitigung von Handelshemmnissen im Personal-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr; Koordinierung der Wirtschaftspolitik, Angleichung von Rechtsvorschriften und Schaffung eines europäischen Sozialfonds; Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete zwecks engerer Verflechtung der Mutterländer mit den ehemaligen Kolonien. Zur Umsetzung errichteten die Regierungen

²³⁵ Bundestagsrede Erhards, 21. 3. 1957, in: BT, Sten. Ber., Bd. 35, S. 11342–11345, hier S. 11343; s.a. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 293f.; Koerfer, Kampf, S. 144f.; Laitenberger, Ludwig Erhard, S. 136f.

²³⁶ S. Regierungserklärung Hallsteins, 21. 3. 1957, in: BT, Sten. Ber., Bd. 35, S. 11327–11334.

²³⁷ S. Bundestagsrede Deists, 21. 3. 1957, in: ebd., S. 11334–11342; Hrbek, SPD, S. 258–279 passim.

²³⁸ S. Bundestagsrede von Margulies, 21. 3. 1957, in: BT, Sten. Ber., Bd. 35, S. 11350–11355; Jeutter, EWG, S. 188–190; vgl. Artikel von Margulies, in: „Freie Demokratische Korrespondenz“, 7. 3. 1957, im Auszug auch in: BDFD III, S. 490–492.

²³⁹ Zur Atmosphäre bei der Vertragsunterzeichnung s. Müller-Armack, Weg, S. 124–127; Pineau/Rimbaud, Grand Pari, S. 260f.; Spaak, Memoiren, S. 328f.; vgl. Küsters, Gründung, S. 430–433.

ein kompliziertes institutionelles Gefüge. Ein Ministerrat sollte die allgemeine Wirtschaftspolitik der Mitglieder koordinieren, Entscheidungen treffen und somit als Legislative fungieren. Eine Kommission zeichnete für die Anwendung des Vertrages sowie die Ausführung der Ministerratsbeschlüsse verantwortlich und arbeitete gleichsam als Regierung. Eine parlamentarische Versammlung besaß Kontroll- und Beratungsfunktionen. Im Mittelpunkt des EURATOM-Vertrags stand die Gründung einer Atomagentur, die für die gleichmäßige Belieferung aller Erzeuger der Gemeinschaft und Abnahme ihrer Waren ebenso zuständig war wie für die umfassende Kontrolle der Produzenten. Das Eigentum an angereicherten Kernbrennstoffen blieb der Gemeinschaft vorbehalten²⁴⁰.

Zweifellos bedeutete die Unterzeichnung der Römischen Verträge einen „geschichtlichen Augenblick“, wie Adenauer als Vorsitzender des Ministerrates in seiner Festrede formulierte²⁴¹. Pineau, der Mollet vertrat, sah dies nicht anders²⁴². Nie zuvor hatten sich souveräne Staaten so umfassend politisch und wirtschaftlich verbunden. Was wenige Monate zuvor noch reine Utopie schien, wurde nun Wirklichkeit. Entscheidend für den Erfolg war eine Reihe äußerer und innerer Rahmenbedingungen: die diskrete Unterstützung der Amerikaner, der frühzeitige Rückzug der Engländer aus den Brüsseler Verhandlungen, die Suez-Krise, aber auch die Beilegung der Saarfrage. Eine kleine Gruppe überzeugter Europäer, namentlich Spaak, Faure, Ophüls und von der Groeben, nutzte diese Faktoren als Druckmittel, um auch schwierigste Detailfragen zu klären. Sie konnte dies freilich nur tun, weil sie Rückendeckung von ihren Regierungschefs in Paris und Bonn erhielt, die sich gegen interne Widersacher und innenpolitische Widerstände durchzusetzen wußten. Die Wende zum Erfolg setzte mit der Erkenntnis Mollets im Frühsommer 1956 ein, daß seine Avancen nach Osten in Moskau auf taube Ohren stießen und der Kreml nicht die Nähe zum Matignon, sondern zum Weißen Haus suchte. Zunehmend deutlichere Anzeichen einer Annäherung der Weltmächte ließen in Paris, aber auch in Bonn die Überzeugung Platz greifen, man müsse sich rasch einigen, um den neuen globalen Herausforderungen gewachsen zu sein. Das positive Votum der Assemblée Nationale zu den EURATOM-Verhandlungen im Juli darf als wichtige, aber wohl nicht entscheidende Weichenstellung betrachtet werden. Denn zum einen war es durch ein hohes Maß französischer Sonderforderungen belastet, zum anderen hing die Stellungnahme des Palais Bourbon doch nicht zuletzt von der weiteren Entwicklung der innerfranzösischen Dauerkrise ab. Das Verhandlungstief im Herbst machte den Beteiligten mehr als deutlich, wie fragil der Einigungsprozeß noch war. Erst die Friktionen der Suez-Krise bewogen Frankreichs Partner dazu, dessen Schwierigkeiten in Algerien Rechnung tragend, Mollet vertragliche Sonderregeln zuzugestehen, die er dazu benötigte, um den Beitritt zum Gemeinsamen Markt innenpolitisch durchzusetzen²⁴³.

²⁴⁰ S. „Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ u. „Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft“, 25. 3. 1957 in: BGBl 1957, Teil II, S. 756–1165; Gerbet, Construction, S. 189–195.

²⁴¹ Rede Adenauers in Rom, 25. 3. 1957, in: Bulletin 1957, S. 505 f., hier S. 505.

²⁴² S. Rede Pineaus in Rom, 25. 3. 1957, in: Pineau/Rimbaud, Grand Pari, S. 256–259.

²⁴³ Vgl. Guillen, La France et la négociation du traité d'Euratom, S. 402 f.; Küsters, Origins, S. 232–236.

Die eigene Isolierung im Verlauf der Suez-Krise und die entschieden profranzösische Haltung der Bundesregierung verstärkten an der Seine im Herbst 1956 die Einsicht, die weltpolitischen Herausforderungen nur mit den westeuropäischen Partnern, d. h. insbesondere mit der Bundesrepublik bewältigen zu können. In einem gewissen Spannungsverhältnis dazu stand freilich die aus dem Suez-Abenteuer gezogene Lehre, die eigene Großmachtposition nur durch den Bau einer Atombombe aufrechterhalten zu können. Hoffnungen deutscher Diplomaten, Frankreich werde durch die Rückschläge in Afrika und die innenpolitische Schwächung für die bilaterale bzw. europäische Zusammenarbeit per se aufgeschlossener²⁴⁴, erwiesen sich gleichwohl als Trugschluß. Paris erklärte sich mit den Römischen Verträgen einverstanden, weil sie die Chance boten, mehrere „Fliegen mit einer Klappe“ zu schlagen. Man ließ sich auf den Gemeinsamen Markt ein, da er Absatzchancen für die eigenen Agrarüberschüsse bot und als Morgengabe für EURATOM unabdingbar war. Die Atomgemeinschaft wiederum war nicht so eng konzipiert, daß sie die nationale Souveränität im militärischen Atombereich einschränkte, aber eng genug, um die deutschen Kenntnisse „anzuzapfen“ und die deutsche Atomindustrie zu kontrollieren. So diente EURATOM gleichzeitig dem Aufbau der eigenen Atommacht als auch der „Eindämmung der deutschen Gefahr“²⁴⁵, die sich dadurch ergab, daß die Bundesrepublik Frankreich in der Forschung einzuholen und mit amerikanischer Hilfe eine Atomindustrie aufzubauen drohte.

Auch bei Adenauer standen letztlich wie schon bei den Verhandlungen über die Montanunion die politischen Motive eindeutig im Vordergrund. Für die Bundesrepublik war die Mitarbeit am Einigungswerk notwendig, weil sie die Rückkehr in die Staatengemeinschaft vollenden und ein europäisches Sicherungsnetz gegenüber der sowjetisch-amerikanischen Verständigung aufbauen konnte. Wirtschaftliche Überlegungen traten hinter diesen Erwägungen eindeutig zurück. Dies bedeutete indes nicht, daß der Kanzler den ökonomischen Nutzen ignorierte. Er wußte sehr wohl, wie abhängig die Bundesrepublik als exportorientiertes Land vom europäischen Markt war, der mit der Verwirklichung der EWG sicherer und stabiler wurde.

Es fragte sich indes, ob die Bundesregierung zur Umsetzung ihrer Interessen nicht allzu „kostspielige Geschenke“ an ihren westlichen Nachbarn hatte abliefern müssen²⁴⁶. So nahm sie im Prozeß der Steigerung des Preisniveaus durch Inkraftsetzung des gemeinsamen Außenzolltarifs der Sechs handelspolitische Nachteile in Kauf; die Zahlung von einer Milliarde DM für die Assoziierung der überseeischen Länder galt als „à fonds perdu“; die Abnahme künftiger Überschußkapazitäten der französischen Wirtschaft im Agrar- oder Energiebereich war zugesagt²⁴⁷. Für Adenauer war das alles jedoch kein Grund, den beschrittenen Weg zu verlassen. Wie von Brentano seinen Botschaftern auf einer Konferenz der

²⁴⁴ S. DLA, NL Hausenstein, 66.2144/5, Frank an Hausenstein, 27. 8. 1956.

²⁴⁵ Herbst, Option, S. 180.

²⁴⁶ PA, BStS, Bd. 341, Erklärung von Brentanos auf der Konferenz der Missionschefs vom 24.–27. 4. 1957, VS-Vertraulich (Protokoll S. 291).

²⁴⁷ S. ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 208, Aufzeichnung Hartlieb 200–87 SL/5/94.07/4/59, 20. 11. 1959.

Missionschefs Ende April ins Stammbuch schrieb, machte die Bundesrepublik diese „Konzessionen“ bewußt, weil sie für den Erfolg des Gesamtunternehmens notwendig waren²⁴⁸.

²⁴⁸ Ebd., BStS, Bd. 341, Erklärung von Brentanos auf der Konferenz der Missionschefs vom 24.–27. 4. 1957, VS-Vertraulich (Protokoll S. 291).

IV.2.3 *Gemeinsamer Markt oder Freihandelszone? 1957/58*

„Une étape importante de l'histoire européenne d'après-guerre vient d'être franchie“

Die schlechten Erfahrungen mit dem letzten europäischen Vertragswerk, dem Abkommen über die EVG, ließen es der Bundesregierung geraten erscheinen, mit der parlamentarischen Befassung der Römischen Verträge nicht zuzuwarten. Die Planungen des Auswärtigen Amtes gingen dahin, die Texte am 10. 4. vom Kabinett beraten zu lassen und danach sofort an den Bundesrat weiterzuleiten, dem seinerseits drei Wochen für die Lesung zugebilligt wurden. Eine etwaige Stellungnahme der Regierung war für den 8. 5. vorgesehen, so daß die Übersendung der Verträge an den Bundestag am 10. 5. erfolgen konnte. Zur Absicherung des Verfahrens regte Ministerialdirigent Carstens die Vorlage eines einzigen Ratifikationsgesetzes an, das vor allem die politische Bedeutung des Vertragswerks herauskehren sollte. Das Ziel beider Abkommen sei „ein politisches [...], nämlich die Stärkung Europas“. Ihre Verwirklichung löse eine Entwicklung aus, die zu einem weitergehenden Zusammenschluß der Partner führen werde. Besonderes Gewicht maß er in diesem Zusammenhang der Direktwahl des europäischen Parlamentes zu¹.

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung dieses Zeitplanes waren keinesfalls günstig. Als Hemmnis wirkte vor allem der englische Vorschlag zur Gründung einer FHZ vom Oktober 1956, den der Ministerrat der OEEC im Februar 1957 aufgenommen hatte². Am 8. 3. setzte der Rat drei Arbeitsgruppen ein und trug ihnen Verhandlungen zur Verbindung der EWG mit den anderen Ländern der OEEC auf. Eine sollte sich mit Agrarfragen, die zweite mit Problemen der unterentwickelten Staaten, die dritte mit dem Verhältnis zwischen der EWG und der FHZ beschäftigen³. Parallel dazu und in einer gewissen Analogie zum deutschen Wunsch nach Fusion der Versammlungen von EGKS, EWG und EURATOM regte der britische Außenminister Lloyd die Verschmelzung aller europäischen Versammlungen inklusive jener der NATO, WEU, des Europarates und der OEEC zu einer einzigen Institution an. Beide Themenkomplexe, die Zusammenlegung der europäischen Organisationen und die Verbindung zwischen EWG und Freihandelszone, drohten die alte Kontroverse zwischen Klein- und Großeuropa neu aufflammen zu lassen. Nicht zu unrecht interpretierte die Presse den „Grand design“⁴ Lloyds als britische Offensive gegen das sich formierende Europa der Sechsz. Kurz nach einem Besuch Macmillans in Paris am 9. 3. wußten einige Zeitungen zu berichten, der Premierminister habe die britische Unterstützung beim Bau der französischen Atomrüstung für den Fall zugesagt, daß die Römischen Verträge in Paris scheiterten⁵. Anderen Quellen zufolge drohte Macmil-

¹ PA, Abt. 2, Bd. 917, Bl. 253–256, Carstens an Hallstein, Aufzeichnung 20–210–225–30–01/607/57, 11. 3. 1957, Reinkonzept.

² Vgl. Kap. IV.2.2.

³ Vgl. Bühner, Westdeutschland, S. 370; Kaiser, EWG, S. 122–124.

⁴ Zu dem von Selwyn Lloyd erstmals auf der NATO-Ratstagung am 12. 12. 1956 vorgestellten und dann auf der WEU-Ministerratstagung am 26. 2. 1957 wiederholten Vorschlag eines „Grand design“ vgl. DDF 1957, Bd. 1, S. 386, Anm. 1; Kaiser, Großbritannien, S. 101–103.

⁵ Vgl. Küsters, Gründung, S. 443.

lan mit dem Abzug der englischen Truppen vom Kontinent, da Frankreich ja mit der Bundesrepublik eine enge militärische und wirtschaftliche Kooperation pflege⁶.

Mit Erstaunen vernahm die Bundesregierung, daß der französische Außenminister in seiner Erklärung anlässlich der Unterzeichnung der Römischen Verträge sehr wohlwollend auf die Vorschläge Lloyds einging⁷. Sprach daraus, so fragte man sich am Rhein, nicht die französische Furcht vor einem Tête-à-tête mit Deutschland⁸? Rasch keimten Befürchtungen auf, die Assemblée Nationale könne einen ausgehandelten Regierungsvertrag wie drei Jahre zuvor erneut kippen. Um dem Mißtrauen den Nährboden zu entziehen, schickte Pineau Couve de Murville mit der Versicherung ins Auswärtige Amt, er wünsche kein Wiederaufleben der Diskussion zwischen Klein- und Großeuropa. Wenn Frankreich Großbritannien auch bis zu einem gewissen Grade bei dem Plan zur Umgruppierung der Organisationen entgegenkommen und eventuell einer „union personnelle“ zwischen den verschiedenen europäischen Versammlungen zustimmen wolle, so sei es doch nicht möglich, „de transiger sur le principe de l'autonomie de l'Assemblée des Six“⁹. Das britische Freihandelszonenprojekt wurde im Quai d'Orsay durchaus begrüßt, weil die „pression de l'économie allemande“ als um so schwächer eingeschätzt wurde, desto weiter die Präferenzzone ausgelegt sei. Es galt aber nicht als Alternative, sondern allenfalls als Ergänzung zum Gemeinsamen Markt. „L'établissement de la zone, de même que l'institution du marché commun, doit en effet pouvoir constituer, pour la France comme pour ses partenaires, un facteur d'expansion économique.“¹⁰

Mitte April, die Römischen Verträge waren bereits unterzeichnet, präzisierte Pineau die französische Position zur FHZ. Er erachtete die Komplettierung der EWG als notwendig und wünschte einen positiven Abschluß der OEEC-Verhandlungen. Allerdings war er nicht bereit, auf einige im EWG-Vertrag erzielte Ergebnisse zu verzichten, vor allem auf die Vorschriften zum Übergang von der ersten zur zweiten Etappe, die Einbeziehung der Landwirtschaft, das System der Ausfuhrhilfen und Importabgaben sowie die Schaffung gemeinsamer Institutionen¹¹. Ramadier forderte von ihm darüber hinaus noch große Vorsicht in bezug auf die Angleichung der Arbeitslöhne und den Mechanismus zur Festsetzung von Investitionen¹². Angesichts der Schwere der Probleme, so lautete das Fazit Pineaus, dürfe nichts überstürzt werden. Vorrang habe zunächst die Ratifikation der

⁶ Vgl. Schmidt, Dimensionen, S. 178. Laut offiziellem Protokoll einigten sich beide Seiten auf eine engere Kooperation bei der Entwicklung von Waffen. Außerdem warnte Macmillan vor den durch den Gemeinsamen Markt hervorgerufenen Gefahren für die Einheit Europas, falls es nicht zur Freihandelszone komme (Unterredung zwischen Macmillan und Mollet vom 9. 3. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 427–432); s.a. Macmillan, Riding the Storm, S. 433f.; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 32.

⁷ S. Rede Pineaus, 25. 3. 1957, in: Pineau/Rimbaud, Grand Pari, S. 256–259.

⁸ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 929/34, 5. 4. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 570f.

⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 186, Bl. 87, Laloy an Bonn, Tel. 1322/23, 6. 4. 1957, Réservé.

¹⁰ Ebd., DE-CE 1945–1960, Bd. 614, Bl. 1–12, Aufzeichnung der Unterabt. wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, 2. 11. 1956.

¹¹ S. Pineau an Chauvel, Tel. 3751/85, 13. 4. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 612f.

¹² S. AMAE, DE-CE 1945–1960, Bd. 614, Bl. 189–191, Ramadier an Pineau, 15. 4. 1957.

Römischen Verträge. Zugleich versprach er, sich auf dem Gebiet der politischen Integration der Sechs solange nicht zu engagieren, bis man den Beweis habe, daß eine größere Kooperation unmöglich sei¹³.

Die Position der Bundesregierung gegenüber den britischen Projekten war weit weniger fest. Da gab es Politiker wie den für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte zuständigen Minister Theodor Oberländer, die die deutsche Außenpolitik ganz auf Frankreich auszurichten gedachten und jetzt ein in den Verfassungen beider Länder verankertes ewiges Friedensbündnis proklamierten¹⁴. Andere Kollegen, etwa von Brentano, lehnten demgegenüber „einen zu ausgeprägten deutsch-französischen Bilateralismus“ dezidiert ab und plädierten dafür, die Beziehungen zur Inselmacht zu intensivieren. Der Außenminister hielt ein exklusives Verhältnis zum westlichen Nachbarn nicht nur angesichts des fortbestehenden Mißtrauens breiter Schichten in Frankreich parlamentarisch nicht für durchsetzbar, sondern im Grunde auch nicht für wünschenswert, weil er keine „Hoffnungen auf eine völlige Gleichschaltung der deutschen und der französischen Politik“ wecken wollte. Denn eine derartige Identität konnte es seines Erachtens nicht geben. Außerdem fürchtete er den Unmut der ausgeschlossenen Partner innerhalb wie außerhalb der Sechsergemeinschaft. Der Ausbau der zweiseitigen Beziehungen sollte seiner Meinung nach wie bisher „in erster Linie im Rahmen der allgemeinen Politik der europäischen Einigung und nicht in Form eines spektakulären Bilateralismus“ fortgesetzt werden¹⁵. Mit anderen Worten: Das Verhältnis zu Frankreich durfte nicht zur Belastung für die europäische Integration werden, die europäische Integration ihrerseits nicht auf den Rahmen der Sechs reduziert bleiben.

Allerdings besaß das Streben nach einem guten Verhältnis zu Großbritannien für von Brentano oder für Adenauer keine so große Bedeutung, daß sie die EWG der FHZ zuliebe geopfert hätten. Schon Ende Januar hatte das Kabinett festgelegt, daß an den drei Gemeinschaften Montanunion, EWG und EURATOM festgehalten werden müsse. Die FHZ sollte auf den Abbau der Zölle und Kontingentierungen für den Warenverkehr sowie die Beseitigung der Beschränkungen im Dienstleistungsverkehr beschränkt bleiben. Kurz darauf beschloß man die Einbeziehung der Landwirtschaft¹⁶. Hinter der britischen Offensive witterte man im Auswärtigen Amt den Versuch, die Ratifikation der Römischen Verträge zu stören, und riet zur Vorsicht.

Wie nicht anders zu erwarten, fiel die Reaktion im Wirtschaftsministerium weit positiver aus. Erhard begrüßte den Plan der Freihandelszone als Chance zur freizügigen Gestaltung des Handels- und des Dienstleistungsverkehrs. Während einer Übergangszeit von 12 bis 15 Monaten sollten seiner Meinung nach parallel zur EWG Zölle und mengenmäßige Beschränkungen bei industriellen Produkten abgebaut werden. Rechtsangleichung, soziale Harmonisierung und Zusammen-

¹³ S. Pineau an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 24, 19. 4. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 644f.

¹⁴ S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 201, Oberländer an von Brentano, 23. 1. 1957.

¹⁵ Von Brentano an Oberländer, zu 302.82.00/94.07/547/57, 11. 3. 1957, Entwurf, in: BDFD I, S. 633–635, hier S. 633 u. 634.

¹⁶ Vgl. Küsters, Spannungsfeld, S. 214.

arbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik betrachtete er nicht als notwendig¹⁷. Nur einen Tag nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge reiste der Bundeswirtschaftsminister nach London, um mit Schatzkanzler Thorneycroft und dem Präsidenten des Board of Trade, Eccles, über die Europapolitik zu konferieren. Die englischen Politiker ließen keinen Zweifel daran, was für sie bei den kommenden Verhandlungen auf dem Spiel stand: die Zukunft der Beziehungen Englands zum Kontinent. Aus ihrer Sicht sollten die OEEC-Verhandlungen so beschleunigt werden, daß die Freihandelszone möglichst gleichzeitig mit der Wirtschaftsgemeinschaft in Kraft treten konnte. Erhard stand diesem Wunsch durchaus aufgeschlossen gegenüber, wenngleich die britische Intransigenz hinsichtlich der Einbeziehung der Landwirtschaft in die FHZ diesen Zeitplan wenig realistisch erscheinen ließ¹⁸. London ging es darum, die von der EWG ausgehende Behinderung seines Exports auf dem Kontinent aufzuheben, es war aber nicht dazu bereit, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Das Angebot einer auf den Industriesektor beschränkten Freihandelszone zielte darauf, den Nutzen des Commonwealth-Präferenzsystems mit dem eines europäischen zu verbinden, ohne die Landwirtschaft einzubeziehen und ohne Souveränität auf handels- und wirtschaftspolitischem Gebiet abzutreten¹⁹. Sollte es zu der FHZ unter den selbst gesetzten Bedingungen nicht kommen, gedachten die Briten die EWG zu zerstören²⁰.

Den härtesten Widerstand gegen diese Konzeption erwarteten die Partner allgemein von Frankreich, das mit der Forderung aufwartete, alle Regelungen des Gemeinsamen Marktes in die Freihandelszone zu übernehmen. Erhard machte keinen Hehl daraus, dem von vornherein widersprechen zu wollen. Auf Drängen Blüchers und auch Hallsteins einigte sich das Bundeskabinett aber Mitte April auf eine flexiblere Haltung, um Frankreich keinen Vorwand zu geben, das Projekt zu Fall zu bringen²¹. Bonn sorgte sich aber nicht nur um eine französische Attacke gegen die Freihandelszone. Mit Blick auf die alte Entente cordiale mit Großbritannien wurde in politischen Kreisen auch die Furcht gehegt, Frankreich könne die EWG opfern und auf die lockerere Kooperationsebene der OEEC umschwenken²².

Ende April lag im Quai d'Orsay als Antwort auf den „Grand design“ des Foreign Office der Entwurf für einen französischen Vorschlag zur Schaffung organischer Verbindungen zwischen den europäischen Institutionen vor. Im Zentrum der Überlegungen stand eine „Assemblée Générale européenne“ als gemeinsames Organ der bestehenden Versammlungen der EGKS, EWG, EURATOM, WEU und des Europarates, der sich Beobachter der OEEC-Mitglieder anschließen konnten. Die organischen Verbindungen sollten durch eine identische Zusammensetzung der nationalen Delegationen in allen Versammlungen, einen einzigen

¹⁷ Vgl. Brenke, Europakonzeptionen, S. 606.

¹⁸ S. Chauvel an Pineau, Tel. 1678/82, 27. 3. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 514f.; ders. an dens., Tel. 1849/57, 2. 4. 1957, in: ebd., S. 548–550.

¹⁹ Vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Aufzeichnung Hardenberg 204–82.05/94.07, 13. 8. 1957.

²⁰ Vgl. Tratt, Macmillan Government, S. 16.

²¹ S. PA, BStS, Bd. 350, Chefbesprechung vom 15. 4. 1957, 18. 4. 1957.

²² S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 1153/62, 24. 4. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 656–658.

Dienstszitz und ein gemeinsames Verwaltungspersonal hergestellt werden²³. Als Staatssekretär Faure seinem deutschen Kollegen dieses Konzept vorstellte, fiel dessen Reaktion sehr verhalten aus. Hallstein hielt entsprechende Initiativen zwar prinzipiell für erwägenswert, aktuell aber für verfrüht, weil es seiner Meinung nach zunächst einmal darum gehen mußte, die Ratifikation der Römischen Verträge durchzubringen. Er akzeptierte aber die Bildung einer Arbeitsgruppe, die sich der Frage der organischen Verbindungen annehmen sollte. Bei Faure erweckte er mit seinen Äußerungen den Eindruck, als ob er der englischen Europapolitik mißtraute und die Verlegung aller europäischer Versammlungen in eine Stadt, die zwangsläufig Paris sein würde, nicht forcieren wollte²⁴.

Die schlechten Erfahrungen mit dem EVG-Abkommen hatten die sechs Regierungen Anfang April dazu veranlaßt, sich intern darauf zu verständigen, daß die Ratifikation der Römischen Verträge zunächst in Paris abgeschlossen sein müsse, bevor sie ihrerseits die nationalen Parlamente involvierten. Sie setzten sich damit über jene französischen Stimmen hinweg, die – wie Jean Monnet – für ein paralleles Vorgehen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich in der Hoffnung plädierten, durch ein positives Votum der deutschen Parlamentarier die französischen Abgeordneten günstig zu beeinflussen²⁵. Darüber, daß der Bundestag die Verträge mit großer Mehrheit passieren lassen würde, gab es in Paris kaum einen Zweifel. Über die deutschen Kritikpunkte – Spannung zwischen Europapolitik und Wiedervereinigungspostulat, Importschwierigkeiten aufgrund eines künftig höheren Außentarifs, Assoziierung der Überseegebiete – war sich der Quai d'Orsay sehr wohl im klaren. Auch Frankreich war mit dem erreichten Ergebnis nicht vollends zufrieden. Spielraum für etwaige Nachbesserungen gab es aber nicht mehr. Neuverhandlungen über gewisse Vertragsteile, so hieß es im französischen Außenministerium, müßten unweigerlich das gesamte Werk diskreditieren. Den Abgeordneten in der Assemblée Nationale mußte also klar vor Augen geführt werden, was auf dem Spiel stand. Scheiterten die Abkommen im Palais Bourbon, drohten nicht nur die definitive Zerstörung der europäischen Idee und mit ihr die Stärkung neutralistischer Tendenzen in der Bundesrepublik bzw. deren Hinwendung zu den USA, sondern auch die Isolierung Frankreichs. Passierten sie hingegen die parlamentarischen Hürden, eröffnete sich eine „nouvelle période dans les rapports franco-allemandes“ und somit auch ein Neubeginn der europäischen Einigung²⁶.

Am 4. 5. verständigten sich von Brentano und Pineau darauf, im Gegensatz zur britischen Wunschvorstellung mit der Ratifikation der EWG nicht bis zum Abschluß der FHZ-Verhandlungen zu warten, sondern umgekehrt diese Verhandlungen erst nach den parlamentarischen Debatten einzuleiten²⁷. Mitte Mai einig-

²³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 173, Bl. 58, Vorschlag der Unterabt. europäische Organisationen im MAE zur Schaffung organischer Verbindungen zwischen den europäischen Versammlungen, 27. 4. 1957, Entwurf.

²⁴ S. ebd., Bl. 61–63, Aufzeichnung des MAE, 2. 5. 1957.

²⁵ Vgl. Küsters, Gründung, S. 443 f.

²⁶ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 186, Bl. 91–95, Aufzeichnung der Unterabt. Zentral-europa im MAE, 8. 4. 1957 (Konzept XN); zu den französischen Bedenken gegenüber den Römischen Verträgen s.a. ebd., DE-CE 1945–1960, Bd. 615, Bl. 20–47, „Le Marché Commun, Objectifs et réponses“, o.D.

²⁷ S. Unterredung zwischen Adenauer und Dulles vom 4. 5. 1957, USDel/MC/6, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 239 f.; Küsters, Spannungsfeld, S. 217.

ten sich beide Regierungen, die Verträge noch vor den Parlamentsferien Anfang Juli einzubringen²⁸. First things first lautete das Motto. Dazu rieten gewiß auch die sich, international gesehen, nicht eben günstig gestaltenden Ratifikationsvoraussetzungen. Seit Anfang Mai herrschte in Italien eine Regierungskrise, die erst nach zwei Monaten beigelegt werden konnte²⁹. Auch Frankreich war seit dem Sturz des Kabinetts Mollet am 21. 5. wochenlang gelähmt, was jenseits des Rheins bei Regierung wie Opposition geradezu eine „consternation“ auslöste. Zu der Sorge um das Schicksal der Römischen Verträge gesellte sich die unangenehme Erkenntnis, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs nur in einem langen Konsolidierungsprozeß mit vielen Opfern behoben werden konnten und gewiß auf die europäische Einigung ausstrahlen würden. Zu einem Zeitpunkt, als das zentrale Axiom Bonner Außenpolitik, die Allianz mit Washington, brüchig wurde, wirkte plötzlich auch die zweite Richtlinie, die enge Kooperation mit Paris, in hohem Maße gefährdet³⁰.

Die Berichte der Deutschen Botschaft aus Paris trugen nicht dazu bei, die Besorgnisse in Bonn zu mindern. Natürlich ließen überzeugte Europäer wie Faure oder Pinay keine Gelegenheit aus zu versichern, daß die Verträge nicht bedroht seien. Die ursprünglich für den 22./23. 5. angesetzten Beratungen der Parlamentsausschüsse über den Gemeinsamen Markt fanden aber nicht statt, was den dem Vertrag gegenüber negativ eingestellten französischen Industriekreisen neue Hoffnung gab, die Verzögerung zu ihren Gunsten nutzen zu können³¹. Zwar legte sich die Bonner Aufregung ein wenig, als sich abzeichnete, daß die politische Großwetterlage in Paris sich nicht fundamental änderte und die Mitte-Links-Koalition das Heft in der Hand behielt. Dennoch wurde der Abgang Mollets schmerzhaft bedauert, da der Sozialistenführer gleichsam als Synonym für die Erfolge in der Europapolitik galt³².

Auch in Bonn bekamen die retardierenden Elemente nun Auftrieb. Gewiß, der Bundesrat hatte bereits am 3. 5. sein Placet zu den Verträgen gegeben³³, und auch die Erste Lesung durch den Bundestag am 9. 5. verlief ohne besondere Vorkommnisse³⁴. Damit hatte der Kanzler sein Ziel aber noch keineswegs erreicht, denn sowohl die Sozial- als auch die Freidemokraten beabsichtigten, ihre definitive Entscheidung erst bei der Abschlußlesung zu fällen³⁵. Anfang Juni schloß sich die SPD dann auch noch zu Adenauers Verdruß der von der FDP schon im März vertretenen Auffassung³⁶ an, man solle mit der Ratifizierung bis zur Konstituierung des nächsten Bundestages nach den Wahlen im September

²⁸ Vgl. ders., Gründung, S. 443 f.

²⁹ Vgl. ebd., S. 441.

³⁰ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 26, Bl. 76, Couve de Murville an MAE, Tel. 1444/48, 22. 5. 1957, Réservé.

³¹ S. PA, Ref. 200, AZ 87 SL/5 94.07, von Maltzan an AA, Pol. 221–05 2617/57, 27. 5. 1957.

³² S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 26, Bl. 77–78, Couve de Murville an MAE, Tel. 1532/40, 29. 5. 1957, Réservé.

³³ S. AdG 1957, S. 6431C.

³⁴ S. Bundestagsdebatte, 9. 5. 1957, in: BT, Sten. Ber., Bd. 36, S. 11999–12028; Jeutter, EWG, S. 190f.

³⁵ S. Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 29./30. 4. 1957, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1954–1960, S. 264; Sitzung der SPD-Fraktion, 2. 5. 1957, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2. Halbbd., S. 417f.

³⁶ S. Bundestagsrede Margulies, 21. 3. 1957, in: BT, Sten. Ber., Bd. 35, S. 11355; Jeutter, EWG, S. 195.

warten³⁷. Mit Hilfe des von Monnet auf Ollenhauer und Wehner ausgeübten Einflusses und des Drängens der westeuropäischen sozialistischen Parteien gelang es den innerparteilichen Befürwortern der Verträge schließlich doch, die Zahl der Bedenkenträge zu minimieren³⁸. Am 24. 6. beschloss die Fraktion nebst Vorstand nach einer mehrstündigen Aussprache nicht zuletzt dank einer wortmächtigen Intervention von Carlo Schmid die Annahme der Verträge³⁹. Damit war das Eis gebrochen. Vier Tage später sprach sich der Sonderausschuß des Deutschen Bundestages für die Billigung aus, versah sein Votum aber mit der Auflage, die Urkunden erst nach erfolgter Ratifikation in den anderen Staaten zu hinterlegen⁴⁰.

Für die im „Windschatten einer teils resignierten und teils disinteressierten [sic!] Öffentlichkeit“⁴¹ stattfindende Zweite und Dritte Lesung benötigte das Plenum dann am 5. 7. nicht einmal vier Stunden. Für die Regierung sprachen weder Adenauer noch Hallstein. Als Hauptredner trat vielmehr der Unionsabgeordnete Hans Furler als Vorsitzender des Sonderausschusses auf, der die Verträge als das seit Jahren „bedeutsamste Ereignis“ für die europäische Politik feierte⁴². Von seiten der Sozialdemokraten bejahte Karl Mommer das Vertragswerk mit dem Argument, Europa werde nun anders als bei der EVG tatsächlich vom Fundament und nicht vom Dach her gebaut⁴³. Die außenpolitische „bipartisan policy“⁴⁴ zwischen Regierung und Opposition hatte damit einen Höhepunkt erreicht. Allein die Liberalen scherten aus. Namens der FDP-Fraktion verweigerte der Abgeordnete Margulies der EWG die Zustimmung, weil sie Europa politisch und ökonomisch spalte, die Wiedervereinigung blockiere, den deutschen Haushalt erheblich belaste und die Bundesrepublik insgesamt wirtschaftlich benachteilige⁴⁵. Die überwältigende Zustimmung des Parlaments konnte er mit seinen Einwänden aber nicht schmälern.

Im Matignon registrierte man das Ergebnis mit großer Genugtuung. Natürlich hoffte man darauf, daß es der seit drei Tagen laufenden Ratifikationsdebatte an der Seine zusätzlichen Auftrieb geben könne. Mit dem vier Wochen nach dem Sturz Mollets gebildeten neuen Kabinetts unter Maurice Bourgès-Maunoury war die parteipolitische Kontinuität zwar gewahrt; aber die schwache Bestätigung der Assemblée Nationale gab ihm kaum Aussicht auf eine lange politische Zukunft⁴⁶. Daß Bourgès-Maunoury, der ja in der ersten Phase der Brüsseler Regierungsverhandlungen die französische Delegation geleitet hatte, sich für eine zügige Ratifi-

³⁷ Vgl. Bellers, Reformpolitik, S. 83.

³⁸ Vgl. Küsters, Gründung, S. 444; Wilkens, Jean Monnet, S. 137.

³⁹ S. Sitzung der SPD-Fraktion und des Fraktionsvorstandes, 24. 6. 1957, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2. Halbbd., S. 427; Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 1. 7. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 6.

⁴⁰ S. ebd.; Jeutter, EWG, S. 191–193.

⁴¹ Loth, Europakonzeptionen, S. 600.

⁴² Bundestagsrede Furlers, 5. 7. 1957, in: BT, Sten. Ber., Bd. 38, S. 13315.

⁴³ S. Bundestagsrede Mommers, 5. 7. 1957, in: ebd., S. 13319–13322; Hrbek, SPD, S. 270f.; Klotzbach, Weg, S. 367f.; vgl. auch Artikel Mommers, in: „SPD-Pressedienst“, 3. 7. 1957, im Auszug auch in: BDFD III, S. 496–498.

⁴⁴ Carstens, Erinnerungen, S. 218.

⁴⁵ S. Bundestagsrede von Margulies, 5. 7. 1957, in: BT, Sten. Ber., Bd. 38, S. 13322–13326; Jeutter, EWG, S. 193f.

⁴⁶ Vgl. Kap. IV.1.3.

kation einsetzte, stand außer Frage. Wie aber würde sich das Parlament verhalten? Die positiven Abstimmungen im Juli 1956 und Januar 1957 durften nicht darüber hinwegtäuschen, wie schwach die Riege der überzeugten Europäer im Palais Bourbon tatsächlich war.

Wider Erwarten verliefen die Diskussionen im Zeichen eines allgemeinen Desinteresses besser als von manchem erwartet. Offenbar hatten sich die Skeptiker und Gegner der europäischen Integration darauf eingestellt, daß sie die Verträge nicht zu Fall bringen konnten. Zwei Fragen standen im Mittelpunkt der parlamentarischen Auseinandersetzung. Waren die seinerzeit von den Abgeordneten geforderten Garantien erfüllt? Und wie konnte die französische Wirtschaft dem Wettbewerbsdruck auf dem Gemeinsamen Markt standhalten? Einen kritischen Punkt erreichte die Aussprache mit der Rede von Mendès France, weil dieser entschiedene Gegner der Wirtschaftsgemeinschaft immer noch erheblichen Einfluß auf die sozialistischen Abgeordneten besaß. Scharf hielt er den Volksvertretern die Mängel der Verträge vor Augen: das Fehlen Großbritanniens und die Unfähigkeit Frankreichs, der EWG zum vorgesehenen Zeitpunkt beizutreten, weil seine Zahlungsbilanz ein erhebliches Defizit aufweise. Angesehene Abgeordnete des bürgerlichen Lagers wie Reynaud, Schuman und Pleven boten ihm eindrucksvoll Paroli. Auch der neue Président du Conseil stellte sich in seiner Schlußrede hinter die Verträge. Nur die Kommunisten ließen ihrer Abneigung freien Lauf. Die Sozialrepublikaner sprachen sich zwar ebenfalls gegen die Abkommen aus, äußerten ihre Kritik aber bewußt moderat. Am 9. 7. wurden die Römischen Verträge mit 342 gegen 239 Stimmen der Kommunisten, Gaullisten, Poujadisten und der Anhänger von Mendès France angenommen⁴⁷.

Rückblickend ließ es sich leicht feststellen, daß niemand im Land seine Energien habe darauf verwenden wollen, „à combattre le Marché Commun et l'Euratom“⁴⁸. Tatsächlich aber war die überwältigende Mehrheit der Ja-Stimmen wohl weder in Paris noch in Bonn erwartet worden. Nicht nur am Rhein hofften die Politiker darauf, daß dieses Votum, mit dem „une étape importante de l'histoire européenne d'après-guerre vient d'être franchie“, als gutes Omen für eine nun beginnende Phase der Stabilisierung in Frankreich betrachtet werden könne⁴⁹. Zehn Tage später stimmte auch der Bundesrat dem Gesetz zu den Verträgen zu⁵⁰, am 23. 7. folgte dann der Conseil de la République⁵¹. Damit war der Weg für die übrigen Mitgliedsstaaten frei⁵². Nachdem am 4. 12. die parlamentarischen Zustimmungsverfahren in allen sechs Ländern abgeschlossen waren, wurden die Ratifikationen vollzogen und die Urkunden in Rom hinterlegt.

⁴⁷ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 2.–6. u. 9. 7. 1957 in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1957, Bd. 4, S. 3133–3509; Pineau/Rimbaud, Grand Pari, S. 265–278; Latte, Europapolitik, S. 101–120 passim.

⁴⁸ Artikel von Bourges, in: „Témoignage chrétien“, 12. 5. 1957.

⁴⁹ Couve de Murville an Pineau, Tel. 1909/12, 10. 7. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 52.

⁵⁰ S. AdG 1957, S. 6550C.

⁵¹ S. Debatte im Conseil de la République, 18./19. u. 23. 7. 1957, in: JO, CdR, Déb. parl. 1957, Bd. 2, S. 1587–1615, 1622–1670 u. 1676–1755; Pineau/Rimbaud, Grand Pari, S. 278–285.

⁵² Am 30. 7. stimmte das italienische Parlament den Verträgen zu, am 9. 10. der Senat. In den Niederlanden erfolgte die Ratifizierung am 4. 10. durch die Zweite, am 4. 12. durch die Erste Kammer. In Belgien folgten Abgeordnetenkammer und Senat am 19. bzw. 28. 11. Zwei Tage zuvor, am 26. 11., hatte das luxemburgische Parlament sein Placet gegeben (AdG 1957, S. 6571D, 6674A, 6682B, 6765B, 6768B, 6779B).

Der Kampf um die „Hauptstadt Europas“

Am 1. 1. 1958 traten die Verträge über die Gründung der Europäischen Wirtschafts- und der Atomgemeinschaft in Kraft. Dies geschah, ohne daß die Gemeinschaft über einen Sitz verfügte. Die Sechs hatten sich in den Römischen Verträgen (Art. 216) darauf verständigt, diese Frage erst nach dem Abschluß der Ratifikationsverfahren anzugehen. Drei Konzepte standen sich gegenüber: die Dezentralisierung, die Zentralisierung und die Unterscheidung zwischen dem Sitz Klein- und Großeuropas. Frankreich zielte mit englischer und italienischer Unterstützung darauf ab, jene Organisationen, die seiner Meinung nach zusammengezogen werden mußten, wie die Kommissionen und Administrationen der EWG bzw. EURATOM sowie die Versammlungen der Gemeinschaften, in der Umgebung von Paris als Bundesdistrikt anzusiedeln. Die übrigen Institutionen wünschte man dezentral zu verteilen, wobei die Ministerräte der Reihe nach in den sechs Hauptstädten tagen sollten⁵³. Die Bundesregierung wünschte intern ebenfalls die Einheitlichkeit des Sitzes der Organe, wobei sie aber nicht Paris, sondern Brüssel den Vorzug gab. Notfalls war sie auch bereit, nur die Kommissionen und Ministerräte zentral zusammenzufassen⁵⁴.

Die Entscheidung sollte Mitte Dezember auf der Außenministerkonferenz der Sechs fallen. Sie wurde dadurch kompliziert, daß sie mit der Ernennung der Präsidenten der europäischen Behörden zusammen fiel. Da René Mayer für eine zweite Amtsperiode nicht zur Verfügung stand und Franz Etzel nach der Bundestagswahl als Finanzminister nach Bonn gewechselt war, stand ein großes Revirement bevor, wobei sich das Auswärtige Amt Hoffnungen auf den Chefposten bei der Hohen Behörde und die Vizepräsidentschaft bei der EWG-Kommission machte⁵⁵.

Als die Minister am 20. 12. zusammentrafen, stießen zwei Positionen schroff aufeinander. Pineau, von Brentano und ihre Kollegen aus Rom und Den Haag, Pella und Luns, plädierten dafür, sämtliche Institutionen an einem Ort zu vereinigen. Welche Stadt aber den Zuschlag erhalten sollte, darüber herrschte Dissens: Pineau sprach sich aus taktischen Erwägungen für eine Straßburg-Kehl-Lösung aus, dachte aber insgeheim an Paris; von Brentano trat für Brüssel ein, konnte sich aber auch für Straßburg-Kehl erwärmen, sofern die übrigen Partner mitspielten; Pella brachte Mailand ins Gespräch, und Luns neigte ebenfalls zu Brüssel. Mit gewissen Einschränkungen pflichtete auch der belgische Minister Larock der Zentralisierungslösung bei. Nur der Luxemburger Bech opponierte erwartungsgemäß, um nicht dem Fortgang der Hohen Behörde aus Luxemburg zustimmen zu müssen. Damit aber geriet das gesamte Einheitskonzept ins Wanken, weil Pineau sich prompt einem Umzug der Gemeinsamen Versammlung aus Straßburg widersetzte und die übrigen Minister in der Folge eigene Forderungen stellten. Im Bewußtsein, damit einer verhängnisvollen Entwicklung Tür und Tor zu öff-

⁵³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 173, Bl. 109–111, Unterabt. für europäische Organisationen im MAE an „le Président“, Aufzeichnung, 30. 7. 1957.

⁵⁴ S. PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 1, Carstens an von Brentano, Aufzeichnung, 14. 12. 1957, Unter Verschuß.

⁵⁵ S. ebd.; Küsters, Gründung, S. 499 f.

nen, vertagte die Runde die Entscheidung auf eine neue Sitzung nach der Jahreswende⁵⁶.

Trotz der Differenzen glaubte von Brentano voller Optimismus fest an eine Einigung zugunsten Brüssels. Zuversichtlich blickte er auch auf die anstehenden Personalentscheidungen, da bereits jetzt klar war, daß Armand Präsident der EURATOM werden würde. Der Blick deutscher Begehrlichkeit richtete sich inzwischen auf den Vorsitz in der EWG-Kommission. Zunächst war die Bundesregierung davon ausgegangen, daß der belgische Wirtschaftsminister Rey oder der niederländische Landwirtschaftsminister Mansholt zu den ernsthaftesten Bewerbern zählten. Die Niederländer sahen aber mittlerweile kaum noch Chancen für Mansholt. Und bei den Belgiern ließ das Interesse an der Spitzenposition in der Kommission nach, weil sie sich ganz darauf konzentrierten, Brüssel als Sitz der Organe durchzusetzen. Damit gewann aus deutscher Sicht eine Kandidatur von Hallstein an Gewicht, was in den Augen der Beamten des Auswärtigen Amtes nur einen Nachteil hatte: Da Armand Liberaler und Hallstein Christdemokrat war, sah man aus Proporzgründen die Wahl eines Sozialisten auf den Präsidentenstuhl der Hohen Behörde auf sich zukommen⁵⁷.

Der Bonner Außenminister unterschätzte aber die Hartnäckigkeit der Pariser Regierung. Frankreich machte sein Plazet zur Ernennung des deutschen Staatssekretärs im Sinne eines *do ut des* davon abhängig, daß die Bundesrepublik ihrerseits der Wahl von Straßburg zustimmte. Ja, man versuchte abermals, Paris ins Gespräch zu bringen, was von Bonn sofort abgelehnt wurde. Hallstein wollte seine beruflichen Ambitionen aber nicht so ohne weiteres aufgeben. Im Gegensatz zu späteren Behauptungen, er habe die Bundesregierung gebeten, ihn nicht vorzuschlagen, forderte der Staatssekretär den Kanzler noch vor dem Jahreswechsel in aller Deutlichkeit auf, nicht passiv zu bleiben. Wenn man denn den Posten des Kommissionspräsidenten mit einem Deutschen besetzen wolle, müsse man an Brüssel als Sitz der Organe festhalten, die Italiener abfinden und das Proporzproblem lösen⁵⁸.

Zu Beginn des Jahres 1958 gingen in Paris Meldungen aus verschiedenen europäischen Kapitalen ein, die darauf hindeuteten, daß die Bundesrepublik und die BENELUX-Staaten ein Konzept favorisierten, wonach die Exekutivorgane von EWG und EURATOM nach Brüssel verlegt werden, die EGKS hingegen in Luxemburg und die Versammlungen in Straßburg bleiben sollten. Für Frankreich war dies ein nur schwer hinnehmbarer Kompromiß. Man bewertete ihn als eine Vorentscheidung für Brüssel als „*capitale de l'Europe fédérale*“, weil man vermutete, daß die übrigen Institutionen eines Tages eben doch in die belgische Hauptstadt umzögen. Noch aber gab man den Kampf um Prestige und Einfluß nicht verloren. Der Quai d'Orsay empfahl jetzt, auf der Kandidatur Straßburgs zu beharren, um Brüssel zu verhindern. Das Kalkül war höchst raffiniert: Sollten beide

⁵⁶ S. Aufzeichnung der Unterabt. europäische Organisationen im MAE, 19. 12. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 938–942; BA, NL von Brentano, Bd. 157, Bl. 16–23, von Brentano an Adenauer, 22. 12. 1957, Persönlich, Vertraulich.

⁵⁷ S. ebd.; Küsters, Walter Hallstein, S. 103.

⁵⁸ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 48, Hallstein an Adenauer, 30. 12. 1957; vgl. dagegen Hallstein, Mein Chef, S. 132.

Städte nicht die nötige Unterstützung gewinnen, bot sich Luxemburg als provisorische Lösung an, wobei die Hoffnung der Beamten darauf gerichtet war, alsbald ein Definitivum zu finden, das aus ihrer Sicht nur Paris heißen konnte⁵⁹.

Mit diesem Konzept vermochte sich Frankreich aber nicht durchzusetzen. Die sechs Minister einigten sich am 7. 1. 1958 zwar im Prinzip auf eine Zentralisierungslösung, mußten aber erkennen, daß eine Wahl zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich war. Provisorisch wurden die Gemeinschaftsorgane auf Straßburg, Luxemburg und Brüssel verteilt. Zugleich beschlossen sie, vor dem 1. 6. erneut zusammenzutreten und in der Zwischenzeit die Stellungnahmen der Gemeinschaftsorgane einzuholen. Zum neuen Präsidenten von EURATOM ernannten sie erwartungsgemäß Louis Armand. Chef der Kommission wurde Walter Hallstein, der sich nolens volens damit abfinden mußte, daß der belgische Sozialist Paul Finet zum Chef der Hohen Behörde aufstieg⁶⁰.

Hallsteins Weggang wurde am Rhein keineswegs unisono gutgeheißen. Blakenhorn etwa beklagte die fortschreitende Ausdünnung der außenpolitischen Führungsschicht auf dem Bonner Parkett. Heuss stimmte Hallsteins „Auswanderung nach Europa“ ebenfalls nur widerwillig zu⁶¹. Adenauer begrüßte zwar dessen Karriereaufstieg, sah sein Ausscheiden aus dem Auswärtigen Amt aber „ungern“⁶², zumal es ein großes Revirement zur Folge hatte. Zum neuen Staatssekretär wurde Albert Hilger van Scherpenberg ernannt. Geboren am 4. 10. 1899, trat der Sohn eines Arztes nach dem Studium der Rechtswissenschaft und der Promotion 1926 in den Auswärtigen Dienst der Weimarer Republik ein. 1930 heiratete er die Tochter des Reichsbankpräsidenten Schacht. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs arbeitete er zunächst vier Jahre im bayerischen Wirtschaftsministerium und wechselte dann als Leiter des Sterling-Referats ins Bundeswirtschaftsministerium. 1953 kehrte er ins Auswärtige Amt zurück und wirkte dort von 1955 bis 1958 als Leiter der Handelspolitischen Abteilung. Im Januar 1958 wurde er als Wunschkandidat von Brentanos zum Nachfolger Hallsteins ernannt. Drei Jahre später ging der protestantische Staatssekretär als Botschafter an den Heiligen Stuhl⁶³, was in evangelischen Kreisen heftig kritisiert wurde⁶⁴. Van Scherpenberg zeichnete vor allem seine Hartnäckigkeit aus, die der eine oder andere Mitarbeiter auf seine bauerlichen holländischen Vorfahren zurückführte⁶⁵. Die wohl größte Leistung dieses integren⁶⁶, ausgewiesenen „Wirtschaftsdiplomaten“⁶⁷ bestand in der Konzeption einer neuen deutschen Afrika-Politik, die jahrzehntelang Gültigkeit besaß.

Der Aufstieg van Scherpenbergs, der in der Frage der Beziehungen der EWG zu Großbritannien anglophiler als sein Vorgänger Hallstein oder sein Nachfolger

⁵⁹ AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 173, Bl. 199–201, Aufzeichnung der Unterabt. für europäische Organisationen im MAE, 3. 1. 1958.

⁶⁰ S. PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 1, Aufzeichnung 210–86.02/58, 8. 1. 1958, Konzept; Communiqué der Außenministerkonferenz vom 6./7. 1. 1958, in: Bulletin 1958, S. 37; Küsters, Gründung, S. 500–503.

⁶¹ Heuss, Tagebuchbriefe, S. 300, Tb. 11. 1. 1958; s.a. Küsters, Walter Hallstein, S. 103–105.

⁶² BA, NL von Brentano, Bd. 157, Bl. 24 f., Adenauer an von Brentano, 28. 12. 1957.

⁶³ Zur Person van Scherpenbergs s. Wer ist Wer 1967/68, Bd. 1, S. 1698.

⁶⁴ S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 468, Tb. 8. 2. 1961.

⁶⁵ S. Carstens, Erinnerungen, S. 225.

⁶⁶ S. Grewe, Rückblenden, S. 394.

⁶⁷ Ebd., S. 96.

Carstens war⁶⁸, erfolgte im Rahmen großer Veränderungen in der Spitzengliederung des Auswärtigen Amtes. Dem neuen Staatssekretär wurden zwei Unterstaatssekretäre zur Seite gestellt, Karl Heinrich Knappstein und Herbert Dittmann. Wilhelm Grewe übergab den Posten des Leiters der Politischen Abteilung West 1 an Karl Carstens und wechselte seinerseits auf den Botschafterposten nach Washington⁶⁹.

Zwischen Maximalisten und Minimalisten: Der Streit um die FHZ

Nach dem Inkrafttreten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gewann die im Frühjahr 1957 zurückgestellte Frage ihrer Außenbeziehungen wieder an Bedeutung. Seit März berieten die vom OEEC-Ministerrat zur Realisierung einer Freihandelszone eingesetzten drei Arbeitsgruppen in Paris über allgemeine und Agrarfragen sowie über Probleme der unterentwickelten Staaten. Parallel dazu bemühte sich der für die Erledigung der bis zum Inkrafttreten der EWG anfallenden Gemeinschaftsaufgaben gegründete Interimsausschuß in Brüssel um eine gemeinsame Position der Sechsergemeinschaft⁷⁰. Mitte Juni kristallisierte sich heraus, daß der maximalistischen Konzeption der Sechs eine minimalistische Großbritannien gegenüberstand. Während die Kontinentaleuropäer von der Freihandelszone die Abschaffung von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen sowie die Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Sinne des Gemeinsamen Marktes verlangten, wollte die Inselmonarchie lediglich die Entfernung der Tarife und Kontingente, um eine Diskriminierung der Einfuhr britischer Waren in die EWG zu verhindern⁷¹.

Die Bundesrepublik stand dem FHZ-Projekt aus vielfältigen Gründen weiterhin positiv gegenüber. In ökonomischer Sicht verlangte die eigene Interessenlage geradezu die Beseitigung von Handelsschranken über den Rahmen der EWG hinaus, gingen doch nur 30% des deutschen Exports in die EWG-Länder, 60% aber in den OEEC-Raum⁷². Handfeste politische Ziele kamen hinzu. Während der Ratifikation der Römischen Verträge sah sich der Bundestag daher dazu veranlaßt, einen Entschließungsantrag zu verabschieden, in dem er sich für den Beitritt oder die Assoziation der Nichtmitglieder zur EWG in Form einer FHZ aussprach⁷³. Das Auswärtige Amt stimmte der Resolution durchaus zu, wenngleich es dem Gemeinsamen Markt eindeutig den Vorrang gegenüber dem lockereren Konkurrenzprojekt einräumte, weil die Sechsergemeinschaft weitergehende politische Ziele verfolgte. Am besten schien den Beamten eine Verbindung beider Kooperationsmodelle, wobei einige unter ihnen mehr und mehr der minimalistischen Lösung zuneigten, die auch von der Leitungsebene des Wirtschaftsministeriums befürwortet wurde: Beschränkung der FHZ auf den bloßen Warenverkehr; Verzicht

⁶⁸ S. Carstens, *Erinnerungen*, S. 225 f.

⁶⁹ Vgl. ebd., S. 226; Grewe, *Rückblenden*, S. 330 f.

⁷⁰ S. Bousquet an Pineau, Tel. 357/58, 18. 4. 1957, *Priorité*, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 642–644; ders. an dens., Tel. 447/48, 9. 5. 1957, in: ebd., S. 756–759; Bühner, *Westdeutschland*, S. 371 f.

⁷¹ S. Bousquet an Pineau, Tel. 453, 9. 5. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 760 f.; AMAE, DE-CE 1945–1960, Bd. 614, Bl. 270–275, ders. an dens., Nr. 1109/DGE, 22. 6. 1957.

⁷² S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Aufzeichnung Hardenberg 204–82.05/94.07, 13. 8. 1957.

⁷³ S. Entschließungsanträge der SPD- und der CDU/CSU-Fraktion, 4. 7. 1957, in: BT, *Sten. Ber.*, Bd. 38, S. 13463 f.

auf die EWG-Ausgleichsmaßnahmen, auf den Sozialfonds und die Investitionsbank; Koordinierung der Währungs- und Kreditpolitik; Kürzung der Binnenzölle im gleichen Zeitraum wie in der EWG. Für den Fall der Einbeziehung der Landwirtschaft rieten sie zur Übernahme des Musters der EWG⁷⁴.

Die unterschiedlichen Vorstellungen über Tragweite und Kompetenzbereich der FHZ brachten die Beratungen der OEEC-Arbeitsgruppen im Juli praktisch zum Erliegen. Die von London hartnäckig verfochtene These des Ausschlusses des Agrarsektors belastete die Gespräche ebenso wie die französische Forderung nach Übernahme aller Bestimmungen des EWG-Vertrags mit Ausnahme des gemeinsamen Außentarifs. Außerdem warteten die Franzosen mit allerlei protektionistischen Vorschlägen auf, weil sie fürchteten, dem gleichzeitigen deutschen wie englischen Konkurrenzdruck zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gewachsen zu sein. Dabei verschanzte sich die Regierung hinter dem Argument, den Parlamentariern die Freihandelszone so kurz nach der Ratifikation der Römischen Verträge nicht zumuten zu können⁷⁵.

Die Briten fühlten sich nun von den Partnern ob deren steter Versicherung, die FHZ schaffen zu wollen, getäuscht und drohten den Franzosen damit, die EWG zu zerstören. Für Paris stand damit nicht nur die europäische Wirtschaftspolitik, sondern auch die bilaterale Nuklearkooperation auf dem Spiel⁷⁶. Man suchte daher die Solidarität der EWG-Staaten zu festigen. Die Arbeiten im Interimsausschuß ließen aber deutlich erkennen, daß die Sechsergemeinschaft keine einheitliche Position verfocht. Die Bundesrepublik unterstrich nachdrücklich den Unterschied zwischen einer Wirtschaftsgemeinschaft und einer Freihandelszone und forderte daher die Beschränkung der FHZ auf den Zoll- und Kontingentsabbau. Ausweichklauseln sollten mit hohen Hürden versehen werden, um einen Mißbrauch zu verhindern. Die Pariser These einer Unterordnung dieser Aufgaben unter die allgemeinen Ziele der Vollbeschäftigung und gleichmäßigen Verteilung der Produktivität lehnte Bonn ab. Man anerkannte das Ziel der Nichtdiskriminierung, forderte aber zugleich, daß die EWG in ihrer Wirksamkeit nicht gefährdet werden dürfe⁷⁷.

Frankreich hingegen zielte auf eine Organisation, die entweder ein Maximum des EWG-Vertrags übernehmen sollte oder, wenn das nicht möglich war, die Regeln der FHZ möglichst weich zu halten hatte. Eine über die EWG hinausgehende Zoll- und Kontingentkürzung wünschte man nur dann, wenn sie eine gleichmäßige Steigerung von Produktion und Produktivität garantierte. Sehr dezidiert ließ Frankreich erkennen, daß es Leistungen im Rahmen der EWG den übrigen FHZ-Staaten im Konfliktfall vorenthalten, also das strenge Diskriminierungsverbot der OEEC nicht auf die FHZ übertragen wollte. Als das Kernproblem galt für Paris

⁷⁴ S. PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 103, Carstens an Hallstein, Aufzeichnung 2–210–225–40–612/1645/57, 8. 7. 1957, Reinkonzept; ebd., ders. an dens., Aufzeichnung 210–225–40–61/1504/57, 11. 6. 1957, Konzept; s.a. Bühner, Westdeutschland, S. 372f.

⁷⁵ Vgl. Faure an Brüssel etc., Tel. 1119/25 etc., 17. 6. 1957, Très secret, Priorité absolue, Très urgent, Réserve, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 928f.; Aufzeichnung Valéry, 1. 7. 1957, in: ebd., Bd. 2, S. 8–12; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Aufzeichnung Hardenberg 204–82.05/94.07, 13. 8. 1957.

⁷⁶ S. Chauvel an Pineau, 11. 7. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 65–69; Brenke, Europakonzeptionen, S. 600.

⁷⁷ S. PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 103, „Deutschland“, o.D.

die Ausschließung sämtlicher Möglichkeiten von Verkehrsverlagerungen. Preisunterschiede, die sich aus der Versorgung durch verschiedene Rohstoffquellen ergaben, mußten demnach egalisiert werden. Zur Vermeidung der Verkehrsverlagerung verlangten die Franzosen eine Harmonisierung der Außenzölle⁷⁸.

Italien stand diesen Vorstellungen nahe, während die Niederlande die englischen Pläne unterstützten. Als die Briten auf eine Beschleunigung der Verhandlungen drängten, konterten die Franzosen zwecks Abstimmung mit dem Vorschlag einer Außenministerkonferenz der Sechs am 29. 7.⁷⁹ Die Bundesregierung stimmte dem französischen Plan *volens nolens* zu, sah es aber mit Blick auf die nahenden Bundestagswahlen nicht ungern, daß Italien den Termin unter Hinweis auf die EWG-Ratifikationsdebatte der römischen Kammer platzen ließ⁸⁰.

Auf der Basis der Berichte der drei OEEC-Arbeitsgruppen zog der Präsident des Ministerrates, Thorneycroft, Ende Juli eine ernüchternde Zwischenbilanz. Da keine der wichtigen Fragen bisher geregelt war, appellierte er an die Regierungen und seine Kollegen im Ministerrat, mehr Kompromißbereitschaft an den Tag zu legen⁸¹. In Bonn war zwar nach wie vor der Wunsch zu einem erfolgreichen Projektabschluß lebendig, einen Konflikt mit Paris, dem Zentrum des Widerstandes, mochte man aber nicht riskieren. Es konnte der Bundesregierung gleichwohl kaum gefallen, daß Frankreich vor dem Hintergrund wachsender Widerstände von Industrieverbänden wie dem Conseil National du Patronat Français (CNPFF)⁸² die Freihandelszonenverhandlungen mehr und mehr als Belastung empfand und schließlich zwei Vorschläge unterbreitete: Beschränkung der FHZ auf die Senkung der Quoten und Aufschub der Entscheidung über jegliche Verpflichtungen in der FHZ bis zum Ablauf einer Versuchszeit. Für Bonn waren diese Überlegungen ebenso unannehmbar wie die Londoner Vorstellungen von einem gleichmäßigen Nachlaß der Zölle und Kontingente und der Verhinderung einer Benachteiligung der Nicht-EWG-Staaten. Als Anfang Oktober sowohl der zwei Monate zuvor zum Spezialminister für Fragen der FHZ ernannte Paymaster-General Reginald Maudling als auch Robert Marjolin zu getrennten Gesprächen an den Rhein kamen, trachtete die Bundesregierung danach, eine Mittlerposition zwischen der englischen und der französischen Position einzunehmen. Sie sprach sich für die ungestörte Entwicklung der EWG aus und versuchte gleichzeitig, die Vorteile der FHZ sicherzustellen. Bonn hielt es nicht für sinnvoll, alle materiellen Bestimmungen des EWG-Vertrags in den FHZ-Vertrag zu übernehmen, erachtete es vielmehr für wünschenswert, einen vollständigen Abbau der Zölle und Kontin-

⁷⁸ S. ebd., „Frankreich“, o.D.

⁷⁹ S. ebd., Bd. 89b, AZ 85.12, Bl. 46–61, Zwischenbericht der Arbeitsgruppe für den Gemeinsamen Markt über die Konzeption einer Freihandelszone, 18. 7. 1957, Beschränkte Verteilung; ebd., Ref. 401, Bd. 30, Aufzeichnung von Hardenberg u. Sonnenhol 401–88.143–5/21/57, 29. 7. 1957; ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Aufzeichnung Hardenberg 204–82.05/94.07, 13. 8. 1957.

⁸⁰ S. BA, NL von Brentano, Bd. 156, Bl. 356f., von Brentano an Adenauer, 24. 7. 1957.

⁸¹ S. PA, Ref. 401, Bd. 31, Vorsitzender der Gruppe Nr. 21 an Thorneycroft, Bericht FTA (57) 51, 29. 7. 1957; ebd., Vorsitzender der Gruppe Nr. 22 an Thorneycroft, Bericht FTB (57) 7, 31. 7. 1957; ebd., Vorsitzender der Gruppe Nr. 23 an Thorneycroft, Bericht FTC (57) 1, 2. 8. 1957; ebd., Bericht Thorneycrofts C (57) 168, 22. 7. 1957, Beschränkte Verteilung; Kaiser, EWG, S. 125–129.

⁸² Zur Opposition der französischen Industrieverbände gegen die FHZ s. Entschließung des CNPF, 17. 9. 1957, in: BDFD II, S. 875f.; Unterredung zwischen Faure und Maudling vom 15. 10. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 547–549; Kaiser, EWG, S. 155.

gente bei Industrieprodukten, eine weitestmögliche Minderung der Handelshemmnisse bei Agrarerzeugnissen und eine wirksame Koordinierung der Währungs- und Konjunkturpolitik der Mitgliedstaaten zu erreichen. Der Übergang in das zweite Stadium der FHZ sollte nicht vor der zweiten Periode der EWG beginnen⁸³. Hallstein und Marjolin stimmten darin überein, daß der FHZ-Vertrag einen festen Endpunkt und die Beseitigung aller Zölle und Handelshemmnisse, den Beginn der Beseitigung der Kontingente mit Anlauf des Vertrages, die Einbeziehung der Landwirtschaft, die Herstellung einer gewissen gemeinsamen Wirtschaftspolitik und die Einbeziehung von Schutzklauseln enthalten müsse. Keine Einigung erzielten sie über die Absicht der Franzosen, mit dem Zollabbau erst nach Ablauf der Auftaktphase von vier Jahren anzufangen, die Außentarife zu harmonisieren und ein generelles Einstimmigkeitsprinzip in der FHZ einzuführen⁸⁴.

Wie sehr Frankreichs Partner auf die französischen Sonderwünsche Rücksicht zu nehmen bereit waren, verdeutlichte eine Denkschrift, den der Interimsausschuß der EWG am 10. 10. der OEEC zuleitete. Wenngleich in Frageform abgefaßt, ließ die Sechsergemeinschaft kaum Konzessionsbereitschaft gegenüber Nichtmitgliedern erkennen. Wer den Nutzen ihres Präferenzsystems zu genießen beabsichtige, so lautete die zentrale Botschaft, müsse auch die erforderlichen Lasten übernehmen. Dies bedeutete die Billigung von Wettbewerbsregeln, die Einbeziehung der Landwirtschaft, Verhinderung von Handelsverlagerungen, eine strikte Koordinierung der Währungs-, Kredit- und allgemeinen Wirtschaftspolitik sowie Mehrheitsentscheidungen in bestimmten Fällen. Falls die Nicht-EWG-Staaten diese Bedingungen nicht zu erfüllen gedachten, drohte ihnen die Diskriminierung durch die Sechs⁸⁵.

Genau die wünschten die Briten mit ihrer FHZ-Initiative zu vereiteln. Die Aussichten, auf der für den 16./17. 10. anberaumten Tagung des Rates der OEEC zu einer Einigung zu gelangen, waren nicht eben günstig. Thorneycroft und Maudling warnten vor einer neuerlichen Teilung Europas und deuteten die Absicht der britischen Regierung an, ihre Grundposition flexibler zu gestalten. Konkret erklärten sie sich bereit, demnächst auch über die Frage der Einbeziehung des Agrarsektors verhandeln zu wollen. Nach einem vehementen Appell von Erhard an das europäische Gewissen der Kontrahenten beschloß der Rat die Einsetzung einer zwischenstaatlichen Kommission auf Ministerebene unter dem Vorsitz von Maudling und übertrug ihr die Aufgabe von Verhandlungen über die Herbeiführung einer Freihandelszone. Die FHZ sollte alle OEEC-Mitglieder einschließen, die EWG mit den übrigen Staaten assoziieren und praktisch parallel mit den Römischen Verträgen in Kraft treten. In Übereinstimmung mit einer Forderung Er-

⁸³ S. PA, Ref. 401, Bd. 284, Aufzeichnung van Scherpenberg 401–86.149–6459/57, 1. 10. 1957, im Auszug in: BDFD I, S. 635–640; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Aufzeichnung von Hardenberg 204–82.05/94.07, 13. 8. 1957; ebd., Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 103, Carstens an Hallstein, Aufzeichnung 2–210–83.01/1/2412/57, 28. 9. 1957; ebd., Ref. 401, Bd. 31, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung, 4. 10. 1957, VS-Vertraulich. Zu Maudling s. Chauvel an Pineau, Tel. 4692/94, 8. 8. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 192 f.; Kaiser, EWG, S. 139 f.

⁸⁴ S. PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 103, Besprechung bei Hallstein vom 3. 10. 1957; ebd., Ref. 401, Bd. 31, Aufzeichnung Fisch, 5. 10. 1957.

⁸⁵ S. ebd., Gemeinsame Aufzeichnung über gewisse Fragen betreffend die Freihandelszone, MAE 1185/57, 10. 10. 1957; eine Zusammenfassung in: von Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1946–1961, S. 143–145; Bührer, Westdeutschland, S. 374 f.

hards unterstrich der Rat die Gleichwertigkeit von EWG und FHZ⁸⁶. Der Erfolg schien keineswegs sicher. Namentlich Frankreich sah zwar aus politischen Erwägungen die Notwendigkeit zu einer engen Verbindung zwischen der Sechsergemeinschaft und den übrigen OEEC-Staaten, dachte aber nicht daran, die FHZ um jeden Preis zu akzeptieren⁸⁷.

Mitte November tagte der Maudling-Ausschuß zum ersten Mal. Der Vorsitzende, der von Premierminister Macmillan dazu beauftragt worden war, die OEEC-Staaten zusammenzuhalten, die Sechsergemeinschaft zu spalten und die Deutschen auf die britische Seite zu ziehen⁸⁸, hatte seinen Kollegen Ende Oktober einen Fragebogen zugeschickt, der noch einmal alle Probleme erfaßte, die sich bei den Beratungen über die Freihandelszone bisher ergeben hatten. Das Dokument spiegelte deutlich wider, worauf es den Briten ankam: die Liberalisierung des Handels. Demgegenüber blieben die Ausführungen über den Agrarbereich blaß, wohingegen die Abschnitte über die Koordinierung der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik die ablehnende Haltung kaum verhüllten⁸⁹. Da Pineau auf der Ministerratssitzung der OEEC Mitte Oktober wegen einer Regierungskrise sich außerstande gesehen hatte, einen offiziellen Standpunkt zu definieren, kam Faure damit nun nach. Frankreich, so ließ er seine Kollegen wissen, könne im Rahmen der Freihandelszone nicht die gleichen Verpflichtungen wie im Gemeinsamen Markt übernehmen. Außerdem wünsche es einen zeitlichen Verzug zwischen der Verwirklichung von EWG und FHZ und verlange in bezug auf den Zollabbau, den Übergang von der ersten zur folgenden Etappe nur einstimmig zu beschließen. Die folgenden Beratungen ließen in aller Klarheit erkennen, daß an der Abfassung eines Abkommens vorerst nicht zu denken war, obwohl das bevorstehende Inkrafttreten des EWG-Vertrages am 1. 1. 1958 und die erste Zollsenkung am 1. 1. 1959 zur Eile rieten. Weder die Differenzen innerhalb der Sechsergemeinschaft noch die Meinungsunterschiede mit den OEEC-Staaten waren abgebaut. Mehrmonatige Expertengespräche schienen notwendig, um eine Basis dafür zu finden, die gegenteiligen Auffassungen miteinander zu „versöhnen“⁹⁰.

In der Bundesregierung wurde dieser Befund höchst unterschiedlich aufgenommen. Ludwig Erhard, der nach der gewonnenen Bundestagswahl im Kompetenzstreit mit dem Auswärtigen Amt über die Festlegung der Europapolitik einen Teilsieg errungen hatte und mit der Fortführung der europäischen Wirtschaftsintegration beauftragt worden war⁹¹, warb unermüdlich für die Schaffung der

⁸⁶ S. MAE an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 89, 25. 10. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 589–591; Rede Erhards im OEEC-Rat, 16. 10. 1957, in: von Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1946–1961, S. 145–147; Resolutionen des OEEC-Ministerrates in: ebd., S. 147 f.; Macmillan, *Riding the Storm*, S. 439 f.; Bührer, *Westdeutschland*, S. 375 f.; Kaiser, *EWG*, S. 146–149.

⁸⁷ S. MAE an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 89, 25. 10. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 589–591.

⁸⁸ Vgl. Horne, *Macmillan*, Bd. 2, S. 34; Küsters, *Spannungsfeld*, S. 220.

⁸⁹ S. Memorandum Maudlings, 30. 10. 1957, in: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hg.), *Europa*, Teilbd. 3, S. 1461–1472.

⁹⁰ PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 103, Aufzeichnung von Hardenberg 401–85, 149–7303/57¹¹, 19. 11. 1957; s.a. Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Kooperation im MAE, 18. 11. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 689–694; Kaiser, *EWG*, S. 150 f.

⁹¹ Vgl. Küsters, *Streit*, S. 363 f.

Freihandelszone⁹². Im Bundeswirtschaftsministerium befürwortete man eine gleichmäßige Reduzierung der Zölle zwischen EWG und FHZ und diskutierte lediglich vorübergehende Verschiebungen der einzelnen Phasen. Um den Gesamtprozeß nicht zu gefährden, war man bereit, Einzellösungen für bestimmte Staaten zu akzeptieren. Maudlings Anregung, die Verpflichtung zum Abbau der Zölle und Kontingente auf die erste Etappe zu beschränken, wenn die Erfahrungen negativ seien, wurde abgelehnt, um keinem Mitglied die Chance zum Ausstieg aus der FHZ zu bieten⁹³.

Für das Auswärtige Amt mit seiner „politisch-pragmatische[n] Außenwirtschafts- und Integrationspolitik auf europäisch-supranationaler Ebene“ hatten hingegen die Festigung der Sechsergemeinschaft und die Zusammenarbeit mit Frankreich eindeutig Vorrang⁹⁴. Die EWG öffnete der Bundesrepublik nicht nur einen sichereren großen Binnenmarkt, sondern ermöglichte ihr auch „mehr weltpolitische Handlungsfreiheit“. Außerdem unterstellten einige Beamte in der Koblenzer Straße den Briten, mit der FHZ unter allen Umständen den eigenen Marktanteil erweitern und die Hand im europäischen politischen Spiel haben zu wollen. Sie wünschten sich daher ein Hinausschieben der FHZ bis zum wirklichen Funktionieren der EWG, hielten dies aber angesichts der „innerdeutschen grundsätzlichen Spaltung“ in der Einstellung zur FHZ selbst für nicht durchführbar. Wollte Bonn die politische Dimension der EWG erhalten, so mußten drei Zielpunkte erreicht werden: der gemeinsame Zolltarif der Sechs, die Beschränkung der FHZ-Partner auf assoziierungsfähige OEEC-Mitglieder und die Assoziierung der Überseegebiete unter Ausschluß anderer Teilhaber. Da es als ausgemacht galt, daß die Briten sich „politisch nicht binden“, vielmehr „in ein fremdes, gemachtes Bett“ legen wollten, plädierte Hartlieb dafür, ihnen als Gegenleistung die Bereitschaft abzuhandeln, mit den Sechs ein regionales europäisches Verteidigungssystem zu organisieren und dafür ein ständiges Kontingent der modernsten Waffen zur Verfügung zu stellen oder zumindest eine „echte, paritätische Gemeinschaftsproduktion“ im Rüstungssektor inklusive der Kernwaffen einzugehen. Geradezu „fassungslos“ stand er der Art und Weise gegenüber, wie die Bundesregierung bisher diesen einmaligen Vorteil gegenüber den Briten ungenutzt und die Franzosen allein gelassen hatte⁹⁵.

Adenauer begrüßte die Zusammenarbeit der Sechs mit den übrigen europäischen Demokratien und insbesondere Großbritannien zwar uneingeschränkt als Instrument zur „Selbstbehauptung Europas“, betrachtete die konkreten Erfolgchancen auf dem wirtschaftlichen Terrain aber mit Skepsis⁹⁶. Mit den angelsächsischen Waffenlieferungen an Tunesien im November 1957⁹⁷ und dem anschließen-

⁹² Vgl. Rede Erhards vor der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, 8. 11. 1957, in: Erhard, Wirtschaftspolitik, S. 363–370.

⁹³ Vgl. Brenke, Europakonzeptionen, S. 609f.

⁹⁴ Küsters, Streit, S. 369; s.a. Brenke, Europakonzeptionen, S. 602.

⁹⁵ PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 103, Hartlieb an Carstens, Aufzeichnung 210–83.01/1/3082/57, 17. 12. 1957, Unter Verschuß.

⁹⁶ Ansprache Adenauers auf der Tagung der Europäischen Kulturstiftung, 23. 11. 1957, in: Bulletin 1957, S. 2021–2024, hier S. 2022.

⁹⁷ Vgl. Kap. IV.1.3.

den „tiefgehenden Zerwürfnis“ zwischen Paris und London sank seine Neigung, Macmillan entgegenzukommen, weiter ab.

An der Seine fühlte man sich in einem Dilemma. Einerseits befürchtete die Regierung, daß ein Bruch mit London über die FHZ schwerwiegende Auswirkungen auf die politischen wie militärischen Beziehungen nach sich zöge. Andererseits stieß ein englisches Vorstellungsverständnis entsprechendes Freihandelsabkommen in der französischen Öffentlichkeit auf unüberwindliche Widerstände. Die Mehrheit der Franzosen war keineswegs von der Notwendigkeit der FHZ überzeugt. Wirtschaftskreise hielten das Maximum der eigenen Wettbewerbsfähigkeit mit der EWG bereits für erreicht und sahen in ihr kaum Vorteile. Außerdem besaß die FHZ keinerlei überragende politische Perspektive, die der Assemblée Nationale die Billigung erleichtert hätte. Die Franzosen hofften daher darauf, nicht von den Deutschen unter dem Einfluß Erhards unter Druck gesetzt und isoliert zu werden⁹⁸. Das aber war genau das Ziel der Briten, die sich darum bemühten, die deutsch-englischen Beziehungen zu intensivieren, um die mißtrauisch beäugten „liaison franco-allemande“ auszutarieren⁹⁹.

Nach der zweiten Sitzung des Maudling-Ausschusses ergab sich Ende November folgendes Bild: Keine Einwendungen bestanden gegen eine Übergangsperiode von drei Phasen à vier Jahre. Einvernehmen herrschte auch über die Beseitigung der Kontingente bis zum Ende der Übergangszeit, über den Grundsatz der Globalisierung und über eine schrittweise Erhöhung der Kontingente. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs wurde ebenso anerkannt wie wirtschaftliche Hilfsleistungen für die unterentwickelten OEEC-Staaten. Keine Annäherung erreichten die Delegierten dagegen in den Streitfragen Landwirtschaft, Harmonisierung, Sozialfonds, Investitionsbank, Binnenverkehr und Einbeziehung der Kernbrennstoffe. Das Problem der Koordinierung der Wirtschaftspolitik wurde vertagt¹⁰⁰. Sieht man von den technischen Problemen ab, so ging es also nach wie vor um die prinzipielle Frage, ob die Freihandelszone lediglich Zollschränken und mengenmäßige Beschränkungen abbauen oder nach den strengen Regeln des Gemeinsamen Marktes gestaltet werden sollte¹⁰¹.

„Ernste Verhandlungskrise“ wegen französischer Sonderwünsche

In der seit Anfang November im Amt befindlichen Regierung Gaillard wuchs allmählich die Furcht, die eigenen Vorstellungen nicht in ausreichendem Maße durchsetzen zu können. Um aus der selbst empfundenen Isolation herauszukommen und nicht einen Text unterzeichnen zu müssen, „[qui] ferait en effet la part trop belle au Royaume-Uni“, hielt man nach Mitteln Ausschau, wie man einen Teil der OEEC-Staaten auf die eigene Seite ziehen könne. Als möglicher Ansatzpunkt galt die Handelspräferenz zwischen Großbritannien und dem Common-

⁹⁸ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 220, von Maltzan an AA, Pol. 302-S-83 4333/57, 25. 11. 1957.

⁹⁹ Chauvel an Pineau, Tel. 6315/19, 8. 12. 1957, Priorité absolue, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 863f., hier S. 863.

¹⁰⁰ S. Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Kooperation im MAE, 29. 11. 1957, in: ebd., S. 807–810; Brenke, Europakonzeptionen, S. 602f; Keiser, Verhandlungen, S. 10425–10430.

¹⁰¹ Vgl. Küsters, Spannungsfeld, S. 222.

wealth, die kaum dazu geeignet war, die Stimmung für England zu heben¹⁰². Auch der Plan zur Einrichtung eines Hilfsfonds für die unterentwickelten Staaten der OEEC bot erhebliche Vorteile gegenüber England, da die Briten ihn nur mit geringen Mitteln ausstatten wollten. Darüber hinaus sprach sich der Quai d'Orsay für eine Modifikation der bisherigen Taktik aus. Da die große Mehrheit des Siebzehnerklubs darauf abzielte, die FHZ als Mittelweg zwischen EWG und OEEC zu gestalten, rieten die Beamten nach dem Jahreswechsel dazu, die Freihandelszone nicht mehr als Ebenbild der Wirtschaftsgemeinschaft, sondern so locker wie möglich in ihren Bestimmungen zu bauen¹⁰³. Sie erhofften sich damit nicht zuletzt eine Möglichkeit, das Projekt als Basis ernsthafter Verhandlungen darzustellen, die Großbritannien allmählich enger mit Frankreich verbinden könnten¹⁰⁴. Aus wirtschaftlichen Überlegungen hatte die Regierung wiederholt öffentlich und gegenüber den Partnern Bedenken gegen die FHZ artikuliert, ein Alternativkonzept aber bisher nicht vorgelegt. Angesichts des in Paris so empfundenen „risque très net“, daß die große Mehrheit der OEEC sich der britischen Position anschließen könnte, entschied das französische Kabinett am 9. 1. 1958, ein Memorandum über die Freihandelszone anzufertigen¹⁰⁵, zumal London mittlerweile damit begann, durch Konzessionen, etwa in der Frage der Landwirtschaft, den Druck der Sechs zu mindern¹⁰⁶.

Eine Beschleunigung der Verhandlungen, daran ließ Pineau eine Woche später im Gespräch mit seinem englischen Kollegen keinen Zweifel, kam für Frankreich nicht in Frage. Lloyd zeigte sich verständnisvoll, plädierte aber unter diesen Umständen für eine Verzögerung des Inkrafttretens des Gemeinsamen Marktes. Pineau verwarf das energisch und forderte Großbritannien dazu auf, seine Position erheblich zu ändern, wenn es zu einer Verständigung mit Frankreich kommen wolle¹⁰⁷. Kurz darauf setzte Pineau die Außenminister der EWG-Staaten offiziell von der Absicht in Kenntnis, demnächst eigene Vorschläge für die FHZ vorzulegen. Nicht alle Kollegen fanden einen derartigen Alleingang sinnvoll, und Faure beeilte sich zu betonen, daß man das Dokument vor der Einbringung in die OEEC natürlich zunächst mit seinen Partnern diskutieren werde. Der passende Ort zur Koordinierung der verschiedenen Positionen schien ihm die neugebildete Kommission unter Walter Hallstein zu sein¹⁰⁸.

Die von maßgebenden Industrieverbänden und Handelskammern gesteuerte Kampagne gegen die Freihandelszone, die Mitte Februar mit einem Bericht des Conseil économique über die Mindestbedingungen für eine französische Beteiligung ihren Höhepunkt erreichte, engte den Handlungsspielraum der Regierung zusätzlich ein. Der Wirtschaftsrat hielt Verhandlungen über die FHZ nur gesondert nach Produkten, Ländern oder Ländergruppen für akzeptabel, um die Eigen-

¹⁰² Aufzeichnung Brunet, 3. 12. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 836–838, hier S. 836.

¹⁰³ S. Aufzeichnung dess., 9. 1. 1958, in: ebd. 1958, Bd. 1, S. 22 f.

¹⁰⁴ S. Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 17. 2. 1958, in: ebd., S. 191 f.

¹⁰⁵ Aufzeichnung der Unterabt. wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 15/CE, 27. 3. 1958, in: ebd., S. 394–396, hier S. 394; vgl. Kaiser, EWG, S. 151.

¹⁰⁶ Vgl. Küsters, Spannungsfeld, S. 221; Lamb, Macmillan Years, S. 112–114.

¹⁰⁷ S. Unterredung zwischen Pineau und Selwyn Lloyd vom 18. 1. 1958, 21. 1. 1958, Secret, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 70–73.

¹⁰⁸ S. Bousquet an Pineau, Nr. 205/DE, 27. 1. 1958, in: ebd., S. 94–96.

arten der nationalen Wirtschaftsstrukturen besser zu beachten. Zwischen dem Abbau der Zölle in der FHZ und der Präferenzen im Commonwealth sollte ein Junktim hergestellt werden. Des weiteren verlangte das Gremium für den Fall von Zahlungsbilanzstörungen die Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Ausweichklauseln und forderte im Agrarbereich dazu auf, den zusätzlichen Konkurrenzdruck mit zu berücksichtigen. Eine Übernahme der Überseegebiete in die FHZ hielt er für inopportun¹⁰⁹.

Mit diesen Vorstellungen war die deutsche Position kaum in Einklang zu bringen. Erhard machte Faure gegenüber am 18. 2. keinen Hehl daraus, wie nahe er der britischen Position stand. Als der französische Staatssekretär das Problem der Commonwealth-Präferenz ansprach, meinte der Wirtschaftsminister auf die britischen Vorwürfe gegenüber den EWG-Regeln hinweisen zu müssen. Die Pariser Bedenken zur FHZ betrachtete er als unbegründet und übertrug Frankreich sogar die Verantwortung für eine dauerhafte Teilung Europas. Faure hielt dagegen, daß sich Arbeitgeber, Gewerkschaften und die Bauern gegen die FHZ ausgesprochen hätten und das Parlament mehr als zurückhaltend sei, doch konnte auch das Erhard nicht überzeugen. Die Schuld lag seiner Meinung nach bei der französischen Regierung, die es versäumt hatte, die Öffentlichkeit frühzeitig aufzuklären. Wollten die Partner ihr die Aufgabe erleichtern, erwiderte Faure kühl, einigten sie sich auf eine gemeinsame Konzeption, die den französischen Interessen mehr entspreche. Erhard ging darauf nicht ein, unterstrich statt dessen die fatalen Folgen eines Scheiterns der Verhandlungen: Isolierung Frankreichs und Gründung der FHZ ohne seine Beteiligung oder Auskreisung Englands und Bildung einer kleinen Freihandelszone durch London mitsamt einer Abkehr vom Kontinent¹¹⁰.

Während sein britischer Gegenspieler Maudling nun intensive Verhandlungen im Kreis der OEEC einleitete, um Front gegen Frankreich zu machen¹¹¹, begab sich Faure auf eine Rundreise durch die Hauptstädte der EWG-Staaten, um das seit Wochen angekündigte Memorandum zu überreichen. Schon im Titel deutete es an, wie weit sich Paris von der bisherig diskutierten Form der FHZ verabschiedet hatte. „Union européenne de coopération économique“ hieß es da und nicht „Zone de libre-échange“. Während die Briten die europäische Kooperation auf allgemeine Mechanismen beim Abbau von Handelshemmnissen beschränken wollten, forderten die Franzosen eine gemeinsame Politik der Mitgliedstaaten mit dem Ziel der Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit und gleicher Wettbewerbsbedingungen. Dazu schlugen sie vor, kein Globalabkommen, sondern für jeden Wirtschaftssektor separate Verhandlungen und besondere multilaterale Verträge abzuschließen, in denen Probleme wie Wettbewerbsbedingungen, Harmonisierungsmaßnahmen oder Schutzbestimmungen für jeden Wirtschaftsbereich getrennt gelöst werden sollten. Um dem Gesamtkomplex ein gewisses Maß an Einheitlichkeit zu geben, empfahlen sie einen gemeinsamen Rahmen für den Mechanismus der Liberalisierung und den Rhythmus der Verwirklichung der Union.

¹⁰⁹ Vgl. Kaiser, EWG, S. 155 f.; AdG 1958, S. 6911 A.

¹¹⁰ S. Unterredung zwischen Erhard und Faure vom 18. 2. 1958, 20. 2. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 216–219.

¹¹¹ Vgl. Cornides, Freihandelszone, S. 10709; zu den englischen Vorbehalten gegenüber den französischen Vorschlägen s.a. Macmillan, Riding the Storm, S. 441 f.

Für den Montan- und den Agrarsektor sah das Schriftstück eine Sonderbehandlung vor. Die Vorschläge ließen klar erkennen, daß es Frankreich vor allem darum ging, die Einheit und den Eigencharakter der Sechsergemeinschaft zu erhalten und die politischen Zukunftsmöglichkeiten der EWG nicht anzutasten. Als entscheidende Differenz zu den bisherigen OEEC-Auffassungen ergab sich damit erstens ein anderes Freihandelszonenkonzept, indem Paris vom multilateralen Charakter eines europäischen Warenaustauschs abrückte und lediglich einen Rahmenvertrag mit einzelnen, nach Branchen unterschiedenen Einzelabkommen vorsah. Ein zweiter Punkt betraf die teilweise Ausdehnung der Commonwealth-Präferenzen auf die EWG-Exporte in den Commonwealth. Drittens ging es den Franzosen darum, den Zollabbau in der FHZ von der Einstimmigkeit der Mitglieder abhängig zu machen. In jedem Fall sollte der Übergang von der ersten zur zweiten Phase erst drei Jahre nach dem Inkrafttreten der EWG möglich sein¹¹².

Die Bundesregierung bewertete Verhandlungen nach Sektoren als wenig glücklich. Ohne sich damit bereits festzulegen, prognostizierten sowohl Erhard als auch von Brentano Faure Streit in der Sechsergemeinschaft über die Festlegung der Liste der zu behandelnden Sektoren. Den gab es im übrigen auch zwischen den beiden Bundesministern. Während von Brentano offenbar in Übereinstimmung mit dem Quai d'Orsay wünschte, die Verhandlungsführung für die Sechs in die Hände der EWG-Kommission zu legen, beharrte sein Kollege aus dem Wirtschaftsressort darauf, sich selbst stärker einzubringen¹¹³.

Schon bald sollte sich zeigen, daß eine rasche Einigung der EWG-Staaten auf der Grundlage des französischen Memorandums kaum möglich war. Die Fünf stießen sich vor allem an einer stärkeren Koordinierung der Wirtschaftspolitik¹¹⁴. Die wachsende Unruhe über die Stagnation der Verhandlungen veranlaßte die englische Presse zur Androhung von Gegenmaßnahmen für den Fall eines Scheiterns¹¹⁵. In Whitehall mochte man ähnlich denken, hielt sich aber zurück, um die Amerikaner nicht zu vergraulen, deren Interesse am Erfolg der FHZ nicht übermäßig groß war¹¹⁶. Nicht einmal die von London informell ausgesprochene Bitte, über Adenauer in Paris vor der Zerstörung Europas zu warnen¹¹⁷, mochte Washington erfüllen. Man definierte seine Rolle als „one of interest but non-intervention“ und spielte auf Zeit¹¹⁸.

Während die EWG-Kommission intern am 19. 3. dafür plädierte, die erste Zollsenkung der EWG provisorisch und ohne Verbindlichkeit um 10% zum 1. 1. 1959

¹¹² S. PA, Ref. 401, Bd. 133, Memorandum, o.D., VS-Vertraulich (Übersetzung); AdG 1958, S. 6911A; Brenke, Europakonzeptionen, S. 603 f.; Kaiser, EWG, S. 158–161; Kohlhasse/Willmann, Probleme, S. 10712f.

¹¹³ S. Aufzeichnung des Staatssekretariats im MAE, 3. 3. 1958, Confidential, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 264–266.

¹¹⁴ S. ebd.

¹¹⁵ Vgl. Kaiser, EWG, S. 172; Tratt, Macmillan Government, S. 20f.

¹¹⁶ S. Herter an diplomatische Missionen, CA-7021, 13. 2. 1958, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 14–16; Dulles an dies., CA-8151, 20. 3. 1958, Confidential, in: ebd., S. 20–23; ders. an dies., Zirkulartel. 911, 28. 3. 1958, Confidential, in: ebd., S. 29; zur Haltung der USA gegenüber der Freihandelszone vgl. zusammenfassend Winand, Eisenhower, S. 109–121.

¹¹⁷ S. Whitney an Dep. of State, Tel. 5650, 25. 3. 1958, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 24f.; Tratt, Macmillan Government, S. 21.

¹¹⁸ Konferenz der amerikanischen Botschafter in Westeuropa vom 9.–13. 5. 1958, 21. 5. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 36–41, hier S. 40.

auf alle OEEC-Staaten auszudehnen, um Raum für weitere Verhandlungen zu gewinnen, versuchten die Sechs auf der Basis der französischen Vorschläge ein gemeinsames Memorandum zur Vorlage im Maudling-Ausschuß auszuarbeiten¹¹⁹. Die Bundesregierung sah dabei ihre Hauptaufgabe erneut darin, als Mittler zwischen den Protagonisten der unterschiedlichen Konzepte aufzutreten. Im Rahmen deutsch-französischer Gespräche mißbilligte Müller-Armack am 18./19. 3. und 2./3. 4. die Forderung nach einem wirtschaftlichen Gleichgewicht als Voraussetzung für eine Freihandelszone und schlug statt dessen eine Koordinierung der Geld-, Konjunktur- und Kreditpolitik vor. Er akzeptierte aber die Sektorenabkommen als Arbeitsgrundlage, wohingegen die von Paris verlangte Verzögerung des Zollabbaus in der FHZ gegenüber der EWG („déalage“) für ihn unannehmbar war. Einig zeigte er sich demgegenüber mit Faure, bei Monopolen und Ausfuhrverboten sowie bei den Commonwealth-Präferenzen einen Ausgleich schaffen zu müssen. Einvernehmen herrschte auch darüber, dem Ministerrat zwischen der ersten und der zweiten Phase bei Einstimmigkeit das Recht zu Ergänzungen zum Freihandelszonen-Abkommen zuzugestehen. Kein Konsens konnte über die französische Forderung nach einem Einstimmigkeitsprinzip beim Übergang von der ersten zur zweiten Etappe hergestellt werden¹²⁰.

Die magere Ausbeute ließ die Franzosen nun mit Argwohn einem bevorstehenden Besuch des deutschen Regierungschefs in Großbritannien entgegen sehen, galt doch als ausgemacht, daß Macmillan alles versuchen würde, um von Adenauer größtmögliche Zugeständnisse zu erhalten und anschließend entsprechenden Druck auf Gaillard auszuüben¹²¹. Tatsächlich spekulierte der Premierminister darauf, die wirtschaftlich wie politisch dahinsiechende IV. Republik doch noch zu Konzessionen bewegen zu können¹²², befürchtete aber für den Fall einer Machtübernahme de Gaulles den Abbruch der Verhandlungen¹²³. In seinen Gesprächen mit dem Kanzler präsentierte er sich Mitte April als guter Europäer, der die EWG nicht mit der FHZ sabotieren, sondern die Entwicklung zu einem geeinten Europa vorantreiben wolle. Zur Beseitigung der vorhandenen Probleme, so gab er zu verstehen, sei der Einfluß des Kanzlers auf die Franzosen entscheidend. Natürlich begrüßte der so Umschmeichelte diese Erklärung, betonte die politische Bedeutung der FHZ für die Einheit Europas, anerkannte die „positive britische Europa-Politik“ und zeigte sich gewiß, daß die Schwierigkeiten behoben werden könnten. Auf irgendwelche Zusagen ließ er sich aber nicht ein. Der mitgereiste Erhard äußerte sich da offener, gefiel sich in seiner „Vermittlerrolle“ zwischen der englischen und französischen Position, die eine gewisse Schieflage zugunsten Londons nicht verheimlichte. Von Brentanos Versuch, den Briten das französische Konzept separater Abkommen zwischen der EWG und den Mitgliedern der OEEC schmackhaft zu machen, stieß auf heftigen Widerstand, der bei Erhard noch energischer als bei Macmillan ausfiel. Adenauer blieb da nichts anderes

¹¹⁹ Vgl. Aufzeichnung der Unterabt. wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 15/CE, 27. 3. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 394–396; Kaiser, EWG, S. 171.

¹²⁰ S. Müller-Armack, Weg, S. 209f.; Brenke, Europakonzeptionen, S. 606f.; Kaiser, EWG, S. 174f.

¹²¹ S. Chauvel an Pineau, Tel. 1370/72, 14. 4. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 462f.

¹²² Vgl. Küsters, Spannungsfeld, S. 223f.

¹²³ Vgl. Lamb, Macmillan Years, S. 114f.

übrig, als noch einmal das deutsche Interesse an einer Einigung zu bestätigen. Er zeigte sich optimistisch, sie innerhalb weniger Monate erzielen zu können¹²⁴. Macmillan hatte sein Ziel fast erreicht, fuhr der Kanzler doch mit der Gewißheit nach Hause, „daß Großbritannien ernsthaft den Anschluß an Europa will“. Worauf es seiner Meinung nach jetzt ankam war, Gaillard zum Einlenken zu bewegen. Denn die von der französischen Industrie an die Freihandelszone gestellten Anforderungen hielt er „weder für uns noch für England [für] annehmbar“. Ganz Pragmatiker, empfahl er den sechs Staaten, sich nun zusammenzusetzen und die Ansprüche auf ein akzeptables Maß herunterzuschrauben¹²⁵.

In der französischen Diplomatie waren die Sorgen jedoch wieder verfloren. Mochte Erhard auch „une pression amicale“ auf Frankreich angekündigt haben, so boten die Äußerungen Adenauers doch Anlaß zur Beruhigung¹²⁶. Diese Sichtweise war insofern berechtigt, als das Kanzleramt keinerlei Interesse daran hatte, Frankreich zu isolieren. Als das Foreign Office genau dies mittels weiterer bilateraler Gespräche zu erreichen trachtete, reagierte das Auswärtige Amt höchst zurückhaltend. Um nicht den Anschein eines Ausscherens der Bundesrepublik aus der Sechsergemeinschaft zu erwecken und eine Belastung im deutsch-französischen Verhältnis zu vermeiden, rieten die Beamten dringend dazu, die Konsultationen mit den Briten von einer vorherigen Zustimmung der Franzosen abhängig zu machen¹²⁷.

In der Zwischenzeit hatten die EWG-Staaten aus Furcht vor weiteren Verzögerungen im Maudling-Ausschuß, wo das französische Memorandum eine „ernste Verhandlungskrise“ heraufbeschwor¹²⁸, in Erwägung gezogen, keine einheitliche, sondern eine abgestimmte Stellungnahme vorzulegen. Sie beauftragten eine Arbeitsgruppe unter dem Belgier Roger Ockrent dazu, entsprechende Vorschläge zu erarbeiten¹²⁹. Der Rücktritt Gaillards am 15. 4. ließ diese Planungen vorerst zur Makulatur werden. Die Regierung weigerte sich nämlich, etwaige Entscheidungen mitzutragen¹³⁰. Je stärker sich in Paris der Eindruck festsetzte, daß die Partner zunehmend weniger Rücksicht auf die französischen Probleme nahmen, ja mit Hilfe der FHZ die agrarpolitischen Konzessionen der EWG zu annullieren gedachten, desto weniger waren die Franzosen geneigt, überhaupt noch an den Verhandlungen teilzunehmen¹³¹. Am 22. 5., eine Woche nach Ausbruch der durch den Aufstand in Algerien ausgelösten Staatskrise¹³², gab der Ministerrat der EWG bekannt, daß Frankreich um eine Aussetzung der Verhandlungen für etwa einen

¹²⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 87, Bl. 279–289, Unterredungen zwischen Adenauer und Macmillan vom 18. 4. 1958, Geheim; s.a. Chauvel an Pineau, Tel. 1469/74, 21. 4. 1958, *Priorité absolue*, *Réserve*, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 492f.; Macmillan, *Riding the Storm*, S. 442; Koerfer, *Kampf*, S. 202; Küsters, *Spannungsfeld*, S. 224f.; Lamb, *Macmillan Years*, S. 117f.; AdG 1958, S. 7012B.

¹²⁵ Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 25. 4. 1958, in: Buchstab (Bearb.), *Protokolle 1957–1961*, S. 116.

¹²⁶ Chauvel an Pineau, Tel. 1478/79, 22. 4. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 499f., hier S. 500.

¹²⁷ Vgl. Brenke, *Europakonzeptionen*, S. 608f.

¹²⁸ Kohlhasse/Willmann, *Probleme*, S. 10712.

¹²⁹ Vgl. Brenke, *Europakonzeptionen*, S. 605.

¹³⁰ S. Faure an Bonn etc., Tel. 1584/87 etc., 17. 4. 1958, *Urgent*, *Réserve*, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 478f.

¹³¹ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Généralités*, Bd. 187, Bl. 61–64, Boscardy-Monsservin an Faure, DC Nr. 395, 9. 5. 1958.

¹³² Vgl. Kap. IV.1.4.

Monat bâte¹³³. Mit der Regierungsübernahme Charles de Gaulles am 1. 6. wurden die Karten neu gemischt¹³⁴.

Trotz monatelanger Verhandlungen war es den Vertretern der kleineuropäischen Sechsergemeinschaft und des großeuropäischen Clubs der Siebzehn nicht gelungen, sich auf ein tragfähiges Gesamtkonzept für eine Verbindung zwischen beiden Organisationen zu verständigen. Die gemeinsame Absicht, die von der EWG verursachte zweite europäische Teilung nicht zu vertiefen, reichte ganz offensichtlich nicht aus, die verschiedenen Vorstellungen zusammenzuführen. Im Zentrum des Streits standen Briten und Franzosen, deren Meinungsverschiedenheiten eines sehr deutlich werden ließen: Hier ging es nicht um hehren Europaidealismus, sondern um handfeste macht- und wirtschaftspolitische Interessen. Im Grunde weiterhin nationalstaatlichen Politikvorstellungen verhaftet, waren weder London noch Paris bereit, von ihren Maximalforderungen soweit herunterzugehen, daß ein Kompromiß möglich geworden wäre. Der gemeinsame Partner in Bonn, in gewisser Weise Zünglein an der Waage, neigte aus gesamteuropäischen wie wirtschaftspolitischen Erwägungen eher zu der Position der Inselmacht, hielt aber letztlich doch an der kleineuropäischen Ordnung auf der Basis der deutsch-französischen Verständigung fest, um den bei der Ratifikation der Römischen Verträge eben erst gefeierten Auftakt einer neuen Ära bilateraler Beziehungen nicht zu belasten.

¹³³ S. AdG 1958, S. 7075B; Kaiser, EWG, S. 176.

¹³⁴ Vgl. Kap. V.2.1.

IV.3 Die Beilegung des Saarproblems 1955–1957

IV.3.1 „Nein“ zum Saarstatut: Das Referendum vom 23. 10. 1955

„Latente Hypothek auf den deutsch-französischen Beziehungen“

Die großen Hoffnungen Frankreichs hinsichtlich der Saar waren in den Jahren nach 1945 auf die Forderung nach einer Loslösung von Deutschland und der Umwandlung in ein politisch autonomes Gebiet zusammengeschmolzen. Mit dem Abkommen vom 23. 10. 1954 hatten sich Bonn und Paris auf die „Europäisierung“ des Territoriums unter dem Dach der Westeuropäischen Union und auf eine Volksabstimmung verständigt, in der die Bevölkerung das Statut nur akzeptieren oder ablehnen durfte, ein Votum für eine Angliederung an die Bundesrepublik aber ausgeschlossen war. Ein halbes Jahr später, Ende April 1955, vereinbarten beide Regierungen, den Rat der WEU bei seiner konstituierenden Sitzung um Übernahme der ihm überantworteten Verpflichtungen zu bitten. Zugleich einigten sich die Außenminister Adenauer und Pinay darauf, gemeinsame Empfehlungen über die Anwendung des Saarabkommens, die Durchführung der Volksabstimmung, die Zusammensetzung der Kontrollkommission sowie die Befugnisse des Kommissars vorzulegen. Details derartiger Vorschläge klammerten sie bewußt aus, um den Abschluß des noch laufenden Ratifikationsverfahrens nicht durch etwaige Differenzen zu gefährden¹.

Damit war aber quasi vorprogrammiert, daß die Saarfrage auch nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge im Mai nicht zur Ruhe kommen, sondern vorerst weiter als „latente Hypothek auf den deutsch-französischen Beziehungen“ lasten würde². Denn beiderseits des Rheins begann nun das Tauziehen um eine Optimierung der Ausgangsbedingungen für das bevorstehende Referendum. Konkret ging es um die Einrichtung einer WEU-Kommission zur Überwachung des Verfahrens, um den Kreis der Abstimmungsberechtigten und die Befugnisse des künftigen Saarkommissars. Beiden Regierungen blies dabei der Wind innenpolitisch kalt ins Gesicht. Während sich Adenauer in der Bundestagsdebatte vom 6. 5. heftiger Vorwürfe von seiten der FDP an seiner Saarpolitik ausgesetzt sah³, erntete Pinay starke Kritik dafür, daß er Ende April eine Stärkung der Position des Kommissars bei Verstößen der Saarregierung gegen das Saarstatut akzeptiert hatte. Der von französischen Parlamentariern wie der saarländischen Regierung ausgehende Druck⁴ führte umgehend zu einer Versteifung in der Haltung des Quai d'Orsay. Die Adenauer am 7. 5. von Justizminister Schuman präsentierten neuen Vorschläge über die Kompetenzen des Kommissars wichen von den bisherigen Vereinbarungen insofern ab, als sie nur noch dem WEU-Rat das Recht zubilligten, in schwerwiegenden Fällen statutwidrige Maßnahmen von Saarorganen auszusetzen. Für den Bundeskanzler war dies ebenso inakzeptabel wie die Empfehlungen des Justizministers zum Abstimmungsrecht der aus dem Saarland Ausgewiese-

¹ Vgl. Kap. III.3.4.

² PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Maltzan an AA, 205–00 I 3669/55, 4. 8. 1955.

³ S. Bundestagsdebatte, 6. 5. 1955, in: BT, Sten. Ber., Bd. 24, S. 4462–4480.

⁴ Vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 162 f.; Thoß, Lösung, S. 274.

nen⁵. Eindringlich wies er Pinay einen Tag später auf die ihn erwartenden Schwierigkeiten, wenn die alten Abmachungen, die er gegenüber dem Kabinett und dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages bereits bekanntgegeben hatte, nun nachträgliche Abänderungen erfordern. Die Widerstände in Paris und Saarbrücken wirkten auf ihn um so unverständlicher, als er fest davon ausging, daß das Referendum mit einer Dreiviertel-Mehrheit angenommen würde. Worauf es seiner Meinung nach ankam war, für den Posten des Kommissars einen Mann zu finden, der durch seine Autorität und die ihm zugestanden Rechte Reibungen verhinderte. Der französische Außenminister zeigte sich zwar aufgeschlossen gegenüber den Sorgen des Kanzlers, wies aber unmißverständlich auf die Drohung des saarländischen Ministerpräsidenten, das Referendum zu verhindern, wenn sein Kabinett zum „Sklaven des Saarkommissars“ würde. Pinay sprach sich daher dafür aus, dem WEU-Rat die Entscheidung zu überlassen⁶.

Adenauer hegte aus politischen wie psychologischen Erwägungen Bedenken, diesem Wunsch zu entsprechen. Nachdem er noch am selben Tag telefonisch die englische Regierung darum gebeten hatte, sich für einen starken Saar-Kommissar in der WEU einzusetzen⁷, vertrat er in einem Schreiben an den französischen Außenminister am 9. 5. plötzlich die Ansicht, es käme gar nicht zu dringend nach einem Beschluß verlangenden Verletzungen des Saarstatuts. Er bäte daher, der Saarregierung mitzuteilen, „daß aus rechtlichen und psychologischen Gründen es zweckmäßig sei, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen“⁸. Pinay konnte dem Gesuch angesichts der Widerstände aus Saarbrücken nicht zustimmen. Adenauer hingegen scherte sich nicht um die Kritik Hoffmanns und dessen „leere Drohungen“. „Denken Sie“, so redete er ihm in einer neuerlichen Begegnung am 10. 5. ins Gewissen, „doch an unser Ziel: Ruhe zu schaffen und deutsch-französische Schwierigkeiten zu vermeiden. Das Einverständnis der Saarregierung brauchen wir nicht.“ Aufgrund der Hartnäckigkeit des Außenministers blieb dem Kanzler aber nichts anderes übrig, als darin einzuwilligen, den WEU-Rat über die Befugnisse des Kommissars und den Kreis der Abstimmungsberechtigten beim Referendum urteilen zu lassen⁹. Mit dieser Übereinkunft ließen beide Politiker allerdings die Kritiker in Bonn und Paris nicht verstummen¹⁰.

Als der WEU-Rat und sein turnusmäßiger Vorsitzender Macmillan sich in der konstituierenden Sitzung am 11. 5. des Problems annahmen, wurde rasch deutlich, daß ihnen die saarländischen Forderungen weder gerechtfertigt noch demokratisch erschienen¹¹. Und so beschlossen sie in der Frage der Abstimmungsberechtigten, unter Berücksichtigung der Hinweise Adenauers auf den Vorbild-

⁵ S. Unterredung zwischen Adenauer und Schuman vom 7. 5. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 600f.; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 274, Bl. 71–73, Hallstein an Massigli, 8. 5. 1955.

⁶ BA, NL Blankenhorn, Bd. 41ba, Bl. 102–104, Unterredung zwischen Adenauer und Pinay vom 8. 5. 1955, Streng geheim.

⁷ Vgl. Thoß, Lösung, S. 274 f.

⁸ Adenauer an Pinay, 9. 5. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 279 f., hier S. 280.

⁹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 41ba, Bl. 89–94, Unterredung zwischen dens. vom 10. 5. 1955, Streng geheim.

¹⁰ S. Artikel Hück, in: „Die Rheinpfalz“, 10. 5. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 499 f.

¹¹ S. Pinay an Grandval, Tel. 313/17, 23. 5. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 676 f.

charakter für etwaige Volksbefragungen in Ostdeutschland¹² auch diejenigen zum Plebiszit zuzulassen, die wegen ihrer prodeutschen Einstellung nach 1945 von der französischen Besatzungsmacht ausgewiesen worden waren. Nur in begründeten Einzelfällen durfte Saarbrücken Einspruch gegen die Rückkehr erheben, der dann von der WEU-Überwachungskommission überprüft werden sollte. Hinsichtlich der Befugnisse des Kommissars billigten sie dem Amtsinhaber in „dringenden und schwerwiegenden Fällen“ das Recht zu, Maßnahmen der Saarregierung bis zu einer definitiven Entscheidung der WEU für wenige Tage auszusetzen¹³. Auf dieser Basis verabschiedete der Rat zwei weitere Entschlüsse, mit denen er die Bestimmungen des Saarstatuts billigte und eine Kommission zur Überwachung des Referendums einsetzte¹⁴.

Desillusioniert und mit großer Zukunftsangst nahm Hoffmann die Kompromißlinie zwei Tage später an¹⁵. Seine Sorgenfalten vertieften sich noch, als es ihm nicht gelang, die erst nach dem Referendum vorgesehene Ernennung des WEU-Kommissars vorzuziehen. Die WEU widersetzte sich dem Wunsch und beschloß, einen Vertreter zu ernennen, dessen Wahl bis zum Referendum provisorisch sein sollte¹⁶. Hoffmann, der nach den Abfuhren der WEU mit dem Gedanken spielte, einen Antrag auf Mitgliedschaft zu stellen¹⁷, wünschte sich auf diesem Posten van Naters¹⁸. In Paris war ursprünglich daran gedacht, einen Engländer mit dem Amt des Saarkommissars zu betrauen. Unter dem Druck der Schwerindustrie nahm die Regierung davon wieder Abstand und favorisierte die Kandidatur eines Schweizers oder einer Persönlichkeit aus den BENELUX-Staaten. Die Wahl von van Naters schloß man nicht aus. Für die Bundesregierung kam eine Ernennung des holländischen Europarat-Abgeordneten aber nicht in Frage¹⁹. Ohne seine persönliche Integrität anzweifeln zu wollen, galt er als Repräsentant eines im Jahr zuvor gescheiterten Lösungsversuchs zur Saarfrage. Statt dessen hielt Bonn daran fest, einen Engländer mit dem Amt zu betrauen. Da die Briten aber auf diesen Wunsch nur nach einer deutsch-französischen Verständigung eingehen wollten, mußte zunächst der Kontakt zu Paris gesucht werden²⁰.

Aus Unterredungen im Quai d'Orsay gewann der deutsche Botschafter von Maltzan Ende Juni den Eindruck, als sei die Kandidatur von van Naters „endgültig erledigt“. Pinay, so berichtete er ins Auswärtige Amt, habe zugesagt, eine Kandidatenliste aufzustellen und mit Adenauer zu besprechen²¹. Dennoch entfachten christdemokratische bzw. liberale deutsche Presseorgane einen Feldzug

¹² Vgl. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 3. 6. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 502 f.

¹³ Entschluß des WEU-Rats, 11. 5. 1955, in: EA 1955, S. 7924.

¹⁴ S. Entschlüsse dess., 11. 5. 1955, in: ebd., S. 7924–7926; Pinay an Chauvel, Tel. 6598/603, 12. 5. 1955, *Très secret, Réserve*, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 622 f.; Thoß, Lösung, S. 275.

¹⁵ S. Grandval an Pinay, Tel. 396/400, 16. 5. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 657–659; Hoffmann, Ziel, S. 402–405.

¹⁶ S. Hoffmann an Macmillan, 22. 6. 1955 (Übersetzung), in: DDF 1955, Bd. 1, S. 820.

¹⁷ S. Grandval an Pinay, Tel. 428/31, 1. 6. 1955, *Réserve*, in: ebd., S. 707 f.

¹⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 274, Bl. 229–230, ders. an MAE, Tel. 410/15, 25. 5. 1955, *Réserve*.

¹⁹ S. PA, B 17, Bd. 23, Bl. 81, von Maltzan an AA, FS Nr. 378, 24. 6. 1955, Verschlüsselt.

²⁰ S. ebd., Bl. 74, Hallstein an London etc., Tel. AZ St.S. 746/55, 3. 6. 1955.

²¹ Ebd., Bl. 102, von Maltzan an AA, FS Nr. 389, 30. 6. 1955, Verschlüsselt.

gegen van Naters, dem vorgeworfen wurde, der Saarbrücker Regierung zu nahe zu stehen. In der französischen Diplomatie entstand dadurch der Eindruck, als ob das Bundeskanzleramt den Holländer definitiv zum Rückzug bewegen wolle²². Vor diesem Hintergrund lehnte der WEU-Rat auf seiner Sitzung am 30. 6. den saarländischen Wunsch nach einer vorgezogenen Bestallung des Kommissars gänzlich ab²³.

Kurz zuvor hatte der Rat Kenntnis von der Einsetzung der neutralen Überwachungskommission durch die Regierungen der nicht direkt beteiligten Staaten genommen. Am 1. 7. nahm das fünfköpfige Gremium seine Arbeit unter dem Vorsitz des belgischen Senators Fernand Dehousse auf²⁴. Als Verbindungsmann fungierten für die Bundesrepublik Hans-Albrecht Schwarz-Liebermann aus dem Auswärtigen Amt, für Frankreich der neue Botschafter in Saarbrücken, Eric de Carbonnel, ein im Gegensatz zu seinem Vorgänger eher bescheidener, nüchterner und aufrichtiger Diplomat²⁵. Grandval, der mit Hoffmann in den prodeutschen Kreisen an der Saar seit Jahren zu den „bestgehaßten Männern“²⁶ zählte, mußte zum 30. 6. seine Stellung aufgeben und wurde als Generalresident nach Marokko geschickt. Wiederholt hatte er in den letzten Wochen seine Regierung ermahnt, die Stimmung des saarländischen Partners, bei dem die Überzeugung wuchs, als Instrument benutzt zu werden, stärker zu berücksichtigen²⁷. Seine Klagen mochte man aber in Paris nicht mehr hören. Sie wirkten angesichts der prioritären Pflege der deutsch-französischen Beziehungen politisch deplaziert, zumal Adenauer offenbar darum gebeten hatte, den reibungslosen Verlauf des Referendums nicht durch die Präsenz Grandvals zu stören²⁸. Faure und Pinay gingen darauf ein, weil sie den selbstbewußten „Prokonsul“²⁹ ohnehin als unbequem empfanden, da er auf eine Kontinuität der französischen Saarpolitik pochte, die sie nicht mehr zu halten bereit waren. Nachdem sie ihm zunächst signalisiert hatten, er möge für die Zeit des Abstimmungskampfes Urlaub nehmen, lobten sie ihn schließlich auf den Posten nach Marokko weg³⁰.

Der Abgang des ihr seit Jahren vertrauten Ansprechpartners war für der Saarregierung um so schwerer zu verdauen, als sie sich jetzt der Herausforderung gegenüber sah, Gesetze zu erlassen, die in der dreimonatigen Vorbereitungszeit der Volksabstimmung die politischen Freiheiten zu gewährleisten hatten. Im einzelnen betraf dies die Zulassung der bisher unterdrückten Parteien, die Genehmigung von Parteineugründungen und die Billigung der Presse- und Versammlungsfreiheit. Für Hoffmann bedeutete dies einen schwierigen Spagat. Denn einerseits konnte er kein Interesse daran haben, der Opposition Freiräume zu bieten, die es

²² S. de Margerie an Pinay, Tel. 2563/65, 1. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 1 f.

²³ Vgl. ebd., Bd. 1, S. 820, Anm. 2.

²⁴ S. Chauvel an Pinay, Tel. 3093/100, 16. 6. 1955, in: ebd., S. 783–785; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 165 f. Weitere Mitglieder waren der englische Diplomat Rendel, der italienische Diplomat de Paolis, der niederländische Gesandte Bentinck und der luxemburgische Minister Kunnen.

²⁵ S. Lahr an seine Mutter, 24. 10. 1955, in: Lahr, Zeuge, S. 238 f.; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 167.

²⁶ Schneider, Gilbert Grandval, S. 240.

²⁷ S. Grandval an Pinay, Tel. 396/400, 16. 5. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 657–659; ders. an dens., Tel. 428/31, 1. 6. 1955, *Réservé*, in: ebd., S. 707 f.; Schneider, Gilbert Grandval, S. 239.

²⁸ Vgl. ebd., S. 240.

²⁹ Ebd., S. 201.

³⁰ Vgl. Freymond, Saar, S. 195; Schneider, Gilbert Grandval, S. 240 f.

ihr erlaubten, die Bevölkerung gegen das Saarstatut aufzustacheln. Andererseits drohte bei einem zuwenig an politischen Freiheiten ein Konflikt mit der Bundesregierung, die die neue Gesetzgebung als wichtigen Anhaltspunkt für die eigene Saarpolitik der nächsten Monate begriff. Sollte sie am Saarstatut festhalten oder auf ein Nein im Referendum setzen?

Entgegen der Auffassung Adenauers, daß die überwältigende Mehrheit der Saarländer mit Ja stimmen werde, hatten demoskopische Umfragen eine breite Unentschlossenheit der Saarländer indiziert: Nur 21% der Befragten sprachen sich im April für, 20% gegen das Statut aus, aber 59% schwankten noch³¹. Ende Juni meldete der Leiter des Saarreferats im Auswärtigen Amt, Thierfelder, dem neuen Außenminister von Brentano einen zunehmenden Anstieg bei den Nein-Sagern und beklagte sich darüber, wie schwer es werde, die Ja-Parole in der CDU-Saar durchzusetzen. Die Entwicklung in der Meinungsbildung warf für die Bundesregierung vor allem deshalb so große Probleme auf, weil die bisher bekannten Referentenwürfe zu den saarländischen Gesetzen, die Hoffmann bereits am 9. 7. in Kraft treten zu lassen gedachte, „starke polizeistaatliche Züge“ aufwiesen. Die Bonner Reaktion konnte vor dem Hintergrund der schon einsetzenden heftigen Kritik der Parteien kaum positiv ausfallen. Da man sich aber nicht in einen Gegensatz zur Dehousse-Kommission setzen wollte, schickte von Brentano kurzerhand Schwarz-Liebermann zu Dehousse, um seine Position klarzumachen und einen Gesprächstermin zu erbitten³².

Nachdem der Senator zugesagt hatte, sich dafür einzusetzen, daß die Oppositionsparteien an der Saar ausgiebig Gelegenheit zur Stellungnahme über die politischen Freiheiten vor der Kommission bekämen³³, hielt die in der deutschen Presse geführte Kampagne einen Augenblick inne. Sie wurde aufs neue entfacht, als der saarländische Landtag am 8. 7. die vier Gesetze für das Referendum verabschiedete³⁴. Sie richtete sich nicht nur gegen die Dokumente, sondern auch gegen Dehousse. Zusätzliches Öl ins auflodernde Feuer gossen deutsch-kritische Zeitungen, die enthüllten, wie die „officines du ministre Jacob Kaiser“ mit Hilfe des Bundespresseamtes heimlich Propagandamaterial ins Saargebiet einschmuggelten³⁵.

Als Vorbedingung zur Billigung der vier Gesetze forderte die Kontrollkommission der WEU von der saarländischen Regierung eine Erklärung, derzufolge sie in allen wichtigen politischen Fragen hinsichtlich der Anwendung dieser Gesetze vor jeder Ausführungsmaßnahme die vorherige Zustimmung der Kommission einholen sollte. Hoffmann aber verweigerte sich mit dem Argument, dem Gremium werde damit ein formelles oder moralisches Vetorecht zugestanden, das aller Voraussicht nach im Anschluß an das Referendum auf den Saarkommissar

³¹ Vgl. Repgen, Saar-Frage, S. 106.

³² PA, BStS, Bd. 230, Vortragsnotiz Thierfelders 219–214–00/293/55, 27. 6. 1955, Geheim; zu den heftigen innenpolitischen Reaktionen auf die saarländischen Gesetze s. de Margerie an Pinay, Tel. 2563/65, 1. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 1 f.

³³ S. PA, BStS, Bd. 230, Thierfelder an Hallstein, Vortragsnotiz 219–214–00/298/55, 1. 7. 1955, Geheim.

³⁴ S. Gesetz über die Durchführung der Volksbefragung, Vereinsgesetz, Versammlungsgesetz u. Pressegesetz, 8. 7. 1955, in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 730–754.

³⁵ François-Poncet an Pinay, Tel. 2654/59, 8. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 35 f., hier S. 35.

übertragen werden müsse³⁶. Dehousse zeigte sich einsichtig und begnügte sich mit der mündlichen Zusage Hoffmanns, er werde keine wichtigen politischen Entscheidungen treffen, ohne sich vorher mit der Kommission ins Benehmen gesetzt zu haben. Der Ministerpräsident konnte dies als wichtigen Erfolg verbuchen. Die Freude darüber wurde allenfalls dadurch getrübt, daß die Kommission von ihm verlangte, mit der Publikation der Gesetze bis nach der für den 15. 7. anberaumten nächsten Sitzung des WEU-Ministerrates zu warten. Da die Niederlande in diesem Gremium Einstimmigkeit für alle Saarentscheidungen verlangten, ein Einverständnis der Bundesrepublik aber nicht erwartet werden konnte, befürchtete Hoffmann eine weitere Verzögerung der Veröffentlichung³⁷.

Seine Prophezeiung erfüllte sich, noch ehe die Tagung des Ministerrates begonnen hatte. Am 12. 7. verlangte Adenauer von Pinay, auf Hoffmann Druck auszuüben, damit die aus dem Saarland Ausgewiesenen nicht nur das Stimmrecht, sondern durch Aufhebung der Ausweisungsverfügung auch die Möglichkeit zur Rückkehr erhielten³⁸. Einen Tag später erklärte ein Sprecher der Bundesregierung gegenüber der Presse, man habe die saarländischen Gesetzentwürfe noch nicht erhalten und könne daher auch schwerlich am 15. 7. bereits Stellung nehmen³⁹. Wollte die Bundesregierung die Durchführung des Referendums hinausschieben, da sie weiterhin von einer Mehrheit zugunsten des Statuts ausging? Als Kaiser am 9. 7. Mitglieder der Saar-CDU zur Vorbereitung ihrer Wiederzulassung nach Trier einlud, zeigte sich die Führung auf jeden Fall unschlüssig über den Ausgang und hielt ein Übergewicht der Nein-Stimmen für unwahrscheinlich⁴⁰.

Von der Sorge um ein deutsch-französisches „marchandage“ umgetrieben, schickte Hoffmann seinen Gesandten in Paris umgehend in den Quai d'Orsay und warnte vor jeder Verzögerung⁴¹. Pinay hielt die Vorwürfe für völlig abwegig. Ganz im Sinne des Ministerpräsidenten lehnte er jede Verschleppung der Billigung der Saargesetze ab, weil sie die Vorphase des Referendums auf den Herbst verschieben mußte, da diese erst mit dem Inkrafttreten der Gesetze beginnen konnte. Irritiert über die deutsche Halsstarrigkeit, sandte er François-Poncet sofort zu Adenauer und drohte unverhüllt mit fatalen Rückwirkungen auf die Pariser Deutschlandpolitik anläßlich der nahenden Genfer Gipfelkonferenz⁴².

Dies wollte die Bundesregierung aber nicht auf sich beruhen lassen. In persönlichen Gesprächen mit François-Poncet und de Margerie wehrten sich Adenauer und von Brentano vehement gegen die Verdächtigungen und unterstrichen, wie sehr auch sie ein Ende dieser Phase der Unsicherheit wünschten. Da sie offenbar den Beginn der deutschen Parlamentsferien abzuwarten gedachten, baten sie zur exakten Prüfung des kurz vor der Vollendung stehenden Berichtes des Dehousse-Ausschusses um eine Verschiebung der WEU-Entscheidung um einige Tage. Eine neuerliche Sitzung des Ministerrates schien dazu nicht zwingend notwendig, da

³⁶ S. Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 9. 7. 1955, in: ebd., S. 42.

³⁷ S. de Carbone an Pinay, Tel. 513/14, 11. 7. 1955, *Résumé*, in: ebd., S. 43.

³⁸ S. PA, B 17, Bd. 22, Bl. 278 f., Adenauer an Pinay, 219–214–32–20/5758/55, 12. 7. 1955, Konzept.

³⁹ S. Pinay an François-Poncet, Tel. 3264/67, 13. 7. 1955, *Priorité*, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 74.

⁴⁰ Vgl. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 349; Thoß, Lösung, S. 275 f.

⁴¹ Aufzeichnung Massigli, 13. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 76.

⁴² S. Pinay an François-Poncet, Tel. 3264/67, 13. 7. 1955, *Priorité*, in: ebd., S. 74; zur Genfer Deutschlandkonferenz der Vier Mächte s. Kap. IV.1.1.

die Regierungen ihre Stellungnahme auch schriftlich an den Ständigen Rat der Westeuropäischen Union in London schicken konnten⁴³. Sechs Tage nach der Stellungnahme der Dehousse-Kommission, die nach Sichtung der Saargesetze die für die Organisation der Volksabstimmung erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen als erfüllt ansah⁴⁴, gab die Bundesregierung in einem sehr zum Verdruss Frankreichs veröffentlichten Aide-Mémoire an die WEU zwar trotz ihrer Bedenken ebenfalls ihr Placet. Sie legte aber Wert auf die Feststellung, daß die Saarregierung vor etwaigen Durchführungsmaßnahmen zu den Gesetzen in wichtigen politischen Fragen die Kommission um Stellungnahme bitten müsse⁴⁵. Kurz darauf billigte der WEU-Rat den Bericht des Dehousse-Ausschusses; vierundzwanzig Stunden später publizierte die saarländische Regierung die vier Gesetze und setzte das Datum für die Volksabstimmung auf den 23. 10. 1955 fest⁴⁶.

Ja zum Saarstatut, Nein zu Hoffmann?

Mit diesen Entscheidungen gab Saarbrücken den Weg für die Wiederzulassung der Oppositionsparteien frei, der CDU-Saar, der Deutschen Sozialdemokratischen Partei (DSP) und der Demokratischen Partei Saar (DPS). Sechs weitere prodeutsche Parteien sollten sich in den nächsten Wochen formieren⁴⁷ und trugen mit dazu bei, daß sich die Stimmung an der Saar nach diesem „Ausbruch der Freiheit“⁴⁸ schlagartig änderte. Der Kampf um das Saarstatut ließ politische Feindschaften in aller Schärfe ausbrechen, spaltete nicht nur die classe politique, sondern auch Vereine, Belegschaften und selbst Familien⁴⁹. Mit Unmut beobachtete die französische Diplomatie, wie die bundesdeutsche Presse sofort den Wahlkampf eröffnete, während die französischen Zeitungen zunächst völlig desinteressiert wirkten⁵⁰. Ende Juli sprachen sich DSP und DPS eindeutig für die Ablehnung des Saarstatuts aus, wobei die DSP indirekt von der SPD unterstützt wurde⁵¹. Schon nach wenigen Tagen sah sich Paris dazu genötigt, in Bonn gegen die Wahlpropaganda der neuen Organisationen zu protestieren – und lief dort offene Türen ein. Hallstein ließ in seiner Bestürzung über den von den Parteien angeschlagenen Ton gegenüber François-Poncet nichts zu wünschen übrig. Heinrich Schneider, der DPS-Vorsitzende, galt ihm als „forcené“, Hubert Ney, der Chef der CDU-Saar als „imbécile“. Trotz der nationalistischen Auswüchse hielt er einen positiven Ausgang des Referendums indes für sicher⁵². Entweder

⁴³ S. François-Poncet an Pinay, Tel. 2754/58, 14. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 76 f.; ders. an dens., Tel. 2766/74, 15. 7. 1955, in: ebd., S. 80–82; PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, von Brentano an Adenauer, Aufzeichnung, 14. 7. 1955, Eilt sehr; ebd., B 17, Bd. 31, Bl. 100 f., van Scherpenberg an von Brentano, 410F-752-05/22-5115/55, 18. 7. 1955.

⁴⁴ S. Bericht der Dehousse-Kommission, 15. 7. 1955, in: Bulletin 1955, S. 1216 f.

⁴⁵ S. Aide-Mémoire der Bundesregierung, 21. 7. 1955, in: ebd., S. 1217; Interview Blüchers mit dem „Nordwestdeutschen Rundfunk“, 29. 7. 1955, in: ebd., S. 1192 f.; Pinay an François-Poncet, Tel. 3520/21, 30. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 159 f.

⁴⁶ S. de Carbonnel an Pinay, Tel. 527/29, 23. 7. 1955, in: ebd., S. 132 f.; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 164 u. 331.

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 168–175 u. 331 f.

⁴⁸ Ebd., S. 331.

⁴⁹ Vgl. Hannig, Separatisten.

⁵⁰ S. Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 5. 8. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 207 f.

⁵¹ Vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 271 f.; Thoß, Lösung, S. 276.

⁵² François-Poncet an Pinay, Tel. 2983/3006, 29. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 155–159, hier S. 157.

war der Staatssekretär vom eigenen Wunschenken gefangen oder er sagte schlicht die Unwahrheit und suchte den Botschafter in Sicherheit zu wiegen. Eine Meinungsumfrage ermittelte jedenfalls in der ersten Augustwoche ein ganz anderes Bild: 52% der Befragten sprachen sich gegen und nur noch 14% für das Statut aus⁵³.

Vieles hing von der Haltung der CDU-Saar ab, die am 7. 8. zur Gründungsversammlung lud. Eine Ablehnung des Saarstatuts durch die Tochter der Bundes-CDU hielt deren Vorsitzender aus innerparteilichen wie außenpolitischen Gründen für den „größte[n] politische[n] Fehler“. Einerseits betrachtete Adenauer das von ihm ausgehandelte Statut nach wie vor als „erheblichen Fortschritt an der Saar“. Andererseits befürchtete er eine Spaltung innerhalb der Union. Vor allem aber hielt er es für ausgeschlossen, daß bei einem negativen Ausgang der Volksbefragung in absehbarer Zeit neue Vereinbarungen mit Frankreich getroffen werden könnten. Damit drohten „katastrophal[e]“ Rückwirkungen auf die Beziehungen zu den Westmächten und insbesondere zu Frankreich. Unmißverständlich plädierte Adenauer daher Anfang August intern gegenüber den christdemokratischen Politikern an der Saar für ein „Ja“⁵⁴ und ließ dies auch über den CDU-Pressedienst verbreiten⁵⁵. Doch damit nicht genug: Am 6. 8. forderte der Kanzler den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Altmeier sogar zum Fernbleiben vom Gründungsakt der CDU-Saar auf, weil ihm dessen Auftritt als Bundesratspräsident wegen des Neutralitätsgebotes außenpolitisch unerwünscht war⁵⁶. Schließlich sprach er sich in einem Grußtelegramm an die Gründungsmitglieder ausdrücklich für ein positives Votum zum Saarstatut aus. Er konnte aber nicht verhindern, daß Ney die entsprechende Passage bei der Verlesung der Botschaft unterschlug und damit den beabsichtigten Zweck erreichte: Einstimmig votierten die Delegierten gegen das Abkommen⁵⁷.

Die emotionale Heftigkeit, mit der der Wahlkampf nun vollends entbrannte, beobachtete das Kanzleramt mit wachsender Sorge. Auf der Waagschale deutscher Interessen wogen die Solidarität der westlichen Verbündeten gegenüber dem sowjetischen Druck in Genf und die nach der Messina-Konferenz aufkeimenden Hoffnungen auf eine „relance européenne“ in den Augen Adenauers eben schwerer als die Aussicht auf ein gescheitertes Saarstatut mit ungewissen Konsequenzen. Sollten die deutschen Parteien an der Saar nicht die Mehrheit erhalten, sah er eine parteipolitische „Zersplitterung“ voraus, die nur der SPD nutzen konnte. Würde das Referendum scheitern, drohte eine Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses mit kaum abschätzbaren Folgen für die Deutschland- und die Europapolitik. Auch die Beziehungen zu den Angelsachsen konnten wegen der von einigen Aktionen der prodeutschen Parteien wachgerufenen Reminiszenzen an die gerade einmal zehn Jahre zurückliegende braune Vergangenheit arg in Mitleiden-

⁵³ Vgl. Repgen, Saar-Frage, S. 106 f.

⁵⁴ Adenauer an Lenz, 4. 8. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 329 f., hier S. 300; vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 228.

⁵⁵ S. Erklärung des Deutschland-Union-Dienstes, 4. 8. 1955, in: AdG 1955, S. 5298 C; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 277 f.

⁵⁶ Vgl. Thoß, Lösung, S. 276.

⁵⁷ S. Resolution der CDU Saar, 7. 8. 1955, in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 219 f.; Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 349 f.; Thoß, Lösung, S. 276.

schaft gezogen werden⁵⁸, auch wenn sie von einer Einmischung im Sinne Frankreichs nichts wissen wollten⁵⁹.

Mitte August begann das Auswärtige Amt angesichts des drohenden Aufstands gegen die Hoffmann-Regierung⁶⁰, sich mit dem Gedanken eines negativen Referendums auseinanderzusetzen. Zur Sprachregelung wies von Brentano seine Diplomaten in den wichtigsten europäischen Hauptstädten und in Washington an, der Auffassung Ausdruck zu verleihen, daß mit einer Ablehnung nicht zu rechnen sei. Im Fall einer gegenteiligen Entwicklung sollten sie Gespräche über die Rechtssituation vermeiden⁶¹. Intern kalkulierte die Bundesregierung die Ablehnung in ihre Überlegungen durchaus schon mit ein⁶². In den Reihen der Christdemokraten machte sich gar eine gewisse Genugtuung über die anschwellende prodeutsche Gefühlswelle an der Saar breit⁶³. Da Bonn offiziell weiter auf Beruhigung der erhitzten Gemüter setzte, entstand in Paris nicht zu unrecht der Eindruck von einem deutschen „Doppelspiel“⁶⁴. Wie doppelbödig die Adenauersche Saarpolitik tatsächlich war, läßt sich wohl kaum noch zweifelsfrei aufklären. Schenkt man den Memoiren von Franz Josef Strauß Glauben, stellte der Kanzler der DPS aus den „Reptilienfonds“ zehn oder elf Millionen Mark zur Verfügung⁶⁵.

Überlegungen der saarländischen Regierung, der prodeutschen Agitation mit der Verhängung des Ausnahmezustandes den Nährboden zu entziehen, wurde französischerseits abgelehnt⁶⁶. Auch von dem Plan einer eigenen demoskopischen Erhebung, die ein günstigeres Stimmungsbild liefern sollte, nahm man an der Seine wieder Abstand⁶⁷. Statt dessen beschränkte sich Pinay darauf, Adenauer am 24. 8. schriftlich die gemeinsame Verantwortung in Erinnerung zu rufen, die beide Regierungen im vergangenen Oktober für die Saar übernommen hätten. Das wohlverstandenen Interesse beider Völker verlange nach der Ratifizierung des Saarstatuts. Geschickt setzte er den Hebel dort an, wo der Kanzler am empfindlichsten war: Ein Scheitern verursache einen vielleicht irreparablen Rückschlag für die europäische Idee⁶⁸.

Die mahnenden Worte des französischen Außenministers verhallten nicht ungehört. Adenauer sah sich am 26. 8. abermals dazu veranlaßt, eine offiziöse Stellungnahme zugunsten des Saarstatuts zu verbreiten⁶⁹. An der Seine wurde die Erklärung zwar begrüßt, man hielt sie aber für ungenügend. Ungeachtet der im

⁵⁸ Adenauer an Altmeier, 11. 8. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 343 f., hier S. 344; s.a. Thoß, Lösung, S. 277; zur Genfer Außenministerkonferenz und „relance européenne“ vgl. Kap. IV.1.1 u. IV.2.1.

⁵⁹ S. Dufournier an MAE, Tel. 524/30, 29. 8. 1955, Très secret, Réserve, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 372–374; Thoß, Lösung, S. 277 f.

⁶⁰ Vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 331–342.

⁶¹ S. PA, B 17, Bd. 22, Bl. 301, Grewe an Den Haag etc., Tel. 124 etc., 18. 8. 1955.

⁶² Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 187, Tb. 23. 8. 1955.

⁶³ S. de Margerie an Pinay, Tel. 3291/99, 19. 8. 1955, Réserve, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 274 f.

⁶⁴ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen Hallstein und de Margerie vom 25. 8. 1955, Vermerk; s.a. „Le Monde“, 11. 8. 1955, auch in: BDFD III, S. 503 f.

⁶⁵ S. Strauß, Erinnerungen, S. 218.

⁶⁶ Vgl. Hoffmann, Ziel, S. 415 f.; Hüser, Frankreich und die Saarabstimmung, S. 373.

⁶⁷ S. ebd., S. 374.

⁶⁸ S. Pinay an Bonn, Tel. 3715/19, 24. 8. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 310 f.

⁶⁹ S. Presseerklärung des Deutschland-Union-Dienstes, 26. 8. 1955 in: AdG 1955, S. 5331A; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 280–282.

Statut von Bonn und Paris eingegangenen Verpflichtung zur Nichteinmischung bemängelte der Quai d'Orsay, daß es sich weder um eine Mitteilung des Kanzlers noch um eine der Bundesregierung handle⁷⁰. Was Paris als nicht ausreichend empfand, wurde von den prodeutschen Parteien in Saarbrücken bereits als grobe Intervention gescholten. Heinrich Schneider, der Chef der DPS, forderte in der Bundesvorstandssitzung der FDP am 30. 8. die Liberalen dazu auf, weitere Eingriffe der Bonner Christdemokraten und des Kanzlers zu verhindern⁷¹.

Es mußte Adenauer zweifellos unangenehm berühren, als François-Poncet ihm am 1. 9. mit guten Wünschen Pinays für seine Moskaureise erneut mahnende Worte zur Saarfrage übermittelte und implizit in Erinnerung rief, was auf dem Spiel stand, sollte es zwischen Frankreich und der Bundesrepublik zum Bruch kommen. Die USA hatten auf der Genfer Gipfelkonferenz soeben erst ihr großes Interesse an einer Entspannung zur Sowjetunion signalisiert, während Frankreich sich als verlässlicher Partner in den deutschlandpolitischen Fragen präsentierte. Die Wiederbelebung der europäischen Einigung konnte nur dann zum Erfolg führen, wenn Deutsche und Franzosen gemeinsam die nötige Kraft aufbrachten. Was bedeutete die Saarfrage angesichts der aufschimmernden Gefahr einer außenpolitischen Vereinzelung der Bundesrepublik?

Mit der aus diesem Szenarium gezogenen Schlußfolgerung, das Saarstatut unter allen Umständen durchzuboxen, stand der Kanzler indes ziemlich allein. Zwar sorgten sich auch innerhalb der SPD einige Politiker um die Zukunft des deutsch-französischen Verhältnisses, sie rechneten aber mit einem Nein und begrüßten ein solches Ergebnis lebhaft⁷². Adenauers Reaktion auf die drohende Belastung der Verbindung zu Frankreich fiel ganz anders aus. Mit bisher unbekannter Schärfe distanzierte er sich im Gespräch mit François-Poncet vom Gebaren der prodeutschen Parteien. „Il n'avait pas de termes assez durs pour stigmatiser la sottise, l'aveuglement, la brutalité des partis pro-allemands“, brach es aus ihm heraus. Schneider, der ehemalige Nazi, und Ney, sie alle seien verrückt, stellten sie doch überhaupt nicht in Rechnung, was sie mit ihrer Kampagne anrichteten. Ihm selbst sei völlig klar, daß ein Scheitern des Statuts nicht zu neuen Verhandlungen führen werde. Aber er wußte auch, daß er die Prodeutschen mit seinen Tiraden nicht zum Einlenken bewegen konnte, ihnen vielmehr eine Perspektive aufzeigen mußte. Und seine Lösung hieß: Ablösung der Saarregierung. Die Opposition, versuchte er diesen Weg François-Poncet schmackhaft zu machen, sei nicht eigentlich gegen das Statut, sondern gegen den Ministerpräsidenten gerichtet. Wenn Hoffmann und Innenminister Hector verschwänden, so seine Philosophie, würde die aus Rache geborene Agitation sofort zusammenbrechen. Nach seiner Rückkehr aus Moskau wolle er auf jeden Fall seinen ganzen Einfluß geltend machen, um das Statut doch noch durchzubringen⁷³.

⁷⁰ S. de Margerie an Pinay, Tel. 3368/72, 26. 8. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 322 f.; Tb. Blankenhorn, 28. 8. 1955, in: BDFD I, S. 486.

⁷¹ S. Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 30. 8. 1955, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1954–1960, S. 123.

⁷² S. François-Poncet an Pinay, Tel. 3533/38, 10. 9. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 468 f.; zur Haltung der SPD vgl. Cahn, Parti, Bd. 2, S. 117–120.

⁷³ François-Poncet an Pinay, Tel. 3443/55, 2. 9. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 407–410, hier S. 408.

Die Dringlichkeit des Problems erlaubte es ihm nicht, bis Mitte September zu warten. Schon einen Tag nach dem eingehenden Gedankenaustausch mit dem französischen Botschafter setzte sich der Kanzler am 2. 9. bei der Zehnjahresfeier des CDU-Landesverbandes Westfalen in Bochum erstmals auch in der Öffentlichkeit für die Annahme des Abkommens ein. Mit der Warnung vor einem drohenden Unruheherd wenige Wochen vor der Genfer Außenministerkonferenz legte er den Delegierten den seiner Ansicht nach einzig möglichen Ablauf der Dinge nahe: Anerkennung des Statuts und Wahl eines neuen Landtags, „der in seiner Mehrheit gegen die Regierung Hoffmann gerichtet ist“⁷⁴.

Diese in Paris als mutig⁷⁵ gewürdigte persönliche Intervention, die das Gebot der Nichteinmischung gewiß hart belastete, trug mit dazu bei, daß nun eine neue, nach außen ruhigere Phase im Abstimmungskampf begann⁷⁶. Sie konnte freilich die erhitzten Gemüter nicht völlig abkühlen. Die prodeutschen Parteien schlossen sich zum „Deutschen Heimatbund“ zusammen und koordinierten das Gewicht der Neinstimmenkampagne unter der Parole „Die Saar bleibt deutsch!“⁷⁷ Hinter den Kulissen reagierte die Bundesregierung mit massiven Bemühungen, Hoffmann zum Rücktritt zu bewegen⁷⁸, um über den erhofften „choc psychologique“ doch noch das Ruder herumzureißen und den prodeutschen Parteien das Wasser abzugraben⁷⁹. Adenauer und von Brentano überlegten sogar mit angelsächsischen Diplomaten, ob man Pinay nicht dazu bewegen könne, der Saarbevölkerung die Rückkehr zum Status quo ante für den Fall eines negativen Votums anzudrohen⁸⁰. Der französische Außenminister machte Anfang September in einem Zirkulartelegramm an seine Auslandsmissionen noch einmal unmißverständlich klar, daß es für ihn nur einen positiven Ausgang des Referendums geben dürfe. Denn ein Nein wenige Tage vor der Eröffnung der Genfer Konferenz lasse es fraglich erscheinen, so hieß es da vielsagend, ob Frankreich das von ihm bisher mitgetragene Junktim zwischen Wiedervereinigung und europäischer Sicherheit weiterhin verteidigen könne. Die deutsch-französischen Beziehungen drohten in eine Sackgasse zu geraten, da Neuverhandlungen unmöglich seien⁸¹.

Je näher der Tag der Entscheidung rückte, desto gespannter blickten Bonn und Paris auf die Entwicklung in Saarbrücken. Um die innere Sicherheit in den Tagen der Volksbefragung zu gewährleisten, plädierte Pinay dafür, die von der Dehousse-Kommission empfohlene Aufstellung einer internationalen Polizei umzusetzen⁸². In der Sitzung des WEU-Rates am 22. 9. sprach sich der deutsche Vertreter von Herwarth zunächst gegen solche Schutzkräfte aus. Nach einer Interven-

⁷⁴ Rede Adenauers vom 2. 9. 1955 in Bochum, in: Bulletin 1955, S. 1389f., hier S. 1390; s.a. Cahn, Parti, Bd. 2, S. 68–72; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 282–284.

⁷⁵ S. François-Poncet an Pinay, Tel. 3467/72, 3. 9. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 418f.

⁷⁶ Vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 284f. u. 342.

⁷⁷ Zitiert nach: ebd., S. 212; zur Zusammensetzung und Programmatik des Deutschen Heimatbundes s. ebd., S. 170–172, 211–252, 284 u. 351f.; s.a. Schneider, Wunder, S. 457f.

⁷⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 276, Bl. 77f., Konferenz der EGKS-Außenminister vom 6. 9. 1955; Hoffmann, Ziel, S. 423f.; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 285–290; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 229–231.

⁷⁹ François-Poncet an Pinay, Nr. 1092, 9. 9. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 467f., hier S. 468.

⁸⁰ Vgl. Thoß, Lösung, S. 279.

⁸¹ S. Pinay an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 70, 9. 9. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 454f.

⁸² S. ders. an Chauvel, Tel. 12184/87, 21. 9. 1955, in: ebd., S. 536f.

tion von François-Poncet bei Hallstein erhielt er jedoch die Instruktion, sich dem Urteil der übrigen Delegationen anzuschließen. Nun aber stellte sich Spaak quer, und auch die übrigen Mitglieder des Rates äußerten Bedenken. Schließlich sprachen sie sich dafür aus, ihre Zustimmung vom vorherigen Einverständnis der drei beteiligten Hauptparteien Bonn, Paris und Saarbrücken abhängig zu machen und den Einsatz der Polizisten erst im Notfall zuzulassen⁸³.

Derweil zeichnete sich aufgrund des massiven Einwirkens von Adenauer in der Bochumer Rede und seines durch die Moskau-Reise gewonnenen Prestiges eine leichte Trendverschiebung ab. In einer neuerlichen Meinungsumfrage stimmten Mitte September 19% mit Ja, 49% mit Nein, 23% machten keine Angabe⁸⁴. Obwohl die Beruhigung der Situation an der Saar an Rhein und an Seine sehr wohl erkannt wurde, boten die Zahlen natürlich keinen Grund zum Jubel. Im Gegenteil: Frankreich empfand die Lage an der Saar als so unbefriedigend, daß es der Bundesrepublik gegenüber andeutete, sich eventuell zu einer offiziellen Verlautbarung gezwungen zu sehen, man werde bei einem negativen Ausgang des Referendums den Status quo wiederherstellen. Da die deutschen Diplomaten dies im Gespräch mit französischen Kollegen als sehr gefährlich bewerteten, bemühte sich Pinay darum, Adenauer zu einem Treffen und einer gemeinsamen Erklärung zugunsten des Statuts zu bewegen⁸⁵. Anstatt der Bitte zu folgen, schlug der Kanzler jetzt plötzlich eine völlig neue Richtung ein. Am 26. 9. unterbreitete er dem französischen Botschafter den Vorschlag, in Abänderung der im Saarstatut vorgesehenen Reihenfolge zunächst die Landtagswahlen abzuhalten und erst nach der Bildung einer neuen Regierung die Volksbefragung durchzuführen. François-Poncet konnte nicht anders, als dieses Ansinnen entschieden zurückzuweisen⁸⁶.

Nachdem es Pinay gelungen war, durch Einwirkung auf den Heiligen Stuhl die offene Parteinahme des katholischen deutschen Klerus für eine Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik zu unterbinden⁸⁷, unternahm er einen neuen Anlauf, um Adenauer für ein Rendezvous zu gewinnen⁸⁸. Der Kanzler mochte sich darauf aber nicht einlassen. Im Auswärtigen Amt hieß es zur Begründung, eine gemeinsame Stellungnahme über die Aufrechterhaltung des Status quo im Fall eines Scheiterns der Volksabstimmung könne kontraproduktiv wirken, weil sie mit dem Gebot der Nichteinmischung nicht in Einklang zu bringen sei und „ein bedenkliches Präjudiz für [die] allgemeine Respektierung des Saarabkommens“ darstelle – eine mit Blick auf die bisherige Position Adenauers zumindest überraschende Argumentation⁸⁹. Pinay mußte einsehen, daß er mit seiner Bitte nicht durchkam. Am

⁸³ S. MAE an Alphand, Tel. 3024/29, 24. 9. 1955, *Priorité absolue, Secret, Réservé*, in: ebd., S. 547–549 mit Anm. 1; AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 276, Bl. 137, François-Poncet an MAE, Tel. 3780/81, 24. 9. 1955, *Urgent*.

⁸⁴ Vgl. Repgen, Saar-Frage, S. 107 u. 124, Anm. 102a.

⁸⁵ S. PA, B 17, Bd. 2, Bl. 188 f., von Walther an AA, FS Nr. 551, 23. 9. 1955, *Verschlüsselt*; François-Poncet an Pinay, Tel. 3467/72, 3. 9. 1955, *Réservé*, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 418 f.

⁸⁶ S. ders. an dens., Tel. 3799/802, 27. 9. 1955, in: ebd., S. 561 f.

⁸⁷ S. Erklärung des Apostolischen Visitators für das Saarland, 27. 9. 1955, in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 319; zur Parteinahme des deutschen Klerus ebd., S. 312–331; zur *Démarche* Pinays vgl. Pinay an London etc., Tel. 12745/51 etc., 7. 10. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 624–626.

⁸⁸ S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Walther an AA, FS Nr. 558, 27. 9. 1955, *Verschlüsselt*; ebd., B 17, Bd. 2, Bl. 204 f., ders. an dass., Tel. 562, 28. 9. 1955, *Verschlüsselt*.

⁸⁹ Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Welck an Paris, Tel. 526, 28. 9. 1955, *Verschlüsselt*.

28. 9. einigte er sich mit von Brentano am Rande der UNO-Vollversammlung in New York darauf, keine deutsch-französische Erklärung abzugeben. Hallstein, der dem Gespräch beiwohnte und im Gegensatz zu seinem Minister ein Scheitern des Referendums als sicher vorhersagte, brachte erneut den Gedanken vor, die Situation durch eine Demission Hoffmanns und die Verschiebung des Referendums zu retten. Pinay lehnte dies wegen der von ihm als negativ eingeschätzten Wirkung auf die französische Öffentlichkeit entschieden ab. Nur in einem Punkt herrschte zwischen den Ministern Einigkeit: dem Versuch der Familie Röchling, den im Mai vereinbarten Verkauf ihrer Firma hinauszuzögern, energisch zu widerstehen. Denn die durch den deutsch-französischen Vertrag vom 3. 5. getroffene Lösung galt beiden Seiten als die bestmögliche. Nach einigem Zögern ließ von Brentano zumindest laut französischem Protokoll schließlich auch erkennen, daß er die Aufstellung der internationalen Polizeitruppe unter der Obhut der WEU akzeptiere, sofern sie außerhalb des Saarlandes stationiert und der Dehousse-Kommission unterstellt würde⁹⁰. Des weiteren willigte Adenauer noch am selben Tag in Pinays Bitte um ein Treffen ein und stimmte dem 5. 10. als Termin zu. Er bestand allerdings darauf, nicht die Saarfrage, sondern seine Moskaureise der Öffentlichkeit gegenüber als Grund anzugeben⁹¹.

Mit dem in den letzten Wochen gewonnenen Ansehen im Rücken, meinte er nun außerdem, doch ein Stück weit Pinays Wunsch nach einer erneuten Klarstellung zur Beeinflussung der Lage an der Saar entgegenkommen zu können. Als Ersatz für die gemeinsame Regierungserklärung dachte er an eine öffentliche Stellungnahme seiner Partei. Der von ihm am 30. 9. einberufene Bundesvorstand zeigte ihm aber rasch die kalte Schulter. Adenauer begann mit einem seiner gewohnt langen Berichte über die außenpolitische Lage, von der seines Erachtens in geradezu Bismarckscher Diktion „alles andere abhängig“ sei⁹². Zur Saarfrage überleitend, betonte er die positive Wirkung des Trendumschwungs der letzten beiden Wochen. Obwohl sich die Situation an der Saar „etwas beruhigt“ habe, sei der Kampf noch keineswegs gewonnen. Eindringlich und mit wütenden Ausfällen gegen Schneider und Ney warnte er vor den fatalen Folgen eines negativen Votums, das der Bundesrepublik sowohl in Frankreich als auch in den USA erheblichen Schaden zufügen werde⁹³.

⁹⁰ S. Unterredung zwischen von Brentano und Pinay vom 28. 9. 1955, Bericht, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 323 f. Das Dokument spricht irrtümlicherweise davon, von Brentano habe einer gemeinsamen Erklärung wohlwollend gegenübergestanden. Vgl. dagegen Alphand an MAE, Tel. 2146/49, 29. 9. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 573 f. Bezüglich der Polizeitruppe betonte von Brentano wenige Tage später in einem Schreiben an Adenauer, er habe Pinay „dringend“ darum gebeten, den Plan „nicht weiter zu verfolgen“ (BA, NL von Brentano, Bd. 156, Bl. 56–62, von Brentano an Adenauer, 3. 10. 1955). Auch englischen Quellen zufolge fand er die Aufstellung der Polizeitruppe als zu provokativ (Thoß, Lösung, S. 280). Zur Haltung der Bundesregierung zum Vertrag über die Röchling-Werke s. Adenauer an Blücher, 6. 5. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 276 f.; vgl. Kap. III.3.4.

⁹¹ S. PA, B 17, Bd. 2, Bl. 213, von Welck an Paris, Tel. 527, 28. 9. 1955, Verschlüsselt.

⁹² Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 30. 9. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 583–600, hier S. 584; vgl. Rede Bismarcks im Preussischen Abgeordnetenhaus, 9. 2. 1866: die auswärtigen Angelegenheiten seien „an sich Zweck“ und stünden „höher als die übrigen“ (von Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 10, S. 264).

⁹³ Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 30. 9. 1955, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 619–622, hier S. 619.

Seine innerparteilichen Widersacher wie Altmeier, Hellwig und Zimmer ließen sich weder von dieser Argumentation noch von der wachsenden Empörung Adenauers beeindrucken. Aus ihrer Sicht konnte in demokratisch regierten Ländern an einer „Mehrheit von 60 bis 65%“ nicht vorbeigesehen werden⁹⁴. Nach zunehmend schärferen gegenseitigen Attacken mußte der Kanzler schließlich einen Kompromiß hinnehmen. Der Bundesvorstand billigte zwar noch einmal den mit dem Statut beschrittenen Weg, deklarierte dies aber weder als Aufruf an die Saarländer noch als bindende Weisung für den zum folgenden Tag einberufenen CDU-Parteiausschuß. Selbst dieser entschärfte Linie wollten nur 15 von 26 Vorstandsmitgliedern folgen⁹⁵. „Er hätte den Beschluß nicht fordern sollen“, mokierte sich der Fraktionsvorsitzende der Union Heinrich Krone in seinem Tagebuch. „Mehr, als von seiner Seite bisher getan wurde, sollte er nicht auf seine Schultern laden.“⁹⁶

Während der Kanzler mit minimalem Erfolg bei seinen Parteifreunden für seinen Kurs kämpfte, gingen im Auswärtigen Amt neue Forderungen des Quai d'Orsay ein. Pinay beharrte darauf, daß anläßlich des bevorstehenden Treffens zwischen Adenauer und Faure in einem Communiqué auch die Saarfrage berührt würde⁹⁷, und legte bereits einen Entwurf vor⁹⁸. Der Kanzler wollte von einer solchen öffentlichen Verlautbarung aber nach wie vor nichts wissen und setzte, wie er dem französischen Botschafter bei dessen Abschiedsbesuch mitteilte, seine Hoffnung darauf, Druck auf die Saar-CDU ausüben zu können⁹⁹. Auch im Auswärtigen Amt betrachtete man eine öffentliche Aktion beider Regierungen mit gemischten Gefühlen. Einerseits war man der Auffassung, jede Gelegenheit zu nutzen, um die Stimmung an der Saar im Sinne des Statuts zu beeinflussen. Andererseits befürchtete man aber, das Gegenteil des Beabsichtigten zu erreichen¹⁰⁰. Schließlich erklärte sich Adenauer doch bereit, den französischen Kommuniquéentwurf als Basis für einen deutschen Gegenvorschlag zu akzeptieren¹⁰¹.

Damit entfachte er aber den Unwillen seiner Kabinettskollegen. Blücher sprach sich in einem persönlichen Schreiben gegen eine deutsch-französische Erklärung aus. Auch von einer Verschiebung der Volksabstimmung hielt er nichts, da sie die Spannungen noch verlängerte. Nur ein „freiwilliger“ Rücktritt Hoffmanns, Hektors [sic!] usw.“ konnte aus seiner Sicht Entlastung bringen¹⁰². Auch Kaiser und Altmeier warnten vor der zweiseitigen Deklaration, da die Saarbevölkerung ohne jede

⁹⁴ Erklärung Altmeiers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 30. 9. 1955, in: ebd., S. 627 f., hier S. 628.

⁹⁵ S. Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 30. 9. 1955, in: ebd., S. 622–644 u. 649 f.; zum Beschluß des Bundesparteiausschusses vom 1. 10. 1955 s. ebd., S. 644, Anm. 61; s.a. Repgen, Saar-Frage, S. 109–112.

⁹⁶ Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 191, Tb. 30. 9. 1955.

⁹⁷ S. BA, NL Blücher, Bd. 82, Bl. 169–171, von Walther an AA, FS Nr. 567, 30. 9. 1955, Geheim, Citissime, Verschlüsselt.

⁹⁸ S. ebd., Bl. 172 f., ders. an dass., FS Nr. 569, 30. 9. 1955, Streng Geheim, Citissime, Verschlüsselt.

⁹⁹ S. de Margerie an Pinay, Tel. 3839/42, 1. 10. 1955, Très urgent, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 582 f.

¹⁰⁰ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 277, Bl. 8, ders. an MAE, Tel. 3846/51, 1. 10. 1955, Réservé.

¹⁰¹ S. ebd., Bl. 9, ders. an dass., Tel. 3858, 1. 10. 1955, Réservé.

¹⁰² BA, NL Blücher, Bd. 82, Bl. 165 f., Blücher an Adenauer, AZ 3538/55, 4. 10. 1955, Rein persönlich.

Beeinflussung von außen an die Urnen treten sollte¹⁰³. Adenauer hingegen akzeptierte nun nicht nur das Regierungstreffen, sondern auch die Veröffentlichung einer gemeinsamen Verlautbarung, wobei er aber nicht nur markante Änderungen am französischen Entwurf verlangte, sondern auch eine Ausweitung der Gesprächsthemen forderte. Abgesichert durch eine positive Stellungnahme des Rechtsberaters im Auswärtigen Amt, wollte er auch die Verschiebung des Referendums, die Vorziehung der Landtagswahlen und den Rücktritt Hoffmanns ansprechen¹⁰⁴.

Ungeachtet französischer Widerstände hielt er an diesem Plan fest. Als er Faure und Pinay am 5. 10. in Luxemburg traf, unterstrich er zunächst einmal, daß die deutsch-französische Entente nach dem Referendum keinen Schaden nehmen dürfe, gleich wie das Ergebnis ausfalle¹⁰⁵. Folgt man seinen Angaben in der Sitzung des Bundesvorstandes seiner Partei vom 10. 3. 1956, forderte Adenauer mit Blick auf das Verhalten der Sowjets auf der Genfer Außenministerkonferenz sodann, die Frage der Zugehörigkeit der Saar auf keinen Fall erst im Rahmen eines Friedensvertrags zu regeln, wie es das Saarstatut vorsah, sondern schon in „drei bis vier Jahren“ zu entscheiden. Weder Faure noch Pinay hätten widersprochen¹⁰⁶. Das Protokoll weiß von dieser Gesprächspassage nichts zu berichten. Statt dessen unterrichtet es uns über den Bericht, den der Kanzler den französischen Staatsmännern über eine Unterredung mit, wie er sie nannte, sehr vernünftigen saarländischen Gewerkschaftern vom Vortage gab. Er habe ihnen klar gemacht, daß ein Scheitern des Saarstatuts die Aufrechterhaltung des Status quo bedeute. Dies hätten sie verstanden und dann angeregt, Hoffmann und Hector zum Rücktritt aufzufordern, Neuwahlen auszuschreiben und einen neuen französisch-saarländischen Wirtschaftsvertrag abzuschließen. Daß dieser Vertrag der Bundesregierung ein Dorn im Auge war, sagte Adenauer nicht. Seine Vorschläge galten Faure und Pinay aber als unannehmbar, obwohl er mehrfach insistierte. Pinay hielt zwar die Bewahrung der deutsch-französischen Freundschaft für zentral, meinte aber, es sei Aufgabe beider Regierungen, ein möglichst gutes Referendum zu erreichen. Wenige Wochen später könne das saarländische Volk die Regierung Hoffmann in den Landtagswahlen ja abwählen¹⁰⁷.

Da sie die Meinungsverschiedenheiten nicht auszuräumen vermochten, enthielt das Communiqué nicht die von den Franzosen erhofften klaren Worte, sondern eine ziemlich „blasse Formel“¹⁰⁸. Die deutsche Presse reagierte dennoch fassungs-

¹⁰³ S. Kaiser an Adenauer, 4. 10. 1955, in: Kaiser, Gewerkschafter, S. 635 f.; Altmeier an dens., 4. 10. 1955, in: Schneider, Wunder, S. 460 f.

¹⁰⁴ S. PA, B 17, Bd. 2, Bl. 218 f., Kaufmann an dens., Stellungnahme, 30. 9. 1955; Aufzeichnung de Margerie, 4. 10. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 611 f.

¹⁰⁵ S. Unterredung zwischen Faure, Pinay und Adenauer vom 5. 10. 1955, in: ebd., Annexes, Bd. 2, S. 362–365.

¹⁰⁶ Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 10. 3. 1956, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 855.

¹⁰⁷ S. Unterredung zwischen Faure, Pinay und Adenauer vom 5. 10. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 357–365; MAE an London etc., Tel. 12711/19 etc., 7. 10. 1955, Urgent, Réserve, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 626–628; Faure, Mémoires, Bd. 2, S. 516 f.; Cahn, Parti, Bd. 2, S. 62–68; Thoß, Lösung, S. 280 f. Zu den deutschen Vorbehalten gegenüber dem französisch-saarländischen Wirtschaftsvertrag s. PA, B 17, Bd. 10, Bl. 201–204, Aufzeichnung Lahr 410S-300-02/Saar-3605/55, 13. 5. 1955.

¹⁰⁸ Ebd., BStS, Bd. 229, Informationsgespräch Hallsteins, 6. 10. 1955; Communiqué in: Bulletin 1955, S. 1577; vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 294–297.

los: Was hatte Adenauer bloß bewogen, der Verlautbarung zuzustimmen? Nach den Erklärungen der Pariser Spitze müsse er doch davon ausgehen, daß Frankreich nach einer Ablehnung des Statuts den Saarländern die zugestandenen Freiheiten wieder entzöge. Für ein französisches Wohlwollen auf der Genfer Konferenz schien den Zeitungen der Preis zu hoch¹⁰⁹. Dem Kanzler offenbar nicht, ja er legte noch eins drauf. Da die Franzosen sich mit diesem Ergebnis nicht begnügten, stimmte Adenauer einer einseitigen Presseerklärung zu, in der Pinay nach dem Treffen beteuerte, neue Verhandlungen über das Saarstatut seien weder *de jure* noch *de facto* möglich; und Faure versicherte gegenüber der amerikanischen Nachrichtenagentur CBS, das Saarstatut sei das ultimative Zugeständnis Frankreichs¹¹⁰.

Grenzen der Staatskunst

In einer breitgefächerten Aktion suchte Frankreich die Lage an der Saar mit weiteren Sicherungsmaßnahmen zu stabilisieren. Am 3. 10. ließ Pinay im Auswärtigen Amt ein Memorandum zur Frage der Röchling-Werke überreichen. Mit erheblichen Zusatzforderungen versuchte die Familie, den Verkauf der Werke hinauszuzögern, und nutzte dabei den Umstand, daß man bis zur Unterzeichnung der Verkaufsverträge noch immer Eigentümer war. Ihre Motive lagen auf der Hand: Erfolgte die Aufhebung der Sequester, die noch vor dem Referendum stattfinden sollte, vor der Unterzeichnung des Vertrages, wäre Röchling automatisch wieder in den Besitz der Werke gelangt. Als einziges Gegenmittel blieb Frankreich die Aufrechterhaltung der Sequester bis nach dem Referendum. Aufgrund des Bonner Widerstandes und aus Rücksichtnahme auf die psychologische Situation konzedierte Paris die Installation einer französisch-deutschen Kommission in der letzten Phase vor der Liquidation der Sequester, um die Übernahme der Werke durch die deutsch-französische Gesellschaft gemäß dem Vertrag vom 3. 5. vorzubereiten¹¹¹. Als die Bundesregierung diesem Verfahren nicht zustimmte, bat Frankreich eine Woche später eindringlich darum, die Familie Röchling zum Einlenken zu bewegen¹¹².

Zugleich richtete Pinay, der die Situation an der Saar ungeachtet der von den Parteien unter Höchstaufwand eingesetzten Propagandamittel¹¹³ mittlerweile wesentlich verbessert sah, einen lebhaften Appell an die Politiker und die Presse im Ausland, die Lage nicht zu pessimistisch zu beschreiben, sondern die Saarländer zu einem Ja zu ermutigen¹¹⁴. Sorgen bereitete dem Außenminister indes die Frage, wie die öffentlichen Ordnung vor und nach dem Referendum aufrechterhalten

¹⁰⁹ S. „General-Anzeiger“, 6. 10. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 505–507; Artikel Fackler, in: „Süddeutsche Zeitung“, 7. 10. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 507f.

¹¹⁰ S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Maltzan an AA, FS Nr. 596, 7. 10. 1955, Verschlüsselt; Erklärungen Pinays und Faures in: AdG 1955, S. 5398A; MAE an London etc., Tel. 12711/19 etc., 7. 10. 1955, Urgent, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 626–628; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 292.

¹¹¹ S. Couve de Murville an Pinay, Tel. 5437/46, 3. 10. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 600–602.

¹¹² S. PA, B 17, Bd. 3, Bl. 12, von Maltzan an AA, FS Nr. 604, 11. 10. 1955, Verschlüsselt.

¹¹³ S. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 353–364.

¹¹⁴ S. Pinay an London etc., Tel. 12745/51 etc., 7. 10. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 624–626; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, von Maltzan an AA, FS Nr. 596, 7. 10. 1955, Verschlüsselt; ebd., B 17, Bd. 3, Bl. 16, ders. an dass., FS Nr. 603, 11. 10. 1955, Verschlüsselt; Thoß, Lösung, S. 282.

werden könne. Selbst wenn es zur Aufstellung der internationalen Polizei käme, was er kaum glaubte, endete deren Aufgabe mit der Verkündung der Ergebnisse. Anschließend wäre Frankreich gemäß der Konvention vom 20. 5. 1953 zuständig. Für den Fall von Unruhen hatte man sich mithin so oder so auf eine Intervention eigener Truppen vorzubereiten. Daher wandte sich Pinay am 5. 10. an Verteidigungsminister Koenig und bat ihn um Mitteilung über die einzuleitenden Vorkehrungen¹¹⁵.

Pinays Skepsis bezüglich der Polizeitruppe war mehr als berechtigt. Den von Bonn aufgestellten Bedingungen für eine derartige Garde – Unterstellung unter den Befehl der WEU oder der Dehousse-Kommission; Stationierung außerhalb des saarländischen Territoriums; Auflösung der Truppe mit dem Tag der Bekanntgabe des Ergebnisses des Referendums – mochte Paris zwar beipflichten. Dem WEU-Rat genügte dieses Einverständnis aber nicht, weil ihm die Einwilligung Saarbrückens fehlte¹¹⁶. Ungeachtet der Intervention de Carbonnells weigerte sich Hoffmann aber hartnäckig, die Formierung der internationalen Polizei offiziell zu akzeptieren. Allenfalls offiziös war er bereit, entsprechende Vorbereitungen hinzunehmen und für den Fall einer Intervention eine Sondersitzung des Landtags in Aussicht zu stellen, um die gesetzliche Basis zu schaffen¹¹⁷. Wenngleich weder Bonn noch Paris oder die Dehousse-Kommission dieses *Procedere* guthießen, blieb der WEU-Rat dabei, nicht über den Kopf der saarländischen Politiker hinweg zu entscheiden. Am 10. 10. beschloß er, mit den technischen Schritten zur Aufstellung zu beginnen und sich durch einen Vertreter von Dehousse über die politische Lage kurz vor der Volksbefragung informieren zu lassen¹¹⁸. In hektischen Sitzungen stritt der Rat in den Tagen danach um das Datum der Bekanntmachung der Rekrutierung und den Termin der Aufstellung selbst. Zu einer Eini-gung kam es nicht, weil die sieben Vertreter nicht der von Sorge vor Unruhen gekennzeichneten Empfehlung Frankreichs und der Bundesrepublik folgen wollten, die Polizeitruppe möglichst geheim zu halten¹¹⁹. Als England mit der Forderung aufwartete, man müsse mit dem spätestmöglichen Datum der Entsendung der nationalen Truppenteile am 17. 10. auch der Bekanntgabe der Aufstellung zustimmen, zog Frankreich sein Gesuch ganz zurück, weil man die an der Saar eingekehrte Ruhe nicht gefährden wollte¹²⁰. Im Gegenzug ließ die Regierung kurz vor der Abstimmung an der Grenze zwischen Lothringen und der Saar die eigene „Garde mobile“ zusammenziehen, um für den Notfall gewappnet zu sein¹²¹.

¹¹⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 277, Bl. 49–51, Pinay an Koenig, Nr. 741, 5. 10. 1955, Minute.

¹¹⁶ S. Chauvel an Pinay, Tel. 4369/78, 6. 10. 1955, Urgent, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 619–621.

¹¹⁷ S. de Carbonnel an dens., Tel. 708/13, 8. 10. 1955, Réservé, in: ebd., S. 633–635.

¹¹⁸ S. Chauvel an dens., Tel. 4450/58, 11. 10. 1955, Très urgent, Réservé, in: ebd., S. 639–641; de Carbonnel an dens., Tel. 721/24, 12. 10. 1955, Priorité, Réservé, in: ebd., S. 651 f.

¹¹⁹ S. Chauvel an dens., Tel. 4506/12, 12. 10. 1955, Priorité absolue, Réservé, in: ebd., S. 652f.; Pinay an Chauvel, Tel. 12898/902, 13. 10. 1955, Priorité absolue, Réservé, in: ebd., S. 654f.; Chauvel an Masigli, Tel. 4530, 14. 10. 1955, Très secret, Priorité la plus absolue, Réservé, in: ebd., S. 664; ders. an Pinay, Tel. 4540/42, 14. 10. 1955, Priorité absolue, Réservé, in: ebd., S. 664 f.

¹²⁰ S. Pinay an Chauvel, Tel. 13040/42, 16. 10. 1955, Priorité absolue, Réservé, nebst Aide-mémoire, in: ebd., S. 680f.; ders. an dens., Tel. 13056/59, 17. 10. 1955, Priorité, Réservé, in: ebd., S. 681 f.; Thoß, Lösung, S. 283.

¹²¹ Vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 377.

Auch Adenauer setzte jetzt ganz auf Kalmierung. Als die Bonner Oppositionsparteien in diesen Tagen einen Antrag ins Parlament einbrachten, mit dem sie die Bundesregierung aufforderten, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, um beim Scheitern des Saarstatuts Schwierigkeiten für die Saar auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu vermeiden, lehnte die Union die Behandlung kurzerhand ab¹²². Nach einem neuerlichen Vorstoß der Gegner des Statuts, welche Gutachten juristischer Kapazitäten veröffentlichten, aus denen hervorging, daß eine Ablehnung nicht zum Status quo zurückführen dürfe¹²³, schickte der Kanzler Staatssekretär Globke mit einer Reihe von Vorschlägen in die französische Botschaft, die beweisen sollten, daß ihm tatsächlich an einer Billigung des Saarabkommens gelegen sei¹²⁴. Das Pariser Kabinett erneuerte daraufhin am 19. 10. in einer Verlautbarung seinen Standpunkt, Neuverhandlungen kämen nach einem Nein nicht in Frage¹²⁵. Einen Tag später bekräftigte Pinay diese Ansicht noch einmal vor dem Auswärtigen Ausschuß der Assemblée Nationale¹²⁶. Absprachegemäß¹²⁷ begrüßte Adenauer diese umgehend veröffentlichte „letzte Warnung“ an die Saarländer¹²⁸ und betonte in einem Interview am 20. 10. erneut: „Der Weg zu einer anderen Regierung an der Saar zu kommen, geht über die Anerkennung des Statuts und die Wahl eines Landesparlaments, das in seiner Zusammensetzung gegen die Regierung Hoffmann gerichtet ist.“¹²⁹

Wenngleich der Kanzler sich also so weit, wie es ihm innenpolitisch als Regierungschef möglich erschien, für ein Ja einsetzte, zog das Auswärtige Amt auch den Fall eines Scheiterns des Referendums in sein Kalkül mit ein. Nach den letzten Meldungen aus Paris gab es keinen Anlaß daran zu zweifeln, daß Frankreich sich kaum zu Lösungen durchringen würde, die keine Rückkehr zum Status quo bedeuteten. Thierfelder sprach intern gar die Besorgnis aus, Paris werde bei einem Nein zum Saarstatut „die Saar selbst wieder in die Hand nehmen, vielleicht sogar notfalls Truppen in das Saargebiet entsenden“ und den WEU-Rat vor einer Einflußnahme ausschalten. Von Brentano hielt das zwar für ausgeschlossen, erteilte aber am 21. 10. den Auftrag, ein Memorandum vorzubereiten, um notfalls am

¹²² Vgl. ebd., S. 273.

¹²³ S. Erklärung des Deutschen Saarbundes, 17. 10. 1955, in: Dischler, Saarland, Bd. 1, S. 125 f.; de Margerie an Pinay, Tel. 4014/20, 18. 10. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 688 f.; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 275 f.

¹²⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 277, Bl. 219–221, de Margerie an MAE, Tel. 4002/13, 18. 10. 1955, Réservé, Priorité; ebd., Crouy-Chanel an Bonn, Tel. 4305/08, 18. 10. 1955, Réservé, Priorité; ebd., Bl. 240, de Margerie an MAE, Tel. 4054/55, 19. 10. 1955, Réservé, Priorité; ders. an Pinay, Tel. 4036/46, 19. 10. 1955, Priorité absolue, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 694–697.

¹²⁵ Vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 293.

¹²⁶ S. Erklärung Pinays vor dem Auswärtigen Ausschuß der Assemblée Nationale, 20. 10. 1955, in: Dischler, Saarland, Bd. 1, S. 126 f.; Hüser, Frankreich und die Abstimmung, S. 377; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 293.

¹²⁷ S. PA, B 17, Bd. 3, Bl. 45 f., von Maltzan an AA, FS Nr. 625, 20. 10. 1955, Verschlüsselt; de Margerie an Pinay, Tel. 4036/46, 19. 10. 1955, Priorité absolue, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 694–697; Schumacher, Konrad Adenauer, S. 73.

¹²⁸ So äußerte sich Carstens gegenüber dem Schweizer Vertreter in Bonn (Rebsamen an Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten, 20. 10. 1955, in: Todt (Hg.), Anfangsjahre, S. 176).

¹²⁹ Interview Adenauers mit „dpa“, 20. 10. 1955, in: AdG 1955, S. 5422; s.a. Dischler, Saarland, Bd. 1, S. 127 f.

24. 10. den Ratsmitgliedern in Paris den deutschen Standpunkt mitzuteilen¹³⁰. Adenauer wies ihn am Tag darauf schriftlich an, sich in bezug auf neue Verhandlungen über die Saarfrage „nicht in einen Gegensatz zu Frankreich“ zu stellen, sei doch in der Vergangenheit von deutscher Seite soviel geschehen, was Beanstandungen des Partner rechtfertige¹³¹. Zugleich ließ der Kanzler beim französischen Außenminister anfragen, ob beide Regierungen nicht eine Geste vorbereiten könnten, um eine etwaige gefährliche Entwicklung an der Saar sofort zu bereinigen. Er dachte dabei an einen Telegrammaustausch mit dem *Président du Conseil*, eventuell auch zwischen den beiden Außenministern, der den Vorteil hätte, der Öffentlichkeit gegenüber als spontaner Akt der Regierungschefs präsentiert zu werden. Paris wollte davon aber noch nichts wissen, sondern die Auszählung der Stimmen abwarten¹³².

Aus einem nicht gezeichneten französischen Bericht geht hervor, daß man im Quai d'Orsay zwar gute Chancen für ein Ja sah, sich aber ein breites Handlungsmuster für das Nein zurechtlegte. Sollte das Referendum scheitern, galt die Fortsetzung der Regierung Hoffmann als „la plus plausible“, die Abhaltung der Landtagswahlen hingegen als unmöglich, weil sie die Mehrheitsverhältnisse zweifellos ändern würde. Der ungenannte Autor war sogar bereit, Aufruhr und Generalstreik hinzunehmen, und glaubte, sie durch den Einsatz der Streitkräfte wie die Ablösung konzilianter Minister durch solche wie Hector bekämpfen zu können. Sollte das Gewaltszenario trotz des Verbleibs von Hoffmann ausbleiben, hielt man es im Quai d'Orsay offenbar für möglich, Hector fallenzulassen, um Hoffmann zu halten. „En tout état de cause, le maintien du *Président Hoffmann* au pouvoir entraine le recours à la force sauf si, contrairement à nos affirmations répétées, nous acceptons de négocier à nouveau avec l'Allemagne.“ Allerdings wurde ein Rücktritt Hoffmanns nicht völlig ausgeschlossen, zumindest theoretisch in seinen Konsequenzen durchdekliniert, wobei der dabei ausgearbeitete Plan recht genau dem entsprach, was sich in dieser Angelegenheit tatsächlich entwickeln sollte. Zwei Möglichkeiten schienen in diesem Fall gegeben: sofortige Demission oder Abdankung nach den Landtagswahlen. Gingen sie, was zu erwarten war, im Sinne der Deutschen aus, mußte man von den prodeutschen Parteien und vor allem der CDU-Saar als der wichtigsten und am wenigstens scharfen Kraft die Zusage erhalten, daß die Zoll- und Wirtschaftsunion für eine gegebene Zeit aufrechterhalten bliebe¹³³.

Ungeachtet der wiederholten deutschen und französischen Plädoyers zugunsten des Saarstatuts, dem sich unmittelbar vor der Öffnung der Wahllokale sehr zum Verdruß des Deutschen Heimatbundes auch noch Dehousse in einer Rundfunkrede anschloß¹³⁴, sprachen sich die Saarländer am 23. 10. nach einem überaus heftigen Wahlkampf zu 67,7% gegen das Statut aus. 32,3% stimmten mit Ja. Die Wahlbeteiligung lag bei 96,7%¹³⁵. Wie erklärt sich dieses „Wunder an der Saar“¹³⁶?

¹³⁰ PA, BStS, Bd. 230, Thierfelder an Hallstein, Vortragsnotiz, 21. 10. 1955.

¹³¹ Adenauer an von Brentano, 22. 10. 1955, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 76–78, hier S. 76.

¹³² S. de Margerie an Pinay, Tel. 4096/100, 22. 10. 1955, *Priorité absolue, Réservé*, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 705 f.

¹³³ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 277, Bl. 267–271, Aufzeichnung, (20.) 10. 1955.

¹³⁴ Vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 301–304.

¹³⁵ S. ebd., S. 364–371; AdG 1955, S. 5422.

Die politisch-ökonomische Sogwirkung durch die Bundesrepublik, die sich zu einer starken Konkurrenz entwickelnde lothringische Stahlindustrie, die sich abzeichnende sinkende Nachfrage nach saarländischer Kohle in Frankreich und die sich daraus ergebende Notwendigkeit zur Erschließung neuer Märkte, vor allem in Süddeutschland, aber auch der französische Kampf um die Röchling-Werke sowie die kaum demokratisch zu bezeichnenden Verhältnisse an der Saar hatten in der Bevölkerung einen Stimmungsumschwung bewirkt¹³⁷, den die prodeutschen Parteien in ihrem Kampf gegen die „Hoffmann-Demokratie“ sofort zu nutzen wußten.

Obwohl die Urnen noch bis 18 Uhr geöffnet waren, gestand Pinay gegenüber seinem Vertreter an der Saar schon in der Mittagszeit die Niederlage Frankreichs ein. Ausdrücklich bekannte er, den Idealen der europäischen Kooperation treu bleiben zu wollen, machte aber zugleich klar, daß jetzt nur die Bewahrung des Status quo in Frage käme: „il n’y a d’autre possibilité raisonnable que le maintien de la situation actuellement existante“¹³⁸. Dieser Marschroute entzog die Regierung Hoffmann noch in der Nacht in gewisser Weise den Boden, indem sie nach der Bekanntgabe des vorläufigen Endergebnisses kurz nach null Uhr – wohl nicht ganz freiwillig – ihren Rücktritt erklärte¹³⁹.

Hatten Faure und Pinay eine Chance versäumt, stärker in den Wahlkampf einzugreifen, wie Grandval kritisierte¹⁴⁰, ohne zu bedenken, daß dann Adenauer angesichts der beiderseitigen Pflicht zur Neutralität kaum seinen Kurs hätte aufrechterhalten können? Hatten sie die Sache schleifenlassen, weil die Lösung der Saarfrage „nie als Primärziel, sondern höchstens als Sekundärziel im Rahmen weitergehender außenpolitischer Konzeptionen“ galt¹⁴¹? Trifft der daraus schimmernde Vorwurf der Fahrlässigkeit wirklich den Kern der Sache angesichts des Zwangs, vor dem Hintergrund des EVG-Debakels und des Algerienkonfliktes auf die Öffentlichkeit in Westeuropa Rücksicht nehmen zu müssen?

Im Auswärtigen Amt weigerten sich die Beamten, „lange Gesichter [zu] machen, wie es offenbar der Bundeskanzler tut“. Sie freuten sich, daß Adenauer ein Jahr zuvor mit seinem Wunsch, statt eines Referendums nur einen Landtagsentscheid durchzuführen, bei Mendès France auf Granit gestoßen war¹⁴². Der Kanzler betrachtete das Ergebnis als schwere politische Schlappe, wenngleich er später glauben zu machen versuchte, daß er die Ablehnung des Saarstatuts erhofft habe¹⁴³. Weder diese Selbststilisierung zum „vorausschauenden Übertaktiker“ noch die Klage seiner Gegner, der Kanzler sei zur Preisgabe der Saar bereit gewe-

¹³⁶ Schneider, Wunder.

¹³⁷ S. Lahr an seinen Bruder, 24. 10. 1955, in: Lahr, Zeuge, S. 236–238; Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 282.

¹³⁸ Pinay an de Carbonnel, Tel. 1061/64, 23. 10. 1955, *Priorité absolue, Réserve, Diffusion restreinte*, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 728.

¹³⁹ S. Erklärung der saarländischen Regierung, 23./24. 10. 1955, in: EA 1955, S. 8391; Hoffmann, Ziel, S. 426; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 371–374.

¹⁴⁰ Vgl. Hüser, Frankreich und die Abstimmung, S. 379.

¹⁴¹ Ebd., S. 378.

¹⁴² Lahr an seinen Bruder, 24. 10. 1955, in: Lahr, Zeuge, S. 236.

¹⁴³ S. Aufzeichnung Adenauer, 24. 10. 1955, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 80f.; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 377.

sen, entspricht allerdings der Wirklichkeit¹⁴⁴. Nicht die Zielvorgabe, sondern die Frage nach der Rangordnung des Saarproblems im größeren außenpolitischen Konnex unterschied Adenauer von seinen Kritikern. Im Oktober 1955 wünschte er sich zweifelsohne ein Ja zum Saarstatut; aber ebenso gewiß wollte er das Provisorium einer zeitweilig autonomen Saar rechtlich offenhalten. Adenauer dachte nicht daran, dieses deutsche Gebiet abzuschreiben¹⁴⁵.

Nachdem die Saarländer einen Strich durch seine Rechnung gemacht hatten, ging es ihm vor allem um Schadenbegrenzung. Noch am späten Abend des 23. 10. gab das Auswärtige Amt zur Sprachregelung an die Auslandsmissionen die Parole aus, man respektiere die neu geschaffene Situation, setze aber alles daran, die deutsch-französische Zusammenarbeit und die Bemühungen um die europäische Integration nicht zu beschädigen¹⁴⁶. Vom Krankenlager aus sandte Adenauer nach Bekanntwerden des vorläufigen Endergebnisses am folgenden Tag ein persönliches Telegramm an Faure, in dem er ebenfalls seiner festen Überzeugung Ausdruck gab, daß der Ausgang der Volksabstimmung die guten Beziehungen zwischen beiden Staaten „nicht beeinträchtigen darf und wird“¹⁴⁷.

Genau dies wurde in der französischen Presse nicht unbedingt so gesehen. Es überwogen zwar die maßvollen Kommentare, unter denen man sogar solch bemerkenswerte Stimmen wie die von Albert Finet fand, der vollstes Verständnis für die Saarländer äußerte: „Si j'étais Sarrois, j'aurais voté non.“¹⁴⁸ Es gab aber auch anderslautende Auffassungen, etwa des linken „Combat“, der am Tag nach der Abstimmung die Prognose stellte, die „polémique franco-allemande va s'ouvrir plus ardente que jamais“¹⁴⁹.

Um einen derartigen Konflikt zu verhindern, stellte die französische Regierung noch am selben Tag in einem Communiqué fest, sie nehme das enttäuschende Ergebnis zur Kenntnis, wolle aber dem Ideal der europäischen Zusammenarbeit treubleiben. Diplomatisch verklausuliert hieß es dann weiter: „Die dadurch geschaffene Lage kann nur im legalen Rahmen der bestehenden Einrichtungen und Strukturen betrachtet werden.“¹⁵⁰ Wollte sich Paris also offiziell noch nicht über den nunmehr einzuschlagenden Kurs äußern, so ließ doch ein Briefaustausch zwischen Adenauer und Pinay erkennen, wie sehr beide Seiten auf eine einvernehmliche Lösung bedacht waren, ohne die von den Angelsachsen bereits intern abgestimmte Hilfe von außen¹⁵¹ in Anspruch nehmen zu wollen. Natürlich hatten die Saarländer den Deutschen und Franzosen ein großes Hindernis in den Weg gelegt. Doch mochten sich die Nachbarn dadurch nicht vom eingeschlagenen Weg der engen Entente abbringen lassen. „Maintenant plus que jamais“, so rief der Außenminister dem Kanzler zu, „nous devons redoubler d'efforts pour éliminer les causes de discorde dans le respect des intérêts essentiels de chacun et pour atteindre

¹⁴⁴ Thoß, Lösung, S. 285.

¹⁴⁵ Vgl. ebd., S. 285 f.

¹⁴⁶ S. PA, B 17, Bd. 3, Bl. 68 f., von Welck an Paris etc., Tel. 599 etc., 23. 10. 1955, Verschlüsselt, Citissime.

¹⁴⁷ Adenauer an Faure, Tel., 24. 10. 1955, in: Bulletin 1955, S. 1679; s.a. Cahn, Second retour, S. 15 f.

¹⁴⁸ Artikel Finet, in: „Réforme“, 29. 10. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 514–516, hier S. 516.

¹⁴⁹ Artikel Fabiani, in: „Combat“, 24. 10. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 508 f., hier S. 509.

¹⁵⁰ Communiqué des Quai d'Orsay, 24. 10. 1955 (Übersetzung), in: EA 1955, S. 839 f.

¹⁵¹ Vgl. Thoß, Lösung, S. 281–283.

les objectifs que nous nous sommes fixés.“ Wesentlich warmherziger, als es Faure in einem Telegramm an Adenauer ausdrückte, unterzeichnete er sein Schreiben mit „mes sentiments les plus amicaux“¹⁵². Die Bundesregierung empfand diese Haltung keineswegs als selbstverständlich. Als von Brentano am Nachmittag dieses 24. 10. mit Pinay in Paris zur letzten Abstimmung für die Genfer Außenministerkonferenz zusammentraf¹⁵³, tat er es mit unverkennbarem Unbehagen, konnte sich aber rasch persönlich davon überzeugen, wie unbegründet seine Sorgen waren¹⁵⁴. War Frankreich, so stellte sich nun die alles entscheidende Frage, aber bereit, von seiner bisher stets betonten Linie abzuweichen und in neue Verhandlungen mit der Bundesrepublik über die Saarfrage einzutreten?

¹⁵² Pinay an Adenauer, mitgeteilt in: ders. an François-Poncet, Tél. 4378, 25. 10. 1955, Priorité, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 735; s.a. PA, BStS, Bd. 350, Adenauer an Pinay, 24. 10. 1955, in französischer Übersetzung in: DDF 1955, Bd. 2, S. 735; vgl. Faure an Adenauer, 24. 10. 1955, in deutscher Übersetzung in: Bulletin 1955, S. 1679.

¹⁵³ Vgl. Kap. IV.1.1.

¹⁵⁴ Vgl. PA, BStS, Bd. 338, Erklärung von Brentanos auf der Konferenz der Missionschefs in Bonn, 8. 12. 1955, Abschrift der Tonbandaufnahme; ebd., Konferenz der Missionschefs vom 8. 12. 1955, Geheim.

IV.3.2 Der Luxemburger Vertrag vom 27. 10. 1956

„Difficile, sinon impossible, d'envisager un retour pur et simple au statu quo“

Das Saarstatut war gescheitert, aber eine Ersatzlösung nicht in Sicht. Die Regierungen in Bonn und Paris bemühten sich um Kalmierung, ohne zu wissen wie es nun weitergehen sollte. Vieles, wenn nicht alles, kam jetzt auf die Reaktion Frankreichs an, die freilich zum Gutteil davon abhing, wie die Deutschen mit dem Ergebnis des Saarreferendums umgingen. Häme, Schadenfreude oder gar nationalistische Aufwallungen waren gewiß kontraproduktiv. Die Anhänger der deutsch-französischen Verständigung beobachteten mit Erleichterung, wie bescheiden, ja zurückhaltend das Gefühl des Triumphes in Bonn und andernorts ausfiel. Zufriedenheit ja, aber selbst bei den Befürwortern der prodeutschen Saarfraktion keine nationalistische Explosion, meldete der französische Geschäftsträger de Margerie am Abend nach der Volksabstimmung über die Atmosphäre in Bonn. Allerdings kam er nicht umhin zu betonen, daß ein Gedanke sämtliche Kommentare durchzöge: Die Rückkehr zum Status quo sei nunmehr unmöglich. Auch die Bundesregierung, dessen war er überzeugt, werde zweifellos Neuverhandlungen fordern, ohne die auf Frankreich zukommenden Schwierigkeiten zu unterschätzen¹. In diesem Sinne konnte auch ein Communiqué des Bundeskabinetts interpretiert werden, das nach ihrer Sitzung vom 24. 10. veröffentlicht wurde. Mit dem Nein zum Saarstatut, so hieß es da, stelle sich „von neuem die Aufgabe“ eine Lösung zu finden, die dem Willen der Saarländer Rechnung trage und sowohl der deutsch-französischen Zusammenarbeit als auch dem Ziel der europäischen Gemeinschaft diene².

Obwohl London und Washington sich für den nun eingetretenen Notfall intern darauf verständigt hatten, der Rückkehr zum Status quo ante im Grundsatz Rechnung zu tragen³, ging man in Paris davon aus, mit der Ankündigung einer solchen Lösung an der Saar Schwierigkeiten heraufzubeschwören und den Protest der Partner in der WEU zu provozieren. André François-Poncet, der ehemalige französische Botschafter, hielt es in einem Artikel des „Figaro“ nach dem „vote néfaste“ zwar für logisch und juristisch gerechtfertigt, zum Status quo ante zurückzukehren. Er fügte aber sofort einschränkend hinzu, man könne den Ausgang des Referendums nicht einfach ignorieren⁴. Eine Resolution der SFIO bedauerte zwar ausdrücklich das Votum im Saarland, lehnte aber die Aufrechterhaltung des Ist-Zustandes als schlechteste aller Politiken ab⁵. Ähnlich argumentierte auch der Quai d'Orsay. Dort hieß es am Tag nach dem Plebiszit, es sei „difficile, sinon impossible, d'envisager un retour pur et simple au statu quo“. Da das Referendum ein Votum gegen die Autonomie der Saar bedeute, sei Bonn nun der einzige echte

¹ S. de Margerie an Pinay, Tel. 4106/20, 24. 10. 1955, Urgent, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 729–731; vgl. Artikel Dombrowski, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 26. 10. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 512–514.

² Communiqué der Bundesregierung, 24. 10. 1955, in: Bulletin 1955, S. 1679; s.a. PA, B 17, Bd. 3, Bl. 73, von Welck an Washington etc., Tel. 770 etc., 24. 10. 1955, Citissime.

³ Vgl. Thoß, Lösung, S. 281.

⁴ Artikel François-Poncet, in: „Le Figaro“, 25. 10. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 510–512, hier S. 510.

⁵ S. Resolution des Parteivorstands der SFIO, 25. 10. 1955, in: ebd., S. 509f.

Verhandlungspartner für die neue Regelung. Eine bilaterale Klärung biete den Vorteil, die Pariser Wirtschaftsinteressen am besten zu wahren und nicht einem neuen Referendum unterworfen werden zu müssen. Um Zeit zu gewinnen und die Konstituierung der neuen Saarregierung abzuwarten, empfahl die Generaldirektion Politik, zunächst die vorhandenen Strukturen bestehen zu lassen und dann eine exakte Prüfung der Situation vorzunehmen. Grundsätzlich galt die Devise, es sei keine Lösungsmöglichkeit auszuschließen und weiterhin auf die europäische Solidarität zu setzen, für die die deutsch-französische Kooperation essentiell sei⁶.

Der beiderseitige Wille zur einvernehmlichen Verständigung wurde wenige Tage danach auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Da die Installation der neuen Regierung nach dem Rücktritt Hoffmanns auf sich warten ließ und das Mandat der Dehousse-Kommission am 23. 10. um Mitternacht endete, drohte die Gefahr eines politischen Vakuums. Noch in der Nacht baten die Heimatbundparteien Dehousse darum, mit seinem Ausschuß auch noch den ordnungsgemäßen Verlauf der Landtagswahlen zu überwachen. Am 26. 10. erklärte sich der französische Ministerrat mit einer Verlängerung und Erweiterung des Kommissionsmandats einverstanden⁷. Frankreich fühlte sich allerdings mit der Zurückweisung des europäischen Statuts wieder voll für die Saar verantwortlich und befürwortete die Ernennung einer Übergangsregierung bis zur Wahl eines neuen Landtags⁸. Entrüstet mußte man aber zur Kenntnis nehmen, daß die Bundesregierung ungeachtet aller Solidaritätsbekundungen des Kanzlers die Forderungen der Heimatbundparteien an der Saar unterstützte und sich dafür aussprach, den saarländischen Landtag sofort aufzulösen und die exekutiven wie legislativen Befugnisse der WEU zu übertragen. Mit Vehemenz protestierte der Quai d'Orsay gegen dieses Ansinnen und bestand darauf, das Parlament zunächst im Amt zu lassen, damit es das Wahlgesetz und den Zeitpunkt für den nächsten Urnengang bestimme⁹.

Am 29. 10. kam die WEU der Bitte nach Verlängerung des Auftrags der Dehousse-Kommission nach. Ohne genaue Festlegung der Dauer übertrug sie ihr die Überwachung der demokratischen Freiheiten vor und während der Landtagswahl¹⁰. Am selben Tag wurde die Zusammensetzung des saarländischen Übergangskabinetts unter dem Vorsitz des parteilosen Präsidenten der Landesversicherungsanstalt des Saarlandes, Heinrich Welsch, bekanntgegeben. Ihre Nominierung traf in Saarbrücken, Paris und Bonn allenthalben auf Zustimmung, da der Deutsche Heimatbund auf einen direkten Machtwechsel zugunsten dieses Fachkabinetts verzichtet hatte. Gleichzeitig einigte sich der Landtag in einer dramatischen Nachtsitzung darauf, die Neuwahlen auf den 18. 12. anzuberaumen und sich am Vorabend selbst aufzulösen¹¹.

⁶ Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 24. 10. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 733–735, hier S. 733.

⁷ Vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 376–378.

⁸ S. Pinay an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 81, 28. 10. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 750 f.

⁹ S. PA, B 17, Bd. 3, Bl. 143 f., von Maltzan an AA, FS Nr. 654, 28. 10. 1955, Verschlüsselt, Citissime; zu den Forderungen auf Auflösung des Landtags durch die Heimatbundparteien vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 380.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 378 f.

¹¹ Vgl. Cahn, Second retour, S. 22 f.; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 374 f. u. 379–381.

Im Auswärtigen Amt galt es nun als ausgemacht, daß der Impuls zur Regelung der Saarfrage weder von Bonn noch von Paris, sondern von Saarbrücken ausgehen müsse. Auf eine interne Einflußnahme „in Richtung brauchbarer Lösungen“ wollte man freilich nicht verzichten, gedachte vielmehr, sofort inoffizielle Verbindung mit den Saarparteien aufzunehmen, um sie angesichts der nicht volllegitimierten Regierung Welsch, der Genfer Außenministerkonferenz und der für den Winter bevorstehenden französischen Wahlen zur Verschiebung einer offiziellen Initiative zu veranlassen. Als Ziel galt die Parole der Saar-Parteien: „politisch zu Deutschland, wirtschaftlich Sonderstatus“. Dabei schätzten die Beamten in der Koblenzer Straße die Bedingungen für eine politische Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik wegen des „unschätzbaren Wert[es]“ einer endgültigen Bereinigung des Saarproblems für das deutsch-französische Verhältnis als durchaus günstig ein. In bezug auf die ökonomische Ausnahmeregelung gingen sie als Minimalkonzession an Frankreich von der Zollunion, als Maximalkonzession von der Zoll- und Währungsunion aus, schlossen also die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsunion aus. Praktisch lief das auf ein deutsch-französisches Kondominium mit auseinanderfallender Staats- und Zoll- bzw. Währungsgrenze hinaus¹².

Mit den französischen Vorstellungen waren diese Planungen nicht gerade deklungsleich. Bei einem interministeriellen Treffen sprachen sich die Vertreter der technischen Ressorts aus Sorge vor einer für Frankreich immer ungünstiger werdenden Entwicklung an der Saar Anfang November dafür aus, möglichst rasch ökonomische Entscheidungen zu treffen. Dabei gedachten sie die *à la longue* unvermeidlichen Opfer sofort einzugehen, „pour les monnayer contre le maintien, dans l’avenir, des intérêts que nous jugeons essentiels“¹³. Zu diesen wesentlichen Zielen zählte unter anderem ein deutsch-französischer Vertrag über die Moselkanalisierung, die von Frankreich seit 1953 immer wieder auf die beiderseitige Agenda gesetzt worden war¹⁴. Wie von Erhard Anfang April bereits angeregt¹⁵, hatte Adenauer Pinay im Juni 1955 zugesagt, eine bilaterale Studienkommission zur Behandlung der juristischen und finanziellen Probleme der Kanalisierung zu bilden, ohne aber eine Verpflichtung über den Bau zu übernehmen¹⁶. Angesichts der starken Widerstände aus den Reihen der deutschen Industrie, der saarländischen Bevölkerung, aber auch von Seiten Belgiens und Luxemburgs¹⁷ verschleppte das Auswärtige Amt die Angelegenheit aber immer wieder¹⁸, obwohl die Gegenargumente intern als „schwach und widerspruchsvoll“ bewertet wurden und bei einer positiven Haltung eine Verbesserung des wirtschaftlichen Verhältnisses zu Frankreich lockte¹⁹. Da er eine weitere Verzögerung für inopportun hielt, sagte

¹² PA, B 17, Bd. 36, Bl. 134–136, Aufzeichnung, Oktober 1955.

¹³ Interministerielles Treffen im Quai d’Orsay vom 3. 11. 1955, 4. 11. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 772–779, hier S. 774, auch in: BDFD II, S. 261–266, hier S. 262.

¹⁴ S. Kap. III.3.4; zur Moselkanalisierung vgl. insgesamt: Cahn, *Second retour*, S. 235–289.

¹⁵ S. Erhard an Adenauer, *Gesch.Z. I A 1 d-1158/55*, IIID3–71471/55, 4. 4. 1955, Vertraulich, in: BDFD II, S. 335–337.

¹⁶ S. PA, Abt. 3, AZ 372–08E, Lahr u. von Maltzan an AA, Tel. 367, 18. 6. 1955, Verschlüsselt.

¹⁷ S. Schröder an Erhard, 10. 1. 1955, in: BDFD II, S. 331 f.

¹⁸ S. Adenauer an von Brentano, 21. 6. 1955, in: Adenauer, *Briefe 1953–1955*, S. 303.

¹⁹ Lahr an Hallstein, Aufzeichnung 410–372–08/22–690/55, 29. 1. 1955, in: BDFD II, S. 333 f., hier S. 333.

Adenauer Pinay Anfang Juli die Vorbereitung der Gründung der gemeinsamen Kommission zu²⁰. In den folgenden zwei Wochen einigten sich beide Regierungen auf die Zusammensetzung zweier Verhandlungsdelegationen, die auf französischer Seite vom Senator Alain Poher, auf deutscher Seite von Botschafter von Maltzan geleitet werden sollten²¹.

In Paris wußte man nur zu gut, daß die Probleme noch keineswegs behoben waren. Weniger aus wirtschaftlichen, denn aus psychologisch-politischen Erwägungen fehlte dem Moselkanal in der Bundesrepublik die Lobby. Erschwerend hinzu kam die Tatsache, daß Adenauer und Mendès France sich im Januar darauf verständigt hatten, den Bau der Wasserstraße von einer für Bonn befriedigenden Regelung zum Rheinseitenkanal abhängig zu machen²², der östlich des Rheins viele Gegner besaß. Das Auswärtige Amt riet dem Quai d'Orsay daher zu einer Verbindung beider Projekte mit dem Ziel, die baden-württembergische Regierung durch eine Unterbrechung der Arbeiten am Rheinseitenkanal in den Kreis der Befürworter des Moselkanals herüberzuziehen. Wenn die Kommission für diese Wasserstraße ihre Arbeit erst aufgenommen hätte und die Arbeiten an der anderen plangemäß weitergingen, so warnte Hallstein François-Poncet Ende Juli, sei mit einer desaströsen Wirkung in Deutschland zu rechnen, die es niemandem mehr erlaube, sich für den Moselkanal einzusetzen. Der Botschafter hielt nicht viel von dieser Idee, setzte man sich doch mit einem Baustopp am Canal d'Alsace der Gefahr aus, am Ende beide Wasserstraßen nicht zu realisieren. Sein Fazit fiel mehr als deutlich aus: Ein Weiterbau des Rheinseitenkanals ohne vorherige Einvernahme zwischen beiden Regierungen mache jedes weitere Gespräch über den Moselkanal überflüssig²³. Kurz nach der konstituierenden Sitzung des Poher-von-Maltzan-Ausschusses versicherte Pinay Adenauer Mitte September in einer von François-Poncet überbrachten mündlichen Mitteilung, er werde während der Kommissionsarbeiten keine Tatsachen schaffen, die die Realisierung des Moselkanals gefährden könnten, und sei außerdem bereit, die Anfang 1955 unterbrochenen Gespräche über den Rheinseitenkanal wieder aufzunehmen²⁴.

Neben der Frage der Moselkanalisierung zählten die Teilnehmer in der interministeriellen Sitzung in Paris am 3. 11. aber auch die französische Vertretung in den Verteilungsorganismen für Kohle und Stahl, die Verlängerung des Pachtvertrags im Warndtkohlegebiet, die Fortexistenz der wichtigsten gemischten französisch-saarländischen Gesellschaften und die Klärung der Röchling-Frage zu den vor-

²⁰ S. Adenauer an von Brentano, 21. 6. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 303; DDF 1955, Bd. 2, S. 80, Anm. 2.

²¹ S. PA, Abt. 3, AZ 372–08E, François-Poncet an Adenauer, Nr. 2533, 8. 3. 1955 (Übersetzung); ebd., B 14, Ref. 217, AZ 372–08E, Bd. 2, Unterredung zwischen dens. vom 15. 7. 1955, 372–08E/8600/55, 16. 7. 1955, nebst Anlage; ders. an Pinay, Tel. 2766/74, 15. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 80–82.

²² S. Adenauer an Mendès France, 14. 1. 1955, Geheim, in: BDFD II, S. 333, Anm. 1; vgl. DDF 1955, Bd. 2, S. 158, Anm. 1. Zu den deutsch-französischen Konsultationen über den Rheinseitenkanal s. die Akten in: PA, Abt. 3, AZ 372–13E, Bd. 1–8.

²³ S. François-Poncet an Pinay, Tel. 2983/3006, 29. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 158f.; PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen dems. und von Brentano vom 29. 7. 1955, 30. 7. 1955, Konzept.

²⁴ S. Ebd., Abt. 3, AZ 372–08E, von Maltzan an AA, FS Nr. 516, 7. 9. 1955; ebd., Erklärung François-Poncets, 15. 9. 1955; Pinay an François-Poncet, Tel. 3909, 14. 9. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 503.

rangigen Interessenfeldern. Sie kamen überein, eine Lösung des Saarproblems in zwei Etappen zu suchen, wobei die erste, die Aufrechterhaltung des Status quo, etwa zwei Jahre dauern sollte. Sah Frankreich seine Interessen gewahrt, konnte die Saar danach in der zweiten Phase wirtschaftlich in die Bundesrepublik eingegliedert werden. Ungeachtet der Bedenken einiger Kollegen empfahlen die Vertreter des Quai d'Orsay zur Verhandlungstaktik, schon jetzt mit dem Endziel der Aufhebung des Wirtschaftsunion in die Verhandlungen zu gehen. Clappier, der Directeur des Relations économiques extérieures im Finanz- und Wirtschaftsministerium, hoffte hingegen immer noch auf eine europäische Lösung. Da er ohne eine Zollgrenze kaum Chancen sah, sich des rasch steigenden Importdrucks aus der Bundesrepublik und dem Saarland zu erwehren, plädierte er für eine Art Freihandelszone, „expérience qui pourrait servir à préparer une solution de caractère européen“²⁵.

Zunächst sah sich Frankreich aber weniger ökonomischen, denn politischen Pressionen aus dem Saarland ausgesetzt. Kurz nach ihrer Investierung begann die Regierung Welsch damit, die von ihrer Vorgängerin erlassenen Restriktionen politischer Freiheiten aufzuheben, die politisch motivierten Ausweisungen zu annullieren, den Generaldirektor des saarländischen Rundfunks, Görgen, aus dem Amt zu entfernen und den saarländischen Gesandten in Paris ultimativ zur Liquidierung seiner Mission aufzufordern. Aus Sicht des großen Nachbarn im Westen hatte sie ihre Kompetenzen damit weit überschritten, und seine Reaktion fiel entsprechend hart aus. Paris entsandte nicht nur Polizeikräfte an die Saar, sondern ließ auch in Saarbrücken eine Protestnote überreichen, die Welsch das Recht zu politischen Maßnahmen absprach, sofern sie nicht mit der WEU abgestimmt seien. Gleichzeitig wandte man sich an Bonn, um seiner Befürchtung Ausdruck zu verleihen, daß die Aktionen der Heimatbundparteien den neuen Landtag dazu ermuntern könnten, eine Angliederung „pur et simple“ an die Bundesrepublik zu proklamieren. Keineswegs ausgeschlossen erschien den Franzosen auch der Versuch saarländischer Spitzenpolitiker wie Schneider und Ney, in der Bundespolitik Karriere machen zu wollen. Um nicht der Gefahr eines Landtagswahlsiegs von Politikern „à tendance nazie“ zu erliegen, spielten sie mit dem Gedanken, die Wahlen unter einem Vorwand zu verschieben²⁶. In Bonn ging daraufhin das Schreckgespenst um, Paris werde das Votum der Saarländer ungeachtet anderslautender Verlautbarungen doch nicht akzeptieren. Der FDP-Politiker Haußmann etwa befürchtete eine erhebliche Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die Europapolitik und die Frage der deutschen Einheit²⁷.

²⁵ Interministerielles Treffen im Quai d'Orsay vom 3. 11. 1955, 4. 11. 1955, in: ebd., S. 778. Zur Warndtfrage vgl. ausführlich: Cahn, *Second retour*, S. 195–233.

²⁶ MAE an Manziarly de Dellinyestie, Tel. 233/39, 7. 11. 1955, *Réserve*, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 781–783, hier S. 782; s.a. PA, B 17, Bd. 3, Bl. 195 f., von Maltzan an AA, FS Nr. 671, 4. 11. 1955, Verschlüsselt, Citissime; ebd., Bl. 222, ders. an dass., FS Nr. 686, 11. 11. 1955, Verschlüsselt, Citissime; Schneider, Wunder, S. 481 f.; Cahn, *Second retour*, S. 24 f.

²⁷ S. Haußmann an Dehler, 3. 11. 1955, in: BDFD III, S. 516–518.

Welsch wies die französische Kritik umgehend zurück²⁸, und auch im Auswärtigen Amt hielt man die Ängste für übertrieben²⁹. Gegenüber dem Generaldirektor des Quai d'Orsay, Roland de Margerie, versicherte von Brentano Anfang November am Rande der Genfer Außenministerkonferenz, daß Leute wie Schneider in der Bundesrepublik politisch keinen Zulauf bekämen. Allerdings wollte er sich den französischen Besorgnissen auch nicht vollständig verschließen und stimmte daher der Schaffung eines von der WEU vorgeschlagenen und von Frankreich begrüßten internationalen Tribunals zu, um die Anhänger des Saarstatuts vor politischer Verfolgung zu schützen³⁰.

Sofortregelung oder Übergangsregime?

Mit diesem Zugeständnis konnte der Bundesaußenminister gleichwohl nicht verhindern, daß sich die Haltung der französischen Regierung zusehends versteifte. Man nahm die politische Entwicklung an der Saar verstärkt ins Auge und meinte, nicht nur materielle Wirtschaftsinteressen wahren, sondern auch eine moralische Verpflichtung gegenüber der großen Minderheit der Befürworter des Saarstatuts übernehmen zu müssen. Vor allem aber schien es notwendig, sich den nationalen Kräften an der Saar entgegenzustellen, drohten sie doch irredentistische Gelüste in Deutschland zu entfachen, die in Frankreich gewiß nicht ohne Reaktion bleiben würden. „Le création d'un climat pan-germaniste en Sarre aurait inévitablement pour effet de provoquer une crise grave dans les rapports franco-allemande.“ Als Lösung des Problems schwebte dem Quai d'Orsay vor, bestimmte Entscheidungen und Gesetze der Saar für eine begrenzte Zeit der WEU zu überantworten³¹. Darüber hinaus nahm das Ministerium auch von der in der interministeriellen Sitzung von den technischen Ressorts zum Ausdruck gebrachten Auffassung Abstand, man solle möglichst bald die Wirtschaftsunion mit der Saar aufgeben, um so die wirklich zentralen ökonomischen Interessen zu retten. Für die im Kampf um Macht geschulten Diplomaten besaß die rasche Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik nämlich den Pferdefuß, daß Frankreich sich so der effektivsten Druckmittel zur Durchsetzung seiner Interessen selbst beraubte. Grundsätzlich blieben sie aber für die Eingliederung der Saar bei dem Zwei-Phasen-Plan, wobei sie für den zweiten Abschnitt bis zur Erschließung neuer Energiequellen auf ein Pachtverhältnis des Warndt beharrten, ein Kontroll- und Aufsichtsrecht in den saarländischen Minen und Kohleverkaufsorganisationen verlangten und die Möglichkeit bestimmter Finanzreglements für den Ankauf saarländischer Kohle einforderten³². Da die bilaterale Handelsbilanz ein großes Plus für Frankreich aufwies und die Saar als wichtigster Kunde fungierte³³, mußten bestimmte Handels-

²⁸ Vgl. Schneider, Wunder, S. 482.

²⁹ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Hallstein an von Brentano, Vermerk Tgb.Nr.St.S. 1334/55, o.D.

³⁰ S. de Margerie an MAE, Tel. 338/42, 10. 11. 1955, Priorité, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 790 f.; Cahn, Second retour, S. 25 f.

³¹ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 278, Bl. 187–190, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 5. 11. 1955; s.a. ebd., Bd. 279, Bl. 18 f., Aufzeichnung ders., 9. 11. 1955 (Konzept TC).

³² S. ebd., Bd. 278, Bl. 191–194, Aufzeichnung ders., 5. 11. 1955; s.a. ebd., Bl. 222–224, Aufzeichnung ders., 9. 11. 1955 (Konzept TC).

³³ S. ebd., Bd. 279, Bl. 191–199, Aufzeichnung ders., 30. 11. 1955 (Konzept CP).

ströme etwa durch die Schaffung einer Freizone im Saarland aufrechterhalten und die Chance für französische Firmen zur Fortsetzung ihrer Arbeit gesichert werden. Als Ausgleich für den Verzicht auf Reparationen, den die Rückkehr der Saar aus Pariser Sicht bedeutete, sah man sich berechtigt, weit bedeutendere Kompensationen zu verlangen als die Moselkanalisierung³⁴.

Mit dem Abstand einiger Wochen vom gescheiterten Saarreferendum verfestigte sich in Paris noch die Überzeugung, daß die sofortige Rückkehr der Saar nach Deutschland für Frankreich inakzeptabel sei. Da man aber die Aufrechterhaltung des Status quo der Bundesrepublik und der Saar nicht glauben zu können, sprachen sich einige Beamte im Quai d'Orsay für eine auf der Basis einer deutsch-französischen Übereinkunft fixierte Internationalisierung der Saar aus. Konkret bedeutete dies die Anerkennung des deutschen Charakters der Saar, die Einrichtung einer provisorischen WEU-Oberhoheit sowie die Bewahrung des Status quo bis zur Festlegung einer definitiven Lösung, die die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs sichern müsse und einen mehr oder weniger akzentuierten europäischen Charakter tragen solle³⁵. Erste Aufschlüsse über die Verhandelbarkeit derartiger Erwägungen mußte die Reise Pinays am 13. 11. zu Adenauer nach Rhöndorf erbringen.

Wenngleich man sich vornehmlich über das Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz und die Notwendigkeit zur „relance européenne“ austauschte³⁶, nutzte der französische Außenminister die Gelegenheit der ersten persönlichen Begegnung mit dem Kanzler nach dem gescheiterten Referendum doch, um seine große Sorgen über die nationalistischen Exzesse an der Saar darzulegen. Abermals wünschte Pinay, dieser problematischen Entwicklung mit einer gemeinsamen Erklärung entgegenzutreten. Adenauer verurteilte zwar die Auswüchse, hielt sie aber offenbar für weniger gefährlich. Seiner Ansicht nach mußte es nun darum gehen, eine provisorische Lösung abseits der im Saarstatut vorgesehenen Wege zu finden, sie auf drei bis vier Jahre zu beschränken und den Saarländern dann ein Definitivum anzubieten. Damit hoffte er der nationalistischen Propaganda den Boden zu entziehen. Von Brentano meldete sich zu Wort und bezeichnete es als Fehler, noch vor den Landtagswahlen entsprechende Diskussionen zu beginnen. Denn dann hätten die Nationalisten leichtes Spiel, indem sie der Bevölkerung erklärten, Deutsche und Franzosen würde über ihren Kopf hinweg das Schicksal der Saar entscheiden. Pinay ging nicht näher darauf ein, betonte lediglich, wie wichtig es für Frankreich sei, daß die zukünftige Regelung seine Wirtschaftsinteressen in sehr großem Umfang berücksichtige³⁷. Seinem Wunsch gemäß unterstrichen beide Seiten im Kommuniqué schließlich ihre Entschlossenheit, „in Abstimmung mit der aus den nächsten Wahlen hervorgehenden Saarregierung eine Lösung des Saarproblems zu suchen, die den wesentlichen Interessen beider Länder,

³⁴ S. ebd., Bd. 278, Bl. 191–194, Aufzeichnung ders., 5. 11. 1955; s.a. ebd., Bl. 222–224, Aufzeichnung ders., 9. 11. 1955 (Konzept TC).

³⁵ S. Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 11. 11. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 798–800.

³⁶ Vgl. Kap. IV.1.1 u. IV.2.1.

³⁷ S. Unterredung zwischen Adenauer und Pinay vom 13. 11. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 485; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 390, Bl. 183–185, de Margerie an MAE, Tel. 4371/86, 13. 11. 1955, Priorité, Réserve; Blankenhorn, Verständnis, S. 239, Tb. 13. 11. 1955.

namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet, ebenso Rechnung trägt wie dem gemeinsamen Willen der beiden Regierungen, ihre Bemühungen um einen europäischen Zusammenschluß fortzusetzen“³⁸.

Pinay hatte den deutschen Boden nach diesem sehr vertrauensvollen Gespräch noch nicht wieder verlassen, da mußte er sich schon fragen, ob er Adenauer nicht zu vertrauensselig gegenüber aufgetreten war. Hallstein legte das Kommuniké nämlich im Gespräch mit Journalisten so aus, als ob die Bereinigung der Saarfrage nicht nur mit Saarbrücken abgestimmt, sondern mit dessen aktiver Beteiligung ausgehandelt werde müsse, weil man dann auf eine Stimme mehr zählen könne³⁹. Der Quai d'Orsay nahm die Rhöndorfer Begegnung zum Anlaß, eine erste „Esquisse d'un règlement de la question sarroise“ auszuarbeiten. Sie ging davon aus, daß Frankreich an der Saar nur noch defensive politische Ambitionen besitze. Die Saar dürfe nicht zum Herd nationalistischer Agitation oder zum Nährboden politischer Verfolgungen werden. Wirtschaftlich dagegen fielen die eigenen Interessen beträchtlich aus. Ziel sollte es jetzt sein, die an der Seine widerstreitenden Thesen, eine möglichst rasche politische wie wirtschaftliche Rückkehr der Saar teuer zu verkaufen bzw. eine möglichst lange Übergangslösung auszuhandeln, miteinander in Einklang zu bringen. Im Austausch mit den eigenen Rechten wolle man sofort jene wirtschaftlichen Vorteile einlösen, auf denen man definitiv bestand. Gleichzeitig beabsichtige man, auf eine Übergangszeit zu beharren, in der der Status quo vollständig bestehen bleiben sollte. Als notwendig betrachtete das Ministerium dazu den Abschluß einer deutsch-französischen Konvention, die dem neuen saarländischen Landtag, nicht aber der Bevölkerung unterbreitet würde. Die Übergangsperiode befristete es jetzt auf etwa zehn Jahre, damit die saarländische Wirtschaft den Wechsel verkraften konnte. Für diese Zeit gedachte der Quai d'Orsay, die Wirtschaftsunion mit der Saar weitgehend zu erhalten, die Saar als deutsches Gebiet anzuerkennen und mit engen Verbindungen zur WEU zu versehen. So sollte ein WEU-Kommissariat die politischen Freiheiten überwachen und ein internationales Tribunal den Schutz jener Bevölkerungsteile sichern, die für das Saarstatut gestimmt hatten. Auch nach Abschluß des Übergangsregimes und der Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik behielt sich Frankreich den Planungen des Quai d'Orsay gemäß wirtschaftliche Vorteile vor, die permanent dauern und bereits mit Beginn der Übergangszeit anerkannt werden müßten. Dazu gehörten die Pacht des Warndt, ein Interpretationsprotokoll zum EGKS-Vertrag, Erleichterungen für französische Unternehmen im Saarland und eine Niederlassungskonvention, die Aufrechterhaltung der bestehenden Handelsströme, Teilhabe Frankreichs an der Minenverwaltung und Verkaufsorganisationen sowie eventuell die Moselkanalisierung⁴⁰.

Welcher Geist in diesen Wochen durch die französischen Kabinette schwebte, verdeutlicht eine von Michel Legendre verfaßte Aufzeichnung der Unterabteilung Zentraleuropa im Quai d'Orsay, die Pinay die Empfehlung unterbreitete, in den künftigen Saarverhandlungen viel stärker als bisher die historische Dimension des

³⁸ Kommuniké zur Unterredung zwischen Adenauer und Pinay, 13. 11. 1955, in: AdG 1955, S. 5463A.

³⁹ S. de Margerie an MAE, Tel. 4406/08, 14. 11. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 804f.

⁴⁰ S. Aufzeichnung des MAE, 19. 11. 1955, Secret, in: ebd., S. 829–831.

Probleme einzubringen. Aus Sicht der Beamten folgte die französische Saarpolitik seit 1945 drei Imperativen: einem wirtschaftlichen, einem sicherheitspolitischen und einem zum Schutz von Elsaß und Lothringen. In einer Zeit, da die Kohleproduktion als wichtiger Indikator für die industrielle Macht eines Staates galt, sicherte die saarländische Kohle die lothringische Stahlindustrie und leistete implizit einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zur Bundesrepublik. Ungeachtet der durch NATO und WEU völlig geänderten Situation gegenüber 1945 forderten Pinays Mitarbeiter dazu auf, nicht zu vergessen, welch große Bedrohung deutsche Truppen im Saarland für Frankreich darstellen würden. Während Baden und Württemberg stets friedvoller und weniger bevölkert gewesen sei, habe das Saarland immer als „bastion prussien et pangermaniste, surindustrialisé et surpeuplé“ fungiert. Die Festigkeit oder Schwäche Frankreichs würden der Bundesrepublik als Test für eigene zukünftige Ambitionen dienen. Legendre hielt zwar am Zwei-Phasen-Modell fest, ging aber bezüglich der Wahrung eigener Wirtschaftsinteressen im Rahmen der definitiven Lösung weit über die Forderungen der anderen Ministerien hinaus: freier Abbau und freie Nutzung der Warndtkohlefelder, Aufrechterhaltung der französischen Beteiligung an der Verwaltung der saarländischen Minen und der Röchling-Stahlwerke, Bewahrung der französisch-saarländischen Handelsströme. Nachdem Frankreich die „invraisemblable imprudence“ begangen habe, die Rechte an der Ruhr aufzugeben und in der fundamentalen Transportfrage sich mit vagen, niemals gehaltenen deutschen Versprechungen abzufinden, müsse es seine Interessen diesmal offensiv verteidigen. Dazu gehöre angesichts der fehlenden Wasserwege in Lothringen und der dadurch gegebenen Abhängigkeit von den Preisen der Bundesbahn auch die Forderung, die Wirtschaftsunion erst nach der Kanalisierung der Mosel aufzulösen. Doch damit nicht genug: Sicherheitspolitisch meinte Legendre von der Bundesrepublik sechs Monate nach deren Aufnahme in die NATO außerdem noch die Zusage verlangen zu müssen, keine Streitkräfte im Saarland zu stationieren. Daß Frankreich damit den Beweis „d'une grande suspicion à l'égard d'un membre de l'OTAN et de l'UEO“ erbrachte, war ihm sehr wohl bewußt, änderte gleichwohl nichts an seiner Einstellung, das Saarland dürfe nicht wieder „la forteresse avancée du nationalisme et du pangermanisme le plus violent“ werden⁴¹.

Eine neuerliche interministerielle Sitzung, die am 24. 11. – diesmal auf der Ebene der Minister – stattfand, verdeutlichte abermals, wie sehr die verschiedenen Positionen innerhalb der französischen Regierung noch immer auseinanderklafften. Pinay betonte eingangs, Frankreich akzeptiere in politischer Hinsicht im Prinzip die Eingliederung der Saar, bestehe aber auf dem Schutz vor politischer Verfolgung. Wirtschaftlich müsse es sich auf die Rückkehr nach Deutschland einstellen und notwendige Sicherungsmaßnahmen in einer Übergangsperiode treffen. Justizminister Schuman stellte dann die entscheidende Frage, ob man tatsächlich auf einer Übergangsphase bestehen solle. Morice und Pflimlin, die Minister für Industrie bzw. Finanzen und Wirtschaft, forderten schnellstmögliche Verhandlungen, wobei Morice dem Interim skeptisch gegenüberstand, Pflimlin zwar

⁴¹ AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 279, Bl. 120–126, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 23. 11. 1955 (Konzept ML).

eine möglichst lange Übergangsperiode wünschte, aber erhebliche Schwierigkeiten sah, sie nach der politischen Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik durchzuhalten. Mit Unterstützung von Morice riet er dazu, den Faktor Zeit voll auszuschöpfen und die entscheidenden Vorteile im Austausch gegen eine kurze Übergangsphase im Rahmen einer festen Sofortlösung auszuhandeln. Eine Aufrechterhaltung der Rechte an der Verwaltung der Minen schien ihm aus wirtschaftlichen Gründen nicht wünschenswert, weil sie Frankreich für die Defizite und Investitionen haftbar mache. Wichtiger war für ihn der Import der Saarkohle in Francs und die Bewahrung der Handelsströme zum Saarland, wobei er eine Freihandelszone ablehnte. Ebenso kontrovers gestaltete sich die Diskussion über die sicherheitspolitische Dimension. Verteidigungsminister Billotte forderte die Stationierung französischer Truppen im Saarland, Schuman hingegen sah das Bedrohungsszenario unter Hinweis auf die deutsche NATO-Mitgliedschaft als übertrieben an. Allgemeines Einverständnis herrschte über die Notwendigkeit der Moselkanalisierung, Uneinigkeit dagegen über das Schicksal der Röchling-Werke. Am Ende verständigte sich die Ministerrunde auf die Aufnahme von bilateralen Verhandlungen nach den französischen Parlamentswahlen mit dem Ziel, zunächst eine endgültige Lösung zu diskutieren und danach die Modalitäten des Übergangs zu bestimmen, dessen Dauer vom Ergebnis der Beratungen über das Definitivum abhängig gemacht wurde. Zur Abstimmung der beiderseitigen Positionen empfahl man einführende Gespräche auf diplomatischer Ebene, wobei man das Saarland lediglich durch Konsultationen der Bundesregierung einzubeziehen gedachte⁴². Dies war rein rechtlich gesehen nicht unproblematisch, weil weder Bonn noch Saarbrücken juristisch dazu in der Lage waren, allein Entscheidungen über das Schicksal der Saar zu treffen. Außerdem hatten die Angelsachsen noch ein Wörtchen mitzureden, da die Ausklammerung der Saar aus den Besatzungszonen 1947 mit ihrer Billigung erfolgt war. Darüber hinaus kam man nicht umhin, eine Eingliederung mit einem Friedensvertragsvorbehalt zu versehen⁴³.

„Die französischen Interessen voll berücksichtigen“

In Bonn wurde die Pariser Verzögerungstaktik mit Unbehagen gesehen, zumal die Heimatbundparteien in der Zwischenzeit zunehmend aggressivere Programme aufstellten und damit die französische Abwehrhaltung schürten. Da Frankreich die Aufnahme offizieller Verhandlungen kurz vor den Parlamentswahlen ablehnte, schlug Rolf Lahr, Vortragender Legationsrat und Delegierter für die deutsch-französischen Beziehungen in der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, de Carbonnel am 22. 11. offiziöse Gespräche vor, über deren Verlauf er die saarländische Führung individuell zu informieren gedachte. Lahr betonte zwar den persönlichen Charakter seiner Äußerungen, unterstrich aber zugleich, daß sie durchaus jenen Adenauers entsprächen. Aus seiner Sicht mußte

⁴² S. Interministerielles Treffen im Quai d'Orsay vom 24. 11. 1955, 25. 11. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 873–877; Aufzeichnung des MAE, 24. 11. 1955, in: ebd., S. 857–859; s.a. Sadrin an Pflimlin, Aufzeichnung Nr. 507cd, 10. 11. 1955, in: BDFD II, S. 266–272; Aufzeichnung Jordan, 29. 11. 1955, in: ebd., S. 338 f.

⁴³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Sarre, Bd. 279, Bl. 266–269, Aufzeichnung der Unterabt. Saar im MAE, 5. 12. 1955 (Konzept TC).

es darum gehen, sofort die Basis für eine endgültige Saarregelung zu schaffen, ohne damit aber das Phasenmodell zu negieren. Politisch sei die Saar in die Bundesrepublik zu integrieren, wirtschaftlich hingegen mit einem Sonderstatus zu versehen, wobei er an ein deutsch-französisches Kondominium dachte⁴⁴. Lahrs Überlegungen stimmten weitgehend mit den Vorstellungen de Carboneils überein. Ende November signalisierte er gegenüber seinem deutschen Kollegen gemäß den Beschlüssen der interministeriellen Beratungen den lebhaften Wunsch seiner Regierung, schon vor Beginn offizieller Verhandlungen einen Gedankenaustausch zu beginnen, um beide Positionen abzustimmen⁴⁵. Derartige Präliminarkontakte hatte das Auswärtige Amt bisher abgelehnt. Unter dem Druck der Ereignisse stimmte man ihnen aber eine Woche später zu und beauftragte Lahr mit der Gesprächsführung⁴⁶.

Dessen erste, auf seine Bitte hin strikt geheim geführte Unterredung am 5. 12. im Quai d'Orsay ließ aber erkennen, daß sich der verhaltene Kurs der Bundesregierung nicht verändert hatte. Aus seiner Sicht ging es lediglich um die Darlegung eines persönlichen Standpunktes, zumal man ein Interview des soeben gestürzten Regierungschefs Faure in Bonn so auslegte, als ob Paris sich außerstande sähe, nun auch offiziöse Verhandlungen zu beginnen. Lahrs Gesprächspartner stritten dies rundweg ab, betonten vielmehr, wie wichtig es sei, sich auszutauschen, nicht zuletzt um in Saarbrücken vor einseitigen Entscheidungen zu warnen, die die Suche nach einer Lösung erschwerten. In diesem Zusammenhang wünschten sie abermals eine bilaterale Erklärung, die Pinay vor den Landtagswahlen anläßlich der NATO-Ratstagung Mitte Dezember mit von Brentano abzugeben gedachte. Der Verlauf der Unterredung nährte beim Außenminister die Hoffnung, mit Adenauer zu einer einvernehmlichen Lösung gelangen zu können. Als größtes Problem zeichnete sich aufgrund des allgemein erwarteten erheblichen Widerstandes der Saar die Warndt-Frage ab. Die von Lahr angedeutete Möglichkeit eines Kompromisses in Form einer dreigliedrigen Verwaltung betrachtete man an der Seine immerhin als ermutigende Ausgangsposition. Auch in bezug auf den Handel und die Bedeutung der Saar für das deutsch-französische Gleichgewicht in der Montanunion legte Lahr aus Sicht Pinays durchaus vernünftige Vorstellungen an den Tag. So akzeptierte er grundsätzlich die Idee einer Übergangszeit, in der der Franc gültiges Zahlungsmittel bleiben sollte, wobei die politischen Kompetenzen möglichst rasch sukzessive auf die Bundesrepublik zu übertragen wären, die wirtschaftlichen hingegen erst am Ende eines Interims⁴⁷.

Die französische Regierungskrise veranlaßte die Bundesregierung kurz darauf, die Fortsetzung der Konsultationen bis in die zweite Januarhälfte des Jahres 1956 zu verschieben⁴⁸. Entsprechend restriktiv entwickelte sich die Bonner Verhand-

⁴⁴ S. de Carbonnel an MAE, Tel. 870/73, 23. 11. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 850 f.; PA, B 17, Bd. 36, Bl. 174 f., Aufzeichnung Lahr, 26. 11. 1955.

⁴⁵ S. ebd., Bl. 182, Lahr an Hallstein, Aufzeichnung 410S-300-01/Saar-7808/55, 29. 11. 1955.

⁴⁶ S. de Margerie an MAE, Tel. 4680/82, 4. 12. 1955, Urgent, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 913 f.

⁴⁷ S. Pinay an de Margerie, Tel. 4902/15, 7. 12. 1955, Priorité, Réservé, in: ebd., S. 924–926; zum Interview Faures vom 2. 12. 1955 vgl. ebd., S. 924, Anm. 4.

⁴⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 390, Bl. 216–218, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 7. 12. 1955 (Konzept ML); ebd., Sarre, Bd. 279, Bl. 337, de Margerie an MAE, Tel. 4758/62, 10. 12. 1955, Réservé.

lungsführung in der Kommission für die Moselkanalisierung, die in Paris auf eine ebenso unnachgiebige Reaktion traf⁴⁹. Vier Probleme standen im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Die Bundesregierung verlangte eine rentable Betreibung der Wasserstraße und verweigerte sich jeglicher Subventionen aus öffentlichen Haushalten, die ihres Erachtens auch im Widerspruch zum EGKS-Vertrag standen. Die Franzosen sahen nicht nur dies anders, sondern verlangten auch die Schaffung einer einzigen Gesellschaft für das Gesamtprojekt, während die Deutschen mehrere Unternehmen für Elektrizität, Bau und Schifffahrt anstrebten. Außerdem wollte Bonn im Gegensatz zu Paris die interessierten Anrainer an den Verhandlungen wie auch später an der Verwaltung des Kanals beteiligt sehen und sperrte sich dem Wunsch, durch die Kommission neben einem Abschlußbericht auch einen Vertragsentwurf ausarbeiten zu lassen⁵⁰.

Für die Beamten im Quai d'Orsay waren die Schwierigkeiten mit dem Auswärtigen Amt Grund genug, die Bereinigung der Saarfrage nicht ausschließlich unter wirtschaftspolitischen Erwägungen anzugehen, sondern den politisch-juristischen Rahmen ins Kalkül einzubeziehen. Dabei sahen sie zwei grundsätzliche Lösungsmöglichkeiten: die rasche vollständige Eingliederung oder – in der Hoffnung auf möglichst lange wirtschaftliche Vorteile – die Bewahrung einer gewissen Eigenständigkeit der Saar. Beide Modelle konnten freilich miteinander verbunden werden, indem man eine Übergangszeit einrichtete, deren Ende eventuell mit dem Friedensvertrag zusammenfiel. In diesem Fall bliebe die Saar für die Spanne des Interims einem Statut unterworfen, das von einem deutsch-französischen Organ gesichert und von den Angelsachsen geschützt werden könnte⁵¹.

Trotz aller Meinungsverschiedenheiten verfolgte die Bundesregierung in Übereinstimmung mit der Opposition mit Nachdruck das Ziel, unter allen Umständen einen ruhigen Ablauf der deutsch-französischen Saarverhandlungen zu gewährleisten und alles zu vermeiden, was die Saarfrage zu einem Thema der französischen Parlamentswahlen machen könnte. Ebenso wichtig erschien dem Kanzleramt ein möglichst ruhiger Wahlkampf an der Saar, nachdem es ihm zu seinem Bedauern nicht gelungen war, nach der Volksabstimmung im Oktober eine Fusion von CVP und CDU-Saar zustande zu bringen⁵². Ungeachtet dieser guten Vorsätze stießen die deutsch-französischen Positionen wenige Tage später hart aufeinander, als Pinay mit Brentano den Versuch unternahm, seinen Wunsch nach einer erneuten öffentlichen Erklärung umsetzen. Gewiß, beide Politiker versicherten erneut, alles zu tun, um die bilaterale Zusammenarbeit nicht zu gefährden. Doch unterhalb dieses Konsenses gingen die Ansichten weit auseinander. Pinay betonte seine Bereitschaft zu politischen Konzessionen, unterstrich aber zugleich die Notwendigkeit zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen „im Hinblick auf ein ausgeglichenes Europa“. Von Brentano billigte zu, „die französischen Interes-

⁴⁹ S. ebd., *Allemagne*, Bd. 390, Bl. 216–218, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 7. 12. 1955 (Konzept ML).

⁵⁰ S. Pinay an de Margerie, Tel. 4956/60, 10. 12. 1955, *Réservé*, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 937 f.

⁵¹ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Sarre*, Bd. 279, Bl. 333–336, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 9. 12. 1955 (Konzept ML).

⁵² S. PA, BStS, Bd. 360, Hallstein an von Herwarth, 13. 12. 1955, Konzept. Zum Verlauf des mit dem Wahlgesetz vom 18. 11. 1955 begonnenen Wahlkampfes vgl. Cahn, *Second retour*, S. 29–42; Schmidt, *Saarpolitik*, Bd. 3, S. 387–413.

sen voll zu berücksichtigen“, schränkte aber ein, vor den Landtagswahlen keine Festlegungen treffen zu können, weil er sich im Bundestagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten entsprechend festgelegt habe. Pinay verlangte daraufhin mit Blick auf die öffentliche Meinung, im Communiqué die großen Linien des künftigen Abkommens zu skizzieren und hervorzuheben, daß die Behandlung der Saarfrage im Gange und eine einseitige Lösung der Saarregierung ausgeschlossen sei. Hallstein meinte dagegen, man sei sich ja grundsätzlich über die Veröffentlichung einer solchen Erklärung einig, nicht aber über die inhaltliche Fixierung, da der französische Communiquéentwurf viel zu scharf sei. Es dürfe nicht der Eindruck erzeugt werden, als ob die Saarregierung nur konsultiert, die wirtschaftliche Ordnung an der Saar fortgesetzt oder eine neue Art europäisches Statut installiert werde. Auch die Einbeziehung der WEU-Kommission schien ihm nicht sinnvoll. Die Bundesregierung müsse alles vermeiden, was sie in den Augen der Saarbevölkerung verdächtig mache. Sauvagnargues, der dem Gespräch ebenfalls beiwohnte, forderte daraufhin wirtschaftliche Konzessionen als Gegenleistung für die politischen Zugeständnisse Frankreichs. Hallstein und von Brentano wehrten sich aber dagegen, im Communiqué den gegenwärtigen, in den Jahren zuvor stets bekämpften Status an der Saar anzuerkennen. Von Brentano gestand zwar die Notwendigkeit zu einem Übergangsstadium ein, sprach jedoch die Sorge aus, daß die nächste französische Regierung möglicherweise kein Abkommen mehr über die Neuregelung der Saarfrage wünsche⁵³. Vor dem Aufbruch überreichte Pinay eine Liste, die die französischen Wirtschaftsinteressen an der Saar in sieben Punkten zusammenfaßte: Befriedigung der französischen Abbaurechte im Warndtgebiet entsprechend der französisch-saarländischen Konvention von 1953; Abkommen über die Moselkanalisierung; zufriedenstellende Regelung über die Verwaltung der Saarbergwerke und den Verkauf der Kohle; Aufrechterhaltung des französisch-saarländischen Handels auf dem derzeitigen Niveau; Gleichberechtigung der französischen Firmen an der Saar gegenüber der deutschen Konkurrenz; Einigung über die Finanzfragen im Zusammenhang mit der definitiven Lösung des Saarproblems; Änderung der Bestimmungen des EGKS-Vertrages hinsichtlich der Beschlußfassung des Rats sowie der Wahl und Zahl der Abgeordneten in der Versammlung⁵⁴. Von Brentano erklärte namens der Bundesregierung die Bereitschaft, „bis an die Grenze des Möglichen zu gehen“, und stimmte dem französischen Vorschlag zu, den Sachverständigen die Standpunkte der beiden Regierungen in einer abgestimmten Direktive mit auf den Weg zu geben⁵⁵. Schließlich einigten sich beide Seiten auf ein „Procès-verbal“, das im Gegensatz zu dem nichtssagenden Communiqué vertraulich blieb. Darin verständigten sich die Außenminister über die Notwendigkeit zu einer neuen Saarregelung „dans un délai raisonnable“, die das Ergebnis der Volksabstimmung ebenso wie die französischen Rechte und

⁵³ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen von Brentano und Pinay vom 12. 12. 1955 [sic!]; Unterredung zwischen dens. vom 14. 12. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 503–505; Pinay an de Carbonnel, Tel. 1262/64, 15. 12. 1955, Secret, Réserve, Distribution restreinte, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 944f.

⁵⁴ S. Aufzeichnung des MAE, 12. 12. 1955, in: ebd., S. 939f.; auch in: ebd., Annexes, Bd. 2, S. 510.

⁵⁵ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen von Brentano und Pinay vom 12. 12. 1955 [sic!].

Interessen in wirtschaftlicher Hinsicht respektiere. Bis zu ihrem Inkrafttreten bleibe der Status quo unangetastet⁵⁶.

Klimasturz

Drei Tage später, am 17. 12., endete an der Saar ein Wahlkampf „dépassionnée“⁵⁷. Berichten deutscher und französischer Zeitungen über angebliche Zusagen aus Paris über die politische Eingliederung der Saar trat die Bonner Regierung mit der öffentlichen Behauptung entgegen, daß die Rückkehr keineswegs ausgemachte Sache sei⁵⁸. Gleichsam als Gegenpol zu dieser die nationalen Kräfte gewiß ernüchternden Verlautbarung ließ Adenauer am 16. 12. eine Erklärung über Radio Saarbrücken verbreiten, in der er sich dafür aussprach, die CDU-Saar zum „Sammelbecken aller christlichen Kräfte des Saarlandes“ zu machen. Dies sei notwendig, damit das Saarproblem „aus deutscher, europäischer und christlicher Sicht einer guten Lösung entgegengeführt“ werden könne⁵⁹. Stellvertretend für den Quai d'Orsay, der sich jeglicher Stellungnahme enthielt, warf die französische Presse dem Kanzler nicht zu unrecht vor, offen Partei zugunsten Neys und gegen die CVP Hoffmanns genommen und damit das Gebot der Neutralität verletzt zu haben⁶⁰.

Als die Wahlscheine am Abend des 18. 12. ausgezählt waren, hatte sich des Kanzlers Wunsch nicht ganz erfüllt. Mit 25,4% war die CDU-Saar zwar stärkste Partei und auf Anhieb Anwärter auf die Regierungsbildung geworden. Es war ihr aber mit der DPS, die auf 24,2% kam, und der SPD, die 14,3% der Stimmen erzielte, nicht gelungen, die für Verfassungsänderungen notwendige Dreiviertel-Mehrheit der Mandate zu erreichen. Trotz starker Einbußen hatte sich die CVP mit 21,8% als politische Kraft behauptet⁶¹. Angesichts der starken Antipathien zwischen Ney und Schneider und der keineswegs zugeschütteten Gräben im christdemokratischen Lager waren schwierige Verhandlungen zur Regierungsbildung zu erwarten⁶².

Der verhaltenen Freude in Bonn stand Enttäuschung, ja Wut in Paris gegenüber. Geradezu trotzig ließ der Quai d'Orsay über „AFP“ verlautbaren, das Wahlergebnis behindere nicht die Schaffung einer dauerhaften Saarregelung⁶³. Die französische Presse äußerte sich weit weniger diplomatisch-zurückhaltend, bezeichnete den Wahlausgang vielmehr als Sieg ehemaliger Nazis und kreierte der eigenen Regierung an, die CVP nicht energischer unterstützt zu haben⁶⁴.

⁵⁶ Procès-verbal, 14. 12. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 509; s.a. Pinay an de Carbonnel, Tel. 1265/66, 15. 12. 1955, Confidentiel, Secret, Distribution restreinte, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 945f.; Communiqué über die Unterredung zwischen dems. und von Brentano, 15. 12. 1955, in: Bulletin 1955, S. 2050.

⁵⁷ Cahn, Second retour, S. 29.

⁵⁸ S. AdG 1955, S. 5524A.

⁵⁹ Stellungnahme Adenauers, 16. 12. 1955, in: ebd.; s.a. Wahlplakat der CDU, in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 397.

⁶⁰ Vgl. Cahn, Second retour, S. 40–42.

⁶¹ Zum Wahlergebnis vgl. ebd., S. 42; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 413–420.

⁶² S. de Margerie an MAE, Tel. 4855/61, 19. 12. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 956f.; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 420.

⁶³ Vgl. Cahn, Second retour, S. 45.

⁶⁴ S. „Le Monde“, 20. 12. 1955, im Auszug auch in: BDFD III, S. 519f.; Cahn, Second retour, S. 45f.

Matignon und Kanzleramt gingen dennoch rasch zur Tagesordnung über. Statt nachzukarten, bereiteten sie die Aufnahme der offiziellen bilateralen Saarverhandlungen vor, für die Mitte Januar nach den Wahlen in Frankreich und der Regierungsbildung im Saarland ein deutsch-französischer Lenkungsausschuß zusammentreten und Verhandlungsmaterie bzw. Vorgehensweise festlegen sollte. Schon einen Tag nach dem Urnengang an der Saar kam es in Bonn zu einer ersten interministeriellen Ressortbesprechung. Als Verhandlungsziel definierte das Auswärtige Amt dabei eine „endgültige Lösung“ des Problems im Sinne einer „volle[n] Rückgliederung der Saar in das Bundesgebiet“. Bis zur Erreichung dieses Vorhaben, so führte Hallstein aus, müsse die gegenwärtige Lage hingenommen werden. Sie könne nur in Etappen geändert werden; d. h., man habe zwischen einer rasch umzusetzenden politischen und einer längere Fristen in Anspruch nehmenden wirtschaftlichen Lösung zu unterscheiden. Die Bundesregierung hege die Absicht, sich die Eingliederung „etwas kosten lassen [zu] wollen“. Die Bonner Grundhaltung sei die des Kompromisses und darauf erpicht, möglichst zügig voranzukommen. Allerdings werde der französische Forderungskatalog, über dessen Inhalt er nur vage informierte, nicht akzeptiert. Die Runde beschloß die Einrichtung einer Reihe von Ausschüssen, die bis zum 10. 1. 1956 für die verschiedenen Problemkomplexe Vorschläge zur Fixierung der Instruktionen an die deutsche Delegation ausarbeiten sollten⁶⁵. Parallel dazu gab die Bundesregierung den unverzüglichen Aufbau einer auf mehrere Jahre berechneten Verbindungsstelle zur Saarregierung in Auftrag und wies den Deutschen Botschafter in Paris zur Vermeidung einer französischen Verstimmung an, den Plan möglichst rasch mündlich vorzustellen⁶⁶. Das Auswärtige Amt eröffnete diese Dienststelle zum 1. 3. unter der Leitung des Vortragenden Legationsrats Brückner, dessen Aufgabe darin bestand, im engen Kontakt mit der saarländischen Regierung den Tag der politischen Eingliederung vorzubereiten⁶⁷.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Kabinettsformierung an der Saar regte der Quai d'Orsay noch vor dem Jahreswechsel im Auswärtigen Amt erneut eine gemeinsame Erklärung an, um in Saarbrücken beruhigend zu wirken. Ganz offen wurde dabei eine Regierungsbeteiligung Schneiders als unerwünscht bezeichnet. Bonn lehnte einen solchen Schritt als kontraproduktiv ab, obwohl man in der Beurteilung der Lage mit Paris durchaus übereinstimmte. Mit Unverständnis reagierte die Bundesregierung hingegen auf den französischen Wunsch, die deutschen Einfuhrzölle für bestimmte Waren aus dem Saarland nicht schon zum 1. 1. 1956 zu senken, glaubte man am Rhein doch, in dieser Frage längst ein Einverständnis mit Paris erzielt zu haben⁶⁸. Lahr sah denn auch keinen Grund, von die-

⁶⁵ Ressortbesprechung im AA vom 19. 12. 1955, Dr. N. 169/55, 19. 12. 1955, Geheim, in: BDFD I, S. 647–652, hier S. 648 u. 649; s.a. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, Aufzeichnung zu 410S-300–01 Saar-8046/55, o.D.

⁶⁶ S. ebd., B 17, Bd. 47, Bl. 88f., Thierfelder an Referat 112 im AA, 219–214–45/14663/55, 19. 12. 1955; ebd., Bl. 91, ders. an Hallstein, Aufzeichnung 219–214–45/14861/55, Sofort, 23. 12. 1955; ebd., Bl. 92, Hallstein an Paris, Tel. 748, 23. 12. 1955, Citissime.

⁶⁷ S. ebd., Bl. 104, AA an Französische Botschaft, Verbalnote 219/214–45/2072/56, 18. 2. 1956, Konzept; ebd., Bd. 121, Bl. 2f., Hallstein an Brückner, Instruktionserlaß 219/214–00/227/56g., 17. 4. 1956, Geheim.

⁶⁸ S. ebd., Bd. 36, Bl. 238f., Carstens an Hallstein, Aufzeichnung 219–214–44/14974/55, 28. 12. 1955.

ser Linie abzuweichen, zumal er die vom Quai d'Orsay in den Vordergrund geschobenen „Mißverständnisse“ in dieser Frage für frei erfunden hielt, weil das Mitte Dezember gegebene grundsätzliche Placet nach dem Ausgang der Landtagswahlen politisch nicht mehr genehm schien⁶⁹.

Währenddessen übte Adenauer über Franz Josef Strauß und den Bundesgeschäftsführer der CDU, Bruno Heck, massiven Einfluß in Saarbrücken aus, um Schneider von allen wichtigen politischen Ämtern fernzuhalten und eine Zusammenarbeit zwischen den beiden christdemokratischen Parteien mit dem Ziel der Bildung einer neuen Regierung unter Welsch anzubahnen⁷⁰. Auch Altmeier bat er darum, daran mitzuwirken, daß der „völlig unfähige“ Ney nicht Ministerpräsident würde⁷¹. Die Heimatbundparteien empfanden dies als Bevormundung, der sie sich nicht beugen wollten. Des Kanzlers Hoffnung auf eine Fusion zwischen CDU-Saar und CVP scheiterte „an Ney, nicht an Hoffmann“, wie er selbst später zugeben mußte⁷². Entgegen den Bonner Absichten einigten sich die CDU-Saar, SPD und DPS am Neujahrstag auf eine Koalition unter Ney, während Schneider das Amt des Parlamentspräsidenten zugedacht war. Einen Tag später wurde mit der Wahl Schneiders in der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags ein Teil dieser Vereinbarung umgesetzt⁷³. Die beiden Heimatbundpolitiker machten offenbar „front commun“⁷⁴. Adenauer beklagte sich daraufhin im CDU-Bundesvorstand über deren „politische Dummheit“⁷⁵, ließ sich aber trotz aller Abneigung nicht davon abhalten, den Vorsitzenden der Saar-CDU und den neuen Landtagspräsidenten am 5. 1. anlässlich seines achtzigsten Geburtstages in Bonn zu empfangen. Wenngleich die erstaunte französische Diplomatie diese Höflichkeitsgeste nicht überbewerten wollte, zog sie daraus doch den Schluß, auch das Interesse gewisser politischer Kreise in Bonn an einer moderaten Regierung in Saarbrücken nicht zu hoch anzusetzen⁷⁶.

Falschmeldungen über die Zollbefreiung bei der Einfuhr saarländischer Produkte nach Deutschland, antifranzösische Presseagitationen und die Einbringung einer Gesetzesvorlage im saarländischen Landtag zur Abhaltung eines Referendums über die Röchling-Problematik durch die DPS beunruhigten die Regierung in Paris dagegen derart, daß sie Saarbrücken am 7. 1. in einem Aide-mémoire androhte, am früheren Regime bis zum Friedensvertrag festzuhalten⁷⁷. Im Auswärtigen Amt verband der französische Geschäftsträger die Übergabe des Dokuments mit der Bitte, alles daran zu setzen, um neue Spannungen an der Saar und

⁶⁹ Ebd., Bl. 241, Lahr an dens., Aufzeichnung 410S-300-01 Saar-9308/55, 29. 12. 1955.

⁷⁰ S. Adenauer an Pinay, 20. 12. 1955, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 120; de Margerie an dens., Tel. 2/5, 2. 1. 1956, Urgent, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 6f.; s.a. Cahn, Second retour, S. 54f.; Hoffmann, Ziel, S. 428f.

⁷¹ Adenauer an Altmeier, 20. 12. 1955, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 119.

⁷² PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Unterredung zwischen dems. und Joxe vom 14. 5. 1956.

⁷³ Vgl. Cahn, Second retour, S. 54–60; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 420f.

⁷⁴ De Margerie an Pinay, Tel. 2/5, 2. 1. 1956, Urgent, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 6.

⁷⁵ Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 13. 1. 1956, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 727.

⁷⁶ S. de Carbonnel an Pinay, Tel. 19/20, 5. 1. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 12f.

⁷⁷ S. Pinay an de Carbonnel, Tel. 14/18, 7. 1. 1956, Priorité, in: ebd., S. 15f.; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 6, de Carbonnel an Welsch, Aide-mémoire, o.D. (Übersetzung); Gesetzentwurf der DPS über einen Volksentscheid zur Röchling-Problematik in: Schneider, Wunder, S. 506.

eine Belastung des französisch-saarländischen Verhältnisses zu verhindern. Wilhelm Grewe, Leiter der Politischen Abteilung, sagte dies zu, während der anwesende Lahr seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, mit seinen Gesprächen in Paris die Frage der Zollsenkungen soweit bereinigen zu können, „daß, wenn nicht sofort, so jedenfalls doch in absehbarer Zeit, saarländische Wünsche in einem gewissen Umfang auf Berücksichtigung rechnen könnten“⁷⁸. Auch Adenauer schaltete sich in die Angelegenheit ein und versicherte dem seit wenigen Tagen in Bonn residierenden neuen Botschafter Joxe, er wolle die Saarfrage mit Hilfe einiger Saarländer zum besten Nutzen Frankreichs, der Bundesrepublik und ihrer „entente“ regeln⁷⁹.

Grewe sprach sich nun intern dafür aus, das Referendum über die Völklinger Hütten-Werke zu verhindern, aber auch in Paris zur Mäßigung gegenüber der Saar aufzurufen. Hallstein hatte sich in diesem Sinne bereits gegenüber Joxe ausgelassen, so daß ihm der Rat Grewes, von Maltzan im Quai d’Orsay vorstellig werden zu lassen, inopportun erschien, zumal Joxe sich zugeknöpft gezeigt hatte⁸⁰. Die Bonner Befürchtung, in Paris bahne sich ein Wandel in der Saarpolitik an, bestätigte sich allerdings nicht. Neue Gespräche Lahrs und von Maltzans mit Beamten des Quai d’Orsay ließen erkennen, daß Frankreich vorläufig an den Verabredungen zwischen Pinay und von Brentano vom 14. 12. 1955 festhielt. Die Franzosen machten aber auch keinen Hehl aus ihrer Sorge, die Entwicklung könne über sie hinweggehen und Frankreich um die erwarteten Kompensationen bringen. Daher drängten sie zur unverzüglichen Aufnahme der Verhandlungen nach der Bildung der neuen französischen Regierung und deuteten die Möglichkeit zu einer noch schärferen Gangart gegenüber der Saar an. Lahr gewann daraus den Eindruck, man könne „zur Erfüllung unserer eigenen Wünsche und einer angemessenen Begrenzung der französischen Gegenwünsche [...] gelangen, ohne daß das deutsch-französische Gesamtverhältnis Störungen erleidet“. Dies setzte seiner Meinung nach allerdings Rücksicht auf die französischen Empfindlichkeiten gegenüber allen Anzeichen einer eigenmächtigen Vorwegnahme der Rückgliederung der Saar voraus. Deshalb rief er dringend dazu auf, die Kontakte mit den saarländischen Stellen auf das Notwendigste zu begrenzen⁸¹.

Daß Adenauer diesem Ratschlag am 21. 1. nachkam und sämtliche Verhandlungen mit Saarpolitikern im Sinne einer Richtlinie seiner Politik auf das äußerste Maß einschränkte⁸², hing nicht zuletzt mit der sich zunehmend problematischer gestaltenden Entwicklung an der Saar und ihren Rückwirkungen auf das deutsch-französische Verhältnis zusammen. Der Kanzler geriet allmählich von drei Seiten unter Druck: in Bonn, aus Richtung Saarbrückens und von Paris aus. Mitte Januar forderte Jakob Kaiser ihn auf, in den bevorstehenden Saarverhandlungen nicht nur auf den politischen Beitritt der Saar zur Bundesrepublik, sondern auch auf

⁷⁸ PA, B 17, Bd. 36, Bl. 259f., Grewe an Hallstein, 410S-300-01/Saar, 9. 1. 1956.

⁷⁹ Joxe an Pinay, Tel. 64/69, 9. 1. 1956, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 20f., hier S. 21.

⁸⁰ S. PA, B 17, Bd. 36, Bl. 259f., Grewe an Hallstein, 410S-300-01/Saar, 9. 1. 1956, nebst Marginalie Hallsteins; Joxe an Pinay, Tel. 83/85, 10. 1. 1956, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 22f.

⁸¹ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Lahr an von Brentano, Aufzeichnung 410S-300-01/Saar-229/56, 12. 1. 1956.

⁸² S. ebd., Adenauer an dens., MB 175/56, 21. 1. 1956; ebd., Hallstein an Paris, Tel. AZ St.S., 21. 1. 1956.

deren Wiedereingliederung in den deutschen Wirtschaftsraum hinzuwirken. Zwar billigte er zu, letzteres nur in Etappen erreichen zu können; er wollte aber schon jetzt eine Reihe von Sofortmaßnahmen im Wirtschaftsverkehr zwischen der Bundesrepublik und der Saar durchgesetzt sehen. Dazu gehörten die Stundung oder Abschaffung von Zöllen für sämtliche Im- bzw. Exporte und die baldige Übertragung von Leitung und Verwaltung der Saarbergwerke in einheimische Hände. In der Warndfrage rechnete der Minister kaum mit einer französischen Konzessionsbereitschaft, und auch das Röchling-Abkommen vom 3. 5. 1955 sah er durch die Volksbefragung juristisch nicht betroffen. Dennoch erachtete er es angesichts der Referendums-Initiative der DPS als politisch notwendig, mit der neuen Regierung in einen Gedankenaustausch einzutreten⁸³.

Nicht weniger unangenehm als die Ratschläge seines Ministers war für den Kanzler die jetzt einsetzende Einmischung der Bonner Parteien. Wenige Tage nach der erwartungsgemäß vollzogenen Wahl Neys zum Ministerpräsidenten, mit der die Dehousse-Kommission ihre Tätigkeit einstellte⁸⁴, einigten sich die Fraktionen im Anfang Dezember gebildeten Saarunterausschuß des Deutschen Bundestages am 12. 1. darauf, Vertreter aller nichtkommunistischen Saarparteien zu Konsultationen nach Bonn einzuladen⁸⁵. Auf saarländischen Druck hin meinte der sozialdemokratische Ausschußvizevorsitzende Mommer aber von der Einbeziehung der CVP wieder Abstand nehmen zu müssen⁸⁶. Dies wurde in der Union heftig kritisiert, weil sie befürchtete, daß die CVP sich zu einer „Irredenta entwickelt, worauf von französischer Seite nur gewartet wird“⁸⁷. Obwohl auch die Bundesregierung den Ausschluß der CVP mißbilligte, setzte sich der Unterausschuß darüber hinweg⁸⁸. Zu allem Überfluß sprach sich der saarländische Landtag in diesen Tagen per Resolution auch noch gegen den Verkauf der Röchling-Werke aus, ohne aber dem von der DPS lancierten Gedanken eines Referendums zu folgen⁸⁹. Die Abgeordneten machten sich damit in gewisser Weise zum Sprachrohr der Röchlings, die die Optionserklärung vom April 1955 als hinfällig bewerteten, weil Frankreich seine Zusicherung nicht eingehalten hatte, vor dem 23. 10. 1955 alle Sequesterverwaltungen an der Saar aufzuheben⁹⁰. Adenauer war über dieses Verhalten der Familie höchst empört⁹¹ und hielt derartige Forderungen für juristisch untragbar, die Abkommen vom 30. 4. und 3. 5. 1955 für gültig. Ein Zurückziehen der Unterschrift komme nicht in Frage, versicherte Lahr französischen Di-

⁸³ S. ebd., B 17, Bd. 36, Bl. 253–257, Kaiser an AA, III 1 – 070 – 2677/55, 9. 1. 1956.

⁸⁴ Vgl. Cahn, *Second retour*, S. 60–62; Schmidt, *Saarpolitik*, Bd. 3, S. 421.

⁸⁵ S. PA, B 17, Bd. 37, Bl. 6–67, Sitzung des Saarunterausschusses des Deutschen Bundestages vom 12. 1. 1956; ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Vermerk Hallsteins St.S. 77/56, 14. 1. 1956.

⁸⁶ Vgl. Erklärungen Kaisers und Hellwigs in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 13. 1. 1956, in: Buchstab (Bearb.), *Protokolle 1953–1957*, S. 733 f.

⁸⁷ Erklärung Hellwigs in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 13. 1. 1956, in: ebd., S. 734.

⁸⁸ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Hallstein an Paris, Tel. AZ St.S., 21. 1. 1956; ebd., ders. an Adenauer, Vermerk, 21. 1. 1956.

⁸⁹ S. Joxe an Pinay, Tel. 177/820, 18. 1. 1956, *Réservé*, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 52 f.; Schneider, *Wunder*, S. 507.

⁹⁰ Vgl. Cahn, *Aspect*, S. 433 f.; Schmidt, *Saarpolitik*, Bd. 3, S. 535.

⁹¹ S. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 13. 1. 1956, in: Buchstab (Bearb.), *Protokolle 1953–1957*, S. 728.

plomaten am 17. 1., gab aber zu erwägen, ob die Verträge nach dem Referendum noch opportun seien⁹².

Mochte der Quai d'Orsay auch das Bemühen des Auswärtigen Amtes um Kalmierung anerkennen, so blieb ihm nach der nun ausbrechenden scharfen französischen Pressekritik an der Entwicklung der Saarfrage fast keine andere Wahl, als die deutsche Diplomatie vor der Gefahr zu warnen, sich nicht von den saarländischen Politikern in eine Position drängen zu lassen, die sich negativ auf das deutsch-französische Verhältnis auswirken könnte. Paris empfahl daher dringend, die gesamte Angelegenheit aus der parlamentarischen Arbeit vorerst auszuklamern, damit eine öffentliche Diskussion erst nach einer bilateralen Verständigung über die Grundlagen der Saarlösung in Gang komme⁹³. Da er sich völlig im klaren darüber war, wie sehr sich jede französische Regierung in der anhaltend schwierigen innenpolitischen Situation davor hüten mußte, diesbezüglich zu große Konzessionen zu machen⁹⁴, ließ Adenauer den Wunsch des Quai d'Orsay auf diplomatischem Wege lebhaft begrüßen. Die Bundesregierung werde alles tun, um den Eindruck zu vermeiden, sie wolle *faits accomplis* schaffen, die die Saarverhandlungen präjudizierten⁹⁵. Von Brentano, der diesen Kurs voll unterstützte, reichten die internen Maßnahmen des Kanzlers nicht einmal aus. Um Alleingänge von seiten seiner Kabinettskollegen zu verhindern, regte der Außenminister beim Kanzler – mit Erfolg – an, im Kabinett eine Entscheidung gegen „isolierte Verhandlungen“ mit dem Saarland herbeizuführen, weil er sie „für unerwünscht und gefährlich“ hielt⁹⁶.

Mit der Aussicht auf den Abschluß der französischen Regierungsumbildung nach dem Wahlsieg der Sozialisten vom 2. 1.⁹⁷ legte der Quai d'Orsay Ende Januar seine Marschroute für die deutsch-französischen Saarverhandlungen fest. Trotz etwaiger juristischer Argumente, die die Aufrechterhaltung des Status quo an der Saar zu erlauben schienen, bezeichnete die Generaldirektion Politik die jetzige Ordnung als obsolet. Einen Neuanlauf zu einer wie auch immer gearteten europäischen Lösung betrachtete sie als unmöglich. Als Gegenleistung für eine neue Lösung verlangte die Hauptabteilung von der Bundesrepublik als „*concession majeure [...] une renonciation éventuelle à des droits aussi fortement établis et aussi importants*“ sowie die Anerkennung eines „*parallélisme rigoureux*“ zwischen der politischen und der ökonomischen Seite des Problems. Dazu schien es zunächst erforderlich, auf der Ebene der beiden Außenminister eine Einigung über die Instruktionen an die Verhandlungsdelegationen zu erzielen. Als Ziel visierte das Ministerium eine definitive Regelung in Form eines deutsch-französischen Abkommens an, das im Austausch gegen die Aufgabe politischer Interessen die Durchsetzung einer Reihe von wirtschaftlichen Ambitionen zu fixieren hatte.

⁹² S. Joxe an Pinay, Tel. 177/80, 18. 1. 1956, *Réservé*, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 52f.

⁹³ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, von Maltzan an AA, FS Nr. 31, 20. 1. 1956, *Citissime*.

⁹⁴ S. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 13. 1. 1956, in: Buchstab (Bearb.), *Protokolle 1953–1957*, S. 727 f. u. 733.

⁹⁵ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, ders. an von Brentano, MB 175/56, 21. 1. 1956; ebd., Hallstein an Paris, Tel. AZ St.S., 21. 1. 1956.

⁹⁶ Ebd., B 17, Bd. 4, Bl. 40, von Brentano an Adenauer, MB 175/56, 23. 1. 1956; Kabinettsitzung, 25. 1. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 120.

⁹⁷ Vgl. Kap. IV.1.2.

Da die Industrie und die technischen Ministerien inzwischen ihre Forderungen vom Herbst nach einer sofortigen Liquidation aufgegeben hatten, strebte man eine Übergangsfrist an, die als Ausgangsposition für die Verhandlungen auf zehn Jahre begrenzt sein sollte. Den politischen Status gedachte man bis zur Ratifikation des Abkommens unberührt zu lassen⁹⁸.

Das Programm der Hauptabteilung war in der französischen Diplomatie nicht unumstritten. Ende Januar meldete sich der im Sommer 1955 geschaffte Hohe Kommissar an der Saar, Gilbert Grandval, mit einer langen Aufzeichnung beim neuen Staatsminister Mendès France und forderte die Regierung dazu auf, verhandlungstaktisch gegenüber der Bundesrepublik mit dem Anspruch aufzuwarten, die politische und ökonomische Rückgliederung der Saar erst im Rahmen eines Friedensvertrags zuzulassen. Als Fundamentalprinzip sah er die wirtschaftliche Reintegration der Saar spätestens sechs Monate nach der politischen vor, gedachte beide Prozesse aber erst nach zehn Jahren zuzugestehen, wobei die Konventionen vom März 1950 und Mai 1953 in Kraft bleiben sollten. Grandval verlangte die Befriedigung der Ausbeutungsrechte im Warndt für den im Vertrag vom Mai 1953 vorgesehenen Zeitraum, ein Abkommen über die dreiseitige Verwaltung der Saarminen bis 1981, die Aufrechterhaltung des Handelsaustauschs auf hohem Niveau, den Schutz der französischen Firmen, die Wahrung der Finanz- und Transportinteressen an der Saar inklusive des Moselkanals sowie die Regelung der Röchling-Frage und der Stimmenverhältnisse in der EGKS⁹⁹.

Während Bonn und Paris sich auf die kommenden Regierungsverhandlungen vorbereiteten, begann Saarbrücken mit wachsender Ungeduld Fakten zu schaffen. Ney hatte de Carbonnel gegenüber bei dessen kurzem Antrittsbesuch am 12. 1. zwar mit Verve „son extrême bonne volonté“ zum Ausdruck gebracht, vielsagend aber darauf hingewiesen, daß er in seiner Koalition auf verschiedene politische Kräfte Rücksicht nehmen müsse. Und obwohl der französische Diplomat ihm mit erhobenem Zeigefinger das Aide-mémoire an Welsch zur Kenntnis gab¹⁰⁰, schlugen die Saarländer alle Warnungen in den Wind. Am 31. 1. nahm der Landtag nach langen interfraktionellen Beratungen eine Grundsatzerklärung mit den Stimmen aller Parteien außer denen der Kommunisten an, die die saarländische Politik auf die politisch-ökonomische Vereinigung mit der Bundesrepublik festlegte und die eigenen Wirtschaftsinteressen herausstellte¹⁰¹. Nach diesem Paukenschlag, Auftakt einer von Heimatbundparteien und CVP gemeinsam getragenen Außenpolitik, reagierte die neue französische Regierung unter Guy Mollet mit aller Härte. Außenminister Pineau legte in Saarbrücken scharfen Protest gegen diese Aktion ein und wies das Bedauern des deutschen Botschafters über seine Reaktion ener-

⁹⁸ Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 28. 1. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 94–97, hier S. 96.

⁹⁹ S. IPMF, DPME, Dossier Accords de Paris/Londres/Sarre, Carton 2, Aufzeichnung Grandval, 27. 1. 1956.

¹⁰⁰ De Carbonnel an Pinay, 13. 1. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 38 f., hier S. 38.

¹⁰¹ Zu den interfraktionellen Verhandlungen vgl. Cahn, *Second retour*, S. 62–68; Schmidt, *Saarpolitik*, Bd. 3, S. 512–515; Grundsatzerklärung des Landtags, 31. 1. 1956, in: ebd., S. 757 f.; Schneider, Wunder, S. 488.

gisch zurück¹⁰². In einem neuerlichen Aide-mémoire warnte Frankreich das Saarland davor, die eigene Zurückhaltung als Schwäche auszulegen und durch einseitige Maßnahmen die kommenden deutsch-französischen Verhandlungen präjudizieren zu wollen¹⁰³. Wie de Carbonnel in seinen mündlichen Erläuterungen an der Saar anklingen lassen sollte, schreckte man nicht einmal davor zurück, „prendre des mesures brutales“¹⁰⁴. Ney bemühte sich daraufhin bei seinem Antrittsbesuch in Paris Anfang Februar nach Kräften, konziliant aufzutreten. Er ließ aber keinen Zweifel daran aufkommen, daß er an den deutsch-französischen Saarverhandlungen teilzunehmen wünschte¹⁰⁵.

Nach diesen Pariser Drohgebärden fühlten sich die selbsternannten Beschützer saarländischer Interessen in Bonn natürlich bemüßigt, auch ihrerseits Flagge zu zeigen. Kaiser empfand es zwar als richtig, die französische Empfindlichkeiten zu berücksichtigen, hielt aber gar nichts davon, alle Initiativen der Saarregierung zur Rückgliederung hemmen zu sollen. Nach der Grundsatzserklärung des Saarlandtages, die so ganz nach seinem Geschmack war, lehnte er auch das vom Auswärtigen Amt am 24. 1. im Interministeriellen Ausschuß geforderte Exklusivrecht für Kontakte zu den Saarministerien ab¹⁰⁶. Von Brentano rief ihm daraufhin den Beschluß des Bundeskabinetts in Erinnerung, wonach seinem Amt eindeutig die Federführung bei den Kontakten zur Saarregierung gebühre. Letztlich ging es dem Außenminister weniger um die interne Hackordnung im Kabinett als um die möglichst ungestörte Umsetzung der von ihm als richtig empfundenen Saarpolitik. Ihr vorrangiges Ziel, so diktierte der Außenminister seinem Kollegen ins Stammbuch, müsse es sein, eine Verstimmung in Frankreich zu verhindern, denn zu einem guten Ergebnis werde man nur kommen, „wenn Bonn und Paris sich einigen“¹⁰⁷. In diesem Sinne verständigten sich von Brentano und Pineau über diplomatische Kanäle am 6. 2. darauf, die Saarverhandlungen am 20. 2. aufnehmen zu wollen und alles zu unternehmen, damit sich die Lage an der Saar rasch beruhige¹⁰⁸.

Trotz dieser Übereinkunft standen die nun in Bonn wie in Paris beginnenden detaillierten Vorbereitungen auf die Saarverhandlungen unter einem schlechten Stern. Denn ungeachtet der wiederholten Versicherungen zur engen Einvernahme gerieten die deutsch-französischen Beziehungen durch die aufsehererregenden ostpolitischen Initiativen der Regierung Mollet in erhebliche Turbulenzen¹⁰⁹. Als Verhandlungsmaxime des Auswärtigen Amtes galt die Devise: „Die Saar wird der Bundesrepublik politisch angegliedert. Der politischen Angliederung muß die wirtschaftliche folgen.“ Während der Schritt der politischen Inkorporation mit

¹⁰² S. PA, B 17, Bd. 37, Bl. 151–153, von Maltzan an AA, FS Nr. 53, 1. 2. 1956, Cito; ebd., Bl. 154 f., ders. an dass., FS Nr. 55, 1. 2. 1956, Verschlüsselt, Citissime; vgl. Cahn, Second retour, S. 68.

¹⁰³ S. Aide-mémoire, o.D., in: DDF 1956, Bd. 1, S. 148.

¹⁰⁴ Pineau an de Carbonnel, Tel. 78/83, 3. 2. 1956, Réservé, in: ebd., S. 147 f., hier S. 147.

¹⁰⁵ Vgl. Cahn, Second retour, S. 72–74.

¹⁰⁶ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Kaiser an von Brentano, 3. 2. 1956, Vertraulich.

¹⁰⁷ Ebd., von Brentano an Kaiser, 344/56, 4. 2. 1956.

¹⁰⁸ S. ebd., Unterredung zwischen dems. und Joxe vom 6. 2. 1956, MB 353/56, 6. 2. 1956; ebd., von Maltzan an AA, FS Nr. 67, 6. 2. 1956, Verschlüsselt, Citissime; ebd., Bd. 155, Unterredung zwischen von Brentano und Joxe vom 6. 2. 1956, MB 343/56, 6. 2. 1956; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 26, Bl. 5–6, Joxe an MAE, Tel. 408/14, 6. 2. 1956, Très urgent, Réservé.

¹⁰⁹ Vgl. Kap. IV.1.2.

dem Inkrafttreten des Vertrages erfolgen sollte, konzidierte das Amt für die wirtschaftliche eine Übergangsregelung, deren Dauer Vereinbarungssache sein würde. Bonn war bereit, die ökonomischen Interessen von Paris im großen und ganzen anzuerkennen, doch der Forderungskatalog Pinays vom 12. 12. ging ihm zu weit. Da man die französisch-saarländische Konventionen nicht mehr gelten lassen wollte, mußte für den gesamten Vertragszeitraum eine neue Rechtsbasis geschaffen werden. Eine Zustimmung der Saar zum Vertrag sahen die Beamten in der Koblenzer Straße nicht vor, lediglich die Aufnahme saarländischer Vertreter in die deutsche Verhandlungsdelegation und später eine Erklärung über den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gemäß Artikel 23 GG. Als Endregelung zielte man auf die vollständige Eingliederung der Saar in das bundesdeutsche Wirtschaftsgebiet bei Aufrechterhaltung eines möglichst hohen Niveaus des Wirtschaftsverkehrs zwischen der Saar und Frankreich. Für die Übergangszeit, die nach Bonner Vorstellungen nicht über zwei bis drei Jahre hinausgehen sollte, war man bereit, die Zugehörigkeit der Saar zum französischen Zoll- und Währungsgebiet bestehen zu lassen. Als Hauptstreitpunkte erwartete das Auswärtige Amt die Warndtfrage, in der es aus seiner Sicht die Tatsache zu berücksichtigen galt, daß dieses wertvollste saarländische Kohlegebiet die Zukunft des saarländischen Bergbaus sichern mußte, sowie die Moselkanalisierung, weil Bonn im Gegensatz zu Paris nicht nur einen rentablen Schiffsverkehr verlangte, sondern das Problem auch eher als europäisches denn bilaterales auffaßte und daher ein Junktim zur Saarfrage negierte. Schwierigkeiten standen außerdem in der Röchling-Frage ins Haus, da man eine Anpassung an die durch das Referendum geschaffene Lage notwendig fand¹¹⁰.

Auf eine konziliantere Haltung der neuen französischen Führung brauchte die Bundesregierung gar nicht erst zu hoffen. Eine Vorbesprechung der beiden Außenminister zeigte mehr als deutlich, daß Pineau von den Vorschlägen Pinays vom Dezember nicht abweichen und damit das Ergebnis der Volksbefragung nur hinzunehmen gedachte, sofern die Bundesrepublik das „politische Opfer Frankreichs“ wirtschaftlich und finanziell honorierte. Der französische Minister bestand darauf, die Verhandlungen am 20. 2. auf der Basis abgestimmter Papiere zu beginnen, und avisierte ein Memorandum, das er als Entwurf für gemeinsame Direktiven an beide Verhandlungsdelegationen verstand. Sein deutscher Kollege verpflichtete diesem Procedere bei, akzeptierte auch die Forderung, keine Saarvertreter in die Delegationen aufzunehmen. Anders als bisher am Rhein vorgesehen, willigte er darin ein, saarländische Experten lediglich bei Bedarf zu konsultieren¹¹¹.

Wie kaum anders zu erwarten, stimmte der am 16. 2. in Bonn eingehende französische Direktivenentwurf in zentralen Fragen nicht mit den Vorstellungen überein, wie sie zwei Tage später in der deutschen Antwort niedergelegt wurden. Bonn verlangte die sofortige Ausdehnung der politischen Souveränität auf das

¹¹⁰ S. PA, B 17, Bd. 36, Bl. 259 f., Aufzeichnung 410S-300-01/Saar-861/55, 7. 2. 1956; zur deutschen Position in der Frage der Moselkanalisierung s.a. ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 215, Aufzeichnung Junker, 9. 1. 1956, Streng vertraulich, im Auszug in: BDFD II, S. 339–341.

¹¹¹ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, von Brentano an Adenauer, Tel., 11. 2. 1956, Verschlüsselt; s.a. Unterredung zwischen dems. und Pineau vom 11. 2. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 185–189.

Saargebiet, Paris billigte sie nur schrittweise und parallel zum wirtschaftlichen Anschluß im Verlauf von zehn Jahren zu. Außerdem forderten die Franzosen die Aufrechterhaltung der bestehenden Kulturbeziehungen und machten eine Reihe von wirtschaftlichen Sonderwünschen geltend. Eine derartige Festschreibung des Status quo auf längere Sicht war nach den Vorstellungen der Deutschen mit dem Referendum vom Oktober 1955 nicht in Einklang zu bringen¹¹². Darüber bestand auch „völlige Übereinstimmung“ mit der Saarregierung, mit der der Bundesaußenminister am 18. 2. konferierte¹¹³.

„Gräßliche Schwierigkeiten“ in den deutsch-französischen Saarverhandlungen

Zwei Tage später begannen vereinbarungsgemäß die eigentlichen deutsch-französischen Saarverhandlungen¹¹⁴ mit einer erneuten Unterredung zwischen den beiden Außenministern, denen ein Abschlußbericht der im September eingesetzten bilateralen Studienkommission zur Moselkanalisierung vorlag¹¹⁵. Pineau zeigte sich über den „negativen und ausweichenden Charakter“ des deutschen Antwortmemorandums sehr enttäuscht und kritisierte heftig die deutsche Intransigenz: Die Warndt-Problematik sei weiterhin offen; bezüglich der Grubenverwaltung mache Bonn Vorbehalte geltend, ohne präzise eigene Vorschläge zu offerieren; hinsichtlich der Moselkanalisierung verschanze es sich hinter dem ungenügenden Bericht der beiderseitigen Kommission. Gerade in diesem Punkt ließ Frankreich aber offenbar nicht mit sich reden. Die Moselkanalisierung, so Pineau aufgeregt, sei ein „Politikum“ und stelle die „wichtigste“ deutsche Gegenleistung dar. „Bestürzt“ über diese Fundamentalkritik, holte von Brentano tief Luft und erklärte das deutsche Memorandum dann zu einem konstruktiven Diskussionsbeitrag. In den Einzelpunkten wich er keinen Millimeter von den dort fixierten Positionen und weigerte sich jetzt auch, Pineaus Wunsch nach einer sofortigen Grundsatzvereinbarung über den Gesamtkomplex zu erfüllen¹¹⁶.

Mit diesem Dissens übergaben die Minister den Verhandlungsstab an ihre Staatssekretäre, die in zwei Sitzungen die strittigen Punkte auf der Basis des deutschen Memorandums noch einmal zusammenfaßten¹¹⁷. Pineau konnte in einer neuerlichen Runde am 21. 2. mit seinem Kollegen und den beiden Mitarbeitern indes nur festhalten, daß die Gegenüberstellung der beiderseitigen Positionen „n’a pas donné beaucoup de résultats positifs“¹¹⁸. Im Gegenteil – trotz der grundsätz-

¹¹² S. Aide-mémoire mit Direktivenentwurf der französischen Regierung, 13. 2. 1956, in: ebd., S. 255–257; PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Aufzeichnung, o.D.; Kabinettsitzung, 17. 2. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 203–206; Memorandum der Bundesregierung, 18. 2. 1956, in: BDFD II, S. 278–283, in französischer Übersetzung in: DDF 1956, Bd. 1, S. 257–261; s.a. Cahn, Second retour, S. 90f.

¹¹³ Communiqué des AA, in: Bulletin 1956, S. 299; s.a. Cahn, Second retour, S. 76.

¹¹⁴ Zum Ablauf vgl. ausführlich: ebd., S. 93–133.

¹¹⁵ Die deutsch-französische Kommission für die Moselkanalisierung hatte ihre Arbeit am 17. 2. 1956 beendet (PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 215, Bericht der deutsch-französischen Kommission zum Studium der Moselkanalisierung, o.D.; Communiqué des AA, in: Bulletin 1956, S. 299); vgl. Kutz, Geschichte, S. 91; Kap. IV.3.1.

¹¹⁶ PA, B 17, Bd. 38, Bl. 78–87, Unterredung zwischen von Brentano und Pineau vom 20. 2. 1956; s.a. Unterredung zwischen dens. vom 20. 2. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 245–250.

¹¹⁷ S. PA, B 17, Bd. 38, Bl. 72–77, Unterredungen zwischen Faure und Hallstein vom 20./21. 2. 1956; Unterredung zwischen dens. vom 20./21. 2. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 250–254.

¹¹⁸ Unterredung zwischen von Brentano und Pineau vom 21. 2. 1956, in: ebd., S. 255.

lichen Übereinstimmung hatten sich „erhebliche Meinungsverschiedenheiten“ vor allem im Hinblick auf die Länge der Übergangszeit bis zur wirtschaftlichen Eingliederung der Saar, über die französischen Abbaurechte im saarländischen Kohlerevier sowie die französischen Forderungen nach einer möglichst raschen Durchführung der Moselkanalisierung gezeigt¹¹⁹. Nicht zu Unrecht sprach die Presse von einem „faux départ“¹²⁰, und dennoch waren die Unterredungen nicht völlig nutzlos gewesen. Beide Seiten wußten nun, woran sie waren, und konnten sich darauf entsprechend einstellen.

Pineau verließ den Verhandlungstisch mit der Überzeugung, von Brentano mit der Härte seiner Position überrascht zu haben. Er setzte jetzt auf eine „action salulaire“ der Angelsachsen, um die Deutschen zu größerem Entgegenkommen zu bewegen¹²¹. Zumindest in Washington traf er damit auf wenig Gegenliebe. Das State Department mochte die französischen wirtschaftlichen Rechte an der Saar zwar nicht in Abrede stellen, vermittelte dem französischen Botschafter Couve de Murville aber den Eindruck, daß nur eine langwierige Überzeugungsarbeit den amerikanischen Außenminister aus seiner zögerlichen Haltung befreien könne¹²².

Von Brentanos Schlußfolgerungen aus diesem nicht eben verheißungsvollen, ihn aber dennoch nicht entmutigenden Auftakt gingen in eine andere Richtung. *Conditio sine qua non* einer befriedigenden Problemregelung, daran gab es seines Erachtens nichts zu rütteln, war eine Verständigung über die Moselkanalisierung. In Übereinstimmung mit den Äußerungen Pineaus entnahm er einer Ausarbeitung seines Amtes über den Stand der Verhandlungen, daß Frankreich sie geradezu als „Kardinalproblem der deutsch-französischen Beziehungen“ betrachtete¹²³. Das Kanalprojekt hatte nach dem Verlust Indochinas und der Krise in Nordafrika für das französische Selbstverständnis einen zentralen Stellenwert bekommen¹²⁴. Ein ergreifendes persönliches Schreiben von Alain Pohér, dem Vorsitzenden der französischen Delegation in der Moselkanalkommission, bestärkte ihn noch in dieser Ansicht. Darin rief ihm der seit langem bekannte Senator eindringlich die historische Aufgabe der beiderseitigen Versöhnung ins Gedächtnis und führte ihm klar vor Augen, was ein Scheitern des Projektes für die verwundete französische Seele bedeute¹²⁵. Pohérs Darlegungen besaßen für von Brentano um so mehr Gewicht, als ihn der Kurier des Briefes, Hans-Joachim Opitz, Sekretär der CDU im Montanparlament in Luxemburg, in einem Begleitschreiben darüber informierte, daß der Absender zum engeren Beraterkreis Pineaus gehöre und seine Zeilen „mindestens in voller Kenntnis des verantwortlichen Ministers“ abgefaßt habe¹²⁶. Beeindruckt von der „sympathisch[en], – aber auch überzeu-

¹¹⁹ Lahr an von Maltzan u. Hallstein, FS Nr. 106, 21. 2. 1956, Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 655–657, hier S. 656; s.a. ders. an seinen Bruder, 22. 2. 1956, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 239–241; *Kommunique*, in: AdG 1956, S. 5630A.

¹²⁰ Cahn, *Second retour*, S. 96.

¹²¹ Pineau an Bonn etc., Tel. 561/69 etc., 25. 2. 1956, *Résumé*, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 274–276, hier S. 276.

¹²² S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 1311/14, 27. 2. 1956, in: ebd., S. 288 f.

¹²³ PA, B 14, Ref. 217, AZ 372–08E, Bd. 2, Carstens an Hallstein, Aufzeichnung, 217–372–08E/2346/56, 24. 2. 1956, Reinkonzept.

¹²⁴ S. BA, NL von Brentano, Bd. 156, Bl. 213–215, von Brentano an Adenauer, 25. 2. 1956.

¹²⁵ S. ebd., Bd. 164, Bl. 295 f., Pohér an von Brentano, 28. 2. 1956, *Personnelle*.

¹²⁶ Ebd., Bl. 297–301, Opitz an dens., 28. 2. 1956.

gend[en]“ Gedankenführung Pohers, ließ von Brentano das Schreiben umgehend Adenauer zur Kenntnis bringen¹²⁷. Obwohl einige Kollegen kürzlich im Bundeskabinett noch einmal „schwere Bedenken“ wegen der hohen Frachtausfälle bei der Bundesbahn bzw. der Rückwirkungen auf die Stahlindustrie an der Ruhr angemeldet hatten¹²⁸, plante er jetzt mit Hilfe von BDI, DGB und Wirtschaftskreisen, die Proteste gegen den Kanal zu bekämpfen, und mahnte daher beim Kanzler eine „unerlässlich[e]“ Kurskorrektur in dieser Angelegenheit an¹²⁹.

Gemäß den Absprachen zwischen von Brentano und Pineau machten sich Experten des Quai d'Orsay und des Auswärtigen Amtes unter der Leitung von Sauvagnargues und Lahr in Anwesenheit saarländischer Politiker nun an die Arbeit, um die jeweiligen Vorstellungen zur Gesamtproblematik zu präzisieren, damit die Minister am 3. 3. in Bonn erneut zusammentreffen und die gemeinsamen Instruktionen verabschieden konnten¹³⁰. Am 25. 2. begann die erste Beratungsrunde. „Er macht mir gräßliche Schwierigkeiten – und ich vielleicht auch ihm –, aber ich mag ihn gern“, schrieb Lahr einige Monate später seiner Mutter über sein Verhältnis zu Sauvagnargues. „Gescheit, schnell, selbständig, zuverlässig, auch im Ernst nicht ohne Schalk, kultiviert, entspricht er dem Typ Franzosen, der mir unter den europäischen Brüdern der sympathischste ist.“¹³¹ In der Frage der Übergangsregelung bezeichnete der Vertreter der Bundesregierung nunmehr einen Zeitraum von zwei Jahren als ausreichend, um die wirtschaftliche Endregelung vorzubereiten. Sein französischer Kollege beharrte auf eine Spanne von zehn Jahren, wobei er diese „Période intérimaire“ noch um eine Übergangsphase von einigen Wochen oder Monaten verlängert sehen wollte. Als Kernproblem des gesamten Saarabkommens bezeichnete er die Warndtfrage und forderte für die lothringischen Bergwerke das Recht, das Gebiet dreißig Jahre lang auszubeuten. Die Replik Lahrs verdeutlichte unmißverständlich, wie weit beide Parteien auseinander standen. Denn nach Meinung seiner Regierung stand dieses Abbaurecht der Saar zu, und sie wollte Frankreich nur dann zufriedenstellen, wenn saarländische Interesse nicht verletzt würden¹³².

Lahrs harte Haltung resultierte nicht zuletzt aus einer noch keineswegs eindeutigen Verhandlungsposition Bonns. Man sah sich heftigen Widerständen aus Saarbrücken gegenüber und mußte Rücksicht auf die innenpolitische Stimmung nehmen, die mehr und mehr von der Überzeugung geprägt war, daß die Entwicklung an der Saar bereits irreversibel sei und die Bundesrepublik daher keine Gegenleistungen mehr für eine Frucht zu zahlen habe, die ihr ohnehin alsbald in den Schoß falle¹³³.

Ein Entwurf gemeinsamer Richtlinien faßte den letzten Stand der strittigen Punkte am 28. 2. erneut zusammen. Für den Warndt erhob Frankreich Anspruch

¹²⁷ BA, NL von Brentano, Bd. 164, Bl. 288, von Brentano an Adenauer, MB 537/56, 3. 3. 1956.

¹²⁸ Kabinettsitzung, 22. 2. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 214.

¹²⁹ BA, NL von Brentano, Bd. 156, Bl. 213–215, von Brentano an Adenauer, 25. 2. 1956.

¹³⁰ S. Lahr an von Maltzan u. Hallstein, FS Nr. 106, 21. 2. 1956, Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 656f.

¹³¹ Lahr an seine Mutter, 6. 7. 1956, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 246.

¹³² PA, B 17, Bd. 4, ders. u. von Maltzan an AA, FS Nr. 118, 25. 2. 1956, Verschlüsselt; s.a. ebd., Bl. 103–104, Richtlinien für die deutsch-französischen Saarverhandlungen, o.D., Vertraulich; Pineau an Bonn etc., Tel. 580/86 etc., 25. 2. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 276–278.

¹³³ S. Joxe an Pineau, Tel. 716/24, 28. 2. 1956, Secret, Réserve, in: ebd., S. 293–295.

auf eine 25-jährige Abbaugenehmigung bis 1980 mit einer Kohlenmenge von insgesamt 130 Millionen Tonnen, wobei eine Schiedskommission eine räumliche Abgrenzung festsetzen sollte. Bezüglich der Saarbergwerke schwebte ihm eine paritätische französisch-saarländische Verwaltung vor. Die Bundesrepublik verlangte eine räumliche, mengenmäßige und zeitliche Beschränkung des französischen Teufrechts unter Wahrung der saarländischen Interessen. Zur Verwaltung der Minen lag noch keine klare Stellungnahme vor. Uneinigkeit herrschte auch bezüglich der Dauer der Übergangsregelung. Das französische Modell ging von einer zehnjährigen Übergangszeit aus, in deren erster Periode die Wirtschaftsunion im wesentlichen unangetastet blieb, während die Überleitung der Saar in das Währungsgebiet der DM erst in einer kurzen Endphase erfolgen sollte. Die Bundesrepublik verlangte hingegen die Beendigung des ökonomischen Integrationsprozesses nach zwei Jahren¹³⁴. In der Frage der Moselkanalisierung lehnte Bonn weiterhin ein Junktim zur Saarfrage ab, erkannte allerdings eine politische Verknüpfung an und war bereit, das Problem auf dem Wege reziproker Konzessionen zu lösen. Wie Joxe von Globke erfuhr, dachte Adenauer daran, den Bundestag in Kürze mit der Frage zu konfrontieren und ihm zwei Optionen vorzulegen: Zustimmung zur Kanalisierung und rasche Rückkehr der Saar oder Absage an das Kanalprojekt und langfristige Isolierung der Saar. Für den Botschafter bestätigte sich damit einmal mehr der Eindruck, daß der Kanzler großes Interesse an einer raschen Bereinigung der Saarproblematik hatte, nicht zuletzt, um der Opposition einen Trumpf zu entreißen¹³⁵.

Tatsächlich bahnte sich in Bonn eine Wende in der Haltung zum Moselkanal an. Nachdem der ehemalige Staatssekretär im Kanzleramt und jetzige Vorsitzende des Saarunterausschusses im Bundestag, Lenz, nach einem Gespräch mit Botschafter Joxe und anderen französischen Persönlichkeiten die Überzeugung gewonnen hatte, „daß wir für die Moselkanalisierung die Saar haben könnten“¹³⁶, gab Hallstein in einer interministeriellen Besprechungsrunde Ende Februar die Parole aus, man müsse die bisher ausweichende Position aufgeben. Denn die schwache Pariser Regierung wolle eine Liquidierung der Saarfrage durch Erfolge auf anderen Gebieten wie etwa der Moselkanalisierung „aufwiegen“¹³⁷. Der anstehende Besuch des französischen Außenministers mußte erweisen, inwieweit die Bundesregierung das als zweckmäßig Erkannte bereits umzusetzen bereit war. Zumindest für Lenz war dabei ganz klar, daß Pineau es sich auf keinen Fall leisten konnte, ohne Einigung in den Grundsatzfragen nach Paris zurückzukehren¹³⁸.

¹³⁴ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Entwurf gemeinsamer Richtlinien, 28. 2. 1956; ebd., Bemerkungen der französischen Delegation zur Warndfrage (Übersetzung), o.D.; ebd., Bemerkungen der deutschen Delegation zur Warndfrage, o.D.; ebd., Bemerkungen der französischen Delegation zu den Saarbergwerken (Übersetzung), 27. 2. 1956; ebd., Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Saarbergwerken, o.D.; ebd., Bemerkungen der französischen Delegation zur Übergangszeit (Übersetzung), o.D.; ebd., Bemerkungen der deutschen Delegation zur Endregelung, o.D.; ebd., Bemerkungen der deutschen Delegation zur Übergangsregelung, o.D.

¹³⁵ S. Joxe an Pineau, Tel. 780/86, 2. 3. 1956, *Réserve*, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 301 f.

¹³⁶ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Lenz von Brentano, 29. 2. 1956, *Persönlich, Vertraulich*; s.a. Joxe an Pineau, Tel. 716/24, 28. 2. 1956, *Secret, Réserve*, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 293–295; PA, Ref. 217, AZ 372–08E, Bd. 2, Jansen an AA, FS Nr. 129, 2. 3. 1956, *Verschlüsselt, Citissime*.

¹³⁷ Ebd., Junker an Hallstein, Aufzeichnung, 410F-372–08/22–1300/56, 29. 2. 1956.

¹³⁸ S. ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Lenz an von Brentano, 29. 2. 1956, *Persönlich, Vertraulich*.

Von Brentano und Adenauer würdigten denn auch in ihren Gesprächen mit Pineau am 3. 3. ausdrücklich die politische Rückgliederung der Saar als Zugeständnis Frankreichs, verlangten aber von ihrem Gast gleichwohl, die Summe der Ansprüche erheblich zu senken. Wenn man der Moselkanalisierung zustimme, so lautete die schlichte Formel, müsse sich das in den übrigen deutschen Leistungen positiv niederschlagen, zumal die nahenden Bundestagswahlen die Handlungsmarge der Regierung einenge. Pineau blieb zunächst ungerührt, hatte Frankreich doch seines Erachtens mit der Einwilligung in die Rückkehr der Saar seinen Part bereits geleistet. Dann aber deutete er in den einzelnen Punkten doch immerhin eine gewisse Flexibilität an. Nur in bezug auf die Moselkanalisierung blieb er unnachgiebig und lehnte eine Einbeziehung Belgiens und Luxemburgs zum jetzigen Zeitpunkt strikt ab. Den Außenministern blieb nichts anderes übrig, als ihre Experten erneut zu beauftragen, über die Einzelheiten zu beraten, damit die Staatssekretäre Hallstein und Faure am 17. 3. weiterverhandeln konnten¹³⁹.

Adenauer zog aus den Treffen den Schluß, die Lösung des Problems der Moselkanalisierung möglichst rasch innenpolitisch vorzubereiten. Am 5. 3. traf er sich mit deutschen Industriellen und führte ihnen gemeinsam mit von Brentano eindringlich vor Augen, daß eine baldige positive Entscheidung im Sinne der deutsch-französischen Beziehungen absolut notwendig sei. Seine Gesprächspartner zeigten sich wenig beeindruckt, zählten die ökonomischen Nachteile auf und stellten dem Kanzler dann die unbequeme Frage, weshalb Deutschland „immer nachgeben“ müsse. Am Ende der Besprechung hatte der Kanzler weitere Besprechungen im kleinen Kreise zu konzedieren. Von der in Aussicht genommenen Einbeziehung des Parlaments nahm er wieder Abstand¹⁴⁰.

Statt dessen beschränkte er sich darauf, nur den Saarunterausschuß des Bundestags einzuschalten. Anders als die Wirtschaftskapitäne zeigten sich die Abgeordneten seinen Argumenten durchaus zugänglich. Als von Brentano den Kanalbau in ihrem Kreis am 6. 3. als entscheidende Konzession an Frankreich ausgab, erklärte der sozialdemokratische Vertreter Wehner die alte Verzögerungstaktik für inopportun. Man müsse für die Rückkehr der Saar eben einen Preis zahlen. Die innerfranzösische Situation und die bilateralen Beziehungen geböten es, möglichst schnell zu einer Lösung zu gelangen, ohne aber das Junktim anzuerkennen¹⁴¹. Wenige Tage danach bezeichnete der Ausschußvorsitzende Lenz die Moselkanalisierung im Bulletin der Bundesregierung suggestiv als notwendiges Opfer für Europa, da die wirtschaftliche Einigung der Alten Welt nur gelingen könne, wenn das deutsch-französische Verhältnis von seiner letzten Hypothek befreit sei¹⁴². Sein Appell blieb jedoch ohne Wirkung. In der Bundesrepu-

¹³⁹ S. Unterredungen zwischen Adenauer und Pineau vom 3. 3. 1956, 5. 3. 1956, in: BDFD II, S. 287–290; Unterredung zwischen von Brentano und dems. vom 3. 3. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 305–308; Unterredung zwischen Adenauer und dems. vom 3. 3. 1956, in: ebd., S. 308 f.; Unterredung zwischen von Brentano und dems. vom 3. 3. 1956, in: ebd., S. 309–311; Unterredung zwischen dems. vom 3. 3. 1956, in: ebd., S. 312.

¹⁴⁰ Unterredung zwischen Adenauer und deutschen Industriellen vom 5. 3. 1956, in: BDFD II, S. 342–346, hier S. 346.

¹⁴¹ S. PA, B 17, Bd. 38, Bl. 203 f., Sitzung des Saarunterausschusses des Deutschen Bundestages vom 6. 3. 1956, 219–214–44/2864/56, 6. 3. 1956.

¹⁴² S. Artikel von Lenz, in: Bulletin 1956, S. 508 f.; s.a. Erklärung dess. im „Hessischen Rundfunk“, 22. 3. 1956, in: ebd., S. 561 f.

blik wurde vielmehr Sturm gegen den Bau der Wasserstraße gelaufen. Von Brentano versicherte Poher in seinem Antwortschreiben am 8. 3. zwar, er sei sich der Bedeutung einer Rückgliederung der Saar für Frankreich voll bewußt. Auf die Moselkanalisierung ging er aber mit keinem Wort ein¹⁴³. Adenauer bewertete die Lage so düster, oder tat zumindest so, daß er in der Sitzung des Bundesvorstandes der CDU am 10. 3. die Schreckensvision entwarf, die Saar-Rückkehr werde noch Jahre dauern, wenn man der französischen Forderung nicht nachkomme¹⁴⁴. Die SPD-Opposition sah dies ähnlich. Ollenhauer ließ in der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission der SPD am 10./11. 3. keinen Zweifel daran, Mollet stützen zu müssen. Zwar lehnte er die Verzahnung zwischen Moselkanal und Saarfrage ab, forderte aber die Genossen für den Fall eines Zugeständnisses der Bundesregierung schon jetzt dazu auf, „nicht aus allen Rohren in dieser Sache [zu] schießen“¹⁴⁵. Allein die FDP scherte aus und drohte damit, die Sache per Große Anfrage in den Bundestag zu bringen¹⁴⁶.

Eine Woche später nahmen Hallstein und Faure, wie verabredet, die Verhandlungen in Paris wieder auf. Gewiß war dieser Südfranzose – „jung, lebhaft, intelligent, schnell, ohne Vorurteile, entscheidungsfreudig“ – einer der besten Gesprächspartner, den sich die deutsche Seite denken konnte¹⁴⁷. Zu voreiligem Optimismus bestand aber keinerlei Anlaß. Hallstein baute einmal mehr darauf, für die eventuelle Zustimmung zur Moselkanalisierung „augenfällige Konzessionen“ in den übrigen Bereichen der Saarfrage erhalten zu müssen. Unter Hinweis auf die erheblichen saarländischen Kohleprobleme unterstrich er erneut die zentrale Bedeutung des Warndtgebietes für die Zukunft des dortigen Kohlebergbaus. Statt der von Frankreich geforderten Abbaumenge von 130 Millionen Tonnen bot er nur 20 Millionen Tonnen an. Darüber hinaus bat er um den Verzicht auf die Mitverwaltung der Saarbergwerke, stellte statt dessen andere Mittel zur Sicherung der Kohlelieferungen in Aussicht. Für die Übergangszeit deutete er die Bereitschaft an, auch mehr als zwei Jahre hinzunehmen, sofern man sich deutlich unterhalb der von Paris geforderten Zehnjahresfrist bewege. Faure fand diese Kostenrechnung als Gegenleistung für die Moselkanalisierung völlig überzogen und erinnerte daran, daß Adenauer seinerzeit in einem Briefwechsel mit Mendès France eine grundsätzliche Zusage gegeben hätte. In bezug auf die Verwaltung der Saarbergwerke und die Übergangsphase signalisierte er Konzessionsabsichten, blieb aber in der Warndtfrage unbeugsam. Hallstein sagte dann verklausuliert zu, daß „mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens“ des Saarvertrages „die Entscheidung über die Moselkanalisierung gefallen“ sei, sperrte sich aber hinsichtlich des Warndtgebiets mit der Begründung, Paris könne Bonn diese Hypothek nicht aufbürden. Auf seinen nach Rückfrage bei der saarländischen

¹⁴³ S. BA, NL von Brentano, Bd. 164, Bl. 286 f., von Brentano an Poher, MB 537/56, 8. 3. 1956.

¹⁴⁴ S. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 10. 3. 1956, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 855.

¹⁴⁵ AsD, Parteivorstand, Sitzungsprotokolle, Bd. 15, Rede Ollenhauers in der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission der SPD vom 10./11. 3. 1956, im Auszug in: BDFD III, S. 520–522, hier S. 522; vgl. Cahn, Parti, Bd. 2, Bd. 2, S. 224 f.

¹⁴⁶ Vgl. PA, B 17, Bd. 38, Bl. 231–236, Unterredungen zwischen Faure und Hallstein vom 17. 3. 1956.

¹⁴⁷ Lahr an seine Mutter, 30. 5. 1956, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 242.

Regierung präsentierten Vorschlag einer Ausbeutungskapazität von 60 Millionen Tonnen ging Faure nicht ein. An den Abschluß eines Abkommens war also vorläufig nicht zu denken¹⁴⁸.

Pineaus kurz darauf präsentiertes Gegenangebot von 90 Millionen Tonnen bei einer Abbaudauer von 25 Jahren stieß bei Ney auf Widerstand. Da Hallstein dies als „das letzte Wort der Franzosen“ betrachtete, wollte er sich dennoch dafür einsetzen. Die Zeit drängte, wenngleich er inzwischen erreicht hatte, die Einbringung der Großen Anfrage der FDP bis nach Pfingsten zu verschieben¹⁴⁹. Da Saarbrücken aber nicht nachgab und Bonn sich dann doch zur Verteidigung der saarländischen, weil deutschen Interessen verpflichtet fühlte, kamen die am 27. 3. im Auswärtigen Amt wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen Hallstein und Faure nicht voran. Gebunden durch einen Beschluß des Conseil des Ministres, der bereits die Offerte von 90 Millionen Tonnen scharf kritisiert hatte, weigerte sich der französische Staatssekretär, von dieser Linie auch nur einen Deut abzuweichen und auf Hallsteins neues Angebot einer Beschränkung der französischen Abbaurechte auf die südliche Abbauzone im Warndt einzugehen, was einer Reduzierung um 16 Millionen Tonnen gleichkam. Ja, die deutsche Hartnäckigkeit führte jetzt gar dazu, daß die Franzosen von jüngsten Zusagen wieder abwichen. So wollte sich Faure in der Frage der Moselkanalisierung nicht mehr mit einem deutschen „accord de principe“ begnügen, beanspruchte vielmehr ein gemeinsames Einwirken auf die luxemburgische Regierung, deren Zustimmung beiden Seiten zwingend notwendig erschien. Außerdem verlangte er als Teil des Abkommens über den Kanal eine Einigung über die Finanzierung und die Benutzungsgebühren, die er notabene strikt ablehnte. Hallstein nahm dies bloß zur Kenntnis, ohne sich im einzelnen zu dieser ihm völlig neu anmutenden französischen Position zu äußern. Als Faure eine Konferenz beider Regierungschefs zur Beseitigung der vorhandenen Divergenzen anregte, stimmte er zu, sofern der Erfolg gesichert sei. Beharrlich weigerte er sich aber, einen Arbeitsplan für die Experten über die noch offenen Fragen zu billigen, da ihm die französischen Konzessionen nicht ausreichten. Er wollte die Experten lediglich über jene Fragen konferieren lassen, die nichts mit der Moselkanalisierung zu tun hatten, und dann vom Fortschritt abhängig machen, ob die Regierungschefs zusammentreffen könnten oder eine neuerliche Sitzung der beiden Staatssekretäre erforderlich sei. Faure drohte daraufhin störrisch mit einem völligen Fehlschlag der Verhandlungen und warnte Hallstein vor der Fehleinschätzung, die Festigkeit der französischen Position aufbrechen zu können. Da Hallstein aber nicht die Kompetenz besaß, Lahr über die Moselkanalisierung verhandeln zu lassen, beschlossen sie letztendlich, die Experten nur mit der Warndtfrage zu befassen¹⁵⁰.

¹⁴⁸ PA, B 17, Bd. 38, Bl. 231–236, Unterredungen zwischen Faure und Hallstein vom 17. 3. 1956; Unterredungen zwischen dens. vom 17. 3. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 442–448; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 209, Lahr u. von Maltzan an AA, FS Nr. 173, 21. 3. 1956, Verschlüsselt, Citissime.

¹⁴⁹ Ebd., B 17, Bd. 65, Bl. 11–12, Böx an Brückner, 19. 3. 1956; s.a. ebd., Bd. 121, Bl. 83–88, Brückner an AA, Geh.Ber. Nr. 2, 21. 3. 1956, Geheim; ebd., BStS, Bd. 229, Informationsgespräch mit Hallstein, 22. 3. 1956; Joxe an Pineau, Tel. 1016/18, 19. 3. 1956, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 455; s.a. ebd., S. 448, Anm. 1.

¹⁵⁰ S. Unterredungen zwischen Faure und Hallstein vom 27. 3. 1956, 28. 3. 1956, in: ebd., S. 501–509; Communiqué, in: Bulletin 1956, S. 581.

In der Sackgasse

An der Seine brodelte es. Die deutsche Verhandlungsführung erweckte den Eindruck, als ob die Bundesregierung „die Saar früher oder später ohne jede Gegenleistung und ohne jede Sicherung der französischen Interessen einzukassieren beabsichtige“. Die Differenzen drohten auf die gesamten deutsch-französischen Beziehungen übergzugreifen und sie „zu vergiften“¹⁵¹. Des Kanzlers Furcht vor der Interpellation der FDP hielt man in Paris für kaum begründet. Vertrauliche Sondierungen des französischen Botschafters in Bonn deuteten darauf hin, daß die Härte Faures offenbar ernüchternd wirkte und Hallstein sich demnächst zugänglicher zeigen werde. Allerdings war Joxe nicht entgangen, daß sich Adenauer vor dem Hintergrund der osteuropäischen Initiativen Mollets des Vorwurfs zu erwehren hatte, Frankreich binde die Saarfrage in ein Gesamtpaket von Verhandlungen über das Schicksal Deutschlands ein¹⁵². Ein Nachgeben kam aus französischer Sicht gleichwohl nicht in Frage. Am 26. 4. billigte der Conseil économique einstimmig einen Bericht, der die wirtschaftspolitischen Forderungen bekräftigte, und verabschiedete eine Resolution, die jeden Kompromiß ablehnte¹⁵³.

Da Adenauer sich weigerte, das von Faure angeregte Treffen mit Mollet vor dessen Moskau-Besuch stattfinden zu lassen¹⁵⁴, schickte er nur seinen Außenminister nach Paris. Faure und Pineau redeten am 3. 5. eindringlich auf von Brentano ein, die Verhandlungen nicht weiter zu verzögern. Ständig nähmen die Schwierigkeiten an der Saar zu. Frankreich plane die mittlerweile losgebrochene Prozeßwelle vor die WEU zu bringen und beabsichtige, vor den Kommunalwahlen Beobachter zu entsenden. Von Brentano erklärte sich völlig mit ihm einig, daß jede Diskriminierung zu verurteilen sei, und plädierte für einen baldigen Abschluß der Verhandlungen. Hallstein erneuerte dann die alte Forderung nach Gegenleistungen. Die Bundesregierung habe „hypothetisch die Eröffnung von Verhandlungen über die Moselkanalisierung in Erwägung gezogen“. Sie könne sich der öffentlichen Kritik aber nur stellen, wenn Frankreich in den Wirtschaftsfragen entgegenkomme. Als Mollet sich über den Verlauf der letzten Gesprächsrunden beklagte, schob Hallstein den Schwarzen Peter den Experten zu und warf ihnen fehlendes Verständnis vor. Faure ließ sich diesen törichten Tadel natürlich nicht bieten und erinnerte an die Instruktionen, die keine Konzessionen zuließen. Pineau legte dann den Vorschlag einer gemeinsamen französisch-saarländischen Ausbeutung der Warndtkohle auf den Tisch, woraufhin von Brentano eine Prüfung bis zur nächsten Sitzung der Staatssekretäre am 15./16. 5. zusagte. Am 2. 6. sollten Adenauer und Mollet dann konkrete Ergebnisse beschließen¹⁵⁵.

Zwei Tage später lag ein neuer, sechzehnseitiger Entwurf einer Direktive vor, mit der beide Regierungen die Streitfragen noch einmal gegenüberstellten¹⁵⁶. Am

¹⁵¹ Jansen an AA, 206–00 I Nr. 2098/56, 27. 4. 1956, in: BDFD I, S. 657.

¹⁵² S. Joxe an Pineau, Tel. 1366/70, 17. 4. 1956, Très urgent, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 607f.

¹⁵³ Vgl. Cahn, Second retour, S. 113f.; Freymond, Saar, S. 200.

¹⁵⁴ S. Joxe an Pineau, Tel. 1366/70, 17. 4. 1956, Très urgent, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 607f. Zum Moskaubesuch Mollets vom 15.–19. 5. 1956 s. Kap. IV.1.2.

¹⁵⁵ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Unterredung zwischen Mollet, Pineau und von Brentano vom 3. 5. 1956.

¹⁵⁶ S. ebd., B 17, Bd. 4, Bl. 153–160, Entwurf einer Direktive, 5. 5. 1956.

7. 5. ließen sie in Saarbrücken eine gemeinsame Erklärung übergeben, in der sie dazu aufforderten, vor dem Abschluß der Saarverhandlungen keine präjudizierenden Entscheidungen zu treffen¹⁵⁷. Am Tag darauf stellte sich die Bundesregierung im Parlament der seit langem angekündigten Großen Anfrage der FDP-Fraktion zur Moselkanalisierung¹⁵⁸. Angesichts der in den letzten Konsultationen eingetretenen „Versteifung“, für die Bonn Paris verantwortlich machte, hatte Lahr im Auswärtigen Amt vorab empfohlen, zu einzelnen Volksvertretern Kontakt aufzunehmen, um klarzustellen, daß die deutschen Bedenken „voll zum Ausdruck“ kämen. Die Bundesregierung betrachte den Bau nicht als europäisches Projekt, da er ausschließlich der lothringischen Eisenindustrie nütze. „Es würde nichts schaden, wenn oppositionelle Abgeordnete das Projekt vollständig ablehnen; überwiegend sollte jedoch die Meinung zum Ausdruck kommen, daß seine Billigung zwar ein außerordentlich schweres Opfer bedeutet, dieses Opfer dann jedoch gebracht werden könnte, wenn Frankreich bereit ist, auf die deutschen Anliegen im gleichen Geiste einzugehen.“¹⁵⁹

Dementsprechend unterstrich von Brentano in seiner Regierungserklärung, man sei bisher keine Verpflichtungen eingegangen, schließe aber eine Vereinbarung nicht aus, sofern die Regelung der übrigen Fragen befriedigend erfolge. Ohne ein Junktim zwischen beiden Problemkreisen anzuerkennen, sei die Bundesrepublik bereit, eine gewisse Verbindung einzugestehen¹⁶⁰. Wie zu erwarten war, schloß sich die SPD dieser Sichtweise an. Auf einen von der Koalition mitgetragenen Antrag der Opposition hin wurde die Bundesregierung ersucht, in einer gemeinsamen Sitzung der interessierten Ausschüsse über den Bau des Kanals Auskunft zu geben¹⁶¹. Damit war das Thema aus dem Plenum verbannt, was dem Kanzler natürlich sehr gut paßte.

Aus französischer Sicht zählte vor allem die von den deutschen Parteien im Prinzip anerkannte oder doch zumindest hingenommene Verknüpfung zwischen der Saarfrage und der Moselkanalisierung. Damit trat automatisch die Warndtfrage ins Zentrum der zukünftigen Diskussion, wobei Koalition und Opposition sich darin einig waren, deutlich weniger als die 90 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich zuzugestehen, da das Saarland sonst auf Jahrzehnte hin in die Position des Schuldners gedrückt würde¹⁶². Den von Joxe nach der Debatte zur Schau gestellten Optimismus wollte Adenauer nicht teilen. In einem Gespräch mit dem französischen Botschafter zeigte er sich am 14. 5. ganz im Gegenteil „wenig hoffnungsvoll“. Hallstein schloß sich dem Urteil an, da die Experten „in keinem Punkt“ Fortschritte erzielt hatten. Beide Seiten vertraten zwar einvernehmlich die Auffassung, vor dem Hintergrund der globalen Krisenstimmung rasch zu einer Einigung gelangen zu müssen. Wie diese aber aussehen konnte, dazu fehlte jeder

¹⁵⁷ S. Pineau an de Carbonnel, Tel. 272/73, 7. 5. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 722.

¹⁵⁸ S. Große Anfrage der FDP-Fraktion, 6. 3. 1956, in: BT, Sten. Ber., Anlagen, Bd. 40, Drucksache Nr. 2188.

¹⁵⁹ PA, B 14, Ref. 217, AZ 372–08E, Bd. 2, Jansen u. Lahr an Carstens, FS Nr. 225, 26. 4. 1956, Verschlüsselt.

¹⁶⁰ S. Bundestagserklärung von Brentanos, 8. 5. 1956, in: BT, Sten. Ber., Bd. 29, S. 7608 f.

¹⁶¹ S. Bundestagserklärungen Mommsers und von Brentanos nebst Antrag der SPD-Fraktion, 8. 5. 1956, in: ebd., S. 7609 f., 7613 u. 7626.

¹⁶² S. Joxe an Pineau, Tel. 1722/26, 12. 5. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 746 f.

Anhaltspunkt. Hallstein redete sich damit heraus, man sei auf die Zustimmung der Saarregierung angewiesen und müsse vermeiden, daß die DPS eine Opposition gegen Bonn aufbaue. Joxe mochte dem nicht so ohne weiteres beipflichten, hatten die saarländischen Gemeinderats- und Kreisratswahlen vom 13. 5. den „Extremisten“ doch „keinen großen Erfolg“ beschert. Dies sah Adenauer wiederum anders, weil die DPS nach seinem Dafürhalten an der Saar „nichts zu suchen“ hätte. Die Saarländer seien „immer ‚Querköpfe‘ gewesen“, und Ney und Schneider nutzten das aus. Noch immer hoffte er auf eine Fusion zwischen CDU und CVP. Worauf es vor allem ankäme, so Hallstein, sei eine Übereinkunft über den Warndt. Dabei müßten der Saar auf jeden Fall zwei Schachthanlagen zugestanden werden. Die Tonnenzahl empfand er als zweitrangig, wichtiger war ihm das topographische Kriterium, d.h. ein Verzicht Frankreichs auf das nördliche Abbaugelände¹⁶³.

Am Ende dreitägiger Beratungen mußten Faure und Hallstein eingestehen, die strittigen Punkte noch immer nicht vollständig ausgeräumt zu haben. Immerhin einigten sie sich darauf, die Übergangszeit im letzten Quartal 1959 enden zu lassen. Auch eine Reihe von Detailpunkten im Warenverkehr zwischen der Saar und Frankreich, bei den wirtschaftlichen Übergangsregelungen und der Frage der Verwaltung der Saarbergwerke konnte geklärt werden. Darin erschöpfte sich aber das Konsenspotential. Hallsteins Forderung, die Finanzierung der Moselkanalisierung Frankreich zu überlassen, hohe Abgaben für die Benutzung zu verlangen und das Junktim aufzuheben, stieß bei Faure auf ebenso scharfen Widerstand wie dessen Vorstellungen zur Warndtfrage bei seinem deutschen Pendant. So blieb den Staatssekretären nichts anderes übrig, als ein neues Treffen zu vereinbaren. Wie die von beiden angemahnten echten Fortschritte angesichts der von ihnen als ausgeschöpft bezeichneten Konzessionsmasse würden erzielt werden können, blieb ihr Geheimnis¹⁶⁴.

Faure hielt die ganze Angelegenheit für so verfahren, daß er glaubte, nur durch eine *Démarche* bei Adenauer den Durchbruch schaffen zu können. Am 18. 5. forderte er Joxe dazu auf, beim Kanzler vorzusprechen und ihm vor Augen zu führen, daß es jetzt nicht mehr darum gehe, den Höchstpreis zu erzielen, sondern eine akzeptable Lösung zu finden. Per Ukas müsse er seine Mitarbeiter zu mehr Konzilianz anhalten¹⁶⁵. Es dauerte eine ganze Woche, bevor dem französischen Botschafter die Audienz gewährt wurde, und die ungewöhnlich lange Wartezeit hing gewiß mit dem am Rhein voller Mißtrauen beobachteten Besuch der französischen Führung in der Sowjetunion zusammen, der am 19. 5. endete. Als Adenauer Joxe dann am 25. 5. empfing, beschränkte er sich darauf, in allgemeinen Wendungen seinem Wunsch nach einer raschen Beseitigung der Probleme in der Saarfrage Ausdruck zu verleihen¹⁶⁶. Die zur selben Stunde stattfindenden Konsultationen der Experten ließen keine Anzeichen einer Wende erkennen. Lahr versuchte die Vorzüge einer „Großen Lösung“ aufzuzeigen, bei der die Regelung

¹⁶³ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Unterredung zwischen Adenauer und Joxe vom 14. 5. 1956. Zu den Gemeinderats- und Kreisratswahlen vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 422–435.

¹⁶⁴ S. PA, B 17, Bd. 4, Bl. 182–226, Unterredungen zwischen Hallstein und Faure vom 15., 16. u. 17. 5. 1956; *Kommunique*, in: *Bulletin* 1956, S. 871.

¹⁶⁵ S. Faure an Joxe, Tel. 1373/78, 18. 5. 1956, *Réserve*, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 781 f.

¹⁶⁶ S. Joxe an Pineau, Tel. 1861/65, 25. 5. 1956, *Réserve*, in: ebd., S. 850 f.

aller zu behandelnden Fragen vom Gedanken der Partnerschaft bestimmt sein sollte. Sauvagnargues wollte davon nichts wissen und erklärte, die Bevölkerung werde die „Preisgabe der Frankreich aus dem Versailler Vertrag erwachsenen Vorteile nicht zulassen“. Da Lahrs Verhandlungsmarge bereits ausgeschöpft war, endeten die zweitägigen Gespräche mit einem völligen Mißerfolg¹⁶⁷.

„Opfer für den europäischen Gedanken und für die deutsch-französische Freundschaft“

Den ersehnten Durchbruch erbrachte erst das Treffen der beiden Regierungschefs Adenauer und Mollet am 4. 6. in Luxemburg. Ein erster Hoffnungsfunke war bereits aufgeglimmt, als die zuständigen Bundestagsausschüsse drei Tage zuvor den Bau des Moselkanals nolens volens akzeptiert hatten. Lahr verstreute daraufhin sofort Optimismus, nun werde es auch gelingen, das Warndtproblem zu lösen und die gemeinsame Direktive abzufassen¹⁶⁸. Wichtiger als diese parlamentarische Absegnung des seit Jahren umstrittenen Kanalprojekts war für den tatsächlich jetzt erzielten Erfolg indes die mißglückte Reise der französischen Regierung nach Moskau. Da sie sämtliche, nicht zuletzt innenpolitisch motivierte ostpolitische Ambitionen zunichte machte, lenkten Mollet und Pineau ihre Außenpolitik jetzt dezidiert nach Westen in Richtung europäische Integration und deutsch-französische Kooperation¹⁶⁹. Im Mittelpunkt der Diskussion stand zunächst die Kohle im Warndtgebiet. Hallstein legte einleitend noch einmal die deutschen Argumente für die topographische Begrenzung des französischen Abbaus dar. Demnach sollten die französischen Abteufrechte während der Errichtung zweier saarländischer Schächte für fünf Jahre wie bisher fortbestehen und sich danach auf das sogenannte Südwestfeld beschränken. Um Raubbau zu verhindern, sahen die deutschen Planungen eine Tiefenbeschränkung vor. Das implizit in Aussicht gestellte Abbauvolumen von 60 Millionen Tonnen fand Faure indes völlig unzureichend, und Pineau warnte davor, den Forderungen der Saarregierung zu viel Gewicht beizumessen, gehe es schließlich um die deutsch-französische Zusammenarbeit. Adenauer meinte an dieser Stelle unbedingt daran erinnern zu müssen, wie er Pinay im Oktober 1955 eine Verschiebung des Referendums empfohlen habe, damit aber nicht durchgedrungen sei. Einen zweiten Gemütsausbruch an der Saar könne man sich jetzt nicht mehr leisten. Als der Kanzler dann auch noch verlangte, die in Deutschland so empfundene „Niederlage“ der Moselkanalisierung müsse durch französische Zugeständnisse im Warndt gemildert werden, platzte Mollet der Kragen. „Man diskutiere nur über nationale Interessen“, fauchte er den Kanzler an, „und die Saar würde zum Zankapfel statt zum Bindeglied. Man diskutiere als ob die beiden Weltkriege nie stattgefunden hätten und als ob es nie einen Europagedanken gegeben habe.“ Die Moselkanalisierung war für ihn „keine deutsche Konzession, sondern die Anerkennung einer wirtschaftlichen Einheit“. Die An-

¹⁶⁷ PA, B 17, Bd. 40, Bl. 44 f., Lahr an Hallstein, Aufzeichnung, 26. 5. 1956; s.a. ebd., Bd. 4, Bl. 229–232, Aufzeichnung Böx 219–214–44/6397/56, 30. 5. 1956; ebd., Bl. 236 f., „Liste der offenen Fragen“, o.D.

¹⁶⁸ S. de Margerie an Pineau, Tel. 1935/38, 2. 6. 1956, Urgent, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 878; PA, B 17, Bd. 4, Bl. 233–235, Entwurf einer Direktive, 2. 6. 1956.

¹⁶⁹ Vgl. Kap. IV.1.2 u. IV.2.2.

spielung auf Europa fand Adenauer nun denkbar unpassend, stieß der Bau des Kanals doch im Saarland, in Belgien und Luxemburg auf erhebliche Widerstände. Sein Vorschlag, die in Luxemburg weilenden saarländischen Minister in das Gespräch einzubeziehen, stieß auf der französischen Seite auf ein negatives Echo. Die Sitzung wurde unterbrochen, um der deutschen Delegation Gelegenheit zu geben, die Saarländer über die französischen Vorschläge zu informieren. Nach der Wiederaufnahme wurde rasch klar, daß die saarländischen Zugeständnisse bezüglich der Tiefenbeschränkung den Franzosen nicht ausreichten. Ein heftiger Streit entbrannte über die möglichen Abbaumengen, ohne daß beide Seiten sich in ihren Berechnungen annäherten. Man legte erneut eine Pause ein, um die saarländischen Vertreter noch einmal zu konsultieren. Da sie nicht weiter nachgaben, sah sich Adenauer dazu gezwungen, Mollet eine zusätzliche deutsche Kohlelieferung von sieben Millionen Tonnen zu versprechen, „als Opfer für den europäischen Gedanken und für die deutsch-französische Freundschaft“. Mollet war's zufrieden und versprach, sich im Parlament für die Vereinbarungen einzusetzen. Auf seinen Vorschlag hin einigten sich beide Regierungschefs außerdem darauf, gemeinsam bei der saarländischen Regierung zum Zwecke der Einstellung politischer Verfolgungen vorstellig zu werden¹⁷⁰. Darüber hinaus versprach der Kanzler, sich mit 300 Millionen DM an der Finanzierung des Moselkanals zu beteiligen, und klärte mit dem *Président du Conseil* die Gebührenfrage¹⁷¹. Noch in letzter Minute drohte das Übereinkommen zu platzen, weil Hallstein nach dem Ende der Besprechungen eilig nach Frankfurt mußte und dem zurückbleibenden völlig verdutzten Lahr ohne präzise Angaben über den Verlauf der Besprechungen den Auftrag erteilte, mit Faure das Protokoll aufzustellen. Mißverständnisse waren vorprogrammiert, und es dauerte bis in die frühen Morgenstunden, ehe die Niederschrift zur beiderseitigen Zufriedenheit formuliert war¹⁷².

Am Ende stand allen Beteiligten die Erleichterung ins Gesicht geschrieben. In Paris rühmte man trotz der erwarteten Schwierigkeiten bei den kommenden Detailfragen die „staatsmännische Haltung“ des Kanzlers¹⁷³. In Bonn zeigte man „Hochachtung vor Frankreich“, das das Votum der Saar definitiv respektiere¹⁷⁴. Das Presseecho fiel beiderseits des Rheins insgesamt positiv aus, wobei die deutschen Zeitungen insbesondere die baldige Rückkehr der Saar betonten, während die französische Presse vornehmlich die erwarteten wirtschaftlichen Gewinne herausstrich¹⁷⁵.

Mit dem Luxemburger Übereinkommen war die politische Eingliederung der Saar zum 1. 1. 1957 beschlossene Sache, ein entsprechender zwischenstaatlicher Vertrag aber noch keineswegs fixiert. Nur die nach monatelangem Kampf entschiedene Direktive für die Experten lag jetzt vor. Auf ihrer Basis machten sich die

¹⁷⁰ PA, B 17, Bd. 40, Bl. 151–161, Unterredung zwischen Adenauer und Mollet vom 4. 4. 1956 [sic!].

¹⁷¹ S. „Directive des ministres“, 5. 6. 1956, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 892–894; *Kommuniqué*, in: AdG 1956, S. 5807E; *Bulletin* 1956, S. 1003 f.; vgl. Cahn, *Second retour*, S. 98–101.

¹⁷² S. Lahr an seinen Bruder, 6. 6. 1956, im Auszug in: Lahr, *Zeuge*, S. 243–245.

¹⁷³ PA, B 17, Bd. 40, Bl. 179, von Maltzan an AA, FS Nr. 322, 6. 6. 1956, *Verschlüsselt*.

¹⁷⁴ *Krone*, *Tagebücher*, Bd. 1, S. 217, Tb. 6. 6. 1956.

¹⁷⁵ Vgl. „Aachener Nachrichten“, 6. 6. 1956, im Auszug auch in: BDFD III, S. 522–524; Artikel Pesch, in: „Trierer Volksfreund“, 6. 6. 1956, im Auszug auch in: ebd., S. 525 f.; „Le Temps de Paris“, 10. 6. 1956, im Auszug auch in: ebd., S. 527 f.; Cahn, *Second retour*, S. 114–118.

Beamten aus den Außenministerien am 3. 7. in insgesamt elf Kommissionen, zu denen bisweilen saarländische Vertreter hinzugezogen wurden, an die Redaktionsarbeit. An Rhein und Seine setzte man auf rasche Fortschritte¹⁷⁶. Während die Arbeiten am Hauptabkommen zügig voranschritten¹⁷⁷, schleppten sich die deutsch-französisch-saarländischen Finanzverhandlungen zäh dahin¹⁷⁸. In bezug auf die Moselkanalisierung wichen die von beiden Delegationen vorgelegten Vertragsentwürfe gar „in fast allen wesentlichen Punkten“ voneinander ab¹⁷⁹. „Der Teufel ist in den Details“, bemerkte Hallstein gegenüber Journalisten zum Fortgang der Verhandlungen¹⁸⁰. Wie recht er damit hatte, bewahrheitete sich einmal mehr, als er am 17./18. 7. mit Faure zusammentraf, um über die Kapitalisierung der Beamtenpensionen, Maßnahmen zur Öffnung des deutschen Marktes für saarländische Produkte und die progressive Steigerung der Kontingente für Investitionsgüter zu sprechen¹⁸¹.

Anfang August wurden die Verhandlungen unterbrochen. Der umfangreiche Hauptvertrag mit etwa 70 Artikeln, 25 Anlagen und 12 Briefen lag zum größeren Teil inzwischen vor, fast ausschließlich auf der Grundlage deutscher Entwürfe, die in Zusammenarbeit mit Vertretern der Saarregierung erstellt worden waren. Die Ausmaße des Abkommens erklärten sich vor allem aus den Übergangsregelungen, die drei Viertel des Gesamttextes in Anspruch nahmen. Für eine Reihe schwieriger Probleme wie den Umrechnungskurs bei der Währungsunion, die Verwendung der beim Umtausch anfallenden französischen Banknoten, die Erleichterung für die Einfuhr deutscher Waren ins Saarland während der Übergangszeit, die Listen gegenseitiger zollfreier Kontingente, der Wiederzulassung deutscher Banken und Versicherungen oder die Organisation des Absatzes der Saarkohle sowie diverse Fragen zum Warndtgebiet und zur Moselkanalisierung fehlten bisher die Texte. Dennoch setzten sich beide Delegationen zum Ziel, die Beratungen Ende September zu beenden¹⁸².

Am 12. 9. schlossen Faure und Hallstein die Verhandlungen auf der Staatssekretärsebene ab. Bis auf die Finanzregelung war nunmehr der gesamte materielle Inhalt des Saarvertrages abgestimmt. Es blieb noch die rein redaktionelle Bearbeitung, so daß die Paraphierung für das Monatsende anvisiert wurde¹⁸³. Etwas voreilig ließ Adenauer Mollet sofort seine Befriedigung über diesen Sachstand übermitteln, den er als „guten Ausgangspunkt für eine neue deutsch-französische

¹⁷⁶ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Hallstein an von Brentano, Vermerk, 7. 6. 1956; Joxe an Pineau, Tel. 2092/96, 15. 6. 1956, Réserve, in: DDF 1956, Bd. 1, S. 993 f.; Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, 15. 6. 1956, in: BDFD II, S. 300–306.

¹⁷⁷ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 58, Lahr an AA, 13. 7. 1956; ders. an seine Mutter, 6. 7. 1956, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 245–248.

¹⁷⁸ S. Ramadier an Pineau, Nr. 303, 6. 7. 1956, Confidentiel, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 51–53.

¹⁷⁹ S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 209, Jansen an AA, FS Nr. 373, 10. 7. 1956, Verschlüsselt.

¹⁸⁰ Ebd., BStS, Bd. 229, Informationsgespräch mit Hallstein, 12. 7. 1956.

¹⁸¹ S. ebd., B 17, Bd. 4, Bl. 269–277, Unterredungen zwischen dems. und Faure vom 17./18. 7. 1956; Communiqué, in: Bulletin 1956, S. 1309.

¹⁸² S. PA, B 17, Bd. 4, Bl. 260–263, Lahr an AA, 3. 8. 1956; ebd., BStS, Bd. 349, Aufzeichnung dess., 3. 9. 1956.

¹⁸³ S. Interviews Hallsteins mit „Radio Saarbrücken“, 13. 9. 1956, in: Bulletin 1956, S. 1659 u. 1678–1680.

Politik“ ansah¹⁸⁴. Es war Faure, der kurz darauf ein wenig Wasser in den Wein schüttete, als er in Bonn auf die beiden noch nicht geklärten Themen aufmerksam machte: die Währungsumstellung und die Zustimmung Luxemburgs zur Moselkanalisierung, die für die Deutschen neuerliche finanzielle Zusagen heraufbeschwor¹⁸⁵.

Am 27. 9. sagte der französische Staatssekretär dem luxemburgischen Außenminister Bech eine deutsch-französische Finanzbeihilfe für den Bau zu. Um eine drohende Verzögerung bei der Unterzeichnung des Kanalvertrags mit „unerwünscht[en]“ Folgen für das Inkrafttreten des Saarabkommens zu vereiteln, einigten sich Faure und Hallstein einen Tag später nach stundenlangen Diskussionen darauf, die Finanzierung der Schiffbarmachung der Mosel ohne die Kosten der Kraftwerke im Verhältnis von 250:120 Millionen DM für Frankreich zu teilen. Hallstein nahm außerdem die französische Absicht zur Kenntnis, die Ausgleichsforderungen Luxemburgs ohne deutsche Inanspruchnahme außerhalb des Vertrags zu regeln. Strittig blieb neben zahlreichen Detailfragen noch die Verwendung der an der Saar kursierenden französischen Zahlungsmittel, da Frankreich auf Vernichtung der Noten bestand¹⁸⁶.

Nur einen Tag später standen die offenen Problemen erneut auf dem Programm, als die beiden Staatssekretäre ihren Regierungschefs über die bisher geleistete Arbeit Bericht erstatteten. Hartnäckig feilschten beide Seiten um die aufzubringenden Geldbeträge für die Moselkanalisierung und um finanzielle Vorteile bei der Währungsumstellung an der Saar. Äußerst vertrackt gestaltete sich die Diskussion über den Notenumlauf, die mit theoretischen wirtschaftlichen Argumenten gespickt war. In seiner bekannten Vorliebe für einfache Sachverhalte wollte Adenauer von alldem nichts hören und meinte: „Brutal ausgedrückt, sehe die Sache folgendermaßen aus: Frankreich habe das Saarland als ein Reparationsobjekt betrachtet. Es sei bereit, es zurückzugeben, wolle aber in irgendeiner Weise eine Entschädigung dafür haben. Deutschland und Frankreich hätten sich geeinigt, diese Entschädigung in das Kostüm der Zerstörung eines Teiles des Notenumlaufes einzukleiden.“¹⁸⁷ Über die Höhe dieser Summe bestand aber große Uneinigkeit. Dem Angebot Adenauers über 25 Milliarden Francs stand bei einem Gesamtvolumen von 65 Milliarden eine Gegenforderung Mollets über 50 Milliarden gegenüber. Obwohl die beiden Politiker es vorzogen, die Sache ihren Währungssachverständigen Abs und Couve de Murville anzuvertrauen, um sich selbst der europäischen Integration zu widmen, landete die Angelegenheit schließlich doch wieder auf ihrem Tisch, weil die Experten nur eine Annäherung, aber keine Einigung erzielten. Mollet erklärte sich mit dem neuen deutschen Vorschlag von 40 Milliarden Francs unter der Bedingung einverstanden, daß die Bundesrepublik alle Zusatzkosten aus der Verlegung des Rheinseitenkanals übernehme. Adenauer

¹⁸⁴ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen Mollet und von Brentano vom 14. 9. 1956, 15. 9. 1956.

¹⁸⁵ S. ebd., Bd. 155, Unterredung zwischen Faure und dems. vom 17. 9. 1956, 19. 9. 1956; Unterredung zwischen dems. vom 17. 9. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 392–394; Unterredung zwischen Adenauer und Faure vom 17. 9. 1956, in: ebd., S. 395 f.

¹⁸⁶ PA, BStS, Bd. 349, Unterredungen zwischen Hallstein und dems. vom 28. 9. 1956; s.a. ebd., Ergebnis der Besprechungen vom 28. 9. 1956, 29. 9. 1956.

¹⁸⁷ Ebd., Unterredung zwischen Adenauer und Mollet vom 29. 9. 1956, 30. 9. 1956.

akzeptierte die Lösung, sofern Frankreich den Röchlings die Rückkehr an die Saar gestatte und sich für die französischen Investitionen und die sogenannten „biens transférables“ – jene Materialien, die Frankreich nicht demontiert hatte – mit einer Abstandszahlung von ihnen über drei Milliarden Francs begnüge. Mollet stimmte dem zu, bat aber um Vertraulichkeit¹⁸⁸.

„Wendepunkt der deutsch-französischen Geschichte“

Damit waren die seit Februar laufenden deutsch-französischen Saarverhandlungen faktisch beendet. In Bonn wurde das Ergebnis in politischen Kreisen wie in der Presse sehr günstig aufgenommen, da die Eingliederung der Saar nun definitiv gesichert und die letzte schwere Hypothek der bilateralen Beziehungen bezahlt war¹⁸⁹. Am 11. 10. stimmte das Kabinett den Abkommen auf der Basis eines ausführlichen Berichts von Hallstein und einer Kabinettsvorlage von Brentanos zu¹⁹⁰. Gut zwei Wochen später, am 27. 10., fast auf den Tag genau ein Jahr nach dem Referendum an der Saar, unterzeichneten der deutsche und der französische Außenminister in der luxemburgischen Hauptstadt insgesamt vier Dokumente: den auf mittlerweile 97 Artikel angewachsenen Vertrag zur Regelung der Saarfrage, zusammen mit Bech das Abkommen über die Schiffbarmachung der Mosel, den Vertrag über den Ausbau des Oberrheins und den Niederlassungsvertrag. Darüber hinaus signierten Pineau und Bech einen Kontrakt über Entschädigungen für die Moselkanalisierung. Mit von Brentano und den Botschaftern der übrigen EGKS-Staaten schlossen sie außerdem einen Übereinkunft über die Änderung des Montanvertrags. Gemäß dem Saarabkommen erstreckte sich der Anwendungsbereich des Grundgesetzes zum 1. 1. 1957 auf das Saarland, während die wirtschaftliche Eingliederung nach einer spätestens am 31. 12. 1959 endenden Übergangszeit erfolgen sollte. Die Kursfrage wurde dahin gelöst, daß Bar- bzw. Bankguthaben zum offiziellen Wert des Umrechnungstages umgewechselt werden mußten. Die Bundesrepublik sagte zu, 40 Milliarden Francs bei der Umstellung der Geldmittel zu vernichten und bei Beendigung der Übergangszeit die Verbindlichkeiten der Saar gegenüber Frankreich in Höhe von 40 Milliarden Francs zu übernehmen. Bonn erlaubte Paris den Abbau von 66 Millionen Tonnen Kohle im Warndt-Gebiet, gab eine Liefergarantie von 24 Millionen Tonnen und sicherte dem Nachbarn den Bezug von 33% der saarländischen Kohleproduktion zu. Im Rahmen des Vertrags über die Moselkanalisierung erklärte sich Bonn bereit, beim Bau mitzuwirken und sich an den Kosten in einer Gesamthöhe von 370 Millionen DM mit 120 Millionen zu beteiligen. Im Gegenzug machte Paris Konzessionen beim Ca-

¹⁸⁸ Ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen dens. vom 29. 9. 1956, 1. 10. 1956; s.a. Pineau an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 73/S. G.L., 2. 10. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 493–496; Gemeinsames Communiqué, 29. 9. 1956, in: Bulletin 1956, S. 1761. Zur Röchling-Frage s.a. Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 5. 10. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 525; vgl. Cahn, Aspect, S. 434 f.; ders., Second retour, S. 103–109; zu den sog. „biens transférables“ vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 1, S. 137–148.

¹⁸⁹ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 3039/44, 2. 10. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 488 f.

¹⁹⁰ S. Kabinettsitzung, 11. 10. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 633–637; PA, BStS, Bd. 349, Ausführungen Hallsteins in der Kabinettsitzung vom 10. 10. 1956 [sic!]; Kabinettsvorlage von Brentanos, Oktober 1956, in: BDFD II, S. 306–310.

nal d'Alsace und stimmte der Rückgabe der Röchling-Werke an die Familie zu¹⁹¹. Mitte November verpflichteten sich die Röchlings entgegen ihrer bisherigen Haltung als Gegenleistung zur Zahlung von 3 Milliarden Francs in den ersten drei Monaten des Jahres 1957. Am 27. 11. wurde die Sequesterverwaltung der Werke aufgehoben¹⁹².

Adenauer sprach in der „sehr beglückende[n]“ Stunde der Unterzeichnung des Luxemburger Vertrages von einem neuen Abschnitt in den Bemühungen um die Wiedervereinigung und einem „Wendepunkt der deutsch-französischen Geschichte“. Sein Dank richtete sich an Frankreich für dessen großmütige Haltung. Nach der Klärung der letzten Streitigkeiten könne nun „unter Überwindung aller Ressentiments, aber auch aller nationalen unberechtigten Eigenwünsche“ das Problem der europäischen Integration angegangen werden¹⁹³. Intern betrachtete die Bundesregierung das Abkommen als „angemessene Lösung“, die von Frankreich den schweren Entschluß zur Liquidierung seiner bisherigen Saarpolitik und von der Bundesrepublik beträchtliche finanzielle Leistungen verlangte. Die Opfer galten aber als „unvermeidlich, um eine Rückkehr des Saarlandes ohne schwere Störung der deutsch-französischen Beziehungen und damit der europäischen Zusammenarbeit zu ermöglichen“. Ihnen stand außerdem ein wesentlicher Zuwachs zum Wirtschaftspotential gegenüber¹⁹⁴.

Dieser Tenor bestimmte auch die Kommentare im deutschen Blätterwald. Gewiß, Bonn hatte wieder einmal einen hohen Preis bezahlt, von Paris dafür aber erhebliche Gegenwerte bekommen. Die Kritik am Moselkanal war mittlerweile abgeflaut. Was die Kohlekonzessionen anging, glaubten Eingeweihte, daß die Saarbrücker den Bonnern eines Tages zu Dank verpflichtet sein würden, weil sie ihnen zu festen französischen Absätzen bei akzeptablen Preisen verholfen hätten¹⁹⁵. Insgesamt stand der pekuniäre Aspekt in den Artikeln eindeutig im Schatten der sich nunmehr bietenden interessanten Perspektiven in der bilateralen Kooperation¹⁹⁶. Nur selten traf man in der Bonner *classe politique* auf Stimmen, die das Saarabkommen so entschieden ablehnten wie der FDP-Vorsitzende Dehler¹⁹⁷.

Es konnte kaum überraschen, daß die Reaktion in Frankreich gedämpfter ausfiel. In der Presse wurde das Saarabkommen zwar weitgehend begrüßt, doch quälte es die Kommentatoren offensichtlich, daß Frankreich nach Indochina und Nordafrika erneut eine „politique d'abandon“ betrieben habe¹⁹⁸. Mit der erschreckend geringen Mehrheit von 21 gegen 18 Stimmen der Kommunisten,

¹⁹¹ S. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage, 27. 10. 1956, in: BGBl 1956, Teil II, S. 1593–1638; Zusammenfassungen aller Verträge in: AdG 1956, S. 6057A; Bulletin 1956, S. 1960f.; vgl. Kutz, Geschichte, S. 92–94; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 527–532.

¹⁹² Vgl. Cahn, Aspect, S. 435–437; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 535 f.

¹⁹³ Erklärung Adenauers im „Südwestfunk“, 27. 10. 1956, in: Bulletin 1956, S. 1961 f., hier S. 1962; s.a. Interview von Brentanos mit „Saarbrücker Rundfunk“, 26. 10. 1956, in: ebd., S. 1962–1964.

¹⁹⁴ Kabinettsvorlage dess., o.D., in: BDFD II, S. 310.

¹⁹⁵ S. Lahr an seinen Bruder, 25. 11. 1956, im Auszug, in: Lahr, Zeuge, S. 250 f.

¹⁹⁶ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 3320/24, 30. 10. 1956, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 90f.; Cahn, Second retour, S. 121–123.

¹⁹⁷ S. Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 18. 10. 1956, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1954–1960, S. 212 f.

¹⁹⁸ Cahn, Second retour, S. 120.

dreier Radikalsozialisten und eines ehemaligen Gaullisten empfahl der Auswärtige Ausschuß der Assemblée Nationale am 28. 11. die Ratifizierung der Verträge. Die Mehrheit im Plenum schien damit sicher, allerdings voraussichtlich geringer als von der Regierung ehemals erwartet¹⁹⁹. Im Quai d'Orsay machte sich Enttäuschung breit. Die Hoffnung, ein möglichst günstiges Ergebnis im Palais Bourbon als Antrieb für die Europapolitik zu nutzen, schwand. Nun mußte man sich auf ein knappes Resultat einstellen, das gemeinhin als ein Warnzeichen für eine Klimaverschlechterung bewertet wurde. Um die Ratifizierungsprozedur nicht zusätzlich zu belasten, ermahnte das Ministerium das Auswärtige Amt, die geplanten Jubelveranstaltungen zur Eingliederung der Saar nicht üppig zu gestalten²⁰⁰. Das war Wasser auf die Mühlen von Bundespräsident Heuss, der diesem Gesuch ausdrücklich beipflichtete und den Kanzler davor warnte, die Feierlichkeiten nicht als „Balladen-Politik“ zu zelebrieren²⁰¹.

In seiner Regierungserklärung aus Anlaß der Ersten Lesung des Ratifikationsgesetzes gestand von Brentano am 29. 11. offen ein, nicht alle Ziele in den Saarverhandlungen erreicht zu haben. Dennoch fiel seine Kosten-Nutzen-Analyse eindeutig positiv aus. Denn das Saarabkommen bedeutete seiner Ansicht nach nicht nur einen „entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Wiedervereinigung aller Deutschen“, sondern auch die notwendige Beseitigung des letzten Streitfalls in den Beziehungen zu Frankreich²⁰². Auch die bisher besonders kritischen Liberalen schlossen sich diesem Urteil an. Ohne Gegenstimme akzeptierte das Hohe Haus die Gesetze und verwies sie an die Ausschüsse²⁰³. Zwei Wochen später ratifizierte die französische Nationalversammlung die Abkommen nach zweitägiger Debatte mit 354 gegen 225 Stimmen, die von den Kommunisten, Poujadisten und einigen Radikalsozialisten um Mendès France kamen. Faure und Mollet hatten mit mutigem Plädoyer und eindringlichem Appell dazu aufgerufen, die Regierung nicht im Stich zu lassen. Der Regierungschef verteidigte die Verträge als Ausdruck von politischem Realismus, strich die wirtschaftlichen Vorteile heraus und betonte wie von Brentano die Bedeutung der Bereinigung dieser letzten großen deutsch-französischen Streitfrage, wobei er taktisch klug nicht vergaß, an den Besuch des Kanzlers in den schweren Stunden des 6. 11. zu erinnern²⁰⁴.

Am 14. 12. faßte der saarländische Landtag auf der Basis der mittlerweile geschaffenen gesetzlichen Grundlage den Beschluß, der Bundesrepublik gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes beizutreten²⁰⁵. Wenige Stunden später begannen im Bundestag die Zweite und Dritte Lesung zum Saarvertrag, zu den Nebenverträ-

¹⁹⁹ S. PA, B 17, Bd. 45, Bl. 144, von Maltzan an AA, FS Nr. 856, 29. 11. 1956, Verschlüsselt; Cahn, Second retour, S. 145.

²⁰⁰ S. PA, B 17, Bd. 45, Bl. 145, von Maltzan an AA, FS Nr. 859, 30. 11. 1956, Verschlüsselt.

²⁰¹ Heuss an Adenauer, 3. 12. 1956, in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 228; s.a. Aufzeichnung dess., 3. 12. 1956, in: ebd., S. 228 f.

²⁰² Regierungserklärung von Brentanos, 29. 11. 1956, in: BT, Sten. Ber., Bd. 33, S. 9592–9599, hier S. 9593.

²⁰³ S. Bundestagsdebatte, 29. 11. 1956, in: ebd., S. 9592–9631; Cahn, Second retour, S. 142 f.

²⁰⁴ S. Debatte in der Assemblée Nationale, 10.–12. 12. 1956, in: JO, Ass. Nat. 1956, Bd. 8, S. 5845–5884 u. 5894–5913; PA, B 17, Bd. 4, Bl. 389, von Maltzan an AA, FS Nr. 899, 12. 12. 1956, Verschlüsselt; Cahn, Second retour, S. 145–147.

²⁰⁵ S. Beitrittserklärung des saarländischen Landtages, 14. 12. 1956, in: Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 542.

gen und dem Eingliederungsgesetz. Es war wohl unvermeidlich, daß die Parlamentarier der Versuchung nicht widerstehen konnten und die Debatte zu historischen Reminiszenzen nutzten, wem denn nun das größere Verdienst an der Rückkehr zukam. Ansonsten stimmten sie in ihrer Beurteilung des Vertrages grundsätzlich überein und ließen die Gesetze unisono passieren²⁰⁶. Am 21. 12. billigte der Bundesrat die Zustimmungsgesetze und hob damit das elfte Bundesland aus der Taufe²⁰⁷. Sein französisches Pendant mochte ihm in dieser Einmütigkeit nicht folgen, pflichtete dem Vertragswerk aber in der Nacht zum 27. 12. mit 209 gegen 66 Stimmen ebenfalls bei. Wenig später erfolgte dann, nach einem eindringlichen Appell von Adenauer an Bech, die Billigung der luxemburgischen Kammer zum Moselkanalvertrag²⁰⁸. Frankreich und Deutschland war es damit gelungen, das letzte noch verbliebene bilaterale Problem zu beseitigen.

Mit einer kurzen Gedenkstunde im Hof des Regierungsgebäudes und dem Hisen der deutschen Fahne begannen am Neujahrsmorgen 1957 in Saarbrücken die Feierlichkeiten zur sogenannten „Kleinen Wiedervereinigung“. Es folgte der feierliche Staatsakt im Stadttheater, der beinahe den Charakter einer CDU-Veranstaltung annahm. Der Bundesvorsitzende der SPD zog es ebenso wie der Bundespräsident vor, durch Abwesenheit zu glänzen²⁰⁹. Der Kanzler hingegen feierte mit und ließ sich feiern. Adenauer begann seine Festrede an diesem „Tag großer und reiner Freude für alle Deutschen“ pathetisch mit einem Zitat Beethovens: „Freude, schöner Götterfunken!“ Sein Dank richtete sich an die Saarländer, deren „Deutschtum“ sich als „unüberwindlich“ erwiesen habe. Seine Gedanken gingen aber auch in Richtung Frankreich, dessen Verzicht erst die Bahn freigegeben habe „für ein echtes und starkes Zusammengehen dieser beiden Völker, für eine Arbeit in ihren besonderen [...] Interessengebieten, für eine enge gemeinsame Arbeit beim Zusammenschluß Europas, für eine gemeinsame Arbeit beim Aufbau einer friedlichen Welt“²¹⁰.

Daß die Bundesregierung, ja die Deutschen überhaupt die Rückkehr der Saar „mit Dankbarkeit und Freude, nicht mit Frohlocken und Triumphgeschrei“²¹¹ feierten, wurde in Frankreich aufmerksam und erleichtert registriert, wobei die „réserve presque anormale“ der Saarländer doch irritierte²¹². Natürlich wußte Adenauer, wie genau die Franzosen den Deutschen gerade jetzt auf die Finger schauten. In einem Schreiben an Mollet bedankte er sich daher für die Anwesenheit des französischen Repräsentanten anläßlich des Festaktes, habe sie doch öffentlich bestätigt, daß die Regelung der Saarfrage in einem Geist gegenseitiger Verständigung erfolgt sei. Indem der Kanzler den Blick nach vorn zu richten

²⁰⁶ S. Bundestagsdebatte, 14. 12. 1956, in: BT, Sten. Ber., Bd. 33, S. 9993–10035; Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes, 23. 12. 1956, in: BGBl 1956, Teil I, S. 1011–1015; vgl. Fischer, Saar, S. 239–243; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 542–548.

²⁰⁷ Vgl. ebd., S. 648 f.

²⁰⁸ S. Adenauer an Bech, übermittelt in: PA, BStS, Bd. 349, Hallstein an Luxemburg, Tel. 79, 20. 12. 1956, Verschlüsselt; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 649.

²⁰⁹ Vgl. Cahn, Second retour, S. 181 f.; Schmidt, Saarpolitik, Bd. 3, S. 649–655.

²¹⁰ Ansprache Adenauers in Saarbrücken, 1. 1. 1957, in: Bulletin 1957, S. 3 f., hier S. 3.

²¹¹ „Stuttgarter Zeitung“, 31. 12. 1956, im Auszug auch in: BDFD III, S. 534 f., hier S. 534.

²¹² AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 24, Bl. 11–18, de la Villeneuve an Pineau, Nr. 4, S. 1. 1957; s.a. Couve de Murville an dens., Tel. 2/7, 2. 1. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 13 f.; Cahn, Second retour, S. 182–185.

suchte, traf er sich mit seinem französischen Kollegen. Mollet verhehlte nicht, wie schwer ihm die Lösung der Saarfrage gefallen sei, hob aber wie Adenauer hervor, daß die jetzt bekräftigte „entente amicale de nos deux Pays“ gewiß dazu beitragen werde, die europäische Integration voranzutreiben²¹³.

Mit der Einbeziehung in den Geltungsbereich des Grundgesetzes war die erste Etappe der Eingliederung des Saarlandes vollzogen. Es blieb aber vertragsgemäß Teil des französischen Währungs- und Zollgebietes. Zaghafte, im Sommer und Herbst 1957 von deutscher wie saarländischer Seite einsetzende Bemühungen, die Übergangszeit abzukürzen, scheiterten allesamt am französischen Veto²¹⁴. So endete der Sonderweg, den das Grenzland im Südwesten Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg beschritten hatte, erst nach langwierigen Gesprächen zwischen Bonn und Saarbrücken über die Umstellung von Finanzen, Steuern und Sozialleistungen unwiderruflich am 5. 7. 1959 um 24 Uhr mit der Verlegung des Zolldienstes an die Grenze zu Frankreich²¹⁵. Als Sieger durften sich jene in Bonn und Saarbrücken fühlen, die von Anfang an auf die nationale Karte gesetzt und auf die Rückkehr der Saar hingewirkt hatten. Zu den Verlierern zählte die französische Regierung, deren auf Assimilation pochende Saarpolitik gescheitert war. Adenauer gehörte in gewisser Weise beiden Gruppen an. Einerseits hatte sich die von ihm favorisierte europäische Lösung des Saarproblems als unhaltbar erwiesen, andererseits zog er nach der Niederlage des Saarreferendums im Oktober 1955 sofort die entsprechenden Konsequenzen und schwenkte auf die Parolen der Heimatbundparteien um. Wenn er dabei mitunter versuchte, sich als vorausschauenden Politiker zu präsentieren, der von Anfang an gewußt habe, daß die Saarländer der Europäisierung nicht zustimmen würden, so konnten einige seiner Mitarbeiter mit Recht nur die Stirn runzeln. „Nein, so war es gewiß nicht“, schrieb Lahr am 6. 1. 1957 seiner Mutter. „In dem entscheidenden Punkte, dem mutmaßlichen Ausgang des Referendums, haben wir alle, der Bundeskanzler, das AA, unsere Parlamentarier, auch die Franzosen, ja sogar die Saarländer, Regierung und Opposition, geirrt; und als der Irrtum in der Nacht vom 28. Oktober 1955 [sic!] offenbar wurde, waren es die Franzosen [...], die der Saarfrage die neue Richtung gegeben haben, nicht Adenauer, der das Saarstatut wirklich gewollt hatte und auf den Ausgang des Referendums griesgrämig reagierte.“²¹⁶

²¹³ Mollet an Adenauer, 11. 1. 1957, in: BDFD I, S. 664. Der Inhalt des nicht ermittelten Schreibens von Adenauer läßt sich aus der Antwort Mollets erschließen.

²¹⁴ S. Pineau an Couve de Murville, Tel. 3988/90, 7. 9. 1957, Priorité, Réserve, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 358 f.; Couve de Murville an Pineau, Tel. 2290/96, 9. 9. 1957, Priorité, Réserve, in: ebd., S. 368–370; ders. an dens., Tel. 2850/59, 26. 11. 1957, Réserve, in: ebd., S. 766–768; ders. an dens., Tel. 514/17, 28. 2. 1958, Réserve, in: ebd. 1958, Bd. 1, S. 243 f.

²¹⁵ S. AdG 1959, S. 7825A; Fischer, Saar, S. 245–264; Roesler, Rückgliederung.

²¹⁶ Lahr an seine Mutter, 6. 1. 1957, in: Lahr, Zeuge, S. 254.

IV.4 Das Projekt der trilateralen Nuklearkooperation 1956–1958

IV.4.1 Sondierungen: Atomforschung und Luftfahrtindustrie 1950–1955

Kontrolle und Kommerz

Wohl keines der zahlreichen Gebiete deutsch-französischer Zusammenarbeit belegt die mit der Ratifikation der Pariser Verträge 1955 und der Beseitigung des saarländischen Stolpersteins 1956 gewonnene neue Qualität der bilateralen Beziehungen so gut wie das 1957 voll einsetzende Tête-à-tête in der Nuklearrüstungspolitik¹. Für Eingeweihte war es freilich keineswegs so sensationell, wie es dem außenstehenden Betrachter erscheinen mochte. Mit guten Gründen kann man daher die These aufstellen, daß die Rüstungsk Kooperation Mitte der fünfziger Jahre „nicht neu einsetzt, sondern lediglich neu ansetzt“². Erwägungen zu einer bilateralen Kernwaffenkooperation gab es letztlich seit Beginn der ersten innerfranzösischen Planungen über die Möglichkeiten einer atomaren Verteidigung. Schon 1950 hatten französische Militärs die Forderung nach einer französischen Atombombe aufgestellt³. Noch im selben Jahr unterbreitete Paris der Bonner Regierung das bemerkenswerte Angebot, sich an einer europäischen Forschungsstation für Atomenergie zu beteiligen⁴. Wenige Monate später, im Mai 1951, setzte Jean Monnets Commissariat Général du Plan das Kanzleramt von der Absicht in Kenntnis, ein bilaterales Institut für die reine und angewandte Forschung zur Integration der europäischen Industrie aufbauen zu wollen. Als Arbeitsfeld war an das Studium der Forschungs- und Investitionsprobleme mit strategischem Charakter im Rahmen der militärischen Verteidigung Europas gedacht⁵. Im deutschen Generalkonsulat in Paris wurde das Vorhaben durchaus begrüßt, sah man darin doch die Chance, „daß Deutschland auf diese Weise in die Atomforschung einbezogen werden könnte, wozu Anlagen und Laboratorien erforderlich sind, die über die finanzielle Leistungsfähigkeit eines einzelnen Landes hinausgehen“⁶.

Ende Mai kam deutschen Diplomaten an der Seine das Gerücht zu Ohren, im Rahmen eines von deutscher Seite entwickelten neuen Plans zur Koordinierung der europäischen Atomforschung sei die Serienfabrikation von Atomwaffen durch eine deutsch-französische Behörde mit Sitz in Tübingen vorgesehen. Außerdem solle die schon finanzierte französische Atombatterie P 2 in der Nähe von Düsseldorf gebaut werden⁷. Die vom aufgeschreckten Auswärtigen Amt sofort in die Wege geleiteten Recherchen ergaben, daß die deutschen Physiker eine solche

¹ Einen umfassenden Überblick über die deutsch-französischen Beziehungen nach 1955 unter dem Blickwinkel der sicherheitspolitischen Komponente bieten: Kocs, *Autonomy*; Soutou, *L'alliance incertaine*.

² Albrecht, *Rüstungsfragen*, S. 138.

³ Zur Entwicklung der militärischen französischen Nuklearpolitik vgl. Ailleret, *Aventure atomique*; Goldschmidt, *Complexe atomique*; ders., *Rivalités*; Rocard, *La naissance*; Scheinman, *Atomic energy policy*; Schmitt, *Frankreich*.

⁴ S. PA, Abt. 3, AZ 230–04, Hausenstein an DfAA, 230 Nr. 1346, 6. 12. 1950.

⁵ S. ebd., NL Hausenstein, Bd. 29, Bl. 5, Sängers an Hausenstein, 9. 5. 1951; ebd., Bl. 10f., „De la recherche pure et appliquée à l'intégration de l'industrie européenne“, VG/JD/51/04/16, o.D.

⁶ Ebd., Bl. 12, von Kessel an AA, 460–03 Tgb.Nr. 1692, 12. 5. 1951, Konzept.

⁷ S. ebd., Abt. 3, AZ 230–04, Hausenstein an dass., 230–04 Tgb.Nr. 1959, 28. 5. 1951.

Kooperation rundweg bestritten und wegen der aufzubringenden enormen finanziellen Mittel auch „zur Zeit keinerlei Interesse“ besaßen, sich auf eine derartige Koordinierung im militärischen Bereich einzulassen⁸. Trotz dieses Dementis fragten sich die Beamten in der Koblenzer Straße, ob sich nicht doch jüngere deutsche Wissenschaftler an einem solchen Projekt beteiligten, und wandten sich umgehend an den Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker⁹. Nach Rücksprache mit seinem Kollegen Werner Heisenberg wußte von Weizsäcker zu berichten, daß es tatsächlich offiziöse Kontakte gebe, wobei Heisenberg seine Gesprächspartner aber auf den offiziellen Weg verwiesen habe. Laut von Weizsäcker waren seine Kollegen an einer rein wissenschaftlichen Zusammenarbeit sehr interessiert, nahmen auch an gemeinsamen Arbeiten zur friedlichen Nutzung der Kernenergie teil, hegten aber „große Bedenken“ gegen eine Mitarbeit an der Entwicklung von Atomwaffen¹⁰. Auf seine Anregung hin erkundigte sich das Auswärtige Amt auch noch bei den Landesregierungen von Württemberg-Baden und Nordrhein-Westfalen. Doch auch ihnen lagen über die in Paris kursierenden Vermutungen keine Informationen vor¹¹.

Wenige Monate später, im September 1951, beschloß der in der französischen Regierung für nukleare Fragen zuständige Staatssekretär Félix Gaillard insgeheim, das „Commissariat à l'Energie Atomique“ (CEA) mit den vorbereitenden Arbeiten zum Bau einer Atombombe zu beauftragen und dafür die jährliche Produktion von 50 Kilogramm Plutonium vorzusehen¹². Kurz darauf verständigten sich deutsche und französische Diplomaten im Rahmen der Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft darauf, den Gedanken einer Europäisierung der Rüstungsproduktion einzubringen und auch das Problem der Atomforschung zu erörtern¹³.

In den USA wurden diese Bestrebungen mißtrauisch verfolgt. Im Dezember empfahl der amerikanische Hohe Kommissar dem Kanzler ein freiwilliges, per Gesetz verbrieftes Verbot zur Produktion von ABC-Waffen, Raketen, Flugzeugen und bestimmten Marinerüstungen. McCloy sagte zugleich zu, daß die Alliierten ihre eigene Gesetzgebung entsprechend abänderten. Adenauer bestand aber darauf, die Bundesrepublik keinerlei Diskriminierung zu unterwerfen, und zeigte sich zuversichtlich, das Problem der Sicherheitskontrolle innerhalb der EVG lösen zu können. Nur wenn dieser Weg nicht möglich sei, wollte er McCloy's Überlegung in Erwägung ziehen, sofern deutsche Wissenschaftler an nuklearen Forschungen im Ausland teilnehmen könnten und Bonn der Bau ziviler Flugzeuge erlaubt würde¹⁴. Fünf Monate später einigten sich die drei westlichen Außenmini-

⁸ Ebd., Feihl an von Etdorf, Aufzeichnung, 15. 6. 1951.

⁹ S. ebd., ders. an von Weizsäcker, 230-04-IIIb 176/51, 19. 6. 1951, Konzept.

¹⁰ Ebd., von Weizsäcker an Feihl, 30. 6. 1951; zur distanzierten Position Heisenbergs gegenüber der militärischen Nutzung der Kernenergie vgl. Fischer, *Atomenergie*, S. 29f.

¹¹ S. PA, Abt. 3, AZ 230-04, Feihl an Vertretung von Württemberg-Baden beim Bund, 230-04 IIIb-2474/51, 6. 7. 1951, Konzept; ebd., Amann an AA, Nr. 7811, 27. 7. 1951; ebd., Spiecker an dass., Tgb.Nr. 5113/51, 21. 8. 1951.

¹² S. Bariety, Frankreich und das Scheitern der EVG, S. 106; Le Douarec, Félix Gaillard, S. 67; Scheinman, *Atomic energy policy*, S. 63f.

¹³ S. PA, Abt. 2, Bd. 1018, Besprechung über die EVG-Konferenz vom 13. 10. 1951, Streng vertraulich.

¹⁴ S. McCloy an Acheson, Tel. 801, 19. 12. 1951, Secret, in: FRUS 1951, Bd. 3, S. 1739–1741.

ster auf eine als Anhang zum Artikel 107 des EVG-Vertrags fixierte Verbotsliste deutscher Waffenfabrikationen¹⁵, die zusammen mit Adenauers „Brief über die Atomenergie“ vom 7. 5. 1952¹⁶ die Verpflichtung der Bundesrepublik zu weitreichenden Kontrollen bzw. Einschränkungen bei der Rüstungsproduktion vertraglich fixierte¹⁷.

Frankreich ging jetzt in der Nuklearfrage seiner eigenen Wege und arbeitete unter der Federführung Gaillards einen Fünfjahresplan aus, der es dem CEA erlauben sollte, das Stadium der Laborversuche zu verlassen und mit Plutoniumreaktoren in die industrielle Produktion zu gehen¹⁸. Als Ersatzfeld deutsch-französischer Kooperation erschloß man nun den Flugzeugbau¹⁹. Anfang September nahmen Vertreter des Bundes, des Landes Nordrhein-Westfalen und der Luftfahrtindustrie sowie der Berichterstatter für Luftverkehrsfragen im französischen Senat, Pellenc, Gespräche über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit durch den Bau von Werken in Marokko auf²⁰. Parallel dazu trat die französische Luftfahrtindustrie mit deutschen Technikern in Kontakt, die großes Interesse an einer Mitarbeit im Flugzeugbau anmeldeten²¹. Als das deutsch-französische Verhältnis aufgrund mannigfacher Probleme und Zwistigkeiten²² Ende Oktober einen „Tiefstand“ erreichte, dachte Adenauer laut darüber nach, eine engere wirtschaftliche Kooperation „im Wege über eine Arbeitsteilung bei Rüstungsaufträgen“ anzubahnen²³. Paris hielt sich aber bedeckt. Verteidigungsminister Plevin konnte sich diese Zusammenarbeit „vorläufig nur auf dem Wege über die Aufträge für die Rüstungswirtschaft vorstellen“²⁴. Außenminister Schuman ging noch einen Schritt weiter und brachte Ende November Plevin gegenüber sein starkes Unbehagen über die Kontakte der französischen Industrie mit deutschen Luftfahrtkonstrukteuren zum Ausdruck²⁵. Zwar waren die im Pariser Vertrag enthaltenen Verbote bewußt so angelegt, daß sie „une coopération franco-allemande en dehors du territoire de l'Allemagne“ nicht ausschlossen²⁶. Doch hegte der Quai d'Orsay große Sorge, die Entwicklung der deutschen Rüstungsindustrie doch nicht völlig unter Kontrolle halten zu können. Derartige Bedenken fand man in der Rue Saint-Dominique fehl am Platze. Da man sich zu diesem heiklen Thema nicht schriftlich äußern mochte, ließ man die Sache monatelang ruhen und lud dann Ende April

¹⁵ S. Art. 107 des EVG-Vertrages, 27. 5. 1952, in: BGBl 1954, Teil II, S. 371.

¹⁶ S. Adenauer an Acheson und Eden, 7. 5. 1952, in: ebd., S. 416; ders. an die Außenminister der EVG-Staaten, 7. 5. 1952, in: ebd., S. 416 f.

¹⁷ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 1050, Bl. 243–247, Konferenz der drei westlichen Außenminister vom 24. 5. 1952, Très secret; Treffen ders. vom 24. 5. 1952, Aufzeichnung, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 92 f.; Bonner Konferenz vom 24. 5. 1952, in: AAPD, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 344 f.; Fischer, Atomenergie, S. 46–51.

¹⁸ S. Bariéry, Frankreich und das Scheitern der EVG, S. 108; Goldschmidt, Rivalités, S. 194 f.; Le Douarec, Félix Gaillard, S. 67 f.; Scheinman, Atomic energy policy, S. 74–89.

¹⁹ Vgl. auf der Basis amerikanischer Akten Abelshauser, Rüstung, S. 33 f.

²⁰ S. PA, Abt. 3, AZ 752–00/22, von Etzdorf an Lahr, 331–14 III 1325/52, 12. 9. 1952.

²¹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 498, Bl. 87–90, „Projets de coopération entre l'industrie aéronautique allemande et les industries similaires de France et de Grande-Bretagne“, 10. 10. 1952.

²² Vgl. Kap. III.1.3, III.2.2, III.3.2 u. III.4.2.

²³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 14b, Bl. 167, Tb. 29. 10. 1952.

²⁴ PA, BStS, Bd. 217, Hallstein an Adenauer, Aufzeichnung StS 2076/52, 17. 11. 1952.

²⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 498, Bl. 168–174, Schumann an Plevin, 27. 11. 1952.

²⁶ Aufzeichnung Sauvagnargues, 10. 7. 1954, in: BDFD II, S. 218–221, hier S. 220.

1953 Beamte aus dem Außenministerium zu einem Meinungsaustausch ein. Dabei wurde rasch deutlich, wie sehr die Positionen zwischen den beiden Ressorts differierten. Da die französische Luftfahrtindustrie seit 1944 zu einem bedeutenden Teil von der Arbeit deutscher Ingenieure in Frankreich abhing und es nur mit ihrer Hilfe möglich war, sich der Konkurrenz zu widersetzen, setzten die Beamten im Verteidigungsministerium fest auf die Zusammenarbeit mit den Deutschen. Neben der Nutzbarmachung ihres technologischen Wissens ging es den Franzosen aber noch um etwas anderes²⁷. Die NATO hatte im Dezember 1952 die auf der Lissabonner Ministerratstagung im Februar beschlossene Doppelstrategie von nuklearem Schild und konventionellem Schwert kodifiziert und damit der Bundesrepublik die Hoffnung eingepflegt, mit ihrer geplanten Gesamtstärke von ca. 498 000 Mann ein „konventioneller Machtfaktor“ zu werden²⁸. Damit eröffnete sich Frankreich wiederum die Chance, die Bundesrepublik mit ihrem Rüstungsmaterial auszustatten. Da sich die Absatzbedingungen für die französischen Maschinen auf der anderen Rheinseite zusehends verschlechterten, glaubte das Verteidigungsministerium, die eigene Luftfahrtindustrie gegenüber der angelsächsischen und entstehenden deutschen Konkurrenz nur retten zu können, wenn man sich zu einer weiten Assoziation mit den Deutschen zusammenschloße²⁹.

Im Quai d'Orsay blieb man dennoch skeptisch, was sogar unter französischen Diplomaten auf Unverständnis stieß. Ganz im Sinne Plevens warnte François-Poncet Frankreich vor der Gefahr, von den Angelsachsen völlig ausgebootet zu werden. Da die westlichen Partner offenbar nur wenig auf die im EVG-Vertrag festgelegten Restriktionen gaben, drohte die Bundesrepublik im Bereich der Luftfahrt zu ihrem Satelliten zu werden. Nur mit Hilfe einer „entente des industriels français et allemands“ glaubte er die französischen Interessen retten zu können. Noch bot sich dazu eine Gelegenheit. Ließe man sie ungenutzt verstreichen, so führte der Hohe Kommissar Anfang Dezember Außenminister Bidault vor Augen, nähme die Zukunft Frankreichs im industriellen wie militärischen Sektor schweren Schaden³⁰.

Im Juli 1954 legte die französische Industrie in Absprache mit dem Luftfahrtministerium Pläne vor, die den Bau einer europäischen Luftfahrtfabrik in Nordafrika unter deutscher Beteiligung mit dem Ziel vorsahen, „de fabriquer des appareils de guerre, en prévision notamment d'une prochaine contribution allemande à la défense.“ Noch immer hatte der Quai d'Orsay seine Sorge nicht völlig abgelegt, daß die Deutschen mittels bilateraler Kooperation dazu in die Lage versetzt werden könnten, eine eigene Luftfahrtindustrie aufzubauen und die Beschränkungen des EVG-Vertrags zu unterlaufen. Allerdings stellten sich die Beamten nunmehr die Frage, ob man sich den Bemühungen der Industrie nicht doch besser anschließen, sie aber unter die Fittiche der Regierung nehmen sollte, um die alliierten Restriktionen im Rüstungsbereich gegenüber der Bundesrepublik zu konservieren³¹.

²⁷ S. Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 5. 5. 1953, in: ebd., S. 190; zur Rekrutierung deutscher Rüstungsspezialisten durch Frankreich in den ersten Nachkriegsjahren vgl. Albrecht, Rüstungsfragen; Bossuat, Armements, S. 601–603.

²⁸ Greiner, Zwischen Integration und Nation, S. 269.

²⁹ S. Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 5. 5. 1953, in: BDFD II, S. 190–192.

³⁰ S. François-Poncet an Bidault, Nr. 2468, 1. 12. 1953, in: ebd., S. 194 f., hier S. 194.

³¹ Abt. Europa im MAE an Mendès France, Aufzeichnung, ca. 5. 7. 1954, in: ebd., S. 216 f., hier S. 217.

Unter dem Druck der Verhältnisse, d. h. der schweren EVG-Krise und der eigenen Nuklearambitionen im militärischen Bereich, öffnete sich das Ministerium jetzt in internen Planspielen einer Entente mit der Bundesrepublik auch auf den Sektoren der Atom- und Raketenwaffen. Das Motiv lag auf der Hand: Kontrolle des deutschen Rüstungspotentials und Anzapfung der technischen wie finanziellen Ressourcen. Die eigenen Kernwaffenplanungen waren inzwischen so weit gediehen, daß der Bau einer Bombe für Frankreich als machbar galt und die militärische Führung verlangte, die Streitkräfte müßten sich dezidiert zur Atomforschung hin orientieren³². Zusätzlichen Antrieb gewannen diese Forderungen durch den seit Herbst 1953 immer offener diskutierten „New Look“ in der amerikanischen Verteidigungskonzeption: Konzentrierung auf nukleare Waffensysteme bei gleichzeitiger Vernachlässigung konventioneller Verteidigung und Neigung zur Truppenreduzierung in Europa³³. Mitte Dezember hatte der NATO-Ministerrat auf seiner Tagung in Paris die Umstellung der bisherigen Militärstrategie akzeptiert und sich somit darauf verständigt, einer Bedrohung auch mit nuklearen Waffen zu begegnen³⁴. Frankreich reagierte auf diesen Strategiewandel hin zur „massive retaliation“ mit der politischen Entscheidung für den Bau der Atomwaffe. Am 17. 3. 1954 informierte Pleven das Parlament über die Forschungen des CEA im nuklearen Bereich. Zwei Tage später sprach er sich auch öffentlich für eine Kernwaffe aus und gab damit zu verstehen, daß die Regierung die Entscheidung zum Bau einer Bombe getroffen hatte³⁵.

Die Katastrophe von Diên Biên Phu im Mai ließ den Ruf nach einer nationalen Atomstreitmacht in Paris lauter denn je erschallen. Im Gegensatz zur Regierung vertrat der Generalstab indes die Auffassung, die notwendigen Beschlüsse nicht mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Einklang bringen zu können, zumal Artikel 107 des Vertrages ja ein Atomwaffenverbot für sogenannte exponierte Gebiete vorsah. Als Ersatzlösung schlug er Ende Juni eine multilaterale Verteidigungsorganisation auf der Basis des Brüsseler Paktes vor³⁶. Im Quai d'Orsay fing man an, darüber nachzudenken, wie die Bundesrepublik in eine Kooperation eingebunden werden könnte, bevor die Fesseln des Pariser Vertrags fielen. Sauvagnargues schlug dazu im Juli vor, auf der Regierungsebene die gemeinsame Produktion von Flugzeugen in Nordafrika in einem europäischen Rahmen anzugehen, wobei er sich in einem späteren Stadium auch die Zusammenarbeit bei Raketen und Nuklearwaffen vorzustellen imstande war³⁷.

Regierungschef Mendès France war nicht nur über die Nuklearpläne der Generale eingeweiht, er wußte auch um deren Einschätzung von der Inkompatibilität zwischen der EVG und der Atombombe und kannte möglicherweise auch die Alternativvorstellungen des Generalstabs. Sowohl Colonel Ailleret, Chef du com-

³² Vgl. Bariéty, Frankreich und das Scheitern der EVG, S. 109; Coutrot, Politique atomique, S. 310.

³³ Vgl. Maier, Auseinandersetzungen, S. 135–139; Peter, Abschrecken; Rosenberg, Origins.

³⁴ Zur NATO-Ratstagung vom 14.–16. 12. 1953 s. die Dokumente in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 454–481; Schlußkommuniqué, 16. 12. 1953, in: EA 1954, S. 6309f.; Maier, Auseinandersetzungen, S. 170f.

³⁵ S. Ailleret, *Aventure atomique*, S. 164–175; Bougeard, René Pleven, S. 260; Doise/Vaïsse, *Diplomatie*, S. 597; Scheinman, *Atomic energy policy*, S. 106–109.

³⁶ Vgl. Kap. III.4.3.

³⁷ S. Aufzeichnung Sauvagnargues, 10. 7. 1954, in: BDFD II, S. 219–221.

mandement des armées spéciales, chargé de la recherche nucléaire militaire, als auch Colonel Gallois, die massiv für den Bau der Bombe eintraten, hatten in diesen Wochen zahlreiche Unterredungen mit ihm. Eine wichtige Mittlerrolle zwischen dem Président du Conseil, dem CEA und den Militärs spielte der Leiter des Kabinetts von Mendès France im Matignon, André Pelabon. Am 3. 8. erhielt er vom Staatssekretär für wissenschaftliche Forschung und technischen Fortschritt, Longchambon, ein Programm über die zivile und militärische Anwendung der Atomkraft. Zehn Tage später sandte der Leiter der französischen Delegation in der Ständigen NATO-Ratsgruppe, General Valluy, dem Chef d'Etat-Major Général des Forces Armées, General Guillaume, einen streng geheimen Bericht über die jüngsten Entscheidungen der NATO im Rüstungsbereich, der als Kopie am 20. 8. auch an Pelabon und direkt an Mendès France ging. Valluy sah die NATO vor grundlegenden Änderungen der Verteidigungskonzeption, die der Atomwaffe die entscheidende Rolle in zukünftigen Militärkonflikten übertrügen. Um sich sicherheitspolitisch nicht völlig von den USA abhängig zu machen, riet er Europa zum Aufbau eines eigenen Atomarsenals³⁸. Am 14. 8. wandte sich der Ständige Vertreter Frankreichs im NATO-Rat, Alphand, an Mendès France und setzte ihn über einen der Nordatlantischen Allianz zur Prüfung vorliegenden Bericht über die Revision der strategischen Konzeption aufgrund der Einbeziehung neuer Waffen in Kenntnis. Kernelement des Rapports war „une riposte atomique occidentale automatique“ gegen jede Aggression, die die Sowjetunion der Gefahr eines nuklearen Gegenschlags aussetze und damit einer „modification révolutionnaire“ der europäischen Sicherheit den Weg ebne³⁹. Sechs Tage später führte Valluy Pelabon die Tragweite der strategischen Änderungen persönlich vor Augen: „S'il y a attaque russe atomique *ou non* le Général Gruenther entend utiliser les représailles *atomique* immédiates.“⁴⁰

In einem Notenwechsel mit dem Quai d'Orsay vertrat der französische Generalstab des Heeres am 11. 9., notabene nach dem Scheitern der EVG, die Auffassung, die von ihm Ende Juni ins Auge gefaßte europäische Verteidigungsorganisation solle Atomwaffen besitzen. Im Klartext bedeutete dies den Anspruch Frankreichs auf einen Platz im Kreis der nuklearen „Haves“, den man der Bundesrepublik aber dezidiert verwehrte. Da man die Doppelbelastung einer atomaren Aufrüstung und einer der Bundesrepublik ebenbürtigen konventionellen Bewaffnung nicht allein tragen konnte, empfahlen die Militärs die Schaffung einer integrierten europäischen Atomstreitmacht im Rahmen eines atlantischen Atompools. Die Pläne de Gaulles aus dem Jahre 1958 vorwegnehmend, dachten sie an ein strategisches Dreierdirektorium, dessen Berechtigung ungeachtet der fehlenden Nuklearkapazität aus der Weltmachtstellung Frankreichs abgeleitet wurde⁴¹.

³⁸ Vgl. Kap. III.4.3.

³⁹ IPMF, DPMF, Dossier CED, Carton 2, Alphand an Mendès France, Aufzeichnung, 14. 8. 1954, Personnel et très secret.

⁴⁰ Ebd., Unterredung zwischen Valluy und Pelabon vom 20. 8. 1954, Très secret; s.a. Kap. III.4.3.

⁴¹ S. Kap. III.4.4.

Das Rüstungspoolprojekt

Mendès France nahm sich dieses Vorhabens an und entwickelte den Plan eines europäischen Rüstungspools, dem nicht nur die Errichtung neuer Fabriken unterstellt werden, sondern auch die Entgegennahme und Verteilung der US-Militärhilfe für Westeuropa obliegen sollte. Aufgrund der internationalen Kritik versuchte der Regierungschef Bundeskanzler Adenauer Ende September mit dem Argument zu gewinnen, eine solche wirtschaftliche Verklammerung entfalte eine große Schubwirkung für eine Wiederbelebung des Europagedankens. Bonn stand dem Pariser Werben aber sehr skeptisch gegenüber, da das System nicht völlig gleichberechtigt aufgebaut wirkte und die Frage der britischen Beteiligung sowie die Verteilung der amerikanischen Militärhilfe ungeklärt waren⁴². Um die Deutschen geneigter zu stimmen, signalisierten die Franzosen die Bereitschaft, den Rüstungspool in ein umfassendes Kooperationskonzept einzubetten. Abermals stand die Luftfahrtindustrie im Vordergrund, wobei auch der Atomsektor nie völlig aus dem Blickwinkel der Verantwortlichen in Paris verschwand. Man war sich nach der Londoner Viermächtekonferenz nämlich nur zu bewußt, daß die selbst auferlegten Fesseln der Bonner Republik nicht überbewertet werden durften. Adenauer hatte gewisse Beschränkungen akzeptiert, doch die Erfahrung lehrte, „à ne pas leur attacher une valeur autre que de retardement“⁴³.

Genährt von sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Ambitionen, ging es Paris zunächst um eine breite technische Zusammenarbeit in Heer und Luftwaffe⁴⁴. „Le réarmement de l'Allemagne“, so formulierte Mendès France ein Hauptkalkül dieser Kooperationspolitik, „paraîtra aux Français comme beaucoup moins dangereux si les Allemands s'approvisionnent en France d'une partie de leurs armes et s'ils se dirigent [...] vers la création d'usines de fabrication franco-allemandes, qui pourraient être situées par exemple dans certains de nos territoires d'outre-mer.“⁴⁵ Dabei machten die Franzosen intern keinen Hehl daraus, daß diese Absichten auch eine antienglische Spitze besaßen. Mit dem Angebot zur deutsch-französischen Kooperation wollten sie dem britischen Streben begegnen, der eigenen Luftfahrtindustrie die Vorherrschaft auf dem deutschen Markt zu sichern⁴⁶. Dabei dachte man sogar daran, der Bundesrepublik Waffensysteme anzubieten, „dont les caractéristiques sont encore tenues secrètes à l'égard des Anglais et des Américains“. Dazu gehörten neben den Übungsflugzeugen „Morane“ und „Fouga“ auch geheime Prototypen wie „Gerfault“, „Trident“ und „Leduc“⁴⁷, nicht aber an die von Bonn gewünschte Überlassung einer Lizenz zum Bau der

⁴² S. ebd.

⁴³ Aufzeichnung des MAE, o.D., in: DDF 1955, Bd. 1, S. 546–551, hier S. 549.

⁴⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 208, Bl. 1–4, Aufzeichnung der Abt. für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im MAE, 13. 10. 1954, Très secret (Konzept GC); s.a. Bosuat, Armements, S. 604.

⁴⁵ Mendès France an François-Poncet, Tel. 4569/93, 28. 12. 1954, Réservé, in: DDF 1954, S. 975 f., hier S. 976.

⁴⁶ S. Aufzeichnung Clauzel, 11. 10. 1954, Très secret, in: BDFD II, S. 356.

⁴⁷ AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 208, Bl. 1–4, Aufzeichnung der Abt. für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im MAE, 13. 10. 1954, Très secret (Konzept GC). Zum französischen Luftwaffenprogramm vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 80, Bl. 166–171, Seeger-Kelble an Blankenhorn, Aufzeichnung 70–00–06800/57, 28. 10. 1957; s.a. allgemein Martel/Frémeaux/Bénichou/Carlier, La France, S. 56–58.

„Mystère B“ von Dassault. Paris zielte nicht nur auf Lieferungen eigener Maschinen und Geräte, sondern auch auf gemeinsame Forschungsprojekte und die Konstruktion von Rüstungswerken für die Luftwaffe. Als die Bundesrepublik mit der Londoner Schlussakte vom 3. 10. das Recht zur Errichtung eigener Flugzeugfabriken erhielt, plädierte der Quai d'Orsay dagegen, derartige Unternehmen in Nordafrika zu bauen, offenbar weil er keine Chance sah, dafür die Zustimmung der Deutschen zu gewinnen. Demgegenüber blieb man von Seiten des Luftfahrtministeriums bei diesem Standort aus Sorge um eine etwaige Bombardierung solcher Fabriken in Deutschland⁴⁸.

Von François-Poncet über die französischen Absichten informiert, reagierte Adenauer sehr aufgeschlossen. Die Kooperation in der Luftfahrtindustrie schien ihm vom psychologischen wie politischen Aspekt fruchtbar zu sein. Daher begrüßte er auch die französische Einladung an deutsche Spezialisten zu Materialvorführungen⁴⁹. Weit weniger interessiert zeigte sich die Bundesregierung hingegen an dem von Frankreich Mitte Oktober erneut in die Diskussion gebrachten Rüstungspool, der für die Produktion und Standardisierung der Rüstungsgüter, für die Aufstellung von Rüstungsprogrammen, die gemeinsame Beschaffung der Waffen und Verteilung der Militärhilfen, Kontrolle der Rüstungsindustrie und Bau gemeinsamer Rüstungswerke zuständig sein sollte. Da nach den Erfahrungen auf der Londoner Außenministertagung von den Briten und den BENELUX-Staaten wenig Sympathie zu erwarten war, unternahmen die Franzosen im Vorfeld der Pariser Konferenz einen Anlauf, die Unterstützung der Deutschen mit dem Hinweis auf den europapolitischen Impetus dieses Projektes zu ködern⁵⁰. Der Erfolg war äußerst mäßig. Im Bundeswirtschaftsministerium wurde die Idee des Pools höchst kritisch betrachtet. Erhard begrüßte zwar Vereinbarungen über Auswahl und Standardisierung der Rüstung, wollte diese Aufgabe aber bei der NATO aufgehoben wissen. Für eine gemeinsame Beschaffung sah er nach dem Scheitern der EVG „kein[en] Raum“ mehr. Die von Frankreich angestrebte Kontrolle der Rüstungsindustrie und die Genehmigungspflicht war für ihn „völlig unannehmbar“. Ohnehin wurde er den Verdacht nicht los, daß Paris die Schaffung eines zusätzlichen Kontrollinstruments bloß in europäische Gewänder hüllte. Eine supranationale Rüstungsgemeinschaft unter französischer Führung bot ein ideales Instrument zur Schwächung des deutschen Industriepotentials. Allenfalls denkbar war für ihn die Schaffung gemeinsamer Rüstungswerke, sofern der Grundsatz der Gegenseitigkeit gewahrt bliebe⁵¹. Das Auswärtige Amt mochte sich dem französischen Plan hingegen nicht entziehen, sofern die Organisation möglichst locker, die Hinzuziehung der BENELUX-Staaten und Italiens gesichert und die Assoziation Großbritanniens gewährleistet sein würde⁵².

Entsprechend schwierig gestaltete sich die Behandlung des Themas während der sechsstündigen Unterredung zwischen Mendès France und Adenauer am

⁴⁸ S. Aufzeichnung Clauzel, 11. 10. 1954, Très secret, in: BDFD II, S. 356–358.

⁴⁹ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 502, Bl. 36, MAE an François-Poncet, Tel. 3282/83, 7. 10. 1954; ebd., 43f., François-Poncet an MAE, Tel. 4923/25, 8. 10. 1954; ebd., Bd. 208, Bl. 5, ders. an dass., Tel. 5114/16, 15. 10. 1954, Réservé, Secret; Bossuat, Armements, S. 604.

⁵⁰ S. PA, Abt. 3, AZ 230–07, Bd. 8, Hausenstein an AA, Tel. 622, 15. 10. 1954; Thoß, Beitritt, S. 53.

⁵¹ Erhard an Adenauer, 18. 10. 1954, in: BDFD II, S. 362–364, hier S. 362 u. 363.

⁵² S. Aufzeichnung des AA, 18. 10. 1954, Geheim, in: ebd., S. 367; Kap. III.4.4.

19. 10. auf Schloß La Celle-St.-Cloud. Aus der Sicht des *Président du Conseil* sollte der Waffenpool neben einer rigiden Kontrollfunktion die Verteilung der von den USA gelieferten Waffen und die Überwachung der Rüstungsproduktion auf dem Kontinent übernehmen. Außerdem verlangte er eine Zentralbehörde für die Aufstellung der Rüstungsprogramme und der Standardisierung. Der Kanzler billigte letzteres, die Schaffung einer Stelle zur Abstimmung des Bedarfs und der Produktion sowie gemeinschaftliche Rüstungsunternehmen, von der zentralen Agentur wollte er aber nichts wissen, stimmte aber zu, den Gesamtkomplex innerhalb der WEU weiterzubehandeln⁵³. Zwei Tage später drängte Mendès France gegenüber den Außenministern der neun Mächte auf die Aufnahme entsprechender Beratungen schon zum 1. 12. Doch die Furcht vor einer junktimsartigen Verknüpfung zwischen den Pariser Verträgen und dem Rüstungspool rief den Widerstand der Partner hervor. Der französische Regierungschef willigte daher in eine Resolution ein, derzufolge die Verhandlungen erst am 17. 1. 1955 beginnen und zunächst auf Arbeitsebene geführt werden sollten⁵⁴.

Je stärker sich die Aussicht auf das Überwachungsinstrument des Rüstungspools im Ungefähren verflüchtigte, desto stärker entwickelte sich das französische Interesse an einer direkten deutsch-französischen Zusammenarbeit. Ende Oktober fand es in einer Vorführung französischer Flugzeuge auf dem französischen Übungsgebiet bei Lahr, einen Monat später in der Präsentation von Panzern bei Mailly ersten Niederschlag⁵⁵. Presseberichte, wonach Teile der deutschen Industrie große Erwartungen in eine gemeinsame Waffenproduktion auf französischem Gebiet setzten, andere Unternehmen hingegen an eine rein deutsche Produktion dachten und dazu auf die Hilfe der Angelsachsen hofften⁵⁶, taten ein übriges. Beide Faktoren reichen aber nicht aus, um zu erklären, wieso Frankreich sich nun mehr und mehr auf eine tiefgreifende Kooperation mit der Bundesrepublik im Verteidigungsbereich einließ. Wesentlichen Einfluß auf die französische Entscheidungsfindung hatte wohl der unmittelbar nach den Pariser Konferenzen eingeleitete Einstieg in die militärische Nuklearforschung, die am 26. 12. in den Beschluß mündete, „à lancer un programme secret d'études et de préparation d'un prototype d'arme nucléaire et d'un sous-marin atomique“⁵⁷. Frankreich reagierte damit auch auf die Mitte Dezember auf der NATO-Konferenz abgesegnete Nuklearisierung der Bündnisstrategie, die den europäischen Verbündeten im Sinne der Schwert-Schild-Doktrin die Aufgabe zuwies, ausreichende konventionelle Streitkräfte bereitzustellen, während

⁵³ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 313–325, Unterredung zwischen Adenauer und Mendès France vom 19. 10. 1954, im Auszug in: BDFD II, S. 368–372; PA, Abt. 3, AZ 210–01/22, Bd. 4, Blankenhorn u. Hausenstein an von Welck, Tel. 634, 20. 10. 1954, Vertraulich, Citissime; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 26–30.

⁵⁴ S. Sitzung der Neun-Mächte-Konferenz vom 21. 10. 1954, in: DDF 1954, Annexes, S. 407–448; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 8, 22. 10. 1954, Secret, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, S. 1415–1417; dies. an dass., Tel. Secto 9, 22. 10. 1954, Secret, in: ebd., S. 1417–1419; Kap. III.4.4.

⁵⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 502, Bl. 84 f., François-Poncet an MAE, Tel. 5355, 30. 11. 1954; Bossuat, *Armements*, S. 604.

⁵⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 208, Bl. 7 f., Bérard an Mendès France, Nr. 2758/EU, 30. 11. 1954, Secret; Französische Dienststelle im Militärischen Sicherheitsamt, Aufzeichnung Nr. 4088/HC/OMS/COM/S, 27. 11. 1954, Secret, in: BDFD II, S. 391–395.

⁵⁷ Goldschmidt, *Rivalités*, S. 207; s.a. ders. *Complexe atomique*, S. 146 f.; Ailleret, *Aventure atomique*, S. 142 f. u. 151–178; Scheinman, *Atomic energy policy*, S. 111–116; Soutou, *Politique nucléaire*, S. 323–330.

die USA für den nuklearen Schutz sorgen sollten. Da aber noch keine konkreten Umsetzungsbeschlüsse der Direktive MC 48 existierten, gab die Bundesregierung der faktischen Integration in die NATO durch die unverzügliche Aufstellung der zwölf Divisionen unbedingten Vorrang vor einer Diskussion über etwaige Anpassungsmaßnahmen. Um dieses Ziel zu erreichen, mußte sie natürlich einerseits ihre Verpflichtungen einhalten. Andererseits war es aber auch notwendig, daß die Widersprüchlichkeit zwischen der Nuklearisierungsentscheidung der NATO und den weiterhin gültigen konventionellen Planungen für den auf drei Jahre angelegten Zeitraum der Aufstellung der Bundeswehr gültig blieb⁵⁸. „Europa lebe sicher unter dem Schild der amerikanischen Atomwaffen, und diese Sicherheit könne noch erhöht werden, wenn ein Teil dieses Schields selbst in Europa sei“⁵⁹, hatte Adenauer im Juni 1953 dem amerikanischen General Ridgway gesagt. Daran hatte sich im Laufe des letzten Jahres für die Bundesrepublik wohl nichts geändert.

Frankreich bemühte sich nun darum, die sicherheitspolitische Lage des östlichen Nachbarn in vielfältiger Hinsicht zum eigenen Vorteil zu nutzen: wirtschaftlich durch den Absatz eigener Rüstungsgüter für den Aufbau der Bundeswehr, militärisch durch die Nutzbarmachung des technischen deutschen Know how auch im Atombereich. Anfang November beauftragte Mendès France Longchambon, konkrete Vorschläge zur deutsch-französischen Nuklearzusammenarbeit auszuarbeiten, um die wissenschaftlichen Kenntnisse des Nachbarn in die eigenen Forschungen einfließen zu lassen und Einblicke über ihre technologischen Fortschritte zu bekommen⁶⁰.

Gleichzeitig forcierte Paris die Bemühungen um den Rüstungspool. Dazu arbeitete der Quai d'Orsay auf Weisung des Außenministers den Entwurf eines Memorandums über die Standardisierung und die Rüstungsproduktion aus, das zu der von Frankreich bereits auf der Londoner Konferenz vertretenen, aber von den übrigen Teilnehmern abgelehnten Linie zurückkehrte⁶¹. Am 3. 1. 1955 unterbreitete die Regierung den WEU-Partnern die offizielle Fassung des langen, aber dennoch bisweilen recht vagen Dokuments, über das man ausschließlich im Rahmen der WEU unabhängig von der NATO zu beraten gedachte. Frankreich regte darin die Schaffung einer Behörde an, die für die Gewährleistung der Standardisierung, die jährliche Aufstellung von Rüstungsprogrammen und deren Ausführung durch Vergabe der Produktionsaufträge sowie die Planung und Koordinierung der Investitionen verantwortlich sein sollte. Angesichts der nicht sehr weit vorangeschrittenen Standardisierung sah man eine bis Ende 1956 dauernde Vorlaufzeit sowie ein dann einsetzendes definitives Regime vor⁶².

In Bonn stieß das Pariser Projekt noch immer auf unterschiedliche Reaktionen, wobei das Bundeswirtschaftsministerium ihm weiterhin skeptischer gegenüber-

⁵⁸ Vgl. Fischer, Abschreckung, S. 278–280; ders. Atomenergie, S. 158–163.

⁵⁹ PA, Abt. 2, Bd. 973, Unterredung zwischen Adenauer und Ridgway vom 15. 6. 1953, 16. 6. 1953, Geheim; s.a. Dulles an Büro der Hohen Kommission Bonn, Tel. 230, 17. 7. 1953, Top secret, Priority, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 486 f.; Maier, Internationale Auseinandersetzungen, S. 137 f.

⁶⁰ S. Mendès France an Longchambon, Nr. 137/PAN, 5. 11. 1954, Secret, in: BDFD II, S. 379 f.

⁶¹ Vgl. Guillen, Frankreich und die NATO-Integration, S. 442; Kap. III.4.3.

⁶² S. Memorandum der französischen Regierung, 3. 1. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 245–251; PA, B 14, Ref. 211, Bd. 58, Bl. 74, von Welck an Blankenhorn, Vermerk 3.223–00.31575/54, 13. 12. 1954, Sofort; AdG 1955, S. 4951A; Calandri, Western European Union Armament Pool, S. 53 f.

stand als das Auswärtige Amt. Die Beamten in der Koblenzer Straße hofften auf einen vom Pool ausgehenden neuen Schub für die europäische Integration und wünschten der Rüstungsagentur über die Standardisierung hinaus weitere Kompetenzen zu verleihen. Einvernehmen herrschte zwischen den Ministerien aber darüber, das Rüstungsamt strikt von der Rüstungskontrollbehörde der WEU zu trennen, da sie dem Pool weder die Kontrolle noch die Beschaffung von Rüstungsgütern zu übertragen gedachten⁶³. Das Bundeswirtschaftsministerium empfahl daher, die französische Forderung nach Bildung einer Rüstungsagentur nicht en bloc zurückzuweisen, sondern durch Gegenvorschläge zu ersetzen, zumal die französischen Überlegungen zur Rüstungsgemeinschaft hinsichtlich der gemeinsamen Auswahl und Standardisierung der Ausrüstung der Streitkräfte und der Koordinierung der nationalen Rüstungsprogramme akzeptiert werden konnten. Außerdem mußte die Bundesregierung natürlich sorgsam darauf achten, daß der Rüstungspool nicht zum politischen Handelsobjekt für die Ratifizierung der Pariser Verträge würde⁶⁴.

Dies wurde im Auswärtigen Amt gewiß genauso gesehen. Ansonsten stimmten die Beamten von der Koblenzer Straße aber nur zum Teil mit ihren Kollegen aus Duisdorf überein. Das Auswärtige Amt begrüßte den Plan, soweit es sich um eine integrierte Organisation handelte, kritisierte ihn, sofern Frankreich ein neues Kontrollorgan bilden und seiner Industrie Vorteile verschaffen wollte. In Übereinstimmung mit dem Wirtschaftsministerium pochte man darauf, die Standardisierung nur nach Abstimmung mit der NATO durchzuführen. Uneinigkeit herrschte zwischen den beiden Ministerien dagegen in bezug auf die Beschaffung, da von seiten der Wirtschaftspolitiker vor den Gefahren dirigistischer Tendenzen durch die supranationale Behörde gewarnt wurde, während die Diplomaten diesbezüglich weniger Argwohn hegten⁶⁵.

Im Gegensatz zu den BENELUX-Staaten, die das französische Memorandum vom 3. 1. wegen der dirigistischen Regeln des sogenannten Régime définitif sofort verwarfen⁶⁶, riet das Auswärtige Amt in einer ersten Stellungnahme zu differenziertem Urteil. Könne der Rüstungspool in ein europäisches Gesamtsystem eingefügt werden, fragten sich die Beamten? Führe das Kontrollsystem über den positiven Effekt der „gegenseitigen Abhängigkeit der Teilnehmerstaaten“ zu einer Lähmung des eigenen Wehrbeitrages? Greife Frankreich gerade deshalb auf supranationale Elemente zurück, um einen Grundsatzstreit zu entfachen, der den weiteren Ratifikationsprozeß störe?⁶⁷ Ein Kompromiß zwischen den französischen Wünschen und der schroffen Haltung der BENELUX-Staaten schien nur dann möglich, wenn Paris auf seine „Sonderziele“ verzichtete und davon Abstand nahm, den Pool „in den Dienst einer indirekten Rüstungskontrolle mit Beschrän-

⁶³ S. PA, B 14, Ref. 211, Bd. 58, Bl. 43–45, Heiser an Ophüls, Aufzeichnung, 18. 11. 1954.

⁶⁴ S. Krautwig an Westrick, Aufzeichnung IV A 6–36391/54, 30. 11. 1954, Vertraulich, in: BDFD II, S. 398–400.

⁶⁵ S. PA, B 14, Ref. 211, Bd. 58, Bl. 57–63, Ressortbesprechung vom 3. 12. 1954, 215.226–04/2150/54, 7. 12. 1954; Thoß, Beitritt, S. 97.

⁶⁶ S. PA, B 14, Ref. 211, Bd. 41, Bl. 22–24, von Etzdorf an AA, 223–32–1026/55, 7. 1. 1955, Geheim; Calandri, Western European Union Armament Pool, S. 55 f.; Thoß, Beitritt, S. 98.

⁶⁷ PA, B 14, Ref. 211, Bd. 41, Bl. 25–34, „Einige Bemerkungen zum französischen Vorschlag eines ‚Rüstungspools‘“, Januar 1955.

kung der Rüstungskapazitäten“ zu stellen, was ihm schon auf der Londoner Konferenz nicht gelungen war⁶⁸.

Erhard behagte der den politischen Aspekt des französischen Konzeptes herausstellende Ansatz des Auswärtigen Amtes ganz und gar nicht. In einem Schreiben an Adenauer begrüßte er zwar den Wunsch nach bilateraler Rüstungszusammenarbeit und sah in den Vorstellungen von Mendès France auch „echte Ansatzpunkte“. Er drängte aber darauf, bei der am 17. 1. 1955 beginnenden Expertenkonferenz über „Rüstungsproduktion und -standardisierung“ die wirtschaftspolitischen und militärtaktischen Aspekte den „absoluten Vorrang“ einzuräumen⁶⁹. Ohne von dieser Argumentation vollends überzeugt zu sein, beauftragte der Kanzler seinen Wirtschaftsminister nolens volens mit der Delegationsführung für die Sachverständigenkonferenz⁷⁰. Am 11. 1. legte Erhard ihm daraufhin den Entwurf eines eigenen Memorandums vor, der in Übereinstimmung mit den von ihm konsultierten Gewerkschaften und Industrieverbänden⁷¹ das französische Dokument in „vielen Punkten“ als unannehmbar bezeichnete⁷². Obwohl Mendès France Adenauer drei Tage danach in Baden-Baden eindringlich auf die Bedeutung des Projektes für Frankreich hinwies und sich zu Abänderungen seines Konzepts durchaus bereit zeigte, setzte sich Erhard durch. Die Hoffnung des Président du Conseil auf eine gemeinsame oder doch zumindest „analoge Stellungnahme“ blieb unerfüllt⁷³. Denn das die deutschen Vorstellungen zusammenfassende, inzwischen mit Hallstein abgestimmte Memorandum des Bundeswirtschaftsministers arbeitete trotz des Bemühens um Gemeinsamkeit die unterschiedlichen Auffassungen klar heraus. Zwar sprach sich Erhard für eine weitreichende Kooperation der beteiligten Staaten, die Standardisierung der Waffensysteme, die Harmonisierung der Rüstungsprogramme und den Bau gemeinsamer Rüstungsfabriken aus. Doch standen seine gesamten Ausführungen unter dem lauten Credo, die Rüstungsindustrie nach den Prinzipien der freien Marktwirtschaft funktionieren und die Zusammenarbeit im Wege der Konsultation und des Meinungsaustauschs erfolgen zu lassen. Ein übernationales Koordinierungsgremium hielt er für unzweckmäßig, die zentrale Vergabe von Rüstungsaufträgen nicht mit dem WEU-Vertrag vereinbar⁷⁴. Immerhin verständigten sich beide Regierungen auf die Beibehaltung des Grundgedankens einer Koordination der westeuropäischen Rüstungsmaßnahmen, die Hallstein am 19. 1. vor dem Bundeskabinett als eine „Art gemeinsamen Markt für die Rüstungsproduktion“ bezeichnen sollte⁷⁵.

⁶⁸ BA, NL Blankenhorn, Bd. 38a, Bl. 132–137, Aufzeichnung der Abt. 2/21 im AA, 226–04/1/55, 6. 1. 1955, Geheim.

⁶⁹ PA, B 14, Ref. 211, Bd. 41, Bl. 132–134, Erhard an Adenauer, IV A6–36623/54, 10. 12. 1954.

⁷⁰ Ursprünglich hatte der Kanzler allem Anschein nach Ophüls mit dieser Aufgabe betrauen wollen (Noack, Scheitern, S. 157 f.).

⁷¹ Vgl. Thoß, Beitritt, S. 99 f.

⁷² BA, NL Blankenhorn, Bd. 38a, Bl. 81 f., Erhard an Adenauer, 11. 1. 1955; Thoß, Beitritt, S. 99.

⁷³ BA, NL Blankenhorn, Bd. 39, Bl. 9–22, Unterredung zwischen Adenauer und Mendès France vom 14. 1. 1955, Geheim, im Auszug in: BDFD I, S. 198; s.a. Unterredung zwischen dens. vom 14. 1. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 229–235; Calandri, Western European Union Armament Pool, S. 55.

⁷⁴ S. Memorandum Erhards, 14. 1. 1955 (Übersetzung), in: DDF 1955, Annexes, Bd. 1, S. 252–255; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 388, Bl. 53, de Margerie an Rom, Tel. 255/59, 15. 1. 1955, Priorité.

⁷⁵ Zitiert nach: Thoß, Beitritt, S. 100.

Zwei Tage zuvor war die Konferenz der WEU-Arbeitsgruppe über „Rüstungsproduktion und -standardisierung“ eröffnet worden. Schon die ersten Sitzungen ließen erkennen, daß Frankreich weitgehend isoliert war⁷⁶. Erhard nutzte diese Schwäche sofort aus und erklärte den Dirigismus der französischen Pläne für unvereinbar mit einer liberalen Wirtschaftsordnung. Trotz mehrtägiger Unterbrechung traten die Beratungen nach der Wiederaufnahme Ende Januar auf der Stelle. Am 2. 2. vertagte sich die Konferenz erneut und setzte lediglich einen Ausschuß zur Prüfung des gegenwärtigen Zustandes der Standardisierung und Bedarfsdeckung von Rüstungsgütern ein⁷⁷.

Der französische Versuch, Erhard für dieses wenig erfreuliche Ergebnis zur Verantwortung zu ziehen, wurde von Adenauer unter Hinweis auf die starre Haltung der Briten und Holländer sofort zurückgewiesen⁷⁸. Die Franzosen hielten sich daher mit weiterreichender Kritik zurück, zumal es in parallel geführten Gesprächen mit deutschen Experten bemerkenswerterweise zu einer „erhebliche[n] Annäherung“ der Standpunkte kam. Paris erkannte die Bonner Hauptdesiderata an: Rüstungspool und Ratifizierungsdebatte im Senat sollten nicht durch ein Junktim verbunden, die amerikanische Verteidigungshilfe ausgeklammert und der deutschen Industrie keine über das Pariser Vertragswerk hinausgehenden Kontrollen auferlegt werden. Dafür erklärte sich Bonn bereit, auf einen ständigen westeuropäischen Rüstungsausschuß für Standardisierung und Produktion als Endziel der Verhandlungen hinzuwirken, der freilich lediglich empfehlende und keine bindenden Entscheidungen treffen durfte⁷⁹.

Der Sturz von Mendès France Anfang Februar legte die Rüstungspool-Angelegenheit wochenlang auf Eis. Anfang April stimmte die neue Regierung unter Edgar Faure einem britischen Kompromißvorschlag zu, der einen ständigen WEU-Rüstungsausschuß vorsah, dessen Vorschläge sich aber in engster Absprache mit der NATO zu bewegen hatte und der ohne jegliche supranationale Kompetenzen bleiben sollte⁸⁰. Am 7. 5. beschloß der Rat der WEU auf seiner ersten Sitzung, diesen Empfehlungen zu folgen⁸¹.

⁷⁶ S. Bérard, Ambassadeur, Bd. 2, S. 613 f., Tb. 18. 1. 1955; Calandri, Western European Union Armament Pool, S. 58.

⁷⁷ S. Thoß, Beitritt, S. 101; vgl. PA, B 14, Ref. 211, Bd. 41, Bl. 153–155, Heiser an von Maltzan, Aufzeichnung, 24. 1. 1955; ebd., Bl. 156–163, von Maltzan an AA, 2. 2. 1955; Garnier an Faure, Nr. 159, 2. 2. 1955, Confidential, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 145–147; AdG 1955, S. 4990K; Calandri, Western European Union Armament Pool, S. 58; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 222 f.; Noack, Scheitern, S. 160.

⁷⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 388, Bl. 144–146, François-Poncet an MAE, Tel. 461/69, 4. 2. 1955, Réserve; ders. an Faure, Tel. 470, 4. 2. 1955, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 150 f.; Aufzeichnung von Merkat, 3. 2. 1955, in: BDFD III, S. 409–411.

⁷⁹ PA, B 14, Ref. 211, Bd. 41, Bl. 171–173, von Maltzan an AA, 4. 2. 1955; Coignard an Seydoux, Nr. 505/HC/OMS/COM, 9. 3. 1955, Confidential, nebst Aufzeichnung vom 23. 2. 1955, Confidential, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 303–308; Calandri, Western European Union Armament Pool, S. 59–61; Thoß, Beitritt, S. 101 u. 103.

⁸⁰ S. Coignard an Seydoux, Nr. 505/HC/OMS/COM, 9. 3. 1955, Confidential, nebst Aufzeichnung vom 23. 2. 1955, Confidential, in: DDF 1955, Bd. 1, S. 303–308; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 12, von Maltzan an Hallstein, Aufzeichnung 215.226–04/612/55, 7. 4. 1955; Guillen, Frankreich und die NATO-Integration, S. 443; Thoß, Beitritt, S. 103.

⁸¹ S. PA, B 14, Ref. 211, Bd. 41, Bl. 226–232, Ophüls an Diplomatische Vertretungen, 86–05–2, 27. 5. 1955, Reinkonzept, Cessat; Noack, Scheitern, S. 162.

„Cauchemar d'un programme atomique germano-américain dépassant le programme français“

Frankreich pflichtete der Entscheidung bei, obwohl sie natürlich weit von dem entfernt war, was man ursprünglich intendiert hatte. Man konnte es um so leichter tun, als sich die Rahmenbedingungen dieses Projektes mit dem Regierungswechsel in Frankreich von Mendès France zu Faure und den in der Sechsergemeinschaft diskutierten Plänen über eine Europäische Atomgemeinschaft erheblich geändert hatten. Gewiß, mit Verteidigungsminister Pierre Koenig und Gaston Palewski, dem beigeordneten Minister im Matignon für Atom- und Rüstungsfragen, gab es in der neuen Regierung starke Befürworter einer französischen Atomwaffe. Der Regierungschef selbst aber zögerte noch. Zwar gab er Mitte April auf einer Pressekonferenz die Entscheidung Frankreichs zum Aufbau einer Atommacht bekannt, beschränkte sie aber ausdrücklich auf den zivilen Sektor⁸². Für den militärischen Bereich schloß er sich der Meinung jener an, die die Entscheidung für zwei bis drei Jahre verschieben wollten und zunächst einmal an den Aufbau einer nuklearen Infrastruktur im Land dachten⁸³. Dies hielt Koenig und Palewski aber nicht davon an, Mitte Mai mit Wirtschafts- und Finanzminister Pflimlin zu vereinbaren, Haushaltsmittel aus dem Wehretat dem Commissariat à l'Energie Atomique zur Verfügung zu stellen⁸⁴.

Die militärische Führung dachte derweil insgeheim über die Einbeziehung der Bundesrepublik in ein militärisches Atomprogramm nach. Ailleret etwa vertrat die Auffassung, daß Frankreich mit seinen beschränkten industriellen Ressourcen vor allem im chemischen Bereich nur dann eine größere Nuklearindustrie aufbauen könne, wenn es deutsche Mittel anzapfte. Ihm schwebte eine echte europäische Atomrüstung vor, die neben dem integrationspolitischen Schub aus seiner Sicht den Vorteil besaß, die Existenz einer europäischen Armee zu sichern, die durch sich selbst und nicht bloß als Infanterie einer Atommacht Bedeutung gewänne⁸⁵. Anlässlich zweier interministerieller Sitzungen im Quai d'Orsay über Frankreichs Marschroute bezüglich der „relance européenne“⁸⁶ wurde Ende April indes deutlich, daß zumindest die Mitarbeiter des CEA eine atomare Zusammenarbeit im Rahmen der Sechsergemeinschaft als kaum sinnvoll erachteten, weil Frankreich ihrer Meinung noch von den kleinen Partnerstaaten keinen Nutzen erwarten konnte. Angesichts der restriktiven Haltung der Amerikaner gegenüber den eigenen Kooperationswünschen und der Sonderrolle Englands schien sich nur eine Verbindung mit Deutschland auszuzahlen⁸⁷. Dieser Befund warf freilich ein Dilemma auf. Mit der unmittelbar bevorstehenden Ratifikation der Pariser Verträge und der Entlassung der Bundesrepublik in die Souveränität drohte der „cauchemar d'un programme atomique germano-américain dépassant le pro-

⁸² S. Pressekonferenz Faures, 13. 4. 1955, in: AdG 1955, S. 5114B; Gerbet, „Relance“, S. 75 f.

⁸³ S. Goldschmidt, *Rivalités*, S. 207 f.

⁸⁴ S. ebd., S. 209; Weilemann, *Anfänge*, S. 39.

⁸⁵ S. IMPF, *Dossier Défense nationale*, Carton 1, Ailleret an Binoche, Aufzeichnung, o.D.; ebd., Aufzeichnung an Pelabon, 22. 1. 1955.

⁸⁶ Vgl. Kap. IV.2.1.

⁸⁷ S. AMAE, DE-CE, Bd. 611, Bl. 67–77, Interministerielle Treffen vom 22. u. 25. 4. 1955.

gramme français“⁸⁸. Versuchte man die Deutschen in eine nukleare Interessengemeinschaft zwischen beiden Staaten oder im Verbund der Sechs zu ziehen, bestand die Gefahr, daß sie eine prädominante Stellung einnehmen⁸⁹. Als entschiedener Befürworter der deutsch-französischen Nuklearkooperation rief Sauvagnargues, der mittlerweile als Conseiller technique im Kabinett des Außenministers Pinay fungierte, seine Kollegen aus den technischen Ressorts dazu auf, der Bundesrepublik nicht den Eindruck zu vermitteln, „que la France désirerait sous prétexte de coopération, réintroduire des contrôles“. Die von Bonn im Rahmen der Pariser Verträge akzeptierte Höchstmenge spaltbaren Materials bot für ihn kein Hindernis gemeinsamer Projekte, da er sie nur als „un simple programme“ verstand. Bertrand Goldschmidt, der Directeur des relations extérieures des Commissariat à l’Energie Atomique zeigte sich insbesondere an einem zweistaatlichen Bau einer Isotopentrennanlage interessiert, wenig hingegen an einem gemeinsamen Zentrum für Angewandte Nuklearforschungen⁹⁰. Als Fachmann wußte er natürlich, daß die Isotopentrennung technisch zur Produktion des Isotops Uran 235 notwendig war, das sich zur Kernspaltung eignete und im Vergleich zu natürlichem Uran 238 eine höhere Effektivität aufwies. Das Verfahren zur Urananreicherung beherrschten aber nur die USA, Großbritannien und die Sowjetunion. Da die Amerikaner lediglich begrenzte Mengen abgaben und Bemühungen um technische Hilfe der Briten an englisch-amerikanischen Abmachungen scheiterten, sahen sich die Franzosen fast notgedrungen auf die Deutschen verwiesen⁹¹.

Umgekehrt besaß aber auch die Bundesrepublik in der nun beginnenden Aufbauphase der Bundeswehr ein großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem Nachbarn, mußte sie doch „am Punkt Null“ mit der Aufstellung einer 500 000 Mann umfassenden vollständigen Armee beginnen⁹². Frankreich nutzte diese Situation aus Gründen des Prestiges wie der wirtschaftlichen Interessen aus, um nicht im harten Kampf gegen englische und amerikanische Konkurrenten das Nachsehen zu haben⁹³. Eingeweihte deutsche Politiker beobachteten mitunter mit „Ekel [...]“, wie Regierungen, Industrieverbände, Einzelunternehmen usw. das deutsche Rüstungsgeschäft als die große Chance sehen, aus der sich alle möglichen Vorteile erzielen lassen.“⁹⁴

In diesem gigantischen Rüstungspoker ging es natürlich nicht nur um die kurzfristige Ausstattung von Kasernen und Soldaten, sondern auch um mittel- und langfristige Rüstungsprojekte. Wie eine Unterredung zwischen den Abteilungsleitern im Auswärtigen Amt und im Quai d’Orsay, von Maltzan und Wormser, vom 30. 4. zeigte, wollte Bonn die militärische Kooperation im Rahmen des WEU-Rüstungsausschusses durchgeführt sehen und sprach sich gegen die Schaffung eines zweiseitigen Organs aus. Paris hingegen setzte auf Bilateralität, ohne den übrigen Partnern in der WEU den Zugang zu versperren. Besonderes Inter-

⁸⁸ Guillen, *La France et la négociation des traités de Rome*, S. 514.

⁸⁹ S. Aufzeichnung des MAE, o.D., in: DDF 1955, Bd. 1, S. 547.

⁹⁰ AMAE, DE-CE, Bd. 611, Bl. 67–77, Interministerielle Treffen vom 22. u. 25. 4. 1955; s.a. Aufzeichnung des MAE, o.D., in: DDF 1955, Bd. 1, S. 546–551.

⁹¹ Vgl. Scheinman, *Atomic energy*, S. 176; Weilemann, *Anfänge*, S. 161 f.

⁹² Greiner, *Eingliederung*, S. 563.

⁹³ S. Bericht Crouziers, o.D., *Très secret*, in: BDFD I, S. 671–674.

⁹⁴ DLA, NL Hausenstein, 66.2562, Strauß an Hausenstein, 5. 4. 1957.

esse signalisierte Wormser im Bereich der Luftfahrt und bei der Isotopentrennung, während von Maltzan auch die Forschung mit einbezogen zu sehen wünschte⁹⁵.

Daß die Bundesregierung aber sehr wohl auch die zwischenstaatliche Perspektive verfolgte, verdeutlichten nicht zuletzt die Bemühungen des präsidenten des Bundesverteidigungsministeriums, Theodor Blank. Nachdem er bereits im November 1954 Kontakte mit dem Staatssekretär im französischen Verteidigungsministerium, Crouzier, aufgenommen hatte⁹⁶, verabredete er Mitte Mai 1955 am Rande einer Vorführung ausländischer Schulflugzeuge für die Bundeswehr mit Angehörigen der französischen Botschaft einen Besuch in Frankreich. François-Poncet begrüßte diese Reisepläne ausdrücklich und empfahl Pinay, mit der Einladung nicht zu lange zu warten, weil Amerikaner und Engländer schon stark um die Gunst der Deutschen buhlten. Um die Visite zu einem echten Erfolg werden zu lassen, durfte sie sich seiner Meinung nach nicht nur darin erschöpfen, dem Gast jene Geräte zu zeigen, die er zu sehen wünsche. Sie sollte vielmehr die Basis für die zukünftige deutsch-französische Militärkooperation legen und daher Blank die Möglichkeit geben, nach seiner Rückkehr präzise Vorschläge für die gemeinsame Produktion und Ausrüstung, für technische Forschungen und Experimente zu machen⁹⁷.

Das französische Verteidigungsministerium mochte dem Botschafter in seiner Planung aber nicht folgen. Koenig wollte den Besuch nicht so hoch aufhängen, ihm einen rein technischen Charakter geben und ohne großes Protokoll ablaufen lassen⁹⁸. Blank wurde daher nach Absprache mit dem Quai d'Orsay und dem Maitignon lediglich dazu eingeladen, einige Installationen bzw. Fabriken zu besuchen und Luftfahrtpräsentationen beizuwohnen⁹⁹. Er war mit einem derartig beschränkten Programm aber nicht einverstanden, da er eine kleine Expertengruppe mitzunehmen gedachte und sich auch für Panzer und Panzerabwehrwaffen interessierte. Bei François-Poncet traf er auf offene Ohren. Noch einmal regte der Botschafter im Quai d'Orsay an, dem Besuch eine höhere Bedeutung beizumessen und ihn als Grundlage für die kommende Militärkooperation zu nutzen¹⁰⁰.

Blanks Visite Mitte Juni erhielt dann tatsächlich einen imposanteren Rahmen, als Koenig ihm zunächst zugeben wollte. Gewiß spielte dabei auch eine Rolle, daß er wenige Tage zuvor zum Verteidigungsminister ernannt worden war und damit aus einer gestärkten Position heraus auftreten konnte. Vor allem aber, so scheint es, hatte sich das drängende Außen- gegenüber dem zögerlichen Verteidigungsministerium durchgesetzt. In Begleitung von General Speidel und verschiedenen anderen hohen Offizieren angereist, wurden ihm am 14. 6. auf den Feldern von

⁹⁵ S. Unterredung zwischen Wormser und von Maltzan vom 30. 4. 1955, Confidential, in: BDFD II, S. 448–456.

⁹⁶ Vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 207, Bl. 150–155, „Coopération franco-allemande sur le plan aeronautique“, 18. 11. 1955, Secret.

⁹⁷ S. ebd., Bd. 389, Bl. 198–200, François-Poncet an Pinay, Nr. 513/HC/AM, 13. 5. 1955, Secret; Bosuat, Armements, S. 605.

⁹⁸ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 389, Bl. 216, Koenig an Palewski, Nr. 711/DN/CAB/S, 21. 5. 1955, Secret.

⁹⁹ S. ebd., Bl. 217, Crouy-Chanel an Bonn, Tel. 2398/99, 24. 5. 1955.

¹⁰⁰ S. ebd., Bd. 389, Bl. 218, François-Poncet an MAE, Tel. 2033/38, 25. 5. 1955.

Frileuse und Satory zunächst Geräte vorgeführt. Sodann empfing ihn Palewski zum Déjeuner. Anschließend traf er sich mit Koenig, General Guillaume, Chef d'Etat-Major Général des Forces Armées, und die drei Chefs der Teilstreitkräfte gaben ihm zu Ehren ein Essen, wobei Guillaume nicht zu betonen vergaß, daß die drei Generalstabschefs nie zuvor einen deutschen Verteidigungsminister gemeinsam empfangen hätten. Das für den folgenden Tag vorgesehene Programm mußte kurzfristig abgesagt werden, weil Blank nach Bonn zurückeilte, um im Bundestag seinen Haushalt zu verteidigen. Er kehrte aber direkt wieder nach Paris zurück, besuchte am 16. 6. die Luftfahrtschau in Le Bourget und traf sich mit Crouzier zum Déjeuner. Folgt man den französischen Berichten, zeigte er sich von der Leistungsfähigkeit der französischen Rüstungsgüter sehr angetan, wobei ihn insbesondere Fernlenkwaffen und der Panzer AMX sowie die neuesten Modelle der Luftwaffe von den Typen „Vautour“, „Trident“ und „Mystère“ beeindruckten. Persönlich lebhaftes Interesse äußerte er an einer Rüstungszusammenarbeit in der Artillerie, beim Panzerbau und in der Luftwaffe von der Logistik über die Forschung bis zur Produktion, sofern sie sich völlig gleichberechtigt und ohne Hintergedanken abspiele. Da der Bundesrepublik aktuell von vielen Seiten Angebote zuzingen, bat er um absolute Geheimhaltung¹⁰¹.

Bonns Wunsch nach einer „coopération étroite et confiante“ wirkte so überzeugend, daß er – angesichts der ursprünglichen Reserven auf Pariser Seite durchaus überraschend – lebhaft erwidert wurde. Die ersten Schritte schienen recht ermutigend. Nun mußte der gemeinsame „désir sincère“ in greifbare Projekte und präzise Abmachungen umgesetzt werden¹⁰². Allerdings war man sich sehr wohl bewußt, daß die Entscheidung über das Ausmaß der Kooperation von zahlreichen Unwägbarkeiten abhing wie der Organisation der Rüstungsproduktion in Deutschland, den Konkurrenzangeboten der Amerikaner oder Engländer oder den Rüstungslieferungen der USA¹⁰³. Blank hatte als erste konkrete Maßnahmen Besprechungen zwischen Experten beider Seiten und Kontakte zwischen militärischen Führungsebenen zur Definierung der quantitativen und qualitativen Erfordernisse vereinbart. In der Rue Saint-Dominique hoffte man nun, die deutschen Techniker in den französischen Laboratorien und Forschungsstellen halten zu können. Man strebte Abmachungen über gemeinsame oder komplementäre Rüstungsproduktionen an und zielte auf die Errichtung gemeinsamer Depots der deutschen bzw. französischen Truppen in Deutschland¹⁰⁴.

Wenige Wochen nach dem Besuch des Verteidigungsministers setzte die Bundesregierung ein leuchtendes Signal. Sie kaufte französische „Hotchkiss“-Panzer zu Prüfungszwecken, gab den etwa einhundert deutschen Mitarbeitern im ballistischen Forschungszentrum Saint-Louis im Oberelsaß die Anweisung, bis auf weiteres vor Ort zu bleiben, und führte erste Gespräche über den Kauf von Lizenzen für das unter maßgeblicher Mitwirkung deutscher Ingenieure gebaute Düsen-

¹⁰¹ S. ebd., Bd. 389, Bl. 251 f., Unterredung zwischen Blank und Palewski vom 14. 6. 1955; ebd., Bl. 273–275, Aufzeichnung Leroy-Beaulieu, 18. 6. 1955, *Très secret*; Bossuat, *Armements*, S. 605 f.

¹⁰² Aufzeichnung Legendre, 24. 6. 1955, in: BDFD I, S. 665 f., hier S. 666.

¹⁰³ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 389, Bl. 273–275, Aufzeichnung Leroy-Beaulieu, 18. 6. 1955, *Très secret*.

¹⁰⁴ S. Aufzeichnung Legendre, 24. 6. 1955, in: BDFD I, S. 665.

triebwerk ATAR¹⁰⁵. Unzufriedenheit im Verteidigungsministerium mit der Technik des ursprünglich zur Anschaffung vorgesehenen britischen Jagdflugzeuges „Hawker Hunter“ führte außerdem zu der Überlegung, die für die Luftwaffe vorgesehenen 300 Maschinen zumindest teilweise durch französische „Mystère IV“ zu ersetzen. Da eine entsprechende Entscheidung durch amerikanische Stellen genehmigt werden mußte, wandten sich die zuständigen deutschen Offiziere im Verteidigungsministerium an die französische Botschaft und baten um Unterstützung. François-Poncet trat einmal mehr als Sprachrohr deutscher Rüstungsambitionen auf, erinnerte Pinay an das beträchtliche Interesse, das Blank anlässlich seines Besuches der „Mystère“ entgegengebracht hatte, und empfahl, diese wichtige und delikate Frage mit der ihr gebührenden Aufmerksamkeit zu verfolgen¹⁰⁶.

Im Quai d'Orsay rannte er damit offene Türen ein. Im Gegensatz zum Verteidigungsministerium gingen die Ambitionen des Außenministeriums nämlich inzwischen weit über die bisherigen Projekte hinaus. Man begnügte sich nicht mehr mit dem Austausch von Ressourcen, sondern strebte echte Gemeinschaftsprojekte an, um eine langfristige, durch vertraglich Abmachungen abgesicherte Zusammenarbeit zu gewährleisten, die zu einem späteren Zeitpunkt auch in den größeren Rahmen des Rüstungsausschusses der WEU gestellt werden konnte¹⁰⁷. Zweifellos reflektierten diese Planungen auch die Unzufriedenheit der deutschen Wirtschaft mit den bisherigen Ergebnissen in der Luftfahrtkooperation. Da trotz monatelanger Gespräche keinerlei definitive Resultate erzielt worden waren, gewannen die Unternehmer den Eindruck, Frankreich gehe es vornehmlich darum, „das Wiedererstehen einer unabhängigen deutschen Luftfahrtindustrie zu verhindern“. Die angebotenen Lizenzen zum Nachbau französischer Konstruktionen galten ihnen als inakzeptabel, zumal sie sich nicht langfristig verpflichten und die Freiheit zum Abschluß auch mit angelsächsischen Firmen bewahren wollten¹⁰⁸.

Ende Juli lagen dem Matignon auf der Basis innerministerieller Absprachen allgemeine Richtlinien für die deutsch-französische Rüstungszusammenarbeit vor, „pour servir de base à une entente plus large dans le cadre de l'Union de l'Europe Occidentale“. Darin sprach sich die Regierung für die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an den Pariser Forschungslaboratorien aus, um die Funktionsfähigkeit dieser Institutionen zu gewährleisten. Sie sah außerdem sowohl reine Kauf- als auch gemeinsame oder komplementäre Produktionsprogramme vor, stellte Fabrikationslizenzen in Aussicht, sicherte gegenseitige Hilfe bei der Technikerausbildung zu und plante die Vorbereitung gemeinsamer Beschaffungsprogramme¹⁰⁹.

¹⁰⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 208, Bl. 34–37, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 30. 6. 1955 (Konzept ML). Zu dem von deutschen Technikern nach dem Zweiten Weltkrieg bei Basel auf französischem Territorium aufgebauten Forschungszentrum St. Louis vgl. Kocs, Autonomy, S. 80f. u. Albrecht, Rüstungsfragen, S. 153f.; zum ATAR-Triebwerk vgl. ebd., S. 143–146; Bossuat, Armements, S. 603.

¹⁰⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 208, Bl. 32f., François-Poncet an Pinay, Nr. 526/EU, 27. 6. 1955, Très secret.

¹⁰⁷ S. ebd., Bl. 34–37, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 30. 6. 1955 (Konzept ML).

¹⁰⁸ Von Maltzan an AA, 307 a 78 W 1210/55, 23. 7. 1955, in: BDFD II, S. 1028f., hier S. 1028.

¹⁰⁹ „Directives Générales relatives à la Coopération franco-allemande en matière d'armement“, o.D., Très secret, in: BDFD I, S. 666f., hier S. 666. Das undatierte und von Regierungschef Faure gebilligte Dokument wurde am 29. 7. 1955 an die Ressortminister geschickt (AMAE, Europe 1944–

Am 1. 9. empfahl François-Poncet Adenauer als Einstieg in die beiderseitige Rüstungskoooperation die Bestellung von einigen „Morane“-Flugzeugen, und der Kanzler versprach, sich beim Verteidigungsminister dafür einzusetzen¹¹⁰. Zwei Wochen später legte die Bundesregierung in Paris eine ansehnliche Wunschliste über einen Gesamtwert von sechzig Milliarden Francs vor. Sie umfaßte unter anderem: Bestellung von fünfzig Schulflugzeugen vom Typ „Morane 733“; Bitte um Produktionslizenzen für die Transportmaschine „Nord 2501“ sowie für das Schulflugzeug „Potez-Air Fouga CM-170“, dessen Produktion von Messerschmidt durchgeführt werden sollte. Interesse meldete Bonn außerdem für das Kampfflugzeug „Mystère“ und diverse Rüstungsgüter für Heer und Marine an. Im Gegenzug dachte Frankreich an die gemeinsame Benutzung logistischer Anlagen auf deutschem Boden, an die Überlassung einiger Praktikantenplätze an französischen Technischulen und an die Kooperation in der Forschung, insbesondere zwecks Fortsetzung der Arbeitsverträge der deutschen Techniker im Forschungszentrum Saint-Louis¹¹¹.

Zu ersten, noch provisorische Kontrakten kam es im Oktober zwischen der „Société Nationale de Construction Aéronautique de Nord“ (SNCAN) und der Firma Siebel über die Fabrikation des Transportflugzeugs „Nord 2501“ sowie zwischen Fouga und Messerschmidt über den Bau des „Fouga Magister“. Ende des Monats einigte sich das Bundesverteidigungsministerium mit dem Ministerium für die Nationale Verteidigung und die Armeen im Prinzip darauf, Saint-Louis in eine gemeinsame Forschungsanstalt umzuwandeln. Des weiteren beschlossen sie, das Laboratorium für Ballistik und Aerodynamik in Vernon und das „Centre d'essais de réacteurs de Melun-Villaroche“ der „Société Nationale d'Etude et de Construction de Moteurs d'Avions“ (SNECMA), dem führenden Staatsbetrieb für Flugmotoren mit hochrangigen deutschen Mitarbeitern, sowohl deutschen als auch gemeinsamen Projekten zu öffnen. Blank setzte sich dabei offen über die Befugnisse des Bundeswirtschaftsministeriums hinweg und stellte sich auf erhebliche Kompetenzschwierigkeiten ein¹¹².

Am 7. 11. trafen sich Vertreter der beteiligten französischen Ministerien im Secrétariat Général Permanent de la Défense Nationale, um die weiteren Maßnahmen, die Form der Rüstungskoooperation und die zu ergreifenden Methoden für die bevorstehenden Verhandlungen mit Bonn festzusetzen. Die Runde richtete eine Arbeitsgruppe ein, um die juristischen Probleme der geplanten Abkommen zu studieren, und beauftragte das Außenministerium mit einer diplomatischen Démarche bei der Bundesregierung, damit der Streit zwischen Erhard und Blank nicht zur Belastung würde¹¹³.

Wenige Tage nach dieser Sitzung sahen sich Bonn und Paris heftigen Attacken aus Washington ausgesetzt. Amerikanische Diplomaten machten keinen Hehl daraus, daß sie die deutsch-französischen Arrangements über die Ausrüstung der

1960, Allemagne, Bd. 206, Bl. 258 f., Palewski an Pinay, Koenig, Pflimlin, Morice, Crouzier, Gilbert-Jules, Nr. 2136/DN/EG, 29. 7. 1955, Très secret).

¹¹⁰ S. ebd., Bd. 390, Bl. 50, François-Poncet an MAE, Tel. 3459, 2. 9. 1955.

¹¹¹ S. ebd., Bd. 207, Bl. 108 f., „Projets de coopération, dont la discussion a été amorcée“, 21. 10. 1955, Secret; zum Fouga Magister vgl. Albrecht, Rüstungsfragen, S. 166 f.

¹¹² S. Interministerielle Sitzung vom 7. 11. 1955, 15. 11. 1955, Secret, in: BDFD I, S. 667–669.

¹¹³ S. ebd., S. 669–671; zur SNECMA vgl. Albrecht, Rüstungsfragen, S. 144.

Luftwaffe annulliert zu sehen wünschten und auf die Ausrüstung mit amerikanischem Material beharrten. Erhard machte sich diese Kritik sofort zu eigen und sprach sich „au nom d’une doctrine de libéralisme“ gegen die französischen Lieferungen aus. Aus Gründen des Prestiges wie des Prinzips mochten sich weder die französischen Diplomaten in Bonn noch die leitenden Beamten im Quai d’Orsay diesen Pressionen beugen. Und sie legten Außenminister Pinay dringend ans Herz, dem Kanzler gegenüber vor Augen zu führen, daß man die Grundlage der europäischen Kooperation aufs Spiel setzte, wenn man dem Druck amerikanischer Industrieller nachgäbe¹¹⁴.

Pinays Démarche am 13. 11. in Rhöndorf zeigte schon nach wenigen Tagen eine erste Wirkung. Das Bundesverteidigungsministerium erklärte sich gegenüber der Französischen Botschaft bereit, fünfzig „Morane 733“ zu kaufen. So sehr man sich im Dreesen auch über diese Zusage freute, so war man angesichts der Konkurrenz aus Übersee doch weit davon entfernt, beruhigt zu sein, zumal die Amerikaner sich nun anschickten, die „Mystère“ zu verdrängen. Der sich verschärfende Wettkampf war keineswegs gewonnen, und es bedurfte weiterer Einwirkungen auf die Bundesregierung, damit sie ihre Bestellversprechungen nicht wieder zurücknahm¹¹⁵. Einfluß galt es für Frankreich aber auch auf die eigene Industrie zu nehmen, um sie davon zu überzeugen, daß es im internationalen Wettstreit um deutsche Rüstungsaufträge nicht ausreichte, mit den Deutschen bloße „accord[s] de licence“ abzuschließen¹¹⁶. Dieser Wettstreit war es auch, der die Regierung in Paris in diesen Tagen dazu veranlaßte, der Bitte des neuen deutschen Atomministers Strauß um einen Informationsbesuch in Frankreich stattzugeben und ihm Mitte November bei einem zweitägigen Aufenthalt herausragende Gesprächspartner zur Verfügung zu stellen, die über Aufbau und Arbeit des Commissariat à l’Energie Atomique und das Centre d’Etudes Nucléaires in Saclay bei Versailles informierten¹¹⁷.

Die bei den Verhandlungen über die Europäische Atomgemeinschaft auftretenden Schwierigkeiten trugen offensichtlich mit dazu bei, die bilaterale Kooperation zu festigen, obwohl es nach der Aufnahme der Regierungsgespräche zunächst den Anschein hatte, als verlagerte sich insbesondere das Problem der Isotopentrennanlage von der bilateralen auf die europäische Ebene. Da Belgien sein Uranerz aus Belgisch-Kongo den USA zu günstigeren Konditionen lieferte als Frankreich, sahen die Franzosen im EURATOM-Projekt nicht zuletzt eine Möglichkeit, das US-Monopol zur Herstellung angereicherten Urans zu brechen. Als eine der Hauptaufgaben der neuen Gemeinschaft betrachteten sie daher den Bau einer Isotopentrennanlage¹¹⁸. Implizit ergab sich für sie dabei aber das Problem, inwieweit

¹¹⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 207, Bl. 122 f., Generaldirektion Politik im MAE an Pinay, Aufzeichnung, 12. 11. 1955; de Margerie an dens., Tel. 4330/32, 10. 11. 1955, Réservé, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 791 f.

¹¹⁵ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 207, Bl. 144, ders. an dass., Tel. 4439/40, 17. 11. 1955, Réservé.

¹¹⁶ Ebd., Bd. 207, Bl. 150–155, „Coopération franco-allemande sur le plan aéronautique“, 18. 11. 1955, Secret.

¹¹⁷ S. ebd., Bd. 390, Bl. 156 f., de Margerie an Pinay, Nr. 1425, 22. 10. 1955; ebd., Bl. 200 f., Bericht über den Aufenthalt von Strauß in Paris vom 15./16. 11. 1955, Nr. 55–1618, 23. 11. 1955.

¹¹⁸ Vgl. Eckert, Kernenergie, S. 319; Guillen, La France et la négociation du traité d’Euratom, S. 396–398 u. 404–407; Weilemann, Anfänge, S. 37 f.; Kap. IV.2.1.

sie sich bei der zivilen Anwendung der Kernenergie europäisch binden konnten, ohne die eigenen militärischen Atomambitionen zu fesseln. Jene Funktionäre, die wie Goldschmidt oder Guillaumat, der Administrateur général des Commissariat à l'Energie Atomique, den Schwerpunkt auf die militärische Nutzung setzten, sprachen sich gegen jegliche supranationale Organisation im Nuklearbereich aus¹¹⁹. Auch im Quai d'Orsay vertrat man im Herbst 1955 die Auffassung, man solle zunächst die Zusammenarbeit mit den Deutschen auf bilateraler Ebene suchen und den zivilen bzw. militärischen Flugzeugbau sowie die Konstruktion der Isotopentrennanlage forcieren. In dem Maße, wie diese Projekte das Vertrauen in die Wirksamkeit der europäischen Idee wiederbelebten, glaubten die Beamten auch die größeren Pläne wie die Atomgemeinschaft umsetzen zu können¹²⁰.

Vor diesem Hintergrund lud Verteidigungsminister Blank den französischen Staatssekretär Crouzier am 23. 11. in der Absicht zu einem Besuch nach Bonn ein, die beiderseitige Kooperation zu präzisieren¹²¹. In einer zur Vorbereitung dieses Treffens anberaumten Gesprächsrunde verständigten sich Beamte der zuständigen französischen Ministerien am 1. 12. darauf, die Umformung von Saint-Louis in eine deutsch-französische Organisation und den Vertrag zwischen SNCAN und Siebel zum Bau des „Nord 2501“ zu billigen. Demgegenüber sollte der Vertrag zwischen Fouga und Messerschmidt neugefaßt werden, weil der Text zu stark auf sofortige kommerzielle Interessen ausgerichtet schien, da er nur die Überlassung einer Lizenz enthielt und damit nicht den Regierungsdirektiven entsprach¹²².

Mit dieser Marschroute im Gepäck reiste Crouzier eine Woche später an den Rhein, wo er zunächst von seinem deutschen Kollegen Josef Rust empfangen wurde. Beide waren sich rasch einig, daß die Politik der bilateralen Verständigung und die beiderseitige Sicherheitspartnerschaft in der NATO den beiden Nachbarn gar keine andere Wahl ließ, als dieselbe Rüstungspolitik zu betreiben. Blank bestätigte die Ausführungen seines Staatssekretärs, schränkte sie aber insofern ein wenig ein, als er auf die Notwendigkeit hinwies, nicht mit der Freihandelspolitik des Wirtschaftsministeriums in Konflikt zu geraten. Zu den konkreten Projekten überleitend, billigte er das Projekt der Umwandlung des Laboratoriums Saint-Louis in ein deutsch-französisches Forschungsinstitut ebenso wie die Verträge zwischen Siebel und SNCAN bzw. Fouga und Messerschmidt. Crouzier nutzte die sehr entspannte Gesprächsatmosphäre, um für weitere französische Rüstungsgüter zu werben. So strich er die Vorteile einer Ausrüstung der Bundesluftwaffe mit den von Frankreich benutzten leichten Abfangjägern und taktischen Flugzeugen heraus, was bei Blank auf eine günstige Reaktion stieß¹²³. Nachdem er in wesentlich schwierigeren Gesprächen mit Staatssekretär Westrick vom Bundeswirtschaftsministerium dessen Billigung zu den drei Kooperationsprojekten er-

¹¹⁹ S. Guillen, *La France et la négociation du traité d'Euratom*, S. 395; Goldschmidt, *Rivalités*, S. 209–213.

¹²⁰ S. Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 21. 11. 1955, *Confidentiel*, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 840.

¹²¹ S. AMAE, *Europe 1944–1960, Allemagne*, Bd. 390, Bl. 213, Blank an Crouzier, 23. 11. 1955 (Übersetzung).

¹²² S. ebd., Bd. 207, Bl. 170–180, Interministerielle Sitzung vom 1. 12. 1955, 7. 12. 1955, *Secret*.

¹²³ S. Bericht Crouziers, o.D., *Très secret*, in: BDFD I, S. 671–674.

halten hatte¹²⁴, kehrte Crouzier mit der Gewißheit nach Paris zurück, daß die Zeit für beiderseitige Rüstungsgeschäfte wegen der großen Schwierigkeiten beim Aufbau der Bundeswehr äußerst günstig sei: „Notre pays peut et doit jouer un rôle déterminant dans cette phase critique de début du réarmement allemand. En dehors des questions de prestige à maintenir, il y a que nous pouvons assurer à notre industrie d’armement une place de choix si nous savons persévérer dans l’action très rigoureusement coordonné que nous menons dans le domaine de la coopération militaire Franco-Allemande depuis le mois de juin dernier.“¹²⁵ Der Staatssekretär erwartete in Kürze neue Gespräche, da die Bundesrepublik sehr bald wichtige Entscheidungen über die Aufrüstung ihrer Armee zu treffen hatte¹²⁶. Freilich ging es ihm nicht nur um das Geschäft. Frankreich machte sich auch Hoffnungen darauf, das Know how der Deutschen für die Modernisierung der eigenen Streitkräfte zu nutzen.

¹²⁴ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 390, Bl. 288–292, Anlagen 2 u. 3, Très secret.

¹²⁵ Bericht Crouziers, o.D., Très secret, in: BDFD I, S. 674.

¹²⁶ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne, Bd. 390, Bl. 281, ders. an Koenig, Nr. 599 DN/SE/EMP/ARM/TS, 15. 12. 1955, Très secret.

IV.4.2 Der erste Schritt: Das Abkommen von Colomb Béchar vom 17. 1. 1957

Frankreich drängt

Mit dem Beschluß der Nordatlantischen Allianz vom Dezember 1955, ihre Truppen mit „modernsten Waffen“¹ auszustatten, gewann das Problem der deutsch-französischen Rüstungskooperation eine neue Qualität, die in gewisser Weise den sicherheitspolitischen Umdenkprozeß in den USA widerspiegelte. Aus Angst vor einem Moskauer Erstschlag und Sorge um den auf den Verbündeten bis zur Fertigstellung und Stationierung eigener Interkontinentalraketen lastenden sowjetischen Druck entwickelte Washington eine Neuformulierung der bisher gültigen NATO-Strategie. Hauptziel war es jetzt, eine effektive Rückschlagskapazität zu bewahren und flexibel auf lokale Aggressionen zu reagieren, ohne gleich einen nuklearen Weltkrieg auszulösen².

In Frankreich wurde die von der NATO beschlossene Einführung von Kernwaffen begrüßt, wobei man aber mit wachsendem Unmut zur Kenntnis nahm, daß die Amerikaner keine Neigung verspürten, die atomaren Habenichtse in den exklusiven Kreis der Nuklearmächte aufsteigen zu lassen³. Als General Valluy, der französische Vertreter in der Standing Group der NATO, den Vorsitzenden der Vereinigten amerikanischen Stabschefs, Admiral Radford, am 25. 10. über die Absicht Frankreichs zur Modernisierung seiner Armeen und Ausstattung mit taktischen Atomwaffen informierte, begrüßte Radford das zwar; er machte aber zugleich auf die gesetzlichen Beschränkungen aufmerksam, die es den USA kaum erlaubten, konkrete Hilfe zu leisten⁴. Je mehr die westliche Vormacht den kontinentalen Verbündeten eine wirkliche atomare Teilhabe verwehrte, desto interessanter wurde aus französischer Sicht die strategische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik: „l'apparition du concept d'un couple stratégique franco-allemand“⁵.

In Bonn wollte man davon aber nach der Machtübernahme der sozialistischen Regierung unter Guy Mollet im Januar 1956 zunächst nichts wissen. In der Sitzung des außen- und europapolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion vom 31. 1. 1956 sprach sich Atomminister Strauß zwar energisch für die militärische Nutzung der Kernenergie aus, um sich nicht „weltpolitisch von der Sowjetunion überschatten“ zu lassen. Angesichts der „kommunistischen Durchdringung Frankreichs“ kam eine enge Zusammenarbeit mit dem westlichen Nachbarn auf diesem Gebiet seiner Ansicht nach aber „schon aus Sicherheitsgründen“ nicht in Frage⁶. Darin sollte er sich gewaltig täuschen. Mit wachsender Entfremdung zu

¹ Communiqué der NATO-Ratstagung, 16. 12. 1955, in: EA 1955, S. 8555; zum Verlauf der Tagung vgl. die Dokumente in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 28–49.

² Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 63–71; Wampler, USA, S. 262–265.

³ Vgl. Unterredung zwischen Valluy und Radford vom 13. 2. 1956, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 27, S. 30f. Zu den stets unglücklichen „flirts avec les Anglo-Saxons“ s. Goldschmidt, *Rivalités*, S. 223–234, hier S. 223.

⁴ S. Unterredung zwischen Valluy und Radford vom 25. 10. 1955, Top secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 27, S. 15f.

⁵ Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 46; s.a. Kocs, *Autonomy*, S. 19f. u. 75f.

⁶ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 53, Sitzung des außen- und europapolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion vom 31. 1. 1956.

den Amerikanern verlor die Rücksichtnahme auf die innenpolitischen Verhältnisse im Laufe des Jahres 1956 für die Deutschen, und gerade auch für Strauß, zusehends an Bedeutung. Zunächst ging es den beiden Nachbarn in Fortführung der Kontaktaufnahme Blanks mit Crouzier nur um die Umsetzung der Kooperationsprojekte im konventionellen Rüstungsbereich. Die in organisatorischer, legislativer und finanzieller Hinsicht völlig unzureichenden Anstrengungen der Bundesregierung beim Aufbau der Bundeswehr führten im März zu einer ersten scharfen Rüge von Seiten der USA⁷. Frankreich nutzte diese Dissonanzen geschickt aus und übersandte der Bundesrepublik Ende April ein im Dezember 1955 im Nachgang zum Crouzier-Besuch in Aussicht gestelltes⁸ Memorandum, in dem es noch einmal die herausragende Bedeutung der Rüstungsk Kooperation herausstrich und seinen Wunsch nach einer baldigen Festsetzung einer gemeinsamen Politik äußerte. Eine Entente beider Staaten in diesem Bereich, so hieß es da, sei geeignet, eine solide Basis für eine etwaige kontinentale Ausdehnung zu bieten. Notwendig sei eine vorherige Harmonisierung der beiderseitigen Konzeptionen in Bezug auf die Organisation und Ausrüstung der Truppen. Wie schon in der Luftfahrt sei die französische Industrie auch in anderen Rüstungssektoren bereit, den deutschen Unternehmen zu helfen⁹.

Anlässlich der ersten Sitzung des 1954 vereinbarten bilateralen Wirtschaftsausschusses erneuerten die Franzosen Mitte Mai 1956 ihr Interesse und äußerten nun auch den Wunsch nach einer Zusammenarbeit bei der Definition einer gemeinsamen Strategie sowie bei der Truppenausbildung. Aufgrund zwischenzeitlicher Besprechungen zwischen Blank und General Lavaud, Chef des von Verteidigungsminister Bourguès-Maunoury zur Koordinierung des militärischen Atomprogramms geschaffenen und direkt ihm unterstellten Cabinet Armement, sahen sie sich zu der Hoffnung berechtigt, in den nächsten Jahren Rüstungsgüter in erheblichem Umfang in die Bundesrepublik liefern zu können. Man kam überein, die Kooperation auf dem Gebiet der Atomwirtschaft zu vertiefen, sofern sie nicht in einen Widerspruch zu EURATOM geriete, und nahm auf französische Anregung hin zur Abgleichung der beiderseitigen Standpunkte die Bildung eines besonderen Gremiums unter dem Vorsitz der Verteidigungsminister oder ihrer Stellvertreter in Aussicht¹⁰.

Parallel dazu intensivierten die Franzosen auch ihre Bemühungen um die Isotopentrennung. Im Februar hatten die Deutschen im Rahmen der EURATOM-Verhandlungen den Vorschlag eingebracht, eine Studiengesellschaft für die Errichtung einer solchen Anlage zu gründen. Seitdem erarbeiteten Sachverständige unter Leitung von Goldschmidt eine Satzung, die aber erst im September angenommen wurde¹¹. Frankreich gingen diese Studien offenbar nicht schnell genug vorwärts.

⁷ Vgl. Fischer, Abschreckung, S. 280.

⁸ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen von Brentano und Pinay vom 12. 12. 1955 [sic!]; Unterredung zwischen dens. vom 14. 12. 1955, in: DDF 1955, Annexes, Bd. 2, S. 503–505.

⁹ Zum französischen Memorandum vom 28. 4. 1956 vgl. DDF 1956, S. 394, Anm. 2; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 262; Bossuat, Armements, S. 606; Soutou, L'alliance incertaine, S. 47.

¹⁰ S. Tagung des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees vom 11./12. 5. 1956, 410F-304-06/22–2895/56, 18. 5. 1956, in: BDFD II, S. 475; Soutou, L'alliance incertaine, S. 47.

¹¹ S. Goldschmidt, Rivalités, S. 231 f.; Weilemann, Anfänge, S. 163–165.

Schon Mitte Mai unterbreitete die französische Industrie der deutschen Firma Degussa in Absprache mit dem CEA das Angebot, eine unmittelbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Isotopentrennung aufzunehmen¹². Der Bundesregierung behagte diese Eile ganz und gar nicht, weil sie unter allen Umständen verhindern wollte, mit einer forcierten bilateralen Kooperation in Kollision zu NATO und WEU zu geraten¹³. Außerdem unterstellte das Auswärtige Amt dem französischen Drängen als Motiv ein „unverkennbares Mißtrauen gegenüber der deutschen Ostpolitik und die Befürchtung, daß Deutschland seine Verbindungen zum Westen eines Tages zugunsten einer Ostallianz lockern könnte“¹⁴.

Die den Kanzler in höchstem Maße beunruhigende Enthüllungen der „New York Times“ vom 13. 7. über den sogenannten „Radford-Plan“ veranlaßten die Bundesregierung indes, die Rücksicht auf die Amerikaner zu überdenken. Wenn-gleich es Adenauer unter tätiger Mithilfe Mollets in einer breit gefächerten Krisenstrategie gelang, die Amerikaner zu einem Rückzug zu bewegen¹⁵, war er sich keineswegs sicher, ob die Gefahren nicht schon bald wieder auftauchten. Die aufgerissene Wunde im Vertrauensverhältnis zu Washington war so tief, daß sie ihn innerhalb weniger Wochen zu einer radikalen Kurskorrektur in der Bonner Sicherheitspolitik veranlaßte.

Am 20. 7., wenige Tage nach den Meldungen über den „Radford-Plan“, warf der Kanzler im Kabinett die Frage auf, ob die Bundesrepublik nicht den Verzicht auf die Herstellung von Nuklearwaffen aufgeben müsse, wenn die übrigen Staaten atomar aufrüsteten. Strauß fügte als wortreicher Sekundant hinzu, daß eine Nation ohne Atomwaffen „deklariert“ sei¹⁶. Die Erklärungen der Bonner Führung wirkte wie ein Fanal. Wenige Tage später wußte der französische Botschafter in London Chauvel nach Paris zu berichten, sein deutscher Kollege von Herwarth habe sich gegenüber italienischen Diplomaten gegen die Aufrechterhaltung des ABC-Waffenverbots für die Bundesrepublik ausgesprochen. Man könne sein Land nicht zwingen, seine Verteidigung ausschließlich auf konventionelle Waffen aufzubauen, während die NATO-Strategie nun nuklear umgeschrieben würde¹⁷. Kurz darauf teilte Strauß, der seine Scheu vor einer Kooperation mit den französischen Sozialisten allem Anschein nach bereits abgelegt hatte, der Degussa mit, daß er die von Frankreich gewünschte Kooperation auf dem Gebiet der Isotopentrennung begrüße¹⁸. Auch das Auswärtige Amt erhob keine Bedenken gegen eine derartige Verbindung, sofern sie nicht die laufenden Arbeiten über die Europäische Atomgemeinschaft störte¹⁹.

Atomare Mitsprache suchten Adenauer und Strauß gewiß nicht nur aus sicherheits-, sondern auch aus machtpolitischen Erwägungen. Die unzureichende konventionelle Ausrüstung und der schleppende Aufbau der Bundeswehr durch-

¹² S. PA, Abg.-Liste Ref. 202, Bd. 52, Aufzeichnung des CEA 56-1.576, 23. 7. 1956.

¹³ S. Adenauer, Erinnerungen 1955-1959, S. 262 f.; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 47 f.

¹⁴ Zitiert nach: Adenauer, Erinnerungen 1955-1959, S. 262.

¹⁵ Vgl. Kap. IV.1.2.

¹⁶ Kabinettsitzung, 20. 7. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 484-489, hier S. 487; s.a. Greiner, *Militärische Eingliederung*, S. 731.

¹⁷ AMAE, NUOI, Bd. 631, Chauvel an MAE, Tel. 2969/70, 25. 7. 1956, *Très secret, Réservé*.

¹⁸ S. PA, Abg.-Liste Ref. 202, Bd. 52, Strauß an AA, II/7-K 6040 (Fr.)-2/56, 27. 7. 1956.

¹⁹ S. ebd., Hädrich an Hallstein, Aufzeichnung 215-227-20/22/8892/56, 3. 8. 1956.

kreuzten ihre Absicht, die Bundesrepublik als konventionellen Machtfaktor zu etablieren²⁰. War es dem Kanzler bisher darum gegangen, mit einer 500 000-Mann-Armee die Gleichheit im Kreis der europäischen Verbündeten zu erringen, strebte er aufgrund der revolutionären Veränderungen in der Strategie des Bündnisses jetzt die nukleare Option an. Sie zu erreichen, bedurfte angesichts der kaum möglichen nationalen Lösung der Kooperation mit Gleichgesinnten, die nach Lage der Dinge weder in den USA noch in Großbritannien, sondern nur in Frankreich gefunden werden konnten. Wie Heusinger Ende Juli von General Stehlin, dem Vertreter General Valluys in der Ständigen Gruppe der NATO erfuhr, dachte Frankreich nicht daran, Entwicklung und Verwendung von Atomwaffen allein den Angelsachsen zu überlassen. Auch die europäischen Nationen brauchten atomare Waffen²¹.

Die Frage der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen gewann für Adenauer um so größere Bedeutung, als er gegen den dezidierten Rat seiner Militärexperten die einseitige Herabsetzung der Wehrdienstzeit von achtzehn auf zwölf Monaten im Kabinett durchsetzte²², gleichzeitig aber der Zuverlässigkeit der USA so sehr mißtraute, daß er im geheimen Gespräch mit amerikanischen Ministern bereits das Ende der NATO prognostizierte²³. Wie er sich die Zukunft der Bundeswehr vorstellte, deutete er Mitte September im Bundesvorstand seiner Partei an. Die alliierten Streitkräfte, so glaubte er, blieben nur dann auf deutschen Boden, wenn sie dem atomar gerüsteten Gegner atomar gegenüberzutreten könnten. Da die Koalitionsarmeen der NATO aber integriert waren, mußte die Bundeswehr ebenso modern ausgerüstet werden. Die technische Entwicklung, so führte er den Vorstandsmitgliedern vor Augen, laufe auf die Atomartillerie hinaus. Strauß, der wenige Wochen später zum neuen Verteidigungsminister ernannt werden sollte, sah das anders, weil die Nuklearisierung auch einen zweiten Weg nehmen konnte, hin zu Großbomben. Die wollte Adenauer indes unter allen Umständen bekämpfen, weil sie den Untergang Deutschlands bedeuteten. Anders verhielt es sich mit den taktischen Atomwaffen, an deren Besitz die Bundesrepublik auf jeden Fall partizipieren mußte²⁴.

Vor diesem Hintergrund ging Adenauer, nachdem er das französische Memorandum vom 28. 4. vier Monate lang unbeantwortet gelassen hatte, jetzt auch auf den Wunsch der Franzosen nach einer engeren Rüstungskooperation ein. Der Anstoß ging erneut von Paris aus. Am 17. 9. kam Staatssekretär Maurice Faure zu Verhandlungen über die Beilegung der Saarfrage nach Bonn. Er nutzte diese Gelegenheit, „pour insister sur la nécessité d’une meilleure coopération en matière de fabrication d’armements“. Ja, er gab gar zu erkennen, daß Frankreich eventuell die Ausrüstung der Bundesrepublik mit Atomwaffen für notwendig halten könne,

²⁰ Vgl. Greiner, Bundesrepublik Deutschland, S. 207–214; Wiggershaus, Aspekte, S. 192–196.

²¹ Vgl. Greiner, Eingliederung, S. 737.

²² S. Kabinettsitzung, 27. 9. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 604–606.

²³ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 67, Bl. 192–201, Unterredung zwischen Adenauer und Quarles vom 10. 9. 1956, 11. 9. 1956, Geheim; eine amerikanische Fassung in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 155–161; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 295.

²⁴ S. Erklärungen Adenauers u. von Strauß in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 20. 9. 1956, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 1029, 1072–1074 u. 1079–1082; Schwarz, Adenauer und die Kernwaffen, S. 579f.

wenn es die politische Lage erfordere. Adenauer und von Brentano beschränkten sich zunächst noch auf die Anregung gemeinsamer Übungen der Generalstäbe, die Ausarbeitung einer gemeinschaftlichen Strategie und die koordinierte Ausbildung der Militärkader²⁵. Doch im Kabinett ließ sich der Kanzler bereits wenige Tage später mit dem Appell vernehmen: „Deutschland kann nicht Atomprotektorat bleiben“²⁶.

Wie von Faure versprochen, sandte seine Regierung am 25. 9. ein weiteres Memorandum nach Bonn, um die Notwendigkeit der verstärkten Kooperation noch einmal zu untermauern. An der Seine hatte man nämlich den Eindruck gewonnen, man sei sich zwar einig im Ziel, aber uneinig über den Weg. Als Knackpunkt galt noch immer die Frage, inwieweit der Ständige Rüstungsausschuß der WEU in die Umsetzung der bilateralen Zusammenarbeit einzubeziehen sei. Bonn wünschte nicht nur die notwendigen Konsultationen in die Hände des deutschen und französischen Repräsentanten in diesem Gremium zu legen, sondern von ihm auch spezielle Abkommen vorbereiten zu lassen. Verhandlungen über ein Generalabkommen lehnte das Kanzleramt zu diesem Zeitpunkt noch ab. Der Matignon hingegen zielte auf eine echte bilaterale Zusammenarbeit auf hoher politischer Ebene, wenngleich er sich hütete, die Kompetenzen der WEU zu bestreiten oder zu verringern. Mollet schlug daher vor, die beiden Außenminister nach den besten Mitteln suchen zu lassen, um die Rüstungs Kooperation zu realisieren. Außerdem regte er ein Aktionsprogramm über den Abschluß von Spezialabkommen an²⁷.

Die schleppenden Verhandlungen über die Gründung der EWG gemahnten Adenauer in diesen Frühherbsttagen jedoch, an der Rücksicht auf die WEU festzuhalten²⁸. Angesichts der für Europa „unmöglich[en] und katastrophal[en]“ amerikanischen Verteidigungsplanungen stimmte er aber in einer Unterredung mit Mollet am 29. 9. überein, die europäische Zusammenarbeit auf allen Bereichen zu forcieren. Vielsagend stellte der Kanzler dem Président du Conseil in Aussicht, von seinem Botschafter in Paris „zu gegebener Zeit“ erläutern zu lassen, durch welche Maßnahmen die Bundesregierung trotz der Herabsetzung der Dienstzeit die Schlagkraft der Bundeswehr steigern wolle. Bonn, so lüftete er schon jetzt ein wenig den Schleier, habe sich zwar dazu verpflichtet, keine Atomwaffen herzustellen, nicht aber, keine zu besitzen²⁹.

Tatsächlich aber dachte Adenauer bereits sehr konkret auch an die Produktion: „Er möchte“, so ließ er sich am 5. 10. im Bundeskabinett vernehmen, „über Euratom, auf schnellstem Wege die Möglichkeit erhalten, selbst nukleare Waffen her-

²⁵ Unterredung zwischen Adenauer und Faure vom 17. 9. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 395 f., hier S. 396; s.a. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen von Brentano und Faure vom 17. 9. 1956, 19. 9. 1956; Unterredung zwischen dens. vom 17. 9. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 394; Kosthorst, Brentano, S. 110 f.; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 48; vgl. Kap. IV.3.2.

²⁶ Zitiert nach: Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 299. Das Protokoll der Kabinettsitzung schweigt sich über diese Erklärung aus (Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 595–597).

²⁷ S. Regierung der Französischen Republik an Regierung der Bundesrepublik Deutschland, Memorandum 25. 9. 1956, Secret, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 201 f.

²⁸ Vgl. Kap. IV.2.2.

²⁹ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 155, Unterredung zwischen Adenauer und Mollet vom 29. 9. 1956, 1. 10. 1956; s.a. Pineau an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 73/S. G.L., 2. 10. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 495 f.; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 71.

zustellen.“³⁰ Wie ein Symbol dieses Willens wirkte sein Beschluß vom 16. 10., Blank durch Strauß im Amt des Verteidigungsministers zu ersetzen. Denn damit war nicht nur ein Sündenbock für die Verzögerungen beim Aufbau der Bundeswehr gefunden, sondern auch eine Entscheidung gegen Blanks Plan getroffen worden, zunächst die konventionelle Ausrüstung abzuschließen und erst dann über eine atomare Bewaffnung nachzudenken³¹. Natürlich hütete sich der Regierungschef davor, den Ministerwechsel als Kursänderung in der deutschen Verteidigungspolitik erscheinen zu lassen. Selbst im Kabinett betonte er die Kontinuität³². Allerdings gab er Journalisten gegenüber im vertrauten Teegespräch wenige Tage später mit der charakteristischen Unterscheidung zwischen großen und kleinen Atomwaffen zu erkennen, daß die Bundesrepublik selbstverständlich über die zweite Kategorie verfügen müsse³³. Ohne auf nähere Einzelheiten einzugehen, informierte er sie nun auch über die Existenz bilateraler Verhandlungen zur Rüstungskoooperation³⁴.

Je stärker die politisch Verantwortlichen in Bonn und Paris vor dem Hintergrund des „Radford-Plans“ und der Suez-Krise die Überzeugung gewannen, daß der amerikanische Schutzschirm keine ausreichende Sicherheit mehr bot, desto mehr setzten sie auf die bilaterale Karte. Den Franzosen zeigte sich die Unzulänglichkeit der NATO in diesen Wochen vor allem in Algerien, wo man sich einem mit indirekter Kriegführung und subversiven Mitteln kämpfenden sowjetischen Gegner gegenüber sah, ohne daß die Verbündeten zu Hilfe kamen. Wollte der Westen den Kalten Krieg bestehen, Frieden und Freiheit erhalten, mußte er sich nolens volens auf eine „guerre atomique“ vorbereiten. Dazu waren aus Pariser Sicht zwei Maßnahmen notwendig: Schmieden eines Schwertes, d.h. einer starken Repressionsstreitmacht durch strategische Atombomber, und Aufbau eines Schildes in Form einer atlantischen Landstreitmacht³⁵. Da das Vertrauen in die amerikanische Sicherheitspolitik schwand, gewann die nationale bzw. europäische, d.h. vor allem die französisch-deutsche Verteidigungskapazität an Bedeutung³⁶.

Wenige Tage vor seinem berühmten Besuch in Paris auf dem Höhepunkt der Suez-Krise unterbreitete der französische Botschafter dem Kanzler am 3. 11. den Entwurf eines gemeinsamen Rüstungsprotokolls und schlug darin neben der Wiederholung der französischen Absichtserklärungen vom 28. 4. und 25. 9. die Einrichtung eines den Außenministern verantwortlichen militärisch-technischen Komitees vor. Couve de Murville betonte, daß es Frankreich nicht darum gehe, die WEU auszuhebeln, sondern die Siebenergemeinschaft mit Hilfe eines deutsch-französischen Abkommens zu aktivieren. Adenauer zeigte sich wie immer sehr

³⁰ Kabinettsitzung, 5. 10. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 626; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 299.

³¹ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 3203/10, 17. 10. 1956, in: DDF 1956, Bd. 2, S. 631 f.; Fischer, Abschreckung, S. 281.

³² S. Kabinettsitzung, 17. 10. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 638 f.

³³ S. Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 144–149, Informationsgespräch, 18. 10. 1956.

³⁴ S. ACDP, NL von Eckardt, I-010–002/1, Teegespräch, 12. 10. 1956.

³⁵ AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 241, Bl. 209–215, Aufzeichnung des MAE, 6. 10. 1956; zur französischen Motivierung vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 58 f.

³⁶ Vgl. ebd., S. 46–71.

aufgeschlossen, riet allerdings erneut zur Vorsicht, da er glaubte, auf Italien Rücksicht nehmen zu müssen³⁷.

Es war nicht nur der Respekt der Partner in der WEU, der Bonn zögern ließ, in die Pariser Hand einzuschlagen. Auch organisatorische Erwägungen sprachen gegen eine Forcierung zum jetzigen Zeitpunkt. Wie der Leiter der Handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, van Scherpenberg, Couve de Murville darlegte, kam die bilaterale Zusammenarbeit erst nach der Aufstellung der Bundeswehr in Frage, weil sie im derzeitigen Stadium Verzögerungen provozierte. Der französische Botschafter stimmte dieser Argumentation zu und gab zu erkennen, man habe sich damit abgefunden³⁸. Dementsprechend vereinbarte Adenauer bei seiner historischen Visite in Paris am 6. 11. mit Mollet, „daß beide Regierungen sich gemeinsam bemühen werden, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstungsforschung und Rüstungsproduktion zu vertiefen“ und dazu insbesondere den Ständigen Rüstungsausschuß der WEU einzuschalten³⁹. In parallelen Unterredungen verabredeten von Brentano und Faure darüber hinaus die Schaffung eines besonderen Komitees für Rüstungsfragen, das nach dem Willen des Bundesaußenministers allen WEU-Staaten offenstand. Ob diese Aufgabe einem speziellen Gremium oder, wie von deutscher Seite angeregt, dem Ständigen Rüstungsausschuß übertragen werden sollte, blieb ungeklärt. Man verständigte sich allerdings darauf, so schnell wie möglich an die übrigen Staaten heranzutreten und sie zu bitten, der neuen „europäischen Rüstungsgemeinschaft“ beizutreten⁴⁰. De facto hatten die Franzosen kein Interesse an einer Beteiligung Dritter, und so ließen sie diese Frage in einem am Tag darauf erarbeiteten Protokoll über die verschiedenen Bereiche der geplanten Rüstungskooperation bewußt offen⁴¹.

„Dann müssen wir eben auch in fünf Jahren nukleare Waffen haben“

Folgt man den offiziellen Gesprächsprotokollen dieses Tages klammerten die Regierungen das heikle Thema Nuklearzusammenarbeit offenbar aus⁴². Weniger zurückhaltend gerierte sich hingegen der neue Bundesverteidigungsminister, als er am selben Tag mit General Valluy, dem neuen Oberkommandierenden der alliierten Truppen Europa Mitte, zusammentraf. Strauß machte keinen Hehl daraus, daß es bei der Ausrüstung der Bundeswehr vor allem um Qualität gehen mußte⁴³. Als einzig gültigen Gesichtspunkt akzeptierte er „die zweckmäßigste Ausstattung“

³⁷ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 3349/53, 3. 11. 1956, Urgent, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 164f.; Aufzeichnung des MAE, 3. 11. 1956, in: ebd., S. 200f.

³⁸ S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, van Scherpenberg an Referat 406 im AA, Aufzeichnung, 5. 11. 1956.

³⁹ PA, Abt. 2, Bd. 918, Bl. 237–239, Carstens an von Brentano, Aufzeichnung 20–225–30–01/1469/56, 8. 11. 1956; s.a. Soutou, Accords, S. 128f.; ders., L'alliance incertaine, S. 61f. u. 71f.

⁴⁰ PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 156, Unterredung zwischen von Brentano und Faure vom 6. 11. 1956, 9. 11. 1956.

⁴¹ Vgl. Bossuat, Armements, S. 607.

⁴² Conzes Behauptung, Mollet habe während des Besuchs festgestellt, Frankreich müsse innerhalb von fünf Jahren seine eigene Atombombe produzieren (Conze, Coopération, S. 118), muß in zweifacher Hinsicht korrigiert werden. Die Feststellung Mollets fiel nicht am 6. 11. 1956, sondern am 19. 2. 1957 und bezog sich offenbar nicht nur auf Frankreich, sondern auf beide Staaten (vgl. unten).

⁴³ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 3408/15, 9. 11. 1956, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 255f.

mit Waffen und Geräten⁴⁴. Das aber bedeutete für ihn eben auch die Ausrüstung mit Atomwaffen, und er bat Valluy darum, bald das französische Raketenversuchszentrum in Colomb-Béchar im französischen Algerien besuchen zu dürfen⁴⁵. Damit nährte er zweifellos französische Begehrlichkeiten. Denn für Frankreich stand nach den Erfahrungen der Suez-Krise fest, zur Atommacht aufsteigen zu müssen. Nur der Besitz der Bombe bot nach der Demütigung durch die Supermächte die Gewähr, sich ihnen nicht völlig auszuliefern und auch in Zukunft als Großmacht über das Schicksal der Welt mitsprechen zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, war man bereit, amerikanischen Widerstand auszuhalten, ohne absichtlich einen Konflikt produzieren zu wollen⁴⁶.

Zur Beschleunigung seiner Nuklearambitionen traf Paris in den letzten Wochen des Jahres wichtige Entscheidungen. Obwohl oder gerade weil die USA die Europäer mittlerweile mit Dumpingpreisen für angereichertes Uran vom Projekt einer Isotopentrennanlage abzubringen versuchten⁴⁷, unterzeichneten das CEA und die Ministerien für Verteidigung und für Finanzen am 30. 11. ein Abkommen, das den Bau einer solchen Anlage sowie vorbereitende Studien für Atomexplosionen bzw. für die Entwicklung von Nuklearraketenprototypen vorsah. Fünf Tage später wurde ein „Comité des Applications Militaires de l'Energie Atomique“ unter General Ely im CEA institutionell verankert. Am 17. 12. ernannte die Regierung General Lavaud zum Mitglied des Comité de l'Energie Atomique, um einen engeren Kontakt zwischen CEA und dem Verteidigungsministerium herzustellen. Noch im selben Monat ordnete sie außerdem den Bau eines Prototyps der „Mirage IV“ an, die für den Transport der zukünftigen Atombombe vorgesehen war⁴⁸. Fliegen sollte diese Maschine freilich erst am 17. 6. 1959, und die Einsatzfähigkeit wurde erst 1963 erreicht⁴⁹.

Adenauer schlug nach seiner Rückkehr aus Paris mit Unterstützung von Strauß denselben Weg ein. Unerträglich sei es, so wetterte er im Kabinett, daß allein die beiden Großmächte über nukleare Waffen verfügten. Europa müsse sie ebenfalls besitzen⁵⁰. Sowohl in Bonn als auch in Paris waren die Verantwortlichen überzeugt, daß der Schutz Europas am besten durch die Strategie der massiven Vergeltung gewährleistet würde. Washington aber schien aus Gründen der eigenen Sicherheit nicht daran zu denken, seine strategischen Waffen in Europa zu stationieren. Damit aber drohte aus europäischer Sicht die Möglichkeit eines begrenzten Konflikts auf dem Kontinent⁵¹. Auf der Ratstagung Mitte Dezember verabschiedete die NATO eine Politische Direktive, die die nukleare Abschreckung zwar betonte, aber zugleich das Konzept der konventionellen Verteidigungsfähigkeit

⁴⁴ DLA, NL Hausenstein, 66.2562, Strauß an Hausenstein, 5. 4. 1957. Hausenstein notierte als Kopfmarginalie: „Unmöglicher Brief“.

⁴⁵ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 3408/15, 9. 11. 1956, Réservé, in: DDF 1956, Bd. 3, S. 255 f.

⁴⁶ S. Aufzeichnung des Generalsekretariats im MAE, 16. 11. 1956, Secret, in: ebd., S. 334 f.; vgl. Barbier, *Négociations*, S. 86; Lefebvre, Guy Mollet, S. 264 f.

⁴⁷ Vgl. Scheinman, *Atomic energy policy*, S. 177 f.

⁴⁸ S. Goldschmidt, *Rivalités*, S. 222; Barbier, *Négociations*, S. 87; Lefebvre, Guy Mollet, S. 265 f.; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 72 f.; Vaisse, Choix, S. 52–54.

⁴⁹ Vgl. Rhentert, *Implications*, S. 160 f.

⁵⁰ S. Kabinettssitzung, 7. 11. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 693–696; Kosthorst, Brentano, S. 114 f.

⁵¹ Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 65.

mit einbezog⁵². Dulles sah den Sinn der konventionell ausgerüsteten Truppen vornehmlich darin, daß sie dem Bündnis im Fall eines begrenzten lokalen Konfliktes eine gewisse Flexibilität sicherten⁵³. Die Minister verständigten sich verbindlich darüber, auch diesen Schild-Streitkräften eine eigene nukleare Kapazität zu überantworten. Als „Hauptpropagandist“⁵⁴ dieser Forderung tat sich Bundesverteidigungsminister Strauß hervor, aber auch sein französischer Kollege Bourghès-Maunoury gab ihr sein Plazet, wobei er nicht nur die Zurverfügungstellung der Träger, sondern auch der Sprengköpfe verlangte⁵⁵. „Mit Wissen und Billigung des Kanzlers“⁵⁶ meldete Strauß den Anspruch der Bundesregierung an, die zwölf geplanten deutschen Divisionen, die seiner Meinung nach nur noch 350 000 Mann stark sein sollten, mit dem modernsten Gerät auszustatten. Aufgrund einer deutsch-französischen Initiative wurde außerdem die Höhe der Nuklearschwelle von einem lokalen bewaffneten Angriff auf eine lokale feindliche Aktion herabgesetzt⁵⁷.

Kurz nach der NATO-Konferenz forderte Adenauer im Kabinett, man müsse den Aufbau der Bundeswehr beschleunigen und sie mit taktischen Atomwaffen ausstatten. Ja, seine verschwommenen Äußerungen über „andere Formulierungen in unserer Außenpolitik“ konnten durchaus so interpretiert werden, als ob er nicht nur an den Besitz, sondern auch an die Produktion nuklearer Waffen dachte⁵⁸. Dementsprechend plädierte er in der Sitzung der Bundesregierung am 15. 1. 1957 auch für eine deutsche Beteiligung an der Isotopentrennanlage. Strauß hingegen riet zum Abwarten, lag doch der in Auftrag gegebene Bericht der im Rahmen von EURATOM eingerichteten Studienkommission noch nicht vor. Die Ministerrunde pflichtete schließlich einer Intervention von Brentanos zu und beschloß, die Beteiligung an dem Projekt grundsätzlich zu bejahen, aber von einer vorherigen finanziellen und technischen Prüfung abhängig zu machen⁵⁹.

Wieso ausgerechnet der Verteidigungsminister bremste, ist nicht bekannt. Vielleicht mochte er erst einmal die unmittelbar bevorstehenden Gespräche mit Bourghès-Maunoury abwarten. Dank des exzellenten Eindrucks, den er bei ihrer jüngsten Begegnung hinterlassen hatte, hatte der Franzose ihn trotz englischer und innerdeutscher Interventionen Mitte Dezember als ersten ausländischen Minister nach Colomb-Béchar und Sidi-bel-Abbès eingeladen⁶⁰. Einen Monaten später reiste Strauß in Begleitung von General Heusinger nach Nordafrika und besichtigte

⁵² Vgl. Fischer, Abschreckung, S. 283 f.

⁵³ S. Dulles an Eisenhower, Memorandum, 1. 10. 1956, Top secret, Personal and Private, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 96–99.

⁵⁴ Fischer, Abschreckung, S. 284.

⁵⁵ Vgl. Felken, Dulles, S. 394.

⁵⁶ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 331.

⁵⁷ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Polto 1422, 14. 12. 1956, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 149–156; dies. an dass., Tel. Polto 1425, 14. 12. 1956, Secret, in: ebd., S. 156–158; Strauß, Erinnerungen, S. 319 f.

⁵⁸ Kabinettsitzung, 19. 12. 1956, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 9, S. 777; s.a. Greiner, Eingliederung, S. 734 f.

⁵⁹ Vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 202, Bd. 27, Lautenschlager an Hallstein, Aufzeichnung 215–221–52/133/57, 3. 6. 1957, Geheim.

⁶⁰ Zu den Kontakten zwischen Strauß und Bourghès-Maunoury vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–003-V-1, Jansen an Strauß, 13. 11. 1956; ebd., ders. an dens., 28. 11. 1956; Aufzeichnung über die französisch-deutsche Rüstungskoooperation, 21. 12. 1956, in: BDFD I, S. 677 f.; Strauß, Erinnerungen, S. 311 f.; AdG 1957, S. 6212B.

dort in einem mehrtägigen „beeindruckenden militärischen Programm“⁶¹ mit seinem französischen Kollegen Waffensysteme und Rüstungsfabriken. Als Höhepunkt der Visite unterzeichneten beide ein Protokoll über eine Rüstungsvereinbarung, die sich auf die enge Verknüpfung der militärischen Konzeptionen sowie den Bau von Panzern und Flugzeugen, aber auch auf die Fabrikation von Raketenwaffen und – entgegen anderslautender Behauptungen von Strauß und in der Literatur – auch auf „atomare Rüstung“ erstreckte⁶²: „d’harmoniser les conceptions militaires des deux pays concernant l’organisation, les doctrines d’emploi et l’armement de leurs forces armées, en particulier dans le domaine des armes nouvelles et créer les moyens de combat nécessaires pour réaliser ces conceptions, – d’entreprendre, dès maintenant, des études communes de matériel d’armement répondant à des caractéristiques générales approuvées par les deux parties ainsi que des recherches techniques dans les domaines reconnus de part et d’autre comme présentant un intérêt pour la mise au point de matériels nouveaux; à cet effet, d’établir des accords d’exécution entre les deux gouvernements dans le domaine des études et recherches y compris les dispositions techniques, économiques et financières à insérer dans les accords, – de promouvoir un programme d’armement commun“⁶³. Einen Tag nach der Unterzeichnung des Abkommens meldete von Maltzan aus Paris, Frankreich rege gegenüber der Bundesrepublik und Italien die Wiederaufnahme der im Oktober 1956 abgebrochenen bilateralen Verhandlungen der drei Staaten mit den USA über die Lieferung angereicherter Kernbrennstoffe an⁶⁴. Zur selben Stunde teilte Adenauer Mollet mit, er habe sich nach reiflicher Überlegung dafür entschieden, die von Mollet ihm gegenüber Anfang November gemachte Anregung zur Einrichtung gemeinsamer Kriegsschulen zu akzeptieren⁶⁵.

Der Besuch von Strauß in Colomb Béchar führte in Bonn zu nicht unerheblichen Turbulenzen. Nachdem marokkanische Zeitungen der Bundesrepublik die Unterstützung der französischen Kolonialpolitik vorgehalten hatten, da Colomb Béchar nach ihrer Auffassung zu Marokko gehörte, regte man im Auswärtigen Amt an, Reisen der Regierungsmitglieder mit französischen Kollegen nach Nordafrika durch den Bundesminister des Auswärtigen genehmigen zu lassen⁶⁶. Daraus sprach gewiß nicht nur Kritik am eigenständigen Verhalten von Strauß, sondern auch ein Vorbehalt gegenüber den Motiven von Bourguès-Maunoury. Aus der Sicht der Koblenzer Straße resultierte dieses Abkommen, das der Chef der Rue Saint-Dominique ohne Wissen des Quai d’Orsay unterzeichnet hatte und zu dem

⁶¹ Strauß, *Erinnerungen*, S. 311.

⁶² BA, NL Blankenhorn, Bd. 73, Bl. 238–241, Tb. 17. 1. 1957, im Auszug in: BDFD I, S. 678f., hier S. 678; vgl. Blankenhorn, *Verständnis*, S. 263f., Tb. 17. 1. 1957; Barbier, *Négociations*, S. 89–92; Soutou, *Accords*, S. 131–133; ders., *L’alliance incertaine*, S. 74–77. In Anlehnung an Äußerungen von Strauß gehen Conze, Köhler und Steinhoff/Pommerin hingegen davon aus, daß es sich lediglich um eine Kooperation im konventionellen Rahmen handelte (Strauß, *Erinnerungen*, S. 311; Conze, *Coopération*, S. 121f.; Köhler, *Adenauer*, S. 982, Steinhoff/Pommerin, *Strategiewechsel*, S. 37).

⁶³ Zitiert nach: Bossuat, *Armements*, S. 608; s.a. Soutou, *L’alliance incertaine*, S. 75.

⁶⁴ S. PA, Abg.-Liste Ref. 202, Bd. 52, von Maltzan an AA, FS Nr. 71, 18. 1. 1957, Citissime.

⁶⁵ S. Adenauer an Mollet, 18. 1. 1957, in: Adenauer, *Briefe 1955–1957*, S. 279.

⁶⁶ S. PA, Abg.-Liste Bd. 202, Bd. 220, von Marchtaler an Hallstein, Vermerk 302.211–00/94.07.448/57, 8. 2. 1957.

er erst im nachhinein die Billigung der Regierung erhielt⁶⁷, auch aus dem Wunsch Frankreichs, „das Anwachsen des deutschen Verteidigungspotentials unter Kontrolle zu halten“⁶⁸.

Diese Skepsis war es wohl auch, die die bisherigen Verhandlungen zwischen beiden Außenministerien so wenig erfolgreich verlaufen ließ. Wenige Tage vor der Begegnung zwischen Strauß und Bourguès-Maunoury hatte von Maltzan zwar mit Wormser auf der 2. Arbeitstagung des bilateralen Wirtschaftskomitees eine Einigung über ein Rahmenabkommen erzielt, wie der technische Ablauf der deutschen Rüstungskäufe in Frankreich abgewickelt werden sollte. Dabei war sowohl von diversen Kooperationsprojekten, der Umwandlung von Saint-Louis in ein gemeinsames Institut, von einem Vertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Schutzes gegen ABC-Waffen und der Fernmeldetechnik die Rede. Gleichwohl mußte der deutsche Botschafter zugeben, daß sich die französischen Erwartungen bisher nicht erfüllt hatten⁶⁹.

Getrieben von seinen eigenen atompolitischen Ambitionen, war Adenauer bereit, dies zu ändern. Sehr zum Verdruss der Amerikaner hatte er sich am 10. 1. vor Journalisten für die Abschaffung thermonuklearer Waffen ausgesprochen, ohne als Voraussetzung das von den USA stets geforderte entsprechende Kontrollsystem zu erwähnen⁷⁰. Zwei Wochen darauf vertrat er auf einer neuerlichen Pressekonferenz die Auffassung, ein derartiges Verbot sei sehr wohl mit der von Strauß befürworteten nuklearen Ausrüstung der Bundeswehr „mit beschränktem Wirkungsgrad und beschränktem Wirkungsbereich“ vereinbar. Indem er dabei einen Vergleich zwischen taktischen Atomwaffen und der Artillerie anstellte, zog er erhebliche innenpolitische Kritik auf sich⁷¹. Dies hielt ihn aber nicht davon ab, dem Protokoll von Colomb-Béchar Ende Januar im Kabinett zuzustimmen⁷². Am 5. 2. sprach sich der Kanzler sodann im Bundesverteidigungsrat für eine „nachdrückliche Betreibung der begonnene[n] Rüstungsgemeinschaft mit Frankreich“ aus⁷³.

Die Ende Februar von Großbritannien vor der WEU angekündigten Pläne zur Umrüstung der eigenen Armee gaben dieser Politik aus vielfältigen Gründen zusätzliche Nahrung. Der angedrohte Abzug erheblicher Teile der Rheinarmee schwächte die westeuropäische Sicherheit und schürte die Furcht der Franzosen vor einem militärisch zu starken Deutschland. Er untergrub die westliche Position in den Abrüstungsgesprächen mit Moskau und förderte die Abhängigkeit der Westeuropäer vom atomaren Schutzschild der Amerikaner⁷⁴. Für Adenauer wie

⁶⁷ Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 76 f.

⁶⁸ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Abt. 2 im AA, „Nachtrag zur Instruktion für den deutschen Botschafter in Paris aus dem Jahre 1955“, o.D. Zur Datierung s. ebd., Frank an Carstens, 20. 11. 1958, Konzept.

⁶⁹ Vgl. Tagung des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees vom 11. 1. 1957, 412–85.00/94.07–314/57, 21. 1. 1957, in: BDFD II, S. 490–497.

⁷⁰ S. Alphan an MAE, Tel. 243/83, Priorité, Secret, Réservé, 12. 1. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 70–80; Unterredung zwischen Dulles und Pineau vom 11. 1. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 20, S. 448 f.; AdG 1957, S. 6204 B; vgl. Kap. IV.1.3.

⁷¹ PA, Ref. 200, AZ 80.17, Pressekonferenz Adenauers, 25. 1. 1957, im Auszug in: BDFD I, S. 549 f., hier S. 549; s.a. Schwarz, *Ära Adenauer 1949–1957*, S. 362.

⁷² Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 77.

⁷³ Zitiert nach: PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Abt. 2 im AA, „Nachtrag zur Instruktion für den deutschen Botschafter in Paris aus dem Jahre 1955“, o.D.

⁷⁴ Vgl. Kap. IV.1.3.

für Mollet besaßen die Londoner Pläne aber noch einen weiteren Pferdefuß: die Aussicht, daß Großbritannien zur einzigen nuklearen Macht in Westeuropa und damit zur stärksten politischen Potenz aufstieg. Bei einem Treffen am 19. 2. waren sich beide darin einig, dies nicht hinnehmen zu wollen. Und Mollet sprach aus, was Adenauer zumindest dachte: „Dann müssen wir eben auch in fünf Jahren nukleare Waffen haben.“⁷⁵ Der Weg dorthin war aber keineswegs bilateral festgelegt. Während Strauß am 1. 3. aus Paris die Nachricht erhielt, der militärische Sachverständige der Dassault-Werke, General Gallois, wolle ihm in Kürze „recht weitgehende Vorschläge“ hinsichtlich des neuen Überschallbombers „Mirage III“ unterbreiten⁷⁶, signalisierte Mollet am 9. 3. gegenüber dem britischen Premierminister Macmillan sein großes Interesse an einer französisch-britischen Rüstungskoope-ration⁷⁷.

Wenige Wochen später nahm der NATO-Rat das Dokument MC 14/2 an, das bei einem militärischen Konflikt in Europa den sofortigen Einsatz taktischer und strategischer Nuklearwaffen vorsah. Die konventionellen „Schild“-Streitkräfte besaßen nur noch eine „Stolperdraht“-Funktion⁷⁸. Am 12. 4. reagierten die USA auf den zunehmend ungeduldigeren Ruf einiger Verbündeter nach atomarer Teilhabe mit dem Angebot, ihnen moderne Waffen einschließlich der Raketen vom Typ „Honest John“, „Matador“ und „Nike“ zu liefern, die nuklearen Sprengköpfe aber unter amerikanischem Verschuß zu halten⁷⁹. Die Amerikaner dachten dabei in erster Linie an die Briten, die wenige Wochen später ihre erste Wasserstoffbombe zündeten und die atomare Aufrüstung forcierten. Aus der deutschen wie der französischen Sicht ließen diese Aktionen nur einen Schluß zu. Auch England hielt den amerikanischen Schutzschirm für löchrig und setzte auf die nationale Atomrüstung⁸⁰. Die britische Intransigenz gegenüber den französischen Avancen und die beiderseits des Rheins herrschende Unsicherheit, ob die USA wirklich bereit seien, ihre nukleare Luftwaffe einzusetzen, wenn ein nuklearer Rückschlag der Sowjetunion Millionen Amerikaner das Leben kosten könnte, verfestigte in Bonn und Paris die Überzeugung, „starke, hochtechnisierte, mit atomaren taktischen Waffen ausgestattete konventionelle Streitkräfte einsatzbereit zu halten“, wie der französische Vertreter bei der NATO, Alphand, seinem deutschen Kollegen Blankenhorn gegenüber am 5. 4. unterstrich⁸¹. Adenauer reagierte auf diese Entwicklung mit ungeschützten öffentlichen Äußerungen, die den Anspruch auf eine Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen klar anmeldeten und dabei immer wieder den verharmlosenden Vergleich anbrachten, als handele es sich lediglich um die „Weiterentwicklung der Artillerie“⁸².

⁷⁵ Zitiert nach: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 294; s.a. Köhler, Adenauer, S. 959 u. 982; Schwarz, Adenauer und die Kernwaffen, S. 576; BA, NL Blankenhorn, Bd. 74b, Bl. 121f., Tb. 18. 2. 1957.

⁷⁶ ACDP, NL Jansen, I-149-003-V-1, Jansen an Strauß, 1. 3. 1957.

⁷⁷ S. Unterredung zwischen Mollet und Macmillan vom 9. 3. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 427–432.

⁷⁸ Zur NATO-Richtlinie MC 14/2 vgl. Fischer, Abschreckung, S. 284f.

⁷⁹ Vgl. AdG 1957, S. 6385B; Felken, Dulles, S. 388.

⁸⁰ Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 78. Zum Aufbau der britischen Nuklearmacht vgl. Schmidt, Dimensionen, S. 195–205.

⁸¹ BA, NL Blankenhorn, Bd. 75b, Bl. 183, Tb. 5. 4. 1957.

⁸² Pressekonferenz Adenauers, 5. 4. 1957, in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 296; s.a. Couve de Murville an Pineau, Tel. 952/57, 6. 4. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 579f.

Mit diesem bemerkenswerten verbalen „Mißgriff“⁸³ löste der Kanzler, aber auch der ihm wiederholt sekundierende Verteidigungsminister⁸⁴, in der völlig unvorbereiteten deutschen Öffentlichkeit eine heftige Atomdiskussion aus. Trotz seiner Presseäußerungen vom Januar galt Adenauer bisher weithin als Garant für eine konventionell bewaffnete Bundeswehr. Mehrere Meinungsumfragen ließen klar erkennen, daß die Öffentlichkeit mehrheitlich keine nukleare Ausrüstung deutscher Truppen wünschte⁸⁵. Und auch Teile der *classe politique* sperrten sich dagegen. Die Sozialdemokraten hatten nach Monaten der Zurückhaltung seit Jahresbeginn wiederholt gegen die Atomausrüstung Stellung bezogen⁸⁶. Am 19. 3. sprach sich die Fraktion dafür aus, „wegen der in der Bundesrepublik gelagerten Atombomben Schritte zu unternehmen“, und verabschiedete am 2. 4. eine entsprechende Große Anfrage für den Bundestag⁸⁷. Wenige Tage später votierte auch der Bundesvorstand der FDP im Sinne der von Dehler geprägten Forderung nach Entspannung gegen die Produktion und Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden⁸⁸. Als dann kurz darauf auch noch deutsche Atomforscher in der sogenannten „Göttinger Erklärung“ den Kurs der Regierung angriffen⁸⁹, sah sich Adenauer gezwungen, in einem gemeinsamen Kommuniqué den Wissenschaftlern und der Bevölkerung zu versichern, daß die Bundesregierung „nach wie vor keine eigenen Atomwaffen produzieren wird“⁹⁰. Und auch Strauß dementierte umgehend nach außen hin jegliche Spekulationen über eine bevorstehende Umrüstung der deutschen Streitkräfte⁹¹.

FDP und SPD gaben sich mit den Erklärungen der Bundesregierung aber nicht zufrieden und zwangen sie mit der Einbringung der Großen Anfrage Ende April dazu, ihre militärstrategische Position im Bundestag offenzulegen⁹². Bisher hatten sich die Sozialdemokraten noch geziert, weil sie nicht als wehrunwillig gelten und Kritik an der amerikanischen Sicherheitspolitik möglichst unterlassen wollten⁹³. Seit der „Göttinger Erklärung“ entdeckten sie – ähnlich den Freidemokraten – in der Atombewaffnung aber ein willkommenes Wahlkampfthema. Beide Parteien verschrieben sich daher der Parole eines unbedingten Verzichts auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr⁹⁴.

⁸³ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 333.

⁸⁴ S. Interview von Strauß mit dem „Hessischen Rundfunk“, 8. 4. 1957, in: Bulletin 1957, S. 601.

⁸⁵ Vgl. Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 387, Anm. 188.

⁸⁶ Vgl. Rupp, Opposition, S. 98–101.

⁸⁷ Sitzung des SPD-Fraktionsvorstandes und der Fraktion, 19. 3. 1957, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2. Halbbd., S. 411; s.a. Sitzung ders., 2. 4. 1957, in: ebd., S. 413; Rupp, Opposition, S. 102 f.

⁸⁸ S. Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 6./7. 4. 1957, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1954–1960, S. 254–259; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 294 f.

⁸⁹ S. „Göttinger Erklärung“, 12. 4. 1957, in: AdG 1957, S. 6385A.

⁹⁰ Kommuniqué zum Treffen zwischen Adenauer und den Atomwissenschaftlern, 17. 4. 1957, in: ebd., S. 6392A; s.a. Rupp, Opposition, S. 73–81; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 333–336.

⁹¹ S. Erklärung von Strauß, 13. 4. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 597–604.

⁹² S. Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 29./30. 4. 1957, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1954–1960, S. 260 f.; Sitzung der SPD-Fraktion, 2. 5. 1957, in: Weber (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2. Halbbd., S. 417 f.

⁹³ S. Stellungnahme des SPD-Pressedienstes, 18. 4. 1957, in: AdG 1957, S. 6393; Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 359.

⁹⁴ Vgl. Rupp, Opposition, S. 105 f. u. 116 f.

Die aufschäumende Debatte zwang die Bundesregierung wenige Wochen vor der Bundestagswahl zu erhöhter Vorsicht⁹⁵. Adenauer verlangte im Kabinett, man müsse den Sorgen der Bevölkerung in der bevorstehenden Parlamentsaussprache entgegenkommen, was für ihn aber keineswegs als Kurswechsel mißzuverstehen war. Ihm ging es lediglich darum, Zeit bis nach den Wahlen zu gewinnen, ohne die Entscheidung für die taktischen Atomwaffen im Kern zu revidieren⁹⁶. Diesem Tenor entsprach dann auch die Regierungserklärung, die Strauß am 10. 5. in einer der leidenschaftlichsten außenpolitischen Auseinandersetzungen der Ära Adenauer vortrug. Für die Opposition rechnete Erler mit der Sicherheitspolitik der Regierung scharf ab und beantragte dann, nicht nur die Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu unterlassen, sondern auch die Zustimmung zur Lagerung von Atombomben und Stationierung nuklear gerüsteter NATO-Verbände auf deutschen Boden zu revidieren⁹⁷. Strauß warf ihm daraufhin vor, es sei eine Utopie zu glauben, man könne die Bundesrepublik aus einem allgemeinen Atomkrieg heraushalten. Zwar hielt er am Herstellungsverzicht für ABC-Waffen fest und forderte die Weltmächte zur atomaren Abrüstung auf. Sollten die Verhandlungen aber ergebnislos bleiben, gab es für die Bundesrepublik seines Erachtens keine Alternative zur Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen⁹⁸. Der Bundestag verabschiedete schließlich mit der Mehrheit der Koalitionsparteien eine Resolution, die die Großmächte zur Einstellung der Atombombenversuche aufforderte, im übrigen einen prinzipiellen Verzicht auf eine atomare Bewaffnung der westdeutschen Streitkräfte ablehnte, zugleich aber betonte, daß eine Entscheidung jetzt nicht anstehe⁹⁹.

Adenauer, der sich in der Debatte auffällig zurückgehalten hatte¹⁰⁰, stimmte dieser Sichtweise am Tag darauf im Bundesparteivorstand seiner Partei unumschränkt zu. Die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen sei zwar „noch gar nicht irgendwie spruchreif“, wenn sie aber „nicht atomarisch aufgerüstet wird, dann ist damit die NATO erledigt“¹⁰¹. Der Kanzler lag damit ganz auf der Linie seiner militärischen Berater, die ihm Ende April geraten hatten, die deutsche Rüstung „darauf einzustellen, daß sie in der Lage wäre, auch größere lokale Konflikte selbst erfolgreich zu bereinigen, auch wenn die nukleare Hilfe der Amerikaner ausbleibt“¹⁰².

⁹⁵ S. de Margerie an Pineau, Tel. 1214/19, 30. 4. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 696f.

⁹⁶ S. Strauß, Erinnerungen, S. 324; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 338f.

⁹⁷ S. Bundestagsrede Erlers, 10. 5. 1957, in: BT, Sten. Ber., Bd. 36, S. 12052–12062; Pöttering, Sicherheitspolitik, S. 97–102; Wilker, Sicherheitspolitik, S. 71–74.

⁹⁸ S. Regierungserklärung von Strauß, 10. 5. 1957, in: BT, Sten. Ber., Bd. 36, S. 12065–12074; Strauß, Erinnerungen, S. 324–327; Pöttering, Sicherheitspolitik, S. 102–114.

⁹⁹ S. Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und DP (FVP), in: BT, Sten. Ber., Bd. 36, S. 12138f.; Pöttering, Sicherheitspolitik, S. 114f.

¹⁰⁰ S. Bundestagsrede Adenauers, 10. 5. 1957, in: BT, Sten. Ber., Bd. 36, S. 12062–12065 u. 12129–12131.

¹⁰¹ Ansprache dess. vor dem Bundesvorstand der CDU, 11. 5. 1957, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 1226 u. 1228, auch in: Adenauer, Reden, S. 354 u. 356.

¹⁰² NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 11, Unterredung bei Adenauer vom 27. 4. 1957, Leiter IV A Tgb.Nr. /57 str. geh., 27. 4. 1957, Streng geheim.

„Un armement atomique européen intégré“?

Wie jenseits des Rheins aufmerksam registriert wurde, zielte des Kanzlers Verteidigungsstrategie also darauf ab, einerseits sich des Vorwurfs zu erwehren, die Bundesrepublik habe atomare Waffen angefordert und angenommen, andererseits aber die Option der nuklearen Rüstung offenzuhalten¹⁰³. Während Strauß gegenüber Mitarbeitern von Bourghès-Maunoury Anfang Mai anregte, das Problem der Atomwaffen zwischen Deutschen und Franzosen auf höchster Ebene zu diskutieren¹⁰⁴, betonte Adenauer in diesen Tagen sowohl Dulles als auch Macmillan gegenüber, nur eine Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen könne einen Angriff in Mitteleuropa abwehren¹⁰⁵. Daher drängte er in der Atlantischen Allianz auf eine gemeinsame Stellungnahme zur Nuklearproblematik¹⁰⁶. Doch auf der Tagung des NATO-Rats Anfang Mai blieb es bei einer allgemeinen Absichtsbekundung zur atomaren Rüstung und dem Willen, die definitive Entscheidung nach eingehenden Prüfungen im Herbst zu fällen. Immerhin war es nach einer Initiative Frankreichs auch zu einem Gedankenaustausch über die Frage einer etwaigen Freigabe und des Einsatzes der Atomwaffen gekommen. Dabei blieb das französische Gesuch, die der NATO übertragenen taktischen Atomwaffen in einem Pool zusammenzufassen, vorerst unbeantwortet¹⁰⁷.

Bourghès-Maunoury reagierte auf diesen neuerlichen Beleg für die geringe Neigung der Amerikaner zur atomaren Teilhabe der Verbündeten am 6. 5. in einer Direktive zur langfristigen Militärpolitik mit der Forderung, die französische Armee mit einer „capacité de frappe“ auszustatten¹⁰⁸. Mollet sprach sich am selben Tag gegenüber Dulles ausdrücklich für die fortgesetzte Stationierung amerikanischer Truppen in Europa, die Aufrechterhaltung eines konventionellen Verteidigungspotentials und die Notwendigkeit zur Aufstellung atomarer Waffen an der Verteidigungslinie aus. Was dann folgte, war kaum für deutsche Ohren bestimmt. Die nukleare Frage, so gab er unverblümt zu erkennen, dürfe nicht nur durch Effektivitätserwägungen gelöst werden, sie müsse auch die „deutsche Frage“ berücksichtigen, was nichts anderes heißen sollte, als daß den Deutschen keine Kernwaffen zur autonomen Verfügung gestellt werden durften. Bringe man beide Aspekte auf einen Nenner, so Mollet, könne der nur lauten, die Allianz müsse „un armement atomique européen intégré“ aufbauen¹⁰⁹. Weder die Amerikaner noch die Briten waren aber dazu bereit, auf dieses Konzept einzugehen.

¹⁰³ S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 46, Bl. 96f., Couve de Murville an Pineau, Nr. 914, 28. 5. 1957; Dulles an Eisenhower, Memorandum, 24. 5. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 256–258.

¹⁰⁴ Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 79.

¹⁰⁵ S. Unterredung zwischen Adenauer und Dulles vom 4. 5. 1957, USDel/MC/6, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 230–243; Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 302–306; Macmillan, *Riding the Storm*, S. 291–295; Strauß, *Erinnerungen*, S. 323; Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2, S. 337f.

¹⁰⁶ Vgl. Fischer, *Projekt*, S. 147f.

¹⁰⁷ Zur NATO-Ratstagung vom 2./3. 5. 1957 in Bonn vgl. FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 167–169; *Schlufßkommuniké* in: EA 1957, S. 9855f.; Fischer, *Abschreckung*, S. 285f.

¹⁰⁸ Zitiert nach: Barbier, *Négociations*, S. 92.

¹⁰⁹ Unterredung zwischen Mollet und Dulles vom 6. 5. 1957, Secret, in: DDF 1957, S. 737–745, hier S. 739.

Nach der Zündung der ersten britischen Wasserstoffbombe am 15. 5.¹¹⁰ warnte Adenauer Dulles bei einem Besuch in Washington Ende Mai eindringlich vor der Entstehung nationaler Atomwaffendepots ohne Zugriffsmöglichkeit durch das Oberkommando der NATO¹¹¹. Der amerikanische Außenminister stellte sich auf dieses Ohr indes taub, hörte er aus den Ausführungen seines Gastes doch implizit die Forderung nach einem Kernwaffenpool der NATO, „where U.S. weapons could be stored subject to the possibility of transfer to its Allies if the need for their use should arise“¹¹². Wenngleich er es nicht offen aussprach, konnte für den Kanzler nach dem Gespräch doch kaum ein Zweifel daran bestehen, daß die USA alles daran setzten, „to prevent fourth powers from obtaining nuclear weapons“¹¹³.

Sollte er dennoch mit einem Fünkchen Hoffnung die Heimreise angetreten sein, mußten ihm und den übrigen europäischen Have-nots die amerikanischen Absichten aber spätestens in dem Moment dämmern, als Ende Mai bekannt wurde, daß die USA die Produktion von spaltbarem Nuklearmaterial früher als bisher geplant beenden und damit Frankreich wie Großbritannien die logistischen Voraussetzungen für den Aufbau eigener Atomwaffen nehmen wollten¹¹⁴. In gewisser Weise bezeichnend für die weitere Entwicklung erfolgte der prompte Protest des Quai d'Orsay im State Department¹¹⁵ zur selben Zeit, als das in Colomb-Béchar vorgesehene deutsch-französische Militärkomitee seine Arbeit aufnahm. Zur Beschleunigung seiner Beratungen unterzeichneten die Generale Ely und Heusinger am 6. 6. ein neues Protokoll, das „un caractère européen propre“ der beiderseitigen Sicherheitsinteressen im Rahmen der NATO betonte und eindeutig auch an die Einbeziehung der Atomwaffen dachte¹¹⁶. Nichtsdestotrotz unternahmen die Franzosen wenige Wochen später einen neuerlichen Versuch, mit den Amerikanern ins Geschäft zu kommen. Im Gespräch mit seinem Kollegen Radford signalisierte Ely am 11. 7. den Wunsch nach möglichst rasch gelieferten „Honest John“, deutete sein Interesse an Mittelstreckenraketen an und richtete das Augenmerk Radfords auf die Errichtung von integrierten Atomwaffendepots¹¹⁷.

Fünf Tage später reagierte Dulles auf die zunehmend lautereren Forderungen der Verbündeten nach nuklearer Gleichberechtigung mit dem Vorschlag eines „NATO stockpile“ nuklearer Waffen unter der Aufsicht von SACEUR, der das Problem entschärfen und die Anreize für den Aufbau einer nationalen Nuklearwaffenproduktion verringern sollte. Der von Eisenhower gebilligte Plan sah die Ausrüstung der Verbündeten mit den notwendigen Trägersystemen vor, auf die

¹¹⁰ Vgl. AdG 1957, S. 6444B.

¹¹¹ S. Unterredung zwischen Adenauer und Dulles vom 26. 5. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 261–264.

¹¹² Unterredung zwischen dens. vom 28. 5. 1957, Top secret, in: ebd., S. 266–279, hier S. 269.

¹¹³ Erklärung Stassens in der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats vom 23. 5. 1957, Top secret, Eyes only, in: ebd., Bd. 20, S. 533.

¹¹⁴ Vgl. Felken, Dulles, S. 445.

¹¹⁵ S. MAE an Alphand, Tel. 6525/30, 1. 6. 1957, Très secret, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 883 f.; Unterredung zwischen Wilcox und Alphand vom 3. 6. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 20, S. 587–589.

¹¹⁶ Zitiert nach: Soutou, L'alliance incertaine, S. 79; s.a. Bossuat, Armements, S. 609.

¹¹⁷ S. Unterredung zwischen Ely und Radford vom 11. 7. 1957, Top secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 27, S. 133–137.

im Ernstfall die nuklearen Sprengköpfe aufmontiert werden mußten¹¹⁸. Da die Amerikaner die von Frankreich auf der NATO-Konferenz im Dezember 1956 geforderte Übergabe der Sprengköpfe an die Verbündeten nicht erfüllten, gewann man in Paris den Eindruck, als ob Washington den französischen Wunsch nach freier Hand in der Nuklearbewaffnung nicht ernst nahm. Da man seine Forschungen jedoch inzwischen soweit vorangetrieben hatte, daß die Experten für das Jahr 1959 die Produktion von etwa 100 Kilogramm Plutonium prognostizierten, fragten sich die Verantwortlichen an der Seine, ob der Interessenkonflikt noch gütlich beigelegt oder nur im offenen Streit ausgetragen werden könne¹¹⁹.

Am 23. 7., wenige Wochen nach dem Sturz Mollets und der Wahl seines Verteidigungsministers Bourguès-Maunoury zum neuen Regierungschef¹²⁰, verabschiedete die Assemblée Nationale ein Gesetz über den Plan zur Entwicklung der Atomenergie für die Jahre 1957 bis 1961, der das französische Nuklearprogramm endgültig auf die militärische Nutzung umlenkte¹²¹. Damit gewann auch die zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht geklärte Frage neue Virulenz, ob die zwingend notwendige Isotopentrennanlage im europäischen oder nationalen Rahmen gebaut würde. Frankreich hatte sich wiederholt um europäische Unterstützung bemüht, aber angesichts der erheblichen Widerstände keinen Hehl daraus gemacht, das Projekt notfalls allein anzugehen¹²². Die im Rahmen von EURATOM eingerichtete Studienkommission hatte zwar mittlerweile ihren Bericht abgeschlossen, sich aber nicht auf eine einvernehmliche Linie einigen können. Die Kosten für die Herstellung angereicherten Urans lagen nach dem französischen Produktionsverfahren der Gasdiffusion nämlich wesentlich höher als nach dem von deutschen und niederländischen Sachverständigen empfohlenen Zentrifugenverfahren, das aber noch mehrjährige Versuche erforderte. Die Studienkommission hatte sich daher für die Fortführung der Forschungen ausgesprochen, zugleich aber empfohlen, mit dem französischen Modell anzufangen. Die Vorarbeiten dazu waren mittlerweile so weit gediehen, daß der Bau in Pierrelatte umgehend begonnen werden konnte¹²³.

In Bonn plädierten sowohl Atomminister Balke als auch Teile des Auswärtigen Amtes aus technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen gegen eine Beteiligung an dem französischen Konzept. Die Führungsebene in der Koblenzer Straße sah das indes anders. Sie wollte sich nicht der Möglichkeit berauben, auf die militärische Entwicklung auf dem Atomgebiet Einfluß zu nehmen, zumal sie die Schaffung einer vierten Atomgroßmacht nicht prinzipiell ablehnte. Außerdem lag ihr nichts an einer Brückierung Frankreichs. Staatssekretär Hallstein entschied daher Anfang Juni, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, aber nur, wenn damit die Entscheidung nicht negativ präjudiziert würde¹²⁴. Als der EWG-Interimsausschuß Mitte Juni beschloß, die Arbeitsgruppe EURATOM mit der Prü-

¹¹⁸ Vgl. Felken, Dulles, S. 394.

¹¹⁹ S. Aufzeichnung des Generalsekretariats im MAE, 17. 7. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 92f.

¹²⁰ Vgl. Kap. IV.1.3.

¹²¹ S. Barbier, *Négociations*, S. 95; Scheinman, *Atomic energy policy*, S. 180–184.

¹²² S. Bousquet an Pineau, Tel. 58/63, 1. 2. 1957, *Résumé*, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 176f.

¹²³ Vgl. Weilemann, *Anfänge*, S. 165.

¹²⁴ S. PA, Abg.-Liste Ref. 202, Bd. 27, Lautenschlager an Hallstein, Aufzeichnung 215–221–52/133/57, 3. 6. 1957, Geheim, nebst Marginalien von Carstens und Hallstein.

fung der wirtschaftlichen und politischen Aspekte der Isotopentrennung zu betrauen und bis Mitte Dezember einen weiteren Bericht auszuarbeiten, gab der französische Vertreter zu Protokoll, daß seine Regierung die Anlage auf jeden Fall errichten wolle. Die deutsche Delegation lehnte eine Beschlußfassung weisungsgemäß ab, ohne die Antwort negativ festzulegen. Die übrigen Vertretungen pflichteten ihr bei, ließen aber ihr mangelndes Interesse deutlich erkennen¹²⁵.

Die französischen Liquiditätsprobleme, vor allem aber die dramatische Verschlechterung der sicherheitspolitischen Lage Westeuropas führten die beiden Rheinanrainer im Sommer 1957 noch stärker zueinander. Am 26. 8. startete die Sowjetunion ihre erste interkontinentale ballistische Fernrakete und hob damit die Unverletzlichkeit der USA auf. Mit dem Abschuß der Erdsatelliten Sputnik I und II am 4. 10. bzw. 3. 11. demonstrierte Moskau seine Fähigkeit, in absehbarer Zeit jede Vergeltung drastisch zu erwidern¹²⁶. Das Konzept der „massive retaliation“ geriet ins Wanken, weil ein als Antwort auf östliche Aggressionen geführter atomarer Gegenschlag fortan eine atomare Reaktion der Sowjetunion provozieren konnte. Folglich mußte den USA bei einem lokalen Konflikt in Europa daran gelegen sein, nicht die eigenen Städte in Gefahr zu bringen¹²⁷. Sie begegneten dem vom „Sputnik-Schock“ verursachten akuten Handlungszwang mit dem Plan der Stationierung von Mittelstreckenraketen (IRBM) der Typen „Thor“ und „Jupiter“ in Europa¹²⁸.

Während französische Militärs der Bundesrepublik jetzt nahelegten, selbst Atomwaffen herzustellen¹²⁹, drängte die Regierung in Paris auf eine Lockerung der durch das „Atomic Energy Act“ (McMahon-Act)¹³⁰ rechtlich abgesicherten amerikanischen Restriktionen bei der Zusammenarbeit im Nuklearbereich¹³¹. Doch die von Dulles gegebene Antwort blieb blaß. In einem Beitrag für „Foreign Affairs“ sprach sich der amerikanische Außenminister im Oktober dafür aus, die bisherige starke Betonung der nuklearen Komponente zugunsten einer flexibleren Verteidigung zu ersetzen, in der ein umfassender konventioneller Angriff durch den Einsatz taktischer Atomwaffen zurückgewiesen werden sollte. Zu diesem Zweck regte er einen unter US-Kontrolle verbleibenden Atomwaffenpool der NATO an¹³². Weder das gleichzeitig den Verbündeten unterbreitete Angebot des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa, Norstad, der Ausrüstung mit taktischen Atomwaffen¹³³ noch die von Dulles gemachte Offerte vermochten

¹²⁵ S. ebd., Bd. 52, Poensgen an dens., Aufzeichnung 215–81.00/230/57, 7. 12. 1957, VS-Vertraulich, Eilt sehr.

¹²⁶ S. Mitteilungen der „TASS“ vom 27. 8. u. 5. 10. 1957, in: EA 1957, S. 10279f.; AdG 1957, S. 6725A.

¹²⁷ Vgl. Pöttering, Sicherheitspolitik, S. 116–120; Felken, Dulles, S. 389–392.

¹²⁸ Vgl. ebd., S. 396f.

¹²⁹ S. AdG 1957, S. 6651A.

¹³⁰ S. „Atomic Energy Act“ (McMahon-Act), 1. 8. 1946 bzw. 30. 8. 1954, in: Udell (Bearb.), Atomic Energy Act, S. 1–22 u. 33–75.

¹³¹ S. Aufzeichnung des Konferenzsekretariats im MAE, Nr. 94/SC, 17. 8. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 230–232; Unterredung zwischen Dulles und Pineau vom 7. 9. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 27, S. 167–170.

¹³² S. Artikel von Dulles, Oktober 1957, in: EA 1957, S. 10253–10262 (Übersetzung); Pöttering, Sicherheitspolitik, S. 121–123.

¹³³ S. Nolting an Dep. of State, Tel. Polto 787, 2. 10. 1957, Top secret, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 170f.; NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 14, Sprechzettel für Heusinger zur Sit-

die Zweifel der Europäer an der Glaubwürdigkeit der Amerikaner zu entkräften. Für Frankreich besaß das amerikanische Angebot den gravierenden Nachteil, nicht mit seinem Anspruch auf eine eigene Nuklearwaffenproduktion mitsamt der zugehörigen Infrastruktur vereinbar zu sein¹³⁴. Adenauer testierte der amerikanischen Führung seit dem Sommer „Ermüdungserscheinungen“ im Kampf gegen den Kommunismus¹³⁵. Der „Sputnik-Schock“ nährte bei ihm noch die ohnehin schon vorhandene Sorge, sie werde ihr strategisches Nukleararsenal nicht zum Einsatz bringen bzw. der NATO die in Aussicht gestellten taktischen Waffen nicht freigeben¹³⁶.

Die Veröffentlichung des Schlußkommuniqués der Unterredungen zwischen Eisenhower und Macmillan am 25. 10. verstärkte in Bonn und Paris den Eindruck, daß die Angelsachsen den Deutschen und Franzosen nur eine untergeordnete Rolle bei der Verteidigung des Westens zuwiesen¹³⁷. Aus diplomatischen Quellen ging in Paris die Nachricht ein, Washington beabsichtige das McMahon-Gesetz zugunsten Londons zu lockern, den übrigen Verbündeten aber den Genuß der eigenen wissenschaftlich-militärischen Kenntnisse vorzuenthalten¹³⁸. Ende des Monats wußte Botschafter Chauvel dem Quai d'Orsay aus London zu berichten, englische Gesprächspartner hielten es für sinnvoll, Druck auf die Amerikaner auszuüben, damit der Kongreß sich zu einer Änderung der legislativen Gegebenheiten bequeme¹³⁹. Der vermeintliche Gleichklang der Interessen schlug Mitte November in eine schwere Krise in den beiderseitigen Beziehungen um, als Briten und Amerikaner umfangreiche Waffenlieferungen an Tunesien bekanntgaben¹⁴⁰. Innenpolitisch durch eine neuerliche Regierungskrise geschwächt, die nach über einem Monat am 5. 11. mit der Bildung der Regierung Gaillard endete, schien in Paris „ein echtes Cauchemar im Hinblick auf die Möglichkeit einer unter Ausschluß der übrigen NATO-Partner verstärkten amerikanisch-britischen militärischen Zusammenarbeit“ und die „Furcht vor einer Satellierung“ durch das angelsächsische „Tandem“ Platz zu greifen¹⁴¹. So war es nicht verwunderlich, daß Frankreich sich in nuklearpolitischer Hinsicht jetzt noch stärker an die Bundesrepublik anlehnte.

zung des Bundesverteidigungsrates vom 11. 10. 1957, FüStab BW-A A 1 Tgb.Nr. 198/57, 8. 10. 1957; Fischer, Projekt, S. 148.

¹³⁴ S. Unterredung zwischen Dulles und Spaak vom 24. 10. 1957, Secret, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 172–181; Felken, Dulles, S. 397 f.

¹³⁵ Ansprache Adenauers vor dem Bundesvorstand der CDU, 1. 7. 1957, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 1260.

¹³⁶ Vgl. Fischer, Projekt, S. 149.

¹³⁷ Zu den Unterredungen zwischen der amerikanischen und englischen Regierung vom 23.–25. 10. 1957 s. die Dokumente in: FRUS 1955–1957, Bd. 27, S. 788–839; Schlußkommuniqué in: EA 1957, S. 10321–10323.

¹³⁸ S. Chauvel an Pineau, Tel. 5906/08, 24. 10. 1957, Réservé, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 583.

¹³⁹ S. ders. an dens., Tel. 5941/51bis, 29. 10. 1957, Réservé, in: ebd., S. 609–612; ders. an dens., Tel. 5974/83, 31. 10. 1957, Réservé, in: ebd., S. 617–619; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 84.

¹⁴⁰ Vgl. Kap. IV.1.3.

¹⁴¹ PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 220, von Maltzan an AA, Pol. 302-S-83 4333/57, 25. 11. 1957.

IV.4.3 Höhepunkt und Wendepunkt: Die Vereinbarungen zwischen Bonn, Paris und Rom zum Aufbau einer europäischen Atomstreitmacht 1957/58

„Wir müssen Kernwaffen produzieren“

Die am Rhein und an der Seine vor dem Hintergrund erfolgreicher Tests sowjetischer Interkontinentalraketen gehegte Furcht vor einem amerikanischen Rückzug aus Europa und die allenfalls zögerliche Bereitschaft der westlichen Vormacht, den Verbündeten eine echte nukleare Teilhabe zuzugestehen, trieben Deutsche und Franzosen im Herbst 1957 dazu an, ihre Sicherheit im Sinne einer Schicksalsgemeinschaft gemeinsam in die Hände zu nehmen. Wie Adenauer am 13. 11. im vertraulichen Journalistengespräch betonte, mochte er sich in den von Frankreich entfachten Streit über die Exklusivität des nuklearen Produzentenklubs zwar nicht einmischen. Er meldete aber bereits jetzt seine Absicht an, auf der bevorstehenden NATO-Ratstagung im Dezember zur Grundsatzdiskussion über die atomare Aufrüstung Stellung zu nehmen¹.

Position beziehen wollte auch Frankreich, und zwar noch viel weitgehender als die Bundesrepublik. Am 9. 11. traf sich der französische Militärattaché General Le Hingrat mit Generalinspekteur Heusinger und berichtete von einer Zusammenarbeit französischer und italienischer Generale in Rom, auf der eine enge Zusammenarbeit auf dem militärtechnischen Gebiet besprochen worden war. Über die Zielsetzung dieser Kontakte machte Le Hingrat keinen Hehl: Frankreich halte es für dringend erforderlich, sich gemeinsam mit seinen beiden Nachbarn im Süden und Osten aus der amerikanischen Abhängigkeit zu befreien. Man strebe Konsultationen mit den europäischen Partnern auf dem Gebiet der Kernwaffen an, ohne Diskussionen mit den Amerikanern auszuschließen, und werde jede technische und finanzielle Hilfe annehmen, sofern die Forschungs- und Fabrikationsarbeiten auf französischem Boden stattfänden. Heusinger ging auf die Ausführungen nicht näher ein, vereinbarte aber mit Le Hingrat die Unterzeichnung eines kurzen Protokolls durch die drei Verteidigungsminister über die Bedingungen der trilateralen Zusammenarbeit². Zwei Tage später konferierte Strauß mit dem italienischen Generalstabschef Mancinelli und beriet sich mit ihm dabei unter anderem über die Möglichkeit der Fabrikation von Atomwaffen auf italienischem Terrain³.

Kurz darauf informierte der neue französische Botschafter bei der NATO, Crouy-Chanel, seinen deutschen Kollegen Blankenhorn über die Absicht seiner Regierung, auf der NATO-Konferenz gemeinsam mit der Bundesrepublik und Italien „gewisse Vorschläge auf dem Gebiet gemeinsamer Forschung und gemeinsamer Produktion moderner und modernster Waffen zu machen“, wobei es Frankreich konkret um die Entwicklung von Mittelstreckenraketen ging. Da London und Washington „zu stark von den eigenen Bedingungen bestimmt“ seien, setze Paris auf die Zusammenarbeit mit Bonn und Rom und erhoffe sich von ihr großen Erfolg. Amerikanische und englische Wissenschaftler könnten be-

¹ S. Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 244–246, Informationsgespräch, 13. 11. 1957; s.a. Pressekonferenz von Strauß, 14. 11. 1957, in: AdG 1957, S. 6750C.

² Vgl. Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 37f.; zur Rolle Italiens bei den nun beginnenden trilateralen Rüstungsverhandlungen vgl. ausführlich Nuti, Rôle.

³ Vgl. Barbier, Négociations, S. 98f.

ratend hinzugezogen werden⁴. Am 15. 11. faßten Gaillard, Pineau, Chaban-Delmas und Faure in strengster Geheimhaltung den offiziellen Beschluß, die Bundesrepublik und Italien zur Entwicklung von Kernwaffen einzuladen. Der Bau der Interkontinentalraketen, so erklärte Faure am Tag darauf Adenauer den Plan, der auch vom französischen Militär begrüßt wurde, habe die sicherheitspolitische Lage des Westens völlig verändert und lasse einen amerikanischen Rückzug als durchaus möglich erscheinen. Europa könne sich daher weder auf die USA noch auf Großbritannien verlassen, das sich als zweite Großmacht im Westen verstehe. Es müsse sich daher verteidigungspolitisch zusammenschließen. Der Kanzler stimmte der Lagebeurteilung und den Schlußfolgerungen seines Gastes uneingeschränkt zu. Während von Brentano, der dem außergewöhnlichen Gespräch beiwohnte, es ablehnte, die Angelsachsen auszuklammern, und sich damit begnügte, über Raketen und Kernwaffen zu verfügen, meinte Adenauer: „Wir müssen sie produzieren“. Ausdrücklich betonte er auf Nachfrage des französischen Staatssekretärs die Bereitschaft der Bundesrepublik, auch die Herstellung von Atomwaffen in die gemeinsamen Anstrengungen einzubeziehen. Einer Anregung Faures gemäß, verständigten sich beide Seiten auf ein baldiges Gespräch der Verteidigungsminister, wobei der Kanzler – stets bemüht um die Wahrung seiner Prärogative – darauf bestand, daß Strauß und Chaban-Delmas nur über konkrete Fragen wie die Produktion von Panzern und Raketen, nicht aber über allgemeinpolitische Probleme konferierten. In den Augen von Brentanos sollten Strauß und Chaban-Delmas insbesondere den Inhalt des „kürzlich unterzeichneten Protokolls [...] verwirklichen“, womit der Minister ganz offensichtlich das Protokoll von Colomb-Béchar meinte⁵.

Was waren die Motive für dieses wahrlich sensationelle Angebot der Franzosen? Zum einen stand der Vorstoß in der Kontinuität ihrer Initiativen zur Schaffung eines von Frankreich kontrollierten Rüstungspools, denen bislang wenig Erfolg beschieden war⁶. Interessiert am lukrativen deutschen Rüstungsmarkt, boten sie zum anderen ein „Bonbon“, um der Bundesrepublik die Bereitschaft zur Rüstungszusammenarbeit abzukaufen⁷. Darüber hinaus spiegelt die Offerte französische Ängste vor der grundlegend veränderten strategischen Lage nach der Einführung der Interkontinentalraketen wider. Der als notwendig empfundene Aufbau einer eigenen leistungsfähigen nukleartechnischen Infrastruktur würde den ohnehin angespannten französischen Haushalt schwer belasten. Nachdem die ursprünglich favorisierte Zusammenarbeit mit den USA an Washingtoner Sicherheitsvorbehalten gescheitert war und die Amerikaner auch einer Kooperation mit Großbritannien ihr Veto entgegengestellt hatten, richtete sich der Blick der Fran-

⁴ BA, NL Blankenhorn, Bd. 80, Bl. 55–57, Unterredung zwischen Blankenhorn und Crouy-Chanel vom 13. 11. 1957.

⁵ Ebd., Bd. 81b, Bl. 197–208, Unterredung zwischen Adenauer und Faure vom 16. 11. 1957, 115–10/57, Streng geheim, im Auszug in: BDFD I, S. 682–688, hier S. 686; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 81b, Bl. 209–217, Unterredung zwischen Blankenhorn und dems. vom 16. 11. 1957, 115–9/57, Streng geheim; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 324–332; Barbier, *Négociations*, S. 97f.; Köhler, Adenauer, S. 982f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 394–397; Soutou, *Accords*, S. 137–141; ders., *L'alliance incertaine*, S. 83 u. 86f.

⁶ Vgl. Kap. III.4.4 u. IV.4.1.

⁷ Fischer, Projekt, S. 149.

zosen gleichsam zwangsläufig auf die Deutschen. Die Einbeziehung der Italiener sollte dieser Aktion einen europäischen Zuschnitt verleihen, erklärt sich außerdem aus der Tatsache, daß Rom seit Jahren für eine derartige europäische Zusammenarbeit plädierte und Ende 1955 mit der Gründung eines nationalen Zentrums für die militärische Anwendung der Atomenergie initiativ geworden war⁸.

Ermutigt durch die höchst erfreuliche Zusage Adenauers, die notabene keinen Niederschlag in den französischen Akten fand⁹, widersetzte sich Pineau am 19. 11. gegenüber Dulles heftig dem Gedanken einer Aufgabenverteilung in der NATO, die Großbritannien die Produktion nuklearer, Frankreich aber lediglich die Herstellung konventioneller Waffen zugestand. Der französische Außenminister fühlte sich um so stärker, als er sich dazu autorisiert sah, auch im Namen von Italien und der Bundesrepublik sprechen zu dürfen. Geradezu drohend warnte er davor, die Produktionsfrage oder eine Modifikation der Pariser Verträge bezüglich des deutschen Atomwaffenverzichts auf der NATO-Konferenz zu thematisieren. Dulles stimmte dem zu und erneuerte dann seinen Vorschlag der Lieferung von Mittelstreckenraketen an die NATO-Partner, deren Sprengköpfe nominell unter amerikanischer Aufsicht bleiben sollten. Pineau war aber weder mit dem frühestmöglichen Liefertermin Ende 1958 noch mit der amerikanischen Oberaufsicht einverstanden, verlangte vielmehr, diese Waffen der NATO zu unterstellen. Seinem Wunsch nach einer gemeinsamen Waffenproduktion oder einem Informationsaustausch mit den USA stellte Dulles eine ganz Reihe von legislativen und administrativen Hindernisse entgegen. Als Pineau die Möglichkeit einer französischen Eigenproduktion andeutete, hielt Dulles das für geradezu absurd. So endete das Gespräch in bedenklicher Mißstimmung, die Dulles nur mit der Zusage aufzufangen wußte, das Problem der nuklearen Teilhabe vor der NATO-Konferenz im Dezember offensiv anzugehen¹⁰.

Daß die Europäer nicht zuviel Hoffnung in die Bereitschaft der Amerikaner zur gleichberechtigten Partnerschaft investieren durften, davon konnte sich wenige Tage später auch von Brentano überzeugen. Dulles wetterte über die ungeheure Verschwendung, wenn die Verbündeten nun einzeln dazu übergingen, selbst Atomwaffen zu bauen. Als er dann aufs neue seine Vorschläge zur Einrichtung von „stock-piles“ und Stationierung von Mittelstreckenraketen auf den Tisch legte, forderte der Bundesaußenminister ihn – ganz im Sinne seines französischen Kollegen – dazu auf, die Kontrolle dem Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa zu übertragen. Denn nur so sei gewährleistet, daß diese Waffen auch den nichtamerikanischen Einheiten zur Verfügung ständen. Dulles aber sah sich nicht in der Lage, dies zuzusagen, und wand sich statt dessen mit wortreichen Darlegungen über die rechtliche Situation in den USA heraus¹¹.

⁸ Vgl. ebd., S. 150f.; Nuti, *Rôle*, S. 133–142.

⁹ Vgl. Couve de Murville an Pineau, Tel. 2768/71, 18. 11. 1957, *Très secret*, *Réservé*, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 688; Barbier, *Négociations*, S. 97f.

¹⁰ S. Alphand an MAE, Tel. 50169/78, 19. 11. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 711–713; Unterredung zwischen Pineau und Elroy vom 20. 11. 1957, *Secret*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 27, S. 201–205.

¹¹ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 81b, Bl. 41–54, Unterredung zwischen Dulles und von Brentano vom 23. 11. 1957; ebd., Bl. 24–33, Unterredung zwischen dens. vom 24. 11. 1957, *Streng geheim*; Blankenhorn, *Verständnis*, S. 279, Tb. 25. 11. 1957; Kosthorst, Brentano, S. 139f. In den in FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 190–209 abgedruckten Gesprächsprotokollen sind die nuklearpolitisch rele-

Für die Regierungen in Bonn und Paris waren die Ausführungen des amerikanischen Außenministers nicht gerade dazu angetan, ihre Absicht in Richtung auf eine bi- respektive trilaterale Nuklearkooperation noch einmal zu überdenken. Wie von Faure und Adenauer vereinbart, trafen sich die für die Verteidigung verantwortlichen Minister am 20. 11. zur weiteren Erörterung in Paris. Strauß, der von Blankenhorn über die Ausführungen Crouy-Chanels und von Hallstein über die Besprechungen Faures in Bonn informiert worden war¹², hatte nach seiner Unterredung mit Mancinelli mittlerweile auch den Generalstabschef der französischen Luftwaffe, General Bailly, empfangen, während Chaban-Delmas in der Zwischenzeit seinen italienischen Kollegen Taviani getroffen hatte¹³. Wie der Verlauf ihres Gesprächs verdeutlichte, herrschte innerhalb der französischen Führung in einem wesentlichen Punkt kein Einvernehmen: Während Gaillard, Pineau und Faure die geplanten Vereinbarungen mit Bonn und Rom in den Rahmen der Atlantischen Allianz einbinden wollten und im Einvernehmen mit den Amerikanern abzuschließen gedachten, sah Chaban-Delmas sie offenbar als Mittel zur Befreiung von amerikanischer Hegemonie¹⁴. Der de Gaulle nahestehende Politiker bezeichnete die amerikanischen Angebote als völlig unzureichend, weil sie die Atomsprengköpfe ausschlossen und die Angelsachsen sich die Möglichkeit zur Produktion atomarer Waffen vorbehielten. Frankreich beabsichtige daher, möglichst bald die ersten Versuchsexplosionen mit Kernwaffen durchzuführen. Nachdem er wenige Tage zuvor eine Einigung mit seinem italienischen Kollegen über den einzuschlagenden Weg erzielt habe, wolle er nun eine deutsch-französische Übereinkunft, um „auf technischer Ebene die im Protokoll von Colomb-Béchar vorgesehenen Maßnahmen in die Praxis umzusetzen“. Gaillard plane auf der NATO-Konferenz als Sprecher der kontinentaleuropäischen Staaten mit der Forderung aufzutreten, die atomare Zweiklassengesellschaft in der Allianz zu beenden. Er, Chaban-Delmas, halte es für zwingend erforderlich, zunächst den Bau eigener Nuklearwaffen entschieden voranzutreiben. Sollten sich die Angelsachsen diesen Plänen widersetzen, sei man zum kontinentalen Alleingang legitimiert. Strauß stimmte diesen Ausführungen uneingeschränkt zu und legte zugleich Wert auf die Feststellung, daß die gemeinsame Arbeit nicht nur die Entwicklung der Flugkörper, sondern auch der Sprengköpfe beinhalten müsse. Die der Bonner Republik durch die Pariser Verträge auferlegten Beschränkungen glaubten die beiden Minister durch eine Produktion auf französischem oder italienischem Hoheitsgebiet umgehen zu können. Strauß und Chaban-Delmas vereinbarten, in den nächsten Tagen einen trilateralen Militärausschuß einzuberufen und ihm den Auftrag zu erteilen, ein Protokoll über die Aufteilung der Aufgaben auf den Gebieten Luftwaffenbauten, Flugkörper und nukleare Forschung auszuarbeiten. Dieses Protokoll sollte dann in Kürze unterzeichnet und den Regierungschefs zur Billigung vorgelegt werden. Um die völlige Geheimhaltung zu gewährleisten, einigten sich die Minister darauf, die erforderlichen Mittel gegenüber dem Bundesfinanz-

vanten Passagen gesperrt. Die Frage der Konzessionsbereitschaft von Dulles kann bisher nicht endgültig beantwortet werden. Vgl. Felken, Dulles, S. 398.

¹² Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 397.

¹³ Vgl. Barbier, *Négociations*, S. 98 f.

¹⁴ Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 85.

ministerium, dem Bundestag und der Öffentlichkeit als Beitrag zu einem „europäischen Forschungsinstitut für Flugkörper“ zu tarnen¹⁵. Zur Umsetzung dieses Ziels legte Frankreich ein Papier über eine „Fondation occidentale pour la recherche scientifique“ vor, dessen Ziel es neben der Aktivierung der Grundlagenforschung sein sollte, Forschungen in jenen Bereichen zu stimulieren, „qui paraissent les plus prometteurs de découvertes particulièrement importantes pour renforcer la sécurité de l'Occident“¹⁶.

Nur einen Tag später unterrichteten der Bundesverteidigungsminister und sein Staatssekretär den Kanzler von der brisanten Besprechung mit dem französischen Kollegen und den gefaßten Beschlüssen¹⁷. Trotz aller Euphorie gab es am Rhein auch zur Vorsicht mahnende Stimmen. Josef Jansen etwa, Vertrauter von Strauß in der Botschaft in Paris, meinte den Bundesverteidigungsminister nach einer Unterredung mit Antoine Pinay in diesen Tagen darauf hinweisen zu müssen, daß Chaban-Delmas als „joueur, nicht seriös und Mann der kleinen Schliche“ gelte¹⁸. Doch der Gewarte scheint sich davon nicht hat einnehmen lassen. In seinen freilich nicht immer ganz präzisen Memoiren rühmt er Chaban-Delmas jedenfalls als „klugen, klaren und überzeugenden Kopf“¹⁹.

Am 25. 11. unterschrieben die beiden Minister mit ihrem italienischen Kollegen verabredungsgemäß ein detailliertes, weitgehend dem Protokoll von Colomb-Béchar entsprechendes Protokoll in dem Wunsch, eine enge Rüstungskooperation zu schaffen. Die Unterzeichner erklärten sich einverstanden, in der Ausarbeitung der Militärkonzeption zusammenzuarbeiten, die Rüstung auf die unmittelbaren und zukünftigen Notwendigkeiten vor allem hinsichtlich der Entwicklung von Flugzeugen, Raketen- sowie Nuklearwaffen abzustimmen. Dem trilateralen Militärausschuß wurde die Aufgabe übertragen, dazu umgehend ein Aktionsprogramm auszuarbeiten. Man verständigte sich darauf, NATO und WEU über die im Rahmen dieser Kooperation verabschiedeten, auch Dritten offenstehenden Spezialabkommen zu informieren. Nur in bezug auf etwaige Abkommen über die militärische Anwendung der Kernenergie sollten diese Informationen lediglich im Rahmen der Reziprozität und nach Billigung der drei Staaten erfolgen²⁰.

¹⁵ BA, NL Blankenhorn, Bd. 81b, Bl. 55–65, Unterredung zwischen Chaban-Delmas und Strauß vom 20. 11. 1957, im Auszug in: BDFD I, S. 689–694, hier S. 690 u. 693; s.a. Pineau an Bonn u. Rom, Tel. 4678/85 u. 2871/78, 20. 11. 1957, *Très secret, Réservé*, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 717f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 396–399; Soutou, *Accords*, S. 141–145; ders., *L'alliance incertaine*, S. 85–89.

¹⁶ „Projet de Fondation occidentale pour la recherche scientifique“, o.D., in: BDFD I, S. 679–681, hier S. 680. Zur Urheberschaft des nicht gezeichneten Dokuments s. Gaillards Ausführungen im NATO-Rat vom 17. 12. 1957 (Crouy-Chanel an Pineau, Tel. 50529, 18. 12. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 929–931; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Polto 1779, 17. 12. 1957, *Confidential*, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 237).

¹⁷ Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 399.

¹⁸ ACDP, NL Jansen, I-149-003-[V]-2, Jansen an Strauß, 22. 12. 1957.

¹⁹ Strauß, *Erinnerungen*, S. 313.

²⁰ S. Protokoll zwischen Chaban-Delmas, Strauß und Taviani, 25. 11. 1957, *Très secret*, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 762 f. Nach Barbier und Soutou wurde das Dokument erst am 28. 11. 1957 unterzeichnet (Barbier, *Négociations*, S. 99–102; Soutou, *Accords*, S. 146–150; ders., *L'alliance incertaine*, S. 93–95); s.a. Quaroni, *L'Italie*, S. 73.

„Si l'Allemagne se met en balance entre l'Est et l'Ouest avec un stock d'armes atomiques propres, l'on nous accusera d'avoir fait le jeu du roi de Prusse“

Wenn bei Hans-Peter Schwarz zu lesen ist, Adenauer sei voll unterrichtet gewesen und habe „offenbar grünes Licht für die Unterzeichnung eines höchst vorsichtig formulierten Dokuments“ gegeben, so muß diese Aussage modifiziert werden²¹. Adenauer gab tatsächlich grünes Licht, aber nicht dem von Schwarz irrtümlich genannten „Projet de Fondation occidentale pour la recherche scientifique“, sondern eben diesem Protokoll der drei Verteidigungsminister. Am 27. 11. erklärte er sich schriftlich mit dem Abkommen einverstanden und unterstrich die „besondere Bedeutung“ der Aussagen über die Informierung der NATO und der WEU und der Öffnung gegenüber interessierten Drittparteien²². Auch Gaillard kannte das Abkommen, das ihm der Administrateur général des CEA, Guillaumat, in Kopie vorlegte²³. Der zwischen den französischen Ministerien herrschende Dissens über die Ausrichtung der eigenen Nuklearpolitik war damit nicht behoben. Ganz offensichtlich wollte der Chef in der Rue Saint-Dominique die bi- bzw. trilaterale Kooperation mit Bonn und Rom wesentlich weiter treiben, als es seinen Kollegen in Quai d'Orsay oder Matignon lieb war. Zwar galt es als ausgemacht, die Forschungszentren und Fabriken gemeinsam zu finanzieren, sodann jeden Betreiber in eigener Verantwortung arbeiten und damit selbst über die gebauten Atomwaffen verfügen zu lassen. Chaban-Delmas und seine Berater wünschten darüber hinaus eine deutsche und italienische Beteiligung an den französischen Fabriken, die nicht nur die Kontrolle der Partner gewährleisten, sondern auch die eigene Führungsrolle auf dem europäischen Kontinent und eine europäische Autonomie gegenüber den Angelsachsen herstellen sollte²⁴.

Pineau ging ein dermaßen ambitiöses Programm viel zu weit, weil ihn die Befürchtung umtrieb, es könne die Amerikaner aufschrecken und dazu bewegen, den Franzosen die nötige Unterstützung zu versagen. Für die Beamten im Quai d'Orsay bedeutete die Zusammenarbeit mit Bonn und Rom im Gegensatz zu ihren Kollegen in der Rue Saint-Dominique eben nicht den entscheidenden Schritt zur nationalen Atommacht, sondern ein Druckmittel, um die Amerikaner zur Hilfe zu bewegen²⁵. Und sie sorgten sich offenbar auch mehr um die Folgen der deutschen Nuklearrüstung. „Toute réunification de l'Allemagne“, so warnte der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Louis Joxe, Außenminister Pineau, „entraînera un réalignement en Europe. Si l'Allemagne se met en balance entre l'Est et l'Ouest avec un stock d'armes atomiques propres, l'on nous accusera d'avoir fait le jeu du roi de Prusse.“²⁶

Tatsächlich führten rasch aufkommende Gerüchte über die nuklearpolitische Annäherung zwischen Bonn und Paris in den europäischen Hauptstädten zu einiger Beunruhigung. Ende November verlangte der belgische Botschafter in Bonn vom Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Grewe, Aufklärung

²¹ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 399.

²² StBKAH, NL Adenauer, 11.02, Adenauer an Strauß, 27. 11. 1957.

²³ Vgl. Barbier, *Négociations*, S. 100.

²⁴ Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 95 u. 98 f.

²⁵ Vgl. ebd., S. 99 f.

²⁶ Zitiert nach: ebd., S. 100.

über die Unterredung Adenauers mit Faure und fragte nach der Verträglichkeit der deutsch-französischen Absichten mit den Zusicherungen des Kanzlers aus dem Jahre 1954. Da er selbst „keine Kenntnis über den Verlauf und das Ergebnis der Besprechungen“ hatte, zog sich Grewe mit ziemlich unbestimmten Erklärungen und der Versicherung aus der Affäre, am Verzicht auf die Produktion derartiger Waffen habe sich „nichts“ geändert²⁷. Die Verbündeten machten keine Anstalten, sich mit derartigen Beteuerungen abspesen zu lassen. Namentlich die Briten versuchten nun aus Angst vor einer England isolierenden „liaison franco-allemande trop étroite“²⁸ offensiv gegenzusteuern. Anlässlich seiner zweitägigen Gesprächen mit Gaillard bemühte sich Macmillan am 25./26. 11. nach Kräften, den in Paris vorherrschenden Eindruck von einer exklusiven angelsächsischen Nuklearentente zu zerstreuen und sein starkes Interesse an einer Rüstungsk Kooperation mit Frankreich unterhalb der vom McMahon Act vorgegebenen Schwelle anzumelden. Da er sich im Bereich der Kernwaffentechnologie auf den Ratschlag zurückzog, man könne die Problematik ja gemeinsam mit den USA diskutieren²⁹, hielt sich Gaillard bedeckt, was ihm prompt aus den Reihen der eigenen Diplomatie den Vorwurf einbrachte, die französischen Interessen nicht richtig zu wahren³⁰.

Derweil spitzte sich der Dissens zwischen dem Außen- und dem Verteidigungsministerium in Paris weiter zu. Im Quai d'Orsay sprach man sich intern dafür aus, das Protokoll der drei Verteidigungsminister auf die gemeinsame Produktion konventioneller Waffen zu beschränken. Den Bau nuklearer Waffen gedachte man hingegen in dem noch immer nicht aufgegebenen Glauben an die Assistenz der USA in nationaler Verantwortung durchzuführen. Anfang Dezember unterstrich Staatssekretär Faure im Gespräch mit Chaban-Delmas, es sei weder möglich noch wünschenswert, die Kernwaffen betreffenden Teile des Protokolls den Amerikanern gegenüber geheimzuhalten. Das Abkommen gehe viel zu weit und widerspreche den Pariser Verträgen von 1954. In Übereinstimmung mit seinen Mitarbeitern zielte er darauf ab, die Vereinbarung dem Conseil des Ministres vorzulegen und erst nach der Billigung durch die Außenminister der drei beteiligten Staaten in Kraft zu setzen. Aus diesem Anlaß sollte es dann so modifiziert werden, daß die franko-amerikanische Zusammenarbeit garantiert und der nationale Nuklearbesitz für die Bundesrepublik ausgeschlossen sei³¹.

Wie doppelbödig die Politik des Quai d'Orsay angelegt war, zeigt die Tatsache, daß Faure nur wenige Tage später Guillaumat im Rahmen einer „campagne propagande“³² nach Bonn schickte, um einmal mehr für den Bau der Isotopentrennanlage zu werben. Da die französischen Hoffnungen auf eine europäische Kooperation zur Gewinnung von angereichertem Uran U 235 in den letzten Wochen aufgrund der massiven Widerstände der Partnerstaaten erheblich gesunken waren,

²⁷ PA, Ref. 700, Bd. 1, Grewe an von Brentano, Aufzeichnung, 26. 11. 1957.

²⁸ Chauvel an Pineau, Tel. 6315/19, 8. 12. 1957, Priorité absolue, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 863 f., hier S. 863.

²⁹ S. Unterredungen zwischen Gaillard und Macmillan vom 25./26. 11. 1957, in: ebd., S. 770–777; MAE an Georges-Picot, Tel. 7034/50, 27. 11. 1957, Secret, Réserve, in: ebd., S. 786–790; Soutou, L'alliance incertaine, S. 92 f.

³⁰ S. Chauvel an Pineau, Tel. 6315/19, 8. 12. 1957, Priorité absolue, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 863 f.

³¹ Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 100 f.

³² Barbier, Négociations, S. 103.

machte sich der Administrateur général jetzt für eine bilaterale Fabrik stark. In einem den Besuch ankündigenden Schreiben an Hallstein lockte Faure mit der Chance, einer „assise puissante“ für die soeben in Angriff genommene trilaterale Kooperation³³. Wie Paris die bisher noch wenig tragfähige Vereinbarung mit Bonn schon vorab zu instrumentalisieren gedachte, verdeutlichte auch eine Démarche Botschafter Couve de Murvilles, der im Auftrag Pineaus bei von Brentano vorstellig wurde, um unter Hinweis auf das Protokoll der Verteidigungsminister eine angebliche Entscheidung von Strauß über die Anschaffung eines amerikanischen Abfangjägers rückgängig zu machen³⁴.

Die Konkurrenz zwischen dem „Starfighter“ der amerikanischen Firma Lockheed und der französischen „Mirage III“ von Dassault hatte eine der „größte[n] Industrieschlacht[en]“ in der Geschichte Europas ausgelöst. Verbissen kämpften beide Firmen um den deutschen Zuschlag; verdrängt bei Dassault die Erinnerung, daß der Firmenchef einst von den Nazis wegen der verweigerten Mitarbeit an der deutschen Rüstung ins Konzentrationslager Buchenwald geschleppt worden war, wo ihn die Befreiung durch alliierte Truppen vor der Hinrichtung bewahrte³⁵. Im Grunde tendierte Strauß zur „Mirage“, glaubte er doch, mit ihr eine europäische Luftfahrtindustrie aufbauen und damit den Grundstein zur europäischen Atomstreitmacht legen zu können³⁶. Er stand mit seiner Ansicht aber weitgehend allein, weil bei den Militärs nicht politische, sondern technisch-militärische Erwägungen überwogen. Angeführt vom Inspekteur der Luftwaffe, General Kammhuber, plädierten Piloten, Techniker, Finanzexperten, Wirtschaftler und Industrielle für den „Starfighter“³⁷. Da die Vorzüge der amerikanischen Maschine nicht von der Hand zu weisen waren, ließ Strauß in Übereinstimmung mit Adenauer beide Optionen zunächst offen³⁸.

Auch in bezug auf die Isotopentrennung neigte die Bundesregierung wegen der finanziellen und technischen Vorbehalte eher gegen das französische Konzept, mochte aber aus politischen Erwägungen noch keine endgültige Antwort liefern³⁹. In diesem Sinne wurde Guillaumat, der am 9. und 10. 12. u. a. mit Balke und Hallstein zusammentraf, mit der ihn gewiß nicht zufriedenstellenden Auskunft zurückgeschickt, daß die Bundesrepublik nicht in der Lage sei, schon jetzt eine Zusage über eine deutsche Beteiligung an der Anlage zu geben⁴⁰. Solange die beiden Nachbarn ihre Hoffnungen auf amerikanische Unterstützung nicht völlig begraben hatten, bewegten sie sich nur mit äußerster Vorsicht auf eine bilaterale Nuklearkooperation zu. Vieles kam jetzt darauf an, wie die USA auf die Signale aus

³³ PA, Abg.-Liste Ref. 202, Bd. 52, Faure an Hallstein, 3. 12. 1957.

³⁴ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 2942/45, 3. 12. 1957, *Très secret, Réserve*, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 835; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Aufzeichnung Grewe 302/82/03/94.07/3075/57, 5. 12. 1957.

³⁵ Schmückle, Pauken, S. 196.

³⁶ S. ebd., S. 198.

³⁷ S. ebd., S. 207; Strauß, *Erinnerungen*, S. 315; Bossuat, *Armements*, S. 610.

³⁸ S. Schmückle, Pauken, S. 199.

³⁹ S. PA, Abg.-Liste Ref. 202, Bd. 27, Poensgen an Carstens, Aufzeichnung 215–81.13/SO, 4. 12. 1957; ebd., Bd. 52, ders. an Hallstein, Aufzeichnung 215–81.00/230/57, 7. 12. 1957, VS-Vertraulich, Eilt sehr.

⁴⁰ S. ebd., Hallstein an Faure, i.E. 215–82.SL/2.94.07, Dezember 1957, Entwurf; s.a. Bulletin 1957, S. 2111; Barbier, *Négociations*, S. 104.

Übersee reagierten. Entsprechende Aufschlüsse erwartete man in Bonn und Paris nun von der bevorstehenden NATO-Konferenz, zu der sich auch der amerikanische Außenminister anmeldete.

Nachdem die Angelsachsen im Vorfeld ihre Bemühungen verstärkt hatten, die deutsch-französisch-italienische Zusammenarbeit zu hintertreiben⁴¹, ließ es sich Adenauer nicht nehmen, Dulles unmittelbar vor Beginn der Tagung in Paris persönlich über die trilateralen Nuklearplanungen zu informieren. Nicht ganz der Wahrheit gemäß meinte er, die Verteidigungsminister seien zu entsprechenden Verhandlungen ermächtigt, die Bundesregierung habe aber noch nicht zugestimmt. Wenngleich Dulles das Vorhaben nicht mißbilligte, ließ er seine Reserven doch deutlich erkennen. Die von ihm vorgebrachte Idee einer Nuklearagentur zwischen den USA, Großbritannien, der Bundesrepublik, Frankreich und Italien bot freilich den untrüglichen Beweis dafür, wie unwohl ihm bei dem Gedanken an zwei neue europäische Atomkräfte war⁴². Deutsche wie Franzosen schreckte das nicht von der Fortsetzung der Verhandlungen ab. Sie wollten aber auch nicht den Bruch mit den Amerikanern riskieren. Als Adenauer Gaillard am 15. 12. von dem Vorschlag von Dulles berichtete, fiel dessen Reaktion durchaus positiv aus. Folgt man dem Gesprächsprotokoll waren beide Politiker vor allem deshalb an der Zusammenarbeit à trois interessiert, weil sie das Ungleichgewicht in der Allianz auszugleichen gedachten. Da Großbritannien über die Wasserstoffbombe verfüge, so lautete ihre Argumentation, wollten die anderen NATO-Staaten „logischerweise“ dieselben Waffen besitzen. „Aus diesem Grunde hätten Frankreich, Italien und die Bundesrepublik das Protokoll unterzeichnet.“ Beide waren sich darin einig, die BENELUX-Staaten zur Mitarbeit aufzufordern, und Adenauer beabsichtigte außerdem, an Macmillan heranzutreten. Gemäß der restriktiven Linie des Quai d'Orsay versuchte der Président du Conseil dann, den Kanzler davon zu überzeugen, daß man das Protokoll der Verteidigungsminister zunächst nur auf den konventionellen Sektor anwenden sollte. „Auf dem Sektor der Atomwaffen würden nämlich besondere Probleme im Zusammenhang mit den Pariser Verträgen auftreten.“ Der deutsche Regierungschef sah dies anders, hatte er doch gegenüber dem amerikanischen Außenminister auch von A- und H-Waffen gesprochen. „Solange es sich um die Forschung und Untersuchungen handele“, suchte er den französischen Kollegen zu beruhigen, „könne nichts passieren“⁴³.

Es wirkte wie eine geschickt inszenierte Aufgabenverteilung, wie beide dann am Tag darauf auf dem NATO-Gipfel für eine Reformierung der Allianz eintraten. Der Bundeskanzler verlegte sich ganz auf die Betonung ihrer friedensstiftenden Rolle, die er durch die Verbesserung der politischen Konsultation zu stärken wünschte. Auf die jüngsten Vorschläge von Eisenhower und Dulles zur Stationierung von Mittelstreckenraketen auf dem Territorium der Verbündeten und Instal-

⁴¹ Vgl. Chauvel an Pineau, Tel. 6387/401, 11. 12. 1957, *Réservé*, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 877–880; ders. an dens., Tel. 6411/15, 12. 12. 1957, *Réservé*, in: ebd., S. 884 f.

⁴² S. Unterredung zwischen Adenauer und Dulles vom 14. 12. 1957, *Top secret, Personal and Private*, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 341 f.; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Polto 1775, 17. 12. 1957, *Secret, Priority*, in: ebd., S. 342–344; Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 337–339; Köhler, Adenauer, S. 983; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 399 f.

⁴³ Unterredung zwischen Adenauer und Gaillard vom 15. 12. 1957, in: BDFD I, S. 559–564, hier S. 560; s.a. Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 339–342; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 102 f.

lierung von nuklearen „stock-piles“ ohne definitive Klärung der Verfügung über die Sprengköpfe ging er nicht näher ein. Er ließ aber keinen Zweifel an seiner Überzeugung, daß die NATO die modernsten Waffen benötige, solange der Frieden nicht gesichert sei, und stimmte auch der Dislozierung unter der Voraussetzung der parlamentarischen Billigung dezidiert zu. Der französische Regierungschef wurde da klarer. Gaillard verlangte Gleichberechtigung für Frankreich bei der Verteilung der Waffen und lehnte jegliche Diskriminierung ab. Ohne es direkt auszusprechen, wollte er sich die Stationierung der Mittelstreckenraketen durch eine umfassende amerikanische Unterstützung beim Aufbau der eigenen Nuklearstreitmacht honorieren lassen. Er informierte über den Beginn der trilateralen Rüstungskooperation und äußerte den Wunsch, daß die WEU-Staaten ihr beiträgen und auch die USA mitarbeiteten. Gaillard begrüßte die Absicht der Amerikaner, den französischen Vorschlag des nuklearen „stock-pile“ aufzugreifen, ließ aber keinen Zweifel an seiner Absicht, die Frage der Kontrolle einer tiefgreifenden Prüfung zu unterziehen⁴⁴. Am Ende der zweitägigen Konferenz beschloß der NATO-Rat ohne Präzisierung der Einzelheiten die Einrichtung von Atomsprengkopflagern und die Übertragung von Mittelstreckenraketen auf den Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa Mitte. Offen blieb die Frage, ob der SACEUR seine Entscheidung als Kommandeur der NATO oder als amerikanischer General zu treffen hätte⁴⁵.

Gaillard zeigte sich von diesem Ergebnis durchaus angetan, wenngleich er keinen Hehl daraus machte, daß die Umsetzung der Beschlüsse noch sorgfältiger Prüfungen bedürften⁴⁶. Wie die aus französischer Sicht auszusehen hatte, verdeutlichte Chaban-Delmas wenige Tage später, als er seinem amerikanischen Kollegen McElroy darlegte, man sei bereit, die Mittelstreckenraketen zu stationieren, sofern man über deren Einsatz entscheiden könne⁴⁷.

Auch Adenauer war's zufrieden⁴⁸, sah sich nun aber zunehmend innenpolitischen Druck ausgesetzt. Trotz der klaren Wahlniederlage im September hatte sich die Haltung der SPD-Opposition zur Atombewaffnung nicht geändert. Ein Versuch der Fraktion, die Bundesregierung unmittelbar vor dem NATO-Rat per Entschließungsantrag zu verpflichten, sich der nuklearen Aufrüstung der Bundeswehr kategorisch zu widersetzen, war am 12. 12. an der Union gescheitert⁴⁹. Nach

⁴⁴ S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Polto 1779, 17. 12. 1957, Confidential, Priority, in: FRUS 1955–1957, Bd. 4, S. 232–239; Crouy-Chanel an Pineau, Tel. 50528, 17. 12. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 925–929; ders. an dens., Tel. 50529, 18. 12. 1957, in: ebd., S. 929–931; zu den Vorschlägen von Eisenhower und Dulles vgl. Rede Eisenhowers, 16. 12. 1957, in: DzD, III. Reihe, Bd. 3, S. 2142–2148 u. 2151 f.; zu Adenauers Zustimmung zur Dislozierung von Mittelstreckenraketen s. Unterredung zwischen Adenauer und Dulles vom 14. 12. 1957, Top secret, Personal and Private, in: FRUS 1955–1957, Bd. 26, S. 341 f.; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 343–346; Felken, Dulles, S. 400 f.; Soutou, Accords, S. 150 f.; ders., L'alliance incertaine, S. 103 f.

⁴⁵ S. Kommuniké der NATO-Ratstagung vom 19. 12. 1957, in: EA 1957, S. 10473–10475; Fischer, Abschreckung, S. 290 f.; Pöttering, Sicherheitspolitik, S. 123–126.

⁴⁶ S. Pineau an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 120, 23. 12. 1957, in: DDF 1957, Bd. 2, S. 952–956.

⁴⁷ S. Botschaft Paris an Dep. of State, Tel. 3056, 20. 12. 1957, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1955–1957, Bd. 27, S. 209–211.

⁴⁸ S. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 346; Blankenhorn, Verständnis, S. 286, Tb. 20. 12. 1957.

⁴⁹ S. Bundestagsdebatte, 12. 12. 1957, in: BT, Sten. Ber., Bd. 39, S. 161–166; Wilker, Sicherheitspolitik, S. 77 f.

der Konferenz verschärfen die Sozialdemokraten ihren Kampf gegen Mittelstreckenraketen bzw. Atomwaffendepots und brachten ihren Entschließungsantrag am 21. 1. 1958 erneut in den Bundestag ein⁵⁰. In der zwei Tage später zum Thema Abrüstung und Disengagement anberaumten außenpolitischen Debatte sprachen sie sich entschieden gegen die NATO-Beschlüsse vom Dezember aus. Die Bundesregierung verteidigte hingegen uneingeschränkt die nuklearpolitischen Planungen der Allianz, hielt sich aber mit Darlegungen über die trilateralen Rüstungsverhandlungen auffällig zurück. Auf wiederholte Nachfragen Ollenhauers und Erlers über den Inhalt der Abmachungen mit Frankreich und Italien beließ es Strauß bei der Versicherung, man habe in diesem Rahmen nicht über die Produktion von Atomwaffen auf dem Territorium der Bundesrepublik gesprochen⁵¹. Eine Diskussion über die Herstellung der Bombe auf nichtdeutschem Gebiet schloß er also nicht aus.

Strauß hatte Chaban-Delmas und Taviani am 3. und 21. 1. 1958 mit militärischen und technischen Beratern nach Bonn geladen, um über ein detailliertes Abkommen zu beraten. Bei der zweiten Zusammenkunft wurden sie sogar vom Kanzler zu einem Frühstück empfangen. Laut Communiqué erzielten die Minister eine grundsätzliche Einigung, „gemeinsame Entwicklungen und Produktionen auf waffentechnischen Gebieten nach den NATO-Grundsätzen durchzuführen mit dem Ziel der Standardisierung“⁵². Getreu der bisherigen Verschleierrtaktik und mit Blick auf die bevorstehende außenpolitische Bundestagsdebatte versicherte das Bundesverteidigungsministerium gegenüber der Öffentlichkeit, daß Atomwaffen in die Zusammenarbeit nicht einbezogen würden⁵³.

Tatsächlich hatten die drei Minister dieses Thema bei ihren Unterredungen aber sehr wohl angerissen, wenngleich keineswegs mehr so aktiv forciierend wie noch im November 1957⁵⁴. Chaban-Delmas zielte jetzt darauf ab, in Frankreich ein trilaterales Atomforschungszentrum zu errichten und anschließend gemeinsame Produktionsstätten zu bauen, deren Finanzierung, wissenschaftlich-personelle und technische Ausstattung einvernehmlich festgesetzt werden sollten. Besonders Gewicht legte er auf eine starke finanzielle Beteiligung der Deutschen an der Isotopentrennanlage. Hinsichtlich der Atomwaffen dachte er daran, die Sprengköpfe in französische Obhut zu geben und über ihren Einsatz durch beide Seiten entscheiden zu lassen. Die noch im November vorgesehene nationale Verfügungsgewalt für alle drei Partner war damit inzwischen hinfällig geworden⁵⁵.

Gegenüber Journalisten erklärte er nach den Konsultationen in Bonn, Frankreich könne es nicht akzeptieren, auf die Fabrikation nuklearer Waffen zu verzichten. Ein Nuklearmonopol einiger weniger Allianzmitglieder sei nicht hinnehmbar. Er habe mit seinen beiden Kollegen die Bildung von Koordinationsorganen

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 43–46.

⁵¹ S. Regierungserklärung von Brentanos und Bundestagsreden Ollenhauers, Erlers, von Strauß und Dehlers, 23./24. 1. 1958, in: BT, Sten. Ber., Bd. 39, S. 297–304, 312–321, 368–399; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 309–316; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 405–409; vgl. Kap. IV.1.4.

⁵² Communiqué zur Unterredung zwischen Strauß, Chaban-Delmas und Taviani vom 21. 1. 1958, in: Bulletin 1958, S. 126; s.a. DDF 1958, Bd. 1, S. 155, Anm. 2; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 400 f.

⁵³ S. AdG 1958, S. 6858B.

⁵⁴ Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 105.

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 106 f.

mit einem Zentralkomitee beschlossen, dessen Aufgabe die Überwachung der Studien diverser Arbeitsgruppen sei. Diese sollten jede Waffenkategorie vom Stand der wissenschaftlichen Forschung bis zur Serienfabrikation prüfen, um rationellste Lösungen für die drei Staaten zu finden⁵⁶. Wie Chaban-Delmas Gaillard am 28. 1. mitteilte, war ein Einstieg in die Nuklearkooperation nur vorgesehen, wenn sich die USA ihr nicht widersetzen. Gleichwohl sei beabsichtigt, notwendige Vorarbeiten durch die Verteidigungsminister und das trilaterale Militärkomitee zu leisten. Der Minister bat den Regierungschef um die Einberufung einer Sitzung im Matignon zur Festlegung der Marschroute und zur Bestallung der französischen Vertreter für dieses Gremium, wobei er den Quai d'Orsay von den Entscheidungen ausgeklammert zu sehen wünschte⁵⁷. Diese Vorsicht von Chaban-Delmas erklärt sich wohl weniger aus den amerikanischen Widerständen, denen er sich kaum zu beugen gedachte. Er mußte aber auf die innerfranzösische, sprich innergouvernementale Opposition Rücksicht nehmen, die den bi- respektive trilateralen Alleingang scheute und nach wie vor auf angelsächsische Unterstützung setzte.

Zu großen Hoffnungen bestand freilich kein Anlaß. Die britische Presse hatte ihre kritischen Kommentare gegen die Nuklearkooperation der Kontinentalmächte nach dem Jahreswechsel noch verschärft. Whitehall vertrat weiterhin den Standpunkt, man wolle den Ausschluß der drei Mächte aus dem Atomklub zwar nicht aktiv betreiben, sich aber auch nicht von der Politik der USA entfernen⁵⁸. Als Pineau am 17./18. 1. seinem englischen Kollegen Lloyd in Chequers mitteilte, daß die Herstellung von Atomwaffen nicht Teil der dreiseitigen Abmachungen sei und von den drei Verteidigungsministern am 21. 1. auch nicht diskutiert würde, zeigte man sich an der Themse beruhigt⁵⁹. Um so heftiger reagierte London, als es nach den Gesprächen zwischen Strauß, Chaban-Delmas und Taviani gegenteilige Meldungen über die Tragweite der Vereinbarungen erhielt. Planten die drei Staaten etwa eine kontinentale Revolution gegen eine sogenannte anglo-amerikanische Hegemonie im Rüstungsbereich⁶⁰? Um nähere Auskünfte über die Inhalte der Zusammenarbeit in Erfahrung zu bringen, stellten die Briten ihre Verbündeten in der nächsten Sitzung des WEU-Rates am 12. 2. zur Rede. Doch die Antworten blieben vage. Während der französische Vertreter sich damit begnügte, die Bitte lediglich zur Kenntnis zu nehmen, betonte sein deutscher Kollege, man strebe eine Zusammenarbeit bei Raketen, Flugzeugen und konventionellem Rüstungsmaterial an. In bezug auf die Atomrüstung richte sich das Interesse der Bundesrepublik insbesondere auf die Forschung bei U-Boot- und Überseeschiffsantrieben⁶¹.

Mit diesen Informationen mochten sich Washington und London nicht abspiegeln lassen. Ohnehin hegten sie den Verdacht, daß die Regierungszentralen in Bonn

⁵⁶ S. AdG 1958, S. 6858B; Barbier, *Négociations*, S. 105 f.

⁵⁷ Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 106.

⁵⁸ S. Chauvel an MAE, Tel. 106/12, 8. 1. 1958, *Réservé*, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 14–16.

⁵⁹ S. Unterredung zwischen Pineau und Selwyn Lloyd vom 17./18. 1. 1958, 21. 1. 1958, *Secret*, in: ebd., S. 70–73; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 104 f.

⁶⁰ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 85a, Bl. 199, Tb. 1. 2. 1958; Barbier, *Négociations*, S. 107; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 112.

⁶¹ S. Chauvel an MAE, Tel. 621/27, 12. 2. 1958, *Réservé*, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 155 f.; Soutou, *Accords*, S. 152.

und Paris selbst nicht genau über die Verhandlungen der Verteidigungsminister im Bilde waren. Nachdem der Generalsekretär der CSU, Friedrich Zimmermann, einem amerikanischen Diplomaten am 11. 2. eröffnet hatte, man plane im Rahmen der trilateralen Rüstungskoooperation auch die Entwicklung von Atomwaffen, bemühte sich Botschafter Bruce Ende Februar beim Kanzler um Aufklärung, äußerte sich nachher aber skeptisch, ob Adenauer überhaupt präzise über die Abmachungen von Strauß informiert sei⁶².

Auch deutschen Diplomaten war nicht wohl bei dessen Politik. Blankenhorn etwa warnte Anfang Februar davor, die Angelsachsen vor den Kopf zu stoßen, verdächtigte die Franzosen, die eigenen nuklearen Großmachtambitionen durch Italien und Deutschland finanzieren zu lassen, und argwöhnte, daß Strauß dieses zentrale französische Motiv nicht erkannt habe⁶³. Befürworter der trilateralen Rüstungszusammenarbeit wie Jansen verlangten demgegenüber von der Bundesregierung, den französischen Interessen mehr entgegenzukommen. Händeringend wandte er sich in diesen Wochen wiederholt an Bonn und riet dort als symbolischen Akt zum Kauf der „Mirage III“, von der er sich nicht nur „einen gewaltigen Eindruck“ auf die französische Öffentlichkeit, sondern auch die Einbeziehung der deutschen Flugzeugindustrie in die Produktion versprach⁶⁴. Eine solche Entscheidung, so beteuerte er Mitte Februar gegenüber von Brentano, liefere den notwendigen Beweis für die ehrlichen Absichten der Bundesregierung und entzöge den in Paris nach wie vor vorhandenen Zweifeln an deren Ernsthaftigkeit den Boden. Vor dem Hintergrund der von militärischer Seite artikulierten starken Bedenken forderte er den Minister auf, die Angelegenheit nicht nur den Militärs zu überlassen⁶⁵. Von Brentano sagte zu, die politischen Gesichtspunkte in Gesprächen im Verteidigungsministerium noch einmal herauszustellen, verwahrte sich aber eindeutig dagegen, die technischen Erwägungen bei der Kaufentscheidung völlig auszublenden. „Auch das Bemühen, die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich zu pflegen und auszubauen, darf uns nicht veranlassen, etwa einem minder geeigneten Instrument der Verteidigung den Vorzug zu geben.“⁶⁶

Jansen verkannte, daß nicht nur streng sachliche, sondern auch hochpolitische Überlegungen gegen die „Mirage“ bzw. für den „Starfighter“ sprachen. In Fortschreibung der Beschlüsse des NATO-Gipfels vom Dezember 1957 lag den Mitgliedstaaten nämlich inzwischen das Dokument MC 70 zur Stellungnahme vor, das die Einführung von taktischen Kernwaffen bis auf Divisionsebene, die Ausrüstung von Jagdbombergeschwadern auch für den Atombombenabwurf und die Aufstellung von Flugabwehrbataillonen mit nuklear bestückten Raketen vorsah⁶⁷. Nach der parlamentarischen Schlappe vom Januar und mit Blick auf die von der SPD mitinitiierten überparteilichen Anti-Atomtod-Kampagne sowie der parallel

⁶² Vgl. Conze, *Coopération*, S. 131.

⁶³ S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 85a, Bl. 199, Tb. 1. 2. 1958.

⁶⁴ ACDP, NL Jansen, I-149-003-[V]-2, Jansen an Strauß, 17. 1. 1958.

⁶⁵ S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 65, ders. an von Brentano, 14. 2. 1958.

⁶⁶ ACDP, NL Jansen, I-149-003-[V]-2, von Brentano an Jansen, MB 214/68, 24. 2. 1958.

⁶⁷ S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 18, „Kurze Inhaltsangabe der MC 70“, Fü B III Leiter Tgb. Nr. 51/58, 18. 2. 1958, Streng geheim; ebd., Nr. 21, Rust an Adenauer, Aufzeichnung Fü B III 2-Az.: 31-01-01-02 Tgb. Nr. 3444/58, 13. 3. 1958, Vertraulich; Steinhoff/Pommerin, *Strategie*, S. 35 f. u. 44 f.; vgl. grundlegend: Tuschhoff, MC 70.

dazu forcierten Aktivitäten außerparlamentarischer Gruppen⁶⁸ sah sich Adenauer jetzt gezwungen, die unabdingbare parlamentarische Billigung der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägersystemen sicherzustellen. Am 18. 3. schwor der Kanzler die Union auf die erwartete harte Auseinandersetzung mit der Opposition ein, die zur gleichen Stunde ihre eigene Marschroute festlegte⁶⁹. Adenauer hielt die nukleare Aufrüstung der Bundeswehr für unabänderlich, weil die Bundesrepublik sonst äußeren Gefahren schutzlos ausgeliefert würde. Käme es nämlich zu einem Zusammenstoß zwischen Ost und West, so lautete seine mit einem hohen Maß an „zynische[r], wenn auch erfolgreiche[r] Demagogie“⁷⁰ vorgetragene Philosophie, erhielten die Kommunisten in Frankreich und Italien natürlich sofort ihre Parolen aus Moskau. „Und was würde übrig bleiben? Übrig bleiben würden die USA mit ihrer nuklearen Aufrüstung, die Russen mit ihrer nuklearen Aufrüstung und vielleicht die Engländer.“ Nach energischer Unterstützung von Strauß erzielte er schließlich das gewünschte Ergebnis. Ohne Widerspruch sprach sich die Fraktion für den Fall erfolgloser Abrüstungsverhandlungen für die Bewaffnung deutscher Soldaten mit Atomwaffen aus⁷¹.

Angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse war es nicht verwunderlich, daß die Regierung die Bundestagsdebatte vom 20. bis 22. und 25. 3., eine der härtesten in der Ära Adenauer, zu ihren Gunsten entscheiden konnte. „Atomare Waffen, wenn es zu keiner Abrüstung kommt, oder nicht“, lautete die zentrale Frage, und die Abgeordneten beantworteten sie mit „sachliche[n] Diskussionen und tollste[r] Hetze“⁷². Mit großer Schärfe attackierte die Opposition die Nuklearpolitik der Regierung, forderte Abrüstungsverhandlungen und legte einen Gesetzentwurf über eine Volksbefragung zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr vor. Das Plenum aber folgte mehrheitlich dem Kanzler, der wieder einmal damit drohte, die NATO werde auseinanderfallen, wenn die Bundesrepublik sich der „zur Zeit noch nicht feststehenden, aber durch die moderne Entwicklung eventuell notwendig werdenden Umorganisationen strategischer und ausrüstungsmäßiger Art der NATO“ verweigere⁷³. Auf Fragen zur trilateralen Rüstungskoooperation ging die Koalition notabene nicht ein. Gegen die Stimmen der SPD und bei Enthaltung der FDP-Abgeordneten votierte der Bundestag am Ende für die allgemeine Abrüstung und die Ausrüstung der deutschen Streitkräfte mit Atomwaffen⁷⁴.

Aufmerksam registrierte die französische Botschaft, wie sehr sich der Bundeskanzler, aber auch der Verteidigungsminister darum bemühten, dies nicht als

⁶⁸ S. den Aufruf „Kampf dem Atomtod“, 10. 3. 1958, in: AdG 1958, S. 6944B; vgl. Rupp, Opposition, S. 127–148.

⁶⁹ S. Sitzung der SPD-Fraktion, 18. 3. 1958, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 29.

⁷⁰ Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 424.

⁷¹ ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1007/4, Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 18. 3. 1958; s.a. Köhler, Adenauer, S. 986f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 423–425.

⁷² Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 297, Tb. 20.–22. 3. 1958.

⁷³ Bundestagsrede Adenauers, 20. 3. 1958, in: BT, Sten. Ber., Bd. 40, S. 845.

⁷⁴ S. Bundestagsdebatte, 20.–22. u. 25. 3. 1958, in: ebd., S. 823–1171; s.a. Sitzung der SPD-Fraktion, 25. 3. 1958, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 30f.; Mitteilung des SPD-Pressedienstes, 31. 3. 1958, im Auszug in: BDFD III, S. 696–698; Klingl, „Das ganze Deutschland“, S. 318f.; Wilker, Sicherheitspolitik, S. 84–87; vgl. Kap. IV.1.4.

Wende in der deutschen Atompolitik erscheinen zu lassen. Bonn wolle weder eigene Nuklearwaffen produzieren noch Mittel- oder gar Langstreckenraketen besitzen, meldete Couve de Murville dem Quai d'Orsay. Es gehe um die Aufstellung taktischer Atomwaffen im Rahmen der deutschen NATO-Aufgaben, die der Friedenserhaltung und nicht einer neuen Großmachtpolitik diene⁷⁵. Gleichwohl wirkt es schon erstaunlich, daß der „gallische Hahn überhaupt nicht nach der Atombewaffnung der Bundeswehr kräht[e]“⁷⁶.

Die französische Regierung zog es übrigens vor, die Volksvertreter nicht mit dieser Thematik zu befassen. Allerdings bestand schon seit Jahren ein parlamentarischer Konsens über den Willen zur nuklearen Option, der im Februar noch einmal bestätigt worden war, als der Sozialist Montalat sich in der Assemblée Nationale für eine französische Atomwaffe aussprach⁷⁷.

Mit dem Votum des Bundestags war die Entscheidung für die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen endgültig gefallen. Mit der Zustimmung zu MC 70, das die Verteidigungsminister der NATO auf ihrer Frühjahrstagung Mitte April 1958 verabschieden sollten⁷⁸, war die Bundesregierung von einer echten nuklearen Partnerschaft innerhalb der Atlantischen Allianz freilich noch weit entfernt. Die trilaterale Kooperation konnte dazu helfen, ein gleichberechtigtes Mitsprache- und Entscheidungsrecht beim Einsatz der Waffen zu sichern, wie es der Bundesregierung vorschwebte⁷⁹. Doch Frankreich ging allmählich auf Distanz. Im Rahmen des nun definierten Vierjahresplanes beschloß man den Bau einer „Force de dissuasion“, die man zunächst mit der „Mirage IV“, schließlich mit Mittelstreckenraketen und mit französischen Atomsprengköpfen auszurüsten gedachte⁸⁰. Im Quai d'Orsay sahen die Beamten neue Anzeichen für ein Ende der halstarrigen Haltung der Engländer und rieten, sich den Deutschen gegenüber nicht zu stark zu exponieren⁸¹. Außerdem hoffte man zunehmend fester darauf, als Gegenleistung für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen von den USA die Lieferung angereicherten Urans und nach der für spätestens April erwarteten nächsten Reform des McMahon-Gesetzes geheime Informationen über Nuklear- und Thermonuklearwaffen einfordern zu können. Mit der – scheinbar – wachsenden Aussicht auf Unterstützung aus Washington und London verlor die trilaterale Kooperation mit Bonn und Rom an Bedeutung. Gaillard und Pineau waren nun entschlossen, die nuklearpolitischen Teile des November-Protokolls zu suspendieren und nur dann zu reaktivieren, wenn sich eine Zusammenarbeit mit den

⁷⁵ S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 696/702, 21. 3. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 376–378; Leduc an Pineau, Tel. 745/49, 26. 3. 1958, in: ebd., S. 391 f.

⁷⁶ Artikel Fackler, in: „Süddeutsche Zeitung“, 28. 3. 1958, im Auszug auch in: BDFD III, S. 460–462, hier S. 461.

⁷⁷ S. Ansprache Montalats in der Assemblée Nationale, 27. 2. 1958 in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1958, Bd. 1, S. 1096 f.; Scheinman, Atomic energy policy, S. 190 f.

⁷⁸ S. Communiqué der Konferenz der NATO-Verteidigungsminister, 17. 4. 1958, in: EA 1958, S. 10793; Burgess an Dep. of State, Tel. Polto 3392, 23. 4. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 315–317; Elbrick an Dulles, Memorandum, 24. 4. 1958, Secret, in: ebd., S. 317–319. Am 1. 5. stimmte auch der Ständige NATO-Rat zu (ebd., S. 320–324; AdG 1958, S. 7049; Tuschhoff, MC 70, S. 19).

⁷⁹ S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 26, Strauß an Adenauer, 4. 5. 1958, Streng geheim; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 45 f.

⁸⁰ Vgl. Vaisse, Origines, S. 256.

⁸¹ S. Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 17. 2. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 191 f.

Amerikanern oder à quatre mit ihnen, den Deutschen und Italienern als unmöglich erweisen sollte⁸².

Chaban-Delmas schwenkte allmählich auf dieselbe Linie ein. Anfang April erzielten er und Pineau Einvernehmen darüber, nur dann mit den Deutschen und Italienern Atomwaffen zu bauen, wenn die Amerikaner sich vorher einverstanden erklärt hätten und die drei Staaten auf ihre politische und technische Unterstützung zählen könnten. Eine entsprechende Sondierung wollte der Verteidigungsminister indes bis zur neuerlichen Revision des McMahon Act hinauszögern, weil erst dann abzusehen war, wie weit die USA von ihrem Nuklearmonopol abrücken und wie groß folglich die Notwendigkeit sei, zu dritt zusammenzuarbeiten⁸³.

Zu dieser Mehrgleisigkeit neigte inzwischen auch sein deutscher Kollege. Anfang März hatte er sich in Washington auf die Einführung von „Matador“-Raketen festgelegt, die sich aufgrund der Kosten und geringen Treffgenauigkeit nur bei Ausstattung mit einem atomaren Sprengkopf lohnten. Erneut versicherte Strauß, daß die trilaterale Kooperation noch keine nukleare Komponente besitze. Die Bundesregierung sei nicht am Bau der Atombombe interessiert, wünsche aber, Kernwaffen für den Notfall zur Verfügung zu haben. Auch Frankreich habe man von der Entwicklung einer Nuklearwaffe abgeraten, weil mit der Vergrößerung des Kreises der Atomkräfte die Kontrolle unlösbar würde. Strauß sprach Dulles damit völlig aus dem Herzen⁸⁴, fand er den französischen Wunsch nach einer eigenen Nuklearstreitmacht doch geradezu „mad and cracy“⁸⁵.

Ihre Offenbarungen in Washington bzw. Zusicherungen in Paris hielten Strauß und Chaban-Delmas jedoch nicht davon ab, jetzt als erstes konkretes Resultat der bilateralen Rüstungskooperation einen Vertrag über den gemeinsamen Betrieb des militärischen Forschungszentrums Saint-Louis zu unterzeichnen⁸⁶. Am Ostermontag verständigten sie sich mit ihrem italienischen Kollegen außerdem mündlich über die gemeinsame Finanzierung der bereits im Bau befindlichen Isotopentrennanlage Pierrelatte, wonach die Kosten im Verhältnis von 45:45:10 aufgeteilt werden sollten. Darüber hinaus beschlossen sie die Prüfung der gemeinsamen Produktion von 30-Tonnen-Panzern, Flugzeugen, Helikoptern, Raketen sowie des eventuellen Ankaufs der „Mirage III“ und „Mirage IV“ durch die Bundesrepublik. Wenn Strauß in seinen Memoiren von der Paraphierung eines Abkommens über die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Atomsprengkörpern spricht, so verwechselt er offenbar diese Vereinbarungen mit dem Protokoll vom November 1957⁸⁷. Da die

⁸² Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 108f.

⁸³ S. Chaban-Delmas an Pineau, Nr. 797/CM, 3. 4. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 427–429, dort irrtümlicherweise abgedruckt als Schreiben von Pineau an Chaban-Delmas; vgl. Soutou, *Accords*, S. 153–155.

⁸⁴ S. Unterredung zwischen Dulles und Strauß vom 5. 3. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 644–648; Conze, *Coopération*, S. 131; Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2, S. 422.

⁸⁵ Zitiert nach: PA, NL von Kessel, Ordner [2], von Kessel an AA, Tel., 6. 3. 1958, Geheim.

⁸⁶ S. „Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das deutsch-französische Forschungsinstitut Saint-Louis“ nebst Satzung, 31. 3. 1958, in: BGBl 1959, Teil II, S. 190–201. Das Abkommen trat am 22. 6. 1959 in Kraft (Bulletin 1958, S. 618 u. 1124; ebd., 1959, S. 1071; Bundestagsdebatte, 30. 1. 1959, in: BT, Sten. Ber., Bd. 42, S. 3261–3263); s.a. Kocs, *Autonomy*, S. 81.

⁸⁷ S. Unterredung zwischen Chaban-Delmas, Taviani und Strauß vom 7. 4. 1958, in: Strauß, *Erinnerungen*, S. 313–315; Barbier, *Négociations*, S. 109–111; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 110f.

Übereinkunft in einem gewissen Widerspruch zur Verabredung zwischen Chaban-Delmas und Pineau stand, kommt man nicht umhin anzunehmen, daß die Verteidigungsminister ein *Fait accompli* schaffen wollten vor eventuellen Gesprächen mit den Amerikanern und vor dem vorhersehbaren Sturz der Regierung Gaillard, der eine Woche später, am 15. 4., erfolgte⁸⁸.

Die Freude über die Verständigung währte indes nicht lange. Als eine Presseagentur Mitte April in Bonn meldete, Chaban-Delmas habe öffentlich den Bau atomarer Mittelstreckenraketen angekündigt und die Nachbarländer zur Finanzierung eingeladen, ließ Strauß sofort über seinen Pressesprecher Schmückle jegliches Interesse an einer Mitarbeit dementieren⁸⁹. Aber selbst in den eigenen Reihen mochte man ihm den Widerruf nicht mehr abkaufen. „Strauß will auf eine europäische Wehrpolitik hinaus“, notierte der ihn mit unverhohlener Kritik beobachtende Heinrich Krone in seinem Tagebuch. „Ich bin überzeugt, daß er an die Produktion atomarer Waffen im europäischen Rahmen denkt. Strauß ist zu dynamisch, als daß er letzte Verantwortung tragen darf.“⁹⁰ Am 17. 4. erbat Chaban-Delmas von Strauß eine schriftliche Bestätigung des mündlichen Abkommens. Fünf Tage später unterschrieb Gaillard auf sein Gesuch hin eine auf den 11. 4. zurückdatierte Anweisung zum Ankauf des Bodens in Pierrelatte für den Bau der Isotopentrennanlage, „calling for the detonation of the first French A-bomb in the first quarter of 1960“⁹¹. Am 30. 4. bestätigte Strauß seine Zusage definitiv und schlug als Nachweis seines Interesses die Prüfung der Abmachung durch eine Expertengruppe vor⁹².

„L'armement nucléaire allemand, c'est le dernier *casus belli* qui existe dans le monde“

Das Abkommen der drei Verteidigungsminister war freilich schon bald wertlos. Strauß rühmte sich zwar Anfang Juni in Industriekreisen, die deutsche Luftfahrt könne im Rahmen des Rüstungsdreiecks mit milliardenschweren Aufträgen rechnen⁹³. Er übersah dabei aber, daß der Wind sich in Paris bereits in den letzten Wochen zugunsten der nationalen Nuklearstreitmacht und französisch-amerikanischen Zusammenarbeit gedreht hatte. Nach dem Zusammenbruch der IV. Republik⁹⁴ sollte sich diese Entwicklung sogar noch verschärfen. Denn anders als sein Vorgänger Gaillard wollte der die Regierungsgeschäfte am 1. 6. übernehmende Charles de Gaulle die Fortsetzung der trilateralen Kooperation nicht von der Revision des McMahon-Gesetzes abhängig machen, sondern schlichtweg sistieren. Am 17. 6. entschied ein „Conseil restreint“, dem neben de Gaulle und einigen Generalen auch die neuen Minister für Auswärtige Angelegenheiten und für Verteidigung, Couve de Murville und Guillaumat, angehörten, die Zusammenarbeit mit

⁸⁸ Vgl. ders., *Accords*, S. 155; Kap. IV.1.4.

⁸⁹ S. Schmückle, *Pauken*, S. 204f.; AdG 1958, S. 7006A.

⁹⁰ Krone, *Tagebücher*, Bd. 1, S. 300, Tb. 10. 4. 1958.

⁹¹ Scheinman, *Atomic energy policy*, S. 186; s.a. Le Douarec, Gaillard, S. 70.

⁹² Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 111f.

⁹³ S. AdG 1958, S. 7110A.

⁹⁴ S. Kap. IV.1.4.

der Bundesrepublik im Bereich der konventionellen Bewaffnung fortzusetzen, in der Nuklearrüstung aber bis auf weiteres einzustellen⁹⁵.

„L'armement nucléaire allemand,“ so begründete de Gaulle diese Entscheidung fünf Jahre später im Gespräch mit einem engen Mitarbeiter, „c'est le dernier *casus belli* qui existe dans le monde, ou un des tout derniers. La guerre éclaterait rien que pour ça.“⁹⁶ Dem zum Parlamentspräsidenten beförderten Chaban-Delmas war sein Handeln der letzten Monate nun offenbar so peinlich, daß er seine weitreichenden Abmachungen mit Strauß verdrängte und noch dreißig Jahre später gegenüber seinen Biographen bestritt, jemals mit seinem deutschen Kollegen die Nuklearproblematik behandelt zu haben⁹⁷.

De Gaulle hielt an dieser Linie fest, obwohl die Anfang Juli abgesegnete Novellierung des McMahon-Acts durch den amerikanischen Kongreß die großen Hoffnungen in Frankreich vollends zerstörte. Denn das Amendement erlaubte die Weiterreichung des amerikanischen Know how und der Kernbrennstoffe nur an jene Staaten, die im Nuklearbereich bereits substantielle Fortschritte vorweisen konnten. Dies traf letztlich nur auf Großbritannien zu⁹⁸. Als Strauß am 8. und 9. 7. auf Einladung Guillaumats, seines neuen Kollegen und ehemaligen Administrateur-général im CEA, nach Paris kam, erfuhr er eher nebenbei vom französischen Kurswechsel. Auf seine Frage, ob die „Communauté Tripartite d'études d'armements“ weiter arbeiten könne, beließ es de Gaulle bei der schwammigen Formulierung, „qu'il pense à ce problème, qu'il ne l'oublie pas, qu'il l'a bien noté“⁹⁹. Strauß mußte sich geradezu düpiert fühlen, hatte Guillaumat ihn doch mit der Absicht eingeladen, die deutsche Entscheidung über den Ankauf eines Abfangjägers doch noch zugunsten der „Mirage“ ausfallen zu lassen. Und Jansen hatte seine Hoffnungen noch mit der Meldung genährt, Frankreich offeriere eine „deutsch-französische Gemeinschaftsproduktion“ beim Bau der Maschine¹⁰⁰. Von alldem war nun keine Rede mehr, und Strauß ließ Guillaumat seine Mißstimmung deutlich spüren. Wenn Frankreich, so drohte er seinem französischen Kollegen, die Diskriminierung der Bundesrepublik im Rahmen der nuklearen Aufrüstung der NATO oder auf der trilateralen Ebene plane und die beiderseitige Zusammenarbeit nicht mehr zu einer „arme atomique européenne“ führe, werde sich Deutschland den Angelsachsen zuwenden, deren „coopération atomique“ suchen und sein Interesse an der Isotopentrennanlage aufgeben¹⁰¹. Außer sich vor Wut über das Fiasko seines Besuches, der seine in das November-Protokoll gesteckten nuklearpolitischen Aspirationen zunichte machte, verwarf der Bundesverteidigungsminister nach seiner Rückkehr nach Bonn eine Entscheidung zugunsten der „Mirage III“ definitiv und ordnete die Einstellung sämtlicher Gespräche über den

⁹⁵ S. Barbier, *Négociations*, S. 112 f. mit Anm. 79; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 137; Kap. V.3.1.

⁹⁶ Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 3. 1. 1963, in: Peyrefitte, *C'était de Gaulle*, S. 344–348, hier S. 346.

⁹⁷ S. Chastenot/Chastenot, Chaban, S. 260.

⁹⁸ S. „Atomic Energy Act“, 2. 7. 1958, in: Udell (Bearb.), *Atomic Energy Act*, S. 129–132; Goldschmidt, *Rivalités*, S. 240; Schmidt, *Dimensionen*, S. 193 f.

⁹⁹ AN, 5 AG 1/160, Unterredung zwischen de Gaulle und Strauß vom 8. 7. 1958, 9. 7. 1958, Secret.

¹⁰⁰ ACDP, NL Jansen, I-149–003 [V]-2, Jansen an AA, Tel., 6. 7. 1958, VS-Vertraulich, Citissime, Mit Vorrang.

¹⁰¹ AN, 5 AG 1/160, Unterredung zwischen Guillaumat und Strauß, 9. 7. 1958; s.a. AdG 1958, S. 7171A; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 137 f.

Ankauf französischer Rüstungsgüter an¹⁰². Wenige Wochen später verweigerte Bonn auch die finanzielle Beteiligung an der Isotopentrennanlage¹⁰³.

Die Entrüstung von Strauß wurde am Rhein kaum geteilt. Im Auswärtigen Amt herrschte eher Erleichterung, weil man kein Interesse an einer Unterstützung der französischen Rüstungsanstrengungen auf atomarem Gebiet besaß¹⁰⁴. Von Brentano hatte den Nuklearambitionen seines Kollegen aus der Ermekeilstraße, aber auch jenen des Kanzlers von Anfang an reserviert gegenübergestanden. Er strebte für die Bundesrepublik weder den nationalen Besitz noch gar die Produktion von Kernwaffen an¹⁰⁵. Während Blankenhorn vor allem die Bonn zuge dachte Rolle des „Dukatenesels“ mißfiel¹⁰⁶, sorgte sich von Brentano insbesondere um die bündnispolitischen Gefahren der trilateralen Kooperation. Für ihn ging es weder um mehr Unabhängigkeit von den USA noch um Prestigegewinn gegenüber Großbritannien, sondern um die Festigung der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit der Europäer, die den Briten wie den Amerikanern offenstehen sollte¹⁰⁷.

Allein Adenauer scheint über dieses Ende – trotz anderslautender Meinungen¹⁰⁸ – nicht beglückt gewesen zu sein. Gewiß, am 3. 6. betonte der Kanzler gegenüber der Fraktion vor dem Hintergrund heftiger Vorwürfe gegen seinen Verteidigungsminister, man habe „niemals etwas zu tun gehabt [...] mit nuklearen Waffen“¹⁰⁹. Derartige Verlautbarungen und seine Unmut über Strauß suggerierenden Äußerungen gegenüber englischen und amerikanischen Diplomaten in diesen Wochen¹¹⁰ lassen aber eher darauf schließen, daß er nach dem Scheitern der trilateralen Nuklearkooperation einen Sündenbock suchte. Denn den Besitz von Kernwaffen hielt er im aufbrechenden Nuklearzeitalter nicht nur verteidigungspolitisch für zwingend, sondern auch machtpolitisch für unabdingbar. Aus Mißtrauen gegenüber Washington und London hatte der „Atomkanzler“¹¹¹ das Pariser Angebot dankbar angenommen, wenngleich er zweifellos nicht daran dachte, die Sicherheitspartnerschaft zu den USA zu riskieren¹¹². Jahre später wollte er von diesen Abmachungen nichts mehr wissen. Als Strauß im Herbst 1964 seinem Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers, Ludwig Erhard, gegenüber die Behauptung aufstellte, er habe mit seinem französischen Kollegen ein Abkommen über die Mitfinanzierung der Force de frappe durch die Bundesrepublik geschlossen und die Zusicherung bekommen, daß Frankreich „dafür uns Atombomben liefere“, leugnete Adenauer gegenüber seinen einstigen Weggefährten Krone und

¹⁰² S. Strauß, *Erinnerungen*, S. 315–317; Schmückle, *Pauken*, S. 205–214.

¹⁰³ S. PA, Abg.-Liste Ref. 202, Bd. 220, Aufzeichnung von Rhamm, 202–82.SL/1/94.07/58, 22. 10. 1958.

¹⁰⁴ S. ebd.

¹⁰⁵ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 141 f.

¹⁰⁶ BA, NL Blankenhorn, Bd. 85a, Bl. 199, Tb. 1. 2. 1958.

¹⁰⁷ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 142.

¹⁰⁸ Vgl. Conze, *Coopération*, S. 128; Fischer, *Projekt*, S. 154.

¹⁰⁹ ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1007/4, Ansprache Adenauers in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 3. 6. 1958.

¹¹⁰ Vgl. Conze, *Coopération*, S. 128; Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2, S. 401.

¹¹¹ Ders., *Adenauer und die Kernwaffen*, S. 573.

¹¹² Vgl. ders., *Adenauer*, Bd. 2, S. 401.

Globke die Kenntnis eines solchen Vertrages¹¹³. Er wisse nichts vom Inhalt der Abmachungen seines Verteidigungsministers, lautete seine lapidare Antwort auf Nachfragen des höchst erstaunten Globke, „und habe von ihnen auch nichts wissen wollen“¹¹⁴.

Obwohl angesichts der dünnen Quellenlage noch keine endgültige Antwort auf die Frage geliefert werden kann, ob die Rüstungskoooperation mit Frankreich und Italien als entscheidender Wendepunkt in der deutschen Kernwaffenpolitik gedacht war, wirkt eines doch ziemlich klar: Beiderseits des Rheins hatten die politisch Verantwortlichen alternative Wege ausgekundschaftet, um über den Einsatz von Atomwaffen mitsprechen zu können oder gar in ihren Besitz zu gelangen. Niemand dachte daran, den amerikanischen Atomschirm aufzugeben, und nur wenige waren bereit, für den Besitz der Bombe eine Konfrontation mit den USA zu riskieren¹¹⁵. Vier Jahre später sollten die Protagonisten in Bonn mit Strauß und Adenauer an der Spitze unter gänzlich veränderten Rahmenbedingungen einen neuen Versuch zu einer nuklearpolitischen Zusammenarbeit mit Paris starten. Der Erfolg blieb ihnen gleichwohl abermals verwehrt¹¹⁶.

¹¹³ ACDP, NL Krone, I-028/076/1, Tb. 13. 10. 1964; s.a. ebd., Tb. 21. 10. 1963.

¹¹⁴ Ebd., Tb. 22. 10. 1964.

¹¹⁵ Vgl. Conze, *Coopération*, S. 132.

¹¹⁶ Vgl. Kap. V.3.2, V.3.3, V.4.2-V.4.4.

